Zerbrechliche Nachbarschaft
Band 1 Teilband 1

Zerbrechliche Nachbarschaft

Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen

Band 1: Regierungsbezirk Darmstadt südlicher Teil
Teilband 1

Herausgegeben von
Christian Wiese, Stefan Vogt, Doron Kiesel und Gury Schneider-Ludorff

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Gedruckt mit Mitteln des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur.

Das Projekt *Zerbrechliche Nachbarschaft. Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen* wird gefördert durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen, die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, die Evangelische Kirche im Rheinland, das Bistum Limburg, das Bistum Mainz, das Bistum Fulda und das Erzbistum Paderborn.

Redaktion: Stefan Vogt

ISBN 978-3-11-143392-9
e-ISBN (PDF) 978-3-11-146511-1
DOI https://doi.org/10.1515/9783111465111

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/.

Die Creative Commons-Lizenzbedingungen für die Weiterverwendung gelten nicht für Inhalte (wie Grafiken, Abbildungen, Fotos, Auszüge usw.), die nicht im Original der Open-Access-Publikation enthalten sind. Es kann eine weitere Genehmigung des Rechteinhabers erforderlich sein. Die Verpflichtung zur Recherche und Genehmigung liegt allein bei der Partei, die das Material weiterverwendet.

Library of Congress Control Number: 2025941704

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

© 2025 bei den Autorinnen und Autoren, Zusammenstellung © 2025 Christian Wiese, Stefan Vogt, Doron Kiesel und Gury Schneider-Ludorff,
publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin
Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyterbrill.com.

Einbandabbildung: Die Synagoge in Groß-Zimmern (rechts) um 1925. Foto: Privatsammlung Werner Roth.
Satz: Integra Software Services Pvt. Ltd.
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyterbrill.com
Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit:
productsafety@degruyterbrill.com

Vorwort der Herausgeberin und der Herausgeber

Nach jahrelanger, intensiver kollektiver Arbeit ist es uns eine Freude, den ersten von zwei Teilen des ersten Bandes des Synagogen-Gedenkbuchs Hessen vorlegen zu können. Er markiert den Auftakt zum Erscheinen von voraussichtlich acht weiteren, ähnlich umfangreichen Bänden in den kommenden Jahren im Kontext des übergreifenden, umfassenden Forschungs- und Dokumentationsprojekts *Zerbrechliche Nachbarschaft: Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen*. Allein dieser Umfang lässt die Bedeutung des Unterfangens erkennen. Erstmals wird in systematischer Form, auf hohem wissenschaftlichen Niveau und gleichzeitig für ein breites Publikum zugänglich die Geschichte aller jüdischen Gemeinden auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen und insbesondere die ihrer Synagogen dargestellt. Das Gedenkbuch zeigt damit die Vielfalt und den ungeheuren Reichtum der jahrhundertelangen jüdischen Geschichte Hessens, die sich in steter, teilweise enger Nachbarschaft zwischen jüdischen und nichtjüdischen Teilen der Gesellschaft vollzog. Es akzentuiert aber zugleich den allezeit prekären, fragilen Charakter dieser Nachbarschaft, die nie frei von Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber Jüdinnen und Juden war, immer wieder in Diskriminierung, Gewalt und Vertreibung umschlug und schließlich zur Zerstörung jüdischen Lebens in Hessen führte. Das Gedenkbuch will an beides erinnern und so auch einen Beitrag dazu leisten, dem Antisemitismus und der Verweigerung historischer Verantwortung in der Gegenwart entgegenzutreten.

Das Gedenkbuch reiht sich ein in die bisher erschienenen Synagogen-Gedenkbücher der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz/Saarland und vor allem Bayern. Ursprünglich wurden diese Gedenkbücher, ebenso wie ein weiteres für Österreich, von dem aus Nürnberg stammenden israelischen Biologen und Publizisten Meier Schwarz initiiert. Unmittelbares Vorbild des vorliegenden Gedenkbuchs für Hessen ist das mehrbändige bayerische Werk *Mehr als Steine… Synagogen-Gedenkband Bayern*, das vor wenigen Jahren abgeschlossen werden konnte. Wir sind den Kolleginnen und Kollegen, die das Werk zum Bundesland Bayern geschaffen haben und zum Teil nun auch am hessischen Projekt mitwirken, zu großem Dank verpflichtet.

Der erste Band des hessischen Synagogen-Gedenkbuchs *Zerbrechliche Nachbarschaft* widmet sich dem südlichen Teil des Regierungsbezirks Darmstadt. Im vorliegenden ersten Teilband werden die Landkreise Darmstadt-Dieburg und Offenbach sowie die kreisfreien Städte Darmstadt und Offenbach behandelt. Der folgende zweite Teilband wird die Landkreise Groß-Gerau, Bergstraße und Odenwald zum Gegenstand haben. In dieser Weise wird das Gedenkbuch nach und nach alle Landkreise und kreisfreien Städte Hessens präsentieren. In den Beiträgen zu den einzelnen Orten wird die jüdische Geschichte dieser Orte, insbesondere mit Blick auf die jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte, von ihren Anfängen bis zur Zerstörung im Nationalsozialismus dargestellt. Dabei spielt die detaillierte Beschreibung der Geschichte und der Architektur der Beträume und Synagogen eine wesentliche Rolle. Auch die Nachgeschichte und in einzelnen Fällen die neu begonnene Geschichte nach 1945 werden beleuchtet. Zu diesem Zweck wurden umfangreiche Quellenbestände herangezogen, darunter die geretteten Teile der Archive der jüdischen Gemeinden selbst, die in Jerusalem und in Berlin liegen, sowie die Bestände in den vielen Stadt- und Gemeindearchiven. Wir hoffen, so ein möglichst präzises und plastisches Bild der jüdischen Geschichte Hessens und seiner Gemeinden zeichnen zu können, das insbesondere auch die Perspektive der Jüdinnen und Juden selbst einbezieht.

Das Gedenkbuch widmet jedem Ort, an dem um 1930 eine jüdische Gemeinde bestand, einen eigenen Beitrag. Manche dieser Beiträge behandeln darüber hinaus auch Orte, die diesen Gemeinden zugeordnet waren, ihre Synagoge mitbenutzten oder eine Verbandsgemeinde bildeten. Die Ordnung der Beiträge folgt grundsätzlich den heutigen Kreisen und kreisfreien Städten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass weder die Kreise noch die Orte selbst durch die Geschichte unverändert blieben. Historisch bestand Hessen aus einer Vielzahl einzelner Territorien, die sich über die Jahrhunderte ständig neu formierten. Es ist daher unvermeidlich, dass die Darstellungen die heutigen Grenzen immer wieder überschreiten. So findet sich beispielsweise Offenbach-Bieber, das zur kreisfreien Stadt Offenbach gehört, im Beitrag zu Heusenstamm, der wiederum dem Landkreis Offenbach zugeordnet ist. Die Überschriften der Beiträge weisen aus, welche Orte mitbehandelt werden, und im Ortsregister lässt sich jeder im Band erwähnte Ort separat auffinden. Jeder Beitrag enthält ein Literatur- und ein Archivalienverzeichnis sowie eine Statistik der jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner des oder der betreffenden Orte. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Quellen dieser Statistiken und damit die Zahlen selbst häufig unsicher sind. Vor allem aber lagen ihnen unterschiedliche und teilweise problematische Vorstellungen

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-202

darüber zugrunde, wer als Jude oder als Jüdin galt. Dies gilt in besonderem Maße für die Zeit nach 1933, wo oftmals nur Zahlen des nationalsozialistischen Staates zur Verfügung stehen.

Die einzelnen Beiträge wurden fast durchweg von einem Team von Autorinnen und Autoren gemeinsam verfasst. Dadurch konnte jeweils Fachwissen im Bereich der frühneuzeitlichen Geschichte, der modernen Geschichte und der Architekturgeschichte zusammengeführt werden. Dass die Beiträge von den Autorinnen und Autoren namentlich gezeichnet sind, zeigt, dass es sich um weit mehr als um Lexikonartikel handelt. Jeder Beitrag stellt einen eigenständigen wissenschaftlichen Aufsatz dar, der den Anspruch erhebt, neues Wissen zu generieren und der Forschung wichtige Impulse zu geben. Eröffnet wird dieser erste Teilband durch mehrere einführende Beiträge, in denen ausgewiesene Spezialistinnen und Spezialisten einen Überblick über die jüdische Geschichte Südhessens, die Forschungsgeschichte zur jüdischen Geschichte Hessens, die Struktur und Geschichte der Gemeindeorganisation in Hessen und die Entwicklung der Synagogenarchitektur im deutschsprachigen Raum geben. Abgerundet wird der Band durch ein allgemeines Literaturverzeichnis und ein umfangreiches Glossar, das die wichtigsten historischen und architektonischen Fachtermini sowie die zumeist hebräischen Begriffe aus der jüdischen religiösen Praxis erläutert. Für die hebräischen Begriffe wurde eine vereinfachte Umschrift verwendet.

Hingewiesen werden soll schließlich noch auf eine weitere Besonderheit des vorliegenden Gedenkbuchs. Seit 30 Jahren werden vom Fachgebiet Digitales Gestalten der Technischen Universität Darmstadt unter der Leitung von Marc Grellert digitale Rekonstruktionen von zerstörten Synagogen erstellt. Die Kooperation mit diesem Projekt hat die großartige Möglichkeit eröffnet, zahlreiche dieser Rekonstruktionen in das Gedenkbuch zu integrieren. In den betreffenden Artikeln finden sich Hinweise darauf, und auf der Webseite des Bandes beim Verlag De Gruyter können die Rekonstruktionen direkt aufgerufen werden. Sie bieten eine einzigartige Gelegenheit, einen ansonsten verlorenen Teil der jüdischen Geschichte heute virtuell für das Gedenken wie für Bildungskontexte wieder erlebbar zu machen. Die wichtigsten Forschungsdaten und -ergebnisse des Gedenkbuchs sind in die Datenbank *Synagogen in Hessen* des Landesgeschichtlichen Informationssystems (LAGIS) Hessen eingeflossen und können dort in komprimierter Form aufgerufen werden. Umgekehrt konnten wir auf die von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen dafür geleistete wertvolle Arbeit sowie die weiteren von LAGIS zur Verfügung gestellten Datenbanken zurückgreifen. Dies ist in den einzelnen Beiträgen jeweils ausführlich nachgewiesen.

Die wohl schönste Aufgabe der Herausgeberin und der Herausgeber besteht darin, denjenigen zu danken, die das Gedenkbuch überhaupt erst möglich gemacht haben. Die lange Liste derer, denen unser Dank gilt, zeigt deutlich, dass wir das Anliegen der Erforschung und Dokumentation der jüdischen Geschichte Hessens sowie der Erinnerung daran mit vielen teilen. Dank gebührt zuallererst den Institutionen, die das Projekt und seine verschiedenen Teile durch ihre großzügige finanzielle Förderung erst ermöglicht haben: dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur, dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen, der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, der Evangelischen Kirche von Kurhessen Waldeck, der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem Bistum Limburg, dem Bistum Mainz, dem Bistum Fulda und dem Erzbistum Paderborn. Zu Dank verpflichtet sind wir auch der Georg und Franziska Speyer'schen Hochschulstiftung, die das Projekt in seiner mehrjährigen Anschubphase gefördert hat, außerdem der Stiftung Polytechnische Gesellschaft, der FAZIT-Stiftung sowie der Stadt Frankfurt am Main für die Förderung von Forschungen und Konferenzen zur jüdischen Geschichte der Stadt Frankfurt. Besonders danken wir dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Boris Rhein, der das Projekt bereits als Minister für Wissenschaft und Kunst und dann als Ministerpräsident maßgeblich unterstützt hat, stellvertretend für die beteiligten Kirchen dem ehemaligen Kirchenpräsidenten der EKHN, Dr. Volker Jung, für sein wirksames Engagement für dieses auch für den jüdisch-christlichen Dialog bedeutsame Unterfangen sowie dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Staatssekretär Uwe Becker, für seinen bedeutsamen Anteil am Zustandekommen des Projekts.

Unser ausdrücklicher Dank gilt zudem unseren zahlreichen Kooperationspartnern, ohne die das Projekt nicht durchführbar wäre. Zu nennen sind hier insbesondere das Hessische Institut für Landesgeschichte in Marburg mit seinem aktuellen Direktor, PD Dr. Benjamin Müsegades, seinen ehemaligen Direktorinnen, Prof.in Dr. Sabine Mecking und Prof.in Dr. Ursula Braasch-Schwersmann (verstorben 2021), sowie Dr. Stefan Aumann, der das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS) betreut, und Melanie Müller-Bering, die das Kartenmaterial erstellt hat, sodann die Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, namentlich ihr Vorsitzender, Prof. Dr. Andreas Lehnardt, und ihr stellvertretender Vorsitzender, Prof. Dr. J. Friedrich Battenberg, ebenso wie der gesamte Vorstand, das Jüdische Museum Frankfurt und seine Direktorin, Prof.in Dr. Mirjam Wenzel, sowie das Fachgebiet Digitales Gestalten der Technischen Universität Darmstadt

mit dessen Leiter, Prof. Dr.-Ing. Oliver Tessmann, und Dr.-Ing. Marc Grellert. Danken möchten wir nicht zuletzt auch unseren eigenen Institutionen, die das Kooperationsprojekt seit Jahren tragen, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Augustana-Hochschule Neuendettelsau.

Für die Forschungsarbeit konnten wir eine große Anzahl lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Archive nutzen, die, wie jeder Historiker und jede Historikerin weiß, die unverzichtbare Grundlage ihrer Arbeit sind. Dies gilt ganz besonders für die vielen Archivarinnen und Archivare, die uns bei den aufwändigen Recherchen geholfen haben und die wir an dieser Stelle gar nicht alle namentlich nennen können, wofür wir aber gerne auf die einzelnen Beiträge verweisen. Unser Dank gilt den Archivarinnen und Archivaren im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, im Hessischen Staatsarchiv Marburg, in den Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem), insbesondere Inka Arroyo Antezana, in der National Library of Israel (Jerusalem), in den Yad Vashem Archives (Jerusalem), im Archive for the History and Heritage of the German-Speaking Jewry in Israel (Haifa), im Archiv des Leo Baeck Institute New York, im Archiv des Centrum Judaicum (Berlin), in den Arolsen Archives (Bad Arolsen), im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland (Heidelberg), im Bayerischen Staatsarchiv Würzburg, im Landesarchiv Baden-Württemberg/Staatsarchive Wertheim, Freiburg und Ludwigsburg, im Landesarchiv Speyer, im Staatsarchiv Hamburg, in den Stadtarchiven Babenhausen, Darmstadt, Dieburg, Dreieich, Griesheim, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Hanau, Mühlheim, Ober-Ramstadt, Offenbach, Pfungstadt, Reinheim, Seligenstadt, Stuttgart, Weiterstadt und Wiesbaden, im Verbundarchiv Eberbach, in den Gemeindearchiven Alsbach, Hähnlein, Messel, Otzberg, Roßdorf und Schaafheim, Seeheim-Jugenheim, im Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, im Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, im Dom- und Diözesanarchiv Mainz, im Pfarrarchiv Reinheim, im Fürstlich Isenburgischen Archiv, und im Gemeindearchiv Gustav-Adolf-Gemeinde Bürgel, außerdem in den Archiven des Jewish Museum New York, des Center for Jewish Art Tel Aviv, des Israel Museums in Jerusalem, des Jüdischen Museums Frankfurt, des Historischen Museums Frankfurt und des Stadtmuseums Kassel, und schließlich den Kolleginnen und Kollegen im Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hamburg), im Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte (Essen) und bei Hessen Kassel Heritage, bei der Jüdischen Gemeinde Frankfurt sowie Dr. Joachim Hahn und der Arbeitsgemeinschaft Alemannia Judaica. Unschätzbare Hilfe haben wir auch von vielen lokalen Vereinen, Historikerinnen und Historikern sowie anderen engagierten Menschen vor Ort erhalten, denen wir nicht genug danken können. Auch hierfür möchten wir gerne auf die einzelnen Beiträge verweisen. Die genannten Archive, Vereine und Privatpersonen sind auch die Quellen für das umfangreiche Bildmaterial, das wir dem Band beigeben konnten. Wir haben uns umfassend bemüht, die Urheber und Rechteinhaber aller Abbildungen ausfindig zu machen, denen wir ebenfalls sehr herzlich für die Genehmigung der Verwendung der Abbildungen danken. In den Fällen, in denen dies nicht oder nicht vollständig möglich war, bitten wir etwaige Urheber und Rechteinhaber, sich bei der Herausgeberin und den Herausgebern zu melden.

Der ganz besondere Dank der Herausgeberin und der Herausgeber gilt jedoch den Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes. Genannt seien zunächst die Mitglieder des Teams des Projekts, Cornelia Berger-Dittscheid, Rahel Blum, Fani Gargova, Tilmann Gempp-Friedrich, Kamila Lenartowicz, Stefanie Nathow, Daniel Ristau und Wolfgang Treue. Dieses Team hat in den letzten Jahren Großartiges und Außergewöhnliches geleistet. Darüber hinaus haben einige Autorinnen und Autoren einzelne Beiträge beigesteuert, wofür wir ihnen ebenfalls sehr herzlich danken möchten. Dies sind Fritz Backhaus, J. Friedrich Battenberg, Peter Engels, Andreas Gotzmann, Katrin Keßler und Ulrich Knufinke. Nicht zuletzt möchten wir auch den studentischen Hilfskräften Greta Brück, Jennifer Heinze, Anna Köhler, Ido Marek und Jorinde Matern danken, ohne die, wie immer, gar nichts gehen würde.

Abschließend möchten wir dem Verlag De Gruyter, namentlich Julia Brauch und Alice Meroz, für die Beheimatung des Gedenkbuchs sowie für die professionelle und überaus angenehme Betreuung dieses umfangreichen und komplexen Publikationsprojekts danken. Wir könnten uns keinen besseren Partner vorstellen, um es nun der interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Frankfurt am Main, den 28. März 2025
Christian Wiese, Stefan Vogt, Doron Kiesel,
Gury Schneider-Ludorff

Geleitwort des Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein

Foto: Sinah Osner / Hessische Staatskanzlei.

Die Synagoge, die *Bet Knesset*, ist der zentrale Ort der Versammlung und des Gebets für Jüdinnen und Juden. Sie ist seit vielen Jahrhunderten auch ein Symbol der Präsenz und Vielfalt jüdischen Lebens in unserem Land. Gleichzeitig zeugt ihr Schicksal von der Barbarei unserer nationalsozialistischen Vergangenheit. Während vor hundert Jahren etwa 400 aktive Synagogen im heutigen Hessen bestanden, sind es heute gerade einmal 15. Diese beiden Zahlen belegen eindrucksvoll, wie sehr uns die Zerstörungen der Novemberpogrome 1938 um einen bedeutenden Teil hessischer Kultur beraubt haben. Sie haben nicht nur unseren jüdischen Gemeinden ihre Heimat genommen, mit ihnen begann die umfassende Verfolgung ihrer Gläubigen.

Die Novemberpogrome sind ein erschreckender Tief- und Wendepunkt der deutschen Geschichte. Sie stehen für eine gezielte Eskalation der antisemitischen Gewalt, die letztlich zur systematischen Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden führte. Das damalige Ausmaß der Gewalt und Zerstörungen sowie das damit verbundene Leid sind auch heute noch kaum zu fassen.

Das Projekt „Zerbrechliche Nachbarschaft. Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen“ will die Erinnerung an die jüdische Geschichte Hessens und an die an Jüdinnen und Juden begangenen Verbrechen wachhalten. Dazu hat das Projekt die Geschichte der hessischen Synagogen und ihrer jüdischen Gemeinden wissenschaftlich erforscht. In dem vorliegenden ersten und den weiteren Bänden dieses Gedenkbuches werden die Erkenntnisse nun veröffentlicht. Auch die Darstellung des wechselvollen Zusammenlebens zwischen Juden und Christen findet besondere Berücksichtigung.

Die Geschichte des zerstörten jüdischen Lebens in Hessen zu dokumentieren, ist unsere historische Pflicht. Die Hessische Landesregierung hat diese wichtigen Forschungsarbeiten darum aus voller Überzeugung unterstützt und wird dies auch weiterhin tun.

Denn die jüdisch-christliche Tradition und die vielfältige jüdische Kultur sind feste Bestandteile unseres Landes und unserer Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens haben unser Land in einzigartiger Weise geprägt. Es war die Schoa, dieser furchtbare Zivilisationsbruch, die den Erzählfaden der gemeinsamen Geschichte grausam zerschnitten hat. Es ist ein großes Geschenk, dass sich nach und trotz der Schoa wieder jüdisches Leben in Deutschland und Hessen entwickelt hat. Gerade die Synagogen sind dabei unverzichtbare Kristallisationspunkte.

Die schrecklichen Verbrechen des NS-Regimes dürfen niemals in Vergessenheit geraten. In Zeiten, in denen kaum noch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen selbst über das Erlebte berichten können, wird das Gedenken und Erinnern an das Grauen umso bedeutender. Das unersetzliche „Nie wieder“ gilt weiterhin, gerade auch angesichts eines erstarkenden Antisemitismus, der Jüdinnen und Juden bedrängt. Die Stärkung der Erinnerungskultur und das solidarische Engagement gegen Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sind der Hessischen Landesregierung daher ein besonderes Anliegen.

Ich bin allen sehr dankbar, die an dieser Publikation mitgewirkt und sie ermöglicht haben. Sie haben ein wichtiges Zeugnis der Vergangenheit geschaffen, das zugleich in Gegenwart und Zukunft weisen kann. Allen, die im Forschungsprojekt „Zerbrechliche Nachbarschaft“ mitwirken, wünsche ich weiterhin viel Erfolg bei ihrer wichtigen Tätigkeit. Die Veröffentlichung der weiteren Bände dieses Gedenkbuches erwarte ich mit Wertschätzung und großem Interesse.

Boris Rhein
Hessischer Ministerpräsident

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-203

Geleitwort des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. Josef Schuster

Foto: Zentralrat der Juden.

Wenn man in den 1980er Jahren in Hessen unterwegs war, dann deutete kaum etwas darauf hin, dass dies einmal einer der dichtesten und lebendigsten jüdischen Räume Mitteleuropas war. Auf dem Gebiet des Bundeslandes existierten zu Beginn des 20. Jahrhunderts über 400 jüdische Gemeinden unterschiedlichster Größe, von kleinen Dorfgemeinden, die manchmal Schwierigkeiten hatten, den *Minjan*, die für den Gottesdienst notwendige Zahl von zehn religionsmündigen männlichen Gemeindemitgliedern, zusammenzubringen, bis zu großen städtischen Gemeinschaften mit mehreren hundert oder gar mehreren tausend Mitgliedern. Nicht nur in den großen Städten, sondern auch in den Kleinstädten und in vielen Dörfern bestanden Synagogen, manche in umgebauten Höfen, viele wurden aber auch als Synagogen erbaut. Manche setzten markante städtebauliche Akzente, andere fügten sich nahtlos oder auch absichtlich zurückhaltend in die örtliche Silhouette ein. Als nicht nur religiöse, sondern auch soziale und kulturelle Zentren jüdischen Lebens waren sie ein wesentlicher und konstitutiver Bestandteil der jeweiligen Orte.

Als sich Thea Altaras in den 1980er Jahren auf Spurensuche durch die Städte und Dörfer Hessens begab, fand sie viele dieser Gebäude noch vor, oft im Besitz der Familien, die sie in den späten 1930er Jahren für eine Spottpreis von den zum Verkauf gezwungen jüdischen Gemeinden erworben hatten. Andere waren nach 1945 abgerissen worden, weil die neuen Besitzer keine Verwendung mehr dafür hatten oder weil an der Stelle ein Parkplatz entstehen sollte. Von der Geschichte der Gebäude wollte man zumeist nichts wissen, denn es hätte ja unbequeme Fragen heraufbeschworen. Nicht wenige Synagogen, vor allem in den Städten, sind in der Pogromnacht im November 1938 zerstört worden. Vom früheren jüdischen Leben in diesen Orten war noch lange nach 1945 kaum mehr etwas zu sehen, fast als ob es nie existiert hätte.

Glücklicherweise hat sich dies in den letzten Jahrzehnten deutlich geändert. In vielen Orten haben sich Initiativen gebildet, die die jüdische Geschichte dieses Ortes in den Archiven und in den Straßen buchstäblich ausgegraben haben. Die Städte und Gemeinden selbst haben in den meisten Fällen ihre Verantwortung für die Bewahrung ihrer jüdischen Geschichte anerkannt, und es wurden an den früheren Synagogen oder Synagogenstandorten vielfach Gedenktafeln angebracht oder Gedenkorte errichtet. In den meisten Orten Hessens ist so deren jüdische Geschichte in der einen oder anderen Form präsent. Seit den 1990er Jahren hat auch die Forschung zur lokalen jüdischen Geschichte in Hessen an Fahrt aufgenommen.

Vor Ort, in den Städten und Dörfern Hessens, geht diese Präsenz allerdings bisher in der Regel nicht über die Markierung des ehemaligen Synagogenstandorts hinaus. Eine Vorstellung, wie die Synagoge einst aussah, wie groß sie war und wie sie sich in den Ort einfügte, wann und unter welchen Umständen sie entstanden ist, vor allem aber auch, wie vor der Schoa das tägliche jüdische Leben und die Nachbarschaft zwischen Juden und Nichtjuden in diesen Orten aussah, lässt sich daraus nicht gewinnen. Wenn man mehr darüber wissen will, dann muss man sich in die spezialisierte Fachliteratur einarbeiten, die sich bisher zudem überwiegend mit den großen Städten befasst hat, während die vielen Landgemeinden kaum erforscht sind.

Beide Lücken schließt das Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen, „Zerbrechliche Nachbarschaft“. In ihnen wird erstmals umfassend und systematisch die Geschichte aller jüdischen Gemeinden in Hessen und ihrer Synagogen erforscht und erzählt. Es stellt in höchst anschaulicher Weise dar, wie sich jüdisches Leben in den einzelnen Orten in zumeist enger, aber auch stets prekärer und eben zerbrechlicher Nachbarschaft zu den christlichen und nichtjüdischen Teilen der Stadt- und

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-204

Dorfgesellschaft über die Jahrhunderte hinweg entwickelt hat. Es gibt – durch das reiche Bildmaterial auch im wörtlichen Sinne – Einblick in dieses Leben und vor allem in die Synagogen und Beträume der jüdischen Gemeinden. Und es vermittelt den neuesten Stand der Forschung zur jüdischen Geschichte Hessens an ein großes Lesepublikum, das diese Geschichte sonst niemals in dieser Breite und Tiefe hätte kennenlernen können. Besonders verdienstvoll ist es, dass die Bände des Gedenkbuchs in der Open-Access-Version für jedermann frei zugänglich sind.

Auf diese Weise zeigen die Gedenkbände die Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit dieser jüdischen Geschichte Hessens. So erfährt man etwa, dass die weltweit erste Rabbinerin in Hessen, nämlich in Offenbach, ordiniert wurde, und dass in den 1920er Jahren in Dieburg eine Synagoge entstand, die in ihrer Architektur wegweisend für das Neue Bauen dieser Zeit war. Man erfährt von den zumeist bis ins 20. Jahrhundert orthodox gebliebenen Landgemeinden und von den liberalen Reformgemeinden in den Städten des 19. und 20. Jahrhunderts, von den komplizierten Organisationsformen der Gemeinden und Landjudenschaften und von den vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den jüdischen Gemeinden und zwischen ihnen und ihren christlichen Nachbarn. Man erfährt schließlich vom alltäglichen Miteinander von Juden und Nichtjuden in den lokalen Geschäften und Vereinen und bei sozialen und kulturellen Aktivitäten.

Man erfährt aber auch von den vielen Schikanen und Diskriminierungen, denen Jüdinnen und Juden vom Mittelalter bis in die jüngste Vergangenheit ausgesetzt waren, von ihrer prekären Abhängigkeit vom Wohlwollen der Landesherren und von den Anfeindungen, Ausgrenzungen und Vertreibungen, die immer wieder das Leben von Jüdinnen und Juden erschwerten oder gar bedrohten. Und schließlich erfährt man davon, wie die brutale Zerstörung der jüdischen Gemeinden und ihrer Synagogen im Nationalsozialismus, und insbesondere im Novemberpogrom von 1938, auch vor den kleinsten Orten nicht Halt machte, und was dies für die Jüdinnen und Juden in diesen Orten ganz konkret bedeutete.

Und so ist die Geschichte, die das Gedenkbuch erzählt, auch eine Geschichte der verweigerten und der aufgekündigten Nachbarschaft. Es ist die Geschichte eines Verlustes, der nicht zu ersetzen ist. Indem das Gedenkbuch ausführlich dokumentiert, was hier verloren gegangen ist, aber auch, wie und von wem es zerstört wurde, ist es zugleich ein wichtiger Baustein im Kampf gegen den Antisemitismus heute. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Arbeit am Gedenkbuch direkt in pädagogische und erinnerungspolitische Projekte einfließt. Das Gedenkbuch erscheint in einer Zeit, in der Antisemitismus für Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder zu einer alltäglichen Erfahrung geworden ist. Es ist daher notwendiger denn je. Es leistet nicht nur den Jüdinnen und Juden in diesem Land, sondern der gesamten Gesellschaft einen wichtigen Dienst.

Die Tatsache, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland durch seine Bildungsabteilung, und in Zukunft durch die Jüdische Akademie, selbst am Entstehen des Gedenkbuchs mitwirkt, zeugt davon, dass es auch heute wieder pulsierendes jüdisches Leben in Deutschland und in Hessen gibt. Ich möchte im Namen der jüdischen Gemeinschaft unseren Partnern in diesem Projekt für die großartige Zusammenarbeit danken. Ich danke auch den Herausgebern und den Mitarbeitern für ihre exzellente Arbeit, deren beeindruckendes erstes Ergebnis wir nun vor uns haben. Danken möchte ich schließlich den Geldgebern, insbesondere der Hessischen Landesregierung sowie den evangelischen Landeskirchen und den katholischen Bistümern für ihre Unterstützung des Projekts. Der Zentralrat der Juden hofft sehr, dass diese Unterstützung fortgesetzt werden und das Gedenkbuch so erfolgreich zum Abschluss gebracht werden kann.

Dr. Josef Schuster
Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

Geleitwort der Kirchenpräsidentin Prof. Dr. Christiane Tietz

Foto: EKHN / Peter Bongard.

Die im Mai diesen Jahres verstorbene Holocaust-Überlebende Margot Friedländer, die eine unermüdliche Zeitzeugin der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus war, hat der heutigen Jugend gesagt: Heute, wo fast alle Zeitzeugen gestorben sind, müssten sie die Aufgabe des Erinnerns übernehmen. Ein Konfirmanden-Kurs der Evangelisch-reformierten Gemeinde Frankfurt hat dies getan. Die jungen Konfirmandinnen und Konfirmanden haben über die Synagoge in der Unterlindau 23 geforscht. Der Innenraum der Synagoge wurde am 10. November 1938 verwüstet. Später wurde die Synagoge bei einem Bombenangriff auf Frankfurt zerstört. Der Konfirmanden-Kurs hat die äußere und innere Gestalt der Synagoge rekonstruiert und nachgebaut. Und er hat das Leben wichtiger Persönlichkeiten der Synagoge recherchiert.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Jüdisches Leben sichtbar machen“ im Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am 11. Mai 2025 habe ich ein Grußwort gesprochen und lange mit den jungen Menschen geredet. Ich habe sie gefragt, was sie an dem Projekt besonders bewegt hat. Sie sagten mir: überhaupt wahrzunehmen, dass es im Frankfurter Westend diese Synagoge gegeben hat; von der Lebensgeschichte von Rabbiner Jakob Horovitz zu wissen, der an den Folgen seiner Zeit im Konzentrationslager Buchenwald starb; und jüdischen Glauben, jüdische religiöse Praxis und jüdisches Leben besser kennenzulernen. Ich habe sie auch gefragt, was sie von dem Projekt für heute mitnehmen. Ihnen ist sonnenklar, dass man Menschen nicht wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft abwerten oder verfolgen darf. Sie wollen mit ihrem Projekt dazu beitragen, dass auch und gerade heute Antisemitismus und Antijudaismus in unserer Gesellschaft klar und deutlich widersprochen wird.

Mit dem ersten Teilband des hier vorliegenden Werkes „Zerbrechliche Nachbarschaft. Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen“ sowie den folgenden Bänden werden wichtige Beiträge zu einer solch lebendigen und verlässlichen Erinnerungskultur geleistet. Vor dem Hintergrund der Eindrücke, die ich bei der erwähnten Ausstellungseröffnung gesammelt habe, möchte ich nur einige Aspekte nennen:

Durch die systematische Aufarbeitung und Dokumentation der Synagogen und des jüdischen Lebens in Hessen werden uns und zukünftigen Generationen verlässliche, sorgfältig aufbereitete und ausgewertete Quellen zugänglich gemacht. Gerade in einer Zeit von Deep Fakes und Fake News stellt das Gedenkbuch einen Schatz dar, um Geschichtsverfälschung zu begegnen und Antisemitismus und Antijudaismus zu wehren.

Die mit der Arbeit verbundenen Implikationen für die pädagogische Praxis unterstützen Bildung und Aufklärung in Schulen, der Jugendarbeit, aber auch der Erwachsenenbildung. Das oben geschilderte Konfirmanden-Projekt ist nur ein Beispiel, wie wichtig die eigene Beschäftigung mit den Quellen ist, um die Aufgabe des Erinnerns weiterzuführen und für jüngere Generationen anschlussfähig aufzubereiten.

Das vorliegende Buch unterstützt den Dialog und Austausch zwischen Generationen, Kulturen und Religionen. Dadurch mahnt es, Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen, und sensibilisiert zugleich für das weitreichende Thema der „zerbrechlichen Nachbarschaft“.

Die umfassende Kartografie von Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen macht diese nicht nur in unserer Zeit „sichtbar“, sondern verbindet sie mit unserer heutigen Lebenswelt und appelliert dadurch an die politische Verantwortung, die jedem einzelnen Menschen, der Gesellschaft und – hier spreche ich in meinem Amt als Kirchenpräsidentin – der Kirche daraus erwächst.

Und schließlich ist das Gedenkbuch selbst ein Zeichen von Engagement und des unermüdlichen Bemühens darum, Erinnerungskultur im Sinne Margot Friedländers

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-205

zu bewahren, insofern es dazu beiträgt „die Vergangenheit lebendig zu halten, damit die Lehren daraus nicht verloren gehen“ (Margot Friedländer).

Dafür möchte ich allen Beteiligten, auch im Namen von Bischöfin Prof. Dr. Beate Hofmann (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck) und Präses Dr. Thorsten Latzel (Evangelische Kirche im Rheinland), unseren aufrichtigen Dank ausdrücken.

Prof. Dr. Christiane Tietz
Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche
in Hessen und Nassau

Geleitwort der Bischöfe der hessischen (Erz-)Diözesen durch Bischof Dr. Georg Bätzing

Foto: H. Opitz.

Mit Freude und Dankbarkeit nehmen wir hiermit das Erscheinen des ersten Teilbandes eines „Gedenkbuches der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen“ zur Kenntnis. Es bedeutet einen Meilenstein im Kontext der Erforschung und Darstellung jüdischen Lebens in Deutschland und im Besonderen für unsere hessischen (Erz-) Diözesen. Mit fachlicher Expertise, finanziellem und personellem Einsatz wird hier eine dringend notwendige historische Aufarbeitungsleistung mit großer Bedeutung für die Gegenwart erbracht.

Verdienstvoll ist an diesem Projekt zunächst, dass es nicht einfach Bauwerke aufzählt, sondern neben den in Buchform und online bereits vorhandenen Informationen durch weitreichende Archivstudien auch im Ausland ein multidimensionales Bild schafft. Synagogen sind wie Kirchen nicht einfach Bauwerke, sondern Orte lebendigen jüdischen Lebens, Lernens, Betens und Feierns, Symbole jüdischer Existenz über Jahrhunderte und damit nicht nur mit architekturhistorischen Mitteln zu beschreiben. Vielmehr werden Aspekte der Geistes- und Kulturgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Antisemitismusforschung, Emotions- und Mentalitätsgeschichte und vor allem auch der Alltagsgeschichte sowie Lokal- und Regionalgeschichte verwendet, sodass ein facettenreiches Bild entsteht.

In bisher nicht gesehener Weise wird der große Reichtum jüdischen Lebens über Jahrhunderte sichtbar, der nicht nur von seinem furchtbaren Ende 1933 bis 1945 her betrachtet werden sollte. Zugleich erscheinen uns die Darstellungen dennoch deshalb unendlich schmerzlich, weil so noch deutlicher sichtbar wird, welcher Schatz hier verloren gegangen ist. Den Titel dieser Publikation „Zerbrechliche Nachbarschaft“ müssten wir Christinnen und Christen demnach ehrlicherweise noch verschärfen und von – auch durch unsere Schuld – endgültig „Zerbrochener Nachbarschaft“ sprechen, wenn nicht namhafte Vertreter der deutschen und weltweiten jüdischen Gemeinschaft uns nach 1945 vertrauensvoll neu die Hand gereicht hätten.

Aber auch in der Katholischen Kirche hat die Schoa ein Umdenken bewirkt: Es war allerdings der Schrecken einer Menschheitskatastrophe, es war ein Zivilisationsbruch (Dan Diner) notwendig, der mit dem Wort „Auschwitz“ nur unzureichend beschrieben wird, um den jahrhundertealten, aber keineswegs biblischen Antijudaismus der katholischen Kirche zu brechen. Erst 1965, also vor 60 Jahren, wurde in dem Konzilsdokument *Nostra Aetate* ins Wort gebracht, was schon immer der Wahrheit entsprach, aber lange in Vergessenheit geraten war, dass nämlich „alle Christgläubigen als Söhne Abrahams dem Glauben nach (Gal 3,7) in der Berufung dieses Patriarchen eingeschlossen sind … Deshalb kann die Kirche auch nicht vergessen, daß sie durch jenes Volk, mit dem Gott aus unsagbarem Erbarmen den Alten Bund geschlossen hat, die Offenbarung des Alten Testamentes empfing und genährt wird von der Wurzel des guten Ölbaums, in den die Heiden als wilde Schößlinge eingepfropft sind (Röm 11,17–24).“ Von dieser nicht nur nachbarschaftlichen Verbundenheit hätte das Miteinander jüdischer und christlicher Gemeinden auch in Hessen erfüllt sein können. Dass dies von der Zeit der Kreuzzüge bis ins 20. Jahrhundert hinein nicht der Fall war, erfüllt uns mit großer Trauer.

Der vorliegende Band erfasst nicht nur die Relation der jüdischen Gemeinden zum jeweils zeitgenössischen Christentum, sondern auch das religiöse und soziale Innenleben der jüdischen Gemeinden. Damit steht er im Kontext einer integrativen Geschichtsschreibung, die jüdisches Leben und jüdische Kultur als Teil der deutschen Geschichte und der Kirchen- und Kulturgeschichte versteht. Dieser Band umfasst nun vor allem Ortschaften auf dem Gebiet des Bistums Mainz. Weitere Bände, die West- und Nordhessen,

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-206

Frankfurt und die Wetterau darstellen, werden folgen und damit ebenso für die Erforschung der Fuldaer, Limburger und Paderborner Diözesangeschichten wertvolle Beiträge liefern. Jüdisch-christliche Beziehungen haben bereits in der jüngeren Zeit auch die Kirchengeschichte zunehmend beschäftigt und werden dies in Zukunft, auch auf Basis dieses Projektes, hoffentlich noch intensiver tun.

Besonders wertvoll erscheint uns zudem, dass nicht nur Fakten ermittelt und dargestellt werden, sondern auch deren pädagogische Vermittlung im Blick ist: Eine besondere Bedeutung kommt hier der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit zu. Im Kontext interreligiösen wie interkulturellen Lernens – besonders im Sozialraum Schule – stehen die Lehrkräfte in der pluralen Migrationsgesellschaft vor bedeutsamen Lernanforderungen. Für den christlichen Religionsunterricht bedeutet das hier erarbeitete Material Chance und Herausforderung zugleich, sollte es doch nun an allen (Schul-)Orten in Hessen die vertiefte Darstellung des Miteinanders benachbarter jüdischer und christlicher Gemeinden ermöglichen. Aber auch interreligiöse Pastoral, kirchliche Erwachsenenbildung und Akademiearbeit erhält mit dem hier vorliegenden Material wertvolle Unterstützung und Inspiration.

All dies gilt umso mehr, da seit dem 7. Oktober 2023 antisemitische Ideologie neu aufgebrochen ist und furchtbare Taten des Judenhasses hervorbringt. Das Massaker der Hamas, die vielfältigen Bedrohungen und Angriffe gegenüber jüdischen Menschen weltweit und auch in Deutschland können uns als Kirchen nur ständige Aufforderung sein, an die Menschenliebe und universale Versöhnungsdynamik unserer und aller Religionen nicht nur zu appellieren, sondern diese alltäglich zu praktizieren. Dazu mag auch die finanzielle Unterstützung des hessischen Synagogenprojektes ein kleiner Beitrag sein.

Unser gemeinsamer Dank gilt allen, die sich für das Projekt und die Publikation engagiert haben und weiter daran arbeiten, sowie den aufmerksamen Rezipienten.

Für die Bischöfe der katholischen (Erz-)Bistümer in Hessen – Fulda, Limburg, Mainz und Paderborn

Dr. Georg Bätzing
Bischof von Limburg

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin und der Herausgeber —— V

Geleitwort des Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein —— IX

Geleitwort des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. Josef Schuster —— XI

Geleitwort der Kirchenpräsidentin Prof. Dr. Christiane Tietz —— XIII

Geleitwort der Bischöfe der hessischen (Erz-)Diözesen durch Bischof Dr. Georg Bätzing —— XV

Christian Wiese
Zerbrechliche Nachbarschaft. Zur historiographischen Bedeutung und Gegenwartsrelevanz des Synagogen-Gedenkbuchs Hessen. Einleitung —— 1

Fritz Backhaus
Juden in Süd- und Oberhessen vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert —— 13

J. Friedrich Battenberg
Beobachtungen zur Erforschung der jüdischen Geschichte in Hessen. Von apologetischen Formaten der Wissenschaft des Judentums zur modernen Historiographie —— 37

Andreas Gotzmann
„Siehe, wie gut und genehm, wenn Brüder beisammen leben“. Jüdische Gemeinde in Hessen von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Weimarer Republik —— 57

Katrin Keßler und Ulrich Knufinke
Synagogenarchitektur im deutschsprachigen Raum —— 77

Landkreis Darmstadt-Dieburg

Alsbach (Gemeinde Alsbach-Hähnlein) —— 105
Wolfgang Treue und Kamila Lenartowicz

Babenhausen —— 115
Cornelia Berger-Dittscheid und Wolfgang Treue

Dieburg —— 141
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Eppertshausen —— 177
Daniel Ristau und Cornelia Berger-Dittscheid

Gräfenhausen (Stadt Weiterstadt). Mit Weiterstadt, Erzhausen, Wixhausen (Stadt Darmstadt) —— 187
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Griesheim —— 199
Wolfgang Treue und Cornelia Berger-Dittscheid

Groß-Bieberau —— 211
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Groß-Umstadt. Mit Raibach und Klein-Umstadt —— 225
Cornelia Berger-Dittscheid

Groß-Zimmern —— 253
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Habitzheim (Gemeinde Otzberg) —— 267
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Hergershausen (Stadt Babenhausen) —— 281
Cornelia Berger-Dittscheid und Wolfgang Treue

Langstadt (Stadt Babenhausen). Mit Kleestadt (Stadt Groß-Umstadt) und Schlierbach (Gemeinde Schaafheim) —— 293
Daniel Ristau

Lengfeld (Gemeinde Otzberg) —— 303
Cornelia Berger-Dittscheid

Messel —— 317
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Münster (Hessen). Mit Altheim —— 329
Daniel Ristau

Ober-Klingen (Gemeinde Otzberg) —— 341
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Ober-Ramstadt. Mit Nieder-Ramstadt (Gemeinde Mühltal) —— 351
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Pfungstadt. Mit Eschollbrücken und Hahn —— 365
Rahel Blum, Daniel Ristau und Cornelia Berger-Dittscheid

Reinheim. Mit Georgenhausen, Spachbrücken und Zeilhard —— 387
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Roßdorf. Mit Gundernhausen —— 405
Cornelia Berger-Dittscheid und Rahel Blum

Schaafheim —— 415
Daniel Ristau und Cornelia Berger-Dittscheid

Seeheim (Gemeinde Seeheim-Jugenheim) —— 429
Daniel Ristau und Cornelia Berger-Dittscheid

Sickenhofen (Stadt Babenhausen) —— 441
Cornelia Berger-Dittscheid und Wolfgang Treue

Stadt Darmstadt

Arheilgen (Stadt Darmstadt) —— 457
Wolfgang Treue und Kamila Lenartowicz

Darmstadt —— 465
J. Friedrich Battenberg, Cornelia Berger-Dittscheid, Hans-Christoph Dittscheid, Peter Engels und Kamila Lenartowicz

Eberstadt (Stadt Darmstadt) —— 507
Rahel Blum und Cornelia Berger-Dittscheid

Landkreis Offenbach

Dreieichenhain (Stadt Dreieich). Mit Götzenhain und Offenthal —— 525
Tilmann Gempp-Friedrich

Egelsbach —— 533
Tilmann Gempp-Friedrich und Kamila Lenartowicz

Heusenstamm. Mit Obertshausen, Dietzenbach und Bieber (Stadt Offenbach am Main) —— 541
Tilmann Gempp-Friedrich

Klein-Krotzenburg (Gemeinde Hainburg). Mit Hainstadt —— 553
Tilmann Gempp-Friedrich und Kamila Lenartowicz

Langen —— 561
Tilmann Gempp-Friedrich und Kamila Lenartowicz

Mühlheim. Mit Dietesheim —— 571
Fani Gargova und Tilmann Gempp-Friedrich

Seligenstadt —— 579
Wolfgang Treue und Kamila Lenartowicz

Sprendlingen (Stadt Dreieich). Mit Neu-Isenburg —— 591
Fani Gargova und Tilmann Gempp-Friedrich

Urberach (Stadt Rödermark). Mit Ober-Roden —— 603
Tilmann Gempp-Friedrich

Weiskirchen (Stadt Rodgau). Mit Dudenhofen, Hainhausen und Jügesheim —— 611
Tilmann Gempp-Friedrich

Stadt Offenbach am Main

Bürgel (Stadt Offenbach am Main) —— 621
Rahel Blum, Fani Gargova und Tilmann Gempp-Friedrich

Offenbach am Main —— 635
Rahel Blum, Tilmann Gempp-Friedrich, Kamila Lenartowicz und Stefanie Nathow

Anhang

Allgemeines Literaturverzeichnis —— 667

Abkürzungsverzeichnis —— 671

Glossar —— 673

Ortsregister —— 679

Namensregister —— 683

Zerbrechliche Nachbarschaft. Zur historiographischen Bedeutung und Gegenwartsrelevanz des Synagogen-Gedenkbuchs Hessen

Einleitung

Christian Wiese

Der Begriff der „zerbrechlichen Nachbarschaft“

Die Entscheidung, ein Werk, das sich der Erforschung und Dokumentation der Geschichte der jüdischen Gemeinden und ihrer Synagogen auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen vom Mittelalter bis ins zwanzigste Jahrhundert widmet, unter den Titel der „zerbrechlichen Nachbarschaft“ zu stellen, ist mit einer Reihe von Implikationen verbunden. Sie stellt das ambitionierte Werk eines umfassenden Synagogen-Gedenkbuchs für diese Region in einen zweifachen Zusammenhang. Zu nennen ist erstens der Kontext der Historiographie zur hessisch-jüdischen Geschichte, deren Entwicklung vom späten achtzehnten Jahrhundert bis zur Gegenwart J. Friedrich Battenberg in diesem Band kenntnisreich entfaltet. Der Bogen reicht von frühen Arbeiten nichtjüdischer Autoren im Kontext der Aufklärung über die zahlreichen Werke jüdischer Historiker der Wilhelminischen Zeit und der Weimarer Republik, die mit ihren Darstellungen dem zeitgenössischen Antisemitismus entgegenzutreten suchten, und der perfiden Verdrängung der jüdischen Forschung durch nationalsozialistisch gesinnte Autoren bis zur Etablierung einer neuen Forschungslandschaft, die zunächst von jüdischen, vielfach auch israelischen Historikern geprägt war und zu der seit den 1960er Jahren auf dem Wege zu einer integrativen Geschichtsschreibung auch nichtjüdische Forscher:innen und Institutionen auf der Grundlage grundlegender Archivstudien wesentlich beigetragen haben. Hier ist weder der Ort, die Forschungsgeschichte darzustellen, auf der das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“, aus dem der vorliegende Band als erstes Erzeugnis hervorgegangen ist, aufbaut, noch können im Rahmen dieser Einleitung auch nur Grundzüge der wechselvollen und reichen jüdischen Geschichte in Hessen skizziert werden. Sowohl Battenberg als auch Fritz Backhaus in seinem konzisen Überblick über jüdisches Leben in Süd- und Oberhessen vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert und Andreas Gotzmann in seinen differenzierten Ausführungen über die Entwicklung und Wandlungsprozesse der jüdischen Gemeinde als der zentralen Organisationsform der jüdischen Minderheit in Hessen von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Weimarer Zeit akzentuieren jedoch einen für die folgende Argumentation wesentlichen Aspekt: die starke wirtschaftliche und kulturelle Verflochtenheit und Verquickung der jüdischen mit der christlichen Bevölkerung und die enge Nachbarschaft, die trotz ihrer religiösen Differenz und der wechselseitigen Fremdheit und Vorbehalte, die ihre Beziehungen über die Jahrhunderte bestimmten, zwischen ihnen bestand, ungeachtet der Perioden von Verfolgung und Gewaltausbrüchen – eine immer wieder prekäre Nachbarschaft, der erst die nahezu vollständige Auslöschung allen jüdischen Lebens während der Zeit des Nationalsozialismus ein Ende machte. Was hier mit Blick auf Hessen zu sagen ist, gilt, wie die interdisziplinären Forschungen der vergangenen Jahrzehnte auf vielfältige Weise im Detail deutlich gemacht haben, für die deutsch-jüdische Geschichte seit dem Mittelalter insgesamt: Geistes- und Kulturgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Antisemitismusforschung, Emotions- und Mentalitätsgeschichte und vor allem auch die Alltagsgeschichte und Lokal- und Regionalgeschichte zeigen, dass weder idealisierte Bilder einer „deutsch-jüdischen Symbiose“ noch eine teleologische Deutung, die die Geschichte der deutschen Juden von ihrem gewaltsamen, katastrophalen Ende her liest, ihrer Mannigfaltigkeit, ihren Kontinuitäten, Wandlungen und Zäsuren gerecht werden können.[1] Der mikrogeschichtliche Ansatz, den ein historisches Werk zur Geschichte der Synagogen in Hessen ermöglicht und der sich der Interpretation der deutsch-jüdischen „Nachbarschaften“ widmet, die im Spiegel dieser Geschichte in ihrer ganzen Komplexität und Ambivalenz sichtbar werden, ist einer der Wege, neues Material dafür zu erarbeiten, diese Erkenntnis weiter historisch zu konkretisieren und in eine breitere Öffentlichkeit zu vermitteln.

Das Motiv der „zerbrechlichen Nachbarschaft“ verweist über die unmittelbaren Zusammenhänge der deutsch-jüdischen Historiographie hinaus zweitens auf den breiteren Kontext einer religionsbezogenen Forschung, die die Geschichte und Gegenwart religiöser, kultureller und gesellschaftlicher Beziehungen zwischen unterschiedlichen religiösen Traditionen und Gemeinschaften mit dem multidisziplinären Theoriekonzept der „Nachbarschaft“ zu analysieren unternimmt. Auf diese Weise wird das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“, das sich eingehend mit den Beziehungen der jüdischen Minderheits- und der weitgehend christlich geprägten Mehrheitsbevölkerung in unterschiedlichen Konstellationen der Geschichte, Kultur und politischen Wirklichkeit des heutigen Bundeslandes Hessen befasst, in einem übergreifenden methodisch-theoretischen Forschungszu-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-001

sammenhang verortet. Leitend sind dabei die Perspektiven eines hessischen Forschungsverbunds, der sich seit einigen Jahren unter dem Titel „Dynamiken des Religiösen: Ambivalente Nachbarschaften zwischen Judentum, Christentum und Islam in historischen und gegenwärtigen Konstellationen“ dem Unterfangen widmet, das Konzept der religiös-kulturellen und politisch-sozialen „Nachbarschaft“ zu einer umfassenden Kategorie für die interdisziplinäre Religionsforschung insgesamt zu entwickeln. Der Gewinn ist ein wechselseitiger: Stellt die Erforschung der „ambivalenten Nachbarschaften“ zwischen den drei monotheistischen Religionen dem Synagogen-Projekt – ungeachtet des Fokus des Letzteren auf dem jüdischen Leben in einer mehrheitlich christlichen Gesellschaft – hilfreiche Instrumentarien für die Interpretation seines spezifischen historischen Gegenstands und Materials zur Verfügung, so bietet die systematische Erforschung dieser sich über viele Jahrhunderte wandelnden Beziehungsgeschichte unter dem Aspekt ihrer Zerbrechlichkeit die Möglichkeit, als bedeutsames historisches Fallbeispiel das Element der *Ambivalenz* religiös-kultureller „Nachbarschaft“ genauer auszuleuchten.

In Anknüpfung an die grundlegenden Thesen des Historikers David Nirenberg, dem zufolge sich die Beziehungen der drei *neighboring faiths*, Judentum, Christentum und Islam, seit der Entstehung dieser religiösen Dreieckskonstellation allein aus der Dynamik konkreter kultureller und politischer – vielfach auch konflikthafter – Nachbarschaftsverhältnisse heraus verstehen lässt, die sich historisch in engster räumlicher wie religiöser Nähe zueinander entwickelt und beständig im Angesicht des jeweils „Anderen“ definiert haben,[2] zielt das Projekt „Dynamiken des Religiösen“ auf eine differenzierte interdisziplinäre Erforschung ihrer vielfältigen religiösen, kulturellen und sozialen Beziehungen und Verflechtungen in diversen Konstellationen in Geschichte und Gegenwart. Der relationale Begriff der „Nachbarschaft“ erlaubt es zudem – abgesehen von seinem unmittelbar sozialräumlichen Akzent auf dem Zusammenleben unterschiedlicher Traditionen und Gemeinschaften[3] – durch seine offenen metaphorischen Bedeutungsebenen – die Nähe, Zugehörigkeit, Begegnung und Vertrautheit ebenso implizieren wie Phänomene der Distanz, Abgrenzung, Polemik und Gegnerschaft bis hin zur Gewalt – den grundlegend ambivalenten Charakter inter- oder multireligiöser Nachbarschaften in spezifischen historischen und geografischen Kontexten herauszuarbeiten.[4]

Mehrere Facetten des multiperspektivischen Konzepts der „Nachbarschaft“ machen dessen Relevanz für das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ aus. Erstens konkretisiert es, was die interreligiöse Forschung mit Blick auf „Nachbarreligionen“ mit Begriffen wie „coproduction of religious communities“[5] oder anderen Theoriemodellen kennzeichnet, die einen zentralen Aspekt des Relationalen in besonderer Weise hervorheben: das dynamische Wechselspiel von Verflechtungen, Interdependenzen, Transformationen, Demarkationen und Grenzüberschreitungen zwischen religiös-kulturellen Ideen, Wissensbeständen und Praxen sowie die dabei wirksamen Prozesse von Übersetzung, Kulturtransfer, Aneignung, Transformation oder Hybridität, die sich vielfach in unmittelbarer sozialer und kultureller Nähe zueinander und in Alltagskontakten vollziehen.[6]

Die neuere kulturgeschichtliche Forschung im Bereich der jüdischen Geschichtsschreibung hat dazu methodische Einsichten formuliert, die auch für den Interpretationsansatz des Projekts „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ bedeutsam sind. Als durch Migrationsprozesse bestimmte transnationale Kulturen *par excellence* mit langer Diaspora-Geschichte in christlichen ebenso wie in islamischen Gesellschaften eignen sich die vielfältigen „Judentümer“ unterschiedlicher Epochen – und so auch die jüdische Minorität in Hessen – als wichtiger Forschungsgegenstand, an dem sich diese Prozesse kultureller Verflechtung unterschiedlicher religiös-kultureller Gemeinschaften anhand konkreter Konstellationen explizieren lassen. Unabhängig davon, ob man den Begriff des „Kulturtransfers“ präferiert, der eher den einseitigen Austausch kultureller Objekte zwischen einer „Ausgangs-“ und einer „Zielkultur“ beschreibt,[7] den Begriff des „kulturellen Austauschs“ verwendet, der die Multidirektionalität des Vorgangs betont,[8] oder aber lieber von *entangled* bzw. *shared* oder *connected histories*,[9] *histoire croisée*[10] bzw. *transcultural history*[11] spricht, d. h. weniger von fest voneinander abgrenzbaren Kulturen als vielmehr von dynamischen Prozessen interkultureller Verflechtung, an denen viele Akteure auf verschiedenen Ebenen beteiligt sind: In ihrer Anwendung auf die jüdische Geschichte haben sich diese Konzepte vor allem deshalb als fruchtbar erwiesen, weil sie unterschiedliche Facetten der Beziehung jüdischer Gemeinschaften zu ihrer jeweiligen Umwelt aufzeigen, so etwa auch mit Blick auf den Kulturaustausch zwischen christlichen und jüdischen Gemeinschaften im mittelalterlichen *Aschkenas*.[12] Auf ähnliche Weise lassen sich die Linien hinsichtlich der Prozesse der kulturellen Interaktion jüdischer Minoritäten mit christlich dominierten Gesellschaften seit der Frühen Neuzeit ziehen.[13]

Für die Geschichte jüdischen Lebens in Hessen mindestens so wichtig ist der Aspekt der nachbarschaftlichen Dynamiken der Realgeschichte sozialräumlichen Zusammenlebens,[14] der die dabei zu beobachtenden jüdisch-christlichen Beziehungen kennzeichnet und sich auf dem Wege historischer, kulturanthropologischer, soziologischer oder wirtschaftsgeschichtlicher Forschungen zu urbanen wie

nicht-urbanen „*topographies of faith*“ erforschen lässt.[15] Zur „Nachbarschaft“ als sozialer Organisation räumlicher Kohabitation[16] gehören gewöhnlich Aspekte der Materialität wie Kleidung, Ernährung, Wirtschaftskontakte, Architektur, Feste und Rituale ebenso wie insgesamt die Grenzen und Spielräume physischer und symbolischer Interaktion in Kontaktzonen räumlicher Nähe.[17] Katrin Keßler und Ulrich Knufinke beschreiben in ihrem Beitrag zu diesem Band die besondere Bedeutung der Synagogen in diesem Kontext, so auch die historische Aussagekraft ihrer sich im Laufe der Zeit wandelnden Architektur und Verortung im Stadtbild für eine Deutung der Stellung der jüdischen Minderheit in der Mehrheitsgesellschaft. Hier sei nur ein Beispiel angeführt: Die erstmals in der Mitte des zwölften Jahrhunderts erwähnten Frankfurter Jüdinnen und Juden lebten in unmittelbarer räumlicher Nähe zu ihren christlichen Nachbarn; ihre Synagoge befand sich in der Nähe des Doms. Ihre rechtliche Stellung und ihre wirtschaftliche wie soziale Lage waren in der mittelalterlichen Messe- und Handelsstadt anfänglich relativ günstig.[18] Ein beständiger Kontakt mit der christlichen Gesellschaft bestand nicht nur aufgrund der nachbarschaftlichen Wohnstätten, die keiner stadträumlichen Trennung unterlagen, und auf der Ebene von Geschäftsbeziehungen, sondern nicht zuletzt in Form vielfältiger alltäglicher Begegnungen – etwa bei gemeinsamen Festen und Vergnügungen. Das schützte sie jedoch nicht vor Verfolgung, Vertreibung und Zwangstaufen im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert und – nach erneuter Ansiedlung mitten in der Stadt – vor ihrer Verdrängung in eine separate Gasse an der nordöstlichen Stadtmauer im Jahre 1462, die „Judengasse“, die den Beginn der Begrenzung der jüdischen Bevölkerung auf ein Ghetto markierte und schwerwiegende soziale und wirtschaftliche Restriktionen mit sich brachte.[19] Erst seit 1796, als der Ghettozwang aufgehoben wurde, konnten sich Jüdinnen und Juden wieder in anderen Teilen der Stadt ansiedeln und dort im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert neue Synagogen und Bethäuser errichten.

Zum Verständnis alltäglicher Nachbarschaftskonstellationen gehört insbesondere immer auch die Analyse spezifischer Faktoren religiös-kultureller Ambiguität unter den Bedingungen religiöser, kultureller und ethnischer Heterogenität:[20] Erfahrungen von Hospitalität,[21] Konvivialität,[22] aber auch von strikten Grenzen und Differenz, von Fremdheit,[23] Exklusion und Segregation, Ghettoisierung und Enklaven, Verfolgungen, Vertreibungen und Gewalt prägten auch die historischen Erfahrungen von Jüdinnen und Juden in Hessen zu unterschiedlichen Zeiten, im Mittelalter ebenso wie in der Frühen Neuzeit und in der Moderne. Damit kommt nicht zuletzt das komplexe Spannungsfeld von Religion und Politik als Interpretament mit ins Spiel. Soziologische und politikwissenschaftliche Annäherungen an den Begriff der „Nachbarschaft“ zeigen, dass dieser zwischen dem Ideal solidarischer Gemeinschaft[24] und der Erfahrung von Differenz, Distanz, Diskriminierung und Feindseligkeit[25] bis hin zu extremer Gewalt oszilliert. Gängige Vorstellungen von „guter Nachbarschaft“ als Ort von Zugehörigkeit und sozialer Nähe können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich – historisch wie gegenwärtig – Prozesse kultureller Verflechtung und das Zusammenleben religiös differenter Gemeinschaften nicht in machtfreien Räumen, sondern unter jeweils spezifischen politischen Bedingungen sowie im Kontext gesellschaftlicher Mehrheits- und Machtverhältnisse vollziehen, in denen religiöse Differenz permanent ausgehandelt wird. Die einleitenden Aufsätze von Backhaus und Gotzmann zeigen, dass das Spektrum dieser Prozesse von Diskriminierung, Zwang, Vertreibung und Mord bis zu Phasen der friedlichen Koexistenz, der Gewährung rechtlicher Autonomie oder der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft reichte.

Synagogen-Gedenkbuch Hessen – Kontexte, Ziele, Quellen und Vorgehensweise

Was die regionalgeschichtliche Forschung betrifft, so steht das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ in einem mehrfachen, vielschichtigen Forschungszusammenhang. Dazu gehören einmal die bisher in den vergangenen 25 Jahren im deutschsprachigen Raum publizierten Werke zu jüdischen Gemeinden und ihren Synagogen außerhalb von Hessen. Ausgangspunkt dieser zahlreichen Projekte, die allerdings noch nicht für alle relevanten Regionen durchgeführt worden sind, war das Anliegen, angesichts des schmerzhaften Wissens um die während der Zeit des Nationalsozialismus unwiederbringlich zerstörten architektonischen Zeugnisse jahrhundertelangen jüdischen Lebens die historische Kenntnis der Geschichte der Synagogengebäude, der vielfältigen jüdischen Gemeindegeschichten, aber auch der Geschichte von Zerstörung und Vertreibung bis hin zum Völkermord in Erinnerung zu bewahren und im Detail für die Nachwelt zu dokumentieren. Die Intention der historischen Rekonstruktion und der Wille, die mit den Synagogen verbundenen jüdischen Gemeinden und jüdischen Menschen, die dem Vernichtungswillen des Nazi-Regimes zum Opfer gefallen sind, nicht dem Vergessen preiszugeben, sondern sie – auch um der Gegenwart willen – zu erinnern, hingen dabei jeweils eng miteinander zusammen. Die Anregungen dazu kamen zunächst von außen, vermittelt insbesondere durch die Initiativen des Jerusalemer Gelehrten Meir Schwarz (1926–2022), des Direktors des 1985 gegründeten Jerusalemer Instituts Syn-

agogue Memorial „Beit Askenaz“, das sich die Bewahrung der Erinnerung an das deutsche Judentum sowie an die Traditionen und Leistungen deutscher Jüdinnen und Juden in Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zum Ziel setzte. Aus seiner Zusammenarbeit mit akademischen Partnerinstitutionen in Deutschland und Österreich entstanden die Synagogengedenkbücher, die seit den 1990er Jahren unter dem Dach der Reihe *Gedenkbuch der Synagogen in Deutschland* erschienen sind.

Der 1999 publizierte umfangreiche Band zu Nordrhein-Westfalen ist im klassischen Sinne ein Synagogen-Gedenkbuch, das sich bei der Dokumentation der 379 Synagogen, die 1938 zerstört wurden oder während der Zeit des Nationalsozialismus unter Zwang verkauft werden mussten, weitgehend auf die NS-Zeit konzentriert und auf engem Raum jeweils lediglich kurz die Geschichte der jüdischen Gemeinden und die Bauhistorie zusammenfasst.[26] Die Texte sind knapp gehalten, nennen meist den Namen des Architekten sowie das Datum der Weihe der Synagogen und beschreiben deren Innenraum; die Quellenforschung beschränkt sich gewöhnlich weitgehend auf vorhandenes Bildmaterial. 2005 folgte ein Band zu den 397 Synagogen in Rheinland-Pfalz und im Saarland, der wesentliche Basisdaten und knappe architektonische Beschreibungen enthält,[27] 2007 dann – als Teil eines zweiteiligen Werkes, dessen erster Band eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Juden im südwestdeutschen Raum bietet – ein alphabetisch geordnetes Nachschlagewerk zu den 281 Synagogen in Baden-Württemberg.[28] Das 2012 erschienene Gedenkbuch zu den jüdischen Gemeinden Österreichs und ihren 60 Synagogen und 87 Betsälen bzw. privaten Bethäusern bietet lediglich kurze Informationen und verzichtet, wie auch die bereits erwähnten Werke, auf historische Quellenforschung und einen entsprechenden wissenschaftlichen Apparat.[29] Außerhalb der Gedenkbuch-Reihe war bereits 1998 die vom Landesamt für Denkmalpflege herausgegebene Veröffentlichung *Synagogen in Sachsen-Anhalt* erschienen. Der Schwerpunkt liegt auf der architekturhistorischen Beschreibung und der topografischen Erfassung der Gebäude, während Aspekte zur Gemeindegeschichte unberücksichtigt blieben.[30]

Einen deutlich anderen Charakter weist das mit mehr als 4.000 Seiten monumentale Werk *Mehr als Steine … Synagogen-Gedenkband Bayern* auf, das zwischen 2007 und 2022 ebenfalls in der von Meier Schwarz begründeten Reihe erschienen ist und in weit umfangreicherer Weise die jüdische Geschichte der über 200 Orte dokumentiert, in denen es um 1930 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Bayern Synagogen und Beträume gab.[31] Leitend war dabei vor allem die Prämisse, dass es sich dabei eben nicht lediglich um steinerne Gebäude handelte, sondern um Orte lebendigen jüdischen Lebens, Lernens, Betens und Feierns, um Symbole jüdischer Existenz über Jahrhunderte. Entsprechend wurde in diesem Projekt das Konzept knapper, oft lexikalisch anmutender Einträge durchbrochen und durch detailreiche Ausführungen auf der Grundlage einer Fülle von Quellen und neu erschlossenen Archivalien ersetzt. Eine interdisziplinäre Gruppe aus den Feldern der Kunst- und Architekturgeschichte, Judaistik, Geschichtswissenschaft und Theologie bietet in den Artikeln einen Überblick über die Geschichte und das Gemeindeleben, insbesondere unter den Aspekten des Zusammenlebens während der unterschiedlichen Epochen in den Städten und Dörfern. Ein eigener Abschnitt behandelt die Ereignisse um die Reichspogromnacht, die Deportationen und die Entwicklung nach 1945. Mit diesem Ansatz ist der Synagogen-Gedenkband Bayern zum Vorbild und Maßstab zukünftiger solcher Projekte geworden.

Daran knüpft nun auch das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ an und erfüllt damit das dringende Desiderat, auf der Grundlage der neuesten Forschung ein umfassendes Werk für das Bundesland Hessen vorzulegen, auf dessen Territorium in dem gesamten Zeitraum vom Mittelalter bis 1938 insgesamt ca. 450 Synagogen zu dokumentieren sind. Wie aus dem Beitrag von J. Friedrich Battenberg zu ersehen ist, erlaubt es der Forschungsstand, dabei auf grundlegende historische Werke, Nachschlagewerke, Quelleneditionen und Bibliographien zur Geschichte der Juden in Hessen, lokalhistorische Studien zu einzelnen Gemeinden, aber auch auf wichtige etablierte Forschungsinitiativen und -projekte zurückgreifen, die allerdings eine neuere und wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung der Geschichte der jüdischen Gemeinden Hessens nicht ersetzen. Erwähnt sei hier lediglich der wichtige Band, den Thea Altaras 1988 unter dem Titel *Jüdische Synagogen und rituelle Tauchbäder in Hessen – was geschah seit 1945* vorgelegt hat und der 2007 in einer erweiterten Neuauflage erschienen ist.[32] Dabei handelt es sich im Wesentlichen um ein Nachschlagewerk, das den Schwerpunkt auf die Synagogengebäude legt und relativ begrenzte Informationen zu den Gemeinden enthält. Zudem beschränkt er sich auf die nach 1945 noch bestehenden Gebäude und legt den Akzent auf die Frage nach dem Umgang mit ihnen.

2008 hat die Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen ein Vorhaben begonnen, das die Synagogen im heutigen Hessen in Einzelartikeln erfasst und in Kooperation mit dem Hessischen Institut für Landesgeschichte in Marburg zur Publikation in elektronischer Form vorbereitet bzw. zum Teil bereits sukzessive im Landesgeschichtlichen Informationssystem Hessen (LAGIS) veröffentlicht hat.[33] Damit entsteht nach und nach ein grundlegendes Nachschlagewerk mit wesentlichen Basisdaten. Jeder Ort

erhält einen eigenen, mit einem Fußnotenapparat abgeschlossenen Artikel. Einleitende elementare Hinweise geben Auskunft über die Ersterwähnung von Juden, ihre religiöse Ausrichtung und die räumliche Lage der Synagoge, die mit weiteren LAGIS-Modulen wie dem Ortslexikon des Landes Hessen und den historischen Kartenwerken verlinkt ist. Die Beiträge bieten in der Regel einen kurzen historischen Abriss, der sich sowohl der historischen Entwicklung der Stadt bzw. des Dorfes wie auch der Geschichte der dortigen jüdischen Gemeinde widmet, gefolgt von Ausführungen über die Synagogen bzw. Betsäle, von der frühesten Erwähnung bis zur heutigen Nutzung und einer Beschreibung der Architektur. Kurz werden sodann weitere Einrichtungen wie das Gemeindehaus, die Schule, die Mikwe und der Bestattungsort beschrieben. Unter dem Punkt „Friedhöfe“ wird eine Verlinkung zu dem LAGIS-Modul „Jüdische Grabstätten“ geboten. Der letzte Abschnitt dient dem Nachweis der verwendeten Quellen und Literatur, die mit den im ArchivInformationssystem (Arcinsys) vorhandenen Beständen sowie mit Literaturtiteln im Hessischen BibliotheksInformationsSystem HeBIS verknüpft sind und direkt online aufgerufen werden können. Damit liegen bedeutsame Vorarbeiten vor, auf die sich das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ systematisch bezieht, deren Ergebnisse es rezipiert und zu dem es sich als umfassendes Forschungsprojekt mit einem deutlich unterschiedenen Format komplementär verhält. Beide Projekte sind durch einen Kooperationsvertrag aufeinander bezogen, der als Teil der engen Zusammenarbeit vorsieht, dass die bereits publizierten Beiträge des Moduls „Synagogen in Hessen“ in LAGIS durch die neu erarbeiteten Daten und Erkenntnisse ergänzt werden und für Synagogenstandorte, für die dort bisher keine Beiträge vorliegen, die Artikel des *Synagogen-Gedenkbuchs Hessen* die Grundlage für die zu erarbeitenden LAGIS-Artikel bilden. Auf diese Weise entstehen zwei parallele, einander ergänzende Projekte mit unterschiedlichem Zuschnitt und Zielpublikum.

Eine wesentliche Differenz besteht dabei nicht nur in dem im Folgenden kurz beschriebenen Forschungskonzept und in der Architektur der geplanten Bände, sondern auch in der Quellengrundlage. Insgesamt besteht hinsichtlich der Quellen eine umfangreiche, allerdings auch weit verstreute Überlieferung zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Hessen in hessischen, deutschen und internationalen (insbesondere israelischen) Archiven. Diese ist bisher nur teilweise in die vorhandene Literatur eingeflossen, wobei der Schwerpunkt deutlich auf den Beständen des Hessischen Staatsarchiv mit seinen drei Standorten in Wiesbaden, Marburg und Darmstadt lag. Neu in den Vordergrund tritt im Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ die systematischere Erschließung der vielfach heterogenen Bestände von Städten, Dörfern und Gemeinden, darunter Baupläne, Korrespondenzen, persönliche Nachlässe, Fotosammlungen und lokale Chroniken. Als außerordentlich wichtig haben sich darüber hinaus jedoch die vielfach noch unerschlossenen Archivbestände in regionalen, nationalen und außereuropäischen Institutionen erwiesen, die für eine Gemeindegeschichte unter Berücksichtigung kultur-, sozial- und wirtschaftshistorischer Aspekte unerlässlich sind. Ohne an dieser Stelle die relevanten Archive vollständig verzeichnen und ihre Bestände darstellen zu können, seien zumindest die wichtigsten genannt, deren Material zum Teil auch in den vorliegenden Band eingeflossen ist. In den *Central Archives for the History of the Jewish People* (CAHJP) in Jerusalem liegen z. B. Teile der ehemaligen Gemeindearchive, Archive einiger Rabbinate, Archive der Landjudenschaft Hessen-Darmstadt, die Akten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO), denen umfangreiches Augenzeugenmaterial beigefügt ist, aber auch die Bestände jüdischer Organisationen und private Nachlässe, die einen unverzichtbaren internen Blick in die Gemeindegeschichte ermöglichen. Die *Stiftung Neue Synagoge Berlin – Archiv Centrum Judaicum* bewahrt den in Deutschland verbliebenen Rest der Gemeindearchive (ca. 55 hessische Gemeinden) auf, aber auch Archivalien unterschiedlicher Rabbinate und Gemeindeverbände, des Verbandes der deutschen Juden und des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes. Das *Archiv des Leo Baeck Instituts New York* umfasst persönliche Nachlässe, Lebenszeugnisse, aufgezeichnete Interviews und kommentierte Bildersammlungen, zum Teil auch große Familienarchive, die bis in das 17. Jahrhundert zurückreichen. Die Bestände der *Yad Vashem Archives, Jerusalem* umfassen ebenfalls Materialien mit expliziten Bezügen zur Gemeindegeschichte und zu Synagogen in Hessen. Das *Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin* enthält maßgebliche Dokumente für die Zeit der preußischen Provinz Hessen-Nassau (1866–1944), die sich auf jüdische Angelegenheiten beziehen, insbesondere in den Überlieferungen des Kultusministeriums und des Innenministeriums. Weitere relevante Quellen finden sich u. a. im Jüdischen Museum Frankfurt am Main, im Jüdischen Museum Berlin, im Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland in Heidelberg sowie im United States Holocaust Memorial Museum, Washington, D.C., und in zahlreichen kirchlichen Archiven in Hessen. Darüber hinaus existiert eine Reihe internetgestützter Datenbanken, die Informationen zu hessischen Synagogen und jüdischen Gemeinden enthalten. Hierzu zählen vor allem die Onlineportale *Alemannia Judaica* (wird nicht mehr weitergeführt) und *Jewish Places*, in denen sich Informationen zu hessischen Synagogen und jüdischen Gemeinden finden.

Auch wenn sicher nicht alle diese Archivbestände systematisch erschlossen werden können, kristallisiert sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt heraus, dass sie wichtiges Material für das Unterfangen zur Verfügung stellen, neue, originelle Schritte in der Erforschung der jüdischen Geschichte in Hessen zu vollziehen. Hauptziel des Vorhabens ist die erste umfassende Erforschung sowie textliche und bildliche Dokumentation insbesondere der jüdischen Gotteshäuser, die um 1930 auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen noch zu gottesdienstlichen Zwecken genutzt wurden, wobei – wo möglich – auch jene Synagogen mit einbezogen werden, die sich seit dem Mittelalter nachweisen lassen, auch wenn sie zwischenzeitlich nicht mehr als solche fungierten. Dabei werden die sehr unterschiedlichen Synagogen und Bethäuser als Kristallisationspunkte der jüdischen Geschichte in den Städten und ländlichen Regionen Hessens in ihrer ganzen Vielfalt sowie der Geschichte der lokalen jüdisch-nichtjüdischen Beziehungen verstanden. Auf der Grundlage eingehender Recherchen in den genannten Archiven erforscht das Projekt die Geschichte, Architektur und Ausstattung der Synagogen, ebenso die Geschichte der Gemeinden und ihrer Institutionen wie Rabbinat, Mikwe, Schule und Friedhof von den mittelalterlichen Anfängen bis zur Reichspogromnacht 1938, mit einem Ausblick auf das Schicksal der Synagogen nach 1938 und den Umgang mit den ehemaligen jüdischen Bauwerken nach 1945. Intendiert ist weit mehr als ein gut dokumentiertes Nachschlagewerk: Besonderes Gewicht erhält die Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Christen, das durch Jahrhunderte der Austreibung und Verfolgung, aber auch der Interaktion und friedlichen Koexistenz geprägt war, aber auch die reiche soziale, kulturelle und wirtschaftliche innerjüdische Geschichte, die sich unter diesen Bedingungen entfaltete. Dazu gehören, was unmittelbar die Synagogen und das jüdische Gemeindeleben insbesondere seit der Emanzipationszeit betrifft, auch die dort stattfindenden Diskurse, Konflikte und Aushandlungsprozesse hinsichtlich der religiösen Ausrichtung der Gemeinden und die Auseinandersetzungen mit den Herausforderungen und Chancen der Moderne. Das Projekt versucht dabei beiden wesentlichen Anforderungen an die Geschichtsschreibung zum deutschsprachigen Judentum gerecht zu werden – dem Anliegen einer integrativen Geschichte, die jüdisches Leben und jüdische Kultur als Teil der deutschen Geschichte versteht und selbstverständlich das Verhalten der nichtjüdischen Gesellschaft und Behörden zum Gegenstand hat, zumal die Lebenswirklichkeit der jüdischen Minderheit davon in hohem Maße bestimmt wurde, aber zugleich auch hinsichtlich der Auswahl der Quellen die jüdische Perspektive und die innerjüdischen Dynamiken angemessen zu gewichten. Insgesamt soll die Auswertung der Materialien, die im Forschungsprozess eine Rolle spielen – Archivalien, historischen Photographien, Sekundärliteratur, Recherchen von Lokalhistoriker:innen und, soweit zugänglich, die Stimmen von Zeitzeug:innen –, dazu dienen, die jüdische Gemeinde- und Synagogenhistorie auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage zu stellen, weitere historische Detailforschung anzuregen und die Forschungsergebnisse für eine breite Öffentlichkeit sowie für einschlägige Bildungskontexte zur Verfügung zu stellen.

Bei dem vorliegenden Teilband handelt es sich um den ersten in einer Reihe von voraussichtlich neun großformatigen Text-Bild-Bänden im Album-Format, in denen die Geschichte der jüdischen Gemeinden und ihrer Synagogen strukturiert zunächst nach Regierungsbezirken und innerhalb dessen in alphabetischer Ordnung präsentiert wird. Dabei handelt es sich um Bände zum Regierungsbezirk Darmstadt (Stadtkreise Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden, Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunus, Main-Kinzig, Main-Taunus, Odenwald, Offenbach, Rheingau-Taunus, Wetterau), zum Regierungsbezirk Gießen (Landkreise Marburg-Biedenkopf, Vogelsberg, Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg) und zum Regierungsbezirk Kassel (Stadtkreis Kassel, Landkreise Kassel, Waldeck-Frankenberg, Schwalm-Eder, Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg, Fulda). Der Stadt Frankfurt (mitsamt ihren historischen Vororten), die aufgrund ihrer Größe und maßgeblichen Bedeutung für die jüdische Geschichte in Deutschland sowie mit Blick auf die Anzahl ihrer Synagogen eine Besonderheit darstellt, wird ein eigener Band gewidmet sein. Ziel ist es jeweils, durch einleitende übergreifende Essays zu grundlegenden Aspekten der Geschichte der Juden in Hessen, zur jüdisch-nichtjüdischen Beziehungsgeschichte, zur Architektur-, Religions- und Wirtschafts- und Sozialgeschichte, durch gut lesbare, abwechslungsreiche Artikel zu den Gemeinden und Synagogen und eine ansprechende grafische Gestaltung sowie durch die Einbeziehung von geeignetem Bildmaterial auch ein breites Publikum anzusprechen.

Der Umfang der Einzelartikel richtet sich dabei nach der Bedeutung der Gemeinde, nach der architekturhistorischen Bedeutung der jeweiligen Synagogengebäude und nicht zuletzt nach dem Umfang des vorhandenen Archivmaterials. In der Regel wird zunächst die Geschichte der betreffenden jüdischen Gemeinde von ihrer Entstehung bis zu ihrer Zerstörung im Nationalsozialismus dargestellt, wobei die Entwicklung der Synagogengebäude, der weiteren zur Gemeinde gehörenden religiösen Einrichtungen und der Gemeindeorganisation den roten Faden darstellt. Im Zentrum der Darstellung steht das Verhältnis von jüdischer Gemeinde und jüdischer Bevölkerung zur

Umgebungsgesellschaft. Separate Unterabschnitte werden jeweils die Architektur und Ausstattung der Synagogen, das Schicksal der Synagogen, der jüdischen Gemeinden und der jüdischen Bevölkerung während des Nationalsozialismus sowie die Geschichte der Synagogengebäude nach 1945 und die Erinnerung an die Synagoge, die Gemeinde und an jüdische Bewohner:innen des Ortes behandeln. Jeder Beitrag wird durch statistische Angaben über die Zahl der jüdischen Einwohner und ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis abgeschlossen. Glossar, Register und Übersichtskarten runden die Bände ab. Die einzelnen Bände des Synagogen-Gedenkbuchs werden im Open Access-Verfahren zugänglich gemacht, die wesentlichen Forschungsergebnisse fließen, wie oben dargelegt, in das Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS) ein und werden auch auf diesem Wege für die breitere Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Implikationen für die pädagogische Praxis, die Gedenkkultur und den christlich-jüdischen Dialog

Der vorliegende Teilband und die weiteren geplanten Bände des Projekts „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ erinnern, so ist deutlich geworden, an das alltägliche Zusammenleben von Christen und Juden in den diversen Regierungsbezirken, in urbanen Konstellationen wie in Frankfurt ebenso wie in Kleinstädten und in den Regionen, die durch das Landjudentum geprägt waren: an Momente guter Nachbarschaft, interreligiöser Begegnung, ökonomischer Interaktion und an die in der Moderne wachsende Hoffnung auf Gleichberechtigung und gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Partizipation, aber auch daran, wie zerbrechlich diese Phasen friedlicher Koexistenz waren und wie rasch sie auch Jahrzehnte vor dem Jahr 1933 in antijüdisch gefärbte Distanziertheit und Feindschaft umschlagen konnten, so etwa in der Zeit der antisemitischen Agitation während der Wirtschaftskrise im Gefolge der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871.[34] Die unterschiedlichen Geschichten der einzelnen Synagogengemeinden gewähren konkrete Einblicke in die Folgen von religiös motivierter Verfolgung im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, der bleibenden Virulenz tradierter Stereotype und der neu aufkommenden Formen des Rassenhasses; sie machen die Leerstellen schmerzhaft bewusst, die durch die Zerstörung jüdischen Lebens während der Zeit des NS-Regimes und der Schoa hinterlassen wurden. So versteht sich das Synagogen-Gedenkbuch über die historischen, kultur-, religions- und architekturgeschichtlichen Aspekte hinaus auch als ein Werk der Mahnung mit Blick auf die Gegenwart, der Aufklärung über und Prävention von Antisemitismus und als Beitrag zum Gedenken an die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte mit ihren fatalen Auswirkungen auch in Hessen. Von besonderer Bedeutung ist daher für das Projekt, dass es nicht bei der historischen Darstellung und Dokumentation verbleibt, sondern den Akzent zugleich auf die pädagogische und didaktische Aufbereitung der Forschungsergebnisse und Materialien für relevante Bildungskontexte legt.

Ein innovativer Aspekt, der das Forschungsprojekt im Vergleich zu bisher vorgelegten Synagogen-Gedenkbüchern in besonderer Weise auszeichnet, besteht daher in der geplanten pädagogischen Verwertung des Quellenmaterials im Rahmen eines vom Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen geförderten Begleitprojekts unter dem Titel „Erinnerung und pädagogische Vermittlung“. Erstmals soll im Rahmen eines solchen Projekts bereits im Zuge der historischen Forschung das Material zur Beschreibung der Gemeinden und ihrer Synagogen in den einzelnen Artikeln für die pädagogische Konzeption von Lehrmaterialien für den schulischen Geschichts- und Religionsunterricht und für den Bereich der außerschulischen Bildung und Erwachsenenbildung genutzt werden. Gerade ein Projekt, das die Synagogen des Landes Hessen ins Zentrum stellt und an die Gebäude erinnert, die vor der NS-Zeit Teil lokal gelebter Nachbarschaften waren, bevor sie geschändet, zerstört oder zweckentfremdet wurden, eignet sich in besonderer Weise dazu, die Bedeutung deutsch-jüdischer Geschichte für gegenwärtige Diskurse und Debatten zur Geltung zu bringen. Die Vermittlung der Forschungsergebnisse und die Erinnerung an die Synagogen ist demnach – über die rein historische Forschung hinaus – von hoher Bedeutung für die Zivilgesellschaft wie für deren Erinnerungskultur und erhält daher im Kontext des Projekts großes Gewicht.

Ein besonderes Augenmerk richtet sich zunächst vor allem auf schulische Kontexte in Hessen, und zwar mit Blick auf die besondere Bedeutung antisemitismuskritischer Bildungsarbeit[35] und interreligiösen wie interkulturellen Lernens[36] bereits in frühen Phasen des Bildungsweges junger Menschen sowie hinsichtlich der für den konkreten alltäglichen Sozialraum Schule in der pluralen Migrationsgesellschaft bedeutsamen Lernanforderungen. In pädagogischen Kontexten stellt sich die Herausforderung der Gestaltung des Miteinanders benachbarter religiöser und kultureller Gruppen sowie des Umgangs mit gegenläufigen Narrativen, Differenzen, Vorurteilen und Konflikten in besonderer Schärfe. Religiöse, kulturelle, sprachliche, ethnische und soziale Vielfalt sind dort alltäglich gelebte Realität. Das gilt auch für die Konfrontation mit den in den Medien präsenten religionsbezogenen Konfliktkonstellationen, darunter eine

sich ausbreitende Judenfeindschaft (und Muslimfeindlichkeit), wie sie in globalen sozialen Netzwerken zum Ausdruck kommen.[37] Die Analyse vorhandener Curricula, Lehrwerke und Unterrichtsmaterialien zeigt, dass Themen mit interreligiösen Bezügen im Religions- und Geschichtsunterricht zwar eine wichtige Rolle spielen, die Zugänge zum Thema Judentum, Christentum und Islam jedoch nicht selten isoliert auf eine der Religionen bezogen sind,[38] oder aber, dass dort, wo das Verhältnis der Religionen zur Sprache kommt, der Akzent vor allem auf dem Aspekt der Konfrontation und des Konflikts liegt, im Falle des Judentums vielfach mit einem vorrangigen Akzent auf der Verfolgungsgeschichte. Die Forschungen zu den Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen mit Hilfe der Analyse der sozialen Realität religiöser Nachbarschaft, ihrer konflikthaften Dynamiken und ihrer Potenziale für Formen der Konvivialität bietet ein wichtiges Instrument, um im schulischen Unterricht einerseits die Ursachen und Formen von Antisemitismus in konkreten historischen Kontexten zu thematisieren und andererseits das Lernen stärker auf die kulturelle Verflochtenheit und relationale Verbundenheit auszurichten.

Ziel des pädagogischen Teilprojekts ist es, auf diese Weise dazu beizutragen, effektivere Strategien zur Förderung des Zusammenlebens, interreligiöser Akzeptanz und des interkulturellen Verständnisses zu entwickeln. Als Zielgruppen stehen insbesondere Lehrer:innen und Lehramtsstudierende sowie Personen im Vordergrund, die bei kirchlichen und anderen Bildungsträgern Vermittlungstätigkeiten nachgehen und als Multiplikator:innen der erarbeiteten Wissensbestände namentlich in schulischen und außerschulischen Bildungskontexten wirken können. Die Geschichte der Synagogengemeinden Hessens bietet sich im Besonderen dafür an, Wissenslücken in beiden Bereichen zu füllen und die weiterhin stark auf den Nationalsozialismus und die Schoa fokussierten Lehrpläne der weiterführenden Schulen in Hessen, aber auch die Programme der Erwachsenenbildung um wesentliche Elemente eines Geschichtsbilds zu erweitern, welches das Zusammenleben von Juden und Christen, die Rolle von Jüdinnen und Juden als zu allen Zeiten eigenständig Handelnden und insbesondere als aktive Mitgestalter:innen der Moderne und Träger:innen einer pluralen Kultur darstellt. Auf diese Weise sollen den häufig vorherrschenden eindimensionalen Narrativen der Verfolgung sachgerechtere Inhalte entgegengesetzt und verengte Vorstellungen von homogenen oder gegeneinander abgeschlossenen Kulturen differenziert werden. Dazu benötigen Lehrkräfte und andere Multiplikator:innen bereits in der universitären Lehre und später in Fortbildungen und Workshops die notwendigen inhaltlichen und didaktischen Kenntnisse, um jüdische Geschichte in ihrer Vielgestaltigkeit und Komplexität, d. h. auch als jüdisch-christliche Beziehungsgeschichte, sachgerecht in unterrichtlichen Kontexten verhandeln und aktuellem Antisemitismus pädagogisch begegnen zu können. Die Erschließung und Aufarbeitung der historischen Quellen bietet zudem die Möglichkeit, antisemitische Traditionen und die historische Zäsur der Verfolgung und Vernichtung während des Nationalsozialismus in Hessen nach zeitgemäßen erinnerungspädagogischen Standards neu zu beleuchten; dies gilt es mit erinnerungskulturellen Veranstaltungen zu verbinden, die über die Vermittlung von Wissen über Juden und jüdische Geschichte in Hessen grundlegende gesamtgesellschaftliche Fragen hinsichtlich Religion, Menschenrechten und Migration bearbeiten und mit dem Ende der Zeitzeugenschaft der Überlebenden der Schoa zukünftige Formate zu Erinnerung und Verantwortung entwickeln. Erreicht werden können diese Ziele auf unterschiedlichen Wegen – neben der Erstellung von Lehrmaterialien u. a. durch lokale Schulprojekte zur jüdischen Geschichte Hessens, durch Workshops und Fortbildungen sowie die Konzeption einer Wanderausstellung. Im Laufe des Projekts werden zudem in Kooperation mit dem Fachgebiet Digitales Gestalten der TU Darmstadt virtuelle Rekonstruktionen ausgewählter hessischer Synagogen erstellt, die während der Zeit des Nationalsozialismus zerstört worden sind – sie erlauben es, didaktische Möglichkeiten zu entwickeln, in Schule, Erwachsenenbildung und Erinnerungsarbeit jüdische Geschichte und jüdisches Leben, aber auch deren Zerstörung auf neue Weise zu vermitteln und erlebbar zu machen.

Dass sich mit der Forschung zu den „zerbrechlichen Nachbarschaften“, die die jüdische Existenz in Hessen kennzeichneten, auch Impulse für Reflexionen über das Verhältnis von Judentum und Christentum in Geschichte und Gegenwart verbinden, mag ein kurzer Seitenblick auf das Werk des nahezu vergessenen jüdischen Historikers Raphael Straus (1887-1947) zeigen. Der Mediävist, der in seiner Jugend das Goethe-Gymnasium in Frankfurt absolviert hatte, legte in den 1920er und 1930er Jahren wichtige Forschungen und Quellensammlungen zur Geschichte des Zusammenlebens von Juden und Christen in Bayern vor, namentlich im mittelalterlichen Regensburg.[39] Er ging darin den Gründen der Vertreibung der Juden aus Regensburg im Jahre 1519 nach und untersuchte die damaligen christlich-jüdischen Beziehungen insbesondere unter dem Aspekt der allgemeinen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen gegen Ende der mittelalterlichen Epoche und nahm bereits damals Tendenzen der heutigen Forschung vorweg, die viel stärker auf Berührungspunkte, Verflechtungen, auf die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Koexistenz von Juden und Christen im Mittelalter achtet. In Jerusalem, wohin er während der Zeit des Nationalsozialismus

emigriert war, verfasste er dann Anfang der 1940er Jahre ein bis heute unveröffentlichtes Werk unter dem Titel *Apokatastasis. Eine friedvolle Betrachtung über Judentum und Christentum*.[40] Das umfangreiche Werk findet hier vor allem deshalb Erwähnung, weil es – in dunkler Zeit – in seiner historischen Deutung des jüdisch-christlichen Verhältnisses auf aufschlussreiche Weise ebenfalls mit dem Begriff der „Nachbarschaft" arbeitet. So interpretierte Straus Judentum und Christentum angesichts der zeitgenössischen antisemitischen Infragestellung der jüdischen Ursprünge des Christentums und der Konstruktion eines grundlegenden (theologischen und rassischen) Gegensatzes zwischen den beiden Religionen, die auch von zahlreichen christlichen Theologen geteilt wurde, als „Nachbarreligionen", die seit der Antike eng miteinander verflochten waren, und appellierte so beschwörend an die Solidarität des Christentums mit der verfolgten jüdischen Minderheit in Europa. Das frühe Christentum sei ursprünglich nichts anderes als eine lebendige Erscheinung jüdischen Glaubens gewesen und mit dem Judentum auf alle Zeit „dadurch eigentümlich verbunden, dass sein Gott einmal ein jüdischer Fischer gewesen war, seine ‚Mutter Gottes' eine jüdische Zimmermannsfrau, seine Propheten jüdische Männer von hier und dort, seine heilige Schrift und Lehre jüdischen Ursprungs, seiner und der Gesamtmenschheit Glück und Zukunft gebunden an das Glück und die Zukunft der Juden."[41]

Der Nachbarschaftsbegriff diente ihm jedoch auch dazu, die von dieser Verflochtenheit, aber auch von Zwistigkeiten, wechselseitigen Abgrenzungen und insbesondere der Machtgeschichte des Christentums geprägte Entwicklung des jüdisch-christlichen Verhältnisses nicht als eine im *Wesen* beider Traditionen verankerte notwendige Konfliktgeschichte, sondern im Sinne einer gerade von der unwiderlegbaren religiös-kulturellen Nähe verursachten Ambivalenz zu deuten. Auf der Grundlage der Forschungen des anglikanischen Theologen James Parkes (1896–1981) zu den Ursprüngen und Ursachen des Antisemitismus, die dieser unter dem Titel *The Jew and his Neighbour: A Study in the Causes of Anti-Semitism* (1930) und *The Conflict of the Church and Synagogue: A Study in the Origins of Anti-Semitism* (1934) veröffentlicht hatte,[42] hielt er dem zeitgenössischen Christentum den Spiegel vor und erklärte die christliche Juden- und Judentumsfeindschaft in der Geschichte wie zu seiner Zeit aus dem ständigen Bedürfnis, sich von dem Jüdischen zu befreien, das dem Christentum eingeschrieben sei – das aber sei letztlich ein aussichtsloses, tragisches Unterfangen: „Wie muss man sich in qualvoller Unermüdlichkeit immer weiter bemühen, die Brücken von einem Ufer zum anderen immer wieder abzubrechen, die doch gar nicht abgebrochen werden können, weil die Glaubensgemeinschaft über Nacht wieder aufbaut, was die Theologie am Tage zerstört."[43] Für den gegenwärtigen jüdisch-christlichen Dialog und die Bemühungen der christlichen Theologien und Kirchen, das eigene antijüdische Erbe zu verstehen und zu überwinden, die Verstrickung in die Geschichte des Antisemitismus und der Schoa anzuerkennen, sind Straus' historische Rekonstruktion der „Nachbarschaft" von Judentum und Christentum, aber auch deren Zerbrechlichkeit, und seine eindringliche, subversive Betonung der Schicksalsgemeinschaft beider Religionen gerade im zeitgeschichtlichen Kontext durchaus aktuell. Auch dieser Dimension eines historischen Projekts, an dessen Förderung die christlichen Kirchen beider Konfessionen maßgeblich beteiligt sind, kommt mit Blick auf den Zusammenhang von geschichtlicher Erinnerung und gesellschaftlicher Verantwortung eine nicht geringe Bedeutung zu.

****

Vor dem entsetzlichen, grausamen Terroranschlag der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023, dessen Schockwellen weit über die Erschütterungen in der israelischen Gesellschaft und im Nahen Osten hinausreichen, mit globalen Folgen auch für jüdisches Leben in Europa und Amerika, darunter eine lange kaum für möglich gehaltene Verschärfung antisemitischer Diskurse und Bedrohungen, hätte der Schlussakkord zu der Einleitung in den ersten Teilband des *Synagogen-Gedenkbuchs Hessen* möglicherweise einen anderen Klang gehabt. So aber drängen sich im Zusammenhang des ohnehin ambivalenten Begriffs der „Nachbarschaft" andere, noch bedrückendere Bilder und Assoziationen auf. „Nachbarn" im sozialräumlichen Sinne waren Jüdinnen und Juden, wie die Beiträge zu den Gemeinden und Synagogen im südlichen Teil des Regierungsbezirks Darmstadt zeigen, in Hessen seit dem Mittelalter gewesen, wobei die zeitgeschichtlichen Erfahrungen je nach den historischen, religiösen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Konstellationen von jener Epoche über die Frühe Neuzeit bis in die Moderne und die unmittelbare Zeit vor der sogenannten „Machtergreifung" der Nationalsozialisten das gesamte Spektrum des Begriffs der „Nachbarschaft", von Nähe und Zugehörigkeit, Distanz, Differenz und Fremdheit, Ausgrenzung und Gewalt, widerspiegeln. Religiös, kulturell und wirtschaftlich mit ihrer Umwelt verflochtene „Nachbarn" waren Jüdinnen und Juden in Hessen – wie in anderen Regionen des deutschsprachigen Raums – über Jahrhunderte, zugleich war diese „Nachbarschaft" jedoch jederzeit prekär, von der Asymmetrie der politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse ebenso geprägt wie von tief verwurzelten religiös-kulturellen antijüdischen Stereotypen und der stetigen Gefährdung durch Diskriminierung, Entrechtung und Gewalt. Als „Nachbarn" empfanden sich die Angehörigen der jüdischen

Minderheit in vielerlei Hinsicht vor allem im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert unter dem Eindruck der Fortschritte der Emanzipation und verstärkter Bemühungen um kulturelle und soziale Teilhabe an der nichtjüdischen Gesellschaft, ungeachtet der bleibenden Einschränkungen der bürgerlichen Gleichberechtigung, der unverkennbar fortdauernden Wirksamkeit antijüdischer Ressentiments sowie des Aufflammens des modernen Antisemitismus, und sie machten ihre Rechte als „Nachbarn" und Bürger:innen in ihrem dezidierten Widerspruch gegen die längst nicht überwundenen vielfältigen Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung selbstbewusst geltend. Seit 1933 wurden die jüdischen „Nachbarn" zu Fremden und Feinden der deutschen „Volksgemeinschaft" erklärt, verloren ihre Rechte und beruflichen Lebensgrundlagen, wurden mittels systematischer Rassenhetze ihrer Menschlichkeit beraubt und für vogelfrei erklärt, bis am 9. November 1938 die Geschehnisse der Reichspogromnacht, die Zerstörung der Synagogen und Geschäfte, die zahllosen Verhaftungen und die brutale Gewalt, alle Hoffnungen zumindest auf eine gewisse Duldung jüdischer Existenz im nationalsozialistischen Staat zunichtemachten. Binnen eines knappen Jahrzehnts schlug „Nachbarschaft" um in extreme Gewalt und einen präzedenzlosen Völkermord an den Jüdinnen und Juden Europas, für die es nirgendwo mehr eine Zuflucht gab. *Nachbarn* – das ist auch der Titel des Buches von Jan T. Gross über das Pogrom in der polnischen Kleinstadt Jedwabne am 10. Juli 1941, bei dem mindestens 340 Menschen ermordet und die meisten von ihnen bei lebendigem Leib in einer Scheune verbrannt wurden. Mit dem Nachbarschaftsbegriff verbindet sich hier eine eindringliche Erinnerung an die Gräuel, die in Osteuropa Nichtjuden, nicht bloß die deutsche Wehrmacht, sondern auch die einheimische Bevölkerung, während des Krieges an ihren jüdischen Nachbarn verübten[44] – eine der vielen Abgründigkeiten des „Zivilisationsbruchs" der Schoa, die bis in die Gegenwart tiefe Narben hinterlassen haben.

Dass nach dem gewaltsamen Ende der jüdischen Geschichte in Hessen, der Zerstörung ihrer materiellen Zeugnisse, der Vernichtung jüdischer Existenz durch Vertreibung, Deportation und Völkermord, in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland neue Nachbarschaften gewachsen sind, neue Synagogen gebaut wurden, jüdische Museen und andere sichtbare jüdische Institutionen entstanden, dass jüdisches Leben ein bedeutsamer gesellschaftlicher und kultureller Faktor geworden ist, dass der jüdisch-christliche Dialog trotz aller Belastungen, denen er immer wieder ausgesetzt ist, wichtige Fortschritte mit sich gebracht hat – all das ist alles andere als selbstverständlich und kann nicht hinreichend gewürdigt werden. Hier mag nur betont sein, dass sich das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen" in vielerlei Hinsicht diesen Entwicklungen verdankt: Das gilt für die finanzielle Förderung des Projekts durch das Land Hessen und die Evangelischen Kirchen und Katholischen Bistümer in Hessen, die intensive Kooperation der beteiligten Institutionen, des Buber-Rosenzweig-Instituts für jüdische Geistes- und Kulturgeschichte der Moderne und Gegenwart an der Goethe-Universität Frankfurt, der Jüdischen Akademie Frankfurt und des Instituts für Christlich-Jüdische Studien und Beziehungen an der Augustana Hochschule Neuendettelsau, sowie für das Zusammenwirken unter anderem mit dem Jüdischen Museum Frankfurt, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und dem Landesverband jüdischer Gemeinden in Hessen. Das und die Tatsache, dass die Goethe-Universität Frankfurt und der Zentralrat der Juden in Deutschland – als Träger der Jüdischen Akademie – 2024 einen Kooperationsvertrag geschlossen haben, der auf die Schaffung eines international anschlussfähigen inter- und transdisziplinären Forschungsnetzwerks und auf eine gemeinsame, koordinierte Bildungsarbeit zielt, ist einer von vielen Schritten, die Hoffnung machen.

Und doch tritt auch die Zerbrechlichkeit des seit 1945 Gewachsenen verstärkt ins Bewusstsein, die dringende Notwendigkeit, dafür Verantwortung zu übernehmen und Tendenzen wirksam entgegenzutreten, die es gegenwärtig massiv in Frage stellen. Die Veränderung des politischen Klimas in Deutschland und anderen Teilen Europas, das Vordringen rassistischer, antisemitischer und geschichtsrevisionistischer Bestrebungen im Zuge populistischer Bewegungen, die Verbreitung juden- und israelfeindlicher Einstellungen im Alltag und in den klassischen Medien ebenso wie in den sozialen Netzwerken – all diese Entwicklungen sorgen seit Jahren für Verunsicherung und Angst vor Übergriffen, auf die viele Jüdinnen und Juden mit dem Verbergen jüdischer Symbole und anderen Vorsichtsmaßnahmen reagieren. Anlässlich einer internationalen Konferenz zum Thema „Jüdisch-christliche Nachbarschaften: Dimensionen sozialer, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Interaktion", die im November 2023, 85 Jahre nach der Reichspogromnacht, im Rahmen des Projekts „Synagogen-Gedenkbuch Hessen" an der Goethe-Universität Frankfurt stattfand, hat der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main, Salomon Korn, in einer eindringlichen Rede hervorgehoben, in welchem Maße sich Jüdinnen und Juden in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 von der nichtjüdischen Gesellschaft im Stich gelassen fühlten und auf wie dramatische und nachhaltige Weise dadurch ihr Gefühl der Sicherheit und Zugehörigkeit untergraben worden sei. Dass auf die Trauer und das Entsetzen über die furchtbaren Terrortaten in Israel und ihre verheerenden Konsequenzen eine weltweite Welle antise-

mitischer Rhetorik, Gewaltandrohungen und tatsächlicher Gewalt folgten – auch in Deutschland, auch im hessischen Kontext –, stellt eine erschreckende Zäsur dar, die die historische Forschung zu den Synagogen und jüdischen Gemeinden Hessens vor 1933 nicht außer Betracht lassen kann. Dass Bilder von als Geiseln verschleppten Kindern mit Hohn heruntergerissen, dass Hassbekundungen offen artikuliert, dass vereinzelt Häuser jüdischer Bürgerinnen und Bürger mit Davidsternen und Hakenkreuzen gekennzeichnet wurden, dass Friedhöfe geschändet werden, dass sich jüdische Gemeinden bedroht und verantwortlicher Solidarität beraubt fühlen, dass Menschen in unserer Gesellschaft seither in Angst um ihre Sicherheit leben müssen, dass Synagogen und Gemeindehäuser stärker als je zuvor polizeilichen Schutzes bedürfen, ist eine ungeheure Schande und zugleich ein untrügliches Zeichen dafür, vor welchen Herausforderungen geschichtlich fundierte Erinnerungsarbeit im Hier und Jetzt steht.

Den am vorliegenden Band Beteiligten ist schmerzlich bewusst, dass Hass und Gleichgültigkeit, die Preisgabe einer Minderheit an Diskriminierung, Verfolgung und Gewalt in einer Gesellschaft nie auf eine spezifische Gruppe begrenzt bleibt, sondern einen Prozess des Inhumanen in Gang setzen und verschärfen kann, der Gesellschaften insgesamt erfasst und von innen her zerstört. „Nachbarschaft“ zu jüdischen Menschen, zu jüdischen Gemeinden heute darf auch deshalb nichts anderes als unbedingte, unverbrüchliche Solidarität heißen. Das Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen“ hat deshalb eine Aufgabe und Pflicht, die weit über die Rekonstruktion des Historischen hinausreicht und grundlegende Fragen der „Zukunft der Erinnerung“,[45] der Bekämpfung des Antisemitismus in allen seinen Formen, des Zusammenlebens in multireligiösen Konstellationen und des Engagements für den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften berührt.

Anmerkungen

1 Vgl. etwa Marion Kaplan, Einführung, in: Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945, München 2003, S. 9–17.

2 Vgl. David Nirenberg, Neighboring Faiths. Christianity, Islam, and Judaism in the Middle Ages and Today, Chicago 2014.

3 Vgl. Bernd Hamm, Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs, München 1973; Sandra Evans/Schahadat Schamma (Hrsg.), Nachbarschaft – Räume – Emotionen. Interdisziplinäre Beiträge zu einer sozialen Lebensform, Bielefeld 2011; Sebastian Kurtenbach, Soziologie der Nachbarschaft. Befunde zu einer komplexen Selbstverständlichkeit. Frankfurt/New York 2024.

4 Als Beispiel zur mittelalterlichen Stadtgeschichte s. etwa Pascale Sutter, Von guten und bösen Nachbarn. Nachbarschaft als Beziehungsform im spätmittelalterlichen Zürich, Zürich 2022.

5 Vgl. Katharina Heyden/David Nirenberg, Co-produced Religions. Judaism, Christianity, and Islam, in: Harvard Theological Review 118 (2025), S. 159–180.

6 Vgl. etwa Peter Burke/Ronnie Po-Chia Hsia (Hrsg.), Cultural Translation in Early Modern Europe, Cambridge/New York 2007; Homi K. Bhabha, Über kulturelle Hybridität. Tradition und Übersetzung, hrsg. und eingeleitet von Anna Babka und Gerald Posselt, Wien 2017.

7 Michel Espagne/Michael Werner (Hrsg.), Transferts. Les relations interculturelles dans l’espace franco-allemand (XVIIe et XIXe siècle), Paris 1988.

8 Peter Burke, Kultureller Austausch, Frankfurt a. M. 2000.

9 Vgl. Sebastian Conrad/Shalini Randeria (Hrsg.), Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt a. M. 2002; Francesca Bregoli/David Ruderman (Hrsg.), Connecting History. Jews and Their Others in Early Modern Europe, Philadelphia 2019; Sanjan Subrahmanyam, Connected History. Essays and Arguments, London 2022.

10 Michael Werner/Bénédicte Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 607–636.

11 Vgl. Wolfgang Drews/Christian Scholl (Hrsg.), Transkulturelle Verflechtungsprozesse in der Vormoderne, Berlin/Boston 2016; Elisheva Baumgarten/Ruth Mazo Karras/Katelyn Mesler (Hrsg.), Entangled Histories. Knowledge, Authority, and Jewish Culture in the Thirteenth Century, Philadelphia 2017.

12 Vgl. Israel Yuval, Zwei Völker in deinem Leib. Gegenseitige Wahrnehmung von Juden und Christen, Göttingen 2007; Ivan G. Marcus, Jewish Culture and Society in Medieval France and Germany, London 2020.

13 Vgl. etwa David Ruderman, Early Modern Jewry. A New Cultural History, Princeton 2010.

14 Vgl. Bärbel Beinhauer-Köhler (Hrsg.), Viele Religionen – ein Raum? Analysen, Diskussionen und Konzepte, Berlin 2015.

15 Irene Becchi/Marian Burchardt/José Casanova (Hrsg.),Topographies of Faith. Religion in Urban Spaces, Leiden und Boston 2013.

16 Vgl. Peter Klös, Nachbarschaft. Neue Konzepte – alte Sehnsüchte?, in: Heinz Schilling (Hrsg.), Nebenan und Gegenüber: Nachbarn und Nachbarschaften heute, Frankfurt a. M. 1997, S. 13–25.

17 Zum Konzept transkultureller *contact zones* s. u. a. Marie Louise Pratt, Imperial Eyes. Travel Writing and Transculturation, New York 2008.

18 Vgl. David Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau im Mittelalter. Christlich-jüdische Beziehungen, Gemeinden, Recht und Wirtschaft von den Anfängen bis um 1400, Wiesbaden 2017.

19 Vgl. Fritz Backhaus/Gisela Engel/Robert Liberles/Margarete Schlüter (Hrsg.), Die Frankfurter Judengasse. Jüdisches Leben in der Frühen Neuzeit, Frankfurt a. M. 2006.

20 Vgl. Gisbert Gemein (Hrsg.), Kulturkonflikte – Kulturbegegnungen. Juden, Christen und Muslime in Geschichte und Gegenwart, Bonn 2011.

21 Vgl. Conrad Lashley (Hrsg.), The Routledge Handbook of Hospitality Studies, London 2016.

22 Vgl. Oscar Hemer/Maja Povrzanovic Frykman/Per-Markku Ristilammi (Hrsg.), Conviviality at the Crossroads. The Poetics and Politics of Everyday Encounters, London 2020; Magdalena Nowicka/Steven Vertovec, Comparing Convivialities. Dreams and Realities of Living-with-Difference, in: European Journal of Cultural Studies 17 (2014), S. 341–356.

23 Vgl. Alois Hahn, Die soziale Konstruktion des Fremden, in: Walter M. Sprongel (Hrsg.), Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion. Frankfurt a. M. 1994, S. 140–166; Francesca Tri-

vellato, The Familiarity of Strangers. The Sephardic Diaspora, Livorno, and Cross-Cultural Trade in the Early Modern Period, New Haven/London 2009.

24 Vgl. Nancy L. Rosenblum, Good Neighbors. The Democracy of Everyday Life in America, Princeton/Oxford 2016.

25 Vgl. Alexandra Binnenkade/Ekaterina Emeliantseva Koller/Svjatoslav Pacholkiv (Hrsg.), Vertraut und fremd zugleich. Jüdisch-christliche Nachbarschaften in Warschau – Lengnau – Lemberg, Köln 2009.

26 Michael Brocke (Hrsg.), Feuer an Dein Heiligtum gelegt. Zerstörte Synagogen 1938, Nordrhein-Westfalen, Bochum 1999.

27 Stefan Fischbach/Joachim Glatz/Ingrid Westerhoff (Hrsg.), „… und dies ist die Pforte des Himmels". Synagogen Rheinland-Pfalz – Saarland, Mainz 2005.

28 Joachim Hahn, Synagogen in Baden-Württemberg, Stuttgart 1987; Joachim Hahn/Jürgen Krüger (Hrsg.), Synagogen in Baden-Württemberg: „hier ist nichts anderes als Gottes Haus", Teilband I: Geschichte und Architektur, Teilband II: Orte und Einrichtungen, Stuttgart 2007.

29 Elisheva Shirion (Hrsg.), Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden Österreichs, Horn/Wien 2012.

30 Holger Brülls (Hrsg.), Synagogen in Sachsen-Anhalt, Berlin 1998. Daneben liegen eine Reihe von Einzelpublikationen zur Geschichte der Synagogen in Deutschland vor, etwa Harold Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933), 2. Bde, Hamburg 1981.

31 Barbara Eberhardt/Wolfgang Kraus (Hrsg.), Mehr als Steine. Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. 1: Oberfranken, Oberpfalz, Niederbayern, Oberbayern, Schwaben, Lindenberg im Allgäu 2007; Wolfgang Kraus/Bernd Hamm/Meier Schwarz (Hrsg.), Mehr als Steine. Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. 2: Mittelfranken, Lindenberg im Allgäu 2010; Wolfgang Kraus/Gury Schneider-Ludorff/Hans-Christoph Dittscheid/Meier Schwarz (Hrsg.), Mehr als Steine. Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. 3, Teil 1: Unterfranken, Teilband 1, Lindenberg im Allgäu 2015; Wolfgang Kraus/Hans-Christoph Dittscheid/Gury Schneider-Ludorff (Hrsg.), Mehr als Steine. Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. 3: Unterfranken, Teilband 2.1: Landkreise Kissingen, Haßberge und Rhön-Grabfeld, Lindenberg im Allgäu 2021; Wolfgang Kraus/Hans-Christoph Dittscheid/Gury Schneider-Ludorff (Hrsg.), Mehr als Steine. Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. 3: Unterfranken, Teilband 2.2: Landkreise Kitzingen und Schweinfurt sowie Stadt Schweinfurt, Lindenberg im Allgäu 2021.

32 Thea Altaras, Synagogen und jüdische Rituelle Tauchbäder in Hessen – Was geschah seit 1945? 2. Aufl., Langewiesche 2007.

33 Siehe lagis.hessen.de/de/orte/synagogen-in-hessen, letzter Zugriff 31. März 2025.

34 Vgl. u. a. Hansjörg Pötzsch, Antisemitismus in der Region. Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000.

35 Vgl. dazu u. a. Wolfram Stender, Antisemitismuskritische Bildungsarbeit. Forschungsstand und Perspektiven, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 20 (2011), S. 36–54; Meron Mendel/Astrid Messerschmidt/Tom David Uhlig/Andreas Eberhardt (Hrsg.), Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt a. M. 2017; Julia Bernstein, Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Mit Online-Materialien, Weinheim 2020; Marina Chernivsky/Friederike Lorenz-Sinai, Antisemitismus im Kontext Schule, Weinheim 2023.

36 Vgl. Rudolf Englert/Ulrich Schwab/Friedrich Schweitzer/Hans-Georg Ziebertz (Hrsg.), Welche Religionspädagogik ist pluralitätsfähig? Strittige Punkte und weiterführende Perspektiven, Freiburg i. Br./Basel/Wien 2012; Georg Langenhorst, Interreligiöses Lernen? Religionstheologische Modelle und ihre didaktischen Konsequenzen, Augsburg 2016.

37 Vgl. Wolfgang Meseth, Historisch-politische Bildung zwischen Antisemitismus- und Rassismuskritik. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven, in: Meron Mendel (Hrsg.), Singularität im Plural. Kolonialismus, Holocaust und der zweite Historikerstreit, Weinheim 2023, S. 87–99; Antje Roggenkamp/Clauß Sajak/Mouhamad Khorchide/Konstantin Lindner/Henrik Simojoki (Hrsg.), Stereotype – Vorurteile – Ressentiments. Herausforderungen für das interreligiöse Lernen, Göttingen 2023.

38 Vgl. Martin Liepach/Dirk Sadowski (Hrsg.), Jüdische Geschichte im Schulbuch, Göttingen 2014; David Käbisch/Michael Wermke/Jan Woppowa (Hrsg.), Ambivalente Beziehungen. Historische Narrative und Bilder vom Judentum, Christentum und Islam in Bildungsmedien, Leipzig 2024.

39 Vgl. Raphael Straus, Die Judengemeinde Regensburg im ausgehenden Mittelalter. Auf Grund der Quellen kritisch untersucht und neu dargestellt, Heidelberg 1932.

40 Zu Entstehung, Charakter und Bedeutung dieses Werks und zu dessen Verfasser s. Christian Wiese, Zwiespalt und Verantwortung der Nähe: Raphael Straus' „friedvolle Betrachtung über Judentum und Christentum" zur Zeit der Shoah, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Christlich-Jüdische Dialog, Heidelberg 2010, S. 59–89. Die folgenden Zitate aus dem Manuskript, das im *Central Archives for the History of the Jewish People* aufbewahrt wird, werden im Folgenden gemäß der ursprünglichen Paginierung der Handschrift nachgewiesen.

41 Raphael Straus, Apokatastasis. Eine friedvolle Betrachtung über Judentum und Christentum, S. 73.

42 Vgl. James Parkes, The Jew and his Neighbour, London 1930; James Parkes, The Conflict of the Church and Synagogue: A Study in the Origins of Anti-Semitism, London 1934; zu Parkes s. Robert A. Everett, Christianity without Antisemitism. James Parkes and the Jewish-Christian Encounter, Oxford 1993; Colin Richmond, Campaigner against Antisemitism. The Reverend James Parkes 1896–1981, London 2005.

43 Straus, Apokatastasis, S. 798.

44 Jan T. Gross, Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne, München 2001.

45 Vgl. Christian Wiese/Stefan Vogt/Doron Kiesel/Gury Schneider-Ludorff (Hrsg.), Die Zukunft der Erinnerung. Perspektiven des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Shoah, Berlin/München/Boston 2021.

Juden in Süd- und Oberhessen vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert

Fritz Backhaus

Der Raum, den das Gebiet des heutigen Regierungspräsidiums Darmstadt umfasst, gehört zu den Regionen in Deutschland, die bis 1933 einen überdurchschnittlich hohen jüdischen Bevölkerungsanteil hatten. Allein im Großherzogtum Hessen lebten um 1900 in 352 Orten Juden. Manche jüdische Gemeinden führten ihre Geschichte weit ins Mittelalter zurück, sehr viele zumindest in das 17. und 18. Jahrhundert. Ein chronologischer Überblick über die Geschichte der Juden beginnt daher mit der Entstehung jüdischer Siedlungen im hohen und späten Mittelalter, fragt im Folgenden nach den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen ihrer Existenz in der Frühen Neuzeit und skizziert den langen Weg zur rechtlichen Gleichstellung im 19. Jahrhundert. Die Geschichte der Juden ist auch in diesem Raum durch Verfolgungen, Vertreibungen und Judenfeindschaft geprägt, die das Leben der Juden und ihren Alltag immer wieder bedrohten. Sein Ende fand die fast ein Jahrtausend umfassende Geschichte der Juden in Hessen mit der Machtübernahme der NSDAP und der von den Nationalsozialisten mit Gewalt und dem Verlust ihrer Bürgerrechte erzwungenen Auswanderung vieler Juden, die ab 1941 in die Deportationen und Mordaktionen des Holocaust mündeten. Zum Schluss folgt ein knapper Blick auf die wenigen nach 1945 neu gegründeten Gemeinden.

Vom Heiligen Römischen Reich zum Bundesland Hessen

Die Existenz der Juden hing seit dem Mittelalter sehr eng von den jeweiligen Herrschaftsstrukturen ab, die in diesem Raum sehr zersplittert und vielfachen Wandlungen unterworfen waren. Zum besseren Verständnis der jüdischen Geschichte des Raumes, den das heutige Regierungspräsidium Darmstadt umfasst, soll daher zu Beginn ein knapper Überblick der politischen Entwicklung gegeben werden. Das Gebiet des heutigen Regierungspräsidiums Darmstadt umfasst mit der Wetterau, dem Rhein-Main- und dem Main-Kinzig-Gebiet sowie dem Odenwald mehrere naturräumliche Landschaften, die zu einem großen Teil bereits Teil des Römischen Reiches waren.[1]

Seit fränkischer Zeit im frühen Mittelalter bestand eine große Nähe dieses Raumes zum fränkischen und später deutschen Königtum. Die staufischen Herrscher errichteten hier das sogenannten Reichsland Wetterau, in dem seit dem 12. Jahrhundert die vier unmittelbar dem Königtum unterstehenden Reichsstädte Frankfurt, Friedberg, Gelnhausen und Wetzlar entstanden. Mit dem Rückgang der königlichen Macht seit Mitte des 13. Jahrhunderts prägten zunehmend eine Vielzahl adeliger Herrschaften die politische Entwicklung. Zu nennen sind die Reichsministerialen von Münzenberg, die Grafen von Hanau, von Isenburg, von Katzenelnbogen, von Nassau, von Solms und von Erbach sowie die adeligen Herren von Kronberg und von Königstein, die in ihren Herrschaftsgebieten eine Reihe von kleineren Städten im 13. und 14. Jahrhundert gründeten. Daneben blieb der Erzbischof von Mainz ein kontinuierlicher Herrschaftsfaktor. Die Herrschaftsverhältnisse waren vom 13. Jahrhundert bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806 jedoch immer wieder starken Veränderungen insbesondere durch Erbschaftsfolgen unterworfen. In der frühen Neuzeit wurde die Landgrafschaft Hessen, die das Erbe der Grafen von Katzenelnbogen angetreten hatte, zum dominierenden Faktor in Südhessen, im Main-Kinzig-Gebiet und der Wetterau. Seit 1567 war die Landgrafschaft aufgeteilt in die beiden Linien Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel, zeitweise in weitere Linien wie Hessen-Homburg oder Hessen-Hanau. Charakteristisch für diesen Raum waren auch eine Reihe von sehr kleinen, aber unabhängigen Herrschaftsgebieten, die Reichsrittern gehörten.[2]

Nach der napoleonischen Zeit und dem Wiener Kongress blieben in diesem politisch sehr diversen Raum nur noch vier selbständige politische Einheiten übrig: das Großherzogtum Hessen, das Kurfürstentum Hessen, die Freie Stadt Frankfurt und das Herzogtum Nassau. Nach dem „Deutschen Krieg“ 1866 zwischen Preußen und dem Deutschen Bund unter Führung Österreichs blieb jedoch nur das Großherzogtum Hessen-Darmstadt selbstständig, die übrigen drei wurden von Preußen annektiert. Hessen-Darmstadt wurde 1871 einer der Gründungsstaaten des Deutschen Reiches. 1918/19 wurde aus dem Großherzogtum der Volksstaat Hessen, seit 1946 zusammen mit den ehemaligen preußischen Provinzen, aber ohne Rheinhessen, das Bundesland Hessen, dessen südlicher Teil das Regierungspräsidium Darmstadt bildet.

Die bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestehende Diversität der Herrschaftsverhältnisse bestimmte auch die Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in diesem Raum.[3] Neben den Reichsstädten hatten insbesondere kleinere Herr-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-002

schaften ein finanzielles Interesse an der Aufnahme von Juden. Ein Charakteristikum der Region ist, dass während der im Spätmittelalter im gesamten deutschen Bereich einsetzenden Vertreibungen Juden in dieser Region sehr präsent blieben. Im Unterschied zu vielen Reichsstädten und den meisten Territorien vertrieben Frankfurt, Worms und Friedberg nicht ihre jüdischen Gemeinden, so dass sie in der Frühen Neuzeit wichtige religiös-kulturelle Zentren blieben und Frankfurt sich sogar zu einer der bedeutendsten Gemeinden in Europa entwickelte. Zudem nahmen gerade die kleineren Herrschaften der Region, darunter die zahlreichen Vertreter der Reichsritterschaft mit ihren fragmentierten Herrschaftsgebieten, aus finanziellen Gründen weiterhin Juden auf, so dass sich seit dem 16. Jahrhundert in zahlreichen Dörfern und Kleinstädten das „Landjudentum“ entwickelte, das bis 1933 für Hessen besonders charakteristisch blieb.

Der Beginn der jüdischen Siedlung

Die jüdische Siedlungsentwicklung nahm ihren Ausgang von den Bischofsstädten am Rhein.[4] In Mainz, Worms und Speyer entstanden bereits seit dem 10. und 11. Jahrhundert bedeutende Zentren jüdischen Lebens. Für die seit dem 12. Jahrhundert im Maingebiet und in der Wetterau neu entstehenden jüdischen Gemeinden blieben diese sogenannten Schum-Gemeinden und die dort wirkenden Rabbiner von zentraler religiös-kultureller Bedeutung. Im Zuge des vom staufischen Königtum gebildeten Reichslandes Wetterau gründeten die staufischen Herrscher Friedrich I., Heinrich VI. und Friedrich II. durch die mit ihnen verbunden Ministerialen und freien Herren zahlreiche Burgen und eine Reihe königlicher Städte, in denen seit Mitte des 12. Jahrhunderts jüdische Ansiedlungen entstanden. Im sogenannten Reichssteuerverzeichnis von 1241 werden Frankfurt, Wetzlar, Friedberg und Gelnhausen mit entsprechenden Abgabenverpflichtungen an den König genannt.[5] Die in diesen und vielleicht auch an weiteren Orten zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden jüdischen Gemeinden werden unter der Sammelbezeichnung „Judei de Weitterebia“ zusammengefasst und mussten dem König die hohe Summe von 150 Mark Silber zahlen. Interessant ist der Vergleich mit den Verpflichtungen der genannten Städte, die zusammengerechnet 920 Mark zahlen mussten. Die von den Juden geforderten 150 Mark Silber umfassten ca. 16–17 Prozent der städtischen Leistungen bei einem vermuteten jüdischen Bevölkerungsanteil von ein bis zwei Prozent – ein Indiz für die große wirtschaftliche Bedeutung der Juden in den entstehenden Städten.

Auch wenn von der Existenz jüdischer Gemeinden in den genannten Städten auszugehen ist, werden nur in Frankfurt und in Münzenberg bereits vor 1241 jüdische Gemeinden tatsächlich urkundlich erwähnt, in Frankfurt Mitte des 12. Jahrhunderts, in Münzenberg 1188.[6] Für Friedberg ist die erste sichere Nachricht für 1275 überliefert, wobei der Bau der heute noch bestehenden monumentalen Mikwe die Existenz einer größeren Gemeinde schon vor diesem Datum nahelegt. In der Mikwe sind die gleichen Steinmetzzeichen zu finden wie in der benachbarten Pfarrkirche, deren Baubeginn um 1250 datiert ist.[7] Aus Gelnhausen stammt die erste urkundliche Nachricht aus dem Jahr 1280, wobei auch hier die Vermutung berechtigt ist, dass bereits mit der Stadtgründung durch Kaiser Friedrich I. im Jahr 1170 die Ansiedlung von Juden verbunden war.[8] Im ausgehenden 13. und im 14. Jahrhundert suchten auch die adeligen Herrschaften der Region durch die Gründung von Städten ihre Gebiete zu sichern und ihre Einnahmen zu stärken. Zu den mit den Städtegründungen vom Königtum verliehenen Rechten zählte meist auch das Recht, Juden anzusiedeln. So erwirkte Gottfried V. von Eppstein von Kaiser Ludwig dem Bayern 1335 die Verleihung von Stadtrechtsprivilegien für die Orte Eppstein, Steinheim und Homberg vor der Höhe, verbunden mit der Erlaubnis jeweils 10 Juden anzusiedeln.[9] Rechnet man mit 6 Personen pro Haushalt, bedeuteten 10 Juden ca. 60 bis 70 Personen.

Abb. 1: Grabstein von Channa bat Alexander, gestorben am 12. Juli 1272, auf dem jüdischen Friedhof in der Battonnstraße in Frankfurt. Foto: Rahel Blum.

Sichtbar werden die in kleineren Orten entstehenden jüdischen Siedlungen in der urkundlichen Überlieferung Frankfurts, so wenn z. B. Juden mit Herkunftsbezeichnungen aus den von den Grafen von Hanau gegründeten Städten erscheinen.[10] Dazu gehörte Hanau selbst, das 1303 durch König Albrecht I. zur Stadt erhoben wurde. In Windecken, der zeitweiligen Residenzstadt der Grafen von Hanau, sind Juden um 1300 erstmals bezeugt. Weitere jüdische Siedlungen in dem Herrschaftsgebiet der Grafen von Hanau entstanden in dieser Zeit auch in Assenheim und Nidda. In dem 1295 zur Stadt erhobenen Babenhausen sind Juden 1318 erstmals genannt. Insgesamt diente das vom König verliehenen Privileg zur Ansiedlung von Juden der Förderung dieser neu gegründeten kleinen Städte.

Die von den Königen verliehenen Ansiedlungsprivilegien beruhten auf der vom Königtum beanspruchten Herrschaft über alle Juden des Reiches, die unter Kaiser Friedrich II. 1236 erstmals als Kammerknechtschaft definiert wurde.[11] Das Schutzversprechen und die den Juden des Reiches garantierten umfangreichen Rechte, die ihre Autonomie sicherten, wurden immer wieder in von den Juden erbetenen Privilegien festgehalten. Die Juden waren dafür dem König zu Abgaben verpflichtet, wie sie sich im Reichssteuerverzeichnis von 1241 widerspiegeln. In nachstaufischer Zeit und den damit verbundenen großen Verlusten königlicher Herrschaftsrechte diente die Verleihung von Abgabenverpflichtungen bestehender jüdischer Gemeinden und die Erlaubnis zur Ansiedlung von Juden in den von adeligen Herren neu gegründeten kleineren Städten dazu, die Machtbasis des Königtums zu festigen und so weit wie möglich zu erweitern.[12] Die Politik der Verleihung von Abgaben begann unter König Rudolf von Habsburg mit der Überschreibung von 130 Mark jährlicher Zahlungen der Friedberger Juden an die Burgmannschaft dort. 1290 erlaubte er auch der Burgmannschaft der von ihm erworbenen Burg Rödelheim, sechs Juden anzusiedeln mit der Maßgabe, die Einnahmen für den Unterhalt der Burg zu nutzen. Die Verleihungspolitik erreichte ihren Höhepunkt unter Kaiser Ludwig dem Bayern, für den 33 solcher Ansiedlungsprivilegien überliefert sind.[13] Sehr viele dieser Verleihungen für die Grafen und Herrn in Hessen waren jedoch mit einer Widerrufsklausel versehen, die dem Herrscher eine Rücknahme erlaubte und damit ihm im Unterschied zu den alten Ansiedlungen in den Städten der bedeutenden Reichsfürsten eine fortdauernde Zugriffsmöglichkeit erhalten sollte. Diese Politik endete mit den Verfolgungen von 1348 bis 1350, als die Ermordung zahlreicher Juden Kaiser Karl IV. die Verfügungsgewalt über die Hinterlassenschaft der Ermordeten eröffnete und die Vergabe von Häusern, Grundstücken und Wertsachen neue Möglichkeiten eröffneten, im Thronkampf Karls IV. mit den Wittelsbachern die eigenen Anhänger zu belohnen.

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

Die starke Zunahme jüdischer Siedlungen bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts beruhte jedoch nicht allein auf Ansiedlungsprivilegien der Könige. Sie sind eher ein Indiz für einen allgemeinen Prozess, der eng mit der Urbanisierung und der Zunahme der Geldwirtschaft im 13. und 14. Jahrhundert verbunden war. In den entstehenden und rasch wachsenden Städten bot die Zuwanderung jüdischer Kaufleute und Kreditgeber einen wichtigen Impuls für das Wachstum der städtischen Wirtschaft. Den Herren der Juden garantierten sie finanzielle Einnahmen und insbesondere die Möglichkeit für die Aufnahme von Krediten. David Schnur konnte für Frankfurt, Friedberg, Babenhausen und Gelnhausen aufgrund der dichten Überlieferung die große Bedeutung der jüdischen Geld- und Pfandleiher für den Kreditmarkt in den Städten und ihrer Umgebung nachweisen. In den erhaltenen Gerichtsbüchern der vier Städte aus dem 14. und beginnenden 15. Jahrhundert haben sich allein 13.000 Judenbetreffe erhalten, bei denen es sich überwiegend um Klagen jüdischer Gläubiger gegenüber ihren Schuldnern handelte.[14] Insbesondere zeigte Schnur die Bedeutung der jüdischen Geldverleiher für das Instrument des „In Schaden Nehmens“. Es diente der Absicherung von Krediten, Rentenverkäufen und anderen finanziellen Leistungen durch die Vereinbarung, dass bei Säumigkeit des Schuldners der Gläubiger die ausstehende Zahlung als Kredit bei einem jüdischen Geldverleiher aufnehmen durfte, wobei die anstehenden, in der Regel sehr hohen Zinsen ebenfalls vom Schuldner getragen werden mussten. Damit erfüllten die Juden im Rahmen der sich entwickelnden Geld- und Kreditwirtschaft eine Rückversicherungsfunktion, die die Sicherheit des Systems erhöhte und die Integration der Juden auch in den innerchristlichen Kredit- und Rentenmarkt sichtbar macht.

Die Analyse der urkundlichen Überlieferung macht auch die wichtigsten Akteure erkennbar. So konnte Schnur für die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts in Frankfurt drei Familienverbände und in der nach den Pestpogromen neu entstandenen Gemeinde ebenfalls eine Familie im letzten Drittel des 14. Jahrhunderts identifizieren, die insbesondere in der Lage waren, größere Kredite an Adelige der weiteren Umgebung und für die Führungsschicht der Städte zu leisten.[15] Dazu schlossen sich mehrere Geldverleiher auch zu Konsortien zusammen, wobei sich zwischen Kreditverleihern und ihren christlichen Kunden auch längerfristige Kreditbeziehungen abzeichneten. Daneben gab

es eine größere Zahl weiterer jüdischer Geldverleiher, die kleinere Kredite zur Verfügung stellten und zu deren Kundenkreis Handwerker und Bauern gehörten. Die Spannweite des Kreditmarktes zeigte sich auch in den überlieferten Pfändern. Auf der einen Seite wurden Großkredite durch Gold- und Silbergegenstände oder hochwertige Pelze und Kleidung abgesichert, auf der anderen Seite wurden einfache Kleidungsstücke, Hausrat und andere Alltagsgegenstände als Sicherungen aufgerufen. Zwei Bereiche sind dabei von besonderem Interesse. Die Juden vergaben auch Kredite, bei denen Häuser oder Grundstücke als Sicherheit gegeben wurde, die dann gegebenenfalls verkauft werden konnten. Als Sicherheit diente häufig auch Vieh, insbesondere Pferde, so dass sie als verfallene Pfänder einen eigenen Handelsbereich eröffneten. Der Viehhandel blieb dann bis ins 20. Jahrhundert ein wichtiger Tätigkeitsbereich jüdischer Händler in Hessen.[16]

Jüdische Gemeinden

Auf die Entwicklung von Gemeindestrukturen weisen die Erwähnung von Judenräten, Friedhöfen, Synagogen, Mikwen, Hospitälern, Tanzhäusern, Backhäusern oder die Nennung eigener Judenviertel oder Judenstraßen hin, wobei der Zufall der Überlieferung sicherlich kein vollständiges Bild ermöglicht.[17] Zu den Gemeinden gehörten daher auch neben den überwiegend erscheinenden Händlern und Kreditgebern eine Reihe von Gemeindeangestellten und Dienstboten, während andere Berufe wie Handwerker oder Ärzte nur selten in der Überlieferung genannt werden.[18]

Neben den Schum-Gemeinden mit ihrer durch Alter und Tradition garantierten Führungsrolle sind in unserem Raum für das Mittelalter nur für Frankfurt und Friedberg umfassende Gemeindestrukturen bezeugt, die einen Gemeinderat, einen Friedhof, eine Synagoge, eine Mikwe und ein eigenes Viertel oder eine eigene Gasse umfassten.[19] Friedhöfe, deren Unterhalt nur von größeren Gemeinden zu leisten war, begründeten dabei eine starke zentralörtliche Funktion, da auch Nachbargemeinden in einem weiteren Umkreis den Friedhof nutzen konnten. Sichtbar wurde dies 1417 in Frankfurt, als der Frankfurter Rat die Beerdigung „fremder Juden“ auf dem jüdischen Friedhof der Reichsstadt untersagte.[20] Dies löste unmittelbar heftige Proteste von Herrschaftsträgern der weiteren Umgebung aus, die weiterhin das Begräbnisrecht in Frankfurt für ihre Juden unter Berufung auf das Gewohnheitsrecht forderten. Protestschreiben gingen vom Burggrafen zu Miltenberg, dem Vitztum zu Aschaffenburg, dem Amtmann zu Butzbach und der Herrin von Büdingen ein. Daraus lässt sich der Einzugsbereich des jüdischen Friedhofs Frankfurt rekonstruieren, der die kleineren Siedlungen ohne eigene Friedhöfe in einem Umkreis von ca. 60 km umfasste, d. h. einer Entfernung von ca. zwei Tagesreisen. Nachdem die betroffenen Gemeinden eine Zahlung von jeweils 100 Gulden an den Rat geleistet hatten, durften sie wieder den Frankfurter Friedhof nutzen. Bis zum 16. Jahrhundert lassen sich daher unter anderem Beerdigungen von Juden aus Hanau, Babenhausen und Münzenberg nachweisen.[21] Die Maßnahme des Frankfurter Rats hatte aber die Konsequenz, dass in Butzbach 1455 und in Windecken 1497 eigene Friedhöfe angelegt werden durften, die dann auch von Gemeinden der Umgebung genutzt wurden.[22]

Die Wohnsituation der Juden in den mittelalterlichen Städten war durch eine enge Nachbarschaft zwischen Christen und Juden geprägt, wobei jüdische Wohnhäuser häufig in der Nähe der Synagoge und anderer Gemeindeeinrichtungen lagen.[23] Die Nennung von Judengassen weist auf diese Art der Verdichtung hin, die jedoch keine erzwungene Abschließung darstellte. Eine Ghettoisierung setzte erst am Ende des Mittelalters ein. 1462 mussten die Frankfurter Juden aus dem Zentrum der Stadt in eine eigens eingerichtete Judengasse umziehen, die vom Rest der Stadt durch Mauern und Tore getrennt war.[24] Frankfurt errichtete damit das vermutlich erste Ghetto in Europa, definiert als Zwangswohnbezirk für Juden. Friedberg, Worms und Hanau errichteten in der Folge ebenfalls abgeschlossene Judengassen, die die Bewohner an den christlichen Sonn- und Feiertagen nicht verlassen durften.[25] Die Ghettoisierung sollte dabei dem Schutz der christlichen Untertanen vor den Gefahren dienen, die angeblich von den Juden ausgingen. Insgesamt strebten Kirche und Obrigkeiten an, die Kontakte zwischen Christen und Juden möglichst zu minimieren. Trotzdem wurde das Ghetto in der Frühen Neuzeit nicht zur überwiegenden Siedlungsform, sondern blieb eher eine Ausnahme.[26]

Abb. 2: Ausschnitt aus Matthäus Merians Vogelschauplan von 1628 mit der Frankfurter Judengasse. Public domain.

Verfolgungen

Die Existenz der jüdischen Gemeinden war im Mittelalter wiederholt bedroht. Nach den mörderischen Verfolgungen zur Zeit des 1. Kreuzzuges, die 1095 die Gemeinden im Rheinland getroffen hatten, begannen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts mehrere Verfolgungswellen, die 1348 bis 1350 in der das gesamte Reich erfassenden Pogromwelle im Vorfeld der Pest kulminierten. 1287 hatte ein angeblicher Ritualmord an einem Kind in Oberwesel, später als „Guter Werner“ Ziel einer Wallfahrt, eine grausame Verfolgung ausgelöst, die zahlreiche Gemeinden im mittleren Rheintal traf.[27] 1298 löste eine angebliche Hostienschändung im fränkischen Röttingen die nach einem Anführer der Verfolger als Rindfleisch-Verfolgung genannte Verfolgungswelle aus, die vor allem zur Ermordung zahlreicher Juden in Franken führte.[28] Im gleichen Raum griff 1336 eine Menschenmenge unter Führung eines als „König Armleder“ bezeichneten Ritters zahlreiche Gemeinden an.[29] Die Verfolgung griff auch auf andere Regionen über und erreichte sogar Gemeinden im Elsass. Diese grausamen Verfolgungswellen berührten die Gemeinden in unserem Raum nur am Rande. Die Nachrichten über die Pogrome erreichten aber auch die Juden hier und machten die stets drohende Gefährdung ihre Existenz bewusst, die auch in direkte Gewalt münden konnte. Bereits im Mai 1241 war die Frankfurter Gemeinde von den Bürgern der Stadt angegriffen worden.[30] In einem blutigen Kampf wurden 176 Jüdinnen und Juden getötet, 24 Überlebende ließen sich unter Zwang taufen. Die Überlieferung dieses Pogroms blieb durch die in Klageliedern festgehaltene Erinnerung sicher auch in zahlreichen benachbarten Gemeinden präsent.

Sichtbar wird die Gefährdung auch in Zeugnissen über vorbeugende Schutzmaßnahmen, die vom Königtum und den Herrschaften ergriffen wurden, um ein Übergreifen von Gewaltaktionen zu verhindern. So nahmen die Herrschaften und die Städte der Wetterau und des Rhein-Gebietes in ihrem 1265 abgeschlossenen Landfrieden einen Artikel auf, der den speziellen Schutzbedarf der Juden begründete:

> Item weil meistens einige zügellose Menschen in den Städten – die nicht Gott achten, zur Erinnerung dessen Leids die heilige Kirche die Juden erhält – und die das Reich missachten, zu dessen Kammer die Juden bekannterweise gehören – diese zügellosen Menschen erregen Aufruhr und erzeugen einen Angriff gegen diese, ermorden sie bisweilen unmenschlich und elend, deshalb ist beschlossen, wenn irgendein Aufruf oder Tumult dieser Art gegen die Juden geschieht, der öffentliche Verletzter des Friedens bestraft wird.[31]

1337 tauchten ausgelöst durch die „Armleder“-Verfolgung „Judenschläger“ auch im Umfeld von Frankfurt auf, sodass der Rat der Stadt anscheinend erfolgreich den Erzbischof von Mainz und die Grafen von Hanau und von Eppstein zu Gegenmaßnahmen aufforderte.[32] In Friedberg scheint es jedoch zu Übergriffen und zur Ermordung zumindest einiger Juden gekommen zu sein, ohne dass wir Näheres über den Verlauf erfahren.

Während die vorherigen Pogromwellen die Gemeinden des Rhein-Main-Gebietes nur an den Rändern berührten und herrschaftliche Schutzmaßnahmen anscheinend erfolgreich waren, fielen alle bis dahin gegründeten jüdischen Gemeinden und Ansiedlungen in Mittel- und Südhessen der Verfolgung zum Opfer, die im Vorfeld der großen Pest zwischen 1348 und 1350 einen großen Teil der Gemeinden im Reich vernichteten.[33] Über die konkreten Vorgänge in diesem Raum sind wir jedoch kaum unterrichtet. Das erste im Rhein-Main-Gebiet überlieferte Pogrom fand im Juni 1349 in Friedberg statt.[34] In den Wochen und Monaten danach folgte die Ermordung der Juden in den anderen Reichsstädten Frankfurt, Wetzlar und Gelnhausen und zahlreichen weiteren Orten. Begründet wurde der Angriff auf die Juden mit der Unterstellung, dass sie „Feinde der Menschheit“ seien, die Brunnen vergiften würden und daher schuld an der Pest seien. Nur für Frankfurt konnte Johannes Heil den Ablauf genauer rekonstruieren, indem er die im Stadtarchiv erhaltenen 63 Schuldbriefe der ermordeten Juden analysierte.[35] Sie wurden nach der Mordaktion beschlagnahmt, um die Schulden für die Stadt als „Erbe“ der Juden einzutreiben. Ausgehend von der Vermutung, dass nur die Briefe im Stadtarchiv erhalten blieben, deren Rückzahlung von den Schuldnern nicht erzwungen werden konnte, zeigte er, dass es sich bei der großen Mehrzahl dieser Schuldner um Angehörige des niederen und höheren Adels der Umgebung Frankfurts handelte, viele von ihnen frühe Anhänger Karls IV. im Thronstreit mit Ludwig dem Bayern und offensichtlich sehr verschuldet. Es spricht einiges dafür, dass die Ritter und Edelknechte unter Mobilisierung der Bauern den Angriff auf die Juden initiierten, um ihre Schulden loszuwerden. Die Stadt konnte oder wollte das nicht verhindern und versuchte sich durch den Verkauf des Besitzes der Juden und die Eintreibung der Schulden schadlos zu halten. Auch der jüdische Friedhof wurde verwertet und ein Teil der Grabsteine als Baumaterial benutzt. Drei von ihnen fanden sich bei Restaurierungsarbeiten vermauert im Dom und in der Burg Bommersheim.[36]

Nur wenige Jahre nach der größten Verfolgungswelle vor dem Holocaust entstanden wieder jüdische Gemeinden. Die Überlebenden kehrten in die Städte der Region zurück und konnten sich unter verschlechterten rechtlichen Bedingungen wieder ansiedeln.[37] Ihre ökonomische Rolle im Geld- und Kreditgeschäft veränderte sich jedoch nur allmählich.

Einen tiefen Einschnitt bildete dagegen die Judenschuldentilgungen König Wenzels.[38] Während der erste Erlass Wenzels von 1385 Frankfurt und die Wetterau nicht betraf, wurde Frankfurt nach der Niederlage von 1389 gegen die

verbündeten Ritter und Niederadeligen der Umgebung gezwungen, die 1390 von König Wenzel erneut erlassene Tilgung der Schulden bei jüdischen Geldverleihern zu übernehmen. Vor allem dieser Kreis profitierte von der Schuldentilgung, die nicht nur die Juden in Frankfurt betraf, sondern, wie David Schnurs Untersuchungen zeigten, auch die Friedberger Juden. Insbesondere war der führende Familienverband geschädigt, an dessen Spitze die „Geldfürstin" Zorline stand. Sie verlor einen großen Teil ihres Kapitals und wanderte in der Folgezeit mit ihren Verwandten nach Norditalien aus.[39] Andere konnten ihre Kapitalien besser schützen und waren von der Enteignung durch die Tilgungsmaßnahmen weniger betroffen. Auf jeden Fall führte die Tilgungsaktion von 1390/91 zu einem tiefgreifenden Einschnitt in die wirtschaftlichen Grundlagen der jüdischen Gemeinden, der auch zu einem Wechsel der Elite an der Spitze führte.

Die Vertreibungen des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit

Ende des 14. Jahrhunderts begann mit der Vertreibung aus Heidelberg 1394 ein Prozess, der bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts zur Ausweisung der Juden aus fast allen größeren Städten und Territorien führte.[40] Insbesondere die großen alten Gemeinden wie Mainz, Speyer, Köln, Trier, Magdeburg, Erfurt, Halle, Regensburg, Nürnberg wurden vertrieben. Das Reich folgte damit einem europäischen Trend, da die Juden aus England bereits Ende des 13. Jahrhunderts, aus Frankreich zu Beginn und am Ende des 14, Jahrhunderts und aus Spanien 1492 ausgewiesen wurden. Der Schwerpunkt der jüdischen Siedlung in Europa verlagerte sich nach Polen, Italien und in das Osmanische Reich.

In Deutschland vollzog sich neben der Migration nach Ost- und Südeuropa eine Verlagerung der Siedlungen auf das Land. Insbesondere in Regionen wie Franken und Hessen mit einer großen territorialen Zersplitterung entstanden seit dem 16. Jahrhundert jüdische Siedlungen in Dörfern und Kleinstädten. Dieser Prozess begründete auch die Sonderstellung des Rhein-Main-Gebietes, da die Reichsstädte Frankfurt, Friedberg und Worms Ausnahmen blieben und ihre Juden nicht vertrieben, während um sie herum in Dörfern und Kleinstädten Juden siedelten.

Im Rahmen der spätmittelalterlichen Vertreibungen gab es jedoch 1514/15 im weiteren Rhein-Main-Gebiet einen der wenigen Versuche im Reich, unter Einbeziehung zahlreicher Herrschaftsträger eine überregionale Vertreibung durchzusetzen.[41] Der Plan hierzu wurde von Adam Schönwetter, Syndikus der Stadt Frankfurt, ausgearbeitet, der Erzbischof Albrecht von Mainz überzeugte, zur Umsetzung alle Herren des weiteren Rhein-Main-Gebietes zu einer Tagung nach Frankfurt einzuladen. Das Projekt scheiterte am entschiedenen Widerstand der Frankfurter jüdischen Gemeinde, die von dem Plan Kenntnis erhielt und Kaiser Maximilian alarmierte. Dieser sah seine Rechte an den Juden bedroht und untersagte die Fortsetzung der Aktion. Es zeigte sich aber auch, dass die Vertreter gerade der kleineren Herrschaftsträger eher zögerlich auf die Idee einer koordinierten überregionalen Vertreibung reagierten. Frankfurt selbst wollte sich auf keinen Fall mit dem Kaiser in einen Konflikt um die Juden begeben. Wenn die Äußerungen der Adelsvertreter der Realität entsprachen, scheinen aber zu diesem Zeitpunkt erst wenige Juden in den ländlichen Gebieten dieser Region gewohnt zu haben.

Das Scheitern des Vertreibungsversuches hatte die Konsequenz, dass Frankfurt sich in der Frühen Neuzeit sogar zu einem der bedeutendsten jüdischen Zentren in Europa entwickeln konnte.[42] Insbesondere für die zahlreichen kleinen jüdischen Ansiedlungen, die in Hessen auf dem Land entstanden, blieb die Frankfurter Judengasse das kulturell-religiöse wie das ökonomische Zentrum.[43] Die Bewohner des 1462 eingerichteten Ghettos waren wirtschaftlich und durch zahlreiche Familienbeziehungen mit den Gemeinden in den kleineren Städten und Dörfern des Umlands eng verbunden. Sichtbar wird dies auch durch die Zuwanderung nach Frankfurt. Im 16. Jahrhundert wuchs die jüdische Bevölkerung der Reichsstadt von knapp 200 auf weit über 2000 Personen, der Anteil der Juden an der Stadtbevölkerung stieg von ein bis zwei Prozent auf ca. 15 Prozent an.[44] Diese erstaunliche Bevölkerungsexplosion kam vor allem durch Zuwanderung zustande, die sich auch aus jüdischen Ansiedlungen der näheren und weiteren Umgebung speiste. Wichtige Herkunftsorte im 16. Jahrhundert waren neben Friedberg und Worms z. B. Windecken, Gelnhausen und Harheim.[45] Im 16. Jahrhundert erfüllten jedoch in Frankfurt wohnende Juden auch eine wichtige Funktion für den Kreditbedarf des ländlichen Raumes um Frankfurt.[46] Dies betraf nicht nur die Niederadligen, sondern auch die bäuerliche Bevölkerung, die Kleinkredite bei Frankfurter Juden aufnahm. Meist handelte es sich dabei um Überbrückungskredite, um z. B. die Zeit zu überbrücken, bevor durch die Ernte wieder Einnahmen erzielt werden konnten. Damit verbunden waren auch Naturaliengeschäfte und die Verpfändung der Ernte als Sicherheit – eine finanzielle Absicherung, die von den Grundherren der Bauern nicht gern gesehen wurde.[47] Das bedeutete, dass die Frankfurter Juden in den Orten der Umgebung ihre Kunden aufsuchten und auf dem Land und in den Dörfern persönlich häufig präsent waren. Cilli Kasper-Holtkotte untersuchte für den Zeitraum von 1462 bis 1600 390 vor Gericht verhandelte Kreditgeschäfte zwischen Frankfurter Juden und Bewohnern der Grafschaft Hanau und wies für das Jahr 1539 18 jüdische

Kreditgeber aus Frankfurt nach, darunter drei Frauen, die im Hanauer Land vor allem mit Kleinkrediten zwischen 3,50 und 36 Gulden tätig waren.[48] Interessant ist, dass sieben von ihnen zuvor in diesem Raum gewohnt hatten, bevor sie nach Frankfurt umziehen durften. Zu ergänzen ist, dass in Frankfurt sehr viele Dienstboten arbeiteten, darunter vor allem Frauen, die aus armen jüdischen Familien der Umgebung stammten.

Prekäre Existenz in der Frühen Neuzeit

Auch nach dem Scheitern des überregionalen Vertreibungsprojektes blieb die Existenz der Juden prekär. Landgraf Philipp von Hessen erließ 1524 die Verordnung, dass keine Juden in seinen Territorien geduldet werden sollten.[49] Dies betraf vor allem auch die Obergrafschaft Katzenelnbogen, d. h. den Raum um Darmstadt und die Herrschaft Eppstein im Taunusgebiet. Graf Ludwig I. von Nassau wies 1593 die wenigen in Wiesbaden wohnenden Juden aus, in der Grafschaft Hanau wurde im 16. Jahrhundert immer wieder die Vertreibung diskutiert.[50] Die Landgrafen von Hessen-Darmstadt schwankten im 17. Jahrhundert zwischen Duldung und Ausweisung, zeitweise erfolgte 1662 in Oberhessen der zwangsweise Umzug der Juden aus den Städten in umliegende Dörfer.[51] 1614 wurden die Frankfurter Juden während des sogenannten Fettmilchaufstandes vertrieben. Sie fanden aber Zuflucht in Nachbarorten wie Hanau und Friedberg. Nach der Niederlage der städtischen Opposition gegen die Herrschaft des Patriziats konnten sie unter kaiserlichem Schutz bereits 1616 wieder zurückkehren.[52]

Abb. 3: Die Plünderung der Frankfurter Judengasse während des Fettmilch-Aufstands 1614. Kupferstich von Johann Michael Zell. Historisches Museum Frankfurt.

Landgraf Philipps Beschluss von 1524 scheint jedoch nicht dauerhaft wirksam geworden zu sein. 1539 erließ er eine Judenordnung, in der für seinen Herrschaftsbereich die Aufenthaltsbedingungen festgelegt wurden.[53] Sie gilt als die erste dieser Art und wurde zum Vorbild für Judenordnungen in Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, in Nassau, der Grafschaft Erbach und in Friedberg im 17. und 18. Jahrhundert.[54] Auf sie soll daher etwas ausführlicher eingegangen werden. Die Judenordnungen der Frühen Neuzeit bildeten die Grundlage für die Aufnahme von Juden und ihrer Ansiedlung in den ihnen zugewiesenen Dörfern und Städten durch die Landesherren. Sie leiteten eine neue Phase in den durch die Herrschaften gesetzten Rahmenbedingungen für das Aufenthaltsrecht von Juden ein. Während Juden bis in das 16. Jahrhundert aufgrund individueller Schutzbriefe mit Bestimmungen, die sich unterscheiden konnten, aufgenommen wurden, definierten die Judenordnungen generell die Vorschriften, nach denen die ins Land aufgenommenen Juden leben und wirtschaften durften.[55] Die Judenordnungen waren Teil der seit dem 16. Jahrhundert in den für das Reich und die Territorien erlassenen Polizeiordnungen, mit denen die Obrigkeiten die Kontrolle über ihre Untertanen ausbauten. Den reichsrechtlichen Rahmen bildete die erstmals 1530 auf dem Reichstag in Augsburg verabschiedete Reichspolizeiordnung, in der z. B. für Juden die Kennzeichnungspflicht festgelegt wurde und das Verbot, Zinsen für Kredite zu nehmen.[56] Die Durchsetzung solcher reichsrechtlichen Bestimmungen ist jedoch unklar. Während für Frankfurt die Kennzeichnungspflicht seit Mitte des 15. Jahrhunderts belegt ist und in der „Stättigkeit", d. h. der Frankfurter Judenordnung, festgelegt wurde, sind entsprechende Vorschriften in den hessischen und nassauischen Judenordnungen nicht aufgeführt.

Schaut man sich die von Friedrich Battenberg und Werner Marzi gründlich analysierten Judenordnungen für Hessen, Hessen-Darmstadt und Nassau an, die vom 16. bis zum 18. Jahrhundert erlassen wurden und auf die erste Judenordnung Landgraf Phillips von 1539 aufbauten, wird sichtbar, dass sie vor allem dem Schutz der Untertanen vor den vermeintlich von den Juden ausgehenden Gefahren dienen sollten. Landgraf Philipp hatte die Judenordnung 1539 erlassen, nachdem er zuvor bei dem Straßburger Reformator Martin Bucer und weiteren protestantischen Theologen ein Gutachten bestellt hatte, ob überhaupt und unter welchen Bedingungen Juden in Hessen aufgenommen werden sollten.[57] In einem gemeinsam erstellten Gutachten folgten Bucer und seine Kollegen weitgehend der von Martin Luther vorgegebenen Linie. Vor allem in seinen berüchtigten Schriften der 1530er und 1540er Jahre hatte Luther sich gegen die Duldung von Juden ausgesprochen und in seiner Schrift

Von den Juden und Ihren Lügen dazu aufgerufen, die Synagogen niederzubrennen.[58] Er prägte damit langfristig die Einstellung in den protestantischen Territorien gegenüber den Juden. Martin Bucer empfahl Landgraf Philipp zumindest, sehr strenge Vorschriften zum Schutz der christlichen Untertanen einzuführen, die sich auch in den ersten Bestimmungen der Judenordnung von 1539 niederschlugen.[59] Die Juden müssten sich durch einen Eid verpflichten, den christlichen Glauben nicht zu „lästern". Sie sollten sich auch nur an die Bibel selbst halten, aber nicht an angeblich von der Bibel abweichende Regeln, wie sie im Talmud festgelegt seien. Den Juden wurde verboten, mit Christen über Religion zu disputieren, und sie und ihre Kinder wurden zwangsweise verpflichtet, bei dazu bestimmten Geistlichen Predigten anzuhören. Die Juden sollten auch keine neuen Synagogen bauen, nur die bisher bestehenden weiter benutzen. Die anderen Bestimmungen beschäftigen sich mit der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden und auch hier ging es vor allem um den Schutz der christlichen Untertanen. Juden wurde der Handel nur dort und nur mit Waren erlaubt, bei denen sie Christen keine Konkurrenz machten. Der Zinssatz bei Krediten wurde auf 5 Prozent beschränkt. Die christlichen Untertanen sollten nicht übervorteilt werden, Amtsleute nicht bestochen werden und sexueller Kontakt mit Christinnen wurde mit der Todesstrafe bedroht. Die in Hessen zu diesem Zeitpunkt wohnenden Juden hatten im Vorfeld der Verabschiedung versucht, auf den Inhalt der neuen Judenordnung Einfluss zu nehmen und dafür zwei Vertreter als *Schtadlanim* (Fürsprecher) beauftragt, darunter den Arzt Lazarus von Babenhausen, die bei Landgraf Philipp auch eine Milderung der Bestimmungen erreichten.[60]

Die Judenordnung zeigt dennoch eine durch die Entwicklung der protestantischen Kirche verstärkte Feindschaft gegenüber den Juden, denen mit einem tiefen Misstrauen begegnet wurde. Das vordringliche Ziel blieb, sie zur Konversion zu zwingen. Unterstellt wurde, dass insbesondere der Talmud und andere hebräische Schriften sie von der Erkenntnis der „christlichen Wahrheit" abhielten und Ursache ihrer „Verstocktheit" seien. Auf die angeordneten Zwangspredigten reagierten die dazu einberufenen Juden mit großem Widerstand.[61] So mussten sie am 2. November 1643 in Gießen zuerst die Verlesung der „Judenordnung" anhören. Als aber der Superintendent mit der Predigt zu ihrer Bekehrung anfing, reagierten die Juden empört, versuchten den Saal zu verlassen, hielten sich die Ohren zu und drohten sogar das Land ganz zu verlassen. Sie hatten unter Vorwänden auch schon ihre Kinder nicht zu der Versammlung mitgebracht, obwohl auch dies vorgeschrieben war.

Gegenüber ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in Handel und Kreditwesen zeigt sich ebenfalls ein tiefes, auch religiös begründetes Misstrauen, das sich vor allem gegen den „Wucher" richtete. Auch die protestantisch geprägten Judenordnungen stehen daher in der Tradition einer christlich begründeten Judenfeindschaft, die die Juden als Kinder des Teufels und Gefahr für das Seelenheil der Christen sahen. Die Duldung von Juden wechselte daher immer wieder mit Vertreibungsprojekten durch die hessischen Landgrafen ab. Wie präsent diese antisemitischen Vorstellungen im öffentlichen Raum waren, zeigt das Anfang des 16. Jahrhunderts in Frankfurt am Brückenturm angebrachte Wandgemälde, das einen angeblichen Ritualmord an Simon von Trient zeigte und eine sogenannte „Judensau", an der Juden in zeitgenössischer Kleidung geführt vom Teufel am Euter des Schweins saugten und dessen Exkremente aßen – ein Bild, das jeder Reisende, der von Süden nach Frankfurt kam, sah und dadurch sicher auch den Bewohnern der Dörfer und Kleinstädte der Umgebung, die Frankfurt aufsuchten, bekannt war.[62]

Die Judenordnungen des 16. bis 18. Jahrhunderts zeigten vor allem aber auch die Territorialisierung der Herrschaft über die Juden, demgegenüber die nominelle Oberherrschaft des Kaisers nur noch in einer Reichsstadt wie Frankfurt eine besondere Bedeutung hatte. Das Judenregal war in der Regel an die Landesherren übergegangen, die in der Frühen Neuzeit ihre obrigkeitliche Gewalt über die Untertanen auszudehnen und konkurrierende Gewalten zu verdrängen suchten.

Die Problematik konkurrierender Herrschaften zeigte sich 1557 in Assenheim, ein Ort, an dem Judenregal und Landesherrschaft nicht in einer Hand waren.[63] Das Judenregal hatten seit dem 14. Jahrhundert die Grafen von Hanau-Münzenberg inne, die jedoch aufgrund von Erbteilungen nur ein Sechstel der Ortsherrschaft besaßen. Fünf Sechstel teilten sich gemeinsam die Grafen von Solms und von Isenburg-Büdingen. 1557 verlangte Graf Philipp von Isenburg-Büdingen von den Juden einen Gulden „als Verehrung und Trinkgelt". Die Juden verweigerten dies mit der Begründung, dass ihn dies ihr Herr der Graf von Hanau verboten habe. Als Reaktion ließ Graf Philipp durch seine Knechte die Häuser der Juden plündern. Der Konflikt, in dem es im wesentlich darum ging, die territoriale Herrschaft gegenüber dem älteren Judenregal durchzusetzen, wurde auf Kosten der Juden ausgetragen, die mehrfach gewalttätig angegriffen und beraubt wurden. Der Rechtsstreit kam vor Gericht und führte zu jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Adeligen. Der Fall zeigt aber vor allem das hohe Maß an Gewaltbereitschaft gegenüber den Juden, für die politische Konflikte zwischen konkurrierenden Herrschaften jederzeit gefährlich werden konnten.

Die Entstehung des „Landjudentums“

Im 17. Jahrhundert und insbesondere nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges 1648, der zu erheblichen Bevölkerungsverlusten auch im hessischen Raum geführt hatte, nahm die Zahl der jüdischen Ansiedlungen in Dörfern und Kleinstädten allmählich zu. Geduldet oder gefördert von den Landesherren konnten einzelne jüdische Familien sich an kleineren Orten ansiedeln. Neben den seit dem Mittelalter kontinuierlich bestehenden Gemeinden in Worms, Frankfurt und Friedberg entwickelte sich in der weiteren Umgebung dieser jüdischen Zentren das für Hessen charakteristische Landjudentum. Häufig auf wenige Familien beschränkt und eher unter ärmlichen Bedingungen lebend, wurden sie ein wichtiger Teil der ländlichen Gesellschaft und Ökonomie. Mit der Vergabe von Kleinkrediten gegen die Stellung von Pfändern und durch den Hausierhandel waren sie mit den Bauern in engem Kontakt.[64] Die deutliche Zunahme der jüdischen Siedlungen zeigt sich seit Ende des 17. Jahrhunderts in allen Herrschaftsgebieten Süd- und Mittelhessens.[65]

Die Ansiedlung, in der Regel verbunden mit dem Erwerb eines Schutzbriefes, erfolgte mit der Erlaubnis und im Interesse der Territorialherren, die Einnahmen von den Juden erwarteten und so die wirtschaftliche Kraft des Landes zu verbessern hofften. In manchen Fällen setzten sich die Herren auch gegen den Einspruch und den Protest der Ortsgemeinden durch, die durch die traditionelle christliche Judenfeindschaft geprägt waren, in den Städten aber auch durch die Angst vor der Konkurrenz jüdischer Händler.[66]

Eine Besonderheit war das Recht von Reichsrittern, in ihren kleinen Herrschaftsgebieten Juden aufzunehmen. Damit waren attraktive Einnahmemöglichkeiten verbunden, so dass in mehreren reichsritterschaftlichen Dörfern größere jüdische Ansiedlungen entstanden.[67] Daran konnten die ritterlichen Familien in der Regel auch festhalten, selbst wenn sie im 18. Jahrhundert Teil des landständigen Adels der hessischen Landgrafschaften wurden. Ein Beispiel hierfür sind die jüdischen Ansiedlungen in den neun Dörfern des Buseckertals zwischen Gießen und Grünberg unter der Herrschaft der Ritterfamilien von Buseck und von Trohe. Sie nahmen in großer Zahl Juden auf, so dass dort 1766 insgesamt 63 jüdische Familien wohnten und das Busecker Tal als „klein Palästina“ bezeichnet wurde.

Die Ansiedlung von Juden konnte sich auch mit der Ansiedlung anderer religiös verfolgter Gruppen verbinden, die im Rahmen der Glaubensauseinandersetzungen der Frühen Neuzeit ihre Heimat verlassen mussten. Graf Philipp Ludwig II. rief nicht nur Juden um 1600 nach Hanau, sondern auch calvinistische Einwanderer. Er verhandelte ebenso um den Zuzug von Marranen aus Venedig, blieb jedoch in diesem Fall erfolglos.[68] Graf Johann Philipp von Isenburg-Büdingen holte um 1693 nicht nur Juden, sondern auch Hugenotten und Waldenser in seine Residenzstadt Offenbach und andere Orte seines Landes. 1708 wurde für die Juden in Offenbach sogar ein günstiges Privileg erlassen, das die Stadt zu einem attraktiven Anziehungspunkt für Juden machte und dessen wirtschaftliche Entwicklung förderte.[69]

Hofjuden – die neue Oberschicht

Seit dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts entwickelte sich neben den Schutzjuden eine neue Gruppe, die Hofjuden.[70] Nach dem Dreißigjährigen Krieg bauten die Landesherren ihre Herrschaft aus. Dazu gehörten neben dem Unterhalt eines stehenden Heeres der Bau von repräsentativen Schlössern und eine aufwendige Hofhaltung. Die regulären Einnahmen der Fürsten reichten dafür in der Regel jedoch nicht aus, und die Stände z. B. in Hessen-Darmstadt bewilligten nur zögerlich und sehr ungern Steuern, um die Lücken zu decken. In dieser Situation eröffneten sich für jüdische Kaufleute neue wirtschaftliche Chancen durch Kredite und Lieferungen für das Heer und den Hof. Durch Ernennungen zu Hoffaktoren wurden sie enger mit dem Hofstaat der Fürsten verbunden, befanden sich aber in einer unmittelbaren Abhängigkeit vom Herrscher. Sie konnten einen besseren Rechtsstatus erhalten, der sie aus der Gruppe der Schutzjuden heraushob. Sie blieben dennoch mit den Gemeinden verbunden und übernahmen z. B. Führungsämter oder verwendeten sich als *Schtadlan* beim Herrscher und seinen Beamten für die Interessen ihrer Gemeinden. Durch Hofämter und besondere Privilegierung ausgezeichnet, erscheinen seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts jüdische Hoffaktoren an den Höfen des Landgrafen von Hessen-Darmstadt, beim Erzbischof von Mainz, beim Landgrafen von Hessen-Kassel und Hessen-Hanau, bei den Grafen von Erbach oder den Grafen von Isenburg. Hoffaktoren mussten dabei ihren Wohnsitz nicht unbedingt an den Residenzen selbst haben, sondern viele der für die zahlreichen Territorien tätigen Hofjuden hatten diesen z. B. weiterhin in der Frankfurter Judengasse und betrieben von dort aus ihre Geschäfte, die mit einer starken Reisetätigkeit verbunden waren.[71] Die im Frühjahr und Herbst stattfindenden Frankfurter Messen spielten dabei für die jüdischen Kaufleute und ihre fürstlichen Auftraggeber eine zentrale Rolle. Hier konnten Waren aller Art für die Hofhaltungen eingekauft werden. Die Messen waren aber ebenso ein wichtiger Kapitalmarkt zur Beschaffung und Abwicklung

von Krediten, auf die die fürstlichen Höfe in zunehmendem Maße angewiesen waren.

Ein Beispiel für den Aufstieg der Hofjuden ist der erste in Darmstadt bezeugte Hoffaktor Manasse.[72] Die Lage der Juden in der Stadt war im 17. Jahrhundert eigentlich noch sehr prekär. Die Politik der Landgrafen wechselte zwischen Duldung und milderen und härteren Aufenthaltsbedingungen sowie immer wiederkehrenden Vertreibungsabsichten. Und auch die Darmstädter Bürger drängten mehrfach auf die Ausweisung der wenigen jüdischen Kaufleute, die sich im 17. Jahrhundert hier niederlassen durften. So schwankte die Bewohnerzahl zwischen sieben und nur einem zugelassenen Schutzjuden. Überwiegend konnten sich Juden aber vor allem in den kleineren Orten der Umgebung niederlassen. 1629 lebten so in der Obergrafschaft 60 jüdische Familien, verteilt auf eine Reihe von Orten. In den folgenden Jahren kam es jedoch infolge des Dreißigjährigen Krieges zu großen Verlusten auch in der jüdischen Bevölkerung.[73]

Das wachsende Interesse an jüdischen Kaufleuten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach dem Krieg zeigt die Karriere des in Darmstadt wohnenden Manasse. Er erscheint 1645 erstmals in einer Schadensliste, die nach der Einquartierung französisch-schwedischer Truppen in der Obergrafschaft aufgestellt wurde. Manasse ist dort neben anderen Juden mit einem Warenverlust von 323 Gulden vertreten. Er handelte offensichtlich in großem Umfang mit Rindshäuten und Leder und konnte in Darmstadt ein repräsentatives Wohnhaus mieten. Der Stadtrat nahm bei ihm Kredite auf, gleichzeitig pflegte Manasse enge Beziehung zum Hof. 1661 betrieb der Rat jedoch auf dem Gießener Landtag bei Landgraft Ludwig VI. die Ausweisung Manasses aus Darmstadt, offensichtlich da er zu reich und zu einflussreich geworden war. Manasse kam einer Ausweisung zuvor und zog in die Frankfurter Judengasse um, als er Guttel zum Grünen Baum heiratete. Die Verbindung zum Darmstädter Hof blieb jedoch eng. In den Kämmereirechnungen wird er 1670 explizit als „Hofjude“ aufgeführt. Sein wirtschaftlicher Erfolg setzte sich in Frankfurt fort, wo er mittlerweile zu den reichsten Mitgliedern der Gemeinde gehörte. Nun nach seinem repräsentativen neuen Wohnhaus als Manasse zum Goldenen Brunnen bezeichnet, gründete er ein Lehrhaus, die sogenannte Klaus.[74] Es wurde von einem angesehenen Rabbiner geleitet, der gleichzeitig als Landesrabbiner von Hessen-Darmstadt amtierte. Erster Klausrabbiner war der angesehene Gelehrte Samuel Schotten. Ihm folgte Rabbi Moses Kann, der zu der Familie gehörte, die über Generationen die Frankfurter Gemeinde beherrschte. Rabbi Moses war Schwiegersohn des Wiener Hoffaktors Samson Wertheimer bzw. in einer zweiten Ehe des polnischen Residenten Berend Lehmann in Halberstadt. Manasse Darmstädter und Moses Kann repräsentierten so die neue Gruppe der europaweit vernetzten Hofjuden, die mit Krediten sowie Lieferungen an die Armeen und die Höfe eine neue Führungsschicht innerhalb der jüdischen Gemeinschaften bildeten und mit ihren Hoftiteln und in ihrem Lebensstil sich der höfischen Gesellschaft annäherten. Moses Kann blieb geschäftlich eng mit dem Darmstädter Hof verbunden. Seine Aufgaben als Landesrabbiner vor Ort übernahm als Stellvertreter der Darmstädter Ortsrabbiner, ab 1729 Mordechai Halberstadt.

Landjudenschaft

Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung, aber auch Ihre Verteilung auf zahlreiche kleinere Orte erlaubte nur in wenigen größeren Städten den Aufbau einer Gemeinde mit den religionsgesetzlich notwendigen Einrichtungen wie Rabbinat, Synagoge, Mikwe, Friedhof und Wohltätigkeitseinrichtungen. Im 17. Jahrhundert entwickelte sich daher in den Territorien mit zersplitterten jüdischen Ansiedlungen die Institution der Landjudenschaft, definiert als

> eine aus dem freien Willen der Mitglieder entstandene, vom Staat anerkannte, geschlossene und einheitliche Gemeinde, welche durch die Fiktion eines Kontraktes mit dem Staate ihren Mitgliedern das Aufenthaltsrecht im Land erwirbt und darüber zugunsten fremder jüdischer Bewerber verfügt. Sie besitzt wie jede andere jüdische Gemeinde der Zeit die Autonomie der Gerichtsbarkeit und der Verwaltung, die zwar im Laufe des 18. Jahrhundert durch den Staat eingeschränkt, aber erst durch die bürgerliche Gleichstellung der Juden wirklich aufgehoben wird.[75]

Die Landjudenschaft Hessen-Darmstadt erscheint in den Quellen erstmals 1642 und 1650 für die Obergrafschaft, also das Gebiet um Darmstadt, als der Wormser Rabbiner einen Streit um Steuerzahlungen zwischen der Landjudenschaft und den Juden in Groß-Umstadt schlichtete.[76] Die Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt waren aufgeteilt in die Obergrafschaft Katzenelnbogen um Darmstadt, zu der auch die Herrschaft Epstein gehörte, und das Oberfürstentum um Gießen. Für das Oberfürstentum amtierte als Landesrabbiner der Friedberger Rabbiner. Die Landjudenschaften waren nach dem Vorbild der städtischen Gemeinden aufgebaut. Sie umfassten alle Schutzjuden des jeweiligen Territoriums, die sich in regelmäßigen Abständen zu einem Landtag trafen, wie er 1687 erstmals für das Oberfürstentum erwähnt wird. Auf den Landtagen wurden Institution wie der Vorstand, Steuereinnehmer und Landesrabbiner gewählt. Die Anzahl der in der Landjudenschaft zusammengefassten Juden wuchs im 18. Jahrhundert deutlich an. 1713 wurden 159 Steuerpflichtige gezählt, 1746 waren es schon 233 in 60 Ortschaften, 1802 waren es schließlich 346 in 67 Orten.[77] Zu jedem der Schutzjuden sind sicher im

Schnitt sechs Angehörige und Bedienstete zu rechnen. Die Landtage stellten eine autonome Organisation der Judenschaft dar, die erst spät der Kontrolle des Staates unterworfen wurde. 1783 wurden zwei Staatskommissare eingesetzt, die den Landtagen beiwohnen sollten und eine bessere Kontrolle des Abgabewesens und eine Erhöhung der Steuermoral bewirken sollten [78]

Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung in der Landgrafschaft und die Einführung des Hofjudensystems folgten nach den Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges einer merkantilistisch geprägten „Peuplierungspolitik“, in der Juden mit ihren Abgaben, als Händler vor allem auf dem Lande und als Kreditgeber und Lieferanten für den Hof und das Heer beim Wiederaufbau des Landes als nützlich erachtet wurden. Auch ein kleiner Hof wie der in Erbach war auf die Zusammenarbeit mit jüdischen Kaufleuten und Kreditgebern angewiesen.[79] In Erbach beginnt die Zusammenarbeit 1570 mit der Verpachtung der 1541 durch Kaiser Karl V. genehmigten Münzprägung an ein jüdisches Konsortium, das aus Israel Wolf aus Königstein und Rabbiner Hirtz aus Friedberg bestand, und dem sich zwei weitere Geschäftspartner anschlossen. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts wurden Münzprägungen und Silberhandel mit jüdischen Münzpächtern betrieben, die aber ihren Wohnsitz außerhalb des Landes hatten.

Als erster Hofjude erscheint in der Überlieferung Hesekiel Baruch, der sich 1695 in Michelstadt niederließ, wo zu diesem Zeitpunkt bereits drei jüdische Familien lebten. Französische Truppen hatten 1694 im pfälzischen Erbfolgekrieg das Land verwüstet, schwere Unwetter die Landwirtschaft geschädigt, so dass viele Bauernhöfe verwaist waren.[80] Zur Verbesserung des Landes förderte die gräfliche Regierung daher die Ansiedlung von Juden und ernannte Hesekiel Baruch zum ersten Hoffaktor der Grafschaft Erbach. Es ging nicht nur um eine Verbesserung des Landes, sondern auch darum, die als Reichsgrafschaft notwendigen repräsentativen Schlossbauten und ein kleines stehendes Heer zu finanzieren. Hesekiel Baruch konnte ein stattliches Haus in Michelstadt erwerben und sogar mit Erlaubnis des Grafen gegen den Protest des Stadtrates im Rathaus die Hochzeit seines Sohnes feiern. Seinem Einfluss war auch die Anlage eines Friedhofs in Michelstadt zu verdanken, die die dort entstehende jüdische Gemeinde zu einem religiös-kulturellen Zentrum für die in den Nachbarorten wie Breuberg und Beerfelden entstehenden jüdischen Gemeinden machte.[81]

Hesekiel Baruch folgten bis zum Übergang der Grafschaft Erbach an Hessen-Darmstadt 1806 eine nicht mehr unterbrochene Reihe von erbachschen Hoffaktoren. In ihrem Gefolge wuchsen die jüdischen Gemeinden, so dass insbesondere Michelstadt zu einem wichtigen jüdischen Zentrum wurde. Die meisten Schutzjuden im Odenwald waren dabei in zwei Bereichen tätig: im Viehhandel und im Textilhandel. Insbesondere der Viehhandel brachte die jüdischen Händler in engen Kontakt mit der bäuerlichen Bevölkerung, die in der für den Ackerbau wenig ertragreichen Mittelgebirgslandschaft in starkem Maß von der Viehhaltung lebte.[82] Der Viehmarkt in Beerfelden stellte sogar einen wichtigen Knotenpunkt im europaweiten Viehhandel dar. Insbesondere Ochsen und anderes Nutzvieh aus Norddeutschland und aus der Schweiz wurden auf den an 15 Terminen im Jahr stattfindenden Märkten gehandelt. Juden spielten als Händler, aber auch als Makler für die Bauern des Odenwaldes eine zentrale Rolle auf diesem Markt. Der Einstieg in den Viehhandel entwickelte sich an vielen Orten aus der Erlaubnis, zur Erfüllung der *Kaschrut*-Vorschriften durch eigene Metzger zu schlachten und die Teile des Tieres, die nicht als koscher gelten, an christliche Kunden zu verkaufen. Hinzu kam der ertragreiche Handel mit den Häuten. Die Viehhändler verliehen aber auch Ochsengespanne an Bauern, wenn die Felder gepflügt und bearbeitet werden mussten. Von der Frühen Neuzeit bis zur NS-Zeit war so der jüdische Viehhändler in den Dörfern und Kleinstädten Hessens eine vertraute und wichtige Erscheinung, der für die ländliche Ökonomie unverzichtbar war. Dies gilt ebenso für die Versorgung mit Kleinkrediten und den mobilen Handel mit Waren des täglichen Bedarfs.

Was für den Odenwald galt, wird auch in den Gebieten des Kurfürstentums Mainz sichtbar. Ein Bericht von 1782 stellte fest, dass die Schutzjuden ihren Unterhalt ausschließlich in folgenden Bereichen finden konnten: „…1. Im pferd- und viehehandel, 2. in Frucht und sonstiges Makeln, 3. in Viehehschlachten und 4. in dem Krempeln mit allerhand Hausgeräth, Eisensachen und dergleichen.“[83] Alle diese Tätigkeiten waren mit dem Zwang zur Mobilität verbunden, da die Kunden in den Dörfern aufgesucht wurden und die jüdischen Kaufleute dafür regelmäßig zu den Dörfern und Kleinstädte reisen mussten, in denen ihre ländlichen Kunden lebten. In den zahlreichen miteinander verschränkten Territorien mussten sie dabei häufig Grenzen überschreiten. Als Juden waren sie gezwungen, dafür jeweils einen „Leibzoll“ zu bezahlen. Er trieb die Unkosten für den Handel in die Höhe, wurde aber auch im Zuge der Aufklärung zunehmend als erniedrigend empfunden. Die Mühsal des Hausierhandels, den die große Mehrzahl der Schutzjuden betrieb, beschreibt der Friedberger Beamte Schatzmann eindringlich: „Er rennt und läuft vom frühen Morgen an, gebückt unter der Last seines ganzen, oft nur in Commission von anderen genommenen Vermögens. Seine ganze Ideenreihe studiert auf nichts als Händel und die beste Art diese ins Werk zu richten. Der Abend

kommt, noch läuft der arme Schelm ohne einen Heller verdient zu haben. Ihn hungert, die Frau hungert, die armen Kinder schreien um Brod.“[84]

Die jüdische Unterschicht

Sehr viele dieser Handel treibenden Schutzjuden galten als arm und konnten ihren Lebensunterhalt nur mit sehr großer Mühe verdienen. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nahm die jüdische Bevölkerung weiter zu, gleichzeitig erhöhte sich dadurch die Konkurrenz und führte anscheinend zu einer weiteren Verarmung der Schutzjuden auf dem Land. Bernhard Post hat beispielhaft das Einkommen eines jüdischen Hausierers errechnet: Ihm blieb für die Ernährung seiner häufig großen Familie nur ein Tagesverdienst von 16,6 Kreuzern. Der amtlich festgelegte Preis für ein 4,5 Pfund-Brot betrug aber schon allein 7,50 Kreuzer. Dies gibt einen Eindruck von der wirtschaftlichen Notlage vieler im Hausierhandel tätigen Juden, die zwar als Schutzjuden ein Aufenthaltsrecht genossen, aber sehr häufig in der Gefahr lebten, die mit dem Schutzstatus verbundenen Abgaben nicht mehr leisten zu können. Die Zahlen zu den Vermögensverhältnisse der Juden im Kurfürstentum Mainz zeigen, dass 58,4 Prozent der Juden als arm galten, während nur 1,4 Prozent mit einem Vermögen von über 5.000 Gulden als wohlhabend angesehen werden konnten.[85]

Unterhalb der Schicht der zu einem größeren Teil schon sehr armen Schutzjuden gab es eine zahlenmäßig kaum zu fassende, aber vermutlich sehr große Gruppe von Juden, die keinen Schutzstatus hatten und aufgrund von wirtschaftlicher Not und Kriegsfolgen in großer Armut ihr Leben fristeten.[86] Sie waren zum Vagabundieren verdammt und hatten kaum eine Chance, als Schutzjuden aufgenommen zu werden. Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und die wachsende Zahl derer, die nirgendwo ein festes Aufenthaltsrecht fanden, erklärte sich auch durch die Zuwanderung aus Polen und Böhmen. Hinzu kam, dass ein Schutzjude mit mehreren Söhnen nicht den Anspruch hatte, den Status an alle seine Kinder weiterzugeben, so dass auch dadurch die Schicht der armen Juden ohne Schutzstatus zunahm.

Die bestehenden jüdischen Gemeinden waren religionsgesetzlich verpflichtet, sich um die Armen zu kümmern, und versorgten Bettler, die um Hilfe baten, mit Mahlzeiten, einem Almosen und einer Übernachtung. Über den Schabbat konnten diese auch Aufnahme für zwei Übernachtungen finden. Die im 18. Jahrhundert wachsende Zahl der Hilfe Suchenden stellte für viele Gemeinden jedoch eine starke wirtschaftliche Belastung dar. Organisiert wurde die Versorgung in den Gemeinden über das sogenannte Plettensystem. Jede Familie musste entsprechend ihrem Vermögen eine bestimmte Anzahl von Armenbillets, sog. Pletten, hinterlegen, die an die Hilfe Suchenden weitergegeben wurden. Sie tauschten dann die Plette gegen eine Mahlzeit bei der entsprechenden Familie ein. Für Frankfurt konnte für die Jahre um 1750 ermittelt werden, dass pro Woche ca. 500 Mahlzeiten für Bettler anfielen.[87] Für Mainz ist überliefert, dass der Mainzer Vorsteher jeweils an Dienstagen und Donnerstagen die Hilfesuchenden vor dem Stadttor einsammelte und eine ca. 100 Personen umfassende Gruppe von Bettlern in die Judengasse führte, wo sie eine Mahlzeit und Almosen erhielten.[88] In Friedberg sollen pro Jahr 1.700 Menschen von der Gemeinde jeweils für einen Tag aufgenommen und verköstigt worden sein.[89] Die von den christlichen Obrigkeiten als „Betteljuden“ zusammengefasste jüdische Unterschicht war aber auch in sich differenziert. Es gab Bettler, die von einem Rabbiner einen sog. Bettelbrief erhalten hatten, der das „Betteln“ aufgrund einer persönlichen Notlage legitimierte und um Unterstützung für den Betreffenden bat. Daneben gab es die Ortsarmen, die aufgrund von Krankheit und wirtschaftlicher Not verarmten, aber in den Gemeinden weiterhin leben durften und auf Unterstützung angewiesen waren. Beide Gruppen wurden von den über das Land ziehenden Bettlern unterschieden, die aber ebenfalls in den jüdischen Gemeinden versorgt werden mussten. Diese umherziehenden Bettler konnten sich zu Gruppen zusammenschließen, die von Ort zu Ort zogen, um jeweils für einen Tag oder an Schabbat für zwei Tage versorgt zu werden. Diese Bettlerzüge folgten dabei bestimmten Routen, die die Topografie jüdischer Siedlungen und ihrer Aufnahmefähigkeit widerspiegelten. Das Phänomen der wachsenden Zahl jüdischer Bettler wurde von den christlichen Obrigkeiten mit großem Misstrauen registriert. Sie wurden als Quelle von Krankheiten und Kriminalität denunziert, Einschätzungen, die vor allem die tiefsitzenden antijüdischen Einstellungen bei den christlichen Amtsträgern zeigen.[90]

Die Debatte um die „Verbesserung“ der Juden – der Kampf um die Emanzipation

Das Problem der sogenannten Betteljuden fand bei den Beamten in den verschiedenen Territorien zunehmende Aufmerksamkeit im Zuge der in den 1780er Jahren einsetzenden Überlegungen, wie die Situation der Juden verbessert und sie zu nützlichen Mitgliedern einer bürgerlichen Gesellschaft werden könnten.[91] Geprägt durch die Aufklärung und die damit verbundenen Überlegungen zu einer produktiveren und rationaleren Organisation des Staates

und seiner Bürger wurde auch die rechtliche, wirtschaftliche und soziale Situation der Juden in den Blick genommen. Vorbildlich wurde das 1781 erschienene Werk des preußischen Beamten Christian Wilhelm Dohm *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*. Ihre Lage wurde als eines aufgeklärten Zeitalters unwürdig empfunden und Armut und Rückständigkeit wurden als Folge der Unterdrückung analysiert, eine Gleichstellung mit den christlichen Bürgern jedoch erst als Ergebnis eines langen Erziehungsprozesses postuliert. Juden müssten sich erst durch Bildung, die Aufgabe des als „verderblich“ eingeschätzten „Noth- oder Schacherhandels“ und die berufliche Umschichtung vor allem in handwerkliche Tätigkeiten „verbessern“. So erwürben sie als Ergebnis dieses vom Staat gesteuerten Erziehungsprozesses das Anrecht, gleichberechtigte Bürger zu werden und den Status als Schutzjuden hinter sich zu lassen. Mit diesen Erziehungsvorstellungen war jedoch auch ein Eingriff in die religiöse Autonomie der Gemeinden verbunden. Von den Juden wurde die Aufgabe als „abergläubisch“ angesehener religiöser Vorschriften verlangt, die ebenfalls als Hindernis zur bürgerlichen Verbesserung eingeschätzt wurden.

Vorbildlich für die Emanzipationsgesetzgebung im Sinne der Aufklärung wurden die 1782 von Kaiser Joseph für Österreich eingeführten Toleranzgesetze. Im hessischen Raum ergriffen zuerst das Kurfürstentum Mainz und die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt entsprechende Initiativen, getragen von Beamten, die durch die Aufklärung geprägt waren. Mit dem Regierungsantritt von Erzbischof Friedrich Karl Joseph von Erthal 1774 begann in den Mainzer Territorien eine Reformpolitik, die eine umfassende Veränderung des rechtlichen und sozialen Status der Juden zum Ziel hatte.[92] In Hessen-Darmstadt verfasste der zum Judenkommissar ernannte Regierungsrat Georg Konrad Stockhausen 1784 ein Gutachten, in dem er den Sonderstatus der Juden grundlegend infrage stellte.[93] Dass auch in einem kleinen Territorium wie Friedberg der Geist der Aufklärung angekommen war, zeigt die Schrift *Patriotische Gedanken über den Zustand der Juden überhaupt vorzüglich der Judenschaft in der Reichsstadt Friedberg* von 1788, verfasst von Ferdinand Christoph David Schatzmann, einem Beamten der Reichsstadt. So beschreibt er mit großer Empörung die Unterdrückung der Juden in der christlichen Gesellschaft:

> Zur Schande unserer Religion und besonders der aufgeklärten Denkungsart unseres Jahrhunderts, in welchem alles nach einer vernünftigen Toleranz athmet, leben leider auch die hiesigen Juden unter gleicher Verfolgung und Verachtung, die das Looß dieser unglücklichen Menschen seit so vielen Jahrhunderten in allen christlichen Staaten ist! – Auch sie genießen noch nicht die Rechte der übrigen Bürger unseres kleinen Wohnortes.

Als eine der ersten Maßnahmen fordert er die Abschaffung des „Judenleibzolles“ und die Aufhebung des Ghettozwanges in der Friedberger Judengasse.[94]

Die allmählich eingeleiteten, aber auch auf Widerstände stoßenden Reformbemühungen aufgeklärter Beamter gerieten mit der Revolution von 1789 und der Abtretung der linksrheinischen Gebiete an Frankreich als Folge der Revolutionskriege unter Zugzwang. In Frankreich wurde 1791 die uneingeschränkte rechtliche Gleichstellung der Juden beschlossen. Die in Mainz und anderen linksrheinischen Orten wohnenden Juden waren nun französische Bürger, die in den rechtsrheinischen Orten lebenden Juden blieben Schutzjuden mit der Vielzahl weiterbestehender als demütigend empfundener Abgaben und Reglementierungen.

Mit dem Deputationshauptschluss 1803 und dem Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806 kam auch das Ende der zahlreichen selbständigen Herrschaften. Reichsritterschaften, Reichsgrafschaften, geistliche Territorien von Bistümern und Klöstern sowie Reichsstädte wie Frankfurt und Friedberg verloren ihre Selbständigkeit und wurden Teil der neu gebildeten größeren Flächenstaaten. In Süd- und Mittelhessen waren dies Hessen-Darmstadt und Nassau. Hinzu kam das 1806 neu gebildete Großherzogtum Frankfurt unter dem zum Erzprimas des von Napoleon gegründeten Rheinbundes ernannten Carl von Dalberg, das Frankfurt und die früheren rechtsrheinischen Gebiete des Erzbistums Mainz mit seinen zahlreichen jüdischen Bewohnern umfasste. Die Diskussion und Auseinandersetzung um die rechtliche Gleichstellung waren im französischen Einflussbereich nicht mehr aufzuhalten. Wolf Breidenbach, Hof- und Kammeragent der Grafen von Isenburg, eröffnete z. B. eine aufsehenerregende Kampagne zur Abschaffung des als besonders demütigend empfundenen Judenleibzolls, da es Juden auf eine Stufe mit ebenfalls zollpflichtigem Vieh stellte. Er erreichte die Aufhebung dieser Abgabe in Isenburg 1803, in Aschaffenburg, Kurmainz, Regensburg und Frankfurt 1804 sowie in Hessen-Darmstadt am 19. Januar 1805.[95]

Die unter napoleonische Herrschaft neu gebildeten Staaten, das Großherzogtum Frankfurt und das Königreich Westfalen, beschlossen die rechtliche Gleichstellung. Das Beispiel Frankfurt zeigt aber, dass dies nur gegen den entschiedenen Widerstand der Bürgerschaft durchgesetzt werden konnte. Die Frankfurter Juden sollten die sehr hohe Summe von 440.000 Gulden zur Ablösung der bis dahin gültigen Sonderabgaben zahlen.[96] Erst 1811 wurde nach langen Verhandlungen die rechtliche Gleichstellung verkündet, Ludwig Börne als erster Jude zu einem Beamten der Stadt Frankfurt ernannt. Mit der Niederlage

Napoleons und der Auflösung des Großherzogtums Frankfurt wie des Königreichs Westfalen wurde die Emanzipation wieder zurückgenommen und eine jahrzehntelange Auseinandersetzung um die rechtliche Gleichstellung ausgelöst, die in den verschiedenen hessischen Staaten einen unterschiedlichen Verlauf nahm. Grundsätzlich blieb die Diskussion um die Emanzipation durch das Konzept bestimmt, dass vor einer rechtlichen Gleichstellung und Aufnahme in die bürgerliche Gesellschaft die Juden sich in ihrem beruflichen und sozialen Verhalten verändern müssten. In Hessen-Darmstadt war 1809 bereits die Regelung eingeführt worden, dass die Juden „einen bestimmten deutschen Familiennamen“ wählen sollten.[97] Im gleichen Jahr verfasste Regierungsrat Freiherr Karl du Bos du Thil ein Gutachten, auf welchem Wege „die Erhebung zu Staatsbürgern“ möglich sein könnte. Die vorgeschlagenen Maßnahmen wurden jedoch nicht realisiert, so dass das Thema erst mit der Einführung einer landständischen Verfassung 1820 wieder aktuell wurde. In ihr wurde den Juden zwar der Zugang zum „Staatsbürgerrecht“ eingeräumt, gekoppelt jedoch an individuelle Vorleistungen. Eine wirkliche rechtliche Gleichstellung für alle Juden bedeutete dies nicht.

Der Darmstädter Landtag wurde in den folgenden Jahrzehnten der Ort, an dem immer wieder das Thema der vollständigen Emanzipation auf die Tagesordnung kam.[98] 1823 wurden die jüdischen Kinder in die allgemeine Schulpflicht aufgenommen, 1824 alle nur für Juden geltenden Abgaben aufgehoben (Schutz- und Neujahrgelder, Synagogengelder, Klepper-, Federlappen, Postsiegel- und Wachsgelder).[99] In Darmstadt selbst wurden immer mehr Juden in die Bürgerschaft aufgenommen, die als Gewerbetreibende, Kaufleute, Ärzte oder Juristen angesehener Teil der städtischen Gesellschaft wurden. 1832 gründeten angesehene jüdische Bürger zusammen mit christlichen Honoratioren dort einen „Verein für sittliche und bürgerliche Verbesserung der Israeliten in dem Großherzogtum Hessen und in Deutschland überhaupt“. Jungen Juden wurde die Aufnahme einer Handwerkslehre nahegelegt, als Teil einer gewünschten Berufsumschichtung.[100] Die in Hessen-Darmstadt sehr starke liberale Bewegung brachte das Thema der Emanzipation so immer wieder auf die Tagesordnung. Endgültig wurde die rechtliche Gleichstellung der Juden in Hessen-Darmstadt während der Revolution 1848/49 realisiert. Darmstadt folgte damit dem Beschluss des Parlaments in der Paulskirche, das nach einer kontroversen Debatte dem Antrag Gabriel Riessers gefolgt war und Juden zu gleichberechtigten Staatsbürgern machte.[101] In Nassau vollzog sich der vergleichbare Prozess sehr viel zögerlicher und traf auf größeren Widerstand. Zwar wurde in der 1849 verabschiedeten Verfassung die rechtliche Gleichstellung nach dem Vorbild der Paulskirche verabschiedet, aber 1851 im Zuge der restaurativen Politik annullierte Herzog Adolf die in der Verfassung formulierten Grundrechte wieder. Erst nach der Annexion durch Preußen 1866 erhielten die Juden in Nassau die volle Gleichberechtigung.[102]

Abb. 4: Gabriel Riesser. Fotografie einer Zeichnung von Chr. Hoffmeister nach einem Gemälde von Moritz Daniel Oppenheim. Leo Baeck Institute New York.

Gewalt im Vormärz

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war in Hessen durch große Armut auf dem Land geprägt. Sie wurde durch mehrere große Hungersnöte verschärft, zuletzt 1845 bis 1847. Zur Bekämpfung des sozialen Elends wurde die Auswanderung vor allem in die USA propagiert. Die jüdische Bevölkerung Hessens wuchs zwischen 1822 und 1846 stärker als die Gesamtbevölkerung. 1852 lebten in Hessen-Darmstadt und Nassau (ohne Frankfurt) zusammen 56.665 Juden, wodurch mit 3,38 bzw. 2,17 Prozent der bis dahin höchste Anteil an der Gesamtbevölkerung erreicht wurde.[103] Auch unter der jüdischen Bevölkerung sahen viele in der Auswanderung den einzigen Weg, um der

Armut, aber auch der Diskriminierung in den Dörfern des Odenwalds oder Oberhessens zu entkommen.[104]

Der lange Prozess zur Emanzipation hatte jedoch nicht zum Ende antijüdischer Ressentiments in der christlichen Bevölkerung geführt. Die grundlegenden Einstellungen der Beamten, Juden seien nicht bereit für die Gleichberechtigung, bevor sie nicht einen Erziehungsprozess durchlaufen hätten, betonten weiter die Differenz und perpetuierten die Einschätzung, dass mit den Juden negative Eigenschaften wie das „Schachern“ verbunden seien, die sie erst überwinden müssten. Die fortbestehende Präsenz antisemitischer Gewaltbereitschaft zeigte sich verstärkt in der Zeit des Vormärz. Die sogenannten Hep-Hep-Unruhen, die 1819 mit Gewalttätigkeiten gegen Juden in Würzburg begannen, fanden ihre Fortsetzung in Frankfurt und anderen hessischen Städten.[105] Im Oktober 1830 kam es nach der Julirevolution in Frankreich in vielen Regionen zu Unruhen, die auch Hessen erfassten. Antijüdische Ausschreitungen ereigneten sich z. B. in Hanau, Windecken oder Viernheim.[106] Zu Beginn der Revolution im Februar und März 1848 kam es in Beerfelden und andern Orten im Odenwald zu gewalttätigen Übergriffen gegen die jüdischen Bewohner.[107] Die Bauernunruhen im Odenwald und in Oberhessen richteten sich zwar vor allem gegen die adeligen Standesherren und die noch bestehenden feudalen Lasten, gewalttätige Aufläufe und Protestaktionen konnten sich aber unvermittelt gegen Juden wenden.[108]

Abb. 5: Johann Michael Volz, Hepp! Hepp! 1819. Hessen Kassel Heritage.

Als wesentlichen Grund für die immer wieder aufflammende antisemitische Gewalt im Vormärz sieht Stefan Rohrbacher die Kämpfe um die Emanzipation. Gerade in den Dorfgemeinschaften befürchteten die christlichen Bewohner, dass sie ihre Ansprüche auf Allmende und andere Ortsrechte nun mit den Juden teilen müssten.[109] Die antisemitischen Gewalttaten wurden jedoch von der liberalen Bewegung in Hessen-Darmstadt heftig bekämpft, deren führende Vertreter wie Theodor Reh sich im Großherzogtum und 1848/49 im Parlament der Paulskirche entschieden für die vollständige rechtliche Gleichstellung einsetzten. Die Auseinandersetzung um die Emanzipation der Juden zog sich so über mehr als ein halbes Jahrhundert hin, immer geprägt durch den Gedanken, dass die Juden sich durch Berufsumschichtung und Erziehung den Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft verdienen müssten. Besonders diskriminiert wurden in diesem Prozess die sog. Nothändler, die meist sehr armen auf dem Lande lebenden Hausierhändler, deren Tätigkeit als „unproduktiv“ und schädlich für die bäuerliche Bevölkerung diffamiert wurde.

Wirtschaftlicher Aufstieg

Trotz der jahrzehntelangen Debatten, die die Gleichberechtigung immer wieder infrage stellten und dadurch alte Ressentiments am Leben erhielten, begann ein allmählicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufstieg der jüdischen Bevölkerung, insbesondere in den größeren Städten. Die verbesserten Bildungsmöglichkeiten, die Gewerbefreiheit ebenso wie das über Generationen erworbene Knowhow in kaufmännischen Berufen begründete für viele neue ökonomische und soziale Chancen. Der wirtschaftliche Erfolg und die zunehmende Integration in die Gesellschaft zeigten sich vor allem in Städten wie Darmstadt und Offenbach. Jüdische Fabrikanten, Kaufleute und Bankiers leisteten wesentliche Beiträge zur industriellen Entwicklung der Städte. Das wachsende Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinschaft zeigte sich im Bau repräsentativer Synagogen und der Einrichtung von jüdischen Schulen auch in den kleineren Orten.[110]

Mit der rechtlichen Gleichstellung wurden im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert auch die Juden auf dem Land allmählich ein integrierter Teil der dörflichen und kleinstädtischen Gesellschaft. Charakteristisch für die dörfliche Gesellschaft blieb, dass Heiratsgrenzen zwischen Juden und Christen in der Regel nicht überschritten wurden. Auf dem Lande hatte sich dennoch ein „dauerndes Zusammenleben zum gegenseitigen Nutzen“ entwickelt.[111] Das Zusammenleben zeigt sich z. B. auch in der reichen fotografischen Überlieferung, die Monica Kingreen für Hessen „vor dem Holocaust“ zusammengetragen hatte und die Gemeinsamkeiten des dörflichen Lebens in Vereinen und Festen eindrucksvoll dokumentiert.[112]

Abb. 6: Jüdische und nichtjüdische Mitglieder des Männer-Gesangverein Groß-Umstadt, 1910. Aus der Sammlung „Vor dem Holocaust“ des Fritz Bauer Institut. Foto: Männergesangverein 1842 Groß-Umstadt.

Spätestens gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann aber auch die Abwanderung der Juden in die größeren Städte, nachdem alle Freizügigkeitsbeschränkungen durch den Anschluss an Preußen und die Gründung des Kaiserreichs 1871 gefallen waren. Es verließen vor allem die wohlhabenderen Familien und die jungen Leute die Dörfer und Kleinstädte und suchten wirtschaftliche Chancen und bessere Bildungsmöglichkeiten durch den Umzug nach Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden oder Frankfurt. So sank ab 1900 die Zahl der jüdischen Einwohner in den Dörfern und Kleinstädten deutlich.[113] Vielerorts konnte z. B. das im 19. Jahrhundert begründete jüdische Schulwesen nicht mehr aufrechterhalten werden.[114]

Antisemitische Bewegungen in Hessen

Der hessische Raum sah nach der Gründung des Kaiserreiches und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts die erste antisemitische Bewegung mit großer Massenwirksamkeit. Der Marburger Bibliothekar und Volkskundler Otto Böckel entfachte ab 1885 eine antisemitische Agitation, die in den ländlichen Gebieten Hessens auf eine große Resonanz stieß.[115] Es gelang der Bewegung, mehrere Reichstagsmandate zu gewinnen, zuerst 1887 in Marburg-Frankenberg, ab 1890 dann auch in Gießen-Büdingen. Hintergrund bildete die Agrarkrise, die zur Verschuldung vieler Höfe geführt hatte. Als Schuldige propagierte die Böckelbewegung in massenwirksamen Versammlungen, zahlreichen Flugblättern und einer eigenen antisemitischen Zeitung die Juden. Die Böckelbewegung in Hessen war damit Teil der seit den 1870er Jahren im Kaiserreich gegründeten antisemitischen Parteien und Massenorganisationen, für die der führende preußische Historiker Heinrich von Treitschke im sog. „Berliner Antisemitismusstreit“ 1880 das wirksamste Schlagwort geliefert hatte: „Die Juden sind unser Unglück“.[116] Auch wenn die antisemitischen Parteien im Kaiserreich nur kurzfristige Erfolge erzielen konnten, setze sich doch der Antisemitismus als ein „kultureller Code“ (Shulamit Volkov) im Kaiserreich durch, der auch Gruppen mit widerstreitenden Interessen wie Großagrarier und Kleinbauern miteinander verband, vor allem aber das akademische Milieu an den Universitäten dauerhaft prägte.[117]

Die antisemitische Bewegung fand zuerst in Oberhessen, dann auch in den Dörfern und Kleinstädten des Odenwalds großen Zulauf. Ende Oktober 1890 trug daher eine Delegation der jüdischen Gemeinden in Hessen-Darmstadt Großherzog Ludwig IV. ihre große Sorge angesichts der antisemitischen Hetze vor. Er teilte daraufhin in einer Presseerklärung mit, dass er die „von außen herangetragenen gehässigen Anfeindungen“ gegen die Juden „auf das Ernsteste“ missbillige.[118] Gegen die antisemitische Agitation ging auch der 1891 gegründete „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ vor, dessen jüdische und nicht-jüdische Mitglieder Versammlungen der Böckelbewegung besuchten und Aufklärungsarbeit vor Ort leisteten.[119] Hier ist auch das anscheinend erfolgreiche Wirken des von Leopold von Sacher-Masoch in Oberhessen gegründeten „Volksverbildungsvereins“ zu nennen.

Teil der antisemitischen Aktion war die Abhaltung von sogenannten „judenfreien Viehmärkten“ zuerst in Lang-Göns, dann in weiteren Orten des Großherzogtums. Sie waren jedoch kein Erfolgsmodell, da offensichtlich die Erfahrung der jüdischen Viehhändler nicht ersetzt werden konnte. Die politische Bewegung der Antisemiten verlor zwar im Kaiserreich wieder Zuspruch, aus dem in diesem Zusammenhang gegründeten „Mitteldeutschen Bauernverein“ entwickelte sich aber in Hessen-Darmstadt der „Hessische Bauernbund“. Er blieb eine antisemitische Partei, die im Hessen-Darmstädtischen Parlament bis zum Aufstieg der NSDAP eine wichtige Rolle spielte.[120] Die wirtschaftlichen Folgen der Agrarkrise konnten jedoch seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem durch die von der Regierung geförderte Gründung von Genossenschaftsbanken nach dem Raiffeisenmodell bekämpft werden.

Um 1900 begann die rasche Abwanderung der jüdischen Bevölkerung in Oberhessen und im Odenwald in die Städte. In welchem Umfang die bedrohliche Erfahrung der antisemitischen Agitation dazu beigetragen hatte, ist schwer einzuschätzen, wesentlicher Grund waren aber sicher die erhöhten wirtschaftlichen Chancen im Zuge der ab 1880 einsetzenden Hochindustrialisierung, die insgesamt zu einem explosionsartigen Wachstum der städtischen Bevölkerung führte. Dennoch gab es weiterhin im Großherzogtum Hessen in 352 von 988 Ortsgemeinden einen erheblichen jüdischen Bevölkerungsanteil.[121]

Verfolgung, Vertreibung und Deportationen

Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten im Volksstaat Hessen begannen bei der Reichstagswahl vom September 1930, als in einigen ländlichen Wahlkreisen bereits 30 bis 40 Prozent die NSDAP wählten.[122] Der eigentliche Terror und die Verfolgung der politischen Gegner setzte fast unmittelbar nach der sogenannten „Machtergreifung“ ein, im Volksstaat insbesondere nach der Reichstagswahl vom 5. März, als die bisherigen Verfassungsinstitutionen durch einen NS-Statthalter ersetzt wurden. Erstes Ziel waren die politischen Gegner, insbesondere Kommunisten und Sozialdemokraten, aber auch gegen die jüdische Bevölkerung auf dem Land gingen NS-Aktivisten mit Gewaltaktionen vor.[123] Häuser wurden geplündert, Männer geschlagen und in das neu eingerichtete KZ Osthofen verschleppt. Ein Artikel im *Manchester Guardian* vom 8. April 1933 hielt fest: „Ein genauer Bericht über die Vorgänge in den Dörfern Oberhessens nur während der letzten vier Wochen würde ein Bild des Grauens ergeben.“ Schikanen, Angriffe, Bedrohungen erschütterten die Juden, die seit Generationen in den Dörfern und Kleinstädten lebten und in kürzester Zeit aus angesehenen Mitgliedern in Vereinen und dörflichen Gemeinschaften zu Zielscheiben von Gewalt und antisemitischer Propaganda wurden. Auch wenn jüdische Viehhändler noch bis 1935 unter immer stärker eingeschränkten Bedingungen tätig sein konnten, so zeigt die Überschrift eines weiteren Artikels im *Manchester Guardian* Ende 1934 die Situation auf dem Lande: „Die hessischen Juden. Eine geächtete Menschengruppe. Bösartigkeiten der Bauern. ‚Juden raus‘“.[124]

Immer mehr Juden suchten als Ausweg vor der täglichen Bedrohung den Umzug in die Großstadt, insbesondere nach Frankfurt, wo die Anonymität einen gewissen Schutz bot. Eine erneute NS-Terrorwelle begann 1935 mit einem Schwerpunkt in Hessen. So starteten Terrorkommandos immer nachts Angriffe auf jüdische Häuser, um die Bewohner zur Ausreise zu zwingen. Im August 1934 unternahmen daher Vertreter jüdischer Hilfsorganisationen eine Fahrt durch die ländlichen Regionen Hessens, um sich einen Überblick über die Lage zu verschaffen. Sie konstatierten, dass durch die alltäglichen Terrormaßnahmen die „jüdische Bevölkerung […] in sehr starkem Maße verängstigt“ ist, jederzeit Gewalttaten drohen und den jüdischen Kaufleuten auf dem Lande, aber insbesondere den Viehhändlern jede Einkommensmöglichkeit entzogen ist.[125] Die Terrormaßnahmen des Jahres 1935 mündeten im September 1935 in die sogenannten Nürnberger Gesetze mit ihren grundlegenden gesetzlichen Diskriminierungen. Der Wegzug in die Großstadt oder gar die Auswanderung war jedoch für viele immer noch nur schwer vorstellbar. In einem Bericht der jüdischen Wohlfahrtspflege vom Sommer 1935 über die Schwierigkeiten der Landbevölkerung, ihre Heimatorte zu verlassen, heißt es:

> Es sind Menschen, die streng religiös sind und trotz aller Schwierigkeiten auch heute noch nach dem jüdischen Gesetz leben […] Zum größten Teil sind es Viehhändler und Handelsleute, deren Geschäft sich durch Generationen vererbt hat und die von besonderer Bodenständigkeit sind. Fast alle haben ihr eigenes Haus und ihren Grundbesitz, den sie wie die Bauern um sie her selbst bewirtschaften.[126]

Für diese Menschen war es schwer, ihre Heimat aufzugeben und nach Frankfurt oder gar in ein fremdes Land auszuwandern. So verließen zuerst die jüngeren Bewohner und die Familien mit Kindern die Landgemeinden und zogen vor allem nach Frankfurt, wo man sich auch bessere Chancen für eine Auswanderung erhoffte.[127] Hier gab es auch die Möglichkeit für die Kinder, eine Schule zu besuchen, was in vielen kleinen Orten immer weiter eingeschränkt wurde. Frankfurt wurde zum wichtigsten Zufluchtsort, wo die jüdischen Selbsthilfeorganisationen Heime einrichteten, um den Kindern, deren Eltern nicht mitkommen konnten, den Schulbesuch und den Besuch einer Ausbildungswerk-

Abb. 7: Die brennende Synagoge auf dem Michelsberg in Wiesbaden während der Novemberpogrome 1938. Jüdisches Museum Frankfurt.

statt zur Vorbereitung der Auswanderung zu ermöglichen. Altersheime wurden eingerichtet, um so erwachsenen Kindern die Ausreise zu ermöglichen mit dem Bewusstsein, dass ihre Eltern versorgt waren und sie versuchen konnten, diese später nachzuholen.

Die Aussicht auf eine geregelte Auswanderung oder die Hoffnung, unter diesen Bedingungen in Deutschland überleben zu können, endeten jedoch in den Pogromen am 9. und 10. November 1938, als in allen Orten, in denen noch Juden lebten, Synagogen und Wohnhäuser zerstört und geplündert wurden, Menschen misshandelt und ermordet, die Männer verhaftet und nach Buchenwald deportiert wurden.[128] Die wenigen noch auf dem Land verbliebenen Einwohner flohen nach Frankfurt, Offenbach oder Darmstadt. Was bis dahin noch der Versuch einer geregelten und vorbereiteten Auswanderung war, wurde nun zur heillosen Flucht aus Deutschland. Wer nach Frankfurt umziehen konnte, lebte hier unter schwierigsten Bedingungen. Die Ausreisemöglichkeiten verengten sich jedoch mit Kriegsbeginn immer weiter. Juden wurden in sogenannten „Ghettohäusern“ konzentriert, im September 1941 die Vorschrift erlassen, dass alle Juden einen gelben Stern als Kennzeichen auf der Kleidung tragen mussten.

Im Oktober lebten noch ca. 10.000 Juden in Frankfurt, viele von ihnen aus der ländlichen Umgebung erst in den Jahren zuvor hinzugezogen.[129] Am 19. Oktober 1941 fand die erste Deportation aus Frankfurt statt. Sie wurde von der Gestapo organisiert und mit großer Brutalität durchgeführt. Als zentrales Sammellager für die Deportationen aus Frankfurt und den Orten des Regierungsbezirks Wiesbaden richtete die Gestapo den Keller der Frankfurter Großmarkthalle ein. Auch städtische Angestellte halfen bei der Vorbereitung der Deportation. Am Morgen des 19. Oktober 1941 wurden die Betroffenen ohne Vorankündigung aus ihren Wohnungen geholt, hatten kaum Zeit zu packen und wurden dann „vor aller Augen“ zu Fuß aus dem Frankfurter Westend zur Großmarkthalle im Ostend geführt. 1.125 Juden wurden in das Ghetto Lodz verschleppt, nur zwei von ihnen erlebten den Tag der Befreiung am 8. Mai 1945. Der ersten Deportation folgten bis zum 24. September 1942 neun weitere große Deportationen, die nun auch die Juden aus Wiesbaden und den Landkreisen des Regierungsbezirks einbezogen. Den Massendeportationen folgten bis zum 15. März 1945 eine Reihe kleinerer Verschleppungen. Sie betrafen vor allem Männer oder Frauen und ihre Kinder, die in sogenannten Mischehen mit nicht-jüdischen Ehepartnern lebten. Insgesamt über 800 Menschen wählten vor der Verschleppung den Freitod. Ihre Grabsteine finden sich auf dem Frankfurter jüdischen Friedhof in der Eckenheimer Landstraße.

Abb. 8: Deportation vom Hanauer Hauptbahnhof am 30. Mai 1942. Foto: Franz Weber. Medienzentrum und Bildarchiv Hanau.

Die Deportationen aus dem Volksstaat Hessen begannen einige Monate später im März 1942.[130] Zu diesem Zeitpunkt lebten noch ca. 5.801 Mitglieder jüdischer Gemeinden in Hessen-Darmstadt. 1933 waren es 17.888 gewesen, gut zwei Drittel waren bis zu diesem Zeitpunkt ausgewandert oder auch in eine Großstadt umgezogen. Als zentrales Sammellager richtete die Gestapo in Darmstadt die Liebigschule ein. Dorthin wurden Juden und Jüdinnen aus regionalen Sammellagern in Mainz, Offenbach und Friedberg gebracht. Die erste Deportation fand am 24. März 1942 statt. 1.000 Männer, Frauen und Kinder vor allem aus den südlichen Provinzen Rheinhessen und Starkenburg wurden in das Ghetto Piaski in der Region Lublin verschleppt. Die polnischen Juden waren zuvor aus dem Ghetto abtransportiert und ermordet worden, um Platz für die deutschen Juden zu schaffen. Die hygienischen Verhältnisse, die extrem beengte Wohnsituation, der Hunger und der tägliche Terror prägten das Leben im Ghetto. Bereits im Juni 1942 wurde es jedoch geräumt und die aus Darmstadt Deportierten zur Ermordung in die Vernichtungslage Belzec und Sobibor oder zur Zwangsarbeit in andere Konzentrationslager weiter verschleppt. Am 27. und 30. September folgten zwei weitere große Transporte aus Darmstadt in das Ghetto Theresienstadt und das besetzte Polen. Nun zog die Gestapo auch die Juden aus Oberhessen in die Verschleppungsaktion ein. Insgesamt wurden in diesen drei Deportationen 3.171 Juden aus 112 Orten des Volksstaates Hessen deportiert. Die in der Stadt und dem Kreis Hanau wohnenden Juden gehörten zum Regierungsbezirk Kassel und wurden daher von Kassel aus mit der Deportation vom 1. Juni 1942 in das KZ Majdanek und das Vernichtungslager Sobibor verschleppt und dort ermordet.

Mit den Deportationen war die Beschlagnahme der Wohnungen und des dort verbliebenen Eigentums verbunden. Bevor sie versteigert wurden, konnte z. B. in Frankfurt Städeldirektor Ernst Holzinger wertvolle Kunstobjekte für die Frankfurter Museen reklamieren.[131] Die Deportationen

waren auch eine Raubaktion, bei der viele sich bereichern konnten.

Neuanfang nach 1945?

Amerikanische Truppen erreichten am 26. März 1945 Frankfurt. Nur noch wenige Dutzend Juden hatten in der Stadt selbst überlebt. Eine im *Aufbau* New York veröffentlichte Liste weist 160 Namen in Frankfurt überlebender Juden und Jüdinnen auf.[132] Am 8. Mai 1945 in Theresienstadt befreit, forderten ca. 400 Überlebende ihre Rückkehr nach Frankfurt, die tatsächlich mit von der Stadtverwaltung organisierten Lastwagen und Omnibussen im Juni gelang. Die amerikanische Armee beauftragte August Adelsberger, sich um die Reste der jüdischen Gemeinde zu kümmern und in der ausgebombten und zerstörten Stadt das Lebensnotwendige zu organisieren. Anfang Juli 1945 lebten ca. 550 Juden wieder in Frankfurt.

In den Monaten nach Kriegsende kamen Hunderttausende Überlebender aus den Konzentrationslagern in die Besatzungszonen, um von hier aus ihre Auswanderung zu betreiben oder, sofern sie nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten oder wollten, erst einmal hier insbesondere unter dem Schutz der amerikanischen Armee eine Zuflucht zu finden. Vor allem Familien, die vor den Nazis aus Polen in die UdSSR flüchten konnten und 1945/46 zurückgekehrt waren, flohen angesichts aufflammender Pogrome weiter nach Westen. Für die sogenannten *Displaced Persons* wurden ab 1945 eigene Lager errichtet, darunter eines mit ca. 5.000 Bewohnern im Frankfurter Vorort Zeilsheim.[133] Unter amerikanischem Schutz entstand hier ein reiches politisches, kulturelles und soziales Leben. Diejenigen der vor allem aus Osteuropa stammenden Überlebenden, die nicht erneut in einem Lager untergebracht werden wollten, fanden Unterkunft in der Stadt selbst. Sie organisierten sich wie in anderen Städten auch im „Komitee der befreiten Juden“. Die Vertreter der alten jüdischen Gemeinde, des Komitees und des DP-Lagers Zeilsheim standen vor denselben Problemen: Unterkunft und Nahrung zu sichern, medizinische Versorgung zu gewährleisten, zur Dokumentation der Verbrechen beizutragen als Grundlage kommender Gerichtsverfahren, aber auch über Auswanderungsziele und -möglichkeiten zu informieren. Mit der Gründung des Staates Israel und der verbesserten Einwanderungsmöglichkeiten in die USA verließen sehr viele Überlebende ab 1948 Deutschland. Das Lager Zeilsheim wurde aufgelöst. Die jüdische Gemeinde und das Komitee vereinbarten schließlich den Zusammenschluss. Die Frankfurter Gemeinde wurde so am 10. März 1949 als Körperschaft öffentlichen Rechts durch das Hessische Kultusministerium anerkannt.

1945 und 1946 wurden auch in einigen anderen hessischen Städten jüdische Gemeinden wieder begründet. Wenige Rückkehrer und vor allem Juden, die als *Displaced Persons* aus Polen und der Sowjetunion nach Hessen gelangt waren, schlossen sich in Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden und Bad Nauheim zu jüdischen Gemeinden zusammen.[134] Das Ziel fast aller blieb die Auswanderung aus Deutschland, vor allem in die USA und nach Palästina bzw. Israel. So blieben die wieder entstandenen Gemeinden klein, stellten aber Synagogen wieder her oder bauten neue, errichteten Kindergärten, Schulen und Altersheime und schufen so die Grundlage jüdischen Lebens nach der Schoa im „Land der Täter“. Vordringliches Ziel der nachwachsenden Generation blieb aber die Auswanderung nach Israel. Ein tiefer Einschnitt bildete das Ende der Sowjetunion. Über 200.000 Juden kamen seit 1990 vor allem als „Kontingentflüchtlinge“ nach Deutschland, von denen sich viele den jüdischen Gemeinden anschlossen.[135] So wuchs die Mitgliederzahl der nach 1945 wieder gegründeten Gemeinden, die heute im Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen zusammengeschlossen sind, deutlich an.

Abb. 9: Die 1955/56 errichtete neue Synagoge in Offenbach am Main von Hermann Zvi Gutmann, 1997/98 erweitert und umgebaut von Alfred Jacoby. Foto: Stefanie Nathow.

In den zahlreichen Orten, in denen Juden vor der Schoa gelebt hatten, hatten sich nach 1945 nicht wenige bauliche Zeugnisse erhalten, in kleineren Orten auch Synagogengebäude, die 1938 nicht zerstört worden waren, zumeist weil sie sich bereits in nichtjüdischem Besitz befunden hatten. Hinzu kamen hunderte von Friedhöfen, die sich in Hessen erhalten hatten.[136] In den 1980er Jahren begann an vielen Orten ein Prozess, sich mit der jüdischen Vergangenheit des eigenen Wohnorts auseinanderzusetzen. Bürgerinitiativen setzen sich dafür ein, Synagogen oder ehemalige jüdische Wohnhäuser zu erhalten und an manchen Orten zu musealen Erinnerungsstätten umzuwandeln. Auch Projekte, die Friedhöfe zu dokumentieren und zu erhalten, wurden Teil der Erinnerungskultur. Dass aber andererseits in Deutsch-

land im Durchschnitt zwei Friedhöfe pro Woche geschändet werden, weist auf den fortbestehenden Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft hin. Jüdisches Leben und jüdische Institutionen in Deutschland sind weiterhin gefährdet, sichtbar in der notwendigen Präsenz von Polizeikräften vor den Einrichtungen jüdischer Gemeinden. Die Erinnerung an die Jahrhunderte lange Geschichte der Juden in Hessen leistet auch in diesem Zusammenhang einen notwendigen Beitrag.

Anmerkungen

1 Zur politischen Entwicklung Hessen siehe Helmut Berding/Walter Heinemeyer (Hrsg.), Handbuch der hessischen Geschichte, 8 Bde., Marburg 2003–2024, mit zahlreichen Karten; Karl E. Demandt, Geschichte des Landes Hessen. 2., neu bearb. u. erw. Aufl., Kassel 1972.

2 Georg Schmidt, Reichsritterschaften, in: Winfried Speitkamp (Hrsg.), Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 3: Ritter, Grafen und Fürsten. Weltliche Herrschaft im hessischen Raum, ca. 900–1806, Marburg 2014, S. 349–376.

3 Zur Geschichte der Juden in Hessen insgesamt siehe Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, 2 Bde., Frankfurt am Main 1971; Christiane Heinemann (Hrsg.), Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983; Monica Kingreen, Hessen, in: Micha Brumlik/Cilly Kugelmann/Rachel Heuberger (Hrsg.), Reisen durch das jüdische Deutschland, Köln 2006, S. 169–190. Die in gedruckten Regesten vorliegenden Quellen zur jüdischen Geschichte aus den hessischen Staatsarchiven Wiesbaden, Darmstadt und Marburg sowie aus den Stadtarchiven Marburg und Wetter sind zu finden in: LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/de/quellen-und-materialien/quellen-zur-juedischen-geschichte. Letzter Zugriff 24. März 2025.

4 Zum Folgenden siehe Franz-Josef Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters, Hannover 1995; David Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau, Wiesbaden 2017.

5 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 22; abgedruckt in Monumenta Germaniae Historiae (im Folgenden MGH), Const. III, S. 2.5.

6 Für die Nachweise zu den folgenden Erstnennungen siehe die Ortsartikel in Germania Judaica, Bd. 1: Von den ältesten Zeiten bis 1238, hrsg. von Ismar Elbogen u. a., Tübingen 1963; Germania Judaica, Bd. 2: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, hrsg. von Zvi Avneri, Tübingen 1968.

7 Lothar Kreuzer, Friedberg, in: Holger Th. Gräf/Alexander Jendorff (Hrsg.), Handbuch der Hessischen Geschichte, Bd. 7, Marburg 2023, S. 602–603.

8 Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 53.

9 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 278.

10 Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 243–244.

11 Zur Kammerknechtschaft siehe J. Friedrich Battenberg, Des Kaisers Kammerknechte. Gedanken zur rechtlich-sozialen Situation der Juden in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: Historische Zeitschrift 245 (1987), S. 545–599.

12 Zum Folgenden Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 97–110; die einzelnen im Folgenden genannten Privilegien als Regesten ebd., S. 272–281.

13 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 104.

14 Zum Folgenden Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 66–67, 532–565.

15 Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 467–491, 743.

16 Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 356–364.

17 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 73–97.

18 Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 742; Wolfgang Treue, Lebensbedingungen jüdischer Ärzte in Frankfurt am Main während des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit, in: Medizin, Gesellschaft und Geschichte. Jahrbuch des Robert-Bosch-Instituts für Geschichte der Medizin 17 (1999), S. 9–55.

19 Zu Frankfurt siehe auch Isidor Kracauer, Geschichte der Juden in Frankfurt a. M., 2 Bde., Frankfurt am Main 1925–1927; zu Friedberg Monica Kingreen, Das Judenbad und die Judengasse in Friedberg. Ein Mikrokosmos jüdischen Lebens und deutsch-jüdischer Geschichte im Spiegel von mehr als 700 Jahren, in: Wetterauer Geschichtsblätter 56 (2008), S. 1–208.

20 Dietrich Andernacht, Der Frankfurter Judenfriedhof. Seine überörtliche Funktion im Mittelalter, in: Peter Freimark/Helmut Richtering (Hrsg.), Gedenkschrift für Bernhard Brilling, Hamburg 1988, S. 77–89; Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 80.

21 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 80.

22 Germania Judaica, Bd. 3, 1–2: 1350–1519, hrsg. von Arye Maimon u. a., Tübingen 1987–2003, S. 198, 1648; zur zentralörtlichen Funktion von Friedhöfen auf dem Land siehe J. Friedrich Battenberg, Strukturen der jüdischen Bevölkerung in Oberhessen, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 7 (1996), S. 267–298, hier. S. 282.

23 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 97.

24 Fritz Backhaus, Die Einrichtung eines Ghettos für die Frankfurter Juden im Jahre 1462, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 39 (1989), S. 59–86.

25 Zu Friedberg in der Frühen Neuzeit siehe Cilli Kasper-Holtkotte, Jüdisches Leben in Friedberg (16.–18. Jahrhundert), in: Andreas Gotzmann (Hrsg.), Kehilat Friedberg, Bd. 1, S. 1–287, hier S. 152; zu Worms Ursula Reuter, Die Wormser Judengasse in der Frühen Neuzeit, in: Fritz Backhaus/Gisela Engel/Gundula Grebner/Robert Liberles (Hrsg.), Frühneuzeitliche Ghettos in Europa im Vergleich, Berlin 2012, S. 205–240, hier S. 207–210; zu Hanau: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. 1, S. 320; Wolfgang Treue, Komplexität auf kleinem Raum. Judenpolitik in der Grafschaft Hanau-Münzenberg vom Ausgang des Mittelalters bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, in: Sigrid Hirbodian/Torben Stetz (Hrsg.), Juden und ländliche Gesellschaft in Europa zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit, Wiesbaden 2016, S. 72–96, hier S. 87.

26 Vgl. Backhaus/Engel/Grebner/Liberles, Frühneuzeitliche Ghettos.

27 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 230–232.

28 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 237.

29 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 239–240.

30 Fritz Backhaus (Hrsg.), „Und groß war bei der Tochter Jehudas Jammer und Klage…“ Die Ermordung der Frankfurter Juden im Jahre 1241, Sigmaringen 1995.

31 MGH, Const. II, Nr. 444, S. 612 (Original in Latein; Übersetzung durch den Autor).

32 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 239.

33 Alfred Haverkamp, Die Judenverfolgungen zur Zeit des Schwarzen Todes im Gesellschaftsgefüge deutscher Städte, in: ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, Stuttgart 1981, S. 27–93; vgl. Alfred Haverkamp (Hrsg.), Geschichte der Juden im Mittelalter zwischen Nordsee und Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk, Hannover 2002, S. 223–242, bes. 235.

34 Germania Judaica, Bd. 2, S. 262.
35 Johannes Heil, Vorgeschichte und Hintergründe des Frankfurter Pogrom von 1349, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 41 (1991), S. 105–151.
36 Michael Brocke, Der alte jüdische Friedhof zu Frankfurt am Main. Unbekannte Denkmäler und Inschriften, Sigmaringen 1996, S. 84–92; Fritz Backhaus, Karl IV. 1349. Verpfändung und Verfolgung, in: Evelyn Brockhoff/Jan Gerchow/Raphael Gross/August Heuser (Hrsg.), Die Kaisermacher. Frankfurt am Main und die Goldene Bulle 1356–1806. Katalog, Frankfurt am Main 2006, S. 520–525, hier S. 523–524.
37 Ziwes, Studien zur Geschichte der Juden, S. 128.
38 Zum Folgenden Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main, S. 624–710.
39 Alfred Haverkamp, Juden in Deutschland und Italien während des späten Mittelalters. Bewegungen in kabbalistischen Zusammenhängen, in: Backhaus/Engel/Grebner/Liberles, Frühneuzeitliche Ghettos, S. 81–148, hier S. 115–118; Kracauer, Geschichte der Juden, Bd. 1, S. 61–83.
40 Friedhelm Burgard/Alfred Haverkamp/Gerd Mentgen (Hrsg.), Judenvertreibungen in Mittelalter und früher Neuzeit, Hannover 1999.
41 Arye Maimon, Der Judenvertreibungsversuch Albrecht II. von Mainz und sein Mißerfolg, in: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978), S. 191–220.
42 Vgl. Fritz Backhaus/Raphael Gross/Sabine Kößling/Mirjam Wenzel (Hrsg.), Die Frankfurter Judengasse. Geschichte, Politik, Kultur. Katalog zur Dauerausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt, München 2016; Wolfgang Treue, Judengasse und christliche Stadt. Religion, Politik und Gesellschaft im frühneuzeitlichen Frankfurt am Main, Frankfurt a. M./New York 2023.
43 Michael Toch, Wirtschaft und Geldwesen der Frankfurter Juden im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit, in: Karl E. Grözinger (Hrsg.), Jüdische Kultur in Frankfurt am Main von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1997, S. 25–46, bes. S. 32–36.
44 Fritz Backhaus, Die Bevölkerungsexplosion in der Frankfurter Judengasse des 16. Jahrhunderts, in: ders./Gisela Engel/Robert Liberles/Margarete Schlüter (Hrsg.), Die Frankfurter Judengasse. Jüdisches Leben in der frühen Neuzeit, Frankfurt a. M. 2006, S, 103–117; Thorsten Burger, Frankfurt am Main als jüdisches Migrationsziel zu Beginn der Frühen Neuzeit, Wiesbaden 2013.
45 Burger, Frankfurt am Main, S. 343.
46 Backhaus, Die Bevölkerungsexplosion, S. 116–117.
47 Burger, Frankfurt am Main, S. 368; Treue, Komplexität auf kleinem Raum, S. 81–82.
48 Treue, Komplexität auf kleinem Raum, S. 81–82, 85; Cilli Kasper-Holtkotte, Jüdische Gemeinde von Frankfurt/Main in der Frühen Neuzeit. Familien, Netzwerke und Konflikte eines Jüdischen Zentrums, Berlin 2019, S. 37, 418–425.
49 J. Friedrich Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, Wiesbaden 1987, S. 59, Nr. 1.
50 Werner Marzi, Judentoleranz im Territorialstaat der Frühen Neuzeit. Judenschutz und Judenordnung in der Grafschaft Nassau-Wiesbaden-Idstein und im Fürstentum Nassau-Usingen, Wiesbaden 1999, S. 63; zu Hanau siehe Treue, Komplexität auf kleinem Raum, S. 84–86; Wolfgang Treue, Landgrafschaft Hessen-Homburg, in: Stefan Rohrbacher/Michael Toch/Istrael Yuval (Hrsg.), Germania Judaica, Bd. 4.2, Tübingen 2009, S. 179–183.
51 Rosy Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte der Juden in Oberhessen von ihrer frühesten Erwähnung bis zur Emanzipation, Diss. Universität Gießen 1931, S. 22.
52 Treue, Komplexität auf kleinem Raum, S. 309–328.
53 Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 59–61, Nr. 2.
54 Marzi, Judentoleranz im Territorialstaat, S. 5–8.
55 J. Friedrich Battenberg, Judenordnungen in der frühen Neuzeit, in: Heinemann, Neunhundert Jahre Geschichte, S. 83–122, insb. S. 85–86.
56 Marzi, Judentoleranz im Territorialstaat, S, 240–248. Das Zinsverbot wurde in der überarbeiteten Version von 1577 verändert und zumindest ein Zinssatz von fünf Prozent pro Jahr eingeräumt.
57 Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 90.
58 Zu Luther siehe Thomas Kaufmann, Luthers Juden, Stuttgart 2014, bes. S. 106–140.
59 Siehe die ersten vier Artikel der Judenordnung von 1539: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 59–60, Nr. 2.
60 Treue, Landgrafschaft Hessen-Homburg, S. 34, 147; Treue, Komplexität auf kleinem Raum, S. 74, zu Lazarus als Arzt der Gräfin Helene von Hanau S. 87; Martin Bucers Ratschlag zur Duldung der Juden in Hessen und darauf erlassene Judenordnung, in: LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/resolve/qjg/3614, letzter Zugriff 26. März 2025.
61 Zum Folgenden Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte, S. 36; Treue, Landgrafschaft Hessen-Homburg, S. 170–172.
62 Treue, Judengasse und christliche Stadt, S. 423–424.
63 J. Friedrich Battenberg, Assenheimer Judenpogrome vor dem Reichskammergericht. Die Prozesse der Grafschaften Hanau, Isenburg und Solms um die Ausübung des Judenregals 1567–1573, in: Heinemann, Neunhundert Jahre Geschichte, S. 123–150; Treue, Komplexität auf kleinem Raum, S. 77–78.
64 Vgl. allgemein Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande, London 1997; Rolf Kießling/Peter Rauscher/Stefan Rohrbacher/Barbara Staudinger (Hrsg.), Räume und Wege. Jüdische Geschichte im Alten Reich 1300–1800, Berlin 2007; Michaela Schmölz-Häberlein (Hrsg.), Jüdisches Leben in der Region. Herrschaft, Wirtschaft und Gesellschaft im Süden des Alten Reiches, Würzburg 2018; als Beispiel einer jüdischen Gemeinde in Oberhessen vom Mittelalter bis zur NS-Zeit: Monica Kingreen. Jüdisches Landleben in Ostheim, Windecken, Heldenberge, Hanau 1994.
65 Als Beispiel siehe Marzi, Judentoleranz im Territorialstaat, S. 39–41, mit drei Karten zur Verbreitung der Juden in Nassau-Usingen vom 16. bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die eindrücklich die Zunahme der Siedlungen zeigen. Für Hessen-Darmstadt s. unten Anm. 77; für Hessen-Homburg von 1520 bis 1650: Treue, Landgrafschaft Hessen-Homburg, S. 15–17, Karten S. 3–5.
66 Siehe die Beispiele bei Marzi, Judentoleranz im Territorialstaat, S. 60, 63, 66–67; Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte, S. 19–20.
67 J. Friedrich Battenberg, Die Juden in der oberhessischen Ganerbschaft Buseckertal, in: Hirbodian/Stetz, Juden und ländliche Gesellschaft, S. 119–143; Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte, S. 24–27.
68 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 320; Monica Kingreen, Moritz Daniel Oppenheims Kindheit und Jugend in der Hanauer Judengasse, in: Georg Heuberger/Anton Merk (Hrsg.), Moritz Daniel Oppenheim. Die Entdeckung des jüdischen Selbstbewußtseins in der Kunst, Köln 1999, S. 326–339, hier S. 326–327.
69 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 160–162; Klaus-Peter Decker, Grafschaft Isenburg-Büdingen, in: Berding/Heinemeyer, Handbuch der Hessischen Geschichte, Bd. 3, S. 233–274, hier S. 258–263.
70 Siehe allgemein Mordechai Breuer, Die Hofjuden, in: Mordechai Breuer/Michael Graetz (Hrsg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 1: 1600–1780, München 1996, S. 106–125; Rotraud Ries/J. Friedrich Battenberg (Hrsg.), Hofjuden – Ökonomie und Interkulturalität. Die jüdische Wirtschaftselite im 18. Jahrhundert, Hamburg 2002.

71 Vgl. Fritz Backhaus, Mayer Amschel Rothschild. Ein biografisches Porträt, Freiburg u. a. 2012, S. 58–60: Beschwerde des Hessen-Hanauischen Hoffaktors Mayer Amschel Rothschild und weiterer Hoffaktoren über Einschränkungen des Frankfurter Rates in Bezug auf ihre Reisetätigkeit, die sie von Frankfurt aus für ihre fürstlichen Kunden ausübten.

72 J. Friedrich Battenberg, Lew, Menasse und David, in: ders./Peter Engels (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger, Wiesbaden 2019, S. 250–256, und die Beiträge von Jürgen Rainer Wolf und J. Friedrich Battenberg in demselben Band.

73 J. Friedrich Battenberg, Juden zwischen den Fronten im Dreißigjährigen Krieg. Gustav Adolf von Schweden und der landgräflich-hessische Judenschutz, in: Aschkenas 30 (2020), S. 254–270.

74 Zur Klaus siehe J. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, in: Jahrbuch der jüdisch literarischen Gesellschaft 20 (1929), S. 181–251, hier S. 181–183; Backhaus/Gross/Kößling/Wenzel, Die Frankfurter Judengasse, S. 210–213.

75 Zu Folgendem siehe Daniel J. Cohen, Die Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt bis zur Emanzipation als Organe der jüdischen Selbstverwaltung, in: Heinemann, Neunhundert Jahre Geschichte, S. 151–204, Zitat S. 151.

76 Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 156.

77 Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 156; vgl. auch Kasper-Holtkotte, Jüdisches Leben in Friedberg, S. 214–216; Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte, S. 34–37.

78 Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 6.

79 Zum Folgenden siehe J. Friedrich Battenberg, Das Schutz- und Hofjudensystem der Grafschaft Erbach. Gedanken zur Geschichte der Juden im Odenwald, besonders im 17. und 18. Jahrhundert, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde N.F. 53 (1995), S. 101–142.

80 Battenberg, Das Schutz- und Hofjudensystem, S. 114.

81 Zu Michelstadt siehe Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 76–89; vgl. auch Karl E. Grözinger, Der Ba'al Schem von Michelstadt und die Frankfurter Kabbalisten, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 7 (1996), S. 324–340.

82 Battenberg, Das Schutz- und Hofjudensystem, S. 119–124; Uri Kaufmann, Viehhandel und Viehhändler im Umkreis der hessischen Bergstraße 1780–1914, in: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 25 (1992), S. 67–83; Michael Imhof, Juden in der Rhön, Petersberg 2021, S. 176–184; vgl. auch zum Viehhandel in Friedberg Kasper-Holtkotte, Jüdisches Leben in Friedberg, S. 103–112.

83 Zum Folgenden Bernhard Post, Judentoleranz und Judenemanzipation in Kurmainz 1774–1803, Wiesbaden 1985, Zitat S. 152–153.

84 Zit. nach Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 157.

85 Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 156; Imhof, Juden in der Rhön, S. 166–175.

86 Zum Folgenden siehe Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 401–407; Breuer, Die Hofjuden, S. 233–239; Yakov Guggenheim, Von den Schalantjuden zu den Betteljuden. Jüdische Armut in Mitteleuropa in der frühen Neuzeit, in: Stefi Jersch-Wenzel (Hrsg.), Juden und Armut in Mittel und Osteuropa, Köln u. a. 2000, S. 55–70; Thomas Kollatz, Zum Umgang mit Armut im 18. Jahrhundert am Beispiel Friedbergs. Wege der Tradition und Wege der Aufklärung, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 7 (1996), S. 299–323.

87 Fritz Backhaus, „Im Heckhus die Lahmen, Blinden und Hungerleider". Die sozialen Institutionen in der Frankfurter Judengasse, in: Jersch-Wenzel, Juden und Armut, S. 31–54, hier S. 39–40.

88 Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 404.

89 Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte, S. 39.

90 Vgl. Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 411–425.

91 Zum Folgenden siehe Stefi Jersch-Wenzel, Rechtslage und Emanzipation, in: Michael Brenner/Stefi Jersch-Wenzel/Michael A. Meyer (Hrsg.), Deutsch-Jüdische Geschichte der Neuzeit, Bd. 2: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996, S. 15–56.

92 Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 63–70.

93 Eckhard G. Franz/Fritz Kallenberg/Peter Fleck, Großherzogtum Hessen, in: Berding/Heinemeyer, Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 4, 2, S. 673–884, hier S. 725; Anton Keim, Die Judenfrage im Landtag des Großherzogtums Hessen 1820–1849. Ein Beitrag zu Geschichte der Juden im Vormärz, Darmstadt/Marburg 1983.

94 Zit. nach Kingreen, Das Judenbad, S. 84–85; vgl. Kollatz, Zum Umgang mit Armut, S. 309–319.

95 Helga Krohn/Kathrin Rauschenberger, Juden in Rödelheim. Die vergessenen Nachbarn, Frankfurt a. M. 1990, S. 18; Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 170–171; Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 426–449.

96 Fritz Backhaus, Die Rothschilds und die Entwicklung der jüdischen Gemeinde bis zur Emanzipation, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.), Tradition und Wandel. Bd. 2, Frankfurt a. M./Göttingen 2023, S. 326–336.

97 Eckhard G. Franz, Vom landgräflichen Schutzjuden zum freien Bürger des Großherzogtums Hessen, in: Battenberg/Engels, Juden als Darmstädter Bürger, S. 63–76; Keim, Die Judenfrage im Landtag, S. 20–26.

98 Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 14–15; Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum Hessen, S. 725–726, 807; Keim, Die Judenfrage im Landtag, passim.

99 Franz, Vom landgräflichen Schutzjuden.

100 Franz, Vom landgräflichen Schutzjuden.

101 Christopher Clark, Frühling der Revolution: Europa 1848/49 und der Kampf um eine neue Welt, München 2023; Michael Brenner, Zwischen Revolution und rechtlicher Gleichstellung, in: Brenner/Jersch-Wenzel/Meyer, Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 2, S. 287–325.

102 Marzi, Judentoleranz im Territorialstaat, S. 420–426.

103 Uziel Oscar Schmelz, Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, Tübingen 1996, S. 15–16, Tab. 2.1 und 2.6.

104 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum Hessen, S. 801–804.

105 Stefan Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49), Frankfurt/New York 1993, S. 105–106.

106 Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier, S. 165–169.

107 Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier, S. 201–206.

108 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum Hessen, S. 809–810.

109 Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier, S. 287–289.

110 Vgl. Dorothee Schimpf, Emanzipation und Bildungswesen der Juden im Kurfürstentum Hessen 1807–1866. Jüdische Identität zwischen Selbstbehauptung und Assimilationsdruck, Wiesbaden 1994, S. 119–124; Franz, Vom landgräflichen Schutzjuden.

111 Kingreen, Hessen, S. 170.

112 Im Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main einsehbar.

113 Schmelz, Die jüdische Bevölkerung, Tab. 2.6.

114 Zur demografischen Entwicklung siehe Schmelz, Die jüdische Bevölkerung; Steven M. Lowenstein, The Population History of German Jewry (1815–1939), Brookline 2023, Kapitel 14.

115 Zum Folgenden s Rüdiger Mack, Otto Böckel und die antisemitische Bewegung in Hessen 1887–1894, in: Heinemann, Neunhundert Jahre Geschichte, S. 377–410; Hansjörg Pötzsch, Antisemitismus in der Region. Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000.

116 Peter Schäfer, Kurze Geschichte des Antisemitismus, München 2020, S. 211–213.
117 Vgl. Shulamith Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München 2000, S. 13–36.
118 Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum Hessen, S. 860.
119 Vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 1891–1924.
120 Pötzsch, Antisemitismus in der Region, S. 205–210.
121 Schmelz, Die jüdische Bevölkerung, Tab. 6.2, S. 348–350.
122 Zum Folgenden siehe Franz/Kallenberg/Fleck, Großherzogtum Hessen, S. 913–933, für den Volksstaat. Vgl. für die Provinz Hessen-Nassau Thomas Klein, Preußische Provinz Hessen-Nassau 1866–1944/45, in: Berding/Heinemeyer, Handbuch der Hessischen Geschichte, Bd. 4.2, S. 213–420, hier S. 372–419.
123 Monica Kingreen, Die Deportation der Juden aus Hessen 1940 bis 1945. Selbstzeugnisse, Fotos, Dokumente, Wiesbaden 2023, S. 24–30.
124 Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 25.
125 Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 26–27.
126 Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 28.
127 Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 31–42.
128 Wolf-Arno Kropat, „Reichskristallnacht". Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938. Urheber, Täter, Hintergründe, Wiesbaden 1997; Raphael Gross, November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013; Ben Barkow/Raphael Gross/Michael Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London/Frankfurt a. M. 2008, S. 395–400.
129 Zu den Deportationen aus Frankfurt siehe Georg Heuberger (Hrsg.), „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt…". Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945, Frankfurt a. M. 2004; Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 42–210.
130 Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 292–360; Eckhart G. Franz/Heinrich Pingel, mit Ergänzungen von Melanie Hanel und Thomas Lange, Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Darmstädter Juden unter der Terror-Herrschaft des NS-Regimes, in: Battenberg/Engels, Juden als Darmstädter Bürger, S. 142–178.
131 Heuberger, Und keiner, S. 420–429.
132 Zum Folgenden siehe Helga Krohn, „Es war richtig wieder anzufangen". Juden in Frankfurt am Main seit 1945, Frankfurt am Main 2011, S. 28–36; Tobias Freimüller, Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen, Göttingen 2020, S. 27–39.
133 Freimüller, Frankfurt und die Juden, S. 43–47; Jim Tobias, Zeilsheim. Eine jüdische Stadt in Frankfurt, Nürnberg 2011.
134 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 129–130, Bd. 2, S. 108–109, 176, 399–400; für Darmstadt siehe Thomas Lange, Die Gründung einer neuen jüdischen Gemeinde in Darmstadt 1945/46, in: Battenberg/Engels, Juden als Darmstädter Bürger, S. 180–183, und Moritz Neumann, Danach… Die jüdische Gemeinde in Darmstadt seit 1945, in: Battenberg/Engels, Juden als Darmstädter Bürger, S. 184–190.
135 Dmitrij Belkin/Raphael Gross (Hrsg.), Ausgerechnet Deutschland! Jüdisch-russische Einwanderung in die Bundesrepublik, Begleitpublikation zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt, Berlin 2010; Karen Körber (Hrsg.), Russisch-jüdische Gegenwart in Deutschland. Interdisziplinäre Perspektiven auf eine Diaspora im Wandel, Göttingen 2015.
136 Siehe die Übersicht in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/de/orte/juedische-friedhoefe, letzter Zugriff 24. März 2025.

Beobachtungen zur Erforschung der jüdischen Geschichte in Hessen

Von apologetischen Formaten der Wissenschaft des Judentums zur modernen Historiographie

J. Friedrich Battenberg

Einleitende Bemerkungen

Die Juden der vormodernen Epoche in den hessischen Territorien und Städte bildeten zu keinem Zeitpunkt autonome politische Einheiten.[1] Auch ihrem eigenen Selbstverständnis nach unterwarfen sie sich für die Zeit ihrer Zerstreuung unter fremden, nichtjüdischen Herrschaften[2] dem dort gesetzten Recht. Dies besagt der schon im Babylonischen Talmud verankerte halachische Grundsatz „*dina de'malchuta dina*" (דינא דמלכותא דינא), „das Recht des Königtums ist das Recht". Damit wurde ausgedrückt, dass die von nichtjüdischen Herrschaften gesetzten Rechtsnormen für die Judenschaft als verbindlich und dem eigenen, innerjüdischen Recht übergeordnet erachtet wurden.[3] Die Judenschaft war trotz kultureller Absonderung eine rechtlich den Obrigkeiten unterstehende, religiöse Sondergruppe, deren Schicksal mit dem der christlichen Bevölkerung eng verquickt war. Erst recht trifft dies auf das nach-emanzipatorische Judentum zu, das durch den „Eintritt ins deutsche Bürgertum"[4] vollends auf ein abgesondertes gesellschaftliches Leben verzichtete. Warum also bemühte man sich dennoch um die gesonderte historiographische Erfassung der Juden im Kontext von Nichtjuden? Setzt man da nicht eine Trennlinie, die es so nicht gab und die Forschungsergebnisse verfälschen würde?

Bereits diese wenigen Vorbemerkungen zeigen, dass die Beschäftigung mit der Historiographie zur jüdischen Geschichte schon im Ansatz auf beträchtliche methodische Probleme stößt. Dass man in der modernen Geschichtsforschung wieder großen Wert auf eine integrative, Juden und Christen gleichermaßen erfassende Darstellung legt[5] und damit die methodischen Probleme wenigstens vordergründig umgeht, heißt nicht, dass man es immer so hielt.

Um die ältere Methode sachgerecht in der Geschichtsforschung verorten zu können, bedarf es eines kurzen Eingehens auf deren Begründung. Es war der große jüdische Historiker Heinrich Graetz, der Autor einer einflussreichen, elfbändigen *Geschichte der Juden*[6], der sich dazu in seiner 1846 erstmals publizierten Studie über *Die Konstruktion der jüdischen Geschichte* wie folgt äußerte:

> Die christliche Geschichtsanschauung spricht bekanntlich dem Judentume seit dem Verluste seiner staatlichen Selbständigkeit [...] alle Geschichte im höheren Sinne des Wortes rein ab; sie gönnt ihm kaum einige Zeilen und glaubt es zum Danke verpflichtet zu haben, wenn sie einige zersprengte Einzelheiten seiner Geschichte an den Rand der weltgeschichtlichen Annalen, in eine magere Note verwiesen hat. [...] Um so dringlicher ergeht an uns die Aufforderung, unserer Geschichte ihr Recht zu vindizieren, ihre Lebenshaltigkeit und Unverweslichkeit darzutun. [...] Es ist nicht schwer zu beweisen, daß das Judentum in der Periode der Zerstreuung [...] neben einer passiven Geschichte der schweren Prüfung und des Märtyrertums auch eine aktive Geschichte produziert hat [...] .[7]

Er insistierte so auf einer „eigenständigen jüdischen Geschichte"[8] unter gleichzeitiger Zurückweisung der nichtjüdischen Historiographie.[9] Spätere Historiker, auch nichtjüdische, sind diesem Diktum mehr oder weniger gefolgt. Die viel diskutierte „Wissenschaft des Judentums", auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann[10], befand sich in der gleichen Tradition. Einer der Begründer dieser Forschungsrichtung, Leopold Zunz, hat die gesellschaftliche Emanzipation der Juden eben mit dieser verknüpft: „Die Gleichstellung der Juden in Sitte und Leben wird aus der Gleichstellung der Wissenschaft des Judenthums hervorgehen."[11] Letztlich beruhte auch die auf Initiative des „Deutsch-Israelischen Gemeinde-Bundes" im Jahre 1885 gegründete „Historische Commission für die Geschichte der Juden in Deutschland" auf der gleichen Prämisse.[12]

Erste Versuche einer eigenständigen Historiographie der Juden in Hessen

Abgesehen von zwei älteren juristischen Traktaten des Gießener Regierungsrats Jakob Christian Klipstein über die Autonomie der Juden von 1739 (mit Abdruck eines Gutachtens des Frankfurter Oberrabbiners Jakob Kahn von 1724),[13] und des späteren darmstädtischen Staatsministers Gatzert über das in Hessen geltende Recht der Juden von 1771[14] entstanden die ersten Arbeiten zur jüdischen Geschichte in Hessen gegen Ende des 18. Jahrhunderts, in einer Zeit, in der die „Bürgerliche Verbesserung der Juden" unter dem Eindruck der Programmschrift des Christian Wilhelm von Dohm[15] bereits zu einer veränderten Einstellung über den Judenschutz geführt hatte: Die Frage nach dem rechtlichen Status der Juden trat zugunsten der Frage nach der historischen Entwicklung der jüdischen Gemeinden und Organisationen in den Hintergrund. Sieht man von einigen Arbeiten des Marburger Juristen und Archivars Ulrich Friedrich Kopp aus den Jahren 1787 bis 1801 ab, dem es vor allem

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-003

um eine rechtliche Beurteilung der landgräflich-hessischen Juden ging,[16] gab es mit den Aufklärern Salomon Jacob Cohen, Jakob Weil und Jakob Pinhas ab 1813 erste Stimmen jüdischer Provenienz, die sich mit der Emanzipationsgeschichte der Juden in Hessen beschäftigten.[17] Doch waren es nichtjüdische Juristen und Theologen, die als Pioniere einer von konkreten Zwecken freien Geschichtsschreibung, der es um Veränderungsprozesse der jüdischen Kultur in Hessen ging, gelten können. Zu nennen ist vor allem der Darmstädter Oberfinanzrat Carl Friedrich Günther, der in seinen 1853 erschienenen *Bildern aus der Hessischen Vorzeit* einen umfangreichen Abschnitt über „Die Juden in Hessen" schrieb.[18] Im Vorwort seines Werks plädiert er ausdrücklich dafür, „das geschichtliche Andenken für die Zukunft durch Schrift und Bild eifrigst zu bewahren",[19] und hinsichtlich der Juden „einzelne Momente zu sammeln und auf diese Weise deren Kenntniß der Geschichte zu bewahren."[20] Daneben war es der Friedberger Theologe und Schulrektor Philipp Dieffenbach, der im Stil einer „Urkundlichen Geschichte" in seiner 1857 gedruckten Monographie zur Geschichte von Friedberg ein Kapitel über „Die Juden zu Friedberg" hinzufügte.[21] Mit der gesonderten Betrachtung der jüdischen Geschichte orientierten sich beide am Diktum von Heinrich Graetz.[22]

Doch auch jüdische Historiker folgten bald mit eigenen Studien. Es waren Heinrich Graetz und der Literaturhistoriker Ludwig Geiger, die mit paradigmatischen Arbeiten vorangingen, die zwar Ereignisse zur jüdischem Geschichte fokussierten, die sich auf hessischem Boden abgespielt hatten, die jedoch in ihrer Bedeutung weit darüber hinausgingen. Graetz publizierte 1868 in Breslau eine Monographie zu Jakob Frank, dem zuletzt von seinem „Frankistenhof" in Offenbach aus wirkenden Sabbatianer.[23] Er beabsichtigte damit, Frank „seines romantischen Schmucks zu entkleiden, und ihn in seiner wahren und […] gewiss nicht anziehenden Gestalt zu zeigen".[24] Ludwig Geiger äußerte sich ein Jahr später zum „Pfefferkorn-Streit",[25] in dem es um die beabsichtigte Vernichtung hebräischer Bücher ging, die durch die Intervention Johannes Reuchlins verhindert wurde.[26] Er sieht in dem „Judenbücherstreit" ein Ereignis, für das „Frankfurt den Platz hergegeben [hat] für den Beginn eines der merkwürdigsten geistigen Kämpfe, den die Weltgeschichte kennt".[27] Kurze Zeit später hat Graetz in einem weiteren Beitrag dazu die einschlägigen Akten ediert.[28]

Insgesamt aber gab es in der Emanzipationszeit bis zur Reichsgründung nur wenige Arbeiten, die beanspruchen können, wesentliche Beiträge zur Geschichte der Juden in Hessen geleistet zu haben. Bei jüdischen Beiträgen dazu überwogen noch immer solche apologetischen Charakters, mit denen das neue Selbstverständnis als Jude und Bürger verteidigt werden sollte, und die nur zu diesem Zweck auf die historische Entwicklung eingingen.[29] Noch war ein bestimmendes Narrativ der jüdischen Geschichtsschreibung in Hessen nicht erkennbar,[30] sieht man von der Forderung Heinrich Graetz' nach einer eigenständigen jüdischen Historiographie ab. Dies unterschied sich kaum von dem, was nichtjüdische Historiker dieser Zeit über die Geschichte der Juden in Hessen schrieben.

Historiographie in der Wilhelminischen Zeit und der Weimarer Republik

Als in den späteren 1870er Jahren im Bismarckreich der wirtschaftliche Zusammenbruch der angeblichen Profitgier der Juden angelastet wurde und mit dem „modernen" Antisemitismus ein neues Verschwörungsnarrativ entstand, durch das die Errungenschaften der Emanzipation in Gefahr gerieten[31] – der Antisemitismus wurde geradezu zu einem gesellschaftlichen Code, der auch das Denken vieler Historiker prägte[32] –, kam es in Hessen zu einer Flut historischer Schriften seitens jüdischer Forscher, die ganz überwiegend die Eigenständigkeit der jüdischen Geschichte betonten und zumeist in Aufsatzform in innerjüdischen Zeitschriften erschienen. Direkt als Antwort auf die antisemitische Gefahr durch den Einzug antisemitischer Abgeordneter in den Reichstag entstand 1890 eine kleine Schrift des Rabbiners Isaak Rülf „zur Vertheidigung der Juden, mit besonderer Rücksicht auf ihre Stellung […] in Hessen".[33] Ihm ging es weniger um historische Forschung als um Reaktionen auf den Antisemitismus: Man könne „aus der Giftpflanze des Antisemitismus ein Heilmittel ziehen […] zu unserer Läuterung, Besserung, Veredlung, Verbrüderung, in Mittel zur Erweckung des Glaubens und [der] Festigkeit der Glaubensgemeinschaft".[34] Einen anderen Weg ging der Rabbiner Leopold Löwenstein, der 1895 mit seiner Schrift über die Geschichte der Juden in der Kurpfalz auch Hessen einbezog.[35] Er wollte durch die Präsentation historischer Quellen auf die Gefahren hinweisen, denen die Juden stets durch Obrigkeiten und Nichtjuden ausgesetzt waren: „Das Charakteristischste dieses Systems ist die Systemlosigkeit, die wetterwendische Laune, mit der Juden von Fürst und Volk behandelt werden."[36] Auf dieser Linie konnte er in Beiträgen zu Friedberg und Worms ein Memorbuch und jüdische Gemeindestatuten auswerten.[37] In der Zeit der Weimarer Republik festigte sich das Selbstverständnis jüdischer Historiker. Einer von ihnen, Salo Wittmayer Baron, sah 1920 in der Wiener Kongressakte das entscheidende Dokument, durch das etwa die Juden von Frankfurt zu Akteuren auf der politischen Bühne wurden.[38] Prägender für die Erforschung der jüdischen Geschichte in Hessen

aber waren Lokalhistoriker, die durch eine Vielzahl von Forschungsbeiträgen und Monographien versuchten, den antisemitischen Bewegungen durch eine Betonung jüdischer Antworten auf Diskriminierungen und Verfolgungen in der Geschichte Hessens historisch Greifbares entgegenzusetzen. Auf zwei von ihnen, Isidor Kracauer und Ludwig Horwitz, die exemplarisch für diese Forschungsrichtung stehen und deren apologetische Tendenz im Rahmen der Wissenschaft des Judentums nicht zu übersehen ist, soll hier näher eingegangen werden.[39]

Der als Professor für Geschichte am Philantropin in Frankfurt lehrende Kracauer begann mit drei Beiträgen zum Pfefferkornstreit und zu Vorwürfen gegen Frankfurter Juden,[40] um dann in der Folge in großer Dichte weitere Miniaturen zur frühneuzeitlichen jüdischen Geschichte in Frankfurt folgen zu lassen.[41] Lediglich zwei größere Beiträge zur innerjüdischen Geschichte publizierte er in einer nichtjüdischen landeskundlichen Zeitschrift[42] – den einen davon in der Absicht, „hier zum ersten Male eine auf urkundlichem Material beruhende Darstellung dieser bemerkenswerten [Kulp-Kannschen] Wirren zu geben“,[43] den anderen, um zu beweisen, „daß die Juden sich nicht ängstlich von der Außenwelt abschlossen, sondern an dem Kulturleben der Völker, unter denen sie wohnten, mehr oder minder Anteil“ nahmen.[44] Seine zuerst 1904 in der Philantropin-Festschrift erschienene Darstellung publizierte er zwei Jahre später im Frankfurter jüdischen Verlag Isaac Kauffmann und bot sie so auch einem nichtjüdischen Publikum zur Lektüre an.[45] Ebenso veröffentlichte er wenige Jahre später eine Geschichte der ersten jüdischen Gemeinde[46] wie von deren inneren Verhältnissen.[47] Dazu legte er als umfassende Edition zur Geschichte der Frankfurter Gemeinde ein Urkundenbuch vor.[48] Die Summe seiner Forschungen fand Eingang in seine posthum erschienene zweibändige Monographie über die Geschichte der Frankfurter Juden.[49] Er wollte so unter Verwendung vieler ungedruckter Quellen „eine möglichst lückenlose Geschichte der Frankfurter Juden“ geben und zugleich die 1714 publizierten „Jüdische[n] Merckwürdigkeiten“ des Johann Jacob Schudt ersetzen, da diese das negative Bild der Frankfurter Juden geprägt hatten.[50] Auch wenn Kracauer mit diesen Schriften zur größten hessischen Judengemeinde das nichtjüdische Publikum erreichte, waren die eigentlichen Adressaten doch die Juden selbst, deren Selbstbewusstsein damit gestärkt wurde. Das als reformorientierte Freischule gegründete Philantropin erwies sich so als die maßgebende Bildungseinrichtung, von der aus Kracauers Forschungen ermöglicht wurden.[51]

Was Kracauer für die Erforschung der Frankfurter Juden bewirkte, leistete der als „Historiker des deutschen Judentums“ bezeichnete, 1900 von Dessau nach Kassel gekommene Religionslehrer Ludwig Horwitz für Kurhessen.[52] Als er in diesem Jahr eine Studie über die Juden im Königreich Westfalen veröffentlichte, konnte er bereits auf Dessauer Publikationserfahrungen zurückblicken. Damit wollte er „auf Grund der Akten eine kurze, wahrheitsgetreue Schilderung der Thätigkeit des zu jener Zeit eingesetzten Consistoriums“ geben.[53] Es ging ihm aber vor allem darum, zu zeigen, „daß die deutschen Juden alle Fähigkeiten besaßen, die sie zu Vollbürgern deutscher Staaten berechtigten, und daß sie unter allen Verhältnissen keineswegs den Personen ihrer Umgebung an sittlichem Charakter nachstanden und stets bereit waren, Gut und Blut für ihr Vaterland zu opfern.“[54] Insofern war es folgerichtig, wenn er 1927 eine weitere Arbeit über die kurhessischen Emanzipationsgesetze vorlegte.[55] Darüber hinaus veröffentlichte er in den Jahren 1900 bis 1932 eine große Anzahl von Studien und Einzelbeiträgen, und zwar überwiegend zu Themen, die mit der Emanzipation und deren Folgen für die Juden in Kurhessen zu tun haben.[56] Nur fehlen vollständig Beiträge zur älteren jüdischen Geschichte. Von den 76 ermittelten Einzelbeiträgen sind die meisten in jüdischen Zeitschriften veröffentlicht worden; nur fünf Beiträge erschienen in nichtjüdischen landeskundlichen Organen.[57] Insgesamt besteht so der Eindruck, dass es Horwitz weniger um die Historiographie der Juden in Hessen ging als darum, zur Selbstvergewisserung seiner eigenen Glaubensgenossen beizutragen, um damit zugleich die Gefahren des Antisemitismus durch eigene Bildung abwehren zu können.

Kracauer und Horwitz sind nicht die einzigen Historiker, die sich in dieser Zeit zur Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins der Erforschung der jüdisch-hessischen Geschichte widmeten. Schon 1883 legte der Offenbacher Jurist Otto Speyer eine Studie zum Frankfurter Fettmilchaufstand vor.[58] Der Rabbiner Michael Silberstein folgte in den neunziger Jahren mit mehreren Aufsätzen zur Emanzipationsgeschichte im Herzogtum Nassau.[59] Dass es ihm dabei um Argumente gegen den Antisemitismus ging, zeigt sich, wenn er schreibt, dass „eine der schlimmsten und widerwärtigsten Volkskrankheiten, unter denen unsere Zeit leidet, und die ihr in gewissem Sinne die Signatur aufprägt, […], unzweifelhaft der Antisemitismus“ ist.[60] Auch dem Mainzer Rabbiner Siegmund Salfeld ging es vor allem um diese Thematik. Nach einer Studie zum Jubiläum der Mainzer Hauptsynagoge 1903, mit der er „eine Lücke in der historischen Spezialforschung ausfüllen“ wollte,[61] äußerte er sich zur Judenpolitik Philipps des Großmütigen, dem er den Willen zur Befreiung der Juden unterstellte, „den erst spätere, von Vorurteilen freie Geschlechter unter günstigeren Verhältnissen in die Tat umsetzten.“[62] Die spätere Entwicklung zur Judenemanzipation beschrieb er dann anhand zahlreicher, von ihm edierter Dokumente am Bei-

spiel von Kurmainz.[63] Um auch das ältere System einzubeziehen, befasste er sich in einem weiteren Beitrag unter Edition zahlreicher Urkunden mit der dortigen Schutzjudenschaft.[64] Außerdem sei in dieser Reihe noch der Wiesbadener Rabbiner Adolf Kober genannt.[65] Nach einem Beitrag zum älteren Judenrecht[66] befasste er sich 1913 mit der Situation der Wiesbadener Juden nach der Emanzipation.[67] Bald darauf dehnte er seine Forschungen auf Nassau aus, indem er auf den „Kampf für den Toleranzgedanken und die Humanitätsidee" aufmerksam machte, die zur Gleichstellung der Juden geführt habe.[68] Auch für den Wormser Lehrer Samson Rothschild stand die Frage der Judenemanzipation im Vordergrund.[69] Nach einer 1901 erschienenen Studie zur Geschichte der Wormser Gemeinde[70] wagte er sich 1924 an die Emanzipationsgeschichte des Großherzogtums Hessen. Anlass für seine dazu publizierte Studie war der zunehmende Antisemitismus: „An die Stelle des alten ‚Judenhasses' ist der neue ‚Antisemitismus' getreten […] Aber nicht verzagen, dem Unglück ins Antlitz schauen und es mit Würde tragen, das muß unsere Losung sein! Jeder dunklen Nacht folgt ein heller Morgen."[71] Damit rief er zum Kampf auf, den er durch seinen historischen Rückblick untermauern wollte.

Den Editionen von Rechtsnormen enthaltenden Beiträgen des Rabbiners Leo Munk sind weitere Erkenntnisse zur Verfassung der Juden in Kurhessen im 17. Jahrhundert zu verdanken.[72] Ihm ging es darum, Argumente zur Rechtsstellung der vormodernen Juden zu finden; deshalb zitierte er eine Beschwerde der landgräflich-hessischen Judenvorsteher von 1655, die dort darauf hinwiesen, dass die gemeinen Rechte sie für „Römische freye Leute" und Bürger erkennen.[73] Eine Gesamtgeschichte der Juden in den kurhessischen Landen bot 1926 in allgemein verständlicher Form der Kasseler Bankier Alexander Fiorino unter dem Titel *Versuch einer Geschichte der Israeliten in Hessen*.[74] Für ihn war die Geschichte der Juden „immer eine Geschichte ihrer Verfolgungen. Für sie gab es weder Ruhe und Frieden."[75] Und so konnte er die Verdienste der Emanzipation hervorheben. Einen weiteren Schub für die Lokalgeschichte der Juden in Hessen gab das 1903 auf Anregung des Breslauer Rabbiners und Historikers Markus Brann von der „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums" begründete Handbuch *Germania Judaica*, dessen erster ab 1917 erschienener Band Beiträge zu zahlreichen hessischen Städten für die Zeit bis 1238 enthielt.[76]

Auffallend aber ist, dass in dieser Phase nichtjüdische Historiker nur selten mit eigenständigen Publikationen zur Geschichte der Juden in Hessen hervortraten[77] – augenscheinlich weil hierzu die von Juden selbst als Identitätsformat initiierte Wissenschaft des Judentums[78] für zuständig gehalten wurde.[79] Ausnahmen waren der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Alexander Dietz, der 1907 mit seinem *Stammbuch der Frankfurter Juden* eine stadt-jüdische Familiengeschichte vorgelegt hatte, mit der er das Frankfurter Bürgerbuch ergänzen und fortsetzen wollte;[80] außerdem der Rothschild-Bibliothekar Christian Wilhelm Berghoeffer, der 1922 eine Biographie über Meyer Amschel Rothschild aus Frankfurt publizierte.[81] In beiden Publikationen ging es in erster Linie um eine personengeschichtliche Auswertung archivischer Akten, die teilweise ediert wurden. Vor allem aber wurden Ergebnisse präsentiert, die weit über die Geschichte der Juden in Hessen hinaus für die allgemeine Wirtschaftsgeschichte von Interesse waren.

IV Historiographie zu Juden in Hessen unter den Nationalsozialisten

In der nationalsozialistischen Zeit war es jüdisch-stämmigen Forschern in Deutschland nur noch bedingt möglich, die jüdische Geschichte eigenständig zu erforschen. 1933 konnte der Historiker Josef Menczel noch in einem jüdischen Verlagshaus seine 1932 verfasste Dissertation zur spätmittelalterlichen Geschichte der Juden in Kurmainz vorlegen.[82] Auch dem Historiker Abraham Cohn gelang noch im gleichen Jahr ein Teildruck seiner 1931 bei Wolfgang Mommsen in Marburg entstandenen Dissertation.[83] Zu erwähnen ist außerdem der Hamburger Jurist und Regierungsrat Oswald Lassally, der in einem jüdischen Publikationsorgan noch 1937 einen Beitrag zum Kasseler Oberhofagenten Feidel David schrieb.[84] Menczel und Cohn mussten bald nach Publikation ihrer Arbeiten nach Palästina auswandern, während der 1933 aus dem Beamtendienst entlassene Lassally 1937 wegen „Rassenschande" verurteilt wurde und 1940 nach Brasilien auswanderte. Als 1938 die für den zweiten Band des Handbuchs *Germania Judaica* redigierten Artikel vom Rosenberg'schen „Institut für Rassenforschung" beschlagnahmt wurden[85] und damit das Gesamtprojekt gestoppt wurde, war eine auf der Basis der „Wissenschaft des Judentums" aufgebaute Forschung zur Geschichte der Juden in Hessen nicht mehr möglich.[86] Einschlägige Forschungen wurden nun in den Dienst des neuen Regimes gestellt. Dies soll im Folgenden anhand von vier Historikern dargelegt werden: Fritz Debus, Georg Faust, Adolf Müller und Ferdinand Dreher.

Der promovierte Frankfurter Historiker Fritz Debus, schon seit 1932 Mitglied der NSDAP, schrieb 1934 eine Studie unter dem Titel *Kaiser, Erzbischof und Juden* zur Geschichte der Frankfurter Juden.[87] Er wollte damit, wie es im Geleitwort heißt, darüber Aufschluss geben, „wie es das Judentum […] verstanden hat, die politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten des deut-

schen Volkes […] zu bevormunden. […] Im Frankfurter Ghetto [stand] die Wiege unzähliger jüdischer Finanzmagnaten, die in beispielslosem Ansturm […] die Welt eroberten.“[88] Debus wollte, wie er in seinem Schlusswort schreibt, „daß seine Arbeit mit dazu beitragen möchte, die wahrhafte Geschichtsschreibung des deutschen Volkes zu fördern, sie von allen Einflüssen und Rücksichten zu säubern.“[89] Hier wie auch in anderen Studien zur Geschichte der Juden in Hessen ging es nur noch darum, anhand der Quellen zu beweisen, dass Juden einen Fremdkörper für die deutsche Geschichte darstellten.[90]

Der ebenfalls schon seit 1932 als Mitglied der NSDAP geführte Historiker Georg Faust legte 1937 seine in Gießen bei Heinrich Bechtel, Mitglied des NS-Lehrerbundes, und Rudolf Stadelmann, Mitglied der SA-Reiterstandarte, entstandene Dissertation zur Geschichte der Juden in Solms-Rödelheim vor.[91] Während in der Einleitung der vor allem auf den heute im Staatsarchiv Darmstadt verwahrten Akten des Solms-Rödelheimer Archivs basierenden Arbeit zwar die „Erforschung der Judenfrage“ zur Lösung der Zukunftsaufgaben gefordert wird,[92] bietet der Inhalt des Werks doch wichtige Erkenntnisse zur Geschichte der Juden in einer kleinen oberhessischen Grafschaft. Das beigefügte kommentierte Literaturverzeichnis zeigt dann aber, dass der Autor sich an der antisemitischen Ideologie der Nationalsozialisten orientierte. So sei der 1934 erschienene erste Band von *Germania Judaica* erstellt worden „auf Grund älterer Quellen von jüdischer Seite“; er enthalte „viele legendenhafte und historisch unsichere Angaben, und ist insbesondere, was das innere Wesen der jüdischen Gemeinschaft angeht, für die Beurteilung mit Vorsicht zu genießen.“[93] Zu Heinrich Graetz’ *Geschichte der Juden* fügt er an: Dies sei eine „in Bezug auf historische Glaubwürdigkeit und erfolgte Bewertung sehr unzuverlässige Schrift eines Rabbiners […], [ein Werk, das] aber in seinem ganzen Wesen den national-jüdischen Haß verrät, der besonders gegen Deutschland und den preußischen Geist gerichtet“ sei.[94] Hingegen sei Johann Jacob Schudt in Hinsicht auf dessen judenfeindliche Schriften ein „sehr guter und zuverlässiger Darsteller des Ghettojudentums“, und seine *Jüdischen Merckwürdigkeiten* seien mit „großer Beobachtungsgabe“ geschrieben.[95] Und auch Isidor Kracauers *Geschichte der Juden in Frankfurt am Main* wird als „nicht sehr zuverlässige Darstellung“ bezeichnet, in der „alles die Juden Belastende beschönigt und entstellt wiedergegeben“ werde.[96] Damit gibt Faust deutlich zu erkennen, dass er sich von allen bisherigen Darstellungen, soweit sie von Juden stammen, absetzen, stattdessen den älteren judenfeindlichen Autoren folgen möchte. Er entwertet damit seinen eigenen Forschungsbeitrag.

Mit dem Darmstädter Stadtarchivar und -bibliothekar Adolf Müller ist ein weiterer Historiker zu benennen, dem ein Forschungsbeitrag zur Geschichte der Juden in Hessen zu verdanken ist. Er war bereits 1933 Mitglied der NSDAP und schrieb 1937 eine Monographie zur Geschichte der Juden in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt.[97] Sah er sich noch in einem 1929 gehaltenen Vortrag als „Erforscher der Heimatgeschichte“, der diese auf geeigneter Quellenbasis als Sozialgeschichte schreiben wollte,[98] so will er nun Juden bei der Erforschung der „Judenfrage“ ausschließen. Unter Verweis auf die Arbeit von Rosy Bodenheimer zur oberhessischen Judenschaft[99] gibt er an, dass allein in der Zeit von 1922 bis 1928 46 judengeschichtliche Dissertationen von Juden verfasst worden. „Forschung und Kritik lagen also in jüdischen Händen“, wie er es formuliert.[100] Das aber will er nicht länger zulassen, und er schreibt weiter:

> Wäre die Erforschung der Judenfrage in Deutschland früher begonnen worden, hätte manches Unheil vermieden werden können, gäbe es nicht immer noch Volksgenossen, die Maßnahmen der deutschen Staatsführung aus Unkenntnis bekritteln, wäre der gehässige Kampf eines Teiles der Weltpresse gegen das Dritte Reich der Deutschen lange nicht so erfolgreich gewesen. […] Das vorhandene Schrifttum ist zum größten Teil wertlos, da es von Juden stammt.[101]

Stattdessen beruft er sich auf den antisemitischen Historiker Wilhelm Grau, der mit seinem Werk über die Judenfrage den Bann gebrochen habe.[102] Trotz des Plädoyers für eine historische Forschung ohne jüdische Beteiligung ist Müllers Studie vor allem deshalb bis heute wichtig, weil sie auf zahlreichen, vielfach von ihm edierten Quellen beruht, die im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurden.

Schließlich sei auf Ferdinand Dreher als einen weiteren Stadthistoriker hingewiesen, dessen 1938 publizierte Arbeit zur Geschichte der Stadt Friedberg ein umfangreiches Kapitel zur Geschichte der dortigen Juden beinhaltet.[103] Hatte Dreher, der als Gymnasialprofessor und Stadtarchivar wirkte, noch 1922 in einem Zeitschriftenbeitrag ohne jeden negativen Zungenschlag einen zeitgenössischen Bericht von 1639 über das Friedberger Judenviertel wiedergegeben[104] und in einem weiteren, 1925 publizierten Band zur Friedberger Geschichte seinen Gymnasialkollegen Emil Hirsch bei der Beschreibung der reichsstädtischen Mikwe zu Wort kommen lassen,[105] so wird seine antisemitische Haltung 1938 erkennbar. Für das späte 18. Jahrhundert schreibt er unter Verweis auf das Buch Mose: „Der gutgläubige Christ ahnte noch nicht, daß die Juden kein sauberes Verhältnis zu den Gastvölkern wollen, sondern ‚Fremdlinge‘ bleiben, treulos und machtlüstern.“ Und als sich der Friedberger Rabbiner 1806 nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt mit einer Ode auf Napoleon zu Wort meldet, kommentiert dies Dreher mit den Worten: „Der Jude

wittert Morgenluft“.[106] Dies alles mag man als formale Konzession an das nationalsozialistische Regime werten. Doch waren die Auswirkungen auf Inhalte seiner Forschungen zur Geschichte der Friedberger Juden unübersehbar. Im Fokus stand für ihn die „Reinhaltung der Rasse,“[107] womit er einen ersten schriftstellerischen Schritt zur Verbannung der Juden aus der deutschen Geschichte vollzog.

Somit wird anhand dieser vier Historiker der nationalsozialistischen Zeit deutlich, dass die bisherige Konzeption der „Wissenschaft des Judentums“ in ihr Gegenteil verkehrt wurde: Jüdische Forschung hatte keinen Eigenwert mehr, sondern wurde aus der deutschen, damit auch hessischen Forschung ganz verbannt; sie sollte nur noch von nichtjüdischen Historikern betrieben werden, aber auch dann nur noch unter der Voraussetzung, dass jüdische Geschichte zum Verschwörungsnarrativ mutierte, vor dem sich die national-deutsche Historiographie umso positiver abheben ließ.[108]

Der Weg zu einer integrativen Erforschung der Geschichte der Juden in Hessen nach 1945

Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus setzte sich eine neue Historiographie der Juden in Deutschland wie auch in Hessen erst nach erheblichen Bedenken durch. Ganz offensichtlich fühlten sich deutsche Historiker und Historikerinnen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in der Lage, nun mit eigenen Forschungen an die alte, von Juden selbst betriebene „Wissenschaft des Judentums“ anzuknüpfen. Für die Geschichte der Juden in Hessen kann vor allem der Versuch des 1939 nach New York emigrierten[109] Historikers Adolf Kober genannt werden, kurz nach dem Krieg nochmals an seine älteren Forschungen dazu anzuknüpfen. In einer amerikanisch-jüdischen Zeitschrift konnte er 1948 Auszüge aus dem Protokollbuch der Friedberger jüdischen Gemeinde mit einer englischen Übersetzung edieren.[110] Weitere Informationen zu dieser Quelle lieferte der aus dem Exil in Tel Aviv 1957 nach Westfalen zurückgekehrte jüdische Historiker Bernhard Brilling.[111] Eine deutsche Übersetzung konnte 1972, nach dem Tod des Bearbeiters, erstellt werden.[112] Die Gesamtedition des Protokollbuchs (Pinkas) mit modernisierter Transkription gelang erst über ein halbes Jahrhundert später dem deutschen Historiker Stefan Litt.[113] Adolf Kober veröffentlichte schließlich noch 1955 auf der Grundlage von in seiner Dienstzeit als Bezirksrabbiner in Wiesbaden gesammelten Quellen aus dem Wiesbadener Staatsarchiv eine Studie zur Emanzipation der Juden in Nassau, um „das damals gesammelte Material nicht verloren gehen zu lassen“, wie er im Vorwort angibt.[114] Die hier zitierten Arbeiten Kobers waren also keine neuen Forschungen, sondern Veröffentlichungen, die auf Recherchen des Autors noch vor dem Ersten Weltkrieg zurückgingen. Mit Ausnahme der erwähnten Miszelle Bernhard Brillings brachten sie keinen nennenswerten, jedenfalls keinen von der Forschung größer beachteten Neuanstoß zur Reaktivierung der „Wissenschaft des Judentums“ in Hessen.

Eine Sonderstellung in der hessischen Historiographie dieser Zeit nimmt lediglich die 1953 bei Ludwig Petry an der Universität Mainz angefertigte Dissertation des Mainzer Historikers Anton Maria Keim ein, die die Debatten zur Gleichstellung der Juden im großherzoglich-hessischen Landtag thematisierte.[115] Diese lange Zeit nur einem internen Kreis maschinenschriftlich vorliegende Arbeit wurde erst 1983 von der Hessischen Historischen Kommission im Rahmen der Projekte zur Geschichte der Landstände und des Landtags in Darmstadt gedruckt.[116] Abgesehen davon, dass die Arbeit in den fünfziger Jahren von der hessisch-landeskundlichen Forschung kaum wahrgenommen wurde, lag ihr Fokus mehr auf der politischen Geschichte zur Umsetzung der Emanzipationsidee, weniger auf der jüdischen Geschichte. Sie blieb in der Forschungslandschaft vereinzelt.

Zu einem Neuanfang der Historiographie zur Geschichte der Juden in Hessen kam es erst Anfang der sechziger Jahre mit der Gründung zweier einschlägiger Kommissionen, derjenigen von Frankfurt und einer für den Bereich des gesamten Bundeslandes Hessen einschließlich der nicht mehr dazu zählenden Landschaft Rheinhessen. Den Anfang machte die im Mai 1961 gegründete „Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden“.[117] Sie beschäftigte sich in ihrer Anfangszeit vorwiegend mit dem Schicksal der Juden während der nationalsozialistischen Zeit. Erstes Ergebnis war eine Edition einschlägiger Dokumente zur Geschichte der Juden in der genannten Periode.[118] Das Gründungsmitglied, Oberbürgermeister Werner Bockelmann, begründet dies in seinem Vorwort damit, dass man nicht „anknüpfen [könne] an die Zeit vor 1933“: „Die Geschichte der letzten Jahrzehnte muß als Ganzes gesehen werden, wenn wir aus der Rückschau Standort beziehen.“[119]

Die Gründung der gesamthessischen Kommission erfolgte bereits eineinhalb Jahre später in Wiesbaden.[120] Als deren eigentlicher Initiator kann der damalige hessische Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte gelten, der nach den Erfahrungen des Frankfurter Auschwitz-Prozesses beabsichtigte, die NS-Vergangenheit Hessens besser als zuvor aufarbeiten zu lassen. Ziel der Kommission war es, die Geschichte der Juden in Hessen zu erforschen und durch die Edition von Quellenmaterial zu erschließen.[121] Der Vorstand wurde gleichermaßen mit Juden und Nichtjuden

besetzt, wobei als Vorsitzender nicht zufällig ein Archivar amtierte, der vormalige Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, Prof. Dr. Georg Wilhelm Sante. Als prominenteste jüdische Mitglieder gehörten ihr Prof. Dr. Bernhard Brilling und Arno Lustiger an.[122] Es sollte allerdings noch über ein Jahrzehnt dauern, bis die ersten Bände der *Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen* publiziert werden konnten. Es waren dies Dokumentationen aus hessischen Justizakten aus der NS-Zeit und aus den ersten Jahren der Nachkriegszeit.[123] Der vormalige hessische Justizminister, Dr. Johannes Strelitz, damals Vorsitzender der Kommission, schrieb im Vorwort des 1975 erschienenen ersten Bandes der Schriftenreihe: „Wenn sich auch die Arbeit der Kommission keineswegs auf die Geschichte der Juden während der Gewaltherrschaft beschränkt, so ist es doch zwangsläufig, daß gerade die genannte Epoche bewußt aufgegriffen und zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird.“[124]

Aus der Gründungsgeschichte beider Kommissionen ergeben sich zwei Beobachtungen, die für die Erforschung der Geschichte der Juden in Hessen in der Folgezeit wichtig wurden: Anders als bei der älteren „Wissenschaft des Judentums“, die von Juden selbst betrieben wurde, teilweise auch an eigenständigen Forschungseinrichtungen,[125] war es jetzt unerheblich, ob diese Forschungsrichtung von jüdischen oder nichtjüdischen Menschen geleistet wurde; insofern könnte man auch von einer „Wissenschaft vom Judentum“ sprechen, wie dies Heinrich Simon tat.[126] Zugleich wurde nun der Schwerpunkt auf die „Aufarbeitung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit gelegt, die das Ende des „Europäischen Zeitalters der Juden“ gebracht hatte.[127] Dass man sich jetzt, fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Nazi-Regimes, in Deutschland mit der Geschichte der Juden befasste, geschah offensichtlich aus einem ethisch-moralischen Impuls heraus, aus einem Gefühl der Verantwortung gegenüber den Juden und Jüdinnen angesichts der Schuld am nationalsozialistischen Völkermord, und zwar angestoßen von politisch Verantwortlichen in Frankfurt wie in der hessischen Landesregierung.[128] Um aber zu einer Neuerforschung der jüdischen Vergangenheit vor der Schoa zu kommen, bedurfte es weiterer Impulse. Diese kamen seit den sechziger Jahren von jüdischen Forschern.

Einen ersten Impuls leisteten die seit den sechziger Jahren entstehenden Nachschlagewerke zur Geschichte der Juden in Hessen, durch die erste Grundgerüste und Datensammlungen für weitere Forschungen erstellt wurden. Der vormalige Herausgeber der *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland*, Ernst Gottfried Lowenthal, machte 1965 mit seinem Werk über Juden, die in Hessen gelebt und gewirkt hatten, den Anfang.[129] Es folgte 1971 das zweibändige Werk Paul Arnsbergs über die jüdischen Gemeinden in Hessen,[130] das von Karl E. Demandt als eines der „grundlegenden Werke über das Judentum in Hessen überhaupt“ bezeichnet wurde.[131] Nach Max Willner, dem damaligen Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, sollte dieses Werk den in alle Welt zerstreuten Juden „eine Erinnerung ermöglichen [...] [und] als Nachschlage- und Informationswerk dienen“, zumal nach ihm Hessen „das Kernland des deutschen Judentums“ sei.[132] Und im 1973 publizierten ergänzenden Bildband schrieb Willner: „Den hier lebenden Juden muß ihr Selbstverständnis gestärkt werden, und die Jugend soll wissen, was war. Schließlich ist die Kenntnis der jüdischen Geschichte ein Kulturwert, der die geistigen und sittlichen Kräfte anregt.“[133] Auch das im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Juden in Frankfurt von dem Rabbiner Dr. Josef Unna 1969 neu erstellte Verzeichnis der Frankfurter Rabbinen gehört in diese Reihe.[134] Es war dies für die „jüdisch-wissenschaftliche Welt“ ein „Standardwerk zur Geistesgeschichte der Frankfurter Juden“.[135] Unmittelbar angeregt von diesem Werk wurde 1973 die Edition einer landgräflich-hessischen Judenordnung von 1744 durch den Archivar und Historiker Karl E. Demandt.: „Den Anstoß zur Veröffentlichung [...] gab das 1971 erschienene Werk von Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden ...“, schreibt er in diesem Beitrag.[136] Auch die 1980 konzipierte Ausstellung der hessischen Staatsarchive „Juden in Hessen“, die ihrerseits wieder zahlreiche Arbeiten zu diesem Thema anregte, hätte ohne die von Arnsberg vermittelten Informationen zu den hessischen jüdischen Gemeinden nicht erstellt werden können.[137]

Ein weiterer Impuls wurde von Israel aus gegeben. Er beschränkte sich zwar nicht auf Hessen, gab aber dort ebenso wie in anderen deutschen Bundesländern den wichtigsten Anstoß für die Erforschung der Geschichte der Juden seit der Zeit der Weimarer Republik. Dass dieses Thema vor allem an der Hebräischen Universität in Jerusalem, besonders im Richard Koebner Minerva Center for German History erforscht wurde[138], wurde in Deutschland durch die Dissertation des Leiters der Central Archives for the History of Jewish People in Jerusalem, Daniel J. Cohen, bekannt. Seine bei Israel Halpern 1967 an der Hebräischen Universität entstandene Dissertation über die Landjudenschaften, darunter die der vormaligen hessischen Territorien,[139] wollte ältere Forschungen der Zeit der „Wissenschaft des Judentums“ fortsetzen,[140] wurde aber schließlich zusammen mit einer vom gleichen Autor später edierten Quellensammlung[141] Ausgangspunkt einer eigenen Forschungsrichtung zur Geschichte der Landjudenschaft, u. a. Hessens.[142] Entscheidend wurde die von dem ehemals Breslauer Historiker[143] Arye Maimon[144] initiierte Fortsetzung des in der Wilhelminischen Zeit begonnenen, von den

Nationalsozialisten aber abgestoppten Projekts *Germania Judaica*.[145] Die 1938 bereits fertig gestellten Handbuchartikel für den zweiten Band konnten vor dem Zugriff der Gestapo bewahrt und nach London verbracht werden, bis sie 1954 den Jewish Historical General Archives, den heutigen Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem, übergeben wurden. Der auf diesem Material beruhende zweite Band der *Germania Judaica* konnte schließlich 1968 publiziert werden.[146] Um dieses Projekt für den Zeitraum des Spätmittelalters fortsetzen zu können, bedurfte es, da die meisten Quellen in deutschen Archiven lagern, der Hilfe deutscher Forscherinnen und Forscher.[147] Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft gelang es Maimon, in einer „Judenurkundenenquete" in achtzig mitteleuropäischen Archiven das für die Handbuchartikel notwendige Quellenmaterial zusammenzutragen.[148] Der für die Quellen des Hessischen Staatsarchivs in Darmstadt zuständige Verfasser dieses Beitrags hatte ab 1976 die dort überlieferten Judaica-Quellen ermittelt und die zugehörigen Handbuchartikel geschrieben.[149]

Bei der Planung des Projekts ab Anfang der siebziger Jahre sprach Maimon von einem „Denkmal der Kultur des deutschen Judentums", das „nicht Stückwerk bleiben" dürfe. „Ein grundlegendes und umfassendes Handbuch, das auf dem Gebiet der jüdischen Geschichte die gleiche Funktion erfülle, wie das Deutsche Städtebuch auf der deutschen."[150] Es sollte dann noch bis zum Jahre 1987 dauern, bis der erste Teilband von *Germania Judaica III* erscheinen konnte,[151] gefolgt 1995 und 2003 vom zweiten und dritten Teilband.[152] Für den Bereich von Hessen sind nicht nur die zahlreichen Artikel zu hessischen und rheinhessischen Ortschaften relevant, sondern im dritten Teilband auch ausführliche Gebietsartikel zur Grafschaft Katzenelnbogen,[153] zur Landgrafschaft Hessen,[154] zur Grafschaft Hanau[155] und vielen anderen Territorien.[156] Es sei noch bemerkt, dass der 2009 publizierte zweite Band von *Germania Judaica IV*, ein Folgeprojekt, das u. a. vom Verfasser dieses Beitrags ab 1985 in Jerusalem initiiert worden ist, ausschließlich der Landgrafschaft Hessen-Marburg gewidmet wurde.[157]

Damit zeigt es sich, dass in den ersten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Erforschung der Geschichte der Juden in Hessen – wie im gesamten Deutschland – nicht von deutschen Historikerinnen und Historikern in die Wege geleitet wurde, sondern wesentliche Anstöße von Forschern aus Israel bzw. solchen, die die Nazizeit im Exil überlebt hatten, erhielt. Diese wollten nun einen Beitrag zur Erinnerung an die so nicht mehr vorhandene deutsch-jüdische Kultur leisten. Doch war dieser Anstoß ausreichend dafür, dass sich seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine jüngere Generation von deutschen Forscherinnen und Forschern der hessisch-jüdischen Geschichte zuwandte, ohne sich um die Konzeption der „Wissenschaft des Judentums" zu kümmern. Es war erwünscht, dass die in Israel geleisteten Forschungen von der deutschen, und damit auch hessischen Forschung wahrgenommen und in eigene Forschungen einbezogen wurden. Um diese Absicht zu unterstreichen, wurde eine – allerdings nur bis 1990 publizierte – Zeitschrift gegründet, in der hebräischsprachige Beiträge und Studien, vor allem aus Israel, die man hier als Produkte der „Wissenschaft des Judentums" deklarierte, in jeweils gekürzter Fassung auf Deutsch geboten wurden.[158] Zwar findet sich hier kein Beitrag zur Geschichte der Juden in Hessen; doch sind Gemeinden wie Frankfurt, Mainz und Worms in vielen der dort versammelten Arbeiten angesprochen.[159]

Neue Forschungen und Quellensammlungen zur jüdischen Geschichte in Hessen im Kontext der allgemeinen Geschichte

Seit den achtziger Jahren stand die hessisch-landeskundliche Forschung zur Geschichte der Juden auf eigenen Füßen, da inzwischen zuverlässige Editionen und Quellenwerke vorlagen, die in großem Umfang von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen getragen wurden. Eine wichtige Rolle spielte dabei der 1983 publizierte Sammelband *Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen*, in dem erstmals die Gesamtgeschichte der hessischen Juden in nichtjüdischer Umwelt vom Mittelalter bis zur Gegenwart anhand von Einzelbeiträgen dargestellt wurde.[160] Der Frankfurter Mittelalterhistoriker Peter Herde, der der Erinnerung des Verfassers nach diesen Band initiiert hatte, hat in ihm zugleich den grundlegenden Beitrag geschrieben, diesen aber nicht auf Hessen beschränkt.[161] Zuvor entstanden in der Schriftenreihe der Kommission bereits Arbeiten zu den Gießener Juden in der Nazi-Zeit,[162] zur Emanzipation in Kurhessen[163] und zur Geschichte der Juden in Niedenstein.[164] Es mag Zufall sein, dass mit der Gießener Publikation die ersten drei Bände der Kommission ganz der Geschichte der Juden unter dem Nationalsozialismus gewidmet sind, der vierte Band der Judenemanzipation, der fünfte der Lokalgeschichte der Juden und erst der sechste sich an eine Gesamtgeschichte der hessischen Juden heranwagt. Doch ist diese Reihenfolge repräsentativ für die Forschungsentwicklung zur Geschichte der Juden in Hessen: Man wagte sich – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Frankfurter Auschwitz-Prozesse Anfang der sechziger Jahre[165] – zunächst nur an die Frage der „Aufarbeitung" der Vergangenheit, beschäftigte sich danach mit einzelnen Teilbereichen – der Emanzipations- und Lokalgeschichte –, bis man den gesamten Bogen in Richtung auf eine Gesamt-

geschichte der Juden in Hessen zu spannen wagte. Dies gilt umso mehr, als man in den achtziger Jahren noch immer eher jüdischen Forschern zutraute, sich ganz in der Tradition der „Wissenschaft des Judentums“ mit ihrer eigenen Vergangenheit zu beschäftigen. So waren weiterhin Wissenschaftler aus Israel an der einschlägigen Forschung aktiv beteiligt. Als Beispiel dafür kann die 1982 in Beitragsform veröffentlichte,[166] dann aber in Buchform gefasste und auf Hessen konzentrierte Studie eines historischen Demographen der Hebräischen Universität Jerusalem angeführt werden.[167] Er knüpfte damit an die 1909 erschienene grundlegende Arbeit Arthur Ruppins zur Statistik der Juden im Großherzogtum Hessen an.[168]

Mit der Ablösung der Forschungen zur Geschichte der Juden in Hessen von der tradierten Methode der „Wissenschaft des Judentums“, die im Wesentlichen von Juden selbst zur Konstruktion ihrer eigenen Geschichte betrieben wurde,[169] vollzog sich fast unmerklich ein Prozess der Integration dieser Disziplin, die nun von Forscherinnen und Forschern unabhängig von ihrer Herkunft und konfessionellen Identität mit den üblichen landeskundlichen Methoden betrieben werden konnte: Als Bearbeitungsgegenstand gilt die historische Region mit ihrer Bevölkerung,[170] so dass die dort ansässige jüdische Gemeinde oder die dortige verfasste Landjudenschaft nur im Kontext der hier herrschenden, überwiegend von Nichtjuden geprägten Verhältnisse untersucht werden kann. Unter diesen Umständen bedient sich die landeskundlich formatierte Geschichte der Juden all der Methoden, die auch der Geschichtswissenschaft einschließlich ihrer Nachbardisziplinen wie der Verfassungs- und Rechtsgeschichte zur Verfügung stehen.[171] Wählt man dafür in leichter Abwandlung des älteren Modells den Begriff der „Wissenschaft vom Judentum“,[172] so darf dies nicht dazu führen, dass man sich wieder von der allgemeinen Geschichtswissenschaft bzw. der für eine einzelne Region zuständigen Geschichtlichen Landeskunde entfernt. Die Erforschung der jüdischen Geschichte, auch wenn sie aus arbeitsökonomischen oder heuristischen Gründen isoliert untersucht wird, kann nicht unabhängig von sozialen, rechtlichen, politischen oder ökonomischen Entwicklungen der Zeit gesehen werden.[173] Sie muss vielmehr als integrative Geschichte gesehen werden, mit dem Potential, einen Beitrag zur allgemeinen Geschichte zu leisten.[174] Dieser Prozess vollzog sich, sieht man sich die einschlägige Forschungsliteratur zur jüdischen Geschichte in Hessen an, tatsächlich seit den späten siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Als nächste Aufgabe, die sich der landeskundlichen Forschung stellte, erwies sich die Erarbeitung einer für die Geschichte der hessischen Juden geeigneten Quellengrundlage. Bei der Inventarisierung relevanter Urkunden und Akten in den Archiven ergab sich ein weiteres Problem: Wenn man davon ausging, dass die Situation der Juden trotz eigenständiger Rechtsräume bis ins 19. Jahrhundert hinein[175] stets eng mit der der nichtjüdischen Umwelt verquickt war,[176] dürfte man eigentlich auch die „Judenbetreffe“ aus den archivischen Beständen nicht ausgliedern, also keine diesbezüglichen sachthematischen Inventare erarbeiten.[177] Damit aber würde man die Bedürfnisse der Forschung ignorieren, die bei Recherchen zu einschlägigen Themen möglichst unmittelbar und eindeutig einschlägige Quellen zu identifizieren in der Lage sein muss. Insofern darf die – virtuell vorgenommene – sachthematische Trennung der „Judaica“ von anderen Akten nicht dazu dienen, von der Quellenlage her wieder die Geschichte der Juden von den allgemein-gesellschaftlichen Kontexten zu trennen. Vielmehr müssen im zweiten Schritt die außerjüdischen Quellen konsultiert werden, um ein Gesamtbild zu erarbeiten.

So begann seit den achtziger Jahren – teilweise auf der Grundlage der für das Projekt *Germania Judaica III* gesammelten „Judenbetreffe“ – die Inventarisierung der Judaica aus den hessischen Archiven. Nach einem ersten Versuch in Darmstadt 1981[178] folgte in Marburg 1989 ein von Uta Löwenstein erstelltes, dreibändiges, von der Kommission zur Geschichte der Juden in Hessen verlegtes Inventar.[179] Wenige Jahre später folgte das Pendant für die Darmstädter Akten, dort für den Zeitraum bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806.[180] Der gleiche Bearbeiter, Friedrich Battenberg, hatte schon vorher eine Edition aller bekannten „Judenverordnungen“ der Darmstädter Landgrafschaft publiziert.[181] In Wiesbaden entstand dazu ein Quellenwerk zu den Akten der Zeit der Judenemanzipation.[182] Eine Dokumentation mit der Edition wichtiger Quellen zur Emanzipation entstand hierzu einige Jahre später.[183] Für die Frankfurter Überlieferung sammelte der dort zuständige Archivar Dr. Dietrich Andernacht bereits ab Mitte der siebziger Jahre systematisch die „Judenbetreffe“ aus den städtischen Akten. Erst 1996 konnten diese auf Betreiben der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Juden in einem sechsbändigen Inventarwerk, zunächst für die Zeit bis 1519,[184] später fortgesetzt bis zur Zeit des Fettmilchaufstands 1616,[185] publiziert werden. Obwohl die von der hessischen Kommission betreuten Quellenwerke über das beim Hessische Institut für Landesgeschichte in Marburg geführte Landesgeschichtliche Informationssystem Hessen (LAGIS) inzwischen digital zugänglich sind[186] und auf diese Weise sukzessive ergänzt werden, sind damit die zur Geschichte der Juden in Hessen vorhandenen Quellensammlungen bei weitem noch nicht so weit perfektioniert, dass sie eine vollständige Grundlage für einschlägige Recherchen bieten. Nach wie vor ist die – durch digitale

Findmittel erleichterte – Recherche in Archiven[187] und Bibliotheken[188] unverzichtbar, um Themen zur Geschichte der Juden in Hessen zu bearbeiten.

Auf der Basis dieser Quellensammlungen entstand vermehrt seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine reichhaltige Forschungsliteratur zur Geschichte der Juden in Hessen. Dieser stehen neben den traditionellen landeskundlichen Zeitschriften inzwischen auch Periodika zur Geschichte und Kultur der Juden zur Verfügung, die freilich weit über den engeren Bereich von Hessen hinausgehen. Dazu zählt die 1989 von Friedrich Battenberg und Markus Wenniger gegründete Halbjahreszeitschrift *Aschkenas (אשכז). Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden*, die wegen ihrer vielen Hassica-Betreffe in ihrer Anfangszeit auch vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wurde.[189] Etwa gleichzeitig entstand die von Julius Schoeps herausgegebene Jahreszeitschrift *Menora. Zeitschrift für deutsch-jüdische Geschichte*, die sich vor allem der Geschichte der „deutsch-jüdischen Weggemeinschaft" zuwenden wollte.[190]

Die auf die Geschichte der hessischen Juden konzentrierte landeskundliche Forschung seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist inzwischen derart umfangreich, dass sie auch nicht annähernd vollständig beschrieben werden kann. Sie wird überwiegend von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen und damit vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert. Sie beruht aber auch auf anderen Initiativen. Eine der ersten Publikationen auf der Basis der integrativen Methode, wie sie hier beschrieben wurde, entstand 1981 im Rahmen eines historischen Seminars an der Universität Mainz unter Leitung von Heinz Duchhardt.[191] Hingewiesen sei weiter auf drei wichtigen Publikationen zu Frankfurt: Studien von Cilli Kasper-Holtkotte zur Frühen Neuzeit,[192] von David Schnur zum Mittelalter unter Einbeziehung der Wetterau[193] sowie von Wolfgang Treue zur Judengasse.[194] Eine Sonderstellung nimmt dabei die erstmals 1982 als Aufsatz publizierte, 1996 monographisch ausgebaute Arbeit von Uziel Oscar Schmelz über die jüdische Bevölkerung Hessen bis 1933 ein;[195] hier wurden erstmals systematisch landesstatistische Quellen herangezogen, um demographische und sozialgeschichtliche Ergebnisse zur hessischen Judenschaft zu erzielen.

Auch die aus Tagungen hervorgegangenen Aufsatzbände, insbesondere zu Frankfurt, müssen erwähnt werden.[196] Hinsichtlich einer Darmstädter jüdischen Familie, der Familie Wolfskehl, ragt aus der Fülle einschlägiger Publikationen ein 2019 publizierter Tagungsband heraus.[197] Für 2026 ist ein vom Verfasser zusammen mit Thomas Heiler und Stephan Wendehorst herausgegebener Tagungsband über „Fuldas jüdische Geschichte" zu erwarten, mit dem die Gesamtgeschichte der Fuldaer Juden von 1235 an über den „Fuldaer Tumult" von 1591, die Judenordnungen, die Landjudenschaft bis hin zur Nachkriegsgeschichte der Fuldaer Juden thematisiert wird.[198] Daneben entstanden zahlreiche Arbeiten zur Lokalgeschichte der Juden, von denen einige weit über die Grenzen der jeweiligen Kommune hinaus für die landeskundliche Forschung relevant wurden. Erwähnt werden sollen hier nur drei Veröffentlichungen zu Friedberg von Cilli Kasper-Holtkotte,[199] zu Michelstadt von Karl Erich Grözinger[200] und zu Darmstadt von Friedrich Battenberg und anderen,[201] welch letztere in einer ersten Fassung bereits 1984 publiziert werden konnte.[202]

Auffällig ist, dass in der Anfangszeit überwiegend Archivarinnen und Archivare als Autorinnen und Autoren beteiligt waren, die den direktesten Zugang zu den Quellen hatten. Dafür steht etwa die schon 1984 publizierte Dissertation von Bernhard Post zur Emanzipation in Kurmainz.[203] Auf intensiver Archivarbeit beruht auch der von Monica Kingreen erstellte und Volker Eichler bearbeitete monumentale Band über die Deportation der Juden aus Hessen, die jüngste Publikation der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen.[204] Nicht zuletzt durch diese Dokumentation konnte eindrucksvoll gezeigt werden, dass die einschlägige Forschung seriös nur noch auf der Grundlage sorgsamer Archivrecherchen fortgeführt werden kann. Dies zeigt sich auch anhand der Monographie Avraham Siluks über die Juden im politischen System des Alten Reichs, die sich intensiv mit der frühneuzeitlichen Situation der Judenschaft in Frankfurt und Hessen beschäftigt.[205]

Neue Impulse gibt es inzwischen von dem Projekt „Synagogen-Gedenkbuch Hessen", das mit Mitteln des Hessischen Wissenschaftsministeriums, des Hessischen Kultusministeriums sowie der evangelischen Kirchen und katholischen Bistümer in Hessen ab 2022 eingerichtet wurde.[206] Im Rahmen dieses Publikationsvorhabens, mit dem die Geschichte der hessischen jüdischen Gemeinden über die bloße Geschichte der Synagogen hinaus durch Einzelbeiträge wissenschaftlich aufgearbeitet werden soll, sollen regelmäßige, meist die Beiträge der Jahreskonferenzen wiedergebende Begleitbände (Schriftenreihe *Kontexte zur jüdischen Geschichte Hessens*) publiziert werden. Die Bände wollen sich mit der „konstitutiven Rolle der Jüdinnen und Juden für die Geschichte Hessens" beschäftigen, aber auch mit Prozessen der Ausgrenzung und Phasen der Verfolgung.[207] Ein erster derartiger Band konnte 2023 über das „jüdische Frankfurt" für die Zeit von der Emanzipation bis 1933 veröffentlicht werden, in dem Einzelaufsätze zur Sozial- und Kulturgeschichte, Religions- und Geistesgeschichte sowie Kunst- und Archi-

tekturgeschichte der Frankfurter Jüdinnen und Juden aufgenommen wurden.[208] Ein weiterer Band über *Das jüdische Frankfurt – von der NS-Zeit bis zur Gegenwart* ist im Juni 2024 erschienen.[209] Schließlich werden auch die Beiträge zu den im November 2023 und Dezember 2024 veranstalteten Tagungen „Jüdisch-christliche Nachbarschaften. Dimensionen sozialer, politischer, kultureller und wirtschaftlicher Interaktion“ und „Alltäglicher Antisemitismus. Formen und Folgen populärer Judenfeindschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ in einen dritten und vierten Band dieser Schriftenreihe Eingang finden. Weitere Bände sind in Planung.

Ergebnisse

Es gab, wie die vorstehenden Erörterungen gezeigt haben dürften, in Hessen – nicht sehr viel anders als anderswo – keine geradlinige Entwicklung in der Forschungsgeschichte zur Vergangenheit der Juden und Jüdinnen in Hessen. In aller Kürze sollen hier nochmals die wesentlichen Schritte bis zur heutigen Situation thesenartig formuliert werden.

1. Die Beschäftigung mit der Geschichte der Juden in Hessen begann im Wesentlichen erst mit der Emanzipation der bisherigen Schutzjuden seit Ende des 19. Jahrhunderts. Sie wurde von jüdischen Wissenschaftlern als „Wissenschaft des Judentums“ eigenständig betrieben, um sich so gegenüber der nichtjüdischen Historiographie abzugrenzen und Erinnerung an die Vergangenheit die eigene Identität zu entwickeln und auszuformen. Sie wurde größtenteils innerjüdisch an eigenständigen außeruniversitären Instituten gepflegt und richtete sich über jüdische Zeitschriften überwiegend an die Angehörigen der eigenen Konfession. Einzelne Monographien nichtjüdischer Provenienz waren nicht Teil dieser Forschungsgruppe.
2. In der Wilhelminischen Zeit ebenso wie noch in der Zeit der Weimarer Republik festigte sich diese jüdische Forschergruppe, die sich mit einer unübersehbar großen Menge an Einzelbeiträgen zu Wort meldete, weiterhin aber vor allem die Mitglieder der jüdischen Gemeinden als Adressaten im Auge hatte. Das Gesamtbild wurde von Isidor Kracauer und Ludwig Horwitz geprägt, wobei Ersterer die grundlegenden Forschungsarbeiten zur Geschichte der Juden in Frankfurt vorlegte, während Letzterer vor allem die Geschichte der Juden im Raum Kurhessen im Auge hatte. Nicht minder bedeutsam waren Siegmund Salfeld für Mainz und Adolf Kober für Nassau. Mit Adelheid Schiff und Rosy Bodenheimer stießen erstmals auch Frauen dazu, die mit ihren Dissertationen zu Frankfurt und Oberhessen gewichtige Akzente setzen konnten. Mit Ausnahme von Alexander Dietz fehlten nichtjüdische Wissenschaftler fast vollkommen, da offenbar Bedenken bestanden, sich von dort aus in den Bereich der „Wissenschaft des Judentums“ einzuklinken.
3. In der nationalsozialistischen Zeit wurde diese Forschungsrichtung weitgehend ausgetrocknet, so dass die „Wissenschaft des Judentums“ kaum noch in Erscheinung treten konnte. Stattdessen meldeten sich nun nichtjüdische Historiker wie Fritz Debus, Georg Faust, Adolf Müller und Ferdinand Dreher zu Wort, die ihre Erkenntnisse in den Dienst der nationalsozialistischen Ideologie stellten. Sie setzten sich bewusst von Arbeiten jüdischer Wissenschaftler ab, die sie als „undeutsch“ und mit dem Ziel verwarfen, alle älteren Forschungen im Sinne ihrer Rassenlehre zu revidieren.
4. Nach dem Ende des Nazi-Regimes begann sich nur sehr zögernd eine eigenständige, von Juden wie Nichtjuden gleichermaßen betriebene landeskundliche Judaica-Forschung zu etablieren. Anstöße von jüdischen Wissenschaftlern, noch ganz in der Tradition der „Wissenschaft des Judentums“, kamen von Forschern wie Adolf Kober, Daniel J. Cohen und Paul Arnsberg, die teilweise aus dem Exil heraus arbeiteten. Erst unter dem Eindruck der Frankfurter Auschwitz-Prozesse in den sechziger Jahren wurde mit der Gründung der Kommissionen für die Geschichte der Juden Anstöße zu einer Reaktivierung der Historiographie zur Judaica-Forschung gegeben. Nachdem es zunächst vorwiegend um die „Aufarbeitung“ der Nazi-Vergangenheit ging, wurden mehr und mehr Untersuchungen zur älteren und neueren Geschichte der Juden einbezogen, jetzt aber unter aktiver Beteiligung nichtjüdischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Projekte wie das zur Erstellung des Handbuchs *Germania Judaica III* brachten die notwendigen Impulse, um die bisher weitgehend noch in den Archiven verborgenen Urkunden und Akten besser zugänglich zu machen. Auf der Basis neuer Inventare, Quellensammlungen und Editionen konnte auch in Hessen eine Forschung entstehen, die nicht mehr nur und ausschließlich das historische Schicksal der Juden im Auge hatte, vielmehr nun integrativ die Geschichte der Juden in die allgemeine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Entwicklung des Landes einbettete.
5. So hat sich seit den achtziger Jahren innerhalb und außerhalb der Universitäten, aber zumeist im Rahmen der dafür zuständigen Kommissionen eine Forschungslandschaft zur Geschichte der Juden etabliert, die als Sonderbereich der Geschichtlichen Landeskunde in

Hessen gelten kann, die aber dennoch mit dieser eng vernetzt ist. Träger der einschlägigen Forschungen sind zu einem guten Teil die mit den archivischen Quellen vertrauten Archivarinnen und Archivare. Das Konzept der „Wissenschaft des Judentums“ gehört spätestens seit dieser Zeit der Vergangenheit an.

Anmerkungen

1 J. Friedrich Battenberg, Die jüdischen Gemeinden und Landjudenschaften im Heiligen Römischen Reich. Zwischen landesherrlicher Kontrolle und Autonomie, in: Helmut Neuhaus (Hrsg.), Selbstverwaltung in der Geschichte Europas in Mittelalter und Neuzeit, Berlin 2010, S. 101–136; Andreas Gotzmann, Jüdische Autonomie in der Frühen Neuzeit. Recht und Gemeinschaft im deutschen Judentum, Göttingen 2008, S. 13, 40, 71, 190 u. a. Freiräume werden danach solange geduldet, als sie den obrigkeitlichen Interessen entsprechen. Zur Kritik siehe J. Friedrich Battenberg, Rezension zu „Gotzmann, Autonomie“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (2009), S. 844–846.

2 J. Friedrich Battenberg, Juden in der Diaspora. Volk ohne Heimat. Einige Gedanken zu Migrationen der Juden, in: Michael Tilly/Lothar Treibel (Hrsg.), Notwendige Begegnungen. Judentum und Christentum von der Antike bis zur Gegenwart. Beiträge zu Wissenschaft, Synagoge und Kirche. Festschrift für Ulrich Oelschläger, Darmstadt 2016, S. 138–161.

3 Sigbert Feuchtwanger, Art. „Staatsgedanke und Judentum“, in: Jüdisches Lexikon, Bd. 4, Frankfurt am Main 1927 (ND Königstein 1987), Sp. 591–618, hier: Sp. 600–601; Amos Funkenstein, Jüdische Geschichte und ihre Deutungen, Frankfurt a. M. 1995, S. 120–121. Grundlegend dazu: Shmuel Shilo, Dina demalkhuta dina [The Law of the State is the Law], Jerusalem 1975 (Hebräisch); Leo Landman, Jewish Law in the Diaspora: Confrontation and Accommodation, Philadelphia 1968.

4 Jacob Toury, Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, in: Hans Liebeschütz/Arnold Paucker (Hrsg.), Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation, Tübingen 1977, S. 139–142.

5 Z. B. bei: Alfred Haverkamp, Verschriftlichung und die Überlieferung von Quellen zur Geschichte des aschkenasischen Judentums während des späten Mittelalters: Überblick und Einsichten, in: ders./Jörg R. Müller (Hrsg.), Verschriftlichung und Quellenüberlieferung. Beiträge zur Geschichte der Juden und der jüdisch-christlichen Beziehungen im spätmittelalterlichen Reich (13./14. Jahrhundert), Hannover 2014, S. 1–64, hier S. 2–3; ders., Judenvertreibungen in Mittelalter und Frühneuzeit – Erscheinungsformen und Zusammenhänge, Betrachtungsweisen und Erkenntnischancen, in: Friedhelm Burgard/Alfred Haverkamp/Gerd Mentgen (Hrsg.), Judenvertreibungen in Mittelalter und früher Neuzeit, Hannover 1999, S. 1–21, hier S. 5. Danach auch Helmut Castritius/J. Friedrich Battenberg, Verfolgungen und Vertreibungen von Juden von der Antike bis in die Vormoderne. Zur Einführung, in: Aschkenas 16 (2006), S. 269–275. hier S. 269.

6 Heinrich Graetz, Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, aus den Quellen neu bearbeitet, 11 Bde., Leipzig 1853–1875.

7 Heinrich Graetz, Die Konstruktion der jüdischen Geschichte, hrsg. von Nils Römer, Düsseldorf 2000, S. 42–43.

8 So Nils Römer, Nachwort zu Graetz, Konstruktion, S. 87–88. Dazu auch (mit der Einschränkung, dass sich Graetz von seiner eigenen Theorie in seinen späteren Geschichtswerken mehr und mehr entfernt habe): Ulrich Wyrwa, Die europäischen Seiten der jüdischen Geschichtsschreibung: Eine Einführung, in: Ulrich Wyrwa (Hrsg.), Judentum und Historismus. Zur Entstehung der jüdischen Geschichtswissenschaft in Europa, Frankfurt a. M./New York 2003, S. 9–36, hier S. 25–26.

9 So auch: Michael Graetz, Jüdische Geschichtsschreibung hundert Jahre nach Heinrich Graetz, Wiesbaden 1992, S. 7.

10 Dazu siehe: Michael A. Meyer, Jüdische Wissenschaft und jüdische Identität, in: Julius Carlebach (Hrsg.), Wissenschaft des Judentums. Anfänge der Judaistik in Europa, Darmstadt 1992, S. 3–20. Siehe auch: Christian Wiese, Wissenschaft des Judentums und protestantische Theologie im wilhelminischen Deutschland. Ein Schrei ins Leere? Tübingen 1999, S. 59–85.

11 L[eopold] Zunz, Zur Geschichte und Literatur, Erster Band, Berlin 1845 (ND Hildesheim 1976), S. 21.

12 Dazu Jacques Ehrenfreund, Erinnerungspolitik und historisches Gedächtnis: Zur Entstehung einer deutsch-jüdischen Wissenschaft im Kaiserreich (1870–1914), in: Wyrwa, Die europäischen Seiten, S. 39–61, hier S. 44; Christhard Hoffmann, Jüdische Geschichtswissenschaft in Deutschland 1918–1938. Konzepte, Schwerpunkte, Ergebnisse, in: Carlebach, Wissenschaft des Judentums, S. 132–152, hier S. 133.

13 Jakob Christian Klipstein, Dissertatio Juridica de autonomia Iudaeorum commentatio academica, Gießen 1739, dem Landgrafen Ludwig VIII. v. Hessen-Darmstadt gewidmet.

14 Christian Hartmann Samuel Gatzert, Tractatus Iuris germanici de Iudeorum in Hassia praecipue Darmstadina Iuribus atque Obligationibus, Gießen 1771.

15 Christian Wilhelm Dohm, Über die bürgerliche Verbesserung der Juden, Berlin /Stettin 1781–1783 (ND Hildesheim 1973). Dazu: J. Friedrich Battenberg, Moses Mendelssohn und die Bürgerliche Verbesserung der Juden in Bezug auf die Elsässer Juden, in: Ursula Goldenbaum/Stephan Meder/Matthias Armgardt (Hrsg.), Moses Mendelssohns Rechtsphilosophie im Kontext, Hannover 2020. S 359–370.

16 Ulrich Friedrich Kopp, Von der Judenaufnahme in den hessen-casselischen Landen, in: Hessische Beiträge zur Gelehrsamkeit und Kunst 2, 1787, S. 130–148 u. 270–296; Ulrich Friedrich Kopp, Über die Kaiserlichen Ansprüche auf Cronsteuer und Opfer-Pfennig von denen unter teutschen Reichsständen gesessenen Juden, in: Teutsches Staatsmagazin 2, 1797, S. 323–347; Ulrich Friedrich Kopp, Juden in Hessen, in: ders., Bruchstücke zur Erläuterung der Teutschen Geschichte und Rechte, Marburg 1799–1801, Bd. 1, Kap. III, S. 155–166; Bd. 1, Kap. II, S. 97–154; Bd. 2, S. 177–188.

17 Salomon Jakob Cohen, Musterhaftes Leben des verewigten Herrn Bankiers, Meyer Anschel Rothschild, Frankfurt am Main 1813; mit Rothschild will er beweisen, „daß ein Jude, als Jude, religiös und zugleich ein vortrefflicher Mensch und guter Bürger sein kann“ (S. 4). Jakob Wein, Wie ward das Prinzip der Glaubensfreiheit in der kurhessischen Verfassungsurkunde auf die Juden angewandt, Hanau 1831; Jakob Pinhas, Beiträge zur Sache der bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten in Kurhessen, Kassel 1832; Jakob Pinhas, Fragmente aus einer älteren Denkschrift über die Organisation der israelitischen Gemeinden in den deutschen Bundesstaaten namentlich in Kurhessen, Kassel 1832.

18 C[arl] F[riedrich] Günther, Die Juden in Hessen, in: Carl Friedrich Günther, Bilder aus der Hessischen Vorzeit, Darmstadt 1853, S. 69–132. Zu Günther: Hessisches Landesarchiv, Abt. Staatsarchiv Darmstadt, D 4 Nr. 662; Regierungsblatt des Großherzogtums Hessen 1868, Nr. 64 S. 1304.

19 Günther, Die Juden in Hessen, Vorwort.

20 Günther, Die Juden in Hessen, S. 71.

21 Philipp Dieffenbach, Geschichte der Stadt und Burg Friedberg in der Wetterau, Friedberg 1857, S. 307–312. Er stützt sich auf zahlreiche Quellen wie Deduktionen, Ratsprotokolle und Chroniken. Zu Dieffenbach: Ferdinand Dreher, Professor Dr Johann Philipp Dieffenbach, *1786, † 1860. Sein Leben und Wirken, Friedberg 1911.

22 Damit standen sie nicht allein. Der Mainzer Hofgerichtsadvokat Karl Anton Schaab widmete um die gleiche Zeit den Juden in Mainz (das damals zum Großherzogtum Hessen gehörte) eine umfangreiche Monographie: K[arl] A[nton] Schaab, Diplomatische Geschichte der Juden zu Mainz und dessen Umgebung, Mainz 1855. In seinem Vorwort (S. III–IV) schrieb er u. a. zur Begründung, dass „das Volk der Juden in der Weltgeschichte" beispiellos dastehe „als vorzugsweiser Träger der höchsten Wahrheit […] groß durch seine humanste aller Gesetzgebungen, groß durch das zähe Festhalten an seiner Überzeugung."

23 H[einrich] Graetz, Frank und die Frankisten. Eine Sekten-Geschichte aus der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, Breslau 1868.

24 Graetz, Frank und die Frankisten, S. 2–3.

25 Ludwig Geiger, Der Kampf gegen die Bücher der Juden am Anfange des 16. Jahrhunderts in seiner Beziehung auf Frankfurt, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst NF 4 (1869), S. 208–207.

26 Dazu: David H. Pryce, Johannes Reuchlin und der Judenbücherstreit, in: Sönke Lorenz/Dieter Mertens (Hrsg.), Johannes Reuchlin und der „Judenbücherstreit". Ostfildern 2013, S. 55–82.

27 Pryce, Johannes Reuchlin, S. 208.

28 Heinrich Graetz, Aktenstücke zur Confiscation der jüdischen Schriften in Frankfurt a. M. Unter Kaiser Maximilian durch Pfefferkorns Angeberei, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judenthums 24 (1875), S. 289–300 und 385–402.

29 Zu nennen sind Jakob Weil, Lehrer am Philantropin zu Frankfurt, der in einer in Hanau 1831 publizierten Schrift unter dem Titel *Wie ward das Prinzip der Glaubensfreiheit in der kurhessischen Verfassungsurkunde auf die Juden angewandt* die Reichweite der Emanzipation thematisierte. Jakob Pinhas, Redakteuer von Jeromes *Monitor*, verfasste in einer 1832 in Kassel publizierten Studie *Beiträge ur Sache der bürgerlichen Verhältnisse der Israeliten in Kurhessen*, und der Rabbiner Isaak Rülf schließlich befasste sich in seiner 1858 erschienenen Schrift *Zur Verteidigung der Juden hier und überall, besonders Kurhessen* mit den antisemitischen Bestrebungen. Zu ihm siehe: Ludwig Horwitz, Ein Mann der Tat. Zur Erinnerung an einen aus Kurhessen stammenden Rabbiner, in: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck 4 (1927), Nr. 6.

30 Siehe dazu: Andreas Gotzmann, Eigenheit und Einheit. Modernisierungsdiskurse des deutschen Judentums in der Emanzipationszeit, Leiden u. a. 2002, S. 133.

31 Zu dieser Entwicklung zusammenfassend: J. Friedrich Battenberg, Das Europäische Zeitalter der Juden. Zur Entwicklung einer Minderheit in der nichtjüdischen Umwelt Europas, Bd. 2: Von 1650 bis 1945, 2. Aufl., Darmstadt 2000, S. 175–207. Grundlegend: Peter G. J. Pultzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Göttingen 2004 (erstm. New York 1964), S. 125–164.

32 Hierzu: Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code, 2. Aufl., München 2000, S. 13–36; J. Friedrich Battenberg, Antisemitismus als „kultureller Code" in der deutschen Geschichte. Anmerkungen zu einigen Elementen einer antijüdischen Denkweise, in: Doron Kiesel/Leonore Siegele-Wenschkenwitz (Hrsg.), Der Aufklärung zum Trotz. Antisemitismus und politische Kultur in Deutschland, Frankfurt a. M. 1998, S. 15–51.

33 I[saak] Rülf, Entstehung und Bedeutung des Antisemitismus in Hessen, Mainz 1890, S. 3.

34 Rülf, Entstehung und Bedeutung, S. 30.

35 Leopold Löwenstein, Geschichte der Juden in der Kurpfalz, nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt. Beiträge zur Geschichte der Juden in Deutschland I, Frankfurt a. M. 1895.

36 Löwenstein, Geschichte der Juden in der Kurpfalz, S. VI (Vorwort).

37 Leopold Löwenstein, Zur Geschichte der Juden in Friedberg, in: Blätter für Jüdische Geschichte und Literatur Bd. IV, Mosbach 1903 (Beilage 21 zu „Der Israelit"), S. 17–20, 54–59, 81–86; Leopold Löwenstein, Wormser Gemeindeordnungen, in: Blätter für Jüdische Geschichte und Literatur, Bd. IV, S. 145, 150, 161–162 und Bd. V, Mosbach 1904, S. 33–36, 65–68, 81–84.

38 Salo [Wittmayer] Baron, Die Judenfrage auf dem Wiener Kongreß. Auf Grund von z. T. ungedruckten Quellen dargestellt Wien/Berlin 1920, insb. S. 205–206; dazu: Graetz, Jüdische Geschichtsschreibung, S. 11.

39 Dazu Hoffmann, Jüdische Geschichtswissenschaft, S. 133.

40 I[sidor] Kracauer, Die Confiscation der hebräischen Schriften in Frankfurt a.M. in den Jahren 1509 und 1510, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 1 (1887), S. 160–176 u. 230–248; ders., Accusation de meurtre rituel, portée contre les Juifs de Francfort au XVI. siècle, in: Revenue des Etudes Juives 14 (1887), S. 282–289; ders., Histoire d'un prêt force demandé de la communauté des Juifs de Francfort, in: Revenue des Etudes Juives 15 (1887), S. 99–108. Zu Kracauer: Frankfurter Biographie Bd. 1, Frankfurt a. M. 1994, S 421.

41 Die Titel sind bibliographiert bei: Ulrich Eisenbach/Hartmut Heinemann/Susanne Walther (Bearb.), Bibliographie zur Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1992 (im Folgenden: BGJH), S. 214–215, Nr. 1.890–1.893, S. 219–220, Nr. 1.934–1.942. Die Beiträge beziehen sich auf die Vormoderne, mehrfach zum Fettmilch-Aufstand und zum Pfefferkorn-Streit.

42 Isidor Kracauer, Die Kulp-Kannschen Wirren. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Frankfurt a. M. im XVIII. Jahrhundert, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge, Bd. 10 (1910), S. 135–212; ders., Die Namen der Frankfurter Juden bis zum Jahre 1400, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 3. Folge, Bd. 11 (1913), S. 213–237.

43 Kracauer, Die Kulp-Kannschen Wirren, S. 137.

44 Kracauer, Die Namen, S. 215.

45 Isidor Kracauer, Die Geschichte der Judengasse in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1906. Der Hinweis auf die Erstveröffentlichung findet sich im Impressum.

46 Isidor Kracauer, Die politische Geschichte der Frankfurter Juden bis zum Jahre 1349, Frankfurt a. M. 1911 (bei I. Kauffmann).

47 Isidor Kracauer, Aus der inneren Geschichte der Juden Frankfurts im XIV. Jahrhundert (Judengasse, Handel und sonstige Berufe), Frankfurt a. M. 1914 (Jahresbericht des Philantropins zu Frankfurt am Main, Ostern 1914).

48 I[sidor] Kracauer (Bearb.), Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150–1400, Frankfurt a. M. 1914 (bei I. Kauffmann).

49 I[sidor] Kracauer, Geschichte der Juden in Frankfurt a. M. (1150–1824), 2 Bde., Frankfurt a. M. 1925–1927 (bei I. Kauffmann).

50 Kracauer, Geschichte der Juden in Frankfurt, S. IV–V (Vorwort).

51 Zum Frankfurter Philantropin s. Johannes Wachten, „Philantropin", in: Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur (EJGK), Bd. 4, Stuttgart 2013, S. 527–532.

52 Siehe die Biographie von Bernd G. Ulbrich, Ludwig Horwitz (1862–1940), online: www.mendelssohn-dessau.de/wp-content/uploads/bernd-ulbrich-ludwig-horwitz.pdf, letzter Zugriff 27. Dezember 2022

53 Ludwig Horwitz, Die Israeliten unter dem Königreich Westfalen. Ein Aktenmäßiger Beitrag zur Geschichte der Regierung König Jérome's, Kassel 1900, S. 5 (Vorwort).
54 Horwitz, Die Israeliten, S. 93.
55 Ludwig Horwitz, Die Gesetze um die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten im ehemaligen Kurhessen 1816 und 1833, Kassel 1927.
56 Auf eine Einzelauflistung wird verzichtet. Die Beiträge können leicht über BGJH ermittelt werden.
57 Es sind dies: Ludwig Horwitz, Die Kasseler Synagoge und ihre Erbauer, nach urkundlichem Material bearbeitet, in: Hessenland 21 (1907), S. 197–199 und 213–216 (auch als Sonderpublikation in Kassel 1907 publiziert); ders., Hofjuden in Hessen, in: Hessenland 23 (1909), S. 291–293, 307–309 und 325–327; ders., Die Familiennamen Casseler Israeliten, in: Hessische Chronik 3 (1914), S. 121–123; ders., Der israelitische Friedhof zu Kassel, in: Hessenland 32 (1918), S. 135–137; ders., Zur Geschichte der Juden im Fuldaischen, in: Fuldaer Zeitung, 15. Dezember 1926.
58 Otto Speyer, Die Frankfurter Revolution unter Vincent Fettmilch 1612–1616, Frankfurt a. M. 1883.
59 Michael Silberstein, Ein ehrendes Zeugniß für die hessischen Juden aus dem sechzehnten Jahrhundert, in: Allgemeine Zeitung des Judenthums 54 (1890), S. 552–553; ders., Der Leibzoll und seine Aufhebung in Nassau, in: Allgemeine Zeitung des Judenthums 54 (1890), S. 493–496; ders., Die israelitische Religions-Schule in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Wiesbaden 1891; ders., Wolf Breidenbach und die Aufhebung des Leibzolls in Deutschland, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 5 (1892), S. 126–145; ders., Zur Aufhebung des Leibzolls in Nassau. Ein Nachtrag, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 5 (1892), S. 335–347. Zu Silberstein: Adolf Kober, Die Juden in Nassau seit Ende des 18. Jahrhunderts. Mit besonderer Berücksichtigung ihrer Unterrichts- und Kultusverhältnisse. Ein Beitrag zur Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland, in: Nassauische Annalen 66 (1955), S. 220–250, hier S. 248.
60 Silberstein, Ein ehrendes Zeugniß, S. 552.
61 Siegmund Salfeld, Bilder aus der Vergangenheit der jüdischen Gemeinde Mainz, Mainz 1903, Vorwort.
62 Siegmund Salfeld, Die Judenpolitik Philipps des Großmütigen, in: Julius Reinhard Dietrich/Bernhard Müller (Hrsg.), Philipp der Großmütige, Beiträge zur Geschichte seines Lebens und seiner Zeit, Darmstadt 1904, S. 519–544, hier S. 544.
63 Siegmund Salfeld, Vorboten der Judenemancipation in Kurmainz, in: Judaica. Festschrift zu Hermann Cohens 70. Geburtstage, Berlin 1912, S. 347–376.
64 S[iegmund] Salfeld, Zur Geschichte des Judenschutzes in Kurmainz, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Juden. Festschrift zum 70. Geburtstage Martin Philippsons, Leipzig 1916, S. 135–167.
65 Zu ihm: Alwin Müller-Jerina, Adolf Kober, 1879–1958. Versuch einer Bio-Bibliographie anläßlich seines 30. Todestages, in: Menora 1 (1990), S. 278–296. Kober wirkte auch an der Akademie für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, siehe Hoffmann, Jüdische Geschichtswissenschaft, S. 136.
66 Adolf Kober, Das Salmannenrecht und die Juden. Mit urkundlichen Beilagen, Heidelberg 1907.
67 Adolf Kober, Zur Geschichte der Juden Wiesbadens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Festschrift zur Fünfzigjahrfeier des Synagogen-Gesangvereins in Wiesbaden 1863–1913, Wiesbaden 1913, S. 3–34.
68 Adolf Kober, Zur Vorgeschichte der Judenemancipation in Nassau, in: Dietrich/Müller, Philipp der Großmütige, S. 275–301, Zitat S. 275. Nur erwähnt seien zwei weitere Beiträge Kobers, die sich mit den Folgen der Emanzipation in der Bildungspolitik in Mainz und Nassau beschäftigen: Adolf Kober, Rheinische Judendoktoren, vornehmlich des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Festschrift zum 75jährigen Bestehen des jüdischen theologischen Seminars Fraenckelscher Stiftung, Bd. II, Breslau 1929, S. 173–236; ders., Abraham Geigers Bemühungen um die Organisation der jüdischen Unterrichts- und Kultusverhältnisse im ehemaligen Herzogtum Nassau, in: Festschrift zu Simon Dubnows 70. Geburtstag, Berlin 1930, S. 215–225.
69 Zu Samson Rothschild siehe Fritz Reuter, Warmaisa. 1000 Jahre Juden in Worms, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1987, S. 177–179.
70 Samson Rothschild, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Israelitischen Gemeinde Worms, Worms 1901 (in 7. Auflage 1929).
71 S[amson] Rothschild Emanzipations-Bestrebungen der jüdischen Großgemeinden des Großherzogtums Hessen im vorigen Jahrhundert. Auf Grund von Protokollen und Akten des Archivs der jüd. Gemeinde Worms, Worms 1924, Zitat S. 5 (Vorwort).
72 Leo Munk, Die Constituten der sämmtlichen hessischen Judenschaften im Jahre 1690, in: Jubelschrift zum 70. Geburtstag des Dr. Israel Hildesheimer, Berlin 1890, S. 60–82; ders., Die Judenordnungen von Hessen-Cassel, in: Judaica. Festschrift zu Herman Cohens 70. Geburtstage, Berlin 1912, S. 377–388. Auch in seiner Schrift Zur Erinnerung an die Einweihung der Synagoge in Marburg am 15. September 1897, Marburg 1897, ging er auf die Judenlandtage in Hessen-Kassel ein.
73 Munk, Die Judenordnungen, S. 382. Die Bürgerschaft römischen Rechts für Juden beruhte auf der – vom Reichskammergericht übernommenen – Theorie Johannes Reuchlins, s.: J. Friedrich Battenberg, Juden als „Bürger" des Heiligen Römischen Reichs im 16. Jahrhundert. Zu einem Paradigmenwechsel im „Judenrecht" in der Reformationszeit, in: Rolf Decot/Matthieu Arnold (Hrsg.), Christen und Juden im Reformationszeitalter, Mainz 2006, S. 175–197.
74 Alexander Fiorino, Versuch einer Geschichte der Israeliten in Hessen, in: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck, 3. Jg. (1926), Ausg. Nr. 13–16, 18, 20–22, 24–35, 37–40, 42, 44 u 46. Zu Fiorino siehe Wolfgang Prinz, Jüdische Bürger aus Kassel vor 1933, in: Helmut Burmeister/Michael Dohrs (Hrsg.), Fremde im eigenen Land. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden in den alten Kreisen Hofgeismar, Kassel, Wolfhagen und in der Stadt Kassel, Hofgeismar 1985, S. 46–54, hier S. 49–50. Er war Sohn des Hofmalers Jeremias David Alexander Fiorino.
75 Fiorino, Versuch einer Geschichte, Nr. 13, S. 1.
76 I[smar] Elbogen/A[ron] Freimann/H[aim] Tykocinski (Hrsg.), Germania Judaica I: Von den ältesten Zeiten bis 1238, Tübingen 1963 (als ND der Ausg. 1934), S. IX. Zu Brann: Joseph Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945, München u. a. 1998, S. 44.
77 Genannt werden können Hermann Metz aus Kassel (der evtl. Jude war), der Historiker Max Foltz aus Marburg, der Friedberger Architekt Hubert Kratz und der Statistiker Ludwig Knöpfel, die aber alle nur durch die Arbeit oder einen Vortrag über kleine Teilbereiche zur jüdischen Geschichte hervorgetreten sind. Nachweise in BGJH.
78 Hierzu: Meyer, Jüdische Wissenschaft.
79 Die Anzahl der Juden, die sich allein in der Wilhelminischen Zeit und in der Zeit der Weimarer Republik zu Themen aus der Geschichte der Juden in Hessen in Einzelbeiträgen geäußert hatten, ist sehr lang und mit den vorstehend vorgestellten Autoren bei weitem nicht erschöpft. Hingewiesen sei (in chronologischer Reihenfolge ihrer jeweils ersten einschlägigen Veröffentlichung) auf den Rabbiner Dr. Markus Horovitz, den Offenbacher Juristen Dr. Otto Speyer, den Wiesbadener Rabbiner Dr. Michael Silberstein, den Kaufmann Dr. Louis Neustadt, den Frankfurter Syndikus Dr. Berthold Baer, den Friedberger Lehrer Heinrich Ehrmann, den Lehrer Dr. Leopold Jehuda Rothschild, den

Rechtsanwalt Dr. Leopold Katz, den Rechtsanwalt und Zionisten Arthur Ruppin, den Lehrer und Kantor Jakob Lebermann, den Mediziner Dr. Wilhelm Hanauer, den Rabbiner Felix Lazarus, den Historiker Chaim Tykocinski und den Rabbiner und Religionsphilosophen Prof. Philipp Bloch, alle für die Zeit von 1871 bis 1916. Nachweise sind zu finden in BGJH, für Frankfurt auch: Hans-Otto Schembs (Bearb.), Bibliographie zur Geschichte der Frankfurter Juden 1781–1945, Frankfurt a. M. 1978. Als einzige Frau konnte die Germanistin Dr. Adelheid Schiff ermittelt werden, die eine beachtliche Studie zur jüdischen Namensgebung als Dissertation vorgelegt hatte: Adelheid Schiff, Die Namen der Frankfurter Juden zu Anfang des 19. Jahrhunderts, Freiburg i. B. 1917. Für die Zeit der Weimarer Republik seien erwähnt der Rabbiner Dr. Leo Kahn, der Bankier Jakob Wolff, Arnold Kahn aus Frankfurt, der Lehrer Emil Hirsch in Friedberg (zu ihm siehe unten Anm. 105), der Justizinspektor August Menninger (evtl. Nichtjude), der Kunsthistoriker Rudolf Hallo und der Mainzer Jurist Dr. Karl Ladenburg, Als einzige Frau in dieser Zeitspanne trat die Historikerin Dr. Rosy Bodenheimer in Erscheinung (diese zitiert siehe unten Anm. 99), weitere Nachweise in den o. g. Bibliographien zu Hessen und Frankfurt. Eine weitere Autorin, die jüdische Lehrerin Dr. Ellen Littmann aus Danzig, hat in ihrer 1928 entstandenen Kölner Dissertation zwar nicht eigens Hessen thematisiert, jedoch die Juden der Stadt Frankfurt in den Mittelpunkt gestellt: Ellen Littmann, Studien zur Wiederaufnahme der Juden durch die deutschen Städte nach dem Schwarzen Tode. Ein Beitrag zur Geschichte der Judenpolitik der deutschen Städte im späten Mittelalter. Inaugural-Diss., Breslau 1928.

80 Alexander Dietz, Stammbuch der Frankfurter Juden. Geschichtliche Mitteilungen über die Frankfurter jüdischen Familien von 1349–1849, Frankfurt a. M. 1907; über seine Motive gibt Dietz in der Einleitung, S. VII, Auskunft. Relevant für die Geschichte der Juden ist auch seine fünfbändige „Frankfurter Handelsgeschichte“, erschienen in Frankfurt 1910–1925. Zu Dietz: Paul Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, Bd. 3, hrsg. v. Hans-Otto Schembs, Darmstadt 1983, S. 10–11, darin einen Nachruf auf Dietz von Arthur Czellitzer aus dem Jahr 1934 zitierend; Frankfurter Biographie 1, S. 158. Eine Kurzbiographie zu Czellitzer bei: Ernst G. Lowenthal (Hrsg.), Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1965, S. 39–40. Zur Frankfurter Bevölkerung gab es damals im Übrigen: Karl Bücher, Die Bevölkerung von Frankfurt am Main im XIV. und XV. Jahrhundert. Socialstatistische Studien, Tübingen 1886. Bücher berücksichtigt hier auch die jüdische Bevölkerung, ediert auch (S. 715–716 und 720–721) Bürgerschaftsbriefe für Juden.

81 Christian Wilhelm Berghoeffer, Meyer Amschel Rothschild, der Gründer des Rothschildschen Bankhauses, Frankfurt a. M. 1922. Zu Berghoeffer: Frankfurter Biographie 1, S. 59.

82 J[osef] S[chlomo] Menczel, Beiträge zur Geschichte der Juden von Mainz im XV. Jahrhundert. Eine quellenkritische Untersuchung mit Quellenabdruck, Berlin 1933 (verlegt im jüdischen Verlag Rubin Mass, der 1933 nach Jerusalem verlegt wurde). Zu Menczel: Puah Menczel-Ben-Tovim (Hrsg.), Leben und Wirken. Unser erzieherisches Werk, in memoriam Josef Schlomo Menczel, 1903–1953, Jerusalem 1983.

83 Abraham Cohn, Beiträge zur Geschichte der Juden in Hessen-Kassel im 17. und 18. Jahrhundert, Marburg 1933. Zu Cohn: Walk, Kurzbiographien, S. 57. Mitteilung seiner Vita auch auf S. 81 der Diss., siehe Anm. 82.

84 Oswald Lassally, Oberhofagent Feidel David, der Vorgänger Meyer Amschel Rothschilds, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 7 (1937), S. 85–91. Zu Lassally: Jürgen Sielemann, Aus der Geschichte der Familie Lassally in Hamburg, in: Liskor – Erinnern. Magazin der Hamburger Gesellschaft für Genealogie Heft 2 (2017), S. 3–30, hier S. 12–30.

85 Dazu: Zvi Avneri, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Germania Judaica II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, 1. Halbband: Aachen – Luzern, Tübingen 1968, S. IX–XIII, insb. S. X.

86 In Hessen erschien 1938 im jüdischen Kauffmann-Verlag noch der folgende Band: Saul Lilienthal, Jüdische Wanderungen in Frankfurt am Main, Hessen, Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1938 (dazu: Henry Wassermann (Bearb.), Bibliographie des Jüdischen Schrifttums in Deutschland 1933–1943, München u. a. 1989, S. 71, Nr. 779). Diese als Reisehandbuch konzipierte Schrift kann nur bedingt als Forschungsbeitrag gewertet werden, insofern sie ausführlich auf die historischen Hintergründe der angesprochenen Orte eingeht.

87 Fritz Debus, Kaiser, Erzbischof und Juden. Eine Zusammenstellung von Tatsachen aus der Geschichte der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. o. J. [wohl 1934]. Zu Debus: Benedikt Burkard, Art. „Redaktion“, in: Jenny Jung/Jutta Zwilling (Hrsg.), Eine Stadt macht mit. Frankfurt und der NS, Petersberg 2022, S. 126–133, hier S. 129.

88 Debus, Kaiser, Erzbischof und Juden, S. 3.

89 Debus, Kaiser, Erzbischof und Juden, S. 55.

90 Fritz Debus, Das Ghetto geht auf. Die Judenfrage im Zeitalter der Aufklärung bis zu den Napoleonischen Kriegen, Frankfurt a. M. 1939; Fritz Debus, Bürgerrechte der Juden im Zeitalter des Liberalismus, Frankfurt a. M. 1940.

91 Georg Faust, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge zur Judenfrage in Deutschland vor der Emanzipation, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der ehemaligen Grafschaft Solms-Rödelheim, Gießen 1937. Lebenslauf von Georg Faust auf S. 188.

92 Faust, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge, S. 7.

93 Faust, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge, S. 181.

94 Faust, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge, S. 181.

95 Faust, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge, S. 184.

96 Faust, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Beiträge, S. 183.

97 Adolf Müller, Zur Geschichte der Judenfrage in den rechtsrheinischen Besitzungen der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Auf Grund der Quellen dargestellt, Leipzig/Frankfurt a. M. 1937. Zu Müller: Roland Koch, Art. „Müller, Adolf“, in: Stadtlexikon Darmstadt, Stuttgart 2006, S. 648.

98 So in einem publizierten Oppenheimer Vortrag: Adolf Müller, Wie können wir für die Geschichts- und Altertumsvereine werben? In: Volk und Scholle, Jg. 7 (1929), S. 349–351, hier S. 350.

99 Rosy Bodenheimer, Beitrag zur Geschichte der Juden in Oberhessen von ihrer frühesten Erwähnung bis zur Emanzipation, Gießen 1931 (Dissertation).

100 Müller, Zur Geschichte der Judenfrage, S. 1.

101 Müller, Zur Geschichte der Judenfrage, S. 2.

102 Müller, Zur Geschichte der Judenfrage, S. 1, Anm. 3. Dort zitiert: Wilhelm Grau, Die Judenfrage als Aufgabe der neuen Geschichtsforschung, 2. Aufl., Hamburg 1935. Weiter verbreitet war dessen Werk „Die Judenfrage in der deutschen Geschichte“, Leipzig 1937, das bei der Veröffentlichung von Müllers Arbeit aber noch nicht vorlag. Zu Grau: Matthias Berg, „Können Juden an deutschen Universitäten promovieren?“ Der „Judenforscher“ Wilhelm Grau, die Berliner Universität und das Promotionsrecht im Nationalsozialismus, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 11 (2008), S. 213–227.

103 Ferdinand Dreher, Friedberg in Hessen – 2000 Jahre in Stichworten, Friedberg 1938, Kap. 16 („Juden“), S. 64–71.

104 Ferdinand Dreher, Ein Besuch im Getto zu Friedberg 1639, in: Volk und Scholle 1 (1922), S. 307–312. Hierin enthalten ist ein Bericht des Feldkaplans Thomas Carve, der vom Friedberger Rabbiner über die jüdischen Kultus-Rituale belehrt wird.

105 Ferdinand Dreher, Friedberg i. H. In Wort und Bild, Friedberg 1925, mit einer Beschreibung des Judenbads von Emil Hirsch, ebd. S. 79–85.
106 Alle Zitate bei Dreher, Friedberg, S. 70.
107 Dreher, Friedberg, S. 71, unter Verweis auf das Reich Adolf Hitlers!
108 Es sei aber auch darauf hingewiesen, dass es unter nichtjüdischen Historikern in der nationalsozialistischen Zeit auch Stimmen gab, die sich der antisemitischen Ideologie in Hessen nicht anschlossen und ohne Bedenken Literatur zitierten, die von jüdischen Autoren stammte. Dies gilt vor allem für den Marburger Stadthistoriker Walter Kürschner. siehe Walter Kürschner, Die Stellung der Juden in der hessischen Stadt (Marburg) von den Anfängen bis zur Neuzeit, in: Hessenland 49 (1938), S. 119–125. Als von ihm zitierte Forschungsliteratur gibt er die Beiträge von Abraham Cohn zu Hessen-Kassel (Nachweise siehe oben Anm. 83) und von Siegmund Salfeld zu Philipp dem Großmütigen (Nachweise siehe oben Anm. 62) an. Der Schlusssatz seines Beitrags, dass die Stadt Marburg bis 1938 wieder „zu ihrer traditionellen Judenpolitik zurückgekehrt" sei, lässt nicht erkennen, dass dies von ihm gutgeheißen wurde, da es nur ein objektiver Hinweis auf die nationalsozialistische Judenpolitik ist.
109 Dazu Müller-Jerina, Adolf Kober, S. 280.
110 Adolf Kober, Documents selected from the Pinkas of Friedberg, a former Free City in Western Germany, in: Proceedings of the American Academy for Jewish Research 17. Jg. (1947/48), New York 1948, S. 19–59.
111 Bernhard Brilling, Aus dem Archiv der jüdischen Gemeinde Friedberg. Das Protokollbuch der Friedberger Gemeinde, in: Wetterauer Geschichtsblätter 142 (1965), S. 97–103. Biographie zu Brilling von: Helmut Richtering, Bernhard Brilling zum Gedenken, in: Peter Freimark/Helmut Richtering (Hrsg.), Gedenkschrift für Bernhard Brilling, Hamburg 1988, S. 9–13.
112 Adolf Kober, Aus dem Friedberger Pinkas. Aus dem Englischen übersetzt von Anita Brain. Eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Fritz H. Herrmann, in: Wetterauer Geschichtsblätter 21 (1972), S. 13–38.
113 Stefan Litt, Protokollbuch und Statuten der Jüdischen Gemeinde Friedberg (16–18. Jahrhundert), Friedberg (Hessen) 2003.
114 Adolf Kober, Die Juden in Nassau seit Ende des 18. Jahrhunderts, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Unterrichts- und Kultusverhältnisse. Ein Beitrag zur Geschichte der Judenemanzipacion in Deutschland, in: Nassauische Annalen 66 (1955), S. 220–250, Zitat S. 220.
115 Zu ihm: Helmut Wirth, Ein homme de lettres, Anton Maria Keim. Versuch eines Politikerporträts – vom Pädagogen zum Kulturdezernenten, in: Mainzer Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft und Geschichte Jg. 4 (1984), Heft 1, S. 25–32.
116 Anton Maria Keim, Die Judenfrage im Landtag des Großherzogtums Hessen 1820–1849. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden im Vormärz, Darmstadt/Marburg 1983.
117 Bericht über die Gründung bei: Hans-Otto Schembs (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der Frankfurter Juden 1781–1945, Frankfurt a. M. 1978, S. 9–10. Auf die Bedeutung dieser Kommission wird auch in der Literatur zur deutsch-jüdischen Geschichte hingewiesen: Werner Schochow, Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft, Berlin 1969, S. 250–251.
118 Dieter Andernacht/Eleonore Sterling (Hrsg., im Auftrag der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden), Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1963.
119 Werner Bockelmann, Vorwort, in: Andernacht/Sterling, Dokumente, S. 9.
120 Dazu: Hartmut Heinemann, Die Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Ihre Geschichte und Aufgaben, in: Archivnachrichten aus Hessen 21/2 (2021), S. 13–17. Zur Bedeutung dieser Kommission für die deutsch-jüdische Historiographie siehe Schochow, Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft, S. 250–251.
121 Heinemann, Die Kommission, S. 13.
122 Siehe seine Publikation: Arno Lustiger (Hrsg.), Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main einst und heute, Sigmaringen/Frankfurt a. M. 1983.
123 Ernst Noam/Wolf-Arno Kropat (Bearb.), Juden vor Gericht 1933–1945. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1975; Klaus Moritz/Ernst Noam (Bearb.), NS-Verbrechen vor Gericht 1945–1955, Wiesbaden 1978.
124 Noam/Kropat, Juden vor Gericht, S. VIII.
125 So Heinrich Simon, Wissenschaft vom Judentum in der Geschichte der Berliner Universität, in: Carlebach, Wissenschaft des Judentums, S. 153–164, hier S. 154.
126 Simon, Wissenschaft vom Judentum, S. 164.
127 So die von Cecil Roth übernommene Bezeichnung („The European Age in Jewish History") von J. Friedrich Battenberg: Cecil Roth, The European Age in Jewish History, in: Louis Finkelstein (Hrsg.), The Jews. Their History, 4. Aufl., New York 1970, S. 225–304. Die Monographie von Battenberg ist in Anm. 31 zitiert.
128 So Heinemann, Die Kommission, S. 13.
129 Lowenthal, Bewährung im Untergang. Dieses Werk betrifft allerdings nur die Zeit des Nationalsozialismus.
130 Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn. 2 Bde., Frankfurt a. M. 1971 (mit Bildband dazu, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1973). Schon 1970 hatte der gleiche Autor eine literarisch anspruchsvolle Darstellung zum jüdischen Leben in Frankfurt seit der Emanzipationszeit publiziert: Paul Arnsberg, Bilder aus dem jüdischen Leben im alten Frankfurt, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1979 (erstm. 1970). Er wollte damit die nur bis ins Jahr 1824 reichende Darstellung zur Geschichte der Juden in Frankfurt (gemeint ist die Darstellung Isidor Kracauers, Nachweise siehe oben Anm. 49) ergänzen. Er meinte dazu in seinem Vorwort (ebd. S. 9): „Wirkliche Kenntnis über ‚das jüdische Leben im alten Frankfurt' ist im Verschwinden – es wird ‚vom Winde verweht'". Zu Arnsberg: Arno Lustiger, Dr. Paul Arnsberg s. A. – zu seinem 85. Geburtstag, in: Frankfurter Jüdisches Gemeindeblatt Jg. 17 (1984), Nr. 6, S. 13–14.
131 Zitat von Karl E. Demandt, in; Arnsberg, Die jüdische Gemeinden, Bd. 1, S. 7 (nach einer Rezension).
132 Max Willner, Geleitwort, in: Arnsberg, Die Jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 7–8. Zu Willner: Moritz Neumann (Hrsg.), Max Willner. Würdigung eines verdienten Mannes, Alsbach 1991.
133 Max Willner, Geleitwort in: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 3, S. 5.
134 Markus Horovitz, Frankfurter Rabbiner. Ein Beitrag zur Geschichte der Israelitischen Gemeinde in Frankfurt a. M. (1882–1885), mit Ergänzungen von Josef Unna, Frankfurt a. M. 1969. Zu Unna: Walk, Kurzbiographien, S. 371.
135 Horovitz, Frankfurter Rabbiner, S. IX.
136 Karl E. Demandt, Die hessische Judenstättigkeit von 1744 [Edition mit Register], in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 23 (1973), S. 292–332, Zitat S. 292. Zu Demandt siehe Gerhard Menk, Landesgeschichte, Archivwesen und Politik. Der hessische Landeshistoriker und Archivar Karl Ernst Demandt (1909–1990), Marburg 2009; Hans-Jürgen Kahlfuß, Karl Ernst Demandt. Eine bibliographische Würdigung, in: Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde 94 (1989), S. 11–17; Otto Renkhoff, Karl Ernst Demandt, in: Nassauische Annalen 102 (1991), S. 404–405.
137 Anni Bardon/J. Friedrich Battenberg/Christiane Heinemann/Wolf-Arno Kropat (Bearb.): Juden in Hessen. Ausstellung der hessischen

Staatsarchive [Katalog], Wiesbaden [1980]. Die Ergebnisse dieser Ausstellung wurden weiter verbreitet durch eine Farblichtreiche der Staatlichen Landesbildstelle Hessen in Frankfurt a. M., siehe den Katalog: J. Friedrich Battenberg/Wolf-Arno Kropat (Texte): Emanzipation und Verfolgung – Geschichte der Juden in Hessen, Frankfurt a. M. 1981.

138 koebner.huji.ac.il/people/staff/ameriti, letzter Zugriff 30. Dezember 2022.

139 Daniel J. Cohen, The Organizations of the „Landjudenschaften" (Jewish Corporations) in Germany during the XVII and XVIII Centuries, 1 Hauptbd., 2 Quellen- und Nachweisbde., Jerusalem 1967 (maschinenschriftlich, in hebräischer Sprache, mit englischer Zusammenfassung).

140 Gemeint ist: Fritz Baer, Das Protokollbuch der Landjudenschaft des Herzogtums Kleve, Berlin 1922.

141 Daniel J. Cohen (Hrsg.): Die Landjudenschaften in Deutschland als Organe jüdischer Selbstverwaltung von der frühen Neuzeit bis ins neunzehnte Jahrhundert, 3 Bde., Jerusalem/Göttingen 1986–2001. Vor allem in den ersten beiden Bänden sind hessische Territorien betroffen: Bd. 1 mit Kurmainzer Gebieten sowie den Landgrafschaften, Bd. 2 mit den Grafschaften des Wetterauer Grafenvereins, mit den Fränkischen Ritterkreisen, den Odenwälder Grafschaften sowie der Kurpfalz.

142 Beispiel für Hessen: Daniel J. Cohen, Die Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt bis zur Emanzipation als Organe der jüdischen Selbstverwaltung, in: Christiane Heinemann (Bearb.), Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wiesbaden 1983, S. 151–214.

143 Dieser wurde an der Universität Breslau unter seinem damaligen Namen promoviert: Herbert Fischer, Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jahrhunderts, Breslau 1931 (ND Aalen 1969). Dieser Band ist auch für die rheinhessische Geschichte der Juden zentral, da dort ein Fokus auf die Verfassungsentwicklung der Freien Städte Mainz und Worms (zusammen mit Speyer als den drei SchUM-Städten) gelegt wurde.

144 Siehe dazu seine Autobiographie: Arye Maimon, Wanderungen und Wandlungen. Die Geschichte meines Lebens, hrsg. vom Arye Maimon-Institut für Geschichte der Juden, Universität Trier, Trier 1998 (darin auch Schriftenverzeichnis des Autors).

145 Siehe dazu die Nachweise und Angaben in Anm. 76 und Anm. 85.

146 Zvi Avneri (Hrsg.), Germania Judaica II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, in 2 Halbbänden, Tübingen 1968. Die Entstehungsgeschichte wurde im Vorwort des in Haifa lebenden Herausgebers beschrieben.

147 In den 1939 gegründeten Jerusalemer „Central Archives for the History of Jewish People" konnten auf Initiative seines Direktors Daniel Cohen viele Reste aus Archiven der deutschen jüdischen Gemeinden zusammengetragen werden (darunter auch diejenigen der Darmstädter Liberalen Gemeinde), so dass auch dort recherchiert werden konnte, Eine Archivbeschreibung findet sich bei: Daniel J. Cohen, The Jewish Historical General Archives Jerusalem, Jerusalem 1964, insb. S. 12–19. Dort finden sich aus dem Gesamtarchiv der deutschen Juden (Berlin) die Archivbestände aus Fulda und Offenbach, dann die rheinhessischen Archive aus Bingen, Mainz, Weisenau und Worms, Landjudenschaftliche Akten aus Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt sowie Gemeindeakten aus Darmstadt und Frankfurt a. M sowie vieler weiterer hessischer Gemeinden. Zumeist geht die Überlieferung dieser Archivbestände ins 17. Jahrhundert zurück.

148 Zu dieser Recherche siehe das Vorwort von Arye Maimon in: Arye Maimon (Hrsg.), Germania Judaica III: 1350–1519, 1. Teilbd.: Ortschaftsartikel Aach – Lychen, Tübingen 1987, S. VII–X.

149 J. Friedrich Battenberg, Handbuchartikel in Germania Judaica III, 1. Teilbd., zu Alsbach, Assenheim, Babenhausen, Bensheim, Büdingen, Butzbach, Dieburg, Friedberg, Gernsheim, Gießen, Griedel, Groß-Gerau, Groß-Steinheim, Groß-Umstadt, Grünberg, Heppenheim, Hungen, Kostheim, Lich, Lindenfels und Lindheim; in Germania Judaica III, 2. Teilbd., zu Münzenberg, Bad Nauheim, Neustadt im Odenwald, Ortenberg, Petterweil, Rödelheim, Seligenstadt, Wölfersheim und Zwingenberg.

150 Arye Maimon, Germania Judaica Band III: Editionsprobleme, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte Jg. 110 (1974), S. 218–243, hier S. 231.

151 Nachweise in Anm. 148.

152 Arye Maimon s. A./Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim (Hrsg.), Germania Judaica III, 1350–1519, 2. Teilbd.: Ortschaftsartikel Mährisch-Budwitz – Zwolle, und 3 Teilbd.: Gebietsartikel, Einleitungsartikel und Indices, Tübingen 1995–2003.

153 J. Friedrich Battenberg, Art. „Katzenelnbogen, Grafschaft", in: Germania Judaica III, 3. Teilbd., S. 1892–1894.

154 Uta Löwenstein, Art. „Hessen, Landgrafschaft", in: Germania Judaica III, 3. Teilbd., S. 1873–1879.

155 J. Friedrich Battenberg, Art. „Hanau, Grafschaft", in: Germania Judaica III, 3. Teilbd., S. 1862–1870.

156 U. a. Herrschaft Eppstein (S. 1848–1851), Abtei Fulda (S. 1953–1855), Grafschaften Isenburg-Büdingen (S. 1882–1884), Nassau (S 1961–1963), Solms (S. 2017–2020), Waldeck (S. 2049–2050) und die Landschaft Wetterau (S. 2060–2063), konzipiert von Friedrich Battenberg, Uta Löwenstein und Hellmuth Gensicke.

157 Wolfgang Treue, Landgrafschaft Hessen-Marburg. Tübingen 2009 (Germania Judaica Teil IV (1520–1650), Bd. 2). Die Quellen dazu wurden in dem von Friedrich Battenberg betreuten Teilprojekt von Susanne Schlösser zusammengestellt. Dazu siehe Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, O 34, Nr. 445 u. 482 (Materialien F. Battenberg).

158 Michael Graetz/Karlfried Gründer/Friedrich Niewöhner (dieser ab Bd. III) (Hrsg.), Hebräische Beiträge zur Wissenschaft des Judentums, deutsch angezeigt, Jahrgänge I–VI, Heidelberg 1985–1990.

159 Ein Beispiel bietet die Arbeit von Israel Yacob Yuval, Rabbiner und Rabbinat in Deutschland 1350–1500, in: Hebräische Beiträge III–V (1989), S. 33–50. Dieser Beitrag beruht auf dessen Jerusalemer Dissertation von 1988.

160 Heinemann, Neunhundert Jahre, mit 13 Beiträgen von Peter Herde, Fritz Reuter, J. Friedrich Battenberg, Daniel J. Cohen, Jürgen Rainer Wolf, Rüdiger Mack, Bernhard Brilling, Wolf-Arno Kropat, Annie Bardon und Rüdiger Mack – alle Mitglieder der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen.

161 Peter Herde, Gestaltung und Krisis. Juden und Nichtjuden in Deutschland vom Mittelalter bis zur Neuzeit, in: Heinemann, Neunhundert Jahre, S. 1–40.

162 Erwin Knauß, Die jüdische Bevölkerung Gießens 1933–1945. Eine Dokumentation, 3. Aufl., Wiesbaden 1982.

163 Gerhard Hentsch, Gewerbeordnung und Emanzipation der Juden im Kurfürstentum Hessen, Wiesbaden 1979.

164 Karl E. Demandt, Bevölkerungs- und Sozialgeschichte der jüdischen Gemeinde Niedenstein 1653–1866. Ein Beitrag zur Geschichte des Judentums in Kurhessen. Darstellung und Dokumente, Wiesbaden 1980.

165 Siehe dazu: Raphael Groß/Werner Renz (Hrsg.), Der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965). Kommentierte Quellenedition, 2 Bde., Frankfurt a. M./New York 2013; Inge Deutschkron, Auschwitz war nur ein Wort. Berichte über den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963–1965, Berlin 2018.

166 Uziel Oscar Schmelz, Die demographische Entwicklung der Juden in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 8 (1982), S. 31–72.

167 Uziel Oscar Schmelz, Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, Tübingen 1996. Hierzu die Rezension von Friedrich Battenberg, in: Archiv für hessische Geschichte NF 55 (1997), S. 370–371.

168 Arthur Ruppin, Die Juden im Großherzogtum Hessen, Berlin 1909. Auf diese Arbeit weist Schmelz in der Einleitung seines Buches hin (S. 1).

169 Siehe dazu: Maurice-Ruben Hayon, Introduction – Heinrich (Hirsch Zevi) Grätz (1817–1891): Le Père de l'Historiographie Juive Moderne, in: Heinrich Graetz, La Construction de l'Histoire Juive, suivie de gnosticisme et judaisme, Paris 1992, S. 7–31.

170 Hierzu insb. Alois Gerlich, Wege und Ziele der Geschichtlichen Landeskunde im 20. Jahrhundert, in: ders., Geschichtliche Landeskunde des Mittelalters. Genese und Probleme, Darmstadt 1986, S. 77–98, insb. S. 97.

171 Siehe etwa Martha Howell/Walter Prevenier, Werkstatt des Historikers. Eine Einführung in die historische Methode, Köln/Weimar/Wien 2004, insb. S. 111–148 zu den neueren methodischen Ansätzen der Geschichtswissenschaft.

172 So bei: Schochow, Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft, S. 281, der hier allerdings dafür plädiert, die enge Begrenzung der „Wissenschaft des Judentums" durch Einbeziehung der nichtjüdischen Forschung für eine deutsch-jüdische Historiographie nutzbar zu machen. Er strebt eine wissenschaftliche Disziplin an, die „sich [...] mit der Geschichte des deutschen Judentums befaßt" (S. 1). Dieser Schritt erscheint nicht ausreichend genug – er ist wohl auch der Tatsache geschuldet, dass der Autor, ein Berliner Bibliothekar, eine zweckmäßige Systematisierung der umfangreichen Forschungsliteratur anstrebt.

173 So Arno Herzig, Juden und Judentum in der sozialgeschichtlichen Forschung, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland IV, Göttingen 1987, S. 108–132, hier: S 126.

174 So J. Friedrich Battenberg, Die Juden in Deutschland vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, München 2001, S. 62.

175 Hierzu: Andreas Gotzmann, Jüdisches Recht im kulturellen Prozeß. Die Wahrnehmung der Halacha im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1997, S. 50.

176 J. Friedrich Battenberg, Zwischen Integration und Segregation. Zu den Bedingungen jüdischen Lebens in der vormodernen christlichen Gesellschaft, in: Aschkenas 6 (1996), S. 421–454, hier S. 445–446.

177 J. Friedrich Battenberg, Die Inventarisierung der Quellen zur Geschichte der Juden in Mittelalter und Früher Neuzeit, in: Frank M. Bischoff/Peter Honigmann (Hrsg.), Jüdisches Archivwesen. Beiträge zum Kolloquium aus Anlass des 100. Jahrestags der Gründung des Gesamtarchivs der deutschen Juden, Marburg 2005, S. 365–385, hier S. 369–371.

178 J. Friedrich Battenberg (Bearb.), Judaica im Staatsarchiv Darmstadt 1: Urkunden 1275–1650, Darmstadt 1981.

179 Uta Löwenstein (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Marburg 1267–1600, Wiesbaden 1989.

180 J. Friedrich Battenberg (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1080–1650, Wiesbaden 1995; J. Friedrich Battenberg (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1651–1806, mit Nachträgen 1312–1650, 2 Teile, Wiesbaden 2008.

181 J. Friedrich Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt. Das Judenrecht eines Reichsfürstentums bis zum Ende des Alten Reiches. Eine Dokumentation, Wiesbaden 1987.

182 Hartmut Heinemann (Bearb.), Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 1806–1866, Wiesbaden 1997.

183 Peter Haberkorn, Der lange Weg zur Gleichberechtigung Die Emanzipation der Juden im Herzogtum Nassau 1806–1866, Wiesbaden 2004.

184 Dietrich Andernacht (Bearb.), Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401–1519, 3 Bde., Hannover 1996. 2006 folgte der Registerband: Dietrich Andernacht (†), Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401–1519, Register, bearb. und vollendet von Michael Lenarz, Hannover 2006.

185 Dietrich Andernacht (Bearb.), Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt an Main von 1520–1616, hrsg. v. Helga Andernacht, 2 Bde., Hannover 2007.

186 Im Landesgeschichtlichen Informationssystem Hessen (LAGIS) des Hessischen Instituts für Landesgeschichte in Marburg ist eine eigene Abteilung über Quellen zur jüdischen Geschichte in Hessen eingerichtet, betreut von Stefan Aumann. Siehe LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/de/quellen-und-materialien/quellen-zur-juedischen-geschichte, letzter Zugriff 31. Dezember 2022. Siehe Auch Otto Volk, Neue Module zur jüdischen Geschichte im Landesgeschichtlichen Informationssystem (LAGIS), in: Mitteilungen Institut für Personengeschichte, Ausg. 2, Jg. XXV (2022), S. 29–34.

187 Hierbei müssen auch Archive außerhalb Hessens wie die Central Archives for the History of Jewisch People oder das Leo Baeck Institut New York berücksichtigt werden. Zum Archiv des Leo Baeck Institut New York, in dem sich zahlreiche Nachlässe und Materialsammlungen zu hessischen Juden befinden, siehe Fred Grubel (Hrsg.), Leo Baeck Institute New York. Catalog of Archival Collections, Tübingen 1990.

188 Für Frankfurt s.: Rachel Heuberger, Bibliothek des Judentums. Die Hebraica- und Judaica-Sammlung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main – Entstehung, Geschichte und heutige Aufgaben, Frankfurt a. M. 1996.

189 Zur Entstehungsgeschichte und den Zielen dieser Zeitschrift siehe J. Friedrich Battenberg/Markus J. Wenninger, Aschkenas – zu Entstehung und Konzeption dieser Zeitschrift. Aktualisiertes Editorial, Wien/Köln/Weimar 1994 (Sonderheft zu Aschkenas). In einer ersten Fassung auch vorhanden in Aschkenas 1 (1991), S. 9–20. Die Konzeption der Zeitschrift hat bei einem angesichts des schlechten Wetters unfreiwilligen Aufenthalt in der Monte-Rosa-Hütte in den italienischen Alpen stattgefundenen Gespräch im Spätsommer 1989 zwischen den beiden Herausgebern entwickelt.

190 Julius H. Schoeps (Hrsg.), Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, München 1990 [erster Band]. Das o. g. Zitat dort in der Einführung des Hrsg. auf S. 7–8. Zu Konzeption dieser Zeitschrift siehe J. Friedrich Battenberg, Rezension zu Menora 1, in: Archiv für hessische Geschichte NF 48 (1990), S. 455–457. Im siebenten Band dieser Zeitschrift wurde eine Abteilung „Hessen" aufgenommen: Menora 7 (1996), S. 267–365, mit Aufsätzen zur jüdischen Bevölkerung in Oberhessen (J. Friedrich Battenberg), zur Armut in Friedberg (Thomas Kollatz), zum Ba'al Schem von Michelstadt (Karl E. Gröznger) und zu den jüdischen Gemeinden im 19. Jh. (Wolfgang Zink).

191 Heinz Durchhardt (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Mainzer Juden in der Frühneuzeit, Mainz 1981 (mit Beiträgen vor allem zu Kurmainz, auch zu den Judenlandtagen).

192 Cilli Kasper-Holtkotte, Die jüdische Gemeinde von Frankfurt/Main in der Frühen Neuzeit. Familien, Netzwerke und Konflikte eines jüdischen Zentrums, Berlin/New York 2010.

193 David Schnur, Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau im Mittelalter. Christlich-jüdische Beziehungen, Gemeinden, Recht und Wirtschaft von den Anfängen bis um 1400, Wiesbaden 2017.

194 Wolfgang Treue, Judengasse und christliche Stadt. Religion, Politik und Gesellschaft im frühneuzeitlichen Frankfurt am Main, Frankfurt/New York 2023.

195 Uziel Oscar Schmelz, Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, Tübingen 1996

196 Karl E. Grözinger (Hrsg.), Jüdische Kultur in Frankfurt am Main, von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1997; Fritz Backhaus/Gisela Engel/Robert Liberles/Margarete Schlüter (Hrsg.), Die Frankfurter Judengasse. Jüdisches Leben in der frühen Neuzeit, Frankfurt a. M. 2006.

197 Volkhard Huth/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *fort von hain und haus*. Die Familie Wolfskehl in Darmstadt, Frankfurt am Main 2019.

198 J. Friedrich Battenberg/Thomas Heiler/Stephan Wendehorst (Hrsg.), Fuldas jüdische Geschichte (deutsche und englische Ausgabe), Fulda 2026. Angeknüpft wird damit an den von Michael Imhof herausgegebenen Band Juden in Deutschland und 1000 Jahre Judentum in Fulda, Petersberg 2011.

199 Cilli Kasper-Holtkotte, Jüdisches Leben in Friedberg (16. –18. Jahrhundert), Friedberg 2003.

200 Karl E. Grözinger, Der Ba'al Schem von Michelstadt. Ein deutsch-jüdisches Heiligenleben zwischen Legende und Wirklichkeit, Frankfurt a. M./New York 2010.

201 J. Friedrich Battenberg/Peter Engel/Thomas Lange (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger. Begründet von Eckhart G. Franz, Wiesbaden 2019.

202 Eckhart G. Franz (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger, Darmstadt 1984. In der gleichen Publikationsreihe wurden zwei weitere einschlägige Bücher publiziert: Eva Reinhold-Postina/Moritz Neumann (Hrsg.), Das Darmstädter Synagogenbuch, Darmstadt 1988; Moritz Neumann/Eva Reinhold-Postina (Hrsg.), Das zweite Leben. Darmstädter Juden in der Emigration. Ein Lesebuch, Darmstadt 1993.

203 Bernhard Post, Judentoleranz und Judenemanzipation in Kurmainz 1774–1813, Wiesbaden 1985.

204 Monica Kingreen, Die Deportation der Juden aus Hessen 1940 bis 1945: Selbstzeugnisse, Fotos, Dokumente. Aus dem Nachlass hrsg. und bearb. von Volker Eichler, Wiesbaden 2023.

205 Avraham Siluk, Die Juden im politischen System des Alten Reichs. Jüdische Politik und ihre Organisation im Zeitalter der Reichsreform, Berlin/Boston 2021.

206 Das Projekt geht auf eine Initiative von Frau Prof. Dr. Gury Schneider-Ludorff vom Institut für christlich-jüdische Studien und Beziehungen an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau zurück, die nach ihren Gesprächen mit dem Autor 2016 bei der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen vorstellig wurde. Nach Verhandlungen mit Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der EKHN, und dem hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier sowie einem am 4. Juni 2019 veranstalteten Workshop an der Universität Frankfurt konnte das Projekt Anfang 2022 unter Leitung von Prof. Dr. Christian Wiese, dem Inhaber der Martin-Buber-Professur für Jüdische Religionsphilosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt, Prof. Dr. Doron Kiesel, dem Leiter der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Prof. Dr. Schneider-Ludorff begonnen werden. Abgelöst wird damit das aus einer Privatinitiative entstandene, architekturhistorisch und erinnerungspolitisch angelegte Buch von Thea Altaras, Synagogen und jüdische Rituelle Tauchbänder in Hessen – Was geschah seit 1945?, erstmals 1988 in der Reihe der „Blauen Bücher" in Königstein publiziert, zuletzt in einer Neuauflage 2007.

207 So der Werbetext auf dem Rückumschlag des in Anm. 208 genannten Bandes.

208 Christian Wiese/Stefan Vogt/Mirjam Wenzel/Dorin Kiesel/Gury Schneider-Ludorff (Hrsg.), Das jüdische Frankfurt – von der Emanzipation bis 1933, Berlin/Boston 2023.

209 Christian Wiese/Stefan Vogt/Tobias Freimüller/Mirjam Wenzel/Dorin Kiesel/Gury Schneider-Ludorff (Hrsg.), Das jüdische Frankfurt – von der NS-Zeit bis zur Gegenwart, Berlin/Boston 2024.

„Siehe, wie gut und genehm, wenn Brüder beisammen leben“

Jüdische Gemeinde in Hessen von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Weimarer Republik

Andreas Gotzmann

Die überwiegende Mehrzahl der Publikationen, die seit den 1980er Jahren zur deutsch-jüdischen Geschichte erschienen sind, befasst sich mit der Rechts- und Sozialgeschichte der deutschen Juden. Das Spektrum reicht von Darstellungen des Prozesses der rechtlichen Gleichstellung dieser Gemeinschaft bis zu deren erstaunlichem Aufstieg im Verlauf des 19. Jahrhunderts von der Position einer kleinen, sozial und ökonomisch randständigen Minderheit in den Mittelstand. Dagegen stellen Arbeiten, die sich dezidiert mit der Entwicklung der jüdischen Gemeinde, der zentralen Organisationsform dieser religiösen und ethnischen Minderheit befassen, erstaunlicherweise eher eine Ausnahme dar. Für einige große Gemeinden gibt es solche Studien.[1] Übergreifende Arbeiten für ein Siedlungsgebiet wie das sich historisch stark verändernde Hessen existieren nicht. Wiewohl für Hessen eine erstaunliche Anzahl an Studien vorliegt, geht der überwiegende Teil derselben auf ein lokales und meist nicht primär universitär-akademisches Interesse zurück. Der folgende Text bietet einen breiten Einblick in die Funktionen und Entwicklungen jüdischer Gemeinden im hessischen Raum. Im Zentrum stehen dabei die zentralen Strukturen und Ämter der jüdischen Gemeinde von der Frühen Neuzeit bis zum Ende der Weimarer Republik. Dabei macht es auch aufgrund des Mangels an entsprechenden Vorarbeiten keinen Sinn, sich lediglich auf das Territorium der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Darmstadt zu beschränken. Denn damit blieben zentrale jüdische Gemeinden wie Frankfurt am Main oder Mainz außen vor. Das hier genutzte Weichbild umfasst auch Hessen-Kassel/Kurhessen, Rheinhessen, (Hessen-)Nassau sowie das Fuldaer Land, um die größten Territorien zu nennen, und natürlich zudem Reichsstädte, allen voran Frankfurt am Main mit der größten jüdischen Gemeinde der gesamten Region. Denn sowohl in der jüdischen Wahrnehmung als auch aufgrund grundlegender gemeinschaftlicher Organisationsstrukturen waren all diese Teil eines gemeinsamen Kulturraums.[2]

Um die Strukturen und Entwicklungen besser verstehen zu können, vorab einige grundlegende Anmerkungen zur deutsch-jüdischen Lebenswirklichkeit. Jüdische Kultur, auch deren Formen der Vergemeinschaftung, wurden ebenso wie die jüdische Religion in Europa durchgängig als different wahrgenommen. Doch wie so oft, sind die Dinge zugleich sowohl einfacher als auch komplexer. Denn trotz ihrer Sonderstellung als kulturelle und religiöse Minderheit war die jüdische Gemeinschaft durch das Recht und die Verwaltungsstrukturen in ihre Umwelt sozusagen eingepasst. Nicht nur, da die externen Vorgaben dies verlangten. Das Überleben als eine von der Umwelt ausgesprochen negativ bewertete Minorität erforderte Anschlussfähigkeit und Vernetzbarkeit. Diese Verkehrung der üblicherweise eingenommenen Perspektive von der Differenz und Fremdheit hin zu Aspekten des Eingebundenseins schärft das Verständnis für die strukturellen und inhaltlichen Entwicklungen. Dabei sollte die analytische Perspektive nicht mit der historischen Sichtweise verwechselt werden. Wiewohl den Zeitgenossen auf beiden Seiten das Ineinandergreifen interner und externer organisatorischer Strukturen und die Ähnlichkeit von Normsetzungen, zum Teil auch der Wahrnehmungsmuster, durchaus bewusst war, sahen sich beide als kulturell eigenständige und differente Einheiten und betrieben einigen Aufwand, um die Vorstellung von Differenz oftmals auch nur symbolisch aufrechtzuerhalten. Die Wahrnehmung von Distanz speiste sich nicht nur aus den religiösen Traditionen und Praktiken, sondern insbesondere aus der rechtlichen Kategorisierung von Juden als Fremde. Das dabei entscheidende Konzept des *Judenschutzes* – die eingeschränkten Bedingungen, unter welchen Juden im christlichen Herrschaftsbereich geduldet wurden – war durchweg utilitaristischer Natur. Diese Politik der Nutzung der jüdischen Bevölkerung führte zugleich zur Verdrängung in „randständige“ Erwerbsbereiche, da hierbei die ökonomischen Interessen christlicher Konkurrenten mit zum Tragen kamen. Juden standen nur wenige Gewerbe offen. Das konnten risikoreiche Geschäftszweige sein oder der wenig einträgliche Trödelhandel, im oberen als auch im unteren Segment prekäre Nischen im wirtschaftlichen Gesamtgefüge, die für die christliche Bevölkerung unattraktiv waren.[3] Zudem wurden Juden nur aufgrund der Zahlung von Abgaben toleriert. War dies nicht gewährleistet, so endete das Schutzverhältnis. Wie die Daten für Frankfurt belegen, entsprach die grundlegende Besteuerung von Juden zwar weitgehend der allgemeinen Steuerlast vergleichbarer sozialer Gruppen.[4] Daneben mussten die jüdischen Gemeinden jedoch erhebliche Sonderabgaben tragen. Zugestanden wurden insbesondere der Geldhandel und -verleih sowie eine stark beschränkte Handelstätigkeit, die als Wucher und Nothandel als schädlich bewertet wurde. Diese enge Verknüpfung von Juden mit Geld blieb in der allgemeinen Wahrnehmung

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-004

bestehen; die aufgezwungene Rolle wurde ihnen sogar zum Vorwurf gemacht und zu einem Wesenszug erklärt. Auch im 19. Jahrhundert änderte sich an diesen Wahrnehmungsmustern wenig. So blieben die endlosen Emanzipations- und Zugehörigkeitsdebatten von den 1780er Jahren bis zum Holocaust stets von Fragen nach der Nützlichkeit bzw. Schädlichkeit der Juden für die Allgemeinheit gekennzeichnet.[5]

Die Gemeindeverwaltung: Vorsteher und Rabbinat

Ebenso wie die Zünfte neben der Gewerbeaufsicht auch das soziale Leben ihrer Mitglieder regelten, nutzten auch die jüdischen Gemeinden den ihnen zugestandenen korporativen Freiraum. Die daraus erwachsende Wahrnehmung von Eigenständigkeit kollidierte jedoch immer wieder mit den Autoritätsansprüchen der Obrigkeit. Dabei war unstrittig, dass die jüdische Gemeinde in religiösen Dingen weitgehend eigenständig entscheiden konnte. Dies galt gleichermaßen für den Bildungsbereich, die Sozialfürsorge und das Gesundheitswesen, betraf aber auch entscheidende Rechtsbereiche, so das Familien- oder das Erbrecht. Die Verwaltungsorgane der Gemeinden vertraten diese gegenüber der Obrigkeit, waren zudem für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Regelung gemeinsamer Finanzen verantwortlich, insbesondere für die Erhebung und Abführung von Steuern und Abgaben.[6] Daneben galt es, die religiösen Bedürfnisse der Gemeinde zu sichern, vom synagogalen Kultus, dem Friedhofswesen, der rituellen Schlachtung, der Bereitstellung eines religiösen Reinigungsbades (Mikwe) bis hin zu einem öffentlichen Backofen. Hinzu kamen auch gemeinschaftliche Ankäufe etwa von Brennholz. Die Gemeinde unterstützte ihre Mitglieder bei Krankheit und Armut, organisierte Bildungseinrichtungen und stellte die für die religiösen Bedürfnisse notwendigen Institutionen sowie das entsprechende Personal bereit. Dementsprechend wurde insbesondere die jüdische Großgemeinde von christlicher Seite als „Stadt in der Stadt“ oder, wie in den judenfeindlichen Debatten von der Aufklärung bis ins 20. Jahrhundert behauptet wurde, sogar als „Staat im Staat“ wahrgenommen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Gemeinden der hessischen Regionen handelte es sich allerdings um kleine Dorfgemeinden. Anders als in den städtischen Gemeinden, zumal jenen, die auf eine Judengasse beschränkt blieben, gestaltete sich das dörfliche Leben meist in enger Nachbarschaft zur christlichen Bevölkerung und blieb oft auf die grundlegenden Elemente jüdisch-religiösen Lebens beschränkt. Im Hessischen existierte mit Frankfurt am Main zudem nur eine einzige Großgemeinde, die durch ihre Einwohnerzahl und die Fülle an Institutionen dominierte und als abstrakte Vorlage diente. Ausgehend von dem an das städtische Vorbild anknüpfenden Begriff einer idealen Gemeinde gliederte sich deren Organisation in die genannten Zuständigkeits- und Verwaltungsbereiche.

Um die Funktionsfähigkeit zu gewährleisten, wurden dem Vorstehergremium und dem Rabbinat von außen und seitens der Gemeinde eine gewisse Entscheidungs- und Regelungsfunktion zugestanden. Die Position der jüdischen Gemeindeleitung wurde insbesondere dadurch gestärkt, dass die Obrigkeit dieser die Verantwortung für das Eintreiben und das Erlegen der Steuern und Sonderabgaben übertrug. Man tat dies zur eigenen Entlastung, aber auch da die obrigkeitliche Verwaltung Dokumente in hebräischer Schrift nicht lesen konnte. Um dennoch die Kontrolle zu behalten, wurde in der Regel angeordnet, dass die Steuerveranlagung mit Hilfe des Rabbinats und vereinzelt auch weiterer jüdischer Vertrauenspersonen stets unter amtlicher Aufsicht geschehen musste. Auf diese Weise wollte der Staat sich einen Einblick in die individuellen und gemeinschaftlichen Vermögensverhältnisse sichern. Zugleich wurden die Vorsteher jüdischer Gemeinden entweder direkt von der Regierung berufen oder zunächst von den Gemeindemitgliedern gewählt. Letzteres tolerierte man meist nur für die größeren Gemeinden, doch selbst dann hing die Amtsübernahme von der Zustimmung seitens des Staates ab. Vorbedingungen waren ein höheres Alter, die Verehelichung, ein unbescholtener Ruf, insbesondere aber ein ansehnliches Mindestvermögen, damit die Vorsteher bei Zahlungsausfällen gegebenenfalls persönlich in Haftung genommen werden konnten. Diese Bedingungen führten zu einer oligarchischen Verwaltungsriege, bei der einige wenige Familien oftmals über Generationen hinweg die Fäden in der Hand hielten. Und wiewohl intern jenseits der genannten Faktoren oft auch eine lange Ansässigkeit eine Voraussetzung für das Amt darstellte, gelang es Neuzugezogenen durch ihr Vermögen, noch eher aber durch die Einheirat in eine der etablierten Familien durchaus, zum Vorsteher berufen zu werden.[7]

Um die Zahlung interner und externer Steuern zu sichern, gestand der Staat den Vorstehern zu, Säumige zu bestrafen. Gleiches galt für das Rabbinat, dem nicht allein die sogenannte „Kirchenzucht“ zugestanden wurde, die Aufsicht über die ungestörte Ausübung des Kultus und die Bestrafung von missliebigem Verhalten. Zudem konnte nur das Rabbinat Querulanten, unzüchtige Personen und Zahlungssäumige in den Bann legen und durch Strafmaßnahmen relegieren.[8] Diese intern und extern zugestandenen Amtsbefugnisse blieben jedoch erheblich beschränkt. Meist durften Rabbiner nur in einigen wenigen Fällen eigenstän-

dig Strafen verhängen, und laut innerjüdischer Verordnungen war dies oft nur mit Zustimmung der Vorsteher zulässig. Klagen zwischen Juden und Christen mussten durchgängig vor staatliche Gerichte gebracht werden. Um die obrigkeitlichen Gerichtsforen nicht zu belasten, gestatteten etliche Regierungen im Hessischen Ober- und Landesrabbinern und Vorstehern die Beilegung binnenjüdischer Streitigkeiten.[9] Wiewohl die staatliche Seite dies überwiegend als eine gütliche Schlichtung, zum Teil sogar ohne Zwangsmittel verstand, handelte es sich aus jüdischer Perspektive um eine niedere Gerichtsbarkeit. Ohne die Möglichkeit, diese durchsetzen zu können, waren Urteile jüdischer Gremien aber nur durch die zusätzlichen Kosten für den Klagenden und durch den Gesichtsverlust in der Gemeinde gesichert. Denn von wenigen Ausnahmen abgesehen, konnten Klagen selbst nach einer internen Entscheidung abermals vor ein amtliches Forum gebracht werden. Auf die vereinzelten Versuche jüdischer Gemeindeverbände, intern ein Verbot der Anrufung christlicher Gerichte zu vereinbaren, reagierte man von herrschaftlicher Seite vehement, da dies deren Autorität in Frage stellte.[10] Solange die Dinge in deren Sinn geregelt wurden, das Vorgehen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sicherung von Zahlungen diente, tolerierte man jedoch selbst ein übergriffiges und vereinzelt sogar ein subversives Vorgehen.

Das Gemeinderabbinat hatte zudem die Aufsicht über die sonstigen Kultusbeamten. Vorbeter, Lehrer und Schächter wurden im hessischen Raum vom Rabbinat geprüft. Eheschließungen überließ man intern und von amtlicher Seite bereits in der Frühen Neuzeit ausschließlich dem Ortsrabbinat.[11] Während Ehen aufgrund der Beschränkung der Zahl jüdischer Einwohner stets genehmigungspflichtig waren, ging diesen ebenso wie der Scheidung nach Einführung säkularer Regelungen im 19. Jahrhundert ein behördlicher Akt voraus.[12] Die Anstellung eines Rabbiners war stets genehmigungspflichtig und begann mit einer internen Auswahl. Der Kandidat, in der Moderne oft mehrere Kandidaten, musste den Behörden vorgeschlagen werden, die daraufhin das Amtsprivileg erteilten oder verweigerten.[13] Trotz der staatlichen Anerkennung blieb es jedoch durchgängig bei einem privatrechtlichen Angestelltenverhältnis, das von der Gemeinde ausgehandelt wurde. Vor dem 19. Jahrhundert galt die Anstellung üblicherweise für jeweils drei Jahre, verlängerte sich aber automatisch, sofern keine Kündigung ausgesprochen wurde. In der Moderne konnte ein Rabbiner in Hessen nur mit Zustimmung der Regierung entlassen werden. Insbesondere die großen Gemeinden bevorzugten in der Vormoderne auswärtige, teilweise aus Osteuropa angeworbene Rabbiner, um deren Unabhängigkeit im Amt zu gewährleisten. Das sollte sich zu Beginn der Moderne ändern, da der Staat nunmehr Wert auf die Beherrschung der deutschen Sprache und eine kulturelle Verbundenheit legte. Wiewohl das kulturelle Prestige des Amts und die Bedeutung religiöser Gelehrsamkeit das Rabbinat in der Frühen Neuzeit zwar schützte, blieb es in den deutschen Staaten weitgehend von den Gemeindevorständen abhängig. Manche Gemeinden wie jene in Frankfurt schrieben die Unterordnung unter die Verwaltungselite sogar dezidiert fest. In der Moderne empfanden viele Rabbiner derlei als völlig inakzeptabel und sahen darin eine Selbstermächtigung der Vorsteher, was man fälschlicherweise der Moderne und dem Verlust an Religiosität zuschrieb.[14] Trotz seiner Funktion als unabhängige Institution war das Rabbinat stets Teil der Verwaltungselite.

Bislang war lediglich vom Gemeinderabbinat die Rede. Dabei handelte es sich auch im Hessischen um eine recht geringe Anzahl an Personen. Diese waren jedoch keineswegs die einzigen Rabbiner. Für die ländlichen Gemeinden können wir schon aufgrund der geringen Einwohnerzahlen und der Armut eines erheblichen Teils der Landjudenschaft allerdings davon ausgehen, dass jenseits des Landesrabbiners allenfalls einige wenige privat besoldete Gelehrte existierten. Zahlen liegen hierfür nicht vor.[15] Selbst für die städtischen Gemeinden lässt sich weder die Zahl derjenigen, die einen Rabbinertitel hatten, das Amt aber nicht ausübten, noch die der privat besoldeten Gelehrten verlässlich benennen, und zwar weder für die Frühe Neuzeit noch für die Moderne. Für einige städtische Gemeinden kennen wir zumindest einen Teil der privat wirkenden Rabbiner, zumal wenn diese auch zu Amtsfunktionen hinzugezogen wurden. So richtete die Frankfurter Gemeinde 1621 ein stehendes Rabbinatsgericht ein, das unter der Ägide des Oberrabbiners mit einem Gerichtsvorsitzenden sowie zwei alternierenden Richterbänken mit insgesamt sechs rabbinischen *Dajanim* (Richter/Beisitzer/Nebenrabbiner) weitgehend eigenständig arbeitete. Hinzu kamen drei Ersatzkandidaten, die bei Befangenheit eingewechselt werden konnten; die Gesamtzahl variierte zwischen neun und zwölf Personen.[16] Während der ständige Vorsitzende des Rabbinatsgerichts fest besoldet wurde und vermutlich bereits durch sein eigentliches Amt als Leiter der *Jeschiwa* (Talmudschule) ein Einkommen hatte, wurden die Beisitzer zunächst nur fallspezifisch über die anfallenden Gerichtsgebühren finanziert, später aber mit einem Grundgehalt entlohnt. Anders als die Vorsteher, die ihr Amt unentgeltlich ausübten und sogar erhebliche Sonderleistungen erbrachten, wurden Gemeinderabbiner entlohnt. Aus religionsrechtlicher Sicht stellte das eigentliche Gehalt lediglich ein Entgelt für den Zeitaufwand dar und war dementsprechend bescheiden. Das gesamte Einkommen von Ober- bzw. Landrabbinern lag dennoch meist im höheren Bereich und war oft mit dem staatlicher Räte vergleichbar.

Es speiste sich zeittypisch aus zahlreichen Quellen, so etwa aus fallspezifischen Gebühren für die Rechtsprechung, das Aufsetzen von Verträgen bei Eheschließungen, Scheidungsverfahren und Erbteilungen.[17] Im Gegensatz dazu hatte die Mehrzahl der rabbinischen Gelehrten ein sehr geringes Einkommen, trotz vieler paralleler Tätigkeiten etwa als Lehrer für private Gedächtnisstiftungen und Lernzirkel oder als Vorsänger, Notare und Schreiber.

Es gab noch weitere Personen, die für die Gemeinde tätig waren, beispielsweise Rechnungsführer für deren Finanzverwaltung. Andere verwalteten die Armenpflege, verteilten Gelder an Studierende und Gemeindeangestellte, zudem Essensmarken (*Pletten*) an Durchreisende und Arme. Die hierfür benötigten Mittel ließen sich nicht allein durch die interne Steuerumlage bestreiten, sondern waren zusätzlich auf milde Gaben und Sondereinnahmen z. B. aus dem Verkauf der Sitzplätze in der Synagoge, aus der Versteigerung gottesdienstlicher Ehrenfunktionen oder als Abgaben bei besonderen Anlässen wie Beschneidungen und Trauungen angewiesen. Das Armenwesen wurde auch durch Anteile von Strafzahlungen mitfinanziert, die beispielsweise bereits für das Versäumen des Gottesdienstes anfielen. Die gemeindeeigene Mikwe, zuweilen auch die Schlachtung, mussten trotz der üblichen Verpachtung bzw. Nutzungsgebühren oftmals zusätzlich subventioniert werden. In den wenigen größeren Gemeinden gab es an Gemeindeeinrichtungen Synagogen, ein Gemeindehaus oder eine Gemeindestube, eine mietfreie Wohnung für den Rabbiner sowie, neben dem Friedhof, auch Gemeindeöfen, Ritualbad und Schlachthaus. Frankfurt am Main hatte zudem ein Krankenhaus für Gemeindeangehörige, später auch ein Altenheim sowie eine Fremdenherberge außerhalb der Judengasse. Diese Gemeinde besoldete zudem jüdische Ärzte, zeitweilig auch eine Hebamme. Aufgrund der hohen Lasten war die finanzielle Situation je nach wirtschaftlicher Lage der Gemeinden mehr oder weniger angespannt. Selbst die vergleichsweise vermögende Frankfurter Gemeinde war mehrfach derart überschuldet, dass man zu Stundungsverfahren und umfangreichen Kreditaufnahmen gezwungen war. Als die öffentliche Verwaltung zu Beginn der Moderne das interne Finanzwesen der jüdischen Gemeinden einer amtlichen Kontrolle unterwarf, war man angesichts der Schuldenlast ernüchtert. In Frankfurt und Mainz beklagten die Amtspersonen zudem, dass die Gemeindefinanzen aufgrund der vielen gestaffelten Schuldenumlagen und der Umwidmung von Mitteln nahezu unüberschaubar seien.[18]

Ein erheblicher Anteil der vorhandenen Institutionen wurde jedoch wie für die Frühe Neuzeit insgesamt typisch von Privatpersonen getragen und verwaltet. So befanden sich in der Frankfurter Gemeinde von etwa 12 Synagogen und Bethäusern, von denen zwei zudem einen Frauenteil hatten, im Jahr 1809 nur drei im Gemeindebesitz. Die restlichen Betstuben, darunter solche mit weiteren Räumlichkeiten, waren private Stiftungen.[19] Etliche Institutionen, in Frankfurt beispielsweise die Beerdigungsbruderschaft (*Chewra Kaddischa)* und die Wohltätige Gesellschaft (*Chewra Gemilut Chassadim*), aber auch Lehr- und Betzirkel hatten eigene Räumlichkeiten und besoldeten zum Teil weitere Rabbiner. All diese Institutionen agierten unterhalb des Dachverbands der Gemeinde nach eigenen Regularien weitgehend selbständig. Die frühneuzeitliche jüdische Gemeinde war – der Gesamtgesellschaft vergleichbar – ein vielschichtiges Gefüge mit einem Dachverband, der zum Teil im Auftrag des Staates agierte. Unter diesem existierten zahlreiche Institutionen und Finanzierungsverbünde, die etliche Strukturen und Ämter replizierten und ergänzten, dabei aber weitgehend eigenständig wirkten.

Auf dem Land stellte sich die Situation wie gesagt deutlich anders da. Wie die statistischen Daten der hessischen Regionen zeigen, handelte es sich in der ganz überwiegenden Mehrzahl um kleine dörfliche oder kleinstädtische Gemeinden.[20] Viele waren nur deshalb überlebensfähig, weil sie sich mit benachbarten Gemeinden zusammenschlossen. Trotz solcher pragmatischen Lösungen, bei denen eine Synagoge oder ein Friedhof gemeinsam genutzt wurden, ermöglichte dies kein den Stadtgemeinden vergleichbares soziales und religiöses Leben. Zugleich waren die wirtschaftlichen Bedingungen noch schwieriger. Das Leben der ländlichen Gemeinden verlief in einem spezifischen zeitlichen Rhythmus. Viele Männer kamen oftmals erst am Freitag von ihren oft weiten Handelsreisen wieder nach Hause, während des Schabbats und der Feiertage entstand ein jüdisches Gemeinde- und Familienleben, am Abend des Festes oder am nachfolgenden Morgen reisten die Männer wieder ab. All das bedingte eine spezifische Selbstwahrnehmung und wohl auch Mentalität. Der innergemeindliche Zusammenhalt musste dabei ersetzen, was sonst Institutionen leisteten. Während man sich innerhalb der Einzelgemeinden absprach, in den größeren auch einen Vorsteher ernannte, lag die übergeordnete Verwaltung in den ländlichen Regionen aller hessischen Territorien bei Landjudenschaften, Gesamtverbänden aller Gemeinden. Sie stellten in noch größerem Maß als bei den städtischen Gemeinden allem voran ein Kontrollorgan der Regierung dar, denn für eine eingehende Regelung innergemeindlicher Angelegenheiten waren die Distanzen zu groß, die Verwaltung der Landjudenschaften unzureichend und die Zeitintervalle, in der diese zusammentraten – üblicherweise alle drei Jahre, oftmals jedoch deutlich länger –, zu ausgedehnt.[21] Die Hauptaufgabe der Landjudenschaften blieb die gemeinsame Steuererhebung sowie die Finanzie-

rung einiger weniger zentraler Ämter und Institutionen, insbesondere des Landesrabbiners und der Verbandsfriedhöfe. Neben dem Rabbiner gab es einen amtlich ernannten Landesvorsteher und abermals einen staatlichen Kontrolleur, vereinzelt wurden auch die Gemeindevorsteher einbezogen. Alle steuerpflichtigen Personen mussten zum Landtag erscheinen, die Steuerveranlagung hatte bis zum nächsten Landtag Gültigkeit, was die jüdische Bevölkerung in wirtschaftlich schlechten Zeiten weiter verarmen ließ.[22] Diese Zusammenkünfte stellten den einzigen regulären Berührungspunkt zwischen dem Landrabbiner und der ländlichen jüdischen Bevölkerung dar, da dieser sonst nur zu spezifischen Anlässen wie Hochzeiten und Erbteilungen vor Ort erschien. Dementsprechend nutzte man die Landtage zur Beilegung schwelender Konflikte und zur Prüfung von Schächtern und Lehrern durch den Rabbiner. Diese lockere Verwaltungsstruktur war trotz aller Klagen aufgrund der mit dem mehrtägigen Aufenthalt, den Reise- und Versorgungskosten auch für den Landesvorsteher, den Landesrabbiner und den Kommissar überlebenswichtig, denn sie arbeitete der Vereinzelung der kleinen Gemeinden entgegen, diente als ein gemeinsames Sprachrohr, um übergreifende Angelegenheiten mit staatlichen Institutionen zu verhandeln, und sicherte über Kostenumlagen die Stabilität aller Gemeinden der Region.

Die Gemeinden im Übergang zur Moderne

Mit dem Beginn der Moderne und der mehrfachen Restrukturierung der einzelnen Territorialstaaten vor und nach dem Wiener Kongress wurden die Verwaltungsstrukturen neu geregelt und vereinheitlicht.[23] Trotz des Umbruchs hielten sich hierbei grundlegende Elemente der vormodernen Judenpolitik. Die unter französischem Einfluss im kurzlebigen Königreich Westfalen und den linksrheinischen Gebieten rechtlich fast vollständig gleichgestellten Juden büßten ihre Rechte zum Teil wieder ein. Der zähe Emanzipationsprozess, der Gleichheit versprach, aber Differenz meinte, blieb ein utilitaristisches Projekt, bei dem nicht die Menschenrechte, sondern Fragen der Nützlich- bzw. Schädlichkeit für den Staat und die christliche Bevölkerung im Vordergrund standen. Letztlich setzte sich eine paternalistische Erziehungspolitik durch, bei der der Integration eine Angleichung im Sinne eines gedachten Zivilisierungsprozesses vorangestellt wurde.

Wie beherrschend der Aspekt der finanziellen Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung bei alledem blieb, dokumentieren insbesondere die ersten Emanzipationsschritte im Großherzogtum Frankfurt mit den Departements Frankfurt am Main, Hanau, Aschaffenburg und Fulda unter der Regierung des vorherigen Mainzer Kurfürsten Karl Theodor von Dalberg in den Jahren 1810 bis 1813. Im Zentrum stand hierbei die jüdische Bevölkerung der ehemaligen Freien Reichsstadt Frankfurt am Main als weitaus größte des neugegründeten Staates. Die drängenden finanziellen Probleme des Großherzogtums führten dazu, dass man den Frankfurter Schutzjuden nur Bürgerrechte zubilligte, sofern diese all die Gelder, die dem Staat durch die Gleichstellung entgingen, für einen Berechnungszeitraum von 40 Jahren erstatten würden. Die Forderung belief sich auf ungeheure 880.000 fl. Nach heftigen Klagen reduzierte der Großherzog die Forderung um die Hälfte, um sie mit der Ablösesumme, die man den Leibeigenen für 20 Jahre abforderte, ins Verhältnis zu setzen.[24] 150.000 fl. waren sofort zahlbar, weitere 50.000 fl. nachträglich im Jahr 1813, der Rest in Folge, da die Gelder dringend zum Erwerb der Domänen Aschaffenburg und Fulda benötigt wurden, ohne die das Großherzogtum wirtschaftlich nicht überlebensfähig gewesen wäre. Die jüdische Gemeinde, die durch die Kriegsschäden, insbesondere den Verlust von Häusern, besonders betroffen war, konnte eine solche Summe nicht stemmen, zumal sie ohnedies schon überschuldet war, wie die großherzogliche Untersuchungskommission konstatierte. Auch diese Schulden mussten weiterhin bedient werden, hinzu kam nun der abgepresste Kauf des Bürgerrechts, der sich mit Mühe abermals nur über Kreditaufnahmen finanzieren ließ. Mit dem nahen Ende des Großherzogtums und dem Wiedererstehen Frankfurts als eigenständiger Stadtstaat wurde der Vertrag, die Zahlungen und das damit verbundene Bürgerrecht erneut in Frage gestellt. Nach langen Diskussionen musste die Gemeinde 1824 „nur“ noch für einen Fehlbetrag von 132.500 fl. aufkommen.[25] Die Verhandlungen in Fulda und Kurhessen verliefen ähnlich.[26] Derlei Schuldenlasten begleiteten die Gemeinden über Jahrzehnte. Zugleich verbesserte sich gerade in den ländlichen Regionen die Einkommenssituation der jüdischen Bevölkerung nur allmählich. Selbst in den Städten blieb die Armenversorgung lange eine drückende finanzielle Belastung, die man weiterhin tragen musste, da Juden von der allgemeinen Sozialfürsorge und Gesundheitspflege noch ausgeschlossen blieben.[27]

Sogar als viele Gemeindemitglieder zunehmend am ökonomischen Aufschwung teilhatten, waren zusätzliche Kosten nur schwer zu schultern.[28] So konnten die Kosten für neue, repräsentative Synagogen in Mainz und Worms und sogar von der recht wohlhabenden Gemeinde Frankfurt selbst zur Jahrhundertmitte kaum aufgebracht werden. Oftmals ermöglichten erst üppige Spenden, in Frankfurt etwa eine Anschubfinanzierung durch Meyer Amschel Rothschild, ein solches Projekt. Als Rothschild sein Angebot zurückzog, da der Gemeindevorstand mit der einseitigen

Anstellung eines Reformrabbiners die Zahlungsvereinbarungen verletzt hatte, verzögerte sich das Bauvorhaben um Jahre.[29] Doch trotz der bleibenden finanziellen Probleme gelang es vielen Gemeinden aufgrund des zunehmenden Wohlstands, insbesondere aber durch die Förderung seitens vermögender Einzelpersonen viele Institutionen zu gründen und bis zur Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren auch weitgehend zu erhalten. Nicht nur die mittleren Städte folgten diesem Aufschwung. Wie viele Synagogenneubauten auf dem Land belegen, wollte man auch hier nicht nachstehen.

Anders als in anderen Zentren des Landjudentums setzte die Urbanisierung der jüdischen Bevölkerung insbesondere in den ländlichen Regionen Hessen-Darmstadts und des Fuldaer Lands verzögert ein. Erst im 20. Jahrhundert entwickelte die Landflucht eine größere Dynamik, so dass die dörflichen und kleinstädtischen Gemeinden noch lange als Bollwerk orthodoxen Lebens erhalten blieben. Die weitgehende Aufrechterhaltung einer orthodoxen Lebensweise bezog sich nicht nur auf die Einhaltung religiöser Regelungen wie etwa der Speisegesetze. Die Konfliktlinien verliefen wie schon in den Städten entlang der religiösen Reformen, insbesondere der Änderungen der gottesdienstlichen Liturgie. Ästhetische Neugestaltungen oder die Einführung der Predigt wurden demgegenüber kaum als Problem wahrgenommen. Es gelang den Landgemeinden aufgrund ihres zahlenmäßigen Übergewichts innerhalb der Landesverbände, die Einsetzung reformorientierter Rabbiner zu verhindern, so etwa durch die Berufung des darmstädtischen Landesrabbiners Benjamin Hirsch Auerbach oder im Fuldaer Land des Provinzialrabbiners Samuel David Enoch. Dadurch war auch eine der orthodoxen Religiosität entsprechende Schulbildung und für einen längeren Zeitraum zuweilen der Erhalt eines eigenständigen Grundschulsystems gesichert. Aufgrund der spezifischen wirtschaftlichen Situation dieser Landgemeinden und einiger weiterhin bestehender traditioneller Gewerbe der jüdischen Bevölkerung, so etwa des Viehhandels, fiel die für die jüdischen Landgemeinden ansonsten kennzeichnende Landflucht in den genannten Regionen zudem auch geringer aus. Trotz der zunehmenden Überalterung hatte eine erhebliche Anzahl kleiner Gemeinden bis in die Weimarer Republik Bestand.[30]

Betrachtet man die Veränderungen der Verwaltungsstrukturen, so stechen zwei zentrale Aspekte hervor: Zunächst betrafen die Neuerungen die oberste Verwaltungsriege, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgängig durch einen ausschließlich von der Regierung bestimmten Personenkreis ersetzt wurde. Wiewohl man einen Amtsturnus festschrieb, bei dem das älteste Vorstandsmitglied ausschied und ein neues eingesetzt wurde, bestimmte zunächst der Staat auch die nachrückenden Kandidaten. Selbst nachdem sich dieser, meist zur Mitte des 19. Jahrhunderts hin, aus der internen Verwaltung zurückgezogen hatte, wurden die Amtsnachfolger, anders als in Jahrhunderten zuvor, ohne Mitsprache der Gemeindemitglieder von den Vorstandsmitgliedern bestimmt. Das änderte sich nur allmählich. Anders als Zeitgenossen beklagten, war dabei nicht alles eine einschneidende Neuerung, denn die Amtseinsetzung der Vorsteher hing selbst bei internen Wahlen schon zuvor stets von der Zustimmung der Obrigkeit ab. Auch der Aspekt, dass nur vermögende Männer auf die Leitungsposten kamen, schrieb vormoderne Strukturen fort. Das eigentlich Neue war, dass der Staat von den Gemeindeleitungen eine aktive Beteiligung an der obrigkeitlichen Reformpolitik erwartete, während sie davor primär als Aufsichtsorgane und verlängerte Administration instrumentalisiert worden waren. Und dazu waren unter den vermögenden Personen, zumal in den Städten, etliche bereit.[31] Denn intern hatte man beispielsweise die mangelnde säkulare Bildung bereits seit gut 50 Jahren beklagt; die zunehmende Verarmung weiter Teile der jüdischen Bevölkerung erforderte ein Umlenken.

Auch an dem grundlegenden Misstrauen von Regierungsseite gegenüber jüdischen Eliten änderte sich wenig. So kontrollierten die Regierungen die Finanzen und weitergehende Entscheidungen der Vorsteherkollegien, wobei es zunächst darum ging, die defizitäre Lage der Gemeinden im Interesse der Gläubiger, allem voran des Staates, zu stabilisieren. Dementsprechend verstärkte man die Kontrolle sogar. Staatliche Kommissare waren bei den Vorstandssitzungen anwesend, oftmals leiteten sie diese sogar. Man forderte eine Protokollierung insbesondere der Beschlüsse, die ebenso wie die Finanzplanung der Behörde zur Abnahme vorgelegt werden mussten, wobei dem Kommissar als Berichterstatter jenseits der Beschlusslage meist die entscheidende Stimme zukam.[32] In diesem Sinn hatte man den Vorstand und damit die jüdische Gemeinde bis in die 1850er Jahre weitgehend entmündigt. Zugleich gingen die Forderungen der staatlichen Seite weiter, als es jemals zuvor der Fall gewesen war. In allen deutschen Staaten wurden ähnliche Konzepte zur Integration der jüdischen Bevölkerung entwickelt. Das betraf die Bildung, die Abkehr von den negativ bewerteten „jüdischen Gewerben“, aber auch die Förderung des Ackerbaus und des Handwerks unter Juden. Diese Neuerungen erforderten nicht nur die Mitwirkung der Gemeindeleitungen, sondern auch erhebliche Investitionen. Die Kosten wurden, von singulären demonstrativen Zuschüssen abgesehen, den jüdischen Gemeinden aufgebürdet.

Zugleich schrieb man den Gemeinden im Rahmen der territorialen Neuordnung eine Verwaltungsstruktur vor, die jenen anderer Religionsgemeinschaften, aber auch staatli-

cher Verwaltungen vergleichbar war. Der Gemeindezwang, die verpflichtende Zuordnung des Einzelnen zur örtlichen und darüber hinaus zur landesweiten Religionsgemeinschaft, blieb bestehen. Anstelle der Landjudenschaften und städtischer jüdischer Gemeindeverwaltungen wurde eine hierarchische Landesverwaltung eingeführt, der eine Landesvertretung vorstand, die durch Repräsentanten der Einzelgemeinden ergänzt wurde. Das Rabbinat war Teil dieser Verwaltungsstruktur und wies wie zuvor schon neben dem Landesrabbiner zudem Provinzial- bzw. Gemeinderabbiner auf. Die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse wurden dementsprechend verteilt. Aber die Anzahl und Anstellung von Rabbinern und jüdischen Lehrern blieb von der Zustimmung der Behörden abhängig. Die Landesverwaltung regelte auch die Armenfürsorge und den Religions- und Schulunterricht.[33] Sie stellte das eigentliche Steuerungsinstrument dar, da sie unter staatlicher Kontrolle die Entscheidungsbefugnis über die gemeinsamen Finanzen und die Mittelverteilung hatte. Die Gemeinden konnten über die örtlichen Vorstände, ggf. auch durch direkte Eingaben an die Regierungsbehörden, zwar einen gewissen Einfluss ausüben; allerdings hatte derlei nur dann Erfolg, wenn sich hierzu viele Gemeinden und Personen zusammenschlossen.

Diese Einbindung von Gemeinden, die zuvor weitgehend eigenständig agierten, in einen Gesamtrahmen, warf durchaus Probleme auf. Vor allem, da etliche der Planungsvorgaben seitens der Regierung und der Landesgemeinde die lokalen Gemeinden überforderten, so etwa die Einrichtung moderner Schulen, die Besoldung neuer Lehrer, aber auch die Zentralisierung der Gottesdienste.[34] Zudem dominierte die vermögende Vorstandselite der städtischen Gemeinden über die zentrale Verwaltung die überwiegend kleinen ländlichen Gemeinden, was beispielsweise in Hessen-Darmstadt bzw. dem Großherzogtum Hessen mit etwa 100 Landgemeinden und fünf bis sechs städtischen Gemeinden schon aufgrund des starken Ungleichgewichts, aber auch aufgrund zunehmend differierender Vorstellungen von jüdischer Religiosität, immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen führte.[35] Dennoch sorgte die Möglichkeit der Gesamtumlage für einen gewissen Ausgleich, von dem gerade die ärmeren Gemeinden profitierten.

Zudem waren einige der staatlichen Planungsvorgaben mit den Gegebenheiten kaum in Einklang zu bringen. So verordnete man für die Frankfurter Gemeinde bereits in großherzoglicher Zeit, dass es künftig nurmehr eine Synagoge geben sollte. Alle weiteren Bethäuser seien zu schließen, Privatgottesdienste zu unterbinden; Änderungen bedurften der vorherigen Genehmigung. Bald mussten auch die Ministerialen konstatieren, dass ihre Planungsvorgaben zu einer strikten Neuordnung sich schon aus räumlichen Gründen nicht umsetzen ließen. Am Ende gestand man zu, dass die drei Gemeindesynagogen (Altschul, Neuschul und Weiberschul) und zudem die beiden Synagogen der Klausstiftungen, letztlich private Stiftungen, weiterhin genutzt werden durften. Der Hintergrund dieser Ordnungspolitik war das Bestreben, das schwer überschaubare, auch über zahlreiche Privatstiftungen und Bruderschaften organisierte System jüdischer Gemeindeorganisation und -finanzierung zugunsten einer leichter zu kontrollierenden zentralistischen Struktur abzuschaffen. Da jedoch zugleich die Einkünfte für das Armenwesen gesichert werden mussten, die sich auch aus vielen mit dem Kultus verbundenen Abgaben und Spenden speisten, ergab es keinen Sinn, die Anzahl der Synagogen über Gebühr zu verknappen.[36]

Auch hinsichtlich des Rabbinats wurden staatlicherseits erhebliche Veränderungen eingeführt. Um bei dem Frankfurter Beispiel zu bleiben, untersagte man bereits 1810 die rabbinische Gerichtsbarkeit in zivilrechtlichen, hier sogar in religiösen Fällen; damit endete die staatliche Anerkennung dieser Foren. Zugleich begrenzte man die Zahl der Rabbiner auf einen Oberrabbiner und zwei Nebenrabbiner, wodurch immerhin die Scheidungsakte gesichert blieben.[37] Alle weiteren Gelehrten, die zuvor auch für die Gemeinde gearbeitet hatten, verloren zumindest den Zuverdienst. Jene, die von privaten Stiftungen finanziert wurden, blieben jedoch unberücksichtigt und konnten später von der Orthodoxie genutzt werden. Die gesamtstaatlichen Regelungen definierten Rabbinatsbezirke, wobei in Hessen-Darmstadt eine Hierarchie von Landes- und Gemeinderabbiner, innerhalb einiger Gemeinden wie in Frankfurt und Worms von Ober- und Nebenrabbiner vorgegeben wurde. Hinzu kamen Vorgaben etwa hinsichtlich der Einrichtung von Friedhöfen und Schulen. Gleiches galt für die Bereitstellung von Synagogen und Mikwen, Vorbetern, Lehrern und Schächtern. Insbesondere für die kleinen ländlichen Gemeinden nahmen die damit verbundenen finanziellen Verbindlichkeiten zu. Dies führte zuweilen zu wenig befriedigenden Lösungen, so etwa einer unangemessenen Besoldung jüdischer Grundschul- und Religionslehrer.

Schaut man auf das Agieren der Gemeindeleitungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, so gilt insbesondere für die städtischen Gemeinden, dass diese auch aus einer eigenen Motivation heraus eine dezidierte Modernisierungspolitik vorantrieben. Zugleich waren sie aber auch Vorkämpfer im Streit um die rechtliche Gleichstellung und die soziale Anerkennung. Trotz aller Kritik der Zeitgenossen gegen die oktroyierten Vorstandsgremien erforderten die inhaltlichen und finanziellen Anforderungen an die jüdische Gemeinschaft abermals eine Verwaltungselite, welche wie schon zuvor aufgrund ihres Vermögens und der staatlichen Anerkennung ein verhandlungsstarker Akteur

war. Sieht man insbesondere von der problematischen Religionspolitik etlicher Vorstandsmitglieder ab, die auch religiöse Reformen als einen notwendigen Teil der Integrationsleistungen begriffen, dann war unter den herrschenden Bedingungen, mit Regierungen und weiten Teilen der Bevölkerung, die sich zumindest gegen eine vollständige Emanzipation sträubten, die Gleichstellung nur in mühsamen Verhandlungsschritten zu erreichen. Bei alledem handelten viele der Vorstandsgremien wie die staatliche Seite paternalistisch und autoritär. Auch hierin unterschieden sie sich jedoch kaum von ihren vormodernen Amtsvorgängern, die ebenso machtbewusst agiert hatten. Dies entsprach trotz aller Klagen zudem der gesamtgesellschaftlichen Erwartung, eine Haltung, die sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts allmählich änderte.

Auch nach dem Rückzug des Staates aus der innergemeindlichen Verwaltung blieben die Vorstände, insbesondere der städtischen Gemeinden, weitgehend bürgerliche Honoratiorenklubs.[38] Jenseits der Gemeinden waren es aber die Vertreter des nunmehr entstehenden jüdischen Großbürgertums, die Großprojekte und Unterstützungsleistungen der Gemeinden, vielfach aber ganz unabhängig von diesen ins Leben riefen und finanzierten. Das dauerhafte, zunehmend allgemein humanitäre auf die Bildung und soziale Fragen gerichtete Verantwortungsgefühl eines Teils des jüdischen Bürgertums führte dazu, dass – der Frühen Neuzeit erneut nicht unähnlich – die Aktivitäten der jüdischen Gemeinschaft allen staatlichen Zentralisierungsversuchen zum Trotz weit über den Rahmen der Religionsgemeinde hinausreichten. Anders als dies vor der Emanzipation möglich gewesen war, bedienten diese privaten Initiativen als Stiftungen des bürgerlichen Rechts jenseits des Verwaltungsrahmens der Gemeinden weiterhin zentrale Bedürfnisse der jüdischen Gemeinschaft. Ganz bezeichnend und ein Zeugnis des gesellschaftlichen Integrationswunsches ist, dass ein nicht genau zu beziffernder, zweifellos aber hoher Anteil der Stiftungen allgemeine Förderinstrumente darstellte, also Juden wie Christen offenstanden. Wie dies auch die Aufrechterhaltung einer jüdischen Wohlfahrtspflege über den Zeitpunkt der Öffnung der staatlichen Einrichtungen für Juden hinaus dokumentiert, wollte man sich als Minderheit nicht dem Vorwurf aussetzen, auf Kosten der nichtjüdischen Bevölkerung zu leben. Und keinesfalls wollte man so diskriminierend agieren, wie dies die Mehrheit tat.

Selbst wenn man die Frage der religiösen Konfessionalisierung zunächst ausklammert, war jüdisches Leben in Städten wie Wiesbaden, Darmstadt oder Frankfurt keineswegs auf den Bereich der Gemeinde begrenzt.[39] Die Pluralisierungstendenzen und die Erweiterung selbst der Angebote seitens der Gemeinden bis hin zu allgemeinen politischen und kulturellen Themenbereichen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass deren Aktivitäten weiterhin in eine Vielzahl von Stiftungen und Vereinen eingebettet blieben.

Religiöse und säkulare Bildung

Wenden wir uns mit der Bildung nunmehr einem weiteren zentralen Aufgabenbereich jüdischer Gemeinden zu. Dabei handelte es sich nicht nur um die religiöse Erziehung, sondern gerade in der Moderne insbesondere auch um die säkulare Bildung. Daneben existierte die höhere jüdische Bildung, insbesondere die Rabbinerausbildung. Die Entwicklung der wissenschaftlichen Erforschung des Judentums muss an dieser Stelle weitgehend außen vor bleiben. Vorab gesagt, zielten all die Bildungsbereiche in der Moderne auf eine Redefinition jüdischer Identitätsmodelle ab, ein Gedanke, der in der Frühen Neuzeit abwegig gewesen wäre.

Die Situation der jüdischen Bildung in der Frühen Neuzeit wird oftmals eindimensional negativ dargestellt. Seit dem 18. Jahrhundert hatten die Kritiker der sozialen Verhältnisse der jüdischen Gemeinschaft, der oligarchischen Gemeindeleitungen, des Rabbinats und der zunehmenden Verarmung nach Lösungen gesucht. Dabei rückte vor allem der Bildungsbereich in den Fokus, der allerdings bislang nur zum Teil von der Gemeinde organisiert wurde. Ihre Einrichtungen beschulten meist ausschließlich die Söhne der vielen armen Familien. Deren Bildungserwerb war ebenso dürftig, wie dies für die ärmeren Bevölkerungsschichten insgesamt der Fall war. Die Lehrer besaßen wenig oder keine Ausbildung. Sie wurden schlecht entlohnt und die Unterrichtsräume waren ungenügend. Die Situation in den ärmlichen ländlichen Kleingemeinden war noch schlechter als in den Städten. Da sich der religiöse Bildungsauftrag primär auf die Vermittlung der für die religiöse Praxis der Jungen notwendigen Kenntnisse beschränkte, wurde neben dem Lesen und Schreiben nur gelegentlich auch etwas Mathematik unterrichtet. Westjiddisch war zwar die Umgangssprache, wurde selbst aber nur indirekt vermittelt. Mädchen blieben oftmals ausgeschlossen und erwarben die für Frauen als notwendig erachteten Kenntnisse meist im familiären Rahmen. Die Jungen eigneten sich die zum Nahrungserwerb unverzichtbaren Fertigkeiten nachfolgend, z. B. als Handlungsgehilfen, an.

Die finanziell bessergestellten Familien sorgten dagegen selbst für den Unterricht, meist durch gemeinsam besoldete Lehrer oder durch private Hauslehrer. Deren Bildungsstand war in der Regel besser und die vermittelten Inhalte reichten über das genannte Mindestmaß hinaus, schon allein da dies für den Handelsberuf unverzichtbar war. In großen

Gemeinden gab es zudem Personen, die spezifische Fertigkeiten wie kaufmännisches Rechnen, Fremdsprachen und vereinzelt sogar Tanzen unterrichteten. Für den religiösen Bereich existierten in den größeren Gemeinden zudem Lehrstiftungen; einige der dort Lehrenden boten auch säkulare Inhalte an. Jüdische Aufklärer und nachfolgend etliche Reformpädagogen pochten zunehmend darauf, dass gerade die Armenschulen vornehmlich säkulare Inhalte vermitteln müssten, um die Kinder aus der Armut zu befreien. Dies war unstrittig, es beantwortete jedoch weder die Frage nach der Finanzierung noch jene nach dem Verhältnis der säkularen Inhalte zur religiösen Bildung. Da die zunehmende Verarmung der jüdischen Bevölkerung auch aus Sicht der Obrigkeit schon aufgrund ihrer finanziellen Interessen und der Furcht vor einer Zunahme der Kriminalität ein drängendes Problem darstellte, förderten vom Ende des 18. Jahrhunderts bis ins 19. Jahrhundert hinein etliche Regenten einige der wenigen aufklärerischen jüdischen Modellschulen.[40] Diese Armenschulen mit gebildetem Lehrpersonal und ambitionierten Programmen waren zunächst vor allem von vermögenden, aufklärerischem Gedankengut zugeneigten Gemeindemitgliedern organisiert worden. Die meisten existierten aufgrund mangelnder Finanzierung allerdings nur wenige Jahre, seltener Jahrzehnte. Da bereits im 18. Jahrhundert vereinzelt jüdische Kinder an bürgerlichen Schulen zugelassen wurden, gab es zunehmend Personen, die über eine zeitgemäße säkulare Bildung verfügten. Dennoch fanden Juden allenfalls als Privatlehrer eine Anstellung. Einige dieser neuen Gebildeten gründeten Privatschulen, so der 1789 in Mainz geborene Michael Creizenach, der unter französischer Herrschaft das örtliche Lyzeum besuchen konnte. 1813 eröffnete er dort eine bürgerliche Privatschule, deren Bildungskonzept mit Blick auf die Kinder jüdischer Kaufleute neben modernen Sprachen auch Geschichte und Mathematik umfasste. Dies war derart attraktiv, dass sogar einige christliche Eltern ihre Kinder auf diese Einrichtung schickten. Die Schule ging aus finanziellen Gründen bald in die Verwaltung der jüdischen Gemeinde über. Creizenach, der inzwischen sogar promoviert hatte, wechselte 1825 an das bereits 1804 als reformierte Armenschule gegründete Frankfurter Philanthropin. Dieses war zunächst privat finanziert worden, dann aber ebenfalls von der jüdischen Gemeinde übernommen worden. Es vertrat wie das Mainzer Projekt einen ambitionierten Anspruch, der letztlich jedoch die Mittelschicht ansprach, weshalb die Gemeinde daneben abermals eine Elementarschule für die Ärmeren eröffnete. Creizenach war wie etliche der anderen Lehrer des Philanthropins ein früher Vertreter der religiösen Reform, weshalb diese Schule von konservativer Seite und von Seiten des Frankfurter Rabbinats der Kritik ausgesetzt war.[41]

Die Diagnose, dass der aktuelle Zustand der jüdischen Gemeinschaft zerrüttet sei und grundlegender Veränderungen bedürfe, traf bereits um die Jahrhundertwende auch die rabbinische Tradition. Aus externer Perspektive behinderte die religiöse Praxis durch die ihr eigentümlichen Distanzierungstendenzen mit Speisevorschriften und Arbeitsverboten an Feiertagen die Verschmelzung mit der allgemeinen Gesellschaft, die nun gefordert und angestrebt wurde. Die zunehmend vom Staat geregelte verpflichtende Schulbildung sollte die gesamte Bevölkerung für die Anforderungen der sich rasch wandelnden Welt wappnen und zu treuen Staatsbürgern erziehen. In Bezug auf die jüdische Bevölkerung erwartete man zudem, dass zentrale Aspekte jüdischer Kultur verändert oder sogar beseitigt würden. Dieser Erziehungsgedanke mündete in einer besonderen staatlichen Kontrolle jüdischer Bildungseinrichtungen, selbst des Religionsunterrichts. Von den Lehrinhalten, der Lehrerbildung, der Approbation der Lehrbücher bis hin zu den Unterrichtsvisitationen, alles wurde durch den Staat geregelt. Die vorrangige Frage lautete, ob Juden in das bestehende Simultanschulsystem einbezogen werden sollten oder ob flächendeckende jüdische Schulen sinnvoller oder gar unverzichtbar seien. Dies wurde zu unterschiedlichen Zeiten verschieden beantwortet.[42] Es gab Bedenken, so hinsichtlich der Diskriminierung, der mangelnden Reinlichkeit der jüdischen Schüler oder der Frage, ob dies aus religiösen Gründen sinnvoll sei. In den Gemeinden fragten sich etliche weiterhin, ob die säkularen Anteile des Unterrichts die religiösen nicht über Gebühr verdrängten und ob eine zunächst noch kirchliche, aber auch als staatliche Bildung der christlichen Kultur verbundene schulische Erziehung nicht insgesamt eine Umerziehung darstelle.[43]

Beide Optionen hatten Vor- und Nachteile. Jüdische Schulen wurden von der Landesgemeinde direkt finanziert, der Besuch der öffentlichen durch eine allgemeine Umlage. In jedem Fall wurden hierfür entsprechend ausgebildete jüdische Lehrer benötigt, die es zunächst, zumal in der benötigten Anzahl, nicht gab. Diese sollten zumindest anfänglich die allgemeinen Lehrerbildungsseminare besuchen, wobei der Religionsunterricht als Zusatzausbildung hinzukam. Eine derart integrierte Ausbildung wäre sicherlich sinnvoll gewesen; die Anstellung jüdischer Lehrer an allgemeinen Schulen war aber zunächst ausgeschlossen und blieb auch später eine Ausnahme.[44] In Hessen-Kassel ging man einen anderen Weg und gründete zwei eigenständige jüdische Lehrerbildungsanstalten, 1848 in Bad-Ems durch den Bezirksrabbiner von Langenschwalbach, Benjamin Hochstädter, die jedoch nur bis 1869 bestand, und eine weitere in Kassel unter der Leitung Dr. Moses Büdingers, die von 1825–1920 existierte.[45] Jenseits dessen ließen sich die Finanzierungsprobleme aufgrund der vielen

kleinen Landgemeinden mit zeitweilig mehr als 100 jüdischen Schulen in Kurhessen bzw. der preußischen Provinz Kassel kaum lösen.[46] Zumal die dafür benötigten modernen Lehrer ein angemessenes Gehalt erwarteten, oftmals aber nicht erhielten, wie zahllose Klagen belegen. Viele Lehrer blieben weiterhin auf Nebeneinkünfte als Kantoren oder Schächter angewiesen. Zumindest Letzteres versuchte man zu unterbinden, was an dem zugrundeliegenden Problem jedoch nichts änderte. Weder gemeinsame Interessenvertretungen noch Fortbildungsangebote noch die später gegründeten Unterstützungsvereine und Pensionskassen änderten etwas daran. Die Abnahme der ländlichen Kleingemeinden aufgrund der Urbanisierung und deren Überalterung zwang Lehrkräfte im 20. Jahrhundert sogar erneut dazu, als Wanderlehrer zu arbeiten.[47] Erst mit der Gründung des *Deutsch-Israelitischen Gemeindebunds* im Jahr 1869 kam es zu einem Versuch, die finanziellen Probleme auf nationaler Ebene anzugehen, nachdem dies auf Landesebene nicht gelungen war. Der als Gesamtvertretung geplante Gemeindebund blieb allerdings eine freiwillige Vereinigung. Dennoch repräsentierte er 1887 bereits 315 Gemeinden mit insgesamt 260.000 Mitgliedern, damit mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung des Reichs. Die Provinz Hessen-Kassel war ebenso Mitglied wie der Regierungsbezirk Wiesbaden und das Großherzogtum Hessen.[48]

Da Bildung in der bürgerlichen Gesellschaft mehr als je zuvor ein unverzichtbares Kapital darstellte, versuchten auch Familien auf dem Land, den Schulbesuch zu fördern, sei es dadurch, dass man Kinder auf Schulen verschickte oder dass man insgesamt in eine Stadt zog, in der sich eine höhere Schule fand. Denn die mangelnde Attraktivität des jüdischen Schulwesens erklärt sich auch dadurch, dass dieses fast ausschließlich ein Elementarschulsystem blieb. Damit entsprach es nicht mehr den wachsenden Bildungsanforderungen einer Bevölkerungsgruppe, die in etwas mehr als zwei Generationen einen erstaunlichen sozialen Aufstieg vollzogen hatte. Bis zur Vernichtung des deutschen Judentums gab es in Deutschland allerdings nur zehn höhere jüdische Gemeindeschulen. Dabei handelte es sich mehrheitlich um orthodoxe Einrichtungen, die aufgrund ihres religiösen Profils attraktiv waren. Und nur in drei Fällen konnte man an einer jüdischen Einrichtung die Schule mit dem Abitur abschließen. Neben Köln und Hamburg war dies auch am Frankfurter Philanthropin möglich; allerdings hatte dieses die staatliche Anerkennung als Realreformgymnasium erst 1928 erhalten.[49] Die meisten jüdischen Schüler waren daher gezwungen, nach der Grundschule auf eine öffentliche Schule zu wechseln. Und zunehmend sahen die Eltern den von den Gemeinden jenseits der Schulen organisierten Religionsunterricht als eine zu große Belastung für die Kinder an. Andere schickten ihre Kinder pragmatischerweise in den von den Schulen angebotenen protestantischen Religionsunterricht, da sie Wert auf eine religiös moralische Grundnormierung legten. Das von den Gemeinden organisierte jüdische Schulwesen hatte insgesamt gesehen keinen Erfolg. Gab es 1898 insgesamt noch 492 jüdische Volksschulen im Deutschen Reich, so sank deren Zahl bis 1932 auf 141. Der vorherrschende Trend, die Kinder direkt auf öffentliche Schulen zu schicken, änderte sich erst im 20. Jahrhundert, allerdings auch nur in einigen wenigen Großstadtgemeinden, in denen es ein eigenständiges Schulsystem gab. Dort besuchte ein erheblicher Anteil der Kinder aufgrund des wachsenden Antisemitismus zunehmend die jüdischen Einrichtungen. So verzeichnete das Frankfurter Philanthropin 1930 mit 900 Schülern die höchste Schülerzahl in seiner 125-jährigen Geschichte, und die orthodoxen Schulen der Stadt unterrichteten weitere 1.160 Schüler.[50]

Rabbinerausbildung

Trotz der zentralen Position, die die Frankfurter Gemeinde und ihr Rabbinat bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eingenommen hatte, befand sich keines der drei neugegründeten Rabbinerseminare hier. Jenseits der Frage rabbinischer Ausbildungsstätten, auf die noch zurückzukommen sein wird, hatte die Gemeinde auch kein Interesse am Aufbau einer akademischen Einrichtung. 1863 dachte man anlässlich der Berufung des ursprünglich aus Frankfurt stammenden Breslauer Reformrabbiners Abraham Geiger dies zwar an. Zu dessen Enttäuschung blieb es jedoch wie schon in Breslau bei einem selbst initiierten kleinen Studienkreis mit akademischen Vorträgen. Und mit der Gründung der Frankfurter Stiftungsuniversität im Jahr 1914, die ihre Existenz auch einer erheblichen Anzahl jüdischer Unterstützer verdankt, plante man eine akademische Religionswissenschaft, wobei der angedachte Lehrauftrag sich mit jüdischer Religionswissenschaft und Ethik befassen sollte. Der orthodoxe Gemeinderabbiner Dr. Nehemia Anton Nobel, dem man die Stelle angeboten hatte, verstarb jedoch, bevor er diese antreten konnte. Und Franz Rosenzweig, den die Israelitische Gemeinde nachfolgend vorschlug, konnte das Angebot aufgrund seiner rasch fortschreitenden Erkrankung nicht annehmen. Er überredete den Religionsphilosophen und Mitarbeiter am Lehrhaus Dr. Martin Buber, die Dozentur zu übernehmen, was dieser eher widerwillig tat. Nachdem die Stelle 1930, sechs Jahre danach, in eine Honorarprofessur für Religionswissenschaft ohne die Spezifizierung „jüdisch“ umgewandelt wurde, bot Buber allerdings keine Veranstaltungen mehr zu jüdischen Themen an, um die fehlende akademische

Qualifikation für eine angestrebte Professur in Religionswissenschaft in Jerusalem zu erwerben. Nach Bubers Auswanderung übernahm Dr. Norbert Nahum Glatzer 1932 auf Vorschlag der Gemeinde den mit der ursprünglichen Denomination versehenen Lehrauftrag, bis auch er 1938 fliehen musste.[51] Wiewohl die jüdische Gemeinde zeitweise in die Planungen eingebunden gewesen war, hatte man dort wie schon hinsichtlich des von Franz Rosenzweig geleiteten innovativen Lehrhauses immer wieder Bedenken, insbesondere gegen die Besetzung der Stelle mit dem auch fachlich nicht unumstrittenen Zionisten Buber.

Ähnlich verhielt es sich mit der Rabbinerausbildung. Die Veränderungen, die der Beginn der Moderne für die jüdischen Gemeinden Hessens mit sich brachte, waren für das Rabbinat noch einschneidender, als dies für die Gemeindeverwaltung der Fall gewesen war, denn man entzog diesem die zentralen Tätigkeitsbereiche, so die rabbinische Gerichtsbarkeit. Die Entscheidungskompetenz lag nun beim fürstlichen Kommissar bzw. dem Lutherischen Konsistorium, sofern es religiöse Inhalte betraf unter Wahrung des Jüdischen Rechts (*Halacha*). Das Gemeinderabbinat wurde auf einen Oberrabbiner und zwei ihm unterstellte Nebenrabbiner (*Dajanim*/rabbinische Richter) begrenzt. Unterricht im „Talmud“, gemeint war der gesamte rabbinische Ausbildungsbereich, wurde dem Rabbinat untersagt.[52] Dessen Zuständigkeit blieb auf gottesdienstliche und sonstige religiöse Funktionen beschränkt. Immerhin sollte ein vom Staat akkreditierter Hebräisch-Sprachlehrer angestellt werden. Gebetbücher bedurften ebenso wie Schulbücher einer amtlichen Approbation; zudem musste weiterhin ein sprachkundiger Zensor zur Kontrolle hebräischer Bücher besoldet werden. Zentrale religiöse Akte wie Beschneidungen, Trauungen und Scheidungen durften nur nach amtlicher Genehmigung vorgenommen werden. Rabbiner mussten von Geburt Deutsche sein und mehrere Studienjahre an einer Universität in Philosophie und orientalischen Sprachen vorweisen.[53] Die keineswegs unübliche Regelung, dass Bewerber vom Lutherischen Konsistorium zu prüfen waren, stieß auf heftige Kritik, worauf sie 1812 wieder gestrichen wurde. Erhalten blieben die genannten Qualifikationen, mit der Betonung, dass die Bewerber die deutsche Sprache beherrschen, zudem alle Eigenschaften besitzen sollten, die für einen Lehrer der Religion nötig waren.[54] Außerdem hatten Rabbiner auf staatliche Anordnung bei gerichtlichen Vereidigungen und bei der Kontrolle des Schulunterrichts mitzuwirken. Trotz aller Versuche, den Einfluss des Rabbinats einzuschränken, stellte dessen Einbeziehung in staatliche Verwaltungsakte auch eine Aufwertung dar. Rabbiner waren im Hessischen als staatlicherseits ernannte Amtspersonen geschützter als dies etwa in Preußen der Fall war. In der Regel konnten sie auf die Unterstützung seitens der öffentlichen Verwaltungsorgane zählen, auch bei Gehaltsforderungen, Anfeindungen und zum Teil sogar bei Konflikten mit den Gemeindevorständen.

Die für Frankfurt geltenden Regelungen entsprachen mehr oder weniger jenen, die auch in den anderen hessischen Staaten eingeführt wurden. Hintergrund für die Beschränkung der rabbinischen Lehrfunktion war das in der christlichen Theologie verwurzelte Misstrauen gegenüber dem Rabbinat als Träger der ausgesprochen negativ bewerteten rabbinischen Tradition. Diese wurde für all die als negativ angesehenen Aspekte des Judentums von der religiösen Lebensführung bis hin zu dem Vorwurf wucherischen Handelsgebarens verantwortlich gemacht. Daher schlossen die Staaten *Jeschiwot* ebenso wie die als „Winkelschulen“ bezeichneten alten Grundschulen.[55] Um das neue jüdische Schulsystem finanzieren zu können, verwiesen die staatlichen Stellen die Gemeinden zudem auf alle vorhandenen, für die Bildung reservierten Finanzierungstöpfe.[56] Die entsprechenden Mittel gingen jedoch oft auf Stiftungen privater Personen und Familien zurück, dienten meist der Förderung des talmudischen Studiums und waren lediglich über die Gemeinde festverzinslich angelegt worden. Derlei Feinheiten kümmerten die Behörden nicht. Man bündelte all diese Ressourcen, um die benötigten Mittel für Schulen und Lehrergehälter zu generieren. Damit wurde den meisten *Jeschiwot*, die fast durchgängig Klausstiftungen waren, und den dort angestellten Rabbinern die Mittel entzogen. Vereinzelt klagten die Stifterfamilien, die diese Institutionen oft über Generationen hinweg erhalten hatten, gegen diese Enteignung; sie wurden meist mit Verweis auf den größeren Nutzen abgewiesen.[57] Nach dem weitgehenden Verlust der eigentlich jenseits der Gemeinde angesiedelten Institutionen und Gelder mussten erneute Stiftungen orthodoxer Gemeindemitglieder rechtlich so abgesichert werden, dass die jüdische Gemeinde keinen Zugriff darauf hatte und diese nicht abermals, insbesondere für religiöse Reformprojekte, zweckentfremdet werden konnten. Nur so ließ sich die Grundlage für eine eigenständige orthodoxe Infrastruktur schaffen, ein Freiraum am Rand der Gemeinden und später auch außerhalb von diesen.

Da der Staat in der Religion ein zentrales Instrument zur Aufrechterhaltung von Moralität und Staatstreue sah, versuchten die Staaten die Rabbinerausbildung über Einstellungskriterien zu regulieren. Da aber weder im Hessischen noch in anderen deutschen Staaten jemals universitäre jüdisch-theologische Seminare eingerichtet wurden, waren Rabbinatskandidaten bis zur Eröffnung der modernen Rabbinerseminare dazu gezwungen, die geforderten philosophischen Kenntnisse an christlich-theologischen Seminaren zu erwerben. Später galt jüdischerseits zudem

ein mit der Promotion abgeschlossenes säkulares Studium nahezu als Voraussetzung für das Rabbinat. Auch im Hessischen forderte man staatliche Anstellungsprüfungen für Rabbiner. In Kurhessen richtete man aber anders als in fast allen anderen deutschen Staaten einen entsprechenden Ausbildungsgang an der Universität Marburg ein, wobei die eigentliche rabbinische Ausbildung jedoch weiterhin ungeregelt, außerhalb der Universität stattfand. Wie schon in der Frühen Neuzeit musste die religiöse Amtsbefähigung weiterhin durch – üblicherweise zwei – Testate im Sinne einer Lehrbefugnis (*Hatarat Horaah*) seitens der rabbinischen Lehrer dokumentiert werden. Für den Marburger Studiengang war vorgesehen, dass der örtliche Provinzialrabbiner Moses Gosen, der in rabbinischen Kreisen über kein Renommee verfügte und selbst in seiner Gemeinde nicht unumstritten, aber offen für religiöse Reformen war, zum Abschluss eine Prüfung abnahm. Dementsprechend waren es häufiger junge Reformer, die diese Möglichkeit einer staatlicherseits anerkannten Amtsbefähigung nutzten, zumal wenn ihnen ein solches Zertifikat von orthodoxer Seite eher verweigert worden wäre.[58]

Bei den zusätzlichen Antrittsprüfungen fragte man jedoch nicht nur nach der Staatstreue der Kandidaten. Man forderte von ihnen zudem Predigtkenntnisse ab, da Predigten als ein zentrales Mittel zur Erziehung der Glaubensgenossen galten. Predigten waren, anders als oft gesagt wurde, dem vormodernen westeuropäischen Judentum nicht fremd. Sie waren jedoch kein Teil des gottesdienstlichen Rituals, sondern hatten ihren Ort in Lehr- und Betzirkeln. Bei den in der Moderne stereotyp negativ dargestellten „Predigten“ von Oberrabbinern in der Synagoge, zu denen diese ein- bis zweimal pro Jahr verpflichtet wurden, handelte es sich um talmudische Lehrvorträge. Die nunmehr geforderten Predigten sollten dagegen das Gemüt bewegen und erbauen, um auf diese Weise moralisierend auf die Gemeindemitglieder einzuwirken.[59] Sie boten den Gottesdienstbesuchern – insbesondere den Frauen, die bislang separiert, auf eine Zuschauerrolle verwiesen blieben – eine neue Erfahrung. Da die Mehrzahl gerade der hessischen Gemeinden keinen Ortsrabbiner hatte, dienten diesen die zahlreichen, in jüdischen Zeitungen und anderweitigen Druckerzeugnissen veröffentlichten Predigten als Ersatz. Nicht nur, dass hiermit ebenso wie durch die neuen jüdischen Medien der Sprachwandel hin zum Hochdeutschen gefördert wurde. Die Ästhetisierung des Gottesdienstes, die das Benehmen, zunehmend auch die räumliche Gestaltung und das Ritual selbst betraf, förderte zudem ein bürgerliches Bewusstsein von Selbstkontrolle und Beherrschtheit, von Bildung im Sinne einer ethischen Wesensbildung, eines fortwährenden Prozesses der Selbstreflexion und Optimierung. Der traditionelle, den Alltag durchdringende Begriff einer ritualisierten religiösen Praxis wurde durch das Konzept individueller Moralisierung ersetzt. An die Stelle des gemeinsamen Gebets trat zunehmend ein Frontalgottesdienst, rituelle Handlungen blieben größtenteils Spezialisten vorbehalten, eine Entwicklung, die immer wieder als Protestantisierung des Judentums kritisiert wurde.

Die traditionelle Infrastruktur rabbinischer Lehre brach aber keineswegs vollständig zusammen. Trotz des Verbots führten alle Frankfurter Gemeinderabbiner, so der bereits 1817 verstorbene Hirsch Horowitz, dessen Nachfolger Salomon Salman Trier, aber auch dessen Beisitzer Beer Adler, Aron Mosche Fuld und der an einer als Klaus bezeichneten gestifteten *Jeschiwa* wirkende Jakob Posen die Lehrtradition fort.[60] Erst mit der Anstellung des Reformers Dr. Leopold Stein brach diese Tradition von Seiten der Gemeinde ab. In den meisten Gemeinden – so auch in Frankfurt – fand das Studium im semi-privaten Rahmen aber dennoch statt, so dass die traditionelle Ausbildung bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Bestand hatte, bevor diese maßgeblich an modernen Rabbinerseminaren stattfand. Der Wechsel im Rabbinat hin zur religiösen Reformbewegung stellte in der Regel einen Bruch dar, wiewohl gerade in den größeren Gemeinden mithilfe alteingesessener Rabbinerfamilien oft eine gewisse orthodoxe Infrastruktur erhalten wurde. So hatte Frankfurt am Main – auch in der Periode, in der Reformrabbiner das Gemeinderabbinat innehatten – stets bekannte rabbinische Persönlichkeiten, die weiterhin im Sinne der Orthodoxie tätig waren.

Die zunehmende Konfessionalisierung des Judentums führte aufgrund der zunehmenden Differenzen im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu eigenständigen Formen jüdischer Religiosität. Etliche der gottesdienstlichen Neuerungen stellten eine Reaktion auf judenfeindliche Vorwürfe dar; mehrheitlich waren sie aber ein Ausdruck des sich ändernden gesellschaftlichen Selbstverständnisses. Die Einführung deutscher Gebete, einer neuen synagogalen Musik und die allmähliche Einbeziehung von Frauen wurden zu Markenzeichen der religiösen Reform. Zunächst etablierte sich die neue Praxis in privaten Betzirkeln, die das Rabbinat meist tolerieren musste, zumal wenn die Regierungsseite dies wie in Hessen, im Gegensatz etwa zu Preußen, nicht unterband. Etwas anderes war es, wenn derlei im Rahmen von Gemeindeinstitutionen geschah, beispielsweise am Frankfurter Philanthropin. Dieses war in die Verwaltung der Gemeinde und eines neuen Vorstands, der Reformen zugeneigt war, übergegangen und wurde zudem von der Regierung unterstützt. Unter dem Einfluss des Direktors Michael Heß und weiterer Lehrer, darunter Creizenach, der Reformer Joseph Johlsohn und der Historiker Dr. Isaac Marcus Jost, etablierte man an der Schule Andachtsstun-

den und zudem ein als Konfirmation bezeichnetes Ritual. Es bezog anders als die *Bar Mitzwa* auch die Mädchen ein, setzte sich jedoch trotz aller Proteste wegen der Nähe zum Protestantismus als eine öffentliche religiöse Schulabschlusszeremonie durch. Selbst der zum Hessen-Darmstädtischen Landesrabbiner berufene orthodoxe Benjamin Hirsch Auerbach führte diese Zeremonie ein. Die schulischen Andachten am Philanthropin mit neuen deutschen Gebeten, Gesang und Predigten standen nicht nur Eltern und Schülern, sondern allen Gemeindemitgliedern offen und zogen ein erhebliches Publikum beiderlei Geschlechts an. Seitens der Gemeinde bedauerten die Konservativen das Abwandern eines Teils der Mitglieder, wobei der Reiz des Neuen bei den Erwachsenen bald schwand. Das eigentlich Problematische war das allmähliche Einüben eines anderen Gebetsrituals bei den Kindern und das Zurückdrängen der Zuständigkeit des mahnenden Rabbinats durch die Gemeinderepräsentanz.

Nach einigen weiteren Skandalen, allem voran der Forderung, die Jungenbeschneidung abzuschaffen, bei denen sich das Frankfurter Rabbinat abermals kein Gehör verschaffen konnte, kam es mit der Anstellung eines Reformerrabbiners zum Bruch. Im Vorfeld hatte sich selbst das traditionelle Frankfurter Rabbinat bereit erklärt, der Forderung nach einem modernen Prediger nachzukommen, sofern dieser orthodox war. Dies schon, um den Andachtsstunden des Philanthropins an Zugkraft zu nehmen. Dieser Plan verlief jedoch im Sand. Nach dem Tod des Nebenrabbiners Silberkron beschloss das Vorsteherkollegium, dass der Nachfolger zugleich die Funktion des Predigers übernehmen sollte. Die Wahl fiel auf den Reformer Leopold Stein, wobei die Zustimmung des Oberrabbiners anders als vereinbart gar nicht erst eingeholt wurde. Der brüskierte Salman Trier legte daraufhin sein Amt nieder. Aus Protest gegen die nachfolgenden Änderungen des Kultus bildeten sich zwei orthodoxe Gruppen, von denen die erste einen eigenen Gottesdienst in der kleineren Gemeindesynagoge aufrechterhielt. Als für den Neubau der Hauptsynagoge die drei Gemeindesynagogen abgerissen werden mussten, bot man diesen den Andachtsaal des Philanthropins, das inzwischen umgezogen war, an.[61] Der Bruder des Jahre danach zum Gemeinderabbiner ernannten Reformers Abraham Geiger, Salomon Salman Geiger, fungierte hier und in der Bruderschaft der Psalmenbeter (*Tehillim Chewra*) zumindest zeitweise nebenbei als Rabbiner. Ein zweiter, kleinerer Teil der Orthodoxen gründete einen Verein, die *Israelitische Religionsgesellschaft*, und richtete eine von der Gemeinde unabhängige Synagoge ein.[62]

In Mainz und Worms entwickelten sich die Dinge ähnlich.[63] In Darmstadt führte der Wandel dagegen zu einem langjährigen Konflikt zwischen dem weiterhin traditionalistischen Landjudentum und der städtischen Gemeinde mit ihrem reformfreundlichen Vorstand. Bei der Wahl eines neuen Landesrabbiners für das Großherzogtum Hessen-Darmstadt 1835 konnte – ähnlich wie 1836 in Kassel mit Dr. Philipp Romann, der später zudem Landesrabbiner von Kurhessen war, und 1855 in Fulda mit dem Provinzialrabbiner Dr. Samuel Enoch – der orthodoxe Dr. Benjamin Hirsch Auerbach gegen den Wunsch des Darmstädter Vorstands dennoch durchgesetzt werden.[64] Wiewohl dieser einige Neuerungen einführte und sich im Bildungsbereich engagierte, beharrte er ganz im Sinn der vielen Landgemeinden auf einer konservativen religionsgesetzlichen Position.[65] Bereits nach fünf Jahren forderte der Vorstand von der Regierung Auerbachs Amtsenthebung, wegen starren talmudischen Treibens und eines fanatischen Mystizismus und Zelotismus.[66] Dieser verteidigte sich gegenüber den Regierungsbehörden nicht nur damit, dass die von ihm verweigerten Neuerungen gegen die religiösen Normen verstießen. Die Reformwünsche seien auch keine Frage fehlgeleiteter Religiosität, denn gerade die Darmstädter Vorsteher seien durchweg so irreligiös, dass die „sämmtlichen Vorstandsmitglieder keine Synagoge, ihre Kinder keine Religionsschule besuchen, 4/5 öffentlich die heiligen Feste entweihen, das einflussreichste Mitglied seine Kinder nicht beschneiden lässt“.[67] Zudem hatte er die Unterstützung von 98 weiterhin orthodoxen Landgemeinden. Erst 1857 gelang es dem Vorstand, Auerbach aus dem Amt zu drängen. Zwei Jahre danach übernahm der Reformer Dr. Julius Landsberger das Amt. Wie in vielen anderen Gemeinden führte die nachfolgende Einführung der Orgel auch hier dazu, dass sich eine orthodoxe Gruppe abspaltete, bei der zunächst erneut ein Privatmann, der Schwiegersohn des vorherigen Hessen-Darmstädtischen Landesrabbiners Löw Sulzbach(er), als Rabbiner fungierte. 1871 stellte die einige Jahre danach vollständig eigenständige Separatgemeinde mit Dr. Lehmann Marx einen eigenen Rabbiner an.[68] Marx wurde 1897 aufgrund der anhaltenden Klagen vieler orthodoxer Landgemeinden von der Regierung zum alleinigen Rabbiner für diese Gemeinden des Bezirks Darmstadt ernannt und damit faktisch zu einem weiteren Landesrabbiner. Wie die statistischen Angaben aus dem Jahr 1911 für das Großherzogtum Hessen belegen, verstanden sich weiterhin 71 Gemeinden als orthodox und wurden von dem seit 1910 in Nachfolge seines Vaters amtierenden Dr. Moses Marx betreut (Landrabbinat Darmstadt II). Demgegenüber war der seit 1907 amtierende reformorientierte Dr. Bruno Italiener lediglich für 17 Gemeinden zuständig (Landrabbinat Darmstadt I).[69]

Die Frage, inwieweit das Zusammenleben der unterschiedlichen religiösen Gruppen in einer Gemeinde möglich sein könnte, betraf nahezu alle Aspekte gemeinschaftlichen

Lebens. Wollte man eine Abspaltung vermeiden, musste eine reformorientierte Gemeinde alle orthodoxen Einrichtungen aufrechterhalten. Das war ein erhebliches Zugeständnis, unter anderem da die Einrichtungen kostenintensiv waren, von den reformorientierten Mitgliedern aber zunehmend nicht mehr benötigt wurden.[70] Dennoch versuchten beide Seiten, auch die Orthodoxie, eine Spaltung zu vermeiden. Nach der religionsrechtlichen Einschätzung der Mehrzahl orthodoxer Rabbiner stellte die Reformbewegung zwar eine Häresie dar. Das individuelle Handeln bewertete man jedoch nurmehr als Nachlässigkeiten, die nicht von einem Prinzip getragen waren. Diese bis heute weitgehend akzeptierte Einschätzung des führenden Altonaer Oberrabbiners Jakob Jokew Ettlinger gestand insbesondere jenen Generationen, die bereits in reformorientierten Gemeinden aufwuchsen, zudem zu, dass sie die religiösen Normen vor allem aufgrund fehlender Kenntnisse verletzten. Ein Aufrechterhalten orthodoxer Einrichtungen durch die Reformgemeinden und deren Zugeständnis, dass die Mitgliedsbeiträge der Orthodoxen nicht zur Finanzierung reformerischer Institutionen genutzt wurden, ermöglichten es beiden religiösen Gruppen weiterhin, Teil einer Gesamtgemeinde zu bleiben. Denn die Aufrechterhaltung orthodoxer Institutionen wurde von orthodoxer Seite als eine bleibende Anerkennung des orthodoxen Judentums bewertet.

Nur wenige gingen einen Schritt weiter. Der Rabbiner des orthodoxen Frankfurter Vereins, der Israelitischen Religionsgesellschaft, Samson Raphael Hirsch, wandte sich dabei keineswegs gegen diese Rechtsauslegung. Er bestand, sozusagen in Umkehr des Arguments, jedoch darauf, dass die Mitgliedschaft in einer reformorientierten Gemeinde ebenso zumindest eine indirekte Anerkennung des Reformjudentums von orthodoxer Seite darstelle. Daher bestehe eine religiöse Pflicht, aus einer solchen Gemeinde auszutreten, sofern dies möglich war. Das war zunächst ein abstrakter Gedanke, da die staatliche Seite nur ein Judentum anerkannte und der Gemeindezwang weiterhin Bestand hatte. Damit kam ein Niederlegen der Gemeindemitgliedschaft dem Austritt aus dem Judentum gleich, was nur durch einen Übertritt zum Christentum möglich war. Und die in einigen städtischen Gemeinden praktizierte Variante der Gründung privater religiöser Vereine unter Aufrechterhaltung der verpflichtenden Gemeindemitgliedschaft bedeutete zweifache Mitgliedsbeiträge, was sich mehrheitlich nur die Begüterten leisten konnten.

Der kleinen Frankfurter Vereinigung gelang es wie etlichen anderen separatistisch-orthodoxen Gesellschaften dennoch, eine eigenständige religiöse Infrastruktur aufzubauen. In Frankfurt tat man dies, obwohl – anders als Hirsch dies darstellte – ein orthodoxes Leben weiterhin auch in der Gemeinde möglich war. Dank zahlungskräftiger Spender konnte man vom Übergangsquartier bald in eine neuerbaute Synagoge umziehen; nach der Jahrhundertwende sollte ein noch größerer Synagogenkomplex folgen. Zudem gründete Hirsch schon 1853 eine vereinseigene Realschule. Das dabei vertretene Konzept einer eigenständigen orthodoxen Infrastruktur ging auf andere zurück. Das Familiennetzwerk des aus Karlsruhe stammenden Altonaer Oberrabbiners Jakob Ettlinger hatte dies im Badischen erstmals systematisch vorangetrieben und gerichtlich durchgefochten. Und die ersten Schritte einer rechtlichen Anerkennung dieser Vereinigungen als eigenständige religiöse Gruppe finden sich abermals in Karlsruhe, im hessischen Alzey sogar bereits 1849. Hirsch zielte jedoch auf eine gesamtstaatliche Lösung ab. Erst nach jahrzehntelanger Propaganda wurde die vollständige Abtrennung von der Hauptgemeinde durch das „Austrittsgesetz von 1876“, für Hessen von 1878, ermöglicht. Aber auch dann waren keineswegs alle Mitglieder selbst der Frankfurter Religionsgesellschaft, darunter sogar Vorstandsmitglieder, zu diesem Schritt bereit.

Die Hauptgemeinden hatten aus finanziellen Gründen, aber auch aufgrund des Zugehörigkeitsgefühls kein Interesse an der Trennung.[71] In Frankfurt steuerte diese 1878 dem befürchteten Mitgliederverlust durch die Anstellung eines orthodoxen Rabbiners, Dr. Marcus Horovitz, entgegen. Dieser bestand auf den genannten Sonderprivilegien für die Orthodoxie, und nach dem Vorbild der Hamburger Gemeinde zudem auf einer klaren Trennung der Finanzen in religiösen Angelegenheiten. Außerdem forderte er, im gleichen Rang wie die Reformrabbiner angestellt zu werden. 1882 erhielt die damit gestärkte Frankfurter Gemeindeorthodoxie zudem eine moderne orthodoxe Synagoge. Bereits zwei Jahre zuvor etablierte Horovitz durch eine neugegründete Israelitische Religionsschule einen spezifisch orthodoxen Religionsunterricht.

Das Renommee der Rabbiner aller religiösen Lager war in der Moderne nicht mehr ausschließlich an deren Anerkennung als religionsrechtliche Gelehrte gebunden. Rabbiner waren mehr denn je öffentliche Personen, deren Wirkungskreis weit über das eigene Amt hinaus reichte. Etliche agierten nicht nur im Interesse der eigenen Gemeinde, sondern der gesamten jüdischen Gemeinschaft. Und zunehmend waren es religiöse Interpretationen des Judentums und wissenschaftliche Arbeiten, aber auch die Herausgabe von Zeitungen, auf die sich ihre gesellschaftliche Anerkennung gründete; für Hessen zum Beispiel die beiden orthodoxen Blätter *Jeschurun* und der *Israelit*, auf Reformseite *Der Israelitische Volkslehrer*, *Der Freitagsabend*, das Jahrbuch *Achawa* oder die *Wissenschaftliche Zeitschrift für jüdische Theologie* sowie die *Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft*

und Leben.[72] Hinzu kamen eine neue jüdische erzählende Literatur, Lyrik, Dramen und zahllose historische Arbeiten, die den weitgefassten gesellschaftlichen Auftrag, den viele dieser Doktor-Rabbiner empfanden, belegen. Aus einem bürgerlichen Amtsbegriff heraus fungierten diese zudem in zahlreichen jüdischen Organisationen, und dies weit über die Rabbinerverbände hinaus. Dies schloss Wohltätigkeits- ebenso wie Bildungsvereine, vereinzelt auch politische Vereinigungen mit ein. Der Rabbiner war anders als der frühneuzeitliche Gelehrte eine sogar über den Rahmen der jüdischen Gemeinschaft hinaus wahrgenommene öffentliche Person, die in der Gemeinde und darüber hinaus in einer Fülle unterschiedlicher Aufgabenbereiche tätig war.

Richtet man zum Abschluss dieser knappen Darstellung noch einmal den Blick auf die Fülle gemeindlicher und allgemein jüdischer Institutionen und Stiftungen, so zeigt sich erneut die Breite des Engagements. Die Frankfurter Gesamtgemeinde verzeichnete als größte hessische Gemeinde für die Jahre 1932/33 neben fünf Rabbinern und zwei Rabbinatsassessoren fünf Synagogen, eine davon im Krankenhaus der Gemeinde. Zudem gab es mit dem Philanthropin ein Reformgymnasium, eine Volksschule und als Neuerung auch die Hebräische Unterrichtsanstalt.[73] Ebenso in Gemeindeverwaltung war das jüdische Krankenhaus, die Bibliothek, das Jüdische Museum, ein Jugendheim sowie das Beerdigungswesen, die Mikwe und eine Mazzebäckerei. Neben der von Marcus Horovitz gegründeten, nun als Hoffmannsche Jeschiwa bezeichneten rabbinischen Lehranstalt existierte das Freie Jüdische Lehrhaus als ein Instrument der Erwachsenenbildung und ein Talmud-Tora-Verein. Jenseits der Gemeinde finanzierte die Löb Elias'sche Stiftung zwei weitere orthodoxe Synagogen, daneben gab es noch die ehemalige Synagoge der Beerdigungsbruderschaft, „Kippe-Stub" genannt, die von der Familie Rothschild unterstützt wurde, sowie die Traubsche und die Niederhofheimsche Synagoge. Die Israelitische Religionsgesellschaft besaß im gleichen Zeitraum neben der Gemeindesynagoge eine Real-, seit 1882 zudem eine Volksschule, ein Hospital, eine eigene koschere Schlachtung, eine Mikwe, eine Friedhofs- und Beerdigungsverwaltung sowie die *Jeschiwa*. Für die aus dem Osten Zugewanderten gab es vier ostjüdische Betsäle, welche die Hauptgemeinde als *Jeschiwot* mit Betstube subventionierte, zudem zwei Betzirkel für Trauernde. Trotz aller Zentralisierungsversuche der Gemeindeorganisation gab es neben den gemeindeeigenen Institutionen wie schon in der Vormoderne weiterhin eine ungeheure Vielzahl weiterer Einrichtungen und privater Stiftungen. Deren Fülle belegt, in welchem Maß die in die städtische Gemeinschaft integrierte jüdische Bevölkerung dennoch weiterhin eine spezifische Infrastruktur aufrechterhielt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass jenseits all dessen auch eine ganz erhebliche Anzahl von Stiftungen und Einrichtungen jüdischer Personen existierte, die dem Gesamtwohl der Stadt und allen Bürgern dienten. Eine solche Fülle an gemeindeinternen Einrichtungen und privaten Förderungen konnten natürlich allenfalls Großstadtgemeinden leisten, zumal nach den finanziellen Einbrüchen nach dem Ersten Weltkrieg und der Weltwirtschaftskrise, die den Mittelstand und damit einen Großteil der jüdischen Bevölkerung ganz besonders trafen. Dementsprechend stellt die Frankfurter Gemeinde im Vergleich selbst zu den städtischen Gemeinden Hessens zweifellos eine Ausnahme dar. Dennoch bestand auch dort eine hohe Bereitschaft für ein privates Engagement jenseits der Gemeindeinstitutionen, durchaus auch im Vergleich zum Anteil der jüdischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung.[74]

Anders als der Psalmist dies versprach, war das Zusammenleben in der Gemeinde weder ungetrübt süß noch stets genehm.[75] Es war letztlich eine Notwendigkeit, die es der kleinen jüdischen Minderheit – ganz im Gegensatz zu anderen Minderheiten – in einer rechtlich und lange auch ökonomisch problematischen Situation, bei einer fast durchgängig bestehenden Ablehnung und sogar Anfeindung durch die Umwelt ermöglichte, einen eigenen Schutzraum zu bewahren. Wiewohl dieser von den Staaten instrumentalisiert und intern von Eliten dominiert wurde, war die Gemeinde weit über den Rahmen einer Religionsgemeinschaft hinaus eine Solidargemeinschaft, die den Zusammenhalt stärkte und das Leben, zuweilen auch das Überleben ermöglichte. Zugleich fußte die Gemeinde als Institution stets auf einem dominierenden, weit gefassten Begriff von Gemeinschaft. Jenseits aller sozialen Konflikte und identitätspolitischen Grenzziehungen sicherte das von einem individuellen Verantwortungsgefühl geleitete persönliche Engagement den Zusammenhalt und eine eigenständige kulturelle Identität.

Anmerkungen

1 Z. B. Isidor Kracauer (unter Mithilfe seiner Ehefrau Hedwig Kracauer), Geschichte der Juden in Frankfurt a. M. (1150–1824), Bd. 2, Frankfurt a. M. 1927; Steven M. Lowenstein, The Berlin Jewish Community. Enlightenment, Family, and Crisis (1770–1830), New York 1994; Robert Liberles, Religious Conflict in Social Context. The Resurgence of Orthodox Judaism in Frankfurt am Main (1838–1877), Westport 1985; Manfred Hettling/Andreas Reinke/Norbert Conrads (Hrsg.), In Breslau zuhause? Juden in einer mitteleuropäischen Metropole der Neuzeit, Hamburg 2003; J. Friedrich Battenberg/Peter Engels/Thomas Lange (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger, Wiesbaden 2019; Martina Drobner, Zur Entwicklung der Mainzer jüdischen Gemeinde im Kontext gesamtgesellschaftlicher Prozesse des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2000; Renate Penßel, Jüdische Religionsgemeinschaften als Körperschaften Öffentlichen Rechts. Von 1800 bis 1919, Köln 2014.

2 Uziel O. Schmelz, Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, Tübingen 1996, S. 14–29, 54–57; Steven M. Lowenstein, The Population History of German Jewry (1815–1939), Boston 2023, S. 21, 25.

3 Schmelz, Die jüdische Bevölkerung, S. 189–311.

4 Thorsten Burger, Frankfurt am Main als jüdisches Migrationsziel zu Beginn der Frühen Neuzeit. Rechtliche, wirtschaftliche und soziale Bedingungen für das Leben in der Judengasse, Wiesbaden 2013. S. 354–392.

5 Z. B. Tanja Rückert, Produktivierungsbemühungen im Rahmen der jüdischen Emanzipationsbewegung (1780–1871). Preußen, Frankfurt am Main und Hamburg im Vergleich, Hamburg 2005.

6 Andreas Gotzmann, The Shifting Legal and Political Status of Early Modern Jewries, in: Adam Sutcliffe/Jonathan Karp (Hrsg.), The Cambridge History of Judaism. The Early Modern World (1500–1815), Bd. 7, Cambridge/New York 2017, S. 100–141; ders., Gemeinde als Gemeinschaft? Politische Konzepte im deutschen Judentum des Absolutismus, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 1 (2002), S. 375–430; ders., Political Context of Jewish Communities, in: Oxford Handbook of Jewish Law, New York (im Druck).

7 Andreas Gotzmann, Jüdische Autonomie in der Frühen Neuzeit. Recht und Gemeinschaft im deutschen Judentum, Göttingen 2008, S. 479–684.

8 Jakob Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, in: Jahrbuch der jüdisch-literarischen Gesellschaft 20 (1929), S. 181–252, 183–185, 187–188; Alfred Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Entscheidungen, Berlin 1910, S. 186, 263, 381, 412–413; Sally Engelbert, Das Recht der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Kurhessen, Marburg 1913, S. 43–48, 61–112.

9 Gotzmann, Jüdische Autonomie, S. 25–144, 232–274; Daniel J. Cohen (Hrsg.), Die Landjudenschaften in Deutschland als Organe jüdischer Selbstverwaltung von der frühen Neuzeit bis ins neunzehnte Jahrhundert. Eine Quellensammlung, Bd. 2, Jerusalem 1997; Ludwig Horwitz, Die Verwaltung der judenschaftlichen Angelegenheiten im ehemaligen Kurhessen. Ein Beitrag zur Geschichte der Emanzipation der Israeliten, Cassel 1908, S. 6–14; Andreas Gotzmann, Jüdisches Recht im kulturellen Prozeß. Die Wahrnehmung der Halacha im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1997, S. 23–106.

10 Gotzmann, Jüdische Autonomie, S. 166–209, 275–396; Volker Press, Kaiser Rudolf II und der Zusammenschluss der deutschen Judenheit. Die sogenannte Frankfurter Rabbinerverschwörung von 1603 und ihre Folgen, in: Alfred Haverkamp (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, Stuttgart 1981, S. 243–294.

11 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 185; Abraham David, Fulda’s Jewish Communal and Spiritual Leadership during the Early Modern Period, in: Judaica 71 (2015), S. 168–183.

12 Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 184.

13 Kracauer, Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 421.

14 Andreas Brämer, Rabbiner und Vorstand. Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Deutschland und Österreich (1808–1871), Wien 1999.

15 Daniel J. Cohen, Die Entwicklung der Landesrabbinate in den deutschen Territorien bis zur Emanzipation, in: Haverkamp, Zur Geschichte der Juden, S. 221–242. Für 1906 verzeichnet die offizielle Statistik für Hessen-Nassau 12 Rabbiner, für das Großherzogtum Hessen 7, vgl. Jakob Thon, Die jüdischen Gemeinden und Vereine in Deutschland, Berlin 1906, S. 7.

16 Gotzmann, Jüdische Autonomie, S. 232–273.

17 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 199–201, 203–204; Andreas Gotzmann, Vom problematischen Dasein eines Reformers. Abraham Geigers Leben an vorderster Front, in: Christian Wiese/Walter Homolka/Thomas Brechenmacher (Hrsg.), Jüdische Existenz in der Moderne. Abraham Geiger und die Wissenschaft des Judentums, Berlin 2012, S. 59–111; Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 11.

18 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 389–390, nennt für Frankfurt allein eine Altschuldenlast in der Höhe von 300.000 fl. zzgl. Zinsen. 1793 beliefen sich die Altschulden der Wormser Gemeinde laut der amtlichen Untersuchungskommission auf 80.000 fl., und überstiegen damit die Einnahmen um 52.956 fl. 18 kr. Laut Vorstandsschreiben v. 20. April 1834 waren bis 1824 47.300 fl. getilgt worden, 17.000 fl. standen weiterhin an; die Zahlungen waren erst 1856 abgeschlossen. Vgl. dazu Samson Rothschild, Die Abgaben und die Schuldenlast der Wormser Jüdischen Gemeinde (1563–1854). Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Worms, Worms 1924, S. 19–23, 28–43. In Offenbach bestand eine Schuldenlast von 8.817 fl. 14 kr.; nach Renovation der Synagoge für 3.500 fl. hat die Gemeinde erneut ca. die Hälfte der Altschuldenlast weiter abzutragen. Vgl. dazu *Divre Schalom weEmet*. Worte des Friedens und der Wahrheit. Ansprache des israelitischen Gemeindevorstands zu Offenbach am Main an seine Gemeindemitglieder zu dessen Anordnungen und Einrichtungen seit 1821 bis auf die Gegenwart, Offenbach a. M. 1843, S. 3.

19 Gotzmann, Jüdische Autonomie, S. 444. Paul Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1992, S. 252–253.

20 Schmelz, Die jüdische Bevölkerung, S. 312–399.

21 Siehe z. B. Entwurf eines Statuts für die Landjudenschaft, vom Rabbiner und der Gemeinde zur Beratung auf dem Landtag vorgeschlagen, Hanau, 8. Januar 1771, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 10.

22 Z. B.: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 782–784; Ludwig Horwitz, Die Verwaltung der judenschaftlichen Angelegenheiten.

23 Für einen solchen allgemeinen Entwurf zur grundlegenden Reorganisation jüdischer Landesverwaltungen siehe z. B. Denkschrift zu dem Entwurf einer Verordnung, die Verhältnisse der Juden betreffend, [verfasst von den Preuss. Ministern des Kultus und des Innern], Berlin 1847, in: Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 385–394; Kurhessische Verordnung die gemeinheitlichen Verhältnisse der Israeliten betr., 30. Dezember 1823. 2. Absch. § 23–37; § 30, § 32–33, ebd., S. 407–417; Herzogtum Nassau, Verordnung Kulturverhältnisse der Israeliten betr., 7. Januar 1852, ebd., S. 418–425; Regulativ der Freien Stadt Frankfurt am Main v. 8. März 1839, in: Leopold Auerbach, Das Judenthum und seine Bekenner in Preußen und in den anderen Bundesstaaten, Berlin 1890, S. 375–377; Ghzgt. Hessen, zur Organisationsstruktur, ebd., S. 412–456.

24 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 412–413; [Ludwig Börne], Actenmäßige Darstellung des Bürgerrechts der Israeliten zu Frankfurt am Main, Rödelheim 1816, S. 8–20, 24–19; Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 265–271.

25 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 512.

26 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 419. Zu Aschaffenburg und Hanau: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 787–797. Zu Fulda: Volker Fischer, Stadt und Bürgertum in Kurhessen. Kommunalreform und Wandel der städtischen Gesellschaft 1814–1848, Kassel 2000, S. 501–504; Ludwig Horwitz, Die Gesetze um die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten im ehemaligen Kurhessen (1816–1833), Kassel 1927, S. 8, 21–24; Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden,

S. 385–394; Horwitz, Die Verwaltung der judenschaftlichen Angelegenheiten, S. 17, 33.

27 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 425. Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 256, zitiert für 1809 14–15 Prozent Erwerbslose und 14 Prozent Berufslose; Letztere dürften durchaus ein Einkommen erwirtschaftet haben. 1887 wurden auf 425 Bewerber 64.000 Mrk. ausgezahlt; 1913 auf 1.160 Bewerber 161.000 Mrk., 100 Pfleglings-Kinder versorgt, für 242 Kranke insgesamt 17.000 Mrk. verausgabt; nach dem 1. Weltkrieg stiegen diese Kosten abermals erheblich. Vgl. Arnold Lazarus, Die Armenpflege für Ortsangesessene in der Frankfurter Israelitischen Gemeinde. Nach einem Referat erstattet bei der Kriegstagung des „Jüdischen Frauenbundes“ am 16. Januar 1916, Frankfurt a. M. 1916, S. 5

28 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 187–193.

29 Liberles, Religious Conflict, S. 38–40. Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 24–25, listet die Finanzierung für den Neubau von 1855 auf.

30 Schmelz, Die jüdische Bevölkerung, S. 62–82, 398; Steven M. Lowenstein, Jüdisches religiöses Leben in deutschen Dörfern. Regionale Unterschiede im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 219–248; Lowenstein, The Population History, S. 253, 260, 283–287, 304, 324–325, 409, 416–418, 427, 440, 443–444; die Einwanderung (insbes. aus Osteuropa) nach Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt, fiel vergleichsweise gering aus, blieb insgesamt v. a. auf Frankfurt und Offenbach begrenzt, vgl. ebd. 357–358, 367, 374–376.

31 Wie entsprechende Verstimmungen in Frankfurt zu Beginn zeigen, waren dies zunächst allerdings nicht alle der hierzu ausgewählten Personen, vgl. Kracauer, Geschichte der Juden, S. 385; zu den Regelungen von 1812, vgl. ebd., S. 421.

32 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 380, 383–386, 423–427; Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 272–274, 340–341; Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 426–427; Horwitz, Die Verwaltung der judenschaftlichen Angelegenheiten, S. 20; Hermann Engelbert, Statistik des Judenthums im Deutschen Reiche ausschließlich Preußens und in der Schweiz, Frankfurt a. M. 1975, S. 50–65. Insgesamt genannt werden 235 Gemeinden, 7 Rabbiner, 22 Elementar- und 116 Religionsschulen, 228 Synagogen, 145 Vereine und 30 Stiftungen. Thea Altaras, Synagogen und jüdische Rituelle Tauchbäder in Hessen. Was geschah seit 1945, 2. Aufl., Königstein i. Ts. 2007, S. 14, listet für 1880 für Hessen und den heute zu Rheinland-Pfalz gehörenden Gebieten 520 Synagogen. Um 1890 bestanden vermutlich aufgrund der Urbanisierung 20 genutzte Räumlichkeiten weniger, für 1930–1933 ist von ca. 450 Synagogen auszugehen.

33 Dorothee Schimpf, Emanzipation und Bildungswesen der Juden im Kurfürstentum Hessen, Wiesbaden 1994, S. 36–44; Peter Haberkorn, Der lange Weg zur Gleichberechtigung. Die Emanzipation der Juden im Herzogtum Nassau (1806–1866), Wiesbaden 2004, S. 271–308. Daneben entstanden natürlich auch innergemeindliche Neuordnungen, siehe z. B. Synagogen-Ordnung der israelitischen Religions-Gemeinde zu Worms, Worms 1848; Adolf Kober, Zur Geschichte der Juden Wiesbadens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1913, S. 8–13.

34 Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 377. Siehe z. B. die zunehmenden amtlichen Auflagen hinsichtlich einer hygienischen Einrichtung der Mikwen/Tauchbäder, vgl. Haberkorn, Der lange Weg, S. 275–282; Anke Schwarz, Jüdische Gemeinden zwischen Emanzipation und Obrigkeitsstaat. Studien über Anspruch und Wirklichkeit jüdischen Lebens in kurhessischen Kleinstädten im 19. Jahrhundert, Wiesbaden 2002, S. 127–164, 146–155.

35 1863 umfasste der Rabbinatsbezirk Darmstadt 107 Gemeinden, vgl. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 218.

36 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 401.

37 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 473; Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 272–275, wobei die Scheidungen von staatlicher Seite hier bereits anders geregelt wurden. Für Frankfurt geschah dies 1807, in Hessen-Darmstadt 1825/26; vgl. Bernhard Post, Judentoleranz und Judenemanzipation in Kurmainz (1774–1813), Wiesbaden 1985, S. 456–460. In dem neuen Fürstentum Aschaffenburg wurde die Rabbinatsgerichtsbarkeit 1803 untersagt.

38 Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 340–347, 447–355, verzeichnet die Vorstandsmitglieder beider Frankfurter Gemeinden.

39 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 207–208, mit einem Verzeichnis der ca. 30 Vereine und Stiftungen für Hessen-Darmstadt von 1843. Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden, S. 15–139, listet die Gemeindeinstitutionen, Vereine und Stiftungen für Frankfurt für das Jahr 1833. Vgl. auch B. Heidingsfelder, Allgemeines Lexicon sämmtlicher jüdischer Gemeinden Deutschlands, nebst statistischen und historischen Angaben, sowie Mittheilung der jüdischen Hotels, öffentlichen und Privat-Restaurants, Frankfurt a. M. 1884, S. 44–45.

40 Simone Lässig, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, Göttingen 2004, S. 61–242. Eine externe aufklärerische Darstellung, F. R. C. D. Sch. [d. i. Ferdinand R. C. D. Schazmann], Patriotische Gedanken über dem Zustand der Juden überhaupt, vorzüglich der Judenschaft in der Reichsstadt Friedberg, Burg-Friedberg 1788, S. 75–77, Anm. 21, sowie S. 30–33, Anm. 6, gibt eine Aufstellung der Steuern und Lebenshaltungskosten für die jüdische Gemeinde Friedberg und der Erwerbsmöglichkeiten.

41 Inge Schlotzhauer, Das Philanthropin (1804–1924). Die Schule der Israelitischen Gemeinde in Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1990; André Griemert, Bürgerliche Bildung für Frankfurter Juden? Das frühe Philanthropin in der Kontroverse um die jüdische Emanzipation, Marburg 2010; Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 395–526.

42 Haberkorn, Der lange Weg, S. 212–270; Schimpf, Emanzipation und Bildungswesen, S. 107–137.

43 Schwarz, Jüdische Gemeinden, 165–174. Nach dem Amtsantritt Samuel Enochs als Bezirksrabbiner in Fulda schwenkte man von der Simultanschule zu einem eigenständigen jüdischen Schulsystem um. Nachdem 1836 keine einzige jüdische Schule in der Provinz existierte, waren es schon bald 12 Schulen, vgl. Schimpf, Emanzipation und Bildungswesen, S. 126–130; Adolf Kober, Die Juden in Nassau seit Ende des 18. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung ihrer Unterrichts- und Kultusverhältnisse. Ein Beitrag zur Geschichte der Judenemanzipation in Deutschland, in: Nassauische Annalen 66 (1955), S. 220–250.

44 Friedrich Zange, Die Gleichberechtigung der Religionen auf dem Gebiet des höheren Schulwesens oder die Anstellung jüdischer Lehrer an den höheren Schulen, Berlin 1900, S. 8. Für 1900 werden hier 16 jüdische Oberlehrer an jüdischen Schulen in Frankfurt, 43 weitere an christlichen höheren Schulen in Hessen-Nassau, zudem vier Anwärter für Frankfurt und Hessen-Nassau genannt. Salomon Andorn, Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Lehrerschaft im Deutschen Reiche, Magdeburg 1908, S. 22, nennt für Hessen-Darmstadt 74 Lehrer, davon 43 mit Seminarausbildung, 19 mit privat erworbener Ausbildung, sowie 12 ungeprüfte.

45 Der Israelitische Lehrer. Zeitschrift für die gesammten Interessen des israelitischen Lehrerstandes, 6. Jg. (1866), Nr. 41, S. 167–168. Brämer, Rabbiner und Vorstand, S. 220–224. Für Marburg war zwischenzeitlich auch ein Religionslehrerseminar durch die Rabbiner Salomon Herxheimer und Moses Gosen geplant gewesen, das sich jedoch nicht ver-

wirklichen ließ, vgl. Rolf Faber, Salomon Herxheimer (1801–1884). Ein Rabbiner zwischen Tradition und Emanzipation. Leben und Wirken eines fast vergessenen Dotzheimers, Wiesbaden 2001. S. 29.

46 Friedrich Holzgrabe, Moses Büdinger (1784–1841), der erste israelitische Lehrer Hessens, in: Mitteilungen des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, NF 13 (1986), S. 2–10, hier S. 2; Schwarz, Jüdische Gemeinden, S. 174–193, S. 194–213.

47 Insgesamt dazu: Andreas Brämer, Leistung und Gegenleistung. Zur Geschichte jüdischer Religions- und Elementarschullehrer in Preußen (1823/24 bis 1872), Göttingen 2006; Thon, Die jüdischen Gemeinden, S. 20, zählt 1906 für Hessen-Nassau bei 232 Gemeinden 56 Religionsschulen, 77 öffentliche jüdische Volksschulen, 68 Wanderlehrer, für das Großherzogtum Hessen bei 143 Gemeinden 78 Religionsschulen, 4 öffentliche jüdische Volksschulen, 41 Wanderlehrer. Siehe auch Lowenstein, The Population History, S. 189–190, 197, 209.

48 Es bliebe anzumerken, dass Hessen einen Landesverband israelitischer Religionsgemeinden (1926) hatte, bereits seit 1921 einen Hessischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden, daneben das Großherzogtum Hessen seit 1871 den Verein der gesetzestreuen Israeliten der Provinz Starkenburg, der die eigenständigen orthodoxen Gemeinden vertrat. Vgl. Renate Penßel, Jüdische Religionsgemeinschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts (1800–1919), Köln 2014, S. 287–288, insgesamt zu Hessen-Darmstadt ebd., S. 279–309.

49 Brenner, Jüdische Kultur, S. 71–75.

50 Brenner, Jüdische Kultur, S. 71–75.

51 Christian Wiese, Der zwiespältige Traum von Frankfurt am Main als einem Zentrum der Wissenschaft des Judentums in der Weimarer Republik, in: ders./Mirjam Wenzel/Stefan Vogt et al (Hrsg.), Das jüdische Frankfurt – von der Emanzipation bis 1933, Berlin 2023, S. 155–187, hier S. 177–187; Gudrun Jäger, Meist ohne „festen Wohnsitz“. Zur wechselvollen Geschichte der universitären Lehre – am Beispiel der jüdischen Religionswissenschaft, in: Forschung Frankfurt 1 (2008), S. 89–94.

52 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 196–197, ähnliche Vorbehalte auch in Hessen-Darmstadt.

53 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 377–378, 422; Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 424–425.

54 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 422, 473: Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 399–400.

55 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 391; neben dem Philanthropin gab es in Frankfurt um 1808 drei weitere Privatschulen, die Maassche, Levysche und Sachssche Schule, letztere auch für Mädchen, die weiter zugelassen wurden, vermutlich da die Lehrer dort eine gewisse Ausbildung vorweisen konnten.

56 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 390.

57 Kracauer, Geschichte der Juden, S. 425.

58 Gottfried Mehnert, Jüdische Wissenschaft im Dialog mit christlicher Theologie. Auseinandersetzung mit Adolf von Harnack, Rabbiner Prüfungen, Marburger Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Berlin 2017, S. 63–101; Faber, Salomon Herxheimer, S. 21–26; Carsten Wilke, Lehrstätten und Laufbahnen moderner Rabbinerausbildung in Deutschland nach der Gründung der Seminare, in: Transversal 5 (2004), H. 2, S. 22–38; ders., Die Rabbinerausbildung im deutschsprachigen Raum. Grundlinien ihrer Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Miriam Gillis-Carlebach/Barbara Vogel (Hrsg.), „…die da lehren, werden leuchten wie des Himmels Glanz…“ Joseph Carlebach und seine Zeit. Würdigung und Wirkung, München 2005, S. 86–113; insgesamt ders., Den Talmud und den Kant. Rabbinerausbildung an der Schwelle zur Moderne, Hildesheim 2003. Hierzu gab es zeitgleich einen Vorstoß eines christlichen Theologen, eine universitäre Professur einzurichten: Johann Georg Diefenbach, Jüdischer Professor der Theologie auf christlicher Universität. Eine Aufgabe für christliche Staaten, 2 Bde., Gießen 1821.

59 Lässig, Jüdische Wege, S. 246–360.

60 Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 270; Rachel Heuberger/Helga Krohn (Hrsg.), Hinaus aus dem Ghetto. Juden in Frankfurt am Main (1800–1950), Frankfurt a. M. 1988. Zu den Rabbinerbiografien siehe insgesamt jeweils Carsten Wilke/Katrin Nele Jansen, Biographisches Handbuch der Rabbiner, 2. Bde., München 2004–2009. Wilke, Den Talmud und den Kant, S. 33–126.

61 Gotzmann, Jüdisches Recht, S. 303–309.

62 Gotzmann, Jüdisches Recht, S. 310–353. Insgesamt Liberles, Religious Conflict; Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 843–891.

63 Aber auch in anderen Gemeinden, wie Gießen, vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, 2. Bd., S. 255–257.

64 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 193–196; Schimpf, Emanzipation und Bildungswesen, S. 44–52. Vor Enoch war Dr. Jakob M. Rosenberg Rabbiner, dieser legte nach Auseinandersetzungen mit dem Vorstand in den 1850er Jahren sein Amt nieder. Nach Romanns Tod wurde ein Reformer gewählt, wobei viele landjüdischen Gemeinden ebenso wie in Hessen-Darmstadt gegen diese Ernennung, in dem einen Fall erfolgreich, protestierten. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 115–118, 225–226.

65 Ein Hinweis für diese Haltung bieten auch die vergleichsweise geringen Konversionsraten für Hessen-Nassau und Hessen, vgl. Lowenstein, The Population History, S. 225–226.

66 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 201–202; Stefanie Ebenritter, Das religiöse Leben des Darmstädter Judentums im Wandel. Die orthodoxe und die liberale Gemeinde von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 91–116.

67 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 210–211.

68 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 211, 223–251, wobei man auch eine Trennung der Landgemeinden von der Gemeinde Darmstadt in Betracht zog, eine Lösung, die mit zwei getrennten, religiös differierenden Landesrabbinaten auch umgesetzt wurde. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 21–23; Thomas Lange, Drei jüdische Gemeinden in Darmstadt seit 1914, in: Peter Engels/Klaus-Dieter Grundwald/Peter Benz (Hrsg.), Ein Jahrhundert Darmstadt, Bd. 1, Wiesbaden 2019, S. 415–430.

69 Handbuch der Jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 20 (1911), S. 185–188; sieben weitere Gemeinden sind als nicht zugeordnet gelistet.

70 Gotzmann, Jüdisches Recht, S. 310–353; Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 844–858.

71 Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 847, nennt für die Frankfurter Israelitische Gemeinde für 1876 eine Schuldenlast von 393.000 Mark, dazu für Angestelltengehälter und Pensionen Kosten p. a. von 125.902 Mark und zudem hohe Sozialkosten, die eine Trennung und den Verlust der Mitgliederbeiträge kaum erlauben. Vgl. dazu Lebermann, Darmstädter Landrabbinat, S. 231–236; Liberles, Religious Conflict; Michaelis, Die Rechtsverhältnisse der Juden, S. 428–430;

72 Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 46–56, nennt neben einigen Zeitungen auch die Frankfurter jüdischen Vereine, von denen die meisten jenseits der Gemeinde angesiedelt waren. Eine Gesamtübersicht bietet: Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.), Die geschlossenen und halboffenen Einrichtungen der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland, Berlin 1925, S. 48–49, das für den Volksstaat Hessen insgesamt acht Alters-, Erholungs- und Schwesternheimen zählt. Mit Ausnahme einer Institution (Darmstadt) waren alle in Vereinshand.

73 Thon, Die jüdische Gemeinden, S. 65, nennt für Frankfurt für 1906 die gemeindeeigene Realschule (Philanthropin) mit 316 Schülern und die Höhere Mädchenschule mit 177 Schülerinnen, für die Israelitische Religionsgesellschaft die Realschule mit Vorschule mit 372 und Höherer Mädchenschule mit 255 Schülern, daneben die Stiftung für gebrechliche und verwahrloste israelitische Kinder, die Flersheim Stiftung zur Ausbildung und Erziehung armer Knaben, die Jüdische Haushaltungsschule, das Israelitische Mädchenstift und den Kindergarten für Israeliten.

74 Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, S. 15–24. S. a. die Dokumentation des Vergleichs christlicher und jüdischer Leistungen für die allgemeine Wohlfahrtspflege in Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt, Mainz, Oberhessen, Großherzogtum Hessen, Offenbach und Provinz Hessen-Nassau bei Anton Bing, Statistische Untersuchungen über private Wohlfahrtspflege. Mit besonderer Berücksichtigung der aktiven Teilnahme der Konfessionen an derselben, Frankfurt a. M. 1904, S. 10–26. Bei Thon, Die jüdischen Gemeinden, sind für 1906 21 jüdische Vereine mit 10.163 Mitgliedern genannt, für Wiesbaden vier Vereine mit 807 Mitgliedern, für Kassel zwei Vereine mit 365 Mitgliedern, für Worms ein Verein mit 490 Mitgliedern, außerdem an kleineren Lokalvereinen für Hessen-Nassau 266, für das Großherzogtum Hessen 170.

75 Psalm 133,1.

Synagogenarchitektur im deutschsprachigen Raum

Katrin Keßler und Ulrich Knufinke

Die Architektur der jüdischen Häuser und Räume des Gebets hat im heutigen Bundesland Hessen eine lange, wechselvolle Geschichte, die in die Entwicklung der Synagogen in Deutschland und darüber hinaus eingebunden ist. Bis heute hat sich ein großer Bestand historischer Synagogen erhalten – trotz der gewaltsamen Zerstörungen in den Jahren des Nationalsozialismus und des Verlustes zahlreicher weiterer Bauten in der Zeit danach. Seit 1945 entstanden und entstehen wieder neue, bemerkenswerte Synagogen und jüdische Gemeindezentren, die vom gegenwärtigen jüdischen Leben in Deutschland zeugen.

Die Funktion der Synagogen als Räume des jüdischen religiösen und sozialen Lebens wandelte sich im Laufe der Jahrhunderte, ebenso ihre innere und äußere Gestaltung. Zudem stehen sie als Bauten und Einrichtungen einer Minderheit immer in einem besonderen Verhältnis zur Architektur der Mehrheitsgesellschaft: Die Adaption von bestimmten Raum- und Bauformen spielt hier ebenso eine Rolle wie die Frage, wie weit Synagogen im Stadtbild sichtbar werden durften. Aus der religiösen Praxis des Judentums leiten sich nur recht wenige Vorgaben für die Gestaltung eines Synagogenraums ab, die zudem in unterschiedlichster Weise architektonisch und stilistisch ausgeformt werden können. So entwickelten sich für bestimmte Zeiten und Regionen gewisse Typen – eine einheitliche Synagogenarchitektur, gar ein eigener Baustil, nach dem man vor allem im 19. Jahrhundert suchte, entwickelte sich nicht. Die Synagogen in Hessen betten sich architektonisch in die weiten Entwicklungsbögen dieser Baugattung im deutschsprachigen Raum ein, die anhand weniger Beispiele dargestellt werden sollen.

Soziale und religiöse Funktion der Synagogen

Synagogenbauten sind seit dem 19. Jahrhundert das im Stadtbild am deutlichsten sichtbare Zeichen jüdischen Lebens. Lange Zeit durften sie nicht sichtbar an Straßenzügen errichtet werden und mussten jegliche Andeutung ihrer Funktion vermeiden. Nach den mittelalterlichen Judenpogromen standen jüdische Gotteshäuser daher bis weit ins 19. Jahrhundert hinein versteckt in Hinterhöfen. Vielerorts konzentrierten sich weitere Gemeindeeinrichtungen wie Gemeindehaus, Schule oder Ritualbad im Umfeld der Synagoge, sodass eine Art Gemeindezentrum entstand, in dessen Nähe die meisten jüdischen Familien lebten.

Obwohl Synagogen eine besondere Rolle sowohl für das religiöse Leben als auch für das Gemeindeleben spielen, ist die Einrichtung eines eigenen Gebäudes für den Gottesdienst nach dem jüdischen Religionsgesetz (*Halacha*) nicht erforderlich. Im Gegensatz zum jüdischen Friedhof und dem rituellen Tauchbad (Mikwe), ohne die traditionelles jüdisches Gemeindeleben nicht denkbar ist, kann jüdischer Gottesdienst in nahezu jedem Raum gefeiert werden.[1] Dennoch soll laut jüdischem Religionsgesetz jede Gemeinde, in der ein *Minjan* (zehn im religiösen Sinne erwachsene Männer) vorhanden ist, sich um den Bau oder die Einrichtung einer Synagoge bemühen.[2] Besonders in der Entstehungszeit von Gemeinden waren dies meist kleinere Betsäle, oft in bestehenden Privatgebäuden von Gemeindemitgliedern oder in zu diesem Zweck angemieteten Räumlichkeiten. Das Religionsgesetz unterscheidet nach öffentlicher Gemeindesynagoge und privater Synagoge lediglich anhand der Regelmäßigkeit des Gottesdienstes und Gebetes, nicht anhand der Größe oder Ausstattung der Architektur. Die von der Gemeinde genutzte Synagoge, selbst wenn dies ein bescheidener Raum ist, steht in ihrer Bedeutung über der Privatsynagoge, da davon auszugehen ist, dass in der Gemeindesynagoge der *Minjan* zum täglich morgens und abends stattfindenden Gebet regelmäßig zusammenkommen wird. Wenn die Mindestzahl der zehn Männer nicht vorhanden ist, darf in diesem Fall zwar Gottesdienst stattfinden, aber da dieser nicht als „öffentlicher" Gottesdienst gilt, ist die Verlesung der *Tora* und das Sprechen bestimmter Gebete (z. B. das *Kadisch*) nicht möglich. In manchen Orten bezahlte man einige, meist ältere Männer sogar dafür, in der Synagoge am Gebet teilzunehmen und den Minjan sicherzustellen. Entsprechend ist das Gebäude der Synagoge nicht heilig, sondern wird geheiligt durch das hier stattfindende Gebet und die hier aufbewahrte Torarolle(n) – im Gegensatz zu Vorstellungen des Christentums.[3] Dies bedeutet, dass das Gebäude relativ problemlos verkauft und einer anderen Nutzung zugeführt werden darf.[4]

Auch ob der Synagogenraum im Besitz der Gemeinde bzw. angemietet ist oder kostenfrei durch ein Gemeindemitglied zur Verfügung gestellt wird, ist für den Status als Synagoge ebenso wenig relevant wie die Größe oder Ausschmückung. Die Nutzung privater Betsäle durch die Gemeinde konnte durchaus über längere Zeiträume erfolgen, wie z. B. in Kirchhain für fast 100 Jahre – von 1811 bis zur Einweihung der neuen Synagoge im Jahr 1904. Zeitweise kam es dort wegen Erhöhung der geforderten Miete

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-005

zu Auseinandersetzungen mit dem Eigentümer des Hauses, in dessen Keller sich übrigens auch das Ritualbad befand.[5]

Der jüdische Gottesdienst wird von einem Vorbeter geleitet, der von seinem Stehpult (hebr. *Amud*) vor oder seitlich neben dem Toraschrein aus die Gebete spricht. Die Gebetsrichtung nach Jerusalem wird durch den Toraschrein in der Mitte der Ost- oder Südostwand der Synagoge angezeigt, häufig befindet sich in der Ostwand zudem ein Okulus-Fenster – das sogenannte *Misrach*-Fenster (*Misrach*: hebr. Osten). Beim Gebet und Gesang sitzen oder stehen die Männer in traditionellen Gemeinden auf ihren Plätzen im Männerraum, während Frauen in einem separaten Raum oder seit dem 18. Jahrhundert auf einer Empore ihren Platz haben. Die Männersitze waren um die in der Raummitte aufgestellte Plattform zur Verlesung der Tora (*Bima*, hebr. Bühne, Podium, auch *Almemor* genannt) und entlang der Wände mit Blick zur *Bima* angeordnet, wie es auch auf dem Stich der Alten Synagoge Frankfurt von 1711 dargestellt ist.

Die Männer hatten zur Ablage der Gebetbücher bewegliche Stehpulte vor sich stehen. Im Zuge der Reformierung und Neuordnung des Gottesdienstes im 19. Jahrhundert ersetzten viele Gemeinden diese Aufstellung durch nach Osten gerichtete Bankreihen – ähnlich den Kirchenbänken. Die Synagogen in Frankfurt und Kassel waren für Hessen die einflussreichsten Reformbauten (s. u.), von denen aus die neuen Ideen auch in Landsynagogen Einzug hielten.

Abb. 1: Innenansicht der alten Synagoge in Frankfurt am Main von 1711, Zeichnung von Ernst Oskar Wunibald Pichler, 1855. Foto: Horst Ziegenfusz. Historisches Museum Frankfurt am Main.

Dreimal wöchentlich findet eine Lesung aus der Torarolle statt, wobei der Gottesdienst am Schabbatmorgen – neben den Feiertagen – der wichtigste der Woche ist. Die Gemeinde erscheint dazu in festlicher Kleidung und im Gegensatz zu Gottesdiensten der Wochentage kommen nun auch zahlreiche Frauen zur Synagoge.[6] Die Toralesung, der Höhepunkt des Gottesdienstes, ist von feierlichen Zeremonien begleitet.

Abb. 2: Wilhelm Thielmann, Szene aus der Kasseler Synagoge – Lesung aus der Tora. Zeichnung, 1898–1900. Stadtmuseum Kassel, Inventarnummer G 0378.

Am Schabbat werden sieben Gemeindemitglieder zur Lesung auf die *Bima* gerufen, für jeden wird ein kleiner Abschnitt aus der Tora vorgelesen. Diese sogenannte *Alija* (Aufstieg zur Bima), sowie auch das Öffnen und Schließen des Schreins, das Tragen zur *Bima* und Ent- und Bekleiden der Torarolle sind Ehrenämter, für die üblicherweise ein Beitrag zur Gemeindekasse gezahlt wird. Da die Schabbatruhe sowohl das Berühren von Geld als auch das Schreiben verbietet, gab es Hilfsmittel, um zu vermerken, welche Summe die jeweiligen Gemeindemitglieder für das Ehrenamt versprochen hatten. In kleineren Gemeinden konnten das Bretter mit Stecksystemen sein, aus Mainz ist ein Buch überliefert, in dem die Namen aller (männlichen) Gemeindemitglieder vermerkt waren, um mit Hilfe von Klammern die versprochene Spende zu merken.[7] Es ist vor allem der Weg der Torarolle während des Gottesdienstes, um den herum der Innenraum der Synagoge arrangiert ist: Auf die *Bima* in der Mitte des Raumes führen in den meisten Fällen zwei Stufenfolgen – eine von Norden und eine von Süden –, dem Hin- und Rückweg der Tora entsprechend.

An *Sukkot* (Laubhüttenfest) finden feierliche Umzüge mit dem Feststrauß aus Palmzweig, Myrrhe und Bachweide um die *Bima* herum statt. An *Simhat Tora*, dem Fest der Gesetzesfreude, das auf das Laubhüttenfest folgt, beginnt und endet der einjährige Zyklus der Toralesung. Daher hebt man alle Torarollen aus und trägt sie in einer fröhlichen Prozession mit Tanz und Gesang sieben Mal um die *Bima*. An diesen Prozessionen sind aktiv nur die männlichen Gemeindemitglieder beteiligt. Auch private Feiern, wie Eheschließungen oder die Zeremonie der Beschneidung, können in der Synagoge stattfinden. Der in vielen Gemeinden hierfür benutzte „Stuhl des Elijahu" hat zwei Sitzflächen: eine für den Paten und eine für den bei der Zeremonie symbolisch anwesenden Propheten Elija. Beschneidungsbänke als Inventar von Synagogen in Hessen bilden Fritz Epstein und Rudolf Hallo aus den Synagogen Hebenshausen und Beverungen ab; Epstein erwähnt, dass auch in Schlüchtern sich ebenfalls eine „der nur noch selten anzutreffenden Beschneidungsbänke, zweisitzig, mit Armlehnen und hebräischem Spruch" zu finden war.[8]

Über diese Zeremonien berichtete u. a. der Frankfurter Theologe Johann Jacob Schudt, dessen Schriften über das zeitgenössische Judentum ein lebhaftes Bild der Bräuche und Riten seiner Zeit vermittelt, wenn er in seine Beschreibungen auch viele Klischees einfließen ließ. Er erwähnt für die Frankfurter Synagoge von 1711 eine den Frauen- mit dem Männerbereich verbindende Tür, wie sie vor allem aus dem süddeutschen Raum bekannt ist (Fürth, Worms, Prag, Bechhofen) und dort als *Mile*-Tür (von *Brit Mila* für Beschneidung) bezeichnet wurde, da durch diese Tür die Frau das Baby zur Beschneidungszeremonie in den Männerraum gab.[9] Diese Türen wurden an bestimmten Feiertagen (*Simchat Tora* und *Purim*) aufgeschlossen, damit die Frauen an den Tänzen und Feiern per Blickkontakt teilnehmen konnten.

Aus den verschiedenen gottesdienstlichen Anforderungen an den Raum, aber auch den von der nichtjüdischen Umgebung auferlegten Regeln entwickelte sich so die Architektur der Synagoge. Bis ins 19. Jahrhundert waren Synagogen schlichte, einschiffige, von einer flachen Decke oder einem flachen Gewölbe überspannte Saalbauten mit einem separaten Bereich für die Frauen, zumeist im Westen über einem Vestibül im Erdgeschoss. Interessanterweise scheint es in Hessen – im Gegensatz zu anderen Gebieten – kaum Synagogen mit Holztonnengewölbe gegeben zu haben, wie wir sie aus anderen Gegenden durchaus kennen.[10] Der innere Aufbau der traditionellen orthodoxen Synagoge ist bifokal angelegt mit dem Toraschrein an der Ost- oder Südostwand in Richtung Jerusalem, und der *Bima* in der Mitte des Raumes, von der aus die Torarolle verlesen wird. Zwischen diesen beiden Orten spannt sich der Raum auf. Der Toraschrein, als Ort der Verwahrung der Torarollen, ist üblicherweise prachtvoll gestaltet im Stile der jeweiligen Zeit. Manche Gemeinden verfügten über mehrere Torarollen, die von Gemeindemitgliedern zu besonderen Anlässen gespendet werden konnten. Vor den Türen des Toraschreins hängt ein Vorhang, der oft prächtig bestickt ist, Gleiches gilt für die Mäntel, mit denen die einzelnen Rollen bekleidet sind.

Zur Dekoration der Synagogenräume gehört in den meisten Fällen eine dekorative Ausmalung, wobei auf die Ostwand besonderes Augenmerk gelegt wird. Licht spenden Kerzen- und später elektrische Leuchter, die von der Decke abgehängt und an den Wänden angebracht sind. Ein an das ewige Licht im Jerusalemer Tempel erinnerndes Licht (hebr.: *Ner tamid*) brennt heute üblicherweise in der Nähe des Toraschreins; im Mittelalter war sein Platz aus Brandschutzgründen jedoch in einer mit Gitter geschützten Mauernische an der Westwand oder am Eingang der Männer.[11] Insbesondere im Umfeld der *Bima* finden sich oft viele Lampen, aber auch der Rest des Raumes muss hell genug sein, damit die Gemeindemitglieder wie halachisch gefordert die Gebete selbst lesen können.

Synagogen als Gegenstand der architekturhistorischen Forschung

Die Erforschung der Geschichte und Architektur der Synagogen im deutschen Sprachraum setzte bereits im frühen 20. Jahrhundert ein. Die Forschungsgeschichte zu den hessischen Bauten steht exemplarisch für das wissenschaftliche Interesse an materieller jüdischer Kultur und ihren gebauten Zeugnissen. Hessische Beispiele wurden mit kleinen Arbeiten zum Kultusbau insbesondere des zu verschwinden drohenden Landjudentum schon früh betrachtet.[12] Die 1897 in Frankfurt gegründete Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler widmete sich der Materialsammlung und veröffentlichte mehrere Artikel in ihren Notizblättern. Es ging ihr um die Suche nach einer jüdischen Volkskunst – „und wo sollte es mehr von ihr geben als in jenem Lande, in dem seit Jahrhunderten und seit Generationen Juden in kleinen festen Gruppen und Familienverbänden sitzen, wo sie mit dem Lande und wo das Land mit ihnen verwachsen ist, in Hessen?"[13] Vor allem lag der Fokus jedoch auf der Ausstattung der Synagogen, ihrer Dekoration und der kunsthandwerklichen Gestaltung ihrer Objekte. Fritz Epstein ergänzt seine Beschreibungen durch kleine Handskizzen von Synagogeneinrichtungen und -grundrissen, die Details zahlreicher heute verlorener Bauten zeigen. Den Publikationen von Epstein und des Kasseler Kunsthistorikers Rudolf Halle

verdanken wir wertvolle Informationen zu den hessischen Landsynagogen vor der Schoa. Rahel Wischnitzer-Bernstein stellt 1939 fest, „daß das Holzfachwerk für den Landsynagogentyp in Deutschland kennzeichnend ist. Außer den fränkischen und hessischen Synagogen, die von Toeplitz, Epstein und Hallo untersucht wurden, liegen Vorarbeiten vor über die Fachwerksynagogen in Burgsteinfurt in Westfalen, Hechingen in Hohenzollern, Dramburg in Pommern, […].“[14] Sie nennt außerdem die Fachwerksynagogen in Kassel am Töpfermarkt (1756) und Hofgeismar (1763). In Mitteldeutschland – Hessen, Thüringen, südliches Niedersachsen etc. – dominierten Fachwerkbauten auf dem Land, und darin reiht sich auch der Synagogenbau ein.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beschäftigte sich kaum jemand wissenschaftlich mit dem immensen Verlust an historischen Synagogenbauten – die Protagonisten der jüdischen Kunstgeschichte waren emigriert oder ermordet worden, die architekturgeschichtliche Forschung der deutschen Hochschulen und die Institutionen der Denkmalpflege entwickelten lange Zeit kein Interesse an den verbliebenen Gebäuden. Die aus Jugoslawien geflohene Architektin Thea Altaras gründete 1978 die Jüdische Gemeinde Gießen und begann ab 1984 ihre Recherchen zu Synagogen in Hessen. Sie griff die Arbeit der Frankfurter Gesellschaft auf, indem sie sorgfältig die noch erhaltenen Synagogen in ihrem aktuellen Zustand dokumentierte. Ihrer Forschung legte sie die 1971 von Paul Arnsberg erschienenen Bände *Die jüdischen Gemeinden in Hessen* zugrunde – das erste Übersichtswerk über die jüdische Geschichte Hessens.[15] Synagogen werden dort zwar genannt und wenn möglich auch lokalisiert, ihre Baugeschichte und Ausprägung war aber nicht Teil der Untersuchung. Diese wurde erstmals mit Altaras’ 1988 erschienener Publikation vorgelegt, die bis heute eine wertvolle Grundlage für die Erforschung der hessischen Synagogenarchitektur bildet.[16] In vielen Orten gibt es bis heute Lokalforscher, die sich mit der jüdischen Geschichte und damit auch mit den Synagogenbauten beschäftigt haben und wichtige Beiträge zu deren Erforschung und Bewahrung liefern. Auch die 1963 gegründete Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen trug mit ihren Publikationen zur Erforschung bei. Synagogen bildeten dabei zunächst keinen Schwerpunkt, ab 2008 allerdings wurde ein eigenes Dokumentationsprojekt dazu ins Leben gerufen, dessen Beiträge in der Datenbank des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS) publiziert und nun auch durch die Ergebnisse des Projekts „Zerbrechliche Nachbarschaft: Gedenkbuch der Synagogen und jüdischen Gemeinden in Hessen“ ergänzt werden.[17]

Aus architekturhistorischer Sicht war es neben Thea Altaras vor allem die 1988 vom Deutschen Architekturmuseum Frankfurt am Main (DAM) präsentierte Ausstellung „Die Architektur der Synagoge“, die einen entscheidenden, über die Fachwelt hinaus wirkenden Anstoß zur Erforschung deutscher Synagogenarchitektur bedeutete. In dem von Hans-Peter Schwarz herausgegebenen Begleitband sind u. a. Artikel von Hannelore Künzl (Mittelalter, Frühe Neuzeit), Gerhard W. Mühlinghaus (17.–18. Jahrhundert) und Harold Hammer-Schenk versammelt, die wichtige Grundlagen bildeten, ebenso Salomon Korns Untersuchung der „Synagogen und Betstuben in Frankfurt am Main“.

Auch die für die Erforschung jüdischer Ritualbäder in Deutschland für lange Zeit einzige Publikation ist einer Frankfurter Ausstellung zu verdanken: Im Herbst 1992 präsentierte das Jüdische Museum die Ausstellung „Mikwe. Geschichte und Architektur jüdischer Ritualbäder in Deutschland“.[18] Anlass waren die bei Ausschachtungsarbeiten im April 1987 gefundenen Reste der Judengasse mit einem Ritualbad. Bis heute werden bei Bauarbeiten auch Fundamentreste zerstörter Synagogen gefunden – so 2023 bei Arbeiten an der Kongresshalle in Gießen und 2024 in Fulda.

Mittelalter

Jüdische Architektur ist im deutschsprachigen Raum seit dem Mittelalter nachweisbar. Älteste erhaltene bzw. gut dokumentierte Beispiele sind die Synagogen in Worms, Prag oder Erfurt. Sie stellen aber nur einen kleinen Teil des einstigen Bestands dar: In den Pogromen des ausgehenden Mittelalters sind die allermeisten jüdischen Gemeinden vertrieben oder vernichtet worden, ihre Synagogen wurden sofort oder in den folgenden Jahrhunderten zerstört. Für Hessen sind mittelalterliche Synagogen in 24 Orten belegt, und Paulus weist in seiner Untersuchung auf die interessante Auffälligkeit hin, dass in einigen Städten der Synagogenstandort vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert hinein konstant blieb – so in Friedberg, Fulda, Gelnhausen, Frankfurt am Main, Windecken und eventuell in Münzenberg.[19] Archäologische Funde von Fundamentresten konnten lediglich in Frankfurt (1970er Jahre) und 1993–1996 in Marburg ergraben werden, die übrigen Synagogen sind lediglich anhand archivalischer Notizen belegt. Die Marburger Synagoge ist 1317 erwähnt und wurde 1451/52 abgebrochen. Da bei den Ausgrabungen Wandreste von bis zu vier Metern Höhe freigelegt wurden, kann man drei Bauphasen für den ca. 9 x 6 m großen, überwölbten Raum rekonstruieren. Die in jeder Synagoge besonders interessante Ostwand ist

in einer Höhe von 1,70 m erhalten, sie zeigt für Bauphase II (um 1261) „auf der nördlichen Hälfte eine über zwei Stufen erhaltene Mauernische und in der südlichen Hälfte die Reste von zwei hoch liegenden rechteckigen Nischen“. Vor der mittleren konnten vier schmale Stufen gefunden werden, sodass die Annahme eines Toraschreins an dieser Stelle plausibel ist.[20]

Ein weiteres mittelalterliches jüdisches Bauwerk ist die Mikwe in Friedberg – das größte vollständig erhaltene Ritualbad in Europa, vermutlich sogar weltweit. Ab etwa 1260 wurde der 25 m tief zum Grundwasser hinunterreichende quadratische Schacht aus dem Basaltfelsen geschlagen, ausgemauert und mit einer zum Wasser hinunterführenden Treppe versehen.[21]

Abb. 3: Mikwe Friedberg, Aufnahme von 2012. Foto: Katrin Keßler. Bet Tfila – Forschungsstelle.

Dieser Schachttypus war im Mittelalter durchaus geläufig, wie an der Kölner Mikwe zu sehen; aber auch in kleineren Orten hat man Anlagen mit entsprechend reduzierteren Maßen und Details gefunden, wie in Volkmarsen (vor oder um 1500 datiert) oder zuletzt im bayerischen Aub, zu der die Erforschung noch aussteht. Bis um 1800 war das Friedberger Bad in Benutzung und wurde dann von der Gemeinde verkauft, jedoch schon 1875 wieder zurückgekauft und konnte mit Unterstützung u. a. der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler in Frankfurt und des Vereins für jüdische Geschichte und Altertümer in Friedberg in den Jahren 1902/03 renoviert werden. Ihr architekturgeschichtlicher Wert wurde schon früh erkannt, seit 1903 steht das Bad unter Denkmalschutz. Die Mikwe befand sich in der Judengasse, etwa 30 m entfernt von der mittelalterlichen Synagoge, auf deren Standort die Gemeinde auch ihr späteres, 1938 zerstörtes Gotteshaus errichtete.[22]

Frühe Neuzeit

Wenig erfahren wir über das Aussehen der Synagogen der Frühen Neuzeit in Hessen, obschon Synagogen aus dieser Zeit archivalisch belegt sind. Im 17. Jahrhundert entstanden einige jüdische Gemeinden, die wohl zunächst Betsäle in angemieteten Häusern oder bei Gemeindemitgliedern einrichteten. Auch aus Frankfurt am Main wird berichtet, dass es nach dem Brand der Synagoge in der Judengasse (1711) zahlreiche Betsäle gab, die über längere Zeiträume bestanden. 1723 bereitete dieser Umstand Probleme, da die Synagogenplätze der neu aufgebauten Synagoge aufgrund mangelnder Nachfrage nur noch für die Hälfte des Preises vermietet werden konnten – was eine Belastung für die Gemeindekasse bedeutete.[23]

Die nach dem Brand noch im selben Jahr 1711 und an gleichem Standort in der Frankfurter Judengasse wieder aufgebaute Synagoge ersetzte den mittelalterlichen Vorgängerbau von 1461 und war an diesem offenbar noch stark angelehnt.

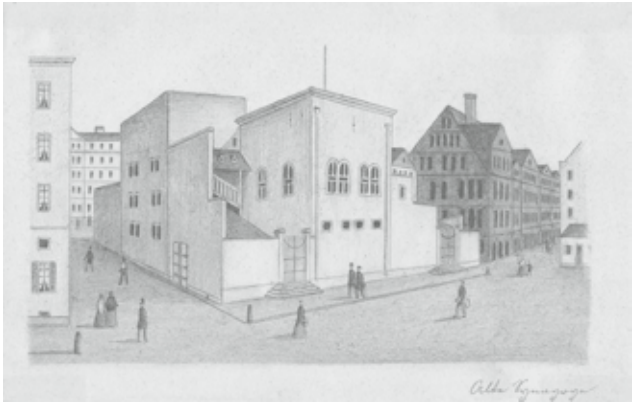


Abb. 4: Außenansicht der alten Synagoge in Frankfurt am Main von 1711. Reproduktion aus Jakob Fürchtegott Dielmann, Frankfurt am Main. Album der interessantesten und schönsten Ansichten alter und neuer Zeit, 1848. Historisches Museum Frankfurt.

Ihre Architektur ist durch Darstellungen ihres Äußeren und des Innenraums gut überliefert.[24] Vor allem der Bereich der Frauen, der sich auf der Nordseite des Hauptraums über drei Etagen erstreckte, trägt hier noch stark vom Mittelalter geprägte Züge. Mit dem Männerraum verbunden waren die Räume der Frauen über relativ kleine, vergitterte Fensteröffnungen, je zwei in jedem Joch. Über das Innere der Frauenbereiche schreibt Schudt, es sei „nichts zierliches darinn, sondern von blossen Steinen und mit Kalck übertünchet, nicht einmahl ein messinger Lechter, sondern nur höltzerne subsellia [Bänke] oder Sitze für die Weiber“.[25] Auch in der Fürther Altschul (1617 errichtet, 1692 erweitert) lag der Frauenbereich an einer der Längsseiten (hier an der Südseite) in zwei Etagen übereinander. Im Gegensatz zu Frankfurt waren die Öffnungen deutlich großzügiger und verliefen fast über die gesamte Jochbreite. Etwa gleichzeitig mit dem Frankfurter Wiederaufbau errichtete Synagogen, wie die in Halberstadt (1709–1712) oder Berlin (Heidereutergasse, 1712–1714) zeigen hingegen eine vollkommen neuartige Einbindung des Frauenbereichs in den Synagogenraum: Waren in Frankfurt die Frauen eindeutig in einem separaten Gebäudeteil durch eine massive Mauer abgetrennt, so gab es in anderen Synagogen des frühen 18. Jahrhunderts bereits Emporen, zum Teil mehrgeschossig. Diese befanden sich nun nicht mehr an den Längswänden, sondern immer häufiger an der Westseite über einem Vestibül, das dem Männerraum vorgeschaltet war. Diese Entwicklung hatte vermutlich mehrere Vorbilder – einerseits scheint der protestantische Kirchenbau – wie der Temple de Charenton (1622/23), eine Hallenkirche mit mehrgeschossigen Emporenreihen – eine Rolle gespielt haben, der über Amsterdamer Synagogen (Esnoga, 1671–1675) nach Deutschland, und offenbar zunächst nach Norddeutschland gelangte. Andererseits gab es wohl ebenso Einflüsse, die über in Osteuropa (Krakau) wirkende italienische Architekten schließlich nach Deutschland gelangt sind. Die Vergleiche zeigen, dass die Architektur des Frankfurter Wiederaufbaus von 1711 durchaus nicht mehr zeitgemäß war. Dass das mittelalterliche Schema vermutlich nahezu unverändert übernommen wurde, ist wahrscheinlich mit dem zeitlichen Druck zu erklären, unter dem der Neubau entstand und der einen neuen Entwurf nicht zuließ; zudem wurde „von dem alten Hause alles brauchbare Gestein und sogar der Schutt verwendet, so dass später vielfach wegen des schlechten Baumaterials Reparaturen nöthig wurden.“[26] Ähnliches finden wir aber in Heidingsfeld, heute ein Stadtteil von Würzburg, wo die Synagoge von 1698 etwa achtzig Jahre später (1780) in so schlechtem Zustand war, dass sie durch einen Neubau ersetzt werden musste. Obwohl der Zugang vor allem für die Frauen im Vorgängerbau schon schwierig war und nur über ein Nachbargebäude führte, änderte man wenig an der Situation. Der Neubau übernimmt das Anlageschema der Frauenbereiche im Erd- und Obergeschoss – lediglich die Öffnungen werden nun als großzügige Arkaden gestaltet, in die eine Holzbrüstung mit darüber angesetztem Gitter eingestellt sind.[27]

Landsynagogen des 17. und 18. Jahrhunderts

Während im 17. Jahrhundert wenige Synagogen entstanden, kam es im 18. Jahrhundert geradezu zu einer Welle von Neubauten jüdischer Gotteshäuser, sowohl in den Großstädten als auch auf dem Land. Einige dieser Bauten waren in der Zeit des Nationalsozialismus bereits aufgegeben und einer neuen Funktion zugeführt worden, weshalb sie 1938 kein Angriffsziel waren. Die Bauten, die bis heute erhalten sind, sind zumeist umgebaut zu Wohnhäusern. Beispiele finden sich in Lohra (1713), Altengronau (1717), Arolsen (1726), Lieblos (1776), Alsbach (1778) und anderen Orten. Gerade in ländlichen Regionen und kleineren Städten bildeten Synagogenbauten, zu einem großen Teil waren dies Umbauten bestehender Gebäude, den Nukleus für eine Art Gemeindezentrum – ein Beispiel dafür ist Gelnhausen.

Abb. 5: Gelnhausen, ehemalige Synagoge. Aufnahme von 2023.
Foto: Rahel Blum.

Es ist nicht sicher, ob die Synagoge hier im Wesentlichen einen Neubau von 1738 oder ein Umbau des 1650 errichteten Gebäudes darstellt; einige Details sprechen für letztere Annahme. Es scheint, dass im 18. Jahrhundert der typische quadratische Synagogenraum um ein Vestibül mit darüberliegender Frauenempore erweitert wurde. Darauf weist die massive Wand zwischen Betraum und Vestibül hin, die mit ihren beiden Fenstern sicher die

ursprüngliche Außenwand darstellt. Wo Frauen zuvor gebetet haben, bleibt unklar – denkbar wäre ein Anbau, der sich aber nicht belegen lässt. Eine weitere Vergrößerung schloss die Baugenehmigung des 18. Jahrhunderts aus, weshalb das Gebäude seitdem nur wenig verändert wurde, abgesehen von einer Sanierung des Dachwerks und Gewölbes in den 1830er Jahren. Der hohe stattliche Bruchsteinbau mit Krüppelwalmdach stand in einem Ensemble mit Gemeindehaus und Ritualbad, die bei Epstein in einem Lageplan noch eingezeichnet sind, aber 1975 abgebrochen wurden.[28]

Dass Gemeindezentrum und Ritualbad in direkter Nähe zur Synagoge standen, kam spätestens seit dem 17. Jahrhundert häufig vor, doch war die Anlage der Mikwe immer auch von den Grundwasserverhältnissen abhängig. In der Neuzeit wurden Ritualbäder nicht mehr wie in Friedberg bis tief zum Grundwasser hinuntergeführt, sondern stattdessen Standorte gesucht, die eine leichtere Anlage ermöglichten. Dies konnte in einem Keller oder einem kleinen Anbau geschehen. Im frühen 19. Jahrhundert mussten viele dieser „Kellerquellenbäder“ auf behördliche Verfügungen geschlossen werden, da infolge des größeren Wissens um Hygiene nun Amtsärzte die Bäder inspizieren und bewerten mussten. In Rotenburg an der Fulda sind das alte, aufgegebene Bad aus dem 17. Jahrhundert (evtl. älter) und das neue Tauchbad (1835), dessen Wasser erwärmt werden konnte, nebeneinander sichtbar.[29] Durch großes ehrenamtliches Engagement erwarb die Stadt das Gebäude schließlich, sanierte es und machte es der Öffentlichkeit 2006 zugänglich. Spätestens im 19. Jahrhundert richteten viele Gemeinden das Ritualbad direkt im Synagogengebäude ein, in weiteren Räumen konnte sich auch ein Schulraum, Gemeinderaum und manchmal eine Wohnung für den Lehrer befinden.

Das 19. Jahrhundert – neue Architektur und neuer Ritus

Das 19. Jahrhundert brachte auch für die Juden in Hessen die Gleichberechtigung, die auf den Synagogenbau entscheidenden Einfluss hatte. Jüdische Bauten durften nun auch im Stadtbild gleichberechtigt neben christlichen Bauwerken stehen. Es kam im ganzen Deutschen Reich zu einer Neubauwelle von Synagogenbauten, die als repräsentative Bauwerke an prominenten Standorten das neue Selbstverständnis der jüdischen Gemeinden widerspiegelten.

Mit der Gründung des Philanthropin im Jahr 1804 – zunächst als Freischule, später als erste säkulare Schule der jüdischen Gemeinde – kam man auch in Frankfurt der Forderung nach moderner Bildung für jüdische Kinder nach. Wie in anderen Orten (Seesen, Berlin) gingen die Ideen einher mit einer Reformierung des Gottesdienstes, der als nicht mehr zeitgemäß empfunden und dem christlichen Gottesdienst angelehnt werden sollte. Im Philanthropin fand seit 1811 einmal wöchentlich, sonntags, ein Gottesdienst für Schüler und Schülerinnen statt, der von Gesang und Orgelmusik begleitet war.[30] Nur ein Jahr früher hatte auch Israel Jacobson in seiner Seesener Jacobsonschule eine Synagoge errichtet, in der ebenfalls eine Orgel eingerichtet war.[31] Im jüdischen Gottesdienst war dies ein neues Element, das die Anlehnung an den christlichen Ritus zeigt. Da dieser neue Gottesdienst immer mehr Personen anzog, erfolgte 1828 die Einrichtung einer eigenen Synagoge im Kompostellhof, deren innere Einrichtung nun ganz dem liberalen Ritus entsprach: eine Predigtkanzel direkt vor dem Toraschrein ersetzte die *Bima*, die Betenden nahmen auf Bankreihen Platz, und die Emporen der Frauen blieben unvergittert.

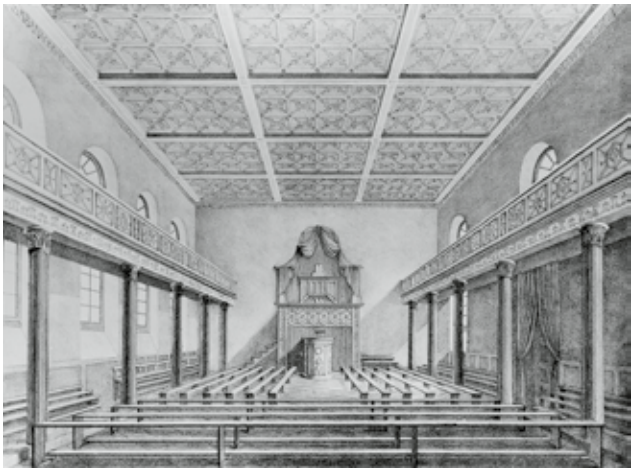


Abb. 6: Frankfurt Kompostellhof (1828), Stich, Innenraum. Historisches Museum Frankfurt.

Die Predigt nahm nun einen größeren Platz im Gottesdienst ein und viele Gebete wurden nicht mehr in hebräischer, sondern in deutscher Sprache gesprochen. Diese neuen Ideen wirkten sich im Laufe des Jahrhunderts auch auf andere Synagogen in Hessen aus, jedoch blieben die Landgemeinden eher orthodox.

Die erlangte Gleichberechtigung bedeutete auch, dass Juden Zugang zu neuen Berufen erlangten, und so tritt mit Albert Rosengarten, nach dessen Entwurf 1836–1839 die Synagoge in Kassel errichtet wurde, ein Architekt jüdischer Herkunft in die Architekturgeschichte der Synagogen ein.

Abb. 7: Synagoge in Kassel von Albrecht Rosengarten (1839). Lithografie von Conrad Loewer, ca. 1840–1850. Deutsches Historisches Museum / S. Ahlers.

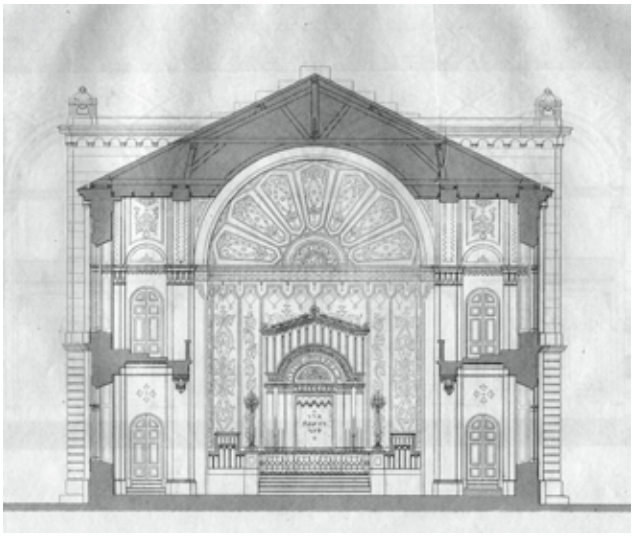


Abb. 8: Synagoge in Kassel von Albert Rosengarten (1836–1839), Querschnitt. Reproduktion aus Allgemeine Bauzeitung, 1840.

Rosengarten war einer der ersten Juden, die in Deutschland als Architekt tätig werden konnten. Kurz nach der Fertigstellung publizierte er den Kasseler Entwurf in der *Allgemeinen Bauzeitung*, ergänzt durch eine knappe, aber in architekturtheoretischer Hinsicht bemerkenswerte Beschreibung.[32]

Der Architekt reagierte damit auf eine Debatte, die mit der Entwicklung der historistischen Architektur im 19. Jahrhundert einherging: „In welchem Style sollen wir bauen?“, hatte Heinrich Hübsch in seiner programmatischen Schrift von 1828 ganz allgemein gefragt.[33] Und in welchem historischen Stil sollte das Gebetshaus einer Minderheit errichtet werden, deren Einrichtungen lange Zeit in die Hinterhöfe verbannt waren? Die jetzt aber, als mit größerer gesellschaftlicher Teilhabe und der allmählichen rechtlichen Gleichstellung ein Vorrücken ins Stadtbild möglich wurde, nach einem angemessenen architektonischen Ausdruck suchen konnte? Rosengarten lehnte die kurz zuvor für Synagogen des Königreichs Bayern eingeführte Einkleidung im maurisch-orientalischen Stil ebenso ab wie eine (allerdings nur selten, zum Beispiel beim Eingangsgebäude des jüdischen Friedhofs in Darmstadt von 1863, anzutreffende) Gestaltung mit ägyptisierenden Motiven. Rosengarten entwarf die Kasseler Synagoge im sogenannten Rundbogenstil, also in einer Mischung aus Elementen der romanischen und der Renaissance-Architektur, die zur selben Zeit in ähnlicher Weise für christliche Kirchen, aber auch für zahllose profane Bauten (Rathäuser, Schulen, Kasernen etc.) verwendet wurde.

Der Kasseler Bau war aber nicht nur hinsichtlich seiner Stilistik programmatisch. An einer wichtigen Straße der Residenzstadt gelegen, bildete diese Synagoge – neben anderen (Wien, Tempelgasse, Dresden) – einen wichtigen Auftakt für die Entwicklung der großstädtischen Synagogenarchitektur des 19. Jahrhunderts, die bis zur Zerstörung der Bauten durch das NS-Regime prägende Bestandteile der Stadtbilder werden sollten. Die frühe Publikation des Kasseler Entwurfs in der *Allgemeinen Bauzeitung* machte den neuen Typus – einen turmlosen, längsrechteckigen, dreischiffigen Bau mit seitlichen Emporen – weithin bekannt, sodass Anklänge an die Kasseler Synagoge Rosengartens bei vielen großstädtischen Bauten ebenso wie bei Synagogen kleinerer Städte zu finden sind – weit über Hessen hinaus. Insbesondere in Ost- und Südosteuropa wurde der Bautypus mehrfach kopiert, u. a. in den Synagogen in Drohobytsch/Ukraine (1844–1863) oder Odessa (Hauptsynagoge, 1867).[34] Rosengarten selbst zog später nach Hamburg, wo er weitere Synagogen bauen konnte, dann aber in einem ausgeprägten romanischen Stil.

Obschon Albert Rosengarten – wie später auch der jüdische Architekt Edwin Oppler, Befürworter der Romanik für Synagogen – die maurische Einkleidung jüdischer Bauten ablehnte, fand diese Stilistik in Deutschland weite Verbreitung. Als die Frankfurter jüdische Bevölkerung die Judengasse verließ (Abbruch der Wohnhäuser ab 1840, der Synagoge 1854), setzte sie mit dem Neubau in der Börnestraße einen Bau um, der sicher zu den einprägsamsten des maurischen Stils gehörte. Die 1855 bis 1860 erbaute Hauptsynagoge zeigt mit einer Doppelturmfassade, deren Türme von jeweils einer großen und vier kleineren Zwiebelkuppeln betont sind, nicht nur stolz seine Funktion als Gotteshaus, sondern hebt sich stilistisch deutlich vom Kirchenbau ab. Im Inneren setzt sich der Stil durch prächtige

Wandgestaltung und Hufeisenbögen fort. Der maurische Stil wurde von Zeitgenossen als Verweis auf die Herkunft des Judentums aus dem Orient gelesen, und aus demselben Grund von einigen Architekten abgelehnt, denn – so schrieb Edwin Oppler 1863 über die Synagoge Hannover – „Der deutsche Jude muß also im deutschen Staate auch im deutschen Style bauen.“[35]

Abb. 9: Hannover, Synagoge von Edwin Oppler (1864–1870). Rekonstruktionszeichnung: Nicole Meier, 2002. Bet Tfila – Forschungsstelle.

Abb. 10: Wiesbaden, Synagoge am Michelsberg, Außenansicht. Verlag Carl v. d. Boogaart, Stadtarchiv Wiesbaden, StadtA WI PK, Nr. 164

Während die Frankfurter Synagoge noch in einen Baublock eingebunden war, konnte die neue Synagoge in Wiesbaden am Michelsberg (1863–1869) als rundum frei stehender Bau errichtet werden und war als 35 m hohes Gebäude mit der mit goldenen Sternen besetzten Kuppel im Stadtbild präsent.

Die Zwiebeltürmchen, die Hufeisenbögen und die mit dekorativem Muster überzogene Fassade der Wiesbadener Synagoge erinnern stark an Architekturen des Orients. Diese Formen machten die Synagoge zu einem auffälligen, besonderen Blickpunkt, aber auch – so die Kritik Opplers und seiner Zeitgenossen – zu einem „Fremdkörper“. Allerdings beschränkte sich die Anwendung des maurischen Stils nicht allein auf jüdische Bauten; auch Villen, Industriebauten (Pumpwerk Potsdam, 1841/42; Zigarettenfabrik Yenidze, Dresden, 1908/09) oder Parkgebäude (Gartenmoschee Schwetzingen, 1779–1795) wurden als fantasievolle Gebilde errichtet. Die Kuppel überspannte einen großzügigen Zentralraum, der sich über einem griechischen Kreuz aufbaute – typologisches Vorbild war wohl die von Gottfried Semper für Dresden entworfene Synagoge (1838–1840). Hier fand sich für Deutschland wohl zum ersten Mal die Verschmelzung von Toraschrein und *Bima* zu einer Estrade an der Ostseite, wie sie später bei liberalen Synagogen die Regel wurde (Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, u. a.).

Dass architektonisch die Raummitte durch prachtvolle Kuppeln betont ist, diese zentrale Stelle aber nicht mehr die *Bima* enthält, von der aus das Wort Gottes während der Toralesung nach oben strahlt, ist ein Paradox vieler Reformsynagogen des 19. und 20. Jahrhunderts. Kuppeln wurden selbst dort zum Kennzeichen von Synagogen, wo sie keinen bedeutenden Raum überspannen, wie beim sicher bekanntesten Bau dieser Art, der Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin, entworfen von Eduard Knoblauch, fertiggestellt 1866.

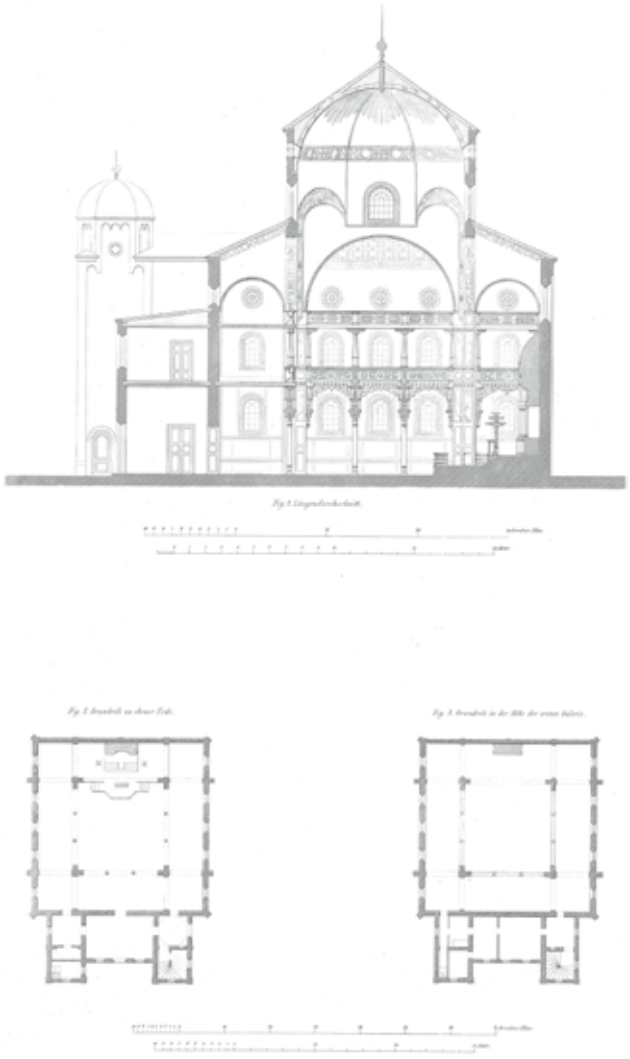


Abb. 11: Dresden, Synagoge von Gottfried Semper (1838–1840), Schnitt. Reproduktion aus Allgemeine Bauzeitung, 1847.

Der Betraum der rund zehn Jahre später errichteten liberalen Synagoge in Darmstadt (1873–1876) war hingegen mit Emporen zu beiden Seiten auch architektonisch auf die Ostseite fokussiert, an der Toraschrein und die *Bima* sich befanden. Auch eine Orgel war vorhanden. Die Außenflächen waren eher im neoromanischen Stil gestaltet – die Westfassade erinnert gar an die Kasseler Synagoge – und mit roten Sandsteinen verkleidet. Vier Ecktürme mit Zwiebelkuppeln, die hier eher an osteuropäische Architekturen erinnern, waren jedoch ein deutlicher Hinweis auf die Funktion des Gebäudes. Reste der 1938 zerstörten Synagoge wurden bei Bauarbeiten im Jahr 2003 entdeckt, ausgegraben und als Gedenkstätte erhalten.

Der Synagogenbau im ländlichen Raum war den Veränderungen weniger stark unterzogen. Zwar kam es im 19. Jahrhundert auch auf dem Land zu Neubauten, insgesamt aber verkleinerten sich die dörflichen Gemeinden durch die allgemeine Landflucht. In den kleineren Städten hingegen vollzogen viele jüdische Gemeinschaften die Entwicklungen der Groß- und Residenzstädte sowohl typologisch als auch stilistisch nach. So entstanden um die Jahrhundertwende in vielen Kleinstädten interessante Bauten, die in ihrer Stilvielfalt die Ideen des 19. Jahrhunderts noch kurze Zeit fortführen. Die jüdische Gemeinde in Schlüchtern eröffnete 1898 ihre neue Synagoge, deren Äußeres eine kleinere Version der typischen Synagoge in neoromanischen Formen darstellt.[36] Sie ersetzte einen zu klein gewordenen Vorgängerbau aus Fachwerk (um 1670). Mit der neuen Synagoge demonstrierte die Gemeinde auch im Stadtbild ihre Gleichberechtigung einerseits und ihre enge Verbundenheit mit der Region andererseits, indem sie ihren Bau in dem lokalen Buntsandstein gestalten ließ. Über einem gemauerten Sockel aus Sandsteinquadern erhebt sich ein hell verputztes Obergeschoss mit dekorativem Rosettenfenster und Ecklisenen, die in rotem Sandstein farbig abgesetzt sind. Die Gestaltung der Fassaden erinnert u. a. an den Entwurf, den Edwin Oppler für die Synagoge Nürnberg 1868 eingereicht hatte.[37] Neoromanische Formen zeigt auch die 1904 eingeweihte Synagoge in Kirchhain im Altkreis Marburg, die sich stilistisch an den großstädtischen Bauten im neoromanischen Typus orientierte, wie sie Ludwig Levy für Straßburg und Baden-Baden oder der erwähnte Edwin Oppler für Hannover und Breslau im 19. Jahrhundert entworfen hatten.[38] Gleichzeitig verweist sie in ihrer reduzierten Form aber schon auf wenig später entstandene Bauten (Frankfurt-Westend). Die hier angedeutete Doppelturmfassade bleibt im Synagogenbau eine Ausnahme, für die sich nur wenige Beispiele nennen lassen (Kitzingen 1883, Wolfenbüttel 1893).

Neogotische Formen zeigte die 1877 eingeweihte Synagoge in Riedstadt-Erfelden, deren Giebelfassade leicht spitzbogig zulaufende Fenster und einen Treppengiebel zeigte.[39] Dem Förderverein „Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau“ gelang es 1989, das Gebäude zu erwerben und in seinen ursprünglichen baulichen Zustand zu versetzen. Ebenfalls neogotische Anklänge, zumindest in der Behandlung des Ziergiebels, zeigt die Synagoge Somborn (1904–1906), deren Fassade vom stark kontrastierenden hellen und dunklen Backstein lebt – mit Elementen der Neoromanik, Neogotik und des Jugendstils.[40] Durch mehrere Umbauten ist das Gebäude inzwischen vollkommen verändert, sodass nichts mehr an sein früheres Aussehen erinnert. Die Synagoge Reichensachsen, 1903 eingeweiht, griff mit der farbig stark gegliederten Fassade aus gelbem Backstein mit dunklen

Zierstreifen sowie den Hufeisenbögen, die den Eingang betonten, auf maurische Stilelemente zurück, nun jedoch – der Zeit angemessen – deutlich reduzierter als bei der Frankfurter Hauptsynagoge ein halbes Jahrhundert früher.[41]

Gleichzeitig wurde im 19. Jahrhundert aber auch der Typus der Landsynagogen aus Fachwerk fortgeführt. Insbesondere in kleineren Orten blieben Synagogeen bescheidene Fachwerkbauten, wie der 1873 errichtete Neubau in Ronneberg-Altwiedermus oder aber Massivbauten wie 1876 in Breuna.[42] Auch im 19. Jahrhundert handelte es sich häufig um Umbauten bestehender, von der jüdischen Gemeinde angekaufter Gebäude wie das 120 Jahre alte Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Romrod, in dem 1837–1843 eine Synagoge mit Empore, Schulraum, Lehrerwohnung, ein Gemeinderaum und das Ritualbad eingerichtet wurden.[43] Altaras nimmt an, dass der Zugang zu Grundwasser zur Anlegung einer Mikwe ein wichtiger Faktor für die Standortwahl einer Synagoge oder eines Betraums war, da sich – laut ihren Recherchen – „über 65 % der rituellen Tauchbäder im Untergeschoss der Synagoge (Privatsynagogen und Gebäude mit eingerichteten Betstuben eingeschlossen)“ befanden.[44]

Bis zum Ersten Weltkrieg: Wege in die frühe Moderne

Das Streben der jüdischen Aufklärer und Reformer nach gleichberechtigter Teilhabe, das sich seit dem frühen 19. Jahrhundert in Deutschland mit den Wandlungsprozessen der „Verbürgerlichung“ so erfolgreich umsetzen zu lassen schien und in der zweiten Jahrhunderthälfte zu einer Fülle von im Stadtbild sichtbaren und als Einrichtungen jüdischer Funktion erkennbaren Bauten geführt hatte, wurde vom rassistischen Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts zunächst infrage gestellt und durch die Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden im 20. Jahrhundert abgebrochen. Womöglich war die um 1900 einsetzende Suche nach dem „eigentümlich Jüdischen“[45] – jenseits der historistischen Stilformen, die ja keine eindeutige Antwort für jüdische Bauaufgaben geliefert hatten – eine Antwort auf den Antisemitismus. Die neuerliche Diskussion, die zeitgleich mit dem Entstehen des (Kultur-)Zionismus verlief (wobei die Akteure in den jüdischen Gemeinden Deutschlands keineswegs in hohem Maße zionistisch waren), führte unter anderem zu einer Hinwendung zu neu-alten Formen des frühen Judentums, dessen bauliche Zeugnisse gerade erst archäologisch erschlossen wurden. Zu dieser Suche gehört auch die schon geschilderte Erforschung der Relikte des vormodernen Judentums durch die Jüdische Volkskunde.[46] Die allmähliche „Verabschiedung“ des Historismus durch die Moderne fand gleichzeitig aber auch allgemein in Architektur und Design statt; frühmoderne Synagogenbauten sind aus dieser Perspektive Teil einer höchst variantenreich und manchmal widersprüchlich verlaufenden Gesamtentwicklung von der Jahrhundertwende bis in die Phase des Neuen Bauens in der Zeit der Weimarer Republik.

Mit der neuen orthodoxen Synagoge in Darmstadt, seinerzeit deutsche „Hauptstadt“ des Jugendstils und damit des programmatischen Aufbruchs aus dem Historismus, entstand bis 1906 nach Entwurf von Georg Wickop ein Bau, der verschiedene stilistische Traditionen amalgamierte.[47]

Abb. 12: Darmstadt, Synagoge von Georg Wickop (1906), Innenansicht. Stadtarchiv Darmstadt.

Innen „frühchristlich-byzantinisch“ geprägt, mochte er auf die Zeit der ersten Synagogen in den nachchristlichen Jahrhunderten verweisen – ohne dass ihr kreuzförmiger, überkuppelter Raum deren Anlageschema aufgriff. Das Mansard-Pyramidendach wiederum mag auf die Dächer der barocken Synagogen des 18. Jahrhunderts anspielen, auf deren Ritus sich die orthodoxe Gemeinde bezog, und etliche Details verorten den Bau im „Darmstädter Jugendstil“, zu dessen weniger bekannten Protagonisten Wickop gehört.

Die Frankfurter Westend-Synagoge – errichtet 1908–1910 nach einem Entwurf des Architekten Franz Roeckle, der aus einem weithin beachteten Architekturwettbewerb als Sieger hervorgegangen war – ist ein bis heute erhaltenes Beispiel der neuerlichen Suche nach „jüdischer Architektur“.[48]

Abb. 13: Frankfurt, Westend-Synagoge von Franz Roeckle (1910). Aufnahme von 2024. Foto: Stefan Vogt.

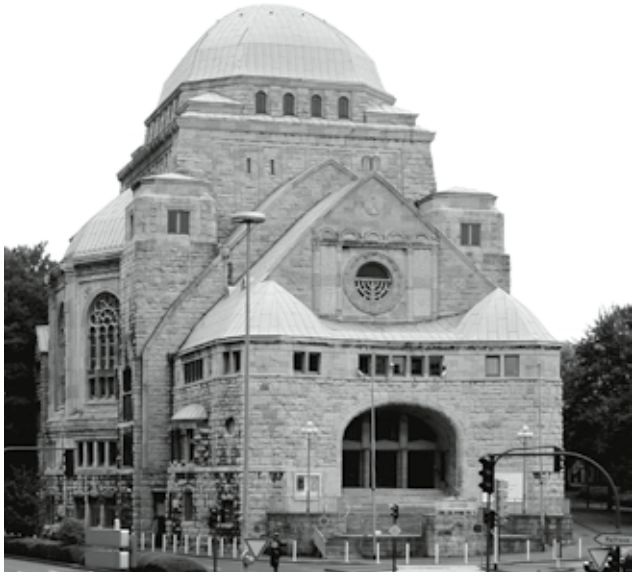


Abb. 14: Essen, Alte Synagoge von Edmund Körner (1913). Aufnahme von 2007. Foto: Ulrich Knufinke.

Zwar lassen sich historische Stile – hier: Anklänge an antike und byzantisch-orientalische Formen und Dekorationen – durchaus noch erkennen, aber eine eindeutige Zuordnung war nicht mehr das Ziel. Neu war auch, den überkuppelten Baukörper des Hauptraums zwar als Dominante des Bauwerks herauszuheben, ihn aber mit weiteren Bauteilen anderer Funktionen zu verschmelzen; es entstand eine frühe Form eines integrierten jüdischen Gemeindezentrums. Bemerkenswert ist die Erschließung, die trotz der markanten Lage an einer Straßenecke auf ein gewisses Rückzugsbedürfnis verweist: Ein kleiner Vorhof ist dem Haupteingang vorgelagert, ein in den Folgejahren immer wieder anzutreffendes Motiv.

Weitere Spielarten frühmoderner Abstraktion historischer Gestaltungsweisen sind bei etlichen Synagogen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zu finden. Manche erprobten neue Grundrissformen (wie die Synagoge in Görlitz, 1911, mit ihrem kreisrunden Betsaal, ähnlich in Mainz, 1912, und Offenbach, 1916). Auch jüdische Gemeinden kleinerer Städte folgten dem Trend, nicht mehr im maurischen, romanischen oder gotischen Stil zu bauen (zum Beispiel in Bad Wildungen, 1914, oder Wilhelmshaven, 1915). In diesen Jahren, 1913, wurde auch in Essen eine neue Synagoge eingeweiht, ihr Architekt war Edmund Körner.[49]

Der mächtige, überkuppelte Betonbau, verkleidet mit grob behauenem Naturstein, verließ endgültig die traditionellen Bauformen von Synagogen – und spielte in seiner reichen Ausstattung mit jüdischen Symbolen mit formalen Vorbildern aus der Antike, um so auf das „ursprüngliche“ Judentum zu verweisen. Noch während des Ersten Weltkriegs, 1917, wurde in Augsburg eine weitere Synagoge fertiggestellt (Architekt: Fritz Landauer), die ein vergleichbares ikonographisches Programm in einen Bau mit abstrahierenden Anklängen verschiedener Stilepochen einfügte – und damit auf der Suche nach einer neuen jüdischen Architektur den Historismus hinter sich ließ.[50]

Jüdische Architektur in der Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg stagnierte die Bautätigkeit der jüdischen Gemeinden; im Vergleich zu den „Boom-Jahren“ davor kam es in Deutschland nur noch zu wenigen neuen Synagogenbauten. Weiter blieb die Frage aktuell, wie man jüdische Bauten jenseits historischer stilistischer Anleihen gestalten könnte. Die sogenannte „expressionistische Architektur“ fand mit ihrem Reichtum an Formen und Farben jenseits der Tradition im Sakralbau insgesamt großen Anklang und beeinflusste auch die Gestaltung von Synagogen und jüdischen Friedhofsbauten. Das „Neue Bauen“, das in Frankfurt mit dem Wohnungsbauprogramm von Ernst May einen zentralen Ort gefunden hatte und nicht zuletzt mit dem „Bauhaus“ in Dessau international stilbildend wirken sollte, bot mit seiner schlichten Funktionalität neue Gestaltungsmöglichkeiten. Inzwischen gab es zudem eine große Zahl jüdischer Architekten, die sich intensiv an der Entwicklung der Moderne beteiligten, unter ihnen zum Beispiel Erich Mendelsohn, dessen visionär-bewegte Entwürfe weit ausstrahlten – er realisierte allerdings bis 1933 nur drei Bauten religiöser jüdischer Funktion: ein Logenhaus mit Betsaal in Tilsit (1926) sowie die Friedhofsgebäude in Allenstein (1913) und Königsberg (1929).[51] Die Architektur

jüdischer Einrichtungen wurde in den Jahren der Weimarer Republik erstmals so etwas wie eine „innerjüdische Angelegenheit".

Zu den umfangreichsten Projekten jüdischer Gemeinden der Weimarer Zeit gehören mehrere Friedhöfe mit neuen Gebäuden. Der in Leipzig ansässige jüdische Architekt Wilhelm Haller entwarf die 1928 fertiggestellten Friedhofsbauten auf dem dortigen jüngsten, dritten Friedhof in Formen eines dekorativen Expressionismus.[52] Insbesondere die leider seit 1939 verlorene überkuppelte Trauerhalle war ein Paradebeispiel dieser in Leipzig geläufigen modernen Gestaltungsweise. Auch in Frankfurt am Main ist ein Friedhofsgebäude in dieser Zeit das umfangreichste Bauprojekt der jüdischen Gemeinde.[53] Dort war der bis dahin benutzte Friedhof an der Rat Beil-Straße weitgehend belegt und konnte nicht erweitert werden. So plante die Gemeinde ab 1921 etwas weiter außerhalb an der Eckenheimer Landstraße einen neuen Friedhof mit entsprechenden Gebäuden. Realisiert wurde die Anlage nach einem Wettbewerb und diversen Umplanungen bis 1929 nach Entwürfen des in Frankfurt lebenden jüdischen Architekten Fritz Nathan.

Abb. 15: Frankfurt, Friedhofsgebäude an der Eckenheimer Landstraße von Fritz Nathan (1929). Aufnahme von 2006. Foto: Ulrich Knufinke.

Die bis heute bis auf wenige Kriegsschäden weitgehend unverändert erhaltenen Eingangsgebäude erscheinen schlicht und monumental zugleich, fast schon archaisch-ägyptisch mutet die Eingangsfront mit ihren Pfeilern an. Dass es auch Nathan um eine spezifisch jüdische Architektursprache ging, machte er in einem Artikel zur Einweihung deutlich: „Generationen werden hier bestattet werden, und die Formen und Bräuche, in denen diese Bestattung erfolgt und die Trauer sich zeigt, werden sich gleich bleiben, wie sie Jahrhunderte lang unverändert geblieben sind. In diesem Sinne ist dieser Tempel der Trauer, jüdischer Trauer, in all seiner ernsten Nüchternheit geschaffen […]."[54]

Die seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre entstandenen, vergleichsweise wenigen neuen Synagogen folgen ebenfalls der Tendenz zur Einfachheit und vor allem zum Verzicht auf historische Dekorationsformen. Das „Neue Bauen", an dessen Entwicklung jüdische Architekten maßgeblich mitwirkten, kam allgemein im Sakralbau an – nicht nur Synagogen, sondern auch Kirchen wurden in dieser Weise gestaltet. So mag es nicht verwundern, dass jüdische Bauten neben christlichen in Ausstellungen und Publikationen präsent waren und ihre gestalterische Gemeinsamkeit durchaus erkannt wurde.[55]

Wie in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg griffen kleinere Gemeinden diese Ideen ohne Verzug auf. So entstand in Dieburg 1928 am Standort einer älteren Synagoge ein moderner Neubau, für den der jüdische Architekt Rudolf Joseph den Entwurf lieferte.[56]

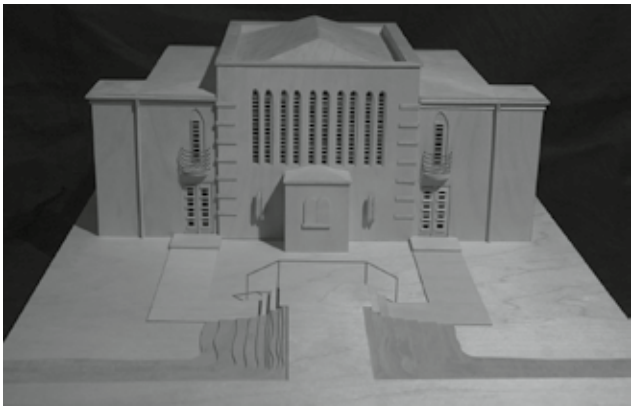


Abb. 16: Dieburg, Synagoge von Rudolph Joseph ((1928), Modell: H. Domann, S. Dlugas, 2007. Foto: Bet Tfila – Forschungsstelle.

Der kubische Bau mit seinen senkrechten Fensterschlitzen hatte bei aller Bescheidenheit eine durchaus sakrale Anmutung, die im Innern durch eine Holzverkleidung – als Verweis auf das mit Zedernholz getäfelte Allerheiligste des Salomonischen Tempels? – noch einmal gesteigert wurde. Auch in Bad Nauheim wurde bis 1929 eine neue Synagoge errichtet, entworfen von Richard Kaufmann. Sie steht mit ihrem wuchtigen Eingangsriegel dem zeitgenössischen Kirchenbau – zum Beispiel der Frauenfriedenskirche in Frankfurt am Main (ebenfalls 1929) – nahe.

Die letzte große Synagoge vor dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft wurde 1931 in Hamburg in der Oberstraße eingeweiht.[57]

1929 hatte der Israelitische Tempelverband, eine der ältesten jüdischen Reformgemeinden überhaupt, einen Wettbewerb ausgeschrieben, an dem sich ausschließlich jüdische Architekten aus ganz Deutschland beteiligten. Realisiert wurde ein Entwurf von Robert Friedmann und

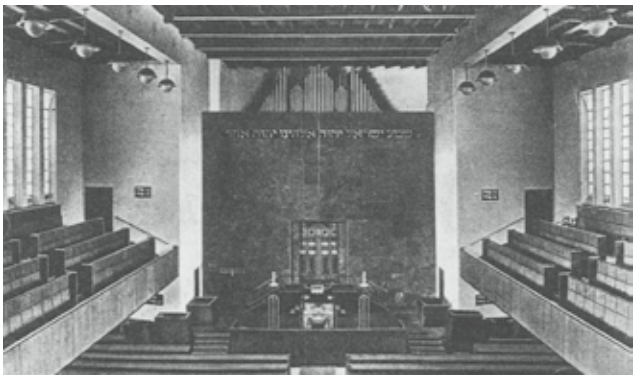


Abb. 17: Hamburg, Tempel Oberstraße von Friedmann und Ascher (1931), Innenansicht. Reproduktion aus Harold Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland. Foto: Erich Kastan. Institut für die Geschichte der deutschen Juden.

Felix Ascher, an der Gestaltung der Ausstattung war der zeitweilig am Bauhaus tätige Naum Slutzky beteiligt. Auch dieser Bau sollte als Gemeindezentrum dienen – in einer Zeit des immer aggressiver werdenden Antisemitismus war dies eine besondere Funktion, wie es Rabbiner Bruno Italiener zur Einweihung ausführte: „Hier soll der einzelne, hineingestellt in die große, vor Gott versammelte Gemeinde, des religiösen Erlebnisses der Gemeinschaft innewerden, die Kraft und Geborgenheit empfinden, die, zumal in der Gegenwart, dem von so viel Gegnerschaft umgebenen Juden nur die Gemeinschaft zu verleihen vermag.“[58]

Die Bautätigkeit jüdischer Gemeinden in der Zeit des Nationalsozialismus ist bislang noch nicht weiter erforscht. Bekannt sind wenige Projekte, die der neuen Zwangslage der Gemeinden eine gewisse Abhilfe zu verschaffen suchten, zum Beispiel ein Schulbau in Offenburg für die von den allgemeinen Schulen verwiesenen jüdischen Schüler, erbaut bis 1937 nach Entwurf des schon erwähnten Fritz Nathan.[59] Die genannten jüdischen Architekten und Designer Erich Mendelsohn, Wilhelm Haller, Rudolf Joseph, Richard Kaufmann, Fritz Nathan, Robert Friedmann, Felix Ascher und Naum Slutzky emigrierten wie viele andere aus Deutschland und kehrten nicht mehr hierher zurück. Viele, die nicht rechtzeitig geflohen waren, wurden in der Schoa ermordet.[60]

Nach 1945

Nach der Schoa war es kaum vorstellbar, dass sich jemals wieder jüdisches „Leben im Land der Täter“ entfalten könnte und irgendwann neue Synagogen und Gemeindezentren errichtet würden.[61] Es waren die Überlebenden der Lager, die nach ihrer Befreiung wieder ein jüdisches religiöses Leben aufbauten – wenn auch die allermeisten von ihnen keine dauerhafte Perspektive in Deutschland sahen. Auch in Hessen fanden sich unmittelbar nach der Befreiung der Lager überlebende Jüdinnen und Juden für Gottesdienste zusammen. Unterstützt von Militärrabbinern der U.S. Army und von jüdischen Hilfsorganisationen entwickelte sich neues religiöses Leben in den Lagern der sogenannten *Displaced Persons* (DPs). So heißt es in einem Bericht von Richard Kirn am 12. September 1945 über den ersten Gottesdienst in der Frankfurter Westend-Synagoge:

> Es war die erschütterndste Stunde seit dem Einzug der Amerikaner. […] Jetzt sass im letzten jüdischen Gotteshaus der Stadt Frankfurt[,] das viehischer Hass nicht ganz vernichtet hatte, der Rest dieser Gemeinde. In einem Raum, der noch ohne Orgel, ohne das alte Gestühl war, in dem aber doch schon wieder tröstliche Kerzen brannten, sassen […] die Entkommenen der Vernichtungslager, die Geretteten von den Gaskammern, eine herzerschreckend niedrige Zahl. Hier wurde die tiefste Schändung des deutschen Namens vollbracht, Schuld für Jahrhunderte auf uns geladen, Kinder wurden verbrannt, Genies erschlagen, Mütter vergast. Die Besten unter uns werden im ewigen Gefühl der Schuld leben.[62]

Der Bericht beleuchtet sowohl die prekäre Lage der jüdischen Überlebenden als auch die Bedeutung ihrer bloßen Existenz als Mahnung an die nicht-jüdische deutsche Gesellschaft: Die jüdische Gemeinde und ihre Synagoge waren zum Mahnmal geworden, das „ewige Gefühl der Schuld“ festzuhalten.[63]

Auch in kleineren Städten kamen jüdische *Displaced Persons* in Synagogen zusammen, die während des Nationalsozialismus nicht restlos zerstört worden waren und von den politischen Gemeinden – mehr oder weniger aufwendig – wieder hergerichtet wurden. Auf die symbolpolitische Bedeutung dieser Wiederherstellungen gibt ein Artikel vom 2. August 1947 einen Hinweis, der über die Wiedereinweihung der Synagoge von 1928 in Dieburg berichtet.

> Die vierte Synagoge in Hessen wurde am Dienstag in Dieburg durch den jüdischen Armeegeistlichen W. Z. Dalin vom amerikanischen Luftwaffenhauptquartier in Wiesbaden eingeweiht. Neben den jüdischen Mitgliedern der Gemeinde Dieburg wohnten zahlreiche amerikanische und deutsche Ehrengäste der Feier bei. Der Direktor der Militärregierung für Hessen, Dr. Newman sagte in seiner Ansprache, die Mission der Amerikaner in Deutschland sei erfüllt, wenn alle Menschen gelernt hätten, tolerant gegeneinander zu sein.[64]

Newman gibt eine Zielsetzung der Wiederherstellung von verwüsteten Synagogen zu erkennen, die über ihren naheliegenden Zweck, den DPs angemessene Gottesdienträume zur Verfügung zu stellen, hinausgeht: ihre Funktion im Programm der *Re-Education* der deutschen Bevölkerung.

Die Synagoge als Zeichen der Anwesenheit einer jüdischen Gemeinde sollte offenbar zur „Toleranz“ erziehen. Das Gebäude wurde nach dem Wegzug der DPs mehrfach umgebaut und schließlich abgerissen.[65] Anders erging es der oben erwähnten Synagoge in Bad Nauheim von 1929; sie ist seit ihrer Wiedereinrichtung kurz nach Kriegsende bis heute Bethaus der dortigen jüdischen Gemeinde.

Vielerorts spielten die Militärrabbiner der U.S. Army eine entscheidende Rolle beim Aufbau neuen religiösen Lebens.[66] So auch in Wiesbaden: Hier wurde zu *Chanukka*, am 22. Dezember 1946, die ehemals orthodoxe Synagoge in der Friedrichstraße mit einem Festgottesdienst wieder eingeweiht. Dazu hatten die Jüdische Kultusgemeinde und die Headquarters of the United States Air Forces in Europe – Wiesbaden Air Base gemeinsam eingeladen.[67] Ministerpräsident Karl Geiler hielt eine Ansprache, der Wiesbadener Oberbürgermeister Hans-Heinrich Redlhammer betonte in seiner Rede die besondere Verantwortung der Stadt für das jüdische Gotteshaus.[68] Eine Festschrift verdeutlicht, dass die Wiederherstellung der Synagoge auch hier nicht nur eine pragmatische, sondern eine symbolische Entscheidung war. Eine Gedenktafel wurde angebracht, um an die Opfer des Holocaust zu erinnern.

Viele jüdische DPs lebten bis zum Ende der 1940er Jahre in Lagern, wo sich, von der deutschen Öffentlichkeit unbemerkt, ein religiöses Leben entwickelte. Das DP-Lager im heutigen Ort Trutzhain (bei Ziegenhain, Hessen) war als Kriegsgefangenenlager gebaut worden. Nach der Befreiung machten die US-Truppen daraus ein Internierungslager, das bis 1946 bestand. Danach zogen jüdische DPs in die Baracken ein. In einer richteten sie einen Betsaal ein, dessen Ausmalung bis heute zum Teil erhalten ist – eines der wenigen Zeugnisse einer DP-Synagoge in Deutschland.[69]

Die meisten der DP-Gemeinden in Deutschland lösten sich mit der Auswanderung nach Palästina/Israel oder in andere Staaten bis um 1950 wieder auf. Wenige Gemeinden, vor allem in den Großstädten, konnten sich auf Dauer etablieren. In den frühen 1950er Jahren entstanden dann die ersten Neubauten jüdischer Gemeindeeinrichtungen. Die Synagogen in Saarbrücken (1951, seinerzeit noch nicht Teil der Bundesrepublik), Stuttgart (1952) und Erfurt (1953) in der damaligen DDR sind die frühesten Beispiele. Mitte der 1950er Jahre startete eine „Neubauwelle“ in der Bundesrepublik: Aus den Vereinbarungen zur sogenannten „Wiedergutmachung“ standen den Gemeinden Mittel zur Verfügung, und es gab eine gewisse politische Unterstützung für entsprechende Vorhaben. Innerhalb von rund 15 Jahren ließen zahlreiche westdeutsche Gemeinden neue Einrichtungen errichten.

Der erste Synagogenneubau in Hessen entstand in Offenbach am Main, er wurde 1956 als einer der ersten der „Neubauwelle“ eingeweiht. Den Entwurf lieferte der in Frankfurt ansässig gewordene Hermann Zvi Guttmann, ein Überlebender des Holocaust aus Bielitz/Schlesien (heute Bielsko-Biała).[70] Guttmann wurde zu einem der erfolgreichsten Synagogenarchitekten der Nachkriegsjahrzehnte, von ihm stammen auch die Entwürfe u. a. für die Synagogen und Gemeindezentren in Düsseldorf (1958), Hannover (1963), Osnabrück (1969) und zuletzt für das jüdische Altersheim in Frankfurt mit einer eigenen Synagoge, die sein letztes Werk sein sollte.

Die politische Dimension der Neubauten in der Bundesrepublik, die zwischen Wiedergutmachung und Verdrängung balancierte, lässt sich an Beiträgen zu den zahlreich erschienenen Einweihungsfestschriften nachvollziehen. So heißt es in einem Grußwort von Bundeskanzler Konrad Adenauer zur Einweihung der Synagoge in Düsseldorf 1958: „Die Bundesregierung sieht in dem Wiedererstehen jüdischer Gotteshäuser einen sichtbaren Beweis für die Erfolge ihrer Wiedergutmachungspolitik und eine Bestätigung der in der Bundesrepublik gewährleisteten Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der kulturellen Betätigung.“[71]

Ein anderer Holocaust-Überlebender, der mehrere Synagogen und Gemeindezentren entwerfen konnte, war der von Köln aus tätige Helmut Goldschmidt (1918–2005). Von ihm stammen u. a. die Synagogen in Dortmund (1956), Bonn (1959) und Münster (1961) sowie der Wiederaufbau der Synagoge in der Kölner Roonstraße (1959). Weitere Architekten lieferten wenige oder nur einzelne Entwürfe für jüdische Bauten, zum Beispiel Karl Gerle für Bremen (1961), Dieter Knoblauch und Hans Heise für das jüdische Gemeindezentrum in der Fasanenstraße in West-Berlin (1958–1960) und Essen (1959) oder Karl Heinz Wongel und Klaus May für Hamburg (1958–1960). Die gefundenen architektonischen Lösungen sind vielfältig, gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie explizit im „Stil der Zeit“, also in den Formen der bundesdeutschen Nachkriegsmoderne, entworfen wurden – die selbstverständlich als eine Fortentwicklung der Moderne der Zeit der Weimarer Republik betrachtet werden kann. Fast immer entstand nicht nur ein Haus für die gottesdienstliche Versammlung, sondern ein multifunktionales Gemeindezentrum – dies entsprach offenbar dem Bedürfnis der Gemeinden nach Räumen für kulturelle und soziale Zusammenkünfte in einer weiterhin nicht selten antisemitisch eingestellten Umgebung. Bemerkenswert ist die städtebauliche Einbindung der Neubauten, die oftmals nicht am Standort der im NS zerstörten Synagogen errichtet wurden. Nur wenige präsentieren sich sichtbar im Stadtbild (Düsseldorf, Essen), andere liegen mehr oder weniger versteckt bzw. sind so in die Gemeindezentren integriert, dass der Zugang zum Bethaus nicht direkt von der Straße aus erfolgen kann (Bonn, Dortmund, Würzburg und viele weitere). Auch hier

zeigt sich ein gewisses Bedürfnis nach Zurückgezogenheit und Sicherheit.

Abb. 18: Wiesbaden, Synagoge von Ignaz Jacoby (1966). Aufnahme von 2017. Foto: Ulrich Knufinke.

Ein Beispiel für eine im Straßenbild völlig unsichtbare neue Synagoge ist jene in Wiesbaden, eingeweiht 1966.[72] In der hessischen Landeshauptstadt begannen Ende der 1950er Jahre Planungen für einen Neubau, der die seit 1945 wieder genutzte ehemalige orthodoxe Synagoge durch ein modern gestaltetes Bethaus ersetzen sollte – soweit bekannt, der einzige Fall in Deutschland, bei dem eine historische Synagoge für eine moderne abgerissen wurde.

Der in Offenbach ansässige Architekt Ignaz Jakubowitz lieferte mit dem Frankfurter Helmut Joos den Entwurf für den im Grundriss ovalen Synagogenbau, der hinter einem mehrstöckigen Vorderhaus errichtet wurde. Der Wiesbadener Künstler Egon Altdorf stattete die Synagoge mit farbigen Glasfenstern und weiteren Objekten aus. So entstand ein bemerkenswertes Gesamtkunstwerk aus architektonischem Raum und künstlerischer Ausgestaltung. Jakubowitz, der seinen Nachnamen 1973 in Jacoby änderte, wurde 1921 in Czenstochau, Polen, geboren. Seine Eltern wurden in Treblinka ermordet, er überlebte Ghetto und Zwangsarbeit. Ab 1946 lebte er in Offenbach und war Gründungsmitglied der jüdischen Nachkriegsgemeinde.[73] In den Entwurf der Wiesbadener Synagoge gingen also die Kenntnisse und Erfahrungen eines jüdischen Holocaust-Überlebenden ein, der in der jungen Bundesrepublik als Architekt und Gemeindemitglied das jüdische Leben mit aufgebaut hat.

Die Wiesbadener Synagoge gehört zu den späten Neubauten der Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik – in der DDR kam nach dem erwähnten Bau in Erfurt bis 1990 kein weiterer hinzu. In Westdeutschland wurden in den 1970er und 1980er Jahren nur noch wenige Bauprojekte jüdischer Gemeinden realisiert. Die Mitgliederzahlen gingen zurück, neue Einrichtungen waren nur noch selten erforderlich. Eine viel beachtete Ausnahme war der Neubau des Gemeindezentrums in Frankfurt in der Nähe der Westend-Synagoge, eingeweiht 1986.[74] Es sollte vor allem das Bedürfnis nach Räumen für soziale und kulturelle Zusammenkünfte erfüllen, ein Betsaal wurde nicht eingeplant. Bei der Eröffnung prägte der Architekt des Gemeindezentrums, Salomon Korn, den Satz „Wer ein Haus baut, will bleiben“ – ein Statement gegen das andauernde Gefühl der Nachkriegsgemeinden, auf den sprichwörtlich gepackten Koffern zu sitzen, um jederzeit aus Deutschland zu emigrieren.

Architekturgeschichtlich lässt sich das Frankfurter Gemeindezentrum in die Phase der sogenannten „Postmoderne“ einordnen – einer Architektur, die sich wieder das „Spiel“ mit symbolischen, metaphorischen Gestaltungselementen erlaubte und dabei auf das historische, auch vormoderne Repertoire des Bauens zurückgriff.[75] In Bezug auf jüdische Geschichte wurde – über Architektur hinaus – die Metapher des „Bruchs“ gängig: Die Schoa „teilt“ die Geschichte in eine Zeit davor und eine danach, ist selbst ein „Zivilisationsbruch“. Diesen „Bruch“ abzubilden, darzustellen, wurde seit den 1980er Jahren im Kontext von Gebäuden und Mahnmalen immer wieder versucht. Prominent sind die „gebrochenen“ Gesetzestafeln im Fassadenaufbau des Frankfurter Gemeindezentrums, die diesen Ort der Kultur und Gemeinschaft auch zum Erinnerungsmal an die Schoa machen.

Dem Konzept des „Bruchs“ vordergründig entgegengesetzt ist die Vorgehensweise des Architekten Alfred Jacoby beim Entwurf der Synagoge in Darmstadt (1988).[76] Hier wurde wohl in Deutschland erstmals nach 1945 der Versuch unternommen, formal auf eine historische Synagoge in durchaus postmodern zu nennender Weise anzuspielen. Das Schema des überkuppelten, über dem Grundriss eines griechischen Kreuzes konzipierten Zentralbaus, das seit Gottfried Sempers Synagoge für Dresden (1840) bis ins frühe 20. Jahrhundert zahlreichen Synagogenentwürfen zugrunde gelegt wurde, griff Jacoby abstrahierend auf, und für die Gestaltung des Innenraums, besonders des Toraschreins, stand die beschriebene Darmstädter orthodoxe Synagoge des Architekten Georg Wickop (1906) Pate (vgl. Abb. 12).[77]

Abb. 19: Darmstadt Synagoge von Alfred Jacoby (1988). Aufnahme von 2007. Foto: Ulrich Knufinke.

Eingeweiht am 9. November 1988, 50 Jahre nach der Zerstörung der beiden historischen Synagogen der Stadt, war es erklärter Wille, mit dem neuen Gemeindezentrum eine „Rückgabe“ und damit ein Anknüpfen an die Geschichte vor der Schoa zu thematisieren – die von der Stadt herausgegebene Sammlung der Reden zur Einweihung trägt den aus heutiger Sicht merkwürdigen Titel: „Die Bürgerschaft gibt der Jüdischen Gemeinde eine Synagoge zurück.“[78]

Seit 1990

Mit dem Zuzug jüdischer Menschen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach 1990 wuchsen die bestehenden jüdischen Gemeinden stark an, und in vielen Städten gründeten sich neue Gemeinschaften. Neben der Aufgabe, die neuen Mitglieder in die Gemeinden (und in die bundesdeutsche Gesellschaft) zu integrieren, bedeutete dies auch, dass die bestehenden Bauten und Einrichtungen oft nicht mehr ausreichten. So setzte Mitte der 1990er Jahre eine Aus- und Neubauwelle jüdischer Gemeindezentren und Synagogen ein. Auch kam es nach und nach zu einer stärkeren Ausdifferenzierung religiöser Richtungen – neben den bestehenden, eher orthodox ausgerichteten Gemeinden entstanden solche, die sich in die Tradition des Reformjudentums stellen, aber auch Chabad-Gemeinden oder Gemeinden anderer Gruppen. Sie alle suchten und suchen nach angemessenen Räumen, die sie teils in bestehenden Gebäuden und teils in Neubauten finden.

Für die neuen Synagogen und Gemeindezentren wurden und werden oft Lösungen mit hohem architektonischen Anspruch favorisiert, die meist in Architekturwettbewerben gefunden werden. Dies macht die Bedeutung der Bauten ebenso deutlich wie das große öffentliche Interesse, das ihnen entgegengebracht wird.[79] So wurde über die Einweihung der Münchner Synagoge 2006 (Architekten Wandel Höfer Lorch und Hirsch) auf den Titelseiten der Zeitungen und in den Hauptnachrichten des Fernsehens berichtet – kaum ein anderer Neubau in der Bundesrepublik wird ein so breites, auch internationales Echo gefunden haben wie diese jüdische Einrichtung. Und das Gebäude ist wohl der einzige Synagogenneubau im Nachkriegsdeutschland, der auf einer Briefmarke verewigt wurde.

Während die Münchner Synagoge am Jakobsplatz einen nicht historisch vorgeprägten Standort besetzt und lediglich mit ihrem Namen – *Ohel Jaakov* (Zelt Jakobs) – sowohl an den Namen des Platzes anknüpft als auch an den der 1938 zerstörten orthodoxen Synagoge der Stadt, ist ein anderes Projekt der Architekten Wandel Hoefer Lorch und Hirsch in mehrfacher Weise eine „Erinnerungsarchitektur“. Die Synagoge in Dresden (2001) verarbeitet trotz ihrer abstrakt-skulpturalen Gestalt vielfältige Formen des Erinnerns an die Schoa, das bei etlichen jüngeren Synagogenprojekten eine mal offensichtliche, mal sublime Rolle spielt.

Abb. 20: Dresden, Neue Synagoge von Wandel, Hoefer Lorch + Hirsch (2001). Aufnahme von 2007. Foto: Ulrich Knufinke.

Der Komplex aus Synagoge und Gemeindezentrum umschließt den Standort der 1938 zerstörten Synagoge, die 1838–1840 nach Entwurf von Gottfried Semper errichtet worden war. Eine Umrissspur zeichnet die Grundfläche des Semperbaus im Hof des Komplexes nach. Zudem ist

eine Gedenkinschrift in die Abschlusswand eingelassen. Als Erinnerung wurde der gerettete Davidstern der Sempersynagoge über dem Eingang angebracht. Während gleichzeitig die Frauenkirche – seit der Zerstörung Mahnmal des Bombenkriegs – rekonstruiert wurde, hatte man sich im Wettbewerb um die Synagoge für einen Entwurf entschieden, der den historischen Standort explizit nicht wieder bebaute. Die skulpturale, minimalistische Architektur macht den Synagogenbaukörper dennoch zu einem Monument, dessen Maßstablosigkeit sich nicht zuletzt aus der Absicht erklärt, ein in der Elbfront Dresdens weithin sichtbares, markantes Bauwerk zu schaffen. Die bewusst verarbeiteten Anregungen stammen nicht aus der Gestalt der Synagoge Sempers, sondern finden sich in einer symbolisch-räumlich und textuell Geschichtliches nachstellenden Konstellation: Der verdrehte Kubus ist kaum anders als eine Anspielung auf den Tempel und seinen Überrest, die Klagemauer, zu verstehen, das Innere greift mit einem abgehängten Metallvorhang, der den eigentlichen Betraum umhüllt, das früheste Heiligtum der Juden auf, das Zelt der wandernden Bundeslade.

Weitere ausgesprochen skulpturale Synagogen und Gemeindezentren, deren Gestaltung die Architekten symbolische Bedeutungen eingeschrieben haben, sprechen eine andere architektonische Sprache: Der Neubau in Duisburg, errichtet nach einem Entwurf des israelischen Architekten Zvi Hecker und eingeweiht 1999, ist eine komplex verschachtelte Architektur-Skulptur, die Assoziationen an ein aufgeschlagenes Buch wecken soll – laut Hecker das Buch der Geschichte des jüdischen Volkes. Das Gemeindezentrum in Mainz von Manuel Herz, eingeweiht 2009 nach einem rund zehn Jahre älteren Wettbewerbsentwurf von 1998, spielt mit architektonischen Symbolen und Metaphern der hebräischen Schrift und damit der Tora, die dem Bauwerk Gestalt gibt.

Hinsichtlich der Anzahl seiner realisierten Entwürfe ist der schon erwähnte Alfred Jacoby der erfolgreichste Synagogenarchitekt der zurückliegenden Jahrzehnte. Nach seinem Initialbau in Darmstadt von 1988 konnte er neue Synagogen und Gemeindezentren unter anderem in Heidelberg (1994), Aachen (1995), Offenbach (1997, Erweiterung der erwähnten Synagoge von Guttmann) und Chemnitz (2002) realisieren. Bei aller Unterschiedlichkeit zeigen die Bauten Jacobys immer ein großes Interesse daran, mit ihrer Gestaltung prägnante, im Stadtbild durch architektonisch umgesetzte Symbolik als „jüdisch“ erkennbare Bauten zu schaffen. Bei Jacobys Synagoge in Kassel, eröffnet 2000 am Standort der erwähnten Synagoge von Rosengarten (vgl. Abb. 8), die 1938 zerstört worden war und bereits 1965 einen bescheidenen Nachfolger erhalten hatte, ist es das Symbol des Davidsterns, das die jüdische Funktion unverkennbar macht.

Abb. 21: Kassel, Neue Synagoge von Alfred Jacoby (2000). Aufnahme von 2007. Foto: Ulrich Knufinke.

Doch auch der Baukörper mit seinem geschwungenen Dach, das über dem Toraschrein seinen höchsten Punkt erreicht, setzt einen spezifischen Akzent im Stadtbild. Von Alfred Jacoby stammt auch eine der jüngsten Synagogen in der Bundesrepublik. Sie wurde 2023 in Dessau eingeweiht, wo der Architekt lange Zeit als Architekturlehrer tätig war.

Viele jüdische Gemeinden nutzen aktuell aber keine eigens für sie errichteten Bauwerke als Synagogen und Gemeindezentren. Ein architektonisch interessantes Beispiel ist die Synagoge in Marburg, die seit 2005 in einem Bau der 1920er Jahre eingerichtet ist.

Abb. 22: Marburg, Neue Synagoge, Umbau eines bestehenden Gebäudes (2005). Aufnahme von 2005. Foto: Ulrich Knufinke.

Insbesondere für kleinere Gemeinschaften der diversen religiösen Ausrichtungen, die sich inzwischen in Deutschland entwickelt haben, sind Synagogenräume in bestehenden Häusern attraktiv – darin folgen sie der langen Tradition der von außen weitgehend unsichtbaren Betsäle. Bemerkenswert ist auch, dass jüdische Gemeinden ehemalige Kirchengebäude, die von den großen christlichen Kirchen angesichts des Schwunds der Mitgliederzahlen aufgegeben wurden, als Synagogen nutzen – verbunden mit mehr oder weniger umfangreichen Umgestaltungen, so zum Beispiel in Bielefeld (2008), Hannover (liberale Synagoge, 2009), Speyer (2011) oder Cottbus (2015).

Umgang mit historischen Synagogen seit 1945

Aber auch mit dem nicht geringen Bestand erhaltener Synagogengebäude in Hessen und ganz Deutschland musste nach der Schoa ein Umgang gefunden werden. Die meisten Gebäude wurden angesichts der nur noch wenigen jüdischen Gemeinden nicht mehr benötigt und waren ohnehin seit der NS-Zeit oder in vielen Fällen bereits lange vor 1933 profaniert worden. Der Großteil früherer Synagogen wird heute als Wohn- oder Geschäftshäuser genutzt und hat dabei sein ursprüngliches Aussehen verloren. Die Umbauten, bei denen nicht nur die Fassaden, sondern vor allem auch das Innere vollständig verändert wurden, erfolgten spätestens in der frühen Nachkriegszeit. Einige wenige Bauten wurden als Kirchen umgebaut und konnten ihren Charakter zumindest teilweise bewahren: Die Synagoge Eschwege, die in der frühen Nachkriegszeit bis um 1950 noch einmal als jüdisches Gotteshaus für die DP-Gemeinde diente, erwarb 1954 die neuapostolische Gemeinde und adaptierte es als Kirchenraum. Von Kirchengemeinden, evangelischen oder katholischen, genutzt werden auch die Synagogen in Flieden (seit 1950), Großkrotzenburg (1952–1974), Rimbach (1951), Gedern-Wenings und Wachenbuchen (1950/69, heute Wohnhaus).

Wenige Synagogen konnten ihrer ursprünglichen Funktion zugeführt werden: In Michelbach brachte man zur Gründung einer neuen jüdischen Gemeinde um die Jahrtausendwende im Jahr 2005 wieder eine Torarolle in die Synagoge ein, und seitdem wird das Gebäude wieder für Gottesdienste genutzt. Auch die Synagoge Felsberg wird ab 2016 durch die neue jüdische Gemeinde vor Ort genutzt, jene in Gudensberg schon seit 1995 zu den Hohen Feiertagen.

Einen Sonderfall bildet die kleine, um 1852 errichtete Fachwerksynagoge Wohra. Das Gebäude erwarb die jüdische Gemeinde Gießen im Jahr 1991 und translozierte es

Abb. 23: Gießen, translozierte Synagoge aus Wohra. Aufnahme von 2007. Foto: Ulrich Knufinke.

in das 50 km südlich liegende Gießen. 1995 erfolgte die Einweihung.

Wohra blieb nicht die einzige Landsynagoge, die von einer jüdischen Gemeinde in die Stadt geholt wurde. 2006 wurde im südniedersächsischen Bodenfelde die kleine, zuletzt als Schuppen genutzte Fachwerksynagoge (1825) abgebaut und im Hof der jüdischen Gemeinde Göttingen wieder errichtet.[80] Deutschlandweit ist die Zahl der historischen Synagogen, die seit 1945 bis heute kontinuierlich von jüdischen Gemeinden genutzt werden, gering: Die Synagoge in der Keilstraße in Leipzig, die Westend-Synagoge in Frankfurt, die Synagoge in Augsburg, die Synagogen in der Rykestraße und in der Pestalozzistraße in Berlin oder die (allerdings verändert wieder aufgebaute) Synagoge in der Roonstraße in Köln sind die bedeutendsten Beispiele.

Kulturelle oder museale Nutzung

Wie im gesamten Bundesgebiet konnten auch in Hessen einige Synagogenbauten in den vergangenen Jahrzehnten „gerettet“ und instandgesetzt werden.[81] Das Interesse an lokalem jüdischem Erbe stieg in den späten 1970er und verstärkt in den 1980er Jahren, im Vorfeld des 50. Jahrestages der Pogromnacht. Als erste Synagoge in Hessen konnte jene in Michelstadt aus dem Jahr 1791 gerettet werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie lange als Lagerraum genutzt und stand um 1960 vor dem Abriss. Im Rahmen der Altstadtsanierung wurde sie renoviert und

ab 1978/79 als Museum eröffnet, in dem die jüdische Geschichte im Odenwald präsentiert wird. Vor allem in den 1980er Jahren wurden in vielen Orten jüdische Friedhöfe, aber auch ehemalige Bauten „wiederentdeckt“ und als Mahn- und Gedenkstätten, Kulturhäuser oder Museen erhalten.[82] Bekannte Beispiele sind für die BRD die Alte Synagoge in Essen (ab 1961 Museum für Industriedesign, ab 1980 Alte Synagoge) und in der DDR die Synagoge Oranienburger Straße in Berlin (zunächst Mahnmal, dann von Abriss bedroht und ab 1988 Rekonstruktion). Die Synagoge in Hadamar (1841 erbaut) konnte 1980 durch die Stadt erworben und restauriert werden; seit 1982 ist sie als jüdisches Museum genutzt. 1992 wurde das Gebäude der 1820 eingerichteten Synagoge Pfungstadt nach einer langjährigen Nutzung als Wohn- und Lagerhaus durch die Stadt angekauft und restauriert. Mit der Eröffnung im Jahr 2001 gründete sich der Arbeitskreis ehemalige Synagoge Pfungstadt e. V., der sich seitdem für Vermittlungs- und Gedenkarbeit engagiert.[83] Die Landsynagoge in Kalbach-Heubach (1843 erbaut) stand ab 1923 leer und wurde in der Nachkriegszeit zeitweise als Rathaus genutzt. Erst mit der Gründung des Fördervereins der Landsynagoge Heubach e. V. konnten in den Jahren 2003–2006 Rückbau und Sanierung in Angriff genommen werden.[84] 2007 erhielt der Förderverein dafür den Hessischen Denkmalschutzpreis. Auch die Synagogen in Erfelden (1991), Vöhl (2009), Schupbach (2018) und Abterode (2021) wurden so ausgezeichnet.

Mehrere restaurierte Synagogen in Hessen werden für kulturelle Veranstaltungen genutzt und beherbergen häufig auch eine Ausstellung zur jüdischen Geschichte vor Ort. Die Gebäude repräsentieren damit (wieder) das ehemalige jüdische Leben im Stadtbild und spielen eine wichtige Rolle in der Vermittlungsarbeit lokaler und regionaler jüdischer Geschichte: Auerbach (1986), Gelnhausen (1986), Assenheim (1990), Großkrotzenburg (1992), Riedstadt-Erfelden (1994), Gudensberg (1995), Klein-Krotzenburg (1997), Schlüchtern (1995–2009 und ab 2025), Roth (1998), Guxhagen (2002, gelegentlich genutzt), Lohra (2002), Rodgau-Weiskirchen (2004), Romrod (2005), Wetter (2005), Lich (2006), Münzenberg (2009), Schupbach (2018). Oft sind es Fördervereine, die sich im Rahmen der Bemühungen zur Erhaltung der Synagogen gegründet haben, die Beiträge zur Vermittlung der jüdischen Lokalgeschichte leisten und die Gebäude so mit Leben und Veranstaltungen füllen. Auch wenige großstädtische Synagogen sind noch erhalten, aber umgenutzt: So ist die Synagoge in Offenbach am Main von 1913–1916 heute eine Veranstaltungshalle.

Synagogen im Hessenpark

Deutschlandweiter Vorreiter ist das Land Hessen in der Präsentation von Synagogenbauten in Freilichtmuseen. Gleich zwei Synagogen wurden von ihren ursprünglichen Standorten in Groß-Umstadt und Nentershausen in das Freilichtmuseum Hessenpark transloziert. Als erste Synagoge in Deutschland wurde in den Jahren 1983–1988 die Synagoge aus Groß-Umstadt (1866–1874) aufgebaut. Der Nachbau aus behauenen Bruchsteinen ist ein Beispiel für eine typische Kleinstadtsynagoge des 19. Jahrhunderts mit Betraum, Schulraum, Gemeindezimmer, Leseraum und Bibliothek. Dass das Gebäude für den Hessenpark erhalten werden konnte, ist in dieser Zeit ein besonders beachtlicher Umstand. Schon 1975 konnte auf Intervention der Denkmalpflege ein Übernahmevertrag geschlossen werden, jedoch kam es 1978 zu Protesten gegen den Abbruch in Groß-Umstadt. Ein neu gegründeter Verein wollte das Gebäude als Mahn- und Gedenkstätte vor Ort erhalten. Nur ein Teil der Bausubstanz konnte gerettet werden, sodass der Bau, von dessen ursprünglichem Aussehen sich auch keine Fotografien erhalten haben, mit einigen Veränderungen nach den Plänen von 1866 wieder errichtet wurde. Zugänglich war die Synagoge offenbar erst nach 1999. Im Gebäude ist eine Ausstellung zum jüdischen Landleben in Südhessen zu sehen.

Abb. 24: Hessenpark Neu Anspach, translozierte Synagoge aus Nentershausen. Aufnahme von 2021. Foto: Katrin Keßler.

Seit 1996 ergänzt die Landsynagoge Nentershausen den Hessenpark. Neben dem Inneren der vermutlich um 1785 erbauten Synagoge, rekonstruiert im Zustand nach der Renovierung von 1925, ist auch die Mikwe (1886) in einem Anbau zu sehen. Die Zerstörungen der Novemberpogrome 1938 werden den Besuchern anschaulich deutlich in Form des abgebrochenen Sägeblattes, mit dem man auf der Empore

die tragenden Holzstütze zerteilen und so das Dach zum Einsturz bringen wollte. Dieser Versuch scheiterte jedoch. Auch die Synagoge Aßlar-Werdorf wurde 1980 auf Empfehlung der Denkmalpflege abgebaut und vom Hessenpark übernommen, jedoch aufgrund interner Überlegungen und aus Finanzgründen nicht aufgebaut. Die beiden hessischen Synagogen blieben deutschlandweit lange Zeit die Ausnahme. Erst 2023 wurde im Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim die Synagoge aus Allersheim eröffnet.

Die erhaltenen Synagogen in Deutschland sind zu wichtigen Orten des Mahnens und Gedenkens geworden. Die Bauten sind wie die jüdischen Friedhöfe zu einem Symbol für die vernichteten Gemeinden geworden, sowohl für die Nachfahren ehemaliger jüdischer Gemeindemitglieder als auch für die nichtjüdische Gesellschaft, die hier zu regelmäßigen Gedenkveranstaltungen zusammenkommt. An den meisten Standorten zerstörter Synagogen erinnern heute Gedenktafeln oder Mahnmale an die jüdische Geschichte dieser Orte.

Gleichzeitig sind Synagogen und Gemeindezentren in einigen Orten Deutschlands derzeit in Planung, und sicher werden noch viele neue jüdische Einrichtungen hinzukommen. Erkennbar ist, dass der wachsende und gewaltsamer werdende Antisemitismus – erinnert sei an den Anschlag auf die Synagoge in Halle von 2019, aber auch an die antisemitischen Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023 – erhebliche Auswirkungen auf die jüdischen Gemeinschaften hat und das (Weiter-)Leben in Deutschland in Frage stellt. Dass dies auch die Gestaltung der Synagogen und Gemeindezentren beeinflussen wird (so wie der Gedanke an Sicherheit immer wieder den Synagogenbau mit prägte), ist wahrscheinlich – und auch darin bleibt die Architektur der Synagogen in Deutschland ein Spiegelbild des Verhältnisses zwischen jüdischer Minderheit und nicht-jüdischer Mehrheit, das sich in den Gebäuden, im Umgang mit ihnen und in ihrer Interpretation manifestiert.

Anmerkungen

1 Vgl. Katrin Keßler, Ritus und Raum der Synagoge. Liturgische und religionsgesetzliche Voraussetzungen für den Synagogenbau in Mitteleuropa, Petersberg 2007, S. 37–39. Jüdische Menschen müssen laut *Halacha* auf einem jüdischen Friedhof bestattet werden, für den die ewige Totenruhe gesichert ist. Die Suche nach einem Friedhof hatte für jede Gemeinde eine hohe Priorität. Ein Ritualbad ist erforderlich, um nach Verunreinigung, z. B. durch Berühren eines Toten oder nach erfolgter Menstruation, durch vollständiges Untertauchen in rituell reinem Wasser wieder den Zustand der rituellen Reinheit zu erlangen. Obwohl dies unter bestimmten Voraussetzungen auch in natürlichen Gewässern (See, Fluss) erfolgen darf, ist die Einrichtung einer Mikwe gerade für die jüdischen Frauen eine wichtige Voraussetzung, um an einem Ort zu leben.

2 Maimonides, Mishne Tora, Sefer Ahawa, Hilchot Tfila 11,1.

3 Vgl. Keßler, Ritus und Raum, S. 38–39 und 86.

4 Ausgenommen sind nach dem Religionsgesetz lediglich unreine Nutzungen. Es gelten jedoch strenge Regeln für den Erlös, der aus dem Verkauf einer Synagoge eingenommen wird. Dieser darf nur für bestimmte Ausgaben eingesetzt werden, z. B. für die Anschaffung eines neuen Toraschreins oder einer *Bima*. Vgl. Keßler, Ritus und Raum, S. 81–82.

5 Vgl. Thea Altaras, Synagogen und jüdische Rituelle Tauchbäder in Hessen – Was geschah seit 1945? Aus dem Nachlass herausgegeben von Gabriele Klempert und Hans-Curt Köster, Königstein i. Ts. 2007 (zuerst 1994), S. 238.

6 Aufgrund ihrer häuslichen und erzieherischen Pflichten sind Frauen nicht durch das Religionsgesetz (*Halacha*) zum Synagogenbesuch verpflichtet. Dies erklärt, warum Frauenbereiche architektonisch eine untergeordnete Stellung einnehmen und im Mittelalter erst nachträglich angefügt wurden.

7 Vgl. Andreas Lehnhardt, „Alijaus“ – Eine Namensliste für die Aufrufung zur Tora-Lesung aus der Israelitischen Religionsgesellschaft Mainz, Ms. Jüdische Gemeinde Mainz Nr. 4, Tübingen 2018, dx.doi.org/10.15496/publikation-97380, letzter Zugriff 22. Februar 2025.

8 Fritz Epstein, Kultusbauten und Kultusgegenstände in der Provinz Hessen, in: Notizblatt der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler zu Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1906, S. 14, Abbildungen auf S. 12 (Hebenhausen); Rudolf Hallo, Jüdische Volkskunst in Hessen, Festschrift der Sinai-Loge zu Kassel, hg. aus Anlass ihres 40jährigen Bestehens, Kassel 1928, S. 45 (Beverungen).

9 Johann Jakob Schudt, Jüdischer Merkwürdigkeiten, 2. Teil, 6. Buch, 6. Kapitel: „Grosser Juden-Brandt zu Frankfurt“, Frankfurt/Leipzig 1714, S. 120.

10 Dies stellt Rachel Wischnitzer-Bernstein unter Bezug auf Hallo fest: Rahel Wischnitzer-Bernstein, Die Synagoge in Ellrich am Südharz, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 83 (1939), S. 493–508, hier S. 495. Die Synagoge in Ellrich hatte eine bemalte Holztonne.

11 Vgl. Simon Paulus, Die Architektur der Synagoge im Mittelalter. Überlieferung und Bestand, Petersberg 2007, S. 540.

12 Epstein, Kultusbauten und Kultusgegenstände, S. 1–24. Hallo, Jüdische Volkskunst.

13 Hallo, Jüdische Volkskunst, S. 9.

14 Wischnitzer-Bernstein, Die Synagoge in Ellrich, S. 498.

15 Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn, 2 Bde., Frankfurt am Main 1971; ders., Die jüdischen Gemeinden in Hessen: Bilder, Dokumente, Bd. 3, Frankfurt am Main 1973.

16 Altaras, Synagogen.

17 Vgl. dazu LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/de/orte/synagogen-in-hessen, letzter Zugriff 12. März 2025.

18 Georg Heuberger (Hrsg.), Mikwe. Geschichte und Architektur jüdischer Ritualbäder in Deutschland, Frankfurt am Main 1992.

19 Vgl. dazu Paulus, Die Architektur der Synagoge, S. 219–252.

20 Paulus, Die Architektur der Synagoge, S. 243, zu Marburg S. 241–246.

21 Altaras, Synagogen, S. 380–382.

22 Vgl. dazu Monica Kingreen, Das Judenbad und die Judengasse in Friedberg, Friedberg 2008.

23 Salomon Korn, Synagogen und Betstuben in Frankfurt am Main, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Architektur der Synagoge, Frankfurt am Main 1988, S. 347–395, hier S. 360.
24 Ausführlich dargestellt von Richard Krautheimer, Mittelalterliche Synagogen, Berlin 1927, S. 229–233.
25 Schudt, Jüdische Merkwürdigkeiten, 2. Teil, 6. Buch, 6. Kapitel, S. 118.
26 Carl Wolff/Rudolf Jung/Julius Hülsen, Die Baudenkmäler in Frankfurt am Main, Bd. 1: Kirchenbauten, Frankfurt am Main 1896, S. 363.
27 Wolfgang Kraus/Berndt Hamm/Meier Schwarz (Hrsg.), Mehr als Steine … Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. III/1, Lindenberg im Allgäu 2015, S. 692.
28 Gerhard Mühlinghaus, Die Synagoge Gelnhausen. Einzelheiten eines Gebäudes im Wandel der Zeit, in: Jürgen Ackermann (Hrsg.), Festschrift ehemalige Synagoge Gelnhausen. Widmung als kulturelle Begegnungsstätte 25. September 1986, o. O., o. J. [Gelnhausen 1986], S. 19–33, hier S. 22.
29 Eingehend dargestellt werden diese behördlichen Überprüfungen und die daraus folgenden Neubauten von Mikwen am Beispiel Rotenburg a. d. Fulda bei Heinrich Nuhn, Die Rotenburger Mikwe. Kulturdenkmal und Zeugnis der Vielfalt jüdischen Lebens, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte 110 (2005), S. 231–266.
30 Vgl. Inge Schlotzhauer, Das Philanthropin 1804–1942, Frankfurt am Main 1992, S. 34.
31 Vgl. zu Jacobson und seinem Wirken in Seesen Cord-Friedrich Berghahn/Mirko Przystawik/Katrin Keßler/Ulrich Knufinke (Hrsg.), Israel Jacobson (1768–1828). Studien zu Leben, Werk und Wirkung, Göttingen 2022.
32 Albrecht Rosengarten, Die neue Synagoge in Cassel, in: Allgemeine Bauzeitung 5 (1840), S. 205–207.
33 Heinrich Hübsch, In welchem Style sollen wir bauen?, Karlsruhe 1828.
34 Die Verbreitung des Typus in Osteuropa untersucht ausführlich und mit zahlreichen Beispielen Ines Müller, „Dort, in Kakanien, diesem untergegangenen, unverstandenen Staat…“ Synagogen zwischen Wien und Budapest, in: Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland 92 (1993), S. 245–286. Vgl. dazu auch die Forschung am Center for Jewish Art der Hebrew University of Jerusalem: Vladimir Levin, Reform or Consensus? Choral Synagogues in the Russian Empire, in: Arts 9 (2020), H. 2 (Sonderheft Synagogue Art and Architecture), doi.org/10.3390/arts9020072, letzter Zugriff 4. März 2025, zeigt die Einflussnahme bis nach Odessa. Sergey R. Kravtsov, In the Shadow of Empires. Synagogue Architecture in East Central Europe, Weimar/Rostock 2018, S. 73–76, untersucht die Verbreitung in Galizien, Wolhynien etc.
35 Vgl. Harold Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert, Teil 1–2, Hamburg 1981, S. 206.
36 Altaras, Synagogen, S. 342–343.
37 Abgebildet in Harold Hammer-Schenk, Die Architektur der Synagoge von 1780 bis 1933, in: Schwarz, Die Architektur der Synagoge, S. 157–285, hier S. 228.
38 Altaras, Synagogen, S. 237–238.
39 Altaras, Synagogen, S. 300–301. Das Gebäude war von der jüdischen Gemeinde angekauft und umgebaut worden.
40 Altaras, Synagogen, S. 343–344
41 Altaras, Synagogen, S. 195–196.
42 Altaras, Synagogen, S. 325–326. (Ronneberg-Altwiedermus); S. 75, 133–134. (Breuna)
43 Altaras, Synagogen, S. 263–264.
44 Altaras, Synagogen, S. 46.
45 Cornelius Gurlitt, Kirchen, in: Handbuch der Architektur. 4. Teil: Entwerfen, Anlage und Einrichtung der Gebäude. 8. Halbbd.: Kirchen, Denkmäler und Bestattungsanlagen, H. 1, Stuttgart 1906, S. 126–165, hier S. 147.
46 Ulrich Knufinke, Zur „Entdeckung“ der historischen Synagogen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts: architekturgeschichtlich-volkskundliche Forschung und ihre Resonanz im Synagogenbau. In: Birgit Johler/Barbara Staudinger (Hrsg.), Ist das jüdisch? Jüdische Volkskunde im Kontext, Wien 2010, S. 597–622.
47 Aliza Cohen-Mushlin/Harmen Thies (Hrsg.), Synagogenarchitektur in Deutschland. Dokumentation zur Ausstellung „…und ich wurde ihnen zu einem kleinen Heiligtum…“ Synagogen in Deutschland, Petersberg 2008, S. 231–233.
48 Vgl. Rachel Heuberger (Hrsg.), 100 Jahre Westend-Synagoge Frankfurt am Main 1910–2010, Frankfurt am Main 2010.
49 Hermann H. Thies, Essen, in: Cohen-Mushlin/Thies, Synagogenarchitektur in Deutschland, S. 243–247.
50 Ulrich Knufinke, Auf der Suche nach einer jüdischen Architektur – die Synagoge in Augsburg und ihre Zeit. In: Benigna Schönhagen (Hrsg.), Die Augsburger Synagoge – ein Bauwerk und seine Geschichte, Augsburg o. J. [2010], S. 33–40. Zu Landauer allgemein: Sabine Klotz, Fritz Landauer (1883–1968). Leben und Werk eines jüdischen Architekten, Berlin 2001.
51 Kathleen James, „Wären die Berliner Bauten im Fluß, so hätte ich weiter gekämpft“. Kleinere Bauten für die jüdische Gemeinschaft in Tilsit, Königsberg und Essen, in: Regina Stephan (Hrsg.), Erich Mendelsohn. Architekt 1887–1953. Arbeiten für Europa, Palästina und Amerika, Ostfildern-Ruit 1998, S. 172–177,
52 Ulrich Knufinke, Bauwerke jüdischer Friedhöfe in Deutschland, Petersberg 2007, S. 276–283; zu Hallers Bauten allgemein: Ulrich Knufinke, Wilhelm Ze'ev Haller – ein jüdischer Architekt in Deutschland und Palästina, in: Wolfgang Hocquél et al, Wilhelm Haller. Ein Leipziger Architekt in Tel Aviv, Leipzig 2009, S. 14–57.
53 Knufinke, Bauwerke jüdischer Friedhöfe, S. 291–296; Andreas Schenk, Fritz Nathan – Architekt. Sein Leben und Werk in Deutschland und im amerikanischen Exil, Basel 2015, S. 28–30.
54 Fritz Nathan, Der neue Friedhof., in: Frankfurter israelitisches Gemeindeblatt 8 (1929/30), S. 67–76, hier S. 70.
55 Vgl. zum Beispiel den Ausstellungskatalog: Hans Herkommer (Hrsg.), Kirchliche Kunst der Gegenwart, Stuttgart 1930; darin ist die Friedhofsanlage von Nathan in Frankfurt prominent vertreten.
56 Ulrich Knufinke, Dieburg, in: Cohen-Mushlin/Thies, Synagogenarchitektur in Deutschland, S. 255–257.
57 Ulrich Knufinke, Hamburg, Synagoge (Tempel) Oberstraße, in: Cohen-Mushlin/Thies, Synagogenarchitektur in Deutschland, S. 265–268; ders., Das „Neue Bauen“ und die jüdische Architektur. Eine Fotografie des Tempels in der Oberstraße, in: Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte, juedische-geschichte-online.net/beitrag/knufinke-tempel-oberstrasse, letzter Zugriff 4. März 2025.
58 Bruno Italiener, Der neue Tempel, in: Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg 7 (1931), H. 8, S. 4.
59 Schenk, Fritz Nathan – Architekt, S. 83.
60 Vgl. allgemein: Myra Warhaftig, Deutsche jüdische Architekten vor und nach 1933. Das Lexikon. 500 Biographien, Berlin 2005; Andreas Brämer/Katrin Keßler/Ulrich Knufinke/Mirko Przystawik (Hrsg.), Jewish Architects – Jewish Architecture? Petersberg 2021.
61 Vgl. Julius H. Schoeps (Hrsg.), Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952), Berlin 2001. Zur Geschichte der jüdischen DPs vgl. Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Lebensmut

im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 2004; zur Geschichte der Juden in Deutschland nach 1945 allgemein vgl. Michael Brenner (Hrsg.), Geschichte der Juden in Deutschland. Von 1945 bis zur Gegenwart. Politik, Kultur und Gesellschaft, München 2012; Ulrich Knufinke, Neue Synagogen in Deutschland seit 1945, in: Cohen-Mushlin/Thies 2008, Synagogenarchitektur in Deutschland, S. 97–108.

62 Frankfurter Rundschau, 12. September 1945; nach Zentralarchiv für die Geschichte der Juden in Deutschland Heidelberg, B1/13 Frankfurt am Main.

63 Zur Gemeindegeschichte vgl. Alon Tauber, Zwischen Kontinuität und Neuanfang. Die Entstehung der jüdischen Nachkriegsgemeinde in Frankfurt am Main 1945–1949, Wiesbaden 2008.

64 www.hstad-online.de/ausstellungen/online/juedisches_leben_in_suedhessen, letzter Zugriff 7. Februar 2012; dort nach: Darmstädter Echo, 2. August 1947. Als die ersten drei hessischen Synagogen der Nachkriegszeit wurden wahrscheinlich die in Wiesbaden, Frankfurt und Bad Nauheim betrachtet. Dort waren ebenfalls ältere Synagogen wieder hergerichtet worden.

65 Vgl. auch Dietrich Kohlmannslehner/Thomas Lange (Hrsg.), „… wohnen auf der verfluchten deutschen Erde“. Jüdisches Leben in Südhessen nach 1945. Die DP-Lager in Lampertheim, Lindenfels, Bensheim, Dieburg und Babenhausen sowie die Anfänge der Jüdischen Gemeinde Darmstadt, Darmstadt 1998, S. 44; zur Baugeschichte vgl. Knufinke, Dieburg.

66 Vgl. allgemein: Alex Grobman, Rekindling the Flame. American Jewish Chaplains and the Survivors of European Jewry, 1944–1948, Detroit 1993.

67 Stadtarchiv Wiesbaden, Sign. Wi/ 3 Nr. 2587, Festschrift zur Einweihung.

68 Stadtarchiv Wiesbaden, Sign. Wi/ 3 Nr. 2587, Brief v. 23. Dezember 1945 an die Jüdische Kultusgemeinde Wiesbaden; Festschrift zur Einweihung.

69 Altaras, Synagogen, S. 71 und 172–173.

70 Zu Guttmann vgl. Alexandra Klei, Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland. Der Architekt Hermann Zvi Guttmann, Berlin 2017.

71 Nach: Die neue Synagoge in Düsseldorf. Zur Einweihung am 7. September 1958, Düsseldorf 1958, S. 16.

72 Vgl. Ulrich Knufinke, Die Wiesbadener Synagoge von 1966 und ihre Ausstattung von Egon Altdorf, in: Judith LeGrove/Felicitas Reusch (Hrsg.): Egon Altdorf 1922–2008. Die Kunst der inneren Erneuerung: Skulptur, Grafik, Glasfenster, Lyrik, Wiesbaden 2022, S. 120–143.

73 Mitteilung von Herrn Prof. Alfred Jacoby, Offenbach.

74 Vgl. Schwarz, Die Architektur der Synagoge, S. 324–325.

75 Ulrich Knufinke, Architektur und Erinnerung. Synagogenbau in Deutschland nach der Shoah, in: Kai Kappel/Matthias Müller (Hrsg.), Geschichtsbilder und Erinnerungskultur in der Architektur des 20. und 21. Jahrhunderts, Regensburg 2014, S. 93–108.

76 Vgl. Monika Finger/Mario Lorenz (Hrsg.), In einem neuen Geiste. Synagogen von Alfred Jacoby, Frankfurt am Main 2002, S. 42–43.

77 Vgl. Ulrich Knufinke, Darmstadt, Synagoge Bleichstraße, in: Cohen-Mushlin/Thies, Synagogenarchitektur in Deutschland, S. 231–233.

78 Die Bürgerschaft gibt der Jüdischen Gemeinde eine Synagoge zurück. Einweihung der Synagoge in Darmstadt 9. November 1988. Ansprachen, Darmstadt 1989.

79 Vgl. Ulrich Knufinke, Architektur des Sakralen zwischen Aufbruch und Erinnerung. Zeitgenössische Synagogen im Bild deutscher Städte, in: Albert Gerhards/Kim de Wildt (Hrsg.), Der Sakrale Ort im Wandel, Würzburg 2015, S. 223–230.

80 Förderverein Jüdisches Zentrum Göttingen (Hrsg.), Die versteckte Synagoge. Umzug in ein neues Leben, Göttingen 2008.

81 Vgl. allgemein Ulrich Knufinke, Ehemalige Synagogen erhalten. Ziele und denkmalpflegerische Konzepte im Spiegel widerstreitender Akteure und Interessen, in: Stephanie Herold/Christian Raabe (Hrsg.): Erhaltung. Akteure, Interessen, Utopien. Jahrestagung 2019 des Arbeitskreises Theorie und Lehre in der Denkmalpflege, Holzminden 2020, S. 82–90.

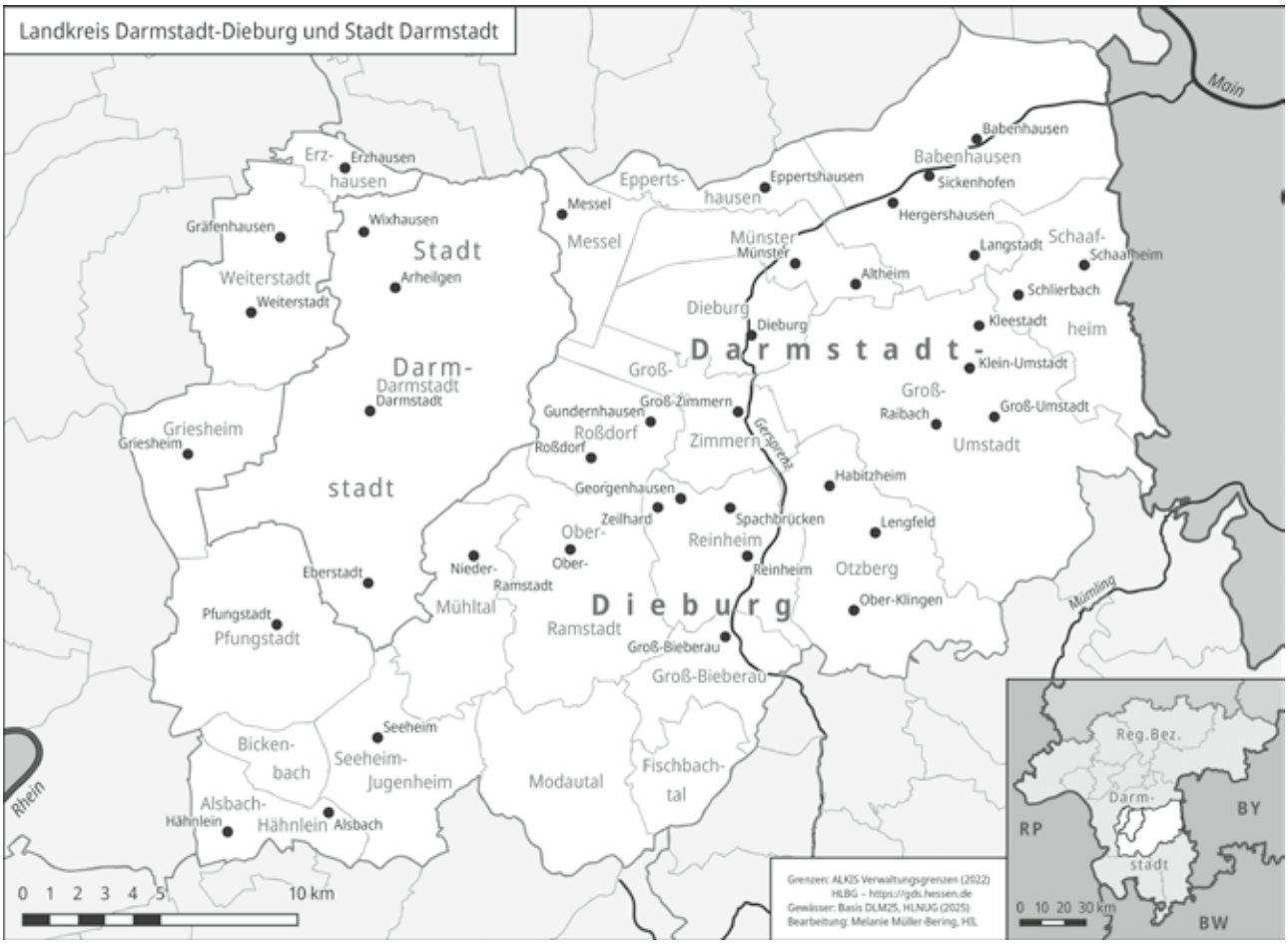
82 Vgl. allgemein und international vergleichend: Katrin Keßler/Ulrich Knufinke/Alexander von Kienlin/Annette Weber (Hrsg.), Synagogue and Museum, Petersberg 2018.

83 www.synagoge-pfungstadt.de/, letzter Zugriff 2. Januar 2025.

84 www.synagoge-heubach.de/verein.php, letzter Zugriff 2. Januar 2025.

Regierungsbezirk Darmstadt - südlicher Teil
Main-
Kinzig-
Kreis
Kinzig
Mühlheim am Main
Bürgel
Dietesheim
Nidda
Stadt
Offenbach am Main
Frankfurt
Stadt
Bieber
Offenbach
am Main
Hainstadt
Klein-Krotzenburg
Heusenstamm
Obertshausen
Weiskirchen
Seligenstadt
Neu-Isenburg
Hainhausen
Stadt
Wies-
baden
Taunus
Main
Sprendlingen
Offenbach
Jügesheim
Dietzenbach
Dudenhofen
Main
Dreieichenhain
Langen
Götzenhain
Ober-Roden
Egelsbach
Offenthal
Urberach
Babenhausen
Erzhausen
Eppertshausen
Sickenhofen
Messel
Hergershausen
Gräfenhausen
Wixhausen
Münster
Langstadt
Stadt
Groß-
Weiterstadt
Arheilgen
Schaafheim
Altheim
Schlierbach
Dieburg
Kleestadt
Darm-
Darmstadt-
Klein-Umstadt
Darmstadt
Gundernhausen
Groß-Zimmern
Griesheim
Roßdorf
Raibach
Groß-Umstadt
Habitzheim
Gerau
stadt
Georgenhausen
Spachbrücken
Zeilhard
Lengfeld
Eberstadt
Nieder-
Ramstadt
Ober-
Reinheim
Rhein
Dieburg
Ober-Klingen
Pfungstadt
Groß-Bieberau
Seeheim
Gersprenz
Mümling
Hähnlein
Alsbach
Weschnitz
Odenwald-
Bergstraße
kreis
0 25 50 km
NI
NRW
Reg.Bez. Kassel
TH
Reg.Bez. Gießen
HE
Reg.Bez.
Darm-
stadt
RP
BY
BW
Neckar
Grenzen: ALKIS Verwaltungsgrenzen (2022)
HLBG – https://gds.hessen.de
LGL – www.lgl-bw.de
LDBV – www.geodaten.bayern.de
© GeoBasis-DE / LVermGeoRP
Gewässer: Basis DLM25, HLNUG (2025)
Bearbeitung: Melanie Müller-Bering, HIL
0 5 10 15 km

Landkreis Darmstadt-Dieburg


Landkreis Darmstadt-Dieburg und Stadt Darmstadt
Main
Rhein
Babenhausen
Sickenhofen
Hergershausen
Eppertshausen
Eppertshausen
Messel
Messel
Münster
Münster
Altheim
Langstadt
Schaafheim
Schlierbach
Kleestadt
Klein-Umstadt
Groß-Umstadt
Raibach
Groß-Zimmern
Gundernhausen
Roßdorf
Roßdorf
Georgenhausen
Zeilhard
Spachbrücken
Lengfeld
Habitzheim
Reinheim
Reinheim
Otzberg
Ober-Klingen
Gersprenz
Mümling
Groß-Bieberau
Groß-Bieberau
Ramstadt
Ober-Ramstadt
Nieder-Ramstadt
Eberstadt
Pfungstadt
Pfungstadt
Mühltal
Seeheim
Seeheim-Jugenheim
Bickenbach
Modautal
Fischbachtal
Alsbach-Hähnlein
Hähnlein
Alsbach
Erzhausen
Gräfenhausen
Wixhausen
Arheilgen
Weiterstadt
Weiterstadt
Griesheim
Griesheim
Darmstadt
Darmstadt
Dieburg
Dieburg
Umstadt
Reg.Bez.
Darm-stadt
RP
BY
BW
0 1 2 3 4 5 10 km
0 10 20 30 km
Grenzen: ALKIS Verwaltungsgrenzen (2022) HLBG – https://gds.hessen.de
Gewässer: Basis DLM25, HLNUG (2025)
Bearbeitung: Melanie Müller-Bering, HIL

Alsbach (Gemeinde Alsbach-Hähnlein)

Die Gemeinde Alsbach-Hähnlein entstand in Folge der hessischen Gebietsreform von 1977 aus den bis dahin selbstständigen Gemeinden Alsbach und Hähnlein. Beide Orte unterstanden im Mittelalter zunächst den Herren von Bickenbach, die sich im 13. Jahrhundert in Alsbach die Burg Bickenbach, das spätere Alsbacher Schloss, als Residenz errichteten. Im folgenden Jahrhundert gelangten sie als Teil des nunmehrigen Amtes Bickenbach an die Herren v. Erbach, bevor sie infolge des Landshuter Erbfolgekrieges (auch Bayerische Fehde, 1504–1506) an die Landgrafschaft Hessen fielen. Nach der hessischen Erbteilung 1567 wurden sie vorübergehend Teil der Grafschaft Dietz, danach der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und seit 1803 des Großherzogtums Hessen. Die Entwicklung der beiden Dörfer verlief sehr unterschiedlich: Im 16. und 17. Jahrhundert besaß Alsbach deutlich mehr Einwohner als Hähnlein, doch kehrte sich das Verhältnis in den beiden folgenden Jahrhunderten zugunsten von Hähnlein um, und erst ab etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts überflügelte Alsbach die Nachbargemeinde wieder.[1]

Die Anfänge jüdischer Ansiedlung

In den Jahren 1423 bis 1430 ist erstmals ein Jude in Alsbach belegt, der in den Einnahme- und Ausgabeverzeichnissen des bickenbachischen Kellers nicht immer namentlich, in einigen Fällen jedoch als Jacob genannt wird.[2] In der Regel handelte es sich um Zahlungen des Juden, vermutlich als Schutzgeld, einmal, 1423, wurde auch ihm ein Betrag gezahlt, ohne dass ein Grund dafür genannt ist. Nach Annahme der Germania Judaica handelte es sich um Zinsen für ein den Herren von Bickenbach gewährtes Darlehen.[3]

Danach wird ein Jude in Alsbach erst wieder in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts genannt. 1568 richteten Schultheiß, Bürgermeister, Gericht und Gemeinde zu Alsbach eine Klage an die Grafen Philipp und Christoph Ernst von Dietz, in der sie sich über den dort wohnhaften Juden beschwerten, der ein eigenes Haus besitze, sich jedoch den damit verbundenen Frondiensten entziehe.[4] Durch die ihm zugestandenen Viehtriebsrechte würden diejenigen der christlichen Nachbarn beeinträchtigt, und außerdem führe seine Frau den Gewässern des Dorfes großen Unrat zu. Sie baten, ihn zur Wahrnehmung seiner Pflichten zu ermahnen, und fügten hinzu, dass sich jederzeit ein Christ finden werde, um seine Behausung zu übernehmen. Als sich der Jude wehrte, entschied Graf Christoph, dass er zwar bleiben, doch weniger Vieh auf die Weide treiben und auf das Baden verzichten solle. Dieser Vorgang wird in der Literatur als Hinweis auf das Vorhandensein einer Mikwe im Haus des Juden interpretiert.[5] Vier Jahre zuvor – 1564 – hatte die Gemeinde Alsbach eine Gemeindeordnung erlassen, die zwei Paragraphen enthält, die die Nutzung der Gemeindewiese (Almende) zu kommerziellen Zwecken, also zur Weide für Handelsvieh, untersagten.[6] Nach Annahme von Rudolf Kunz richteten sich diese Abschnitte implizit gegen den im Vorjahr zugezogenen Juden, was in Anbetracht der späteren Beschwerde aber offenbar nicht den gewünschten Erfolg hatte.

Aus den folgenden Jahren ist in den Rechnungsbüchern für das Amt Bickenbach zwar die Zahlung von Judenschutzgeldern verzeichnet, doch werden darin nur die Summen, ohne Zuordnung zu bestimmten Orten oder gar Nennung von Personennamen, genannt.[7] 1592 führte ein Jude Mannes (Menlein) Klage gegen einen benachbarten Adelsherren.[8] Nach Kunz lebten in dieser Zeit neben ihm noch einige andere Juden in Alsbach, doch so wenige, dass ihre Präsenz kaum der Grund für die Anlage eines eigenen Friedhofs sein konnte.[9]

Der jüdische Friedhof Alsbach

Den Ausgangspunkt für seine Einrichtung bildet nach allgemeiner Annahme ein Ereignis von überregionaler Bedeutung – die vorübergehende Vertreibung der Wormser Judenschaft infolge der Bürgerunruhen von 1615, nur ein Jahr nach dem berüchtigten Fettmilchaufstand, der in Frankfurt ebenfalls zur zeitweiligen Vertreibung der dortigen Gemeinde geführt hatte.[10] Die meisten der aus Worms ausgewiesenen Juden suchten und fanden Aufnahme in benachbarten Herrschaften. Unter ihnen befand sich der bekannte Rabbiner Samuel Bacharach, der sich in Gernsheim niederließ, wo er im folgenden Jahr plötzlich verstarb. Weshalb man auf der Suche nach einem Ort für sein Begräbnis auf Alsbach verfiel, ist nicht bekannt. Fest steht jedoch, dass der dortige Friedhof 1616 angelegt und er darauf bestattet wurde. Wie Kunz aus dem damaligen Alsbacher Rechnungsbuch zitiert, wurde der dortigen Judenschaft auf Geheiß des Zwingenberger Kellers im Juni 1616 ein entsprechendes Areal „ausgesteint“.[11] Dieser Friedhof wurde später mehrmals erweitert und entwickelte sich in der Folge zum größten Verbandsfriedhof in Hessen, auf dem immerhin

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-006

29 jüdische Gemeinden, die sich auf mehrere Territorien verteilten, ihre Toten bestatteten.[12] Eine erste Erweiterung erfolgte 1741, bei der der Friedhof außerdem ummauert und mit einem massiven Eingangstor versehen wurde.[13] Da der beauftragte Maurermeister für die Errichtung und Instandhaltung der Mauer die stattliche Summe von 900 Gulden erhielt, muss zu dieser Zeit bereits eine Organisation des Friedhofsverbands bestanden haben, da die wenigen Alsbacher Juden sie allein keinesfalls aufgebracht hätten.

Abb. 1: Der jüdische Friedhof in Alsbach, 2025. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid

Der Eingang zum Friedhof befand sich an der Ostseite. Man betrat die Begräbnisstätte durch ein überdachtes, aus Ziegeln und Bruchstein errichtetes Tor, das in die ihn umgebende Mauer integriert war. Daneben wurde in späterer Zeit eine Leichenwagenhalle mit Aborten errichtet.[14] Am Eingang stand auch ein ursprünglich turmartiges Gebäude – die Leichenhalle (*Bet Tahara*) –, das 1793 durch einen halbrunden, kapellenartigen Bau ersetzt wurde. An seiner Stelle wurde 1843 eine neue Leichenhalle errichtet, die aus Ziegel- und Bruchsteinen erbaut und mit einem niedrigen Walmdach bedeckt war.[15] Dieser über einem quadratischen Grundriss errichtete Zentralbau erhielt 1854 einen zweiten Stock.[16] Die Baugestaltung war äußerst einfach, ohne architektonische Details. Die Fassade besaß eine zweiflügelige Eingangstür in der Mitte und darüber ein Zweiflügelfenster im ersten Stock. Die übrigen Wände besaßen jeweils ein in der Mitte angebrachtes Fenster. Über dem Eingang befand sich die Inschrift „Der Herr läßt leben, der Herr läßt sterben, gelobt seist Du Ewiger, der belebt die Toten“[17] – der letzte Vers ist Teil des jüdischen *Amida*-Gebets. An der Westwand wurde eine Tafel mit *Kaddisch Jatom* angebracht, die sich auch am Vorgängerbau befand.[18] Die Leichenhalle besaß 20 Sitzplätze.[19]

Zur Zeit der Anlage des Friedhofs konnte von einer Gemeinde noch keine Rede sein. Aus den ersten Jahren des Dreißigjährigen Krieges sind in den Rechnungen der Darmstädter Regierung Einnahmen aus dem Judenzoll von einigen Juden aus Alsbach und nun auch aus Hähnlein verzeichnet.[20] Danach schweigen die Quellen – abgesehen von vereinzelten einmaligen Nennungen[21] – für lange Zeit, und es ist anzunehmen, dass sich erst nach der Jahrhundertwende wieder Juden dauerhaft in Alsbach und Hähnlein niederließen.

Synagoge mit Schulhaus und Ritualbad

Im 18. Jahrhundert bildeten die Juden der Orte Alsbach, Zwingenberg, Bickenbach, Hähnlein, Jugenheim und Seeheim eine Verbandsgemeinde, aus der 1861 Zwingenberg und 1866 Seeheim ausschieden, die eigene Synagogengemeinden gründeten.[22] Im Jahr 1767 erwarben die Juden in Alsbach von der Amtsverwaltung Zwingenberg ein Haus in der Hauptstraße 113 – heute läge es in der Hauptstraße 19. Dieses Haus gilt als die erste Synagoge in Alsbach. Bis zum Jahr seines Ankaufs scheint es nur einen Betraum – vermutlich in einem Privathaus – gegeben zu haben.[23] Das erworbene Haus war baufällig und musste laut Rudolf Kunz auf Regierungsbefehl „erneuert“ werden. Kunz erläutert allerdings nicht, ob sich der Befehl auf eine Erneuerung im Sinne einer Renovierung oder auf den Ersatz durch einen Neubau bezog.[24]

Abb. 2: Alsbach, Gegenwärtige Bebauung des ehemaligen Synagogengrundstückes. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid

Wie ein erhaltenes Foto der Inschrift über dem Eingang der ehemaligen Synagoge zeigt, wurde diese entweder im Jahr 1864 (תרכ"ה לפ"ק) oder 1863 (תרכ"ד לפ"ק) renoviert.[25] Auf dem rundbogigen Oberlicht des Synagogeneingangs war außerdem der erste Vers des Psalms 118:20 – „Das ist

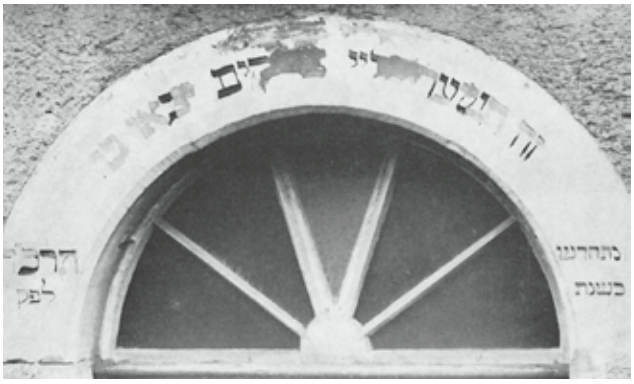


Abb. 3: Alsbach, Inschrift über dem Eingang der ehemaligen Synagoge. Reproduktion aus Rudolf Kunz, Heimatbuch der Gemeinde Alsbach

das Tor des Herrn; die Gerechten werden dahin eingehen“ – zu lesen.

Neben dem Synagogenbau befand sich auf demselben Grundstück auch das Gemeindehaus mit Schule, Lehrerwohnung und Ritualbad.[26] Das Gemeindehaus wurde an die Synagoge angebaut – es bleibt allerdings unklar, zu welcher Zeit. In den Entschädigungsakten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) für Alsbach ist das Jahr 1876 als Baudatum des „Schulhauses“ – des angebauten Teils also – angegeben, als Baujahr der Synagoge dagegen interessanterweise das Jahr 1911.[27] Es kann sich dabei um einen Fehler oder um das Datum der letzten wesentlichen Renovierung der Synagoge handeln, obwohl – einem Bericht in der Zeitschrift *Der Israelit* vom 25. Oktober 1928 über die Goldene Hochzeit des Ehepaares Götz zufolge – auch in diesem Jahr noch eine grundlegende „Instandsetzung unseres altehrwürdigen Gotteshauses“ erfolgte.[28]

Die gesamte Bebauung des einstigen Synagogengrundstücks in der Hauptstraße 19 bestand aus einem Gebäude über einem L-förmigen Grundriss, in dem die Synagoge, das Schul- und Gemeindehaus sowie eine Mikwe untergebracht waren. Das Gemeindehaus, ein Fachwerkbau mit Ziegeldach, hatte einen fast quadratischen Grundriss von ca. 7,50 m Länge und Breite sowie 4,50 m Höhe.[29] Es war nach Norden ausgerichtet und stand unmittelbar an der Hauptstraße vor dem eigentlichen Synagogengebäude. In ihm befand sich auch der Schulraum.[30]

Direkt an das Gemeindehaus schloss die Synagoge mit der Längsseite ihres rechteckigen Grundrisses an. Sie war nach Osten orientiert. Ein ca. 3 m langer und 3,64 m breiter Anbau, der mit einer Apsis abgerundet war, enthielt den Bereich für den Heiligen Schrein und den *Almemor*. Der Haupteingang, in dessen Rundbogen sich die erwähnte Inschrift in hebräischen Buchstaben befand, befand sich auf der gegenüberliegenden Seite an der Westfassade. Das in Ziegelmauerwerk errichtete Gebäude besaß die Gesamtmaße von 8,75 m Breite, 11,05 m Länge und 6 m Höhe. In der Vorhalle befanden sich ein Treppenhaus zur Frauenempore sowie ein kleiner Raum, der vermutlich als Garderobe diente. Der fast quadratische Betraum, der durch einen eisernen Füllofen beheizt wurde, besaß 32 Männersitzplätze, die an der Nordwand liegende Frauenempore 20 Sitzplätze.[31] Der 1930 in Darmstadt verstorbene Max Jonas Meyer stiftete für diese Empore ein Gitter und der Gemeinde außerdem ein „prächtiges Parochet“, einen dekorativen Vorhang vor dem Heiligen Schrein.[32]

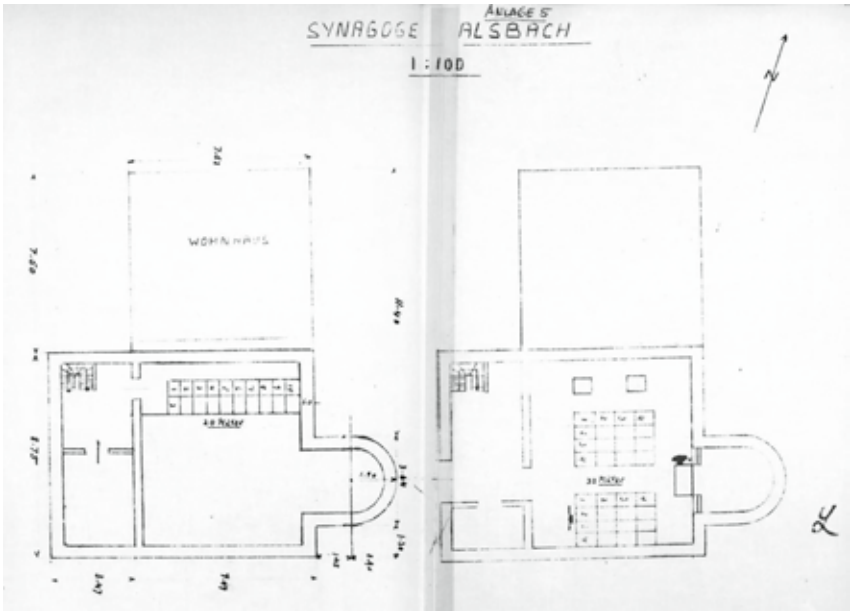


Abb. 4: Alsbach, Grundriss des Synagogenkomplexes in der Hauptstraße 19 aus den JRSO-Akten. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Abb. 5: Toraschrein in der Alsbacher Synagoge. Ansicht ohne Vertäfelung der Apsidenwände. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Abb. 6: Toraschrein in der Alsbacher Synagoge. Im Hintergrund ist eine Vertäfelung der Wände erkennbar. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Der Schrein selbst war sehr einfach konzipiert – die hier befindlichen drei „antiken“ Torarollen wurden in der Nische der Apside aufbewahrt, vor der eine zweiflüglige Holztür angebracht war.[33] Vor dem Toraschrein stand, auf einem niedrigen Podium von der Höhe einer Treppenstufe, „ein kombiniertes Vorbeter- und Vorleserpult mit Wickelbank“ – ein *Almemor*.[34] Ein in der Mitte durchbrochenes Holzgeländer trennte den durch das Podium gehobenen Bereich des Schreins vom Betraum. Die Innenwände des apsidialen Anbaus sowie des Betsaals waren bis circa zur Hälfte der Schreinhöhe mit Holz verkleidet. Wie das erhaltene Fotomaterial zeigt, wurde diese Holzvertäfelung allerdings nicht von Anfang an angebracht, sondern bei einer der Renovierungsarbeiten. Ein schmales Brett auf einer Seite des Schreins, errichtet unmittelbar auf der Oberkante der Vertäfelung, diente dem Abstellen und der Aufbewahrung des Toraschmucks. Zur wertvollen Ausstattung der Synagoge gehörten auch eine *Menora* aus Bronze und ein handschriftliches Memorialbuch von 1731.[35]

Laut den Quellen befand sich in dem beschriebenen Synagogenkomplex auch eine Mikwe. Es ist allerdings nicht klar, in welchem Gebäudeteil sie untergebracht war. Thea Altaras gibt den Garten auf dem Synagogengrundstück als Standort des Ritualbades an.[36]

Gemeindeentwicklung im 18. und 19. Jahrhundert

Wie aus zahlreichen Quellen deutlich wird, war die Zahl der Juden in Alsbach und Hähnlein selbst nie sehr groß.[37] Die Verbandsgemeinde – zu der eben auch die oben genannten Orte zählten – entwickelte jedoch bald Strukturen, wie sie für größere Gemeinden typisch sind. Bereits 1732, lange vor Errichtung der Synagoge, bestand z. B. eine *Chevra kadischa*, eine Beerdigungsbruderschaft, die ihre Gründung in diesem Jahr zum Anlass nahm, einen silbernen Becher in Auftrag zu geben, auf dem in kunstvollen Medaillons die Namen ihrer 57 Mitglieder eingraviert waren.[38]

Diese stammten nicht nur aus der Alsbacher Gemeinde, sondern aus sämtlichen anderen hessischen Gemeinden, die dem Friedhofsverband angehörten.[39] Da keine schriftlichen Aufzeichnungen über diese Bruderschaft vorliegen, ist der erhaltene und von Hartmut Heinemann eingehend behandelte Pokal eine umso wichtigere Quelle. Auffällig ist nicht zuletzt, dass auch der Darmstädter Rabbiner Samuel Bacharach zu deren Mitgliedern zählte, obwohl im selben Jahr auch eine *Chevra kadischa* in Darmstadt selbst gegründet worden war.[40] Auch die erhaltenen Grabinschriften aus dem 18. Jahrhundert, die vielen Gemeindevorstehern, Lehrern und in einem Fall auch einem Vorsteher der *Chevra kadischa* gewidmet sind, zeugen vom Bestehen einer florierenden Gemeinde.[41]

Laut einer 1843 vom Darmstädter Rabbiner Auerbach an die dortige Regierung übergebenen Aufstellung über die karitativen Vereine in seinem Rabbinatsbezirk existierte in Alsbach zu dieser Zeit außerdem ein Verein zur Anschaffung synagogaler Gegenstände.[42] Einer Zeitungsmeldung von 1931 zufolge feierte in diesem Jahr ein Wohltätigkeitsverein namens *Chewro* sein 50-jähriges Bestehen, der sich der Friedhofspflege sowie der Brautausstattung widmete.[43] Eine jüdische Schule war in Alsbach vermutlich seit dem späten 18. Jahrhundert vorhanden und blieb bis in die Zeit des Nationalsozialismus bestehen. Die Lehrerstelle war allerdings mit etlichen weiteren Funktionen gekoppelt, wie etwa Anzeigen in dem orthodoxen Organ *Der Israelit* aus den Jahren 1865 und 1889 zeigen, in denen „die Stelle eines Vorsängers, Religionslehrers, Schächters und Friedhofsaufsehers“ ausgeschrieben wurde.[44] Die Bezahlung war nicht sonderlich hoch, 1865 lag sie bei 230 Gulden, doch wurden darüber hinaus Nebeneinkünfte, freie Wohnung sowie „Benutzung eines Gartens und etwas Feld“ in Aussicht gestellt. Auf die Anzeige von 1889 bewarb sich mit Erfolg der Lehrer David Frank, der 1929 sein 40-jähriges Dienstjubiläum feiern konnte und sechs Jahre später anlässlich seines 70. Geburtstags geehrt wurde.[45] Im Bericht über sein Dienstjubiläum wurden auch sein Ansehen unter Nichtjuden sowie die Mitgliedschaft in mehreren Vereinen hervorgehoben, und in der Tat amtierte er nicht nur als Vorsitzender des Vereins Chewro, sondern – Rudolf Kunz zufolge – auch des örtlichen Turnvereins.[46]

Was die Erwerbstätigkeiten der Juden und Jüdinnen betrifft, liegen für Hähnlein zahlreiche Quellen vor.[47] Wie die dortigen Viehhandelsprotokolle aus den Jahren 1838–1861 zeigen, lag dieser ganz überwiegend in jüdischer Hand.[48] Nur sehr wenige Geschäfte fanden in diesem Zeitraum ohne jüdische Beteiligung statt. Die herausragende Gestalt war jahrzehntelang Moses Spieß, der als Käufer und Verkäufer sowohl in eigener Sache als auch im Auftrag auswärtiger Juden tätig war. Ein zweiter wichtiger Viehhändler war Hirsch Kiefer, der in den Protokollen ebenfalls häufig genannt wird.[49] Daneben finden sich darin mehrere weitere Hähnleiner Juden, die aber seltener in Erscheinung traten, so dass sich nicht sagen lässt, ob dieser Handel ihren Hauptberuf darstellte. Beteiligt waren außerdem zahlreiche Juden aus benachbarten Orten, doch fällt auf, dass keiner von ihnen aus Alsbach stammte. In den Gewerbeverzeichnissen, die seit 1891 in Hähnlein geführt wurden, ist der Beruf des Viehhändlers immer noch stark vertreten, doch sind daneben auch andere Tätigkeiten wie Textil- und Schuhhandel oder Schreibwaren-, Tabakwaren- und Eisenhandel genannt.[50]

Abb. 7: Mitglieder der *Chevra kadischa* des Friedhofs Alsbach, um 1910. Reproduktion aus Thomas Lange (Hrsg.), „L’chajim.“ Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R4, 28030

Nicht wenige Juden in Hähnlein verfügten im 19. Jahrhundert über Haus- und Grundbesitz, wie aus mehreren Quellen hervorgeht.[51] Kaufprotokolle aus der Zeit um die Wende zum 19. Jahrhundert verdeutlichen darüber hinaus, dass ein Besitzerwechsel von Christen zu Juden und umgekehrt schon zu dieser Zeit offensichtlich unproblematisch war.[52]

Alltagsbeziehungen

Die wenigen Belege über das Zusammenleben von christlichen und jüdischen Einwohnern und Einwohnerinnen im 19. und frühen 20. Jahrhundert sprechen für ein harmonisches Miteinander in gegenseitigem Respekt. So hob etwa der Hähnleiner Pfarrer Vogler in seiner Kirchenchronik positiv hervor, dass an dem Gottesdienst, der 1870 zum Auftakt des Deutsch-Französischen Krieges in der evangelischen Kirche gefeiert wurde, auch „die Israeliten“ teilgenommen hätten.[53] Als das Ehepaar Koppel David 1892 in der Alsbacher Synagoge seine Goldene Hochzeit beging, nahmen an der Feier – einem Bericht im *Israelit* zufolge – über 100 Personen teil, „davon ca. die Hälfte Nichtjuden, darunter der evangelische Geistliche, Bürgermeister und Gemeinderat“.[54] In beiden Orten waren Juden auch im örtlichen Vereinswesen aktiv. Der oben erwähnte Liebmann Wolf zählte zu den Begründern der Freiwilligen Feuerwehr Hähnlein, und Lazarus David war – einer Liste von 1901 zufolge – Mitglied in derjenigen von Alsbach.[55] Christine Vonderheid-Ebner, die 1988 Interviews mit Zeitzeugen in Hähnlein geführt hat, zitiert aus ihnen u. a., dass die nichtjüdischen Kinder am Schabbat gern Dienste wie das Anzünden von Licht und Feuer übernahmen und ebenso den Brauch der jüdischen Kinder, den nichtjüdischen Haushalten an Pessach *Mazzot* zu bringen, wofür sie als Gegengabe (Oster-)Eier empfingen.[56] In einem Interview wird auch die Praxis der jüdischen Geschäftsleute positiv hervorgehoben, ärmeren Kunden Preisnachlässe zu gewähren und außerdem Ratenzahlung zu ermöglichen.

In den Jahren 1911–1919 lebte in Alsbach der 1877 in Dortmund geborene Bildhauer Benno Elkan in einem nach seinen künstlerischen Vorstellungen errichteten Haus, dessen Lageplan und Aufriss er 1910 bei der politischen Gemeinde zur Bewilligung vorgelegt hatte.[57] Bekannt wurde Elkan v. a. durch seine monumentale *Menora*, auf der die Geschichte des Judentums dargestellt ist und die heute vor der *Knesset*, dem israelischen Parlament in Jerusalem steht. Bevor er Deutschland in den 1930er Jahren unter dem Druck der nationalsozialistischen Herrschaft verließ, schuf er 1927 zwei Leuchter sowie ein schmiedeeisernes Gitter am Rednerpult für die Bruchsaler Synagoge.

1914 wurde Elkan zum Militärdienst eingezogen, doch infolge einer Choleraerkrankung bald nicht mehr an der Front, sondern nur noch als Versorgungsoffizier in Polen und später in der Postüberwachung in Frankfurt eingesetzt. Zwei weitere jüdische Soldaten aus Alsbach, Arthur David und Ludwig Mayer, fielen im Jahr 1915.[58] Ein Kriegsteilnehmer aus Hähnlein, Gerson Mosbacher, verstarb erst 1930 an den Folgen seiner Verletzungen.[59] 1918 wurde der aus Alsbach stammende Leutnant der Landwehr Julius David mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet.[60] Unter den älteren Männern, die bei der Mobilmachung 1914 in Hähnlein zur Bahnwache eingezogen wurden, befand sich außerdem der 1865 geborene Liebmann Wolf.[61]

Die NS-Zeit und das Ende des jüdischen Lebens in Alsbach und Hähnlein

Nach dem Ersten Weltkrieg ging die Zahl der jüdischen Einwohner in Alsbach und Hähnlein – wie in vielen ländlichen Siedlungen – durch Abwanderung in die Städte oder Auswanderung aus dem Deutschen Reichsgebiet stark zurück. Für die Wenigen, die übrig geblieben waren, verschlechterte sich die Situation in den 1920er Jahren sichtbar. Während noch 1927 bei der Beisetzung des Vorstehers Lazarus David „die überaus große Beteiligung von Juden und Nichtjuden“ erwähnt wird, ist im folgenden Jahr von einer nichtjüdischen Teilnahme an der Feier der Goldenen Hochzeit des Ehepaars Marum Götz nicht mehr die Rede.[62]

Bereits bei der Reichstagswahl 1930 avancierte die NSDAP in Hähnlein nach der SPD zur zweitstärksten Partei, 1932 dann zur stärksten und erreichte in der Märzwahl 1933 schließlich die absolute Mehrheit.[63] Wenig später erfolgte der Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte, Anwaltskanzleien und Arztpraxen, der auch in Alsbach und Hähnlein zum Niedergang der jüdischen Gewerbebetriebe und zur teilweisen Abwanderung ihrer Inhaber führte. Viele von ihnen entschieden sich für die Auswanderung, die meisten in die USA, einige nach England, Australien oder Südamerika.[64] Andere beschränkten sich auf die Übersiedlung in nahe gelegene Städte wie Darmstadt und Frankfurt oder in die Niederlande, wo viele von ihnen aber früher oder später aufgespürt, deportiert und ermordet wurden. Durch zahlreiche Verordnungen wurde die Mobilität von Juden und Jüdinnen immer weiter eingeschränkt. So benötigten sie z. B. auch für Inlandsreisen einen entsprechenden Pass,

der unter Umständen zwar ausgestellt, dessen Legitimität aber – wie etwa im Fall des Alsbacher Juden Ludwig David 1934 – von anderen Stellen wiederum in Frage gestellt wurde.[65] 1937 benötigte die Witwe Elisabeth Sussmann – ebenfalls aus Alsbach – eine Unbedenklichkeitserklärung als Voraussetzung für die Ausstellung eines Passes zum Besuch ihrer Tochter in den Niederlanden, was durch die mehrstufige und oft schikanöse Bürokratie erschwert wurde.[66]

Die Entscheidungen fielen auch innerhalb der Familien sehr unterschiedlich aus. Zwei der Töchter des Schuhhändlers Liebmann Wolf z. B., die nach dem Tod des Vaters 1921 sein Geschäft übernommen hatten, gaben dieses 1929 auf und wanderten in die USA aus. Ihre Schwester, die mit dem Lehrer David Frank verheiratet war, erlebte noch die Verwüstung ihrer Wohnung in der Pogromnacht 1938, doch gelang dem Paar im folgenden Jahr die Flucht, ebenfalls in die USA.[67] Moses Spieß, ein Sohn des Hähnleiner Viehhändlers Gabriel Spieß, der eine weltweit tätige Gerbereikette leitete, deren Zentrale nach der Machtübernahme in die Niederlande verlegt wurde, und der außerdem die argentinische Staatsbürgerschaft besaß, ermöglichte 1938 zwei seiner Neffen die Ausreise in die Niederlande, von wo sie 1940 weiter in die USA auswandern konnten.[68]

Zur Zeit der Novemberpogrome 1938 lebten in Hähnlein offenbar keine Juden mehr und auch in Alsbach nur noch die beiden jüdischen Familien Frank und Sussmann, deren Wohnungen geplündert wurden.[69] Das Synagogengebäude erlitt keine äußeren Schäden, da es an das Anwesen des Feuerwehrkommandanten Schneider grenzte und dieser die beabsichtigte in Brandsetzung verhinderte.[70] Die Synagoge wurde jedoch geplündert, ein Teil ihres inneren Ausbaus und des Schulhauses beschädigt.[71] Alle Gegenstände aus der Synagoge wurden im benachbarten Garten verbrannt.[72] Die in der Synagoge aufbewahrten Kultusgegenstände aus den Synagogen in Seeheim und Reichenbach verbrannten mit.[73] Die Ritualobjekte aus Silber bzw. ihre im Feuer geschmolzenen Überreste, wurden vermutlich gestohlen.[74] Das Gebäude erwarb der Landwirt Schneider im folgenden Jahr für 2.400 Reichsmark und nutzte es bis Anfang der 1960er Jahre als Lager.[75] 1967 mussten Synagoge und Gemeindehaus einem Neubau weichen.[76] Auch der Friedhof wurde im Zuge der Pogrome geplündert, die Grabsteine wurden umgestoßen und etliche in den folgenden Jahren von Steinmetzen oder zur Errichtung von Neubauten verwendet. Die Leichenhalle wurde in die Luft gesprengt und dabei auch das seit 300 Jahren geführte Totenregister sowie die übrige Bebauung zerstört. [77]

Abb. 8: Alsbach, Gedenkstätte mit Inschrift und Namen ehemaliger jüdischer Einwohner von Alsbach und Hähnlein am Bürgerhaus „Zur Sonne“. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid

In den Jahren nach dem Kriegsende wurde der Friedhof wieder hergestellt und ist heute mit über 2.000 erhaltenen Steinen der größte jüdische Landfriedhof in Hessen. Seit 1988 erinnert eine Tafel in deutscher und hebräischer Sprache an die seit 1616 auf dem Friedhof beerdigten jüdischen Mitbürger, die Verwüstung der Grabstätten und die Sprengung der Leichenhalle. Ihre Anbringung wurde durch Spenden der Kreise und Gemeinden ermöglicht, die einst den jüdischen Friedhof in Alsbach mitbenutzten.[78] 1991 ist eine weitere Mahn- und Gedenktafel am Alsbacher Bürgerhaus Sonne angebracht worden, und seit 2015 sind auch zahlreiche Stolpersteine verlegt worden, die an die ehemaligen jüdischen Einwohner und Einwohnerinnen erinnern und das Gedächtnis an die schrecklichen Ereignisse der 1930er Jahre wachhalten.[79]

Wolfgang Treue / Kamila Lenartowicz

Alsbach in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/92

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Alsbach

1774	17 Personen
1829	31 Personen
1861	41 Personen
1900	51 Personen
1933	21 Personen
1939	6 Personen

Zahlen nach: Kunz, Statistik der Juden (1774, 1861, 1900, 1933, 1939); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 2 (1829).

Hähnlein

1774	13 Personen
1829	42 Personen
1861	29 Personen
1871	25 Personen
1900	23 Personen
1925	15 Personen
1933	4 Personen
1936	5 Personen
1939	0 Personen

Zahlen nach: Kunz, Statistik der Juden (1774, 1861, 1900, 1933, 1939); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 95 (1829); Vonderheid-Ebner, Hähnleiner Geschichte/n, S. 168 (1871, 1925, 1936, 1939).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Bertsch, Robert, Juden in Seeheim und Jugenheim, Seeheim-Jugenheim 1992.

Dreesen, Renate, Denkzeichen. Von Alsbach bis Zwingenberg. Orte von Widerstand und Verfolgung, Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in Südhessen und Umgebung, Darmstadt 2005.

Heinemann, Hartmut, „Wohltätigkeit rettet vor dem Tod“. Die Beerdigungsbruderschaft des Friedhofs Alsbach an der Bergstraße und ihre Pokale, in: Aschkenas 12 (2002), S. 115–125.

Heinemann, Hartmut/Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach an der Bergstraße, Wiesbaden 2001.

Kunz, Rudolf, Heimatbuch der Gemeinde Alsbach, Lorsch 1970.

Kunz, Rudolf (Hrsg.), Die Bergsträßer Hauschronik des Johann Friedrich Ahlheim aus Alsbach 1733–1755, in: Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße 8 (1975), S. 3–76.

Mingo, Johannes, Beth Olam. Haus der Ewigkeit. Gang über den jüdischen Friedhof in Alsbach an der Bergstraße, 3. Aufl., Zwingenberg 2010.

Schemel, Karl, Die Geschichte der Juden in Bickenbach und im südhessischen Raum, Bickenbach 1993.

Vonderheid-Ebner, Christine, Hähnleiner Geschichte/n, Alsbach 1997.

Archivalien

Gemeindearchiv Alsbach (GA Alsbach)
- XIII-3-1: Nr. 1
- XVIII-4-4: Nr. 2; 3
- XXVI-3-5: Nr. 5; 13
- XXVII-2b-2: Nr. 2

Gemeindearchiv Hähnlein (GA Hähnlein)
- VIII-8-10: Nr. 1
- X-2d-21: Nr. 1
- X-2d-31: Nr. 1
- XXI-9a-21: Nr. 1
- XXI-9b-48: Nr. 2
- XXIII-5b-1: Nr. 6–7
- XXVII-3-3: Nr. 2

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 365: Nr. 47; 401; 944–946; 963–966
- 518: Nr. 1410

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- C 3: Nr. 2/1
- E 12: Nr. 11/25; 11/26; 350/4
- E 13: Nr. 45/13
- O 61 Mü: Nr. 5
- P 11: Nr. 3204/1–2
- ST 12 B: Nr. 67/6

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
- S: Nr. 228

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
- H.15.06: Nr. 32

Anmerkungen

1 Siehe die Bevölkerungszahlen bei Kunz, Heimatbuch, S. 288.
2 HStAD E 12, Nr. 11/25, Bl. 74v, 196, 205v, 229; Nr. 11/26, Bl. 38.
3 Artikel Alsbach, in: Maimon/Breuer/Guggenheim, Germania Judaica III, Bd. 1, S. 8–9.
4 StAD E 13, Nr. 45/13, Bl. 13–14.
5 iehe etwa Alsbach, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/92, letzter Zugriff 27. März 2025.
6 HStAD, C 3, 2/1. Siehe zum Folgenden die kommentierte Edition der Ordnung bei Kunz, Heimatbuch, S. 246–254, in der die Ordnung allerdings in der Präambel fälschlich auf 1504 datiert ist.
7 HStAM S, Nr. 228.
8 HStAD E 12, 350/4.
9 Kunz, Heimatbuch, S. 308.
10 Zu den Wormser Ereignissen siehe etwa Friedrichs, Anti-Jewish Politics, zum Fettmilchaufstand Treue, Judengasse und christliche Stadt, S. 309–329.
11 Kunz, Heimatbuch, S. 309.
12 Aus Hessen, Kurmainz, dem Bistum Worms sowie der Grafschaft Erbach. Zur Geschichte des Friedhofs siehe Heinemann/Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach; Mingo, Beth Olam.
13 Siehe hierzu den Bericht von Johann Friedrich Ahlheim bei Kunz, Die Bergsträßer Hauschronik, S. 36.
14 HStAD P 11, 3204/1-2; HHStAW 518, Nr.1410.
15 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 212; HStAD, P 11, 3204/1-2; HHStAW 518, Nr.1410.
16 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 212.
17 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 212.
18 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 212.
19 HHStAW 518, Nr.1410.
20 HStAD O 61 Mü, Nr. 5. 1619 handelte es sich um je einen Juden aus beiden Orten, 1621 um vier Juden aus Alsbach und einen aus Hähnlein, 1623 dann nur noch um die vier Alsbacher Juden. 1623 wird zudem

der Jude Elias aus Alsbach genannt, der eine Buße zu zahlen hatte: HStAD ST 12 B, Nr. 67/6, Bl. 164.

21 1699 verklagte z. B. ein Frankfurter Jude den Juden Hirtz zu Alsbach wegen einer Schuldforderung, siehe ISG, H.15.06, Nr. 32. Einige weitere Nennungen bei Kunz, Heimatbuch, S. 309.

22 Kunz, Heimatbuch, S. 309. Ein Antrag der Hähnleiner Juden zur Gründung einer Gemeinde zusammen mit Schwanheim wurde dagegen von der zuständigen Behörde abgewiesen.

23 Kunz, Heimatbuch, S.309.

24 Kunz, Heimatbuch, S.310. Bei *Alemannia Judaica* wird das Jahr 1778 für den Umbau des Wohnhauses in die Synagoge angegeben, vgl. Alsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/alsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff: 27. März 2025.

25 Kunz, Heimatbuch, Tafel 39. Es ist nicht auf dem Foto zu erkennen, ob es sich um die Buchstabe „Dalet“ oder „Hei“ handelt. Diese sind für das Datum von 1864 oder 1863 entscheidend.

26 Alsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/alsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff: 27. März 2025; HHStAW 518, Nr.1410.

27 HHStAW 518, Nr.1410.

28 Siehe Alsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/alsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff: 27. März 2025.

29 HHStAW 518, Nr.1410.

30 HHStAW 518, Nr.1410.

31 HHStAW 518, Nr. 1410. Auf dem Grundriss der Synagoge in den JR-SO-Akten ist kein separater Fraueneingang markiert.

32 Siehe die Mitteilung zum Jahrestag seines Todes in Der Israelit, Nr. 16, 16. April 1931. Sowohl die jüdische Gemeinde Alsbach als auch die von Baden-Baden, wo sich Jonas Meyer, dem Artikel zufolge, oftmals in Kur begeben und ihr bei diesen Gelegenheiten „wertvolle Kultusgegenstände“ geschenkt hatte, ernannten ihn zum Ehrenmitglied.

33 HHStAW 518, Nr.1410.

34 HHStAW 518, Nr.1410.

35 Kunz, Heimatbuch, S. 309.

36 Altaras, Synagogen, S. 280.

37 Siehe etwa die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorliegenden Geburts-, Trau- und Sterberegister für beide Orte: HHStAW 365, Nr. 47; 944–946 (Alsbach), Nr. 401; 963–966 (Hähnlein).

38 Siehe hierzu und zum Folgenden Heinemann, Wohltätigkeit rettet.

39 Daneben bestand noch eine zweite Bruderschaft im Umfeld des Alsbacher Friedhofs, deren Mitglieder v. a. in Kurmainzischen und Erbachischen Orten lebten und die ihren Sitz in Lorsch hatte.

40 Heinemann, Wohltätigkeit rettet, S. 120–121, nimmt an, dass der Darmstädter Rabbiner die Absicht verfolgte, sich auf demselben Friedhof wie sein Urgroßvater Samuel beisetzen zu lassen, zumal er in der eigenen Gemeinde nicht unumstritten war.

41 Siehe hierzu Heinemann, Wohltätigkeit rettet, S. 117. Die Inschriften sind wiedergegeben bei Heinemann/Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach.

42 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 206–207.

43 Siehe Der Israelit, Nr. 50, 10. Dezember 1931.

44 Der Israelit, Nr. 1, 4. Januar 1865; Nr. 11, 7. Februar 1889.

45 Siehe wiederum die Mitteilungen in Der Israelit, Nr. 33, 15. August 1929, und Nr. 3, 17. Januar 1935.

46 Kunz, Heimatbuch, S. 311.

47 Die weiter oben erwähnten Geburts-, Trau- und Sterberegister aus beiden Orten geben dagegen kaum Aufschlüsse über den Beruf, da der Vater, Bräutigam oder männliche Verstorbene darin fast durchgängig als „Handelsjude“ bezeichnet wird.

48 GA Hähnlein, X-2d-31, Nr. 1.

49 Das diese beiden auch in dem Feldfrevelbuch aus den Jahren 1842–1851 mehrmals auftauchen, hat allerdings weniger mit ihrem Geschäft zu tun, da die ihnen zur Last gelegten Frevel nicht ihr Handelsvieh, sondern ihre Gänse betraf, die wiederholt in fremden Gärten weideten: GA Hähnlein, XXI-9a-21, Nr. 1.

50 GA Hähnlein, XXIII-5b-1, Nr. 6-7.

51 So etwa aus den Brandkatastern des 19. Jahrhunderts sowie einer aus der Zeit um 1875 stammenden Liste der Grundbesitzer: GA Hähnlein, XXVII-3-3, Nr. 2; XXI-9b-48, Nr. 2.

52 GA Hähnlein, X-2d-21, Nr. 1.

53 Siehe Vonderheid-Ebner, Hähnleiner Geschichte/n, S. 74.

54 Der Israelit, Nr. 66, 18. August 1892.

55 Zu Wolf siehe Schemel, Geschichte der Juden, S. 164, zu Lazarus David GA Alsbach, XXVII-2b-2, Nr. 2.

56 Vonderheid-Ebner, Hähnleiner Geschichte/n, S. 174. Denselben Brauch erwähnt für Alsbach Kunz, Heimatbuch, S. 321.

57 GA Alsbach, XXVI-3-5, Nr. 5 (Lageplan), Nr. 13 (Bauplan).

58 In einem Nachruf auf den langjährigen Gemeindevorsteher Lazarus David, der 1927 verstarb, wurde an die Schicksalsschläge in seinem Leben – darunter den Kriegstod seines Sohnes – erinnert: Der Israelit, Nr. 43, 27. Oktober 1927.

59 Zu ihm und seiner Familie siehe Schemel, Geschichte der Juden, S. 85–91.

60 Siehe die Mitteilung in Der Israelit, Nr. 43, 24. Oktober 1918.

61 GA Hähnlein, VIII-8-10, Nr. 1.

62 Siehe hierzu die Artikel in Der Israelit, Nr. 43, 27. Oktober 1927, und Nr. 43, 25. Oktober 1928. Im letztgenannten wird erwähnt, dass Frau Götz lange Jahre Vorsitzende des jüdischen Frauenvereins gewesen war.

63 Siehe die Listen der Wahlergebnisse bei Vonderheid-Ebner, Hähnleiner Geschichte/n, S. 89–91. Für Alsbach liegt keine vergleichbare Auswertung vor, doch dürften die Ergebnisse hier ähnlich gewesen sein.

64 Siehe etwa die Übersicht über die Schicksale der 1933 in Alsbach lebenden Juden und Jüdinnen bei Kunz, Heimatbuch, S. 312–113.

65 GA Alsbach, XVIII-4-4, Nr. 3.

66 GA Alsbach, XVIII-4-4, Nr. 2. Hier finden noch weitere entsprechende Dokumente, in denen es zum Teil um Auswanderung, zum Teil auch nur um befristete Reisen ging.

67 Siehe Schemel, Geschichte der Juden, S. 164. Die Eheleute verstarben 1958 bzw. 1967 in Chicago.

68 Siehe wiederum Schemel, Geschichte der Juden, S. 85–91.

69 Zu den Novemberpogromen in Alsbach s. auch Kropat, Kristallnacht in Hessen, S. 157, Dokument 53, sowie Kilthau, Als die Synagogen brannten, S. 48–50.

70 HHStAW 518, Nr.1410; Kunz, Heimatbuch, S. 310.

71 HHStAW 518, Nr. 1410.

72 Kunz, Heimatbuch, S. 310.

73 HHStAW 518, Nr. 1410.

74 Alsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/alsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff: 27. März 2025.

75 GA Alsbach, XIII-3-1, Nr. 1; Alsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/alsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff: 27. März 2025. Auch die Gemeinde Alsbach hatte zuvor Interesse an den Gebäuden bzw. dem Gelände bekundet und protestierte vergeblich gegen den von der Landesregierung beschlossenen Verkauf an Schneider.

76 Kunz, Heimatbuch, S. 310.

77 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 208–214.

78 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 208.

79 Vonderheid-Ebner, Hähnleiner Geschichte/n, S. 175.

Babenhausen

Babenhausen an der Gersprenz im heutigen Kreis Darmstadt-Dieburg wird erstmals 1236 schriftlich erwähnt und erhielt 1295 Stadtrecht nach Frankfurter Vorbild, mit Wochenmarkt und weiteren Freiheiten. Seit dem Spätmittelalter war die Stadt Hauptort des gleichnamigen Amtes der Herren – seit 1429 Grafen – von Hanau, die auch Schutzherren der Juden waren. Nach der Teilung der Familie in die Linien Hanau-Münzenberg und Hanau-Lichtenberg im Jahre 1458 diente Babenhausen als hessische Residenz der Lichtenberger Linie, deren weitere Besitzungen im Elsass lagen. Den Judenschutz übten beide Zweige gemeinschaftlich aus. Nach dem Aussterben der Grafen von Hanau-Lichtenberg 1736 wurde die Grafschaft zwischen Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel aufgeteilt, wobei Babenhausen an die Kasseler Linie gelangte.

Mittelalter

1318 ist hier erstmals ein Jude belegt, der aber vermutlich schon vorher ansässig war. In diesem Jahr beurkundeten „Frommanus Iudeus in Babenhusen“ sowie ein Aschaffenburger Bürger, dass sie sie den Zehnt in Harpertshausen und Klein-Altheim vom bisherigen Lehensträger für einen Zeitraum von 20 Jahren erworben hatten.[1] Dieser Fromman ist möglicherweise mit dem Juden Furmann identisch, der fünf Jahre später in einer Urkunde König Ludwigs des Bayern erwähnt wird, dort allerdings mit dem Zusatz „genannt“ („dictum“) von Babenhausen, was bedeuten könnte, dass er nicht mehr dort lebte.[2] Bereits 1320 werden in einer anderen Urkunde drei weitere Babenhäuser Juden genannt: Isaac, Kalman und Rechelin, gegen die auf Grund ihrer Hartnäckigkeit gegenüber einem Schuldner der kirchliche Bann verhängt wurde.[3] Zwischen 1335 und 1340 ließen Juden aus Babenhausen drei Darlehensgeschäfte in die Frankfurter Gerichtsbücher eintragen.[4]

Im Martyrologium des Nürnberger Memorbuchs ist Babenhausen unter den Orten genannt, in denen Juden in der zweiten Phase des Armlederaufstands 1337 Verfolgungen erlitten, und wenig später erneut im Rahmen der Pestverfolgungen, denen offenbar alle ortsansässigen Juden zum Opfer fielen.[5]

Als sich Ulrich III. von Hanau 1351 erneut mit den Juden zu Babenhausen und anderen Orten belehnen ließ, ist in der Urkunde von seinen „vergangenen“ Juden die Rede, was annehmen lässt, dass zu dieser Zeit keine Juden in Babenhausen lebten.[6] Ab etwa 1358 sind wieder Juden in Babenhausen belegt, die v. a. kleinere Kreditgeschäfte, überwiegend als Pfandleihe, betrieben, was zu zahlreichen Prozessen vor dem Stadtgericht führte.[7] In den Verfahren ging es meist um Schuldforderungen oder um die vor dem Verkauf verfallener Pfande erforderlichen Aufgebote. Als Pfande dienten in der Regel Gegenstände des täglichen Bedarfs, Hausrat, Kleidung und Geschirr, in einigen Fällen aber auch Waffen und Rüstung oder Immobilien.[8] 1429 gelobte der Jude Drostlin zu Babenhausen, alle Streitigkeiten mit Einwohnern des Amtes vor dem Herren von Hanau bzw. dessen Amtsträgern schlichten zu lassen, und schloss dabei auch Forderungen des Abts von Selbold wegen ihm (Drostlin) versetzter Pferde ein.[9] Nicht selten waren es auch die gestellten Bürgen, die gegen säumige Schuldner klagten. Solche Geschäfte sind bis in die 1460er Jahre in großer Zahl dokumentiert, danach wurden zumindest die Pfandaufgebote nicht mehr protokolliert, wodurch die Zahl der Nennungen von Juden deutlich zurückging, doch fand – wie die folgenden Ereignisse zeigen – offenbar keine Ausweisung oder Vertreibung der Juden statt.

Die 1357 erstmals genannte und – vermutlich aufgrund der zuvor stattgefundenen Vertreibungen – in christlichem Besitz befindliche Synagoge („Judenschul“) muss bereits vor den genannten Verfolgungen existiert haben, kann jedoch zum Zeitpunkt der Erwähnung nicht mehr in Benutzung gewesen sein.[10] Die danach wieder angewachsene jüdische Gemeinschaft hatte 1380 ein Haus erworben, „daz da gelegen ist beyn Heidorn [Hedorn] obir [gegenüber]“. Zwei Klagen des Bürgermeisters gegen die Juden wegen nicht bezahlter Bede im Jahr darauf beziehen sich auf dasselbe, nun als „Judenschole“ bezeichnete Gebäude.[11] In mehreren Grundstücksverkäufen und Rechtsstreitigkeiten wird zwischen 1403 und 1431 diese Judenschule zur Lokalisierung der jeweiligen Häuser genannt. Dies verweist auf ihren Standort in der heutigen Backhausgasse, einer Verbindung zwischen Amts- (Mittel-) und Schlossgasse, etwa im Bereich des heutigen Pfarrhausgartens (Nr. 4).[12] Wie in zumindest einem Fall aus dem Jahr 1460 bekannt ist, wurden verstorbene Babenhäuser Juden in dieser Zeit auf dem jüdischen Friedhof in Frankfurt beigesetzt.[13]

Aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts finden sich Hinweise auf immerhin drei jüdische Ärzte aus Babenhausen. Der erste von ihnen, Lazarus, soll den damals fünfjährigen Grafen Philipp I. von Hanau 1454 mit einer Arznei behandelt haben.[14] Die beiden anderen, Daniel und Simon (Simmel), Vater und Sohn, sind v. a. aus der Frankfurter Überlieferung bekannt. Daniel – zu dieser Zeit noch in Babenhausen – führte dort 1472 bis 1475 Prozesse gegen zwei Juden aus Orb und Kronberg.[15] Offenbar war er

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-007

gemeinsam mit seinem Sohn als Leibarzt desselben Grafen Philipp tätig, da dieser den Frankfurter Rat 1477 um die Aufnahme Simons in die Stättigkeit (den städtischen Schutzstatus) ersuchen ließ, damit er zwischen der Reichsstadt und Hanau hin und her reiten könne.[16]

Haus- und Grundbesitz war Juden im Mittelalter zumindest zeitweilig gestattet, wie neben dem genannten Erwerb eines Gemeindegebäudes 1380 ein Gerichtsbeschluss des Jahres 1378 belegt, mit dem ein Hausverkauf Ulrichs IV. von Hanau an den Juden Benjamin bestätigt wurde, nachdem sich keine Erben des Vorbesitzers gefunden hatten.[17] In einigen Fällen – etwa bei der Aufnahme der Juden Meyer und Burkhard von Bergen 1437 – findet sich auch der Begriff „Judenbürger", der zwar sicher keine rechtliche Gleichstellung mit den christlichen Bürgern bedeutete, aber doch immerhin eine gewisse Nähe zu ihrem Status impliziert.[18] 1426 notierte der Schreiber des Stadtgerichts Babenhausen eine Eidesformel für Juden, die relativ kurz und weitgehend frei von den sonst üblichen Selbstverfluchungen ist.[19] Sie geht vermutlich auf eine Vorlage aus Aschaffenburg zurück, die wiederum auf einem älteren Heidelberger Judeneid basiert.[20] Da der Eid selbst nicht datiert ist, könnte er schon länger in Gebrauch gewesen und nur für einen konkreten Prozess verschriftlicht worden sein.

Frühe Neuzeit

Aus dem frühen 16. Jahrhundert liegen vereinzelte Hinweise auf Juden in Babenhausen vor, bei denen nicht immer sicher ist, ob sie wirklich in der Stadt oder nur im Amt Babenhausen ansässig waren. Nachdem der Graf von Hanau den Frankfurter Rat 1509 informiert hatte, dass er den Juden Seligman unter seine Herrschaft aufgenommen habe, ersuchte kurz darauf der Wundarzt Oscher von Wimpfen den Rat, ihm und einem weiteren Juden dessen Haus zu übertragen, da er nach Babenhausen ziehen werde.[21] Im folgenden Jahr setzte sich der Amtmann zu Babenhausen mehrmals für die Herausgabe der in Frankfurt im Rahmen der Untersuchung jüdischer Schriften durch den Konvertiten Pfefferkorn konfiszierten Bücher seines Juden Seligman ein. [22] 1511/12 verwandte sich wiederum die Babenhäuser Regierung für ihren Juden Beifus, der von dem Frankfurter „Judenwirt" Knebel beschuldigt wurde, an einem Überfall auf ihn beteiligt gewesen zu sein.[23] Da Beifus 1512 in einem Schreiben der kurmainzischen Regierung in derselben Sache als ihr Untertan genannt wird, scheint er nicht allzu lange im hanauischen Schutz oder gar in Babenhausen selbst gelebt zu haben, und dasselbe gilt vermutlich auch für einen Juden Meyer von Babenhausen, für den sich 1515 der Erzbischof von Köln beim Frankfurter Rat verwandte.[24]

Eingehendere Informationen liegen dagegen über einen weiteren jüdischen Arzt namens Lazarus vor, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts nachweislich in Babenhausen lebte und sowohl am hessischen als auch am Hanauer Hof tätig war. Er erwarb sich dadurch an beiden ein hohes Ansehen, das er wiederholt nutzte, um für die Interessen der Jüdinnen und Juden im Rhein-Main-Gebiet oder auch einzelner Personen aktiv zu werden.[25] Wenn er auch nie die offizielle Bezeichnung Leib- oder Hofarzt trug, so zeugt doch etwa die Tatsache, dass er in Hanau eine feste Besoldung in Form von Geld, Naturalien sowie einem Hofkleid erhielt, von seiner besonderen Stellung.[26] Woher er stammte und seit wann er in Babenhausen ansässig war, ist nicht bekannt. Bereits seine erste quellenmäßige Erwähnung steht im Zusammenhang mit einer diplomatischen Mission: Als Landgraf Philipp von Hessen 1538 den Erlass einer landesweiten Judenordnung plante, war er – neben dem weniger bekannten Gottschalk von St. Goar – einer der beiden *Schtadlanim*, die von der hessischen Judenschaft an den Kasseler Hof entsandt wurden, um dort zu ihren Gunsten zu verhandeln und die größten Härten der neuen Ordnung abzuwenden. Dieser Vorgang ist nur deshalb bekannt, weil später ein Streit zwischen den beiden Diplomaten über die Aufteilung der Kosten ihrer Mission entstand, der vor den Gerichten der Reichsstadt Frankfurt am Main ausgetragen wurde.[27] 1541 setzte er sich für die Aufnahme seines Vetters Salomon von Arheilgen in Umstadt ein, die ihm von Landgraf Philipp um seiner (Lazarus) Verdienste willen gewährt wurde.[28] 1550 verwandte er sich bei Graf Philipp von Hanau für einen jüdischen Garkoch aus Frankfurt, dem daraufhin Geleit zum Einkauf in der Grafschaft Hanau erteilt wurde.[29]

Von seinem Ansehen als Diplomat zeugt wohl auch die Tatsache, dass der 1555 von marodierenden Söldnern entführte Jude Lewe aus Laubenheim ihn in zwei Briefen nach Frankfurt als denjenigen angab, an den seine dortigen Angehörigen das geforderte Lösegeld zur Weitergabe an die Entführer senden sollten.[30] 1557 wurde der Arzt noch einmal gegenüber Graf Philipp von Hanau aktiv, indem er ihn bat, auf die angekündigte Einführung eines Nachtgelds für auswärtige Juden zu verzichten. Gleichzeitig bürgte er auch noch für zwei in diesem Zusammenhang in Bergen inhaftierte Juden, die daraufhin freigelassen wurden.[31] Den Höhepunkt seiner gemeinnützigen Tätigkeit bildete jedoch sein Engagement, um die Vertreibung der jüdischen Gemeinde in Worms zu verhindern, die die Stadt 1560 gegen den Willen des Bischofs durchzusetzen versuchte. Mitglied der eingesetzten Schlichtungskommission war Landgraf Philipp, bei dem sich Lazarus zugunsten der Wormser Juden verwandte. Darüber hinaus verfasste er apologetische Schriften und scheute auch sonst vor keinem Aufwand

zurück.[32] Daneben betrieb Lazarus – nicht ungewöhnlich für einen jüdischen Arzt dieser Zeit – auch zumindest vereinzelt Geldgeschäfte. 1547 gewährte er der Stadt Frankfurt am Main einen Kredit in Höhe von 2.000 Gulden zu einem Zinssatz von fünf Prozent.[33] 1561 lieh er Landgraf Philipp dem Jüngeren von Hessen 100 Taler, die noch nach seinem Tod 1565 ausstanden und von seinen Hinterbliebenen mühselig eingefordert werden mussten.[34]

Wohl nicht zuletzt auf Grund seiner vielfältigen Aktivitäten geriet Lazarus mehrmals in Auseinandersetzungen mit anderen Juden. Neun Jahre nach dem Prozess gegen Gottschalk von St. Goar, 1547, begann ein Konflikt mit dem Frankfurter Juden Josef zum Pfau, genannt Goldschmidt, der sich über mehr als zehn Jahre hinzog und zunächst vor dem Frankfurter Rat, später sogar vor dem Reichskammergericht ausgetragen wurde.[35] Nur ein Jahr später, 1548, klagte Lazarus vor dem Frankfurter Rat in einer nicht näher bezeichneten Sache gegen einen weiteren Frankfurter Juden, Isaac von Aschaffenburg,[36] und seit 1558 folgte ein Prozess gegen die Frankfurter Judenschaft, der sich ebenfalls über mehrere Jahre hinzog.[37] Über die Prozessgegenstände ist weder aus den knappen Einträgen in den Frankfurter Ratsprotokollen noch aus den vorhandenen Akten viel zu entnehmen. Eine Ausnahme bildet eine Notiz zu einer nicht erhaltenen Akte, aus der hervorgeht, dass Josef zum Pfau Lazarus 1549 vor dem Reichskammergericht wegen eines angeblichen Raubüberfalls auf offener Straße verklagte.[38]

Für die folgenden Jahrzehnte liegen keine Hinweise auf eine Präsenz von Juden in der Stadt Babenhausen vor, und erst aus dem Jahr 1626 findet sich ein Verzeichnis der von den Juden seit 1621 entrichteten Schirmgelder, das der Amtmann der hanauischen Regierung zusammen mit einem Erläuterungsschreiben übersandte.[39] Genannt wird darin ein Jude Gerson, der nach Angaben des Amtmanns seit mehr als 20 Jahren in der Grafschaft ansässig war und einen bis 1623 gültigen Bestandsbrief besaß, dem zufolge er jährlich nur sechs Gulden zu zahlen hatte. Nach dessen Ablauf erhöhte sich sein Schutzgeld auf zwölf Reichstaler, wie es auch drei 1621 aufgenommene Juden, Löw, Lazarus und Mosche, entrichteten, die bis dahin unter den Herren von Groschlag gelebt hatten und auf Grund des Krieges in der Stadt Schutz gesucht hatten. Daneben ist 1622 einmalig eine Witwe Vögelin genannt, die einen reduzierten Betrag zahlte, doch lebte auch Löw offenbar in prekären Verhältnissen, da er wiederholt um Ermäßigung seines Schutzgelds ersuchte, die ihm auch gewährt wurde.[40] 1624 zog Mosche nach Aussage des Amtmanns wieder fort, Gerson, Lazarus und Löw blieben, wie lange ist allerdings nicht bekannt, da das Verzeichnis 1625 endet. Ein Jude Lazarus lebte 1650 in Babenhausen und geriet in diesem Jahr in eine Auseinandersetzung mit der Stadtgemeinde,[41] ein Jude Gerst (Gerson) zu Babenhausen verklagte ein Jahrzehnt später einen Christen wegen verweigerter Bezahlung für Fleisch.[42] Ob die beiden mit den Vorgenannten identisch sind, lässt sich nicht sagen, doch müsste zumindest Gerson in diesem Fall ein beachtliches Alter erreicht haben.

So spärlich die weiteren Belege aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind, erlauben sie doch einige Rückschlüsse auf die Situation der Babenhäuser Juden. So wird etwa deutlich, dass sich einige von ihnen schon früh im Vieh- und Fleischhandel etablierten, der bis in das 19. Jahrhundert die wichtigste Erwerbsquelle bleiben sollte, das Armutsproblem auch nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges weiterhin eine Rolle spielte und die Reglementierung durch die Obrigkeit deutlich zunahm, sich etwa auch auf die Bereiche von Eheschließung und Ehescheidung erstreckte.

Die erste Erwähnung von Fleischverkauf fällt in das Jahr 1646, als Babenhausen während des Krieges kurzzeitig unter kurmainzischer Herrschaft stand und der Stadtschreiber in einem Bericht nach Mainz Klage führte, dass Juden seit einiger Zeit in der Stadt Fleisch verkauften, ohne es zuvor durch die vereidigten Fleischschätzer besichtigen zu lassen.[43] Aus den folgenden Jahren finden sich vereinzelte Hinweise auf Fleisch- und Viehhandel durch Babenhäuser Juden,[44] doch scheint er nicht unbedeutend gewesen zu sein, da Pfalzgräfin Anna Magdalena von Hanau-Lichtenberg, die in Babenhausen residierte, zur Belieferung ihres Hofes mit Fleisch neben einigen christlichen Metzgern auch den Juden Itzig heranzog, der 1693 wiederum für einen anderen Juden namens Lazarus bürgte, der die Versorgung mit Hühnern und Eiern übernehmen sollte.[45] Eine Verbindung zum Thema Armut stellt die Supplik des Juden Henle von 1681 her, in der er dieselbe Fürstin bat, ihn wie bisher armutshalber vom Schutzgeld zu befreien und stattdessen für die gräfliche Küche einkaufen zu lassen, da er sich überhaupt nur dank Almosen aus der Frankfurter Judengasse noch in Babenhausen halten könne.[46] Seine Armut führte zwei Jahre früher auch der Jude Jonas an, der wegen des „Kriegswesens“ aus Schaafheim nach Babenhausen gezogen war, sich aber außer Stande erklärte, das eben erhöhte Schutzgeld zu zahlen, da er sich in diesen schlechten Zeiten mit Schlachten und anderen Tätigkeiten kaum ernähren könne, weshalb er anbot, an seinen früheren Wohnort zurückzukehren, wenn man ihn bei dem bisherigen Schutzgeld belasse.[47] In diesem Zusammenhang erwähnte er auch, dass sich bereits mehrere andere Juden auf Grund der erhöhten Anforderungen genötigt gesehen hätten, die Stadt zu verlassen.

Einige Juden betrieben im 17. Jahrhundert auch Handelsgeschäfte, wie eine Eingabe der Stadtgemeinde

Babenhausen an Graf Philipp von Hanau von 1650 zeigt. Darin teilte sie mit, dass der Jude Lazarus nun seit einiger Zeit in der Stadt lebe, unter Berufung auf seinen Schutzbrief Handel treibe, dabei Zoll- und Wegefreiheit genieße, dies nun jedoch auch für seinen Schwiegersohn Salomon zu Klein-Umstadt beanspruche, ohne nachweisen zu können, dass sich der Schutzbrief auch auf ihn erstrecke. Da Bürgern und Landbevölkerung durch den Handel der beiden großer Schaden entstehe, bat sie um Abhilfe.[48]

Die Problematik von Ehe und Scheidung verdeutlicht eine Akte des Jahres 1677, in der zwei unterschiedliche Fälle behandelt werden. Im ersten ging es um die Bitte des Juden Moses um Zustimmung zur Heirat seiner Tochter mit seinem Schwager Henle, der damit seine eigene Nichte geheiratet hätte, was nach Urteil eines Gutachters zwar nach „jüdischem Ceremoniell“ möglich sei, aber aus christlicher Sicht eine „Blutschande“ bedeute, weshalb die Erlaubnis verweigert wurde. Der zweite behandelt die Ehescheidung des Juden Mayer, die ihm von der hanauischen Kanzlei untersagt und daher vom Hanauer Rabbiner nicht durchgeführt worden war, worauf er sich an das Frankfurter Rabbinat gewandt hatte, das die Scheidung aussprach. Warum die Behörde in dieser Weise in eine – aus jüdischer Sicht – privatrechtliche Angelegenheit eingriff, wird nicht recht deutlich, doch handelte es sich im Ergebnis um einen klaren Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit, den diese nicht hinzunehmen bereit war.[49]

Wachstum und Strukturen der jüdischen Gemeinde im 18. Jahrhundert

Die Aufnahme von Juden in Babenhausen wird in zwei Dokumenten aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts thematisiert, wobei besonders die Höhe des zu entrichtenden „Einzugsgelds“ im Mittelpunkt stand. 1717 richtete der Babenhäuser Amtmann eine diesbezügliche Anfrage an die Regierung zu Hanau, in der er den Fall des Juden Löw – den Sohn eines Schaafheimer Schutzjuden – schilderte, der etliche Jahre in Babenhausen bei dem Schutzjuden Jecoff als Knecht gedient und nach dessen Tod seine Witwe geheiratet hatte. Wie er betonte, habe diese wie auch ihr erster Mann seinerzeit das Einzugsgeld und nach seinem Tod weiterhin das Schutzgeld gezahlt, weshalb jetzt nur noch das Einzugsgeld für Löw fällig sei, dessen Höhe aber offensichtlich nicht einheitlich geregelt war, sondern im Ermessen der Regierung lag.[50]

Die Kommunikation zwischen dem Amt Babenhausen und der gräflichen Regierung verlief auch nach dem Übergang an Hessen-Kassel nicht ohne Komplikationen. So kam es etwa Anfang der 1740er Jahre zu einem langwierigen Schriftwechsel über die Aufnahme von drei Juden, einer davon in Spitzaltheim, die beiden anderen in Babenhausen. Alle drei lebten bereits an den jeweiligen Orten, hatten mit herrschaftlicher Genehmigung geheiratet und zahlten vierteljährlich ihr Schutzgeld, doch unterließ es die hanauische Regierung lange Zeit, die Höhe ihres Einzugsgelds festzulegen. Mehr als ein Jahr nach Beginn des Verfahrens entschied die Regierung plötzlich, dass Ephraim, der Sohn des Babenhäuser Juden Löw, erst aufgenommen werden solle, wenn ein anderer Schutzjude „abgehe“. Nach wiederholten Eingaben des Amtmanns, der u. a. darauf hinwies, dass in der langen Wartezeit einer der drei geschäftlich ruiniert sein oder gar sterben könne und dann vermutlich gar kein Geld mehr zu erhalten sei, folgte weitere zwei Jahre später der Bescheid, dass sie innerhalb von vier Wochen ihren Schutzbrief beantragen sollten.[51]

Ungeachtet solcher Schwierigkeiten nahm die Zahl der jüdischen Familien im 18. Jahrhundert allmählich zu. Zur Huldigung anlässlich des Regierungsantritts von Landgraf Wilhelm IX. 1764 erschienen immerhin acht Babenhäuser Familienvorstände,[52] und 1791 werden in einem Gesuch um Befreiung von ihrem Beitrag zum Unterhalt des Oberrabbiners zu Hanau sogar zwölf genannt.[53] Als Grund gab die Judenschaft des Amtes Babenhausen an, dass man einen eigenen Rabbiner und eine „Schule“ in Babenhausen unterhalte, doch wies sie zugleich auf ihre schlechte wirtschaftliche Situation hin, die durch eine obrigkeitliche Liste über ihren Vermögensstand bestätigt wird. Nur im Fall von drei Haushalten findet sich darin der Vermerk „mittelmäßig“, während bei den übrigen „schlecht“ oder „arm“ notiert ist.

Offenbar hatte sich die Judenschaft im Amt Babenhausen schon recht früh zur Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen, wie eine undatierte Eingabe zeigt, in der es ebenfalls um die Frage des Rabbinats ging.[54] Den Ausgangspunkt bildete der Tod von Graf Johann Philipp, dem Bruder des regierenden Grafen Friedrich Casimir, der 1669 verstarb, so dass die Petition auf dieses Jahr oder doch wenig später zu datieren sein dürfte. Die Judenschaft befürchtete, dass man sie nun einem anderen Rabbiner – möglicherweise dem Hanauer Stadt- und Landrabbiner – unterstellen wolle, und bat, sie bei dem bisherigen zu belassen. Bei diesem dürfte es sich allerdings kaum um einen Amtsrabbiner gehandelt haben, sondern – wie auch noch 1791 – eher um einen Vorsänger oder Lehrer, der nebenher einige rabbinische Funktionen wahrnahm.

Zumindest die bessergestellten Juden waren weiterhin vorwiegend im Vieh- und Fleischhandel tätig. 1740 erließ die hanauische Regierung eine Verordnung über das Schlachten durch Christen und Juden, die die dafür fälli-

gen Akzisezahlungen sowie die Verkaufspreise des Fleischs reglementierte, doch verhinderte dies nicht, dass sich die christlichen Metzger 1776 über die jüdischen Konkurrenten beschwerten, die sie beschuldigten, sie durch zu geringe Preise zu unterbieten.[55] Der Rat der Stadt reagierte, indem er alternierende Schlachttermine für Christen und Juden ansetzte, möglicherweise in der Absicht, auf diese Weise den Markt zu entzerren.

Welche Rolle der Viehhandel spielte, zeigt ein Protest der Babenhäuser Judenschaft im Jahre 1768 gegen die Beeinträchtigung des Weidgangsrechts auf der von ihr zur Einstellung ihres Viehs erworbenen Weide, die der Vorsteher Aron Isaac als äußerst bedrohlich bezeichnete, „indem ir gantzes Gewerbe in dem Viehandel bestehet“.[56] Dass diese Einschätzung durchaus realistisch war, verdeutlicht bereits das erste erhaltene Viehhandelsprotokollbuch der Stadt Babenhausen, das den Zeitraum von 1790 bis 1803 umfasst und in dem fast ausschließlich Geschäfte unter jüdischer Beteiligung aufgeführt sind.[57] Gleich im ersten Jahr, 1790, waren dies 27 Transaktionen, von denen allein 19 auf den Schutzjuden Joel und drei weitere auf den Schutzjuden Isaac Bähr entfielen, die nach der Liste von 1791 beide zu den relativ Wohlhabenden zählten. Die fünf übrigen Geschäfte fanden zwischen Babenhäuser Bürgern und auswärtigen Juden aus Groß-Umstadt, Hergershausen und Sickenhofen statt. In den meisten Fällen handelte es sich um Verkäufe durch die jüdischen Viehhändler an christliche Kunden, die gelegentlich zusätzlich zu den Tieren die Lieferung von Getreide umfassten, das also ebenfalls zu ihren Handelsgütern zählte.

Hausbesitz war Juden im 18. Jahrhundert zumindest in einigen Fällen gestattet. 1778 baten die jüdischen Hausbesitzer Mordechai Feist und Josef Mohr um die Befreiung vom „Frohnden“, womit in diesem Fall eine spezielle Abgabe von jüdischen Hausbesitzern gemeint war. Wie sie vorbrachten, sei diese Gebühr 1745 eingeführt worden, als die erste Jüdin, die Witwe des Simon Feist, in Babenhausen ein bürgerliches Haus erworben hatte, da sie als Jüdin nicht alle „Dienste“ wie die Bürger leisten könne. Es handelte sich also um eine Ausgleichszahlung, die zunächst auf jährlich zwei Gulden und nach dem Eintritt ihres Sohnes in den Vertrag auf drei Gulden festgesetzt wurde. Auch spätere Hausbesitzer hätten diese Gebühr entrichtet, dafür aber auch Bauholz aus dem Stadtwald erhalten, was nun nicht mehr der Fall sei, weshalb sie um die Befreiung ersuchten.[58] Einem Auszug aus dem Babenhäuser Kontraktenprotokoll zufolge hatte derselbe Josef Mohr 1776 die Hälfte eines Hauses in der Amtsgasse samt Garten an eine Christin veräußert.[59] Im Kontraktenprotokoll von 1799 wurde umgekehrt der Verkauf eines Wohnhauses mit Scheuer in der Fahrgasse durch einen Einwohner von Sickenhofen an den Schutzjuden Isaac Aron für 1.550 Gulden festgehalten.[60] Allerdings besaßen die christlichen Verkäufer gegenüber den jüdischen Käufern ein spezielles „Abtriebsrecht“, das es ihnen – einer Verordnung Landgraf Wilhelms IX. von 1768 zufolge – erlaubte, den Verkauf innerhalb von vier Jahren gegen Erstattung der Kaufsumme rückgängig zu machen, worauf der Jude das Haus binnen eines halben Jahres zu räumen hatte. Eine Verordnung von 1789 eröffnete den jüdischen Käufern jedoch die Möglichkeit, sich vertraglich gegen das „Abtriebsrecht“ abzusichern.[61] Die Existenz von Abschriften dieser Verordnungen sowie weiterer Dokumente zum selben Thema im Stadtarchiv Babenhausen lässt nicht unbedingt auf ihre Anwendung schließen, und in der Tat findet sich kein Hinweis, das von dem „Abtriebsrecht“ Gebrauch gemacht wurde.

Während des 17. Jahrhunderts notieren die Dieburger Stadtrechnungen Beerdigungen von Jüdinnen und Juden aus Babenhausen auf dem zweieinhalb Gehstunden von Babenhausen entfernten Dieburger Friedhof: Der erste Eintrag von 1646/47 stammt von der Bestattung eines Kindes, der letzte aus dem Jahr 1691.[62] Da der älteste lesbare Stein des Babenhäuser Friedhofs ins Jahr 1692 zu datieren ist, wird dessen Eröffnung mit diesem Datum gleichgesetzt. Der Grabstein gehört zu Jutle, Tochter des Simon aus Darmstadt.[63] Den letzten erhaltenen Stein widmeten jüdische Eltern ihrem im Dezember 1946 im DP-Lager Babenhausen verstorbenen Baby Michael Friedman. Der Friedhof diente vier zur Grafschaft Hanau-Lichtenberg gehörenden jüdischen Gemeinden als Begräbnisplatz: Babenhausen, Schaafheim, Langstadt, Altheim; spätetstens um 1790/1800 auch den Juden aus Kleestadt, Dudenhofen (Rodgau) und Schlierbach.[64] Ursprünglich befand er sich außerhalb der Stadtmauer, ist heute jedoch inmitten eines Neubaugebiets nordöstlich der Altstadt (Potsdamer Straße) gelegen. Auf dem von einem Zaun und Hecken eingefassten, etwa quadratischen Areal von 2.228 qm verteilen sich 215 Grabsteine aus Sandstein und Granit.[65] Die Belegung lässt zwei Erweiterungen des Friedhofs nach Osten um die Mitte des 19. Jahrhunderts (ab 1841/43) und in den Jahren 1885/86 erkennen.[66] Dabei fällt auf, dass rund zehn Jahre lang (1841/43–1853) gleichzeitig in dem neu erworbenen und in dem älteren Teil direkt an der westlichen Grundstücksgrenze bestattet wurde.[67]

Festigung der Gemeindestrukturen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Unter den Landgrafen von Hessen-Kassel hatte Hanau, zuletzt als Fürstentum Hanau, bis 1810 die Verwaltung von Babenhausen inne. Ab diesem Datum kam die Stadt

Abb. 1: Jüdischer Friedhof Babenhausen, ältester lesbarer Grabstein der Jutle, Tochter des Simon und Ehefrau des Moses aus Darmstadt, gestorben 12. September 1692, aufgenommen 2022. Foto: Joachim Heizmann.

mit dem Übergang ans Großherzogtum Hessen an die neu gegründete Provinz Starkenburg. Die jüdische Gemeinde von Babenhausen gehörte indessen noch bis 1826 zum Rabbinat Hanau mit Landrabbiner Moses Tobias Sondheimer. In diesem Jahr wurden die jüdischen Gemeinden des Landratsbezirks Seligenstadt, der bereits 1821 das Amt Babenhausen abgelöst hatte, dem Rabbinatsbezirk Offenbach zugeteilt. Auch mit der Eingliederung von Babenhausen in den 1848 geschaffenen Regierungsbezirk Dieburg war bis Anfang des 20. Jahrhunderts offiziell weiterhin der Offenbacher Oberrabbiner für die jüdische Stadtgemeinde und die der Nachbarorte Hergershausen und Sickenhofen zuständig.[68]

Die Veränderungen hinsichtlich der Freizügigkeit führten in Babenhausen am Anfang des 19. Jahrhunderts zu einem spürbaren Anstieg der jüdischen Bevölkerung von elf Familien mit 37 Personen im Jahr 1787 auf 24 Familien mit 92 Personen im Jahr 1833.[69] Die Männer suchten ihre Ehefrauen oft in weiter entfernten Gemeinden, sie heirateten aber auch innerhalb derselben Familie oder ihres Heimatortes. Ehen wurden häufig über die Handelsbeziehungen der Väter geschlossen, deren Berufe sich entsprachen. Die Zivilstandsregister von Babenhausen nennen dabei die häufig von Juden ausgeübten Berufe wie Metzger, Vieh- und Pferdehändler, Ellenwarenhändler, Handelsmann und Makler; es war aber auch ein Uhrmacher dabei.[70] Meyer Isenburger war als einziger jüdischer Lehrling bei einem örtlichen Schuhmachermeister beschäftigt.[71] Auf dem Viehmarkt in Babenhausen waren wie bereits im späten 18. Jahrhundert hauptsächlich jüdische Vieh- und Pferdehändler tätig, deren Tiere meistens gegen Ratenzahlung an nichtjüdische Käufer übergingen. Gelegentlich machte man auch Tauschgeschäfte. Es fällt auf, dass jüdische Viehhändler als Käufer bei Geschäften mit Nichtjuden dagegen stets in Bar bezahlten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts werden häufig die Babenhäuser Viehhändler Schmul Isaac und Judel Isaac als Verkäufer genannt; einige Juden brachten ihr Vieh auch aus den Nachbarorten nach Babenhausen zum Verkauf.[72]

Die selbstverständlichen, alltäglichen Kontakte zwischen der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung lassen sich häufig nur am Rande von Konfliktsituationen

Abb. 2: Jüdischer Friedhof Babenhausen, Blick vom Eingang nach Westen, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

erkennen. So schneiderte Barbara Schmidt aus Dieburg ein Kleid für die Tochter des Bär Idstein in dessen Haus. Auf Initiative der Babenhäuser Schneiderzunft beschlagnahmte die Polizei das Kleidungsstück. Die Zunftmitglieder betrachteten die „fremde“, nichtjüdische „Frauens Persohn“ als Eindringling in ihr Monopol und fürchteten wohl um ihre Existenz.[73]

Als Vorsteher der Gemeinde wird um 1826/27 Samuel Idstein aktenkundig. Er löste möglicherweise den 1811 verstorbenen Vorsteher Joel Isaak ab.[74] Nicht alle Gemeindemitglieder standen auf seiner Seite, zumal die religiösen Strukturen noch keinen festen Regeln unterlagen. Die daraus erwachsenden Konflikte geben einen Einblick in das Innenleben der Gemeinde. So versammelte Idstein am Nachmittag des Schabbat regelmäßig zehn Männer in seinem Haus zum *Kadisch*. Einige Gemeindeglieder empfanden dies als ungerecht und boykottierten diese wöchentliche Versammlung. Sie wünschten die Versteigerung des Gebets, damit jeder einmal die Rolle des Gastgebers bekomme. Die Landesregierung schlichtete den Streit, indem sie das samstägliche *Kadisch*-Gebet in die Synagoge verlegte.[75] Interne Streitigkeiten drehten sich auch um die Synagogenplätze, die Vorsteher Idstein teilweise nach seinen Vorstellungen und nicht nach der üblichen Rangfolge vergab.[76] Auch die Bemessung der Einzugsgelder für neu Ankommende erfolgte eher willkürlich. Auf die Beschwerde des Isaak Strauß gegen zu hohe Beträge legte die Landesregierung die Summe auf 5 fl. 30 kr. fest.[77]

Bereits im Jahre 1817 hatte Samuel Idstein, da „der Zeitgeist sich so vortheilhaft in jeder Hinsicht für die Juden“ auswirke, bei der fürstlichen Hofkammer die Erlaubnis für die Babenhäuser „Judenschaft“ beantragt, Häuser und andere Immobilien erwerben zu dürfen.[78] Bis dahin verfügten Samuel selbst (Amtsgasse 2), die Witwe Idstein (Amtsgasse 4), Isaak Arnsberg (Fahrstraße 15), Lösermann Arnsbergs[79] Kinder (Fahrstraße 35) und Joseph Hecht (Schulgasse 3) über Hauseigentum. Erst ab den 1820er Jahren lässt sich weiterer jüdischer Hausbesitz vor allem in der Amtsgasse, der Backhausgasse und der Fahrstraße nachweisen.[80] Gleichzeitig erschwerten Bürgermeister und Gemeinderat den jüdischen Bewohnern und ihren Söhnen den Erwerb des Stadtbürgerrechts. Selbst Hausbesitzer und Vorsteher Samuel Idstein bemühte sich ab 1822 vergeblich darum: Sein Vermögen sei zu gering, sein „Credit-Spezerey Laden“ habe in der Stadt viele Konkurrenten und die von ihm betriebene „Speise Wirthschaft“ besuchten nur wenige jüdische Ochsenhändler, die über Schabbat in der Stadt blieben. Bürgermeister Heinrich August Ranis reagierte auf einige Anträge zur Einbürgerung angesichts der in den letzten zwölf bis 15 Jahren zunehmenden Judenschaft mit judenfeindlichen Stereotypen und Theorien: Durch die mittellosen jüdischen Neubürger werde „das Gemeinds Vermögen der Christlichen Bürger“ reduziert. Auf der anderen Seite zögen die Juden „allen Handel jeder Art an sich“ und steigerten dadurch den „Druck des Judenthums auf Christliche Einwohner“.[81] Sogar Schutzgesuche wurden abgelehnt: Die Zahl der „Juden famielien gegen die der Christlichen Orts Bürger“ sei viel zu hoch. Viele Schutzfamilien hätten so viele Söhne, dass man nicht wisse, wovon „diese Leute“ in Zukunft leben wollten.[82] Im Jahr 1830 versetzten anonyme Morddrohungen gegen die Juden von Babenhausen die Gendarmerie in Alarmbereitschaft.[83]

Indessen erhielten vermutlich aufgrund ihrer zunehmend stabileren wirtschaftlichen Lage ab 1829/30 viele jüdische Männer den „landesherrlichen Schutz“, z. B. Manasse Mannheimer[84] oder Isaak Hecht, der die Tochter des Samuel Idstein heiratete und vom Schwiegervater immerhin 1.500 Gulden Mitgift erhielt.[85] Den unvermögenden Hausierer Herz Klingenberger aus Miltenberg hinge-

Abb. 3: Jüdischer Friedhof Babenhausen, Grabstein des Religionslehrers und Vorsängers Nathan Schack, Sohn des Menachem Schack, geboren um 1786, gestorben 22. Oktober 1852, aufgenommen 2022. Foto: Joachim Heizmann.

gen wiesen der Stadtgemeinderat und sogar der Vorsteher Salomon Idstein noch im Jahr 1838 ab, unter anderem weil er „Ausländer“ sei.[86] In den darauf folgenden Jahrzehnten der staatlich verordneten Bürokratisierung besaß Salomon Idstein eine prägende Rolle für die jüdische Gemeinde. Der als „Dirigent“ nicht unumstrittene Mann konnte im Jahr 1853 auf eine mindestens 25-jährige Tätigkeit im Dienst der Gemeinde zurückblicken.[87]

Der erste namentlich bekannte Lehrer und Vorsänger war im 19. Jahrhundert Nathan Schack, Sohn des Menachem Schack, aus Koslau in Böhmen. Als er 1822 nach Babenhausen kam, war er schon elf Jahre in verschiedenen jüdischen Gemeinden der Provinz Starkenburg als Lehrer und Vorsänger tätig gewesen.[88] Da Schack als Ausländer seinen Dienstvertrag für Babenhausen nur für jeweils ein Jahr erhielt, war er der Willkür der jüdischen Gemeinde ausgesetzt.[89] Als sie ihn suspendieren wollte, beantragte er im Jahr 1825 den „Schutz“ in Babenhausen, um sich, seine Ehefrau Kehla und seine vier Kinder wie „jeder rechtschaffene Schutzjude“ vom Spezerei- und Kramwarenhandel ernähren zu können.[90] Im Oktober 1826 erhielt er den Status als Schutzjude, blieb jedoch bis spätestens 1829 noch im Dienst der jüdischen Gemeinde.[91] Als die Landesregierung Seligenstadt im Jahr 1828 durch eine Verordnung die Unvereinbarkeit des Lehrerberufs mit dem Amt des Schächters festschrieb, entzog dies Schack, der mit 88 Gulden im Jahr auskommen musste,[92] seinen Nebenverdienst. Der Babenhäuser Bürgermeister sorgte jedoch dafür, dass der als Schächter neu eingestellte Isaak Strauß den Lehrer mit einem Teil seines Verdienstes entschädigte.[93] 1829 folgte Moses Wolf Seifenheld als Religionslehrer und Vorsänger, im Jahr 1834 wurde Salomon Wassermann und im Jahr 1847 für zwei Jahre Bär Rapp eingestellt.[94] Meier Hecht war ab 1827 für 60 Jahre als *Mohel* in der Gemeinde tätig.[95]

Gemeindeeinrichtungen im 19. Jahrhundert – Frauenbad, Synagoge und Religionsschule

Im Keller des Hauses von Samuel Idstein (Amtsgasse 2) soll sich bereits seit den späten 1780er Jahren eine Quellwassermikwe befunden haben.[96] Da sie jedoch nach Meinung der Regierung „nachtheilig“ für die Gesundheit der Frauen sei, musste der Bürgermeister dieses „kalte Bad“ sowie die entsprechenden Bäder bei Judel Oestreichs Witwe (Amtsgasse 17) und bei Isaak Arnstein (Fahrstraße 15) im Jahr 1830 zuschütten lassen. Noch im selben Jahr erwarb die jüdische Gemeinde für 400 fl. ein Haus zur Anlage eines „Judenfrauenbades“ und erhielt eine Spende aus dem „Fonds der milden Stiftungsgesellschaft“, zu dessen Gönnern das Gemeindemitglied Nehm Oestreich gehörte.[97] Nach dem ab 1811 geführten Brandkataster befand sich die neue Mikwe in einem Haus in der damaligen Schulgasse (heute Brandgasse). Das Haus gehörte ab 1832 Gemeindevorsteher Salomon Idstein, von 1858 bis 1874 soll es im Besitz der jüdischen Gemeinde gewesen sein. Die Mikwe nahm eine Hälfte des Gebäudes ein, in der anderen Haushälfte wohnte ein nichtjüdischer Mieter.[98] Im Oktober 1873 kaufte die Gemeinde ein außerhalb in den Preßgärten in der Nähe des Schlosses an der Gersprenz gelegenes Grundstück und errichtete darauf ein neues Frauenbad (Haus-Nr. 184, ab 1924 Amtsgasse 56). Dabei handelte es sich um ein frei in der Landschaft stehendes zweigeschossiges Gebäude mit Satteldach und einer Grundfläche von 65 qm. Im Jahr 1935 verkaufte die Gemeinde das Haus; im August 1987 musste es einem Wohnhaus weichen.[99]

Abb. 4: Babenhausen, Luftaufnahme von Westen mit Mikwenhaus (Pfeil), 1987 abgebrochen, Aufnahme nach 1966. Archiv der *Babenhäuser Zeitung*.

Abb. 5: Mikwenhaus mit Hexenturm im Hintergrund, Tag des Abbruchs 24. Juli 1987. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Die seit dem 17. Jahrhundert nachweisbare kontinuierliche Niederlassung von jüdischen Familien in Babenhausen legt die Existenz einer Synagoge oder eines Gebetsraums nahe.

Im Jahr 1785 wird der Schulmeister der Juden erwähnt.[100] Die Notiz „Juden-Synagoge in Gebrauch genommen 1786 d. 17. September“ findet sich ohne Quellenangabe in chronologischer Folge in einer Babenhäuser Topografie des frühen 19. Jahrhunderts.[101] Übereinstimmend weist ein geheimes Ratsprotokoll von 1791 die Bemerkung auf, die Juden des Amtes Babenhausen hätten seit einigen Jahren eine eigene Schule (Synagoge) und beschäftigten einen Rabbiner bzw. Vorsänger auf ihre Kosten. So führte Synagogenvorsteher Joel Isaak von Babenhausen auch die Einkommensliste für die Juden in Langstadt, Kleestadt und Dudenhofen (Rodgau), die offensichtlich zum gemeinsamen Friedhofs- und Synagogenverband gehörten. Der Grundzins für die „Judenschaftssynagoge“ betrug im 18. Jahrhundert sechs Kreuzer.[102]

Für das Jahr 1811 ist die „Judenschul“ mit der Haus-Nr. 188 (heute Amtsgasse 16) als Besitz der jüdischen Gemeinde ausgewiesen. Vermutlich handelte es sich bei dem erwähnten zweistöckigen Bauwerk mit Treppenvorbau um die 1786 errichtete Synagoge.[103] Das versteckt in einem Hinterhof inmitten der historischen Altstadt gelegene jüdische Gotteshaus wurde von der Amtsgasse durch ein mit einem Haus überbautes Tor und über einen etwa 20 Meter langen Weg erschlossen. Letzterer führte nach Süden in einen Hof unmittelbar auf ein traufseitig zur Amtsgasse ausgerichtetes zweigeschossiges Fachwerkhaus zu. Dieses Wohnhaus gehörte ab 1831 der jüdischen Gemeinde und diente als Gemeindehaus mit Religionsschule und Lehrerwohnung.[104] An der Nordwestseite des rundum bebauten Hofs reihten sich drei schmälere Bauwerke aneinander, die den Blick von der Straße auf die Wohnhausfassade teilweise überschnitten. Die an drei Seiten freistehende Synagoge war der südlichste dieser drei Bauten.[105] Das ursprüngliche Aussehen der wohl 1786 erbauten Synagoge, der ersten an diesem Standort, ist nicht überliefert.

Da die jüdische Gemeinde stetig wuchs, war im Jahr 1868 der Bau einer neuen Synagoge mit Schule und Mikwe geplant. Allerdings bemühten sich die Vorsteher Mayer Hecht, Isaak Fuld und Isaak Idstein erfolglos um einen geeigneten Bauplatz.[106] Deshalb entschied man sich zur Renovierung der bestehenden Synagoge, für die das Gemeindeglied Nehm Oestreich die ansehnliche Summe von 1.000 Gulden spendete. Spenden für die Innenausstattung kamen auch von Oestreichs Erben sowie dem israelitischen Krankkenverein und einzelnen Gemeindegliedern. Die restliche Bausumme konnte aus der jüdischen Gemeindekasse finanziert werden, ohne die Mitglieder mit zusätzlichen Umlagen belasten zu müssen. Die feierliche Einweihung am *Erev Rosch ha-Schana*, dem Vorabend des jüdischen Neujahrstags, vermutlich am 21. September

Abb. 6: Babenhausen, Parzellenkarte Flur I (Ausschnitt), Synagogenhof mit Synagoge (Pfeil) und Religionsschule (Flur-Nr. 426), 1843/1847. Stadtarchiv Babenhausen.

1873,[107] erlebte der großzügige Stifter Nehm Oestreich nicht mehr, da er am 13. August 1872 verstorben war.[108] Vorsteher Mayer Seewald hielt die Einweihungsrede. Er unterstrich das zeitgemäße und „gefällige“ Aussehen der renovierten Synagoge, deren neue Ausstattung allen religiösen Vorschriften entspreche. Demzufolge nannte Seewald die neue Synagoge ein „kleines Heiligtum“. Über dem Toraschrein sei – wie in vielen Synagogen – die hebräische Inschrift “דע לפני מי אתה עומד” angebracht, die in deutscher Übersetzung „Wisse oder erkenne, vor wem Du stehst“ bedeutet. Es genüge nicht, so Seewald, ein „hübsches G’tteshaus“ zu haben, sondern man sollte es auch täglich und nicht nur an Feiertagen besuchen. Über dem Schrein befinde sich außerdem als Zierde für die Tora eine Krone. Seewald beendete seine Ansprache mit den Worten: „Danket dem Ewigen, denn er ist gut und ewig währe seine Gnade.“[109]

Abb. 7: Altstadt, ehemalige Synagoge und Religionsschule, Luftaufnahme 1957. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

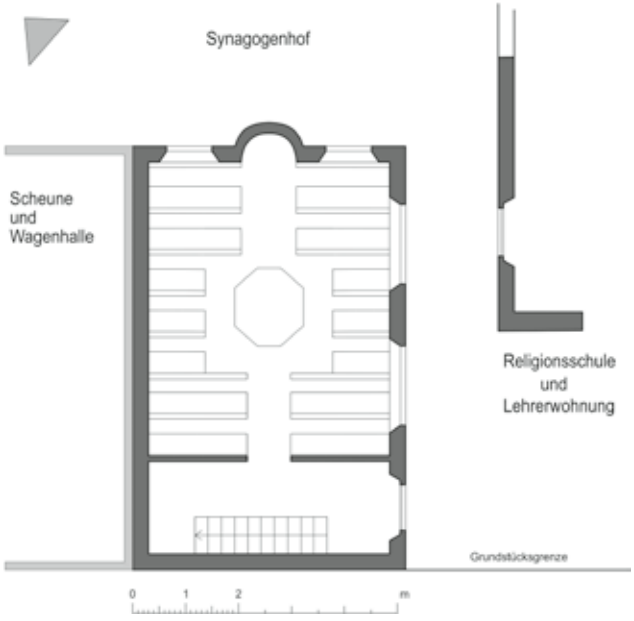


Abb. 8: Synagoge, Grundrissrekonstruktion nach Angaben und Skizzen von Walter Frank und Irma Sommer (geb. Kadden), Zustand vor dem Novemberpogrom 1938. Zeichnung: Sebastian Dittscheid, 2024.

Da von der Synagoge keine Bausubstanz mehr erhalten ist, ergeben nur eine Luftaufnahme von 1957, eine Fotografie, Beschreibungen von Zeitzeugen und die Skizzen von Walter Frank, Sohn des Albert Frank[110], ein ungefähres Bild von der 1872/73 umgebauten Synagoge, wie sie sich vor dem Novemberpogrom von 1938 darstellte. Demnach handelte es sich um ein massives Satteldachgebäude mit quer zur Längsachse verlaufendem First.[111] Der kleine Bau war 5,15 m breit und rund 8 m lang. Der Abstand zwischen Synagoge und Religionsschule betrug lediglich 1,80 m.[112] Die Synagoge war mit ihrer Längsachse nach Nordosten orientiert. Walter Frank beschrieb das Äußere des zum Hof vermutlich als Apsis auskragenden Schreins als „grüne Blechstruktur". Irma Sommer erinnerte sich an vier hohe runde Synagogenfenster, womit sie vermutlich Rundbogenfenster meinte. So zeigt ein historisches Foto die östliche Synagogenkante mit einem angeschnittenen Fenstergewände: Demnach erhob sich der verputzte Bau über einem Hausteinsockel. Das auf dem Foto erkennbare, wohl den Toraschrein flankierende Rundbogenfenster hatte sicherlich ein Pendant auf der anderen Seite der Apsis. Über der Toranische könnte man sich ein rundes Misrachfenster vorstellen, in das sich der erhaltene runde Holzrahmen mit farbiger Verglasung gut einfügen würde. Zwei weitere hohe Rundbogenfenster sind vermutlich an der freistehenden südöstlichen Längsseite zu rekonstruieren. Dort befand sich am südlichen Ende auch das Eingangsportal zur Synagoge. Dieses führte vermutlich zu einer schmalen Vorhalle, die Frank als „Synagogenhalle" bezeichnete. Sie erschloss über eine Treppe die Frauenempore und ermöglichte zugleich die Erfüllung der halachischen Forderung, die männlichen Gottesdienstbesucher sollten beim Eintritt in die Synagoge dem Schrein gegenüberstehen. Der kleine Synagogensaal, der die gesamte Höhe des Gebäudes einnahm, fasste sicher nicht mehr als 35 Sitzplätze für die Männer und höchstens 20 bis 25 Emporenplätze für die Frauen in drei Reihen an der südwestlichen Schmalseite.[113] Dies könnte etwa der Zahl der Religionsmündigen in Babenhausen während der 1870er Jahre entsprochen haben.[114] Der Toraschrein wird als „gediegene Drechslerarbeit" beschrieben. Für die Aufbewahrung der Kultgeräte habe ein Schrank unter dem Schrein gedient. Die Decke der Synagoge sei farbig bemalt gewesen.[115] Wie Grabungen ergaben, bestand der Fußbodenbelag im Betsaal aus roten Sandsteinplatten.[116] Entsprechend der vornehmlich orthodoxen Ausrichtung der Gemeinde war die achtseitige *Bima* zentral im Betsaal aufgestellt.[117] Die jüdische Gemeinde verfügte über eine umfangreiche Sammlung an wertvollen alten Ritualien, die in der Synagoge aufbewahrt wurden. Dazu gehörten elf Torarollen, acht gestickte Toravorhänge und zahlreiche mit Gold- und Silberstickereien verzierte Toramäntel. Die *Chewra Kadischa* (Beerdigungsbruderschaft) verwahrte zudem im Gemeindehaus eine eigene Torarolle und zehn Gebetsmäntel.[118]

Die im Rundbogenstil errichtete Babenhäuser Synagoge von 1873 entsprach in der rekonstruierten Disposition von Vorhalle, Frauenempore und Saal dem einfachsten

Abb. 9: Synagogenhof mit Schul- und Gemeindehaus, heute Amtsgasse 16, im Bild rechts Kante der Synagoge mit Rundbogenfenster, nach 1945. Privatsammlung Lambernd.

Abb. 10: Rundfenster der Synagoge mit farbiger Verglasung, als Spolie im Nebengebäude eingebaut, 2016. Foto: Georg Wittenberger. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Synagogentypus. Möglicherweise diente für die Gestaltung der hofseitigen Fassade die Synagoge aus dem benachbarten Schaafheim als Vorbild. Auch in Schaafheim flankierten Rundbogenfenster den *Aron ha-Kodesch*, über dem ein Misrachfenster mit farbiger Verglasung in die Wand eingelassen war.[119] Die Gestaltung des Rundfensters als farbig verglastes, gesprosstes Achtpassfenster findet sich auch an den Fassaden der Synagogen von Seeheim, Seligenstadt und Groß-Umstadt.[120]

Das zweigeschossige, einst als jüdisches Gemeindehaus genutzte Fachwerkgebäude neben der Synagoge (Amtsgasse 16) hat sich mit dem heutigen Wohnhaus erhalten. Im Erdgeschoss befand sich die Religionsschule, im Obergeschoss wohnte der Lehrer.[121] Darüber hinaus waren in dem recht engen Synagogenhof weitere Nebengebäude untergebracht. Nordwestlich schlossen sich an die Synagoge eine Scheune sowie eine abschließbare Halle für den Leichenwagen und für die *Tahara*-Ausstattung an. An der Wand gegenüber der Synagogenfassade erstreckte sich im Anschluss an das Schulhaus eine Toilettenanlage.[122] Erst im Februar 1902 konnte die Gemeinde mit dem Erwerb des Torgebäudes und der Hofeinfahrt ihren Grundbesitz komplettieren.[123]

Abb. 11: Einstiges jüdisches Gemeinde- und Schulhaus, Fassade zur Amtsgasse, nach 1945. Privatsammlung Lambernd.

Streng religiös oder reformorientiert? Die jüdische Gemeinde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Zeit des Synagogenumbaus fiel in eine Blütezeit der jüdischen Gemeinde. So erreichte die Zahl der Gemeindeglieder im Jahr 1871 mit 100 Personen ihren Zenit.[124] Acht von 16 Familien lebten um die Mitte des Jahrhunderts in gesicherten Verhältnissen.[125] Während die nichtjüdische Bevölkerung von Babenhausen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer regelrechten Auswanderungswelle erfasst wurde, ist bislang nur für drei junge jüdische Männer die Emigration in die USA bezeugt.[126]

Bereits im Jahr 1851 wünschte die Gemeinde den Austritt aus dem Oberrabbinat Offenbach mit Dr. Salomon Formstecher (1842–1889), der zur ersten Rabbinergeneration des Reformjudentums gehörte. Vordergründig warf sie ihm vor, er kassiere nur die Mitgliedsbeiträge und kümmere sich ansonsten nicht um die Landgemeinden. Letztlich war es wohl eher eine Frage der religiösen Orientierung. Zum Austritt ist es nicht gekommen.[127] Allerdings bekannte sich der Babenhäuser Gemeindevorstand im Jahr 1872 zur neoorthodoxen Ausrichtung des inoffiziellen Rabbiners der Israelitischen Religionsgesellschaft in Darmstadt, Dr. Lehmann Marx. In einer Predigt in der Synagoge von Babenhausen propagierte Marx im Sinne der Neoorthodoxie eine zeitgemäße Bildung, die seiner Ansicht nach nicht im Gegensatz zum Judentum stehe. Er verwies andererseits auf den Irrtum der Gemeindeglieder, die glaubten, sie seien gute Juden, wenn sie luxuriöse Synagogen bauten, die nachher niemand besuche.[128] Ein Vertreter des gesetzestreuen Judentums war der langjährige Gemeindevorsteher Mayer Seewald, dem große Verdienste um das Wohlergehen der jüdischen Gemeinde zuzuschreiben sind. Er trat das Amt spätestens im Jahr 1873 an und hatte es bis zu seinem Tod am 3. Januar 1890 inne.[129] Seewald stand in vielen Fragen in offenem Widerspruch zum Offenbacher Rabbiner und suchte Rat bei dessen orthodoxen Amtskollegen. So versicherte ihm Rabbiner Samson Raphael Hirsch aus Frankfurt im April 1885, dass die Religionsgesetze es untersagten, jemanden zum Gemeindevorsteher

zu wählen, der sein Geschäft am Schabbat öffnete und mit seinen Kindern Waren verlud.[130]

Selbst bei den Beerdigungen zeichnete sich die unterschiedliche Einstellung hinsichtlich der Religionsausübung ab. So hielten die orthodoxen Rabbiner aus Frankfurt und Darmstadt die Leichenreden für den am 15. August 1872 verstorbenen Nehm Oestreich. Sie unterstrichen den Wohltätigkeitssinn und die Religiosität des Verstorbenen, der zudem ein großer Gelehrter gewesen sei.[131] Sein Name fand posthum auch Aufnahme in das Memorbuch der Gemeinde, das Mayer Seewald im Jahr 1880 anlegte.[132] Bei der Beerdigung des Moses Strauß im November 1897, der im Gemeindevorstand tätig gewesen war und viele Jahre die *Chewra Kadischa* geleitet hatte, hielt der neu berufene liberale Offenbacher Rabbiner Dr. David Selver in Anwesenheit zahlreicher Gemeindeglieder und christlicher Bürger die Grabrede.[133] Auch Moses Strauß erhielt einen Eintrag ins Memorbuch.[134]

Der Gemeindevorstand forderte für die Schulkinder die strenge Einhaltung der Religionsgesetze. So besuchten die Schülerinnen und Schüler am Schabbat zwar den Volksschulunterricht, brauchten jedoch nicht zu schreiben. Die Vorsteher waren dabei der Meinung, die Schulbehörde könnte mit etwas mehr Entgegenkommen, etwa durch Verlegung des christlichen Religionsunterrichts oder des Schreibunterrichts, den jüdischen Kindern auch den verpflichtenden Gottesdienstbesuch am Samstag bis zehn Uhr ohne schulische Nachteile erlauben.[135] Nachdem im Jahr 1876 die Zahl der schulpflichtigen jüdischen Kinder auf 18 angestiegen war, erinnerte die jüdische Gemeinde die Stadt Babenhausen daran, dass sie gesetzlich verpflichtet war, für den vierstündigen jüdischen Religionsunterricht einen Beitrag zu leisten. Dieser bestehe darin, ein geeignetes beheiztes „Schullocal“ für vier Unterrichtsstunden zur Verfügung zu stellen und sich mit 180 Mark an den Kosten für den Religionsunterricht zu beteiligen, alternativ die Zahlung von 200 Mark, falls der Unterricht in der israelitischen Religionsschule stattfinde. Mit den Argumenten, dass die Besoldung des israelitischen Religionslehrers dazu in keinem Verhältnis stehe, „daß die Israeliten in Babenhausen keine besondere Lasten zu tragen hätten und die israelitischen Kinder freien Unterricht in der Volksschule genössen“, verweigerte die politische Gemeinde die Zahlung des jährlichen Beitrags. Der Ausschuss der Kreisregierung erkannte die von der jüdischen Gemeinde dagegen angestrengte Klage als rechtens an und wies auch den Rekurs der Stadt dagegen zurück. Die politische Gemeinde müsse ihren Verpflichtungen nachkommen, um das „Princip der Gleichberechtigung – hier den kleineren Confessionsgemeinden gegenüber“ zu wahren. Wie alle übrigen Einwohner von Babenhausen hätten sie freien und unentgeltlichen Zugang zu „gemeinheitlichen Anstalten, wozu auch die Schulen gehör[t]en“.[136] Die Religionslehrer, die inzwischen wieder das Vorsänger- und Schächteramt versahen, wechselten sich unterdessen im Ein- bis Zweijahresrhythmus ab.[137] Zu ihnen gehörte Gerson Mannheimer, der wie alle Lehrer kleiner Gemeinden um seine Existenz kämpfen musste und schließlich im Frankfurter Siechenhaus in Armut starb.[138] Mindestens sieben Jahre, von 1891 bis 1898, unterrichtete Willi Seewald bis zu 15 jüdische Kinder in Religion.[139]

Neben dem Männerkrankenverein unterhielt die jüdische Gemeinde einen Frauenkrankenverein sowie die Abraham Isaak’sche und die Joel Isaak’sche Stiftung. Die Familienstiftung des Joel Isaak diente der Unterstützung bedürftiger Bräute, die mit dem Stifter und dessen Ehefrau verwandt waren.[140] Die Stiftung existierte noch im Jahr 1938 und wurde von einem Familienrat in Darmstadt verwaltet.[141]

Die Gemeinde ab der Zeit des Ersten Weltkriegs bis zur Weimarer Republik

Indem sie als Soldaten am Ersten Weltkrieg teilnahmen, stellten mindestens sieben jüdische Babenhäuser ihre Vaterlandsverbundenheit unter Beweis.[142] Ende August 1914 hielt die jüdische Gemeinde tägliche Bittgottesdienste für ihre Soldaten ab und spendete für das Rote Kreuz.[143] Im Jahr 1917 wurde Karl Kahn als Unteroffizier d. R. mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse und der Hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.[144] Die Namen der zwei gefallenen jüdischen Soldaten Isidor Kahn und Hermann Fuld (beide in Sickenhofen) stehen auf dem örtlichen Denkmal für alle Babenhäuser Gefallene des Ersten Weltkrieges von 1922 auf dem städtischen Friedhof.[145] Mit der Gründung einer Ortsgruppe des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens für Babenhausen und Umgebung setzten die Jüdinnen und Juden gleichfalls im Jahr 1922 ein Zeichen gegen Antisemitismus und für ihre Identität als deutsche Jüdinnen und Juden.[146] Fünf jüdische Babenhäuser erhielten noch 1934 und 1935 das von Reichspräsident Paul von Hindenburg verliehene Ehrenkreuz für Frontkämpfer.[147]

Erst im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts begann ein kontinuierlicher Schrumpfungsprozess der jüdischen Gemeinde, die sich zahlenmäßig bis 1933 nahezu halbierte.[148] Gleichwohl waren die jüdischen Familien beruflich und gesellschaftlich im kleinstädtischen Milieu von Babenhausen verwurzelt. Sie deckten mit ihren vielseitig sortierten Geschäften die wichtigsten Bedarfe ab. Einige verwiesen dabei in ihren Anzeigen ausdrücklich auf die

Abb. 12: Emil Elias Kadden als Soldat, um 1914/1918. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

strenge Schließung ihres Betriebs am Schabbat und an den Festtagen („Schabbos und Jomtof“). Unter diesen Voraussetzungen bot Julius Seewald Eisenwaren, Werkzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, Kohlen und Baumaterialien an.[149] Max Arnsberg verkaufte Möbel, Manufaktur- und Schuhwaren zu günstigen Preisen.[150] Jakob und Nanette Fuld hatten ein Kurzwarengeschäft, Maximilian und Rescha Nathan ein Manufaktur- und Schuhwarengeschäft.[151] Der Metzger Emil Kadden (auch Katten) schächtete im Schlachthaus von Babenhausen für die jüdischen Familien.[152] Albert und Lina Frank betrieben eine Großschlachterei.[153] Aron Strauß lebte vom Immobilien- und Möbelhandel sowie von Darlehensgeschäften. Karl Kahn verdiente seinen Lebensunterhalt als Viehhändler und Kalmann Idstein („Kalme“) verkaufte als Hausierer einfache Stoffe an „arme Leute“.[154] Vorsteher Julius Seewald, der ein Baugeschäft mit Haushaltswarenabteilung betrieb, war von 1906 bis 1920 im Vorstand des Babenhäuser Vorschuß- und Creditvereins und von 1924 bis 1933 Vorstandsmitglied der Volksbank.[155] Die Tochter seines Bruders Willy, Hertha Seewald, war Ende der 1920er Jahre Mitglied im Turnverein Babenhausen 1891.[156] Die jüdischen Familien wohnten hauptsächlich in der Fahrstraße, einer Querstraße zur Amtsgasse, wo sich Synagoge und Gemeindehaus befanden.

Der Wechsel der jüdischen Gemeinde Babenhausen vom Offenbacher Rabbinat zum orthodoxen Rabbinat Darmstadt II erfolgte zwischen 1913 und 1919.[157] Spätestens 1927 wurde die Gemeinde als Mitglied des Hessischen Landesverbandes gesetzestreuer Synagogengemeinden in Darmstadt geführt. Gemeindevorsteher Julius Seewald gehörte zum Vorstand des Verbandes.[158]

Abb. 13: Fahrgasse, Schuh- und Manufakturwarengeschäft Elias Frank (links), fortgeführt von Mordchen Löb, vor 1900. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Abb. 14: Lehrer Sally Katz (2. v. links) als Schächter, unbekannter Ort, vor 1934. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen / Bildersammlung Monica Kingreen.

Abb. 15: Hedwig Katz (geb. Goldschmidt), Ehefrau von Sally Katz, mit den Kindern Lucia, Max, Arnold und Sophie, um 1910. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Als letzter Lehrer, Vorsänger und Schächter wirkte von 1907 bis 1934 Sally Katz. Wegen Lehrermangels unterrichtete er während des Ersten Weltkriegs auch an der Babenhäuser Volksschule. Er wohnte im jüdischen Schulhaus (Amtsgasse 16) und hatte mit seiner Ehefrau Hedwig, geb. Goldschmidt, drei Kinder.[159] Zuletzt besuchten nur noch vier Schülerinnen und Schüler seinen Religionsunterricht.[160] Zum Gottesdienst an den hohen jüdischen Feiertagen kamen die jüdischen Familien von Schaafheim, Sickenhofen und Langstadt. Für sie waren die hinteren Bänke in der Synagoge bestimmt.[161]

Wie bedeutsam gerade für den streng religiösen Teil der Gemeinde im frühen 20. Jahrhundert die traditionelle Rolle der Frau in der Kindererziehung und Haushaltsführung war, zeigt sich an dem Nachruf für Sella Seewald, die zweite Ehefrau des bereits 35 Jahre vor ihr verstorbenen Mayer Seewald.[162] Doch nicht nur ihr Leben in einem Haushalt „altjüdischen Gepräges“ und die Erziehung der Kinder „zu echten treuen Jehudim [Juden]“ wird als vorbildlich und richtungsweisend gerühmt. Darüber hinaus hätten auf ihren Schultern auch „die Mühen und Sorgen“ für die Geschäfte ihres verstorbenen Mannes gelastet. Angesichts des drohenden Verfalls „der kleinen jüdischen Landgemeinden“ habe Sella Seewald gezeigt, was eine einzelne Frau durch „jüdische Energie und jüdisches Pflichtbewusstsein“ vermag. Sella stammte aus der bedeutenden streng religiösen Familie Rosenbaum im bayerischen Zell und wurde auf eigenen Wunsch bei ihren Vorfahren auf dem jüdischen Friedhof im mittelfränkischen Georgensgmünd (Bayern) beigesetzt.[163]

Nationalsozialistische Gewaltherrschaft, Novemberpogrom und Deportation

Ende Juni 1932 schlugen unbekannte Täter die Schaufensterscheiben und Läden des Geschäftes von Julius Seewald (Fahrstraße 26) ein.[164] Möglicherweise war dies in der evangelisch geprägten Kleinstadt Babenhausen keine antisemitische Einzeltat, denn dort hatte die NSDAP bereits bei den Landtagswahlen am 15. November 1931 mit 57,6 Prozent der abgegebenen Stimmen die Mehrheit erreicht. Zweitstärkste Kraft war die SPD mit 26,5 Prozent. Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 votierten rund 65 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die NSDAP.[165] Bald nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, im April 1933, wurde Julius Seewald Opfer eines gewalttätigen Übergriffs. Zwei Männer zerrten ihn aus dem Haus und stießen ihn in einen PKW. Während der Haft erhielt er Schläge und man riss ihm Nägel heraus.[166]

Offensichtlich lag dem Babenhäuser Gemeinderat wie andernorts auch bereits vor der Bekanntgabe beim Reichsparteitag in Nürnberg am 15. September 1935 eine inoffizielle Fassung der dort verabschiedeten „Nürnberger Gesetze“ vor. So beschlossen die Gemeinderäte bei ihrer Tagung am 27. August 1935 eine Reihe von diskriminierenden Verboten: Jüdinnen und Juden sollte der Zuzug sowie der Erwerb von Häusern und Grundstücken verwehrt werden. Wer weiterhin jüdische Geschäftspartner aufsuchte oder private Kontakte zur jüdischen Bevölkerung unterhielt, verlor den Anspruch auf Unterstützung und wurde bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht mehr berücksichtigt. Eine am Rathaus angebrachte „Schandtafel“ veröffentlichte die Namen der Personen, die weiterhin Geschäfte mit Juden machten. Die Repressalien zwangen die meisten jüdischen Familien bis 1937 zur Aufgabe ihrer Betriebe und trieben sie in die Armut. Julius und Julia Seewald hatten ihr Geschäft schon im Juli 1933 verkauft und die Stadt zusammen mit Tochter Edith nach Wildbach im Schwarzwald verlassen. Ihnen gelang kurz darauf die Emigration in die USA.[167] Da sie unentbehrlich für die nichtjüdischen Landwirte und Metzger waren, übten nur einige

jüdische Viehhändler ihren Beruf vorläufig noch aus. Dazu gehörte auch Karl Kahn, der das Viehhandelsgeschäft seiner verstorbenen Schwägerin Selma Kahn bis spätestens 1937 weiterführte.[168]

Abb. 16: Karl und Paula (geb. Lorch) Kahn, 1930er Jahre. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Trotz der bedrohlichen Situation bemühte sich die jüdische Gemeinde um Normalität und Aufrechterhaltung ihrer Strukturen. Sie feierte den 80. Geburtstag des Kalmann Idstein und pries dessen Traditionsbewusstsein.[169] Mit der Gründung einer Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF) mit Jakob Fuld als Vorsitzendem setzte die Gemeinde im Januar 1934 ein deutliches Zeichen ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Nation.[170] In diesem Zusammenhang erfolgte am 19. Mai 1935 die Enthüllung einer marmornen Gedenktafel für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs in der Synagoge. Zur Feier, die der Offenbacher Rabbiner Dr. Max Dienemann leitete, kamen zahlreiche Menschen aus den Nachbargemeinden, darunter auch auswärtige Gruppen des RjF.[171] Für ihre vermutlich im Jahr 1934 renovierte und zeitgemäß ausgestattete Synagoge verfasste die Gemeinde am 26. Januar 1935 eine neue Synagogenordnung. Angesichts der schwierigen Zeiten erstaunt daran die Ausführlichkeit, mit der die liturgischen Details und Gebete für die täglichen Gottesdienste und jüdischen Feiertage festgehalten wurden.[172]

Wegen Mitgliederschwunds und Verarmung der jüdischen Familien konnte die Gemeinde allerdings ihre Schulden bei der Hessischen Versicherungsanstalt für gemeindliche Beamte in Darmstadt in Höhe von 668,13 RM nicht mehr bezahlen. Auf den Pfändungsbefehl im Oktober 1937 hin ordnete das Amtsgericht Seligenstadt am 19. September 1938 für den 29. September die Zwangsversteigerung des Synagogengrundstücks im Rathaus Babenhausen an.[173] Mit der Zahlung von insgesamt 1.042,77 RM an die Versicherungsanstalt waren jedoch Heinrich und Justina Willand, die Besitzer des Nachbargrundstücks in der Backhausgasse, schon am 14. September der Versteigerung zuvorgekommen und hatten damit gleichzeitig ihr Kaufinteresse besiegelt. Am 28. September wählten die letzten fünf jüdischen Gemeindemitglieder einen provisorischen Vorstand mit Emil Kadden als erstem und Karl Kahn als zweitem Vorsitzenden sowie Albert Frank als Schriftführer.[174] Sie verkauften das gesamte Anwesen mit notariell abgeschlossenem Kaufvertrag am 13. Oktober 1938 für 4.500 RM an die Eheleute Willand. Das Gestühl, die Beleuchtung und der Ofen in der Synagoge waren nicht im Preis enthalten. Im Mai 1939 setzte der Landrat in Dieburg jedoch die Kaufsumme auf den Verkehrswert von 3.200 RM herab. Die Beschwerde der Reichsvereinigung gegen diese Entscheidung wies der Reichsstatthalter in Darmstadt im Mai 1940 als unbegründet zurück. Da die NS-Bürokratie das Verfahren weiter in die Länge gezogen hatte, wurden die Eheleute Willand erst im Januar 1943 als Eigentümer ins Grundbuch eingetragen.[175]

Bis zuletzt versuchte der Vorstand, für die Gemeinde und ihre mittellosen Mitglieder zu sorgen, und nahm dies sogar in den Kaufvertrag mit auf: Der Leichenwagen durfte bis zum Jahresende 1940 zur Nutzung für die Gemeinden Babenhausen, Langstadt, Schaafheim und Dudenhofen weiterhin unentgeltlich in der Wagenhalle abgestellt werden. In der Erdgeschosswohnung des jüdischen Gemeindehauses war eine Notwohnung eingerichtet, in der Hermann Götz und seine geschiedene Schwester Jenny Kahn noch bis zum 31. März 1939 das Wohnrecht hatten. Außerdem erwartete die Gemeinde vom Landesverband der gesetzestreuen Synagogengemeinden, dass er die Versorgung „etwaiger älterer Mitglieder“ übernimmt.[176] Wenige Tage vor der Übergabe am 1. November 1938[177] feierte die jüdische Gemeinde, die mindestens 250 Jahre bestanden hatte, den letzten Gottesdienst und nahm Abschied von ihrer Synagoge. Die Abschiedsfeier, der viele jüdische Besucher aus den Nachbarorten beiwohnten, leitete Rabbiner Dr. Merzbach von der Israelitischen Religionsgesellschaft Darmstadt.[178] Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits die meisten Familien die Stadt verlassen: Sie suchten vorrangig Zuflucht an anderen Orten in Deutschland, zwölf Personen gelang die Flucht in die USA, Lazarus (Moritz) und Martha Frank sowie Lazarus’ Schwester Jettchen Frank emigrierten zunächst nach Mexiko, Mordchen und Meta Löb wanderten mit ihrem Sohn nach Italien aus.[179] Der mit seiner Familie nach Offenbach verzogene 69-jährige Max Arnsberg wählte dort im Jahr 1937 den Freitod. Seine Frau Jettchen und Tochter Else wurden deportiert.[180] Auch der 82-jährige Kalmann Idstein nahm sich in Frankfurt das Leben.[181]

Wie für die gesamte NS-Zeit sind die Informationen und die Quellenlage für die Vorgänge während der Novemberpogrome in Babenhausen auffallend lückenhaft. Nur noch 16 jüdische Personen erlebten die Ausschreitungen, die vermutlich am 10. November 1938 stattfanden. Nach Aussagen von nichtjüdischen Zeitzeugen galten die Übergriffe Albert und Lina Frank in der Amtsgasse 29 sowie der erst 1934 von Lorsch nach Babenhausen gezogenen Familie des Viehhändlers Kahn (Fahrstraße 80) und der Familie Kadden (Fahrstraße 35). Selma Kadden wurde mit Fußtritten traktiert, ihr fünfzehnjähriger Sohn Siegfried erhielt heftige Prügel.[182] Eine Zeitzeugin sah Möbel, Kleidung und zerbrochenes Geschirr auf der Straße vor dem Haus der Familie Kahn.[183] Wenig glaubhaft ist die Aussage von Fritz Klein, die Angreifer seien vorwiegend von außerhalb gekommen. Klein war während der NS-Zeit Bürgermeister, ab 1943 NSDAP-Ortsgruppenleiter und wieder von 1952 bis 1960 Bürgermeister von Babenhausen.[184] Die für die gezielten Übergriffe auf die jüdischen Familien erforderliche Ortskenntnis ist ohne eine Beteiligung Babenhäuser Bürger nicht denkbar. Noch am selben Tag nahm die Gestapo die Metzger Emil Kadden und Albert Frank fest und sperrte sie in die Arrestzelle des Rathauses. Bürgermeister Klein will die inhaftierten Juden am nächsten Morgen wieder freigelassen haben.[185] Dem widerspricht jedoch die Aktenlage, denn die Namen der beiden Männer stehen auf einer Liste von mehreren am 10. November 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald Verschleppten. Beide kamen dann am 13. November 1938 wieder frei, die Gründe sind nicht bekannt. Nach ihrer mutmaßlichen zweiten Einweisung nach Buchenwald am 29. November entließ man sie 14 Tage später wieder.[186] Es ist anzunehmen, dass sie gezwungen wurden, ihre Auswanderung zu betreiben.[187]

Auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Besitz der jüdischen Gemeinde war, entging die Synagoge nicht der Zerstörungswut, vermutlich der SA-Männer der Standarte 186. Sie gehörte zu den Synagogen, die der Führer der Brigade 50 (Starkenburg) am 11. November 1938 als zerstört an die SA-Gruppe Kurpfalz meldete.[188] Allerdings war der ausdrückliche Befehl, die Synagoge zu sprengen oder in Brand zu setzen, wegen der dichten Bebauung in der Babenhäuser Altstadt nicht umsetzbar. Deshalb konzentrierten sich die Täter, nachdem sie sich gewaltsam Zugang zum Synagogenhof verschafft haben müssen, auf die Zertrümmerung der Inneneinrichtung des jüdischen Gotteshauses und vermutlich auch des Schulhauses.[189] Bürgermeister Klein betonte, er habe die Synagoge bewachen lassen, um den Brand der Synagoge zu verhindern. Dies geschah möglicherweise zum Schutz der benachbarten Häuser. Seiner Aussage, die Ritualgegenstände seien teilweise ins Rathaus gebracht und dann beim Rathausbrand vernichtet bzw. teilweise durch die jüdische Gemeinde ausgelagert worden, widersprach Irma Sommer, die Tochter von Emil und Selma Kadden. Denn nach dem Bericht ihrer Eltern seien die Inneneinrichtung und Kunstgegenstände der Synagoge sowie das Mobiliar der Schule im November 1938 vollständig zerstört worden.[190]

Wie überall waren auch in Babenhausen die Novemberpogrome der Auftakt zur vollständigen Entmündigung und Enteignung, die schließlich in die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung überging. Lediglich Albert und Lina Frank gelang im Juli 1939 die Emigration nach England und von dort die Ausreise nach New York.[191] Karl und Paula Kahn hatten noch im November 1938 für sich und ihre Töchter Miriam (13 Jahre), Lisel (12 Jahre) und die damals erst neunjährige Suse die Ausreise nach Südafrika beantragt. Doch da Paula schwanger wurde, verzögerte sich ihre Ausreise. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges blieb der Familie die Einreise nach Südafrika verwehrt. Für die Auswanderung in die USA war es zu spät. Die Familie Kahn musste bleiben und erhielt ihre bereits am Hafen bereitstehenden Überseekisten wieder zurück. Mit dem Umzug der Kahns nach Schlierbach am 2. September 1941 war Babenhausen „judenfrei“, wie es im NS-Jargon hieß.[192] Von dort wurden sie mit Familie Lehmann aus Schaafheim und einem Schlierbacher Juden am 18. März 1942 nach Darmstadt gebracht. Sie gehörten zu den rund 1.000 Jüdinnen und Juden, die mit der Massendeportation aus den ehemaligen Provinzen Starkenburg und Rheinhessen am 24. März 1942 ins Ghetto Piaski verschleppt und ermordet wurden.[193]

Die übrigen jüdischen Frauen und Männer hatten Babenhausen bereits 1939 verlassen und waren in den vermeintlichen Schutz der Großstädte Mainz, Köln und Frankfurt geflüchtet. Sie wurden von dort in die deutschen Konzentrationslager in Osteuropa deportiert, wurden ermordet oder starben an den unmenschlichen Lebensbedingungen.[194] Ihre Immobilien wie beispielsweise die Metzgerei des Emil Kadden kamen zu günstigen Preisen in „arische“ Hände.[195] Für das Anwesen des Julius Seewald konnte allerdings der Antrag auf „Zwangsentjudung“ nach der Verordnung des Reichsbürgergesetzes vom 25. November 1941 nicht genehmigt werden, da der Besitzer inzwischen amerikanischer Staatsbürger war.[196] Der jüdische Friedhof mit allen zugehörigen Grundstücken und vorübergehend auch die von dem Weißbindermeister Heinrich Willand als Werkstatt genutzte Synagoge gingen im Jahr 1942 zwangsläufig in den Besitz der Reichsvereinigung

über. Diese musste die Synagoge dann 1943 an die Willands übergeben.[197]

Nach 1945 – Displaced Persons (DPs) in Babenhausen, Aufarbeitung der jüdischen Geschichte, antisemitische Übergriffe und Gedenkkultur

Bald nach Kriegsende richtete die amerikanische Militärregierung in der ehemaligen Babenhäuser Artilleriekaserne ein Lager für jüdische *Displaced Persons* (DPs) ein. Die Kaserne lag außerhalb der Stadt direkt an der Bahnlinie. Der erste Transport aus dem überfüllten Lager in Landshut mit 1.097 hauptsächlich vor dem Pogrom in Kielce aus Osteuropa geflüchteten Jüdinnen und Juden kam am 1. Oktober 1946 in Babenhausen an; zwei weitere Transporte folgten. Insgesamt erreichten 3.350 jüdische Männer, Frauen und Kinder das Lager Babenhausen. Angesichts der hygienischen Zustände in dem noch von einem Stacheldraht umgebenen unvorbereiteten Militärgelände hatten sich die DPs zunächst geweigert, den Zug zu verlassen. Die Sammelunterbringung erfolgte in 49 Wellblechbaracken, 30 Holzhütten und 15 ehemaligen Stallgebäuden. Erst während der Belegung erfolgte die Instandsetzung der Räume und die Einrichtung der benötigten Infrastruktur: Neben einer Kleiderkammer, vier Großküchen (darunter eine koschere), einem Kindergarten und einer Religionsschule konnte mit Unterstützung des AJDC (American Jewish Joint Distribution Committee) in einer Baracke sogar eine Synagoge und Ende Dezember ein Krankenhaus eingerichtet werden. Wegen der zum größten Teil nicht winterfesten Unterkünfte brachte man jedoch Ende Oktober vor allem die Familien in das besser ausgestattete Lager in Dieburg. Anfang März 1947 wurden die verbliebenen 1.000 DPs von Babenhausen nach Dieburg und ins Camp Rochelle nach Eschenstruth bei Eschwege verlegt.

Die Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung, ihre Häuser und die Synagoge während der Novemberpogrome in Babenhausen wurden gerichtlich nicht verfolgt, die Täter blieben unbestraft. Der für die Übergriffe auf mehrere Synagogen im Bereich der Standarte 186 mutmaßlich verantwortliche stellvertretende Gauleiter und Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schwinn befand sich drei Jahre und vier Monate in Internierungshaft. Nach Verhängung der Todesstrafe im Kriegsgerichtsverfahren soll er jedoch im September 1947 freigesprochen worden sein.[198]

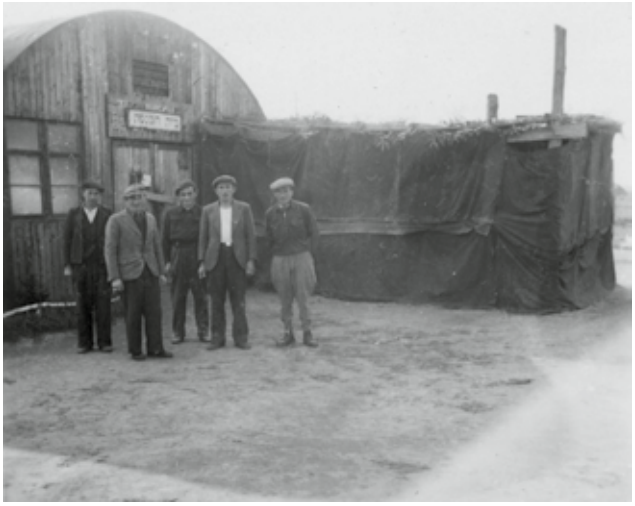


Abb. 17: DP-Lager Babenhausen, DPs vor der provisorischen Lagersynagoge (hebr. Inschrift *Beit Knesset*) und der Laubhütte (rechts), vermutlich Oktober 1946. Foto: David Marcus. United States Holocaust Memorial Museum.

Abb. 18: DP-Lager Babenhausen, David Ben Gurion und Militärrabbiner Herbert Friedman (Frankfurt) bei einem Besuch des DP-Lagers, Oktober 1946. United States Holocaust Memorial Museum.

Da sich Bürgermeister Klein von Babenhausen wenig kooperativ zeigte, musste die JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) den umbauten Raum der Synagoge schätzen. Während sie den Schaden am Gebäude mit 7.500 DM als Teilschaden einstufte, setzte sie den Wert der zerstörten Inneneinrichtung mit 31.100 DM und den der Ritualien mit 129.550 DM an.[199] Erst nach den Vergleichsverhandlungen und Zahlung einer Restitutionssumme für das Gebäude ließ der Besitzer die Synagoge abreißen und an ihrer Stelle eine Malerwerkstatt erbauen.[200] Als einziges Relikt der Synagoge ist das farbig verglaste Rundfenster anzusehen, welches mit zwei weiteren einfach verglasten Okuli die hofseitige Fassade der Werkstatt schmückt. Über dem eingeschossigen Gebäude befindet sich eine Terrasse.

Abb. 19: Blick in den einstigen Synagogenhof Amtsgasse 16, ehemaliges jüdisches Gemeindehaus (Mitte), Standort der Synagoge (rechts), heute Werkstattbau mit Terrasse, 2016. Foto: Georg Wittenberger. Heimat und Geschichtsverein Babenhausen.

Im Juli 1945 mussten ehemalige Mitglieder der NSDAP den jüdischen Friedhof wieder „in einen würdigen Zustand" versetzen.[201] Im Jahr 1957 entdeckte man dort ein mit einem Kreuz versehenes Grab mehrerer afrikanischer Soldaten. Nach einem ausgiebigen Briefwechsel zwischen der Stadt Babenhausen, dem Dieburger Landrat und dem Rabbinat in Frankfurt wurden die Gebeine der drei in Kriegsgefangenschaft gestorbenen unbekannten Soldaten im Oktober 1959 auf den christlichen Friedhof umgebettet.[202] Im März 1976 warfen unbekannte Täter auf dem jüdischen Friedhof 28 Grabsteine um und beschädigten sie.[203] Auch im April 2005 kletterten Unbekannte über den Friedhofszaun, stießen 13 Grabsteine um und rissen sie aus ihrer Verankerung.[204] In den Jahren 1984 und 1985 erarbeiteten Klaus und Karin Lötzsch vom Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen zusammen mit dem Judaisten Frank Wiesner eine ausführliche Dokumentation der Grabsteine und ihrer Inschriften.[205] Die Ergebnisse flossen in das 1988 von Klaus Lötzsch und Georg Wittenberger herausgegebene Buch zur jüdischen Geschichte *Die Juden von Babenhausen* ein. Inzwischen liegen darüber hinaus eine Fotodokumentation sowie die transkribierten und ins Deutsche übersetzten Grabinschriften vor.[206]

Seit den 1950er Jahren wohnte die jüdische Familie des Tony Abraham Merin in Babenhausen. Nach dem Tod seiner in Babenhausen wohnenden Eltern erbte der als Fernsehjournalist tätige Merin deren 7.000 qm großes Grundstück mit zwei Gaststätten, einer Tankstelle und zwei Wohnhäusern. Anfang der 1990er Jahre wurde Merin jedoch zum Ziel antisemitischer Schmähungen und bösartiger Drohungen. Nachdem ihm im Jahr 1993 Unbekannte die Radmuttern an seinem Auto gelockert hatten, vermietete er seine Häuser und wanderte in die USA aus. Im Jahr 1997 wurde ein Brandanschlag auf Merins Häuser verübt. In den ausgebrannten Ruinen fanden sich Benzinkanister, an die Wände waren Hakenkreuze und antisemitische Parolen geschmiert. Das Grundstück befindet sich heute im Besitz der Stadt Babenhausen.[207]

In Babenhausen wird der Opfer der NS-Diktatur in der Öffentlichkeit auf verschiedene Arten gedacht. Seit dem 1. September 1988 befindet sich am Rathaus eine Gedenktafel, die an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnert. Die Stele des Babenhäuser Bildhauers Norbert Jäger aus weißem Carrara-Marmor vom 9. November 1988 ist den ehemaligen jüdischen Gemeinden von Babenhausen, Hergershausen, Langstadt und Sickenhofen gewidmet. Zur Enthüllung war Herta Lewy (geb. Binn) aus Hergershausen zusammen mit ihrem Ehemann Marc Lewy aus Metz angereist. Den auf der Bleiche an der Amtsgasse, am ehemaligen Standort des Ritualbades, aufgestellten Gedenkstein aus Carrara-Marmor schuf der Babenhäuser Bildhauer Norbert Jäger. Die als Vollrelief aufragende Stele gipfelt in

Abb. 20: Marmorstele von Norbert Jäger für die vier jüdischen Gemeinden Babenhausen, Hergershausen, Langstadt und Sickenhofen, aufgestellt 1988, aufgenommen 2019. Heimat und Geschichtsverein Babenhausen.

einem Davidstern. In hebräischer und deutscher Sprache zitiert die Inschrift Jesaja 8,25: „Er wird den Tod verschlingen auf ewig und Gott der Herr wird die Tränen von allen Angesichtern abwischen.“ Drei Jahre nach der Aufstellung wurde die Skulptur mit schwarzer Farbe beschmiert und zuletzt im Februar 2024 Ziel eines antisemitischen Anschlages: Unbekannte Täter übergossen sie mit roter Farbe.[208]

Zeichen gegen das Vergessen und für die dauerhafte Erinnerung an die ermordeten und die zur Flucht gezwungenen Jüdinnen und Juden setzten die Babenhäuser mit der Verlegung von 32 Stolpersteinen im April 2015.[209] Schülerinnen und Schüler der Joachim-Schumann-Schule gestalteten im selben Jahr eine Broschüre mit den Biografien der jüdischen Familien.[210] Seit dem 9. November 2016 verläuft vor dem ehemaligen Anwesen der jüdischen Gemeinde (Amtsgasse 16) ein Gedenkband aus Bronze, das an den Standort der Synagoge und der jüdischen Religionsschule erinnert.[211]

Cornelia Berger-Dittscheid / Wolfgang Treue

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Joachim Heizmann, dem Archivar und Vorsitzenden des Territorialmuseums, Georg Wittenberger sowie Petra Lambernd.

Babenhausen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/88

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1320	3 Männer
1741	6 Schutzjuden
1745	7 Familien
1754	32 Personen
1764	8 Familien
1769	9 Familien
1780	11 Familien
1787	10 Familien mit 37 Personen
1791	12 Schutzjuden
1810	16 Familien mit 60 Personen
1826	17 Familien mit 82 Personen
1830	80 Personen
1833	92 Personen
1858	80 Personen
1864	84 Personen
1871	100 Personen
1875	17 Familien mit 96 Personen
1885	88 Personen
1890	93 Personen
1900	77 Personen
1910	64 Personen
1925	53 Personen
1932/33	52 Personen
1933	19 Familien mit 48 Personen
1936	14 Familien mit 39 Personen
1937	40 Personen
31. Dezember 1938	6 Familien mit 16 Personen
20. Januar 1940	8 Personen
1. September 1941	5 Personen

Zahlen nach: Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, NF 26 (1879), S. 207–208 (1320); Fischer, Einwohnerlisten, S. 231–233 (1769, 1780, 1787, 1810, 1833, 1858, 1871, 1875, 1890, 1900, 1910, 1925, 1933, 1937); Zentralverwaltung der deutschen Juden, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 377 (1932/1933); Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 30 (1787); HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588 (1936); HStAM, 81, Nr. 14428 (1791); HStAM, 81, Nr. A/57/2, Bd. 1 (1764); HStAM, 86, Nr. 29468 (1741, 1745); Adolf Sahm, Babenhausen vor 125. Die Topographie des Hospitalfonds-Verwalters Kleinhans, Rubrik Aus Babenhausens Vergangenheit, in: Babenhäuser Zeitung, Nr. 6 (2. Teil), 31. Oktober 1991, S. 6 (1864); StadtA Babenhausen, XI-2, Nr. 9-1 (1826); Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 56–57 (1754, 1830, 1871, 1885, 1938, 1940).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Berger-Dittscheid, Cornelia, Georgensgmünd, in: Wolfgang Kraus/Berndt Hamm/Meier Schwarz (Hrsg.), Mehr als Steine… Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. II, Lindenberg im Allgäu 2010, S. 334–349.

Blümler, Willi, Die jüdischen Familien von Babenhausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 87–88.

Delorme, Peter, Die Gründe der Grundstücksverfügungen in der Stadt Babenhausen während des 15. Jahrhunderts, Diss. Koblenz 1985.

Fischer, Ria, Einwohnerlisten und Listen über Juden als Hausbesitzer, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 231–237.

Fischer, Ria, Familien und ihre Häuser im alten Babenhausen, Babenhausen 1993.

Frank, Walter, Babenhausen ist meine Heimat, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 89–90.

Gudian, Gunter, Juden in den mittelalterlichen Gerichtsbüchern, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 16–29.

Klein, Fritz, Der Blick zurück, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 91–93.

Köhn, Holger, Zweierlei Raum, zweierlei Wirkung – Displaced Persons-Lager in Babenhausen und Dieburg 1946–1950, Magisterarbeit, Darmstadt 2004.

Kunert, Ulrike, Babenhausen, Amtsgasse 16 – Rundfenster, fachtechnische Stellungnahme und zeitliche Einordnung, Wiesbaden 2016 (Privatsammlung Lambernd, Kopien, nicht veröffentlicht).

Lötzsch, Karin, Zivilstandsregister der Juden für die Gemeinden Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 30–55.
Lötzsch, Karin, Verzeichnis der Herkunftsorte und Geburtsnamen der in den Trauregistern von 1823–1876 erwähnten auswärtigen Ehefrauen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 155–165.
Lötzsch, Karin, Namenslisten aller urkundlich erwähnten Juden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 166–203.
Lötzsch, Klaus, Juden in Babenhausen – eine Einführung, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 11–15.
Lötzsch, Klaus/Frank Wiesner, Inschriften der Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof zu Babenhausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 204–220.
Lötzsch, Klaus/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen. Beiträge zur Geschichte der jüdischen Gemeinden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, Babenhausen 1988.
Lötzsch, Klaus/Frank Wiesner, Der jüdische Friedhof in Babenhausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden in Babenhausen, S. 125–143.
Michel, Ernst, Dies werde ich nie vergessen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 94–97.
Wittenberger, Georg, Das „Dritte Reich“ und die Folgen für die jüdische Gemeinde Babenhausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 56–79.
Wittenberger, Georg, Notizen zur Geschichte der Synagoge zu Babenhausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 80–86.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Ba11: Inv. 6061
– D-Da2: Nr. 3
– D-LJ4: Nr. 16
– JRSO-Hes: Nr. 420
Gemeindearchiv Schaafheim (GA Schaafheim))
– XIII-1: Nr. 1-3
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 518: Nr. 1390
– 1245: Nr. 1
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– A 1: Nr. 10/29; 10/40; 10/43
– A 14: Nr. 98
– C 1 B: Nr. 100
– C 4: Nr. 23/1; 23/2; 23/3; 23/4; 23/5; 23/6; 23/7; 23/27
– C 21: Nr. 107
– E 9: Nr. 1423
– E 13: Nr. 48/7; 1914 F 16: Nr. 383; 384; 757; 951; 976; 977
– G 15 Dieburg: Nr. G 3; L 9; L 10; Q 304; Q 588; Q 592; Q 593; T 742; V 312
– H 2 Dieburg: Nr. 554; 4614; 8990
– H 13 Darmstadt: Nr. 905
– H 23: Nr. 1949; 3617
– O 61 Kohlmannslehner: Nr. 31
– P 4: Nr. 2256
– R 4: Nr. 24470
– R 12 F: Nr. 98; 128
– R 21 B
– R 21 J: Nr. 28; 46; 2265; 2751; 3228; 3443
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– Urk. 66: Nr. 298
– Urk. 67: Nr. 48
– Urk. 75: Nr. 251
– 1: Nr. 1585
– 3: Nr. 2922; 3051; 3053
– 17/1: Nr. 236
– 80: Nr. 917
– 81: Nr. A/57/2; B 1/90/4; 14428
– 86: Nr. 28497; 28656; 29468; 29634; 30976; 31320
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.06: Nr. 11
– H.15.10: Nr. 2607
– H.17.08: Nr. 668; 914
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 203
Privatsammlung Lambernd (Slg. Lambernd)
– Fotosammlung
– Kopien
Stadtarchiv Babenhausen (StadtA Babenhausen)
– IV-2: Nr. 2-25; 2-27
– IX-2: Nr. 2-14
– X-2: Nr. 42-1; 42-2
– XI-2: Nr. 8-1; 9-1
– XI-3a: Nr. 10-2
– XIII-1: Nr. 1-3; 1-4; 1-6; 1-8; 1-9; 1-10; 1-11; 1-12; 1-14; 1-15; 1-21; 1-23; 1-24; 1-38; 1-40; 1-42; 1-43; 1-46; 2-1; 2-2
– XIII-2: Nr. 2-13; 2-14
– XIII-3: Nr. 2-18; 2-20; 2-21; 2-22; 3-9; 3-15; 3-17; 3-20; 3-22; 3-27; 3-29; 3-30; 3-31
– XIII-4: Nr. 3-32; 3-33; 3-35; 3-37; 3-38; 3-39
– XIII-5: Nr. 3-40; 3-41; 3-42
– XV-5: Nr. 146-22
– XXIII-1: Nr. 1-7
– Heimat- und Geschichtsverein (HGV) Babenhausen: Bilderslg.
– Fotosammlung
– Parzellenkarten: Flur I, Flur IV
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14/28; 14/29; 14/30; 14/33; 14/34; 14/42; 14/60
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Of 1: Nr. 13; 20
United States Holocaust Memorial Museum (USHMM)
– Nr. 30847; 54782
Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV/1: Nr. 1293

Anmerkungen

1 Original verschollen. Abgedruckt in: Georg Christian Joannis, Tabularum Litterarumque Veterum Usque Huc Nondum Editarum Spicilegium Idque Primum, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1724, S. 353–354, Nr. 43.

2 HStAM, Urk. 75, Nr. 251.
3 Abgedruckt in: Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit, NF 26 (1879), S. 207–208.
4 Kracauer, Urkundenbuch, Bd. 2, S. 332 („Judaeus de Babinhusen" 1335), S. 334 („Isac de Babinhusen" 1339), S. 343 („Isaac de Bobinhusen" 1340).
5 Salfeld, Das Martyrologium, S. 67/238, S. 82/281.
6 HStAM, Urk.67, Nr. 48. Die Belehnung wurde 1414 durch König Sigismund erneuert: HStAM, Urk. 67, Nr. 69.
7 HStAD, C 4, Nr. 23/1-7. Eine eingehende Analyse gibt Gudian, Juden. Danach wird erst 1361 eine Jüdin namens Else genannt: HStAD, C 4, Nr. 23/1, Bl. 35v, 38r.
8 Siehe etwa die Listen der Pfandgegenstände aus der Zeit von 1392–1405 bei Gudian, Juden, S. 21–22. 1403/1404 wurde auch ein Grundstück als Pfand eingesetzt: HStAD, C 4, Nr. 23/3, Bl. 135v, 141v, 146v.
9 HStAM, Urk. 66, Nr. 298.
10 HStAD, C 4, in Nr. 23/1, S. 4 (Gerichtsprotokoll vom 19. September 1357). Vgl. Gudian, Juden, S. 18–19.
11 HStAD, C 4, in Nr. 23/1, Fol. 111r/v, Gerichtsprotokolle vom 30. April und 14. Mai 1381. Vgl. Gudian, Juden, S. 19.
12 Delorme, Die Gründe der Grundstücksverfügungen, S. 44, 53, 54, 59, 70. Vgl. Paulus, Die Architektur der Synagoge, S. 220. Weiterer nichtjüdischer Hausbesitz in der Nähe der Judenschule wird erwähnt in HStAD, C 4, in Nr. 23/3 (28. August 1403); HStAD, A 1, Nr. 10/29 (21. April 1418). Bei der 1534 genannten „Judnwieße" könnte es sich um Weideland für jüdische Viehhändler gehandelt haben. Dass dies der Standort der Synagoge war, ist eher unwahrscheinlich (Germania Judaica III, Bd. 1, S. 66, Fn. 4), und einen jüdischen Friedhof gab es in Babenhausen zu dieser Zeit noch nicht (vgl. Paulus, Die Architektur der Synagoge, S. 221).
13 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 1199. Auf dem alten Frankfurter Friedhof an der Battonnstraße ist laut der Dokumentation (Steinheim-Institut, Epidat, www.steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?info=name-ffb#namensliste, letzter Zugriff 21. Dezember 2024) kein Stein mit der Herkunftsbezeichnung Babenhausen erhalten.
14 Germania Judaica III, Bd. 1, S. 67.
15 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 1746, 1750, 1815.
16 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 1906. Zu diesen Vorgängen siehe auch Treue, Verehrt und angespien, S. 152.
17 HStAD, C 4, Nr. 23/2, Bl. 83v.
18 HStAD, A 1, Nr. 10/40, 10/43.
19 HStAD, C 4, Nr. 23/4, Bl. 76v.
20 Siehe Gudian, Juden, S. 23–25.
21 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 3584, 3588 (ISG, H.17.08, Nr. 914).
22 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 3632 (ISG, H.17.08, Nr. 668), 3639.
23 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 3715, 3758, HStAM, 86, Nr. 29634.
24 Andernacht, Regesten 1401–1519, Nr. 3770, 3997.
25 Zu seiner Person siehe Treue, Verehrt und angespien, vor allem S. 154–155, 176.
26 HStAM, 86, Nr. 31320. Sein Sohn Elias legte darüber hinaus 1580 Zeugenaussagen vor, die bestätigten, dass sein Vater verschiedentlich sogar an die landgräfliche Tafel geladen worden sei: HStAM, 17/1, Nr. 236.
27 ISG, H.15.10, Nr. 2607. Zu dem Vorgang siehe auch Siluk, Die Juden, S. 228–232; Treue, Zwei hessische Diplomaten, S. 1–4, Treue, Landgrafschaft Hessen-Marburg, S. 147–148.
28 Löwenstein, Quellen zur Geschichte, Nr. 1296.
29 Löwenstein, Quellen zur Geschichte, Nr. 1394.
30 Seine Rolle scheint in diesem Fall allerdings begrenzt gewesen zu sein, da er im weiteren Verlauf der Verhandlungen um Lewes Freilassung nicht mehr erwähnt wird: HStAM, 81, B 1/90/4. Siehe hierzu auch Entführung des Juden Lewe aus Laubenheim, in: LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/resolve/de/qjg/6391, letzter Zugriff 2. August 2024.
31 HStAM, 86, Nr. 28497, 28656.
32 HStAM, 3, Nr. 2922, 3051, 3053; Reuter, Zwischen Reichsstadt, S. 124–127. Siehe auch Vertreibung der Juden aus Worms, in: LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/resolve/de/qjg/3889, letzter Zugriff 2. August 2024.
33 Siehe hierzu Treue, Judengasse und christliche Stadt, S. 177.
34 HStAM, 1, Nr. 1585 (Rechnungseinträge 1561, 1563, 1567, 1570, 1571, 1573).
35 ISG, H.15.06, Nr. 11; R 21 J. Siehe auch Andernacht, Regesten 1520–1616, Nr. 762, 844, 857, 863. Wie aus den Frankfurter Quellen hervorgeht, handelte es sich nicht – wie bei Battenberg irrtümlich angegeben – um Josef zum Goldenen Schwan. Siehe Battenberg, Quellen zur Geschichte 1651–1806, Nr. 921.
36 Andernacht, Regesten 1520–1616, Nr. 798.
37 Andernacht, Regesten 1520–1616, Nr. 1123, 1375, 1423.
38 HStAD, C 21, Nr. 107, Lit. J Nr. 200 (Notiz des Wetzlarer Generalrepertoriums, Akten verloren).
39 HStAD, R 21 J, Nr. 2751.
40 HStAD, E 9, Nr. 1423.
41 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-4. Siehe hierzu den folgenden Abschnitt.
42 HStAD, R 21 J, Nr. 2265, 2. Eintrag.
43 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-3.
44 HStAD, R 21 J, Nr. 2265, StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-14, HStAM, 86, Nr. 30976.
45 StadtA Babenhausen, IV-2, Nr. 2-25, 2-27 (beide Verträge mit den hebräischen Unterschriften der Lieferanten).
46 HStAD, R 21 J, Nr. 28.
47 HStAD, R 21 J, Nr. 28. Die Gräfin entschied, ihn gegen Leistung der üblichen Abgaben, einschließlich des verminderten Schutzgeldes, weiter zu dulden. Ob in Schaafheim oder Babenhausen wird allerdings nicht gesagt.
48 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-4.
49 HStAD, R 21 J. Nr. 3103.
50 HStAD, R 21 J, Nr. 46. Eine Entscheidung ist nicht vermerkt.
51 HStAM, 86, Nr. 29468.
52 HStAM, 81, Nr. A/57/2, Bd. 1.
53 HStAM, 81, Nr. 14428.
54 HStAD, R 21 J, Nr. 3228.
55 StadtA Babenhausen, XIII-3, Nr. 3-27 (wiederholt 1748); XIII-1, Nr. 1-11.
56 HStAD, R 21 J, Nr. 3443c; HStAD, E 13, Nr. 1914.
57 StadtA Babenhausen, X-2, Nr. 42-1.
58 StadtA Babenhausen, IX-2, Nr. 2-14. Beigefügt ist eine Kopie des Vertrags von 1745 sowie seiner Erweiterung auf den Sohn im folgenden Jahr. 1783 bestätigte der Stadtschultheiß auf Anfrage der Gemeinde Schaafheim, dass die jüdischen Hausbesitzer in Babenhausen zu allen Zeiten Bauholz aus dem Stadtwald erhalten hätten und keinen Wachtdienst leisteten, sondern stattdessen jährlich drei Gulden an die Baukasse zahlten: GA Schaafheim, XIII-1, Nr. 1-3.
59 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-15.
60 HStAD, C 4, Nr. 23/27, S. 199–201.

61 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-6, 1-8.
62 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/28 (1646/1647), 14/29 (1647/1648), B 14/30 (1649), 14/33 (1657), 14/34 (1656/1657), 14/42 (1669) und 14/60 (1691). Vgl. HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31 (Kopien); Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 32. Vor 1709 gab es in Darmstadt noch keinen jüdischen Friedhof, die Bestattungen erfolgten von dort gewöhnlich in Alsbach.
63 Vgl. Lötzsch/Wiesner, Inschriften der Gransteine, S. 211; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 32. Der Darmstädter Friedhof in Bessungen wurde erst nach 1700 angelegt.
64 HStAM, 81, Nr. 14428; StadtA Babenhausen, XIII-5, Nr. 3-41.
65 Im Grundbuch von 1960 sind 2.481 qm vermerkt. Siehe StadtA Babenhausen, XIII-5, Nr. 3-42, Schreiben vom 11. April 1960.
66 Nach dem topografischen Güter- und Häuserverzeichnis von 1887 erwarb die Israelitische Religionsgemeinde Babenhausen das Grundstück im Jahr 1852. Siehe HStAD, H 23, Nr. 3617, o. S. (Im Hainweg).
67 Lötzsch/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 125–143; Lötzsch/Wiesner, Inschriften der Grabsteine, S. 204–220. Zur Lage siehe HStAD, P 4, Nr. 2256, Flur IV, Parzellenkarte von 1850, auf der der jüdische Friedhof allerdings nicht eigens genannt ist. Siehe auch Babenhausen, in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/18, letzter Zugriff 14. Januar 2025.
68 Siehe dazu die Angaben in: Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistisches Jahrbuch), 21 (1913), S. 188; Besoldung des Offenbacher Oberrabbiners Metz in: StadtA Babenhausen, XIII-3, Nr. 2-20 u. 2-21 und beginnend mit StadtA Babenhausen, XIII-3, Nr. 2-22 Steuerausschläge zur Rabbinerbesoldung (insgesamt 23 Akten von 1874 bis 1905); CJA, 1 A Of 1, Nr. 13; CJA, 1 A Of 1, Nr. 20.
69 Siehe dazu die Statistik am Ende dieses Artikels. Bewilligte Schutzgesuche nach Babenhausen zwischen 1813 und 1826 siehe CAHJP, D-Lj4-16.
70 Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 38–43.
71 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-12; Lötzsch, Verzeichnis der Herkunftsorte, S. 155–165.
72 StadtA Babenhausen, X-2, Nr. 42-1 u. Nr. 42-2. Die Viehhandelsprotokollbücher des 19. Jahrhunderts sind bis zum Jahr 1874 vollständig erhalten.
73 StadtA Babenhausen, XXIII-1, Nr. 1-7 (1825).
74 Samuel Idstein unterschrieb am 29. Dezember 1826 als Vorsteher die Seelenliste von Babenhausen. Siehe dazu StadtA Babenhausen, XI-2, Nr. 9-1. Zu Joel Isaak siehe CAHJP, D-Ba11-Inv. 6061.
75 StadtA Babenhausen, XIII-3, Nr. 3-15 (1827).
76 StadtA Babenhausen, XIII-3, Nr. 3-17 (1824), Nr. 3-20 (1828) u. Nr. 3-22 (1829).
77 StadtA Babenhausen, XIII-2, Nr. 2-14 (1825).
78 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-9.
79 Vorfahre von Paul Arnsberg, dem Verfasser des Handbuchs Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203.
80 Vgl. Fischer, Familien und ihre Häuser, S. 17, 18, 53, 60 und passim; Fischer, Einwohnerlisten, S. 234.
81 StadtA Babenhausen, XI-3a, Nr. 10-2; StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-21. Siehe auch Erlass zur Rezeption der Juden als Staats- und Ortsbürger vom 18. Oktober 1821: StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-10.
82 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-38, Ablehnung des Schutzgesuchs des Fuld Sick, 1825.
83 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-23.
84 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-42.
85 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-43.
86 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-46.
87 Er erhielt 1853 für seine vorbildliche 25-jährige Tätigkeit in der Gemeinde ein Anerkennungsschreiben vom Kreisamt Dieburg (StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 2-2). Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 38–43.
88 Zu den Orten gehörten ab 1810/1811 Jugenheim, um 1812 bis 1815 Dornheim (Groß-Gerau); anschließend war er fünf Jahre in Lengfeld und eineinhalb Jahre in Schaafheim. Siehe StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-40. Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 43.
89 StadtA Babenhausen, XIII-4, Nr. 3-33.
90 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-40. Nathan Schack war seit 1820 verheiratet mit Kehl[a] Regine, Tochter des Salomon Bauer aus Goldbach.
91 CAHJP, D-Lj4-16.
92 StadtA Babenhausen, XIII-4, Nr. 3-32.
93 StadtA Babenhausen, XIII, 3, Nr. 3-29, 3-30 u. 3-31.
94 StadtA Babenhausen, XIII-4, Nr. 3-35; 3-37; Nr. 3-38. Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203.
95 Babenhausen, in: Der Israelit 28, H. 13, 14. Februar 1887, S. 225.
96 Nach dem Brandkataster besaß Salomon Idstein das Haus ab etwa 1810. Vgl. Fischer, Familien und ihre Häuser, S. 17 (alte Haus-Nrn. 194, 152 und 38).
97 StadtA Babenhausen XIII-5, Nr. 3-40; HHStAW, 1245, Nr. 1 (Nachlass Altaras).
98 Zunächst Haus-Nr. 20, dann ab 1847 Haus-Nr. 282. Im August 1924 fiel das Gebäude mit anderen Häusern in der Schulstraße einem Brand zum Opfer. Vgl. Wittenberger, Notizen, S. 85; Fischer, Einwohnerlisten, S. 234–235.
99 HStAD, H 23, 1949; Slg. Lambernd, Grundbuch Babenhausen, Auszug von 1910, Nr. 15, Flur I, Nr. 615 3/10, Kauf 25. Oktober 1873, ab 24. September 1935 Eheleute Friedrich Würth. Vgl. Wittenberger, Notizen, S. 85.
100 HStAM, 80, Nr. 917.
101 Vgl. Adolf Sahm, Babenhausen vor 125 Jahren. Die Topographie des Hospitalfonds-Verwalters Kleinhans, Aus Babenhausens Vergangenheit, in: Babenhäuser Zeitung, Nr. 6 (2. Teil), 31. Oktober 1991, S. 6. Die Originalquelle konnte bis jetzt nicht ausfindig gemacht werden, doch übermittelt die erhaltene topografische Beschreibung des Rentmeisters Johann Georg Kleinhans zuverlässige Zahlen (HStAD, C 1 B, Nr. 100). Auch die genaue Datumsangabe wirkt glaubwürdig.
102 Vgl. Wittenberger, Notizen zur Geschichte, S. 80.
103 Das Haus besaß die Nrn. 188, 145 und 220. Der Versicherungswert betrug 500 Gulden. Vgl. Fischer, Familien und ihre Häuser, S. 22; Vgl. Wittenberger, Notizen zur Geschichte, S. 80, nach Brandkataster von Babenhausen (ab 1811).
104 Slg. Lambernd, Grundbuch Babenhausen, Auszug von 1910, Nr. 15, Flur I, Nr. 426, Hofreite 322 qm, Kauf 11. April 1831.
105 Stadtarchiv Babenhausen, Parzellenkarte, Flur I.
106 StadtA Babenhausen, XV-5, Nr. 146-22. Vgl. Wittenberger, Notizen zur Geschichte, S. 81.
107 Das Datum ist aus den Angaben in Seewalds Rede zu erschließen. So war der Vorabend von *Rosch ha-Schana* (29. Elul 5633) im Jahr 1873 ein Sonntag, an dem meistens die Synagogeneinweihungen stattfanden. 1872 fiel der Tag auf einen Mittwoch, 1874 auf einen Freitag, 1875 wiederum auf einen Mittwoch (Arbeitstage). Seewald spricht außerdem davon, dass der im August 1872 verstorbene Nehm Oestreich bei ihnen noch „in gutem u. frischen Andenken“ sei. HHStAW, 1245, Nr. 1 (Nachlass Thea Altaras).
108 Nehm (Nehemias/Nahum) wurde auf dem jüdischen Friedhof von Babenhausen bestattet. Siehe Oestreich, Nehemias, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16373, letzter Zugriff 18. September 2024.

109 HHStAW, 1245, Nr. 1 (Nachlass Altaras), Julius Seewald, Dokument zur Familiengeschichte (Auszug aus einem Manuskript von 1997), Meyer Seewald – Synagogue Dedication Address. Danach die Zitate.
110 Slg. Lambernd.
111 Siehe die Luftaufnahme aus dem Jahre 1957: Bildarchiv, Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen e. V. / Slg. Ria Fischer. Die in Babenhausen oft zu findende Querstellung des Firstes bei der Hinterhofbebauung ist der engen Parzellierung geschuldet.
112 Slg. Lambernd, Kreisvermessungsamt, Geometrischer Plan (1905) zum „Meßbrief“ von 1906.
113 Thea Altaras beschreibt die Synagoge als zweigeschossig. Dies traf jedoch nur auf den barocken Vorgängerbau zu (nach dem Brandkataster von 1811). Vgl. Altaras, Synagogen, S. 281.
114 In den Wiedergutmachungsakten der JRSO rechnete man überschlägig mit 80 Sitzplätzen für Männer und 60 Sitzplätzen für Frauen. Diese geschätzten Zahlen entsprechen weder der Mitgliederzahl, noch passen sie zur Größe der Synagoge. Siehe CAHJP, JRSO-Hes-420.
115 CAHJP, JRSO-Hes-420 Zeugenaussage Irma Sommer, geb. Kadden, 15. Juni 1960.
116 Frdl. Hinweise und Fotos von Petra Lambernd.
117 Slg. Lambernd, Skizze Walter Frank 1999 an Petra Lambernd.
118 CAHJP, JRSO-Hes-420, Zeugenaussage Irma Sommer, geb. Kadden, 15. Juni 1960 und Schreiben JRSO Frankfurt, 26. August 1960, Anlage 2.
119 Siehe dazu den Artikel Schaafheim in diesem Band.
120 Vgl. Slg. Lambernd, Kopien: Kunert, Babenhausen (Datierung des Fensters um 1870).
121 HHStAW, 518, Nr. 1390.
122 StadtA Babenhausen, Parzellenkarte Flur I, Ausschnitt mit Synagoge und Religionsschule, 1843/1847; CAHJP, JRSO-Hes-420.
123 Slg. Lambernd, Grundbuch Babenhausen, Auszug von 1910, Nr. 15, Flur I, Nr. 441, Hofreite 106 qm, Kauf vom 15. Februar 1902; HStAD, H 23, Nr. 1949, Flur I, Nr. 441 (in Rot „Hs. 218“). Vgl. Fischer, Familien und ihre Häuser, S. 23.
124 Lötzsch/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 142.
125 StadtA Babenhausen, XI-2, Nr. 8-1 sowie XIII-1, Nr. 2-1 u. XIII-2, Nr. 2-13 u. XIII-3, Nr. 2-22.
126 HStAD, R 21 B. Dabei handelt es sich um eine Kartei der Auswandererernachweise für ganz Hessen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Die Karteikarten sind mit Namen, Konfession, Herkunftsorten, Zielorten und Daten ohne Einzelnachweise aufgeführt. Hier Suche „Babenhausen, Auswanderung, isr*“.
127 StadtA Babenhausen, XIII-3, Nr. 2-18.
128 In dem Artikel Babenhausen, in: Der Israelit 13, H. 13, 27. März 1872, S. 283, behauptet der Autor sogar, die Gemeinde Babenhausen gehöre zu den ersten Gemeinden der Provinz Starkenburg, die sich (1872) der orthodoxen Israelitischen Religionsgesellschaft Darmstadt angeschlossen hätten. Es handelte sich jedoch nicht um einen Rabbinatswechsel der Gemeinde, zumal die orthodoxen Provinzialrabbinate erst in den Jahren 1896/1897 offiziell anerkannt wurden.
129 Vgl. Lötzsch, Namenslisten, S. 179 (Nr. 330). JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203; siehe den Artikel zum 80. Geburtstag des Kalmann Idstein in der Rubrik Personalien, Babenhausen, in: Der Israelit 51, H. 51, 23. Dezember 1936, S. 10.
130 Ein Gutachten von Rabbiner S.R. Hirsch, in: Nahalat tsevi (Eine Monatsschrift für Judentum in Lehre und Tat) II (5692), H. 7/8, April 1932, S. 253–254.
131 Rubrik Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Babenhausen, in: Der Israelit 13, H. 34, 21. August 1872, S. 729.
132 CAHJP, D-Ba11-Inv. 6061.
133 Rubrik Personalien, Babenhausen, in: Der Israelit 38, H. 95, 2. Dezember 1897, S. 1820.
134 CAHJP, D-Ba11-Inv. 6061.
135 Rubrik Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Babenhausen, in: Der Israelit 19, H. 23, 5. Juni 1878, S. 559.
136 StadtA Babenhausen, XIII-4, Nr. 3-39,
137 Siehe dazu die Zeitungsartikel im Ortsartikel zu Babenhausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/babenhausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 23. September 2024.
138 Rubrik Die Woche, Gerson Mannheimer, in: Der Israelit 70, H. 11, 14. März 1929, Der Frankfurter Israelit, Localbeilage zum Israelit, S. 10.
139 Rubrik Eingegangene Spenden, in: Der Israelit 32, H. 39/40, 20. Mai 1891, S. 750; Einträge Babenhausen, in: Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 7 (1892), S. 69; 8 (1893), S. 72; 9 (1894), S. 75; 10 (1895); S. 80; 11 (1896), S. 86; 12 (1897), S. 93; 13 (1898), S. 103.
140 Vgl. Einladung, in: Der Israelit 34, H. 102/103, 28. Dezember 1893, S. 1945; Anzeige Aufforderung, in: Der Israelit 50, H. 11, 18. März 1909, S. 14; Anzeige Aufforderung, in: Der Israelit 56, H. 12, 18. März 1915, S. 7; Anzeige in: Der Israelit 62, H. 21, 26. Mai 1921, S. 10. Siehe auch StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-24: CAHJP, D-Ba11-Inv. 6061.
141 Anzeige in: Israelitisches Familienblatt 40, Nr. 35, 1. September 1938, S. 14.
142 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 52.
143 Lokale und vermischte Nachrichten, in: Babenhäuser Zeitung, Nr. 68, 22. August 1914. Vgl. Wittenberger, Notizen, S. 82.
144 Rubrik Eiserne Kreuze, in: Israelitisches Familienblatt 19, Nr. 10, 8. März 1917, S. 3.
145 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 52; Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, Babenhausen, www.denkmalprojekt.org/2010/babenhausen_frdh_wk1u2_hess.htm, letzter Zugriff 4. Juli 2024.
146 Vereinsnachrichten, in: Central-Verein-Zeitung 1, H. 31, 7. Dezember 1922, S. 353.
147 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. G 3: Max Arnsberg, Jakob Fuld, Karl Kahn, Elias Kadden, Karl Morgenstern.
148 Siehe dazu die Statistik am Ende des Artikels.
149 Anzeigen in: Der Israelit 45, H. 20, 10. März 1904, S. 442 u. H. 27/28, 11. April 1904, S. 597; Anzeige in: Der Israelit 49, H. 15, 9. April 1908, S. 14; Anzeige in Frankfurter Israelitisches Familienblatt 10, H. 39, 7. Oktober 1912, S. 5; Anzeige in: Der Israelit 68, H. 33, 18. August 1927, S. 8.
150 Anzeige in: Frankfurter Israelitisches Familienblatt 4, H. 26, 6. Juli 1906, S. 11; Anzeige in: Der Israelit 48, H. 6, 7. Februar 1907, S. 16. Vgl. Blümler, Familien, S. 87–88.
151 Wittenberger, Das „Dritte Reich“, S. 57, 72–73.
152 Vgl. Blümler, Die jüdischen Familien, S. 87–88.
153 Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 57, 60.
154 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203; vgl. Michel, Dies werde ich nie vergessen, S. 94–97; Blümler, Die jüdischen Familien, S. 87–88.
155 Lötzsch, Juden in Babenhausen, S. 14; Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 65.
156 Nach den Protokollbüchern des Turnvereins 1891. Frdl. Mitteilung Joachim Heizmann.
157 Siehe Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 20 (1911), S 167 u. 21 (1913), S. 188 (Zugehörigkeit zum Rabbinat Offenbach); Gruppenverband der Agudas Jisroel und der Agudas Jisroel Jugend-Organisation (Hrsg.), Blätter, H. 5, Nr. 8, August 1919, S. 154 (Zugehörigkeit zum Rabbinat Dr. Marx, Darmstadt).

158 CAHJP, D-Da2-3, Schreiben des Landesverbandes, Juli 1928 u. Protokoll der Vorstandssitzung, 26. Dezember 1928.
159 Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 66–68; Familiennachrichten in: Der Israelit 66, H. 12, 19. März 1925, S. 8.
160 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 377.
161 Frank, Babenhausen, S. 89–90; Slg. Lambernd, Skizze Walter Frank 1999.
162 Nachruf Mayer Seewald, in: Anzeiger für Babenhausen, Nr. 2, 4. Januar 1890. Frdl. Hinweis Joachim Heizmann.
163 Babenhausen, in: Der Israelit 66, H. 8, 19. Februar 1925, S. 7 (daraus die Zitate). Zu Georgensgmünd siehe Berger-Dittscheid, Georgensgmünd, S. 334–349.
164 Grober Unfug, in: Babenhäuser Zeitung, 25. Juni 1932. Vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 64.
165 Vgl. Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 579; Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 56.
166 In der alten Heimat, in: Babenhäuser Zeitung, Nr. 13, 31. März 1999. Frdl. Hinweis Joachim Heizmann.
167 Vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 64–74.
168 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, der Viehhändler Kahn aus Babenhausen verkaufte am 28. Oktober 1935 ein Rind nach Schaafheim. Vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 68.
169 Personalien, in: Der Israelit 77, H. 51, 23. Dezember 1936, S. 10.
170 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 53.
171 Artikel in: Der Israelit 76, H. 21, 23. Mai 1935, S. 10; Kleine Mitteilungen, in: Israelitisches Familienblatt 37, Nr. 24, 13. Juni 1935, S. 12 u. Nr. 25, 20. Juni 1935, S. 15. Vgl. Georg, Das Dritte Reich, S. 67–68.
172 CAHJP, D-Da2-3.
173 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 9. Vgl. Wittenberger, Notizen zur Geschichte, S. 83.
174 Slg. Lambernd, Kopie des Protokolls, 28. September 1938.
175 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 742, Grundstückskaufvertrag, 17. März 1939 (Abschrift); HStAD, H 23, Nr. 1949. Über die tatsächlich von den Eheleuten Willand gezahlte Kaufsumme (4.500 oder 3.200 RM) gibt es unterschiedliche Angaben.
176 Slg. Lambernd, Kopie des Protokolls, 28. September 1938 (Zitat); HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 742.
177 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 742.
178 Rubrik Wir erfahren, Babenhausen, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 44, 3. November 1938, S. 18.
179 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588. Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203; Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 71–74.
180 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 53.
181 Vgl. Lötzsch, Namenslisten, S. 174.
182 Vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 74–76.
183 Siehe Interview Die Pogromnacht in Babenhausen und Langstadt, in: Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen, Erinnerungen einer Stadt, erinnerungen-einer-stadt.de, letzter Zugriff 29. Januar 2025.
184 Vgl. Klein, Der Blick zurück, S. 91–93. HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 4614.
185 Klein, Der Blick zurück, S. 91–93.
186 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 592. Zur Inhaftierung vom 29. November bis 13. Dezember 1938 siehe die Häftlingspapiere in: AA, ID 5882623 (Albert Frank), collections.arolsen-archives.org/de/document/5882623 sowie ID 6215474 (Emil Kadden), collections.arolsen-archives.org/de/document/6215474, letzter Zugriff 15. Januar 2025.
187 Albert Frank beantragte seine Papiere im April 1939 und emigrierte im Juli zunächst nach England und von dort in die USA. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 304. Vgl. Lötzsch, Namenslisten, S. 169.
188 ICWC-Datenbank, Protokolle des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, Bd. 27, www.uni-marburg.de/de/icwc/dokumentation/icwc-datenbank/dokumente/protokolle-nuernberg/ntvol27.pdf, S. 487–489, 491, letzter Zugriff 30. September 2024; HStAD, R 4, Nr. 24470.
189 CAHJP, JRSO-Hes-420; CAHP, JRSO-Hes-40a (Dieburg).
190 CAHJP, JRSO-Hes-420.
191 Vgl. Lötzsch, Namenslisten, S. 169.
192 Vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 61–63, 77; Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 212–214.
193 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Deportationslisten für den 24. März 1941, S. 19. Vgl. Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 295–300.
194 Zu weiteren Schicksalen vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 58–64.
195 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. V 312; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 742. In den Dokumenten aus der NS-Zeit hieß es „Entjudungsgeschäfte“.
196 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 742.
197 HStAD, H 23, Nr. 3617, Flur IV, Flur-Nrn. 34, 34 5/10, 35, 36 u. 37 (Im Hainweg); HStAD, H 23, Nr. 1949, Flur I, Haus-Nrn. 219 u. 220 (alt Nr. 426). HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10; HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 554.
198 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905, Bl. 367v., 368 (r. u. v.). Lediglich im Zusammenhang mit der Zerstörung der Synagoge in Groß-Bieberau verurteilte ihn das Landgericht Darmstadt wegen Beihilfe zum schweren Landfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.
199 CAHJP, JRSO-Hes-420.
200 HHStAW, 518, Nr. 1390. Den Abbruch bis 1959 belegt ein Veränderungsnachweis der Vermessungsverwaltung vom 26. August 1959, in dem die abgebrochenen Mauern der Synagoge und der Nebengebäude sowie der kleinere Umriss der neu errichteten Garage und Werkstatt eingezeichnet sind (Slg. Petra Lambernd). Thea Altaras vermutete nach einer Besichtigung irrtümlich, dass mit dem Werkstattbau der „Unterbau“ der Synagoge (einschließlich der Rundfenster) noch erhalten sei. Der von ihr in Betracht gezogene Einbau einer Mikwe im Keller des jüdischen Gemeindehauses kann – auch aufgrund der Aussage von Irma Sommer (CAHJP, JRSO-Hes-420) – ausgeschlossen werden. Immerhin bestand bis 1935 außerhalb der Stadtmauern eine Gemeindemikwe. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 281.
201 StadtA Babenhausen, XIII-5, Nr. 3-42; HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 554.
202 StadtA Babenhausen, XIII-5, Nr. 3-42; HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 8090. Vgl. Lötzsch/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 142.
203 Kohlmannslehner/Lange, Wohnen auf der verfluchten deutschen Erde, S. 311.
204 Deutsches Haus, in: Jungle World, Nr. 18, 5. Mai 2005, jungle.world/artikel/2005/18/deutsches-haus, letzter Zugriff 30. September 2024.
205 StadtA Babenhausen, Dokumentation Frank Wiesner, Die hebräischen Grabsteininschriften des jüdischen Friedhofs zu Babenhausen (Manuskript ohne Signatur); HStAD, R 12 F, Nr. 128. Jüdische Friedhöfe sollen erfaßt werden, in: Darmstädter Echo, 3. Mai 1984 und Alle Grabtexte werden übersetzt. Wichtige Arbeiten auf jüdischen Friedhöfen, in: Dieburger Tagblatt, 30. Mai 1985.
206 Babenhausen, in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/18, letzter Zugriff 30. September 2024.
207 Nie etwas gesehen. Ein jüdischer Journalist verläßt Deutschland, weil er sich in einer hessischen Kleinstadt nicht mehr sicher fühlt, in: Der Spiegel, Nr. 33, 15. August 1993, www.spiegel.de/politik/nie-etwas-ge-

sehen-a-7b788cfa-0002-0001-0000-000013681554; Antisemitismus in Babenhausen: Sechs Jahre nach dem Brandanschlag, in: haGAlil.com, 25. August 2003, www.hagalil.com/archiv/2003/08/babenhausen.html; Klaus-Peter Klingelschmitt, Babenhausen ist jetzt judenfrei, 6. Mai 1997, in: die tageszeitung, taz.de/!1401961; alle Artikel letzter Zugriff 30. September 2024; Klaus-Peter Klingelschmitt, Babenhausens letzter Jude geht, in: taz die Tageszeitung, 15. Februar 1993, HStAD, R 12F, Nr. 98. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 203. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 53.

208 Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 230. Zu dem Anschlag auf das Denkmal siehe verschiedene Zeitungsartikel, z. B. Lena Scheuermann, Jüdisches Denkmal in Babenhausen mit roter Farbe beschmiert, in: Echo online, 21. Februar 2024, www.echo-online.de/lokales/kreis-darmstadt-dieburg/babenhausen/juedisches-denkmal-in-babenhausen-mit-roter-farbe-beschmiert-3338134; Norman Körtge, Künstler Norbert Jäger schockiert über Schandtat in Babenhausen, 25. Februar 2024, www.op-online.de/region/babenhausen/kuenstler-norbert-jaeger-schockiert-ueber-schandtat-in-babenhausen-gedenkstein-fuer-juden-92850898.html; beide Artikel letzter Zugriff 30. September 2024.

209 Corinna Hiss, Stolpersteine für jüdische Familie Kahn. Nie wieder vergessen, 18. April 2015, www.op-online.de/region/babenhausen/babenhausen-fahrstrasse-stolpersteine-4918511.html, letzter Zugriff 14. Juli 2024.

210 Michael Just, Schicksal jüdischer Bürger recherchiert, www.op-online.de/region/babenhausen/babenhausen-joachim-schuhmann-schueler-recherchieren-schicksal-juedischer-buerger-5260037.html, letzter Zugriff 14. Juli 2024; Büro für Erinnerungskultur, Stolpersteine Babenhausen, erinnerungskultur.de/projekte/stolpersteine-babenhausen, letzter Zugriff 14. Juli 2024.

211 Gedenkband erinnert an die Synagoge, in: Babenhäuser Zeitung, 31. Oktober 2016, www.babenhaeuser-zeitung.de/homepage/babenhausen-umgebung/gedenkband-erinnert-synagoge-id25469.html; Ehemalige Synagoge – Feierliche Enthüllung eines Gedenkbandes, in: Babenhäuser Zeitung, 8. November 2016, www.babenhaeuser-zeitung.de/homepage/babenhausen-umgebung/ehemalige-synagoge-feierliche-enthuellung-gedenkbandes-id25605.html; beide letzter Zugriff 30. September 2024.

Dieburg

Dieburg ist einer von wenigen Orten im heutigen Landkreis Darmstadt-Dieburg, dessen jüdische Geschichte bereits im Spätmittelalter begann. Bis 1310 gelang es dem Mainzer Erzbischof, der zugleich Kurfürst von Mainz war, alle Besitzrechte an Dieburg zu erwerben, das 1277 erweiterte Stadtrechte erhalten hatte. Wenngleich vielerorts die Verleihung von Stadtrechten mit der Erlaubnis zur Aufnahme von Juden einherging, so wird für Dieburg erst nach dem ersten Viertel des 14. Jahrhunderts ein Jude, Heidorn, aktenkundig, als sein Schwiegersohn 1328 als Frankfurter Bürger aufgenommen wurde.[1] 1333 wurden die Juden aus Dieburg mit Juden aus Seligenstadt und Aschaffenburg zu einer gemeinsamen Steuerzahlung verpflichtet, die ein Aschaffenburger Jude einziehen und an den Bischof übergeben sollte.[2] In der Mitte des 14. Jahrhunderts, zwischen 1346 und 1348, konnten Gumpert und Bela von Dieburg vor dem Frankfurter Schöffengericht einen Zahlungsbeschluss erwirken.[3] Jedoch ist unbekannt, ob beide tatsächlich in Dieburg niedergelassen waren. Dagegen sind Seckelin, David und Lieberknecht als Dieburger „Bürger" überliefert, als sie sich in den Wirren um die Besetzung des Mainzer Erzbischofsstuhls ihren Treueschwur noch im November 1348 urkundlich besiegeln ließen.[4] Doch dies schützte sie und andere Dieburger Juden nicht vor den Pogromen in der Zeit des Schwarzen Todes, die bald auch in den kurmainzischen Städten stattfanden.[5] Das Martyrologium des Nürnberger Memorbuchs, die einzige bekannte Quelle für dieses Pogrom, sollte spätere Generationen an die Märtyrer aus Dieburg und anderen Orten erinnern.[6]

Dieburg und die „Neun Städte"

Die Herausbildung neuer jüdischer Siedlungen ging zunächst von größeren Städten wie Frankfurt oder Aschaffenburg aus, die vor den Pogromen jüdische Zentren dargestellt hatten.[7] Erst danach folgten neue Niederlassungen in kleineren, vor allem kurmainzischen Städten wie etwa Dieburg.[8] Hier ließ sich spätestens 1369 Fifelin nieder, der zunächst als Dieburger, später Frankfurter „Bürger" bezeichnet wurde.[9] „Bürger" zu sein bedeutete für Juden dieser Zeit aber keinesfalls das Innehaben der Bürgerrechte in Form politischer Partizipation, sondern ging eher mit einem Schutzstatus einher.[10] In Frankfurt etablierte sich Fifelin von Dieburg als einer der wichtigsten Kreditgeber seiner Zeit. Als er starb führte seine Witwe Zorline erfolgreich die Geschäfte weiter. Insbesondere der Erzbischof in Mainz war bei ihr hoch verschuldet.[11] Etwa zur selben Zeit, 1371, wird Levi, ein anderer Dieburger Jude, aktenkundig. Wenig später wurden David und Salman in der Stadt aufgenommen (1375 und 1378).[12] Vereinzelte weitere Nennungen von Juden aus Dieburg finden sich in den Babenhäuser Gerichtsbüchern.[13] 1376 wurde ein „*vicus iudeorum*", wörtlich „Dorf der Juden", 1451 dann eine Judengasse („*platea iudaeorum*") in Dieburg ausgezeichnet.[14] Die Lage dieser Gasse in der mittelalterlichen Stadt geht aus den Quellen nicht hervor. Ab 1378 wurde für zunächst vier Jahre die Niederlassung des „Judenhochmeister" Isaak von Weida in Dieburg angesetzt.[15] Dieser Rabbiner war fortan berechtigt, im ganzen Erzstift Recht zu sprechen, sofern nicht obrigkeitliche Interessen dadurch verletzt würden.[16] Die Niederlassung eines Rabbiners bedeutete aber nicht zwangsläufig, dass Dieburg eine wichtige jüdische Siedlung geworden war, sondern kann auch schlicht auf Druck der Herrschaftsträger erfolgt sein. Vermutlich bildeten die Dieburger Juden eine kleine *Chavura*, eine Synagogengemeinde, die aber im Unterschied zu einer *Kehilla,* einer institutionell voll ausgebildeten Gemeinde, beispielsweise nicht einen eigenen Friedhof verfügte.[17] Die Dieburger Juden dürften jedoch bereits bald die 1389 dokumentierte Synagoge eingerichtet haben, denn der Erzbischof sicherte ihnen in diesem Jahr, unter Berufung auf die Praxis seiner Amtsvorgänger, uneingeschränkte Nutzung des neben der „iuden schule" gelegenen „iuden schulgartens" zu, bei dem es sich möglicherweise um den Hof der Synagoge handelte.[18]

Die Niederlassung eines Rabbiners in Dieburg, der über diese Stadt hinaus zuständig sein sollte, zeigte den obrigkeitlichen Wunsch, die Juden des Neunstädtebundes (Aschaffenburg, Seligenstadt, Dieburg, Miltenberg, Amorbach, Külsheim, Bischofsheim, Buchen und Dürn) gemeinschaftlich zu organisieren.[19] Autonomie wurde den Juden des Städtebunds sowohl in der innerjüdischen Rechtsprechung zugestanden als auch in der Steuererhebung, worin vor allem das obrigkeitliche Interesse lag. Dass David von Dieburg 1384 gestattet wurde, sich weiterhin in Dieburg oder einer der anderen Städte des Oberstifts, also des erzbischöflichen Territoriums im Untermaingebiet, niederzulassen, könnte mit dessen Aufgabe als einer von drei Steuereinnehmern der Juden in diesem Gebiet zusammenhängen, wofür er 1386 eingesetzt wurde.[20] Als der Erzbischof bestimmte, dass die Juden des Oberstiftes nur von dem Dieburger Rabbiner vor Gericht geladen werden dürften, versprach er ihnen Schutz und befreite sie zugleich für die kommenden Jahre von der Bede, vom Würfelzoll und von Zöllen auf den Wasserstraßen sowie von weiteren Zahlungen.[21] Außerdem sicherte der Erzbi-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-008

schof ihnen zu, nicht vor anderen Gerichten verklagt zu werden.[22] Solche Zugeständnisse beruhten jedoch stets auf einer Gegenleistung: Adolf von Mainz benötigte dringend Geld im Streit mit Ludwig von Meißen, dem vom Kaiser unterstützten Kandidaten für die Besetzung des Bischofsstuhls, auf den er seinerseits vom Domkapitel gewählt worden war.[23] Die kurmainzischen Juden waren es, die dieses Geld leihen konnten – oder mussten.[24] Das Wohlwollen des Erzbischofs kostete die Juden zwar erhebliche Beträge, dies schuf aber auch die Grundlage dafür, dass sich bis zum Ende des 14. Jahrhunderts neue Niederlassungen in den Neun Städten bilden und konsolidieren konnten. Für die Juden im Oberstift legte Erzbischof Johann 1398 fest, dass sie „alles mit Ausnahme von Kelchen, blutigem Gewand und nassen Tüchern“ beleihen durften und jederzeit die Städte verlassen konnten.[25] Des Weiteren wurde bestimmt, dass die Juden der Neun Städte sich künftig nur vor dem Erzbischof oder seinen Amtsleuten rechtlich verantworten mussten.[26]

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts kann von etwa zehn jüdischen Familienvätern in Dieburg ausgegangen werden.[27] Dazu zählten auch der „Judenmeister“ Gumprecht, vermutlich ein Rabbiner, außerdem ein Schulklopfer (Gemeindediener), dessen Aufgaben über das reine „Schulklopfen“ hinaus auch im administrativen und wohltätigen Bereich gelegen haben dürften.[28] Das Jahr 1429 kündigte jedoch das schrittweise Ende der kleinen Dieburger Gemeinde an. Als Erzbischof Konrad II. im Jahr 1429 eine größere Menge Geldes benötigte, ließ er die Juden des Erzstiftes, so auch die Dieburger, verhaften und ihren Besitz einziehen.[29] Ihre Freiheit und ihr Gut erhielten sie nur gegen die Deckung der Schulden des Erzbischofs in Höhe von 3.000 Gulden zurück.[30] Auf diese Verhaftung folgte eine Reihe neuer Schutzaufnahmen von Juden, häufig in ihren bisherigen Wohnorten, so etwa von David und Josef in Dieburg.[31] Als Vorlage für die Ausformulierung der Aufnahmebedingung dienten diejenigen von Juden in den Städten des Unterstiftes, etwa Bingen. Zwar wurde noch 1434 ein namentlich nicht genannter Jude aktenkundig, und auch der verbannte Sohn des Frankfurter Juden Smohel ließ sich sicherlich nicht in Dieburg nieder, ohne hier von der Gemeinschaft mit anderen Juden ausgehen zu können.[32] Außerdem wurden 1452 Hirtz, Gottschalk und ein weiterer Jude in den Dieburger Schutz aufgenommen.[33] Danach aber bricht die Überlieferung über

Abb. 1: Plan der Stadt und Umgebung mit „Judenkirchhof“ (links oben) und Synagoge Zuckerstraße 17 (Pfeil), Georg Gottlieb Schmidt 1811. Stadtarchiv Dieburg.

Dieburger Juden für viele Jahrzehnte ab.[34] Möglicherweise haben demnach bereits vor der Ausweisung der Juden aus Kurmainz 1470 schon keine Juden mehr in Dieburg gelebt. Hier blieben lediglich topographische Benennungen, etwa die Lokalität „Judenschule“ oder die „Judengasse neben der hindersten Bath stub“, bestehen.[35]

Dass Juden in Dieburg im Jahr 1514 die Erlaubnis erteilt wurde, auch außerhalb der Judengasse zu wohnen, zeigt jedoch, dass es offensichtlich wieder Regelungsbedarf für eine solche Frage gegeben hatte. In den Quellen belegt sind jüdische Stadtbewohner in Dieburg, das in der Reformation katholisch blieb, aber erst wieder in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.[36]

Vom 16. zum 17. Jahrhundert und die Einrichtung des Dieburger Friedhofs

Möglicherweise waren Abraham sowie Aron und Amschel, denen um 1530 ein Begräbnisplatz zugestanden wurde, unter den ersten Juden, die sich wieder in Dieburg niederließen.[37] Der Bedarf für diesen eigenen Begräbnisplatz war wohl vor allem der Schließung des bisher genutzten Frankfurter Friedhofs für Bestattung „fremder“ Juden geschuldet.[38]

Eine Urkunde aus dem Jahr 1700 datiert die Einrichtung eines jüdischen Bestattungsplatzes an der Straße nach Münster zwischen 1545 und 1550.[39] Die Lage außerhalb der Stadt entsprach den jüdischen religiösen Vorschriften. Von Beginn war dieser Friedhof auch zur Bestattung auswärtiger Juden vorgesehen.[40] Die Stadt legte umgehend die Gebühren für die Nutzung des Friedhofes fest: ein halber Gulden für die Bestattung eines einheimischen Erwachsenen, ein Gulden für auswärtige Verstorbene, für Kinder sollte jeweils die Hälfte der Gebühr anfallen.[41] Der Friedhof sicherte der Stadt im Laufe der Jahrhunderte eine kleine Einnahmequelle zu, denn im 16. Jahrhundert zeichnete sich in der Dieburger Umgebung, vor allem in der benachbarten Löwenstein'schen Herrschaft, ein Anwachsen der jüdischen Bevölkerung ab. Für Dieburg selbst ist 1566 eine eigene „Gaße, wo die Juden wohnen“ überliefert.[42] Eine rege Nutzung des Friedhofes war damit absehbar.

Darüber hinaus aber geben die Quellen keine weiteren Informationen über Dieburger Juden oder deren Anzahl preis. Allein die Notiz über die Bestattung einer Dieburger Jüdin aus den Stadtrechnungen des Jahres 1603/1604 belegt, dass es noch jüdische Einwohner in Dieburg gegeben haben muss.[43] Bei weiteren Bestattungen in den folgenden Jahren ist der Herkunftsort der Verstorbenen nicht genannt.[44] Erst 1622 wird wieder ein Dieburger Jude namens Mendel aktenkundig. In diesem Jahr wurde die katholische Stadt von protestantischen Heeren belagert, die Vororte verwüstet, die Stadt selbst aber wurde nicht eingenommen.[45] Ob der außerhalb gelegene jüdische Friedhof Schaden genommen hatte, ist nicht bekannt. In die Zeit des Dreißigjährigen Krieges fällt auch die Erwähnung einer „Judenschuel“ in den Dieburger

Abb. 2: Ausschnitt aus dem Urkatasterplan, Grundstück Nr. 971, ehemaliges Gasthaus zum „Weißen Roß“, auf dessen Areal sich im 17. Jahrhundert vermutlich die „Judenschuel“ befand, Mikwe im Haus von Jakob Goldschmidt, Synagogenstandort 1810–1869 (Pfeil), 1846–1858. Hessisches Institut für Landesgeschichte.

Stadtrechnungen ab dem Jahr 1621, jeweils im Zusammenhang mit der „behaußung Zum Weißen Roß“. Beim „Weißen Roß“ handelte es sich um das bereits im 15. Jahrhundert bezeugte ehemalige Gasthaus Zuckerstraße 25, das über ein ansehnliches Areal mit zahlreichen Nebengebäuden verfügte.[46] In einem dieser kleineren Nebenbauten befand sich vermutlich diese „Judenschuel“, die nichtjüdischen Besitzer des Anwesens zahlten dem Amtskeller offensichtlich jeweils elf bzw. zwölf Albus für ihren Mietertrag dieser Vermietung.[47] Ob die Synagoge allein von Dieburger Juden oder auch von Juden aus Nachbarorten oder jüdischen Kriegsflüchtlingen besucht wurde, muss offenbleiben.

Die Nutzung eines Betraums in der Zuckerstraße 25 weist deutlich auf die (sicherlich nicht neue) Existenz einer Synagogengemeinde hin, während andere Quellen rar sind. Eine Ausnahme bildet die erneute Nennung von Mendel als Kläger in den Stadtgerichtsprotokollen (1626) sowie die Protokollierung einzelner Bestattungen auf dem Friedhof.[48] Zwar wird neben dem oben genannten Mendel 1626 ein jüdischer Kläger in den Stadtgerichtsprotokollen erwähnt, doch lässt sich nicht erschließen, ob dieser in Dieburg gewohnt hat.[49] Die Dieburger Stadtrechnungen listen für die 1620er vor allem Gebühren für die Bestattung auswärtiger, also nicht im Dieburger Schutz stehender Juden auf, die eine deutlich höhere Gebühr zu zahlen hatten als ansässige.[50]

Der Dreißigjährige Krieg und die eingeschleppten Seuchen dezimierten in den folgenden Jahren nicht nur die christliche, sondern sicherlich auch die jüdische Bevölkerung Dieburgs und der Umgebung.[51] Zugleich wütete in Dieburg die Hexenverfolgung, der eine große Anzahl Frauen und Männer zum Opfer fielen.[52] Religiöser Fanatismus, Kriegsangst, Furcht vor Seuchen und dramatische Erfahrungen oder gar die Angst vor falschen Beschuldigungen dürften den Alltag der Menschen in der Stadt bestimmt haben. Ab den 1630er Jahren finden sich wieder einzelne Belege für Juden in der Stadt. 1632 und 1637 sind die Juden Nathan und Mayer belegt, Mayer lebte bis mindestens 1643 in Dieburg.[53] Darüber hinaus verweist eine zunehmende Zahl von Bestattungen ansässiger Juden und insbesondere jüdischer Kinder darauf, dass die jüdische Bevölkerung in der Stadt sich dynamisch entwickelte. Vermutlich muss für diese Jahre auch von einer unbestimmten Anzahl jüdischer Kriegsflüchtlinge in der Stadt ausgegangen werden, wie dies auch im nahegelegenen Reinheim der Fall war.[54] Demnach kann eine kontinuierliche Nutzung der 1659 erneut genannten „Judenschuel“ als wahrscheinlich angesehen werden. In diesem Jahr wurden laut der Dieburger Stadtrechnungen vier Juden zur Zahlung des Rauchschillings (Grundzins für ein Haus) herangezogen.[55] 1676 lebten sechs jüdische Familien in der Stadt, diejenigen von Moses, Anschel dem Lederbänder, Mayer, Mäntlen, Heyum und Falck.[56]

Gemeinde, Friedhof und Landjudenschaft im 18. Jahrhundert

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts blieb die Zahl der dokumentierten jüdischen Familien in etwa konstant.[57] 1704 lebten hier Kallmann, die Witwe von Anschel, ebenso Moses, Joceff und Mäntlein bzw. Mändel. Letzterer besaß ein Haus in der Bäckergasse, auch Joceff wird als Hausbesitzer geführt.[58] Um die Mitte des Jahrhunderts dürften fünf Familien in der Stadt gelebt haben.[59] Sie verdienten sich ihren Lebensunterhalt, nicht anders als jüdische Familien im Umland, weitestgehend im Viehhandel.[60] Das Vieh wurde in der Regel im Frühjahr gekauft und dann verkauft. Zur Unterbringung des Viehs war es üblich, dass jüdische Viehhändler die Gemeindeweiden nutzen konnten. Wurden sie davon ausgeschlossen, setzten sie sich, wie etwa 1675, mit Klagen beim Erzbischof zur Wehr.[61] Immer wieder kam es aber auch vor, dass die Knechte der Familien das Vieh verbotenerweise im Korngraben weiden ließen.[62] Ob die Familien ihr Gewerbe über den Viehhandel hinaus ausgedehnt hatten, ist unsicher, doch schloss das Zugeständnis eines ungehinderten Warenhandels mit Kleidern und anderem im Oberstift auch sie mit ein.[63]

Auf dem jüdischen Friedhof vor den Toren der Stadt bestatteten inzwischen Juden aus Georgenhausen, Spachbrücken, Groß-Zimmern, Reinheim, Habitzheim, Lengfeld, Groß-Umstadt, Semd, Eppertshausen, Messel und aus dem benachbarten Münster ihre Toten, vereinzelt gab es auch Bestattungen aus Darmstadt, Babenhausen, Sickenhofen und Hergershausen.[64] Jedoch stammt der älteste datierbare Grabstein erst aus dem Jahr 1712.[65] Unter den Juden der Ortschaften, die den Friedhofsverband bildeten, sahen sich die Dieburger Juden in einer besonderen Verantwortung für den Bestattungsort. Als es 1721 zu einer Schändung des Friedhofs kam – die Gräber waren beschmutzt worden –, wandten sie sich an die kurmainzische Regierung. In ihrem Schreiben schilderten sie, dass der Friedhof, exponiert an der Straße nach Münster gelegen, bisher nur von Palisaden und einem Haag umgeben war. Gerade im Winter, so klagte man, kam es demnach öfter vor, dass diese Hecke ausgerissen und verbrannt wurde. Aufgrund der aktuellen Geschehnisse bat man nun darum, den Friedhof mit einer Mauer umgeben zu dürfen.[66] Offenbar war diese Ummauerung umgehend gestattet worden. Die Inschrift auf dem Torbogen über dem heute nicht mehr nutzbaren südlichen Zugang zum Friedhof nennt links neben der Abbildung des kurmainzischen Rades das Jahr 1721 und rechts davon eine „Erneuerung“ (wörtll. „erneuert“, *nitkhadesh*) im Jahr 1751, möglicherweise ein Hinweis auf eine Erweiterung des Friedhofsgeländes in diesen Jahren.[67]

Abb. 3: Jüdischer Verbandsfriedhof Dieburg, Blick auf den ältesten Teil des Friedhofs im Süden, hinten in der Umfassungsmauer das vermauerte Eingangsportal, im Vordergrund aufgeschichtete, während der NS-Zeit zweckentfremdete Grabsteinreste, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Anders als innerhalb des Friedhofsverbandes war die Dieburger Gemeinde in der Landjudenschaft des Oberstiftes, die sich seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges herausbildete, wenig sichtbar.[68] Die Landjudenschaft des Mainzer Oberstifts und ihre innere Organisation spiegelte die veränderten jüdischen Siedlungsräume wider, denn sie schloss, anders als die mittelalterliche Kooperation der jüdischen Stadtgemeinden, nun auch jüdische Siedlungen im ländlichen Raum mit ein. Auf den Landtagen der Landjudenschaft sind Vertreter der Dieburger Juden aber über viele Jahrzehnte hinweg nicht greifbar. Eine Ausnahme stellt die Nennung von Hirsch Dieburg auf dem Landtag 1770 dar.[69] Die *Takkanot*, die Statuten, die auf diesem Landtag abgefasst wurden, waren auch für die Dieburger Juden verbindlich. Sie forderten beispielsweise das Verbot des Rasierens für Männer und eine Einschränkung des Umgangs Unverheirateter miteinander ein. An anderer Stelle schrieben sie ein einheitliches Honorar für Lehrer, Schächter und Vorsänger vor. Die *Takkanot* enthielten außerdem die Absichtserklärung, dass im Oberstift *Bate Midrasch*, also Schulräume für die Jugend, eingerichtet werden sollten. Die Lehrer der Schulen sollten gegen Honorar und Logis arme wie reiche Kinder unterrichten, und jüdische Familien mit einem Vermögen über 600 fl. mussten zum Unterhalt der Schulen beitragen. Der Landtag von 1770 traf außerdem administrative Entscheidungen, etwa dass Hirsch Dieburg als Steuereinnehmer eingesetzt werden sollte.[70] Vermutlich war Hirsch der Vater von Jakob Hirsch aus Seligenstadt, der 1803 die Interessen der Dieburger Juden auf einem Landtag vertrat.[71]

Ende des 18. Jahrhunderts zählte die Dieburger Gemeinde, so berichtete der Dieburger Pfarrer an seine Vorgesetzten in Mainz, 20 Erwachsene.[72] Einzelne Aspekte der inneren kultischen und administrativen Organisation der Dieburger Juden werden in den Quellen dieser Zeit erstmals greifbar, beispielsweise dass Joseph ben Wolf um 1781/82 zu wichtigen Anlässen als Schofarbläser agierte und dass der *Parnas* (Vorsteher) Feisl zusätzlich als *Mohel* (Beschneider) tätig war.[73]

Abb. 4: Geschnitzter Schofar des Josef, Sohn des Wolf, aus der jüdischen Gemeinde Dieburg (laut hebräischer Inschrift), angefertigt 1781/82. Foto: Richard Goodbody. Jewish Museum New York.

Die Lage des Gebetsraumes der Gemeinde im 18. Jahrhundert ist zwar unbekannt, doch belegen sowohl Ritualgegenstände als auch Torawimpel und Toramäntel, die aus dem 18. Jahrhundert stammen und noch im 20. Jahrhundert im Archiv der Gemeinde aufbewahrt wurden, die Existenz dieses Raums und geben einen Einblick in seine vormalige Ausstattung.[74] Wohlhabende Gemeindemitglieder stifteten im Laufe des Jahrhunderts Torarollen für den Betraum, darunter Baruch, der Sohn des *Parnas* Feisl.[75] Auch Baruchs

Bruder Kalmann (oder Kalonymus), der am Markt wohnte, dürfte eine wichtige Rolle in der Gemeinde zugekommen sein. Sein Grabstein betitelt ihn als „*Tove Medina*“ (Beisitzer im Vorstand der Landjudenschaft), vermutlich vor allem in Erinnerung an die Rolle, die er 1803, in seinem Todesjahr, innehatte.[76]

Das Jahr 1803, mit dem Übergang Dieburgs an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, bedeutete für die damals acht jüdischen Familien in Dieburg mit insgesamt 35 Personen in administrativer und vor allem in fiskalischer Hinsicht einen Austritt aus der Landjudenschaft des Oberstiftes.[77] Auf dem letzten Landtag dieser Landjudenschaft im August 1803 nahmen die Vertreter der einzelnen Gemeinden einem kurmainzischen Beobachter zufolge „allseitig […] Abschied“ voneinander, nachdem man beschlossen hatte, bestehende Schulden unter allen Beteiligten aufzuteilen.[78] Die Dieburger Juden hatten für diesen Landtag die Seligenstädter Juden Jakob Hirsch und Abraham Nathan mit ihrer Vertretung bevollmächtigt.[79]

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die jüdischen Familien Dieburgs lebten um die Jahrhundertwende vor allem im Westen der Dieburger Zuckergasse, in der Steinstraße und am Markt.[80] Besonders wohlhabend waren die meisten Familien nicht. Die Witwe von Feist Kallmann verfügte unter ihnen über das höchste zu versteuernde Vermögen (426 Gulden im Jahr 1809), gefolgt von Löb Feists Witwe.[81] Die anderen jüdischen Familien listeten kaum mehr als 150 fl. und lagen damit knapp über der Grenze, unter der aufgrund von Armut keine Steuern von ihnen verlangt worden wären.[82]

In den nächsten 30 Jahren wuchs die Gemeinde auf das Dreifache ihrer bisherigen Größe, auf 107 Personen, an.[83] Insbesondere die Zuwanderung neuer jüdischer Familien dürfte dazu beigetragen haben, dass die Dieburger Gemeinde, neben Groß-Zimmern, die größte im Einzugsbereich ihres Friedhofes geworden war. In der katholischen Stadt stellten die Juden nun nicht mehr die kleinste konfessionelle Minderheit dar, denn die Zahl der Lutheraner (62) und der Reformierten (6) war deutlich niedriger.[84]

Erst im ab 1810 geführten Häuserbuch von Dieburg wird eine „Sinagog“, nun unter der Haus-Nr. 152 (heute Zuckerstraße 17) als Besitz des Metzgers Löb Lorch (auch Simon Löb), nach vielen Jahren wieder aktenkundig.[85] Löbs Vater Simon Anschel war sieben Jahre vorher Eigentümer derselben Hofreite gewesen; möglicherweise ging die Einrichtung der Synagoge bereits auf ihn zurück.[86] Den Kern des an einer Straßenecke gelegenen Besitzes bildete das erhaltene zweigeschossige Fachwerkhaus aus dem 15. Jahrhundert. Hinter dem mit der nördlichen Giebelseite zur Zuckerstraße ausgerichteten Wohnhaus schließt sich entlang der Badgasse ein Grundstück an, dessen moderne Bebauung nicht mehr der Situation des 19. Jahrhunderts entspricht. Hier trennte ursprünglich ein schmaler Hofraum das Haus von den Nebengebäuden.[87] In einem dieser von der Badgasse zugänglichen kleineren Bauten befand sich das „Schlachthaus mit einem Stall, worauf die Sinagog“ stand.[88] Die Synagoge muss schließlich um 1826 in den Besitz der jüdischen Gemeinde übergegangen sein.[89] Nach dem Umzug in die neue Synagoge am Marktplatz (1869) wurde jedoch das Nebengebäude mit dem alten jüdischen Gebetssaal abgebrochen und stattdessen eine zweigeschossige Scheune errichtet.[90]

Abb. 5: Anwesen Zuckerstraße 17 / Ecke Badgasse, Fachwerkhaus (datiert 1468) des Simon Löb Lorch (um 1787–1843), Blick aus der Badgasse mit Eingang zum Hinterhof, dort befand sich in einem Nebengebäude von 1810 bis 1869 die Synagoge, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Nicht weit von der Synagoge besaß Jakob Goldschmidt im Keller seines Hauses Steinstraße 1 / Ecke Zuckerstraße (am Dalles) eine Mikwe.[91] Als „gesundheitsgefährliche Einrich-

tung für die Badenden“ musste sie allerdings um 1839/1840 geschlossen und zugeworfen werden.[92] 1846 erwarb die jüdische Gemeinde das Haus des Augustin Sattig in der Steinstraße (heute Nr. 15) und soll in einem ehemaligen Stall ihr Ritualbad und im Wohnhaus die Lehrerwohnung eingerichtet haben. Im Mai 1868 verkaufte sie das Anwesen an Joel Fuld.[93]

Abb. 6: Ehemaliges Haus der jüdischen Gemeinde, in dem Anwesen von 1846 bis 1868 Lehrerwohnung und Ritualbad, Steinstraße 15 (2. Haus von links), 2024. Foto: Rahel Blum.

Als Vorsteher der Gemeinde agierten in der ersten Jahrhunderthälfte Isaak Lehmann und Moses Isaak Lehman (gest. 1831), in der Mitte des Jahrhunderts besetzten Abraham Lorch, Löb Wolf und Heyum Goldschmidt den Vorstand.[94] Damit hatte die Dieburger Gemeinde spätestens jetzt das im Großherzogtum Hessen vorgeschriebene Modell von drei Vorstehern übernommen. Die Erfüllung der Aufgaben eines Schächters und Vorsängers kam auch in Dieburg einem Lehrer zu. Zwar ist ein solcher erstmals 1812 in Dieburg erwähnt, doch vor allem aufgrund seines Wegzugs nach Sprendlingen.[95] 1830 wurde Wolf Weil als Lehrer in Dieburg betitelt, als er bei einer Trauung als Zeuge auftrat.[96] Er war nicht länger als bis 1838 in Dieburg tätig.[97] 1839 stellte der Dieburger Vorstand den Antrag auf Annahme eines neuen Religionslehrers und Vorsängers namens Joseph Reinheim.[98] Diesem wurde der Aufenthalt aber nur gestattet, wenn er niemandem finanziell zur Last falle.[99] Da bereits 1840 von einem Lehrer und Vorsänger namens Simon die Rede war, der ebenfalls eine Aufenthaltsgenehmigung benötigte, ist anzunehmen, dass Joseph Reinheim Dieburg wieder verlassen hatte. Wie schwierig es tatsächlich für einen jüdischen Religionslehrer war, sich an seinem Wirkungsort zu verheiraten und niederzulassen, zeigt das Beispiel des ledigen Levi Michael aus Wernings im Kreis Büdingen. Dieser war um 1843/1844 als Lehrer und Vorsänger in Dieburg tätig. Ihm blieb jedoch die Heiratserlaubnis versagt, sodass er mit der schwangeren Henche Goldschmidt in „wilder Ehe“ lebte, wie es damals die Behörde formulierte. Da sein angeblich „liederlicher Lebenswandel“ ein öffentliches Ärgernis sei, drohten ihm Kreisrat und Stadtgemeinde mit der Ausweisung. Schließlich musste Levi Michael Dieburg verlassen, auch weil sein Verdienst als Religionslehrer und Vorsänger nicht ausreichte, um eine Familie zu ernähren.[100] Offenbar hatte auch der Verein zur Verbesserung des Zustands der Israeliten für die Provinz Starkenburg, der unter anderem mittellose junge Religionslehrer unterstützte und dessen Dependance in Dieburg bis 1842 von Callmann Lehmann vertreten wurde, dem Lehrer nicht helfen können oder wollen.[101]

Die Berufsfelder der Dieburger jüdischen Bevölkerung hatten sich derweil vom Viehhandel hin zu einer Vielzahl von Gewerben erweitert. Man handelte mit einem breiten Spektrum an Waren wie Leder, Ellenwaren, Schnittwaren, Wein, Manufakturwaren, Samen, Schuhen, Rindern, Pferden, betrieb Spezerei-, Frucht-, Pferdefutter- und weiterhin auch Viehhandel.[102] Offenbar deckten die jüdischen Geschäfte den Bedarf in der Stadt und darüber hinaus ab. Vor allem die Männer aus den Familien Reinheimer, Strauß und Lorch waren als Metzger tätig, alleinstehende Frauen verdienten sich ihren Lebensunterhalt als „Handarbeiterinnen“.[103]

Die wachsende Zahl jüdischer Familien in Dieburg und in den inzwischen 22 zum Friedhofsverband gehörenden Ortschaften hatte schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Friedhof an seine Grenzen gebracht.[104] 1818 konnte ein nördlich angrenzendes Grundstück aus dem Erbbestandgut des Altars der heiligen Margareta für eine Erweiterung des Friedhofs erworben werden.[105] Mit der Einfriedung des ganzen Friedhofs dürften auch mutwillige Sachbeschädigungen auf dem Gräbergelände, wie etwa 1842, zumindest erschwert worden sein. Am 4. September des Jahres hatte ein unbekannter Täter mehrere Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof umgeworfen. Da der Schuldige nicht zu ermitteln war, wurden die Kosten für die Reparatur in Höhe von rund 20 Gulden auf die „Köpfe“ aller Ortseinwohner umgelegt.[106] Im selben Jahr kam es auch zu einem Diebstahl in der Synagoge, bei dem „verschiedene Rosetten und Arme von messingenen Leuchtern entwendet worden“ waren.[107] Mit Erweiterung des Friedhofs wurde der Eingang an die Ostseite verlegt und dort im Jahr 1853 eine kleine Friedhofshalle („Häuschen mit Thor“) erbaut, die auch „zum Aufenthalt bei schlechter Witterung“ und als Unterstand für den

Leichenwagen diente.[108] Kurz zuvor hatte die Stadt einen Leichenzug aus Raibach angehalten und den Teilnehmern mit Inhaftnahme gedroht. Sie wollte damit die Zahlung der von den auswärtigen Gemeinden verweigerten städtischen Begräbnisgebühren erzwingen. Diese Gebühren wurden erst im Jahre 1864 aufgehoben.[109] Als wichtige soziale Institution einer jüdischen Gemeinde gründete sich 1873 in Dieburg eine *Chevra* (Beerdigungsgesellschaft) für Männer und ab 1874 eine Frauen-*Chevra*.[110]

Die jüdische Gemeinde von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Weimarer Republik

Mit 147 Personen im Jahr 1867 war die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder seit der Wende zum 19. Jahrhundert auf das Vierfache angestiegen. Die wirtschaftliche Krise im Deutschen Reich zwischen 1873 und 1896 wirkte sich jedoch auch auf die Entwicklung der Gemeinde aus, deren Größe nach einem kontinuierlichen Anstieg von 1880 bis zur Jahrhundertwende wieder leicht abnahm.[111] Entsprechend hoch war die Auswanderungsrate hauptsächlich von Jugendlichen, die ab den späten 1870er Jahren bis 1892 vorwiegend in Amerika ihr Glück suchten.[112] Deren Eltern lebten wie in vielen eher ländlichen Gegenden hauptsächlich vom Viehhandel, der in Dieburg von Juden aus der gesamten Region bestritten wurde, wodurch die einheimischen Juden großer Konkurrenz ausgesetzt waren. Juden, die in anderen Berufen tätig waren, konnten ihre wirtschaftliche Position hingegen häufig konsolidieren. Löb Strauß betrieb von 1851 bis 1900 eine Weinhandlung und Weinwirtschaft.[113] Simon Strauß betrieb das Gasthaus „Zur Traube“ und Israel Heyl das Gasthaus „Zum Engel“. Bei ihnen fanden in den 1860er Jahren anlässlich der jüdischen Feiertage Tanzveranstaltungen und Bälle statt, zu denen die gesamte Dieburger Bevölkerung eingeladen war.[114] Die jüdischen Einwohner gehörten zum großen Teil dem Mittelstand an, doch gab es auch jüdische Männer und Frauen, die mit dem Hausierhandel ihren Lebensunterhalt eher mühsam bestreiten mussten.[115]

Nur wenige Quellen geben Einsicht in das Innenleben der Gemeinde. Sie geben zumeist auch nur Konfliktsituationen wieder, während der normale Alltag kaum Eingang in die Quellen fand. So musste im Jahr 1851 an mehreren Tagen die Polizei zu Hilfe kommen, um für Ruhe und Ordnung in der Synagoge zu sorgen.[116] In einigen Gemeinden gab es in dieser Zeit Auseinandersetzungen hinsichtlich ihrer religiösen Orientierung, die sich an den Gottesdienstpraktiken entzündeten.[117] Möglicherweise waren auch deshalb einzelne Gemeindeglieder mit dem Ausgang der Vorstandswahl im Oktober desselben Jahres unzufrieden. Sie beantragten die Neuwahl, weil der gewählte erste Vorsteher Kallmann Lehmann schon länger als die erlaubte Zeit im Amt war. Zudem beanstandeten sie den Vorschlag des Kreisrats, Abraham Lorch in den erweiterten Vorstand zu wählen. Da hier Stimmengleichheit mit Simon Strauß (nicht identisch mit dem Wirt gleichen Namens) bestehe, müsse das Los entscheiden, so die Kritiker. Der Bürgermeister verwies jedoch auf das Recht der Regierungskommission, über die Wahl und die gewählten Kandidaten zu entscheiden. Wähle man Strauß, wie es die „Petenten“ wünschten, würde dieser zum Schaden der gesamten Gemeinde den ersten Vorsitzenden zur Suspendierung des Lehrers anhalten. Der Lehrer habe jedoch einen guten Ruf und es stehe nichts gegen ihn „zu[r] Last“.[118] Dabei handelte sich um den zwischen 1847 und 1879 eingestellten, im mittelfränkischen Baiersdorf geborenen Religionslehrer und Vorsänger Mardochai Kunreuther.[119] 37 Kinder besuchten 1875 seinen Religionsunterricht, für den die Stadtgemeinde Dieburg einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 150 und später 170 Mark gewährte.[120]

Die Überlieferung erlaubt auch nur Schlaglichter auf die Situation der jüdischen Gemeinde während der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. 1893 kam es erneut zur Zerstörung von Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof. Ein Zeuge verlangte vom Kultusvorstand Geld für die Nennung der Täter. Immerhin erhielt der Mann eine Gefängnisstrafe von acht Monaten wegen Erpressung und Betrugs.[121] Ein erfreulicheres Thema war die Feier des 25-jährigen Bestehens der Synagoge im Jahr 1894, die wieder einmal mit einem Festball, diesmal im „Mainzer Hof“, begangen wurde.[122]

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs zählte die jüdische Gemeinde 42 steuerzahlende Mitglieder, der dreiköpfige Vorstand bestand aus Seligmann Strauß, Herz Strauß und Kaufmann Loeb.[123] Die Gemeinde verstand sich als orthodox und gehörte dem Rabbinat Darmstadt II an.[124] So stammte ihr langjähriger Lehrer und Vorsänger David Samuel Kaufmann „aus der alten Würzburg-Höchberger Schule“. Die von dem bedeutenden Würzburger „Raw“ Bär Seligmann Bamberger im unterfränkischen Höchberg eingerichtete Präparandenschule bereitete im Sinne der Neoorthodoxie jüdische Knaben auf den Lehrerberuf und den Übertritt auf die Israelitische Lehrerbildungsanstalt in Würzburg vor. Der dort ausgebildete Kaufmann habe mit täglichem Gottesdienst, gutem Religionsunterricht, zuverlässiger *Schechita* (Schächten) und „fast ungeteilter Schabbatheiligung“ in Dieburg einen „Stützpunkt des orthodoxen Landbezirkes von Darmstadt“ errichtet, wie es ein Autor der orthodoxen Zeitschrift *Der Israelit* aus-

drückte.[125] 1922 feierte die Gemeinde in einem Festgottesdienst das 40-jährige Ortsjubiläum Kaufmanns und sieben Jahre später den 70. Geburtstag des „in allen Schichten der Bevölkerung“ hoch geschätzten Lehrers.[126] Der Religionsunterricht fand in dieser Zeit in einem gemieteten Raum im Anwesen Rheingaustraße 27 statt.[127]

Die jüdischen Dieburger und Dieburgerinnen hatten mit der gesetzlichen Gleichstellung die beruflichen und gesellschaftlichen Chancen ergriffen, die sich ihnen von jetzt an in dem kleinstädtischen Milieu boten. Sie waren als Kaufleute im Geschäftsleben präsent, etwa mit dem Kaufhaus Wiesenfelder an der Ecke Markt / Zuckerstraße, dem Kaufhaus Morgenstern in der Steinstraße oder dem Möbelgeschäft von Abraham Loeb am Markt. Sie betrieben neben Gaststätten auch Cafés, beispielsweise das Café Goldschmidt in der heutigen Steinstraße 34. Auffallend ist die große Zahl jüdischer Metzger, die zusammen mit den nichtjüdischen Metzgern den städtischen Schlachthof nutzten und dort auch schächteten.[128] Jüdische Bürger nahmen am politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Louis Lehmann gehörte zehn Jahre dem Gemeinderat an, und Vorsteher Abraham Moses Loeb war von 1901 bis 1905 Vorsitzender des Turnvereins.[129] Bei der Feier des Kriegervereins Dieburg für die Altveteranen von 1866 und 1870/1871 war im Jahr 1926 auch Lehrer David Samuel Kaufmann anwesend.[130]

Abb. 7: Schulausflug, Marta Lorch (Bildmitte), später Dr. med. Marta Farkas, einzige Frau im Abiturjahrgang 1931. Stadtarchiv Dieburg.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterstützte die Israelitische Religionsgemeinde das Hilfskomitee Dieburg mit einer Geldspende in Höhe von 900 Mark.[131] Die jüdischen Soldaten Josef Bender, Josef Heil, Leopold Lorch, Abraham Kahn, und Hugo Fuchs sowie drei weitere in Dieburg geborene, jedoch vor 1914 nicht mehr dort wohnhafte jüdische Männer fielen im Krieg.[132] Während der katholische Geistliche Dekan Ebersmann in seinen Feldbriefen die jüdischen Gefallenen aufgeführt hatte, fehlten bei dem am 4. August 1935 eingeweihten Kriegerdenkmal im Fechenbachpark alle jüdischen Namen.[133] Noch im Jahr 1935 erhielt der Metzger Samuel Lorch das von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer. Doch half den jüdischen Soldaten diese Auszeichnung genauso wenig wie ihre Mitgliedschaft im Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten gegen die Herabwürdigung und Leugnung ihrer Leistungen im Ersten Weltkrieg durch die antisemitischen Agitatorinnen und Agitatoren.[134] Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, wurde 1922 in Dieburg eine Ortsgruppe des Central-Vereins gegründet.[135] In einer kurzen Notiz zur Synagogeneinweihung im Jahr 1929, an der ein Vertreter des Vereins teilnahm, unterstrich die CV-Zeitung besonders die Bemerkung des protestantischen Geistlichen in seiner Ansprache, dass er die Nöte und Kämpfe der deutschen Juden mit Sympathie verfolge.[136]

Abb. 8: Leopold Lorch als Sanitätsgefreiter mit Ehefrau Malchen und Sohn Julius, gestorben 1918 in Frankreich, Malchen Lorch (geb. Firnbacher) 1942 deportiert nach Piaski, Foto von 1917. Stadtarchiv Dieburg.

Die Synagoge von 1869 am Marktplatz

Zwei Jahrzehnte bevor die evangelische Gemeinde in Dieburg ihre erste Kirche erbaute, bezog die Israelitische Religionsgemeinde inmitten der Kleinstadt einen repräsentativen Synagogenbau. Bisher hatte sie sich „genoethigt“ gesehen, ihre Gottesdienste in einem „Lokale abzuhalten, das sich in keiner Waise [sic!] hierzu eignet“, so der Gemeindevorstand.[137] Im Frühjahr 1868 erwarb die Gemeinde von den Brüdern Jakob und Gabriel Hiemenz das „Berberich-Schlösschen“, ein ehemaliges barockes Adelspalais an der Süd-West-Ecke des Marktplatzes (heute Markt 13).[138] Da sie jedoch über keine finanziellen Ressourcen verfügte und für die Baukosten auf Spenden angewiesen war, beantragte sie bei der Stadtgemeinde einen Zuschuss. Diese bewilligte zunächst nur 100 Gulden und erhöhte die Summe auf eindringliches Bitten des Vorstands der jüdischen Gemeinde um weitere 50 Gulden. Das Argument, die Synagoge sei ein öffentlicher Bau und die Mitglieder der jüdischen Gemeinde trügen schließlich zu den Kommunallasten bei, hatte die bürgerliche Gemeinde zu keinem höheren Spendenbetrag bewegen können.[139] Die Pläne zum Umbau des in seinem Innern sehr vernachlässigten Gebäudes fertigte der damals als Bauaspirant am Kreisbauamt Dieburg tätige Heinrich Calman(n) im Mai 1868.[140]

Das ursprünglich zweigeschossige Palais mit dem auffälligen hohen Mansarddach stand am östlichen Rand eines rund 1.000 qm großen Grundstücks. An der Südseite schloss sich unmittelbar das Nachbarhaus an. Im Norden führte eine Einfahrt an dem Gebäude vorbei, die gemeinsam mit den Nachbarn genutzt und zum Markt hin durch ein großes Rundbogentor verschlossen werden konnte. In dem großen Garten hinter der Synagoge lagen an der westlichen Grundstücksgrenze mehrere Nebengebäude.[141] Hier richtete die Gemeinde an der Stelle eines Stalls oder einer Scheune eine Regenwassermikwe ein.[142]

Unter Beibehaltung der alten Umfassungsmauern, die im Grundriss ein unregelmäßiges Rechteck bildeten (etwa 11 m x 13 m) entwarf Calmann einen sich über zwei Geschosse erstreckenden flachgedeckten Saal (etwa 10 m

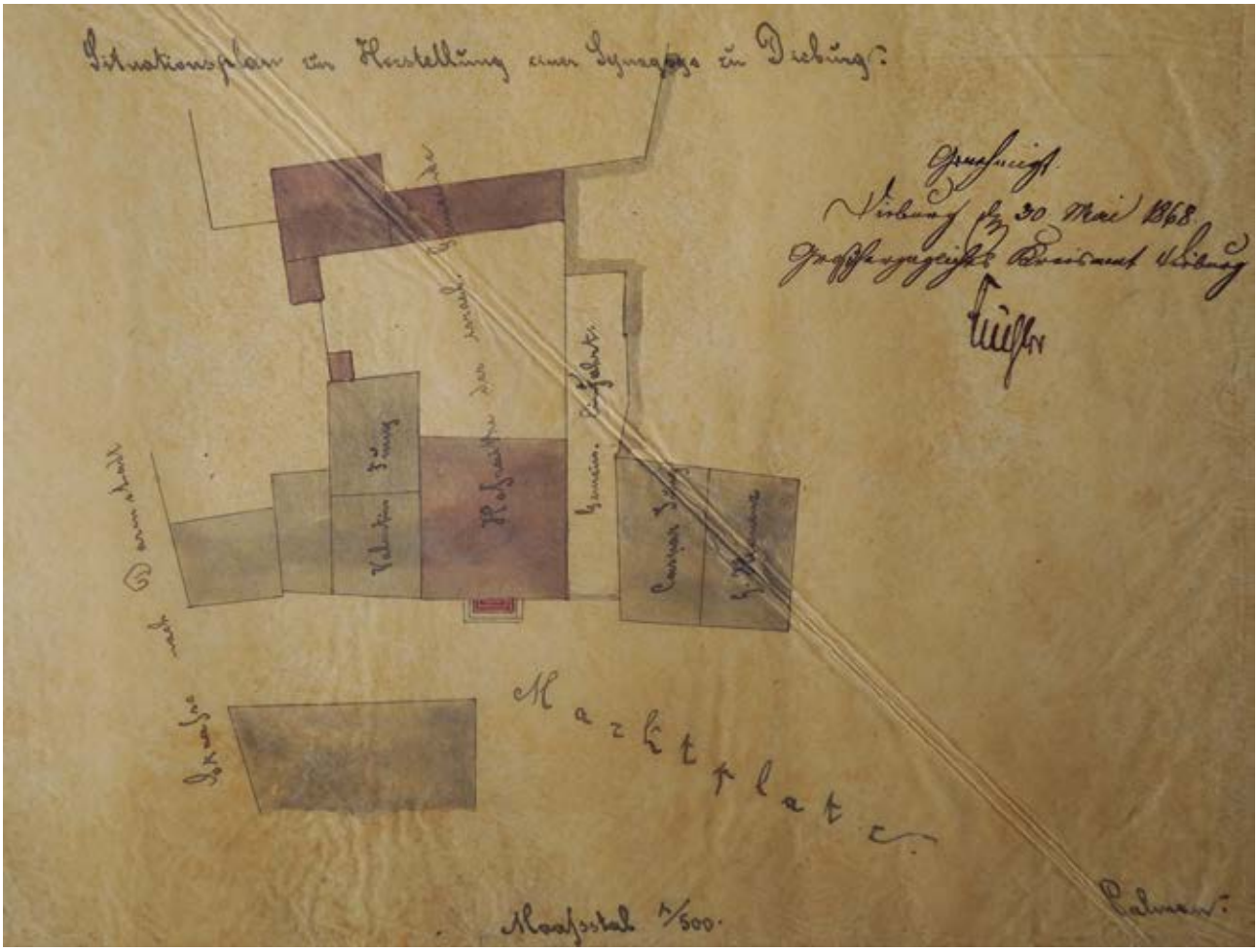


Abb. 9: Heinrich Calman(n), Plan für den Synagogenbau in Dieburg, Lageplan, 1868. Stadtarchiv Dieburg.

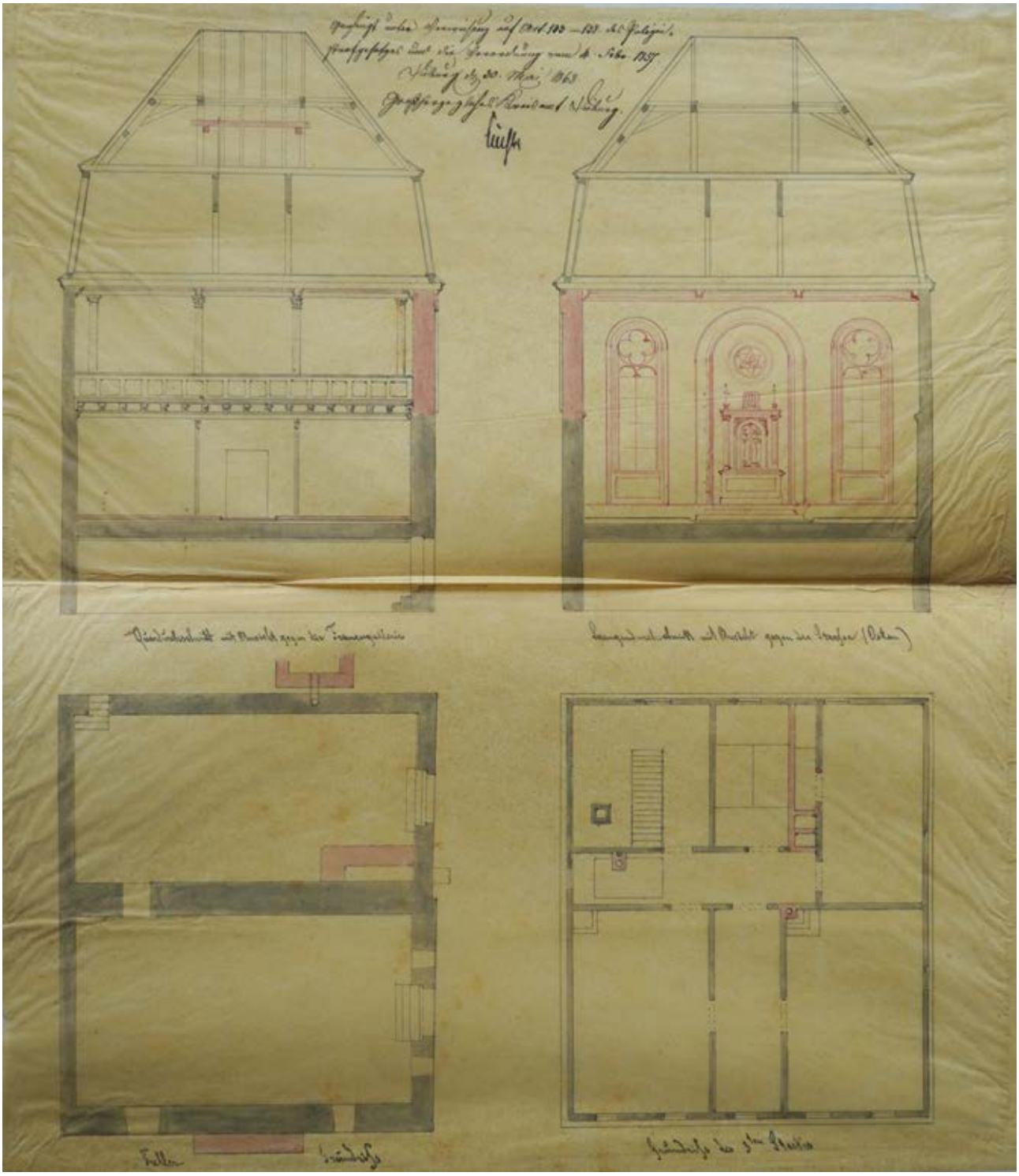


Abb. 10: Heinrich Calman(n), Plan für den Synagogenbau in Dieburg, Querschnitte, Grundrisse (Keller, Mansarde), grau Bestand, rot Ergänzungen, 1868. Stadtarchiv Dieburg.

breit und 8 m tief), dessen Ostseite zum Markt ausgerichtet war.[143] Ein schmaler zweigeschossiger Gebäudeteil an der Rückseite des Saals erschloss die Frauenempore und die vom Religionslehrer genutzte Dachwohnung. Von einem Vorraum im Erdgeschoss des rückwärtigen Bautrakts betraten die männlichen Gottesdienstbesucher vermutlich den Betsaal und standen dem Toraschrein direkt gegenüber. Der Schrein war wenige Stufen oberhalb des Fußbodenni-

Abb. 11: Synagoge von 1869 am Marktplatz, Foto vor 1928. Stadtarchiv Dieburg.

veaus in einer großen rundbogigen Wandnische aufgestellt. Calmanns Zeichnung zeigt einen altarähnlichen Aufbau mit flankierenden Säulen, dessen Gebälk von den Tafeln mit den Zehn Geboten gekrönt wird. Über dem Schrein öffnete sich ein Rundfenster mit einbeschriebenem Davidstern. Daneben bildeten nur noch zwei große Rundbogenfenster über Brüstungen rechts und links des Schreins natürliche Lichtquellen für den Gebetsraum. An der dem Schrein gegenüberliegenden Seite lag im Obergeschoss des zweigeschossigen Bauteils die über die gesamte Breite des Raumes verlaufende Frauenempore. Vier Säulen standen vermutlich über der Trennwand zwischen Saal und Vorraum zur Unterstützung der Deckenbalken.[144]

Das in der Höhe mit der Marktbebauung harmonierende Bauwerk fiel vor allem durch sein Volumen und die Gestaltung der Fassade auf. Über einem Sockel und einer durchgehenden Brüstungszone bildete ein Gurtgesims eine markante Horizontalgliederung. Das Gesims umzog auch den mittig platzierten Standerker für die Toranische, der oben mit einem bügelförmigen Gesims abschloss. Unterhalb des wohl als *Misrach*, also als Angabe der Gebetsrichtung nach Osten gedachten Okulus fiel auf dem Erker eine hochrechteckige Wandnische mit Blendmaßwerk auf, deren zwei Bahnen oben mit je einem Hufeisenbogen abschlossen. Die in die Flächen untereinander geschriebenen römischen Ziffern von I bis X verweisen nachdrücklich auf die zehn Gebote und damit an diesem zentralen Standort selbstbewusst auf die Funktion des Gebäudes als Synagoge. Die den Erker flankierenden hohen Rundbogenfenster setzten über dem Gurtgesims an. Alle Öffnungen wurden von einem Rahmenprofil begleitet. Mit dem Rundbogenstil wählte der Architekt ganz im Sinne des Historismus einen Baustil für die Dieburger Synagoge, der charakteristisch für viele jüdische Gotteshäuser dieser Epoche war und sich dezidiert von den neugotischen Formen des zeitgenössischen Kirchenbaus absetzte.

Die Einweihung der Synagoge erfolgte am Freitag, den 5. Februar 1869. Aus diesem Anlass veranstaltete die Gemeinde am 5. und 6. Februar bei Wirt Simon Strauß im Gasthaus zur Traube einen „israelitischen Festball“.[145]

Die neue Synagoge von 1928/1929

Im Juni 1926 stellte die städtische Behörde den schlechten Bauzustand der alten Synagoge fest und kündigte wegen der Gefahr für Gottesdienstbesucher und Bewohner die baldige Schließung durch die Baupolizei an.[146] Ein amtliches Gutachten bestätigte den Befund und empfahl eine regelmäßige Beobachtung des Gebäudes. Die Baubehörde legte der Gemeinde nahe, für eine alternative Lehrerwohnung zu sorgen und wegen eines behelfsmäßigen Gottesdienstsaales Kontakt zur Bürgermeisterei aufzunehmen. Nachdem sich eine Renovierung des Gebäudes wegen der unverhältnismäßig hohen Kosten als unwirtschaftlich erwiesen hatte, entschied sich die Gemeinde für ein Neubauprojekt, das auch der steigenden Gemeindezahl und den hygienischen Standards in Bezug auf die Mikwe gerecht werden sollte. Besonders der erste Gemeindevorsitzende Abraham Loeb engagierte sich für den Synagogenneubau und sah darin sein Lebenswerk.[147] An einem kleinen Wettbewerb beteiligten sich mindestens zwei Architekten, die für die

Synagoge zeitgenössisch moderne Formen vorschlugen. Der Österreicher Emanuel Josef Margold legte 1926 einen Vorentwurf und 1928 einen Ausführungsentwurf vor. Seine expressionistischen Fassadenentwürfe zeigen ein Gebäude, bei dem der zweigeschossige Gebetssaal mit der Marktfassade abschließt. Die Gemeinderäume disponierte er hinter einer aufwendig verklinkerten Fassade. Die Bankreihen sollten in dem vertieft angeordneten Gebetssaal „emporenartig“ ansteigen. Um die Mystik zu steigern, plante Margold sogar eine Orgel und eine Innenausstattung in den Farben Rot, Blau und Gold.[148] Die Gemeinde entschied sich jedoch nicht für diesen kostspieligen Vorschlag, sondern zog den des jüdischen Architekten Rudolf Joseph aus Wiesbaden vor.[149] In einem ersten Entwurf gestaltete dieser den Betsaal als überkuppelten Kubus aus Eisenbeton mit einer gegenüber der Häuserflucht des Marktplatzes zurückgesetzten Fassade. Vor der Synagogenfassade platzierte der Architekt einen Vorhof mit zwei flankierenden Seitenflügeln zur Aufnahme weiterer Gemeinderäume. Zur Spendenakquise fertigte Joseph um 1927 ein nur noch in einer Fotografie überliefertes Modell dieses „Idealprojekts“.[150] Bei der symmetrischen Anlage kontrastierte die streng stereometrische Form des Betsaals mit den abgerundeten, turmähnlichen Abschlüssen der Seitenflügel, die den historischen Torbogen in die Marktfassade einbezogen. Ganz offensichtlich sollte zunächst der im Sinne der Neuen Sachlichkeit konstruierte Betsaal zugunsten einer Rücksichtnahme auf die historische Bebauung des Marktplatzes in die zweite Reihe treten.

Abb. 12: Rudolf Joseph, „Idealmodell“ des ersten Entwurfs für die neue Synagoge in Dieburg, um 1927. Stadtarchiv Dieburg.

Da die Gemeinde höchstens ein Drittel der zunächst mit etwa 80.000 Mark veranschlagten Gesamtkosten aus eigenen

Abb. 13: Marktplatz, Abbruch der alten Synagoge, im Hintergrund ist der noch unverputzte Neubau zu erkennen, im Vordergrund Bauunternehmer Adam Sattig und Bauinspektor Josef Blank, 1929. Leo Baeck Institute New York.

Mitteln tragen konnte, setzte Vorsteher Loeb mehrere eindringliche Spendenaufrufe ab, die ein Gemeindeglied sogar bis nach New York führten. Der Vorstand veranlasste Sammlungen in der näheren und weiteren Umgebung, ferner Benefizveranstaltungen und die Ausgabe von Anteilscheinen an die Gemeindemitglieder.[151] Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise hatte die Spendenaktion nicht den gewünschten Erfolg.[152] Mit dem Vorsatz, „mit wenig Geld Grosses zu erreichen“, fertigte Rudolf Joseph dennoch einen neuen Entwurf. Dass er statt des ursprünglich geplanten Eisenbetonbaus auf die traditionelle Konstruktionsweise mit Backsteinwänden, Holzbalkendecken und einem Dach in Zimmermannsarbeit zurückgriff, ging auf die großzügige Spende der Stadtverwaltung von 50 Festmetern Holz aus dem Stadtwald zurück. Für das frisch geschlagene Holz aus der Holzernte 1929 tauschte die Gemeinde trockenes Bauholz ein.[153] Durch das effektive Zusammenwirken nichtjüdischer und jüdischer Handwerker und Baugeschäfte war die im Juli 1928 begonnene Synagoge trotz eines sehr kalten Winters nach elf Monaten vollendet. Die ausführenden Firmen kamen hauptsächlich aus Dieburg, aber auch aus Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt und Miltenberg. Da der Neubau auf dem Gelände hinter der alten Synagoge entstand, konnte der Vorgängerbau mit der Lehrerwohnung während der Bauarbeiten weiter in Benutzung bleiben. Der Abbruch erfolgte erst nach Fertigstellung der neuen Synagoge.[154] Die Vollendung der Anlage mit dem Vorhof und den Seitenflügeln war für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Von den Gesamtkosten in Höhe von 66.088 Mark blieben der Gemeinde Schulden in Höhe von rund 28.000 Mark, die sie u. a. durch Darlehen bei der Bezirkssparkasse Groß-Umstadt abdeckte.[155]

Abb. 14: Festzug zur Überführung der Torarollen vom Haus des Abraham Loeb (Markt 5) zur neuen Synagoge, 5. Juni 1929. Stadtarchiv Dieburg.

Die Einweihungsfeierlichkeiten fanden vom 5. bis zum 7. Juni 1929 unter großer Beteiligung der einheimischen Bevölkerung statt.[156] Am Freitag, dem 5. Juni, versammelten sich die männlichen Gemeindemitglieder und ihre jüdischen Gäste vor dem Haus des Abraham Loeb (heute Markt 7) und trugen die Torarollen in einem Festzug quer über den feiertäglich beflaggten Marktplatz zur Synagoge. Nach einer kleinen Begrüßung in Gedichtform durch Irene, die Tochter des Isidor Bachrach, übergab der Architekt den Synagogenschlüssel an Vorsteher Löb.[157] Am nächsten Tag fand der eigentliche Schabbatgottesdienst erstmals in der Synagoge statt. Am Sonntag gab es bei der „akademischen Feier" Gelegenheit für zahlreiche Dankesreden und Gratulationen, umrahmt von hebräischen Gesängen des Synagogenchors der Israelitischen Religionsgemeinschaft Frankfurt. Vorsteher Abraham Loeb begrüßte die in der überfüllten Synagoge versammelte Festgesellschaft. Lehrer David Samuel Kaufmann sprach von der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft seiner Gemeinde, die er dem Schutz Gottes anempfahl. Im Folgenden ergriffen außer dem Architekten unter anderen der Bürgermeister sowie Dekan Jakob Ebersmann für die katholische und Pfarrer Schrimpf für die evangelische Gemeinde das Wort. Kreisdirektor Karl Hemmerde versprach seine Unterstützung für den zweiten Bauabschnitt.[158] Bürgermeister Heinrich Josef Wick betonte in seiner Ansprache, das jüdische Gotteshaus stelle „sowohl eine Zierde für die Stadt wie für den Marktplatz" dar. Nach seinen Worten gehe von dem kleinen Städtchen Dieburg die Botschaft vom konfessionellen Frieden in die Welt hinaus. Diesen Frieden gelte es zu erhalten. Laut Dekan Jakob Ebersmann mache der Synagogenraum „in seiner klassischen Einfachheit auf den Beschauer einen faszinierenden, vornehmen Eindruck".[159] Diese positiven Eindrücke spiegelten sich in nichtjüdischen wie in jüdischen Zeitungsberichten wider.[160] Das *Darmstädter Tagblatt* zitierte den Architekten: „Die neue Synagoge wird ein Schmuckkästchen des schönen Dieburger Marktplatzes bilden."[161] Zu den Festbällen im „Mainzer Hof" am Marktplatz und im „Grünen Baum" in der Steinstraße, die sich am Samstag- und Sonntagabend bis in die Morgenstunden hinzogen, lud die jüdische Gemeinde die ganze Bevölkerung ein.[162]

Das mittlerweile rund 1.500 qm große, an der Südwestecke des Marktplatzes gelegene Baugrundstück (Flur-Nrn. 612, 613)[163] erstreckte sich in der Tiefe (nach Westen) fast bis zum Flüsschen Gersprenz, während seine östliche Schmalseite mit einer Breite von rund 18 Metern an den Platz grenzte.[164] Links und rechts schloss sich die historische

Abb. 15: Festgesellschaft vor der Synagoge am Einweihungstag, 7. Juni 1929. Stadtarchiv Dieburg.

Abb. 16: Vor der neuen Synagoge, von links: Joseph Lorch, Synagogendiener Georg Zilch, Adolf Lehmann, Rudolf Joseph, Religionslehrer Sally Katz von Babenhausen (6. von links), 1929. Leo Baeck Institute New York.

Platzbebauung an.[165] Dem Architekten war die Aufgabe gestellt worden, mit möglichst geringem finanziellem Aufwand in zwei Bauabschnitten ein modernes Synagogenensemble für eine streng religiöse Gemeinde zu errichten. Ähnlich wie bei seinem Idealprojekt entwarf Rudolf Joseph eine symmetrische Anlage, bei der niedrige Bauten mit Wohnungen für den Lehrer und den Synagogendiener einen „würdigen Vorhof" flankierten. Dessen weite Mittelöffnung sollte den „Blick zum Tempel" inszenieren.[166]

Realisiert wurde lediglich das im Hintergrund des Grundstücks platzierte Hauptgebäude mit der Synagoge. Diese bestand aus einem längsrechteckigen, flach gedeckten Saal mit einer Breite von 8 m, einer Länge von 12,25 m und einer Höhe von 8,95 m. Parallel zu den Längsseiten erstreckten sich rechts und links des Saals zweigeschossige Anbauten, die 3,25 m breit und 75 cm niedriger als der Hauptbau waren. Darin befanden sich im Erdgeschoss zum Betsaal hin abgeschlossene Räume. Diese umfassten im Süden eine etwa 6,30 m lange Wochentagssynagoge mit 20 Plätzen, im Norden ein modernes Ritualbad mit Vorraum sowie östlich an beiden Seiten Garderoben. Die im Obergeschoss der Anbauten rechts und links angeordneten Frauenemporen verfügten über je drei nach außen ansteigende Sitzreihen mit 80 bzw. 96 Plätzen und öffneten sich zum Betsaal.[167] Über die Haupteingänge rechts und links des Toraschreins betraten Männer und Frauen von Osten zunächst die Treppenhäuser. Die fünf Meter breiten Bauteile waren zur Erschließung der Frauenemporen mit doppelläufigen Treppen ausgestattet. Sie erschlossen auch die sich im Erdgeschoss nach Westen anschließenden Garderoben. Von hier führte ein Eingang seitlich in den Betsaal. Wer dem halachischen Gebot entsprechen wollte, beim Eintritt in die Synagoge dem Schrein gegenüberzutreten, benutzte den sogenannten *Pallisch*, einen kleinen Vorraum vor der westlichen Schmalseite des Saals.[168]

Entsprechend dem ersten Vers aus Psalm 130: „Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu Dir" stiegen die Gottesdienstbesucher bereits außen über einige Stufen auf das 60 cm tiefer liegende Niveau des Betsaals hinunter. Diese Vertiefung des Saalbodens hatte der Gemeinde immerhin 4.000 Mark für die Aufschüttung erspart. Der Fußboden besaß überall dieselbe Höhe, denn eine von Rudolf Joseph zunächst geplante Estrade wurde nicht umgesetzt. Er bestand aus braunrotem, fugenlosem Steinholz, das bessere Isoliereigenschaften besaß als herkömmliche Steinböden. Die seitlichen Wandflächen wurden durch je drei vom Boden bis

Abb. 17: Synagoge, Fassade zum Marktplatz, 1929. Leo Baeck Institute New York.

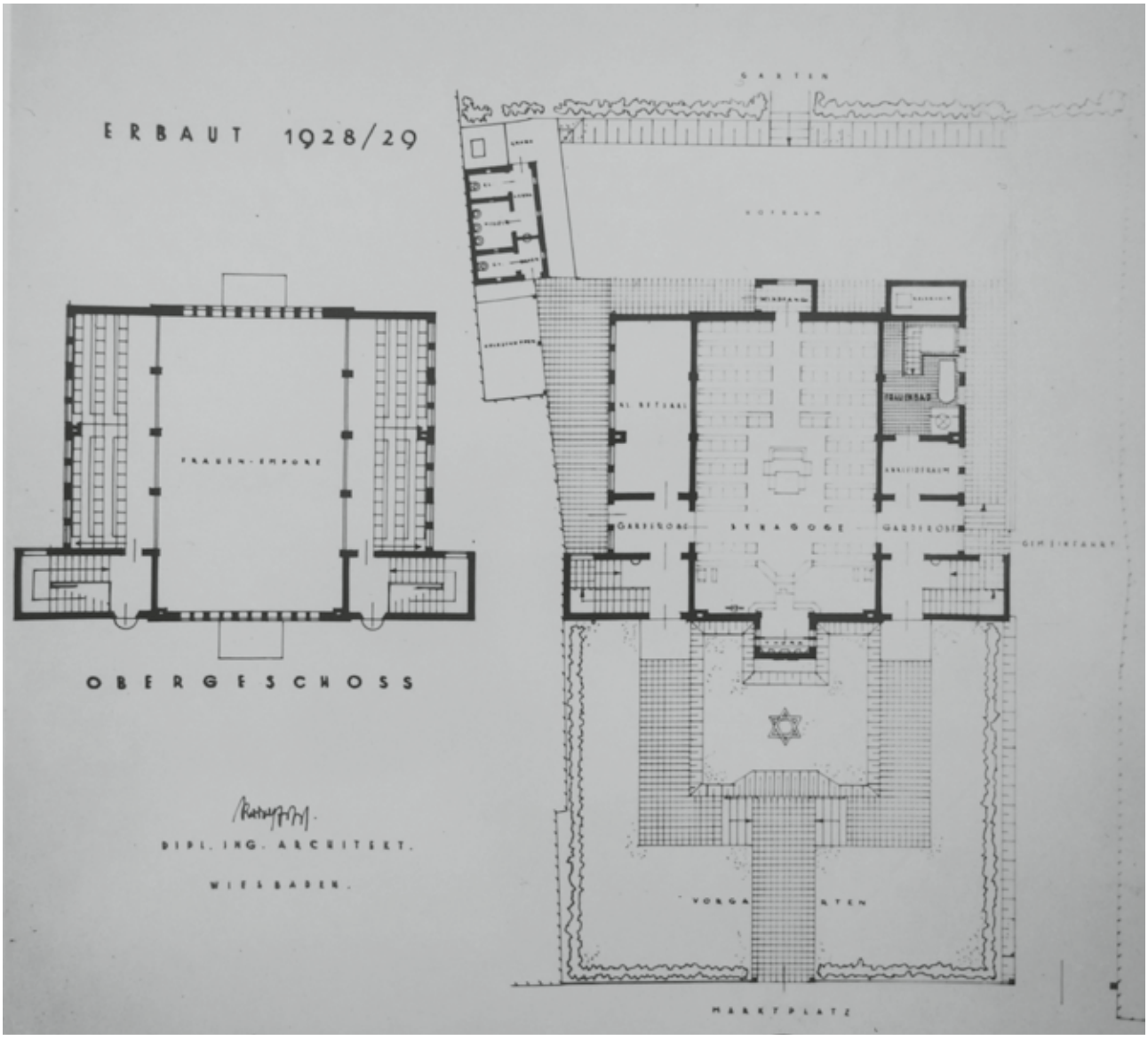


Abb. 18: Synagoge, Lageplan und Grundrisse (Empore und Betsaal), Rudolf Joseph 1928/29. Leo Baeck Institute New York.

zur Decke reichende Rechteckvorlagen gegliedert, die im Emporenbereich in Pfeiler übergingen. Über den geschlossenen Wandflächen im Erdgeschoss waren auf jeder Seite zwischen den Pfeilern vier querrechteckige Öffnungen zu den Emporen ausgespart. Alle Wände bedeckte eine Verkleidung aus ungebeiztem, stark gemasertem Kiefernsperrholz. Die in regelmäßigem Abstand von 60 cm quer über alle Wände, Vorlagen und Pfeiler verlaufenden Deckleisten erzeugten eine dezente Horizontalgliederung. Schlichte Bänder umgaben die oberen Enden der Pfeiler, die ihre Fortsetzung an den Seitenwänden besaßen. Die Pfeiler und Wandvorlagen trugen vier sichtbar belassene, quer über den Raum gespannte Deckenbalken. Die mit dem künstlich hergestellten Isoliermaterial Tekton verkleideten, durch dünne Leisten voneinander abgetrennten Deckenfelder hatten einen hellen Anstrich. Natürliches Licht erhielt der Raum durch zehn sehr schlanke Fenster an jeder Schmalseite sowie von den Emporen durch je vier Doppelfenster an den Außenwänden. Die blasenartige Struktur („getupft“) des farbigen Antikglases ließ dabei „ein gedämpftes, aber warmes Licht einfallen“. Zur künstlichen Beleuchtung des Betsaals und der Emporen waren senkrecht an den Wänden paarweise „glatte, altsilberne Röhrenlampen“ angebracht. Um die Betenden nicht von ihrer Andacht abzulenken, hatte man auf Deckenlampen verzichtet. Entsprechend orthodoxer Vorstellung stand die im Grundriss quadratische *Bima* genau in Raummitte. Sie besaß seitliche Zugänge und eine geschlossene Brüstung aus Holz, die das Streifenmuster der Wände aufgriff.[169] Die rechteckige Öffnung zur bis zum Boden reichenden Toranische war

Abb. 19: Synagoge, Innenraum nach Osten mit Toraschrein, Bima und Frauenempore, 1929. Stadtarchiv Dieburg.

ohne Dekor und Profile einfach in die Ostwand geschnitten. Als einzige Inschrift wirkte über dem Schrein der goldgefasste hebräische Schriftzug „דע לפני מי אתה עומד“ (Wisse vor wem Du stehst). Der *Ner tamid*, das Ewige Licht, hing vor dem Schrein. Zu beiden Seiten der Toranische erinnerten je vier senkrecht angeordnete Röhrenlampen an die im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten aus der Gemeinde.[170] Vor dem Schrein stand das Lesepult für den Vorbeter, rechts und links davon waren später einfache Holzbänke für die männliche Schuljugend aufgestellt. Die zum Schrein orientierten Subsellien mit etwa 80 Sitzplätzen stammten noch aus der alten Synagoge. Ihr neuer grauer Anstrich passe gut zum braunroten Fußboden, und von den Stoffen wirke besonders gut der vom Israelitischen Frauenverein gestiftete blaue *Parochet* und die Decke der *Bima* mit ihren Silberstickereien, so ein Artikel in der *Nassauischen Heimat*.[171]

Der aus mehreren Bauteilen mit sehr flach geneigten Dächern zusammengesetzte Baukörper der Synagoge wirkte durch seine stereometrische Qualität. Diese lässt sich gut an einem Modell erkennen, das Studierende der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1999 von der Synagoge angefertigt haben.[172] Der eigentliche Betsaal ragte als dominierender Bauteil heraus. Sein nur nach Osten abgewalmtes Dach lag versteckt hinter einer Attika. Wie zwei Flügel fügten sich rechts und links die Treppenhausbauten an. Sie sprangen leicht von der Synagogenfassade zurück und waren etwas niedriger als der Hauptbau. Auf gleicher Höhe schlossen die schmalen Anbauten zu beiden Seiten des Betsaals L-förmig an die Treppenhäuser an. Kleinere quaderförmige Bauten nahmen an der Ostseite den Toraschrank und im Westen den Pallisch auf. Alle Fensteröffnungen schnitten unprofiliert in die glatten Wände ein. Gegenüber den äußerst einfach gestalteten Wänden der Anbauten war die zum Marktplatz orientierte Hauptfassade durch ihre Gliederung und Gestaltung hervorgehoben und charakterisierte das Gotteshaus als jüdisch. Unter strenger Beachtung der Symmetrie gaben die gestaffelt angeordneten Baukörper dabei die Struktur vor. Der mittig auf der leicht risalitartig vorspringenden Synagogenfassade angeordnete Standerker für den Toraschrein empfing den Besucher mit den in Augenhöhe angebrachten Tafeln mit den Zehn Geboten aus hellem Stein. Zehn dicht nebeneinanderstehende, zu den ungegliederten Wandflächen im Kontrast stehende schmalhohe Fenster bildeten darüber ein weiteres auffälliges Motiv. Kräftige Bänder umfassten die Kanten des Hauptbaus und konnten optisch zu rustizierten Lisenen ergänzt werden. An den beiden Rücklagen für die Treppenhäuser war jeweils über dem breiten doppelflügeligen Eingangsportal eine schmalhohe Fenstertüre mit kleinem Balkon angeordnet. Daneben blieb eine breite Wandfläche ungegliedert. Zur Auflockerung der strengen Orthogonalen waren alle Wandöffnungen im Obergeschoss der Fassade mit einem parabolartigen Abschluss versehen. Den einzigen Schmuck stellten die Röhrenlampen zu beiden Seiten des Schreins dar; sie griffen die Vertikalen der schmalen Fenster auf.

Der neue Dieburger Synagogenbau weckte aufgrund seiner Modernität nicht nur das Interesse von Zeitgenossen, die ihn auf einer Stufe mit den zeitgenössischen Kirchenbauten von Martin Weber in Frankfurt-Sachsenhausen oder Dominikus Böhm in Bischofsheim sahen.[173] Gleichermaßen findet er „posthum“ bis heute Niederschlag in vielen Überblickswerken zur Synagogenarchitektur.[174] Hier gilt als mögliches Vorbild für das Synagogenensemble mit den geplanten Seitenflügeln Friedrich Weinbrenners zwischen 1789 und 1810 erbaute Karlsruher Synagoge. Dabei mag für die orthodoxe jüdische Gemeinde auch der Salomonische Tempelkomplex mit seinem Vorhof als Motiv eine Rolle gespielt haben, aber auch praktische Erwägun-

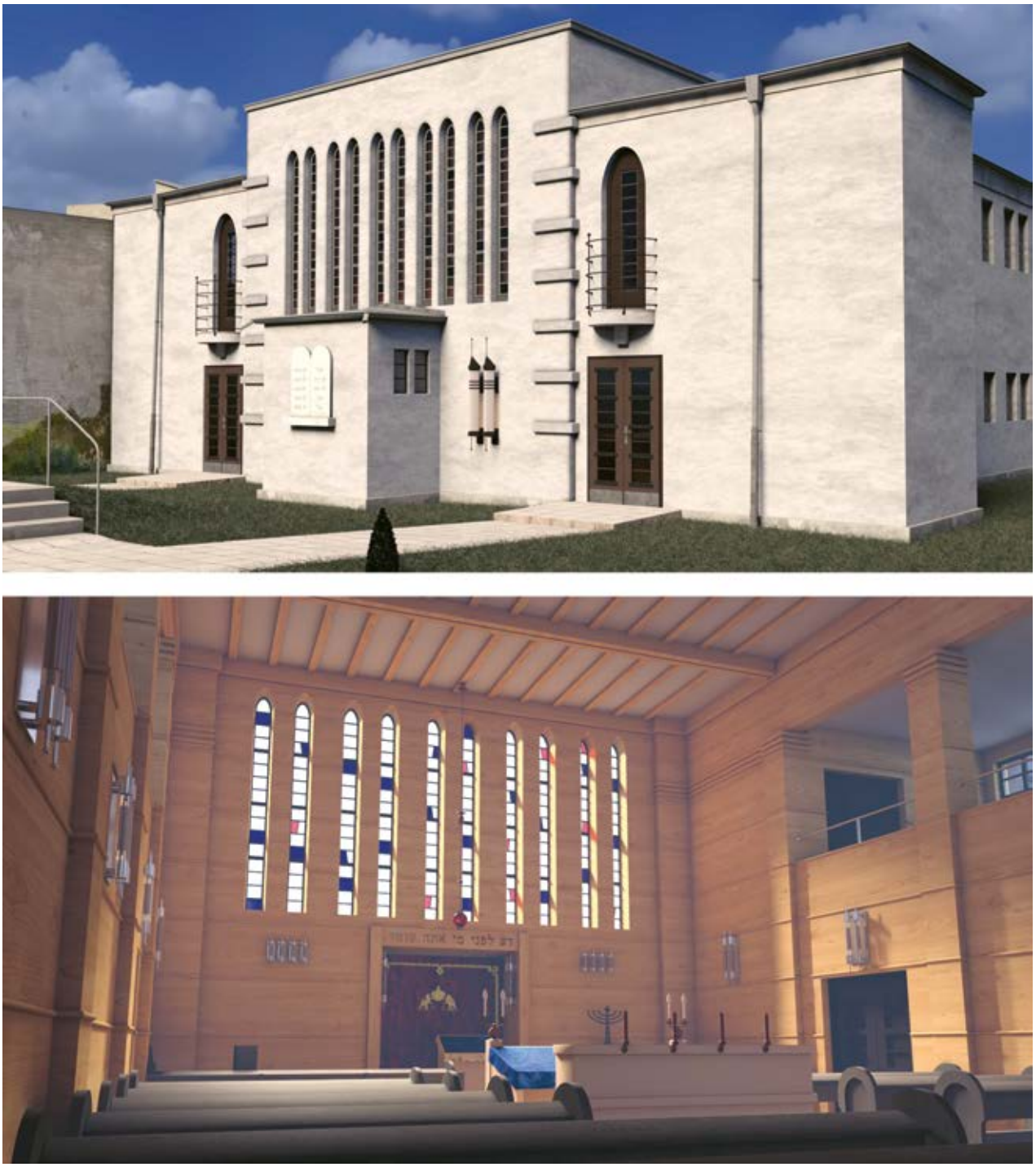


Abb. 20 und 21: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Dieburg. Blick auf die Eingangsfassade mit Toranische (oben), Innenraum, Blick auf den Toraschrein, Bima und Frauenempore (unten). TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten.

gen wie die Schaffung zusätzlicher Gemeinderäume und Wohnungen.[175] Den in Dieburg nicht realisierten Gesamtentwurf griff Rudolf Joseph in den 1930er Jahren wieder mit der Planung eines Ausstellungsgebäudes für das Judentum auf der Weltausstellung in Paris 1937 auf.[176] Außergewöhnlich war an der ausgeführten Dieburger Synagoge – wie schon beim Vorgängerbau – die Lage an einem öffentlichen Marktplatz in der Nähe zur katholischen Stadtpfarrkirche. Hier hatten auch mehrere Mitglieder der jüdischen Gemeinde ihre Geschäfte und Wohnhäuser.[177] In

der schmucklosen und klar gegliederten Architektur spiegelte sich die bewusste Abkehr des Architekten von den historistischen Baustilen, die er als nicht passend für eine Synagoge empfand. Rudolf Joseph, der sich zum Stil seiner Synagoge nicht äußern wollte, sah „in diesem Bau einen Ausgangspunkt, eine Entwicklungsmöglichkeit des modernen Synagogenbaues. Nichts weiter." Entscheidend war für ihn die Nutzung – als Versammlungshaus für den Gottesdienst, als Ort der Belehrung für die Erwachsenen und der Unterrichtung der Jugend. Die schlichte Ausstattung werde die zukünftigen Generationen an die Not der Zeit erinnern, so der jüdische Architekt.[178]

Die Situation der jüdischen Gemeinde vor und während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Abb. 22: Jüdische Religionsschule mit Lehrer Zucker (rechts), von links: Irene Darmstädter, Hilde Fuchs, Ruth Heil, Ilse Lorch, Sigrid Lorch, Anneliese Heil, Heinz Lorch, Ruth Lorch, vorne Heinz Löb, um 1930/31. Stadtarchiv Dieburg.

Den Dieburger Karneval 1930 feierten jüdische und nichtjüdische Frauen und Männer noch einträchtig mit einem Maskenball.[179] Auch sind antisemitische Vorfälle in der Kleinstadt bis 1933 nicht überliefert, obwohl 40 Prozent der männlichen Erwerbstätigen während der Weltwirtschaftskrise ihre Arbeit verloren hatten und SA und NSDAP dort bereits ab 1929/1930 aktiv waren.[180] Die deutlich tolerante Einstellung gegenüber den jüdischen Bewohnern wird im Allgemeinen mit der katholischen Prägung der Bevölkerung begründet. Entsprechend stimmten bei den Reichstagswahlen 1930 rund 43 Prozent der Wähler für die Zentrumspartei, während sich elf Prozent für die NSDAP entschieden. Auch bei den Reichstagswahlen im März 1933 blieb das Zentrum mit 40,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gegenüber 23 Prozent an NSDAP-Stimmen vorläufig stärkste politische Partei.[181]

Als letzter Religionslehrer und Kantor war bis 1938 Joseph Zucker tätig, bis zum Verbot im März 1933 übernahm er auch das Schächten. Gelegentlich half der pensionierte Lehrer David Samuel Kaufmann als Kantor aus. David Kahn hatte bis zur erzwungenen Auflösung der jüdischen Gemeinde das Amt des Vorstehers inne. Gemeindediener, Kassierer und Friedhofswärter war Georg Zilch; seine Ehefrau Anna betreute das Ritualbad in der Synagoge. Beide waren nicht jüdisch.[182]

Bald nach der „Machtübergabe" an die Nationalsozialisten besetzten diese im Zuge des Gleichschaltungsgesetzes alle öffentlichen Gebäude der Stadt. Bis Juli 1933 bestand der Stadtrat nach Auflösung der übrigen Parteien nur noch aus Mitgliedern der NSDAP. Der Kreisvorsitzende und Ortsgruppenleiter der NSDAP Franz Burkart wurde zum kommissarischen Bürgermeister ernannt.[183] Am 15. April 1933 brachten SA-Männer den 23-jährigen Juden Albert Krämer ins Versammlungshaus der SA und schlugen ihn dort so schwer zusammen, dass er einen Arzt aufsuchen musste.[184] Mit Blick auf die Verordnung vom 14. Juli 1933 beantragten Kreisamt und Bürgermeister im September 1933 die „Ausbürgerung" und Ausweisung von vier nach dem 9. November 1918 nach Dieburg eingereisten „unerwünschten" galizischen und polnischen Jüdinnen und Juden.[185] Ihnen wurden eine marxistische Einstellung und politische Betätigung unterstellt sowie zynischerweise ihre infolge erzwungener Geschäftsaufgabe zu erwartende Armut, wegen der sie der öffentlichen Fürsorge zur Last zu fallen drohten.[186] Nachdem im Oktober 1933 SA-Leute in die Wohnung der Familie Kurzmann mehrere Schüsse abgegeben hatten, bagatellisierten die Behörden die Tat als „Unfug einiger junger S. A. Leute in angeheiterter Stimmung". Gustav Kurzmann sei angeblich „ein äusserlich sehr unsympatischer [sic!] Jude" und falle als Filialleiter der Firma Schade & Füllgrabe in Dieburg zu sehr auf. Man riet der Firmenleitung, ihn deshalb zu versetzen.[187] Eine für den 25. Februar 1934 angesetzte Bezirkstagung des Central-Vereins in Dieburg wurde wegen einer gleichzeitig stattfindenden „Amtswaltervereidigung" abgesagt. In der Begründung der NSDAP-Kreisleitung Dieburg heißt es dazu: „Ich würde es als einen gewissen Hohn betrachten, wenn auf der einen Seite unsere Amtswalter das Stadtbild beleben und auf der anderen Seite zu gleicher Zeit die Galizier dazwischen herumwackeln."[188] Bis zum August 1934 hingen noch Plakate im Saal des Hotels „Mainzer Hof" mit der Aufschrift „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter!", obwohl das Reichswirtschaftsministerium Anfang des

Monats aus Gründen der Außenwirkung die Entfernung derartiger Plakate angeordnet hatte.[189] In der Gemeinderatssitzung vom 11. September 1935 bestimmten die Mitglieder, dass Juden vom Grundstücks- und Immobilienkauf sowie von Versteigerungen ausgeschlossen werden sollten. „Volksgenossen“ dürften keine geschäftlichen oder freundschaftlichen Kontakte mit Juden pflegen, sonst erhielten sie keine soziale Unterstützung oder städtischen Aufträge mehr.[190] Die Namen von Bürgern, die weiterhin bei Juden kauften, standen auf einer „Schwarzen Tafel“, oder die Personen wurden der Öffentlichkeit als „Judenknechte“ vorgeführt. Antisemitische Parolen verunstalteten die Synagoge.[191] Im September 1935 warfen unbekannte Täter etwa 50 Grabsteine auf dem Jüdischen Friedhof um und beschädigten dessen hinteres Eingangsportal.[192] Ab Juni 1936 war Jüdinnen und Juden das Betreten des Schlossgartens verboten.[193]

Die Synagoge geriet nun ebenfalls ins Visier der Nationalsozialisten. So forderte das Hochbauamt Dieburg im Jahr 1934 die Schließung der Baulücke vor der Synagoge mit zwei Wohnhäusern, denn der Neubau mache den Eindruck eines Kinos und stehe „völlig fremd in der Umgebung“. Man solle die jüdische Gemeinde zwingen, die Lücke wieder zu schließen, damit der geschlossene Eindruck der Marktplatzbebauung wieder hergestellt sei und „auch der unerfreuliche Anblick der in ihrer Umgebung fremd und anmaßend wirkenden Synagoge“ verschwinde. Da dies an den Kosten scheiterte, bepflanzte man die Gebäudelücke mit kanadischen Pappeln, die von nun an die Synagoge verbargen.[194]

Die Wirtschaftskrise und die hohe finanzielle Belastung durch den Synagogenneubau hatten das Finanzbudget der jüdischen Gemeinde bereits vor der nationalsozialistischen Herrschaft aufgezehrt. Deshalb hatte die bürgerliche Gemeinde mit Bürgermeister Heinrich Josef Wick im Juni 1931 als Sicherheit für ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von 6.000 Mark bei der Hessischen Landesbank Darmstadt die Bürgschaft für die Israelitische Religionsgemeinde übernommen. Dennoch hatte die Bank auf der Eintragung einer Hypothek auf den unbelasteten Synagogenbau und das zugehörige Grundstück bestanden.[195] Als die jüdische Gemeinde im Frühjahr 1935 die anstehenden Zinsen nicht mehr bezahlen konnte, bot die Landesbank die Umwandlung in ein langfristiges Darlehen an, vorausgesetzt die Stadt Dieburg hielt weiterhin an der Bürgschaft fest. Der neue nationalsozialistische Bürgermeister antwortete knapp, es sei ihm nicht möglich, weiterhin die Bürgschaft zu übernehmen, da „z. Zt. von allen Volksgenossen des Kreises ein verschärfter Kampf gegen das Judentum geführt“ werde. Daraufhin forderte die Bank von der Stadt die Einlösung der Bürgschaft. Um die erforderlichen Mittel in Höhe von 6.000 Mark begleichen zu können, empfahl sie der Behörde die Zwangsvollstreckung.[196] Das Gleiche beantragte auch die Bezirkssparkasse Groß-Umstadt in Dieburg für die bei ihnen anstehenden Darlehen. Alle Versuche, Gelder einzusparen, etwa durch die Kündigung des Religionslehrers, erwiesen sich als aussichtslos. Schließlich sollten sogar die Gemeindeglieder mit ihrem Privatvermögen für die Deckung der Schulden haften.[197]

Trotz aller Sorgen um die Finanzen und die eigene Existenz hatte die jüdische Gemeinde im Dezember 1935 einen Unterhaltungsabend im Café Goldschmidt veranstaltet, an dem Jugendliche kleine Theaterstücke aufführten. Bei der von einem Gestapo-Beamten in Zivil überwachten Veranstaltung war eine Spendensammlung zugunsten der jüdischen Winterhilfe durchgeführt worden.[198] Während bereits im Jahr 1933 sieben vorwiegend jüngere Jüdinnen und Juden Dieburg verlassen hatten, flüchteten bis zum August 1938 etwa zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung aus der Stadt, sodass nur noch 54 Gemeindeglieder übrig blieben.[199] Die meisten wanderten in die USA aus oder verzogen innerhalb von Deutschland.[200]

Die Pogrome am 10. November 1938

In zwei voneinander unabhängigen Wellen erfolgten am 10. November 1938 die Übergriffe auf die Wohnhäuser der jüdischen Dieburgerinnen und Dieburger. In den frühen Abendstunden zog eine aufgestachelte, gewaltbereite Horde Jugendlicher unter Führung des SA-Mannes Karl Braunwarth und eines weiteren Mannes (J. E.) durch die Stadt. Von den folgenden Ausschreitungen waren fast alle jüdischen Familien betroffen. Zunächst verhinderte das mutige Eingreifen des J. S., der die mit Stangen bewaffnete Meute mit vorgehaltener Pistole bedrohte, Zerstörungen an den Häusern der verwitweten Rika Bender und der Eheleute Frieda und Simon Lorch in der Darmstädter Straße.[201] Danach zog der Trupp zum Haus von Berta und Ludwig Katz in der Steinstraße. Die Männer schlugen die Schaufenster des Manufakturwarengeschäftes mit Stangen ein und drangen zunächst in den Laden ein, demolierten die elektrische Beleuchtung und zerstörten die Einrichtung. Anschließend zerschlugen die Randalierer das Inventar der im Obergeschoss befindlichen Wohnung. Sie begrüßten die nicht als Jüdin geborene Berta Katz mit den Worten: „Da ist sie ja, die Rasseschänderin.“ Nach dem Überfall fehlten der gesamte Schmuck und das Bargeld.[202] Auch bei Gustav Lorch in der Theobaldstraße zerschlugen die Männer die gesamte Inneneinrichtung

und warfen einen noch glühenden Ofen um.[203] Besonders heftig traf es die Familie von Max Lorch in der Frankfurter Straße. Die Horde jagte die Familie in den Hof und nahm dann die Zerstörungen vor. Ida Lorch wurde ins Gesicht geschlagen. Auf dem Marktplatz hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge versammelt.[204] Unter der Aufsicht von zwei tatenlos zuschauenden Gendarmeriebeamten zerschlugen die Jugendlichen die Schaufenster des Schuhgeschäfts Wiesenfelder, zerstörten die Einrichtung, plünderten und warfen Schuhe auf die Straße.[205] Der am selben Tag von der Gestapo festgenommene Siegbert Lorch, Sohn von Max Lorch (II), sah auf dem Weg zum KZ Buchenwald vom Bus aus das Ergebnis der Zerstörungen an seinem Elternhaus (Altstadt 8): die zerstörten Glasfenster und die zertrümmerte Eingangstüre, auf der Straße liegende Möbel und Bettwäsche. Auch seine Eltern waren nachts in den Wald geflüchtet und erst am frühen Morgen wieder zurückgekehrt.[206] Ein Nachbar versteckte sie eine Zeit lang in seinem Stall.[207]

Den zweiten Überfall leitete am selben Tag der Truppführer des SA-Reservesturms Karl Böhle. Ihm hatte der stellvertretende Ortsgruppenleiter Bauer aus Groß-Zimmern am späten Abend befohlen, die noch intakten Wohnungseinrichtungen der jüdischen Familien restlos zu zerstören. Die in Zivil gekleideten SA-Männer zogen gegen viertel nach zehn Uhr von ihrem Sturmbüro in der Bahnhofswirtschaft Diehl los und vollendeten teilweise mit Äxten das gewalttätige Werk der ersten Truppe.[208] Während der Übergriffe waren zahlreiche Dieburger Bürger auf den Straßen unterwegs, vor den Anwesen der jüdischen Familien bildeten sich Menschenansammlungen.[209]

Am Nachmittag des 10. November verhaftete die Gestapo zehn jüdische Dieburger und sperrte sie zunächst in eine Zelle im Keller der Bürgermeisterei.[210] Am nächsten Tag brachte ein Bus die Männer zusammen mit den Juden der Nachbarorte ins Konzentrationslager Buchenwald.[211] Neun von ihnen kehrten bis zum Jahresende wieder nach Dieburg zurück. Simon Lorch starb am 27. November in Buchenwald, angeblich an Herzschwäche. Seine Ehefrau Frieda erhielt die Urne mit der Asche ihres Mannes. Am 14. Dezember 1938 bestattete der Friedhofswärter Georg Zilch die Urne heimlich auf dem jüdischen Friedhof zwischen den Gräbern ihrer Schwiegereltern Löb und Sette Lorch.[212]

Nur die „Vollzugsmeldung“ des Führers der SA-Brigade 50 (Starkenburg) in Darmstadt vom 11. November 1938 dokumentiert die Zerstörung der Inneneinrichtung der Synagoge.[213] Weder über den genauen Zeitpunkt und das Ausmaß ihrer Zerstörung noch zu den Tätern, mutmaßlich die SA-Standarte 186, gibt es Dokumente oder Zeugenaussagen.[214] Nach den Ermittlungen der JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) hatte die jüdische Gemeinde die Kultgegenstände wegen der bevorstehenden Schließung ihrer Synagoge noch kurz vor den Novemberpogromen in die Synagoge Friedrichstraße in Darmstadt gebracht, wo sie am 10. November 1938 verbrannten.[215] Wie Georg Zilch berichtete, wurde die Dieburger Synagoge am 10. November geschlossen, die Polizei habe ihm anschließend die Schlüssel abgenommen. Einige Tage später sei die Plünderung der Synagoge – vermutlich durch örtliche NSDAP-Mitglieder – erfolgt; noch vorhandene Ritualien und Geräte habe der damalige Bürgermeister verkauft.[216] Zilch habe auf Anweisung des Vorstehers David Kahn die wohl noch in der Wochentagssynagoge befindlichen restlichen Gebetsbücher und Gebetsmäntel in drei Säcke gepackt und auf dem jüdischen Friedhof begraben.[217] Der Gesamtschaden am Innenraum der Synagoge belief sich nach Berechnungen der JRSO auf rund 85.550 DM.[218]

Zwei Tage nach dem Pogrom erfolgte auf Antrag der Bezirkssparkasse die Zwangsvollstreckung.[219] Da die jüdische Gemeinde zahlungsunfähig war und die bürgerliche Gemeinde sich weigerte, die Bürgschaft für die zweite Forderung der Hessischen Landesbank in Höhe von 5.500 RM aufrechtzuerhalten, musste die Stadt Dieburg die Synagoge am 12. November 1938 im Zwangsversteigerungsverfahren für 2.000 RM erwerben. Zudem war sie als Bürge verpflichtet, die Forderung der Landesbank und damit die Gesamtschuld in Höhe von 7.651,25 RM zu begleichen. Die übrigen Kapitalschulden der jüdischen Gemeinde, die nicht durch Hypotheken abgesichert waren, blieben unbezahlt.[220] Vermutlich noch im Februar 1939 wurden mit dem Abbruch der Toranische die markanten jüdischen Merkmale des Bauwerks eliminiert.[221] Nach dem Umbau nutzte die Stadt das Synagogengebäude als Lagerraum für Heeresausrüstungen und vermietete es im März 1940 an den Reichsarbeitsdienst.[222] Während des Kriegs dienten die Räume als

Abb. 23: Ausgeplünderte Synagoge von Osten ohne Toranische, 1946. Stadtarchiv Dieburg.

Kleiderkammer und Werkstätten für französische Kriegsgefangene.[223]

Die Begehrlichkeiten der politischen Gemeinde und einiger Dieburger Bürger richteten sich im Folgenden auf die Anwesen und landwirtschaftlichen Grundstücke der nach den Pogromen aus der Stadt geflüchteten sowie der noch dort ausharrenden jüdischen Familien.[224] Waren im Juli 1939 noch elf Häuser in jüdischem Besitz, mussten sich im August 1941 sieben Familien mit drei Häusern begnügen. Zur Vorbereitung der „Umsiedlung" der Dieburger Jüdinnen und Juden ordnete der nationalsozialistische Bürgermeister schließlich die Konzentration von 16 Personen auf die Wohnhäuser der Familien Katz (Steinstraße 55, heute Fuchsberg 4) und Lehmann (heute Spitalstraße 16) an.[225] Am 18. März 1942 holte die Gestapo die Eheleute Julie und Adolf Lehmann, die Witwe Lina Rothschild, Rosa Lorch mit ihren erwachsenen Töchtern Lilli und Ilse sowie David und Babette Kahn mit dem 19-jährigen Jakob und der 13-jährigen Lotte in der Steinstraße 55 ab und verschleppte sie in die als zentrales Sammellager eingerichtete Justus-Liebig-Oberrealschule in Darmstadt.[226] Am 24. März befanden sich die zehn Dieburgerinnen und Dieburger unter den rund 370 Menschen aus der Provinz Starkenburg, die an den Güterbahnhof Darmstadt getrieben wurden. Sie mussten den Zug besteigen, der sie ins Ghetto Piaski fuhr. Dort verlieren sich ihre Spuren.[227]

Die Eheleute Max und Frieda Krämer sowie Hermann und Sarah Katz holte die Gestapo im September 1942 ab und brachte sie nach Darmstadt, von wo sie am 27. September ins Ghetto Theresienstadt verschleppt wurden.[228] Am 8. März 1943 nahm die Gestapo auch den in gemischtkonfessioneller Ehe mit Berta, geb. Weller, lebenden Ludwig Katz fest. Er kam am 21. Mai 1943 mit einem Sammeltransport ins Vernichtungslager Auschwitz, wo er am 19. September umgebracht wurde.[229] Das gleiche Schicksal traf Berta Keller, geb. Fuchs, die mit einem nichtjüdischen Mann verheiratet war.[230] Von den 159 am 16. Juni 1933 in Dieburg gemeldeten Jüdinnen und Juden konnten die meisten flüchten, vor allem in die USA, einige nach Palästina, Frankreich, Holland, England, Kuba und Südafrika.[231] 41 starben in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern entweder an den unmenschlichen Haftbedingungen, oder sie wurden direkt ermordet.[232] Frieda Krämer und ihre Schwägerin Fanny Krämer, Ehefrau von Rudolf Krämer, überlebten beide das Konzentrationslager Theresienstadt.[233] Das „dem Reich verfallene Vermögen der abgeschobenen Juden" und die „zurückgelassenen Haushaltungsgegenstände" wurden anschließend verkauft oder versteigert.[234]

Abb. 24: Lotte Kahn, geb. 16. April 1928, deportiert mit ihren Eltern David und Babette sowie Bruder Jakob am 25. März 1942 nach Piaski, für tot erklärt. Yad Vashem Archives.

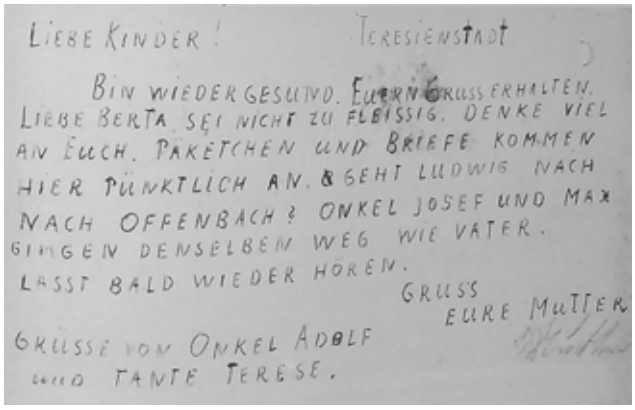


Abb. 25: Postkarte von Sarah Berta Marie Katz an ihre Schwiegertochter Berta aus dem KZ Theresienstadt, Mitteilung des Todes von Familienmitgliedern „zwischen den Zeilen", 30. Juli 1943, ermordet am 16. Mai 1944 in Auschwitz. Stadtarchiv Dieburg.

Die Eingliederung der Israelitischen Religionsgemeinde Dieburg in die Reichsvereinigung der Juden in Deutsch-

land im Mai 1941, als die Gemeinde faktisch nicht mehr bestand, diente der Aneignung des noch vorhandenen jüdischen Grundbesitzes, insbesondere des während der Novemberpogrome teilweise verwüsteten jüdischen Friedhofs, der im Januar/Februar 1942 an die Reichsvereinigung überging.[235] Nach der Beschlagnahmung des Vermögens der Bezirksstelle Hessen / Hessen-Nassau der Reichsvereinigung im Juni 1943 gelangte der Friedhof in den Zuständigkeitsbereich des Finanzamtes Dieburg.[236] Im Januar 1943 hatte Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Peter Diehl der Reichsvereinigung nach deren Anfrage angeboten, das 10.838 qm umfassende Gelände des jüdischen Friedhofs für 6,50 RM zu erwerben. Diesen dreisten Preisvorschlag, den er im Monat darauf auf 650 Mark revidierte, begründete Diehl damit, dass der Friedhof wegen der jüngsten Bestattungen landwirtschaftlich nicht genutzt werden könne und „die Aufräumungsarbeiten, das Wegräumen der zumeist wertlosen Grabsteine und Einfassungen, das Herausbrechen der Grabsteinfundamente, das Abbrechen der Einfiredigungsmauer [sic!] und das Abfahren des sich ergebenden Schuttes erhebliche Kosten verursachen“ würde, „die sich kaum mit dem Wert des gewonnenen Materials decken dürften“.[237] Schließlich einigten sich das Finanzamt Dieburg als kommissarischer Verwalter des Friedhofs und Bürgermeister Diehl im Juli. Da das Vermögen der Reichsvereinigung offiziell noch nicht auf das „Reich“ übergegangen war, wurde die Eintragung ins Grundbuch noch nicht vorgenommen. Ob ein Kaufvertrag zustande kam, ist nicht bekannt.[238] Noch vor den Vertragsverhandlungen ließ die Stadtverwaltung im Jahr 1942 etwa 300 Grabsteine vom jüdischen Friedhof als Baumaterial abtransportieren. Ein örtlicher Baumeister verlegte beim Umbau des Schlosses Fechenbach zu einem NSDAP-Parteihaus 200 Grabsteine teilweise angeblich mit den Inschriften nach oben als Fußbodenbelag für eine neue Terrasse mit Freitreppe. Einige verwendete man für den Bau des Luftschutzraums im Parteihaus.[239]

Abb. 26: Herbert Hain in der durch die Zweckentfremdung als Flüchtlingsunterkunft und Lagerraum teilweise zerstörten Synagoge, 1946. Stadtarchiv Dieburg, aus dem Besitz von Herbert Hain.

Nach der Schoa – Friedhofsinstandsetzung, DP-Lager Dieburg und Wiedereinweihung der Synagoge

Am 25. März 1945 wurde Dieburg von den Amerikanern eingenommen.[240] Die ehemaligen Dieburger Herbert Hain und Siegbert Lorch kamen als US-Soldaten zurück nach Hessen.[241] Auf ihren Wunsch hin sorgte der von der Militärregierung eingesetzte Bürgermeister Ludwig Steinmetz bereits im April für die Instandsetzung des jüdischen Friedhofs. Elf ehemalige NSDAP-Mitglieder mussten auf Anordnung der Stadtverwaltung die Friedhofsanlage „in einen der Würde des Ortes entsprechenden Zustand“ zurückversetzen.[242] Im Keller eines Dieburger Hausschuhmachers hatte der katholische Pfarrer Friedrich Geoerg noch während der NS-Zeit rund 250 Torarollen entdeckt, die der Handwerker zur Herstellung von Hausschuhen von Frankfurt als „Zuteilung“ erhalten habe. Die vermutlich in verschiedenen hessischen Orten geplünderten Rollen wurden nach dem Krieg in den Turm der Dieburger Wallfahrtskirche gebracht und durch Soldaten der US-Armee mit drei Lastwagen nach Frankfurt abtransportiert.[243]

Etwa ab Mitte Oktober 1945 ordnete die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) die Unterbringung von 500 lettischen *Displaced Persons* (DPs) in Dieburg an. Diese wohnten in beschlagnahmten Privathäusern sowie in zwei konfiszierten Sammelunterkünften. Nach Verlegung der lettischen DPs nach Darmstadt zogen Ende Oktober 1946 in dieses „Lager 560 Dieburg“ jüdische *Displaced Persons* ein. Die aus den

Konzentrationslagern befreiten, hauptsächlich aus Osteuropa stammenden jüdischen Familien kamen aus dem überfüllten und unzulänglichen Lager in Babenhausen.[244] Zur Unterbringung der rund 800 Menschen wurden weitere Wohnhäuser im Stadtgebiet und in der sogenannten SA-Siedlung (Grenz- und Feldstraße) beschlagnahmt, außerdem vier Häuser im Nachbarort Münster. Bei dem Lager in Dieburg handelte es sich nicht um ein geschlossenes Lager wie an anderen Orten, sondern die Wohnbereiche der DPs waren über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Am Stadtrand lag das Bischöfliche Konvikt, das etwa 120 bis 200 Personen als Sammelunterkunft diente; andererseits hatten hier die Lagerverwaltung, das AJDC (American Jewish Joint Distribution Committee) und die Lagerpolizei ihre Diensträume. In dem Gebäude befanden sich ferner die Krankenstation, ein Kindergarten sowie die Lebensmittel- und Kleidermagazine. Rund 120 DPs bewohnten das in Stadtmitte gelegene Schloss Fechenbach, in dem zunächst auch die Lagersynagoge eingerichtet war.[245] Die von DPs gegründete Fußballmannschaft „Hapoel Dieburg“ trat gegen andere „Lagermannschaften“ aus Hessen an.[246]

Die zum größten Teil mitten in Dieburg lebenden osteuropäischen jüdischen Familien stießen bei der einheimischen Bevölkerung auf wenig Akzeptanz. Auf die Einquartierung in 50 Anwesen ehemaliger NSDAP-Mitglieder, darunter auch Häuser der vertriebenen, deportierten Mitglieder der jüdischen Gemeinde, wurde, auch vor dem Hintergrund der herrschenden Wohnraumnot, mit antisemitischen Ressentiments reagiert. Aus Neid auf die Lebensmittelzuteilungen und die angeblichen Vergünstigungen der DPs verstieg sich ein Dieburger Bürger zu folgenden in einem Bericht der NARA (National Archives and Records Administration) vom April 1947 wiedergegebenen Bemerkungen: „Wir müssen hart arbeiten und haben trotzdem nicht genug zu essen für uns und unsere Kinder, aber diese dreckigen Juden müssen nicht arbeiten und bekommen mehr zu essen als sie essen können.“[247] Diese von Antisemitismus geprägten Worte zeugen vom Fehlen jeglichen Schuldbewusstseins oder Empathie mit den „Entwurzelten“ aus Osteuropa, die noch stärker als fremd wahrgenommen wurden als die jüdischen Dieburgerinnen und Dieburger. Da sie ihre Stadt außerdem als weniger nationalsozialistisch einschätzten, fühlten sich die Einheimischen von der Militärbehörde ungerecht behandelt. Es kam zu judenfeindlichen Übergriffen in Form von zerbrochenen Scheiben, Bedrohungen und Beschimpfungen, sodass Bürgermeister Steinmetz und die Militärregierung die Bevölkerung wiederholt ermahnen mussten. Die jüdischen DPs und ihre hohe Geburtenrate wurden während der wieder erlaubten Fastnacht teilweise bösartig verspottet. Andererseits ergaben sich auch alltägliche konfliktfreie Kontakte bei der Einstellung von nichtjüdischem Personal in DP-Haushalten, bei der Bestellung der Nutzgärten in den Privatanwesen oder beim Schwarzmarkthandel.[248]

Die bereits am 1. Dezember 1946 beschlagnahmte, durch die Zweckentfremdung teilweise beschädigte Synagoge am Marktplatz wurde auf Anordnung der US-Behörde im Frühjahr 1947 für die jüdischen DPs wieder hergerichtet. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten mit Kosten in Höhe von rund 50.000 Mark konnte das jüdische Gotteshaus am 29. Juli 1947 durch den Wiesbadener Militärrabbiner William Z. Dalin erneut eingeweiht werden. Die Überführung der Torarollen vom Schloss Fechenbach in die Synagoge und den anschließenden feierlichen Gottesdienst begleiteten etwa 2.000 Gäste, darunter der Gouverneur der Militärregierung von Großhessen James R. Newman, mehrere hochrangige Vertreter der Militärregierung sowie Landrat Ritzert, Bürgermeister Steinmetz und die Geistlichen beider Konfessionen. Grüße und Glückwünsche kamen auch vom hessischen Ministerpräsidenten und den in den USA lebenden Jüdinnen und Juden.[249]

Abb. 27: Synagoge während der DP-Zeit, ein Mädchen sagt „Brachot“ (Segenssprüche) vor Torakundigen, rechts Schuldiener Lehr, um 1947. Stadtarchiv Dieburg, aus dem Besitz von Herbert Hain.

Im Verlaufe des Prozesses wegen seiner NS-Vergangenheit bestätigte der ehemalige Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Peter Diehl die Verwendung jüdischer Grabsteine für das Parteihaus im Schloss Fechenbach. 1947 verfügten Militärregierung und Landrat den Ausbau der Grabsteine durch die damals ausführende Baufirma Fett. Sie brachte die Steine in sechs Lastwagen zunächst zur Synagoge, wo ihnen am 8. Januar 1948 in einem religiösen Zeremoniell ihre Würde zurückgegeben wurde. Der von 1947 bis 1951

Abb. 28: Schloss Fechenbach, Bergung der zweckentfremdeten Grabsteine durch Shlomo Eisenberg und andere DPs, um 1947. Yad Vashem Archives.

Abb.29: Jüdischer Friedhof Dieburg, Grabsteinfragmente, aufgeschichtet zu einer Pyramide, Januar 1990. Stadtarchiv Dieburg.

im orthodoxen Betsaal in Frankfurt tätige Rabbiner Uri Bluth sprach in einer bewegenden Rede die Profanierung des Friedhofs und die qualvollen Jahre in den Konzentrationslagern an. In einer langen Prozession begleiteten etwa 560 jüdische DPs den Transport der Grabsteine von der Synagoge zurück zum jüdischen Friedhof. Da ihr ursprünglicher Standort nicht mehr lokalisierbar war, wurden die *Mazzewot* an der östlichen Friedhofsmauer aufgestellt. Die nicht mehr zuzuordnenden Fragmente stapelte man zu einer Pyramide auf.[250]

Im August 1949 wurde das DP-Lager aufgelöst und die beschlagnahmten Gebäude bald darauf zurückgegeben. Die jüdischen DPs wanderten in die USA oder in den neu gegründeten Staat Israel aus. Die höchste Belegung des Lagers wird für Januar 1947 mit 917 Personen angegeben.[251]

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, weiteres Schicksal der Synagoge, jüdischer Friedhof und Gedenkkultur in Dieburg

Am 26. November 1946 verurteilte das Landgericht Darmstadt den ehemaligen SA-Angehörigen Karl Braunwarth zu einem Jahr und sechs Monaten und den geständigen J. E. zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis, beide wegen schweren Landfriedensbruchs. Der Richter billigte den Angeklagten mildernde Umstände zu, da sie durch die jahrelange antisemitische Propaganda abgestumpft gewesen seien, doch hätten sie sich ohne innere Hemmung und dienstlichen Befehl an der „Judenaktion“ in Dieburg beteiligt.[252] Mit der Meldung der Täter und der Benennung von Zeugen an die Staatsanwaltschaft Darmstadt leistete Bürgermeister Steinmetz einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung des zweiten Übergriffs auf die jüdische Bevölkerung während der Pogromnacht in Dieburg. So erhielten nach dem Urteil vom 20. Dezember 1946 der geständige Anführer Karl Böhle wegen schweren Landfriedensbruchs ein Jahr und drei Monate, fünf weitere Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruchs je zehn Monate Gefängnis.[253]

Die JRSO bot die leer stehende Synagoge ab Dezember 1949 zum Verkauf an. Mit dem Verkaufspreis orientierte sie sich zunächst am Einheitswert, der zum 10. Dezember 1938 den Betrag von 30.000 Mark ausmachte, reduzierte die Summe jedoch auf 10.000 bis 15.000 DM. Da die Stadt Dieburg nicht mehr als 6.000 bis 8.000 DM zahlen wollte, verkaufte die JRSO das Gebäude mit dem Grundstück am 14. Juni 1951 für 9.600 DM an den Möbelhändler Hans Draut.[254] Dieser baute den Innenraum für seine Zwecke um und ließ zusätzliche große Öffnungen in den unteren Teil der Fassade einbrechen. Im ehemaligen Synagogengarten wurde ein zweistöckiges Wohnhaus errichtet. Im Jahr 1957 erwarb ein Kinobetreiber das Gebäude und baute es zum Lichtspieltheater aus, das die untere Hälfte der Fassade mit einem Vorbau verbarg. Durch den Umbau zu einem Supermarkt im Herbst 1964 wurden die Kubatur der ehemaligen Synagoge vollständig verändert und noch vorhandene Außenwände abgebrochen oder hinter einer Verkleidung verborgen. Für die Errichtung einer Sparkasse im Jahr 1986 erfolgte mit der vollständigen Planierung des einstigen Synagogengrundstückes die Beseitigung der letzten baulichen Reste.[255] Eine Bronzetafel an dem Bankgebäude gedenkt „der wechselvollen Geschichte dieses Platzes, die über Jahrzehnte durch das religiöse Leben der ehemaligen jüdischen Gemeinde geprägt wurde“, und stellt das Schicksal des Gebäudes in chronologischer Abfolge dar.

Abb.30: Ehemalige Synagoge nach dem Umbau zum Möbelgeschäft, um 1953. Stadtarchiv Dieburg.

Für seine Verdienste als Synagogendiener und Pfleger des jüdischen Friedhofs, den er während der DP-Zeit sogar ehrenamtlich betreute, erhielt Georg Zilch das Gartengrundstück hinter der Synagoge als Geschenk der Militärregierung.[256] Der Friedhof war im Juli 1955 und wiederholt in den 1980er Jahren das Ziel von Grabschändern.[257] Um ihrer verstorbenen Angehörigen auf dem jüdischen Friedhof zu gedenken und die Grabstätten in Ordnung zu bringen, reisten ab den frühen 1980er Jahren zahlreiche Überlebende vor allem aus den USA nach Dieburg. Deren Kritik am desolaten Zustand der Anlage mit 300 aus Sicherheitsgründen „umgelegten" Grabmälern und der Scheck des in den USA lebenden Harry (Hans) Lorch, Sohn von Ida und Max Lorch, in Höhe von 1.000 Dollar stießen letztlich die Sanierung der Grabsteine an, die ab 1990 mit finanzieller Unterstützung des Landkreises, der Stadt Dieburg sowie von elf Gemeinden des Landkreises Dieburg umgesetzt werden konnte.[258]

Im November 1988 ließ die Stadt Dieburg anlässlich des 50. Jahrestages der Novemberpogrome im Fechenbachpark einen schlichten Gedenkstein aus dunklem Granit aufrichten, der die Inschrift trägt: „Zum Gedenken an die jüdische Gemeinde Dieburg 1348–1943".[259] 1993 setzte Günter Keim mit seinem auf fundierten Quellenrecherchen beruhenden umfangreichen Buch zu 600 Jahren jüdischer Geschichte in Dieburg einen Markstein für die Aufarbeitung der Vergangenheit der Stadt. Keim hatte bereits seit 1978 Kontakte zu Überlebenden geknüpft und die jüdischen Gäste während ihres Aufenthaltes in Dieburg begleitet.

Mit der 2009 erstmals im Museum Schloss Fechenbach gezeigten Wanderausstellung „Jüdisches Leben in Dieburg" wurde der Öffentlichkeit ein Modell der Synagoge im Zustand von 1929 sowie ein Film mit Zeitzeugeninterviews präsentiert.[260] Die einzigen drei Stolpersteine der Stadt liegen auf privatem Grund für die in Majdanek ermordete Familie Max, Sigrid und Ida Lorch. Anstelle von Stolpersteinen wurde im

Abb. 31: „Gedankenstein" für die ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger von Martin Konietschke, Reliefseite, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Oktober 2016 in Erinnerung an die deportierten und ermordeten jüdischen Bürgerinnen und Bürger vor dem Landratsamt der von dem Dieburger Künstler Martin Konietschke entworfene und gefertigte „Gedankenstein" enthüllt. Auf einem länglichen, außen nahezu roh belassenen massiven Sandsteinquader ist über drei Zylinderstümpfen eine querformatige Bronzetafel aufgestellt. Die eine Seite der Tafel ist überschrieben mit dem bekannten Zitat des amerikanischen Philosophen Jorge (George) Sanrayana: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen." Darunter stehen die Namen von 36 in den Konzentrations- und Vernichtungslagern Ermordeten aus der ehemaligen jüdischen Gemeinde Dieburg. Das Relief auf der Rückseite zeigt eine Familie in Reisekleidung mit Koffer und Rucksäcken. Nur das kleine Kind auf dem Arm der Mutter schaut den Betrachter an, die Eltern und das größere Kind sind in Rückansicht gezeigt. Die Konturen der Figuren verschwinden in der Tiefe.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Lothar Lammer (Museum Schloss Fechenbach), Jona Ostheimer (Stadtarchiv Dieburg), Ulrike Posselt (Kulturamt Dieburg), Pfarrer Alexander Vogl (Katholische Kirchengemeinde

Dieburg), Wolfgang und Hannelore Gondolf (Pfarrarchiv katholische Gemeinde Dieburg) sowie Netanja Hüttenmeister (Steinheim-Institut), Rainer Josef Barzen (Universität Münster), Elisabeth Hollender (Goethe-Universität Frankfurt am Main) und Jörg Müller (Universität Trier).

Dieburg in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/115

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1429	etwa 10 Familien
1676	6 Familien
1739	5 Familien
1773	4 Familien
1796	8 Familien
1808	10 Familien
1811	14 Familien
1829	107 Personen
1834	97 Personen
1843	88 Personen
1846	123 Personen
1856	144 Personen
1867	147 Personen
1880	169 Personen
1890	162 Personen
1900	160 Personen
1914	36 Familien
1919	171 Personen
1925	175 Personen
1931	170 Personen
16. Juni 1933	159 Personen
1935	119 Personen
1937	65 Personen
9. August 1938	54 Personen
Mai 1939	29 Personen
August 1941	3 Familien mit 16 Personen
September 1942	14 Personen
31. Dezember 1946	858 Personen
31. Januar 1947	917 Personen
1. Mai 1948	815 Personen
1. März 1949	421 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 136–137 (1880, 1933, 1937, 1939, 1942); CAHJP, JRSO-Hes-040a (1938); Eckhart G. Franz, „Schutzjuden“ und „Judenbürger“, in: L'chajim, S. 25 (1867, 1900, 1925); HStAD, A 14, Nr. 373 (1429); HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17 (1941); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 214 (1933); Keyser, Hessisches Städtebuch (1856); Köhn, Zweierlei Raum, zweierlei Wirkung, S. 96 (1946, 1947, 1948, 1949); Lilienthal, Saul, Mit jüdischen Augen durch deutsche Lande, in: Israelitisches Familienblatt 24, 11. Juni 1931; StadtA Dieburg, A, Nr. 1015 (1935); Nr. 1042 (1914); StadtA Dieburg, B, Nr. 1/2, fol. 92 (1739); StadtA Dieburg, Bürgermeisterrechnung 1676; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 1/49 (1900, 1933); Nr. 410 (1808); Nr. 472 (1919); Nr. 475 (1773, 1796, 1811, 1834, 1843, 1846); Nr. 481 (1935); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 45 (1829); YVA, O.52, Nr. 391 (1933).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Battenberg, J. Friedrich, Dieburg in: Arye Maimon (Hrsg.), Germania Judaica Bd. III/1, Tübingen 1987, S. 225–229.

Becker, Friedrich (Hrsg.), 125 Jahre Turnverein Dieburg – Ein Verein und seine Stadt, Dieburg 1988.

Braasch-Schwersmann, Ursula (Hrsg.), Hessischer Städteatlas, Lieferung I/4: Dieburg, Marburg 2005.

Ebersmann, Jakob, Katholischer Kirchenkalender der Pfarrei Dieburg für das Jahr 1915–1930, Reprint, Dieburg 1988.

Emslander, Heinz, Dieburger Fauteibuch, Dieburg 1985.

Höbelheinrich, Norbert, Die neun Städte des Mainzer Oberstifts. Ihre verfassungsmäßige Entwicklung und ihre Beteiligung am Bauernkrieg, 1345–1527, Nachdruck der Ausgabe Wiesbaden 1939, Hildesheim 1994.

Keim, Günter, Beiträge zur Geschichte der Juden in Dieburg, Dieburg 1993.

Keyser, Erich (Hrsg.), Hessisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte, Bd. 4/1), Stuttgart 1957.

Knufinke, Ulrich, Dieburg. Synagoge am Markt, in: Aliza Cohen-Mushlin/Harmen Thies (Hrsg.), Synagogenarchitektur in Deutschland. Dokumentation zur Ausstellung, Petersberg 2008, S. 255–257.

Köhn, Holger, Zweierlei Raum, zweierlei Wirkung. Displaced Persons-Lager in Babenhausen und Dieburg 1946–1950, Magisterarbeit Darmstadt 2004.

Lammer, Lothar/Maria Porzenheim/Karin Zuleger (Hrsg.), Displaced Persons im Lager 560 Dieburg, Dieburg 2017.

Magistrat der Stadt Dieburg, Dieburg. Eine Chronik, Dieburg 2007.

Olschewski, Brigitte, Familienbuch Dieburg 1603–1900 mit Filiale Klein-Zimmern, Otzberg 2014.

Rohde-Reith, Monika/Florian Hoffarth, Wisse, vor wem Du stehst! Jüdisches Leben in Dieburg, Dieburg 2009.

Schmidt, Georg, Blätter zur Geschichte der Stadt Dieburg, 1 Reihe, Dieburg 1972.

Schmidt, Georg u. a., Die israelitische Gemeinde, in: Magistrat der Stadt Dieburg (Hrsg.), Dieburg. Beiträge zur Geschichte einer Stadt. Zum Jubiläum 700 Jahre erweiterte Stadtrechte, Dieburg 1977, S. 315–317.

Straszewski, Werner, Dieburg unterm Hakenkreuz 1933–1945. Mit Zeitzeugenberichten zusammengetragen von Anne Sattig, Dieburg 2013.

Archivalien

Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur, TU Braunschweig
– Fotosammlung
– Plansammlung
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Di2: Nr. 2; 3; 13; 17
– HM2-8710.700
– JRSO-Hes: Nr. 040a
Dom und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ)
– Alte Kästen: Nr. K11
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7382
– 518: Nr. 1409
Hessisches Institut für Landeskunde, Marburg (HIL)
– Hessischer Städteatlas: Nr. I, 4
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– A 14: Nr. 235; 237; 288; 313; 336; 373; 374; 376; 384; 400
– C 1 A: Nr. 76
– C 4: Nr. 23/3
– G 15 Dieburg: Nr. L 10; N 1398; N 1399; Q 302; Q 592; Q 593; Q 618; Q 633; Q 647; T 747; Y 44
– G 28 Dieburg: Nr. R 3; R 21; R 22; R 45; R 47; R 49; R 63; R 125; R 194
– G 28 Gross-Umstadt: Nr. R 3; R 5; R 190; R 199; R 565; R 588; 587; R 589; R 590; R 591; R 592
– G 34: Nr. 2034
– H 2: Nr. 554; 10814
– H 13 Darmstadt: Nr. 926; 931/1
– H 23: Nr. 1950
– N 1: Nr. 125; 149; 163; 181; 185; 373; 384; 392; 404; 406; 3038
– O 61 Kohlmannslehner: Nr. 17; 31
– Q 4: Nr. 8/3-3/4
– R 11 A: Nr. 28
– R 21 B
– R 21 J: Nr. 1258; 1259
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– Protokolle: Nr. II Hanau A 2a Bd. 6
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.06.02: Nr. 3392
– H.17.08: Nr. 764
Jewish Museum New York
– JM 2-49
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 214
Leo Baeck Institute New York (LBI)
– AR 2180: Nr. F 2940; F 2941; F 17950; F 17955; 17957; Series I, writings
Pfarrarchiv Dieburg
– Pfarrchronik
Staatsarchiv Würzburg (StAWü)
– Mainzer Ingrossaturbuch: 9
– Mainzer Polizeiakten: 795; 1675
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– A: Nr. 50; 468; 1015; 1036; 1038; 1042; 1044; 1045; 1048; 1049; 1055; 1060; 1062; 1063; 1066; 1067; 1077; 1200; 2708; 3908; 4645; 4675; 4677; 4679; 4720; 4837; 4874; 4889; 5077; 5090
– B: Nr. 1/2; 1/11; 1/27; 14; 14/5; 14/6, 14/16; 14/17; 14/36; 14/52; 14/54; 14/55; 14/64; 14/82, 14/84, 14/85, 14/87, 14/90; 16; 97/1; 98/1
– B 1: Nr. 009
– Bürgermeisterrechnung 1676
– D: Nr. 31; 1271F 2: Nr. 155
– Feldschützenbuch
– Fotosammlung
– N1: Nr. 1/44; 1/49; 2/275; 2/278; 2/302; 2/304; 410; 472; 473; 475; 477; 478; 479; 481; 483; 572
– N 10
– N 11
– N 13: Nr. 50 A
– Plan Markt 13
– Stadtgerichtsprotokolle 1626; 1643; 1704
Yad Vashem Archives, Jerusalem (VYA)
– M.1: Nr. 789 M.1.DN: Nr. 190
– O.52: Nr. 391
– Photo Collection: 503/10536; 5797/66; 9100/1
Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV/1: Nr. 1341

Anmerkungen

1 FW01, Nr. 101, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/FW01/CP1-c1-0080.html , letzter Zugriff 6. Juni 2024.
2 MZ01, Nr. 203, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ01/CP1-c1-014 m.html, letzter Zugriff 10. Juli 2024.
3 Avneri, Dieburg, S. 163.
4 Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, MZ02, Nr. 7, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-009n.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024.
5 Über den Ablauf oder das genaue Datum des Pogroms 1349 ist nichts bekannt, auch nicht von christlicher Seite.
6 Salfeld, Martyrologium, S. 281.
7 Ziwes, Studien, S. 44 und 48; sowie allg. Müller, Selbstgestaltung und Fremdbestimmung.
8 Ziwes, Studien, S. 44 und 48.
9 MZ02, Nr. 139 (1369), in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-007x.html, letzter Zugriff 24. Juni 2024. Als Frankfurter Jude wird Fifelin erstmals 1373 bezeichnet. FW02, Nr. 933, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-01h9.html, letzter Zugriff 25. Juni 2024.
10 Battenberg, Dieburg, S. 226; Schnur, Die Juden in Frankfurt, S. 252; FW02, Nr. 933, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-01h9.html; MZ02, Nr. 139, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-007x.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024.
11 StAWü, Mainzer Ingrossaturbuch 9, fol. 85v–86v, Abschr. (14. Jh.) und fol. 88r/v, Abschr. (14. Jh.); HStAD A 14 Nr. 336; HStAD, R 11 A, Nr. 28; Battenberg, Dieburg, S. 227.
12 FW02, Nr. 744, § 4, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-00as.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024.
13 Battenberg, Dieburg, S. 226; HStAD, C 4, Nr. 23/3.
14 Battenberg, Dieburg, S. 225.
15 MZ02, Nr. 201, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-005 m.html und FW02, Nr. 1375,

in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-00lb.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024; Battenberg, Dieburg, S. 226: demnach auch *homeister* oder *Magister Judeorum*; Battenberg, Quellen zur Geschichte der Juden, Nr. 526.

16 MZ02, Nr. 203 und 201, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-005n.html und www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-005 m.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024. Dieser Isaak war wohl identisch mit Isaak von Weida, vgl. Battenberg, Dieburg, S. 227; HStAD A 14 Nr. 235.

17 Vergleich dazu Cluse, Organisationsformen, S. 292; Barzen, Zur Siedlungsgeschichte; Salfeld, Martyrologium, S. 281.

18 MZ02, Nr. 434, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-0056.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024. Dass diese Synagoge bereits vor 1350 bestand, ist nach Ziwes zwar möglich, aber eher unwahrscheinlich, vgl. Ziwes, Studien, S. 37–38.

19 HStAD, A 14, in Nr. 235; Höbelheinrich, Die neun Städte; Fischer, Roman, Neunstädtebund, in: Historisches Lexikon Bayerns, www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Neunstädtebund, letzter Zugriff 30. März 2024; MZ02, Nr. 209, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-00ar.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024.

20 HStAD, A 14, Nr. 288; HStAD, A 14, Nr. 312; außerdem Battenberg, Dieburg, S. 226.

21 MZ02, Nr. 332, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/CP1-c1-00pa.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024. Vgl. auch HStAD A 14 Nr. 287.

22 HStAD, A 14, Nr. 313.

23 Friedhelm Jürgendmeier, Mainz, Erzbistum/Erzstift: Politische Geschichte (Spätmittelalter), in: Historisches Lexikon Bayerns, www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mainz,_Erzbistum/Erzstift:_Politische_Geschichte_(Spätmittelalter), letzter Zugriff 24. Juli 2024; Karl Heinemeyer, Ludwig, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 400, www.deutsche-biographie.de/pnd12155743X.html#ndbcontent, letzter Zugriff 24. Juli 2024. Vgl. auch Gatz, Die Bischöfe, S. 51–52.

24 MZ02, Nr. 187, in: Havercamp/Müller, Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-003c.html, letzter Zugriff 6. Juni 2024.

25 HStAD, A 14, Nr. 357.

26 HStAD, A 14, Nr. 357.

27 Battenberg, Dieburg, S. 226.

28 Zur Bedeutung eines „Schulklopfers“ weit über das eigentliche „Schulklopfen“ hinaus siehe Schnur, Die Juden in Frankfurt, S. 161–162.

29 Die Liste in HStAD, A 14, Nr. 374, nennt „David, Aberlin, Gumprecht der Judenmeister, Michel der Schulklopfer und andere“. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 12, nennt „Smelin der Alte, Michel des Michels Sohn, Michel genannt Smelin der Jüngere, David, Aberlin, Gumprecht, Michel der Judenmeister und der Schulklopfer“.

30 HStAD, A 14, Nr. 374; HStAD, A 14, Nr. 373.

31 Z. B. HStAD, A 14, Nr. 376; 384.

32 ISG, H.17.08 Nr. 764 und H.06.02 Nr. 3392.

33 HStAD, A 14, Nr. 400; HStAD A 14 Nr. 400. Vgl. Battenberg, Dieburg. S. 227; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 27.

34 Battenberg, Dieburg. S. 227.

35 StadtA Dieburg, Nr. 11 Sammlung Schmidt, ohne Blattnummer.

36 Battenberg, Dieburg. S. 225; Paulus, Die Architektur, S. 223. Hier ist außerdem, wie an vielen anderen Stellen, auf die anzunehmende Unvollständigkeit von Überlieferung oder auf Quellenverlust hinzuweisen.

37 HStAM, Protokolle, Nr. II Hanau A 2a, Bd. 6; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 10 und 27, nach StadtA Dieburg, B, Nr. 16, S. 700. Frantz/Wiesner datieren die Entstehung des Friedhofs vage aufgrund der nachträglichen Einfügung des Jahres 1530 in den entsprechenden Eintrag im Dieburger Gerichtsbuch, zugleich betonen sie aber, dass die Anlage des Friedhofs in die Regierungszeit Sebastians von Heusenstamm (1545–1500) fällt.

38 StadtA Dieburg, B, Nr. 16, S. 3 und 10; zur Bedeutung von Friedhofsorten siehe Barzen, Regionalorganisation; Cluse, Organisationsformen.

39 Die im Original nicht mehr erhaltene Quelle von 1700 ist erstmals wiedergegeben bei Jakob Ebersmann, Der israelitische Friedhof, in: Ebersmann, Katholischer Kirchenkalender, 1921, S. 250, in: HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17. Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 10; Zitat aus StadtA Dieburg, B, Nr. 16, S. 700.

40 Übernommen von Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 6, und Auflistung nach Dieburg, in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/72, letzter Zugriff 12. September 2024. Zum Verbandsfriedhof gehörende Orte: Dieburg; Eppertshausen; Fränkisch-Crumbach; Georgenhausen; Groß-Bieberau; Groß-Umstadt; Groß-Zimmern; Gundernhausen; Habitzheim; Lengfeld; Messel; Münster; Ober-Klingen; Ober-Ramstadt; Reinheim; Roßdorf; Urberach; Klein-Umstadt; Ober-Roden; Raibach; Semd; Spachbrücken; Ueberau; Zeilhard; Altheim (später zu Babenhausen); Babenhausen (zwischen 1646 und 1692, vorher wohl Frankfurt); Hergershausen (bis um 1734/35); Sickenhofen (bis um 1734/35).

41 Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof in Dieburg, S. 11.

42 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 21, und Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 6, nach StadtA Dieburg, B 16, S. 700.

43 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/5.

44 Vgl. StadtA Dieburg, B, Nr. 14/6; 14/17.

45 Hausmann, Siedlungsgeschichte, S. 27.

46 Siehe den Urkatasterplan von 1846–1858, Dieburg, in: LAGIS Hessen, Urkataster+, lagis.hessen.de/resolve/de/ukp/13417?x=488375&y=5527302&z=16, letzter Zugriff 21. April 2024. In der Brunnenordnung von 1803 besitzt das Haus die Nr. 156, im Urkatasterplan und im ab 1887 geführten Güterverzeichnis die neue Haus-Nr. 971. HStAD, H 23, Nr. 1950, S. 235. Vgl. Schmidt, Blätter zur Geschichte, S. 76.

47 StadtA Dieburg, B, Nr. 1/11, Stadtrechnung, 21. Oktober 1621.

48 Vgl. StadtA Dieburg, Stadtgerichtsprotokolle 1626; StadtA Dieburg, B. Nr. 14/82, 14/84, 14/85, 14/87, 14/90, jeweils einzelne Bestattungen mit eindeutiger Nennung Dieburgs als Herkunftsort.

49 Hausmann, Siedlungsgeschichte, S. 27; StadtA Dieburg, Stadtgerichtsprotokolle 1626.

50 Vgl. StadtA Dieburg, B, Nr. 14/16. Die Bestattungsgebühr war bei den Stichproben in den umfangreichen Dieburger Stadtrechnungen stets die volle für Erwachsene und Kinder, was auf die Bestattung von nicht in Dieburg ansässigen Juden schließen lässt.

51 Magistrat der Stadt Dieburg, Dieburg, S. 32–37.

52 Das Dieburger Museum Schloss Fechenbach widmete sich den Jahren der Hexenverfolgungen im Frühjahr 2024 und machte dieses wichtige Kapitel der Stadtgeschichte erneut sichtbar.

53 StadtA Dieburg, Stadtgerichtsprotokoll 1643.

54 Entsprechende Belege sind für Dieburg bisher aber nicht bekannt.

55 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/36, Stadtrechnungen 1659. Die hier und im Folgenden genannten Familien und Zahlen beruhen auf einer Zusammenschau der Notizen von Valentin Karst, StadtA Dieburg, N 1 Nr. 477–481. Karst war viele Jahre Lehrer und später Archivar in Dieburg. Sein Nachlass enthält umfangreiche Auswertungen des Dieburger Stadtarchivs, insbesondere auch Listen jüdischer Einwohner, jedoch zumeist ohne Angabe der Archivsignaturen. Für die hier vorliegende Auswertung wurden sämtliche von Karst in seinem Nachlass erfasste Juden und jüdische Familien zusammengefasst. Da Karst keine Signaturen angegeben hat, konnten die Angaben nicht im Detail überprüft wer-

den. Da aber andere Zahlen fehlen, stellen seine akribischen Zusammenstellungen hier eine wichtige Grundlage dar.

56 HStAD, R 21 J Nr. 1258.

57 Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 15, nach StadtA Dieburg, B, Nr. 14/52, 14/54, 14/55, 14/64. Für die folgenden Jahre sind belegt die Familien von Moses, Manasse, Abraham und Amschels Witwe.

58 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479; StadtA Dieburg, B, Nr. 1/11; eigene Zusammenstellung nach Nachlass Karst, StadtA Dieburg, N 1 Nr. 477–481.

59 StadtA Dieburg, N 1 Nr. 477–481, – hier v. a., Nr. 477 und 479, Callmann, Anschel, Jakob, vermutlich identisch mit „Jokeff", Simon Jakob, ggf. Anschels Sohn, vgl. StadtA Dieburg, B, Nr. 1/27, StadtA Dieburg, B, Nr. 1/11. Vgl auch StadtA Dieburg, Stadtgerichtsprotokoll 1704.

60 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 478, StadtA Dieburg, Feldschützenbuch, ohne Signatur; HStAD, R 21 J, Nr. 1259.

61 StAWü, Mainzer Polizeiakten, Nr. 795, StadtA Dieburg, N 1, Nr. 477.

62 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 489.

63 HStAD, R 21 J, Nr. 1865; HStAD, C 1 A, Nr. 76, Bl. 159v–160.

64 Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 11, letztgenannte Orte verfügten schließlich über eigene Friedhöfe.

65 Dieburg, in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/72, letzter Zugriff 12. September 2024.

66 StAWü, Mainzer Polizeiakten, Nr. 1675.

67 Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 10 u. 11 (dort Abb. des vermauerten Portals).

68 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 212; Hausmann, Siedlungsgeschichte, S. 27.

69 Vgl. das Vorgehen im Jahr 1803, Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 309. Aus der städtischen Überlieferung dieser Jahre ist ein Dieburger Jude namens Hirsch nicht bekannt. Möglicherweise war Hirsch von Dieburg nach Seligenstadt ausgewandert.

70 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 312 und 424.

71 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 425.

72 Die Zahlen beruhen auf einer Gegenüberstellung der verschiedenen Auflistungen Karsts und der Annahme, dass Personen zwischen zwei Nennungen, die ggf. mehrere Jahre auseinanderliegen, im Ort verblieben sind. Vgl. StadtA Dieburg, N 1, Nr. 473 und 475 und DDAMZ, Alte Kästen, Nr. K 11/I 13. Hier werden 20 Familien gezählt, doch muss dies als 20 Erwachsene gelesen werden unter Berücksichtigung der Namen und Familienzahlen aus der städtischen Überlieferung.

73 Hierauf verweist etwa die auf das Jahr 1781/82 datierte Gravur auf dem Schofar von Joseph Wolf, vgl. thejewishmuseum.org/collection/17438-shofar, letzter Zugriff 6. Juni 2024. Auch auf dem Grabstein von Kalonymos (1803 verstorben) wird erwähnt, dass sein Vater Feist *Parnas* der *„Kehilla Kadusha"* (heiligen Gemeinde) in Dieburg war. Vgl. Kalmann, Sohn des Feissel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15428, letzter Zugriff 12. September 2024. Zu Feist vgl. Feist, Sohn des Löw, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15443, letzter Zugriff 12. September 2024.

74 Saul Lilienthal, Mit jüdischen Augen durch deutsche Lande, in: Israelitisches Familienblatt 24, 11. Juni 1931, S. 130. Ebersmann, Katholischer Kirchenkalender, S. 313. Dieses Inventar ist keineswegs ungewöhnlich, doch sind solche Inventarlisten selten.

75 Ebersmann, Katholischer Kirchenkalender, S. 313.

76 Kalmann, Sohn des Feissel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15428, letzter Zugriff 12. September 2024.

77 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 420–428.

78 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 427.

79 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 424–425. Es ist naheliegend, dass es sich um den Sohn des o. g. Hirsch Dieburg handelte. Zu Jakob Hirsch siehe auch HStAD, R 21 J Nr. 1605.

80 Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 16–17.

81 Das Häuserbuch der Stadt führte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts eine Reihe jüdischer Hauseigentümer auf, etwa Isaak Lehmann, Abraham Lorch, Kallman Lehmanns Twet (bis 1835), Löw Lorch, Joseph Wolf, Feist Lehmanns Witwe und danach Baruch Lehmann, Jakob Goldschmidt und Jakob Strauss, danach Simon Strauss. Vgl. StadtA Dieburg, N 1 Nr. 477–1481.

82 Vergleiche hierzu die Bestände HStAD G 17, die Einblicke geben in die Vermögensverhältnisse in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt um die Wende zum 19. Jahrhundert. Vermögensangaben wie diese müssen aber stets kritisch betrachtet werde, geben sie doch nie den realen, sondern den geschätzten Vermögenswert an.

83 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 45.

84 StadtA Dieburg N 1, Nr. 479.

85 StadtA Dieburg, B, Nr. 97/1, S. 61, Dieburger Lagerbuch über Gebäude und Hausgärten um 1810. Vgl. StadtA Dieburg, N 1, Nr. 475 und 473.

86 Simon Anschel zahlte bereits im Jahr 1803 Brunnengeld für das Haus mit der Nr. 152 (heute Zuckerstraße 17). Siehe StadtA Dieburg, B, Nr. 1/2, fol. 274. Ab wann Simon im Besitz des Hauses war, ist nicht bekannt. Vgl. Schmidt, Blätter zur Geschichte, S. 76.

87 Siehe den Urkatasterplan von 1846–1858, Dieburg, in: LAGIS Hessen, Urkataster+, lagis.hessen.de/resolve/de/ukp/13417?x=488375&y=5527302&z=16, letzter Zugriff 21. April 2024.

88 StadtA Dieburg, B, Nr. 97/1. Vgl. StadtA Dieburg, N 1, Nr. 475 und 473.

89 StadtA Dieburg, B, Nr. 98/1, S. 82. In dem um 1826 begonnenen Brandkataster war die Hofreite (alte Nr. 152) in die Nr. 161 (Löw Lorch) und Nr. 162 („Die Judenschaft") aufgeteilt. Die Synagoge lag demnach über dem Stall des Löw Lorch.

90 StadtA Dieburg, B, Nr. 98/1, S. 82. Vgl. StadtA Dieburg, N 1, Nr. 477. Die Annahme Schmidts (nach ihm Keim), der Betsaal habe sich zunächst im Anwesen des Jakob Goldschmidt (Steinstraße 1, Keim schreibt fälschlicherweise Zuckerstraße 13) befunden, sei ab 1849 in das von der Gemeinde neu erworbene Gebäude in der Steinstraße und von dort in die Zuckerstraße 17 verlegt worden, ist nicht haltbar. Vgl. Schmidt, Israelitische Gemeinde, S. 316; Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 145–146.

91 In der Brunnenordnung aus dem Jahr 1803 wird für das Anwesen des Jakob Goldschmidt die Haus-Nr. 201 genannt. Das Nachbargrundstück (Nr. 202) besaß damals Jakob Simon. Siehe StadtA Dieburg, B, Nr. 1/2, fol. 274. Vgl. Schmidt, Blätter zur Geschichte, S. 88. Im ab 1887 geführten Güterverzeichnis werden die neuen Haus-Nrn. 401 und 402 genannt, die auch mit den Haus-Nrn. des Katasterplans zur heutigen Steinstraße 1 übereinstimmen. HStAD, H 23, Nr. 1950, S. 107. Das Goldschmidt'sche Haus wurde 1851 an die Familie Strauß verkauft. Frdl. Hinweise Lothar Lammer. Heute steht an der Stelle ein modernes Wohn- und Geschäftshaus.

92 StadtA Dieburg, A, Nr. 1063. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 145 mit falscher Jahreszahl 1848.

93 Schmidt, Blätter zur Geschichte, S. 96; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 475 u. Nr. 481, HStAD, H 23, Nr. 1950 (Topographisches Güterverzeichnis 1887), S. 114 (Hofreite Nr. 433). S. a. Urkatasterplan von 1846–1858, Dieburg, in: LAGIS Hessen, Urkataster+, lagis.hessen.de/resolve/de/ukp/13417?x=488375&y=5527302&z=16, letzter Zugriff 21. April 2024. Keim lokalisiert, ohne Nennung von Quellen, im Hinterhaus dieses Gebäudes eine provisorische Synagoge mit Zugang von der Hutma-

cherstraße. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 146, Bildunterschrift (das zweite Haus von links ist heute Steinstraße 15 nicht 13, wie Keim schreibt).

94 StadtA Dieburg, Sammlung Schmidt, darin Wochenblatt 1853, Nr. 11.

95 StadtA Dieburg, N, Nr. 1/44.

96 StadtA Dieburg, A, Nr. 3908.

97 StadtA Dieburg, A, Nr. 3908.

98 Aufgrund des aktuellen Verbots nicht zusätzlich als „Schächter".

99 StadtA Dieburg, A, Nr. 1066.

100 StadtA Dieburg, A, Nr. 1055.

101 StadtA Dieburg, A, Nr. 1062; StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Dieburger Kreisblatt, Nr. 3, 17. Januar 1842.

102 HStAD, G 28 Dieburg, Nr. R 21, R 22, R 45, R 47, R 49, R 63, R 125.

103 Olschewski, Familienbuch, S. 30–37; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, R 199, R 589, R 591, R 565, R 588, R 592, R 587, R 590, R 190, R 5, R 3; StadtA Dieburg A, Nr. 1049; HStAD, G 28 Dieburg, Nr. R 3, HStAD, G 28 Dieburg Nr. R 194.

104 Zum Verband gehörten inzwischen: Eppertshausen, Georgenhausen, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Gundernhausen, Habitzheim, Lengfeld, Messel, Münster, Ober-Klingen, Ober-Ramstadt, Reinheim, Roßdorf und Urberach, außerdem Klein-Umstadt, Raibach, Semd, Spachbrücken, Ueberau und Zeilhard, Vgl. Franz/Wiesner, Jüdischer Friedhof.

105 StadtA Dieburg, Sammlung Schmidt und Ebersmann, Kirchen-Kalender, 1921, S. 34.

106 StadtA Dieburg, A, Nr. 1077.

107 StadtA Dieburg, Sammlung Schmidt, nach einem Bescheid des Landgerichts Umstadt, 13. Juli 1842.

108 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Dieburger Wochenblatt, Nr. 11, 1853; Jakob Ebersmann, Der israelitische Friedhof, in: Ebersmann, Katholischer Kirchenkalender, S. 250–253.

109 Ebersmann, Der israelitische Friedhof; StadtA Dieburg, N 1; Nr. 483. Die letzten Einträge für die Bestattung von Juden in den Stadtrechnungen datieren von 1664/1665.

110 Vermischtes, Dieburg, in: Der Israelit, H. 39, 28. September 1922, S. 7. Zum Frauenverein siehe das Gründungsbuch: CAHJP, D-Di2-17.

111 Vgl. Braasch-Schwersmann, Hessischer Städteatlas, S. 14–15. Siehe die Statistik am Ende des Artikels.

112 Vereinzelte Auswanderungen jüdischer Jugendlicher sind bereits zwischen 1869 und 1874 (5 Personen) feststellbar, während zwischen 1877 und 1892 13 junge Männer zwischen 15 und 20 Jahren auswanderten. Siehe dazu HStAD, R 21 B. Dabei handelt es sich um eine Kartei der Auswanderernachweise für ganz Hessen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Die Karteikarten sind mit Namen, Konfession, Herkunftsorten, Zielorten und Daten ohne Einzelnachweise aufgeführt. Hier Suche „Babenhausen, Auswanderung, isr". Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 19.

113 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 572.

114 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Inserate in der Starkenburger Provinzialzeitung Dieburg für die Jahre 1868, 1869, 1872; StadtA Dieburg, A, Nr. 50 Slg. Schmidt I.

115 StadtA Dieburg, A, Nr. 1060, Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde Kaufmann Loeb, Jacob Strauß, Samuel Bachrach an Stadtvorstand von Dieburg, 21. Mai 1868; StadtA Dieburg, A, Nr. 1049.

116 StadtA Dieburg, A, Nr. 1067.

117 Vgl. den Artikel Babenhausen in diesem Band.

118 StadtA Dieburg, A, Nr. 1048, Schreiben Bürgermeister von Dieburg an Hessische Regierungskommission, 7. und 17. Oktober 1851.

119 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 145. Mordechai Kunreuther starb am 5. März 1882 und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg beigesetzt. Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 125 (Grabstein Nr. 505) u. S. 126 (Grabstein Nr. 524).

120 StadtA Dieburg, A, Nr. 1200.

121 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Starkenburger Nachrichten, Nr. 17, 28. Februar 1894.

122 StadtA Dieburg, D, Nr. 1271, Die letzten Tage der Dieburger Synagoge, in: Dieburger Anzeiger, 6. Dezember 1963. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 134.

123 StadtA Dieburg, A, Nr. 1042.

124 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 379–380.

125 Rubrik Kleines Feuilleton, Eine sterbende Synagoge, in: Der Israelit 67, H. 41, 8. Oktober 1926, S. 2–3.

126 Zit. nach Dieburg, in: Der Israelit 63, H. 15/16, 11. April 1922, S. 4. Siehe weitere Artikel zu den Jubiläen in den jüdischen Zeitschriften im Ortsartikel Dieburg, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/dieburg_synagoge.htm, letzter Zugriff 16. April 2024.

127 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 146, dort Abbildung des in den 1980er Jahren abgebrochenen Gebäudes, einer alten Ölmühle, später Konditorei mit Café in nichtjüdischem Besitz.

128 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 477. Vgl. Rohde-Reith/Hoffahrt, Wisse vor wem Du stehst.

129 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 1/49; Becker, 125 Jahre Turnverein Dieburg, S. 40. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 76, 126; Rohde-Reith/Hoffahrt, Wisse vor wem Du stehst.

130 Pfarrarchiv Dieburg, Pfarrchronik, Eintrag zum 30. Juni 1926.

131 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Zeitungsannonce, 20. August 1914.

132 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 235; Dieburg, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/dieburg_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Mai 2024.

133 Jakob Ebersmann, Berichte aus der Heimat in den Dieburger Feldbriefen, 1915–1917, Nr. 7 vom 4. April 1915 und Nr. 28 vom 16. Januar 1916, in: LAGIS Hessen, Hessische Quellen zum Ersten Weltkrieg, lagis.hessen.de/resolve/de/qhg/19-7 und lagis.hessen.de/resolve/de/qhg/19-28, letzter Zugriff 3. Mai 2024. Das Denkmal wurde im Jahr 1960 wegen seiner nationalsozialistischen Ikonographie entfernt und später nur die Tafeln, ergänzt um die Namen von drei jüdischen Gefallenen, auf dem städtischen Friedhof aufgestellt.

134 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 235–249. Im Januar 1936 waren 13 jüdische Männer Mitglieder in der Ortsgruppe Darmstadt des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten: HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 618, mit Mitgliederliste vom 1. Januar 1936.

135 CAHJP, HM2-8710.700.

136 Kleine Chronik, in: Central-Verein-Zeitung 8, H. 24, 14. Juni 1929, S. 323–324.

137 StadtA Dieburg, A, Nr. 1060, Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde Kaufmann Loeb, Jacob Strauß, Samuel Bachrach an Vorstand der bürgerlichen Gemeinde Dieburg, 21. Mai 1868.

138 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 481, Notizen Karst nach Brandkataster.

139 StadtA Dieburg, A, Nr. 1060, Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Kaufmann Loeb, Jacob Strauß, Samuel Bachrach an Vorstand der bürgerlichen Gemeinde Dieburg, 21. Mai 1868. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 148.

140 StadtA Dieburg, A, Nr. 4837, Bauplan vom Mai 1868. Bei Heinrich Calmann handelte es sich nicht, wie Keim schreibt (Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 148), um das Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Dieburg Kallmann Lehmann. Heinrich Michael Calmann war am

24. Dezember 1830 in Düsseldorf als Sohn des David Calmann geboren worden und aus dem Rheinland zunächst nach Mainz ausgewandert. Ab Oktober 1869 arbeitete er als Kreisbaumeister in Alzey, 1879/1880 in Nidda (gest. 1880). Siehe dazu HStAD, G 34, Nr. 2034, Personalakte Heinrich Michael Calmann.

141 StadtA Dieburg, A, Nr. 4837, Calmann, Lageplan von 1868.

142 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 473, Notizen Karst; LBI, AR 2180, Series I, writings, Rudolf Joseph, Synagogen in alter und neuer Zeit, S. 2; Rudolf Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 5. Juni 1929.

143 Maße nach Urkatasterplan von 1846–1858, Dieburg, in: LAGIS Hessen, Urkataster+, lagis.hessen.de/resolve/de/ukp/13417?x=488375&y=5527302&z=16, letzter Zugriff 21. April 2024. Die in Klafter (1 hessischer Klafter = 2,50 m) angegebenen Maße sind 4,42 m bzw. 4,58 m in der Breite und 5,15 m in der Tiefe.

144 Beschreibung nach historischen Fotografien und Calmanns Bauplan. StadtA Dieburg, A, Nr. 4837. Die historischen Aufnahmen sind auch abgebildet bei Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 148–152.

145 StadtA Dieburg, A, Nr. 50 Slg. Schmidt I, Annonce in: Starkenburger Provinz-Anzeiger, Nr. 10, 3. Februar 1869.

146 Rubrik Kleines Feuilleton, Eine sterbende Synagoge, in: Der Israelit 67, H. 41, 8. Oktober 1926, S. 2–3; Die Synagoge in Dieburg ist baufällig, in: CV-Zeitung Dieburg, 11. Juni 1926; Rudolf Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 5. Juni 1929, S. 5.

147 Rubrik Sprechsaal, Abraham Loeb, Wie bringt man es fertig, heutzutage eine Synagoge zu bauen, in: Der Israelit 67, H. 15, 9. April 1926, S. 6–7.

148 Emanuel Josef Margold, Erläuternde Bemerkungen zu dem Entwurf der Synagoge in Dieburg, in: Menorah 7, H. 5–6, Mai 1929.

149 Zu Rudolph Joseph siehe Rolf Hinderk Peters, Art. Joseph, Rudolph, in: Stadtlexikon Wiesbaden, www.wiesbaden.de/microsite/stadtlexikon/a-z/joseph-rudolph.php, letzter Zugriff 20. März 2024. Vgl. Seibert, Demontage der Erinnerung, S. 201–202.

150 LBI, AR 2180 (Nachlass Rudolf Joseph), Series I, writings. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 165; Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, Teil I, S. 528.

151 LBI, AR 2180, Series I, writings, Rudolf Joseph, Synagogen in alter und neuer Zeit, in: Aufsatzreihe Bauten der jüdischen Gemeinschaft 1, Paris, Dezember 1934, S. 5.

152 Loeb, Wie bringt man es fertig, heutzutage eine Synagoge zu bauen, S. 6–7; Die Synagoge in Dieburg ist baufällig, in: CV-Zeitung Dieburg, 11. Juni 1926; Rubrik Kleines Feuilleton, Eine sterbende Synagoge, in: Der Israelit 67, H. 41, 8. Oktober 1926, S. 2–3.

153 StadtA Dieburg, A, Nr. 1038, Gesuch der Israelitischen Religionsgemeinde Dieburg, 13. Juni 1928. Zitat aus LBI, AR 2180, Series I, writings, Rudolf Joseph, Synagogen in alter und neuer Zeit, in: Aufsatzreihe Bauten der jüdischen Gemeinschaft 1, Paris, Dezember 1934, S. 5. Vgl. Rudolf Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 5. Juni 1929, S. 5.

154 Vgl. Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929, S. 5. Hier auch die Namen der beteiligten Handwerker und Firmen.

155 CAHJP, D-Di2-2, Protokoll der Gemeindeversammlung, 17. Januar 1932.

156 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/278, Einladung zur Synagogeneinweihung (Anzeige).

157 Zur Familie Bachrach vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 102.

158 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/275, Bericht Die Dieburger Synagogen-Feier am Sonntag, den 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 11. Juni 1929, S. 3; CAHJP, D-Di2-13, Dekan Jakob Ebersmann, Die Einweihung der neuen Synagoge, Abschrift des Artikels aus: Ebersmann, Katholischer Kirchenkalender, S. 452–454.

159 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/275, Bericht Die Dieburger Synagogen-Feier am Sonntag, den 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 11. Juni 1929, S. 3.

160 Siehe u. a. LBI, AR 2180, Series I, writings, Mitteilungen des Hessischen Landesverbandes gesetzestreuer Synagogengemeinden, Lehrer Meier Spier, Groß-Zimmern, Dieburger Synagogeneinweihung; LBI, AR 2180, Series I, writings, Die Einweihung der Synagoge in Dieburg, in: Jüdische Wochenzeitung für Wiesbaden und Umgebung 3, Nr. 25, 21. Juni 1929. Dagegen möchte Hammer-Schenk und ihm folgend Seibert angesichts der schmucklosen modernen Architektur in den Kritiken zum Synagogenbau eine gewisse Ratlosigkeit erkennen. Vgl. Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, Bd. 1, S. 529; Seibert, Demontage der Erinnerung, S. 205.

161 Rudolf Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 5. Juni 1929; LBI, AR 2180, Series I, writings, Nachricht Dieburg, 9. Juni, Neue Synagoge, in: Darmstädter Tagblatt 192, Nr. 160, 11. Juni 1929.

162 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/278, Anzeige in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 7. Juni 1929.

163 StadtA Dieburg, A, Nr. 5090, Topografisches Güterverzeichnis der Gemarkung Dieburg I, 1887, S. 60; HStAD, H 23, Nr. 1950, S. 154.

164 Siehe den Urkatasterplan von 1846–1858, Dieburg, in: LAGIS Hessen, Urkataster+, lagis.hessen.de/resolve/de/ukp/13417?x=488375&y=5527302&z=16, letzter Zugriff 21. April 2024.

165 HStAD, H 23, Nr. 1950, S. 154, zu Nr. 614; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 481, Notizen Karst. Abbildungen bei Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 149–153, 173; LBI, AR 2180, Nr. F 2940, Nachbarhäuser der Synagoge von 1867. Das Anwesen links der alten Synagoge (Markt 14) hatte die jüdische Gemeinde bereits 1911 erworben und 1928 mit Baubeginn abbrechen lassen.

166 Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929; LBI, AR 2180, Series I, writings, Rudolf Joseph, Synagogen in alter und neuer Zeit, in: Aufsatzreihe Bauten der jüdischen Gemeinschaft 1, Paris, Dezember 1934, S. 5.

167 Die Anzahl der Plätze wird sehr unterschiedlich angegeben. Die JRSO hat im Jahre 1959/1960 die Angaben der Zeitzeugen und die einer Umbauzeichnung vom 2. Februar 1939 (StadtA Dieburg, N 11) übernommen (80 Frauenplätze, 124 Männerplätze) und in den beigelegten undatierten Grundriss übertragen (CAHJP, JRSO-Hes-40a). Die erhaltenen Grundrisse des Architekten enthalten 94 Männerplätze und 96 Frauenplätze (LBI, AR 2180, Rudolf Joseph Collection).

168 LBI, F 17957 und StadtA Dieburg, N 11, Grundrisse des Erdgeschosses und des Obergeschosses, M 1:100 von Rudolf Joseph; CAHJP, JRSO-Hes-040a, Kopien der Baupläne; Rudolf Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 5. Juni 1929.

169 Beschreibung nach historischen Fotos und Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929 (daraus auch die Zitate); LBI, AR 2180, Series I, writings, Rudolf Joseph, Synagogen in alter und neuer Zeit, in: Aufsatzreihe Bauten der jüdischen Gemeinschaft 1, Paris, Dezember 1934, S. 6.

170 Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/275, Die Dieburger Synago-

gen-Feier am Sonntag, den 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 11. Juni 1929, S. 3.

171 LBI, AR 2180, Series I, writings, Die neue Synagoge zu Dieburg-Hessen, in: Nassauische Heimat, Beilage zur Hessischen Volkszeitung, 15. Juli 1929; Joseph, Zur Einweihung der neuen Synagoge zu Dieburg am 7. bis 9. Juni 1929; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/275, Die Dieburger Synagogen-Feier am Sonntag, den 9. Juni 1929, in: Starkenburger Provinzial-Zeitung Dieburg, 11. Juni 1929, S. 3.

172 Das Rekonstruktionsmodell ist abgebildet im Einleitungsartikel Keßler/Knufinke, Synagogenarchitektur im deutschsprachigen Raum, in diesem Band. Vgl. Cohen-Mushlin/Thies, Synagogenarchitektur in Deutschland, S. 15–20, zu Dieburg siehe S. 255–257.

173 LBI, AR 2180, Series I, writings; Die neue Synagoge zu Dieburg-Hessen, in: Nassauische Heimat, Beilage zur Hessischen Volkszeitung, 15. Juli 1929.

174 Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 528–530; Knufinke, Dieburg.

175 Vgl. Knufinke, Dieburg.

176 LBI, AR 2180, Series I, writings, dort Abbildungen der Projekte.

177 Dabei handelte es sich um die Familien Heinrich Bachrach, Abraham Moses Löb, Selig Wiesenfelder. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 76–84.

178 LBI, AR 2180, Series I, writings, Joseph, Synagogen in alter und neuer Zeit, Zitat S. 6.

179 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A (Nachlass Georg Schmidt), Kopie eines Bildes mit Verweis auf die Fotosammlung des Stadtarchivs.

180 Siehe dazu HStAD, Bestand N 1 (Standarte 174 Dieburg), Nr. 125, 149, 163, 181, 185, 373, 384, 392, 404, 406, 3038 (NSDAP-Mitglieder 1929/1930).

181 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 560, 579; Braasch-Schwersmann, Hessischer Städteatlas, S. 16–17; Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 215.

182 CAHJP, JRSO-Hes-040a, Schreiben Emma Lorch, 8. März 1959; CAHJP, D-Di2-3, Voranschlag Gemeindeetat für 1933; YVA, M.1, Nr. 789. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 135.

183 Vgl. Braasch-Schwersmann, Hessischer Städteatlas, S. 16–17; Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 216. Zu weiteren Maßnahmen siehe Straszewski, Dieburg unterm Hakenkreuz, S. 49–64.

184 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 223–224.

185 Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 mit Durchführungsverordnung vom 26. Juli (Reichsgesetzblatt I, S. 480) zur Annullierung von Einbürgerungen, die nach der Novemberrevolution stattfanden. Das Vermögen der Staatenlosen wurde beschlagnahmt und fiel an den Staat. Siehe dazu Pfeiffer/Rott, Die erste Ausbürgerungsliste.

186 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 302; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479, Archivnotizen Karst (darunter auch die Hausangestellte des jüdischen Lehrers Jenka Szweber). Details zu den betroffenen Personen (Aron Wagschal, Sara und Wolf Berger, Michael Levy) siehe Keim, Beiträge zur Geschichte.

187 Zit. nach Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 228.

188 HStAD, G 15 Dieburg, Q 647. Vgl. Straszewski, Dieburg unterm Hakenkreuz, S. 222.

189 HStAD, G 15 Dieburg, Q 618, Stapo Dieburg, 10. August 1934 u. Stapo Darmstadt, 21. Dezember 1934 mit Hinweis auf die Verfügung vom 3. August 1934; Straszewski, Dieburg unterm Hakenkreuz, S. 223.

190 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Juden in Dieburg, Quellen, Protokollbuch der Gemeinderatssitzung, 11. September 1935. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 232; Straszewski, Dieburg unterm Hakenkreuz, S. 225.

191 StadtA Dieburg, N 13, Nr. 50 A, Notiz vom 27. März 1995; YVA, M.1, Nr. 789.

192 StadtA Dieburg, A, Nr. 1077, Schreiben Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde an Bürgermeister von Dieburg, 3. September 1935

193 StadtA Dieburg, A, Nr. 1045, Schreiben Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Dieburg an Bürgermeister von Dieburg, 1. Juni 1936. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 232

194 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Y 44.

195 StadtA Dieburg, A, Nr. 1038, Schreiben Baukomitee Israelitische Religionsgemeinde Dieburg, 26. Mai u. Bürgschaftserklärung, 17. Juni 1931.

196 StadtA Dieburg, A, Nr. 1044, Korrespondenz Hessische Landesbank Darmstadt und Bürgermeisterei Dieburg, 17. April, 5. u. 12. September sowie 18. Oktober 1935 (daraus das Zitat).

197 CAHJP, D-Di2-2, Sitzungen der Steuervertretung der Gemeinde, 16. März u. 4. August 1935, 26. Juli 1936.

198 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 633. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 129–130.

199 CAHJP, JRSO-Hes-040a, Ermittlungen zur Synagoge.

200 YVA, O.52, Nr. 391, Liste jüdischer Einwohner für den 16. Juni 1933 mit Auswanderungsdaten, Bürgermeister Steinmetz, Dieburg, 6. April 1962; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 618 Austrittslisten vom 25. September und 10. Dezember 1937. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 135.

201 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 926, Bl. 4, Zeugenaussage J. S., 9. September 1946; HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Bl. 61–66, Urteil, 26. November 1946. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 253.

202 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Bl. 4, Aussage Berta Katz, 30. November 1945; ebd., Bl. 61–66, Urteil, 26. November 1946.

203 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 252.

204 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Bl. 26.

205 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Bl. 57 v.; StadtA Dieburg, N1, Nr. 2/302, Die Dieburger „Kristallnacht“. Das Schicksal der Dieburger israelischen Familien, in: Darmstädter Echo, 16. März 1962. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 252.

206 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 926, Bl. 4, Zeugenaussage J. S., 9. September 1946; HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Brief Frieda Lorch, 21. Oktober 1945; StadtA Dieburg, N1, Nr. 2/302, Die Dieburger „Kristallnacht“. Das Schicksal der Dieburger israelischen Familien, in: Darmstädter Echo, 16. März 1962. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 253.

207 Vgl. Steffens, Ausgrenzung, S. 231–234, Bericht Siegbert Lorch.

208 Zu den Einzelheiten siehe HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 926, Bl. 7, 54, 64, 83–87.

209 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 926, Bl. 7, Aussage Karl Böhle, 9. September 1946.

210 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593.

211 Vgl. Steffens, Ausgrenzung, S. 231–234, Bericht Siegbert Lorch.

212 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 592, Bericht Gendarmerie Dieburg über aus dem Konzentrationslager entlassene Personen, 30. Dezember 1938; HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Brief Frieda Lorch, 21. Oktober 1945; StadtA Dieburg, N 11, Von der blühenden jüdischen Gemeinde blieb in Dieburg nur noch der Friedhof, in: Main-Echo, 15. November 1988. Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 14. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 256.

213 Schreiben der SA-Brigade 50 Starkenburg in Darmstadt an die SA-Gruppe Kurpfalz in Mannheim am 11. November 1938, in: Inter-

nationales Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse (ICWC), Protokolle des Nürnberger Hauptkriegsprozesses, Bd. 27, S. 487–489, www.uni-marburg.de/de/icwc/dokumentation/dokumente/protokolle-nuernberg/ntvol27.pdf. Vgl. Steffens, Ausgrenzung, S. 216–217; LAGIS Hessen, Hessen im 19. und 20. Jahrhundert, lagis.hessen.de/resolve/de/edbx/3354, beide letzter Zugriff 17. Mai 2024.

214 Siehe dazu die Einschätzung von E. Ginsberg, in: CAHP, JRSO-Hes, Nr. 040a, Auszug aus einem Schreiben vom 10. August 1960.

215 CAHJP, JRSO-Hes-040a; HHStAW, 518, Nr. 1409.

216 YVA, M.1.DN, Nr. 190, Liste der zu den Instandsetzungsarbeiten am Friedhof befohlenen Männer mit der handschriftlichen Notiz, „die im 1938 Jahr die Sünagoge [sic!] geplündert haben in Dieburg".

217 YVA, M.1, Nr. 789, schriftliches Zeugnis Georg Zilch, 12. Februar 1947; CAHJP, JRSO-Hes-040a, Ermittlungen zur Synagoge.

218 HHStAW, 518, Nr. 1409.

219 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 1398, Gauleitung der NSDAP an Gauwirtschaftsberater Frankfurt a. M., 9. Januar 1939.

220 StadtA Dieburg, N 11, Kopie Beschluss des Amtsgerichtes Dieburg, 19. November 1938; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 1398. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 175. Die Eintragung ins Grundbuch erfolgte am 19. Dezember 1939. Siehe HStAD, H 23, Nr. 1950, S. 154.

221 Der Plan des Stadtbauamts vom 2. Februar 1939 (Ersatz der Toranische durch dreiteiliges Gruppenfenster) wurde in dieser Form nicht umgesetzt: StadtA Dieburg, Plan zur baulichen Veränderung am städtischen Gebäude Markt Nr. 13 zu Dieburg, 2. Februar 1939.

222 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 1399. Vgl. Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons, S. 6.

223 YVA, M.1, Nr. 789, schriftliches Zeugnis Georg Zilch, 12. Februar 1947.

224 Siehe dazu HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 747, hier „Entjudung" des Besitzes von Siegfried Lorch (1938), Henny Strauß (1938), Wolf Levi (1937), Ludwig Darmstädter (1937). Vgl. Keim, Die Juden in Dieburg, S. 279–280.

225 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17, Schreiben Reichsvereinigung, Bezirksstelle Mainz an Landrat, 27. August 1941.

226 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Deportationsliste, S. 11 mit den Nummern 202–211; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 618 Schreiben Bürgermeister, 31. März 1942 mit Liste der Deportierten. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 284.

227 Vgl. Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 395–320; Steffens, Ausgrenzung, S. 245 (Deportationsliste).

228 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 281. Zur Deportation vom 27. September 1942 von Darmstadt nach Theresienstadt siehe Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 351–359.

229 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Bl. 4, Aussage Berta Katz, 30. November 1945. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 281, 286–289; Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 371, 375.

230 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 281; Steffens, Ausgrenzung, S. 253.

231 Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 135–136.

232 Siehe dazu YVA, O.52, Nr. 391 (Liste vom 16. Juni 1933); Gedankenstein Dieburg, Liste der Patenschaften, www.gedankenstein-dieburg.de/dokumente/Patenschaften_Stand_07012013.pdf, letzter Zugriff 19. Mai 2024. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 59, 85, 282–283 (Stand 1993).

233 Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 282.

234 StadtA Dieburg, A, Nr. 1036; HStAD, H 2, Nr. 10814, Verzeichnis über das Eigentum, das früher in jüdischem Besitz war, Schreiben Bürgermeister, 18. Mai 1945. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 279–280; Steffens, Ausgrenzung, S. 234–237.

235 Vgl. dazu Heinemann, Die jüdischen Friedhöfe, S. 119.

236 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17, Korrespondenz Gestapo, Stapo-Stelle Darmstadt, Landrat Kreis Dieburg, Bürgermeister Dieburg 1941–1942, Schreiben Gestapo, Stapo Frankfurt a. M., den 30. Juni 1943 aus HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 14 (Verlust gemeldet).

237 StadtA Dieburg, A, Nr. 4675, Bürgermeister von Dieburg an Reichsvereinigung Bezirksstelle Hessen/Hessen-Nassau, 20. Januar 1943.

238 StadtA Dieburg, A, Nr. 4675.

239 HStAD, Q 4, Nr. 8/3-3/4, Schreiben Leiter des DP-Camps Dieburg W. Weinroth an Direktor der Militärregierung Dieburg Merwin C. Clark, 13. Januar 1948; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/304, Rubrik Lebendige Vergangenheit, Mordechai Bernstein, Der Grabsteinstapel in Dieburg, in: Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums, Berliner Wochenzeitung, 27. Juli 1951. Vgl. Heinemann, Die jüdischen Friedhöfe, S. 120–121; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 14.

240 Braasch-Schwersmann, Hessischer Städteatlas, S. 17.

241 Kohlmannslehner/Lange, Nach 1945, S. 273.

242 Zit. nach HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 554; StadtA Dieburg, A, Nr. 4677; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17, Schreiben Bürgermeister Ludwig Steinmetz, 21. April 1945.

243 HHStAW, 503, Nr. 7382, Schreiben Pfarrer Geoerg an Regierungspräsidenten Darmstadt, 26. November 1960; HHStAW, 518, Nr. 1409, Ermittlungsbericht zur Synagoge Dieburg, 23. November 1960.

244 Zum DP-Lager in Babenhausen siehe den Artikel Babenhausen in diesem Band.

245 Köhn, Zweierlei Raum, S. 42–48; Köhn, Lage der Lage, S. 191–203; Vgl. Kohlmannslehner/Lange, Nach 1945, S. 291–300; Kohlmannslehner/Lange, Jüdisches Leben in Südhessen, S. 40–44; Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons.

246 Vgl. Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons, S. 3; After the Shoah, www.after-the-shoah.org/dieburg-juedisches-dp-lager-jewish-dp-camp, letzter Zugriff 22. Mai 2024.

247 Zit. nach Köhn, Zweierlei Raum, S. 80, Rückübersetzung aus dem Englischen.

248 Köhn, Zweierlei Raum, S. 75–84, insbes. S. 80 (Zitat). Vgl. Kohlmannslehner/Lange, Nach 1945, S. 299–301. Zu den judenfeindlichen Ausschreitungen siehe Schlomo Winter, Dieburg einmal und heute (Übersetzung aus dem Hebräischen, aus Zionistische Stimme München, 6. März 1947), in: Dieburger Anzeiger, 15. November 1968; Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons, S. 9–10.

249 CAHJP, JRSO-Hes-040a, Schreiben Bürgermeister Steinmetz, 22. Juni 1946; StadtA Dieburg, A, Nr. 4679. Vgl. Köhn, Zweierlei Raum, S. 49–50; Kohlmannslehner/Lange, Nach 1945, S. 120–121; Pletzing/Velke-Schmidt, Lager, S. 85; Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons, S. 4–7. Ein Exemplar des Programms zur Einweihung der Synagoge findet sich im Stadtarchiv Dieburg; StadtA Dieburg, D, Nr. 31.

250 HStAD, Q 4, Nr. 8/3-3/4, Schreiben Leiter des DP-Camps Dieburg W. Weinroth an Direktor der Militärregierung Dieburg Merwin C. Clark, 13. Januar 1948; StadtA Dieburg, A, Nr. 4645; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 2/304, Rubrik Lebendige Vergangenheit, Mordechai Bernstein, Der Grabsteinstapel in Dieburg, in: Der Weg. Zeitschrift für Fragen des Judentums, Berliner Wochenzeitung, 27. Juli 1951. Vgl. Heinemann, Die jüdischen Friedhöfe, S. 120–121; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 14.

251 Vgl. Köhn, Lage der Lager, S. 191–203; Kohlmannslehner/Lange, Nach 1945, S. 292, nach YIVO Institute for Jewish Research in New York,

DP-Camps and Centers in Germany; Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons, S. 7, 10.

252 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 931/1, Bl. 59–66.

253 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 926, Bl. 81.

254 StadtA Dieburg, A, Nr. 1038, Aktennotiz Bürgermeister, 19. Oktober 1949, Schreiben Bürgermeister an Rechtsanwalt, 15. Mai 1951 und Schreiben Hessische Treuhand, 18. Juni 1951; StadtA Dieburg, A, Nr. 2708, 4720.

255 StadtA Dieburg, D, Nr. 1271, Zeitungsausschnitte. Vgl. Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 282 mit Baustellenfoto vom Mai 1986. Siehe dazu auch die Abbildungen bei Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 182–184.

256 Von der blühenden jüdischen Gemeinde blieb in Dieburg nur noch der Friedhof, in: Main-Echo, 15. November 1988 (StadtA Dieburg, N 11, Zeitungsausschnitte); HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17, Schreiben vom 22. März 1949.

257 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 17. Vgl. Kohlmannslehner/Lange, Nach 1945, S. 311.

258 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Landrat Dieburg an Magistrat Dieburg, 16. April 1981, Schreiben Günter Keim an Staatsministerium, 24. Januar 1990; StadtA Dieburg, A, Nr. 4889; StadtA Dieburg, N 11, Zeitungsausschnitte. Vgl. Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 176; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 14.

259 StadtA Dieburg, N 11, Zeitungsausschnitte, Ein Stück Geschichte festhalten, in: Darmstädter Echo, 12. November 1988.

260 Siehe die Ausstellungsbroschüre Rohde-Reith/Hoffarth, Wisse vor wem Du stehst.

Eppertshausen

Im Juli 1744 wurde der 19-jährige Salz-, Tabak- und Warenhändler Benjamin Abraham in Frankfurt am Main beim Passieren des Stadttors festgenommen. Nachdem er mit Daumen- und Beinschrauben gefoltert worden war, gestand er, an einem Diebstahl von Kleidungsstücken beteiligt gewesen zu sein, wurde dafür an den Pranger gestellt, mit Ruten geschlagen und anschließend für immer des Stadtgebiets verwiesen.[1] Interessant ist der Kriminalfall nicht nur, weil er zeigt, dass jüdische Geschichte in der Frühen Neuzeit vor allem dann aktenkundig wurde, wenn Jüdinnen und Juden mit der Obrigkeit in Konflikt gerieten, die Quellen also häufig ein einseitiges Bild dieser Geschichte zeichnen. Er dokumentiert auch die Anwesenheit von Jüdinnen und Juden in Eppertshausen: Abraham stammte von dort. Einer der befragten Zeugen, der 65-jährige Salomon, gab an, im Ort sogar schon 30 Jahre im Schutz zu stehen.[2] Eine eigene jüdische Gemeinde existierte zu dieser Zeit noch nicht. Es sollte noch rund fünf Jahrzehnte dauern, bis die Zahl der Eppertshäuser Jüdinnen und Juden groß genug war, um einen eigenen Betsaal einzurichten.

Die Ansiedlung von Jüdinnen und Juden

Bereits im späten Mittelalter lassen sich Juden in der Region nachweisen, so im Jahr 1400 etwa Mosse aus Seligenstadt, der Besitz von Eppertshäuser Einwohnern pfänden ließ.[3] Ab 1546 stand der Ort unter der Herrschaft der Herren von Groschlag.[4] Ein erster Nachweis für einen in Eppertshausen lebenden Juden, der unter Mainzer Schutz stand, liegt für Mayer vor, der 1611 wegen des Handels mit falschen Dukaten vernommen wurde. Dieser gab an, dass sein Schwager, der in Mainz getaufte und inhaftierte Georg Jacob Egelstetter, 12 Jahre in Eppertshausen mit Frau und Kindern unter dem Namen Lew gelebt habe – ein Hinweis auf die Anwesenheit von Juden am Ende des 16. Jahrhunderts.[5]

Von den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges war Eppertshausen stark betroffen.[6] Viele Einwohner, wohl auch jüdische, verließen den Ort. 1626 beschafften die vier groschlagischen Orte Eppertshausen, Sickenhofen, Hergershausen und Messel mit Hilfe jüdischer Kreditgeber in Frankfurt am Main 1.200 Reichstaler für Herzog Rudolf Maximilian von Sachsen-Lauenburg, der mit Brandschatzung gedroht hatte.[7]

Erst nach 1648 finden sich neue Belege für jüdisches Leben im Ort, so Weidegeldzahlungen für zwei beziehungsweise einen Juden 1670 und 1674, ein Bußgeld gegen einen Juden 1687 und 1692 das von Malka für ihren Ehemann erfolglos eingereichte Gesuch um Gestattung des Handels auf hanauischem Gebiet.[8] In den 1710er Jahren beschwerten sich die Eppertshäuser Juden über den Ortsschultheiß Johann Wilhelm Müller und baten – offenbar erfolglos –, künftig dem *Parnas* zu Hergershausen unterstellt zu werden.[9] Zudem zeigten sich Verbindungen zwischen den groschlagischen Orten, wenn etwa 1716/1717 Juden aus Hergershausen, Sickenhofen und Eppertshausen gemeinsam für die Erlaubnis zum Holzankauf für das Branntweinbrennen Abgaben entrichteten.[10] 1718 ist die Niederlassung einer auswärtigen Witwe und 1747 die des Viehhändlers Samuel dokumentiert.[11] 1756 lebten sechs jüdische Familien im Ort.[12]

Abb. 1: Grab der Sara, Ehefrau des Leibesch, gest. 1730, auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg. Foto: Stefan Vogt.

Beisetzungsort der Eppertshäuser Jüdinnen und Juden war bis in die 1930er Jahre der jüdische Friedhof in Dieburg. Für 1698 ist dort das Begräbnis eines Kindes aus Eppertshausen überliefert.[13] Das älteste identifizierbare Grab einer Jüdin aus Eppertshausen ist das von Sara, Ehefrau des Leibesch, die 1730 verstarb.[14]

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-009

1799 starb die männliche Linie der Herren von Groschlag aus. Eppertshausen blieb jedoch im Besitz der Nachkommin Anna Maria von Lerchenfeld-Köfering, der zumindest zwischen 1802 und 1811 noch die Hälfte der Eppertshäuser Judenschutzgelder zustand. Diese beliefen sich von 1787 bis 1796 zusammen mit Annahme- und Neujahrsgeldern auf 96 fl. und 58 xr.[15] 1806 kam der Ort unter isenburgische Herrschaft, wurde 1816 dem Großherzogtum Hessen zugeschlagen und 1825 vollständig in den Landratsbezirk Langen eingegliedert.[16] Während der Napoleonischen Kriege mussten erneut hohe Kriegslasten von über 18.000 fl. aufgebracht werden. Der Schutzjude Kallmann lieferte zwischen 1813 und 1815 Fourage.[17] Zudem agierten in der Region Räuberbanden, die 1801 den Eppertshäuser Juden „Salomon Baum“ – gemeint ist wohl Salomon Bonem – bestahlen.[18] Um 1808 soll „[e]in Jude von Eppertshausen […] den Schärfenspieler“[19] gemacht haben, also als Hehler von Diebesgut aufgetreten sein.

Vom Synagogenverband zur jüdischen Gemeinde mit eigener Synagoge

Die zunächst nur wenigen Jüdinnen und Juden in Eppertshausen schlossen sich 1736 mit ihren Glaubensgenossen in Urberach, Nieder-Roden, Dietzenbach, Dudenhofen und Ober-Roden vertraglich zu einem Synagogenverband zusammen. Für die Eppertshäuser Judenschaft unterzeichnete den Vertrag Samuel Salomon. Die Übereinkunft sah die Einrichtung und Unterhaltung einer Synagoge in Ober-Roden vor.[20]

Die gestiegene Zahl der in Eppertshausen lebenden Jüdinnen und Juden Ende des 18. Jahrhunderts ermöglichte schließlich die Einrichtung eines eigenen Betraums. Nachdem sie sich einem Pfarrbericht zufolge zunächst im Haus eines Juden zum Gottesdienst getroffen hätten, errichteten sie zwischen 1790 und 1792 die Synagoge in der heutigen Schulstraße 21, etwa 120 Meter von der katholischen Pfarrkirche entfernt.[21]

Das jüdische Gotteshaus lag am nordöstlichen Rand des hauptsächlich aus zwei parallel verlaufenden Straßenzügen (Schulstraße, Hauptstraße) bestehenden historischen Ortskerns von Eppertshausen. Zur Zeit der Erbauung folgte im Anschluss an das Grundstück der jüdischen Gemeinde nach Nordosten das freie Feld. Auf dem schmalen Areal stand mit der Giebelseite zur Schulstraße ein Wohnhaus, an das sich nach hinten ebenfalls giebelständig die Synagoge und dahinter ein kleiner Hof anfügten (heute Schulstraße 21). Die Israelitische Gemeinde teilte sich eine breite Einfahrt mit der nichtjüdischen Familie Wunderlich, deren Wohnhaus, Stall und Hofraum den größeren Anteil des rechteckigen Grundstücks beanspruchte.[22] Mit seiner Grundfläche von 8,25 m auf 7,15 m war das vermutlich zweigeschossige Wohnhaus[23] zwar etwas größer als die Synagoge, soll jedoch in der Höhe von dieser überragt worden sein. Bei der Synagoge handelte es sich um einen Saalbau mit einer Breite von 6,40 m und einer Länge von 7 m. Das von einem Satteldach bedeckte Fachwerkgebäude mit Ziegelausfachung besaß einen Bruchsteinsockel aus Sandstein und maß bis zur Traufe etwa 5 m.[24] Mangels baulicher Befunde und historischen Bild- und Planmaterials sind zu den Fassaden sowie der Anordnung, Größe und Form der Fenster keine Angaben möglich. Genauso wenig lässt sich ermessen, inwiefern es sich bei der 1938 zer-

Abb. 2: Auszug aus einer Karte der Rödermark mit Thomashütte, Münster, Eppertshausen, Hergershausen, Sickenhofen und Babenhausen (v. l.), 1742. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 1, Nr. 883.

Abb. 3: Brouillon zu den Parzellenkarten der Gemarkung Eppertshausen (Ausschnitt), 1845: Lageplan mit Synagoge, die hinter dem direkt an die Schulstraße grenzenden Wohnhaus (Nr. 134, Bildmitte) am Toraerker an der nordöstlichen Giebelseite des Gebäudes gut erkennbar ist. Die kleineren Gebäude in der nördlichen Grundstücksecke gehörten der Familie Wunderlich und dienten als Stall und Lagerraum (Nr. 133). Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, 2274.

störten Synagoge um einen Neubau oder den Umbau eines älteren Gebäudes handelte. Die von Siegfried Lublinski 1959 für die JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) gefertigte Einrichtungsskizze zeigt den Haupteingang zur Synagoge an ihrer Hofseite im Südwesten. Von hier betraten die männlichen Gottesdienstbesucher den nach Nordosten orientierten Betsaal. Sie konnten so dem Toraschrein mit seiner vermutlich altarähnlichen Rahmenarchitektur gegenüberstehen, der in einen 1,75 m breiten Wanderker eingebaut war.[25] Wie das übrige Mobiliar war der Schrein aus Holz gefertigt. Rechts und links eines Mittelgangs sollen Bänke mit insgesamt 33 Sitzplätzen gestanden haben. Entsprechend der strengreligiösen Ausrichtung der jüdischen Gemeinde wird der *Almemor* in der Skizze in Raummitte angeordnet. Als weitere Ausstattungsstücke nennt ein Zeitzeuge eine Wickelbank, ein Lesepult und einen Ofen.[26] Zeichnungen aus der Zeit nach 1945 zeigen mindestens auf der Südosteseite zwei große, geschossübergreifende Fenster.[27]

Die Frauenempore an der südwestlichen Giebelseite soll über 20 Plätze verfügt haben. Zeitzeugen erinnerten sich, dass der Zugang zur Empore über eine im anschließenden Wohnhaus befindliche Treppe erfolgte. Diese berichteten auch, dass die Frauen nur über „Fenster“ in den Betsaal der Männer hätten schauen können.[28] Ob hier tatsächlich die in der Barockzeit üblichen Öffnungen in einer Trennwand gemeint waren[29] oder ob es sich um eine Emporenbrüstung mit Vergitterung handelte, muss offenbleiben. Gemeint ist hier der bei orthodoxen Gemeinden bis heute übliche Sichtschutz, der den betenden Männern den Blick auf die Frauen verwehrt.

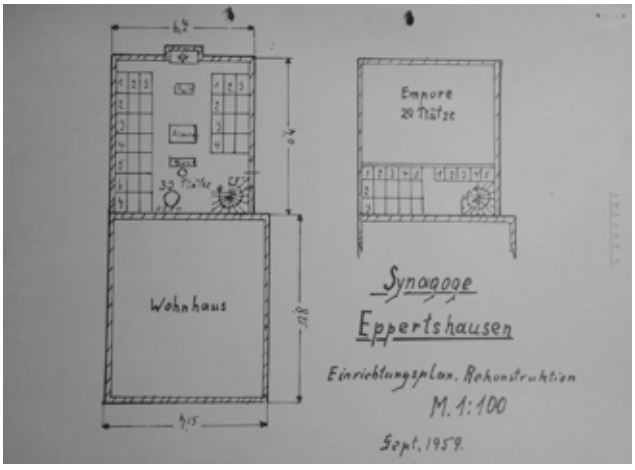


Abb. 4: Einrichtungsplan, Rekonstruktion vom September 1959; der Zugang zur Frauenempore ist hier falsch mit einer Wendeltreppe im Synagogengebäude angegeben, erfolgte jedoch über das angrenzende Wohnhaus. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 518, Nr. 1464.

In Eppertshausen bestand folglich ein Synagogenkomplex, bei dem verschiedene Funktionen auf zwei Gebäude verteilt waren. Die Synagoge selbst war ein Solitärbau in einer für eine kleine jüdische Gemeinde auf dem Land üblichen Größe. Einige Indizien wie die Randlage im Ort, die Giebelständigkeit, die Fachwerkkonstruktion oder die Gestaltung der Frauenempore legen die Vermutung nahe, dass es sich dabei um ein im Kern spätbarockes jüdisches Gotteshaus gehandelt haben könnte.

Mit der Einführung des elektrischen Lichts im 20. Jahrhundert erfolgte die Beleuchtung über zwei achtarmige

Kronleuchter.[30] Berichte zur weiteren Ausstattung und den Ritualobjekten der Synagoge bleiben auch mangels Zeitzeugenberichten vage.[31] Moritz Reis, einer der letzten Vorsteher der jüdischen Gemeinde, erinnerte sich 1952 unter anderem an sieben Torarollen, von denen zwei kurz vor und drei kurz nach dem Ersten Weltkrieg angeschafft worden seien, außerdem an silberne Torakronen, Lesefinger, verschiedene Toramäntel und -vorhänge sowie eine Uhr.[32]

In dem möglicherweise ursprünglich für den *Chasan* und Religionslehrer vorgesehenen Wohnhaus soll sich noch 1938 ein Schulraum für den jüdischen Religionsunterricht befunden haben – nach den Erinnerungen von Henny und Siegfried Bing im „oberen Flur".[33] Die restlichen Räume waren an eine christliche Familie vermietet. Eine Mikwe befand sich nach Angaben des späteren Eigentümers des Synagogengrundstücks neben der Synagoge, sei aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts „zugeschüttet worden".[34]

Bis Ende der 1820er Jahre stieg die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder auf 64 an, die rund sieben Prozent aller Ortseinwohner ausmachten.[35] Formal unterstand die Gemeinde zunächst dem Rabbinat in Darmstadt[36] und ab 1899 dem orthodoxen Rabbinat Darmstadt II.[37] Ihre Einnahmen bezog sie über die Versteigerung von Ritualhandlungen und Spenden. Erst vergleichsweise spät, ab 1868, kamen staatlich genehmigte Umlagen hinzu, die von den Mitgliedern erhoben wurden.[38] Die Gemeindeleitung oblag zunächst einem Judenvorsteher – 1821 war dies Salomon Rothschild[39] –, später gewählten Vorstehern. Angestellte Religionslehrer versahen oft gleichzeitig auch das Amt des Schächters und wohl auch das des Chasans. Bereits 1818 wird mit Mayer Olesheimer ein im Ort anwesender „Judenschullehrer" genannt.[40] Mindestens von 1821 bis zu seinem Tod 1844 übte das Amt der aus Galizien stammende Samuel Moses (Moyses) aus.[41] Der 1860 in Darmstadt verstorbene ledige Eppertshäuser Religionslehrer und Gemeindeschächter Jacob Zitron stammte aus Lublin.[42] Zwischen 1886 und 1889 unterrichtete P. Belkin elf jüdische Kinder in Religion.[43] Für den allgemeinen Unterricht besuchten diese die örtliche Volksschule. 1924 wohnten noch sieben schulpflichtige Kinder in Eppertshausen, die durch den Lehrer David Kaufmann aus Dieburg in jüdischer Religion unterrichtet wurden.[44] Einige Familien schickten ihre Kinder anschließend an höhere Schuleinrichtungen: In den 1890er Jahren besuchte Bernhard Moses die Königliche Realschule in Aschaffenburg[45] und Hermann Strauß die Israelitische Lehrerbildungsanstalt in Würzburg.[46] Auch Samuel Moses ließ sich zum Religionslehrer, Vorsänger und *Schochet* ausbilden.[47]

Offenbar wegen rückläufiger Mitgliederzahlen wurde die Eigenständigkeit schließlich aufgegeben: 1931 firmierte Eppertshausen neben Münster nur noch als Filialgemeinde von Dieburg.[48]

Jüdisch-christliches Zusammenleben in einer kleinen Landgemeinde im 19. und 20. Jahrhundert

Die meisten der Eppertshäuser Jüdinnen und Juden gehörten den Familien Moses, Reis, Rothschild und Strauß an, die zugleich wichtige Funktionen als soziale Netzwerke erfüllten,[49] und sahen sich einem traditionellen jüdischen Selbstverständnis verpflichtet. So suchte der Schuhhändler Bernhard Moses 1934 explizit ein „str[eng] frommes Mädchen"[50] als Haushaltshilfe. Der Viehhändler Max Rothschild wollte einen seiner Söhne 1928 nur in einer Firma als Metzgerlehrling angestellt wissen, die „שָׁבַת geschl.",[51] also an Schabbat und jüdischen Feiertagen geschlossen sei. Spendenlisten in der neoorthodoxen Zeitung *Der Israelit* belegen darüber hinaus die tiefe Verwurzelung in der jüdischen Tradition der *Zedaka*. Im Sommer 1879 gaben zehn Frauen und eine „Kindergesellschaft am Purim" insgesamt 8 RM für die Armen im Heiligen Land.[52] Auch Bernhard Moses spendete teils erhebliche Geldbeträge.[53]

Ihr orthodoxes Selbstverständnis schuf einerseits Berührungspunkte zu ihren christlichen Nachbarn, die beispielsweise anfallende Arbeiten an Schabbat und den jüdischen Feiertagen übernahmen.[54] Kinder sollen dafür im Gegenzug Mazzen erhalten haben.[55] Peter Wunderlich war „als Diener" in der benachbarten Synagoge tätig.[56] Das Laubhüttenfest wurde im unweit der Synagoge befindlichen gemeinsamen Hof von Max Rothschild und dem Töpfer Ignatz Müller gefeiert.[57] Andererseits erfüllten Eppertshäuser Juden ihre allgemeinen Bürgerpflichten, wenn sie wie Abraham Reis und Jösel Rothschild Militärdienst leisteten.[58] Moritz Reis wurde als Soldat im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet.[59] Dem 1920 gegründeten Fußballverein soll der Zuschneider David Adler als Mitglied angehört haben.[60] Grenzen der Gemeinsamkeit taten sich zumindest in der Mitte des 19. Jahrhunderts indes wiederholt beim Erwerb des Ortsbürgerrechts auf.[61] Samuel Strauß bemühte sich mehrfach um Aufnahme, so auch 1856. Bürgermeister Michael Gruber zweifelte an dessen Finanzkraft. Gegenüber dem Kreisamt in Dieburg pflichtete er dem Gemeinderat bei, „unter keinerlei Bedingung irgend einen Schutzjuden dahier zum künftigen Ortsbürger zu wollen".[62]

Jüdisch-christliche Begegnungen ergaben sich vor allem im beruflichen Alltag. Die Mehrzahl der Eppertshäuser Juden war im Handel, insbesondere mit Vieh und Landesprodukten, oder im Metzgergewerbe tätig, wie das Beispiel der Familie Rothschild zeigt: Emanuel Rothschild handelte um 1820 mit Häuten,[63] Jösel Rothschild und Markus Rothschild waren Viehmakler.[64] Viehhandel betrieb auch Jakob Rothschild.[65] Dies setzte sich in den nachfolgenden Generationen fort, in denen der jüngere Jakob Rothschild

Abb. 5: Mit „J“ für „Jude“ markierte Kennkarte des Eppertshäuser Viehhändlers Marx Rothschild von 1939, der wie alle als Juden Verfolgten den Zwangsvornamen „Israel“ führen musste. Rothschild kam 1942 im Ghetto Theresienstadt ums Leben. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

Metzger war, Max (Marx) Rothschild mit Vieh und Häuten, der jüngere Jösel und Samuel Rothschild mit Rindern handelten.[66] Letzterer verkaufte zudem Kramwaren und Stoffe.[67] Er gehörte zu den vermögenden Eppertshäuser Juden und besaß 1882 neben umfangreichen Warenbeständen 12 Grundstücke im Ort sowie Barvermögen.[68] Dagegen lebte der Kleinviehhändler Wolf Rothschild in ärmlichen Verhältnissen.

Besondere Bekanntheit im Ort erlangte Joseph Moses, der wie schon sein Vater Moses Moses, eine Schuhmacherei und -handlung betrieb, die zunächst seine Witwe Karolina (Lina) und dann der Sohn Bernhard Moses fortführten.[69] Enge geschäftliche Beziehungen unterhielten der nichtjüdische Peter Kuhn in Ober-Roden und Levi Reis in Eppertshausen, die bis 1885 ein gemeinsames Handelsgeschäft betrieben.[70] Der Futter-, Düngemittel- und Saatgutlieferant Abraham Strauß stellte auch christliche Ortseinwohner wie Peter Markus Scharf zum Warentransport ein.[71] Auch Andreas Larem fand während der Weltwirtschaftskrise 1932/1933 Anstellung bei einem Eppertshäuser Juden: Er half Moritz Reis in dessen Landwirtschaft und Viehhandel.[72]

Zudem verband jüdische und christliche Eppertshäuserinnen und Eppertshäuser ihre Bereitschaft zur Emigration.[73] Der Kaufmann Leopold Wohlgemuth und sein Bruder, der Friseur Gottschalk Wohlgemuth, wanderten 1871 und 1873 in die USA aus, ebenso Anfang 1881 und 1883 die Geschwister Isaak Strauß, die bereits verheiratete Rosa Löwenberg und Regina Strauß. Mindestens den beiden Schwestern glückte der Neuanfang, wie die Korrespondenz mit den in Eppertshausen zurückgelassenen Familienmitgliedern zeigt, die aber auch die räumliche Trennung beklagt.[74]

Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus

1932/33 wohnten noch 30 Jüdinnen und Juden in Eppertshausen – weit unter zwei Prozent der damaligen Ortsbevölkerung. Die Leitung der jüdischen Gemeinde oblag Moritz Reis, Moses Adler und Max Rothschild.[75] Die Synagoge wurde Reis zufolge bis „zum Tage der Zerstörung“ genutzt, vermutlich aber nicht mehr regelmäßig.[76] Die NSDAP tat sich in dem katholisch geprägten Ort zunächst schwer: Bei der Landtagswahl 1932 stimmten hier 57,2 Prozent der Wähler für die Zentrumspartei. Die NSDAP landete mit reichlich elf Prozent nur auf dem vierten Platz.[77] Vor allem der katholische Ortspfarrer Joseph Winter stellte den Machtanspruch der Nationalsozialisten auch nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler immer wieder in Frage.[78] Gleichwohl waren Jüdinnen und Juden mit rechtlichen Zurücksetzungen und antisemitischen Anfeindungen konfrontiert. Am 18. September 1935 – drei Tage nach Verkündung der sogenannten „Nürnberger Rassengesetze“ – verbot der Gemeinderat den Zuzug von Juden nach Eppertshausen, den Verkauf von Grund, Boden und Häusern sowie die Versteigerung von Gemeinschaftsgütern an diese. Nichtjüdischen Ortseinwohnern, die weiterhin Beziehungen zu von den Nationalsozialisten als „Juden“ definierten Personen pflegten, wurden Restriktionen angedroht.[79] Der wirtschaftliche Ausschluss setzte sich in den Folgemonaten fort. Moritz Reis etwa wurde 1937 vom Viehwirtschaftsverband Hessen-Nassau die Zulassung zum Viehhandel entzogen.[80] Im September und Oktober 1937 warfen Hitlerjungen wiederholt mit Steinen Fenster in seinem und dem Haus seines Bruders Josef Reis ein und verhöhnten die Geschädigten.[81] All dies verstärkte den Emigrationsdruck. Henni und Siegfried Bing gingen mit ihrer Tochter 1936 nach New York.[82] Auch Julius Rothschild wanderte im Folgejahr in die USA aus. Moritz Reis intensivierte seine Auswanderungsbemühungen im Verlauf des Jahres 1938.[83]

Einen Höhepunkt der lokalen Verfolgung bildete der Pogrom im November 1938. Zunächst wurden am 10. November Bernhard Moses, Moritz Reis, Jakob und Josef Rothschild sowie Benjamin Siegel in „Schutzhaft“ genommen und ins Konzentrationslager Buchenwald überstellt,[84] aus dem sie erst Ende November beziehungsweise im Dezember 1938 zurückkehrten.[85]

Am Abend des 10. November demolierten und plünderten zehn bis zwölf SA-Männer und ältere Hitlerjungen unter Führung des Bürgermeisters und NSDAP-Ortsgruppenleiters Wilhelm Helfrich zunächst das Haus und Geschäft von Bernhard Moses in der Schulstraße.[86] Sie wüteten auch bei dem im Nachbarhaus lebenden Max Rothschild. Bei der nur wenige Meter entfernt liegenden Synagoge wurden mit Äxten Innenausbau, Wände und Dach massiv beschädigt.[87] Über das Schicksal der Kultusgegenstände liegen keine gesicherten Angaben vor. Das im benachbarten Wohnhaus befindliche Schulzimmer für den Religionsunterricht wurde ebenfalls zerstört.[88]

In der Hauptstraße waren die Häuser von Abraham Strauß, Moses Adler und Josef Reis Ziele der Angreifer. Bei Moritz Reis habe der Nachbesitzer noch versucht, Übergriffe mit dem Verweis auf den bereits erfolgten Verkauf an ihn abzuwenden. Helfrich forderte indes dazu auf, dass hier deshalb „erst recht demoliert [werde], denn dieser Judenknecht hat ja ein Haus von einem Juden gekauft." Zudem gab es körperliche Übergriffe gegen Klara Reis.[89]

Abb. 6: Der Kaufmann Abraham Strauß, Passfoto auf der Kennkarte von 1939. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

Abb. 7: Kennkartenfotos von Bernhard und Johanna Moses, 1939. Bernhard Moses gehörte zu jenen Eppertshäuser Juden, die nach dem Novemberpogrom von 1938 im Konzentrationslager Buchenwald festgehalten wurden. Dort wurden ihnen die Haare kurz geschoren. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

Im August 1939 wies NSDAP-Bürgermeister Helfrich darauf hin, dass die Synagoge, von der „fast nur noch das Gebälk übrig geblieben ist", eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sei. Er bot an, die Ruine mit seinen SA-Männern „abzureißen und das Material für den NSV Kindergarten zu benutzen."[90] Das Dieburger Hochbauamt genehmigte den Abriss, da die Synagoge „nur noch als rohes Fachwerksgerippe vorhanden ist in dem noch stellenweise Überreste der Ausmauerung lose hängen". Dieser wurde bis zum Frühjahr 1940 umgesetzt. Das ebenfalls der jüdischen Gemeinde gehörende Wohnhaus war davon ausdrücklich ausgenommen.[91] Dessen ehemals an die Synagoge anschließender Ostgiebel wurde „nur provisorisch vermauert", was weiteren baulichen Verfall begünstigte.[92] Am 1. April 1940 wurde das ehemalige Synagogengrundstück an Peter Wunderlich und dessen Ehefrau Katharina für 280 RM verkauft, was trotz des Einheitswerts des Grundstücks von 3.280 RM „bedingt durch die Baufääligkeit [sic] – angemessen und volkswirtschaftlich gerechtfertigt" sei. Für die Abwicklung des Verkaufs war der in Mainz für die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland tätige Friedrich Wilhelm Blum zuständig.[93]

Nach dem Pogrom verließen bis Ende 1938 auch die letzten Jüdinnen und Juden Eppertshausen und verkauften ihre stark beschädigten Wohnhäuser und Grundstücke teils zu niedrigen Preisen.[94] Der Friseur Johann Gruber, der 1939 mit seiner Ehefrau ein Wohnhaus und Nebengebäude von Josef Reis „zum Einheitswerte zuzüglich der [durch das Pogrom bedingten – Anm. DR] Wiederherstellungskosten" für 5.400 RM erwarb, kommentierte, dass der Verkäufer vor der „Judenaktion" noch einen sehr hohen Kaufpreis gefordert habe.[95] Einigen der Verfolgten gelang noch die Emigration, so etwa den Familien von Moritz und Josef Reis.[96] Bernhard Moses gelangte mit seiner Familie 1941 nach Santo Domingo und später in die USA. Zwei seiner Kinder hatten Deutschland bereits 1939 mit Kindertransporten nach Frankreich und England verlassen.[97] In der Schoa kamen von den ehemals in Eppertshausen lebenden und geborenen Jüdinnen und Juden neun ums Leben.[98]

Nachkriegszeit und Gedenkkultur

Die NS-Zeit endete in Eppertshausen mit der Ankunft von US-Truppen am 25./26. März 1945.[99] Mehrere der emigrierten und überlebenden ehemaligen Eppertshäuser Jüdinnen und Juden bemühten sich in den Folgejahren um Entschädigung, unter ihnen Moritz Reis.[100] Manche waren so traumatisiert, dass sie wie die in den USA lebende Johanna

Moses in ihren Familien niemals über die Zeit der Verfolgung sprachen.[101]

Im März 1949 diente das Areal der ehemaligen Synagoge als „Blumengarten“. Das noch vorhandene Wohnhaus befand sich in baulich schlechtem Zustand. Am 20. April 1950 einigten sich die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) und das Ehepaar Wunderlich, das das Grundstück 1940 bereits formal gekauft hatte, auf eine abschließende Vergleichszahlung von 1.650 DM.[102] Die Wunderlichs betrieben eine Gärtnerei auf dem Areal und errichteten nach dem Abriss des baufälligen Wohnhauses das heute noch vorhandene Gebäude, in dem sich ihre Verkaufsstelle befand.[103]

Abb. 8: Ehemaliger Standort der Synagoge in Eppertshausen in der Schulstraße 21, 2023. Im Vordergrund zu sehen ist das um 1924/25 errichtete Wohnhaus der Familie Wunderlich. Das dahinter liegende Gebäude war ehemals die Verkaufsstelle der Gärtnerei, die nach dem Abriss von Synagoge und Wohnhaus dort errichtet worden ist. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Ein erster Gedenkstein mit Bronzetafel für die ehemaligen „jüdischen Mitbürger“ und die Synagoge wurde in der Amtszeit des Bürgermeisters Peter Gruber am 18. Januar 1987 auf dem Areal eines abgerissenen Gebäudes gegenüber dem ehemaligen Synagogengrundstück eingeweiht. Den Text der Inschrift verfassten die Gemeindevorstandsmitglieder Werner Roßkopf und Herbert Weber. Die Kosten für die Einrichtung und den Findling übernahm die Ortsgemeinde.[104] Zwischen 2013 und 2017 verlegte die Initiative Stolpersteine Eppertshausen zudem 32 Stolpersteine für „vorerst alle recherchierbaren Schicksale der durch den NS-Terror in Eppertshausen hervorgerufenen menschlichen Katastrophen.“[105] Im Zuge der Generalsanierung der Schulstraße entschied sich der Gemeinderat 2015 für einen würdigeren Standort für den Gedenkstein, der letztlich am 9. November 2016 am neu gebauten Verbindungsweg zwischen Schul- und Hauptstraße, dem späteren Bernhard-Moses-Weg, eingeweiht wurde. Der Stein auf dem in der Form einer Menora gepflasterte Platz wurde um zwei Tafeln ergänzt, die Informationen zu den im Ort verlegten Stolpersteinen und Namen der ehemaligen Eppertshäuser jüdischen Familien beinhalten.[106] Ein nicht beschriftetes Foto der Anlage ist auch in einer offiziellen Informationsbroschüre zu Eppertshausen von 2022 enthalten, in der es über die Zeit des Nationalsozialismus und ohne Bezug auf die lokalen Verfolgungsereignisse jedoch nur heißt: „Den 2. Weltkrieg überstand der Ort ohne Zerstörungen. Die Gefallenen des Krieges haben aber tiefe Wunden hinterlassen. Doch zum Klagen blieb keine Zeit. Neue Schwierigkeiten mussten gemeistert werden.“[107]

Daniel Ristau / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Lutz Murmann, Eppertshausen, Georg Wittenberger, Babenhausen, und Jona Ostheimer, Dieburg.

Eppertshausen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/128

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1750	30 Personen
1760	6 Familien
1790	6 Familien
1806/1815	8 Familien
1829	64 Personen
1847	61 Personen
1855	56 Personen
1864	48 Personen
1867	46 Personen
1871	44 Personen
1875	47 Personen
1880	51 Personen
1897	50 Personen
1905	35 Personen
1929	33 Personen
1932	30 Personen
1933	9 Familien
1935	29 Personen
1936	27 Personen
1938	6 Familien
1. Januar 1939	0 Personen

Zahlen nach: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/128, letzter Zugriff 6. November 2024 (1750); Katholische Pfarrgemeinde Eppertshausen, Jubiläumsschrift, S. 38 (1760); Körner, Ort Eppertshausen, S. 203, 271 (1790–1815; 1847; 1900); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 59 (1829); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Grossherzogthum Hessen und bei Rhein für 1855, Mainz 1855, S. 44 (1855); Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 7 (1867), S. 205 (für 1864); 11 (1870), S. 29 (für 1867); 14 (1875), S. 76 (für 1871); 19 (1879), S. 62 (für 1875); 24 (1884), 2, S. 120 (für 1880); SJDIGB 12 (1897), S. 93; Ruppin, Juden im Großherzogtum, S. 112 (1905); Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 163–164 (1910; 1929; 1938); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 380 (1932); Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 15 (1933; 1939); HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588 (1935; 1936).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Behne, Ulrich, Verstreute Spuren – verblasste Erinnerungen. Die jüdische Gemeinde Hörden, Heidelberg u. a. 2019.

Gemeinde Eppertshausen (Hrsg.), Eppertshausen, 10. Aufl., Rödermark 2022.

Gesangverein Germania 1890 e.V. Eppertshausen (Hrsg.), Festschrift zum 90jährigen Jubiläum Gesangverein Germania 1890 e.V. Eppertshausen, Eppertshausen 1980.

Katholische Pfarrgemeinde Eppertshausen (Hrsg.), Jubiläumsschrift 250 Jahre Kath. Pfarrgemeinde St. Sebastian Eppertshausen, Eppertshausen 2000.

Körner, Wilhelm. Was die Flurnamen des Ortes Eppertshausen erzählen. Eppertshausen 1998.

Körner, Wilhelm: Der reichsritterschaftliche, freiherrliche Ort Eppertshausen. Der geschichtliche Werdegang einer Gemeinde im Widerstreit der herrschenden Mächte und Kräfte, Eppertshausen 1995.

Müller, Karl. J.: Damit wir sie nicht vergessen. Das Schicksal der jüdischen Bürger von Eppertshausen, Münster 1985.

Olschewski, Brigitte, Familienbuch Eppertshausen 1603–1910, Otzberg 2020.

Schmidt, Georg. Beiträge zur Geschichte der Freiherrn von Groschlag in Dieburg, Dieburg, 1981.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 5278234; 5278159; 5278250; 6959787

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Da3: Nr. 6b
– JRSO-Hes: Nr. 35

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 474/3: Nr. 1630
– 503: Nr. 7382
– 518: Nr. 1464

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 12: Nr. 280/1; 280/2; 280/4
– C 4: Nr. 23/3
– F 16: Nr. 328
– G 15 Dieburg: Nr. J 42; J 44; J 45; J 112; J 176; L 10; Q 406; Q 588; Q 590; Q 593; T 748; V 842; Y 199
– G 28 Dieburg: Nr. R 65; R 66
– G 28 Langen: Nr. F 2753/1; F 2753/2; F 2776; F 2790/1; F 2790/3; F 2790/4; F 2790/5; F 2790/6; F 2813; F 2827; F 2862; R 352
– G 28 Michelstadt: Nr. Z 2002
– H 12 Darmstadt: Nr. 6123
– H 23: Nr. 1967; 1969
– P 1: Nr. 883
– P 4: Nr. 2274; 2275.

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 86: Nr. 26501
– 180 Hanau: Nr. 4742

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.33: Nr. 647; 5706.

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 218

National Archives, St. Louis
– World War II Draft Registration Cards for New York City, 16. Dezember 1940 – 31. März 1947: Nr. 7644744

Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14/79; 14/80; 14/81; 14/86; 14/87; 14/88; 14/90; 14/91; 14/93; 14/94; 14/95.
– N 1: Nr. 479.

Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV: Nr. 505a; 507a; 509a; 1132a

Anmerkungen

1 ISG, H.15.33, Nr. 5706.
2 ISG, H.15.33, Nr. 5706.
3 HStAD, C 4, Nr. 23/3, Bl. 95.
4 Eppertshausen, in: LAGIS Hessen, Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13419, letzter Zugriff 7. November 2024; Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 58, 61–62. Inwiefern die alte Eppertshäuser Flurbezeichnung *auf dem Judenrain* ins 15. Jahrhundert zurückreicht und als Beleg für die Anwesenheit von Juden im Ort genommen werden kann, ließ sich nicht gesichert überprüfen (Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 163; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 218). LAGIS Hessen, Hessische Flurnamen, lagis.hessen.de/resolve/de/fln/432005000, letzter Zugriff 6. November 2024, führt als Erstnachweis der Flurbezeichnung das Jahr 1689 an.
5 HStAD, F 16, Nr. 328; ISG, H.15.33, Nr. 647; Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 271.
6 Vgl. u. a. Gesangverein Germania, Jubiläum Gesangverein Germania, S. 33.

7 Die Rückzahlung gestaltete sich aufgrund der desaströsen Finanzlage der Gemeinden als schwierig. Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 94–95.
8 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 270; HStAM, 86, Nr. 26501. Die Behörden hielten Malkas Ehemann, der wenige Monate zuvor aus dem Gefängnis entlassen worden war, für einen „Beutelschneider", also Dieb.
9 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 126.
10 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 270.
11 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 271; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479.
12 Katholische Pfarrgemeinde Eppertshausen, Jubiläumsschrift, S. 38.
13 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/90. Weitere Beisetzungen sind für die Folgejahre dokumentiert, vgl. u. a. StadtA Dieburg, B, Nr. 14/79; Nr. 14/80; Nr. 14/81; Nr. 14/86; Nr. 14/87; Nr. 14/88; Nr. 14/90; Nr. 14/91; Nr. 14/93; Nr. 14/94; Nr. 14/95.
14 Sara, Ehefrau des Leibesch, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15325, letzter Zugriff 6. November 2024.
15 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 116, 188.
16 Schmidt, Beiträge zur Geschichte, S. 13, 26; GHRB, Nr. 33, 26. August 1825, S. 353.
17 Gesangverein Germania, Jubiläum Gesangverein Germania, S. 33; Körner, Ort Eppertshausen, S. 189.
18 Carl Friedrich Brill, Actenmäßige Nachrichten von dem Raubgesindel in den Maingegenden, dem Odenwald und den angrenzenden Ländern besonders in Bezug auf die in Darmstadt in Untersuchung befindlichen Glieder desselben, 1. Abt., Darmstadt 1814, S. 308. Bonem ist nachweisbar in HStAD, C 12, Nr. 280/1.
19 Friedrich Ludwig Adolph von Grolmann, Actenmäßige Geschichte der Vogelsberger und Wetterauer Räuberbanden und mehrerer mit ihnen in Verbindung gestandener Verbrecher, Gießen 1813, S. 239–240.
20 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, 271. Zu den Unterzeichnern gehörte auch Salomon Eppertshausen aus Urberach, dessen Herkunftsort wohl ebenfalls Eppertshausen war. Ein Moritz Reis soll 1750 als Vorsteher und Schächter gewirkt haben. S. Eppertshausen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/128, letzter Zugriff 6. November 2024.
21 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 271.
22 HStAD, H 23, Nr. 1967, S. 28: In dem topographischen Güterverzeichnis besaß der gesamte Gebäudekomplex (Wohnhaus mit Synagoge) die Haus-Nr. 134 (Schulstraße 32), das Haus der nichtjüdischen Nachbarn hatte die Haus-Nr. 133 (Schulstraße 31); HStAD, H 23, Nr. 1969, S. 161 (gemeinsame Einfahrt); HStAD, P 4, Nr. 2274, 2275; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Y 199.
23 Möglich wäre auch ein Geschoss mit ausgebauter Mansarde, aber es gibt keine Quellen, die eine solche belegen.
24 HHStAW, 518, Nr. 1464; CAHJP, JRSO-Hes-35.
25 CAHJP, JRSO-Hes-35. Den außen vorragenden Toraerker der Synagoge zeigen auch die Brouillons zu den Parzellenkarten von Eppertshausen: HStAD, P 4, Nr. 2274, 2275.
26 HHStAW, 518, Nr. 1464; CAHJP, JRSO-Hes-35. Die JRSO-Skizze zeigt dagegen eine Wendeltreppe im hinteren Bereich des Betsaals. Vgl. Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 17.
27 Die Zeichnungen finden sich im Ortsartikel zu Eppertshausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/eppertshausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 6. November 2024.
28 HHStAW, 518, Nr. 1464; CAHJP, JRSO-Hes-35. Vgl. Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 17.
29 Beispielsweise die Synagogen von Würzburg-Heidingsfeld oder Memmelsdorf, beide Unterfranken/Bayern.
30 HHStAW, 518, Nr. 1464.
31 HHStAW, 518, Nr. 1464.
32 HHStAW, 518, Nr. 1464. Die JRSO listete 1954 12 Torarollen auf.
33 CAHJP, JRSO-Hes-35. Der Eppertshäuser Bürgermeister Stephan Gruber betonte 1960, dass die Synagoge „aus einem Raum bestanden [habe], in dem auch für die Kinder der jüdischen Familien Schule abgehalten worden sei." HHStAW, 518, Nr. 1464.
34 HHStAW, 518, Nr. 1464. Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 18, spekulierte, ob gegebenenfalls auch ein Wassergraben für das Reinigungsbad genutzt worden sei. Zudem hätten Eppertshäuser Jüdinnen auch die Mikwe in Darmstadt besucht. Allerdings ist der Besuch des Frauenbads im zumal deutlich näher gelegenen Dieburg ebenfalls wahrscheinlich.
35 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 59.
36 Vgl. u. a. GHRB, Nr. 8, 10. Februar 1846, S. 73.
37 SJDIGB 14 (1899), Nachtrag, S. 54 (dort fälschlich als „Eggertshausen").
38 GHRB, Nr. 50, 18. September 1868, S. 1005.
39 HStAD, C 12, Nr. 280/1.
40 HStAD, C 12, Nr. 280/1. Olesheimers Frau brachte 1818 und 1820 Kinder in Eppertshausen zur Welt. 1819 ist als Zeuge einer Geburt zudem der israelitische Religionslehrer F. Vorhaus genannt.
41 HStAD, C 12, Nr. 280/1; HStAD, C 12, Nr. 280/4; HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2776; Moses, Samuel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16175, letzter Zugriff 6. November 2024. 1854 heiratete der „Judenlehrer" Moses Lichtenstädter, der aus dem kurhessischen Barchfeld stammte, in Eppertshausen Regina Strauß. HStAD, C 12, Nr. 280/2. Vgl. HStAM, 180 Hanau, Nr. 4742.
42 HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2813. Zitron folgten im Schächtamt und damit vermutlich auch als Lehrer u. a. Salomon Weikersheim (1864), Simon Levi (1865) und Feiwel Mandelstamm (1876/1877). Der in Eppertshausen wohnhafte Samuel Moses war 1868 in Gräfenhausen als Schächter tätig. CAHJP, D-Da3-6b. 1879 finden sich Hinweise auf einen Lehrer Jaffe. Der Israelit 20, Nr. 30, 23. Juli 1879, Extrabeil., o. S.
43 U. a. Der Israelit 27, Nr. 22, 18. März 1886, 1. Beil., S. 390; 28, Nr. 24, 24. März 1887, Extrabeil., S. 89; 31, Nr. 56, 17. Juli 1890, Beil., S. 1015. Ihm folgte im Amt Nathan Samuel Goldberg nach. Olschewski, Familienbuch Eppertshausen, S. 124. Zu den Schülerzahlen vgl. Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 141.
44 Deutsch-Israelitischer Gemeindebund/Zentralwohlfahrtsstelle, Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1924/25, S. 131; HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2753/1. Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 141, nennt für 1908 ein, für 1924 fünf, für 1925 und 1932 je vier jüdische Schulkinder. Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 380, nennt für 1932 dagegen sechs Schulkinder.
45 Jahresbericht der Königlichen Realschule und der damit verbundenen Fakultativen Gewerblichen Fortbildungsschule in Aschaffenburg (1894/1895), S. 24; (1895/1896), S. 23; (1896/1897), S. 26.
46 Rechenschafts-Bericht über die Israelitische Lehrerbildungs-Anstalt in Würzburg 28 (1892), S. II.
47 Behne, Verstreute Spuren, S. 31–32.
48 Saul Lilienthal, Mit jüdischen Augen durch deutsche Lande. Heidelberg – Darmstadt – Bergstraße, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 23, 11. Juni 1931, S. [4].
49 Etwa durch Übernahme von Vormund- und Pflegschaften, so nach dem Tod der Witwe Elisabetha Gottlieb 1896 (HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2753/2; HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2827; HStAD, G 28 Langen,

Nr. F 2753/1), oder die Unterstützung Unvermögender wie der ledigen Jette (Jendel) Rothschild (ca. 1811/12–1861) (HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2790/1).

50 Der Israelit 74, Nr. 42, 18. Oktober 1934, Feuilleton-Beil., S. 16.

51 Der Israelit 69, Nr. 29, 19. Juli 1928, Beil., S. 8. Ebenso 1933 für einen weiteren Sohn. Israelitisches Familienblatt 35, Nr. 14, 6. April 1933, S. 6.

52 Der Israelit 20, Nr. 30, 23. Juli 1879, Extrabeil., o. S.

53 So etwa 1920 für die Armenspeisung in Palästina 500 RM. Der Israelit 61, Nr. 19, 13. Mai 1920, Extrabeil., S. 3.

54 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 18.

55 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 18.

56 HHStAW, 518, Nr. 1464.

57 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 18.

58 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 42; Nr. J 44.

59 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 35, 40.

60 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 18.

61 Exemplarisch die Fälle von Abraham und Levi Reis (HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 44; Nr. J 112) sowie des jüngeren Jösel und des älteren Jakob Rothschild (HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 42; Nr. J 45).

62 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 176.

63 HStAD, G 28 Michelstadt, Nr. Z 2002. Er wurde 1834 wegen Betrugs an einem Offenbacher Kaufmann zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. GHRB, 40 (28. August 1836), S. 423.

64 HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2790/4; Nr. F 2790/5.

65 HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2862.

66 HStAD, G 28 Dieburg, Nr. R 65; Landes-Adreßbuch für das Großherzogtum Hessen, Bd. 1, Darmstadt 1905, S. 268.

67 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 27; Rothschild, Samuel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16066, letzter Zugriff 6. November 2024.

68 HStAD, G 28 Langen, Nr. F 2790/3; Nr. F 2790/6.

69 HStAD, G 28 Dieburg, Nr. R 66; Olschewski, Familienbuch Eppertshausen, S. 252; Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 30–31.

70 HStAD, G 28 Langen, Nr. R 352.

71 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 32–33. Strauß später u. a. mit unedlen Metallen. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. V 842.

72 HStAD, H 12 Darmstadt, Nr. 6123.

73 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 214, hat bei seinen Recherchen für den Zeitraum 1831 bis 1913 insgesamt 189 Emigranten identifiziert. Vgl. die Auswanderungsliste bei Olschewski, Familienbuch Eppertshausen, S. 20–21, die auch jüdische Auswanderer nennt.

74 Eine Auswahl der Briefe findet sich unter Eppertshausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/eppertshausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 6. November 2024.

75 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 380.

76 CAHJP, JRSO-Hes-35.

77 Zahlen nach dem Portal Hessische Parlamentarismusgeschichte, parlamente.hessen.de/statistiken/volksstaat-hessen, letzter Zugriff: 6. November 2024.

78 Katholische Pfarrgemeinde Eppertshausen, Jubiläumsschrift, S. 44; Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 258.

79 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 261.

80 HHStAW, 474/3, Nr. 1630.

81 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 590.

82 LVjGH, NL Paul Arnsberg, Nr. 218.

83 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 31. Auch dessen Bruder Sali Rothschild emigrierte in die USA und wurde 1940 zur U.S. Army einberufen. National Archives St. Louis, WWII Draft Registration Cards for New York City, 16.10.1940–31.03.1947, Nr. 7644744.

84 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593. Müller notierte den 9. November, irrte sich hier aber sicherlich im Datum. Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 21–22.

85 AA, Documents, ID 5278234; 5278159; 5278250; 6959787, letzter Zugriff 6. November 2024.

86 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 218; Offenbach-Post, 16. Juni 2023.

87 CAHJP, JRSO-Hes-35.

88 Nach Aussage eines Nachbarn habe Bernhard Moses als letzter Gemeindevorsteher die Kultusgegenstände vor der Zerstörung mitnehmen dürfen. Laut Moritz Reis mussten Torarollen und Gemeindegelder an die Bürgermeisterei abgeliefert werden. CAHJP, JRSO-Hes-35; HHStAW, 518, Nr. 1464.

89 HStAD, H 12 Darmstadt, Nr. 6123. Zur Rolle des Leiters des Gendarmeriepostens, Georg Stuckert, vgl. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 406; Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 22–23.

90 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10.

91 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10.

92 CAHJP, JRSO-Hes-35.

93 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 748. Auch das angeschlossene Wohnhaus ging laut Moritz Reis in den Besitz Wunderlichs über. CAHJP, JRSO-Hes-35.

94 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 21.

95 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 748.

96 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 42.

97 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 30–31.

98 Angaben nach Eppertshausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/eppertshausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 6. November 2024, und Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch.

99 Katholische Pfarrgemeinde Eppertshausen, Jubiläumsschrift, S. 45.

100 HStAD, H 12 Darmstadt, Nr. 6123. Zahlreiche Unterlagen zu Entschädigungsverfahren weiterer Eppertshäuser Jüdinnen und Juden finden sich im Bestand HHStAW, 518.

101 Mitteilungen des Bürgermeisters von Eppertshausen am 13. Juni 2023, www.eppertshausen.de/mitteilungen-des-buergermeisters-am-13-06-2023, letzter Zugriff 6. November 2024.

102 CAHJP, JRSO-Hes-35; HHStAW, 518, Nr. 1464; 503, Nr. 7382.

103 Müller, Damit wir sie nicht vergessen, S. 16–17.

104 Auskunft von Herbert Weber, Schaafheim, 15. November 2024; vgl. Offenbach-Post, 10. Januar 1987.

105 Gemeinde Eppertshausen, Stolpersteine in Eppertshausen, www.eppertshausen.de/ueber-eppertshausen/stolpersteine-in-eppertshausen /, letzter Zugriff 6. November 2024.

106 OP-online.de, www.op-online.de/region/eppertshausen/neuer-platz-alte-gedenkstaette-4750137.html; www.op-online.de/region/eppertshausen/friedensgebet-gedenkstein-heute-oekumenische-feier-neuer-menora-eppertshausen-6948082.html, letzter Zugriff 11. November 2024.

107 Gemeinde Eppertshausen, Eppertshausen, S. 50, Zitat S. 8.

Gräfenhausen (Stadt Weiterstadt)

Mit Weiterstadt, Erzhausen, Wixhausen (Stadt Darmstadt)

Der Ort Gräfenhausen gehörte in der Frühen Neuzeit zunächst zur Herrschaft Heusenstamm. In den Orten der Grafschaft sind bis zum Ende des 17. Jahrhunderts nur vereinzelt jüdische Familien bezeugt.[1] Für das Jahr 1621 verzeichnet die landgräfliche Kammer in Darmstadt Zolleinnahmen eines namentlich nicht genannten Juden aus Gräfenhausen. Da sich die Grafen von Heusenstamm dem wachsenden Einfluss der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt in ihrem Territorium zunehmend wehrlos gegenübersahen, verkauften sie das vom Krieg gezeichnete Dorf und das Schloss Gräfenhausen im Jahr 1658 an den Landgrafen.[2] Genau in diese Zeit abnehmenden Einflusses der Heusenstammer und des langsamen Wiederaufbaus nach den Kriegsjahren fallen, möglicherweise nicht zufällig, Nachweise für eine längerfristige Niederlassung von Juden in Gräfenhausen.

Ein Schatzungsregister des Jahres 1654 listet die drei jüdischen Steuerzahler Salman, „Aberham“ und „Yssack“.[3] In den folgenden Jahrzehnten dürfte vermutlich durchgehend von zwei oder drei jüdischen Haushalten im Ort auszugehen sein. Diese ersten in Gräfenhausen sesshaften jüdischen Familien legten den Grundstock für ein jahrhundertelanges, offenbar weitgehend gutes Miteinander jüdischer und nichtjüdischer Ortsbewohner.

Im Jahr 1690 zahlte Abraham, der vermutlich als Viehhändler tätig war, zwölf Albus an Bede.[4] Abraham muss eine in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutende Person gewesen sein. Dies wäre eine Erklärung dafür, dass er 1699 in Gräfenhausen eine Hofreite mit Scheuer für 300 fl. erwerben konnte, die „nebst […] dem Pfarrgarthen“ lag,[5] und dass sich auch seine Familienangehörigen im Ort niederlassen konnten, so etwa sein Sohn Simon.[6] 1725 erwarb auch Abrahams Schwiegersohn Löb, ebenfalls Viehhändler, eine Hofreite für den stattlichen Preis von 824 fl.[7] Dieser Kauf und damit auch die Niederlassung der Familie erfolgte mit fürstlichem Einverständnis. Somit dürften in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mindestens drei Schutzjuden mit ihren Familien im Ort gelebt haben.

Das Gräfenhäuser Memorbuch und die Entstehung einer Gemeinde

Ein wichtiges Dokument für die jüdische Geschichte von Gräfenhausen stellt das vermutlich im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts angelegte Memorbuch dar.[8] Unter den frühen Sterbeeinträgen sind 1713 Mordechai, 1715/1716 Joel ha Kohen und 1726 Ahron genannt, die vermutlich aber keinen Schutzstatus hatten oder zu den Haushalten von Abraham und seiner Familie gehörten.[9] Gerade das Gräfenhäuser Memorbuch verweist mit den gängigen Gebeten, Segenssprüchen und dem Gedenken an die Verstorbenen auf eine bestehende Gemeinschaft von Betenden. Auf einer der ersten Seiten befindet sich das Gebet für den Landesherrn, den Landgrafen Ernst Ludwig, dem die Gemeinde Gräfenhausen gewiss ihre Existenz verdankte.[10] Die letzten datierten Einträge stammen aus den Jahren zwischen 1780 und 1790.

Abb. 1: Seite aus dem Memorbuch der jüdischen Gemeinde Gräfenhausen, 18. Jahrhundert, neu gebunden 1828/29. Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv.

Ein erster Betraum könnte sich zumindest zeitweise im Haus des Abraham oder seines Schwiegersohns Löb befunden haben. Die Männer von Abrahams Familie hatten am Anfang des 18. Jahrhunderts wichtige Funktionen in der Landjudenschaft inne. Abraham etwa überbrachte zwischen 1715 und 1718 den Beitrag der Landjudenschaft zum Wiederaufbau des Schlosses in Darmstadt in der Höhe von 1.200

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-010

Gulden. Spätestens 1724 war er sogar Parnas (Vorsteher).[11] Simon war bis 1770 möglicherweise durchgehend als „Gove Medina“, als Steuereinnehmer der Landjudenschaft tätig – ein viel Zeit und Reisetätigkeit erforderndes Ehrenamt.[12]

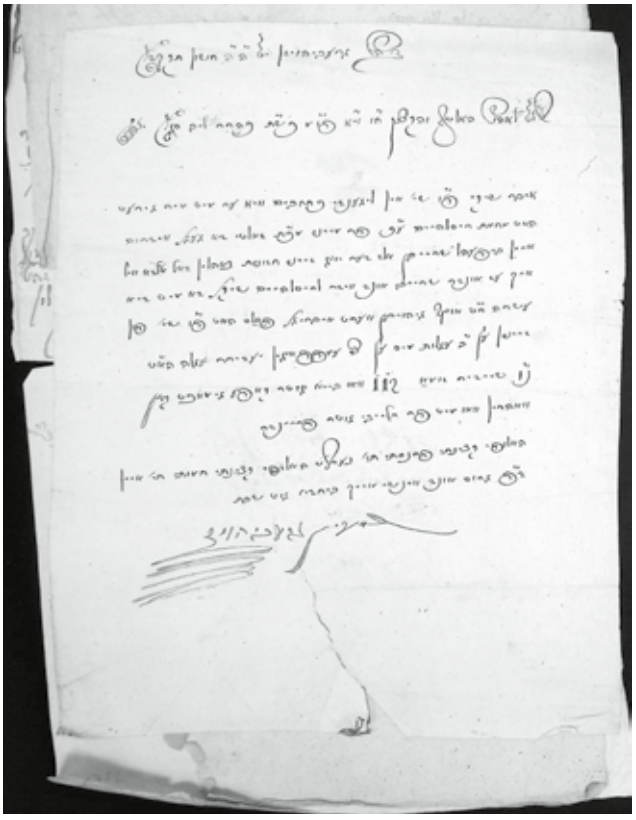


Abb. 2: Brief unterzeichnet von Simon aus Gräfenhausen. Central Archives for the History of the Jewish People.

Abrahams Schwiegersohn Löb war spätestens 1735 als „Tove“ gewählt, spätestens ab 1755 Parnas.[13] Auch Löbs Sohn Jehuda hatte 1738 und 1750 Ämter inne.[14] Die Übernahme solcher Ehrenämter in der Landjudenschaft setzte ein Mindestvermögen, Sprachkenntnisse und diplomatische Kompetenzen gegenüber der Obrigkeit voraus, über die diese Männer offensichtlich verfügten.[15]

Als Abraham um die Mitte des 18. Jahrhunderts starb, gestattete sich der örtliche Pfarrer eine Ausnahme und trug dessen Tod ins Kirchenbuch ein.[16] Diese Grenzüberschreitung lag sicherlich nicht allein an Abrahams hohem Alter von fast 100 Jahren, sondern auch in einer zwischenmenschlichen Wertschätzung und jahre- oder jahrzehntelanger Nachbarschaft begründet, denn Abrahams Haus lag ja direkt am Pfarrgarten.[17] Abraham wurde wie die meisten Gräfenhäuser Juden wohl auf dem jüdischen Verbandsfriedhof in der für die Landjudenschaft zentralen und als Wirtschaftsstandort wichtigen Stadt Groß-Gerau bestattet, die etwa zwei Wegstunden entfernt lag.[18]

Konsolidierung der Gemeinde

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nahm die Zahl der jüdischen Bevölkerung im Ort kaum zu und umfasste angeblich zwölf Personen in maximal drei Haushalten.[19] Möglicherweise kam ein eigener Minjan in Gräfenhausen phasenweise nicht mehr zustande, ohne etwa Personen aus anderen Orten einzuladen. Da sich die wirtschaftliche Lage der jüdischen Familien bis um 1800 merklich verschlechterte, kann wohl auch nicht davon ausgegangen werden, dass zu den Haushalten noch viel Gesinde zählte, das etwa am Gebet hätte teilnehmen können. Die Verhältnisse der sechs jüdischen Familien in den benachbarten Orten Wixhausen, Weiterstadt und Erzhausen, den späteren Filialorten der Gemeinde, waren kaum anders.[20]

In den folgenden etwa zehn Jahren verdreifachte sich die Zahl der jüdischen Einwohner in den genannten Orten. 1829 wurden in Wagners Statistik 34 Juden in Gräfenhausen erfasst, 14 in Wixhausen, 19 in Weiterstadt und sechs in Erzhausen.[21] Über die berufliche Tätigkeit der Juden zu dieser Zeit lassen sich nur wenige Aussagen treffen. Simon May und Israel Strauß etwa, die als erste der Gräfenhäuser Juden die Bedingungen erfüllten, um als Ortsbürger aufgenommen zu werden, waren als Metzger und Fruchthändler tätig – die gängigen Berufe der Juden im ländlichen Raum von dieser Zeit an.[22] Andere Juden am Ort sind vermutlich nur als „Taglöhner“ in die Ortsstatistik eingegangen.[23]

Die nominelle und administrative Ausbildung einer Gemeinde unterlag der Einsicht durch den örtlichen Bürgermeister, der etwa die regelmäßige Wahl von Vorstehern kontrollierte und das Wahlergebnis bestätigte.[24] Das Bestehen einer Gemeinde bedeutete aber keineswegs, dass diese alle wichtigen Bedürfnisse der wachsenden Mitgliederzahl decken konnte. Vielmehr war die Gräfenhäuser Gemeinde wie alle Gemeinden der Provinz überregional organisiert: Der Rabbiner residierte in Darmstadt und man zahlte Beiträge für seinen Unterhalt, zugleich nutzte die Gemeinde weiterhin, wenn auch nicht ausschließlich, den Groß-Gerauer Friedhof, wenngleich dort, wegen Überfüllung des alten, 1841 ein neuer Friedhof eingerichtet wurde und so eine Bestattung direkt bei den Vätern nicht mehr möglich war.[25] Auch Ehepartner wurden weiterhin aus der Umgebung gewählt, doch weitete sich der Radius, sicherlich nicht zuletzt mit dem Ausbau der Eisenbahn.[26] So verheiratete man sich nun mit Partnern aus Groß-Gerau, aber auch aus Jugenheim, Nordstadt, Sprendlingen, Götzenhain, Weisenau, Groß-Gerau, Leihgestern, Königstädten.

Um die Jahrhundertmitte erreichte die kleine Gemeinde ihre maximale Größe: 1867 zählte man 63 Personen aus Grä-

fenhausen, dazu weitere 17 aus den Teilorten.[27] Die Anstellung eines eigenen Lehrers zur religiösen Erziehung der Kinder, die ab 1844 bekannt ist, war eine wichtige Reaktion auf dieses Wachstum und zugleich auch notwendig für den Kultus: Denn der Lehrer übernahm auch die Aufgaben als Chasan und als Schochet.[28]

Pläne für eine Synagoge und der Synagogenneubau in Gräfenhausen

Bis zum Synagogenneubau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts finden sich keine konkreten Hinweise, wo sich die Jüdinnen und Juden aus Gräfenhausen und aus den Nachbarorten zum Gottesdienst versammelt haben. Doch dürfte der im Privatbereich zu suchende Gebetsraum mit der steigenden Zahl der Gemeindeglieder nicht mehr ausreichend Platz geboten haben. Davon zeugt die Bemühung des Vorstandes, geeignete Räume zu finden. Er ersteigerte im Jahr 1846 von dem Mainzer Kattun-Fabrikanten Nikolaus Schwarz für 652 Gulden einen Seitenbau des ehemaligen Gräfenhäuser Schlosses, um darin eine Synagoge, ein Ritualbad und einen Raum für den Schulunterricht einzurichten. Der geplante, mit 1.150 Gulden veranschlagte Umbau blieb jedoch aus unbekannten Gründen unausgeführt.[29] Erst im August 1863 erwarb die Gemeinde die 281 qm große Hofreite des kurz zuvor im Alter von 78 Jahren verstorbenen Aron Katz[30]. Das Anwesen lag am selben Platz wie die von Abraham im Jahr 1699 erworbene Hofreite und bestand aus einem zweigeschossigen Haus, einem kleinen quadratischen Anbau, einem Stall und einem Abtritt im Hintergrund des Grundstücks. Daran schloss sich im Süden ein 263 qm großer „Grabgarten“ an (heute Hauptstraße 5/Postplatz).[31] Das Grundstück grenzte an den bis 1967/1968 bestehenden evangelischen Pfarrgarten, zu dem auch das Pfarrhaus gehörte. Südlich des Pfarrhauses stand die 1815 erneuerte Kirche.[32] Durch die jüdische Gemeinde erfolgte wohl ein Umbau, der sicher mit der Meldung an die Brandversicherung im Jahr 1868 vollendet war.[33] Ein Ausschnitt aus der ab 1855 angelegten Parzellenkarte zeigt das Grundstück noch vor dem Erwerb und Umbau durch die jüdische Gemeinde.[34]

Die Gräfenhäuser Synagoge lag zentral an der die Stadt von Westen nach Osten durchquerenden Hauptstraße. Das zweigeschossige Fachwerkgebäude mit Satteldach reihte sich unauffällig in die südliche Straßenflucht der giebelständigen Wohnhäuser ein. Genau den Platz des Katz’schen Hauses einnehmend, erstreckte es sich nach Süden in die Tiefe des Grundstücks hinein. Ein Tor führte von der Straße in den geräumigen Hof. Versetzt zum Haus

Abb. 3: Ausschnitt aus dem Katasterplan Gräfenhausen mit dem Anwesen des Aron Katz, dem späteren Synagogengrundstück (Flur-Nrn. 133, 134), nach 1855. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 85.

lag an dessen Südwestecke die quadratische Mikwe mit einer Seitenlänge von etwa 3,40 m. In einigem Abstand ihr gegenüber lag ein vermutlich um 1903 eingerichtetes Toilettenhäuschen.

Eine Straßenansicht von etwa 1920 sowie Fotos von dem zerstörten Gebäude beim Abbruch im Jahr 1939 geben eine ungefähre Vorstellung vom Aussehen des Außenbaus. Über einem schmalen Bruchsteinsockel ruhte das ursprünglich in Fachwerk gefertigte, um 1930 massiv erneuerte Erdgeschoss.[35] Darauf erhob sich mit leichtem Überstand das alte Fachwerkobergeschoss. Die kleinen rechteckigen Fenster- und Türöffnungen waren unregelmäßig verteilt und ließen wohl nur wenig Licht in die Räume. Die nach Osten gerichtete Wand des Betsaals, an der sich der Toraschrein befand, besaß keine Fenster. An der Straßenfassade war nicht zu erkennen, dass sich hinter ihr der Betsaal verbarg. Das Synagogengebäude glich einem einfachen Wohnhaus und spiegelte die begrenzten Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten der kleinen jüdischen Gemeinde wider.

Das über rechteckigem Grundriss (7,80 m x 12,62 m) angelegte Mehrzweckgebäude erfüllte verschiedene Funktionen, denen zwei getrennte, nebeneinanderliegende Eingangstüren zugeordnet waren. Die vordere Türe führte zur aus Küche und zwei Zimmern bestehenden Lehrer- und Vorbeterwohnung im Erdgeschoss. Die hintere Türe führte über eine Treppe im südwestlichen Teil des Hauses zum Betsaal und zum Schulzimmer im Obergeschoss.

Abb. 4: Die heutige Hauptstraße in Gräfenhausen mit Synagoge (viertes Gebäude von rechts), um 1920. Fotosammlung Heimatverein Gräfenhausen/Schneppenhausen e.V.

Abb. 5: Ausschnitt aus dem Ortsbauplan Gräfenhausen mit dem Synagogengrundstück (Flur-Nrn. 133, 134), 1911. Stadtarchiv Weiterstadt.

Der Betsaal nahm im Obergeschoss den nördlichen Teil der Grundfläche ein und war quer zum First nach Osten orientiert. An der West- oder Giebelseite dieses Raumes lag die über eine Innentreppe erreichbare Frauenempore aus Holz, die wohl in den Dachraum ragte. Historische Bilder des Betsaals sind nicht bekannt, auch die schriftliche Überlieferung ist bruchstückhaft. Die Angaben der Zeitzeugen zur Zahl der Sitzplätze in der Synagoge variieren, doch angesichts der Gemeindegröße und des zur Verfügung stehenden Raums kommt die von der JRSO für die Entschädigungsverhandlungen angefertigte Skizze sicher der Realität sehr nahe. Demnach befanden sich in dem rund 50 qm großen Raum etwa 36 Männer- und 20 Frauenplätze. Die Ausstattung des Betraumes wird als einfach beschrieben.[36] Unter den Ritualien befanden sich anscheinend auch einige sehr wertvolle, ältere Kultgegenstände.[37]

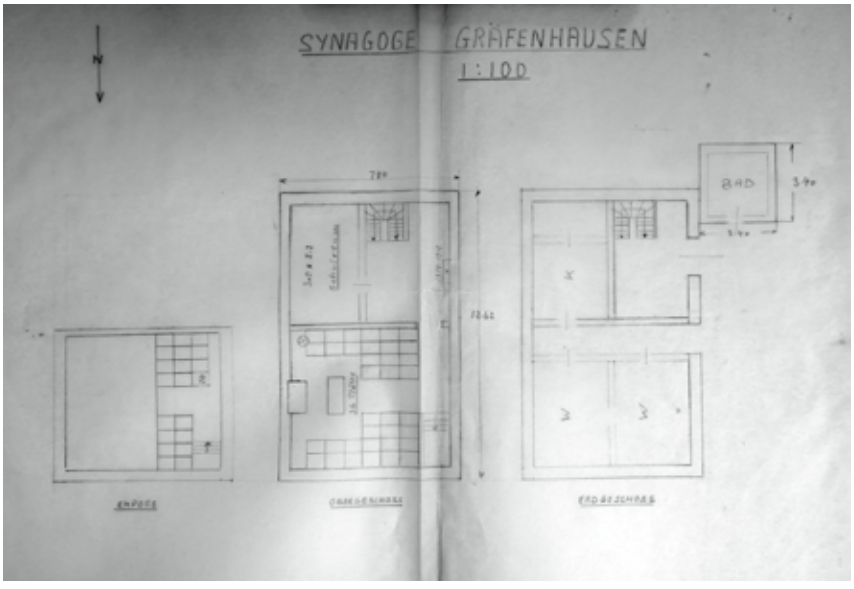


Abb. 6: Synagoge Gräfenhausen, Bestuhlungsskizze nach den Angaben von Zeitzeugen für die Entschädigungsverhandlung der JRSO, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

Die Gemeinde im späten 19. Jahrhundert

Nach 1867 nahm die Größe der Gemeinde stetig ab.[38] Der Hauptgrund hierfür mag wie auch andernorts der Wegzug in die Städte gewesen sein.[39] Dennoch blieb die Gemeinde groß genug für einen eigenen Gottesdienst orthodoxer Ausrichtung. Das Beisammensein in diesen Gottesdiensten aber verlor aus Perspektive des Vorstandes am Ende des 19. Jahrhunderts an Disziplin, etwa weil Mitglieder sich verspäteten oder den Gottesdienst verfrüht wieder verließen. So sah sich der Vorstand 1893 gezwungen, eine neue Synagogenordnung abzufassen, die im selben Jahr vom Innenministerium genehmigt wurde.[40] Der Text der Gräfenhäuser Synagogenordnung basierte weitgehend auf der Synagogenordnung der Provinz Starkenburg von 1859, fügte dieser aber vier Paragrafen hinzu, die gezielt auf aktuelle Missstände reagierten.[41] Zugleich markiert die Abfassung einer auf Gräfenhausen zugeschnittenen Ordnung auch die Entwicklung eines zunehmend lokal ausgerichteten Selbstbewusstseins in Bezug auf die Gottesdienstpraxis.

Dabei war die Gräfenhäuser Gemeinde eine Gemeinde geblieben, die weiterhin eine Reihe an Aufgaben gegenüber der Gemeinschaft nur in überörtlicher Zusammenarbeit abdecken konnte. Dazu gehörte am Ende des 19. Jahrhunderts auch die Gewährleistung einer religiösen Schulbildung und, aufgrund der Aufgabenhäufung bei den jüdischen Lehrern, auch die Begleitung des Gottesdienstes durch einen Vorsänger oder die Versorgung mit geschächtetem Fleisch. Um die offene Stelle eines Lehrers, Vorbeters und Schächters zu besetzen, bemühte man sich mit zunehmender Dauer der Stellenvakanz, die Konditionen zu verbessern: Der Jahresverdienst wurde angehoben, Nebenverdienste angeboten, und vorübergehend auch die Verpflichtung, als Schochet zu agieren, aufgehoben.[42] Während einer weiteren Vakanz sah man sogar von der Bedingung ab, dass der Lehrer ledig sein sollte. In der nächsten Stellenausschreibung bot man nun außerdem eine Wohnung für eine kleine Familie mit an.[43] Inzwischen sprang einer der Vorsteher als Kantor ein.[44] Die wenigen jüdischen Kinder, 1904 noch neun, erhielten schließlich zeitweise ihren Religionsunterricht aus dem benachbarten Griesheim oder durch Wanderunterricht, was einer Genehmigung der Regierung bedurfte.[45]

Das 20. Jahrhundert bis zur NS-Zeit

Die Größe der Gemeinde und die Zahl der Schulkinder nahmen um die Jahrhundertwende weiter ab. Um 1900 lebten in Gräfenhausen 57 jüdische Einwohner, in Weiterstadt 23, in Wixhausen fünf und in Erzhausen nur zwei jüdische Personen.[46] Gottesdienste konnten also weiterhin abgehalten werden, was in anderen kleinen Gemeinden zu dieser Zeit bereits ein Problem darstellte.[47] Die Gräfenhäuser Juden zeigten sich aber weiterhin sehr aktiv im überörtlichen Engagement für innerjüdische Belange. Noch in den 1930er Jahren gehörte eine Reihe von Gemeindemitgliedern wohltätigen jüdischen Organisationen an, die um Groß-Gerau zentriert waren. Der Friedhofsverband verzeichnete noch 1935 sechs Gräfenhäuser Mitglieder, ebenso der Brautausstattungsverein. 1938 waren sogar acht Gräfenhäuser Mitglieder des Friedhofvereins.[48] Eine Vertrauensperson des Central-Vereins ist erst für 1936 überliefert,[49] offensichtlich führte eine 1926 in Gräfenhausen durchgeführte Werbeveranstaltung zur Vorstellung der Ziele des Central-Vereins nicht unmittelbar zur Gründung einer Ortsgruppe.[50]

Bei den Kampfhandlungen im Ersten Weltkrieg starben vier jüdische Männer: Jakob Hirsch, Joseph Hirsch, Ludwig Kahn und Moritz Mannheimer. Ihre Namen stehen auf einem Denkmal neben der evangelischen Pfarrkirche für alle Gefallenen dieses Krieges. Auf einem weiteren Denkmal am selben Ort stehen auch die Namen der jüdischen Gräfenhäuser Lipmann und Sigismund May, die im Krieg von 1870/1871 ihr Leben gelassen hatten.[51] Auch in das örtliche Vereinswesen waren die Gräfenhäuser Juden offenbar gut integriert. Der in Wixhausen lebende Jude Carl Collin etwa war Mitglied im Milchhändlerverein und der Deutschen Demokratischen Partei, Vorsitzender des Turnvereins sowie Gründungsmitglied des Gräfenhauser Karnevalsvereins Ahoi, Letzteres gemeinsam mit zwei weiteren jüdischen Bürgern, Moritz May und dem damals vierzehnjährigen Simon May.[52]

Abb. 7: Gräfenhausen, Vorstand des Karnevalvereins Ahoi mit Moritz May (3. v. l.), 1929. Sammlung Karnevalsverein Ahoi Gräfenhausen.

Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus fand das gute Miteinander im Ort jedoch ein Ende. Die Wahlergebnisse von 1932 und 1933 dürften für die kleine Gemeinde ernüchternd gewesen sein, wenngleich die NSDAP im Ort mit 335 von 930

Karneval- und Kreppel-Zeitung
der Grewerhaiser Nachrichten
Republikanisch — monarchistisch — evangelisch — katholisch — jüdisch — völkisch — sozialistisch
kommunistisch — deutsch-national — demokratisch redigiertes Zentrums-Organ für den
gebildeten Bürger u. für 11 Pfg. plus 9 Pfg. Teuerungszuschlag
Verlag: Meschugge & Co. — Druck: U. N. Fug — Der verantwortliche Schriftleiter garantiert für unverantwortlichen Blödsinn
Motto: An uns kann kaner dippe!

Abb. 8: Gräfenhausen, Titel der Karneval- und Kreppel-Zeitung mit Einladung an Bürger aller Religionen und politischen Gesinnungen. Sammlung Karnevalsverein Ahoi Gräfenhausen.

abgegebenen weniger Stimmen erzielt hatte als andernorts (462 für die SPD).[53] Die Gemeinde zählte 1933 44 Mitglieder in Gräfenhausen, zehn in Weiterstadt und neun in Wixhausen, Gemeindevorsteher waren in den 1930er Jahren Siegfried Kahn, Moritz Mai und Leopold Seliger. Jakob Frankel, ein „polnischer" Jude, war als Chasan und Schochet tätig.[54]

Unter dem Druck der zunehmenden Restriktionen sahen sich viele Gräfenhäuser Juden zur Auswanderung gezwungen und veräußerten ihre Häuser zu Schleuderpreisen. Der Weiterstädter Jude Berthold Lehmann etwa erhielt 1938 noch 5300 Mark für seine Hofreite in der Darmstädterstraße 33.[55] Er konnte mit seiner Schwiegermutter auswandern, seine Frau hatte sich kurz zuvor das Leben genommen. Der Bürgermeister gab als Grund für diesen Suizid verharmlosend „Auswanderungsschwierigkeiten infolge von Zollhinterziehungen" an.[56] Diejenigen Gräfenhäuser Jüdinnen und Juden aber, die noch blieben, mussten die Angriffe auf die Synagoge im November 1938 miterleben.

Novemberpogrom in Gräfenhausen und das Ende der Gemeinde

Die Gräfenhäuser war die letzte von insgesamt fünf Synagogen, die ein Zerstörungstrupp in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 überfiel. Der Leiter der übergeordneten Standarte 115, Wilhelm Mahla aus Babenhausen, hatte die Order, alle Synagogen in seinem Standartenbereich zu sprengen oder in Brand zu setzen, an die SA-Sturmführer der Stadt und des Stadtkreises Darmstadt weitergegeben. Versorgt mit Benzin, bewaffnet mit Äxten und Spitzhacken fuhren der SA-Mann Kissinger, der Sturmführer und Gräfenhäuser Bürgermeister Petri sowie zwei weitere SA-Männer gegen Morgen in einem Pkw von Darmstadt nach Gräfenhausen.[57] Gegen fünf Uhr früh waren Hilferufe aus der Erdgeschosswohnung des Synagogengebäudes zu hören, wo die hochbetagte Witwe Leni Strauß mit ihrer 50-jährigen Tochter Selma wohnte.[58] Unter Schlägen und Drohungen trieben die SA-Männer die beiden Frauen ins Freie, die sich zu Bekannten oder Verwandten im Ort flüchteten.[59] Kissinger und ein weiterer SA-Mann zertrümmerten im oberen Stockwerk mit Äxten das Inventar der Religionsschule und der Synagoge. Sie warfen Gebetsbücher, Gebetsriemen und Torarollen aus dem Fenster in den Garten, die marmorne Gedenktafel für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs aufs Straßenpflaster. Die Gegenstände wurden später zusammen mit den zerschlagenen Bänken mit Benzin übergossen und im Garten des Synagogengrundstücks verbrannt. Nach der Tat kehrten die Männer auf Kosten des Bürgermeisters in eine Gräfenhäuser Wirtschaft ein.[60] Die Synagoge hatten sie aber nicht, wie zunächst vorgesehen, in Brand gesetzt, vermutlich wegen der nahe gelegenen Nachbarbebauung. Eine Zeugin erklärte, das Gebäude sei später von der Hitlerjugend demoliert worden.[61] So hätten nach Aufforderung des Ortsgruppenleiters und anderer Beteiligter Gräfenhäuser Jugendliche Holzteile und Ziegel aus dem Haus herausgerissen und auf die Straße geworfen. Im Verlauf des 10. November sollen die Zerstörer auch Anwesen anderer jüdischer Familien aufgesucht und die Wohnungseinrichtung zerschlagen haben. Dabei sollen auch Misshandlungen vorgekommen sein. Zerstörungen sind allerdings nur bei den Familien May und Hirsch bezeugt.[62] Nach Aussage des Bürgermeisters im Jahr 1949 hätten sich sowohl Gräfenhäuser Bürger als auch die SA Weiterstadt an dem Überfall auf die jüdische Bevölkerung beteiligt.[63]

Nach dem Pogrom 1938

Der Novemberpogrom hatte mit der Zerstörung der Synagoge das Ende der Gemeinde eingeleitet. Die dabei demolierten Geschäfte der Juden sollten auf Anweisung des Gauleiters Hessen-Nassau möglichst schnell und auf Kosten der Besitzer wieder in Ordnung gebracht werden.[64] Das Synagogengebäude blieb dagegen den Winter 1938/1939 über in dem zerstörten Zustand stehen. Durch einen „rechtsverbindlichen Vertrag, der infolge der Kriegseinwirkungen nicht mehr auffindbar" war, ging die Synagoge 1939 in den Besitz der politischen Gemeinde Gräfenhausen über.[65] Da das ausgeplünderte Synagogengebäude eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle, befahlen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter bald darauf den Abriss.[66] Für den Abtransport des Schutts musste die jüdische Gemeinde 150 Mark bezahlen.[67] Im

Frühjahr 1939 soll ein Teil des Baumaterials für einen neuen Schießstand verwendet worden sein.[68] Mit der noch auf dem Gebäude ruhenden Hypothek in Höhe von 1.800 Mark wurden die privaten Sparkassenguthaben von Moritz May und seines Cousins Julius Hirsch mit je 900 Mark belastet.[69]

Abb. 9: Gräfenhausen, das zerstörte und ausgeplünderte Synagogengebäude beim Abbruch, Ansicht von Nordwesten, Fritz Pons 1939. Fotosammlung Heimatverein Gräfenhausen/Schneppenhausen e.V.

Abb. 10: Gräfenhausen, das zerstörte und ausgeplünderte Synagogengebäude beim Abbruch, Ansicht von Nordosten, Fritz Pons 1939. Fotosammlung Heimatverein Gräfenhausen/Schneppenhausen e.V.

Nach dem Novemberpogrom erzwangen die Nationalsozialisten die Schließung der von jüdischen Familien geführten Geschäfte, so etwa der Läden von Viehhändler Max Stern und Kolonialwarenhändler Jakob Schwab.[70] Im Mai 1939 hatten bis auf 22 alle als jüdisch geltenden Einwohnerinnen und Einwohner den Ort verlassen.[71] Die letzten jüdischen Gräfenhäuserinnen und Gräfenhäuser mussten ihre Anwesen verkaufen und den Erlös auf ein Sperrkonto einzahlen. Das Inventar der enteigneten jüdischen Familien kam nach deren Deportation durch das Finanzamt Langen zur öffentlichen Versteigerung, die im Dorf stattfand. Arbeitsfähige Juden und Jüdinnen wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. So leistete Theodor May im Straßenbau und in einer Ziegelfabrik Schwerstarbeit. Simon May musste im Jahr 1940 Kohlen schaufeln[72] und Heinrich Volz wurde nach seiner Freilassung aus der Gestapohaft Anfang 1945 zur Arbeit bei der Organisation Todt, einer paramilitärischen Bautruppe, gezwungen. Einigen Personen gelang die Flucht nach London, Bolivien, Argentinien und in die USA. Viele verzogen nach Frankfurt und wurden von dort deportiert, einzelne nahmen sich das Leben.[73] Am 28. Februar 1939 meldete der dortige Bürgermeister nach Darmstadt, dass im Nachbarort Weiterstadt keine Juden mehr wohnten.[74] Fanny Mannheimer aus Gräfenhausen musste am 26. Mai 1942 ins jüdische Altersheim nach Darmstadt umziehen; sie wurde von dort in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt und anschließend in Auschwitz ermordet.[75] Die konvertierte Emilie Volz, die mit dem evangelischen Weißbinder Wilhelm Volz II verheiratet war, wurde Anfang April 1943 verhaftet und ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert.[76] Von den 44 Jüdinnen und Juden, die Anfang Januar 1937 noch in Gräfenhausen gewohnt hatten, verloren 23 Personen in der Schoa ihr Leben. Zu ihnen gehörten drei Kinder, die neun, zwölf und 13 Jahre alt waren, als sie im Vernichtungslager Auschwitz ermordet wurden.[77] Aus Weiterstadt waren es sechs Schoa-Opfer und aus Wixhausen drei, die zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft noch in den Orten gelebt hatten.[78]

Prozess, Erinnerung und Gedenken nach 1945

Das *Jüdische Gemeindeblatt für die Britische Zone* berichtete im August 1946 über die Verhaftung von fünf Haupttätern, die an den Novemberpogromen in Darmstadt, Darmstadt-Eberstadt, Darmstadt-Arheilgen, Griesheim und Gräfenhausen beteiligt waren.[79] Im Prozess vom November 1946 kam es zur Verurteilung von sechs Männern wegen der Zerstörung der Synagogen und deren Inventar in den genannten Orten. Die Hauptverantwortlichen und Rädelsführer Wilhelm Mahla und Heinrich Kissinger erhielten wegen Brandstif-

tung „an zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmten Gebäuden“, gemeinschädlicher Sachbeschädigung und schwerem Landfriedensbruch Zuchthausstrafen von je sieben Jahren; der nur als Mittäter eingestufte J. B. erhielt für dieselben Anklagepunkte vier Jahre Zuchthaus. Drei Angeklagten erlegte der Richter Gefängnisstrafen von zehn bzw. fünf Monaten auf.[80] Die Zerstörungen an den Wohnhäusern der jüdischen Familien von Gräfenhausen und die Misshandlungen blieben wegen mangelnder Beweise unbestraft. Die JRSO bewertete den an der Synagoge Gräfenhausen einschließlich ihrer Ritualien angerichteten Schaden als Totalschaden in Höhe von 113.938 Mark.[81] Aufgrund des Vergleichs vom 19. Januar 1950 verpflichtete sich der Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde Gräfenhausen, der JRSO die Summe von 1.307 DM zurückzuzahlen.[82]

Nur einer der Gräfenhäuser Juden lebte nach dem Ende des NS-Regimes wieder in Gräfenhausen: der Sohn der in der Schoa ermordeten Emilie Volz. Heinrich Volz bewohnte mit seiner Familie das ehemals Hirsch’sche Anwesen Hauptstraße 12 und betrieb den früheren Frisiersalon seiner Eltern, den diese auf Anordnung der Nationalsozialisten im Jahre 1943 hatten schließen müssen.[83] Wie die Menschen so war mit den Ruinen der Synagoge seit 1939 auch ihre sichtbare bauliche Präsenz verschwunden. Das Ortsbild änderte sich weiter nach dem Abbruch des Pfarrhauses, das in unmittelbarer Nachbarschaft zur Synagoge gestanden hatte. Damit verschwanden auch die letzten Zeugnisse für das enge Miteinander von jüdischen und christlichen Ortsbewohnern. An der Nordseite des heutigen Postplatzes, dem ehemaligen Standort der Synagoge, ließ der Heimatverein Gräfenhausen-Schneppenhausen e.V. am 10. November 1983 einen Gedenkstein errichten. Der schlichte Stein trägt die Aufschrift „Hier stand bis zum 10/11 Nov 1938 die Synagoge der Jüdischen Gemeinde Gräfenhausen“.

Abb. 11: Ehemaliger Standort der Synagoge mit Gedenkstein auf dem Postplatz. Foto: Rahel Blum.

Die ersten im November 2013 verlegten Stolpersteine galten der Familie Collin-Cahn, Steinstraße 4, deren Mitglieder bis auf Regina Collin in der Schoa ermordet wurden. In einer kleinen Feier stellte Archivarin Maxi Jennifer Braun das Schicksal der Familie vor. In der Nacht nach der Verlegung brachen Unbekannte die frisch verlegten Steine aus dem Pflaster heraus. Sie wurden kurz darauf wieder ersetzt.[84] Inzwischen erinnern insgesamt 29 Stolpersteine an die ermordeten und die überlebenden, zur Flucht gezwungenen Jüdinnen und Juden aus Gräfenhausen.[85]

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Archivarin Maxi Jennifer Braun, Stadtarchiv Weiterstadt, Heinrich Bengel, Karnevalsverein Ahoi, Karin Klingler, Heimatverein Gräfenhausen/Schneppenhausen e.V., und Pfarrerin Inka Gente.

Gräfenhausen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/95

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Gräfenhausen

1654	3 Familien
1776	12 Personen
1798	3 Familien
1801	2 Familien
1815	2 Familien
1828	34 Personen
1855	53 Personen
1858	63 Personen
1861	67 Personen
1867	63 Personen
1871	49 Personen
1881	39 Personen
1900	57 Personen
1905	51 Personen
1910	44 Personen
1925	37 Personen
16. Juni 1933	42 Personen
Januar 1937	43 Personen
17. Mai 1939	22 Personen
März 1942	3 Personen
27. Mai 1942	0 Personen

Weiterstadt

1798	2 Familien
1829	19 Personen

1871	12 Personen
1900	23 Personen
1925	12 Personen
16. Juni 1933	13 Personen

Erzhausen

1798	1 Familie
1828–1830	6 Familien
1867	7 Familien
1871	7 Familien
1900	2 Familien
1910	2 Familien

Wixhausen

1798	3 Familien
1815	3 Familien
1828/29	14 Personen
1867	10 Personen
1871	7 Personen
1900	5 Personen
1910	7 Personen
1925	5 Personen
Juni 1933	8 Personen
März 1940	3 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die Jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 272 (1654); CAHJP, D-Lj4-90 (1798, 1801); Egelhof, Flurnamen von Gräfenhausen, S. 38 (1861, 1881, 1910); Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 3–4 (1776, 1828, 1830, 1867, 1871, 1881, 1900, 1905, 1910, 1925, Juni 1933, Mai 1939); HStAD, G 17, Nr. 14a-c (1812); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223 (März 1940); StadtA Weit, B.02.01, Nr. II 4/8 (1855) u. II 4/10 (1858); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 69, 87, 264, 257 (1829); YVA, O.52, Nr. 572 (Juni 1933, Jan. 1937, Mai 1939, April 1940, Mai 1942).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Egelhof, Heinrich, Die Flurnamen von Gräfenhausen, Gräfenhausen 1967.

Hoch, Günther, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, Weiterstadt 1984.

Hoch, Günther u. a., 750 Jahre Gräfenhausen. 1225–1975, hrsg. vom Gemeindevorstand Gräfenhausen, Darmstadt 1975.

Kaufmann, Uri R., Vom Hausierer zum Ladenbesitzer. Zur beruflichen Tätigkeit der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim." die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 27–40.

Schleindl, Angelika, Der jüdische Friedhof Groß-Gerau. Ein Beitrag zur Geschichte der Landjuden in Südhessen, Darmstadt 1993.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Da1: Nr. 49; 452; 454
- D-Lj4: Nr. 47; 90
- D-Da3: Nr. 1a
- JRSO-Hes: Nr. 031
- KGe8: Nr. 80a

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 518: Nr. 1469

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- E 3 A: Nr. 3/1 (78)
- E 14 A: Nr. 70/7
- G 17: Nr. 14a-c
- H 13 Darmstadt: Nr. 906
- H 23: Nr. 289
- N 1: Nr. 30003
- O 61 Mueller Adolf: Nr. 5
- P 4: Nr. 85
- R 21 J: Nr. 1780; 3082

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
- Slg. Arnsberg: Nr. 223

National Library of Israel, Jerusalem (NLI)
- HM2-8710

Stadtarchiv Weiterstadt (StadtA Weit)
- A.01: Nr. 706; 707
- B.02.01: Nr. II 4/8; II 4/10; VIII 22/27; IX 4/5; X 12/53; X 19/12; XVII 5/4; XVII 5/34
- B.02.02: Nr. 6; 7; 74; 295; 370
- D.02: Nr. 205
- Gemeindearchiv Gräfenhausen: XXVII 5/1; XXVII 5/2
- Gerichtsbuch 1623–1768

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
- 1 A Da2: Nr. 40; 60
- 1 A Gr10: Nr. 1

Yad Vashem Archives, Jerusalem (VYA)
- O.52: Nr. 572

Anmerkungen

1 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5.

2 Hoch, 750 Jahre Gräfenhausen, S. 125; Gräfenhausen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13369, letzter Zugriff 15. November 2023.

3 Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223.

4 StadtA Weit, B.02.01, Nr. IX 4/5. Möglicherweise identisch mit Abraham Cohen oder Abraham ben Joel, vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 273. Demnach könnte es sich bei seinem Vater um Joel bar Jehuda haKohen gehandelt haben, dessen Tod im Memorbuch auf das Jahr 1715 datiert wird, siehe CJA, 1 A Gr 10, S. 21.

5 StadtA Weit, Gerichtsbuch 1623–1768, fol. 138 v., Nr. 4, Eintrag zum 22. Mai 1699, daraus das Zitat. Vgl. Egelhof, Flurnamen, S. 46.

6 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223.

7 Hindle, Abrahams Tochter, vermutlich die Frau des Löb und weiterhin wohnhaft in Gräfenhausen, verstarb 1759, vgl. CJA, 1 A Gr 10.

Vgl. auch JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223, nach Güterschätzungsbuch von 1754; StadtA Weit, B.02.01, Nr. X 19/12.

8 CJA, 1 A Gr 10, Nr. 1.

9 Mordochai etwa erhält 1726 von der Darmstädter Gemeinde Almosen, vgl. CAHJP D-Da1-49, S.41r.

10 CJA, 1 A Gr 10, Nr. 1, fol. 4 v.

11 HStAD, R 21 J, Nr. 1780 u. 3082; HStAD, E 3 A, Nr. 3/1 (78); HStAD, E 14 A, Nr. 70/7. Tatsächlich war nur der Bergfried zerstört worden, im Zusammenhang mit einem Brand der Kanzlei im Schloss plante der Landgraf nun eine Erweiterung des gesamten Schlosses, vgl. HStAD, E 14 A, Nr. 70/7.

12 CAHJP D-Da3-1a; Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 684–687, Nr. 9:40; S. 694–696, Nr. 9:46; S. 702–705, Nr. 9:49; S. 709–711, Nr. 9:51; S. 711–715, Nr. 9:52; außerdem CJA, 1 A Da2 Nr. 40 und Nr. 60.

13 CAHJP, KGe8-80a. Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 665–668, Nr. 9:31, S. 694–696, Nr. 9:46; außerdem CAHJP, D-Lj4-47.

14 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 671–673, Nr. 9:34 und S. 679–681, Nr. 9:38; leider ist Jehudas Amt namentlich nicht erfasst. Vgl auch CAHJP, D-Lj4-47.

15 Ihr Vermögen muss zwischen 500 und 6.000 fl. gelegen haben, während das durchschnittliche Vermögen der meisten Juden in der Landgrafschaft bei etwa 300 fl. gelegen haben dürfte. Im Vergleich zum Durchschnittsvermögen der Juden auf dem Land war Abraham als wohlhabend anzusehen, während die Stadtjuden in Darmstadt oder Frankfurt über ein Vielfaches verfügten. Zur Tätigkeit als Viehhändler siehe StadtA Weit, B.02.01, Nr. XVII 5/34; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223. Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Hessen, Bd. 1, S. 174, mit den Zahlen für 1746. In diesem Jahr dürften Simon und Löb gleichermaßen ein Amt innegehabt haben.

16 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223.

17 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223.

18 Zum Groß-Gerauer Verbandsfriedhof vgl. Schleindl, Der jüdische Friedhof, S. 15, 105. Zu Groß-Gerau als Ort der Landjudenschaftsversammlungen vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 627 und Schleindl, Der jüdischer Friedhof, S. 70.

19 Die Angaben über die Niederlassung von Juden in Gräfenhausen zu Beginn des 18. Jahrhunderts sind tatsächlich sehr dürftig und weitgehend den Recherchen von Günther Hoch zu verdanken. Vgl. Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223; siehe auch CJA, 1 A Gr 10, Nr. 1, mit Einträgen aus dem frühen 18. Jahrhundert; StadtA Weit, B.02.01, Nr. XVII 5/34; StadtA Weit, B.02.01, Nr. XVII 5/4.

20 HStAD, G 17, Nr. 14a-c.

21 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 69, 87, 264, 257.

22 Angaben nach Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 11–12.

23 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 69, 87, 264, 257.

24 Vgl. Namenslisten bei Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 4. Zu den Wahlen siehe StadtA Weit B.02.01, Nr. VIII 22/27; StadtA Weit, B.02.02, Nr. 7.

25 Vgl. Schleindl, Der jüdische Friedhof, S. 29; zu den Bestattungen in Bessungen siehe CAHJP, D-Da1-452, 454. Vgl. die Ergebnisse der Schlagwortsuche „Gräfenhausen“ in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/de/personen/juedische-grabstaetten, letzter Zugriff 15. November 2023.

26 Vgl. Kaufmann, Vom Hausierer zum Ladenbesitzer, S. 38.

27 Vgl. Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 3, 11-12; Gräfenhausen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/95, letzter Zugriff 15. November 2023.

28 Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 4. Der Lehrer hieß Salomon Seinsheimer.

29 StadtA Weit, B.02.02, Nr. 295, mit Korrespondenz und Kostenvoranschlag. Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223; Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 13–14.

30 StadtA Weit, B.02.02, Nr. 6. Frdl. Hinweis von Maxi Jennifer Braun.

31 StadtA Weit, Gemeindearchiv Gräfenhausen, XXVII, Nr. 5/1 (Brandkataster ab 1854), S. 32: Nr. 42 (alt), Nr. 64 (neu), Nr. 111 (in Bleistift); HStAD, H 23, Nr. 289 Eintrag zu Grundstücks-Nummern 133, 134 (neu). Das bislang überlieferte Datum 1855 für den Kauf und Umbau des betreffenden Hauses zur Synagoge durch die jüdische Gemeinde ist nicht durch Quellen belegt, sondern beruht auf einer Mutmaßung. Siehe dazu CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 66.

32 StadtA Weit, B.02.02, Nr. 370 (1965–1976). Vgl. Hoch, 750 Jahre Gräfenhausen, S. 138–139; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 223.

33 StadtA Weit, Gemeindearchiv Gräfenhausen, XXVII, Nr. 5/1, S. 32.

34 HStAD, P 4, Nr. 85, Bl. 4; StadtA Weit, Gemeindearchiv Gräfenhausen, XXVII, Nr. 5/1, S. 32, mit Beschreibung des Anwesens im ab 1854 geführten Brandkataster.

35 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 189–190, Zeugenaussage Georg Langendorf II vor dem „Gendarmeriekommissariat“ Darmstadt am 17. Februar 1947. Das oft kolportierte Restaurierungsdatum 1914 beruht auf Angaben des Bürgermeisters von Gräfenhausen vom 31. Januar 1950, die auf den Eintrag im 1912 neu angelegten Feuerversicherungsbuch zurückgehen, letzterer in CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 26. Vgl. auch StadtA Weit, B.02.02, Nr. 74, S. 99, mit Nennung von 1914 als Versicherungsdatum für das Haus und die Mikwe sowie von 1903 für „Stall mit Abort und Pissoir“.

36 Beschreibung nach CAHJP, JRSO-Hes-031, Anh. 5. Die nur aus der Erinnerung angefertigten Bestuhlungsskizzen der zerstörten Synagogen sind eher ungenau.

37 CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 82, Moritz May an Dr. Elkan in Frankfurt a. M., 24. August 1958.

38 Vgl. Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 3, 11–12; Gräfenhausen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/95, letzter Zugriff 15. November 2023.

39 Kaufmann, Vom Hausierer zum Ladenbesitzer, S. 36–37.

40 Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 15–17; Grözinger, Synagogenordnungen, S. 64.

41 Im Folgenden wird die Ordnung herangezogen, die bei Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 15–17, leider ohne Angabe der Signatur, abgedruckt ist.

42 Anzeigen in *Der Israelit* (1891 und 1892), siehe Artikel Gräfenhausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/graefenhausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 15. November 2023 und Der Israelit 32 (1891), H. 46–47, S. 861, auf: sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/download/webcache/1504/2480092, letzter Zugriff 26. November 2023

43 Anzeigen in *Der Israelit* (1901 und 1911), siehe Artikel Gräfenhausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/graefenhausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 15. November 2023.

44 Statistisches Jahrbuch der deutschen Juden 17 (1904), S. 106.

45 Statistisches Jahrbuch der deutschen Juden 17 (1904), S. 106; Katz, Die rechtliche Stellung, S. 75.

46 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 381.
47 1904 war Gustav Kahn als Kantor tätig, vgl. Statistisches Jahrbuch der deutschen Juden 17 (1904), S. 106.
48 HStAD, N 1, Nr. 30003.
49 NLI, HM2-8710 (Original im Center for the preservation of historical documentary, Osoby Archives Moskau).
50 Central-Vereins-Dienst 3 (1926), H. 2, 7. Juli 1926, S. 37.
51 Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, denkmalprojekt.org/2010/weiterstadt-graefenhausen_1866_1870-71_wk1u2_hess.htm, letzter Zugriff 20. November 2023.
52 Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 6; KV Ahoi Gräfenhausen 1902 e.V., Wir über uns – KV Ahoi, www.kvahoi.de/index.php?page=verein, letzter Zugriff 14. September 2023, Auskünfte von Heinrich Bengel im Auftrag des Vereins Ahoi.
53 Alle Zahlen nach Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 462, 464, 470.
54 Gräfenhausen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/95, letzter Zugriff 15. November 2023; Spendenliste in: Der Israelit 71 (1930), H. 27, S. 4.
55 StadtA Weit, B.02.01, Nr. X 12/53.
56 StadtA Weit, A.01, Nr. 707 (1938–1941).
57 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 16–18, Zeugenaussage J. B. vom 11. Juli 1946. Zu den Befehlshabern und Voraussetzungen des Pogroms siehe Artikel Darmstadt in diesem Band.-
58 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 4, Zeugenaussage vom 28. Mai 1946 der Nachbarin A. T., die in der Synagoge geputzt hatte; außerdem CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 82, Moritz May, London, an JRSO Frankfurt a. M., 24. August 1958, und Siegfried Kahn, New York, an Paul Arnsberg, 23. November 1966. Vgl. Sabine Eisenmann, in echo-online.de vom 27. August 2016, www.alemannia-judaica.de/graefenhausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 29. Januar 2024, nach Recherchen von Archivarin Maxi Jennifer Braun.
59 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 6, Zeugenaussage L. B. vom 29. Mai 1946. Vgl. Sabine Eisenmann, in echo-online.de vom 27. August 2016, www.alemannia-judaica.de/graefenhausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 29. Januar 2024, nach Recherchen von Maxi Jennifer Braun.
60 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 130, Urteil der Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 11. November 1946, Bl. 4; Zeugenaussage A. T. vom 28. Mai 1946, Bl. 16–18; Zeugenaussage J. B. vom 11. Juli 1946.
61 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 4, Zeugenaussage A. T. vom 28. Mai 1946.
62 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 175, Zeugenaussage des 16-jährigen V. R. vor dem Gendarmeriekommissariat Darmstadt am 17. Februar 1947; Bl. 187–188, Zeugenaussage Ch. B. vor dem Gendarmeriekommissariat Darmstadt am 17. Februar 1947.
63 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 185–186. Siehe auch CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 21, Bürgermeister der Gemeinde Gräfenhausen an JRSO in Frankfurt a. M., 12. Juli 1949.
64 StadtA Weit, A.01, Nr. 707, Anweisung des Gauleiters der NSDAP vom 10. November 1938, weitergereicht am 11. November 1938.
65 HHStAW, 518, Nr. 1469; HStAD, H 23, Nr. 289, S. 26 v.–27 r., Vergleich JRSO gegen Gemeinde Gräfenhausen vom 19. Januar 1950, mit Grundbucheintrag vom 30. Oktober 1939; StadtA Weit, B.02.02, Nr. 74, S. 99. Das ab 1912 geführte Feuerversicherungsbuch von Gräfenhausen meldet die drei Gebäude (zweigeschossiges Wohnhaus, Frauenbad u. Stall mit Abort u. Pissoir) zum 1. Januar 1943 als Abbruch.
66 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 189–190, Zeugenaussage von G. L. vom 17. Februar 1947.
67 CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 82, Moritz May aus London an JRSO Frankfurt a. M. am 24. August 1958.
68 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 189–190, Zeugenaussage von G. L. vom 17. Februar 1947.
69 CAHJP, JRSO-Hes-031, Bl. 82, Schreiben Moritz May aus London an JRSO Frankfurt a. M. am 24. August 1958.
70 StadtA Weit, A.01, Nr. 706.
71 YVA, O.52, Nr. 572.
72 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 186, Aussage des 16-jährigen V. R. aus Gräfenhausen vor dem Gendarmeriekommissariat Darmstadt am 17. Februar 1947.
73 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 193, Ermittlungsbericht des Gendarmeriekommissariats Darmstadt, Gräfenhausen am 18. Februar 1947. Siehe auch die Einzelbiografien, die Maxi Jennifer Braun zu den Stolpersteinen in Weiterstadt verfasst hat, darunter von Emilie Volz und ihrer Familie: stolpersteine-guide.de/map/staedte/149/weiterstadt, letzter Zugriff 14. Juli 2023.
74 StadtA Weit, A.01, Nr. 707 (1938–1941).
75 YVA, O.52, Nr. 572; Mannheimer, Fanny, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 16. November 2023.
76 Vgl. stolpersteine-guide.de/map/biografie/1875/familie-volz, letzter Zugriff 16. November 2023.
77 Zahlen nach Gräfenhausen, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 16. November 2023, im Vergleich mit der Liste der jüdischen Einwohner in Gräfenhausen vom 25. April 1960 in YVA, O.52, Nr. 572. Emilie Volz, die in der Bürgermeisterliste der als jüdisch geltenden Personen nicht aufgeführt wird, ist in der Zahl 44 inbegriffen.
78 Weiterstadt; Wixhausen, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 20. November 2023. Vgl. stolpersteine-guide.de/map/staedte/149/weiterstadt, letzter Zugriff 20. November 2023.
79 Artikel Darmstadt, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die britische Zone 1 (1946/1947), H. 10, 20. August 1946, S. 67.
80 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 123–147, Bl. 193, 198, Urteil der Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 11. November 1946.
81 CAHJP, JRSO-Hes-031, Schreiben an die Entschädigungsbehörde Wiesbaden vom 7. September 1959.
82 HHStAW, 518, Nr. 1469.
83 Vgl. stolpersteine-guide.de/map/biografie/1875/familie-volz, letzter Zugriff 4. Juli 2023; Hoch, Jüdische Gemeinde Gräfenhausen, S. 28.
84 Unbekannte stehlen frischverlegte Stolpersteine, in: Darmstädter Echo, 7. November 2013; Sabine Eisenmann, Respekt vor jedem Schicksal, in: echo-online, 29. Oktober 2018, www.alemannia-judaica.de/graefenhausen_synagoge.htm, letzter Zugriff 29. Januar 2024. Siehe auch stolpersteine-guide.de/map/biografie/1874/collin-und-cahn, letzter Zugriff 4. Juli 2023.
85 Vgl. stolpersteine-guide.de/map/staedte/149/weiterstadt, letzter Zugriff 16. November 2023.

Griesheim

Das Dorf – seit 1965 die Stadt – Griesheim im Landkreis Darmstadt-Dieburg (nicht zu verwechseln mit dem heutigen Frankfurter Stadtteil Griesheim) wird im 12. Jahrhundert erstmals urkundlich erwähnt und war Teil der Landgrafschaft Hessen, ab 1567 Hessen-Darmstadt und seit 1803 des Großherzogtums Hessen. Durch seine Lage, 6 km westlich von Darmstadt, einerseits auf dem Weg zwischen der Stadt und dem Rheinhafen bei Stockstadt und andererseits an der Handelsstraße zwischen Frankfurt am Main und Worms, besaß der Ort eine gewisse Zentralität. Zudem befand er sich in einer fruchtbaren Gegend, die Ackerbau und Viehzucht begünstigte, wie etwa die Gemeinderechnungen erkennen lassen, in denen das „Weidgeld“ (die Zahlung für das Recht, sein Vieh auf dem Gemeindegrund weiden zu lassen) unter den Einnahmen in der Frühen Neuzeit eine bedeutende Rolle spielte.

Erste Ansiedlung und Anfänge von Gemeindestrukturen

Juden sind in Griesheim erst nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges belegt. 1658 zahlte der Jude Hertz Nahmens, der in einigen späteren Rechnungen auch „Hertzoch“ genannt wird, zum ersten Mal das Weidgeld für sein Vieh.[1] Hertz war zweifellos ein Bewohner des Dorfes, da sein Name nicht nur ohne Ortsangabe, sondern auch über einen langen Zeitraum in den Rechnungen auftaucht. Schon im nächsten Jahr zahlte er neben dem Weidgeld einen weiteren Betrag für Brennholz.[2] In den folgenden Jahren belieferte er aber auch seinerseits die Gemeinde, 1661 z. B. mit 20 Pfund Pulver und 1666 mit Öl und Licht für das Rathaus.[3] Er war also offenbar nicht nur als Viehhändler, sondern auch als Krämer tätig. 1664 wird neben ihm einmalig ein Jude Manasses genannt, der der Gemeinde in diesem Jahr u. a. eine größere Menge Zwiebeln und Knoblauch lieferte, doch blieb Hertz offenbar noch für einige Zeit der einzige Jude in Griesheim.[4] Allerdings stand er wohl in Kontakt zu anderen jüdischen Viehhändlern in der Region, wie eine Beschwerde aus dem Jahr 1674 gegen ihn sowie zwei Pfungstädter und einen Stockstädter Juden wegen der durch ihren Viehtrieb angerichteten Schäden an Weingärten und Ackerland vermuten lässt.[5] Erst 1678 sind in den Griesheimer Rechnungen außerdem Simon, Isaac (Itzig) und Mosche genannt, die Weidegeld zahlten, und zumindest Mosche tat das auch in den folgenden Jahren.[6] Seit 1693 finden sich außerdem Löw und seine Mutter Behle, die in diesem Jahr gemeinsam, ab dem folgenden dann getrennt Weidgeld entrichteten.[7] Natürlich geben die Gemeinderechnungen nur einen Teil der Realität wieder, da hier v. a. Viehbesitz und Belieferung der Gemeinde im Mittelpunkt stehen, doch lassen sie immerhin erkennen, dass die Zahl der Jüdinnen und Juden in Griesheim in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich zunahm und gemeindeähnliche Strukturen entstanden. Heike Jakowski geht davon aus, dass spätestens 1720 die notwendige Zahl von zehn erwachsenen Männern für einen *Minjan* vorhanden war, was durchaus plausibel scheint, da die Viehhändler vermutlich mit Knechten arbeiteten, die in den Quellen ebenso wenig auftauchen wie etwa Hauslehrer und andere Dienstleister.[8] 1736 war die Zahl der jüdischen Viehhändler auf sechs angestiegen: Josef, Löw der Alte, Löw der Junge und Mayer, die alle schon seit längerem in Griesheim lebten, sowie – neu hinzugekommen – Wolf und Salomon. In den Rechnungen wurde nun häufiger ausdrücklich zwischen Handelsvieh und anderen Tieren differenziert. 1732 z. B. zahlten Mayer und Löw der Alte für Handelsvieh, Salomon (Sallman) für sein Pferd.[9] Vereinzelt ist auch die Zahlung von Wachtgeld notiert, das vermutlich – wie dies auch für andere Orte belegt ist – von den Juden erhoben wurde, da man sie nicht wie die christlichen Einwohner zu den Wachdiensten heranzog.[10]

Dass nicht alle Griesheimer Juden im 18. Jahrhundert vorwiegend vom Viehhandel lebten, verdeutlicht das Beispiel des Schutzjuden Salomon, der 1752–1766 zahlreiche Prozesse vor dem Oberamt Zwingenberg führte, in denen er die Bezahlung für Warenlieferungen zumeist von Einwohnern von Auerbach einforderte.[11] Nur in einem Fall ging es dabei um Viehhandel, konkret um einen Pferdetausch, häufiger um Krämerwaren, einmal um einen Karren und immerhin dreimal um die Lieferung neuer oder gebrauchter Öfen.

Haus- und Grundbesitz war Juden in Griesheim offenbar ohne Einschränkungen gestattet. Jakowski zitiert – anhand der Aufzeichnungen des Lokalhistorikers Georg Hopp – das erste Griesheimer Zins- und Gültbuch von 1697, in dem unter der Rubrik „Hühner“ der Jude Löw aufgeführt ist.[12] Es ging dabei nicht um Geflügel, sondern um sogenannte „Sattelhühner“, eine Bezeichnung für Gefälle (Abgaben) für Baugrund oder kleine Hofreiten. Dem Eintrag zu Folge war Löw bereits zu diesem Zeitpunkt im Besitz einer Hofreite im Ort. Mit der Anlage von

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-011

Hofreitenverzeichnissen seit dem 18. Jahrhundert – das erste beginnt 1714, das zweite 1812 – werden die Informationen zwar dichter, doch sind diese Quellen aufgrund zahlreicher Streichungen, Überschreibungen und unklarer Datumsangaben oft nur schwer interpretierbar.[13] Deutlich wird jedenfalls, dass manche Hofstellen häufiger den Besitzer wechselten und zwischen Christen und Juden offenbar völlig frei zirkulierten. Wenn im ersten Verzeichnis anfänglich nur zwei jüdische Hausbesitzer genannt sind, so waren es zu Beginn des zweiten bereits zwölf, und danach stieg die Zahl weiter an. Die ersten beiden Häuser in jüdischem Besitz befanden sich in der heutigen Oberndorfer Straße auf Höhe der Hausnummern 21 bzw. 31 und damit in zentraler Lage, unweit von Rathaus und Marktplatz.[14] In dieser Gegend ist auch in späterer Zeit eine gewisse Konzentration von jüdischem Hausbesitz festzustellen, doch gab es auch jüdische Anwesen in mehreren anderen Straßen.[15]

In der Oberndorfer Straße befanden sich Mitte des 18. Jahrhunderts zwei Hofreiten im Besitz des Juden Salomon, und in einer von ihnen wird der sogenannte „Judenhof" verortet, eine Art Gemeindezentrum mit Betraum, Schule und Fremdenherberge, möglicherweise auch einer Mikwe.[16] Im Hofreitenverzeichnis von 1812 wird dann zusätzlich ein als „Judenschul" bezeichnetes Gebäude genannt, das in der späteren Hintergasse lag und vielleicht schon länger im Besitz der jüdischen Gemeinde war.[17] An einem dieser Orte – vermutlich dem „Judenhof" – wirkte auch der aus Reinheim stammende Süßmann Frohmann, der sein Amt als Lehrer, Vorbeter und Schächter in Griesheim 1823 antrat und die damalige Situation in seinen biografischen Aufzeichnungen anschaulich schildert.[18] Wie er schreibt, hatte er in der Wohnstube mit 30 Kindern Schule halten müssen, während im gegenüberliegenden Raum die armen Reisenden logierten, um die er und seine Frau sich – neben den eigenen Kindern – auch zu kümmern hatten. Schließlich sei es ihm jedoch gelungen, die Verlegung der Herberge und auch die Einrichtung eines eigenen „Schullokals" zu erreichen. 1853 – zum Zeitpunkt der Niederschrift – hatte er drei seiner vier Töchter verheiratet, einer der beiden Söhne war nach dem Besuch der Darmstädter Realschule und einer Handelslehre in Frankfurt als Kaufmann tätig, während der andere eine Lehre als Weber gemacht und anschließend im elterlichen Haus ein kleines Geschäft begonnen hatte. Frohmann war bei weitem nicht der erste jüdische Lehrer in Griesheim, wobei allerdings die Begrifflichkeit nicht immer eindeutig ist, denn auch Männer, die mit dem Rabbinertitel geehrt wurden, amtierten als Religionslehrer, und Religionslehrer hatten – wie das Beispiel Frohmanns zeigt – häufig Funktionen wie die des *Chasan* (Vorsängers) und *Schochets* (Schächters) wahrzunehmen.

Gemeindeentwicklung an der Schwelle zum 19. Jahrhundert

Im späten 18. Jahrhundert bemühten sich die Landgrafen von Hessen-Darmstadt darum, auch die Geburten und Todesfälle ihrer jüdischen Untertanen zu erfassen, die natürlich nicht – wie die der christlichen – in den Kirchenregistern verzeichnet wurden. Zu diesem Zweck sollten eigene Judenmatrikel angelegt werden, was aber wohl nicht nur in Griesheim anfangs kaum umgesetzt wurde. Juden hatten Geburten bei der obrigkeitlichen Verwaltung anzumelden und sich einen Geburtsschein ausstellen zu lassen, mit dem sie dann zum örtlichen Pfarrer gehen mussten, der für die Führung der Matrikel verantwortlich war. Die erste erhaltene Griesheimer Judenmatrikel beginnt 1778 und wurde etwa 30 Jahre lang von Pastor Grandhomme geführt.[19] 1781 findet sich darin die Mitteilung über die Geburt eines Sohnes von Rabbi Hachenburger und 1788 über den Tod von zwei Söhnen eines Rabbi Jonas im Abstand von nur neun Tagen.[20] Da zu keiner Zeit von einem beamteten Rabbinat in Griesheim auszugehen ist, scheint die Annahme plausibel, dass die beiden genannten Rabbiner vorrangig als Lehrer tätig waren.

Inwieweit die Griesheimer Judenmatrikel der Anfangszeit die tatsächliche Demografie der jüdischen Bevölkerung wiedergeben, lässt sich schwer sagen. Auffällig erscheint jedenfalls die Tatsache, dass in den ersten 14 Jahren – von 1778 bis 1792 – ausschließlich die Geburt von Söhnen (insgesamt 16) gemeldet wurde und erst 1793 die einer Tochter.[21] Auch in der folgenden Zeit liegen in der Rubrik „nati" (Geborene) erheblich weniger Einträge über weibliche Nachkommen vor, und selbst in der Rubrik „defuncti" dominieren eindeutig die männlichen Verstorbenen.[22] Diese Rubrik verdeutlicht auch die hohe Kindersterblichkeit, die jedoch allgemein bis weit ins 19. Jahrhundert fortbestand. Der erste in der Geburtenliste der Matrikel verzeichnete und damit eindeutig in Griesheim geborene Jude war Löw Wolf, Sohn des Wolf Feist, der am 5. März 1778 zur Welt kam und 1806 einen landgräflichen Schutzbrief erhielt.[23]

Einer Steuerliste zufolge gab es in diesem Zeitraum in Griesheim zwischen sechs (1787) und 13 (1807) jüdische Steuerzahler, also in der Regel Haushaltsvorstände.[24] Die Zahlungen in Gulden lagen meist im einstelligen Bereich, und zu Beginn des 19. Jahrhunderts sind auch einige Juden aufgeführt, von denen wegen ihrer Armut keine Steuern erhoben wurden. Eine deutliche Ausnahme bildete die Familie Löw/Mayer, die durch Handel und Kreditgeschäfte zu beachtlichem Wohlstand gelangt war. Mordechai (Mordge) Mayer, Sohn von Mayer Löw und Patriarch der Familie bis 1787, besaß ein Anwesen auf Höhe der heutigen Oberndorfer Straße 23, das zwei Häuser mit Stallungen

und Garten umfasste, und betrieb zusammen mit seinem Bruder Jonas einen bedeutenden Handel v. a. mit Stoffen und Getreide.[25] 1782 vergab er einen Kredit in Höhe von immerhin 2.000 Gulden.[26] Als er 1787 nach schwerer Krankheit verstarb, wurde er auf dem jüdischen Friedhof von Bessungen vor den Toren Darmstadts beigesetzt.[27] Das nach seinem Tod angelegte ausführliche Inventar zeigt Mordge Mayer als einen äußerst wohlhabenden Mann, der z. B. einen großen Bestand an Silber und Pretiosen besaß, bei dem es sich offenbar nicht um Pfänder handelte, da diese in einer gesonderten Rubrik aufgeführt sind.[28] Seine persönliche Kleidung vererbte er seinem Knecht Löw Lazarus, der ihn während der Krankheit gepflegt hatte. Außerdem hinterließ er ein Kapital von 3.000 Gld. zugunsten einer „Milden Stiftung". Wie sich bei der Inventur jedoch auch herausstellte, war er weitaus vermögender gewesen als angegeben und daher lange Zeit viel zu gering taxiert worden, weshalb die Erben, seine beiden Brüder Jonas und Löw Mayer, eine erhebliche „Nachsteuer" an die landjudenschaftliche Kommission zu entrichten hatten.[29] Sein Bruder und Geschäftspartner Jonas wurde außerdem in die höchste Steuerklasse eingeordnet und hatte statt der bisherigen 26 Gulden nun plötzlich 77 Gulden zu zahlen, eine für diese ländlichen Verhältnisse außerordentlich hohe Summe.

Staatsbürger – Ortsbürger

Als 1820 die erste Verfassung des Großherzogtums Hessen erlassen wurde, brachte sie den Juden zwar noch keine völlige Gleichstellung, doch für in Hessen geborene Juden zumindest die Anerkennung als Staatsbürger. Die Gemeindeordnung des folgenden Jahres eröffnete ihnen darüber hinaus den Zugang zum Ortsbürgerrecht an ihrem Wohnsitz, was neben dem Wahlrecht zu den Gemeindeämtern materielle Vorteile wie die privilegierte Nutzung von Gemeindeland, aber auch die Beteiligung an kommunalen Lasten – etwa im Bereich von Armen- und Krankenversorgung – mit sich brachte.[30] Vorerst war dieser Rechtsstatus immer noch vom Erwerb eines Schutzbriefs und Nachweis eines Vermögens von mindestens 4.000 Gulden abhängig, und erst 1825 erfolgte eine vollständige Gleichstellung von jüdischen und christlichen Staatsbürgern.[31] 1823 wurden die ersten drei Juden in das Ortsbürgerverzeichnis der Gemeinde Griesheim eingeschrieben, und zwar Herz Mayer, Herz Mayer Mayer und Marx Mayer, die alle als Beruf „Handelsmann" angaben.[32] Derselbe Beruf – später gelegentlich auch „Geschäftsmann" – blieb bei den Aufnahmen der folgenden Jahre vorherrschend. Erst 1835 wurde der Arzt Dr. Ferdinand Linz aus Darmstadt eingeschrieben, 1841 und 1844 dann die beiden Metzger Salomon Mendel und Levi Levi.

Um diese Zeit bestand in Griesheim längst eine für die dörflichen Verhältnisse ansehnliche jüdische Gemeinde. Wagner verzeichnet in seinem 1829 erschienenen Werk immerhin 121 jüdische Einwohner, erwähnt aber nicht die Existenz der Synagoge, allerdings ebenso wenig die der lutherischen Kirche.[33] Einen eigenen Friedhof besaßen die Griesheimer Juden nicht, sondern bestatteten ihre Toten entweder auf dem jüdischen Friedhof von Bessungen oder auf dem 1841 eröffneten Verbandsfriedhof von Groß-Gerau.[34] Da in Bessungen nur Grabsteine aus dem Umfeld der erwähnten Familie Mayer vorhanden sind, müssen andere vor 1841 Verstorbene vermutlich auf einem der nicht mehr erhaltenen früheren Groß-Gerauer Friedhöfe bestattet worden sein. Bereits 1823 wurde in Griesheim eine *Chevra kadischa*, eine jüdische Beerdigungsbruderschaft gegründet, die hier zeitweilig den Namen „*Gemilius Chassodim*" trug und 1923 ihr hundertjähriges Bestehen feierte.[35] 1939 wurde dieser Verein unter der nationalsozialistischen Herrschaft aufgelöst.

Die Griesheimer Gemeinde zählte zum Landesrabbinat Darmstadt und besaß keinen eigenen Rabbiner. 1863, als sich auch die Darmstädter Judenschaft in eine orthodoxe und eine liberale Gemeinde aufspaltete, hing Griesheim vermutlich eher der Orthodoxie an. Diese Tendenz zeigt sich etwa in den zahlreichen Zeitungsannoncen, mit denen der Gemeindevorstand die Lehrerstelle ausschrieb, die sämtlich in dem orthodoxen Organ *Der Israelit* erschienen. Die Besetzung dieser Stelle erwies sich immer wieder als problematisch, was vielleicht nicht nur an der Höhe des Gehalts lag, wie Jakowski annimmt, sondern auch an der nicht mehr zeitgemäßen Verbindung der Lehrtätigkeit mit der Funktion als Vorsänger und v. a. als *Schochet*.[36] 1865 wurde die Stelle mehrmals ausgeschrieben und ebenso in den folgenden Jahren, bis sich 1875 schließlich mit Samuel Montag aus Rüsselsheim ein Lehrer fand, der für fast 20 Jahre in Griesheim tätig war.[37] Allerdings hatte der Gemeindevorstand das anfänglich mit „ca. 500 Gulden" angegebene Gehalt inzwischen auch auf 600 bis 700 Mark („nach Leistungen") erhöht, zuzüglich freier Wohnung mit Garten sowie Zusicherung von Nebeneinnahmen in Höhe von 250 Mark. Dass Lehrer in diesem ländlichen Raum oft auch Tätigkeiten wahrnahmen, für die andernorts Rabbiner zuständig waren, zeigt eine Annonce, mit der Montag im Jahr nach seiner Übersiedlung nach Griesheim mitteilte, dass „die *Koscher*-Zichorie in der Engelhardt'schen Fabrik in Rüsselsheim" nicht mehr unter seiner Aufsicht hergestellt werde und er daher keine Verantwortung mehr dafür übernehmen könne.[38] 1893 wechselte Samuel Montag nach Friedrichstadt, wo er zehn Jahre später im Alter von 55 Jahren unerwartet verstarb.[39]

Nach dem Weggang von Montag folgten wiederum mehrere Ausschreibungen der Lehrerstelle,[40] die sicher

nicht die ganze Zeit unbesetzt blieb, doch liegen erst wieder genauere Informationen über Jacob Strauß vor, der sich 1907 mit Erfolg darum bewarb und sie bis zu seinem Tod 1932 innehatte.[41] Das Gehalt hatte sich bis zu dieser Zeit noch einmal deutlich auf 900 Mark plus Nebeneinnahmen erhöht und stellte damit eine erhebliche Belastung für die Gemeindekasse dar, weshalb der Vorstand im Herbst 1907 eine Erhöhung des kommunalen Zuschusses beantragte. Die Griesheimer Bürgermeisterei wandte sich daraufhin an andere Orte und erkundigte sich nach der Größe der jeweiligen jüdischen Gemeinde, der Zahl der Schüler, den Schulräumen sowie dem gezahlten Zuschuss.[42] Auf Basis dieser Informationen entschied sie sich schließlich zu einer Erhöhung von 150 auf 175 Mark, was aus Sicht der Griesheimer Verwaltung eine beachtliche Summe sein mochte, für die jüdische Gemeinde jedoch allenfalls eine vorübergehende Entlastung bedeutete. Nur vier Jahre später wandte sich der Vorstand erneut an die Kommune, klagte über die sinkende Zahl ihrer Mitglieder und die gleichzeitig angestiegene Belastung der Kasse, da der Lehrer inzwischen der Fürsorgekasse für Gemeindebeamte beigetreten sei.[43] Der Rückgang der Mitgliederzahl wird auch anlässlich einer Eingabe des Lehrers Strauß deutlich, in der er 1916 um die Verleihung der Rechte eines angestellten Volksschullehrers bat. Wie die Kreisschulkommission Darmstadt mitteilte, könne diese nicht gewährt werden, da er derzeit nur zwölf Schüler habe und daher die erforderlichen 20 Unterrichtsstunden nicht erreichen könne.[44] Man riet ihm, sich zusätzlich eine Stelle als Religionslehrer in einer anderen großen Gemeinde zu verschaffen, wie es etwa der Lehrer getan habe, der nun in Eberstadt und Pfungstadt unterrichte.

Die sinkende Mitgliederzahl stellte ein Problem dar, mit dem auch andere ländliche Gemeinden seit der Mitte des 19. Jahrhunderts konfrontiert waren. Der Wegfall lange bestehender Ansiedlungsbeschränkungen für Juden in vielen Städten des Deutschen Reichs führte zu einer starken Landflucht, und auch die Auswanderung in die „Neue Welt", nach Nord- und auch Südamerika, erschien als ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere und darüber hinaus als Möglichkeit, sich dem aufkommenden rassenideologischen Antisemitismus in Deutschland zu entziehen. Landflucht und Auswanderung waren allerdings kein rein jüdisches Phänomen. Auch nichtjüdische Landbewohner suchten im Zuge der Industrialisierung ein besseres Auskommen in den Städten oder entschlossen sich gar – aus ökonomischen wie politischen Gründen – zur Auswanderung. Dazu war allerdings die Entlassung aus dem hessischen Untertanenverband erforderlich, die individuell beantragt werden musste, in den meisten Fällen aber bewilligt wurde. Aus Griesheim sind einige solche Gesuche erhalten, darunter auch mehrere von jüdischen Einwohnern.[45] 1877 z. B. beantragte Liebmann Lehmann die Auswanderungserlaubnis für seinen Sohn Elias, 1881 der Kaufmann Samuel Mayer für sich selbst und ebenso 1883 der 18-jährige Jacob Friedmann sowie 1888 Jacob Gottschall, alle mit dem erklärten Ziel Amerika. Nicht immer ist das Auswanderungsziel in den Anträgen benannt, so dass etwa im Fall des 1857 in Griesheim geborenen Löb Josef erst aus einem späteren Dokument ersichtlich wird, dass er sich in Preußen niedergelassen hatte.[46]

Wenn auch die Zahl der Gemeindemitglieder, die 1853 mit 195 ihren Höchststand erreicht hatte, bis zur Jahrhundertwende auf knapp über 100 zurückging, bedeutete dies vorerst keinen ökonomischen Niedergang. Es gab etliche Gewerbe- und Handelsbetriebe, die zum Teil bis nach 1933 fortbestanden. Wie wiederum im *Israelit* publizierte Anzeigen zeigen, bestanden um 1900 z. B. zwei jüdische Metzgereien, Katzenstein, die 1900 ihre „Prima Koscher Landwurst" anpries und vier Jahre später einen Lehrling suchte, und Levi, die 1901 und 1904 ebenfalls eine Lehrlingsstelle ausschrieb.[47] Auch gab es mehrere jüdische Textilgeschäfte, wie das von Leopold Rosenberg an der Straße nach Darmstadt oder von Elias Joseph (I) an der Ecke Groß-Gerauer-/Frankfurter Straße. Ein Namensvetter des letztgenannten, Elias Joseph (II), betrieb seit 1885 ein Holz-, Eisen und Düngergeschäft, und die Firma L. Wolff Söhne später einen Kohlen- und Holzgroßhandel, der auch die jüdische Gemeinde belieferte.[48] Die Familie Löb, die in der Groß-Gerauer Straße Nr. 18 zunächst eine Ölkuchenhandlung und dann ein „Manufakturwarengeschäft" betrieben hatte, errichtete dort 1904 ein repräsentatives Kaufhaus, in dem v. a. Kleidung und Stoffe angeboten wurden.[49] Das Gebäude ist erhalten und heute Teil des Griesheimer Heimatmuseums.

Abb. 1: Geschäftshaus der Familie Löb, heute zum Heimatmuseum gehörend, Groß Gerauer Straße 18, Zustand 2025. Foto: Stefan Vogt.

In den Anzeigen, mit denen sie Lehrlinge oder Personal suchten, betonten sämtliche Betriebe, dass sie am Schabbat und an den jüdischen Feiertagen geschlossen seien.[50] Da die Annoncen im orthodoxen *Israelit* erschienen, war das aber wohl eine Selbstverständlichkeit. Um für ihr Sortiment zu werben, nutzten sie jedoch auch die lokale Presse, wie etwa eine Seite im *Neuen Griesheimer Anzeiger* aus dem Jahr 1919 zeigt, auf der immerhin drei jüdische Firmen – Kaufhaus Löb, L. Wolff Söhne und Joseph Joseph (Stoffe und Wäsche) – inserierten.[51]

Abb. 2: *Neuer Griesheimer Anzeiger*, 5. März 1919, Anzeigenseite. Stadtarchiv Griesheim.

Zumindest seit Anfang des 20. Jahrhunderts war in Griesheim auch ein jüdischer Arzt vorhanden.[52] Von 1903 bis zu seinem Tod 1930 praktizierte hier der aus Thann in der Rhön gebürtige Dr. Josef Heilbronn,[53] und auf ihn folgte Dr. Heinrich Buxbaum aus Friedberg, der die Praxis übernahm und bis zu seiner Auswanderung 1937 fortsetzte. Seine später in den USA verfassten Memoiren vermitteln ein anschauliches Bild, nicht so sehr von seiner Zeit in Griesheim, sondern v. a. von der herrschenden antisemitischen Stimmung in seiner Umgebung.[54]

Abb. 3: Nachruf der Konfirmierten des Jahrgangs 1891 auf den Arzt Dr. Josef Heilbronn, *Neuer Griesheimer Anzeiger*, 25. Oktober 1930. Stadtarchiv Griesheim.

Synagoge, Religionsschule, Lehrerwohnung und Mikwe im 19. und 20. Jahrhundert

Wann die jüdische Gemeinde die 1812 erwähnte „Judenschul“ in der späteren Hintergasse 11 einrichtete, ist nicht bekannt.[55] Das zuletzt mit der Synagoge zusammengebaute Wohnhaus wird auf circa 1868 datiert, während die Synagoge selbst im Jahr 1902 neu gegen Brand versichert, also vermutlich in diesem Jahr neu erbaut wurde.[56] Im Jahr 1904 stellte die jüdische Gemeinde einen Bauantrag, dessen Inhalt jedoch nicht überliefert ist.[57] Möglicherweise handelte es sich um den Bau des von Zeitzeugen erwähnten neuen Mikwenhäuschens südlich der Synagoge.[58]

Die Synagoge befand sich nicht weit vom Griesheimer Ortskern an der Landstraße von Darmstadt nach Oppenheim und Worms, die sich im Bereich der Hintergasse verengte. Wie die meisten Häuser dort lag auch das Doppelhaus der jüdischen Gemeinde mit dem Giebel zur Gasse. Das schmale, an der südlichen Straßenseite liegende Grundstück verengte sich nach hinten noch einmal um die Hälfte und wies dort in dichter Reihe mehrere Nebengebäude auf. Ein Weg führte im Westen an den Gebäuden vorbei nach Süden.[59] Die etwa gleich großen Haushälften bestanden aus dem zur Straße gelegenen zweigeschossigen Schul- und Wohnhaus sowie dem sich südlich anschließenden als Saalbau errichteten Gotteshaus, beide mit ziegelgedecktem Satteldach. Der Zugang zum Wohnhaus erfolgte von der Hintergasse. Dort gingen

Abb. 4: Hintergasse von Nordwesten mit dem jüdischen Gemeindehaus (drittes Haus von rechts), 1930er Jahre. Stadtarchiv Griesheim.

Abb. 5: Brouillon zum Ortskatasterplan, Ausschnitt mit den Gebäuden der jüdischen Gemeinde (Pfeil), 1854. Stadtarchiv Griesheim.

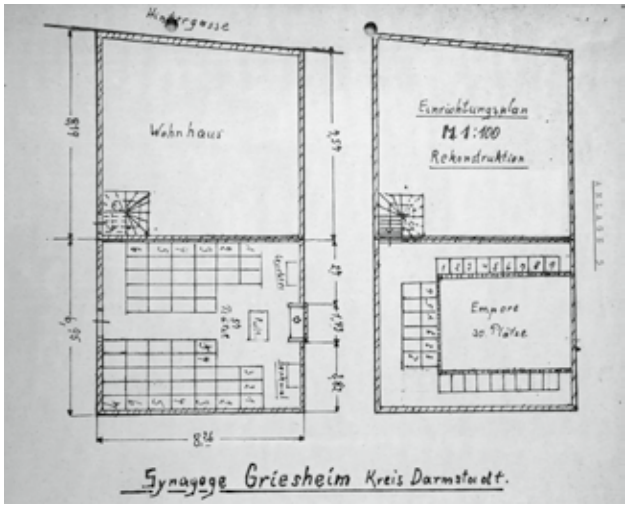


Abb. 6: Synagoge mit Gemeindehaus und Mikwe, Bestuhlungsskizze der JRSO, 1959. Central Archives for the History for the Jewish People.

vom mittigen Flur nach links und rechts je zwei Räume ab. Zwei Zimmer waren für den Religionsunterricht bestimmt. Die zur Straße gelegenen Zimmer waren zuletzt an ein nichtjüdisches Ehepaar vermietet, das für die Gemeinde Hausmeistertätigkeiten ausführte. In einem dieser beiden Zimmer befand sich früher das Frauenbad. Im Obergeschoss war die Lehrerwohnung eingerichtet, die vermutlich über eine einläufige, zwischen Gemeindehaus und Synagoge verlaufende Treppe erreicht werden konnte. Im Obergeschoss lag auch der Zugang zur Frauenempore.[60] Die Synagoge bestand wie das Wohnhaus aus Ziegelfachwerk. Sie maß in der Länge 8,26 m, in der Breite 6,95 m und war vom Boden bis zur Traufe etwa sechs Meter hoch. In den Betsaal der Männer führte vom Hof ein separater Eingang. Wegen der halachisch geforderten Gebetsrichtung nach Osten war der Saal quer zur Firstrichtung orientiert. Im Raum waren in zwei Blöcken insgesamt 52 Männerplätze angeordnet, auf der an drei Seiten verlaufenden Frauenempore verteilten sich 30 Sitzplätze. Glaubt man der Grundrissskizze der Jewish Restitution Succesor Organization (JRSO), so ragte die Toranische außen leicht vor und die *Bima* stand wie bei liberalen Gemeinden üblich nahe am Schrein. Auf einer Seite stand vor der Ostwand ein Chanukka-Leuchter, auf der anderen Seite war über einem Betonsockel ein etwa 75 cm hoher Gedenkstein aus hellem Granit mit den Namen der sechs im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten aufgestellt.[61]

Die Einrichtungen der jüdischen Gemeinde wie Synagoge, Religionsschule und Mikwe konzentrierten sich in einem kleinen baulichen Ensemble, das innerhalb der örtlichen Bebauung nicht besonders auffiel. Da sich keine Fotografien oder aussagekräftigen Luftbildaufnahmen von der im Hintergrund gelegenen Synagoge, sondern nur von der Straßenansicht des kleinen Gemeindehauses erhalten haben, sind keine Angaben zu ihrer Außenarchitektur möglich.

Die während der Novemberpogrome innen vollständig zerstörte Synagoge kam am 30. März 1939 zum Preis von 2.750 RM in den Besitz der politischen Gemeinde, die es als Mietobjekt nutzte. Den Kaufvertrag unterschrieben Otto Löb und Leopold Mayer als Vorstandsmitglieder der Israelitischen Gemeinde. Der Bürgermeister musste den Kaufpreis auf ein Sperrkonto einzahlen; später ging das Geld an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.[62]

Die vollständige Zerstörung der Synagoge erfolgte erst durch einen Fliegerangriff auf Griesheim im Jahr 1944. Nach der Schoa bezifferte die JRSO die während der Pogrome angerichteten Schäden an der vorher gut erhaltenen Bausubstanz, an der Inneneinrichtung und den Ritualien mit rund 110.000 DM, wobei der als Teilschaden eingestufte Gebäudeschaden nur 2.572 DM ausmachte. Der

politischen Gemeinde Griesheim gab die JRSO das Grundstück gegen den Betrag von 825 DM wieder zurück. Seine Lage ist auf dem heutigen Stadtplan wegen der Verlegung der Hintergasse und Verbreiterung der Hauptstraße kaum noch nachzuvollziehen.[63] Auf dem in diesem Bereich angelegten Parkplatz erinnert seit 1984 eine Gedenktafel an die einstige Synagoge. Die Inschrift lautet: „Hier stand seit 1812 die Synagoge und Judenschule, 1938 durch Nationalsozialisten entweiht, die Einrichtung zerstört, 1944 durch Bombenangriff vernichtet."

Griesheimer Juden im Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik

Im Ersten Weltkrieg wurden fast 1.500 Griesheimer Männer zum Kriegsdienst eingezogen, von denen 165 nicht zurückkehrten. Unter den Gefallenen waren auch sechs der insgesamt 17 jüdischen Soldaten, deren Namen zusammen mit denen der anderen auf dem Kriegerdenkmal am Friedhof genannt sind.[64]

Todes- Anzeige.

Ganz unerwartet erhielten wir die tieferschütternde Mitteilung, daß unser innigstgeliebter, hoffnungsvoller, guter und einziger Sohn, unser lieber Bruder, Neffe und Vetter

Landsturmmann

Siegfried Mendel

nach 3½jähriger treuer Pflichterfüllung infolge Erkrankung im blühenden Alter von 23 Jahren in einem Feldlazarett gestorben ist.

Griesheim, Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen, den 8. November 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Salomon Mendel und Familie.

Abb. 7: Todesanzeige für den 1918 gefallenen Soldaten Siegfried Mendel, *Neuer Griesheimer Anzeiger*, 9. November 1918. Stadtarchiv Griesheim.

Zahlreiche Gemeindeakten sind v. a. aus der Zeit nach dem Kriegsende bis in die 1930er Jahre erhalten und geben einen Überblick über die administrativen, ökonomischen und personellen Verhältnisse.[65] Die Gemeinde besaß einen dreiköpfigen Vorstand, der für sechs Jahre, jedoch versetzt, gewählt wurde, so dass nach jeweils zwei Jahren ein Mitglied ausschied und durch die Wahlberechtigten (männliche Steuerzahler über 25 Jahre) ersetzt werden musste.[66] Eine zentrale Rolle spielte der „Rechner", nach heutigem Sprachgebrauch Schatzmeister oder Kämmerer, der die Gemeindefinanzen verwaltete und die Protokolle führte. Dieses immerhin mit 100 Reichsmark honorierte Amt hatte bis zu seinem Tod 1932 der Religionslehrer Strauß inne, der zugleich der einzige vollbesoldete Gemeindeangestellte war. Sein Gehalt lag mit 800 bis 1.200 Reichsmark erheblich höher als die meisten anderen Ausgabeposten. Ebenfalls als „Gehalt" ausgewiesen wurde der Beitrag zur Besoldung des Rabbiners „Darmstadt II", der aber vergleichsweise gering war, und dasselbe galt für den „Gemeindediener", ein Amt, das über Jahre hinweg von der Nichtjüdin Helene Kesselberg ausgeübt wurde.[67] Dieses „Gehalt" betrug allerdings nur 78 Reichsmark, wozu noch Einzelzahlungen wie etwa für das Reinigen der Synagoge zum „Osterfest" kamen.[68] Auch einige private Stiftungen werden erwähnt, spielten jedoch eine untergeordnete Rolle. 1928 wurde aus Erträgen der erwähnten Stiftung von Mordge Mayer – die offenbar in Darmstadt angesiedelt war – einmalig die Beleuchtung der Synagoge finanziert.[69] Das Kapital der beiden Stiftungen von Elias Wolff und Elias Joseph (I) war infolge der Inflation weitgehend entwertet.[70] Die Zahlungen an das Rabbinat Darmstadt II erfolgten nur bis zum 31. März 1933, anschließend erfolgte der Übertritt der jüdischen Gemeinde zum liberalen Rabbinat Darmstadt I.

Die NS-Zeit und das Ende des jüdischen Lebens in Griesheim

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verschlechterte sich die Lage der Juden und Jüdinnen in Griesheim ebenso drastisch wie überall im Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg war Griesheim eine Gemeinde, die mehrheitlich sozialdemokratisch wählte, wobei es vielleicht nicht ohne Bedeutung war, dass der Ort infolge des Versailler Vertrags als Teil des Mainzer Brückenkopfs bis 1930 unter französischer Besatzung stand.[71] Noch bei der Reichstagswahl im September 1930, bei der die NSDAP reichsweit mehr als 18 Prozent erreichte, erhielt sie hier nur knapp 10 Prozent, während die SPD mit 43,8 Prozent klar an erster Stelle lag, gefolgt von der KPD mit immerhin 13,5 Prozent.[72] Bei den folgenden Wahlen verringerte

sich dieser Vorsprung allerdings zusehends, und die NSDAP avancierte zur zweitstärksten Kraft. Im Frühjahr 1933 setzten auch hier bald die Repressalien und Verfolgungen ein. Durch den Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte, Anwälte und Ärzte vom 1. April sahen sich viele von ihnen plötzlich ihrer Existenzgrundlagen beraubt. Es folgten Verhaftungen zunächst v. a. von politisch missliebigen Personen, die zum Teil in schnell eingerichteten Lagern wie dem hessischen Osthofen interniert wurden. Der jüdische Journalist und Politiker Arnold Mayer, der als SPD- bzw. seit 1932 KPD-Mitglied für die *Griesheimer Volkswacht* gearbeitet hatte, entging diesem Schicksal nur knapp.[73] Wie Heike Jakowski in ihrer Rekonstruktion seiner Biografie schildert, verhinderte ein örtlicher SA-Mann im April 1933 bei einer Haussuchung die totale Verwüstung seiner Wohnung.[74] Kurz darauf wurde Mayer festgenommen und einige Tage im Rathaus festgehalten, jedoch von dem SA-Mann unter Hinweis auf ihre alte Bekanntschaft bald wieder freigelassen, der ihm aber dringend zur sofortigen Flucht riet. Der Journalist folgte diesem Ratschlag und wandte sich zunächst nach Frankreich, wurde von dort jedoch bald nach Palästina ausgewiesen, wo es ihm nicht gelang, Fuß zu fassen. Es folgten unstete Jahre als Schiffskoch und später im Dienst der britischen Armee. 1950 kehrte er noch einmal kurz nach Griesheim zurück, ließ sich dann aber in Darmstadt und später in Langen nieder, wo er verstarb.

Abb. 8: Örtliche Gruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten mit Frauen und Kindern, 1935/36. Stadtarchiv Griesheim.

Neben seiner journalistischen und politischen Tätigkeit war Meyer u. a. auch Sekretär beim „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ gewesen, einem Verband, der schon 1933 zum Ziel von Attacken der Schlägertruppen des neuen Regimes wurde. Der Vorsitzende der Griesheimer Ortsgruppe, Gustav Löb, war der erste Jude, der dabei unmittelbare körperliche Gewalt erfuhr. 1933 wurde er auf die Polizeiwache vorgeladen und bis zur Arbeitsunfähigkeit geprügelt. Nach Jahren in verschiedenen Gefängnissen und Arbeitslagern starb er schließlich 1941 im KZ Dachau.[75] Man könnte weitere Schicksale – auch von nicht politisch oder gesellschaftlich engagierten Juden und Jüdinnen – anführen, die in der Folge Opfer von Gewalt, Deportation und Ermordung durch das nationalsozialistische Regime und die auch in Griesheim wachsende Schar seiner Schergen und Mitläufer wurden. Wie die Gemeindeakten erkennen lassen, setzte der Rückgang der Mitgliederzahlen der jüdischen Gemeinde bald nach 1933 ein, und auch die finanzielle Situation wurde immer prekärer. Viele der Abwandernden suchten zunächst Schutz in Städten wie Darmstadt oder Frankfurt, die aber allenfalls vorübergehend Sicherheit boten, andere entschlossen sich gleich zur Auswanderung, die meisten in die Vereinigten Staaten, einige auch nach Lateinamerika oder Südafrika.

Spätestens die Novemberpogrome 1938 machten klar, dass jüdisches Leben in Griesheim nicht länger möglich war. In der Nacht vom 9. auf den 10. November fuhr ein von Darmstadt aus durch den Landkreis ziehender SA-Trupp nach Zerstörung der Eberstädter Synagoge auch nach Griesheim. Wilhelm Mahla aus Babenhausen, Leiter der übergeordneten SA-Standarte 115, hatte den Befehl, alle Synagogen in seinem Standartenbereich zu sprengen oder in Brand zu setzen, an die SA-Sturmführer der Stadt und des Stadtkreises Darmstadt weitergegeben. Wegen der Feuergefahr für die benachbarten Wohnhäuser und da die Synagoge bewohnt war, setzten sie das Gebäude nicht in Brand, zerschlugen jedoch mit Äxten die gesamte Inneneinrichtung. Aus dem Fenster des Schulzimmers warfen die Randalierer Gebetsbücher, Gebetsriemen und Torarollen in den Hof, schichteten sie auf einen Haufen und verbrannten sie anschließend. Bei dem Überfall zerbrach ein SA-Mann die Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten.[76] Eine Gruppe von Angestellten einer Firma Müller wandte sich unter Anführung ihrer beiden Chefs zum Kaufhaus Löb, warf die Fensterscheiben ein und bedrängte den Inhaber Otto Löb, dessen Vater Ludwig bereits einige Monate zuvor infolge wirtschaftlicher Repressalien Selbstmord begangen hatte. In der folgenden Nacht brachen Plünderer in das Geschäft ein und raubten große Teile der Waren, während die verängstigte Familie Löb das Geschehen im Dachgeschoss mitverfolgen musste.[77]

Erinnerungskultur

Heike Jakowski hat in ihrem Buch *Jüdische Lebensgeschichten in Griesheim* zahlreiche Schicksale aus dieser Zeit dokumentiert und auch die Gedenkblätter für die Griesheimer Juden ausgewertet, die von einem lokalen Arbeitskreis erarbeitet und 2017 an die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem übergeben

wurden.[78] Diese Informationen sind nicht immer ganz befriedigend, da aus ihnen nur ihre Abmeldung nach Darmstadt, nicht dagegen ihr Weg in die Emigration hervorgeht, der sich nur aus ergänzenden Quellen wie Buxbaums biografischen Aufzeichnungen erschließen lässt. Trotzdem bieten sie wichtiges Material zur Geschichte der Griesheimer jüdischen Bevölkerung, und auch die seit 2010 auf Initiative von Schulklassen und zivilgesellschaftlichen Gruppen verlegten mehr als 40 Stolpersteine sind ein wichtiger Beitrag zu ihrer Erinnerung.[79]

Wolfgang Treue / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Informationen und Unterstützung danken wir Heike Jakowski, Griesheim.

Griesheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/96

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1736	6 Schutzjuden
1787	6 Haushalte
1807	13 Haushalte
1829	121 Personen
1853	195 Personen
1867	120 Personen
1905	127 Personen
1910	112 Personen
1924	66 Personen
1933	62 Personen
1940	0 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 279 (1905); Knapp, Juden in Griesheim, S. 162 (1853, 1867, 1910, 1924, 1933); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 88 (1829); HStAD R 21 J, Nr. 1126 (1787, 1807); StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen (1736).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Buxbaum, Henry, Scherben der Erinnerung. Memoiren des Wetterauer Juden Henry Buxbaum, bearb. v. Hans-Helmut Hoos. Mit einem Nachwort von Richard Buxbaum, Friedberg 1994.

Jakowski, Heike, Jüdische Lebensgeschichten aus Griesheim 1658–1940, Griesheim, o. J.

Knapp, Karl, Juden in Griesheim, in: Heimatbuch Griesheim 1991, S. 161–167.

Schleindl, Angelika, Der Jüdische Friedhof Groß-Gerau. Ein Beitrag zur Geschichte der Landjuden in Südhessen. Unter Mitarbeit von Hanna Salomon, Darmstadt 1993.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Gr2: Nr. 1-17, 27-28
- JRSO-Hes: Nr. 032

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 503: Nr. 7380

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- 34: Nr. 1394
- E 3 A: Nr. 26/25
- E 9: Nr. 1950; 1951; 1955; 3604; 3768; 3769; 3771; 3781; 3782
- E 14 B: Nr. 10/51
- F 24 C: Nr. 185/2 (21)
- G 17: Nr. 34
- G 23 D: Nr. 2677
- H 23: Nr. 298
- R 12 F: Nr. 119
- R 21 J: Nr. 1126

Leo Baeck Institute, New York (LBI)
- Memoir Collection: ME 161

Stadtarchiv Griesheim (StadtA Griesheim)
- 1.11.11: Nr. 2640
- 1.10.6: Nr. 1017
- 1.12.4.1: Gemeinderechnungen (nach Jahren)
- 1.15.5: Nr. 385
- 1.17.4: Nr. 1607 (Hofreitenverzeichnis 1714); 1606 (Hofreitenverzeichnis 1812)
- 1.17.5: Nr. 1618
- 1.23.3: Nr. 1550
- Nr. 396; 397; 398; 399; 400; 401; 402; 403; 404; 405; 406; 1001; 1002; 2002
- Fotosammlung

Anmerkungen

1 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1658.
2 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1659.
3 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1661, 1666. 1696 findet sich eine weitere Zahlung an Hertz „Vor licht papier und andere nothdurfft ufs rathauß und sonsten.“.
4 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1664.
5 HStAD O 34, Nr. 1394, zu Datum.
6 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1678.
7 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1693, 1694, 1695.
8 Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 19. 1751 z. B. stellte der landgräfliche Keller zu Griesheim dem dort ansässigen jüdischen Schneider Löb (Leib) Baruch ein Attestat aus, der die Absicht hatte, die bis dahin als Magd bei dem Juden Mayer dienende Gütle zu heiraten und mit ihr in die Wetterau zu ziehen: HStAD, F 24 C, Nr. 185/2 (21). Ein seltener Fall, in dem beide Tätigkeiten – Dienstboten und Dienstleister – schlaglichtartig auftauchen.

9 StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1732.
10 So z. B. 1715: StadtA Griesheim, 1.12.4.1 Gemeinderechnungen 1715. Zu diesen Ersatzzahlungen siehe etwa den Artikel zu Babenhausen, wo sie als „Frohnden“ bezeichnet wurden.
11 HStAD E 9, Nr. 1950; 1951; 1955; 3604; 3768; 3769; 3771; 3781; 3782.
12 Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 18.
13 StadtA Griesheim, Nr. 1607 (Hofreitenverzeichnis 1714) und 1608 (Hofreitenverzeichnis 1812).
14 StadtA Griesheim, Nr. 1607. Siehe Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 21.
15 Genannt werden u. a. Obergasse, Hellgasse und Kirchgasse sowie die Groß-Gerauer Straße.
16 Siehe hierzu Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 48.
17 StadtA Griesheim, Nr. 1608.
18 LBI, Memoir Collection, ME 161.
19 StadtA Griesheim, Nr. 396. Zu den Begleitumständen siehe Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 26–27. Im 19. Jahrhundert wurden die Matrikel dann durch die Ortsgemeinde Griesheim geführt, gegliedert nach Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen, und zunehmend mit Hilfe gedruckter Formulare. S. StadtA Griesheim, Nr. 397–400 (Geburten) 401–403 (Trauungen), 404–406 (Sterbefälle).
20 StadtA Griesheim, Nr. 396, S. 1 und 15.
21 Unter dem 8. März 1793 findet sich der Eintrag, dass dem Schutzjuden Mardochai Löw von seiner Frau Sarle eine Tochter namens Röß geboren worden sei: StadtA Griesheim, Nr. 396. S. 3.
22 StadtA Griesheim, Nr. 396. S. 5–17.
23 HStAD, R 12 F, Nr. 119. Allerdings ist nicht sicher, ob er sich wirklich um denselben handelte, da unter den Griesheimer Juden häufig dieselben Namen vorkamen, was eine Identifizierung erschwert. S. hierzu etwa Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 29–30.
24 HStAD R 21 J, Nr. 1126. Siehe auch die Auswertung von Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 40–41.
25 StadtA Griesheim, Nr. 1607. Einzelheiten über sein Handelsgeschäft gehen aus dem nach seinem Tod erstellten, weiter unten behandelten Inventar hervor. Siehe auch – zusammenfassend – Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 35–39.
26 HStAD E 14 B, Nr. 10/51. Nach Vermutung des Archivs handelte es sich möglicherweise um die landgräfliche Rentkammer. Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 35, nimmt dagegen an, dass es die Ortsgemeinde Griesheim war. Schon sein Vater Mayer Löw hatte sich im Kreditgeschäft betätigt, wie ein Verfahren vor dem Oberappellationsgericht in Darmstadt 1784–1785 belegt, in dem es um die Rangfolge der Gläubiger im Konkursprozess gegen einen Griesheimer Christen ging: HStAD G 23 D, Nr. 2677.
27 Abbildung, hebräische Inschrift und deutsche Übersetzung bei Szklanowski/Frantz, Haus des ewigen Lebens, S. 103. In der Inschrift wird neben seiner generellen Wohltätigkeit auch die Einrichtung einer dauerhaften Stiftung aus seinem Vermögen hervorgehoben. Er wurde in der Nähe seines Vaters (Szklanowski/Frantz, Haus des ewigen Lebens, S. 104) und vermutlich seiner Mutter (S. 98) beigesetzt. Auch weitere Vorfahren und spätere Verwandte Mordge Mayers sind auf dem Bessunger Friedhof bestattet.
28 CAHJP, D-Gr2-28. Erhalten ist auch ein weiteres, in jiddischer Sprache verfasstes Griesheimer Inventar von 1772 über den Nachlass des Juden Josef bar Salman, aus dem ebenfalls hervorgeht, dass der Verstorbene über einen gewissen Wohlstand verfügte: CAHJP, D-Gr2-27.
29 HStAD G 17, Nr. 34, Bl. 1–14. In der Akte heißt es anfangs irrtümlich, dass Jonas und Löw seine Söhne seien, doch werden sie an späterer Stelle eindeutig als seine Brüder benannt.
30 Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt Nr. 29, 9. Juli 1821, S. 355–376, Art. 48.
31 Siehe hierzu die Verordnung vom 14. Juni 1825: HStAD E 3 A, Nr. 26/25.
32 StadtA Griesheim, 1.15.5, Nr. 385. Alle drei waren in Griesheim geboren, doch fehlt die Angabe des Geburtsjahrs.
33 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 88.
34 Zu den dort Bestatteten siehe Schleindl, Der Jüdische Friedhof, S. 106–109.
35 Siehe hierzu den Artikel in der Rubrik „Vermischtes“ in Der Israelit, Nr. 6, 8. Februar 1923; außerdem Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 83–86.
36 Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 54.
37 Anzeigen in Der Israelit, Nr. 3, 18. Januar 1865; Nr. 27, 5. Juli 1865; Nr. 47, 22. November 1865; Nr. 22, 29. Mai 1867; Nr. 44, 30. Oktober 1867; Nr. 24, 15. Juni 1870; Nr. 14, 3. April 1872; Nr. 9, 3. März 1875. Für den Vorstand zeichnete in allen Fällen Elias Josef.
38 Der Israelit, Nr. 24, 14. Juni 1876.
39 Siehe die Anzeige in Der Israelit, Nr. 35. 7. Mai 1903.
40 So etwa 1893, 1901, 1902, 1907.
41 Siehe den Nachruf auf Strauß in Der Israelit, Nr. 35, 25. August 1932.
42 StadtA Griesheim 1.10.6, Nr. 1017. Die Anfrage ging u. a. an Arheilgen, Bensheim, Langen, Rüsselsheim und Viernheim.
43 StadtA Griesheim 1.10.6, Nr. 1017 (1911).
44 StadtA Griesheim 1.10.6, Nr. 1017 (1916).
45 StadtA Griesheim, Nr. 1001, 1002.
46 Siehe die Bescheinigung seiner Aufnahme in Preußen 1911: StA Griesheim, Nr. 1001.
47 Anzeigen in Der Israelit, Nr. 94, 26. November 1900; Nr. 71, 9. September 1901; Nr. 10, 4. Februar 1904 und Nr. 31, 21. April 1904.
48 Quittungen der Firma sind in den Gemeindeakten z. B. aus den Jahren 1931–1933 erhalten: CAHJP, D-Gr2-9, D-Gr2-10.
49 Ölkuchen, die Trester beim Pressen der Ölsaaten, stellten ein begehrtes Futtermittel dar. Siehe hierzu Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 67–68.
50 Siehe etwa die Anzeigen in Der Israelit, Nr. 72/73, 11. September 1890 (Holz-, Eisen- und Düngergeschäft Elias Joseph) oder Nr. 48, 13. Juni 1900 und Nr. 40, 4. Oktober 1918 (Manufakturwarenhandlung Wolf Löb). Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden derartige Sonderregelungen aus religiösen Gründen bald verboten.
51 Neuer Griesheimer Anzeiger, 5. März 1919.
52 Über den oben genannten Dr. Linz ist – abgesehen von seiner Aufnahme ins Ortsbürgerrecht 1835 – nichts bekannt.
53 Siehe seinen ausführlichen Nachruf in Der Israelit, Nr. 44, 30. Oktober 1930. Ein weiterer, fünf Tage zuvor im *Neuen Griesheimer Anzeiger* publizierter Nachruf der 1891 Konfirmierten zeugt von seinem hohen Ansehen auch innerhalb der christlichen Bevölkerung.
54 Buxbaum, Scherben der Erinnerung.
55 StadtA Griesheim, Nr. 1608.
56 CAHJP, JRSO-Hes-032, Bl. 63. Siehe auch Auszug aus dem Brandkataster mit dem letzten Versicherungsdatum des Wohnhauses, ebd., Bl. 57.
57 StadtA Griesheim, 1.23.3, Nr. 1550. Erhalten hat sich nur das Deckblatt zum Bauantrag, denn von dem Bauplan heißt es, er sei an den Bauherrn zurückgegeben worden.
58 CAHJP, JRSO-Hes-032, Bl. 3 des Schreibens vom 27. November 1959 und Anlage 1 (Gebäudewertermittlung) u. ebd., Bl. 67, 73, Beschreibung und Skizze Morris Dahlerbruch.

59 StadtA Griesheim, 1.17.5, Nr. 1618; HStAD, H 23, 298, Topographisches Güterverzeichnis der Gemarkung Griesheim, Bd. 7, Flur 1–2 (1854–1951), S. 105: alte Flur-Nr. 518 1/10 (Hofreite), 519 1/10 (Garten).
60 CAHJP, JRSO-Hes-032, Bl. 67, 73, Beschreibung und Skizze Morris Dahlerbruch.
61 CAHJP, JRSO-Hes-032, Skizze der Synagoge nach den Angaben von Zeitzeugen u. ebd., Bl. 67, Beschreibung Morris Dahlerbruch; ebd., Bl. 32, Schreiben Willi May aus New York.
62 CAHJP, JRSO-Hes-032; StadtA Griesheim, 1.17.2, Nr. 1868.
63 CAHJP, JRSO-Hes-032; HHStAW, 503, Nr. 7380.
64 Es handelte sich um die sämtlich in Griesheim geborenen Leo Joseph, Julius Marxsohn, Friedrich Emanuel Mendel, Siegfried Mendel, Siegfried Meyer und Ludwig Wolff. Siehe hierzu auch Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 77–81.
65 CAHJP, D-Gr2-1 bis D-Gr-217.
66 CAHJP, D-Gr2-1. Eine Wiederwahl war möglich und – wie die Unterschriften der Vorsteher in vielen Dokumenten zeigen – durchaus gebräuchlich. Leopold Rosenberg z. B. bekleidete dieses Amt – wie in seinem Nachruf in Der Israelit, Nr. 6, 6. Februar 1930 festgehalten ist – insgesamt 21 Jahre und war einige Jahre auch Vorsteher der Chewra Kadischa.
67 Siehe etwa CAHJP, D-Gr2-6; D-Gr2-12 (1928); D-Gr2-7 (1929).
68 Siehe etwa CAHJP, D-Gr2-7; D-Gr2-16 (1929). Im zweiten Fall ist außerdem eine Zahlung an einen anderen Nichtjuden für das Schmücken der Synagoge zum „Pfingstfest“ vermerkt. Hebräische Bezeichnungen der Feiertage finden sich nirgends.
69 CAHJP, D-Gr2-6.
70 Siehe CAHJP, D-Gr2-8; D-Gr2-15.
71 Die Grenze verlief zwischen Griesheim und Darmstadt.
72 Siehe die Tabelle der Wahlergebnisse bei Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 89.
73 Die *Griesheimer Volkswacht* war der linke Gegenentwurf zum konservativen *Neuen Griesheimer Anzeiger*.
74 Siehe Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 87–97.
75 Zu seiner Biografie siehe wiederum Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 99–101.
76 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 129–130, Urteil der Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 11. November 1946 u. ebd., Bl. 16–18 Zeugenaussage J. B. vom 11. Juli 1946: Der Zeuge belastete sich selbst und gab an, dass er seine Tat bereue. Zu den Befehlshabern und Voraussetzungen des Pogroms siehe Artikel Darmstadt in diesem Band. Siehe auch Bericht der SA-Brigade Starkenburg vom 11. November 1938, in: ICWC-Datenbank, www.uni-marburg.de/de/icwc/dokumentation/icwc-datenbank/dokumente/protokolle-nuernberg/ntvol27.pdf, S. 487–489, letzter Zugriff 26. März 2025.
77 Zu diesen Vorgängen siehe Kropat, Kristallnacht in Hessen, S. 57, sowie Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 169–180. Otto Löb gelang zwei Jahre später die Flucht in die USA, wo er 1947 verstarb.
78 Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 223–229: Auswertung der Gedenkblätter.
79 Siehe die kommentierte Liste der verlegten Stolpersteine bei Jakowski, Jüdische Lebensgeschichten, S. 233–237. Auch hier gab es – wie mittlerweile auch an anderen Orten – vereinzelt Vandalismus. 2012 wurden einige der ersten Stolpersteine aus dem Pflaster gebrochen.

Groß-Bieberau

„Die Gemeinde Gross-Bieberau war eine kleine, aber sehr alte Gemeinde, gut traditionell," so beschrieb Paul May seine Heimatgemeinde aus der Erinnerung.[1] Er verließ den Ort als 14-Jähriger im Jahr 1934 und wanderte bald darauf nach Argentinien aus. Im Gepäck seiner Eltern, die ihm später folgten, war eine Torarolle aus der kleinen Groß-Bieberauer Synagoge.[2] Offensichtlich war jedoch die Groß-Bieberauer Gemeinde nicht so alt, wie Paul May sie in Erinnerung hatte. Erst ab 1802 war dort ein „Judenschullehrer" tätig. Groß-Bieberau gehörte zu den wenigen Landgemeinden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, die sich Ende des 19. Jahrhunderts zum liberalen Judentum bekannten. Die Stabilität und Unabhängigkeit der zeitweise bis zu 80 Personen umfassenden Gemeinde beruhte auf ihrer Ausstattung mit allen notwendigen Einrichtungen wie Synagoge, Mikwe, einer Religionsschule und sogar einem eigenen Friedhof.

Erste jüdische Spuren im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit

Das Dorf Bieberau war zusammen mit Schloss Lichtenberg ein Lehen der Grafen von Katzenelnbogen. Im Jahr 1312 verlieh Kaiser Heinrich VII. Schloss und Ort die Rechte und Freiheiten der Stadt Oppenheim. Als besonderes Geschenk verpfändete der Kaiser dem Grafen Dieter von Katzenelnbogen gegen 600 Pfund Heller zwölf Juden („Duodecim Judei ospites"), die er „auf dem Berg des Schlosses Lychtemberg und in dem darunter liegenden Dorfe" Bieberau ansiedeln dürfe.[3] Möglicherweise haben die Grafen nicht in Bieberau, sondern vor allem in ihrer Stadt Reinheim jüdische Familien wohnen lassen.[4] Denn erst für das Jahr 1623 ist erstmals ein Jude aus Bieberau bezeugt, der Zoll an die Kammer in Darmstadt entrichtete.[5] Zwar sind aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Handelskontakte zwischen jüdischen Pferdehändlern und Bürgern aus Groß-Bieberau überliefert, doch lässt sich in dem Ort für das gesamte 17. Jahrhundert keine jüdische Niederlassung nachweisen.[6] Ob dies auf den Krieg, die Hunger- und Seuchenjahre zurückzuführen ist oder ob es andere Gründe gab, erschließt sich für uns nicht mehr. Erst die Dokumentation der Geburt des Eli, Sohn des Jacob, am 20. September 1738 durch den Pfarrer von Groß-Bieberau stellt einen eindeutigen Beleg für die Niederlassung einer jüdischen Familie in Groß-Bieberau dar. Von nun an führten die Pfarrer auf Anweisung der landgräflichen Herrschaft Verzeichnisse über Geburt, Verheiratung und Tod der jüdischen Frauen, Männer und Kinder, „wie sie die Juden sorgenlos genug bey sich und ihren Familien selbst nicht aufbewahren" würden, so der Geistliche. Der 1742 verstorbene Jacob hatte offenbar keinen Schutzstatus, sondern zahlte lediglich als Beisasse die für Juden üblichen vier Gulden an die politische Gemeinde.[7] Der erste Schutzjude, Salomon Levi, wird ab 1744 aktenkundig, 1753 kommt Moses Levi und 1759 Levi Isaac hinzu.[8] Salomon bezog ab 1757/1758 jährlich größere Mengen Korn aus dem Bieberauer Fruchtmagazin. Da seine Lieferung mit rund acht Malter (rund 1.000 l) im Jahr weit über den Eigenbedarf hinausging, wird er als Getreide- oder Mehlhändler tätig gewesen sein. Nachdem Salomon zwischen 1771 und 1774 den Bezug von Korn sogar auf 2.560 l (20 Malter) erhöht hatte, geriet er in finanzielle Schwierigkeiten und konnte die in der Fruchtkammer anstehenden Schulden des Vorjahrs nicht bezahlen.[9] Hier zeigt sich, welch hohe Risiken jüdische Händler oftmals eingingen, um wirtschaftlich zu überleben. Auch Moses Levi und später sein Sohn Löw Levi (Senior) lebten und starben in Armut. Dagegen betrug das steuerlich relevante Vermögen von Levi Isaac im Jahr 1790 immerhin 750 Gulden. Für die Jahre 1790/1792 ist Levi Isaac sogar als Deputierter der Landjudenschaft für das Amt Lichtenberg bezeugt. Wie seine bereits 1780 verstorbene Frau Hefelchen und die meisten Groß-Bieberauer Jüdinnen und Juden wurde er 1798 auf dem jüdischen Verbandsfriedhof in Dieburg beigesetzt.[10]

Auch in Groß-Bieberau blieb es bis um 1800 bei den für viele landgräfliche Orte überlieferten drei Schutzstellen. An manchen Orten reichten drei Familien zur Bildung eines Minjan aus, doch bestand hier die Hälfte der insgesamt zehn Erwachsenen aus Frauen, während alle zwölf Kinder noch minderjährig waren. So gibt es für die beschriebene Zeit weder eine Überlieferung zu jüdischen Gottesdiensten in Groß-Bieberau noch zum möglichen Synagogenbesuch im Nachbarort Reinheim. Allerdings berichtete der Bürgermeister von Groß-Bieberau im Jahr 1823 rückblickend, ein sogenannter Judenpager (Geldeinnehmer) aus Offenbach sei bereits 21 Jahre als jüdischer Lehrer im Ort tätig gewesen. Möglicherweise übte er auch das Amt des Chasan, des Vorsängers, aus.[11]

Gemeindebildung und Religionsunterricht im frühen 19. Jahrhundert

Auch um 1807/1809 verdienten die Groß-Bieberauer Juden im Verhältnis zu den „Stadtjuden" in Darmstadt keine Reichtümer, waren aber bessergestellt als manch andere

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-012

jüdische Familie im ländlichen Umfeld der Residenzstadt. Bis 1826 wurden vier weitere Juden in den landesherrlichen Schutz nach Groß-Bieberau aufgenommen. Drei von ihnen waren in Groß-Bieberau geboren, eine Familie zog aus Groß-Zimmern hinzu.[12] Außer den jungen Familien und ihren Eltern lebten mindestens noch zwei weitere jung verheiratete Familien und mehrere inzwischen religionsmündige Jugendliche im Ort.[13] Insofern dürfte die Zahl für einen eigenen Minjan ausgereicht haben, denn eine Gemeinderechnung von 1828 nennt zehn männliche Juden.[14] Noch 1826 war für die Niederlassung im Ort und die Aushändigung eines Schutzbriefes mit 1.000 fl. von den Juden ein höherer Betrag als Mindestvermögen gefordert als von den Christen. Weiterhin wurden Beiträge wie Schutzgeld, Neujahrsgeld und „Judenschulgeld“ von der jüdischen Gemeinschaft erhoben. Erst im Jahre 1838 hob die Gemeinde Groß-Bieberau auf Bitten der Judenschaft das „Judengeld“ auf.[15]

Nachdem es zuvor noch kein Rechnungswesen gegeben hatte, führte die Gemeinde spätestens ab 1832 Buch über ihre Einnahmen und Ausgaben.[16] Mit Isaak Haas ist erstmals für 1841/1842 ein Vorsitzender oder ein Vorstand namentlich überliefert.[17] Bald nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht im Großherzogtum Hessen, dem Groß-Bieberau nun zugehörte, im Jahre 1823 unternahm der Bürgermeister von Groß-Bieberau erste Schritte, die schulpflichtigen jüdischen Kinder zum Unterricht in die öffentlichen Schulen zu schicken. Dem bisherigen langjährigen „Judenschullehrer“ aus Offenbach namens Pinkes Elias Elsas erlaubte er, im Ort zu bleiben. In Groß-Bieberau zählte man im Jahr 1823 sieben schulpflichtige jüdische Kinder, die von den „deutschen Schullehrern“ unterrichtet werden sollten. Ein Jahr später waren alle jüdischen Kinder der Provinz Starkenburg gehalten, auch am Schabbat den Unterricht zu besuchen.[18] Die Umsetzung der Schulpflicht und die Ausbildung der jüdischen Lehrer unterlagen der Kontrolle des Staates, wodurch eine „sittliche und bürgerliche Hebung der Juden“ erreicht werden sollte. Auch über den Religionsunterricht besaß der Staat das Aufsichtsrecht. Der Rabbiner nahm als staatlich beauftragter Fachkundiger lediglich die Prüfungen in Religion vor und hatte ansonsten keinerlei Einfluss auf den israelitischen Religionsunterricht.[19] Die jüdischen Religionslehrer mussten für ihre Anstellung entweder seminaristisch ausgebildet und geprüft sein oder eine staatliche Prüfung unter Beteiligung des Rabbiners der Provinz Starkenburg vorweisen.[20]

Früher gehörten die Beiträge für das Lehrergehalt zu den Umlagen, welche die Gemeindemitglieder von Groß-Bieberau an die Landjudenschaftskasse in Darmstadt übermittelten. Unter den neu geordneten Verhältnissen im Großherzogtum wurde das Gehalt direkt von den Gemeinden ausgezahlt. Dabei war die Vergütung der Lehrer so schlecht, dass sie Nebentätigkeiten, etwa als Schrift- oder Rechnungsführer, oder sogar nebenbei ein Gewerbe ausüben mussten.[21] Die Funktion des Schochet blieb ihnen durch die Verordnungen von 1824 und 1840 verwehrt, denn die Vereinigung von Lehrer- und Schächteramt galt als moralisch bedenklich.[22] Allerdings ist auch nach Aufhebung des Verbots im November 1848 der jüdische Lehrer in Groß-Bieberau nicht als Schächter bezeugt bzw. war die Schechita offensichtlich die Privatangelegenheit der jüdischen Familien. Der Religionssaal und die Lehrerwohnung befanden sich bis zum Bau der Religionsschule im Obergeschoss des Hauses von Daniel Daab. (heute Marktstraße 13), wofür die jüdische Gemeinde 68 fl. jährliche Miete zahlte.[23] In den ersten Jahrzehnten blieben die Religionslehrer nur die gesetzlich vorgeschriebenen zwei Jahre, gelegentlich auch etwas länger in Groß-Bieberau.[24] Eine 40-jährige Amtszeit als Religionslehrer und Kantor zeichnete dagegen den im Jahr 1891 verstorbenen Moritz Hirsch aus Osthofen aus.[25]

Synagoge, Schul- und Gemeindehaus, Mikwe

Im Jahr 1827 ist im Wohnhaus des Simon Bentheim eine „Judenschule“ bezeugt. Das nicht mehr existierende Gebäude (heute Marktstraße 21) lag wie die Wohnhäuser der übrigen jüdischen Familien sehr zentral an der Haupt- und Durchgangsstraße nach Darmstadt mit direktem Blick auf die evangelische Michaelskirche.[26] Die Voranschläge für den Haushalt der jüdischen Gemeinde verzeichnen im Jahr 1832 Einnahmen in Höhe von zwölf Gulden für das Ein- und Ausheben der Tora sowie zehn Gulden für Wachs- und Talglichter in der Synagoge. Am 13. Juli erfolgte die feierliche Übertragung und Einhebung einer oder mehrerer neuer Torarollen in diese erste „Schule“. Nach Meinung des Bürgermeisters durfte dies mit Musik, jedoch nicht mit Tanz geschehen. Der Landrat genehmigte die „Feyerlichkeit“ unter der Bedingung, dass die Sperrstunde eingehalten werde. Im Jahr 1833 reagierte die Gemeinde vermutlich auf den Anstieg der jüdischen Bevölkerungszahl und erwarb ein rund 400 Quadratmeter großes Grundstück mit einer Hofreite zum Bau einer Synagoge. Den Kauf finanzierte sie über einen Kredit in Höhe von 650 fl.[27] Bei dem Grundstück handelte es sich um das heutige Anwesen Marktstraße 9. Es hatte seit dem 18. Jahrhundert einem Bierbrauer gehört, der dort ein Brauhaus betrieb. Es war äußerst schmal und lag direkt an der Hauptdurchgangsstraße nach Darmstadt.[28] 1834 war die Synagoge bereits unter den öffentlichen Gebäuden von Groß-Bieberau verzeichnet, obwohl sie „noch nicht ganz ausgebaut“ war.[29] Das sehr kleine jüdische Gotteshaus wird

Abb. 1: Groß-Bieberau, Luftbildaufnahme mit Synagogengrundstück, Schulhaus und Synagoge (Pfeil), vor November 1938. Richard J. Kern-Luftbild, Berlin. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 30050.

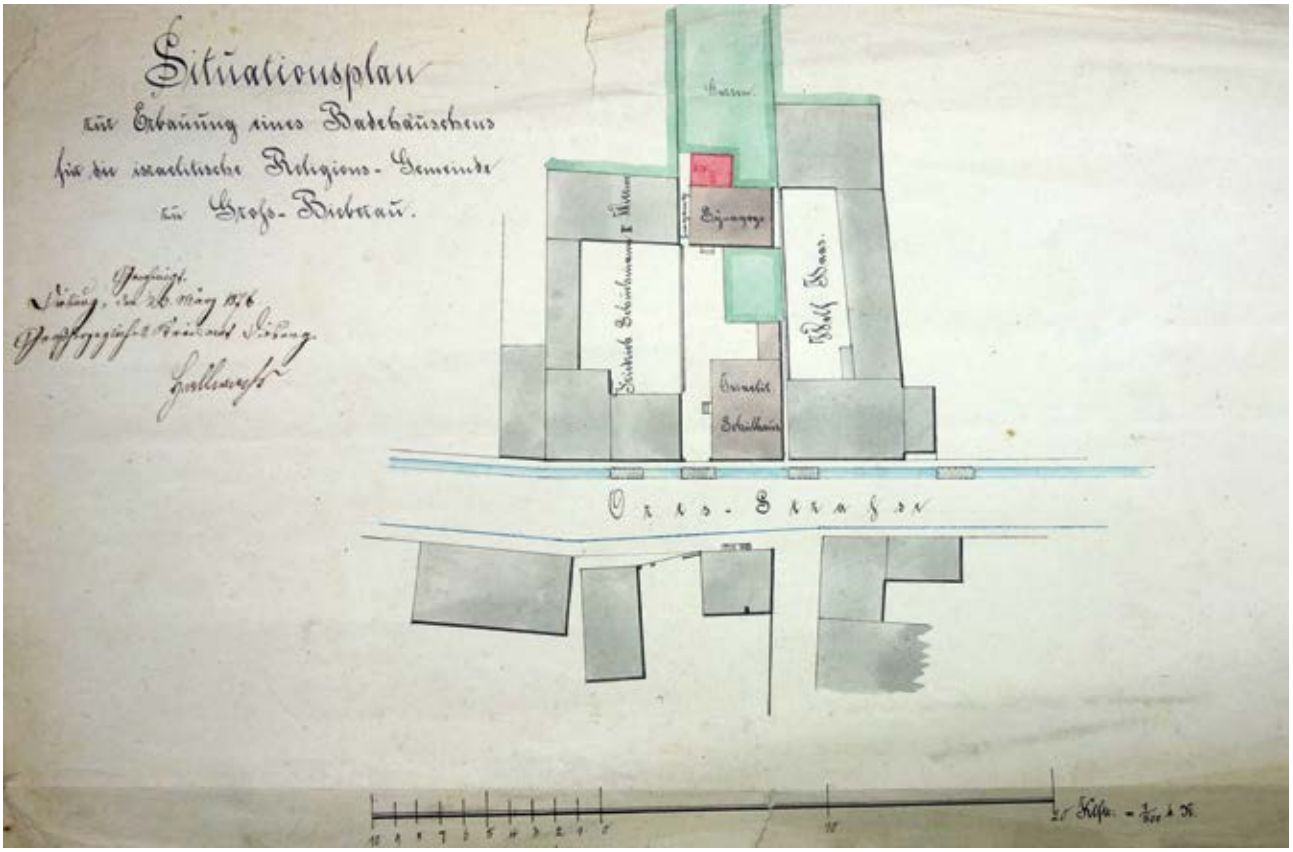


Abb. 2: Synagogengrundstück, Lageplan mit Schulhaus, Synagoge und neuer Mikwe, H. Christ 1876. Stadtarchiv Groß-Bieberau.

vermutlich bald darauf fertig gewesen sein.[30] Außer einer größeren Reparatur in den Jahren 1892/1893, die Ausgaben in Höhe von 554 Mark für Maurer-, Zimmer-, Schreiner- und Spenglerarbeiten verursachte, vermerken die Rechnungsbücher ab 1869 keine einschneidenden baulichen Veränderungen an der Synagoge.[31]

Ein vor der Zerstörung und dem Abbruch gefertigtes Luftbild stellt das einzige bildliche Zeugnis des über einem Bruchsteinsockel erbauten Fachwerkgebäudes dar. Es zeigt die in der Mitte des außergewöhnlich schmalen Grundstücks quer stehende Synagoge als kleinen Satteldachbau mit einem nach Nordosten gerichteten Fachwerkgiebel. Ein Lageplan von 1876 verdeutlicht die Disposition und zeigt auch das sich nordwestlich an die Synagoge anschließende, vermutlich etwas später erworbene Gartengrundstück (Nr. 659).[32] Die mit Hilfe der späteren Besitzerin angefertigte

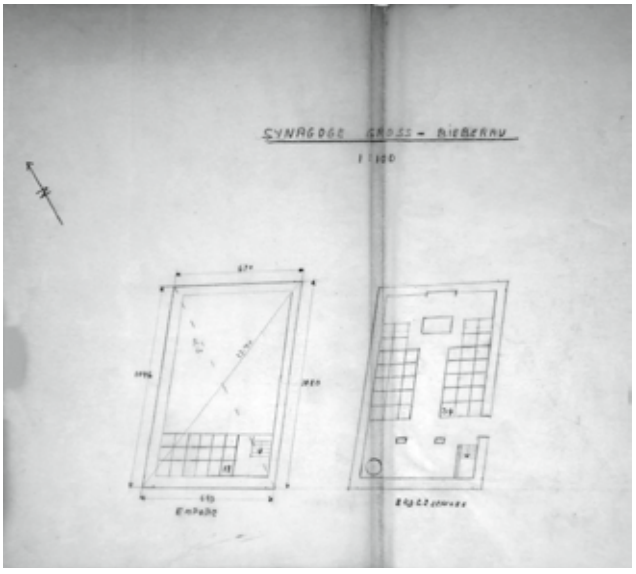


Abb. 3: Synagogengrundriss, Skizze der JRSO, um 1959. Central Archives for the History of the Jewish People.

JRSO-Skizze überliefert die Maße und gibt einen Anhaltspunkt zur Innenaufteilung vor der Zerstörung im November 1938. Es handelte sich um ein über einem unregelmäßigen Rechteckgrundriss errichtetes, einfaches Gebäude. Die Längsseiten waren 10,46 m und 10,80 m lang, die Schmalseiten 6,70 m und 6,93 m. Die Orientierung quer zum Grundstück mit Gebetsrichtung nach Nordosten war den topografischen Voraussetzungen geschuldet. Der Zugang führte von der Hauptstraße über einen schmalen Weg neben dem späteren Schulhaus zum Synagogenportal an der südöstlichen Längsseite. Der Betsaal soll etwa 34 männlichen Gottesdienstbesuchern Platz geboten haben, während die über eine Innentreppe erreichbare, gegenüber dem Toraschrein gelegene Frauenempore 18 Sitzplätze fasste.[33] Hedwig Selig, Tochter von Louis Haas, beschrieb die vollständig aus Holz gefertigte Innenausstattung als „nicht besonders kuenstlerisch und wertvoll“. Immerhin gehörten dazu mit Gold bestickte Toravorhänge. Die Ritualien, silberne Kronen und Lesefinger, seien größtenteils Stiftungen ihrer Familie gewesen.[34]

Die Groß-Bieberauer Synagoge gehörte zu den ländlichen Kleinstsynagogen, die der Gemeinde mehr als 100 Jahre als jüdisches Gotteshaus diente. Untypisch für das 19. Jahrhundert versteckte sie sich hinter dem Schulhaus und war von der Hauptstraße aus nicht zu erkennen. Sie ragte auch nicht über die übrigen Häuser hinaus. Möglicherweise erwarb die jüdische Gemeinde das dahinterliegende Gartengrundstück mit der Absicht, eines Tages eine größere Synagoge zu erbauen. Dazu kam es jedoch nicht, denn der Bau der Religionsschule und der neuen Mikwe brauchte die finanziellen Ressourcen der Gemeinde auf.

Im Jahr 1867 ließ die israelitische Religionsgemeinde von Gemeindebauaufseher Hetter aus Groß-Zimmern einen Bauplan für eine Religionsschule anfertigen, der jedoch unausgeführt blieb.[35] Nach Abriss der bestehenden Hofreite im Jahr 1868[36] kam es ab März 1871 aber zum Neubau der Schule nach dem Plan des Groß-Bieberauer Bauaufsehers H. Christ.[37] Die Kosten betrugen 2.807 fl. 54 kr.[38] Der vollständig unterkellerte, eingeschossige Satteldachbau nahm eine Grundfläche von 8 m x 10,75 m ein und lag giebelständig an der Hauptstraße (Marktstraße 9). Im Hochparterre lagen die Wohnung des Lehrers Moritz Hirsch und seiner Familie sowie das Schulzimmer, das auch als Gemeinderaum genutzt wurde.[39]

1876 erfolgte zudem der Bau eines neuen Ritualbades, das ein älteres, 1832 erwähntes Bad an unbekanntem Standort ersetzte.[40] Das Häuschen wurde mit seinem Pultdach direkt an die Rückseite der Synagoge in den Garten hineingebaut. Es bestand aus einem Umkleideraum, einem Kessel zum Wärmen des Wassers und dem 1,20 m tiefen, in die Erde eingelassenen Tauchbecken. Zu dem Mikwenhäuschen führte ein schmaler Weg links an der Synagoge vorbei.[41]

Innergemeindliche, berufliche und nachbarschaftliche Verhältnisse bis zum Ende der Weimarer Republik

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die jüdische Religionsgemeinde in Groß-Bieberau strukturell gefestigt: Sie verfügte über eine Synagoge, eine Mikwe und einen Schulraum, außerdem wurden Ämter bestellt, die das religiöse und administrative Funktionieren der Gemeinde gewährleisteten. Der Vorsitzende bekleidete sein Amt jeweils über viele Jahre hinweg, der Rechnungsführer oder Aktuar hatte die Buchführung inne. Das Vorbeten im Gottesdienst gehörte zu den selbstverständlichen Aufgaben des Religionslehrers. Eine Extrabezahlung erhielten dafür nur die am Neujahrstag und an Jom Kippur von auswärts herbeigeholten Kantoren. Das geringfügig bezahlte Amt des Gemeindedieners übte anfänglich ein Mann aus dem Ort aus, später versahen es hauptsächlich Frauen. Als Nichtjuden bzw. Nichtjüdinnen waren sie wohl auch als Schabbesgoim tätig. Die Rechnungsbücher der Gemeinde verzeichnen außerdem eine Reihe von Ausgaben an ausschließlich auswärtige Bedürftige: Entweder lebten alle örtlichen Gemeindeglieder in gesicherten Verhältnissen oder sie halfen sich gegenseitig auf unbürokratische Weise, die nicht in diesen Büchern Niederschlag fand. Die Finanzierung des Neubaus der Religionsschule und der Mikwe sowie der Synagogenrenovierung und des Friedhofs erfolg-

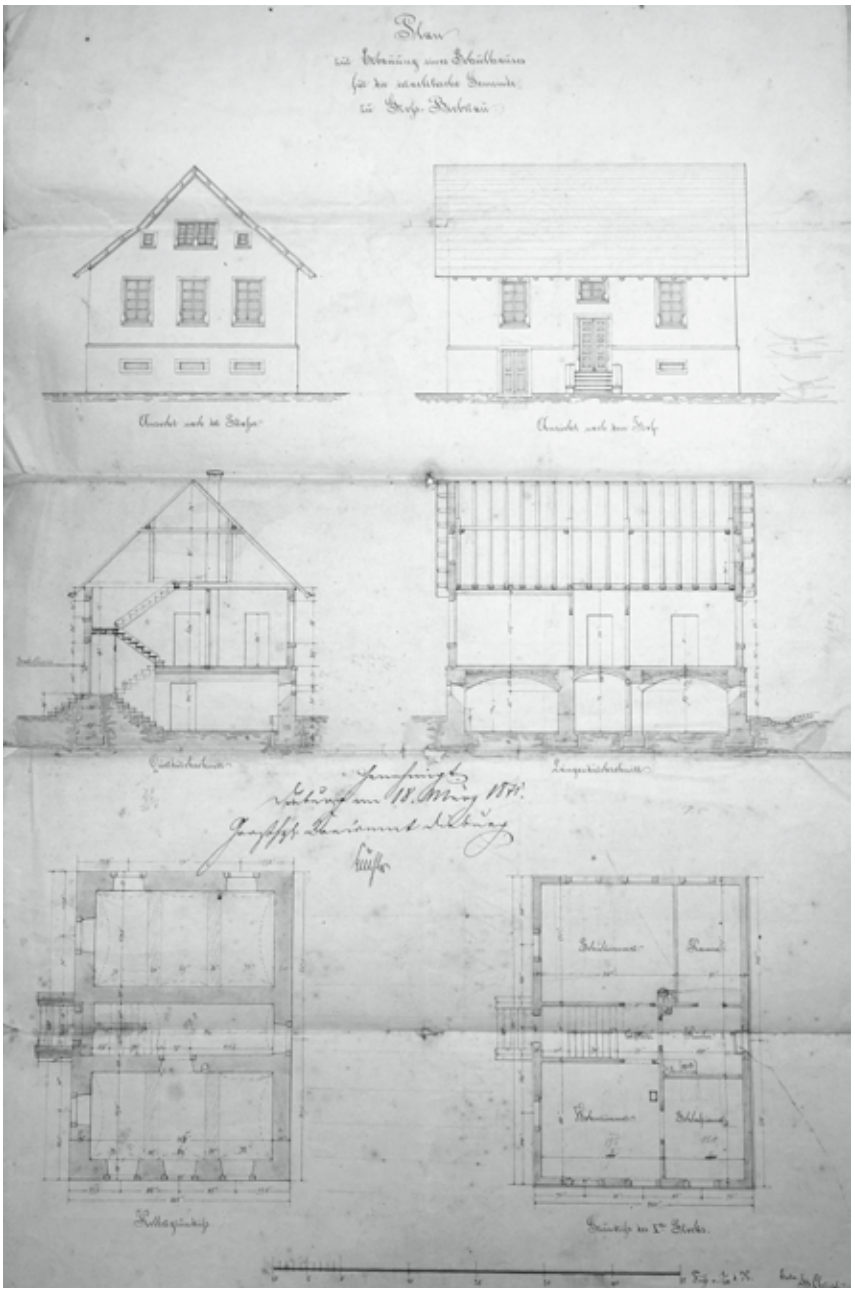


Abb. 4: Bauplan für die jüdische Religionsschule, H. Christ 1871. Stadtarchiv Groß-Bieberau.

ten über Kredite, deren Zinsen über viele Jahre hinweg regelmäßig bezahlt wurden. Gelegentlich spendeten der israelitische Wohltätigkeitsverein (ab 1896) und Privatleute für die Tilgung der Schulden.[42]

Die Berufe der Groß-Bieberauer Juden als Pferde-, Vieh-, Mehl- und Fruchthändler orientierten sich im 19. Jahrhundert an den Gegebenheiten der reich mit fruchtbaren Lößböden ausgestatteten, agrarisch bewirtschafteten Landschaft. Einige betrieben den Mehlhandel sogar im großen Stil. Doch beschränkten sich die jüdischen Männer nie auf eine einzige Ware, sondern schufen sich vor allem mit Spezereien, Ellen- und Eisenwaren weitere berufliche Standbeine. Das einzige von Juden im Ort mehrfach ausgeübte Handwerk war der für das rituelle Leben notwendige Beruf des Metzgers.[43]

Zwischen den Zeilen erlauben die Quellen Aussagen über das Zusammenleben von jüdischen und nichtjüdischen Ortsbewohnern und -bewohnerinnen im 19. Jahrhundert. In seiner Korrespondenz mit dem Landrat in Reinheim und der Kreisregierung wegen der anfänglich zähen Gemeindebildung etwa äußerte der Bürgermeister kein die Juden und Jüdinnen herabsetzendes Wort, sondern ließ ein gewisses Verständnis für die schwierige personelle und finanzielle Situation der Gemeindeglieder durchblicken. Lediglich im Zusammenhang mit der fehlenden Rechnungsführung bezeichnete er „diese Menschen“ im Jahr 1829 als „leicht-

Abb. 5: Marktstraße mit jüdischer Religionsschule (2. Gebäude von links), vor 1979. Reproduktion aus: Magistrat der Stadt Groß-Bieberau, *1200 Jahre Groß-Bieberau*.

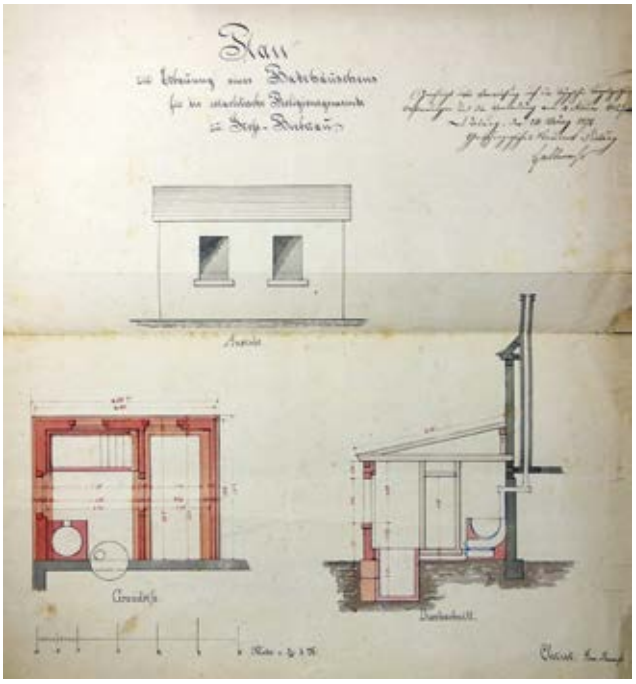


Abb. 6: Bauplan für das Ritualbad, H. Christ 1876. Stadtarchiv Groß-Bieberau.

sinnig“.[44] Ab 1877 zahlte die politische Gemeinde regelmäßige Beträge an die jüdische Gemeinde „als Entschädigung für Heizung und Stellung des Schullocals“.[45] Es sind vielfältige Kontakte zwischen nichtjüdischer und jüdischer Bevölkerung überliefert, die für eine gute Verwurzelung und gesellschaftliche Anerkennung im Ort sprechen.[46] So setzte die Gemeinde für den Bau und die Reparaturen ihrer baulichen Einrichtungen viele ortsansässige Handwerker ins Brot. Der örtliche Gemeindebauaufseher fertigte die Zeichnungen für alle Neubauten, vergab die Gewerke und hatte die Bauleitung inne. Die ersten Kredite nahm die Gemeinde beim Ortsbürger Johannes Heldmann auf. Die nichtjüdischen Gemeindedienerinnen hatten Zugang zur Synagoge, nichtjüdische Familien lebten in Nachbarschaft zum Synagogengrundstück, sind als Vermieter der Religionsschule sowie als Pächter des Synagogengartens und Mieter des Kellers im neuen Gemeindehaus überliefert.[47] Abraham Levy und Leonhard Meyer sind mit allen Groß-Bieberauer Kriegsteilnehmern von 1870/1871 auf den Inschrifttafeln des Kriegerdenkmals am Marktplatz verzeichnet.

Trotz ihrer Schuldenbelastung trieb die Groß-Bieberauer Gemeinde die Anlage eines eigenen Friedhofs voran. Bis dahin hatte sie den drei Gehstunden entfernten Verbandsfriedhof in Dieburg als Beerdigungsstätte genutzt. Die kürzere Wegstrecke war vermutlich nur ein Grund, die über Jahrzehnte gewachsene Verbindung mit dem bisherigen Friedhof und den darauf bestatteten Vorfahren zu lösen.[48] Für die kleine Gemeinde mag auch das Bedürfnis nach Unabhängigkeit wichtig gewesen sein, wie es die Anlage der eigenen Religionsschule ebenfalls erkennen lässt. Sie erwarb im Jahr 1888 von Georg Philip Daub II. ein 706 qm großes Ackergrundstück im Norden der Stadt (heute Am Schaubacher Berg). Die Kosten für die von einer Mauer umgebene Anlage betrugen insgesamt 1.763,44 M.[49] Der Groß-Bieberauer „Gute Ort“ ist nicht nur der kleinste Friedhof im Landkreis Dieburg, sondern auch der einzige im 19. Jahrhundert angelegte des Kreises. Er stand im Verband mit der jüdischen Gemeinde Reinheim und deren Nachbarorten Georgenhausen und Spachbrücken.[50] Die erste Beisetzung war die des am 9. Juni 1891 verstorbenen langjährigen Lehrers Moritz Hirsch. Sein Grabstein besteht als einziger aus Sandstein, während das Granitgestein aller übrigen Mazzewot im örtlichen Granitwerk Neidhardt & Krell verarbeitet wurde.[51] Die Anlage des jüdischen Friedhofs erforderte eine Beerdigungsgesellschaft, deren Funktionen der 1890/1891 gegründete Wohltätigkeitsverein wahrnahm.[52] Auf Veranlassung des Lehrers Hausmann folgte 1892 die Gründung eines Frauenvereins.[53]

Im April 1893 zog mit Hirsch Sulzbacher, dem Schwiegersohn von Moritz Hirsch, ein neuer Religionslehrer und Vorsänger in die Groß-Bieberauer Religionsschule ein. Sulzbacher genoss nicht nur unter den Gemeindegliedern eine hohe Anerkennung, sondern war wegen seiner wohlwollenden und besonnenen Art „in allen Bevölkerungskreisen“ sehr beliebt.[54] Mit dem Anschluss an das Rabbinat Darmstadt I im Jahr 1896 bekannte sich die Gemeinde als eine von damals acht jüdischen Landgemeinden zum liberalen Judentum.[55] Während Sulzbachers 37-jähriger Tätigkeit erreichte die Zahl der Gemeindeglieder mit 81 Personen im Jahr 1905 ihren Zenit. 1913 unterrichtete der Lehrer elf jüdische Kinder jeweils an Werktagen sechs und an Sonntagen drei Wochenstunden. Gleichzeitig erteilte er an der Höheren Bürgerschule in Groß-Bieberau neun jüdischen Kindern zweistündigen Religionsunterricht und unterrichtete zusätz-

Abb. 7: Denkmal für den Krieg von 1870/71 mit den Namen jüdischer Soldaten, 2023. Fotos: Cornelia Berger-Dittscheid.

lich einige Stunden in den Gemeinden Fränkisch-Crumbach und Pfaffen-Beerfurth.[56] Sulzbacher hatte ab 1920 auch das Amt des Gemeinderechners inne.[57] Darüber hinaus war er überregional im jüdischen Vereinswesen tätig, etwa als Kassierer des „Unabhängigen Vereins israelitischer Lehrer im Großherzogtum Hessen“.[58] Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs übernahm der Religionslehrer, der wegen seines Alters nicht eingezogen werden konnte, den Unterricht an der örtlichen Volksschule und erhielt dafür nach dem Krieg das „Kriegsehrenzeichen“ verliehen.[59] Zehn wehrfähige jüdische Groß-Bieberauer zogen in den Krieg.[60] Arthur Haas und Wilhelm Haas ließen auf dem Schlachtfeld ihr Leben, ihre Namen stehen mit denen der übrigen Gefallenen des Ortes auf einer Stele in dem imponierenden begehbaren Ehrenmal auf dem Haslochberg.[61]

Zusammen mit dem Reinheimer Lehrer Joseph Vorenberg gründete Sulzbacher 1922 die CV-Ortsgruppe Reinheim/Groß-Bieberau.[62] Die Lücke, die nach dem Weggang des Lehrers im Jahr 1929 entstand, war in den letzten Jahren der Gemeinde kaum mehr zu schließen. Ab Oktober 1930 erteilte Joseph Vorenberg aus Reinheim den Religionsunterricht, die Vorbeterfunktion erfüllte ein Kantor aus Pfaffen-Beerfurth.[63] Die Abtragung ihrer Kapitalschuld war für die jüdische Gemeinde, die sich auch zahlenmäßig im Niedergang befand, der einzige Gewinn, den sie aus den Inflationsjahren ziehen konnte. 1930 unterstrich der Vorsitzende Ludwig May im Zusammenhang mit der Neubesetzung der Lehrerstelle die geringe Leistungsfähigkeit der Gemeinde, die „durch Todesfälle und Wegzug einiger Mitglieder“ an Steuerkraft eingebüßt habe.[64]

Die jüdische Gemeinde während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Nach Aussage von Paul May hätte die jüdische Bevölkerung „am sozialen und kulturellen Leben bis 1933 vollen und sogar hervorragenden Anteil“ gehabt.[65] Nur als ein Beispiel sei die Mitgliedschaft von Leo Haas bei der Freiwilligen Feuerwehr genannt.[66] Doch lässt sich eine latent vorhandene antisemitische Stimmung im Ort bereits an den Wahlergebnissen von 1930 ablesen. Von 1.263 Wahlberechtigten

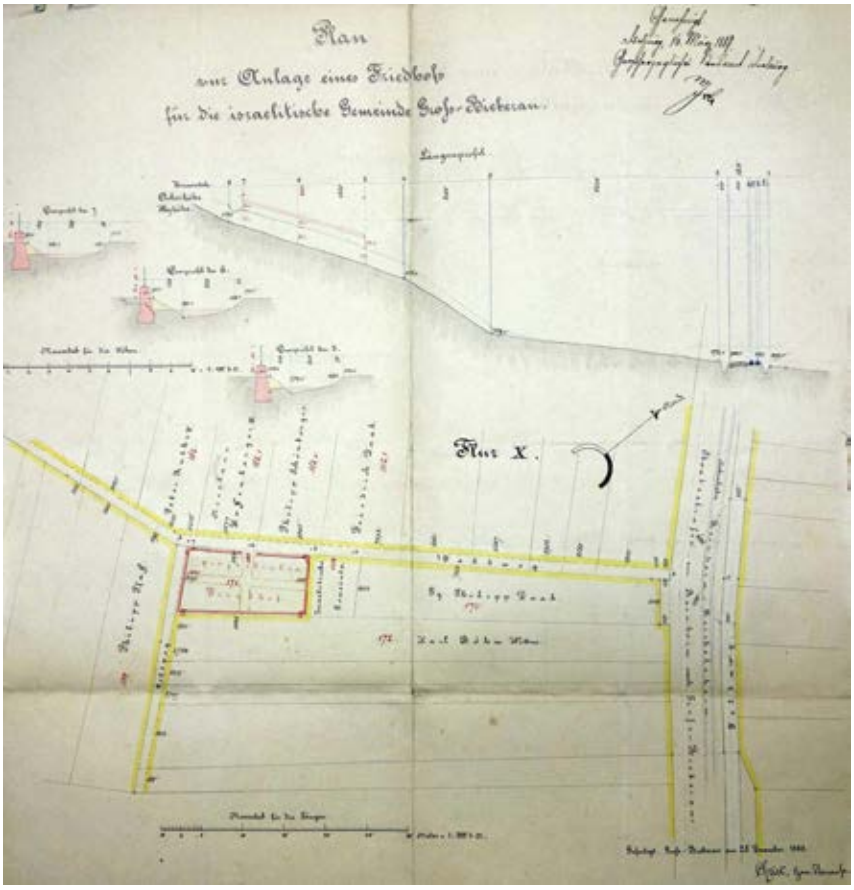


Abb. 8: Lageplan für die Anlage des Jüdischen Friedhofs, H. Christ, Dezember 1888. Stadtarchiv Groß-Bieberau.

Abb. 9: Jüdischer Friedhof von 1888/89, Ansicht von 2025. Foto: Stefan Vogt.

stimmten 354 für die NSDAP, während die SPD mit 424 Stimmen stärkste Kraft war. Aus den Reichstagswahlen von 1932 und 1933 ging die NSDAP in Groß-Bieberau mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen als klare Siegerin hervor.[67] Kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wirkte sich der Boykott der von Juden betriebenen Geschäfte auch in Groß-Bieberau aus und zwang sie binnen kurzer Zeit zur Geschäftsaufgabe.[68] Noch im Jahr 1934 unterstrich *Der Israelit* zum Tod des langjährigen Vorstehers der Beerdigungsgesellschaft dessen Beliebtheit, „die sich der Verstorbene auch bei den Andersgläubigen erwarb“, sowie „die außergewöhnlich starke Beteiligung von Nichtjuden bei der Beerdigung“.[69]

Bereits in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft spürten viele Familien die ihnen drohende Gefahr und verließen fluchtartig ihren Heimatort in den vermeintlichen Schutz der großen Städte Darmstadt, Gießen, Frankfurt und Mainz sowie andere Orte oder wanderten in Länder wie Holland, USA, Argentinien und auch nach Palästina aus. Ihre Anwesen verkauften die meisten weit unter Wert.[70] Bereits im Februar 1935 war der Minjan in der Gemeinde nicht mehr gesichert. Der Gottesdienst fand sogar zeitweise im Schulraum statt. Angesichts der Auswanderungswelle lud der Landesverband israelitischer Religionsgemeinden Hessens in Mainz den Gemeindevorstand im Dezember 1937 zu einer Besprechung wegen „Auflösung der isr. Religionsgemeinde“ Groß-Bieberau ein.[71] Offensichtlich gab es noch vor dem Novemberpogrom Verkaufsverhandlungen mit den Eheleuten Speier, die bereits ab 1930 im Schulhaus wohnten.[72] Meyer Levi soll noch vor der Pogromnacht Kultgegenstände aus der Synagoge auf einem kleinen Wagen in sein Haus gebracht haben.[73]

Abb. 10: Ehrenmal auf dem Haslochberg, Stele mit den Namen der jüdischen Gefallenen. Foto: Stefan Vogt.

Den Ausschreitungen in Groß-Bieberau im November 1938 ging eine Besprechung der Ortsgruppenleiter des Odenwaldkreises und einiger SA-Einheiten aus dem Altkreis Dieburg am Nachmittag des 10. November 1938 in Erbach i. O. voraus. Der stellvertretende Gauleiter und Kreisleiter Wilhelm Schwinn berichtete den Anwesenden von den bisherigen Ereignissen und gab etwas verspätet den Befehl der übergeordneten SA-Brigade 50 weiter, alle Synagogen in seinem Kreis zu zerstören.[74] Bei etwaigen „Aktionen gegen die Juden“ solle die Polizei nicht einschreiten. Exzesse, Plünderungen, Brandstiftungen und Misshandlungen waren jedoch ausdrücklich untersagt. Der in Erbach anwesende Ortsgruppenleiter und Bürgermeister von Groß-Bieberau Heinrich Dingeldein bestellte sofort nach seiner Rückkehr durch den Gemeindediener alle politischen Leiter und Führer der verschiedenen Gliederungen der Partei ein und informierte sie über das Bevorstehende. Um 20 Uhr versammelten sich 50 bis 60 in Zivil gekleidete Personen an der Fischbachbrücke, um letzte Anweisungen zu erhalten. Von dort zogen verschiedene mit Äxten und Beilen bewaffnete Trupps zur Synagoge und zu den jüdischen Anwesen. An den kurz darauf einsetzenden bis in die frühen Morgenstunden dauernden Zerstörungen und Gewalttätigkeiten, die an vier Schauplätzen etwa gleichzeitig begannen, beteiligten sich der Ortsgruppenleiter sowie die SA und HJ von Groß-Bieberau und den Nachbargemeinden. Die sich den Gruppen anschließenden Menschenmengen bestanden nicht nur aus Zuschauern, sondern auch aus aktiv handelnden Personen.[75]

Das in der Religionsschule wohnende Ehepaar Speier beobachtete, wie eine Meute in das Grundstück der jüdischen Gemeinde und dann in die Synagoge eindrang. Ein Mann sprang vom Nachbargrundstück durch ein defektes rundes Fenster in das Innere des Gebäudes. Innerhalb einer Stunde zerschlug der Mob die gesamte Inneneinrichtung. Die zuerst geplante Brandlegung unterblieb wegen der Gefährdung der Nachbargebäude. Während der Zerstörungsaktion strömten zunehmend Neugierige in den Hof. Eine zweite Gruppe SA-Leute zog zum Anwesen des verstorbenen Viehhändlers Meier Levi in der Bachgasse 26. Unter lautem Geschrei zerschlugen die Männer dort Geschirr, Einrichtungsgegenstände und Fensterscheiben. Als Rufe laut wurden wie „schlagt die Juden tot“, versteckten sich die Witwe Amalie Levi, ihr Sohn Ludwig und ihre zufällig anwesende Schwester auf dem Dachboden.[76] Die Zerstörer schleppten Möbel, Hausrat, Bücher und Papiere aus dem Haus bzw. warfen sie aus dem Fenster. Ziegel wurden vom Dach gerissen. Nach ihrer Entdeckung wurden die teils mit erhobenen Händen das Haus verlassenden Bewohner zu den Gendarmeriebeamten geführt. Nach Mitternacht entzündete einer der NS-Leute einen Papierhaufen in der Nähe des Levi’schen Hauses. Das Feuer griff auf das Fachwerkhaus über, wurde jedoch nicht gelöscht. Die spät herbeigerufene Feuerwehr schützte lediglich die Nachbarhäuser, sodass das Haus der Familie Levi gegen vier Uhr morgens bis auf die Grundmauern niedergebrannt war. Ein weiterer Tatort war die abseits gelegene Garage der Familie May. Diese brachen die Zerstörer auf und holten das darin befindliche Auto heraus. Weil die SA ihre Begehrlichkeiten auf den PKW gerichtet hatte, dies aber unerwünscht war, schob die Meute das Auto in den nahegelegenen Fischbach, zündete es an und steckte die mit Benzinvorräten bestückte Garage ebenfalls in Brand. Unter Führung des SA-Mannes K. begab sich ein anderer Trupp zum Haus der Eheleute Sidonie und Ludwig May in der Lichtenbergerstraße, zerschlug die Einrichtung, das Geschirr und die Deckenbeleuchtung. In Anwesenheit einer etwa 200-köpfigen Menschenmenge warfen SA-Leute auch hier das Inventar aus dem Fenster, übergossen den Haufen auf der Straße mit Benzin und entzündeten ihn. Einer der Täter trieb die Eheleute May aus ihrem Bett über die Glasscherben nach draußen, wo sie eine Gruppe von SA-Leuten und Zivilpersonen bespuckt und verspottet haben soll. Ein SA-Mann soll den an den Füßen blutenden

Abb. 11: Kennkarte für Gertrud Amalie Neidhardt (geb. Marx, 1901–1943) mit diskriminierendem „J“ und dem Zwangsnamen „Sara“, 1939. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg.

Abb. 12: Kennkarte für Ludwig Levi (geb. 1912) mit diskriminierendem „J“ und Zwangsnamen „Israel“, 1939. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg.

Ludwig May misshandelt haben. Anschließend fuhr der städtische Gemeindediener das Ehepaar im Feuerwehrauto zur Gestapo nach Darmstadt. Während Sidonie May wieder nach Hause geschickt wurde, kam Ludwig May in „Schutzhaft“, wurde jedoch zwei Tage später wieder freigelassen.[77]

Nach den Novemberpogromen flüchteten die ihrer gesamten Habe beraubten Levis zu Verwandten nach Frankfurt-Heddernheim. „Ludi“ Levi wurde im berüchtigten Arbeitslager Heddernheim inhaftiert und von dort deportiert. Seine 67-jährige Mutter Amalie war zuletzt im „jüdischen Altersheim“ und Sammellager Rückertstraße 53 in Frankfurt untergebracht und wurde mit dem Transport vom 18. August 1942 nach Theresienstadt verschleppt. Sie starb einen Monat später im Vernichtungslager Treblinka.[78]

Auch Ludwig und Sidonie May, die ihren Heimatort im Dezember in den vermeintlichen Schutz der Städte Frankfurt und Darmstadt verließen, überlebten die Schoa nicht.[79] Der letzte in Groß-Bieberau wohnende Jude war Siegfried Haas, der am 29. Dezember 1938 abgemeldet wurde.[80] Ihm gelang die Ausreise in die USA, wo er sich im Staat New York niederließ.[81] Die 77-jährige Regina Sulzbacher, Ehefrau des Groß-Bieberauer Lehrers, überlebte das KZ Theresienstadt, in das sie aus Nürnberg im Jahr 1942 deportiert wurde und in dem sie bis 1945 inhaftiert war.[82]

Von den Ereignissen des 10. November 1938 nicht betroffen war Gertrud Amalie Neidhardt (geb. Marx), die in gemischtreligiöser Ehe mit dem Besitzer des örtlichen Granitwerks Horst Adolf Neidhardt lebte. Allerdings holte die Gestapo sie am 17. September 1943 ab und brachte sie ins Polizeigefängnis Nürnberg. Am 4. November 1943 wurde sie in das Konzentrationslager Ravensbrück und von dort vermutlich nach Auschwitz deportiert.[83] Der 1931 geborene Sohn Horst war bis September 1943 in Schutzhaft. Nach dem Krieg befand er sich in Berlin und soll dann in Groß-Bieberau als Steinhauer gearbeitet haben.[84] Gertrud Neidhardts Name steht zynischerweise auf einer der vier Inschriftentafeln an der Außenseite des Ehrenmals auf dem Haslochberg für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Groß-Bieberauer mit dem Todesdatum „1943 Auschwitz“.[85] Von den insgesamt 38 im August 1933 noch in Groß-Bieberau lebenden, damals als jüdisch angesehenen Menschen wurden neun in der Schoa ermordet.[86]

Mit der Eingliederung der faktisch nicht mehr existierenden jüdischen Gemeinde Groß-Bieberau in die Reichsvereinigung der Juden im März 1942 ging der jüdische Friedhof in deren Besitz über.[87] Auf dem Friedhof war als letzter Groß-Bieberauer der am 23. Dezember 1937 verstorbene Louis Haas und am 17. November 1939 die Reinheimerin Therese Stahl beigesetzt worden.

Nach 1945 und Gedenken an die ehemalige jüdische Gemeinde

Der 1945 eingesetzte Bürgermeister Georg Böhm, der zu den wenigen Ortsbewohnern gehörte, die bis zuletzt zu den jüdischen Familien gehalten hatten, setzte sich persönlich dafür ein, dass die für den Pogrom in Groß-Bieberau Verantwortlichen nach dem Krieg zur Rechenschaft gezogen wurden. Aufgrund seiner Meldung an die Spruchkammer wurden vier schwer Belastete zu zwei bis fünf Jahren Arbeitslager und die Hauptdrahtzieher zu Internierungslager verurteilt.[88] Vor der Strafkammer I des Landgerichts Darmstadt wurden allerdings von elf Angeklagten nur drei

Personen wegen schweren Landfriedensbruchs rechtskräftig verurteilt.[89] Der Bürgermeister sorgte auch dafür, dass die ehemaligen örtlichen Nationalsozialisten die zwölf umgestoßenen und von ihrem Standort wegbewegten Grabmäler des jüdischen Friedhofs wieder aufstellten. Später ließ er auch die beschädigte Umfassungsmauer des Friedhofs reparieren.[90] Das einstige Grundstück der jüdischen Gemeinde befand sich seit August 1939 im Besitz der Eheleute Speier, die das Synagogengebäude abrissen und darüber einen Grabgarten anlegten.[91] Die JRSO ermittelte im Juli 1959 einen Gesamtschaden an Synagoge und Ritualbad in Höhe von 74.266 Mark und einigte sich mit den Besitzern auf einen Vergleich.[92] Im Juni 1963 schändete ein 28-jähriger Mann aus Ueberau den Jüdischen Friedhof, indem er 27 Grabsteine mit ihrem Sockel umwarf und dabei mehrere Steine zerstörte.[93] Am 31. März 2011 verlegte der Künstler Gunter Demnig Stolpersteine für Ludwig und Sidonie May, für Ludwig und Amalie Katz sowie für Gertrud Neidhardt.[94] Beim Standort der Synagoge, der heute als Parkplatz genutzt wird, ließ die Stadt Groß-Bieberau am 24. Juni 1986 einen aus Granit gefertigten Gedenkstein aufstellen.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Abb. 13: Standort der Synagoge, Gedenkstein von 1986. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Für Hinweise und Unterstützung danken wir dem Stadtarchivar Georg Krell aus Groß-Bieberau, sowie Fabio Daniel Pfeifer und Familie, Colonia Avigdor, Argentinien.

Groß-Bieberau in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/123

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1800	22 Personen
1807	28 Personen
1829	50 Personen
1834	61 Personen
1842	8 Familien
1867	76 Personen
1889	74 Personen
1900	81 Personen
1905	81 Personen
1925	56 Personen
1932/33	48 Personen
August 1933	38 Personen
1. Januar 1938	17 Personen
25.8.1938	8 Personen
30.12.1938	0 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 281 (1905); Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25 (1829, 1867, 1900, 1925); StadtA Groß-Bieberau, II-2, Nr. 5 (1834); StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 3 (1800, 1807), Nr. 13 (1842); StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-2 (25.08.1938); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 4 (1889), S. 53; Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 89 (1829); YVA, O.52, Nr. 584 (Aug. 1933); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 381 (1932/1933).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Franz, Eckhart G., „Schutzjuden“ und „Judenbürger“. Die jüdische Geschichte des Kreisgebiets vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim.“ die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 5–26.

Heinemann, Hartmut, Die jüdischen Friedhöfe im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim.“ die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 107–137.

Lötzsch, Karin/Klaus Lötzsch/Georg Wittenberger, Der jüdische Friedhof in Groß-Bieberau, in: Georg Wittenberger/Klaus Lötzsch (Hrsg.), Babenhäuser Mosaik, Babenhausen 1990, S. 91–101.

Magistrat der Stadt Groß-Bieberau (Hrsg.), 1200 Jahre Groß-Bieberau: Beiträge zu seiner Geschichte, Groß-Bieberau 1987.

Merz, Gerhard, „Ich fühle mich in diesen Dingen bestimmt schuldlos.“ – Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Groß-Bieberau, in: Magistrat der Stadt Groß-Bieberau (Hrsg.), 1200 Jahre Groß-Bieberau: Beiträge zu seiner Geschichte, Groß-Bieberau 1987, S. 269–305.

Volz, Fritz, Die Reinheimer Juden. Die jüdischen Gemeinden von Reinheim und seinen heutigen Stadtteilen – Spuren ihrer Geschichte, hrsg. vom Magistrat der Stadt Reinheim, Reinheim 1988.

Archivalien

Arolsen Archives, Online-Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 11577282; 12570724; 73912206; 81112664; 81112665; 81112666; 81112667
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Da3: Nr. 20
– D-Gr1: Nr. 6; 7; 8; 9; 10
– D-Lj4: Nr. 10
– JRSO-Hes: Nr. 036
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7382
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– B 3: Nr. 29
– C 6: Nr. 810
– G 17 Dieburg: Nr. 14 c
– H 13 Darmstadt: Nr. 905
– H 23: Nr. 1989
– O 61 Mueller Adolf: in Nr. 5
– P 4: Nr. 9051
– R 4: Nr. 30050
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 225
Stadtarchiv Groß-Bieberau (StadtA Groß-Bieberau)
– II-2: Nr. 5
– XIII-1: Nr. 2; 3; 4; 12; 13
– XIII-2: Nr. 1; 5; 6
– XIII-3, Nr. 1
– XIII-4: Nr. 1; 2; 3; 4; 6; 7; 8; 9; 10; 11; 12
– XIII-5: Nr. 2; 3; 4; 14
– XIII-6: Nr. 2-2; 2-44; 2-45; 2-49; 2-49a; 2-55; 2-83; 109
– XV: Rechnungen des Fruchtmagazins
– XVIII-4: Gesindebuch
– XXIII-5 B 1: Nr. 7
– XXVII-2b: Nr. 74
– Fotosammlung
– Gemeinderechnungen
– Handschriftliche unsignierte Notiz zu Kriegsteilnehmer 1914–1918
– Stadtarchiv Reinheim (StadtA Reinheim)
– XIII-5: Nr. 1-1
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Gr 5: Nr. 3; 4; 5; 6; 7
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.52: Nr. 584
Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV: Nr. 0122a; 0582a; 1350a

Anmerkungen

1 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 225, Paul May an Paul Arnsberg, 4. September 1966.
2 Bis heute befindet sich die Groß-Bieberauer Torarolle mit weiteren Rollen aus ehemaligen deutsch-jüdischen Gemeinden in der 1936 erbauten Synagoge von Colonia Avigdor in Argentinien. Vgl. www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/dawnen-in-der-pampa, letzter Zugriff 28. Oktober 2023.
3 HStAD, B 3, Nr. 29. Vgl. Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 6.
4 Siehe dazu den Artikel Reinheim in diesem Band.
5 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5 Kammerrechnung von 1623.
6 Vgl. Merz, Groß-Bieberau, S. 272. Zu den jüdischen Geschäftskontakten in der Region vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 15-16. Siehe auch HStAD, E 8 A, Nr. 75/9.
7 Zitat nach dem Vorwort von Pfarrer Frey zum „Familienbuch der Juden Familien zu Grosbieberau“ vom 2. Januar 1800 in: StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 3. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 273, der auch die Bürgermeisterrechnungen aus dem Stadtarchiv ausgewertet hat. Nichtjuden zahlten nur drei Gulden Beisassengeld.
8 StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 3, S. 1; StadtA Groß-Bieberau, Gemeinderechnungen, 18. Jahrhundert. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 274.
9 StadtA Groß-Bieberau, XV, Rechnungen des Fruchtmagazins ab 1758/1759 bis 1774/1775 (Salomon); 1761/1762 „lieh“ Moses 224 l Gerste, die u. a. als Pferdefutter Verwendung fand.
10 Cohen, Landjudenschaften, Bd. 1, Dok. 9:58, S. 723-724. Vgl. Levi, Sohn des Isaak, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15412, letzter Zugriff 28. Oktober 2023.
11 StadtA Groß-Bieberau, XIII-4, Nr. 1, Bericht Bürgermeister von Groß-Bieberau an Landrat in Reinheim vom 23. Oktober 1823.
12 CAHJP, D-Lj4-10.
13 StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 4.
14 Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 275.
15 Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 275–277.
16 StadtA Groß-Bieberau, XIII-3, Nr. 1, Haushaltsvoranschläge ab 1832, zit. nach Merz, Ich fühle mich, S. 280-281. Grundlage stellte die Verordnung vom 19. November 1830 dar „Die Bildung der israelitischen Religionsgemeinden“. Vgl. Katz, Die rechtliche Stellung, S. 23, Fn. 2.
17 StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 13, Korrespondenz Bürgermeister Groß-Bieberau und Kreisregierung Dieburg vom Dezember 1841 bis zum Juli 1842. Vgl. Katz, Die rechtliche Stellung, S. 32–39.
18 StadtA Groß-Bieberau, XIII-4, Nr. 1.
19 Vgl. Katz, Die rechtliche Stellung, S. 71, dort auch das Zitat.
20 StadtA Groß-Bieberau, XIII-4, Nr. 2. Vgl. Katz, Die rechtliche Stellung, S. 71–77.
21 1832/1834 betrug das Lehrergehalt nur 77 Gulden. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 279.
22 Vgl. Katz, Die rechtliche Stellung, S. 75-76.
23 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 3, Rechnungsbuch 1870/1871.
24 StadtA Groß-Bieberau, XIII-4, Nrn. 4, 6, 7, 8, 9; StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 4.
25 M. Hirsch spendete im Jahre 1870 die hohe Summe von 13 fl. 18 kr. für Notleidende im Heiligen Land, siehe: Spenden für die Armen des hl. Landes, in: Der Israelit 11, Nr. 14, 6. April 1870, S. 266–267, hier S. 266; Anzeige in: Der Israelit 32, Nr. 50, 25. Juni 1891, S. 930; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 4 (1889), S. 53.

26 StadtA Groß-Bieberau, Brandkataster von 1827 und Stadtplan Krell zum Häuserbesitz.
27 StadtA Groß-Bieberau, XIII-2, Nr. 1. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 280–281.
28 HStAD, P 4, Nr. 9051, Bl. 27; StadtA Groß-Bieberau, XIII-2, Nr. 1.
29 StadtA Groß-Bieberau, II-2, Nr. 5, Besondere Bemerkungen zur Bevölkerungsliste 1834.
30 StadtA Groß-Bieberau, II-2, Nr. 6, Bevölkerungsliste 1837.
31 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 5, Rechnungsbuch 1892/1893. Die von verschiedenen Autoren überlieferte Jahreszahl 1873 für einen angeblichen Synagogenneubau bestätigt sich nach Durchsicht der Rechnungsbücher dieser Jahre nicht. Das Datum beruht auf einem Eintrag im Brandversicherungsbuch, das allenfalls mit dem Baudatum der Religionsschule zu verknüpfen ist.
32 HStAD, P 4, Nr. 9051, Bl. 27.
33 CAHJP, JRSO-Hes-036; HStAD, P 4, Nr. 9051, Bl. 27. Das Brandkataster erwähnt für 1873 drei Subsellien im Schulhaus und elf Betstühle (25 m) im Betsaal, vgl. HStAD, C 6, Nr. 810.
34 CAHJP, JRSO-Hes-036, Bl. 57, Angaben von Hedwig Selig am 3. Juli 1958. Siehe auch CAHJP, JRSO-Hes-036, Bl. 74.
35 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 3, Rechnungsbuch von 1871/1872, Baukosten.
36 HStAD, C 6, Nr. 810.
37 StadtA Groß-Bieberau, XIII-5, Nr. 4, „Plan zur Erbauung eines Schulhauses für die israelitische Gemeinde zu Groß-Bieberau“, Keller- und Erdgeschossgrundriss, Quer- und Längsschnitt, Aufrisse der Giebelseite und der Längsseite, genehmigt am 18. März 1871.
38 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 3, Rechnungsbuch von 1871/1872, Baukosten.
39 StadtA Groß-Bieberau, XIII-5, Nr. 4.
40 StadtA Groß-Bieberau, XIII-3, Nr. 1.
41 StadtA Groß-Bieberau, XIII-5, Nr. 2, „Plan zur Erbauung eines Badehäuschens für die israelitische Religionsgemeinde zu Gross-Bieberau“, genehmigt am 23. März 1876; CJA, 1 A Gr 5, Nr. 3, Rechnungsbuch von 1875/1876.
42 Siehe dazu die Rechnungsbücher in: CJA, 1 A Gr 5, Nrn. 3–7.
43 StadtA Groß-Bieberau, XXIII-5 B 1, Nr. 7, Gewerbetagebuch 1853–1929. Siehe auch Anzeige in: Der Israelit 19, Nr. 35, 28. August 1878, S. 877. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 283-284.
44 StadtA Groß-Bieberau, XIII-1, Nr. 12, 13; StadtA Groß-Bieberau, XIII-4, Nr. 1.
45 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 3. Ab Rechnungsjahr 1877/1878 betrugen diese 30 Mark, ab 1884/1885 100 Mark, vgl. CJA, 1 A Gr 5, Nr. 4.
46 Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 282-283.
47 CJA, 1 A Gr 5, Nrn. 3–7, Rechnungsbücher zwischen 1869 und 1920.
48 Vgl. Heinemann, Die jüdischen Friedhöfe, S. 135-136.
49 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 4, Rechnungsbuch 1889/1890.
50 Lötzsch/Lötzsch/Wittenberger, Der jüdische Friedhof, S. 91.
51 Vgl. Heinemann, Die jüdischen Friedhöfe, S. 135.
52 CJA, 1 A Gr 5, Nr. 5, Rechnungsbuch 1890/1891.
53 Anzeige, in: Der Israelit 33, Nr. 10, 4. Februar 1892, S. 193.
54 Personalien, in: Der Israelit 64, Nr. 22, 31. Mai 1923, S. 9.
55 CAHJP, D-Da3-20. Vgl. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 250, Fn. 1; Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 381.
56 CAHJP, D-Da3-20.
57 CAHJP, D-Gr1-6–D-Gr1-10.
58 A. Mannheimer, Statistische Übersicht der jüd. Lehrerkonferenzen pro 1901, in: Der Israelit 44, Nr. 28/29, 9. April 1903, S. 657–660, hier S. 660; Vermischtes, in: Der Israelit 64, Nr. 31, 2. August 1923, S. 7.
59 Von Nah und Fern, in: Der Gemeindebote. Beilage zur Allgemeinen Zeitung des Judentums 81, Nr. 36, 7. September 1917, S. 4.
60 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 225, Paul May an Paul Arnsberg, 4. September 1966. Siehe auch StadtA Groß-Bieberau, handschriftl. unsignierte Notiz zu Kriegsteilnehmer 1914–1918.
61 Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, www.denkmalprojekt.org/2012/gross-bieberau_lk-darmstadt-dieburg_wk1_wk2_hs.html, letzter Zugriff 25. Oktober 2023.
62 Siehe dazu den Artikel Reinheim in diesem Band.
63 CAHJP, D-Da3-20; Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 381.
64 CAHJP, D-Da3-20.
65 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 225, Paul May an Paul Arnsberg, 4. September 1966.
66 StadtA Groß-Bieberau, XXVII-2b, Nr. 74.
67 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 560, 570, 579.
68 StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-83, Entschädigungssache Rosi Lorch, geb. Levi, die von 1924 bis 1936 in der Lichtenbergerstraße ein Rauch- und Papierwarengeschäft betrieb.
69 Personalien, in: Der Israelit 75, Nr. 10, 8. März 1934, S. 10.
70 Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 282; Merz, Ich fühle mich, S. 291–293.
71 CAHJP, D-Da3-20, Ludwig May, Groß-Bieberau, 1. Vorsitzender, an Rabbinat Darmstadt I, 28. Juli 1937.
72 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905, Bl. 370-371.
73 HHStAW, 503, Nr. 7382, Ermittlungsbericht 25. November 1960, Aussage Elisabeth Speier.
74 International Military Tribunal Nuremberg, Trial of the Major War Crimes before the International Military Tribunal, Nuremberg 14 November 1945 – 1 October 1946, Nürnberg 1946, Bd. 27, S. 487–489, www.uni-marburg.de/de/icwc/dokumentation/dokumente/protokolle-nuernberg/ntvol27.pdf, letzter Zugriff 27. Oktober 2023.
75 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 294–304.
76 StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-44, Schreiben an Bürgermeisterei vom 26. August 1948.
77 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905. Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 294–304.
78 Levi, Amalie, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de911737, letzter Zugriff 28. Oktober 2023; JMF, Shoah Memorial Frankfurt, Eingabe „Levi, Amalie“, geb. 1. Januar 1875, www.shoah-memorial-frankfurt.de/search, letzter Zugriff 28. Oktober 2023; Yad Vashem database, Eingabe „Levi, Ludwig“, „Groß-Bieberau“, yvng.yadvashem.org/?language=de, letzter Zugriff 28. Oktober 2023.
79 Vgl. Merz, Ich fühle mich, S. 302.
80 YVA, O.52, Nr. 584.
81 StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-49a, Otto Haas an Bürgermeister Böhm, 23. März 1947.
82 Yad Vashem, Zentrale Datenbank, Eingabe „Sulzbacher, Regina“, yvng.yadvashem.org, letzter Zugriff 28. Oktober 2023.
83 AA, Online-Collections, Documents, ID 11577282, 12570724.
84 AA, Online-Collections, Documents, ID 73912206, 81112664, 81112665, 81112666, 81112667; StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-49.
85 Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, denkmalprojekt.org/2012/gross-bieberau_lk-darmstadt-dieburg_wk1_wk2_hs.html, letzter Zugriff 28. Oktober 2023.

86 HHStAW, 503, Nr. 7382, Liste vom 29. November 1960; Groß-Bieberau. In: Bundesarchiv, Gedenkbuch, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de, letzter Zugriff 28. Oktober 2023. Gertrud und Horst Neidhardt sind in der Zahl inbegriffen.
87 StadtA Reinheim, XIII-1, Nr. 2.
88 StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-49a, Bürgermeister Böhm an Edwin May am 11. April 1947.
89 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905, Bl. 347, 367 v.
90 StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-49a, Bürgermeister Böhm an Edwin May am 11. April 1947.
91 HStAD, H 23, Nr. 1989, S. 131-132; StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 2-45 (die Synagoge stand noch im April 1939), 2-55; CAHJP, JRSO-Hes-036, Bl. 12; HHStAW, 503, Nr. 7382, Ermittlungsbericht 25. November 1960.
92 CAHJP, JRSO-Hes-036.
93 StadtA Groß-Bieberau, XIII-5, Nr. 14; StadtA Reinheim, XIII-5, Nr. 1-1.
94 StadtA Groß-Bieberau, XIII-6, Nr. 109.

Groß-Umstadt

Mit Raibach und Klein-Umstadt

Am 15. August 1378 wird mit Josel oder Josef von Umstadt, „Bürger daselbst“, erstmals jüdisches Leben in der unter der Herrschaft des Klosters Fulda stehenden Stadt (Groß-) Umstadt aktenkundig.[1] Bischof Adolf von Speyer, der zukünftige Erzbischof Adolf I. von Mainz, schuldete Josef von Umstadt und Fifelin von Dieburg 3.000 Gulden, zu denen im Jahr 1380 noch 120 Gulden hinzukamen.[2] 1391 trat vermutlich derselbe Josef („Josebe von Amstad“) als Zeuge in einem Verfahren gegen seinen Schwager Abraham von Miltenberg auf.[3] Aus den folgenden Jahrzehnten gibt es vereinzelte Belege zu Umstädter Juden.[4] Die anschließende Überlieferungslücke zu jüdischem Leben im Amt Umstadt könnte auf die 1427 einsetzende kurpfälzische und danach die landgräflich-hessische Landesherrschaft zurückgehen. Damit bildete sich auch das Kondominat Umstadt, das zwischen 1427 und 1504 je zur Hälfte der Kurpfalz und als Lehen der Grafschaft Hanau gehörte. Vermutlich bestimmte die von Vertreibungen und nur vereinzelten Judenaufnahmen auf ihrem Gebiet gekennzeichnete kurpfälzische Judenpolitik auch die Situation im Kondominium. Unter diesen Voraussetzungen erstaunt die erstmalige Nennung der „juden gassen“ im Verzeichnis der Zinsen und Gefälle von 1495 zur Lokalisierung eines einem christlichen Bürger gehörenden Hauses. Die im südlichen Bereich der Brunnengasse zu verortende Judengasse findet sich auch 1525 und 1544 im Gerichtsbuch des Stadt- und Landgerichts Umstadt.[5]

Spuren jüdischen Lebens im 16. Jahrhundert

Jüdinnen und Juden sind im Amt Umstadt erst wieder unter der Regierung des Pfalzgrafen und Kurfürsten Ludwig V. (1508–1544) nachweisbar, der eine moderatere Judenpolitik als seine Vorgänger praktizierte.[6] So beginnt die jüdische Geschichte der Frühen Neuzeit in Umstadt mit einer Jüdin namens Rosina, die am 18. März 1538 in das Haus eines Umstädter Christen „gesezt“ wurde.[7] Im Zusammenhang mit der Erhebung der Türkensteuer wird 1542 neben Rosina auch Salomon von Groß-Umstadt genannt. Der ursprünglich aus Arheilgen stammende Salomon versteuerte ein Vermögen von 350 Gulden und zahlte für sieben Personen Kopfsteuer. Rosina gab ihr Vermögen mit 1.300 Gulden an und musste für drei Personen zahlen. Lazarus’ Schwiegersohn Salomon zu Klein-Umstadt sorgte für eine fünfköpfige Familie mit einem zu versteuernden Vermögen von lediglich 170 Gulden.[8] Die Schutz- oder Schirmgelder der Juden gingen an die kurpfälzischen Regenten: Im Jahr 1548 entrichtete der bereits erwähnte Salomon „zu umbstat“ 30 Gulden jährlich, während Rosina und ihre Söhne Mosse und Abraham zusammen 90 Gulden zahlen sollten. 1550 gab Rosinas Sohn Abraham 20 Goldgulden für seinen „Schirmbrief“, Salomon dagegen nur zehn.[9] Die zwei Gulden „Jüdengeld“, die Rosina an die Bürgermeisterei zu zahlen hatte, fielen bei diesen hohen Summen kaum ins Gewicht.[10] Auch Salomon zu Klein-Umstadt war kurpfälzischer Schutzjude, er zahlte 1548 zehn Gulden an Bartholomäi und 1550 fünf Goldgulden an Pfingsten.[11] Die in den folgenden Jahrzehnten erneut von Einschränkungen, Verboten und Vertreibung geprägte kurpfälzische Judenpolitik sowie der Dreißigjährige Krieg wirkten sich wohl auch auf die Enklave Umstadt aus, da dort bis 1628 keine Juden mehr genannt werden.[12]

Neuanfang unter kurpfälzischer und hessen-darmstädtischer Herrschaft im 17. Jahrhundert

Obwohl wie überall der Krieg und die Pestjahre 1634/35 auch die Bevölkerung im Amt Umstadt dezimiert hatten,[13] lebten dort 1635 wieder Juden, die den kaiserlichen „Goldenen Opferpfennig“ in Höhe von einem Gulden zahlen sollten.[14] Das Einwohnerverzeichnis von 1634 nennt Jacob, Samuel und Mosche; auch die Darmstädter Kammerrechnungen von 1637 verzeichnen drei Juden im Amt, das durch den Krieg kurzfristig unter die alleinige Herrschaft von Hessen-Darmstadt gelangt war.[15] Offensichtlich flüchteten auch jüdische Familien vor dem Krieg in die durch Mauern geschützte Stadt, die sie jedoch 1637 wieder verlassen mussten. Zu ihnen gehörte vermutlich Salomon, der bereits 1628 Beisassengeld gezahlt hatte. Der „schwarze Jude“, der das in Umstadt liegende Regiment mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs belieferte, war dort 1634/35 ebenfalls zeitweise als Beisasse geführt.[16]

Für die Überprüfung der Steuerrechnung war für acht Ortschaften der Obergrafschaft zwischen 1642 und 1645 Sanwel (Samuel) von Umstadt zuständig. In diesen Jahren werden außerdem „Jokew (Jakob) Umstat“ und „Mosche Umscht“ erwähnt. Die drei Juden sowie der Bursche Mosche (nur 1642) aus Umstadt zahlten jeweils kaum mehr als einen Gulden an Steuern.[17] Zur Versorgung der kaiserlichen Truppen des Melchior von Hatzfeld zu Darmstadt mussten die Umstädter Juden Sanwel (Samuel), Mose (Mosche) und Juspa (Jacob?) im Jahr 1644 Waren im Wert von 84

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-013

Gulden 15 Albus kontribuieren.[18] Jacob, dessen Nachkommen über mehrere Generationen in Umstadt lebten, zahlte 1647 Kriegssteuern in Höhe von 60 Reichstalern. Er handelte mit dem Schultheiß und dem Pfarrer, aber auch mit Samuel von (Groß-)Zimmern, wobei er ein Pferd aber auch Schmuck verkaufte, dabei auch Waren für seinen persönlichen Bedarf eintauschte.[19]

Nachdem Hessen-Darmstadt die im Krieg eroberten Gebiete der Kurpfalz im Westfälischen Frieden wieder zurückgegeben hatte, war im Amt, in der Cent und in der Stadt Umstadt die gemeinschaftliche Herrschaft der Kurpfalz und der beiden Landgrafschaften von Hessen wiederhergestellt (1648–1803). Dies führte zu innerjüdischen Auseinandersetzungen um die zukünftigen Empfänger der Steuern. Es kam zu einem Vergleich, gemäß dem die Umstädter Juden die kurpfälzischen Steuern von den landgräflichen abziehen, jedoch nicht um mehr als die Hälfte des jährlichen hessischen Steueraufkommens reduzieren durften. Der Vergleich fand „per Handschlag“ auf dem Landtag im Dezember 1650 in Rüsselsheim statt. Letzterer gehörte zu den ersten auf jüdische Initiative einberufenen Versammlungen der Landjudenschaft in der Landgrafschaft Darmstadt. Als der dort für innerjüdische Rechtsfragen zuständige Rabbiner bestätigte Simson Bacharach, Rabbiner von Worms, diesen Vergleich.[20]

Abb. 1: Dieburg, jüdischer Friedhof, Grab von Samuel, Sohn des Uri Schraga (Feist) aus Umstadt, geboren um 1635, gestorben 1715, Aufnahme 2025. Foto: Stefan Vogt.

Ab 1651/52 bezeugen die Dieburger Stadtrechnungen die Beisetzung von Jüdinnen und Juden aus Umstadt auf dem dortigen, etwa zwei Gehstunden entfernten jüdischen Friedhof.[21] Der älteste erhaltene lesbare Grabstein stammt dort von dem 1715 beigesetzten Samuel, Sohn des Uri Schraga (genannt Feist).[22] Auch die erneute Erwähnung der Judengasse am Schrannenturm parallel zur südlichen Stadtbefestigung im Bereich des Gans'schen Adelshofs verweist auf eine gewisse Stabilität jüdischen Lebens in der Stadt.[23] Mit der Begründung, dass wohl als Folge des Krieges und der Pest noch „ein großer Mangel an Bürgern und andern Leuthen allhier“ herrsche, erlaubte die Obrigkeit dem Juden Götz und seiner Ehefrau Buhla um das Jahr 1661 ein Haus in Umstadt zu kaufen. Rund zwanzig Jahre später erhielt ein Umstädter Bürger, „weilen den Juden nicht erlaubt, in der Churfürstlichen Pfalz liegende gütter an sich Zu erkauffen“, das Abtriebsrecht (Vorkaufsrecht) für dieses Haus.[24] In einer Klage gegen den Schultheißen von Ober-Roden wegen geliehenen Kapitals werden im Jahr 1670 die Schutzjuden Mosche und Schmuel, Söhne des Feist (Feibesch?), aktenkundig.[25] Am 25. Januar 1676 schloss Mosche Schmuel bar Schlomo von Umstadt für seine Tochter Meret Minche, die Braut des Isaak bar Jehuda aus (Groß-) Zimmern, einen Ehe- und Aussteuervertrag ab.[26]

Die Geleitgelder und die im Mannheimer Vertrag von 1680 zwischen der kurpfälzischen und hessen-darmstädtischen Landjudenschaft geregelte Aufteilung des zu entrichtenden Schirmgeldes sorgten für fortwährende Konflikte.[27] Als die Umstädter Juden sich wiederholt weigerten, die sie in ihren Augen härter als andere belastenden Beträge zu zahlen, holten sich die Vorsteher der Darmstädter Landjudenschaft Amtshilfe bei den Behörden.[28] Mit der Drohung, sie dürften sonst weder auf kurpfälzischem noch auf hessen-darmstädtischem Gebiet Handel treiben, zwang man sie zur Zahlung ihrer Schulden sowie der jährlich insgesamt fälligen 54 Gulden.[29] Dieser Betrag ging je zur Hälfte an die kurpfälzische und die landgräfliche Regierung.[30]

Die jüdischen Beisassen und ihre Berufe im 18. Jahrhundert

Die Quellen geben einen sehr guten Einblick in die persönliche und berufliche Situation der Umstädter Jüdinnen und Juden, die im 18. Jahrhundert als Beisassen ihren festen Platz in der Kleinstadt behaupteten. Durch den vielfach mit Krediten gepaarten Handel ergaben sich Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen jüdischen und christlichen Bewohnern. Bei Vertragsbrüchen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften verwies der Rat der Stadt auf die Rechte jüdischer Händler. Hinsichtlich des Hausbesitzes und des Handels bestanden größere Freiheiten, als dies für andere Orte überliefert ist. Einige jüdische Familien standen im Wohlstand und hohem Ansehen.

So profitierten bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts die im Amt Umstadt wohnenden kurpfälzischen Juden noch von dem aus dem darmstädtischen Intermezzo während des Dreißigjährigen Krieges herrührenden freien Geleit für das Territorium der Landgrafschaft. Der hessen-darmstädtische Amtmann Reinhard Ludwig Homberg wollte jedoch den „Judenzoll“ bzw. das „Judengeleit“ strenger handhaben

und Strafen für „Zollfrevler“ ohne Zoll- oder Geleitzettel verhängen. Er ermunterte auch die benachbarten Landesherren zu dieser Maßnahme.[31] Mit sieben Schutzjuden lebten 1707/08 mehr jüdische Familien in der Stadt Umstadt als dies für andere Orte in diesen Jahren überliefert ist.[32] Nur vier von ihnen wurden 1719 als Beisassen geführt, hatten folglich das eingeschränkte Bürgerrecht.[33] Der Makler und Geldhändler Samuel Feist gab mit 12.000 Gulden das mit Abstand höchste Vermögen an.[34] Salomon Samuel versteuerte 2.000 und Götz 1.500 Gulden, während das geschätzte Vermögen von Joseph Zodik, Jacob Götz, Abraham Feist[35] und „altem“ Joseph zwischen 500 und 900 Gulden lag.[36] Ihren Unterhalt verdienten die meisten in dem für Juden typischen Beruf des Viehhändlers, wobei sie Schafe, Pferde, Ochsen, Gänse und andere Tiere kauften und verkauften. Auch Früchte werden als Handelsgut genannt. Beruflich sicherten sich die jüdischen Händler meistens mit mehreren Standbeinen ab, zu denen auch der Geldhandel zählte. Sie veräußerten ihre Waren in ihrem Wohnort sowie in Nachbarorten wie Raibach, Semd, Groß-Zimmern, Münster und Habitzheim, waren aber auch in Darmstadt, Frankfurt, Höchst (Odenwald) und Hanau unterwegs.[37]

Besonders einträgliche Geschäfte tätigte der bereits erwähnte Salomon Samuel, der im elterlichen Haus einen gut ausgestatteten Laden führte, daneben Frucht- und Mehlhandel, Vieh- und Geldhandel betrieb. Wiederholt warfen offensichtlich missgünstige christliche Bürger dem wohlhabenden Händler die Fensterscheiben ein, beschimpften ihn oder bewarfen ihn und seinen Sohn mit Steinen. Er war auch in verschiedene Rechtsstreitigkeiten mit seinen christlichen Handelspartnern verwickelt. Nach Salomons Tod kümmerte sich seine Witwe Bräunle um den „Kramladen“ und die Pfandleihgeschäfte.[38] Um auswärtige Märkte besuchen zu können, hatten Salomon und die übrigen Umstädter Schutzjuden sogar die Erlaubnis, an den christlichen Sonn- und Feiertagen das Stadttor ohne Passierschein zu benutzen. Der Umstädter Bürgermeister, der meinte, die Juden sollten sich an den Feiertagen still in ihren Häusern aufhalten, wollte dies unterbinden. Der Protest der Juden gegen das Verhalten des Bürgermeisters ging bis vor die Regierung, die dem Stadtherrn bedeutete, er müsse sich an die Verordnung halten und den Juden das freie Geleit durch das Tor gewährleisten. Allerdings sollte er darauf achten, dass keine fremden und bettelnden Juden in die Stadt gelangten.[39]

Salomons Sohn Samuel fand ein gutes Auskommen bei Hofe. Zwischen 1768 und 1772 belieferte er den für seinen aufwendigen Lebensstil bekannten Fürsten Karl Thomas zu Löwenstein-Wertheim-Rochefort mit Stoffen, Seide, Schuhen, Strümpfen, Handschuhen und Hüten im Wert von mehreren hundert Gulden. Gelegentlich sorgte Samuel Salomon auch für die Anfertigung von Schuhen bei einem Umstädter Schuhmacher oder lieferte Pferde. Er musste jedoch seinen saumseligen fürstlichen Kunden und dessen Hofpersonal wiederholt zur Zahlung ausstehender Kredite anhalten.[40] Auch christliche Bürger, vor allem aus Habitzheim, hatten bei Samuel Außenstände.[41] Sehr begehrt waren seine Stoffe auch in seiner Heimatstadt. Er sorgte u. a. für die Dienstkleidung der Amtsdiener und stattete die Amtsstube mit Vorhängen und Stuhlbezügen aus.

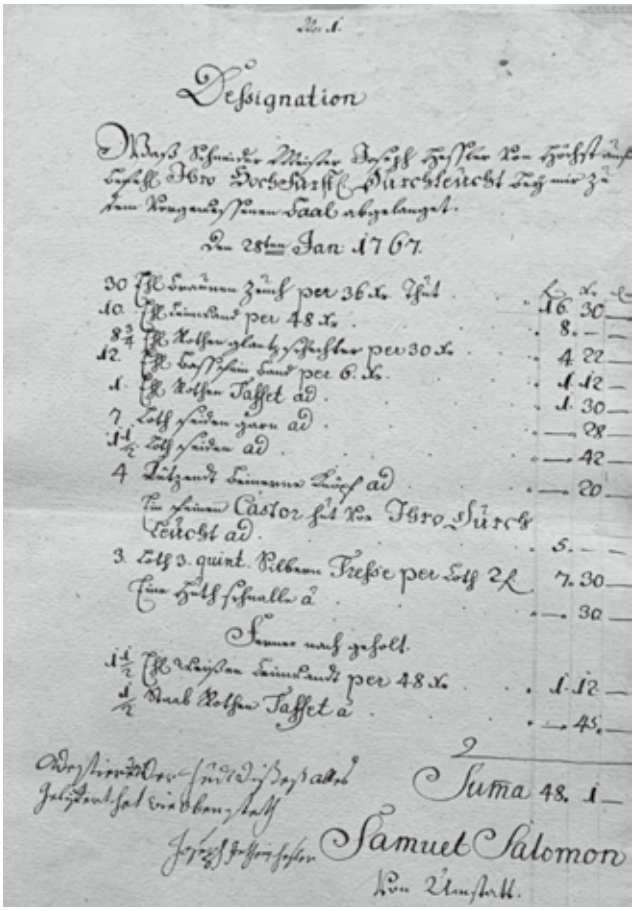


Abb. 2: Rechnung für den Hoflieferanten Samuel Salomon von „Umstatt“ für eine Warenlieferung an Karl Thomas Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rochefort, 1767. Staatsarchiv Wertheim, R-Rep. 2, Nr. 197.

Einige jüdische Familien verfügten auch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts über Hausbesitz, z. B. der Händler Götz, Salomon Samuel, Baruch Salomon, Joseph Salomon sowie die Brüder Joseph und Jakob Zodik (Steinbornsgasse, heute Untere Marktstraße 2).[42] Jeder jüdische Hausbesitzer zahlte Bede und Wachtgeld, erhielt „zum Nutzen des Hauses“ sogar „aus dem Burgerlichen Wald zum Nothfall Holtz“. Obwohl die christlichen Bürger das Abtriebsrecht hatten, egal wie lange „der Jud“ sein Haus besaß, beanspruchte dies im September 1748 ein Bäcker vergeblich: Bei

Jakob Zodik genügte der Nachweis, dass seine Vorfahren das Haus schon sehr lange im Besitz hatten.[43]

Nur wenig ist dagegen zu den jüdischen Gemeindestrukturen und zum religiösen Leben der Umstädter Jüdinnen und Juden während der Frühen Neuzeit bekannt. Ob der um 1724 in Salomons Haus verkehrende Rabbi Mayer für die jüdische Gemeinschaft oder nur privat für die Familie engagiert war, lassen die Quellen nicht erkennen.[44] Der Viehhändler und Krämer Jakob Zodik beschäftigte wohl vor 1730 zwei Jahre lang den Schulmeister Abraham Zimmern aus Mannheim in seinem Haus.[45] 1755 wird erstmals in der Frühen Neuzeit die „Judenschule" im Zusammenhang mit einem Streit erwähnt. Samuel Abraham habe Baruch Salomon während des Gottesdienstes „in der Judenschule am Sabbat allerlei Drangsale zugefügt".[46] 1766 wird Schulmeister Samuel Wolff genannt, der mit Liebmann Abraham in Kaufverhandlung stand.[47] Es ist davon auszugehen, dass die in der Regel kinderreichen Familien genügend religionsmündige männliche Personen umfassten, um den *Minjan* und auch eine jüdische Gemeinde zu bilden.

Jüdisches Leben in Klein-Umstadt und Raibach

Klein-Umstadt – wie Raibach heute ein Stadtteil von Groß-Umstadt – gehörte zur Cent und zum Amt Umstadt mit einer zu Groß-Umstadt weitgehend parallel verlaufenden Grund- und Landesherrschaft. Nach vereinzeltem Auftreten im 16. Jahrhundert und der Erwähnung von Mosche im Jahr 1639[48] werden hier erst wieder im ausgehenden 17. Jahrhundert Juden als zahlende Beisassen aktenkundig, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich mit dem Viehhandel bestritten: zwischen 1678 und 1681 Abraham, von 1686 bis 1690 Hirtz und zwei Jahre später Hirtz, der Junge.[49] 1709 werden in Klein-Umstadt drei Juden – vermutlich Familienväter – genannt. Im Jahr 1719 wohnten dort zwei jüdische Männer, eine Jüdin und deren vier Kinder.[50] Bis zum Ende des Alten Reichs werden in Klein-Umstadt nie mehr als drei Familien greifbar. Sie gaben sich die Familiennamen Grünebaum, Strauß und May, durch Einheirat lösten sie später die Familien Blumhof und Sander, noch später Bickert und Strauss ab. Ihre Personenzahl reichte nie für einen *Minjan*, weshalb sie offensichtlich wahlweise die Synagogen in Raibach und Groß-Umstadt besuchten. Die Groß-Umstädter erwarteten jedoch im Jahr 1830 von der Nachbargemeinde, dass diese sich vertraglich zur Teilnahme an ihrem Gottesdienst verpflichtete, vermutlich um den Umstädter *Minjan* nicht zu gefährden.[51]

Raibach gehörte ebenfalls je zur Hälfte zur Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, später zu beiden Hessen, und zur Kurpfalz. Ein Drittel des kurpfälzischen Anteils erhielten ab 1672 die Schelme von Bergen bei Frankfurt. 1787 teilten sich die Freiherrn von Reibelt, die Freiherrn von Wambolt zu Umstadt und die Freiherrn von Groschlag zu Dieburg den kurpfälzischen Teil des Dorfs. Unter dem Schutz der vermutlich untereinander konkurrierenden reichsritterschaftlichen Adelsherren und der Kurpfalz konnte sich die jüdische Gemeinschaft von Raibach zu einer zahlenmäßig starken Gemeinde entwickeln, die recht bald in der Lage war, einen eigenen *Minjan* zu bilden. Aktenkundig werden die ersten jüdischen Namen 1704/05 in einem Vergleich, der das jährliche Beisassengeld und die damit erworbenen Rechte wie „Wasser, Weide und Holz" regelte. Genannt werden Däffel (David), Joseph der Alte, Joseph der Junge und Itzik (Isaak), die sich vermutlich bereits im 17. Jahrhundert in Raibach aufgehalten hatten. Die Quellen im Stadtarchiv Groß-Umstadt verzeichnen für das frühe 18. Jahrhundert weitere Namen wie Mordge (Mordechai), Schine (Simon), Abraham sowie mehrere nicht sesshafte Juden.[52] Ihr Handel mit Fleisch, das sie „pfundtweiß verkaufft[en]", sowie das unerlaubte Schlachten führte zu Kontroversen mit den Zünften und den ortsansässigen Metzgern.[53] 1719 lebten vier jüdische Familien mit insgesamt 27 Personen in Raibach: vier Männer, vier Frauen mit acht Söhnen und elf Töchtern.[54] Anfänglich wohnten die Familien zur Miete und mussten vor allem wegen des Mietzinses teilweise sogar handgreifliche Auseinandersetzungen mit ihren christlichen Vermietern erleben.[55] Als erste konnten Affrom (Abraham) der Alte und sein Schwager Joseph im Jahr 1720 gemeinsam ein Haus erwerben.[56] Das ab 1777 geführte Güterbuch von Raibach verzeichnet für das letzte Viertel des 18. Jahrhunderts zehn jüdische Hausbesitzer.[57]

Bereits 1715 kamen auswärtige Rabbiner nach Raibach zur Unterrichtung der Kinder. Sie erhielten abwechselnd Kost und Logis bei den Familien von Mortge, Affrom oder Joseph.[58] Mit der Nennung des Zehngeboteschreibers *Sofer* Joseph des Alten wird im Jahr 1704/05 ein für eine jüdische Gemeinde essenzieller Beruf aktenkundig. Auch die sogenannte Schule, der Gebetsraum für die jüdischen Gottesdienste, lässt sich in Raibach mit dem Datum 1728 sehr früh fassen. Allerdings ist nicht bekannt, wo sie sich befand.[59] Fünf Jahre früher muss „Mordgen zu Reybach wegen begangenen Centhfrevelß an dasiger Juden Deuchen" eine Strafe in Höhe von einem Gulden zahlen. Bei der „Deuchen" handelte es sich um die Mikwe, die umgangssprachlich auch Tauche oder Dauche genannt wurde.[60] Dem ab 1777 geführten Güterbuch nach nutzten und unterhielten die Brüder Hirsch und Joseph Löb (später Sternberg) das

„Bad“ unter Josephs Haus gemeinsam. Das zweigeschossige Gebäude befand sich auf einem Grundstück im Unterdorf, das direkt an den Bach grenzte (heute Fliederweg 4).[61] Folglich waren alle Voraussetzungen für ein Leben nach den jüdischen Religionsgesetzen und für die Bildung einer jüdischen Gemeinde in Raibach schon sehr früh gegeben. Dieses Ritualbad an der Raibach besuchten auch die Frauen aus Groß-Umstadt, sie nutzten es sogar noch, als die Raibacher jüdische Gemeinde nicht mehr existierte, und es befand sich bis 1898 im Besitz der jüdischen Gemeinde Groß-Umstadt.[62]

Abb. 3: Raibach, ehemaliges Wohnhaus des Joseph Löb Sternberg, in dem sich die Mikwe befand (Pfeil), um 1930, nicht mehr erhalten. Foto: Karl Lang. Nachlass Ziehres-Faust-Wolff.

Nach der Eingliederung in das Großherzogtum Hessen im Zuge der Mediatisierung am Ende des Alten Reichs erreichte die jüdische Gemeinde in Raibach mit 62 Personen im Jahr 1813 zahlenmäßig ihren Höhepunkt.[63] Einige Gemeindeglieder zog es nach Groß-Umstadt, andere wie Jakob Löser aus Habitzheim im Jahr 1807 und Zodik Vogel aus Groß-Zimmern 1819 bemühten sich erfolgreich um Aufnahme in den Schutz nach Raibach. Nicht alle jungen Raibacher, die Familien gründen wollten, erhielten Schutz in ihrem Heimatort. Loew Loewenstein z. B. verfügte über das notwendige Vermögen.[64]

Bis 1809 fungierte Simon Hirsch Steinheimer aus Steinach als Vorsänger.[65] In dieser Zeit gehörte der „Judengemeinde“, so der Brandkataster von 1802, das Haus-Nr. 11 (alte Haus-Nr. 33, heute Unterdorf 11), das sie für ihre Gottesdienste nutzte („Schule“).[66] Im Winter fanden die Gottesdienste auch in der „warmen Stube“ statt, an Werktagen bei Jesel/Joseph Sternberg und am Schabbat bei Meier Lichtenstein. Als es an einem Tag im Jahr 1813 zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war und Meier Lichtenstein mit seinen Angehörigen und dem Rabbiner die Stube verließ, reichte die Personenzahl nicht zum *Minjan*, sodass die Tora wieder zurück in die „Schule“ getragen werden musste. Diese Episode verweist auf die Flexibilität der jüdischen Gemeinschaft, die für ihre Gottesdienste, solange eine Torarolle vorhanden war, nicht an einen bestimmten Ort gebunden war. Andererseits verdeutlicht sie, dass jedes Mitglied für den *Minjan* gebraucht wurde.[67]

Im November 1858 drohte die Baubehörde mit der Schließung der sich bereits seit vielen Jahren in schlechtem baulichen Zustand befindlichen Synagoge. Die jüdische Gemeinde strebte zunächst die Reparatur des Gebäudes an, die 400 Gulden kosten sollte. Bei Beginn der Bauarbeiten erwies sich jedoch der Bauzustand als so schlecht, dass sich eine Reparatur nicht lohnte. Vorsteher Abraham Rapp wagte daraufhin den Synagogenneubau, obwohl die nur aus zehn gering verdienenden Familien bestehende Gemeinde die zunächst dafür veranschlagten 1.200 Gulden nicht ohne Unterstützung aufbringen konnte. So appellierte er mit Herz Lichtenstein und Joseph Sternberg in Spendenaufrufen in der *Allgemeinen Zeitung des Judenthums* an die „israelitische Mildthätigkeit“.[68] Im März 1859 erhielt die Israelitische Religionsgemeinde Raibach die Genehmigung, eine Kollekte für ihren Synagogenbau in der Provinz Starkenburg durchzuführen, und 1859 verbuchte sie eine besondere Umlage für den Neubau in Höhe von 300 Gulden.[69] Nach Brenner und Köbler hätten die Gottesdienste während der Bauarbeiten vorübergehend im Wohnhaus des Zodick Rapp (Nr. 94) stattgefunden.[70] Dass Rapp seinen Schuppen zur vermutlich privaten Laubhütte umgebaut hatte, verweist hingegen nicht unbedingt auf einen provisorischen Betraum in seinem Haus (heute Unterdorf 12).[71]

Abb. 4: Raibach, Parzellenkarte, Standorte der alten Synagoge (Haus-Nr. 33), des Wohnhauses von Zodick Rapp mit der Laubhütte (Haus-Nr. 94) und des Anwesens von Zodick Vogel (Haus-Nr. 96, durchgestrichen), dem späteren Standort der neuen Synagoge, 1854. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 2355.

Zodick Vogel hatte der jüdischen Gemeinde das nahe der alten Synagoge gelegene Baugrundstück (Nr. 96 1/10) verkauft. Nach dem Abbruch der vorhandenen Gebäude entstand traufseitig zur Hauptstraße (heute östliche Hälfte des Anwesens Unterdorf 16) der Neubau.[72] Im Juni 1860 versteigerte das Kreisbauamt Dieburg die Bauarbeiten, die mit rund 1.825 Gulden veranschlagt waren. Obwohl die Baukosten bis zur Fertigstellung im Jahr 1861 auf rund 2.500 Gulden anstiegen, zeigten die Gemeindevorsteher Abraham Rapp und Herz Lichtenstein dem Kreisbauamt ihre Dankbarkeit und zollten hohes Lob für das gelungene Werk. Trotz der erforderlichen Sparsamkeit fehle es der neuen Synagoge nicht an „Schönheit, Zweckmasigkeit, Dauerhaftigkeit“.[73] Im Januar desselben Jahres war noch einmal ein Spendenaufruf von der Gemeinde gekommen. Zwar war das „Gotteshaus unter Dach gebracht“, zur Fertigstellung hatten jedoch noch 1.400 Gulden gefehlt.[74]

Die Bauplanung und Ausführung der Raibacher Synagoge hatte das Kreisbauamt Dieburg übernommen. Aus der Planungsphase haben sich zwei verschiedene Entwürfe erhalten. Der erste, nicht realisierte Bauplan des Wegaufsehers Hiemenz zeigt ein einfaches rechteckiges Satteldachgebäude mit je drei Rundbogenfenstern an den Längsseiten und einer schlichten Fassade mit Rundbogenportal und Okulus. Der *Almemor* – hier „Betstuhl“ genannt – steht wie bei gesetzestreuen Gemeinden üblich in der Mitte, ist jedoch zu schmal, um überhaupt liturgisch genutzt werden zu können.[75] Wegen dieser Unzulänglichkeit, der für die kleine Raibacher Synagoge zu aufwendig gestalteten Ostpartie und einiger Mängel fertigte nun Baukandidat Schoeneck einen zweiten Entwurf an, den mutmaßlichen Ausführungsplan, der in zwei Fassungen überliefert ist. Ferner haben sich Werkzeichnungen des Toraschreins, der Fenster und Portale mit für die Handwerker wichtigen Details erhalten.[76]

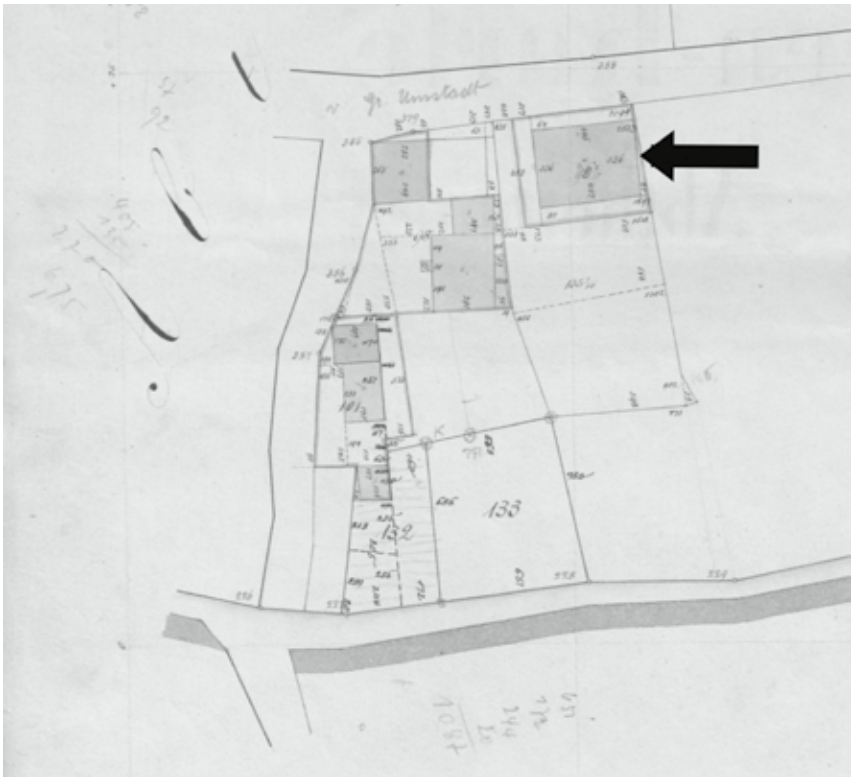


Abb. 5: Raibach, Urkatasterplan, Standort der neuen Synagoge (Haus-Nr. 96 1/10, Pfeil), 1867. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 2356.

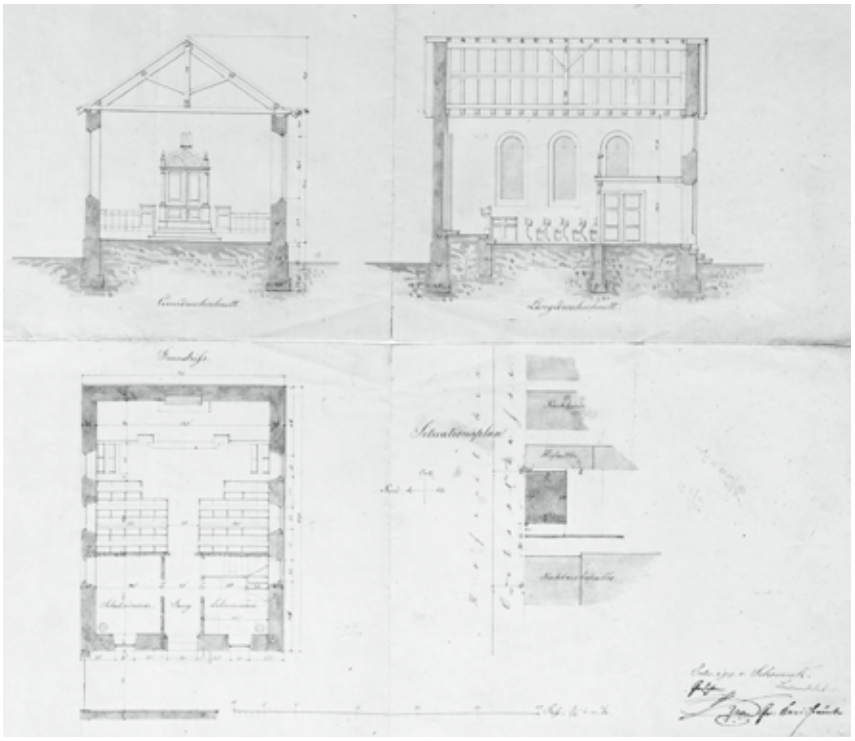


Abb. 6: Raibach, Ausführungsplan für die neue Synagoge (Ausschnitt), Querschnitt, Längsschnitt, Grundriss, Lageplan, 20. April 1860, Entwurf u. Zeichnung Schoeneck. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 3579.

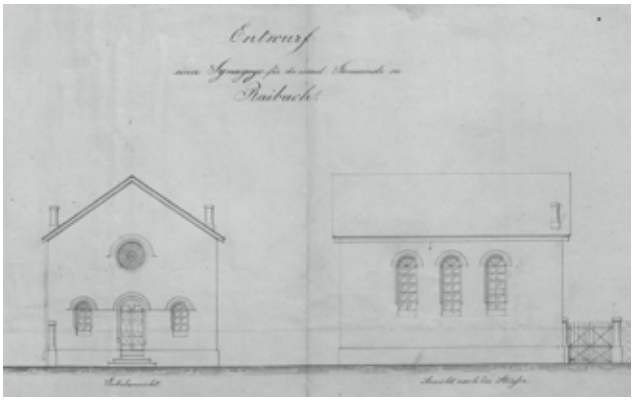


Abb. 7: Raibach, Ausführungsplan für die neue Synagoge zur Versteigerung der Bauarbeiten (Ausschnitt), Ansicht der nördlichen Längsseite zur Hauptstraße, Fassade (West), undatiert (vor Juni 1860), Zeichner Schoeneck. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 3579.

Wie bereits der barocke Vorgängerbau lag auch die neue Synagoge an der Hauptstraße des Straßendorfs Raibach, 120 m westlich der evangelischen Pfarrkirche. Schräg gegenüber hatte sich die alte Synagoge befunden, und in der Nähe wohnten hauptsächlich jüdische Familien.[77] Das neue jüdische Gotteshaus, ein Satteldachgebäude, grenzte mit der nördlichen von drei Rundbogenfenstern gegliederten Längsseite an die Durchgangsstraße und war mit der Ostwand nahe an die Nachbarbebauung gerückt. Westlich folgte ein Tor zu einem schmalen Vorhof. Von hier erschloss sich die Westfassade mit rundbogigem Hauptportal über einer Freitreppe mit vier Stufen und begleitenden Rundbogenfenstern rechts und links. Oberhalb des Eingangs war ein Okulus in Achtpassform angeordnet, dessen Maßwerk mit farbigem Glas gefüllt war. Der über rechteckigem Grundriss errichtete Saalbau besaß eine Länge von 10,75 m und eine Breite von 8,25 m. Im Westen des Saals war im Erdgeschossbereich der Erschließungstrakt angeordnet: Von einem Flur zweigten links das Schulzimmer und rechts das Lehrerzimmer ab. Eine viertelgewendelte Treppe führte zur Frauensynagoge, die über dem Eingangstrakt lag und sich zum Betsaal hin öffnete. Der Betsaal der Männer war 7 m breit und 9,20 m lang. Wie bei liberalen Gemeinden üblich, stand der aus Holz gefertigte Schrein auf einer sich über die gesamte Raumbreite erstreckenden Estrade – einem über zwei Stufen zugänglichen Podest. Das Gehäuse des Schreins schloss oben mit einem Kielbogen ab, in den die Gebotetafeln eingebunden waren. Die *Bima* war in die Brüstung der Estrade integriert. Die zum *Aron ha-Kodesch* ausgerichteten Subsellien im Männerbetsaal erstreckten sich rechts und links eines in der Mitte verlaufenden Ganges in zwei Blöcken zu je vier Reihen mit insgesamt 36 Sitzplätzen. Vorne befand sich an den Seiten je eine Kinderbank. Den 5,25 m hohen Raum schloss oben eine Flachdecke ab. Das Dachwerk bestand aus einer Binderkonstruktion mit Hängesäule. Die natürliche Belichtung des Raumes erfolgte hauptsächlich von den Seitenwänden.[78]

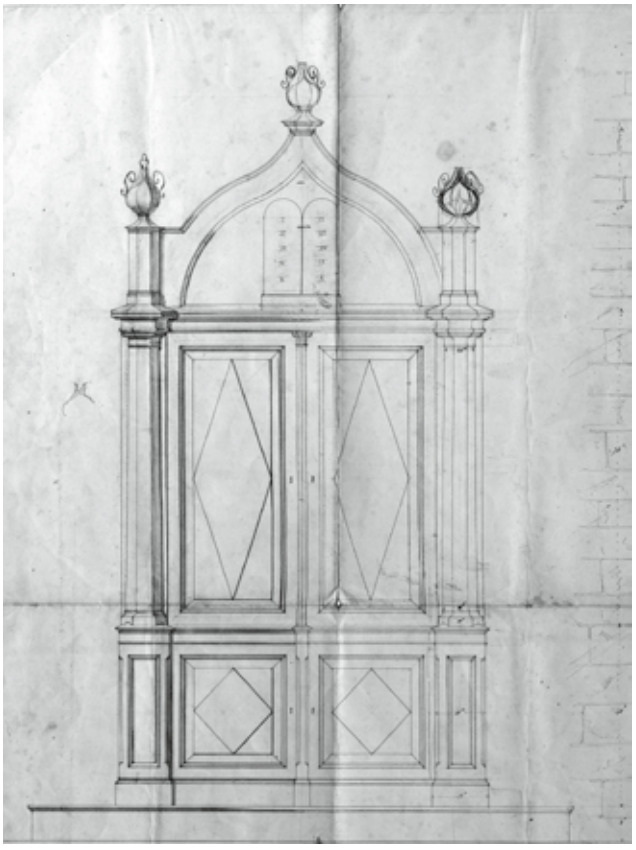


Abb. 8: Raibach, Bauplan für die neue Synagoge, Detailzeichnung für den Toraschrein (Ausschnitt), undatiert (um 1860). Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 3579.

Das jüdische Gotteshaus von Raibach war das älteste Beispiel und möglicherweise der vom Kreisbauamt Dieburg in seinem Einflussbereich verbreitete Prototyp für Kleinstsynagogen im ländlichen Raum.[79] Die Ähnlichkeit zur Synagoge von Groß-Umstadt ist frappierend. Nicht nur der Rundbogenstil und die Anordnung der wichtigsten Einrichtungsgegenstände, die wie in der Nachbarstadt eine liberal ausgerichtete Religionsausübung widerspiegelt, sondern auch die Details des Rundfensters mit einem Achtpass oder die Inschrifttafel über dem Portal und auf einer Fenstersprosse sind bei beiden Synagogen identisch. Ihnen war gemeinsam, dass sie sich mit ihren dem Kirchenbau entliehenen Fassaden- und Fensterformen selbstbewusst als Sakralbauten präsentierten und ihre hebräischen Inschriften sie zudem eindeutig als jüdisch kennzeichneten.

Schon bald nach Erbauung der Synagoge löste die neu gewonnene Freizügigkeit einen schnellen Schrumpfungsprozess der jüdischen Gemeinde aus. Mit der Aussicht auf einen besseren Lebensstandard zogen die Familien nach Groß-Umstadt und in andere Städte. Im Oktober 1881 starb mit Zodick Rapp einer der letzten Raibacher Juden. Er war im Ort geblieben, damit der Gottesdienst nicht eingestellt werden musste, und hatte an Schabbat und an den Feiertagen die Funktion des Vorbeters übernommen.[80] 1889 wird Raibach letztmals im *Statistischen Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes* als jüdische Gemeinde aufgezählt, allerdings ohne nähere Angaben zur Gemeindestruktur.[81] Ende des 19. Jahrhunderts erwarb Philipp Fischer das Anwesen der jüdischen Gemeinde, ließ einen Teil der Umfassungswände des Synagogengebäudes abbrechen und integrierte die übrigen Mauern in eine 1894 am selben Standort errichtete Scheune.[82]

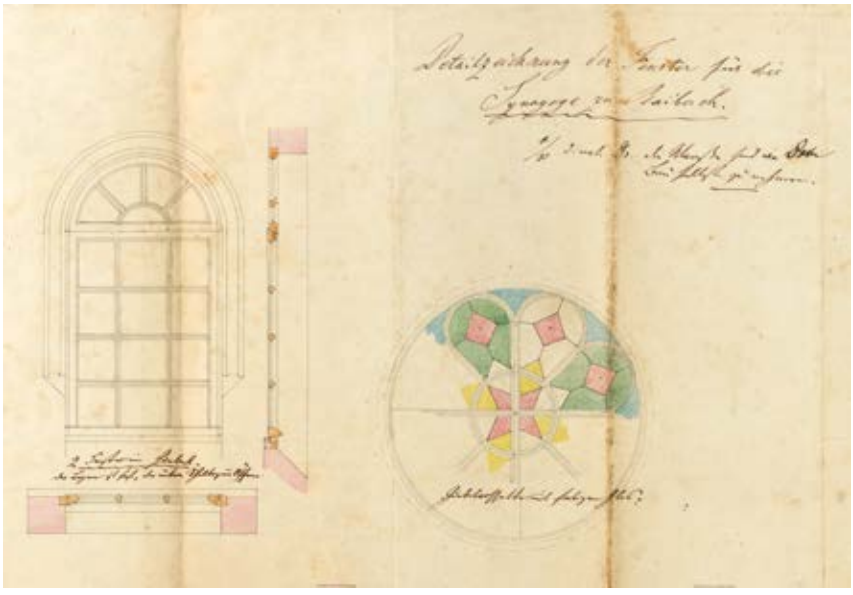


Abb. 9: Raibach, Bauplan für die neue Synagoge, Detailzeichnung der Fenster (Ausschnitt), undatiert (um 1860). Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 3579.

Synagogen und Ritualbäder in Groß-Umstadt im 19. Jahrhundert

War bereits 1755 von der „Judenschul“ die Rede, so hieß es im Jahr 1790 von sechs jüdischen Familien in Groß-Umstadt, „*etiam habent Synagogam*“ – sie haben eine Synagoge.[83] Möglicherweise befand sich diese bereits damals im Anwesen des Löser Samuel Breidenbach, in dem auch das Ritualbad untergebracht war (heute Ecke Obere Marktstraße/Pfälzergasse).[84] Nachdem Breidenbach, der Sohn des Tuchhändlers Samuel Salomon, im Jahr 1823 seine Hofreite verkauft hatte, mietete sich die jüdische Gemeinde für ihre Gottesdienste ein Lokal, dessen Mietzins sie wiederum über die freiwillige Vermietung der Synagogenstände bestritt.[85] Die jüdischen Frauen erhielten bis zum Bau eines neuen, den hygienischen Anforderungen der Behörden entsprechenden Ritualbads vom Dieburger Landrat die Genehmigung, die private, eigentlich unzureichende Mikwe eines Gemeindemitglieds zu nutzen, bzw. sie suchten das Ritualbad der Raibacher auf.[86]

Im Jahr 1825 bot sich für die Umstädter Judenschaft die Gelegenheit, auf dem ehemaligen Wasenmeistereiplatz ein Grundstück für den Synagogenbau mit Mikwe zu erwerben.[87] Die Stadtgemeinde Umstadt verkaufte damals das bereits mindestens seit 100 Jahren brachliegende Grundstück der ehemaligen Abdeckerei parzellenweise an interessierte Bürger.[88] Zwei Jahre später muss sich ein knapp 170 qm großer Bauplatz dieses Areals im Besitz der jüdischen Gemeinde befunden haben.[89] Gegen den Plan des Vorstehers Jüdel Aron Klipstein, den Synagogenbau zeitnah zu realisieren, opponierten jedoch drei Gemeindemitglieder: Die Umstädter Judenschaft sei zu arm und könne die Kosten von mindestens 2.000 Gulden nicht aufbringen. Der Bau des Ritualbads sei dringender als der einer Synagoge. Auch die übrigen Gemeindemitglieder favorisierten angesichts der finanziellen Lage den Bau eines Ritualbads.[90] Bis spätestens 1832 war die Mikwe fertiggestellt. Auf die Beschwerde des Gemeindemitglieds Löb Haas hin untersuchte Amtsarzt Dr. Moebus das Bad. Dieser stellte jedoch nur kleinere Mängel fest und bestätigte die vorschriftsmäßige Einrichtung.[91] 1840 stellte sich allerdings heraus, dass das Wasser des für 240 Gulden über der ehemaligen Wohnung des Wasenmeisters erbauten Ritualbads durch „Pfuhl“ (Jauche) verunreinigt und deshalb nicht mehr zu nutzen war.[92]

Bereits vor 1855 muss die jüdische Gemeinde auf dem 1825 erworbenen Grundstück auch eine Synagoge realisiert haben, denn in diesem Jahr sind Beschädigungen am Wohneigentum der israelitischen Gemeinde bezeugt.[93] Dass es eine „alte Synagoge“ auf dem Grundstück der späteren Synagoge gegeben haben muss, zeigt der Lageplan für den Neubau aus dem Jahr 1866.[94] Die spätere Bezeichnung als „armselige kleine Hütte“ mit einem „sehr primitiven Betraum“ entsprach sicher den Tatsachen, denn der Katasterplan verweist auf ein Gebäude mit einer Grundfläche von höchstens 29 qm, in dem auch noch „der Lehrer höchst traurig“ gewohnt haben soll. Im Süden lag außen parallel zur Wand vermutlich eine Treppe zu einem oberen Geschoss oder zum Dachraum.[95]

Die Überlegungen zum Synagogenneubau konkretisierten sich in dem im Januar 1866 genehmigten Bauplan des Wegeaufsehers Hiemenz, der kurz zuvor bereits den nicht realisierten Entwurf für die Synagoge in Raibach vorgelegt hatte.[96] Im Mai 1866 genehmigte das Innenministerium eine Kollekte bei den „Israeliten“ in der Provinz Starkenburg.[97] Als weiterhin der Betrag von 2.000 Talern fehlte, bat die Gemeinde im Januar des nächsten Jahres in der Zeitschrift *Der Israelit* um mildtätige Spenden für den Synagogenbau. Da die Geldmittel noch immer nicht ausreichten, musste die Gemeinde noch einige Jahre mit dem in der Zeitungsannonce beschriebenen ruinösen Zustand der alten Synagoge leben.[98] 1874 war es endlich so weit: Am Donnerstag, den 21. Mai, erfolgte die Einweihung der neuen Synagoge. Nach dem Morgengottesdienst im alten Synagogengebäude brachte die jüdische Gemeinde die Torarollen unter Musikbegleitung in einem Festzug zum Neubau. Diesen begleiteten die evangelischen Pfarrer, Landrichter Eckstorm, der Bürgermeister und Mitglieder des Stadtvorstands, das Lehrpersonal der Real- und Volksschule sowie Mitglieder der christlichen Gemeinden. Kreisrat Friedrich Küchler nahm den Schlüssel in Empfang und reichte diesen nach einer kurzen Ansprache an den Darmstädter Rabbiner Dr. Julius Landsberger weiter, der die Synagoge öffnete. Nach Einbringung der Torarollen in den Schrein folgte die bei allen Zuhörern einen tiefen Eindruck hinterlassende Predigt des Rabbiners. In seinem ausführlichen Bericht vom 23. Mai zur Synagogeneinweihung zitierte der *Odenwälder Bote* daraus: „So mögen Gottes Priester sprechen, das ist der Standpunkt wahrer Toleranz, welcher von allen Zeiten her von so unendlichem Segen für die Völker gewesen, und welcher gerade in unserer Zeit – wo ein Teil der Leiter der christlichen Kirche die von Christus gepredigte Liebe in wahnwitziger Herrschsucht untergehen läßt – von um so größerer Bedeutung sein muß.“ Anschließend trug der örtliche Gesangverein Liederkranz das „Große Halleluja“ (Psalm 150) auf Hebräisch „in so tadelloser Weise“ vor, „als wären die meisten seiner Mitglieder ‚von unsere Leut‘“, so ein jüdischer Berichterstatter.[99] Am nächsten Tag, einem Freitag (22. Mai), lud die jüdische Gemeinde nachmittags zu einem Festball in den Saal des Rheinischen Hofs in Groß-Umstadt ein.[100]

Abb. 10: Groß-Umstadt, Ausschnitt aus Parzellenkarte, Detail mit „alter Synagoge“ (Flur-Nr. 866, siehe Kreis) und noch unbebautem Grundstück für die neue Synagoge (Flur-Nr. 865), 1854/1864. Stadtarchiv Groß-Umstadt.

Abb. 11: Groß-Umstadt, Luftaufnahme mit Synagoge (Pfeil), Ansichtskarte 1940. Richard J. Kern-Luftbild, Berlin. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 30261.

Der Standort der beiden Synagogen des 19. Jahrhunderts befand sich außerhalb des historischen Stadtkerns östlich vom Marktplatz und der evangelischen Stadtkirche zwischen dem Stadtgraben und dem Mühlbach. Die Anordnung auf dem ehemaligen Platz der Abdeckerei und gegenüber dem Stadtgefängnis erscheint für ein jüdisches Gotteshaus eher unvorteilhaft; den Baugrund schilderten Glieder der jüdischen Gemeinde zu Beginn des 20. Jahrhunderts als schlecht und sumpfig.[101] Die neue Synagoge stand an der östlichen Straßenseite eines damals Untere Marktstraße (heute unbebautes Gelände In der Fahrt) genannten Straßenabschnitts, der bis heute eine Sackgasse ist.[102] Im Süden grenzte sie direkt an das mit dem Neubau abgebrochene alte jüdische Gemeindegebäude, an dessen Stelle ein schmaler Hof entstand. Mit der fensterlosen Ostseite war die Synagoge nahe an das rückwärtige Nachbargrundstück gerückt. Das kleine Satteldachgebäude hob sich allenfalls durch seine Giebelständigkeit von den Wohnhäusern der Umgebung ab.

Bei der ab 1978 im Freilichtmuseum Hessenpark Neu-Anspach rekonstruierten Synagoge handelte es sich um einen Mehrzweckbau aus Bruchstein, der etwa 12,50 m lang und 10,80 m breit war.[103] Der Zugang erfolgte von der Straße. Über einige Stufen erreichten die Besucher das Eingangsportal und von dort einen schmalen Gang, von dem rechts und links je ein etwa 13 qm großes „Vorzimmer“ abging. Diese kleineren Räume im Erdgeschoss wurden zuletzt als Religionszimmer und Raum für den Lehrer genutzt.[104] Alle Innenwände bestanden aus Holzfachwerk. Beim Betreten des rund 9,40 m breiten und 7,10 m tiefen Betsaals standen die Männer – entsprechend der halachischen Vorgabe – dem genau im Osten liegenden Schrein gegenüber. Gemäß dem Bauplan sollten, wie es eher dem liberalen Ritus entspricht, Schrein und *Bima* zusammen auf einer um zwei Stufen erhöhten Estrade angeordnet werden. Eine vermutlich schmiedeeiserne Brüstung sollte das Podest nach vorne absichern. Da aussagekräftige Innenaufnahmen fehlen, ist die Umsetzung des Bauplans und die Anzahl der Plätze nur anhand der Aussagen von Zeitzeugen überliefert. So beschrieb Arthur Rapp 44 Männerplätze und „an beiden Seiten am Vorlesepult Sitze fuer Kinder“. Bei liberalen Synagogen befanden sich die Kinderplätze oft im Osten rechts und links der *Bima* an den Außenwänden.[105] Rapp erinnerte sich auch an das Aussehen des Toraschreins mit einem Aufbau aus kostbarem Edelholz, der zum Zeitpunkt der Novemberpogrome 1938 noch fast neu gewesen sei. Der Schrank für die Torarollen war in eine Wandnische eingelassen.[106] Die Galerie für die Frauen lag im Westen über den Vorräumen und wurde vom Gang aus von einer viertelgewendelten Treppe erschlossen. Die Vermutung, dass bei der Ausführung oder einer späteren Renovierung eine zweite Empore an der südlichen Längsseite entstanden sein könnte, geht lediglich auf die Bestuhlungsskizze der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) zurück. Für die hohe Zahl von 32 Frauenplätzen, die Arthur Rapp erinnerte, hätte eine einzige Empore nicht ausgereicht.[107] Den Saal bedeckte eine Flachdecke, deren Zerrbalken ein Dachwerk mit Hängesäule trugen. Die Längswände waren regelmäßig in drei Fensterachsen gegliedert. Unter den zahlreichen Ritualien befanden

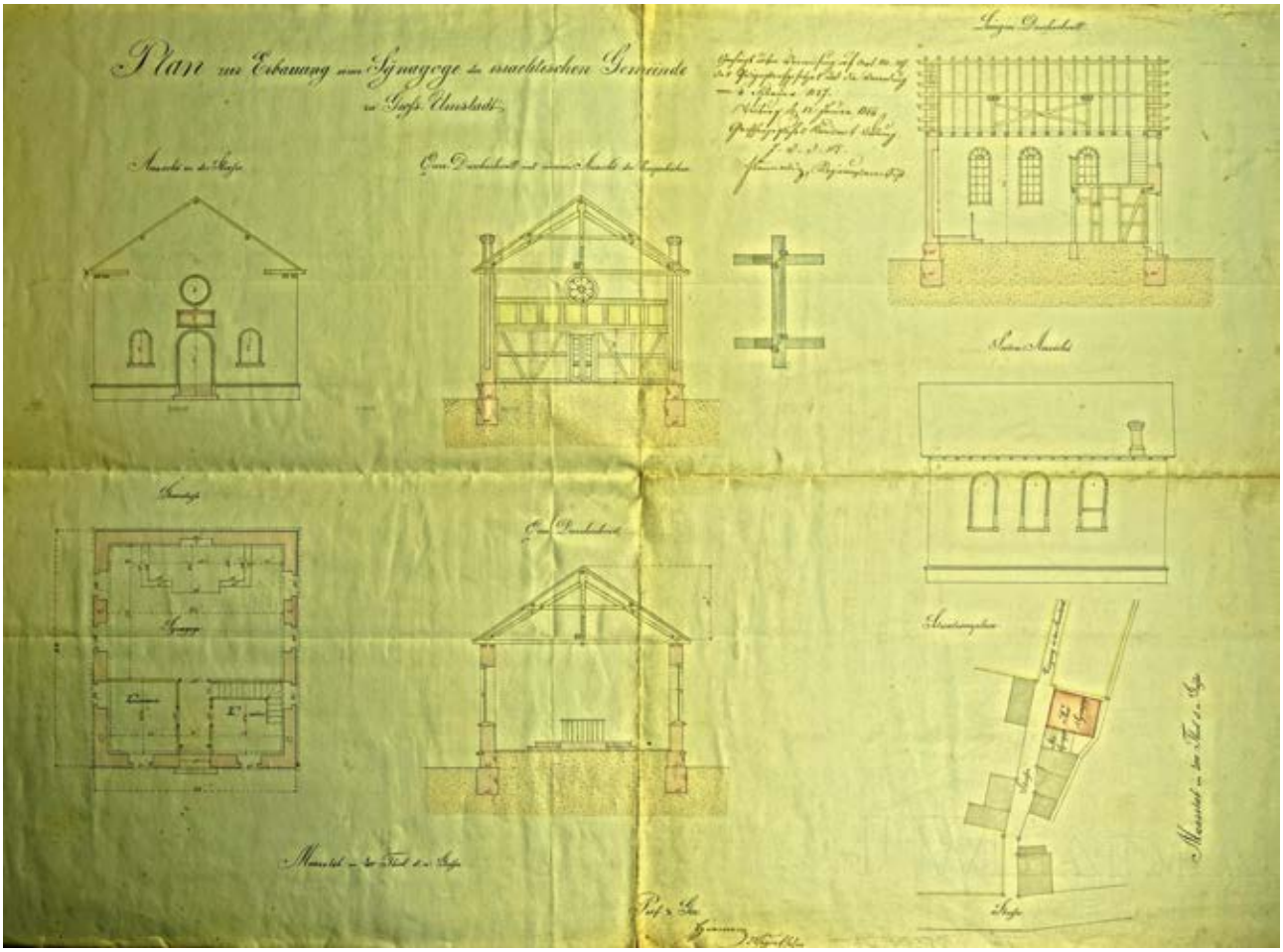


Abb. 12: Groß-Umstadt, Bauplan für eine neue Synagoge, Grundriss, Ansichten, Quer- und Längsschnitte, Zeichnung Hiemenz 1866. Stadtarchiv Groß-Umstadt.

sich antike *Rimonim* (granatapfelförmige Aufsätze für die Torastäbe) aus Silber, mit Gold bestickte Toravorhänge und samtene Toramäntelchen.[108]

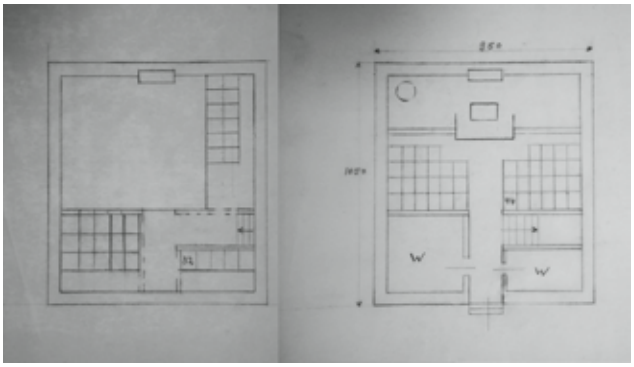


Abb. 13: Groß-Umstadt, Bestuhlungsskizze, Grundriss (Männerbetsaal und Frauenempore) der JRSO (Jewish Restitution Successor Organization), um 1958. Central Archives for the History of the Jewish People.

In ihrer Außenarchitektur gab sich die einfache, im Rundbogenstil erbaute Synagoge deutlich als Sakralbau zu erkennen. Dazu trugen vor allem die je drei hohen Rundbogenfenster an den Längswänden bei. Die von einer einfachen umlaufenden Blende gerahmte Giebelfassade fiel durch das breite rundbogige Portal mit kleinem Rundbogenfenster rechts und links auf. Der Okulus mit Holzmaßwerk in Achtpassform bildete einen prägnanten oberen Abschluss. Die in rotem Sandstein gefassten Gewände der Fenster, des Portals und der umlaufende Sockelabschluss kontrastierten mit dem unregelmäßigen Bruchsteinmauerwerk der möglicherweise ursprünglich hell verputzten Wandflächen. Die erhaltene Tafel mit hebräischer Inschrift über dem Portal kennzeichnete das Bauwerk als jüdisches Gotteshaus. Der Text lautet in deutscher Übersetzung: „Wie Ehrfurcht gebietend ist doch diese Stätte, hier ist nichts anderes als das Haus Gottes, und hier ist die Pforte des Himmels.“[109] Eine weitere hebräische Inschrift

auf einer steinernen Fenstersprosse an der Südwand besagt: „Haus des Gebets Israel“.

Abb. 14: Groß-Umstadt, ehemalige Synagoge als Schuppen zweckentfremdet, Blick auf die Eingangsfassade von Südwesten, im Jahr 1966. Reproduktion aus Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge (Hrsg.), Groß-Umstadt.

Die Reparaturbedürftigkeit des vermutlich 1846 neu errichteten Ritualbads gab 1852 erneut Anlass zur Beschwerde.[110] Doch erst ab Juni 1886 kam es zu einem Neubau, der fortan allen Ansprüchen genügte. Dabei handelte es sich um ein eingeschossiges kleines Häuschen mit Satteldach, das außerhalb südöstlich der Stadt zwischen dem Mühlbach und Alter Bach lag. Die Gemeinde verkaufte das kleine Gebäude im August 1935. Die neuen Besitzer bauten es zu einem Wohnhaus um, das sich bis heute erhalten hat (heute Ecke Mörsweg/Hinter der Schnell).[111]

Die jüdische Gemeinde Groß-Umstadt im 19. Jahrhundert

Der Übergang an das Großherzogtum Hessen und die Bildung des Amtes Umstadt in der neugeschaffenen Provinz Starkenburg im Jahr 1806 brachte auch für die Judenheit in der Kleinstadt Groß-Umstadt Veränderungen, die ihre Administration sowie ihr Aufenthalts- und Wohnrecht betrafen. Die Neuordnung der Landrabbinate entsprechend den geographisch-politischen Verhältnissen beendete die Zuständigkeit der kurpfälzischen „ausländischen Rabinen“ im Amt Umstadt spätestens im Jahr 1826. Indem die Beiträge für die Kasse der Landjudenschaft und damit für das Rabbinergehalt nun nach Darmstadt flossen, wird die Anbindung der Umstädter Judenschaft an das dortige Rabbinat erkennbar.[112]

Groß-Umstadt wurde zum bevorzugten Zuzugsort vor allem für Jüdinnen und Juden aus Raibach. Einer der ersten war 1807/08 Jüdel Aron Klipstein. Der als Eisenhändler und Seifensieder tätige Mann und seine Ehefrau

Abb. 15: Groß-Umstadt, ehemalige Synagoge als Schuppen, Blick auf die Eingangsfassade von Nordwesten, vor Juni 1978. Reproduktion aus Thomas Lange (Hrsg.), „L’chajim.“ Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 28033.

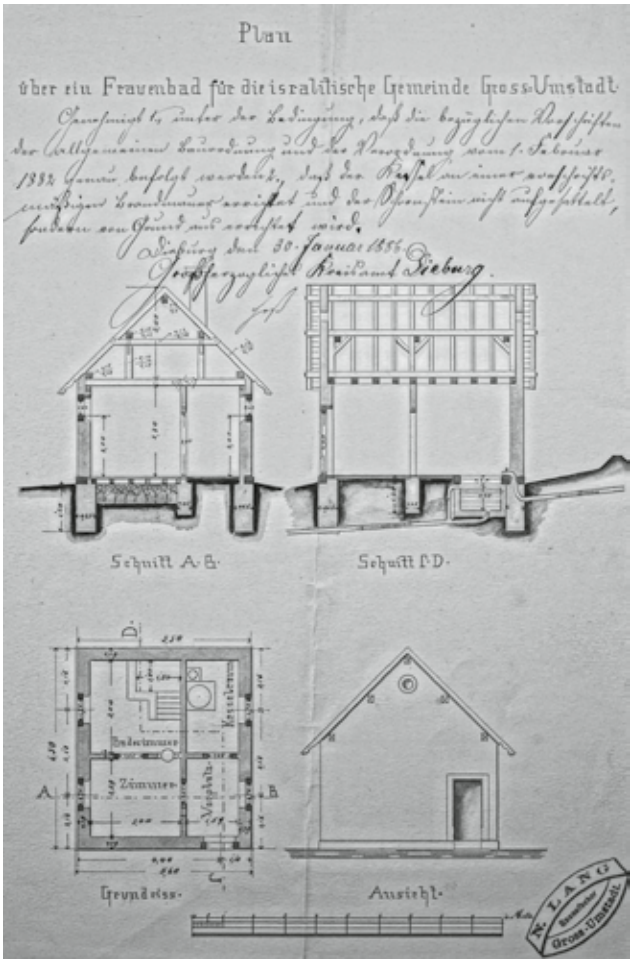


Abb. 16: Groß-Umstadt, Plan zum Bau eines Ritualbades, 1886. Stadtarchiv Groß-Umstadt.

Rielge/Rebekka erhielten 1821 sogar das Bürgerrecht.[113] Samuel Salomon Sichel zog ebenfalls aus Raibach in die Stadt, und zwischen 1818 und 1826 bekamen drei junge Juden den Schutz in ihrer Geburtsstadt Umstadt.[114] Das Bürgerrecht erhielten in Groß-Umstadt in dieser Zeit außer Klipstein nur noch der Metzger Hirsch Löw Stiefel und Simon Heil.[115] Der Raibacher Simon Lichtenstein bemühte sich 1824 vergeblich darum. „Das Städtchen sei seit 16 bis 20 Jahren übervölkert", so die Begründung des Stadtrats. Lichtenstein erhielt das Bürgerrecht erst nach Beschwerde und auf Anordnung des Ministeriums.[116] Nach einem Anstieg auf 80 Personen bis 1829 und auf 16 Familien bis 1840 sollte die Zahl der Gemeindeglieder über alle Krisen hinweg bis 1925 nahezu konstant bleiben.[117] Gleichwohl meldeten zwischen 1846 und 1854 mehrere jüdische Geschäftsleute aus Groß-Umstadt Konkurs an.[118] Als Reaktion auf diese auch politisch von Unsicherheit bestimmten Jahre ist wohl die Emigration der Familien von Samuel und Isaak Breitenbach sowie der Familie Lindheimer nach Nordamerika anzusehen.[119] In den Gründerjahren erfasste eine erneute Auswanderungswelle die jüdische Gemeinde, in deren Verlauf fünf junge Juden aus Groß-Umstadt wohl wegen der wirtschaftlichen Rezession in der Neuen Welt auf bessere Berufsaussichten hofften.[120]

Die Diskrepanz zwischen den wenigen vermögenden und den übrigen jüdischen Familien war tatsächlich groß. Im Jahr 1840 sorgten sich 12 von 16 Familien um ihre Existenz oder hätten „mit grosser Armuth zu kämpfen".[121] Dennoch mussten alle ihre Schutzgelder in voller Höhe zahlen und notfalls sogar wie Simon Lichtenstein im Jahr 1852 zur Pfandleihe gehen.[122] Die Männer übten auch im fortschreitenden 19. Jahrhundert hauptsächlich Tätigkeiten wie Eisenhändler, Frucht-, Mehl-, Vieh- und Pferdehändler aus, einige boten ihre Waren im „offenen Laden" an. Bonum Freudenstein führte sogar eine Speisewirtschaft.[123] Esther Breidenbach betrieb eine Schneiderei und erteilte in Darmstadt Unterricht im Nähen.[124]

Als das mit Abstand wohlhabendste jüdische Gemeindemitglied übte Jüdel Aron Klipstein mindestens zwei Jahrzehnte das Vorsteheramt aus.[125] In seine Anfangszeit fielen die Stabilisierung und Bürokratisierung der Gemeindestrukturen unter den paternalistischen Auflagen der Behörden. Hatten die neuen baulichen Einrichtungen für die Gottesdienste, für die rituellen Bedürfnisse und den Schulunterricht die jüdische Gemeinde dabei finanziell an ihre Grenze gebracht, gab es darüber hinaus Streit und sogar Balgereien wohl um veränderte Gebetspraktiken. Den Anordnungen des Vorstehers Klipstein, der dafür sorgen musste, dass die traditionell eher bewegt und laut gesagten Gebete in einer ruhigen und würdevollen Atmosphäre stattfanden, widersetzten sich einige Gemeindemitglieder und nahmen dafür sogar eine Gefängnisstrafe in Kauf. Unterstützung leistete die Kreisregierung zunächst mit einer polizeilichen Verfügung und im Jahre 1835 mit einer gedruckten, an der Synagogentüre anzubringenden Synagogenordnung.[126]

Die jüdischen Trauungen vollzogen in Groß-Umstadt sowohl auswärtige Vorsänger und Rabbiner wie Amschel Moises Heidingsfelder aus Groß-Zimmern oder Rabbiner Wolf Muhr aus Michelstadt, aber auch der langjährige örtliche Vorsänger Löb (auch Löw) Simon. Der aus Oettingen im Königreich Bayern stammende Löb Simon und seine Ehefrau Esther Mordche aus Beerfelden werden in Groß-Umstadt erstmals 1813 aktenkundig.[127] Sobald es 1825 schulpflichtige jüdische Kinder in der Stadt gab, erteilte der examinierte Lehrer gegen ein jährliches Gehalt von 88 Gulden Religionsunterricht in seinem Wohnzimmer.[128] Noch im Oktober 1844 war Löb Simon in Groß-Umstadt als Vorsänger tätig.[129]

Die Israelitische Religionsgemeinde am Ende der Kaiserzeit und während der Weimarer Republik

Durch den Zuzug der Familien Rapp und Lichtenstein aus Raibach sowie der Familie Kahn aus Hetschbach um die Jahrhundertwende schlossen sich die durch die Emigranten entstandenen Lücken vermutlich wieder. Auffällig ist ein Wandel im Warenangebot der jüdischen Geschäftsleute. Nur noch Abraham Lichtenstein betätigte sich als Vieh- und Landesproduktenhändler, Josef Kahn als Metzger und Viehhändler. Die übrigen Familienväter verkauften hauptsächlich Gegenstände des täglichen Bedarfs und sicherten sich mit einem vielfältigen Warenangebot ab. Der angesehene Kaufmann Salomon Lindheimer z. B. besaß ein Geschäft für Felle, Stoffe und Textilien (Haus Ecke Bachtor/Backhausgasse); Julius Rothschild verkaufte Tabakwaren und Lebensmittel.[130] Baruch Lichtenstein handelte mit Eisenwaren aber auch mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art.[131] Feist Rapp, der zuerst im Vieh- und Fruchthandel tätig gewesen war, bot später in seiner Firma Kleidung, Schuhwaren, Fahrräder und Nähmaschinen an. Isaak Rapp verlegte sich im Verlaufe seiner Geschäftstätigkeit auf Spezereien, Ellenwaren und den Viehhandel, später auf Möbel, Damen- und Herrenkonfektion.[132] Max/Mordechai Simon, Sohn des Lehrers Löb Simon, arbeitete 61 Jahre lang als Kellereiverwalter für die Herren Wambolt von Umstadt.[133] Dass Max Simon ein beliebter und geachteter Mann war, zeigte sich bei seiner Beerdigung, an der im Januar 1893 auch die Pfarrer beider christlicher Konfessionen teilnahmen.[134]

Die Integration der Jüdinnen und Juden in die gesellschaftlichen Aktivitäten der Kleinstadt lässt sich auch an ihrer Mitwirkung im örtlichen Vereinswesen erkennen. Im Turnverein 1878 zeichnete sich Sally Willner als Mitglied der Musterriege aus, und Gustav Grünebaum stand im Tor der Handballmannschaft. Arthur Rapp war neben seiner Vorstandstätigkeit im Karnevalverein aktives Mitglied im Männergesangverein Liederkranz und gehörte auch dem Vorstand an, der ihm 1926 sogar die Ehrenmitgliedschaft verlieh. Der gemischte Chor Sängerlust-Liederkranz zog auch jüdische Mädchen und Frauen an.[135] Die sozialen Einrichtungen seiner Heimatstadt bedachte der 1876 mit seiner Schwester Martha nach Chicago ausgewanderte Bankier Jacob Lindheimer aus der Ferne mit äußerst großzügigen Spenden. Im September 1922 erhielten das Krankenhaus, die Kinderschule, die Ortsfürsorge, die Sanitätskolonne und die Freiwillige Feuerwehr jeweils 10.000 Mark von ihm, dem Turnverein spendete er 5.000 Mark. Der ebenfalls in Chicago lebende Sigmund Lindheimer bedachte das örtliche Evangelische Gemeindestift sogar mit einem Geldbetrag von 30.000 Mark.[136] Wie an anderen Orten schilderten christliche Zeitzeugen das Zusammenleben mit den Jüdinnen und Juden in Groß-Umstadt während der Weimarer Zeit als harmonisch.[137]

Die Ausschreibung einer „Lehrer- und Schächterstelle“ für Bewerber „orthodoxer Richtung“ von 1881 lässt die religiöse Orientierung der jüdischen Gemeinde in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erkennen.[138] Erstmals im Jahr 1898 wird die Israelitische Religionsgemeinde Groß-Umstadt offiziell unter dem Rabbiner der orthodoxen Gemeinden des Rabbinatsbezirks Darmstadt II Dr. Lehmann Marx genannt.[139] Gewiss führte der um 1899 aus Höchst nach Groß-Umstadt ziehende Levi Stein die Ämter des Lehrers, Kantors und Schächters in diesem Sinne aus.[140] Levi Stein führte zudem ein „Israelitisches Knabenpensionat“ für Schüler der Umstädter Realschule, das im Wambolt’schen Schloss untergebracht war.[141] Zum Lehrergehalt erhielt die jüdische Gemeinde von der Stadtkasse einen Zuschuss von 171 Mark. Den Religionsunterricht von Levi Stein besuchten zwischen 1906 und 1911 acht bis zehn Kinder.[142] Nach Steins Tod erhöhte die Stadt

Abb. 17: Groß-Umstadt, Manufaktur-, Kurz- und Schuhwarengeschäft von Feist Rapp, Markt 13 (1874 bis 1922). Reproduktion aus Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge (Hrsg.), Groß-Umstadt.

die Unterstützung für den neuen Lehrer, dessen Gehalt sich verdoppelt haben soll, auf 300 Mark.[143] Die Aufgaben des Religionslehrers und Vorsängers übernahm 1913 Lehrer Kahn aus Orb.[144] Ein erhöhtes Spendenaufkommen im Jahr 1914 verweist auf mögliche Neuanschaffungen oder Renovierungsarbeiten an der Synagoge. Sowohl die Männer- als auch die Frauen-*Chevra* stifteten in diesem Zusammenhang 100 Mark. Sogar die Bezirkssparkasse, bei der die jüdische Gemeinde ein Darlehen in Höhe von 1.000 Mark aufnahm, spendete einen Betrag.[145]

Abb. 18: Familie des Lehrers und Vorsängers Levi Stein, von links nach rechts: Sahra Stein, dahinter Sohn Salomon, Levi Stein, Tirza, Berthold, Jettchen und Lina Hammerschlag, um 1910. Reproduktion aus Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge (Hrsg.), Groß-Umstadt.

In diesem scheinbar friedlichen Miteinander der jüdischen und nichtjüdischen Stadtbevölkerung gab es durchaus bedrohliche Vorzeichen: Die Beleidigung eines jüdischen Umstädter Bürgers durch einen stadtbekannten Antisemiten wurde 1890 noch mit einer Geldstrafe geahndet.[146] Jedoch stellte der Berichterstatter des 25-jährigen Jubiläums der Synagoge im November 1901 fest: „Die Zeiten haben sich geändert! Aus den Sängern sind teilweise sogar Antisemiten geworden." Die mit einem „israelitischen Festball" im Gasthaus zum Lamm abschließende Jubiläumsfeier war dennoch ein fröhliches Fest mit Musik und Tanz.[147]

Von den im Ersten Weltkrieg kämpfenden jüdischen Soldaten aus Groß-Umstadt fielen Jakob Kahn, Sohn des Josef Kahn, und Moritz Lichtenstein.[148] Die Namen aller Gefallenen des Ersten Weltkriegs sind auf Stelen in einem Ehrenhain des städtischen Friedhofs eingraviert. Unter den jüdischen Soldaten sind dort ferner Friedrich Kahn sowie der an den Folgen des Krieges in der Heimat verstorbene Ludwig Rapp verzeichnet.[149] Zur 1934 gegründeten Ortsgruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten in Darmstadt gehörten sechs jüdische Groß-Umstädter: Ludwig Lichtenstein, Simon Lichtenstein, Albert Rapp, Arthur Rapp, Ludwig Rapp und Julius Rothschild.[150] Hermann Kahn erhielt noch am 1. November 1934 das von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer.[151]

Abb. 19: Soldaten im Ersten Weltkrieg, vorne (2. v. l.) Albert Rapp, 1914/18. Reproduktion aus Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge (Hrsg.), Groß-Umstadt.

Die Israelitische Religionsgemeinde während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Der hohe evangelische Anteil der Stadtbevölkerung und ihr beruflicher Schwerpunkt im Handwerk gilt als ausschlaggebend für die Neigung der Groß-Umstädter Wählerschaft zu den konservativen Parteien bereits in der Weimarer Zeit. Angesichts der Weltwirtschaftskrise fielen die zahlreichen Großveranstaltungen der NSDAP in der Kleinstadt sowie die von dort in die Nachbarorte führenden Propagandamärsche auf fruchtbaren Boden, und Groß-Umstadt entwickelte sich zu einer der „Hochburgen des Nationalsozialismus" im Landkreis Dieburg. Dies schlug sich deutlich im Wahlverhalten der Bevölkerung nieder: Bei der Reichspräsidentenwahl 1932 stimmten bei sehr hoher Wahlbeteiligung 53,8 Prozent für Adolf Hitler, bei der Reichstagswahl im März 1933 gaben rund 60 Prozent der NSDAP ihr Votum.[152]

Die jüdische Gemeinde bestand bis dahin noch aus 60 Gemeindegliedern. Als erster Vorsitzender amtierte Albert Rapp zusammen mit Berthold Lindheimer und Hermann Kahn. Am Religionsunterricht des Lehrers Kahn nahmen sechs Kinder teil. Zur Gemeinde gehörten zudem sechs Jüdinnen und Juden aus Klein-Umstadt.[153]

Mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten erfolgte in Groß-Umstadt unmittelbar die Gleichschaltung sowie die Umbenennung von Straßen und Plätzen.[154] In der

Groß-Umstädter Zeitung vom Juli 1933 kündigte eine große von der Vereinigung des Einzelhandels geschaltete Anzeige die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus dem Geschäftsleben an: Auf die Aufzählung von sechs „jüdischen Ladengeschäften in Gross-Umstadt" folgte die rhetorische Frage: „Willst Du gegen das nationalsozialistische Deutschland kämpfen?" Die groß gedruckte Antwort „Nein!" war verbunden mit der Aufforderung: „Kaufe deutsche Waren vom Volksgenossen!"[155] Allerdings durften im Oktober 1934 Juden offiziell noch nicht wegen ihrer „nichtarischen" Abstammung von Messen und Märkten ausgeschlossen werden. Um sie dennoch „von Zeit zu Zeit aus[zu]schalten", könne man „diesen Herrn [den Juden] sagen, wir haben beschränkten Raum für Ihr Unternehmen", so der perfide Ratschlag des Reichsverbands ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands an den Bürgermeister von Groß-Umstadt.[156] Anfangs wehrten sich die jüdischen Geschäftsleute noch gegen die Ausgrenzung, besaßen jedoch mit zunehmenden Repressalien keine rechtlichen Grundlagen im NS-Staat mehr.

Bereits im August 1935 beantragte die Umstädter Ortsgruppe der NSDAP beim Gemeinderat, einige gegen Juden gerichtete restriktive Anordnungen zu beschließen. Angeblich „infolge der in- und ausländischen Judenhetze" setzte die Stadt diese erst im September – nach Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze" – um: Juden wurden der Zuzug nach Groß-Umstadt sowie jeglicher Haus- und Grundbesitz verboten. Die Nutzung der Gemeindewaage, des Zuchtviehstalls und des städtischen Schlachthauses war Juden nicht mehr gestattet. Sie waren von Verpachtungen gemeindeeigener Grundstücke und Holzversteigerungen ausgeschlossen, etwaige Allmenden entzog man ihnen. Gleichzeitig verstärkte sich der Druck auf die „deutsche Bevölkerung", so die Diktion der NS-Behörden. Wer mit Juden handele oder verkehre, verliere die Stadt als Auftraggeberin für alle Arbeiten und Verpachtungen und werde von städtischer Unterstützung ausgeschlossen.[157] Der Abschreckung dienten die Vorführung eines Langstädter Landwirts als „Judenknecht", weil er sein Fahrrad im Geschäftshaus Rapp untergestellt und dort eine Kleinigkeit gekauft hatte, sowie eine „Schandtafel" am Rathaus, die ebenfalls Personen bloßstellte, die weiterhin Umgang mit Juden pflegten.[158] All diese Maßnahmen entzogen den jüdischen Familien die Lebensgrundlage. Nur wenige nichtjüdische Nachbarn hielten den Kontakt, kauften in von Juden betriebenen Geschäften oder steckten ihnen heimlich Lebensmittel und Kohlen zu.[159] Zu den Ersten, die ihre Heimat verließen, gehörte im Jahr 1934 Berthold Lindheimer. Er verkaufte sein Textilgeschäft und sein Wohnhaus mit der gesamten Einrichtung und zog mit Ehefrau Marianne sowie Tochter Gerda zu Verwandten nach Chicago. Die ältere Tochter Martha war bereits im Oktober 1933 in die USA emigriert.[160] Einige Familien zögerten noch und hofften, „das" werde „vorübergehen".[161] Schließlich schrumpfte die jüdische Gemeinde bis zum November 1938 auf 26 Personen. Die meisten zogen nach Frankfurt, einige emigrierten in die USA, Ludwig Lichtenstein flüchtete mit Familie nach Brasilien und Adolf Rothschild nach Südafrika.[162]

Das Schicksal der jüdischen Gemeinde und der Synagoge während der Novemberpogrome

Bereits in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 1938 kam es während einer „Sonderaktion gegen die Juden" zur Zerstörung der Fensterläden am Haus des Leopold Rapp in der Karlstraße.[163] Die Ausschreitungen vom 10. November begannen in Groß-Umstadt am späten Nachmittag mit der Festnahme aller noch nicht 60-jährigen jüdischen Männer. Nachdem er die Anweisung dazu von den Vorgesetzten in Dieburg erhalten hatte, verhaftete der städtische Gendarm die Geschäftsleute Albert und Arthur Rapp sowie deren Angestellten Max Oestreich und sperrte sie in das gegenüber der Synagoge liegende Amtsgerichtsgefängnis.[164]

Die Zerstörung des Synagogeninneren und die Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung und ihren Besitz erfolgte in zwei fast gleichzeitig beginnenden Aktionen. Der SA-Führer der Standarte 186, zu der auch Groß-Umstadt gehörte, hatte den Befehl erhalten, sämtliche Synagogen seines Bereichs zu zerstören.[165] Bürgermeister Georg Magsaam behauptete, er habe bereits am Nachmittag eine ihm unbekannte, „verdächtige Person" gesehen, „die sich mehrmals um die Synagoge kümmerte" und ihm mitteilte, dass das Gebäude „in Brand gesteckt werden sollte".[166] Wegen der engen Bebauung und wegen seiner an die Synagoge angrenzenden Scheune habe Magsaam das dieser Person streng verboten. Zwischen 20:30 Uhr und 21 Uhr hörten mehrere Leute dumpfe Schläge, Krachen und das Klirren von Glas aus der Gasse, in der die Synagoge lag. Als Täter werden im Ort untergebrachte Jugendliche des Landdienstes aus Westfalen und dem Rheinland genannt, die zusammen mit der einheimischen Hitlerjugend in das Gebäude eindrangen, die Inneneinrichtung zerschlugen, die Trümmer auf einen großen Haufen auf dem Marktplatz warfen und sie anschließend verbrannten. Eine große Menschenmenge begleitete die Zerstörungen.[167]

Die sich auf die jüdischen Bewohner und ihren Besitz konzentrierenden gewalttätigen Übergriffe lagen in der

Verantwortung des Ortsgruppenleiters Valentin Wetzel. Auf Befehl Wetzels versammelten sich etwa 20 bis 30 örtliche NSDAP- und SA-Mitglieder im Rathaussaal. Im Anschluss an die ihnen erteilten Instruktionen bewaffneten sich die Männer mit Axt, Beil und anderen Werkzeugen und marschierten in ziviler Kleidung gegen 20 Uhr zu den Anwesen der jüdischen Familien. Eine johlende Menschenmenge begleitete den Zug, der eine Spur der Verwüstung hinterließ und auch vor Gewalttätigkeiten gegen Personen nicht zurückschreckte. Alle in vermieteten Räumen wohnenden Jüdinnen und Juden wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. Es begann mit der Zerstörung der Wohn- und Geschäftsräume der Gebrüder Rapp in der Karlstraße. Anschließend zog der Mob zu dem Pferdehändler Simon Lichtenstein in die Schulstraße und zerrte ihn brutal aus dem Haus. Der von mehreren Zeugen als besonders gewalttätig beschriebene L. V. trieb mit seinen Parteifreunden J. F. und J. K. Simon Lichtenstein durch die Straßen zum Amtsgerichtsgefängnis. L. V. habe ihn mutmaßlich mit den Füßen getreten, mit dem Stil einer Axt auf ihn eingeschlagen und geschrien: „Willst Du laufen, Du Jude“.[168] Die in der Curtygasse wohnende Jenny Lichtenstein habe man nach der Zerstörungsarbeit aus ihrer Wohnung verjagt.[169] Auch Berta Reichenberg, die ihr Haus in der Unteren Marktstraße bereits verkauft hatte, jedoch noch das Wohnrecht besaß, habe die Meute „wie ein Stück Vieh herausgeschmissen“ und auf die Straße getrieben. Bei der Flucht sei sie unter Schlägen mehrmals gestürzt. Panikartig verließ Berta den Ort und suchte bei ihrer Schwester in Frankfurt Schutz.[170] Jetty, die Tochter des Lehrers Levi Stein, wohnte mit ihrer Tante Lina Hammerschlag in der Unteren Marktstraße. Der Vermieter August Brenner und seine Frau Marie beschützten die beiden Frauen und Jettys zwölfjährige Nichte Ilse vor den Angreifern, indem sie die Jüdinnen in ihre Wohnung hineinließen. Die Stein'sche Wohnung demolierte ein Zerstörungstrupp bis auf zwei Räume, die die Vermieterin als ihre eigenen Räume ausgab. Die Frauen flüchteten mit dem Kind am nächsten Tag nach Mannheim zu Verwandten.[171] Bei Amalie Götz, die ebenfalls noch in derselben Nacht davonlief, brachen die Täter durch ein zerschlagenes Fenster in die Parterrewohnung in der Entengasse ein, durchwühlten die Sachen und zerschlugen die Möbel.[172] Minna Liebmann, deren Vorfahren bereits seit dem 18. Jahrhundert in Groß-Umstadt gelebt hatten, versteckte sich drei Tage im Wald, nachdem ein Trupp ihr Mobiliar mit allen Einrichtungsgegenständen „kurz und klein geschlagen“ hatte.[173] Zuletzt zertrümmerten die Zerstörer das Hab und Gut der bereits ausgewanderten Brüder Ludwig und Karl Rapp (Isaak Rapp OHG) in der Oberen Marktstraße und der Familie Kahn in der Obergasse.[174] Nur wenige beherzte Bürger stellten sich den Angriffen der nationalsozialistischen Horde entgegen oder versuchten, diese zumindest abzumildern. Einer von ihnen, der Installateur H. H., verursachte in zwei Häusern einen Kurzschluss und führte dort wenigstens eine vorzeitige Beendigung der Gewalttätigkeiten herbei.[175] Entgegen den Anordnungen der SA-Führung kam es im Verlaufe der Übergriffe zu Plünderungen: Arthur Rapps Ehefrau Mathilde vermisste ihren Schmuck und eine Uhr. Zwei Frauen trugen in mehreren Ladungen Wäsche aus Simon Lichtensteins Haus. Den jungen Arbeiter L. A. aus Groß-Umstadt, der bei Jenny Lichtenstein 1.000 Reichsmark entwendet hatte, verurteilte das Landgericht noch im Januar 1939 zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten.[176]

In dem nächtlichen Durcheinander während des Pogroms gelang es dem Sohn von Heinrich Eidemann und einem französischen Austauschschüler, unbemerkt Fragmente von Torarollen vor dem Verbrennen zu retten. Sie übernahmen die Rollen und gaben vor, sie zum Scheiterhaufen auf den Marktplatz zu tragen, warfen sie jedoch über das Hoftor auf ihr Grundstück. Heinrich Eidemann übergab die Überreste nach dem Krieg der US-Militärregierung in Dieburg. Eine weitere Torarolle hatte Albert Rapp noch rechtzeitig aus der Synagoge geholt. Er nahm sie mit in die USA, wo sie vermutlich bis heute in der Synagoge von Chevy Chase, einem Vorort von Washington D.C., in Benutzung ist.[177]

Abb. 20: Heinrich Eidemann, Groß-Umstadt, mit den während des Novemberpogroms geretteten Resten der Torarollen, 1945. Yad Vashem Archives.

Der verarmte, in einem Nebenzimmer der Synagoge wohnende Gustav Rapp hatte sich während der Ausschreitungen nicht in Groß-Umstadt aufgehalten. Die Gestapo verhaftete ihn jedoch, als er auf dem Weg von Höchst nach

Hause war. Nach Schlägen und Misshandlungen brachte man ihn ins Konzentrationslager Buchenwald.[178] Seine Cousins Arthur und Albert Rapp sowie Max Oestreich hatte bereits ein Bus abgeholt und ebenfalls nach Buchenwald verschleppt.[179] Durch die Intervention des Groß-Umstädter Arztes Dr. Otto Gefe kamen Arthur und Albert gegen Ende 1938 wieder frei. Ihnen und auch Max Oestreich kamen dabei ihre Auswanderungsabsichten zugute. Den Brüdern Rapp gelang bald darauf mit ihren Familien die Emigration in die USA; Max Oestreich konnte erst 1941 emigrieren.[180] Gustav Rapp verzog nach seiner Entlassung aus Buchenwald nach Frankfurt. Im November 1941 erfolgte seine Verhaftung und Überführung ins Konzentrationslager Dachau, von wo er am 24. Juli 1942 mit einem sogenannten Invalidentransport in die Tötungsanstalt Schloss Hartheim bei Linz verschleppt und dort noch am selben Tag ermordet wurde. Nach offizieller Lesart verstarb er angeblich in Dachau an Herzkreislaufversagen.[181]

Am 29. Dezember 1938 mussten die jüdischen Gemeindeglieder Albert Rapp, Julius und Rosa Rothschild, Amalie Götz und Mina Liebmann die innen vollständig zerstörte Synagoge zum Preis von 1.000 RM an Bürgermeister Magsaam verkaufen. Wie üblich ging die Summe auf ein Sperrkonto, über das die Verkäufer nicht frei verfügen durften. Damit konnte auch die Verkaufsbedingung, den Erlös aus dem Synagogenverkauf an die in Groß-Umstadt zurückgebliebenen „armen Juden“ zu verteilen, nicht eingelöst werden.[182] Die nachträgliche Zustimmungserklärung der „vorübergehend abwesenden Mitglieder der israelitischen Gemeinde Gross-Umstadt“ im Januar und die Genehmigung des Kaufvertrags im August 1939 waren nur noch eine zynische Formsache.[183]

Offensichtlich gab es auch Umstädter, die den während der Novemberpogrome begangenen Verbrechen ablehnend gegenüberstanden. Nach Informationen von Frieda Volk, der Tochter von Minna Liebmann, habe die Besitzerin der Gastwirtschaft Zum Auerhahn in Klein-Umstadt nach dem Pogrom Jüdinnen und Juden bei sich aufgenommen, sie eingekleidet und verköstigt. Die Wirtin habe Bertha Reichenberg Geld für die Fahrt nach Frankfurt gegeben. Frieda Volk nennt noch weitere hilfsbereite Umstädter aus ihrer Nachbarschaft.[184] Doch der Druck auf die Jüdinnen und Juden nahm weiter zu: Im Dezember 1938 erhielten die Bürgermeister des Kreises Dieburg die Anweisung, alle Führerscheine und Zulassungspapiere von Juden zu beschlagnahmen.[185] Schließlich mussten sie ihr Ackerland und ihren Hausbesitz zum Verkauf anbieten.[186] Außer den Familien von Arthur und Albert Rapp konnten nur noch Klara und ihre Tochter Gertrud Kahn zu Ehemann Hermann und Sohn Manfred nach Jerusalem emigrieren. Die übrigen Jüdinnen und Juden verließen Groß-Umstadt und suchten Schutz in der Anonymität der Großstadt Frankfurt, flüchteten zu Verwandten in Mannheim und Lorsch oder wurden zwangsweise in das Israelitische Altenheim von Mainz eingewiesen.[187] Die letzten waren im Oktober 1941 Simon Lichtenstein und seine Tochter Emilie sowie Minna Liebmann, deren zum evangelischen Glauben konvertierte Tochter Frieda die Schoa in gemischtkonfessioneller Ehe überleben konnte. Bis zum November mussten sich Simon Lichtenstein und Minna Liebmann ebenfalls in das Mainzer Altenheim am Hartenberg begeben, während Emilie Lichtenstein im Alten- und Pflegeheim der Jüdischen Gemeinde Darmstadt (Eschollbrücker Straße 4 ½) untergebracht wurde, wo sie am 5. Februar 1942 – noch vor den Deportationen der Heimbewohner und -bewohnerinnen nach Theresienstadt – starb.[188] Kurz darauf starb auch ihr Vater Simon Lichtenstein in Mainz.[189]

Minna Liebmann wurde mit der Massendeportation vom 27. September 1942 von Darmstadt in das Ghetto Theresienstadt verschleppt, wo sie am 11. April 1944 zu Tode kam.[190] Von den 57 zu Beginn der NS-Zeit in Groß-Umstadt lebenden Jüdinnen und Juden[191] wurden 24 Personen in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern in Osteuropa ermordet.[192] Allein acht Jüdinnen und Juden aus Groß-Umstadt hatte die Gestapo am frühen Morgen des 19. Oktober 1941 völlig überraschend aus ihren Frankfurter Wohnungen geholt und in die als Sammellager zweckentfremdete Großmarkthalle gebracht. Nach Gepäckkontrollen und demütigenden Leibesvisitationen mussten sie ihr Bargeld und ihre Wertsachen abliefern und die Nacht im Keller der Halle zubringen. Am nächsten Tag wurden sie mit insgesamt 1.125 Menschen dieser ersten Frankfurter Massendeportation in einen Personenzug der Reichsbahn gepfercht und von dort in das Ghetto Lodz/Litzmannstadt in Polen gebracht, wo sich ihre Spuren verlieren.[193] Weitere vor 1933 noch in Groß-Umstadt wohnende Personen wurden – wie fast alle Mitglieder der Familie Willner – von anderen Orten in die deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslager in Osteuropa deportiert und dort ermordet, oder sie starben an den dort herrschenden hygienisch unzulänglichen, unmenschlichen Bedingungen.[194] Die letzte Klein-Umstädter Jüdin Bertha Bickert, geb. Grünebaum, wurde 1943 verhaftet, nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.[195]

Obwohl in Groß-Umstadt keine jüdische Gemeinde mehr bestand, erfolgte am 6. November 1941 deren Eingliederung in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, der damit auch das gesamte Vermögen und der Grundbesitz zufielen. In diesem Zusammenhang übergab Bürgermeister Georg Magsaam der Bezirksstelle der Reichsvereinigung in Mainz den Erlös aus dem Synagogenverkauf.[196]

Zerstörung und Rekonstruktion der Synagoge nach 1945

Der für die Restitutionsverhandlungen von der JRSO geschätzte Schaden an der Synagoge betrug insgesamt rund 60.000 DM. Davon setzte die JRSO lediglich 6.286 DM für den Teilschaden am Gebäude an. Die sich noch in gutem Erhaltungszustand befindliche Synagoge hatte während der Novemberpogrome Beschädigungen an den Türen, den Fenstern, am Bodenbelag, Putz und an der Installation erlitten. Nach Zahlung der Vergleichssumme in Höhe von 2.400 DM kam das Bauwerk im Jahr 1960 wieder in den Besitz von Georg Magsaam und seiner Ehefrau, die es weiterhin als Lagerraum und Abstellraum für landwirtschaftliche Geräte innerhalb ihres Gehöfts verwendeten.[197]

Abb. 21: Groß-Umstadt, ehemalige Synagoge während des Abbruchs, 28. April 1979. Reproduktion aus Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge (Hrsg.), Groß-Umstadt.

An der nun folgenden Zerstörungsgeschichte der ehemaligen Synagoge in den 1970er Jahren hatten verschiedene Gruppen unrühmlichen Anteil. Seit 1939 überließen die Besitzer das Gebäude unbeachtet dem Verfall. Die seitlichen Rundbogenfenster blieben ohne Glas, lediglich die kleinen Fenster an der Fassade waren durch Klappläden verschlossen. Das undichte Dach stellte eine Bedrohung für die gesamte Bausubstanz dar. Am Standort plante der Eigentümer eine neue Gerätehalle und favorisierte deshalb im Jahr 1974 den Abbruch des Gebäudes, für den er mit der Auflage, die Bausubstanz in das Freilichtmuseum Hessenpark zu übertragen, auch die Genehmigung erhielt. Inzwischen war die Öffentlichkeit auf den Zustand des einstigen jüdischen Gotteshauses aufmerksam geworden. Besorgte Bürger versuchten mit Unterstützung der örtlichen Sozialdemokraten die Stadt zum Kauf oder wenigstens zur Dachreparatur zu bewegen. Damit geriet das Bauwerk in die Mühlen der Politik, denn die übrigen Parteien favorisierten den Abriss. Doch der Besitzer wollte vollendete Tatsachen schaffen, indem er mit dem Land Hessen einen Vertrag abschloss, der den Hessenpark verpflichtete, die Synagoge fachgerecht und kostenlos abzubrechen und in Neu-Anspach wiederaufzubauen.

Kennzeichnend für den Denkmalbegriff dieser Zeit ist der Umgang des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen mit der Bausubstanz der einstigen Synagoge. Da damals der ästhetische, kunsthistorische Wert und der bauliche Erhaltungszustand höher wogen als die historische Bedeutung eines Baudenkmals, entschied sich der amtierende Landeskonservator Gottfried Kiesow gegen einen Eintrag des Bauwerks in die Denkmalliste, denn es handele sich bei der in einem schlechten Bauzustand befindlichen Synagoge „um ein verhältnismäßig schlichtes Gebäude“ mit ausschließlich „lokale[r] Bedeutung aus geschichtlichen Gründen“. Er favorisierte die Übertragung in den Hessenpark und bot für die gestalterische Lösung den fachlichen Rat seines Amtes an. Zur gleichen Zeit hatte sich der ehemalige Dieburger Landrat, MdB und Stadtverordnete von Groß-Umstadt, Heinrich Klein, bis hin zum Ministerpräsidenten erfolgreich für den Verbleib der ehemaligen Synagoge in Groß-Umstadt eingesetzt und auch den Stadtrat dafür einnehmen können. Auch der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen zog sein Einverständnis für die Neuaufstellung im Hessenpark zurück und erwartete die Erhaltung der ehemaligen Groß-Umstädter Synagoge „nicht nur aus kultischen Gründen, sondern zur Erinnerung an das, was war“. In der Zwischenzeit stürzte – vermutlich nicht von selbst – das Dach des Gebäudes ein und musste vorgeblich zum Schutz der Bevölkerung abgetragen werden. Der Beschluss der Stadtverordneten, das Gebäude zu erhalten, kam zu spät: Bei einem Besichtigungstermin am 30. April 1979 befand sich vor Ort nur noch ein „Haufen Schutt“. Die Hausteinteile und weitere noch brauchbare Bauelemente hatte eine Baufirma bereits in den Hessenpark abtransportiert.[198] Auch die Mitglieder des 1978 gegründeten Vereins zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge hatten den Abbruch nicht mehr verhindern können. In den folgenden sehr emotional geführten Diskussionen um den Wiederaufbau der Synagoge erhielt der Verein für sein Angebot, die Synagoge in Eigenregie als „Mahnmal“ auf einem von ihm gekauften Grundstück in Groß-Umstadt wiederaufzubauen, letztlich keine Zustimmung.[199] Der „politisch genehmere, nüchterne Kostengesichtspunkt“ habe „den menschlich und geistig anspruchsvolleren der Versöhnung“ in den Hintergrund gedrängt, so ein Kommentator der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung*.[200]

Der Wiederaufbau der Groß-Umstädter Synagoge im Freilichtmuseum Hessenpark erfolgte von 1983 bis 1988 im Bereich der Baugruppe Südhessen. Sie steht nicht mehr wie vorher inmitten eines bebauten Stadtareals, sondern

isoliert in einem waldähnlichen Geländebereich. Es handelt sich um einen Neubau, für den bis auf einige Sandsteinteile und Bogensteine kaum originale Bausubstanz Verwendung fand. Bautypus und Disposition entsprechen zwar der historischen Synagoge, doch durch die steilere Dachneigung weicht die Rekonstruktion in der Kubatur von dieser ab.[201] Anschließend fristete das Gebäude fast 30 Jahre ein Dasein als Abstellraum. Erst der 2009 gegründeten Gruppe *Jüdisches Leben in Groß-Umstadt* ist die Wiederbelebung und Neueröffnung des Synagogengebäudes im Jahr 2012 zu verdanken. Die neue Museumsleitung bezog die Gruppe in die Beratungen für das Konzept der dort im Mai 2016 eröffneten Dauerausstellung „Sie waren hier. Jüdisches Landleben in Südhessen“ ein. Auf der Empore finden sich Informationen zur Geschichte und zum Schicksal der vier Synagogen von Dieburg, Zwingenberg, Groß-Umstadt und Michelstadt.[202]

Am ehemaligen Standort der Synagoge, dessen Grundstück mit einem Nachbargrundstück zusammengelegt wurde, befindet sich heute ein Garten. Eine Informationstafel verweist lediglich auf die Geschichte der Synagoge.

Abb. 22: Standort der ehemaligen Synagoge mit Informationstafel (Garten links), heute etwa gegenüber der Adresse In der Fahrt 6, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und Erinnerungskultur

Die juristische Aufarbeitung der am 10. November 1938 in Groß-Umstadt an der jüdischen Bevölkerung begangenen Straftaten setzte bereits 1946 ein. Dabei überrascht, dass einige Ortsbewohner zur Erfassung von mutmaßlichen Tatverdächtigen beitrugen. Auch Überlebende bzw. ihre Nachkommen schilderten den Tathergang und nannten Namen. Täter beschuldigten sich gegenseitig, um von sich selbst abzulenken. Von den 13 Angeklagten, darunter auch zwei Frauen, konnte das Landgericht Darmstadt am 29. November 1949 jedoch nur vier Männer verurteilen: die beiden Hauptangeklagten L. V. und A. F. wegen schweren Landfriedensbruchs, Freiheitsberaubung, Misshandlung (nur L. V.) und Rädelsführerschaft (nur A. F.) zu jeweils einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis sowie den Lehrer P. R. und L. E. wegen einfachen Landfriedensbruchs zu vier und drei Monaten Gefängnis. Das Verfahren gegen einen Angeklagten musste das Gericht einstellen, die übrigen wurden freigesprochen. Der ehemalige Ortsgruppenleiter Valentin Wetzel gehörte zu den Vermissten des Zweiten Weltkriegs. Nach ihrer Revision musste das Gericht die Haftstrafen der Hauptangeklagten auf neun Monate und ein Jahr reduzieren, 1951 das Gnadengesuch des A. F. befürworten.[203]

Abb. 23: Groß-Umstadt, „Mahnmal“ von 1985 am Darmstädter Schloss, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Nicht etwa am Standort der abgebrochenen Synagoge, sondern am Darmstädter Schloss von Groß-Umstadt entstand im Jahr 1985 ein „Mahnmal“ zur Erinnerung an das jüdische Gotteshaus: Zwei schmale Inschrifttafeln sind nebeneinander in eine Bruchsteinwand eingelassen, die sich formal auf die Inschrifttafel über dem Synagogenportal beziehen. Hier ist einerseits der hebräische Bibeltext vom Synagogeneingang wiedergegeben, andererseits wird allgemein an das durch „Rassenwahn“ entweihte Gotteshaus erinnert. Davor ist eine große schmiedeeiserne *Menora* über einem Sandsteinsockel aufgestellt. Eine später etwas versteckt dahinter aufgestellte Sandsteinstele nennt Namen von während der NS-Zeit ermordeten Jüdinnen und Juden aus Groß-Umstadt. Es ist geplant, diese sehr hetero-

gen wirkende Gedenkstätte zu einem großzügigen Erinnerungsort umzugestalten, der sich der veränderten modernen Gedenkkultur stellt.

Zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome im Jahr 1988 präsentierte der Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge eine Dokumentation zur Geschichte der Juden und ihrer Synagoge, die den Bogen von den Anfängen im Mittelalter und der Frühen Neuzeit bis zur Zerstörung der Gemeinde spannt. Ein großer Teil des Buches ist den jüdischen Zeitzeugen gewidmet, die ihre Erfahrungen während der NS-Zeit eindrucksvoll schildern. Einige der ehemaligen jüdischen Groß-Umstädter, z. B. Manfred Kahn, Adolf Rothschild und Siegfried Reichenberg, statteten ihrer Geburtsstadt regelmäßige Besuche ab.[204]

Der 2009 gegründete Runde Tisch Jüdisches Leben in Groß-Umstadt, dem Vertreter der Stadt, der Kirchen, der Schulen und der Bürgerstiftung angehören, trägt mit zahlreichen Veranstaltungen dazu bei, die jüdische Vergangenheit im gesellschaftlichen Bewusstsein der Kleinstadt nachhaltig zu verankern. Dazu gehören neben Gedenkveranstaltungen zum 9. November auch die ab 2011 auf Initiative des Bundes Deutscher PfadfinderInnen zurückgehenden Verlegungen von Stolpersteinen im gesamten Stadtgebiet.[205] Im Jahr 2017 eröffnete das Umstädter Museum und Kulturzentrum Gruberhof eine neu konzipierte Dauerausstellung zum jüdischen Leben in Groß-Umstadt.[206]

Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danke ich Bruno Naggatz, Stadtarchivar i. R., Andrea Möbius, Stadtarchivarin, und Barbara Waldkirch, Runder Tisch jüdisches Leben in Groß-Umstadt.

Groß-Umstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/85

Raibach in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/163

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Groß-Umstadt

1542	2 Familien mit 10 Personen
1637	3 Schutzjuden im Amt Umstadt
1643	3 Familien
1707/08	7 Schutzjuden
1719	4 Beisassen mit 23 Personen
1790	6 Familien
1829	80 Personen
1840	16 Familien
1871	77 Personen
1887/88/89	81 Personen
1892	71 Personen
1900	84 Personen
1913	77 Personen
1925	82 Personen
1932/1933	60 Personen
Februar 1933	57 Personen
November 1938	26 Personen
31. Dez. 1938	18 Personen
Dezember 1939	4 Personen
November 1941	0 Personen

Zahlen nach: CAHJP, D-Lj4-62 (1643), D-Lj4-63 (1707/08); DDAMZ, Alte Kästen, Nr. K 75/Ia. 1b, fol. 1–17 (1790); Diehl, Kirchenbehörden und Kirchendiener, S. 609 (1643); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, S. 186 (1913); HStAD, E 1 K, Nr. 373/3 (1719); HStAD, O 61 Mueller, Nr. 5 (1637); HStAM, Rechn. II, Großumstadt 1 (1542); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 228 (1871, 1900, 1925); StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9 (1840); Statistisches Jahrbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, Bd. 2 (1887), 3 (1888), 4 (1889), 7 (1892); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 248 (1829); YVA, O.52, Nr. 595 (Febr. 1933, Nov. 1938, Dez. 1938, 1939, 1941); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 381 (1932/33).

Raibach

1704/1705	4 Beisassen
1719	4 Beisassen mit 27 Personen
1802	10 Familien
1813	62 Personen
1829	53 Personen
1858	10 Familien
1867	33 Personen
1900	0 Personen

Zahlen nach: Allgemeine Zeitung des Judenthums 22, H. 47, 15. November 1858, S. 654 (1858);Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter (1704/1705, 1802); HStAD, E 1 K, Nr. 373/3 (1719); Lange, L'chajim, S. 25 (1867, 1900);Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 21 (1813); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 193 (1829).

Klein-Umstadt

1829	15 Personen
1867	21 Personen

1900	8 Personen
1913	12 Personen
1925	8 Personen
1932/33	6 Personen

Zahlen nach: Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, S. 186 (1913); Lange, L'chajim, S. 25 (1867, 1900, 1925); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 162 (1829).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Battenberg, J. Friedrich, Groß-Umstadt, in: Maimon/Breuer/Guggenheim, Germania Judaica III, Bd. 1, S. 476.

Brenner, Georg/Wilfried Köbler, Sie waren Umstädter. Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Umstadt, Raibach, Klein-Umstadt, Kleestadt und Semd und die Geschichte des religiösen und rassistischen Antisemitismus in Deutschland, Groß-Umstadt 2010.

Collatz, Uwe, Alltag und politischer Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel Groß-Umstadt 1945–1949, Magisterarbeit TU Darmstadt, 1992.

Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge (Hrsg.), Groß-Umstadt. Zur Geschichte der Juden und ihrer Synagoge, Darmstadt 1988.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 10259439; 10733409; 11199968; 12664639; 70309339; 76798945; 130430938

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Gr3: Nr. 1; 3; 12
– D-LJ4: Nr. 36; 62; 63
– D-Wo3: Nr. 135
– JRSO-Hes: Nr. 037
– JRSO-NY: Nr. 629

Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ)
– Alte Kästen: Nr. K 75/Ia 1b

Gemeindearchiv Schaafheim (GA Schaafheim)
– XIII-1: Nr. 1-3

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 320: Nr. 135/12
– 503: Nr. 7382
– 504: Nr. 9694
– 518: Nr. 1480
– 1568: Nr. 1621

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 1 C: Nr. 61
– C 2: Nr. 96/1
– C 4: Nr. 108/1; 108/2; 108/3-11; 112/1; 214/1; 214/6
– D 4: Nr. 271/1
– E 1 K: Nr. 373/3
– E 8 A: 120/5; 217/4
– E 9: Nr. 240/12; 1653; 7211; 9266
– E 12: Nr. 226/11
– F 16: Nr. 638; 666
– G 15 Dieburg: Nr. L 10; L 18; Q 588; Q 593; Q 594; T 179; T 749
– G 15 Erbach: Nr. L 175
– G 27 Darmstadt: Nr. 2277
– G 28 Groß-Umstadt: Nr. F 39 Gensicke Groß-Umstadt; R 240; R 242; R 243; R 244; R 254; R 300; R 327; R 332; R 334; R 335; R 336
– G 34: Nr. 3444
– H 13 Darmstadt: Nr. 907
– H 23: Nr. 1994; 2167
– N 1: Nr. 115
– O 61 Kohlmannslehner: Nr. 31
– O 61 Mueller Adolf: in Nr. 5
– P 4: Nr. 2355; 2356
– P 11: Nr. 3578; 3579
– Q: Nr. 8/4-1/11
– R 4: Nr. 28033; 30261
– R 21 B: Nachweis
– R 21 J: Nr. 2492

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 86: Nr. 33406
– 902: Nr. 275
– Rechn. II: Groß-Umstadt 1

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt (ISG)
– H.06.02: Nr. 1989
– H.15.07: Nr. 350
– H.15.33: Nr. 2303

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 228
– Slg. Arnsberg: Dokumente

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL)
– Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, GA 15 Schubl. E: Nr. 58/2

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg (StA Freiburg)
– T 101/1: Nr. 2035

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim (StAWt)
– R-H 9 I: Nr. 657
– R-Rep. 2: Nr. 197
– R-Rep. 12b: Nr. 23; 319; 479
– R-Rep. 12e: Nr. 301

Stadtarchiv Babenhausen (StadtA Babenhausen)
– XIII-1: Nr. 1-4

Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14/31; 14/34; 14/35

Stadtarchiv Groß-Umstadt (StadtA Groß-Umstadt)
– XIII-1: Nr. 1-3; 1-4; 1-8
– XIII-3: Nr. 3-2; 3-3; 3-4; 4-5; 4-7
– XIII-4: Nr. 4-8
– XIII-5: Nr. 4-9
– XIII-6: Nr. 5-2
– XIII-8: Nr. 5-5; 5-6
– XIII-9: Nr. 6-6; 6-16
– Fotosammlung
– Katasterplan

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 E: Nr. 806
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– 1486: Nr. 584
– O.52: Nr. 595

Anmerkungen

1 Im Mittelalter war mit dem Begriff „Bürger“ nicht unbedingt ein Status oder Stand verbunden, sondern lediglich der Bewohner einer Stadt oder einer Burg gemeint. Juden verfügten nur über das eingeschränkte Bürgerrecht und gehörten zur niedrigsten sozialen Schicht (Beisassen). Vgl. Gerhard Köbler, Bürger, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, München 2002, Sp. 1008–1011.
2 David Schnur, FW02, Nr. 1355, in: Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-01lp (1375); Gerd Mentgen, MZ02, Nr. 255, in: Corpus der Quellen, www.medieval-ashkenaz.org/MZ02/MZ-c1-002t (1380). Die Schuld von 3.000 Gulden war im Jahr 1387 noch nicht beglichen, siehe dazu David Schnur, Gerd Mentgen, FW02, Nr. 2012, in: www.medieval-ashkenaz.org/FW02/FW-c1-024c, alle drei letzter Zugriff 11. Dezember 2024.
3 Kracauer, Urkundenbuch, S. 774–775.
4 StAL, Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, GA 15 Schubl. E, Nr. 58/2; ISG, H.06.02, Nr. 1989. Vgl. Battenberg, Groß-Umstadt, in: GJ 3/1, S. 476. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 92.
5 HStAD, C 2, Nr. 96/1, Bl. 17r (1495); HStAD, C 4, Nr. 108/1, Bl. 163r, 213r (1525, 1544). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 19; Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 93.
6 Vgl. Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 19–37.
7 HStAD, C 4, Nr. 108/1, Bl. 201. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 93.
8 HStAM, Rechn. II, Großumstadt 1, Türkensteuerrechnung des Amtes Umstadt. Vgl. Löwenstein, Quellen zur Geschichte, Bd. 1, S. 379. Zu Lazarus von Babenhausen siehe StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 1-4.
9 Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 38, 44.
10 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 94 nach Eintrag in Umstädter Bürgermeisterrechnung von 1547/1548.
11 Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 37, 44. Die Umstädter und Klein-Umstädter Juden werden in den kurpfälzischen Dokumenten unter dem Amt Otzberg aufgeführt.
12 Vgl. Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 55–72.
13 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 20.
14 HStAD, E 8 A, in Nr. 120/5. Vgl. Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 28–29.
15 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5. In den Jahren 1621 und 1623 werden dagegen keine Juden im Amt Umstadt aufgeführt. Vgl. Keyser, Hessisches Städtebuch, S. 209.
16 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 95–96.
17 CAHP, D-Lj4-62. Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 613–618; Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 185.
18 HStAD, E 8 A, Nr. 217/4, Verzeichnis Nr. 5.
19 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 96.
20 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 619–621; Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 155–156, 162 (daraus das Zitat).
21 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/31 (1651/52): „eineß Juden Weib Von Vmbstatt“; StadtA Dieburg, B, Nr. 14/34 (1656/57): ein jüdisches Kind aus Umstadt; StadtA Dieburg, B, Nr. 14/35 (1658/59): eine jüdische Frau und ein Kind aus Umstadt. Vgl. HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.
22 Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 44–45.
23 StA Freiburg, T 101/1, Nr. 2035, Vergleich mit Johann Pleikhard Gans von Otzberg über die Lasten auf seinen beiden Häusern in der „Judengasse beim Schrannenturm“, 24. Juni 1651 (Gans’scher Adelshof).
24 HStAD, E 9, Nr. 1653, Bericht des Amtmanns Christian von Wollzogen an Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz, 17. November 1680 u. Reskript, 30. November 1680.
25 HStAD, F 16, Nr. 638.
26 CJA, 1 E, Nr. 806.
27 Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 1289, Vertrag vom 8. Februar 1680. Zu dem Streit um das zwischen Landgrafschaft Hessen und Kurpfalz Geleitgeldern geteilte Judengeleit siehe auch HStAD, F 16, Nr. 666 für das Jahr 1708.
28 CAHJP, D-Wo3-135, Schreiben der Umstädter Juden, 8. November 1680, sie seien zudem „mit Schutz contribution, beysaß geleit, Wacht Zoll und anderen Geldern“ sehr stark belastet.
29 CAHJP, D-Lj4-63: 54 Gulden im Jahr 1686. Im November 1678 nahm die landgräflich-hessische Kammer im Amt Umstadt „Judenschirmgeld“ in Höhe von 49 fl. ein: HStAD, D 4, Nr. 271/1, Rechnung 22. November 1678 nach HStAD, R 21 J, Nr. 2492. Im Jahr 1697 waren es 50 Gulden: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 1292, 28. August 1697 in Heppenheim.
30 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 3, S. 2030, Vergleich der Vorsteher der pfälzischen und hessen-darmstädtischen Landjudenschaft, 28. August 1687. Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 1299.
31 HStAD, F 16, Nr. 666, Schreiben, 17. Februar 1708.
32 CAHP, D-Lj4-63.
33 HStAD, E 1 K, Nr. 373/3.
34 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 101–102.
35 ISG, H.15.33, Nr. 2303: Das kurpfälzische und hessen-darmstädtische Oberamt Umstadt beantragte die Verhaftung des Abraham Feist, der die Tochter eines anderen Juden geschwängert habe.
36 CAHP, D-Lj4-63, Aufstellung von 1707/08. Die Liste der Kosten war lang. Sie enthielt neben dem Beitrag zur „Haltung unseres Rabbiners“ und den Kosten für die alle drei Jahre stattfindenden Landtage hauptsächlich Gelder, von denen die einzelnen Gemeindemitglieder nicht unmittelbar profitierten (z. B. Neujahrsgeld, Beitrag zu Parforce-Hunden, zu Jagdfedern, Präsent für die Erbprinzessin …). Festgelegt durch die Vorsteher der kurpfälzischen und hessen-darmstädtischen Landjudenschaft am 18. Januar 1703 auf dem Landtag in Heppenheim.
37 StAWt, R-Rep. 12 b, Nr. 23 (1713/14); HStAM, 86, Nr. 33406 (1715); ISG, H.15.07, Nr. 350 (1718); StadtA Groß-Umstadt, XIII-9, Nr. 6-6 (Viehhandel 1743–1772); StAWt, R-H 9 I, Nr. 657 (1746); StAWt, R-Rep. 12b, Nr. 301 (1770, 1772, 1773); HStAD, E 9, Nr. 7211 (1788). Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 96–119. Anhand der Umstädter Gerichtsbücher und -protokolle (HStAD, C 4, Nr. 108/3-11) sowie der Bürgermeisterrechnungen, Ratsprotokolle, Zehntbücher, Aufnahmegesuche etc. im Stadtarchiv Umstadt konnten Brenner und Köbler die meisten

Biografien der jüdischen Umstädter für das 17. und 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Sie dokumentieren ausführlich viele Einzelheiten zur persönlichen und beruflichen Situation, die hier nur zusammenfassend wiedergegeben werden können.

38 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 102–105.

39 CAHJP, D-Gr3-12, Fotokopien nach Dokumenten aus dem Stadtarchiv Groß-Umstadt.

40 StAWt, R-Rep. 2, Nr. 197. Den Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Rochefort gehörte die Burg Breuberg im Odenwald. Zwischen 1768 und 1772 ließ Fürst Karl Thomas in dem heutigen Breuberger Ortsteil Sandbach das Jagdschlösschen Carlsruhe erbauen. In der evangelischen Kirche von Sandbach befand sich die Grablege der Adelsfamilie. Zu weiteren Schuldforderungen siehe StAWt, R-Rep. 12b, Nr. 319 u. Nr. 479; HStAD, E 9, Nr. 9266 u. Nr. 7211; HStAD, E 12, Nr. 226/11, Bl. 31.

41 HStAD, E 9, Nr. 240/12; HStAD, E 12, Nr. 226/11, Bl. 14, 16, 27, 29–31. Vgl. Battenberg, Quellen zur Geschichte 1651–1806, S. 347, 348.

42 HStAD, C 4, Nr. 108/2, Bl. 136, 240r. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 20–21; Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 96–119.

43 GA Schaafheim, XIII-1, Nr. 1-3 (daraus die Zitate). Vgl. ferner Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 116 (zu Jakob Zodik).

44 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 103 (zu Rabbi Mayer).

45 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 115.

46 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 108.

47 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 100.

48 HStAD, C 1 C, Nr. 61, Mosche aus Klein-Umstadt mietete 1639 das Haus des Umstädter Ratsherrn Heinrich Kunkel in Umstadt. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 169.

49 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 169 nach den Groß-Umstädter Ratsprotokollen im Stadtarchiv Groß-Umstadt.

50 HStAD, E 1 K, Nr. 373/3, „Specification“ von 1719. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 170–183.

51 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 172–183.

52 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 135.

53 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Bl. 76–172v.

54 HStAD, E 1 K, Nr. 373/3 („Specification“ von 1719).

55 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 138. Erwähnt werden 1709 Joseph und 1722 Isaak und Mortge (Mordechai) als Mieter.

56 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 139.

57 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 137.

58 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 141–142.

59 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 141.

60 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Bl. 120v (1723).

61 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 140.

62 Frdl. Mitteilung Barbara Waldkirch, nach Archivalien im Stadtarchiv Groß-Umstadt, Abt. Raibach. Zum Raibacher Ritualbad hat Barbara Waldkirch eine Dorftafel verfasst und vor Ort anbringen lassen.

63 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 21.

64 CAHJP, D-Lj4-36; HStAD, C 4, Nr. 214/6.

65 CAHJP, D-Gr3-3.

66 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 141 nach Brandkataster Raibach von 1802 im Stadtarchiv Groß-Umstadt. Siehe auch HStAD, H 23, Nr. 2167 (1862), S. 6.

67 HStAD, C 4, Nr. 214/1 (Absatz Nr. 76), 21. März 1813.

68 Allgemeine Zeitung des Judenthums 22, Nr. 47, 15. November 1858, S. 654.

69 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 175; Hessen-Darmstadt, Großherzogliches Regierungsblatt 1859, Nr. 28, S. 411.

70 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 83.

71 HStAD, H 23, Nr. 2167, S. 26, Nr. 94: Wohnhaus mit Scheuer, Stall und Schuppen („jetzt Laubenhütte).

72 HStAD, H 23, Nr. 2167, S. 26. Vergleiche dazu die Parzellenkarte von 1854 mit dem Supplement zur Parzellenkarte von 1867 in: HStAD, P 4, Nr. 2355 u. Nr. 2356.

73 HStAD, G 34, Nr. 3444.

74 Der Israelit 2, Nr. 5, 30. Januar 1861, S. 61.

75 HStAD, P 11, 3578. Dem Bauplan liegt ein bis ins Detail ausgearbeiteter Aufbau für den Toraschrein bei, der ebenfalls nicht realisiert wurde.

76 HStAD, P 11, Nr. 3579.

77 HStAD, H 23, Nr. 2167, S. 6–7.

78 Beschreibung nach den Bauplänen HStAD, P 11, Nr. 3579.

79 Dazu gehörten die Synagogen von Babenhausen (1873), Groß-Umstadt (1874), Roßdorf (1871/79) und Ober-Ramstadt (1885/86). Siehe die entsprechenden Artikel in diesem Band.

80 Nachruf in Der Israelit 22, Nr. 42, 19. Oktober 1881, S. 1064.

81 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 4 (1889), S. 53.

82 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 141. Frdl. Mitteilung von Barbara Waldkirch.

83 DDAMZ, Alte Kästen, Nr. K 75/Ia 1b (Groß-Umstadt). In der Quelle ist von 20 Personen die Rede, was angesichts der kinderreichen Familien, die anhand der Quellen im Stadtarchiv Groß-Umstadt rekonstruiert werden können, sicher falsch ist. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter.

84 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9, Schreiben 21. Juli 1826. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 111; Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 56–57.

85 StadtA Groß-Umstadt, XIII-1, Nr. 1-4. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 53.

86 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9, Schreiben 21. Juli 1826. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 56–57.

87 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 4-7. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 56 mit Wortlaut des Dokuments.

88 Die neue Wasenmeisterei entstand 1816 auf einem anderen Platz außerhalb der Stadt (Rauwiese), da der bisherige inzwischen in einem bebauten Gebiet lag. Zur Geschichte der Wasenmeisterei siehe, Der Gruberhof Museum Groß-Umstadt, www.gruberhof-museum.de/der-gruberhof/wasenmeister, letzter Zugriff 16. Februar 2025.

89 StadtA Groß-Umstadt, XIII-9, Nr. 6-16.

90 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9; ebd., XIII-3, Nr. 4-7. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 56–58.

91 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 59 mit Wortlaut des Dokuments.

92 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9, Kaufvertrag 15. September 1846 u. Auszug aus dem Grundbuch (Nr. 100a neben Heinrich Schohn in der neuen Vorstadt).

93 StadtA Groß-Umstadt, XIII-1, Nr. 1-3.

94 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 3-3.

95 StadtA Groß-Umstadt, Katasterplan; Aufruf zur Mildthätigkeit, in: Der Israelit 8, Nr. 5, 30. Januar 1867, S. 88; Odenwälder Bote, 20. November 1901. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 67.

96 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 3-3.

97 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 175, S. 56.
98 Aufruf zur Mildthätigkeit, in: Der Israelit 8, Nr. 5, 30. Januar 1867, S. 88.
99 Zit. nach Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 65–67 nach Odenwälder Bote, 23. Mai 1874 u. ebd., 20. November 1901.
100 Siehe die Anzeige im Odenwälder Bote, abgedruckt bei Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 65.
101 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 68.
102 Die letzte Adresse der noch in situ befindlichen Synagoge lautete Untere Marktstraße 26. Frdl. Mitteilung Bruno Naggatz. Laut Katasterplan (1854/1864) gehörten die Flur-Nrn. 865, 866 zu dem Areal. Siehe auch das Güterverzeichnis von 1927 HStAD, H 23, Nr. 1994, S. 8: „Synagoge mit Hofraum, Untere Marktstraße Nr. 19, I/865 [alt], Nr. 38 [neu] Groß-Umstadt, die israelitische Gemeinde."
103 Maße nach StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 3-3, Bauplan von 1866 (44/38 Fuß). Die von der JRSO aus dem Katasterplan abgenommenen Maße betragen dagegen 10,50 m / 9,50 m. Siehe CAHJP, JRSO-Hes-037, Bestuhlungsplan.
104 CAHJP, JRSO-Hes-037, Bl. 57/58, Schreiben Arthur Rapp, 14. Oktober 1958.
105 CAHJP, JRSO-Hes-037, Bl. 57/58. Auch in der Bestuhlungsskizze der JRSO im selben Akt ist im Osten der Synagoge eine Estrade rekonstruiert.
106 CAHJP, JRSO-Hes-037, Anlage 2.
107 CAHJP, JRSO-Hes-037, Bestuhlungsskizze der JRSO.
108 CAHJP, JRSO-Hes-037, Schreiben Arthur Rapp.
109 1. Mose 28,17 nach Lutherbibel 2017.
110 Am 15. September 1846 hatte der Vorstand der jüdischen Gemeinde ein Grundstück für 244 Gulden verkauft (Grundstück Nr. 100a in der neuen Vorstadt neben Heinrich Schohn) und bald darauf ein neues Ritualbad an einem anderen Standort (unbekannt) errichtet. StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9.
111 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9. Nach HStAD, H 23, Nr. 1994 (Güterverzeichnis 1927), S. 8: Flur-Nr. 139 (alt), Nr. 214 u. 215 (neu).
112 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 4-5, Schreiben Landrat vom 20. März 1826. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 54–55 mit Wortlaut; CAHJP, D-Gr3-12, Schreiben 24. September 1833 (Fotokopie aus dem Stadtarchiv Groß-Umstadt).
113 CAHJP, D-Gr3-3. Vgl. Brenner/Köhler, Sie waren Umstädter, S. 148 nach Archivalien aus dem StadtA Groß-Umstadt.
114 CAHJP, D-Lj4-36: Samuel Maas erhielt den Schutz 1818 (Vermögen 1.000 fl.), Simon Heil 1819 (sein Vermögen und das seiner Braut betrug 1.125 fl.) und Jacob Freudenstein 1826 (sein Vermögen und das seiner Braut betrug 1.408 fl.).
115 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 4-7.
116 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 23–24.
117 Siehe dazu die Statistik am Ende des Artikels.
118 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 327, R 332, R 334, R 335, R 336.
119 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 112–113, 117–119.
120 Zwischen 1881 und 1889 wanderten aus: der 15-jährige Bernhard Götz, der 23-jährige Marx Hirsch, der 19-jährige Max Rothschild, die beiden 17-Jährigen Moses Rothschild und Sigmund Lichtenstein. Siehe dazu HStAD, R 21 B, Nachweis.
121 StadtA Groß-Umstadt, XIII-5, Nr. 4-9 (Zitat); StadtA Groß-Umstadt, XIII-1, Nr. 1-4.
122 StadtA Groß-Umstadt, XIII-1, Nr. 1-8.
123 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 24–33.
124 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 113.
125 StadtA Groß-Umstadt, XIII-1, Nr. 1-4.
126 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 4-5. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 54.
127 CAHJP, D-Gr3-3; StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 3-2.
128 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 4-7. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 56.
129 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 3-2.
130 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 240, R 242, R 300. Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 117; Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 37.
131 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 243. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 69 (Anzeige).
132 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 244, R 254. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 22–39.
133 Siehe Eintrag im Sterbenebenregister von Groß-Umstadt, in: HStAM, 902, Nr. 275.
134 Aus Hessen, Groß-Umstadt, in: Allgemeine Zeitung des Judenthums 57, H. 3, 20. Januar 1893; siehe Groß-Umstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-umstadt_synagoge.htm; Max Simon, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15796, beide letzter Zugriff 14. Februar 2025.
135 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 39, 72–74.
136 Vgl. Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 118–119.
137 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 73.
138 Siehe die Anzeigen in: Groß-Umstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-umstadt_synagoge.htm, letzter Zugriff 14. Februar 2025.
139 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 13 (1898), S. 104.
140 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), S. 109. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 39. Er folgte Lehrer A. Scheuer, der nur noch die Kinder in Habitzheim unterrichtete.
141 Siehe die Anzeigen in: Der Israelit 40, Nr. 89, 9. November 1899, S. 1860 und ebd. 42, Nr. 26/27, 2. April 1901, S. 622, u. frdl. Mitteilung Barbara Waldkirch.
142 CAHJP, D-Gr3-1. Vgl. Deutsch-Israelitischer Gemeindebund, Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1911, S. 165.
143 StadtA Groß-Umstadt, XIII-4, Nr. 4-8. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 68.
144 Artikel in: Frankfurter Israelitisches Familienblatt 11, H. 35, 5. September 1913, S. 11.
145 CAHJP, D-Gr3-1. Der Hinweis eines Zeitzeugen in der JRSO-Akte auf einen von einem jüdischen USA-Auswanderer gestifteten neuen Toraschrank und teilweise erneuerte Bänke könnte als eine neue Ausstattung in diesen Jahren interpretiert werden. Siehe HHStAW, 503, Nr. 7382 u. CAHJP, JRSO-Hes-037, Ermittlungsbericht, 23. November 1960.
146 Artikel Groß-Umstadt, in: Der Israelit 31, Nr. 85, 30. Oktober 1890, S. 1539.
147 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 67–68.

148 Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, S. 232.
149 Groß-Umstadt, Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, www.denkmalprojekt.org/2010/gross-umstadt_frdh_wk1u2_hess.htm, letzter Zugriff 4. März 2025.
150 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 71.
151 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 73.
152 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 77–110 mit umfassender Schilderung der Zeit vor und unmittelbar nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten; Collatz, Alltag und politischer Neubeginn, S. 281–296 (Kopie in: HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31). Bereits im Februar 1933 titelte der *Odenwälder Bote*: „Groß-Umstadt, die Hochburg des Nationalsozialismus, grüßt den Führer und Reichskanzler." (Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 77).
153 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 381.
154 Siehe umfassend zu den Maßnahmen der Nationalsozialisten und zur Stimmung in der Stadt nach der Machtübernahme Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 77–110.
155 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 96.
156 StadtA Groß-Umstadt, XIII-8, Nr. 5-5.
157 StadtA Groß-Umstadt, XIII-8, Nr. 5-6 (daraus die Zitate). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 102–104.
158 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 75. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 75–76 u. 116. Franz Bachmann erhielt bereits 1933 wegen des Verkaufs von Futtermitteln an einen Juden einen strengen Verweis: HStAD, N 1, Nr. 115.
159 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 76, 120–139.
160 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 31, 76 u. 105; Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 118.
161 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 34 u. 148 (Zitat).
162 YVA, O.52, Nr. 595. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 24, 37.
163 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 594, Schreiben Gendarmerie Groß-Umstadt, 8. November 1938. Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 228.
164 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593.
165 Schreiben der SA-Brigade 50 Starkenburg in Darmstadt an die SA-Gruppe Kurpfalz in Mannheim am 11. November 1938, in: ICWC (Internationales Forschungs- und Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse), Protokolle des Nürnberger Hauptkriegsprozesses, Bd. 27, S. 487–489, www.uni-marburg.de/de/icwc/dokumentation/dokumente/protokolle-nuernberg/ntvol27.pdf. Vgl. Lange, L'chajim, S. 216–217; LAGIS Hessen, Hessen im 19. und 20. Jahrhundert, lagis.hessen.de/resolve/de/edbx/3354, beide letzter Zugriff 9. März 2025.
166 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 45r.
167 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 37, 45–46, 61, 111–115. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 111.
168 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 112 (daraus das Zitat). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 25.
169 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 26.
170 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 7, 71 u. 73 (Schreiben des Sohnes Siegfried Reichenberg, 25. Februar 1947, daraus das Zitat). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 36.
171 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 39.
172 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 91.
173 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Schreiben von Minnas Tochter Frieda Volk, 21. Mai 1946. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 113, 120–139 (Bericht Frieda Volk). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 22. Ein Vorfahre war der im Jahr 1756 geborene Jakob Liebmann.
174 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 113.
175 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 33–34.
176 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907, Bl. 111–115 (Anklageschrift, 12. Juli 1949); HStAD, G 27 Darmstadt, Nr. 2277.
177 Bericht Heinrich Eidemann, in Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 116–118.
178 Bericht Max Oestreich, in Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 119. Zu Gustav Rapp siehe auch Verzeichnis Umstädter Stolpersteine, Bund Deutscher Pfadfinder_innen (BDP), www.grossumstadt.bdp.org/stolpersteine.pdf, letzter Zugriff 10. März 2025.
179 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593.
180 Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 34, 119–120 (Bericht Max Oestreich), 148 (Bericht Eric Rapp).
181 AA, Documents, ID 10259439, 10733409, 130430938; YVA, O.52, Nr. 595. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 36; Verzeichnis Umstädter Stolpersteine, Bund Deutscher Pfadfinder_innnen (BDP), www.grossumstadt.bdp.org/stolpersteine.pdf, letzter Zugriff 10. März 2025.
182 StadtA Groß-Umstadt, XIII-3, Nr. 3-4; CAHJP, JRSO-Hes-037, Aussage Arthur Rapp, 14. Oktober 1958 (Verkaufsbedingung). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 151.
183 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10, Schreiben Bürgermeister Magsaam vom 26. September 1939.
184 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 120–139 (Bericht Frieda Volk).
185 StadtA Groß-Umstadt, XIII-8, Nr. 5-5, Schreiben Kreisdirektor Dieburg, 6. Dezember 1938.
186 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 179, T 749 (Verzeichnis der nach dem 30. Januar 1933 von den Groß-Umstädter Juden und Jüdinnen veräußerten Grundstücke).
187 YVA, O.52, Nr. 595. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 22–39.
188 AA, Documents, ID 70309339, 76798945 (Sterbeurkunde). Emilie Lichtenstein wurde auf dem jüdischen Friedhof Darmstadt-Bessungen beigesetzt. Zu Minna Liebmann vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 120–139 mit dem Bericht von Frieda Volk zur Biografie ihrer Mutter.
189 AA, Documents, ID 12664639.
190 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 120–139 (Bericht Frieda Volk). Vgl. Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 347–349; Minna Liebmann, Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 10. März 2025.

191 Siehe dazu YVA, O.52, Nr. 595. In der Zahl inbegriffen sind Abraham und Lina Rapp, die bereits im Februar 1933 nach Frankfurt verzogen sind. Ihre Namen stehen auf der Liste der Deportation von Frankfurt nach Lodz am 20. Oktober 1941: AA, Documents, ID 11199968.

192 Zusammenstellung nach Namensliste von YVA, O.52, Nr. 595 im Abgleich mit Arolsen Archives, arolsen-archives.org, Yad Vashem Datenbank, collections.yadvashem.org/en/names und Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, alle letzter Zugriff 11. März 2025.

193 AA, Documents, ID 11199968. Zur Deportation vgl. Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 42–68.

194 Siehe die Namen in Groß-Umstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-umstadt_synagoge.htm, letzter Zugriff 15. März 2025.

195 Verzeichnis Umstädter Stolpersteine, Bund Deutscher Pfadfinder_innnen (BDP), www.grossumstadt.bdp.org/ stolpersteine.pdf, letzter Zugriff 27. März 2025.

196 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 18. Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 21 nach Schreiben Bürgermeister Magsaam, 17. November 1941.

197 CAHJP, JRSO-NY-629; CAHJP, JRSO-Hes-037; HHStAW, 518, Nr. 1480; HHStAW, 503, Nr. 7382; StadtA Groß-Umstadt, XIII-6, Nr. 5-2.

198 HHStAW, 504, Nr. 9694 (daraus auch die Zitate). Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 150–162.

199 HHStAW, 568, Nr. 1029; HStAD, H 14 Dieburg, Nr. R 650.

200 HHStAW, 504, Nr. 9694, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung vom 1. August 1980.

201 HHStAW, 1568, Nr. 1621. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 310–311.

202 Stadt Groß-Umstadt, Kultur/Freizeit/Tourismus, Jüdisches Leben, www.gross-umstadt.de/kultur-freizeit-tourismus/geschichte/juedisches-leben, letzter Zugriff 15. März 2025. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 310–311.

203 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 907; HStAD, Q 4, Nr. 8/4-1/11 (eidesstattliche Erklärung August Ellenberger, 17. Mai 1947).

204 Vgl. Verein zur Bewahrung der Groß-Umstädter Synagoge, Groß-Umstadt, S. 29, 36–37.

205 Bund Deutscher Pfadfinder_innnen (BDP) Groß-Umstadt, www.grossumstadt.bdp.org/stolpersteinverlegung.html; Stadt Groß-Umstadt, Kultur/Freizeit/Tourismus, Jüdisches Leben, www.gross-umstadt.de/kultur-freizeit-tourismus/geschichte/juedisches-leben, beide letzter Zugriff 15. März 2025.

206 Stadt Groß-Umstadt, Kultur/Freizeit/Tourismus, Jüdisches Leben, www.gross-umstadt.de/kultur-freizeit-tourismus/geschichte/juedisches-leben, letzter Zugriff 15. März 2025.

Groß-Zimmern

„adsunt [Judei] et quidem in magna copia habentque Synagogam“ (hier gibt es Juden und zwar eine Menge von ihnen und sie haben eine Synagoge), so schrieb der örtliche Geistliche in Groß-Zimmern 1795 an seine Vorgesetzten in Mainz.[1] Tatsächlich war die Gemeinde, die sich sowohl aus wertheimischen als auch aus landgräflich-hessischen Schutzjuden zusammensetzte, zum Ende des 18. Jahrhunderts eine der größten des heutigen Kreises Darmstadt-Dieburg. Seit 1521 teilten sich die Kurpfalz und die hessischen Landgrafen (später die Landgrafen von Hessen-Darmstadt) die Herrschaft im Kondominat Umstadt, zu dem Groß-Zimmern gehörte.[2] Auf kurpfälzischer Seite waren die Grafen von Löwenstein-Wertheim-Rochefort die unmittelbaren Ortsherren. In der „hessischen Zinsgasse“ hingegen, dem Bereich der heutigen Jahn- bzw. Kreuzstraße, hatten die hessischen Landgrafen „die Zinß gefälle, Umgeld, Bauwein, Judenschul[geld] und dergleichen“ zu erheben.[3]

Jüdische Bewohner im 17. Jahrhundert

Ein erster jüdischer Bewohner des Ortes war wertheimischer Schutzjude: der jüdische Arzt und Lautenist Mosche, der im Jahr 1582 nach Windecken umsiedeln wollte.[4] Die Nennung eines jüdischen Arztes in der Gegend überrascht durchaus, stellt sich doch damit die Frage nach den Patienten. Rückschlüsse auf eine bestehende jüdische Bewohnerschaft in Groß-Zimmern lassen sich aus dieser Nennung allein nicht ziehen. Doch ab dem frühen 17. Jahrhundert häufen sich die Nennungen von Juden in Groß-Zimmern.

Kurmainzische Auflistungen nennen 1605 die beiden Juden Elias und Abraham aus Groß-Zimmern.[5] 1603 forderte ein Geschäftspartner von dem Groß-Zimmerner Juden Löw die Rückgabe eines Pferdes oder alternativ eine größere Geldsumme.[6] Derselbe Löw wurde außerdem 1615 mit einer Geldbuße belegt, weil er „mit etlichen Buben des Nachts gespielt“ hatte.[7] Der Jude Götz wurde zu einer Geldstrafe herangezogen, weil er einen anderen „gescholten“ und „des Herrn gebott [miss] achtet“ hatte (1617/18).[8] Anfang Februar 1621 reichten drei weitere Juden aus Groß-Zimmern, Anschel, Moses und Zodick, eine Beschwerde bei der Regierung in Wertheim ein.[9] Sie schilderten, dass immer wieder Soldaten aus Dieburg in „daß dorff oder flecken Großen Zimmern mit brennenden lunten und büchßen zu lauffen“ pflegten und dabei die Juden „tactier[t]en“ und „begehren, ihnen zu geben das wir selbsten nicht haben“.[10] Da ihnen keiner der Bauern zur Hilfe kam, baten sie nun um die Unterstützung durch den örtlichen Hauptmann.

In den folgenden Kriegsjahren dürfte es in Groß-Zimmern zu erheblichen Bevölkerungsverlusten und Zerstörungen gekommen sein. Am Ende des Dreißigjährigen Kriegs stellten hessisch-darmstädtische Beamte ernüchtert fest, dass viele der Hofreiten leer standen oder abgebrannt waren.[11] Jüdische Familien dürften sich spätestens ab 1660 langsam wieder in Groß-Zimmern niedergelassen haben. Hierauf verweisen zwei Bestattungen auf dem jüdischen Friedhof von Dieburg 1660/61.[12] Eine Reihe von Bestattungen in Dieburg in den Jahren 1679 bis 1694 belegt, dass die jüdische Bevölkerung im Ort nun konstant blieb oder sogar wuchs.[13] 1697 listete man unter den Hausvätern die Juden Nehm, dessen „behaußung stöst auf die gemeine Straße“,

Abb. 1: Karte des teilweise zur Kurpfalz und teilweise zu Hessen-Darmstadt gehörenden Oberamts Umstadt mit den Zentorten, u. a. Groß-Zimmern, 1788. Landesarchiv Baden-Württemberg Staatsarchiv Wertheim, R-Rep K, Nr. 475.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-014

Benedikt und einen weiteren, der in der „Sackgasse“ wohnte.[14] Namentlich bekannt sind außerdem Samuel, Mordochai, Löw und Zodick.

Zodick, der offenbar mit Feldfrüchten und Vieh handelte, nahm in der jüdischen Gemeinde eine führende Rolle ein.[15] 1704 verheiratete er seine Tochter mit einem Juden aus Mannheim.[16] Während der Feierlichkeiten kam es aber zu Auseinandersetzungen, da der Schultheiß den Spielleuten ihre Musikinstrumente wegnahm. Offenbar war ein Streit darum entstanden, ob lokale (christliche) oder fremde Spielleute (vermutlich aus Mannheim) die Hochzeit musikalisch begleiten sollten.[17] Streitigkeiten um den Umgang mit den Schutzjuden stellten nur eines von vielen Konfliktthemen im 17. und 18. Jahrhundert dar.[18] Als der Wertheim’sche Schultheiß beispielsweise 1695 die hessischen Schutzjuden pfändete, festsetzte und dabei keine hessischen Richter zu Rate zog, wurde eine Beschwerde über ihn bei der Wertheimer Regierung vorgelegt, die zu einer Strafzahlung führte und zur Anweisung, dass der Schultheiß entsprechende Handlungen künftig unterlassen sollte.[19] Die landgräflichen Schutzjuden reichten ihrerseits im selben Jahr bei der darmstädtischen Regierung eine Beschwerde gegen den wertheimischen Keller und den Schultheiß ein, da ihnen die Weidegangsrechte gepfändet worden waren.[20]

Eine Gemeinde entsteht

Über die örtlichen jüdischen Familien in den ersten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts ist kaum etwas bekannt. Steuerschätzungen aus der Mitte des Jahrhunderts lassen darauf schließen, dass bereits in den Jahrzehnten zuvor die Lebensumstände im Ort nicht einfach waren. Auch die Kindersterblichkeit war hoch.[21] Die Zahl der Bestattungen auf dem Dieburger Friedhof (32 allein zwischen 1719 und 1732) verweist aber auf eine durchaus nennenswerte Zahl jüdischer Familien im Ort.[22] Das Wachstum der jüdischen Bevölkerung verlief dabei parallel zum starken Anwachsen der Bevölkerung in Groß-Zimmern insgesamt.[23] Wieder geben vor allem Streitigkeiten vor dem Zehntgericht Einblick in das alltägliche Miteinander (oder Gegeneinander) im Ort, da vor allem diese aktenkundig wurden. 1716 etwa wurde Löw beschuldigt, auf eine Zitation zum Gericht nicht reagiert zu haben.[24] Die Witwe von Meyer soll sich zu Unrecht beim Amt beschwert haben und wurde darum ebenfalls 1716 mit einer Geldstrafe belegt.[25] Der wertheimische Schutzjude Mordochai hatte eine jüdische Witwe geschlagen und wurde deshalb 1720 vor Gericht zitiert.[26] Wegen außerehelichen Beischlafs wurde ein weiterer Jude 1724 vom Gericht bestraft.[27] Immer wieder wurden in den Protokollen des Zehntgerichts außerdem Geldstrafen für Schlägereien unter jüdischer Beteiligung verhängt (1744, 1746).[28] Löw und Zodick wurden 1746 vor das Gericht bestellt, da sie „auf einer Hochzeit geschossen und tumultieret“ hatten.[29]

Zugleich geben dieselben Protokolle Hinweise auf die gemeinsame jüdische Organisation im Ort, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet hatte. Als Zodick und Löw 1717 gegen die Ordnung der ansässigen Metzgerzunft verstoßen hatten, wollten sie wohl die jüdische Gemeinschaft mit koscherem Fleisch versorgen. Ebenso 1746 der wertheimische Schutzjude Heyum, der bestraft wurde, weil er sonntags geschlachtet hatte und außerdem „das Rind dem Centschultheißen nicht lebendig gezeiget“ hatte.[30] Mordochai wurde 1726 zu einer Geldstrafe herangezogen, weil er sogenannte „Betteljuden“ beherbergt hatte. Möglicherweise war er von der Gemeinde dazu abbestellt gewesen, Bedürftigen für eine Nacht ein Dach über dem Kopf zu geben. Besonders auffällig ist aber die Nennung eines „Rabbiner Hirsch“ im Zusammenhang mit einer als gestohlen gemeldeten „hebräischen Bibel“ im Jahr 1724. Bei dem „Rabbiner“ handelte es sich um den Vorsänger der Gemeinde.[31]

Eine „Judenschul“ ist erstmals 1730 belegt. Zodick hatte für diese eine Torarolle gespendet, die, begleitet von Musikanten und (vermutlich sämtlichen) landgräflichen und wertheimischen Schutzjuden gemeinsam von Zodicks Haus zur „Judenschul“ gebracht wurde. Dabei entstand so ein Lärm, dass die ganze Judenschaft mit der durchaus hohen Strafgeldzahlung von 14 Gulden belegt wurde.[32] Ob es sich bei der genannten „Judenschul“ bereits um ein Gebäude auf dem Grundstück der heutigen Kreuzstraße 17 handelte, ist nicht bekannt.

Die Gemeinde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Der Steuereinnehmer der Hessisch-Darmstädtischen Landjudenschaft zählte um 1750 in Groß-Zimmern 15 jüdische Steuerzahler.[33] Unter den hessischen Juden waren Zodick mit einem zu versteuernden Vermögen von 1.000 Gulden und Moshe mit einem Vermögen von 1.300 Gulden die wohlhabendsten, wobei sie keineswegs als reich einzuschätzen waren. Die anderen Hausherren versteuerten aber lediglich 100 bis 200 Gulden.[34] Damit waren sie fast so arm, dass sie von einer Besteuerung gänzlich ausgenommen würden. Im Laufe der Jahre ging die Gemeinde wohl dazu über, dass eine gemeinschaftliche Steuerschätzung der Schutzjuden beider Herrschaften des Ortes gemacht

wurde und eine gemeinsame Zahlung an die Landjudenschaft Hessen-Darmstadt – und damit auch an den Rabbiner in Darmstadt – erfolgte.[35] Der für die Schutzjuden in den Orten des Amtes Habitzheim und im Kondominat Umstadt eigentlich zuständige Rabbiner Samuel Hirsch hielt nicht damit zurück, sich bei der Wertheimer Regierung darüber zu beklagen.[36] So hätte Jakob Heyum aus Groß-Zimmern ihn nicht für seine Verheiratung angefragt und auch die Bestimmung von Schächtern betreffend sei er, der Rabbiner, nicht derjenige gewesen, an den man sich gewendet habe. Dies führe für ihn zu erheblichen Einkommensverlusten.[37] Zugleich taten sich die wertheimischen Schutzjuden ortsübergreifend immer wieder zusammen, um gemeinsam ihre Interessen bei ihrem Schutzherren vorzubringen, beispielsweise wenn sie hohen Schutzgeldzahlungen nicht nachkommen konnten und auf eine Reduzierung hofften.[38]

1774 verstarb mit dem Händler Lieb Naftali ein wohlhabendes Mitglied der jüdischen Gemeinde Groß-Zimmern. Sein Nachlass gibt einen wichtigen Einblick in die ländlich-jüdische Sozial- und Alltagsgeschichte des späten 18. Jahrhunderts.[39] In Liebs Besitz waren unter anderem „sein eigentümlich haus“ und ein Garten, ein Stand im Männerteil und einer im Frauenteil der Synagoge, ein ganzer Satz Silbergeschirr mit Zuckerbüchse und Kännchen. Zu seinen großen Schätzen gehörte außerdem einiges an Goldschmuck, zwei Pferde und eine Kuh sowie verschiedene Reitsättel. Offenbar war er zu Lebzeiten zu Pferd unterwegs gewesen. Schließlich besaß Lieb aber auch einen ganzen Satz Schächtwerkzeug sowie Geschirr zur ausschließlichen Benutzung an Pessach, eine Sederplatte und eine Besamimbüchse, die offenbar eine gesonderte Erwähnung im Nachlass verdienten. Zum Nachlass gehörten aber auch seitenweise Auflistungen von Personen aus den umliegenden Orten, die Lieb größere oder kleinere Geldsummen schuldeten.

Weniger glücklich war Löw Ephraim.[40] Er war über lange Zeit wegen Armut der Zahlung seines Schutzgeldes nicht nachgekommen. Auf der hessischen Seite des Ortes drohte ihm 1775 die Ausweisung, weswegen er sich bald in einem Haus auf der Wertheimer Seite niederließ.[41] Im wertheimischen Schultheiß fand er einen Fürsprecher, der dafür warb, Löw Ephraim im Ort zu behalten. Dieser sei geschickt im Umgang mit Tieren und hätte sich schon mehrfach als sehr nützlich erwiesen. Doch die Bitten des Schultheiß blieben erfolglos, und es wurde ihm auferlegt, dass Löw Ephraim binnen vier Wochen des Ortes verwiesen werden sollte.[42] Möglicherweise hatte er sich nach Frankfurt begeben, denn dort wurde ein Ephraim aus Groß-Zimmern – er selbst oder möglicherweise sein Sohn – 1791 zu sechs Wochen Schanzarbeit und anschließender Ausweisung verurteilt.[43] Die genannten Fälle zeigen die ganze soziale Bandbreite auf, die die Juden Groß-Zimmerns abdeckten. Während einzelne Haushalte am Ende des 18. Jahrhunderts noch immer nur ein Gesamtvermögen von maximal 200 Gulden verzeichneten, konnten andere, wie der in Wechselgeschäften tätige Isaak Löw Lengfelder, ihre Familien gut ernähren, was ihn abkömmlich machte, um als Einnehmer der Landjudenschaft zu agieren.[44] Isaak Löws Vermögen brach jedoch zwischen 1787 und 1807 von 2.500 auf 800 Gulden ein.[45]

1802 ging der kurpfälzische Teil Groß-Zimmerns an die Landgrafschaft über, der Wertheimer 1805 durch Tausch ebenfalls.[46] Damit wurden nach Jahrhunderten die verworrenen Herrschaftsverhältnisse aufgelöst. Zu dieser Zeit dürften etwa dreizehn jüdische Familien in Groß-Zimmern gelebt haben.[47] Acht von ihnen erscheinen im Brandkataster von 1802 als Hausbesitzer. Dabei fällt auf, dass die kleinen Häuschen der wertheimischen Schutzjuden in der (heutigen) Enggasse und Angelstraße lagen, während die landgräflichen Schutzjuden in der Jahnstraße und der Kreuzstraße wohnten, wo die Synagoge lag.[48]

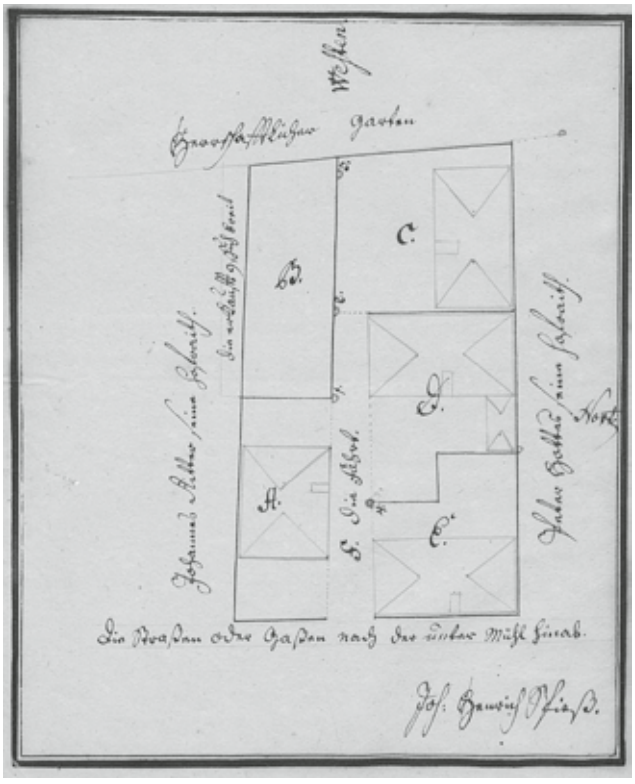


Abb. 2: Gütervermessungen und Renovaturen in Groß-Zimmern und Spachbrücken (1788), Lageskizze des Hauses von Samuel Bär (E) an der „Gasse zur Mühle hinab“, in der heutigen Enggasse. Landesarchiv Baden-Württemberg Staatsarchiv Wertheim, R-Rep H 9 I, Nr. 1080.

Die Gemeinde und die erste Synagoge im 19. Jahrhundert

1829 zählte die jüdische Gemeinde 133 Personen, neben 1726 Protestanten und 883 Katholiken im Ort.[49] Damit stellte sie mit Griesheim (121 Personen), Dieburg (107 Personen), Hergershausen (122 Personen) und Pfungstadt (122 Personen) eine der größeren im heutigen Kreis Darmstadt-Dieburg dar.[50] Die Familien nannten sich nun Blum, Goldschmidt, Schmidt (oder Schmitt), Ehrmann, Ochs, Frohmann und May. Bei Hochzeiten traten die jeweiligen Vorsänger, beispielsweise Baruch Ochs oder nach ihm Löw Ehrenfeld, als Trauzeuge auf.[51]

Die 1730 erstmals erwähnte Synagoge (heute neben Rathausplatz 2) wird im Brandkaster von 1802 als zweistöckiges Gebäude mit einem Versicherungswert von 1.000 Gulden angegeben.[52] Die Synagoge war giebelständig zur damaligen Kreuzgasse (heute Kreuzstraße) ausgerichtet. Die Westseite maß 7,52 m, die Ostseite 6,27 m, die Nord- und Südseite des Gebäudes 10,27 m.[53] An der Südseite führte eine Treppe hinauf zur Frauenempore, die vermutlich bereits im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts vorhanden war.[54] Das Grundstück der Synagoge stellte ein langgestrecktes Trapez dar, das sich in der Tiefe stark verschmälerte. Im Jahr 1856 waren Reparaturen am Gebäude notwendig. Man versteigerte kleinere Maurerarbeiten, Zimmerarbeiten, Dachdeckerarbeiten, Schlosserarbeiten, vor allem aber Schreinerarbeiten in veranschlagter Höhe von 124 fl. 7 kr. und Weißbinderarbeiten in veranschlagter Höhe von 144 fl. 20 kr.[55]

Die Gemeindemikwe befand sich „am Ende des Gartens“ hinter der Synagoge nahe der Nachbarsscheune. Das alte „Badehaus“ habe sich „durch Vernachlässigung in der Unterhaltung in einem äußerst schlechten Zustand“ befunden. Die jüdische Gemeinde erwog deshalb eine Renovierung, entschied sich jedoch im Jahr 1859 für den Bau eines neuen Mikwenhäuschens anstelle des bisherigen. Die Kosten waren zuletzt mit 550 Gulden veranschlagt. Da der alte, im Ritualbad vorhandene Brunnen versiegt war, sollte an einer anderen Wasser führenden Stelle im Garten ein neuer gegraben werden.[56] Das Gebäude war mit einer Länge von 6,37 m und einer Breite von 4,20 m recht groß. Es stieß vermutlich mit seiner massiv gemauerten hohen Rück- oder Schildwand, gegen die das Pultdach geführt war, direkt an die östliche Grundstücksgrenze. Die übrigen Wände bestanden aus sichtbar belassenem rotem Ziegelfachwerk. Der erhaltene Bauplan zeigt die Innenaufteilung in zwei quadratische Räume: einen Vorraum mit Kessel und Wasserreservoir sowie den Raum mit dem vertieft angelegten Tauchbecken.[57] Im Jahr 1896 erbaute die Gemeinde offensichtlich wieder ein neues Ritualbad, für das der Einheitswert von 1.390 Mark überliefert ist.[58]

Vermutlich lag der Schulraum für den Unterricht der jüdischen Kinder ebenfalls im Synagogengebäude, möglicherweise auch Räume zur Unterbringung des Lehrers.[59] Ob die Gemeinde durchgehend einen Vorsänger und Lehrer für den Unterricht der Kinder beschäftigen konnte, ist nicht bekannt. Der Lehrer Isaak Lehmann bemühte sich 1857/58 um die Aufnahme als Ortsbürger.[60] Der jüdische Gemeindevorstand unterstützte das Gesuch und betonte, dass es auch für die christlichen Mitbürger von Interesse sei, wenn die jüdische Jugend erzogen würde.[61]

Die wirtschaftliche Situation in Groß-Zimmern war in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht gut. Berichte schildern

Abb. 3: Brouillon-Karte (Fotokopie) mit dem Synagogengrundstück (vor 1859), alte Synagoge. (Nr. 397, Pfeil) Privatsammlung Karl Rupp.

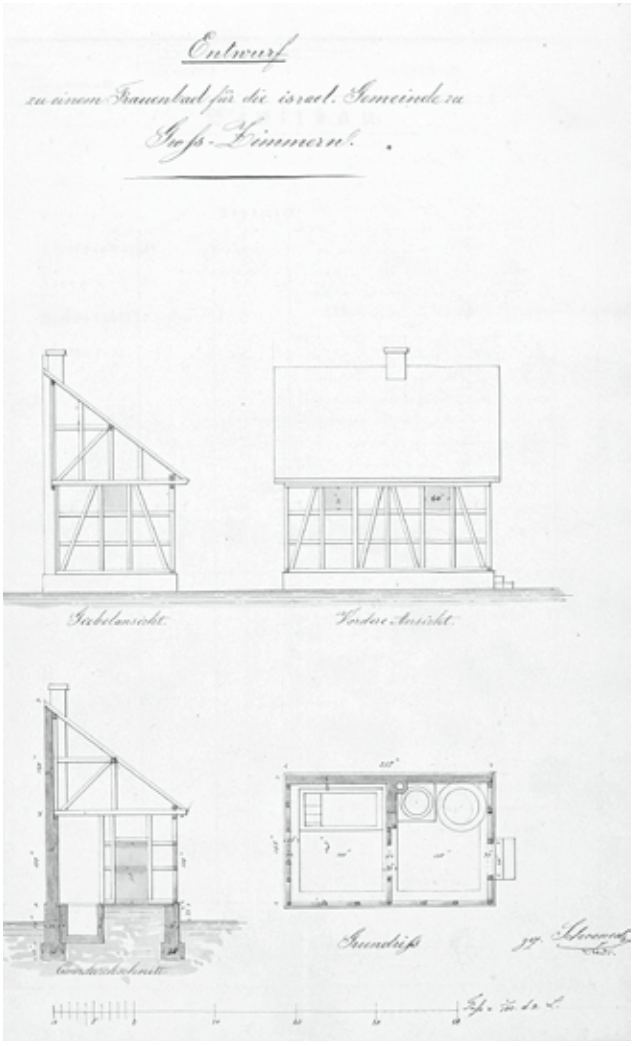


Abb. 4: Bauplan für die neue Mikwe, Ansichten, Querschnitt und Grundriss, 1859. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 3433.

in der ersten Jahrhunderthälfte ausgehungertes Vieh und eine steigende Zahl an Personen, die durch die Wohltätigkeit anderer ernährt werden mussten. Aus dieser Existenznot heraus erklärt sich, dass viele sich ein besseres Leben in Nordamerika erwarteten. So kam es 1846 zu einer Massenauswanderung aus Groß-Zimmern (500 bis 700 Personen bei 2.684 Einwohnern).[62] Zwar war bereits im Vorjahr Wendel Hirsch ausgewandert, doch erst in späteren Jahren kam es auch vermehrt zu Auswanderungen jüdischer Familien.[63] Die Zahl der jüdischen Gemeindeglieder dürfte 1867 mit 156 Personen ihren Zenit erreicht haben.[64] Die Familien waren vor allem im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, im Viehhandel und im Fruchthandel tätig, dazu kam der Handel mit Rohhäuten, Fett und Leder, mit Manufakturwaren, Ellenwaren und Eisen.[65] David David stellte Stiefel her.[66] Als einzige Frau wird im Gewerberegister Ester Grünewald geführt, die im Hausierhandel tätig war.[67] Der Lederhändler Bär Goldschmidt konnte es sich 1871 leisten, in seiner Hofreite neben einer neuen Waschküche auch eine in ein Gebäude integrierte Laubhütte zu errichten.[68]

Nachdem die Gemeinde in den 1870ern immer wieder nach einem orthodoxen Lehrer für den Unterricht der Kinder gesucht hatte, gelang es um 1883 mit Meier Spier einen Lehrer anzustellen, der bis 1938 in Groß-Zimmern blieb. [69] Spier übernahm die Leitung der Gottesdienste und sprang wohl hin und wieder auch in benachbarten Ortschaften als Lehrer ein. Er war bald eine im Ort allgemein akzeptierte und wertgeschätzte Person. Man ernannte ihn schließlich zum Festredner auf dem Turnerfest des „Starkenburger Turnerbundes“. Seine Rede wurde, so der *Israelit*, von zu „Tausenden zählenden Festteilnehmern mit rauschendem Beifall aufgenommen [...] .“[70]

Die Synagoge von 1890/91 und die Gemeinde im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert

Im April 1889 reichte die jüdische Gemeinde beim Kreisamt Dieburg das Baugesuch und die Baupläne für einen Synagogenneubau ein.[71] In einem letzten feierlichen Gottesdienst nahm sie am 27. Oktober 1889 Abschied von ihrer alten Synagoge, von der es bei der Gelegenheit hieß, sie stehe „schon Jahrhunderte lang“. Da der neue Synagogenbau am selben Standort aufgeführt werden sollte, verbrachte die Gemeinde die Torarollen nach Abschluss des Gottesdienstes „in den hell erleuchteten und schön ausgestatteten“ provisorischen Betsaal. [72] An der Finanzierung des Neubaus beteiligte sich maßgeblich der aus Groß-Zimmern stammende, inzwischen in Frankfurt wohnende David Goldschmidt. Auch die Gemeindemitglieder trugen durch ihre Opferbereitschaft wesentlich dazu bei.[73] Sogar die politische Gemeinde zeigte sich großzügig, indem sie bei Fertigstellung des Rohbaus einen Zuschuss von immerhin 500 Mark gewährte.[74] Am 8. Januar 1890 schrieb der Vorstand der jüdischen Gemeinde im *Odenwälder Boten* die Bauarbeiten für den Synagogenneubau aus.[75]

Wie bereits der Vorgängerbau lag auch die neue Synagoge im historischen Ortskern von Groß-Zimmern, nicht weit vom alten Rathaus in der nördlichen Hälfte der Kreuzstraße – einer heute eher untergeordneten Straße, die den Ort hier von Norden nach Süden durchquerte. Ein großer Teil dieses Ortsbereichs fiel 1971 der Ortskernsanierung zum Opfer und wurde 1980 mit einer neuen Mehrzweckhalle überbaut, sodass der Synagogenstandort als eigene Adresse innerhalb des Stadtplans heute nicht mehr nachvollziehbar ist.[76] Die Synagoge stand mit ihrem Westgiebel direkt an der Kreuzstraße. Im Norden war sie eng an die Nachbarbebauung gerückt, während südlich ein kleiner

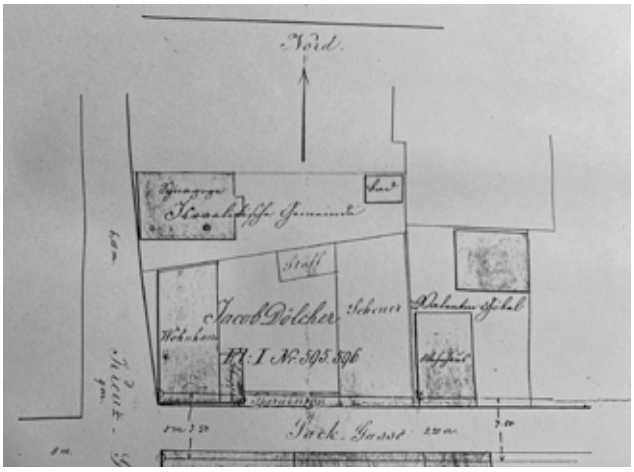


Abb. 5: Ausschnitt aus dem Lageplan Dölcher, Grundstück der Israelitischen Gemeinde Groß-Zimmern mit Synagoge und Ritualbad, nach 1891. Privatsammlung Karl Rupp.

Weg, der von einem Hoftor mit Steinpfosten ausging, in die Grundstückstiefe führte.[77] Das im Grundriss rechteckige Bauwerk maß in der Länge 11,50 m und in der Breite etwa 9 m. An der zum Garten orientierten Ostseite war ein rechteckiger Standerker angebracht. Das Gebäude bestand aus einem zweigeschossigen Erschließungstrakt und dem sich östlich anschließenden Saal. Das in der Gebäudeachse liegende Eingangsportal führte von der Straße in den Vorraum mit dem links angeordneten Treppenhaus. Von rechts fiel durch ein größeres Rundbogenfenster Licht in den Raum. Die männlichen Gottesdienstbesucher betraten von hier den zwei Stockwerke einnehmenden Betsaal und standen dem in einer Nische untergebrachten Toraschrein unmittelbar gegenüber. Das Aussehen der Rahmenarchitektur für den Schrein ist nicht überliefert. Nach der Erinnerung von Millie Störger, der Tochter des letzten Gemeindevorstehers von Groß-Zimmern (1933), habe die *Bima* – wie bei liberalen Gemeinden üblich – nahe am *Aron ha-Kodesch* gestanden, und davor habe eine große *Menora* ihren Platz gehabt. 64 Sitzplätze für die Männer verteilten sich in zwei Blöcken zu je sieben Reihen in dem Saal. Vorne waren rechts und links an den Wänden die Ehrenplätze angeordnet.[78] Die Frauenempore verlief an drei Seiten an den Wänden entlang und verfügte über 36 Plätze. Die möglicherweise zweiläufige Treppe erschloss auch die über einen Vorraum im Obergeschoss zugängliche Empore. Gegenüber der Treppe lag noch ein kleineres Zimmer. Das vollständig ausgebaute Dachgeschoss besaß ebenfalls einen Vorraum sowie zwei nach Süden ausgerichtete Zimmer, die ihr Licht über eine Dachgaube erhielten. In dem Vorraum befand sich vermutlich im Kniestockbereich des Daches eine *Genisa*, ein Aufbewahrungsort für unbrauchbar gewordene religiöse Schriften oder Ritualgegenstände. Von dort erreichte man den

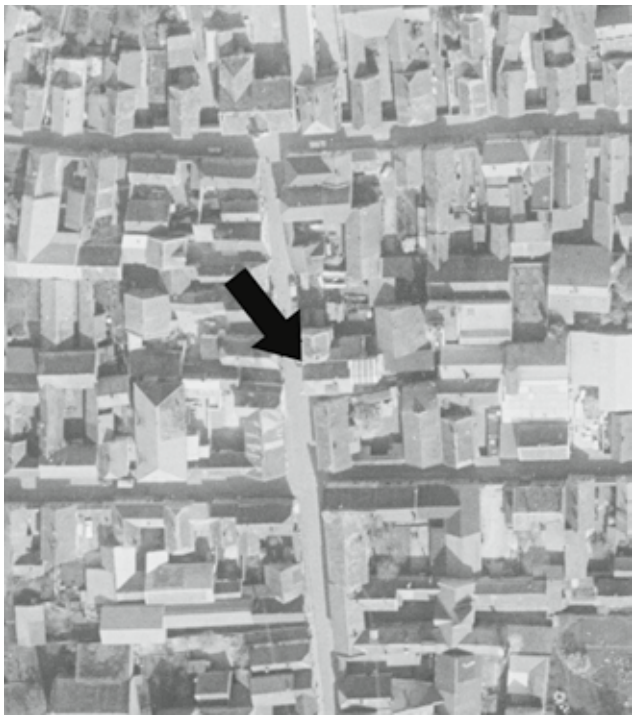


Abb. 6: Luftaufnahme von Groß-Zimmern, Ausschnitt mit Synagoge (Pfeil), 1961. Foto: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

über dem Betsaal angeordneten Schulraum. Dieser erhielt sein Tageslicht über drei Fenster in der Ostseite. Seine Ausstattung bestand aus zwei Tafeln, ferner aus Bänken und Pulten für Schüler und Lehrer.[79]

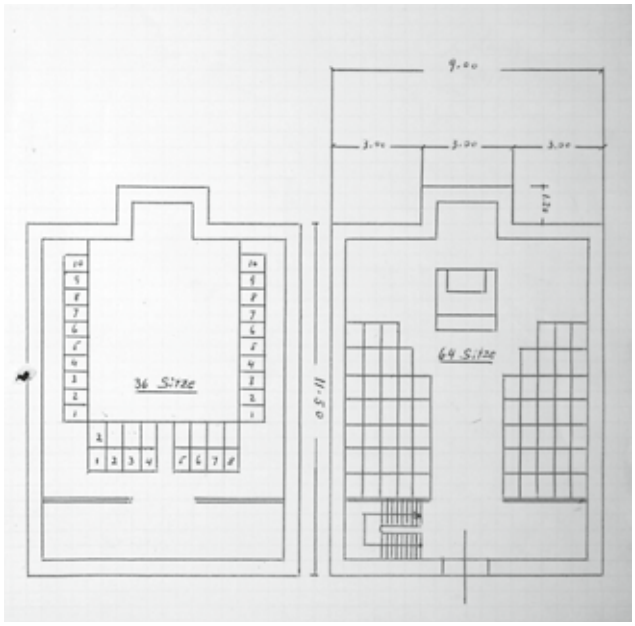


Abb. 7: Nach den Angaben von Zeitzeugen gefertigte Grundrissskizze der Synagoge für die Restitutionsverhandlungen der JRSO, 1960. Central Archives for the History of the Jewish People .

Die auffällige, hell verputzte Giebelfassade zur Kreuzstraße erhob sich über einem Rustikasockel aus Sandsteinquadern. Aus demselben Steinmaterial bestanden die Fenstergewände, die profilierten Sohlbänke und das Gurtgesims. Dieses trennte als profiliertes horizontales Band Erd- und Obergeschoss voneinander und setzte sich an der südlichen Seitenwand fort. Drei regelmäßige Fensterachsen mit rundbogigen Öffnungen gliederten die Fassade. Zum Hauptportal in der Mitte führte eine kleine Freitreppe mit drei Stufen. An den Fassadenkanten verliefen Lisenen, die im Giebelbereich in einen schrägen, vorgeblendeten Zackenfries übergingen. In Giebelmitte befand sich ein Rundfenster, darunter ein gerahmtes Feld, in das vermutlich eine hebräische Inschrift eingelassen war. Der über die Dachfläche herausragende Schildgiebel bildete an den Giebelfüßen Sockel aus, die Fialen oder kleine Türmchen aufnahmen. Der am First aufragende Sockel wurde von den Gebotetafeln bekrönt.[80] Die zum Weg zeigende südliche Außenwand war wohl in vier von einem vorgeblendeten Rahmen umgebene Wandfelder unterteilt, die in Analogie zur Fassade jeweils eine Fensterachse mit zwei rundbogigen Öffnungen aufnahmen.[81]

Die Synagoge von Groß-Zimmern fiel im Straßenbild zunächst durch ihre Größe und die mit den traufständigen Nachbarhäusern konkurrierende giebelständige Ausrichtung auf. Doch vor allem die Fassade, die in ihrer Zweigeschossigkeit die beschriebene „Multifunktionalität“ bereits andeutete, hob sich von den teilweise noch barocken Fachwerkhäusern ab. Der für viele Synagogen übliche Rundbogenstil vermittelte dabei den Charakter öffentlicher Architektur. Durch die hebräische Inschrift und die Gebotetafeln gab sich das Gebäude als jüdisches Gotteshaus zu erkennen und spiegelte das Selbstbewusstsein der in das soziale und gesellschaftliche Leben des Ortes eingebundenen jüdischen Gemeindeglieder.

Der Israelit berichtete, dass auch die Häuser der nichtjüdischen Ortsbürger für die Einweihung geschmückt worden waren, was man als „ein erfreuliches Zeichen in unserer trüben Zeit“ verstand.[82] Nach einem Abschiedsgottesdienst im Interimsbetraum zog man, begleitet von zahlreichen Vereinen, die ihre Fahnen trugen, zur Synagoge, wo dem Bürgermeister die Ehre zuteilwurde, die Türen feierlich zu öffnen. Danach wurde unter Gesang die Tora in den Schrein gebracht, und schließlich hielt der Darmstädter orthodoxe Rabbiner Marx die Festpredigt.[83] Zwei Jahre später lud die jüdische Gemeinde in Erinnerung an die Synagogeneinweihung zum „Israelitischen Festball“ in das Gasthaus zur Krone ein.[84]

In der Gemeinde, deren Zentrum nun die neue Synagoge war, fand offensichtlich ein reges Gemeindeleben statt. Lehrer Spier unterrichtete die Kinder, leitete die Gottesdienste und offenbar auch einen Synagogenchor. Ein Männer- und ein Frauenverein nahmen sich wohltätiger Aufgaben an.[85] Eine Besonderheit war der sogenannte jüdische Jünglingsverein, der sich 1849 unter dem Eindruck der Revolution 1848 gegründet hatte, wohl als jüdisches Pendant zu den zahlreichen christlichen Jünglingsvereinen vaterländischer Gesinnung, die um die Jahrhundertwende entstanden waren.[86] Die Aufgabe des Vereins verstand man darin, „durch Abhalten von Vorträgen religiös-literarischen Inhaltes Tora zu pflegen und zu verbreiten“.[87] 1899 feierte der Verein sein 50-jähriges Bestehen mit einem Gottesdienst und weiteren Feierlichkeiten.[88] Dabei wurde die Kaisertreue des Vereins hervorgehoben, die sich etwa auch in umfänglichen Feierlichkeiten für den Geburtstag Kaiser Wilhelms II. im Jahr 1905 widerspiegelte.[89] Der Verein bestand noch über das Ende der Kaiserzeit und den Ersten Weltkrieg hinaus. Der Krieg forderte unter den Bewohnern Groß-Zimmerns insgesamt 136 Opfer, darunter drei aus der jüdischen Gemeinde.[90] Sally Lehmann wurde mit den übrigen Gefallenen später auf einer Gedenktafel genannt, die auf dem Friedhof aufgestellt wurde.[91]

Abb. 8: Fassade der Synagoge zur Kreuzstraße, um 1925. Privatsammlung Werner Roth.

Die Anzahl der Gemeindemitglieder war inzwischen deutlich zurückgegangen. Am Vorabend der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zählte die jüdische Wohlfahrtspflege noch 71 jüdische Einwohner in Groß-Zimmern.[92] Vorstandsmitglied Nathan Mathes saß zugleich dem Jünglingsverein vor, der zweite Vorsitzende dem Männerverein und Frau Ranis leitete den Frauenverein.[93] Die Gemeindemitglieder erwirtschafteten ihr Einkommen überwiegend aus dem Manufaktur-, Getreide- und Vieh- sowie Eisenhandel. Die Familie Störger führte ein Geschäft in der Jahnstraße, das Haushaltswaren anbot.

Abb. 9: Kochtopf aus der Eisenhandlung Störger in der Jahnstraße, Sammlung Karl Rupp. Foto: Rahel Blum.

Das Ende der Gemeinde unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Bereits unter dem Eindruck der politischen Veränderungen feierte Lehrer Spier 1933 sein goldenes Dienstjubiläum, im folgenden Jahr fand die Hochzeit von Nathan Mathes Tochter Millie in der Synagoge statt, die letzte jüdische Hochzeit in Groß-Zimmern.[94] Die Bedingungen für die jüdischen Familien wurden nun immer schwieriger. Zuerst wurde die Ausweisung der als „polnisch“ definierten Familien Schicke und Wilner verfügt.[95] Ab 1934 kam es zu Zwangsversteigerungen unter den jüdischen Händlern.[96] Der Schuhhändler Mathes, die Textilhändler Reis und Götz sowie der Mehlhändler Benedick waren die Ersten, die ihre Geschäfte verloren.[97] Auch die Bettfedernfabrik der Firma Sally Blum Söhne war in ihrer Existenz gefährdet und musste schließlich verkauft werden.[98] Im September 1935 übertrug der Gemeinderat die Nürnberger Gesetzte auf den lokalen Raum und schloss Juden explizit von (Vieh-) Versteigerungen aus, ebenso alle, die künftig mit den Juden zusammenarbeiteten.[99]

Abb. 10: Blick auf Kreuzstraße und Synagoge (hinter dem Haus mit Hakenkreuzflagge) bei Festbeflaggung in den 1930er Jahren, Sammlung Kerbverein Groß-Zimmern.

Gegen die Beeinflussung der Kirche durch die NS-Gewaltherrschaft regte sich in Groß-Zimmern Widerstand. Der evangelische Pfarrer Heinrich Lebrecht kehrte mit seiner Gemeinde 1934 den „Deutschen Christen“ wieder den Rücken und schloss sich stattdessen der Bekennenden Kirche an. Noch vor der Bekanntgabe dieses Austritts trat der Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter Friedrich Bauer aus der evangelischen Kirchengemeinde des Ortes aus.[100] Der Pfarrer geriet nun als Geistlicher, aber auch als Sohn eines zum Christentum konvertierten Juden immer weiter unter Druck. 1944 wurde er der Zwangsarbeit in der Organisation Todt zugeteilt und kehrte nicht zurück.[101]

Die Situation wurde für die jüdische Bevölkerung immer schwerer zu ertragen. Bereits in der Nacht vom 15. auf den 16. November 1935 wurden nicht nur beim Kaufhaus von Ludwig Ranis drei Scheiben eingeworfen, sondern auch in der Synagoge in der Kreuzstraße.[102] Die langjährige Reinigungskraft der Synagoge gab an, dass zwölf Scheiben an zwei Fenstern zerstört worden waren, vermutlich die Rundbogenfenster im Erdgeschoss. Anscheinend hatte die Reinigungskraft die Täter erkannt, denn sie hatte einer Nachbarin gegenüber verlauten lassen, sie „bedaure [...] dass die sich für so Sachen hergeben.“[103] Die Täter wurden aber offenbar nie gefasst.

Einige der Groß-Zimmerner Juden flohen ab 1935 aus Deutschland nach Südafrika (der Sohn des Pferdehändlers Josef Wolf), in die USA (Nathan Mathes und Nathan Reiß

mit Familien, Albert Weinberg und Frau, Moritz Siegel und Familie) oder nach Südamerika (Alfred Reiß). Wer nicht ins Ausland gehen konnte, versuchte, in die Anonymität der Städte Darmstadt, Frankfurt oder Mannheim zu fliehen. Ludwig Ranis und seine Familie zogen 1938 nach Darmstadt.[104] Ihre Häuser mussten auch sie zu Spottpreisen an ehemalige Mitbürger abgeben.[105] Im Herbst 1938 wohnten noch sieben als jüdisch erklärte Familien im Ort, einzelne bereiteten noch ihre Flucht ins Ausland vor.[106]

Die Pogrome im November 1938

Im November 1938 kam es auch in Groß-Zimmern zu antijüdischen Ausschreitungen. Vor Gericht datierte man sie später auf den 9. November abends.[107] Nach der Gedenkfeier der örtlichen NSDAP für den Hitlerputsch 1923 organisierte der Ortsgruppenleiter und Bürgermeister Friedrich Bauer verschiedene Demolierungstrupps, die zu den Häusern der jüdischen Familien ziehen sollten.[108]

Gegen 21:00 Uhr zog eine Gruppe zunächst zum Haus der Familie Blum in der heutigen Friedensstraße, wo sich bereits Mitglieder der HJ positioniert hatten. Da es wohl bereits am Vortag hier zu Demolierungen gekommen war, waren die Türen verrammelt. Blum selbst war in Schutzhaft. Die Haustür wurde eingeschlagen und das Haus von 20 bis 30 Männern besetzt, die ihre Gesichter verhüllt hatten.[109] Vor den Augen von Hausangestellten, die den Besitz der Blums für den Umzug nach Frankfurt vorbereiteten, wurde das gesamte Inventar des Hauses zertrümmert. Eine Gruppe zog dann weiter zum Haus der Arontals, eine andere in die Kirchstraße zum Haus der Familien Susmann und Störger. Auch hier wurde das Inventar zertrümmert. Frau Störger erlitt vor Schreck einen Herzinfarkt, worauf die Gruppe abzog. Der nichtjüdische Hausbesitzer war hier den Demolierenden entgegengetreten, vermutlich um Schäden an seinem Eigentum zu verhindern. Eine der Gruppen hatte sich auch zur Geflügelhandlung Siegel begeben. Ein Angestellter öffnete das Tor, um zu verhindern, dass dieses zertrümmert würde. Auch hier zerstörte die Gruppe die Inneneinrichtung, bis man den Bitten des Angestellten nachkam, damit aufzuhören.

Auch die jüdische Familie Reis blieb nicht verschont. Mit den Demolierungstrupps zogen zahlreiche Schaulustige durch den Ort, die das Geschehen beobachteten und nicht eingriffen. Bis Mitternacht waren die Zerstörungen beendet, und auf den Befehl des Ortsgruppenleiters Bauer wurde nun das Haus der Blums geplündert. Einige Tage später konnte Blums Ehefrau zumindest eine Rückgabe der meisten Textilien erwirken. Am 10. November wurden sechs jüdische Männer verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald transportiert.[110] Einige der Familien versuchten daraufhin, andernorts Schutz zu finden. Angeblich hätten einige Anwohner jüdische Personen nach Hergershausen gebracht, um diese zu schützen.[111]

Das Synagogen-Gebäude blieb während der Novemberpogrome verschont, zum einen wegen der dichten Bebauung und zum anderen, weil bereits Verkaufsverhandlungen geführt wurden. Die Inneneinrichtung und die Ritualgegenstände wurden jedoch vollkommen zerstört.[112] Bereits am 30. September 1938 hatten die Eheleute Katharina und Franz Krauss einen Grundstückskaufvertrag mit der Israelitischen Religionsgemeinde für das Synagogengrundstück abgeschlossen. Den Kauf zum Preis von 1.300 RM bei einem Einheitswert des Gebäudes von 8.600 RM genehmigte die Landesregierung jedoch erst Anfang August 1939. Der Verkaufspreis sei angemessen, denn die Synagoge der israelitischen Religionsgemeinde bestehe „lediglich aus 4 Wänden mit Dach“. In dem jetzigen Zustand passe das Gebäude „nicht mehr in das Strassenbild“ und sollte „bis fast auf die Grundmauern abgerissen und vollkommen neu hergerichtet“ werden. Es ist anzunehmen, dass der Betrag von 1.300 RM auf ein Sperrkonto eingezahlt und der jüdischen Gemeinde nicht ausgehändigt wurde. Kurze Zeit später verkaufte das Ehepaar Krauss das Gebäude weiter an den Schreinermeister und Möbelfabrikanten Gottfried Weidner und dessen Ehefrau.[113] Weidner baute die Synagoge noch im Oktober 1939 zum Wohnhaus um.[114] Das 1896 erbaute Ritualbad diente zunächst als Nebengebäude und wurde bis August 1941 zur zweigeschossigen, unterkellerten Schreinerwerkstatt umgebaut. Zur gleichen Zeit entstand im Garten eine Lagerhalle.[115]

Die Familie Blum zog nach Frankfurt. Eine ehemalige Hausangestellte und ein Ortsbewohner, der Mitglied der Bekennenden Kirche war, versorgten sie immer wieder mit Lebensmitteln.[116] Als diese Unterstützung bekannt wurde, wurden beide Helfer im April 1940 öffentlich inmitten des Ortes als „Judenfreunde“ diffamiert.[117] Auch der alte Lehrer Meier Spier und seine Frau zogen nach Frankfurt. Doch die Hoffnung, dort untertauchen zu können, wurde enttäuscht. Am 15. September 1942 wurde Spier nach Theresienstadt deportiert, wo er ein Jahr später zu Tode kam. Heute sind aber bei weitem noch nicht alle Schicksale der Juden und Jüdinnen, die unter der NS-Gewaltherrschaft in Groß-Zimmern gelebt hatten, fliehen konnten oder ermordet wurden, im Detail bekannt.[118] Von der einst blühenden jüdischen Gemeinde jedenfalls war nichts geblieben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Täter des Novembers 1938 zur Rechenschaft gezogen. Zunächst wurden drei Männer im Januar 1946 wegen

Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen zwischen einem und eineinhalb Jahren verurteilt.[119] Auf diesen Prozess folgte ein weiterer am Landgericht Darmstadt gegen 18 Männer, die beschuldigt wurden, an den Ausschreitungen, Demolierungen und Plünderungen in Groß-Zimmern beteiligt gewesen zu sein. Das Gericht konnte neun von ihnen u. a. wegen schweren oder einfachen Landfriedensbruchs schuldig sprechen.[120] Das Strafmaß belief sich auf zwischen drei und 14 Monaten.[121] Bei allen wurde unter anderem strafmindernd berücksichtigt, dass sie angeblich unter dem Einfluss der „willensstarke[n] und entschlossene[n] Persönlichkeit“ des Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters Bauer standen oder teilweise beruflich von diesem abhängig gewesen waren. Auch Zeiten in Kriegsgefangenenlager wurden strafmildernd berücksichtigt. Anderen Angeklagten wurden Haftstrafen gänzlich oder für eine bestimmte Zeit erlassen.[122] Der ehemalige Bürgermeister Friedrich Bauer konnte nie belangt werden. Zum Zeitpunkt des Prozesses befand er sich angeblich noch in Kriegsgefangenschaft, später wurde er für tot erklärt.[123] Acht weitere Angeklagte wurden wegen Mangels an belastenden Beweisen freigesprochen. Das Gericht hielt allerdings fest: „Der von den Angeklagten ausgeübte Terror ist ein Glied in der Kette von politischem Unrecht, das bis in die Gegenwart fortwirkt.“[124]

Das Schicksal der Synagoge nach der Schoa

Nach Berechnung der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) betrugen der während des Novemberpogroms verursachte Teilschaden am Gebäude sowie der Schaden an der Inneneinrichtung und den Ritualien rund 100.000 Mark. Ein Vergleich wurde jedoch nicht mit den Käufern des Gebäudes geschlossen, sondern mit dem Hessischen Ministerium des Innern, das ab 1961 allgemein für die Pogromschäden an den baulichen Einrichtungen der jüdischen Gemeinden aufkam.[125]

Das damalige Aussehen der ehemaligen Synagoge als *Möbelhaus Weidner* wird durch eine historische Fotografie überliefert: Alle Rundbögen waren vermauert und die Fensteraufteilung der Fassade verändert. Für die Nutzung als Möbelgeschäft hatte der neue Besitzer bis zum Boden reichende Schaufenster in das Erdgeschoss einbrechen lassen. Alle Schmuckelemente des Giebels, die Gesimse, das Rundfenster, die Gebotetafeln und die Inschrifttafel, die den Bau als jüdisches Gotteshaus kennzeichneten, hatte er abschlagen lassen. Um den Bau auch als Wohnhaus nutzen zu können, hatte der einstige Betsaal gewiss eine Zwischendecke erhalten. Dabei waren die Umfassungswände erhalten geblieben.

Abb. 11: Blick in die Kreuzstraße nach Norden zum alten Rathaus, rechts im Bild die zum Möbelgeschäft umgebaute Synagoge, späte 1950er Jahre. Sammlung Kerbverein Groß-Zimmern.

Abb. 12: Blick in die Kreuzstraße nach Norden zum alten Rathaus, rechts im Bild die rote Ziegelumfassung, die den Standort der ehemaligen Synagoge markiert, Aufnahme 2025. Foto: Stefan Vogt.

Im Zuge einer Ortskernsanierung wurde 1971 ein großer Teil des alten Ortskerns im Bereich zwischen Kreuzstraße, Pfarrgasse und Angelgasse abgerissen, darunter auch das ehemalige Synagogengebäude. Bis 1980 entstand an der Stelle eine große, von der Straße zurückgesetzte Mehrzweckhalle. Erst 1986 wurde am Standort der ehemaligen Synagoge ein Gedenkstein gesetzt und mit einer Ziegelmauer von der Straße abgegrenzt. Rote Ziegel wurden auch um den Gedenkstein herum verlegt und heben dessen Position hervor.

Der Gedenkstein wurde am 14. September 1986 feierlich enthüllt.[126] Der damalige Darmstädter Rabbiner Adler sowie ein Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen waren präsent. Anwesend war auch Millie Störger, die die NS-Gewaltherrschaft durch Flucht überlebt hatte.[127] Zwanzig Jahre später, 2009, gab es Kritik an der Position des Gedenksteins, und eine der örtlichen

Parteien regte an, den Gedenkort sichtbarer zu gestalten. Die Ziegelmauer vor dem Gedenkstein sollte aufgebrochen werden, sodass der Stein für Passanten sichtbar sei. Zudem wünschte man, den Stein so zu drehen, dass die Menorah von der Straße aus erkennbar sei. Die Idee war außerdem, dass „das aufgebrochene Mauerwerk […] zudem die zerstörende Wirkung des Krieges symbolisieren und zu einer Aufwertung der kleinen Gedenkstätte beitragen [könnte].“[128] Der Antrag war aber nicht erfolgreich. Eine Informationstafel an dem Backsteinmäuerchen vor dem Gedenkstein zeichnet in groben Zügen die Geschichte der Synagoge nach, mit der die Tatsachen beschönigenden Aussage, die Synagoge sei bereits 1938 verkauft und deshalb nicht zerstört worden.

Am Wohnhaus von Meier Spier weist heute eine kleine Tafel auf den im KZ Theresienstadt zu Tode gekommenen Lehrer hin.[129] Außerdem sind Straßen im Ort nach Pfarrer Lebrecht, Meier Spier und Nathan Mathes benannt worden. Die Namen dieser Männer stehen symbolisch für die in Groß-Zimmern geborenen oder gelebt habenden jüdischen Bürger des Ortes, die unter der NS-Gewaltherrschaft zu Tode gekommen sind.[130]

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Abb. 13: Standort der ehemaligen Synagoge und Gedenkstein. Aufnahme von 2025. Foto: Stefan Vogt.

Für Hinweise, Unterstützung sowie Zugriff auf private Sammlungen danken wir insbesondere Manfred Göbel, Werner Roth und Karl Rupp.

Groß-Zimmern in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/129

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1730	10 Hausväter
1749	5 Hausväter und plus 1 Witwe (wertheimische Seite)
1751	etwa 15 Hausväter
1775	5–6 Hausväter (wertheimische Seite)
1802	13 Familien
1829	133 Personen
1867	144 Personen
1880	98 Personen
1910	82 Personen
1925	64 Personen
1932/33	71 Personen
Ende 1938	7 Personen

Zahlen nach: HStAD C 4, Nr. 112 (1730); StAWt-R Rep. 41b, Nr. 1, Akte 24 (1749); CJA 1 A Da2, Nr. 36 (1751); StAWt-R Rep. 41 b, Nr. 41 (1775); Lange, L’chajim, S. 25 (1802, 1867, 1880, 1910, 1925, 1938); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 91 (1829); Groß-Zimmern, in: LAGIS Hessen, Jüdische Wohlfahrtspflege 1932/33, lagis.hessen.de/resolve/de/jgv/212, letzter Zugriff 10. März 2025 (1932/33); YVA O.52, Nr. 596 (Ende 1938).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Arnsberg, Paul, Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Groß-Zimmern, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 194–197.

Eckhardt, Albrecht, Groß-Zimmern in seiner geschichtlichen Entwicklung, in: Der Odenwald 23 (1976), S. 75–92.

Gemeindevorstand Groß-Zimmern (Hrsg.), Groß-Zimmern Klein-Zimmern. Beiträge zur Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart. Herausgegeben anläßlich der 700-Jahrfeier, Babenhausen 1976.

Göbel, Manfred/Karl Rupp, In der Verfolgung auch Unterstützung. Das Ende der jüdischen Gemeinde in Groß-Zimmern, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde 76 (2018), S. 195–210.

Köhler, Brigitte, Die große Auswanderung im Jahre 1846, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 94–103.

Köhler, Brigitte, Hungerjahre im 19. Jahrhundert, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 87–92.
Lebrecht, Marianne, Verschweigen oder kämpfen. Ein Pfarrer und seine Gemeinde im Kirchenkampf 1933 bis 1945, Heppenheim 2001.
zu Löwenstein, Christine, Verwehte Spuren? Otzberg 2010.
Reitz, Heinz, Die ältesten Zimmerner Häuser und ihre Besitzer, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 262–327.
Thünken, Walter, Groß-Zimmern im 19. und 20. Jahrhundert, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 116–172.
Weber, Hans, Groß- und Klein-Zimmern im Verband der Dieburger Mark, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 72–86.
Weber, Hans, Zum Wirtschaftsleben der Gemeinden Groß- und Kleinzimmern, in: Gemeindevorstand Groß-Zimmern, Groß-Zimmern Klein-Zimmern, S. 104–115.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Da3: Nr. 31a
– D-Da3: Nr. 63
– D-Da3: Nr. 63
– D-Lj4: Nr. 82
– D-Lj4: Nr. 82
– JRSO-Hes: Nr. 270
Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAM)
– Alte Kästen: K18-Ia-4a-c.
Gemeindearchiv Groß-Zimmern (GA Groß-Zimmern)
– XIII-5: Nr. 4-24
– XXVII-3: Nr. 8
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7382
– 518: Nr. 1481
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 1 B: Nr. 77
– C 12 Groß-Zimmern: Nr. 81-1-3
– C 4: Nr. 112/1; 113/2
– E 12: Nr. 226/12
– E 13: Nr. 63/2; 2116
– G 15 Dieburg: Nr. J 110; L 4; Q 302; Q 636; T 180
– G 26 D: Nr. 2055
– H 2 Dieburg: Nr. 554
– H 13 Darmstadt: Nr. 119; 874; 984
– H 2 Dieburg: Nr. 7756
– O.61 Kohlmannslehner: Nr. 35
– P 11: Nr. 3433
– Q 2: Nr. 12
– R 21 J: Nr. 1837; 2246
– S 1: Nachweis1
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 86 Hanauer Nachträge: Nr. 26145
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.33: Nr. 10074
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Paul Arnsberg: Nr. 229
Kerbverein Groß-Zimmern
– Fotosammlung.
Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim (StAWt)
– R-Rep. 12e: Nr. 101
– R-Rep. 41b: Nr. 41; 44
– R-Rep. 8a: Nr. 1309
– R-Rep. H 9 I: Nr. 201; 205; 207; 209; 210; 211; 215; 219: 279: 340; 538; 608; 659; 752: 1080.
– R-Rep. K: Nr. 475.
– R-Rep.102: Nr. 637
Privatarchiv Karl Rupp (PA Rupp)
– Fotosammlung
– Kopien aus GA Groß-Zimmern.
Privatarchiv Manfred Göbel (PA Göbel)
– Auflistung Todeserklärungen
– Auswandererlisten
Privatarchiv Werner Roth (PA Roth)
– Fotosammlung
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14/37; 14/52–14/65; 14/79–14/94
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Da2: Nr. 36
– 1 E: Nr. 109
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.52: Nr. 596

Anmerkungen

1 DDAMZ, Alte Kästen K18-Ia-4a-c.
2 Eckhardt, Groß-Zimmern, S. 7.
3 HStAD, C 1 B: Nr. 77, S. 145.
4 HStAM, 86 Hanauer Nachträge, Nr. 26145.
5 Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 69.
6 HStAD, R 21 J, Nr. 2246.
7 HStAD, C 4: Nr. 112/1, Blatt 24.
8 HStAD, C 4: Nr. 113/2, Blatt 27; HStAD, C 4, in Nr. 112/1, S. 28v.
9 StAWt, R-Rep. 12e, Nr. 101.
10 StAWt, R-Rep. 12e, Nr. 101.
11 Eckhardt, Groß-Zimmern, S. 7.
12 StadtA Dieburg, B: Nr. 14/37, ein Erwachsener und ein Kind, vgl. auch Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 48.
13 Auswertung sämtlicher Stadtrechnungen Dieburgs, vgl. StadtA Dieburg, B, Nr. 14/52–14/65, darin die Jahre 1684, 1687/88, 1688/89, 1691, 1694, 1697.
14 StAWt, R H 9 I, Nr. 752 (1697).
15 HStAD, C 4: Nr. 112/1; Staatsarchiv Wertheim R-H 9 I Nr. 659; HStAD, E 13, Nr. 2116; HStAD, C 4, Nr. 112/1.
16 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr 279.
17 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr 279.
18 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 201; 205; 207; 209; 210; 211; 215; 219; 538; 752; StAWt, R-Rep. 102, Nr. 637; StAWt, R-Rep. 8a, Nr. 1309, Weber, Groß- und Klein-Zimmern, S. 79.
19 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 210.
20 HStAD, R 21 J, Nr. 1837; HStAD, E 13, Nr. 63/2.

21 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/79–14/94.
22 Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 48.
23 Eckhardt, Groß-Zimmern, S. 8.
24 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern Protokolle von 1716.
25 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern Protokolle von 1716.
26 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 340.
27 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern Protokolle von 1724.
28 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern Protokolle von 1744 und 1746.
29 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern Protokolle von 1744 und 1746.
30 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern Protokolle von 1746.
31 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern 1724.
32 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Groß-Zimmern 1730, siehe Statistik im Anhang.
33 CJA, 1 A Da2, Nr. 36, unter den Namen sind keine deckungsgleich mit der vorgenannten Liste.
34 CJA, 1 A Da2, Nr. 36, S. 55 r/v.
35 CJA, 1 E, Nr. 109.
36 StaWt, R-Rep. 41b, Nr. 41. Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 1280–1282.
37 StaWt, R-Rep. 41b, Nr. 41.
38 StaWt, R-Rep. 41b, Nr. 44, Itzig ben Motze, Abraham har Jona, Joseph bar Elieser, Ahron bar Elieser, Jokev Chaim (Spachbrücken), Jokev Shimon Sachbrücken, hier unterschrieben nicht mehr die Juden aus Großzimmern; zu Löwenstein, Verwehte Spuren, S 15.
39 Hier und im Folgenden nach CAHJP D-Da3-63.
40 Gelegentlich auch nur Ephraim genannt.
41 StaWt, R-Rep. 41b, Nr. 40, 15; CAHJP, D-Lj4-82.
42 StaWt, R-Rep. 41b, Nr. 40.
43 ISG, H.15.33, Nr. 10074. Die Namensgebung ist auch in den wertheimischen Akten nicht immer eindeutig, sodass es sich auch bei dem hier genannten Ephraim um den o. g. Löw Ephraim handeln könnte.
44 HStAD, G 26 D, Nr. 2055; HStAD, E 12, Nr. 226/12 Bl. 7–8v.
45 Alle Angaben nach CAHJP, D-LJ4-82, HStAD, Q 2, Nr. 12.
46 Wagner, Statistische-topographisch-historische Beschreibung, S. 91.
47 Lange, L'chaijm, S. 25.
48 Jahnstraße: Löw Abraham und Benedikt Abraham, Löw Zodick und Salomon Isaak, Kreuzgasse: Gerson Löw und Synagoge, Angelstraße: Sohn des Levi, Enggasse: Samuel Bär und Joseph Blum, vgl. Reitz, Die ältesten Zimmerner Häuser.
49 Wagner, Statistische-topographisch-historische Beschreibung, S. 91.
50 Wagner, Statistische-topographisch-historische Beschreibung, S. 88, 45–47, 107, 191.
51 Zusammenfassung aus HStAD, C 12 Groß-Zimmern, Nr. 81-1-3, Geburts-, Trau- und Sterberegister.
52 Reitz, Die ältesten Zimmerner Häuser, S. 301; PA Rupp, Kopie aus Hypothekenbuch (1809–1850).
53 PA Rupp, Brouillon-Karte (Fotokopie) mit dem Synagogengrundstück (vor 1859), alte Synagoge (Nr. 397).
54 Hier und im Folgenden nach CAHJP D-Da3-63.
55 PA Rupp, nach Anzeigen-Blatt für den Kreis Dieburg und Neustadt, Nr. 50, 28. Juni 1856.
56 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L4, dort auch das Zitat.
57 HStAD, P 11, Nr. 3433.
58 HHStAW, 518, Nr. 1481. Siehe auch PA Rupp, Ausschnitt aus dem Brouillon nach 1891 (Fotokopie).
59 Beides ist für das erste Synagogengebäude bisher nicht belegt, entsprechende Räumlichkeiten fanden sich aber in der Synagoge von 1891.
60 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 110.
61 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 110.
62 Groß-Zimmern, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13423, letzter Zugriff 29. April 2024; Eckhardt, Groß-Zimmern, S. 12; Köhler, Hungerjahre.
63 Joseph Mai (1885), Mathes Mathes (1891), Jacob Mathes (1890), Moses Ehrmann (ohne Jahr), Samuel Reinheimer (1872), Sally May (1889), Samuel May (1891), Max Störger (1890), Süßmann Stürger (1883), vgl. LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/de/personen/hessische-auswanderer, Stichwortsuche Groß-Zimmern und jüdische Religionszugehörigkeit, letzter Zugriff 15. Februar 2025. Bereits 1865 kam es zur Auswanderung von Jacobine Ranis, Rrivatsammlung Göbel, Auswandererlisten.
64 Lange, L'chaijm, S. 25.
65 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 105; R 127; R 128; R 186; R 208; R 213; R 214; R 272; R 567; R 568; R 569; R 570; R 574; R 584.
66 HStAD, G 28 Dieburg, Nr. R 105; R 128; R 155.
67 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 189; R 569.
68 Bauantrag des Bär Goldschmidt, Kopie nach GemA Groß-Zimmern, XXVI, 3, 12, Nr. 35. Eine weitere dauerhafte Laubhütte befand sich in der Angelstraße 37, auf dem Grundstück, das bis 1938 Max Lehmann gehörte, und in der Angelstraße 7, vgl. PA Rupp, Häuserliste.
69 Der Israelit, Nr. 47, 21. November 1877; Der Israelit, Nr. 13, 31. März 1875; Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 197.
70 Der Israelit, Nr. 13, 15. Februar 1892.
71 GA Groß-Zimmern, XIII-5, Nr. 4-24, Gesuch der israelitischen Gemeinde um Erlaubnis zum Bau einer Synagoge (Fotokopie PA Rupp).
72 Aus Hessen-Darmstadt, in: Der Israelit Nr. 88, 11. November 1889, S. 1520.
73 Groß-Zimmern, in: Der Israelit Nr. 52, 2. Juli 1891, S. 967.
74 PA Rupp, Kopie aus dem Gemeinderatsprotokoll der Jahre 1888–1896.
75 Karl Rupp, Gedenken in Stein. Was von der ehemaligen Synagoge in Groß-Zimmern übrigblieb (Manuskript), in PA Rupp.
76 Vor der Ortskernsanierung lautete der Standort Kreuzstraße 17.
77 Vgl. den Ausschnitt aus dem Brouillon ab 1891 im PA Rupp (Fotokopie).
78 CAHJP, JRSO-Hes-270. Siehe PA Rupp, Skizze Karl Rupp nach Angaben von Millie Störger.
79 Siehe PA Rupp, Skizze Karl Rupp nach Angaben von Millie Störger.
80 Vgl. auch die Beschreibung bei Altaras, Synagogen, S. 282–283.
81 Siehe PA Rupp, Skizze Karl Rupp mit vier Fenstern nach Süden nach Angaben von Millie Störger.
82 Der Israelit, Nr. 13, 15. Februar 1892.
83 Der Israelit, Nr. 13, 15. Februar 1892.
84 PA Rupp, Zeitungsanzeige in: Odenwälder Bote, 8. Juli 1893.
85 Der Israelit, Nr. 23, 7. Juni 1928, und Groß-Zimmern, in: LAGIS Hessen, Jüdische Wohlfahrtspflege 1932/33, agis.hessen.de/resolve/de/jgv/212, letzter Zugriff 1. Januar 2025.
86 Art. Jünglingsvereine, in: Meyers Großes Konversationslexikon, 6. Aufl., Leipzig 1905–1909, digitalisierte Fassung im Wörterbuchnetz des Trier Center for Digital Humanities, Version 01/23, www.woerterbuchnetz.de/Meyers?lemid=J01559, letzter Zugriff 8. Januar 2025.
87 Der Israelit, Nr. 96, 4. Dezember 1899.
88 Der Israelit, Nr. 96, 4. Dezember 1899.
89 Der Israelit vom 10. Februar 1905, zit. nach Groß-Zimmern, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-zimmern_synagoge.htm, letzter Zugriff 4. April 2025.
90 Opferzahlen nach PA Göbel, Auflistung Todeserklärungen: David David, 1917 in Frankreich an Herzschwäche und Lungenembolie gestorben, Sally Lehmann in Frankreich gefallen und Marx Wolf in Polen.

91 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, S. 62 und 232, nennt nur Sally Lehmann.
92 Paul Arnsberg gegenüber gab man 1965 die Größe der Gemeinde mit ca. 180 Personen an, vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 229.
93 Groß-Zimmern, in: LAGIS Hessen, Jüdische Wohlfahrtspflege 1932/33, lagis.hessen.de/resolve/de/jgv/212, letzter Zugriff 1. Januar 2025. Auch hier wurde der Vorname nicht genannt.
94 Der Israelit, Nr. 40/41, 4. Oktober 1933, zit. nach Groß-Zimmern, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-zimmern_synagoge.htm, letzter Zugriff 4. April 2025; Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 197.
95 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 302.
96 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 198.
97 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 198.
98 Zu Details siehe HHStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 180.
99 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 199.
100 HStAD, G 28 Dieburg, F 900, hier aber datiert auf das Jahr 1939, die Akte fehlt heute im Bestand.
101 Zur Geschichte des Pfarrers Heinrich Lebrecht siehe die Schilderung seiner Tochter: Lebrecht, Verschweigen oder kämpfen. 1945 wurde Lebrecht bei einem Bombenangriff verwundet und starb aufgrund mangelnder ärztlicher Versorgung.
102 HStAD, G 15 Dieburg, Q 636.
103 HStAD, G 15 Dieburg, Q 636.
104 Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 229.
105 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 180.
106 Detailliert siehe bei Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 200.
107 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 984, S. 1–10.
108 Vgl. Lange, L'chajim, S. 221. Die Schilderung der Übergriffe im Folgenden nach HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 984, S. 1–10 und nach Göbel/Rupp, In der Verfolgung.
109 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 204.
110 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 203.
111 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 205.
112 HHStAW, 503, Nr. 7382; HHStAW, 518, Nr. 1481, Ermittlungsbericht nach Auskunft des Bürgermeisters vom 28. November 1960.
113 HStAD, O.61 Kohlmannslehner, Nr. 35. In der Literatur findet sich die Angabe, dass das Gebäude für 13.000 Reichsmark an einen Möbelfabrikanten übergegangen sei, vgl. Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 94; Altaras, Synagogen, S. 283; Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 202. Hierbei handelt es sich möglicherweise um einen Schreib- oder Abschreibfehler.
114 CAHJP, JRSO-Hes-270; HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 554, Umbau zu einem Wohnhaus nach Auskunft des Bürgermeisters vom 9. Mai 1946.
115 Karl, Gedenken in Stein.
116 HStAD, H 2 Dieburg, Nr. 7756.
117 Göbel/Rupp, In der Verfolgung, S. 206–207.
118 Suche Groß-Zimmern, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 12. Februar 2025.
119 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 874, S. 1–2. Später reichten die Verurteilten Georg Rudolph, Lorenz Pullmann und August Hader Gnadengesuche ein, vgl. HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 119.
120 Wilhelm Faig, Josef Beck, Jean Kramer, Karl Daniel, August Ritter, Justus Kraus, Franz Wolfenstädter, Valentin Stumpf, Josef Angermeier.
121 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 984, S. 1–10.
122 Daniel, Ritter Stumpf und Angermeier.
123 S. Fallakte Friedrich Karl Bauer, HStAD, S 1, Nachweis1.
124 HStAD, H 13 Darmstadt: Nr. 984, S. 1–10.
125 HHStAW, 518, Nr. 1481.
126 Berichte im Darmstädter Echo am 17. September 1986.
127 Groß-Zimmern, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-zimmern_synagoge.htm, letzter Zugriff 15. Januar 2025.
128 Freie Sicht für Mahnmal, in: op-online, 31. Oktober 2009, www.op-online.de/region/gross-zimmern/freie-sicht-mahnmal-507335.html, letzter Zugriff ´15. Januar 2025.
129 Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de973177, letzter Zugriff 15. Januar 2025. Groß-Zimmern als Wohn- und Dienstort ist hier jedoch nicht mit angegeben; Groß-Zimmern, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/gross-zimmern_synagoge.htm, letzter Zugriff 15. Januar 2025.
130 Suche Alle Orte/Groß-Zimmern, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch letzter Zugriff 15. Januar 2025.

Habitzheim (Gemeinde Otzberg)

Kurz vor dem Ende des Heiligen Römischen Reiches erwähnt ein Bericht die alltäglichen Einschränkungen der Juden in Habitzheim. Sie dürften „weder Schlachten, noch mit Kupfer und Meßing handeln“ und sie müssten „sowohl ein kurpfälzisches- wie auch hessendarmstädtisches Taschen Geleit lößen“.[1] Diese Beschreibung fasst in aller Kürze die komplizierten rechtlichen Verhältnisse zusammen, die im frühneuzeitlichen Habitzheim galten.

Ende des 16. Jahrhunderts reklamierten sowohl die Kurpfalz als auch die Landgrafen von Hessen-Darmstadt die Landeshoheit im Dorf für sich. Beide waren jeweils zur Hälfte Inhaber der Hohen Obrigkeit (Landeshoheit) und der Lehnsherrschaft. Dritte im Bunde waren die Löwenstein-Wertheimer Grafen, die 1530 die niederdörflichen Rechte (Vogtei) erworben hatten. Bis zum Ende des Alten Reiches sollten die Rechtsverhältnisse zwischen der Kurpfalz und der Landgrafschaft in Habitzheim nie endgültig – und zur Zufriedenheit aller Beteiligten – geklärt werden.[2] Zugleich aber schuf genau diese uneindeutige Situation in spezifischer Weise Niederlassungsmöglichkeiten für Juden.[3]

Ende des 16. Jahrhunderts lebten in der gesamten löwenstein-wertheimischen Herrschaft Habitzheim etwa zehn Juden und ihre Haushaltsangehörigen.[4] Namentlich bekannt sind um die Wende zum 17. Jahrhundert Isaak (1598), Mosche (1605), Wolf (1605), und Joseph.[5] Die jüdischen Ortsbewohner wurden vor allem dann aktenkundig, wenn sie in Streitfälle mit Nachbarn oder Handelspartnern verwickelt waren. Die Frau von Mosche beispielsweise wurde mit einer Geldbuße belegt, weil sie sonntags während der Predigt auf der Straße umherging.[6] Am selben Tag wurde aber auch der Pfarrer von Spachbrücken und Habitzheim zu einer Geldstrafe herangezogen, weil er, offenbar in Verbindung mit Vorgenanntem, „den Juden zu Habitzheim“ geschlagen habe.[7] Der Jude Wolf wurde aktenkundig, weil er blutig geschlagen wurde und sich vor Gericht zur Wehr setzte, ebenso eine Jüdin, der ein Ortsbewohner ein Beil hinterhergeworfen hatte (1620).[8] Die Löwenstein-Wertheim'sche Regierung bezeichnete die Juden des Ortes spätestens 1616 als „Habitzheimer Judenschaft“ und gestattete ihnen, am Schabbat auf die Dienste christlicher Untertanen zurückzugreifen.[9] Die Frage, welche der oben genannten Herrschaften in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts den Judenschutz ausübte, lässt sich aber nicht eindeutig beantworten.

1623 verzeichnete ein Darmstädter Kämmerer Zolleinnahmen von vier Habitzheimer Juden,[10] und noch zu Beginn der 1630er Jahre lebten jüdische Familien im Ort, wie die Protokolle des Zehntgerichts belegen: Die Tochter von Mosche wurde wegen Diebstahls von Stroh vor Gericht gebracht (1634), auch die Frau des „alten Juden“ Salomon (1631) und der Jude Götz (1630) wurden dort vorgeladen.[11] Die folgenden Kriegsereignisse dürften entweder zum Tod oder zur Flucht der jüdischen Familien geführt haben. Angeblich hatten insgesamt nur vier Familien in Habitzheim überhaupt Krieg und Seuchen überlebt, der Ort war nahezu menschenleer.[12]

Die Entstehung einer jüdischen Gemeinde nach dem Dreißigjährigen Krieg

Am Ende des Dreißigjährigen Krieges verweist die zunehmende Anzahl von Juden, die an Rügeverfahren bezüglich des Zehnt beteiligt waren, auf ein erneutes Anwachsen der jüdischen Bevölkerung in der Gegend. Wann genau aber Jakob, Isaak, Jonas, Mayer und Moses sich im Ort nieder-

Abb. 1: Karte des Oberamtes Lichtenberg, 1750, Ausschnitt. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 1, Nr. 1319.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-015

lassen konnten, ist nicht datierbar.[13] Die steigende Zahl von Bestattungen aus Habitzheim auf dem jüdischen Friedhof vor den Toren Dieburgs, insbesondere ab dem Beginn des 18. Jahrhunderts, bestätigt diese Entwicklung.[14] Auch im nahegelegenen Semd, dessen jüdische Bewohner bald den Gottesdienst in Habitzheim besuchten, wuchs nach der ersten Nennung des Juden Joseph „allhier“, einem Textilhändler, die Zahl jüdischer Familien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf etwa vier an.[15]

Ein jüdischer Betraum, der möglicherweise schon um 1670 bestanden hatte,[16] wird erstmals 1720 aktenkundig. Damit wäre dieser Betraum einer der älteren im heutigen Kreis Darmstadt-Dieburg. Vermutlich handelte es sich dabei um einen Raum im oberen Geschoss eines Hauses, das später Isaak Moses gehörte und sich zwischen der Schlossgasse und dem Hasselbach befand.[17] Die Gottesdienste besuchten offenbar auch Juden aus Lengfeld und Reinheim, bis dort eigene Gemeinden entstanden.[18] Dem in Reinheim niedergelassenen Jakov Schmuel, den die Dieburger Begräbnislisten als „Rabbiner“ führen, könnte die Funktion eines Chasan, eines Vorsängers zugekommen sein.[19] Demnach stellte die Habitzheimer Schule ein kleines jüdisches Zentrum für die Juden des Ortes und auch der Nachbardörfer dar.

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zählte Habitzheim selbst etwa zehn jüdische Hausgesäße.[20] Über die Geschäftstätigkeit der Habitzheimer Juden ist nur wenig bekannt. Döbel, Bruder des Isaak, verlieh wohl Geld an Kreditbedürftige.[21] Isaaks Vater Moses scheint mit verschiedenen Waren, unter anderem mit „Pulver“, gehandelt zu haben.[22] Auch als Viehhändler waren die Habitzheimer Juden tätig. Dass sie auch einmal zu viert versuchten, eine Kuh zu verkaufen, zeugt wohl von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber auch dem Versuch, diesen gemeinsam entgegenzutreten.[23]

Eine führende Rolle in der Gemeinde kam offenbar Isaak Moses zu, in dessen Haus der Betraum lag. Um 1750 wurde er als „prätendierter Vorstand in der Schuhlen“ bezeichnet.[24] Er war es auch, der als Erster die Eingaben der Gemeinde an die Obrigkeit unterzeichnete.[25] Als er 1782 verstarb, wurde er auf seinem Grabstein auf dem Friedhof in Dieburg für seinen vorbildlichen Lebenswandel und als „Rosch“, Oberhaupt, gerühmt.[26]

1754 legten die Hausväter Veitel, Jockel, Eißick, Itzig, David Benjamin, Jona, Döbele und Abraham fest, dass nicht nur Familien mit Kindern im schulfähigen Alter, sondern

Abb. 2: Blick von der Brücke über den Hasselbach auf den ehemaligen Standort des Betraums (links). Foto: Stefan Vogt.

Abb. 3: Grabstein des Isaak Moses, verstorben 1784, auf dem Friedhof in Dieburg. Foto: Stefan Vogt.

auch diejenigen ohne Kinder zum Unterhalt des Vorsängers (und Lehrers) beitragen sollten, den man ehrenhalber auch als „Rabbiner“ bezeichnete.[27] 1759 beschloss die Gemeinde, dass ein neuer Almosenpfleger (im Hebräischen für gewöhnlich „*Gabbai Zedaka*“) bestimmt werden müsse. Diesem wurden aber zugleich bestimmte Vollmachten in der „Schul“ und die „Ceremonien“ (religiöse Angelegenheiten) betreffend zugeschrieben, etwa auch Störenfriede in der Synagoge mit Geld- bzw. Sachstrafen zu belegen oder ausstehende Zahlungen an die Almosenkasse einzufordern. Demnach bündelte man in Habitzheim unter dem Titel eines „Almosenpflegers“ Funktionen, die sowohl für die Gemeindewohlfahrt als auch in Bezug auf den Ablauf eines ungestörten Gottesdienstes unabdingbar waren. Die Aufgabe als Vorsänger dürfte in der kleinen Schul immer wieder dem „Schullmeister“ aus Semd zugekommen sein. Damit verfügte die Habitzheimer Gemeinde sehr früh – im Vergleich zum Umland – über eine, wenn auch in bescheidenem Maße, ausdifferenzierte innere Organisation. Ebenfalls ab der Jahrhundertmitte lässt sich eine beginnende Formalisierung der gemeinschaftlichen Organisation beobachten, die beispielsweise die Verschriftlichung gemeinsamer Beschlüsse mit sich brachte.[28]

Innere Konflikte

Konflikte blieben unter den Habitzheimer Juden nicht aus. Als Jakob die Frau Isaaks 1744 ins Gesicht geschlagen hatte, versagten innerjüdische Möglichkeiten der Schlichtung, und die Sache wurde vor das Zehntgericht gebracht. Moses wurde 1749 wegen „ungehorsamlichen Äußerungen“ zu einer Geldstrafe verurteilt.[29] Um 1760 nahmen die inneren Spannungen ein besonders großes Ausmaß an. Der Amtmann äußerte sich dazu, dass man „sehr missfällig vernommen“ habe, „dass durch die unter der Judenschaft zu Habitzheim vorwaltende Uneinigkeit allerhand unordnungen ihrer Schul […] und sonsten entstanden seyen, das durch das Fürstliche Amt bewogen worden [sei], ihnen einen Aufseher zu bestellen.“ Ernannt wurde David Wolff, der vermutlich aus Groß-Zimmern stammte.[30]

Die Einsetzung eines Aufsehers führte bald zu einem Konflikt um Ämter und Zuständigkeiten. Denn aus Sicht der Gemeinde war seine Position nicht legitim, da er nicht nach der „Gewohnheit“ der Gemeinde bestimmt worden war. David Wolff dagegen verstand sich als Vorsteher der Gemeinde und bestand auf einem Ehrenplatz in der Synagoge, woraufhin, „beynahe die ganze Judenschaft […] dargegen gemurrt“ habe.[31] Es kam zu Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten. Die Auseinandersetzungen wurden nun über Monate hinweg unter Einbeziehung der Wertheimer Herrschaft und des zuständigen Amtmanns geführt. Isaak Moses und seine Anhänger warfen David Wolff vor, kein Hebräisch zu beherrschen und sich aus dem Almosenkasten zu bedienen. Wolff seinerseits warf Jockef, der ihn mit Gewalt bedroht hatte, vor, kein richtiger Jude zu sein, seine Tochter wäre ja zum Christentum konvertiert.[32] Einige Hausväter tauschten in der Folge heimlich das Schloss des Almosenkastens aus, um Wolff künftig den Zugriff zu verwehren. Schließlich wurden sämtliche jüdischen Männer vom Amtmann zu den Auseinandersetzungen befragt. Ihre Auflehnung gegen den eingesetzten „Aufseher“ wurde längst als „Rebellion“ verstanden und den Juden drohte ein zweitägiger Arrest bei Wasser und Brot.[33] Die Wertheimer Regierung ihrerseits warf dem Amtmann vor, eigenmächtig einen jüdischen Aufseher eingesetzt zu haben, erklärte sich aber bereit, dessen Autorität zu bestärken, um wieder Ruhe einkehren zu lassen. Resigniert gab man nach Monaten der Auseinandersetzungen die Anweisung, die Habitzheimer Juden sollten doch „miteinander allenthalben und besonders in ihrer Schule ruhig leben und die an sie von Zeit zu Zeit ergehende[n] herrschaftlichen Befehle befolgen“. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde das Amt durchgreifen und ihnen, möglicherweise anstelle des „Aufsehers“ Wolff, „ein[en] Barnes [*Parnas*]“ (Vorsteher) vorsetzen.[34]

Offenbar konnte die Gemeinde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen Vorsänger und Lehrer bezahlen, denn 1794 bat der Schulmeister Jacob Seligmann darum, sich mit einem jüdischen Mädchen aus Spachbrücken verheiraten zu können und in den Habitzheimer Judenschutz aufgenommen zu werden.[35] In diese Jahre kurz vor dem Ende des Alten Reiches und der territorialen Neuordnung der Gegend fällt die eingangs erwähnte Beschreibung der alltäglichen Einschränkungen der Habitzheimer Juden.[36] Immer wieder hatten sich diese selbst in Eingaben an die Wertheimer Regierung gewandt, um auf ihre finanzielle Situation aufmerksam zu machen, die es nicht ermögliche, höhere Schutzgelder zu zahlen, oder um sich über die zahlreichen Geleitzahlungen zu beklagen, die sie auf ihren Handelswegen zu begleichen hatten.[37] Dabei verwiesen sie darauf, dass sie neben dem „herrschaftlichen Schutzgeld noch alle Jahre ein Ansehliches Geld vor Pfälzisch und Hessische […] Gebiete auslegen [mussten] und außer dem […] annoch mit vielen andere Leib und Judenzoll dergestalten hart mitgenommen weren, daß die meisten unter uns arm und ohne vermögen sind“.[38] Aber auch individuelle Gesuche um eine Reduzierung des Schutzgeldes erreichten die Obrigkeit, etwa von Aron Bar Jesel, den der Schultheiß beschrieb als „sehr armer und baufälliger mann […] und kein sticklein Brodt nicht mähr verdinen kann aso er auch sein frau und fier Kindter nicht mehr“ versorgen könne.[39]

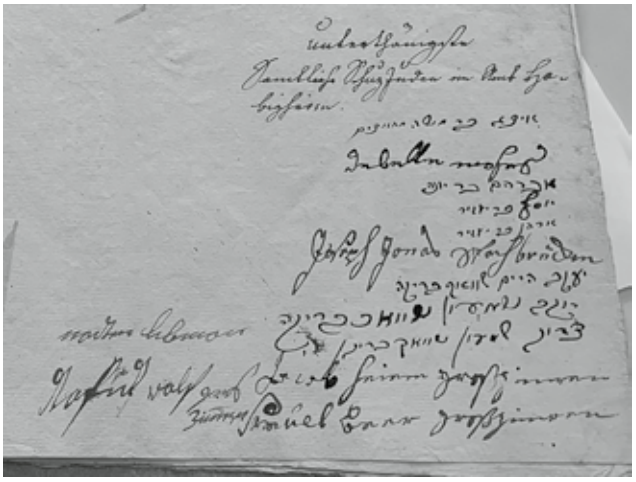


Abb. 4: Unterschriften der Juden aus Habitzheim, Spachbrücken und Groß-Zimmern. Landesarchiv Baden-Württemberg Staatsarchiv Wertheim, R-Rep. 41b, Nr. 44.

Die Gemeinde und ihre baulichen Einrichtungen im 19. Jahrhundert – Synagoge, Ritualbad und Religionsschule

Mit dem Ende des Alten Reiches änderten sich die Herrschaftsverhältnisse in Habitzheim. Bereits 1802 gingen die pfälzischen Rechte an die Landgrafschaft Hessen und ab 1806 gehörte Habitzheim zum Großherzogtum Hessen.[40] Um 1808 lebten sieben Schutzjuden mit ihren Familien in Habitzheim, die jeweils ein Schutzgeld von 9 fl. zu entrichten hatten.[41] Ab 1809 nannten sich die jüdischen Familien Strauß, Siegel, Sauer, Reinheimer, Magsamen, Wolf, Grünebaum, Seligmann und Stern. Insgesamt zählte man 1814 immerhin 79 jüdische Bewohner im Ort.[42] Damit war die Habitzheimer eine der größeren jüdischen Gemeinden im ländlichen Raum um Darmstadt und Dieburg.

1826 warfen Unbekannte sechs Fenster der Synagoge in der Schlossgasse 1 mit Ziegelsteinen ein. Daraufhin wurde ein Glasermeister aus Lengfeld mit den Reparaturen beauftragt. Da die Täter dieses „nächtlich verboten Unfug[s]“ unerkannt blieben, erwog Bürgermeister Wetterhahn, die Reparaturkosten in Höhe von 14 Gulden 25 Kreuzern auf alle Ortsbürger umzulegen.[43] Im selben Jahr trug sich die jüdische Gemeinde bereits mit Neubauplänen, denn sie kaufte eine große „Hofreithe mit Gebäulichkeiten […] zum behuf einer Sinagoge“. Auch die Einrichtung eines Ritualbades war geplant. Zu dem Komplex (heute Krötengasse 19) gehörten ein zweigeschossiges Haus und ein eingeschossiges Nebengebäude, das sich „zur Schulle“ eignete, sowie Scheune, Stall und ein rund 250 qm großer Grasgarten hinter der Hofreite. Während die jüdische Gemeinde das Wohnhaus (Flur-Nr. 319) und den zugehörigen Grasgarten (Flur-Nr. 316) bald an Abraham Stern verkaufte, nutzte sie das aus einem Torbau sowie einem ehemaligen „Bren[n]- und Brauhaus“ bestehende Nebengebäude (Flur-Nr. 318) für ihr Bauvorhaben.[44] Die Bauarbeiten sollten im Frühjahr 1827 beginnen.[45] Im Januar beantragte sie beim löwenstein-wertheimischen Amt Breuberg die Erlaubnis zur Durchführung einer Kollekte für den Neubau.[46] Gleichzeitig betrieb sie den Verkauf der „alten Judenschule“ am Hasselbach. Am 2. Februar 1827 versteigerte sie die rund 70 qm[47] große Hofreite für 51 Gulden an ihr Gemeindeglied Feist Sauer. Vermutlich betraf dies nur das Gebäude, denn am selben Tag veräußerte sie das Synagogengrundstück mit dem noch darauf befindlichen Baumaterial für 20 Gulden an den Nachbarn Heinrich Büchler.[48] Mit dem Verkauf und Abbruch der wohl baufälligen alten Synagoge fanden die Gottesdienste vorübergehend im Haus des Jesel Löw Wolf statt (heute Burggrabenstraße 2), das schräg gegenüber der evangelischen Pfarrkirche lag.[49] Wegen der Enge des Raumes mussten die Frauen dort durch die „Männerschule“ zu ihren Plätzen gehen. Es bestand Einigkeit darüber, dass jeder Familienvorstand zur Finanzierung der Baukosten elf Gulden in ein sogenanntes Sammelpatent einzahlte. Allerdings führte das von Misstrauen geprägte Klima in der jüdischen Gemeinde dazu, dass sich einige weigerten, bestimmten Männern ihr Geld anzuvertrauen. Es kam zum Stillstand der Bauarbeiten, da aus Geldmangel die Materialien für die Handwerker nicht beschafft werden konnten.[50] Am 3. August 1827 feierte die jüdische Gemeinde dann aber die Vollendung des Bauwerks, zu der sechs nichtjüdische „Musikanten“ aufgespielt haben sollen.[51]

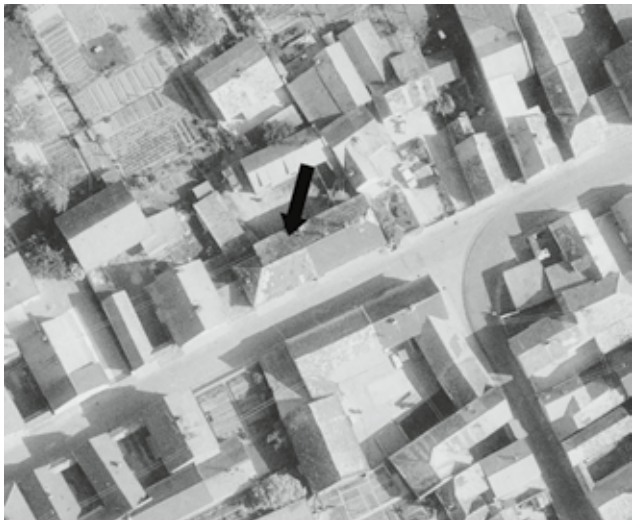


Abb. 5: Ehemaliges Synagogengebäude und Wohnhaus des David Strauß, Krötengasse 19 (Flur-Nrn. 318, 319), Luftbildaufnahme 5. Juni 1970. Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

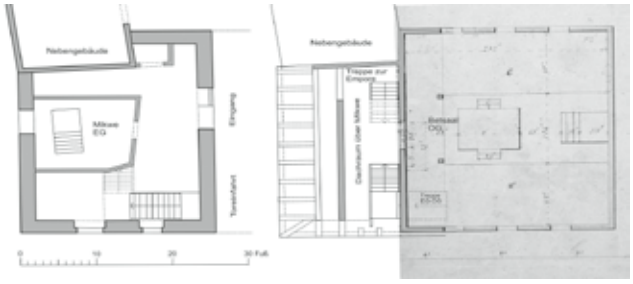


Abb. 6: Ritualbad (Erdgeschoss, links) und Zugang zur Synagoge (Dachgeschoss, rechts), Krötengasse 19, Rekonstruktion des Zustands (Grundriss) im Jahr 1827 nach Bauplan von 1845. Zeichnung Sebastian Dittscheid nach Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 18207.

Der neu erworbene Gebäudekomplex der jüdischen Gemeinde erstreckte sich in Ortsmitte an der Nordseite der Durchgangsstraße nach Reinheim, der heutigen Krötengasse.[52] Die sich im Westen an das barocke zweigeschossige Fachwerkhaus des Abraham Stern anschließende Tordurchfahrt blieb zur Erschließung der rückwärtigen Grundstücke und der Räume der jüdischen Gemeinde erhalten. Darauf folgte das alte Brenn- und Brauhaus, ein eingeschossiges, massiv gemauertes Gebäude über quadratischem Grundriss, dessen Fassade 6,58 m breit war. Darin erhielten das mit einem Kessel beheizte und von einem Ziehbrunnen gespeiste Ritualbad, die Erschließungsräume und die Treppe zum Obergeschoss ihre Plätze. Der Zugang zu den Räumen der jüdischen Gemeinde erfolgte ebenerdig von der Toreinfahrt aus nach links. Die Synagoge entstand als neuer Fachwerkaufbau über der Toreinfahrt und teilweise über dem eingeschossigen Nebengebäude.[53] Von dessen Dachraum erfolgte von Westen der direkte Zugang zum Männerbetsaal. Den 7,53 m breiten und 6,75 m langen Saal belichteten je drei an den Seitenwänden platzierte schmale Rechteckfenster. Wie bei orthodoxen Gemeinden üblich, stand der *Almemor* in Raummitte. Er besaß einen quadratischen Grundriss mit einer Seitenlänge von zwei Metern. Dahinter stand vor der Ostwand in der Blickachse der Eintretenden der Toraschrein, zu dem von vorne vier Stufen emporführten. Um den Raum mit einer halbkreisförmigen Holztonne überwölben zu können, verwendete der Zimmermann für das Stuhlgebälk eine Hammerbalkenkonstruktion ohne durchgehenden Zerrbalken. Der innen vorkragende Hammerbalken trug die nur 1,08 m breiten seitlichen Frauenemporen. Die Tonnenrundung schränkte dabei den Platz für die Frauen auch in der Höhe stark ein. Die Brüstung war zusätzlich mit einem Sichtschutzgitter versehen. Die Belichtung des Gewölbe- und Emporenbereichs erfolgte durch fünf Dachfenster. Über eine an der Synagogenwestwand verlaufende Stiege oben im Pultdach des Nebengebäudes erreichten die Frauen ihre Plätze auf der „Emporbühne“ direkt unter dem Gewölbe.[54]

In Anpassung an die dörfliche Bebauung schloss sich die auf engstem Raum errichtete Fachwerksynagoge in Höhe, Konstruktion und Dachform unauffällig an das Obergeschoss des bestehenden Strauß’schen Wohnhauses an, ohne dabei ihre Nutzung nach außen preiszugeben. Mit dem über einem annähernd quadratischen Saal aufwendig konstruierten Tonnengewölbe und der traditionellen Disposition ihrer Ausstattung entsprach die neue Habitzheimer „Schul“ noch ganz der barocken Synagogenbauweise. Dank der erhaltenen Umbaupläne lässt sich hier eines der frühesten Beispiele eines jüdischen Gotteshauses des 19. Jahrhunderts im ländlichen Raum des heutigen Landkreises Dieburg rekonstruieren.[55]

Das Ritualbad war zum Zeitpunkt der Einweihung im Jahr 1827 noch nicht eingerichtet. Um über dessen Finanzierung zu beraten, lud Vorsteher Jesel Magsamen die Gemeindemitglieder ein. Diese zeigten allerdings wenig Interesse und boykottierten die anberaumte Versammlung.[56] Bis zum Jahr 1832 war das neue Bad noch nicht eingerichtet, und die jüdischen Frauen nutzten zum Verdruss der Breuberger Regierung wie bisher die Kellermikwe im Haus der Witwe des Hirsch Reinheimer (Langgasse 13).[57]

Die beengten Verhältnisse für die Frauen auf den zwei Emporbühnen der Synagoge und die offensichtlich unzureichende Einrichtung des Ritualbades führten bereits 15 Jahre nach der Einweihung zu einem erneuten, als „Reparatur“ bezeichneten Bauvorhaben. Im Juni 1843 lag der Kostenvoranschlag für die Arbeiten in Höhe von 1.065 fl. 10 kr. vor. Vermutlich war jedoch die Finanzierung der Baukosten nicht einfach, denn auf den Gebäuden lag noch eine Schuld in Höhe von 400 Gulden, und die jüdische Gemeinde musste einen Kreditgeber finden.[58] So dauerte es noch bis zum März 1845, bis ein Bauplan vorlag und die Versteigerung der Baukosten erfolgte. Im August, noch rechtzeitig vor den jüdischen Feiertagen, waren die Bauarbeiten schließlich vollendet. Die Handwerker kamen aus Groß-Zimmern, Lengfeld, Groß-Umstadt, Dieburg, Ober-Ramstadt und Semd.

Die mit den Reparaturarbeiten verbundene Erhöhung des kleinen Mikwen- und Erschließungsgebäudes um ein Stockwerk ermöglichte vor allem die Erweiterung des Betsaals nach Westen und die Schaffung eines zusätzlichen, leicht erhöhten Betraums für die Frauen, den die Männer allerdings durchqueren mussten, um zu ihren Plätzen zu gelangen.[59] Das bestehende Dach mit den „Emporbühnen“ und dem Gewölbe musste wegen statischer Probleme abgebrochen und wieder aufgebaut werden. Es erhielt eine neue Konstruktion mit stabilerem Fußpunkt und einem Kehlbalken, in die das hölzerne, nach unten mit Brettern verschalte Tonnengewölbe gut eingepasst werden konnte. Eine zweite Frauenempore verlief über Stützen in Höhe

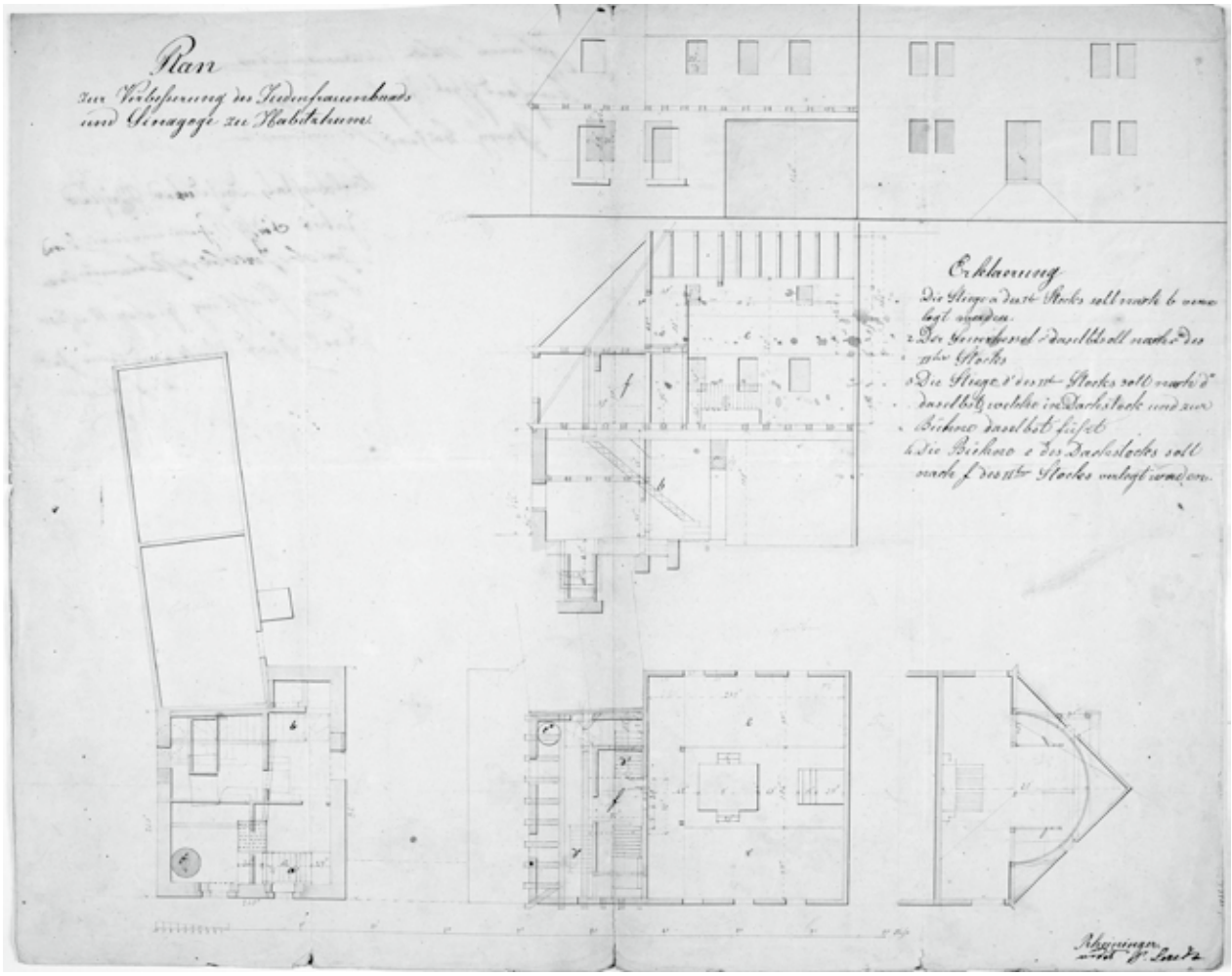


Abb. 7: Umbau des Ritualbades und der Synagoge Krötengasse 19, Bauplan mit Ansicht, Längsschnitt, Querschnitt der Synagoge, Grundrissen des Ritualbads und der Synagoge, mit Baubestand von 1827, gezeichnet 1845. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 18207.

des Gewölbekämpfers an der westlichen Giebelinnenseite. Diese war über eine neu angeordnete Treppe zum Dachgeschoss des nun zweigeschossigen Nebengebäudes bequemer als vorher erreichbar. Durch geschicktere Raumaufteilung sowie Verlegung der Treppen und des Ritualbades entstanden im Erdgeschoss des Nebengebäudes zur Straße hin zwei zusätzliche Räume zur Nutzung als Lehr- und Lehrerzimmer. Der verkleinerte „Vorplatz“ am Hauseingang erschloss diese Räume, aber auch das „Baadzimmer“, also die Mikwe, sowie die Treppe zur Synagoge und zur Frauenempore auf der Höhe des Gewölbes. Sogar für eine kleine Küche gab es im Erdgeschoss noch Platz. Die Gesamtkosten für diese Baumaßnahmen betrugen 1.257 fl. 32 kr.[60]

Anhand von drei nach der Schoa aufgenommenen Fotografien ist das Äußere des 1970 abgebrochenen Habitzheimer Synagogengebäudes recht gut zu beschreiben. Es umfasste nur die westliche Hälfte eines langgestreckten, traufseitig zur Krötengasse gelegenen zweigeschossigen Bauwerks, das trotz seiner komplexen Baugeschichte eine Einheit darstellte. Das an der westlichen Schmalseite mit einem Vollwalm[61] und im Osten mit einem Halbwalm abschließende Dach bedeckte den gesamten Baukörper, bestehend aus den Räumen der jüdischen Gemeinde und dem über einem massiven Sockel erbauten privaten Wohnhaus aus Fachwerk. An den für die Fassade des Synagogengebäudes verwendeten unterschiedlichen Materialien lässt sich die Baugeschichte des Hauses und auch die Funktion der Räume ablesen. So stammt das aus unregelmäßigem Haustein (Sandstein) aufgemauerte Erdgeschoss des Nebengebäudes links neben der Toreinfahrt noch von dem alten Brenn- und Brauhaus. Dort befanden sich die Mikwe und die Religionsschule, die ihr natürliches Licht durch zwei rechteckige, 1845 nachträglich eingebrochene Fenster erhielt. Das bei der Renovierung für die Frauensynagoge neu aufgemauerte Obergeschoss war verputzt. Ein Fenster mit Steingewände zur Südseite und zwei entsprechende

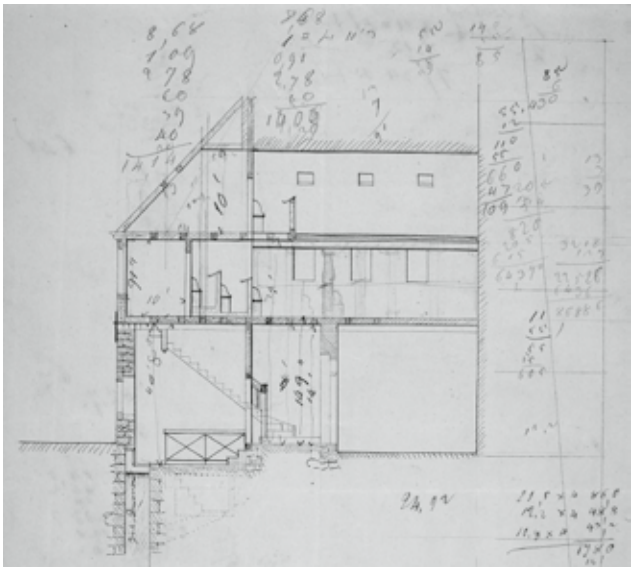


Abb. 8: Umbau des Ritualbades und der Synagoge Krötengasse 19, Bauplan (Ausschnitt) und Längsschnitt, 1845. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 18207.

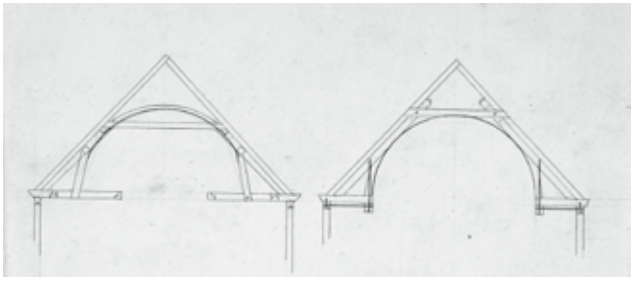


Abb. 9: Umbau des Ritualbades und der Synagoge Krötengasse 19, Bauplan mit Querschnitt durch das Hammerbalkendach mit Tonnengewölbe ohne tragenden Zerrbalken, Bestand (links) und Erneuerung (rechts), 1845. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 18207.

Fenster nach Westen spendeten hier das erforderliche Tageslicht. Deutlich davon abgesetzt ist die Fachwerkkonstruktion des im Obergeschoss über der Toreinfahrt angeordneten Betsaals von 1827 mit seinen drei rechteckigen Sprossenfenstern. Vom Typus und von der Bauweise ordnete sich das Gebäude der für dörfliche Strukturen typischen Hofreitenbebauung unter, bei der mehrere Funktionen unter einem langgezogenen Dach vereint waren. Das westlich davon befindliche Nachbargrundstück (Krötengasse 21, Flur-Nr. 317) gehörte als „Hofreitengrund“ ab spätestens 1858 ebenfalls der jüdischen Gemeinde. Es blieb jedoch unbebaut.[62]

Alltag und Ausnahmen des Alltags in der Gemeinde und im Dorf

Die neue Synagoge stellte von nun an das religiöse und gemeinschaftliche Zentrum der jüdischen Einwohner des Ortes dar. Der Vorstand der Habitzheimer Gemeinde wurde, wie auch in den anderen Orten der Umgebung, über Jahrzehnte hinweg von Vertretern der alteingesessenen Familien besetzt. Dass die Tochter von Hirsch Reinheimer ein uneheliches Kind zur Welt gebracht hatte, dessen Vater der verwitwete Abraham war, hatte dessen Ernennung zum Vorsteher nicht geschadet. Vielmehr fand bald eine Eheschließung statt.[63] Die Gemeinde, deren Größe 1878 mit 78 Personen angegeben wurde, konnte immer wieder Lehrer für die jüdischen Kinder anstellen, die auch in den nahegelegenen Orten Lengfeld und Ober-Klingen aushalfen.[64] Bei einer Ausschreibung 1877 betonte man explizit bereits vorab die enge Verbindung zu den Nachbargemeinden und machte sich gemeinsam auf die Suche nach einem Lehrer.[65]

Abb. 10: Synagogengebäude (links) und ehemaliges Wohnhaus der Familie Stern/Strauß (rechts der Toreinfahrt), Krötengasse 19, Straßenansicht von Südosten, Foto nach 1945. Häzemer Dorf- und Kulturverein.

Abb. 11: Synagogengebäude mit dem 1845 aufgestockten zweigeschossigen Nebengebäude (links; Mikwe und Religionsschule im Erdgeschoss, Frauensynagoge im Obergeschoss), Betsaal in Fachwerk über der Toreinfahrt im Obergeschoss (rechts), Südseite zur Krötengasse, Foto nach 1945. Häzemer Dorf- und Kulturverein.

Abb. 12: Synagogengebäude, zweigeschossiger Nebenbau mit massivem Erdgeschoss, rechts anschließend der Gebetssaal, schmaler eingeschossiger Satteldachbau Krötengasse 21 (links; um 1858 jüdischer Gemeindebesitz), Foto nach 1945. Häzemer Dorf- und Kulturverein.

Die Männer der jüdischen Gemeinde waren weitestgehend schlicht als „Handelsmänner" in die Register aufgenommen. Zum traditionellen Viehhandel kamen der Mehl- und Fruchthandel hinzu.[66] Eine Ausnahme stellte Joseph Berkewitz dar, der Schuhmacher war. Seine Tochter arbeitete später als „Kleidermacherin".[67] Auf beruflicher und nachbarschaftlicher Ebene stand man im Ort in engem Kontakt miteinander, ungeachtet der Religion. Dennoch ist nur wenig über das alltägliche Miteinander im Dorf bekannt. Konflikte zwischen der jüdischen und der bürgerlichen Gemeinde blieben aber nicht aus. Die jüdischen Kinder waren ab 1823 verpflichtet, die örtlichen Schulen zu besuchen.[68] Offenbar aber bevorzugten die jüdischen Familien weiterhin einen rein religiösen Unterricht und versuchten, dieser Anordnung zu entgehen. Als der Bürgermeister sich erkundigte, ob auch die jüdischen Kinder die Volksschule besuchten, musste er feststellen, dass Jösel Magsamen den Lehrer ersucht hatte, die etwa zehn jüdischen Kinder am Vormittag die jüdische und erst am Nachmittag die Volksschule besuchen zu lassen.[69] Dieses Vorgehen aber entsprach nicht den Vorstellungen des Landrats, wonach lediglich der christliche Religionsunterricht durch jüdischen Religionsunterricht ersetzt werden sollte.[70]

Eine wichtige gemeinsame Identifikationsfläche schufen die Militärpflicht und im Besonderen auch der 1870er Krieg, zu dem auch einige jüdische Habitzheimer eingezogen wurden. *Der Israelit* schrieb 1871 über den „preußischen Unteroffizier, Herr[n] Reinheimer aus Habitzheim", der im Krieg „in erhebender Weise als Vorsänger [fungierte]. Mehrere von uns, die während der verschiedenen Schlachten in großer Gefahr gewesen, wurden zur Tora gerufen und sprachen den üblichen Segensspruch […] so Gott will, werden wir jetzt jeden Samstag und Freitag-Abend Gottesdienst haben."[71] Es dürfte sich um denselben J. Reinheimer handeln, der schließlich im Krieg fiel und zusammen mit den zwei anderen jüdischen Gefallenen G. Mayer und W. Mayer auf dem Denkmal für die Gefallenen dieses Krieges auf dem Habitzheimer Friedhof genannt wurde.[72] Auch im Ersten Weltkrieg waren jüdische Soldaten aus Habitzheim eingezogen worden, etwa Hermann Reinheimer. Als Kanonier erhielt er die hessische Tapferkeitsmedaille (1917).[73] Verluste hatte die jüdische Gemeinde hier offenbar keine zu betrauern.[74]

Von den 1870er Jahren an lässt sich auch für die Habitzheimer jüdische Gemeinde ein deutlicher Rückgang der

Mitgliederzahl feststellen, vor allem weil zwischen 1857 und 1892 mindestens 20 vor allem junge Mitglieder der Gemeinde nach Nordamerika auswanderten. Unter ihnen waren die beiden 14 und 15 Jahre alten Schwestern Stern, die von ihrem 17-jährigen Bruder begleitet wurden.[75] 1900 zählte man nur noch 36 Gemeindemitglieder, 1925 waren es 20.[76] Gottesdienste dürften nur noch selten stattgefunden haben.

Die Zerstörung der Gemeinde während der NS-Zeit

Die katholische Prägung des Ortes war bei den Reichstagswahlen ab 1930 zwar weiterhin spürbar, und die Zentrumspartei konnte 1930 in Habitzheim noch 183 von 560 abgegebenen Stimmen für sich gewinnen. Doch die NSDAP lag bereits bei 166 Stimmen.[77] Bei den Reichstagswahlen vom November 1932 führte die NSDAP mit 307 Stimmen vor der Zentrumspartei mit 191 Stimmen, und ein ähnliches Bild zeichnete sich, wenig überraschend, bei der Reichstagswahl 1933 ab.[78] Noch in diesem Jahr wurde Helene Seligmann in Dieburg bestattet, der letzte Grabstein der Habitzheimer Juden auf dem Dieburger Friedhof.[79]

Über Repressalien im Ort ist zwar nicht viel bekannt, doch bot Moses Strauß noch vor dem Boykott am 1. April 1933 seinen gesamten Warenbestand zum Verkauf an. Daraufhin ließ die SA sein Geschäft für 24 Stunden schließen, angeblich um den Firmeninhaber vor „erheblichen Belästigungen“ zu schützen.[80] Auch andere litten unter wirtschaftlichen Einbußen. Sigismund Seligmann z. B. musste sein „Rohproduktengeschäft“ bereits 1933 aufgeben.[81] Es waren vor allem die jüngeren Gemeindemitglieder, die schnell reagierten und rechtzeitig aus Deutschland fliehen konnten. Albert Magsamen und die Familie von Isaac Reinheimer wanderten in die USA aus.[82] Der letzte Vorsteher der Gemeinde, David Strauß, konnte mit seiner Familie nach Argentinien emigrieren, Sigmund Seligmann konnte in die USA gelangen.[83] Die Älteren aber blieben und waren zunehmenden Repressalien ausgesetzt. In den Erinnerungen der nichtjüdischen Ortsbewohner blieb haften, dass der damalige Lehrer der Volksschule die Schüler immer wieder gegen die Juden im Ort aufgehetzt hatte, was unter anderem dazu geführt hatte, dass Steine auf das Haus von Leopold Seligmann geworfen wurden.[84]

Ob und in welcher Form im November 1938 in Habitzheim Pogrome oder Ausschreitungen stattfanden, ist kaum bekannt. Der Bürgermeister behauptete nach dem Krieg, es sei keine Gewalt gegenüber der Synagoge ausgeübt worden, auch sei das Gebäude nicht zerstört worden.[85] Tatsächlich erinnern sich einige nichtjüdische Ortsbewohner daran, dass die Synagoge bereits vor den Pogromen im November ausgeräumt und die Gegenstände „in die Scheune von Reinheimers“ gebracht worden seien.[86] Gleichzeitig gibt es Erinnerung an Glassplitter und an zerstörte Leuchter aus der Synagoge, die in einem Garten herumlagen, aber auch daran, dass ein Anwohner Gegenstände sichergestellt habe, bevor SA-Leute am 10. November nach Habitzheim kamen.[87] Dass Demolierungen und Raub stattgefunden haben, ist sehr wahrscheinlich, auch wenn es nicht eindeutig dokumentiert ist. Wegen des benachbarten Wohnhauses mussten sich die Zerstörer vermutlich auf die Ausstattung beschränken. Über den Verbleib der Kultgegenstände können bisher keine Angaben gemacht werden.[88] Am 10. November erfolgte die Festnahme des 21-jährigen Ludwig Reinheimer mit anschließender Verschleppung nach Buchenwald. Über die genauen Umstände der Inhaftnahme und seiner Entlassung ist nichts bekannt.[89]

Mit der Verdrängung und Flucht der Menschen, und später ihrer Deportation, ging der Zwangsverkauf ihrer Häuser im Ort einher. Das Wohnhaus Krötengasse 19 ging schon am 2. Dezember 1937 von David Strauß an die politische Gemeinde Habitzheim über. Hier wurde ab 1938 ein Kindergarten eingerichtet.[90] Während die Eheleute Walther den schmalen „Hofreitengrund“ links neben der Synagoge (Krötenweg 21, Flur-Nr. 317) der jüdischen Gemeinde bereits am 12. Juli 1938 abgekauft hatten, war die politische Gemeinde laut Grundbuch ab 12. April 1941 Eigentümerin der jüdischen Gemeinderäume (Krötenweg 19, Flur-Nr. 318).[91] Sie hatte das mit einem Einheitswert von 2.000 RM und einem Brandkassenwert von 3.430 RM taxierte Gebäude allerdings schon am 3. November 1938 für 1.000 RM erworben. Nach der willkürlichen Herabsetzung dieses bereits niedrigen Preises betrug der Kaufpreis nur noch 500 RM.[92] Laut eigenen Angaben verwendete die Gemeinde die Räumlichkeiten im Jahr 1939 „für die Jugendfürsorge“.[93]

Währenddessen wurde der Alltag für die jüdischen Habitzheimer immer schwerer. Nach 1938 zwang man die Familie Seligmann, deren Haus angeblich baufällig war, im Haus von Abraham und Ida Reinheimer in der Krötengasse 20 zu wohnen.[94] Am 21. September 1942 wurden diese sechs letzten Habitzheimer Juden mit Unterstützung von Dorfbewohnern auf die Ladefläche eines Lastwagens gestoßen und nach Darmstadt verschleppt.[95] Dort mussten sich die betagten Menschen in die als Sammelunterkunft zweckentfremdete Liebigschule begeben, wurden ihrer letzten Habe beraubt und am 27. September zum Güterbahnhof getrieben, wo sie mit insgesamt 1.288 Menschen den Zug in das sogenannte Altersghetto Theresienstadt besteigen mussten.[96] Johanna und Settchen Seligmann starben noch im Oktober 1942, die übrigen vier bis zum 29. März 1943, vermutlich aufgrund der unmenschlichen und unhygienischen Verhältnisse, die

im Ghetto herrschten.[97] Jacob Reinheimer wurde am 15. September von Frankfurt aus, wo er zwischenzeitlich gewohnt hatte, nach Theresienstadt deportiert, 1944 von dort nach Auschwitz.[98] Ludwig Reinheimer wurde am 24. März 1942 von Darmstadt aus ins Durchgangslager Piaski und von dort in den Tod weiter deportiert.[99] Johannette Seligmann wurde von Frankfurt nach Kowno gebracht und mit den insgesamt 990 Jüdinnen und Juden dieses Frankfurter Transports unmittelbar nach der Ankunft am 25. November 1941 im Fort IX außerhalb der Stadt erschossen.[100] Insgesamt wurden fünfzehn der in Habitzheim geborenen jüdischen Einwohner Opfer der NS-Gewaltherrschaft.[101]

Bis September 1950 wohnten in den Erdgeschossräumen der ehemaligen Synagoge vertriebene Sudetendeutsche, die Synagoge stand zu diesem Zeitpunkt angeblich leer. Mit Übertragung der Liegenschaften an die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) zahlte die Gemeinde Habitzheim im April 1950 entsprechend einem Vergleich „zur Abgeltung der Nutzungen“ die Summe von 1.200 DM. Sie wollte das Synagogengrundstück eigentlich gegen den Gesamtpreis von 2.500 DM behalten, ohne der JRSO zuvor offiziell ein Verkaufsangebot zu unterbreiten. Darauf ging die JRSO nicht ein, weil dies gegen ihre Gepflogenheiten verstieß, sondern verkaufte das Anwesen im September 1950 zunächst an Privatleute.[102] Im Jahr 1953 gelangte das Gebäude schließlich wieder in den Besitz der politischen Gemeinde, die es bis 1957 zu einem zweigeschossigen Wohnhaus ausbaute und dann vermietete.[103] Der Neubau eines Kindergartens hinter dem Synagogengrundstück im Jahr 1970 brachte den Abbruch und die Einebnung des Gebäudes, an dessen Stelle sich heute ein Parkplatz befindet.

Erinnerungskultur im Ort

Die Gedenkstätte an der Otzbergschule in Lengfeld erinnert seit dem 9. November 1988 auch an die ermordeten Jüdinnen und Juden von Habitzheim. Namen werden dabei nicht genannt. Einen ersten wichtigen Baustein in der Auseinandersetzung des Ortes mit seiner jüdischen Geschichte, insbesondere ab 1933, bildet Christine Löwensteins Buch *Verwehte Spuren* von 2010.[104] Die darin gesammelten Erinnerungen von Habitzheimerinnen und Habitzheimern geben einen Einblick in den beschwerlichen Alltag der letzten jüdischen Bewohner und die Zurückhaltung, mit der, wenn überhaupt, die nichtjüdischen Nachbarn bereit waren, zu helfen. Täternamen werden bewusst nicht genannt, damit nicht „etwas von der Schuld auch auf sie [die Nachfahren] fallen“ könnte.[105] Eine Aufarbeitung der Geschehnisse der 1930er und 1940er Jahre, die sich nicht scheut, die Namen der Täter zu nennen, steht also noch aus. Umso mehr gewinnt die Gedenktafel von 2008 am evangelischen Kindergarten, hinter dem ehemaligen Standort der Synagoge, an Bedeutung, da sie die Familiennamen der ermordeten und vertriebenen Jüdinnen und Juden aus Habitzheim auflistet.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Abb. 13: Gedenktafel am ehemaligen Synagogenstandort.
Foto: Stefan Vogt.

Wir danken Simone Mundry-Klein, Roswitha Peters sowie den Mitgliedern des Häzemer Geschichts- und Kulturvereins.

Habitzheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des LAGIS: lagis.hessen.de/resolve/de/syn/160

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

um 1605	2 Familien
um 1640	etwa 4 Familien
1761	10 Hausgesäße
1808	7 Schutzjuden
1814	79 Personen
1831	10 Familienväter
1861	78 Personen
1864	66 Personen
1867	68 Personen
1880	59 Personen
1893	60 Personen
1905	36 Personen
1925	20 Personen
1933	31 Personen

1937	3 Familien
1942	6 Personen
September 1942	0 Personen

Zahlen nach: Löwenstein, Geschichte, S. 68 (um 1605); HStAD, C 4, Nr. 112/1 (um 1640); StAWt-R Rep 41b, Nr. 29 (1761); StAWt-R Rep. 41 b, Nr. 78 (1808); zu Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 69 und 80 (1814, 1831, 1925, 1933, 1942, September 1942); Arnsberg, Jüdische Gemeinden, Bd. 1, S. 306–307 (1861, 1880, 1905, 1937); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 3 (1864), 8 (1867), 21 (1880); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 8 (1893), S. 73.

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Battenberg, J. Friedrich, Ein unbotmäßiges Dorf im Einflussbereich regionaler Mächte. 750 Jahre Dorf und Herrschaft Habitzheim im Odenwald, in: Archiv für hessische Geschichte 70 (2012), S. 1–31.

Brenner, Georg/Wilfried Köbler, Sie waren Umstädter. Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Umstadt, Raibach, Klein-Umstadt, Kleestadt und Semd und die Geschichte des religiösen und rassistischen Antisemitismus in Deutschland, Groß-Umstadt 2010.

Eichhorn, Heinrich/Gabriele Kaufmann, Schulen in Habitzheim, Otzberg 2009.

zu Löwenstein, Christine, Verwehte Spuren? Otzberg 2010.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)

– JRSO-Hes: Nr. 271
– JRSO-RO: Nr. 589

Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ)

– Alte Kästen: Nr. K 19 / III 2a

Gemeindearchiv Otzberg, Ortsteilarchiv Habitzheim (GA Otzberg OA Habitzheim)

– XIII-3: ohne Nummern.
– XIV-1: ohne Nummern
– XIX, Nr. a
– XXVII-3: Ortsbrandversicherungskataster ab 1830
– Brandkataster: 1822

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

– 503: Nr. 7381
– 518: Nr. 25767
– H.15.33: Nr. 11067

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)

– C 4: Nr. 112/1
– C 6: Nr. 886
– C 12: Nr. 84/1-4
– E 9: Nr. 7208
– G 15 Dieburg: Nr. L 6; L 10; L 20; Q 593; Q 618
– G 15 Erbach: Nr. L 222; L 277
– G 28 Gross-Umstadt: Nr. R 249
– H 23: Nr. 3660
– O 61 Mueller Adolf: Nr. 5
– O 61 Urschel: Nr. 142
– P1: Nr. 1319
– P 11: Nr. 18207
– R 21 J: Nr. 3572

Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

– Nr. 1114/61; 1883/70

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim (StAWt)

– R-H-9-I: Nr. 255; 315; 608; 687
– R-Rep. 41b: Nr. 1; 2; 19; 29; 34; 41; 44; 55; 57; 78
– R-Rep. 12e: Nr. 34
– R-Rep. 41 f: Nr. 212
– R-Rep. 47: Nr. 143

Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)

– B: Nr. 14/79; 14/81; 14/84; 14/85

Anmerkungen

1 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 57.

2 Für eine ausführliche Beschreibung der komplizierten Besitzverhältnisse über die Frühe Neuzeit hinweg siehe Battenberg, Ein unbotmäßiges Dorf; Habitzheim, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13427, letzter Zugriff 28. Januar 2025.

3 Battenberg, Ein unbotmäßiges Dorf, S. 16.

4 StAWt, R-Rep. 47, Nr. 143.

5 StAWt, R-Rep. 47, Nr. 143; HStAD, C 4, Nr. 112/1, Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 68.

6 HStAD, C 4, Nr. 112/1, S. 11. In den meisten Ortschaften dürfte es gewünscht oder gar angeordnet gewesen sein, dass Juden sich sonntags zumindest während der Gottesdienstzeiten nicht auf der Straße sehen ließen.

7 HStAD, C 4, Nr. 112/1, S. 11.

8 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Blatt 33.

9 StAWt, R-Rep 41b Nr. 19.

10 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 9.

11 HStAD, C 4, 112/1, S. 41v., S. 57v.

12 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 11; Battenberg, Ein unbotmäßiges Dorf, S. 16–17.

13 HStAD, R 21 J, Nr. 3572; HStAD, C 4, Nr. 112/1, Bl. 76–172v.

14 Vgl. StadtA Dieburg, B 14, interne Auswertung sämtlicher Bestattungslisten in den Stadtrechnungen. Zwischen 1669 und 1736 fanden demnach mindestens neunzehn Bestattungen auf dem Dieburger Friedhof statt. Jedoch enthalten nicht alle jährlichen Stadtrechnungen Einzelauflistungen, sodass von einer Dunkelziffer auszugehen ist.

15 Brenner, Sie waren Umstädter S. 196. StadtA Dieburg, B 14, Nr. 79–96. Bestattet wurde 1719 ein Mann (Nr. 79), 1721 ein Mann (Nr. 81), 1721 ein Kind (Nr. 81), 1724 wohl ein Mann (Nr. 84), 1725 eine Frau (Nr. 85), vgl. Dieburg, in: LAGIS, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/72, letzter Aufruf 19. Dezember 2024; Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 197.

16 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 29, Dokument vom 30. Mai 1761,

17 StAWt, R-Rep. 41 b, Nr. 29. Es ist naheliegend, wenngleich nicht belegt, dass es sich stets um denselben Betraum handelt, der 1822 in der Schlossgasse 1, zwischen Schlossgasse und Hasselbach angegeben wird. Vgl. Eichhorn/Kaufmann, Schulen in Habitzheim, S. 8. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 31.
18 StAWt, R-Rep. 41 b, Nr. 29.
19 StadtA Dieburg, B 14, Nr. 85; Jakob Samuel, Sohn des Abraham Salomon ha-Levi, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15454, letzter Aufruf 4. Februar 2025. Laut der Grabinschrift war er „*Chaver*“, was in der Regel als „Toragelehrter“ übersetzt wird, ein Mann mit einer gewissen rabbinischen Bildung, aber kein eigentlicher Rabbiner, der auf dem Grabstein wohl als „*Rabenu*“ bezeichnet worden wäre, vgl. Christoph Cluse, Erinnerungsort „SchUM“ (1), in Historia Judaica, 12. Mai 2016, judaica.hypotheses.org/52, letzter Zugriff 29. November 2024.
20 StAWt, R-Rep. 41 b, Nr. 29.
21 HStAD, E 9, Nr. 7208.
22 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Gericht Habitzheim 1717.
23 StaWt-R R-H-9-I, Nr. 255.
24 StAWt-R-H-9-I, Nr. 315.
25 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 41, 44; StAWt, R-H-9-I, Nr. 608.
26 Jeser, Sohn des Jacob, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15319, letzter Zugriff 14. Oktober 2024, doch der zweite Teil des *Status constructus* (Genitivverbindung im Hebräischen) fehlt, sodass nicht klar ist, ob er als „*Rosh Kehilla*“ oder anders tituliert worden war.
27 StAWt R-Rep. 41b, Nr. 29.
28 Vgl. Übersetzungen in StAWt R-Rep. 41b, Nr. 29.
29 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Gericht Habitzheim 1749.
30 Unter den Juden aus Groß-Zimmern ist ein David Wolff genannt, vgl. StAWt, R-Rep 41b, Nr. 44.
31 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 29.
32 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 29.
33 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 29, Bericht des Amtsmanns vom Juli 1761.
34 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 29, Blatt 11 und 12.
35 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 57.
36 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 57.
37 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 1, 2, 19, 34, 44, 57.
38 Löwenstein, Verwehte Spuren, S 15.
39 StAWt, R-H-9-I, Nr. 608.
40 Habitzheim, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13427, letzter Zugriff 4. Februar 2025.
41 StAWt, R-Rep. 41 b, Nr. 78.
42 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 6.
43 GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr., Sachbeschädigung 1826.
44 GA Otzberg OA Habitzheim, Brandkataster 1822, S. 43, Nr. 56, Hofreite Nr. 86, I/60, ¾-Haus mit 2 Stockwerken, 1.700 fl.; GA Otzberg OA Habitzheim, XXVII-3, Ortsbrandversicherungskataster ab 1830, S. 37; GA Otzberg OA Habitzheim, Brandkataster 1822, S. 183, Grasgarten Nr. 87, I/80, ¼, hinter Hofreite Nr. 86; HStAD, H 23, Nr. 3660, Topographisches Güterverzeichnis der Gemarkung Habitzheim, Band 1 Flur 1–5, 1913, S. 65.
45 GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr., Bericht des Bürgermeisters vom 5. Dezember 1826, Ankauf einer Hofreite 1827 (Verkauf der zugehörigen Scheuer auf Abbruch) u. Verteilung der Hofreite 1830. Löwenstein verwechselt das Synagogengrundstück mit dem heutigen schmalen Anwesen Krötengasse 21 (Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 30, ebenso HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142). Doch bei Letzterem handelte es sich um das 1830 noch unbebaute, 39 qm große Nachbargrundstück (Nr. 85, I/58 $^{5}/_{10}$) mit der heutigen Flur-Nr. 317, das sich erst 1858 im Besitz der „Judenschaft“ befand. Die jüdische Gemeinde nutzte es als Hofraum. Siehe dazu GA Otzberg OA Habitzheim, Brandkataster 1822, S. 182; HStAD, H 23, Nr. 3660, 1913, S. 65 (Nr. I/58 $^{5}/_{10}$ [alt], Nr. 317 [neu], Hofreitengrund der Judenschaft. Vgl. HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142.
46 GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr. Kollektenantrag 1827.
47 Im Versteigerungsprotokoll (GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr.) ist von elf Quadratklaftern die Rede. Im Großherzogtum Hessen entsprach ein Quadratklafter 6,25 qm.
48 GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr., Versteigerungsprotokoll und Kaufvertrag, beide 2. Februar 1827.
49 GA Otzberg OA Habitzheim, XXVII-3, Ortsbrandversicherungskataster, ab 1830. Vgl. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 31.
50 GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr., „Sammelpatent“ zum Bau der „Judenschule“.
51 Vgl. Eichhorn/Kaufmann, Schulen in Habitzheim, S. 9; Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 37.
52 Die Luftbildaufnahmen von 1961 und 1970 spiegeln die Lage des Grundstücks wider. HVBG, Nr. 1114/61 und 1883/70.
53 Da die Synagoge breiter als der kleine Bestandsbau war, fügte man als Auflager für den Neubau im Süden einen kleinen Anbau an das ehemalige Brenn- und Brauhaus. Siehe dazu HStAD, P 11, Nr. 18207.
54 Beschreibung und Rekonstruktion nach den Umbauplänen von 1845 in: HStAD, P 11, Nr. 18207. Der Querschnitt zeigt den steilen Neigungswinkel des Pultdachs.
55 HStAD, P 11, Nr. 18207.
56 GA Otzberg OA Habitzheim, XIV-1, o. Nr., Erklärung des Vorstehers Jesel Magsamen, 27. August 1827.
57 GA Otzberg OA Habitzheim, XIII-3, o. Nr., das alte und neue „Judenbad“, 1826–1834.
58 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 6.
59 Siehe dazu die Beschreibung bei Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 38.
60 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 6; HStAD, P 11, Nr. 18207.
61 Das lediglich über dem Nebenbau befindliche Walmdach schloss nach Osten an das breitere Satteldach der Synagoge an. Siehe dazu die Luftbildaufnahme HVBG, Nr. 1883/70.
62 HStAD, H 23, Nr. 3660, S. 65; HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142.
63 Vgl. HStAD, O 61 Urschel, darin: Auswertung der Geburtsmatrikel 1841.
64 Allgemeine Zeitschrift des Judenthums 21, Heft 42, 12. Oktober 1857, S. 576; Der Israelit 9, Heft 32, 5. August 1868, S. 615; Der Israelit 10, Heft 16, 21. April 1869, S. 315; Der Israelit 11, Heft 15/16, 13. April 1870, S. 297; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 2 (1887), S. 27; 9 (1894), S. 75; 10 (1895), S. 82; 11 (1896), S. 87; 12 (1897), S. 94; Statistisches Jahrbuch.
65 Der Israelit 18, Heft 38/39, 19. September 1877.
66 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 249.
67 HStAD, O 61 Urschel, darin: Auswertung Geburtsmatrikel und Sterbematrikel.
68 Katz, Die rechtliche Stellung, S. 71.
69 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 50. Zahl nach Löwenstein, Verwehte Spuren, S, 30–32.
70 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 51.
71 Der Israelit 12, Heft 9, 1. März 1871, S. 172.
72 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 24.
73 Israelitisches Familienblatt 19, Nr. 13, 5. April 1917, S. 3.
74 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, nennt Habitzheim nicht.
75 LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/de/personen/hessische-auswanderer, letzter Aufruf 4. Februar 2025. Suche

nach „Habitzheim“ und Konfession „jüdisch“ ergibt Ephraim Reinheimer (1857), Benjamin Reinheimer (1859), Isaak Reinheimer (1860), [Vorname unbekannt] Magsam (1867), Marx Magsamen (1869), Joseph Magsamen (1880), Julius Magsamen (1885), Moses Reinheimer (1888), Isidor Reinheimer (1892), Josef Wolf (1874), Isaak Reinheimer (1887), Mayer Wolf (1885), Simon Wolf (1868), Babette Seligmann (1858), Jakob Seligman (1858), Joseph Seligmann (1858), Koppel Seligmann (1858), Hirsch, Malche und Rosine Stern (1865).

76 Habitzheim, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/160, letzter Aufruf 4. Februar 2025.

77 Klein, Die Hessen als Reichstagwähler, S. 560.

78 Klein, Die Hessen als Reichstagwähler, S. 574, 580.

79 Seligmann, Helene, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16134 letzter Zugriff 4. Februar 2025.

80 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 618.

81 Vgl. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 78.

82 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 78.

83 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 78.

84 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 79.

85 HHStAW, 503, Nr. 7381, darin: Schreiben Gemeindeverwaltung Habitzheim an Regierungspräsidenten in Darmstadt, 27. Januar 1961; CAHJP, JRSO-Hes-271, darin: Schreiben Bürgermeister Kopp an JRSO, 5. November 1959.

86 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 73.

87 Vgl. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 65.

88 HHStAW, 503, Nr. 7381; CAHP, JRSO-Hes, Nr. 271.

89 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593; Reinheimer, Ludwig Joachim, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de948384, letzter Zugriff 7. Januar 2025.

90 HStAD, H 23, Nr. 3660, S. 66. Vgl. Löwenstein, Verwehte Spuren S. 34.

91 HStAD, H 23, Nr. 3660, S. 65.

92 CAHJP, JRSO-RO, Nr. 589, Kartei Regional Office Frankfurt, 18. April 1950; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 20.

93 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10, Schreiben Bürgermeister Dörr von Habitzheim an Landrat von Dieburg, 19. Oktober 1939.

94 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 69, 79, 80.

95 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 80.

96 Statistik des Holocaust, Deportationsliste Mainz-Darmstadt nach Theresienstadt, 27. September 1942, Bl. 31 (Deportations-Nrn. 1226–1231), www.statistik-des-holocaust.de/TT420927-31.jpg, letzter Zugriff 16. Januar 2025. Vgl. Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 346–355. Vgl. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 69, 80.

97 Das Bundesarchiv, Gedenkbuch, Suche Alle Orte/Habitzheim, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 16. Januar 2025.

98 Reinheimer, Jacob Jakob, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de948371, letzter Zugriff 4. Februar 2025.

99 Reinheimer, Ludwig Joachim, Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de948384; Statistik des Holocaust, Deportationsliste Darmstadt nach Piaski, 24. März 1942, Bl. 12 (Deportations-Nr. 227), www.statistik-des-holocaust.de/OT420324-12.jpg, beide letzter Zugriff 7. Januar 2025.

100 Seligmann, Johannette Jenny, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de960023; Statistik des Holocaust, Deportationsliste Frankfurt/Main nach Kowno, 22. November 1941, Bl. 36, www.statistik-des-holocaust.de/OT411122-36.jpg, beide letzter Zugriff 7. Januar 2025.

101 Abraham Arthur Berkewitz, Klara Dannenberg, Fanny Frieda Lehmann, Abraham Reinheimer, Berta Reinheimer, Jakob Reinheimer, Lena Reinheimer, Ludwig Joachim Reinheiner, Bettina Seligmann, Jakob Seligmann, Johanna Seligmann, Johannette Seligmann, Leopold Seligmann, Settchen Seligmann, Bernhard Strauß, vgl. https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/?asc=true&page=0&pr=10&sort=PERSONIDENTIFIKATION, Suche Geburtsort/Habitzheim. Uta Löwenstein nennt weit mehr Personen und berücksichtigt in ihrer Auflistung auch diejenigen, die 1933 in Habitzheim gelebt haben, dort aber nicht geboren wurden, Vgl. Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 85–93.

102 CAHJP, JRSO-RO, Nr. 589, Kartei Regional Office Frankfurt, 18. April 1950.

103 HHStAW, 503, Nr. 7381, Schreiben Gemeindeverwaltung Habitzheim an Regierungspräsidenten Darmstadt, 27. Januar 1961; HStAD, C 6, Nr. 886, S. 138.

104 Löwenstein, Verwehte Spuren.

105 Löwenstein, Verwehte Spuren, S. 75.

Hergershausen (Stadt Babenhausen)

Das Dorf Hergershausen – heute ein Stadtteil von Babenhausen – befand sich seit dem 13. Jahrhundert im Besitz der Herren bzw. (seit 1429) Grafen von Hanau und gelangte nach der Teilung der Grafschaft 1458 an die Linie Hanau-Lichtenberg. Im Spätmittelalter wurde es – wie auch das benachbarte Dorf Sickenhofen – als Lehen an die Herren von Groschlag vergeben, die die Herrschaft bis zum Aussterben der Familie 1799 innehatten. Nachdem die Linie Hanau-Lichtenberg bereits 1736 ebenfalls erloschen war, fiel das Amt Babenhausen einschließlich der beiden genannten Dörfer an die Landgrafschaft Hessen-Kassel, das die Herrschaft nach 1799 unmittelbar ausübte.

Anfänge jüdischen Lebens im 16., 17. und 18. Jahrhundert

Einen ersten Hinweis auf Juden in Hergershausen gibt die Akte über einen Rechtsstreit, der 1570 in Frankfurt ausgetragen wurde und in dem der Jude Salman von Trebur die Gläubiger der Juden David und Mosche von Hergershausen wegen einer Pfändung verklagte.[1] Diese vereinzelte Erwähnung erlaubt es jedoch kaum, bereits von einer dauerhaften Präsenz in Hergershausen auszugehen. Erst zu Beginn des 17. Jahrhunderts werden die Belege etwas dichter. Laut Leopold Löwenstein zahlten Gerson und Mosche zu Hergershausen 1604 Geleitgeld an die Kellerei zu (Groß-)Umstadt.[2] Wenige Jahre später wurden in zwei Verfahren wegen Falschmünzerei bzw. der Verbreitung von falschen Münzen 1609 Hayum und Amschel von Hergershausen sowie 1611 Lamprecht, Levi und Beer zu Hergershausen und einige weitere Juden angeklagt.[3] Ein Beer zu Hergershausen, vermutlich der vorgenannte, führte 1609 Klage gegen einen Babenhäuser Metzger, den er beschuldigte, ihn beleidigt und ihm ein zur Lieferung an den Junker von Groschlag bestimmtes Kalb weggenommen zu haben.[4] 1616 wurde dagegen ein Löw von Hergershausen vom Zentgericht Habitzheim zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er zwei Einwohner als „Schelme“ tituliert habe.[5]

Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg gibt es wieder Hinweise auf Jüdinnen und Juden in Hergershausen, wiederum überwiegend aus Prozessakten. 1711 kam es vor dem Oberamt Groß-Umstadt zu einer Auseinandersetzung über einen strittigen Pferdetausch zwischen dem Juden Gamaliel (Gamehl) zu Hergershausen und einem Christen aus dem Dorf Richen (heute Stadtteil von Groß-Umstadt).[6] Wenige Jahre später folgten zwei Gerichtsverfahren wegen sexueller Delikte: 1713 wurde Gäntle, die Frau des Juden Mayer, wegen Kuppelei verklagt, drei Jahre später dann ihr Mann, Mayer, der die Frau des Juden Götz, ebenfalls zu Hergershausen, zum Ehebruch zu verleiten versucht haben soll.[7] Eine Ausnahme bilden die Vermerke in den Dieburger Stadtrechnungen über die Bestattung einer Frau und eines Kindes aus Hergershausen auf dem dortigen jüdischen Friedhof 1658 und 1684.[8] Im 18. Jahrhundert wurden die Hergershäuser Toten dann auf dem Friedhof im benachbarten Sickenhofen beigesetzt, dessen ältester Stein auf das Jahr 1741 datiert ist.

1765 wurde ein Jude Moses von Hergershausen, der aber zuvor in Frankfurt gelebt hatte und im Handel tätig war, in den Schutz der Grafen von Solms-Rödelheim in Niederursel in der Nähe der Reichsstadt aufgenommen, wenige Jahre später erhielt ein Jude gleichen Namens ebenfalls einen Schutzbrief für Niederursel.[9] Das bedeutete jedoch keinen vollständigen Exodus der Hergershausener Juden, wie die Babenhäuser Viehhandelsprotokolle belegen, in denen Ende des 18. Jahrhunderts immerhin drei Juden aus Hergershausen, Isaac Kappel (1790), Schmuel Abraham (1791) und Götz (1794), als Verkäufer verzeichnet sind.[10]

Nach dem Aussterben der Herren von Groschlag im Jahr 1799, das den Übergang der Orte an die Landgrafen von Hessen zur Folge hatte, wurde eine Liste ihrer bisherigen Einkünfte aus Hergershausen und Sickenhofen erstellt, in der hinsichtlich des Judenschutzes aufgeführt sind: Gebühren für die Erteilung des Schutzbriefs, für Heiratserlaubnis und Begräbnisse, das jährliche Schutzgeld, ein Neujahrsgeld sowie ein Synagogenzins. Eine weitere Aufstellung der hessischen Verwaltung nennt 1800 nur das Schutzgeld, die Begräbnisgebühren auf dem Friedhof in Sickenhofen sowie die Abgaben für die Synagoge in Hergershausen.[11] Über diese erste „Synagoge“ – vermutlich handelte es sich um einen Betsaal in einem Privathaus, der aber immerhin von Seiten der Ortsherrschaft anerkannt und damit gebührenpflichtig war – ist nichts Näheres bekannt.

Die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert – persönliche Verhältnisse, berufliche Orientierung und Gemeindestrukturen

Ab 1803 teilten sich die Landgrafen von Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt die Landeshoheit über das Dorf Hergershausen. Erst beim Übergang des Amtes Babenhausen mit Hergershausen und Sickenhofen an das Großherzogtum Hessen 1816 stabilisierte sich auch hier die Lage nach den unruhigen Jahren des fortwährenden Herrschaftswechsels zu Beginn der Mediatisierung.[12] Im Jahr 1826 wurde die nun zum Landratsbezirk Seligenstadt gehörende jüdische

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-016

Gemeinde vom Rabbinat Hanau in den Offenbacher Rabbinatssprengel umverteilt, mit dem sie über die Bildung des Regierungsbezirks Dieburg (1848) hinweg bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts verbunden blieb.[13] Konflikte zwischen dem liberal ausgerichteten Rabbinat und orthodoxen Hergershäuser Gemeindegliedern sind nicht überliefert. Im Jahr 1829 hatte die jüdische Gemeinde Hergershausen mit 122 Personen und einem Anteil von fast 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung des Ortes ihren Höchststand.[14] Damit befand sie sich auch zahlenmäßig unter den größten Landgemeinden des heutigen Landkreises Dieburg.

Im Jahr 1813 gewährte die großherzogliche Hofkammer fünf jüdischen Hergershäusern den landesherrlichen Schutz in ihrem Heimatort. Die Männer waren zwischen 32 und 38 Jahre alt und lebten dort vermutlich bereits in gesicherten familiären und beruflichen Verhältnissen. Zu ihnen gehörten Elias Frank, Elias Götz, der Federviehhändler Jacob Reis, der Geflügelhändler Hajum (auch Heyum) Krämer sowie der spätere Gemeindevorsteher Jessel Strauss. Zur Eheschließung erhielten zwischen 1816 und 1826 auch drei junge zukünftige Familienväter einen Schutzbrief für ihren Geburtsort Hergershausen.[15] Bereits die Vorfahren der im 19. und teilweise bis ins 20. Jahrhundert vertretenen Träger der Namen Götz, Kahn, Reis, Siegel, Strauß, Lehmann, May und Krämer waren in Hergershausen ansässig. Ein weitgespanntes Familiennetz bildete im Verlaufe des 19. Jahrhunderts insbesondere die Familie Siegel, die größte der alteingesessenen jüdischen Familien. Beginnend mit Elias, Daniel und Abraham, den Söhnen des Moses Siegel, betrieb die Familie ab den 1820er Jahren bis ins 20. Jahrhundert Geflügelzucht und -handel im großen Stil.[16] Dass viele jüdische Männer ihre Ehefrauen nicht nur in der näheren Umgebung, sondern auch in den bayerischen Orten Bechhofen, Dingersfeld, Floß, Hainsfarth, Laudenbach und Steinhart suchten, könnte ein Indiz für weitreichende Handelsbeziehungen der jüdischen Hergershäuser sein.[17]

Acht jüdische Hausbesitzer werden 1819 genannt. Dazu gehörten Aron Löser Reis, Isaak Manns Strauß, Koppel und Elias Kahn sowie Don/Daniel Kahn, die ihre Anwesen vermutlich bereits im 18. Jahrhundert erworben hatten. Bevorzugtes Wohngebiet der jüdischen Familien war die Gegend um den Rathausplatz, dem sogenannten Dalles, in dessen Mitte von 1813 bis 1923 das Rathaus stand. Indem sie hauptsächlich die in den Platz mündenden fünf Straßen (Tränkgasse, Rathausstraße, Bahnhofstraße, Breite Straße und Kleine Straße/Eckstraße) bewohnten, suchten die Familien offensichtlich die Nähe zur Synagoge (heute Tränkgasse 2).[18] Einige wohnten auch außerhalb dieser Gegend im Ort, mitunter auch zur Miete bei nichtjüdischen Eigentümern.[19]

Die Attraktivität des Ortes für die hauptsächlich als Händler tätigen Juden setzte sich bis in die 1860er Jahre des 19. Jahrhunderts fort. Sie waren außer im Geflügelhandel in den typisch jüdischen Berufen als Metzger, Ellenwaren-, Vieh- und Spezereihändler tätig. Daneben gab es den Makler Elias Kahn und eine jüdische Frau, die sich als Wollwarenhändlerin ihr Brot verdiente.[20] Zwischen 1860 und 1872 wanderten acht junge Juden in die USA aus. Die Hälfte von ihnen waren Mitglieder der Familie Götz. Zwischen 1881 und 1891 versuchten acht weitere junge Frauen und Männer ihr berufliches Auskommen in der „Neuen Welt“. Allein sechs von ihnen stammten aus der Familie Strauß.[21]

Die gegen Ende des 18. Jahrhunderts nur undeutlich erkennbaren Gemeindestrukturen festigten sich im 19. Jahrhundert. Der um 1745 geborene Samuel May war vermutlich bereits im 18. Jahrhundert Gemeindevorsteher in Hergershausen. Ihm folgte 1828 der etwa 46-jährige Jessel Strauß.[22] Im Jahr 1842 bekleidete der Metzger und Viehhändler Joseph Strauß das Amt und wurde dabei von Elias Frank und Don/Daniel Kahn unterstützt.[23] In den Jahren 1863 bis 1876 übte es Abraham Götz aus.[24] Es fällt auf, dass hier nicht eine Familie über Jahrzehnte hinweg das Monopol für das Vorsteheramt beanspruchte, sondern ganz offensichtlich ein Wechsel unter den Familien stattfand.

Abb. 1: Jüdischer Friedhof Sickenhofen, Grabstein des Gumbert Stern mit *Schofar*, gestorben am 23. August 1824 mit 72 Jahren, um 1988. Foto: Klaus Lötzsch. Stadtarchiv Babenhausen.

Anhand der Geburts-, Trauungs- und Sterberegister lassen sich die Religionslehrer der jüdischen Gemeinde von Hergershausen nahezu lückenlos rekonstruieren. Möglicherweise war Gumpert Stern schon im 18. Jahrhundert als Religionslehrer, Vorsänger und Schofarbläser tätig. 1823 traute er als „Vorsinger und Rabbe zu Hergershausen“ ein Brautpaar in Schaafheim. Danach wechselten die Lehrer häufiger.[25] Im Jahr 1875 wird dann Bernhard Ehrmann als Lehrer der jüdischen Gemeinde Hergershausen erstmals aktenkundig.[26] 34 Jahre lang übte er dort das Amt des Religionslehrers, des Kantors und Schächters aus. Kurz vor seinem Tod im Dezember 1909 suchte er noch per Annonce einen tüchtigen, von einem orthodoxen Rabbiner approbierten *Chasan* (Vorsänger) und *Schochet* (Schächter), der ihn bis zu seiner Genesung hätte vertreten sollen.[27] Ehrmanns Grab befindet sich auf dem jüdischen Friedhof in Sickenhofen.[28]

Nachbarschaftliches Verhältnis und Frühantisemitismus

Wie andernorts kamen auch die bereits seit vielen Jahren in Hergershausen ansässigen Schutzjuden lange nicht in den Genuss der Ortsbürgerschaft. Sie scheiterten nicht unbedingt am fehlenden Hausbesitz und Vermögen oder an ihrem Leumund, sondern begegneten in ihren Anträgen Vorbehalten aus einem jederzeit abrufbaren judenfeindlichen Repertoire.[29] So diskutierten die Behörden in den Jahren 1832 und 1836 die Rechte und Pflichten der Schutzjuden von Hergershausen im Verhältnis zu den christlichen Ortsbürgern. Die Regierung der Provinz Starkenburg hatte der Judenheit von Hergershausen zwar die Gelder zur Nutzung der Gemeindebrunnen, Pflaster, Brücken, Wege, Stege und Viehweiden sowie die Ausübung der Tag- und Nachtwache erlassen. Sie mussten allerdings noch Gebühren von zwei Gulden für jeden Schutzjuden und einen Gulden für jede Witwe zahlen, es sei denn, sie verzichteten auf die Mitbenutzung des Gemeindebackhauses.[30] Erst zum 1. Januar 1836 erließ die Regierung den jüdischen und christlichen Bewohnern, die nicht Ortsbürger waren, diese Umlage.[31] Doch damit endeten die Ungerechtigkeiten für die jüdische Gemeinschaft nicht: Wenn die Jüdinnen das „Osterbrot“, die Mazzen, buken, konnten die nichtjüdischen Ortsbewohner üblicherweise an vier bis fünf Tagen im Jahr den Gemeindebackofen nicht nutzen. Da dieses Zugeständnis an die religiösen Gebräuche der jüdischen Gemeinde „Specthagel und Unruhe“ im Ort verursachen könne, wies der Bürgermeister ihr einen zweiten Backofen zu.[32] Dagegen wehrten sich die Vorsteher der jüdischen Gemeinde Jessel Strauß und Elias Frank. Der alternative Backofen sei schon lange nicht mehr geheizt worden, und die Verbrennung des Holzes sei darin zu kostspielig.[33] Außerdem verlangten sie, dass die Juden am Losverfahren zur Nutzung der Gemeindebacköfen teilnehmen konnten und nicht erst nach den Christen backen durften. Immerhin, so wurde argumentiert, finanzierten die Schutzjuden genauso wie die christlichen Ortsbürger alle Gemeindelasten. Das Ministerium entschied in diesem Fall zugunsten der jüdischen Gemeinde.[34]

Ausgeschlossen waren die jüdischen Familien von der Nutzung der Wälder, aber auch von der örtlichen „Leimengrube“ (Lehmgrube), obwohl sie den Lehm dringend zur Reparatur ihrer Häuser und Schornsteine benötigt hätten.[35] Weniger Streitpotenzial verursachte offensichtlich der Umstand, dass einige örtliche Viehweiden („Gemeindewege“) für die alleinige Nutzung durch jüdische Viehhändler reserviert waren.[36]

Die Synagoge und andere Gemeindeeinrichtungen

Vermutlich feierte die jüdische Gemeinde zu Anfang des 19. Jahrhunderts ihre Gottesdienste weiterhin in der 1800 genannten „Synagog“.[37] Im Jahr 1819 ist die „Judenschul“ am Standort Tränkgasse 2 gesichert.[38] Bis längstens 1834 bestand eine Synagogengemeinschaft mit der Nachbargemeinde Sickenhofen, die sich jedoch zu diesem Zeitpunkt aus dem Verbund lösen wollte.[39] Nach dem topographischen Güterverzeichnis von 1854/57 befand sich die „Judenschule“ damals im Besitz der „Judengemeinde“.[40] Ihre Grundfläche betrug etwa 11,60 m in der Länge und 9,50 m in der Breite. Sie lag mit der nordöstlichen Längsseite direkt an dem früher Trankgässchen genannten Weg. Der Zugang zu dem Anwesen erfolgte jedoch vom Kleinen Gäßchen (heute Eckstraße) aus, von dem ein Weg um die Nachbarhäuser herum in den Hof hinter der Synagoge führte.[41] Über Planungen zum Bau einer neuen Synagoge ist nichts bekannt. Wir hören erstmals im März 1869 davon, als die Baumaßnahmen kurz bevorstanden und die Handwerkerleistungen öffentlich versteigert wurden. Die mit 891 Gulden veranschlagten Baukosten, die zu mehr als der Hälfte Schreinerarbeiten umfassten, lassen eher auf einen Umbau als auf einen Neubau schließen.[42] Nach einer Bauzeit von einem halben Jahr fand vermutlich an dem Wochenende vom 25./26. September 1869 die Einweihung der Synagoge statt. Zur „Nachfeier“ am 27. September lud die jüdische Gemeinde das ganze Dorf zu einem Ball bei Gastwirt Hägny am Rathausplatz ein.[43]

Abb. 2: Ausschnitt aus Parzellenkarte, Synagogengrundstück (Haus-Nr. 369) mit Synagoge (Pfeil), Zugang vom Kleinen Gäßchen, Situation um 1854/57. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 2296.

Abb. 3: Synagoge, im Vordergrund verläuft das Tränkgässchen und rechts angeschnitten ist die Synagoge (Pfeil), Mai 1925. Stadtarchiv Babenhausen.

Der historische Kern des kompakten Haufendorfs Hergershausen liegt nordwestlich der nach Sickenhofen und Babenhausen führenden Landstraße. Nur 50 Meter vom im Nordosten des Orts befindlichen Rathausplatz bzw. Dalles entfernt lag das Anwesen der jüdischen Gemeinde mit dem Synagogengebäude. Wie der Vorgängerbau grenzte auch das 1869 errichtete Bauwerk mit seiner nordöstlichen Längs- und Traufseite an das „Trankgäßchen“, das an der Gersprenz endete. Die Synagoge lag innerhalb eines 269 qm großen Grundstücks, das an allen Seiten von Wohnhäusern nichtjüdischer Ortsbewohner umgeben war. Ein erhaltenes historisches Foto von 1925 zeigt nur den fensterlosen Giebel des kleinen eingeschossigen Bauwerks, das vermutlich von einem Halbwalmdach bedeckt war.[44] Bei dem von Irene Cohen, geb. Stern, als „ein würdiges, bescheidenes Gotteshaus“ bezeichneten Synagogengebäude handelte es sich um ein kleines Mehrzweckgebäude in der Art eines Wohnhauses, in dem außer der Synagoge die Religionsschule und die Mikwe untergebracht waren.[45] Von dem um 1930 eingerichteten Ritualbad berichtete die nichtjüdische Synagogendienerin Marie Stübinger, es habe eine Badewanne und einen Kohleofen besessen, eine alte Holztreppe habe zu einem tieferliegenden gefliesten Tauchbecken geführt.[46]

Die von der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) für die Massenberechnung angefertigte Bestuhlungsskizze greift in Ermangelung eines historischen Bauplans auf die örtliche Flurkarte und auf Beschreibungen von Zeitzeugen zurück.[47] Entsprechend der halachisch gebotenen Himmelsrichtung nach Osten ist die Orientierung des Betsaals mit 38 Männerplätzen zur Tränkgasse und damit quer zum Gebäudefirst anzunehmen. Die ebenerdig im Hintergrund des Saals angeordnete und durch einen Vorhang abgeschirmte Frauenabteilung habe über fünf lange Bänke mit insgesamt 20 Plätzen verfügt. Ein Bronzeleuchter und Petroleumlampen erzeugten eine vermutlich sparsame künstliche Beleuchtung.[48]

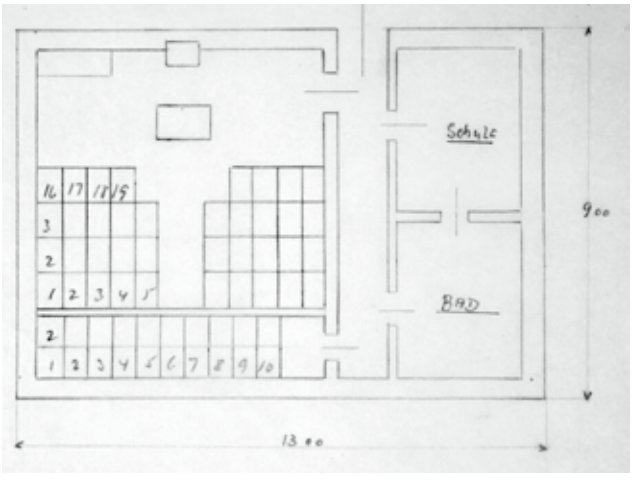


Abb. 4: Synagoge, Grundriss mit fiktiv eingezeichneter Einrichtung, Bestuhlungsskizze der JRSO, um 1960. Central Archives for the History of the Jewish People.

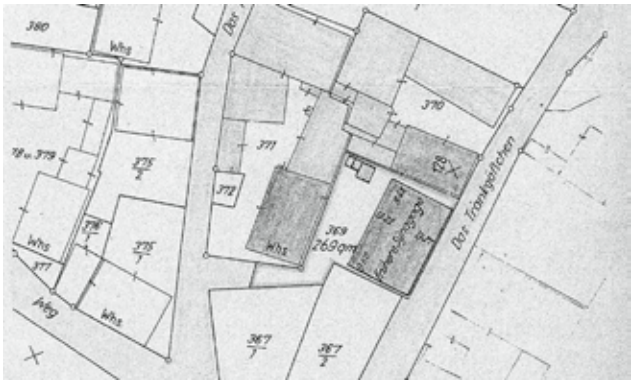


Abb. 5: Ausschnitt aus dem Katasterplan mit ehemaliger Synagoge, Zustand nach dem Abbruch des Nachbarhauses 1898. Stadtarchiv Babenhausen.

Abb. 6: Anzeige der koscheren Geflügelhandlung des Jakob Siegel in der CV-Zeitung vom 20. März 1924.

Ende der Kaiserzeit und Weimarer Republik

Mit der Anbindung an die Bahn im Jahr 1898 erschlossen sich für die gesamte Hergershäuser Bevölkerung neue berufliche und wirtschaftliche Perspektiven. Die damit verbesserte Mobilität betraf nicht nur den Personenverkehr, sondern auch den Waren- und Viehtransport. Indessen blieb die Landwirtschaft stärkster Wirtschaftsfaktor im Ort. Als größter Betrieb bot der Landmaschinenbau Schweinsberger zusätzliche Arbeitsplätze für die Bevölkerung. Die jüdischen Familien Kahn, Reis und Siegel konnten nun mit ihrer Geflügelzucht expandieren; sie belieferten auch nichtjüdische Kunden und verschiedene Badeorte mit ihren Produkten. Die Jüdinnen und Juden waren im Dorfleben präsent, sie saßen im Gemeinderat oder waren, wie der Metzger Adolf Strauß, Mitglied im örtlichen Kriegerverein. Zehn Juden gehörten zu den Gründungsmitgliedern des Turnvereins TV Hergershausen 1896. Bis 1929 verkaufte der aus Leutershausen in Unterfranken stammende Samuel Stern seine Backwaren direkt am Dalles.[49] Mit ihren stabilen 70 Personen lag der Anteil der Jüdinnen und Juden in den 1920er Jahren noch bei 9,5 Prozent der Dorfbevölkerung.[50] In diesem Jahrzehnt muss auch der Wechsel der jüdischen Gemeinde vom Offenbacher Rabbinat zum orthodoxen Rabbinat Darmstadt II erfolgt sein. Als letzter Lehrer und Kantor der jüdischen Gemeinde amtierte bis 1933 der in Minsk geborene Ascher (Anschel) Schmulowitz. Er war auch für die *Schechita*, das Schächten, zuständig.[51]

Im Ersten Weltkrieg fiel der jüdische Soldat Adolf Strauß. Sein Name steht zusammen mit den Namen der nichtjüdischen Gefallenen auf einer Gedenktafel. Diese gehört zu einer hinter dem örtlichen Friedhof errichteten Ehrenanlage für die Gefallenen beider Weltkriege.[52] Weitere Kriegsteilnehmer waren Lehrer Isaac Binn, Joseph Strauß, Salomon Siegel, Daniel Siegel und Isaac Ehrmann. Daniel Siegel erhielt noch 1935 das von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer. Im selben Jahr trat er in die Dieburger Ortsgruppe des 1919 gegründeten Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ein.[53] Auch der Metzger Josef Strauß war Mitglied im Reichsbund und Träger des Ehrenkreuzes. Der mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnete Salomon Siegel konnte das Ehrenkreuz nicht mehr in Empfang nehmen, da er am 30. Dezember 1934 verstorben war.[54]

Das Leben in der jüdischen Gemeinde und das Zusammenleben mit den Christen im Ort beschrieb Herta Ben Schlomo, geb. Stern, als harmonisch. Man gratulierte sich gegenseitig zu den Feiertagen, Geburtstagen und Hochzeiten, kondolierte bei Todesfällen.[55] Dies empfand auch Herta Lewy, die Tochter von Isaac und Recha Binn: „Soweit ich mich erinnern kann, waren es ungefähr zehn bis zwölf Familien, die sich sehr gut verstanden und auch gut mit der Bevölkerung lebten. Vor Hitler kannten wir keinen Unterschied, wir waren in Hergershausen zu Hause.“[56]

Die jüdische Gemeinde zu Beginn der NS-Zeit

In dem lutherischen Dorf Hergershausen erzielte die NSDAP bei der Reichstagswahl des Jahres 1930 mit 98 Wählern bereits 24 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im April 1931 störten auf dem Dalles angebrachte Hakenkreuze eine Veranstaltung der SPD zum Thema „Faschismus oder Demokratie“. Ein von Babenhausen ausgehender Demonstrationszug der SA passierte im Mai auch Hergershausen. Ein weiterer Umzug und eine Kundgebung des Reichsbanners am 11. Oktober desselben Jahres endete im Dorf mit heftigen Zusammenstößen zwischen der Sozialistischen Arbeiterjugend und den ortsansässigen Nationalsozialisten.[57] Ende Oktober 1930 brachen unbekannte Täter

bei dem Geflügelhändler Daniel Siegel ein, schlachteten 55 Gänse ab und verstreuten die Kadaver in der Umgebung.[58] Wie diese Übergriffe verfolgte die Polizei auch noch eine im Dezember 1932 nachts an der Synagoge verübte Sachbeschädigung.[59] Damals war die jüdische Gemeinde bereits im Schrumpfen begriffen. Bei der Machtübergabe an die nationalsozialistische Regierung am 30. Januar 1933 lebten noch mindestens 43 Jüdinnen und Juden in Hergershausen.[60]

Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erzielte die NSDAP in Hergershausen 327 Stimmen, während nur 86 Personen für die SPD votierten.[61] Ende März 1933 war bereits im Vorfeld des reichsweiten Boykotts vom 1. April das Schuhgeschäft von Isaac Binn in der Bahnhofstraße 12 geplündert worden. Daraufhin verließ Binn mit seiner Ehefrau Recha und den Kindern Herta und Bernhard fluchtartig den Ort und verzog in das französische Metzervisse bei Thionville. Die Familie überlebte die Schoa in Frankreich.[62]

Abb. 7: V. l. n. r.: Herta Binn, Isaac Binn, Recha Binn (geb. Ehrmann) und Bernhard Binn, 1946. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Im Juni 1933 planten die nationalsozialistischen Behörden die Ausweisung von Ascher Schmulowitz und seiner Familie wegen ihrer angeblich polnischen Staatsangehörigkeit. Die Familie flüchtete in das niederländische Arnheim und wurde im Jahr 1942 von dort nach Auschwitz deportiert.[63] Zwei Begebenheiten verdeutlichen das von Repressalien der örtlichen Nationalsozialisten gegen die Jüdinnen und Juden geprägte Klima in Hergershausen. So beschloss der Gemeinderat am 18. September 1935 die Sperrung der Gemeindewaage für jüdische Geschäftsleute. Nach der Beschwerde des Metzgers und Viehhändlers Josef Strauß beim Kreisamt, der sich damit an der Ausübung seines Gewerbes gehindert sah, musste der Gemeinderat diese Entscheidung wieder zurücknehmen. Das Kreisamt betrachtete die Eigenmächtigkeit des örtlichen Gremiums als „Sabotage am Werk des Führers“. Diese in vielen Orten kurz vor oder nach der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ ausgeübte Eigeninitiative war von der nationalsozialistischen Regierung nicht erwünscht.[64] Josef Strauß betrieb seine Metzgerei (Bahnhofstr. 40) weiter und verkaufte heimlich an nichtjüdische Kunden. Dies wurde einem Ortsbürger zum Verhängnis, der 1936 bei Strauß zehn Pfund Rindfleisch gekauft hatte. Nach der Denunziation musste er sein öffentliches Amt abgeben.[65] Strauß veräußerte im Jahr darauf seine Metzgerei und zog mit seiner Frau Jenny und den beiden Söhnen nach Frankfurt, von wo der Familie die Auswanderung in die USA gelang.[66] Wegen der antisemitischen Agitationen, der erzwungenen Aufgabe ihrer Geschäfte und dem damit verbundenen Entzug ihrer Lebensgrundlage verließen die meisten jüdischen Familien den Ort noch vor dem November 1938. Zwölf Personen suchten Schutz in der Anonymität der Großstadt Frankfurt und betrieben von dort ihre Emigration. Einige kamen bei Verwandten in Nachbarorten unter. 29 Jüdinnen und Juden gelang entweder direkt von Hergershausen oder von ihrem zeitweiligen Aufenthaltsort aus die Flucht in die USA und nach Kanada.[67]

Zerstörung der Synagoge im Novemberpogrom 1938, Emigration, Deportation

Im November 1938 wohnten nur noch drei jüdische Familien mit acht Personen in Hergershausen. Da der letzte Kantor bereits 1933 den Ort verlassen hatte, fanden vermutlich keine Gottesdienste mehr statt.[68] Übergriffe auf das Hab und Gut der letzten Jüdinnen und Juden während der Novemberpogrome sind nicht überliefert. Die Synagoge sah jedoch der spätere Landrat Heinrich Klein direkt nach ihrer Zerstörung; er war damals noch ein Kind: „Das Mobiliar, hauptsächlich Sitzbänke, waren zerstört und lagen übereinander. Die Scheiben waren eingeschlagen, Gebetsbücher oder andere Schriften lagen herum. Das Gebäude hatte keine Fenster und Türen mehr.“ Bücher und Schriften aus der Synagoge habe man auf einer nahegelegenen Wiese am Bach aufgestapelt und verbrannt.[69] Nur wenige Zeugen schilderten, wie es vermutlich am 10. November 1938 zur Zerstörung der Synagoge kam: Ortsansässige NSDAP-Mitglieder hätten sich im Parteilokal, der Gastwirtschaft Hägny, am Marktplatz versammelt. Gegen 23 Uhr sei dort ein mit mehreren SS-Männern besetzter PKW vorgefahren. Zwei der Männer seien zum Rathaus und die übrigen in die Wirtschaft gegangen. Zusammen mit Einheimischen hätten sie dann den Pferdehändler Siegel und seinen Sohn (wohl Daniel und Siegbert) verhaftet und aus ihrem Haus in das Auto gebracht. Ein Zeuge beschrieb, wie SA-Führer Philipp

Hägny mit mehreren Ortseinwohnern von seinem Lokal zur Synagoge marschierte und sich dort gewaltsam Zugang verschaffte. Hägny habe mit Jubelgeschrei Bücher aus der Synagoge zerrissen und auf die Straße geworfen. Als Kommandant der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr habe er seinen Feuerwehrleuten den Befehl zum Abbruch der Synagoge gegeben. Ob die Zerstörung des Gebäudes bereits in der Pogromnacht oder erst am nächsten Tag erfolgte, lässt sich im Nachhinein nicht mehr rekonstruieren. Noch in der Nacht muss jedenfalls die Zertrümmerung der Inneneinrichtung, der Fenster und Türen erfolgt sein. Ein Zeuge beschrieb, wie die Täter mit Stangen die Dachziegel von innen auf die Straße schleuderten und mit Feuerwehrgeräten das Fachwerk durchschlugen. Eine Menschenmenge habe das gewalttätige Spektakel verfolgt. Am nächsten Tag rissen Feuerwehrleute die Synagoge vollständig ab, schichteten das noch brauchbare Holz auf dem Synagogenstandort auf und transportierten den Schutt zur örtlichen Müllgrube.[70] Für den Abbruch der Synagoge habe Daniel Siegel 250 RM zahlen müssen.[71]

Am 10. November 1938 erfolgte auch die Verhaftung von Adolf Siegel und seine Verschleppung in das Konzentrationslager Buchenwald.[72] Vermutlich bald nach seiner Entlassung wanderte er mit Ehefrau Rosa und Sohn Bernd in die USA aus.[73]

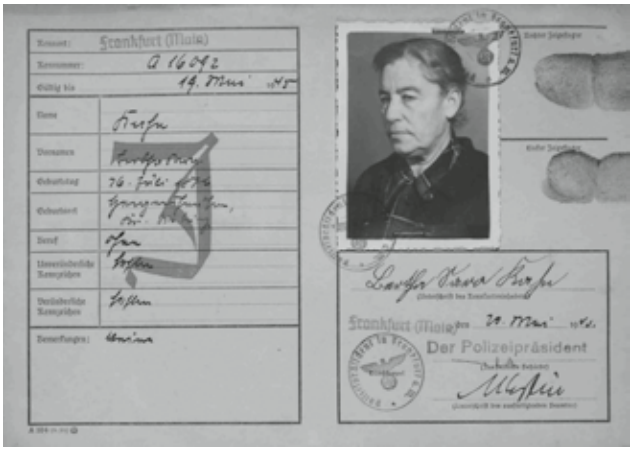


Abb. 8: Kennkarte für Bertha Kahn (geboren 1876 in Hergershausen) mit Zwangsnamen Sara und diskriminierendem „J“, 1940 Suizid in Frankfurt. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

Die ausweglose Situation der letzten jüdischen Familien ließ nicht alle Hergershäuser Bewohner und Bewohnerinnen unberührt. So gab es noch Menschen, die sie heimlich mit Lebensmitteln versorgten.[74] Für Bertha Kahn, die ledige Schwester des Geflügelhändlers Hermann Kahn, gab es jedoch keine Hoffnung mehr: Sie ließ noch am 27. Dezember 1938 in Hergershausen ihrem Vornamen den Zwangsnamen Sara hinzufügen. Anschließend zog sie nach Frankfurt und beging dort am 19. August 1940 Suizid.[75] Als letzte verließen Daniel und Jette Siegel mit ihren Kindern Ruth und Siegbert im März 1939 Hergershausen und flüchteten in die USA.[76] Die bereits ab August 1938 abgeschlossenen Kaufverträge über ihren umfangreichen landwirtschaftlichen Grundbesitz genehmigten die NS-Behörden beschleunigt, da „es sich um einen Übergang in arische Hände“ handele und „der Kaufpreis angemessen“ sei.[77] Die Eingliederung der nicht mehr existenten jüdischen Gemeinde Hergershausen in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland im Frühjahr 1942 war nur noch eine Formsache, um den Verkauf des Synagogengrundstücks zu vereinfachen und zu „legalisieren“.[78] Am 17. März 1942 befand sich das Areal im Besitz der Reichsvereinigung.[79]

Von den während der NS-Zeit in Hergershausen wohnhaften jüdischen Männern, Frauen und Kindern gelang den meisten die Emigration. Mindestens sieben von ihnen erlitten einen gewaltsamen Tod während der Schoa. Weitere in Hergershausen geborene Personen wurden von anderen Orten deportiert und ermordet oder starben an den unmenschlichen Lebensbedingungen in den deutschen Konzentrationslagern in Osteuropa.[80]

Aufarbeitung der Vergangenheit und Erinnerungskultur

Wegen der Zerstörung der Hergershäuser Synagoge im November 1938 leitete die Gendarmerie-Bezirksleitung in Darmstadt ein Ermittlungsverfahren gegen den Hauptdrahtzieher Philipp Hägny und drei weitere Dorfbewohner wegen Landfriedensbruchs ein. Das Landgericht Darmstadt lehnte jedoch die Durchführung einer Hauptverhandlung ab, weil die Beschuldigten ihre Teilnahme an der Zerstörung bestritten und der Hauptzeuge verstorben war. Auch sonst wollte sich niemand mehr an die Vorgänge erinnern, so dass die Verantwortlichen für ihre Taten nie zur Rechenschaft gezogen werden konnten.[81] Den Schaden an dem Synagogengebäude mit den verlorenen Einrichtungs- und Kultgegenständen schätzte die JRSO auf rund 95.000 DM.[82] Im November 1950 verkaufte sie das 269 qm große Grundstück für 675 DM an Privatleute, die einen Neubau darauf errichteten.[83]

Ab den 1980er Jahren statteten einige ehemalige jüdische Bewohnerinnen und Bewohner ihrem einstigen Heimatort einen Besuch ab. Zu ihnen gehörte Herbert Kahn, der nach Kanada geflüchtete Sohn von Nanette und Hermann Kahn. Seine Mutter starb in Theresienstadt, seine ebenfalls deportierte Schwester Gutta gilt als verschollen.[84] Zur feierlichen Enthüllung des Gedenksteins für die Jüdinnen und

Juden aus Babenhausen, Sickenhofen und Hergershausen kamen im Jahr 1988 auch Marc und Herta Lewy (geb. Binn) aus Metz nach Babenhausen.[85]

Abb. 9: Herta Lewy (geb. Binn) und Ehemann Marc Lewy aus Metz bei der Enthüllung des Gedenksteines von Norbert Jäger in Babenhausen, 1988. Foto: Georg Wittenberger. Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Abb. 10: Dalles mit Synagogenstandort (Bildmitte), Blick in die heutige Tränkgasse, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Erneut besuchte Herta Lewy mit Tochter Liliane Job und Schwiegersohn Maurice Job ihren Geburtsort am 29. Oktober 2006 zur Einweihung einer vom Arbeitskreis Dorferneuerung Hergershausen beauftragten Gedenktafel. Anwesend waren Rabbiner Mendel Gurewitz von der jüdischen Gemeinde Offenbach sowie Daniel und Moritz Neumann vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Die Gedenktafel erhielt ihren Platz an dem Gebäude, das heute den Platz der Synagoge einnimmt. Der in Hebräisch und Deutsch verfasste Text enthält ein Zitat nach Jesaja 54,10: „Es sollen wohl Berge weichen und Hügel hinfallen, aber meine Gnade soll nicht von dir weichen […] Hier stand die Synagoge von Hergershausen, eingeweiht am 25. September 1869, zerstört am 9. und 10. November 1938. Zur Erinnerung an das Leiden unserer jüdischen Mitbürger.“[86]

Cornelia Berger-Dittscheid / Wolfgang Treue

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Archivar Georg Wittenberger und Joachim Heizmann, beide Babenhausen, sowie Tilo Fink, Frankfurt.

Hergershausen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/99

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1819	11 Familien
1829/30	122 Personen
1861	121 Personen
1867	97 Personen
1871	105 Personen
1880	86 Personen
1889	72 Personen
1900/05	77 Personen
1910	69 Personen
1925	70 Personen
Januar 1933	43 Personen
16. Juni 1933	31 Personen
November 1938	3 Familien mit 8 Personen
Februar 1939	1 Familie mit 4 Personen
20. Januar 1940	0 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 354 (1829/1830); Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 178 (1861); Franz, Schutzjuden und Judenbürger (1867, 1900); Hergershausen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/hergershausen_synagoge, letzter Zugriff 9. Dezember 2024 (1871, 1880); HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82 (Jan. 1933); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 13 (1898), S. 104; Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 112 (1905, 1910, 1925), 117–119 (1938, 1939, 1940); YVA, O.52, Nr. 660 (Jan. 1933, 16. Juni 1933).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Fink, Tilo, Eintritt in die Geschichte der Dörfer Sickenhofen und Hergershausen, Roßdorf 2015.

Klein, Heinrich, Menschlichkeit, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 123–124.
Lötzsch, Klaus/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen. Beiträge zur Geschichte der jüdischen Gemeinden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, Babenhausen 1988.
Lötzsch, Karin, Namenslisten aller ab 1823 urkundlich erwähnter Juden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 166–203.
Lötzsch, Karin, Zivilstandsregister der Juden für die Gemeinden Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 30–55.
Lötzsch, Klaus/Frank Wiesner, Inschriften der Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof zu Sickenhofen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 221–226.
Lötzsch, Klaus/Frank Wiesner/Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Sickenhofen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 144–154.
Wittenberger, Georg, Das „Dritte Reich“ und die Folgen für die jüdische Gemeinde Babenhausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 56–79.
Wittenberger, Georg, Die jüdischen Familien Götz in Hergershausen, in: Der Odenwald 49, H. 3, September 2002, S. 110–119.
Wittenberger, Georg, Die Familie Siegel von Hergershausen, Babenhausen 1993.
Wittenberger, Georg, Die letzten Jahre der jüdischen Gemeinde von Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 112–122.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 12660202
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Lj4: Nr. 16
– JRSO-Hes: Nr. 38
– JRSO-RO: Nr. 647
Gemeindearchiv Schaafheim (GA Schaafheim)
– XIII-2: Nr. 6
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7382
– 518: Nr. 1434
– 520/06: Nr. 53
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 4: Nr. 112/1
– C12: Nr. 254/1; 254/2; 254/3; 254/4; 254/5; 254/6
– F 16: Nr. 327; 363; 369; 833 F 24 C: Nr. 402/1 (11); 402/3 (10)
– G 15 Dieburg: Nr. G 19; L 10; L 21; N 696; N 1097; N 1724; Q 46; Q 618; Q 593; T 756; V 545
– G 23 D: Nr. 2787
– H 13 Darmstadt: Nr. 4
– H 23: Nr. 3669
– O 61 Beckmann: Nr. 82
– P 4: Nr. 2296
– R 21 B: Nachweis
– R 21 J: Nr. 3559; 3560
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 80: Nr. 5071
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.10: Nr. 4492
– H.15.33: Nr. 647
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 232
Stadtarchiv Babenhausen (StadtA Babenhausen)
– X-2: Nr. 42-1
– XIII-1: Nr. 2-5
– Grundbuch der Gemeinde Hergershausen
– Heimat- und Geschichtsverein (HGV) Babenhausen: Bilderslg.
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14/35; 14/56
– o. Sign.
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Of 1: Nr. 13; 20
Verbundarchiv Eberbach, Historisches Archiv Neckarsteinach (VA Eberbach HA Neckarsteinach)
– XIII: Nr. 2-26
Yad Vashem Archives, Jerusalem (VYA)
– O.52: Nr. 660
Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (ZA EKHN)
– Sickenhofen: Nr. 29 (alte Signatur)
Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV/1: Nr. 601; 632

Anmerkungen

1 ISG, H.15.10, Nr. 4492.
2 Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 68–69. Einmal ist statt Gerson Sarson genannt; da dies kein geläufiger jüdischer Name ist, dürfte es sich aber um dieselbe Person handeln.
3 HStAD, R 21 J, Nr. 3559 und 3560. 1611 finden sich unter den Angeklagten auch ein Jude aus Sickenhofen sowie ein kurmainzischer Jude aus Eppertshausen. Der genannte Levi (oder Lew) von Hergershausen empfing im selben Jahr in Mainz die Taufe und nannte sich danach Georg Jacob Engelstätter. In einer Frankfurter Quelle wird er allerdings als „vormals Lew von Eppertshausen“ genannt, weshalb seine Ansässigkeit in Hergershausen fraglich erscheint: ISG, H.15.33, Nr. 647.
4 HStAD, F 16, Nr. 327.
5 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Bl. 25v.
6 HStAD, F 16, Nr. 833.
7 HStAD, F 16, Nr. 363, 369.
8 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/35, 14/56.
9 HStAD, F 24 C, Nr. 402/1 (11), 402/3 (10).
10 StadtA Babenhausen, X-2, Nr. 42-1.
11 HStAM, 80, Nr. 5071. Inhaltsangaben der beiden Dokumente gibt Fink, Eintritt, S. 306 u. 308.
12 Vgl. Fink, Eintritt, S. 140–143, 147. Siehe dazu auch die Artikel Babenhausen und Sickenhofen in diesem Band.
13 Siehe dazu die Angaben in: Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistisches Jahrbuch), 20 (1911),

S. 167 u. 21 (1913), S. 188; CJA, 1 A Of 1, Nr. 13; CJA, 1 A Of 1, Nr. 20. Siehe auch die Artikel Babenhausen und Sickenhofen in diesem Band.

14 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 107.

15 CAHJP, D-Lj4-16.

16 Vgl. Wittenberger, Die Familie Siegel; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 232, Schreiben Adolf Siegel, eingegangen 1. September 1966.

17 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 52–53 nach HStAD, C 12, Nr. 254/1–6.

18 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 276–296 (Häuserkataster Hergershausen).

19 HStAD, C 12, Nr. 254/5 Judenmatrikel Hergershausen Sterbefälle: Die Familie Morgenstern wohnte 1825 im Haus Nr. 85, das Michael Klein gehörte.

20 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 52.

21 HStAD, R 21 B, Nachweis. Dabei handelt es sich um eine Kartei der Auswanderernachweise für ganz Hessen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Die Karteikarten sind mit Namen, Konfession, Herkunftsorten, gelegentlich Berufen, Zielorten und Daten ohne Einzelnachweise aufgeführt. Vgl. Wittenberger, Götz, S. 110.

22 Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 52–53 nach HStAD, C 12, Nr. 254/6.

23 StadtA Babenhausen, XIII-1, Nr. 2-5.

24 Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 52–53 nach HStAD, C 12, Nr. 254/6.

25 GA Schaafheim, XIII-2, Nr. 6; Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 50–53. Bernhard David ist 1837 in Sickenhofen als „Vorsinger“ bezeugt. Lötzsch nennt für Hergershausen darüber hinaus Ruben Fuchs (1854), Daniel Ehrenfeld (1853–1856), Levi Michael (1858). HStAD, C 12, Nr. 254/5.

26 Er sammelte in seiner Gemeinde Spenden: Für die Abgebrannten in Görlitz, in: Der Israelit 16, H. 9, 3. März 1875, S. 199.

27 Kleiner Anzeiger, in: Israelitisches Familienblatt 11, H. 35, 2. September 1909, S. 17.

28 Theure Glaubensgenossen, in: Der Israelit 19, H. 32, 7. August 1878, S. 800; Dringende Bitte, in: Der Israelit 23, H. 31, 2. August 1882, S. 800; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 7 (1892), S. 70, ferner 10 (1895), S. 81 und 11 (1896), S. 87. Vgl. Lötzsch/Wiesner/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 150.

29 Siehe dazu die Artikel Babenhausen und Sickenhofen in diesem Band.

30 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 696 Beschluss der Regierung der Provinz Starkenburg, 16. März 1832. Das Gemeindebackhaus gehörte nach der Gemeindeordnung zur Kategorie 1 der Gemeindeeinrichtungen, zu denen ausschließlich Ortsbürger freien Zugang hatten.

31 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 696 Schreiben Kreisbehörde Offenbach, 12. Januar 1837.

32 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 696 Bericht Bürgermeister von Hergershausen an Kreisrat Offenbach, 9. April 1838.

33 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 696 Schreiben Vorsteher der Israelitischen Religionsgemeinde, 10. u. 25. Mai 1838.

34 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 696 Entscheidung Ministerium, 27. August 1838.

35 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 1097. Vgl. Lange, Judenfeindschaft und Antisemitismus, S. 142; Preissler, Frühantisemitismus, S. 238–239.

36 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 696 Bericht Bürgermeister Reuling von Hergershausen, 28. Februar 1832.

37 Vgl. Fink, Eintritt, S. 308.

38 Vgl. Fink, Eintritt, S. 295 nach ZA EKHN, Sickenhofen, Nr. 29 (alte Signatur).

39 HStAD, G 23 D, Nr. 2787. Siehe dazu ausführlich den Artikel Sickenhofen in diesem Band.

40 HStAD, H 23, Nr. 3669.

41 HStAD, P 4, Nr. 2296: Auf der zwischen 1854 und 1857 angefertigten Parzellenkarte entspricht der Grundriss etwa dem des späteren Bauwerks von 1869; HStAD, H 23, Nr. 3669 (Kataster von 1857), S. 75: Haus-Nr. 740 (alt), Nr. 369 (neu); StadtA Babenhausen, Grundbuch der Gemeinde Hergershausen (ab 1850er Jahre), 1. Bd., S. 162.

42 Starkenburger Provinzialanzeiger, Dieburger Kreisblatt, 21. Jahrgang, 12. März 1869. Frdl. Mitteilung Tilo Fink.

43 Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 119 nach Starkenburger Provinzialanzeiger, Dieburger Kreisblatt, 18., 22. u. 25. September 1869.

44 Das Foto weicht von dem Brandkataster und der Beschreibung des Bürgermeisters ab, die es als „einstöckig“ bezeichnen. Möglicherweise bezieht sich die Angabe aus dem Brandkataster auf den Vorgängerbau. Siehe dazu HHStAW, 518, Nr. 1434, Auszug aus Brandkataster, 2. Februar 1950: „Hergershausen, Die Judengemeinde, Nr. 123, Synagoge mit Lehrerwohnung, 1-stöckig, 1869 versichert, Versicherungskapital 5.140 M.“; CAHJP, JRSO-Hes-38, Bürgermeister von Hergershausen, 23. Juni 1949; HHStAW, 503, Nr. 7382, Ermittlungsbericht, 23. November 1940.

45 Zit. nach Hergershausen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/99, letzter Zugriff 29. November 2024.

46 HHStAW, 503, Nr. 7382, Ermittlungsbericht, 23. November 1960.

47 CAHJP, JRSO-Hes-38. Die Skizze ist auch insofern falsch, als der Zugang zum Gebäude über den Hof erfolgt sein müsste.

48 CAHJP, JRSO-Hes-38, Angaben Ludwig Strauß sowie Salomon u. Berta Siegel.

49 Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 112–113; Wittenberger, Die Familie Siegel; Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 177–178. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 232, Schreiben Adolf Siegel, eingegangen 1. September 1966.

50 Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 170. Siehe auch die Statistik am Ende dieses Artikels.

51 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 382.

52 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, S. 242; Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, www.denkmalprojekt.org/2010/babenhausen-hergershausen_wk1u2_hess.htm, letzter Zugriff 18. Juli 2024. Vgl. Fink, Eintritt, S. 161; Arnsberg, Die jüdische Gemeinden, Bd. 1, S. 354.

53 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 618, Nachtragsliste, 25. September 1937.

54 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. G 19. Vgl. Fink, Eintritt, S. 161. Zu Josef Strauß vgl. Wittenberger, Das Dritte Reich, S. 70.

55 Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 120.

56 Erinnerungen Herta Lewy, Tochter von Isaac und Recha Binn, vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 116.

57 Die Veranstaltungen fanden auch in Babenhausen und Sickenhofen statt. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 46. Vgl. Fink, Eintritt, S. 164–165.

58 Vgl. Wittenberger, Die Familie Siegel, S. 23.

59 HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82, Schreiben Hessisches Kreisamt Dieburg an Bürgermeisterei Hergershausen, 17. Dezember 1932.

60 Nach kritischer Sicht auf die für 1933 überlieferten Zahlen, die zwischen 31 Personen (YVA, O.52, Nr. 660) und 49 Personen (HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82, Aufstellung 1946; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 232) variieren.

61 Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 112; Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 168.

62 HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82, Schreiben Kreisamt Dieburg an Bürgermeisterei Hergershausen, 8. Mai 1933 (Abmeldung durch Schwager in Frankfurt) und Schreiben (Exzerpt) Gestapo Darmstadt, 5. August 1937 (angeblich marxistische Betätigung des Isaac Binn) sowie Schreiben Bürgermeister Klein (Exzerpt), 28. Mai 1937. Vgl. Wittenberger, Die

letzten Jahre, S. 116; Lötzsch, Namenslisten, S. 192; Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 183.

63 HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82, Kreisamt Dieburg an Bürgermeisterei Hergershausen, 6. Juni 1933. Zu Ascher Schmulowitz vgl. Wittenberger, Die Familie Siegel, S. 23.

64 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 1724. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 183.

65 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 193.

66 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. V 545. Vgl. Lötzsch, Namenslisten, S. 202.

67 YVA, O.52, Nr. 660; HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82. Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 354–355; Lötzsch, Namenslisten, S. 191–202; Wittenberger, Die Familie Siegel.

68 Siehe dagegen Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 354, der von Gottesdiensten bis 1938 ausgeht.

69 Klein, Menschlichkeit, S. 123–124 (daraus das Zitat); Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 120.

70 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 4; HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 82, Ermittlung vom 27. Mai 1946 (HHStAW, 520/06, Nr. 53). Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 120; Klein, Menschlichkeit, S. 124; Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 222.

71 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 4. Die „ordnungsgemäße“ Räumung der „niedergelegten“ Synagoge und die Zahlung Räumungskosten durch die noch vor Ort wohnenden Jüdinnen und Juden, meldete Bürgermeister Klein am 30. September 1939. Siehe HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10. Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 121.

72 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593. Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 118.

73 Vgl. Wittenberger, Die Familie Siegel, S. 30.

74 Vgl. Klein, Menschlichkeit, S. 123–124.

75 AA, ID 12660202, Meldung der jüdischen Gemeinde vom 26. August 1940; Berta Kahn, Hergershausen, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 9. Dezember 2024. Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 117.

76 Vgl. Wittenberger, Die Familie Siegel, S. 24, 36–37; Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 118.

77 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 756.

78 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 21.

79 HStAD, H 23, 3669 (Topografisches Güterverzeichnis Hergershausen); HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 21. Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 121.

80 Vgl. Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 115–119; Fink, Eintritt, S. 182–185; Hergershausen, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 9. Dezember 2024.

81 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 4, Schlussbericht des Ermittlungsverfahrens gegen Philipp Hägny, 21. Mai 1948 u. rechtskräftiger Beschluss Landgericht Darmstadt, 27. Mai 1949. Vgl. Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 222.

82 CAHJP, JRSO-Hes-38, Wertermittlung JRSO, 7. September 1959.

83 CAHJP, JRSO-RO-647.

84 Wittenberger, Die letzten Jahre, S. 117–118.

85 Vgl. Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 230.

86 Erinnerungstafel in Hergershausen enthüllt, in: Anzeige- und Nachrichtenblatt für Babenhausen und Umgebung, 2. November 2006; Michael Prasch, Zeichen der Erinnerung und Mahnung, in: Main-Echo, 31. August 2006.

Langstadt (Stadt Babenhausen)

Mit Kleestadt (Stadt Groß-Umstadt) und Schlierbach (Gemeinde Schaafheim)

Im Jahr 1669 vernahm das Stadtgericht in Reinheim Johann Christophel Koch aus Münster und weitere seiner Verwandten in Langstadt und Ueberau. Diese hatten sich eine Abwesenheit des „Jud" Joseph, der zu einer Beschneidungsfeier nach Neustadt[1] gereist war, zunutze gemacht, waren in dessen Haus in Langstadt eingebrochen und hatten dort zahlreiche Gegenstände entwendet, darunter Kleidung, Bettzeug, Haushaltsgegenstände und Werkzeuge. Offenbar hatte Kochs Schwiegervater, der ehemalige Kuhhirte Joachim Friedrich Feldschuh, den Einbruch auch damit gerechtfertigt, dass es „keine Sünde [sei], einem Juden etwas zu Nehmen."[2] Joseph ist bislang der erste namentlich bekannte jüdische Einwohner Langstadts. Seine Anwesenheit im 17. Jahrhundert markierte den Beginn einer jüdischen Geschichte des Ortes, die dann im 19. und frühen 20. Jahrhundert mit einer eigenständigen jüdischen Gemeinde mit Betraum ihre Blüte erlebte.

Die Niederlassung von Jüdinnen und Juden in Langstadt, Kleestadt und Schlierbach

Seit dem 16. Jahrhundert gehörte Langstadt zusammen mit Kleestadt und Schlierbach zum Amt Babenhausen der Grafschaft Hanau-Lichtenberg. Bereits in der Mitte des 15. Jahrhunderts sind Handelsgeschäfte auswärtiger Juden mit Langstädter Einwohnern nachweisbar.[3] Ob schon in der Zeit der Reformation Jüdinnen und Juden im Ort lebten, ist nicht gesichert. Außer dem genannten Joseph ließen sich schließlich nach dem Dreißigjährigen Krieg weitere Juden im Ort nieder. So suchte Nathan 1688 um Wiederzulassung in Langstadt nach, wo er viele Jahre gelebt hatte. Er war während „der französischen Kriegs-Troubles" im Ort angefeindet worden und flüchtete nach Hergershausen in den Schutz der Herren von Groschlag. Ob eine Rückkehr tatsächlich erfolgte – er galt als verarmt –, ist ungewiss.[4]

In den Folgejahrzehnten lebten in Langstadt immer wieder einzelne jüdische Familien. Sie waren insbesondere im Vieh- und Naturalienhandel tätig, so 1747 etwa Löw, der mit Früchten, und 1748 Isaac, der mit Pferden handelte.[5] Ein Verzeichnis von Oktober 1764 nennt die Namen von vier jüdischen Haushaltsvorständen, nämlich Moses, Nahm (Nehm), Jesel und Joel.[6] 1779 waren in Langstadt unter den 188 Einwohnern nur sechs jüdische Männer und Frauen.[7] 1791 lebten vier Schutzjudenfamilien im Ort, von denen die Witwe von Jösel Moses das halbe und Joel Joßel das ganze Schutzgeld zu entrichten hatten, während die verarmten Joel Nehm und Isaac Nehm von der Zahlung von Schutzgeld befreit waren.[8] Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren dann bereits die Vorfahren der Familien Wetzler,[9] Isenburger,[10] Oestreich[11] und Lichtenstein[12] in Langstadt etabliert, die in den Folgejahrzehnten die Geschicke der jüdischen Gemeinschaft vor Ort bestimmten.[13] Einblicke in das jüdisch-christliche Verhältnis in dieser Zeit gewähren die Kirchenprotokolle, die einzelne Verstöße gegen christliche Vorschriften und damit die gegen Juden gerichteten Einschränkungen dokumentieren: So habe etwa der „Schutz-Jud" Joel im August 1763 verbotenerweise sonntags einen Ochsen zum Markt nach Frankfurt am Main gefahren. Im September 1767 wurden Bär aus Schaafheim und dessen Knecht mit einer Geldstrafe belegt, weil sie sonntags in Langstadt Handel getrieben hätten. 1794 wurde nochmals ausdrücklich festgehalten, dass an Sonntagen niemand bei Juden Sachen abholen dürfe. Manche Regeln brachen christliche und jüdische Langstädter auch gemeinsam, etwa wenn sie 1806 den christlichen Friedhof als Bleichplatz für ihre wohl im oder am Stadtbach gewaschene Wäsche nutzten. Am 5. September 1766 hielt ein Protokolleintrag auch die lokale jüdische Rechtspraxis fest: Demnach sei ein „Juden Rabbiner" – der für die Juden des Amtes Babenhausen zuständige Ober- beziehungsweise Landrabbiner in Hanau – acht Tage wegen einer Erbteilung in Langstadt geblieben und dann – deshalb wurde die Sache festgehalten – am Sonntagmorgen kurz vor dem Gottesdienst in verdecktem Wagen nach Hanau gefahren.[14]

In dem etwa zwei Kilometer südlich von Langstadt gelegenen Kleestadt lassen sich Jüdinnen und Juden ab dem späten 17. Jahrhundert nachweisen. Zwischen 1683 und 1690/94 entrichtete Abraham drei Gulden Beisassengeld. Er handelte unter anderem mit Papier, Kerzen, Lebensmitteln und Kreide. In den Folgejahren hielten sich im Ort auch der Kramwarenhändler Simble sowie der Krämer und Viehhändler Heyum auf. Der Viehhändler Isaak ließ sich 1719 in Kleestadt nieder. Erneute Zahlungen des Beisassengeldes sind 1734/35 bis 1751 und 1755 bis 1762 für einen weiteren Abraham dokumentiert, der sich 1761/62 auch an den Lasten des Siebenjährigen Krieges beteiligte.[15] Offenbar derselbe war 1764 neben David (Dahlberg) in einer Auflistung verzeichnet.[16] 1740 beantragte der in Altstadt geborene Händler Falck Simon die Aufnahme in den Schutz nach Kleestadt, den ihm die Behörden allerdings versagten.[17] Insgesamt blieb die Zahl der in Kleestadt lebenden Jüdinnen und Juden niedrig. 1791 wird nur noch eine verarmte und kinderreiche Schutzjudenfamilie, die von David Nehm, genannt.[18] Ab dem

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-017

Beginn des 19. Jahrhunderts lebten hier vor allem Mitglieder der Familien Dahlberg und Hecht.[19] Ende der 1820er Jahre zählte der Ort gerade einmal neun Jüdinnen und Juden.[20]

Jenseits der alltäglichen Kontakte und Geschäftsbeziehungen finden sich auch für Kleestadt Hinweise auf das jüdisch-christliche Zusammenleben. Juden erwarben nicht nur Grundstücke und Häuser im Ort, sondern nahmen im 18. Jahrhundert wiederholt Kredite von der örtlichen Kirchkasse auf. Die Ortsbehörden achteten wiederum genau darauf, dass die ansässigen Jüdinnen und Juden ihre Abgaben entrichteten, was sie 1772 auch für eine unehelich schwangere auswärtige Jüdin einforderten, die sich für rund neun Wochen in Kleestadt aufhielt.[21]

Im etwa drei Kilometer südwestlich von Langstadt gelegenen Schlierbach lebten Jüdinnen und Juden ab mindestens 1814.[22] Ihre Zahl belief sich Ende der 1820er Jahre gerade einmal auf drei und stieg bis um 1900 auf 13 an.

Die Israelitische Religionsgemeinde Langstadt mit Kleestadt und Schlierbach

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatten sich die Juden von Babenhausen, Dudenhofen, Kleestadt und Langstadt zusammengeschlossen. Sie unterhielten die Synagoge in Babenhausen und beschäftigten einen Vorsänger. 1791 traten sie gemeinschaftlich gegen Gebührenforderungen des zuständigen Hanauer Oberrabbiners auf, wobei sie auf die ärmlichen Verhältnisse der wenigen in den genannten Orten lebenden Juden hinwiesen. Als Vorsteher fungierte in dieser Zeit Joel aus Babenhausen.[23] Ihre Toten setzten die angeschlossenen Judenschaften ebenfalls auf dem Babenhäuser jüdischen Friedhof bei. Die frühesten überlieferten Grabsteine für Langstädter Juden stammen aus dem Jahr 1772, als Hanle, die Tochter von Moses Kohen, und Nachum, ein Sohn von Chaim, beigesetzt wurden.[24] Für 1808 ist mit dem Stein für David, Sohn des Noham, erstmals einer für einen Kleestädter Juden dokumentiert.[25]

Wann genau sich die in den drei Orten lebenden Jüdinnen und Juden zur Israelitischen Religionsgemeinde Langstadt mit Kleestadt und Schlierbach zusammenschlossen und sich von Babenhausen ablösten, ist bislang unbekannt.[26] 1833 wird mit Samson Isenburger aus Langstadt ein Vorsteher der Gemeinde genannt.[27] Gedruckte Listen über genehmigte Umlagen zur Finanzierung der Bedürfnisse der Religionsgemeinde sind im *Großherzoglich-Hessischen Regierungsblatt* ab 1839 erfasst.

Ende der 1860er Jahre ist der aus Kirch-Brombach stammende ledige Lehrer Jacob Katz erwähnt, der bis Anfang der 1890er Jahre vor Ort Religionsunterricht erteilte. Ab 1894, als noch acht jüdische Kinder in Langstadt lebten, wird Katz

Abb. 1: Grabstein für Hanle, Tochter von Moses Kohen aus Langstadt, von 1772, auf dem jüdischen Friedhof in Babenhausen. Foto: Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen (LAGIS).

als Kantor bezeichnet. Offiziell als Religionslehrer fungierte ab diesem Zeitpunkt Willi Seewald in Babenhausen.[28] Der Vorstand der jüdischen Gemeinde war im gleichen Jahr mit Vertretern aus allen drei Gemeindeorten besetzt: Siegmund Dahlberg wohnte in Kleestadt, Levi Lichtenstein in Langstadt und David Kahn in Schlierbach.[29] Sie waren für insgesamt 49 Jüdinnen und Juden – sieben Familien in Langstadt sowie je zwei in Kleestadt und Schlierbach – zuständig.[30] Die traditionell ausgerichtete jüdische Gemeinde war im 19. Jahrhundert dem Rabbinat in Darmstadt zugeordnet.[31] Um 1900 zählte sie zum neu eingerichteten orthodoxen Rabbinat Darmstadt II.[32]

Hinweise zur rituellen Alltagspraxis geben die Erinnerungen des 1909 geborenen Max Oestreich, ein Sohn des Viehhändlers Julius Oestreich in Langstadt, demzufolge zumindest seine Familie noch in den 1920er Jahren mit Hilfe auswärtiger Schächter vor Ort koscher geschlachtet habe.[33] Wie andernorts übernahmen auch hier einzelne christliche Familien Schabbatdienste in jüdischen Haushalten, in Langstadt etwa bei Isaak Lichtenstein.[34] Spendengelder vor

allem von Langstädter Jüdinnen und von Herz Hecht in Kleestadt für arme Jüdinnen und Juden in Palästina und im Russischen Reich zeugen von der fortgesetzten Praxis der *Zedaka*.[35] Dass der Kleestädter Siegmund Dahlberg für seine älteste Tochter Bertha nach einer Anstellung als Haushaltshilfe „in einem isr[aelitischen] Hause“ suchte, deutet ebenfalls auf den hohen Stellenwert einer traditionellen jüdischen Lebensweise hin.[36] Dies galt indes nicht mehr zwangsläufig für jene Gemeindeglieder, die in andere Orte umzogen: Jettchen Kahn aus Schlierbach trat nach ihrer Heirat mit dem Pfirschbacher Schneider Leonhard Buchhammer 1891 zum Protestantismus über.[37] Der in Langstadt geborene spätere Aschaffenburger Religionslehrer und Kantor Simon Wetzler öffnete sich dem liberalen Judentum.[38]

Der Betraum in Langstadt

Abb. 2: Luftaufnahme von Langstadt mit eingezeichnetem Synagogengebäude, vermutlich 1927. Foto: Alemannia Judaica / Reiner Haberstock.

Der Betraum der jüdischen Gemeinde lag im Ortskern in der Friedhofsstraße 1, keine 60 Meter von der evangelischen Kirche entfernt. Dort befand sich eine für Langstadt typische Doppelhofreite als eingeschossiger Fachwerkbau mit Satteldach und einer Gesamtgrundfläche von wohl knapp vier Metern Breite und bis zu 15 Metern Länge, der aus zwei etwa gleichgroßen Gebäudehälften bestand und wie die meisten Häuser des Ortes mit dem Giebel zur Straße stand. Thea Altaras nahm bei ihren Untersuchungen in den 1980er Jahren an, dass sich der erste Betraum im heute noch erhaltenen hofseitigen Teil des Hauses befand, das laut Balkeninschrift mutmaßlich 1780 errichtet wurde. Das Vorderhaus habe in dieser Zeit als Wohnhaus gedient, bis dann 1820 – so eine weitere Balkeninschrift – Umbaumaßnahmen stattgefunden hätten, mit denen ein Nutzungstausch einhergegangen sei: Die Synagoge sei dabei ins Vorderhaus gewechselt, das heute noch erhaltene Hinterhaus habe fortan als Wohnhaus gedient.[39] Konkrete Belege für diesen Befund liegen allerdings nicht vor. Zudem erscheint es wenig wahrscheinlich, dass der Betraum bereits um 1780 eingerichtet wurde, denn 1779 lebten gerade einmal sechs Juden und Jüdinnen in Langstadt.[40]

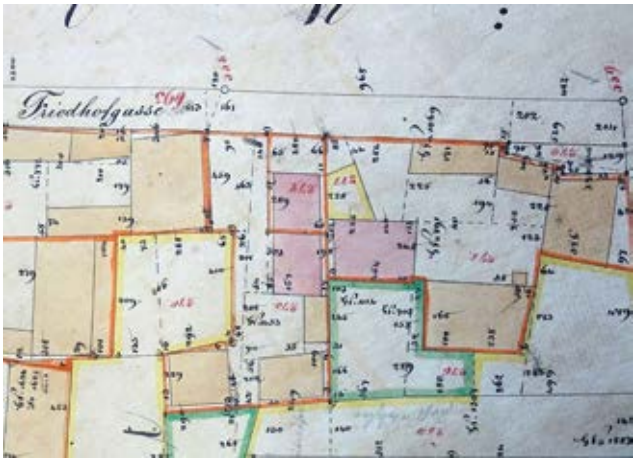


Abb. 3: Ausschnitt aus der Parzellenkarte für Langstadt von 1863, mittig das mit der roten Nummer 274 gekennzeichnete Synagogengebäude. Stadtarchiv Babenhausen.

Anzunehmen ist deshalb, dass der Betraum erst im frühen 19. Jahrhundert, und zwar gleich im Vorderhaus eingerichtet wurde. Das Hinterhaus bewohnte über viele Jahrzehnte die christliche Familie Breitwieser. Über das Aussehen und die Ausstattung von Gebäude und Betraum finden sich nur wenige Hinweise. Nach der Erinnerung von Max Oestreich sei der erhaltene „hintere Teil des Hauses […] exactly as die Synagoge“, also im selben Stil erbaut, gewesen.[41]

Nach dem Parzellenbrouillon von 1863/67 sprang das Gebäude etwa 1,60 Meter hinter die Grundstücksgrenze zurück.[42] Eine Bauerfassung ergab 1961 eine Giebelbreite von 6,40 Metern und eine Länge von sieben Metern. Der Bau war nicht unterkellert, das über einem Sandsteinsockel errichtete Erdgeschoss zwei Meter hoch und von fünf Fenstern durchbrochen. Die Firsthöhe betrug etwa 5,30 Meter. Der Zugang zur Synagoge erfolgte durch zwei Türen im Hof, so dass Männer und Frauen den Raum separat betreten konnten. Ein Holzgitter grenzte die Frauensynagoge vom Hauptraum ab. Eine Frauenempore existierte demnach – auch aufgrund der geringen Höhe des Gebäudes – nicht.[43] Die Gemeinde besaß mehrere Torarollen, die mutmaßlich in einem Toraschrein oder -schrank aufbewahrt wurden, der sich an der Ostseite – am straßenseitigen Giebel – des Gebäudes befand.[44]

Abb. 4: Langstadt, erhaltenes Hinterhaus des ehemaligen Synagogengebäudes in Langstadt, Friedhofstraße 1, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Auch im 19. Jahrhundert waren die jüdischen Einwohner in erster Linie im Handel tätig. So war etwa Nehm (Nehemias) Oestreich aus Langstadt zunächst wie sein Vater Rinderhändler und handelte ab 1887 bis Anfang der 1920er Jahre mit Spezereien, Kleie und Mehl.[45]

Abb. 5: Langstadt, Wohnhaus der Familie Oestreich, Hauptstraße 35, um 1920. V. l. n. r.: Sara Oestreich mit Tochter Berta, Mieterin Frau Hahn mit Kind. Foto: Familie Oestreich.

In Kleestadt lebten der Krämer und Makler Emmanuel Dahlberg und dessen Bruder Moses Dahlberg, der seinen Lebensunterhalt als Messerschmied, Schlachter und Krämer verdiente. In Schlierbach betrieb Meier Kahn spätestens ab 1823 einen Handel mit Kälbern.[46] Die Zahl der in Langstadt lebenden Jüdinnen und Juden blieb verhältnismäßig klein – Ende der 1820er Jahre waren es gerade einmal 25 Personen. Dies lag auch daran, dass zwar bei zehn von elf Heiraten zwischen 1841 und 1879 Frauen von auswärts einheirateten – aus Aschaffenburg, Bensheim, Biblis, Egelsbach, Kirchbrombach, Leutershausen, Reinheim, Schlierbach, Seligenstadt und Urberach, wohin die Langstädter Juden nicht selten Handelsbeziehungen pflegten.[47] Langstädter Jüdinnen heirateten aber meist ebenfalls nach auswärts, so dass selbst kinderreiche Ehen keinen überproportionalen Anstieg der jüdischen Ortsbevölkerung zur Folge hatten.[48]

Jüdinnen und Juden waren vielfältig in ihre Ortsgemeinschaften eingebunden. Sie unterlagen wie die christlichen Männer der Militärpflicht und leisteten Kriegsdienste.[49] Im Ersten Weltkrieg wurden aus Langstadt die Cousins Moritz und Julius Lichtenstein verwundet.[50] Aus Schlierbach fiel 1918 Moses Buxbaum.[51] Sie beteiligten sich aber auch an geselligen Aktivitäten: Julius Lichtenstein, der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, wirkte 1910 als Schauspieler an einem Mundartstück mit.[52] Sein Bruder, der Viehhändler Isidor Lichtenstein, war Anfang der 1920er Jahre wie auch der 1909 geborene Max Oestreich als Mitglied des „Clubs der eiskalten Naturfreunde“ und als Laienschauspieler aktiv.[53] Oestreich war zudem Mitglied des Turnvereins in Langstadt, in dem er Fußball und Handball spielte.[54]

Abb. 6: Max Oestreich (stehend, 2. v. l.) als Mitglied der Handballmannschaft des TV Langstadt. Foto zur Verfügung gestellt durch Bernd Otto Bundschuh.

Inwiefern die nichtjüdische Ortsbevölkerung auch in jüdische Feste einbezogen war, wie etwa einen am 1. August 1868 in Schlierbach im Gasthaus Zum Schwanen veranstalteten jüdischen Ball, bleibt offen.[55] Zumindest Moses Dahlberg lud 1863 den Kleestädter Bürgermeister Adam Sauerwein zu seiner Hochzeit ein – auch weil er sich davon eine dafür noch erforderliche Genehmigung erhoffte.[56] Freundschaften bestanden in Langstadt etwa zwischen dem

Bauern Ludwig Diehl und dem späteren Aschaffenburger Religionslehrer Simon Wetzler.[57] Nach dem Tod von Sophie Lichtenstein begleiteten noch im Juni 1933 viele nichtjüdische Langstädter den Leichenzug zum jüdischen Friedhof Babenhausen bis zur Ortsgrenze.[58]

Rückgang der Zahl der Gemeindemitglieder

Wie die meisten jüdischen Gemeinden im Umfeld war auch die Langstädter ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von einem starken Rückgang der Zahl der Gemeindemitglieder betroffen. Die Zahl der in Langstadt lebenden Jüdinnen und Juden, die 1861 mit 45 ihren Höchststand erreichte, halbierte sich bis 1867 fast auf nur noch 24. Sie stieg dann zwar bis 1880 nochmals auf 36 an, sank bis 1925 aber auf 10.[59] Auch hier emigrierten ganze Familienzweige in die Vereinigten Staaten, so 1869 Isaak Wetzler mit Frau und Kindern, 1873 dessen verwitwete Schwägerin Ester Wetzler mit mehreren Kindern und 1885 sein Neffe Süßkind Wetzler, ebenfalls mit Kindern.[60] Auch aus Kleestadt und Schlierbach emigrierten Jüdinnen und Juden in die USA oder ließen sich in Großstädten wie Frankfurt am Main nieder.[61] Zwar stieg ihre Zahl in Kleestadt zunächst nochmals von zwölf (1861) auf 25 (1885) an, ging aber anschließend stark zurück.[62] Ein Hochwasser zerstörte im April 1902 schließlich das Eigentum des laut *Israelit* „einzigen“ noch in Kleestadt wohnenden Juden, des Spezereiwaren- und Viehhändlers Herz Hecht und dessen Familie. Trotz Spendenaufruf der Lehrer Julius Seewald in Babenhausen und Levi Stein in Groß-Umstadt gab Hecht sein seit 1860 betriebenes Geschäft auf und verzog nach Homberg (Ohm).[63]

Nationalsozialismus, Pogrom und Schoa

Mitte der 1920er Jahre lebten in Langstadt und in Schlierbach jeweils nur noch etwa zehn Jüdinnen und Juden.[64] Gottesdienste fanden wohl bereits zu dieser Zeit kaum noch in Langstadt statt beziehungsweise wechselten zur Erreichung des *Minjan* unter den umliegenden Synagogenorten. Lediglich an *Rosh Hashana* seien aufgrund der Familienbesuche in Langstadt immer ausreichend jüdische Männer vor Ort gewesen.[65] Ansonsten besuchten die in beiden Orten lebenden Jüdinnen und Juden auch die Synagogen in Schaafheim, Groß-Umstadt und – dies soll zumindest für die Familie Lichtenstein an den hohen Feiertagen gegolten haben – auch in Babenhausen.[66] Offenbar bildete Langstadt zu dieser Zeit nur noch eine Filialgemeinde zu Babenhausen, denn in den *Handbüchern der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege* ist sie nicht mehr erfasst.[67]

Auch in Langstadt setzten Ausgrenzung und Verfolgung mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ein, die hier wie auch in den benachbarten Orten Kleestadt und Schlierbach bereits bei den Landtagswahlen von 1931 jeweils über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnten.[68] Gewalttätige Übergriffe gab es in Schlierbach, wo nur noch die Familien Kahn und Buxbaum lebten: Mayer Kahn wurde zusammen mit seinem Freund August Kreher verprügelt und anschließend im Konzentrationslager Osthofen festgehalten.[69]

Der letzte Gottesdienst in der Langstädter Synagoge soll im September 1938 stattgefunden haben. Wenige Wochen darauf will Max Oestreich die im Gebäude befindlichen Torarollen an sich genommen haben. Eine derselben habe er nach Seligenstadt abgegeben, eine sei bei seiner Auswanderung in die USA 1941 verloren gegangen und die anderen seien nach Darmstadt gekommen.[70] Während des Novemberpogroms sei das ehemalige Synagogengebäude zwar nicht in Brand gesetzt worden, allerdings seien Fenster eingeschlagen und die Inneneinrichtung verwüstet worden.[71] Zeitzeuginnen zufolge seien zerschlagenes Inventar und ausgehängte Holzläden auf dem nahen Kirchplatz verbrannt worden, Bücher und viele andere Dinge hätten auf der Straße gelegen.[72] Die Langstädter Isidor Lichtenstein und der letzte Gemeindevorsteher Julius Lichtenstein wurden für mehrere Wochen ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.[73] Oestreich, der in Groß-Umstadt lebte, wurde dort festgenommen und lebte nach seiner Rückkehr aus Buchenwald bis zur Auswanderung mit seiner Frau nochmals in Langstadt.[74]

Der Familie Julius Lichtensteins gelang nach der Freilassung die Emigration.[75] Parallel setzte sich auch die „Arisierung“ der noch in „jüdischem Besitz“ befindlichen Grundstücke in Langstadt fort, wobei die meisten Verfolgten den Ort längst verlassen hatten.[76] In Schlierbach trommelte wohl am Abend des 10. November 1938 der NSDAP-Ortsgruppenleiter mehrere Nationalsozialisten zusammen, die die Wohnungen der dort Verfolgten demolierten. Die Brüder Ernst und Rudolf Buxbaum wurden in „Schutzhaft“ genommen und ebenfalls nach Buchenwald überstellt.[77] Auch hier verschärfte sich der „Arisierungsdruck“.[78] Im September 1939 kam es zu Steinwürfen gegen die Schwestern Lina und Rosa Kahn.[79]

Im Oktober 1939 erfolgte für 370 RM der Verkauf des ehemaligen Synagogengebäudes in Langstadt an Ludwig Fischer, dem bereits das Hinterhaus gehörte.[80] Zur gleichen Zeit wurde die Israelitische Religionsgemeinde Langstadt aufgelöst.[81] Im Haus der Familie Kahn in Schlierbach (Hauptstraße 75) wurden 1941 die vor Ort verfolgten und Juden aus umliegenden Orten, unter anderem aus Schaafheim, zusammengelegt.[82] 1942 wurden Sophie, Rudolf

Abb. 7: Gertrud und Max Oestreich, Passfotografien. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Dieburg, Q 322.

und Ernst Buxbaum sowie Rosa Kahn zusammen mit den anderen Bewohnern über Darmstadt deportiert.[83] Mindestens 18 der in Schlierbach geborenen oder lebenden Verfolgten kamen in der Schoa um.[84] Aus Langstadt berichtete Bürgermeister Sauerwein bereits Anfang 1942, dass sich im Ort „keine Juden mehr“ befänden.[85] Von den dort bis in die Zeit des Nationalsozialismus lebenden beziehungsweise dort geborenen Jüdinnen und Juden wurden 19 Opfer der Schoa. Von den in Kleestadt Geborenen erlitten dieses Schicksal sieben Personen.[86]

Das Schicksal der ehemaligen Synagoge und die Erinnerungskultur

Während des Zweiten Weltkrieges wurde der ehemalige Betraum in Langstadt als Waschküche und Küche genutzt. Auch ausländische Zwangsarbeiter sollen hier verpflegt worden sein. Nach Kriegsende nutzten auch die in der Gegend stationierten US-Truppen das Haus als Wasch- und Verpflegungsküche. Die Eigentümer entrichteten 1949 nochmals 400 Mark als Entschädigung an die JRSO.[87] 1964 wurde das Vordergebäude des Doppelhauses schließlich abgerissen und der Platz mit einem neuen, traufseitig zur Straße stehenden größeren Wohnhaus überbaut. Das hofseitige Wohngebäude ist bis heute erhalten.[88] Bei Umbauarbeiten im Hinterhaus fanden sich im Dachgebälk mehrere Schriftrollen mit Rollstäben.[89]
Bereits am 9. November 1988 war in Babenhausen ein Gedenkstein eingeweiht worden, der auch an die Langstädter Jüdinnen und Juden erinnert. Am 11. März 1998 enthüllte Bürgermeister Kurt Lambert am dem Wohnhaus, das am ehemaligen Standort der Langstädter Synagoge errichtet worden war, eine kleine Gedenktafel aus Messing mit der Inschrift: „An dieser Stelle stand die Synagoge der jüdischen Gemeinde Langstadt Der letzte Gottesdienst wurde im September 1938 gehalten“.[90] Angeregt hatte dies Max Oestreich,

Abb. 8: Langstadt, Blick in die Friedhofstraße in Richtung evangelische Kirche, links das 1964/65 auf dem Areal der abgerissenen Synagoge errichtete Wohnhaus mit kleiner Gedenkplakette, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

der den Ort in den Jahren zuvor mehrfach besucht hatte. 2002 wurde außerdem eine Straße im Neubaugebiet Lachfeld nach Julius Lichtenstein benannt. Mehrere Stolpersteine sind im Stadtgebiet verlegt, die an die Verfolgung und die ehemalige jüdische Gemeinde erinnern.[91] In Schlierbach wurde 2020 an der evangelischen Kirche eine Gedenktafel mit den Namen der Verfolgten enthüllt.[92]

Daniel Ristau

Abb. 9: Langstadt, 1998 angebrachte Gedenktafel am 1964/65 auf dem Areal der abgebrochenen Synagoge errichteten Wohnhaus, Friedhofstraße 1, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Für Hinweise und Unterstützung danke ich Georg Wittenberger, Babenhausen, und Daniela Tobias, Solingen.

Langstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des LAGIS: lagis.hessen.de/resolve/de/syn/101

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Langstadt

1740	3 Schutzjuden
1779	6 Juden und Judenehefrauen
1791	3 Schutzjuden und 1 Schutzjudenwitwe
1829	25 Personen
1855	10 Personen
1861	45 Personen
1864	39 Personen
1871	32 Personen
1880	36 Personen
1894	31 Personen (7 Familien)
um 1905	22 Personen
1907	18 Personen
1910	14 Personen
1925	10 Personen
1. Januar 1936	11 Personen
31. Dezember 1938	6 Personen

Zahlen nach: HStAM, 86, Nr. 29468 (1740); Haberstock, Beschreibung des Dorfes, 58 (1779); HStAM, 81, Nr. 14428 (1791); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 137 (1829); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Grossherzogthum Hessen und bei Rhein für 1855, Mainz 1855, S. 50 (1855); Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 3 (1864), S. 209 (für 1861); 7 (1867), S. 207 (für 1864); 14 (1875), S. 76 (für 1871); 24 (1884), S. 2, 122, (für 1880);; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 9 (1894), S. 76; Statistisches Jahrbuch deutscher Juden 17 (1905), S. 107 (um 1905); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1911, S. 206 (1907); Georg Wittenberger, Langstadt (Landkreis Darmstadt-Dieburg), in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/101, letzter Zugriff 10. Juni 2024 (1910, 1925); HStAD, R 12 F, Nr. 62 (1938).

Kleestadt

um 1740	2 Schutzjuden
1741	1 Schutzjude
1791	1 Schutzjude
1829	9 Personen
1855	8 Personen
1861	17 Personen
1867	18 Personen
1871	17 Personen
1875	23 Personen
1880	21 Personen
1885	25 Personen
1894	10 Personen (2 Familien)
1902	1 Familie

Zahlen nach: HStAM, 86, Nr. 29468 (vor 1740–1741); HStAM, 81, Nr. 14428 (1791); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 123 (1829); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Grossherzogthum Hessen und bei Rhein für 1855, Mainz 1855, S. 50 (1855); Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 3 (1864), S. 209 (für 1861); 11 (1870), S. 29 (für 1867); 14 (1875), S. 76 (für 1871); 19 (1879), S. 62 (für 1875); 24 (1884), S. 2, 122, (für 1880); 34 (1890), S. 2, 86 (für 1885); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 9 (1894), S. 76; Der Israelit 43 (1902), H. 36, 5. Mai 1902, Beil., S. 792 (1902).

Schlierbach

1829	3 Personen
1861	7 Personen
1864	0 Personen
1867	10 Personen
1875	11 Personen
1885	9 Personen
1894	8 Personen (2 Familien)
1897	10 Personen
um 1905	13 Personen
1925	10 Personen
1936	7 Personen

Zahlen nach: Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 211 (1829); Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 3 (1864), S. 211 (für 1861); 7 (1867), S. 207 (für 1864); 19 (1879), S. 64 (für 1875); 34 (1890), S. 2, 86 (für 1885); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 9 (1894), S. 76; 12 (1897), S. 95; Statistisches Jahrbuch deutscher Juden 17 (1905), S. 107 (um 1905); Reining/Sehnert/Weber, 1250 Jahre Schlierbach, S. 24 (1925, 1936).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Brenner, Georg/Wilfried Köbler, Sie waren Umstädter. Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Umstadt, Raibach, Klein-Umstadt, Kleestadt und Semd und die Geschichte des religiösen und rassistischen Antisemitismus in Deutschland, Groß-Umstadt 2010.

Bundschuh, Bernd Otto, Geschichte im Überblick, in: Evangelischer Kirchenvorstand Langstadt (Hrsg.), 125 Jahre Evangelische Kirche Langstadt, Langstadt 2005, S. 192–205.
Haberstock, Hans Reiner, Aus den Presbyteriumsprotokollen 1763 bis 1829, in: Evangelischer Kirchenvorstand Langstadt (Hrsg.), 125 Jahre Evangelische Kirche Langstadt, Langstadt 2005, S. 46–57.
Haberstock, Hans Reiner, Beschreibung des Dorfes 1779 und 1820, in: Evangelischer Kirchenvorstand Langstadt (Hrsg.), 125 Jahre Evangelische Kirche Langstadt, Langstadt 2005, S. 58–61.
Haberstock, Reiner, Geschichte der Familien Oestreich, Isenburger und Wetzler in Langstadt, in: Bundschuh, Bernd et al. (Bearb.), 750 Jahre Langstadt, Langstadt 2017, S. 187–200.
Heizmann, Joachim, Von Babenhausen nach Theresienstadt, in: Babenhausen einst und jetzt 43 (2021), S. 7–64.
Lötzsch, Karin, Namenslisten aller ab 1823 urkundlich erwähnten Juden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Klaus Lötzsch/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen, Beiheft 1, Babenhausen 1988, S. 166–203.
Lötzsch, Karin, Verzeichnis der Herkunftsorte und Geburtsnamen der in den Trauregistern von 1823–1876 erwähnten auswärtigen Ehefrauen, in: Klaus Lötzsch/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen, Beiheft 1, Babenhausen 1988, S. 155–165.
Lötzsch, Karin, Zivilstandsregister der Juden für die Gemeinden Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Klaus Lötzsch/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen, Beiheft 1, Babenhausen 1988, S. 30–55.
Reining, Klaus/Karl-Heinz Sehnert /Otto Weber, 1250 Jahre Schlierbach. Schlierbacher Geschichte & Geschichten, Schaafheim 2020.
Roth, Wolfgang, Spuren von mehr als 250 Jahren jüdischen Lebens in der Gemeinde Schaafheim, Schaafheim 2007.
Schäfer, Willi: Langstadt vor 60 Jahren – 1943 bis 1945. Aufzeichnungen des Schuljahrganges 1930/31, in: Evangelischer Kirchenvorstand Langstadt (Hrsg.), 125 Jahre Evangelische Kirche Langstadt, Langstadt 2005, S. 179–191.
Weil, Bernd, Die Geschichte der jüdischen Familie Aumann. Neue Fotos, Relikte und Dokumente, 2., aktual. Aufl., Norderstedt 2021.
Wittenberger, Georg, Beiträge zur Geschichte der jüdischen Familien von Langstadt. 1. Mitteilung: Über die Familie Oestreich, in: Babenhausen einst und jetzt, 20 (1990), S. 62–73.
Wittenberger, Georg, Der Religionslehrer und Kantor Simon Wetzler (1853–1919), in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 49 (1997), S. 211–219.
Wittenberger, Georg, Der Stammbaum der Langstädter Familie Wetzler, in: Babenhausen einst und jetzt, 45 (2023), S. 109–122.
Wittenberger, Georg, Die jüdische Familie Lichtenstein von Langstadt, in: Der Odenwald 63 (2016), 2, S. 65–82.
Wittenberger, Georg, Die Langstädter Familie Isenburger im Überblick, in: Babenhausen einst und jetzt, 45 (2023), S. 123–131.
Wittenberger, Georg, Geschichte der Familie Lichtenstein in Langstadt, in: Bundschuh, Bernd et al. (Bearb.), 750 Jahre Langstadt, Langstadt 2017, S. 174–186.
Wittenberger, Georg, Liste der in Langstadt geborenen oder dort teilweise wohnhaften deportierten und ermordeten jüdischen Mitbürger/innen, Typoskr., Babenhausen 2012.
Wittenberger, Georg, Zur Geschichte der Langstädter Juden in neuerer Zeit, in: Klaus Lötzsch/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen, Beiheft 1, Babenhausen 1988, S. 98–106.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 112600047; 8012500075; 112600047
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7381
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 12, Nr. 251/1; 251/2; 251/3; 251/4; 281/1; 281/2; 281/3; 281/4; 281/5; 281/6; 281/7; 281/8; 281/9; 281/10; 281/11
– F 16: Nr. 613
– G 15 Dieburg: Nr. L 22; Q 322; Q 593; T 758; T 766
– G 28 Gross-Umstadt: Nr. R 14; R 92; R 105;
– H 23: Nr. 2089
– 61 Kohlmannslehner: Nr. 31
– R 12 F: Nr. 62
– R 21 B: NACHWEIS
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 86: Nr. 26495
– 81: Nr. A/57/2, Bd. 1; 14428
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, Archiv (ISG)
– H.17.08: Nr. 986
Stadtarchiv Babenhausen (StadtA Babenhausen)
– II/3/1
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– N 1: Nr. 479
Staatsarchiv Hamburg (StA Hamburg)
– 373-7 I, VIII A 1: Bd. 23 B; Bd. 29 B

Amerkungen

1 Gemeint ist hier wohl Neustadt im Odenwald, wo sich während des Dreißigjährigen Krieges ein Jude mit Namen Joseph niederließ. Möglicherweise handelte es sich dabei um den später in Langstadt lebenden oder einen von dessen Verwandten. Vgl. Neustadt (Odenwaldkreis), in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/104, letzter Zugriff 23. Juli 2022.
2 HStAD, F 16, Nr. 613.
3 Vgl. HStAD, C 4, Nr. 23/6, Pfandaufgebote von Babenhäuser Juden nach Langstadt 1464.
4 HStAM, 86, Nr. 26495.
5 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479.
6 HStAM, 81, Nr. A/57/2, Bd. 1.
7 Haberstock, Beschreibung des Dorfes, S. 58.
8 HStAM, 81, Nr. 14428.
9 Wittenberger, Der Stammbaum; Haberstock, Geschichte der Familien.
10 Wittenberger, Die Langstädter Familie; Haberstock, Geschichte der Familien.
11 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte; Haberstock, Geschichte der Familien.
12 Wittenberger, Die jüdische Familie; Wittenberger, Geschichte der Familie.
13 Lötzsch, Namenslisten, S. 181–185, verzeichnet für Langstadt ab 1823 insgesamt nur 149 Personen.
14 Haberstock, Aus den Presbyteriumsprotokollen, S. 48–49, 55–56.
15 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 185–186.
16 HStAM, 81 Hanauer Regierung, Nr. A/57/2, Bd. 1.
17 HStAM, 86, Nr. 29468.
18 HStAM, 81, Nr. 14428.

19 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 187–194. Vgl. die erhaltenen Personenstandsunterlagen HStAD, C 12, Nr. 281/1; Nr. 281/2; Nr. 281/3; Nr. 281/4; Nr. 281/5; Nr. 281/6; Nr. 281/7; Nr. 281/8; Nr. 281/9; Nr. 281/10; Nr. 281/11.

20 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 137.

21 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 186.

22 Im Dezember 1814 sollen Sinsel (Isaak) Kahn und Sins (Süse?) Dahlberg, die aus Kleestadt stammte, in Schlierbach geheiratet haben. Kahns Gesuch um Aufnahme als Schutzjude in Kleestadt im gleichen Jahr blieb ohne Erfolg, so dass er weiter in Schlierbach lebte. Wolfgang Roth, Die Geschichte der Schlierbacher Juden in den letzten, beiden Jahrhunderten, 2004, [S. 1], www.alemannia-judaica.de/images/Images%20337/WRoth%20Schlierbacher%20Juden.pdf, letzter Zugriff 1. Juli 2024.

23 HStAM, 81, Nr. 14428; Wittenberger, Zur Geschichte, S. 98.

24 Hanle, Tochter des Moses Kohen, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16413, letzter Zugriff 18. Oktober 2024; Nachum, Sohn des Chaim, in: LAIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16455, letzter Zugriff 18. Oktober 2024.

25 David, Sohn des Noham, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16441, letzter Zugriff 18. Oktober 2024.

26 Im Güterverzeichnis von 1867 ist sie als „israelitische Religionsgemeinde Langstadt, Kleestadt und Schlierbach“ verzeichnet, vgl. HStAD, H 23, Nr. 2089.

27 Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 193.

28 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 38–39, 47.; HStAD, C 12, Nr. 251/3, 251/4; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 2 (1887), S. 27; 8 (1893), S. 73; 9 (1894), S. 76, 16 (1903), S. 128. 1899 wird statt Seewald auch ein Lehrer Manheimer in Babenhausen erwähnt, vgl. Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), Nachtrag, S. 44.

29 Kahn, David, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16306, letzter Zugriff 18. Oktober 2024.

30 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 9 (1894), S. 76.

31 Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Hessen 1841, S. 216.

32 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), Nachtrag, S. 54.

33 Weil, Die Geschichte, S. 154.

34 Wittenberger, Die jüdische Familie, S. 69.

35 Israelitische Wochen-Schrift 12, H. 37, 14. September 1881, Extrabeil., S. 1; Der Israelit 6, H. 36, 6. September 1865, S. 516; Der Israelit 25, H. 28–29, 8. April 1884, S. 515; Der Israelit 32, H. 49, 22. Juni 1891, S. 918.

36 Der Israelit 42, H. 28–29, 15. April 1901, S. 659. Inwiefern sich im 19. Jahrhundert möglicherweise auch eine (Privat-)Mikwe im Ort befand, ist bislang nicht bekannt.

37 Roth, Die Geschichte der Schlierbacher Juden, [S. 4].

38 Langstadt (Darmstadt-Dieburg), in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/101, letzter Zugriff 10. Juni 2024; Wittenberger, Der Stammbaum, S. 214.

39 Altaras, Synagogen, S. 284, nennt als Grundfläche des erhaltenen Hofgebäudes ca. 7 mal 8 Meter. Vgl. Reiner Haberstock, Notizen zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Langstadt, 2006, S. 99–100, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20404/Langstadt%20Notizen%20zur%20Geschichte.pdf, letzter Zugriff 2. Juli 2024.

40 Haberstock, Beschreibung des Dorfes, S. 58.

41 Max Oestreich an Georg Wittenberger, 13. August 1997, Privatarchiv Georg Wittenberger, Babenhausen.

42 StadtA Babenhausen, II/3/1, Parzellenbrouillon Langstadt, Flur I, Abt. A.

43 HHStAW, 503, Nr. 7381.

44 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte, S. 68, 98–100.

45 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte, S. 64; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 105. Siehe auch das Handelsgeschäft von Joel Isenburger (HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 92).

46 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, R 20. Die Löschung des Geschäfts erfolgte offenbar erst 1881.

47 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte, S. 64.

48 Vgl. die jüdischen Personenstandsregister zu Langstadt unter HStAD, C 12, Nr. 251/1; Nr. 251/2; Nr. 251/3; Nr. 251/4; Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 38–39, 47; Lötzsch, Verzeichnis der Herkunftsorte.

49 Vgl. das Fragment einer Abschiedsurkunde für J. Wetzler – mutmaßlich Joel Wetzler – aus Langstadt 1830, der im Regiment „Groß- und Erbprinz“ Dienst getan hatte, ISG, H.17.08, Nr. 986, sowie der Hinweis auf Nehemias Dahlberg, der ebenfalls Militärdienst leistete, bei Brenner/Köbler, Sie waren Umstädter, S. 190.

50 Armee-Verordnungsblatt, Deutsche Verlustlisten Nr. 948 (20. April 1916), S. 12143 und Nr. 1475 (31. Mai 1917), S. 18750. Lichtenstein war von 1934 bis 1936 Mitglied im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Wittenberger, Die jüdische Familie, S. 70, 77.

51 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932, S. 23, 330.

52 Weil, Die Geschichte, S. 123.

53 Wittenberger, Die jüdische Familie, S. 69–70, 73–74; Weil, Die Geschichte, S. 125.

54 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte, S. 68.

55 Roth, Spuren, 146.

56 HStAD, C 12, Nr. 281/8.

57 Haberstock, Notizen zur Geschichte, S. 4.

58 Wittenberger, Die jüdische Familie, S. 69; Haberkorn, Notizen zur Geschichte, S. 3.

59 Siehe die Zusammenstellung zur Statistik am Beitragsende.

60 Wittenberger, Der Religionslehrer, S. 111–112 Auswanderungsnachweise für die Familie unter HStAD, R 21 B, NACHWEIS; StA Hamburg, 373-7 I, VIII A 1, Bd. 23 B, S. 754; Bd. 29 B, S. 928. In der Nachweiskartei (HStAD, R 21 B, NACHWEIS) taucht der Name Isaak Wetzler schon einmal 1860 auf. Möglicherweise mussten erste Ausreisepläne verworfen werden.

61 Aus Kleestadt wanderte u. a. der 18-jährige Moses Dahlberg 1867 in die USA aus (HStAD, R 21 B, NACHWEIS). Aus Schlierbach u. a. Gindel Kahn (geb. 1834) 1854 (Roth, Schlierbacher Juden, [S. 2]).

62 Siehe die Zusammenstellung zur Statistik am Beitragsende.

63 Der Israelit 43, H. 36, 5. Mai 1902, Beil., S. 792; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 14. Das Statistische Jahrbuch deutscher Juden 17 (1905), S. 107, nennt auf Grundlage alter Daten noch sechs Jüdinnen und Juden für Kleestadt, erfasst damit aber vermutlich den Stand vor 1902. 1907 ist Kleestadt noch Langstadt zugeordnet, vgl. Bureau des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes (Hrsg.), Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, Berlin 1911, S. 206.

64 Siehe die Zusammenstellung zur Statistik am Beitragsende.

65 Wittenberger, Zur Geschichte, S. 100, der sich auf Max Oestreich beruft.

66 Basierend auf Aussagen von Max Oestreich (1989) und Walter Frank (1988) gegenüber Georg Wittenberger, zit. in Wittenberger, Langstadt; Wittenberger, Zur Geschichte, S. 98–100.

67 So Wittenberger, Zur Geschichte, S. 100.

68 Vgl. die prozentualen Wahlergebnisse der NSDAP zum 5. Hessischen Landtag: Langstadt: 57,56%, Kleestadt 52,12% Schlierbach 56%, parlamente.hessen.de/geschichte/volksstaat-hessen/landtag-1931-1932/

details?tab=wahlergebnis, letzter Zugriff 2. Juli 2024. Zumindest der Langstädter Viehhändler Isidor Lichtenstein tätigte noch 1937 Geschäfte mit Geschäftspartnern in Schlierbach (HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31).

69 Reining/Sehnert/Weber, 1250 Jahre Schlierbach, S. 24–25.

70 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte, S. 68, 98–100. Nachforschungen zum Verbleib von Torarollen und weiteren Kultgegenständen Anfang der 1960er Jahre zeitigten offenbar keine Erfolge (HHStAW, 503, Nr. 7381).

71 HHStAW, 503, Nr. 7381; Wittenberger, Langstadt.

72 Überlieferung von Margarete Fengel an ihren Enkel Pfarrer Reiner Haberstock, in: Bundschuh, Geschichte im Überblick, S. 199–200; Die Pogromnacht in Babenhausen und Langstadt, erinnerungen-einer-stadt.de/, letzter Zugriff 20. Juni 2024.

73 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 592; Nr. Q 593.

74 Wittenberger, Beiträge zur Geschichte, S. 68–70.

75 Wittenberger, Die jüdische Familie, S. 70.

76 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 758.

77 AA, Documents, ID 112600047; ID 8012500075; ID 112600047; Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 228; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593.

78 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 766.

79 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.

80 HHStAW, 503, Nr. 7381; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 758; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10.

81 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 22.

82 Roth, Leben in Schaafheim, S. 264.

83 Reining/Sehnert/Weber, 1250 Jahre Schlierbach, S. 24–25.

84 Vgl. die Aufstellung in Schaafheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/schaafheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Juli 2024; sowie Suche Schlierbach, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/, letzter Zugriff 8.1.2025.

85 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 758.

86 Wittenberger, Liste, S. 2–6. Zusammenstellungen der Namen bieten zudem der Ortsartikel zu Langstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/langstadt_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Juli 2024, das Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, sowie Heizmann, Von Babenhausen.

87 Wittenberger, Langstadt; sowie den Bericht von Margarete Arnold, in: Schäfer, Langstadt vor 60 Jahren, S. 183.

88 Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 95.

89 Wittenberger, Langstadt.

90 Offenbach-Post, 13. März 1998.

91 Wittenberger, Die jüdische Familie, S. 66, 80; Wittenberger, Zur Geschichte, S. 100.

92 Stadtpost Babenhausen, Nr. 46, 11. November 2020, S. 11.

Lengfeld (Gemeinde Otzberg)

Seit 1971 ist Lengfeld der Mittelpunkt des Gemeindeverbands Otzberg, eine Benennung aus der Frühen Neuzeit, die sich auf den gleichnamigen Berg bezog. Das Amt Otzberg hatte seinen Sitz in dem einstigen Burgmannenstädtchen Hering und umfasste unter anderem die Orte Ober-Klingen, Unter-Klingen und Habitzheim, die ebenfalls jüdische Bevölkerung aufwiesen.[1] Von 1390 bis zum Ende des Alten Reiches gehörte Lengfeld, abgesehen von zwei kurzen hessischen Intermezzi im 16. und 17. Jahrhundert,[2] als „Zubehör" von Otzberg und Umstadt zur Kurpfalz. Die seit dem späten 14. Jahrhundert von den kurpfälzischen Regenten umgesetzte strikte Ausweisung jüdischer Familien aus ihrem Gebiet wirkte sich auch auf die kurpfälzische Enklave Otzberg aus.[3]

Jüdisches Leben in der Frühen Neuzeit

Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg und seinen Bevölkerungsverlusten wird, möglicherweise als Folge der im Zuge der kurpfälzischen Siedlungspolitik ausgeübten religiösen Toleranz, erstmals ein Lengfelder Jude (Lazarus?) aktenkundig.[4] Überliefert ist die Rechnung von 1694/95 für sein Begräbnis auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg.[5] Er muss folglich schon eine Weile in Lengfeld gelebt haben. Im Otzberger Schatzungsbuch von 1721 sind ferner Jesel, Löw und Isaak verzeichnet. Der Vermögendste war Jesel, der für zwei Baugrundstücke und seine Geschäftstätigkeit insgesamt 100 Gulden Abgaben leisten musste.[6] Im Jahr 1720 stritten Moses von Semd und Löw von Lengfeld wegen eines „Meerapfels" (*Etrog*) für das Laubhüttenfest. Dieser Streit fand in „ihrer schuel" zu Habitzheim statt, die damals offensichtlich von den Juden der umliegenden Orte, darunter neben Semd und Reinheim auch Lengfeld, zu Gottesdiensten genutzt wurde. Ab wann sich in Lengfeld eine eigene jüdische Gemeinde mit eigenem Gebetsraum bildete, ist nicht bekannt.[7]

Der 1690 geborene Isaak, der sich auch Eissik Lengfeld nannte, war als Sohn des Meyer ha-Levi in der Frankfurter Judengasse aufgewachsen und ab 1720 als Schutzjude in Lengfeld angenommen worden. Er war der Stammvater der späteren Lengfelder Familie Lehmann. Nach einer überlieferten Randnotiz in einem hebräischen Buch der Propheten aus dem 17. Jahrhundert sei Isaak nicht nur Leiter (der jüdischen Gemeinschaft?), sondern auch *Rosch Medina* (Vorsteher der Landjudenschaft) gewesen. Waren seine Einkünfte aus „krämerey und Viehe schlachten" in den ersten Jahren eher bescheiden, hatte er sich bis 1728 bereits den Ruf eines „wohl geschätzten und hoch gebildeten" Mannes erworben.[8] Seine erfolgreiche Tätigkeit in der Landwirtschaft und als Händler von Futtermitteln und Vieh führten ihn zu Wohlstand, sodass er im Jahr 1743 mit insgesamt 175 Gulden sehr hohe Schutzgelder und Steuern an die pfälzische Herrschaft zu zahlen hatte.[9] In Eissiks Haushalt lebten seine Frau Gietel (Judith), vier Kinder, eine Magd sowie ein Lehrer, der den Kindern Unterricht erteilt und mit dem Familienvater den Talmud und die Tora studiert haben soll.[10]

Die Zahl der jüdischen Haushalte in Lengfeld betrug bis zur Säkularisierung nach der Französischen Revolution nie mehr als fünf. Von ihnen wurden drei bis vier Juden zur „Schatzung" herangezogen. Im Jahr 1743 waren dies außer Isaak noch Löw Abraham und Löw Josel, Nachkommen von ortsansässigen Juden.[11] Von den wohl hauptsächlich als Viehhändler und Schlachter tätigen Familienvätern nahm der Bürgermeister im Jahr 1742 Steuern in Höhe von jeweils fünf Gulden ein. Ihr Vieh durften die Juden gegen ein Entgelt von 20 Kreuzern auf die örtlichen Weiden führen. Als Hausbesitzer mussten Jesel, Eissik (Isaak) und die beiden Löw wie alle Ortsbewohner Hafer an die Gemeinde abliefern.[12]

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren christliche Bewohner aus den Nachbardörfern, der örtliche Adel und sogar die Fürsten zu Löwenstein-Wertheim bei den jüdischen Lengfeldern teilweise hoch verschuldet.[13] Als Kreditgeber und Immobilienverkäufer wird in den 1770er Jahren vor allem Löser (auch Leser, Elieser) Isaak, Sohn des Eissik, aktenkundig.[14] Löser, der geschäftlich auch in Frankfurt unterwegs war, trat häufig als Kläger in Rechtsstreitigkeiten auf, denn in seiner Tätigkeit als Geldleiher war er einem hohen finanziellen Risiko ausgesetzt. Dabei bemühten sich die Behörden, ihm im Falle von saumseligen Zahlern zu seinem Geld zu verhelfen.[15] Vor allem die adeligen Debitoren weigerten sich mitunter, die Darlehen zurückzuzahlen, und bezichtigten Löser als Wucherer. So hatte der noch unmündige Prinz Dominik Konstantin zu Löwenstein-Wertheim, um sich sein luxuriöses Leben leisten zu können, im Jahr 1784 bei Löser gegen einen Zins von sechs Prozent ein Darlehen in Höhe von 200 Stück kurpfälzischen Karolin (2.200 Gulden) aufgenommen. Mit Hinweis auf die Minderjährigkeit des Prinzen wiesen dessen Vormünder zunächst jegliche Zahlungsverpflichtung zurück. Erst im Jahr 1790 führte die Drohung Lösers, sich an die kurpfälzische Regierung zu wenden, zur Zahlung der geliehenen Geldsumme und der fälligen Zinsen.[16] Der Freiherr von Haxthausen zu Georgenhausen hatte als Sicherheit für eine Schuld in Höhe von 16.673 Gulden 48 Kreuzer an Löser Isaak sogar einen Wald in der Gemarkung Zeilhard verpfändet.[17] Löser ist für

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-018

Abb. 1: Dieburg, Jüdischer Friedhof, Grabstein Nr. 154 der Gidel (Gietel), Frau des Eissik Lengfeld, gestorben am 25. April 1772, aufgenommen 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Abb. 2: Dieburg, Jüdischer Friedhof, Grabstein Nr. 156 des Elieser (Löser), Sohn des Eissik und der Gietel, Beisitzer der Landjudenschaft, gestorben am 25. September 1798, aufgenommen 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

die Jahre 1776 und 1778 als *Tuwe Medinah* (Steuereinnehmer) und Beisitzer der Landjudenschaft im Kurfürstentum Pfalz nachgewiesen.[18] Er starb im Jahr 1798 und wurde wie alle verstorbenen Lengfelder Jüdinnen und Juden auf dem jüdischen Friedhof von Dieburg bestattet.[19]

Den Pferdehändler Meyer, Sohn des Löser Isaak, führte der Handel regelmäßig in den Odenwald, wo er zusammen mit Juden aus anderen Orten hauptsächlich christliche Käufer im Amt Breuberg bediente und die Ware auch auf Kredit weitergab. Unstimmigkeiten gab es auch in diesem Berufsfeld, wenn Kunden ihre Schulden nicht bezahlen konnten.[20] In einem Fall erhielt der zahlungsunfähige Debitor eine Frist eingeräumt, da die Gläubiger nach Ansicht der Behörde wohlhabend seien; in einem anderen Fall gab die kurpfälzische Regierung Meyer Recht, als ein Kunde auf dem Viehmarkt im kurpfälzischen Weinheim versuchte, den Kaufvertrag anzufechten.[21] Seine Pferde kaufte Meyer im Jahr 1784 bei dem Pferdeliebhaber Prinz Dominik Konstantin zu Löwenstein-Wertheim.[22]

Synagoge, Mikwe und Gemeindehaus

Etwa zwei Jahrzehnte nachdem Lengfeld durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 mit dem Amt Otzberg an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und 1806 an das Großherzogtum Hessen übergegangen war, gibt es erstmals konkrete Hinweise auf die Existenz einer Synagoge im Ort. Der vermögende Kaufmann Isaak (auch Isac) Meyer Lehmann, ein Enkel des Eissik Lengfeld und erstes Familienmitglied mit diesem Nachnamen, war Besitzer eines mit einem Schlachthaus ausgestatteten Anwesens in der Salzgasse (heute Bismarckstraße 21). Zu dem sogenannten Isaak-Meyer-Haus gehörte die vor 1822 über dem Schlachtraum in einem Nebengebäude eingerichtete Lengfelder „Judenschule“.[23] Isaak Meyer Lehmann, der die russischen Truppen nach der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) mit Fleisch, Tabak, Öl, Kerzen, Kaffee und Zucker belieferte, stiftete der jüdischen Gemeinschaft eine Torarolle mit der Auflage, dass sie nie verkauft oder in eine andere Syna-

Abb. 3: Ehemaliges Wohn- und Geschäftshaus der Familie Lehmann Bismarckstraße 21, als Kaufhaus Wolf, Ansichtskarte der 1950er Jahre. Landesamt für Denkmalpflege Hessen.

goge übertragen werden dürfe.[24] Wann Isaak Lehmann das Anwesen erworben und das Wohnhaus mit dem Nebengebäude erbaut hatte, ist nicht überliefert.[25] Aufgrund eines dendrochronologischen Gutachtens kann das Erdgeschoss des Nebenbaus mit dem mutmaßlichen Schlachtraum in die Jahre um 1800 datiert werden.[26] Zwar sind für das Obergeschoss keine dendrochronologischen Daten vorhanden, doch ist von der gleichzeitigen Entstehung des kleinen Gebäudes auszugehen.

Abb. 4: Ehemaliges Lehmann'sches Anwesen mit Synagoge, Blick nach Norden mit evangelischer Pfarrkirche am Ende der früheren Salzgasse, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Zur Bestreitung der Baukosten hatte die Gemeinde ein Darlehen in Höhe von 120 Gulden aufgenommen, das im Jahr 1832 noch nicht getilgt war. Ein weiteres Darlehen erhielt sie von der Löser-Isaac-Stiftung, in die jedes Gemeindemitglied und alle neu zugezogenen jüdischen Familienväter einzahlen mussten. Im August 1834 waren dort noch 150 Gulden Schulden vom Synagogenbau verzeichnet.[27] Möglicherweise diente der zweite Betrag auch zur Reparatur eines in der Synagoge am 2. Februar 1831 entstandenen Brandschadens.[28] Erst nach Abbruch des alten Lehmann'schen Wohnhauses entstand im Jahr 1865 das stattliche zweigeschossige Wohn- und Geschäftshaus, das bis heute die ehemalige Synagoge umbaut.[29] Die Synagoge gehörte nach ihrer Erbauung der „Judenschaft".[30] Zu einem späteren Zeitpunkt scheint die Gemeinde den Gebetssaal jedoch an Karlmann Lehmann veräußert zu haben. Auch wenn der Raum für Gottesdienste weiterhin in Benutzung blieb, gehörte von da an lediglich das Ritualbad von 1883/84 in der Otzbergstraße – nach dem topografischen Güterverzeichnis sogar als „Sinagoge mit Hofraum" – zum Besitz der Israelitischen Religionsgemeinde Lengfeld.[31]

Bis heute ist die ringförmige Erschließung um den historischen Kern des Haufendorfs Lengfeld im Ortsplan augenfällig. Diesem Straßenring um Lengfeld fügt sich im Nordwesten der befestigte Kirchhof mit der evangelischen Pfarrkirche St. Blasius an. Nur etwa 50 Meter südlich davon nimmt das ehemalige Lehmann'sche Anwesen die südliche Spitze einer vollständig bebauten Parzelle ein. Für die von Süden über die Bismarckstraße Kommenden bildete das historistische Wohn- und Geschäftshaus einen markanten städtebaulichen Akzent. Dagegen zeigt sich von dem zweigeschossigen Fachwerkgebäude mit Synagoge nur die östli-

Abb. 5: Synagoge, ehemalige Salzgasse, Zeichnung von A. Lang vom 18. September 1942. Jüdisches Museum Frankfurt.

Abb. 6: Lengfeld, Blick von der Salzgasse zur Bismarckstraße, rechts Synagoge mit Toraerker, Bleistiftzeichnung vom 25. Juni 1937. Privatbesitz Rosemarie Wolf.

che Giebelseite zur schräg in die Kirchgasse einmündenden einstigen Salzgasse (heute Bismarckstraße). Bis auf diese Fassade sind alle Wände des kleinen Bauwerks von dem späteren Wohn- und Geschäftshaus umbaut worden. Wie eine im Jahr 1942 angefertigte Zeichnung erkennen lässt, ruht der gesamte Fachwerkbau auf einem Sandsteinsockel. Das außerordentlich niedrige Erdgeschoss bildet gleichsam ein Sockelgeschoss für das sehr viel höher und auffälliger aufragende Obergeschoss. Leicht außermittig ist hier eine schmale geschosshohe einfache Holztüre eingelassen. Mit den zwei segmentbogenförmig geschlossenen schmalhohen Fenstern, die einen kleinen, mit Staken verkleideten Toraerker flankierten, kündigte sich bereits von außen die Nutzung des Obergeschosses als jüdischer Gebetsraum an.[32] Die nach Norden weisende Außenwand besaß ebenfalls ein etwa mittig angeordnetes Fenster mit Segmentbogen, das jedoch wegen der an das Gebäude grenzenden Scheune etwas höher als die Öffnungen der Giebelseite hinaufreichte und möglicherweise die Frauengalerie belichtete. Ein sich mit dem Dach des Wohnhauses überschneidendes Satteldach mit Fachwerkgiebel schließt das Gebäude nach oben ab.[33]

Da sich die Fassade dem Verlauf der Gasse anpassen muss, bildet der Grundriss des Synagogengebäudes im Erdgeschoss ein unregelmäßiges Trapez, das in keinem rechtwinkligen Bezug zum angrenzenden Wohnhaus oder zu den sich nach Norden erstreckenden Nebengebäuden steht.[34] Das mit einem Überhang zur Straße aufgestockte obere Geschoss gleicht die Unregelmäßigkeiten des Erdgeschossgrundrisses aus. Der hier eingerichtete Gebetssaal bildete im Grundriss ein unregelmäßiges Quadrat mit einer Grundfläche von etwa 30 qm.[35] Der Zugang zur Synagoge erfolgte von Westen über eine noch bestehende viertelgewendelte Treppe, die sich ursprünglich entweder in einem eigenen Anbau oder innerhalb des alten Isaak-Meyer-Hauses befand. Die Gottesdienstbesucher standen so dem Toraschrein direkt gegenüber. Der Gebetssaal reichte in der Höhe bis zum Spannriegel des Dachwerks, das vermutlich als liegender Dachstuhl konstruiert war.[36] Wie Zeitzeugen berichteten, war der Raum von einem bemalten Gewölbe bedeckt, das sich gut in das offene Dachwerk einschmiegen konnte. Wo sich innerhalb des Saals der Frauenbereich befand, ist nicht bekannt.[37]

Mit der ehemaligen Lengfelder Synagoge hat sich ein seltenes Beispiel eines im Privatbereich eines Gemeindemitglieds eingerichteten jüdischen Gebetsraums erhalten, wie er für viele Orte des Landkreises höchstens über schriftliche Dokumente oder auf Katasterplänen überliefert ist. Die noch traditionell in Fachwerk und mit einem barocken

Dachwerk errichtete Synagoge war sehr klein, doch sicher ausreichend für die fünf bis sechs jüdischen Familien, die zum Zeitpunkt der Erbauung in Lengfeld lebten.

Auf Grundlage der großherzoglichen Regierungsverordnung vom 24. Juli 1825 erfolgte die Überprüfung des hygienischen Zustands aller jüdischen Ritualbäder. In diesem Zusammenhang wurde die vermutlich im Keller eines Privathauses untergebrachte Lengfelder Mikwe als unzureichend befunden und der Bürgermeister im August 1826 beauftragt, sie zuschütten zu lassen.[38] Erst sechs Jahre später erwarb die jüdische Gemeinde für 112½ Gulden von einem nichtjüdischen Bürger ein Hirtenhaus in Ortsmitte nahe dem Bach (heute Neuweg 2), in dem sie die neue Mikwe einrichten wollte.[39] Der neue Bürgermeister Nister sah durch den geplanten Bau die Befindlichkeiten und Rechte der am Bach wohnenden christlichen Einwohner gestört und protestierte dagegen. Seiner Ansicht nach würden die Abwässer des Ritualbads den hauptsächlich als Viehtränke genutzten Bach verunreinigen. Nachdem mit Hilfe eines Gutachtens zur Bedeutung und Nutzung der Ritualbäder erreicht wurde, dass der Landrat das Bauverbot des Mikwenhäuschens wieder aufheben musste, unterstrich der Anwalt der Ortsgemeinde in seinem Rekurs den „Eckel“, den die unterhalb des geplanten Bades wohnenden Bürger empfänden, wenn sie ihr „Vieh in dem verunreinigten Wasser“ tränkten und sie „selbst Wasser trinken sollen, bei welchem recht leicht eine Mistung mit Judenbadwasser stattgefunden haben“ könnte. In seinen mit judenfeindlichen Stereotypen und Vorurteilen durchzogenen Ausführungen sprach der Anwalt den „Juden“ die Reinlichkeit ab und mokierte sich über ihre Religionsgesetze. Schließlich durfte die Mikwe mit einem Ablauf in den Bach gebaut, aber das Frischwasser nur mit Gefäßen aus dem Dorfbrunnen geschöpft und nicht wie üblich von dort über ein Rohr in das Tauchbecken geleitet werden.[40]

Die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert

Im Jahr 1829 wurden 29 jüdische Bewohner in Lengfeld gezählt.[41] Darunter waren mindestens fünf erwachsene männliche Nachkommen von Isaak Lehmann.[42] Zu ihnen gehörte Pessach Lehmann. Der wohlhabende und einflussreiche Mann blies den Schofar und war zeitweise Gemeindevorsteher.[43] Erstmals aktenkundig werden Vorsteher der jüdischen Gemeinde mit der Wahl von David Löser Neu, Maier Lehmann und Hirsch Löser Rosenberg im Jahr 1831. Diese drei Männer gehörten zu den angesehensten und gelehrtesten Gemeindemitgliedern im Ort. Nach der Bildung des Vorstands verlief mit Unterstützung des Bürgermeisters auch das Rechnungswesen der jüdischen Gemeinde in geordneten Bahnen.[44] Bei den Anträgen von um 1843/1849 nach wie vor als „Schutzjuden“ bezeichneten Söhnen ortsansässiger jüdischer Familien[45] auf Aufnahme als Ortsbürger in Lengfeld achtete der Landrat des Kreises Dieburg streng auf das gesetzlich vorgeschriebene Vermögen der Aspiranten in Höhe von 500 Gulden und wies geringer Bemittelte wie beispielsweise Löser Rosenberg, den Sohn des Gemeindevorstehers, zunächst ab. Die „Rezipierten“ mussten auf Wunsch der jüdischen Gemeinde zudem „Einkaufsgelder“ für die „Juden Schul“ (Synagoge) und das neue Ritualbad entrichten.[46]

Im Jahr 1883 verkaufte die jüdische Gemeinde das Haus Neuweg 2 an Johann Jäger und behielt sich bis zur Fertigstellung eines neuen Ritualbades das Nutzungsrecht an der bisherigen Mikwe vor. Bald darauf erwarb sie von Heinrich Müller ein Grundstück, das in den damaligen Schafgärten außerhalb des Ortskerns lag (heute Otzbergstraße 10). Hier errichtete sie das später auch als Gemeindehaus genutzte Gebäude für die neue Mikwe.[47] Der schmale, von der Flucht der benachbarten Wohnhäuser weit zurückgesetzte, traufseitig zur Straße gerichtete Bau liegt gegenüber dem heutigen Rathaus der Gemeinde Otzberg an einer Durchgangsstraße. Der erhaltene Bauplan vom August 1883 zeigt die ursprüngliche Aufteilung des eingeschossigen, teilweise unterkellerten Gebäudes mit ausgebautem Dach. Es war für ein Ritualbad großzügig dimensioniert und in drei Funktionsbereiche gegliedert. An die offene Halle mit Abort und Holzremise schloss sich südlich die Regenwassermikwe mit Sammelbassin und Heizkessel, dem Ankleidezimmer und dem Tauchbecken an. Diese Räume konnten von der Halle aus betreten werden. Davon abgetrennt folgten mit separatem Eingang und verbunden durch einen „Gang“ die Gemeinderäume: ein schmaler Raum zur Aufbewahrung von Requisiten sowie ein später als Gemeinde- und Schulzimmer genutztes „Wartezimmer“. Vom „Gang“ führte eine Treppe in die Dachgeschosswohnung, die wohl für den Religionslehrer bestimmt war. Eine bauliche Besonderheit stellte die „Lichtkammer“ mit Dachfenster im Dachgeschoss dar, die durch ein Oberlicht Tageslicht in den Mikwenraum einließ.[48]

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts verdoppelte sich die Zahl der jüdischen Bewohner von Lengfeld und blieb bis zur Jahrhundertwende konstant bei 57 Personen.[49] Nach dem Anschluss an die Odenwaldbahn im Jahr 1871 erlebte der Ort einen wirtschaftlichen Aufschwung mit neuen Berufsaussichten für die Bewohner in der Industrie und mit Veränderungen durch die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Betriebe.[50] Als Kaufleute profitierten die jüdischen Familienväter von dem zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung, indem sie wichtige Waren und Erzeugnisse für den Privatgebrauch und die Landwirtschaft anboten. Dazu gehörten Spezereien, Mehl, „Kolonialwaren“ und Textilien sowie Vieh, Saatgut und Baustoffe.[51]

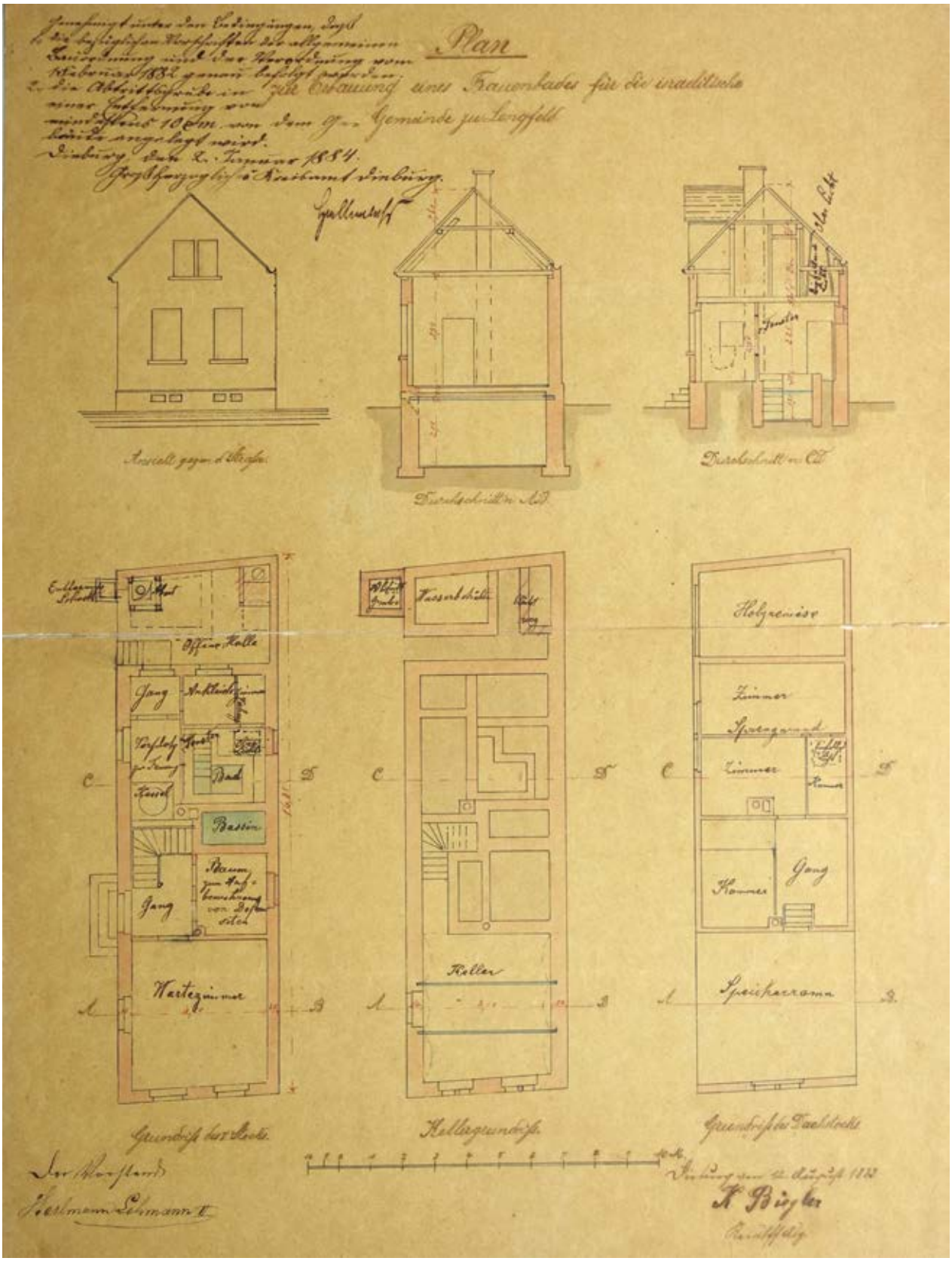


Abb. 7: Bauplan für die Errichtung eines Ritualbads mit Abort und Holzremise, entworfen am 12. August 1883, genehmigt am 2. Januar 1884. Gemeindearchiv Otzberg.

Abb. 8: Ehemaliges Ritualbad, Otzbergstraße 10, 2023. Foto: Rahel Blum.

Als Religionslehrer und Vorsänger wird erstmals im Mai 1840 Salomon Seinsheimer aus Hüttenheim im Königreich Bayern genannt, der die jüdischen Kinder für zwei Jahre unterrichtete.[52] Ab 1868 erteilten die Lengfelder Lehrer auch den Schulkindern in Habitzheim und Ober-Klingen Religionsunterricht; sie waren zudem als *Schochet* (Schächter) tätig.[53] Nach einigen Jahren kurzfristiger Besetzung der Lehrerstelle in den Gemeinden Lengfeld und Ober-Klingen kam mit A. Oppenheimer ab etwa 1884 für mindestens 15 Jahre erstmals Kontinuität in den jüdischen Religionsunterricht. In den Jahren vor der Jahrhundertwende nahmen allerdings nur noch vier jüdische Kinder aus Lengfeld am Religionsunterricht teil; deshalb schloss die Gemeinde in Zukunft wieder eher kurzfristige Verträge ab.[54]

Mit dem Übergang zum Großherzogtum Hessen war die jüdische Gemeinde Lengfeld vom Mannheimer zum Darmstädter Rabbinat gewechselt und zahlte dort auch in die Kasse der Landjudenschaft ein.[55] Als im Jahr 1884 der langjährige Gemeindevorsteher Pessach Lehmann im Alter von 78 Jahren starb, betonte ein Nachruf in der Zeitschrift *Der Israelit* seinen gesetzestreuen Lebenswandel und seine Hinwendung zum „unverfälschten" Judentum. Die Trauerrede hielt nicht der amtierende Rabbiner Julius Landsberger, sondern der orthodoxe Rabbiner der israelitischen Religionsgesellschaft in Darmstadt Dr. Lehmann Marx.[56] Einige Jahre später schloss sich die jüdische Gemeinde Lengfeld ihrer strengreligiösen Einstellung gemäß an das orthodoxe Rabbinat Darmstadt II an.[57] Obwohl 1901 nur noch fünf schulpflichtige jüdische Kinder in dem Ort lebten, suchte die Gemeinde dezidiert nach einem „orthodoxen" Religionslehrer.[58]

Wie die übrigen Ortsbewohner wurden auch die jüdischen Familien im 19. Jahrhundert zu Einquartierungen bei Kriegen und Manövern herangezogen, so wie es von Karlmann Lehmann überliefert ist.[59] Über gemeinsame Aktivitäten und Mitgliedschaften in örtlichen Vereinen sind bislang keine Quellen bekannt. Um 1890 soll es Tanzstunden gegeben haben, an denen auch Jüdinnen und Juden teilnahmen.[60]

Auch jüdische Lengfelder zogen in den Ersten Weltkrieg. Zu ihnen gehörte Ludwig Neu, aber auch Josef Wolf und seine Söhne Hermann und Simon müssen Kriegsteilnehmer gewesen sein, da sie als Mitglieder im Bund jüdischer Frontsoldaten geführt werden.[61] Die Stele für die Gefallenen dieses Kriegs vor der evangelischen Kirche verzeichnet keine jüdischen Soldaten.

Die jüdische Gemeinde während der Weimarer Republik

Während der Weimarer Zeit waren viele der in der aufstrebenden Darmstädter Industrie beschäftigten Lengfelder Arbeiter in der SPD organisiert, der bei den Wahlen zur Nationalversammlung (1919) stärksten Partei im Ort. Doch blieb wegen der günstigen Klima- und Bodenbedingungen die Landwirtschaft der Haupterwerbszweig der Bewohner.[62] Wie in anderen kleineren Gemeinden schrumpfte hier allerdings die jüdische Gemeinschaft in diesen Jahren. Mindestens drei junge Männer und Frauen wanderten bereits um die Jahrhundertwende nach Nordamerika aus, andere verzogen vermutlich innerhalb von Deutschland.[63] So lebten im Jahre 1925 nur noch 33 jüdische Einwohner in Lengfeld.[64] Diese verfügten weiterhin über drei Gemeindevorsteher und den Wohltätigkeitsverein „Chewroth", der sich um das Bestattungswesen und kranke Gemeindeglieder kümmerte.[65] Im Jahr 1925 bestand in Lengfeld eine Ortsgruppe des Central-Vereins.[66] Joseph Lehmann und Liesel Neu waren die einzigen schulpflichtigen Kinder aus Lengfeld, die der Religionslehrer Hermann Kahn aus Höchst zusammen mit vier Kindern aus Oberklingen in Privaträumen unterrichtete. Die Lehrerwohnung in dem Mikwen- und Gemeindehaus hatte die jüdische Gemeinde an einen nichtjüdischen Ortsbürger vermietet.[67] Liesel Neu, die Tochter des Lebensmittelgroßhändlers Ludwig Neu, beschreibt ihre Kindheit in den 1920er Jahren in Lengfeld als glücklich. Sie habe mit den nichtjüdischen Nachbarskindern gespielt, und ihre Familie sei auch mit „nichtjüdischen Leuten" in Lengfeld befreundet gewesen und habe diese an Weihnachten besucht.[68] Auch Anneliese Urschel berichtet, dass sie als Kind bei den jüdischen Nachbarn ein- und ausgegangen sei. Sie kannte die Laubhütte im Hof der Familie Strauß.[69] Als Zeichen des guten nachbarschaftlichen Zusammenlebens nennt sie sowohl die *Schabbes-Goim* als auch die an Pessach im Ort verteilten Mazze.[70]

Abb. 9: Wohngebäude der Familie Rosenberg / Wolf mit Anbau zur Nutzung als Laubhütte mit klappbaren Elementen auf beiden Seiten des Zwerchdaches („Laubhüttenstübchen"), Bismarckstraße 11, davor Laufbrunnen, 1908. Bildarchiv Foto Marburg.

Die Synagoge befand sich vor Beginn der NS-Zeit im Besitz der Familie des Textilhändlers Hermann Lehmann. Gottesdienste fanden an hohen Feiertagen und ansonsten nach „Bedarf und Möglichkeit" statt.[71]

Die jüdische Gemeinde während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Es ist anzunehmen, dass trotz der von Liesel Neu beschriebenen Idylle in dem evangelisch-bäuerlichen Milieu von Lengfeld der Antisemitismus unterschwellig gärte.[72] So gab es hier ab 1929 bereits eine Ortsgruppe der SA.[73] Bei der Landtagswahl am 15. November 1931 änderte sich das Wahlverhalten der Bevölkerung schlagartig, indem mit 405 mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP entfielen. Bei der Reichstagswahl im März 1933 wählten rund 62 Prozent der Ortsbewohner die Partei Adolf Hitlers.[74] Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten trat die Judenfeindschaft in Lengfeld offen zutage, zunächst im Zuge des reichsweiten Boykotts vom 1. April 1933. Die Schaufenster des Geschäftes von Ludwig Neu wurden mit Steinen eingeworfen, mit dem Schriftzug „Jude" und dem Davidstern beschmiert. Auch auf den Bürgersteig hatten die Randalierer einen großen „Judenstern" gemalt. Nur noch wenige nichtjüdische Kunden kauften heimlich in den von Juden geführten Geschäften, so dass deren Umsatz stark zurückging.[75] Die nichtjüdischen Dienstboten durften nicht mehr in jüdischen Familien arbeiten. In der Volksschule wurden Liesel Neu und Seppel Lehmann auf die hinterste Bank verdrängt. Gleichzeitig wurde den Klassenkameraden untersagt, mit ihnen zu spielen oder zu reden. Die anderen Kinder seien hinter ihnen hergelaufen und hätten sie beschimpft, so Liesel Neu.[76]

Der Antisemitismus sowohl der Behörden als auch der Nachbarn im Dorf prägte nun zusehends das Leben der jüdischen Lengfelderinnen und Lengfelder.[77] Wegen der judenfeindlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten und der offensichtlichen Gefahr für Leib und Leben verließen bereits vor den Novemberpogromen 16 jüdische Männer, Frauen und Kinder den Ort. Sieben Personen gelang die Flucht in die USA, drei konnten nach Argentinien, eine Person nach Mexiko auswandern. Fünf Personen flüchteten zu Verwandten nach Roermond in die Niederlande.[78]

Vermutlich am 10. November 1938 fanden auch in Lengfeld als angeblich „spontane Volkskundgebung" organisierte Pogrome gegen zwei der vier noch im Ort wohnenden jüdischen Familien statt. Bei der vorbereitenden Besprechung am Nachmittag des 10. November bei der Kreisleitung in Erbach war auch der Lengfelder Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Philip Weber unter den Versammelten.[79] Nach seiner Rückkehr aus Erbach bestellte Weber die NSDAP- und SA-Mitglieder für 21 Uhr in Zivilkleidung aufs Rathaus und gab die Instruktionen des stellvertretenden Kreisleiters Wilhelm Schwinn zur Durchführung der „Aktion" gegen die Juden an die etwa 40 Männer weiter. Er ermunterte dazu, „in den Häusern der Juden Wolf und Strauß Sachen" kaputtzuschlagen. Plünderungen und persönliche Angriffe hätten zu unterbleiben, die Juden sollten lediglich „gehörig in Schrecken versetzt und ihnen die Lust zu einem weiteren Verblei-

ben in Deutschland genommen werden“. Es erfolgte keine Einteilung in Zerstörungstrupps, sondern die Meute, der sich weitere Ortsbürger anschlossen, zog zum Anwesen mit der Eisenwarenhandlung des Kaufmanns Hermann Wolf in der Bismarckstraße 11 beim Borngassenbrunnen. Danach überfiel sie die Wohnung und die Landesproduktehandlung von Bernhard Strauß in der Kreuzgasse 2 (heute Hindenburgstraße 1), wo das Hoftor von der auf etwa 100 Personen angewachsenen Menschenmenge gewaltsam aufgedrückt wurde. In beiden Häusern zerstörte und verwüstete der Mob die Laden- und Wohnungseinrichtung, zerschlug Geschirr und Porzellan und warf Gegenstände auf den Hof. Ein SA-Mann attackierte Hennie Wolf und drohte, sie in den Brunnen zu werfen.[80] Gegen den Fensterladen und die Fensterscheiben des Hauses Lehmann wurden Pflastersteine geworfen.[81]

Im Zusammenhang mit dem Pogrom wurden der 60-jährige Bernhard Strauß und der 51-jährige Hermann Wolf festgenommen und am 11. November in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Bernhard Strauß starb dort am 20. November 1938 angeblich an Herzschwäche. Der Frontkämpfer Hermann Wolf kehrte im Dezember wieder nach Lengfeld zurück, um sich kurz darauf mit seiner Familie nach Frankfurt abzusetzen.[82] Auch die übrigen jüdischen Bewohner flüchteten in den vermeintlichen Schutz der größeren Städte. Als letzte jüdische Familie verließen Sußmann, Amalie und Bertha Lehmann den Ort am 22. März 1939 in Richtung Holland.[83] Unmittelbar danach richteten sich die Begehrlichkeiten der Ortsbewohner auf die zurückgebliebenen Grundstücke und Immobilien, von deren „Entjudung“, wie es im NS-Jargon hieß, die Lengfelder profitierten.[84] Die Warenlager der jüdischen Geschäftsleute wurden aufgelöst, angeblich um die Besitzer vor Raub und Diebstahl zu schützen. Der Erlös ging an ein Sammelkonto bei der Kreissparkasse Dieburg.[85]

Die Hofreite mit der Synagoge war bereits am 15. Juni 1933 in das Eigentum der Witwe Margarete Wolf übergegangen, die im Lehmann’schen Laden ein Kaufhaus einrichtete.[86] Dabei hatte sich die jüdische Gemeinde weiterhin das Nutzungsrecht an der Synagoge zugesichert. Allerdings sollen sich oft junge SA-Leute absichtlich auf die Treppe vor dem Haupteingang des Wohnhauses gesetzt haben, sodass die jüdischen Gottesdienstbesucher durch den Hintereingang „am Klo vorbei“ in die Synagoge gehen mussten. Nach Auflösung der Gemeinde im Jahr 1938[87] habe man das Holz der Inneneinrichtung für den Bau eines Gartenhäuschens verwendet.[88] Ob die Gemeinde die Ritualien nach Darmstadt in die Synagoge Bleichstraße gebracht hat, konnte die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) nach den dortigen Bränden und Zerstörungen während der Novemberpogrome nicht mehr ermitteln.[89] Das jüdische Gemeindehaus mit Religionsschule, Lehrerwohnung und Mikwe in der Otzbergstraße 10 wurde im November 1939 an eine nichtjüdische Familie verkauft und zum Wohnhaus umgebaut.[90]

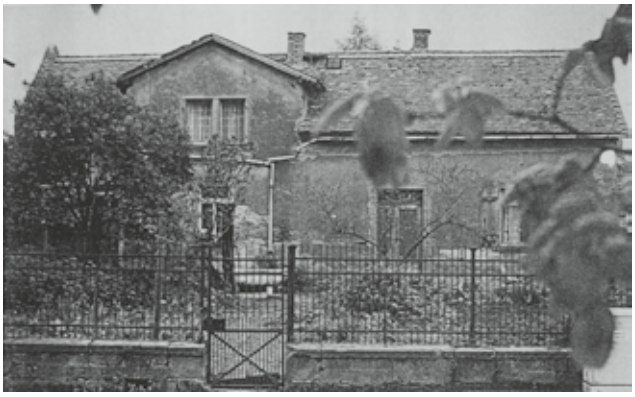


Abb. 10: Ehemaliges jüdisches Gemeindehaus mit Mikwe und Religionsschule als Wohnhaus, Dachrinnen und Fallrohre zum Auffangen des Regenwassers für die Mikwe Reproduktion aus Walter Gronwald, Das Judenbad zu Lengfeld. Rituelles Tauchbad in kaltem Wasser. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31

Abb. 11: Ehemaliges jüdisches Gemeindehaus mit Mikwe und Religionsschule als Wohnhaus, Rückseite des Gebäudes, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Von den zu Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft noch in Lengfeld wohnenden jüdischen Personen wurden 17 Frauen, Männer und Kinder in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern in Osteuropa ermordet. Unter ihnen befanden sich auch alle in die Niederlande Emigrierten.[91] Die jüngsten Lengfelder Opfer waren die Kinder Werner (10) und Beate (11) Wolf, die mit ihren Eltern zu den 990 Menschen gehörten, die am 22. November 1941 von Frankfurt nach Kowno deportiert und dort unmittelbar nach der Ankunft im Fort IX außerhalb der Stadt erschossen wurden.[92]

Aufarbeitung der NS-Zeit nach 1945 und Erinnerungskultur in Lengfeld

Nach dem britischen Bombenangriff auf Darmstadt vom September 1944 lebte der aus einem gemischtkonfessionellen Elternhaus stammende 15-jährige Schüler Paul Rosenthal, Sohn des 1939 verstorbenen jüdischen Arztes Dr. Max Rosenthal, zusammen mit seiner Mutter bei der ehemaligen Haushälterin der Familie in Lengfeld. Er wurde am 10. Februar 1945 von der Gestapo verhaftet und nach Theresienstadt deportiert. Nach der Befreiung des Konzentrationslagers durch die sowjetischen Truppen kehrte Paul im Juni nach Lengfeld zurück und befragte die Ortsbewohner nach den Tätern des Novemberpogroms. Mit seiner Hilfe konnten 22 Personen namhaft gemacht werden, die sich vor der ersten Strafkammer des Darmstädter Landgerichtes wegen der Übergriffe am 10. November 1938 zu verantworten hatten.[93] Im August 1947 wurden der Lengfelder Bürgermeister Philip Weber wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis sowie 16 Angeklagte wegen einfachen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen zwischen drei und zehn Monaten verurteilt.[94]

Die ehemalige Synagoge diente den neuen Besitzern nach dem Krieg als Lagerraum. Nach Einzug einer Zwischendecke, dem Einbau von neuen Fenstern und Anbringung eines Außenputzes ist das Gebäude mit seinen Umfassungsmauern zwar substanziell vollständig erhalten, jedoch aller Hinweise auf seine ursprüngliche Funktion beraubt.[95] Wie die Synagoge steht auch das heute zum Wohnhaus umgebaute Anwesen in der Otzbergstraße 10 unter Denkmalschutz. Das Tauchbecken und das Regenwasserbassin der ehemaligen Mikwe liegen jedoch unter einer Betondecke.[96] Das Gebäude, in dem sich bis 1883/84 das Ritualbad befunden hatte (Neuweg 2) soll bereits vor dem Ersten Weltkrieg abgerissen worden sein.[97]

Abb. 12: Ehemaliges Synagogengebäude, Erdgeschoss mit Zugang zum einstigen Schlachthaus, in der Mitte Käuferin Margarete Wolf, nach 1933. Foto: Privatbesitz Rosemarie Wolf.

Abb. 13: Ehemaliges Synagogengebäude, aufgenommen 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Abb. 14: Mahnmal nahe der Otzbergschule von 1988, links die Glasplatte mit „Todesfuge“ von Paul Celan, aufgenommen 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Bedrückend wirkt die neben der Otzbergschule errichtete Gedenkstätte für die ermordeten Juden aus den Orten Lengfeld, Habitzheim und Ober-Klingen. Um die beschmierten Wände, die zerbrochenen Scheiben, die verwüsteten Häuser und die zerstörten Synagogen haptisch erfahrbar zu machen, hat der Künstler Otmar Lange eine Trümmerlandschaft aus Eisenplatten und Steinen geschaffen. Den Leitgedanken dieses Mahnmals bringt der auf eine Glasplatte gravierte Text der „Todesfuge“ des jüdischen Schoa-Überlebenden Paul Celan zum Ausdruck. Die Einweihung der Gedenkstätte erfolgte am 50. Jahrestag der Novemberpogrome, dem 9. November 1988. Die in Lengfeld geborene Carolyn Linß (Liesel Neu) reiste aus den USA zur Gedenkfeier an und richtete Worte des Danks, der Mahnung und der Hoffnung an die Versammelten.[98]

Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir der Archivarin Simone Mundry-Klein und Veronika Kaminski, Gemeinde Lengfeld, sowie Rosemarie Wolf für Informationen und Fotos.

Lengfeld in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/161

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1722	5 Familien
1829	29 Personen
1832	6 Familien mit 29 Personen
1855	12 Familien
1867	57 Personen
1892	57 Personen
1897	14 Familien mit 53 Personen
1900/1905	53 Personen
1925	33 Personen
1932	30 Personen
1934	23 Personen
November 1938	4 Familien mit 11 Personen
23. März 1939	0 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 483 (1905); Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25 (1867, 1900, 1925); GA Otzberg, XIII-1, Nr. 1-3 (1855); GA Otzberg, XIII-2, Nr. 1-15 (1832); Lilienthal, Jüdische Wanderungen (1938); Löwenstein, Quellen zur Geschichte, S. 180 (1722); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 7 (1892), S. 70; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 12 (1897), S. 94; Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 139 (1829); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 383 (1932); YVA, 0.51, Nr. 847 (1934, 1938, 1939).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Bertsch, Robert, Juden in Seeheim und Jugenheim, Seeheim-Jugenheim 1992.

Brohm, Heike, Von Hunden und Hasen – Die jüdische Familie Löb aus Lengfeld, in: Hessische Genealogie 5 (2022), H. 1, S. 7–18.

Franz, Eckhart G./Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Dieburg (= Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 24), Wiesbaden 2009.

Großkopf, Gertrud, Das Judenbad zu Lengfeld. Zur Geschichte der Juden in den ehemals kurpfälzischen Ämtern Otzberg und Umstadt, in: Der Odenwald. Zeitschrift des Breuberg-Bundes 35 (1988), S. 23–32.

Kromm, Hermann, Die Veste Otzberg und ihre Umgebung. Urkundliche Mitteilungen aus Vergangenheit und Gegenwart, Darmstadt 1874.

Vonderheid-Ebner, Christine, War es ein neuer Anfang? Der politische Neubeginn in Lengfeld 1945–1949, Michelstadt [1987].

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolesen (AA)
– Documents: ID 7205299; 7205300

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-LJ4: Nr. 36
– JRSO-Hes: Nr. 298

Gemeindearchiv Otzberg, Ortsteilarchiv Lengfeld (GA Otzberg OA Lengfeld)
– VIII-2: Nr. 5–2
– IX-2: Nr. 3–1; 7-1

– XI-2: Nr. 1–12; 1–13
– XIII-1: Nr. 1–2; 1–3; 1-5; 1–6
– XIII-2: Nr. 1–15; 1–17
– XIII-4: Nr. 1–20
– XIII-5: Nr. 1–21
– XXVI-3: Nr. 4–2; 11–8
– XXVII: Nr. 3–8
– Brandkataster: um 1830; 1866

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 409/4: Nr. 4228
– 503: Nr. 7381
– 518: Nr. 1239
– 520/05: Nr. 2741
– 3009: Nr. 61721

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– A 1: Nr. 180/2
– E 9: Nr. 7187; 7208
– E 12: Nr. 226/11; 226/12
– F 29: Nr. 781
– G 15 Dieburg: Nr. L 23; Q 103; Q 588; Q 592; Q 593; T 759
– G 27 Darmstadt: Nr. 2843
– G 28 Groß-Umstadt: Nr. R 26; R 49; R 76
– H 13 Darmstadt: Nr. 85; 905; 920
– H 23: Nr. 2091
– O 61 Kohlmannslehner: Nr. 31
– O 61 Mueller Adolf: in Nr. 5
– O 61 Urschel: Nr. 132; 142
– R 21 B: Nachweis

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 240
– Slg. Arnsberg: Dokumente

Landesamt für Denkmalpflege Hessen
– Fotosammlung Synagogen

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim (StAWt)
– R-H 9 I: Nr. 180; 687
– R-Rep. 12b: Nr. 382; 1088; 1171
– R-Rep. 12e: Nr. 148; 241; 273
– R-Rep. 34: Nr. 242

Leo Baeck Institute New York (LBI)
– ME 356

National Library Jerusalem (NLI)
– HM2-8714.900

Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– N 1: Nr. 479

Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.52: Nr. 847

Anmerkungen

1 Zur Geschichte vgl. Kromm, Veste Otzberg. Zitat nach HStAD, A 1, Nr. 180/2, Urkunde vom 25. März 1322. Zu Hering als Sitz des Amts Otzberg siehe HStAD, E 9, Nr. 7187. Zu Habitzheim und Ober-Klingen siehe die entsprechenden Artikel in diesem Band.

2 Von 1504 bis 1507 nach militärischer Einnahme unter Landgraf Wilhelm II. von Hessen und von 1621 bis 1648 unter Hessen-Darmstadt. Vgl. Kromm, Veste Otzberg, S. 10–20.

3 Vgl. Hundsnurscher/Taddey, Die jüdischen Gemeinden, S. 2–4; Großkopf, Das Judenbad, S. 24. Die Namen erster jüdischer Familien im Amt Otzberg werden in den Jahren 1548 und 1550 für Groß-Umstadt genannt. Siehe den Artikel Groß-Umstadt in diesem Band.

4 Kurfürst Johann Wilhelm (reg. 1690–1716) eröffnete im Jahre 1698 das Simultaneum. Vgl. Benjamin Müsegades, Kurpfalz: Politische Geschichte, in: Historisches Lexikon Bayerns, www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kurpfalz:_Politische_Geschichte, letzter Zugriff 22. August 2024.

5 Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 60; Großkopf, Das Judenbad, S. 27.

6 GA Otzberg Lengfeld, IX-2, Nr. 3–1 (Otzberger Schatzungsbuch). Vgl. Großkopf, Das Judenbad, S. 27–28. Siehe auch HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142, Exzerpt der Quelle von Anneliese Urschel, jedoch ohne Angabe der Jahreszahl.

7 StAWt, R-H 9 I, Nr. 687.

8 GA Otzberg Lengfeld, IX-2, Nr. 3–1 (Otzberger Schatzungsbuch); LBI, ME 356, The Lehmann Family in Lengfeld, S. 12–14. Vgl. Großkopf, Das Judenbad, S. 28.

9 Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 308 mit Beilage-Nr. 13 zur Konzession (Judenordnung) von 1743.

10 LBI, ME 356, The Lehmann Family in Lengfeld, S. 12–14. Vgl. JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 240; Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 485.

11 Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 308 mit Beilage-Nr. 13 zur Konzession (Judenordnung) von 1743. Siehe dazu auch HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142, handschriftliche Notizen aus dem GA Otzberg.

12 HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142, handschriftliche Notizen aus dem GA Otzberg.

13 Siehe dazu HStAD, E 12, Nr. 226/11, Bl. 10 r. u. v. (1776); HStAD, E 12, Nr. 226/12, Bl. 39–44 (1780/81).

14 Siehe HStAD, E 9, Nr. 7208 (1769); HStAD, F 29, Nr. 781; HStAD, E 12, Nr. 226/12, Bl. 29–32 (1778/79).

15 StAWt, R-Rep. 12e, Nr. 241 (1779).

16 StAWt, R-Rep. 34, Nr. 242.

17 StAWt, R-Rep. 12e, Nr. 273; StAWt, R-H 9 I, Nr. 180.

18 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 1336–1340; Elieser, Sohn des Isaak, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15442, letzter Zugriff 30. Januar 2025.

19 Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof Dieburg, S. 60–67, S. 106 (Nr. 156) zum Todesdatum des Löser Isaak und seinem Grabstein.

20 StAWt, R-Rep. 12b, Nr. 382 (1773).

21 StAWt, R-Rep. 12b, Nr. 1088; StAWt, R-Rep. 12b, Nr. 1171.

22 StAWt, R-Rep. 34, Nr. 242.

23 Während im Lengfelder Lagerbuch von 1817 (GA Otzberg, IX-2, Nr. 7–1) nur das Haus des Isaak Lehmann erwähnt wird, das mit 240 fl. und der Hof mit 36 fl. taxiert werden, gibt der Brandkataster von 1822 (GA Otzberg Lengfeld, XXVII, 3-8, S. 35, Nr. 94) für das Haus die Brandversicherungssumme von 600 fl. an, während die „Judenschule“ (alte Haus-Nr. 35, neue Haus-Nr. 94, vorher Steuerkapital in Höhe von 300 fl.) vermöge des Reskripts vom 26. Juni 1815 steuerfrei genannt wird. Vgl. HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142. Als Synagogenerbauer und Synagogenstifter galt bislang Isaak Lehmanns Sohn Pessach, der jedoch zu dieser Zeit noch jugendlich war. So z. B. Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 286.

24 LBI, ME, Nr. 356, S. 12–14.

25 Es ist denkbar, dass es sich hier bereits um das Haus des oben erwähnten Eissik, des Großvaters von Isaak Lehmann, handelte. Zu Eissiks Hausbesitz siehe HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142.

26 Dendrologisches Gutachten von 1988, Planungsbüro TISJE, Neu-Isenburg. Frdl. Mitteilung Rosemarie Wolf. Für die ehemalige Nutzung als Schlachthaus spricht die frühere Pflasterung mit einer Ablaufrinne im Erdgeschoss, von der die jetzige Besitzerin berichtete.
27 GA Otzberg Lengfeld, XIII-1, Nr. 1–5, Gemeinde Lengfeld an Kreisrat in Dieburg am 17. August 1834; GA Otzberg Lengfeld, XIII-1, Nr. 1–6, Bericht des Bürgermeisters zu Lengfeld an Kreisrat in Dieburg am 24. November 1842.
28 Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt, Darmstadt 1834, S. 249, Münchner DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek, digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10510162?page=253, letzter Zugriff 21. August 2024. Die Gemeindevorsteher Hirsch Löser Rosenberg und Meyer Lehmann erhielten von der Regierung 17 Gulden Unterstützung für die Beseitigung des Schadens an der Synagoge.
29 Vgl. Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 285–287. Entgegen der Darstellung von Thea Altaras erfolgte die Umbauung der Synagoge erst nach dem Abbruch des alten freistehenden Isaak-Meyer'schen Anwesens, dessen Baudatum nicht überliefert ist.
30 So ist in den ab etwa 1830 geführten Brandkatastern das Grundstück aufgeteilt in die Nrn. 111 (Haus des Isaak Maier) und 112 („Die Judenschaft"). GA Otzberg Lengfeld, Brandkataster um 1830; GA Otzberg Lengfeld, Brandkataster 1866.
31 HStAD, H 23, Nr. 2091, S. 5, 77.
32 Der Toraerker ist auf der im Juni 1937 angefertigten Bleistiftzeichnung des Blicks von der Salzgasse zur Bismarckstraße deutlich zu erkennen. Auch Altaras schreibt von einem Toraerker, allerdings ohne ihn abzubilden. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 285.
33 JMF, Slg. Arnsberg, Dokumente, Zeichnung vom 18. September 1942.
34 GA Otzberg Lengfeld, XXVI-3, Nr. 4-2, Lageplan zum Bauantrag 1960; HStAD, O 61 Urschel, Nr. 132, Katasterplan.
35 Errechnet nach HStAD, O 61 Urschel, Nr. 132, Katasterplan in Klafter. Im Erdgeschoss maß demnach die Giebelseite (Osten) 5,85 m, die gegenüberliegende Westseite 5,50 m, die Südseite 3,85 m und die Nordseite 6,15 m.
36 Bis heute zeichnen sich an der Giebelfassade die Enden des unregelmäßig zugeschnittenen Stuhlrähms ab.
37 Vgl. Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 285–287. Die Rekonstruktion von Thea Altaras beruht auf einigen Missverständnissen bezüglich des Baubefundes. Dies betrifft Größe und Form des Saalgrundrisses, aber auch die Erschließung des Betsaals. So reicht die viertelgewendelte Treppe bis heute nur vom Erdgeschoss bis zum Niveau des Betsaals und konnte so einen erhöht liegenden Bereich für die Frauen nicht erschließen.
38 GA Otzberg Lengfeld, XIII-5, Nr. 1-21, Schreiben des Dieburger Landrats, 24. August 1826.
39 GA Otzberg Lengfeld, XIII-2, Nr. 1-15, Voranschlag der jüdischen Gemeinde für 1832/33.
40 GA Otzberg Lengfeld, XIII-5, Nr. 1-21. Vgl. Walter Gronwald, Das Judenbad zu Lengfeld. Rituelles Tauchbad in kaltem Wasser – Zuletzt im jüdischen Gemeindehaus, April 1989, in: HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.
41 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 139. Zur Verwandtschaft der Lengfelder Juden siehe Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 106 (Nr. 156).
42 Vgl. LBI, ME 356, S. 13; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 114 (Nr. 288), S. 116 (Nr. 322), S. 153 (Nr. 959).
43 Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 116, Nr. 322.
44 GA Otzberg Lengfeld, XIII-1, Nr. 1-3; GA Otzberg, XIII-1, Nr. 1-2, Landrat des Bezirks Dieburg an Bürgermeister von Lengfeld am 7. Januar 1832; GA Otzberg, XIII-2, Nr. 1–15, Voranschlag für 1832/1833; GA Otzberg Lengfeld, XIII-5, Nr. 1–21.
45 GA Otzberg Lengfeld, XI-2, Nr. 1–12 (Maier Lehmann), Nr. 1–13 (Pessach Lehmann, Löb Wolf), Nr. 1–20 (Karlmann Lehmann), Nr. 1–21 (Götz Lehmann um Aufnahme seiner Braut Rachel Oppenheimer, geb. Tannenwald aus Röllbach/Bayern).
46 GA Otzberg Lengfeld, XIII-1, Nr. 1–5; GA Otzberg, XIII-1, Nr. 1–6. Siehe auch CAHJP, D-Lj4-36.
47 GA Otzberg Lengfeld, XIII, Jüdische Familien und Häuser, Zusammenstellung nach den Grundbüchern der Gemeinde Lengfeld. Vgl. Gronwald, Das Judenbad zu Lengfeld.
48 GA Otzberg Lengfeld, XXVI-3, Nr. 11–8. Vgl. Großkopf, Gertrud, Das Judenbad zu Lengfeld. Zur Geschichte der Juden in den ehemals kurpfälzischen Ämtern Otzberg und Umstadt, in: Der Odenwald. Zeitschrift des Breuberg-Bundes 35 (1988), S. 23–32; Gronwald, Das Judenbad zu Lengfeld. Eine ausführliche technische Beschreibung der Mikwe und ihrer Wasserzuleitungen findet sich bei Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 288–289.
49 Siehe dazu die Statistik am Ende des Artikels.
50 Vgl. Vonderheid-Ebner, War es ein neuer Anfang, S. 3.
51 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 26, 49, 76. Vgl. Brohm, Von Hunden und Hasen, S. 7.
52 GA Otzberg Lengfeld, XIII-4, Nr. 1-20.
53 Anzeige in: Der Israelit 9, H. 32, 5. August 1868, S. 615; Anzeige in: Der Israelit 18, H. 40, 3. Oktober 1877, S. 962.
54 Siehe z. B. die Artikel in: Israelitische Wochenschrift für die religiösen und socialen Interessen des Judentums 15, Nr. 23, 6. Juni 1884, S. 127; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 7 (1892), S. 70; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), S. 110.
55 GA Otzberg Lengfeld, XIII-2, Nr. 1-17.
56 Nekrolog (W. S.), in: Der Israelit 25, H. 48, 16. Juni 1884, S. 804.
57 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 383.
58 Anzeige in: Der Israelit 42, H. 32, 25. April 1901, S. 731; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 15 (1901), S. 124.
59 GA Otzberg Lengfeld, VIII-2, Nr. 5-2.
60 HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142, Anneliese Urschel, Was ich über die Juden in Lengfeld weiß.
61 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 59; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588.
62 Vgl. Vonderheid-Ebner, War es ein neuer Anfang, S. 3–4.
63 HStAD, R 21 B, Nachweis (Auswanderer-Nachweise).
64 Vgl. Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25.
65 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 383.
66 NLI, HM2-8714.900 (CPHDC, Osoby Archives, Moskau, 721/1, Nr. 900).
67 HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142.
68 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Bericht Liesel Neu, Erinnern und Gedenken in Otzberg, in: Otzberg-Bote, 20. Oktober 1988. Vgl. Lange, Judenfeindschaft und Antisemitismus, S. 163.
69 Eine weitere Laubhütte befand sich in einem Anbau des Hauses der Familie Rosenberg / Wolf. Sie wird als „Laubhüttenstübchen" in der Beschreibung des Hauses in GA Otzberg Lengfeld XIII-1 Nr. 1-5 erwähnt.
70 HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142.
71 Saul Lilienthal, Mit jüdischen Augen durch deutsche Lande, in: Israelitisches Familienblatt 33, H. 23, 4. Juni 1931.
72 Vgl. Vonderheid-Ebner, War es ein neuer Anfang, S. 11; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Bericht Liesel Neu, Erinnern und Gedenken in Otzberg, in: Otzberg-Bote, 20. Oktober 1988.

73 HHStAW, 520/05, Nr. 27421 Spruchkammerakte Heinrich Klotz. Vgl. Brohm, Von Hunden und Hasen, S. 16.
74 Vonderheid-Ebner, War es ein neuer Anfang, S. 5–6; Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 562, 570, 580.
75 Vgl. Brohm, Von Hunden und Hasen, S. 16, nach GA Otzberg Lengfeld, Protokollbuch der Gemeinderatssitzungen, Einträge 29. August und 12. November 1935.
76 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Bericht Liesel Neu, Erinnern und Gedenken in Otzberg, in: Otzberg-Bote, 20. Oktober 1988.
77 Vonderheid-Ebner, War es ein neuer Anfang, S. 12; HStAD, G 27 Darmstadt, Nr. 2843; HStAD, G 15, Nr. Q 103; HHStAW, 409/4, Nr. 4228. Vgl. Brohm, Von Hunden und Hasen.
78 YVA, O.52, Nr. 847; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Bericht Liesel Neu, Erinnern und Gedenken in Otzberg, in: Otzberg-Bote, 20. Oktober 1988.
79 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905, Bl. 369. Siehe dazu auch Artikel Groß-Bieberau in diesem Band.
80 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 920, S. 165–177, Rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Darmstadt vom 1. November 1947 (Zitate Bl. 167); HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 85 (Hild). Vgl. Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 222–223.
81 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 920, Bl. 14, Zeugenvernehmung W. U.
82 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 592, Gendarmerieposten Lengfeld, 31. Dezember 1938; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593, Kreisdirektor Dieburg, 11. November 1938. AA, ID 7205299, 7205300.
83 Yad Vashem, O.52, Nr. 847.
84 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 759, Einsatz jüdischen Vermögens, Grundstücksverkäufe in Lengefeld 1939–1940.
85 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 920, Bl. 14 v.
86 HStAD, H 23, Nr. 2091, S. 58.
87 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 23, hier ist zynischerweise von „Selbstauflösung“ die Rede.
88 HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142, Anneliese Urschel, Was ich über die Juden in Lengfeld weiß.
89 CAHJP, JRSO-Hes-298; HHStAW, 503, Nr. 7381; HHStAW, 518, Nr. 1239.
90 HStAD, H 23, Nr. 2091. Vgl. Großkopf, Das Judenbad, S. 31. Vgl. Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 96–99.
91 Zahlen nach Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, und Yad Vashem, Zentrale Datenbank der Namen der Holocaustopfer, collections.yadvashem.org/de/names, Aufruf „Lengfeld“, beide letzter Zugriff 31. Januar 2025; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31, Bericht Liesel Neu, Erinnern und Gedenken in Otzberg, in: Otzberg-Bote, 20. Oktober 1988.
92 Deportationsliste siehe Statistik des Holocaust, www.statistik-des-holocaust.de/OT411122-47.jpg, S. 47, letzter Zugriff 6. Januar 2024; Yad Vashem, Zentrale Datenbank, yvng.yadvashem.org/nameDetails.html?language=de&itemId=11656685&ind=1, letzter Zugriff 6. Januar 2024.
93 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 920, Aussagen Paul Rosenthal (Bl. 1–11, 15), Öffentliche Sitzung 1. Strafkammer Landgericht Darmstadt, 11. u. 14. August 1947 (Bl. 149–159); Ermittlungsbericht der Gendarmerie Dieburg, 29. August 1946 (Bl. 12–14). Zur Familie Rosenthal siehe Michaela Rützel, Dr. med- Max Rosenfeld, seine Familie, seine Klinik, Darmstädter Geschichtswerkstatt e.V., www.darmstaedter-geschichtswerkstatt.de/assets/Uploads/Files/Fam-Rosenthal.pdf, letzter Zugriff 12. Januar 2024.
94 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 920, Bl. 165–177, Rechtskräftiges Urteil Landgericht Darmstadt, 1. November 1947. Vgl. Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 283.
95 Vgl. Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 287; Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 96–99.
96 Vgl. Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de, Eingabe „Otzberg, Otzbergstr. 10“, letzter Zugriff 15. Januar 2024; Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 289.
97 HStAD, O 61 Urschel, Nr. 142, Anneliese Urschel, Was ich über die Juden in Lengfeld weiß.
98 GA Otzberg, Otzberg-Bote 16, H. 46, 17. November 1988.

Messel

Im Jahr 1474 gestand ein Jude, der wegen angeblicher Unzucht mit einer Christin verurteilt war, dass ein gewisser „Meyer aus Messel“ kein sichtbares Zeichen an seiner Kleidung trage, dass ihn als Juden kennzeichnete. Dies ist der erste sichere Hinweis dafür, dass in Messel, einem Lehen der Grafen von Katzenelnbogen an die reichsritterliche Familie Groschlag, zumindest kurzzeitig ein Jude gelebt hat.[1] Danach verging mehr als ein Jahrhundert, bevor wieder ein Jude in den Akten auftauchte. Als im Jahr 1600 der Jude Jakob versuchte, sich vom Groschlag’schen in den Hanau’schen Schutz zu begeben – er hatte gehört, dass in Hochstadt zwei Schutzstellen frei geworden waren – ist dies ein Hinweis darauf, dass sich Juden im Gebiet der Groschlags zumindest temporär erneut niederlassen durften.[2] Ein (namentlich unbekannter) Messeler Jude, der 1621 eine Zollzahlung an die Kellerei in Darmstadt leistete, stand wohl nicht in ihrem Schutz.[3]

Nach dem Dreißigjährigen Krieg, in dem das unbewehrte Haufendorf Messel ein leichtes Opfer für durchziehende Heere darstellte, wird ein Jude namens David im Messeler Gerichtsbuch aktenkundig, weil er angeblich in eine Scheune eingebrochen war (1654). Sollte er die Geldstrafe von immerhin 20 Reichstalern nicht zahlen können, müsse er das Dorf künftig „meiden“.[4] Für die folgenden Jahrzehnte sind immer wiederkehrende Differenzen zwischen den Freiherren von Groschlag und den Hanauer Grafen überliefert, die den Judenschutz oder den Handel von Juden im jeweils anderen Herrschaftsgebiet betreffen.[5] 1688 legten beide Obrigkeiten fest, dass künftig nur wenige Juden geduldet werden sollten. Die Zölle, die von Juden verlangt wurden, sollten dafür gesenkt werden, nicht aber das Wegegeld.[6] Offenbar wollte man so Möglichkeiten für den Handel schaffen und zugleich die Zahl der Juden im eigenen Gebiet gering halten.

Die Entstehung einer Gemeinde in Messel und der Kauf eines Grundstücks

Dass sich im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts schließlich mindestens eine jüdische Familie in Messel niedergelassen haben dürfte, belegt die (bis dahin erste bekannte) Bestattung eines Messeler Juden auf dem Dieburger Friedhof.[7] Vor allem aber die Erwähnung der „einwohnendten juden zu Messel“ in der sog. „Messeler Sonntagsordnung“ von 1705 verweist auf eine wachsende jüdische Bevölkerung im Ort. Sie dokumentiert auch die Bemühung der Ortsherrschaft, die Heiligung des christlichen Sonntags zu gewährleisten, die man dadurch gefährdet sah, dass die Juden am Sonntag Branntwein herstellten.[8] Bei Androhung einer Strafe von einem Reichstaler und 15 Albus wurde ihnen außerdem untersagt, an Sonntagen zu „stricken und nähen und dergleichen“.[9] Die zunehmende Zahl von Bestattungen aus Messel auf dem Dieburger Friedhof bestätigt ebenfalls, dass im Dorf eine dynamische Bevölkerungsentwicklung unter den Juden stattfand.[10] Dass der Jude Simon im Jahr 1708 einem Dorfbewohner ein renovierungsbedürftiges „altes Häuslein […] neben Hans Peter Laumann“ abkaufte, bestätigt, dass Juden auch in Messel der Erwerb von Immobilien möglich war.[11] Immer häufiger wurden Juden aus Messel auch außerhalb des Ortes aktenkundig, was Schlüsse über deren Handelsradius ermöglicht. Herz Messels Kinder fuhren nach Darmstadt, Tuvia Messel war Dienstleister für die Darmstädter jüdische Gemeinde und Meir Messel erhielt vom Darmstädter *Gabbai Zedaka* (Almosenverwalter) eine finanzielle Unterstützung für die Aussteuer einer Braut (*Hakhnassat Kallah*).[12]

Auch Frankfurter Gerichtsakten nennen zwischen 1700 und 1717 mehrere Juden aus Messel.[13] Meir Messel, vermutlich identisch mit dem o. g. Meir wurde beispielsweise die Unterschlagung eines wertvollen Hochzeitsgeschenks vorgeworfen, das von einem jüdischen Auftraggeber bestellt worden war. Erst auf dringliches Bitten der „Hausfrau“ des inhaftierten Meyer setzte sich ein Amtsmann Groschlags für dessen „Schutzjuden“ ein.[14]

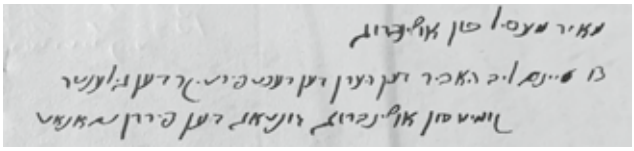


Abb. 1: Name des „Meyer Mesil von Oschiprug“ und Beginn einer brieflichen Anrede auf einem Notizzettel. Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main.

Gemeinde und Synagoge im 18. Jahrhundert und zu Beginn der Neuzeit

Die Judenschaft am Ort muss bald groß genug gewesen sein, um eine eigene Synagogengemeinde zu gründen.[15] Spätestens 1730 verfügte die Gemeinde über einen Vorbeter, der wohl hin und wieder auch in Darmstadt tätig war.[16] Die Lage des ersten Betraums ist unbekannt. Im Jahr 1738/39 erwarb die „Judenschafft zu Messel“ von Lorenz Müller für insgesamt 110 Gulden ein Gartengrundstück,

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-019

um darauf eine Synagoge zu errichten.[17] Die Beschreibung der Lage im Messeler Gerichtsbuch hinter der Hofreite des Verkäufers, anstoßend an sein eigenes Grundstück und das des Nachbarn, erlaubt die Schlussfolgerung, dass es sich dabei bereits um den Standort des bis 1972 bestehenden Synagogengebäudes (Holzhäusergasse 20) handelte. Der eigens erwähnte, nur drei Fuß schmale Zugang „von der gaßen“ über die Hofreite des Vorbesitzers ist bis heute als Traufgasse erkennbar. Die vor den Blicken der Passanten verborgene Hinterhoflage der Synagoge spricht wie deren Bau- und Dachkonstruktion für ein barockes Bauwerk, das die jüdische Gemeinschaft wohl nicht lange nach dem Grundstückskauf erbaut haben dürfte. Allerdings wird die Synagoge erst im Jahr 1837 als öffentliches Gebäude neben der Kirche, dem Schulhaus und dem Spritzenhaus überhaupt aktenkundig.[18]

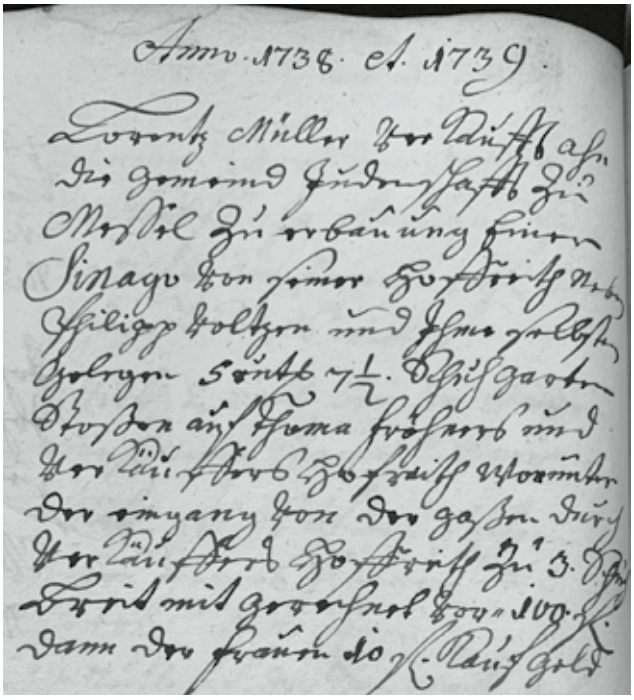


Abb. 2: Gerichtsbuch Messel für 1738 und 1739. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, C 4, Nr. 166/2.
Lorentz Müller ver kaufft ahn/ die Gemeind Judenschafft zu/ Messel zu erbauung Einer/ Sinago von seiner Hofreith neben/ Philipp Woltger und Ihm selbsten/ gelegen 5 ruth 7 1/1 Schuh garten/ stoßen auf Thoma Fröhners und /ver Käuffers Hofraith worunter / der eingang von der gaßen durch/ ver käuffers Hofreth zu 3 Schuh/ breit mit gerechnet von 100 fl/ dann der [fröner] 10 fl Kaufgeld.

Im Güterverzeichnis von 1853 ist die jüdische Gemeinde als Besitzerin eines zweistöckigen Wohnhauses und der Synagoge unter der neuen Haus-Nr. 105 und der Flur-Nr. 400 bezeugt. Unter der dort auch vermerkten alten Haus-Nr. 35 wohnte zwischen 1819 und 1822 die Familie des Vorsängers Bezahlal Abraham (Kahn). Dabei handelte es sich offensichtlich um die bereits damals mit der Synagoge verbundene Vorsängerwohnung. Vermutlich gehörten beide Bauwerke damals noch den jüdischen Besitzern des Vorderhauses Nr. 36 (heute Holzhäusergasse 22), Moses Neu und seiner Ehefrau. Diesen folgte um 1832 Abraham Neu, der auf seinem Grundstück außer dem zweigeschossigen Wohnhaus mit Stall noch ein Schlachthaus und einen Viehstall besaß.[19]

Die Messeler Synagoge lag inmitten des historischen Ortskerns in gebührendem Abstand zur evangelischen Pfarrkirche. Lediglich die Parzellenkarte von 1853 und historische Luftaufnahmen von 1961 und 1969 vermitteln neben einem Schätzgutachten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) eine Vorstellung von dem Bauwerk. Der L-förmige Gebäudekomplex und ein kleiner seitlicher Anbau füllten das längsrechteckige Grundstück von rund acht auf 14 Meter bis auf einen schmalen Hofraum in der Mitte vollständig aus. Die von einem Halbwalmdach bedeckte Synagoge lag mit einer Breite von 7,75 m und einer Tiefe von 6,33 m quer in der hinteren Grundstückshälfte, wodurch die Orientierung nach Osten gewährleistet war.[20] Parallel zur östlichen Grundstücksgrenze schloss sich rechtwinklig ein zweigeschossiges sehr schmales Gebäude an, das in der Breite 3,50 m und in der Tiefe 6,37 m umfasste. Dessen zur südlichen Schmalseite abgewalmtes Dach überschnitt sich mit dem wesentlich höheren Synagogendach.[21] Beide Gebäude waren in Fachwerkkonstruktion errichtet; von dem vermutlich nachträglich angefügten Wohnhaus heißt es: „in sehr altem Eichenfachwerk“ mit Lehmverstrich und Putz. Die Synagoge wird ein Saalbau gewesen sein, der 4,20 m hoch war und oben mit einer verbretterten Holztonne abschloss. Diese fügte sich in das in barocker Zimmermannstechnik als liegender Stuhl gefertigte Dachwerk, das zusätzlich mit einer eisernen Zugstange gesichert war.[22] Zeitzeugen beschrieben eine „rückwärtig“, wohl an der westlichen Schmalseite gelegene Empore.[23] Diese wurde möglicherweise über eine einläufige Außentreppe erschlossen, die sich in einem eigenen, westlich an die Synagoge angrenzenden, schmalen Anbau befand.[24] Innen soll sich an der Stirnseite der Synagoge eine hebräische Inschrift befunden haben, vermutlich war es das übliche „*da lifne mi atah omed*“ (Wisse vor wem Du stehst) über dem Toraschrein. Eine weitere hebräische Inschrift über dem Eingang verriet von außen die Bestimmung des Gebäudes als Synagoge.[25] Ein Inventar von 1913 nennt an in der Synagoge befindlichen Ritualien lediglich zwei Torarollen, drei *Parochet (Toravorhang)*, sechs Leuchter, einen silbernen Löffel, eine Totenbahre und einen „Triumphbogen“ (wohl einen Chuppa-Himmel).[26] Das sich im Süden an die Synagoge anschließende zweigeschossige Bauwerk nahm im Erdgeschoss die Mikwe auf, im Ober-

Abb. 3: Ausschnitt aus der Parzellenkarte mit Synagoge, Flur-Nr. 400 (Nr. 105), heute Holzhäusergasse 20, sowie Flur-Nr. 399 (Nr. 104), heute Holzhäusergasse 22, 1853. Gemeindearchiv Messel.

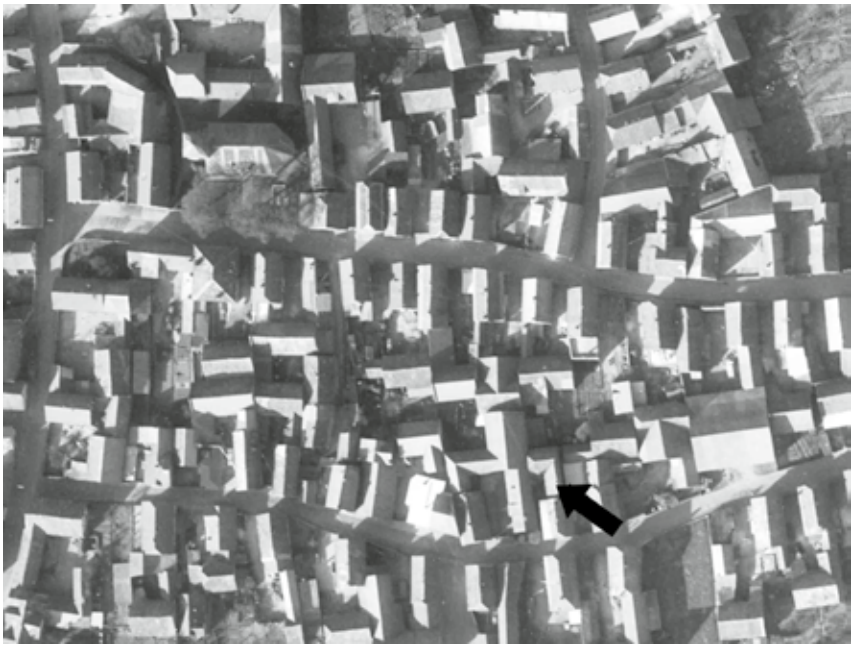


Abb. 4: Luftaufnahme des Ortskerns mit Synagoge und Mikwe (Pfeil), 1961. Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

geschoss eine Wohnung für den Vorsänger, die später als Schulraum genutzt wurde.[27]

Bei der fast zwei Jahrhunderte von der jüdischen Gemeinde genutzten Messeler Synagoge handelte es sich um eines der ältesten bekannten jüdischen Gotteshäuser im heutigen Landkreis Dieburg, um das zudem alle wichtigen Gemeindeeinrichtungen auf engstem Raum versammelt waren. Die traditionelle Bauweise der Synagoge entsprach der barocken Wohnbebauung des Ortskerns, von der sie sich in keiner Weise besonders abhob. Man war wohl bemüht, die jüdische Religionsausübung, wenn schon nicht vermeidbar, doch zumindest unsichtbar zu halten.

Das Miteinander im Dorf

Einzelne Informationen über jüdische Einwohner Messels werfen Schlaglichter auf deren wirtschaftliche Situation und ihren Alltag im Dorf und über das Dorf hinaus: Samuel etwa besaß ein Haus, das er 1744 oder 1747 an einen christlichen Ortsbewohner verkaufte.[28] Oscher, ein lokaler Textilhändler, belieferte den örtlichen Pfarrer immer wieder mit Textilien, die für die Ausstattung der Kirche benötigt wurden.[29] Gumprecht Moses verkaufte von einem Fensterladen aus Kolonialwaren, zudem sollen ein „Schuhjude“ und ein „Brillenjude“

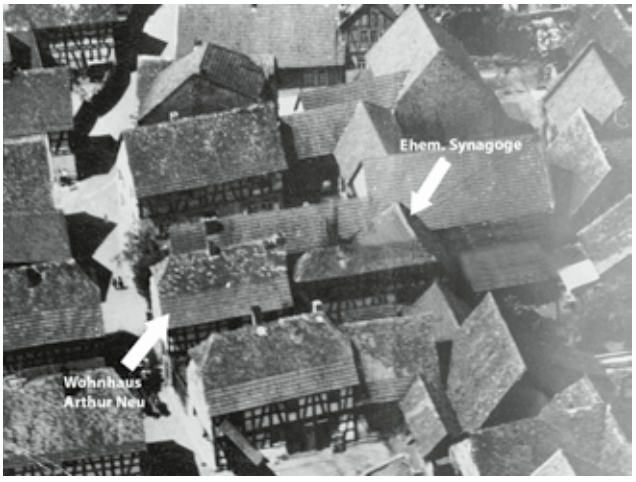


Abb. 5: Luftaufnahme mit dem ehemaligen Synagogenkomplex von Osten (Markierung rechts) und dem Wohnhaus von Arthur Neu (Markierung links), 1969. Foto: Sammlung Hans Vetter, Reklameflug Egelsbach, 1969.

Abb. 6: Grab des Parnas Löb, gestorben am 26. Juni 1800, auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg. Foto: Stefan Vogt.

im Dorf gelebt haben.[30] Einzelne Messeler konvertierten zum christlichen Glauben, beispielsweise ein junger Mann (um 1723), der sich später Johann Matthäus Gutmann nannte.[31] Ein anderer konvertierte 1757 in Bickenbach.[32] Dem Messeler Jude Liebmann wurde 1772 Diebstahl bei einem Frankfurter Juden vorgeworfen.[33] Offenbar hatte man vorgesehen, Liebmann mit Schanzarbeiten zu bestrafen. Man stellte aber fest, dass dieser so arm war, dass man ihn für diese Arbeit neu hatte einkleiden müssen, da er offensichtlich nicht einmal über ausreichend Kleidung verfügte. Stattdessen beschloss man, Liebmann aus der Stadt auszuweisen, was wohl als ausreichende Bestrafung betrachtet wurde.[34]

Über das Innenleben der Gemeinde aus dieser Zeit ist jedoch nichts bekannt. Allein die Grabinschrift von Löb, die diesen als „*Parnas*“ (Gemeindevorsteher) betitelt, sowie die Nennung eines Vorsängers ab 1801[35] verweisen auf innere Strukturen der Verwaltung und auf die Gestaltung des Kultus. Sie zeigen auch, dass die Gemeinde wohl über Mittel verfügte, um die Anstellung eines Vorsängers zu ermöglichen, der sicherlich zugleich die Funktion des Lehrers für die Kinder wahrnahm.[36] Die Wohltätigkeit war offenbar privat organisiert und lag vermutlich weitgehend in den Händen der Frauen der Gemeinde, die vor allem bei Geburten und sicherlich auch beim Wochenbett der anderen jüdischen Frauen zugegen waren.[37]

Das Ende des 18. Jahrhunderts brachte für die Ortsgeschichte Messels eine bedeutsame Wende. Denn die Familie Groschlag, die über Jahrhunderte die Ortsherrschaft und den Judenschutz innegehabt hatte, brachte keine männlichen Erben mehr hervor. Der Mainzer Minister Albini beanspruchte sofort die Ortsherrschaft für sich.[38] Als ein Messeler Jude auf dem Sterbebett verfügte, dass sein Knecht seine Tochter heiraten und so seinen Schutz in der Familie halten sollten, bestätigten der Gemeinderat und auch Albini als neuer Ortsherr diesen Wunsch.[39]

1812 zählte der Messeler Pfarrer 19 jüdische Familien im Ort.[40] Besonders kinderreich war die Familie Neu, die 1810 nach Messel zugewandert war.[41] Als sich Samuel Neu 1813 um eine Schutzstelle bewarb, besaß er 1150 Gulden – ein Vermögen im Vergleich zu den anderen jüdischen Hausvätern Abraham Isaak, Josef Wertheimer, Israel Wertheimer, Herz Markus oder Merkel Hofmann.[42] Die Familie Neu und ihre Nachkommen stellten bis in die 1930er Jahre einen Großteil der Mitglieder der jüdischen Gemeinde.[43] Im Jahr 1829 zählte die jüdische Gemeinde in Messel 84 Personen.[44] 1838 lebten im Ort „75 bzw. 77“ Jüdinnen und Juden, neben 574 Lutheranern.[45] Neun der Häuser im Ort waren in jüdischem Besitz, doch nur drei der Haushalte hatten eine Magd oder einen Knecht angestellt.[46]

Um 1850 machte die jüdische Bevölkerung im Ort immerhin 80 Personen aus.[47] Sie verdienten sich als Rinderhändler, Mehlhändler, Metzger oder im Hausierhandel. Mehr als ein Drittel der Gewerbepatente im Dorf fielen 1861 auf jüdische Einwohner.[48] Die jüdischen Ortsbewohner verstanden sich als Teil der Dorfgemeinschaft und nahmen beispielsweise auch selbstverständlich am Pestgedenktag teil, wenngleich dieser von einem Gottesdienst begleitet wurde.[49] Umgekehrt versuchte einer der Gastwirte am Ort, seinen Kundenkreis auch auf die jüdischen Nachbarn zu erweitern. Gemeinsam mit dem damaligen Lehrer der jüdischen Gemeinde zertifizierte er seinen Wein als koscher. Als diese Praxis publik wurde, warnte *Der Israelit* nun „die Jehudim der Umgegend, die vielleicht den Sachverhalt nicht kannten“, davor, diesen unkoscheren Wein zu trinken.[50]

Einzelne Messeler Juden und ihre Nachkommen erlangten eine gewisse Berühmtheit. Ephraim Löw Bentheim

etwa zog ins nahegelegene Darmstadt. Sein Neffe Aron Messel gründete die spätere Messel-Bank. Arons Enkel war Alfred Messel, der nicht zuletzt als Architekt des Hessischen Landesmuseums in Darmstadt bekannt wurde. Ein Bruder Alfred Messels wanderte nach England aus. Sein Urenkel wurde später zum Ehemann von Prinzessin Margaret, der Schwester von Königin Elisabeth II.[51]

In anderer Hinsicht bemerkenswert ist die Geschichte von Löw Merkel, der mehr als 22 Jahre im hessischen Militär diente. Nach dem Militärdienst war er als Bahnwärter tätig und kehrte nach seiner Pensionierung schließlich nach Messel zurück.[52] 1870 zogen zwei weitere Messeler Juden, Gottschalk Merkel und Abraham Adolf Herz, mit den christlichen Soldaten des Ortes in den Krieg gegen Frankreich.[53] Die Militärzeit hatte Herz sehr geprägt und sicherlich auch ein Gemeinschaftsgefühl über religiöse Unterschiede hinweg gestiftet. Dies bezeugt nicht zuletzt sein Eintritt in den örtlichen Kriegerverein, dessen erster Präsident er später wurde. Auch an der Gründung der Messeler Freiwilligen Feuerwehr (1881) war Herz maßgeblich beteiligt.[54]

Nachbarschaftliche Kontakte schlossen aber nicht aus, dass auch Messel eine Bühne für Antisemiten bot, etwa als Adolf Theis, ein bekannter Antisemit, 1892 eine Veranstaltung abhalten konnte. Theis beschuldigte bei dieser Gelegenheit Samuel Neu des unsittlichen Umgangs mit seiner Magd und führte dies als Beispiel für die „bei den Juden besondere Neigung zum Spiel und [der] Unsittlichkeit“ an. Neu reagierte und klagte erfolgreich gegen Theis, der in Abwesenheit zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.[55]

Die Gemeinde und Synagoge im frühen 20. Jahrhundert

Ende des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung im Dorf stark angewachsen, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Grube Messel. Die jüdischen Messeler waren nun im Gewerbeverzeichnis des Ortes alle als Handelsmänner gelistet: Jakob und Abraham Neu handelten mit Rindern, Isaak Wertheimer mit Baumwolle und Holz, Leonard Wertheimer mit Pferden.[56] Hirsch Neu führte ein Gewerbe als „Metzger, der nicht ständig schlachtet“.[57] Die Finanzen der Gemeinde reichten aus, um einen Lehrer für die schulpflichtigen Kinder zu bezahlen. [58] Doch in den folgenden Jahren nahm mit der Zahl der Gemeindemitglieder auch die Zahl der Kinder stark ab. 1894 lebten in Messel noch 50 Jüdinnen und Juden, darunter zwei Kinder, 1899 waren es noch 39 Personen, darunter drei Kinder.[59] Gerade aber in diesen Jahren der schwindenden Gemeindegröße dürften die Messeler Juden noch einen „Krankenverein“ gegründet haben, der erstmals 1896 erwähnt ist.[60]

Die Synagoge, die die Gemeinde sich 1905 „ersessen“ hatte,[61] bedurfte zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer grundlegenden Renovierung. Die Kosten waren mit 1.400 Mark für die Synagoge und 800 Mark für das Frauenbad angesetzt. Davon konnte die Gemeinde aber nur 200 Mark selbst aufbringen. Daher warb man für Unterstützung von anderen Gemeinden und erhoffte außerdem „von Amerika [...] noch ein Zuschuß“.[62] Um die verbliebene Summe einzubringen, warb nun der Vorstand der (liberalen) israelitischen Religionsgemeinde in Darmstadt beim deutsch-israelitischen Gemeindebund für eine finanzielle Unterstützung für die Ausführung einer „durchgreifende[n] Renovation“,[63] denn wohlhabende Gemeindemitglieder seien „nicht vorhanden“.[64] Schließlich stimmte der Deutsch-Israelitische Gemeindebund einer „einmalige[n] Beihilfe von Mk. 75“ zu.[65] Nach der Renovierung konnte die Gemeinde den Wert der Synagoge, der Vorsängerwohnung und des Frauenbads mit 2.630 Mark angeben (1913).[66] Die finanziellen Schwierigkeiten der kleinen Gemeinde betrafen bald auch den Unterricht der Kinder, denn die Mittel reichten nicht einmal dafür aus, einen externen Lehrer für „Wanderunterricht“ zu vergüten. Wieder erklärte sich der Deutsch-Israelitische Gemeindebund zur Unterstützung bereit, sodass der Lehrer Kaufmann aus Sprendlingen über viele Jahre hinweg die Messeler Kinder in Religion, biblischer Geschichte und der Übersetzung von Gebeten unterrichten konnte.[67] Allein zu Beginn des Ersten Weltkriegs entfiel der Unterricht, als der Lehrer, ebenso wie fünf jüdische Messeler, eingezogen wurde. Emil Wertheimer wurde noch 1935 mit dem Ehrenkreuz für Kriegsteilnehmer ausgezeichnet.[68] Isidor Markus fiel 1916 in Galizien. Pfarrer Weisgerber rühmte seinen Tod auf dem „Feld der Ehre“ und beschrieb Markus als „bei jedermann in unserer Gemeinde beliebt und geachtet.“[69]

Abb. 7: Gedenksteine für Gefallene der Weltkriege vor der Messeler Kirche mit Nennung von Isidor Markus. Foto: Stefan Vogt.

Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme zählte man im Dorf nur noch 21 jüdische Bewohnerinnen und Bewohner.[70] Adolf Neu, Hermann Markus und Emil Wertheimer waren Vorsitzende der Gemeinde, Emil Wert-

heimer fungierte zugleich als Vorsänger.[71] Vermutlich wurde nur selten ein *Minjan* zum Gebet erreicht, doch offenbar hielt man an der Eigenständigkeit fest, während sich andernorts kleine Ortsgemeinden den Gemeinden der Nachbarorte angeschlossen hatten.

Die NS-Gewaltherrschaft in Messel und die „Judenaktion“ 1938

Bei den Reichstagswahlen 1930 war die NSDAP im Arbeiterdorf Messel noch nicht erfolgreich.[72] Bei den ersten Reichstagswahlen 1932 aber führte sie knapp vor der SPD mit 329 zu 324 Stimmen, ebenso, wenngleich mit weniger Vorsprung, bei der zweiten Wahl 1932.[73] Die Situation wurde für die Juden im Ort zunehmend unerträglich. Der 1928 geborene Messeler Karl Wenchel erinnerte sich, dass der örtliche Lehrer mit Freude wahrnahm, wenn seine Schulklasse den Hausierer Eduard Neu drangsalierte, oder dass Jungen aus dem Dorf den Hausierer mit frischem Schweineblut bespritzten. Auch Adolf Neu vergaß nicht, dass er und Emil Wertheimer von Schulkindern mit Steinen beworfen und beschimpft wurden und dass der örtliche Lehrer Sauerwein „ein grosser Nazi war“.[74] Simon Wertheimer reagierte schnell und wanderte bereits 1934 in die USA aus, seine Geschwister Julius, Sophie und Fritz folgten ihm 1936 und 1937.[75] Auch die Familie Marx verließ Messel bald, doch nicht alle konnten ein sicheres Exil finden.

Am 7. September 1935, noch vor dem Nürnberger Parteitag, beschloss der Messeler Gemeinderat, dass der Zuzug von Juden in den Ort künftig verboten sein sollte. Er untersagte ihnen den Erwerb von Häusern oder die Vergabe von Pachtstücken an Juden und „Judenknechte“.[76] Die Viehwaage sollte für Juden und jüdische Metzger gesperrt und die Teilnahme an Viehversteigerungen verboten sein. „Von nun an“ sollte jeder, der Vieh bei Juden gekauft hatte, als „Judenknecht“ gelten.[77] Diese Beschlüsse entzogen den jüdischen Viehhändlern die Erwerbsgrundlage. Am 22. Juli kam es im Dorf zu einer Judenhetze, die der politisch sonst eher zurückhaltende Pfarrer in seiner Chronik festhielt.[78] Vermutlich war es dieses nicht genauer beschriebene Ereignis, das noch am selben Tag Settchen Neu, die Frau von Ferdinand Neu, in den Selbstmord trieb.[79] Ungeachtet ihres Freitods wurde sie auf dem Dieburger jüdischen Friedhof bestattet.[80]

Ein Erhalt der Synagoge in der Holzhäusergasse war bald nicht mehr möglich. Im Sommer 1938 wurde der Verkauf an den Grundstücksnachbarn Georg Pfeffer eingeleitet.[81] Zum 1. November sollte der Kaufpreis von 750 Mark, weit unterm eigentlichen Wert liegend, in bar gezahlt werden.[82] Zum Zeitpunkt der Vertragsausfertigung befanden sich in der Synagoge angeblich nur noch ein Ofen, eine Badewanne und

Abb. 8: Grab von Settchen Neu auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg. Foto: Stefan Vogt.

Bänke.[83] Das kultisch wertvolle Inventar der Synagoge war größtenteils nach Darmstadt gebracht worden.[84] Allerdings hatte die Dorfjugend nach der Erinnerung von Karl Wenchel eine Schriftrolle und mehrere Bücher aus dem Inventar der Synagoge am Friedhof verbrannt, wohin sie die Gegenstände mit einem Handwagen gezogen hatten.[85]

Die „Aktion“ gegen die Juden im November 1938 fand in Messel mit Verspätung statt. Angeblich hatte die Nachrichtenübermittlung hierher am 9. November nicht funktioniert.[86] Erst am Abend des 11. November erreichte den Ortsgruppenleiter Georg Germann in Messel der Befehl der Kreisleitung, die Messeler Juden festzusetzen, sodass sie der Gestapo übergeben werden könnten.[87] Germann informierte daraufhin den Bürgermeister Ludwig Jost, den Ortsbauernführer Laumann und weitere Personen und ordnete an, dass die Messeler Juden ins Spritzenhaus gebracht werden sollten.

Offenbar begaben sich nun kleine Gruppen von Männern gleichzeitig zu den Häusern der Messeler Juden. Im Haus von Arthur Neu, seinem kleinen Sohn und seiner schwerkranken Frau in der Holzhäusergasse 22 fanden nach deren Verschleppung Demolierungen statt, ebenso

im Haus von Adolf und Ferdinand Neu sowie bei Eduard Neu. Adolf Neu wurden in dieser Nacht 400 Mark entwendet. Der Dieb wurde nie verurteilt, wenngleich Zeitgenossen durchaus bekannt war, wer das Geld an sich genommen hatte.[88] Emil Wertheimer wartete angeblich bereits, Schlimmes ahnend, in der Tür seines Hauses, als Jost kam, um ihn abzuholen. Auch seine Wohnung wurde demoliert. Später erinnerte Wertheimer sich, dass der „kleine [Heinrich] Försterling“ mit Blick auf die Zerstörung gesagt habe, „das habt ihr ja verdient.“ Noch im November 1938 beschloss das Ehepaar Wertheimer den Verkauf seines Hauses weit unter Wert und konnte, mitsamt Wertheimers Schwester, zu den Kindern in die USA auswandern.[89] Ob es auch im Haus von Eduard Neu in der Darmstädterstraße zu Demolierungen kam, ist nicht klar. Georg Germann verteidigte sich später, er habe betont, dass die Juden nicht zu Schaden kommen sollten, und auch Plünderungen seien nicht geplant gewesen.[90] Die in „Schutzhaft“ genommenen Messeler Juden blieben über Nacht im Spritzenhaus eingesperrt. Hier, so erinnerte sich Emil Wertheimer, gab es keine Bank oder Sitzgelegenheit, und sie wurden angewiesen, das Licht nicht zu benutzen.[91] Erst Samstagnachmittag wurden die Männer nach Darmstadt ins Gefängnis gebracht.[92]

Berta und Eduard Neu waren ab 1940 im Darmstädter jüdischen Altersheim gemeldet, von wo aus sie nach Theresienstadt deportiert wurden und dort zu Tode kamen.[93] Die Asche der beiden wurde, gemeinsam mit der Asche von 22.000 anderen Ermordeten, in die Eger geschüttet.[94] Nur Arthur, Rosa und Herbert Neu verblieben in Messel. Eine ältere Dame wagte es, sie noch mit Lebensmitteln zu versorgen.[95] Rosa Neu kam schließlich bei einem Krankentransport nach Frankfurt Anfang 1942 ums Leben.[96] Arthur Neu und sein Sohn Herbert wurden am 25. März 1942 von Darmstadt aus ins Ghetto Piaski deportiert. Das genaue Datum ihres Todes ist nicht bekannt.[97] Mindestens 11 in Messel geborene Jüdinnen und Juden wurden Opfer der NS-Gewaltherrschaft.

Synagoge und Gedenken vom Kriegsende bis heute

Was blieb, war die Synagoge in der Holzhäusergasse, die nun als Scheune genutzt wurde. „Lediglich einige hebräische Inschriften über dem Eingang und an der Stirnfläche des Innenraumes [erinnerten noch] an [die] frühere Bestimmung [des Gebäudes]“, so der ehemalige Lehrer Bezzenberger den Eindruck vom Inneren des Betraums in der Nachkriegszeit.[98] Nachdem die JRSO ab 1950 auch den Kaufvertrag für die Messeler Synagoge zur Prüfung herangezogen hatte, wurden die neuen Besitzer der Synagoge zu einer Nachzahlung von 900 Mark aufgefordert. Der bauliche Zustand der als Scheune genutzten Synagoge war ernüchternd.[99] Das Gebäude war „baufällig“ und „aus seinem Gefüge geraten“, die Decke einsturzgefährdet, Fenster zerbrochen, die Türen abgängig. Auch das Frauenbad und das „Schulzimmer“ wurden als baufällig beschrieben.[100] Nur mit großem finanziellen Aufwand könne das Gebäude, das im Messeler Kataster weiterhin, wenngleich in Klammern, als „Synagoge“ geführt wurde, noch zwei bis drei Jahrzehnte erhalten bleiben.[101] Tatsächlich erfolgte der endgültige Abriss 1972, bereits 1971 hatte man wohl damit begonnen.[102]

Abb. 9: Luftbild von 1971 mit ehemaligem Synagogengrundstück (Pfeil). Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

Das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war in Messel nicht unumstritten, und heutige Gedenkorte sind vor allem der Initiative von Privatpersonen zu verdanken. 1985 forderten die Grünen in der Messeler Gemeindeversammlung in zwei Anträgen die Anbringung einer Gedenktafel und eine Aufarbeitung der Ortsgeschichte inklusive der NS-Zeit. Eine Gedenktafel wurde mit 13 zu 4 Stimmen im Gemeindeparlament abgelehnt, unter anderem weil diese „den ihr zugedachten Zweck nicht erfüllen würde".[103] Eine Aufarbeitung der Jahre 1933–1945 im Ort wurde im vom Gemeindevorstand im Jahr 2000 veröffentlichten Buch *1200 Jahre Messel* präsentiert, jedoch bewusst ohne eine namentliche Nennung der Täter.[104] Eine Gedenktafel für diejenigen Juden und Jüdinnen, die noch 1933 im Ort gewohnt hatten – Arthur Neu, Herbert Neu, Berta und Eduard Neu sowie die in Messel geborenen und ermordeten Marta Berg, Leopold Hofmann, Ferdinand Merkel, Isidor Merkel, Arthur Neu und Siegmund Neu –, wurde schließlich entgegen der ursprünglichen Entscheidung der Gemeindeversammlung von engagierten Bürgern durchgesetzt und an der Messeler Schule – und damit im Zuständigkeitsbereich des Landkreises – angebracht.[105] Eine Gedenkstätte für „alle Opfer des NS-Regimes" wurde im Juni 1996 am Parkplatz des Messeler Friedhofs eingerichtet.[106]

Abb. 10: Gedenkstein am Friedhof Messel. Foto: Rahel Blum.

2015 und 2017 wurden Stolpersteine für die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Dorfbewohner verlegt, ebenso eine Stolperschwelle für die rund 300 Zwangsarbeiter der Grube Messel, die häufig auch in den Haushalten im Dorf eingesetzt worden waren.[107] Den Standort der Synagoge, die für fast zwei Jahrhunderte das Zentrum des religiösen und kulturellen Lebens der Messeler Juden dargestellt hatte, markiert heute ein zur Straße hin ausgerichtetes Schild am ehemaligen Zugang zum Synagogenhof von der Holzhäusergasse.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Abb. 11: Ehemaliger Durchgang zur Synagoge zwischen Holzhäusergasse 18 und 22, aufgenommen 2025. Foto: Stefan Vogt.

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Bürgermeister Thorsten Buhrmester, Juan Antonio Picon, Pfarrer und Pfarrerin Burkholz, Magdalena Gebhart, Mirko Przystawik, Hans Vetter und insbesondere Karl Wenchel, der sich viel Zeit für Austausch und immer wiederkehrende Nachfragen nahm.

Messel in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/102

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1812	19 Familien
1829	84 Personen
1850	80 Personen
1861	77 Personen

1894	50 Personen
1907	35 Personen
1919	42 Personen
1933	23 Personen

Zahlen nach: Wenchel, Familienbuch Messel, S. 34 (1812); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung (1829); Wenchel, Die Geschichte, S. 183–200 (1850); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 9 (1894); Wolfgang Fritzsche, Messel, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/102, letzter Zugriff 22. August 2024 (1907, 1919, 1933).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Bezzenberger, Walter, Geschichte des Dorfes Messel, o. O. 1958.

Gemeindevorstand Messel (Hrsg.), 1200 Jahre Messel, Messel 2000.

Wenchel, Karl, Familienbuch Messel, Darmstadt 1998.

Wenchel, Karl, Die Geschichte der Messeler Juden, in: Gemeindevorstand Messel (Hrsg.), 1200 Jahre Messel, Messel 2000, S. 183–200.

Wenchel, Karl, Messel im 3. Reich, eine Chronologie, in: Gemeindevorstand Messel (Hrsg.), 1200 Jahre Messel, Messel 2000, S. 201–235.

Raab, Manfred, Erwerb Messels durch die Groschlags 1398–1415, in: Gemeindevorstand Messel (Hrsg.), 1200 Jahre Messel, Messel 2000, S. 73–74.

Raab, Manfred, Die Groschlags und ihr reichsritterschaftliches Dorf Messel, in: Gemeindevorstand Messel (Hrsg.), 1200 Jahre Messel, Messel 2000, S. 75–76.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Lj4: Nr. 18
- D-Da1: Nr. 495
- JRSO-Hes: Nr. 306

Gemeindearchiv Messel (GA Messel)
- A: Nr. 93; 307; 114; 1276
- B: Nr. 8-1
- Gewerbebuch (ohne Signatur).

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 503: Nr. 7381

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- A 14: Nr. 450
- C 4: Nr. 166/1; 166/2
- C 12: Nr. 123/1+2
- E 14 G: Nr. 68/11; 7/2
- H 13: Nr. 897
- H 23: Nr. 446
- O 61 Mueller Adolf: Nr. 5
- R 12F: Nr. 62; 190
- R 21 J: Nr. 33

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
- 81 Regierung Hanau: Nr. 8591
- 86 Hanauer Nachträge: Nr. 25902; 26495

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
- H.15.33, Nr. 2243; 2923; 2601; 8640

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
- Slg. Arnsberg: Nr. 242

Pfarrbüro Messel
- Pfarrchronik ab 1858

Privatarchiv Karl Wenchel (PA Wenchel)
- Unverzeichnete Akten ohne Signaturen

Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
- B: Nr. 14/96

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
- 1 C Ge 1: Nr. 383

Anmerkungen

1 HStAM 81 Regierung Hanau, Nr. 8591, Mainzische Klagen über Verstöße der Juden gegen Provinzialstatuten und Kleiderordnung; Raab, Die Groschlags, S. 75–76; Raab, Erwerb Messels, S. 73–74.

2 HStAM 86 Hanauer Nachträge, Nr. 25902, Blatt 18–19, Gesuche fremder Juden um Aufnahme in der Grafschaft Hanau.

3 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5.

4 Zitat nach Wenchel, Die Geschichte, S. 184, nach Messeler Gerichtsbuch vom 13. Juli 1654.

5 HStAM,86 Hanauer Nachträge, Nr. 26495.

6 HStAD, R 21 J, Nr. 33.

7 Wenchel, Die Geschichte, S. 184–185.

8 Unverzeichnete Akten ohne Signatur in Privatsammlung Wenchel; Wenchel, Die Geschichte, S. 185.

9 Wenchel, Die Geschichte, S. 185.

10 Vergleiche StadtA Dieburg, B, Nr. 14/96, Stadtrechnungen 1720 und 1730., und Wenchel, Die Geschichte, S. 186–187.

11 Wenchel, Die Geschichte, S. 185.

12 CAHJP, D-Da1-495, nach eigener Zählung Doppelseiten 57, 60, 61, 63, 65.

13 ISG, H.15.33, Nr. 2243 (1710) und ISG, H.15.33, 2923.

14 ISG, H.15.33, 2601 (1710). Der Ausgang des Verfahrens ist allerdings nicht genau feststellbar. Da eine Strafe nicht vermerkt ist, könnte Mayer einer solchen entgangen sein.

15 Zu diesem Synagogenverband siehe: Eppertshausen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/128, letzter Zugriff 22. Juli 2022; Frantz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 64–65; Wenchel, Die Geschichte, S. 186; Dieburg, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13417, letzter Zugriff 29. April 2024; Messel, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13466, letzter Zugriff 29. April 2024.

16 CAHJP, D-Da1-495.

17 HStAD, C 4, Nr. 166/1, Gerichtsbuch Messel.

18 GA Messel, A, Nr. 307. Bei Wagner werden für Messel im Jahr 1829 weder die Synagoge noch die 1812/1813 anstelle eines spätgotischen Vorgängerbaus neu errichtete evangelische Kirche erwähnt; so sind seine Angaben gelegentlich lückenhaft. Vgl. Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 154-155.

19 HStAD, H 23, Nr. 446, S. 32; Sammlung Karl Wenchel, Zusammenstellung nach Bevölkerungslisten des örtlichen Pfarrers.

20 Das Gutachten der JRSO gibt die Grundrissmaße mit 8,00 m auf 6,30 m an. Siehe HHStAW, 503, Nr. 7381 wie GA Messel, A, Nr. 93, Verkehrswertschätzung 12. April 1961.
21 GA Messel, B, Nr. 8-1, Parzellenkarte von 1853. Vgl. auch die Abbildungen auf Seite N <Abb. 5 und 6>.
22 HHStAW, 503, Nr. 7381 wie GA Messel, A. Nr. 93, Verkehrswertschätzung 12. April 1961 (danach das Zitat und die Beschreibung).
23 Vgl. Bezzenberger, Geschichte; Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 289.
24 GA Messel, B, Nr. 8-1, Parzellenkarte von 1853. Dieser Anbau ist auf der Parzellenkarte eingezeichnet.
25 Bezzenberger, Geschichte, S. 73.
26 CJA, 1 C Ge 1, Nr. 383, Bl. 61.
27 CJA, 1 C Ge 1, Nr. 383, Bl. 61; HHStAW, 503, Nr. 7381 wie GA Messel, A, Nr. 93, Verkehrswertschätzung 12. April 1961.
28 HStAD, C 4, Nr. 166/1.
29 Wenchel, Die Geschichte, S. 192, HStAD, C 4; Nr. 166/1.
30 Wenchel, Die Geschichte, S. 192; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 242.
31 Frankfurter jüdische Neuigkeiten, in: Leben in Frankfurt am Main. Auszüge der Frag und Anzeigungsnachrichten (des Intelligenz-Blattes), 1850, JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 242.
32 Wenchel, Die Geschichte, S. 190.
33 ISG, H.15.33, Nr. 8640.
34 ISG, H.15.33, Nr. 8640.
35 Wenchel, Die Geschichte, S. 193.
36 Wenchel, Die Geschichte, S. 187.
37 HStAD, C 12, Nr. 123/1.
38 Vgl. Messel, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13466, letzter Zugriff 29. April 2024; HStAD, E 14 G, Nr. 68/11; GemA Messel, 1, Nr. A 1114; HStAD, E 14 G, Nr. 7/2, Raab, Erwerb Messels, S. 73–75.
39 Wenchel, Die Geschichte, S. 187.
40 Wenchel Familienbuch Messel, S. 34.
41 Wenchel, Die Geschichte, S. 192, zur Familie Neu vgl. den Beitrag zu Ober-Klingen in diesem Band.
42 CAHJP, D-Lj4-18.
43 Wenchel, Die Geschichte, S. 192.
44 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 154–155.
45 GemA Messel, A 307.
46 Wenchel, Die Geschichte, S. 194.
47 Wenchel, Die Geschichte, S. 197.
48 Wenchel, Die Geschichte, S. 196.
49 Wenchel, Die Geschichte, S. 195.
50 Der Israelit 13 (1872), H. 48, 27. November 1872. Der Name dieses Lehrers ist leider nicht bekannt.
51 Steinbeck, Udo, Alfred Messel, in: Stadtlexikon Darmstadt, www.darmstadt-stadtlexikon.de/m/messel-alfred.html, letzter Zugriff 15. Juli 2024.
52 GemA Messel, A 1276; Der Israelit 44 (1903), H. 81–82, 16. Oktober 1903.
53 Wenchel, Die Geschichte, S. 197.
54 Wenchel, Die Geschichte, S. 198.
55 Der Israelit 44 (1903), H. 81–82, 16. Oktober 1903.
56 GemA Messel, A 1276.
57 Alle siehe GemA Messel, Gewerbebuch ohne Signatur.
58 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-israelitischen Gemeindebundes 7 (1892).
59 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-israelitischen Gemeindebundes 9 (1894) und 14 (1899).
60 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-israelitischen Gemeindebundes 11 (1896) und 12 (1897).
61 GemA Messel, A 93, Flur 400.
62 CJA, 1 C Ge1, Nr. 383, Blatt 1 und 4.
63 CJA, 1 C Ge1, Nr. 383.
64 CJA, 1 C Ge1, Nr. 383, Blatt 2–4
65 CJA, 1 C Ge1, Nr. 383, Blatt 3, 5, 7, 8.
66 CJA, 1 C Ge1, Nr. 383, Blatt 61. Die Angabe einer Wohnung deckt sich nicht mit dem Gutachten der JRSO, das ein Schulzimmer nennt, vgl. GemA Messel, A 307. Denkbar ist, dass die leerstehende Wohnung in späteren Jahren als Schulzimmer genutzt wurde.
67 CJA, 1 C Ge1, Nr. 383, Blatt 9, 16, 22 und weitere.
68 Digitalisat des Ehrenkreuzes, PA Wenchel, ohne Signatur.
69 Heimatbote für die Gemeinde Messel „Der Sonntag“, Jahrgang 1916, Nr. 28, 9. Juli 1916.
70 Messel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Wohlfahrtspflege 1932/33, lagis.hessen.de/resolve/de/jgv/225, letzter Zugriff 30. Juli 2024.
71 Messel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Wohlfahrtspflege 1932/33, lagis.hessen.de/resolve/de/jgv/225, letzter Zugriff 30. Juli 2024. Adolf und Ferdinand Neu lebten in der Hanauerstraße 20, Emil Wertheimer an der Ecke Langgasse/Holzhäusergasse, die Familie von Jakob Neu in der Langgasse 12, die Familie von Gottfried Neu in der Germanngasse/Ecke Holzhäusergasse.
72 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 462: 62 Stimmen für die NSDAP, die SPD erhielt 332.
73 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 470 und 476.
74 Brief Adolf Neu an Bürgermeister Keller, 14. Februar 1947, Abschrift einer Abschrift, Kopie im PA Wenchel.
75 Wenchel, Messel im 3. Reich, , S. 202 und 205.
76 Nach einer Kopie des Protokolls, S. 53, PA Wenchel.
77 Kopie PA Wenchel.
78 Pfarrhaus Messel, Pfarrchronik ab 1858, Jahr 1938, S. 236.
79 Frantz/Wiesner, Friedhof, S. 147.
80 Neu, Settchen, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16152, letzter Zugriff 27. September 2016.
81 GemA Messel, A 93; HStAW 503, Nr. 7381.
82 HStAW, 502, Nr. 7381.
83 HStAW, 502, Nr. 7381.
84 CAHJP, JRSO-Hes-306.
85 Gespräch von Rahel Blum mit Karl Wenchel, August 2024. Wann die Verbrennung stattgefunden hat, lässt sich aber nicht mehr eindeutig datieren.
86 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 897.
87 Die folgende Darstellung beruht auf den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen in den Staatsanwaltschaftsakten, HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 897, und Kopien der Staatsanwaltschaftsakten im PA Wenchel.
88 Wenchel, Karl, Messel im 3. Reich, S. 214.
89 Brief Emil Wertheimer an Philipp, vermutlich Philipp Wenchel, 31. Dezember 1949, Kopie PA Wenchel.
90 Brief Emil Wertheimer an Philipp, 31. Dezember 1949
91 Brief Emil Wertheimer an Philipp, 31. Dezember 1949; Karl Wenchel, Erinnerungen der ehemaligen jüdischen Einwohner zum Jahr 1938, Kopie ohne Signatur, beides in PA Wenchel.
92 Wenchel, Messel im 3. Reich, S. 213.
93 HStAD, R 12 F, Nr. 62 und Antwortschreiben der Sammlungsabteilung Theresienstadt an Karl Wenchel, 27. Juli 1992, Digitalisat PA Wenchel.
94 Antwortschreiben der Sammlungsabteilung Theresienstadt an Karl Wenchel, 27.07.1992, Digitalisat PA Wenchel.

95 Erinnerungen Karl Wenchel, PA Wenchel

96 Wenchel, Messel im 3. Reich, S. 213–214, Der Stolperstein an der Holzhäuserstraße 22 gibt eine „Flucht in den Tod“ am 1. Februar 1942 an.

97 Neu, Herbert, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de936920; Neu, Arthur, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de935343, letzter Zugriff jeweils 2. August 2024.

98 Bezzenberger, Geschichte des Dorfes Messel, S. 73.

99 GemA Messel, A 307, HStAW, 503, Nr. 7381.

100 Anmerkungen über den inneren Zustand sind, mit Ausnahme der Nennung eines Tonnengewölbes, nicht gemacht, vgl. CAHJP, JRSO-Hes-306.

101 CAHJP, JRSO-Hes-306; HStAD, H 23, Nr. 446.

102 Folgende Personen wurden in Messel geboren und unter dem NS-Regime ermordet:

Arthur Neu, Herbert Neu, Berta Neu, Betty Neu, Eduard Neu, Marta Berg, Leopold Hofmann, Ferdinand Merkel, Isidor Merkel, Arthur Neu, Siegmund Neu. Angaben nach Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/, letzter Zugriff jeweils 2. August 2024. Sara Neu und Rosa Neu, die zuvor starben bzw. die Selbstmord beging, sind hier nicht mitgezählt. Die Stolpersteine in Messel wurden für die 1933 im Ort lebenden Personen gesetzt und nennen darum andere Namen.

103 Dies alles nach HStAD, R 12 F, Nr. 190.

104 Wenchel, Messel im Dritten Reich.

105 PA Wenchel, ohne Signatur, Schreiben von Moritz Neumann und PA Wenchel, in: Darmstädter Echo, 9. Februar 1996; Gespräch mit Karl Wenchel am 2. September 2024 zur Initiative der Gedenktafel.

106 PA Wenchel, Ankündigung für den 1. Juni 1996 im Nachrichtenblatt für die Gemeinde Messel, 33. Jg., Nr. 22, 30. Mai 1996; und Darmstädter Echo, 3. Juni 1996.

107 2015 für die jüdischen Bewohner der Hanauer Straße 20 (Familie Neu), der Holzhäusergasse 22 (Familie Neu). 2017 für die Familie Marx (Germannstraße) und Familie Wertheimer (Langgasse) und ein Messeler Euthanasie-Opfer, vgl. zur Stolperschwellenverlegung www.fr.de/rhein-main/darmstadt/zwangsarbeit-grube-messel-11059123.html, letzter Zugriff 22. August 2024.

Münster (Hessen)

Mit Altheim

1952 gab der ehemalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Eppertshausen, Moritz Reis, gegenüber der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) Folgendes zu Protokoll: „2 km von uns war eine jüdische Gemeinde, Münster bh. Dieburg, von der ich annehme, daß sie von dieser nichts wissen, denn von diesem Platz ist nur eine Frau übrig geblieben, die hier ist & Zweitens haben sie keine eigene gebaute Synagoge gehabt. Diese befand sich im Hause des Leopold Simon & haben hier Gottesdienst abgehalten. […] Auch da haben die Nazis alles vernichtet.“[1] Reis rief damit den Betraum einer kleinen Landgemeinde in Erinnerung, der während des Novemberpogroms 1938 zerstört worden war. Das Gebäude selbst war 1952 vermutlich bereits abgerissen.[2] Ebenfalls in Vergessenheit geraten war, dass auch im benachbarten Altheim mindestens im 19. Jahrhundert eine eigenständige jüdische Gemeinde und ein Betraum existierten.

Von der ersten Niederlassung zur Gemeindebildung

Vermutlich ließen sich die ersten Jüdinnen und Juden im katholischen Pfarrdorf Münster erst nach dem Dreißigjährigen Krieg nieder, als der Ort zu Kurmainz und zum Fürstentum Isenburg-Birstein gehörte.[3] Erstmals gesichert sind Schutzgeldbestimmungen für den Vieh- und Pferdehändler Moses für 1668 sowie für Eliesar im Folgejahr.[4] Dass

Abb. 1: Karte der Dieburger Mark mit Einzeichnung der zur Umgehung des Zolls genutzten Wege mit den Orten Münster (obere Bildhälfte rechts) und Altheim (Bildmitte), 1759. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 1, Nr. 2325.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-020

ein weiterer Jude, Laßar, sich 1669 über die Höhe des ihm nunmehr auferlegten Schutzgeldes beschwerte, zeigt, dass er offenbar schon länger in Münster lebte.[5]

Auch im 18. Jahrhundert lebten Jüdinnen und Juden in Münster, das ab 1706 vollständig unter isenburgischer Herrschaft stand: Affrom (Abraham) Meyer, Jakob Löser und Abraham Moses waren um die Jahrhundertmitte vor allem im Viehhandel tätig und unterhielten auch Geschäftsbeziehungen nach Dieburg.[6] Dort, auf dem jüdischen Friedhof, wurden im 18. Jahrhundert mindestens drei Münsterer Juden und zwei Jüdinnen beigesetzt, was Verbindungen zur Dieburger jüdischen Gemeinde nahelegt.[7]

Über das jüdisch-christliche Zusammenleben in Münster finden sich für das 18. und frühe 19. Jahrhundert über Handelsbeziehungen hinaus nur wenige Hinweise. 1756/57 führte die politische Gemeinde einen Rechtsstreit gegen die Münsterer Juden, dessen Kosten in den Gemeinderechnungen aufgeführt sind.[8] Rechtliche Zurücksetzungen existierten bis weit ins 19. Jahrhundert fort, etwa in Form höherer Einzugsgelder für jüdische Zugezogene und des auferlegten Schutzgelds. Statuseinträge wie „toleriert“ oder „Schutzverwandte“ finden sich sogar noch bis um die Jahrhundertmitte in den Personenstandsregistern.[9] Zudem durften die jüdischen Münsterer bis um 1820 ihr Vieh nicht mit der christlichen Bevölkerung auf die Weide treiben und mussten selbst nach Abschaffung dieser Regelung ein besonderes Weidegeld entrichten.[10]

Auch einzelne Übergriffe sind bekannt, wobei konkrete Anlässe und Motivlagen im Dunkeln bleiben: 1758 hängten Unbekannte dem Händler Itzig Kaufmann ein totes Ferkel vor die Tür, das auf Kosten der Ortsgemeinde entfernt wurde, mit der dieser in dieser Zeit mehrfach Geschäfte tätigte.[11] 1816 verfügte das Amt Dreieich, dass die politische Gemeinde für einen zweimaligen Fenstereinwurf bei „Schimme“ aufzukommen habe.[12] Gleichwohl waren Jüdinnen und Juden in dieser Phase auch Teil der örtlichen Gemeinschaft: Als es 1813 während der Napoleonischen Kriege zu Konflikten zwischen Ortsansässigen und einquartierten russischen Soldaten kam, soll der auch später noch wegen übernommener Dolmetscheraufgaben als „Russenjude“ bezeichnete Reichmann mitgeholfen haben, zwei christliche Dorfbewohner vor dem Erschießungskommando zu bewahren.[13]

Ende der 1820er Jahre lebten in dem seit 1816 hessischen Münster fast 80 Jüdinnen und Juden.[14] Strukturen einer jüdischen Gemeinde bestanden zu diesem Zeitpunkt vermutlich bereits viel länger. Mit dem 1807 verstorbenen David ist ein Gemeindevorsteher namentlich bekannt, der zugleich als Beisitzer der Landjudenschaft fungierte.[15] In den 1820er und 1830er Jahren lag die Gemeindeleitung unter anderem in den Händen von Wolf May, in dessen Haus in der Schulstraße 8 in den 1830er Jahren auch das Laubhüttenfest gefeiert worden sein soll, Götz Oppenheimer, Moses Klein und Isaak May. 1855 war Jösel May, ab 1856 dann zusammen mit Abraham Vogel, als Vorsteher tätig.[16] Zugeordnet war die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert zunächst dem Provinzialrabbinat in Offenbach.[17] Ende des 19. Jahrhunderts unterstellte sie sich dem neu geschaffenen orthodoxen Provinzialrabbinat Darmstadt II.[18]

Als Religionslehrer war in den 1830er Jahren bis zu seinem Tod 1841 Götz Oppenheimer angestellt.[19] Allerdings sank die Zahl der jüdischen Schulkinder bis in die 1870er Jahre auf nur noch sieben, eine Folge des Schrumpfens der Gemeinde in dieser Zeit.[20] 1851 wird mit dem Schutzjuden Abraham Strauß in Münster auch ein Krankenwächter erwähnt.[21] Eheschließungen, bei denen die Frauen in der Regel aus anderen hessischen Orten, teils aber auch aus Bayern und Baden nach Münster einheirateten, bedurften der Genehmigung des Offenbacher Provinzialrabbiners. In den 1840er Jahren war mehrfach der auch als *Mohel* (Beschneider) tätige Babenhäuser Gemeindevorsteher Meyer Hecht mit den Trauzeremonien betraut.[22]

Der Betraum in Münster

Es ist davon auszugehen, dass die Münsterer Jüdinnen und Juden im Zuge der Etablierung von Gemeindestrukturen auch einen Betraum einrichteten. Wann genau und wo dies geschah, ist bislang nicht bekannt, ebenso wenig, ob sie vorher gegebenenfalls andernorts Gottesdienste besuchten. In den 1750er Jahren wird ein „Jud Rabbi Wolff“ in den Rechnungsbüchern der politischen Gemeinde genannt, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass bereits zu dieser Zeit Gottesdienste im Ort stattgefunden haben könnten.[23] Ein Beleg für die Existenz eines Betraums bietet im August 1824 eine Klage der Brüder Abraham und Elkan Hirsch gegen den Gemeindevorsteher, Metzger und Ellenwarenhändler Wolf May, der ihnen den Kauf des Gebets in der „Synagoge“ verwehrt habe.[24] Die behördlichen Erkundigungen zu dem Fall legten Störungen und Unordnung in der „Münsterer Judenschul“ offen, die in erster Linie auf das Fehlen eines ordentlichen Gemeindevorstands zurückgeführt wurden.

Dokumentiert ist ein Münsterer Betraum zudem in einer in den 1870er Jahren erstellten Statistik, als die Gemeinde bereits auf rund vierzig Personen geschrumpft

war.[25] In dieser ist sie als Gemeindeeigentum erfasst, offensichtlich zu Unrecht, denn die offiziellen Häuser- und Bewohnerlisten des Ortes vermerken dies nicht.[26] Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass sich der Betraum zu dieser Zeit bereits in einem Privathaus in der späteren Frankfurter Straße 25 befand, keine 100 Meter von der katholischen Kirche entfernt.[27] Das Haus befand sich im Besitz des 1857 geborenen Viehhändlers David Simon, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts über viele Jahre Vorsteher der jüdischen Gemeinde war und 1933 starb.[28] Er galt als „eifriger Bekenner und Verfechter des toratreuen Judentums“.[29] In der Zeit des Nationalsozialismus gehörte das Gebäude dann seinem Sohn, dem Viehhändler Leopold Simon.

Über Architektur und Einrichtung des Betsaals ist nur wenig bekannt.[30] Es handelte sich um zwei Zimmer im ersten Stock des Gebäudes, die aufgrund der traditionell-orthodoxen Ausrichtung der Gemeinde eine räumliche Abgrenzung von Männern und Frauen während des Gottesdienstes gewährleisteten. In den Räumen wurden Gebetbücher und Torarollen aufbewahrt, wobei der Toraschrein vermutlich an der hofseitigen Wand eingerichtet wurde, um die Ausrichtung nach Osten zu gewährleisten.[31] Der eingangs erwähnte Eppertshausener Moritz Reis erinnerte sich mit Blick auf die 1930er Jahre, dass die Münsterer Gemeinde über fünf Torarollen, darunter zwei ganz neue, zwei Toramäntel, zwei Torakronen, einen Umhang, einen Torazeiger sowie mehrere Decken und Vorhänge verfügt haben soll.[32] In einem kurzen Bericht im *Israelit* von Anfang 1911 wird der Betraum öffentlich erwähnt, da bei einem Einbruch der Spendenstock mit den Almosengeldern geraubt worden war.[33] Lilienthal weist die Gemeinde 1931 als Filiale der jüdischen Gemeinde in Dieburg aus, in der man koscheres Essen nach Anmeldung in der Metzgerei Vogel erhalte.[34] Dass der Betsaal im *Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege für 1932/33* noch aufgeführt wird, lässt vermuten, dass zumindest an den jüdischen Feiertagen weiterhin Gottesdienste stattfanden.[35]

Auch eine private Mikwe gab es in Münster. Diese befand sich im Haus des Feidel Bär Mordechai Simon, also in der späteren Frankfurter Straße 25. Als das Dieburger Kreisamt Ende 1857 ein Nutzungsverbot aussprach, beschrieb es diese als „das in seinem Keller befindliche Loch“, was auf eine sehr primitive Einrichtung schließen lässt.[36] Dass rituelle Reinigungsbäder in einem Wassergraben, dem sogenannten „Judengraben“ beziehungsweise am „Judenbrückelschen“, erfolgt seien, erscheint eher unwahrscheinlich.[37]

Abb. 2: Zeitungsausschnitt mit dem Haus der Familie Simon in der Frankfurter Straße 25 in Münster, in dem sich der Betsaal der Münsterer Jüdinnen und Juden befand, vor dem Abriss. Archiv Karl Müller. Foto zur Verfügung gestellt durch Ernst-Peter Winter.

Beziehungsnetze in der Provinz im 19. und 20. Jahrhundert

Im landwirtschaftlich geprägten Münster lebten die jüdischen Familien im 19. und frühen 20. Jahrhundert vor allem vom Viehhandel und Schlachtwesen, unter ihnen der Metzger Feidel Mordechai Bär Simon, der Vater des späteren langjährigen Gemeindevorstehers David Simon und der erste, dem Ende 1850 der Erwerb des Ortsbürgerrechts gelang.[38] Eduard Vogel, der am Ersten Weltkrieg als Soldat teilnahm und mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse ausgezeichnet wurde, betrieb in der Schulstraße eine Rindsmetzgerei mit Laden, deren Produkte auch nach Frankfurt am Main geliefert wurden. Die Vogels waren seit 1822 im Ort ansässig und erlangten einigen Wohlstand: Eduard Vogel besaß in den 1930er Jahren 17 Grundstücke mit rund 13.000 qm Fläche.[39] Sein Großvater Abraham Vogel, der als Viehhändler und

Makler seinen Lebensunterhalt verdiente, wirkte längere Zeit als Vorsteher der jüdischen Gemeinde.[40] Ende des 19. Jahrhunderts wurde Münster auch für externe Unternehmer attraktiv: Die Vereinigten Hutstoffwerke Bloch & Hirsch, die ihren Hauptsitz in Offenbach am Main hatten, richteten 1891 in Münster eine Hasenhaarschneiderei als Zweigniederlassung mit 81 weiblichen Angestellten ein.[41]

Im Handel etablierte sich Jösel (Joseph) May, der zwischen 1852 und 1881 eine Ellenwarenfirma im Ort betrieb.[42] Seine Tochter Bässchen (Betty) May folgte ihm als Schnittwarenhändlerin nach. Sie starb 1896 mit nur 40 Jahren nach einer Geburt, wobei auch die jüdisch-nichtjüdischen Beziehungsnetze vor Ort aufschienen: Die über dreißigstündige Geburt lag in den Händen der örtlichen Hebamme Franziska Haus und eines hinzugezogenen Arztes. Die Pflege und Verköstigung der sterbenden Wöchnerin und ihrer neugeborenen Tochter Elisabetha übernahm dann die christliche Münsterer Familie von Johann Dionys Geist.[43] Christliche Ortsbewohner unterstützten die jüdischen Münsterer auch bei alltäglichen Verrichtungen und insbesondere an Schabbat und den jüdischen Feiertagen, was enge persönliche Kontakte über die Konfessionsgrenzen hinweg zur Folge hatte.[44]

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ging die Zahl der Gemeindemitglieder in Münster deutlich zurück – sie fiel von 82 im Jahr 1840 auf 26 im Jahr 1880. Das lag auch daran, dass viele Münsterer – nicht nur die jüdischen – bessere Perspektiven in einer Emigration nach Nordamerika erblickten. Zu ihnen gehörten in den 1860er Jahren der Schlachter Levi Simon und dessen Bruder, der Handlungsgehilfe Simon Simon, außerdem 1882 der Metzger Hirsch May.[45] Der 1817 in Münster geborene Liebmann Falk starb 1860 in Paris.[46]

Die jüdische Gemeinde in Altheim (18./19. Jahrhundert)

Bis zur Eingemeindung nach Münster Ende 1971 bildete das rund zwei Kilometer südöstlich gelegene Altheim eine eigenständige Ortsgemeinde. Im Gegensatz zu Münster standen die fast ausschließlich protestantischen Einwohner im 17. Jahrhundert unter hessen-hanauischer Verwaltung.[47] Geschäftsbeziehungen auswärtiger Juden mit Einwohnern Spitzaltheims – so die in der Frühen Neuzeit gebräuchlichen Ortsbezeichnung – lassen sich bereits für 1682 nachweisen.[48] Eine Niederlassung erfolgte spätestens um 1700. Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Babenhausen belegen für 1727 die Eheleute Joel und Heble aus Altheim. 1743 wurde zudem auf dem jüdischen Friedhof in Hanau Bela Levi beigesetzt, die Tochter des verstorbenen „Jehoschua gen. Falk aus Schwizaltum“ – gemeint ist Spitzaltheim.[49] Dabei handelte es sich wohl um Falck Simon, der in Altheim geboren wurde und dort ab 1740 Schutzjude war. Sein Vater Simon soll zu diesem Zeitpunkt bereits 43 Jahre, sein Bruder Moyses schon 13 bis 14 Jahre mit einem Schutzpatent ausgestattet gewesen sein.[50]

Zu den niedergelassenen Familien gehörte zu Beginn des 19. Jahrhunderts die des Viehhändlers Herz Altheimer.[51] Schutzaufnahmen sind für zahlreiche weitere Mitglieder des Verwandtschaftsnetzes belegt.[52] Auch die Familie Oppenheimer hatte sich in Altheim niedergelassen.[53] Dass verwandtschaftliche Beziehungen bis ins 20. Jahrhundert hinein insbesondere in umliegende jüdische Gemeinden geknüpft wurden, zeigen die Beispiele der aus Altheim stammenden Brüder, Textil- und Haushaltswarenhändler Moritz und Max Krämer, des Tabakwarenhändlers Simon Altheimer sowie des Metzgers und Viehhändlers Julius Altheimer, die sich in Dieburg niederließen.[54]

Ende der 1820er Jahre belief sich die Zahl der Jüdinnen und Juden in Altheim auf 59.[55] Sie bildeten zu diesem Zeitpunkt vermutlich schon länger eine eigenständige jüdische Gemeinde, die sich ab 1832 auch über amtlich genehmigte Umlagen von den Gemeindemitgliedern finanzierte.[56] Die Israelitische Religionsgemeinde Altheim verfügte zudem über einen eigenen Betraum, der sich im Obergeschoss eines kleinen zweistöckigen Gebäudes mit Torhaus in der heutigen Kreuzstraße 8 befand. Das wohl von dem 1820 als Vorbesitzer genannten Johannes Zimmermann traufseitig zur Straße errichtete Haus war 1827 im Besitz der jüdischen Gemeinde, die es 1843 gegen Feuer versicherte.[57] Über die Ausstattung liegen bislang keine Informationen vor. Ein späterer Bewohner des Hauses erinnerte sich, dass das Obergeschoss keine Zimmerdecke gehabt habe, sondern nach oben, also wohl zum Dachstuhl hin, offen gewesen sei.[58]

Im Unterschied zu den Münsterer Jüdinnen und Juden gehörte die Israelitische Religionsgemeinde Altheim Zeit ihres Bestehens zum Rabbinat in Darmstadt.[59] Auch setzten die Altheimer ihre Toten im 19. Jahrhundert weiterhin auf dem jüdischen Friedhof in Babenhausen bei.[60] Zudem existierten mindestens zwei Mikwen in Altheim: eine im Haus von Moses Altheimer, „etwas tiefer“ gelegen als der Keller, in dem sie eingerichtet worden war, die andere, die dem Vernehmen nach in deutlich schlechterem Zustand war, im Haus der verwitweten Betty Altheimer. Offenbar wurden beide 1857 behördlich geschlossen und Moses Altheimer aufgefordert, das „Badeloch“ zuzuschütten.[61]

Einen kleinen Einblick in die private Frömmigkeit bietet das Nachlassverzeichnis des 1866 verstorbenen Maklers Simson Altheimer, in dem sich „einige alte Bücher“, ein Öllicht mit Zubehör und drei Kappen (Mützen) befanden, bei denen ein jüdischer Kontext zumindest vermutet werden kann, zumal sie bei der Versteigerung größtenteils

von Verwandten und anderen Juden erworben worden. Moses Altheimer ersteigerte die in der Wohnung des Verstorbenen angebrachten Zehn Gebote. Aus dem Nachlass seiner 1899 verstorbenen Schwester Betty Altheimer erwarb er eine „jüdische Lampe“.[62]

Einen Beleg für stereotype Judenbilder im jüdisch-christlichen Beziehungsgefüge stellt der 1831 von dem Schaafheimer Hospitalverwalter Lange gegen Josl (Joseph) Altheimer angestrebte Prozess wegen zu geringer Naturallieferungen an das Hospital dar. Lange, der sich bei den Behörden in Dieburg erkundigte, ob er persönlich oder über einen Anwalt gegen Altheimer vorgehen solle, merkte an, dass letztlich beide Wege „um so mehr mit Kosten verbunden [sind], da man es mit einem Juden zu thun hat, welcher sich wohl mehrermahlen vorladen laßen wird, ehe er erscheint.“[63] Insgesamt jedoch teilten Altheimer Jüdinnen und Juden wie Christinnen und Christen vielfach gemeinsame Erfahrungen, etwa wenn ein Altheimer Jude als Soldat am Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 teilnahm.[64]

Die Zahl der Gemeindemitglieder sank auch in Altheim bis in die 1870er Jahre deutlich, zunächst auf rund 20 Personen und dann auf zehn im Jahr 1880.[65] Neben Wegzügen in andere Gemeinden emigrierten Altheimer Jüdinnen und Juden mehr noch als ihre Münsterer Glaubensgenossen nach Nordamerika, so 1859 der Zigarrenmacher Mordochei Altheimer, der Schuhmacher Abraham Oppenheimer und – mit seinen beiden kleinen Söhnen – Abraham Krämer.[66] In den 1860er Jahren zogen ganze Familienverbände aus Altheim nach Übersee fort, wie 1866/67 der Handelsgeselle Falk Altheimer, dem wenige Wochen später sein Vater, der Makler Abraham Altheimer, mit Familie nachfolgte. Nicht alle Emigranten blieben in Amerika. Der Metzger Herz Altheimer kehrte nach etwa acht Jahren offenbar mit einigem Vermögen nach Europa zurück und lebte mit seiner mutmaßlich zweiten, christlichen Ehefrau Eva, geb. Münster, zunächst in Frankfurt am Main, dann in Stuttgart. Dass er am 31. Januar 1873 seine Ehefrau erstach und sich selbst beigefügten Verletzungen wenige Wochen später erlag, zog eine mediale Sensationsberichterstattung nach sich.[67]

Die massive Auswanderung erodierte die jüdische Gemeinde in Altheim. Die im *Großherzoglich-Hessischen Regierungsblatt* abgedruckte Umlagenliste für das Rechnungsjahr 1884/85 vermerkte lapidar: „Die isr. Gemeinde Altheim hat sich aufgelöst.“[68] Sie taucht dann auch in keiner der folgenden Umlagelisten mehr auf.[69] Die wenigen noch im Ort verbliebenen Jüdinnen und Juden gehörten fortan wohl zur jüdischen Gemeinde in Münster. Besitzerin des ehemaligen jüdischen Gemeindehauses wurde 1898 die politische Gemeinde Altheim. Das als Wohnhaus genutzte Gebäude kam 1960 in Privatbesitz.[70] Wegen des überformten Zustands des Hauses sind keine Angaben zum Baubefund möglich.

Abb. 3: In diesem Haus in der Kreuzstraße 8 befand sich der Betsaal der Altheimer Israelitischen Religionsgemeinde. Das Gebäude liegt im Ortskern von Altheim, unweit der evangelischen Kirche. Foto: Stefan Vogt.

Nationalsozialistische Verfolgung, Pogrom und Schoa

Während der NSDAP bei den mehrheitlich protestantischen Altheimern bei den Landtagswahlen von 1932 bereits ein Stimmanteil von 87,05 Prozent zufiel, stimmten Wählerinnen und Wähler im katholischen Münster mehrheitlich für das Zentrum (49,43 Prozent der Stimmen). Die NSDAP kam hier lediglich auf 12,32 Prozent der Wählerstimmen.[71] Gleichwohl verstärkte sich nach der Machtübernahme auch hier der antisemitische Verfolgungsdruck, der in Münster wohl der Hauptgrund für den Suizid des Maklers, Hausier- und Viehhändlers Salomon Simon im Mai 1933 war.[72] Dennoch – das zeigt seine weiterhin geachtete Stellung im Ort – gab ihm die Freiwillige Feuerwehr, deren Mitglied er seit 1890 war, das Totengeleit.[73] Sein Neffe Leopold Simon, der mit seinem Viehhandel zwischen 1930 und 1932 noch etwa 4.000 bis 5.000 RM pro Jahr verdient haben soll, verlor schrittweise seine Existenzgrundlage und meldete sein Gewerbe im August 1938 ab.[74] Gleichwohl gab es selbst in diesem Jahr noch fortgesetzt Geschäftsbeziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Münsterern, weshalb die NSDAP-Ortsgruppenleitung 1938 mehrere Personen als „Volksverräter“ öffentlich bloßstellte.[75]

MITTEILUNG

Leopold Simon, Viehhandlung

Abb. 4: Briefkopf der Firma Leopold Simon, Viehhandlung, 1934. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 28 Dieburg, Nr. R 34.

Die Verfolgung gipfelte im Novemberpogrom des Jahres 1938: Nach Anweisung durch den NSDAP-Kreisleiter Wilhelm Schwinn in Erbach, die der Münsterer Propaganda- und Organisationsleiter Peter Ruhmann mit in seinen Heimatort brachte, setzten die Übergriffe am Abend des 10. November ein. Der Ablauf wurde nach dem Krieg in verschiedenen Berichten und Zeugenaussagen festgehalten, die trotz kleinerer Widersprüchlichkeiten ein Gesamtbild der Ereignisse bieten. Demnach zogen die Pogromtäter – Angehörige der NSDAP und ihrer Gliederungen, darunter auch Hitlerjungen, sowie weitere Einwohner aus Münster – vom Gasthof Badischer Hof zu den nur wenige Meter entfernt liegenden Häusern der Verfolgten. Zuerst drangen sie in das Haus von Leopold Simon in der Frankfurter Straße ein, wo sie alles kurz und klein schlugen. Auch die Einrichtung des im selben Haus befindlichen Betsaals wurde zerstört. Simons Witwe Johanna erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, dass „[a]lle heiligen Buecher, die Torarollen etc. […] herausgenommen und unbrauchbar gemacht [wurden]. Wir nehmen an, dass diese verbrannt worden sind.“[76] Zudem gingen wichtige Geschäftsunterlagen verloren.[77] Die Täter demolierten anschließend das Haus und den Metzgerladen von Eduard Vogel in der Schulstraße. Offenbar kam es hier zu gewalttätigen Übergriffen gegen Vogels 90-jährige Schwiegermutter Elka Schiff. Schließlich wurde das Haus von Isaak May in der Borngasse attackiert. Die betagte Jeanette May hatte noch vergeblich versucht, die Pogromtäter von ihrem Plan abzubringen. Die Familie floh noch in der Nacht aus der Stadt.[78] Nur das Haus der ledigen Stoffhändlerin Franziska May in der Schulstraße blieb von Übergriffen verschont – mutmaßlich weil dort auch nichtjüdische Münsterer zur Miete wohnten.[79]

Bereits im Vorfeld der Übergriffe waren am 10. November Eduard Vogel und Leopold Simon in „Schutzhaft“ genommen und ins Konzentrationslager Buchenwald überstellt worden.[80] In Altheim traf dieses Schicksal Max Krämer.[81] Alle drei wurden erst im Dezember 1938 wieder entlassen. Simon starb offenbar an den gesundheitlichen Folgen des Lageraufenthalts 1939 in Frankfurt am Main.[82] Krämer wurde im September 1942 zusammen mit seiner Frau Frieda, seinem Bruder Leopold und dessen Frau Sophie nach Theresienstadt deportiert.[83] Seine Spur verliert sich nach der Deportation von dort nach Auschwitz im Jahr 1943.[84] Der Familie von Isaak May und Johanna Simon gelang die Emigration in die USA.[85]

In der Folge des Pogroms hatten die meisten Verfolgten Münster verlassen. Sie waren gezwungen, ihre dortigen Haus- und Feldgrundstücke an „arische“ Münsterer zu verkaufen.[86] Leopold Simon verkaufte sein Haus mit dem ehemaligen Betsaal am 23. Februar 1939 an das benachbarte Ehepaar Frühwein. Heinrich Otto Theodor Frühwein betrieb zusammen mit seinem Vater, dem Innungsobermeister Franz Anton Theodor Frühwein, eine Metzgerei und Gastwirtschaft in der Frankfurter Straße 27. Mit dem Grundstückskauf wollte er seinen Betrieb räumlich ausweiten und einen Garagenstellplatz für sein Auto einrichten. Im Januar 1940 genehmigte der Reichsstatthalter in Hessen den Verkauf für 3.960 RM.[87]

Die nur noch formal auf dem Papier existierende Israelitische Religionsgemeinde wurde Ende 1941 in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland überführt.[88] In Münster wohnte zu diesem Zeitpunkt nur noch Franziska May mit Frida von Halle, die im Haushalt angestellt war.[89] Beide wurden im März 1942 ins Ghetto Piaski deportiert, wo sich ihre Spur verliert. Mays Schwester Bella, die in der Landesheil- und Pflegeanstalt Gießen lebte, war am 1. Oktober 1940 in der Euthanasietötungsanstalt Brandenburg an der Havel ermordet worden, der in Altheim gebo-

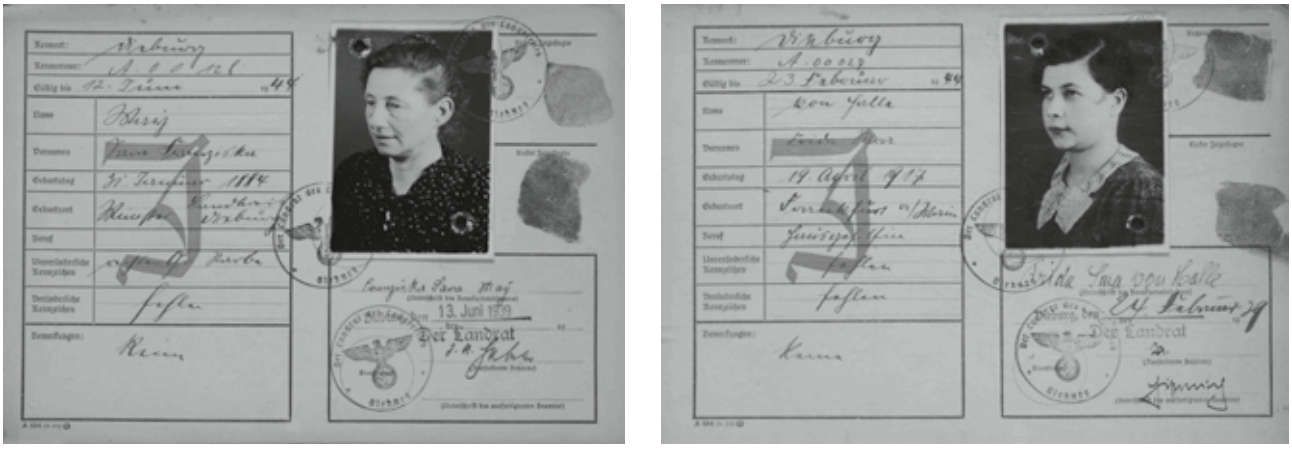


Abb. 5: Kennkarten von Franziska May (links) und Frida von Halle (rechts) mit „J“ („Jude“) und Zwangsvornamen „Sara“, 1939. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

rene, in der Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim untergebrachte Moses Altheimer im Februar 1941 in Hadamar. Insgesamt sind bislang 13 Personen aus Münster und zwei Personen aus Altheim bekannt, die entweder dort lebten oder dort geboren wurden und in der Schoa umkamen.[90]

Nachkriegszeit und Erinnerungskultur

Ab Ende 1946 lebten in vier beschlagnahmten Häusern in Münster zeitweise jüdische Displaced Persons, die hauptsächlich aus Osteuropa stammten und dem DP-Lager 560 Dieburg zugeordnet waren.[91] Ab 1949 ermittelten deutsche Strafverfolgungsbehörden nochmals wegen der Pogromereignisse, was 1951 vor dem Landgericht Dieburg in zwei Fällen wegen schweren Landfriedensbruchs zu Hafturteilen von wenigen Monaten führte. Verfahren gegen zehn weitere Personen wurden wegen Verjährung eingestellt, ebenso zwei Verfahren wegen leichten Landfriedensbruchs.[92] Währenddessen bemühten sich die emigrierten Jüdinnen und Juden um Entschädigungen für erlittenes Unrecht und Verfolgung.[93] Zusätzlich zu früheren Ausgleichszahlungen für zwangsverkaufte Grundstücke gab es in den 1950er Jahren erste Entschädigungszahlungen an emigrierte Münsterer Jüdinnen und Juden beziehungsweise Abwicklungen rücküberstatteten Grundbesitzes durch die JRSO.[94]

Das Haus von Leopold Simon in der Frankfurter Straße, in dem sich einst der Betsaal befunden hatte, stand 1950 nach einer Auskunft des Bürgermeisters noch. Es befand sich aber in baufälligem Zustand.[95] Das Gebäude wurde abgerissen und dort das neue Schlachthaus der Metzgerei Frühwein errichtet.[96]

Abb. 6: Überbautes Grundstück in der ehemaligen Frankfurter Straße 25/27 in Münster, auf dem sich das Haus der Familie Simon mit dem Betsaal der jüdischen Gemeinde befand, Sommer 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

In der Folge der intensivierten Auseinandersetzung mit der Geschichte von Jüdinnen und Juden in Münster und ihrer Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus wurde 1988 eine Straße in der Nähe des Bahnhofs nach Eduard Vogel benannt. 1997 wurde am „Storchenschulhaus“ in der Frankfurter Straße 3 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die jüdischen Münsterinnen und Münsterer angebracht.[97]

Abb. 7: Im Jahr 1997 an der ehemaligen Mädchenschule „Storchenschulhaus“ in der Frankfurter Straße 3 im Münster angebrachte Gedenktafel zur Erinnerung an die verfolgten Münsterer Jüdinnen und Juden. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Am 11. Dezember 2023 entschied die Gemeindeverwaltung, in Münster und im Ortsteil Altheim Stolpersteine für hier als „jüdisch“ Verfolgte zu verlegen.[98]

Daniel Ristau

Für Hinweise und Unterstützung danke ich Tatjana Maier und Maria Ullges, Gemeindeverwaltung Münster/Hessen, sowie – insbesondere auch für die Bereitstellung von Quellenmaterial – Ernst-Peter Winter, Heimat- und Geschichtsverein Münster.

Münster in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/797 Altheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/799

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Münster

1709	7 Haushaltsvorstände
1719	7 Familien
1750	9 Familien

1755	13 Familien
1830	77 Personen
1840	82 Personen
1855	65 Personen
1861	48 Personen
1871	36 Personen
1875	40 Personen
1880	26 Personen
1897	36 Personen
1900	29 Personen
1910	11 Personen
1924	22 Personen
1925	18 Personen
1932	7 Personen
30. Januar 1933	17 Personen
31. Dezember 1938	14 Personen
22. Januar 1940	2 Personen
25. März 1942	0 Personen

Zahlen nach: Winter, Jüdisches Leben, S. 16 (1709–1755); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Grossherzogthume Hessen, Mainz 1830, S. 59; Müller, Juden in Münster, S. 13 (1840); S. 6, 13, 38 (1942); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Grossherzogthum Hessen und bei Rhein für 1855, Mainz 1855, S. 47; Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 3 (1864), S. 209 (für 1861); 14 (1875), S. 76 (für 1871); 24 (1884), S. 2, 122, (für 1880); Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 52 (1875); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 12 (1897), S. 94; Münster (Hessen), in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/muenster_synagoge.htm, letzter Zugriff 5. September 2024 (1910); Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25 (1900, 1925); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1923/24, Berlin [1924], S. 132; Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 384 (für 1932); GA Münster, A, Nr. 210 (1933); GA Münster, A, Nr. 209 (1938, 1940).

Altheim

1741	3 Familien
1829	59 Personen
1861	53 Personen
1864	46 Personen
1867	33 Personen
1871	19 Personen
1880	10 Personen
1885	18 Personen
1897	10 Personen
1900	8 Personen
1925	6 Personen
1933	4 Personen

Zahlen nach: HStAM, 86, Nr. 29468 (1741); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 3 (1829); Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 3 (1864), S. 209 (für 1861); 7 (1867), S. 205 (für 1864); 11 (1870), S. 29 (für 1867); 14 (1875), S. 76 (für 1871); 24 (1884), S. 2, 120, (für 1880); 34 (1890), S. 2, 84 (für 1885); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 12 (1897), S. 93; Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25 (1900, 1925); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 214 (1933).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Ellermann, Werner, Münster. Lokalgeschichte vom Kaiserreich zur Demokratie, Münster 2024.

Keim, Günter, Beiträge zur Geschichte der Juden in Dieburg, Dieburg 1993.

Lammer, Lothar/Maria Porzenheim/Tina Rosenfeld, Displaced Persons im Lager 560 Dieburg, Dieburg 2017.

Müller, Karl J., Juden in Münster, Münster 1983 (2. Aufl., 2006).

Schmitt, Georg, Geschichte des Dorfes Münster, Dieburg 1909.

Tuchlenski, Annemarie, Altheim. Was Häuser erzählen können. Otzberg 2016.

Winter, Ernst-Peter, Jüdisches Leben in Münster und Altheim. Quellensammlung, unveröffentl. Typoskr., Münster 2024.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collection, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 1835000; 8229703

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Lj4: Nr. 32
– JRSO-Hes: Nr. 35

Gemeindearchiv Münster (Hessen) (GA Münster)
– A: Nr. 196; 201; 202; 204; 209; 210; 212; 213; 214; 369; 879; 880
– O: Nr. 610

Heimat- und Geschichtsverein Münster e. V.
– NL Karl J. Müller

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 518: Nr. 64887

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 6: Nr. 1473
– E 13: Nr. 1885
– F 16: Nr. 682
– G 12 B: Nr. 23
– G 15 Dieburg: Nr. J 37; L 24; O 140; Q 592; Q 593; T 760; V 170
– G 28 Dieburg: Nr. R 34
– G 28 Gross-Umstadt: Nr. F 870; F 4001; F 4015; F 4159; F 4202; R 194; R 572
– H 13 Darmstadt: Nr. 924
– H 2 Darmstadt-Dieburg: Nr. 554; Nr. 10814
– O 61 Kohlmannslehner: Nr. 31

– P 1: Nr. 2325
– P 4: Nr. 2362
– R 21 B: Nr. NACHWEIS
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 81: Nr. A/57/2 Bd. 1
– 86: Nr. 29468
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 214
Landesarchiv Speyer (LA Speyer)
– A 24: Nr. 1486
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14
– N 1: Nr. 479
Stadtarchiv Stuttgart (StadtA Stuttgart)
– 177/1

Anmerkungen

1 HHStAW, 518, Nr. 1464. Die Abkürzung „bh.“ bezeichnet den nächstgelegenen Bahnhof, in diesem Fall Dieburg.
2 Winter, Jüdisches Leben, S. 13, weist auf das Brandkataster von 1938 hin (HStAD, C 6, Nr. 1473), demzufolge 1954 keine Versicherungssummer mehr eingetragen wurde, was auf den erfolgten Abbruch schließen lasse.
3 Insgesamt gab es in Hessen fünf Orte mit dem Namen Münster, darunter mit Münster im Landkreis Limburg-Weilburg sogar einer, in dem eine Synagogengemeinde bestand.
4 Vgl. zu Moses auch StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479.
5 Müller, Juden in Münster, S. 6, 14, bietet Faksimiles der Quelle.
6 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479. Die Gemeinderechnungen aus dieser Zeit geben Überblick über zu entrichtende Abgaben der jüdischen Beisassen. Sie verzeichnen auch Zahlungen der Ortsgemeinde an die Münsterer Juden, etwa für Handelsgüter. Sie vermerken auch die Rückzahlung von Darlehen und Geldern, die insbesondere in der Phase des Siebenjährigen Krieges von den jüdischen Einwohnern gegeben oder zu tragen waren. Siehe die Auswertung von Winter, Jüdisches Leben, S. 16–38.
7 Abraham, Sohn des Baruch, und dessen Ehefrau (beide 1761), Abraham, Sohn des Meier ha-Levi (1757), Elieser, Sohn des Benjamin (1721), sowie eine weitere Jüdin (1772). Gräbernachweise finden sich in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/de/personen/juedische-grabstaetten, letzter Zugriff 7. Juli 2024. Hinweise auf „Judenbegräbnisse“ zudem auch in den Dieburger Stadtrechnungen (StadtA Dieburg, B, Nr. 14).
8 Winter, Jüdisches Leben, S. 8. Quellengrundlage bildet GA Münster, B 1.
9 GA Münster, A, Nr. 196, 879 und 880.
10 Schmitt, Geschichte des Dorfes Münster, S. 31–32; 44–45, gibt als Quelle für das besondere Weidegeld den Gemeindevoranschlag von 1830 an.
11 Winter, Jüdisches Leben, S. 24–26.
12 Schmitt, Geschichte des Dorfes Münster, S. 40–41. Vermutlich gemeint ist ein Mitglied der Familie Simon.
13 Schmitt, Geschichte des Dorfes Münster, S. 114–116. 1841 suchte ein Abraham Reichmann in Münster um das Heimatrecht für seine Ehefrau nach (GA Münster, A, Nr. 213).
14 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 162. Vgl. die jüdischen Hausbesitzer und Mieter im Häuserbuch von 1838, ausgewertet in: Winter, Jüdisches Leben, S. 11.
15 David, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15425, letzter Zugriff 25. Juni 2025.
16 Müller, Juden in Münster, S. 15, 16, 36; GA Münster, A, Nr. 196, Nr. 880. Müller nennt zudem für 1862: Abraham Falk, Friedel Löb und Mordechay Simon, sowie für 1871 Abraham Vogel, Moses Klein und Moses Lehmann
17 Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Hessen (1854), S. 191.
18 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), Nachtrag, S. 54.
19 Erwähnt 1834 in GA Münster, A, Nr. 196; 1840 in GA Münster, A, Nr. 879, sowie Sterberegistereintrag 1841 in GA Münster, A, Nr. 880. Siehe außerdem HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 4015.
20 Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 53.
21 GA Münster, A, Nr. 880.
22 GA Münster, A, Nr. 879. Zu Meyer Hecht siehe Der Israelit 28 (1887), H. 13, 14. Februar 1887, Beil., S. 225.
23 Winter, Jüdisches Leben, S. 10. Quellengrundlage bildet GA Münster, B 1. Ob es sich um jenen mutmaßlichen Wolf Münster handelt, der um 1730 in Darmstadt fürs „Hinaufgehen zur Tora“ einen kleinen Geldbetrag erhält (CAHJP, D-Da1-495), muss hier offenbleiben. Bei dem 1789 in Mosbach mit Passierschein versehenen Judenschulmeister und Vorsänger Hirsch Wolff, der in Münster geboren wurde, handelte es sich möglicherweise um einen Sohn des Genannten (LA Speyer, A 24, Nr 1486).
24 Gemeint ist hier die Versteigerung von Ehrenrechten während des Gottesdienstes in der Synagoge, konkret des Aufrufs zur Toralesung.
25 Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 53.
26 Auskunft von Ernst-Peter Winter, Münster, 6. August 2024, der die Häuser- und Bewohnerverzeichnisse für 1838, um 1890 und 1900 ausgewertet hat.
27 Siehe die Brouillons von 1851 in HStAD, P 4, Nr. 2362, 1.B./Bl. 4. Das Haus ist heute der Hausnummer 27 mit zugeordnet. Nach Auskunft von Moritz Reis an die Jewish Resitution Successor Organization (JRSO) vom 25. Juli 1952 habe dieser Betsaal „schon länger als 100 Jahre im Hause des Leopold Simon Frankfurterstr. 25 bestanden“. CAHJP, JRSO-Hes-35, Bl. 26.
28 Simon war 1909 gemeinsam mit Mardochai Vogel Gemeindevorstand (Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 145; HStAD, G 28 Dieburg, Nr. R 34). Das Landes-Adressbuch für das Großherzogtum Hessen 1 (1905), S. 325, verzeichnet ihn noch unter der alten Hausnummer Frankfurter Straße 17.
29 Der Israelit 71 (1930), H. 49, 4. Dezember 1930, S. 8.
30 Müller, Juden in Münster, S. 15.
31 HHStAW, 518, Nr. 64887.
32 HStAW, 518, 1464; CAHJP, JRSO-Hes. Nr. 035.
33 Der Israelit 52 (1911), H. 5, 2. Februar 1911, S. 9.
34 Saul Lilienthal, Mit jüdischen Augen durch deutsche Lande, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 24, 11. Juni 1931, [o. S.].
35 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 384.
36 GA Münster, A, Nr. 214.
37 Vgl. Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 77.
38 Zur Person vgl. u. a. die Nachlassregelung von 1862 (HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 4159). Für die Auskunft zum Ortsbürgerrechtserwerb danke ich Ernst-Peter Winter.
39 Vgl. die Aufstellung über ehemals im Besitz von Eduard Vogel befindliche Grundstücke in Münster, 1947, GA Münster, A, Nr. 210.
40 Vgl. Abraham Vogels Gesuch um Ortsbürgeraufnahme 1863, HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 37; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 4202.

41 Schmitt, Geschichte des Dorfes Münster, S. 65.
42 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 194.
43 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 4001.
44 Müller, Juden in Münster, S. 15–16.
45 Die Angaben sind HStAD, R 21 B, NACHWEIS und der Datenbank Ancestry (Stand: 15. Juni 2024) entnommen, die die im StA Hamburg vorhandenen Hamburger Passagierlisten als Digitalisate anbietet. Simon Simon ließ sich im Bundesstaat New York als Kaufmann nieder und heiratete die aus Roth stammende Metzgerstochter (Bertha) Betchen Bergenstein, mit der er sechs Kinder hatte (Angaben lt. Ancestry nach der föderalen US-Volkszählung von 1900, Manhattan, New York).
46 GA Münster, A, Nr. 880.
47 Vgl. u. a. HStAD, E 13, Nr. 1885.
48 Vgl. die Abweisung einer Klage des Männle in Dieburg gegen die Altheimer Familie Reining wegen einer Schuldverschreibung (HStAD, F 16, Nr. 682).
49 Die genannten Gräber sind nachgewiesen in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/de/personen/juedische-grabstaetten, letzter Zugriff 19. Juli 2024.
50 HStAM, 86, Nr. 29468; StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479; HStAM, 81, Nr. A/57/2 Bd. 1. Angaben zu den Gräbern in LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/de/personen/juedische-grabstaetten, letzter Zugriff 19. Juli 2024.
51 Zu Nachlassangelegenheiten der Familie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vgl. HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 870.
52 CAHJP, D-Lj4-32; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 572.
53 CAHJP, D-Lj4-32. Joel Oppenheimers Ehefrau wurde 1856 zu einer Korrektionshausstrafe von einem Jahr wegen Diebstahlbegünstigung verurteilt (Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt, Nr. 20, 4. Juli 1856, S. 199).
54 Keim, Beiträge zur Geschichte, S. 26, 40, 120.
55 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 3.
56 Vgl. die entsprechenden jährlichen Übersichten zu den genehmigten Umlagen zur Finanzierung der Arbeit der jüdischen Gemeinden im Kreis Dieburg, die zwischen 1882 und 1884 auch für Altheim im *Großherzoglich-Hessischen Regierungsblatt* abgedruckt sind.
57 GA Münster, O, Nr. 610; Tuchlenski, Altheim, S. 116. Vgl. Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 52.
58 Lt. Bericht von Herrn D. (Name bekannt) an Tatjana Maier (Münster), 16. Juli 2024.
59 Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Hessen (1854), S. 191.
60 Vgl. Babenhausen, in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/18, letzter Zugriff 4. März 2021. Zu einer mutmaßlichen Mikwe (Müller, Juden in Münster, S. 15) ließen sich bislang keine Belege finden.
61 Heimat- und Geschichtsverein Münster e. V., NL Karl J. Müller. Darin finden sich zwei Kopien aus amtlichen Akten, die wohl aus dem ehemaligen Gemeindearchiv Altheim stammen.
62 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 870. Simson Oppenheimer war 1856 wegen Betrugs verurteilt worden (Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt, Nr. 42, 9. Dezember 1856, S. 515).
63 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. O 140.
64 Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin (Hrsg.), Die Juden als Soldaten, 2. Aufl., Berlin 1897, S. 84.
65 Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 52–53.
66 HStAD, R 21 B, NACHWEIS; Krämer, Abraham, Altheim, in: LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/246209, letzter Zugriff 26. April 2023. U. a. siedelte 1837 Nathan Krämers Tochter Regina ins kurhessische Gelnhausen über (HStAD, R 21 B, NACHWEIS).
67 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. F 870. Der Sterbeeintrag für „Heinrich Altheimer" findet sich in StadtA Stuttgart, 177/1. Aus der großen Zahl an Pressemeldungen zu dem Fall exemplarisch Schwäbischer Merkur, Nr. 30, 4. Februar 1873, S. 13; Regensburger Tageblatt, Nr. 36, 5. Februar 1873, S. 143.
68 Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt, Beil. 13, 10. Juni 1884, S. 98.
69 In den nicht immer genauen Statistiken des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes wird Altheim noch bis 1903 als eigene, dem orthodoxen Rabbinat Darmstadt II zugeordnete Gemeinde geführt, vgl. Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), Nachtrag, S. 54.
70 GA Münster, O, Nr. 610; Tuchlenski, Altheim, S. 116.
71 Die Zahlen sind dem Online-Portal Hessische Parlamentarismusgeschichte entnommen, parlamente.hessen.de/, letzter Zugriff 19. Juli 2024. Zu Geschichte der NSDAP und ihres Ortsgruppenleiters Karl Roßkopf außerdem Ellermann, Münster.
72 Müller, Juden in Münster, S. 28.
73 Simon, Salomon, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16127, letzter Zugriff 20. Oktober 2024; Müller, Juden in Münster, S. 28.
74 HHStAW, 518, Nr. 64887; GA Münster, A, Nr. 209.
75 Vgl. Handzettel vom 15. Juni und 5. November 1938 in GA Münster, A, Nr. 209.
76 HHStAW, 518, Nr. 64887.
77 GA Münster, A, Nr. 201.
78 Jeanette May hielt sich Ende 1938 offenbar bei Hilda Kahn, geb. May, in Sickenhofen auf (GA Münster, A, Nr. 201).
79 Zu den in diesem Abschnitt geschilderten Ereignissen v. a. HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 924; Müller, Juden in Münster, S. 18–22.
80 HHStAW, 518, Nr. 64887; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593; HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 924.
81 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 592.
82 HHStAW, 518, Nr. 64887; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 592.
83 AA, Documents, ID 8229703.
84 Vgl. Krämer, Max Marcel, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de904789, letzter Zugriff 20. Oktober 2024.
85 HStAD, G 12 B, Nr. 23. Auswanderungsnachweise für Jeanette und Isaak May in HStAD, R 21 B, Nr. NACHWEIS; GA Münster, A, Nr. 204.
86 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 760; HStAD, H 2 Darmstadt-Dieburg, Nr. 10814; GA Münster, A, Nr. 201.
87 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 760. Zur Geschichte des Betriebs der Familie Frühwein und dessen Fortführung nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. u. a. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. V 170.
88 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 24.
89 GA Münster, A, Nr. 212.
90 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31; Müller, Juden in Münster, S. 36; AA, Documents, ID 1835000. Weitere Angaben zu den Einzelschicksalen sind dem Gedenkbuch *Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 – 1945* entnommen sowie der Aufstellung im Ortsartikel Münster, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/muenster_synagoge.htm, letzter Zugriff 7. Juli 2024.
91 Vgl. Lammer/Porzenheim/Zuleger, Displaced Persons, S. 3.
92 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 924.

93 So u. a. die Familie Simon (GA Münster, A, Nr. 201), Vogel (GA Münster, A, Nr. 202) und May (GA Münster, A, Nr. 204).
94 U. a. GA Münster, A, Nr. 369. Vgl. Müller, Juden in Münster, S. 33; GA Münster, A, Nr. 210.
95 GA Münster, A, Nr. 201. 1946 hatte die Bürgermeisterei Darmstadt an den Dieburger Landrat gemeldet, dass das ehemalige Wohnhaus der Familie Simon „bis heute noch nicht renoviert wurde“ und der „Betsaal ein unbenutzbarer Raum“ sei. HStAD, H 2 Darmstadt-Dieburg, Nr. 554.
96 Müller, Juden in Münster, S. 15.
97 Münster, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/muenster_synagoge.htm, letzter Zugriff 19. Juli 2024.
98 Ralf Enders, Stolpersteine in Münster geplant, in: OP-Online, 17. Februar 2024, www.op-online.de/region/muenster/defizite-im-geschichtsbewusstsein-in-muenster-stolpersteine-geplant-92838569.html, letzter Zugriff 19. Juli 2024.

Ober-Klingen (Gemeinde Otzberg)

„In hiesiger Gemeinde war früher eine jüdische Synagoge, welche im Jahr 1939 von dem Rest der noch anwesenden Juden [...] verkauft wurde. Das Gebäude ist umgebaut und dient landwirtschaftlichen Zwecken“,[1] so antwortete der Ober-Klinger Bürgermeister dem zuständigen Landrat 1946 auf die Frage nach jüdischen Kultstätten oder Friedhöfen in den Gemeinden der Umgebung. Den Kaufvertrag hatten 1939 Willi, Samuel und Adolf Wolf unterzeichnet, deren Vorfahren zu den Gründungsvätern der kleinen Gemeinde gehört hatten.[2] Heute erinnert, abgesehen von einem Hinweisschild am ehemaligen Synagogenstandort, auf den ersten Blick nichts mehr daran, dass sich hier lange Zeit die Synagoge einer kleinen jüdischen Landgemeinde befand. Dem Schicksal der jüdischen Menschen aus Ober-Klingen, die unter der NS-Gewaltherrschaft ihre Heimat oder ihr Leben verloren, ist das 1988 entstandene Mahnmal an der Grundschule in Lengfeld gewidmet, das im Gedenken auch die anderen jüdischen Bewohner der heutigen Gemeinde Otzberg mit einschließt.

Erste jüdische Familien in Ober-Klingen

Ebenso wie das benachbarte Lengfeld war das nahe des Otzbergs gelegene Straßendorf Ober-Klingen in der Frühen Neuzeit kurpfälzisch. Erst 1722, deutlich später als in den umliegenden landgräflich-hessischen oder kurpfälzischen Orten, wird mit Liebmann aus „Klingen“ ein erster jüdischer Bewohner aktenkundig.[3] Aus welchem der kleinen Orte an der Veste Otzberg die 1725 und 1729 verstorbenen Kinder sowie die 1736 verstorbene Frau, die alle in Dieburg bestattet wurden, stammten, muss offenbleiben, da die Dieburger Stadtrechnungen schlicht „Otzberg“ als Herkunftsort nennen.[4] Ebenfalls in den 1720er Jahren ließ sich kurzzeitig der vermutlich aus dem kurpfälzischen Mannheim stammende Geschäftsmann Feist Oppenheimer im Ort nieder. Von hier aus tätigte er Geschäfte mit dem Grafen von Erbach-Schönberg, dem er eine Summe von über 5.000 Gulden lieh.[5] Noch 1782, fast 40 Jahre nach Feists Tod, war die volle Geldforderung nicht zurückgezahlt. Nun traten dessen Tochter Elkele Oppenheimer und ihr Mann Mosche Rothschild als Gläubiger auf.[6] Schließlich wurden von kurpfälzischer Seite weitere Erträge aus erbachischem Grundbesitz in Ober-Klingen und Nieder-Klingen beschlagnahmt, um die ausstehende Wechselschuld einzubringen.[7] Während Feist wohl mit Abschluss seiner Geschäfte nach Mannheim zurückkehrte, blieb Liebmann, auch Löw genannt, in Ober-Klingen, wo er 1731 verstarb. Der Inschrift auf seinem Grabstein folgend wollte seine Familie ihn vor allem als gelehrten Mann in Erinnerung behalten.[8]

Abb. 1: Grabstein von Löw auf dem Dieburger Friedhof (1731). Foto: Stefan Vogt.

Liebmanns Familie dürfte danach im Ort oder zumindest in der Gegend geblieben sein.

1742 wurden im Amt Otzberg insgesamt 14 Juden gezählt, die zusammen nur 950 Gulden an zu versteuerndem Vermögen besaßen.[9] Allerdings verorten Steuerlisten aus dem Folgejahr jüdische Familien nur noch in Lengfeld, Hering und Heybach.[10] Allein ein nicht mehr zu entzifferndender Grabstein von 1751 verweist auf einen weiteren jüdischen Bewohner aus „Klinge“.[11] In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ließ sich die Familie von Löw Wolf, der noch im folgenden Jahrhundert unter den Ortsbewohnern bekannt war, in Ober-Klingen nieder. Seine Söhne, in den 1760ern wohl ebenfalls dort geboren, bildeten die Basis für die sich von der Jahrhundertwende an entwickelnde jüdische Gemeinde.[12] Dass die drei oder vier jüdischen Haushalte um die Jahrhundertwende bereits aus eigener Kraft einen *Minjan* füllen konnten, ist eher unwahrscheinlich,

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-021

doch vermutet Thea Altaras bereits für diese Zeit einen ersten Betraum in einem der Wohnhäuser der jüdischen Familien.[13]

Die Synagoge von Ober-Klingen

Das Ende des Alten Reiches brachte für Ober-Klingen mehrere Herrschaftswechsel mit sich. Kurzzeitig ging das Dorf an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, durch Tausch dann für ein Jahr an die Herren von Löwenstein-Wertheim. Der Wertheimer Rabbiner suchte wohl deswegen 1805 die Ober-Klingener Judenschaft auf, die „vorher sich von dem Rabbiner zu Mannheim habe […] richten lassen müßen", sich nun aber weigerte, einen festen Betrag zur Finanzierung des für das Amt Habitzheim zuständigen Wertheimer Rabbiners beizutragen. Als Sprecher der Ober-Klinger Judenschaft trat Aron Wolf auf.[14] 1806 wurde Ober-Klingen dem Großherzogtum Hessen zugeordnet und die drei Schutzjuden mit ihren Haushalten fielen nun in die Zuständigkeit des Rabbinats Darmstadt. Sie hatten bis dahin jeweils 30 Gulden Schutzgeld an die kurpfälzische Herrschaft gezahlt.[15] Jösel Löb Wolf, der dritte Sohn des o. g. Löws, bewarb sich vermutlich 1807 um die Aufnahme in den Ober-Klinger Judenschutz.[16] Er lebte im späteren Haus 226 (heute Wilhelm-Leuschner-Straße 51) und war wohl Beständer (Pächter) dieses erbachischen Erbleihofs.[17]

1808 wurde diese Hofreite an der Dorfstraße brandversichert. Dabei wurde auch eine Synagoge genannt, die sich im hinteren Teil der Hofreite über einem Nebengebäude befand. Diese Nennung überrascht angesichts der kleinen Zahl jüdischer Familien im Ort. Die im Brandkataster als Besitzerin erwähnte Judenschaft versicherte die Synagoge für 700 Gulden gegen Brand. Dies war eine auffällig hohe Summe, berücksichtigt man, dass die zugehörige Haushälfte für 150 und ein weiterer Stall für 400 Gulden versichert waren.[18] Nur eine Hälfte des an die südliche Straßenseite grenzenden zugehörigen Wohnhauses bewohnte Jösel Wolf, die andere Hälfte war im Besitz einer nichtjüdischen Familie. Das längliche Wolf'sche Grundstück lag an der im 18. Jahrhundert südlich des Dorfkerns neu angelegten Landstraße nach Dieburg (heute Wilhelm-Leuschner-Straße). In Verlängerung des giebelständig zur Straße gelegenen Wohnhauses (Haus-Nr. 226) folgte mit einigem Abstand im Hintergrund des Grundstücks das ebenfalls die gesamte Grundstücksbreite einnehmende Nebengebäude mit der Synagoge (Haus-Nr. 227).

Das zweigeschossige Gebäude besaß eine Grundfläche von 61 qm, die ein leichtes Rechteck mit etwa 7,60 m in der Breite und etwa 8 m in der Länge bildete.[19] Über dem massiv gemauerten Erdgeschoss erhob sich die vollständig in Fachwerkbauweise aus bestem Holz errichtete Synagoge

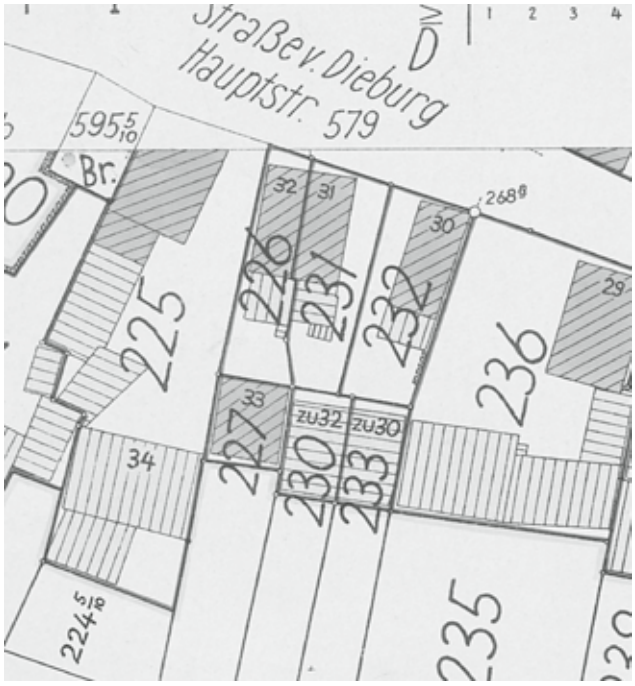


Abb. 2: Ober-Klingen, Katasterplan, Ausschnitt mit Synagoge (Haus-Nr. 227), 1923–1932. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 9108/25.

Abb. 3: Ober-Klingen, Luftaufnahme, Ausschnitt mit Synagoge (Pfeil), 1967. Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation.

im Obergeschoss. Sie schloss oben mit einem Satteldach ab, das möglicherweise an den beiden Giebeln über einen Viertelwalm verfügte. Wie die Haushälfte der Wolfs wurde auch die Synagoge vom benachbarten Bauernhof (Nr. 225) aus erschlossen. Der Eingang zur Synagoge erfolgte wohl über die südliche der beiden im Erdgeschoss angeordneten Türen. Von dort führte eine Treppe vermutlich parallel zur Südwand zum Betsaal hinauf.[20] Der von einem in die Dachkonstruktion eingebetteten Gewölbe bedeckte Saal besaß eine stattliche Höhe, die die normale Geschosshöhe eines Wohnhauses bei weitem übertraf. Der Aufnahme der Zugkräfte im Dachwerk diente eine Zugstange.[21] Die halachisch

Abb. 4: Blick auf den Giebel der Synagoge (im Hintergrund) und das an der Straße liegende giebelständige Wohnhaus, die rechte Hälfte gehörte Jösel Wolf (heute unbebauter Raum zwischen Wilhelm-Leuschner-Straße 47 und 55). Abbildung aus Horst Rauch, *Ober-Klingen. Geliebtes Ober-Klingen.*

geforderte Orientierung der Synagoge quer zum First nach Osten ist anzunehmen. Thea Altaras beschreibt einen in die Wand eingelassenen Toraschrank. Eine freistehende *Bima* ist zumindest für das frühe 19. Jahrhundert anzunehmen. Ob die in der Synagogenordnung von 1830 erwähnte „Frauenschule" auf gleicher Ebene mit dem Männerbetsaal angeordnet war oder sich auf einer Empore befand, muss offenbleiben. Zeitzeugen beschrieben bleiverglaste farbige Fenster sowie eine Bemalung der Wände und des Gewölbes. Wie für viele Synagogen überliefert, sei auch das Gewölbe der Ober-Klinger Synagoge von Sternen auf blauem Grund überzogen gewesen. An den Wänden habe man Dattelpalmen, südländische Pflanzen und Esel in einer Mittelmeerlandschaft gesehen.[22] Möglicherweise erfolgte die Ausmalung der Synagoge erst im Zusammenhang mit der 1872 geplanten Reparatur und Verbesserung der Statik des Gebäudes.[23] Auch wenn sie ein „Hinterhofdasein" führte, die dörfliche Dachlandschaft nicht wesentlich bestimmte und sich von der Bauart eher den normalen Wohngebäuden anpasste – die Ober-Klinger Synagoge stellte als eigenständiger Sakralbau ein ganz besonderes Gebäude für die sich gerade erst entwickelnde kleine jüdische Landgemeinde dar.

Die Gemeinde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Spätestens in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ist also die Herausbildung einer kleinen Synagogengemeinde in Ober-Klingen zu verorten. Namentlich greifbar sind zunächst bis 1820 die Familien von Löw Wolf, Isaak Wolf und Jösel Wolf.[24] Die Hausväter waren als Viehhändler und Händler mit Viehfutter tätig.[25] Zur bisher ansässigen Familie Wolf kam spätestens im zweiten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Familie Neu hinzu. 1829 listete eine Statistik für Ober-Klingen 38 jüdische Bewohner auf, eine durchaus übliche Zahl für eine kleine Landgemeinde in dieser Zeit.[26] 1830 wurden 11 jüdische Männer und eine Witwe zu Steuerzahlungen an die Landjudenschaftskasse herangezogen.[27]

Dass 1830 eine „Verordnung der israelitischen Sinagog" in Ober-Klingen beim Amt in Habitzheim eingereicht wurde, war nicht allein inneren Querelen geschuldet. Vielmehr verweist diese durchaus kurz gefasste Ordnung auch darauf, dass man sich trotz einer ausreichenden Zahl von jüdischen Männern am Ort immer wieder bemühen musste, einen Minjan zusammenzustellen. Die Synagogenordnung hielt nun die Männer dazu an, sich zum Morgengebet (*Schacharit*) als auch zum Abendgebet (*Ma'ariv*) in der Synagoge einzufinden.[28] Offenbar hatten einzelne einen anderen Ort fürs Gebet bevorzugt oder waren dem Gebet fern geblieben. Darüber hinaus enthielt die Ordnung nur wenige lokale Spezifika. So rief man die Gemeinde, was nicht unüblich war, zwar auf, das Gebet nicht zu früh zu verlassen oder kleine Kinder nicht mit in die Synagoge zu bringen, ergänzt aber durch die Aufforderung, die kleinen Kinder auch nicht in die „Frauenschul" mitzunehmen, was offenbar geschehen war.[29]

Ein ernsthaftes Problem stellte aus Sicht des Vorstands aber vor allem der als Stall genutzte Raum unter der Synagoge dar, denn der „üble[…]" Stallgeruch, so klagte der Vorsteher 1837 gegenüber dem Landrat, würde vom Gebet ablenken.[30] Beim Landrat wollte man sich nun dafür einsetzen, dass der Unterbau nicht als Stall, sondern als Schulzimmer genutzt werden könnte. Die Witwe Jösel Löws, Elkele Oppenheimer,

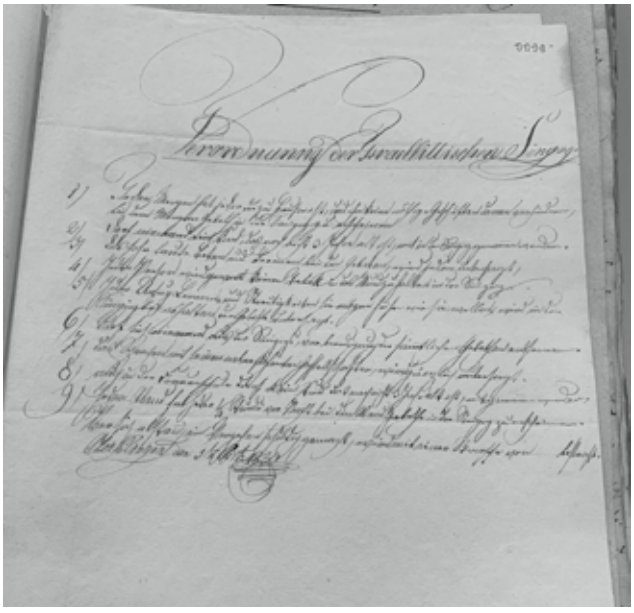


Abb. 5: „Verordnung für die israelitische Sinagog.“ Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Erbach L 277.

Abb. 6: Grabstein von Elkele Wolf (Oppenheimer) mit Levitenkanne auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg. Foto: Stefan Vogt.

verweigerte zwar den Verkauf des Stalles, wäre aber mit dem Verkauf der gesamten Hofreite an die Gemeinde einverstanden.[31] Doch dafür dürften der kleinen Gemeinde schlicht die Mittel gefehlt haben. Schließlich klagte die Gemeinde gegen die Witwe wegen „Störung und verächtlicher Behandlung“ des Gottesdienstes.[32] Der Gestank des Stalls „verbreite“ sich in der darüber liegenden Synagoge. Vorsteher Jösel Neu bat nun den Landrat, der Witwe jegliche Nutzung des Stalls zu untersagen.[33] Doch trotz der Auseinandersetzung dürfte Elkele, der Inschrift ihres Grabsteins folgend, eine der geachtetsten Frauen der schnell anwachsenden Gemeinde gewesen sein, bekannt für ihre Wohltätigkeit gegenüber Bedürftigen.[34]

Die großherzoglichen Vorschriften für die Bildung von Gemeindevorständen wurden in Ober-Klingen nur bedingt eingehalten.[35] 1838 und 1841 kritisierte der Landrat, dass die Ober-Klinger Juden nur zwei Vorsteher, einen aus der Familie Neu und einen aus der Familie Wolf, ernannt hätten, was der Verordnung von 1830 widerspreche, die drei Vorsteher für jede jüdische Gemeinde vorsah. Auch sollte der Schatzmeister künftig als Wahlmann ausgeschlossen werden.[36] Für die Ober-Klinger Gemeinde ergab sich bezüglich der Vorsteherwahl aber regelmäßig ein Problem, denn aufgrund der engen familiären Beziehungen zwischen den jüdischen Familien im Ort war es fast unmöglich, Kandidaten für den Vorstand zu finden, die nicht in direkter Linie miteinander verwandt waren.[37] Dass 1841 erneut nur zwei Personen den Vorstand der Gemeinde besetzten, mag für den Landrat der Grund gewesen sein, 1845 selbst drei geeignete Personen als Vorsteher vorschlagen zu lassen, die Höchstbesteuerten Löser (Lazarus) Wolf, Isaak Wolf und Lazarus Neu.[38]

Im Dorf lebten die jüdischen Familien von Beginn an in direkter Nachbarschaft zueinander und auch zur Synagoge.[39] Für die Wahl der Ehepartner orientierten sich die Ober-Klingener Juden aber nicht etwa in Richtung der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, sondern in Richtung des Odenwalds oder nahegelegener Orte des Königreichs Bayern. Nur selten wurden Ehepartnerinnen aus Orten in der Umgebung wie Spachbrücken oder Georgenhausen gewählt.[40] Die Hochzeiten aber fanden nicht in Ober-Klingen, sondern in Darmstadt, Dieburg, König (Odenwald) oder Aschaffenburg statt.[41]

Herausforderungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die Zahl der Gemeindeglieder stieg, insbesondere aufgrund einer hohen Geburtenrate, zwischen 1829 und 1861 von 38 auf 62 Personen an.[42] Dennoch ging die Zahl der jüdischen Familien im Ort ab der Jahrhundertmitte wieder zurück. Der Grund hierfür war, dass überdurchschnittlich viele der jüdischen Familien sich aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage erhofften, in den USA ein besseres Leben zu finden. Die erste Familie, die auswanderte,

war 1851 die von Jakob Neu.[43] Jösel und Götz Neu folgten 1855,[44] Samuel Neu und seine Tochter Jettchen 1872. Bald wanderte auch die Familie von Moses Wolf aus, zu der immerhin sechs Kinder gehörten. Die Familie von David Neu emigrierte 1881, weitere Mitglieder der Familie Wolf folgten 1882 und 1891.[45] Auch Wolf Neu, der als Lumpensammler sicherlich am Existenzminimum gelebt hatte, verließ Ober-Klingen 1891 in Richtung USA, der siebzehnjährige Aron Wolf, ein junger Metzger, sah ebenfalls keine Zukunft für sich in dem kleinen Dorf.[46] Wer nicht auswanderte oder in einen Nachbarort übersiedelte,[47] war als „Handelsmann" in verschiedenen Gewerken tätig, um sich über Wasser zu halten. Samuel Neu etwa agierte als Vieh- und Pferdehändler.[48]

Löser (Lazarus) Wolf, 1802 in Ober-Klingen Ort geboren, blieb im Ort, während sechs seiner Kinder auswanderten. Allein eine Tochter, Jettchen, heiratete in den Odenwald und verblieb in der Nähe. Das Brandkataster nennt sie ab 1876 als Besitzerin der Hofreite, zuvor im Besitz ihres Vaters, die über einen Anbau mit „Laubhütte" auf dem Futterboden verfügte.[49] Als Lösers zweite Frau in hohem Alter im Sterben lag, leistete die Nachbarin Elisabeth Frohmut, aus einer der alten Familien des Ortes stammend, Löser Wolf die dringend benötigte Hilfe. Im Nachhinein wurde sie für die Nachtwache am Bett der Sterbenden, für die Beihilfe gegenüber dem Witwer, die Reinigung des Sterbezimmers und der Totentücher finanziell vergütet. Am Schabbat, als der Bürgermeister das Trauerhaus besuchte, übernahm sie das Feuermachen.[50] 1893 verstarb auch Löser Wolf. Löser hatte in seinem langen Leben die Entstehung, Konsolidierung und auch sämtliche Herausforderungen für die kleine Gemeinde im 19. Jahrhundert miterlebt, darunter auch die Schwierigkeit, den Religionsunterricht für die Kinder der Gemeinde zu ermöglichen. Dieses Problem betraf auch die Nachbarorte Habitzheim und Lengfeld. Immer wieder tat man sich daher zusammen, und so mancher Lehrer, etwa Samuel Montag (1868), dürfte in mindestens einem weiteren Ort unterrichtet haben.[51] Nur vereinzelt, so scheint es, hat die Gemeinde kurzzeitig auch eigenständig einen Lehrer unterhalten können.[52]

Die Gemeinde vor 1933 und in der Zeit des Nationalsozialismus

Nur wenig ist über die Gemeinde und ihre Mitglieder in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts oder über die Beziehung zwischen den jüdischen und nichtjüdischen Nachbarn im Dorf bekannt. Die Anzahl der jüdischen Ortsbewohner ging weiter zurück. 1925 zählte Ober-Klingen nur noch 25 jüdische Einwohner. Mit den Zahlungen an den Landesverband israelitischer Religionsgemeinden Hessens war man deutlich im Rückstand.[53] Das Fortbestehen einer eigenständigen Gemeinde war vermutlich vor allem dem Engagement einzelner zu verdanken. Als Löb Neu 1928 verstarb, lobte man ihn als „langjährigen Vorsteher, der mehr als vier Jahrzehnte auch als *Shaliakh Zibur* [Vorleser aus der Tora] mit größtem Eifer und selbstloser Hingabe gewissenhaft seines Amtes" gewaltet habe und betonte außerdem das „Ansehen und [die] Achtung", die er sich mit „Aufrichtigkeit und Freundlichkeit gegen jedermann" im Ort verschafft habe.[54]

Bei den Reichstagswahlen 1930 erhielt die NSDAP in Ober-Klingen 71 von 247 abgegebenen Stimmen.[55] Bei den im Juli 1932 folgenden Reichstagswahlen gingen 279 von 385 abgegebenen Stimmen an die NSDAP, bei den Wahlen 1933 waren es 314 Stimmen.[56] Erwähnenswert ist, dass die Zentrumspartei nur 1, die SPD nur 13 Stimmen erhielt, weitere 7 Stimmen fielen auf die Kommunisten.[57] Die Zahlen lassen vermuten, für welche Parteien die Wahlberechtigten unter den 26 jüdischen Einwohnern ihre Stimmen abgegeben haben dürften. Über den Alltag unter den zunehmenden Einschränkungen der folgenden Jahre ist jedoch kaum etwas bekannt. Allein, dass man die jüdischen Kinder nun in eine 1935 neu gegründete jüdische Bezirksschule in Höchst zum Unterricht schickte, zeigt aber, dass die jüdischen Eltern sich wegen der mannigfaltigen Anfeindungen sorgten.[58]

1934, 1936, 1937 und zuletzt 1941 verkauften jüdische Bewohner ihre Häuser und Hofreiten.[59] Der Lumpenhändler Samuel Wolf legte beim Verkauf seines Hauses fest, dass er weiterhin Wohnrecht haben würde.[60] Dies erregte Ärger im Ort und bei der Kommunalverwaltung. Nach Ansicht des Kreisdirektors war es „nicht angängig, dass die Eheleute Samuel Wolf (Juden) Einsitzrecht usw. in dem Hause behalten".[61] Bis 1938 hatten bis auf 12 Personen alle jüdischen Einwohner den Ort verlassen. Die Synagoge war in diesem Jahr noch im Besitz der Gemeinde.

Der Bürgermeister von Ober-Klingen, Georg Rauch, zugleich NSDAP-Ortsgruppenleiter,[62] war bei der Vorbesprechung zum Ablauf der Pogrome am 10. November bei der Kreisleitung in Erbach im Odenwald zugegen.[63] Es war vermutlich die Nacht vom 10. auf den 11. November, als Mitglieder der NSDAP und weitere Personen in Richtung der Synagoge in der damals nach Adolf Hitler benannten Straße zogen.[64] Der Grundstücksnachbar Heinrich Kübler habe sich, so die Erinnerungen im Ort, der Gruppe mit einer Axt in der Hand in den Weg gestellt und so die Zerstörung des Gebäudes verhindert.[65] Dahinter mag aber weniger Solidarität denn Eigennutz gestanden haben, denn im Folgejahr kaufte er die Synagoge auf.[66] Für die Erstel-

Abb. 7: Schüler der jüdischen Bezirksschule in Höchst im Odenwald. Fritz Bauer Institut.

lung des Kaufvertrags begaben sich Willi Wolf, Samuel Wolf und Adolf Wolf im September 1939 nach Dieburg. Als die notwendige Genehmigung zunächst ausblieb, hakte Kübler Ende November erneut nach mit der Bitte der Beschleunigung der Angelegenheit.[67] Der örtliche Bürgermeister bestätigte das Vorhaben und gab an, dass der Kaufpreis auf 200 Mark festgelegt wurde, da die Synagoge alt und abbruchreif sei. [68]

Übergriffe auf den Besitz der wenigen jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner sind zwar nicht überliefert, jedoch anzunehmen. Am Abend des 11. November 1938 befanden sich auch sechs Männer aus Ober-Klingen auf dem Sammeltransport in das Konzentrationslager Buchenwald: Isaak Neu, Adolf Wolf, Willi Wolf, Leopold Wolf, Abraham Neu und Emil Wolf. Die älteren entließ man im Dezember 1938, während die jüngeren Männer noch bis zum Januar 1939 den unvorstellbaren Zwangsmaßnahmen, Quälereien und Drangsalen in dem Lager ausgesetzt waren.[69]

Abb. 8: Aufnahme von unbekannten Personen vor ehemaligem Zugang zur Synagoge, ohne Datum. Privatarchiv Horst Rauch.

Die meisten der verbliebenen jüdischen Einwohner verließen Ober-Klingen bald. Es blieben jene „Juden“, so ein „Stimmungsbericht“ unbekannter Herkunft für das erste Quartal 1939, die „so arm [sind], daß denselben das Geld zu einer Reise nach Dieburg oder Darmstadt mangelt, so daß an ein Auswandern derselben nicht zu denken ist, ohne fremde Hilfe. Ein Jude wird von hiesiger Gemeinde unterstützt.“[70]

1941 lebten nur noch Samuel Wolf, Else Wolf und Klothilde Neu in Ober-Klingen.[71] Sie wurden im Juni 1942 in das jüdische Altenheim in Mainz gebracht und im September desselben Jahres deportiert. Auch viele, die den Ort schon verlassen hatten, konnten der Deportation nicht entgehen. Mit der Massendeportation vom 24. März 1942 wurden u. a. Manfred Wolf, die achtjährige Marianne Wolf, Willi, Leopold, Herbert, Ernst und Erich Wolf, Ida Lorch und Hermann Neu über das zentrale Sammellager in Darmstadt ins Durchgangslager Piaski gebracht, und von dort in die Vernichtungslager deportiert, wo sich ihre Spuren verlieren.[72] Emma Lehmann aus Ober-Klingen, die nach Lengfeld geheiratet hatte, emigrierte mit ihrer Familie zunächst in die Niederlande und nach Frankreich, wurde aber im Juni 1943 nach Auschwitz deportiert. Auch Ruth Wolf, Leopold

Wolf und Albert Wolf konnten zunächst in die Niederlande fliehen, wurden aber gefasst und in Auschwitz bzw. Sobibor ermordet. Insgesamt wurden mindestens 29 in Ober-Klingen geborene oder 1933 dort wohnhafte Juden und Jüdinnen ermordet, verstarben in Lagern oder auf der Flucht.[73] Nur wenige konnten durch rechtzeitige Flucht die NS-Gewaltherrschaft überleben, darunter Abraham Neu, der 1953 in Südafrika verstarb.[74]

Das Synagogengebäude nach 1938

Das Synagogengebäude blieb, versteckt durch das zur Straße hin liegende ehemalige Haus von Fani Wolf, nach dem Novemberpogrom zunächst bestehen, wurde aber vom neuen Besitzer angeblich „umgebaut“ und zu „landwirtschaftlichen Zwecken“ genutzt.[75] Das vordere Wohnhaus stand über viele Jahre leer, soll aber noch immer möbliert gewesen sein, wie sich heutige Ortsbewohner erinnern.[76]

1946 versuchte die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) vergeblich, vom neuen Eigentümer der Synagoge Informationen über deren ehemaliges Inventar zu erhalten.[77] Bis heute konnte der Verbleib der Kultgegenstände und der Torarollen nicht geklärt werden. Vermutet wird die Beschlagnahmung der Gegenstände durch die Gestapo oder deren Einlagerung in der Synagoge in der Bleichstraße in Darmstadt oder in Dieburg.[78] Die JRSO setzte schließlich ein angenommenes Mindestinventar einer Synagoge (Pauschalwert von 45.525 Mark) für die Berechnung einer Entschädigungssumme an.[79]

Die ehemalige Synagoge blieb bis 1978 erhalten. Dann erfolgte, noch bevor das Denkmalamt einschreiten konnte, der Abriss. Eine letzte Fotografie von 1978 zeigt das durch den laufenden Abriss freigelegte Fachwerkgerippe der ehemaligen Synagoge. In den folgenden Jahren wurden auch der ehemalige Stall und das Vorderhaus (Wilhelm-Leuschner-Straße 51 und 53) abgetragen.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Abb. 9: Häuser der ehemaligen Wilhelm-Leuschner-Str. 51 und 53, ohne Datum. Privatarchiv Horst Rauch.

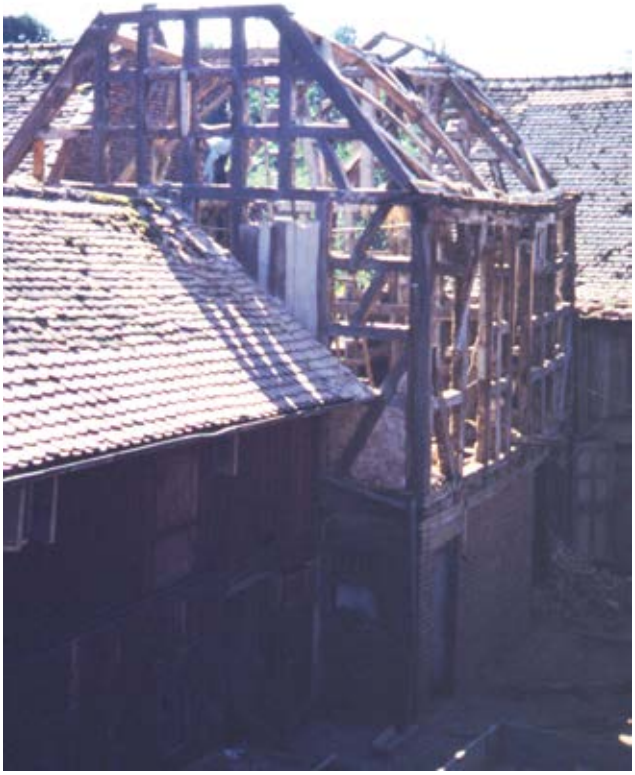


Abb. 10: Abbruch der Synagoge, Ansicht von Nordwesten, 1978. Foto: August Weber. Nachlass Thea Altaras, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 3009, Nr. 61818.

Abb. 11: Blick auf Haus Wilhelm-Leuschner-Str. 47 (rechts), den Standort des ehemaligen Hauses Wilhelm-Leuschner-Str. 51, dahinter die neue, unbebaute Hofsituation zwischen den Hausnummern 47 und 55, Foto: Rahel Blum.

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Horst Rauch, Simone Mundry-Klein, Helmut Rausch, Renate Valter, Anna Köhler.

Ober-Klingen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/170

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1722	1 Person (vermutlich plus Haushalt)
1742	14 Personen in „Otzberg“
1805	3 Schutzjuden
1829	38 Personen
1830	12 Steuerzahler
1837	9 Hausväter und 1 Witwe
1855	57 Personen
1861	62 Personen
1867	51 Personen
1877	68 Personen
1900	44 Personen
1924	28 Personen
1933	26 Personen
1935	23 Personen
Mai 1939	12 Personen
Februar 1942	9 Personen
September 1942	0 Personen

Zahlen nach: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 7 (1830, 1855, 1867); HStAD G 15 Erbach, Nr. L 222 (1837); StAWt-R Rep 41b, Nr. 78 (1805); YVA, O.51, Nr. 1045 (1939); PA Rauch, Juden in Ober-Klingen, S. 14 (1867, 1877, 1935); Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, S. 151 (1861, 1900, 1924, 1933, 1939, 1942); Löwenstein, Geschichte der Juden, S. 180, 208 (1722, 1742); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 172 (1829).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Rauch, Horst, Ein Archiv erzählt. Die Aufarbeitung des Gemeindearchivs Ober-Klingen, Hefte 1–6, o. O. 1989.

Rauch, Horst, Ober-Klingen. Geliebtes Ober-Klingen, Ober-Klingen 1988.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– JRSO-Hes: Nr. 320

Gemeindearchiv Otzberg (GA Otzberg)
– Ortsteilarchiv Ober-Klingen: XIII-NS Nachkriegszeit
– Ortsteilarchiv Ober-Klingen: Kataster von 1932, ohne Signatur

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HStAW)
– 518: Nr. 24365
– 3009: Nr. 61818

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 4: Nr. 105/2; 105/3; 214/6
– C 6: Nr. 2440
– C 12: Nr. 139/1; 139/2
– E 9: Nr. 7171; Nr. 7192 F 21 B: Nr. 57/1
– G 15 Dieburg: Nr. L 5
– G 15 Dieburg: Nr. T 761
– G 15 Dieburg: Nr. J 21
– G 15 Dieburg: Nr. XI/4
– G 15 Erbach: Nr. L 277; L 222
– G 28 Reinheim: Nr. F 553
– H 13 Darmstadt: Nr. 905
– H 23: Nr. 2140
– O 61 Urschel: Nr. 131
– P 4: Nr. 9108/25
– R 12 F: Nr. 62
– R 21 J: 1069

Privatarchiv Horst Rauch (PA Rauch)
– Stimmungsbericht
– Juden in Ober-Klingen
– Abbildung Gedenktafel
– Aufzeichnung August Weber Senior
– Aufnahme von Privatpersonen vor ehemaligem Zugang zur Synagoge
– Aufnahme Häuser ehem. Wilhelm-Leuschner-Str. 51 und 53, ohne Datum

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim (StAWt)
– StAWt R-Rep 41b: Nr. 78, 84

Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– B: Nr. 14/85, 89, 96
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.51: Nr. 1045

Anmerkungen

1 GA Otzberg, Ortsteilarchiv Ober-Klingen: XIII-NS Nachkriegszeit.
2 HStAD G 15 Dieburg, Nr. T 761.
3 Löwenstein, Quellen zur Geschichte, S. 180, jedoch lässt die Nennung von „Klingen“ offen, ob Ober- oder Nieder-Klingen gemeint ist. Einen ersten Beleg für eine jüdische Familie in „Klingen“ enthält das örtliche Schatzungsbuch, vgl. Altaras, Synagogen, S. 290.
4 Vgl. StadtA Dieburg B14, Nr. 85, 89, 96, „Judenbegräbnisse“. Vermutlich ist hier mit „Otzberg“ Hering oder Ober-Klingen gemeint, da Lengfeld in den Dieburger Bürgermeisterrechnungen eigenständig genannt wird.
5 Altaras verweist auf die Ausübung des Judenschutzes in Ober-Klingen durch die Erbacher Grafen. vgl. Altaras, Synagogen, S. 290. Wenngleich naheliegend, so konnte im Rahmen der vorliegenden Recherche nicht belegt werden, ob Feist im erbachischen Schutz stand. Zu Feist David Oppenheimer und seinen Geschäftstätigkeiten siehe v. a. Waßmuth, Im Spannungsfeld, S. 118. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. [1300].
6 Waßmuth, Im Spannungsfeld, S. 118, 131, Löwenstein, Quellen zur Geschichte, S. 148, 214, 217; HStAD, R 21 J, Nr. 1069.
7 HStAD, F 21 B, Nr. 57/1.
8 Löw, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15301, letzter Zugriff 9. Oktober 2024.
9 Löwenstein, Quellen zur Geschichte, S. 208. Vermutlich sind hier Einzelpersonen und nicht Haushalte gemeint.
10 Löwenstein, Quellen zur Geschichte, S. 208 und 308.
11 N. N., in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15416, letzter Zugriff 8. Oktober 2024.
12 Auf den Grabsteinen der Söhne wird der Vatersname mit „Benjamin“ angegeben, in Bezug auf Genesis 49,27, wo Benjamin im Segen Jakobs als „reißender Wolf“ beschrieben wird.
13 Tatsächlich liegen keine genauen Zahlen vor. Auf einen Betraum verweist Altaras, Synagogen, S. 290, jedoch ohne einen konkreten Beleg. Das Hinweisschild am Synagogenstandort datiert einen ersten Verweis auf die Synagoge auf das Jahr 1816.
14 StAWt R-Rep. 41b, Nr. 78, Bl. 3 (daraus das Zitat).
15 StAWt R-Rep. 41b, Nr. 78, vermutlich eine einmalige Summe, ergänzt durch jährliche weitere Zahlungen.
16 StAWt R-Rep. 41b, Nr. 78, S. 3.
17 HStAD, C 6, Nr. 2440; Altaras, Synagogen, S. 290, vermutet, dass Jösel als Beständer auf seinen Vater Wolf (Benjamin) Löw folgte. Ab wann der bei Altaras genannte Benjamin Wolf, sofern identisch mit Löw Wolf bzw. Wolf Löw (die Quellen vertauschen Vor- und Zunamen regelmäßig) Beständer des Hofes war, konnte nicht geklärt werden. Im von Altaras genannten Güterverzeichnis wurde er bei den vorliegenden Recherchen nicht gefunden. Fraglich ist außerdem, warum nicht der älteste Sohn das väterliche Haus übernahm. Löw Wolf verstarb zumindest in Haus Nr. 43 (nach der Häusernummerierung 1823, damals lebte Jösel in Haus Nr. 10).
18 HStAD, C 6, Nr. 2440, S. 14, ab 1844 geführter Brandkataster mit Übertrag aus einem älteren Buch. Das Nebengebäude unter der Synagoge ist dort 1898 als Schuppen neu verzeichnet worden. Nicht belegbar ist die von Altaras überlieferte Errichtung der Synagoge durch Benjamin Wolf, Vater des Jösel Wolf, anstelle eines Gebetsraums in seinem Haus. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 290.
19 HStAD, H 23, Nr. 2140, S. 51.
20 Die Beschreibung erfolgt anhand der historischen Fotografie vom Abbruch der Synagoge 1978 bei Altaras (Altaras, Synagogen, S. 290). Nur wenige Details (Holzqualität, Treppe) sind dem vom Kreisbauamt Dieburg angefertigten Gutachten von 1872 zur Reparatur der Synagoge zu entnehmen. Siehe HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 5.
21 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 5.
22 Vgl. dazu Altaras, Synagogen, S. 290.
23 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 5.
24 StAWt R-Rep. 41b, Nr. 84.
25 HStAD, C 4, Nr. 105/2–3, S. 47; HStAD Bestand E 9 Nr. 7171; HStAD Bestand E 9 Nr. 7192; HStAD, C 4, Nr. 214/6, S. 47.
26 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 172.
27 PA Rauch, Juden in Ober-Klingen, S. 14: Die Hausväter waren Marx Neu, Jösch Neu, Löser Neu, Wolf Loser Neu, Jakob Neu, Wolf Neu, Aron Wolf und Kinder, Josef Wolf, Witwe Lina Wolf, Isaak Wolf und Lazarus Wolf. HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 222 nennt die Hausväter Jakob, Jösel, Löw, Marx, Wolf und Wolf Neu, außerdem Jesel Wolfs Witwe, Isaak Wolf, Lazarus Wolf und Samuel Wolf (1837)
28 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 38.
29 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 38.
30 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 105.
31 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 103 und 105.
32 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 103 und 107.
33 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 107/108.
34 Wolf, Elkele, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15630, letzter Zugriff 15. Februar 2025.
35 Vgl. zum Folgenden Katz, Die rechtliche Stellung, S. 32–35.
36 HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 277, Blatt 37; Rauch, Ein Archiv erzählt, Bd. 1, S. 69, 70, 73, 76–77.
37 Rauch, Ein Archiv erzählt, Bd. 1, S. 73, 75, 79.
38 Rauch, Ein Archiv erzählt, Bd. 1, S. 83, 84.
39 Haus 12, Haus 12 ½ und Haus 10 (Betraum), später auch Haus 11 (Wolf Neu II), und Haus 48 (Löser Wolf).
40 HStAD, C 12, Nr. 139/2.
41 HStAD, C 12, Nr. 139/2.
42 Rauch, Ein Archiv erzählt, Bd. 1, S. 66 und HStAD, C 12, Nr. 139/1.
43 Neu, Jacob, in: LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/256221, letzter Zugriff 15. Februar 2025.
44 Neu, Josel, in: LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/256224, letzter Zugriff 15. Februar 2025.
45 Zu allen Vorgenannten vgl. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. XI/4, Bl. 53; HStAD, R 21 B, Nr. NACHWEIS; HStAD, R 21 B, NACHWEIS. Angeblich sind aufgrund von Brandschäden viele Akten nicht mehr vorhanden.
46 HStAD, G 28 Reinheim, Nr. F 553 und HStAD, G 15 Dieburg, Nr. XI/4.
47 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 21.
48 Vgl. die Juden-Matrikel Ober-Klingen HStAD, C 12, Nr. 139/1, zu Samuel Neu und Leser Neu.
49 Im Kataster als „Lazarus Wolff“ bezeichnet, HStAD, C 6, Nr. 2440, die Laubhütte war versichert ab 1898.
50 HStAD, G 28 Reinheim, Nr. F 3126/2.
51 Der Israelit 9, Heft 32, 5. August 1868, S. 615.
52 Der israelitische Lehrer 12 (1873), S. 50.
53 Mitteilungsblatt des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessens 4 (1929), Heft 5, S. 2.
54 Der Israelit 69, Heft 33, 16. August 1928, S. 9.
55 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 562.
56 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 570 und 576.

57 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 580.
58 Der Israelit 76, Heft 40, 3. Oktober 1935, S. 11.
59 Die Namen sind auf dem Archivmaterial nicht lesbar, vgl. GA Otzberg, Ortsteilarchiv Ober-Klingen: XIII-NS Nachkriegszeit, siehe außerdem HStAD, G 15 Dieburg T, Nr. 761, Flur I, Nr. 143.
60 HStAD, G 15 Dieburg Abt T, Nr. 761.
61 HStAD, G 15 Dieburg Abt T, Nr. 761.
62 GA Otzberg, Ortsteilarchiv Ober-Klingen, XV-NS/GA-04-18 (frdl. Mitteilung von Simone Mundry-Klein).
63 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 905, Bl. 282 v., 369. Vgl. Brigitte Diersch, Judenaktion vom 10.11.38 im Odenwald – aus dem Kreis Erbach ins KZ Buchenwald und zurück, in: „gelurt". Beiträge zur Odenwälder Kultur und Geschichte Bd. 2, 28. Januar 2025, S. 170–191, zitiert Ortsartikel Ober-Klingen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20475/Kreis%20Erbach%20Diersch%20Judenaktion.pdf, letzter Zugriff 11. Februar 2025.
64 Auf der Gedenktafel an der Synagoge am Haus Wilhelm-Leuschner-Straße 47 stand unzutreffend „9. auf den 10. November", vgl. PA Rauch, ohne Signatur.
65 Mitteilung von Herrn Rauscher über Gespräch mit Frau Rauch, Ober-Klingen, undatiert [Oktober 2024].
66 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 761.
67 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 761.
68 CAHJP, JRSO-Hes-320.
69 Vgl. Diersch, Judenaktion vom 10.11.38 im Odenwald.
70 PA Rauch, ohne Signatur.
71 Nach einer Aufzeichnung von August Weber Senior, PA Rauch. Zu den Deportationen der Jahre 1940 bis 1945 siehe vor allem Kingreen, Die Deportation.
72 Sämtliche Angaben zu Flucht und Deportationen nach Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 28. August 2024.
73 Ortseingabe Ober-Klingen, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 28. August 2024.
74 HHStAW, 518, Nr. 24365.
75 GA Otzberg, Ortsteilarchiv Ober-Klingen: XIII-NS Nachkriegszeit.
76 Erinnerungen Frau Rauch im Gespräch mit Herrn Rausch, undatiert, Anfang Oktober 2024.
77 CAHJP, JRSO-Hes-320.
78 Altaras, Synagogen, S. 290; HHStAW 518, Nr. 1402, 1409.
79 CAHJP, JRSO-Hes-320.

Ober-Ramstadt

Mit Nieder-Ramstadt (Gemeinde Mühltal)

Die Erinnerung an jüdisches Leben in Ober-Ramstadt ist heute im Stadtbild unübersehbar und bunt. Seit Jahren setzt sich ein Schülerprojekt der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule mit der Geschichte und den Schicksalen der Ober-Ramstädter Jüdinnen und Juden vor und im Nationalsozialismus auseinander und steht mit Nachfahren von jüdischen Ober-Ramstädtern in Kontakt.[1] 2022 und 2023 erhielt das Schülerprojekt die Erlaubnis, großflächig gestaltete Graffiti im Stadtraum anzubringen. Diese sind Julius Bendorf und Trude Isenberg gewidmet, die als junge Erwachsene aus jüdischen Familien die NS-Gewaltherrschaft miterlebt und überlebt hatten.

Die frühen jüdischen Bewohner zwischen Nieder-Ramstadt und Ober-Ramstadt

Die Anfänge der jüdischen Gemeinde in Ober-Ramstadt müssen in enger Verbindung gesehen werden mit der jüdischen Geschichte Nieder-Ramstadts, welches nur wenige Kilometer entfernt das Mühltal hinunter liegt. In Nieder-Ramstadt wurde ein erster Schutzjude namens Seligmann dadurch aktenkundig, dass er den Keller (einen Amtmann) beschuldigte, zu hohes Schutzgeld zu verlangen. Zur Strafe wurde Seligmann in den Turm gesperrt.[2] 1564 wurde Seligmann zu einem Bußgeld von 100 Gulden verurteilt, weil er einen Mann um „Ehre, Geld und Gut gebracht und der Obrigkeit falsch berichtet“ habe.[3] Nachdem Seligmann auch noch 1570 in Nieder-Ramstadt belegt ist, wird 1571 „Judt Herdtstadt zu Niderramstadt“ erwähnt.[4] Dieser war entweder zu Seligmann hinzugekommen oder könnte diesen, etwa im Todesfall, auf seiner Schutzstelle abgelöst haben. Bis zum Dreißigjährigen Krieg, als ein einzelner jüdischer Steuerzahler genannt wird, fehlen aber weitere Belege für die Präsenz von Juden in Nieder-Ramstadt.[5]

Als die Landgrafen nach dem Dreißigjährigen Krieg versuchten, die Gegend wieder zu bevölkern, lebten in Ober-Ramstadt zwei Juden zumindest kurzzeitig.[6] David war in den 1660er und 1670er Jahren in Frankfurt und Darmstadt aktiv. Das Bede-Buch von Ober-Ramstadt nennt für das Jahr 1684 außerdem eine Zahlung von „Löw, de[m] Judt“.[7] Offenbar zog Löw aber wenig später nach Nieder-Ramstadt weiter, wo er ab 1690 als Besitzer mehrerer Häuser genannt wird, die später an seine Familienmitglieder weitergegeben wurden.[8] In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts konnten

Abb. 1: Street-Art Kunstwerk in Erinnerung an Ehrenbürger Julius Bendorf. Foto: Stolpersteine Ober-Ramstadt.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-022

sich außerdem Löws Sohn Abraham und ein Jude namens Joseph in Nieder-Ramstadt niederlassen.[9]

Auffällig ist der Vermerk, dass die Juden in Nieder-Ramstadt spätestens 1719 eine „Schul“ (einen Betraum) eingerichtet hatten, vermutlich in einem Privathaus. Der Umstand, weswegen die „Schul“ aktenkundig wurde, war die als Ärgernis empfundene Lage des Raumes „an der Straße“.[10] Wenngleich nicht gesichert, so liegt nahe, dass sich der Betraum im Haus des alten Löw an der Hauptstraße (heutige Dornwegshöhstraße 20) befunden hat, welches später sein Sohn Abraham (Affrom) übernahm.[11]

Abb. 2: Nieder-Ramstadt, Haus Dornwegshöhstraße 20 zwischen 1950 und 1955. Archiv Arbeitskreis Heimatgeschichte Mühltal.

Vielleicht besuchten auch die wenigen jüdischen Bewohner umliegender Orte den Betraum, denn die Nieder-Ramstädter Juden konnten noch über die Mitte des 18. Jahrhunderts hinaus wohl nie einen eigenen *Minjan* füllen. In der Mitte des 18. Jahrhunderts aber dürfte ein eigenes Gebet in Nieder-Ramstadt nicht mehr zustande gekommen sein, denn die wenigen jüdischen Familien – hier und im nahegelegenen Ober-Ramstadt zählte man im Jahr 1752 jeweils drei Schutzjuden mit ihren Familien – zogen nach Pfungstadt zum Gebet.[12] Der o. g. Abraham war der wohlhabendste der Nieder-Ramstädter Juden, er brachte es auf ein Vermögen von 1.300 Gulden (1755).[13] Er ist als Darlehensgeber überliefert und war im 18. Jahrhundert Mitglied der hessischen Beerdigungsbruderschaft für den Friedhof in Alsbach, auf dem die Nieder-Ramstädter Juden ihre Toten bestatteten.[14]

Abraham dürfte eine führende Position im Gottesdienst und in der jüdischen Gemeinschaft des Ortes zugekommen sein. Außerdem agierte er als Schächter, wie eine Inventarliste seines Haushalts nach seinem Tod verrät.[15] Zu Abrahams Hausstand gehörten über die übliche Ausstattung hinaus eine Bettlade mit Vorhang, ein Dutzend Hemden, sieben Stühle und ein Sessel, ein Schrank mit Schubladen, aber auch ein Becher mit vergoldeten Füßen, vergoldete Becher, ein goldener Ring, außerdem eine Kaffeemühle und eine Tabakbüchse, die auf alltägliche Genussmittel und einen gewissen, wenn auch einen geringen, Wohlstand hindeuten.[16] Als Abraham starb, erinnerte seine Familie ihn auf seinem Grabstein als einen „redliche[n] und rechtschaffene[n] Mann, der stets den Weg der Guten ging. Seine Werke waren nur dem Namen Gottes geweiht, auch setzte er Zeiten fest für das Studium der Lehre.“[17]

Abb. 3: Alsbach, jüdischer Friedhof, Grabstein von Abraham (gestorben 1770). Foto: Stefan Vogt.

Abrahams Nachlass bildete die Grundlage für den Hausstand seiner Tochter Michele, die bald Zacharias, den Sohn von Bonem aus Ober-Ramstadt, heiratete und damit

Zacharias offenbar ermöglichte, die Schutzstelle ihres verstorbenen Vaters einzunehmen.[18] Zacharias bewohnte ein Haus direkt an der Modau, in der heutigen Bachgasse 2, und verdiente seinen Lebensunterhalt unter anderem im Tabakhandel.[19]

Abb. 4: Nieder-Ramstadt, Blick auf ehemaliges jüdisches Wohnhaus von Zacharias Meyer (Bildmitte) in der Dornweghöhstraße 4 (heute Bachgasse 2) 1950er Jahre. Archiv Arbeitskreis Heimatgeschichte Mühltal.

Zacharias Brüder David und Meyer lebten in Ober-Ramstadt.[20] Meyer besaß ein Gesamtvermögen im Wert von 2.100 Gulden, was ihn zu einem der wohlhabendsten Juden der Umgebung machte und zugleich befähigte, um 1755 als *Gove Medina* (Steuereinnehmer der Landjudenschaft) tätig zu sein.[21] Als solcher erfasste er den Vermögensstand der Juden. Meyers Listen zufolge lebten in Nieder-Ramstadt kurz nach 1750 drei bis fünf jüdische Hausväter mit einem Vermögen von nicht mehr als 150 bis 300 Gulden.[22] Manch einer, wie etwa David Messel aus Ober-Ramstadt, der später über viele Jahre hinweg Vorsteher der Gemeinde war, hoffte auf Gewinne durch Geschäfte wie Heeresbelieferungen in den Befreiungskriegen, war dabei aber nur mäßig erfolgreich.[23] Auch im nahegelegenen Dorf Modau listete Meyer zwei jüdische Steuerzahler, deren Vermögensverhältnisse nicht besser waren.[24] 1807 zählte man in Nieder-Ramstadt fünf jüdische Steuerzahler.[25] Wohlhabend waren auch diese Familien nicht.

Wenngleich die Juden aus Nieder-Ramstadt und Ober-Ramstadt möglicherweise eine regelmäßige Gottesdienstgemeinschaft bildeten, fällt auf, dass sie unterschiedliche Friedhöfe benutzten. Die Juden aus Nieder-Ramstadt bestatteten auf dem Friedhof bei Alsbach,[26] die Familien aus Ober-Ramstadt dagegen in Darmstadt-Bessungen und gelegentlich auch in Dieburg.[27] Der Grund dafür ist wohl in der Zugehörigkeit der Ortschaften zu zwei verschiedenen Ämtern zu sehen. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestanden einige der Ober-Ramstädter Hausväter gegenüber der Regierung ausdrücklich darauf, dass sie sich schon vor vielen Jahren auf dem Darmstädter Friedhof „eingekauft“ hatten.[28]

Die Entstehung der Ober-Ramstädter Gemeinde

Vielleicht fanden die Gottesdienste bis 1822, als der letzte Lehrer, Vorsänger und Schächter der Nieder-Ramstädter Jüdinnen und Juden verstarb, in dem bereits genannten Betraum in Nieder-Ramstadt statt, wo zu dieser Zeit laut Statistik noch neun jüdische Bewohner lebten (1829).[29] Als die Behörden 1831 eine Wahl von Vorstehern in Nieder-Ramstadt anstoßen wollten, war dies bereits obsolet, denn der Schwerpunkt des jüdischen Gemeindelebens in der Gegend hatte sich nach Ober-Ramstadt verschoben.[30] Spätestens 1827 engagierten die Juden dort einen Lehrer, der sicherlich ebenfalls als Vorsänger agierte.[31] Der wohl einzige jüdische Junge aus Nieder-Ramstadt wurde von seinen Eltern nun zum Unterricht nach Ober-Ramstadt geschickt, sehr zum Missfallen der örtlichen Behörden, die den Jungen wohl lieber beim Besuch der christlichen Volksschule gesehen hätten. In Ober-Ramstadt lebten 1829 29 jüdische Einwohner.[32] Damit bildete die jüdische Gemeinde die größte der religiösen Minderheiten in dem überwiegend evangelischen Städtchen mit etwa 2.000 Einwohner. Aufgrund der Verpflichtung, Familiennamen anzunehmen, nannten die Ober-Ramstädter Familien sich bald Bendorf, Wartensleben und May.[33] Den Familien Bendorf und Wartensleben sollte bis zur NS-Zeit die Mehrheit der jüdischen Gemeindeglieder angehören.

Dass ein Betraum in Ober-Ramstadt bestand, dürfte spätestens 1832 als gesichert gelten, denn in diesem Jahr erwarb die Gemeinde ein „Zehntgebot“, wie die städtische Überlieferung die Torarolle nannte. Der örtliche Pfarrer hatte der jüdischen Gemeinde für diese Anschaffung 22 Gulden geliehen. Von nun an mussten die Gemeindemitglieder jeden Freitag eine bestimmte Summe an den langjährigen Kassenverwalter Sussmann May zahlen, um so die Schulden abzustottern. Außerdem vermerken die Gemeinderechnungen Ausgaben für „Land [...] zur Synagoge gemietet“.[34] Unbekannt bleibt aber die Lage dieses Betraums bzw. dieser Synagoge. Vermutlich nutzte die jüdische Gemeinde einen Gebetsraum in einem Privathaus. Infrage kommen die Anwesen von David Wartensleben (heute Hammergasse 31), Liebmann May (heute Schafgrabengasse 22) und ab 1834 Jösel Moses Bendorf (heute Kirchstraße 3), der seine Hofreite 1884 wieder verkaufte.[35]

Unter den Haushaltsvorständen der Gemeinde nahm David Messel in der ersten Hälfte des Jahrhunderts als

Vorsteher eine führende Rolle ein.[36] Zugleich entwickelte sich der Brauch, dass das dienstälteste Vorstandsmitglied bei der nächsten Wahl ausscheiden sollte.[37] Die Kompetenzen des Vorstandes und das Innenleben der Gemeinde waren durch die – von der Obrigkeit eingeführte – Synagogenordnung für den Kreis Dieburg geregelt. Jedoch musste der Kreisrat die Gemeindevorsteher 1838 offenbar aus gegebenem Anlass daran erinnern, dass dem jüdischen Gemeindevorstand das Verhängen von Strafen gegen ungehorsame Gemeindemitglieder nicht zustand.[38] Offenbar war hier eine Rücksprache mit den Behörden erwünscht.

Die Einnahmen der Gemeinde setzten sich aus dem Schulgeld, das für die Kinder gezahlt wurde, aus freiwilligen Beiträgen, verpflichtenden Zahlungen der Gemeindemitglieder und aus den Versteigerungen von Ehrenämtern im Gottesdienst zusammen. Die Gemeinde führte außerdem eine gemeinsame Kasse für die Unterstützung fremder und armer Juden (*Zedaka*).[39] Weiterhin kam der privaten Wohltätigkeit ein hoher Stellenwert zu, etwa 1827, als es galt, den mittellosen Marx Mayer aus Nieder-Ramstadt zu unterstützen.[40] Die Berufe, die die Ober-Ramstädter Juden von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Zeit des Nationalsozialismus ausübten, waren typisch für jüdische Familienväter im kleinstädtischen und ländlichen Bereich. Zwar dominierte dabei der Viehhandel, doch dürfte diese Tätigkeit selten eine Familie ernährt haben. Man schuf sich daher weitere Standbeine wie den Fruchthandel oder die

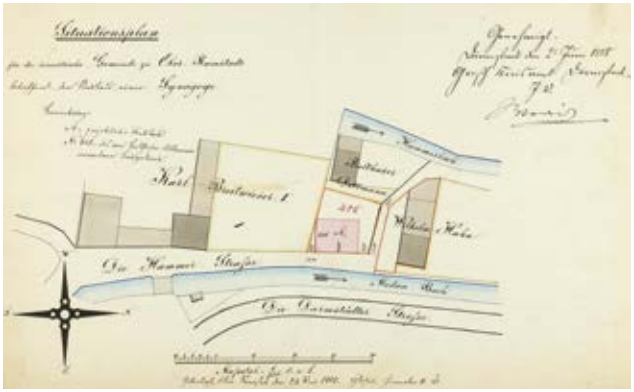


Abb. 5: Ober-Ramstadt, Situationsplan mit Einzeichnung des Synagogenneubaus (rot), 23. Mai 1885. Stadtarchiv Ober-Ramstadt.

Metzgertätigkeit. Moses Bendorf beispielsweise war als „Viehhändler im Kleinen“[41] tätig, Wolf Bendorf war Pferdehändler und Metzger, der nicht ständig schlachtete, Leopold Bendorf war ebenfalls Viehhändler, sein Sohn Pferdehändler „im Kleinen“.[42] Isaak Wartensleben handelte außerdem mit Schuhen.[43]

Die Synagoge mit Religionsschule und Mikwe von 1885/86

Die Größe der jüdischen Gemeinde von Ober-Ramstadt erreichte im Jahr 1885 mit 78 Personen ihren Höchststand. Damit war die Kapazität des bisherigen mutmaßlichen Gebetsraums sicher erschöpft. Als Vorstand und Stellvertreter der Israelitischen Religionsgemeinde erwarb Juda Bendorf ein bis dahin unbebautes Grundstück am linken Ufer der Modau (heute Hammergasse 7).[44] Der Verkäufer, Balthasar Dittmann, hatte dazu seine zwischen dem Hammerbach und der Modau liegende Hofreite halbiert.[45] Mit dem Bauplan des Ober-Ramstädter Maurermeisters Friedrich Schuchmann nahm der Synagogenneubau im Mai 1885 konkrete Formen an. Am 15. Juni 1885, einige Tage vor Erteilung der Baugenehmigung, bewilligte der Vorstand der evangelischen Kirchengemeinde gegen den Widerstand einiger ihrer Mitglieder einen Zuschuss zum Synagogenbau in Höhe von 150 Mark.[46] Zwei Monate später reichte die jüdische Gemeinde ein zweites Baugesuch für die Aufführung eines Nebengebäudes ein.[47] Möglicherweise waren zu diesem Zeitpunkt die Bauarbeiten für die Synagoge bereits im Gange oder sogar schon beendet. Die Einträge in den Katastern belegen die Vollendung beider Gebäude bis zum Jahr 1886.[48] Die Finanzierung der mit 9.000 Mark gegen Feuer versicherten Neubauten erfolgte teilweise über private Spender.[49]

Das trapezförmige, 234 qm große Grundstück der jüdischen Gemeinde lag in einem Gebiet nordwestlich des alten Rathauses und der Kirche nicht weit vom Hammerschloss und vom erst 1927 erbauten neuen Rathaus.[50] Als Eckgrundstück grenzte es schräg an die Hammer-Straße (heute Hammergasse), die als Sackgasse die Grundstücke zwischen Hammer- und Modau-Bach erschloss. Am anderen Ufer der Modau verlief die Darmstädter Straße, eine nach Darmstadt und in den Odenwald führende Hauptstraße. Die in auffälliger Schrägstellung den größten Teil des Grundstücks einnehmende Synagoge lag traufseitig genau in der Flucht der Hammer-Straße, während sich das sehr schmale Nebengebäude in einen rechten Winkel an der Grundstücksrückseite einfügte.

Die Nord-Süd-Ausrichtung der Synagoge war den beengten Grundstücksverhältnissen geschuldet. Der Firstrichtung entsprach auch die Orientierung des Betsaals nach Norden. Dass hier die pragmatische Lösung Vorrang vor den halachischen Vorgaben besaß, ist ungewöhnlich und nur im Zusammenhang mit der liberalen Einstellung der Gemeinde nachvollziehbar. Bei der 8,36 m breiten und elf Meter langen Synagoge handelte es sich um einen Saalbau mit Satteldach. Im Süden des Saals war der Erschließungstrakt angeordnet: Von einem mittig angelegten Flur zweigte

Abb. 6: Ober-Ramstadt, Blick von der Hammergasse zum 1927 erbauten neuen Rathaus, Synagoge im Vordergrund rechts (Pfeil), 1927/1933. Foto aus dem Besitz von Julius Bendorf. Central Archives for the History of the Jewish People.

hier links und rechts je ein kleiner Raum ab. Rechts führte eine viertelgewendelte Treppe zur über dem Eingangstrakt gelegenen Frauensynagoge, die sich zum Betsaal öffnete. Die drei hintereinander aufgestellten Subsellien boten Platz für etwa 30 Frauen. Der Gebetsraum der Männer war 7,16 m breit und 6,65 m lang. Wie bei liberalen Gemeinden üblich, stand der aus Holz gefertigte Schrein zusammen mit der *Bima* auf einer sich über die gesamte Raumbreite erstreckenden Estrade – dem über zwei Stufen zugänglichen Podest. Die zum *Aron ha-Kodesch* ausgerichteten Subsellien im Männerbetsaal erstreckten sich rechts und links eines mittig verlaufenden Ganges in zwei Blöcken zu je fünf Reihen mit insgesamt etwa 48 Sitzplätzen. Die schmäleren vorderen Bankreihen waren vermutlich für die Kinder und Jugendlichen bestimmt. Den 5,40 m hohen Raum schloss oben eine Flachdecke mit großem Kristallleuchter ab. Die Dachkonstruktion bestand aus einem Pfettendach mit Hängesäule. Die natürliche Belichtung des Raumes erfolgte hauptsächlich von den Seitenwänden über „bunt bemalte Glasfenster“.[51]

Nach außen zeigte sich die Synagoge als verputzter Bruchsteinbau mit hohem Sockel. Das mit roten Biberschwanzziegeln gedeckte Dach war mit Schiefer eingefasst. Die nach Osten zum Hammerweg gerichtete Hauptansichtsseite besaß eine rahmende Blendgliederung mit schmalen Lisenen an den Gebäudekanten, die in den parallel zur Traufe verlaufenden Rundbogenfries übergingen. In regelmäßiger Gliederung waren an den beiden Längswänden je drei 2,50 m hohe Rundbogenfenster angeordnet. An dem südlichen Fenster befand sich in Höhe des Emporenfußbodens eine steinerne Quersprosse mit einer hebräischen Inschrift, die auf Deutsch lautete: „Haus des Gebets Israel“. Während die nördliche Giebelwand fensterlos blieb, war die südliche als Eingangsfassade gestaltet. Zu dem rundbogigen Hauptportal in der Mitte führten einige Stufen hinauf. Es wurde zu beiden Seiten von je einem niedrigen Rundbogenfenster flankiert. Ein Okulus über dem Portal belichtete zusätzlich den Gebetsbereich der Frauen, ein kleines rundbogiges Giebelfenster öffnete sich zum Dachraum. Die Gewände des Portals und aller Fenster sowie die Sohlbänke waren in Sandstein gefasst. Auf der schmalen Tafel über dem Portal war vermutlich wie bei der Synagoge von Groß-Umstadt eine hebräische Inschrift eingraviert, deren Wortlaut jedoch nicht bekannt ist.

Das jüdische Gotteshaus von Ober-Ramstadt gehörte zu einem im ländlichen Raum des heutigen Landkreises Dieburg weit verbreiteten Synagogenbautypus, der in dieser Region hier zum letzten Mal greifbar wird.[52] Die im Rundbogenstil errichteten Kleinstsynagogen präsentierten sich mit ihren dem Kirchenbau entliehenen Fassaden- und Fensterformen selbstbewusst als freistehende Sakralbauten, deren hebräische Inschriften sie zudem eindeutig als jüdisch kennzeichneten. Die liberal ausgerichtete Religionsausübung der jüdischen Gemeinde Ober-Ramstadt zeigte sich in der Abkehr von der vorgeschriebenen Gebetsrichtung, aber noch mehr im Innenraum mit der ebenfalls am christlichen Gottesdienst orientierten Konzentration von Schrein und Ort der Toralesung auf einer leicht erhöht liegenden Estrade. Als unmittelbares Vorbild ist die bis ins Detail nahezu identische Formen und Disposition aufweisende Synagoge von Groß-Umstadt von 1874 zu nennen.

Zusammen mit dem Neubau des zweigeschossigen Nebengebäudes in Massivbauweise entstand hinter der Synagoge bis 1886 ein von einem Zaun umschlossener „Synagogenhof“, der alle nötigen Gemeindeeinrichtungen auf einem Areal vereinte. So war im Erdgeschoss des schmalen, nur 4,25 m breiten und zehn Meter langen, von einem Pultdach bedeckten Bauwerks die Mikwe untergebracht.

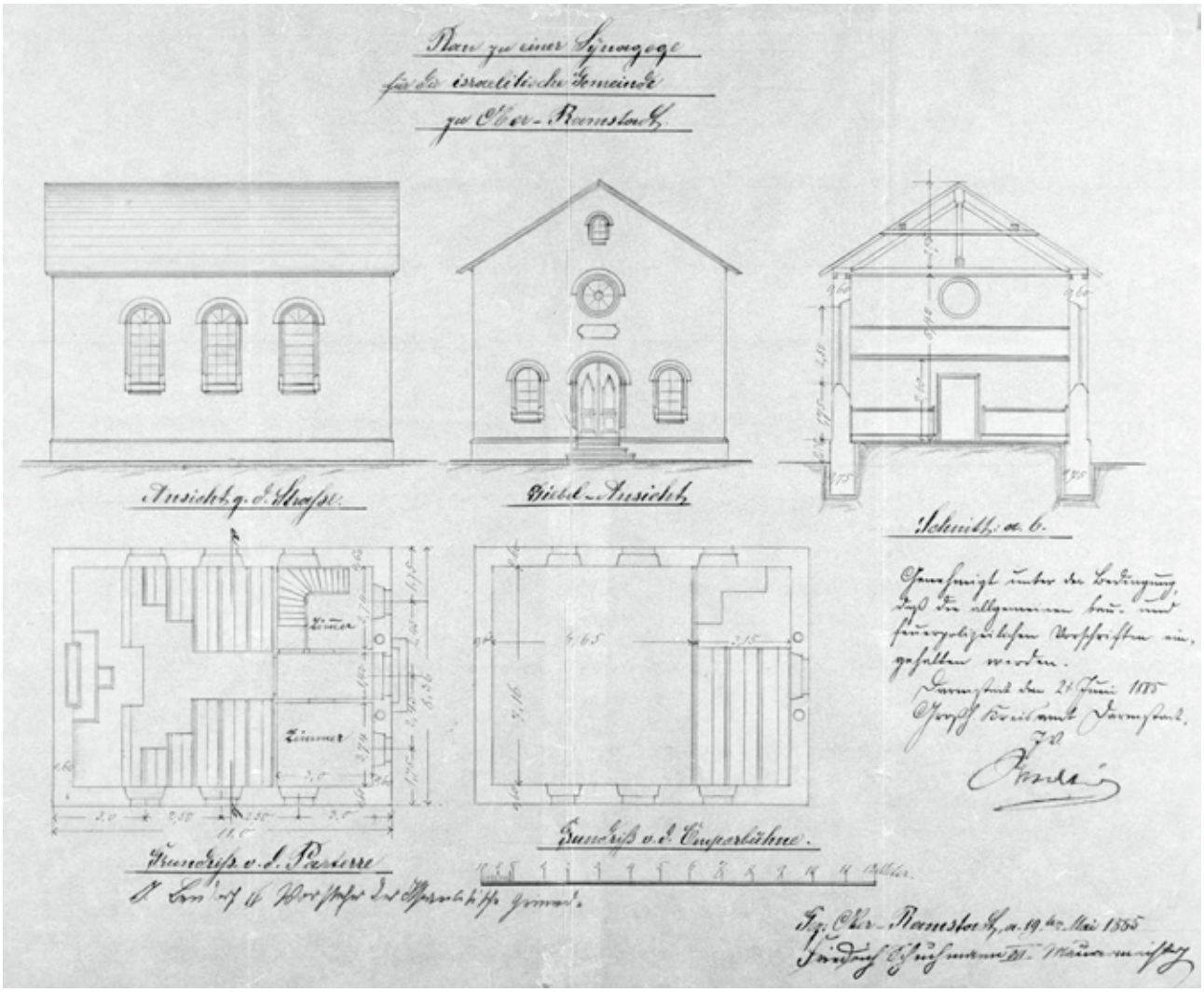


Abb. 7: Ober-Ramstadt, Bauplan zum Synagogenneubau, Ansichten, Querschnitt und Grundrisse, Maurermeister Friedrich Schuchmann, 19. Mai 1885. Stadtarchiv Ober-Ramstadt.

Sie besaß einen separaten Eingang von außen. Das in der Mitte des unterkellerten Hauses befindliche Treppenhaus erschloss den ebenfalls im Erdgeschoss gelegenen Schulraum und die Lehrerwohnung im Obergeschoss. Nachträglich wurde außen noch ein Abort angefügt.[53]

Alltägliche Nachbarschaft und Antisemitismus

Das Miteinander jüdischer und nichtjüdischer Bürger in Ober-Ramstadt schien im 19. Jahrhundert ein weitgehend friedliches gewesen zu sein. Über die rein geschäftlichen und direkten nachbarschaftlichen Kontakte hinaus taten die Männer im Ort, ungeachtet ihrer Religion, Dienst bei der örtlichen Feuerwehr, beispielsweise als Mitglieder der Spritzenmannschaft oder als Neujahrswachmänner.[54] Eine weitere Kontaktebene schufen, insbesondere ab dem Ende des Jahrhunderts, die zahlreichen Vereine im Ort. Vor allem in den Turnvereinen waren jüdische Mitglieder aktiv.

Als 1891 in einem Lokal in Ober-Ramstadt ein antisemitisches Flugblatt aufgehängt wurde, kam dies zur Anzeige. Das Oberlandesgericht im Großherzogtum beschloss aufgrund dieses Vorfalls, dass jeder Wirt künftig selbst dafür verantwortlich sei, solche Flugblätter zu entfernen. Der Mann, der das Flugblatt aufgehängt hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 40 Mark verurteilt.[55] Im selben Jahr scheiterte eine Veranstaltung des Antisemiten Otto Böckel, da der Turnverein sich weigerte, die Turnhalle für diese Veranstaltung zur Verfügung zu stellen.[56] Andererseits sicherte ein Wirt im nahe gelegenen Trautheim (das zu Nieder-Ramstadt gehörte) in seiner Werbung zu: „Die Deutschen sind daselbst

Abb. 8: Ober-Ramstadt, Blick von der Darmstädter Straße nach Südwesten auf die brennende Synagoge, 10. November 1938. Die Fotos der brennenden Synagoge sind die einzigen, die das ganze Gebäude in erbautem Zustand zeigen. Foto: Georg Schmidt. Museum Ober-Ramstadt.

unter sich; denn Juden finden daselbst keine Aufnahme“. Daraufhin warnte die zionistische Zeitschrift *Die Welt* ihre Leserschaft davor, das Lokal aufzusuchen.[57]

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zählte die Gemeinde in Ober-Ramstadt nach eigenen Angaben 17 jüdische Familien, was sie durchaus zu einer der größeren Gemeinden ihrer ländlichen Umgebung machte.[58] In Nieder-Ramstadt dagegen gab es 1910 angeblich einen, 1925 dann zwei jüdische Bewohner.[59] Die Frauen der Ober-Ramstädter Gemeinde schlossen sich 1905 zu einem wohltätigen Frauenverein zusammen, der über viele Jahre von Lina Bendorf geleitet wurde.[60] 1909 bat die Gemeinde schließlich darum, ins liberale Rabbinat Darmstadt I wechseln zu dürfen, was auch gestattet wurde.[61]

Der Lehrer J. Lublinski, der ab 1913 in Ober-Ramstadt angestellt war, informierte den liberalen Rabbiner Bruno Italiener in Darmstadt vom schlechten Zustand der Gemeindebauten. Die Mikwe etwa, so berichtete der Lehrer, „ist leider seit Jahren nicht mehr benötigt worden und infolge dessen ganz verfallen. Die Herstellungskosten dürften einige 100 Mark erfordern.“ Doch auch in der Synagoge und im „Schullokal“ waren wohl Renovierungen fällig, und der Lehrer wies darauf hin, dass die Gemeinde nicht allein für die Kosten aufkommen könne.[62] Etwaigen Renovierungsplänen dürften der Erste Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen einen Riegel vorgeschoben haben. Der Kriegsdienst der Männer bedeutete für jüdische wie nichtjüdische Familien in der Stadt eine große Belastung. Der örtliche Pfarrer Junker rief dazu auf, dass ein Hilfsausschuss sich dieser Situation annehmen solle.

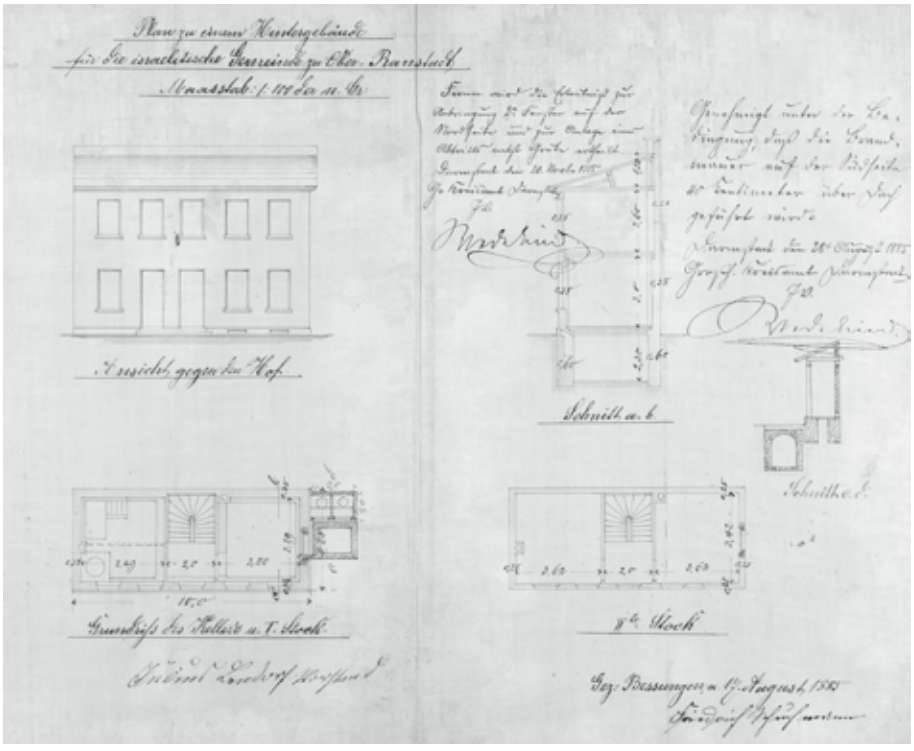


Abb. 9: Ober-Ramstadt, Bauplan für den Bau des jüdischen Gemeindehauses, Ansicht, Querschnitt und Grundrisse, Maurermeister Friedrich Schuchmann, 17. August 1885. Stadtarchiv Ober-Ramstadt.

Wolf Bendorf trat diesem bei und organisierte eine Kinderbetreuung für Frauen, die zur Unterstützung ihrer Familien arbeiten mussten.[63] 1918 wurden noch 13 der jüdischen Männer als Kriegsdienstpflichtige eingestuft.[64] Die Zusammenstellung jüdischer Gefallener des Ersten Weltkrieges nennt aber keine gefallenen jüdischen Soldaten aus Ober-Ramstadt.[65]

Anfang der 1930er Jahre erlitt die Gemeinde einen herben Verlust durch den Tod von Gustav Muhr, der über Jahrzehnte Gemeindevorsteher und ehrenamtlicher Vorsänger im Gottesdienst gewesen war.[66] „Was unsere kleine Gemeinde an diesem Manne verliert, mögen wir heute noch nicht zu übersehen.“, so setzte sein Nachruf ein.[67] Zu Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zählte die Gemeinde 65 Seelen. Vorsteher waren zu diesem Zeitpunkt Abraham Wartensleben, Josef Bendorf (I) und Ferdinand May. Lina Bendorf leitete weiterhin die Arbeit des Frauenvereins, und acht Kinder erhielten in der Gemeinde Religionsunterricht.[68]

Die zunehmende Judenfeindschaft im Ort hatte man in Ober-Ramstadt derweil deutlich im Blick. Bereits im September 1929 hatte die Ortsgruppe des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu einem Vortrag über „die heutige politische Lage und die Juden in Deutschland“ geladen.[69] Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 stimmten 1.710 der 3.439 Wahlberechtigten, also fast die Hälfte, für die NSDAP.[70] Doch vermutlich hoffte man auch hier, dass es so schlimm nicht werden würde. Das bisherige gute Miteinander im Ort betonte noch 1930 der Nachruf auf die kürzlich verstorbene Fani Wartensleben. Zu ihrer Beisetzung waren, so der Nachruf, „massenhaft Nichtjuden aus allen Ständen der Bevölkerung von hier und Umgegend erschienen“. Erwähnt wird auch ihre Wohltätigkeit gegenüber Bedürftigen „egal welchen Glaubens“, die nicht „ungesättigt von ihrer Schwelle [gingen]“.[71]

Der Beginn der NS-Herrschaft in Ober-Ramstadt

Schon früh ließen einige der lokalen Kaufleute ihre Begeisterung für die politischen Veränderungen dadurch sichtbar werden, dass sie ins Pflaster vor ihren Geschäften Hakenkreuze legen ließen oder Schilder mit der Aufschrift „Juden raus“ in ihre Schaufenster hängten, wie etwa Maria Anna Trautmann, Mitglied der Frauenschaft der NSDAP.[72] Der örtliche Wirt Karl Suppes, der im „Hessenhammer“ gegen die Juden der Stadt gehetzt hatte, stellte sein Lokal als erstes Parteilokal am Ort zur Verfügung. Auch das Lokal Zur Starkenburg von Karl Armbruster wurde wohl ein beliebter Treffpunkt der örtlichen NSDAP-Mitglieder.[73] Das bisherige bunte Miteinander in den zahlreichen Vereinen der Stadt fand nun bald ein Ende. Die Sportvereine wurden in die Sportbewegung der NSDAP eingegliedert, in der jüdische Mitglieder keinen Platz mehr hatten.[74]

Abb. 10: Julius Bendorf (Nr. 299) und Freunde auf dem Sportplatz in Ober-Ramstadt 1932. Foto: Julius Bendorf Erben.

Bald kam es zu Denunzierungen gegenüber denjenigen, die den Juden absichtlich oder unabsichtlich halfen. Im Juli 1938 verkaufte die Frau von Michael Breitwieser, angeblich ohne dies zu wissen, eine Ziege zur Schlachtung an einen namentlich nicht genannten Juden.[75] Dieser Verkauf wurde sogleich gemeldet, und Obersturmführer Göbel beantragte die Aberkennung des Dienstgrades und den dauernden Ausschluss des Ehemanns aus der SA.[76] Inmitten dieser angespannten Situation feierten Josef Bendorf (II) und seine Frau Dina im September 1938 ihre Silberne Hochzeit, vermutlich der letzte feierliche Anlass, den es nun für die Ober-Ramstädter Juden gab.[77] Wer konnte, versuchte auszuwandern. Weil sie dort einen Bürgen hatten, konnten Mitglieder der Familie May 1936 und 1938 in die USA fliehen.[78] Anderen gelang es mit etwas Glück, nach Argentinien auszuwandern.[79]

Der November 1938 in Ober-Ramstadt und das Ende der Gemeinde

Am 10. November um fünf Uhr morgens ging bei der SA in Ober-Ramstadt der Befehl des Leiters der Standarte 115 zur Zerstörung der Synagoge ein.[80] Mit Hacken und Beilen bewaffnet zog der SA-Trupp unter Führung des ortsansässigen August Göbel in Zivil vor die Synagoge, drückte die Türe ein, zerschlug Holzbänke und zerstörte die Inneneinrichtung.[81] Die Männer bedrohten den im benachbarten Gemeindehaus wohnenden Synagogendiener Georg Die-

Abb. 11: Ober-Ramstadt, Blick von der Darmstädter Straße (Rathaus) nach Nordosten auf die brennende Synagoge, dahinter das zweigeschossige jüdische Gemeindehaus, 10. November 1938. Foto: Georg Schmidt. Museum Ober-Ramstadt.

Abb. 12: Ober-Ramstadt, Blick nach Nordwesten auf die brennende Synagoge, im Vordergrund der Modau-Bach mit Schulkindern am Ufer, 10. November 1938. Foto: Georg Schmidt. Museum Ober-Ramstadt.

trich, der später mit dem Vorsteher Abraham Wartensleben die Zerstörungen in der Synagoge begutachtete.[82] Josef und Gertruf Bendorf sahen in den frühen Morgenstunden, wie „im Vorderhofe die 5 Sefertora, ungefaehr 5 Vorhaenge vom Sefertoraschrank, ungefaehr 15 Sefermaentel, Pultdecken, 100 Wimpeln u.s.w." brannten.[83] Als die SA unter Anführung von August Göbel um die Mittagszeit erneut zur Synagoge kam, stand diese bereits in Flammen. Das schauerliche Spektakel begafften zahlreiche Schaulustige, darunter auch Kinder. Die Feuerwehr bemühte sich, ein Übergreifen auf die Nachbarhäuser zu verhindern, löschte aber nicht die bis auf die Grundmauern herunterbrennende Synagoge.

Auf die Zerstörung der Synagoge folgten Übergriffe auf die Geschäfte der ansässigen Juden. Julius Bendorf, dessen väterliches Geschäft zertrümmert wurde, erinnerte sich später: „Ich und meine Angehörigen [mussten anschließend] flüchten, um den wilden Horden zu entgehen. Wir waren gezwungen einige Nächte außerhalb des Hauses zu verbringen. Eine Schilderung wie ich das Innere unseres Hauses antraf, glaube ich mir ersparen zu können."[84] In besonderem Maße eskalierte die Gewalt am Haus von Abraham Wartensleben. Mit den Worten „geh weg Du jüdisches Schwein" wurde Wartensleben, der überlebte und später über seine Erfahrungen berichten konnte, von Karl Armbruster aus seinem Haus gejagt.[85] In der folgenden Nacht wurde, nachdem die „Aktion" bereits offiziell für beendet erklärt war, unter Anleitung von Wilhelm Göbel Feuer im Haus von Wartensleben gelegt. Das Haus wurde völlig zerstört. Da er in diesem Fall seine Kompetenz überschritten und gegen die Anweisungen gehandelt hatte, mussten sich August und Wilhelm Göbel bereits 1939 für diese Tat verantworten. Die gesamten Ausschreitungen gegen den Besitz der jüdischen Familien waren von einer großen Menschenmenge begleitet.

Abb. 13: Das zerstörte Haus von Abraham Wartensleben. Archiv des Vereins für Heimatgeschichte.

Nach dem Pogrom im November 1938 versuchten weitere Ober-Ramstädter Juden ins Ausland zu entkommen, etwa nach New York oder Chicago.[86] Die Enteignung jüdischen Besitzes betraf auch die von Peter Frankenberg geführten „Röhr-Werke“, die in Ober-Ramstadt Automobile produziert hatten.[87] Am 24. März 1942 fand von Darmstadt aus die Deportation von acht verbliebenen jüdischen Einwohnern von Ober-Ramstadt statt.[88] Bereits am Folgetag kam es zu einem Ansturm auf die örtliche Verwaltung durch Ortsbewohner, die auf eine der frei gewordenen „Judenwohnungen“ hofften, da angeblich eine große Wohnungsnot im Ort bestand.[89] Im September 1942 erfolgte der nächste Transport von verbliebenen Juden ins Ghetto Theresienstadt und am 25. November berichtete der Bürgermeister dem Landrat, dass der Ort nun „judenfrei“ sei.[90]

Bereits im April 1941 forderte der Bürgermeister von der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland die Beseitigung des Synagogensockels, des letzten sichtbaren Rests des jüdischen Gotteshauses. Auch das angeblich abbruchreife Wohnhaus dahinter müsse entfernt werden. Er taxierte den Wert des Besitzes auf 1.500 RM, den er, reduziert um die Abbruchkosten der Brandruine, für den Spottpreis von 493,19 RM von der Reichsvereinigung erwerben wollte. Auf dem Gelände plante die politische Gemeinde Ober-Ramstadt, nach dem Ende des Krieges einen Parkplatz anzulegen.[91] Der Vertrag vom Dezember 1942 besiegelte schließlich den Kauf für 1.500 RM.[92] Der Totalschaden an dem Synagogengebäude betrug nach Berechnung der JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) rund 25.500 DM.[93] Im Vergleichsverfahren zahlte die politische Gemeinde der JRSO nach dem Krieg für das eingeebnete Grundstück und das Wohnhaus den Betrag von 3.480 DM.[94] Von den in Ober-Ramstadt geborenen Juden waren 28 in der NS-Zeit ermordet worden oder in Lagern umgekommen.

Die Prozesse um die Pogrome in Ober-Ramstadt

Bereits im Herbst 1945 wurden 13 an den Ausschreitungen im November 1938 beteiligte Ober-Ramstädter festgenommen und als Beschuldigte der Staatsanwaltschaft zugeführt.[95] Ab 1946 liefen die Prozesse vor dem Darmstädter Landgericht, die auch die Pogrome in Ober-Ramstadt verhandelten. Wie bei den meisten Gerichtsverfahren zu den Pogromen nach 1945 war es auch im Fall Ober-Ramstadt schwierig, die Verantwortlichen festzustellen. Widersprüchliche Aussagen der Befragten, gegenseitiges Decken und der Versuch, im Krieg Verstorbenen die Verantwortung zuzuschieben, erschwerten die gerichtliche Klärung, wer für das Feuer in der Synagoge und im Haus von Abraham Wartensleben zu verantworten sei.[96]

In den Verhandlungen vom 9. und 13. August 1946 verurteilte das Landgericht Darmstadt sieben Männer wegen schweren Landfriedensbruchs, einfachen Landfriedensbruchs und versuchter Brandstiftung zu Gefängnisstrafen, die von einem Jahr und drei Monaten bis zu zwei Jahren und sechs Monaten reichten. Als maßgeblich beteiligt an der Brandstiftung bei Abraham Wartensleben sah man August Gross, Heinrich Moter, Ludwig Oberthür und Friedrich Seibert an, das Feuer soll Sturmführer Karl Armbruster gelegt haben. Als Hauptbeteiligte an der Demolierung des Inventars und der Brandstiftung am Haus galten Wilhelm Göbel, Friedrich Görisch und Philipp Rodenhäuser. Weitere drei Männer wurden wegen versuchter Brandstiftung und schweren Landfriedensbruchs verurteilt, für vier lautete das Urteil „einfacher Landfriedensbruch“.[97]

Tatsächlich saß keiner der Verurteilten am Ende die volle Strafe ab. Die Ehefrauen schilderten ihre Männer in zahlreichen Gnadengesuchen durchgehend als untadelige Leute.[98] Einsicht oder Reue für die begangenen Taten ist zumindest den Akten nicht zu entnehmen. Allein im Gnadengesuch von Friedrich Görisch ist vermerkt, er habe sein „unsinniges Verhalten“ eingesehen und bereue seine Tat.[99] Der Staatsanwaltschaft war es auch nicht gelungen, einen verantwortlichen Brandstifter für das Feuer in der Synagoge zu finden. Zwar wurde Georg Schwinn, ehemals Scharführer der SA, von mehreren Zeugen wegen Brandstiftung an der Synagoge belastet. Nach einem Sühnebescheid 1948 wurde das Verfahren gegen ihn aber eingestellt.[100] Der Fall wurde nie erneut aufgegriffen.

Erinnern und Gedenken in Ober-Ramstadt

Die Gedenktafel, die 1983 am ehemaligen Standort der Synagoge, heute der Außenbereich eines Eiscafés, im Beisein des Überlebenden Julius Bendorf angebracht wurde, zieht nur auf den zweiten Blick Aufmerksamkeit auf sich.[101] Das Bronzerelief mit dem von Flammen umloderten, zerbrochenen siebenarmigen Leuchter gedenkt der durch Brand zerstörten Synagoge mit dem Bibelvers: „Du sollst nicht rachgierig sein, noch Zorn halten gegen die Kinder Deines Volkes. Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst.“

Parallel zur Initiative der Gedenktafel beauftragte die Stadtverordnetenversammlung Helmut Beier mit einer umfassenden, auf den Akten des Stadtarchivs basierenden Dokumentation zur Geschichte der Juden in

Ober-Ramstadt.[102] Mit den eingangs erwähnten Projekten an der Lichtenberg-Schule erhielt die Gedenkkultur im Ort neuen Aufschwung, insbesondere durch die Kontakte, die zu Julius Bendorf (gest. 2016) und seiner Familie geknüpft werden konnten. Die 2010 und 2012 verlegten Stolpersteine wurden über eine eigene Homepage mit Bildmaterial und Informationen zu den jeweils genannten Personen unterlegt, und die jährlichen Gedenkveranstaltungen werden ebenfalls von Schülern gestaltet.[103] So lassen sich in Ober-Ramstadt von den 1980er Jahren bis heute verschiedene Modelle und Ansätze der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gedenkkultur beobachten, die generationenübergreifend und mitten in der Öffentlichkeit zur Diskussion einladen.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Ulrich Carthaus (Stadtarchiv Ober-Ramstadt), Harald Höflein (Christoph-Lichtenberg-Schule), Martel Döring (Museum Ober-Ramstadt), Matthias Rhode (Museumsverein Ober-Ramstadt), Roland Lauer (TV Ober-Ramstadt), Renate Valter (Arbeitskreis Heimatgeschichte Mühltal).

Ober-Ramstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/156

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Ober-Ramstadt

1684	1 Person (vermutlich plus Haushalt)
1752	3 Personen (plus Haushalte)
1780er Jahre	5 Personen (plus Haushalte)
1829	29 Personen
1861	50 Personen
1864	54 Personen
1867	63 Personen
1875	61 Personen
1880	74 Personen
1885	78 Personen
1933	65 Personen
Ende 1942	0 Personen

Zahlen nach: StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 465 (1684); HStAD, C 1 B, Nr. 77, S. 28 und 133 (1752); HStAD, G 17, Nr. 5 (1780er Jahre); Wagner, Statistisch-topographische-historische Beschreibung, S. 170 und 174 (1829); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 1 (1862) – 26 (1886) (für 1861, 1864, 1867, 1875, 1880, 1885); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung (1933); Beier, Ober-Ramstadt, S. 223–225 (1942).

Nieder-Ramstadt

1564	1 Person (vermutlich plus Haushalt)
1690	1 Person (vermutlich plus Haushalt)
1752	3 Personen (plus Haushalte)
1807	5 Personen (plus Haushalte)
1829	9 Personen
1910	1 Person
1925	2 Personen
1935	5 Personen (einschl. Patienten der Pflegeanstalt Nieder-Ranstadt)

Zahlen nach: HStAD, C 1 B, Nr. 77, S. 28 und 133 (1752); HStAD, G 17, Nr. 14c (1807); HStAD, O 61 Müller, Nr. 3 (1564); Wagner, Statistisch-topographische-historische Beschreibung, S. 170 (1829); Dehnert, Chronik, S. 424 (1690, 1910, 1925).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Beier, Helmut, Ober-Ramstadt und seine Juden. Dokumente und Berichte, Ober-Ramstadt 1988.

Dehnert, Karl, Chronik Nieder-Ramstadt mit Trautheim. Mühltal 1988.

Wagner, Georg, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung des Großherzogtums Hessen, Darmstadt 1829.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Da1: Nr. 454
- D-Da3: Nr. 7; 8; 21; 24; 38; 53
- JRSO-Hes: Nr. 033

Gemeindearchiv Mühltal, Ortsteilarchiv Nieder-Ramstadt (GA Mühltal OA Nieder-Ramstadt)
- X-2: Nr. 9-43
- XIII-1: Nr. 1-1
- XIII-4: Nr. 1-11; 1-12

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 365: Nr. 661

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- O 61 Mueller Adolf: Nr. 2; 3; 5
- C 1 B: Nr. 77
- G 12 B: Nr. 23/6
- G 17: Nr. 5, 14c
- G 23 H: Nr. 1070
- G 28 Darmstadt: Nr. R 1327; R 476/1-4

– H 13 Darmstadt: Nr. 923; 963
– H 18 Darmstadt: Nr. 42
– H 23: Nr. 556; 562; 559
– N 1: Nr. 191
– R 12 F: Nr. 199
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt (ISG)
– H.15.33: Nr. 10074
Leo Baeck Institute Archives (LBI)
– AR 5508
Stadtarchiv Darmstadt (StadtA Darmstadt)
– 15: Nr. A 8-77
Stadtarchiv Ober-Ramstadt (StadtA Ober-Ramstadt)
– A: Nr. 6; 105: 186; 201; 201c; 201d; 465; 507; 509a
– B: Nr. 843
– 507: Bd. 3
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Da2: Nr. 27; 36

Anmerkungen

1 stolpersteine-ober-ramstadt.com/, letzter Zugriff 21. November 2024.
2 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 2.
3 Zitiert nach Kopfregest, Landgräflichen Kellerei Darmstadt über die Einnahme der Buße, unter anderem des Juden Seligmann, in: LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/resolve/de/qjg/13466, letzter Zugriff 26. Juli 2024.
4 Dehnert, Chronik Nieder-Ramstadt, S. 422; HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 3.
5 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5.
6 Ober-Ramstadt erhielt Stadtrechte 1310, vgl. Ober-Ramstadt, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13520, letzter Zugriff 3. März 2025.
7 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 465, Eintragung für das Jahr 1684.
8 Dehnert, Chronik Nieder-Ramstadt, S. 423–424.
9 Dehnert, Chronik Nieder-Ramstadt, S. 423–424, ihnen gehörten die Hofreiten Nr. 14 und 42.
10 Dehnert, Chronik Nieder-Ramstadt, S. 423–424.
11 Dehnert vermutet das Haus Dornweghöh 20 als „Stammhaus" der Familie Löb, der noch weitere Häuser gehörten. Vgl. Dehnert, Chronik Nieder-Ramstadt, S. 424.
12 HStAD, C 1 B, Nr. 77, S. 28 und 133; CJA, 1 A Da 2, Nr. 27, fol. 22r–23v.
13 CJA, 1 A Da2, Nr. 36.
14 Heinemann/Wisner, Der jüdische Friedhof in Alsbach, S. 101, in der Funktion als Darlehensgeber. Siehe GA Mühltal OA Nieder-Ramstadt, X 2, Nr. 9-43.
15 Vgl. Nachlas von Abraham Nieder-Ramstadt in CAHJP D-Da3-53. Haupterbe war Abrahams Sohn Levi oder Löw. Dieser erbte vom Vater u. a. sämtliches Schächtwerkzeug, das im Nachlassinventar aufgelistet wird.
16 CAHJP, D-Da3-53.
17 CAHJP, D-Da3-53.
18 CAHJP, D-Da3-38, D-Da3-53 und weitere.
19 ISG, H.15.33, Nr. 10074.
20 CAHJP, D-Da3-38.
21 CJA, 1 A Da2, Nr. 36.
22 CJA, 1 A Da2, Nr. 36. Zu den Familien siehe auch die ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geführten Geburtsregister, HHStAW, 365, Nr. 661.
23 HStAD, G 17, Nr. 5: Davids Vermögen betrug 1807 lediglich 600 Gulden. Er erhielt 1813 einmal eine Zahlung von 215 Gulden, einmal von 160 Gulden. Zum Vergleich: Moses Löb aus Pfungstadt erhielt zehnmal so viel, vgl. StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 8-77.
24 CJA, 1 A Da2, Nr. 36.
25 HStAD, G 17, Nr. 14c.
26 Vgl. z. B. Liebman, Sorle, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11250, letzter Zugriff 5. März 2025; Esther, Ehefrau des Wolf, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11454, letzter Zugriff 5. März 2025; Lazarus, Wolf, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11458, letzter Zugriff 5. März 2025; Jehuda Lima, Sohn des Meier, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11635, letzter Zugriff 5. März 2025.
27 Szklanowski/Frantz, Haus des ewigen Lebens, S. 15; Frantz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 73.
28 CAHJP, D-Da1-454, S. 20–24, Hayum Mayer beispielsweise hatte dafür eine Gebühr von 9 fl. bezahlt; auch Süssman May berief sich darauf, bereits 1795 für ein Begräbnis in Darmstadt gezahlt zu haben, ebenso David Wartensleben und sein Sohn Wolf.
29 GA Mühltal OA Nieder-Ramstadt, XIII-4, Nr. 1-12, Lehrer Seligmann Moses aus Weinheim; Wagner, Statistisch-topographische-historische Beschreibung, S. 170.
30 Zumindest gab es nichts über eine vorschriftsmäßige Vorstandswahl zu berichten, vgl. GA Mühltal OA Nieder-Ramstadt, XIII-1, Nr. 1-1.
31 GA Mühltal OA Nieder-Ramstadt, XIII-4, Nr. 1-11.
32 Wagner, Statistisch-topographische-historische Beschreibung, S. 170 und 174.
33 Beier, Ober-Ramstadt, S. 46–102.
34 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201c.
35 Siehe auch HStAD, H 23, Nr. 556 (Güterverzeichnis ab 1858), S. 98, 117.
36 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201c.
37 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201c.
38 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201c.
39 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201c.
40 Er erhielt finanzielle Hilfe von David Mayer Wartensleben, David Messel, Heyum Mayer, Liebmann und Josel Moses Bendorf, vgl. StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201c.
41 Beier, Ober-Ramstadt, S. 104.
42 Die Auswertung der Berufe basierend auf den von 1865 bis 1882 geführten Matrikeln, vgl. StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 6, und Beier, Ober-Ramstadt, S. 104–106.
43 Beier, Ober-Ramstadt, S. 104–106.
44 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 507 (Brandkataster), Bd. 3, S. 295; HStAD, H 23, Nr. 559, S. 5.
45 Siehe Lageplan vom 23. Mai 1885 in: StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201. Das Grundstück erhielt die Flur-Nr. 405 1/10, vgl. HStAD, H 23, Nr. 559, S. 5.
46 Ober-Ramstadt, in: Der Israelit 26, H. 50, 25. Juni 1885, S. 830.
47 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201.
48 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 507 (Brandkataster), Bd. 3, S. 295; HStAD, H 23 (Güterverzeichnis), Nr. 559, S. 5.
49 StadtA Ober-Ramstadt, A, 507 (Brandkataster), Bd. 3, S. 295.
50 Die Beschreibung folgt dem Bau- und Lageplan vom Juni 1885 (StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201) sowie den Fotografien der brennenden Synagoge vom 10. November 1938 (Museum Ober-Ramstadt).
51 CAHJP, JRSO-Hes-033, Bl. 129.
52 Dazu gehörten die Synagogen von Raibach (1862), Babenhausen (1873), Groß-Umstadt (1874) und Roßdorf (1871/79). Siehe die entsprechenden Artikel in diesem Band.

53 Siehe dazu den Lageplan und den Bauplan vom August 1885 in: StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 201.
54 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 186, Liste der Mitglieder der Pflichtfeuerwehr 1900–1903.
55 Der Israelit 32 (1891), Heft 55, 13. Juli 1891, S. 1017.
56 Der Israelit 32 (1891), Heft 64, 13. August 1891.
57 Die Welt 1 (1897), Nr. 3, 18. Juni 1897, S. 9.
58 Beier, Ober-Ramstadt, S. 103–112.
59 Dehnert, Chronik Nieder-Ramstadt, S. 424.
60 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 384.
61 CAHJP, D-Da3-8.
62 CAHJP, D-Da3-7. Zu Lublinski: CAHJP, D-Da3-21.
63 Beier, Ober-Ramstadt, S. 107.
64 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 105.
65 Die Zusammenstellung bei Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen. Auch das Stadtarchiv Ober-Ramstadt nennt keine jüdischen Gefallenen, vgl. StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 105.
66 Mitteilungsblatt des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessens 5 (1930), Heft 4, S. 8.
67 CAHJP, D-Da3-24.
68 Israelitisches Familienblatt 32, H. 12, 20. März 1930.
69 Central-Verein-Zeitung 1, H. 9, 30. Juni 1922, S. 117.
70 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 470 und 479.
71 Mitteilungsblatt des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessens 6 (1931), H. 11, S. 9.
72 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 509a.
73 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 509a.
74 In den Jubiläumsschriften der Vereine werden, soweit bisher bekannt, durchweg keine jüdischen Mitglieder aus der Vorkriegszeit genannt oder die Entwicklungen der 1930er Jahre in Bezug auf die jüdischen Mitglieder erwähnt. Der TV Ober-Ramstadt plant für sein nächstes Jubiläum, anders als bisher erschienene Jubiläumshefte, eine kritische Auseinandersetzung mit der Vereinsgeschichte auch in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.
75 HStAD, N 1, Nr. 191.
76 HStAD, N 1, Nr. 191.
77 Central-Verein-Zeitung 17, 1938, H. 40, 6. Oktober 1938, S. 20.
78 Beier, Ober-Ramstadt, S. 111.
79 Beier, Ober-Ramstadt, S. 226–230. Vergleiche dazu Auswanderungen aus Groß-Bieberau. Die Auswanderung nach Argentinien wurde hier vor allem von Mitgliedern der Reformgemeinden genutzt.
80 Die folgende Zusammenfassung der Ereignisse basiert auf den Staatsanwaltschaftsakten HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923 u. 963. Vgl. Stolpersteine Ober-Ramstadt, stolpersteine-ober-ramstadt.com/reichskristallnacht, letzter Zugriff 26. Februar 2025.
81 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923, Bl. 14, Urteil des Gaugerichts, 9. Februar 1939 gegen August und Wilhelm Göbel.
82 CAHJP, JRSO-Hes-033, Bl. 129, Angaben Josef Bendorf, Juni 1959.
83 CAHJP, JRSO-Hes-033, Bl. 110, Angaben Josef Bendorf, Juli 1958 u. Bl. 99, Schreiben Trude Isenberg.
84 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923.
85 Nach Zeugenaussage gegen Armbruster, HStAD, H 13, Nr. 963. Siehe auch StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 509a; Beier, Ober-Ramstadt, S. 136.
86 HStAD, G 12 B, Nr. 23/6; HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1327; Beier, Ober-Ramstadt, S. 223–225.
87 HStAD, G 23 H, Nr. 1070; HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 476/1-4 und www.faz.net/aktuell/technik-motor/motor/roehr-die-unbekannte-automarke-aus-hessen-18284721.html, letzter Zugriff 21. November 2024.
88 Zu den Deportationen ab 1940 siehe im Detail Kingreen, Deportationen der Juden aus Hessen.
89 StadtA Ober-Ramstadt, B, Nr. 843. Im März 1942 wurde Joseph, Moritz und Moses Bendorf, Heinrich, Jettchen, Karoline, Theo und Karoline Wartensleben sowie Settchen Höchster nach Piaski deportiert – Siehe Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/, letzter Zugriff 1. April 2025.
90 StadtA Ober-Ramstadt, B, Nr. 843.
91 StadtA Ober-Ramstadt, A, 201d; LBI, AR 5508. Vgl. Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 103–104; Beier, Ober-Ramstadt, S. 157.
92 StadtA Ober-Ramstadt, A, Nr. 233c.
93 CAHJP, JRSO-Hes-033, Bl. 90.
94 CAHJP, JRSO-Hes-033, Bl. 58–60.
95 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 963.
96 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923.
97 Armbruster wurde zu 18 Monaten verurteilt, Görisch zu zwei Jahren und drei Monaten, Wedel zu zwei Jahren, Riß zu einem Jahr, vier Monaten und 2 Wochen, Moter zu einem Jahr und drei Monaten, Rodenhäuser zu 1 Jahr und 3 Monaten, vgl. HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923.
98 HStAD, H 18 Darmstadt, Nr. 42.
99 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923.
100 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 923.
101 HStAD, R 12 F, Nr. 199.
102 Beier, Ober-Ramstadt, S. 6.
103 https://stolpersteine-ober-ramstadt.com, letzter Zugriff 18. Dezember 2024.

Pfungstadt

Mit Eschollbrücken und Hahn

Anfang des 19. Jahrhunderts ließ Baruch Wolf seine Initialen „B.W.“ nebst dem Relief eines schlafenden Wolfes und dem Jahr „1816“ in den Schlussstein des Türsturzes seines historischen Fachwerkhauses von 1680 in der Borngasse 9 in Pfungstadt meißeln.[1] Im Hinterhof des Grundstücks stand etwa 120 Jahre lang die erste bekannte Synagoge der jüdischen Gemeinde Pfungstadt, die sich ab dem 18. Jahrhundert zu einer der größten im südlichen Hessen entwickelte.

Abb. 1: Pfungstadt, Balkeninschrift von dem ehemaligen Rothschild'schen Haus Borngasse 12. Stadtmuseum Pfungstadt, Foto: Stadtarchiv Pfungstadt.

Die Niederlassung der ersten jüdischen Familien in Pfungstadt, Hahn und Eschollbrücken

Pfungstadt, dessen Mühlen die Dörfer der Umgebung mit Mehl versorgten und so dem Ort wirtschaftlichen Aufschwung brachten, fiel nach dem Aussterben des Grafenhauses von Katzenelnbogen an die hessischen Landgrafen.[2] Im 16. Jahrhundert profitierte der Ort von der Nähe zur „aufstrebenden Residenzstadt“ Darmstadt.[3] Doch auch die Stadt Groß-Gerau lag nicht weit entfernt. Dass die Bewohner beider Städte die Dienste von Kreditgebern und Pfandleihern nutzten, könnte ein Grund gewesen sein, weshalb sich um 1560 ein erster jüdischer Bewohner in Pfungstadt niederließ. 1562 zahlten bereits zwei Juden, Jakob und Seligmann, Schutzgelder an die Kellerei in Darmstadt. Einer von ihnen besaß eine Immobilie in Pfungstadt, der Erwerb von Grund war ihnen also möglich.[4] 1571 wurde nur noch eine Schutzgeldzahlung in Pfungstadt erfasst – von Isaak, Jakobs Sohn.[5] Eine weitere Schutzgeldzahlung erfolgte 1579 im benachbarten Hahn von einem namentlich nicht bekannten Juden.[6] In den ersten Jahren des Dreißigjährigen Krieges lebte dort Joseph, der im Häutehandel tätig war.[7] In Eschollbrücken sind ein jüdischer Einwohner 1619 und 1621 sowie zwei 1623 belegt.[8] 1634 ließ sich Abraham in Eschollbrücken nieder.[9] Ob diese Männer und ihre Familien die Zerstörung Eschollbrückens 1635 überlebten, ist nicht bekannt.

Bereits 1622 waren pfälzische Truppen unter Graf Ernst von Mansfeld in Pfungstadt eingefallen, obgleich der Landgraf sich im Krieg neutral verhielt. Inmitten der Kriegszeiten ließ sich 1634 Simon von Zwingenberg hier nieder.[10] 1639 zog ein weiterer Löw nach Pfungstadt. Als in diesem Jahr kaiserliche Truppen im Ort großen Schaden anrichteten und viele Menschen ermordeten, wurden seine Getreidevorräte geplündert.[11] Anders als in der Gegend um Reinheim, wo die Bevölkerung durch Kriegsereignisse und Seuchen weitgehend ausgelöscht wurde und auch die jüdische Bevölkerung großen Schaden nahm, überstanden Löw, Joseph und Simon in Pfungstadt den Krieg. Sie sind noch bis mindestens in die 1670er Jahre im Ort belegt, als zwei weitere Juden, Isaak und Abraham, in Pfungstadt aktenkundig wurden.[12] Viktor Isaak, wohl Isaaks Sohn, besuchte 1689 mit drei anderen jüdischen Männern aus Pfungstadt die Messe in Leipzig, war also auch im Fernhandel aktiv.[13] Aufgrund der Schwierigkeiten für Juden, sich überhaupt in den Städten der Landgrafschaft niederzulassen, war es für wohlhabende jüdische Händler wie Löw Rossdorf und Simon attraktiv, sich im direkten Umland der Residenz anzusiedeln.

1680 wurde den Pfungstädter Juden gestattet, den neu eingerichteten Friedhof in Darmstadt-Bessungen zu nutzen, doch setzten sie, wie auch die Juden aus Eschollbrücken und Hahn, ihre Toten in erster Linie auf dem jüdischen Verbandsfriedhof in Alsbach bei.

Wolf Pfungstadt, die Landjudenschaft und ein Betraum in Pfungstadt

Ein Schwiegersohn Isaaks, Wolf, kam spätestens 1685 nach Pfungstadt und bezahlte hier Schutzgeld.[14] Er sollte der Stammvater der Pfungstädter jüdischen Gemeinde werden.[15] Wolf handelte unter anderem mit Wein und Pferden.[16] Sein Handelsradius schloss Bickenbach, Zwingenberg, Seeheim, Wolfskehlen, Crumstadt, Ober-Ramstadt, Eberstadt, Beer-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-023

bach im Odenwald und weitere Orte ein.[17] Außerdem dürfte er häufig die Frankfurter Messen besucht haben. Wolfs zahlreiche Söhne wurden in die Handelsgeschäfte des Vaters eingebunden, insbesondere seine Söhne Lasse und Feiss.[18] Die Söhne heirateten einerseits strategisch, andererseits dürfte die Auswahl an Familien derselben sozialen Schicht um 1700 nicht groß gewesen sein, sodass nur ein kleiner Kreis geeigneter Ehepartner in der näheren Umgebung zur Verfügung stand. Einen seiner Söhne verheiratete Wolf nach Ober-Roden, ein weiterer Sohn – oder gar Wolf selbst – wurde mit der Tochter des Darmstädter Hoffaktors Baruch Löw verheiratet.[19] Der Bräutigam fuhr angeblich mit so großem Pomp nach Darmstadt ein, dass umgehend eine Geldstrafe verhängt wurde.[20] Sein Wohlstand erlaubte es Wolf Pfungstadt, das Vorsteheramt in der Landjudenschaft zu übernehmen. Bis zu seinem Tod 1732 begleitete er in dieser Funktion die Entwicklung einer kleinen Landjudenschaft hin zu einer administrativ konsolidierten Dachorganisation der landgräflichen Schutzjuden mit weitgehend regelmäßig stattfindenden Judenlandtagen.[21]

Als Vorsteher suchte Wolf engen Kontakt zu den Gönnern und Fürsprechern der Landjudenschaft, vor allem zur Familie Kann aus Frankfurt. Der landgräfliche Hoffaktor Jakob Löw Kann setzte sich beim Landgrafen dafür ein, dass den Juden der Landgrafschaft die Einrichtung von Synagogen gestattet würde.[22] Spätestens im August 1695 reiste dann Wolf Pfungstadt selbst zum Hof nach Gießen, wo er nach eigenen Angaben sechs Wochen lang blieb.[23] Tatsächlich erlaubte der Landgraf schließlich die Einrichtung von Beträumen, allerdings abseits der Straßen und „ohne Forme einer Synagoge“.[24]

Wolf Pfungstadt richtete daraufhin kurz vor 1700 in Pfungstadt den ersten Betraum ein.[25] Diese erste Schul der Pfungstädter Juden befand sich im Hinterhof der „behausung und Hofraith“, die ein christlicher Käufer, Michael Edelmann, 1687 im Auftrag von Wolf für die Summe von 700 fl. von Georg Heyl erworben hatte.[26] Die Notiz zum Kauf enthält zwar keine Ortsangabe, doch ist damit zweifelsfrei das heutige Anwesen in der Borngasse 9 zu identifizieren.[27] Es gehörte ab 1733 Wolf Pfungstadts Sohn Liebmann, der von 1741 bis 1769 das Amt eines *Tove Medina* (Beisitzer) in der Landjudenschaft ausübte.[28] Spätestens ab 1816 befand es sich im Besitz des eingangs erwähnten Baruch Wolf.[29]

Die von Wolf Pfungstadt für hundert Reichstaler im Hinterhof seiner Hofreite in einem Nebengebäude eingerichtete private Synagoge erfüllte die meisten Bedingungen des landgräflichen Verwilligungsbriefes.[30] Zwar listete das Pfungstädter Rentamt um 1700 nur vier jüdische Hausväter auf.[31] Jedoch war mit den zu diesen Familien gehörenden religionsmündigen Söhnen, den männlichen jüdischen Bediensteten sowie den von außerhalb kommenden Juden

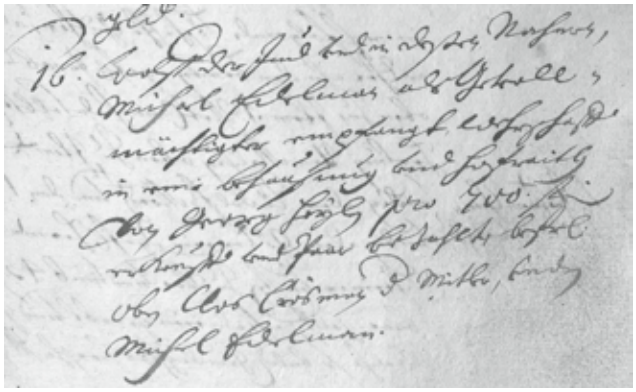


Abb. 2: Hauskauf für Wolf Pfungstadt, Eintrag vom 18. Januar 1687 im Pfungstädter Gerichtsbuch. Stadtarchiv Pfungstadt.

ein regelmäßiger *Minjan* möglich. Der Betraum lag zudem in angemessener Entfernung zur evangelischen Pfarrkirche, abseits an einer Nebenstraße am nordwestlichen Rande der Altstadt. In seiner äußeren Form war er wohl nicht als Synagoge erkennbar. Vermutlich handelte es sich um das im Grundriss rechteckige Nebengebäude, das auf der Parzellenkarte von 1836/38 hinter dem Wolf’schen Wohnhaus entlang der Grundstücksgrenze zu erkennen ist. Die in Zoll angegebenen Maße entsprechen etwa einer Länge von 11,50 m und einer Breite von 7,30 m.[32] Dieses jüdische Gebetshaus wird letztmals im Brandkataster von 1812 als „Judenschul/Scheune“ erwähnt.[33] Das bis heute erhaltene und als Kulturdenkmal geschützte Wohnhaus (Borngasse 9) blieb bis 1918 im Besitz der Nachkommen des Wolf Pfungstadt.[34]

Abb. 3: Pfungstadt, Parzellenkarte, Brouillon, Ausschnitt mit dem Wolf’schen Anwesen, heute Borngasse 9, 1936/38, mit mutmaßlicher Synagoge (Pfeil). Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 215.

Abb. 4: Pfungstadt, ehemaliges Wohnhaus des Wolf Pfungstadt, Borngasse 9, denkmalgeschützt, inschriftlich auf 1680 datiert. Aufnahme 2025. Foto: Stefan Vogt.

Wolf Pfungstadt selbst war im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts weiterhin ungebrochen in der Landjudenschaft und bis ins hohe Alter auch im Handel tätig. Schließlich verpflichtete Landrabbiner Mordechai Halberstadt dessen Söhne und Schwiegersöhne, für den betagten Mann Sorge zu tragen.[35] Wolf starb 1732 und wurde in Alsbach bestattet. Die Eulogien auf seinem Grabstein loben seine Wohltätigkeit und seine Tätigkeit als *Schtadlan* in aneinandergereihten Standardformeln. Der Sprachgebrauch lässt darauf schließen, dass nicht etwa seine Kinder, sondern eher ein Vertreter der Landjudenschaft die Inschrift ausgewählt hatte, um Wolfs Engagement in der Landjudenschaft zu würdigen.[36]

Die jüdischen Familien in Pfungstadt im 18. frühen 19. Jahrhundert

In Pfungstadt standen die meisten jüdischen Familien im 18. Jahrhundert nachweislich in familiärer Verbindung zu Wolf Pfungstadt. Einige seiner Kinder konnten sich im Ort niederlassen, so auch seine Tochter Scheinle.[37] Ihr Ehemann Herz Bär trat mit Wolfs Sohn Lazarus als Geschäftspartner auf.[38] 1756 listete der Steuereinnehmer der Landjudenschaft im Ort die jüdischen Hausväter Liebmann und seinen Sohn, Feiss ben Wolf, Abraham, dessen Sohn Ahron Abraham, Feiss, Lieb und Isaak ben Lasse, vermutlich Enkel von Wolf, die Witwen von Feiss und Isaak Seeheim, ebenso dessen Waisen.[39] Während des Siebenjährigen Krieges war Liebmann als Armeelieferant tätig, Ahron lieh dem Pfungstädter Bürgermeister Geld und handelte mit Pferden.[40] Feist Lazarus und Feist Wolf, vermutlich ein Onkel Wolf Pfungstadts, belieferten den Pfungstädter Rat um 1750 ebenfalls mit Pferden.[41] Die jüdischen Familien arbeiteten im Handel zusammen.[42] Sie verkauften zumeist auch untereinander Häuser und Hofreiten weiter, die sich um die Borngasse und Mittelgasse herum zentrierten.[43] Viele dieser Häuser blieben bis in die Zeit des Nationalsozialismus hinein im Besitz jüdischer Familien.[44]

Abb. 5: Pfungstadt, Borngasse nach Süden, Fachwerkhaus links im Volksmund „Judenhäuschen“ genannt, nicht erhalten (Standort Borngasse 17), gegenüber das ehem. Amtshaus der Schenken von Erbach, um 1930. Stadtarchiv Pfungstadt.

Eine kleine Synagogengemeinde im Sinne einer regelmäßigen Gottesdienstgemeinschaft entwickelte sich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Dies zeigt eine Beschwerde Liebmann Wolfs gegen den vom Pfungstädter Schneider Christoph Spindler angestrebten Abtrieb (Kaufrecht für christliche Bürger) seines Hauses in der Borngasse, in der er betonte, dass sich die Synagoge bereits seit einem halben Jahrhundert „bey Seinem Hauß“ befinde und durch den Abtrieb der „Gottes-Dienst gestöhret, ja solcher dardurch gar aufgehoben“ würde. Auch die „in Eberstatt, Hahn, Eschollbrücken und NiederRamstatt wohnenden“ Schutzjuden wären davon betroffen, da sie ebenfalls den Gottesdienst in Pfungstadt besuchten.[45] Administrative Strukturen sind in der kleinen Landgemeinde zunächst nur in Bezug auf die Bestattung der Toten greifbar: Viele jüdische Hausväter waren im 18. Jahrhundert in die „hessische“ *Chevra kadischa* eingebunden, die die Bestattungen auf dem Friedhof in Alsbach begleitete.[46] Weitere Aufgaben einer Gemeinde, wie etwa eine organisierte Wohltätigkeit, dürfte vermutlich – noch – die Landjudenschaft als Dachorganisation übernommen haben. Es spricht für die zunehmende Größe der Pfungstädter Gemeinde, dass wohl bereits 1800 ein Verein zur Ausstattung von Bräuten und ein Krankenverein gegründet wurden.[47]

Steuerlisten zu den Beiträgen zur Landjudenschaft geben gegen Ende des 18. Jahrhunderts Einblick in das sozioökonomische Gefüge der Pfungstädter Juden. In den 1780er Jahren verfügte Wolf Liebmann, ein Enkel von Wolf Pfungstadt, mit 4.000 fl. über das größte Vermögen. Nach seinem Tod nahm Baruch Wolf, dessen Vermögen 2.000 fl.

betrug, seine Schutzstelle ein.[48] Der Textilhändler gehörte zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Pfungstädter Juden und erlangte 1826 als erster Jude das Ortsbürgerrecht. Bei seinem Tod 1841 hinterließ er seinen fünf Kindern insgesamt 9.000 fl. an Vermögen und Immobilienbesitz.[49]

Ende der 1820er Jahre lebten in Pfungstadt unter den knapp 2.800 fast ausschließlich evangelischen Einwohnern 122 Jüdinnen und Juden.[50] Unter den verbesserten rechtlichen Bedingungen erlangten neben Baruch Wolf weitere Pfungstädter Juden das Ortsbürgerrecht, so 1826 Moses Löb, 1829 Benjamin Wolf, 1833 Hirsch Löb, 1836 Simon Löb und 1841 Benjamin Liebmann Wolf, die allesamt im Handel tätig waren.[51] 1847 wurde zudem mit Löb Lazarus ein Schuster Ortsbürger. Unter den etwas mehr als 20 jüdischen Gewerbetreibenden, die zwischen 1859 und 1864 in Pfungstadt lebten, hatte der Metzger Aron Rothschild (I) eine Schankerlaubnis für Wein, Bier und Branntwein für seine Speisewirtschaft, ebenso Benjamin Liebmann Wolf, der Bier und Branntwein „zäpfen“ durfte. Auch Lazarus Baruch Wolf war Branntweinzäpfer und -brenner.[52]

Synagoge, Gemeindehaus mit Religionsschule und Mikwe im 19. und 20. Jahrhundert

Bald nach 1815 erwarb die jüdische Gemeinde ein Anwesen in der heutigen Hillgasse. Es bestand aus einem neuen eingeschossigen Haus mit Nebengebäude und Schweineställen. Am 18. Februar 1820 versicherte die jüdische Gemeinde – nun als Besitzerin – ein eingeschossiges Wohnhaus mit Stall für 800 fl. und eine „neue Synagoge“ für 1.200 fl. gegen Brand.[53] Folglich war es der Judenschaft innerhalb von fünf Jahren gelungen, an diesem Standort nicht nur in einem der vorhandenen Gebäude eine wohl für den jüdischen Religionslehrer und Vorsänger bestimmte Wohnung einzurichten, sondern vor allem ein ansehnliches Gotteshaus neu zu erbauen, das von nichtjüdischen Zeitgenossen als „schöne Synagoge“ bezeichnet wurde.[54] Das im Hofreitenbuch und zugehörigen Lageplan von 1833 verzeichnete Grundstück (Nr. 382) lag in einem Gässchen im Altstadtbereich nördlich der den Straßenverlauf des historischen Stadtkerns prägenden Modauschleife, das damals „nach der Judenschule“, später Hillegäßchen und zuletzt Hillgasse (heute Nr. 8A) genannt wurde.[55] Das Grundstück der jüdischen Gemeinde befand sich an der Nordostseite der Gasse, zu der die beiden mit einigem Abstand nebeneinanderliegenden Gebäude mit ihren Schmalseiten ausgerichtet waren. Ein enges Gärtchen hinter dem Wohnhaus ergänzte das Grundstück zu einem L-förmigen Grundriss. Die Synagoge lag rechts neben dem Wohngebäude. An die südöstliche Längswand des jüdischen Gotteshauses schloss sich bereits zu dieser Zeit ein schmalrechteckiger Anbau an, vermutlich ein Pallisch – ein kleiner Vorbau, der den Synagogenzugang für die Frauen vom Gässchen aus erschloss.[56] Die bis heute erhaltene Bausubstanz und Gebäudekubatur der ehemaligen Synagoge können weitgehend auf dieses Gotteshaus zurückgeführt werden.[57]

In den fast 120 Jahren seiner Nutzung erfuhr das Gebäude mehrere Restaurierungen, die hauptsächlich die Ausstattung und die farbliche Gestaltung des Innenraums betrafen. Die einzigen im Stadtarchiv Pfungstadt erhaltenen Baudokumente sind Kostenvoranschläge und Rechnungen einer in den Jahren 1843/44 erfolgten größeren Renovierungskampagne. Die für insgesamt reichlich 620 fl. ausgeführten Arbeiten betrafen vor allem die Ausstattung des Männerbetsaals mit feststehenden Subsellien, die dem Gottesdienst mehr Ruhe und Ordnung verleihen sollten. Diese ersetzten die vermutlich bereits in der Vorgängersynagoge verwendeten, beweglichen Stände. Eine bauliche Veränderung bestand lediglich in der Verlegung der vorher vermutlich im Synagogenvorraum untergebrachten Emporentreppe in den kleinen Anbau an der südöstlichen Längsseite, der dafür erhöht werden musste. Auch am Gewölbe und am Toraschrein erfolgten Reparaturen sowie eine Neufassung der Wände und aller Holzteile.[58] Eine Untersuchung der Farbschichten in den 1990er Jahren ließ eine weitere, vor der Wende zum 20. Jahrhundert erfolgte, jedoch nicht schriftlich dokumentierte Renovierung und Neufassung erkennen.[59] Mit finanzieller Unterstützung ehemaliger, in die USA ausgewanderter jüdischer Pfungstädter und einiger Gemeindemitglieder war die Synagoge außerdem 1922 außen und innen nach dem Geschmack der Zeit in „ein harmonisch farbensattes, wahrhaft künstlerisches Werk“ verwandelt worden, wie die orthodoxe Zeitschrift *Der Israelit* berichtete.[60]

Abb. 6: Pfungstadt, Parzellenkarte, Brouillon, Ausschnitt mit dem Synagogenhof, bestehend aus Synagoge, Gemeindehaus mit Religionsschule und Mikwe sowie einem kleinen Garten, 1836/38. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt.

Abb. 7: Pfungstadt, ehemalige Synagoge (rechts) und jüdisches Gemeindehaus (links) von der Hillgasse nach Nordwesten, 2025. Foto: Stefan Vogt.

Abb. 8: Pfungstadt, ehemalige Synagoge, Ansicht vom Hof von Norden, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Bei der Synagoge handelt es sich um einen im Grundriss rechteckigen Massivbau mit hohem Walmdach und einem gebäudehohen Anbau an der südöstlichen Längsseite. Mit einer Länge von 11,80 m, einer Breite von 9,67 m und einer Traufhöhe von 6,50 m gehört das Bauwerk eher zu den kleineren Landsynagogen und war auf die bauzeitliche Gemeindegröße von rund 120 Jüdinnen und Juden zugeschnitten.[61] Der zweigeschossige Bau über niedrigem Sockel ist an den Längsseiten regelmäßig in je vier Wandachsen gegliedert. Diese spiegeln bereits von außen die Raumaufteilung des Innenraums in einen der Erschließung dienenden Vorraum zur Hillgasse und den mit Emporen ausgestatteten Betsaal, der sich in die Grundstückstiefe erstreckt. Bei der letzten Nutzung der Synagoge vor der Zerstörung im November 1938 erreichten die Frauen den Emporenbereich vermutlich von der Gasse über das angebaute Treppenhaus, während sich der hochrechteckige Eingang als separater Männereingang an der gegenüberliegenden Hofseite in der Querachse des Vorraums befindet. Die drei seitlichen Wandachsen des Betsaals bestehen jeweils aus einem Rechteckfenster im Erdgeschoss und einem Rundbogenfenster im Emporengeschoss. Dabei setzten sich die Rundbogenfenster auch im Geschoss über dem Synagogenvorraum beziehungsweise am Treppenhaus fort. Die außen nur mit einer schmalen Abkantung gerahmten Fenster- und Türgewände bestehen aus rotem Sandstein. Das Traufgesims in Form einer großen Hohlkehle bildet den umlaufenden oberen Wandabschluss des Gebäudes. Unter dem Gesims fallen an den Längsseiten im Bereich des Betsaals kräftige Balken auf, an denen die zwei möglicherweise bauzeitlichen Zugeisen für die Dachkonstruktion befestigt sind. Die originale Gestaltung der gassenseitigen Schmalseite konnte wegen der massiven Eingriffe in die Bausubstanz ab 1938/39 nicht mehr rekonstruiert werden. Hier lässt sich heute mit dem großen eingebrochenen Tor und der darüber liegenden hochrechteckigen Ladeöffnung deutlich die Zweckentfremdung zum Lagerraum ablesen. Der einstige Eingang zum Treppenhaus ist nur als Einritzung in den Putz angedeutet. Entsprechend verfuhr man bei der Sanierung 2001 mit der gegenüberliegenden Wand, an der sich innen der Toraschrein befand. Sie weist bis auf zwei moderne hochrechteckige Fenster im Obergeschoss keine weitere Gliederung mehr auf.

Die 1843/44 aus solidem Holz neu angefertigte Innenausstattung wird vermutlich noch bis 1938 bestanden haben.[62] Von dem liturgisch zentralen Element, dem in einer schmalen Nische an der nordöstlichen Schmalseite untergebrachten *Aron ha-Kodesch*, hat sich lediglich die mit beigem und braunem Rautenmuster verzierte hölzerne Innenverkleidung erhalten. Sein architektonischer Rahmen bestand aus zwei holzfarbigen Säulen, die ein Gebälk und die Gebotetafeln trugen.[63] Vor dem Schrein waren steinerne Treppen angeordnet. Auf einem Postament stand vorne eine *Menora*. Über dem Schrein befand sich ein größeres Lünettenfenster mit farbiger Verglasung. Im Betsaal verteilten sich vermutlich in zwei Blöcken 16 Subsellien mit insgesamt 62 Plätzen für die Männer, auf der Empore waren etwa 40 Frauenplätze vorhanden. Ein „Spalier“, ein bei strengreligiösen Gemeinden über der Emporenbrüstung angebrachtes Sichtschutzgitter, verwehrte den Männern den Blick auf die Frauen.[64] Der *Almemor*, von dem sich keine Fragmente mehr fanden, war wohl so im Raum aufgestellt, dass man die Torarollen um ihn herumtragen konnte.[65]

Die als freistehender Sakralbau konzipierte Synagoge von Pfungstadt stellte in mehrerlei Hinsicht eine Besonderheit dar: Als massiv gemauertes, recht stattliches Bauwerk

unterschied sie sich von den in Pfungstadt üblichen Fachwerkhäusern mit Sattel- oder Halbwalmdächern. Die Zweigeschossigkeit entsprach zwar dem Wohnhauscharakter, doch deuteten die Rundbogenfenster einen öffentlichen oder gar sakralen Zweck bereits von außen an. Im Innenraum lag der Akzent auf dem von Säulen bestandenen Hauptsaal, über dem der wie ein Zelt gespannte strahlend blaue Sternenhimmel und damit Abrahams Verheißung eindrücklich in Szene gesetzt war.

Die Synagoge bildete mit dem angrenzenden Wohn- und Schulhaus einen geschlossenen Synagogenhof, der von einer Mauer umgeben war. Das als Gemeindehaus genutzte Gebäude besaß um 1836/38 einen rechteckigen Grundriss mit einer Länge von etwa 14,50 m und einer Breite von rund 7 m.[66] Zu einem nicht bekannten Zeitpunkt ließ die Gemeinde das Haus verkleinern und an seine Rückseite ein Ritualbad anbauen. In einem zusätzlichen Anbau, von dem sich nur noch die Grundmauern erhalten haben, waren ab 1895 dank einer postumen Spende von 200 RM von Karoline Krämer in Höchst im Odenwald und weiteren Geldeingängen in Höhe von 928,50 RM ein Kessel und ein gemauertes Wasserreservoir untergebracht.[67] Das zur Mikwe gehörende gekachelte Tauchbecken, nach Thea Altaras aus den 1920er Jahren, hat sich erhalten und ist im Lesesaalbereich des heute umgebauten und als Stadtarchiv genutzten Ensembles zu besichtigen.[68] Nach der Beschreibung des vor den Nationalsozialisten nach Uruguay geflüchteten Leopold Rothschild befand sich im Erdgeschoss des Gemeindehau-

Abb. 9: Pfungstadt, ehemalige Synagoge, Innenraum nach Norden mit Torawand, Frauenempore und Gewölbe, Situation nach der Sanierung von 2001, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Abb. 10: Pfungstadt, ehemalige Synagoge, Toranische mit Holzverkleidung, im Zustand nach dem 10. November 1938 erhalten, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

ses eine kleine beheizbare „Wintersynagoge“ beziehungsweise Wochentagssynagoge mit 30 Plätzen, die über einen eigenen Toraschrein, ein Vorlesepult und sogar ein Ewiges Licht (*Ner tamid*) verfügte. Den Raum nutzte die Gemeinde auch als Sitzungszimmer. Im Erdgeschoss lagen zudem das Schulzimmer und ein Zimmer mit Küche, das zur Lehrerwohnung gehörte. Weitere Wohnräume des Lehrers befanden sich im Dachgeschoss.[69]

Die Organisation der jüdischen Gemeinde und des religiösen Alltags im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Wie in den umliegenden jüdischen Gemeinden oblag auch in der Pfungstädter die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und -finanzen behördlich bestätigten Gemeindevorstehern. Zu ihnen gehörte im frühen 19. Jahrhundert zunächst Baruch Wolf.[70] Gesetzliche Regelungen über die Bildung der Vorstände der jüdischen Gemeinden führten dann dazu, dass immer drei Gemeindemitglieder – einer davon als erster Vorsteher – den Gemeindevorstand bildeten, der für die Jüdinnen und Juden in Pfungstadt, Eschollbrücken und Hahn zuständig war.[71] Über die Besetzung gab es mehrfach Konflikte, so 1866: Das zuständige Kreisamt lehnte Einsprüche von B. Nußbaum sowie Hirsch, Feidel und Jakob Isaak Meyer gegen eine zuvor erfolgte Ergänzungswahl ab.[72] Es ist nicht unwahrscheinlich, dass solche Konflikte innerhalb der Pfungstädter Gemeinde auch aus dem innerjüdischen Richtungsstreit zwischen neoorthodox und liberal gesinnten Kräften resultierten. Noch 1866 hatte der neoorthodoxe Rabbiner Esriel Hildesheimer neben Biblis auch „[g]anz Pfungstadt“ als „durchweg gesinnungstüchtig“ gelobt.[73] Allerdings war die jüdische Gemeinde dem Landesrabbinat in Darmstadt unterstellt, das ab 1859 mit Julius Landsberger besetzt war, der von orthodoxer Seite als „Reformrabbiner“ angefeindet wurde. Landsberger prozessierte 1866 gegen den ersten Vorsteher Lazarus Löb aus Pfungstadt wegen Verleumdung, weil dieser in der Synagoge nach dem Gottesdienst gesagt habe, dass Landsberger in einem nichtkoscheren Restaurant in Frankfurt gespeist und am Schabbat Zigarre geraucht habe. Zunächst wurde Löb in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 5 fl. verurteilt, appellierte aber erfolgreich dagegen.[74] Bei der Neuorganisation des Darmstädter Rabbinats 1895 schloss sich Pfungstadt dem orthodoxen Rabbinat Darmstadt II an.

Die Finanzierung der Gemeindeangelegenheiten erfolgte einerseits über Gelder, die etwa bei gottesdienstlichen Verrichtungen oder als Spenden in die Gemeindekasse gelangten, darüber hinaus aber auch durch staatlich genehmigte Umlagen, die durch den Gemeindevorstand von den steuerpflichtigen Gemeindemitgliedern in den drei Orten erhoben wurden. Diese schwankten in der Höhe je nach Bedarf: Belief sie sich nach den großen Umbauten der Synagoge 1843 zeitweise bis auf 264 fl., wurden beispielsweise 1847 und 1850 keine Umlagen erhoben.[75] Der Ablauf der Gottesdienste war 1833 durch eine allgemeine Synagogenordnung für das Großherzogtum geregelt worden. 1859 gab sich die jüdische Gemeinde mit behördlicher Zustimmung eine eigene Ordnung, die besser zu den Pfungstädter Gegebenheiten passte.[76] 1892 suchte der Gemeindevorstand zudem einen *Sofer*, der eine neue Torarolle für die jüdische Gemeinde schreiben sollte.[77]

Immer wieder wechselnde angestellte Schächter, Vorsänger und Religionslehrer sicherten die Durchführung der Gottesdienste, den jüdischen Jugendunterricht und die Versorgung mit koscherem Fleisch.[78] 1850 versah dieses Amt Gottschalk Mombach, der 1860 auch als Schächter der Gemeinde durch das Landesrabbinat in Darmstadt geprüft wurde. [79] Mitte der 1870er Jahre erhielten die 12 jüdischen Schulkinder aus Pfungstadt, Hahn und Eschollbrücken Religionsunterricht.[80] In den 1880er Jahren war David Bär Fleischmann für sieben Jahre in Pfungstadt als Lehrer tätig.[81] 1887 suchten die Gemeindevorsteher explizit einen deutschen Lehrer, Kantor und Schochet, der aber von einem orthodoxen Rabbiner bezeugt sein sollte.[82] Dass die bei der jüdischen Gemeinde angestellten Lehrer in der Regel auch als *Chasan* und *Schochet* wirkten, zeigt um 1900 das Beispiel von Moses Weigersheimer, der 18 jüdische Kinder der Gemeinde in Religion unterrichtete, Schächter und Vorsänger war.[83] Der Religionsunterricht wurde ab den 1870er Jahren von der politischen Gemeinde bezuschusst.[84] Als letzte Gemeindebeamte der jüdischen Gemeinde wirkten bis 1938 der Religionslehrer Moritz Simon und ab 1917 der *Schochet* und *Chasan* Leo (Leib) Zuckermann, der sich für die Stärkung des Toraunterrichts in den Landgemeinden einsetzte.[85]

Mitte der 1870er Jahre bestanden neben dem Brautausstattungs- und Krankenverein in Pfungstadt auch ein Frauenverein und eine eigene Beerdigungsbruderschaft (*Chevra kadischa*).[86] Zur Ausstattung der *Chevra* gehörten im 20. Jahrhundert ein Leichenwagen und Bestattungsausrüstung, die während des Pogroms im November 1938 verloren gingen.[87] 1905 sind sogar fünf Gemeindevereine erwähnt.[88] Um 1920 bestanden dann offenbar nur noch die *Chevra kadischa* und der jüdische Frauenverein, denen jeweils 22 Mitglieder angehörten.[89] Zusätzlich zu diesen Vereinen entstanden weitere Verbindungen unter dem Dach der jüdischen Gemeinde, so etwa eine 1913 ins Leben gerufene Mädchengruppe.[90] Zudem gehörten 1909 Joseph Jeidel, Leopold Katzmann und Jonas Mainzer dem Verein Esra an, der den Ackerbau von Jüdinnen und Juden in

Palästina und Syrien förderte.[91] Laubhütten wurden in den 1920er Jahren unter anderem in den Höfen von Leopold und Frieda Rothschild in der Kirchgasse 5, im Garten von Siegfried und Elsbeth Stern in der Sandstraße 24 und in der Pfarrgasse auf dem Grundstück von Rosa und Isidor Heß errichtet.[92]

Zahlreiche Anzeigen und Spendenverzeichnisse in der neoorthodoxen Zeitung *Der Israelit* belegen ein traditionelles jüdisches Selbstverständnis der meisten Pfungstädter Jüdinnen und Juden. Geschäfte wie die Handlung der Gebrüder Mainzer blieben an Schabbat und jüdischen Feiertagen geschlossen.[93] Der Lebensmittelhändler Lazarus Rapp betonte in einer Suchanzeige für einen Lehrling ausdrücklich, dass diese „in einem religiösen Hause“ unterkomme und dort zugleich auch „Kost und Logis haben kann“.[94] Der Nichtjude Wilhelm Stumpf, der 1922 mit seiner Familie bei Jenny und Mathilde Jeidel in die Kirchstraße 54 einzog, verrichtete für die beiden Jüdinnen Schabbatarbeiten.[95]

Die Existenz häuslicher Ritualobjekte im Besitz vieler Pfungstädter jüdischer Familien belegen die Klagen über deren Verlust unter der nationalsozialistischen Verfolgung in den Bemühungen um Entschädigung nach 1945. So seien im Februar 1941 bei den emigrierenden Meyers in den Wäschesäcken mit eingepackte silberne Leuchter sowie bei Ludwig und Toni Herz Besteck, Leuchter und eine Sederplatte abhandengekommen. Auch Sterbekleider seien in den Wäschesäcken verpackt gewesen.[96] Unter den Gegenständen, die Rosa und Isidor Heß bei ihrem Wegzug im August 1938 mit nach Darmstadt nahmen, befanden sich nach Auskunft ihrer Tochter auch „Geräte für den jüdischen Kult, welche besonders wertvoll waren, da die Geräte sehr alt und kunstvoll gearbeitet waren“ – so aus Silber eine dreietagige Platte für Osterbrote, zwei Gewürzbüchsen, vier Schabbatleuchter und ein Kelch, außerdem ein Goldkelch.[97]

Jüdinnen und Juden in Eschollbrücken und Hahn vom 18. bis zum 20. Jahrhundert

Während sich im 18. Jahrhundert die jüdische Gemeinde in Pfungstadt herausbildete, lebten nur einzelne jüdische Familien in den Nachbarorten Eschollbrücken und Hahn. Sie waren der Pfungstädter jüdischen Gemeinde zugeordnet.[98] 1703 war Moses nach Hahn gekommen, der bald eine Hofreite oder zumindest einen Teil davon, erwarb.[99] Zu ihm oder an seiner Stelle kam um 1710 Mordochai hinzu, der wegen schlechter Vermögensverhältnisse immer wieder von den Schutzgeldzahlungen befreit wurde.[100] Dennoch konnte er wohl ein Häuschen in der „kleinen Gasse“ erwerben. Als einziger jüdischer Haushaltsvorstand des Ortes wurde Mordochai trotz seiner Armut, die ihn für ehrenamtliche Tätigkeiten schwer abkömmlich machte, als Mitglied der hessischen Beerdigungsbruderschaft in Vertretung seines Wohnortes ernannt.[101] Um die Jahrhundertmitte zogen auch Feiss und Abraham in das kleine Dorf.[102] In den 1780er Jahren wohnte aber nur noch der verarmte Abraham in Hahn, der 1807 dann aber immerhin mit einem Vermögen von 300 fl. erfasst ist.[103]

In Eschollbrücken lebte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunächst nur die Familie von Heyum, der erstmals 1697 in einem Zinsbuch gelistet wurde und noch 1723 im Ort nachgewiesen ist.[104] Neben ihm oder an seiner Stelle wurde 1710 Liebmann aufgenommen, der in die Alsbacher Beerdigungsbruderschaft eintrat.[105] Hirsch, später ebenfalls Mitglied der Bruderschaft, konnte sich 1727 in Eschollbrücken ansiedeln, weil die Landjudenschaft eine Kaution für ihn gestellt hatte.[106] Ein weiterer jüdischer Hausvater war Moses, der als Viehhändler belegt ist.[107] Die innerjüdischen Steuerlisten für 1756 nennen für den Ort aber nur noch die jüdischen Hausväter Hirsch und Moses.[108] Letzterer (vermutlich hin und wieder auch als Isaak Moses bezeichnet) war von Eschollbrücken aus im Tauschhandel tätig. Seine Witwe Rebekka führte dessen Geschäfte später fort. Sie war eine Tochter von Simon von Gräfenhausen, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts an der Spitze der Verwaltung der Landjudenschaft stand.[109]

Abb. 11: Alsbach, jüdischer Friedhof, Grabstein der Rebekka, Frau des Moses Eschebriga (Eschollbrücken), gestorben 1793, Aufnahme von 2025. Foto: Stefan Vogt.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zog Jeidel Löw, der in Pfungstadt geboren war, nach Eschollbrücken.[110] Auch Samson Moses lebte im Ort, wohl ein Sohn des vorgenannten Moses, der sich ebenfalls, wenngleich zunächst wenig erfolgreich, im Pferdehandel versucht hatte.[111] Schon 1770 galt Jeidel Löw – wie übrigens auch Abraham Meyer in

Hahn – als „Betteljude“, dessen Ausweisung die Behörden anstrengten, aber offenbar nicht durchsetzten.[112] Auch im 19. Jahrhundert blieb die Zahl der Jüdinnen und Juden in beiden Dörfern klein.[113] Sie stieg bis 1829 lediglich auf zehn Personen in Hahn beziehungsweise 13 in Eschollbrücken an. Um 1861 erreichte sie in Hahn mit 26 und um 1880 in Eschollbrücken mit 17 Personen ihren Höchststand. Mit dem Mehlhändler Löb Jeidel (1843) und dem Kleinhändler Samuel Tannenbaum (1849) wurden um die Jahrhundertmitte erstmals Juden als Ortsbürger in Eschollbrücken aufgenommen.[114] Die Eschollbrücker jüdischen Familien waren vor allem im Handel tätig, wie der 1823 als Sohn von Samuel Tannenbaum und Güdche Samson unehelich geborene Samson Tannenbaum, der in der Untergasse 21 lebte.[115] Löb Joseph Jeidel, der 1831 ein Grundstück in der damaligen Obergasse 18 erwarb, war Mehlhändler. Um 1890 handelte Abraham Wolf mit landwirtschaftlichen Produkten, Ellen-, Kurz-, Spezerei- und Eisenwaren, war Makler für Geld und Immobilien und gelegentlich auch als Schlachter tätig. Samuel Wolf führte diesen Geschäftszweig offenbar fort, denn auch er handelte 1921 Manufakturwaren und Futtermittel, schlachtete außerdem Kleinvieh. Seine Ehefrau Selma Wolf verkaufte in den Jahren der Weltwirtschaftskrise Wein.[116]

Eine der bekanntesten jüdischen Familien Eschollbrückens war seit dem 19. Jahrhundert die Familie Lorch. Die Brüder Adolph und Louis Lorch hatten 1873 das Zirkusunternehmen von ihrem 1817 in Eschollbrücken geborenen Vater Hirsch (Heinrich) Lorch übernommen und ausgebaut. Während der Wintermonate bezogen sie Quartier in Eschollbrücken, wo sie 1874 als Ortsbürger aufgenommen wurden und 1877 die Hofreite in der Freitagsgasse 21 erwarben.[117] Sie führten dort und in Pfungstadt vor Saisonbeginn ihre neuen Programme auf. 1886 beteiligten sie sich auch am Darmstädter Karnevalsumzug. Seit 1903 führte Adolph Lorch den Zirkus, der unter anderem Pferdedressur, Reitkunst, Gymnastik, Pantomime, Ballett, Humor und exotische Tiere, darunter Elefanten und Kamele, zu seinem Programm zählte. Sein Bruder Louis erlangte mit der von ihm gegründeten Ikarier-Gruppe weltweit Bekanntheit.[118] Der Erste Weltkrieg und der Tod Adolph Lorchs 1918 besiegelten das vorläufige Ende des Zirkus, der Versuch einer Neugründung 1927 endete 1930 im Konkurs.[119]

Der aus Leipzig stammende Hermann Landsberg, der in Eschollbrücken Agathe Wolf geheiratet hatte und im Lokwerk Darmstadt arbeitete, war bis zu dessen Auflösung 1933 Mitglied des Arbeitergesangsvereins. Der Metzger und Emaillewarenhändler Arthur Wolf engagierte sich im Spielmannszug des Turnvereins. Bei seiner Beisetzung 1931 gaben ihm seine Vereinskameraden das letzte Geleit. Im Turnverein war auch der Kaufmann Samuel Wolf als Vorturner, 2. Vorsitzender, Schriftführer und zuletzt Beisitzer aktiv. Seine Kinder Helene, Ruth und Fritz Wolf blieben noch bis zu ihrem zwangsweisen Ausscheiden 1933 Mitglieder des Vereins. Der patriotisch gesinnte Samuel Wolf soll die Anschaffung einer Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Vereinsmitglieder angeregt haben. Er selber hatte als Soldat am Krieg teilgenommen. Auch die Eschollbrücker Juden Samson, Gustav und Joseph Wolf – er fiel mehrfach dekoriert 1918 – sowie Adolf und Eugen Lorch dienten als Soldaten.[120]

Jüdisches Leben in Pfungstadt im Kaiserreich und der Weimarer Republik

Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Pfungstädter Juden vor allem im Handel tätig. Der streng orthodoxe Joseph Jeidel, über viele Jahre Vorsitzender der Pfungstädter jüdischen Gemeinde, betrieb zusammen mit seinem Bruder Hirsch Jeidel die vom Vater Lazarus Jeidel übernommene Handlung mit Stoffen, Kleidern, Papier und Eisen. Seine Schwester Dora Jeidel heiratete den Geschäftsmann Moritz Mainzer, der in der Eberstädter Straße 26 das von seinem Vater Meyer Aron Mainzer gegründete Eisen-, Mehl- Holz- und Spezereigeschäft ab 1865 als „Holzhandlung Gebrüder Mainzer“ mit seinen Brüdern Jonas und Hermann fortführte; ab 1916 war er Alleininhaber.[121] David Herz, der Sohn des Händlers und Viehmaklers Herz Herz, betrieb ab 1907 auf einem Grundstück in der Eberstädter Straße das von Meyer Meyer übernommene Textil- und Manufakturwarengeschäft weiter.[122] Wolf Rothschild wiederum hatte 1858 in der Borngasse 12 eine Frucht-, Vieh- und Mehlhandlung eintragen lassen, die sein Sohn Aron Rothschild übernahm.[123] Dessen Söhne, David und Ludwig Rothschild, eröffneten kurze Zeit darauf das Geschäft Gebrüder Rothschild neu, in dem sie neben Papier und Bindfaden auch Holz verkauften.[124] Simon Rothschild, der ab 1923 in Pfungstadt lebte, betrieb in der Rheinstraße 16 einen Handel mit Pferden und landwirtschaftlichen Produkten.[125] Auch Isaak Meyer handelte bis 1929 mit Vieh, hausierte zeitweise mit Ellenwaren und Schuhen und war als Metzger tätig.[126]

Dass auch jüdische Frauen in Pfungstadt Geschäfte betrieben, zeigt das Beispiel der jungen Rosa Mayer, die eine kaufmännische Ausbildung erhalten und 1903 in Pfungstadt das Manufakturwarengeschäft von Isaak Lazarus in der Pfarrgasse übernommen hatte. Nach ihrer Heirat mit Isidor Heß 1905 lief das Geschäft dann unter dessen Namen erfolgreich weiter und wurde erst 1938 verfolgungsbedingt aufgegeben.[127]

Für die Frage, inwiefern sich jüdische und christliche Pfungstädterinnen und Pfungstädter auch im Alltag begegneten und interagierten, bietet das Vereinsleben des Ortes gute Einblicke. So war Wolf Wolf in den 1890er Jahren offenbar Mitglied des Ziegenzuchtvereins Pfungstadt und Ludwig Herz 1925 der Freiwilligen Feuerwehr.[128] Vor allem in den drei Sportvereinen sind zahlreiche jüdische Mitglieder nachweisbar. Der Kaufmann Jacob Jeidel war 1875 sogar eines der Gründungsmitglieder des Pfungstädter Turnvereins, in dem in den Folgejahrzehnten auch Julius Blum, Bella Wolff, Moritz Mainzer und Joseph Blum aktiv waren. Der Freien Turngemeinde gehörten in den 1920er Jahren die Schwestern Agathe und Else Levi an. Im 1903 gegründeten Fußballverein RSV Germania 03 waren ebenfalls mehrere Pfungstädter Juden Mitglieder. Julius Wolff übernahm in den 1920er Jahren sogar das Schriftführeramt und war schließlich ab 1930 Sportwart für den Fußball im gesamten Kreis Starkenburg.[129]

Wie ihre christlichen Nachbarn waren die Pfungstädter Juden zum Militärdienst verpflichtet. Lazarus Jeidel, Kriegsteilnehmer am Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, gründete den Pfungstädter Kriegerverein mit.[130] Zu den Pfungstädter Gefallenen des Ersten Weltkriegs zählte Julius Jeidel (1918).[131] Zahlreiche weitere jüdische Männer leisteten aktiven Kriegsdienst, unter ihnen Simon Wolff, Isidor Heß, Willy Stern, Moritz Mainzer sowie David und Ludwig Rothschild.[132] Zu Ehren der im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten der jüdischen Gemeinde Pfungstadt wurde 1922 ein marmorner Gedenkstein im Vorraum zur Synagoge an der Rückwand der Fassade aufgestellt.[133] Seine Einweihung erfolgte im Rahmen der Vollendung einer umfassenden Restaurierung des Gotteshauses, die die jüdische Gemeinde am 25. und 26. August 1922 mit einem festlichen Gottesdienst unter Leitung des Rabbiners der Israelitischen Religionsgemeinschaft Darmstadt, Lehmann Marx, in Gegenwart von Vertretern der Behörden und der christlichen Kirchen feierte.[134]

Trotz ihres Patriotismus und ihrer Einbindung ins gesellschaftliche Leben des Ortes blieben die Pfungstädter Juden nicht von Anfeindungen verschont, wie das Beispiel des Lehrers Moritz Simon zeigt. Zunächst hatte das Kollegium der Höheren Bürgerschule in Pfungstadt dessen Anstellung als Lehrer 1905 abgelehnt. Nachdem er doch eingestellt worden war, wies ihn das Kuratorium an, auch an Samstagen zu unterrichten – was er aufgrund des Schabbats bislang vermieden hatte. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war das Lehrerkollegium der Volksschule, an der Simon inzwischen unterrichtete, gespalten. Zumindest einige seiner Kollegen traten antisemitischen Anfeindungen bis zur Beurlaubung und Entlassung Simons noch entgegen.[135]

Der Betraum im Israelitischen Lehr- und Erziehungsinstitut

Dass die Zahl der Pfungstädter Jüdinnen und Juden ab den 1860er Jahren anstieg, hatte vor allem zwei Gründe: Einerseits siedelten sich in der Phase der Industrialisierung auch jüdische Unternehmer von außerhalb in Pfungstadt an. Andererseits bedingte die Gründung des Israelitischen Lehr- und Erziehungsinstituts im Jahr 1857 den Zuzug einer großen Zahl jüdischer Kinder und Jugendlicher.[136] Die Initiative zur Institutsgründung, die auch vor dem innerjüdischen Richtungsstreit zwischen liberalen und orthodoxen Vorstellungen zu sehen ist, ging auf mehrere jüdische Gemeinden und finanzkräftige Juden in der Provinz Starkenburg zurück, unter ihnen Salomon Bodenheimer aus Biblis.[137] Zunächst berichteten jüdische Zeitungen im Frühjahr 1857 kontrovers über die geplante Gründung eines „israelitischen Lehrerseminars“, für das sich bereits 70 Schüler angemeldet hätten und dessen Einrichtung durch Spenden und Aktien gesichert werden sollte.[138] Gegründet wurde im Herbst des Jahres schließlich eine dem Anspruch nach zwischen Real- und Handelsschule angesiedelte, jüdisch-traditionell ausgerichtete Lehreinrichtung für Jungen. Die Kosten für den Pensionsaufenthalt – eine Möglichkeit, die 1870 deutlich mehr als zwei Drittel der Schüler nutzen – betrugen für ein Jahr 150 preußische Taler.[139] 1858 belief sich die Zahl der Schüler zunächst auf 60, darunter auch einige christliche, für die das kaufmännische Profil der Schule offenbar attraktiv war.[140] Um 1880 lagen die Schülerzahlen bei über 100.[141] Zu ihnen zählten auch Kinder von Pfungstädter jüdischen Familien.[142] Bereits in den 1860er Jahren wurden auch Kinder aus anderen europäischen Ländern aufgenommen, nachweislich aus England, Frankreich, Holland, der Schweiz, Russland, Schweden und Ungarn.[143] Entsprechend betont wurde deshalb der „internationale Charakter“ der Einrichtung.[144] Viele Schüler hätten aufgrund der unterschiedlichen Muttersprachen Hebräisch als Umgangssprache genutzt.[145] Die jährlichen Prüfungen fanden öffentlich statt – auch in einem Saal des Gasthauses von Wilhelm Zeh.[146] Insgesamt genoss die Schule in orthodox gesinnten Kreisen hohes Ansehen.[147]

Erster Direktor der Einrichtung wurde der promovierte, aus Pfungstadt gebürtige 22-jährige Lazarus (Elieser) Löb, der sich zunächst um die Anstellung weiterer Lehrer bemühte.[148] Ihm folgte ab 1. Oktober 1861 David Ephraim Joël nach, der aus Moislingen bei Lübeck stammte und zuvor an der Unterrichtsanstalt der neoorthodoxen Israelitischen Religionsgesellschaft in Frankfurt am Main als Lehrer tätig war. Die bisher die Anstalt tragenden Gemeinden übergaben diese nach einigen Jahren in den Besitz Joëls, der sie weiter ausbaute.[149] Unter anderem richtete er 1867 zusätzlich eine behördlich konzessionierte Höhere Töchterschule für

jüdische Mädchen mit eigenem Pensionat ein.[150] Nach Joëls Tod 1885 übernahm der ebenfalls promovierte Oberlehrer Daniel Barnaß die Direktion der Einrichtung, der zuvor am orthodoxen Rabbinerseminar in Berlin als Dozent, dann als Lehrer in Frankfurt am Main gewirkt hatte und später dem 1897 gegründeten, in Pfungstadt ansässigen Unabhängigen Verein israelitischer Lehrer im Großherzogtum Hessen vorstand.[151] Zu den bekanntesten Lehrern in Barnaß' Amtszeit zählte der spätere israelische Staatspräsident Chaim Weizmann, der seine Zeit in Pfungstadt allerdings wegen des in seinen Augen zu stark angepassten deutschen Judentums und der „intellektuelle[n] Feigheit und Speichelleckerei des Direktors" äußerst abschätzig bewertete.[152]

Abb. 12: Pfungstadt, Parzellenkarte, Brouillon, Ausschnitt mit dem weiträumigen Komplex, in dem 1857 das Israelitische Lehr- und Erziehungsinstitut eingerichtet wurde, heute Parkplatz nördlich von Mainstraße 6, bauliche Situation 1836/38. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 215.

Abb. 13: Pfungstadt, Israelitisches Lehr- und Erziehungsinstitut (Joël'sches Institut), Ansicht auf das Hauptgebäude von der Mainstraße nach Norden, um 1930. Stadtarchiv Pfungstadt.

Eingerichtet war das Institut im ehemaligen Gasthaus „Zum Löwen" in der heutigen Mainstraße 6.[153] Nach einem zeitgenössischen Bericht des neoorthodoxen Lehrers Hirsch Grünebaum, der 1867 die Anstalt besuchte, umfasste die Einrichtung Garderobe, Waschraum, Speisesaal und Schlafsäle mit jeweils maximal drei Betten für die Schüler, das Amtszimmer des Direktors sowie Schlafräume für einige der Lehrer. Sie verfügte außerdem über getrennte Bibliotheken für das Lehrpersonal – neben den jüdischen Lehrern waren auch christliche Fachlehrer angestellt – und die Schüler, über ein chemisches und über ein physikalisches Fachkabinett.[154] 1882 wurde das sogenannte Direktorenhaus in der Mainstraße 10 eingerichtet, in dem die Institutsleiter mit ihren Familien wohnten.[155]

In einem Raum im Hauptgebäude war eine Synagoge eingerichtet, die nach Auskunft Grünebaums „nur von den Zöglingen unter Beaufsichtigung des Lehrpersonals benutzt wird."[156] Gottesdienste wurden neben den regelmäßigen Morgen- und Abendandachten zumindest in den Anfangsjahren an den Sonnabenden und Feiertagen abgehalten.[157] Religionsmündige Schüler würden dabei selbst die Tora lesen und von zwei ebenfalls aus dem Kreis der Zöglinge stammenden *Parnasim* beaufsichtigt. Zum Inventar des Betraums, das durch zahlreiche Schenkungen erweitert wurde, gehörten neben mehreren Torarollen auch Bücher.[158] Was nach der Auflösung des Instituts mit den Ritualobjekten geschah, ist nicht bekannt.

Nach der Einrichtung einer öffentlichen höheren Schule in Pfungstadt kämpfte Direktor Barnaß mit rückläufigen Schülerzahlen der inzwischen als Dr. Joël'sche Handels- und Realschule firmierenden Einrichtung.[159] Da er offenbar länger erkrankt war, sei die Schule 1905 „mit dem Schluß des abgelaufenen Schuljahres eingegangen", wurde aber offenbar erst 1907 offiziell für geschlossen erklärt.[160] 1919 erwarb die Ortsgemeinde Pfungstadt den Gebäudekomplex, in dem fortan einkommensschwache Familien untergebracht waren. 1969 wurden die im Verfall befindlichen Häuser abgerissen und auf dem Grundstück ein Parkplatz errichtet.[161] Eine Gedenktafel aus Bronze erinnert heute an das ehemalige Institut und den Lehrer Chaim Weizmann.[162]

Die nationalsozialistische Verfolgung in Pfungstadt und Eschollbrücken bis Herbst 1938

Der Aufstieg der NSDAP in den drei Orten Pfungstadt, Eschollbrücken und Hahn in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre spiegelte sich in den Ergebnissen der Landtagswahlen deutlich wider: Während die NSDAP 1931 in Pfungstadt

bereits auf knapp 37 und in Eschollbrücken auf rund 38 Prozent der abgegebenen Stimmen kam, holte sie in Hahn schon fast 52 Prozent. In allen drei Orten wurde sie stärkste Partei und baute ihre Ergebnisse bei den Landtagswahlen des Folgejahres weiter aus. Sie gewann dabei vermutlich auch viele frühere Wähler des antisemitisch agitierenden Hessischen Bauernbunds, der bei vorhergehenden Landtagswahlen besonders in Hahn und Eschollbrücken – hier wurde die Partei bei den Landtagswahlen von 1927 mit knapp 35 Prozent der Wählerstimmen stärkste Kraft – Erfolge verzeichnet hatte.[163]

Im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 lebten in Pfungstadt 70 Jüdinnen und Juden in 25 Haushalten.[164] Bereits früh wirkten sich die antisemitischen Maßnahmen auf die Mitglieder der jüdischen Gemeinde aus. Vor dem sogenannten Boykott der Geschäfte, Praxen und Kanzleien jüdischer Inhaber am 1. April 1933 verfassten die Gemeindevorsteher Mainzer, Herz und Rothschild am 30. März 1933 gezwungenermaßen eine Anzeige im *Pfungstädter Anzeiger*, in der sie die englische Botschaft dazu aufforderten, Gräuelmeldungen im Ausland entgegenzutreten. In Eschollbrücken sei während des Boykotts angeblich ein Transparent quer über die Obergasse am Ortseingang Richtung Darmstadt ausgehängt gewesen, auf dem die Losung der antisemitischen Kampagne zu lesen gewesen sei.[165] Auch das Geschäft von David Rothschild, der seit 1927 ein Textilwarengeschäft in der Eberstädter Straße 46 in Pfungstadt betrieb,[166] wurde boykottiert. Zudem seien die Fensterscheiben des Geschäfts antisemitisch beschmiert worden. Wiederholt wurden in den Monaten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Personen denunziert, die weiterhin bei Rothschild einkauften. Seine Söhne Ernst und Hans sahen sich in der Volksschule drangsaliert. Es kam auch zu körperlichen Übergriffen. Ende Februar 1934 verließ die Familie Pfungstadt in Richtung Frankfurt am Main, ebenso 1937 die Familie des Volksschullehrers Moritz Simon, der am 1. Juli 1933 aus dem Schuldienst entlassen worden war. Dem Hahner Mehl- und Fruchthändler Abraham Meyer wurde 1935 Getreide gestohlen.[167] Er zog 1937 mit seiner Frau Lina nach Pfungstadt um, sodass in Hahn fortan keine jüdische Familie mehr lebte.[168]

Anfeindungen gegen jüdische Schüler und Schülerinnen, antisemitische Hetze, gewaltsame Übergriffe, Demütigungen sowie berufliche Drangsalierungen gehörten fortan zur Tagesordnung.[169] Nur von einigen Nachbarn erfuhren die Verfolgten Unterstützung.[170] Wiederholt Opfer von Übergriffen wurde der Kaufmann Moritz Mainzer.[171] Schuldner forderten schon 1933 den Erlass der von ihnen zu zahlenden Gelder. Im Juli 1933 versuchten ihn zwei junge Handwerker anonym um 1.000 RM zu erpressen. Sie drohten sogar mit Mord und Brandstiftung. Nach Anzeige Mainzers bei der Polizei wurden beide Täter gestellt, 1934 aber lediglich wegen versuchter Nötigung zu je einem Monat Gefängnis auf Bewährung verurteilt.[172] Hermann Landsberg aus Eschollbrücken war 1936 für zwei bis drei Tage Opfer brutaler Misshandlungen durch SA-Männer in Darmstadt.[173]

Pogromgewalt, Emigration und Deportation ab November 1938

Während des Novemberpogroms von 1938 waren, wie in den umliegenden Orten, auch die Einrichtungen der jüdischen Gemeinde in Pfungstadt Angriffsziel von Männern der SA-Standarte 115 in Zivil unter Leitung des Babenhäuser Bauingenieurs Wilhelm Mahla.[174] Der Führer der SA-Brigade 50 in Darmstadt, Karl Lucke, meldete der SA-Gruppenführung in Mannheim am 11. November, dass bei der Pfungstädter Synagoge, eines von sieben Gotteshäusern, die die Mitglieder der Standarte 115 attackierten, „Innenraum u. Einrichtung zertrümmert“ worden seien.[175] Auch das benachbarte, der jüdischen Gemeinde gehörige Gemeindehaus – Sitzungszimmer, Schulzimmer, Mikwe und Wohnung – wurde demoliert.[176] Die nach Augenzeugenberichten etwa 20 SA-Männer hätten dabei die Inneneinrichtung verwüstet, Kultobjekte zerstört und entwendet, Torarollen in die Modau geworfen und die Inschrift über der Eingangstür der Synagoge abgeschlagen. Der im Obergeschoss des Gemeindehauses wohnende 60-jährige Kantor und Schächter Leo (Leib) Zuckermann und seine Frau Rosa wurden misshandelt, seine Möbel und ein Teil seiner hebräischen Bibliothek zerstört. Zuckermann soll am Folgetag Reste zerstörter Torarollen auf der Straße aufgesammelt haben. Anfang 1939 zog das Ehepaar nach Darmstadt, wo Zuckermann im Februar an einer Lungenentzündung starb.[177] Der 13-jährige Werner Hechler aus Seeheim, einer der zahlreichen Schaulustigen an diesem Tag, berichtete, dass die Synagoge „wie nach einem Bombenangriff“ ausgesehen habe.[178] Zudem kamen ganze Schulklassen zum Synagogenareal, um zur „weltanschaulichen Schulung“ die Pogromschäden zu besichtigen. Nach Angaben des Bürgermeisters Georg Riehl wurden in dem Komplex 52 kg Messing, 5 kg Aluminium und 1,5 kg Silber sichergestellt – offensichtlich also auch Teile der Kultgegenstände. Alle schriftlichen Unterlagen – vermutlich auch das Gemeindearchiv – seien während des Pogroms vernichtet worden.[179]

Pogromgewalt und Plünderungen richteten sich auch gegen die Geschäfte und Wohnungen der noch in Pfungstadt

lebenden Jüdinnen und Juden: Bereits nach den NSDAP-Feiern aus Anlass des Jahrestages des Hitler-Ludendorff-Putsches von 1923 hätten in der Nacht zum 10. November Übergriffe von örtlicher SA und Hitlerjugend eingesetzt. Zehn Häuser seien dabei mehr oder weniger beschädigt, 17 Verfolgte teils „freiwillig", teils polizeilich in „Schutzhaft" genommen worden. Für eine Person wurde nach schwerer körperlicher Misshandlung ein Arzt gerufen.[180] Angriffsziele waren die Holzhandlung von Moritz Mainzer in der Eberstädter Straße 26 und die im gleichen Gebäudekomplex befindliche Wohnung von Max und Johanna Kaatz, außerdem die Wohnung von Ludwig Herz an der Kreuzung Kirchstraße/Borngasse. Bei dem Geschäft von Ludwig und Frieda Rothschild in der Kirchstraße 5 waren Schaufenster eingeschlagen und Möbel demoliert worden. Die Räume der Modistin Else Levi in der Mittelgasse 1 – sie hielt sich mit ihrer Schwester Agathe bei ihrem Nachbarn Christoph Raab versteckt – und das Schuhgeschäft von Schil und Golda Lerer in der Eberstädter Straße waren ebenfalls betroffen. Beim Haushaltswarengeschäft Löb Blum von Julius Blum in der Eberstädter Straße 24 lagen Ware und zerbrochenes Porzellan auf der Straße.[181] Die Blums hatten sich bei der benachbarten Familie Dewied verstecken können. Um derartige Übergriffe zu verhindern, habe sich in der Kirchstraße 10 der nichtjüdische Vermieter der Familie Wolff in SA-Uniform und mit Beil vor das Hoftor gestellt, um so ein Eindringen von Marodeuren zu verhindern. Als andere Betroffene am 10. November bereits darum bemüht waren, die Reste ihres zerstörten Hab und Guts zu sichern, trat ein SA-Mann bei Familie Stern in der Sandstraße noch das Schaufenster ein.[182]

Der in „Schutzhaft" genommene Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Moritz Mainzer, wurde in das Konzentrationslager Buchenwald überführt. Erst Ende Dezember 1938 wurde er von dort nach Frankfurt am Main entlassen und wanderte noch im Dezember des Jahres mit seiner Familie nach England aus.[183] Das Ehepaar verkaufte ihr Pfungstädter Anwesen 1940, wobei der Käufer auch die Beseitigung der vom Pogrom herrührenden „Aktionsschäden" übernehmen sollte. Ebenfalls in Buchenwald festgehalten wurde bis zum 13. Dezember 1938 Jonas Wolff, der auf dem Bahnhof in Darmstadt festgenommen worden war.[184]

Nach dem Pogrom verhandelten der letzte Gemeindevorsitzende Leopold Rothschild und Abraham Meyer den Verkauf von Synagoge und Gemeindehaus, der am 6. April 1939 für 6.000 RM an den Pfungstädter Ortsbauernführer Heinrich May erfolgte, der auf dem Nachbargrundstück lebte. May baute das Synagogengebäude zum Fruchtlager für eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft um.[185] Hierfür wurde nicht nur eine große Toröffnung im Bereich des Eingangs zur Männersynagoge angelegt und Teile der ursprünglichen Einbauten entfernt, sondern auch eine neue Zwischendecke eingezogen. Brüstungspaneele der später rückgebauten Frauenempore dienten als Verkleidung der Lagerregistratur im Erdgeschoss.[186] Offenbar gab es während eines Luftangriffs noch einmal Gebäudeschäden durch die Explosion einer Luftmine.[187]

Ob nach dem Pogrom noch Gottesdienste in Privaträumen der verbleibenden Jüdinnen und Juden stattfanden, lässt sich nicht genau belegen.[188] Durch die den Pogromen folgenden Verordnungen, insbesondere das Verbot zur Führung eigener Geschäfte und Praxen, verloren mehrere der in Pfungstadt lebenden Verfolgten auf einen Schlag ihre ohnehin durch die rückläufige Kundschaft und die massiven Zerstörungen stark eingeschränkten Geschäftsmöglichkeiten. Der Pfungstädter Bürgermeister Riehl berichtete Ende Januar 1939, dass alle als „jüdisch" betrachteten Gewerbebetriebe abgemeldet seien. Lediglich Golda Lerer – die Familienmitglieder seien polnische Staatsangehörige – verkaufe noch verbliebene Lagerbestände, allerdings nicht mehr in ihrem zerstörten Ladengeschäft, sondern in ihrer Wohnung.[189]

Bis Ende 1939 sank die Zahl der noch in Pfungstadt lebenden Jüdinnen und Juden auf 20. Hierfür waren vor allem die Wegzüge in größere Städte und ab Mitte der 1930er Jahre verstärkt auch ins Ausland – so in die USA, nach Uruguay, England, Frankreich und Palästina – maßgeblich.[190] Die letzten sechs jüdischen Pfungstädter – die Ehepaare Ludwig und Toni Horn, Abraham und Lina Meyer, Jettchen Strauß und der letzte Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Leopold Rothschild –, denen die Auswanderung gelang, verließen den Ort im Februar 1941 nach Uruguay.[191]

Im November 1941 wurden die meisten der verbliebenen Verfolgten in den zu „Judenhäusern" deklarierten Gebäuden in der Mittelgasse 1 und Borngasse 12 konzentriert, während die Enteignung ihres Besitzes vorangetrieben wurde. Nach dem Beginn der systematischen Deportationen aus dem Deutschen Reich wurden im März 1942 Agathe und Else Levi, Jenny Jeidel, Mina, Jenny, David, Bertha, Alfred, Benno, Lotte (Johanna) und Mathel Rothschild über Darmstadt ins Ghetto Piaski deportiert, wo sich ihre Spur verliert. Beim Abtransport aus Pfungstadt kam es vor dem Rathaus noch zu Misshandlungen und Beschimpfungen. Ende September 1942 wurden schließlich die letzten Pfungstädter Jüdinnen und Juden deportiert. Ins Ghetto Theresienstadt kamen Jakobine Rothschild, die dort 1943 starb, Julius (Jonas) und Rosa Blum, die verwitwete Binchen Stern und deren Schwiegermutter Therese Maier, die dann 1944 nach Auschwitz weiterdeportiert und dort ermordet wurden. Golda Lerer und ihr

Sohn Paul Martin wurden am 30. September 1942 vermutlich ins Vernichtungslager Treblinka deportiert. Ihr Mann Schil Lerer war bereits während der sogenannten „Polen-Aktion“ festgenommen und im Herbst 1939 im Konzentrationslager Buchenwald interniert worden. Er wurde 1942 im Rahmen der „Aktion 14f13“ in der Tötungsanstalt Bernburg ermordet.[192]

Ende 1942 lebte nur noch Nelly Troll im Ort, die 1940 nach Pfungstadt gekommen und durch ihren katholischen Ehemann Johann Christian Troll zunächst vor Deportation geschützt war. Sie wurde im Februar 1945 ebenfalls nach Theresienstadt deportiert, kehrte aber im Sommer 1945 nach Pfungstadt zurück.[193]

Auch die jüdischen Eschollbrücker sahen sich dem nationalsozialistischen Verfolgungsdruck ausgesetzt: Die Familie von Hermann Landsberg meldete sich 1936 nach Frankfurt am Main ab. Auch mehrere Mitglieder der Familie Lorch gingen zunächst ins westeuropäische Ausland, wo sie von Krieg und Verfolgung eingeholt wurden.[194] Alice und ihrem katholischen Ehemann, dem Trapezkünstler Hans Danner, gelang es, im Zirkus Althoff vor der Gestapo unterzutauchen. Egon Lorch war nach Shanghai emigriert und kehrte nach dem Krieg nach Eschollbrücken zurück.[195]

Insgesamt kamen 63 Verfolgte, die in Pfungstadt, und 14, die in Eschollbrücken – teils auch nur zeitweise – gelebt hatten, in der Schoa um.[196] Seit 2011 beziehungsweise 2013 erinnern Stolpersteine in beiden Orten an die Schicksale der Verfolgten.[197]

Von der Schoa zum Erinnerungsort Synagoge

Nach 1945 kehrten lediglich Nelly Troll und Max Wolf, der mit falschen Papieren als Wehrmachtssoldat den Zweiten Weltkrieg überstanden hatte, zeitweise nach Pfungstadt zurück. Wolf war von 1946 bis zu seiner Auswanderung 1949 Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Darmstadt.[198] Auch einige der überlebenden Mitglieder der Zirkusunternehmerfamilie Lorch kamen nach Kriegsende wieder dauerhaft nach Eschollbrücken zurück, wo sie ihr Zirkuswinterquartier wiedererrichteten.[199] Viele der emigrierten ehemaligen Pfungstädter Jüdinnen und Juden hatten sich inzwischen in ihren Fluchtorten eingerichtet. Die Emigrierten sowie deren Verwandte bemühten sich jedoch auch um Entschädigungszahlungen für materielle Verluste und erlittenes Unrecht.[200] Anfragen der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) über die ehemals im Ort lebenden und dort verfolgten Jüdinnen und Juden riefen deren Namen zumindest kurzzeitig wieder in Erinnerung.[201] Zugleich tauchte auch ein Zeugnis für die Geschichte der Verfolgung wieder auf: Der frühere Stadtbaumeister Friedrich Köble übergab nach dem Krieg eine Torarolle der Bürgermeisterei, die er angeblich aus der Modau geborgen habe, also vermutlich während des Pogroms von 1938. Köbles genaues Motiv lässt sich nicht rekonstruieren. Wohl in den 1960er Jahren überreichte SPD-Bürgermeister Heinrich Gunkel die Rolle an Julius (Julio) Mannheimer, der Pfungstadt mehrfach besuchte und sie nach Bat Jam in Israel gebracht haben soll.[202]

Das Gebäude der ehemaligen Synagoge wurde zunächst weiterhin als Lagerraum genutzt. Wohl erst um 1960 wurden im Obergeschoss zwei kleine Wohnungen eingerichtet, die über die ehemalige Treppe zur Frauenempore erreichbar waren. Als erste Mieter zogen italienische Gastarbeiter ein.[203] Das Ehepaar Katharina und Heinrich May (II), das den Gebäudekomplex 1939 gekauft hatte, hatte sich am 23. November 1951 mit der JRSO auf eine nachträgliche Ausgleichszahlung von 10.000 DM geeinigt und war so im Besitz des Grundstücks geblieben.[204]

1986 kritisierte der Archivar Jürgen Rainer Wolf den Zustand der Pfungstädter Synagoge und schlug vor, den im Zentrum Pfungstadts gelegenen Bau einer „öffentliche[n] kulturelle[n] Nutzung, vielleicht auch in Form eines Gedenkraumes an die ehemaligen Mitbürger“ zuzuführen.[205] Im Jahr 1992 erwarb die Stadt Pfungstadt das ehemalige Anwesen der jüdischen Gemeinde. 1999 zog das Stadtarchiv in das restaurierte jüdische Gemeindehaus ein und realisiert seitdem das Nutzungskonzept als Ort der Erinnerung an die Geschichte Pfungstadts. Die sanierte ehemalige Synagoge wurde in einer Feierstunde am 31. Mai 2001 der Öffentlichkeit übergeben. Im Vordergrund der Wiederherstellung stand die Bedeutung des Bauwerks als Erinnerungsstätte, die Raum geben soll für verschiedene kulturelle Veranstaltungen, Führungen und Besichtigungen. Unter dieser Prämisse erfolgte die Sanierung nach verschiedenen Gesichtspunkten: Der vorhandene Bestand sollte erfasst und die noch vorhandenen originalen Bauteile wie das Spiegelgewölbe und das Dachwerk sollten gesichert werden, Spuren der zweckentfremdenden Nutzung nach dem November 1938 sichtbar bleiben. Fehlende Bauteile sollten mit erkennbar neuen Elementen ergänzt werden, um den einstigen Raumeindruck wiederherzustellen. Dazu gehören die in den Vorraum verlegte moderne Treppe, die als Trennwand zwischen Vorraum und ehemaligem Betsaal eingesetzten spiegelnden Glasflächen sowie die den Raum zerteilenden, weiß gefassten Querbalken in Höhe des Emporenfußbodens – letztere Relikte der nach 1938 eingezogenen Zwischendecke. Diese Elemente verunklären den Raum und wirken absichtlich irritierend auf heutige Besucher. Außerdem mussten die Anforderungen der modernen Haustechnik Berücksichtigung finden. Das Ergebnis stellte nicht alle zufrieden, denn Thea Altaras hätte sich einen stärke-

ren Rückbau und behutsameren Umgang mit der historischen Substanz gewünscht.[206] Den Beteiligten war es jedoch wichtig, das Gebäude mit all seinen Verletzungen und Veränderungen zu zeigen und damit die Geschichte erfahrbar zu machen.

Anhand einer im einstigen Synagogenvorraum angebrachten farbigen Tafel mit der rekonstruierenden Zentralperspektive des Gebäudes lässt sich jedoch der ursprüngliche Raumeindruck mit seinen Besonderheiten erfassen.[207] Unter dem gemeinsamen weit gespannten Dach entfaltet sich eine kleine dreischiffige Emporenhalle. Den mittleren Hauptraum bedeckt ein Spiegelgewölbe aus Holz, das vollständig in die Dachkonstruktion eingebunden ist. Das Gewölbe ruht auf zwei übereinander angeordneten Säulenstellungen, die die seitlichen Emporen vom Hauptraum trennen. Im Erdgeschoss tragen hier je zwei Holzsäulen toskanischer Ordnung einen Architrav, der oben mit einem schmalen Fries und Gesims abschließt. Darüber grenzen Emporenstützen auf jeder Seite über einer Brüstung querrechteckige Öffnungen zum Hauptsaal aus. Die auch über dem Vorraum verlaufenden Emporen besitzen oben eine eigene flache Decke. Zur Eingangsseite lastet das Gewölbe auf den Stützen und auf der darunterliegenden Trennwand zum Vorraum. Die vier Holzsäulen im Erdgeschoss, Teile der Decke über den Emporen und einige farbig gefasste Emporenfüllungen gehören zu den wenigen Originalstücken, die sich noch im Innenraum fanden. In seinen wesentlichen konstruktiven Bestandteilen hat sich vor allem das Dachwerk erhalten, das mit gebogenen Sparren oder Bohlen sowie dem Schwertergebinde auf das raumbeherrschende Spiegelgewölbe zugeschnitten ist. Auch dessen Konstruktion sowie die Fassung von 1922 konnten die Restauratoren sichern und vorsichtig ausbessern. Wie ein riesiger Stoff spannt sich hier ein leuchtend ultramarinblauer Himmel mit regelmäßig angeordneten goldenen Sternen über dem Hauptraum. Den Gewölbefuß umzieht ein in verschiedenen Braun-, Ocker- und Blautönen als Schablonenmalerei aufgetragener Fries, der gleichzeitig das Kranzgesims und damit den oberen Abschluss des Betsaals bildet. Für die Sanierung des Ensembles wurde die Stadt Pfungstadt im Jahr 2002 mit dem Hessischen Denkmalschutzpreis ausgezeichnet. 2001, im Jahr der Einweihung der restaurierten Synagoge, gründete sich zudem der Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Pfungstadt e. V., der sich insbesondere mit der Geschichte des Gebäudes sowie der Jüdinnen und Juden in der Stadt auseinandersetzt.[208]

Rahel Blum / Daniel Ristau / Cornelia Berger-Dittscheid

Abb. 14: Pfungstadt, Tafelbild in Zentralperspektive, Rekonstruktion des Innenraums vor Verwüstung und Zerstörung im November 1938, Blick zum Toraschrein, Zeichnung: Georg Zastrau 2001. Landesamt für Denkmalpflege Hessen.

Abb. 15: Pfungstadt, ehemalige Synagoge, Innenraum zur Eingangsseite, nach der Sanierung von 2001, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Renate Dreesen, Sabine Gabriel, Stephanie Goethals und Nathanja Hüttenmeister.

Pfungstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/90

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Pfungstadt

1560	1 Haushalt
1571	1 Haushalt
1627	2 Haushalte
um 1700	4 Haushalte
1754	10 Hausväter
1770	12 Personen
1829	122 Personen
1861	234 Personen
1864	215 Personen
1871	236 Personen
1885	254 Personen
1887	233 Personen
1897	201 Personen
1901	113 Personen
1905	131 Personen
1910	91 Personen
1925	77 Personen
1933	70 Personen
1935	59 Personen
1936	41 Personen
Anfang November 1938	37 Personen
1939	21 Personen
1943	1 Person
März 1945	0 Personen

Zahlen nach: HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 2, 3 (1560); Wolf, Juden in Pfungstadt, S. 42, 45 (1571, 1700); Battenberg, 150 Jahre, S. 78 (1627); HStAD, C 1 B, Nr. 77, S. 18 (1754); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 252 (1770, 1900, 1910); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 217 (1829); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 3 (1864), S. 207 (für 1861); 7 (1867), S. 203 (für 1864); 14 (1875), S. 74 (für 1871); 19 (1879), S. 60 (für 1875); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 2 (1887), S. 27; 12 (1897), S. 95; 15 (1901), S. 124; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 26, 28, 56 (1910, 1933, 1935, 1936, 1938, 1939, 1943, März 1945); Ruppin, Juden im Großherzogtum, S. 71 (1905).

Eschollbrücken

1619	1 Haushalt
1697	1 Haushalt
1754	3 Haushalte
um 1800	2 Haushalte
1829	13 Personen
1861	7 Personen
1867	0 Personen
1871	5 Personen
1880	17 Personen
1895	10 Personen

1900	14 Personen
1905	6 Personen
1913	3 Personen
1924	11 Personen
April 1945	0 Personen

Zahlen nach: HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5 (1619); Wolf, Juden in Pfungstadt, S. 46 (1697); HStAD, C 1 B, Nr. 77 (1754); HStAD, G 17, Nr. 6 (um 1800); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 70 (1829); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 3 (1864), S. 207 (für 1861); 11 (1870), S. 27 (für 1867); 14 (1875), S. 74 (für 1871); 24 (1884), 2, S. 118, (für 1880); Ruppin, Juden im Großherzogtum, S. 71 (1895, 1900, 1905); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 21 (1913), S. 187; (1924/1925), S. 133 (für 1924); [Goethals], Familien in Pfungstadt, S. 301–303 (April 1943).

Hahn

1579	1 Haushalt
1703	1 Haushalt
um 1756	2 Hausväter, 1 Witwe
1807	1 Haushalt
1829	10 Personen
1861	26 Personen
1864	14 Personen
1871	11 Personen
1875	9 Personen
1885	6 Personen
1895	7 Personen
1905	5 Personen
1913	7 Personen
1924	4 Personen
1937	2 Personen
1938	0 Personen

Zahlen nach: Wolf, Juden in Pfungstadt, S. 42 (1579); HStAD, C 2 Nr. 50/5 (1703); CJA, 1 A Da2, Nr. 36 (etwa 1756); HStAD, G 17, Nr. 6 (1807); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 96 (1829); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 3 (1864), S. 207 (für 1861); 7 (1867), S. 203 (für 1864); 14 (1875), S. 74 (für 1871); 19 (1879), S. 60 (für 1875); 34 (1890), 2, S. 82 (für 1885); Ruppin, Juden im Großherzogtum, S. 71 (1895, 1905); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 21 (1913), S. 187; (1924/1925), S. 133 (für 1924); [Goethals], Familien in Pfungstadt, S. 300 (1937, 1938).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Pfungstadt e. V. (Hrsg.), Briefe aus den Lagern. Briefe der Brüder Arthur und Rudi Lorch aus Gurs, Noé und anderen Lagern in Südfrankreich, Pfungstadt 2014.

Battenberg, J. Friedrich, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion (1480–1630), in: Battenberg/Magistrat der Stadt Pfungstadt, Pfungstadt, S. 67–102.

Battenberg, J. Friedrich, Niedergang und Wiederaufstieg (1630–1794), in: Battenberg/Magistrat der Stadt Pfungstadt, Pfungstadt, S. 103–142.

Battenberg, J. Friedrich/Magistrat der Stadt Pfungstadt (Hrsg.), Pfungstadt. Vom fränkischen Mühlendorf zur modernen Stadt, Pfungstadt 1985.

Franz, Eckhart G., Gemeinde- und Stadtverwaltung unter Großherzögen, Volksstaat und Reichsstatthalter (1794–1945), in: Battenberg/Magistrat der Stadt Pfungstadt, Pfungstadt, S. 143–178.

Goethals, Stephanie, „… ich habe alles getan, was mich retten konnte …“. Die Geschichte von Max Wolf, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 222–232.

Goethals, Stephanie, Ausgrenzung, Verfolgung und Deportation. Die schrittweise Auslöschung des jüdischen Lebens in Pfungstadt in den Jahren von 1933 bis 1945, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 25–190.

[Goethals, Stephanie], Die Familien in Pfungstadt, Hahn und Eschollbrücken (Überblick), in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 293–303.

Goethals, Stephanie/Wolfgang Roth, Verborgene Helfer und Pfungstadt und Eschollbrücken, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 282–292.

Heinrich, Manfred, Jüdische Sportler in Pfungstädter Vereinen, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 9–24.

Jeserigk, Carsten/Angela Jobs, Liddy und Rudolf Lorch, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 276–281.

Kingreen, Monica, Die Opfer des Holocaust. Biografische Skizzen, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, Pfungstadt 2007, S. 191–206.

Lehmann, Falko, Die Wiederherstellung der ehemaligen Synagoge Pfungstadt. Denkmalpflege zwischen Konservierung und Restaurierung, in: Denkmalpflege & Kulturgeschichte 2 (2001), S. 2–6.

Liebig, Valentin, Pfungstadt in alten Ansichten, Zaltbommel 1990.

Liebig, Valentin, Pfungstadt und der Nationalsozialismus. Eine Chronik der Jahre 1918 bis 1945, Pfungstadt 1996.

Liebig, Valentin, Juden in Pfungstadt. Anfang, Aufstieg und Untergang einer jüdischen Gemeinde, [Pfungstadt] 1980.

Merschroth, Hermann, Circus Lorch Eschollbrücken, Eschollbrücken/Eich 1989.

Prior, Ingeborg, Der Clown und die Zirkusreiterin. Eine Liebe in finsterer Zeit, München 1999.

Roth, Wolfgang, Juden in Eschollbrücken, [o. O.] 1982.

Roth, Wolfgang, Die jüdischen Familien Eschollbrückens, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 233–275.

Sommer, Johannes, Von der Borngaßschule zur Mühlbergsiedlung. Die bauliche Entwicklung Pfungstadts 1800 bis 1920, in: Battenberg/Magistrat der Stadt Pfungstadt, Pfungstadt, S. 193–218.

Stadtarchiv Pfungstadt (Hrsg.), Abschied ohne Wiederkehr. Jüdisches Leben in Pfungstadt von 1933 bis 1945, Pfungstadt 2007.
Wegner, Sonja, Von Pfungstadt nach Montevideo. Emigration nach Uruguay, in: Stadtarchiv Pfungstadt, Abschied ohne Wiederkehr, S. 207–221.
Weizmann, Chaim, Trial and Error. The Autobiography of Chaim Weizmann, New York 1949.
Wolf, Jürgen Rainer, Geschichte der Juden in Pfungstadt, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde 44 (1986), S. 41–63.
Wuttge, Hans-Joachim, Geschichte der Pfungstädter Religionsgemeinschaften und Schulen (1794–1945), in: Battenberg/Magistrat der Stadt Pfungstadt, Pfungstadt, S. 261–286

Archivalien

Center for Jewish Art, Tel Aviv
– Gross Family Collection
Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP)
– D-Da3: Nr. 6b
– D-Lj 4: Nr. 78
– GA Pfungstadt: Nr. S341/3
– JRSO-Hes: Nr. 034; 420
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 1245: Nr. 78
– 474/3: Nr. 724
– 484: Nr. 189
– 503: Nr. 7380
– 519/3: Nr. 16498
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 2: Nr. 22/1; 50/5
– C 12: Nr. 54/1; 54/2; 54/3; 54/4; 86/1; 86/2; 86/3;
– Nr. 151/1, 151/2; 151/3
– E 3 A: Nr. 3/1
– E 9: Nr. 1958
– G 12 B: Nr. 23/16
– G 17: Nr. 6
– G 28 Darmstadt: Nr. R 572; R 573; R 1000; R 1001; R 1254; R 1271; R 1325; R 1328; R 1357; R 1358; R 1359; R 1361
– H 13 Darmstadt: Nr. 906
– H 23: Nr. 605
– O 61 Mueller Adolf: Nr. 2; 3; 5
– P 4: Nr. 215
– R 4: Nr. 21801
– R 12 F: Nr. 62
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 916: Nr. 206
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main (ISG)
– H.02.16: Nr. 912-8
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 252
Leo Baeck Institute New York (LBI)
– AR 4351
Stadtarchiv Pfungstadt (StadtA Pfungstadt)
– Abt. 1: Gerichtsbuch 1687–1742
– Brandkataster
– Postkartenslg.
– RS 62: Nr. 7
– XXVI/1: Nr. 539
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Da 2: Nr. 27; 36
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.52: Nr. 1093

Anmerkungen

1 Vgl. Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 1–2; Battenberg, Niedergang und Wiederaufstieg, S. 110. Baruch, Sohn des Wolf, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11565, letzter Zugriff 8. April 2024.
2 Battenberg, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion, S. 70.
3 Battenberg, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion, S. 67.
4 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 2; Nr. 3.
5 HStAD, C 2, Nr. 22/1; Wolf, Geschichte der Juden, S. 42.
6 Wolf, Geschichte der Juden, S. 42.
7 Wolf, Geschichte der Juden, S. 42. HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5; Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 38.
8 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5.
9 Wolf, Geschichte der Juden, S. 43; HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5; Battenberg, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion, S. 80.
10 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5. Zu Simon von Zwingenberg vgl. auch Battenberg, Juden zwischen den Fronten, S. 252.
11 Battenberg, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion, S. 104; Wolf, Geschichte der Juden, S. 43.
12 Wolf, Geschichte der Juden, S. 44.
13 Max, Freudenthal, Leipziger Messgäste, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 45 (1901), Nr. 5, S. 460–509, hier S. 496.
14 Für das Jahr 1685 ist erstmals in Wolfs eigenen Akten eine Schutzgeldzahlung überliefert. CAHJP, GA-Pfungstadt-S341/3.
15 Über Wolf Pfungstadts Herkunft ist nichts bekannt. Sein privates Geschäftsbuch ist erhalten geblieben. Auf über 400 handschriftlichen Seiten, zumeist auf Hebräisch und Jiddisch abgefasst, enthält es neben geschäftlichen Notizen und Belegen zu Schutzgeldzahlungen auch private Ausgabenlisten, etwa für Bestattungen in Alsbach, außerdem Briefe an Freunde und Familienmitglieder, die hier exemplarisch ausgewertet wurden. CAHJP, GA-Pfungstadt-S341/3.
16 CAHJP-GA Pfungstadt-S341/3.
17 CAHJP-GA Pfungstadt-S341/3, lt. Inhaltsverzeichnis, nicht alle Ortsnamen sind lesbar.
18 Lt. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 625, insgesamt 21 Kinder. CAHJP, GA-Pfungstadt-S341/3.
19 CAHJP, GA-Pfungstadt-S341/3, schildert die Ehebedingungen und Verpflichtungen Wolfs gegenüber seinem Sohn Lasse und dessen Braut Vögele, der Tochter von Simle bar Me'ir in Ober-Roden. Wolf selbst war dreimal verheiratet. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 625.
20 Wolf, Geschichte der Juden, S. 45.
21 Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 102.
22 Vgl. zu diesem Vorgang Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 624–628.
23 Übersetzung nach jiddischer Wiedergabe des Textes bei Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 625.
24 Transkription des Verwilligungsbriefes von 1695 nach Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 92. 1697 wurden dessen Inhalte in die „Neuverkündung der Judenordnung von 1629“ eingefügt

(Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 95). Dabei wurde festgehalten, dass man „nirgends neue Synagogen“ errichten dürfe, was auch entsprechende Bestrebungen jüdischerseits hinweist.

25 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 625. Ob Wolf Pfungstadt den Rabbiner Michel nach Pfungstadt holte, der dann erster Rabbiner in Darmstadt wurde, kann nicht abschließend geklärt werden.

26 Notiz zum Hauskauf von Wolf Pfungstadt vom 18. Januar 1687, StadtA Pfungstadt, Abt. 1, Gerichtsbuch 1687-1742, S. 186. Vgl. Wolf, Geschichte der Juden, S. 45.

27 Vgl. Wolf, Geschichte der Juden, S. 45; Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 13.

28 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 679.

29 Vgl. Wolf, Geschichte der Juden, S. 47, nach Einträgen im Pfungstädter Gerichtsbuch.

30 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 625.

31 Neben Wolf so Lazarus, Jakob und Benedikt, vermutlich Söhne Wolfs mit eigenem Haushalt. Wolf, Geschichte der Juden, S. 45.

32 HStAD, P 4, Nr. 215, Brouillon der Flur 1, Abt. A (Flurstück 39 an der Borngasse). StadtA Pfungstadt, Brandkataster; Pfungstadt, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/90, letzter Zugriff 8. April 2025; Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 14; Wolf, Geschichte der Juden, S. 52.

33 HHStAW, 1245, Nr. 78; Liebig, Valentin, Vortrag bei der Einweihung des Kulturhauses ehemalige Synagoge am 31. Mai 2001, [Pfungstadt] 2001.

34 HStAD, H 23, Nr. 605, Haus-Nr. 163 (alt), 39/40 (neu). Vgl. Wolf, Geschichte der Juden, S. 47, Besitz im 18. Jahrhundert nach Einträgen im Pfungstädter Gerichtsbuch. Vgl. Pfungstadt, Borngasse 9, in: Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/15638, letzter Zugriff 9. April 2025.

35 Übersetzung nach jiddischer Wiedergabe des Textes bei Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 625.

36 Ich danke Nathanja Hüttenmeister, Steinheim Institut, für die gemeinsame Diskussion zu Wolfs Grabinschrift. Das Fehlen einer Erwähnung des Betraums könnte demnach damit begründet sein, dass es für die Einrichtung solcher Räume schlicht keine klassischen Formeln gab, die man in Eulogien hätte kopieren können.

37 Scheinle, Ehefrau des Hirz, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11007, letzter Zugriff 30. März 2025.

38 Wolf, Geschichte der Juden, S. 48.

39 CJA, 1 A Da2, Nr. 36.

40 Wolf, Geschichte der Juden, S. 48.

41 Battenberg, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion, S. 110–111.

42 Vgl. zum Beispiel HStAD, E 9, Nr. 1958.

43 Battenberg, 150 Jahre wirtschaftliche Expansion, S. 110–112; Wolf, Geschichte der Juden, S. 47.

44 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 252.

45 CJA, 1 A Da 2, Nr. 27.

46 Heinemann/Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach, S. 101. Genannt werden Aaron Abraham, Abraham, Feis und Löw Loser, Feis Wolf, Liebmann Wolf, Löw (vermutlich ben Isaak), Loser ben Wolf und Wolf Pfungstadt. Aus Eschollbrücken werden Löw, Liebmann und Hirsch aufgelistet, aus Hahn Mordechai.

47 Ruppin, Die Juden im Großherzogtum Hessen, S. 126.

48 HStAD, G 17, Nr. 6.

49 Wolf, Geschichte der Juden, S. 53.

50 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 191. Zur personellen Entwicklung der jüdischen Gemeinde siehe auch die ab den 1820er Jahren vorliegenden jüdischen Personenstandsregister. HStAD, C 12, Nr. 151/1, Nr. 151/2; Nr. 151/3.

51 Wolf, Geschichte der Juden, S. 53.

52 Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 4–6. 1867 suchte Lazarus Isaac aus Pfungstadt um Gestattung zum Betrieb einer Schenk- und Speisewirtschaft in der Frankfurter Judengasse nach. ISG, H.02.16, Nr. 912-8.

53 Vgl. Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 11, mit Ausschnitt aus dem Brandkataster von 1812. Als Flur-Nr. ist 213 ½ angegeben; im Jahr 1820 wird diese durch die Nr. 259 ergänzt.

54 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 191.

55 Vgl. Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 12.

56 HStAD, P 4, Nr. 215.

57 Vgl. Lehmann, Die Wiederherstellung, S. 3. Der Gebäudekomplex steht heute unter Denkmalschutz. Vgl. Pfungstadt, Hillgasse 8A, in: Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/15649, letzter Zugriff 9. April 2025.

58 StadtA Pfungstadt, XXVI/1, Nr. 539.

59 Vgl. Lehmann, Die Wiederherstellung, S. 6.

60 Der Israelit, Nr. 37, 14. September 1922, S. 7.

61 Maße nach CAHJP, JRSO-Hes-034, Anlage 1A.

62 Ermittelt auf Grundlage von: StadtA Pfungstadt, XXVI/1, Nr. 539; CAHJP, JRSO-Hes-034.

63 StadtA Pfungstadt, XXVI/1, Nr. 539.

64 StadtA Pfungstadt, XXVI/1, Nr. 539. Die farbige Verglasung und die 40 Emporenplätze für die Frauen sind erwähnt in CAHJP, JRSO-Hes-034.

65 Der Israelit, Nr. 37, 14. September 1922, S. 7.

66 HStAD, P 4, Nr. 215.

67 Der Israelit, Nr. 15, 21. Februar 1895, S. 279; CAHJP, JRSO-Hes-034. Karoline Krämer, die laut Sterbeurkunde in Höchst als Tochter des Viehhändlers Feist Krämer und der Knändel Arnstein geboren wurde, starb im Januar 1894 ledig mit 66 Jahren. HStAM, 916, Nr. 206 (1894/Nr. 6).

68 CAHJP, JRSO-Hes-034: Die Situation ist auf dem Katasterplan des 20. Jahrhunderts wiedergegeben. Das im Brandkataster eingetragene Datum 1895 gilt als Erbauungsdatum für die Mikwe. Auch die Daten 1905/06 werden genannt. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 293–295, mit ausführlicher Beschreibung der Befundsituation, Altaras datiert das erhaltene Tauchbecken in die 1920er Jahre.

69 CAHJP, JRSO-Hes-034.

70 Wolf, Geschichte der Juden, S. 53.

71 Vorsteher- oder Vorstandsämter versahen ab der Mitte des 19. Jahrhunderts Lazarus Löb (erw. 1865), Lazarus Jeidel (erw. 1871), Joseph Jeidel, Jonas Wolff (I) und Max Herz (erw. 1882), Jonas Mainzer (erw. 1887) und Lazarus Jeidel (II) (erw. 1897). Wuttke, Pfungstädter Religionsgemeinschaften, S. 284; Der Israelit, Nr. 11–12, 15. März 1865, S. 158; Nr. 51, 20. Dezember 1882, S. 1276; Nr. 26, 31. März 1887, S. 478; Nr. 30, 18. April 1887, S. 539; Nr. 10, 4. Februar 1897, S. 181.

72 Wuttge, Geschichte der Pfungstädter Religionsgemeinschaften, S. 285.

73 Esriel Hildesheimer, Noch einmal über die Jeschiba-Angelegenheit (Fortsetzung), in: Der Israelit, Nr. 20, 16. Mai 1866, S. 347–349, hier S. 349.

74 Der Israelit, Nr. 45, 7. November 1866, S. 735–739; Der Israelit, Nr. 17, 25. April 1866, S. 297; Der Israelit, Nr. 46, 14. November 1866, S. 751–752, 756. Löb emigrierte in den Folgejahren nach New York, wo er eine kleine deutsch-orthodoxe jüdische Gemeinde (‚Reb Löb Schul‘) gründete. Der Israelit, Nr. 8, 27. Januar 1890, S. 130; Nr. 35, 27. August 1908, S. 9.

75 Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt, Nr. 19, 30. Juni 1845, S. 174; Nr. 2, 12. Januar 1847, S. 24; Nr. 25, 23. Mai 1850, S. 237.

76 Wuttge, Geschichte der Pfungstädter Religionsgemeinschaften, S. 284–285. Beide Ordnungen sind abgedruckt in Liebig, Juden in Pfungstadt, Anlagen 5 und 6.

77 Der Israelit, Nr. 1, 4. Januar 1892, S. 13.
78 Stellenausschreibungen des Vorstands der jüdischen Gemeinde finden sich u. a. in: Der Israelit, Nr. 32, 9. August 1865, S. 452; Nr. 37, 13. September 1876, S. 880; Nr. 51, 20. Dezember 1882, S. 1276; Nr. 73, 13. September 1894, S. 1372; Nr. 10, 4. Februar 1897, S. 181; Nr. 48, 16, Juni 1897, S. 939; Nr. 8, 27. Januar 1898, S 150; Nr. 82, 17. Oktober 1904, S. 1743; Nr. 42, 17. Oktober 1907, S. 15.
79 Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 5; CAHJP, D-Da3-6b. Als Schächter genannt ist 1867 Heimann Gernsheimer. Im Winter 1897/98 findet sich nochmals der Name Gernsheimer als *Schochet* und Kantor in Pfungstadt. Der Israelit, Nr. 55, 14. Juli 1898, S. 1014
80 Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 52–53.
81 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, Bd. 2, 1887, S. 27. Fleischmann wirkte vor seinem Tode 1926 zuletzt als *Chasan* der Synagoge Rykestraße in Berlin. Der Israelit, Nr. 52, 23. Dezember 1926, S. 8. Erwähnt ist für 1887 Samuel Eisenmann als Lehrer, der im Hauptberuf allerdings am Israelitischen Lehr- und Erziehungsinstitut unterrichtete. Denkbar ist, dass hier ein Fehler bei der Zuordnung vorliegt.
82 Der Israelit, Nr. 26, 31. März 1887, S. 478; Nr. 30, 18. April 1887, S. 539. 1889 war ein Lehrer Lebermann, vermutlich Jacob Lebermann, als Lehrer für die jüdische Gemeinde tätig. Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, Bd. 2, 1887, S. 27; Bd. 4, 1889, S. 53.
83 Weigersheimer starb 1925 in Schweinfurt und erhielt einen Nachruf. Der Israelit, Nr., 52, 24. Dezember 1925, S. 13.
84 Ruppin, Die Juden im Großherzogtum Hessen, S. 99; Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 8.
85 Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (1924/25), S. 133; Der Israelit, Nr. 2, 10. Januar 1924, S. 6; Der Israelit, Nr. 42, 21. Oktober 1927, S. 8. Interimsweise wirkte Zuckermann 1928 auch als Kantor und Bal Kore des Israelitischen Männerheims in Bad Nauheim. Der Israelit, Nr. 24, 14. Juni 1828, S. 10.
86 Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 53; Der Israelit, Nr. 22, 26. Mai 1868, S. 411; Ruppin, Die Juden im Großherzogtum Hessen, S. 123, 126. Ruppin nennt für 1905 ebenfalls vier Vereine: den 1800 gegründeten Kranken- und Brautausstattungsverein mit 40, einen 1863 gegründeter Unterstützungsverein mit 25, den „Leichenbestattungsverein“, gegründet 1873, mit 22 und einen Frauenverein für Unterstützungen, mutmaßlich gegründet 1895, mit 16 Mitgliedern. Offenbar gehörten der Pfungstädter *Chevra kadisha* zunächst auch die Alsbacher *Chevra* an, die sich 1871 abspaltete. Der Israelit, Nr. 50, 10. Dezember 1931, S. 9.
87 CAHJP, JRSO-Hes-034.
88 Chewra Kadischa, Gemil. Chaß, Bikur Cholim, B'nei B'rith und Hachnaßath Kallah. Statistisches Jahrbuch der deutschen Juden 17 (1905), S. 182.
89 Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (1924/25), S. 133. Weitere Vorsteher der Beerdigungsbruderschaft waren für 12 Jahre Löb Blum und – genannt für 1932 – Julius Levi. Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 25, 168.
90 Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 28. November 1913, zit. nach Pfungstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/pfungstadt_synagoge.htm, letzter Zugriff 9. April 2025.
91 Verein Esra (Hrsg.), 1884 – Esra – 1909. Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum des „Esra“ Verein zur Unterstützung ackerbautreibender Juden in Palästina und Syrien nebst Bericht für die Jahre 1906, 1907, 1908 und 1909, Wittenberg 1909, S. 52.
92 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 59, 82, 137.
93 Der Israelit, Nr. 43, 14. Oktober 1915, S. 6.
94 Der Israelit, Nr. 20, 18. Mai 1870, S. 381.
95 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 166.
96 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 134, 148.
97 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 82, 84.
98 So etwa ausgewiesen im Verzeichnis über die 1832 gestatten Umlagen für die jüdischen Gemeinden des Kreises. Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt, Nr. 53, 29. Juni 1832, S. 159. Zur Geschichte der Juden Eschollbrückens siehe auch Roth, Die jüdischen Familien.
99 HStAD, C 2, Nr. 50/5.
100 Wolf, Geschichte der Juden, S. 46.
101 Abbildung des Bechers und aller Inschriften in: Center for Jewish Art, Tel Aviv, Gross Family Collection, cja.huji.ac.il/gross/browser.php?mode=set&id=35775, letzter Zugriff 30. März 2025.
102 CJA, 1 A Da2, Nr. 36. Die Akte enthält verschiedene Eintragungen zu Hahn. Verwandtschaftsverhältnisse zu den Pfungstädter jüdischen Familien sind wahrscheinlich.
103 HStAD, G 17, Nr. 6.
104 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 7; Wolf, Geschichte der Juden, S. 44, 46.
105 Wolf, Geschichte der Juden, S. 46.
106 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 7; HStAD, E 3 A, Nr. 3/1.
107 Wolf, Geschichte der Juden, S. 49.
108 Moses wurde offenbar immer wieder auch als Isaak Moses bezeichnet.
109 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 9.
110 Er starb 1787. Löw, Jeidel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/10921, letzter Zugriff 8. April 2025.
111 CJA, 1 A Da2, Nr. 36.
112 CAHJP, D-Lj 4-78; Wolf, Geschichte der Juden, S. 50–51.
113 Siehe dazu die Personenstandsregister für beide Orte: HStAD, C 12, Nr. 54/1; Nr. 54/2; Nr. 54/3; Nr. 54/4; Nr. 86/1; Nr. 86/2; Nr. 86/3; HHStAW, 484, Nr. 189.
114 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 14.
115 HStAD, C 12, Nr. 54/1.
116 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 18, 20–21, 24, 29.
117 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 15.
118 Merschroth, Circus Lorch, S. 2, 6–7; Lorch, Hirsch, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/12492, letzter Zugriff 8. April 2025.
119 Merschroth, Circus Lorch, S. 16, 28. Zur Neugründung vgl. HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 572; Nr. R 573.
120 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 25–27, 29, 35–36, 53–54. Die Gedenkanlage auf dem Friedhof in Eschollbrücken erwähnt Joseph Wolf, vgl. www.denkmalprojekt.org/2017/eschollbruecken-stadt-pfungstadt_lk-darmstadt-dieburg_wk1_wk2_hs.html, letzter Zugriff 8. April 2025. Zu den Auszeichnungen Joseph Wolfs siehe Israelitisches Familienblatt, Nr. 25, 22. Juni 1916, S. 3; Nr. 2, 11. Januar 1917, S. 3.
121 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 30–31, 97. 101; HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1000; Nr. R 1254; Nr. R 1357. Hirsch Jeidel starb 1912. Jeidel, Hirsch, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/12603, letzter Zugriff 8. April 2025.
122 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 49; HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1328.
123 HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1359.
124 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 159–160.
125 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 64–70. Rothschild ging 1931 in Konkurs; 1933 wurde sein Anwesen zwangsversteigert. In den 1930er Jahren war er – wie auch sein Sohn Ernst – mehrfach im Gefängnis. 1939 glückte die Ausreise in die USA. HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1358.
126 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 115.

127 HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1361; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 79–81.
128 Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft 9 (1894), S. 152; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 131–132. Zur unternehmerischen Tätigkeit s. u. a. HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1325. Herz spielte mit Nachbarn auch noch nach 1933 regelmäßig Skat.
129 Weitere Mitglieder des Vereins waren die Brüder Erich und Wilhelm Kaatz, Simon Wolff, die Zwillinge David und Ludwig Rothschild, Walter Herz und Julius Jeidel.
130 Wolf, Geschichte der Juden, S. 56; Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 7.
131 Wolf, Geschichte der Juden, S. 56–57. Sein Name ist auch auf einer Tafel der Gefallenengedenkanlage auf dem Pfungstädter Friedhof aufgeführt.
132 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 59, 79, 98, 122, 159–160; Heinrich, Jüdische Sportler, S. 12.
133 CAHJP, JRSO-Hes-034 (Grundrissskizze/Bestuhlungsplan).
134 Der Israelit, Nr. 37, 14. September 1922, S. 7.
135 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 74, 76–77.
136 Wolf, Geschichte der Juden. S. 55–56; Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 5, 7. Durch die Schließung des Instituts 1905 ging die Zahl der Jüdinnen und Juden in Pfungstadt deutlich zurück, von 174 (1900) auf 91 (1910).
137 Bodenheimer wird explizit als Begründer der Anstalt genannt, war aber nur einer der Beteiligten. Isaak Wolf unterstützte das Institut durch Zeichnung von Aktien im Nennwert von 1.000 fl. Wolf, Geschichte der Juden, S. 56.
138 AZJ, Nr. 19, 4. Mai 1857, S. 253; Nr. 27, 29. Juni 1857, S. 364–365. Vorwürfe gegen „ultraorthodox[e]“ Bemühungen um ein „jüdisches Winkel-Seminärchen“ u. a. in Der Israelitische Volkslehrer, Nr. 5, Mai 1857, S. 166. Offenbar war auch Anfang der 1860er Jahre die Idee noch nicht gänzlich aufgegeben, dass sich die Einrichtung zu einer Ausbildungsstätte für jüdische Lehrer erweitern ließe. Der Israelit, Nr. 17, 24. April 1862, S. 133–134.
139 Der Israelit, Nr. 13, 22. August 1860, S. 163; David Ephraim Joël, Einladungsschrift zu der am 28., 29. und 30. März d. J. (im Saale des Herrn W. Zeh) stattfindenden öffentlichen Prüfung des israelitischen Lehr- und Erziehungs-Instituts zu Pfungstadt bei Darmstadt, Pfungstadt 1870, S. 5–6.
140 AZJ, Nr. 10, 1. März 1858, S. 132. Vgl. die Schülerverzeichnisse in den öffentlichen Prüfungseinladungen. LBI, AR 4351.
141 Der Israelit, Nr. 13, 26. März 1879, S. 353; Nr. 13, 30. März 1881, S. 303. Der Anteil der Mädchen wie auch der nichtjüdischen Schüler blieb insgesamt niedrig. Vgl. die Auswertung für 1877 in Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 11.
142 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 49, 115, 168.
143 Der Israelit, Nr. 15, 10. April 1867, S. 247–249; Nr. 74, 15. September 1892, S. 1415.
144 David Ephraim Joël, Einladungsschrift zu der am 27., 28. und 29. März d. J. (im Saale des Herrn W. Zeh) stattfindenden öffentlichen Prüfung des israelitischen Lehr- und Erziehungs-Instituts zu Pfungstadt bei Darmstadt, Pfungstadt 1871, S. 4.
145 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 252.
146 LBI, AR 4351.
147 Vgl. Bericht zum 40-jährigen Bestehen des Instituts 1897, in: Der Israelit, Nr. 24, 25. März 1897, S. 450–451.
148 U. a. Allgemeine Zeitschrift des Judentums, Nr. 44, 26. Oktober 1857, S. 607; Allgemeine Zeitschrift des Judentums, Nr. 9, 22. Februar 1858, S. 124. Auch nichtjüdische Lehrer wurden während des Bestehens der Einrichtung gezielt angeworben. S. u. a. Der Israelit, Nr. 51, 22. Dezember 1869, S. 999.
149 Der Israelit, Nr. 41, 9. Oktober 1861, S. 493, 499; Nr. 18, 5. März 1885, S. 295–296.
150 Der Israelit, Nr. 45, 6. November 1867, S. 781; Allgemeine Zeitschrift des Judentums, Nr. 47, 19. November 1867, S. 944.
151 Der Israelit, Nr. 25–26, 30. März 1885, S. 421; Der Israelit, Nr. 38, 14. Mai 1885, S. 640; Der Israelit, Nr. 66, 20. August 1885, S. 1128, Israelitischer Lehrer und Cantor 1 (1903), S. 3; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 13 (1898), S. 105.
152 Weizmann, Trial and Error, zit. nach Wolf, Geschichte der Juden, S. 56.
153 HStAD, R 4, Nr. 21801; Liebig, Pfungstadt in alten Ansichten, Nr. 28.
154 Der Israelit, Nr. 18, 1. Mai 1867, S. 293. Grünebaum war Elementar- und Religionslehrer an der Unterrichtsanstalt der neoorthodoxen Israelitischen Religionsgesellschaft in Mainz und Mitarbeiter der Zeitung. Der Israelit, Nr. 46, 8. Juni 1893, S. 867.
155 Pfungstadt, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/90, letzter Zugriff 8. April 2025.
156 Der Israelit, Nr. 18, 1. Mai 1867, S. 293.
157 David Ephraim Joël, Einladungsschrift zu der am 1., 2. und 3. April d. Js. stattfindenden öffentlichen Prüfung in dem israelitischen Lehr- und Erziehungs-Institut zu Pfungstadt bei Darmstadt, Pfungstadt [1865?], S. 6–7.
158 Der Israelit, Nr. 18, 1. Mai 1867, S. 293. Siehe auch Der Israelit, Nr. 17, 25. April 1866, S. 297; David Ephraim Joël, Einladungsschrift zu der am 19., 20. und 21. März d. J. stattfindenden öffentlichen Prüfung des israelitischen Lehr- und Erziehungs-Institut zu Pfungstadt bei Darmstadt, Pfungstadt [1866], S. 8. Zu weiteren Spenden von Torarollen und Kultusobjekten vgl. u. a. Joël, Einladungsschrift, 1871, S. 10; Der Israelit, Nr. 74, 15. September 1892, S. 1414–1415.
159 Wolf, Geschichte der Juden, S. 56; Der Israelit, Nr. 4, 12. Januar 1893, S. 75. Die Höhere Bürgerschule war bereits 1876 gegründet worden, erhielt aber erst 1896 ein eigenes, repräsentatives Schulhaus in der Fabrikstraße. Sommer, Von der Borngaßschule, S. 211–212.
160 Der Gemeindebote, Nr. 20, 19. Mai 1905, S. 4. Vgl. Wolf, Geschichte der Juden, S. 56. Barnaß starb am 9. September 1905 in Brückenau. Der Israelit, Nr. 38, 22. September 1905, S. 4, daraus das Zitat; Barnass, Daniel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/ 2529, letzter Zugriff 8. April 2025.
161 Pfungstadt, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/90, letzter Zugriff 8. April 2025.
162 Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 11.
163 1932 gewann die NSDAP in Pfungstadt 42,46 Prozent, in Eschollbrücken 53,93 Prozent und in Hahn 57,16 Prozent der Stimmen. Landtagswahlergebnisse des Volksstaats Hessen nach Hessische Parlamentarismusgeschichte, parlamente.hessen.de/statistiken/volksstaat-hessen, letzter Zugriff: 27. März 2025. Zur Geschichte und zum Aufstieg der NSDAP in Pfungstadt vgl. Liebig, Pfungstadt und der Nationalsozialismus; zu Eschollbrücken Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 30–32. Bei den Reichstagswahlen wählten in Eschollbrücken 1928 lediglich 4 von 457 Stimmberechtigten die NSDAP; 1930 waren es bereits 54 von 324.
164 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 25.
165 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 37.
166 HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1271.
167 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 34, 74–77, 143–147.
168 [Goethals], Die Familien in Pfungstadt, S. 300.
169 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 26, 51; Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 38.
170 Goethals/Roth, Verborgene Helfer; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 84.
171 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 26, 100.
172 Der Israelit, Nr. 9, 1. März 1934, S. 12; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 99.

173 Roth, Juden in Eschollbrücken, S. 40–41, 55.
174 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 89–90.
175 CAHJP, JRSO-Hes-420.
176 Pfungstadt, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/90, letzter Zugriff 8. April 2025.
177 CAHJP, JRSO-Hes-034; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 89, 110–112. Rosa Zuckermann kam 1944 im Ghetto Theresienstadt ums Leben.
178 Zit. nach Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 90.
179 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 25, 90, 94.
180 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 86, 89.
181 Vgl. HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1001.
182 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 86–91, 138, 154, 170–171, 182. Blums schickten ihre Tochter Gerda 1939 mit einem Kindertransport nach England.
183 HHStAW, 474/3, Nr. 724; 519/3, Nr. 16498.
184 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 27, 91–92, 97, 101, 124–125. Egon Lorch aus Eschollbrücken wurde bereits seit Anfang Oktober in Buchenwald festgehalten.
185 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 138; Pfungstadt, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/90, letzter Zugriff 8. April 2025.
186 Lehmann, Die Wiederherstellung, S. 3–4.
187 CAHJP, JRSO-Hes-034. Bei zwei Luftangriffen in den Jahren 1943 und 1944 wurden auch Häuser im Stadtgebiet getroffen. Franz, Gemeinde- und Stadtverwaltung, S. 177–178.
188 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 25.
189 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 92.
190 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 30, 97. 101; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 252.
191 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 28, 148; Wolf, Geschichte der Juden, S. 57.
192 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 28, 155, 163–178, 180–185; Wolf, Geschichte der Juden, S. 58. Die beiden ehemaligen ‚Judenhäuser' wurden in den 1960er Jahren abgerissen.
193 Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 188–189.
194 Roth, Juden in Eschollbrücken; S. 63–65, [Goethals], Familien in Pfungstadt, S. 302–303. Vgl. zu den Lorchs u. a. Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Pfungstadt e. V., Briefe aus den Lagern; Jeserigk/Jobs, Liddy und Rudolf Lorch.
195 Roth, Juden in Eschollbrücken; S. 64–76; HStAD, R 12 F, Nr. 62; G 12 B, Nr. 23/16; Prior, Der Clown.
196 Ausführlich zu Namen und Biografien Kingreen, Die Opfer des Holocaust.
197 Auflistung der verlegten Stolpersteine unter de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Stolpersteine_in_Pfungstadt, letzter Zugriff 8. April 2025.
198 Wolf war erst 1933 von Crumstadt nach Pfungstadt gekommen und hatte dort als Landarbeiter sowie später in einer Ziegelei gearbeitet. 1940 hatte er sich mit Hilfe Dritter als „konfessionslos" beim Wehrmeldeamt erfassen lassen und war eingezogen worden. Nach seiner Rückkehr nach Pfungstadt versuchte er, seine Militärzeit zu verschleiern. 1948 verzog er nach England. Goethals, Ich habe alles getan.
199 Merschroth, Circus Lorch, S. 27.
200 Unterlagen zu verschiedenen Wiedergutmachungsverfahren befinden sich im Bestand HHStAW, 518.
201 CAHJP, JRSO-Hes-034; HHStAW, 503, Nr. 7380; YVA, O.52, Nr. 1093.
202 Über den Verbleib ist den Vf. nichts bekannt. CAHJP, JRSO-Hes-034; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 252; Goethals, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 91. Julius Mannheimer, ein Sohn von Meier und Rosa Mannheimer, war 1935 als angeblicher „Rasseschänder" in Hessisch-Oldendorf diffamiert und inhaftiert worden (S. 40–41).
203 Lehmann, Die Wiederherstellung, S. 4; Liebig, Juden in Pfungstadt, S. 14. Zu diesem Zeitpunkt (1980) befand sich am Haus eine Tafel, die auf die ehemalige Nutzung als Synagoge verwies.
204 CAHJP, JRSO-Hes-034. Die JRSO hatte bereits Ende 1948 einen Rückerstattungsanspruch angemeldet.
205 Wolf, Geschichte der Juden, S. 59.
206 Vgl. Altaras, Synagogen, S. 292–293.
207 Denkmalpflege & Kulturgeschichte 2 (2001), Cover.
208 Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Pfungstadt, www.synagoge-pfungstadt.de, letzter Zugriff 7. April 2025.

Reinheim

Mit Georgenhausen, Spachbrücken und Zeilhard

Die schwierigen Anfänge der jüdischen Gemeinde Reinheim spiegeln sich in den Lebenserinnerungen des Griesheimer Lehrers Sussmann Frohmann, der seine Kindheit und Jugend in Reinheim verbrachte. Sie verdeutlichen, wie die nur aus vier Familien bestehende Gemeinschaft trotz schlecht ausgebildeter Lehrer und geringer finanzieller Mittel ab dem Ende des 18. Jahrhunderts ein traditionelles religiöses Leben mit allen nötigen Einrichtungen bis hin zu einem Raum für ihre Gottesdienste installierte. Das Beispiel des jungen Sussmann, der sein musikalisches Talent nicht nur in den Gottesdienst einbrachte, verweist darüber hinaus auf die Möglichkeiten der Partizipation der jüdischen Bevölkerung am kleinstädtischen kulturellen Leben, vorausgesetzt man nutzte die sich bietenden Bildungschancen.[1] Nachdem sich die Gemeinde fest etabliert hatte, zeigte sich, wenn auch nur schlaglichtartig, eine gewisse Öffnung zur nichtjüdischen Gesellschaft. Dass die Synagoge gleichzeitig ihren festen Platz im Stadtbild und Bewusstsein der Stadtgemeinschaft besaß, zeigt ihre selbstverständliche Auflistung unter den öffentlichen Gebäuden in der Reinheimer Pfarrchronik.[2]

Die aktuellen Reinheimer Stadtteile Georgenhausen (1977 eingemeindet) und Spachbrücken (1971 eingemeindet) haben jeweils eine eigene, weit zurückreichende jüdische Geschichte. Sie sollen wegen ihrer Besonderheiten, ihrer Bedeutung für die Reinheimer Judenheit und als Orte mit ehemaligen Synagogen, die auch von den Juden aus dem heute eingemeindeten Ort Zeilhard besucht wurden, hier Beachtung finden.

Das Mittelalter und die Jahrhunderte bis zum Ende des Dreißigjährigen Kriegs

Die heutige Stadt Reinheim geht auf eine gezielte Gründung durch die Grafen von Katzenelnbogen in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts zurück. Das kaiserliche Privileg aus dem Jahre 1330 erlaubte Graf Wilhelm von Katzenelnbogen, in beliebigen Orten seines Territoriums insgesamt 24 Juden anzusiedeln.[3] Jedoch ließen sich in Reinheim nur sporadisch Juden nieder. Bereits vor der Vergabe des Privilegs muss der 1328 als Frankfurter Bürger angenommene David de Rinheim in Reinheim gelebt haben, wohl etwas später Ysak de Rynheim, der ab 1343 ebenfalls in Frankfurt wohnte.[4] Mit dem Aussterben der Katzenelnbogen fiel die Stadt im Jahr 1479 an die Landgrafen von Hessen und ging 1567 an Hessen-Darmstadt. Nach mehr als 200 Jahren werden erstmals im Jahr 1550 wieder zwei Juden für Reinheim aktenkundig. Jeder zahlte dem Landesherrn ein Schutzgeld in Höhe von fünf Gulden.[5] In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ließen sich in einigen landgräflichen Städten des heutigen Landkreises Dieburg einzelne jüdische Familien nieder.[6] Mit dem Vorwurf an Liebmann, er „liege“ bei der Frau eines Christen,[7] ist dann 1616 wieder ein jüdischer Reinheimer bezeugt. „Judenzoll“ in Höhe von zweieinhalb Batzen an die landgräfliche Kammer zahlte dort in den Jahren 1619 und 1621 lediglich ein Jude, 1623 waren es zwei.[8] Weder über das Zusammenleben im Ort noch über die Voraussetzungen für einen *Minjan*, eventuell mit den jüdischen Bewohnern des Nachbarorts Spachbrücken,[9] gibt es aus dieser Zeit eine Überlieferung.

Während des Dreißigjährigen Kriegs flüchteten sich 1622 nichtjüdische und jüdische Familien aus den benachbarten Ortschaften „wegen Unsicherheidt uff dem Land und Dörffern“ hinter die Reinheimer Mauern.[10] Zu den Geflüchteten gehörten 13 jüdische Familien, die, „dieweil sie ein zeidt lang alhier sich under der Bürgerschaft verhalten“, 19 Gulden 13 Albus an die Stadt entrichten mussten.[11] Die Stadtrechnungen belegen bis 1629 eine jüdische Beteiligung an den Kriegskosten.[12] Vereinzelte Handelsstreitigkeiten zeigen, dass die in Reinheim lebenden Juden in dieser Zeit in ihren Tätigkeiten als Geldleiher oder Händler auf die Region begrenzt blieben.[13] Zur Beschaffung besonderer Lebensmittel und Wein griff man offensichtlich auf die Spachbrücker Judenschaft zurück.[14] Die Juden benachbarter Orte deckten folglich jeweils unterschiedliche Handelsfelder ab, was eine wirtschaftliche Konkurrenz ausschloss.

Die sich in dieser Zeit in Reinheim zusammengefundene jüdische Gemeinschaft besaß gewiss genügend religionsmündige Männer und damit die Voraussetzung für einen eigenen Gottesdienst. Doch bereiteten die Kriegsgeschehnisse mit Ankunft der Schweden in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt diesen günstigen Perspektiven für eine Gemeindebildung ein Ende. Um Kriegslasten und Schäden von sich abzuwenden, sollen die Bürger der Stadt den Schweden im Jahr 1631 bei der Ausplünderung der Reinheimer Judenschaft „fleissieg“ geholfen haben.[15] So musste der betagte Liebmann seine von den Soldaten gefangen genommene Ehefrau und einen jüdischen Mann für insgesamt 300 Reichstaler auslösen. Götz

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-024

beklagte sich, dass ein Schäferknecht aus Ueberau die Soldaten zu seinem Haus geführt habe und sie daraufhin seine Habe geplündert und die Pferde gestohlen hätten. Insgesamt entstanden in Reinheim und Ueberau Schäden an jüdischem Besitz in Höhe von 1.500 Reichstalern.[16] Die Rücksichtslosigkeit der Schweden gegenüber der jüdischen Bevölkerung und die teilweise mit Unterstützung der örtlichen Bürgerschaft verübten Übergriffe sind auch von anderen Orten der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt überliefert.[17] Ferner schlugen mit Billigung der Bürgerschaft randalierende junge Männer an den Wohnungen der Jüdinnen und Juden „thür und fenster“ ein. Die haltlosen Vorwürfe der Reinheimer, „Dan Weihl aller Juden Vorsatz ist, Die Christen Zubetrigen und Zubeligen“ sowie „den handels- und handwerks leuthen schaden thetten“, wiederholen judenfeindliche Stereotype, die man auch andernorts zur Rechtfertigung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Ausweisung der jüdischen Bevölkerung bemühte.[18] Quellen zufolge wurden im Mai 1635 bei einem Überfall von „Kroaten“ auf die Stadt neben unzähligen christlichen Stadtbewohnern auch 60 Jüdinnen und Juden ermordet.[19]

Nach dem Krieg scheinen sich für kurze Zeit erneut jüdische Familien in Reinheim niedergelassen zu haben, die jedoch bis 1659 die Stadt wieder verlassen mussten. So ist im Gerichtsbuch Reinheim vermerkt: „Alß Ist [in der landgräflichen Judenordnung von 1629] befohlen worden, daß alle Juden auß allen städten hinaus haben müssen Ziehen, um Uff den dorffern Zuwohnen, Wie dan am letzten noch ein wittfrau hir gewohnt, auch hienauß 1659 gemust hat.“[20]

Die jüdischen Nachbargemeinden Georgenhausen und Spachbrücken ab der frühen Neuzeit

Georgenhausen mit Synagoge

Erst ab 1580 und damit später als in Reinheim finden sich die ersten Nachweise von Juden aus Georgenhausen.[21] Da sie mit den damaligen Gesetzen in Konflikt geraten waren, wurden 1615 Marx wegen des Diebstahls von Feldfrüchten im nahegelegenen Groß-Zimmern und 1616 Löw, der den Schultheißen einen „Schelm“ genannt hatte, zu Geldstrafen verurteilt.[22] Im Jahr 1623 verzeichnete die landgräfliche Kammer Zolleinnahmen von drei Juden aus Georgenhausen.[23] 1626 oder 1627 erhielt die Stadt Dieburg einen Gulden wegen der Beisetzung der Tochter des Hirsch aus Georgenhausen.[24] Nach dem Dreißigjährigen Krieg muss es wieder Juden am Ort gegeben haben, denn die Landjudenschaft der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt forderte 1652 eine Beteiligung der Georgenhäuser Juden an der gemeinsamen Judensteuer.[25] 1654 wird im Spachbrücker Gerichtsbuch Mosche von Georgenhausen erwähnt.[26] Im Jahr 1661 konvertierte der 21-jährige Salomon aus dem Dorf zum Christentum. Nach seinem Paten, Landgraf Georg II., nannte er sich Georg, nach dem Ort seiner Taufe mit Nachnamen Reinheimer.[27] Gerichtsfälle belegen ebenfalls, dass wieder vereinzelt Juden am Ort ansässig waren.[28] Mitte des 18. Jahrhunderts wird dann ein Schutzbrief der Familie von Haxthausen aktenkundig, an die das Dorf inzwischen durch Erbschaft übergegangen war.[29] Auseinandersetzungen mit der ab 1732 direkt im Dorf wohnenden Freifrau Agnes Maria von Haxthausen bezeugen ebenfalls, dass um diese Zeit eine gewisse Anzahl von Jüdinnen und Juden in Georgenhausen ansässig waren.[30]

In Georgenhausen besaßen die Schutzjuden und ihre Familien bereits 1760 eine Synagoge. Deren Existenz wird durch einen Streit unter den Gemeindegliedern belegt, welche „die Zum Gottesdienst gewidmete Schule in ein Zankhaus“ verwandelt hätten.[31] Aus der Akte geht jedoch nicht hervor, wo sich diese Synagoge befand. Wie auch für andere Gemeinden überliefert,[32] stand der Vorwurf der falschen Kassenführung und der Bevorteilung Einzelner wegen ihrer Spenden für den Synagogenbau im Raum. Die daraufhin von der Schutzherrschaft verfasste Judenordnung gab vor, dass zukünftig zwei Vorsteher die kleine jüdische Gemeinschaft leiten sollten. Diese wurden mit der Schiedsgerechtigkeit ausgestattet und sollten unter Androhung von Geldstrafen für „Ordnung und Ruhe in der Schule“ sorgen. Die Geldstrafen sollten zur Hälfte der jüdischen Gemeinde, zur anderen Hälfte der Kirchengemeinde zugutekommen. Als neutrale Instanz wird „Rebe Mosche aus Spachbrücken“ herangezogen. Die Ordnung sah zudem eine transparente und regelmäßig kontrollierte Kassenführung vor.[33] Wie viele jüdische Familien um 1760 in Georgenhausen lebten, ist kaum festzustellen. Namentlich bekannt sind die Georgenhauser Juden Siesel und Jokef sowie der Vorsteher Samuel.[34] Den Georgenhäuser Minjan ergänzten offensichtlich „fremde Juden“, die entweder aus den Nachbarorten kamen oder ohne Schutz waren.[35]

Spachbrücken mit Synagogen und Mikwe

Auf dem Weg zwischen Georgenhausen und Reinheim liegt das ehemals reichsritterschaftliche Dorf der Grafen von Löwenstein-Wertheim Spachbrücken. Der erste Beleg für die Niederlassung von Juden im Ort sind Geleitscheine, die 1604 von der Kellerei Umstadt an die Händler Salomon (auch Samuel) und Liebmann von „Spachbrückh“ ausge-

stellt wurden.[36] Nach dem Dreißigjährigen Krieg schweigen die Quellen lange darüber, ob noch oder wieder Juden im Ort lebten. Erst mit der Nennung eines Streitfalls zwischen Sabel zu Zimmern und einem gewissen Benedict auf „offendlicher gassen“ im Jahr 1670 sowie des „Zinß Jud Jacob“ im Jahr 1673 werden wieder Juden aktenkundig.[37] Zwischen 1702 und 1740 wohnten in dem Dorf mindestens vier jüdische Familien.[38] Sie lebten vom Viehhandel, Geldverleih und Grundstücksverkauf.[39] Zwei von ihnen waren mit insgesamt 5.000 fl. relativ vermögend.[40] 1767 richteten die Spachbrücker Juden für etwa 200 Gulden in einem privaten jüdischen Wohnhaus („Schulzen-Haus“) einen Betraum ein. Vermutlich kam dem 1760 in Spachbrücken überlieferten Rebe (Rabbi) Mosche bei den Gottesdiensten dort eine leitende Rolle zu.[41] Dessen Nachkommen, Jakob (auch Jockef) Simon und Jakobs Sohn Itzig (Isaak), beanspruchten im Jahr 1799 als Hausbesitzer Sonderrechte in der „Judenschul“. So stellte Jakob nach Itzigs Hochzeit sein Gebetspult, den so genannten Stand, dort auf, wo es ihm gefiel. Außerdem entfernte er die Spenderliste zur *Zedaka*-Büchse und setzte seinen Namen an die erste Stelle. Aus Empörung über Jakobs Eigenmächtigkeit und Regelverstoß ließen sich einige Gemeindeglieder sogar zu Handgreiflichkeiten hinreißen.[42] Noch im selben Jahr erließ der für Spachbrücken zuständige Wertheimer Landrabbiner Samuel Hirsch Adler (1771–1811)[43] eine „Judenschulordnung“ für den Ort, die auch Einblicke gibt in die Einrichtung des Spachbrückener Betraumes. Er verfügte, die Synagogenstände wieder in die angestammte Reihenfolge zu bringen, dem hierarchischen sowie dem privilegierten Status der Männer entsprechend, wobei sich die „besten Plätze“ nahe am *Aron ha-Kodesh* befanden. Hirsch setzte außerdem die Zahl der Stände für die Schutzjuden von zehn auf 15 hinauf. Die Stände reihten sich entlang den Wänden eines vermutlich quadratischen kleinen Raumes. Im Süden und Westen befanden sich jeweils fünf, rechts des Toraschreins an der Ostseite drei sowie an der Nordseite links des Eingangs ein Stand und weiter vorne nahe der Tora ein weiterer Stand.[44]

Die bis 1829 auf 55 Seelen[45] angewachsene jüdische Gemeinde erbaute sich erst im Jahr 1834 eine eigene Synagoge. Dazu erwarb sie ein Stück des Hofgartens mitten im Ort und baute ein zum ehemaligen freiadeligen Kayserfeld’schen Rittersitz gehörendes Taglöhnerhäuschen um (heute Platz rechts von Hofstraße 19).[46] Das Gebäude ist auf einer Parzellenkarte von 1836/1838 verzeichnet. Die im Grundriss rechteckige Synagoge war mit der südlichen Schmalseite zur Hofstraße (Hochzeitsgasse) ausgerichtet und maß in der Breite 6,87 m, in der Länge 10,80 m.[47] Im Jahr 1846 entstand östlich des damaligen Ortskernes in der Gemarkung „In den Daubesgärten“ am Dilsbach eine beheizte Mikwe mit einem Brunnen.[48]

Abb. 1: Spachbrücken, Standort der Synagoge (Pfeil), Flur-Nr. 289, 1836–1838. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 2366.

Die Entstehung der Reinheimer Gemeinde im 18. Jahrhundert

Der erste uns bekannte nach 1659 in der Stadt lebende Jude war Jakob Samuel. Der mit Levitenkanne versehene Grabstein des am 9. April 1725 Verstorbenen gehört zu den ältesten erhaltenen Mazzewot auf dem jüdischen Verbandsfriedhof Dieburg. Die Inschrift verrät uns, dass Jakob, Sohn „unseres Lehrers, unseres Meisters“ Abraham Schlomo ha-Levi aus der „heiligen Gemeinde Worms“, sich wie sein Vater mit der Lehre befasste und dem „Handel und Wandel“ in Reinheim nachging.[49] Vielleicht gehörte die Familie zu den am 31. Mai 1689 im Pfälzischen Erbfolgekrieg vor den Franzosen geflüchteten Juden und Jüdinnen aus Worms. Der Dieburger Friedhof, immerhin zwei Gehstunden von Reinheim entfernt, blieb bis zur Einrichtung eines jüdischen Friedhofs im nahe gelegenen Groß-Bieberau im Jahr 1889 der Hauptbestattungsort für die jüdischen Reinheimer und Reinheimerinnen.[50]

Im September 1725 erhielt Löw Samuel einen landgräflichen Schutzbrief für Reinheim und übernahm damit vermutlich die vakante Schutzstelle seines verstorbenen Bruders

Abb. 2: Dieburg, Jüdischer Friedhof, Grabstein von Jakob Samuel, gestorben am 9. April 1725. Foto: Stefan Vogt.

Jakob.[51] Im Jahr 1731 werden Süßmann Levi[52] und 1751 Mendele Reinheim genannt.[53] Mit der Geburt von Mordochai Lehmann (1750)[54] und der Erwähnung des Hertz von Reinheim im Jahr 1754 zeichnet sich erstmals kontinuierliches jüdisches Leben in der Stadt ab. 1782 zahlten Mardochai, Hertz, Feist und David in Reinheim jeweils vier Gulden Beisassengeld, ein Christ entrichtete dagegen nur drei Gulden. Hertz, Feist und David waren gleichzeitig Schutzjuden. Hertz war wohl auch Hausbesitzer, da er die dafür üblichen Abgaben an die Stadt entrichten musste.[55] Vermutlich verdienten die Reinheimer Juden wie an anderen Orten auch mit dem Kleinhandel, Vieh- oder Häutehandel ihren Lebensunterhalt.[56] Nach einer Gegenüberstellung des zu versteuernden Vermögens der Juden im Amt Lichtenberg für die Jahre 1787 und 1798 besaßen die Reinheimer Familien das geringste Vermögen und handelten vermutlich in weit geringerem Umfang und weniger erfolgreich als die Juden der Nachbardörfer. Hertz wurde sogar gestattet, nur so viel an Steuern zu zahlen, wie er aufbringen konnte.[57]

Die Reinheimer „Judenschule“ mit Mikwe An der Stadtmauer 5

Ab den 1780er Jahren bis 1810 bildeten wohl wegen obrigkeitlicher Auflagen weiterhin nur die Familien von Herz Levi, Feist Eli, Mordge Herz und David Herz den Nukleus der 1782 aus 35 Personen bestehenden jüdischen Gemeinschaft in der Stadt Reinheim.[58] Die vier Haushaltsvorstände erreichten also mit ihren Familienangehörigen vermutlich das notwendige Quorum von zehn religionsmündigen Männern. Deshalb existierte wohl schon im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts, spätestens aber im Jahr 1806 in Reinheim eine Synagoge beziehungsweise ein Gebetsraum in einem Privathaus. Bei dem Raum handelte es sich um die in einem Nebenbau des Anwesens Hofgasse 5 eingerichtete „Judenschule“ (ab 1971 An der Stadtmauer 5). Die aus einem zweigeschossigen Haus, einer Scheune, einem Pferdestall und dem Nebenbau mit Synagoge bestehende Hofreite gehörte Sussmanns Vater, David Hertz Frohmann.[59] Georg Wilhelm Wagner erwähnt die Reinheimer Synagoge in seiner *Statistisch-topographisch-historischen Beschreibung* der Provinz Starkenburg von 1829.[60] Im Jahr des Synagogenbaus in der Sackgasse Am Biet (1837) übergab Davids Sohn Hayum die Hofreite mit der „Judenschule“ an seinen Sohn Süsman.[61] Im Jahr 1840 kam das Haus mit der einstigen Judenschule in nichtjüdischen Besitz. Die jüdische Gemeinde durfte jedoch die auf dem Anwesen befindliche Mikwe noch bis Ostern 1846 nutzen.[62] Die historischen Gebäude des am Ende einer Sackgasse gelegenen Grundstücks haben sich nicht erhalten.[63] Die Synagoge und die Mikwe befanden sich vermutlich hinter dem traufständig zur Gasse gelegenen Wohnhaus im Hintergrund des sehr schmalen Grundstücks.[64] Die versteckte Lage am nördlichen Rand des Ortskerns entsprach einem verbreiteten Wunsch der nichtjüdischen Umwelt, die „Judenschule“, und damit die Ausübung der jüdischen Religion, aus dem öffentlichen Raum zu verbannen.

Die jüdische Gemeinde Reinheim am Anfang des 19. Jahrhunderts

Das 19. Jahrhundert brachte für Reinheim keinen Herrschaftswechsel. Die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt wurde 1806 zum Großherzogtum, das zuständige Amt Lichtenberg gehörte fortan zur Provinz Starkenburg. Indessen hatte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts die wirtschaftliche Situation der Reinheimer Judenheit deutlich verbessert. Der rapide Anstieg der jüdischen Bevölkerung in Reinheim auf 62 Seelen im Jahr 1815 markierte einen vorläufigen Höchststand.[65] Ihr Vermögen war im Vergleich zu den Steuererhebungen der 1780er Jahre um das Vierfache gestiegen. Damit waren sie zwar nicht wohlhabend, aber auch nicht mittellos.[66] Erste Gemeindestrukturen werden, wenn auch nur partiell, erkennbar. Dazu gehörte neben der Einrichtung einer Synagoge die repräsentative und fürsorgende Funk-

Abb. 3: Reinheim, Blick in die Hofgasse, das Frohmann'sche Haus ist das zweite von rechts, 1965. Foto: Walter Hotz. Deutsches Dokumentationszentrum Kunstgeschichte - Bildarchiv Foto Marburg

tion, die David Frohmann neben seinem Beruf als Schlachter und Händler für Futtermittel in der Kehilla ausfüllte.[67] Zum Unterricht der jüdischen Kinder war ein Lehrer angestellt, der auch das Vorsingen im Gottesdienst übernahm. Allerdings beklagt der spätere Griesheimer Lehrer Sussmann Frohmann in seinen Lebenserinnerungen die mangelhafte Kompetenz einiger Lehrer, die „kaum selbst die Bibel kannten". Weiter schildert Sussmann, sein Vater habe ihn schließlich nach Darmstadt geschickt, um das Schächten zu erlernen. Mit der baldigen Einstellung eines besser ausgebildeten Lehrers änderten sich die anfänglichen Missstände im Gottesdienst und Unterricht der noch jungen Gemeinde. Die Förderung der Musik und des Gesangs durch seinen Lehrer befähigten Sussmann sogar über den Gottesdienstgebrauch hinaus, ab 1813 in einer „türkischen Musikkapelle" mitzuspielen. Als man ihn aufgrund seiner Begabung in einen Chor nach Darmstadt holen wollte, lehnten er selbst und sein Vater dies jedoch ab, da sie bei einem Umzug eine Gefährdung ihres Glaubens befürchteten.[68]

Georgenhausen-Zeilhard im 19. Jahrhundert – Synagoge und Ritualbad

Mit der Auflösung der alten Territorien infolge des Reichsdeputationshauptschlusses und der Mediatisierung bildete Georgenhausen mit dem angrenzenden, einst Löwenstein'schen Dorf Zeilhard nicht nur eine politische Gemeinde, sondern auch eine Kehilla. Diese unterhielt einen eigenen Religionslehrer, der vermutlich auch die Funktion des Vorsängers ausfüllte,[69] und wählte 1831 einen gemeinsamen Vorstand.[70] Die im Jahr 1829 insgesamt aus 36 Personen[71] bestehende jüdische Gemeinde gehörte zum Oberrabbinat Darmstadt und bekannte sich um 1898/1900 zum reformorientierten Judentum.[72] Ihre Mitglieder planten im Jahr 1828 einen Synagogenneubau in Georgenhausen. Zur Realisierung und Finanzierung dieses Vorhabens beantragten sie im April beim Landrat in Reinheim, eine Kollekte in der Provinz Starkenburg durchführen zu dürfen.[73] Die Umsetzung des Bauprojekts muss bald darauf erfolgt sein, denn im Jahr 1829 verpfändete die Gemeinde Georgenhausen-Zeilhard ihre gerade „neu erbaute Synagoge" gegen ein Darlehen in Höhe von 225 Gulden.[74] Die Existenz der Synagoge wird ferner für die Jahre 1832/1833 bestätigt, in denen Ausgaben für Wachs und Talglichter sowie für den Erwerb und die Erhaltung der Stände anfielen.[75]

Die 1828 errichtete Synagoge „mit einem [östlich] daran grenzenten Gärdgen"[76] stand am Südrand des Ortskerns im Bereich der heutigen Ollenhauerstraße 7A, möglicherweise am Standort der barocken Vorgängersynagoge von 1760.[77] Der im Grundriss rechteckige, eingeschossige Bau maß nur 5,68 m in der Breite und 8,45 m in der Länge bei einer Grundstücksgröße von etwa 6 m x 12 m. Der Zugang zur Synagoge erfolgte vermutlich direkt von der Straße, an die sie mit ihrer westlichen Schmalseite grenzte.[78]

Im Jahre 1832 kritisierte der Landrat, dass die jüdischen Georgenhäuser über kein den hygienischen Standards der Verordnung von 1825 entsprechendes Ritualbad verfügten. Dazu gehörte die Verwendung von warmem Wasser und eine vollständige Entleerung des Wassers nach Gebrauch des Bades.[79] Das Becken sollte in Stein ausgemauert oder mit Holz beschlagen sein. Der Landrat ordnete an, die bestehenden Bäder zuzuschütten, und forderte die Georgenhäuser Gemeinde auf, „ein vorschriftsmäßiges Bad" zu erbauen. Die Vorstände erklärten, sie seien nicht in der Lage, „ein Juten bath nach der Vorschrift zu Fertigen". Zu diesem Zeitpunkt standen die Kellerbäder von Isaak Morgenthau (um 1816) und Moses Simon (um 1826) zur Verfügung. Obwohl der Bürgermeister den hygienischen Zustand dieser privaten Bäder sehr drastisch schilderte und von tödlichen Vorfällen darin berichtete,[80] blieb alles beim Alten.[81] Daran scheint sich bis 1901 nichts geändert zu haben, als entsprechende Baumaßnamen geplant wurden.[82]

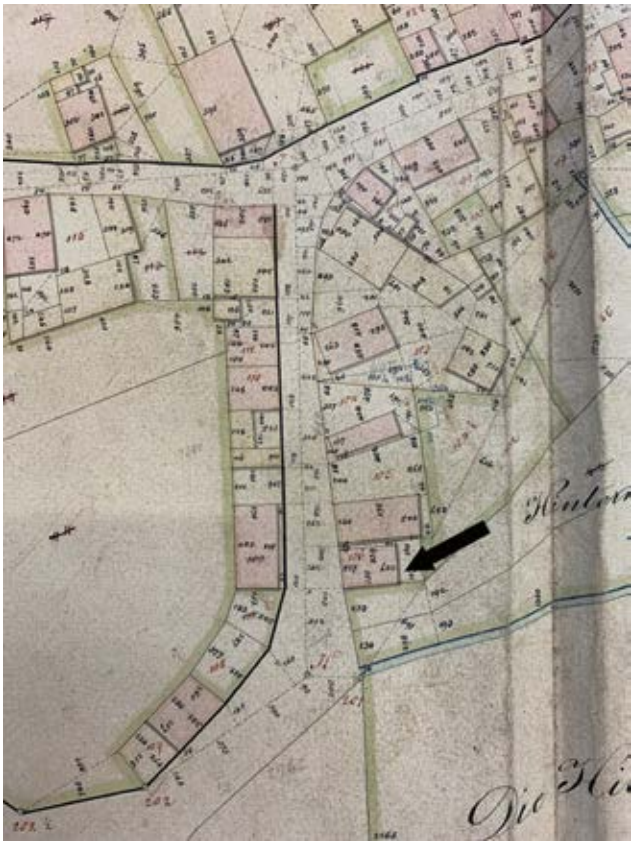


Abb. 4: Georgenhausen, Standort der Synagoge, Flur-Nr. 106, 1840. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 3716.

Abb. 5: Georgenhausen, ehemaliger Standort der Synagoge, Ollenhauerstr. 7A, 2023. Foto: Rahel Blum.

Die Reinheimer Synagoge Am Biet 11

Auf der Grundlage der aufstrebenden Gemeindeentwicklung im 19. Jahrhundert unter besseren wirtschaftlichen Vorzeichen war in Reinheim an den Bau einer neuen Synagoge zu denken. Der bisherige Gebetsraum dürfte inzwischen zu klein für die jüdische Gemeinde geworden sein. Im Bereich der Altstadt erwarb die jüdische Gemeinde daher ein Anwesen, dessen Bebauung sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen lässt.[83] Nach dem Abbruch der vorhandenen Gebäude entstand dort bis 1838 das jüdische Gotteshaus.[84] Im Jahr 1878 wurden in dem zweigeschossigen Bauteil der Synagoge ein neuer Kamin und ein Heizkessel für die Mikwe eingebaut.[85] Ob 1895 (Datum des Eintrags in das neue Brandkataster) abermals Bauarbeiten an dem Bauwerk erfolgten, muss offenbleiben.[86] 1911 war die Mikwe restaurierungsbedürftig.[87] 1925 beantragte die jüdische Gemeinde beim Bürgermeisteramt einen Zuschuss für die Reparatur ihrer Synagoge, deren Kosten mit 2.500 bis 3.000 Mark veranschlagt waren. Nach dem ablehnenden Bescheid ließ sie mit Hilfe eines Darlehens und einer Spendensammlung zunächst nur den „hinteren Teil“ der Synagoge sanieren. Da inzwischen auch Schäden am Dach aufgetreten waren, erhöhten sich die Baukosten auf insgesamt 4.000 Mark. Mit dem Hinweis, dass die 25 jüdischen Steuerzahler mit ihrem Geld selbstverständlich zum Unterhalt von Kirche und Pfarrhaus beitrugen und sich außerdem bereitwillig an den Sammlungen zu kirchlichen Zwecken beteiligten, stellte die jüdische Gemeinde einen erneuten Antrag. Daraufhin genehmigte der Stadtgemeinderat im Februar 1927 einen Zuschuss von jeweils 200 Mark für die Jahre 1927 und 1928.[88] Gleichzeitig bestand in Reinheim ein „Verein zur Anschaffung von Synagogen-Requisen“.[89] Mit dem Einbau eines Gestühls, zweier Eingangstüren aus Eiche, neuer Beleuchtungskörper und elektrischer Heizkörper im Jahre 1932 war gewiss das Ende der Renovierungskampagne erreicht. Außerdem schaffte die Gemeinde für ihr frisch restauriertes jüdisches Gotteshaus neue Torarollen, Toramäntel, Toravorhänge und Bima-Decken an.[90]

Die Synagoge entstand südlich der den Ort durchquerenden Hauptstraße (Kirchstraße). Das Grundstück befindet sich am Ende einer Sackgasse (heute Am Biet 11), die einst vor der Stadtmauer endete. 1872 wurde diese Sackgasse als Synagogengasse[91] bezeichnet. Da die Giebelfassade des mittig in der engen Straße positionierten freistehenden Gebäudes bis heute einen auffälligen Blickpunkt von der Hauptstraße her bildet, kann die städtebauliche Lage als bevorzugt gelten. Die übrigen drei Seiten der ehemaligen Synagoge sind nahe an die angrenzenden Häuser der Reinheimer Altstadt gerückt.

Von dem um 1837 errichteten Bauwerk haben sich substanziell nur noch die Umfassungsmauern erhalten. Es handelte sich um ein Gebäude, in dem Betsaal, Gemeinde- bzw. Schulzimmer[92] und Ritualbad unter einem Dach vereint waren.[93] Der Satteldachbau besitzt verputzte Außenwände

Abb. 6: Reinheim, Blick auf die ehemalige Synagoge von der Hauptstraße aus, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

aus Bruchstein. Die Giebel und die Zwischenwände bestanden ursprünglich aus Fachwerk. Alle Tür- und Fensteröffnungen waren mit Formsteinen aus Sandstein eingefasst. Der Betsaal setzte sich durch seine regelmäßige Gliederung in drei zu drei Wandachsen von dem zweigeschossigen Bauteil im Südosten ab. Die Anordnung von Rundbogenfenstern im Erdgeschoss und hoch gelegenen Lünettenfenstern im Emporengeschoss verwies bereits von außen auf den Raumtypus als Emporensaal und verlieh dem Bauwerk sein charakteristisches Aussehen. Die Fenstersprossen bildeten dekorative Dreiergruppen. An der Erschließungsseite im Südwesten befand sich mittig im Bereich des Betsaals sowie in der zum zweigeschossigen Bauteil gehörenden vierten Wandachse je ein rundbogiges zweiflügeliges Eingangsportal. Dadurch erhielt die Wand eine regelmäßige Gliederung im Rhythmus a-b-a-b. An der nordöstlichen Längsseite fehlt das mittlere Rundbogenfenster des Betsaals, da hier im Innern der Toraschrein aufgestellt war. Der zweistöckige Bauteil wies an dieser Seite bis auf ein einfaches Rechteckfenster im Obergeschoss keine Gliederung auf.[94]

Dem Grundriss des Gebäudes mit den Abmessungen 9,42 m x 11,95 m bzw. 12,75 m liegt ein leicht verschobenes Rechteck zugrunde. Zwei Drittel des umbauten Raumes nahm der Betsaal mit den Grundrissmaßen 7,25 m x 8,35 m ein.[95] Dieser verlief als flach gedeckter Saal mit einer Höhe von 5,90 m durch das gesamte Gebäude. Nach Südosten schloss sich der erwähnte zweigeschossige schmale Bauteil an. Vom Hauptportal an der Südwestseite gelangten die männlichen Gottesdienstbesucher in den etwas über Straßenniveau gelegenen Betsaal. Sie blickten direkt auf den in einer rechteckigen Nische platzierten Toraschrein mit davor angeordneter Bima, zu dem einige Stufen emporführten. Die Fensternischen reichten bis zum Boden hinab. Von 1932 bis 1938 war der Betsaal vermutlich mit zum *Aron ha-Kodesch* orientierten Subsellien ausgestattet,[96] die in zwei Blöcken zu je 25 Plätzen rechts und links eines Mittelgangs angeordnet waren. Die dreiseitige Frauenempore verlief auf einem Niveau von etwa 3,75 m, war etwa 2,20 m hoch und verfügte über 32 Sitzplätze. Der Emporenboden setzte direkt über dem Scheitel der hohen Rundbogenfenster an, die Brüstung endete am Gesims der Lünettenfenster. Spuren eines Sichtschutzes über der Brüstung fanden sich nicht.[97]

Auf den Wand- und Deckenoberflächen waren im Jahr 1990 noch Reste von zwei in Schablonenmalerei aufgetragenen Farbfassungen vorhanden. Die wohl aus der Erbauungszeit stammende erste Fassung bestand aus einem auf weißem Grund aufgebrachten Rautenmuster, in das an manchen Stellen pflanzliche Elemente in Form von Eichenblättern und Eicheln dezent eingewoben waren. Im Emporenbereich fand sich hinter dem Gestühl ein filigran gezeichnetes vertikales Schmuckband in Altrosa und Blaugrün aus derselben Zeit. Dazu gehörten auch geometrische Motive mit einbeschriebenen Blättern und Ornamenten in den vier Ecken der Saaldecke. Darüber legte sich eine in kräftigen Farben aufgebrachte Fassung mit Sternformen, die vermutlich auf die Restaurierung von 1931/1932 zurückging.[98]

Ein separater Eingang führte von Südwesten in den kleinen Vorraum des zweigeschossigen Bauteils. Geradeaus erschloss sich im Erdgeschoss das beheizte Ritualbad, von dem seit der Renovierung von 1878 ein kleiner Umkleideraum abgeteilt war. Von dem „Vorplatz“ gelangte man über eine Treppe ins Obergeschoss, in dem über der Mikwe ein zeitweise für den Religionsunterricht genutzter, nur 13 qm großer, beheizbarer Gemeinderaum mit zwei Fenstern lag. Vom Obergeschoss erreichten die Frauen ihre Emporenplätze in der Synagoge. Außerdem befand sich hier eine schmale Treppe zum Dachboden. Das Dach war als Kehlbalkendach mit liegendem Stuhl und einfachem Hängewerk konstruiert.[99]

Die von ihren Dimensionen, ihrem Bautypus und ihrer Disposition als Mehrzweckgebäude eher funktional gestaltete Reinheimer Synagoge setzte sich als Massivbau mit

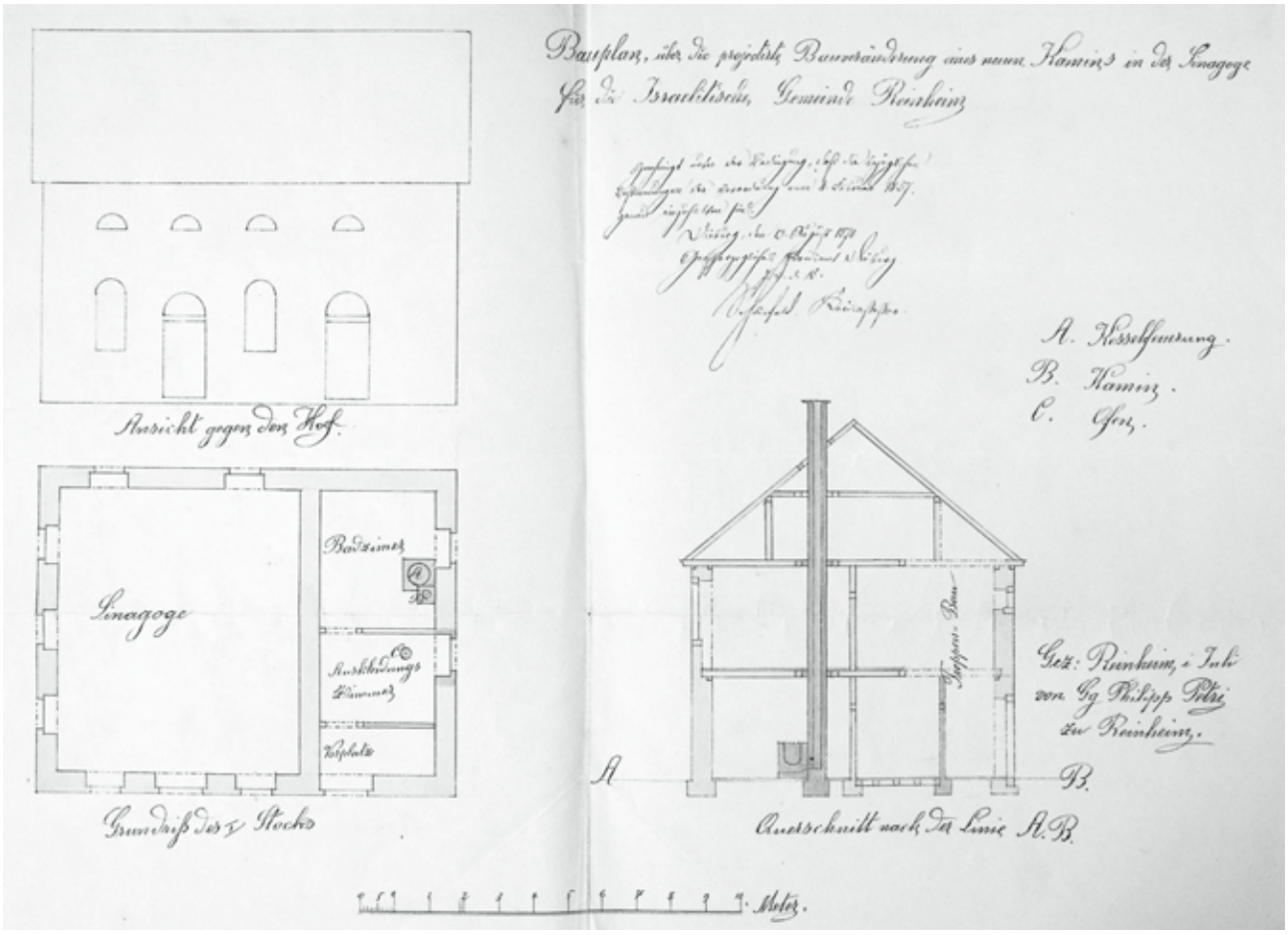


Abb. 7: Reinheim, Synagoge, Bauplan zum Einbau eines Kamins, Juli 1878. Stadtarchiv Reinheim.

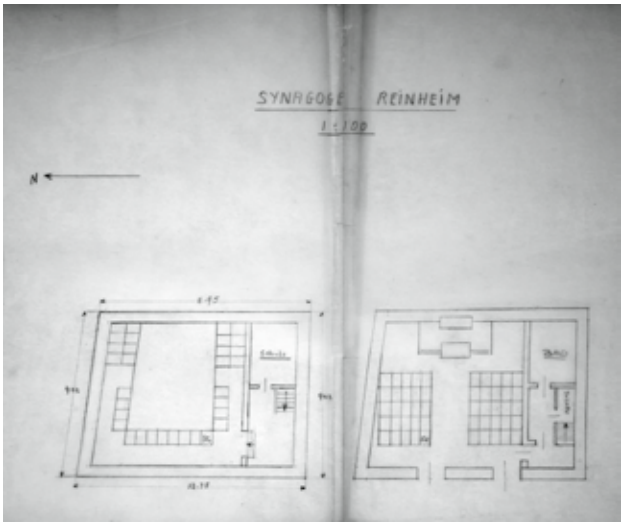


Abb. 8: Reinheim, Synagoge, Erd- und Obergeschossgrundriss mit Inneneinrichtung nach Angaben von Zeitzeugen, 1959. Central Archives for the History of the Jewish People.

Abb. 9: Reinheim, Synagoge, farbige Wandmalerei von 1837/38 und 1930/31. Foto: K. Bittermann, M. Diedrich, H. Hommel, Dipl. Ing. F. Oppermann. Stadtarchiv Reinheim

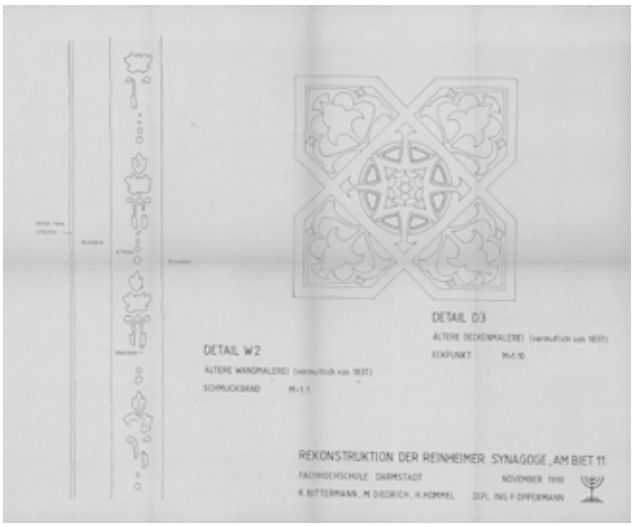


Abb. 10: Reinheim, Synagoge, Details der Wandmalerei von 1837/38. Bauaufnahme K. Bittermann, M. Diedrich, H. Hommel, Dipl. Ing. F. Oppermann, November 1990

anspruchsvoller Fassadengestaltung dennoch augenfällig von der Holzbauweise der Nachbarbebauung ab. So konnte man an den Rundbogenformen der Tür- und Fensteröffnungen die Funktion des Gebäudes als Gotteshaus wahrnehmen. In der zur Belichtung der Emporen angeordneten Lünettenzone unterschied sich die Reinheimer Synagoge von der vergleichbaren ab 1820 erbauten, sich im Obergeschoss mit Rundbogenfenstern präsentierenden Synagoge von Pfungstadt.[100] Die in der französischen Architektur geläufige Lünette verbreitete sich seit der Aufklärung auch in der deutschen Profan- und Sakralarchitektur. Als auffälliges Einzelmotiv dominierte sie die Karlsruher Synagoge des Architekten Friedrich Weinbrenner (ab 1798),[101] schmückte aber auch das Giebelfeld des Eingangsportikus der evangelischen Matthäuskirche in München (1833–1938).[102] Einzelne Lünettenfenster finden sich im Giebelfeld kleinerer Synagogen, z. B. 1844 in Gernsheim, oder sie bekrönten Toraschrein und Synagogenportal wie 1828 in Crumstadt, um 1838 in Roth und um 1841 in Melsungen. Seltener begegnen wir im Synagogenbau der Reihung der Lünettenfenster. Offenkundig kennzeichneten vor allem die Lünetten die Außenarchitektur der Reinheimer Synagoge als etwas Besonderes, ohne dabei auf eine dezidiert jüdische Formensprache abzuzielen.

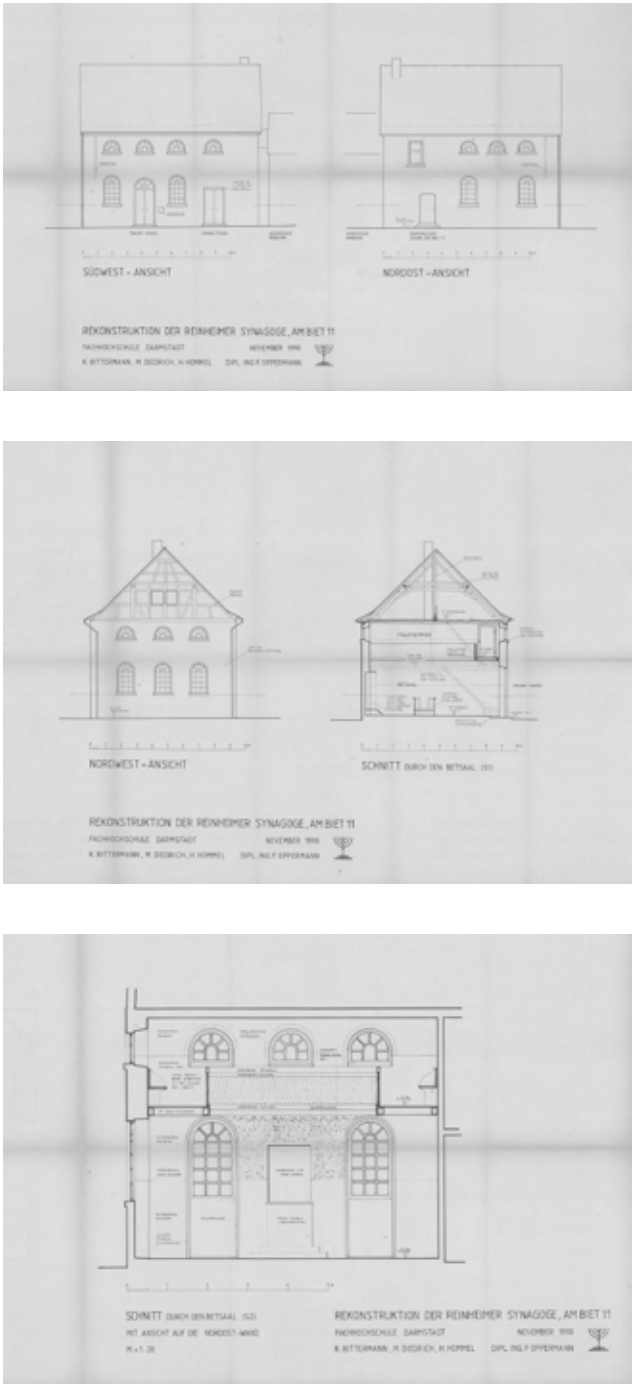


Abb. 11–13: Reinheim, Synagoge, Rekonstruktion der Synagoge, Fassadenaufrisse (nordöstliche Längsseite, südwestliche Längsseite, oben), Giebelfassade nach Nordwesten und Querschnitt (Mitte), Längsschnitt mit Blick auf die Toranische (unten). Bauaufnahme K. Bittermann, M. Diedrich, H. Hommel, Dipl. Ing. F. Oppermann, November 1990

Die Israelitische Religionsgemeinde Reinheim in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die *Kehillot* Georgenhausen und Spachbrücken schrumpften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wegen zahlreicher Auswanderungen in die USA und lösten sich bis zur Jahrhundertwende auf. Auch in Reinheim war die Zahl der Glieder der jüdischen Gemeinde bis 1871 rückläufig.[103] Die

Spachbrücker suchten wohl im Jahr 1890 den Anschluss an die Reinheimer Gemeinde. Ihre einsturzgefährdete Synagoge wurde am 26. April 1912 verkauft und anschließend abgebrochen.[104] In Georgenhausen übernahm ein nichtjüdischer Besitzer das nur 71 qm große Synagogengrundstück spätestens zum 31. Mai 1912 und ließ das Gebäude kurz darauf abreißen.[105] 1896 gab es immerhin noch sechs Kinder in Georgenhausen und neun Kinder in Spachbrücken, die von Hirsch Sulzbacher aus Groß-Bieberau in Spachbrücken unterrichtet wurden.[106]

Um soziale Fürsorge und Wohltätigkeit in der Gemeinde Reinheim mit Ueberau kümmerte sich der 1852 gegründete Israelitische Männerverein.[107] Der Verein unterstützte nicht nur Hilfsbedürftige, sondern übernahm auch die Aufgaben der *Chevra kadischa*. Dazu gehörten „jeden Sabbath ein Lernen im Hause des Meistbietenden", die Krankenpflege, die Beisetzung Verstorbener und die gelegentliche Stiftung einer Brautgabe von 300 Gulden den „mannbaren [...] sittlichen israelitischen Töchtern" seiner Mitglieder".[108] Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch eigene Vereine für jüdische Frauen möglich waren, gründete sich unter dem Vorsitz von Rose Neumann im Jahr 1909 der Israelitische Frauenverein mit dem Zweck der „Wohltätigkeit".[109]

Die Reinheimer Gemeinde verstand sich als konservativ im religiösen Sinne[110] und schloss sich Ende des 19. Jahrhunderts dem orthodoxen Rabbinat Darmstadt II an.[111] Den Gemeindevorstand stellten hauptsächlich die alteingesessene Familien Lehmann und Frohmann.[112] Nachdem die Lehrer- und Vorsängerstelle in Reinheim ab 1868 immer nur für wenige Jahre besetzt gewesen war,[113] stellte die Gemeinde 1891 mit Joseph Vorenberg einen Lehrer ein, der 45 Jahre in Reinheim tätig sein sollte. Vorenberg übernahm gleichzeitig das Amt des Vorsängers und Schächters sowie des Gemeinderechners. Im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit zeichnete er sich zunehmend als religiöse Autorität mit hoher Fachkompetenz aus.[114] Im Jahr 1883 besuchten 18 Kinder den jüdischen Religionsunterricht und den Elementarunterricht an der öffentlichen Volksschule. Die jüdische Gemeinde hatte die Stadt in diesem Jahr vergeblich um einen eigenen geheizten Religionssaal gebeten. Daraufhin fand ihr Religionsunterricht außerhalb des lehrplanmäßigen Unterrichts in einem Schulsaal der öffentlichen Volksschule statt.[115] Beim Vorhandensein von mindestens zehn jüdischen Kindern war nach dem Schulgesetz des Großherzogtums von 1823 die politische Gemeinde verpflichtet, die Räume für den israelitischen Religionsunterricht zu stellen.[116] Die Stadt behielt sich jedoch vor, die Unterrichtszeiten festzulegen, und der jüdischen Gemeinde die Heizkosten für das Schullokal aufzuerlegen.[117] Deshalb sollte der zusätzliche Religionsunterricht an den Sonntagen in einem von der jüdischen Gemeinde zur Verfügung gestellten Raum stattfinden, wozu diese aber nicht bereit war.[118]

Abb. 14: Reinheim, Arbeiter der Steinschleiferei Frohmann, 1908. Stadtarchiv Reinheim.

Ihren Lebensunterhalt bestritten die Reinheimer Juden vor allem mit kleineren Laden- und Handelsgeschäften, die seit Generationen den täglichen Bedarf der Gemeinschaft abdeckten. Am Ort waren zwei jüdische Metzger, einer von ihnen war auch als Viehhändler tätig. Die Familie Frohmann betrieb mit einer Steinschleiferei ein mittelständisches Unternehmen, das mit 36 Arbeitsplätzen jüdische und nichtjüdische Einwohner versorgte.[119] Die beruflich konsolidierten jüdischen Familien waren anscheinend gut in das kleinstädtische Leben integriert. Doch entlarvten mehrere antisemitische Veranstaltungen in der Region die latent vorhandene Judenfeindschaft am Ende des 19. Jahrhunderts. Deren Inhalte und Parolen griffen auch auf Reinheim über, denn 1892 versuchten einige Mitglieder des Turnvereins, die jüdischen Mitglieder auszuschließen. Immerhin musste der Vorstand dreimal neu gewählt werden, bis der Ausschluss von Elias Frohmann erreicht war. Indem der erste Sprecher des Vereins sein Amt niederlegte, stellte er sich mutig gegen die antisemitischen Stimmen.[120] Die Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen von 1893, bei denen die Antisemiten-Partei erst- und einzigmalig antrat, gewähren einen Blick auf die Stimmung in der Bevölkerung. Während die Antisemiten im gesamten Kreisgebiet 28 Prozent der Stimmen erhielten, erreichten sie in Reinheim 42 Prozent.[121]

Die Gemeinde um 1900 und während der Zeit der Weimarer Republik

Die Jahrhundertwende markierte einen Höhepunkt in Bezug auf die Zahl der Gemeindeglieder, die sich mit 86 Personen gegenüber 1871 nahezu verdoppelt hatte. Danach nahm die Zahl bis 1933 sehr langsam ab.[122] Die vielfältigen Alltagsbeziehungen jüdischer und nichtjüdischer Reinheimer Bürgerinnen und Bürger am Anfang des 20. Jahrhunderts suggerieren ein Bild der Eintracht und des friedlichen Miteinanders. Jüdische Männer waren in verschiedenen Vereinen aktiv, etwa im Obst- und Gemüseanbau-Verein, im Geflügelzuchtverein, im bereits erwähnten Turnverein, der Handballabteilung des TV und nicht zuletzt bei der Pflichtfeuerwehr Reinheim.[123] Nichtjüdische Bürgerinnen und Bürger kauften beim jüdischen Metzger, gingen in die Praxis von Dr. Jakob Goldmann, Kinder gingen gemeinsam zur Schule und spielten zusammen. Im Jahr 1910 wurde der von allen geschätzte jüdische Bürger Simon Neumann in den Stadtrat gewählt. Seine Wahl wurde von jüdischer Seite als Abkehr von antisemitischen Ressentiments gefeiert. So titelte eine Anzeige in *Dr. Bloch's Oesterreichischer Wochenschrift* vom Januar 1910: „Unser Städtchen war seinerzeit eine Hochburg des Antisemitismus".[124] Zur Goldenen Hochzeit der Eheleute Herz Lehmann gratulierten auch viele nichtjüdische Bürgerinnen und Bürger persönlich, darunter waren auch der Bürgermeister und der Pfarrverwalter.[125]

Abb. 15: Reinheim, Erste Volksschulklasse, Siegfried Lehmann (2. R., 5. v. r.), Heinz Wolf (2. R., 7. v. r.), Fanny Bentheim (neben Lehrerin Horn), Lehrer Jakob, Schuljahr 1919/20. Stadtarchiv Reinheim.

Am Ersten Weltkrieg nahmen sechs Juden aus Reinheim teil, Julius Morgenstern und Heinrich Frohmann fielen bei den Kämpfen.[126] Ihre Namen stehen mit allen Reinheimer Gefallenen auf einer Gedenktafel des christlichen Friedhofs. Da viele Lehrer in den Krieg gezogen waren, soll Joseph Vorenberg während des Krieges auch den Unterricht für die nichtjüdischen Schulkinder übernommen haben.[127] Weil er der Meinung war, der Name eines Juden gehöre nicht in eine protestantische Kirche, nahm der evangelische Pfarrer von Georgenhausen allerdings Nathan Schack nicht auf die Ehrentafel für die Kriegsteilnehmer von 1870/71 mit auf.[128]

Die erfolgreichen Bemühungen Vorenbergs von 1922 um die Gründung einer Ortsgruppe Reinheim/Groß-Bieberau des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit ihm selbst als Vorsitzenden und Hirsch Sulzbacher (Groß-Bieberau) als Kassierer verweisen auf das grundsätzliche Bedürfnis nach Anpassung der jüdischen an die nichtjüdische Gesellschaft, aber auch auf den Wunsch, die Bevölkerung angesichts zunehmender antisemitischer Hetze sachkundig aufzuklären.[129]

NS-Zeit, Pogrome und das Ende der jüdischen Gemeinde Reinheim

In den Jahren 1932/33 lebten in Reinheim noch 70 Jüdinnen und Juden in 20 Familien. Zur Gemeinde gehörten weitere sechs Personen aus Spachbrücken und vier aus Georgenhausen. Sieben Kinder besuchten den jüdischen Religionsunterricht in Reinheim.[130] Während die NSDAP bei den Gemeinderatswahlen 1929 in Reinheim drittstärkste Kraft wurde, ging sie aus den Reichstagswahlen im Jahr 1932 mit rund 58 Prozent als Siegerin über die übrigen Parteien hervor. In den Nachbarorten Georgenhausen und Spachbrücken herrschten ähnliche Verhältnisse.[131] Bereits im Vorfeld der Wahlen war die NSDAP-Ortsgruppe Reinheim sehr aktiv, veranstaltete Vorträge,[132] Versammlungen sowie zunächst noch illegale SA-Umzüge und Demonstrationen in der Stadt. Dabei zeigte sich früh die Brutalität und Gewaltbereitschaft der Nationalsozialisten, die gleichermaßen gegen Juden und politisch anders Denkende gerichtet waren. So musste die Polizei im Juni 1932 bei einer drohenden Massenschlägerei zwischen NSDAP-Anhängern und Kommunisten in Ueberau eingreifen.[133]

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 hätten sich in Reinheim die „Dinge im Nu verändert", SS und SA hätten das Straßenbild beherrscht, so der Reinheimer Pfarrer in der Kirchenchronik.[134] Der Kommunist Heinrich Heeren berichtete, wie er kurz nach den Wahlen unter Zwang den ersten Übergriff der Reinheimer SS auf die Synagoge miterlebt hatte. Die SS-Leute hätten die Türe

eingetreten und alle zum Freitagabendgebet versammelten jüdischen Männer gewaltsam herausgeholt. Allen hätte man Eimer in die Hand gedrückt und sie in Begleitung einer „hysterisch johlenden Menge“ durch die Stadt getrieben. Am Baronsgarten am Stadtausgang habe man sie gezwungen, auf Leitern zu steigen und die Wahlparolen der KPD abzuwaschen. Die SS-Männer hätten dabei den Juden auf die Hände und Füße getreten und Rudolph Blum mit dem Gummiknüppel auf den Kopf geschlagen, bis er blutete. Vor seinem Haus wurde Blum später noch einmal zusammengeschlagen.[135] Nach einem Anschlag auf das Anwesen der Familie Goldmann und dem Versuch der Nationalsozialisten, ihm die Approbation zu entziehen, zog der Arzt und Gynäkologe im November 1933 nach 21-jähriger Tätigkeit in Reinheim mit seiner dreiköpfigen Familie zunächst nach Frankfurt.[136] Im Jahr 1939 gelang der Familie von dort die Flucht in die USA.[137] Etwa zeitgleich mit den Goldmanns flüchteten nach einer Aufstellung aus dem Jahre 1966 elf weitere jüdische Personen aus Reinheim, hauptsächlich in die Anonymität der Großstädte Frankfurt und Berlin, nur zwei emigrierten in die USA.[138]

Den verbliebenen jüdischen Familien wurden zunehmend die Geschäfts- und Lebensgrundlagen entzogen. Im August 1934 überwachte ein SS- oder SA-Mann die Geschäfte von Moritz Strauß und Fritz Lehmann, damit kein „Deutscher“ dort einkaufte. Offenbar waren auch Boykott-Schilder gegen die Juden angebracht worden. Paul Morgensterns Manufakturwarenhandlung übernahmen zwei „Arier“, wie es im NS-Jargon hieß.[139] 1935 schlossen die meisten Geschäfte, die Viehhändler Sally Strauß und Moritz Karlsberg mussten ihr Gewerbe aufgeben. Häuser und Grundstücke von jüdischen Besitzern wurden zwangsweise verkauft. Die meisten Familien waren von nun an auf die Unterstützung durch auswärts lebende Verwandte angewiesen. Die feindliche und bedrohliche Stimmung trieb weitere 28 Jüdinnen und Juden zur Auswanderung, die meisten in die USA, einige nach Palästina, Paris, Frankfurt und Darmstadt. Zu ihnen gehörte der 73-jährige Lehrer Joseph Vorenberg mit Ehefrau Thekla und Sohn Jakob, die noch kurz vor den Novemberpogromen nach Frankfurt zogen.[140] Sie wurden am 15. September 1942 von dort in das sogenannte Altersghetto Theresienstadt deportiert und starben 1943 an den Folgen der dort herrschenden menschenunwürdigen Bedingungen.[141]

Im Juli 1938 bestand die jüdische Gemeinde Reinheim nicht mehr, sondern wurde als Verein fortgeführt. Da sie auch zahlungsunfähig war, empfahl das Finanzamt Dieburg dem Bürgermeister, sich wegen der schuldigen Gemeindegefälle für 1936 und 1937 in Höhe von 52,10 RM an den Mitgliedern schadlos zu halten, da diese persönlich für die Vereinsschulden hafteten.[142] Am 8. November 1938 holten Reinheimer Gendarmen in Gegenwart des ersten Gemeindevorstehers Josef Frohmann und von Max Lehmann vier Torarollen aus der Synagoge ab und brachten sie aufs Bürgermeisteramt. Sie sollten nach Darmstadt gebracht werden. Über den weiteren Verbleib der Rollen ist jedoch nichts bekannt.[143]

In der Nacht vom 9. auf den 10. November überfiel ein Mob die noch in jüdischem Besitz befindlichen Häuser, plünderte Waren und misshandelte die jüdische Bevölkerung. Die Horde zerschlug Einrichtungsgegenstände, zertrümmerte Porzellan und Geschirr, zerriss Kleider und Bücher. Möbel flogen durch die geschlossenen Fenster auf die Straße. Die Trümmer und Fetzen verbrannten die Zerstörer anschließend. Nach Aussage des Bürgermeisters sollen auch SA- und SS-Männer aus Reinheim und Groß-Bieberau an den Zerstörungen beteiligt gewesen sein.[144] Die dem jüdischen Gotteshaus in dieser Nacht zugefügten Schäden fasste die JRSO in Frankfurt nach der Schoa folgendermaßen zusammen: „Im Zuge der judenfeindlichen Ausschreitungen im November 1938 wurden die im Jahre 1932 angeschafften schönen Eingangstüren zerstört, die Fenster eingeworfen und deren Rahmen zerstört; die gesamte Installation wurde durch Herausreißen der Beleuchtungskörper vernichtet und der Wandputz schwer beschädigt. Ferner wurde die zur Empore führende Treppe vernichtet.“[145] Wegen der dichten Bebauung zündete der Mob die Synagoge nicht an. Die Zerstörer zerschlugen jedoch einen Teil der Inneneinrichtung und Kultgegenstände in der Synagoge, rissen anschließend die Empore samt Fußboden heraus und verbrannten alles mit dem Inventar der Mikwe und des Schulzimmers auf einer nahen Wiese.[146]

Unter dem Eindruck des Novemberpogroms verließen die letzten fünf Familien mit elf Personen Reinheim bis zum 13. April 1939, in der Hoffnung, in der Großstadt Frankfurt Schutz zu finden; Raphael und Bella Blum konnten nach Südafrika auswandern.[147] Die in ihrer Bausubstanz erhaltene, aber im Inneren völlig zerstörte Synagoge kam am 9. Oktober 1939 für 1.000 RM in den Besitz der direkten Nachbarn, des Landwirtes Georg Friedrich Bernius und seiner Ehefrau. Den Kaufvertrag schloss das Ehepaar mit dem „Abwesenheitspfleger“ der Israelitischen Religionsgemeinde Reinheim, Friedrich Wilhelm Blum aus Mainz, ab. Dieser begleitete auch die Eintragung ins Grundbuch und die Beurkundung. Der Kaufpreis wurde auf ein Sperrkonto eingezahlt. Der Landrat fand den Preis angemessen und genehmigte den Vertrag am 28. November 1939.[148] Inzwischen war die Steuerschuld der ehemaligen jüdischen Gemeinde auf 110,60 RM angestiegen. Obwohl er als Käufer vertraglich dazu verpflichtet war, weigerte sich Bernius, diese Summe zu zahlen. So forderte der Bürgermeister den Pfleger Blum in Mainz auf, diese zu begleichen.[149]

Nach unserem Kenntnisstand wurden 13 jüdische Männer und Frauen, die im Jahr 1933 in Reinheim lebten,

hauptsächlich von Frankfurt aus in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa deportiert und dort ermordet.[150] Weitere Schoa-Opfer kamen aus Georgenhausen und Spachbrücken.[151]

Nach 1945

Der von der JRSO festgestellte Gesamtschaden am jüdischen Gemeindebesitz betrug 110.342 Mark. Während der an dem Gebäude angerichtete Schaden lediglich mit 10.797 Mark taxiert wurde, betrug der Wert der verlorenen Inneneinrichtung 41.650 Mark und der der Ritualgegenstände 57.895 Mark.[152] Gegen Zahlung von 1.500 DM entließ die JRSO das Grundstück mit der ehemaligen Reinheimer Synagoge im Jahr 1950 aus der Vermögenskontrolle. Für die Zerstörung des jüdischen Wohnbesitzes und der erst 1932 frisch renovierten Synagoge konnten keine Täter ermittelt und vor Gericht gestellt werden, denn im Ort habe nach 1945 keiner mehr über den Pogrom gesprochen.[153]

Die neuen Besitzer nutzten das Synagogengebäude für landwirtschaftliche Zwecke. Erst nach 1950 erfolgte der Umbau, bei dem die Außenfassaden bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurden. Eine Betondecke unterteilte den Betsaal in zwei Geschosse. Sämtliche Fenster- und Türöffnungen wurden unter Verwendung herausgebrochener Formsteine zugemauert und stattdessen kleinere rechteckige Fenster eingebaut. Als Einfahrt für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge entstand an der Giebelfassade ein Tor; an der Nordostseite führte ein neuer mit einer schlichten Brettertür verschlossener Eingang in das ehemalige Ritualbad. Vor dem ursprünglichen Nebeneingang entstand eine Garage. Der Besitzer nutzte die ehemalige Synagoge als Traktorengarage, als Scheune und Lagerraum für Kartoffeln.[154] In dem durch den Novemberpogrom und die baulichen Maßnahmen herbeigeführten schäbigen, scheunenartigen Aussehen präsentierte sich das Gebäude bis 1990.

Am 31. Januar 1986 ließ die Stadt Reinheim an der Eingangsfassade der ehemaligen Synagoge eine von der Künstlerin Marianne Wagner aus Seckach gestaltete Gedenktafel anbringen. Eher beiläufig geriet die Synagoge Ende der 1980er Jahre als Teil des Ensembles der Reinheimer Altstadt unter Denkmalschutz. Die von Studierenden der FH Darmstadt durchgeführten Bauuntersuchung und Rekonstruktion legten den Rang und die Bedeutung des Bauwerks offen.[155] Daraufhin erhielten die Besitzer für den von ihnen ab 1995 geplanten Umbau zum Wohnhaus die Auflage, die ursprüngliche Außengestalt des Gebäudes wiederherzustellen, den Dachstuhl und die Holzbalkendecke zu erhalten sowie die Wandmalereien wenigstens unter einer Leichtholzwand für die Nachwelt zu bewahren. Entgegen den Auflagen der Denkmalpflege ließen die Eigentümer jedoch die Reste der Wandmalerei von den Wänden abschlagen und anschließend entsorgen. Sie brachen den Dachstuhl mit den Fachwerkgiebeln ab und ersetzten die Balkendecke durch eine Stahlbetondecke. Außerdem stellten sie die Fenster- und Türöffnungen nicht in ihrer ursprünglichen Form wieder her. Heute befinden sich drei Mietwohnungen in dem Gebäude.[156]

Erinnerung an die jüdische Geschichte

Über die Vorstellung seiner Autobiographie *Flucht in die Welt* kam Robert Goldmann (1921–2018), der Sohn des Arztes Jakob Goldmann, ab den 1990er Jahren seinem Geburtsort allmählich wieder näher.[157] Im Jahr 1998 erhielt

Abb. 16: Reinheim, ehemalige Synagoge als Scheune, Nord-Ost-Seite vor der Renovierung, 1990. Foto: K. Bittermann, M. Diedrich, H. Hommel, Dipl. Ing. F. Oppermann. Stadtarchiv Reinheim.

Abb. 17: Reinheim, Gedenktafel von Marianne Wagner von 1986. Aufnahme von 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

er in Reinheim die Ehrenbürgerwürde und seit 1999 schreibt die Stadt ihm zu Ehren das Robert-Goldmann-Stipendium aus. Es kommt Menschen zugute, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen. Nach seinem Vater ist der Dr.-Jakob-Goldmann-Kindergarten in Reinheim benannt. Freundschaftliche Verbindungen und die Verleihung des Stipendiums haben Goldmann immer wieder in die Stadt geführt.[158] Am 31. März 2011 verlegte der Künstler Gunter Demnig Stolpersteine für Joseph, Thekla und Jakob Vorenberg sowie für Max und Rosa Karlsberg vor ihren letzten Wohnhäusern in Reinheim.[159] Unter Beteiligung von Schülern der Dr.-Kurt-Schumacher-Schule verlegte er im April 2019 auch in Spachbrücken Stolpersteine für Rosa und Simon Schack, die 1942 ihren Heimatort verlassen mussten und im September 1942 nach Theresienstadt deportiert wurden und anschließend dort starben.[160]

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Bibliothekarin Stefanie Kary und Georg Ziergöbel vom Geschichtsverein Georgenhausen-Zeilhard, Professor Frank Oppermann, Darmstadt, sowie Pfarrer Dr. Felipe Blanco Wißmann für Referenzen zur Pfarrchronik.

Reinheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/171

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Reinheim

um 1550	2 Schutzjuden
1622/1623	13 Familien
1626/1627	7 Familien
1629	9 Familien
1770	2 Familien
1782	4 Familien mit 35 Personen
1785	4 Familien
1805	30 Personen
1810	36 Personen
1815	62 Personen
1828	8 Familien mit 59 Personen
1871	47 Personen
1900	86 Personen
1910	78 Personen
1925	64 Personen
1933	64 Personen
Mai 1939	0 Personen

Georgenhausen

1615	2 Personen (Schutzjuden)
1829	24 Personen
1867	27 Personen
1899	3 Familien mit 16 Personen
1900	18 Personen
1925	8 Personen
1929/1932	4 Personen

Spachbrücken

1702	4 Familien (mind.)
1740	4 Familien
1804	5 Familien
1829	55 Personen
1867	35 Personen
1884	22 Personen
1896	23 Personen
1900	15 Personen
1903	4 Familien mit 20 Personen
1925	6 Personen
1930	2 Familien mit 5 Personen
1934	1 Familie

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 217 (1770, 1805, 1810, 1871, 1900, 1910); Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25/26 (1867, 1900, 1925); HHStAW, 518, Nr. 1370 (1925); HStAD, G 15 Dieburg, L 16 (1934); HStAM, 40 a Rubr. 14, Nr. 198 (um 1550); Lilienthal, Jüdische Wanderungen, S. 121 (1815); Reitz/Stuckert, Spuren jüdischen Lebens, S. 78–79 (1782), 81 (1828); Spalt, Spachbrücker Sippenbuch, S. 55–56 (1804, 1884, 1900, 1925, 1930); StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-8 (1929/1932); XIII-2, Nr. 3-6 (1933); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 11 (1896), S. 88 (für 1896), 110 (für 1899); Volz, Die Reinheimer Juden, S. 14 (1626/1627), 15 (1629), 22 (1622/1623), 35 (1785); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 82, 223 (1829).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Franz, Eckhart G., „Schutzjuden“ und „Judenbürger“. Die jüdische Geschichte des Kreisgebiets vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim.“ Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 5–26.

Goldmann, Robert, Deutschland 70 Jahre später, in: Magistrat der Stadt Reinheim (Hrsg.), Spuren jüdischen Lebens in Reinheim, Reinheim 2008, S. 47–49.

Goldmann, Robert, Flucht in die Welt. Ein Lebensweg nach New York, Frankfurt 1996.
Goldmann, Robert, Kindheit in Reinheim im Odenwald, in: Magistrat der Stadt Reinheim (Hrsg.), Spuren jüdischen Lebens in Reinheim, Reinheim 2008, S. 7–34.
Heeren, Heinrich, Wie der Faschismus in Reinheim an die Macht kam, in: Magistrat der Stadt Reinheim (Hrsg.), Spuren jüdischen Lebens in Reinheim, Reinheim 2008, S. 35–40.
Hotz, Walter, Denkwürdigkeiten vergangener Jahrhunderte. Aus der Reinheimer Pfarrchronik, in: Werner E. Schröder (Hrsg.), Stadt Reinheim im Odenwald. Das Tor zum Gersprenztal, Reinheim 1950, S. 13–43.
Leinert, Georg, Alte Reinheimer Häuser und ihre Besitzer, Darmstadt 1968.
Magistrat der Stadt Reinheim (Hrsg.), Spuren jüdischen Lebens in Reinheim, Reinheim 2008.
Museum Reinheim/Geschichtsverein Reinheim-Ueberau e.V./Geschichtsverein Georgenhausen-Zeilhard (Hrsg.), Orte jüdischen Lebens in Reinheim und den Ortsteilen, Reinheim 2021.
Poth, Jürgen, Stolpersteine in Spachbrücken, in: Museum Reinheim/Geschichtsverein Reinheim-Ueberau e.V./Geschichtsverein Georgenhausen-Zeilhard, Orte jüdischen Lebens in Reinheim und den Ortsteilen, S. 84–85.
Reinhold Postina, Eva, Verbrannt, verwüstet, vergessen und verdrängt. Auf der Suche nach alten Synagogen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in: Lange, „L'chajim." Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, S. 61–105.
Reitz, Heinz/Wilhelm, Stuckert, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde Reinheim, in: Magistrat der Stadt Reinheim (Hrsg.), Spuren jüdischen Lebens in Reinheim, Reinheim 2008, S. 76–95.
Rosenthal, Berthold, Article Reinheim, in: Avneri, Germania Judaica, Bd. 2, S. 692.
Spalt, Georg, Spachbrücker Heimatbuch. Geschichte eines Dorfes und seiner Gemarkung, Spachbrücken 1968.
Spalt, Georg, Spachbrücker Sippenbuch. Ein Beitrag zur Familien- und Sippenforschung, Spachbrücken 1971.
Stuckert, Wilhelm, Reinheimer Hausplätze innerhalb der ehemals befestigten Stadt und ihre Besitzer, hrsg. von der ev. Kirchengemeinde Reinheim, Reinheim 2008.
Tischner, Heinrich, Heimatbuch Georgenhausen, Zeilhard, Dilshofen, Bd. 2. Georgenhausen 1986.
Volz, Fritz, Die Reinheimer Juden. Die jüdischen Gemeinden von Reinheim und seinen heutigen Stadtteilen – Spuren ihrer Geschichte, Reinheim 1988.
Ziergöbel, Georg, Jüdisches Leben in Georgenhausen und Zeilhard, in: Museum Reinheim/Geschichtsverein Reinheim-Ueberau e.V./Geschichtsverein Georgenhausen-Zeilhard, Orte jüdischen Lebens in Reinheim und den Ortsteilen, S. 63–74.

Archivalien

Leo Baeck Institute New York (LBI)
– ME 161
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-LJ4: Nr. 10; 31
– JRSO-Hes: Nr. 039
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7382
– 518: Nr. 1370
– 1245: Nr. 24
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 4: Nr. 112/1
– C 6: Nr. 1850
– E 3 A: Nr. 3/1
– E 8 A: in Nr. 75/9
– G 12 A: in Nr. 19/8
– G 15 Dieburg: Nr. B 24; L 7; L 10; L 16; T 764; V 228
– G 17: Nr. 2; 5; 14c, 18
– H 23: Nr. 1983
– O 61 Mueller Adolf: Nr. 5
– P 4: Nr. 2366; 3716
– R 2: Nr. 425/1
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 40 a Rubr. 14: Nr. 198
– Urkunden (Urk.) 1: Nr. 3092
Jüdisches Museum Frankfurt a. M. (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 255
Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Wertheim (StAWt)
– R-Rep. 12e: Nr. 161
– R-Rep. 41b: Nr. 32; 40; 41
– R-Rep. H 9 I: Nr. 608; 656; 712; 762
Pfarrarchiv Reinheim (PfarrA Reinheim)
– Chronik der evangelischen Gemeinde Reinheim 1858–1981
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Da2: Nr. 40
Stadtarchiv Reinheim (StadtA Reinheim)
– XIII-2: Nr. 3-3
– XIII-4: Nr. 3-9
– XV: Stadtrechnungen.
– XXVI-3: Nr. 13-40
– Bauakten [ohne Signatur]: Bauplan vom 13.08.1878
– Bildersammlung
– Kittisak Bittermann/Monika Diedrich/Helmut Hommel/Frank Oppermann, Rekonstruktion der Reinheimer Synagoge, Am Biet 11, 1990 (Dokumentation 1990)
– Brandkataster der Gemeinde Reinheim, 1855
– G XIII-2: Nr. 1-1; 1-2; 1-4; 1-8; 3-6
– G XIII-3: Nr. 1-1; 1-3; 3-9
– G XIII-4: Nr. 3-9
– G XIII-5: Nr. 1-1
– Gerichtsbuch des Fleckens Spachbrücken, 2 Bde., 1654–1790
– Grundbuch der Gemeinde Reinheim, 1816
– Kirchenbuch Reinheim
– Verkauf der Synagoge
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.52: Nr. 1124

Anmerkungen

1 LBI, ME 161, Tannenwald, Abschrift des Lebenslaufs von Sussmann Frohmann aus Reinheim. S. u.
2 PfarrA Reinheim, Chronik, S. 21.

3 Vgl. Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 16; Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 7.
4 Kracauer, Urkundenbuch, Bd. 2, S. 312, 331 (David), 387 und passim (Isaak). Vgl. Rosenthal, Artikel Reinheim.
5 HStAM, 40 a Rubr. 14, Nr. 198. Vgl. Geldeinnahmen von Juden in der Abrechnung aus den hessischen Ämtern, in: LAGIS Hessen, Quellen zur jüdischen Geschichte, lagis.hessen.de/resolve/de/qjg/3789, letzter Zugriff 25. August 2023.
6 Vgl. Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 10–12.
7 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Bl. 25 v.
8 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5.
9 Zu Spachbrücken s. u.
10 Zit. nach PfarrA Reinheim, Chronik, o. S. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 14, 17, 22, 23, nach Stadtrechnungen aus dem StadtA Reinheim.
11 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 22, mit Teilabdruck der Stadtrechnung von 1622 (daraus das Zitat).
12 HStAD, C 4, Nr. 112/1, S. 0051. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 15, 22, 23.
13 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Gerichtstage 1623, 1625, 1629, 1631.
14 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 15–16, nach Stadtrechnungen von 1622, 1626, 1627, StadtA Reinheim, Abt. XV.
15 HStAD, E 8 A, in Nr. 75/9.
16 Vgl. Battenberg, Juden zwischen den Fronten, S. 250–252, 257.
17 Vgl. Battenberg, Juden zwischen den Fronten.
18 Zit. nach Volz, Die Reinheimer Juden, S. 19 (Abdruck der Quelle), nach StadtA Reinheim, Gerichtsbuch Reinheim.
19 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 15, nach Hotz, Denkwürdigkeiten, S. 20–21, nach einem älteren Kirchenbuch.
20 Zit. nach Volz, Die Reinheimer Juden, S. 19 (Abdruck der Quelle), nach StadtA Reinheim, Gerichtsbuch Reinheim.
21 Zur Geschichte von Georgenhausen siehe Georgenhausen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13420, Stand 24.2.2022, letzter Zugriff 13. September 2023.
22 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Jahre 1615, 1616.
23 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5.
24 StadtA Dieburg, B, Nr. 14/17, Stadtrechnung von 1626/1627.
25 Vgl. Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 15.
26 StadtA Reinheim, Gerichtsbuch Spachbrücken, Eintrag zu 1654.
27 StadtA Reinheim, Kirchen-/Taufbuch. Vgl. Ziergöbel, Jüdisches Leben, S. 63–64, mit Abdruck des Taufeintrags; Volz, Die Reinheimer Juden, S. 20.
28 HStAD, C 4, Nr. 112/1, Rügeverfahren vor Amt Habitzheim 1662–1756; StadtA Reinheim, Gerichtsbuch Reinheim zu 1673.
29 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 762.
30 StAWt, R-Rep. 12e, Nr. 161.
31 StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-1, Verordnung der von Haxthausen vom 22. November 1760. Vgl. Tischner, Heimatbuch Georgenhausen, S. 168.
32 Vgl. Blum, Frankfurter Taqqanot; Kracauer, Die Kulp-Kannschen Wirren.
33 StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-1, Verordnung der von Haxthausen vom 22. November 1760. Vgl. Tischner, Heimatbuch Georgenhausen, S. 168.
34 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 32; StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 762, StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-1.
35 StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-1, Verordnung der von Haxthausen vom 22. November 1760.
36 Löwenstein, Beiträge zur Geschichte, Bd. 1, S. 69, nach Quellen aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe.
37 StadtA Reinheim, Gerichtsbuch, Spachbrücken, 1670/1671.
38 HStAD, C 4, in Nr. 112/1, für die Jahre 1706, 1711, 1723, 1724, 1736 und 1740; StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 656.
39 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nrn. 655, 656. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 30–31, 60–61.
40 Vgl. Blum, Gemeindeämter als Spiegel; siehe dazu auch Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 174.
41 StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-1, Verordnung der von Haxthausen vom 22. November 1760.
42 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 608, Schreiben der Spachbrücker Judenschaft an Amt Habitzheim.
43 StAWt, R-Rep. 41b, Nr. 41. Am 14. Mai 1771 wird Samuel Hirsch Adler zum Stadt- und Landrabbiner in der Grafschaft Wertheim gewählt, gleichzeitig zum Landrabbiner in den Wertheim'schen Privatämtern Rosenberg, Habitzheim und Heubach.
44 StAWt, R-Rep. H 9 I, Nr. 712, Spachbrücker Judenschulordnung vom 13. September 1799.
45 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 223.
46 HStAD, P 4, Nr. 2366, Parzellenkarte von 1836–1838, Flur I, Abt. D. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 37; Spalt, Spachbrücker Sippenbuch, S. 55; Spalt, Spachbrücker Heimatbuch, S. 125, 127, hier mit Umzeichnung eines Planes von 1718.
47 HStAD, P 4, Nr. 2366. Vgl. Spalt, Spachbrücker Heimatbuch, S. 125.
48 HStAD, G 15 Dieburg, L 7, Schreiben an Kreisbehörde vom 2. Februar 1847 mit Feststellung von Schäden und schlechter Handwerkerarbeit an dem neu errichteten Bad. Vgl. Spalt, Spachbrücker Sippenbuch, S. 55-56.
49 Jakob Samuel, Sohn des Abraham Salomon ha-Levi, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/15454, letzter Zugriff 25. August 2023.
50 Erst im Jahr 1931 wurde die jüdische Gemeinde Reinheim zur Miteigentümerin des Friedhofs in Groß-Bieberau. Vgl. Art. Reinheim, in: Mitteilungsblatt des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessens 6, September 1931, S. 10.
51 HStAD, E 3 A, Nr. 3/1, 110.
52 HStAD, R 1 A, Nr. 25/4.
53 Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 685, Nr. 9:40.
54 Vgl. Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 79.
55 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 31, 62; Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 78-79.
56 CJA, 1 A Da2, Nr. 40.
57 CAHJP, D-Lj4-80.
58 HStAD, G 17, Nr. 18, für 1785–1832. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 35; Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 79; Lilienthal, Jüdische Wanderungen, S. 121.
59 LBI, ME 161. Zu Sussmann David Frohmann als Religionslehrer siehe Artikel Griesheim in diesem Band. Zur „Judenschule" im Nebenbau siehe StadtA Reinheim, Grundbuch Reinheim 1816, S. 79, Nr. 1. Vgl. Leinert, Alte Reinheimer Häuser, S. 23; Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 88.
60 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 196.
61 Vgl. Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 88.
62 Vgl. Stuckert, Reinheimer Hausplätze, S. 35; Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 89, nach einer Urkunde im StadtA Reinheim.
63 StadtA Reinheim, heute Flur-Nr. 214/2, Brandkataster 1855, S. 110, Flur-Nr. 215.
64 Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de, Eingabe Reinheim/An der Stadtmauer 5, letzter Zugriff 8. Juli 2023.

65 Vgl. Lilienthal, Jüdische Wanderungen, S. 121. So wurden um 1828 acht verheiratete Juden in Reinheim „recipirt“, und von insgesamt 1.196 Personen waren 59 jüdisch. Vgl. CAHJP, D-LJ4, Nr. 10; Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 196.
66 HStAD, G 17, Nr. 14c, Amt Lichtenberg und Reinheim.
67 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 34; Reitz/Stuckert, Aus der Geschichte, S. 88; Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 196; zu David Frohmann siehe LBI, ME 161.
68 LBI, ME 161, dort auch das Zitat.
69 StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-4, Einnahmen und Ausgaben, Voranschläge für die Jahre 1832/1833.
70 Vgl. Ziergöbel, Jüdisches Leben, S. 65, nach einem Dokument aus dem StadtA Reinheim.
71 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 82 (Georgenhausen, Zeilhard). Siehe die Statistiken am Ende des Artikels.
72 CAHJP, D-Da3-20; StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-2, Gehalt Oberrabbiner Darmstadt 1827/1828; StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-4, Einnahmen und Ausgaben, Voranschlag von 1898.
73 StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-3, Landrat in Reinheim an Bürgermeister von Zeilhard, 11. April 1828.
74 StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-1, Protokoll Bürgermeister von Zeilhard, 19. Mai 1829. Die Gemeinde benötigte das Geld wohl zur Abtragung ihrer Schulden für die Baukosten und nicht, wie Volz schreibt, für den Bau einer Mikwe. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 36–37.
75 StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-4, Ausgaben Israelitische Religionsgemeinde Georgenhausen-Zeilhard für 1832/1833. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 36.
76 StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-4, Verzeichnis vom 03. Dezember 1901 über das Vermögen der Israelitischen Religionsgemeinde Georgenhausen zum Kostenvoranschlag 1902/1905.
77 StadtA Reinheim, G XIII-3, Nr. 1-1.
78 HStAD, P 4, Nr. 3716, Parzellenkarte von 1840, Flur I, Abt. B; HStAD, H 23, Nr. 1983, S. 21. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 36; Tischner, Heimatbuch Georgenhausen, S. 222–223.
79 Vgl. Schostack, Weg der Mikwe, S. 223–225, 232–234.
80 Zu Legenden und Schauergeschichten über tödliche Unglücksfälle in Mikwaot vgl. Schostack, Weg der Mikwe, S. 149–150, mit weiterführender Literatur.
81 StadtA Reinheim, G XIII-5, Nr. 1-1.
82 StadtA Reinheim, G XIII-2, Nr. 1-4, Verzeichnis vom 03.12.1901 über das Vermögen der Israelitischen Religionsgemeinde zu Georgenhausen zum Kostenvoranschlag 1902/1905.
83 Vgl. Leinert, Alte Reinheimer Häuser, S. 37.
84 StadtA Reinheim, Brandkataster 1855, S. 63, Eintrag: Nr. 54 (alt), Nr. 122 (neu), Die Judenschaft, eine 2 st. [stöckige] Synagoge, 2000 fl. (durchgestrichen: 3430 Mark), 1838 (Zeit der Versicherung).
85 StadtA Reinheim, Bauakten, Bauplan mit Baugenehmigung vom 13. August 1878.
86 HStAD, C 6, Nr. 1850 (1879–1974), S. 57; HHStAW, 518, Nr. 1370, JRSO Frankfurt a. M. an Entschädigungsbehörde Wiesbaden, 7. September 1959, Bl. 3.
87 Anzeige in: Der Israelit 52, Nr. 28, 13. Juli 1911, S. 16.
88 StadtA Reinheim, XIII-2, Nr. 3-3. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 80–81.
89 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 207.
90 CAHJP, JRSO-Hes-039, Bl. 72, Siegmund Steiermann an Dr. Frederick W. Elkan, 15. August 1958.
91 StadtA Reinheim, XXVI-3, Nr. 13-40.
92 Um 1883 und auch um 1905 nutzte die Israelitische Religionsgemeinde an Werktagen einen Schulsaal der Volksschule zum Religionsunterricht. Siehe dazu StadtA Reinheim, XIII-4, Nr. 3-9.
93 Im Jahr 1990 untersuchten drei Studierende der Architektur an der Fachhochschule Darmstadt unter Leitung des Dozenten Frank Oppermann den Baubefund. Ihre Text- und Bilddokumentation sowie ihre zeichnerischen Rekonstruktionen vermitteln eine gute Vorstellung vom ursprünglichen Aussehen der ehemaligen Synagoge vor dem entstellenden Umbau zum Wohnhaus. Vgl. StadtA Reinheim, Dokumentation 1990; HHStAW, 1245, Nr. 24 (NL Thea Altaras). Vgl. Altaras, Synagogen, S. 295–297. Vgl. auch StadtA Reinheim, Bauakten, Bauplan mit Baugenehmigung vom 13. August 1878; CAHJP, JRSO-Hes-039, Anl. 4 zum Schreiben der JRSO an die Entschädigungsbehörde Wiesbaden vom 7. September 1959.
94 Der in der Rekonstruktion der FH Darmstadt (HHStAW, 1245, Nr. 24) angenommene Nebeneingang zur Mikwe bestand nach dem Bauplan von 1878 (StadtA Reinheim, Bauakten) und nach der Skizze von 1959 (CAHJP, JRSO-Hes-039) nicht.
95 HHStAW, 1245, Nr. 24, Rekonstruktion Bittermann/Diedrich/Hommel/Oppermann. Da die Rekonstruktionszeichnungen der Studierenden nicht auf einem verformungsgerechten Aufmaß beruhen, ist die Unregelmäßigkeit des Grundrisses nicht berücksichtigt. Bis auf die Höhenmaße fehlen sämtliche Maßangaben. Maße deshalb entnommen aus CAHJP, JRSO-Hes-039.
96 In diesem Punkt unterscheidet sich die Rekonstruktion der FH Darmstadt, die, allerdings ohne Befund, von einer Mittelstellung der Bima ausging. Mithin wird wohl die JRSO-Skizze von 1959 (CAHJP, JRSO-Hes-039) der Realität am nächsten kommen.
97 Beschreibung nach StadtA Reinheim, Dokumentation 1990; HHStAW, 1245, Nr. 24, Rekonstruktion Bittermann/Diedrich/Hommel/Oppermann; CAHJP, JRSO-Hes-039.
98 HHStAW, 1245, Nr. 24, Rekonstruktion Bittermann/Diedrich/Hommel/Oppermann, Detailzeichnungen.
99 StadtA Reinheim, Dokumentation 1990; HHStAW, 1245, Nr. 24, Rekonstruktion Bittermann/Diedrich/Hommel/Oppermann; CAHJP, JRSO-Hes 039.
100 Siehe Artikel Pfungstadt in diesem Band.
101 Vgl. Hahn/Krüger, Synagogen in Baden-Württemberg, Bd. 2, S. 117–125.
102 Vgl. de.wikipedia.org/wiki/St._Matth%C3%A4us_(M%C3%BCnchen), letzter Zugriff 20. August 2023.
103 Siehe dazu die Statistiken der Orte am Ende des Artikels. Zu Georgenhausen bemerkte der Bürgermeister im Jahr 1942, das nach seiner Kenntnis in Georgenhausen keine jüdische Gemeinde bestanden habe, vgl. HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 16.
104 Vgl. Spalt, Spachbrücker Sippenbuch, S. 56.
105 HStAD, H 23, Nr. 1983, S. 21, Topografisches Güterverzeichnis von 1892.
106 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 11 (1896), S. 88.
107 Vgl. JMF, Arnsberg, Akte 255, S. 2, nach Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385.
108 Lilienthal, Jüdische Wanderungen, S. 121.
109 Vereinswesen, in: Der Israelit 50, Nr. 13, 1. April 1909, S. 8.
110 Vgl. dazu Meier Spier, Die Landrabbinerwahl in Hessen, in: Der Israelit 36, Beilage zu Nr. 50, 24. Juni 1895, S. 911–913.
111 Vgl. Zentralwohlfahrtsstelle, Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, S. 385.
112 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. V 228.
113 Siehe die Stellenanzeigenim Artikel Reinheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/reinheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 29. Januar 2024.

114 Vgl. Personalien, in: Der Israelit 76, Nr. 29, 18. Juli 1935, S. 11; Personalien, in: Der Israelit 77, Nr. 27, 2. Juli 1936, S. 14.
115 StadtA Reinheim, XIII-3, Nr. 3-9 u. XIII-4, Nr. 3-9. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 53.
116 Vgl. Katz, Die rechtliche Stellung, S. 77–79.
117 StadtA Reinheim, XIII-4, Nr. 3-9.
118 StadtA Reinheim, XIII-4, Nr. 3-9, Schreiben des Großhessischen Kreisamtes Dieburg an den Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde Reinheim vom 7. August 1905 wegen Beschwerde des Schuldieners Coy, der eine Bezahlung für seinen Dienst am Sonntag einforderte. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 53.
119 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 44–53.
120 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 54–57.
121 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 55.
122 Siehe dazu die Statistik am Ende des Artikels.
123 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 75, 81.
124 Anzeige in: Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift 27, Nr. 41, 14. Oktober 1910, S. 683.
125 Anzeige in: Der Israelit 52, Nr. 33, 17. August 1911, S. 12.
126 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 79.
127 Siehe Museums Reinheim, www.museum-reinheim.de/Stadtrundgang-Orte-juedischen-Lebens-in-Reinheim/Stolpersteine-Lehrer-Vorenberg-Die-juedische-Gemeinde-in-der-Kaiserzeit, letzter Zugriff 11. September 2023. Siehe dazu auch den Artikel Groß-Bieberau in diesem Band.
128 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. B 24, Beschwerde des Nathan Schack von Georgenhausen. Vgl. Personalien und kleine Mitteilungen, in: Frankfurter Israelitisches Familienblatt 10, Nr. 49, 13. Dezember 1912, S. 3.
129 Central-Verein-Zeitung 1, 4. Mai 1922, S. 15. Die Gründung war verbunden mit einem Vortrag zum Thema „Die Pflicht zum Zusammenschluß".
130 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385.
131 Vgl. Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 560; Volz, Die Reinheimer Juden, S. 82-83.
132 HStAD, G 12 A, in Nr. 19/8; HStAD, R 2, Nr. 425/1.
133 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 82, 83, 105.
134 PfarrA Reinheim, Chronik, S. 258.
135 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 88-89; Heeren, Wie der Faschismus.
136 Anzeige in: Der Israelit 74, Nr. 51, 21. Dezember 1933, S. 8.
137 Vgl. Goldmann, Kindheit in Reinheim; Museum Reinheim, www.museum-reinheim.de/Stadtrundgang-Orte-juedischen-Lebens-in-Reinheim/Wohnhaus-Dr-Goldmann-Der-juedische-Arzt-in-Reinheim, letzter Zugriff 11. September 2023; Volz, Die Reinheimer Juden, S. 89-90.
138 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 255, Liste von 1966; Yad Vashem, Archives, O.52, Nr. 1124, diese Zusammenstellung von 1962 enthält teilweise andere Namen.
139 Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 91.
140 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 255.
141 Statistik und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich, www.statistik-des-holocaust.de/TT420915-81.jpg, letzter Zugriff 12. September 2023; Bundesarchiv, Gedenkbuch, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 12. September 2023.
142 StadtA Reinheim, Verkauf der Synagoge, Schreiben vom 2. Juni 1938, Finanzamt Dieburg an Bürgermeister von Reinheim, 5. Juli 1938.
143 CAHJP, JRSO-Hes-039, Bl. 20, 23 Max Lehmann an JRSO, Frankfurt a. M., 18. Februar 1950; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 255; Schreiben Max Lehmann, 2. Januar 1966.
144 CAHJP, JRSO-Hes-039, Bl. 07, Schadensfeststellung des Bürgermeisters von Reinheim im Juni 1949, Bl.16; Aktenauszug vom 9. Februar 1950, Bl. 83, Max Lehmann an JRSO Frankfurt a. M., 19. Juni 1959; Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 94.
145 HHStAW, 518, Nr. 1370, JRSO Frankfurt a. M. an Entschädigungsbehörde Wiesbaden, 7. September 1959, Bl. 2. Siehe auch CAHJP, JRSO-Hes-039, Bl. 25, Beschreibung des Baubefunds im Jahr 1950 durch den Architekten Fischer-Barnicol.
146 HHStAW, 518, Nr. 1370, JRSO Frankfurt a. M. an Entschädigungsbehörde Wiesbaden, 7. September 1959, Bl. 3, nach Auskunft des Bürgermeisters und des Überlebenden Max Lehmann.
147 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 255, Aufstellung vom 16. September 1966.
148 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10; HStAD, G 15, Nr. T 764.
149 StadtA Reinheim, Verkauf der Synagoge, Schreiben vom 24. Februar 1939, 11. Juli 1940, 6. August 1941; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 764, Kaufvertrag vom 9. Oktober 1939.
150 Zahlen nach Bundesarchiv, Gedenkbuch, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 12. September 2023.
151 Zahl nach Reinheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/reinheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 12. September 2023.
152 HHStAW, 518, Nr. 1370, JRSO Frankfurt a. M. an Entschädigungsbehörde Wiesbaden, 7. September 1959, Anl. 2.
153 CAHJP, JRSO-Hes-039, Bl. 27–28, Vergleich vom 21. April 1950; HHStAW, 503, Nr. 7382, Ermittlungsbericht Löchl vom 28. November 1960.
154 HStAD, G 15, Nr. T 764; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. L 10; HStAD, C 6, Nr. 1850, S. 57. Vgl. Volz, Die Reinheimer Juden, S. 95.
155 HHStAW, 1245, Nr. 24.
156 Dachstuhl abgerissen, Innenputz abgeschlagen, in: FAZ, Nr. 248, 25. Oktober 1995, S. 55; HHStAW, 1245, Nr. 24, Adolf Diamant, Im Hessischen Reinheim wurden die letzten Spuren der Synagoge vernichtet, in: Israel Nachrichten vom 8. Dezember 1995, S. 10. Vgl. Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, vergessen, S. 54–55.
157 Goldmann, Flucht in die Welt.
158 Vgl. Goldmann, Deutschland 70 Jahre später, S. 47–49; Stadt Reinheim, www.reinheim.de/ehrenbuerger.html, letzter Zugriff 12. September 2023.
159 „Stolpersteine" für NS-Opfer in Reinheim, in: süwo, Anzeigenzeitung für Südhessen, 26./27. März 2011, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20291/Reinheim%20Sto%2031032011a.jpg, letzter Zugriff 12. September 2023.
160 Poth, Stolpersteine in Spachbrücken.

Roßdorf

Mit Gundernhausen

Roßdorf war im Jahr 1250 als fuldisches Lehen an die Grafen von Katzenelnbogen gelangt. Im Jahr 1490 kam das Dorf an die Landgrafen von Hessen und 1787 an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt.[1] Wie in vielen frühneuzeitlichen landgräflichen Städten verlief im Zuge der restriktiven, judenfeindlichen Politik auch in Roßdorf die Ansiedlung von Schutzjuden eher zögernd.[2] Während im Jahr 1623 vier Juden aus dem ebenfalls landgräflichen Nachbarort Gundernhausen Zoll an die Kammer in Darmstadt entrichteten,[3] ist zwischen 1609 und 1630 als einziger Roßdörfer Schutzjude der Pferde- und Häutehändler Lew bzw. Löw bezeugt. Die Quellen geben einen Einblick in Löws Leben und Wirken in dieser für jüdische Familien schwierigen Zeit.[4] In Roßdorf kaufte der etwa 25- bis 30-jährige Mann mehrere Weinberge und Ackerland sowie ein Pferd und lieh sich im Jahr 1610 die Summe von 200 Gulden. Löws Niederlassung in dem nur acht Kilometer von Darmstadt entfernten Dorf lässt auf gute Beziehungen zur landgräflichen Herrschaft schließen. So konnte er sogar im selben Jahr in Roßdorf ein eigenes Haus mit Scheuer und Garten erwerben. Der Hauskauf verweist auf die Gründung bzw. Existenz einer Familie.[5] Gegen Zahlung eines „Judenzolls“ in Höhe von zweieinhalb Batzen konnte Löw seinen Aktionsradius über die Grenzen des Amtes Lichtenberg, zu dem Roßdorf ab dem 15. Jahrhundert gehörte, hinaus ausdehnen.[6] Im Jahre 1630, ausgerechnet in der Zeit der judenfeindlichen Politik des Landgrafen Georg II., zog Löw mit seiner Familie nach Darmstadt, anfangs als einziger Schutzjude und Beisasse während des Dreißigjährigen Kriegs.

Jüdisches Leben im 18. Jahrhundert

Wegen der strengen Reglementierung des Zuzugs jüdischer Familien in der Landgrafschaft finden sich erst Anfang des 18. Jahrhunderts wieder Nachweise für jüdisches Leben in Roßdorf. Zwischen 1719 und 1721 entrichtete Mordge (auch Mordechai) jährlich 2 fl. 15 albus Beisassengeld an die Roßdörfer Bürgermeisterei.[7] Als zweiter jüdischer Bewohner wird Mordges Sohn „Gedschlig roßdorff“ erwähnt, als er 1737/1738 der Landjudenschaft 2 fl. 30 albus für „Taschengeleit“ (Reisezoll) zahlte.[8] In den Jahren 1753 und 1754 gab Götschel (hier Ketschel) drei Gulden Beisassengeld an das Bürgermeisteramt. Der dritte Roßdörfer Jude war der um 1700 geborene Jecoph (Jakob). Er brauchte im selben Zeitraum wegen seiner Armut nur die Hälfte zu zahlen.[9] Götschel (hier Gottschalk) Mordge, der wie Jakob den landgräflichen Schutz besaß,[10] starb vor 1785 und wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Darmstadt-Bessungen beigesetzt.[11] Mordechai sowie Jakobs Söhne Mordge und Götschel gehörten zu den vier Schutzjuden, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Roßdorf wohnen durften. Nur Bonem (auch Bonum) Löw aus Georgenhausen war nicht im Ort geboren worden. Wie die vielen Geburten der 1780er und 1790er Jahre erkennen lassen, gründeten sie eigene Familien. Die standesamtlichen Einträge wie Hochzeit, Geburt und Tod nahm der örtliche Pfarrer vor. Er notierte bei den Knaben sogar den Beschneidungstermin und den Namen des Mohel (Beschneider), der jeweils aus verschiedenen Orten herbeigerufen wurde. Einige der Ehefrauen stammten aus den Nachbarorten Gundernhausen, Georgenhausen und Messel.[12] Es ist nicht überliefert, womit die Familienväter sich und ihre Familien ernährten. Jedenfalls sank ihr Einkommen bis zum Jahr 1797 auf ein Existenzminimum.[13] Konkrete Hinweise auf das Bestehen einer jüdischen Gemeinde sind aus dem 18. Jahrhundert nicht erhalten. Spätestens im letzten Viertel dürfte das Quorum von zehn Religionsmündigen erreicht gewesen sein, um wenigstens in einem Privathaus Gottesdienst zu feiern.

Abb. 1: Darmstadt-Bessungen, Jüdischer Friedhof, Grabstein des Gottschalk Mordge (vor 1785). Foto: Stefan Vogt.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-025

Abb. 2: Lageplan mit Synagogengrundstück (Nr. 226, heute Darmstädter Straße 1, Pfeil), Brouillons 1894. Gemeindearchiv Roßdorf.

Bildung und Konsolidierung der Gemeinde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Beim Übergang an das Großherzogtum Hessen im Jahre 1806 lebten weiterhin nur vier jüdische Familien in Roßdorf. Ein Generationenwechsel mit allmählichem Anstieg der Zahl der Gemeindeglieder ist anhand der Geburts- und Trauregister für die 1830er und 1840er Jahre zu erkennen. Sechs Söhne alteingesessener Familien blieben im Ort und gründeten eigene Familien, die 1830 insgesamt 40 Personen umfassten. Ihre Ehefrauen kamen jetzt aus weiter entfernten Orten, z. B. Dieburg, Reichelsheim, Zwingenberg, Lützelsachsen, Hähnlein oder Laupheim. Bei den Geburtseinträgen fällt auf, dass nicht wie üblich Männer die Geburt amtlich beim Bürgermeister bezeugten, sondern außer der Hebamme zwei Frauen aus der jüdischen Gemeinde, gelegentlich auch nichtjüdische Nachbarinnen.[14] Vier Kinder des Heyum Salamon Simon sahen in ihrer Heimat keine Zukunft mehr und wanderten wie viele nichtjüdische Roßdörfer in den 1830er Jahren nach Nordamerika aus. Auch Jacob Strauß wählte diesen Weg für sich und seine Familie.[15] Die in Roßdorf und im Nachbarort Gundernhausen verstorbenen jüdischen Männer, Frauen und Kinder wurden ab dem Anfang des 19. Jahrhunderts auf dem etwa zwei Gehstunden entfernten Jüdischen Friedhof in Dieburg beigesetzt.

Zwischen 1850 und 1856 lebten neun jüdische Familien in Roßdorf. Drei von ihnen gehörten zur älteren Generation und hatten offensichtlich früher ihre Schutzstelle an ihre Söhne abgegeben. Erst ab 1850 sind sie zusammen mit ihren Söhnen offiziell als Bürger in Roßdorf rezipiert worden.[16] Die sich hier als späte Folge der Revolution von 1848 abzeichnende rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung in Hessen-Darmstadt fand auch in einem zahlenmäßigen Anstieg der Mitgliederzahlen der jüdischen Gemeinde ihren Ausdruck, die mit 49 Personen im Jahr 1861 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.[17] Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, schufen sich die meisten jüdischen Familien mehrere berufliche Standbeine. Metzger waren oft gleichzeitig im Viehhandel tätig, viele lebten vom Handel mit Futtermitteln, Fellen und Mehl. Mit der anschließend wieder fallenden Personenzahl sank auch

der Lebensstandard der Glieder der jüdischen Gemeinde. Viele ernährten sich eher mühsam vom Kleinhandel mit verschiedenen Produkten wie Ellen-, Spezerei- und Kurzwaren, einige lebten unter anderem vom Handel mit Lumpen, Knochen und Alteisen.[18] In diesen Zusammenhang ist auch die Auswanderung des Metzgers Löb May mit Ehefrau Friederike und ihren sechs Kindern nach New York (1881) und des Wilhelm Simon in die Schweiz (1888) einzuordnen.[19]

Der Synagogenbau 1877–1879

Georg Wilhelm Wagner nennt 1829 zwar 40 Juden in Roßdorf, erwähnt jedoch keine Synagoge.[20] Es ist nicht bekannt, in welchem Haus die jüdische Gemeinschaft ihre Gottesdienste feierte. Infrage käme dafür das Anwesen Dieburger Straße 20 (Nr. 127½) der Familie May (auch Mai), denn ihr Vorfahre Götschel (auch Gedschlig) besaß bereits im Jahr 1741 einen Grundstücksteil davon. Ab 1775 wird Mardochai Götschel Mai als Besitzer einer Hälfte des zugehörigen Hauses genannt (Nr. 202), 1814 wird außer dem Hausanteil eine Laubhütte aufgeführt. Ab 1830 gehörten Heium Mai beide Haushälften.[21]

Erst im Oktober 1877 erwarb die Gemeinde für den Synagogenneubau ein unbebautes rund 300 qm großes Gartengrundstück, das zu einem Bauernhof gehört hatte.[22] Den Antrag, eine Kollekte bei der israelitischen Bevölkerung der Provinz Starkenburg durchführen zu dürfen, hatte das Innenministerium bereits im Juli 1877 genehmigt. Als sich die Israelitische Religionsgemeinde im März 1879 von der Evangelischen Kirchengemeinde 3.600 Mark zur Finanzierung des Synagogenbaus lieh, war die Synagoge bereits fertiggestellt.[23] Bis auf den Bau einer Abortanlage auf dem Grundstück im Jahr 1920 sind vor 1938 keine jüngeren Baumaßnahmen überliefert.[24]

Die Synagoge lag auf einer Anhöhe mitten im Ortskern nahe der Haupt- und Durchgangsstraße nach Darmstadt (Darmstädter Straße 1). In unmittelbarer Nähe befand sich die evangelische Pfarrkirche, deren Turm hinter dem jüdischen Gotteshaus aufragte. Das Grundstück grenzte im Nordwesten an eine Sackgasse, die im Volksmund „Jurregäßche“ (Judengäßchen) genannt wurde. Die als reiner Sakralbau errichtete freistehende Synagoge lag traufseitig zur Gasse und war mit der Nordostseite nah an die Nachbarbebauung gerückt. Südöstlich davon befand sich im Abstand von etwa 1,70 m die ebenfalls 1877/1878 erbaute Mikwe.[25]

Abb. 3: Synagoge, Längsseite, um 1925; ehemalige Synagoge als Wohnhaus mit Turm der evangelischen Pfarrkirche, 2023. Foto 1925: Kulturhistorischer Verein Roßdorf e. V. Foto 2023 u. Bildmontage: Cornelia Berger-Dittscheid .

Lediglich eine historische Fotografie, eine Luftbildaufnahme und Katasterpläne[26] dokumentieren die heute zum Wohnhaus umgebaute ehemalige Synagoge. Horst Wilhelms Rekonstruktionsversuch von 1988 vermittelt zumindest eine Vorstellung, wie die Synagoge einmal ausgesehen haben könnte.[27] Die partiell noch in den Umfassungsmauern erhaltene Synagoge besaß die Grundrissmaße von etwa 7,20 m x 10,20 m. Im Südosten befand sich in einem kleinen Anbau die Wendeltreppe zur Frauenempore; sie ist deutlich auf dem Luftbild von 1930 zu erkennen.[28] Vermutlich betrat man den etwa fünf Meter hohen Betsaal von Südwesten über eine Vorhalle. Der Toraschrein muss sich an der gegenüberliegenden Schmalseite befunden haben.

Zur Straßenseite zeichnete sich das Satteldachgebäude durch drei lange Rundbogenfenster aus, die es optisch von der Profanbebauung absetzten. Die Gebote-Tafeln aus rotem Sandstein auf der Giebelspitze charakterisierten das Gebäude als jüdisches Gotteshaus. Bei der Roßdörfer Synagoge handelte es sich um ein einfaches Bauwerk, dessen Größe auf die Zahl der Gemeindeglieder zugeschnitten war. Saalbauten dieser Art und Größenordnung finden sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts häufig im ländlichen Synagogenbau, beispielsweise in den im Landkreis Dieburg gelegenen Städten Ober-Ramstadt und Groß-Umstadt.

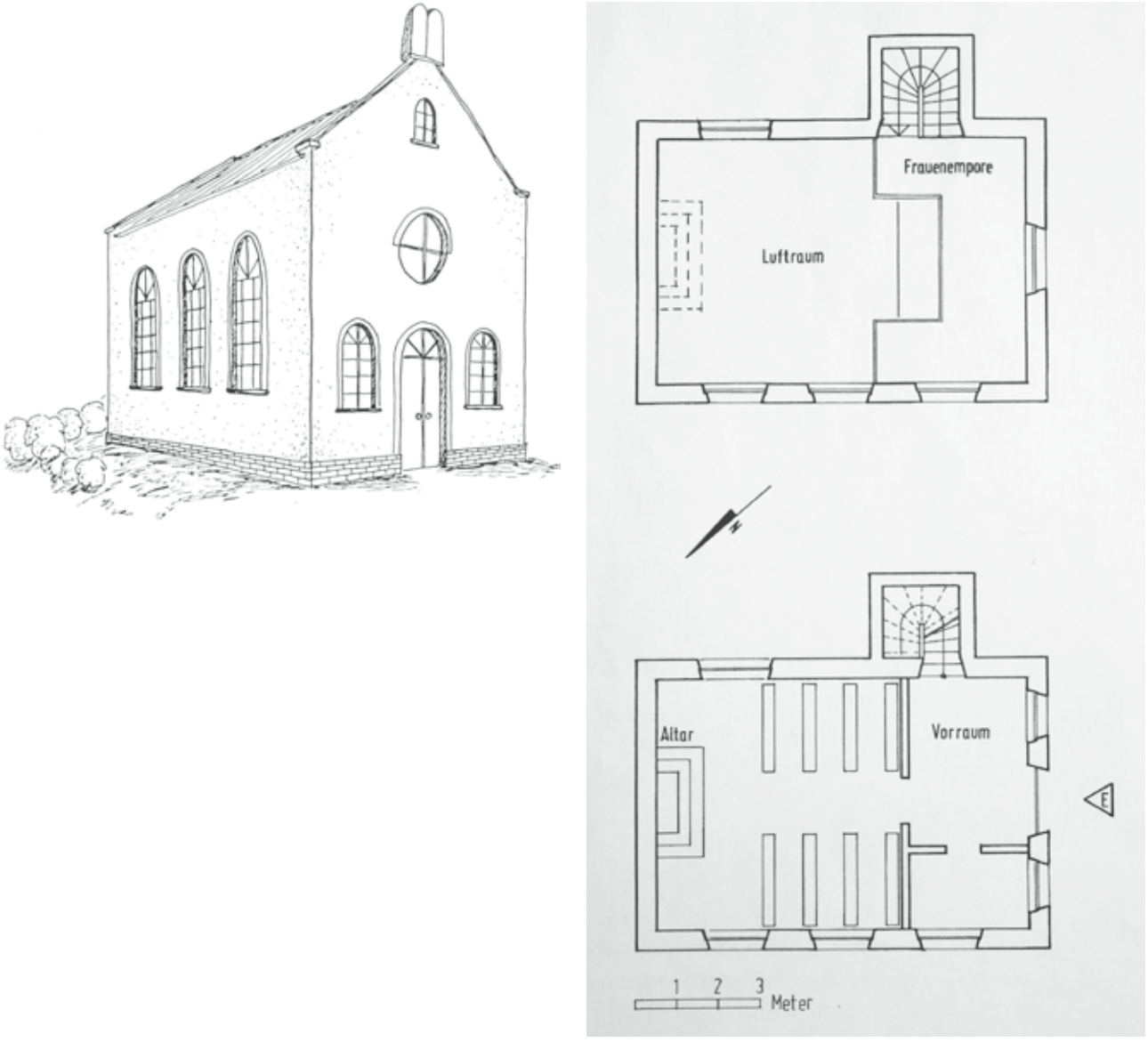


Abb. 4: Synagoge, Grundrisse und perspektivische Ansicht, Rekonstruktion Horst Wilhelm, 1988. Reproduktion aus Horst Wilhelm, Roßdorf. Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung.

Von den übrigen religiösen Institutionen der jüdischen Gemeinde von Roßdorf geben die Quellen nur wenig preis. Wie wichtig den Gemeindegliedern die Führung eines gesetzestreuen Lebens war, zeigt sich daran, dass sie trotz geringer Mittel im Jahre 1899 größere Baumaßnahmen an ihrer Mikwe durchführen ließen. Offensichtlich beteiligte sich auch die politische Gemeinde an den Kosten, möglicherweise auch in Form eines Kredits, denn der Gemeinderechner nahm einerseits die Spende des Barons von Rothschild aus Frankfurt in Höhe von 50 Mark in Empfang, andererseits bezahlte er die Rechnungen für einen neuen kupfernen Kessel für das „Badehaus“ sowie die Schlosserarbeiten an Synagoge und Ritualbad in Höhe von rund 122 Mark.[29] Im selben Rechnungsbuch ist für das Jahr 1899 der Spendenbeitrag in Höhe von acht Mark für die Versorgung jüdischer Soldaten an den großherzoglich-hessischen Garnisonen mit ritueller Kost verzeichnet.[30] Die Gemeinde gehörte spätestens seit der Jahrhundertwende zum orthodoxen Rabbinat Darmstadt II.[31] Für den Religionsunterricht nutzte die jüdische Gemeinde wohl wie andere kleinere Gemeinden Räume in der örtlichen Volksschule. Als Lehrer wird im Jahr 1825 Judas Kahn genannt. Danach werden erst ab 1854 wieder Lehrer und Vorsänger aktenkundig, die allerdings bis auf Moses Friedmann aus Lengsfeld, der von 1855 bis 1861 in Roßdorf tätig war, die Stelle schnell wieder verließen.[32] Als einen Akt der Toleranz bewertete es *Der Israelit* im Jahr 1884, dass der Roßdörfer Bürgermeister an Jom Kippur die Einquartierungen bei jüdischen Familien aussetzte.[33]

Das 20. Jahrhundert – am Ende des Kaiserreichs und in der Weimarer Zeit

Offenkundig ließen sich auch weiterhin jüdische Familien in Roßdorf nieder, denn um die Jahrhundertwende erreichte die Gemeinde mit 62 Personen ihren Höchststand.[34] Demgemäß berichtete Mauricio (Moritz) May aus dem mexikanischen Exil, die jüdischen Kaufleute, Viehhändler und Metzger hätten in den 1920er Jahren zum guten Mittelstand gehört. Es habe stets ein gutes Einvernehmen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Dorfbewohnern und -bewohnerinnen gegeben.[35] Moritz May betrieb eine Zigarren-, Schokoladen- und Zuckerwarenhandlung und belieferte sämtliche Kolonialwarengeschäfte und Gaststätten der Region. Hermann Simon hatte einen gut gehenden Frucht- und Fouragehandel.[36] Im Ersten Weltkrieg kämpften Nathan Wolf, Hugo May, Albert Marx, Friedrich Heidelberger und Hermann May. Ihre Porträts sind in die Liste aller Kriegsteilnehmer aus Roßdorf eingereiht. An den Aktivitäten des Odenwaldclubs und des Turnvereins nahmen Johanna und Paula Simon sowie Bertha May regelmäßig teil.[37]

NS-Zeit und Novemberpogrom

Schon bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 erhielten die Nationalsozialisten in Roßdorf mit 1.255 Stimmen mehr als 50 Prozent der Gesamtstimmenzahl (2.251). Am 4. März 1933

Abb. 5: Odenwaldclub, mit Bertha May, Johanna und Paula Simon, um 1920. Kulturhistorischer Verein Roßdorf e. V.

wählten 58 Prozent der Bevölkerung die Nationalsozialisten.[38] Immerhin wohnten im Juli 1933 noch zwölf jüdische Familien mit etwa 47 Personen im Ort.[39] Noch im Januar 1935 erhielt Hugo May das Ehrenkreuz für ehemalige Frontkämpfer ausgehändigt.[40] Erst im September 1935 wurde die nichtjüdische Bevölkerung aufgefordert, alle geschäftlichen und persönlichen Beziehungen zu den Jüdinnen und Juden in Roßdorf zu beenden. Ansonsten werde ihr Name auf einer sogenannten Schandtafel am Rathaus veröffentlicht, und es blieben ihr jegliche Vergünstigungen und finanzielle Unterstützung vonseiten der politischen Gemeinde verwehrt.[41] Diese Zwangsmaßnahmen sowie der drohende wirtschaftliche und gesellschaftliche Absturz drängten die jüdischen Roßdörfer Familien ab dem Juni 1936 zur Flucht. Sie schlossen ihre Geschäfte, verkauften ihre Immobilien und verließen die Heimat vor allem in Richtung USA, einige zogen auch nach Darmstadt, Mainz und Wiesbaden.[42] Insgesamt sollen 17 von 28 jüdischen Roßdörfern in die USA geflüchtet sein.[43] Auch Rafael Scher, letzter Religionslehrer und Vorsänger der Israelitischen Religionsgemeinde, der erst 1930 nach Roßdorf gekommen war, verließ den Ort im Juni 1937 und zog zunächst nach Wiesbaden.[44] Zusammen mit seiner Ehefrau Elsa und den Töchtern Betty und Cilly wanderte er im Februar 1940 nach Chicago aus.[45]

Nachdem die Zahl der Gemeindeangehörigen zusehends schrumpfte und schließlich kein *Minjan* mehr zustande kam, verkaufte der letzte Vorsitzende der Gemeinde, Aron Stiefel, die Synagoge am 5. August 1938 für 1.500 RM.[46] Die Gemeinde zahlte ihre Schulden an die evangelische Gemeinde zurück und löschte die Hypothek im Grundbuch.[47] Die nach Darmstadt abgegebenen Ritualien wurden dort während der Novemberpogrome mit der Synagoge in der Bleichstraße zerstört.[48] Obwohl sie bereits verkauft war, geriet die Roßdorfer Synagoge während der Novemberpogrome in den Fokus der zerstörerischen Aktivitäten. Angeblich sollte sie durch ortsansässige Nationalsozialisten in Brand gesteckt werden. Diese zerschlugen jedoch lediglich Fensterscheiben, Dachziegel und die vom First heruntergerissenen Gebotetafeln.[49]

Die letzten noch im Dorf verbliebenen acht jüdischen Personen erlebten den Pogrom um den 10./11. November 1938 mit voller Wucht. Nach Angaben von Zeitzeugen hätten vier junge Burschen die Wohnungs- und Ladeneinrichtung von Gertrude und Nathan Wolf in der Löwengasse 4 zerschlagen, während SA-Mitglieder für den reibungslosen Ablauf der „Aktion“ gesorgt hätten. Die Männer hätten im Wolf’schen Lebensmittelgeschäft Säcke aufgeschlitzt, Zucker in die Heringsfässer geschüttet, Mehl mit Salz vermischt, Gläser zerschlagen und Öl ausgekippt. In der Wohnung sollen sie eine Nähmaschine zerstört, Bettdecken aufgeschlitzt und die Einrichtung auf die Straße geworfen haben. Das Ehepaar Wolf sei weinend und zitternd vor Angst in das Stallgebäude auf ihrem Grundstück geflüchtet.[50] Auch der größte Teil der Wohnungseinrichtung der Witwe Klara Heidelberger, die mit ihrer Schwester Friederika May noch in dem bereits verkauften Anwesen Erbacher Straße 20 wohnte, fiel dem Zerstörungstrupp zum Opfer. Die tobenden Männer hätten Möbel aus dem Haus geworfen und zertrümmert, Lampen, Kristall und Porzellan zerschlagen. Sie hätten Daunendecken, Bett-, Tisch- und Leibwäsche in den Hof geworfen, geplündert und zerrissen, Bilder, Silbersachen und Gemälde gestohlen.[51] Bei Hermann und Frieda Simon wohnte in der Wilhelm-Leuschner-Str. 24 auch deren Tochter Paula mit Ehemann Willi Hoffman. Die Überlebende Paula Hoffman schilderte in einem Brief aus den USA, dass der Mob an ihrem Wohnhaus die Fensterläden zerschlagen und Steine in die Fenster geworfen habe. Paula sei dabei von einem Stein verletzt worden. Am 11. November hätten Nationalsozialisten Paulas Mann Willi, der seine Mutter besuchen wollte, vom Fahrrad gezerrt, geschlagen und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt.[52]

Die auf den Pogrom folgenden Wochen und Monate waren für die letzten jüdischen Familien sehr hart. Doch gab es durchaus Roßdörfer, die ihre jüdischen Nachbarn in der Nacht heimlich mit Lebensmitteln und Brot versorgten.[53] Nathan und Gertrude Wolf verließen im Juli 1939 als letztes jüdisches Ehepaar Roßdorf, nachdem sie ihr Anwesen für nur 2.000 RM verkauft hatten.[54] Sie zogen nach Darmstadt und bemühten sich vergeblich um ihre Auswanderung in die USA, wo seit 1934 ihre Tochter Clara lebte. In Darmstadt unterlagen sie der ständigen Kontrolle durch die Gestapo. Diese beschlagnahmte den Großteil ihrer Möbel und das Radiogerät. Nathan arbeitete bei einem Kohlehändler, der ihm heimlich Heizmaterial gab. Eine Nachbarin aus Roßdorf brachte ihnen Milch und Lebensmittel. Im Jahr 1940 leistete Nathan Wolf zeitweise Zwangsarbeit und geriet wegen des einem Aufseher angelasteten Korruptionsvorwurfs mit anderen jüdischen Häftlingen unverschuldet in Untersuchungshaft. Die Gefangenen wurden in einem „Schandmarsch“ durch Darmstadt getrieben, zu Haftstrafen verurteilt und in Konzentrationslager verschleppt. Nathan Wolf kam nach Dachau, wo er am 2. Mai 1941 starb. Ohne ihr die Todesursache mitzuteilen, überstellte man Gertrude Wolf die Urne ihres Mannes. Da auf dem Jüdischen Friedhof in Bessungen keine Urnen beigesetzt werden durften, vergruben zwei jüdische Bekannte die Urne in der Nacht auf einem Weg des Jüdischen Friedhofs. Die 68-jährige Gertrude Wolf gehörte zu den insgesamt 1.288 Personen, die am 27. September 1942 zum Güterbahnhof Darmstadt getrieben und von dort in geschlossenen Viehwägen ins Ghetto und Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurden[55]. Sie starb dort am 14. Februar 1943 an den Folgen der katastro-

phalen, unmenschlichen Lebensumstände.[56] Nach gegenwärtigem Stand wurden von 45 der im Jahre 1936 noch in Roßdorf wohnenden Jüdinnen und Juden 18 Personen in der Schoa ermordet.[57] Der Jüngste von ihnen, der sechsjährige Werner Fleischhacker, befand sich zusammen mit seinen Eltern auf dem Massentransport vom 24. März 1942, der von Darmstadt in das Ghetto Piaski in Polen führte. Von den hessischen Deportierten kehrte von dort niemand mehr zurück.[58]

Abb. 6: Gertrude und Nathan Wolf mit Tochter Clara, um 1914/1915. Kulturhistorischer Verein Roßdorf e. V.

Nach 1945 und die Erinnerung an die jüdische Gemeinde

Der neue Besitzer hatte das Synagogengebäude noch während des Kriegs zum zweigeschossigen Wohnhaus mit Kellerräumen umgebaut. Im nicht ausgebauten Erdgeschoss richtete er einen Lagerraum ein, im Obergeschoss eine Wohnung.[59] Im Jahr 1955 erfolgte ein Anbau an das Wohnhaus, der auch das Ritualbad überbaute.[60] Die überformenden Umbauten veränderten die Baukubatur der ehemaligen Synagoge erheblich, doch ist an der nordöstlichen Giebelseite bis heute noch alte Bausubstanz zu erkennen.

Abb. 7: Ehemalige Synagoge als Wohnhaus, „historische“ Blickrichtung, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Abb. 8: Ehemalige Synagoge als Wohnhaus, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Die nach New York ausgewanderte Familie Hirsch pflegte nach der Schoa weiterhin die Kontakte zu ihren Freunden und Nachbarn aus Roßdorf und besuchte das Dorf. Auch andere Überlebende und ihre Nachkommen statteten der alten Heimat einen Besuch ab.[61] Am 15. und 16. März 2010 verlegte der Künstler Gunter Demnig insgesamt 25 Stolpersteine für die Roßdörfer Schoa-Opfer. Im Mai 2011 enthüllten Schülerinnen und Schüler der Justin-Wagner-Schule eine einfache Gedenktafel, die als Station des historischen Wegs an dem Gebäude angebracht war.[62] Da ihn die Geschichte dieses Gebäudes jedoch nicht interessierte, brachte der neue Besitzer diese Tafel nach der Außenrenovierung im Jahr 2023 bisher (Stand Anfang 2025) nicht wieder an. Der einzige Hinweis auf die ehemalige Synagoge und das einstige „Jurregässje“ findet sich seit 2019 unter dem Straßenschild für die Sackgasse.

Cornelia Berger-Dittscheid / Rahel Blum

Abb. 9: Stolpersteine von Gertrude und Nathan Wolf vor ihrem ehemaligen Wohnhaus Löwengasse 4, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Abb. 10: Abgenommene Gedenktafel für die Synagoge von 2011, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Christel Franze-Merlau und Ursula Richter sowie Dr. Rudolf Schug vom Kulturhistorischen Verein Roßdorf.

Roßdorf in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/107

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1609–1629	1 Familie
1720	1 Beisasse
1753/1754	2 Beisassen
1759	8 Personen
1785	3 Familien
1797	3 Familien
1803	33 Personen
1815	4 Familien
1830	40 Personen
1861	49 Personen
1867	36 Personen
um 1875	ca. 45 Personen
1900/1905	62 Personen
1910	61 Personen
1925	49 Personen
um 1932/1933	ca. 43 Personen
30. Januar 1933	47 Personen
16. Juli 1933	47 Personen
1. März 1936	45 Personen
Dezember 1937	7 Familien
November 1938	8 Personen
17. Mai 1939	2 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 233–234 (1830, 1861, um 1875, 1900/1905, 1932/1933, 1937); CAHJP, D-Lj4-80 (1797); Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 19, 25 (1785, 1867, 1925); GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10 (1933, 1936, 1938); GA Roßdorf, II-2, Nr. 4-2 (1910); GA Roßdorf, X-2, Nr. 8 (1609–1629); GA Roßdorf, XV-7, Nrn. 47-2 (1720), 47-9 u. 47-10 (1753/1754); Wagner, Zur Geschichte von Roßdorf (1803, 1815); Wilhelm, Roßdorf, S. 14 (1759); YVA, O.52, Nr. 1156 (1933, 1939).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Steffens, Gerd, Ausgrenzung, Verfolgung, Enteignung, Deportation, Vernichtung, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim.“ Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 169–270.

Wilhelm, Horst, Roßdorf. Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Ein Gedenkbuch, hrsg. vom Historischen Verein Roßdorf und Gundernhausen e.V., Roßdorf 1988.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 12301747; 70365362; 70365363; 70480123
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Lj4: Nr. 80; Nr. 104
– JRSO-Hes: Nr. 336
Gemeindearchiv Roßdorf (GA Roßdorf)
– I-1: Nr. 1-3
– II-1: Nr. 1-10
– II-2: Nr. 4-2
– III-1: Nr. 2-1; 2-2
– IX-2: Nr. 2-1
– X-2: Nr. 8; 8a
– XI-2: Nr. 1-5
– XIII-1: Nr. 1-1; 2-3
– XV-7: Nr. 47-2; 47-3; 47-9; 47-10
– XVIII-1: Nr. 10-25; 10-42; 10-50; 10-172; 10-207; 10-291
– XXI-1: Nr. 50; 60
– XXI-39: Flurbuch, Bd. 1
– XXIII-5b: Nr. 2-1
– XXVII-1: Nr. 5; 7
– Allgemeines Tagebuch des Gemeinderechners
– Georg Justin Wagner, Verzeichnis der „Juden Familien“ zu Roßdorf, um 1825
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 365: Nr. 752
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 4: Nr. 112/1
– E 8 A: Nr. 120/5; 228/2
– E 12: Nr. 96/21
– F 23 A: Nr. 707/1
– G 28 Darmstadt: Nr. R 1324; R 1326
– G 35 E: Nr. 21286
– O 61 Mueller Adolf, Nr. 5
– R 4: Nr. 13909
– R 21 B: Nachweis
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 257
Yad Vashem Archives, Jerusalem (VYA)
– O.52: Nr. 1156

Anmerkungen

1 Vgl. Roßdorf, in: Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13540, letzter Zugriff 20. September 2023.
2 Vgl. Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 11; Battenberg, Die geschichtliche Entwicklung, S. 2–13; Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 14–32.
3 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5 Kammerrechnung von 1623.
4 Vgl. Battenberg, Lew, Manasse und David, S. 250–251, nach Quellen aus dem HStAD.
5 GA Roßdorf, X-2, Nr. 8, ab S. 30 Roßdörfer Hypothekenbuch, Eintragungen zu 1609, 1610.
6 HStAD, O 61 Mueller Adolf, in Nr. 5, mit Nachweisen von Zolleinnahmen der landgräflichen Kammer Darmstadt aus den Jahren 1619, 1621, 1623.
7 GA Roßdorf, XV-7, Nrn. 47-2 u. 47-3, Bürgermeisterrechnungen zu 1720 u. 1721.
8 CAHJP, D-Lj4-104, fol. 66. Er wird ebenfalls 1751 in einem Protokoll der Landjudenschaft erwähnt. Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 685, Nr. 9:40.
9 GA Roßdorf, XV-7, Nrn. 47-9 u. 47-10, Bürgermeisterrechnungen zu 1753 u. 1754.
10 GA Roßdorf, IX-2, Nr. 2-1, Pfarrzehnt 1721–1778.
11 Vgl. Mordge, Gottschalk, in: Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/19360, letzter Zugriff 26. September 2023.
12 HHStAW, 365, Nr. 752, Geburts-, Trau- und Sterberegister der Juden von Roßdorf, 1789–1808.
13 CAHJP, D-Lj4-80, mit dem Steuersatz der Schutzjuden.
14 GA Roßdorf, XIII-1, Nr. 1-1, Geburtsregister; GA Roßdorf, XIII-1, Nr. 2-3, Trauregister.
15 HStAD, R 21 B, Nachweis (Eingabe Roßdorf); GA Roßdorf, Georg Justin Wagner, Verzeichnis der „Juden Familien“ zu Roßdorf, um 1825.
16 GA Roßdorf, XI-2, Nr. 1-5, Bürgerregister von 1767–1856.
17 Siehe Statistik am Ende des Artikels.
18 Zusammenstellung nach GA Roßdorf, XXIII-5b, Nr. 2-1, Tagebuch über Zu- und Abgang der Gewerbe 1858–1899. Siehe auch die Statistik mit den Zahlen der Gemeindeglieder am Ende des Artikels.
19 HStAD, R 21 B, Nachweis (Eingabe Roßdorf); GA Roßdorf, XI-4, Nrn. 1-8, 1-9.
20 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 206-207.
21 GA Roßdorf, XXI-39, Flurbuch 1, zu Flur-Nrn. 201/202. Frdl. Mitteilung v. Christel Frenze-Merlau.
22 GA Roßdorf, XXI-1, Nr. 50, S. 47, Grundstückskauf durch Israelitische Religionsgemeinde am 3. Oktober 1877. Das bisher kolportierte Datum 1873/1874 ist falsch wie auch die vielfach überlieferte, angebliche Übernahme eines bestehenden älteren Gebäudes. Siehe dazu GA Roßdorf, XXI-39, Nr. 201/202. Frdl. Mitteilung Ursula Richter.
23 Pfarrarchiv Roßdorf, Schreiben des Kreisamtes Darmstadt an Evangelischen Kirchenvorstand Roßdorf, 10. April u. 8. August 1879. Frdl. Mitteilung v. Ursula Richter.
24 GA Roßdorf, XXVII-1, Nr. 5, S. 31, Brandkataster ab 1873, geführt mit den Daten für das Ritualbad (1877/1878) und den Abtritt (1920).
25 GA Roßdorf, XXVII-1, Nr. 5, S. 31.
26 GA Roßdorf, XXI-1, Nr. 60.
27 Wilhelm, Roßdorf, S. 16–17.
28 HStAD, R 4, Nr. 3909.
29 GA Roßdorf, Tagebuch, S. 105–106, 42 u. 51. Frdl. Mitteilung Ursula Richter.
30 GA Roßdorf, Tagebuch, S. 49. Frdl. Mitteilung Ursula Richter.
31 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385.
32 GA Roßdorf, XVIII-1, Nr. 10-25, 10-42, 10-172, 10-207, 10-291.
33 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen. Deutschland, in: Der Israelit 25, Nr. 79/80, 2. Oktober 1884, S. 1304–1207, hier S. 1304.
34 Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 233.
35 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 257, Schreiben Mauricio May aus Mexiko, 20. Oktober 1965.
36 HStAD, G 28 Darmstadt, Nr. R 1324, 1326.
37 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 15, 19, 41–43.
38 GA Roßdorf, III-1, Nrn. 2-1 u. 2-2.

39 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 257, Zusammenstellung des Gemeindevorstands vom 15. September 1966 nach Zeugenbefragung.
40 GA Roßdorf, I-1, Nr. 1-3.
41 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 22-23.
42 GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10, ab Bl. 8; HStAD, R 21 B, Nachweis (Eingabe Roßdorf). Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 50–81.
43 Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 209.
44 HStAD, G 35 E, Nr. 21286.
45 AA, Oneline-Collections, Documents, ID 12301747, 70365362, 70365363, 70480123.
46 GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10, ab Bl. 72; CAHJP, JRSO-Hes-336, Schriftverkehr zwischen Frederick W. Elkan (JRSO), Bürgermeister Roßdorf und Aaron Stiefel von 1959/1960. Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 79.
47 Frdl. Mitteilung v. Ursula Richter.
48 CAHJP, JRSO-Hes-336, Schreiben Frederick W. Elkan an Entschädigungsbehörde in Wiesbaden vom 12. September 1960; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 257, Schreiben Mauricio May aus Mexiko vom 20. Oktober 1965.
49 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 25.
50 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 28.
51 GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10, Bl. 7 u. ab Bl. 72.
52 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 28–30 mit Bericht von Paula Hoffman.
53 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 28–30 mit Bericht von Paula Hoffman.
54 GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10, ab Bl. 72. Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 67.
55 Vgl. Kingreen, Deportation der Juden, S. 351–355.
56 Wilhelm, Roßdorf Opfer, S. 32–37.
57 GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10, Bl. 78. Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 50–81.
58 Vgl. Wilhelm, Roßdorf, S. 65; Kingreen, Deportation der Juden, S. 295–321.
59 GA Roßdorf, II-1, Nr. 1-10, Festsetzung der Miete für das Haus Darmstädter Straße 5.
60 GA Roßdorf, XXVII-1, Nr. 7, Brandkataster, S. 87. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 296–297.
61 Wilhelm, Roßdorf, S. 81–82.
62 Rebecca Keller, Schüler forschen zu Roßdörfer Juden, in: Darmstädter Echo, 13. Mai 2011, S. 21.

Schaafheim

Bereits ab dem 14. Jahrhundert lassen sich Geschäftsbeziehungen auswärtiger Juden mit Schaafheimer Einwohnern nachweisen.[1] Im Kirchenbuch der evangelischen Gemeinde ist erstmals für 1517 ein Jude namens Gers(ten) im Ort erwähnt. In der Folgezeit lassen sich mit Nathan sowie um 1600 mit Aaron, Salomon und Jonas weitere Juden in Schaafheim nachweisen. 1602 wies Graf Johann Reinhard I. von Hanau-Lichtenberg allerdings alle Jüdinnen und Juden aus.[2] Eine Wiederansiedlung wurde ihnen ab 1609 formell wieder gestattet.[3] So erwähnen Dieburger Audienzprotokolle 1618 einen Isaak aus Schaafheim.[4] Allerdings siedelten sich wohl erst in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg wieder mehrere Juden im Ort an.[5] Einer von ihnen, Jonas, war im Geldverleih tätig und suchte 1679 aufgrund von Kriegsereignissen erfolgreich um gräflichen Schutz in Babenhausen nach, dem Sitz der Grafen von Hanau-Lichtenberg.[6] 1692 wurde ihm dieser wegen angeblichen Wuchers wieder entzogen. Jonas, der mit seiner Familie zu dieser Zeit wieder in Schaafheim lebte, versuchte erfolglos, die Ausweisung zu verhindern. Er hob dabei auch hervor, dass ihm in den 24 Jahren, die er in Schaafheim und Babenhausen gelebt habe, viel Hass, Feindschaft und Missgunst begegnet seien.[7] Eine Schatzungsliste von 1708 zählt für Schaafheim Levi, Anser Israel, Mayer und Löw auf. Weitere Juden ließen sich unter obrigkeitlichem Schutz in der Folgezeit im Ort nieder.[8]

Das Zusammenleben von jüdischen und christlichen Schaafheimern im 18. Jahrhundert spiegelt sich auch in Einträgen im evangelischen Kirchenbuch wider. Penibel überwachten die Ortspfarrer etwa die Einhaltung der christlichen Sonntagsruhe und Feiertage. Übertretungen wurden mit Geldstrafen geahndet: 1722 traf es zwei christliche Schaafheimer, die bei dem Juden Löw während der Zeit des Gottesdienstes Branntwein getrunken hatten, außerdem den Juden Afhrom, der in Schlierbach an einem Sonntag Tabak kaufte, sowie 1731 Löw selbst, der seinen Branntweinkessel an einem Sonntag säuberte.[9] Interaktionen zwischen jüdischen und christlichen Einwohnern gab es insbesondere auch bei Käufen und Verkäufen von Immobilien. Auch auswärtige Juden erwarben wiederholt Grund und Boden im Dorf.[10] 1729 lebten sechs jüdische Haushaltsvorstände in Schaafheim: Aaron Levy, Löw, Mayer (Meier), Ephraim, Hirtz und Afhrom. 1740 entrichteten die Schutzjuden Löw beziehungsweise dessen Erben, Hesel und Hirtz Schatzungsgeld.[11] Ihre Toten setzten sie bis 1932 auf dem jüdischen Friedhof in Babenhausen bei. Das älteste dort datierbare Grab für einen Schaafheimer Juden ist das von Herz Meier, der 1766 starb.[12]

Nach der Teilung der Herrschaft Babenhausen kam Schaafheim endgültig an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt.[13] Die Grenzverschiebungen bedingten Einschränkungen der Schaafheimer Juden, die seit 1769 für den Handel in dem aus 16 Orten bestehenden Kondominat Umstadt Taschengeleit, eine Form des Reisezolls, an die kurpfälzische Regierung in Mannheim entrichten mussten.[14] Auch rechtliche Zurücksetzungen blieben bestehen: 1783 waren sie beispielsweise nicht berechtigt, Bauholz im Gemeindewald zu schlagen.[15] Zu Beginn des 19. Jahrhunderts herrschte in Schaafheim offensichtlich eine judenfeindliche Stimmung. Auf das Schutzgesuch des Bonum Seligmann (Lehmann) für sich, seinen Bruder Ephraim Seligmann (Lehmann) und seine verwitwete Mutter Esther, warf ihm der Schaafheimer Berichterstatter Täuschung vor und betonte, dass doch bekannt sei, „wie lästig die Juden einem und bes[onders] hies[igem] Orte sind, da sie es durch ihre beständige Mackeleyen, dahin zu bringen wissen, daß kein Bürger seine Frucht verkaufen kann, sie haben dann ihren Tribut davon und dadurch selbiges gleichsam in contribution sezen […].“[16]

„Judenschulmeister“ und Betraum im 18. und frühen 19. Jahrhundert

Über das jüdische Selbstverständnis und die religiöse Praxis ist für diese Zeit wenig bekannt. In religionsrechtlichen Fragen griffen die Schaafheimer Juden auf auswärtige Autoritäten zurück: Die Trauung von Ephraim Seligmann (Lehmann) mit Rößchen Abraham vollzog 1799 in Schaafheim dessen Schwager, der Alsbacher Vorsänger Simon Abraham. Die zweite Ehe Seligmanns mit der Schwester seiner verstorbenen Ehefrau, Stella Abraham, schloss dagegen 1806 in Obernau der Aschaffenburger Rabbiner Hillel Wolf Sondheimer. Weitere Eheschließungen in Schaafheim nahm im Auftrag des Darmstädter Landrabbiners der Hergershäuser Vorsänger Gumpert Israel Stern vor.[17]

Bereits Ende des 17. Jahrhunderts hielten die Schaafheimer Juden „in einem absonderlichen Hauß“ gelegentliche Gottesdienste zu Hochzeiten, Beschneidungen, Fest- und Feiertagen ab. 1693 suchten sie um Genehmigung eines dauerhaften Betraums nach, mit der Begründung, dass es in der näheren Umgebung keine jüdischen Versammlungen gebe. Dem Bericht des Amtsmanns Johann Ernst Crantz zufolge besuchten sie ansonsten die Gottesdienste im benachbarten Ostheim. Inwiefern die Behörden die Einrichtung einer Synagoge gestatteten, die Crantz zufolge allerdings nicht „in der gänge Straßen, sondern hinten hinaus“ zu halten sei, oder ob sie es bei

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-026

der bisherigen Praxis bewenden ließen, geht aus der Akte nicht hervor.[18] 1772 listet eine Erfassung der Ortseinwohner auch einen „Judenschulmeister“ mit Frau und zwei Kindern auf. Erstmals genannt wird in dieser Funktion 1786 Joseph Mantel. Dessen Besoldung oblag den ortsansässigen Juden.[19] Es gab also spätestens ab diesen Jahren eine ‚Judenschul‘ vor Ort, in der auch Gottesdienste abgehalten wurden.

Um 1800 befand sich der Betraum im Haus von Meyer Herz (Oppenheimer) an der heutigen Kreuzung Katzengasse/Wilhelm-Leuschner-Straße 13. Herz besaß das Gebäude offenbar schon 1780 – aufgeführt ist eine Behausung und Hofreite samt Scheuer neben Nicolaus Roth in der Katzengasse. Vermutlich wurde dieselbe durch jenes Reskript des Amts Schaafheim vom 20. Mai 1785 genehmigt oder reguliert, das Feist Sohlinger als Legitimation anführte. Er hatte das Haus samt Betraum 1824 als Testamentserbe von Meyer Herz übernommen.[20] Offenbar gab es zu dieser Zeit erhebliche Zwistigkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinde. Bürgermeister Nikolaus Arnold merkte dazu an, dass „die bei dieser Juden Gemeinde von Früheren Jahren her eingerißenen Feindseeligkeiten welche Später in einen Großen Haß aus Geartet ist“, vielfach Anlass für Konflikte während des Gottesdienstes seien. Dies würde wohl aufhören, „wenn der Bau der neuen Synagoge beginnen und vollendet seyn wird. Dieser Bau wird doch wahrscheinlich von der Art ein großer werden das er hinlänglichen innerlichen Raum erhält, das die gegenwärtige Juden Gemeinde plaz übrig haben wird wo als dann die Ruhe hergestellt werden wird.“[21]

Die Gemeindesynagoge von 1840

Tatsächlich plante der Vorstand der Schaafheimer jüdischen Gemeinde bereits seit einiger Zeit den Bau einer Synagoge und einer neuen Mikwe. 1833 ersuchte er die Ortsgemeinde um die Überlassung eines geeigneten Bauplatzes. Der Gemeinderat lehnte diesen Wunsch am 28. Dezember 1833 ab. Einerseits verwiesen die Gemeinderäte darauf, dass die geplanten Baukosten von 1.000 bis 1.200 fl. die nur aus wenigen Familien bestehende jüdische Gemeinde zum jetzigen Zeitpunkt enorm belasten würden, zumal sie mit dem bisherigen Betraum doch zufrieden gewesen seien. Andererseits spreche gegen die Überlassung eines Gemeindegrundstücks, dass Gemeindevorsteher Feist Sohlinger selbst Gartenland im Ort besitze, das für den Bau genutzt werden könne. Diese Haltung bekräftigte der Gemeinderat nochmals im April 1834. Auch der Kreisrat in Dieburg und das Ministerium des Inneren und der Justiz wiesen das Gesuch ab.[22]

1835 konnte die jüdische Gemeinde nach längeren Verhandlungen mit dem Bürgermeister und der Kreisbehörde schließlich ein Areal „auf dem Graben neben der Gasse nach der Ortsmauer und einem gemeinen Gäßchen“ von Christoph Krautwurst erwerben, der versichern musste, in nächster Nähe keinen Schweinestall zu errichten.[23] Die weiteren Planungen zogen sich indes hin. Auch der bislang nicht genau lokalisierbare Standort wurde nochmals neu überdacht.[24] Am 29. Oktober 1839 verkaufte Ludwig Dietz im Auftrag der verwitweten Clara Kassel die Hälfte eines größeren Anwesens (Nr. 24, heute Spitzengasse 3) für 820 Gulden an die jüdische Gemeinde. Zu Beginn des Jahres 1840 konnten die Gemeindevorsteher dieses Areal durch den Erwerb der anderen Hälfte des Anwesens (Nr. 23) erweitern, das Theodor Kreh gehört hatte. Zur Kassel’schen Haushälfte (Nr. 24) gehörte außer einer halben Scheuer und einem Stall ein hofseitig an das Wohnhaus angebautes ehemaliges Brauhaus, dessen Platz im Folgenden die neue Synagoge einnehmen sollte.[25] Nachdem Ende Januar 1840 alle baupolizeilichen Belange geklärt waren und die vom Dieburger Bauaufseher Joseph Querner unterzeichneten Pläne vorlagen,[26] wurden am

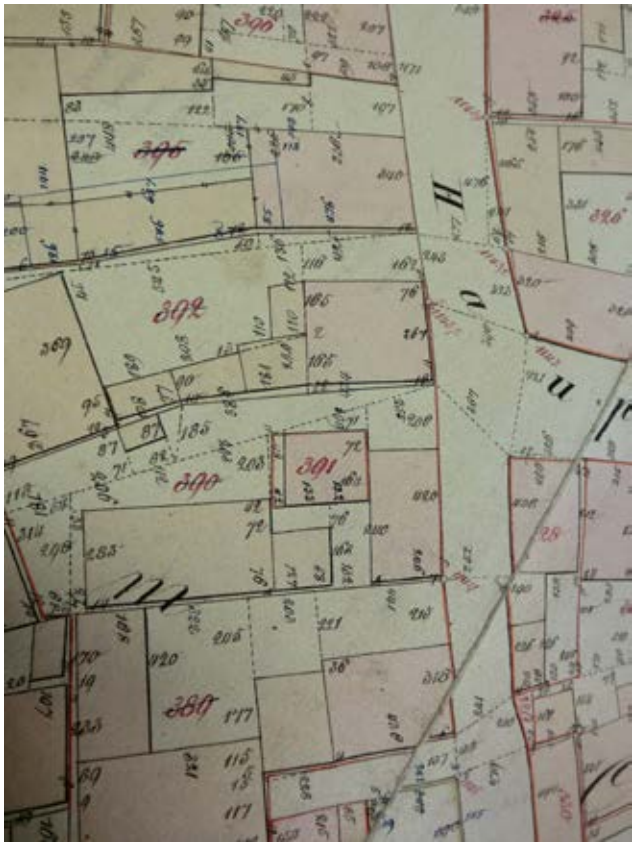


Abb. 1: Lageplan, ehemaliges Anwesen der jüdischen Gemeinde mit Synagoge im Hof (spätere Flur-Nr. 391), Parzellenkarte/Brouillon um 1840. Gemeindearchiv Schaafheim.

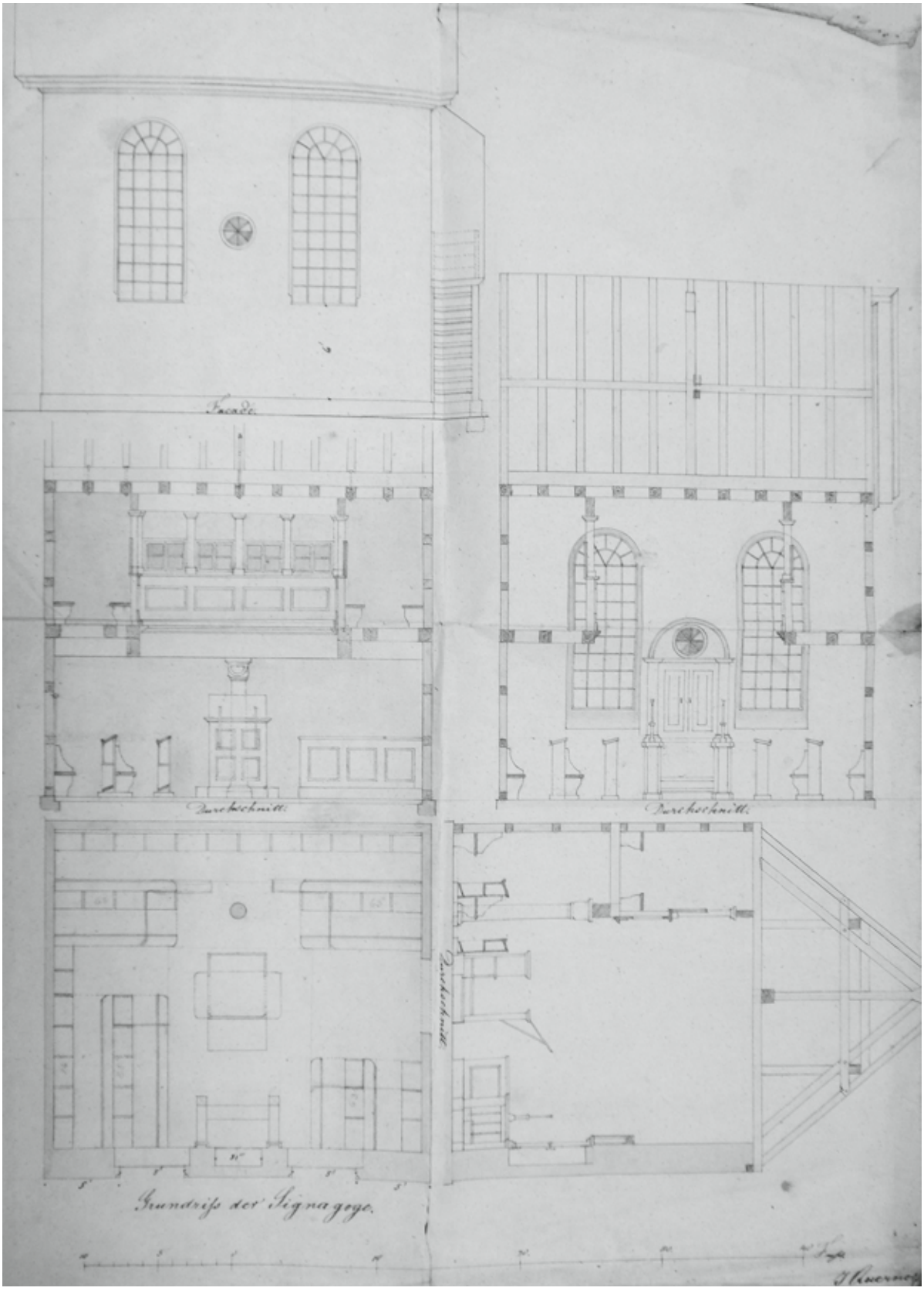


Abb. 2: Bauplan der Schaafheimer Synagoge, Schnitt und Grundrisse des Bestands sowie des Neubaus, Details mit Ansicht, Schnitten und Grundriss, um 1840. Gemeindearchiv Schaafheim.

16. März 1840 die mit 850 fl. 35 kr. veranschlagten Bauleistungen öffentlich versteigert.[27] Finanziert wurden die für den Grundstückserwerb und Bau anfallenden Kosten auch durch eine deutlich höhere Umlage, die ab 1838 von den Gemeindemitgliedern erhoben wurde.[28] Vermutlich setzten die Bauarbeiten bereits kurz darauf ein, denn schon am 17. Juli wies der Dieburger Kreisrat den Ortsbürgermeister an, dass bei der bevorstehenden Einweihung der Synagoge durch den Polizeidiener dafür Sorge getragen werde, dass „keine Exzesse vorfallen", Störungen der Feierlichkeiten also zu unterbinden seien.[29] Ein Bericht zu den Einweihungsfeierlichkeiten ist bislang nicht bekannt.[30]

Das von der jüdischen Gemeinde zunächst mit allen Nebengebäuden und dem traufseitig zur Straße gelegenen, zweigeschossigen barocken Fachwerkhaus erworbene ehemalige Gehöft (heute Spitzengasse 3) lag an einer Durchgangsstraße in der Ortsmitte in der Nähe des alten Rathauses. Direkt an der Rückseite des Wohnhauses stand mitten im Hof das etwa 5,90 m breite und 6,50 m lange ehemalige Brauhaus und ragte wie später auch die Synagoge etwa 1,75 m in die ursprünglich offene Hofeinfahrt. Es erstreckte sich über zwei Geschosse, im Obergeschoss befand sich vermutlich ein Trocken- oder Darrboden. Das kleine Gebäude war zum größten Teil in Fachwerk errichtet, lediglich die nach Nordosten ausgerichtete 50 cm dicke Außenwand war im Erdgeschoss massiv.[31] Dem Bauplan zufolge entstand über dem Grundriss des Vorgängerbaus die neue Synagoge als flach gedeckter Emporensaal mit Satteldach. Bis auf die gemauerte Nordostwand, die vermutlich das Fundament und auch Teile des aufgehenden Mauerwerks vom Bestandsbau nutzte, bestanden alle Außenwände aus Ziegelfachwerk. Entsprechend der gebotenen Gebetsrichtung war der Raum quer zur Firstrichtung nach Nordosten orientiert. Der Eingang in den Betsaal erfolgte allerdings von der Seite, hier der Nordwestseite, und nicht wie üblich von hinten. Zwei geschossübergreifende, 1,25 m breite Rundbogenfenster belichteten den Raum von der Nordostwand her. Sie flankierten den vor einer Wandnische aufgestellten, aus Holz gefertigten Toraschrank. Nach traditioneller Art führten zwei von Wangen begleitete Stufen zum Schrein hinauf. Die mit einem großen Rundbogen abschließende Bekrönung umschloss das farbig verglaste Misrachfenster. Mit der Anordnung der insgesamt 38 Männersitzplätze entlang der Wände knüpfte die jüdische Gemeinde an die typisch barocke Disposition an, die auf die mittig im Raum auf einem Podest leicht erhöht stehende *Bima* ausgerichtet war. Durch die gleichzeitige Verwendung von zeitgemäßen, teilweise sogar in zwei Reihen angeordneten Subsellien war der Raum dicht möbliert.[32]

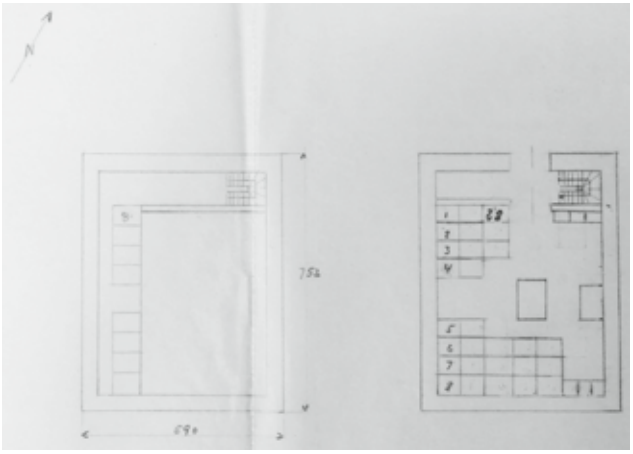


Abb. 3: Synagoge, Bestuhlungsskizze der JRSO nach den Angaben in der Parzellenkarte, angenommene Zahl und Disposition der Plätze sowie vermutete Anordnung der Emporentreppe, 1959/60. Central Archives for the History of the Jewish People.

Der separate Zugang zu den Frauenemporen erfolgte über eine gedeckte Außentreppe an der Nordwestseite des Gebäudes. Die U-förmig vor den Außenwänden angelegte Holzempore mit etwa 20 bis 26 Sitzplätzen kragte an den Seiten frei in den Raum und ruhte im Nordwesten auf einer Säule aus rotem Sandstein mit romanischem Würfel- bzw. Schildkapitell. Bei der bis heute erhaltenen Säule handelt es sich vermutlich um eine mittelalterliche Spolie. Über der Emporenbrüstung angebrachte Säulchen mit fensterähnlichem Sichtschutz in den Interkolumnien definierten die Frauenemporen als vom eigentlichen Betsaal separierte Räume. Ein Fenster in der nordwestlichen Außenwand versorgte die Empore zusätzlich mit Licht.[33]

Diese kleine im Rundbogenstil neu erbaute Synagoge stellte als reiner Sakralbau in dieser Zeit eine Besonderheit dar, waren doch die meisten Dorfsynagogen des 19. Jahrhunderts von ihrem Äußeren an die Wohnbebauung angepasst und Teil eines Mehrzweckgebäudes. Die zum Hof gewandte Fassade der Schaafheimer Synagoge überrascht dagegen mit ihren auffälligen Rundbogenfenstern und dem vergleichsweise kleinen Misrachfenster, die dezent auf die Funktion des Gebäudes hinweisen. Der Innenraum verdeutlicht, dass es sich um eine gesetzestreue jüdische Gemeinde handelte, die ihre neue Einrichtung bewusst nach der jüdischen Tradition ausrichtete.

Die aus dem Bau resultierende schlechte Finanzsituation der jüdischen Gemeinde bedingte, dass schon Anfang 1841 eine Hälfte des Hauses Spitzengasse 3 an den Vorsteher Feist Sohlinger und dessen Frau verkauft werden musste. Diese Haushälfte ging zusammen mit der anderen im Mai an das Ehepaar Friedrich und Magdalena Däschner über, das damit das gesamte Grundstück (Flur-Nr. I/390)

Abb. 4: Rekonstruktionszeichnung zur ehemaligen Schaafheimer Synagoge von Edmund Jakob. Foto: Privatarchiv Kreh.

besaß. Die Besitzer räumten der jüdischen Gemeinde ein dauerhaftes Zugangsrecht zu ihrer Synagoge (Nr. 24½, Flur-Nr. I/391) ein, die fortan vollständig von einem landwirtschaftlich genutzten Gehöft umgeben war.[34]

Die Organisation der jüdischen Gemeinde nach 1830

Die Leitung der jüdischen Gemeinde oblag zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunächst einem Vorsteher, ab 1831 dann drei gewählten und obrigkeitlich bestätigten Gemeindemitgliedern.[35] Um 1800 übte das Amt der Schutzjude Beer Herz (Oppenheimer) aus.[36] 1831 wurden als Vorsteher Aberham (Abraham) Kassel, Bähr Ostheimer und als Präses der bereits seit etwa 1819 amtierende Feist Sohlinger bestimmt.[37] Letzterer prägte über mehr als zwei Jahrzehnte die Geschicke der jüdischen Gemeinde. 1829 erlangte er das Ortsbürgerrecht, sah sich allerdings später mit Vorwürfen konfrontiert, sich dieses mit falschen Angaben erschlichen zu haben.[38] Sohlinger betrieb einen Ellen-, Eisen- und Holzwarenhandel, betätigte sich außerdem zeitweise als Viehmakler, Branntweinzapfer und Metzger.[39] Nach eigenen Angaben verfügte er 1829 über ein Vermögen von 4.000 fl.[40] In der kleinen jüdischen Gemeinde übte er bis 1845, als er als Vorsteher abgelöst wurde, ein erhebliches Maß an kultureller Hegemonie aus, war jedoch nicht unumstritten, wie Konflikte mit Seligmann Lehmann (I) und dessen Familie, Vorwürfe wegen Rückständen in der Gemeindekasse sowie Denunziationen wegen unerlaubten Schlachtens zeigen.[41] 1848 konnte Sohlinger Ausstände nicht mehr begleichen, die sich Anfang Dezember auf rund 7.630 fl. beliefen. Am 12. April 1849 folgte der Konkurs, in der Folgezeit dann Versteigerungen von Eigentum und Immobilien.[42] Im Juli 1851 hielt sich Sohlinger nicht mehr im Ort auf – er war bereits im Dezember 1848 zunächst nach England ausgereist. Offenbar wanderte er dann zusammen mit seinen Söhnen Isaac und David Sohlinger nach New York aus.[43] Auch sein Sohn Bär (Bernhard) Sohlinger, der mit Kramwaren handelte, meldete 1853 Konkurs an und emigrierte im Folgejahr mit seiner Familie in die USA.[44]

Mitte der 1850er Jahre amtierten Nathan Lehmann, Manasses Fuld und Moses Simon als Gemeindevorsteher. In den Folgejahrzehnten gestaltete sich die Besetzung des Gremiums nicht immer leicht: 1868 musste der Vorsteher Moses Kassel wegen einer „Verurtheilung zu Correctionshausstrafe“ als Vorsteher entlassen werden.[45] Zudem sank die Zahl der Juden in Schaafheim, weshalb die Bürgermeisterei 1875 berichtete, dass die ganze jüdische Gemeinde nur noch „aus 5 Mann“ bestehe, was die Findung geeigneter Vorsteher und Wahlmänner erschwerte.[46]

Unter die Aufgaben des Vorstands fiel die Einstellung von *Chasanim* (Vorbetern), *Schochtim* (Schächtern) und – mit Zustimmung der Behörden – von Religionslehrern. So sind 1824/25, 1825/26 und 1826/27 als Vorsänger und Schächter Herz Kahn, Seligmann Mahrum Hirsch sowie – mit einem Jahresgehalt von 100 fl. – der *Chasan* und Religionslehrer Alexander Berlin bekannt.[47] Letzterer empfing die jüdischen Kinder in seiner Wohnung im Zinshaus.[48] Von 1832 bis 1835 übte diese Funktion Baruch Oettinger aus Ichenhausen aus, der den Ort dann möglicherweise auch deshalb verließ, weil er laut Eintrag im Geburtsregister mutmaßlich die ledige Regina Kassel geschwängert hatte. Als bekannt wurde, dass Oettinger privaten Religionsunterricht erteilte – ein Religionslehrer war zu dieser Zeit nicht angestellt –, untersagten die Behörden dies strikt.[49] Vor allem nach den finanziellen Belastungen des Synagogenbaus konnte die Gemeinde nur schlechte Konditionen für anzustellende Beamte anbieten. 1843 bot sie für die befristete Stelle des Religionslehrers, der zugleich auch als *Chasan* fungieren sollte, lediglich 44 fl. Gehalt pro Jahr, dazu freie Logis und Kost am Wandeltisch.[50] Weil 1847 die jüdischen Kinder zwar die Knaben- und Mädchenschule in Schaafheim besuchten, bei der jüdischen Gemeinde wegen fehlender Mittel aber kein Religionslehrer angestellt war, ordnete das Landratsamt in Dieburg dies an, da es nicht zu verantworten sei, „daß die Kinder der Israeliten zu Schaafheim des Religionsunterrichts entbehren.“[51] Allerdings kam es auch in den Folgejahrzehnten immer wieder zu Vakanzen.[52]

Organisatorisch blieben die Schaafheimer Jüdinnen und Juden der Landjudenschaft in Darmstadt und dem dortigen Landrabbiner unterstellt, an die sie Beiträge abführten.[53] Nach der offiziellen Einrichtung des orthodo-

xen Rabbinats Darmstadt II ordneten sie sich diesem zu.[54] Die Zahl der Steuerpflichtigen sank von 15 (1847) auf zehn (1903/1904), spiegelte also auch den Rückgang der Zahl der Gemeindeglieder ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wider.[55]

Die Schaafheimer Mikwen

Hygienepolitische Maßnahmen der Darmstädter Regierung führten in Schaafheim 1826 zur Schließung der beiden bestehenden Mikwen bei dem Nichtjuden Peter Krautwurst, einem christlichen Schaafheimer, und Feist Sohlinger in der heutigen Wilhelm-Leuschner-Straße 23 und in einem heute nicht mehr existierenden Gebäude mit der Hausnummer 13 – in diesem Haus befand sich auch der Betsaal. Sohlinger wehrte sich gegen diese Entscheidung, indem er darauf hinwies, dass das in seinem Keller befindliche Wasserloch bereits seit 25 Jahren nicht mehr als Mikwe genutzt werde und er das Wasser zum Schlachten benötige. Die jüdische Gemeinde wiederum wurde behördlich aufgefordert, eine neue Mikwe zu errichten, konnte dafür aber nicht die erforderlichen Gelder aufbringen. Weitere Planungen im Zusammenhang mit dem Synagogenbau kamen nicht zur Umsetzung. Wohl auch deshalb nutzten Schaafheimer Jüdinnen auch das bisherige Bad bei Nikolaus Krautwurst trotz wiederholten Verbots weiter.[56]

Abb. 5: Die etwa 70 x 90 cm große und reichlich einen Meter tiefe Mikwe im Scheuenkeller in der heutigen Wilhelm-Leuschner-Straße 23. Foto: Eicke Meyer. Heimat- und Geschichtsverein Schaafheim e. V.

Rechtsstellung und Wirtschaftsleben im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert blieben Aufnahmen in den staatlichen Judenschutz oder der Erwerb des Ortsbürgerrechts wichtige Grundvoraussetzungen zur dauerhaften Etablierung und Familiengründung. In den 1810er und 1820er Jahren gelang dies etwa Lazarus Blum (Blumer), Bär Ostheimer und Feist Sohlinger, die bereits ortsansässig waren und Vermögen zwischen 1.500 und 1.900 fl. nachwiesen.[57] Andere Gesuche wurden abgelehnt. Seligmann Lehmanns (I) erstes Gesuch von 1824 wies die Landratsbehörde zunächst zurück, da er erst „noch die nöthigsten Kenntnisse im Deutsch Lesen und Schreiben erwerben müsse“, um Geschäfte betreiben zu können.[58] Die Eingabe des Eppertshäuser Juden Joseph Rothschild um Schutzaufnahme im Ort lehnten sowohl der Schaafheimer Gemeinderat als auch der Kreisrat in Dieburg mit Verweis auf den angeblich „üblen Rufe“ von dessen Stiefvater Seligmann Lehmann und den nicht weiter belegten Vorwurf, dass auch „Rothschild selbst schon Verdacht verschiedener Betrügereien auf sich geladen“ habe, ab.[59] Dessen ungeachtet lebte Rothschild ab 1840 in Schaafheim.[60] Gegen die Schutzaufnahme des Joel Muhr (Mohr), der seinem Onkel Seligmann Lehmann als Knecht zur Hand ging, brachte die politische Gemeinde 1845 Zweifel an einem ausreichenden Lebensunterhalt vor, da viele aufgenommene Schutzjuden „entweder dem Bettelstab anheim fallen oder der Gemeinde zur Last fielen, was eben mit Seligmann Lehmann II. [sic] dahier der Fall ist.“[61]

Tatsächlich verarmten im 19. Jahrhundert mehrere Schaafheimer Jüdinnen und Juden: Der 74-jährige Makler Hejum Kassel besaß bei seinem Tod 1843 nur wenige Habseligkeiten.[62] Wirtschaftlicher Misserfolg bedingte im gleichen Jahr den Konkurs des 60-jährigen Vieh- und Mehlhändlers Bär Ostheimer.[63] 1866 übernahm Sara Lehmann, die Witwe von Seligmann Lehmann (II), gegen 100 fl. pro Jahr auf

Kosten der Ortsgemeinde die Verpflegung und Pflege ihres verarmten Schwagers Josbel (Joseph) Ostheimer.[64]

Im 19. Jahrhundert lebten die meisten der in Schaafheim ansässigen Juden vom Handel mit Vieh und Landesprodukten, so ab den 1840er Jahren die Brüder Moses und Judel Kassel.[65] Joseph Rothschild führte ab 1840/1841 einen Spezerei-, Vieh- und Lumpenhandel. Ab 1868 betätigte er sich auch als Metzger im Kleinen sowie ab 1872 als Filz-, Mehl- und Fruchthändler.[66] Nathan Lehmann wiederum betrieb ab 1849 zunächst einen Vieh-, später auch einen Eisenwarenhandel.[67] Der 35-jährige Manasses Fuld erhielt 1840 ein Patent zum Hausieren mit Ellenwaren auf dem Land. Als er 1847 die Einrichtung eines ständigen Ladens beantragte, waren zusätzlich Spezerei- und Viehhandel im Kleinen sowie Brandweinausschank als Geschäftsfelder angegeben. Zeitweise war er auch als Makler und Hausierer mit Baumwollwaren tätig. Er musste 1853 einen Vergleich eingehen, weil er seine Gläubiger nicht mehr bezahlen konnte.[68] Dies gelang auch deshalb, weil ihn seine Frau Clara mit ihrem Vermögen unterstützte. Ab 1856 handelte sie selbst mit Rindern, Rauchwerk, Knochen und Laugen und führte das Geschäft bis 1873 fort. Ihr Sohn Isaak Fuld hatte Prokura.[69] Er betrieb ab 1878 einen eigenen Spezerei- und Schnittwarenhandel.[70]

Zusammenleben und Antisemitismus im späten 19. und 20. Jahrhundert

Im Jahr 1880 lebten neben den 1.524 evangelischen und vier katholischen Einwohnern lediglich 32 Jüdinnen und Juden in Schaafheim, etwa zwei Prozent der Ortsbevölkerung.[71] Nur wenige Quellen zeigen, wie sie in den Folgejahrzehnten in die dörfliche Gemeinschaft eingebunden waren. Manfred Lehmann war Mitglied der Schülerfußballmannschaft des FC Viktoria Schaafheim 1927.[72] Leopold Fuld wurde 1933 als Parzellenbesitzer des Kleingartenvereins geführt.[73] Dass Moritz Fuld 1894 im Gesangsverein „Eintracht“ im Rahmen von Feierlichkeiten anlässlich des Geburtstags Kaiser Wilhelm II. einen Toast auf den ehemaligen Reichskanzler Otto von Bismarck ausbringen durfte, lässt seine Vereinsmitgliedschaft vermuten.[74] Dass sie den Patriotismus ihrer nichtjüdischen Nachbarn teilten, belegt auch die Teilnahme von sieben Schaafheimer Juden am Ersten Weltkrieg, unter ihnen Nathan Lehmann.[75] Der 33-jährige Viehhändler Jakob Rothschild, der ab 1915 als Gefreiter beim 2. Großherzoglich-Hessischen Feldartillerieregiment Nr. 61 diente, starb 1918 nach Kriegsverletzung.[76] Während an alle anderen Schaafheimer Gefallenen auf dem zwischen 1927 und 1929 eingerichteten Ehrenhain mit einem Steinkreuz gedacht wurde, erhielt Rothschild wegen seines jüdischen Glaubens eine blütenförmige Gedenktafel.[77]

Abb. 6: Gedenktafel für den gefallenen Jakob Rothschild auf dem Ehrenhain in Schaafheim. Foto: Eicke Meyer, Heimat- und Geschichtsverein Schaafheim e. V.

Vom Antisemitismus blieb Schaafheim nicht verschont. 1891 initiierte der Landwirt Johann Georg Hauck die Gründung einer Ortsgruppe des antisemitischen Bauernbunds, der 40 Personen beitraten. Hauck kandidierte 1898 erfolglos im Wahlkreis Dieburg-Offenbach für die antisemitische Deutsche Reformpartei für den Reichstag, holte aber unter anderem in Schaafheim die Mehrheit der Stimmen. Von 1902 bis 1918 saß er für den Bauernbund in der Zweiten Kammer des Landtags. Parallel dazu war er von 1910 bis 1919 Bürgermeister von Schaafheim, wo der Hessische Bauernbund bei Landtagswahlen in den 1920er Jahren zeitweise die zweitmeisten Stimmen holte.[78] Auch der einzige Vertreter, den die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung als Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP 1924 in den hessischen Landtag entsenden konnte, kam aus Schaafheim: Der Landwirt Philipp Hauck baute in den 1920er Jahren die Schaafheimer NSDAP mit auf und wurde Ortsgruppenleiter.[79]

Nationalsozialistische Verfolgung zwischen 1933 und 1945

1932 erfasste die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden noch 19 Jüdinnen und Juden in Schaafheim.[80] Im gleichen Jahr erhielt die NSDAP bei den Landtagswahlen hier reichlich 58 Prozent der Stimmen.[81] Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler setzten auch in Schaafheim Verfolgungsmaßnahmen ein: 1934 beschwerte sich der Kaufmann Julius Fuld, der in der Schulgasse 1 ein Ellenwarengeschäft betrieb, dass Hitlerjungen seine Kunden belästigten und deren Namen notierten. Seinem Sohn Erich Fuld zufolge sei das Geschäft abends vom gegenüberliegenden Schulgebäude aus mit einem Scheinwerfer angestrahlt worden, um zu sehen, wer dort einkaufe. Die

Gendarmerie wurde schließlich angewiesen, jegliche Boykottmaßnahmen gegen Fuld zu unterlassen.[82] Fuld zog mit seiner Familie schließlich zunächst nach Frankfurt, ehe sie in die USA auswanderten.[83] Ende 1937 berichtete der Gendarmeriemeister Jakob Bersch, dass die beiden Viehhändler Leopold Fuld und Nathan Lehmann nur in Mosbach, Radheim, Dorndiel, Wenigumstadt, Pflaumheim und Großostheim noch Geschäfte tätigten, in Schaafheim aber bereits völlig verdrängt seien.[84] Im September 1938 emigrierten zwei Söhne des Erstgenannten, Siegfried und Julius Fuld, in die Vereinigten Staaten.[85]

1935 regte der Landwirt Friedrich Breitwieser bei der jüdischen Gemeinde an, ihm die Synagoge in seinem Gehöft zu verkaufen. Möglicherweise spielten dabei auch seine Bemühungen um die Eintragung als „Erbhofbauer“ eine Rolle.[86] Landesrabbiner Julius Merzbach in Darmstadt deutete Bereitschaft an, wies aber darauf hin, dass die jüdische Gemeinde selbst bei Bereitstellung eines Bauplatzes nicht in der Lage sei, „aus eigenen Mitteln eine neue Synagoge zu bauen.“[87] Schließlich einigten sich jüdische Gemeinde und Breitwieser am 12. Oktober 1936 vertraglich, dass Letzterer eine neue Synagoge mit einem Grundriss von sechs mal fünf Metern und drei Metern Höhe aus Ringofensteinen mit Dachziegeln auf seinem Grundstück im Viehtrieb an der Langstädter Straße errichtet. Der Zuschuss der jüdischen Gemeinde sollte 120 RM betragen. Nach Fertigstellung würde dann der Grundstückstausch vollzogen. Zur Umsetzung gelangte dieser Plan nicht.[88] Letztlich verkaufte die jüdische Gemeinde ihre Synagoge am 27. Oktober 1938 für 1.400 RM gleichwohl an Breitwieser. Die unterzeichnenden Schaafheimer Jüdinnen und Juden bedingten sich aus, alle noch festgemachten Bänke und den eingebauten Schrank (Toraschrein) aus dem verkauften Grundstück entfernen zu dürfen. Dieser Kaufvertrag trat allerdings nicht in Kraft.[89]

Mit offener Gewalt sahen sich die letzten Schaafheimer Jüdinnen und Juden während des Novemberpogroms konfrontiert. Nach aufhetzenden Ansprachen des NSDAP-Ortsgruppenleiters Peter Trautmann im und vor dem Gasthaus Zum Ochsen (heute: Wilhelm-Leuschner-Straße 10) am Abend des 10. November 1938 griffen die Pogromtäter die Anwesen der letzten in Schaafheim verbliebenen jüdischen Familien an. Bei Nathan Lehmann in der heutigen Wilhelm-Leuschner-Straße 14 sei den Erinnerungen des Sohnes Manfred zufolge viel zerschlagen und gestohlen worden. Zudem soll es zu körperlicher Gewalt gekommen sein. Übergriffe gab es auch bei der Familie des letzten Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Leopold Fuld in der Freundlichgasse 4, vor allem aber bei dem betagten Ehepaar Kallmann und Itha Rothschild in der Bangertsgasse 3: Die Wohnung wurde verwüstet und zerstört, Hausrat auf die Straße geworfen.[90] Auch die Synagoge in der Spitzengasse war – trotz der Verkaufsverhandlungen – Ziel der Angriffe: Die Inneneinrichtung wurde demoliert, Ritualobjekte und die mutmaßlich fünf Torarollen geschändet. Trümmer, Papier- und Stoffreste sollen am Folgetag bis auf die Spitzengasse hinaus gelegen haben.[91]

Im Rahmen des Pogroms, vermutlich bereits vor den Übergriffen auf ihre Häuser wurden am 10. November 1938 Leopold Fuld und Nathan Lehmann in „Schutzhaft“ genommen. Am Folgetag wurden sie zusammen mit anderen Verhafteten per Omnibus in das Konzentrationslager Buchenwald transportiert. Auch der erst 18-jährige Manfred Lehmann wurde nach Buchenwald überstellt, wo er bis Anfang Dezember festgehalten wurde. Ihm gelang im Folgejahr die Flucht in die USA. Fuld und Nathan Lehmann meldeten auch unter dem Druck des Konzentrationslageraufenthalts Ende November beziehungsweise Anfang Dezember 1938 ihre Firmen in Schaafheim ab. Der 66-jährige Fuld kam in Buchenwald am 4. Dezember 1938 ums Leben.[92]

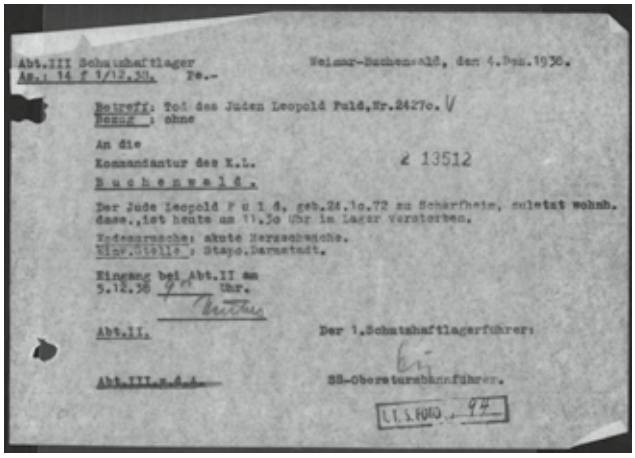

Abt.III Schutzhaftlager Weimar-Buchenwald, den 4.Dez.1938.
Az.: 14 f 1/12.38. Fe.-
Betreff: Tod des Juden Leopold Fuld,Nr.24270. V
Bezug: ohne
An die
Kommandantur des K.L.
Buchenwald.
Der Jude Leopold F u l d, geb.24.1o.72 zu Scharfheim, zuletzt wohnh. dase.,ist heute um 11.3o Uhr im Lager verstorben.
Todesursache: akute Herzschwäche.
Nov.Gefälle ; Stapo.Darmstadt.
Eingang bei Abt.II am 5.12.38 9 Uhr.
Abt.II.
Der 1.Schutzhaftlagerführer:
Abt.III.
SS-Obersturmbannführer.
U.S. FOLD 97

Abb. 7: Todesmeldung für Leopold Fuld, der als „Pogromsonderhäftling“ im Konzentrationslager Buchenwald am 4. Dezember 1938 vorgeblich aufgrund „akute[r] Herzschwäche“ umkam. Arolsen Archives.

Nathan Lehmann setzte nach seiner Freilassung alles daran, Deutschland baldmöglichst zu verlassen. Offizielle Dokumente zu Grundstücksverkäufen vermerkten im November 1939, dass er „auswandern will und diese [sic!] unter allen Umständen zu fördern ist“.[93] Den Lebensunterhalt seiner Familie verdiente er als Arbeiter im Sägewerk von Georg Kreh, der auch die Fußballmannschaft seines Sohnes gemanagt hatte.[94]

Abb. 8: Passfotos der Kennkarten von Nathan, Luise und Käthe Lehmann, April 1939. Nathan Lehmann trägt die Haare vermutlich infolge seiner „Schutzhaft“ im Konzentrationslager Buchenwald kurz. Dort waren sie nach dem Novemberpogrom von 1938 den festgehaltenen Juden abgeschoren worden. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

Auch die verwitwete Emilie Fuld veräußerte Grundstücke.[95] Sie zog 1940 zunächst in das Haus von Nathan Lehmann und konnte im Januar 1941 über Spanien und Portugal in die USA auswandern. Kallmann Rothschild emigrierte 1939 mit seiner Familie über die Niederlande ebenfalls in die USA.[96]

Lehmann und seiner Familie gelang die Emigration nicht. Ab dem 4. September 1941 lebten Nathan, Luise und die 15-jährige Käthe Lehmann in Schlierbach in der Hauptstraße 75 zusammen mit anderen Verfolgten aus der Region.[97] Schaafheim galt ab diesem Zeitpunkt als „judenfrei“.[98] Am 18. März 1942 wurde die Familie Lehmann nach Darmstadt überstellt und vom dortigen Ostbahnhof am 24. März ins Ghetto Piaski deportiert.[99] Dort verliert sich ihre Spur, vermutlich aber wurde sie im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ ermordet. Insgesamt verzeichnet das Gedenkbuch *Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945* 13 Namen von in Schaafheim geborenen oder lebenden Jüdinnen und Juden, die infolge der Verfolgung und der Schoa umkamen.[100]

Die Synagoge ging mit einem neuen Kaufvertrag am 21. September 1939 schließlich doch noch an Breitwieser über. Der Verkauf wurde im Herbst 1939 genehmigt und am 21. Februar 1940 ins Grundbuch eingetragen. Eingeschlossen war nun auch alles verbliebene Zubehör des Gebäudes. Die Kaufsumme wurde mit 1.000 RM deutlich niedriger angesetzt, von denen aufgrund der an das Deutsche Reich

Abb. 9: Beladung eines Überseecontainers (Liftvan) der Familie von Nathan Lehmann in Schaafheim nach den Novemberpogromen 1938. Der Container gelangte nur bis in die Niederlande; die Emigration der Lehmanns scheiterte. Foto: Privatarchiv Kreh.

Abb. 10: Straßenansicht des Grundstücks Spitzengasse 3 in Schaafheim, 2023. Auf der linken Seite nach der Hofeinfahrt stand ehemals die Synagoge. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

zu entrichtenden „Ausgleichsabgabe“ nur 600 RM zugunsten der jüdischen Gemeinde Schaafheim auf ein Sperrkonto überwiesen wurden.[101]

Das ehemalige Synagogengebäude diente zunächst als Stall.[102] Friedrich Georg Breitwieser ließ es 1953 abreißen, weil er nach eigenen Angaben Platz brauchte.[103] Nur die Sandsteinsäule mit dem Kapitell verwendete er umgekehrt als Stütze in seinem Keller.[104] Am ehemaligen Standort in der Spitzengasse erinnert heute eine einfache Informationstafel mit der Aufschrift: „Synagoge. Im Hof dieses Anwesens stand von 1841 bis 1938 die Synagoge der jüdischen Einwohner Schaafheims. Es handelte sich um einen schlichten Bau von ca. 5 x 6 Metern Grundriss.“

Restitution und Erinnerung nach 1945

Am 16. Oktober 1951, mehr als sechs Jahre nach Kriegsende, löschte das Schaafheimer Standesamt die in den Registern eingetragenen Zwangsvornamen „Israel“ und „Sara“, die die Verfolgten zu führen hatten.[105] In dieser Zeit bemühten sich jene Schaafheimer Jüdinnen und Juden, die in der Emigration die Schoa überlebt hatten, oder deren Nachkommen wie andernorts auch um Rückerstattung ihres Besitzes und Entschädigung. Auch die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) machte Ansprüche geltend, auch hinsichtlich der ehemaligen Synagoge. Mit Friedrich Breitwieser einigte man sich im Mai 1950 auf eine Ausgleichszahlung von 825 DM, wonach er weiterhin Besitzer des Grundstücks blieb. Mit dem Land Hessen einigte sich die JRSO Anfang der 1960er Jahre auf einen Vergleich.[106]

Abb. 11: Gedenktafel für die Schaafheimer Jüdinnen und Juden sowie ihre Synagoge von 1998 und die 2013 aufgestellte Säule, die die Frauenempore in der Synagoge trug, am Aufgang zur evangelischen Kirche in Schaafheim. Foto: Stefan Vogt.

Die bronzene Gedenktafel vom 9. November 1998 am Aufgang zur evangelischen Pfarrkirche erinnert an die verfolgten und ermordeten Schaafheimer Jüdinnen und Juden. Sie geht auf eine Initiative der katholischen und evangelischen Kirchengemeinden zurück. Im November 2008 wurde in der Alten Kapelle die Ausstellung „Sie waren Einwohner von Schaafheim – Jüdische Mitbürger vor 70 Jahren“ von Werner und Elisabeth Kreh gezeigt und 2013 bei der Gedenktafel jene Säule aufgestellt, die einst die Frauenempore getragen hatte.[107]

Daniel Ristau / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Gerhard Ditz, Arnd Keller, Elsbeth Kreh, Mirko Kreh, Werner Kreh und Eicke Meyer, Schaafheim, sowie Georg Wittenberger, Babenhausen.

Schaafheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/823

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1729	6 Haushaltsvorstände
1772	45 Personen
1783	36 Personen
1790	44 Personen
1795	35 Personen
1797	28 Personen
1829	48 Personen
1831	7 Familien, 2 Witwen, 3 Junggesellen
1834	53 Personen
1839	46 Personen
1849	65 Personen
1861	56 Personen
1867	41 Personen
1871	33 Personen
1875a	34 Personen
1875b	26 Personen
1880	32 Personen
1885	31 Personen
1896	26 Personen
1900	31 Personen
1907	29 Personen
1910	21 Personen
1921	21 Personen
1922	16 Personen
1932	19 Personen
1933	17 Personen
1936	15 Personen
1937	12 Personen
1938	8 Personen
1939	4 Personen
4. September 1941	0 Personen

Zahlen nach: Roth, Spuren, S. 3, 11–23, 54–55, 62–64, 69–70, 73, 84, 95, 98, 105, 109, 117, 122, 183, 210, 222, 234–238, 247, 249, 253–255, 257, 261, 263–265 (1729, 1772–1797, 1829, 1834–1849, 1921–1922, 1933–1941); GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 1 (1831); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 11 (1870), S. 31 (für 1867); 14 (1875), S. 78 (für 1871); 19 (1879), S. 64 (für 1875b); 24 (1884), S. 122 (für 1880); 34 (1890), S. 86 (für 1885); Schaafheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/schaafheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 17. Dezember 2024 (1861, 1900, 1910); Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 52 (1875a); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 11 (1896), S. 88; Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1911, S. 166 (für 1907); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385 (1932).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Meyer, Eicke, Die Mikwe – ein Wasserloch mit Geschichte, Schaafheim 2025.

Meyer, Eicke, Zwei Jahre vor der Pogromnacht 1938. Bau einer neuen Synagoge geplant, Schaafheim 2018.

Roth, Wolfgang, Spuren von mehr als 250 Jahren jüdischen Lebens in der Gemeinde Schaafheim, überarb. Fassung, Schaafheim 2013, www.historisches-unterfranken.uni-wuerzburg.de/juf/quellen/1076/Gemeinde%20Archiv%20-%20Spuren%20juedischen%20Lebens%20in%20Sfh%20ab%201730.pdf?page, letzter Zugriff 20. Dezember 2024.

Sauerwein, Michael (Bearb.)/Werner Kreh/Elsbeth Kreh (Mitarb.), Gefallen! Vergessen?, Schaafheim 2019.

Sauerwein, Michael (Bearb.)/Christa Balmert/Werner Kreh/Elsbeth Kreh (Mitarb.), Sie haben ihr Leben verloren – Sie sollen nur ihren Namen verlieren!, Schaafheim 2022.

Töllner, Axel/Cornelia Berger-Dittscheid, Groß-Ostheim, in: Wolfgang Kraus/Hans-Christoph Dittscheid/Gury Schneider-Ludorff/Meier Schwarz (Hrsg.), Mehr als Steine… . Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. 3/1, Lindenberg 2015, S. 83–91.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
- Documents: ID 5278171; 5278192; 5278209; 5906494; 5906496; 6464213

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Da 3: Nr. 6b
- D-Lj 4: Nr. 32
- JRSO-Hes: Nr. 40

Gemeindearchiv Schaafheim (GA Schaafheim)
- II/3: Nr. 9, 16
- XIII/1: Nr. 1; 3; 6; 7; 8; 9; 10; 11; 12; 14; 15; 16; 17; 19; 20
- XIII/2: Nr. 2; 3
- XIII/3: Nr. 2; 3; 4; 5; 6; 7; 8; 9; 10; 11; 12; 14; 16; 17; 18

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 503: Nr. 7382
- 518: Nr. 1376

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- C 4: Nr. 23/1; 23/3; 23/4
- C 6: Nr. 1946
- D 7: Nr. 47/10
- E 9: Nr. 10713
- F 16: Nr. 271; 299; 951
- G 15 Erbach: Nr. L 243
- O 61 Kohlmannslehner: Nr. 31
- G 15 Dieburg: Nr. J. 28; J 53; J 95; Q 593; T 765
- G 28 Gross-Umstadt: Nr. R 35; R 44; R 46; R 47; R 48; R 89; R 114; R 236; R 237; R 241; R 252; R 499; R 500; R 502; R 503
- G 29 C: Nr. 4653

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
- 86: Nr. 26824; 28653; 29188; 29467; 29977

– 902: Nr. 1007
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.07: Nr. 1128
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 259
National Archives London
– Ho 3: Nr. 50
Stadtarchiv Dieburg (StadtA Dieburg)
– N 1: Nr. 479
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– O.52: Nr. 1181
Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV/1: Nr. 1069; 1216; 1217

Anmerkungen

1 U. a. mit Frankfurter, Dieburger, Hanauer, Babenhäuser und Seligenstädter Juden, die bis ins 18. Jahrhundert Forderungen gegen Schaafheimer Untertanen beziehungsweise die politische Gemeinde geltend machten (HStAD, C 4, Nr. 23/3; Nr. 23/4; F 16, Nr. 951; HStAM, 86, Nr. 26824; Nr. 29977; ISG, H.15.07, Nr. 1128), aber auch selbst Beschuldigte in Gerichtsprozessen sein konnten (HStAD, C 4, Nr. 23/1; F 16, Nr. 271; Nr. 299).
2 Jonas' Ehefrau wurde 1600 im Rahmen eines Hexeninquisitionsprozesses befragt. HStAD, E 9, Nr. 10713. Nathan soll 1564 an der Befreiung seines in Babenhausen inhaftierten Schwager beteiligt gewesen sein. HStAM, 86, Nr. 28653. 1566 befand er sich aber wieder im Ort, wie ein Urteil wegen Vortäuschung eines Diebstahls belegt. Roth, Spuren, S. 2.
3 Eine Kopie der entsprechenden Urkunde befindet sich mutmaßlich im Nachlass von Wolfgang Roth. Vgl. Bericht über eine Führung „Jüdische Geschichte" anlässlich der Feierlichkeiten zum 1.700 Ortsjubiläum 2017, www.schaafheim.de/de/content/1200.juedischegeschichte/~nm.288~nc.358/1200-Jahre-Schaafheim-Fuehrung-Juedische-Geschichte.html, letzter Zugriff 13. Dezember 2024.
4 StadtA Dieburg, N 1, Nr. 479.
5 Roth, Spuren, S. 2.
6 HStAD, F 16, Nr. 951.
7 HStAM, 86, Nr. 29188.
8 Roth, Spuren, S. 2. Die für 1730 belegte Flurbezeichnung „Juden born" weist zudem auf einen Weingarten im Besitz eines Juden hin. Schaafheim, in: LAGIS Hessen, Hessische Flurnamen, lagis.hessen.de/resolve/de/fln/456373, letzter Zugriff 13. Dezember 2024; Rösch, Der Judenweg, S. 425.
9 Roth, Spuren, S. 3–4.
10 Roth, Spuren, S. 2–20.
11 Roth, Spuren, S. 3, 5.
12 Herz, Sohn des Meyer, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/16428, letzter Zugriff 16. Dezember 2024.
13 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 209.
14 HStAD, D 7, Nr. 47/10.
15 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 3. Vgl. auch die Diskussionen um das sogenannte Abtriebsrecht. GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 17; Nr. 19
16 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 3. Nachweisliche Gesuche um Schutzgelderlass wegen Armut finden sich 1822/23 für Moses (Moises) Kassel und Lazarus Blum. GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 8.
17 GA Schaafheim, XIII/2, Nr. 2; Roth, Spuren, S. 24, 26.
18 HStAM, 86, Nr. 29467; Roth, Spuren, S. 2. Vgl. Töllner/Berger-Dittscheid, Groß-Ostheim, S. 83.
19 Roth, Spuren, S. 11–23; GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 3.
20 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 500; Roth, Spuren, S. 13.
21 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 9.
22 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8.
23 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 5. Vgl. auch GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 17; Roth, Spuren, S. 65.
24 Möglicherweise handelte es sich um ein Grundstück in der heutigen Burggartenstraße.
25 Wolfgang Roth, Eine kleine Geschichte der Schaafheimer Synagoge aus Anlass des 75-jährigen Gedenkens der Pogromnacht mit Schaafheimer Begebenheiten, Schaafheim 2013, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20359/Schaafheim%20Geschichte%20Synagoge.pdf, letzter Zugriff 16. Dezember 2024, S. 1–2; Roth, Spuren, S. 74. Siehe dazu auch GA Schaafheim, II/3, Nr. 9, 16. An den um 1840 entstandenen Lageplänen lässt sich der Besitz der jeweiligen Haushälften nachvollziehen. So gehörte zur Kreh'schen Haushälfte Nr. 29 die Hälfte eines zweistöckigen Hauses mit ½ Scheuer, Schweinestall und Schuppen am Haus. Vgl. Roth, Spuren, S. 74.
26 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8.
27 Dieburger Wochenblatt, 24. Februar 1840, zit. nach Roth, Eine kleine Geschichte, S. 2. Pläne in GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8.
28 Vgl. u. a. Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt 27, 25. Juli 1838, S. 329.
29 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8.
30 Ab 1859 regelte die Gottesdienste die allgemein für die jüdischen Gemeinden im Kreis Dieburg gültige Synagogenordnung. GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 7.
31 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8; GA Schaafheim, II/3, Nr. 9, Flur I/D.
32 Beschreibung nach GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8, Bauplan von 1840. Dabei wird die genaue Umsetzung des Bauplans vorausgesetzt. Diese lässt sich aufgrund fehlenden Bildmaterials jedoch nicht nachprüfen.
33 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 8.
34 Roth, Spuren, S. 80; Roth, Eine kleine Geschichte, S. 3–4.
35 Vgl. die Verordnung, die Bildung der Vorstände der israelitischen Religionsgemeinden betr., in Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt 77, 14. Dezember 1830, S. 455–457.
36 GA Schaafheim, XIII/2, Nr. 2; Roth, Spuren, S. 9–27.
37 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 1; XIII/3, Nr. 9.
38 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 14; Nr. 20.
39 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 12; Nr. 13.
40 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 14.
41 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 14; Nr. 15; Nr. 20; Roth, Spuren, S. 100.
42 Roth, Spuren, S. 100; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 500.
43 National Archives London, Ho 3, Nr. 50; Roth, Spuren, S. 100, notiert die Auswanderung für 1861, vermutlich erfolgte sie aber schon zehn Jahre früher.
44 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 503; Sohlinger, Bernhard, in: LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/270932, letzter Zugriff 17. Dezember 2024.
45 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 20.
46 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 1.
47 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 10; Nr. 11; Nr. 14; Nr. 16.
48 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 12.

49 GA Schaafheim, XIII/2, Nr. 3; XIII/3, Nr. 11; Nr. 12.
50 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 14. 1889 bot sie ein jährliches Lehrergehalt von 400 bis 500 RM an. Der Israelit 30, Nr. 35, 2. Mai 1889, S. 624.
51 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 11; Nr. 12.
52 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 20. Als weitere Vorsänger (V), Schächter (S) und Lehrer werden für die Folgejahre genannt: Nathan Bär Kleiner (L, S), Löb Kahn (V, S), Benjamin Weiler (V, S), Lippmann Schwabacher (L), Salomon Schrach (L), Anton Stein (V, L), Herr Nussbaum (L), Joseph Stiefel (L), Meier Ullmann (L), David (Joel) Muhr (L), Benjamin Benheim (S) und Meyer Rothschild (S). GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 11; Nr. 14; Nr. 16; HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 243; CAHJP, D-Da 3-6b.
53 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 3.
54 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), Nachtrag, S. 54.
55 GA Schaafheim, XIII/3, Nr. 2; Nr. 4; Nr. 6.
56 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 20; XIII/3, Nr. 17. Meyer, Die Mikwe. Die Mikwe im Haus Wilhelm-Leuschner Straße 23 ist erhalten. Eine weitere polizeiwidrige Mikwe befand sich 1844 noch bei Seligmann Lehmann in der heutigen Wilhelm-Leuschner-Straße 14. Dessen Sohn Nathan Lehmann wurde 1851 nochmals zum Zuwerfen des Bades aufgefordert, was auch geschah. Vgl. GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 20; XIII/3, Nr. 18. Das Gebäude wurde um 1970 abgerissen. Wolfgang Roth, Mikwe in Schaafheim, Schaafheim 2012, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20337/WRoth%20Mikwe%20Schaafheim.pdf, letzter Zugriff 20. Dezember 2024, S. 2.
57 CAHJP, D-Lj 4-32. Vgl. Unterlagen zu weiteren Verfahren wegen Ortsbürgeraufnahme, Schutz und Verehelichung in: GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 6; Nr. 7; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J. 28; Nr. J 53; Nr. J 95.
58 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 7; CAHJP, D-Lj 4-32.
59 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 7.
60 Roth, Spuren, S. 78.
61 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 7. Zum Schuldenwesen des Viehhändlers Seligmann Lehmann (II) vgl. GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 16.
62 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 9.
63 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 499.
64 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 10; Nr. 11.
65 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 13; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 35; Nr. R 47; Nr. R 48. Vgl. außerdem Unterlagen zu den Handelsgeschäften von Kallmann und Jakob Rothschild (Vieh, Getreide), Moses Lehmann (Rinder), Siegfried Lehmann (Vieh), Nathan Lehmann (Vieh, Eisenwaren) und Leopold Fuld (Kleider, Ellen- und Kurzwaren, Krämereibedarf). HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 89; Nr. R 114; Nr. R 236; Nr. R 241; Nr. R 252.
66 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 44; Nr. R 46; Roth, Spuren, S. 148, 157–158.
67 GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 13; HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 35.
68 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 502; GA Schaafheim, XIII/1, Nr. 12; Nr. 13; Roth, Spuren, S. 75, 119, 127.
69 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 35.
70 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 237.
71 Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 24 (1884), S. 122.
72 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.
73 Roth, Spuren, S. 248.
74 Roth, Spuren, S. 196.
75 HStAD, G 28 Gross-Umstadt, Nr. R 114.
76 HStAM, 902, Nr. 1007; Der Schild 8, Nr. 3, 18. Januar 1919, Beil. „Unsere Gefallenen“; Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, S. 329; Sauerwein, Gefallen Vergessen, S. 136–137.
77 Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, Schaafheim, www.denkmalprojekt.org/2010/schaafheim_ehrenhain_wk1u2_hess.htm, letzter Zugriff 20. Dezember 2024.
78 Roth, Spuren, S, 191, 203, 208–211, 217, 219–220; Hauck, Johann Georg, in: LAGIS, Hessische Biografie, lagis.hessen.de/resolve/de/bio/11140, letzter Zugriff 20. Dezember 2024. Landtagswahlergebnisse im Volksstaat Hessen in: Hessische Parlamentarismusgeschichte, parlamente.hessen.de/geschichte/volksstaat-hessen, letzter Zugriff 20. Dezember 2024.
79 Roth, Spuren, S. 237, 239, 246–247; Hauck, Philipp, in: LAGIS, Hessische Biografie, lagis.hessen.de/resolve/de/bio/11357, letzter Zugriff 20. Dezember 2024.
80 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385.
81 Landtagswahlergebnisse im Volksstaat Hessen in: Hessische Parlamentarismusgeschichte, parlamente.hessen.de/geschichte/volksstaat-hessen/landtag-1932–1933/details, letzter Zugriff 20. Dezember 2024.
82 Roth, Spuren, S. 250–251.
83 Roth, Jüdische Gemeinde Schaafheim, S. 2. Seine Söhne Erich und Berthold Fuld feierten noch im April 1935 beziehungsweise im Juli 1937 ihre Barmizwa in Schaafheim. Israelitisches Familienblatt 37, Nr. 16, 17. April 1935, S. 6; 39, Nr. 27, 8. Juli 1937, S. 16.
84 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31. Bereits 1935 war der Viehhändler Siegfried Lehmann mit seiner Familie nach Brakel verzogen. Roth, Spuren, S. 253.
85 Roth, Spuren, S. 258.
86 HStAD, G 29 C, Nr. 4653.
87 Zit. nach Meyer, Zwei Jahre, S. 2.
88 Meyer, Zwei Jahre, S. 3–5.
89 HHStAW, 518, Nr. 1376; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 765; HStAD, G 29 C, Nr. 4653
90 Wolfgang Roth, Rede zum 9. November 1998 in der evangelischen Kirche zu Schaafheim aus Anlaß der Enthüllung einer Tafel für die jüdischen Mitbürger von Schaafheim und Schlierbach, Schaafheim 1998, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20337/WRoth%20Schaafheim%20Gedenken%201998.pdf, letzter Zugriff 20. Dezember 2024., S. [2].
91 HHStAW, 503, Nr. 7382; 518, Nr. 1376; Roth, Rede zum 9. November, S. [2]; Roth, Spuren, S. 258; Steffens, Ausgrenzung, Verfolgung, S. 227–228.
92 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593; O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31; AA, Documents, ID 5278171; ID 5278192; ID 5278209; ID 5906494; ID 5906496; ID 6464213; Roth, Spuren, S. 257, 260; Roth, Eine kleine Geschichte, S. 2.
93 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 765.
94 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.
95 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 765.
96 Roth, Spuren, S. 261, 263–264; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 259.
97 Yad Vashem Archive Jerusalem, O.52, Nr. 1181.
98 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.
99 Roth, Spuren, S. 266.
100 Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945; Sauerwein, Sie haben ihr Leben verloren, S. 422–423.
101 HHStAW, 518, Nr. 1376; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 765; G 29 C, Nr. 4653.
102 HStAD, C 6, Nr. 1946.

103 Meyer, Zwei Jahre, S. 1; Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 97; Altaras, Synagogen, S. 297; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 31.
104 Fotografien der Säule im Keller und am neuen Aufstellungsort sowie weiterer im Keller aufgefundener Steine, die mutmaßlich der ehemaligen Synagoge zuzuordnen sind, in: Schaafheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/schaafheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 17. Dezember 2024.
105 Roth, Spuren, S. 269–270.
106 HHStAW, 503, Nr. 7382; 518, Nr. 1376; CAHJP, JRSO-Hes-040.
107 Informationen zur lokalen Erinnerungskultur u. a. in: Schaafheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/schaafheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 17. Dezember 2024.

Seeheim (Gemeinde Seeheim-Jugenheim)

Bei Baumaßnahmen wurde 1991 auf dem Dachboden der zum Wohnhaus umgebauten Synagoge in der heutigen Schloßstraße 24 eine 1,28 x 1,47 m große, auf dem Fußboden mit der Bildseite nach unten vernagelte Holztafel gefunden.[1] Darauf halten zwei stehende gekrönte Löwen ein von der Großherzogskrone überragtes Wappenschild, das in Hebräisch und Deutsch beschrieben ist. Die im Vergleich zum hebräischen Text leicht verkürzte deutsche Inschrift lautet:

> Er, der den Königen Sieg & Gewalt den Fürsten verleiht, sein Reich ist aller Welten Reich, der seinen Knecht David von der Bosheit Schwert gerettet, der durchs Meer, durch mächtigen Fluthen einen Weg gebahnt – Er segne und behüte unseren Großhzg: Ludwig III. Ihn und sein ganzes Fürstliches Haus – Er bewahre Ihn vor Jedem Uebel und beglücke Ihn in allen seinen Wegen – Er der Allerbarmherzige, der König aller Könige, möge seinen Geist & den Geist seiner hohen Räthe & Beamten stets erleuchten, auf daß Recht und Wahrheit, Friede & Wohlstand immer blühen in seinem Reiche. In seinen & unseren Tagen möge der Erlöser Zion kommen Amen.[2]

Abb. 1: Fürstengebetstafel der Seeheimer Synagoge von 1868. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 24242. Original: Gemeinde Seeheim.

Bei dem Fund handelte es sich um eine sogenannte Fürstengebetstafel (*Ha-Noten T(e)schua*), mit der die Seeheimer Jüdinnen und Juden ihre Loyalität dem Großherzogtum gegenüber bekundeten. Gestiftet hatten die Tafel die Brüder Feitel und Moses Feitler. Nach der Pfarrchronik war sie über dem Toraschrein angebracht.[3] Auf dem Dachboden überstand das Fürstengebet die Zeit des Nationalsozialismus. Nach der Wiederauffindung war es bis Oktober 2003 im Seeheimer Rathaus und anschließend in der Dauerausstellung des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main zu sehen. Anschließend wurde es den privaten Eigentümern zurückgegeben.[4] Die Tafel ruft eine erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts gegründete jüdische Landgemeinde in Erinnerung, deren repräsentativer Synagogenbau als Wohnhaus erhalten ist.

Schutzjuden im 18. Jahrhundert

Aufgrund der restriktiven Judenpolitik der Grafen von Erbach ließen sich die ersten beiden Schutzjuden in Seeheim erst relativ spät im Jahr 1699 nieder, wobei sie feierlich mit Brötchen (Weck) und mutmaßlich Wein im Wert von 4 Albus empfangen worden seien: Kiwe (Akiba) und Jessel, dessen Nachfahren Generationen später den Namen Mayer trugen, handelten mit Vieh, Letzterer zudem mit Kerzen und Papier.[5] Ihre Zulassung sollte den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des durch die Kriegslasten des 17. und frühen 18. Jahrhunderts stark in Mitleidenschaft gezogenen Seeheim fördern, das 1714 an die Landgrafen von Hessen-Darmstadt fiel.[6]

1708 ließ sich in Seeheim Elias Hesekiel nieder, der ab 1725/26 als Hoffaktor in Darmstadt wirkte. Der finanzkräftige Hesekiel beteiligte sich unter anderem an Geldgeschäften des hessischen Landgrafen und der Grafen von Erbach.[7] Zudem erlangte er bereits 1717 für 15 Albus die Genehmigung, Bachwasser zum Betrieb einer Mikwe in sein Seeheimer Haus (Nr. 22, später Darmstädter Straße 22) leiten zu dürfen. Dieses Recht ging später für die jährliche Summe von 60 Albus an die Nachbesitzer des Hauses über und wurde erst 1811 abgelöst.[8] Für die Abhaltung von Gottesdiensten blieb die Zahl der Seeheimer Juden im Verlauf des 18. Jahrhunderts zu gering. Vermutlich besuchten sie die Gottesdienste der jüdischen Gemeinde im etwa dreieinhalb Kilometer südwestlich gelegenen Alsbach. Auf dem dortigen jüdischen Friedhof setzten sie bis 1938 auch ihre Toten bei.[9] Das älteste Grab für einen Seeheimer Juden, Isaak (Itzig Seeheim), datiert auf 1743.[10] Er war bereits 1731/32 neben „Me'ir" (Mayer) eines der beiden Seeheimer Mitglieder der Alsbacher Beerdigungsbruderschaft.[11]

Die Seeheimer Jüdinnen und Juden gehörten organisatorisch zur Darmstädter Landjudenschaft. Deren Steuerlisten zufolge lebten in den 1750er Jahren nur Lesser und der bereits genannte Mayer im Ort. Letzterer erweiterte innerhalb weniger Jahre sein Vermögen von 400 fl. auf

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-027

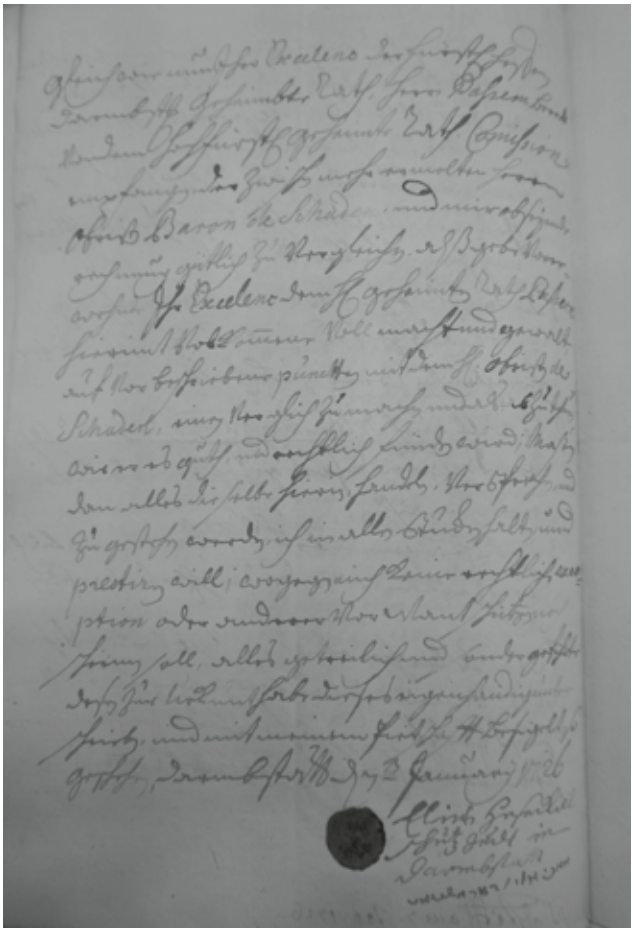


Abb. 2: Unterschrift und Siegel des Darmstädter Hoffaktoren Elias Hesekiel, 1726. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 23 D, Nr. 2586.

700 fl. Er fungierte zudem als Steuereinnehmer (*Gove*) der Landjudenschaft. Auch ein Feisel taucht in späteren Listen auf, wohl jener Feitel (Uri) Moses, der in der zweiten Jahrhunderthälfte zu den jüdischen Hausbesitzern in Seeheim gehörte.[12] Zu dieser Zeit bestritten die wenigen jüdischen Familien ihren Lebensunterhalt vor allem im Handel: Baruch Mayer verkaufte Krämerwaren und gab Darlehen, Feitel bot Seifen und Öle an, während Hertz Heyum auch mit Zubehör für Brunnenleitungen handelte. In der Phase der Koalitions- und Napoleonischen Kriege eröffneten ihnen Heereslieferungen und Dienstleistungen für die politische Gemeinde größere wirtschaftliche Handlungsspielräume.[13]

Der lange Weg zur selbstständigen jüdischen Gemeinde

1805 lebten im gesamten Amt Seeheim 57 Jüdinnen und Juden, davon etwa ein Drittel in Seeheim.[14] Einblick in das soziale Gefüge vor Ort geben die ab den 1780er Jahren geführten Geburts-, Sterbe- und Heiratsregister.[15] 1807 waren sieben Seeheimer Juden gegenüber der Landjudenschaft in Darmstadt steuerpflichtig. Über das mit Abstand größte veranschlagte Vermögen mit 1.500 fl. verfügte Baruch Mayer, der auch als Deputierter und Steuereinnehmer der Landjudenschaft wirkte. Beer Mayer, Baruch Isaak, Michel Feidel, Herz Hayum, Joseph Beer und ab Mai 1809 Josel Mayer waren mit 600 bis 900 fl., die verwitwete Zerle Mayer mit 400 fl. veranschlagt. Notizen der landjudenschaftlichen Steuereinnehmer legen indes nahe, dass die behördlichen Schätzungen nicht in allen Fällen der Realität entsprachen: Herz Hayum habe demnach kein eigenes Vermögen, höchsten 200 fl. Zudem belegen die zwischen 1785 und 1820 erfassten Steuerunterlagen nicht nur jüdische Armut im Ort, die 1793 Raphael und 1819/20 Hendel Samuel betraf, sondern vor allem, dass die veranschlagten Vermögen der Seeheimer Juden teils erheblich schwankten. Für Mardochai Mayer, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts ebenfalls Vorsteher der Landjudenschaft Darmstadt war, stieg es von 600 fl. im Jahr 1785 auf 2.600 fl. im Folgejahr, fiel dann jedoch bis 1798 wieder auf 800 fl. Dass die Schätzungen immer wieder Anlass zu Konflikten gaben, belegt der Wunsch des 1804 inzwischen schwerkranken Mardochai Mayer, den Steuererheber auszuwechseln.[16]

Noch in den 1830er Jahren brauchten jene Juden, die sich dauerhaft in Seeheim etablieren wollten, einen Schutzbrief. Erster jüdischer Ortsbürger wurde 1831 der Viehhändler Joseph Joseph. Andere wurden „abschlägig“ beschieden, so 1836 Joseph Feitler, der erst 1844 das Ortsbürgerrecht erlangte.[17] In dieser Zeit lebten in Seeheim 48 Jüdinnen und Juden.[18] Sie waren weiterhin der jüdischen Gemeinde in Alsbach zugeordnet, stellten aber eigene Lehrer für den jüdischen Religionsunterricht ein, darunter Max Weinleben, Joel Oberzenner, Emanuel Eisenmann und Moses Disbecker.[19] Als Vorsteher der Judenschaft fungierte 1834 Michel Feitler. 1836 sowie in den Folgejahren wird in dieser Funktion Joseph Raphael Meier genannt.[20]

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts befand sich die Seeheimer Mikwe in der heutigen Schlossstraße 10. Das einstöckige Haus war als neu errichtet im Brandkataster verzeichnet; ab August 1831 sind Versicherungsbeiträge der „Judengemeinde Seeheim“ vermerkt, die es offiziell zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab.[21] Spätestens 1832 beantragte die Seeheimer Judenschaft schließlich die Gründung einer eigenen jüdischen Gemeinde mit Synagoge. Der Bensheimer Kreisrat Peter Josef von Rüding wies jedoch den Seeheimer Bürgermeister Johann Georg Schömer mehrfach an, die zu dieser Zeit bereits vorkommenden Gottesdienste zu unterbinden. Trotz wiederholter

behördlicher Drohungen hielten die Seeheimer Jüdinnen und Juden weiterhin Gottesdienste ab, dem Bericht zur Einweihung der neuen Synagoge 1868 zufolge in einem gemieteten Lokal.[22]

Die offizielle Abspaltung von Alsbach erfolgte erst 1851.[23] Organisatorische Verbindungen dorthin bestanden nicht nur wegen des jüdischen Friedhofs fort. So waren Seeheimer Juden auch Mitglieder des dortigen Israelitischen Krankenvereins, für den es in Seeheim kein Äquivalent gab.[24] Die Leitung der Israelitischen Religionsgemeinde Seeheim oblag fortan drei gewählten und behördlich eingesetzten Vorstehern, von denen einige – wie in den 1880er und 1890er Jahren der Eisenwarenhändler Moses Feitler – das Amt über mehrere Wahlperioden hinweg innehatten. Ab 1887 war mit dem Kaufmann Herz Heymann auch ein Jude aus Jugenheim Vorsteher in Seeheim.[25]

Abb. 3: Ehemaliger Synagogenkomplex mit Betsaal (vorne) und quer dahinter das jüdische Gemeindehaus, Ansicht von der Schloßstraße (hier von Westen), Zustand 2025. Foto: Stefan Vogt.

Synagoge, Religionsschule und Mikwe – der Gemeindekomplex von 1868

Vermutlich bedingte vor allem der starke Anstieg der Gemeindeglieder, die 1864 mit 80 Jüdinnen und Juden ihren Höchststand erreichte, Planungen zum Bau einer neuen Synagoge. 1865 konnte die jüdische Gemeinde die in der Bachgasse (heute: Schloßstraße 24) gelegene Hofreite von Peter Grund für 1.357 fl. erwerben.[26] Die Eintragung des 648 qm großen Grundstücks ins Güterverzeichnis der Gemeinde Seeheim erfolgte 1866.[27] Nach dem Abbruch des Hauses begannen die Arbeiten zur Errichtung einer Synagoge mit Frauenbad, Schullokal und Lehrerwohnung. Die Bauaufsicht oblag dem Bensheimer Kreisbaumeister Christian Horst. Die Baukosten beliefen sich auf rund 4.960 fl. Zur Finanzierung hatte das Ministerium am 27. Januar 1866 eine Kollekte unter den Starkenburger Juden gestattet, die 3.122 fl. und 42 kr. einbrachte.[28] Davon spendeten Mitglieder der jüdischen Gemeinde freiwillig 975 fl., der Seeheimer Gemeinderat gab 450 fl. Weitere 50 fl. kamen von Großherzog Ludwig III.; die Rothschilds in Paris, London und Frankfurt am Main gaben insgesamt 383 fl. für das Bauprojekt.[29] Zur Finanzierung erhob die jüdische Gemeinde zudem höhere Umlagen von ihren Mitgliedern.[30] Neben dem eingangs erwähnten Fürstengebet spendeten einige Seeheimer Jüdinnen den Vorhang für den Toraschrein, Feitel und Herz Heymann zwei bronzene Armleuchter, die Brüder Ferdinand und Herz Feitler einen großen Kronleuchter aus Bronze und selbst die in die Vereinigten Staaten ausgewanderten Brüder Simon und Moses Feitler eine Wanduhr.[31]

Am Samstag, dem 15. Februar 1868, wurde die neue Synagoge mit einem feierlichen Sabbatgottesdienst eingeweiht. Bereits am Vorabend waren die Torarollen in den Toraschrein eingehoben worden. Die Vorbereitungen der Weihe verliefen nicht konfliktfrei: Die in ihrer Gesamtheit strengreligiös ausgerichtete jüdische Gemeinde war nicht bereit, den eigentlich zuständigen Darmstädter Landrabbiner Julius Landsberger einzuladen, dem Brüche der traditionellen jüdischen Lebensführung vorgeworfen wurden.[32] Bemühungen des Seeheimer Gemeindevorstands, den neoorthodoxen Mainzer Rabbiner und Herausgeber des *Israelit*, Marcus Lehmann, für die Einweihungspredigt zu gewinnen, verhinderte wiederum Landsberger. Letztlich predigte der orthodoxe Kaufmann und Toragelehrte Joseph Jeidel aus Pfungstadt. Neben den Mitgliedern der Seeheimer jüdischen Gemeinde und einigen ortsfremden Juden nahmen Bürgermeister Johann Friedrich Pühler sowie Mitglieder des Gemeinderats an der Einweihung teil.[33]

Vom alten Rathaus im Ortskern von Seeheim sind es zwei Minuten zu Fuß bis zur ehemaligen Synagoge. Die Schloßstraße, früher Bachgasse, an deren Nordostseite sich das schmale, einst der jüdischen Gemeinde gehörende Grundstück befindet, verläuft parallel zur Hauptstraße in Richtung Nordwesten. Das Gebäude liegt weit zurückgesetzt von der Straßenflucht in der Mitte des Grundstücks. Seine längliche Form ist auf die Abmessungen des Grundstücks zurückzuführen. Zwei zusammengesetzte Baukörper unterschiedlicher Größe mit sich überschneidenden Satteldächern bilden einen leicht T-förmigen Grundriss.

Von dem Synagogengebäude haben sich zwar die Bausubstanz und die Kubatur gut erhalten, doch hat sich bisher weder ein Bauplan mit Grundriss noch eine Beschreibung

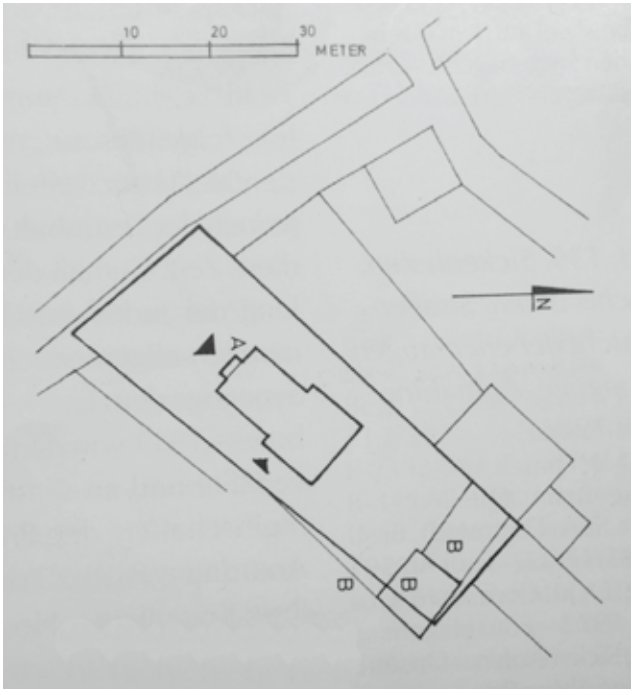


Abb. 4: Lageplanskizze mit Synagogengebäude, Eingänge (A) und Nebengebäude (B), Zustand April 1986. Zeichnung: Thea Altaras.

zur Nutzung und Disposition der Räume des Gebäudes gefunden. Der Betsaal befand sich in dem giebelständig zur Straße ausgerichteten vorderen Bauteil, denn nur dort sind beide Seitenwände durch eine aus drei größeren Rundbögen bestehende Blendgliederung besonders ausgezeichnet. Die Bögen ruhen auf kleinen Konsolen oder Nasen, die das Profil des Traufgesimses aufgreifen. Da wohl ursprünglich jeder Bogen einer Fensterachse zugeordnet war, sind an den Längsseiten des Betsaals jeweils drei Fenster zu rekonstruieren. Diese suggerierten nicht wie heute bereits von außen ein zweigeschossiges Gebäude, sondern bestanden vermutlich aus längeren, eher für einen Saal charakteristischen Fensterbahnen. Dies lässt sich anhand der Baudetails erhärten: Die Wandöffnungen beider Bauteile sind alle mit einem roten Sandsteingewände eingefasst, das oben in einem flachen Eselsrücken abschließt. Jedoch besitzen nur die Fenster des hinteren Bauteils die feine Abkantung des Gewändes nach außen und das profilierte Sohlbankgesims der Bauzeit. Die heutigen Fenster des ehemaligen Betsaals sind zwar sehr einfühlsam den originalen Formen nachempfunden, erweisen sich jedoch aufgrund fehlender Details als nachträglich eingefügt, um die Nutzung als zweigeschossiges Wohnhaus zu ermöglichen. Die mittleren Fenster wurden bei dem Umbau jeweils zugemauert.

Auch die zur Straße ausgerichtete Fassade, in der das Hauptportal der Synagoge anzunehmen ist, wurde durch den Umbau so überformt, dass hier ohne Freilegung des Mauerwerks keine Angaben zur Anordnung der Fenster oder zur Wandgliederung möglich sind. Nur bei dem kleinen Rundfenster im Giebelfeld könnte es sich um eine originale Wandöffnung handeln. Der Giebel des ehemaligen Saalbaus ist als Schildgiebel ausgebildet – das heißt, er ragt über den Dachquerschnitt hinaus – und bildet an den Giebelfüßen und über dem First Postamente für Zierelemente und vermutlich die Doppeltafel mit den Zehn Geboten an der Spitze aus. Ob im Innern des Betsaals ein Vorraum mit einer Treppe zur Frauenempore vorgelagert war oder ob die Empore als mutmaßlich dreiseitiges Element über den hinteren Bauteil erschlossen wurde, ist nicht mehr zu ermitteln. Die Gebetsrichtung ist in Nord-Ost-Richtung anzunehmen, der Schrein war sicher vor der Trennwand zum rückwärtigen Gebäude aufgestellt.

Abb. 5: Luftaufnahme von Seeheim mit Synagoge (Pfeil). Postkarte, um 1935. Foto: Flugbild-Kern. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 14966.

Abb. 6: Ehemaliger Synagogenkomplex von der Schloßstraße (hier von Süden), Blick auf die Fassade des einstigen Betsaals mit Wandgliederung sowie Giebelseite des Gemeindehauses mit Eingang, Zustand vor 1973. Jüdisches Museum Frankfurt.

Abb. 7: Ehemaliger Synagogenkomplex aus derselben Perspektive, Zustand 2025. Foto: Stefan Vogt.

Quer zum Betsaal mit den Grundrissmaßen von etwa 6,80 m auf 7,80 m schloss sich bei gleicher Trauf- und Firsthöhe nach Nordosten das zweigeschossige Gemeindehaus an. In dem Gebäude waren die Religionsschule, die Lehrerwohnung, das Ritualbad und vermutlich noch weitere Räume, zum Beispiel das Gemeindezimmer, untergebracht.[34] Mit einer Länge von etwa acht und einer Breite von etwa sieben Metern überragte das Bauwerk die Synagoge auf beiden Seiten um 60 cm. Die Giebelfassaden schlossen ebenfalls mit Schildgiebeln ab, deren Form der des Fassadengiebels entsprach. Statt des Rundfensters belichteten hier lange schlitzförmige Öffnungen den Dachraum. Beim Umbau zum Wohnhaus blieben in diesem Bautrakt die originalen Fenstergewände und auch die Türöffnung erhalten, möglicherweise wurden jedoch an der Rückseite bis auf eine Achse ursprünglich vorhandene Fenster zugemauert. Der Zugang erfolgt bis heute von der südöstlichen Giebelseite (rechts), die über zwei Wandachsen mit Öffnungen im Erd- und Obergeschoss verfügt, während der gegenüberliegende Giebel nur eine mittig angeordnete Wandachse mit zwei übereinanderliegenden Fenstern zeigt.

Die Seeheimer Synagoge präsentierte sich den Vorübergehenden auch wegen des gegenüber der Straße leicht erhöhten Standorts als repräsentativer Baukomplex, der alle wichtigen Gemeindefunktionen in sich barg. Äußerlich hob sich der für sakrale Zwecke genutzte, vielleicht flach gedeckte Saalbau durch seine aufwendigere Wandgliederung und Fassadengestaltung von dem als Schul- und Wohnhaus genutzten und einfacher gestalteten zweigeschossigen Querbau deutlich ab. Gebotetafeln auf der Firstspitze der Fassade und hebräische Inschriften mögen ihn als jüdisches Gotteshaus gekennzeichnet haben. Stilistisch findet sich hier die für den Synagogenbau ab der Mitte des 19. Jahrhunderts typische Mischung aus neugotischen und neuromanischen Detailformen. Hinzu kommt mit dem Motiv des Eselsrückens ein eigentlich der islamischen und indoislamischen Architektur entlehntes Gestaltungselement. Damit sollte dem Bauwerk ein Hauch von Orientalismus verliehen werden, wie ihn auch die Fassade der 1860 eingeweihten Frankfurter Hauptsynagoge in der Börnestraße aufweist.

In der im Synagogengebäude eingerichteten Schule erteilte Anfang der 1870er Jahre ein für 200 fl. Jahresgehalt eingestellter jüdischer Religionslehrer Unterricht für die 13

Schulkinder.[35] Im März 1876 schrieb der Gemeindevorstand die Stelle des Religionslehrers, der zugleich auch die Funktion des Vorsängers und Schächters übernahm, mit 400 RM jährlich zuzüglich 200 RM an Nebenverdiensten, Logis, Bett und Heizung neu aus.[36] Zu den Seeheimer Lehrern in dieser Zeit gehörten Meyer Blaut und Gustav (Gottschalk) Goldberg, der sich schließlich als Kaufmann in Seeheim niederließ.[37] Im Mai 1895 stimmte der Gemeinderat der Ortsgemeinde dem Gesuch der jüdischen Gemeinde zu, ihr einen geeigneten Unterrichtsraum und Heizmaterial für den Religionsunterricht zu stellen.[38] Ansonsten besuchten die jüdischen Kinder sowohl den allgemeinen Kindergarten wie auch die Volksschule gemeinsam mit ihren christlichen Altersgenossen.[39]

Einen kleinen Einblick in die religiöse Alltagspraxis der orthodox eingestellten Seeheimer Jüdinnen und Juden – sie waren 1899 dem orthodoxen Rabbinat Darmstadt II zugeordnet[40] – gibt Henry (Heinrich) Buxbaum, der oft die Sommerferien bei seiner Tante Sophie und seinem Onkel Mayer Mayer in Seeheim verbrachte. Streng habe die Tante die Einhaltung der *Kaschrut* überwacht. Sie habe in ihrem Haus in der heutigen Darmstädter Straße 6 zwei Küchenausstattungen, eine für „Milchding“ und eine für „Fleischding“ geführt. Eine dritte Küche auf der Rückseite des Hauses sei an den Pessachtagen eingerichtet gewesen.[41] Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass christliche Nachbarn beziehungsweise das schon in den 1860er Jahren bei mehreren Seeheimer jüdischen Familien angestellte christliche Dienstpersonal auch Aufgaben am Schabbat und an den Feiertagen übernahmen.[42] Spenden für jüdische Hilfsprojekte und Einrichtungen belegen zudem den hohen Stellenwert von *Zedaka* unter den Seeheimer Juden.[43]

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ging die Zahl der in Seeheim lebenden Jüdinnen und Juden merklich zurück. Einer der Gründe war, dass auch Seeheimer Jüdinnen und Juden nach Nordamerika emigrierten, so schon 1861 der Schumacher Isaak Samuel, 1869 der Metzger Elias Mayer, 1872 der Zigarrenmacher Simon Mayer und 1876 Moses Mayer mit seiner Familie.[44] Einen nochmaligen großen Rückgang bedeutete das Jahr 1906, als die Familien der verwitweten Therese Feitler und von Simon und Paula Oppenheimer – insgesamt elf Personen – in die Vereinigten Staaten auswanderten.[45]

Jüdisches Leben in der dörflichen Gemeinschaft ab der Mitte des 19. Jahrhunderts

Jüdinnen und Juden waren ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre hinein eng in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der kleinen Landgemeinde Seeheim eingebunden. Sie waren weiterhin vor allem im Handel mit Vieh und Landesprodukten tätig. Das Viehhandelsprotokollbuch aus den Jahren 1824 bis 1837 nennt sechs, das für die Jahre 1866 bis 1885 sogar 13 jüdische Viehhändler aus Seeheim.[46] Auch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts handelten die Seeheimer Jüdinnen und Juden mit für den ländlichen Raum zeittypischen Produkten: Moses Feitler mit Eisen, Mehl und Früchten, Raphael Mayer (I), der auch makelte, mit Früchten, Vieh, weiteren Landesprodukten, Seife und Kurzwaren, der auch als Metzger tätige Lösermann Mayer mit Mehl und Landesprodukten, Joseph Mayer (II) und Heyum Mayer wiederum hausierend mit Kurzwaren – Letzterer war ab 1890 zudem Versicherungsagent.[47] In den 1920er Jahren betrieben Jacob Laubheimer eine Kolonial-, Manufaktur- und Kurzwarenhandlung und Milton Mayer ein Geschäft für Landesprodukte und Mühlenfabrikate.[48] Der 1885 in Straßburg geborene David Silber verdiente seinen Lebensunterhalt dagegen als Maurer und die 1898 in Seeheim geborene Lilly Feitler meldete sich 1917 als Kindergärtnerin zeitweise im Ort an.[49]

Auch im gesellschaftlichen Leben des Dorfes engagierten sich Seeheimer Jüdinnen und Juden: Die Händler Heinrich und Rudolf Mayer waren Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, der Arzt Arthur Mayer ab 1922 nicht nur sozialdemokratischer Seeheimer Gemeinderat, sondern auch Mitglied im Kraftsportverein, im Allgemeinen Turn- und Sportverein sowie im Arbeiter- und Gesangsverein. Zudem spielte er Laientheater.[50] Sein Bruder Robert Mayer war Vorstand im Verkehrs- und Verschönerungsverein, Ludwig Mayer Mitglied im Gesangsverein „Eintracht“. Den Seeheimer Sport förderten die Brüder Hermann und Norbert Frank; Manfred Silber war im Kraftsportverein Seeheim und im Radfahrerverein aktiv. Dem Stenografenverein gehörte wiederum Bella Mayer an. Es entwickelten sich auch freundschaftliche Verbindungen zwischen jüdischen und christlichen Seeheimern, wie die Beispiele der Familien Keimp, die ein Friseurgeschäft betrieben, und des Schuhhändlers Sally (Sol) Mayer zeigen.[51]

In ihrem Patriotismus standen die Seeheimer Juden ihren nichtjüdischen Nachbarn nicht nach: Salomon Mayer spendete 1870 für das Kriegerdenkmal.[52] Für ihre Teilnahme am Ersten Weltkrieg wurden Sally Mayer, Ludwig Neu und der Kanonier Nathan Mayer ausgezeichnet. Hermann Mayer diente im Heer, Arthur Mayer als Schiffsarzt bei der Marine. Milton Mayer befand sich von 1916 bis 1919 in englischer Kriegsgefangenschaft.[53] Anfang 1917 fiel Siegmund Feitler.[54] Um auch seiner zu gedenken – es gab bereits drei Gedenktafeln in der Kirche –, machte sich Arthur Mayer für die Errichtung eines außerkirchlichen Gefallenendenkmals stark, das nach einigen Diskussionen im Juni 1922 an der Kreuzung Pfungstädter-/Eberstädter Straße eingeweiht wurde.[55]

Abb. 8: Hermann Mayer (2. v. r.), als Mitglied einer Maschinengewehreinheit, 1914. Reproduktion aus Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim." Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 28048.

Auch in Seeheim war das Zusammenleben nicht ungetrübt: Bei der Reichstagswahl 1893 entfielen 39 Prozent der dort abgegebenen Stimmen auf den antisemitischen Kandidaten Otto Hirschel, der für die Deutsche Reformpartei in den Reichstag einzog.[56] Auf einem für den 10. September 1900 in Seeheim geplanten Kirchen- und Missionsfests sollte der als Antisemit bekannte Adolf Stoecker predigen.[57] Arthur Mayer sah sich in den 1920er Jahren antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt. Als er 1920 wegen der grassierenden Ruhr die Absage des Kirchweihfestes empfahl, hieß es, der „schlächt Jud' will uns die Kerb kaputtmache".[58] Wegen seines erfolgreichen sozialdemokratischen Engagements betrachtete ihn der evangelische Pfarrer Fritz Marguth gar als „Gefahr für die religiös-sittliche Erholung der Gemeinde".[59]

Die Verfolgung der Seeheimer Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus

1932 lebten unter den reichlich 2.000 Seeheimer Einwohnerinnen und Einwohnern noch 21 Jüdinnen und Juden. Die Gemeindeleitung lag zu dieser Zeit in den Händen von Rudolf und Milton Mayer sowie Hermann Rosenfeld. Gemeindebeamte waren keine mehr angestellt.[60] Unterricht in Hebräisch erteilte bei Bedarf Rudolf Mayer, der auch als *Schochet* wirkte. Gottesdienste in der Synagoge fanden wohl nur noch selten statt. Eine der letzten großen Feierlichkeiten war 1931 die Doppelhochzeit der Geschwister Ludwig und Bella Mayer mit den Geschwistern Ludwig und Lina Maß, bei der in der Synagoge nach altem Brauch eine Kristallschale voller Rosen auf den Boden geworfen worden sei.[61]

Zu dieser Zeit vollzog sich in dem mehrheitlich protestantisch geprägten Ort wie in vielen Nachbargemeinden der Aufstieg der NSDAP, die bei den Landtagswahlen von 1931 und 1932 hier rund 41 beziehungsweise 46 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt – gefolgt von SPD und KPD, die bei beiden Wahlen jeweils auf etwa ein Viertel der Stimmen kamen.[62] Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 holten die Nationalsozialisten deutlich die meisten Stimmen.[63]

Die schrittweise Machtdurchsetzung der Nationalsozialisten ab dem Frühjahr 1933 konfrontierte die Seeheimer Jüdinnen und Juden mit antisemitischen Maßnahmen. Schuldner verweigerten Milton Mayer die Zahlung ihrer Ausstände und auch die Abnahme seiner Milch wurde boykottiert.[64] Das kinderlose Ehepaar verließ Seeheim im Frühjahr 1938 nach Frankfurt und emigrierte in die USA.[65] Anderen Seeheimer jüdischen Familien gelang ebenfalls die Auswanderung nach Übersee.[66] Arthur Mayer folgte im April 1934 seiner bereits im Vorjahr emigrierten Ehefrau Marguerite ins französische Metz. 1943 wurde das Paar bei einer Razzia in Lyon gefasst und nach Auschwitz deportiert. Während Marguerite bereits nach der Ankunft ermordet wurde, war Arthur Mayer als Arzt tätig. Er starb an Tuberkulose am 28. Februar 1945.[67]

1935 verkaufte die jüdische Gemeinde Seeheim das Synagogengebäude an den evangelischen Kaufmann Willy Schneider und dessen jüdische Ehefrau Elisabeth (Else), eine Tochter Rudolf Mayers.[68] Ab November 1935 waren beide ins Grundbuch eingetragen, ab April 1942 dann nur noch Willy Schneider, der zu seiner Ehefrau hielt.[69] Das Ehepaar baute die Synagoge zum Wohnhaus um. Dabei wurden der ursprünglich straßenseitige Zugang sowie einige Fenster zugemauert, außerdem an der Giebelseite ein Balkon angebracht. Die Kubatur des Gebäudes blieb erhalten.[70] Die Ritualobjekte wurden von Rudolf Mayer dem Alsbacher Lehrer, Kantor und *Schochet* David Frank übergeben. Sie wurden mutmaßlich alle mit der in Brand gesteckten Synagoge in Alsbach im November 1938 vernichtet.[71] Als Elisabeth Schneider im Februar 1945 deportiert werden sollte, floh das Ehepaar nach Vorarlberg, wo beide das Ende der NS-Zeit erlebten.[72]

Vermutlich retteten Verkauf und Umnutzung der ehemaligen Synagoge das Gebäude vor der Zerstörung während der Novemberpogrome.[73] Allerdings attackierten Bensheimer SS-Männer am 10. November 1938 das Haus und das Gemischtwarengeschäft des schwerkranken Hermann Rosenfeld in der heutigen Schloßstraße 8. Augenzeugenberichten zufolge hätten der Ofen, Wäsche und Einrichtungsgegenstände auf der Straße gelegen. Der fast blinde Max Mayer, der als Bruder von Emilie Rosenfeld mit im Haus lebte, habe schreiend in einem Baum vor dem

Haus gehangen.[74] Rudolf Mayer, der in der Darmstädter Straße 3 lebte, wurde vom 11. bis 21. November 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Anschließend fand er Aufnahme bei seiner Tochter Emilie Rosenfeld. Am 24. September 1942 wurde er ins Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er zu Beginn des Folgejahrs umkam.[75] Seine verwitwete Tochter Emilie Rosenfeld war bereits am 25. März 1942 ins Ghetto Piaski deportiert worden und gilt als verschollen. Max Mayer wurde am 4. Februar 1941 im Rahmen der sogenannten Euthanasie in der Tötungsanstalt Hadamar ermordet.[76] Zudem kamen elf weitere Jüdinnen und Juden, die in Seeheim geboren waren oder längere Zeit dort gelebt hatten, in der Schoa um.[77]

Schwierige Erinnerungen nach 1945

Der Zweite Weltkrieg endete in Seeheim am 23. März 1945 mit dem Einzug der US Army.[78] Eric (Erich) Rosenfeld, der zu den jüdischen Emigranten aus dem Ort gehörte, besuchte als amerikanischer Soldat Anfang April 1945 seinen ehemaligen Heimatort.[79] Er habe dort nach dem Schicksal seiner deportierten Mutter Emilie Rosenfeld gefragt, doch niemand habe ihm Auskunft gegeben. Auch sei es ihm „jedesmal sehr peinlich [gewesen,] in meine Heimat zurückzukehren und offen gestanden war ich froh, wenn ich Deutschland verlassen konnte.“[80] Auch die meisten Restitutionsbemühungen ehemaliger Seeheimer Jüdinnen und Juden sowie deren Verwandter erfolgten aus dem Ausland. Willy und Elisabeth Schneider wanderten 1946 in die Vereinigten Staaten aus. Sie verkauften das ehemalige Synagogengebäude 1957 an den Schreinermeister Georg Roß.[81]

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte und den nationalsozialistischen Verbrechen erfolgte in Seeheim zunächst nicht. Zwar wurde 1960 eine von Robert Mayer 1925 für seine Eltern eingerichtete Gedenkstätte wiederhergerichtet und um einen Stein ergänzt mit der Inschrift: „Dr. Arthur Mayer-Ruhe Geb. 20.1.1888 Gest. in Auschwitz Wir gedenken seiner stellvertretend für alle Menschen, die aus polit. rass. oder relig. Gründen ihr Leben lassen mussten Die Bürger der Gemeinde Seeheim“.[82] Die Anbringung einer Tafel am ehemaligen Synagogengebäude wurde 1985 – aus Sorge der Hausbesitzer vor möglichen Anschlägen – nicht umgesetzt. Blendete das 1981 erschienene Heimatbuch die Jahre von 1919 bis 1945 noch absichtlich weitgehend aus, rückten in den Folgejahren vor allem die Ausstellung „Juden in Seeheim“ (1988) und Robert Bertschs Monografie zur Geschichte der Juden in Seeheim und Jugenheim (1992) das Thema ins öffentliche Bewusstsein. Seit dem 8. Mai 1988 erinnert eine Gedenktafel am Alten Pfarrhaus an die in der Schoa umgekommenen Seeheimer.[83] In den 1990er Jahren drehte sich die Debatte dann auch um die Frage, wer sich überhaupt wie mit der jüdischen Geschichte des Ortes auseinandersetzen könne.[84] Aus der fraktionsübergreifenden Entscheidung der Seeheim-Jugenheimer Gemeindevertretung 2010, die Zeit des Nationalsozialismus grundlegend aufzuarbeiten, resultierte in den Jahren 2013 und 2014 die Verlegung von insgesamt 40 Stolpersteinen, die auch an die als Juden verfolgten ehemaligen Seeheimer erinnern.[85]

Daniel Ristau / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Martina Goldmann, Gemeindearchiv Seeheim-Jugenheim, und Erik Riedel, Jüdisches Museum Frankfurt am Main.

Seeheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/108

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1699	2 Schutzjuden
1754	2 Schutzjuden
1828	48 Personen
1830	48 Personen
1843	57 Personen
1854	69 Personen
1864	80 Personen
1871	51 Personen
1875	45 Personen
1880	39 Personen
1885	44 Personen
1890	48 Personen
1895	56 Personen
1900	62 Personen
1910	38 Personen
1925	32 Personen
1932	21 Personen
1933	19 Personen
1936	13 Personen[86]
1939	4 Personen
25. September 1942	1 Person
13. Februar 1945	0 Personen

Zahlen nach: Bertsch, Juden in Seeheim, S. 101, 118, 157 (1699, 1843, 1854, 1936); HStAD, C 1 B, Nr. 77 (1754); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 217 (1828); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im

Grossherzogthume Hessen, Mainz 1830, S. 35 (1830); Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 3 (1864), S. 209 (für 1861); 7 (1867), S. 205 (für 1864); 14 (1875), S. 74 (für 1871); 19 (1879), S. 62 (für 1875); 24 (1884), 2, S. 120, (für 1880); 34 (1890), 2, S. 84 (für 1885); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 13 (1898), S. 105 (für 1895); Kunz, Statistik der Juden, S. 286 (1900–1925; 1939); Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385 (1932); Knoche, Familie Rudolf Mayer, S. 4 (1942); Knoche, Familie Schneider, S. 6 (1945).[87]

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Behrens, Katja, Salomo und die anderen. Jüdische Geschichten, Frankfurt a. M. 1993.

Bertsch, Robert, Juden in Seeheim und Jugenheim, Seeheim-Jugenheim 1992 (2. Aufl. 2005).

Bier, Gerhard, Die Familie Feitler, in: Bertsch, Juden in Seeheim, S. 70–95.

Buxbaum, Henry, Scherben der Erinnerung. Memoiren des Wetterauer Juden Henry Buxbaum, Friedberg 1994.

Franz, Eckhart G., Der Finanzplatz Frankfurt und die Hof- und Staatsfinanzen der hessischen Fürstenstaaten des 17., 18. und frühen 19. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 125 (1989), S. 43–62.

Gemeindevorstand Seeheim-Jugenheim (Hrsg.), Seeheim-Jugenheim mit den Ortsteilen Balkhausen, Malchen, Ober-Beerbach, Steigerts, Stettbach im Wandel der Zeiten. Ein Heimatbuch, Seeheim-Jugenheim 1991.

Geschichtswerkstatt Geschwister-Scholl-Schule Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus aus Seeheim-Jugenheim. Eine Dokumentation im Auftrag der Gemeinde Seeheim-Jugenheim, Bensheim 2012.

Kunz, Rudolf, Rundgang durch Alt-Seeheim, in: Gemeindevorstand Seeheim-Jugenheim (Hrsg.), Seeheim-Jugenheim mit den Ortsteilen Balkhausen, Malchen, Ober-Beerbach, Steigerts, Stettbach im Wandel der Zeiten. Ein Heimatbuch, Seeheim-Jugenheim 1991, S. 174–181.

Kunz, Rudolf, Überblick über Seeheims Geschichte, in: Gemeindevorstand Seeheim-Jugenheim (Hrsg.), Seeheim-Jugenheim mit den Ortsteilen Balkhausen, Malchen, Ober-Beerbach, Steigerts, Stettbach im Wandel der Zeiten. Ein Heimatbuch, Seeheim-Jugenheim 1991, S. 13–37.

Mayer, Marion, History of a Family Dispersed, Chicago 1995.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
- Documents: ID 130834120; 5012187

Archive for the History and Heritage of the German-speaking Jewry in Israel – Yekkes Archive Haifa (AGSJI)
- Feitler Family Collection

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Da1: Nr. 495
- D-Da3: Nr. 55
- D-Lj4: Nr. 11; 92
- JRSO-Hes: Nr. 342

Gemeindearchiv Seeheim-Jugenheim (GA Seeheim-Jugenheim)
- X/2/26: Nr. 4; 5
- XIII/1/1: Nr. 1; 2; 3
- XIII/2/1: Nr. 4
- XIII/3/1: Nr. 5
- XIII/4/1: Nr. 6
- XXVII: Nr. 2; 7
- XXVII/3/6: Nr. 2; 4
- XXVII/6: Nr. 3

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 518: Nr. 1410
- 3012: Nr. 997

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- F 21 B: Nr. 388/11
- C 1 B: Nr. 77
- C 12: Nr. 164/1; 164/2; 164/3
- D 4: Nr. 358/1
- E 9: Nr. 4047
- F 21 A: Nr. 2/3
- G 15 Erbach: Nr. L 175
- G 17: Nr. 8; 14a; 14b; 18; 26; 33; 35
- G 23 D, Nr. 286; 672; 714; 896; 897/1-3; 1537/1-2; 2199; 2586
- G 28 Bensheim: Nr. R 127; R 129
- G 28 Zwingenberg: Nr. F 759; F 2808
- H 23, Nr. 677
- O 61 Kohlmannslehner: Nr. 38
- O 61 Moeller-Falkenberg: Nr. 47
- R 4: Nr. 14966; 24242; 28048
- R 12F: Nr. 207

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
- Slg. Arnsberg: Nr. 260
- Slg Arnsberg: Gemeinden, Bilder

Leo Baeck Institute New York (LBI)
- ME: Nr. 76

National Archives, Washington, DC
- Passenger and Crew Lists of Vessels Arriving at New York, 1897–1957: NAID T715

Stadtarchiv Weiterstadt (StadtA Weiterstadt)
- B.02.02: Nr. 294

Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
- O.52: Nr. 1225

Anmerkungen

1 Altaras, Synagogen, S. 298; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 111–113.

2 Auskunft von Erik Riedel, Jüdisches Museum Frankfurt am Main, vom 19. Februar 2025; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 113.

3 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 109.

4 Auskunft von Erik Riedel, Jüdisches Museum Frankfurt am Main, vom 19. Februar 2025.

5 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 150, 168–169; Heinemann/Wiesner Der jüdische Friedhof in Alsbach, S. 92. Zur Geschichte der Familie Mayer u. a. Mayer, History of a Family Dispersed.

6 Kunz, Seeheims Geschichte, S. 22–28. Bereits während und nach dem Dreißigjährigen Krieg wurden auch Kredite zur Finanzierung von

Zahlungsverpflichtungen und zum Wiederaufbau des Ortes bei auswärtigen Juden verhandelt und aufgenommen. HStAD, D 4, Nr. 358/1; F 21 A, Nr. 2/3.

7 Zu seinen Geld- und Wechselgeschäften: HStAD, F 21 B, Nr. 388/11; G 23 D, Nr. 672; Szklanowski/Frantz, Haus des ewigen Lebens, S. 66–67; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 171; Dietz, Frankfurter Handelsgeschichte 4.1, S. 391–400; Franz, Der Finanzplatz Frankfurt, S. 54; Lilienthal, Mit jüdischen Augen; zu Gerichts- und Nachlassangelegenheiten: HStAD, G 23 D, Nr. 286; Nr. 714; Nr. 896; Nr. 897/1-3; Nr. 1537/1-2; CAHJP, D-Da3-55. Sein Grab befindet sich auf dem jüdischen Friedhof in Darmstadt-Bessungen. Seeheim, Elias Hesekiel, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/19372, letzter Zugriff 7. März 2025. Hesekiel finanzierte in Darmstadt 1732 den „Melamed“ (Lehrer) und „Rav“ (Gelehrter) Susman. CAHJP, D-Da1-495.

8 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 171. Zahlungen von 3 fl. sind 1764 für Mayer, 1765, 1766 und 1770 für Mayer Jessel sowie 1781 Baruch für Issel genannt. HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 38.

9 Insgesamt sind 85 Gräber für Seeheimer Jüdinnen und Juden dokumentiert. Vgl. Alsbach, in: LAGIS Hessen, Jüdische Friedhöfe, lagis.hessen.de/resolve/de/jfh/4, letzter Zugriff 7. März 2025.

10 Isaak, Sohn des Levi Sg“L, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/10985, letzter Zugriff 7. März 2025.

11 Heinemann/Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach, S. 101.

12 Uri, Sohn des Moses, in: LAGIS Hessen, Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/11200, letzter Zugriff 7. März 2025. Zur Geschichte der Familie Feitel, ab 1823 Feitler, vgl. Bier, Gerhard, Die Familie Feitler, in: Bertsch, Juden in Seeheim, S. 70–95; HStAD, G 28 Zwingenberg, Nr. F 759; Nr. F 2809; AGSJI, Feitler Family Collection. Häuser besaßen vor 1800 neben Feidel auch Baruch Mayer, Mardochai und Mayer. GA Seeheim-Jugenheim, XXVII/3/6, Nr. 2.

13 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 170–171; HStAD, E 9, Nr. 4047. Baruch Mayer und seine Brüder prozessierten zudem in den 1780er Jahren in Geldsachen gegen die Schwesterkinder ihres aus Seeheim offenbar nach Brasilien entflohenen und dort verstorbenen Vetters Bär. HStAD, G 23 D, Nr. 2199.

14 Landgräflich-hessischer Staats- und Adreß-Kalender, 1805, S. 127.

15 HStAD, C 12, Nr. 164/1; Nr. 164/2; Nr. 164/3.

16 HStAD, G 17, Nr. 8; Nr. 14a; Nr. 14b; Nr. 18; Nr. 26; Nr. 33; Nr. 35; O 61 Kohlmannslehner, Nr. 38; CAHJP, D-Lj4-92; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 173–177.

17 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/1/1, Nr. 1; HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 38; CAHJP, D-Lj4-11; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 74, 161. Bis 1919 wurden 29 jüdische Seeheimer als Ortsbürger aufgenommen.

18 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, S. 217.

19 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/4/1, Nr. 6. Zudem bat 1829 Samuel Klein um Genehmigung zur Einstellung als „Judenlehrer“.

20 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/1/1, Nr. 2; XIII/3/1, Nr. 5; XIII/4/1, Nr. 6.

21 Das nach dem Bau der Synagoge von 1868 nicht mehr benötigte Gebäude verkaufte die jüdische Gemeinde 1869 an Georg Scheppler. GA Seeheim-Jugenheim, XXVII/3/6, Nr. 4; XXVII/6, Nr. 3; HStAD, H 23, S. 677; Kunz, Rudolf, Rundgang durch Alt-Seeheim, S. 178. Auch in den Erhebungslisten zur Landjudenschaftssteuer wird ab 1833 die „Judengemeinde“ Seeheim mit 6 fl. Jahresbeitrag herangezogen. Bertsch, Juden in Seeheim, S. 179.

22 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/3/1, Nr. 5; Der Israelit 7, Nr. 46, 14. November 1866, S. 185.

23 Großherzoglich-Hessisches Regierungsblatt, Nr. 20, 25. Juli 1851, S. 229; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 260.

24 Israelitisches Familienblatt, Nr. 48, 29. November 1906, S. 5.

25 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/1/1, Nr. 2.

26 HStAD, O 61 Kohlmannslehner, Nr. 38.

27 HStAD, H 23, Nr. 677.

28 StadtA Weiterstadt, B.02.02, Nr. 294; HStAD, G 15 Erbach, Nr. L 175. Vgl. Bertsch, Juden in Seeheim, S. 108.

29 Der Israelit, Nr. 46, 14. November 1866, S. 185; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 108–109.

30 Diese beliefen sich in den Jahren 1868 bis 1870 auf 506 fl., 462 fl. beziehungsweise 325 fl. Großherzoglich-Hessischen Regierungsblatt, Nr. 14, 17. März 1868, S. 288; Nr. 17, 22. Mai 1869, S. 288; Nr. 11, 2. April 1870, S. 140.

31 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 109.

32 Zu den Vorwürfen gegen Landsberger vgl. Der Israelit, Nr. 45, 7. November 1866, S. 735–739; Nr. 46, 14. November 1866, S. 751–752.

33 Der Israelit, Nr. 46, 14. November 1866, S. 185.

34 Vgl. Altaras, Synagogen, S. 297.

35 Engelbert, Statistik des Judenthums, S. 52–53. Für öffentliche Aufregung sorgte 1863 der Bericht über den Tod des offenbar alkoholkranken Religionslehrers Behr, der sich auf die Seeheimer Stelle beworben hatte. Der Israelit, Nr. 9, 4. März 1863, S. 104.

36 Der Israelit, Nr. 9, 1. März 1876, S. 208. Eine weitere Ausschreibung erfolgte 1894. Der Israelit, Nr. 10, 1. Februar 1894, S. 172.

37 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/4/1, Nr. 6; HStAD, C 12, Nr. 164/2; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 155; Der Israelit, Nr. 10, 8. März 1865, S. 142.

38 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/4/1, Nr. 6; Gemeindevorstand Seeheim-Jugenheim, Seeheim-Jugenheim, S. 155.

39 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 16–21.

40 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), Nachtrag, S. 54.

41 LBI, ME, Nr. 76, S. 187–189, abgedruckt u. a. in: Bertsch, Juden in Seeheim, S. 42–48; Buxbaum, Scherben der Erinnerung.

42 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 52, 153, 155.

43 Vgl. exemplarisch Einträge zu gesammelten Geldern Seeheimer Jüdinnen und Juden für das Wormser Lokalkomitee zur Unterstützung notleidender Israeliten in Ostpreußen, Russland und Polen sowie Rumänien (1868, 1872) und das Israelitische Zentral-Waisen- und Mädchen-Heim zu Bad Ems (1906/07). Der israelitische Lehrer, Nr. 30, 22. Juli 1868, S. 140; Israelitische Wochenschrift für die religiösen und socialen Interessen des Judenthums, Nr. 27, 3. Juli 1872, S. 218; Jahresbericht des Israelitischen Zentral-Waisen- und Mädchen-Heims zu Bad Ems, Nr. 10 (1906/07), S. 46.

44 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 163; Mayer, Elias, in: LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/252532, letzter Zugriff 7. März 2025; Meyer, Simon, in: LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/253533, letzter Zugriff 7. März 2025; Mayer, Moses, in LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/resolve/de/ha/252577, letzter Zugriff 7. März 2025.

45 Angaben nach Ancestry.com, basierend auf National Archives, Washington, DC, Passenger and Crew Lists of Vessels Arriving at New York, 1897–1957, NAID T715.

46 GA Seeheim-Jugenheim, X/2/26, Nr. 4; Nr. 5

47 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 180–183.

48 HStAD, G 28 Bensheim, Nr. R 127; Nr. R 129

49 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 164.

50 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 499; Klaus Knoche (Bearb.), Dr. Arthur und Marguerite Mayer. Albert-Schweitzer-Straße 6, Seeheim, [o. J.], www.seeheim-jugenheim.de/leben-wohnen/bildung-soziales/erinnerungs-

arbeit/stolpersteine/dr-arthur-marg-mayer.pdf?cid=874, S. 3, letzter Zugriff 10. März 2025.

51 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 25, 52, 110, 124.

52 Behrens, Salomo, S. 107. Dass er seinen 1888 geborenen Sohn Milton mit zweitem Vornamen Friedrich nannte, wurde ebenfalls als patriotische Haltung gedeutet. Der Israelit, Nr. 14, 18. Februar 1889, S. 255.

53 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 24, 67; Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift, Nr. 48, 4. Dezember, 1914, S. 840; Nr. 20, 14. Mai 1915, S. 371; Israelitisches Familienblatt, Nr. 44, 1. November 1917, S. 4; Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 554–555.

54 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, S. 335.

55 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 38.

56 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 184.

57 Ob Stoecker tatsächlich in Seeheim predigte, ist nicht bekannt. Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Nr. 36, 5. September 1900, S. 287.

58 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 25.

59 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 38.

60 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385; Lilienthal 1931 Mit jüdischen Augen.

61 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 66, 101.

62 Wahlergebnisse nach Hessische Parlamentarismusgeschichte, Volksstaat Hessen, parlamente.hessen.de/geschichte/volksstaat-hessen, letzter Zugriff 10. März 2025

63 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 102.

64 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 111, 554, 558–559.

65 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 159.

66 So 1934 die Familie von Sally Mayer, 1936 die von Ludwig Neu und Ludwig Mayer, außerdem Gerdi und Cäcilie Silber sowie Herbert Rosenfeld. Bertsch, Juden in Seeheim, S. 62, 166, 566–567; Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 573; Knoche, Klaus (Bearb.), Familie Emilie Rosenfeld, Schloßstraße 8, Seeheim, [o. J.], www.seeheim-jugenheim.de/leben-wohnen/bildung-soziales/erinnerungsarbeit/stolpersteine/fam-emilie-rosenfeld.pdf?cid=86d, S. 2–3, letzter Zugriff 10. März 2025; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 260. Ludwig Mayer hatte noch im Vorjahr seine Fleischerei im Luftkurort beworben. Israelitisches Familienblatt, Nr. 14, 4. April 1935, S. 8.

67 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 24–27, 32; AA, Documents, ID 130834120.

68 In der Liste der ‚Glaubensjuden' in Jugenheim und Seeheim vom März 1936 wird Elisabeth Schneider nicht aufgeführt. Bertsch, Juden in Seeheim, 118.

69 HStAD, H 23, Nr. 677; GA Seeheim-Jugenheim, XXVII, Nr. 7; Knoche, Klaus (Bearb.), Familie Schneider, Schloßstraße 24, Seeheim, [o. J.], www.seeheim-jugenheim.de/leben-wohnen/bildung-soziales/erinnerungsarbeit/stolpersteine/fam-schneider.pdf?cid=86p, S. 4, letzter Zugriff 10. März 2025.

70 Reinhold-Postina, Verbrannt, verwüstet, S. 77.

71 Lt. Auskunft von Willy Schneider; CAHJP, JRSO-Hes-342; HHStAW, 518, Nr. 1410.

72 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 609–611.

73 Willy Schneider hätte als damaliger Mitbesitzer des Gebäudes ansonsten mit Sicherheit über einen Übergriff berichtet.

74 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 130; Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 512–530, 575; Knoche, Klaus (Bearb.), Familie Rudolf Mayer. Darmstädter Straße 3, Seeheim, [o. J.], www.seeheim-jugenheim.de/leben-wohnen/bildung-soziales/erinnerungsarbeit/stolpersteine/fam-rudolf-mayer.pdf?cid=86j, S. 1, letzter Zugriff 10. März 2025.

75 YVA, O.52, Nr. 1225; AA, Documents, ID 5012187; Knoche, Familie Rudolf Mayer, S. 4, Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 609; Bertsch, Juden in Seeheim, S. 53–66.

76 Knoche, Familie Emilie Rosenfeld, S. 5.

77 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 134; Seeheim, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/seeheim_synagoge.htm, letzter Zugriff 10. März 2025. Das Eigentum der Verfolgten wurde zwangsverkauft oder enteignet. GA Seeheim-Jugenheim, XIII/2/1, Nr. 4.

78 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 61.

79 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 20–21.

80 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 557.

81 GA Seeheim-Jugenheim, XIII/1/1, Nr. 3; XXVII, Nr. 2; CAHJP, JRSO-Hes-342.

82 Bertsch, Juden in Seeheim, S. 34.

83 Gemeindevorstand Seeheim-Jugenheim, Seeheim-Jugenheim; Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 5, 7, 19, 23–24; HStAD, R 12F, Nr. 207; HHStAW, 3012, Nr. 997 (Plakat).

84 Vgl. insbesondere die essayistische Auseinandersetzung der Seeheimer Schriftstellerin Katja Behrens mit der Biografie Arthur Mayers, die bei ihren Recherchen in Seeheim vielfach auf eine Mauer des Schweigens stieß und sich mit antisemitischen Flugblättern konfrontiert sah. Behrens, Salomo, S. 67–152; HStAD, O 61 Moeller-Falkenberg, Nr. 47.

85 Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl Bensheim, Opfer des Nationalsozialismus, S. 5, 7; Gemeinde Seeheim-Jugenheim, Stolpersteine in Seeheim-Jugenheim, www.seeheim-jugenheim.de/leben-wohnen/bildung-soziales/erinnerungsarbeit/stolpersteine/, letzter Zugriff 10. März 2025.

86 Sowohl für 1936 als auch für 1939 wird die in „Mischehe" lebende, ebenfalls verfolgte Elisabeth Schneider nicht als „Glaubensjüdin" aufgeführt. Sie lebte aber vor Ort und wird deshalb zu den statistischen Zahlen für beide Jahre hinzugerechnet. Für die Jahre 1942 und 1943 sind die Zahlen mit Stand des Tages nach Deportation oder Flucht erfasst

87 Bei mehreren Zahlen aus dem 19. und 20. Jahrhundert finden sich abweichende Angaben. Vgl. v. a. Bertsch, Juden in Seeheim, S. 157.

Sickenhofen (Stadt Babenhausen)

Das Dorf Sickenhofen – heute ein Stadtteil von Babenhausen – befand sich seit dem 13. Jahrhundert im Besitz der Herren bzw. (seit 1429) Grafen von Hanau und gelangte nach der Teilung der Grafschaft 1458 an die Linie Hanau-Lichtenberg.[1] Im Spätmittelalter wurde es – wie auch das benachbarte Dorf Hergershausen – als Lehen an die Herren von Groschlag vergeben, das sie bis zum Aussterben der Familie 1799 innehatten. Nachdem die Linie Hanau-Lichtenberg bereits 1736 ebenfalls erloschen war, fiel das Amt Babenhausen an die Landgrafschaft Hessen-Kassel, das die Herrschaft nach 1799 unmittelbar ausübte.

Zaghafte Anfänge jüdischen Lebens im 17. Jahrhundert

In der Literatur werden in der Regel die Herren von Groschlag als Lehensträger genannt. Oft folgt darauf der Zusatz, dass die Groschlags nur wenigen jüdischen Familien die Ansiedlung erlaubt hätten.[2] In einer Quelle aus dem Jahr 1688 wird festgehalten, dass der Freiherr hinsichtlich der „eingeschlichenen“ Juden und Beutelschneider zugesagt habe, die Letzteren auszuweisen und Juden nur in geringer Zahl aufzunehmen. Dafür versprach der Graf von Hanau, den Zoll für Juden zu senken, wenn sie nicht zum Handel nach Babenhausen kämen.[3] Die Hanauer hatten demnach beim Judenschutz als Lehnsherrn zumindest ein Mitspracherecht, und sie waren es auch, die die Zahl der Juden zu begrenzen suchten. Wie aus einer Quelle des frühen 17. Jahrhunderts hervorgeht, wurden die Juden in beiden Orten teilweise auch als hanauische Untertanen angesehen.[4]

Die erste Erwähnung eines Juden in Sickenhofen fällt in das Jahr 1605, als ein Abraham von Sickenhofen vor dem Babenhäuser Stadtgericht gegen einen Christen aus Dudenhofen wegen verschiedener Beleidigungen klagte.[5] Sechs Jahre später stand ein Hayum zu Sickenhofen zusammen mit drei Juden aus Hergershausen sowie einem aus Eppertshausen wegen der Verbreitung von falschen Münzen vor Gericht, wobei Hayum und die Hergershäuser Juden in diesem Fall ausdrücklich als hanau-lichtenbergische Juden bezeichnet werden.[6]

Weitere Informationen liegen erst aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg vor, und auch diese dürftigen Hinweise stammen überwiegend aus Prozessakten. 1660 wurde ein Jude aus Sickenhofen in Babenhausen verklagt, dass er Branntwein zu unangemessen niedrigem Preis verkaufe und dadurch eine Teuerung im Land verursache.[7] Zehn Jahre später stand der Jude Samuel zu Sickenhofen wegen eines angeblichen Diebstahls vor Gericht, und 1701 folgte eine weitere Diebstahlsbeschuldigung gegen den Juden Moses von Sickenhofen.[8]

Stabilisierung der jüdischen Gemeinschaft im 18. Jahrhundert

Auch für das frühe 18. Jahrhundert haben wir nur wenige Quellen. In den Jahren 1712 bis 1715 wurden drei Juden aus Sickenhofen durch die hanauische Regierung bzw. das Amt Babenhausen ausgewiesen: Josef Joel (1712), Moses aus Sickenhofen (1713) sowie Aaron (1715).[9] Ein weiterer Jude aus Sickenhofen namens Jessel wurde 1711 zusammen mit zwei isenburgischen Juden Opfer eines Überfalls durch kurmainzische Reitknechte, gegen die dann in Frankfurt am Main ermittelt wurde.[10]

Dichtere Informationen über die im 18. Jahrhundert in Sickenhofen lebenden Juden enthalten die Gemeinderechnungen, die der Heimat- und Familienforscher Wilhelm Fischer – teilweise vor dem Zweiten Weltkrieg – ausgewertet hat. Dieser Nachfahre mehrerer Sickenhöfer Bürgermeister beschäftigte sich eingehend mit der Historie seiner Heimatgemeinde und teilte die Befunde zur jüdischen Geschichte 1967 in einem Brief an Paul Arnsberg mit.[11] Seinen Angaben zufolge zahlten in den 1730er Jahren immerhin vier bis fünf Juden das fällige Beisassengeld, und 1756 waren es bereits neun. In den folgenden Jahrzehnten variierte die Zahl erheblich, wobei v. a. die Anzahl der Witwen auffällt, die als Haushaltsvorstände agierten. Des Weiteren enthielten die Rechnungen auch die Gebühren für Begräbnisse auf dem jüdischen Friedhof sowie 1748 eine Zahlung für eine Fleischlieferung an den Juden Isaac (Eisik). 1792 verzeichneten die Gemeinderechnungen bereits elf jüdische Haushalte, was mit Sicherheit auf die Existenz eines Minjan – der erforderlichen Quote von zehn männlichen Erwachsenen zur Abhaltung von Gottesdiensten – schließen lässt.

Über die Erwerbstätigkeit der Sickenhöfer Juden in dieser Zeit liegen kaum Informationen vor, abgesehen von der Erwähnung eines Israel, der 1790 im ersten Babenhäuser Viehhandelsprotokoll einmalig als Verkäufer genannt wird.[12] Nach dem Aussterben der Herren von Groschlag im Jahr 1799, das den Übergang der Orte an die Landgrafen von Hessen zur Folge hatte, wurde eine Liste ihrer bisherigen Einkünfte aus Hergershausen und Sickenhofen erstellt, in der hinsichtlich des Judenschutzes aufgeführt sind: Gebühren für die Erteilung des Schutzbriefs, für Heiratser-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-028

laubnis und Begräbnisse, das jährliche Schutzgeld, ein Neujahrsgeld sowie ein Synagogenzins. Eine weitere Aufstellung der hessischen Verwaltung nennt nur das Schutzgeld, die Begräbnisgebühren auf dem Friedhof in Sickenhofen sowie die Abgaben für die Synagoge in Hergershausen.[13]

Ihre Verstorbenen bestatteten die Sickenhöfer bis zur Eröffnung ihres eigenen Friedhofs vermutlich zunächst auf dem jüdischen Friedhof in Dieburg. Nach den Stadtrechnungen wurden dort 1674/75 zwei jüdische Kinder aus Sickenhofen beigesetzt.[14] Mit dem leichten Anstieg der Schutzaufnahmen in den 1730er Jahren fiel vermutlich auch die Eröffnung eines eigenen jüdischen Friedhofs in Sickenhofen zusammen, denn ab 1734/35 erhob die Ortsgemeinde von der Judenheit eine Begräbnisgebühr, die zehn bis vierzehn Kreuzer „pro Leiche“ betrug.[15] Er befindet sich auf einem freien Feld östlich des Ortskerns am Weg nach Babenhausen.[16] Die ältesten lesbaren Grabsteine lassen sich in die Jahre 1741 und 1743 datieren. Die frühesten namentlich identifizierten Steine stammen von einem Doppelgrab zweier Frauen: Die Tochter des Koppel verstarb am 20. April 1762 und die Ehefrau des Meir am 15. Juni 1764, beide unbekannten Herkunftsorts.[17] Als Folge von Schändungen während der NS-Zeit und auch in jüngerer Zeit weist vor allem die Grabsteingruppe im südlichen Teil des Friedhofs starke Zerstörungsspuren auf.[18]

Abb. 1: Jüdischer Friedhof Sickenhofen, Blick von Westen nach Osten über den älteren Teil, älteste Grabsteine im Vordergrund, 2024. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert

Auch beim Übergang an das Großherzogtum Hessen (1816) und die neu gegründete Provinz Starkenburg blieb zunächst noch das Rabbinat Hanau für die jüdische Gemeinde Sickenhofen zuständig. Erst 1826 erfolgte der Wechsel zum Rabbinatsbezirk Offenbach.[19] Die Verantwortlichkeit des Rabbinats Offenbach für Sickenhofen bestand auch nach Bildung des Regierungsbezirks Dieburg im Jahr 1848 und dauerte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts.[20] Der liberale Offenbacher Rabbiner Salomon Formstecher insistierte jedoch nicht darauf, die Kasualien in Sickenhofen allein auszuüben. Mit seiner Zustimmung traute Rabbiner Julius Landsberger Sickenhöfer Paare in Darmstadt sowie der Babenhäuser Mohel Meyer Hecht im August 1852 ein Paar in Sickenhofen. Ihre Ehefrauen suchten sich die jüdischen Sickenhöfer in der näheren Umgebung, aber auch in den Städten Frankfurt und Seligenstadt, in der Provinz Rheinhessen und sogar im bayerischen Landgerichtsbezirk Ansbach.[21]

Die in Sickenhofen bereits im 18. Jahrhundert stetig zunehmende Aufnahme jüdischer Familien setzte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts fort. Zwischen 1814 und 1826 genehmigte die hessische Regierung das Schutzgesuch von sieben Sickenhöfer Juden für ihren Heimatort.[22] Dabei handelte es sich um Söhne alteingesessener Familien, die im 19. Jahrhundert unter den Namen Frank, Fuld, Oppenheimer, Rothschild und Ullmann auftraten. Um 1841 zog mit Israel Kahn der erste Träger dieses Namens von Hergershausen nach Sickenhofen.[23] Die Familienväter der 1829/30 insgesamt 71 Personen zählenden jüdischen Gemeinde hatten als Schutzjuden und Beisassen weiterhin keinen Anteil an den Gemeinderechten.[24] Die Befreiung von den jährlichen Steuern („Judengeld“) und vom Wachdienst gehörten für sie zu den wenigen Erleichterungen dieser Zeit.[25] Ihre Berufe wie Metzger, Viehhändler, Federn- und Geflügelhändler orientierten sich an der hauptsächlich von der Landwirtschaft geprägten Erwerbsstruktur des Dorfes. Später arbeiteten andere Juden als Spezereikrämer (Isaak Kahn), Ellenwarenhändler, Fuhrmann und Lumpensammler. Mit einem Sattler und dem Uhrmacher Isaak Fuld war unter den Sickenhöfer Juden auch das Handwerk vertreten.[26] Die Witwe Karolina Fuld bestritt in den späten 1870er Jahren ihren Lebensunterhalt mit dem frauentypischen Beruf der Wollhändlerin.[27]

Der 1818 in den landesherrlichen Schutz aufgenommene Abraham Fuld war mehrere Jahre Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Um 1842 übte er das Amt zusammen mit dem Metzger Jeidel Frank und Manasse Löw Fuld aus.[28] Im Jahr 1831 beschwerte er sich vergeblich bei der großherzoglichen Regierung der Provinz Starkenburg über die Ortsgemeinde Sickenhofen. Diese wollte den jüdischen Gemeindegliedern nicht erlauben, im Gemeindebackofen zwei Tage lang das „ostern brod“, die Mazzen, zu backen. Um die

Abb. 2: Jüdischer Friedhof Sickenhofen, Grabstein des Gemeindevorstehers Abraham Fuld (geb. 1795, gest. 10. Juli 1868), Februar 2025. Foto: Georg Wittenberger.

Backwaren koscher herzustellen, hätten die nichtjüdischen Bürger in dieser Zeit kein Brot backen dürfen. Am Rande dieses Diskurses wird immerhin deutlich, dass christliche Ortsbürger und jüdische Schutzfamilien ihr tägliches Brot gegen einen Obolus von jeweils zwölf Kreuzern in einer durch das Los bestimmten Reihenfolge in dem gemeinsam finanzierten Gemeindeofen buken.[29] Sie wohnten auch gelegentlich unter einem gemeinsamen Dach, wie Manasse Löw Fulds Witwe Wörle, die um 1852 das Haus (heute Ernst-Ludwig-Str. 14) mit der nichtjüdischen Familie Seibert teilte.[30]

Im Jahr 1831 beklagte sich Löb Ullmann beim Landrat von Seligenstadt, dass die jüdische Gemeinde keinen Religionslehrer beschäftige und die jüdischen Kinder „ganz wild heranwachsen mögten".[31] Erstmals wird für das Jahr 1841 ein auswärtiger Religionslehrer namens F. Vorhaus aktenkundig, der offensichtlich bei Joseph (auch Jesel) Ullmann logierte und in dessen Haus (Haus-Nr. 256) gegen ein Jahresgehalt von 50 Gulden unterrichtete.[32] 1843 gehörte Sickenhofen, das inzwischen über Räume für eine Religionsschule und Lehrerwohnung verfügte, zu den wenigen jüdischen Landgemeinden, die das Glück hatten, „unter dem Einflusse eines unterrichteten, wohlmeinenden und zugleich des Zutrauens sich erfreuenden Lehrers zu stehen".[33] Mit der Nachbargemeinde Hergershausen verbanden sich die jüdischen Sickenhöfer wohl zu einer Schulgemeinschaft, denn Benjamin Aaron Bonnheim ist zwischen 1863 und 1873 in beiden jüdischen Gemeinden als zeitweise dort wohnhafter Lehrer bezeugt. Bonnheim förderte zudem die im Judentum als *Zedaka* hoch geschätzte Wohltätigkeit, indem er in Sickenhofen Spenden für Notleidende sammelte. Wie die Annoncen in der Zeitung *Der Israelit* zeigen, gab es in den folgenden Jahren rasche Wechsel und vermutlich auch Vakanzen auf der Vorsänger- und Lehrerstelle.[34]

Die rechtliche Gleichstellung unabhängig von der Religion bedeutete für die jüdische Bevölkerung keinesfalls die selbstverständliche Aufnahme in das Orts- oder Stadtbürgerrecht. So musste der Galanteriewarenhändler Joseph (Jesel) Ullmann von 1859 bis 1865 um die Ortsbürgerschaft kämpfen.[35] Die Argumente des Gemeinderats zeigen offene Judenfeindschaft. Die Mitglieder dieses Gremiums fürchteten den Präzedenzfall und „die Judenpest in der so alten christlichen Gemeinde, und es wäre ihnen die größte Geißel aller Zeiten auferlegt". Sie verleumdeten Ullmann als Betrüger, der aus einer „Lumpen- und Bettelfamilie" stamme und Schacherhandel treibe. Die Juden seien „bekanntlich ohnedieß Schlauköpfe und such[t]en ihre Vortheile durch allerlei Mittel und Wege zu erlangen", so die antisemitische Perspektive des Gemeinderats. Das langwierige Verfahren, das bis zum Innenministerium führte, endete erst im Jahr 1865 mit der Aufnahme des 66-jährigen Joseph Ullmann als Ortsbürger von Sickenhofen und einer Rüge an die bürgerliche Gemeinde vonseiten des Kreisamtes.[36] Auch den Antrag des Leder- und Viehhändlers Götz Rothschild um die Aufnahme als Ortsbürger vom Februar 1867 lehnte der achtköpfige Gemeinderat zunächst einstimmig ab. Als Begründung führte er an, Rothschild habe „Betrügereien und Schacherhandel getrieben", was den „üblen Ruf" des Antragstellers begründe. Auch hier bedurfte es eines mehrjährigen juristischen Verfahrens, bis Rothschild schließlich im Februar 1870 nach Zahlung seines Einzugsgeldes als Bürger von Sickenhofen aufgenommen werden konnte.[37]

Angesichts dieser unerträglichen Diskussionen und der geringen Berufsaussichten im Dorf verließen ab den 1860er Jahren viele junge jüdische Männer und Frauen Sickenhofen und versuchten ihr Glück in der Neuen Welt.[38] Weitere Familien verzogen in das nahe gelegene Babenhausen, nach Dieburg oder ließen sich in Großstädten wie Frankfurt und Köln nieder.[39] Bis zur Jahrhundertwende schrumpfte deshalb die jüdische Gemeinde auf etwa 30 Personen.

Gebetsräume und Synagoge im 19. Jahrhundert

Eine Aufstellung der Einkünfte aus den Groschlag'schen Dörfern Sickenhofen und Hergershausen von 1800 listet nur für Hergershausen Einkünfte der „Judenschaft von der Synagog" in Höhe von vier Gulden auf.[40] Das könnte bedeuten, dass in Sickenhofen zu diesem Zeitpunkt keine Synagoge existierte.[41] Möglicherweise befand sich ein privater

Gebetssaal bei Joseph Fuld (heute Ernst-Ludwig-Straße 14) oder bei Meyer Rothschild (heute Hergershäuser Straße 9), die beide zu den ersten nachgewiesenen jüdischen Hausbesitzern im Ort gehörten.[42] Im Jahr 1828 erwarb Abraham Fuld für die jüdische Gemeinde von Georg Krautwurst ein Haus (heute Ernst-Ludwig-Straße 16), das sie vermutlich als Synagoge nutzte.[43] Gleichzeitig bildeten die Sickenhöfer Jüdinnen und Juden eine Synagogengemeinschaft mit der Hergershäuser jüdischen Gemeinde, deren Gotteshaus fußläufig nur etwa eine halbe Stunde entfernt war. Dies belegt eine Klage von 1833/34, welche die Sickenhöfer Judenheit gegen die Nachbargemeinde führte. Sie wünschte den Austritt aus der Gemeinschaft und die Rückgabe ihres Besitzanteils an dem jüdischen Gotteshaus. Da ein Miteigentum an der Hergershäuser Synagoge jedoch nicht erwiesen sei, wehrte das Gericht die Klage ab.[44] Im Mai 1837 wird Bernhard David als ein „hier in Condition stehender Judenvorsinger aus der Provinz Rheinhessen“ aktenkundig.[45] Bernhard David war zuvor in Hergershausen als Vorsänger tätig gewesen.[46]

Abb. 3: Blick in die Ernst-Ludwig-Straße mit ehemaligem Wohnhaus des Joseph Fuld (3. Haus v. li.), 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Spätestens im Jahr 1841 beschloss die jüdische Gemeinde den Bau einer Synagoge. Im Mai bot sich die Gelegenheit, das „alte herrschaftliche Pfarrhaus“, einen zweigeschossigen Fachwerkbau aus dem 17. Jahrhundert,[47] auf Abbruch zu ersteigern, da auch die evangelische Gemeinde einen Neubau (heute Bachgasse 2) plante. Am 12. Mai ersteigerte Vorsteher Abraham Fuld für die jüdische Gemeinde das Abbruchmaterial des alten Pfarrhauses als Grundlage für ihren Synagogenbau in der Wacholdergasse gegen die Kaufsumme von 502 Gulden.[48] Im September lag im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Bauarbeiten der Kostenvoranschlag für den Synagogenneubau in Höhe von rund 1.494 fl. vor.[49] Unter der Bauaufsicht des Offenbacher Kreisbaumeisters Karl Eickemeyer entstand die Synagoge nach Plänen des Geometers Georg Fink, der 1832 in Offenbach die Handwerkerschule gegründet hatte.[50] Die Baukosten addierten sich schließlich auf rund 2.100 Gulden. Die Handwerker kamen hauptsächlich aus Babenhausen und Sickenhofen, weiteres Baumaterial bezog die jüdische Gemeinde aus den Dörfern der näheren Umgebung. Die Einweihung des jüdischen Gotteshauses erfolgte vermutlich noch vor den jüdischen Feiertagen im Herbst 1842. Mit einem feierlichen Umzug übertrug die jüdische Gemeinde die Torarollen vom bisherigen Gebetsraum in die neue Synagoge. Die „Predigt“ hielten bei der festlichen Eröffnung Religionslehrer F. Vorhaus von Sickenhofen und ein Lehrer namens Seitling aus Hergershausen.[51] Das alte, baufällige Gebäude, in dem vermutlich bis dahin die Gottesdienste stattgefunden hatten (heute Ernst-Ludwig-Straße 16), verkaufte die jüdische Gemeinde im Jahr 1843 für 100 Gulden an Israel Kahn.[52]

Die Lage der neuen Synagoge war insofern für die jüdische Gemeinschaft attraktiv, als sie sich inmitten eines hauptsächlich von jüdischen Familien bewohnten Ortsviertels befand.[53] Um 1871 war deshalb für die im Ortskern gelegene Wacholdergasse der Name „Judengasse“ gebräuchlich.[54] Vermutlich hatte die jüdische Gemeinde um das Areal mit der Synagoge (heute Wacholderstraße 3) einen Draht gespannt, der den *Eruv* umschloss – den Bereich, innerhalb dem die *Halacha* (Religionsgesetze) das Tragen am Schabbat erlaubte.[55] Im Jahr 1884 grenzte sie den Vorhof der Synagoge mit einem Mauerzaun von der Straße ab.[56] Im selben Jahr stiftete der örtliche Israelitische Krankenverein den Betrag von 2.100 Mark an die Israelitische Religionsgemeinde.[57]

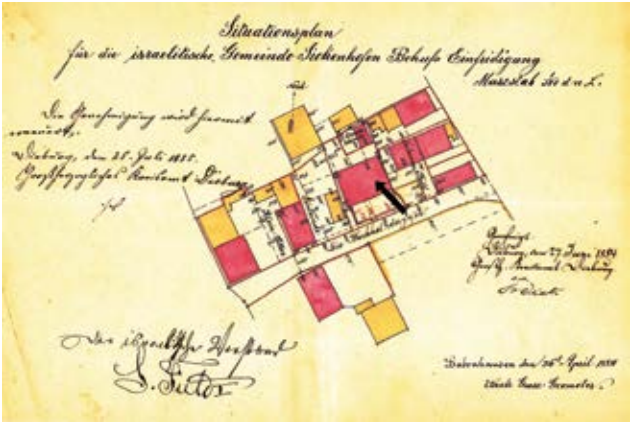


Abb. 4: Synagoge (Pfeil), Lageplan vom 28. April 1880 mit Wohnviertel der jüdischen Familien. Stadtarchiv Babenhausen.

Abb. 5: Synagoge, Fassade zur Wacholdergasse von Südosten, um 1935. Central Archives for the History of the Jewish People.

Abb. 6: Synagoge, Fassade zur Wacholdergasse von Südwesten, um 1935. Central Archives for the History of the Jewish People.

An der Nordseite der Wacholdergasse, einer Sackgasse, erstreckte sich das längsrechteckige Grundstück in die Tiefe. Nordöstlich war das kleine Anwesen der Familie Oppenheimer einbegriffen. Die traufseitig zur Straße gelegene Synagoge mit Satteldach passte sich quer in das Grundstück ein und füllte dieses in der Breite fast vollständig aus. Da sie rund fünf Meter hinter die Straßenflucht zurücksprang, entstand der bereits erwähnte kleine Vorhof. Hinter dem Gebäude blieb noch eine kleine L-förmige Hof- oder Gartenfläche übrig.[58] In der Länge maß das Bauwerk 11,35 m und in der Breite 8,77 m.[59] In dem zweigeschossigen Mehrzweckgebäude sollen sich außer dem Gebetssaal eine Mikwe, ein Schulzimmer und die Lehrerwohnung befunden haben.[60] Nur die nördliche und westliche Außenwand bestehen bis heute aus Massivmauerwerk. Die Süd- und Ostwände sind dagegen in Fachwerkkonstruktion aufgeführt, möglicherweise unter Wiederverwendung des Baumaterials vom abgebrochenen Pfarrhaus.[61] Die Längswände an der Süd- und Nordseite verfügen über vier jeweils in zwei Geschossen regelmäßig angelegte Wandachsen. Die östliche Giebelseite besaß zwei Fenster im Obergeschoss. Die Sprossenfenster im Fachwerkteil hatten einfache Rahmen mit einem schmalen Außenprofil. Das vollständig unterkellerte Gebäude mit hohem Sockel bestand je zur Hälfte aus dem beide Geschosse einnehmenden Betsaal im Osten sowie einem zweigeschossigen Wohn- und Erschließungstrakt im Westen. An der Straßenseite des westlichen Bauteils lag der Eingang zum Gebäude, zu dem eine von zwei Wangen begleitete Außentreppe aus Sandstein hinaufführte.[62] Dahinter wird sich ein Vorraum geöffnet haben, von dem aus der Betsaal und die übrigen Räume erschlossen wurden. Eine Treppe führte zum Obergeschoss und zur Frauenempore. Die Mikwe befand sich möglicherweise im Keller des Gebäudes. Die genaue Raumaufteilung ist jedoch für den zweigeschossigen Bauteil nicht mehr zu rekonstruieren.[63]

Vom Inneren des Betsaals vermitteln dagegen historische Fotografien eine gute Vorstellung. Der querrechteckige Saal war in Gebetsrichtung nach Osten orientiert. Auf kleiner Fläche (5,78 m x 8,15 m) drängten sich die wichtigsten Ausstattungsstücke und Bänke. Der in Formen der Neugotik aus Holz gestaltete Toraschrank stand vor der Ostwand. Den Sockel des Schreins überzog ein Blendmaßwerk aus schmalhohen Spitzbögen; unter dessen Abschlussgesims zog sich ein Rundbogenfries entlang. Nach oben folgte ein Aufsatz. Einfache in Rahmen und Füllung konstruierte Flügel verschlossen die Öffnung zu den Torarollen. Den Zugang zum *Aron ha-Kodesch* flankierten vergitterte Brüstungen. Rechts neben dem Schrein hing an der Wand das Gebet für den Landesherrn. Wie bei gesetzestreuen Gemeinden üblich, stand die ebenfalls aus Holz gefertigte Bima in der Mitte des kleinen Raums. Die Brüstungen des von den Seiten begehbaren viereckigen Ausstattungsstücks waren ebenfalls in Rahmen- und Füllung-Technik gefertigt. Die nach Osten gerichteten kunstvoll gedrechselten Kanten liefen in filigran gestalteten, schmiedeeisernen Kerzenhaltern aus. Seitlich des Mittelgangs standen sechs Bänke mit je drei Sitzplätzen, insgesamt 36 Männerplätze, die im Osten nur einen schmalen Abstand zum Schrein besaßen. Die im Westen angeordnete Frauenempore (20 Sitzplätze?) mit geschlossener Holzbrüstung in Rahmen und Füllung ragte, gestützt von zwei schmiedeeisernen Säulen, etwa einen Meter in den Betsaal hinein.[64] Sie muss sich auch nach Westen ins Obergeschoss des zweigeschossigen Bautrakts erstreckt haben. Vier kunstvoll geschmiedete Kronleuchter und zwei Wandleuchter stellten besondere Akzente in dem ansonsten sehr einfach ausgestatteten Raum dar.[65]

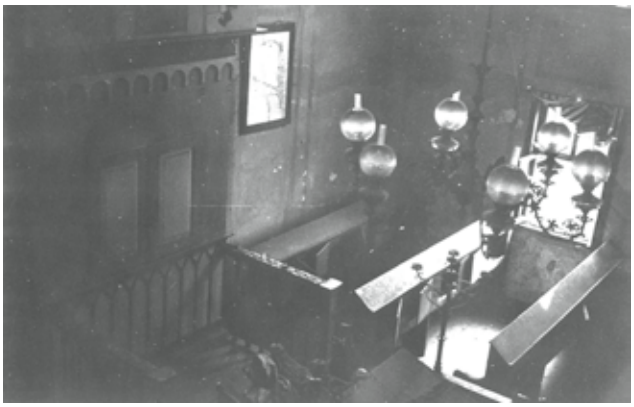


Abb. 7: Synagoge, Innenraum mit Toraschrein, Blick nach Südosten, um 1935. Central Archives for the History of the Jewish People.

Abb. 8: Synagoge, Innenraum mit Bima im Vordergrund nach Süden, um 1935. Central Archives for the History of the Jewish People.

Die als Mehrzweckgebäude erbaute Sickenhöfer Synagoge glich von außen einem zweigeschossigen Wohnhaus, das sich lediglich durch seine Größe und die für die Wacholdergasse ungewöhnliche traufseitige Lage von den benachbarten Fachwerkhäusern unterschied. Auch die Lage des Gebetssaals im Gebäude war für Passanten von außen nicht erkennbar. In ihrer Schlichtheit glich die Außenarchitektur der des neuen klassizistischen Pfarrhauses von Sickenhofen, das der Planverfertiger der Synagoge, Georg Fink, zur gleichen Zeit für die evangelische Gemeinde entworfen hatte.[66]

Abb. 9: Synagoge, Innenraum mit Bima und Westempore nach Norden, um 1935. Central Archives for the History of the Jewish People

Die jüdische Gemeinde während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik

An den militärischen Auseinandersetzungen von 1848 und 1849 hatte sich schon Benedict Fuld aus Sickenhofen als Angehöriger des großherzoglich-hessischen Infanterieregiments beteiligt, das zusammen mit den preußischen Truppen die heftigen Aufstände im Badischen niedergeschlagen hatte.[67] Rund 70 Jahre später kämpften elf jüdische Sickenhöfer im Ersten Weltkrieg für Deutschland. Die

Babenhäuser Zeitung strich besonders den Viehhändler Isaak Kahn heraus, der seine vier Söhne für den Kaiser ins Feld geschickt habe.[68] Die Namen der beiden gefallenen jüdischen Soldaten Robert Meyer Frank und Siegmund Kahn fehlen auf der Gedächtnistafel für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in der Trauerhalle des Sickenhöfer Friedhofs.[69] Simon Frank, Sohn des Zacharias Frank, erhielt bereits im Jahr 1915 die Hessische Tapferkeitsmedaille.[70] Dessen Bruder Friedrich Julius Frank sowie Gustav Kahn wurden noch im Jahr 1935 mit dem von Reichspräsident Paul von Hindenburg gestifteten Ehrenkreuz für Frontkämpfer ausgezeichnet.[71] Frank gehörte auch zu den Mitgliedern des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten, der eine Geschäftsstelle in Babenhausen besaß.[72] Seine Eltern Zacharias und Theresia Frank hatten ihrem Sohn in „vaterländischer" Verbundenheit mit dem 1888 verstorbenen Kaiser Friedrich III. bei seiner Geburt im Jahr 1889 den Rufnamen Friedrich gegeben.[73]

Wie lange die weiter im Schrumpfungsprozess befindliche jüdische Gemeinde noch in ihrer Synagoge Gottesdienste feierte, wird kontrovers beschrieben. Der Bürgermeister behauptete im Zusammenhang mit dem Synagogenverkauf von 1935, es seien seit 1918 keine Gottesdienste mehr gefeiert worden. Die Gemeinde habe in dem Gebäude eine Wohnung eingerichtet und eine Familie als Hauswart eingesetzt.[74] Anfang der 1930er Jahre nennt der *Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege* die Gemeinde noch und kündigt Gottesdienste am Freitag an.[75] Hatte die Gemeinde im Jahr 1913 mit ihren 23 jüdischen Seelen noch zum Offenbacher Rabbinat gehört,[76] so war 1932/33 das orthodoxe Rabbinat Darmstadt II für die zwei in Sickenhofen verbliebenen jüdischen Familien zuständig. Immerhin besuchten zwei Kinder den Religionsunterricht, den der Babenhäuser Religionslehrer Sally Katz noch bis 1934 erteilte.[77] Der Sickenhöfer Philipp Hickler beschrieb die enge Verbundenheit, die während der Weimarer Zeit mit der ihm benachbarten jüdischen Familie des Friedrich (Fritz) Frank bestand: „Freud und Leid wurde [sic] gemeinsam erlebt und getragen […] Alles war selbstverständlich, die anderen religiösen Sitten und Gebräuche, dazu gehörte [als Schabbes-Goi, CBD] am Freitagabend das Licht anzudrehen, am Samstagmorgen das Feuer im Herd anzuzünden und wenn das Passah Fest war, gab es ein Stück Mazen."[78]

Antisemitismus und NS-Zeit in Sickenhofen

Im Jahr 1935 machte die jüdische Zeitschrift *Die neue Welt* antisemitische Hetze verantwortlich für die Schrumpfung der jüdischen Gemeinde Sickenhofen.[79] Tatsächlich besaßen bereits am Ende des 19. Jahrhunderts die regionalen antisemitischen Parteien mit teilweise mehr als 60 Prozent der Wählerstimmen breite Zustimmung unter der protestantischen, auf die Landwirtschaft angewiesenen Bevölkerung von Sickenhofen. Im Jahr 1907 erhielt die Wirtschaftliche Vereinigung, ein Bündnis aus verschiedenen antisemitischen Parteien und Bauernparteien, die Mehrheit der örtlichen Wählerstimmen.[80] Bei der Reichstagswahl im Jahr 1930 stimmten 35 Prozent der Wähler für die NSDAP, im Juli 1932 kam die NSDAP auf 55 Prozent. Am 5. März 1933 gaben 185 Ortsbürger ihre Stimme für die NSDAP ab, die SPD wählten nur 103 Personen.[81] Zu diesem Zeitpunkt wohnten nur noch die Familien des Viehhändlers Gustav Kahn und des Metzgers Friedrich Julius Frank mit insgesamt acht Personen in Sickenhofen.[82] Es ist wenig darüber bekannt, wie es den beiden jüdischen Familien in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Sickenhofen erging. Doch werden sie wie die Jüdinnen und Juden an anderen Orten Repressalien und Ausgrenzung erlitten haben. Von Gustav Kahn wird berichtet, dass er ab 1933 „Nachstellungen und Bedrohungen" durch die Nationalsozialisten erfahren habe. Im Sommer 1937 sei er am Bahnhof in Hergershausen überfallen worden.[83]

Die im Frühjahr 1935 leerstehende Synagoge weckte das Interesse der politischen Gemeinde.[84] Mit der anfänglichen Absicht, in den Räumen ein HJ-Heim einzurichten, führte sie im April Verkaufsverhandlungen mit Gustav Kahn und Friedrich Julius Frank. Deren angeblich überhöhte Preisvorstellungen missfielen Bürgermeister Philipp Spiehl. Da seiner Meinung nach eine Nutzung als Synagoge „für jetzt und alle Zukunft" nicht mehr infrage kam, zog er sogar eine Enteignung in Betracht.[85] Obwohl das Kreisamt in Dieburg es untersagt hatte, drohten der Bürgermeister und der Gemeindebeigeordnete Georg Friedrich Knörr in Anwesenheit des NSDAP-Kreisvorsitzenden Franz Burkart mit dieser Zwangsmaßnahme und setzten Kahn und Frank damit massiv unter Druck. Ohne die Zustimmung des zuständigen Rabbinats einholen zu dürfen, mussten die Männer die Synagoge zum Preis von 1.800 RM verkaufen. Die Verkaufssumme lag weit unter dem Brandversicherungswert von 4.460 RM und sogar noch unter dem Einheitswert in Höhe von 2.300 RM. Zu den Schikanen dieses Zwangsverkaufes gehörte auch die im Kaufvertrag vom 1. August 1935 festgelegte, ansonsten für Immobilienverkäufe unübliche Vereinbarung der Ratenzahlung über den Zeitraum von sechs Jahren hinweg. Die ersten vier Raten in Höhe von je 300 RM erhielten die Verkäufer noch, doch spätestens nach Inkrafttreten der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 8. Dezember 1938 setzten die Zahlungen aus. Die nicht mit dem Anwesen verkauften Einrichtungsgegenstände und Ritua-

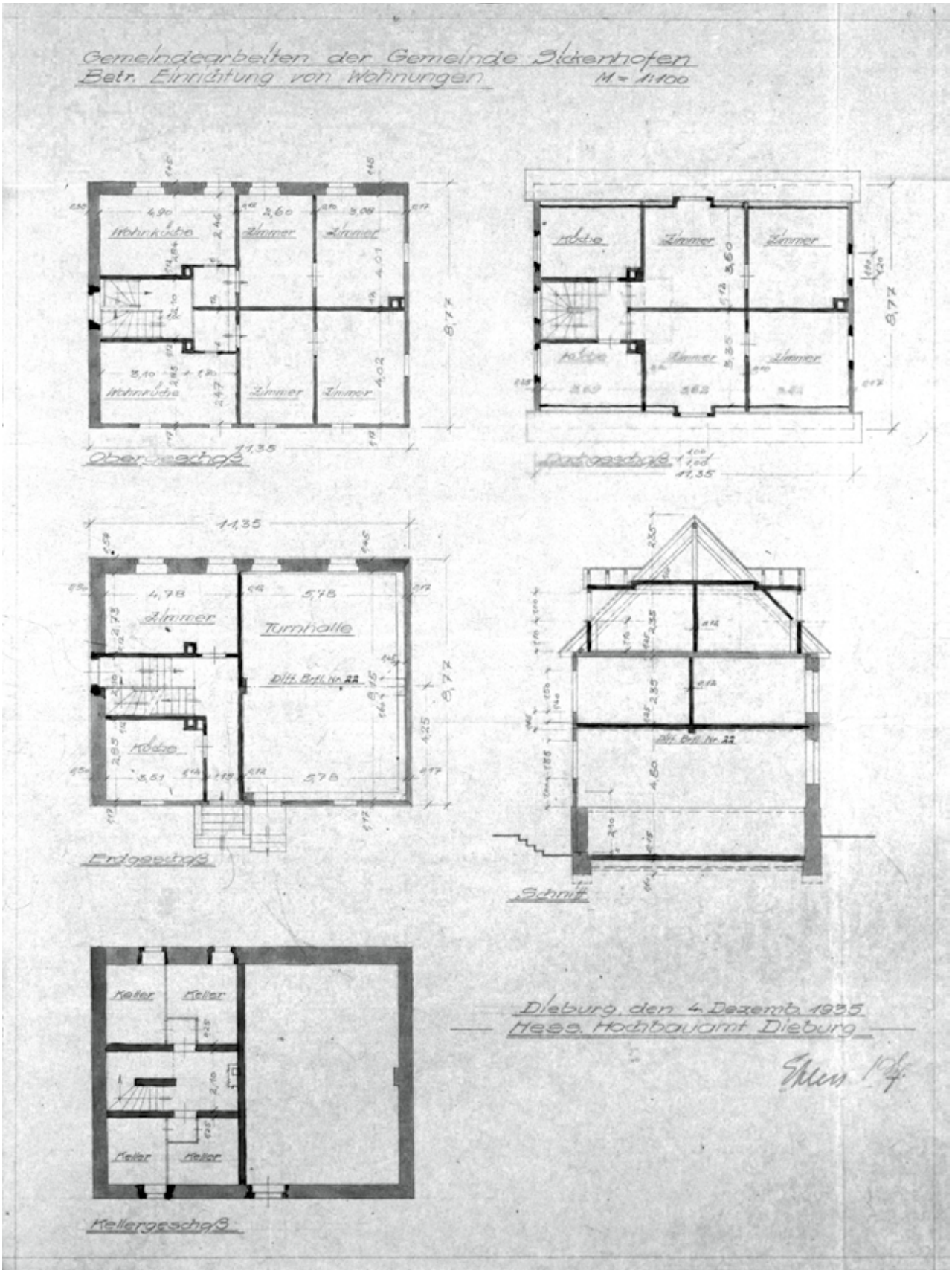


Abb. 10: Synagoge, Umbauplan, Grundrisse und Querschnitt. Otto Ehlers, Dezember 1935. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 11, Nr. 12815.

lien durften noch bis zum 20. August 1935 in der Synagoge bleiben.[86] Ob diese in die orthodoxe Synagoge in Darmstadt in der Bleichstraße gelangt und dort während der Novemberpogrome verbrannt sind, war nachträglich nicht mehr zu rekonstruieren.[87] Im Frühjahr 1936 erfolgte der Umbau des Betsaals zu einer bis zum Keller abgesenkten Turnhalle und der Einbau von fünf über drei Geschosse verteilten Notwohnungen. Für die neue Nutzung wurden das Treppenhaus, alle Trennwände und die Zwischendecken entfernt, nur die Außenwände und Fassaden blieben erhalten. Ein neuer tiefgelegter Zugang erschloss die Turnhalle von der Straße.[88]

Da die Synagoge bereits verkauft und zum Wohnhaus umgebaut war, blieb sie während der Novemberpogrome unversehrt. Entgegen der bei den Verhandlungen mit der JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) in den 1950er Jahren vom Bürgermeister geäußerten Behauptung, niemand hätte den Jüdinnen und Juden von Sickenhofen „ein Haar gekrümmt“, gab es am 10. November 1938 Übergriffe auf den Besitz (heute Hergershäuser Straße 15) und auf die Person des Gustav Kahn. Es soll sogar zu schweren Misshandlungen gekommen sein.[89] Auch wenn Zerstörungen am Besitz von Friedrich und Flora Frank nicht nachgewiesen sind, kann man davon ausgehen, dass auch diese Familie nicht vor Übergriffen verschont blieb. Vermutlich noch am selben Tag wurde Gustav Kahn festgenommen und für 36 Stunden in die Arrestzelle des Babenhäuser Rathauses gesperrt. Ebenfalls am 10. November nahm die Gestapo Friedrich Frank fest, verschleppte ihn zur Gestapo-Stelle Darmstadt und von dort in das Konzentrationslager Buchenwald.[90] Er befand sich offensichtlich noch am 31. Dezember 1938 in Buchenwald, da Bürgermeister Knörr für dieses Datum nur sieben in Sickenhofen wohnende Jüdinnen und Juden meldete.[91]

Wie in anderen Orten richteten sich bald nach dem Pogrom die Begehrlichkeiten der Sickenhöfer Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeindeverwaltung auf die Häuser, Äcker und Wiesen der beiden jüdischen Familien. Der Viehhändler Gustav Kahn, der noch im September 1938 als jüdischer Gewerbetreibender im Ort genannt wurde,[92] musste im Zuge der „Entjudung des Grundbesitzes“, wie es im nationalsozialistischen Jargon hieß, zum März 1939 sein Haus mit Stall und Scheune (Hauptstraße 57, heute Hergershäuser Str. 15) sowie seinen 10.357 qm umfassenden Grundbesitz an Äckern und Wiesen für rund 6.000 RM verkaufen. Von dem Verkaufspreis wurde noch eine Ausgleichsabgabe zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen. Da sie noch bis zum 1. April 1940 in dem Haus wohnen durfte, verwehrte man der Familie auch den Restkaufpreis in Höhe von 400 RM. Vermutlich gelangte auch der Verkaufserlös nicht in die Hände der Kahns, sondern wurde auf ein Sperrkonto eingezahlt.[93] Gustav und Hilde Kahn verließen mit ihren Söhnen Walter und Fritz im Jahr 1939 den Ort und zogen nach Frankfurt. Noch spät (1941) gelang ihnen die Ausreise vermutlich über England nach New York.[94]

Abb. 11: Sickenhofen, Kennkarte für Erich Zeno Frank mit Zwangsnamen „Israel“ und diskriminierendem „J“, am 24. März 1942 mit Eltern Friedrich und Flora und Bruder Kurt nach Piaski deportiert, verschollen, ausgestellt 7. Januar 1939. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland.

Es blieb noch die vierköpfige Familie Frank in Sickenhofen zurück. Flora Frank war als letzte jüdische Gewerbetreibende gezwungen, ihr Einzelhandelsgeschäft zum 1. Januar 1939 zu schließen. Die Familie musste im selben Jahr ihr gesamtes Ackerland zu einem Spottpreis abgeben[95] und erhielt im Mai 1941 die Aufforderung, die angeblich verwahrloste und abbruchreife Hofreite mit Grundstück zu dem vom Reichsstatthalter in Hessen „als angemessen ermittelten Kaufpreis“ von 750 RM zu verkaufen.[96] Am 20. März 1942 holte die Gestapo das Ehepaar Frank mit ihren Söhnen Erich und Kurt ab und brachte alle nach Darmstadt in die für einige Tage als „Sammellager“ zweckentfremdete Justus-Liebig-Oberrealschule. Nach zum Teil dort stattfindenden entwürdigenden Prozeduren mussten sie am 24. März zu Fuß zum Güterbahnhof gehen und in einen Personenzug einsteigen, der sie in das Ghetto Piaski bei Lublin verschleppte. Von den insgesamt 1.000 aus Darmstadt deportierten Jüdinnen und Juden kehrte niemand lebend zurück.[97] Erst nach der Deportation kam auch der Besitz der Familie Frank (heute Sachsenhäuser Str. 13) in nichtjüdische Hände. Das Inventar des Hauses wurde öffentlich versteigert.[98]

Außer den Franks fanden mindestens zehn weitere Jüdinnen und Juden, die in Sickenhofen geboren wurden, in den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern in Osteuropa den Tod. Sie waren jedoch vor der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in andere Orte verzogen und wurden von dort deportiert.[99]

Schicksal der Synagoge und des jüdischen Friedhofs, Aufarbeitung nach 1945

Während des Zweiten Weltkriegs waren in dem als Turnhalle zweckentfremdeten Betsaal in der Wacholdergasse zeitweise Kriegsgefangene untergebracht, die Zwangsarbeit verrichten mussten.[100] Im Zuge der Wiedergutmachungsverhandlungen bot die JRSO der Gemeinde Sickenhofen das wieder in jüdischen Besitz zurückgeführte ehemalige Synagogengebäude gegen eine Entschädigung in Höhe von 4.000 DM zum Kauf an.[101] Wegen des zu niedrig angesetzten Kaufpreises, des nachweislich ausgeübten Drucks auf die Verkäufer und der unterschlagenen restlichen Ratenzahlungen beurteilte die JRSO den im Jahr 1935 durchgeführten Besitzwechsel folgerichtig als schwere Entziehung von jüdischem Eigentum. Der sich uneinsichtig zeigende Bürgermeister von Sickenhofen bestritt jedoch die Einschätzung der JRSO und behauptete, man habe einen ganz normalen Kaufvertrag abgeschlossen. Zynischerweise äußerte der Bürgermeister, den Restbetrag von 600 RM habe die politische Gemeinde schließlich „wegen Auswanderung der Eigentümer“ nicht mehr zahlen können.[102] Der Bestätigung des Überlebenden Gustav Kahn, dass er der Gemeinde Sickenhofen die Synagoge während der NS-Zeit „unter Zwang“ verkaufen musste,[103] widersprach die Gemeindeverwaltung und versicherte, die jüdischen Familien Frank und Kahn hätten im besten Einvernehmen mit der Ortsbevölkerung zusammengelebt.[104] Die JRSO wies alle Argumente des Bürgermeisters zurück und forderte „gerade von Stadtgemeinden“ den für derartige Vergleichsverhandlungen erforderlichen „Geist“.[105]

Die Gemeindeverwaltung blieb unbelehrbar und bot zuletzt 1.000 DM für das Anwesen, in das sie für den Umbau der ehemaligen „Judenschule“ bereits rund 15.000 RM aufgewendet habe.[106] Schließlich verzichtete sie im Jahr 1954 auf ihr Vorkaufsrecht an der „Judenschule“, da das Grundstück unrentabel für sie sei.[107] Die neuen Eigentümer erwarben das Anwesen noch im selben Jahr für 4.500 DM und nahmen nur kleine bauliche Veränderungen vor.[108] In den folgenden Jahren wechselte die substanziell in den Außenmauern weiterhin erhaltene ehemalige Synagoge mehrmals die Besitzer und dient bis heute privaten Wohnzwecken. Von außen erinnert nichts mehr an die ursprüngliche Funktion, auch eine Gedenktafel ist nicht angebracht.

Die Notiz des Sickenhöfer Bürgermeisters vom Juli 1945, der jüdische Friedhof sei mit „Genehmigung und Förderung“ der Militärregierung „wieder in einen würdigen Zustand gebracht“, lässt darauf schließen, dass die Nationalsozialisten an dem „Guten Ort“ der jüdischen

Abb. 12: Ehemalige Synagoge Wacholdergasse 3 als Wohngebäude, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Gemeinde erheblichen Schaden angerichtet hatten.[109] Die Wiederherstellung gehe auf den 1941 emigrierten Fritz Kahn zurück, der Sickenhofen nach 1945 als US-Soldat aufgesucht habe. Ehemalige Angehörige der NSDAP mussten die teilweise abgetragene Friedhofsmauer und die umgestürzten Grabsteine reparieren.[110] Auch in den folgenden Jahrzehnten gab es durch antisemitische Angriffe, aber auch durch Leichtfertigkeit, Missachtung und Habgier verursachte gravierende Schäden an den Grabsteinen und der Friedhofsmauer. Im Jahr 1956 hätten Kinder 26 Grabsteine umgeworfen. 1965 warfen zwei Sickenhöfer Jugendliche 23 Grabsteine um. Im März 1983 störten unbekannte Täter die Totenruhe und suchten bei zwei Grabstätten offensichtlich nach Skelettteilen. Dabei fielen zwei Grabmäler um und beschädigten die Nachbargräber. Im August 1990 wurden sogar 47 Steine umgeworfen und mit antisemitischen Parolen beschmiert.[111] Zuletzt entdeckte man im Jahr 2019 Hakenkreuzschmierereien auf dem jüdischen Friedhof.[112]

Abb. 13: Jüdischer Friedhof Sickenhofen, Schändung und Verwüstung durch Grabungen nach Skelettteilen, Helmut Mahr 1983. Stadtarchiv Babenhausen, Heimat- und Geschichtsverein Babenhausen.

Die Zerstörungen und tätlichen Übergriffe der Nationalsozialisten im Hause Kahn während der Novemberpogrome blieben unbestraft. Für die in die USA geflüchtete Familie Kahn und die deportierte und verschollene Familie Frank verlegte der Künstler Gunter Demnig im Jahr 2014 acht Stolpersteine.[113] Die von Norbert Jäger geschaffene Gedenkstele in Babenhausen vom 9. November 1988 erinnert auch an die jüdische Gemeinde im Stadtteil Sickenhofen.[114] Die Umsetzung der bereits 2015 geplanten Gedenkstation an der Ecke Bachstraße/Ernst-Ludwig-Straße ist aus finanziellen Gründen bisher unterblieben.[115]

Cornelia Berger-Dittscheid / Wolfgang Treue

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Archivar Georg Wittenberger und Joachim Heizmann (beide Babenhausen) sowie Tilo Fink, Frankfurt.

Sickenhofen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/205

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1732/33	4 Schutzjuden
1734/35	5 Schutzjuden
1756	9 Schutzjuden
1762	8 Schutzjuden
1792/93	11 Familien
1815	10 Familien
1830	71 Personen
1853	91 Personen
1855	82 Personen
1880	79 Personen
1892/93	11 Familien
1905	33 Personen
1910	23 Personen
1911	27 Personen
1913	23 Personen
1925	14 Personen
16. Januar 1933	8 Personen
1. Januar 1936	8 Personen
1940/41	4 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 253 (1830, 1892/1893, 1905); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 20 (1911), S. 167 u. 21 (für 1913), S. 188; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588 (1936); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 261 (1732/33, 1734/35, 1756, 1762, 1792/93); Wittenberger, Die jüdische Familie Frank (1815, 1880); Wittenberger, Sickenhofen, S. 107 (1830, 1855, 1910, 1925); YVA, O.52, Nr. 1232 (1933, 1940/41).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Fink, Tilo, Eintritt in die Geschichte der Dörfer Sickenhofen und Hergershausen, Roßdorf 2015.

Lötzsch, Klaus, Der jüdische Friedhof in Sickenhofen. Ein Beitrag des Heimat- und Geschichtsvereins Babenhausen, in: Gerd Eisenhauer (Hrsg.), 1000 Jahre Sickenhofen. Jubiläumsbuch 1987, Babenhausen-Sickenhofen 1987, S. 50–54.

Lötzsch, Klaus/Georg Wittenberger (Hrsg.), Die Juden von Babenhausen. Beiträge zur Geschichte der jüdischen Gemeinden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, Babenhausen 1988.

Lötzsch, Karin, Namenslisten aller ab 1823 urkundlich erwähnten Juden von Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, Anhang 1, S. 166–203.

Lötzsch, Karin, Zivilstandsregister der Juden für die Gemeinden Babenhausen, Langstadt, Sickenhofen und Hergershausen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 30–55.

Lötzsch, Klaus/Christa Wiesner, Inschriften der Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof zu Sickenhofen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, Anhang 3, S. 221–226.

Lötzsch, Klaus/Frank Wiesner/Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Sickenhofen, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 144–154.

Wittenberger, Georg, Die jüdische Familie Frank in Sickenhofen, in: Babenhausen einst und jetzt 46 (2024), S. 147–176.

Wittenberger, Georg, Sickenhofen: Notizen über die Synagoge und die beiden letzten jüdischen Familien, in: Lötzsch/Wittenberger, Die Juden von Babenhausen, S. 107–111.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 70354823

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-LJ4: Nr. 16
– D-PH: Nr. 975.2; 975.3; 975.4; 975.5; 975.7
– JRSO-Hes: Nr. 343

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 738
– 518: Nr. 1402

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– B 17: Nr. 111 F 16: Nr. 324; 337; 361; 364; 757; 827; 831
– G 15 Dieburg: Nr. G 47; J 1; J 27; J 135; N 838; N 1442; Q 588; Q 593; T 767
– G 23 D: Nr. 2787
– G 28 Seligenstadt: Nr. F 888
– G 34: Nr. 4034
– G 35 E: Nr. 8397

– H 2 Darmstadt-Dieburg: Nr. 5746; 5747
– H 23: Nr. 2202
– O 61 Beckmann: Nr. 67
– P 11: Nr. 2361; 12815
– Q 4: Nr. 8/4-1/11
– R 21 B: Nachweis
– R 21 J: Nr. 3559; 3560

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 80: Nr. 5071
– 86: Nr. 29899

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.33: Nr. 2661

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 261
– Stadtarchiv Babenhausen (StadtA Babenhausen)
– Baupläne, o. Sign.
– Judenschule Wacholderstraße 25
– Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit
– Sickenhofen, XIII, 1–2: o. Nr.
– Sickenhofen, XIII, 3–5: o. Nr.
– X-2: Nr. 42-1

Stadtarchiv Babenhausen (StadtA Babenhausen)
– Baupläne, o. Sign.

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Of 1: Nr. 13; 20
– 1 A Si 1: Nr. 1

Yad Vashem Archives, Jerusalem (VYA)
– O.52: Nr. 1232

Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA)
– B 5.1, IV/1: Nr. 1098; 1099

Anmerkungen

1 Den Judenschutz im Amt Babenhausen übten beide Linien gemeinschaftlich aus. Siehe Artikel Babenhausen in diesem Band.
2 Siehe etwa: Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, Artikel Hergershausen u. Sickenhofen, www.jüdische-gemeinden.de, letzter Zugriff 27. Januar 2025.
3 HStAD, B 17, Nr. 111.
4 Siehe den folgenden Absatz.
5 HStAD, F 16, Nr. 324, Bl. 1–3.
6 HStAD R 21 J, Nr. 3559 (HStAD, F 16, Nr. 326) und 3560 (HStAD, F 16, Nr. 328).
7 HStAD, F 16, Nr. 757.
8 HStAD, F 16, Nr. 337, HStAM, 86, Nr. 29889.
9 HStAD, F 16, Nr. 827, 361, 364 u. 831.
10 ISG, H.15.33, Nr. 2661.
11 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 261. Die Auskunft erfolgte auf eine Anfrage, die Paul Arnsberg im Rahmen seiner Recherchen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Hessen an alle Orte, in denen vor dem Zweiten Weltkrieg jüdische Gemeinden bestanden, verschickte.
12 StadtA Babenhausen, X-2, Nr. 42-1.
13 HStAM, 80, Nr. 5071. Inhaltsangaben bei Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 306 u. 308.
14 Vgl. Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 89.
15 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 261, Auszüge aus den Gemeinderechnungen nach Notizen von Wilhelm Fischer vor 1939.
16 Die Gemarkung in Flur IV lautet „Neben dem Judenfriedhof“. Vgl. HStAD, H 23, Nr. 2202, S. 842 (Flur-Nr. 737, um 1854). Frdl. Mitteilung Georg Wittenberger.
17 Lötzsch/Wiesner/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 149; Lötzsch/Wiesner, Inschriften der Grabsteine, S. 225.
18 Lötzsch, Der jüdische Friedhof in Sickenhofen; Lötzsch/Wiesner/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 144–154; Lötzsch, Namenslisten, S. 197.
19 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 148; Sickenhofen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/13458, letzter Zugriff 1. November 2024.
20 Siehe dazu die Angaben in: Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege (Statistisches Jahrbuch), 20 (1911), S. 167 u. 21 (1913), S. 188; CJA, 1 A Of 1, Nr. 13; Nr. 20.
21 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, XIII, 1–2, o. Nr., Heiratsurkunden und Bestätigungen aus den Jahren 1852 bis 1864. Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 50.
22 CAHJP, D-Lj4-16.
23 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 30–55.
24 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 222–223; Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 253.
25 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, XIII, 3–5, o. Nr., Schreiben Landrat Bezirk Seligenstadt an Bürgermeister Fischer vom 31. Juli u. 23. Oktober 1830.
26 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 50; HStAD, R 21 B, Nachweis. Dabei handelt es sich um eine Kartei der Auswanderernachweise für ganz Hessen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Die Karteikarten sind mit Namen, Konfession, Herkunftsorten, gelegentlich Berufen, Zielorten und Daten ohne Einzelnachweise aufgeführt.
27 Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 245.
28 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, XIII, 3–5, o. Nr.
29 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 838.
30 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 345.
31 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, XIII, 3–5, ohne Nr.
32 HStAD, H 23, Nr. 2202, S. 13; CJA, 1, A Si 1, Nr. 1, Rechnungsbücher zu 1841/42 und 1842/43.
33 Otto Wigand, Das Judentum und der Staat, in: Der Israelit des 19. Jahrhunderts 5, H. 51, 22. Dezember 1844, S. 411.
34 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 50, 53; Durch Abraham Bonnheim, Lehrer in Sickenhofen, eingesammelte Spenden zur Linderung der Hungersnot in Palästina, in: Der Israelit 6, H. 39, 27. September 1865, Extra-Beilage, S. 580. Siehe auch die Anzeigen und Stellenanzeigen in: Der Israelit 17, H. 21, 24. Mai 1876, S. 490 u. H. 22, 31. Mai 1876, S. 514 sowie in: Der Israelit 19, H. 25, 19. Juni 1878, S. 620 u. H. 26, 26. Juni 1878, S. 637.
35 Ullmanns Antrag und die ihm darauf vom Sickenhöfer Gemeinderat entgegengebrachte „Animosität und Intoleranz“ fand sogar Eingang in die Zeitung *Der Israelit*. Darmstadt, in: Der Israelit 4, H. 48, 2. Dezember 1863, S. 595.
36 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 27 (daraus die Zitate). Vgl. Fink, Eintritt, S. 177; Darmstadt, in: Der Israelit 4, H. 48, 2. Dezember 1863, S. 595.
37 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. J 135.
38 HStAD, R 21 B, Nachweis, Suche „Sickenhofen, Auswanderung, isr“. Siehe auch LAGIS Hessen, Hessische Auswanderer, lagis.hessen.de/de/personen/hessische-auswanderer, letzter Zugriff 5. November 2024. Vgl. Wittenberger, Die jüdische Familie Frank.
39 Alle Babenhäuser Familien mit den Namen Frank, Fuld, Kahn, Oppenheimer und Ullmann stammten aus Sickenhofen. Vgl. Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 48–50; Wittenberger, Sickenhofen, S. 107.

40 HStAM, 80, Nr. 5071. Aufstellung der hessischen Verwaltung siehe Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 308.
41 Siehe dagegen Wittenberger, Sickenhofen, S. 107, welcher bereits im 18. Jahrhundert eine Synagoge vermutet.
42 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 245, 249. Bei dem Haus des Joseph Fuld handelte es sich um das Anwesen mit der späteren Haus-Nr. 312 (1854), in dem bis 1874 Mitglieder der Familie Fuld wohnten. Die Rothschilds verkauften ihr Haus (Haus-Nr. 332/333, 1854) erst 1890 an eine nichtjüdische Familie.
43 HStAD, G 28 Seligenstadt, Nr. F 888. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 245.
44 HStAD, G 23 D, Nr. 2787.
45 Genannt wird die Haus-Nr. 61. Möglicherweise handelte es sich um das Haus in der Hergershäuser Straße 15 (um 1850 Haus-Nr. 346), das sich jedoch erst ab 1860 in jüdischem Besitz befand (Israel Kahn, bis 1939 Gustav Kahn). HStAD, H 23, Nr. 2202, S. 15. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 250.
46 Lötzsch, Zivilstandsregister, S. 50, 53. Siehe dazu auch den Artikel Hergershausen in diesem Band.
47 Frdl. Mitteilung Tilo Fink.
48 HStAD, G 34, Nr. 4034, Anzeigen der Versteigerung des „alten herrschaftlichen Pfarrhauses“ auf Abbruch im April/Mai 1841 u. Protokoll der Versteigerung, 12. Mai 1841; CJA, 1, A Si 1, Nr. 1, Rechnung zu 1841/42: „Durch die Ermächtigung des Grosherz. Kreisraths vom 14ten May 1841 wurde das Pfarrerhaus auf den Abbruch gekauft, und am 11ten November 1841 an den Distrikt-Einnehmer Vonwinkel zu Babenhausen bezahlt mit 502 fl.“; HStAD, G 34, Nr. 4034, Schreiben Baudirektion Darmstadt, 1. Juni 1841. Vgl. Karl Scheidt, Aus der Geschichte des Dorfes Sickenhofen, Darmstadt 1937 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 52, in: HStAD, O 61 Beckmann, Nr. 67.
49 Wochenblatt für die Stadt und den Kreis Offenbach Nr. 40 vom 1.10.1941, S. 3. Vgl. Wittenberger, Sickenhofen, S. 108.
50 Aus der Handwerkerschule erwuchs die heutige Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main. Vgl. Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main, in: Wikipedia, de.wikipedia.org/wiki/Hochschule_f%C3%BCr_Gestaltung_Offenbach_am_Main, letzter Zugriff 10. November 2024.
51 CJA, 1, A Si 1, Nr. 1, Rechnung zu 1841/42.
52 CJA, 1, A Si 1 [Sickenhofen], Nr. 1, Rechnung 1842/1843, von dem Gebäude heißt es im Rechnungsbuch: „welches Bauvöllig wahr bey Israel Kahn“; HStAD, H 23, Nr. 2202, S. 27.
53 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 244–251; HStAD, H 23, Nr. 2202.
54 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 38.
55 CJA, 1, A Si 1, Nr. 1, Rechnung zu 1841/42 mit Kosten für einen „Draht zum Einringen der Gassen“.
56 StadtA Babenhausen, Baupläne, o. Sign., Situationsplan und Detailzeichnung „Behufs Einfriedigung des Vorhofs bei der Sinagoge daselbst“, Zeichnung Geometer Beck, Babenhausen, 26. u. 28. April 1884.
57 Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt, Darmstadt 1884, Beilage 7, S. 50.
58 HStAD, H 23, Nr. 2202 („Wohnhaus und Bethaus“ der Israelitischen Gemeinde); HStAD, P 11, Nr. 2361; StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Grundbuch Amtsgericht Seligenstadt, Bd. 5, Bl. 416. Dabei handelte es sich um die rund 220 qm große Hofreite mit der Nr. 308.
59 HStAD, P 11, Nr. 12815, Umbauplan der ehemaligen Synagoge, 1935/1936.
60 Vgl. Altaras, Synagogen und Tauchbäder, S. 298; Wittenberger, Sickenhofen, Notizen, S. 107.
61 HStAD, P 11, Nr. 12815, Umbauplan zur Einrichtung von Wohnungen in der ehemaligen Synagoge, 1935/1936.
62 Thea Altaras vermutete zwei getrennte Eingänge; ihr lagen allerdings nicht die historischen Fotos und die Umbaupläne vor. Vgl. Altaras, Synagogen, S. 298.
63 Beim Umbau zum Wohnhaus mit Turnhalle wurden die alten Innenwände aus Holzfachwerk und auch die Decken vollständig entfernt. Der erhaltene Umbauplan zeigt nur die Außenwände der ehemaligen Synagoge. HStAD, P 11, Nr. 12815.
64 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Kostenvoranschlag, Dezember 1935.
65 CJA, 1, A Si 1, Nr. 1, Rechnung zu 1841/42.
66 HStAD, G 34, Nr. 4034.
67 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 150 nach Dokument im StadtA Babenhausen (Sickenhofen).
68 Lokale und vermischte Nachrichten, in: Babenhäuser Zeitung, Nr. 64, 11. August 1914. Die Söhne Karl, David, Leopold und der gefallene Isidor wohnten in Babenhausen, während nur Siegfried in Sickenhofen lebte.
69 Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Die jüdischen Gefallenen, S. 945. Vgl. Unsere Gefallenen, in: Der Schild 8, H. 5, 1. Februar 1929, S. 36; Fink, Eintritt, S. 313; Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, denkmalprojekt.org/2013/sickenhofen_frdhf_stadt-babenhausen_lk-darmstadt-dieburg_wk1_wk2_hs.html, letzter Zugriff 13. November 2024.
70 Der Krieg und die deutschen Juden, in: Neue jüdische Presse 13, H. 27, 16. Juli 1915, S. 3.
71 HStAD, G15 Dieburg, Nr. G 47. Vgl. Fink, Eintritt, S. 161.
72 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588, Mitgliederliste vom 1. Januar 1936.
73 Ein Denkmal für Kaiser Friedrich, in: Der Israelit 30, H. 51, 27. Juni 1889, S. 866.
74 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Kaufvertrag vom 1. August 1935 u. Schreiben an Landrat in Dieburg, 1. April 1954 sowie Schreiben JRSO, 8. August 1950. Siehe dazu auch unter der Rubrik In aller Kürze, in: Jüdische Zeitung 42, H. 17, 10. Mai 1935, S. 2, wo es heißt, die Synagoge sei lange Zeit verwaist, darinnen finde schon lange kein Gottesdienst mehr statt.
75 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385.
76 Deutsch-Israelitischer Gemeindebund (Hrsg.), Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 21 (1913), S. 188.
77 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 385; HStAD, G 35 E, Nr. 8397.
78 Zit. nach Bei Rundgang Geschichte der Juden auf der Spur, in: Offenbach-Post, 21. April 2006.
79 Eine Synagoge wird Hitler-Heim! In: Die neue Welt 9, H. 463, 14. Mai 1935, S. 4.
80 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 159.
81 Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, S. 462, 570, 580. Vgl. Fink, Eintritt, S. 165, 168.
82 YVA, O.52, Nr. 1232.
83 Vgl. Wittenberger, Sickenhofen, S. 110 nach Archivalien aus dem Stadtarchiv Babenhausen.
84 Rubrik In aller Kürze, Die Synagoge von Sickenhofen, in: Jüdische Zeitung 42, H. 17, 10. Mai 1935, S. 2; Eine Synagoge wird Hitler-Heim! In: Die neue Welt 9, H. 463, 14. Mai 1935, S. 4.
85 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Gemeindeverwaltung Sickenhofen an Kreisamt, 4. April 1935. Vgl. zum Folgenden auch Sickenhofen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/205, letzter Zugriff 1. November 2024,

Erstveröffentlichung der zugehörigen Quellen aus dem Stadtarchiv Babenhausen.

86 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 767, Genehmigungsschreiben Kreisamt 29. Oktober 1935 u. Schreiben Bürgermeister, 9. Januar 1936; StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Schreiben Bürgermeister an Landrat Dieburg, 1. April 1954 u. Kaufvertrag vom 1. August 1935; StadtA Babenhausen, Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit, Erklärung des Gustav Kahn, 16. Mai 1939 (vor seinem Umzug nach Frankfurt), die bürgerliche Gemeinde soll die am 1. Oktober 1939 und am 1. Oktober 1940 fälligen letzten Raten in Höhe von je 300 RM direkt an den Landesverband überweisen; HHStAW, 503, Nr. 738.

87 CAHJP, JRSO-Hes-343; HHStAW, 518, Nr. 1402.

88 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. N 1442; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 767; HStAD, P 11, Nr. 12815. Vgl. Fink, Eintritt, S. 185–186.

89 Exkurs in die Ortshistorie, in: op-online.de, 28. Januar 2013, www.op-online.de/region/babenhausen/exkurs-ortshistorie-2704856.html, letzter Zugriff 25. Oktober 2024.

90 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 593. Vgl. Wittenberger, Sickenhofen, S. 110 nach Archivalie aus dem Stadtarchiv Babenhausen; Fink, Eintritt, S. 179, 181.

91 Vgl. Wittenberger, Sickenhofen, S. 110.

92 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit, Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in Sickenhofen, 4. September 1938. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 181.

93 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit, Notariatsverhandlung vom 27. Februar 1939 (Kopie); HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 767. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 181.

94 Yad Vashem, O.52, Nr. 1232, Liste der Gemeinde Sickenhofen (Stand vom 16. Januar 1933), 14. März 1961; AA, Documents, ID 70354823 (England als Transferland genannt). Vgl. Wittenberger, Sickenhofen Notizen, S. 110; Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 181 (hier Barcelona als Transferland genannt).

95 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit, Schreiben Reichsstatthalter Hessen, 25. Juli u. 13. Oktober 1939; HStAD, G 15 Dieburg, Nr. T 767.

96 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit, Schreiben Reichsstatthalter Hessen, 23. Mai 1941, u. Reichsstatthalter an Kreisbauernschaft, 28. Mai 1942. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 179.

97 HStAD, G 15 Dieburg, Nr. Q 588, Meldung Gendarmerie Babenhausen vom 31. März 1942. Die Familie hatte die Nummern 343 bis 346 auf der Deportationsliste vom März 1942, S. 18–19, in: Statistik und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich, Mainz – Darmstadt nach Piaski, www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_hhn_420324.html, letzter Zugriff 26. Oktober 2024. Vgl. Kingreen, Deportation der Juden aus Hessen, S. 306–307.

98 StadtA Babenhausen, Sickenhofen, Gerichtsakten NS-Zeit, Schreiben Rechtsanwalt, 28. März 1950 zur Rückerstattung an Rosi Ginzel (Köln) als Alleinerbin der Ermordeten Friedrich Frank und Meta/Meda Schön, geb. Frank. Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 179.

99 Das Gedenkbuch des Bundesarchivs listet 14 Personen auf, die in Sickenhofen geboren wurden und/oder dort auch vor der NS-Zeit gewohnt haben. Suche Sickenhofen, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch, letzter Zugriff 15. November 2024.

100 Vgl. Fink, Eintritt in die Geschichte, S. 186.

101 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Schreiben Bürgermeister an Landrat Dieburg, 1. April 1954.

102 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Schreiben JRSO, 8. August 1950, 29. Juni 1953 u. 1. April 1954.

103 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Schreiben JRSO, 8. August 1950.

104 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Erwiderung des Rechtsanwalts der Gemeinde Sickenhofen auf Schriftsatz der JRSO vom 25. Februar 1952. Vgl. Sickenhofen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/205, letzter Zugriff 1. November 2024, erstmalige Veröffentlichung der zugehörigen Quellen aus dem Stadtarchiv Babenhausen.

105 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, JRSO an Rechtsanwalt der Gemeinde Sickenhofen, 8. August 1950.

106 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Schreiben JRSO, 8. August 1950. Wegen der unrechtmäßigen Entziehung blieb die Geldleistung der Gemeinde für den Umbau unberücksichtigt.

107 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Schreiben Bürgermeister vom 29. Juni 1953.

108 StadtA Babenhausen, Judenschule Wacholderstraße 25, Grundbuchauszug Amtsgericht Seligenstadt, Bd. 5, Bl. 416. Vermutlich zog man wieder eine Kellerdecke in den als Turnhalle zweckentfremdeten ehemaligen Betsaal ein.

109 HStAD, H 2 Darmstadt-Dieburg, Nr. 5746.

110 Vgl. HStAD, H 2 Darmstadt-Dieburg, Nr. 5746. Vgl. Bei Rundgang Geschichte der Juden auf der Spur, in: Offenbach-Post, 21. April 2006.

111 Friedhof skrupellos geschändet, in: Offenbach-Post, Nr. 179, 4./5. August 1990; HStAD, H 2 Darmstadt-Dieburg, Nr. 5746, 5747; Kohlmannslehner/Lange, Wohne auf der verfluchten deutschen Erde, S. 311.

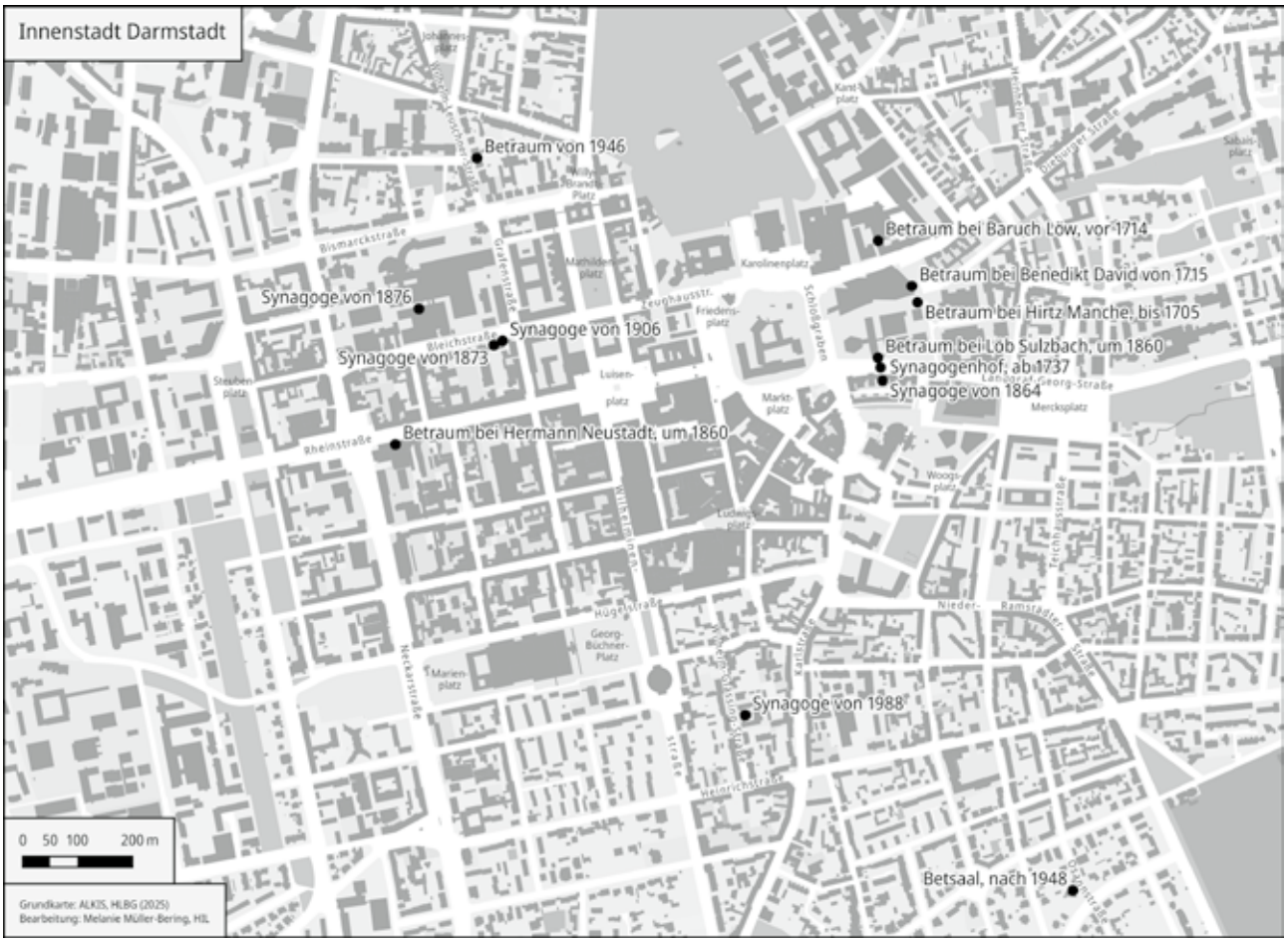
112 Politisches Bewusstsein schärfen, in: op-online.de, 12. Juni 2010, in: www.op-online.de/region/babenhausen/politisches-bewusstsein-schaerfen-800815.html, letzter Zugriff 15. November 2024.

113 Dunkles Kapitel wachhalten, in: op-online.de, 31. Mai 2014, www.op-online.de/region/babenhausen/stolpersteine-sickenhofen-dunkles-kapitel-wachhalten-3597610.html, letzter Zugriff 15. November 2024.

114 Siehe Artikel Babenhausen in diesem Band.

115 Stefan Scharkopf, Mehr als nur Info-Tafeln in Sickenhofen, in: op-online.de, 24. Juni 2015, in: www.op-online.de/region/babenhausen/sickenhofen-soll-eine-gedenkstation-schicksal-juedischen-mitbuerger-erinnern-5160489.html, letzter Zugriff 29. Januar 2025.

Stadt Darmstadt


Innenstadt Darmstadt
Betraum von 1946
Synagoge von 1876
Synagoge von 1906
Synagoge von 1873
Betraum bei Hermann Neustadt, um 1860
Betraum bei Baruch Low, vor 1714
Betraum bei Benedikt David von 1715
Betraum bei Hirtz Manche, bis 1705
Betraum bei Lob Sulzbach, um 1860
Synagogenhof, ab 1737
Synagoge von 1864
Synagoge von 1988
Betsaal, nach 1948
Bismarckstraße
Rheinstraße
Bleichstraße
Grafenstraße
Luisenplatz
Marktplatz
Schloßgraben
Karolinenplatz
Ludwigsplatz
Hügelstraße
Heinrichstraße
Neckarstraße
Georg-Büchner-Platz
Marienplatz
Steubenplatz
Mathildenplatz
Friedensplatz
Kantplatz
Merckplatz
Woogsplatz
Landgraf-Georg-Straße
Ernst-Ludwig-Straße
Nieder-Ramstädter Straße
Teichhausstraße
0 50 100 200 m
Grundkarte: ALKIS, HLBG (2025)
Bearbeitung: Melanie Müller-Bering, HIL

Arheilgen (Stadt Darmstadt)

Das Dorf Arheilgen nördlich von Darmstadt, das 1937 nach Darmstadt eingemeindet wurde, gelangte nach dem Aussterben der Grafen von Katzenelnbogen 1479 an die Landgrafschaft Hessen, seit 1567 Hessen-Darmstadt, und gehörte von 1806 bis 1918 zum Großherzogtum Hessen. Die frühesten Informationen über Juden in Arheilgen stammen sämtlich aus den Rechnungen der landgräflichen Kellerei Darmstadt, denen zufolge ein nicht namentlich genannter Jude 1536 ein Schutzgeld in Höhe von zwei Gulden entrichtete.[1] In den Jahren 1538 und 1539 ist dort ein Jude Seligmann aufgeführt, der im ersten Fall zwei und im zweiten vier Gulden zahlte. Gleichzeitig mit ihm lebte in Arheilgen der Jude Salomon, dem jedoch – wie 1541 vermerkt – das Schutzgeld seit seiner Ankunft 1536 erlassen wurde. Ein Grund dafür ist nicht genannt, doch profitierte er möglicherweise von der Protektion seines prominenten Vetters, des Arztes Lazarus von Babenhausen, der sich bei Landgraf Philipp von Hessen 1541 auch erfolgreich für seine (Salomons) Aufnahme in Groß-Umstadt einsetzte.[2] 1541 und 1543 taucht in den Rechnungen ferner ein Jude Meyer auf, der ein Schutzgeld von vier Gulden entrichtete. Nach der Teilung der Landgrafschaft Hessen im Jahr 1567, bei der Arheilgen an Hessen-Darmstadt fiel, findet sich an anderer Stelle ein Eintrag über die Zahlung eines wiederum nicht namentlich genannten Juden aus dem Jahr 1571.[3]

1593 führte die Festnahme von fünf von der Frankfurter Fastenmesse zurückkehrenden auswärtigen Juden im Gasthaus Zur Krone in Arheilgen durch kurpfälzische Geleitsreiter zu einem Konflikt zwischen Hessen und der Kurpfalz.[4] Wie der Schultheiß von Arheilgen gegenüber der Darmstädter Regierung unterstrich, liege der Ort außerhalb der kurpfälzischen Geleitsstraße, weshalb die Verhaftung rechtswidrig erfolgt sei. Es kam zu schriftlichen Konsultationen zwischen Landgraf Georg I. von Hessen Darmstadt und seinen Brüdern in Hessen-Marburg und Hessen-Kassel sowie zu Protesten gegenüber Pfalzgraf Friedrich IV. Am Rande wurde dabei auch ein Jude aus Arheilgen erwähnt, gegen den die Geleitsreiter ebenfalls widerrechtlich vorgegangen sein sollten.[5]

Aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges sind in den Rechnungen der landgräflichen Kammer zu Darmstadt einige vereinzelte Schutzgeldzahlungen von Juden vermerkt.[6] 1621 ist darin ein Jude aus Arheilgen aufgeführt, 1623 sind zwei und 1634 sogar drei namentlich genannt, Hayum, Abraham und Isaac, die in diesem Fall auch das Einzugsgeld entrichteten. Vermutlich derselbe Abraham wurde 1628 von dem Frankfurter Juden Jacob zum Hufeisen auf Schadenersatz verklagt, da er ihm ein „rotziges“ Pferd verkauft und dabei die übliche Garantie gegen derartige Mängel übernommen habe.[7]

Für die folgenden Jahrzehnte liegen keine Informationen vor, was aber vermutlich mit der Quellenlage zusammenhängt, da in den 1696 einsetzenden Bürgermeisterrechnungen bereits sechs jüdische Haushalte genannt sind und die Zahl sich bis 1776 auf immerhin neun erhöhte.[8] Nach Wilhelm Andres besaß zu diesem Zeitpunkt Löb Simon ein Haus auf Höhe der Messeler Straße 39 und Ruben Strauß eines in der Obergasse. Löw Strauß, Simon Ruben, Ruben Baruch und Simon Adler wohnten in der Darmstädter Straße, Familie Kahn gegenüber dem Rathaus und Löw Ruben in der damaligen Hundsgasse. Die Hofreite von Hayum Sander lag auf einem Grundstück, das sich offenbar im Besitz der Dorfgemeinde befand, da die Familie in den folgenden Jahren Abgaben an diese entrichteten.[9]

1797 stieg die Zahl der jüdischen Steuerzahler zwar noch einmal auf 17 an, doch lassen die folgenden Bürgermeisterrechnungen eine allmähliche Verschlechterung der ökonomischen Situation erkennen.[10] Wenn die Gruppe derjenigen, die das Beisassengeld von drei Gulden in voller Höhe entrichteten, 1799 noch zehn Personen umfasste, so sank ihre Zahl bis 1802 auf lediglich fünf, und in der Rechnung von 1801 findet sich bei drei Juden, die kurz zuvor noch den vollen Beitrag gezahlt hatten, nur noch der Vermerk „Betteljud“.[11] Um 1829 erreichte die Zahl der jüdischen Einwohner von Arheilgen mit 111 vermutlich ihren Höchststand, danach sank sie kontinuierlich, lag 1880 nur noch bei 48 und 1907 bei 31 Personen.[12]

Die Synagoge

1799 erlaubte die wirtschaftliche Lage immerhin die Einrichtung einer Synagoge in der Kleinen Hundsgasse (heute Kleine Brückenstraße 14), deren Einweihung ausgelassen gefeiert wurde. Sehr zum Missfallen des Darmstädter Landrabbiners Callmann Mengenburg wurde dabei sogar getanzt, weshalb er die Gemeinde mit einer Strafe belegte und sich wegen Missachtung seiner Autorität an den Landgrafen wandte. Die Regierung antwortete, dass es keinesfalls in seiner Kompetenz liege, derartige Strafen zu verhängen. Allerdings sei die Veranstaltung ohne obrigkeitliche Konzession erfolgt, weshalb gegen die Tänzer sowie den Wirt, bei dem der Tanz stattgefunden hatte, nach Vorschrift der fürstlichen Tanzordnung vorzugehen sei.[13] 1847 wurde diese erste Synagoge abgebrochen und durch einen Neubau an gleicher Stelle ersetzt. Auch eine Mikwe soll existiert haben, über deren Standort jedoch nichts bekannt ist.[14]

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-029

Abb. 1: Eingang der Synagoge mit unbekannten Personen. Einziges erhaltenes Foto der Synagoge. Arheilger Geschichtsverein.

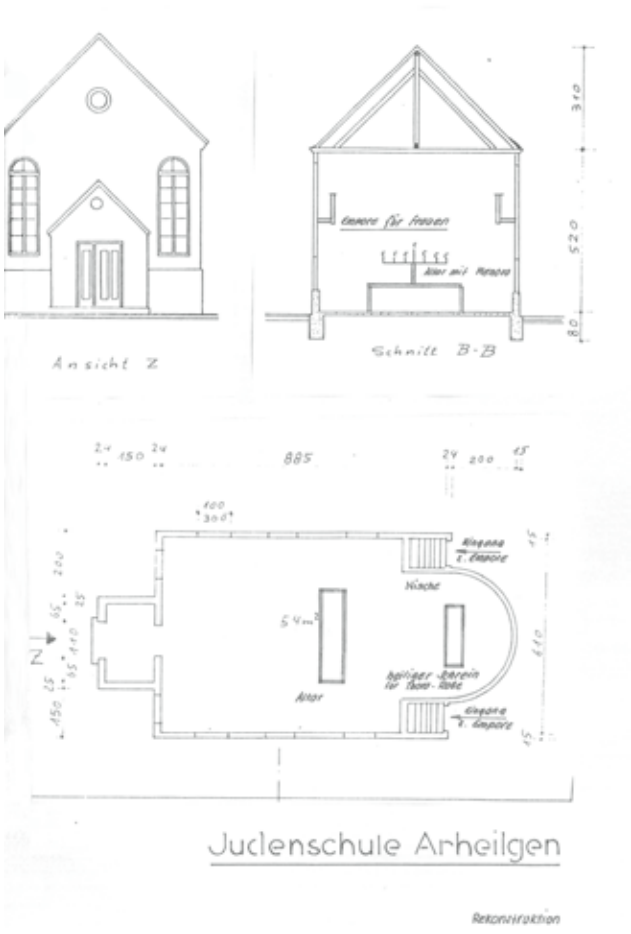


Abb. 2: Querschnitt und Grundriss der Synagoge. Rekonstruktion von Walter Weber, ca. 1990. Arheilger Geschichtsverein.

Abb. 3: Ansicht der Synagoge. Rekonstruktion von Walter Weber, ca. 1990. Arheilger Geschichtsverein.

Abgesehen von einer einzigen Fotografie, die Teile der Synagogenfassade zeigt, ist das Aussehen der neu errichteten Synagoge nur durch eine zeichnerische Rekonstruktion und Baubeschreibung aus der Erinnerung von Walter Weber überliefert, dessen Elternhaus unmittelbar daneben stand.[15] Die Zeichnungen zeigen die Ansicht der Fassade, den Querschnitt und den Grundriss und sind mit Maßangaben versehen.

Das Synagogengebäude besaß einen rechteckigen Grundriss von 8,85 m auf 6,10 m und war in seiner Längsachse nach Nordosten ausgerichtet. Es stand von der Straße zurückgesetzt, und in seinem Vorhof befand sich das Schulhaus. Nach den Zeichnungen Webers handelte es sich um einen Bau von einfacher Gestalt, der mit einem Satteldach versehen war. Ein Satteldach bedeckte auch den an die südwestliche Giebelfassade angebauten Vorbau für den Eingang mit rechteckigem Grundriss. An der anderen Giebelwand war eine Apsis als Nische für den Heiligen Schrein errichtet. Auf beiden Seiten der Apsis waren die Eingänge zu den entlang der Längsseiten angebrachten Frauenemporen platziert. Den Mittelpunkt der Fassade bildete der Anbau mit dem Haupteingang. Die rundbogige Eingangstür besaß ein Oberlicht, der Anbau war von hohen, schmalen Rundbogenfenstern flankiert. Mittig im Giebeldreieck befand sich ein Oculus. Die Proportionen der Fassade waren zwar gleichmäßig, doch etwas ungünstig, da der Anbau den Eindruck der Fassadenfläche allzu stark prägte. Die Längsseiten waren jeweils mit drei Fenstern versehen, die genau wie die der Fassade gestaltet waren. Die Fenster der Längsseiten waren in gleichen Abständen auf zwei Dritteln der Wandlänge verteilt. Die Fraueneingänge blieben somit ohne Tageslichtbeleuchtung. Der Innenraum war sehr einfach ausgestaltet, verfügte über einen *Almemor*, der fast mittig

Abb. 4: Skizze der Lage des Synagogengrundstücks von Walter Weber, ca. 1990. Arheilger Geschichtsverein.

Abb. 5: Der ehemalige Standort der Synagoge heute. Aufnahme 2025. Foto: Stefan Vogt.

mit einer kleinen Verschiebung in Richtung des Heiligen Schreins im Raum stand und auf dem auch eine *Menora* ihren Platz gehabt haben soll.[16]

Vor der Synagoge befand sich das Schulhaus mit zwei Wohnungen, von denen eine dem Lehrer zur Verfügung stehen sollte, wie aus Anzeigen im orthodoxen Organ *Der Israelit* hervorgeht, in denen die Gemeinde 1870 und 1871 die Stelle als Lehrer und Vorbeter ausschrieb.[17] Hier wurde 1839 vermutlich auch der Journalist Josef Oppenheim geboren, der später in Wien u. a. als Redakteur der *Neuen Freien Presse* Karriere machte.[18] Spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts waren beide Wohnungen kontinuierlich an Nichtjuden vermietet, und ihre Mietzahlungen stellten die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde dar.[19] In einer Aufstellung über die in seinem Rabbinatsbezirk bestehenden Wohltätigkeitsvereine, die der Rabbiner Benjamin-Hirsch Auerbach 1843 an die Darmstädter Regierung übergab, nannte er auch einen „Kranken-Verpflegungsverein“ in Arheilgen.[20] Einen Friedhof besaß die kleine Gemeinde nicht. Zwar wird in den Bürgermeisterrechnungen gelegentlich der „sogenannte Judenkirchhof“ aufgeführt, doch handelte es sich dabei um ein im Besitz der Ortsgemeinde befindliches Grundstück, das an christliche Einwohner verpachtet wurde.[21] Der Ursprung der Bezeichnung ist unklar, doch kann mit ziemlicher Sicherheit ausgeschlossen werden, dass er je als Bestattungsort der Judenschaft diente. Diese beerdigte ihre Toten vielmehr auf dem Verbandsfriedhof Groß-Gerau.[22] Dort findet sich u. a. der Grabstein des 1873 verstorbenen Isaac (Jitzhak) Oppenheimer, der in der Inschrift als „Lehrer kleiner Kinder, Vorbeter, Schächter, Kaschrut Prüfer, Beschneider und Torakundiger“ geehrt wurde.[23] Dieser vielbeschäftigte Mann war möglicherweise der letzte in Arheilgen tätige Lehrer.

Die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert

Informationen über jüdischen Hausbesitz im 19. Jahrhundert finden sich in den erhaltenen Brandkatastern, die jedoch nur wenige Datierungen oder eindeutige Angaben über die Besitzerwechsel enthalten.[24] Immerhin geht aus ihnen hervor, dass es in dieser Zeit nicht wenige jüdische Hausbesitzer gab, die Immobilien sehr unterschiedlicher Größe und mit ebenso unterschiedlicher Ausstattung (wie Ställen, Schuppen und Gärten) besaßen. Deutlich wird außerdem, dass der Besitz offenbar frei von jüdischen zu christlichen Besitzern und umgekehrt wechselte.

Die Situation der jüdischen Gemeinde Arheilgen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs lässt sich aus den erhaltenen Gemeinderechnungen dieses Zeitraums erschließen.[25] Angesichts der Nähe des Dorfes zur Stadt Darmstadt vermitteln sie wenig überraschend das typische Bild vom Niedergang einer Landgemeinde. Dem dreiköpfigen Vorstand zur Seite stand der über einen langen Zeitraum amtierende „Rechner“ Castritius, der für seine Tätigkeit eine bescheidene Vergütung erhielt und dessen Rechnungsführung einige Male vom Großherzoglichen Kreisamt Darmstadt beanstandet wurde.[26] Der Immobilienbesitz der Gemeinde umfasste neben der Synagoge das Schulhaus, in dem aber schon lange kein Lehrer mehr wohnte und kein Unterricht mehr stattfand. Einer der nichtjüdischen Mieter der Wohnungen im Schulhaus, Leonhard Fornoff, übernahm zeitweilig die Reinigung der Synagoge.[27] Wie in den Rechnungen Jahr für Jahr konstatiert wird, fanden in der Synagoge keine regel-

mäßigen Gottesdienste statt, weshalb auch keine Einnahmen aus der Vermietung der Synagogensitze und ebenso wenig „Einkaufsgelder“, die Gebühren für die Aufnahme in die Gemeinde, zu verzeichnen waren. Gottesdienste fanden nur noch am Neujahrs- und Versöhnungstag statt, und schon dies stellte die Gemeinde vor Probleme, da ein Vorsänger und Vorbeter von auswärts verpflichtet werden musste. In den ersten Jahren waren dies F. Blumenstein aus Darmstadt sowie ein weiterer, wohl ebenfalls in Darmstadt wohnhafter *Chasan*. Ab 1897/98 wurde der Dienst von Rudolf Maier aus Seeheim versehen, dem nicht nur eine Entlohnung, sondern auch Kost und Logis bezahlt werden mussten, und dieser Ausgabeposten blieb auch in den folgenden Jahren konstant. Insgesamt waren die Ausgaben jedoch überschaubar. Das Lehrergehalt entfiel, wie ebenfalls alljährlich wiederholt wurde, „da keiner angenommen ist“, und auch der Beitrag zur Besoldung des Darmstädter Rabbiners war – infolge der Berechnung nach der Zahl der Gemeindemitglieder – gering. Zwar hatte die Gemeinde Schulden, doch überstiegen diese nie ihre Rücklagen.

Die Aufstellungen über den mobilen Besitz – v. a. die Ausstattung der Synagoge – zeugen jedoch von einem zunehmenden Verfall, da keine neuen Anschaffungen getätigt werden konnten und das Vorhandene altersbedingt einem deutlichen Wertverlust unterlag. Ungeachtet dieser beklemmenden Verhältnisse war es der Gemeinde 1903 gelungen, die Fassade der Synagoge grundlegend renovieren zu lassen, was allerdings nur durch die Spende eines ungenannten Wohltäters in Höhe von 500 Mark ermöglicht wurde.[28] 1912 sollte auch eine Sanierung des Innenraums folgen, doch verweigerte das Darmstädter Rabbinat den erbetenen Zuschuss unter Hinweis auf die seltene Nutzung sowie die geringe Mitgliederzahl der Gemeinde, die gerade noch für einen *Minjan* hinreiche.[29] Allerdings unterstützte das Rabbinat einen mit ziemlicher Sicherheit aus dieser Zeit stammenden Spendenaufruf, mit dem die Gemeinde „wohltätige Glaubensgenossen“ aufforderte, zur Aufbringung der angeblich benötigten 40.000 (!) Reichsmark beizutragen.[30] Da eine solche gewaltige Summe natürlich nicht einging, nahm die Gemeinde 1914 einen sehr viel bescheideneren Kredit auf, der ihre Kasse aber bereits hinlänglich belastete. Der Fall zeigt jedoch, dass der feste Wille bestand, an der Synagoge festzuhalten.

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich der Niedergang der Gemeinde fort, doch gab es auch 1933 noch eine Bäckerei und mehrere kleine Läden in jüdischem Besitz, eine Druckerei, in der der Verleger Aaron Reinhardt seit 1902 die *Arheilger Post*, die erste Lokalzeitung des Ortes, produzierte, sowie den Arzt Dr. Arthur Goge aus Lübeck, der seit 1923 in Arheilgen praktizierte.[31]

Die NS-Zeit und das Ende der Arheilger jüdischen Gemeinde

Obwohl noch bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 die SPD mit 45,5 Prozent der Stimmen deutlich vor der NSDAP (32,5 Prozent) lag und zusammen mit der liberalen DVP eine Mehrheit im Gemeinderat besaß, setzte auch in Arheilgen bald der nationalsozialistische Terror gegenüber den jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern ein. Bereits am 17. März wurde der krank im Bett liegende Tierfutterhändler Heinrich Wechsler von SA-Leuten aus dem Haus gezerrt und gezwungen, mit einer Hakenkreuzfahne durch den Ort zu laufen. Vier Tage später verstarb er infolge einer Lungenentzündung.[32] Allerdings gab es auch Widerstand gegen die Willkür des neuen Regimes. So widersetzte sich etwa der lutherische Pfarrer Karl Grein von Anfang an den Versuchen einer „Gleichschaltung“ seiner Kirche, weshalb er 1934 suspendiert und durch einen regimetreuen Geistlichen ersetzt wurde. Dessen ungeachtet hielt er weiterhin Gottesdienste – nun im Pfarrhaus – ab, die zumindest bis 1935 von zahlreichen Arheilgern besucht wurden, obwohl sie wegen der beengten räumlichen Verhältnisse in „Schichten“ erfolgen mussten, was zu langen und deutlich sichtbaren Warteschlangen vor dem Haus führte.[33]

1934 unterstützten die Landesverbände der israelitischen Religionsgemeinden Hessens den Antrag von Erna Simon auf eine Beihilfe zu ihrer Auswanderung in die USA.[34] Ihr Vater Leopold Karlsberg war bis 1933 als Schuhhändler und Hausierer tätig gewesen, hatte aber infolge des Boykotts gegen jüdische Geschäfte offenbar früh seine Existenzgrundlage verloren und war daher auf „Wohlfahrtsunterstützung“ angewiesen. Ähnlich erging es auch anderen jüdischen Gewerbetreibenden. Der Arzt Dr. Goge etwa, dessen Praxis bereits durch den Boykottaufruf Einbußen erlitten hatte, verlor 1937 seine Kassenzulassung und damit ebenfalls seine Lebensgrundlage. Als im April desselben Jahres der Darmstädter Rabbiner Dr. Erich Bienheim seinen Besuch in Arheilgen ankündigte, wurde dessen Schreiben durch Leopold Karlsberg als Mitglied des Gemeindevorstandes beantwortet.[35] Dass ein Unterstützungsbedürftiger wie er Teil des Vorstands war, wirft ein deutliches Licht auf deren Situation, denn in früheren Zeiten hatten eine solche Position – nicht nur in Arheilgen – in der Regel die wohlhabenden Mitglieder eingenommen. Das Bild, das Karlsberg in seinem Brief nach Darmstadt zeichnete, war dann auch alles andere als positiv: eine Synagoge, in der seit mehr als 25 Jahren kein regelmäßiger Gottesdienst mehr stattfand, ein äußerst reparaturbedürftiges Schulhaus und eine Gemeinde, die aus nur noch 14 Personen bestand, darunter gerade drei erwachsene Männer, die den Vorstand bildeten.

Ob der Besuch tatsächlich stattfand, ist nicht bekannt. Nur wenige Tage nach dem zitierten Brief wandte sich die Arheilger Gemeinde an den Rabbiner mit der Bitte, ihre Synagoge verkaufen zu dürfen, die dieser an die Landesverbände der israelitischen Religionsgemeinden Hessens weiterleitete. Der Verkauf wurde unter der Bedingung genehmigt, dass kein unangemessener Gebrauch von Gebäude und Grundstück – wie z. B. die Nutzung für ein übelriechendes Handwerk – gemacht und der Erlös nicht unter den Gemeindemitgliedern aufgeteilt, sondern für gemeinnützige Zwecke verwendet würde.[36] Da auch das Kreisamt Darmstadt keine Einwände erhob, erfolgte der Verkauf im Sommer 1938.[37] In der Folge wurde das Gebäude als Scheune genutzt und überstand – da nicht mehr in jüdischem Besitz befindlich – auch die Pogromnacht 1938, bis es 1944 durch einen von spielenden Kindern ausgelösten Brand zerstört wurde.[38] In den Jahren 1960 und 1961 wurde das vor der Synagoge stehende Schul- und Wohnhaus abgerissen.

In der Pogromnacht wurden mehrere jüdische Geschäfte geplündert oder zerstört, und auch das Haus des Verlegers Reinhardt wurde gestürmt. Seine bei ihm wohnende ledige Tochter Johanna sprang in der Panik aus dem Fenster und blieb schwer verletzt auf der Straße liegen, bis schließlich Pfarrer Grein einen Arzt und einen Krankenwagen rufen ließ, der sie ins Krankenhaus brachte. Als sie wenige Tage später ihren Verletzungen erlag, erschütterte dies ihren Vater so sehr, dass er sich das Leben nahm. Dora Stern, die in der Großen Hundsgasse (heute „Nach dem Wieschen“) ein Café und einen Kolonialwarenladen betrieb, wurde in derselben Nacht von einem durch das Fenster ihrer Wohnung geworfenen Stein ebenfalls schwer verletzt und verstarb ein knappes Jahr später an den Folgen.

Einige der noch in Arheilgen übrig gebliebenen Juden wurden kurz darauf zwangsweise in ein sogenanntes „Judenhaus“ in Darmstadt umgesiedelt und von dort größtenteils 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Sie kamen entweder dort zu Tode oder wurden später nach Auschwitz gebracht, wo sie ermordet wurden. Anderen, wie etwa dem Arzt Arthur Goge, gelang auf Umwegen die Flucht, zumeist in die Vereinigten Staaten. Zahlreiche Stolpersteine erinnern inzwischen an ihre Schicksale, und der maßgeblich an der Verlegung der Steine beteiligte Arheilger Geschichtsverein hat 2024 außerdem einen dreiteiligen Rundgang durch den Ort erarbeitet, der ebenfalls dazu dient, die Erinnerung an sie wachzuhalten.[39]

Wolfgang Treue / Kamila Lenartowicz

Für Informationen und Unterstützung danken wir Mechthild Benz und Jürgen Hein-Benz, Arheilgen

Arheilgen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/112

Abb. 6: Stolperstein für Dora Stern. Foto: Rahel Blum.

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1536–1591	vereinzelte Nennungen
1634	3 Schutzjuden
1695	6 Familien
1776	9 Familien
1797	17 Familien
1802	16 Familien
1829	111 Personen
1861	98 Personen
1880	48 Personen
1907	31 Personen
1925	ca. 20 Personen
1937	14 Personen

Zahlen nach: Andres, Alt-Arheilgen, S. 208 (1695, 1776), Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 46 (1861, 1880, 1925), Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 4 (1829), CAHJP, D-Ar-3 (1937), HStAD O 61, Mü Nr. 5 (1634), StadtA Darmstadt, 14 Arheilgen B 46/13 und B 46/18 (1797, 1802), StA Griesheim 1.10.6, Nr. 1017 (1907).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Andres, Wilhelm, Alt-Arheilgen. Geschichte eines Dorfes, Darmstadt 1978.
Arheilger Geschichtsverein, Ein Gang im November. Wegmarken jüdischen Lebens in Arheilgen. Fundsachen des Arheilger Geschichtsvereins, 2024.
Arheilger Geschichtsverein, Schwarzer Karl. Ein mutiger Arheilger trotzt den Nazis. Pfarrer und Oberkirchenrat Karl Grein, Darmstadt 2011.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Ar3: Nr. 1
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 2: Nr. 22/1
– E 14 B: Nr. 70/5
– O 61 Mueller Adolf: Nr. 2; 5
– Q 2: Nr. 37
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 4 e: Nr. 2767/8
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
– H.15.07: Nr. 490
Stadtarchiv Darmstadt (StadtA Darmstadt)
– 14 Arheilgen B: Nr. 10/1; 10/3; 46/13; 46/14; 46/15; 46/16; 46/17; 46/18
Stadtarchiv Griesheim (StadtA Griesheim)
– 1.10.6: Nr. 1017

Anmerkungen

1 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 2, unter den jeweiligen Jahren.
2 Löwenstein, Quellen zur Geschichte, Nr. 1296. Zum Arzt Lazarus siehe den Artikel Babenhausen.
3 HStAD, C 2, Nr. 22/1, Bl. 77v. Das Schutzgeld betrug zu diesem Zeitpunkt neun Gulden, vier Albus.
4 HStAD, E 14 B, Nr. 70/5, Bl. 33, 37–38v, 45–48v, 58–61, 64–65v, 68–73, 78–79.
5 HStAM, 4 e, Nr. 2767/8
6 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5, unter den jeweiligen Jahren.
7 ISG, H.15.07, Nr. 490
8 Andres, Alt-Arheilgen, S. 208.
9 Bürgermeisterrechnungen 1799, 1801, 1802: StadtA Darmstadt, 14 Arheilgen B, Nr. 46/15, 46/17, 46/18.
10 Bürgermeisterrechnungen 1797–1802: StadtA Darmstadt, 14 Arheilgen B, Nr. 46/13–46/18.
11 Die Voraussetzung für die Zahlung des Beisassengelds in voller Höhe wird in den Rechnungen davon abhängig gemacht, dass derjenige „einen guten Handel treibt“, was offenbar bei immer weniger der Fall war.
12 Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 4, Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 46, StadtA Griesheim 1.10.6, Nr. 1017.
13 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 187–188.
14 Andres, Alt-Arheilgen, S. 210.
15 Arheilger Geschichtsverein, Die Arheilger Synagoge, zusammengestellt von Helmut W. Diedrichs, 19. Mai 2022, www.alemannia-judaica.de/images/Images%20469/Arheiligen%20Die-Synagoge.pdf, S. 2–4.
16 Arheilger Geschichtsverein, Die Arheilger Synagoge, S. 2.
17 Siehe etwa Der Israelit, Nr. 23, 8. Juni 1870; Nr. 24, 14. Juni 1871. Bei der Aufspaltung der Darmstädter Judenschaft in eine orthodoxe und eine liberale Gemeinde 1863 schloss sich Arheilgen offenbar dem orthodoxen Rabbinat an.
18 Siehe seinen Nachruf in Der Gemeindebote, 20. Juli 1900, in dem auch sein Engagement innerhalb der Wiener jüdischen Gemeinde hervorgehoben wird.
19 Dies geht aus den weiter unten behandelten Gemeinderechnungen der Jahre 1895–1922 hervor.
20 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 206–207.
21 Siehe z. B. Bürgermeisterrechnungen 1797, 1799, StadtA Darmstadt, 14 Arheilgen B, Nr. 46/13, 46/15.
22 Siehe die Liste der dort Bestatteten aus Arheilgen bei Schleindl, Der jüdische Friedhof, S. 77. Da dieser Friedhof erst 1841 eröffnet wurde, fanden die früheren Bestattungen wohl auf einem seiner nicht erhaltenen Vorläufer statt.
23 Abbildung des Grabsteins mit Transkription und Übersetzung der Inschrift bei Schleindl, Der jüdische Friedhof, S. 76.
24 StadtA Darmstadt, 14 Arheilgen B, Nr. 10/1 (1818–1838), 10/3 (1839–1893).
25 Gemeinderechnungen 1895–1922 (mit wenigen Lücken), CAHJP, D-Ar3-1.
26 Nur 1914 findet sich an seiner Stelle als Rechner Jakob Simon. Der Name Castritius ist in der Region recht verbreitet – allerdings waren seine Träger in der Regel Nichtjuden. Im entsprechenden Zeitraum gab es z. B. in Arheilgen einen Orts- und Polizeidiener Ludwig Castritius (1909), siehe Arheilger Post, Jubiläumsausgabe (1950–2020), 4. November 2020, S. 13. Dass ein Nichtjude als Rechner der jüdischen Gemeinde fungierte, wäre aber zumindest ungewöhnlich.
27 Den Verzeichnissen zufolge waren die Wohnungen immerhin mit Badeeinrichtungen versehen, die Toiletten lagen dagegen außerhalb des Hauses.
28 Mitteilung, in: Frankfurter Israelitisches Familienblatt, Nr. 45, 11. September 1903.
29 HStAD, Q 2, Nr. 37.
30 CAHJP, D-Ar3-1, undatierte Druckschrift.
31 Zu dem Verleger Reinhardt, der in der heute nach ihm benannten Straße lebte und arbeitete, siehe Arheilger Post, Jubiläumsausgabe (1950–2020), 4. November 2020, die auch einen Rückblick auf die erste Zeitung dieses Namens enthält.
32 Auch nach ihm ist heute eine Straße in Arheilgen benannt.
33 Zu Karl Grein siehe Arheilger Geschichtsverein, Schwarzer Karl. Die Bezeichnung „schwarzer Karl“ geht auf Hass-Schmierereien am Pfarrhaus zurück, in denen Grein als „schwarzer Karl, Judenhirte, Volksverräter“ beschimpft wurde. Ende 1933 gehörte Grein zu den Begründern des Pfarrernotbundes, einer Keimzelle der Bekennenden Kirche.

34 CAHJP, D-Ar3-1. Das Ziel ist nicht ausdrücklich genannt, doch lassen die detaillierten Angaben über die benötigten Mittel mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen.
35 CAHJP, D-Ar3-1.
36 CAHJP, D-Ar3-1. Als mögliche Verwendung wurden die Unterstützung der jüdischen Religionswissenschaft oder die Ausstattung bedürftiger Bräute genannt. Tatsächlich wurde mit dem Erlös die Auswanderung von zwei jungen Frauen in die USA finanziert.
37 Siehe hierzu die Mitteilung im Israelitischen Familienblatt, Nr. 37, 15. September 1938.
38 Siehe Arheilger Geschichtsverein, Die Arheilger Synagoge, S. 1.
39 Arheilger Geschichtsverein, Ein Gang im November.

Darmstadt

Die Geschichte der Darmstädter Judenschaft beginnt mit den Ansiedlungsprojekten Landgraf Philipps des Großmütigen.[1] Als früh dem Luthertum zugewandter Landesfürst erlaubte er nach einem 1524 verfügten Aufenthaltsverbot schon ab 1526 die Ansiedlung einzelner jüdischer Familien in seinem Lande und stellte 1532 einen auf sechs Jahre befristeten Schutzbrief aus.[2] In Darmstadt sind 1529 die Juden Jakob und Moses nachweisbar, die vielleicht durch den im gleichen Jahr durch den Landesfürsten privilegierten Jahrmarkt angezogen wurden, kurz darauf auch ein Jude Meyer.[3] Trotz der die Ansiedlung auf Dauer begünstigenden Judenordnung von 1539 blieben diese drei jüdischen Haushalte in der damals kaum mehr als 1.000 Einwohner zählenden Stadt vereinzelt.[4] Erst kurz nach dem Regierungsantritt Landgraf Georgs I. änderte sich dies: Die in der Darmstädter Umgebung ab 1568 nachgewiesenen jüdischen Haushalte, ab 1574 auch in Bessungen, sind ein Beleg dafür, dass – wie in einem für das Amt Darmstadt angelegten Salbuch von 1571 erkennbar – durch die Normierung des von allen Juden eingezogenen jährlichen Schutzgeldes auf 9 fl. 4 alb. eine verlässliche Grundlage geschaffen wurde.[5] Nur siedelten Juden unter Georg eher im Nahbereich als in der Stadt selbst. Dafür waren wohl die die Juden ausschließenden Regelungen des Gewerbewesens von 1565 durch Landgraf Ludwig IV. ursächlich.[6]

Die Situation der in Darmstadt lebenden jüdischen Familien besserte sich unter Georgs Nachfolger Landgraf Ludwig V. auf der Grundlage der noch von Georg 1585 verkündeten Judenordnung insofern, als sich nun auch in der Kernstadt mit Bessungen Juden und Jüdinnen ansiedelten, vereinzelt auch infolge der Vertreibung aus Worms 1615.[7] Einem Darmstädter Juden wurde 1611 im Stadtgericht die Aussage angekreidet „er sei so gut als ein Ratsherr“. 1623 gab es in der Stadt einen „Judendoktor“, und im gleichen Jahr konnte ein in der Stadt lebender Jude eine aufwändige Hochzeit feiern, bei der 2 ½ Ohm (fast 400 Liter) Wein verkonsumiert wurden.[8] Offenbar gab es seither eine selbstbewusste, aus mindestens sieben Familien bestehende Judenschaft innerhalb der städtischen Gesellschaft, auch wenn es für diese Zeit noch keinen Beleg dafür gibt, dass sie sich als Gemeinde konstituiert hatte.[9] Doch gerade diese Situation veranlasste den Rat und die Bürgerschaft der Stadt 1627, den neuen Landgrafen Georg II. „um Abschaffung der Juden“ zu bitten.[10] Dieser verfügte wenig später die Vertreibung der „gottlosen Juden“ aus dem gesamten Land und rechtfertigte sich in einem darüber geführten Prozess vor dem Reichskammergericht damit, dass er nicht zu dauerndem Schutz der Juden verpflichtet sei, vielmehr nur „gewissermas ad tempus etlich Juden aufgenommen und toleriret“ habe.[11] Ab dem 1. August 1627 solle sich kein Jude mehr in der Stadt Darmstadt sehen lassen. Umgesetzt wurde die Ausweisungsverfügung wohl nicht. Doch nach einschränkenden Einzelverordnungen zur Erschwerung des von Juden betriebenen Gewerbes verkündete Georg 1629 eine neue Judenordnung, die den Juden im Land rigorose Einschränkungen brachte.[12] Die in dieser Zeit im Amt Darmstadt registrierten zehn jüdischen Haushalte befanden sich meist außerhalb der Stadt.[13] Ursächlich für diese Situation waren auch die Kriegsnöte in der Stadt, die dazu führten, dass es erst nach dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs 1648 wieder zu weiteren Zuzügen von Juden kam.[14]

Ausgenommen von den bestehenden Einschränkungen waren weitgehend die in der Stadt jetzt zum Nutzen des landgräflichen Hofes mit kameralistischen Zielen angesiedelten Hofjuden.[15] Es ist dies zunächst der von 1629 bis 1650 in der Stadt wohnende „Pferdejude“ Lew aus Roßdorf, der den Hof und das Militär mit Pferden versorgte und mit Krediten aushalf. Ohne den Titel eines Hoffaktors zu führen, war er doch als Kriegslieferant für den Landgrafen unentbehrlich. Sein Nachfolger wurde der ab 1640 nachweisbare Manasse, der ebenfalls über ein beträchtliches Vermögen verfügte.[16] Er besaß einen Kramstand am Markt, auf dem er auf Beschwerde der Bürgerschaft „etliche Schritte abgesondert“ seine Waren, die er in einem angemieteten Lagerhaus (sog Schultheißenbau) aufbewahrte, feilhalten konnte.[17] Er vergab wie Lew Kredite für den Hof, betrieb aber vor allem Viehhandel in großem Stil. Zusammen mit Lew trat er 1650 am landgräflichen Hof als „Vorgänger der Judenschaft“ in der Obergrafschaft auf, wurde also Fürsprecher für die Landjudenschaft. Erst nach seinem Wegzug 1662 nach Frankfurt, wo er bis zu seinem Tode 1684 als „Manasse Darmstadt“ bzw. „Manasse zum Goldenen Brunnen“ und laut seinem Grabstein als „vornehme[r] und wohlhabende[r]“ Jude lebte, erlangte er durch Landgraf Ludwig VI. den Titel eines „Hofjuden“. Sein Sohn Löw Manasse konnte 1682 die Tochter des Frankfurter Bankiers Isaak zur Kann heiraten. Die Funktionen Manasses am Darmstädter Hof aber übernahm im Wesentlichen der Jude David aus Ober-Ramstadt, der zwar wie dieser Anfang der sechziger Jahre nach Frankfurt zog, doch schon wenige Jahre später für sich und seine Familie in Darmstadt das – noch heute bestehende – Gartenhaus des Hofkanzlers Anton Wolff von Todenwarth erwerben konnte, worüber sich die Stadt beschwerte.[18] Seinem Beziehungsnetzwerk, u. a. zum kurpfälzischen Hofjuden Aron Beer, ist es zu verdanken, dass auch er als Darlehensgeber auftreten konnte. Für seine

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-030

Dienste am landgräflichen Hof erhielt er Befreiungen vom Leibzoll und anderen Steuerlasten. Den Titel eines landgräflichen Hofjuden erlangte er – anders als sein Sohn Benedikt David – nicht mehr. Über seinen jüngeren Sohn Calmann begründete er eine im 18. Jahrhundert führende jüdische Familie in Darmstadt.[19]

Abb. 1: Gartenhaus des Wolff v. Todenwarth in der Mauerstraße in Darmstadt, als Wohn- und Lagerhaus von Hofjude David erworben. Stadtarchiv Darmstadt.

Aufgrund einer auf einem Landtag 1661 vorgebrachten Beschwerde über den Darmstädter Juden Manasse, dass dieser sein unrechtmäßig erworbenes Vermögen nur mit 50 fl. versteuere und „dass die Juden in Stätten ire Juden ufm Land mit Geld versehen“,[20] verfügte der nunmehr regierende Landgraf Ludwig VI., dass Manasse wie die anderen Juden behandelt werden solle und dass es bei der Regel bleiben solle, „daß keine Juden in Stätten wohnen“ sollten, sondern „auf die Dörffer [zu] verweißen“ seien.[21] Allem Anschein nach aber wurde diese Ausweisungsverfügung für Darmstadt nicht zwangsweise umgesetzt; der Widerstand der Zünfte und die Einschränkung gewerblicher Tätigkeit führten jedoch dazu, dass Darmstadt als Wohnort vorerst nur für wenige privilegierte Juden in Frage kam, wie für „Rabbi David“.[22] Die Regierung der Obergrafschaft sah sich so 1691 veranlasst, dem Stadtrat nahezulegen, den außerhalb der Stadt wohnenden Landjuden mangels innerstädtischer Schlachter geeignete Schlachtorte für ihr auf dem Markt anzubietendes Vieh zu schaffen.[23] Die Einrichtung einer Begräbnisstätte in Bessungen für „die sämtliche Judenschaft des Amts Darmstadt“ konnte, wohl auf Fürsprache des Hofjuden David, bei der vormundschaftlich regierenden Witwe Ludwigs VI., Elisabeth Dorothea, 1680 erreicht werden.[24] Eine Friedhofsbelegung durch städtische Juden und Jüdinnen gab es jedoch noch nicht. Trotz weiterer Vergünstigungen für die Judenschaft der Obergrafschaft wurde in diesem Jahr die Errichtung einer Synagoge in der Stadt noch nicht erlaubt, zumal offenbar kein Bedarf bestand.[25] Erst den Bemühungen des Landesrabbiners Samuel Schotten, der zusammen mit den Landjudenschaftsvorstehern Wolf Pfungstadt und Moses Braubach, Jakob Kann Bing und Löb (auch Löw) Darmstadt (dem Sohn des Menasse Darmstadt) bei dem neuen Landgrafen Ernst Ludwig intervenierte, ist es zu verdanken, dass 1695 unter bestimmten einschränkenden Voraussetzungen Gebetshäuser „ohne Forme einer Synagoge“ errichtet werden konnten.[26] Da bis zum Ende des 17. Jahrhunderts noch keine Gemeindestrukturen bestanden, musste die seit den vierziger Jahren aktive Landjudenschaft deren Funktionen übernehmen, wie auch schon an den erwähnten Interventionen ihrer Vorsteher deutlich wird.[27] Diese konnte ihre Legitimität dadurch erhöhen, dass sie sich bei unbotmäßigem Verhalten der Judenschaft gegenüber dem Vorstand auf die Autorität des Landgrafen berufen konnte, wie sich aus einem Dekret von 1701 ergibt.[28]

Erst 1709 konnte sich in Darmstadt eine organisierte Gemeinde bilden. Spätestens 1707 zählten elf jüdische Haushalte dazu, die vor allem den Netzwerken der Hofjuden zugehörten.[29] Unter ihnen befand sich Jehiel, Sohn des Toragelehrten Hayum Bacharach aus Chiesch in Böhmen, der unter dem Namen „der kleine Michel“ 1709 als Vertreter des Landesrabbiners Samuel Schotten zum Rabbiner der Darmstädter Gemeinde berufen wurde.[30] Im gleichen Jahr wurde eine *Chevra kadischa* („*chevrat gemilat chassadim*“) zur Regelung des Begräbniswesens gegründet.[31] Nachdem schon 1705 die Regierung der Darmstädter Judenschaft erlaubt hatte, ihre Beerdigungen auch an Sonntagen außerhalb der Gottesdienstzeiten und in aller Stille abzuhalten, wurden Begräbnisse auf dem 1711 durch Geländezukauf wesentlich erweiterten Bessunger Friedhof unter erleichterten Bedingungen möglich.[32] Für die Zeit ab 1714 sind erste Belegungen dieses Geländes durch Darmstädter Juden bekannt, und zwar was auffällt von Mitgliedern der Rabbinats- und Hofjudeneliten der Stadt. Es waren dies

zunächst Keila, Tochter des Rabbi Meir und Ehefrau des Baruch (Löw), und eineinhalb Jahre später ihr Ehemann Rabbi Baruch, Sohn des Jehuda (Baruch Löw). Letzterer, der von Frankfurt nach Darmstadt umgezogen war, wurde auf dem Grabstein als Vorsteher der Gemeinde und großer Fürsprecher bezeichnet. Seit 1699 war er Hofjude für Landgraf Ernst Ludwig. Ein weiterer Grabstein dieser Zeit gehört zur Ruhestätte des Joseph Meier, dem Sohn des Feist Kassel HaCohen. Dieser in der erwähnten Liste von 1707 „Meyer Cassel“ genannte Jude war Hoflieferant des Landgrafen, sowie laut Inschrift Gemeindevorsteher sowie Fürsprecher der Landjudenschaft. In die gleiche Reihe gehört der Grabstein des 1719 verstorbenen Darmstädter Rabbiners Jehiel Michel. Dessen Vater, Rabbiner Hayum Issachar Bacharach, war ebenfalls auf dem Bessunger Friedhof beerdigt worden, nachdem er, vielleicht zur Unterstützung seines Sohnes Rebbe Michel, ebenfalls nach Darmstadt gekommen war.

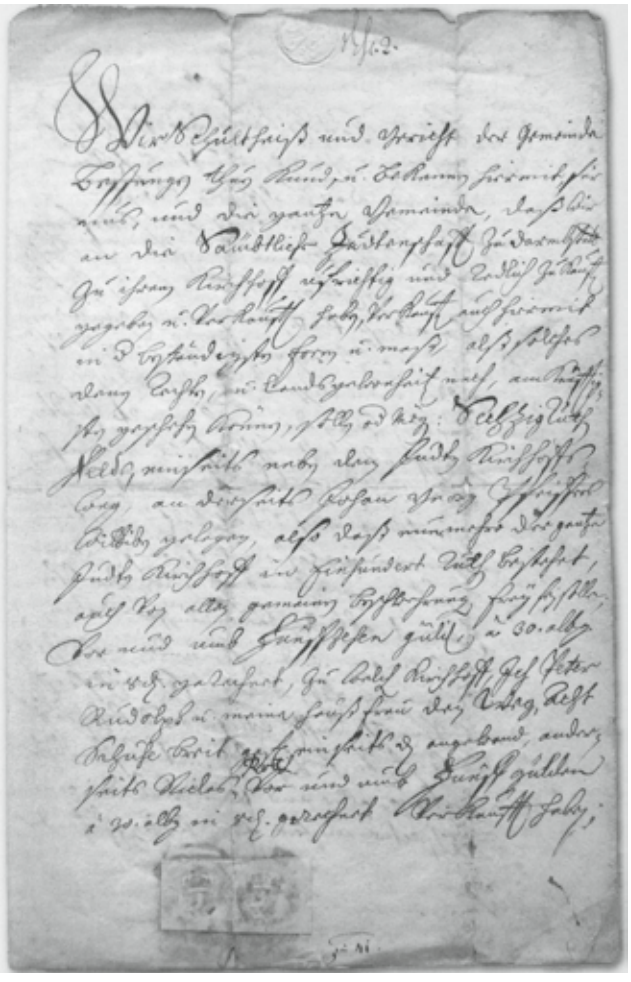


Abb. 2: Kaufbrief zur Erweiterung des jüdischen Friedhofs in Bessungen bei Darmstadt, 1711. Stadtarchiv Darmstadt.

Frühe Gebetsräume und der Synagogenhof Kleine Ochsengasse 12

Noch im Jahr der Veröffentlichung der Verordnung von 1695 richteten die Darmstädter Juden mit Unterstützung des Frankfurter Hofjuden Jakob Isaak Kann im Anwesen des Viehhändlers Hirtz Manche (auch Hertz ben Menachem) einen Gebetsraum ein, der sich am Stappeneck beim nördlichen Stadtausgang (heute Erich-Ollenhauer-Promenade) befand.[33] Doch 1705 gab es Streit zwischen Hirtz und dem Hofjuden Baruch Löw, der den Rabbiner Michel aus Pfungstadt zum Gottesdienst am Schabbat und zur Unterrichtung der Kinder nach Darmstadt hatte kommen lassen. Da Hertz diesen boykottierte und sogar bedrohte, öffnete Baruch Löw sein Haus für Parallelgottesdienste mit Rabbiner Michel. Die dem Landgraf vorgelegten Klagen der beiden Kontrahenten endeten erfolgreich für Baruch, der von nun an die einzige „jüdische Schule“ abseits von der Straße in einem Hintergebäude seines großen Anwesens in der alten Vorstadt (Haus-Nr. 69) einrichtete.[34]

Hier blieb sie bis zu Baruchs Ableben 1714. Noch im gleichen Jahr stellte Landgraf Ernst Ludwig seinem in Frankfurt residierenden Hoffaktor Löw Isaak Kann im Gegenzug zu einer Lieferung in Aussicht, „daß er die allhier bis daher gehaltene Judenschule oder Zusammenkunft zum Gebeth in ein Hauß, [weit] von der offenen Straß entlegen, […] transferieren möge.“[35] Daraufhin gab das Oberamt Darmstadt dem Juden Benedikt David die Erlaubnis, „die Schul auf seinen alten Heuboden“ seines Anwesens Am Sprintzen Tor (Nr. 129) zu verlegen.[36] Etwa gleichzeitig wurde Löw Isaak die Vollmacht erteilt, die von ihm zur Ablösung einer Abgabeverpflichtung der landgräflichen Judenschaft vorgestreckte Geldsumme auf die Gesamtjudenschaft des Landes umzulegen.[37] Durch die damit eingehenden Gelder konnten die finanziellen Grundlagen zum Bau einer Synagoge geschaffen werden.

In Benedikts Haus wohnte zeitweise auch Marx Halberstadt, der erst ab dem 10. August 1729 offiziell als Stadtrabbiner von Darmstadt bestätigt wurde. Das gemeindliche Bethaus blieb weitere zwanzig Jahre am Sprintzentor (heute Hiroshima-Nagasaki-Platz), bis Benedikts Sohn David 1735 diesen zu klein gewordenen Raum wegen der „angewachsene[n] gemeine[n] Darmstädter Judenschaft“ aufgeben wollte.[38] Die jüdische Gemeinde entschloss sich daher noch im gleichen Jahr zum Kauf der Hofreite der Hainle, der Witwe des 1718 verstorbenen Hofjuden Meyer Cassel zum Rosenkranz, die dessen Geschäfte nach seinem Tod fortführte.[39] Für den Kauf dieses vormals daubischen Hauses in der Kleinen Ochsengasse 12 hatte die Gemeinde die hohe Kaufsumme von 3.600 fl. aufzubringen.[40] Nachdem es Bür-

Abb. 3: Stadtplan von J. M. Weiß, 1799, Ausschnitt, Lage der Gebetsräume in den Häusern des Hirtz Manche (1) am Stappeneck, des Baruch Löw (2) in der Alten Vorstadt (Haus-Nr. 69), des Benedikt David (3) Am Sprintzentor (Haus-Nr. 129). Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt.

germeister und Rat der Stadt Darmstadt nicht gelang, durch die Geltendmachung eines nach wie vor rechtlich möglichen Abtriebsrechts unter Hinweis auf die Belästigung der Bürger wegen des befürchteten Lärms den Verkauf zu verhindern, erteilte Landgraf Ernst Ludwig der „gemeine[n] Judenschaft alhier“ noch im gleichen Jahr die Erlaubnis, das genannte Grundstück ohne den Abtriebsvermerk zu kaufen.[41] Auf Klage des Hoflieferanten Löw Hayum, dass die notwendigen Beiträge nur schwer in der Gemeinde einzutreiben seien, gewährte er dem Rabbiner und den Vorstehern der Gemeinde die notwendige Amtshilfe, um bei Vermeidung einer Strafe von 20 fl. sich „des zu dem Synagogbau erforderlichen Beytrags“ zu versichern.[42] Obwohl das Edikt von 1695 nur die Errichtung eines Bethauses an abgelegener Stelle erlaubt hatte, gelang es so den landgräflichen Hofjuden, gegen den Widerstand der Stadt unter Zustimmung der Obrigkeit im Zentrum von Darmstadt eine „förmliche“ Synagoge zu errichten. Am 4. Juni 1737 konnte schließlich im Hinterhof des 1735 erworbenen Hauses die „prächtig neu errichtete“ Synagoge eingeweiht werden.[43] Dass ein Jahr nach dem Synagogenbau die 1629 erlassene landgräfliche Judenordnung mit ihrem Verbot der Neuerrichtung von Synagogen, und zwar unter Einbeziehung des landgräflichen Edikts von 1695 in der Fassung von 1697, fast unverändert neu verkündet wurde und damit auch für die Judenschaft in Darmstadt galt, wurde stillschweigend übergangen – von dem stets in Geldnöten verstrickten Landgrafen auch deswegen, weil er die intensiven Geschäftsbeziehungen des Hofes zu den Hoffaktoren nicht gefährden wollte.[44]

Der frühneuzeitliche Synagogenkomplex lag mitten in der Altstadt südöstlich der fürstlichen Residenz, unweit von Marktplatz und Rathaus.[45] Die Gebäude des dort fast 140 Jahre bestehenden jüdischen Gemeindezentrums wurden mehrfach umgebaut und erweitert, bis die jüdische Gemeinde sie wegen des Umzugs in die neue historistische Synagoge im Jahr 1875 für 14.000 Gulden an die Stadt Darmstadt versteigerte.[46] Grundstück und Bauwerke fielen ab 1895/96 dem Altstadtdurchbruch und der 1904/05 neu angelegten Durchgangsstraße zum Opfer (heute Bereich Landgraf-Georg-Straße).[47] In der Nähe des Gemeindezentrums, insbesondere in der Kleinen und Großen Ochsengasse, wohnten bis zum 19. Jahrhundert viele jüdische Familien.[48]

Das langgezogene, dicht bebaute Grundstück erstreckte sich an der Kleinen Ochsengasse senkrecht nach Nordosten. Direkt an der Gasse lag das große zweigeschossige Wohnhaus (Haus-Nr. 441), das den Blick auf die dahinter

Abb. 4: Stadtplan von J. M. Weiß, Ausschnitt, Lage des Synagogenhofs mit Rabbiner- und Gemeindehaus mit Anbau für Mikwe und Sitzungssaal (Nr. 441), Synagoge mit Toraerker, Hospiz und Religionsschule (Nr. 459), Plan erstellt 1799. Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt.

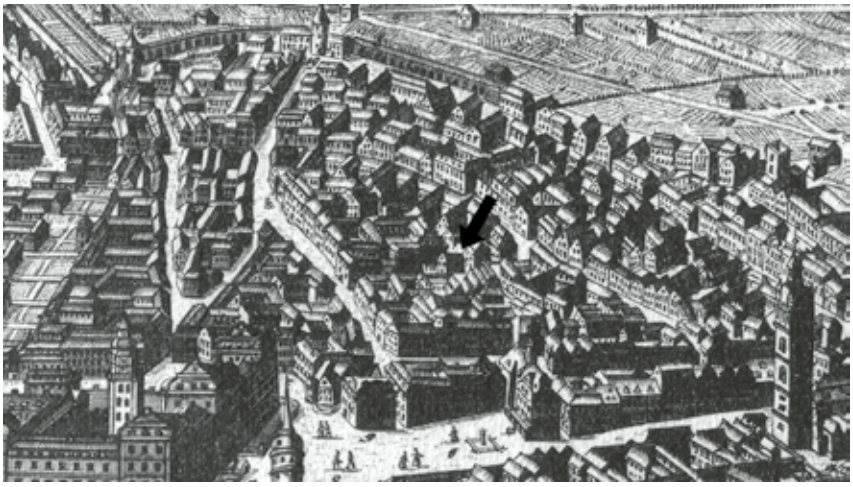


Abb. 5: Johann Jacob Hill, Prospect Des Hochfürstlichen Residenz Schlosses und Haupt Stadt Darmstadt Nebst Bessungen und Umliegender Situation, Ausschnitt mit Lage des Synagogenhofes Kleine Ochsengasse 12 (Pfeil), 1776.

an der linken Grundstücksgrenze befindliche Synagoge (im Weiß'schen Stadtplan „Judenschul") verbarg. An der gegenüberliegenden Seite reihten sich drei schmale Nebengebäude entlang der Grenze zum Nachbarn. Der Zugang zum Grundstück erfolgte von der Kleinen Ochsengasse über eine offene Hofeinfahrt, die auch die Eigentümer des im Nordwesten angrenzenden Nachbargrundstücks benutzten. Zum Gemeindebesitz gehörte ab Februar 1778 auch das ehemalige Wohnhaus des Schreinermeisters Helwig (Haus-Nr. 459), das den Komplex in der Tiefe ergänzte. Das im Grundriss L-förmige, zweigeschossige Gebäude mit Anbau war über einen gedeckten Zugang mit dem Synagogenhof verbunden und über eine Seitenstraße von der Großen Ochsengasse her zugänglich.[49]

Über das Aussehen der als Massivbau errichteten barocken Synagoge ist nur wenig bekannt. Der Weiß'sche Stadtplan von 1799 zeigt ein Gebäude mit nahezu quadratischem Grundriss von etwa 9 Meter auf 9,80 m mit Ausrichtung nach Südosten, wie an dem kleinen außen vorkragenden Toraerker zu erkennen ist.[50] Vermutlich vor der nordwestlichen Außenwand gegenüber dem Schrein befanden sich die in zwei Geschossen übereinander angeordneten Frauenplätze. Ein separater überdachter Zugang erschloss den ebenerdigen Frauenbereich vom vorderen Hof. Die „dreb wo die Weiber oben in die Schule gehen [zur Empore]" lag außen und war ebenfalls überdacht.[51] Von den ziemlich ungünstig disponierten Plätzen im Erdgeschoss konnten die Frauen den Gottesdienst kaum verfolgen.[52] Die Männer betraten den Gebetssaal durch einen eigenen Eingang ebenfalls vom vorderen Hof. Wie im 18. Jahrhundert üblich waren die Synagogenstühle mit den verschiebbaren Ständen um die in Raummitte angeordnete *Bima* gruppiert.[53] Den Raum schloss oben ein Gewölbe ab. In den Betsaal führten zwei Stufen hinab. An der Außenseite der Synagoge befand sich ein Stein mit hebräischen Buchstaben.[54] Dabei handelte es sich um eine Bauinschrift, die Bezug auf die Einweihung des Tempels in Jerusalem nahm (2. Chronik 5,1). Sie lautete: „Also ward alle Arbeit vollbracht im Jahr [5]497." Die hebräische Jahreszahl entspricht dem gregorianischen Datum 1736/37.[55]

Die Verhältnisse auf dem Synagogenhof waren äußerst beengt. Das mit einem Gewölbekeller ausgestattete Rabbiner- und Gemeindehaus an der Ochsengasse verfügte im Obergeschoss über die aus zwei Stuben und der Küche bestehende Rabbinerwohnung.[56] Im Erdgeschoss war im Jahr 1754 die Wohnung des Gemeindepedells Moses Löb Wolfskehl untergebracht.[57] Später wohnten dort auch die Vorsänger der Gemeinde.[58] Das Gemeindezimmer, in dem die Vorsteher und Untervorsteher der Landjudenschaft ihre Versammlungen abhielten, befand sich vermutlich im ausgebauten Dachgeschoss desselben Hauses.[59] 1798 erhielt das Gebäude einen rückwärtigen zweigeschossigen Anbau zur Unterbringung des Sitzungssaals im Obergeschoss und des Ritualbads im Erdgeschoss.[60] Die Mikwe wurde über eine Wasserleitung vom Brunnen der jüdischen Gemeinde gespeist.[61] Neben einer Laubhütte, die sich Rabbiner Jakob Brandeis 1752 hatte zimmern lassen, entstanden im Sommer 1790 eine neue Gerätehalle und ein Gemeindebackofen.[62] Die Anlage des Backofens hatte die Obrigkeit angeordnet, um die bis dahin in den Privathaushalten am Schabbat zum Wärmen von Speisen verwendeten feuerpolizeilich bedenklichen „Schabes Oefcher" und „Töpfe" zu vermeiden.[63] Christliche Bäckermeister kümmerten sich am Schabbat um den Betrieb des Ofens, dessen Kosten über das Gemeindebudget und ein von den Gemeindegliedern zu entrichtendes „Ofengeld" bestritten wurden.[64] Das an der Rückseite des Gemeindegrundstücks neu erworbene Wohnhaus ließ die jüdische Gemeinde noch im Sommer 1778 durch den hessischen Architekten und Ingenieur Johann Jakob Hill umbauen und restaurieren.[65] Das Gebäude, in dem Schreiner Helwig gegen eine Miete noch bis zu seinem Lebensende das Wohnrecht besessen hatte,

diente der Gemeinde zunächst als Hospiz für Kranke und Arme (*Hekdesch*). Auch betagte ehemalige Gemeindeangestellte wie der Gemeindediener Baruch Trier oder der Vorsänger Samson von Weisenau fanden hier ihre letzte Wohnstatt.[66] Vermutlich befand sich dort auch das 1796 erwähnte „thoden stübgen" (Sterbezimmer).[67] Im 19. Jahrhundert war in diesem „hinteren Gemeindehauße" die Religionsschule untergebracht, für deren jährliche Miete die Gemeinde 20 Gulden aus den Zinsen des Stiftungsfonds der Witwe des David Benedikt erhielt.[68]

Bildung des Stadt- und Landesrabbinats in Darmstadt

Die Errichtung einer Synagoge in der Stadt Darmstadt mit zugehörigem Rabbiner- und Gemeindehaus stand auch im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Rabbinats für die jüdische Gemeinde, für das eine stabile und dauerhafte Wirkungsstätte geschaffen worden war. Nach dem Tod des Jehiel Michel sowie des in Frankfurt residierenden Landesrabbiners Samuel Schotten im Jahr 1719 erhielt das für die gesamte Obergrafschaft zuständige Landesrabbinat mit Moses Löw Kann Bing einen bis zu seinem Ableben 1761 amtierenden Nachfolger, der das zunächst unbesetzte Darmstädter Rabbinat von Frankfurt aus mit betreute.[69] Als Sohn des hessen-darmstädtischen Hoffaktors Löw Isaak Kann war er selbst seit 1717 landgräflich-hessischer Hof- und Kammeragent und stand daher mit dem Hof Landgraf Ernst Ludwigs ohnehin in engem geschäftlichen Kontakt.[70] Erst zehn Jahre später wandten sich die Darmstädter Vorsteher Wolf Baruch und Löw Hayum namens der städtischen Judenschaft mit der Bitte an den Landgrafen, ihnen die Ernennung eines Rabbiners zu erlauben. Sie schlugen deshalb den „in jüdischen Sachen erfahrene[n] Jud[en] Mordge Halberstadt" vor, der sich in Darmstadt aufhalten solle, ohne eigenen Handel zu betreiben.[71] Offenbar war dieser aber schon „eigenmächtig angenommen" worden, wie der landgräfliche Geheime Rat im August 1729 monierte.[72] Landgraf Ernst Ludwig bestätigte jedoch in einem wenige Tage später ausgegebenen Reskript die Einsetzung des Mordechai Elieser Halberstadt als Rabbiner in Darmstadt und Stellvertreter des Landesrabbiners.[73] Er blieb bis 1751 im Amt, um dann als jülisch-bergischer Landesrabbiner nach Düsseldorf berufen zu werden, bis er schließlich 1769 dort als weithin angesehener Toragelehrter verstarb.[74] Auch die Aufnahme des neuen Rabbiners durch den im Januar 1729 verstorbenen Benedikt David in die Wohnung des vormaligen Rebbe Michel wurde als Eigenmächtigkeit moniert und vom Oberamt Darmstadt mit einer Buße belegt, da sie noch vor der Concession erfolgt sei.[75] Schließlich wurde Halberstadt nach einem landjudenschaftlichen Beschluss von 1738 eine Wohnung im Haus bei der Synagoge angewiesen. Dabei wurden die Kosten der Rabbinatswohnung derart aufgeteilt, dass die Landjudenschaft zwei Drittel und die Darmstädter Judenschaft den Rest übernehmen sollte.[76] Über die Kompetenzen des Darmstädter Rabbiners, die denen des Landesrabbiners in Frankfurt entsprachen, entschied Landgraf Ernst Ludwig in zwei grundsätzlichen Verordnungen, durch die Jurisdiktionsrechte für Zeremonialkonflikte und geringfügige Prozesse sowie schiedsrichterliche Funktionen *„ex aequo et bono"* (nach Recht und Billigkeit) in Schuld-, Erb- und Ehesachen festgelegt wurden.[77]

Damit waren für das Rabbinat in Darmstadt stabile Grundlagen geschaffen, die bis zur Emanzipationszeit Geltung hatten. Auf ihnen konnte der nach Weggang Mordechai Halberstadts auf einem im Juni 1751 einberufenen Landtag auf zunächst drei Jahre gewählte Rabbiner Jakob Brandeis Fürth aufbauen, der als Sohn des Kurmainzer Oberlandesrabbiners Moses Brandeis mit den Verhältnissen in der Obergrafschaft vertraut war.[78] Ihm wurde ein festes Gehalt von 200 fl. bewilligt, mit der Maßgabe, dass er die Wohnung seines Vorgängers bei der Darmstädter Synagoge übernehmen sollte. Seine Kompetenzen ebenso wie die für seine Amtshandlungen zu erhebenden Gebühren wurden ein Jahr später in einem detaillierten Vorstandsbeschluss festgehalten.[79] Als stellvertretender Landesrabbiner hatte er nach dem Ableben von Moses Kann dessen Amt mit zu versehen, da erst 1770 wieder ein neuer Landesrabbiner gewählt wurde. Als Brandeis im selben Jahr Darmstadt verließ, wurde die Rabbinatsstruktur in der Obergrafschaft insofern neu geregelt, als auf einem nach Darmstadt einberufenen Landtag neben einem Oberrabbiner (Süßmann Schnapper aus Bingen) ein zweiter (Simon Feist Flegenheim) und ein dritter Rabbiner (Model Strauß) gewählt wurden, wobei Simon die Funktionen des in Darmstadt amtierenden stellvertretenden Landesrabbiners übernahm.[80] Nach seinem Ableben 1793 folgte ihm zunächst sein Sohn Hayum Simon im Amt nach, bis dann der 1798 gewählte Calmann Israel Mengeburg aus Gelnhausen bzw. zuletzt Bingen als letzter Stadt- und Landesrabbiner der Obergrafschaft in Darmstadt amtierte.[81]

Angesichts des engen organisatorischen Zusammenhangs der Landjudenschaft der Obergrafschaft mit der Gemeindeadministration in Darmstadt muss davon ausgegangen werden, dass zumindest ein Teil der landjudenschaftlichen Vorsteher und weiterer Amtsinhaber zugleich gemeindliche Aufgaben wahrnahmen. Insbesondere sollte nach einer Vorschrift von 1716 die Aufnahme von Juden, besonders in der Stadt Darmstadt, nur nach ihrer Anhörung verfügt werden können.[82] Die in einem komplizierten

Verfahren gewählten Amtsinhaber entstammten ebenso wie die weiteren Funktionsträger des judenschaftlichen Landtags durchweg der gemeindlichen Oberschicht und verfügten jeweils über eine wirtschaftliche Basis, die ihnen für die Wahrnehmung von Gemeindeämtern die hierzu erforderliche Abkömmlichkeit garantierte.[83] An der Spitze stand das Kollegium der Vorsteher, das im 18. Jahrhundert fünf, später sechs Mitglieder zählte. Nach einem landgräflichen Dekret von 1730 sollten für diese, da sie aus verschiedenen Ämtern kamen, nicht die Oberämter, sondern die fürstliche Regierung als erste Instanz („*tamquam in prima instantia*“) zuständig sein.[84] Zwei der Vorsteher sollten aus Darmstadt kommen – es waren dies wohl stets die Vorsteher der dortigen Gemeinde –, die übrigen aus den Ämtern der Obergrafschaft. Von den ihnen zugeordneten Untervorstehern (*Tovim Medina*) zählten zwei zu Darmstadt, einer zum Land. Mitglieder des Vorstands waren zudem die beiden Obereinnehmer aus Darmstadt, zu denen sechs auf dem Land agierende Einnehmer kamen. Damit hatte der Vorstand 16 bis 17 Mitglieder.

Schon aus dieser Verteilung wird deutlich, dass das Gewicht der jüdischen Gemeinde Darmstadt innerhalb der Landjudenschaft erheblich war, obwohl nach einer Zählung von 1746 von 233 Steuerzahlern aus 59 Ortschaften der Obergrafschaft (und der Herrschaft Eppstein) nur 20 aus Darmstadt kamen. Nur gelegentlich wurden aus dem Kreis der Deputierten, die Hausväter aus den Gemeinden der Obergrafschaft repräsentierend, ein erweiterter Vorstand gebildet – so geschehen 1750, als es auf einer Vorstandssitzung um die Abwehr von Abtriebsrechten nichtjüdischer Antragsteller ging.[85] Zu bedenken ist jedoch, dass der Kreis der Vorsteher keineswegs über Autonomierechte gegenüber dem Landesherrn verfügte, wie sie z. T. in der Literatur angenommen werden.[86] Es stand im Interesse der Landgrafschaft, dass sich der Vorstand über Kompetenzen und seine Zusammensetzung mit der Obrigkeit verständigte. Deutlich wird dies in einer Korrespondenz zwischen der Regierung und dem Darmstädter Judenvorsteher Samuel Hayum Bacharach. Samuel bat 1725 den Landgrafen, ihn – wohl aus Altersgründen – von seinem Amt als Judenvorsteher zu entbinden. Dieser aber lehnte das Ansinnen mit der Anweisung ab, „zu fernerer pflichtmäßigen Continuation“ zur Verfügung zu stehen.[87] Da Samuel damit nicht zufrieden war, bat er darum, damit „die Last und Gefahr mir eben nicht gantz allein auf dem Halse liegen möge“, anstatt des emeritierten Wolf aus Pfungstadt „auch wieder zum dritten Mitvorsteher […] ein[en] nicht nur an sich, sondern auch ration des Vermögens tüchtig[en], unbefreundet[en], volljährig[en] und uninteressierten“ nebst zwei Beisitzern wählen zu lassen.[88] Die landgräfliche Regierung folgte dem, wies Samuel an, einen „tüchtigen Mann zum Mitvorsteher“ vorzuschlagen, und richtete diese Bitte wenige Tage später auch an das Oberamt Darmstadt, da dies in „ihrer hochfürstlichen Durchlaucht eigenen Interesse als [auch dem] der Judenschafft selbsten“ stehe.[89]

Die Situation der Darmstädter Judenheit im 18. Jahrhundert

Die Mitgliederzahl der Darmstädter Gemeinde, die von Landgraf Ernst Ludwig ab 1717 in sogenannten Judentabellen festgehalten wurde, wuchs bis zum Ende der Landgrafschaft 1806 trotz periodischer Einbrüche insgesamt stetig an.[90] Wurden 1738 und 1740 noch 24 schutzgeldpflichtige Haushalte gezählt, so wuchs diese Zahl 1746 bereits auf 30 Steuerzahler an, bis schließlich 1802 die Zahl von 50 erreicht wurde, was bei der Anzahl der nichtjüdischen Haushalte in der Stadt von etwa 2.000 einen Bevölkerungsanteil von ca. 2,5 Prozent ausmachte.[91] Daneben gab es in zunehmenden Maße Juden und Jüdinnen in der Stadt, die nicht mehr zur Schutzgeldzahlung in der Lage waren. Ab den siebziger Jahren ist eine gewisse Verarmung der Gemeindeglieder festzustellen. Dies belegen ein von Judenvorsteher Levi Nathan zu Darmstadt zusammen mit Hayum Gundersheim angelegtes Schuldenverzeichnis ebenso wie ein Bericht über die Vermögenslage des Darmstädter Juden Moses Trepp von 1780, der wegen seiner Armut nicht in die Gemeinde rezipiert werden konnte.[92] Anträge auf Erlass des Schutzgeldes von 1787, 1788 und 1791 gehen in die gleiche Richtung,[93] Doch schon seit 1748 wurden Klagen von Bürgermeister und Rat der Stadt Darmstadt laut, dass in die dortige „Judenherberge die frembden Betteljuden einquartiert werden“, was zu Belästigungen der Bürger führe, weshalb die Regierung gebeten werde, „daß keine dergleichen Betteljuden mehr in hiesige Residenz eingelassen“ werden – eine Klage, die dann zur Schließung der Bettelherberge führte.[94]

Ohnehin hatten die Landgrafen schon von Anfang an das Bestreben, möglichst viele Juden der Stadt und des ganzen Landes zur Konversion zum Christentum zu bewegen. Dies war Zweck der 1642 eingerichteten Zwangspredigten auf den „Judenkonventen“, die aber nur wenig bewirkten.[95] Der Darmstädter Jude Feibelmann Heilbrunn bat 1644 den Landgrafen um Übernahme der Patenschaft für seine Taufe.[96] Über eine Taufe des Darmstädter Juden Salomon von 1651 wurde ausführlich berichtet, und auch der konvertierte Jude Abraham Gerauer suchte 1666 beim Stadtrat um die Erteilung des Bürgerrechts nach.[97] Durch Übernahme von Patenschaften seitens landgräflicher Amtsträger versuchte die Obrigkeit, zusätzliche Anreize zu geben.[98] Mit der schließlich 1738/39 auf Initiative des Hofdiakons Johann Philipp Fresenius in Darmstadt

gegründeten „Proselytenanstalt“ wurden die landgräflichen Bemühungen institutionalisiert.[99]

Schon verschiedentlich war von den mit Misstrauen der Darmstädter Bürgerschaft beobachteten gewerblichen Aktivitäten der Darmstädter Judenschaft die Rede. Zumeist waren es die in den Zünften vereinigten Handwerker in Darmstadt, die den dortigen Juden als „Störern“ den Betrieb von Handel und Gewerbe erschwerten und sich des Beistands der Obrigkeit zu versichern suchten. Eine 1710 von der Krämerzunft zu Darmstadt gegen die „Judenschafft“ geführte Klage wurde freilich abgewiesen, weil die Kläger ihren Einspruch gegen den Handel der Beklagten („*in possessorio* ihres bißherigen Handels“) nicht beweisen konnten.[100] Als die gleiche Zunft einige Jahre später klagte, dass die Darmstädter Juden „mit unerlaubten Waren, worzu sie in ihrer Concession keine Erlaubnuß hätten, handelten,“ entschied die Regierung der Obergrafschaft 1743, „daß ein jeder Schutzjude allhier seine Concession abschriftlich einliefern solle“.[101] Da die Zünfte seit dem Ende des 16. Jahrhunderts teilweise auf Landesebene organisiert waren, wurden auch städtische Konflikte über das Marktwesen bisweilen überstädtisch geregelt.[102] Landgraf Ludwig IX. sah sich z. B. 1773 auf die Beschwerde der Krämerzünfte in der Obergrafschaft, dass sich die Juden nicht an die Zunftregeln von 1756 hielten, nach denen ihnen der Verkauf von Spezereien und Tüchern verboten sei, zu einer Relativierung dieses Verbots gezwungen.[103] Da den rezipierten Juden „eine Nahrung gegönnt“ werden müsse, sie aber „keinen Akerbau noch Handwerk treiben dörfen, auf dem Land nichts als den Viehhandel zum Nahrungsmittel übrig behalten“, sollten die Krämerzünfte denjenigen Juden, die aus Not Spezereihandel treiben, solchen gegen eine jährliche Gebühr gestatten.[104]

Gleichzeitig aber war die Darmstädter Judenschaft um den Bestand ihrer Marktrechte besorgt und beklagte sich deshalb bei der Regierung über dem Frankfurter Handelsjuden Aron Hayum Windmühl auf Betreiben von „große[n] und hohe[n] Standespersonen“ erlangte Handelskonzession in Darmstadt.[105] Viele Konflikte entstanden im Rahmen nachbarlicher Kollisionen zwischen Marktständen jüdischer und nichtjüdischer Händler. In einem vor dem Oberappellationsgericht Darmstadt geführten Prozess des Darmstädter Schutzjuden Amschel Lazarus Mannheim gegen die Mainzer Handelsgesellschaft von Giovanni Antonio Mella und Remigio Peverada, die in Darmstadt einen Krämerladen betrieb, um die Gültigkeit zweier Wechsel obsiegten die Letzteren nach einer gutachterlichen Entscheidung der Tübinger Juristenfakultät 1737, weil die jüdischen Händler keine Quittung hätten vorweisen können.[106] Um Streitigkeiten zwischen den auf Wochen- und Jahrmärkten in Darmstadt handelnden Kaufleuten zuvorzukommen, erließ Landgraf Ludwig VIII. 1765 eine umfangreiche Marktordnung. Wegen der gegen die Juden vorgetragenen Beschwerden, denen Vorkauf beim Angebot von Fischen vorgeworfen wurde, bestimmte er, dass ihnen „die Fische vorderhand hinwegzukaufen“ bei einer Strafe von 3 fl. verboten sei und sie Fische jeweils nur nach neun, im Winter erst nach zehn Uhr einkaufen dürfen.[107]

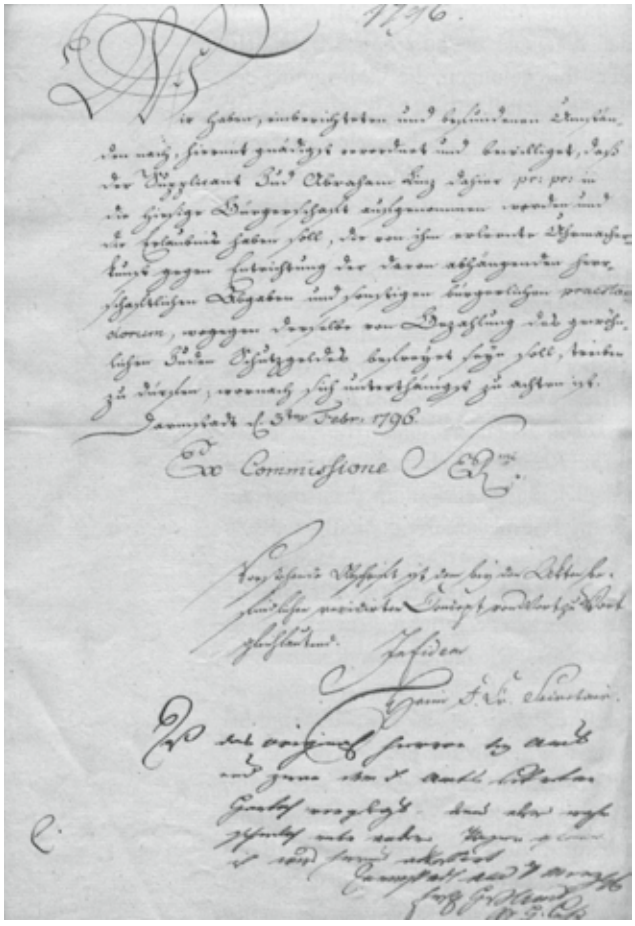


Abb. 6: Erste Darmstädter Bürgeraufnahme für einen Juden, den Darmstädter Uhrmacher Abraham Linz, von 1796. Stadtarchiv Darmstadt.

Mit dem vom Darmstädter Regierungs- und Oberappellationsrat Friedrich Jakob Schöndorf 1775 durch eine Denkschrift eingeleiteten Diskurs um die rechtliche Gleichstellung der Juden setzte auch in der Stadt Darmstadt eine Zeitenwende ein, durch die die Judenschaft im Rahmen der vorerst noch fortbestehenden Organisation der Landjudenschaft zu verlässlicheren ökonomischen Verhältnissen gelangte.[108] Trotz sukzessiver Verbesserungen, die sich anhand der landgräflichen Verordnungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bemerkbar machten, konnte die Emanzipation der Juden in Darmstadt erst nach dem Ende der Landgrafschaft erreicht werden.[109] Die rechtliche Gleichstellung erlangten vor 1803 nur Einzelne, wie der

als Uhrmachermeister reüssierende Abraham Jakob Linz, der als erster Darmstädter Jude das Bürgerrecht erlangen konnte.[110] Diese verzögerte Emanzipationsentwicklung in der Stadt Darmstadt hat sicher auch damit zu tun, dass die Gemeinde inzwischen stark verarmt war. Aus einer im Juli 1810 vom Vorstand der Landjudenschaft bei der zur Reform dieser Institution eingesetzten Kommission eingereichten Eingabe ergibt sich, dass bei einem Steuerkapital der städtischen Gemeinde in Höhe von 17.200 fl. (etwa der Hälfte der Summe der gesamten Judenschaft in der Obergrafschaft) die Darmstädter einen Schuldenanteil von knapp 3.400 fl. zu bewältigen hatten, während der Gesamtschuldenanteil der Landjudenschaft nur etwa das Doppelte umfasste.[111]

Der Kampf um die Emanzipation in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Mit dem von der Französischen Revolution ausgelösten Umbruch der politischen, rechtlichen und schließlich auch wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse änderte sich die Situation der Juden auch in Darmstadt grundlegend.[112] In den unter französischer Herrschaft stehenden Gebieten hatten sie die politisch-rechtliche Gleichberechtigung weitgehend erreicht. Im Großherzogtum Hessen konnte man sich den dadurch geweckten Erwartungen nur schwer verschließen, dies umso weniger, als das französische Departement Donnersberg mit Mainz nach dem Wiener Kongress 1816 zur hessischen Provinz Rheinhessen wurde. Zu den ersten Verordnungen, die im Zuge der einheitlichen Neuregelung der Staatsverwaltung ergingen, gehörte die am 19. Januar 1805 verfügte Aufhebung des so genannten Juden-Leibzolls. Auch der Ankauf von Grundbesitz durch Juden wurde weiter erleichtert. Einheitlich neu geregelt wurde die Führung besonderer Geburts-, Trauungs- und Sterberegister durch die Justiz- und Polizeibeamten der Städte und Ämter. Ein deutlicher Schritt zur Integration war die in einer Verordnung vom 15. Dezember 1808 damit verknüpfte Anweisung, dass für die Zukunft jeder jüdische Familienvater für sich und seine Nachkommen einen bestimmten deutschen Familiennamen wählen sollte, der binnen drei Monaten bei der Behörde einzutragen sei und alsdann keinem Wechsel mehr unterworfen werden dürfe.

Das Bemühen der Regierung um stärkere Integration und rechtliche Besserstellung der Juden mit dem Fernziel der vollständigen Emanzipation, von fortschrittlich-liberalen Vertretern des Bildungsbürgertums begrüßt und gefördert, stieß in der nicht nur wirtschaftlich rückständigen Landbevölkerung, vor allem im Odenwald und in der Wetterau, auf misstrauisches Unverständnis. Auch in der Handwerker- und Kaufmannschaft der Städte gab es Widerstände gegen die forcierte Gleichstellung im gewerblichen Bereich, so auch in Teilen der Darmstädter Einwohnerschaft. Die alte Judenfeindschaft kehrte in Darmstadt schon 1819 in den so genannten „Hepp-Hepp-Krawallen“ wieder. Am 12. August 1819 kam es zu antijüdischen Ausschreitungen in der Altstadt. Es wurden mehreren Juden die Fenster eingeworfen. Die Darmstädter Regierung verurteilte die Angriffe als unwürdig; sie passten nicht in ein Zeitalter, in welchem man mit Aufklärung und liberalen Gesinnungen so gerne zu prunken pflege.

Die städtische Politik hatte bereits vorher ein Zeichen für die Judenemanzipation gesetzt, indem man zunehmend jüdischen Einwohnern das Darmstädter Bürgerrecht zuerkannte. Die beiden Uhrmacher Abraham Linz und Gerson Lindheim hatten hier bereits 1796/97 den Anfang gemacht. Während in den folgenden Jahren nur einige wenige jüdische Gewerbetreibende die Bürgeraufnahme erreichten, waren es 1818 gleich 11 Mitglieder aus der jüdischen Kaufmannschaft. Mit der Verabschiedung der Verfassung des Großherzogtums Hessen und der Einberufung eines gewählten Landtags im Jahr 1820 wurden die Bemühungen um die bürgerliche Gleichheit der jüdischen Bevölkerung intensiviert. Ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung war die zum 1. Januar 1824 angeordnete Aufhebung aller noch fortbestehenden Sonderabgaben der Israeliten. Jüdische Kaufleute und Bankiers fanden nun auch Zugang zur Darmstädter bürgerlichen Gesellschaft. Das wirtschaftlich-geschäftliche Leben der Stadt war ohne die jüdischen Kaufleute längst nicht mehr denkbar. Eingeschränkt blieb dagegen der Zugang zum öffentlichen Dienst. Wer im Staatsdienst Karriere machen wollte, musste konvertieren.

Mit den politischen Bewegungen im Gefolge der französischen Juli-Revolution von 1830 bekamen auch die Bemühungen um die völlige Emanzipation neuen Schwung. Wichtig für die Vorbereitung neuer Landtagsinitiativen wurde ein 1832 in Darmstadt begründeter „Verein für sittliche und bürgerliche Verbesserung der Israeliten in dem Großherzogtum Hessen und in Deutschland überhaupt“. Eines der Vereinsziele war, Gelder aufzubringen, um die Kinder unvermögender Israeliten ein Handwerk erlernen zu lassen, außerdem die Unterstützung jüdischer Schulamtskandidaten beim Besuch der hessischen Lehrerseminare und jüdischer Theologen beim Philosophie-Studium an der Universität. Der liberale Abgeordnete Ernst Emil Hoffmann eröffnete im Januar 1833 mit einem Antrag zur Verbesserung der bürgerrechtlichen Stellung der Juden eine erneute Debatte um die Judenemanzipation, die jedoch in den allgemeinen politischen Wirren zunächst wieder unterging. Erst 1845 nahm der Abgeordnete der ersten Kammer, Freiherr Hans Christoph von Gagern, den Faden wieder auf, das Thema blieb von nun an regelmäßig auf

der Tagesordnung. Während der Landtag noch debattierte, schuf die Stadt Darmstadt bereits Fakten. Im Herbst 1847 besaßen bereits 82 Juden das Bürgerrecht, vermutlich der größte Teil der jüdischen Familienvorstände in der Stadt, womit die bürgerliche Gleichstellung der Juden auf kommunaler Ebene im Wesentlichen vollzogen war. Ende März 1848 legte Ministerialrat Reinhard Eigenbrodt dem Darmstädter Landtag einen Gesetzentwurf über die zugesagte Religionsfreiheit vor. Am 2. August konnte Minister Karl Jaup, das „Gesetz die religiöse Freiheit betreffend" unterzeichnen. Rein rechtlich war damit die endgültige Gleichstellung der Juden mit der christlichen Bevölkerung auch für Hessen-Darmstadt vollzogen. Mit dem Eintritt des Großherzogtums Hessen in den Norddeutschen Bund im Jahr 1869 und der Reichsgründung 1871 wurde sie endgültig. Aber jahrhundertealte Vorurteile gegen die jüdische Religion und Lebensweise konnte man damit nicht so einfach beseitigen.

Die Synagoge Kleine Ochsengasse 12 im 19. Jahrhundert

Die steigende Zahl der jüdischen Gemeindemitglieder löste während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschiedene Umbaumaßnahmen an der Synagogeneinrichtung aus. Ab Sommer 1808 liefen die Planungen für den Anbau einer neuen „Mann und Weiber Schuhle" an der Nordostseite der Synagoge. So fertigte Zimmermeister Kop im Juni 1808 eine Kalkulation für die Bestellung von Bauholz aus dem großherzoglichen Forst an, das die Gemeinde im Juli bei der Regierung beantragte.[113] Die Lieferung von Steinen, Sand und Bauholz im August zeigt den Beginn der Bauarbeiten an. Ab September waren Maurer, Zimmerleute, Dachdecker und Schreiner an der Synagogenbaustelle tätig. Die Besichtigung der Bauveränderung im Juni 1809 bedeutete wohl die Fertigstellung des Umbaus.[114] Der zweigeschossige Anbau enthielt die im folgenden „Hochschule" genannte Empore mit 32 Sitzplätzen für Männer sowie darüber eine „Emporbühne" mit 32 Frauenplätzen.[115] Ein neues Treppenhaus aus Holz mit einer „gewundenen Treppe" und eigenem „Treppendach" erschloss die neu geschaffenen Ebenen von Nordosten. Das Synagogengewölbe erhielt einen blauen Anstrich, der Außenanstrich des Gebäudes erfolgte in gelber Farbe.[116] Ein Streit um die Platzverteilung in der 1842 erneut umgebauten Synagoge lässt schlaglichtartig zusätzliche Einzelheiten zur Inneneinrichtung von 1809 erkennen.[117] Um „eine etwa 2 – 3 Stufen erhöhte viereckige Emporbühne" (*Bima*) seien auf jeder Seite etwa vier bis fünf Reihen mit Synagogenstühlen verlaufen. Obwohl der Vorstand sie eigentlich aus Platzgründen verboten hatte, gab es weiterhin „Vorderstühle" – sogenannte bewegliche Stände – und „Hinterstühle", die eigentlichen Sitzplätze.[118] Vier Ehrenplätze für besonders verdienstvolle Gemeindeglieder hätten sich unmittelbar gegenüber der Tora, also zwischen *Bima* und Toraschrein, befunden.[119]

Da der Zuzug der jüdischen Gemeindeglieder in die Residenzstadt anhielt, kam das Platzangebot in der Synagoge bald wieder an seine Grenzen.[120] Erst im Jahre 1842 entschloss sich die jüdische Gemeinde, ihre inzwischen teilweise baufällig gewordene Synagoge zu renovieren und zu vergrößern. Die Planung und Bauausführung wurde dem großherzoglichen Baumeister Georg Friedrich Brust übertragen.[121] Da eine Verlängerung des bestehenden Bauwerks auf dem schmalen Gemeindegrundstück nur in der Tiefe möglich war, durchbrach man die Nordostwand des Gebäudes und fügte eine Apsis hinzu. In dieser halbrunden Nische fanden „die heilige Lade, die Tribune, Chor und Kanzel ihre angemessenen Plätze auf der Ostseite".[122] Georg Naus Stadtplan von 1866 zeigt die

Abb. 7: Georg Nau, Stadtplan von Darmstadt (Ausschnitt), 1866, mit den Synagogen der Hauptgemeinde Kleine Ochsengasse 12 (1) und der Israelitischen Religionsgesellschaft Kleine Ochsengasse 14 (2). Stadtarchiv Darmstadt.

renovierte Synagoge in ihrer Neuorientierung nach Nordosten mit einem kleinen Vorbau an der Eingangsseite und der halbkreisförmigen Erweiterung an der gegenüberliegenden Seite.[123] Die Finanzierung des Umbaus erfolgte über Darlehen bei der Darmstädter Sparkasse und der Städtischen Vorkasse. Die Hälfte des Gesamtbetrages von 7.042 fl. konnte mit einer Summe von 3.540 fl. durch die Versteigerung der Synagogenstühle gedeckt werden.[124] 500 Gulden spendierte der Gemeinderat der Stadt. Dazu kamen noch Einzelspenden und die sogenannten Opfergelder der Gemeindeglieder.[125] Im Februar 1842 wurde die Synagoge ausgeräumt; bereits im August waren die Bauarbeiten beendet.[126] Die Ausmalung der Synagoge übernahm Hofmaler Michel.[127] Am Freitag, dem 26. August 1842, erfolgte um vier Uhr nachmittags die feierliche Einweihung der restaurierten Synagoge in Anwesenheit mehrerer Vertreter der großherzoglichen Regierung, ferner als Vertreter der Geistlichkeit der Prälat der evangelischen Landeskirche Karl Philipp Wilhelm Köhler und Hofprediger Dr. Karl Zimmermann mit weiteren Geistlichen der Residenz.[128] Auch der Stadtgemeinderat und viele andere Personen begingen mit der jüdischen Gemeinde diesen Festtag. In einem feierlichen Umzug trugen die Gemeindeglieder die Torarollen von dem provisorischen Gottesdienstraum zur Synagoge. Den Zug führten der Landesrabbiner Dr. Benjamin Hirsch Auerbach und der Gemeindevorstand an; ihnen folgten der Sängerchor und die Musiker, die Gemeindeglieder sowie der Lehrer mit der „Schuljugend“. Im Zentrum der Feier stand die in Deutsch gehaltene Predigt des Rabbiners. Dieser spannte thematisch den Bogen von der schicksalhaften Geschichte des Judentums bis hin zu den Veränderungen, die letztlich in der Religionsfreiheit und der Erlangung der bürgerlichen Rechte der jüdischen Bevölkerung mündeten. Eigens für diesen Tag hatte der überregional bedeutende Darmstädter Musiker und Chorleiter Herz Hähnle Hachenburger die Synagogengesänge komponiert.[129] Anschließend fand der erste Gottesdienst in dem neu eingerichteten Gotteshaus statt.[130]

Die *Großherzoglich Hessische Zeitung* berichtete eine Woche nach der Einweihung euphorisch und ausführlich über das Ereignis. Die Synagoge wird darin beschrieben als „ansprechendes, zweckmäßiges Gotteshaus“, dessen Inneres „durch werthvolle herrliche Lüstre und Candelabers geschmückt und verherrlicht“ werde. Der Berichterstatter verweist auf den Platzgewinn, der einerseits durch den Abbruch der früher in der Mitte gestandenen *Bima*, aber auch durch zusätzliche Galerien herbeigeführt worden sei. Auch die Einführung feststehender Bankreihen, sogenannter Subsellien, sei ein Gewinn.[131] Die durch die Umorientierung und zusätzliche Galerien bewirkten Veränderungen der Synagogendisposition, für deren Umsetzung sich der Gemeindevorstand in der Offenbacher Synagoge Anregungen geholt und Herz Hähnle Hachenburger ein Modell gefertigt hatte, sorgten für Irritationen und Unstimmigkeiten unter einigen alteingesessenen Gemeindegliedern, die auf ihre angestammten Ehrenplätze in unmittelbarer Nähe des Toraschreins nicht verzichten wollten.[132] Ein sich über Jahre hinziehender Rechtsstreit gegen den Gemeindevorstand ging zugunsten des klagenden Gemeindeglieds Abraham Jacob Linz aus.

Die viele Seiten füllende Akte dieses Rechtsstreits enthält eine Beschreibung der neuen Synagogeneinrichtung: Demnach waren die Plätze der Männer im Betsaal in sechs Reihen zu je 12 Sitzen mit Blickrichtung zum Toraschrein angeordnet. Drei Gänge unterbrachen die Reihen und bildeten zwei mittlere Blöcke mit Vierersitzen und zwei Blöcke mit Zweiersitzen an den Seitenwänden. Weitere Sitzplätze waren an der Rückwand der Synagoge angeordnet. Der Synagogensaal besaß zudem zweigeschossige Emporen („Emporbühnen“), die über drei Seiten verliefen. Während die untere Ebene an der Nordwest- und Südwestseite in zwei Reihen insgesamt 34 Männerplätze aufnahm, waren die Plätze der Frauen über zwei Geschosse an der Südostseite sowie in der oberen Ebene an der Fassade (Südwestseite) und an der Nordwestwand über den Männerplätzen verteilt. Der Zugang zu den Emporen erfolgte über eine innenliegende Treppe im Westen sowie über ein Treppenhaus an der Nordostseite neben der Apsis.[133] Insgesamt standen nun 122 Plätze für Männer und 119 Plätze für Frauen zur Verfügung.[134] Im August 1857 wurde auf der unteren Männerempore gegenüber dem Schrein ein neuer Standort für den Chor eingerichtet. Die bisherigen Besitzer der „Stühle“ erhielten neue Plätze im Betsaal, indem man die Sitzbänke über die seitlichen Gänge hinweg verlängerte. Die Planung für diese Umgestaltung hatte Stadtbaumeister Friedrich Anton Louis inne.[135]

Die überwiegend liberale Ausrichtung der jüdischen Gemeinde von Darmstadt hatte bereits während der Amtszeit des neoorthodoxen Rabbiners Dr. Benjamin Hirsch Auerbach zu Konflikten geführt. Die Auseinandersetzungen verstärkten sich mit dem Einbau einer kleinen Orgel in die Synagoge durch den Darmstädter Hoforgelbauer Heinrich Keller.[136] Der Gemeindevorstand hatte vorsorglich von drei Rabbinern aus Mainz, Offenbach und Gießen verfasste Gutachten eingeholt, die den Behörden die „Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit“ der Orgel in der Synagoge vor Augen führten. Die Rede zur Einführung des Musikinstruments in der neu eingerichteten Synagoge hielt am 28. August 1857 der reformorientierte Rabbiner Leopold Stein aus Frankfurt. Zur Feier waren viele nichtjüdische Gäste und einige der angesehensten Regierungsmitglieder geladen. Stein bemerkte wohlwollend die Einführung einiger litur-

gischer Reformen und lobte das Können des Chorleiters und fürstlichen Hofmusikers Hachenberger. Im Anschluss an den Gottesdienst lud die Gemeinde zu einem Festessen ein.[137] Die *Darmstädter Zeitung* lobte in ihrer Berichterstattung zur Orgeleinweihung die „Theilnahme Andächtiger aller Confessionen", die kaum alle Platz in dem Gotteshaus gefunden hätten. In seiner „meisterhafte[n] Rede" habe Rabbiner Stein nicht nur „die Zulässigkeit, sondern auch die Nothwendigkeit der Anwendung der Orgel beim israel. Gottesdienste" überzeugend nachgewiesen.[138] Die Orgel, die über ein Manual und vier Register verfügte, wurde zunächst von Hähnle Herz Hachenburger, dem Sohn Herz Hähnle Hachenburgers, gespielt. Da mittlerweile aus den Landgemeinden auch viele traditionell eingestellte jüdische Familien nach Darmstadt gezogen waren, stellte der Vorstand am 1. Mai 1860 wegen des halachisch umstrittenen Orgelspiels am Schabbat den nichtjüdischen Musiklehrer Christoph Heinrich Hahn gegen ein Gehalt von 150 fl. als Organist und Chordirigent in der Synagoge an.[139] Hahn komponierte sogar Choräle für einen Morgen- und Abendgottesdienst in der Synagoge.[140] Die erste Synagogenorgel der Darmstädter Judenheit hat sich bis heute erhalten. Sie wurde nach dem Umzug der Gemeinde in die Synagoge in der Friedrichstraße Ende 1876 an die katholische Kirchengemeinde der Heilig-Kreuz-Kirche in Hamm am Rhein versteigert und wird dort bis heute gespielt.[141]

Der wirtschaftliche Aufstieg des jüdischen Bürgertums bis zum Ersten Weltkrieg

In Darmstadt, wo 1849/50 die Revolution regelrecht einschlief und die 1848 eingesetzte Reform-Regierung abgelöst wurde, setzte in der politisch ruhigen Zeit der Folgejahre in Form einer verspäteten, dafür umso rasanter wirksamen Industrialisierung ein fulminanter wirtschaftlicher Aufschwung ein.[142] Die Industrialisierung erleichterte in Verbindung mit der Judenemanzipation seit 1848 die verstärkte Einbeziehung jüdischer Bürger in das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben der Stadt.[143] Bisher verschlossene Erwerbszweige standen ihnen nun offen, jüdische Unternehmer betätigten sich in neuartigen Produktionsbereichen, etwa dem Maschinenbau und der Zündholzfabrikation, engagierten sich daneben in starkem Maße im Fachhandel und als Bankiers. In einer Reihe von Fällen entwickelten sich in den Folgejahren aus anfänglichen Ladengeschäften oder auch Großhandlungen mit wachsender Konjunktur eigene Fabrikationsbetriebe.

Nicht am Bankenplatz Frankfurt, sondern in Darmstadt entstand 1853 mit der „Bank für Handel und Industrie" die erste moderne Aktien-Großbank des süddeutschen Raumes, der wenig später zur Banknoten-Emission die „Bank für Süddeutschland" angefügt wurde. 1859 übernahm der nachmalige Hofbankier Ferdinand Sander das Bankgeschäft von seinem Schwager Aron Messel und avancierte zu den führenden Darmstädter Bankiers, bis sein Bankhaus am Luisenplatz 1915 zur Filiale der Deutschen Bank wurde. Die eigentliche Domäne der jüdischen Kaufleute im Darmstädter Wirtschaftsleben blieb allerdings eindeutig der Handel. Gerade jüdische Kaufleute hatten am erst mit der Beseitigung der Zunft-Monopole möglichen Ausbau eines zunehmend fachlich spezialisierten Handels, der die althergebrachten Märkte ablöste, wesentlichen Anteil. Viele Juden waren im Stoff- und Textilhandel tätig, führten Geschäfte für Mode und Accessoires. Später kamen Schuhgeschäfte dazu, während der Lederhandel eine sehr viel ältere Tradition hatte. Daneben handelten jüdische Kaufleute mit Möbeln, Metallwaren, Spezereiwaren, Holz und Kohle.

Aus Konfektions- und Manufakturwarengeschäften entwickelten sich in den 1890er Jahren am Marktplatz die ersten jüdischen Warenhäuser, die zehn Jahre später mit ihren vom Jugendstil geprägten Kaufhaus-Neubauten für charakteristische neue Akzente im Stadtbild sorgten: das sogenannte Mainzer Warenhaus der Kaufleute Berthold Guggenheim und Isidor Marx (nach dem Ersten Weltkrieg Tietz) am Markt 5, vor allem aber das Haus der Brüder Elias und Sigmund Rothschild, 1897 aus dem Odenwald nach Darmstadt gekommen, mit der in wenig veränderter Form bis heute erhaltenen Markt-Fassade von Georg Wickop. Um den gewachsenen Käuferansprüchen Rechnung zu tragen, wurden auch zahlreiche andere Geschäfte modernisiert und erweitert. Josef Trier an der Ecke Wilhelminen-/Elisabethenstraße etwa war mittlerweile ein mehrstöckiges Möbel-Kauf- und Ausstellungshaus.

Politisches Engagement und soziale Differenzierung

Mit ihrem gewachsenen Gewicht im Wirtschaftsleben der Stadt übernahmen einige der führenden Vertreter der Darmstädter jüdischen Gemeinde auch Mitverantwortung in den politischen und wirtschaftlichen Führungsgremien. Der Begründer der Eisengroßhandlung Jakob Trier Sohn, Bernhard Jakob Trier, war von 1865 bis zu seinem Tod im Jahre 1873 erster Vertreter der Darmstädter Judenschaft im Gemeinderat. 1871 wurde der Maschinenfabrikant Heinrich Blumenthal, 1874 der Bankier Otto Wolfskehl ins Stadtparlament gewählt, dem sie beide bis über die Jahrhundertwende hinweg angehörten. Gewann Blumenthal mit seiner von Stadt und Regierung gestützten Grundstücks- und Bauentwicklungs-Gesellschaft maßgeblichen Einfluss auf den wirt-

schaftlich wichtigen Ausbau des Darmstädter Nordwestviertels, so begegnet der Name Otto Wolfskehls in diesen Jahren nicht nur im Landtag, dem er von 1875 bis 1887 als stellvertretender Vorsitzender der Zweiten Kammer angehörte, sondern auch 1864 als Gründungsmitglied des Bauvereins für Arbeiterwohnungen, ab 1902 als Vorstandsmitglied der Landeshypothekenbank, als stellvertretender Vorsitzender und kurzfristig als Präsident der 1862 errichteten Darmstädter Handelskammer. Mitglieder des damals 15-köpfigen Kollegiums der Kammer waren ab 1875 auch Heinrich Blumenthal, der Bankier Ferdinand Sander und Theodor Trier, Mitinhaber der Eisenhandlung. 1882 kam der Strohhutfabrikant Wilhelm Langenbach hinzu.

Abb. 8: Otto Wolfskehl (1841–1907), Bankier und Politiker. Stadtarchiv Darmstadt.

Die politisch und gesellschaftlich engagierten Unternehmer vom Schlage Wolfskehl, Blumenthal oder Trier waren allerdings letztlich doch Ausnahmeerscheinungen, nur bedingt repräsentativ für die jüdische Bevölkerung der Hauptstadt, auch wenn sie zum Ansehen des Judentums insgesamt wesentlich beigetragen haben. Die Zahl der in Darmstadt lebenden Juden hatte das zeitweilig rasante Wachstum der Darmstädter Bevölkerung mitgemacht. Wurden die ortsansässigen Israeliten 1815 auf ca. 400 geschätzt, hatten sie 1825 bereits die 500er Grenze überschritten. 1861 wurden 641, 1871 an die 906, 1885 1.305 und 1911 schließlich knapp 2.280 Einwohner israelitischer Konfession gezählt, darunter nun eine beträchtliche Zahl von Studenten der Technischen Hochschule (TH).[144] Unter der jüdischen Bevölkerung gab es trotz der allgemeinen Verbesserung der Lage eine erhebliche soziale Differenzierung. Mehr als vierzig Prozent der Mitglieder der jüdischen Gemeinde zählten ausweislich der Steuerlisten der 1860er Jahre zu den vier untersten Steuerklassen. Sie fristeten ihr Leben mehr schlecht als recht als Handwerker, Metzger, Kleinhändler und Ähnliches. während die großen Vermögen auf wenige Familien verteilt waren. Die Führung der Judenschaft lag eindeutig bei den Angehörigen der höheren Einkommensklassen. In den Listen der Vorstandsmitglieder fanden sich immer wieder die Namen der führenden Bankiers- und Kaufmannsfamilien: Wolfskehl, Trier, Neustadt, Sander und andere.

Spannungen innerhalb der jüdischen Gemeinde entstanden durch die Zuwanderung ländlicher Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die nicht nur zu den armen Bevölkerungsschichten zählten, sondern auch die bisherigen städtisch-bürgerlichen jüdischen Traditionen in Frage stellten.[145] Ihnen widerstrebte die in der Residenz bereits weit fortgeschrittene gesellschaftliche Assimilation, die zu einer gewissen, der allgemeinen Zeitrichtung entsprechenden Liberalisierung auch im religiösen Bereich geführt hatte. Die nach Darmstadt ziehenden Juden stammten zum großen Teil aus orthodox eingestellten Landgemeinden. Sie trafen nun auf die Darmstädter Gemeindemitglieder mit liberalerer religiöser Einstellung.

In Darmstadt bestanden schon seit den 1840er Jahren Streitigkeiten zwischen Traditionalisten und Reformern. Der seit 1835 amtierende orthodoxe Rabbiner Dr. Benjamin Hirsch Auerbach lag über viele Jahre im Streit mit dem liberalen jüdischen Gemeindevorstand. Der Streit wurde im Jahr 1857 schließlich durch die Amtsenthebung Auerbachs aus seinem Dienst durch den Großherzog beigelegt, die Fronten zwischen beiden Richtungen verhärteten sich jedoch in der Folge. Die orthodoxen Juden stießen sich an neu eingeführten liturgischen Elementen, an Gebetbüchern in deutscher Sprache, am neu zugelassenen Frauengesang, aber vor allem am Einbau einer Orgel in der Synagoge in der Kleinen Ochsengasse zur Begleitung des Gottesdienstes, die als christliches Element in einer Synagoge nicht angemessen sei. Die Orthodoxen fühlten sich vom vor allem aus liberalen Reformern bestehenden Gemeindevorstand unzureichend vertreten. Vor allem nach der Wahl des liberalen Reformers Dr. Julius Landsberger zum Landesrabbiner, der für die Vorsteher und Vertreter von ca. 200 Gemeinden zuständig war, sahen die Orthodoxen das Festhalten an

der mosaischen Religion der Väter, das dem Verfall des sittlich-religiösen Lebens entgegenwirken sollte, nicht mehr als gegeben an. Für die Bewahrung des jüdischen Glaubens in seiner unverfälschten Form schien es der strenggläubigen Richtung unvermeidbar, unabhängige Institutionen zu schaffen. Dies führte schließlich zur Spaltung innerhalb der Darmstädter Gemeinde.

Synagoge und Gemeindeeinrichtungen der neo-orthodoxen Gemeinde – Kleine Ochsengasse 14

Nach dem erzwungenen Weggang des neo-orthodoxen Rabbiners Dr. Benjamin Hirsch Auerbach im April 1857 nutzte die jüdische Gemeinde die Vakanz und die provisorische Verwaltung des Rabbinats durch den Religionslehrer Moses Mannheimer zu liturgischen Neuerungen wie die Einführung in Deutsch gesprochener Gebete und des gemischten Chores. Mit diesen und weiteren Veränderungen sowie der in aller Eile bis Ende August 1857 errichteten Orgel war für die streng religiösen Gemeindeglieder der Gottesdienst in der Gemeindesynagoge nicht mehr tragbar. Eine Gruppe von fünf Strenggläubigen, die sukzessive die Loslösung von der Gemeinde betrieb, versammelte sich auf Initiative des Rabbinatskandidaten Löb Sulzbach[er] aus Griesheim zunächst in einem Gebetsraum in „seiner Umgebung“ zum Gottesdienst.[146] Im Frühjahr 1858 wollte sie einen Saal im Haus des Gastwirts Lazarus/Alexander Wolf (Alexanderstraße) mieten. Mit einer Eingabe an die Regierung versuchte Mannheimer vergeblich, dies zu verhindern. Nachdem die Behörden den gesetzestreuen Gemeindegliedern die Erbauung eines „Bethauses“ auf eigene Kosten zustanden, richteten sie einen Gebetsraum im Haus des Bankiers Hermann Neustadt (Rheinstr. 32) ein.[147] Ab 1861 löste sich die orthodoxe Gruppe unter dem Namen Israelitische Religionsgesellschaft Darmstadt von der Hauptgemeinde und strebte die Gründung einer Austrittsgemeinde an. 1871 wurde der formelle Austritt erklärt, der aber erst nach Änderung der Gesetzeslage 1878 offiziell vollzogen werden konnte.

Bereits 1863 plante die Religionsgesellschaft einen eigenen Synagogenbau.[148] Auf den Namen von Löb Sulzbach[er] erwarb die Gemeinschaft für rund 8.000 fl. das Anwesen Kleine Ochsengasse 14. Auf dem Grundstück standen ein dreigeschossiges Wohnhaus sowie ein zweigeschossiger „Hinterbau“, daneben ein Waschhaus mit Abtritt, ein länglicher Seitenbau und ein Holzstall. In dem Hinterbau richteten die Mitglieder unter Leitung des Vorstandes Jonas Meyer und auf eigene Kosten ihren Betsaal ein, der nach Ansicht der Behörden jedoch nur als ein Raum für „Privatgottesdienste“ anzusehen war.[149] In dem zugehörigen Wohnhaus könnte sich die um 1869 eingerichtete „orthodoxe“ Religionsschule befunden haben.[150] Löb Sulzbach[er], der für die Gemeinschaft als Vorbeter und Lehrer tätig war, eröffnete die Synagoge inoffiziell mit einem Gebet und einer Ansprache. Die eigentliche Einweihung des *Bet Tfilat Yeshurun* genannten Gotteshauses erfolgte am 2. April 1864 durch Dr. Markus Lehmann, den Rabbiner der Mainzer Austrittsgemeinde und Herausgeber der Zeitschrift *Der Israelit*, unter Beteiligung der Mitglieder sowie zahlreicher nicht zur Religionsgesellschaft gehörender Personen. Der Chor der Mainzer Religionsgesellschaft begleitete den Gottesdienst. 1864 unterzeichneten die Vorstände Jonas Meyer und Herz Bodenheimer die erste Synagogenordnung.[151] Im September 1867 erfolgte die feierliche Einführung einer neuen Torarolle in das kleine Gotteshaus.[152]

Abb. 9: Gebäude der ersten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft in der Kleinen Ochsengasse 14 kurz vor dem Abriss der früheren Gemeindesynagoge Ochsengasse 12, um 1890. Stadtarchiv Darmstadt.

Abb. 10: Gebäude der ersten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft in der Kleinen Ochsengasse 14 mit neu angelegter Landgraf-Georg-Straße am Standort der früheren Gemeindesynagoge Ochsengasse 12, um 1925. Stadtarchiv Darmstadt.

Nach dem Abbruch aller auf dem ehemaligen Synagogen-Anwesen der Hauptgemeinde in der Kleinen Ochsengasse 12 befindlichen Gebäude im Jahr 1895/1896 standen die Gebäude des Nachbargrundstücks (Kleine Ochsengasse 14) frei und blieben bis zum Luftangriff auf die mittelalterliche Altstadt von Darmstadt im September 1944 erhalten. Mehrere historische Fotos zeigen das Hinterhaus, in dem die erste Synagoge der Religionsgesellschaft untergebracht war, aus verschiedenen Perspektiven. Es war über einen langen, schmalen „Seitenbau“ mit dem zugehörigen dreigeschossigen Wohnhaus des Lippmann May verbunden. Die Art der Fachwerkkonstruktion verweist auf eine gleichzeitige Entstehung des Ensembles in der Barockzeit. Der für die Nutzung als Synagoge umgebaute zweigeschossige „Hinterbau“ besaß ein massives Erdgeschoss.[153] An dem fensterlosen Fachwerkgiebel des quer zum Grundstück verlaufenden Mansarddaches zeichnete sich im Bereich der Mansarde der ursprünglich zu einem Satteldach gehörende Giebel des älteren Bestandshauses ab. Der apsisartige gemauerte Anbau mit spitzbogigem Eingang an der nordöstlichen Traufseite ist wohl nachträglich hinzugefügt worden. Da dieser halbrunde Anbau auf dem Nau’schen Stadtplan von 1866 noch fehlt, ist zweifelhaft, ob er überhaupt beim Umbau zur Synagoge entstanden und als Aufstellungsort des Toraschreins anzusehen ist. Erst mit der Freistellung des Gebäudes am Ende des 19. Jahrhunderts wäre ein Eingang an dieser Stelle sinnvoll. Offensichtlich fiel nur über die Gauben des später aufgesetzten Mansarddachs Licht in das Innere des kleinen Gebäudes, dessen Gebetssaal mit 100 Sitzplätzen ausgestattet gewesen sein soll.[154] Dass es sich hier um ein Provisorium handelte, wird auch an dem bereits nach acht Jahren in der Bleichstraße realisierten Neubau deutlich.

Synagoge und Religionsschule der Israelitischen Religionsgesellschaft Bleichstraße 2 und 4

Mit den Planungen für eine neue Synagoge im März 1872 stellte die Religionsgesellschaft einen wiederholten Austrittsantrag an die Regierung. Trotz des abschlägigen Bescheids schufen die Austrittswilligen vollendete Tatsachen, indem sie nacheinander die Synagoge, eine Religionsschule und ein Ritualbad errichteten und sogar einen eigenen Friedhof anlegten.[155] Im Oktober 1872 war das neue Gotteshaus im Bau und noch vor dem Winter 1872 unter Dach. Die Frauen bildeten ein Komitee zur Anschaffung eines Toravorhanges und weiterer liturgischer Utensilien.[156] Die Eröffnung der Synagoge erfolgte am Abend des 22. August 1873 durch Rabbiner Dr. Lehmann Marx. Nach einem Abschiedsgottesdienst im alten Betsaal Kleine Ochsengasse 14 brachte die Gemeinde die Torarollen in einem feierlichen Umzug in das neue Gotteshaus. In Anwesenheit der Gemeindeglieder, von Mitgliedern des Kreisamts und der städtischen Behörde betonte Rabbiner Marx in seiner Einweihungsrede die Bedeutung des Friedens unter den verschiedenen Religionsgemeinschaften der Stadt – vermutlich auch eine Anspielung auf die Konflikte mit der Hauptgemeinde.[157] Das jüdische Gotteshaus der Israelitischen Religionsgesellschaft befand sich in einem im 19. Jahrhundert neu angelegten Stadtviertel im Nordwesten von Darmstadt. Hier muss die Religionsgesellschaft im Jahr 1873 zwei zusammenhängende Grundstücke an der Ecke Grafenstraße/Bleichstraße erworben haben. Das Grundstück mit dem bestehenden Wohnhaus Grafenstraße 13 nutzte die Gemeinde weiterhin als Wohn- und Gemeindehaus, während auf dem angrenzenden Bauplatz Bleichstraße 4 die Synagoge errichtet wurde. Im Jahr 1875 oder im Jahr 1885 entstand auf dem freien Platz zwischen Synagoge und Wohnhaus ein größeres Gebäude (Bleichstraße 2), das als Religionsschule und Wohnhaus für den Religionslehrer diente, sowie hinten an das Schulhaus anschließend ein Ritualbad. Auf einem um 1900 angefertigten Luftbild aus dem Stadtarchiv Darmstadt sind die drei längsrechteckigen, mit der Giebelseite zur Bleichstraße ausgerichteten Gemeindegebäude zu erkennen. Sie orientierten sich in der Höhe am Baubestand der Umgebung.[158] Die von einem flachen Satteldach bedeckte, freistehende Synagoge war mit einer Breite von etwa 13,5 m und einer Länge von etwa 18 m das größte der drei nebeneinanderliegenden Bauwerke der Religionsgesellschaft.

Abb. 11: Luftbild mit der Liberalen Synagoge in der Friedrichstraße (1), der ersten orthodoxen Synagoge (2) und den zugehörigen Gemeindegebäuden (3) in der Bleichstraße, um 1900. Stadtarchiv Darmstadt.

Eine zeitgenössische Ansichtskarte vermittelt einen Eindruck vom Außenbau und vom Innenraum des Gotteshau-

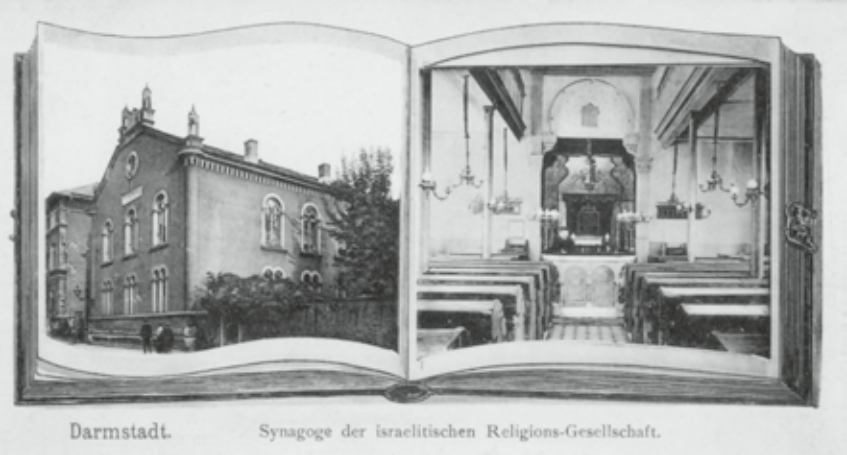


Abb. 12: Ansichtskarte mit der orthodoxen Synagoge in der Bleichstraße. Stadtarchiv Darmstadt.

ses der gesetzestreuen Israeliten.[159] Demnach verbarg sich hinter dem zweigeschossigen Gebäude ein Saalbau mit eingestellten Emporen. Der Zugang zur Synagoge erfolgte nicht direkt von der Straße, sondern vermutlich von der linken Gebäudeseite, wo sich auch das Tor zum Anwesen der Gemeinschaft befand. Wie das nicht durchfensterte Wandstück an der nordwestlichen Längsseite vermuten lässt, betraten die Gottesdienstbesucher zunächst eine Vorhalle. Diese öffnete sich in den Betsaal und verfügte gewiss auch über eine Treppe ins Obergeschoss. Ob über der Vorhalle Sitzplätze für Frauen oder die behelfsmäßige Religionsschule untergebracht waren, ist nicht mehr zu klären. Die an den Längswänden verlaufenden Emporen ruhten auf schlanken Stützen. Über der Emporenbrüstung war als Sichtschutz eine schmale Vergitterung angebracht. Der Orientierung des Raumes nach Südsüdost mit Toraschrein und *Bima* im Fokus entsprach auch die Anordnung der Bankreihen in zwei Blöcken mit einem breiten Mittelgang. Die Öffnung zum Schrein wurde rechts und links von je einem Pilaster gerahmt. Darüber bildeten Vorlagen und ein horizontales Band ein querrechteckiges Feld, in das eine Blende in Form eines großen Hufeisenbogens über reich verzierten Konsolen eingelassen war. In dessen Zentrum befand sich ein Relief der Doppeltafel mit den zehn Geboten. Der *Aron ha-Kodesch* mit reich verziertem Rahmen war offensichtlich an der Rückwand eines sich nach Südsüdost öffnenden schmalen Raums untergebracht.[160] Vor der vermutlich bis zum Boden reichenden Wandöffnung zum Schrein stand die *Bima* frei im Raum. Ihre Brüstung zierten Blendarkaden mit Würfelkapitellen. Um den Zugang zur *Bima* zu gewährleisten, waren die vorderen Subsellien kürzer als die übrigen Bänke.

Der im Rundbogenstil gestaltete Außenbau fiel vor allem durch seine gerundeten Fassadenkanten auf, die als flankierende schlanke Säulchen zu verstehen waren. Sie endeten in einem sockelartigen Aufsatz, über dem je ein kleiner durchbrochener Rundtempel aufragte. Das Motiv wiederholte sich über dem oben abgeflachten Giebel, indem zwei der Rundtempelaufsätze die Gebotetafeln rahmten. Die drei Fensterachsen an der Giebelfassade und die anzunehmenden drei Fensterachsen an der nach Westsüdwest ausgerichteten Längsseite waren identisch gestaltet. Während das Obergeschoss durch seine breiten rundbogigen Doppelfenster besonders hervorgehoben wurde, wirkten die hufeisenbogenförmigen Biforienfenster im Erdgeschoss schmal und kleinteilig. Sie ruhten auf einem umlaufenden Brüstungsgesims. Die hellen Fensterumrahmungen sowie ein Rundbogenfries unter dem Traufgesims setzten helle Akzente auf den einfarbig verputzten Fassaden.

Die Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft war die erste, deren Architektur, in aller Bescheidenheit, in den öffentlichen Raum von Darmstadt hineinwirkte. Sie unterschied sich durch ihre im Rundbogenstil gestalteten Fassade von den Nachbarhäusern und war durch besonders gestaltete Symbole als Synagoge gekennzeichnet. Dazu gehörten in erster Linie die Gebotetafeln als Giebelspitze in Verbindung mit einer Inschrifttafel unter dem Rundfenster im Giebelfeld. Ob mit den an Minarette erinnernden überlängten Ecksäulen die Säulen Jachin und Boas des Salomonischen Tempels zitiert wurden oder auf den orientalischen Ursprung der jüdischen Religion angespielt werden sollte?[161] Die überkuppelten Rundtempelchen des Giebels sowie die gleichsam zitathaft außen und innen verwendeten Hufeisenbögen stellten in dieser Hinsicht sicher eine gewollte Verbindung her. Der benutzte Bautypus nach einfachstem Saalschema mit Vorhalle fand sich vor allem bei kleineren jüdischen Gotteshäusern auf dem Land, beispielsweise bei der auch stilistisch vergleichbaren Synagoge im nordhessischen Wolfhagen. Die reduzierte Größe war in Darmstadt den geringen finanziellen Mitteln der noch kleinen orthodoxen Gemeinde geschuldet, die das Gebäude

auf eigene Kosten errichten musste. Viele Gemeinsamkeiten sind im Detail zu der fast gleichzeitigen, 1872 eingeweihten Synagoge von Seligenstadt zu erkennen. Hier ist neben dem Rundbogenstil auf die Ecktürmchen und den Aufsatz mit den Gebotetafeln zu verweisen.[162]

Die links an das Synagogengrundstück angrenzende Religionsschule (Bleichstraße 2) mit flachem Walmdach war ebenfalls freistehend und besaß drei Geschosse. Die dreiachsige Straßenfassade wurde in der Horizontalen durch umlaufende Brüstungsgesimse gegliedert. Die langen Fenster besaßen oben einen segmentbogenförmigen Abschluss. In dem Schulhaus befand sich neben zahlreichen Schulsälen eine „Aula". Für den Bau der „mit allen Errungenschaften der modernen Technik ausgestatteten Mikwe" hatte sich besonders Rabbiner Dr. Lehmann Marx eingesetzt.[163]

Die Liberale Synagoge in der Friedrichstraße

Als 1871 die Mitgliederzahl fast die 1.000 erreicht hatte, plante auch die Hauptgemeinde den Bau einer neuen Synagoge. Für den Erwerb des „Arbeitshaus-Geländes" in der Friedrichstraße stellte sie am 18. Oktober 1871 einen Antrag bei der Stadt Darmstadt.[164] Nach dem Nau'schen Stadtplan von 1866 befand sich das zum Abriss bestimmte städtische Arbeitshaus an der Nordseite der Friedrichstraße, an der Ecke zur Fabrikstraße.[165] Obwohl die Gemeinde bereits in Preisüberlegungen mit der Stadt eingetreten war, erwarb sie schließlich das dem Arbeitshaus gegenüberliegende unbebaute Grundstück der Saalbaugesellschaft. Im Jahr 1873 zahlte sie dafür die Summe von 27.609,71 Mark.[166] Gleichzeitig beantragte die liberale Gemeinde von der Stadt einen Zuschuss zum Synagogenbau, denn schließlich habe sie sich mit ihren Steuergeldern auch an der Finanzierung christlicher Gotteshäuser beteiligt. Die Stadt gab zum Synagogen-Neubau einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Gulden.[167] Bereits in den Jahren 1871/72 stand der ausgeführte Entwurf in seinen Grundzügen fest. Das Gebäude ist auf dem in diesen Jahren entstandenen Blumenthal-Plan als Projekt an seinem endgültigen Standort sogar schon eingezeichnet.[168] Der Darmstädter Baurat und Kreisbaumeister Eduard Wilhelm Köhler und Bauakzessist Georg Stephen Braden waren die entwerfenden Architekten.[169] Der Baubeginn ist für das Jahr 1873 anzunehmen, der Rohbau war vermutlich vor dem Winter 1874 vollendet. So sind für die Jahre 1873/74 Baukosten in Höhe von 124.735,43 Mark überliefert.[170] Die Gesamtkosten für Synagoge und Gemeindehaus werden im Jahr 1875 mit 270.630,86 Mark angegeben.[171] Als Steinhauermeister war Jacob Weiß beschäftigt, Zimmermeister J. M. Diehl aus Groß-Gerau und Hofdachdeckermeister Valentin Keller richteten das Dach auf und deckten es, die Heizung wurde von der Mainzer Firma Heckmann & Zehender geliefert. Von Juli bis September 1875 folgten die farbigen Glasfenster der Heidelberger Glasmalerei-Anstalt Heinrich Beiler. Am 22. November 1875 waren sämtliche Decken verschalt. Unter Leitung des Bauunternehmers Christian Alten aus Hanau konnte der Innenausbau bis zum 11. Dezember 1875 vollendet und schließlich der Kronleuchter aufgehängt werden. Bis zum 15. Dezember hatte die Orgelfirma E. F. Walcker & Comp. aus Ludwigsburg die „nach Zeichnung des Baumeisters" und Vertrag vom Juni 1875 ausgeführte Orgel zu einem Gesamtpreis von 6.730 fl. geliefert und aufgebaut.[172] Gleichzeitig entstand ab Oktober 1875 das Gemeindehaus an der westlichen Grundstücksgrenze. Hier arbeiteten vor allem Maurermeister Heinrich Simon aus Eberstadt, im Dezember der Darmstädter Dachdeckermeister Georg Mühlenberg.[173]

Erst ein archäologischer Zufallsfund brachte die Erinnerung an die Synagoge wieder ans Tageslicht. Sie war im Novemberpogrom 1938 so restlos zerstört worden, dass sich oberirdisch keine Spuren des Gebäudes erhalten hatten. Erst die im Jahr 2003 erfolgte Erweiterung des am gleichen Standort geplanten Krankenhauses führte bei Ausschachtungsarbeiten auf die im Boden verborgenen Grundmauern des einstigen Synagogengebäudes. Dasselbe konnte in seiner Bedeutung erst identifiziert werden, nachdem mehr als die Hälfte bereits abgeräumt war. Nur der Aufmerksamkeit einer Besucherin ist es zu verdanken, dass die Mauerzüge als Reste der untergegangenen Synagoge erkannt wurden. Ein umgehend verfügter Baustopp durch Oberbürgermeister Walter Hoffmann ermöglichte eine Freilegung der noch verbliebenen baulichen Relikte, die sofort mit archäologischer Akribie einsetzte. Es bedurfte intensiver Verhandlungen, um die Reste an ihrem Ursprungsort zu belassen und in die Neubaupläne zu integrieren, damit sie künftig als Erinnerungsort an die Pogromnacht wahrgenommen werden konnten. Diesem Ziel widmeten sich zahlreiche Darmstädter, Fachleute wie Laien, unter Beratung der kommunalen und staatlichen Denkmalpflege. Der Fund wurde deutschlandweit als Sensation gewertet, so dass sich ihm auch die Politiker zuwenden mussten. Ein besonderer Glücksfall war, dass der Restaurator und Maler Christian Häussler sich über zwei Jahre der zeichnerischen Rekonstruktion widmete, einer Aufgabe, die durch den Verlust der entscheidenden Primärquellen, wie der originalen Baupläne, besonders erschwert wurde. Selbst historische Fotografien erwiesen sich als extrem rar, so dass etliche Details der Innenraumgestalt bis heute im Dunkel liegen. Was diesbezüglich erkannt werden konnte, fand Aufnahme in einem Band, den Martin Frenzel herausgegebenen hat.[174] Eine weitere,

Abb. 13: Virtuelle Rekonstruktion der Liberalen Darmstädter Synagoge in der Friedrichstraße – Blick auf Nord- und Ostfassade. TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten.

auch für Laien verständliche Summe der Erkenntnisse stellt außerdem ein dreidimensionales Baumodell dar, das Christian Häussler zu verdanken ist. Es ist in der Neuen Synagoge Darmstadt zu besichtigen.[175] Seine Arbeit ist auch in die virtuelle Rekonstruktion der Liberalen Synagoge durch das Fachgebiet Digitales Gestalten der Technischen Universität Darmstadt eingeflossen.

Von den originalen Entwürfen der beiden Architekten sind nur drei kleinformatige Plankopien im Maßstab 1:250 überliefert. Sie betreffen den Gesamtgrundriss vom Erdgeschoss mit der Männersynagoge sowie dem Emporengeschoss der Frauen. In derselben Serie erhielt sich außerdem ein Aufriss der Eingangsfront an der Friedrichsstraße sowie der Aufriss der gegenüberliegenden Südfassade. Sie sind enthalten in einem „Skizzenbuch“ genannten Band, den der „Mittelrheinische Architecten- und Ingenieursverein“ im Jahr 1875 ediert hat. Zur Zeit der Drucklegung war die Synagoge noch im Bau, der in mehreren Details von diesen Vorentwürfen abwich. Dass sie dennoch so früh in antizipierter Vollendung publiziert wurden, lässt erkennen, wie viel Aufmerksamkeit man diesem Bau in Fachkreisen widmete. An den staatlichen Akademien gehörte der Synagogenbau noch keineswegs zu den Lehrplänen der damaligen Zeit. Es sollte bis 1884 dauern, bis mit Edwin Oppler ein namhafter, zudem endlich auch ein jüdischer Architekt zur Feder griff, um die Prinzipien des Synagogenbaus erstmals in einem Handbuch der Architektur in aller Knappheit zu erläutern.[176]

Die Synagoge der liberalen Gemeinde wurde durch den Darmstädter Stadtbaumeister Eduard Köhler und seinen Assistenten Stephan Braden entworfen und ausgeführt. Der vorgesehene Bauplatz stellte die Entwerfer vor große Probleme. An der Straßenecke von Friedrichstraße und Fuchsstraße gelegen, stand ein Rechteck zur Verfügung, das keine Orientierung des Gebäudes, wie es für eine Synagoge halachisch erforderlich war, erlaubte. Sie ent-

Abb. 14: Virtuelle Rekonstruktion der Liberalen Darmstädter Synagoge in der Friedrichstraße – Blick von der Westempore – hypothetische Farbgestaltung. TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten.

schieden sich für den Kompromiss eines Längsrechtecks, das nach Süd-Südosten ausgerichtet war und den Haupteingang in der Friedrichstraße vorsah. Der Grundriss kann mithilfe der summarischen Pläne aus dem Skizzenbuch beschrieben werden. Er ging von einem fast quadratischen Hauptraum von etwa 23 m Breite und 20 m Länge aus. Das Erdgeschoss sah eine Teilung in drei Schiffe vor, im Schema einer Hallenkirche mit eingestellten Emporen über beiden Seitenschiffen. Für jedes Schiff waren je sechs Säulen vorgesehen. Das Obergeschoss wiederholte das Schema des Erdgeschosses mit den je sechs Säulen, die in den Achsen des Erdgeschosses zu stehen kamen. Am unteren Ende war dem Hauptraum in ganzer Breite des Gebäudes eine Vorhalle vorgelegt, die für eine Synagoge üblich ist, um zwischen der profanen Außenwelt und dem sakralen Innenraum zu vermitteln. Außerdem wurden hier die männlichen Besucher geradeaus in die Männersynagoge gewiesen, während den Frauen zwei symmetrisch in den ausgerundeten Ecken der Vorhalle angelegte Treppen zur Verfügung standen, um die beiden Frauenemporen zu erreichen. Der Haupteingang lag in einem Risalit, der die Mitte der Fassade hervorhob und seitlich durch zwei schlanke, oktogonale Türme mit rundem Kern verstärkt war.

Im Innern öffnete sich die dreischiffige Männersynagoge zur Estrade, die über sieben Treppenstufen erhöht angelegt und gegenüber dem Mittelschiff leicht verengt war. Auf der Estrade kamen eine Kanzel und der *Almemor* zentral zu stehen. In gleicher Achse folgte eine dem Risalit angefügte Apsis, die mit dem Toraschrein das Allerheiligste aufnahm. Der enge räumliche Bezug von Kanzel, *Almemor* und Toraschrein ist ein klares Indiz für die religiös liberale Ausrichtung der auftraggebenden Gemeinde. Die Orthodoxie hätte den *Almemor* inmitten der Männersynagoge erfordert. Zu beiden Seiten wurde die Estrade durch zwei einander spiegelbildlich entsprechende Räume gerahmt. Die dafür vorgesehenen Kamine weisen darauf hin, dass von hier aus die Synagoge beheizt werden konnte. Die Räume selbst dienten dem Rabbiner und dem Kantor. Die beiden Ecktürme dieser Seite waren als Wendeltürme angelegt, über die alle Geschosse der Synagoge zu erreichen waren. In besonderen Fällen konnten sie auch als Notausgänge dienen. Die denselben vorangestellten Treppen ermöglichten es dem Rabbiner und dem Kantor, die ihnen zugewiesenen Räume auf kürzestem Weg von außen zu erreichen.

Das Äußere der Liberalen Synagoge lässt erkennen, dass die beiden Architekten sich mit der urbanistischen Situ-

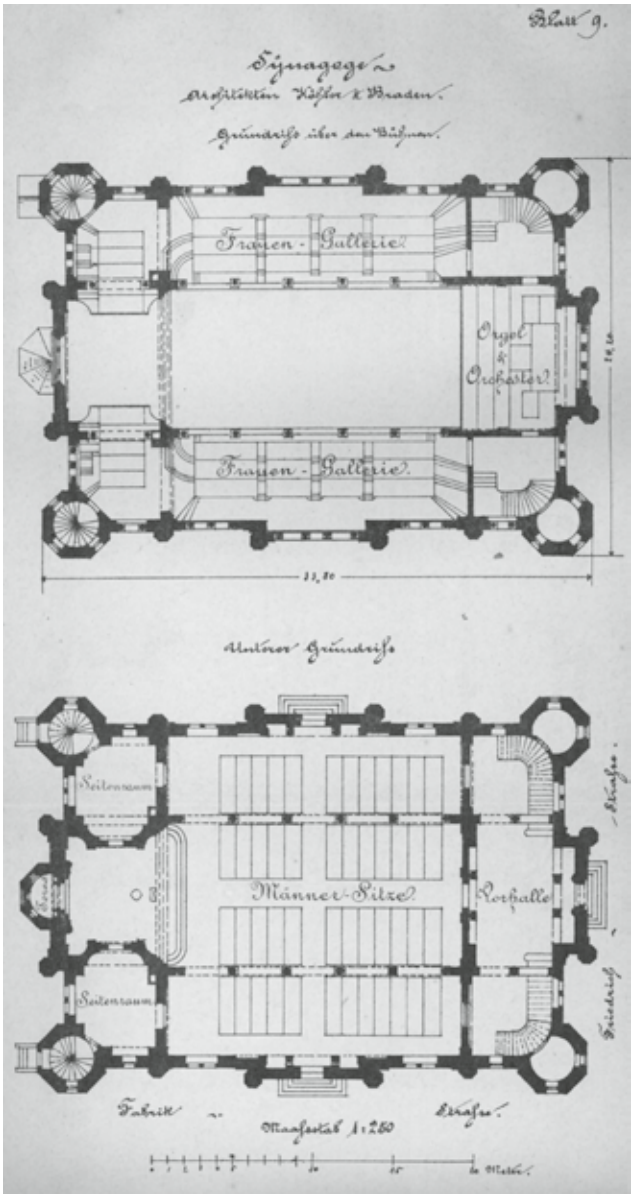


Abb. 15: Grundriss des Erdgeschosses und des Obergeschosses der Liberalen Synagoge nach dem Skizzenbuch 1875. Stadtarchiv Darmstadt.

Abb. 16: Innenraum nach Südosten mit Toraschrein. Stadtarchiv Darmstadt.

Abb. 17: Liberale Synagoge in der Friedrichstraße, Blick von Nordosten auf die Fassade und die Längsseite, Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt.

ation des an zwei Straßen liegenden Standorts intensiv auseinandergesetzt haben. Denn es ist ausgerechnet die Übereckansicht, die den besonderen, ja einmaligen Charakter dieses Bauwerks macht. Man erkennt dabei auf einen Blick die wechselseitige Korrespondenz der Fassaden, deren Elemente da wie dort zum Einsatz kommen, nur in unterschiedlichen Abständen. So wiederholen sich die Gliederungselemente der Schmalseitenfronten mit dem zentralen Eingangsrisalit und den flankierenden Polygonen anstelle der Kanten und ebenso die Ecktürme an den Langseiten. Deren größere Länge erlaubt es, entsprechend mehr Fenster unterzubringen.

Die äußere Erscheinung steht im Zeichen einer Betonung der Differenz zum Kirchenbau, mit dem sie nicht verwechselt werden will, sondern ihm selbstbewusst gegenübertritt. Das Erdgeschoss belichten schmale, extrem schlichte Rundbogenfenster, die einzeln oder zu Biforien gedoppelt Verwendung finden. Den einzigen Schmuck des Erdgeschosses bedeuten die rundbogigen Säulenportale, die mit ihren Säulenpaaren und dem massiven Bogenfeld als

Abb. 18: Liberale Synagoge in der Friedrichstraße, gesehen aus dem Garten des Stadtkrankenhauses. Stadtarchiv Darmstadt.

Abschluss über der Tür unverwechselbare Zitate aus der staufischen Romanik darstellen. Ihre Favorisierung im Synagogenbau geht auf den bereits erwähnten Edwin Oppler zurück, der mit der stilistischen Ausrichtung am Mittelalter darauf hinweisen wollte, dass damals Juden und Christen bereits einträglich nebeneinander gelebt und ihre Gotteshäuser in vergleichbaren Stilen errichtet hätten. Unverwechselbar jüdisch sind jedoch die Botschaften in Form der Bauinschriften über den Portalen, die auf die Sinnseite der Synagoge hinweisen. Am Bau wahrscheinlich auf Hebräisch verfasst, sind sie uns aus der Predigt überliefert, die Rabbiner Landsberger am Fest der Einweihung auf Deutsch gehalten hat. Über dem Hauptportal an der Friedrichstraße stand: „Mein Haus soll Gebethaus für alle Völker genannt werden." (Jes 56, 7) Über dem Portal der Ostseite stand „Gesegnet ist, wer da kommt im Namen Gottes." (Ps 118, 26) Gegenüber an der östlichen Längsfassade war zu lesen „Diese Pforte führt zu Gott." Dieses Zitat stammt nicht aus der Tora, wurde jedoch im Synagogenbau wiederholt angebracht, um die jüdische Identität und Verbindung zu Gott zu unterstreichen. Bedenkt man, dass die Tympana von Portalen im Bau von Kirchen in der Regel mit Figuren geschmückt waren, so wird an der Synagoge deren Ersatz durch das Wort geradezu zum programmatischen Ausdruck der jüdischen Religion.

Das stark profilierte Gurtgesims markiert eine deutliche Grenze zwischen Erd- und Obergeschoss, mit der die innere Struktur der unterschiedlich hohen Arkaturen bereits am Außenbau ablesbar wird. Im Unterschied zum massiven Erdgeschoss öffnete sich das Obergeschoss mit hohen Rundbogenfenstern, die als Hauptschmuck und wesentliche Lichtquelle anzusehen sind. In Form der einfach rundbogigen Öffnung, die zuseiten der polygonalen Pfeiler und Türme gewählt wird, ist die Grund- und Ausgangsform der Fenster zu sehen. Ihre Form entwickelt sich an den beiden Längsfronten über das zweibahnige Maßwerk zum breiten dreibahnigen Fenster über den Türen. Die auf Säulen stehenden Maßwerke wechseln stilistisch zur venezianischen Renaissance. Am oberen Ende sind der Bekrönung des Gebäudes Vielpassformen eingefügt, die als Anleihen an maurische Formen verstanden werden können. Die Giebel der vier Türme entsprechen sogenannten Welschen Giebeln, deren Bezeichnung bereits italienische Einflüsse erkennen lässt. Die Hinwendung zu Formen der Renaissance kann im Zusammenhang der deutschen Reichsgründung gesehen werden, mit der die Suche nach einem deutsch-nationalen Stil verbunden war. Einen solch typisch deutschen Stil glaubte man in der Renaissance und der Kunst Albrecht Dürers und der sogenannten altdeutschen Malerei gefunden zu haben. Im Vergleich zu Synagogen anderer deutscher Städte fällt auf, dass die Liberale Synagoge in Darmstadt in ihrem dekorativen Aufwand als durchaus zurückhaltend zu werten ist. Zudem fällt auf, dass in die Ausführung moderne Materialien einbezogen wurden. So bestanden die 24 Säulen der Arkaden aus Gusseisen. Eine derart weit geöffnete Arkadenarchitektur wäre in Stein sicher nicht auszuführen gewesen.

Für beide Architekten war eine Synagoge eine Konfrontation mit dem Unbekannten. Was lag für sie näher, als sich an bereits bestehenden Synagogenbauten zu orientieren. Es scheint, als habe die Darmstädter Liberale Synagoge sehr viel vom Bau der drei Jahre älteren Wiesbadener Synagoge übernommen. Besonders eng folgt sie der äußeren Gliederung des Wiesbadener Vorbildes hinsichtlich der Anlage mit den Risa-

liten. Andererseits sind jedoch auch zahlreiche Unterschiede zwischen beiden Synagogen zu bemerken. Der Wiesbadener Grundriss geht vom Zentralbau mit nicht weniger als neun Kuppeln aus. Eine derart üppige Instrumentierung war in Darmstadt ausgeschlossen, weshalb hier auf das wesentlich einfachere und kostengünstigere Schema der Halle zurückgegriffen wurde. Es ist sogar überliefert, dass der Bau einer Kuppel in Darmstadt ausgeschlossen wurde. Das lässt darauf schließen, dass Wiesbaden tatsächlich als Vorbild für Darmstadt diente, in seinem Umfang in Darmstadt jedoch buchstäblich reduziert werden musste, um realisiert werden zu können. Nur aus dem Verzicht auf eine zentrale Kuppel nach Wiesbadener Vorbild ist zu erklären, wie es zu den vier Ecktürmen in Darmstadt und den Giebeln über den Risaliten kommen konnte: Sie sind der Ersatz für die nicht ermöglichte zentrale Kuppel im Zentrum.[177]

Der Akt der Einweihung der Liberalen Synagoge am 23. Februar 1876 legte Zeugnis ab von einer lebendigen, in das Darmstädter Stadtleben integrierten liberalen Reformgemeinde. Die Fest- und Weihepredigt von Rabbiner Landsberger fand in Anwesenheit der obersten Repräsentanten des Fürstenhauses Hessen-Darmstadt sowie hochrangiger Stadtpersönlichkeiten statt. Auch der englische und der französische Gesandte, der hessische Ministerpräsident, die Vertreter der oberen Schulbehörden und Repräsentanten anderer Konfessionen nahmen an der Feierstunde teil. 1897 spaltete sich auch das Rabbinat für Darmstadt und die Landgemeinden. Dem Großherzoglichen Rabbinat I wurde die liberale Gruppe mit acht Landgemeinden zugeordnet, die seit 1898 von David Selver geleitet wurde. Dem Prediger der orthodoxen Religionsgesellschaft Marx wurde die Leitung des Rabbinats II der orthodoxen Landgemeinden übertragen. Beide Gemeinden entwickelten von nun an ein Eigenleben mit eigenen Gottesdiensten, Schulen, Vereinen und Wohltätigkeitseinrichtungen. Spätestens um 1900 hatte man einen Modus Vivendi gefunden, es herrschte nun gegenseitige Akzeptanz zwischen Orthodoxen und Liberalen.

Die Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft in der Bleichstraße und die zugehörigen Gemeindeeinrichtungen

Nach rund 30 Jahren kam das 1873 eröffnete Gotteshaus in der Bleichstraße an seine räumlichen Grenzen. Auch das Bedürfnis der strenggläubigen Darmstädter Jüdinnen und Juden, wie die Hauptgemeinde ein angemessenes Gotteshaus zu errichten, dürfte dabei eine Rolle gespielt haben. Als Architekt wurde von der jüdischen Gemeinde Georg Wickop beauftragt, der ab 1895 die Professur für Baukunst an der TH Darmstadt innehatte.

Verschiedene Faktoren erschwerten die Planung dieses Gotteshauses. Da die Religionsgesellschaft über kein nennenswertes Gemeindevermögen verfügte, war sie bei der Baufinanzierung auf großzügige Stifter angewiesen. Mit deren Spenden, dem Verkauf von Wertpapieren und der Veräußerung eines Grundstücks an die Stadt sowie Darlehen wurden die Neubaukosten in Höhe von 185.000 Mark abgedeckt.[178] Eine besondere Herausforderung stellte das nur 24 m breite und 27 m tiefe Grundstück dar, auf dem bereits der Vorgängerbau gestanden hatte. Überdies lag das Grundstück an einer schmalen Straße. Bei der architektonischen Gestaltung musste zudem Rücksicht auf das benachbarte Schulhaus genommen werden. Der historistische Bau sollte erhalten bleiben und mit der neuen Synagoge verbunden werden. Die Anordnung der liturgischen Einrichtung und das Raumprogramm folgten den Vorgaben des traditionellen jüdischen Ritus. Als Dreh- und Angelpunkt der Liturgie prädisponierte der mittig stehende, um drei Stufen erhöhte *Almemor* (*Bima*) geradezu den Bautypus des Zentralbaus, der sich auch durch das zur Verfügung stehende Grundstück anbot. Die Orientierung des Gebäudes nach Südsüdost entsprach der Gebetsrichtung des Vorgängerbaus. Die dem Gebäude wie ein Puffer zwischen Straße und Betsaal quer vorgelagerte Vorhalle bot dem Besucher den nötigen Abstand zur Vorbereitung auf den Innenraum, der den Eintretenden mit seiner „weihevollen ernsten Stimmung“ ergriff. Vor dem Toraschrein sollte die Lesekanzel stehen, rechts und links des Schreins waren die Plätze des Rabbiners und des Gemeindevorstands vorgesehen. Plätze für den Chor, 300 Sitzplätze für Männer im Erdgeschoss und 150 für Frauen auf den Emporen waren in dem Raum verteilt. Über den Emporenbrüstungen musste ein Sichtschutz angebracht werden. Die Ausführungspläne fertigte Wickop im Februar 1905, der Bau selbst war nach knapp zwei Jahren Ende November 1906 fertiggestellt.[179] Die Einweihung der neuen Synagoge der Religionsgesellschaft erfolgte am Sonntag, dem 25. November 1906. Bereits am Vortag hatte Großherzog Ernst Ludwig das neue Gotteshaus ausgiebig besichtigt.[180] Zu den besonderen geladenen Gästen der Eröffnungsfeier gehörte Oberbürgermeister Adolf Morneweg. Am Nachmittag versammelte sich die Gemeinde in dem bisherigen Betsaal zum *Mincha*-Gebet und trug, als gegen halb vier „zartes Glockengeläute“ erklang, die Torarollen in einem feierlichen Zug von dort zur neuen Synagoge.[181]

Die neue Synagoge bestand entsprechend ihrem typologischen Vorbild – der byzantinischen Kreuzkuppelkirche – aus einem zentralen Kuppelbau über quadratischem Grundriss mit sich zu den vier Seiten anschließenden tonnengewölbten, hier unterschiedlich breiten Querarmen.[182] Durch die Einbeziehung von der Erschließung und liturgischen Zwecken die-

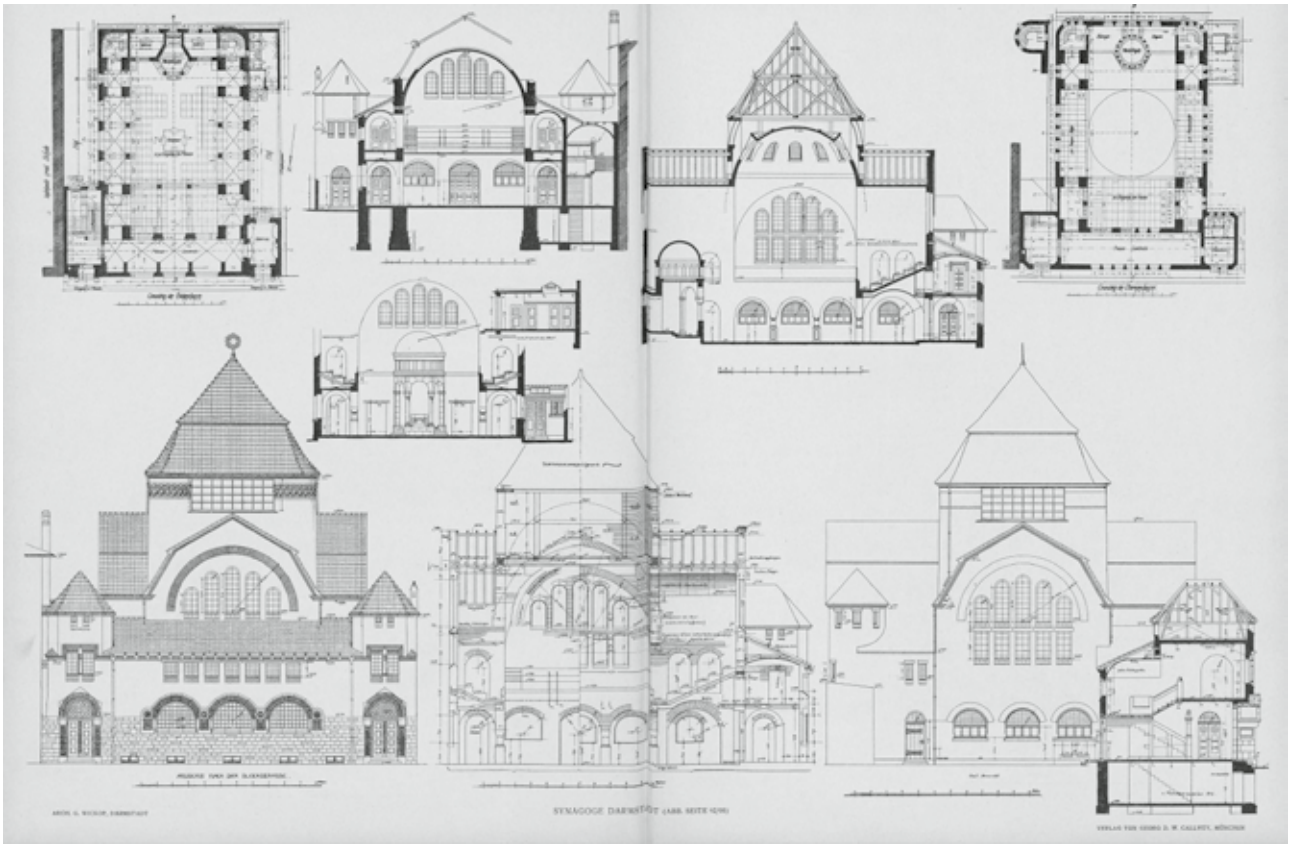


Abb. 19: Skizzen und Pläne der neuen orthodoxen Synagoge in der Bleichstraße von Georg Wickop. Reproduktion aus Baumeister 7 (1909), Heft 8.

nenden Nebenräumen in den Ecken und durch die Streckung der Querarme in der Hauptachse schloss sich der Grundriss zu einem Rechteck mit im Südosten abgerundeten Ecken. Letztere gehörten zu Türmchen mit gewendelten Treppen hinauf zur Sängerempore und zum Dachraum.

Der der Hauptfassade zur Bleichstraße vorgelagerte Eingangsbau mit Vorhalle wurde von zwei gedrungenen längsrechteckigen Ecktürmen flankiert, die links das Treppenhaus zu den Frauenemporen und rechts den ebenerdigen Männereingang aufnahmen. Damit war die Begegnung von Männern und Frauen in der Synagoge von vorneherein vermieden. Zwischen den Türmen befand sich die zweigeschossige Vorhalle. Drei breite farbig verglaste Arkaden öffneten sich hier zum Erdgeschoss. Ihre Kämpfer verliefen auf gleicher Höhe mit den rundbogigen, leicht vor die Fassade springenden Portalen rechts und links. Die filigran im Halbrelief gearbeiteten Dekorformen der Arkadenarchivolten aus grau-gelbem Muschelkalk setzten sich an den Bögen und Pfeilern der Hauptportale fort. Auffällig und charakteristisch für den Zeitgeschmack ist der bis zum Kämpfer der Bogenöffnungen reichende rustizierte Sockelbereich, der sich von den ansonsten glatt und hell verputzten Außenwänden absetzte. Diese standen wiederum im Kontrast zu den mit roter Mönch- und Nonneneindeckung versehenen Dächern. Einen auffälligen Gegensatz zu den Arkaden bildeten auch die ohne Umrahmung in die Wand einschneidenden sieben kleinen Fenster zum Obergeschoss der Vorhalle, die unmittelbar unter der Dachtraufe lagen. Wie diese einfachen Fensterformen setzte sich

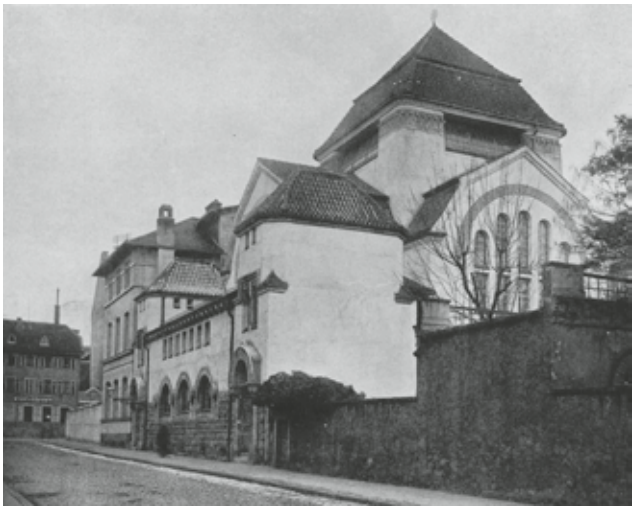


Abb. 20: Blick auf Fassade und Kreuzarm des Zentralbaus der neuen orthodoxen Synagoge von Nordwesten. Reproduktion aus Baumeister 7 (1909), Heft 8.

auch das Traufgesims mit Konsolen an den Ecktürmen fort. Die Türme waren mit Walmdächern und die Vorhalle mit einem Pultdach bedeckt.

Eine außergewöhnliche Gestaltung wies der im Grundriss quadratische Kuppelbau auf. Die vier an den Kanten gerundeten Eckpfeiler, die hier ein pyramidenartiges Mansardwalmdach trugen, erinnern an die Pylonen des Wiener Secessionsgebäudes von Joseph Maria Olbrich von 1897/98. In Darmstadt schlossen sie unter der Traufe mit einem breiten reliefierten Zierfries ab. Die zurückgesetzten Wände des Kuppelbaus endeten oben in einem Band gekrümmter Oberlichtfenster in der Art von Atelierfenstern. Die an den Kuppelbau anschließenden Querarme bildeten eigenständige Baukörper mit Mansarddächern, deren Stirnseiten jeweils fünf schmalhohe gestaffelte Fenster unter einem weiten Entlastungsbogen aus Backstein ausfüllten. Mit Ausnahme der zwei seitlichen Stirnwände erhielten alle Fenster eine farbige Verglasung, die, teilweise nach dem Entwurf von Johann Vincenz Cissarz, durch den Glasmaler Friedrich Endner ausgeführt wurden. Beide Künstler entstammten der Darmstädter Künstlerkolonie.

Die in Eisenbeton (Monier) ausgeführte Kuppel mit einem Durchmesser von 9,45 m lastete über den mit massigen Wänden ausgestatteten Eckräumen der Synagoge. Pendentifs leiteten vom quadratischen Grundriss über zum Rund der innen liegenden Kuppel, deren Fuß ein Kranz von zwölf rundbogigen Fenstern umzog. Diese erhielten ihr indirektes Licht über die Atelierfenster des Kuppelbaus. Drei der vier Querarme nahmen die Frauenemporen auf, deren Sitzplätze nach oben anstiegen. Die Emporen ruhten auf rundbogigen Arkaden über kräftigen Säulen mit Würfelkapitellen. Die recht wuchtige Arkadenzone unterschied sich architektonisch und optisch von der hell durchleuchteten, leichter wirkenden Gewölbezone. Vor dem Toraschrein war wie ein Baldachin ein kleiner Tempel über sechseckigem Grundriss aufgestellt. Über den rundbogigen Arkaden mit Würfelkapitellen erfolgte durch einen aus 32 Zylindersäulchen bestehenden Ring der Übergang vom Sechseck in das Rund der außen mit Mosaik verkleideten kleinen Kuppel. Die Empore mit vorne geschlossener Wand hinter der Kleinarchitektur war dem Synagogenchor vorbehalten. *Almemor* und Tempelchen waren aus teilweise poliertem Euville-Kalkstein gefertigt, die Architekturglieder und Brüstung des *Almemor* bestanden aus dunkelgrünem Marmor.

Die Wände des Gebetsraumes waren von dunklen geometrischen Mustern überzogen und von einem die Emporenarkaden oben abschließenden, umlaufenden hellen Gesimsstreifen gegliedert. Die Wandmalereien im Gewölbebereich fertigte Karl Lanz aus Frankfurt nach Angaben Georg Wickops in einem warmen, lichten Gesamtton. Bis in Höhe der Kapitelle war an den Wänden ein goldbrauner Sockel aufgetragen, über welchem sich die geometrischen Muster auf tiefviolettrotem Hintergrund verbreiteten. Das Innere der Kuppel war von einem von der Mitte ausstrahlenden, teilweise vergoldeten Sternmotiv mit blauem Wolkenfries bedeckt. Die Eingangsräume zur Synagoge waren in kalten Tönen gehalten, um einen Kontrast zum Hauptraum zu erzeugen.

Die Außenansicht der monumentalen Synagoge in der Bleichstraße vermittelte den Gegensatz zwischen einer historisierenden, fast fortifikatorisch wirkenden unteren Zone und den abstrakten kubischen Formen darüber. Das für die hessische Synagogenarchitektur herausragende

Abb. 21: Neue orthodoxe Synagoge in der Bleichstraße: Blick von der mittleren Empore auf den Heiligen Schrein. Reproduktion aus Baumeister 7 (1909), Heft 8.

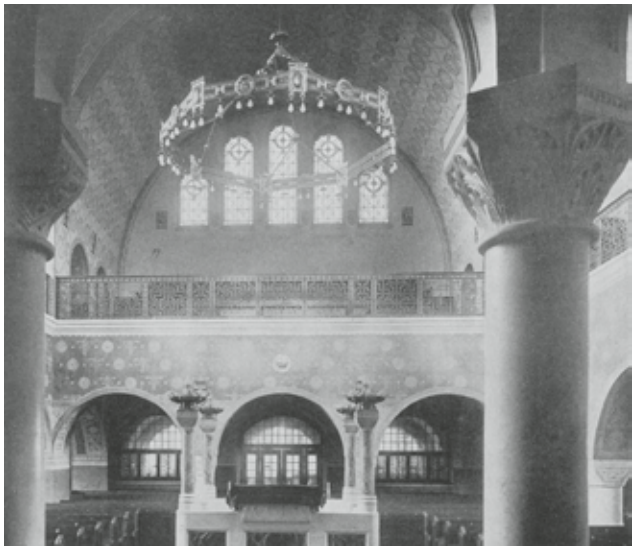


Abb. 22: Neue orthodoxe Synagoge in der Bleichstraße: Blick auf *Almemor* und Mittelempore. Reproduktion aus Baumeister 7 (1909), Heft 8.

Abb. 23: Virtuelle Rekonstruktion der Darmstädter Synagoge in der Bleichstraße – Blick auf die Eingangsfassade. TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten und Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

Abb. 24: Virtuelle Rekonstruktion der Darmstädter Synagoge in der Bleichstraße – Blick auf *Bima* und Toraschrein. TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten und Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

jüdische Gotteshaus stellte den Versuch dar, eine Stadtsynagoge in das Spannungsfeld von Historismus und Moderne zu stellen, indem es der gleichzeitig entstehenden Profanarchitektur der Mathildenhöhe komplementär gegenübertrat.

Das zwischen 1875 und 1885 erbaute Schul- und Gemeindehaus (10,75 m auf 15,50 m) wurde 1906 umgebaut und mit dem neuen Synagogenbau verbunden. Der Hauptzugang erfolgte von der Grafenstraße über einen eigenen Hof. In jedem der drei Geschosse waren zwei etwa 18 qm große Schulsäle untergebracht. Im Erdgeschoss des Gebäudes befand sich zudem ein längsrechteckiger Betsaal mit Toraschrein. In dem rund 9 m auf 3,50 m großen Raum hatten 55 Personen Platz. Im ersten Obergeschoss waren ein Bibliothekszimmer mit alten Judaica und Hebraica sowie ein Lesezimmer eingerichtet. Das zweite Obergeschoss fasste drei weitere Räume, die als Wohnung für den Religionslehrer und Kantor dienten. Im Keller des Schulhauses waren eine Schulschreinerei mit Hobelbank, Schraubstöcken und Werkzeugen sowie ein Gärtnereischulraum eingebaut. Ebenfalls im Jahre 1875 bzw. 1885 war südlich an das Schulhaus ein etwa quadratisches zweigeschossiges Hinterhaus (10,75 m auf 11,50 m) angebaut worden. Im Erdgeschoss befand sich das 1930 mit einem Kostenaufwand von 10.000 Mark neu eingerichtete Ritualbad der Gemeinde. Es verfügte über einen Warmwasserkessel mit Speicher, zwei „Zellen“ mit dem Tauchbecken und zwei „Zellen“ mit je zwei Badewannen. Der Warteraum war mit Sesseln, Teppich, Tisch, Spiegel sowie einem Schrank mit Bademänteln, Wäsche, Handtüchern und Föhn ausgestattet. Das Obergeschoss desselben Hauses fasste vier Räume für den Jugendverein Hechaluz und eine Küche für die Schulspeisung. Zu dem Gesamtkomplex gehörte weiterhin das Haus Grafenstraße 13, in dessen Erdgeschoss zwei Räume für das Gemeindesekretariat und im Obergeschoss Privatwohnungen untergebracht waren.[183]

Der politische Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

In den Jahren der sogenannten Gründerkrise ab 1873 erstarkte ein zunächst publizistisch propagierter Antisemitismus, der mit der Berliner Bewegung des 1879 in den preußischen Landtag und kurz darauf in den Reichstag gewählten Hofpredigers Adolf Stoecker zur politischen Kraft wurde. Diese Bewegung hatte auf die Darmstädter Verhältnisse zunächst keinen spürbaren Einfluss. Einem als Rundschreiben versandten Petitionsentwurf der Berliner Antisemiten-Liga stellten sich Oberbürgermeister Albrecht Ohly und die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 25. November 1880 energisch entgegen. Auch die antisemitische Bewegung des Bibliothekars Dr. Otto Böckel konnte in der Stadt nicht Fuß fassen. Sie war zunächst primär auf die bäuerliche Bevölkerung Oberhessens und der Schwalm ausgerichtet. Hier war man nur allzu gern bereit, die Juden wie so oft zuvor zum Sündenbock für die vielfältigen Probleme einer Periode wirtschaftlich-sozialen Umbruchs zu deklarieren, an deren Erfolge die ländlichen Gebiete kaum teilhatten. In der Folgezeit kam es zu ersten Stützpunktbildungen im hessischen Ried und im Odenwald. Böckel beklagte sich schon 1889 über die Behinderung seiner Arbeit durch die großherzoglichen Behörden. In der Tat wies Oberstaatsanwalt Paul Schlippe, als Ministerialrat im Innen- und Justizministerium zugleich Mitglied der Staatsregierung, die Staats- und Amtsanwälte der Provinz Starkenburg mit Erlass vom 20. Dezember 1890 an, die Antisemitenbewegung sorgfältig zu beobachten und gegen strafbare Ausschreitungen mit Rücksicht auf die Störung des öffentlichen Friedens sofort und streng einzuschreiten. Am 29. Oktober 1890 erwirkte eine sechsköpfige Deputation der Judengemeinden aus den drei Provinzhauptstädten eine Stellungnahme Großherzog Ludwigs IV., in der dieser die gehässigen Anfeindungen der Juden missbilligte.

Seit den 1890er Jahren formierte sich jedoch unter der Führung des Samenhändlers Adolf Theiß eine judenfeindlich eingestellte Gruppierung, der Deutsche Reformverein Darmstadt, die stärkeren Anklang unter den städtischen Einwohnern fand. Die von Theiß begründete Zeitschrift *Der Landwirth und Bienenzüchter* reihte sich mit ihren Hetzartikeln gegen die Juden nahtlos in die Reihe einschlägiger Publikationsorgane antisemitischen Zuschnitts ein. Die erste Großveranstaltung der Darmstädter Antisemiten war der Auftritt des Ex-Hofpredigers Stoecker, der am 23. Juni 1891 vor mehr als 1.000 Menschen im Städtischen Saalbau die „zersetzende Wirkung des jüdischen Geistes auf die

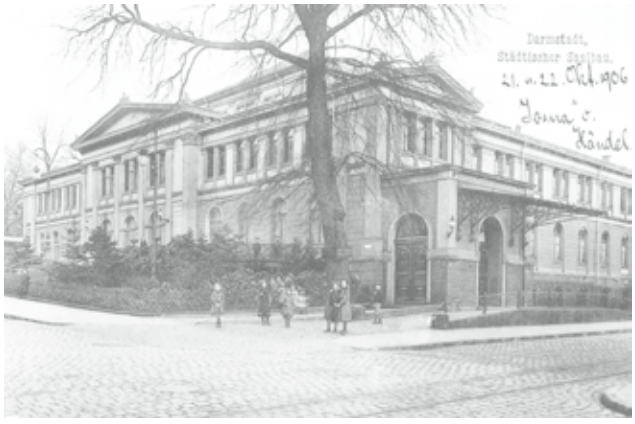


Abb. 25: Der 1873 eingeweihte Saalbau, Ort antisemitischer Veranstaltungen in den 1890er Jahren. Stadtarchiv Darmstadt.

deutsche Volksseele“ brandmarkte. Am 4. Dezember 1891 sprach dann die Leitfigur der Antisemiten in Oberhessen Otto Böckel vor diesmal 1.900 Zuhörern im Saalbau. Gewalttätige Ausschreitungen gegen Juden blieben Ausnahmefälle, wenn auch hie und da von ruhestörendem Lärm, einzelnen Sachbeschädigungen und Hepp-Hepp-Rufen berichtet wurde. Hetzreden in Versammlungen und antisemitischen Zeitschriften waren jedoch an der Tagesordnung. Der Vorstand der Darmstädter Religionsgemeinde hatte schon nach der Gründungsversammlung des Reformvereins über das Kreisamt bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Religionsbeleidigung eingereicht, die offenbar nicht viel erbrachte. Auch spätere Klagen hatten keinen Erfolg. Bei der Reichstagswahl im Juni 1893 stimmten in Darmstadt bereits gut 15 Prozent für den antisemitischen Publizisten Viktor Hugo Welcker, fünf Jahre später waren es 23,5 Prozent. Bei der Darmstädter Stadtverordneten-Wahl wurde im November 1895 mit Bormet der erste antisemitische Kandidat gewählt. 1901 folgte mit Ludwig Götz noch ein zweites Vorstandsmitglied des Reformvereins. 1904/05 waren es dann drei antisemitische Stadtverordnete (von insgesamt 42).

Beim unstrittigen Erfolg der Antisemiten in der Residenzstadt mag es eine Rolle gespielt haben, dass das beträchtliche Anwachsen der Einwohnerschaft im Zeichen der industriellen Konjunktur Tausende Zuwanderer vom Lande, aus dem Odenwald, aber auch aus Oberhessen in die Stadt gebracht hatte, die dort nie ganz erloschene antijüdische Vorurteile mit sich brachten. Wichtigstes Wählerpotential der Antisemiten in Darmstadt waren aber offenbar die kleineren Gewerbetreibenden und Geschäftsleute sowie die wachsende Schicht der mittleren Beamten und Angestellten. Die Anzahl der politischen Mandatsträger der Antisemiten blieb jedoch bis zum Ersten Weltkrieg begrenzt, und auch am großherzoglichen Hof konnte die Bewegung nicht Fuß fassen. Die auf den Bevölkerungsanteil der Juden bezogenen hohen Zahlen jüdischer Studenten waren einer der zentralen Kritikpunkte des Antisemitismus. Der ausgeprägte studentische Antisemitismus, der sich an der Technischen Hochschule formierte, richtete sich allerdings primär gegen die relativ große Zahl russisch-jüdischer Studenten. Einen traurigen Höhepunkt bildete die Tötung des aus Russland stammenden jüdischen Ingenieur-Studenten Alfred Weiser im Jahre 1912, die als Duell erklärt wurde, letztlich aber Ergebnis einer antisemitischen Hetz-Kampagne war.

Als dann 1914 mit den Darmstädter Regimentern zahlreiche jüdische Soldaten und Offiziere mit ins Feld zogen, und als 34 jüdische Soldaten aus Darmstadt gefallen waren, hoffte die jüdische Gemeinde, dass das Leid des Krieges etwas Positives bewirkte, dass die vom Antisemitismus des Kaiserreichs künstlich hoch geputschten Spannungen überwunden wären.[184] Rabbiner Dr. Bruno Italiener, während des Kriegs selbst jüdischer Feldgeistlicher, sprach bei der Einweihung des jüdischen Gefallenen-Ehrenmals auf dem Bessunger Friedhof am 5. November 1922 sehr bewusst von denen, die als „deutsche Juden, als Deutsche und als Juden“, gefallen seien, und richtete eine ernste Mahnung an die „betörten, irregeleiteten Toren, für die der Name Jude ein Schimpfwort ist, ein Makel der Geburt, den, wie sie glauben, alle Blutströme der Welt, alle noch so großen Opfer von Liebe und Hingabe nicht abzuwaschen vermögen.“ Er konnte nicht ahnen, dass den von ihm beschworenen „irregeleiteten Toren“ nichts galt, was jüdische Mitbürger während des letzten Jahrhunderts in Krieg und Frieden in diesem und für dieses Land, aber auch ganz konkret für die Stadt Darmstadt geleistet hatten. Auch hier setzte sich in der Zeit der Weimarer Republik ein militanter Antisemitismus deutschvölkischer Gruppierungen durch. Gruppen wie der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund riefen schon 1920 unverblümt: „Auf zum Pogrom“.

An der TH Darmstadt gründete sich, wohl schon 1919, ein „Hochschulring deutscher Art“, der im AStA der Hochschule 1924 vorübergehend mehr als zwei Drittel der Sitze errang. 1926 bereits wurde hier der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund gegründet, der 1931 mit 46 Prozent die relative Mehrheit der Stimmen erreichte. Die nationale Rechte in der Studentenschaft konnte zweifellos auch unter den Professoren auf Sympathie rechnen. Im Gegensatz zu den Studierenden standen die Professoren der Technischen Hochschule der NSDAP allerdings eher reserviert gegenüber. Während die Studierenden in den 1920ern immer radikalere völkische, antidemokratische und antisemitische Parolen schwangen, äußerten sich die Professoren kaum zu politischen Fragen. Vor diesem Hintergrund muss man auch den sogenannten Fall Goldstein sehen, den Streit zwischen Landesregierung und Hochschule um den jüdischen Privatdozenten Dr. Julius Goldstein, der von Staatspräsident Ulrich am Vorschlagsrecht der Hochschule vorbei zum außerordentlichen Professor der Philosophie am neu begründeten Pädagogischen Institut der TH Darmstadt ernannt wurde.[185] Die korporierten Studierenden boykottierten im Wintersemester seine Vorlesung. In der mehrtägigen Landtagsdebatte zum Thema Goldstein im Januar 1926 proklamierte der antisemitische Politiker Ferdinand Werner offen, er habe den ihm schädlich erscheinenden Einfluss des Judentums stets bekämpft und halte es für unmöglich, dass ein Mann mit so ausgeprägter jüdischer Weltanschauung als geeignet angesehen werde, jungen Lehrern und Lehramtskandidaten christliche Ethik beizubringen.

Die unausgesprochene Verquickung von antirepublikanischen, antidemokratischen und antisemitischen Ressentiments prägte auch die Landtagsdebatten um das Darmstädter Landestheater unter der Intendanz Gustav Hartungs, der von 1920 bis 1924 und von 1931 bis 1933 in Darmstadt wirkte. Auch hier ging es nicht offen um die jüdische Abstammung Hartungs. Man wolle ein Theater, so der DVP-Abgeordnete Eduard Dingeldey 1923, das den „Glauben an die Größe, an den Reichtum der sittlichen Wesenheit unseres deutschen Volkes“ stärke, nicht die von Hartung aufgeführten Stücke von Carl Sternheim, Kasimir Edschmid oder Georg Büchner. Mangel an vaterländischem Gefühl warf man dem Intendanten vor, der Darmstadts Schauspiel einen weit über die Region hinausreichenden Ruf verschafft hatte.

Das wirtschaftliche Zwischenhoch nach Überwindung der Nachkriegsinflation und das Verbot der NSDAP Ende 1923 brachte eine vorübergehende Beruhigung auch im politischen Tageskampf. Die reorganisierte NSDAP erhielt in den Darmstädter Landtagswahlen von 1927 weniger als 2,5 Prozent der Stimmen. Die Wirtschaftskrise 1929 verhalf dann jedoch der NSDAP auch in Darmstadt zum Durchbruch, im selben Jahr zog sie in das Stadtparlament ein. In der Reichstagswahl im September 1930 stimmten bereits fast ein Viertel der Wähler für die Hakenkreuz-Partei. Bei der Reichs- und Landtagswahl am 15. November waren es in der Landeshauptstadt sogar 45 Prozent. In den NS-Propagandablättern war die „Judenfrage“ vorherrschendes Thema. SPD-Innenminister Wilhelm Leuschner sah sich im Oktober 1931 zu einem Runderlass gegen die „aufs schärfste zu verurteilende antisemitische Verhetzung“ durch Plakate, Druckschriften und Zeitungen veranlasst, die in Einzelfällen bereits zu schweren politischen Ausschreitungen und verbrecherischen Anschlägen geführt habe. Leuschner sah die öffentliche Sicherheit und Ordnung, den Frieden im Innern sowie das Ansehen Deutschlands nach außen gefährdet. Dennoch stimmten bei der Reichs- und Landtagswahl am 15. November 1931 im Volksstaat Hessen 37, in der Landeshauptstadt sogar 45 Prozent der Wähler für die NSDAP, die damit schon damals zur mit Abstand stärksten politischen Kraft im Land geworden war.

Das Schicksal der Darmstädter Juden im NS-Staat

In der Reichstagswahl vom 5. März 1933 gaben dann 50 Prozent der Wähler in der Landeshauptstadt Darmstadt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ihre Stimme. Am Abend des 6. März bestellte Reichsinnenminister Dr. Frick den Alsfelder NS-Abgeordneten Dr. Heinrich Müller zum Reichskommissar und Inhaber der Polizeigewalt in Hessen. Die geschäftsführende Landesregierung unter Staatspräsident Adelung wurde gewaltsam ausgeschaltet. Die zur Hilfspolizei avancierten Braunhemden der SA beherrschten die Straßen. Werner Best wurde zunächst Staatskommissar für das Polizeiwesen, dann Landespolizeipräsident. Die Hitlerbewegung hatte auch in Hessen freie Bahn.[186]

Abb. 26: SA-Wache vor dem jüdischen Kaufhaus Rothschild am Marktplatz, April 1933. Stadtarchiv Darmstadt.

Erste, noch unsystematische Terroraktionen der nun allmächtigen Nazis gegen die jüdische Bevölkerung gab es schon in den Tagen unmittelbar nach der verhängnisvollen Märzwahl 1933. Jüdische Geschäftsleute, prominente Mitglieder der liberalen und der orthodoxen Gemeinde wurden von den herumstreifenden SA-Rotten verhaftet und gemeinsam mit inhaftierten Sozialdemokraten und Kommunisten zum Beseitigen der NS-feindlichen Wahlpropaganda gezwungen. Eine Reihe von Juden wurde mit politischen Gegnern des neuen Regimes auch längerfristig in dem noch im März errichteten Schutzhaftlager Osthofen bei Worms festgesetzt. Bereits am 9. März 1933 kam es nachmittags zu einer ersten Boykott-Aktion jüdischer Geschäfte,

damit noch vor dem reichsweit organisierten Boykott zum 1. April. Die Darmstädter SA ließ ihre Leute vor dem Kaufhaus Rothschild, dem Porzellangeschäft Rosenthal, dem Warenhaus Tietz und weiteren Geschäften aufmarschieren, um Kaufwillige mit dem Zuruf „Deutsche kauft deutsche Waren, unterstützt keine Juden“ abzuschrecken. War dies noch eine wilde Aktion ohne amtliche Autorisierung, so verordnete am 28. März das Landeskriminalamt selbst eine sofort wirksame Schließung sämtlicher jüdischen Geschäfte auf zunächst 24 Stunden, angeblich weil ihr Offenhalten die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährde.

Sein wahres Gesicht zeigte das neue Regime in den folgenden Wochen: Das Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (7. April) entfernte alle „nichtarischen“ Beamten aus dem öffentlichen Dienst. Das Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (ebenfalls 7. April) konnte die Zulassung von Juden zum Richterdienst und zur Anwaltstätigkeit untersagen. Neben den Entlassungen und Zwangspensionierungen im öffentlichen Dienst begann auch die allmähliche Verdrängung der Ärzte und Anwälte.

Der Druck auf die jüdischen Geschäftsleute wurde schrittweise verstärkt. Im Sommer 1935 verschwanden nach entsprechendem Druck auf die noch nicht gleichgeschalteten Zeitungsredaktionen die letzten jüdischen Geschäftsanzeigen aus den Annoncenseiten. Im Sommerschlussverkauf der letzten Juli-Woche kam es zu Demonstrationen vor jüdischen Geschäftshäusern und kleineren Geschäften. Zahlreiche jüdische Geschäfte in Darmstadt, die vielfach zu den renommiertesten Firmen des Einzelhandels gehörten, hatten schon in den ersten Jahren aufgegeben. 1936 verkauften dann auch die nach Argentinien auswandernden Besitzer des Kaufhauses Gebr. Rothschild am Markt an die neu begründete Firma Henschel & Ropertz, 1937/38 Clemens Goldschmidt, der Inhaber des Textilgeschäfts Herz Hachenburger Sohn in der Rheinstraße, an Schrumpf & Co., sein Vetter Leopold Hachenburger, letzter Inhaber der Kohlen- und Eishandlung B.M. Hachenburger in der Wilhelminenstraße, an die Gebr. Pfaff. Bis 1938 waren die letzten jüdischen Geschäfte arisiert.

Die Auswanderung aus Deutschland schien für viele jüdische Menschen der einzige Ausweg aus der immer unerträglicher werdenden Lebenssituation. Bereits im Winter 1933/34 haben die ersten Darmstädter Familien Deutschland verlassen. Vor allem jüngere Leute entschlossen sich kurzfristig zur Auswanderung in die neuerschlossene Heimat Palästina. Die Darmstädter Zweigstelle des Palästina-Amts der Jewish Agency, die von Walter Stein, einem führenden Mitglied der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, geleitet wurde, hat in den Jahren 1933 bis 1936 rund 200 Menschen, zumeist jüngeren Leuten, bei der Auswanderung ins spätere Israel geholfen. Auch die beiden jüdischen Gemeinden unterstützten Auswanderer mit finanziellen Hilfen, die meist aus Spenden stammten.

Der Selbstbehauptungswille der jüdischen Gemeinden in Darmstadt in den frühen Jahren der NS-Herrschaft dokumentierte sich in zahlreichen gesellschaftlich-kulturellen Aktivitäten. Für die aus den Darmstädter Schulen entfernten Kinder wurden selbstständige jüdische Schulen eingerichtet. Auch die noch verbliebenen jüdischen Vereinigungen, etwa der Jüdische Frauenbund, die Ortsgruppe Darmstadt des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten und die Zionistische Ortsvereinigung, versuchten, ein unter den gegebenen Verhältnissen interessantes Angebot für die jüdische Gemeinschaft zu ermöglichen. Der Jüdische Kulturbund veranstaltete Konzerte, Dichterlesungen und weitere Unterhaltungsangebote.

Das Jahr 1938 sah eine Verschärfung der antijüdischen Politik des NS-Staats. Ende Juli wurden an den städtischen Badeanstalten, am Ausstellungsgebäude auf der Mathildenhöhe, am Städtischen Archiv, am Museum, an der Lese- und Bücherhalle, der Landesmusikschule und an allen städtischen Veranstaltungshäusern Schilder mit der Aufschrift „Juden ist der Zutritt verboten“ angebracht. Ähnliche Hinweise fanden sich auch an den Türen und Schaufenstern vieler Geschäfte. In den meisten Gaststätten und Cafés wurden Jüdinnen und Juden nicht mehr bedient, auch der Kinobesuch war nicht mehr möglich. Zur weiteren Verstärkung der äußeren Absonderung wurde am 23. August 1938 angeordnet, dass Juden sich ab Jahresbeginn 1939 die zusätzlichen Vornamen Israel oder Sarah beizulegen hatten. Nun kam es auch zu Straßenumbenennungen: Mit Ratsbeschluss vom 10. Oktober 1938 wurden aus der Blumenthal- und der Otto-Wolfskehl-Straße der Vogelsberg- und der Taunusring, aus dem Alfred-Messel-Weg der Richard-Wagner-Weg.

Pogromnacht und Deportationen

Als am Abend des 9. November 1938 die Nachricht vom Tod des zwei Tage zuvor von Herschel Grünspan niedergeschossenen Pariser Gesandtschaftsrats Ernst vom Rath in Deutschland eintraf, kam es zu angeblich „spontanen judenfeindlichen Kundgebungen“, die jedoch in Wahrheit von langer Hand vorbereitet waren. In der kommenden Nacht brannten SA-Trupps der Standarte 115 unter der Führung von Wilhelm Mahla die beiden Synagogen in der Bleichstraße und der Friedrichstraße sowie die Synagoge in Eberstadt nieder. Die Synagogen brannten im Beisein zahlreicher Schaulustiger, zu denen auch die zur Verhütung weiteren Ausgreifens alarmierte Feuerwehr, Polizei und Parteifunktionäre zählten, im Laufe des Vormittags

völlig aus. Auch das Gebäude der Jüdischen Schule in der Friedrichstraße wurde ein Raub der Flammen. Die *Hessische Landeszeitung* berichtete am folgenden Tag von der „Antwort des Volkes," von einer „von allen Bevölkerungsschichten getragenen Demonstration," bei der niemand bedauert habe, dass „die beiden Judentempel [...] die fremden Zeugen einer asiatischen Bauweise, in Flammen aufgingen." Die Stimmung unter den Zuschauern war, von einigen Schreiern abgesehen, sicher eher betreten, auch wenn es ebenso sicher kein Zeichen des Protestes oder gar der Gegenwehr gab. Im Anschluss an die Zerstörungsorgien der SA kam es in Darmstadt wie andernorts in Hessen zur Inhaftierung zahlreicher Juden, vor allem der arbeitsfähigen Männer. Aus Darmstadt wurden 169 Juden ins Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar in Schutzhaft gebracht, unter ihnen der ehemalige Museumskustos Dr. Karl Freund und der Buchhändler Alfred Bodenheimer.

Persönliche Erinnerungen von Darmstädtern an die Pogromnacht und den Tag danach gibt es nur wenige. Georg Hensel, Theaterkritiker und von 1933 bis 1941 Schüler der Liebig-Schule (LIO), schrieb in seinen Erinnerungen: „Als die Synagogen brannten, kamen einige Schüler deswegen zu spät zur Schule. Die Folge war, dass die Betroffenen vom Direktor persönlich mit vier Stunden Arrest bestraft wurden, Grund: Disziplinlosigkeit."[187] Karlheinz Rößling, Jahrgang 1926 und ebenfalls LIO-Schüler, berichtete:

> Am 10. November 1938, meinem Geburtstag, sah ich auf meinem Schulweg durch den Herrngarten schon von weitem einen Großbrand: im Bereich Grafenstraße – Bleichstraße brannten beide Synagogen lichterloh. Die große Zuschauermasse sah schwarz gekleidete SS-Männer, die lediglich dafür sorgten, dass die Brände nicht auf die Nachbargebäude übergriffen. Von der LIO aus konnten wir die Rauchsäulen gut beobachten, da unser Klassenzimmer im obersten Geschoss lag. In der ersten Stunde hatten wir Religion bei Dr. von der Au. Er hatte den Mut, sich negativ über die Brände zu äußern; er befürchtete, dass diese Aktionen einmal schlimme Folgen haben würden.[188]

In der ersten Sitzung der Darmstädter Ratsherren nach den Zerstörungen, am 20. November, wurde das Geschehen mit keinem Wort erwähnt. Am 26. Juli 1940 wurde den Ratsherren mitgeteilt, dass die Stadt Darmstadt das Grundstück der Synagoge Friedrichstraße sowie das zugehörige Dienerhaus für 24.500 RM der jüdischen Kultusvereinigung abgekauft habe, allerdings abzüglich der 19.186 RM für den Abbruch der Synagoge. Offizieller Grund war die Erweiterungsmöglichkeit für das Stadtkrankenhaus. Es gab keine Erwähnung der Ereignisse, schon gar kein Bedauern.

Die Schrecken der Pogrom-Tage waren nur der Auftakt für das, was folgen sollte. Eine Serie von Verordnungen untersagte den Juden beinahe jegliche wirtschaftliche Tätigkeit und verfügte die zwangsweise Veräußerung der noch bestehenden jüdischen Gewerbebetriebe und des jüdischen Grundeigentums. Die Berufe des Zahnarztes, Apothekers und Tierarztes wurden für Juden gesperrt. Der in Darmstadt schon vorher vollzogene Ausschluss der Juden von allen kulturellen Veranstaltungen, Konzerten, Theater- und Kinovorstellungen wurde von Amts wegen angeordnet. Am 15. November 1938 wurde jüdischen Kindern endgültig der Besuch „deutscher Schulen" untersagt. Weitere

Abb. 27: Die brennende orthodoxe Synagoge in der Bleichstraße, 10. November 1938. Stadtarchiv Darmstadt.

Verordnungen erlaubten die zwangsweise Einweisung von Juden in die so genannten Judenhäuser.

Die November-Pogrome und die folgenden Verordnungen führten vielen Juden klar vor Augen, worauf die Entwicklung hinauslaufen würde. Viele von ihnen suchten noch in letzter Minute ihre Rettung in der Auswanderung, die Auswandererzahlen stiegen ab Ende 1938 schlagartig an. Nach den amtlichen Volkszählungen hatten 1925 insgesamt 1.646, im Juni 1933 noch 1.427 Juden in Darmstadt gelebt. Nach überschlägigen Berechnungen nach Kriegsende sind bis 1938 etwa 500, in den beiden Folgejahren noch einmal rund 500 Juden ausgewandert. Im Sommer 1940 erfassten die im Auftrag der Gestapo erstellten Listen noch 364 Darmstädter Juden. Die in Darmstadt Zurückgebliebenen suchten sich in den schlagartig verschlimmerten Verhältnissen einzurichten. Die Bezirksschule im halbwegs intakt gebliebenen Gemeinde- und Schulhaus in der Bleichstraße hatte ihren Unterricht am 22. November wieder aufgenommen. Die Schüler der orthodoxen Schule, die wegen der Zerstörung ihres Gebäudes nicht wieder in Betrieb genommen wurde, kamen Anfang 1939 dazu. Ausgewanderte Lehrer wurden durch geeignete Aushilfskräfte ersetzt. Die Oberstufe wurde allerdings im Sommer 1939 geschlossen. Die noch verbliebenen elf Schüler der älteren Jahrgänge schickte man nach Mainz. Der ab Mitte Januar 1939 wieder zugelassene Gottesdienst blieb zunächst getrennt. Die verbliebenen Vorstände beider Gemeinden tagten jedoch in der Folge immer häufiger gemeinsam. Es gab gemeinsame Projekte, insbesondere die Übernahme der seit 1922/23 bestehenden Rosenthal'schen Privatklinik in der Eschollbrücker Straße 4 ½ als Alters- und Siechenheim. Nach der Instandsetzung und dem Ausbau des Heims wurden in der Folge noch stärker als zuvor ältere, alleinstehende Juden aus ganz Hessen hier aufgenommen.

Die ersten jüdischen Männer kamen bereits ab Ende 1940 als Schutzhäftlinge in verschiedene Konzentrationslager, von wo sie nicht mehr nach Darmstadt zurückkehrten. Sie starben in Dachau, in Buchenwald, in Groß-Rosen. Den sicheren Tod bedeutete auch die Verlegung der jüdischen Geisteskranken aus den psychiatrischen Anstalten Hessens in zwei polnische Anstalten, die das Protokoll der jüdischen Gemeinde Darmstadt am 10. März 1941 notiert. Ein Großteil der noch in Darmstadt verbliebenen jüdischen Familien wohnte nunmehr in zu solchen bestimmten „Judenhäusern". Neben dem Haus der Religionsgesellschaft in der Grafenstraße 13 waren dies u. a. ehemals jüdischen Eigentümern gehörende Häuser in der Georgenstraße, in der Elisabethenstraße, in der Heinrich-, Kahlert-, Kasino- und Riedeselstraße. Den vorläufigen Endpunkt der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung bedeutete die am 1. September 1941 erlassene Polizeiverordnung über die Kennzeichnungspflicht, nach der jeder über sechsjährige Jude in der Öffentlichkeit einen auf der linken Brustseite der Kleidung aufgenähten gelben Judenstern mit der Aufschrift „Jude" zu tragen hatte.

Trotz Verhaftungen und Zwangsarbeit, trotz der ständig verschlechterten Lebensbedingungen hofften viele Menschen noch im Frühjahr 1941 auf die Möglichkeit zur Auswanderung. Der Unterricht in der jüdischen Schule sollte zur besseren Vorbereitung der Massenauswanderung auf wirtschaftliche Themen umgestellt werden. Im März 1941 verzeichnete die Abgangsliste der Darmstädter Kultusvereinigung noch einmal vier Wegzüge in die USA. Mit dem Beginn des Russlandfeldzugs schwanden jedoch auch die letzten Hoffnungen.

Trauriger Höhepunkt des Leidens der verbliebenen Darmstädter jüdischen Bevölkerung waren die Transporte, mit denen die „Endlösung" auch in Darmstadt durchgeführt wurde. Im März und September 1942 sowie im Februar 1943 deportierten die NS-Behörden in insgesamt vier Transporten, für die als Sammellager die Liebig-Schule genutzt wurde, die jüdische Bevölkerung aus Südhessen und Rheinhessen, darunter rund 350 Darmstädter Jüdinnen und Juden, in die Konzentrations- bzw. Vernichtungslager, u. a. nach Theresienstadt und Auschwitz.

Was noch blieb, waren die bisher ausgeklammerten privilegierten Juden, die jüdischen Partner aus gemischten Ehen und ihre Kinder. Schon seit Juli 1942 hatte man auch die sogenannten Mischlingskinder vom Schulbesuch ausgesperrt, hatte Ehegatten von Mischehen unter anderem vom Zeitungsbezug ausgeschlossen. Im März 1943 gab es erste Verhaftungen, oft mit fadenscheinigen Gründen. Zu den ersten Opfern gehörten Museumskustos a. D. Dr. Karl Freund und die halbjüdischen Töchter des im März 1942 in Buchenwald umgekommenen Kaufmanns Fritz Schäfer, die zur Zwangsarbeit bei der Wäscherei Ludwig Hering eingesetzt waren. Für Freund und die ältere der Schäfer-Töchter kamen wenige Monate später die Sterbefallsmeldungen aus Auschwitz. Die Haftliste der Staatspolizei Darmstadt weist bis Ende April 1943 insgesamt 108 Personen nach, die aus den sorgsam recherchierten Verzeichnissen dieses Personenkreises in Hessen als verhaftet festgestellt wurden. Die meisten Deportierten starben noch 1943 in Konzentrations- oder Arbeitslagern. Kurz nachdem die fanatisiert-bürokratischen Gestapo-Schergen auch Darmstadt als judenrein abbuchen konnten – das Judenreferat wurde im Juni aufgelöst –, erfolgte im Herbst 1943 der erste große Bombenangriff auf die einstige Landeshauptstadt, die im Folgejahr im Feuersturm verglühen sollte. Das alte Darmstadt hat den Untergang seiner jüdischen Gemeinde nicht lange überlebt.

Die Wiedergründung einer jüdischen Gemeinde in Darmstadt

1946 wurde in Darmstadt eine jüdische Gemeinde neu gegründet.[189] Die ersten beiden Vorsitzenden waren die Schoa-Überlebenden Max Zwirn und Max Wolf. Nach Darmstadt zurückgekehrt waren u. a. Alexander Haas, Moritz Fanstein, Anna und Arthur Steinbeck sowie Minna Wosk. Ihren Betraum hatte die Gemeinde in einem Privathaus (1. Stockwerk) in der Wendelstadtstraße 5, das vor der NS-Zeit Dr. Stern gehörte.[190] Die Gemeinde zählte bis 1948 etwa 200 Mitglieder, die vor allem im Umland des stark zerstörten Darmstadt lebten. Bei den Gemeindemitgliedern der ersten Stunde handelte es sich überwiegend um Überlebende aus den Konzentrationslagern, die als *Displaced Persons* in Darmstadt und Umgebung gestrandet waren. Viele von ihnen sahen das Leben in Darmstadt als Übergangszeit an bis zur Auswanderung nach Palästina bzw. Israel oder in die USA. Sie saßen „auf gepackten Koffern“. Ein Teil von ihnen wanderte in den kommenden Jahren tatsächlich aus, viele blieben jedoch und begannen in Darmstadt ein neues Leben, so dass sich die jüdische Gemeinde im Laufe der Jahre bei über 100 Mitgliedern stabilisierte.

Abb. 28: Mitglieder der jüdischen Gemeinde auf der Dachterrasse des Gemeindehauses in der Osannstraße, um 1950. Foto: Jüdische Gemeinde Darmstadt.

Treibende Kraft beim Wiederaufbau jüdischen Lebens in Darmstadt waren der Darmstädter Alexander Haas, dessen Geburtshaus in der Kleinen Ochsengasse gestanden hatte, und der aus Polen stammende Josef Fränkel, der in Darmstadt studieren und anschließend auswandern wollte.[191] Stattdessen wurde und blieb er für mehr als 30 Jahre Vorsitzender der jüdischen Gemeinde. Die Gemeindemitglieder wurden nicht nur in Darmstadt sesshaft, sondern gründeten auch Familien und sorgten für ein stabiles Gemeindeleben, das für sie mehr bedeutete als die Durchführung von Gottesdiensten. Ab Herbst 1949 befand sich das Gemeindezentrum im wieder aufgebauten Haus Osannstraße 11. Es erfüllte eine wichtige Aufgabe für den Zusammenhalt der Gemeinde, es war Ort des Gebets, Ort der Kommunikation und wichtige soziale Anlaufstelle für die Bewältigung des Alltags.

Abb. 29: Das wieder aufgebauten Haus Osannstraße 11. Stadtarchiv Darmstadt.

Die Synagoge in der Wilhelm-Glässing-Straße

Die Idee, eine Synagoge in Darmstadt mit der Stadt als Bauherr errichten zu lassen, entstand bei der jährlichen Gedenkfeier an die Opfer der Pogromnacht am 9. November 1984. Bereits ein Monat später, am 12. Dezember 1984 stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem Dringlichkeitsantrag der SPD zur „Einrichtung eines Synagogengebäudes“ zu, das am 9. November 1988, dem 50. Jahrestag der Pogromnacht, an die jüdische Gemeinde in Darmstadt übergeben und eingeweiht werden sollte.[192] Die Stadt sah sich in der Verantwortung für die Finanzierung sowohl des Synagogengrundstückes als auch des Baus.[193] Die jüdische Gemeinde brachte als Eigenkapital ihr Gemeindehaus mit Betraum in der Osannstraße ein, das in das Eigentum der Stadt überging.[194] Es bildete sich überdies die sogenannte „Initiative Synagoge ’88“, in der sich Stadtbürger zusammenschlossen und Geld sammelten, um die Entstehung von zwölf Glasfenstern des britischen Künstlers Brian Clarke in dem zu entstehenden Synagogengebäude zu ermöglichen.[195]

Sowohl das Grundstück in der Wilhelm-Glässing-Straße 24–28 als auch die Veranstaltung eines Wettbewerbs mit ausschließlich jüdischen Architekten wurde von der jüdi-

schen Gemeinde vorgeschlagen.[196] Die jüdische Gemeinde hat auch das Raumkonzept für die zu errichtende Synagoge ausgearbeitet. Die Jury entschied sich für den Entwurf des Frankfurter Architekten Alfred Jacoby. Am 12. August 1987 fand die feierliche Grundsteinlegung statt und das neue Synagogengebäude wurde wie geplant am 9. November 1988 an die jüdische Gemeinde übergeben.[197]

Alfred Jacoby beschrieb seine Idee für den Entwurf der Darmstädter Synagoge mit folgenden Worten: „In den Ghettos des 17. und 18. Jahrhunderts, aber auch später, war die Synagoge stets Mittelpunkt des jüdischen Lebens gewesen, umrahmt von den alltäglichen Aktivitäten der Gemeinde. In der neuen Synagoge wird diese Idee aufgegriffen und baulich umgesetzt. Gleichzeitig wird an die Tradition der Vorkriegsbauten angeknüpft, ohne jedoch historisierend zu bauen".[198] In der Tat greift der gegen Osten ausgerichtete zentrale Kuppelbau mit flacher Doppelturmfassade historische Vorbilder des Synagogenbaus auf, doch wurden diese Zitate in neuer, puristischer Architektursprache umgesetzt, ohne von einem bestimmten Bau als Vorbild auszugehen. Das einzige historisierende Element in der Synagoge ist der Toraschrein, der sich an dem Heiligen Schrein in der orthodoxen Synagoge in der Bleichstraße orientiert. Es ist eine vereinfachte, auf die Grundform eines von Säulen getragenen Baldachins reduzierte Variante des Toraschreins im Vorgängerbau.

Abb. 30: Neue Synagoge in der Wilhelm-Glässing-Straße, 1988. Foto: Roland Koch. Stadtarchiv Darmstadt.

Der Synagogenbau wurde über einem quadratischen Grundriss errichtet. An der Ostseite wird die Mauerlinie durch eine Auskragung gebrochen. Es befindet sich hier der Gemeindesaal, umgeben von Wirtschaftsräumlichkeiten und flankiert von apsidial auskragenden Treppenhäusern. Die Ostwand des Gemeindesaals hat eine geschwungene Fensterfassade, die die Mauerauskragung schließt. Das eigentliche Synagogengebäude – der zweigeschossige Betraum– steht in einem Atrium und wird von den Räumen des Gemeindezentrums umschlossen, das von einer Glaswand geschützt und abgegrenzt wird.[199] Das Gebäude wurde mit gelbgoldenem Sandstein verkleidet, der an den Heiligen Tempel erinnern soll.[200]

Der Raum des Gebetssaals entspricht dem orthodoxen Ritus mit *Almemor* in der Mitte und getrennten Männer- und Frauenplätzen, wobei letztere im ersten Stock in Form einer traditionellen Frauenempore platziert sind. Das Licht dringt über dem *Almemor* durch die Gläser der zwölfteiligen Kuppel aus Aluminium vom 6,5 m Durchmesser ein.[201]

Abb. 31: Die in rotbraunen Farbtönen gehaltenen Fenster an der Südwand des Betraumes und die blauweißen Fenster auf der Nordseite. Fotos: Cornelia Berger-Dittscheid.

Der Innenraum wirkt klar und auf das Nötigste beschränkt. Abgesehen von dem in einer Apsis untergebrachten Heiligen Schrein stellen die Glasfenster des Betraums den eigentlichen, künstlerischen Dekor des Raumes dar. Brian Clarke, der sich einer abstrakten Sprache bedienen musste, benutzte Farbe als Ausdrucksmittel, um die Symbolik auszudrücken, die er in sein Werk einschrieb. Dementsprechend wurden die südlichen Fenster, die eine Wand des Leidens darstellen, in rotbraunen Farbtönen gehalten. Die gegenüberliegenden Fenster auf der Nordseite sind als Wand der Hoffnung in blau und weiß ausgeführt. [202] Die Fenster an der Ostwand sollen – wie der Künstler selbst schreibt – eine visuelle Metapher für die Zukunft sein.[203]

Nach der Entscheidung der Bundesregierung, jüdischen Zuwanderern aus den Staaten der bröckelnden Sowjetunion die Erlaubnis zur Einreise und zum dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik zu gewähren, wuchs die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinden in Deutschland und demzufolge auch diejenige in Darmstadt ab 1989 zusehends an.[204] Aus gut 120 Mitgliedern Ende der achtziger Jahre wurden mehr als 700. Die jüdische Gemeinde, seit dem Tod von Josef Fränkel 1992 von Moritz Neumann geleitet, stand den Neuankömmlingen nach Kräften zur Seite, half bei der Wohnungs- und Arbeitssuche oder bei der Kommunikation mit Ämtern und Behörden. Der in jüngster Zeit neu aufgeflammte Antisemitismus im Zuge des Nahostkonflikts und wachsender rechtsnationaler Gesinnungen stellt für die jüdische Gemeinde ein ernstes Problem dar. Der Antisemitismus ist gesellschaftsfähiger geworden. Dies führt zu zunehmenden Schutzmaßnahmen bei jüdischen Einrichtungen und ihren Mitgliedern. Ein hoher Zaun umgibt deshalb das Gemeindezentrum, der in den Planungen des Architekten nie vorgesehen war und dem Konzept eines offenen Hauses entgegensteht.

Erinnern und Gedenken

Erst seit den späten 1960er Jahren begannen in Darmstadt wirksame Aktionen zum Gedenken an die Pogromnacht und an die Schoa. Zuvor hatte sich die Darmstädter Gesellschaft sehr auf das Erinnern an die Stadtzerstörung im September 1944 konzentriert. 1967 enthüllte man auf dem Platz der früheren Liberalen Synagoge ein Mahnmal (eine *Menora* von Helmut Lortz). Seit diesem Jahr finden jährlich am 9. November von der Stadt veranstaltete Gedenkfeiern statt, in Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. 1983 weihte man auf dem Grundstück Bleichstraße/Ecke Grafenstraße, auf dem die Synagoge der orthodoxen jüdischen Gemeinde gestanden hatte, einen vom Darmstädter Bildhauer Christfried Präger geschaffenen Gedenkstein ein, dessen Gestaltung an eine Klagemauer erinnert.[205] Daneben ist eine andere, eine besondere Form des Gedenkens entstanden: das Projekt Stolpersteine des in Köln lebenden Künstlers Gunter Demnig.

Zum Gedenken an die aus Darmstadt deportierten Juden, Sinti und Roma wurde 2004 am Güterbahnhof ein Mahnmal eingeweiht, das „Denkzeichen Güterbahnhof“.[206] Die Idee, auf dem Gelände des Güterbahnhofs einen Gedenkort zu schaffen, ist im Teilnehmerkreis der seit 1996 durchgeführten Gedenkveranstaltungen entstanden, die sich der Erinnerung an die Opfer des Völkermords an den Juden und Sinti Europas verpflichtet fühlen. 2003 erhielten die Installationskünstler Ritula Fränkel und Nicholas Morris den Auftrag, einen Ort der Erinnerung mit einem einprägsamen „Denkzeichen“ zu gestalten. Am 7. November 2004 konnte das Denkzeichen Güterbahnhof Darmstadt eingeweiht werden: Ein verrosteter Prellbock steht auf einer etwas erhöhten Fläche auf zwei Schienensträngen, die mit Schotter ausgefüllt sind. Die Schienen führen zu einem Panzerglaskasten, der mit Glasscherben gefüllt ist. Die Namen der deportierten Darmstädter Juden, Roma und Sinti sind erst auf Glas eingraviert worden, dann wurde das Glas zerbrochen und in den Panzerglaskasten gelegt.

Das jüngste Projekt der jüdischen Erinnerungskultur in Darmstadt ist der 2009 eröffnete Erinnerungsort Liberale Synagoge.[207] Als 2003 bei den Bauarbeiten für die Erweiterung der städtischen Kliniken Fundamente der 1938 zerstörten und danach abgetragenen Liberalen Synagoge gefunden wurden, wurde entschieden, nicht nur die Fundamentreste zu erhalten, sondern das kulturelle Gedächtnis der Stadt mit dem Klinikneubau zu verbinden und einen „Erinnerungsort“ errichten zu lassen, den ebenfalls Ritula Fränkel und Nicholas Morris gestalteten. Von den Betonstegen mit gläsernen Brüstungen aus kann man das Relief der Fundamentreste der Synagoge im Untergrund betrachten. Etwa ein Sechstel der früheren Grundfläche der Synagoge ist mit Fundamenten erhalten, der Rest vom Klinikneubau überbaut. „Wir wollen auch das Repräsentative des Synagogenbaus zeigen, den wilhelminischen Prunkbauten angepasst, nicht nur die Zerstörung und Judenverfolgung, sondern auch alles, was vorher an reichhaltigem jüdischem Leben in unserer Stadt vorhanden war“, so Ritula Fränkel. Am 9. November 2009 wurde der Erinnerungsort seiner Bestimmung übergeben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

J. Friedrich Battenberg / Cornelia Berger-Dittscheid / Hans-Christoph Dittscheid / Peter Engels / Kamila Lenartowicz

Dank an Daniel Neumann, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Darmstadt, und Ingeborg Lea Nahmany

Darmstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/347

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1452	1 Person
1529	2 Hausväter
1623	7 Familienhäupter
1704	4 Hausbesitzer
1707	11 Haushaltsvorstände
1738/1740	24 Haushalte
1771	39 Familien
1802	50 Haushalte
um 1815	ca. 400 Personen
1830	556 Personen
1855	553 Personen
1861	641 Personen
1867	808 Personen
1875	1.217 Personen
1885	1.305 Personen
1895	1.379 Personen
1911	2.280 Personen
1925	1.646 Personen
1933	1.427 Personen
1936	1.305 Personen
1937	ca. 900 Personen
1940	364 Personen
1948	ca. 200 Mitglieder der jüdischen Gemeinde
1967	70 Personen
1987	120 Personen
um 2010	ca. 750 Mitglieder der jüdischen Gemeinde
2025	ca. 620 Mitglieder der jüdischen Gemeinde

Zahlen nach: Battenberg, Die geschichtliche Entwicklung, S. 2, 3, 6, 7 (1452, 1623); Battenberg, Schutz, S. 18 (1529); Wolf, Hof und Staat, S. 36–38, 47–48 (1704, 1707, 1738/40, 1802); Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 113–114 (1771, um 1815, 1936, 1937); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Großherzogthum Hessen und bei Rhein für 1830, Mainz 1830, S. 50 (1830); Kirchliche Statistik für das Bisthum Mainz im Grossherzogthum Hessen und bei Rhein für 1855, Mainz 1855, S. 40 (1855); Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen, 3 (1864), S. 207 (für 1861); 11 (1870), S. 27 (für 1867); 19 (1879), S. 60 (für 1875); 34 (1890), Nr. 2, S. 82 (für 1885); Ruppin, Zur Statistik der Juden, S. 71 (1895); Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, 20 (1911), S. 164 (1911); Franz/Pingel, Hakenkreuz und Judenstern, S. 166 (1925; 1933; 1940); Lange, Die Gründung, S. 180 (1948); www.liberale-synagoge-darmstadt.de/jüdisches-darmstadt-früher-1876-2016/, letzter Zugriff: 25. April 2025 (1967); www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/c-d/106-darmstadt-hessen, letzter Zugriff: 25. April 2025 (1987); jg-darmstadt.de/gemeinde/historie, letzter Zugriff: 25. April 2025 (2010, 2025).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Battenberg, J. Friedrich, Die Anfänge der Darmstädter Stadtverwaltung. Ein Beitrag zur Geschichte einer Residenzstadt im 15. und 16. Jahrhundert, in: Archiv für hessische Geschichte NF 38 (1980), S. 95–165.

Battenberg, J. Friedrich, Art. „Juden in Darmstadt“, in: Stadtlexikon Darmstadt, Stuttgart 2006, S. 454–455.

Battenberg, J. Friedrich, Die geschichtliche Entwicklung des jüdischen Lebens in Darmstadt bis zur Gegenwart. Ein Überblick über Strukturen und Tendenzen, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 2–13.

Battenberg, J. Friedrich, Lew, Manasse und David. Die ersten Darmstädter „Hofjuden“ im 17. Jahrhundert, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 250–256.

Battenberg, J. Friedrich, Schutz, Toleranz und Vertreibung. Die Darmstädter Juden in der frühen Neuzeit bis 1688, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 14–32.

Battenberg, J. Friedrich, Von den Anfängen bis zum Ausbau der frühneuzeitlichen Residenz, in: Friedrich Battenberg/Jürgen Rainer Wolf/Eckhart G. Franz/Fritz Deppert, Darmstadts Geschichte. Fürstenresidenz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte, Darmstadt 1984, S. 11–128.

Clarke, Brian, The Windows. My Thanks to the People of Darmstadt and the Jewish Community, in: Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 109–112.

Diehl, Wilhelm, Alt-Darmstadt. Kulturgeschichtliche Bilder aus Darmstadts Vergangenheit in gesammelten Aufsätzen, Friedberg 1913.

Diehl, Wilhelm, Die alten Darmstädter Synagogen, in: Diehl, Alt-Darmstadt, S. 159–164.

Diehl, Wilhelm, Das Ende der Patenschaften von Darmstädter Behörden bei Proeselytentaufen, in: Diehl, Alt-Darmstadt, S. 140–145.

Diehl, Wilhelm, Die Proselytenanstalt zu Darmstadt, in: Diehl, Alt-Darmstadt, S. 145–159.

Dreesen, Renate, Die Jüdische Berufsfachschule Masada in Darmstadt, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 235–238.

Dreesen, Renate, Das Projekt „Denkzeichen Güterbahnhof“, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 246–248.

Durth, Werner, Orte erinnern – Orte gestalten. Zur Topographie jüdischer Kultur in Darmstadt, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 221–230.

Ebenritter, Stefanie, Das religiöse Leben des Darmstädter Judentums im Wandel. Die orthodoxe und die liberale Gemeinde von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 91–108.

Engels, Peter, 100 Jahre Waldfriedhof. Geschichte eines Natur- und Kulturdenkmals, Darmstadt 2014.

Franz, Eckhart G., Fabrikanten, Kaufleute und Bankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung der Darmstädter Juden im beginnenden Industriezeitalter, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 77–87.

Franz, Eckhart G., Die Jüdische Gemeinde Darmstadt und ihr Friedhof, in: Szklanowski/Franz, Haus des ewigen Lebens, S. 13–19.

Franz, Eckhart G., Vom landgräflichen Schutzjuden zum Freien Bürger des Großherzogtums Hessen in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 63–76.

Franz, Eckhart G., mit Ergänzungen von Peter Engels, Familie Linz (1725–1851). Wegbereiter der bürgerlichen Emanzipation der Juden in Darmstadt, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 270–274.

Franz, Eckhart G./Heinrich Pingel, Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Darmstädter Juden unter der Terror-Herrschaft des NS-Regimes, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 142–178.

Frenzel, Martin (Hrsg.), „Eine Zierde unserer Stadt." Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Liberalen Synagoge Darmstadt, Darmstadt 2007.

Hein, Rainer, Auch die Metaphysik hatte ihre Hand im Spiel. Die Auflösung der Sowjetunion hat das jüdische Gemeindeleben in Darmstadt stark verändert, in: Martin Frenzel (Hrsg.), Eine Zierde unserer Stadt. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der liberalen Synagoge Darmstadt, Darmstadt 2008, S. 213–219.

Heß, Renate, Juden-Deportationen aus Darmstadt 1942/43. Die damalige Liebig-Schule als Sammellager 1942, Darmstadt 2008.

Jacoby, Alfred, Solitär und Mittelpunkt jüdischen Lebens. Der Architekt der Synagoge beschreibt sein Werk, in: Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 60–68.

Johann, Ernst/Eckart G. Franz, Düstere Vorzeichen. Unterschwelliger und offener Antisemitismus in den Jahren der Weimarer Republik, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 134–141.

Justus-Liebig-Schule (Hrsg.), Judendeportationen aus Darmstadt 1942/43, Darmstadt 2008.

Lange, Thomas, Erinnerung in Darmstadt: Arbeit und Kultur, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 201–220.

Lange, Thomas, Die Gründung einer neuen Jüdischen Gemeinde in Darmstadt 1945/46, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 180–183.

Maaß, Rainer, Die Frühindustrialisierung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg (1806–1871), in: Ulrich Eisenbach (Hrsg.), Von den Anfängen der Industrialisierung zur Engineering Region. 150 Jahre IHK Darmstadt Rhein Main Neckar, Darmstadt 2012, S. 43–71.

Müller, Adolf, Aus Darmstadts Vergangenheit, Darmstadt 1930.

Neumann, Daniel, „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist", in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 191–200.

Neumann, Moritz, Danach… Zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Darmstadt seit 1984, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 184–190.

Reinhold-Postina, Eva/Moritz Neumann, Erinnerungen, Gefühle, Dokumente. Vorwort der Herausgeber, in: Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 10–13.

Reinhold-Postina, Eva/Moritz Neumann (Hrsg.), Das Darmstädter Synagogenbuch. Eine Dokumentation zur Synagogen-Einweihung am 9. November 1988, Darmstadt 1988.

Reinhold-Postina, Eva/Moritz Neumann, Zeitplan, Fakten, Zahlen. Der Neubau der Darmstädter Synagoge – Eine Chronologie, in: Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 14–17.

Reuss, Jutta/Dorothee Hoppe (Hrsg.), Stolpersteine in Darmstadt, Bd. 1, Darmstadt 2013.

Reuss, Jutta/Michaela Rützel (Hrsg.), Stolpersteine in Darmstadt, Bd. 2: 2013–2022, Darmstadt 2022.

Rösch, Wolfgang, Ein reizvolles Projekt für Planer, Bürger und Politiker, in: Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 82–85.

Rößling, Karlheinz, Zeitzeugnisse eines Darmstädters. Jahrgang 1926, Darmstadt 2000.

Rützel, Michaela, Das Projekt Stolpersteine Darmstadt, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 239–245.

Ruppin, Arthur, Zur Statistik der Juden im Großherzogtum Hessen, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden 3 (1907), S. 153–156.

Steinbeck, Udo, Art. „Jüdischer Friedhof", in: Stadtlexikon Darmstadt, Stuttgart 2006, S. 455–456.

Steinbeck, Udo, Art. „Synagogen", in: Stadtlexikon Darmstadt, Stuttgart 2006, S. 907–908.

Steinbeck, Udo, Beit HaChajim – Haus des ewigen Lebens. Der Jüdische Friedhof in Darmstadt, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 231–234.

Wassermann, Henry/Eckhart G. Franz, „Kauft nicht bei Juden" – Der politische Antisemitismus des späten 19. Jahrhunderts in Darmstadt, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 117–133.

Wolf, Jürgen Rainer, Samuel Hayum Bacharach (ca. 1655–1739). Darmstädter Kaufmann und Judenschafts-Vorsteher im weitgespannten Geflecht einer einflussreichen Familie, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 256–262.

Wolf, Jürgen Rainer, Zwei Jahrhunderte Krieg und Frieden, in: J. Friedrich Battenberg/Jürgen Rainer Wolf/Eckhart G. Franz/Fritz Deppert, Darmstadts Geschichte. Fürstenresidenz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte, Darmstadt 1984, S. 129–288.

Wolf, Jürgen Rainer, Zwischen Hof und Staat. Die Juden in der landgräflichen Residenzstadt des 18. Jahrhunderts, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 33–62.

Zuber, Uwe, Fallstricke der Akkulturation. Der Philosoph Julius Goldstein (1873–1929), Darmstadt 2006.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Da1: Nr. 6; 16; 30; 44; 50; 51; 57; 150; 155; 157; 161; 174; 177; 202; 212; 213; 225; 254; 266; 289; 307; 351; 355; 365; 358; 359; 360; 367; 374; 404
– D-Da3: Nr. 50; 57

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7393
– 518: Nr. 1402

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– C 6: Nr. 363
– E 1 M: Nr. 1/4 (1)
– E 2: Nr. 22/7
– E 3 A: Nr. 3/1/27; 3/1/29; 3/1/34; 3/1/36; 3/1/39; 3/1/53; 3/1/81
– E 5 A 3: Nr. 305
– E 8 A: Nr. 294/3
– E 10: Nr. 118/12a
– E 13: Nr. 51/12
– G 23 D: Nr. 1; 619; 620; 621
– G 28 Darmstadt F: Nr. 2215/21
– O 34 (Materialsammlung Battenberg): Nr. 1394
– O 61 Lange: Nr. 352
– P 1: Nr. 1023/3
– R 1 A: Nr. 39/109

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 213

Stadtarchiv Darmstadt (StadtA Darmstadt)
– 12/11 Bevölkerungsverhältnisse
– 13 Gemeindearchiv Bessungen
– 51: Nr. 12; 32/1; 44/1-2
– 53: Nr. 646; 1500; 1633
– 45/12: Nr. 199
– XII-XII Karton Religionsangelegenheiten der Juden 1871
– Ratsprotokoll vom 19. 10. 1661.
– Ratsprotokoll vom 28. Oktober 1659

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Da2: Nr. 1769; 1770; 1772

Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt
– Fotoslg. Heil

Anmerkungen

1 Die Abschnitte zur Geschichte bis 1806 wurden von J. Friedrich Battenberg verfasst, die Abschnitte zur Geschichte ab 1806 von Peter Engels, die Abschnitte zur Geschichte und Architektur der Synagogen von Cornelia Berger-Dittscheid, Hans-Christoph Dittscheid und Kamila Lenartowicz.

2 Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, S. 18; Günther, Die Juden in Hessen, S. 74. Zum Aufenthaltsverbot Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 59; dazu Battenberg, Juden um Landgraf Philipp, S. 392. Kopien der Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, zugrunde liegenden Akten befinden sich im HStAD, O 34 (Materialsammlung Battenberg), Nr. 1394. Im Jahr 1452 wird ein einzelner Jude genannt, vgl. Battenberg, Die geschichtliche Entwicklung, S. 2.

3 Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, S. 18.

4 Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 59–61 Nr. 2; Battenberg, Von den Anfängen, S. 59. Details und weitere Entwicklung: Battenberg, Die Anfänge, S. 100–102.

5 Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, S. 20–21.

6 Battenberg, Von den Anfängen, S. 64–65.

7 Druck: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 66–68 Nr. 7.

8 Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1721; Battenberg, Die geschichtliche Entwicklung, S. 3.

9 Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, S. 22–23; Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1719–1724 (alle 1623).

10 Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1760. Das bei Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, S. 23 genannte Datum „1626“ ist unrichtig.

11 Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1761–1762 (Juli 1627). Kurzdarstellung: Battenberg, Juden in Darmstadt, S. 454–455.

12 Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1764–1767; Druck der Ordnung: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 75–79 Nr. 13.

13 Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1770 und 1774 (Kammerrechnungen von 1629 und 1630).

14 Battenberg, Schutz, Toleranz und Vertreibung, S. 27–29; Battenberg, Die geschichtliche Entwicklung, S. 6–7.

15 Hierzu und für das Folgende siehe Battenberg, Lew, Menasse und David; Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nachweise im Register. Allgemein: Battenberg, Hofjuden in Residenzstädten, S. 299–301.

16 Manasse verlor bei einer Plünderung 1645 323 fl., Battenberg, Lew, Menasse und David, S. 251. Zu Manasses Familienbeziehungen: Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 210, Anm. 360.

17 Eintrag im Ratsprotokoll vom 28. Oktober 1659, StadtA Darmstadt; Zum Schultheißenbau: Battenberg, Lew, Menasse und David, S. 251; Diehl, Die alten Darmstädter Synagogen, S. 159.

18 HStAD, E 13, Nr. 51/12, Auflistung der „Stadtgebrechen“ (dort Nr. 11) vom März 1677.

19 Stammtafel: Szklanowski/Franz, Haus des ewigen Lebens, S. 335. Die Grabsteine der Söhne Benedikt und Calmann ebd. S. 100–101.

20 StadtA Darmstadt, Ratsprotokoll vom 19. Oktober 1661.

21 HStAD, E 2, Nr. 22/7, Landtagsresolution Landgraf Ludwigs VI. vom 19. Oktober 1661. Hier wurde auch bestimmt, dass den Juden kein „monopolum“ zustehe und die Gerberzunft gegenüber Juden Vorrechte hätten. Den Verweis der Juden auf das Land hatte Landgraf Georg II. schon in einer Verordnung von 1642 (Art. 1) verfügt, vgl. Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 82–84. Zünfte sind in Darmstadt ab 1594 nachweisbar, Battenberg, Die Anfänge, S. 136, mit Anm. 236.

22 Auf dem Grabstein seines Sohnes Calmann wurde der Hofjude David so bezeichnet, Szklanowski/Franz, Haus des ewigen Lebens, S. 101.

23 HStAD, R 1 A, Nr. 39/109, Reskript vom 25. April 1691.

24 Franz, Die jüdische Gemeinde, S. 13; Steinbeck, Beit HaChajim, S. 231.

25 Verwilligungsbrief vom 27. Oktober 1680, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 88–89 Nr. 28.
26 Schreiben vom 3. November und 14. August 1695, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 623–629; dazu: Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 35; Privileg vom 21. August 1695, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 92–93, Nr. 37.
27 Maßgebend für den organisatorischen Zusammenschluss waren die Bemühungen Landgraf Georgs II. 1642, zur Indoktrination der landgräflichen Judenschaft Zwangsversammlungen zu organisieren, siehe die Aktenstücke dazu in Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 1836–1841, 1843. Zu diesen „Judenkonventen“: Diehl, Kirchenbehörden, S. 605–619. Zum Rechtsverhältnis der Gemeinde zur Landjudenschaft vgl. Battenberg, Die jüdischen Gemeinden, S. 128–129. Eine juristisch exakte Beschreibung der Aufgaben und Organe der hessischen Landjudenschaften („Judenlandtage“) findet sich bei Katz, Die rechtliche Stellung, S. 14–16.
28 Abgedruckt in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 632–633; Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 102 (mit „1702“).
29 Besonders die Nachkommen von Manasse und David; Auflistung bei Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 36–37. Dazu allgemein: Battenberg, Hofjuden in Residenzstädten, S. 298–301. Es waren dies Benedikt David (Benedikt Darmstadt), Calmann David und dessen Sohn Bonum, Baruch Löw und dessen Sohn Wolf Baruch, Samuel Hayum [Bacharach], Herz Manche [= Herz Löw Manasse], Meyer Cassel, Moses Rotenfels sowie die Rabbiner Bermann [Hayum Bär] und [Jehiel] Michel.
30 Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 37; Franz, Die jüdische Gemeinde, S. 13; Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 181–182; Steinbeck, Beit HaChajim, S. 232; Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 180.
31 Franz, Die Jüdische Gemeinde, S. 15; Steinbeck, Beit HaChajim, S. 232; Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 37.
32 Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 37–38; Steinbeck, Beit HaChajim, S. 232; Franz, Die Jüdische Gemeinde, S. 14–15 (dort auch vollständiges Faksimile des Vertrags).
33 Diehl, Die alten Darmstädter Synagogen, dort Wortlaut einer heute verlorenen Klageschrift des Hoffaktoren Baruch Löw gegen Hirtz vom 5. August 1705. Zur Lokalisierung der vier ersten im Besitz von Juden befindlichen Häuser in Darmstadt siehe StadtA Darmstadt, 45/12, Nr. 199. Vgl. Wolf, Hof und Staat, S. 38.
34 Diehl Die alten Darmstädter Synagogen, mit Klageschrift des Baruch Löw, daraus das Zitat. Zum Anwesen des Baruch Löw siehe StadtA Darmstadt, 45/12, Nr. 199, S. 18.
35 Privileg vom 14. Oktober 1714, HStAD, E 3 A, Nr. 3/1/39.
36 Reskript vom 15. Februar 1715, HStAD, E 3 A, Nr. 3/1/39 Anm., hier sprachlich umgestellt. Zur Lokalisierung siehe StadtA Darmstadt, 45/12, Nr. 199, S. 22.
37 Verwilligungsbrief Landgraf Ernst Ludwigs vom 7. Februar 1715, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 130–131.
38 Diehl Die alten Darmstädter Synagogen, S. 162. Nach den Steuerlisten der Jahre 1738 und 1740 gab es in Darmstadt inzwischen 24 jüdische Haushalte; die Anzahl der Juden und Jüdinnen hatte sich also innerhalb einer Generation mehr als verdoppelt, vgl. Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 47–48. Bereits im Jahr 1726 wurde festgestellt, dass es in der Schule „an nöthigem Raum fehlet“. Um Platz für seinen eigenen Stand zu schaffen, hatte Wolf Neustättel einfach den Beschneidungsstuhl in die Höhe gehängt. Siehe CAHJP, D-Da1-367.
39 Dazu die Bemerkungen zum Grabstein Meyers bei: Szklanowski/Franz, Haus des ewigen Lebens, Nr. 32. Zu den Prozessen: Battenberg, Quellen zur Geschichte 1651–1806, Nr. 796 und 806, nach den Akten HStAD, G 23 D, Nr. 619–621.
40 Siehe den Plan der Altstadt im Zustand des 17. Jh. (Entwurf: F. Battenberg) bei: Battenberg, Von den Anfängen, S. 113. Die heute nicht mehr existierende Straße befand sich südöstlich des Schlosses nordöstlich der Holzstraße. Zu diesem Kauf auch Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 185–186; Diehl, Die alten Darmstädter Synagogen; Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 38.
41 Verwilligungsbrief vom 4. April 1735, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 192. Allerdings war dies eine Einzelfallentscheidung, der das generell geltende Abtriebsrecht gegenüberstand. Zur Entwicklung des Abtriebsrechts vgl. Battenberg, Gesetzgebung und Judenemanzipation, S. 81–82.
42 Verordnung vom 22. Dezember 1735, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 193-194.
43 Einzelheiten dazu bei Diehl, Die alten Darmstädter Synagogen, S. 162–164. Das Zitat über die Synagoge, „die prächtig neu errichtet wurde“, im Protokoll des judenschaftlichen Landtags vom 21. Januar 1738, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 671–673; Übersetzung: Cohen, Landjudenschaften Hessen-Darmstadt, S. 205 Anm., 272; Übersichten bei Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden; Bd. 1, S. 118, Müller, Aus Darmstadts Vergangenheit, S. 99; Steinbeck, Synagogen, S. 907. Allerdings ergibt sich aus einem 1753 erstellten Reskript des Oberamts Darmstadt, dass innerhalb der Darmstädter Judenschaft noch Differenzen über die Rechnung zum Synagogenbau bestanden, weshalb angeordnet wurde, dass diese binnen acht Tagen dem Oberamt in deutscher Sprache vorgelegt werden solle, CAHJP, D-Da1-30.
44 Günther, Die Juden in Hessen, S. 102; danach Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 194. Der Text der Neuverkündung hat sich zwar nicht erhalten; doch wissen wir aus dem Text der letztmaligen Neuverkündung von 1765 (Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 236), dass dieser ganz dem Text von 1697 entsprochen haben dürfte. Die Neufassung des Edikts von 1695 aus dem Jahr 1697 in Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 95. Der Art. 2 wurde von Landgraf Ernst Ludwig nun wie folgt formuliert: „Zum andern sollen sie geloben […], nirgends neue Synagogen anzustellen, sondern sich daran zu begnügen, was wir unserm dato Giessen, den 21ten Augusti 1695 in Gnaden erlaubet […] haben.“
45 Bis 1865 war die Adresse Kleine Ochsengasse 26 für die Synagoge gebräuchlich. Siehe Adreßbuch der Haupt- und Residenzstadt Darmstadt 1847–1865, tudigit.ulb.tu-darmstadt.de/show/Zs-4159, letzter Aufruf 15. April 2025.
46 Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 20. Januar 1876, in: Darmstädter Tagblatt, Nr. 16, 22. Januar 1876, S. 141.
47 StadtA Darmstadt 51, 44/1-2, Plan zur Anlage der Landgraf-Georg-Straße in Darmstadt, sog. Altstadt-Straßendurchbruch 1905. Vgl. Diehl, Die alten Darmstädter Synagogen. Die Kleine Ochsengasse 12 wird noch bis 1895 in den Darmstädter Adressbüchern als Besitz der Stadt Darmstadt erwähnt, im Jahre 1896 jedoch nicht mehr. Siehe Adreßbuch der Haupt- und Residenzstadt Darmstadt. Zur Lage siehe die zoombare moderne Karte über dem Weiß'schen Stadtplan von 1799, Kristof Doffing, Johannesviertel – Darmstadt – Hessen, Darmstadt, darmstadt.ykom.de/serverlocal/diys_static/darmstadt.html, letzter Zugriff 15. April 2025.
48 Walter Gunzert, Zwischen Angst und Hoffnung. Der Weg der Darmstädter Judenschaft vom Untergang des Alten Reiches bis 1848, in: JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 213, S. 150.
49 Beschreibung nach dem von J. M. Weiß im Jahr 1799 angefertigten Stadtplan von Darmstadt, ULB, TU Darmstadt, TU-digit, tudigit.ulb.tu-Darmstadt.de/show/Sp_Da1799a/0001, letzter Zugriff

15. April 2025. HStAD, C 6, Nr. 363, Brandkataster Darmstadt (1818–1865), S. 13, 20.

50 Die Maße sind vom Weiß'schen Plan genommen und in den Maßstab 1:530 umgerechnet. Die Ausrichtung erhellt auch aus den Umbaumaßnahmen von 1808 und 1842 (siehe unten).

51 Zitate nach CAHJP, D-Da1-355, Quittung an Maurer Eberhard Jacob Bohn vom 26. Mai 1754, und CAHJP, D-Da1-161, Rechnung Nr. 136 des Zimmermanns Kop vom 1. Oktober 1808. Siehe auch CAHJP, D-Da1-150, Rechnung des Zimmermeisters Johann Wilhelm Niegler vom 25. November 1784.

52 CAHJP, D-Da1-351, § 7, Teilungsplan für die Anordnung der Synagogenstühle in der 1842 neu eingerichteten Synagoge, der die alte Anordnung der Plätze beschreibt.

53 CAHJP, D-Da1-351, Zeugenaussage Herz Hähnle Hachenburger zur Anordnung der Sitzplätze vom 7. November 1845.

54 Die Einweihung des israelitischen Gotteshauses zu Darmstadt, am 2. August 1842, in: Großherzoglich Hessische Zeitung, Nr. 243, 2. September 1842, S. 1191.

55 Übersetzung Rahel Blum.

56 CAHJP, D-Da1-177, Abschnitt Nr. 3, Beratungsprotokoll der israelitischen Religionsgemeinde Darmstadt vom 26. Januar 1875, § 29; CAHJP, D-Da1-358, Rechnung vom 07. April 1777: „Erstlich Oben in der zwey ten stockwerk Bei den Herr, Rabinnen in seiner stoben […]".

57 Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 664, Fn. 32.

58 CAHJP, D-Da1-358 Rechnung für Glaserarbeiten „unden bey dem Vor singer" vom 3. Februar 1778; CAHJP, D-Da1-155, Quittung Nr. 30 vom 21. April 1796 über Glaserarbeiten („Dem Vorsinger Herrn Liebmann") und Nr. 31 vom 22. April 1796 über Schreinerarbeiten.

59 Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 671–673 (hebr.); Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 205, Anm. 272 (übers.).

60 CAHJP, D-Da1-212, S. 18–21 Baukosten in Höhe von 2.043 fl. 23 kr. vom Januar 1798 bis 22. Dezember 1798; CAHJP, D-Da1-157, Quittungen Nr. 30–118 über Maurer-, Zimmermanns-, Schreiner-, Schlosser- und andere Arbeiten.

61 CAHJP, D-Da1-177, Beratungsprotokoll Nr. 3 der vom 26. Januar 1875, § 29; CAHJP, D-Da1-225, S. 42, Ausgaben für den „Brunnenmeister Jung dahier, für die Unterhaltung der Brunnenleitung in das Frauenbad für das Jahr 1840".

62 CAHJP, D-Da1-356, Quittung vom 22. September 1752 an Meister Andreas Pettri für Holz und Nägel.

63 CAHJP, D-Da1-359, D-Da1-360.

64 CAHJP, D-Da1-254 (Finanzierung der „Erbauung des Gemeinen Backoffen", 1790/91), Nr. 359 (Quittungen für Holzlieferungen), Nr. 360.

65 CAHJP, D-Da1-358, Quittung von „Hill Ingenieur Lieutenant" vom 24. Juli 1778 („Helwigsche Behaußung hinter ihrer Schule aufgenommen und verschiedene Aufzüge- und Grundrißе – wie dieses Gebäude theils neu aufzuführen – und ein theil desselben Verbeßert – kann stehen bleiben und mit dem neuen verbunden werden"), Rechnungen an Dachdeckermeister Johann Wagner vom 16. Oktober 1778, an Zimmermeister Johann Wilhelm Stiegler vom 2. u. 23. November 1778 und an Maurermeister Nicolaus Mayer vom 30. Dezember 1778.

66 Doffing, Johannesviertel – Darmstadt – Hessen, Eintrag „Die gemeine Judenschaft (Armenhaus), Grosse Ochsengasse 459", in: W. Lenz, Verzeichniss der Häuserbesitzer von Darmstadt, zu dem Plane von Weiß, 23. Juni 1799, letzter Zugriff 15. April 2025. CAHJP, D-Da1-202, S. 16, Rechnung von 1784 („Schreinermeister Hellwig vom 24ten febr. 1778 bewohnt das Hauß biß ausgang 1784 und zahlt iaehrlich 18 fl.").

67 CAHJP, D-Da1-155, Quittung Nr. 32 vom 4. Juni 1796.

68 CAHJP, D-Da1-174, Ordentliche Einnahmen 1860: „Hauszinß […] für Miethe des Locals der Lehranstalt nach testamentarischer Bestimmung der David Benedict's Wittwe 20 fl." Ferner CAHJP, D-Da1-202, S. 3; D-Da1-212, S. 10; D-Da1-213, S. 3; D-Da1-225, S. 3; D-Da1-174 (3c).

69 Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 181–182; Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 179–179; Dietz, Stammbuch der Frankfurter Juden, S. 162; Battenberg, Die jüdischen Gemeinden, S. 130.

70 Akten zur Einsetzung und Besoldung von Moses und dessen Bruder Beer zu landgräflich-hessischen Hof- und Kammeragenten für die Jahre 1717 bis 1757: Battenberg, Quellen zur Geschichte 1651–1806, Nr. 248, nach HStAD, E 1 M, Nr… 4 (1).

71 Supplikation von 1729, Teildruck bei: Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 181–182 (Zitat). Zu Beer, dem einflussreichsten Juden dieser Zeit in der Frankfurter Judengasse, und der Familie Kann siehe Kracauer, Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 186–199.

72 Reskript vom 8. August 1729, HStAD, E 3 A, Nr. 3/1/27. Es ging in diesem Reskript um eine fehlerhafte Rechnung des Judenvorstehers Samuel Hayum und die Verweigerung eines Begräbnisses des Kindes des Amschel Lazarus, möglicherweise deswegen, weil ein legitimierter Rabbiner noch nicht eingesetzt war.

73 Reskript vom 16. August 1729, HStAD, E 3 A, Nr. 3/1/34.

74 Biographische Angaben bei Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 668 Anm. 23, S. 213 Anm. 409.

75 Supplik der Darmstädter Judenschaft vom 17. März 1730 und abschlägiges Reskript der Regierung vom 15. Juli 1730 unter Bestätigung des Oberamtsschreibens, in: Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 182–183.

76 Beschluss vom 21. Januar 1738, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 671–673 (hebr.), Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 205, Anm., 272 (Übers.).

77 Verordnungen vom 1. Juni 1730 und vom 28. März 1732, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 171–172 und S. 183–185.

78 Protokoll des in Groß-Gerau tagenden judenschaftlichen Landtags vom 11. Juni 1751, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 681–683 (mit Übersetzung). Biographische Angaben zu ihm ebd. S. 152 Anm. 3 und S. 683 Anm. 5.

79 Beschluss vom 2. August 1752, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S 688–690 (mit Übersetzung).

80 Protokoll der Versammlung vom 12/13. November 1770, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 711–715, Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 181. Die Aussage von Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 115, dass Darmstadt 1770 Rabbinatssitz wurde, ist zumindest ungenau. Zutreffend dagegen Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 53, der feststellt, dass mit der Berufung Simons das Landrabbinat „mit der Leitung der Darmstädter Gemeinde verbunden blieb".

81 Vgl. zu Calmann die Nachlassakte HStAD, G 28 Darmstadt, F Nr. 2215/21. Calmann, der sich z. B. 1799 in einer Eingabe an den Landgrafen um ein Verbot von Tanzfeierlichkeiten zur Einweihung der neuen Synagoge in Arheilgen, die er als „Exzesse" charakterisierte, galt als streng gesetzestreu. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 187–190; Lebermann, Aus der Geschichte, S. 114.

82 Zu den Verflechtungen der Gemeinde Darmstadt mit der Landjudenschaft vgl. Battenberg, Die jüdischen Gemeinden, S. 130–132; Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 184–185. Zum landjudenschaftlichen Vorstand insb. Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 172–175; Lebermann, Aus der Geschichte, S. 115–116; Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 41.

83 Exemplarisch dafür stehen zwei Verordnungen Landgraf Ernst Ludwigs vom 9. November 1713 und vom 13. April 1717, abgedr. in Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 126–127 und S. 138; auch bei Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 635–636 und 636–638, mit umfangreichen biographischen Angaben zu den beteiligten Vorstehern. Es ist hier die Rede von „sechs der vermöglichsten Juden", die bei Amtshandlungen der Vorsteher hinzugezogen werden sollen (1713), was 1717 so erläutert wird, dass damit nicht nur „Vermöglichste von großen Mitteln und Reichthum, sondern haubtsächlich [solche] von Alter, Erfahrung, Verstand und sonsten darzu erforderte Caplacitaet" gemeint seien.

84 Dekret vom 1. Juni 1730, HStAD, E 3 A, Nr. 3/1/36; dazu: Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 203, Anm. 225.

85 Beschluss vom 5. Januar 1750, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 679–681 (mit Übersetzung).

86 Zur Diskussion: Battenberg, Die jüdischen Gemeinden, S. 105–107.

87 Reskript vom 2. November 1725, CJA, 1A Da2, Nr. 1770 (1). Betroffen war auch der Vorsteher Abraham zu Gräfenhausen.

88 Undatierte Supplik, bei der Regierung am 9. November 1725 eingegangen, CJA, 1A Da2, Nr. 1770 (2). Samuel verweist hier auf eine landgräfliche Verordnung vom 9. Oktober 1713, gemeint ist aber diejenige Landgraf Ernst Ludwigs vom 9. November 1713, in der die von Samuel zitierten Voraussetzungen zur Erlangung des Vorsteheramts beschrieben wurden, abgedr. in Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 126–127.

89 Reskripte vom 10. November und 26. November 1725, CJA, 1A Da2, Nr. 1770 (3, 4).

90 Das Einführungsreskript Ernst Ludwigs vom 10. April 1717 ebenso wie die für die gesamte Landgrafschaft jahrweise angelegten „Judentabellen", von denen sich die von 1717 und 1795 im Besitz von Jakob Lebermann befanden, die von 1776 im Besitz von Bruno Italiener, haben sich nur sehr fragmentarisch erhalten, siehe Lebermann, Aus der Geschichte, S. 118 (dort Beschreibung des Reskripts); Battenberg, Die geschichtliche Entwicklung, S. 8; Wolf, Zwischen Hof und Staat S. 41.

91 Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 47–48 und 58; Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 173–174, mit Anm. 131 und 239; Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 114. Die Zahlen für die nichtjüdischen Einwohner bei Wolf, Zwei Jahrhunderte Krieg und Frieden, S. 272 (nach der sog. Moserschen Tabelle gab es 1777 9.038 Einwohner, die in 2.086 Familien lebten).

92 Berichte vom 27. Januar 1772 und vom 12. April 1780, CAHJP, D-Da3-57 und D-Da3-50.

93 Berichte über Anträge vom 21. und 23. August 1787 (Samson Maram Cahn, Löw Amschel Bessunger) und 24. Juni 1788 (Moses Lazarus Windmühl), sowie dessen weitere Supplikation vom 29. März 1791, alle unter Verweis auf prekäre familiäre Situationen: CAHJP, D-Da1-44 und D-Da1-51.

94 Supplikation und Bericht der Stadt vom 21. Januar und 23. April 1748, in: Müller, Zur Geschichte der Judenfrage, S. 58–59.

95 Siehe oben, Anm. 35.

96 Schreiben vom 3.2.1644, in: Battenberg, Quellen zur Geschichte 1651–1806 Nr. 3470.

97 Bericht der Stadtdefinitoren (Gehilfen des Superintendenten) Konard Steinius und Bartholomäus Arcularius an die Stadt Darmstadt vom 17. Mai 1651, in: Müller, Zur Geschichte der Judenfrage, S. 48–49; Eintrag im Ratsprotokoll vom 30.1.1666, Battenberg, Quellen zur Geschichte 1080–1650, Nr. 3471.

98 Diehl, Das Ende der Patenschaften, S. 135–145.

99 Diehl, Die Proselytenanstalt, S. 152–157; Diehl, Kirchenbehörden und Kirchendiener, S. 620–630.

100 Urteil des Geheimen Rats vom 31. März 1710, CJA, 1 A Da, Nr. 1772.

101 Zitiert in Supplik vom 19. März 1743, CJA, 1 A Da2, Nr. 1772.

102 Zunftordnungen auf Initiative Landgraf Georgs I. 1595/96, in: Battenberg, Von den Anfängen, S. 104–105.

103 Gemeint ist die Zunftordnung vom 30. März 1756, HStAD, E 10, Nr. 118/12a.

104 Verordnung vom 14. Mai 1773, in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 250–251.

105 Undatierte Supplikationen (ca. 1740) an den Landgrafen, CAHJP, D-Da1-6, und an die Regierung von 1743, CJA, 1 A Da2, Nr. 1772.

106 Die Akten des 1731 bis 1737 geführten Prozesses im HStAD, G 23 D, Nr. 1. Dort die rechtshistorisch hoch interessante Stellungnahme (Urteil) der Tübinger Fakultät vom 26. Februar 1737. Zum Prozess: Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 44–45.

107 Marktordnung vom 24. August 1765, teilw. in: Battenberg, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt, S. 234–235 Nr. 230.

108 Zur Denkschrift und ihren Auswirkungen auf Darmstadt: Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 54–56.

109 Dazu ausführlich: Battenberg, Gesetzgebung und Judenemanzipation, S. 58–63.

110 Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 60–61; Franz/Engels, Familie Linz, S. 272. Dem Juden Abraham Linz folgte 1797 sein Berufskollege Gerson Löw, Sohn des Vorsängers Lipmann, der freilich weniger erfolgreich war und Konkurs anmelden musste, Wolf, Zwischen Hof- und Stadt, S. 61.

111 Eingabe der Landjudenschaft vom 12. Juli 1810, in: Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, S. 727–730.

112 Vgl. zum Folgenden Franz, Vom landgräflichen Schutzjuden.

113 CAHJP, D-Da1-161, Rechnung Nr. 698 vom 14. Juli 1808, und D-Da1-156, Rechnung vom 27. November 1808.

114 CAHJP, D-Da1-161, Rechnungen Nr. 103 bis 144, Nr. 187 (Besichtigung am 14. Juni 1809).

115 CAHJP, D-Da1-374 Rechnungen Nrn. 1 u. 2 vom 10. Juli 1808.

116 CAHJP, D-Da1-161 Rechnung Nr. 202 (Anstrich), Nr. 219 (Wendeltreppe).

117 Siehe dazu unten.

118 CAHJP, D-Da1-374, Bericht des Gemeindevorstands an den Landrat des Bezirks Darmstadt vom 20. Mai 1823.

119 CAHJP, D-Da1-351, Teilungsplan für die Anordnung der Synagogenstühle in der 1842 neu eingerichteten Synagoge, § 7. In dem Teilungsplan von 1842 wird die alte Anordnung der Plätze beschrieben.

120 CAHJP, D-Da1-374 Mitteilung des Gemeindevorstands vom 9. März 1829 (Verbot, die Zugänge zu den Stühlen zu blockieren) u. vom 30. August 1829 (Anordnung, Extrastühle zu entfernen).

121 Der Weißbindermeister und Bauunternehmer Georg Friedrich Brust war von 1836 bis 1848 Bürgermeister. Auf ihn geht die Bebauung der Oberen Wilhelminenstraße zurück.

122 Die Einweihung des israelitischen Gotteshauses zu Darmstadt, am 2. August 1842, in: Großherzoglich Hessische Zeitung, Nr. 243, 2. September 1842, S. 1191.

123 StadtA Darmstadt, 51, Nr. 12.

124 CAHJP, D-Da1-307, Auszug aus den Handbüchern über Einnahme und Ausgabe der israelitischen Religionsgemeindekasse zu Darmstadt vom 31. Mai 1843.

125 CAHJP, D-Da1-289, S. 13–31; Die Einweihung des israelitischen Gotteshauses zu Darmstadt, am 2. August 1842, in: Großherzoglich Hessische Zeitung, Nr. 243, 2. September 1842, S. 1191.

126 CAHJP, D-Da1-374, Schreiben des Vorstands an Kaufmann Baruch Callmann vom 21. Februar 1842; CAHJP, D-Da1-289, S. 17.
127 CAHJP, D-Da1-289, S. 50: „Bezahlt an Hofmaler Michel für verschiedene Malereyerien in der Synagoge“, lt. Rechnung vom 5. Dezember 1842 über 189 fl.
128 Einladungsschreiben gingen an auch an Großherzog Ludwig II. und die Prinzen des Hauses, die allerdings nicht unter den Teilnehmern waren. Siehe CAHJP, D-Da1-289, S. 35, Quittung für Einladungsschreiben zur Einweihung vom 12. September 1842.
129 Zu Herz Hähnle Hachenburger vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 123.
130 Siehe die ausführliche Beschreibung der Synagogeneinweihung in: Die Einweihung des israelitischen Gotteshauses zu Darmstadt, am 2. August 1842, in: Großherzoglich Hessische Zeitung, Nr. 243, 2. September 1842, S. 1191; siehe auch CAHJP, D-Da1-289, S. 33: „Bezahlt an Chordirector Herz Hähnle Hachenburger für die verwendete Musik bey Einweihung der Synagoge lt. Quittung vom 31. August 42 [24 fl.].“ Zur Einweihung siehe auch Geschichte des Tages, in: Der Israelit, Nr. 40, 2. Oktober 1842, S. 161–162.
131 Die Einweihung des israelitischen Gotteshauses.
132 CAHJP, D-Da1-289, S. 32; D-Da1-351, Zeugenaussage des 59-jährigen Herz Hähnle Hachenburger vom 15. August 1845.
133 CAHJP, D-Da1-351, Handakte des Hofgerichtsadvokaten Cassella in der Streitsache des Vorstands der Religionsgemeinde gegen Abraham Jacob Linz, 1852–1862. Siehe dort v. a. die Zeugenaussagen Maier Ettling vom 6. u. 15. August 1845, des Herz Hänle/Hähnle Hachenburger vom 15. August 1845, Urteil vom 2. September 1843, Entwurf eines Teilungsplanes mit der endgültigen Anordnung der Plätze in der neu eingerichteten Synagoge o. D. Der Anbau an die Toranische, in dem sich die Treppe befand, ist auf dem Nau’schen Stadtplan von 1866 eingezeichnet. Siehe HStAD, P 1, Nr. 1023/3, Plan von Darmstadt, Nau 1866.
134 CAHJP, D-Da1-404.
135 CAHJP, D-Da1-404, Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde am 5. Juni 1857, Kostenvoranschlag des Stadtbaumeisters Louis vom 23. Juni 1857 über 80 fl.
136 CAHJP, D-Da1-174, Kapitalzinsen von 800 fl. am 27. Oktober 1857 „zum Zwecke der Anschaffung einer Orgel in die Synagoge“; Versteigerungs-Anzeige von Synagogen-Utensilien und einer Orgel, in: Darmstädter Tagblatt, Nr. 36, 19. Februar 1876, S. 292. Vgl. Ebenritter, Das religiöse Leben, S. 95.
137 Der Israelitische Volkslehrer, Nr. 9, 1857, S. 283–284.
138 Artikel Darmstadt, in: Darmstädter Zeitung, Nr. 241, 31. August 1857, S. 1239.
139 CAHJP, D-Da1-174 Rechnungsbelege Nr. 103, 104, 105, 106, 110, 114. Vgl. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 225–226.
140 Christoph Heinrich Hahn, in: Pfälzische Lehrerzeitung, Nr. 31, 4. August 1883, S. 163.
141 HStAD, O 61 Lange, Nr. 352, mit Korrespondenz und Forschungen über den Verbleib der Synagogenorgel von Godehard Lehwark; Versteigerungs-Anzeige von Synagogen-Utensilien und einer Orgel, in: Darmstädter Tagblatt, Nr. 36, 19. Februar 1876, S. 292. Vgl. Ebenritter, Das religiöse Leben, S. 95.
142 Vgl. Maaß, Die Frühindustrialisierung, S. 43–71, vor allem S. 49–71.
143 Zum Folgenden Franz, Fabrikanten, Kaufleute und Bankiers.
144 Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen 3 (1864), S. 207; 14 (1875), S. 74; 34 (1890), Nr. 2, S. 82; Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege, 20 (1911), S. 164.
145 Zum Folgenden Ebenritter, Das religiöse Leben.
146 Vgl. Der Israelit, Nr. 78/79, 1. Oktober 1896, S. 1505–1506.
147 Zit. nach Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 229.
148 Zur Geschichte der Religionsgesellschaft Darmstadt siehe ausführlich Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 209–234.
149 HStAD, C 6, Nr. 363, Brandkataster Darmstadt (1818–1865), S. 20, Eintrag zu Lit. B 40. Ab 1863 ist Löb Sulzbach als Hausbesitzer im Brandkataster eingetragen. Vorbesitzer war der Gärtner Johann Jakob Schneider. Siehe auch Adreßbuch Darmstadt 1865 zu Eintrag unter Lit. B 40. Vgl. Der Israelit, Nr. 12, 23. März 1864, S. 158–159.
150 Vgl. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 235, 243–244; Der Israelit, Nr. 39, 29. September 1869.
151 Synagogen-Einweihung am 2. April 1864, in: Darmstädter Zeitung, Nr. 93, 5. April 1864, S. 401; Der Israelit, Nr. 37, 1. Oktober 1896, S. 1505–1506.
152 Der Israelit, Nr. 37, 11. September 1867.
153 Vgl. HStAD, C 6, Nr. 363, S. 19, zu Nr. 38.
154 Vgl. Der Israelit Nr. 37, 1. Oktober 1896, S. 1505–1506.
155 Vgl. Lebermann, Das Darmstädter Landrabbinat, S. 243–244.
156 Vgl. Der Israelit, Nr. 42, 2. Oktober 1872, S. 862.
157 Darmstädter Tagblatt, Nr. 165, 26. August 1873, S. 1318. Vgl. Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 183–185.
158 Reinhold-Postina/Neumann, Das Darmstädter Synagogenbuch, S. 171.
159 Vgl. Reinhold-Postina, Synagogen, S. 184–185. S. a. die erstmals von Paul Arnsberg publizierten Fotos, Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 3, S. 35.
160 So zeigt der auf dem Fleckenstein’schen Stadtplan von 1904 gezeichnete Grundriss der Synagoge einen leicht eingezogenen Ostabschluss (StadtA Darmstadt 51, Nr. 132/57).
161 Die Überlegungen von Hammer-Schenk, das Motiv der Säulen an Synagogenfassaden könnte als ein Ersatz für die den Juden nicht erlaubte Doppelturmfassade angesehen werden, treffen für Darmstadt nicht zu. Vgl. Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 182–183.
162 Zu den Vergleichen Wolfhagen und Seligenstadt siehe Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 325–326.
163 Das 25-jährige Amtsjubiläum des Herrn Rabbiner Dr. Marx, in: Der Israelit, Nr. 73, 11. September 1896, S. 1398–1399. Zur Beschreibung der Religionsschule und des Ritualbades im Zustand nach dem Umbau von 1906 siehe unten.
164 StadtA Darmstadt, XII-XII Karton Religionsangelegenheiten der Juden 1871 [keine Nummerierung]. Vgl. Frenzel, Eine Zierde, S. 59–61.
165 HStAD, P 1, Nr. 1023/3 Plan von Darmstadt, Nau 1866. Frenzels Annahme, dass es sich dabei bereits um den späteren Standort Friedrichstraße 2 handele, erweist sich damit als nicht richtig. Vgl. Frenzel, Zierde, S. 61–62.
166 CAHJP, D-Da1-266, S. 46.
167 StadtA Darmstadt, XII-XII Karton Religionsangelegenheiten der Juden 1871. Vgl. Frenzel, Eine Zierde, S. 59–61.
168 StadtA Darmstadt 51, Nr. 32/1.
169 Beide Architekten werden noch vor der Vollendung des Baus im Skizzenbuch des Mittelrheinischen Architecten- und Ingenieur-Vereins 1875 genannt, vgl. ULB Darmstadt 43/2287, Bl. 9.
170 CAHJP, D-Da1-266, S. 46.
171 Frenzel, Eine Zierde, S. 62.
172 CAHJP, D-Da1-177, Rechnung vom 5. Juni 1875. Vgl. Rodeland/Seip, Beiträge zur Erfassung, S. 19.
173 CAHJP, D-Da1-177, Rechnung-Nr. 356.
174 Frenzel, Eine Zierde.

175 Das Liberale Synagogen-Modell von Christian Häussler von 2006, www.liberale-synagoge-darmstadt.de/liberale-synagoge-modell/, letzter Zugriff 28. April 2025.
176 Oppler, Synagogen und jüdische Begräbnisplätze. Edwin Oppler gilt als einer der damals führenden Synagogenarchitekten Deutschlands und war ein Vertreter der renommierten Hannoveraner Bauschule. Vgl. Eilitz, Leben und Werk.
177 Zur Wiesbadener Synagoge auf dem Michelsberg siehe den Artikel von Kathrin Keßler und Ulrich Knufinke in diesem Band.
178 Vgl. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bf. 1, S. 119. Die reinen Baukosten betrugen 167.995,56 Mark; einschließlich der Honorare und der Kosten für die Inneneinrichtung belief sich die Gesamtsumme auf rund 185.000 Mark.
179 Georg Wickop, Die Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft zu Darmstadt, in: Der Baumeister 7 (1909), S. 88–92.
180 Vgl. Art. in: Frankfurter Israelitisches Familienblatt 4 (1906), Nr. 46 vom 30.11, S. 3.
181 Artikel in: Darmstädter Tagblatt 169 (1906), Nr. 278 vom 26.11, S. 7. Daraus alle Zitate.
182 Beschreibung nach Georg Wickop, Die Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft zu Darmstadt, in: Der Baumeister 7 (1909), S. 88–92.
183 HHStAW 518, Nr. 1402, Schreiben Dr. Ernst Katzenstein, JRSO Headquarter Frankfurt a. M. an die Entschädigungsbehörde beim Regierungspräsidenten vom 6. Juli 1959, Bl. 3, Anl. 1 C u. Anl. 10 mit Skizzen nach Beschreibung von Zeitzeugen.
184 Vgl. Johann/Franz, Düstere Vorzeichen.
185 Zu Goldsteins Leben und Wirken vgl. Zuber, Fallstricke der Akkulturation.
186 Zum Folgenden Franz/Pingel, Hakenkreuz und Judenstern.
187 Zitiert nach: Justus-Liebig-Schule, Judendeportationen aus Darmstadt, S. 35.
188 Rößling, Zeitzeugnisse eines Darmstädters, S. 52.
189 Lange, Die Gründung.
190 HHStAW 503, Nr. 7393.
191 Zum Folgenden Neumann, Danach.
192 Reinhold-Postina/Neumann, Zeitplan, Fakten, Zahlen, S. 14.
193 Reinhold-Postina/Neumann, Erinnerungen, Gefühle, Dokumente, S. 10.
194 Reinhold-Postina/Neumann, Zeitplan, Fakten, Zahlen, S. 15.
195 Reinhold-Postina/Neumann, Erinnerungen, Gefühle, Dokumente, S. 11.
196 Reinhold-Postina/Neumann, Zeitplan, Fakten, Zahlen, S. 15.
197 Reinhold-Postina/Neumann, Zeitplan, Fakten, Zahlen, S. 16.
198 Jacoby, Solitär und Mittelpunkt, S. 62.
199 Siehe: Jacoby, Solitär und Mittelpunkt, S. 62.
200 Jacoby, Solitär und Mittelpunkt, S. 65.
201 Rösch, Ein reizvolles Projekt, S. 86.
202 Jacoby, Solitär und Mittelpunkt, S. 64.
203 Clarke, The Windows, S. 109.
204 Vgl. Hein, Auch die Metaphysik.
205 Vgl. Lange, Erinnerung in Darmstadt.
206 Dreesen, Das Projekt Denkzeichen.
207 Durth, Orte erinnern; Lange, Erinnerung in Darmstadt, S. 215.

Eberstadt (Stadt Darmstadt)

Der heutige Darmstädter Stadtteil Eberstadt, 1937 eingemeindet, hat eine ganz eigene jüdische Geschichte. Bis zu ihrem Ende im Nationalsozialismus bestand hier eine eigenständige jüdische Gemeinde, die auf den Beginn des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Juden lebten aber bereits sehr viel früher in Eberstadt. In der Frühen Neuzeit lag die Ortshoheit bei der reichsritterlichen Familie von Frankenstein, deren nahegelegene Burg den kleinen Ort überblickte.[1] Landeshoheitliche Rechte aber hatten die hessischen Landgrafen inne, etwa das *ius reformandi*, das Recht über die Bestimmung der Religionszugehörigkeit zugunsten der Reformation.

Der Beginn jüdischen Lebens in Eberstadt

Der erste bekannte Jude, der in Eberstadt ansässig wurde (1568), stand in landgräflichem Schutz, nicht etwa im Schutz der Frankensteiner.[2] Möglicherweise handelte es sich bei ihm bereits um den später immer wieder aktenkundig gewordenen Schutzjuden Meyer, dem später vorgeworfen wurde, Zölle zu umgehen oder falsches Silbergeld verwendet zu haben.[3] Ende des 16. Jahrhunderts ließ sich Seligmann, ein weiterer Jude, am Ort nieder.[4] In den ersten beiden Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts lebten zunächst vier, spätestens 1620 fünf landgräfliche Schutzjuden in Eberstadt: Isaak, Jakob, Hirtz, David und Itzig.[5] Diese Anzahl ist überraschend groß, berücksichtigt man, dass 1619 etwa 29 jüdische Familien überhaupt in der Obergrafschaft lebten.[6] Über die wirtschaftliche Tätigkeit dieser Familien ist zwar nichts bekannt, doch dürften die üblichen Handelszweige, etwa der Viehhandel, auch in Eberstadt die Regel gewesen sein.

Als der Dreißigjährige Krieg Eberstadt erstmals 1622 erreichte, erlitt der Ort schwere Schäden.[7] Die Zahl jüdischer Familien sank auf zwei, eine Entwicklung, die auch in den umliegenden Orten zu beobachten war.[8] Vermutlich suchten die Familien Schutz in befestigten Ortschaften der Umgebung. 1633 kamen die Schweden in die Gegend. Als sie 1635 wieder abzogen, hinterließen sie einen zerstörten Ort. Hunger und Pest dürften ihr Übriges getan haben, um das Dorf zu entvölkern. 1648/49 sind erstmals wieder zwei Schutzjuden in Eberstadt erwähnt, die in diesen Jahren aus dem Schutz des Landgrafen in den der Frankensteiner wechselten.[9] Gerson aus Groß-Rohrheim und Zorich, dem Sohn eines Zwingenberger Juden, erhielten mit dem Schutz auch die Erlaubnis, sich auf der Burg der Frankensteiner niederzulassen, wie dem Landgrafen auf seine kritische Rückfrage in einem Gutachten bestätigt wurde.[10]

Mittlerweile mussten sich die Frankensteiner zunehmend der landesherrlichen Gewalt der Landgrafen unterordnen.[11] Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges nahm auch der Druck zu, Gebiete an die Landgrafen abzugeben, die eine Vereinheitlichung ihres Gebietes anstrebten.[12] Schließlich gingen die Frankenstein'schen und schönburgischen Anteile von Eberstadt, ihre Burg und viele weitere kleinere Besitzungen in der Gegend an die Landgrafschaft.[13] Für den Erwerb des Dorfes musste der Landgraf jedoch bei einigen seiner Schutzjuden ein Darlehen von 4.000 Reichstalern aufnehmen.[14] Aus Eberstadt selbst ist aus dieser Zeit keine jüdische Familie überliefert. Erst 1669 wird wieder ein jüdischer Einwohner, Jakob, genannt.[15] Umso mehr überrascht es, dass ausgerechnet hier 1687 ein Landtag der Landjudenschaft stattfand.[16] Vielleicht hoffte die Landjudenschaft, sich der Kontrolle durch Amtsträger des Landgrafen zu entziehen, wenn sie nicht in Darmstadt selbst tagte.[17] 1701 wurde erneut ein Judenlandtag in Eberstadt abgehalten.[18]

Christlich-jüdische Nachbarschaft im 18. Jahrhundert

Zum Beginn des 18. Jahrhunderts ließen sich wieder einzelne jüdische Familien in Eberstadt nieder. Wolf Pfungstadt, der Steuereinnehmer der Landjudenschaft, listet in seinem Protokollbuch für die ersten 20 Jahre des 18. Jahrhunderts die Namen Judmann (1719), Wolf (1712) und Michel (etwa 1700).[19] In diesen Jahren etablierte sich Eberstadt offenbar als Ort, an dem jüdische Hochzeiten abgehalten werden konnten. Heiratswillige reisten angeblich sogar aus Mannheim oder Frankfurt an, wo eine Heiratsgenehmigung nur schwer zu bekommen war. 1728 erregte eine solche Hochzeit, ausgerichtet vom Eberstädter Jude Schimme (Simon), jedoch Anstoß.[20] Zwar fanden die religiösen Zeremonien eher ruhig in Schimmes Haus statt, gefeiert wurde aber über zwei Tage hinweg bis in die frühen Morgenstunden mit Tanz und Musik in den örtlichen Wirtshäusern Zum güldenen Hirschen und Zur güldenen Sonne.[21] Daraufhin klagte der örtliche Pfarrer Johann Christoph Scriba beim fürstlichen Konsistorium über die Prozessionen mit „klingendem Spiel" und unter Anführung eines Narren, die „großes Aufsehen" unter der christlichen Bevölkerung erregt hätten. Die Juden sollten

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-031

doch lieber ihre Hochzeiten in aller Stille veranstalten und nicht „in Christen Häusern, sondern in ihren eigenen und ihren Juden Tantz nicht in den Wirtshäusern." Außerdem sollten sie sich an die Verordnung von 1724 halten, nach der die Juden nicht länger als bis 10 Uhr nachts feiern und außerdem nur eine begrenzte Zahl an Gästen einladen dürften.[22] Zu kleineren Unstimmigkeiten mit christlichen Nachbarn scheint es dagegen vor allem dann gekommen zu sein, wenn, wie im Jahr 1739, die Weihnachtstage auf einen Schabbat fielen. Man fürchtete, die Tätigkeit der Schabbes-Gojim bei den jüdischen Familien würden den Feiertag entweihen.[23]

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts zählte man in Eberstadt etwa eine Handvoll jüdische Haushaltsvorstände. Überliefert sind Schimme (Simon), Chaim, Abraham, Jakob und Salman.[24] Chaim verstarb 1733. Sein Grabstein ist der älteste bekannte eines Eberstädter Juden auf dem Alsbacher Verbandsfriedhof. Simon und Abraham aus Eberstadt traten um die Mitte des 18. Jahrhunderts der hessischen Beerdigungsbruderschaft bei, die die Bestattungen auf dem Alsbacher Friedhof übernahm.[25] Möglicherweise ist ihr Engagement für die jüdische Gemeinschaft im Ort ein erster Hinweis auf eine sich entwickelnde gemeindliche Organisation der Juden in Eberstadt.

Der wirtschaftliche Erfolg und die Überlebensstrategien der Familien waren sehr unterschiedlich. Der Geschäftsmann Jakob etwa handelte von Griesheim und Darmstadt bis nach Frankfurt und Mannheim. Seine Handelsware reichte von Mehl, Weizen, und Wein bis hin zu Pferden, Trag- und Dreschtieren.[26] Am Vorabend des Siebenjährigen Krieges machte er Geschäfte mit „Dragonern" und „Hauptmännern", dabei verzeichnete er auch Einkünfte in französischen Talern. Jakobs Bruder Shamshe (Samson) dagegen war wohl selbst weniger erfolgreich, arbeitete seinem Bruder zu und betätigte sich als Geldwechsler.[27] In späteren Jahren fand er einen außergewöhnlichen weiteren Weg, sein Einkommen aufzustocken: Er wurde dem künftigen Landgrafen Ludwig IX., der 1768 die Regierung antrat und einen Hang für das Mystische hatte, von dessen Leibärzten als erfolgreicher Geisterbeschwörer vorgestellt und war als solcher mehrere Monate im Schloss tätig.[28] Samson starb schließlich 1791 hoch verschuldet und hinterließ eine verarmte Witwe.[29] Fünf von Samsons Kindern aber konnten sich mit ihren Familien in Eberstadt niederlassen. Insgesamt zählte man 1785 sechs jüdische Familien in Eberstadt, über die Jahrhundertwende hinweg dürften es etwa elf gewesen sein.[30] Die Nachfahren von Samson bildeten den Grundstock der Eberstädter Gemeinde und blieben, ebenso wie andere jüdische Eberstädter Familien, über Generationen im Ort bis zu ihrer Flucht, Vertreibung oder Verhaftung im Nationalsozialismus.[31]

Abb. 1: Alsbach, Jüdischer Friedhof, Grabstein des Samson, Sohn des Simon, aus Eberstadt, im Alter von 70 Jahren gestorben im Jahr 1791. Foto: Stefan Vogt.

Das wirtschaftliche Spektrum der jüdischen Familien um 1800 und die Gemeindebildung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Beruflich partizipierten die Juden vermutlich an den Erwerbsmöglichkeiten, die der Ort ihnen bot, etwa dem Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte und vor allem des Mehls aus den Eberstädter Mühlen.[32] Zu den erfolgreichen jüdischen Handelsleuten gehörte der Fouragehändler Löw Joseph, dessen Vermögen 3.000 Gulden betragen haben soll.[33] Damit lag er sicherlich an der Spitze der Gemeinde, während etwa Jacob, Samsons Sohn, zunächst ein Vermögen von 600 fl. versteuert hatte, das allerdings bis 1807 auf 150 fl. sank. Das Steuerkapital des Nathan Abraham stieg dagegen 1809 sprunghaft auf 5.000 Gulden an.[34] Zur Gemeinde gehörten auch zwei bis vier als „arm" bezeichnete Juden, deren Versorgung vermutlich über die Landjudenschaftskasse gewährleistet wurde.[35] Die Ehepartner der Eberstädter Juden, die z. B. aus Nieder-Ramstadt, Arheilgen, Lorsch, Griesheim, Königstätten einheirateten, brachten kaum mehr als 300 fl. mit in ihre Ehen.[36]

Wann die Anzahl von zehn religionsmündigen Männern und damit die Voraussetzung für einen eigenständigen Gottesdienst in Eberstadt erreicht war, lässt sich nicht genau sagen. Spätestens mit der Nennung Raphael Simons als „Vorsinger" im Jahr 1814 ist von gemeinsamen Gottesdiensten auszugehen, für dessen Leitung ein *Chasan* vergütet werden konnte.[37] 1821 wird Lazarus Mombach als Vorsinger der Gemeinde genannt.[38] Ein Vorstand – und damit eine administrative Organisation der jüdischen Gemeinschaft – wird allerdings erstmals im Zusammenhang mit

der Synagogenrenovierung im Jahr 1843 mit Moses Altheimer aktenkundig.[39] 1847 wird Herz Simon als Vorsteher genannt, der mit Henle, der Tochter von Abraham Nathan, verheiratet war.[40] Abraham Nathan war auch maßgeblich daran beteiligt, dass die Eberstädter Gemeinde schließlich eine eigene Synagoge besaß.

Die erste Synagoge im ehemaligen Eberstädter Rathaus in den 1820er Jahren und ihre Reparatur 1843/1844

Das Hofreitenverzeichnis von 1813 nennt Abraham Nathan als jüdischen Hausbesitzer in Eberstadt.[41] Möglicherweise befand sich in seinem Haus der erste Gebetsraum für die sich konstituierende jüdische Gemeinde. In den 1820er Jahren kaufte der wohlhabende Mann zwei weitere Hofreiten in Eberstadt.[42] Eine davon war das um 1564 erbaute „gemeine Rathhauß“, das er im Jahr 1822 erwarb, weil die Stadtgemeinde die Ratsgeschäfte in die alte Kellerei in der Oberstraße verlegt hatte.[43] Der Verkauf des Gebäudes an die jüdische Gemeinde erfolgte im Jahre 1823.[44]

Abb. 2: Ehemaliges altes Rathaus als Jüdisches Gemeindehaus mit Synagoge an der Modaubrücke (rechts), Postkarte vor 1914. Foto: U. Götz.

Das ehemalige Rathaus im Ortskern von Eberstadt war ein unauffälliges giebelständiges Gebäude, dessen Äußeres sich kaum von den Wohnhäusern der Umgebung abhob. Es ragte etwas aus der Häuserflucht der von Darmstadt nach Heidelberg führenden Hauptstraße. Das Gebäude nahm fast das gesamte Grundstück ein, das nur noch Platz für einen Holzstall bot.[45] Die Lage unmittelbar an der Modau und an der Modaubrücke war jedoch wegen der ständigen Überschwemmungsgefahr eher ungünstig.[46] Die multifunktionale Nutzung als jüdisches Gemeindehaus und Synagoge veränderte vermutlich die Bausubstanz des Hauses bis 1914 nicht wesentlich. Es handelte sich um ein verputztes zweigeschossiges Wohnhaus mit Satteldach und Schopfwalm.

Abb. 3: Parzellenkarte der Ortslage um 1836/1838 mit Synagoge (Pfeil), Umzeichnung des Vermessungsamts Darmstadt von 1988. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, P 4, Nr. 9290.

Über dem massiv gemauerten Erdgeschoss folgte ein Fachwerkobergeschoss. Dort befand sich der Betsaal, der wohl wegen der liturgisch geforderten Ausrichtung nach Osten von der Straße gesehen im hinteren Teil des Gebäudes lag. Während sich die Wohnräume des Lehrers und der Schulraum ebenfalls im Obergeschoss befanden, war die Küche im Erdgeschoss angesiedelt. Die Räume werden insgesamt als sehr niedrig beschrieben.[47]

Im Mai 1843 plante die Gemeinde eine neue Synagoge und sammelte Spenden dafür. Nachdem zwei Gemeindeglieder von einer Reise nach Frankfurt zu einem wohlhabenden „Glaubensgenossen“ lediglich mit einem Ertrag von zehn Talern zurückkehrten, sollen zwei einheimische nichtjüdische Handwerker „mit Vergnügen bereit“ gewesen sein, die notwendigen Dachdeckerarbeiten unentgeltlich auszuführen. Das Intelligenzblatt für die Stadt Bern würdigte dieses großzügige Anerbieten als etwas, „das in den Augen der Humanität höher anzuschlagen“ sei als etwaige gefüllte Geldsäcke. Darin zeige sich „ein deutsches Herz, welches selbst in dem Bekenner eines andern Glaubens stets den Menschen und seine gesellschaftlichen Bedürfnisse“ ehre.[48] Im August 1843 nahm das Projekt konkrete Formen an. Kreisbaumeister Mittermeyer von Bensheim fertigte die „Risse“ für den Neubau, der am Standort des maroden Vorgängerbaus entstehen sollte. Außer dem Betsaal waren eine Mikwe, eine Wohnung für den Lehrer, ein Schulsaal und ein Zimmer für den Vorstand vorgesehen.

Da jedoch das vorhandene Grundkapital von 2.000 Gulden nicht ausreichte und die Ortsgemeinde weder Geld

noch Bauholz stellen wollte, musste der Vorstand der jüdischen Gemeinde von dem Vorhaben Abstand nehmen. Er beschloss, das alte Haus „nur auf die Dauer einiger Jahre nothdürftig“ reparieren zu lassen. Dazu gehörten die Erneuerung und Festigung der zum Bach gewandten Mauer mit Staketen. Ferner sollten der Betsaal der Männer, die auf einer „Emporbühne“ gelegene „Frauen Schulle“ und die „Kinder Schulle“ (Religionsschule) im Obergeschoss durch zusätzliche Fenster mehr Tageslicht erhalten.[49] Gemeindevorsteher Moses Altheimer wünschte sich außerdem eine „Treppe im Winkel“ eigens für die Frauen. Im Betsaal waren 60 Männerplätze und eine „Kinderbank“ vorgesehen. Am 24. Juli 1844 erfolgte die Vergabe der Bauarbeiten. Die Straßenfassade wies auch nach der Instandsetzung seitlich nur eine schmale Türe und in jedem Geschoss zwei kleine Fenster auf. Die auffällig großen Doppelfenster im Wohnbereich an der Südseite dagegen sind vermutlich auf diese Restaurierung 1844 zurückzuführen.[50]

Nach einer Inventarliste von 1909 war die Ausstattung des Gebetsraums eher bescheiden: Erwähnt werden u. a. ein Glasleuchter, zwei vierarmige Kandelaber, ein gestickter seidener und ein rotsamtener Vorhang, zwei weiße Vorhänge mit Spitzen für Jom Kippur, sechs Toramäntel, eine als „Betstuhl“ bezeichnete vermutliche *Bima* mit zwei Decken, 24 „Frauenstühle“ sowie ein „Widderhorn“ (*Schofar*). Dazu gehörten ferner ein Toraschrank, vier Torarollen und die Estherrolle.[51] Der Inventarliste und den Rechnungen zufolge war in dem alten Gemeindehaus kein Ritualbad untergebracht.[52] Vermutlich nutzten die Gemeindemitglieder eine Mikwe in einem Privathaus, jedoch ist ihr Standort bis heute nicht bekannt.

Die jüdische Gemeinde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Mit dem Anschluss an die Bahnstrecke Frankfurt–Heidelberg im Jahre 1846 setzte in Eberstadt die Industrialisierung ein und die Bevölkerungszahlen nahmen zu.[53] Die jüdische Gemeinde zählte 1867 immerhin 80 Personen, und die meisten jüdischen Familien hatten, anders als in der ersten Jahrhunderthälfte, eigenen Hausbesitz.[54] Sie wohnten hauptsächlich in der Heidelberger Straße, in der sich auch die Synagoge befand, außerdem in deren Verlängerung nach Osten, der Oberstraße, darüber hinaus aber auch über den ganzen Ort verteilt.[55] Nicht alle Eberstädter fanden ein Auskommen im Ort. Manche hofften auf bessere Möglichkeiten in der Ferne. Unter den jüdischen Auswanderern war um 1860 die kinderreiche Familie des Schneiders Emanuel Bamberger. Sie zog zunächst nach St. Louis in den USA. Am nächsten Wohnsitz Milwaukee gründeten die Söhne Simon und Hermann eine Textilfabrik. Simon Bamberger investierte ab 1872 auch in Silberminen in Utah. Diese machten ihn zum Milliardär. 1891 gründete er die „Salt Lake & Ogden Railway“. Schließlich wurde Bamberger auch politisch aktiv. Der Höhepunkt dieser Karriere war seine Wahl zum vierten Gouverneur des Bundesstaats Utah im Jahr 1916. Er war der erste Nicht-Mormone und bis heute einzige Jude in diesem Amt.[56]

Abb. 4: Simon Bamberger (geboren 1846 in Eberstadt), Gouverneur von Utah 1917 bis 1921. Foto: Harris & Ewing, Library of Congress, Washington D.C.

Bei den in Eberstadt verbliebenen jüdischen Familien prägte sich ebenso wie andernorts bereits vor der rechtlichen Gleichstellung der Juden in Deutschland ein deutsch-jüdischer Patriotismus aus. Für Simon und Feist Reinheimer dürfte die Teilnahme am Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866 deshalb selbstverständlich gewesen sein.[57] Beide verloren dann im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 ihr Leben. Ihre Namen sind neben denen der anderen Kriegsteilnehmer und Gefallenen auf dem 1899 errichteten, mit einer Germania bekrönten Eberstädter Kriegerdenkmal aufgeführt.[58]

Die jüdische Gemeinde wuchs inzwischen weiter an. Vermutlich war die Nähe zu Darmstadt ausschlaggebend dafür, dass die jüdischen Familien aus Eberstadt weniger zur Landflucht tendierten als die anderer Orte.[59] 1887 zählte man 85 Jüdinnen und Juden in Eberstadt. Die drei Gemeindevorsteher kamen aus den alteingesessenen

Familien Simon und Heyum. Im Jahr 1893 erreichte die Gemeinde mit 100 Personen in 20 Familien ihren Höchststand.[60] Während die zugleich als Vorsänger und Schochet amtierenden Lehrer bisher häufig gewechselt hatten, erhielt der vermutlich bereits ab 1905 tätige Leopold Grünbaum im Jahr 1911 eine Festanstellung als Religionslehrer und Vorsänger.[61] Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte die Gründung des ersten jüdischen Vereins in Eberstadt, des „Ausstattungs- und Unterstützungsvereins“, der sich der Bedürftigen der Gemeinde annahm.[62] Im Jahr 1897 schloss sich die wohl mehrheitlich gesetzestreue Eberstädter Gemeinde wie die meisten Landgemeinden an das orthodoxe Rabbinat Darmstadt II. an.[63] Ein langjähriges soziales und politisches Engagement nicht nur für die jüdische Gemeinde, sondern auch für die Ortsgemeinschaft von Eberstadt lässt der Nachruf auf den im Dezember 1891 verstorbenen Salomon Löw Joseph erkennen. Um dem bei allen beliebten Mann, der 31 Jahre lang Mitglied des Eberstädter Gemeinderats gewesen war, die letzte Ehre zu erweisen, versammelte sich die gesamte jüdische Gemeinde „sowie der ganze Ortsvorstand mit dem Bürgermeister an der Spitze“ und viele andere Bürger und Freunde am Trauerhaus.[64] Auch beim Tod des Simon Reinheimer, dem zweiten Vorsteher der jüdischen Gemeinde, im Jahre 1904 nahm „mit der Krieger- und Kampfgenossenschaft an der Spitze“ ein „vielhundert köpfiges Trauerpublikum“ am Leichenbegängnis teil.[65]

Bau einer neuen Synagoge

Im Jahr 1912 wurden noch kleinere Verschönerungsarbeiten an der Synagoge vorgenommen und das Schulzimmer neu gestrichen. [66] Im November desselben Jahres untersuchte der Darmstädter Architekt Georg Scherer den Bauzustand der Synagoge.[67] Daraufhin fiel offensichtlich der Entschluss zum Neubau einer Synagoge am Standort des Vorgängerbaus, denn die Gemeinde, der immerhin 21 erwerbstätige Personen angehörten,[68] gründete einen Verein zur Unterstützung des Neubauprojekts. Dieser versuchte im Jahr 1912 über eine Lotterie das Baugeld einzuwerben.[69] Im Sommer 1914 wurden das Baugesuch und der Bauplan des Architekten Scherer bei der Baubehörde in Darmstadt eingereicht.[70] Dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinde während der Bauarbeiten den Rathaussaal für ihre Gottesdienste nutzen durften und dass die Ortsgemeinde 500 Mark für die Baukosten stiftete, kann als ein Zeichen von Wertschätzung angesehen werden.[71]

Abb. 5: Unverputzte Synagoge nach der Einweihung im September 1915 mit Hermann Gernsheimer links im Vordergrund. Stadtarchiv Darmstadt.

Die Kosten für den Neubau deckte die Gemeinde durch einen Kredit in Höhe von 5.000 Mark bei einer örtlichen Bank und über den Verkauf der „Synagogenstühle“, der für einen Männer- und einen Frauenplatz zusammen 75 Mark einbrachte, zudem vermutlich durch private Spenden.[72] Nach der Hyperinflation von 1921 bis 1923 war die Kapitalschuld getilgt.[73] Die jüdische Gemeinde beschäftigte für den Synagogenbau vermutlich örtliche Handwerker, die auch später noch kleinere Reparaturarbeiten an dem Gebäude ausführten.[74]

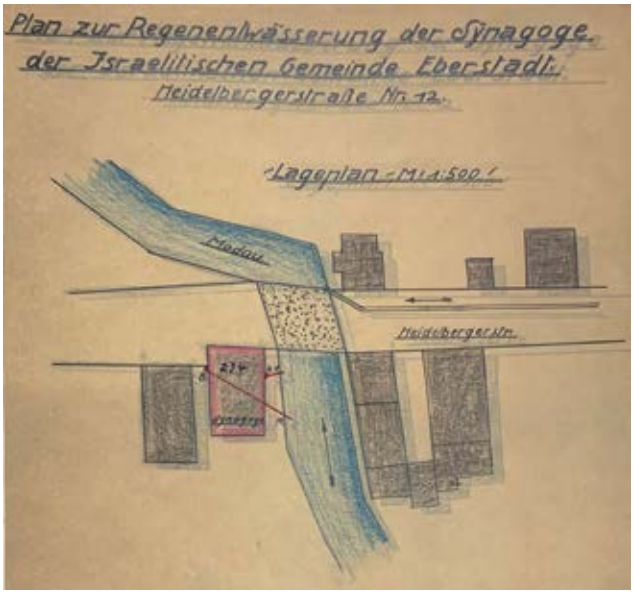


Abb. 6: Synagoge, Lageplan zur Kanalisation (Skizze zeigt noch Grundriss der alten Synagoge), April 1921. Stadtarchiv Darmstadt.

Wie der Vorgängerbau stand auch die am 5. September 1915 eingeweihte Synagoge nahe am Ufer der Modau.[75] Sie passte sich von der Höhe der übrigen Straßenbebauung an und war mit der Fassade zur Heidelberger Straße ausgerichtet. Vor allem seine architektonischen Formen charakterisierten das Gebäude und setzten es deutlich von der Nachbarbebauung ab. Geschickt hatte der Architekt zwei verschieden große Baukörper zusammengefügt. Den quer zur Hauptachse disponierten zweigeschossigen Saalbau im Hintergrund erschloss eine ebenfalls zweigeschossige, jedoch etwas niedrigere Vorhalle. Der Sockel der Vorhalle aus unregelmäßigem, naturbelassenem Bruchsteinmauerwerk umgab vermutlich auch das Hauptgebäude. Vom Sockel setzten sich die 1927 verputzten und weiß gestrichenen Außenwände kontrastreich ab. Die von einem Satteldach bedeckte Vorhalle über querrechteckigem Grundriss wirkte durch die Gestaltung ihrer Giebel- und Hauptfassade wie ein monumentales Entrée für den Synagogenraum. Flankierende Doppellisenen akzentuierten die Front in der Vertikalen. Deren Kämpfergesims setzte sich als Traufgesims über die Seitenwände fort; als Halsring diente ein die gesamte Vorhalle umziehendes Band. Das Mittelfeld der Fassade bildete eine hohe Blendarkade aus, deren Rundbogen weit in das Giebelfeld hineinreichte. Über dem rundbogigen, von einer Blende eingefassten Eingangsportal war ein Drillingsfenster mit einfachen schmalen Rechteckköffnungen direkt unter das umlaufende Gurtband gerückt. Je zwei Rechteckfenster gliederten die Seitenwände der Vorhalle in jedem Geschoss. Der eigentliche Betsaal mit hohem Walmdach war von der Modaubrücke in seinen ganzen Dimensionen wahrzunehmen. Der über querrechteckigem Grundriss mit abgeschrägten Kanten errichtete Hauptbau ragte seitlich über die Vorhalle hinaus. Seine Zweigeschossigkeit ließ bereits von außen den Emporensaal erahnen. Optisch prägten die in der Emporenzone angeordneten Rundbogenfenster das Äußere. Die axial darunter liegenden Rechteckfenster belichteten die Zone unter der Empore; schmale senkrechte Blendfelder verbanden in jeder Wandachse jeweils ein Rundbogen- und ein Rechteckfenster.

Vom Inneren der Synagoge sind bisher keine Abbildungen bekannt. Nach den Angaben des Zeitzeugen Adolf Gernsheimer besaß der Betsaal etwa 50 Plätze für Männer und 35 bis 40 Frauenplätze, ferner zwei Bänke für die Kinder. Der Toraschrein, der Almemor und die Emporen seien aus Holz gewesen.[76] Die vermutlich flache Decke besaß ein Oberlicht aus Ornamentglas.[77] Die Maße des Bauwerks werden mit 9,50 m in der Breite und 12,50 m in der Tiefe angegeben.[78] In dem Vorbau waren ein Sitzungszimmer, ein Schulzimmer mit vier Bänken und eine Toilettenanlage untergebracht. Der Zugang zur Frauenempore soll durch das Schulzimmer im Obergeschoss erfolgt sein.[79]

Auch wenn die Eberstädter Synagoge wie ein Sakralbau errichtet worden war, erfüllte sie mehrere Funktionen. Dafür hatte der Architekt dem zur Verfügung stehenden Bauplatz und den begrenzten finanziellen Mitteln der jüdischen Gemeinde das Äußerste abgerungen. Er wählte nicht die einfachste Lösung, sondern übertrug das zeitgenössische Experimentieren mit mehreren Baukörpern auf den Maßstab einer Ortssynagoge. Der klassizistisch anmutenden Fassade mit dem nur angedeuteten Palladio-Motiv verlieh er eine abstrakte, reduziert monumentalisierende Formensprache, die entsprechend den Tendenzen der Zeit weitgehend auf Bauschmuck verzichtete. In der Anordnung und Gestaltung der Baukörper orientierte sich Scherer vermutlich am Werk des bedeutenden Architekten Friedrich Pützer, der sich damals neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer an der Technischen Universität Darmstadt vor allem im evangelischen Kirchenbau einen Namen gemacht hatte. Das Spätwerk Pützers, beispielsweise die evangelischen Saalkirchen mit Emporen in Gustavsburg und Budenheim, weist einige der am Eberstädter Synagogenbau zu beobachtende Bauformen auf.

Abb. 7: Heidelberger Straße mit verputzter Synagoge, Blick von Norden, nach 1927. Sammlung Michael Zimmermann.

Abb. 8: Heidelberger Straße mit verputzter Synagoge, Blick von Süden, nach 1927. Sammlung Michael Zimmermann.

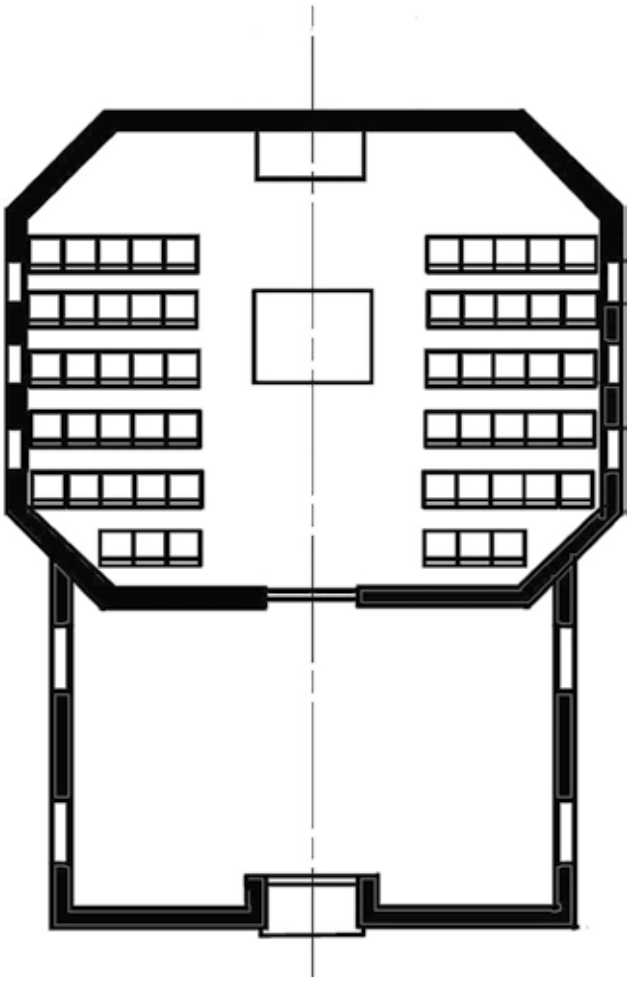


Abb. 9: Synagoge, Erdgeschossgrundriss. Rekonstruktion: Michael Zimmermann.

Die Gemeinde zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Im Jahr 1910, kurz vor dem Neubau der Synagoge, war die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinde entgegen dem bisherigen Trend auf 85 Personen gefallen. Die Familienväter übten vorwiegend die für ländliche Regionen typisch jüdischen Berufe als Metzger sowie als Händler mit Vieh, Futtermitteln und Bekleidung aus.[80] Die meisten besaßen Ladengeschäfte und boten dabei oft ein vielfältiges Warensortiment an. Zu den lokalen Kaufleuten gehörte Siegfried Dahlerbruch, der neben Schuhen, Kleidung, Kurz- und Wollwaren auch Mehl und Landesprodukte, Alkoholika, Tabakwaren und Tee verkaufte.[81] Max Reinheimer führte außer seiner Metzgerei einen Viehgroßhandel.[82] Die Witwe Betty Joseph besaß mit ihrem Sohn Samuel in der Heidelberger Straße das Eisen- und Manufakturwarengeschäft S. L. Joseph & Sohn.[83] Eine in mehrerer Hinsicht herausragende Rolle spielte der auch bei der nichtjüdischen Bevölkerung beliebte Arzt Dr. Theodor Ascher. Die Praxis betrieb er mit seiner Schwägerin Dr. Elli Meyer, und er wird im Jahr 1904 als Mitglied des Gemeinderates Eberstadt erwähnt. Er gehörte außerdem der liberalen Israelitischen Religionsgemeinde Darmstadt I an.[84]

Darüber hinaus bot das rege örtliche Vereinswesen zahlreiche alltägliche Begegnungsmöglichkeiten vor allem für die Männer der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung. Julius Gernsheimer etwa war Mitbegründer und zeitweise erster Vorsitzender der Turngesellschaft Eberstadt. Er war mit seinem Bruder Adolf und Salomon Stock gleich in mehreren Vereinen aktiv.[85] Neben dem Gesangsverein Sängerlust verzeichneten vor allem der Kriegerverein, der Verein Soldatenkameradschaft und der Schützenverein jüdische Mitglieder.[86] Auch im engeren nachbarschaftlichen Umfeld gab es die üblichen Kontakte zwischen jüdischen und nichtjüdischen Ortsbewohnern.

Abb. 10: Theodor Ascher als Bataillonsarzt, um 1914. Unbekannter Fotograf. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, R 4, Nr. 26924.

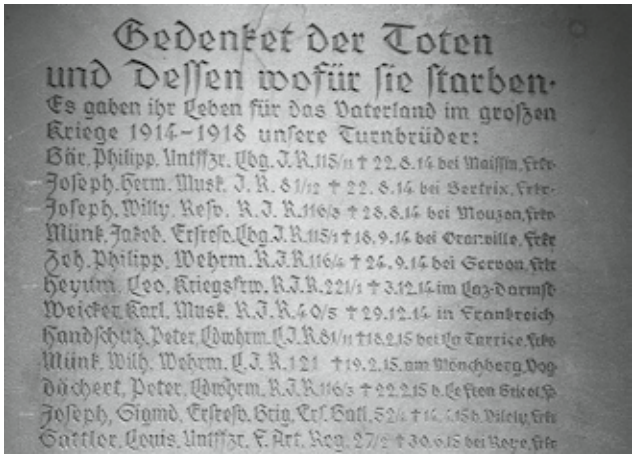


Abb. 11: Jahnturnhalle, Gedenktafel des Turnvereins 1876 für die Toten des Ersten Weltkriegs mit den Namen der jüdischen Mitglieder. Foto: Michael Zimmermann.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs meldeten sich viele Eberstädter Juden freiwillig.[87] Einige erhielten hohe Auszeichnungen für ihre Tapferkeit im „Kampf für das Vaterland“. Hugo Heyum, Sohn des Viehhändlers Salomon Heyum, der im Rang des Vizefeldwebels und preußischen Offiziers stand, empfing die Hessische Tapferkeitsmedaille und das Eiserne Kreuz.[88] Auch Salomon und Alfred Stock wurden mit dem Eisernen Kreuz geehrt.[89] Durch den Krieg verloren insgesamt fünf jüdische Soldaten aus Eberstadt ihr Leben.[90] Ihre Namen stehen neben den Namen ihrer nichtjüdischen Kameraden auf dem im September 1925 eingeweihten Ehrenmal für die Opfer des Ersten Weltkriegs auf dem Eberstädter Friedhof. Eine Gedenktafel in der Jahnturnhalle des Turnvereins TV 1876 Eberstadt erinnert bis heute an die im Ersten Weltkrieg verstorbenen jüdischen und nichtjüdischen Vereinsmitglieder.[91]

Ähnlich wie in vielen anderen Landgemeinden sank auch in Eberstadt die Zahl der Gemeindemitglieder nach dem Krieg, insbesondere durch Wegzug in die Städte. Entsprechend verringerte sich auch die Zahl der jüdischen Schulkinder. Den Religionsunterricht erteilte bis 1924 der Griesheimer Lehrer Jakob Strauß. Danach gab es erst wieder 1931 einige schulpflichtige jüdische Kinder im Ort, die der Pfungstädter Lehrer unterrichtete. Als Vorbeter fungierte das Gemeindemitglied Hermann Heyum.[92] An den Hohen Feiertagen erhielt er Unterstützung von auswärtigen Hilfsvorbetern, die im Darmstädter Hof übernachteten, jedoch bei Heyum verköstigt wurden.[93]

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und der Novemberpogrom

Am Ende des 19. Jahrhunderts waren die Versuche Otto Böckels, judenfeindliche Parolen unter der Bevölkerung von Eberstadt zu verbreiten, noch auf Widerstand gestoßen.[94] Eine Generation später führten Veranstaltungen der 1928/1929 gegründeten NSDAP-Ortsgruppe zu öffentlichen, teilweise turbulenten Protesten vonseiten der sich noch in der Überzahl befindlichen Sozialdemokraten und Kommunisten.[95] Bei den Reichstagswahlen im September 1930 erzielte die NSDAP in Eberstadt dann erste Erfolge, bis sie schließlich aus den Reichspräsidentenwahlen von 1932 mit 42,7 Prozent als stärkste Partei im Ort hervorging. Mit 46,8 Prozent der Stimmen lag die NSDAP bei der Reichstagswahl im März 1933 sogar um drei Prozentpunkte höher als der reichsweite Durchschnitt.[96]

In diesem Jahr führte die Volkszählung 79 Männer, Frauen und Kinder aus Eberstadt auf, die nach nationalsozialistischer Auffassung jüdisch waren.[97] Die Repressalien

gegen sie begannen schon bald nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Elli Meyer, die nach Aschers Tod die Arztpraxis weiterführte, entzog man im April 1933 die Kassenzulassung, sodass sie nur noch Privatpatienten behandeln konnte.[98] Es kam zu erpresserischen Geldforderungen gegen die Brüder Reinheimer und zu einer Verleumdungskampagne gegen Adolf Gernsheimer. Im Wäschegeschäft von Willy Heyum wurde das Schaufenster eingeschlagen und es fielen Schüsse auf das Haus der Familie von Meyer Heyum. Die Kampagne gegen von Juden geführte Geschäfte führte auch in Eberstadt zu deren erzwungener Aufgabe. Der Warenbestand des Gemeindevorstehers Max Kahn, der einen Wert von 60.000 RM besaß, wurde zu Schleuderpreisen versteigert. Jüdischen Handelsreisenden entzog man die Legitimationskarten. Ortsbürgern, die noch Kontakte zu jüdischen Familien unterhielten, drohten Diffamierung, Ausgrenzung und Bedrohung.[99] Am Eberstädter Gemeindeschwimmbad stand ab 1935 ein Schild, das Juden den Zutritt untersagte.[100] Im März 1935 jubelten die Eberstädter Bürgerinnen und Bürger Adolf Hitler zu, der im Cabriolet durch die geschmückte Heidelberger Straße fuhr.[101]

Abb. 12: Adolf Hitler passiert bei der Fahrt über die Heidelberger Straße am 20. März 1935 die Synagoge. Sammlung Michael Zimmermann.

Die Zwangsmaßnahmen der Nationalsozialisten trieben die jüdischen Bürger in die Verarmung und nötigten sie zur Auswanderung. 32 Personen verließen zwischen 1933 und Ende 1937 ihren Heimatort. Sie verzogen innerhalb Deutschlands oder flüchteten hauptsächlich nach Palästina, in die USA und nach Südamerika. Die damals 21-jährige Ruth Reinheimer floh als einzige in die Niederlande und überlebte dort im Untergrund.[102] Wer geblieben war, erlebte den in Eberstadt mit extremer Brutalität gegen die Synagoge, jüdischen Besitz und jüdische Personen durchgeführten Novemberpogrom. In den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 startete nach der Zerstörung der Darmstädter Synagogen ein PKW nach Eberstadt, in dem sich der Führer des SA-Pioniersturms, Heinrich Kissinger, und drei weitere SA-Leute befanden. Die Männer hatten den Befehl zur Zerstörung der Synagogen in Stadt und Stadtkreis Darmstadt von Wilhelm Mahla, dem Führer der Standarte 115, erhalten.[103] Die SA-Männer brachen gewaltsam in die Eberstädter Synagoge ein, zerstörten die gesamte Ausstattung und warfen die Bänke der Frauenempore in den Betsaal. Nachdem sie das Inventar inmitten der Synagoge aufgetürmt hatten, übergossen sie es mit Benzin und entzündeten es. Die anschließende Explosion setzte das gesamte Gebäude in Brand und verletzte einen der Täter. Die Feuerwehr wurde alarmiert, jedoch nicht um die Synagoge zu löschen, sondern um die Nachbarhäuser zu schützen.[104] Die Synagoge soll gegen halb elf Uhr morgens noch gebrannt haben.[105] Nach der Tat genehmigten sich die Zerstörer in einer örtlichen Gaststätte einen Cognac und fuhren nach Darmstadt zurück.[106]

Die sich anschließenden Übergriffe und Gewalttätigkeiten gegen mindestens zwölf jüdische Familien und ihren Besitz zogen sich bis in die Nacht des 10. November hin. Daran beteiligten sich hauptsächlich Ortsansässige: SA-Männer, Angehörige der NSDAP und der Hitlerjugend. Eine zusammengerottete Menschenmenge begleitete die Täter und drang auch mit in die Privatanwesen ein. Die teilweise mit Äxten, Brech- und Eisenstangen bewaffneten Männer verschafften sich gewaltsam Zutritt zu den Häusern und Wohnungen der jüdischen Familien, verwüsteten die Einrichtung, warfen das Mobiliar um und zerschlugen es. Sie zertrümmerten Glas, Porzellan und Fensterscheiben, warfen Möbelstücke, Radiogeräte, Lampen, Bettwäsche und Lebensmittel auf die Straße. Eine junge Frau schüttelte aufgeschlitzte Kissen am Fenster aus. Trotz des Plünderungsverbotes wurden ein Sparbuch im Wert von 6.000 RM und Bettwäsche gestohlen. Die Haus- und Wohnungsbesitzer mussten darüber hinaus Beschimpfungen, Bedrohungen und Schläge erdulden.[107] Moses Heyum berichtete später einem Nachbarn, man habe ihn aus seiner Wohnung verschleppt, mehrfach misshandelt und ihm dabei eine schwere Kopfverletzung, Rippenbrüche und einen Handgelenkbruch zugefügt.[108] Ferdinand Reinheimer musste sich auf einen Tisch stellen und aus dem Talmud vorlesen. Dabei schlug ihn einer der Täter heftig mit dem Kopf gegen die Wand. Zudem hoben ihn die Männer auf einen heißen Ofen, drückten ihm einen Zylinder auf den Kopf, verhöhnten ihn und zwangen ihn, zu Klavierbegleitung zu tanzen. Seine Verletzungen waren so schwer, dass er nach Darmstadt ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.[109] Drei Monate

nach dem Pogrom starb Reinheimer an den Folgen der Misshandlungen. Max Kahn wurde ebenfalls krankenhausreif geprügelt.[110] Zu den Misshandelten gehörten auch Max (Moses) Heyum und Frieda Guckenheimer. Beide starben bald darauf, mutmaßlich an den Verletzungen, die man ihnen während der Pogrome zugefügt hatte.[111] Zuletzt trieb der Mob vier jüdische Männer auf die Straße und zur Modau, wo sie durch den kalten Fluss waten mussten.[112] Adolf Kiefer und Siegfried Heyum wurden von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt, jedoch nach einigen Wochen wieder mit der Auflage freigelassen, ihren Besitz zu verkaufen und das Land zu verlassen.[113]

23 Jahre nach ihrer Einweihung war von der Synagoge nur noch eine Ruine übriggeblieben. Die Mauern ließ der damalige Ortsgruppenleiter Fritz Marquardt vollständig niederlegen und den Platz einebnen.[114] Die Stadt Darmstadt, in die Eberstadt ein Jahr zuvor eingemeindet worden war, erwarb das Synagogengrundstück zum Preis von 525 RM. Zynisch erscheint die Bemerkung im Kaufvertrag vom 17. März 1941, dieser Betrag sei mit den „Aufräumungskosten“ des abgebrannten Bauwerks in Höhe von 1.533,75 RM „vergolten“.[115]

Nach den Novemberpogromen setzte eine erneute Fluchtwelle jüdischer Familien ein. Sie veräußerten ihren Besitz, flohen in die USA, einige nach Palästina. Als letzte konnte Flora Reinheimer Ende März 1940 über Italien nach Argentinien ausreisen.[116] Wer in Eberstadt geblieben war, wurde in Armut und Isolation gedrängt, entrechtet und verlor seinen Besitz. Die noch arbeitsfähigen Juden mussten Zwangsarbeit leisten. Mit Beginn des Zwangsverkaufs jüdischen Wohneigentums an „arische“ Ortsbewohner bereits im Dezember 1938 erfolgte die Zusammenlegung jüdischer Familien in sogenannten Judenhäusern, von wo sie dann später deportiert wurden.[117] Die Gestapo holte sie in Eberstadt ab und transportierte sie in die zum zentralen Sammellager zweckentfremdete Justus-Liebig-Oberrealschule in Darmstadt. Dorthin brachte man auch Selma Reinheimer sowie Hella Salomon und ihre zehnjährige Tochter Ilse, die alle bereits in Darmstädter Sammelunterkünfte eingewiesen worden waren. Sie wurden mit der ersten Deportation aus dem Volksstaat Hessen am 24. März 1942 in das Durchgangsghetto Piaski verschleppt, wo sich ihre Spuren verlieren. Einige ältere Eberstädter Jüdinnen und Juden mussten in das jüdische Krankenhaus in Darmstadt in der Eschollbrücker Straße umsiedeln. Sie gelangten mit den Deportationen vom 27. September 1942 und vom 10. Februar 1943 in das „Altersghetto“ ´Theresienstadt, wo sie an den unmenschlichen Lebensverhältnissen starben, oder wurden in den Vernichtungslagern in Osteuropa ermordet.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die jüdischen Patientinnen und Patienten in der Eberstädter Provinzialpflegeanstalt. Anfang 1941 lebten dort noch drei pflegebedürftige jüdische Männer. Auf Anordnung des Reichsministeriums des Innern wurden sie am 1. Februar 1941 im Rahmen der sogenannten Aktion T4, der gezielten Ermordung von Menschen mit körperlichen, geistigen und psychischen Behinderungen, zunächst in die Sammelanstalt Heppenheim und gemeinsam mit anderen drei Tage später in die Tötungsanstalt Hadamar verschleppt, wo sie noch am selben Tag in der Gaskammer ermordet wurden.[118] Nach bisherigem Forschungsstand wurden 25 Jüdinnen und Juden, die während der NS-Zeit in Eberstadt gewohnt hatten, Opfer der Schoa.[119]

Abb. 13: Burg Frankenstein, Frieda Göttmann bei einem Ausflug mit dem Sohn ihrer Nachbarn, Fritz Dächert jun., um 1935. Foto: Dr. F. W. Knieß, Detmold.

1942 lebten noch die als Jüdin geborene Katharina Dehmer, geb. Reinheimer, und ihre Nichte Frieda Göttmann, geb. Laufer, zunächst im Schutz ihrer gemischtkonfessionellen Ehen in Eberstadt. Beide wurden im Februar 1945 von der Gestapo verhaftet und mit dem letzten Transport von Frankfurt deportiert. Sie überlebten das Konzentrationslager Theresienstadt und kehrten im Sommer 1945

zurück. Nur Katharina Dehmer blieb nach dem Krieg in Eberstadt.[120]

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Erinnerung an die jüdische Geschichte

Vermutlich wegen der Schwere der Ausschreitungen war in Eberstadt wie an kaum einem anderen Ort das Interesse groß, die Täter der Novemberpogrome zur Verantwortung zu ziehen. So traten in dem Strafprozess ungewöhnlich viele ortsansässige Zeugen und vor allem Zeuginnen auf, die ihre Beobachtungen mitteilten und Täter mit Namen nannten. Daraufhin wurden bei der Verhandlung vor der großen Strafkammer des Landgerichts Darmstadt am 9. September 1946 fünf von sechs Angeklagten wegen einfachen und schweren Landfriedensbruchs zu Haftstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt. Die schweren Misshandlungen und Übergriffe auf Leib und Leben der jüdischen Männer und Frauen blieben wegen mangelnder Beweise unbestraft.[121] Die Synagogenzerstörung war Gegenstand eines eigenen Prozesses im November 1946, in dem sechs Männer wegen der Zerstörung der Synagogen von Darmstadt, Darmstadt-Eberstadt, Darmstadt-Arheilgen, Griesheim und Gräfenhausen verurteilt wurden. Sie erhielten Zuchthausstrafen von zweimal sieben, einmal vier Jahren und dreimal zehn bzw. fünf Monaten.[122]

Zwischen 2013 und 2016 verlegte der Künstler Gunter Demnig Stolpersteine für die Eberstädter Schoa-Opfer.[123] Den Stein für ihr einstiges Mitglied Julius Gernsheimer, der am 14. März 1942 in der Tötungsanstalt Bernburg ermordet wurde, finanzierte die Turngesellschaft TG 07.[124] Nach ihm ist auch der Julius-Gernsheimer-Weg benannt. An ihrem ehemaligen Standort erinnert ein Gedenkstein an die Synagoge, eine Informationstafel umreißt ihre Geschichte. Seit März 2015 wird auf einer Messingtafel an der ehemaligen Provinzialpflegeanstalt, dem späteren Klinikum Eberstadt, unter anderen auch der jüdischen „Pfleglinge“ gedacht, die „der nationalsozialistischen ‚Rassenhygiene‘ zum Opfer fielen“.[125] Seit 2023 arbeitet das Fachgebiet Digitales Gestalten der Technischen Universität Darmstadt an virtuellen Rekonstruktionen der Darmstädter Synagogen, darunter auch der ehemaligen Synagoge von Eberstadt.[126]

Abb. 14: Ehemaliger Synagogenstandort an der Modau, 2023. Foto: Cornelia Berger-Dittscheid.

Rahel Blum / Cornelia Berger-Dittscheid

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Friedrich Wilhelm Knieß, Erich Kraft, Joachim Schmidt, Dieter Wichmann und Michael Zimmermann.

Eberstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/120

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1568	1 Schutzjude
1589	2 Schutzjuden
1620	5 Schutzjuden
1623	3 Schutzjuden
1647/1648	2 Schutzjuden
bis 1719	3 Schutzjuden
1785	6 Familien
1815	6 Familien (mind.)
1829	66 Personen
1867	80 Personen
1871	90 Personen
1887	85 Personen
1893	20 Familien mit 100 Personen
1900/1905	95 Personen
1910	85 Personen (Volkszählung)
1925	77 Personen
1933	79 Personen
Ende 1937	47 Personen
17.05.1939	28 Personen
1942	2 Personen
Ende 1945	2 Personen

Zahlen nach: Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 146 (1905); CAHJP, GA-Pfungstadt-S341-3 (1719); CAHJP, D-Lj4-189 (1815); Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25 (1867, 1900, 1925); HStAD, C 12, Nr. 47/1 (1785); HStAD, E 12,

Abb. 15: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Darmstadt Eberstadt. Blick auf West- und Nordfassade. TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten.

Nr. 96/21 (vor 1647/1648); HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 3 (1568); Nr. 4 (1589); Nr. 5 (1620, 1623); StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 2/15 (1910); Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 2 (1887), S. 27; Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 8 (1893), S. 72; Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 57 (1829); YVA, O.52, Nr. 416 (1939); Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 28 (1871, 1900, 1905), S. 83–84, 142 (1933, 1937, 1942, 1945).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Battenberg, J. Friedrich, Burg und Herrschaft Frankenstein in vormoderner Zeit, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde NF 60 (2002), S. 7–28.

Battenberg, J. Friedrich, Wie sich ein kleines Dorf selbst verwaltete. Abriss der Eberstädter Verwaltungsgeschichte bis zur hessischen Gemeindereform 1821, in: Erich Kraft (Hrsg.), Festschrift zur 1200-Jahr-Feier des Stadtteils Darmstadt-Eberstadt, Darmstadt 1982, S. 28–35.

Engels, Peter, Eberstadt – vom fränkischen Dorf zum Darmstädter Stadtteil, in: Geschichtsverein Eberstadt-Frankenstein, www.eberstadt-frankenstein.de/content/006_gesch._eberstadts_1.pdf, letzter Zugriff 3. Februar 2024.

Fries, Günter u. a., Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Hessen. Stadt Darmstadt, hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Stadt Darmstadt, Wiesbaden 1994.

Heinemann, Hartmut/Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach an der Bergstraße, Wiesbaden 2001.

Hess, Robert, Eberstadts jüdische Mitbürger, Eberstadt 1982.

Hess, Robert, Der 9. November 1938 – die „Kristallnacht“ in Eberstadt, in: Geschichtsverein Eberstadt-Frankenstein, www.eberstadt-frankenstein.de/content/hess15.pdf, letzter Zugriff 5. Februar 2024.

Reichardt, Ruth/Immo Grimm, Ins Licht gerückt… Von der Provinzial-Pflegeanstalt Eberstadt zum Teilklinikum der Stadt Darmstadt 1903–2013, Darmstadt 2013.

Zimmermann, Michael, Juden in Eberstadt – Ausgrenzung, Integration, Vernichtung. In Gedenken an die jüdischen Bewohner von Eberstadt und deren Schicksale, Darmstadt 2019.

Abb. 16: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Darmstadt Eberstadt. Hypothetischer Innenraum. TU Darmstadt, Fachgebiet Digitales Gestalten.

Archivalien

Archiv der Evangelischen Dreifaltigkeitsgemeinde Darmstadt-Eberstadt
- Nr. 10e

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
- D-Da1: Nr. 494; 495
- D-Eb2: Nr. 2; 3; 4; 5; 6; 7; 8; 9; 11; 12; 13; 17; 18; 19; 32; 34
- D-Lj4: Nr. 5; 189
- GA Pfungstadt: Nr. S341-3
- JRSO-Hes: Nr. 030

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- A 1: Nr. 65/7
- C 6: Nr. 499; 500
- C 12: Nr. 47/1
- D 4: Nr. 553/5
- E 12: Nr. 96/2; 96/21; 99/11; 99/14; 100/1; 100/17
- G 12 A: Nr. 19/7; 19/8
- G 15 A 19/27
- G 17: Nr. 14c; 24
- G 23 D: Nr. 2635/1-2
- G 26 A: Nr. 113/3
- H 13 Darmstadt: Nr. 906; 968/II
- O 61 Mueller Adolf: Nr. 3; 4; 5
- P 4: Nr. 9290
- R 4: Nr. 26924

Stadtarchiv Darmstadt (StadtA Darmstadt)
- 15: Nr. A 2/15; A 8/15; A 8/77; A 13/5; A 15/277; A 19/27; A 19/31; A 19/55; A 23/58; A 26/22; B 2/1; B 25/3; 39/2
- Fotoslg.

Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
- 1 A Da2: Nr. 40; 65

Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
- O.52: Nr. 416

Anmerkungen

1 Grundlegend zur Geschichte von Eberstadt siehe Engels, Eberstadt, S. 1–6; vgl. Battenberg, Burg und Herrschaft; Battenberg, Wie sich ein kleines Dorf, S. 28.
2 HStAD, C 2, Nr. 22/1, Bl. 90, Schutzgeld von neun Gulden und vier Albus
3 HStAD O 61 Mueller Adolf Nr. 3 u. 4, außerdem Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 20.

4 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 4. Vgl. Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 21; Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 20.
5 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 21.
6 Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 21–22, 27.
7 Vgl. Engels, Eberstadt, S. 9.
8 HStAD, O 61 Mueller Adolf, Nr. 5. Vgl. Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 27.
9 HStAD, E 12, Nr. 96/21, Bl. 18–19v; HStAD E 12 Nr. 96/21 Bl. 4-4v.
10 HStAD Bestand E 12 Nr. 100/1. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 21.
11 Battenberg, Wie sich ein kleines Dorf, S. 3.
12 HStAD, E 12, 96/2.
13 HStAD Bestand E 12 Nr. 100/17 und Weißgerber, Eberstädter Geschichtenbuch, S. 18.
14 HStAD, E 12 Nr. 99/11, eine unbetitelte Liste auf Blatt 19 nennt die Namen David Braubach, Jakob zu Roßdorf, Lieman Labohr Butzbach, Loro zu Wallau, Schimme zu Gießen, Kufe zu [Homberg], vgl. auch HStAD, E 12 Nr. 99/14; HStAD, A1, Nr. 65/7.
15 Battenberg, Schutz, Toleranz oder Vertreibung, S. 30.
16 Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 151–214, hier, S. 156.
17 Hier erneut Dank an Friedrich Battenberg für die gemeinsame Diskussion der Ortswahl für jüdische Landtage.
18 Vgl. Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 194.
19 GA-Pfungstadt, Nr. S341-3.
20 Archiv der Evangelischen Dreifaltigkeitsgemeinde Darmstadt-Eberstadt, Nr. 10e, Beschwerden über Ausschweifungen bei Judenhochzeiten. Information und Transkription: Joachim Schmidt u. Erich Kraft.
21 Das Dorfwirtshaus „Zum Güldenen Hirschen“ lag an der Ecke Heidelberger Landstraße/Büschelstraße, das Gasthaus „Zur Güldenen Sonne“ an der Heidelberger Landstraße. Vgl. Engels, Eberstadt, S. 9, 11–12.
22 Archiv der Evangelischen Dreifaltigkeitsgemeinde Darmstadt-Eberstadt, Nr. 10e, Beschwerden über Ausschweifungen bei Judenhochzeiten in Eberstadt.
23 HStAD, G 26 A, Nr. 113/3.
24 CAHJP, D-Da1-495; CJA 1, Da2, Nr. 65 (Abraham, Salman und Joseph); Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 1, S. 653, Nr. 9:26. Jakob ist vermutlich Jakob Simon, vgl. CJA 1 A Da2 Nr. 40.
25 Heinemann/Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach, S. 52–53, 101, 109.
26 CAHJP, D-Lj4-184.
27 CAHJP, D-Lj4-184.
28 HStAD, D 4, Nr. 553/5. Vgl. Jürgen Rainer Wolf, Zwischen Hof und Staat. Die Juden in der landgräflichen Residenzstadt des 18. Jahrhunderts, in: Battenberg/Engels/Lange, Juden als Darmstädter Bürger, S. 33–66, hier S. 52–53; Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 22–24; Anna Krabbe, Spuk im Staatsarchiv. Digitale und analoge Geisterjagd im Darmstadt des 18. Jahrhunderts, landesarchiv.hessen.de/spuk-im-staatsarchiv, letzter Zugriff 13. März 2024.
29 HStAD, G 23 D, Nr. 2635/1-2. Vgl. Wolf, Zwischen Hof und Staat, S. 53.
30 HStAD, C 12, Nr. 47/1 (für 1785).
31 HStAD, G 17, Nr. 14c; CAHJP, D-Eb2-32.
32 Vgl. Engels, Eberstadt, S. 11–12; Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 57.
33 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 8-77; HStAD, G 17, Nr. 24, Steuerstock ab 1792.
34 HStAD, G 17, Nr. 24; HStAD, G 17, Nr. 14c, S. 8–17.
35 HStAD, G 17, Nr. 14c. Zur Versorgung Armer aus den Orten der Landgrafschaft durch die Landjudenschaft siehe CAHJP, D-Da1-494.
36 CAHJP, D-Lj4-5; HStAD, G 17, Nr. 14c.
37 CAHJP, D-Eb2-34, S. 4.
38 CAHJP, D-Eb2-32.
39 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 13/5.
40 CAHJP, D-Eb2-32. Herz Simon meldete die Geburt seines Kindes beim Bürgermeister und wurde von diesem als Erster Vorsteher bezeichnet.
41 StadtA Darmstadt, 15, Nr. B 2/1, S. 27 v./28, Flur-Nr. 25. Der steuerpflichtige Wert des Hauses wird mit 600 fl. eingestuft.
42 StadtA Darmstadt, 15, Nr. B 2/1, S. 34 v./35, Flur-Nr. 104. Seine eigene Hofreite (Flur-Nr. 25) mit möglichem Gebetsraum verkaufte Abraham Nathan 1820 an einen Ortsbürger. Vielleicht löste dies den Kauf des Rathauses aus, damit die jüdische Gemeinschaft weiterhin Gottesdienste feiern konnte. Zu den Verdiensten jüdischer Eberstädter in den Befreiungskriegen siehe StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 8/77.
43 StadtA Darmstadt, 15, Nr. B 39/2, Urkunde Nr. 69. Der Umzug von der Kellerei in das neue Rathaus erfolgte erst 1847. Dieses Datum wird gelegentlich fälschlicherweise mit der Ersteinrichtung der Synagoge im alten Rathaus an der Modau gleichgesetzt. Siehe zum Rathausneubau 1835 bis 1847 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 13/5.
44 StadtA Darmstadt, 15, Nr. B 2/1, S.…–9.
45 HStAD, P 4, Nr. 9290; HStAD, C 6, Nr. 499.
46 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 13/5, Schreiben Kreisbaumeister Mittermeyer, Bensheim, an den Kreisrat in Bensheim vom 30. Januar 1844.
47 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 13/5. Die kärglichen Angaben sind der Korrespondenz zur Synagogenrenovierung 1843/1844 zu entnehmen. Leider sind die Baupläne weder im Akt noch in der Plansammlung des Stadtarchivs vorhanden.
48 Rubrik Mannigfaltiges, in: Intelligenzblatt für die Stadt Bern 10, Nr. 127, 29. Mai 1843, S. 536–537.
49 CAHJP, D-Eb2-5, Rechnung vom 14./15. November 1912.
50 Das Gebäude ist auf der vor 1914 aufgenommenen historischen Postkarte nur zur Hälfte (Wohnbereich) zu erkennen. Siehe die Abbildung im Artikel sowie Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 38.
51 CAHJP, D-Eb2-2, Beilage Nr. 2 zum Kostenvoranschlag von 1909.
52 CAHJP, D-Eb2-2, Beilage Nr. 2. Die Inventarliste des Gemeindebesitzes von 1909 verzeichnet keine Posten, die auf eine Mikwe hinweisen. Auch in den erhaltenen Rechnungen (CAHJP, D-Eb2-2–D-Eb2-5, 1908–1913) gibt es keine Mietzahlungen mit Bezug zur Mikwe oder einer Lohnzahlung für die Instandhaltung einer Mikwe. Die Beschreibung von 1843 enthält ebenfalls keine Hinweise auf ein Ritualbad, vgl. StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 13/5.
53 Vgl. Engels, Eberstadt, S. 13–14; Peter Engels, Eisenbahn, in: Stadtlexikon Darmstadt, www.darmstadt-stadtlexikon.de/e/eisenbahn.html, letzter Zugriff 1. Februar 2024.
54 Franz, Schutzjuden und Judenbürger, S. 25. Die von vielen Autoren kolportierte Höchstzahl von 120 jüdischen Einwohnern im Jahr 1861 passt nicht zu der für das Jahr 1867 sicher überlieferten Zahl und ist dokumentarisch auch nicht nachweisbar. So z. B. Eberstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/eberstadt_da_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2024; Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 27.
55 HStAD, C 6, Nr. 499, 500, Brandversicherungsbuch, ab etwa 1860 geführt.
56 Siehe dazu ausführlich www.jewishvirtuallibrary.org/simon-bamberger; de.wikipedia.org/wiki/Simon_Bamberger_(Politiker); utahrails.net/utahrails/bamberger.php; utahstatecapitol.utah.gov/explore/capi-

tol-art/governors/simon-bamberger; www.utahhumanities.org/stories/items/show/165; alle letzter Zugriff 15. März 2024.

57 Comite zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin (Hrsg.), Die Juden als Soldaten, Die Juden in Deutschland 2, Berlin 1897, 2. Aufl.

58 Onlineprojekt Gefallenendenkmäler, denkmalprojekt.org/2010/darmstadt-eberstadt_1870-71_hess.htm, letzter Zugriff 1. Februar 2024; Fries, Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, S. 631. Das Kriegerdenkmal steht in Eberstadt, Ecke Heidelberger Landstraße/Seeheimer Straße.

59 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 2/15 Volkszählung des Jahres 1910.

60 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 8 (1893), S. 72.

61 Siehe Stellenanzeigen im Ortsartikel Eberstadt, www.alemannia-judaica.de/eberstadt_da_synagoge.htm, letzter Zugriff 13. Mai 2024; Inserate, in: Der Israelit Nr. 39, 24. September 1908, S. 14; Grünbaum wurden im Jahr 1911 die Rechte eines fest angestellten Volksschullehrers verliehen. Siehe Rubrik Personalien, in: Der Israelit, Nr. 10, 9. März 1911, S. 12. Leopold Grünbaum wohnte 1905 und 1910 bei Familie Dahlerbruch in der Neuen Darmstädter Straße 28. Siehe dazu StadtA Darmstadt, 15, Nr. B 25/3. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 38.

62 Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes 14 (1899), S. 109.

63 Leitartikel „Was haben diejenigen gesetzestreuen Gemeinden zu thun"…, in: Der Israelit, Nr. 46, 14. November 1866, S. 751–752; CAHJP, D-Eb2-2, Ausgaben für das Jahr 1909 mit Beiträgen an die Landjudenschaftskasse für das Rabbinat Darmstadt II.

64 Vermischtes, in: Israelit und Jeschurun, Nr. 99, 21. Dezember 1891, S. 1863.

65 Personalien, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 29, 21. Juli 1904, S. 7.

66 CAHJP, D-Eb2-5, Rechnung Weißbindermeister Georg Geißler vom 18. Oktober 1912.

67 CAHP, D-Eb2-5.

68 CAHJP, D-Eb2-5, S. 12, Verzeichnis der Umlagen auf die „Köpfe" der Israelitischen Religionsgemeinde für 1912.

69 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 19/27. Das Gründungsdatum des Vereins ist nicht bekannt.

70 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 26/22, Korrespondenz vom 23. Juli und 17. August 1914. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 38.

71 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 38–39, nach Sitzungsprotokollen im Stadtarchiv Darmstadt.

72 CAHJP, D-Eb2-6, Einnahmen für die Jahre ab 1920.

73 CAHJP, D-Eb2-7.

74 Planung und Ausführung fielen mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges zusammen. Vermutlich wegen der damit verbundenen finanziellen und personellen Engpässe blieb die massiv in Ziegelbauweise errichtete Synagoge bis 1927 unverputzt. Siehe dazu CAHJP, D-Eb2-5, D-Eb2-6, D-Eb2-8, D-Eb2-9, D-Eb2-13, D-Eb2-19.

75 Vgl. Hess, Der 9. November 1938.

76 CAHJP, JRSO-Hes-030, Schreiben Adolf Gernsheim vom 10. Juni 1959. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 39–40.

77 CAHJP, D-Eb2-8, Rechnung für Reparatur von „Oberlicht in der Sinaog" des Spenglermeisters Hucke in E. vom Januar 1927; CAHJP, D-Eb2-9, Rechnung Bau- und Möbelschreinerei Carl Fließ in Eberstadt vom 22. März 1931.

78 CAHJP, JRSO-Hes-030, Grundrissskizze nach der Beschreibung von Zeitzeugen nach der Schoa und nach der Parzellenkarte von 1836/1838 mit der alten Synagoge. Die von der JRSO beauftragten Grundrisszeichnungen der Synagoge dienen lediglich der Massenberechnung für die Rekonstruktion des Gebäudewertes und der ungefähren Anzahl der Sitzplätze. Sie sind zur Rekonstruktion des tatsächlichen Grundrisses und des Innenraums nicht geeignet.

79 CAHJP, JRSO-Hes-030, Schreiben Adolf Gernsheim vom 10. Juni 1959. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 39–40.

80 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 23/58. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 30–35.

81 CAHJP, D-Eb2-2, Voranschlag zur Gemeinderechnung von 1909.

82 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 156.

83 CAHJP, D-Eb2-2, Voranschlag zur Gemeinderechnung von 1909. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 108.

84 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 90–91.

85 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 98, 100–101, 166. Salomon Stock verfasste als Schriftführer des Turnvereins TV 1876 im Jahre 1926 den Festschriftbeitrag zum 50. Vereinsjubiläum. Vgl. Hess, Eberstadts jüdische Mitbürger, S. 27–28.

86 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 19/31 u. A 19/55.

87 StadtA Darmstadt, 15, Nr. A 8/15. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 55–59.

88 Von Nah und Fern, in: Der Gemeindebote, Nr. 25, 23. Juni 1916, S. 4; Zu preußischen Offizieren befördert, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 24, 15. Juni 1916; S. 4; Auszeichnungen jüdischer Krieger mit dem Eisernen Kreuze, in: Dr. Bloch's Oesterreichische Wochenschrift, Nr. 25, 23. Juni 1916, S. 417.

89 Eiserne Kreuze, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 33, 17. August 1916, S. 2; Eiserne Kreuze, in: Israelitisches Familienblatt, Nr. 41, 12. Oktober 1916, S. 3.

90 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 55–57.

91 Vgl. Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*Innen, Gruppe Darmstadt, dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/Denkmaeler.htm, letzter Zugriff 16. März 2024. Frdl. Hinweis von Dieter Wichmann, Eberstadt.

92 CAHJP, D-Eb2-6, D-Eb2-7 u. D-Eb2-12.

93 CAHJP, D-Eb2-11, D-Eb2-12, D-Eb2-17 u. D-Eb2-18.

94 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 44–46.

95 HStAD, G 12 A, Nr. 19/7, S. 1134, u. Nr. 19/8. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 63–64.

96 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 61. Zu den absoluten Zahlen vgl. Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, Bd. 2, S. 462, 470, 476 u. 479.

97 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 83, mit ausführlicher Erklärung, wie die Zahl zustande kommt.

98 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 90.

99 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 70–72.

100 „Juden unerwünscht", in: Jüdische Allgemeine Zeitung, Nr. 30, 24. Juli 1935, o. S.

101 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, Abb. S. 41.

102 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 84–86.

103 Zu den Voraussetzungen und Befehlshabern der Pogrome in Stadt und Stadtkreis Darmstadt siehe Artikel Darmstadt in diesem Band.

104 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 129, Urteil der Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 11. November 1946.

105 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 132, Zeugenaussage H. D.

106 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 906, Bl. 129–130. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 74.

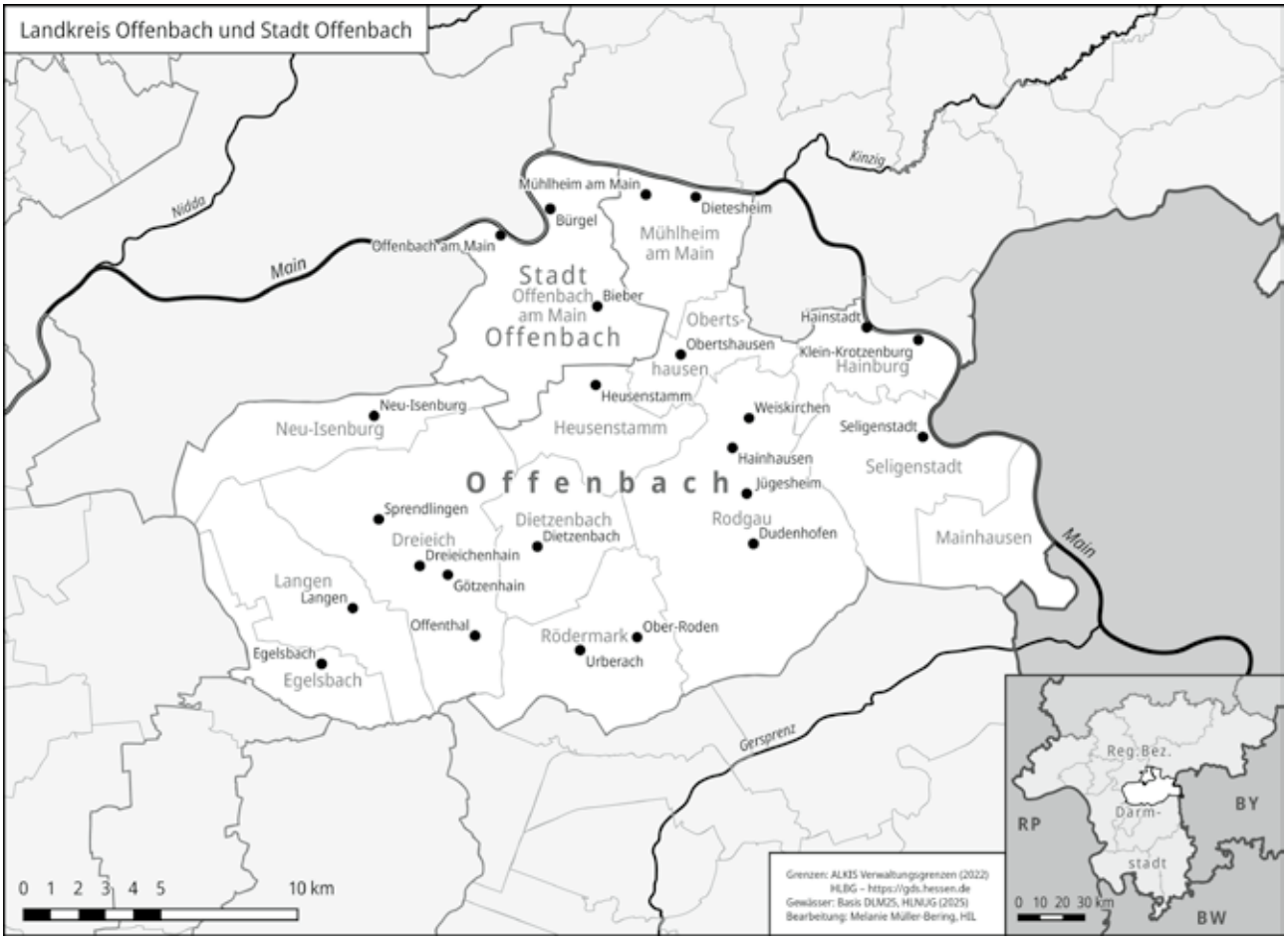
107 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 1–16 verschiedene Zeugenaussagen. Dazu und zum Folgenden vgl. auch Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 75.

108 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 4, Zeugenaussage L. B., 26. Februar 1946. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 122.

109 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 2 u. 8/9, Zeugenaussagen, 26., 27. u. 28. November 1946.

110 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 75.
111 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 70, Zeugenaussage L. G., 18. April 1946; Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 75.
112 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 15, Zeugenaussage G. Sch., 4. März 1946. Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 75.
113 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 76, 122.
114 CAHJP, JRSO-Hes-030, Bl. 39, Mitteilung Bürgermeister, 22. Juni 1949.
115 CAHJP, JRSO-Hes-030, Bl. 10, Abschrift, 6. April 1949.
116 Ausführlich zu den Geflüchteten und deren Zielen siehe Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 83–87.
117 Reichsgesetzblatt, Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens, 3. Dezember 1938.
118 Vgl. Reichardt/Grimm, Ins Licht gerückt, S. 58–62; Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 11–22; Geschichte des Klinikums Darmstadt, 20. Jahrhundert 1900–1950, Standort Eberstadt, klinikum-darmstadt.de/historie, letzter Zugriff 5. März 2024.
119 Vgl. Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 78–81, 90–167; Stadtatlas Darmstadt, stadtatlas.darmstadt.de, Suchbegriff Stolperstein mit Biografien. Zu den Darmstädter Deportationen nach Piaski und Theresienstadt siehe Kingreen, Die Deportation der Juden, S. 295–321, 351–360, 383.
120 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 1; Zimmermann, Juden in Eberstadt, S. 81, 83, 142.
121 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 141 v, Urteilsverkündigung, 9. September 1946.
122 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 968/II, Bl. 123–147, Urteil der Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 11. November 1946, Bl. 193, 198. Siehe dazu auch die Artikel Darmstadt und Gräfenhausen. Vgl. Hess, Eberstadts jüdische Mitbürger, S. 45.
123 Zu den Stolpersteinen in Eberstadt und den Biografien der Schoa-Opfer siehe Stadtatlas Darmstadt, stadtatlas.darmstadt.de, Suchbegriff Stolperstein.
124 Turngesellschaft 07 Eberstadt e. V., www.tg07-eberstadt.de/2016/10/verlegung-eines-stolpersteins-fuer-julius-gernsheimer, letzter Zugriff 6. März 2024.
125 Gedenktafel für Opfer des NS-Rassenwahns im einstigen Pflegeheim, heutiges Klinikum Eberstadt, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsgegnerInnen Gruppe Darmstadt, dfg-vk-darmstadt.de/Lexikon_Auflage_2/DM_GedenktafelOpferNsRassenwahnKlinikumEberstadt.htm, letzter Zugriff 6. März 2024.
126 Pressemitteilung des Fachgebiets Digitales Gestalten, Lehrstuhl Architektur der TU Darmstadt, Digitale Technik gegen das Vergessen, in: Förderverein Liberale Synagoge Darmstadt e.V. Verein für aktive Erinnerungskultur, www.liberale-synagoge-darmstadt.de/vision-2-0-liberale-synagoge-in-3d/, letzter Zugriff 16. März 2024.

Landkreis Offenbach


Landkreis Offenbach und Stadt Offenbach
Nidda
Main
Kinzig
Mühlheim am Main
Bürgel
Dietesheim
Offenbach am Main
Mühlheim am Main
Stadt Offenbach am Main
Bieber
Obertshausen
Hainstadt
Klein-Krotzenburg
Hainburg
Heusenstamm
Neu-Isenburg
Weiskirchen
Seligenstadt
Hainhausen
Jügesheim
Offenbach
Sprendlingen
Dietzenbach
Rodgau
Dudenhofen
Dreieich
Dreieichenhain
Götzenhain
Mainhausen
Langen
Offenthal
Rödermark
Ober-Roden
Urberach
Egelsbach
Gersprenz
0 1 2 3 4 5 10 km
Grenzen: ALKIS Verwaltungsgrenzen (2022) HLBG – https://gds.hessen.de
Gewässer: Basis DLM25, HLNUG (2025)
Bearbeitung: Melanie Müller-Bering, HSL
Reg.Bez. Darmstadt
RP
BY
BW
0 10 20 30 km

Dreieichenhain (Stadt Dreieich)

Mit Götzenhain und Offenthal

Die früher Hain in der Dreieich genannte Stadt entstand aus einem Jagdhof aus ottonischer Zeit, der unter verschiedenen Herrschern und über mehrere Jahrhunderte zu einer Burg erweitert und umgebaut wurde.[1] Die Burg diente den Herren von Münzenberg und später deren Nachfolgern, den Falkensteinern, als Hauptsitz. Nach dem Aussterben der Falkensteiner ging der Besitz 1418 an die Isenburger und Sayns, 1486 erwarben die Isenburger die Sayn'schen Anteile. Eng an die Burg angebunden entwickelte sich eine Stadt, die auch bis ins 16. Jahrhundert den Mittelpunkt des Herrschaftsgebietes bildete. Deren Wichtigkeit wird noch einmal durch die Bestätigung der Stadtrechte durch Graf Wolfgang Ernst von Isenburg im Jahr 1718 unterstrichen.[2]

Es ist wahrscheinlich, dass schon unter der Falkenstein'schen Herrschaft zwei jüdischen Familien der Aufenthalt in Dreieichenhain gestattet war, allerdings lassen sich erst nach der isenburgischen Erbschaft erste schriftliche Belege dafür finden. So kann ein erster Jude im Jahr 1421 identifiziert werden, als die isenburgische Kellerei zwei Gulden Einnahmen „von dem Juden zum Hayn" verbucht.[3] Auch in späteren Jahren tauchen regelmäßig einzelne Schutzjuden in den Rechnungen auf, es scheint aber nie zu einer größeren Ansiedlung gekommen zu sein. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch eine vereinzelte Anwesenheit nur für eine kurze Zeitspanne möglich war und in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts keine Jüdinnen und Juden in Dreieichenhain wohnhaft waren.

Erst in der Mitte des 16. Jahrhunderts lassen sich einige Belege für eine erneute Ansiedlung finden. In den Kellereirechnungen dieser Jahre werden auch erstmals Juden in Götzenhain und Offenthal erwähnt, die in den folgenden Jahrhunderten der Gemeinde in Dreieichenhain zugeschlagen werden.[4] Aber auch diese Phase jüdischer Anwesenheit war nur von kurzer Dauer, da spätestens ab 1568 mit dem Regierungsantritt von Graf Ludwig III. von Isenburg eine judenfeindlichere Politik Einzug hielt und alle Jüdinnen und Juden aus der Grafschaft ausgewiesen wurden.[5] Erst Anfang des 17. Jahrhunderts unter Graf Wolfgang Ernst wurde es wieder möglich, sich als Jude in der Grafschaft anzusiedeln. Auch während des Dreißigjährigen Krieges lassen sich keine Indizien mehr für eine größere jüdische Bevölkerung in Dreieichenhain finden. Tatsächlich ist eher zu vermuten, dass es nur wenige Jüdinnen und Juden zu dieser Zeit gab und auch die Repressionen wieder zunahmen, da der Burggraf zu Hain 1625 berichtete, in diesem Jahr seien keine fremden Juden aus- und eingewandert und die herrschaftlichen Juden selbst seien ausgewiesen worden.[6]

Etablierung einer Gemeinde

Seit der hessischen Verwaltungsreform von 1977 gehört die erst seit 1840 offiziell Dreieichenhain genannte Stadt zur neu gegründeten Stadtgemeinde Dreieich. Dreieich umschließt heute die ehemals eigenständigen Städte und Gemeinden Buchschlag, Dreieichenhain, Götzenhain, Offenthal und Sprendlingen.[7] Für die sogenannten Dreieichgemeinden war Sprendlingen ab der Mitte des 19. Jahrhunderts der Mittelpunkt jüdischen Lebens, hier war nicht nur die größte Gemeinde angesiedelt, sondern ab den 1830er Jahren auch eine repräsentative Synagoge. Im Jahrhundert zuvor war allerdings Offenbach das politische und religiöse Zentrum und als Sitz des Landesrabbinats entscheidend für die Wiederansiedlung von Jüdinnen und Juden in der Grafschaft Isenburg-Birstein. An der Etablierung der Offenbacher jüdischen Gemeinde 1706 waren die umliegenden Landgemeinden mittelbar durch den einberufenen Landtag der Landjudenschaft beteiligt.[8] Auf diesem Landtag wurde auch das geistige Oberhaupt gewählt, „damit wir nicht seien wie Schafe, die keinen Hirten haben, damit nicht Schaden und Klagen in unseren Plätzen entstehe, nicht ein jeder sich selbst einen Altar baue und tue, was ihm beliebt. Daher haben wir uns versammelt, wir Stadt- und Landjuden und haben angenommen als Rabbiner Michel Oppenheim [...]".[9] Das dort ebenfalls erlassene detaillierte Regelwerk setzte nicht nur die genaue finanzielle Beteiligung der einzelnen assoziierten Landgemeinden fest, sondern machte auch genaue Vorgaben, wie hoch die Bezahlungen für die einzelnen Dienstleistungen des Rabbiners, wie etwa Trauungen, Erbschaftsstreitigkeiten oder Schächtzertifikate, zu sein hatten.[10]

Ab dem beginnenden 18. Jahrhundert kann von einer kontinuierlichen Präsenz jüdischer Bewohner:innen in der Region gesprochen werden. Seitdem war die Ausbildung von organisierten Gemeindestrukturen fast schon zwangsläufig und als Kontrollinstrument durchaus auch im Interesse des jeweiligen Landesherren. Je nach Einwohner:innenzahl war der Organisationsgrad unterschiedlich: Teilweise entstanden eigene Gemeinden, teilweise schlossen sich die Jüdinnen und Juden aus verschiedenen Orten zu Gemein-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-032

den zusammen oder Gemeinden in größeren Nachbarorten an. Laut Einwohnerstatistik lebten 1828 in Dreieichenhain selbst 25 Jüdinnen und Juden, im nahe gelegenen Götzenhain 24 und in Offenthal 5. Dies ist der Hintergrund dafür, dass es eine eigene Gemeinde gab, die für die Belange der über 50 Person zuständig war. Bei einer Gesamteinwohner:innenzahl von 1.956 bildete die jüdische Bevölkerung einen Anteil von ca. 2,76 Prozent in diesen drei Ortschaften.

Erste schriftliche Belege für ein als Gemeinde organisiertes Judentum in Dreieichenhain finden sich etwa zu dieser Zeit. Im Dezember 1828 wird der Bürgermeister von Hayn vom damaligen Großherzoglichen Landrat zur Wahl „eines neuen israelitischen Vorstehers zu Hayn“ aufgefordert.[11] Hieraus lässt sich schließen, dass auch schon vorher eine jüdische Gemeinde in Dreieichenhain bestand. Ab wann Götzenhain und Offenthal offiziell als assoziiert galten, ist unklar, allerdings finden sich in den Wahlaufforderungen ab etwa 1842 erste Hinweise darauf. Am 22. Juli 1842 schrieb der Großherzoglich-Hessische Kreisrat des Kreises Offenbach erneut an den Bürgermeister, diesmal nun schon von Dreieieichenhain, und verlangte die „Ergänzung des Vorstandes der israelitischen Gemeinde zu Dreieichenhain, Götzenhain und Offenthal“.[12]

Betraum

Ab dem Jahre 1857 kommt es zu einer Auseinandersetzung um die Nutzungs- und Eigentumsrechte an dem Gebäude Fahrgasse 49, mitten im Altstadtkern von Dreieichenhain, indem sich auch der Betraum befunden hat. Aufgrund dieser Dokumente lassen sich weitere Rückschlüsse auf das Alter der Gemeinde ziehen, da hier von einem Verkauf der hinteren Hälfte eines Wohnhauses mit gemeinschaftlichem Zugang der „Judengemeinde von Dreieichenhain vor etwa 40 Jahren“ berichtet wird.[13] Somit war das sogenannte „Judenhaus“ in der Fahrgasse 49 wahrscheinlich seit der Etablierung der Gemeinde dessen Zentrum. Allerdings war der Verkauf durch die jüdische Gemeinde mit der Auflage verbunden, dass „die oberen zwei Stuben zur Benutzung als Synagoge sowie der freie Ein- und Ausgang zu derselben verbleiben soll.“[14] Dies bedeutete, dass das obere Stockwerk weiterhin von der Gemeinde genutzt werden konnte. Da es scheinbar keine schriftliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde und dem Käufer Ephraim Goldschmidt gab und auch die Zustimmung des Dreieichenhainer Gemeinderates nicht schriftlich erfolgte, wurde das Verfahren zwischen der jüdischen Gemeinde, dem Käufer und der politischen Gemeinde Dreieichenhain neu aufgerollt.

Die eigentliche Aufteilung und der Verkauf an sich waren prinzipiell unstrittig, lediglich die Erfüllung von relevanten Verordnungsvorgaben des Großherzoglichen Kreisamtes mussten erneut geprüft werden.[15] Die Gebäudebeschreibung in den Akten des Gemeinderates geben genauen Aufschluss über die Struktur des Gebäudes. Das Vorder- und das Hinterhaus bestanden aus einem Erdgeschoß und einem weiteren Stockwerk, wobei lediglich das obere Stockwerk des Hinterhauses für die jüdische Gemeinde vorgesehen war. Über eine Unterkellerung wird nicht berichtet. Der Treppenaufgang lag in einem Vorraum des unteren Geschoßes, dessen weitere Räume, eine Stube mit Stubenkammer, allerdings Ephraim Goldschmidt gehörten.[16] Um ins Hinterhaus zu gelangen, musste man den seitlich liegenden Hof queren, um zur Längsseite des Gebäudes zu kommen und den hinteren Teil betreten zu können. All diese Regelungen wurden vom Dreieichenhainer Gemeinderat genehmigt und mit einem doppelten Auszug aus dem Grundbuch an das Großherzogliche Kreisamt Offenbach weitergegeben.[17]

Abb. 1: Fahrgasse mit der Synagoge (3. Haus von rechts). Aufnahme ca. 1910. Dreieich-Museum.

Das Gebäude selbst ist ein Fachwerkhaus aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Das heutige steile, geschweifte Satteldach ist wohl moderneren Ursprungs, während das Haus vorher ein Krüppelwalmdach hatte.[18] Das Obergeschoß ist sowohl in der Längs- wie auch in der Querrichtung leicht auskragend, der Grundriss ist rechteckig und streckt sich in den Hof.[19] Das Fachwerk schien um die Jahrhundertwende zeitgemäß verputzt gewesen zu sein und wurde erst späteren Datums wieder freigelegt. Das Gebäude ist teilweise unterkellert, und es wird die Existenz einer Mikwe angenommen, wobei es weder für mögliche Räume im Kellergeschoß noch über Bedingungen zur Nutzung der Mikwe bei der Verkaufsgenehmigung durch den Gemeinderat Hinweise gibt.[20] Das Gebäude passt sich gut in die vorhandene Bebauung ein und wird auch heute noch als Privathaus genutzt. Am Haus befindet sich eine Gedenktafel.[21]

Abb. 2: Heutige Fahrgasse mit dem ehemaligen Synagogengebäude (3. Haus von rechts). Aufnahme 2024. Foto: Greta Brück.

Über die Gestaltung und Einrichtung der Innenräume, einschließlich des Betraums, ist leider nichts Näheres bekannt. Einer der beiden Räume, die der jüdischen Gemeinde gehörten, diente wohl auch als Stube für den Religionsunterricht. Akten aus dem Stadtarchiv belegen, dass es ab der Mitte des 19. Jahrhunderts einen Lehrer vor Ort gab, der meist auch die Funktion des Vorsängers und des Schächters übernahm.[22] In einem Genehmigungsschreiben der Bürgermeisterei Dreieichenhain aus dem Jahre 1898 heißt es: „Dem Gesuch soll willfehrt werden und soll den Israeliten, ‚jedoch auf Widerruf', der zweite Schulsaal bei Lehrer Weimar zur Unterrichtsertheilung der Religion übergeben werden. Für sofortige Reinigung ist die israelitische Gemeinde haftbar, was die Heizung anbelangt trägt gleichfalls die israelitische Gemeinde. Die Unterrichtsstunden müssen im Laufe der sechs Wochentage abgehalten werden Sonntags darf kein Unterricht stattfinden."[23] Die vorherige Anfrage der israelitischen Gemeinde ist leider nicht überliefert, es lässt sich aber aus dieser Antwort schließen, dass die eigenen Räume für den jüdischen Religionsunterricht durch die gestiegene Zahl jüdischer Einwohner:innen und damit auch jüdischer Kinder höchstwahrscheinlich zu klein geworden waren.

Friedhof

Als eines der wichtigsten Bestandteile der religiösen Infrastruktur im Judentum gilt der Friedhof. Die Dreieichenhainer Jüdinnen und Juden wurden traditionell in Offenbach beerdigt, hier hatte die Gemeinde auch in den Friedhofsfond eingezahlt und beteiligte sich seit der Errichtung 1708 am Unterhalt des Begräbnishauses mit jährlich zwei Rheinischen Gulden. Auch bei den Kosten für die 1787/88 anstehende Erweiterung wurden die Dreieichenhainer anteilsmäßig an den Kosten beteiligt.[24] Als aber im Zuge der Stadterweiterung in Offenbach der alte Friedhof etwa 1860 geschlossen und ein neuer jüdischer Friedhof beim allgemeinen städtischen Friedhof eingeweiht wurde, waren die Jüdinnen und Juden aus Dreieichenhain daran nicht mehr beteiligt. Im Jahr 1874 baten sie den Ortsvorstand um ein Grundstück, damit sie einen eigenen Friedhof anlegen konnten.[25] Der Ortsvorstand fand schnell ein passendes Stück Land in Waldrandlage südwestlich der Altstadt, wollte jedoch von den Jüdinnen und Juden aus Götzenhain und Offenthal eine Extragebühr für Beerdigungen erhalten. Der Gemeindevorstand argumentierte, dass die beiden Orte mit Dreieichenhain eine gemeinsame Gemeinde bildeten und einen gemeinsamen Friedhofsfond hätten und so von der Gebühr abzusehen sei.[26] Letztlich wurde der Friedhof angelegt und mit einer Ummauerung versehen, die die jüdische Gemeinde selbst zahlte, und so konnten sich die Götzenhainer und Offenthaler Jüdinnen und Juden ebenfalls vom Offenbacher Friedhof lösen und

Abb. 3: Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Dreieichenhain. Aufnahme 2025. Foto: Greta Brück.

Abb. 4: Die Gedenktafel am jüdischen Friedhof Dreieichenhain. Aufnahme 2025. Foto: Greta Brück.

ihre Toten in Dreieichenhain begraben.[27] Die erste Beerdigung fand schon 1878 statt, und als letzte Person wurde Julie Neu am 30. Oktober 1936 hier beerdigt. Der Friedhof ist heute in einem guten Zustand. An der Mauer links vom Eingang befindet sich eine kleine Informationstafel, die auf die ehemalige jüdische Gemeinde und ihr gewaltsames Ende hinweist.[28]

Die Gemeinde bis zum Ende der Weimarer Republik

Wie es typisch war für die kleineren Gemeinden im Umkreis größerer Zentren, wuchs um die Jahrhundertwende auch in Dreieichenhain nicht nur die Gesamtbevölkerung, sondern auch die Anzahl jüdischer Bewohner:innen. Die meisten Einwohner:innen werden als Arbeiter:innen in die nahegelegenen Fabriken und Betriebe im Rhein-Main-Gebiet gependelt sein und nur einige wenige werden ihr Auskommen im Ort selbst gefunden haben. Die meisten Jüdinnen und Juden waren als Händler:innen oder Metzger:innen tätig, gründeten aber alsbald auch einige Ladengeschäfte und verdingten sich als Schuhmacher:innen, Textilhändler:innen, Fahrradverkäufer:innen oder Ähnliches.[29] Über antisemitische Vorfälle in dieser Zeit ist nichts bekannt geworden, und die Jüdinnen und Juden waren, soweit aus den Quellen ersichtlich, gut in die kleine Stadtgemeinschaft integriert. Das Heimatmuseum war von 1909–1911 im sogenannten „Judenhaus“ untergebracht. Man war in denselben Vereinen Mitglied, in der Freiwilligen Feuerwehr, beim Sport- und Gesangsverein. Die nichtjüdischen Kinder des Städtchens kamen an Schabbat in die Häuser und zündeten das Licht an oder machten Feuer.[30]

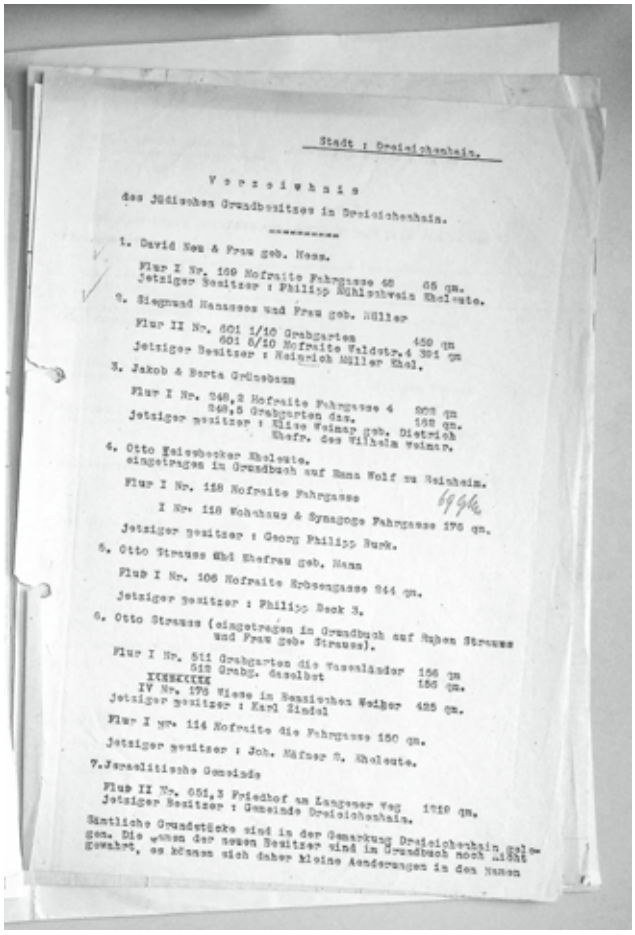
Schon vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten war die Gemeinde deutlich geschrumpft, sodass kein *Minjan* mehr zustande kam. Die Räumlichkeiten wurden jedoch weiter genutzt, und auch die wenigen Kinder wurden weiterhin vom Lehrer Leopold Kaufmann aus Sprendlingen unterrichtet. Wo die verbliebenen Jüdinnen und Juden nun zum Gottesdienst gingen, ist nicht ganz eindeutig. Nicht nur die geografische Nähe, sondern auch die bereits bestehenden Verbindungen über den Religionslehrer lässt vermuten, dass sie an den Feiertagen die Synagoge in Sprendlingen besuchten. Verantwortlich für die Mitglieder der ehemaligen Gemeinde war aber nun das Rabbinat in Offenbach.[31]

NS-Zeit und Novemberpogrom

Die Reichstagswahl am 5. März 1933 zeigt anhand der regionalen Wahlergebnisse deutlich, dass die NSDAP in Dreieichenhain keine Mehrheit hatte. Mit 26,1 Prozent der Stimmen war es das schlechteste Ergebnis für die Nationalsozialisten in der gesamten Dreieichregion. Für die fünf verbliebenen jüdischen Familien, die Weißbeckers, Neus, Grünebaums, Manasses und Strauß', war dies dennoch kein Schutz. Die Verdrängung aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben wurde auch in Dreieichenhain direkt nach der Machtübergabe 1933 umgesetzt. Das Schuhgeschäft der Familie Strauß litt, wie alle Geschäfte von Jüdinnen und Juden, schon unter dem sogenannten Aprilboykott von 1933. „SA-Männer in Uniform, die aus Dreieichenhain stammten, standen vor dem Eingang und ließen niemanden herein. Später wurden abends immer wieder Backsteine gegen das Brett geworfen, das nachts unser Schaufenster sicherte", erinnerte sich später Irene Strauß.[32] Aber es gab auch Menschen, die weiterhin bei ihren jüdischen Nachbarn einkauften und den Kontakt hielten, allerdings war der Repressionsdruck durch Denunziationen auch in Dreieichenhain irgendwann auch für diese zu groß. „Viele Kunden kauften heimlich weiter bei uns ein. Meistens kamen sie nicht mehr zu uns in Geschäft, sondern mein Vater brachte ihnen die Ware abends ins Haus. Nationalsozialisten beobachteten ihn manchmal dabei und drohten den Kunden anschließend, weil sie bei einem Juden gekauft hatten. Auch mir folgten abends, wenn ich später nach Hause ging, Nationalsozialisten, um zu überprüfen, wohin ich ging."[33]

Über den zunehmenden Druck, aber auch das vorherige gute Zusammenleben, berichtet auch Siegfried Grünebaum, der Sohn von Metzger Grünebaum, in seinem Lebensbericht. „Stets bestand in Dreieichenhain unter allen Bewohnern ein gutes Einvernehmen. Aber im Jahre 1936 wurde der Druck der Nazis so stark, daß keine jüdische Familie mehr in unserem Ort bleiben konnte, und so übersiedelten alle nach Frankfurt."[34] Siegfried Grünebaum war erst zehn Jahre alt, als seine Familie mit ihm nach Frankfurt umzog, und erinnert sich wahrscheinlich nicht an exakte Details, denn nicht alle jüdischen Familien verließen Dreieichenhain zu dieser Zeit. Die meisten gingen erst nach der Reichspogromnacht, Familie Neu meldete sich am 10. November 1938 ab, die Manasses am 3. Dezember 1938.[35]

Wann das Ehepaar Weissbecker nach Frankfurt zog, ist nicht eindeutig zu klären. In den Quellen wird die Abmeldung nachträglich auf den 7. Dezember 1938 datiert.[36] Das Wohnhaus der Familie Weissbecker, Fahrgasse 49, in dem der Betraum der Gemeinde war, sollte auf Befehl des Gauleiters vom 25. November 1938 an den Weissbindermeister Ernst Eichler verkauft werden. Der Befehl war an die Weissbeckers schon an ihre neue Adresse in die Friedrichstraße nach Frankfurt adressiert worden.[37] Zu diesem Verkauf scheint es jedoch nicht gekommen zu sein, da die Quellen für einen Verkauf im Jahre 1939 an Georg Philipp Burk sprechen. Sowohl in einer Aufstellung jüdischen Eigentums in Dreieichenhain nach dem Krieg im Jahre 1945 wie auch bei einer Auskunft des Bürgermeisters zu der Entschädigungssache der Synagoge 1961 wird Burk als Käufer angegeben.[38]



Stadt : Dreieichenhain.

V e r z e i c h n i s

des Jüdischen Grundbesitzes in Dreieichenhain.

1. David Neu & Frau geb. Neus.

Flur I Nr. 109 Hofreite Fahrgasse 48 65 qm.
Jetziger Besitzer : Philipp Mühlschwein Eheleute.

2. Siegmund Manasses und Frau geb. Müller

Flur II Nr. 601 1/10 Grabgarten 450 qm
601 6/10 Hofreite Waldstr.4 391 qm
Jetziger Besitzer : Heinrich Müller Ehel.

3. Jakob & Berta Grünebaum

Flur I Nr. 240,2 Hofreite Fahrgasse 4 900 qm
240,5 Grabgarten das. 168 qm.
Jetziger besitzer : Elise Weimar geb. Dietrich
Ehefr. des Wilhelm Weimar.

4. Otto Weissbecker Eheleute,
eingetragen im Grundbuch auf Hans Wolf zu Heidheim.

Flur I Nr. 118 Hofreite Fahrgasse

I Nr. 118 Wohnhaus & Synagoge Fahrgasse 176 qm.

Jetziger besitzer : Georg Philipp Burk.

5. Otto Strauss Ehl Ehefrau geb. Neus

Flur I Nr. 106 Hofreite Erbsengasse 944 qm.

Jetziger besitzer : Philipp Beck 3.

6. Otto Strauss (eingetragen im Grundbuch auf Ruben Strauss und Frau Geb. Strauss).

Flur I Nr. 511 Grabgarten die Vaselländer 156 qm
512 Grabg. daselbst 156 qm.
IXXXXXXXX
IV Nr. 175 Wiese in Sensischen Weiher 425 qm.
Jetziger besitzer : Karl Zindel

Flur I Nr. 114 Hofreite die Fahrgasse 150 qm.

Jetziger besitzer : Joh. Häfner 2. Eheleute.

7. Israelitische Gemeinde

Flur II Nr. 661,3 Friedhof am Langener Weg 1210 qm.
Jetziger Besitzer : Gemeinde Dreieichenhain.

Sämtliche Grundstücke sind in der Gemarkung Dreieichenhain gelegen. Die Namen der neuen Besitzer sind im Grundbuch noch nicht eingetragen, es können sich daher kleine Aenderungen in den Namen

Abb. 5: Aufstellung jüdischen Eigentums in Dreieichenhain aus dem Jahre 1945. Stadtarchiv Dreieich.

Auch wenn es kein aktiv genutzter Betraum mehr war, wurde in der Reichspogromnacht die verbliebene Einrichtung aus dem Hinterhaus in den Hof geworfen und dort angezündet. Was aus den Kultgegenständen wurde, konnte nicht geklärt werden. Der Antrag für den Entschädigungsanspruch der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) wurde gemeinsam mit dem Offenbacher Entschädigungsverfah-

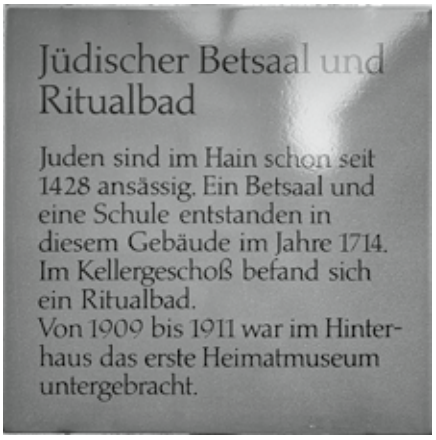


Abb. 6: Gedenktafel am ehemaligen Synagogengebäude in Dreieichenhain. Aufnahme 2025. Foto: Greta Brück.

ren gestellt. „Trotz umfangreicher Nachforschungen ist es nicht möglich gewesen, den Verlagerungsort festzustellen. Nachdem die Synagoge Dreieichenhain im Rabbinatsbezirk der Synagogengemeinde Offenbach a. M. domiziliert war, kann mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass die Sicherstellung der der Synagoge Dreieichenhain gehörenden Kultgegenstände in der Synagoge Offenbach am Main erfolgte.“[39] Der zu veranschlagende Wert wurde mit 45.525 Mark festgesetzt.

In Dreieichenhain wurden im Februar 2006 die ersten Stolpersteine für einige der ehemaligen jüdischen Einwohner:innen verlegt.[40]

Tilmann Gempp-Friedrich

Dreieichenhain in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/119

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Dreieichenhain

1825	25 Personen
1861	32 Personen
1871	27 Personen
1890	40 Personen
1900	25 Personen
1910	102 Personen
1925	92 Personen
1933	28 Personen
1935	18 Personen
1939	1 Person

Götzenhain

1825	24 Personen
1871	13 Personen
1900	7 Personen

Offenthal

1825	5 Personen
1871	1 Person

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1825, 1871, 1900); Dreieichenhain, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14114, letzter Zugriff 28. April 2025 (1861, 1890, 1910, 1925); Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 143 (1933); StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_2_4 (1935) und XIII_1_2_6 (1939).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Decker, Klaus Peter, Juden in Offenbach unter isenburgischer Herrschaft in der frühen Neuzeit, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 5–98.

Fogel, Heidi, 500 Jahre jüdisches Leben in der Dreieichregion von 1421 bis zum Novemberpogrom 1938, Neu-Isenburg 1997.

Guggenheim, Siegfried (Hrsg.), Aus der Vergangenheit der Offenbacher Gemeinde. Zur Einweihung der neuen Synagoge, Offenbach 1915.

Hörr, Peter, Der Jüdische Friedhof in Dreieichenhain, in: Dreieichenhain im Wandel. 750 Jahre Stadt im Zentrum Europas, Dreieichenhain 2005, S. 287–309.

Nieß, Rolf/Fred Neubecker, Jüdische Kultstätten in der Dreieich, in: Landschaft Dreieich. Blätter für Heimatforschung, 1990, S. 54–77.

Rebentisch, Dieter, Dreieich, zwischen Parteipolitik und „Volksgemeinschaft“. Fünf Gemeinden in Dokumenten aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Frankfurt 1984.

Schneider, Manuela, Die letzten Juden im Hayn. Bevor die Spuren verwischen, in: Dreieichenhain im Wandel. 750 Jahre Stadt im Zentrum Europas, Dreieichenhain 2005, S. 273–286.

Schneider, Manuela, Zur Erinnerung an die letzten Juden im Hayn. Ein kleiner Wegweiser entlang der Stolpersteine in Dreieichenhain, Dreieichenhain o. J.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– JRSO-Hes: Nr. 253
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 81 Hanauer Regierung: Nr. D 1/589

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 518: Nr. 1362
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 272
Privatarchiv Wilhelm Schäfer (PA Schäfer)
– Unverzeichnete Akten
Stadtarchiv Dreieich (StadtA Dreieich)
– Bst. Dreieichenhain: II_1_2_31; XIII_1_1_8; XIII_1_2_4; XIII_1_2_6; XIII_3_2_5; XIII_4_2_7; XIII_5_2_8

Anmerkungen

1 Stadtchronik in StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, II_1_2_31.
2 Dreieichenhain, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14114, letzter Zugriff 12. November 2024.
3 Decker, Juden in Offenbach, S. 11.
4 Decker, Juden in Offenbach, S. 14.
5 Decker, Juden in Offenbach, S. 15–16.
6 HStAM, 81 Hanauer Regierung, Nr. D 1/589.
7 Vgl. Dreieich, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14181, letzter Zugriff 12. November 2024.
8 Decker, Juden in Offenbach, S. 32–34; Fogel, 500 Jahre Jüdisches Leben, S. 14.
9 Einrichtung der Gemeinde: Statuten 1706, abgedruckt in: Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 40.
10 Einrichtung der Gemeinde: Statuten 1706, abgedruckt in: Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 40–41.
11 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_1_8.
12 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_1_8.
13 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_3_2_5.
14 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_3_2_5.
15 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_3_2_5.
16 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_3_2_5.
17 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_3_2_5.
18 Altaras, Synagogen, S. 358; Dreieichenhain, in: Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/41832/, letzter Zugriff 14. November 2024; s. auch PA Schäfer.
19 Altaras, Synagogen, S. 358.
20 Altaras, Synagogen, S. 359; Dreieichenhain, in: Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/41832/, letzter Zugriff 14. November 2024. Zur Frage der Existenz einer Mikwe vgl. auch: Nieß/Neubecker, Jüdische Kultstätten.
21 Inschrift: „Jüdischer Betsaal und Ritualbad. Juden sind im Hain schon seit 1428 ansässig. Ein Betsaal und eine Schule entstanden in diesem Gebäude im Jahre 1714. Im Kellergeschoß befand sich ein Ritualbad. Von 1909 bis 1911 war im Hinterhaus das erste Heimatmuseum untergebracht."
22 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_4_2_7.
23 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_4_2_7.
24 Decker, Juden in Offenbach, S. 51; Erneuter Vertrag mit den Juden zu Sprendlingen, Götzenhain, Hain u. Offenthal über Teilnahme am Offenbacher Friedhof. 1725, abgedruckt in: Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 77–79.
25 In der Zwischenzeit wurden Beerdigungen auf dem 1831 eingerichteten Friedhof in Sprendlingen vorgenommen. Siehe Hörr, Der Jüdische Friedhof, S. 289.
26 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_5_2_8.
27 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
28 Inschrift: „Zum Gedenken und zur Mahnung. Hinter diesem Tor befindet sich der alte Jüdische Friedhof Dreieichenhain als stummer Zeuge dafür, dass hier jüdische Bürger über viele Jahrhunderte hinweg gelebt und gewirkt haben. Die NS-Gewaltherrschaft 1933 bis 1945 hat diesem Leben ein Ende gemacht. Die Stadt Dreieich wahrt ihr Andenken in Ehren."
29 HHStAW, 518, Nr. 1362.
30 Schneider, Die letzten Juden, S. 279.
31 Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 387; Mühlheim/Main, in: Alicke, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/c-d/158-dreieichenhain-hessen, letzter Zugriff 14. November 2024; sowie Dreieichenhain, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/dreieichenhain_synagoge.htm, letzter Zugriff 14. November 2024.
32 Niederschrift einer Erinnerungsbefragung der Irene Wolf (geb. Strauß), abgedruckt in: Rebentisch, Dreieich, S. 263.
33 Niederschrift einer Erinnerungsbefragung der Irene Wolf (geb. Strauß), abgedruckt in: Rebentisch, Dreieich, S. 264.
34 Nur einer kam zurück. Lebensbericht des Siegfried Grünebaum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. März 1967, zitiert nach: Rebentisch, Dreieich, S. 259.
35 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_2_4.
36 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_2_4.
37 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_2_4; wahrscheinlich ist, dass sie ebenfalls bald nach dem 10. November 1938 Dreieichenhain verließen.
38 StadtA Dreieich, Bst. Dreieichenhain, XIII_1_2_6; HHStAW, 518, Nr. 1362.
39 CAHJP, JRSO-Hes-253.
40 Schneider, Zur Erinnerung, S. 2.

Egelsbach

Egelsbach, am süd-westlichen Rand des Landkreises Offenbach, war lange Zeit eng mit Langen verbunden, das nur etwa zweieinhalb Kilometer nördlich liegt. Sowohl Langen wie auch Egelsbach gehörten seit 1489 zur Grafschaft Isenburg-Ronneburg. Nach der Reformation führte Graf Heinrich von Isenburg-Ronneburg 1598 das lutherische Bekenntnis ein. Während des Dreißigjährigen Krieges kam es zu massiven Zerstörungen und zur kompletten Entvölkerung des Ortes. Wie lange der Ort aufgegeben war, lässt sich nicht genau nachvollziehen, die Wiederbesiedlung war jedoch erfolgreich, sodass im Jahr 1694 schon wieder 147 Einwohner gezählt wurden. 1732 trennte sich Egelsbach von Langen und bildete von nun an eine eigene Gemeinde. Ab 1787 gehörten beide Gemeinden dann zur Landgrafschaft Hessen-Darmstadt. Mit der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation unter Napoleon und der Gründung des Großherzogtums Hessen wurde auch Egelsbach ein Teil von diesem.

Jüdinnen und Juden lassen sich durch die Egelsbacher Judenmatrikel seit spätestens 1737 belegen.[1] Anzunehmen ist jedoch, dass schon vor 1737 Juden und Jüdinnen in Egelsbach gelebt haben müssen.[2] Der erste Eintrag verzeichnet, dass „hiesiger Schutz Jud Eleosar und dessen Weib Martha ein Knäblein beschneiden und den Namen Simon geben“ ließen.[3] Das blieb nicht die einzige Beschneidung im 18. Jahrhundert in Egelsbach, und die Zahl der jüdischen Einwohner:innen nahm schnell zu. Die Volkszählung von 1828 ergab bei einer Gesamtzahl von 1.302 Personen 13 katholische und 40 jüdische Einwohner:innen. Jüdinnen und Juden waren somit die größte Minoritätengruppe in der Egelsbacher Gesellschaft und blieben dies für die nächsten 80 Jahre.

Die frühe Gemeinde

Auch wenn Egelsbach inzwischen selbstständig verwaltet wurde, mussten sich die ortsansässigen Jüdinnen und Juden weiterhin nach Langen orientieren. Aber auch die wachsende jüdische Gemeinde Egelsbach bemühte sich um Eigenständigkeit. Simon Simon und sein Vater Wolf Simon betrieben intensiv die Loslösung von der Israelitischen Gemeinde Langen, und Wolf Simon ließ sich zu diesem Zweck 1829 in den Vorstand der Gemeinde in Langen wählen. Allerdings dauerte es bis ins Jahr 1847, bevor das Großherzogliche Kreisamt Offenbach den sofort nach der Wahl gestellten Antrag auch genehmigte.[4] Eines der Probleme dabei könnte gewesen sein, zuverlässig und auf längere Zeit mindestens zehn volljährige männliche Mitglieder als Mindestvoraussetzung für den Gottesdienst garantieren zu können. Mit dem kontinuierlichen Wachstum der jüdischen Bevölkerung rückte die Gründung einer eigenen Gemeinde immer näher und schon ab 1840 wurde ein Betraum im Simon’schen Haus in der Schulstraße 50 genutzt. Ein Ritualbad wurde im Keller des Hauses eingerichtet.[5]

Über dem Eingang des Hauses soll sich ein Balken mit einer in hebräischen Buchstaben ausgeführten Inschrift befunden haben, der bei den Umbauarbeiten an dem Hause in den 1920er Jahren entfernt wurde. Die Inschrift ist bekannt, weil sie in einer Zeitschrift überliefert wurde. Möglicherweise bezeichnet die darin enthaltene Zahl 1703 das Baujahr des Hauses.[6] Vielleicht stammte der Balken aber auch ursprünglich aus einem anderen Haus. Thomin und Zingher halten es jedenfalls für ausgeschlossen, dass das Haus in der Schulstraße 50 tatsächlich im Jahr 1703 gebaut wurde.[7] Das Haus ist erhalten geblieben und dient heute Wohnzwecken. Es wurde in den letzten Jahren umgebaut und modernisiert.

Abb. 1: Das ehemalige Haus der Familie Simon in der Schulstraße 50. Foto: Fani Gargova.

Das Haus der Familie Simon wurde sieben Jahre für Ritualzwecke genutzt, bis es im Jahr 1847 zur endgültigen Trennung von der jüdischen Gemeinde in Langen kam.[8] Für die Einrichtung einer ersten eigenen Synagoge erwarben die Egelsbacher Jüdinnen und Juden noch im gleichen Jahr das Anwesen in der Langener Straße 1, eine Gastwirtschaft mit Tanzsaal.[9] Als Gasthaus musste das Gebäude entsprechend groß gewesen sein und der Tanzsaal ließ sich ohne wesentliche Eingriffe in die Baukonstruktion in einen Betsaal umgestalten.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-033

Der Umbau des Fachwerkhauses fand in den Jahren 1847 bis 1854 statt, allerdings konnte es bereits 1850 als Synagoge eingeweiht werden.[10] In einem Pressebericht wurde der Betsaal als „ein schmuckloses Zimmer in dem ersten Stocke eines Privathauses“ beschrieben, was die vorrangig funktionsorientierte Umgestaltung des ehemaligen Wirtshauses bestätigt.[11] Neben der Synagoge befanden sich in dem Gebäude eine Lehrerwohnung und eine 1854 eingebaute Mikwe.[12] Auf der Gedenktafel an dem heute noch als Wohnhaus genutzten Gebäude wird die Zeit, in der es als Synagoge genutzt wurde, mit den Jahren 1865 bis 1903 angegeben. Diese Fehldatierung führt Thomin auf ein Missverständnis zurück: 1865 wurde tatsächlich eine neue Torarolle eingeweiht.[13]

Abb. 2: Altes ehemaliges Synagogengebäude in der Langener Straße 1. Foto: Fani Gargova.

Im Jahr 1903 – als ein neues Synagogengebäude in Egelsbach in der Rheinstraße 49 bereits errichtet wurde – verkaufte die Gemeinde die alte Synagoge in der Langener Straße für 3.900 Mark.[14] Dieser Betrag wurde zur Abbezahlung der insgesamt 13.000 Mark betragenden Kosten des neuen Synagogengebäudes verwendet.[15]

Zur Bestattung ihrer Toten nutzten die Jüdinnen und Juden aus Egelsbach den Verbandsfriedhof Groß-Gerau. [16] Der dortige alte Friedhof, der 1632 eingeweiht wurde, ist während der Zeit des Nationalsozialismus leergeräumt und zerstört worden. Ab 1841 belegten sie den neuen Friedhof am Burggraben in Groß-Gerau mit, und hier finden sich auch noch Grabsteine Egelsbacher Jüdinnen und Juden.[17] Nachdem sich jedoch die eigenständige Gemeinde etabliert hatte, bemühte man sich auch um einen eigenen Friedhof, nicht zuletzt, da der 16 Kilometer lange Fußweg nach Groß-Gerau sehr beschwerlich war und mehrere Stunden in Anspruch nahm. In den Jahren 1892/93 konnte der Friedhof nach Plänen des Bautechnikers Philipp Kappes angelegt werden. Das Gelände liegt westlich außerhalb des Ortskerns und grenzt an den Gemeindefriedhof. Der Friedhof ist erhalten geblieben und kann besichtigt werden.

Abb. 3: Jüdischer Friedhof in Egelsbach im heutigen Zustand, Aufnahme 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Die neue Synagoge

Die Grundsteinlegung der neuen Synagoge in der Rheinstraße fand am 26. Juni 1902 und ihre Einweihung am 7. August 1903 statt.[18] Der feierliche Gottesdienst wurde vom Darmstädter Rabbiner für die orthodoxen Landgemeinden Dr. Lehmann Marx gehalten.[19] Die Egelsbacher Jüdinnen und Juden waren stolz auf dem Bau, da es ein Gebäude war, das sich „sehen lassen“ konnte. Die Freude über die neue Synagoge wurde auch durch Festbälle demonstriert, die im Rahmen der Einweihungsfeierlichkeiten am 8. August 1903 im Hotel zum Hessischen Hof und Hotel zur Krone stattfanden.[20]

Das heute noch erhaltene Gebäude der Synagoge wurde vom Darmstädter Architekten Karl-Erich Enk entworfen.[21] Es ist ein zweigeschossiger, traufseitiger Rohbacksteinbau mit ausgebautem Dachgeschoss, dessen Giebelseiten jeweils an ein Nachbarhaus angebaut sind. Das von der Straße zurückgesetzte Gebäude ist mit einem Satteldach bedeckt, die Eindeckung besteht aus Schiefer. Der Sockel wurde aus Granitquadern ausgeführt. Die originalen Fenster- und Türfassungen sind aus rotem Sandstein. Das Sichtmauerwerk besteht aus regelmäßig gebrannten, erstklassigen Ziegelsteinen. Der Bau wurde über einem Grundriss in Form eines langen Rechtecks von 18,48 Meter Länge und 9,36 Meter Breite errichtet. An der Südfassade befindet sich ein Risalit von 4,28 Meter Breite und 1,21 Meter Tiefe. Das Gebäude hat eine Höhe von sechs Metern.[22]

Die Baugestaltung dieser Synagoge lässt sich am besten verstehen, wenn man als Ausgangspunkt der Betrachtung

den Innenraum wählt. So wurde sie auch konzipiert – die äußere Gestaltung ist der funktionalen Raumteilung untergeordnet. Deshalb sah die Synagoge – so Christine Wittrock – „eher einem gutbürgerlichen Wohnhaus gleich".[23] Der Bau beinhaltete einen zweigeschossigen Gebetsraum, ein von Regenwasser gespeistes Ritualbad im Erdgeschoss und eine Lehrerwohnung im ersten Stock. Diese sakral-profane Raumteilung lässt sich sehr gut an der Fassade ablesen.[24]

Die Fassade wird durch den vorspringenden Risalit mit einem Stufengiebel in zwei Teile geteilt. Über dem Stufengiebel befanden sich früher die Zehn-Gebote-Tafeln. Die Mauerkante des Risalits markiert den synagogalen Teil auf der Ostseite des Gebäudes, der genau in der Mitte des Gebäudes beginnt. Im westlichen Teil, auf der anderen Seite des Risalits, befindet sich der Haupteingang in Form eines Tores, das von einem Sandsteinrahmen mit Segmentbogen umfasst wird. Ein schmales Einzelfenster wurde zwischen Tor und Risalit platziert. Dieses lieferte das Tageslicht für das Ritualbad, das sich nach der Handskizze aus den Akten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) samt Warteraum neben dem Haupteingang befand.[25] Die Skizze ist ungenau, da der markierte Eingang deutlich kleiner als in der Realität ausfällt. Es ist anzunehmen, dass die Mikwe-Räumlichkeiten entweder kleiner oder im Westteil anders angelegt waren, zum Beispiel im Keller. Im Westteil befanden sich auf der ersten Etage ebenfalls Toiletten, Garderobe und Treppenhaus zur Frauenempore und zu den anderen Räumlichkeiten im ersten Stock.[26]

Abb. 4: Die Fassade der ehemaligen Synagoge in der Rheinstraße. Foto: Fani Gargova.

Die Fassade ist ansonsten durch ein schmuckloses Gurtgesims aus Sandstein horizontal geteilt, der unmittelbar unter den Rundbogenfenstern der ersten Etage parallel zur Traufseite verläuft. Im Westteil befinden sich jeweils zwei Rundbogenfenster über dem Eingangstor und im Risalit, der zusätzlich noch ein Rundbogenfenster in der Mitte des Stufengiebels enthält. Im Ostteil – da wo sich die eigentli-

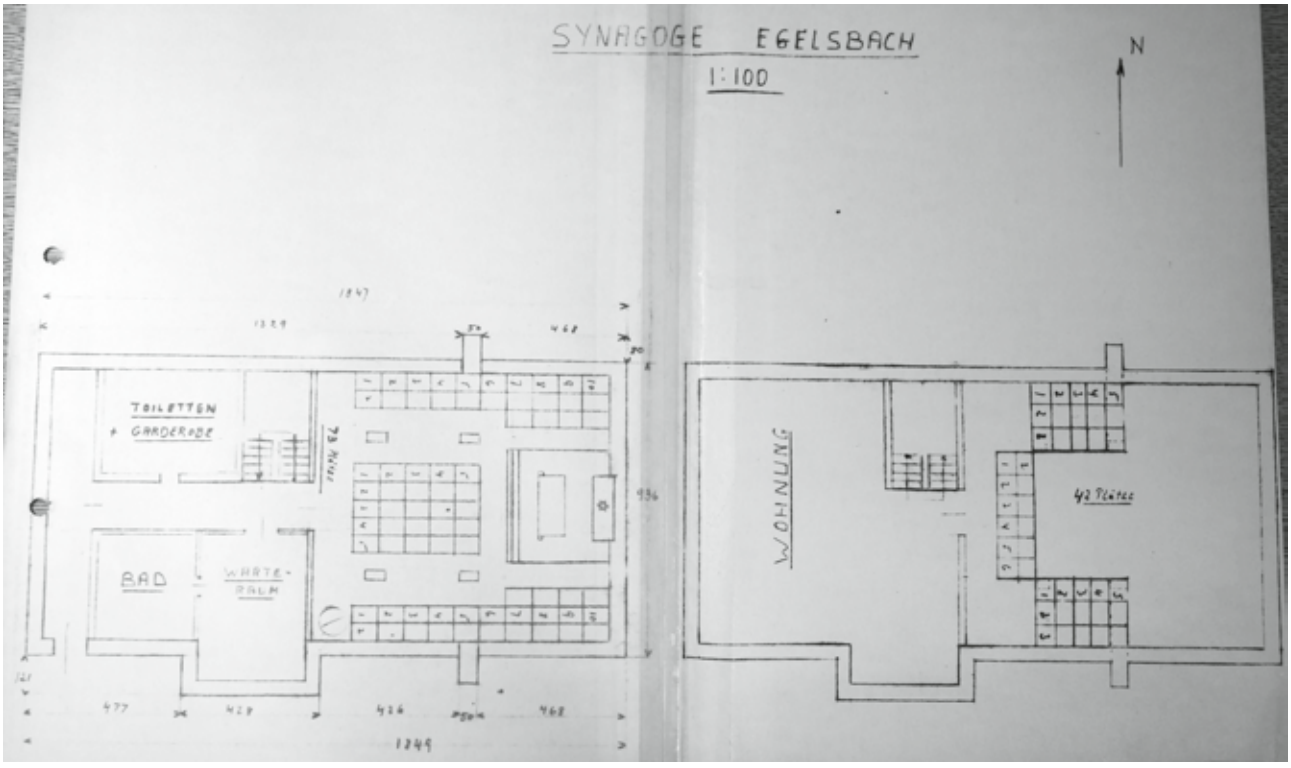


Abb. 5: Der handskizzierte Grundriss der Synagoge aus den JRSO-Entschädigungsakten. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 518, Nr. 1465.

che Synagoge befand – wurden auf Höhe der ersten Etage zwei Paare von drei gekuppelten Rundbogenfenstern mit kleinen Zwischensäulen mit romanischen Sockeln und Kapitellen platziert. Der Ostteil wurde durch einen Strebepfeiler, der zwischen den Koppelfenstern ausgeführt wurde, vertikal in der Hälfte geteilt. Der Strebepfeiler verstärkte die durch mehrere Fenster durchbrochene Mauerwand. Die Fensteröffnungen der ersten Etage des Ostteils wiederholen sich auf der nördlichen Traufseite – auch hier wurden sie durch einen Strebepfeiler separiert.

Wie die Fenster im Erdgeschoss der Fassade aussahen, ist nicht genau bekannt. Sie wurden vermutlich, wie die erhaltenen Fensteröffnungen auf der Nordwand zeigen, als Segmentbogenfenster ausgeführt. Gegenwärtig befinden sich mittig im Risalit und im Ostteil drei gleichmäßig verteilte, zweiflügelige Fenster von quadratischer Form. Alle Originalfenster des Gebäudes wurden gegen Kunststofffenster ausgetauscht.

Abb. 6: Die nördliche Traufseite der ehemaligen Synagoge in der Rheinstraße. Foto: Fani Gargova.

Die Synagoge hatte 73 Männer- und 42 Frauenplätze.[27] Der Betraum wurde durch einen Kachelofen beheizt.[28] Das Gebäude bekam erst im Mai 1923 eine elektrische Installation.[29] Zu ihrer Ausstattung gehörte u. a. ein vierarmiger Kronleuchter. Der Betraum mit der Empore soll noch bis 1960 erhalten geblieben sein.[30]

Die Synagoge in Egelsbach wurde von Thea Altaras als ein „nichtssagender Bau mit neuromanischen Stilelementen“ bezeichnet.[31] Ein „nichtssagender Bau“ bezieht sich auf die bereits erwähnte wohnhausähnliche Baugestaltung des Gebäudes. Die neuromanischen Stilelemente sind die einfachen Strebepfeiler, Treppengiebel und vor allem die Ausführung der Koppelfenster im Ostteil. Die dekorativere, und stilistisch hervorgehobenere Gestaltung erfolgte im Synagogenteil des Gebäudes – man erkennt hier das Bestreben, diesem Teil einen gehobenen Charakter zu verleihen. Der Synagogenbau in Egelsbach ist ein der architektonischen Umgebung angepasstes, bescheidenes Gebäude, das nach dem Prinzip einer „Schönheit“, die sich aus Zweckmäßigkeit ergibt, errichtet wurde.

Erster Weltkrieg und Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte Egelsbach zum sogenannten „Mainzer Brückenkopf“ und stand unter französischer Besatzung. Das Zusammenleben gestaltete sich meist ohne größere Komplikationen, allerdings war es schwierig, die auch nach Nordosten, also in die Gebiete, die weiterhin vom Deutschen Reich kontrolliert wurden, ausgerichteten Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten, da dies jedes Mal mit einem Grenzübertritt verbunden war. Auch Pendler:innen, die in Offenbach, Frankfurt oder Darmstadt arbeiteten, mussten einige Strapazen und Einschränkungen auf sich nehmen.[32] Teilweise waren die Bahnverbindungen unterbrochen, oder die Züge fuhren ohne Halt durch die unter französischer Kontrolle stehenden Gebiete. Nach einiger Zeit, spätestens mit der Stabilisierung der politischen Verhältnisse 1919/20, war das Aufrechterhalten von Arbeits- oder auch Privatbeziehungen in das Deutsche Reich zwar aufwendiger, aber doch so weit geregelt, dass keine größeren Unterbrechungen mehr aufkamen.

Die jüdischen Einwohner:innen Egelsbach galten als gut integriert, kämpften im Ersten Weltkrieg an der Front und erhielten Kriegsauszeichnungen. Alfred Simon fiel schon 1915 mit nur 19 Jahren, Isaak Reiß mit 36 Jahren ebenfalls 1915 und hinterließ Frau und Sohn.[33] Aber auch in Friedenszeiten bildete die jüdische Gemeinschaft als Schuhhändler:innen, Metzger:innen, Schneider:innen, Kaufleute und nicht zuletzt auch als Mediziner und Zahnarzt einen wichtigen Teil der örtlichen Gesellschaft. Dr. Theo Keller, der aus Friedberg (Hessen) nach Egelsbach kam, war als praktischer Arzt in der Stadt sehr beliebt und galt als sozial und modern.[34] In der Bahnstraße 20 hatte sich Dr. Fritz Kahn als Zahnarzt niedergelassen.[35]

Im Jahr 1919 waren auch zwei jüdische Egelsbacher Mitglieder des Gemeinderats, Leopold Hofmann für die SPD und Moses Reis für die bürgerliche Liste.[36] Der Mitgründer des Fußballclub 03, Emanuel Lederer, wanderte später in die USA aus, hielt aber stets den Kontakt nach Egelsbach aufrecht und spendete als wohlhabender Mensch nach dem Ersten Weltkrieg für die Glocken der evangelischen Kirche und für neue Orgelpfeifen.[37] Zwei jüdische Lehrerinnen unterrichteten an den Egelsbacher Schulen, Hedwig Jacobi an der Mädchenfortbildungsschule und Meta Schloß an der Volksschule.[38] Als sich der Bau der Synagoge im Jahr 1928 zum

25. Mal jährte, lud das Festkomitee in den *Egelsbacher Neueste Nachrichten* die Ortsgemeinde zum Festball ein.[39] Aber auch das Synagogenjubiläum konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die jüdische Gemeinde schrumpfte und es immer schwieriger wurde, überhaupt die zehn volljährigen Männer für den Gottesdienst zusammenzubekommen.[40]

Die Zeit des Nationalsozialismus

Der hohe Arbeiter:innenanteil an der örtlichen Gesellschaft, in der die Landwirtschaft immer weiter an Bedeutung abnahm und auch Selbstständige und Unternehmer:innen lediglich einen kleinen Teil ausmachten, spiegelte sich schon in der Weimarer Republik in den Wahlergebnissen. Die SPD erhielt bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Januar 1919 81,5 Prozent und blieb bis zu den letzten freien Wahlen die stärkste Kraft in Egelsbach. Bei den schon unter massivem äußerem Druck durch die Organe der NSDAP stattfindenden Reichstagswahlen im März 1933 kam die SPD noch auf 1.111 Stimmen, was etwa 47,68 Prozent entsprach. Die KPD konnte 511 Stimmen und damit 21,93 Prozent auf sich vereinigen. Die NSDAP wurde in Egelsbach mit 629 Stimmen bzw. 27 Prozent zweitstärkste Kraft, was aber immer noch deutlich unter dem hessischen Durchschnitt von 47,4 Prozent lag.[41] Mit der Übernahme der Polizeigewalt und der Besetzung des Rathauses durch die SA am 7. März 1933 wurden die demokratisch legitimierten Strukturen ausgehebelt und die NSDAP übernahm auch in Egelsbach die politische Gewalt.

Die antijüdischen Maßnahmen wurden ohne großen Widerstand umgesetzt. Den jüdischen Geschäften, aber auch den beiden Ärzten im Ort, wurde, beginnend mit den sogenannten Judenboykotten im April 1933, sukzessive die Geschäftsgrundlage entzogen. Sogenannte Boykottbrecher wurden notiert, teilweise sogar fotografiert und diffamiert. Nichtjüdische Egelsbacher:innen, die trotz der massiven Propaganda und der Boykottaufrufe weiterhin mit Jüdinnen und Juden in geschäftlicher Beziehung standen, sei es auch nur beim Einkauf von Alltäglichem wie Fleischwaren, wurden zum Teil von der Hitlerjugend im Ort verfolgt und kamen als sogenannte „Judenknechte“ an den Pranger.[42] Christine Wittrock berichtet auch von Vorfällen, bei den Jüdinnen und Juden in ihren Häusern angegriffen und diese demoliert wurden. Zu solchen Aktionen kam es zwischen 1933 und 1938 wohl häufiger. Die Parteiführung vor Ort unterstützte diese Aktionen zwar nicht, die Täter konnten aber dennoch nie ausfindig gemacht werden.[43] Im Jahr 1933 lebten noch etwa 51 Jüdinnen und Juden in Egelsbach.[44] Einige von ihnen zogen schon vor den Novemberpogromen in größere Städte der Umgebung, in der Hoffnung, dem direkten Antisemitismus durch die größere Anonymität entgehen zu können.[45] Anderen Egelsbacher Jüdinnen und Juden gelang die Flucht ins Ausland, hauptsächlich in die USA. Der Arzt Dr. Keller ging im November 1933 in seine Heimatstadt Friedberg zurück und konnte sich von dort nach Palästina retten.[46]

Die wenigen Jüdinnen und Juden, die 1938 noch in Egelsbach wohnten, wurden Zeug:innen, wie ihre Synagoge während des Novemberpogroms vollständig verwüstet wurde. Da eine Brandstiftung aufgrund der Bebauungssituation nicht gefahrlos durchführbar war, wurden die Inneneinrichtung und die Ritualien auf den Sportplatz verbracht und dort angezündet.[47] Die steinernen Gebotstafeln wurden vom Dach gestoßen und im Vorgarten liegen gelassen. Die politische Gemeinde Egelsbach erwarb das Gebäude 1941 für 5.000 Mark von den inzwischen in Frankfurt wohnenden David Katz und Moses Reis. Es diente während des Zweiten Weltkrieges als Lager und zur Unterbringung von Kriegsgefangenen.[48] Nach dem Pogrom verließen alle verbliebenen Jüdinnen und Juden den Ort, und der Bürgermeister konnte im Februar 1939 vermelden, dass seit Ende November 1938 Egelsbach keine jüdischen Einwohner:innen mehr hatte.[49]

Das Synagogengebäude ging nach dem Krieg in Privatbesitz über und wird bis heute als Wohnhaus genutzt. Nach dem Krieg wurde versucht, die Gebotstafeln wieder auf dem Dach zu installieren, was nur kurzzeitig gelang, dann stürzten sie erneut herab.[50] Inzwischen steht eine Kopie des Steins vor dem Haus auf einem Sockel, das Original befindet sich seit 2024 im Holocaust Center of Florida in Maitland und wird Teil des neuen Museums in Orlando werden.[51]

Abb. 7: Die vor dem Synagogengebäude ausgestellte Kopie der in der Pogromnacht 1938 vom Dach gestürzten Gesetzestafeln. Foto: Fani Gargova.

An den ehemaligen Synagogengebäuden in der Langener Straße 1 und in der Rheinstraße 49 befinden sich heute Gedenktafeln. Am Rathaus wurde 1996 ein Mahnmal aus Granitsteinen errichtet, und seit 2009 werden in Egelsbach Stolpersteine verlegt.[52]

Tilmann Gempp-Friedrich / Kamila Lenartowicz

Egelsbach in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/125

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1828	40 Personen
1871	54 Personen
1900	85 Personen
1925	65 Personen
1933	51 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Wittrock, Egelsbach 1914–1950, S. 71 (1925); JMF, Slg. Arnsberg, 217 (1933).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Thomin, Alfred, Der Egelsbacher Synagogenstein geht auf Reisen, in: Landschaft Dreieich. Blätter für Heimatforschung, Jahresband 2003, Dreieich 2003, S. 77–82.

Thomin, Alfred, Synagogen in Egelsbach, in: Landschaft Dreieich. Blätter für Heimatforschung, Jahresband 2003, Dreieich 2003, S. 68–76.

Thomin, Alfred/Oded Zingher, „Guter Ort". Der Jüdische Friedhof von 1892 in Egelsbach. Eine Studie, Münster 2000.

Wittrock, Christine, Egelsbach in politisch bewegter Zeit 1914–1950, Frankfurt a. M. 1991.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)

– JRSO-Hes: Nr. 115

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

– 518: Nr. 1465

– 484: Nr. 189

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)

– Slg. Arnsberg: Nr. 217; 297-1

Anmerkungen

1 Egelsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/egelsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff 12. März 2025, nennt für 1734 17 jüdische Einwohner:innen (drei Erwachsene und 14 Kinder), allerdings ohne Quellenangabe.

2 Alicke, Lexikon der jüdischen Gemeinden, S. 1056, meint, dass bereits 1698 ein erster Jude namentlich in Egelsbach erwähnt würde, Macht aber leider keine Quellenangabe. Auch die Datumsangabe auf dem Türsturz des Simon'schen Hauses (siehe unten) ist ein Hinweis auf eine frühere Datierung.

3 HHStAW, 484, Nr. 189.

4 Thomin, Synagogen in Egelsbach, S. 76.

5 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 103.

6 Siehe: Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 103.

7 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 106.

8 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 121.

9 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 103.

10 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 121.

11 Aus aller Welt. Deutschland. Egelsbach, in: Frankfurter Israelitischen Familienblatt, Nr. 41, 14. August 1903, S. 3.

12 Egelsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/egelsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff 12. März 2025; Egelsbach, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/125, letzter Zugriff 17. April 2025.

13 Thomin, Synagogen in Egelsbach, S. 73.

14 Thomin, Synagogen in Egelsbach, S. 73–74.

15 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 118, 123.

16 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 13; siehe auch. Schleindl, Der jüdische Friedhof, S. 95, S. 13–18.

17 In Groß-Gerau gab es insgesamt drei jüdische Friedhöfe, die ersten beiden sind heute nicht mehr erhalten. Siehe. Schleindl, Der jüdische Friedhof, S. 13.

18 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 118–119.

19 Egelsbach, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/125, letzter Zugriff 17. April 2025; Zu Lehmann Marx: Carlebach/Brocke, Biographisches Handbuch, Teil 2, Bd. 2, S. 419.

20 Aus aller Welt. Deutschland. Egelsbach, in: Frankfurter Israelitischen Familienblatt, Nr. 41, 14. August 1903, S. 3.

21 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 118.

22 HHStAW, 518, Nr. 1465.

23 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 67.

24 Egelsbach, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/125, letzter Zugriff 17. April 2025.

25 Siehe: HHStAW, 518, Nr. 1465.

26 Siehe: HHStAW, 518, Nr. 1465.

27 JMF, Slg. Paul Arnsberg, Nr. 217.

28 HHStAW, 518, Nr. 1465.

29 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 89.

30 HHStAW, 518, Nr. 1465.

31 Altaras, Synagogen, S. 359.

32 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 29–30.

33 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 64.

34 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 217; Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 60–62.

35 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 60.

36 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 60.

37 Thomin/Zingher, Guter Ort, S. 141; Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 64.
38 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 62.
39 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 68.
40 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 67.
41 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 41.
42 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 136. Mit Pranger war der sogenannte „Stürmerkasten“ gemeint.
43 Siehe: Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 181.
44 Egelsbach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14178, letzter Zugriff 17. April 2025; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 217.
45 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 217; Wittrock, Egelsbach 1914–1950, S. 180–181.
46 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 217 und Nr. 297-1.
47 Egelsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/egelsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff 12. März 2025; Thomin, Synagogen in Egelsbach, S. 71, spricht davon, dass es Schulkinder unter Anleitung ihres Lehrers waren und die Gegenstände auf einer Wiese hinter dem Saalbau entzündet wurden. Allerdings liegen die genannte Wiese und der Sportplatz nur wenige Meter auseinander und es könnte durchaus derselbe Ort gemeint sein.
48 Thomin, Synagogen in Egelsbach, S. 71; Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 187.
49 Wittrock, Egelsbach in politisch bewegter Zeit, S. 178.
50 Thomin, Egelsbacher Synagogenstein, S. 77.
51 Seit dem Jahr 2000 befand sich der Stein in einem kleinen Museum, das zur Synagoge der Beith David Congregation Miami gehörte. Nachfahren der Egelsbacher Familie Simon holten ihn damals in die USA. Thomin, Egelsbacher Synagogenstein, S. 77–82. Zur Übergabe an das noch zu eröffnende Museum in Orlando siehe: www.msn.com/en-us/news/us/holocaust-center-acquires-ten-commandments-artifact-steeped-in-history/ar-AA1tbHrp?apiversion=v2&noservercache=1&domshim=1&renderwebcomponents=1&wcseo=1&batchservertelemetry=1&noservertelemetry=1, letzter Zugriff 2. April 2025.
52 Egelsbach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14178, letzter Zugriff 17. April 2025; Egelsbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/egelsbach_synagoge.htm, letzter Zugriff 12. März 2025.

Heusenstamm

Mit Obertshausen, Dietzenbach und Bieber (Stadt Offenbach am Main)

Heusenstamm, knapp 6 Kilometer südlich von Offenbach gelegen, wird zum ersten Mal im Jahre 1211 erwähnt.[1] Anfänglich war es ein Eppsteiner Lehen, das an die ansässige Familie Heusenstamm verliehen wurde. Nach dem Aussterben der Herren von Eppstein wechselten die Lehnsherren über die Grafen von Königstein zum Kurfürsten von Mainz. 1527 ging dann die Grundherrschaft ganz an die Herren von Heusenstamm. Allerdings starb der ansässige Teil im Jahre 1616 aus und die Herrschaft Heusenstamm fiel so an die österreichische Seitenlinie. Diese verpachtete Ort und Burg ab 1628 an die Frankfurter Patrizierfamilie von Cronstetten.[2] Während des Dreißigjährigen Krieges wurden das Dorf und die Burganlage vollständig zerstört. Bald nach dem Krieg, im Jahre 1661, kaufte Philipp Erwein von Schönborn die Herrschaft mit samt den zu dieser Zeit zugehörigen Orten Obertshausen und Hausen.

Die Frühzeit

Während des Dreißigjährigen Krieges und unter der Verwaltung von Stefan von Cronstetten aus Frankfurt führte der Kaplan von Heusenstamm im Jahre 1650 eine Beschwerde beim erzbischöflichen Stuhl in Mainz. Cronstetten soll „15 Paar“ Juden in Heusenstamm angesiedelt haben, „die fast stärker als die christlich katholisch Gemeind mit Kindern [gesegnet sind], und innerhalb Jahresfrist erwähnter Judenschaft gleich nächst der Kirche und dem Pfarrhaus eine jüdische Synagog zu bauen erlaubt“.[3] Aber nicht nur über die Ansiedlung von Jüdinnen und Juden beschwerte sich Kaplan Ephippiarius, sondern auch über „allerhand Lutheraner,“ die nun auch in der Herrschaft Heusenstamm aufgenommen würden.[4] Cronstetten ließ diese Anschuldigungen nicht unbeantwortet und nahm ausführlich Stellung zu den Vorwürfen. „Betreffend die Juden, deren widrig geführt klag nach ich 15 Paar zu Häusenstamb eingenommen haben solle: So hat es insgemein mit berührter Judenschaft solche wahre Beschaffenheit, daß dieselbige mehr als 200 Jahre zu Heusenstam verbracht haben und daselbst von allen Vorfahren nicht allein aufgenommen worden, sondern auch ihre besondere Schul, Synagog und Kirchhof aus ihren starken Schutzbrief und privilegia gehabt wie nicht weniger die besten und vornehmsten Häuser gebaut haben.“[5]

Nach dieser Aussage hätte es seit der Mitte des 15. Jahrhunderts eine jüdische Gemeinde mit eigener religiöser Infrastruktur in Heusenstamm geben sollen. Zwar mag es sein, dass einzelne Familien bereits in Heusenstamm siedelten, aber weder ein diesbezüglicher Schutzbrief noch andere schriftliche Hinweise belegen eine größere Gemeinde mit Synagogengebäude. So bleibt es bei der Aussage des Frankfurter Patriziers, der die Herrschaft Heusenstamm nur etwas über 30 Jahre gepachtet hatte.

Mit dem Kauf der Herrschaft durch Philipp Erwein von Schönborn im Jahre 1661 und die Erweiterung derselben um die Orte Obertshausen und Hausen im Jahre 1664 erstarkte auch der Katholizismus wieder, und Heusenstamm war wieder mehrheitlich katholisch.[6] Aus dem Jahr 1671 sind die Einwohner:innenzahlen überliefert und es ist zu vermuten, dass hier die jeweiligen Haushalte gezählt wurden. So wurden als eigentliche Vollbürger 29 Untertanen angegeben, außerdem 7 Witwen, 10 Beisassen und 22 Juden.[7] Somit wären gerade in den ersten Jahrzehnten der Wiederbesiedlung nach dem Dreißigjährigen Krieg nahezu ein Drittel der Haushalte in Heusenstamm jüdisch gewesen.

Zu dieser Zeit, genauer im Jahre 1678, wurde durch die gräfliche Herrschaft auch ein Schutzbrief für die Jüdinnen und Juden vor Ort ausgestellt.[8] Hierin wurde zugesichert, dass sie ungehindert ihre „Ceremonien“ ausüben durften, es musste dafür jedoch auch „jeder angesessene Jude oder jede Jüdin jährlich ein Schutz- und Schirmgeld von acht Talern abliefern, wohingegen sie von jeder weiteren Abgabe, Steuer etc. frei blieben.“[9]

Die Ortschronik von Heinrich Roth, der diese Zeilen entnommen sind, gibt weitere Einblicke in das Verhältnis der Heusenstammer Jüdinnen und Juden zur Obrigkeit. Fremde Jüdinnen und Juden aufzunehmen war ohne die Kenntnis der Herrschaft nicht erlaubt, Gäste durften allerdings für 2 Pfennig pro Nacht und Person beherbergt werden.[10] Abgaben wurden auch fällig, sollte ein „ausländischer, d. h. nicht unter dem Schutz stehender Jude oder eine solche Jüdin in Heusenstamm beerdigt werden“, hier war ein Begräbnisgeld von 2 Gulden angesetzt.[11] Weitere Gegenleistungen für den Schutz durch die Herrschaft waren Aufgaben während der Erntezeit und auch Botengänge nach Frankfurt, Steinheim, Seligenstadt, Dieburg, Rendel in der Wetterau und in die dazwischen gelegenen Orte.[12] Waren die ersten drei Orte noch relativ gut erreichbar, so sind Botengänge nach Dieburg und Rendel mit knapp 20 km Entfernung schon schwerer an einem Tag zu erledigen gewesen. Es handelte sich also um keine geringen Pflichten. „Doch sollten die Pflichtigen an ihren Feiertagen

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-034

nicht damit behelligt werden.“[13] Andererseits sollten die Jüdinnen und Juden selbst während der christlichen Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen in ihren Wohnungen bleiben und durften ihre Häuser nicht verlassen.

Abgaben an die Herrschaft in Höhe von insgesamt 12 Gulden wurden für den Friedhof, die Synagoge und für eine Martinsgans erhoben sowie für ein spezielles Grundstück samt Wohnhaus.[14] „Zur Erbauung einer Synagoge hatte die gräfl. Herrschaft 230 Gulden vorgeschossen; dieses Kapital mußte die Judengemeinde mit 5 Prozent verzinsen und die Zinsen zu 11½ Gulden jährlich an Martini in die herrschaftl. Kellerei einzahlen.“[15] Dies sind, neben den unbestätigten Angaben zu einer jüdischen Gemeinde samt ihrer besonderen „Schul, Synagog und Kirchhof“ durch Stefan von Cronstetten, die ersten konkreten Hinweise auf einen eigenständigen Synagogenbau. Zwar bleibt unbekannt, wo genau diese gebaut wurde, es wird aber deutlich, dass es sich hierbei um mehr als einen einfachen Betsaal in einem bereits bestehenden Hause gehandelt haben musste. Auch die zu Heusenstamm gehörenden Obertshausener Jüdinnen und Juden werden schon diese frühe Synagoge mitgenutzt haben, wofür sie einen eineinhalbstündigen Fußweg auf sich nehmen mussten. Ob es in Obertshausen einen Betraum gab, ist nicht überliefert. Auch wird die Gemeinde nur selten genügend Personen für einen *Minjan* gehabt haben, um einen eigenständigen Gottesdienst abhalten zu können.

Synagoge

Es ist möglich, dass diese im 17. Jahrhundert erwähnte Synagoge schon auf dem Grundstück Kirchstraße 20 stand und es sich um denselben Synagogenbau handelte, dessen Renovierung im Jahr 1829 erwähnt wird. Einen gesicherten Beleg dazu gibt es jedoch nicht. *Der Israelit* berichtete anlässlich der Einweihung der neuen Synagoge 1881, dass deren renovierter Vorgängerbau in der Kirchstraße 20 am 29. August 1829 durch den damaligen Offenbacher Oberrabbiner Gottlieb Metz eingeweiht wurde.[16] Über dieses Gebäude ist leider nichts Näheres bekannt, und schon etwa 50 Jahre später wird auf demselben Grundstück die neue Synagoge errichtet.

Das Brandkataster gibt für die neugebaute Synagoge, die am 31. Oktober 1881 eingeweiht wurde, dasselbe Jahr als Baujahr an.[17] Wo die Gemeinde ihre Gottesdienste während der Bauphase abhielt, ist nicht überliefert. Zur Einweihung der neu errichteten Synagoge brachte der Sohn von Gottlieb Metz in „hübsch eingebundene[r]“ Form die Einweihungsrede von 1829 der Gemeinde als Geschenk mit. Eine weitere Besonderheit war ein Toraschild mit Silbergehänge aus dem Jahr 1674, das sich als Ausstattung in der Synagoge befunden haben soll.[18] Ebenfalls zur Einweihung soll Großherzog Ludwig IV. das Wappen von Hessen der Gemeinde gestiftet haben.[19] Die Einweihung nahm erneut der Offenbacher Oberrabbiner vor, diesmal Dr. Salomon Formstecher. Zu dieser besonderen Feierlichkeit kam die ganze Ortschaft zusammen, und „das innige Zusammenleben aller Confessionen [würde] selbst die besten Anhänger Stöckers außer Fassung gebracht haben.“[20]

Das Gebäude gehörte der jüdischen Gemeinde, und der Betraum selbst befand sich im hinteren, nach Osten orientierten Teil. Der Bau selbst ist ein eingeschossiger Massivbau, der sich heute in die Baufluchtlinie der Straße einpasst.[21] Ob der vordere Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt angebaut wurde und somit bei Planung und zur Entstehungszeit des Gebäudes ein Vorplatz zur Straße hin existierte, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen.[22] Die Stirnseite von 7,70 m Breite grenzt heute direkt an die Straße, und das Haus zieht sich längsseitig 12,60 m in den Hof, wobei es leicht erweiternd als rechtwinkliges Trapez zuläuft und an der gegenüberliegenden Seite 8,20 m breit ist.[23]

Auf dem Grundstück soll sich neben dem Hauptgebäude auch ein Abort und ein Stall befunden haben.[24] Die

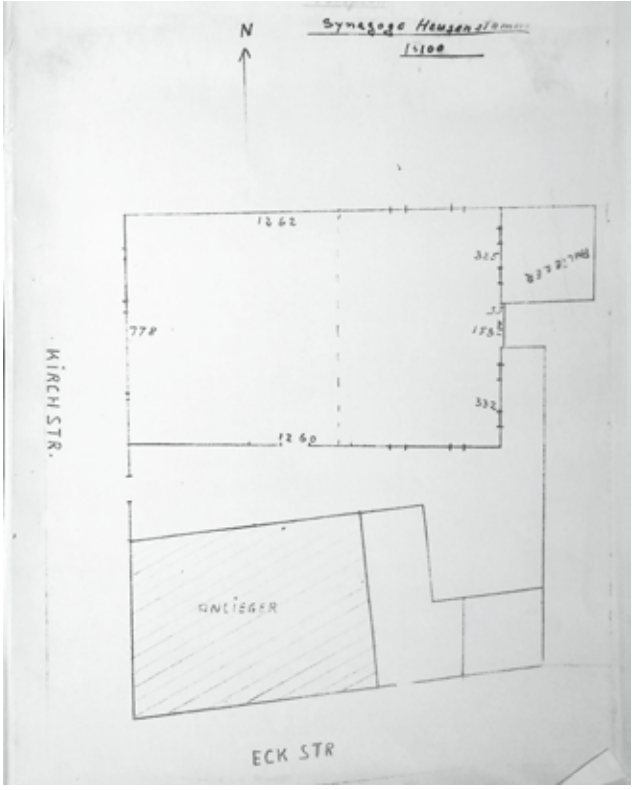


Abb. 1: Flurskizze aus den Entschädigungsakten der JRSO mit Maßangaben, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

Grundstücksfläche insgesamt wird mit 155 qm angegeben. Dabei entfallen entsprechend der Längenangaben auf das Haupthaus knapp 100 qm als Grundfläche. Abort und Stallungen lagen der Zeichnung folgend, die auf den Angaben des Grundbuches basiert, auf der anderen Hofseite und grenzten nach Süden an die Eckstraße sowie im Westen an das Nachbarsgebäude Kirchstraße/Eckstraße.[25] Über eine Unterkellerung und die Existenz einer Mikwe kann nur spekuliert werden, Belege gibt es hierfür keine.[26]

Der Eingang befindet sich an der zum Hof gelegenen Längsseite etwa in der Mitte des Gebäudes. Laut der Skizze in der Akte der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) führte dieser in einen kleinen Vorraum, von dem östlich zwei Eingänge abgingen, weiter nördlich bzw. hinten gelegen derjenige zur Frauenabteilung, der weiter südlich bzw. vorne gelegene zur Männerabteilung und dem Hauptraum der Synagoge.[27] Insgesamt gab es zwölf Plätze für Frauen und 32 Plätze für Männer in einem Raum von höchstens etwa 40 qm.[28] Links vom Eingang bzw. westlich gelegen führte eine Tür zu einer Zweizimmerwohnung mit Küche. Ob der im Norden gelegene Wohnraum nur durch eine eigene Tür aus dem Vorraum heraus zu begehen war, ist unklar.

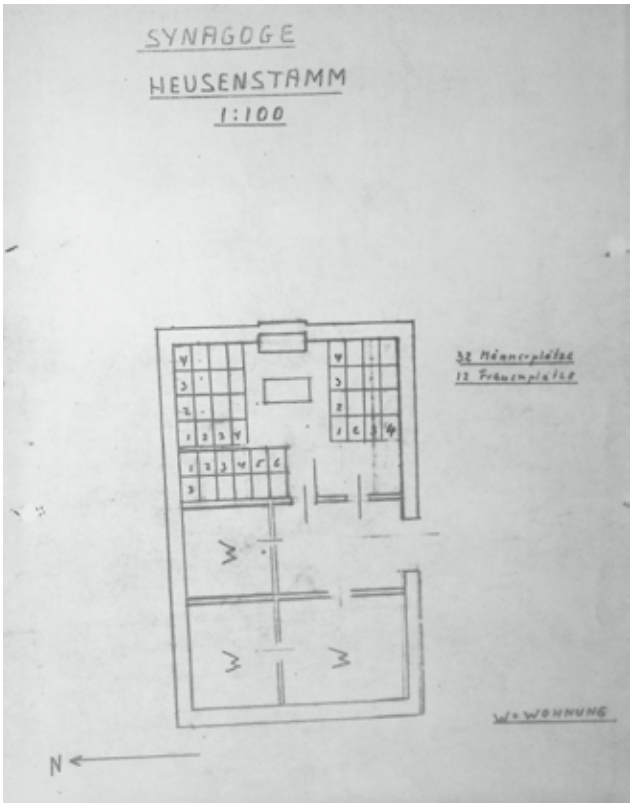


Abb. 2: Grundriss- und Bestuhlungsskizze nach Zeitzeugenerinnerungen aus den Entschädigungsakten der JRSO, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

Das Dach war ein Satteldach und der Dachstuhl scheint mit einer Decke abgehangen gewesen zu sein. In der Purimwoche 1924 stürzte die Decke der Synagoge ein, was diese Vermutung plausibel macht, da das Dach selbst nicht beschädigt wurde. Nach dem Einsturz, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde, musste auch der Dachstuhl erneuert werden. Da die Gemeinde selbst über keine ausreichenden Mittel verfügte, wurde in *Der Israelit* ein Spendenaufruf an „wohltätige isr. Glaubensgenossen“ annonciert.[29] Die Mittel zur Sanierung kamen trotz der immer kleiner werdenden Gemeinde zusammen, und der Dachstuhl und die Decke konnten erneuert werden. Inzwischen kamen auch die wenigen jüdischen Einwohner:innen aus dem nahegelegenen, kaum vier Kilometer entfernten Bieber zum Gottesdienst nach Heusenstamm, ohne dadurch den weiteren Rückgang der Mitgliederzahlen aufhalten zu können.[30] Zumindest bis zum Jahr 1937 fanden in der kleinen Synagoge noch Gottesdienste statt, vermutlich sogar länger.[31]

Abb. 3: Das Synagogengebäude heute, genutzt als Wohnhaus, 2024. Foto: Fani Gargova.

Friedhof

Die finanzielle Eingeschränktheit der Heusenstammer Gemeinde lässt sich auch an einem Spendenaufruf zur Erneuerung der Friedhofsmauer aus dem Jahre 1887 ablesen: „Auch wir besitzen einen über 500 Jahre alten circa 4 Morgen umfassenden Friedhof, welcher Platz s. Z. als Geschenk des Grafen von Schönborn der isr. Gemeinde überwiesen wurde.“[32] Wind und Wetter hätten der Mauer arg zugesetzt und die Gemeinde sei nun gezwungen, diese zu erneuern, „jedoch ist ihre finanzielle Lage derart, daß sie diese bedeutenden Kosten aus eigenen Mitteln nicht erschwingen kann.“[33] Zwar hat der Einsender hier etwas übertrieben und der jüdische Friedhof in Heuseenstamm war zu diesem Zeitpunkt erst 218 Jahre alt, aber dennoch

lässt sich aus dem Beitrag die gräfliche Bereitstellung eines Geländes für die Gemeinde ablesen.

Tatsächlich wurde der Friedhof 1669 etwa einen Kilometer nordwestlich des damaligen Ortskernes in einem Waldstück errichtet. Heute liegt das Gelände zwischen der Autobahn 3 und Heusenstamm. Zu Anfang wurde das Gräberfeld relativ ungeordnet belegt und „bildete Jahrhunderte lang ein tohu wabohu, bis endlich anfangs 1850 freiwillige Geldsammlungen, wobei sich Baron W. v. Rothschild, Mayer und Gustav Schwarzschild, Salomon Levy u. a. hervortaten, es dahin brachten, daß eine Mauer gebaut werden konnte […].[34] Dr. Salomon Formstecher weihte im Jahr 1857, nach Fertigstellung der Mauer, zu deren Renovierung 1887 aufgerufen wurde, den Friedhof ein.[35]

Insgesamt hat das Begräbnisgelände, Flur II Nr. 1, eine Größe von 3.669 qm, es ist aber unklar, wie viel Fläche die ursprüngliche Friedhofsmauer von 1857 einfriedete.[36] Nach mehrfachen Schändungen und Vandalismus nicht nur der Mauer, sondern auch von Grabsteinen, in der NS-Zeit, wurde die Mauer nach 1945 wieder aufgebaut, wobei sie nun eine Fläche von 2.365 qm einfriedet. Somit ist die Gesamtgröße des eigentlichen ehemaligen Gräberfeldes leider nicht klar ersichtlich.[37] Auch in der Nachkriegszeit wurde der Friedhof mehrfach geschändet, wobei Grabsteine umgeworfen und mit rechten Parolen beschmiert wurden.[38]

Abb. 4: Gedenksäule von 1857 am Eingang zum jüdischen Friedhof Heusenstamm, 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Der älteste identifizierte Stein stammt aus dem Jahr 1851, die letzte Beisetzung fand im Februar 1939 statt, als Rebecca Eckmann mit einem unbeschrifteten Grabstein neben ihrem Mann beerdigt wurde.[39] Grabsteine vor der Mitte des 19. Jahrhunderts finden sich trotz der deutlich längeren Belegungszeit nicht. Dass dies aber tatsächlich daran liegt, dass es bei der jüdischen Landbevölkerung dieser Gegend erst im 19. Jahrhundert Brauch wurde, „an die verstorbenen mit ‚Leichensteinen' zu erinnern",[40] und es vorher lediglich „ein einfaches Brett mit Namen" zur Erinnerung an die Toten gegeben haben soll,[41] scheint zumindest fraglich. Obwohl, wie auch die erst späte Einfriedung des Friedhofes zeigt, die jüdische Gemeinde Heusenstamm mit ihren assoziierten Ortschaften Dietzenbach und Obertshausen, ebenso wie die anderen belegenden Ansiedlungen wie Weisskirchen, Jügesheim und Hainhausen, sicherlich nicht besonders wohlhabend war, verwundert es doch, dass es ausschließlich hölzerne Gedenktafeln und kein einziges steinernes Grabmal gegeben haben soll.

Abb. 5: Gräber auf dem jüdischen Friedhof Heusenstamm, 2024. Foto: Fani Gargova.

Dietzenbach

In dem einige Kilometer südlich von Heusenstamm liegenden Ort Dietzenbach finden sich in den Bürgermeisterrechnungen ab dem Jahr 1560 erste Erwähnungen von Juden.

Zwei Juden können über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren zurückverfolgt werden, was die Vermutung nahelegt, dass beide tatsächlich in Dietzenbach ansässig waren und nicht nur als Handelstreibende durchzogen.[42] Weitere Belege für die Anwesenheit von Jüdinnen und Juden finden sich in den kommenden 170 Jahren nicht mehr.

Dietzenbach selbst wurde durch Pestepidemien und Hungersnöte im Zuge des Dreißigjährigen Krieges zum größten Teil entvölkert und 1634 schließlich durch schwedische Truppen niedergebrannt. Das Dorf blieb mehrere Jahre unbewohnt, bis es 1641 wieder besiedelt wurde. Die Zerstörungen überstanden hat der Turm der evangelischen Pfarrkirche; er ist heute noch Teil der 1753/54 auf den Grundmauern wiedererrichteten Christuskirche.[43] Ab dem 18. Jahrhundert, genauer gesagt ab 1739, finden sich auch wieder Eintragungen zu jüdischen Bewohner:innen in den Rechnungsbüchern. Insbesondere die ab 1763 in Dietzenbach ansässige Familie Wolf stellte den Hauptteil der Mitglieder dieser kleinen Gemeinde.[44] In den Bevölkerungsstatistiken von 1828 finden sich lediglich 8 Personen, die als israelitisch angegeben wurden. Zu dieser Zeit hatte Dietzenbach inzwischen wieder 1.239 Einwohner:innen, was einen Anteil von 0,65 Prozent ergab.[45] Zu keinem Zeitpunkt lebten mehr als 28 Jüdinnen und Juden in Dietzenbach, und auch der prozentuale Anteil lag immer unter 2 Prozent der Gesamtbevölkerung. Allerdings waren es meist mehr jüdische als katholische Einwohner:innen in diesem seit der Reformation stark evangelisch geprägten Ort, ein Umstand, der Jüdinnen und Juden zur größten Minoritätengruppe in Dietzenbach machte.

Die Berufsstruktur war ganz ähnlich wie in den anderen Orten in der Region. Die meisten Jüdinnen und Juden fanden im Kleinhandel oder auch im Hausierhandel (Vieh, Futtermittel, Samen und Stoffe) ihr Auskommen. Nur wenige konnten von der Ausübung eines einzigen Berufes ihren Lebensunterhalt bestreiten, und so kam zum Viehhandel oft noch die Metzgerei hinzu oder zum Getreidehandel die Bäckerei. Auch einige Portefeuiller waren nach dem Aufstieg der Region im lederverarbeitenden Gewerbe in Dietzenbach ansässig.[46]

Um eine eigene religiöse Infrastruktur zu unterhalten, waren die Dietzenbacher Jüdinnen und Juden allerdings zu wenige. Sie mussten so den fast eineinhalbstündigen Fußmarsch nach Heusenstamm absolvieren, um dort den Gottesdienst besuchen zu können. Zum mitbelegten Friedhof war der Fußweg noch einen Kilometer weiter. Zwar wird vermutet, dass auch der Betraum in Dreieichenhain mitgenutzt wurde, jedoch war der Weg dorthin nicht wesentlich kürzer.[47] Die fast sechs Kilometer werden ebenfalls deutlich über eine Stunde in Anspruch genommen haben. Es gibt auch Mutmaßungen, dass es Gottesdienste in Privaträumen gab, was aufgrund der geschilderten Distanzen in hohem Maße wahrscheinlich ist, zumindest zu den Zeiten, in denen es ausreichend männliche und volljährige Einwohner gab, die einen *Minjan* stellen konnten.[48] Nähere Informationen lassen sich dazu leider nicht finden.

Von einer überwiegend evangelischen Arbeiterschaft mit geringerem Einkommen geprägt, galt Dietzenbach im 19. Jahrhundert als „rot“.[49] Die Jüdinnen und Juden waren, soweit es die Quellen belegen, gut in die Dorfgemeinschaft integriert. Es wurde untereinander gehandelt, geschäftliche Beziehungen gepflegt und in denselben Vereinen geturnt und gesungen.[50] Dieser Umstand schützte die jüdische Bevölkerung allerdings kaum, und nationalsozialistische Verfolgungs- und Ausgrenzungspolitik wurde auch in Dietzenbach ohne Verzögerung durchgesetzt. Das führte dazu, dass seit der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen die jüdische Bevölkerung rapide abnahm. Viele zogen auf Grund der zunehmenden Repressalien und auch von Misshandlungen nach Offenbach bzw. Frankfurt oder wanderten aus. Die letzte Abmeldung erfolgte im September 1938, und so wohnten schon zur Zeit der Novemberpogrome keine Jüdinnen und Juden mehr in Dietzenbach.[51]

Für die ehemaligen jüdischen Einwohner:innen und andere von den Nationalsozialist:innen verfolgte Menschen wurden 2006 und 2011 Stolpersteine verlegt.[52]

Heusenstamm im 19. und 20. Jahrhundert

Die Berufsstruktur der jüdischen Familienoberhäupter in Heusenstamm blieb auch in der Moderne traditionell geprägt, und die meisten fanden ihr Auskommen weiterhin im Handel oder im Lebensmittelhandwerk, etwa als Bäcker:innen oder als Metzger:innen. Die nahe Lederindustrie, hauptsächlich im etwa zehn Kilometer entfernten Offenbach, führte dazu, dass in Heusenstamm auch der Beruf des Feintäschners ausgeübt wurde. Seit der Reichsgründung 1871 nutzte allerdings die jüngere jüdische Bevölkerung zunehmend die Möglichkeiten zur Freizügigkeit und ließen Heusenstamm und dessen begrenzte Entwicklungs- und Erwerbsmöglichkeiten hinter sich. Viele zogen in die durch die einsetzende Industrialisierung prosperierenden Städte Frankfurt und Offenbach.[53] Die 1898 eingerichtete Bahnverbindung nach Bieber erlaubte aber auch das Pendeln in die größeren Städte der Umgebung

und bot somit deutlich erweiterte Möglichkeiten gegenüber einem Leben als Lohnarbeiter:in in Heusenstamm. Auch die meisten nichtjüdischen Einwohner:innen nutzten diese Möglichkeit als sogenannte „Schaffegänger“.[54] Die enge Verbundenheit der weggezogenen Jüdinnen und Juden mit Heusenstamm, und zwar nicht nur mit der jüdischen Gemeinde dort, zeigt sich durch die großzügigen Spenden, die einige tätigten. So vermachte Hermann Schwarzschild, Sohn des langjährigen Gemeindevorstehers Isaak Schwarzschild und Bruder des Frankfurter Bankiers Maier Schwarzschild, nach seinem Tod im Jahr 1919 der jüdischen Gemeinde 10.000 Mark und der politischen Gemeinde 5.000 Mark.[55] Ein Legat, das durchaus auch als ein Zeichen für ein gutes oder zumindest spannungsarmes Verhältnis zwischen der jüdischen und christlichen Bevölkerung Heusenstamms gelesen werden kann. Die Spende „von mehreren tausend Mark“, die der nach Oklahoma, USA, ausgewanderte Sohn Leopold des zweiten Gemeindevorstehers Isidor Frankfurter 1921 „in treuer Anhänglichkeit an seine Heimat Heusenstamm“ tätigte, diente der jüdischen Gemeinde dazu, einmal mehr die Friedhofsmauer in Stand zu setzen, aber vor allem auch, das Synagogengebäude mit elektrischem Licht auszustatten.[56]

Abb. 6: Isidor Frankfurter (mittlere Reihe, 5. v. l.) als Fahnenträger beim Deutschen Turnfest in Frankfurt am Main, 1908. Stadtarchiv Heusenstamm.

Isidor Frankfurter war nicht nur als Gemeindevorsteher sehr beliebt, sondern tat sich auch in örtlichen Vereinen durch sein großes Engagement hervor. 40 Jahre war er Mitglied im Turnverein Heusenstamm, war als Revisor im Vorstand tätig und trat beim Deutschen Turnfest 1908 in Frankfurt am Main als Fahnenträger auf.[57]

Aber nicht nur die Familie Frankfurter, auch die Mitglieder anderer jüdischer Familien aus Heusenstamm waren im Turnverein aktiv. Jonas Rollmann wurde 1909 zum Ehrenmitglied ernannt, Moritz Eckmann 1929 für seine 25-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet, sein Bruder Simon 1931. Isidor Gutenstein war 1915 der 1. Schriftführer, und viele Männer, Frauen und Kinder aus der jüdischen Gemeinde waren Mitglieder der unterschiedlichen Abteilung, wie der Mädchen- oder der Bubenriege bzw. der Gesangsriege.[58] Doch schon am 8./9. April 1933, also nur einen Tag nach dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, schloss die Deutsche Turnerschaft Jüdinnen und Juden aus ihren Mitgliedsvereinen aus. Wann genau dieser „Arierparagraph“ beim Turnverein Heusenstamm umgesetzt wurde, lässt sich nur schwer exakt datieren, aber spätestens im Mai wurden in Heusenstamm alle Vereine gleichgeschaltet und somit die verbliebenen jüdischen Mitglieder ausgeschlossen.[59]

Isidor Frankfurters Sohn, Moritz Frankfurter, trat in die Fußstapfen des Vaters und war von 1929 an bis zu ihrer Auflösung nach den Novemberpogromen Vorsteher der immer kleiner werdenden Gemeinde. Er führte ein Einzelhandelsgeschäft in seinem Elternhaus in der Frankfurter Straße 55 und wohnte auch dort mit seiner Frau und zwei Töchtern. Während der sogenannten Reichspogromnacht wurde Moritz, wie die meisten volljährigen Juden aus Heusenstamm, festgenommen und bis Mitte Dezember im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach seiner Rückkehr zog die Familie mit der jüngeren Tochter Ruth nach Frankfurt.[60] Von dort wurden sie in die Region Lublin deportiert, wo alle drei wohl ermordet wurden.[61] Nähere Angaben zum genauen „Osttransport“, wie es im Gedenkbuch des Bundesarchivs verzeichnet ist, oder den Todeszeitpunkten sind nicht in Erfahrung zu bringen.[62] Die ältere Tochter Bertha konnte im Februar 1939 über Bremen in die USA ausreisen und überlebte als einziges Mitglied der Kernfamilie die Schoa. Eine Tante ihrer Mutter bürgte für sie und holte sie zuerst nach Wilmington, Delaware, von dort zog Bertha bald nach New York und arbeitete zunächst bei einem Bruder ihrer Mutter.

Abb. 7: Ruth Frankfurter (vordere Reihe rechts) bei ihrer Einschulung 1934. Foto: Privatbesitz Frieda Müller.

Abb. 8: Bertha Frankfurter (rechts) bei ihrer Einschulung 1927. Reproduktion aus Sabine Richter-Rauch, „Sie wohnten neben uns“.

Zeit des Nationalsozialismus

Im mehrheitlich von einem katholischen Arbeitermilieu geprägten Heusenstamm war das Zentrum die Partei mit der stabilsten Wählerschaft; ohne größere Ausschläge entschieden sich mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung für sie. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 und auch im März 1933 konnte das Zentrum mit 36,4 Prozent die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Traditionell wurde Heusenstamm von einem Bürgermeister der SPD regiert. Joseph Kämmerer hatte dieses Amt von 1904 bis 1933 inne, und auch wenn die KPD auf Reichsebene mit der SPD um die Stimmen der Wähler:innen konkurrierte, hatte sie auf Gemeindeebene trotz steigenden Stimmenanteils wenig Einfluss. Die NSDAP konnte in Heusenstamm keine große Wählerschaft mobilisieren. Zwar warb sie den kleinen Splitterparteien wie der Liste Gemeinwohl oder der Liste der Hausbesitzer ihr Personal und ihre Wähler:innen ab, kam aber dennoch bei der Reichstagswahl 1932 nur auf etwa 5 Prozent und auch nach der Machtübergabe 1933 lediglich auf knapp unter 20 Prozent. Im Vergleich zum reichsweiten Ergebnis von 43,9 Prozent war dies ein deutlich schlechteres Abschneiden.[63]

Trotz des schlechten Wahlergebnisses der NSDAP änderte sich mit der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen auch das Leben der 42 verbliebenen Jüdinnen und Juden in Heusenstamm dramatisch. Die soziale und gesellschaftliche Isolation wurde nahezu sofort mit dem Ausschluss aus den Vereinen eingeleitet, die sogenannten „Judenboykotte“ kamen hinzu und dienten der wirtschaftlichen Schwächung und Schikane sowie der weiteren Ausgrenzung. Die anfänglichen Erfolge dieser Maßnahmen waren jedoch begrenzt. Mit einer Intensivierung der antisemitischen Propagandakampagnen und einer ständigen Verschärfung der gesetzlichen Diskriminierung gelang es jedoch, jede Abweichung zu unterbinden und letztlich auch hier die antisemitische Verfolgungspraxis durchzusetzen.[64] Die Kinder der Familie Reinhardt aus der Feldstraße 12 waren die Ersten, die Heusenstamm nach 1933 verließen. Max emigrierte 1935 nach Südafrika, Jakob und Hertrude 1934 in die USA, wohin Alfred schon 1926 ausgewandert war. Noch 1940 gelang es ihrer Schwester Selma, ihnen nachzufolgen. Alle anderen Jüdinnen und Juden blieben bis zu den Novemberpogromen 1938 in Heusenstamm wohnen. Danach zogen die meisten zwangsweise in die größeren Städte Offenbach und Frankfurt.[65]

Das Synagogengebäude in der Kirchstraße 20 entging höchstwahrscheinlich aus zwei Gründen der Zerstörung während der Novemberpogrome. Aufgrund der dichten Bebauung im Altstadtkern von Heusenstamm schien es zu gefährlich, hier Brandstiftung zu üben. Ein weiterer Grund könnte gewesen sein, dass die Mieter der kleinen Wohnung im vorderen Teil des Gebäudes keine Juden waren. Allerdings wurde in den Betraum eingebrochen, die Fenster zerschlagen und das Mobiliar zertrümmert. Die Gebetbücher wurden auf die Straße geworfen und die Torarollen zerstört. Was mit der restlichen Inneneinrichtung wie dem erwähnten hessischen Wappen und dem Toraschild mit Silbergehänge geschah, ist nicht bekannt. Nur die Spur zu einer Tischdecke für die *Bima* lässt sich in den Akten finden. Ein Mitglied der jüdischen Gemeinde gab die „Toratischdecke“ dem katholischen Pfarrer zur Aufbewahrung, der sie in der Sakristei verwahrte. Bei den Ermittlungen zu den Entschädigungsansprüchen 1960 wurde sie, immer noch „in einem guten Zustand und von einer sehr guten Qualität“, an die Entschädigungsbehörde in Darmstadt abgege-

ben.[66] Von hier wurde die Decke 1962 von Chaim Heinrich Tyson, einem wichtigen Repräsentanten der Offenbacher jüdischen Gemeinde, quittiert und abgeholt, wahrscheinlich um sie in der dortigen neuen Synagoge zu nutzen.[67]

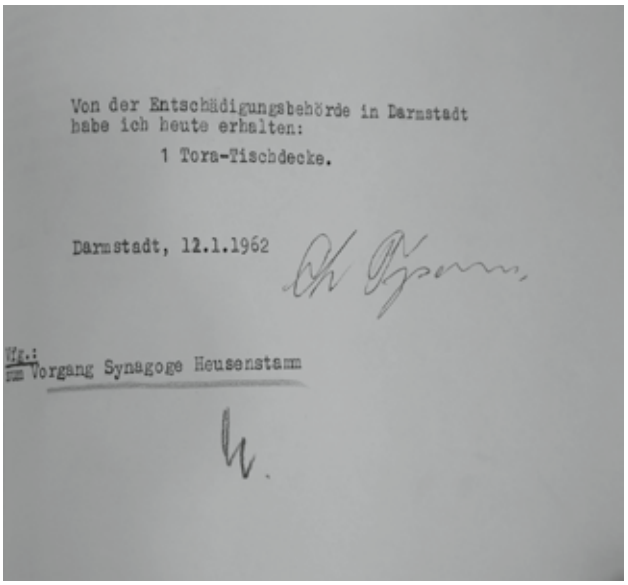
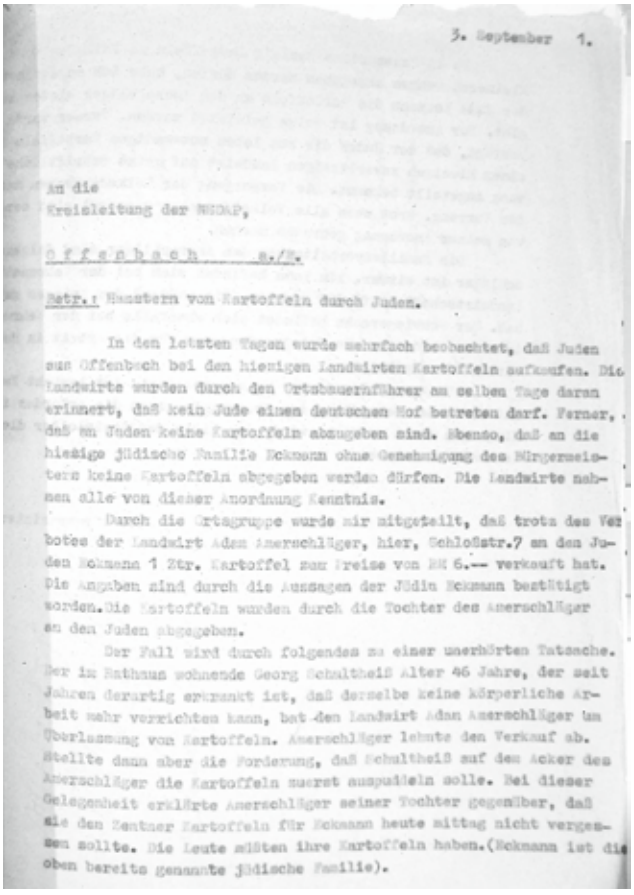

Von der Entschädigungsbehörde in Darmstadt
habe ich heute erhalten:
1 Tora-Tischdecke.
Darmstadt, 12.1.1962
Betr.: Vorgang Synagoge Heusenstamm

Abb. 9: Empfangsbestätigung über die „Tora-Tischdecke“ aus Heusenstamm, 1962. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 518, Nr. 1435.

Das Gebäude blieb so weit unbeschädigt, war jedoch polizeilich abgeschlossen und auch „die Fenster wurden mit Brettern inzwischen zugenagelt“.[68] Schon um den Jahreswechsel 1938/39 fragte das Rote Kreuz bei der politischen Gemeinde an, ob ihm die „ehemalige Synagoge“ zur Abhaltung ihrer Übungsstunden zur Verfügung gestellt werden könnte. Dies führte am 7. Januar 1939 zu einer Anfrage durch den Heusenstammer Bürgermeister bzw. den I. Beigeordneten in Vertretung beim Landrat in Offenbach. Bisher würden die Übungsstunden im Schulkeller abgehalten, der für diese Zwecke zu kalt und ungeeignet sei.[69] Im Mai 1939 stellt die politische Gemeinde dann klar, dass sie „kein Interesse [habe], das Synagogengebäude in Heusenstamm zu erwerben“, und sich bemühen würde, „für das Rote Kreuz anderweitig einen geeigneten Raum zu beschaffen.“[70] Bereits am 29. April 1939 war nämlich an den Landrat gemeldet worden, dass es Verhandlungen zwischen Vertretern der jüdischen Gemeinde und einem potentiellen Käufer gäbe. Ob es zwischenzeitlich zu einer Nutzung für Übungsstunden kam, ist nicht bekannt. Allerdings scheinen sich die Verhandlungen hingezogen zu haben, und am 19. Juni 1939 erging die Meldung, dass „für die Synagoge vorerst ein ernsthafter Abnehmer noch nicht vorhanden ist.“[71] Im September konnte dann der „ordnungsgemäße“ Verkauf an den „Volksgenossen“ vermeldet werden, mit dem im April die Verhandlungen aufgenommen worden waren.[72]

Als letzte jüdische Familie lebten die Eckmanns noch bis 1942 in Heusenstamm, in der Schloßstraße 17. Ohne die Hilfe von Heusenstammer Nachbar:innen wäre dies kaum möglich gewesen, und zumindest ein Fall von Solidarität lässt sich belegen, als die Landwirte Amerschläger den Eckmanns 1941 entgegen den antisemitischen Vorschriften einen Sack Kartoffeln verkauften.[73] Moritz Eckmann, seine Frau Johanna, die Tochter Beatrice und sein Bruder Simon wurden im Juni 1942 von der Gestapo verhaftet und zur Sammelstelle nach Offenbach gebracht. Von dort ging es weiter nach Darmstadt, um am 30. September 1942 mit dem Zug Da 84 nach Treblinka deportiert zu werden, wo alle umgebracht wurden.[74] Nach der Deportation der Eckmanns gab es in Heusenstamm keine Jüdinnen und Juden mehr.


3. September 1.

An die
Kreisleitung der NSDAP,

O f f e n b a c h a./M.

Betr.: Hausieren von Kartoffeln durch Juden.

In den letzten Tagen wurde mehrfach beobachtet, daß Juden aus Offenbach bei den hiesigen Landwirten Kartoffeln aufkauften. Die Landwirte wurden durch den Ortsbauernführer an selben Tage daran erinnert, daß kein Jude einen deutschen Hof betreten darf. Ferner, daß an Juden keine Kartoffeln abzugeben sind. Ebenso, daß an die hiesige jüdische Familie Eckmann ohne Genehmigung des Bürgermeisters keine Kartoffeln abgegeben werden dürfen. Die Landwirte nahmen alle von dieser Anordnung Kenntnis.

Durch die Ortsgruppe wurde mir mitgeteilt, daß trotz des Verbotes der Landwirt Adam Amerschläger, hier, Schloßstr.7 an den Juden Eckmann 1 Ztr. Kartoffel zum Preise von RM 6.— verkauft hat. Die Angaben sind durch die Aussagen der Jüdin Eckmann bestätigt worden. Die Kartoffeln wurden durch die Tochter des Amerschläger an den Juden abgegeben.

Der Fall wird durch folgendes zu einer unerhörten Tatsache. Der im Rathaus wohnende Georg Schultheiß Alter 46 Jahre, der seit Jahren derartig erkrankt ist, daß derselbe keine körperliche Arbeit mehr verrichten kann, bat den Landwirt Adam Amerschläger um Überlassung von Kartoffeln. Amerschläger lehnte den Verkauf ab. Stellte dann aber die Forderung, daß Schultheiß auf den Acker des Amerschläger die Kartoffeln zuerst auspudeln solle. Bei dieser Gelegenheit erklärte Amerschläger seiner Tochter gegenüber, daß sie den Zentner Kartoffeln für Eckmann heute mittag nicht vergessen sollte. Die Leute müßten ihre Kartoffeln haben.(Eckmann ist die oben bereits genannte jüdische Familie).

Abb. 10: Meldung über den Verkauf von einem Sack Kartoffeln an den „Juden Eckmann“, 1941. Jüdisches Museum Frankfurt.

Das Synagogengebäude wurde zu einem Privathaus umgebaut. Dabei wurde das Dachgeschoss ausgebaut, um mehr Wohnraum zu schaffen. Bis heute wird es als Wohnhaus

genutzt, eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Geschichte des Gebäudes gibt es am Haus selbst nicht. Eine Hinweistafel findet sich in der näheren Umgebung, hinter dem Gebäude an einem kleinen Fußweg, der die Borngasse mit der Eckgasse verbindet. Hier wird knapp die Geschichte der Synagoge erläutert, ohne genauere Angaben zum Standort zu machen.[75] Seit 2007 werden in Heusenstamm Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus verlegt.[76]

Tilmann Gempp-Friedrich

Heusenstamm in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/158.

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Heusenstamm

1669	20 Haushalte
1670	23 Haushalte
1671	22 Haushalte
1828	89 Personen
1871	35 Personen
1900	38 Personen
1905	38 Personen
1933	42 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Heusenstamm, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14121, letzter Zugriff 28. April 2025 (1905, 1933); Roth, Ortsgeschichte Heusenstamm, S. 12 (1669, 1670, 1671).

Dietzenbach

1828	8 Personen
1830	8 Personen
1871	18 Personen
1873	24 Personen
1900	28 Personen
1905	28 Personen
1927	23 Personen
1933	20 Personen

Zahlen nach: Kindel, Jüdische Gemeinde Dietzenbach, S. 6 (1873, 1933); Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Dietzenbach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14113, letzter Zugriff 28. April 2025 (1830, 1905, 1927).

Obertshausen

1828	21 Personen
1830	21 Personen
1871	26 Personen
1900	3 Personen
1905	3 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Obertshausen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14947, letzter Zugriff 28. April 2025 (1830, 1905).

Bieber

1900	0 Personen
1929	4 Personen
1932/33	14 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1900); Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 365 (1929, 1932/33).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Beez, Gisela/Brigitte Fischer/Peter Fischer (Hrsg.), Spurensuche. NS-Zeit in Heusenstamm, Heusenstamm 1990.

Decker, Klaus Peter, Juden in Offenbach unter isenburgischer Herrschaft in der frühen Neuzeit, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 6–69.

Dittrich, Alfred, Aus der Geschichte der Jüdischen Kultusgemeinde in Heusenstamm. Dokumentation, Heusenstamm 1989.

Hühner, Jens (Hrsg.), 125 Jahre TSV H 1873–1998. Ein moderner Verein mit Tradition, Heusenstamm 1998.

Hüttenmeister, Frowald G./Sabine Richter-Rauch/Gernot Richter, Hier ist verborgen. Der jüdische Friedhof in Heusenstamm, Heusenstamm 2014.

Kindel, Detlev, Die jüdische Gemeinde Dietzenbach, Dietzenbach 1986.

Richter-Rauch, Sabine, „Sie wohnten neben uns“. Die jüdischen Familien in Heusenstamm zwischen 1930 und 1945, Heusenstamm 2008.

Roth, Heinrich, Ortsgeschichte von Heusenstamm mit Patershausen und Gravenbruch, Offenbach 1911.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)

– JRSO-Hes: Nr. 117; 251

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

– 518: Nr. 1435

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– G 27 Darmstadt: Nr. 314
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 269
Staatsarchiv Würzburg (StAW)
– Amt Heusenstamm, A2856
Stadtarchiv Heusenstamm (StadtA Heusenstamm)
– XIII_1_1_48
– XIII_3_67

Anmerkungen

1 Heusenstamm, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14121, letzter Zugriff 25. November 2024.
2 Heusenstamm, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14121, letzter Zugriff 25. November 2024.
3 Zitiert nach: Roth, Ortsgeschichte Heusenstamm, S. 56.
4 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 56.
5 Zitiert nach: Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 59.
6 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 29, 61.
7 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 12.
8 StA Würzburg, Amt Heusenstamm A 2856; siehe auch: JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 269.
9 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 61.
10 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 61.
11 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 62.
12 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 62.
13 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 62.
14 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 61.
15 Roth, Ortsgeschichte von Heusenstamm, S. 61.
16 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Heusenstamm, in: Der Israelit, 5. Oktober 1881, Nr. 40/41, 2. Beil., S. 1018.
17 CAHJP, JRSO-Hes-117.
18 Dittrich, Aus der Geschichte, S. 11; auch Lilienthal, Jüdische Wanderungen, berichtet davon, dass das Wappen und das Toraschild mit Silbergehänge in der Synagoge zu sehen sei. Siehe S. 82.
19 Dittrich, Aus der Geschichte, S. 12; Heusenstamm, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/158, letzter Zugriff 28. November 2024; Arnsberg, Jüdische Gemeinden, Bd. 1, S. 366. Allerdings wird in allen drei Veröffentlichungen als Stifter Großherzog Ernst Ludwig genannt, dessen Regierungszeit erst 1892 begann. Insofern wird eher sein Vater Ludwig der IV. gemeint gewesen sein.
20 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Heusenstamm, in: Der Israelit, 5. Oktober 1881, Nr. 40/41, 2. Beil., S. 1018.
21 Altaras, Synagogen, S. 360.
22 Altaras, Synagogen, S. 360.
23 In einer Gebäudebeschreibung des Hessischen Hochbauamtes Offenbach aus 1939 wird eine Gebäudelänge von 10,70 m angegeben. Siehe: StadtA Heusenstamm, XIII_3_67.
24 HHStAW, 518, Nr. 1435.
25 CAHJP, JRSO-Hes-117; die Angaben zum Gebäude und auch die Zeichnung beziehen sich laut JRSO-Akte auf A. G. Offenbach, Grundbuch von Heusenstamm, Bd. 23, Bl. 1296, Flur I, Nr. 190, Hofreite (Synagoge), Kirchstr. 20, neu: Bd. 39, Bl. 1810.
26 Altaras, Synagogen, erwähnt keine Mikwe; Alemannia Judaica vermutet ihre Existenz nur: Heusenstamm, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/heusenstamm_synagoge.htm, letzter Zugriff 28. November 2024; ebenso Heusenstamm, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/158, letzter Zugriff 28. November 2024.
27 CAHJP, JRSO-Hes-117.
28 Vgl. Bestuhlungsskizze in: CAHJP, JRSO-Hes-117; Altaras, Synagogen, S. 360 und Arnsberg, Jüdische Gemeinden, Bd. 1, S. 366, gehen von 34 Männerplätzen aus.
29 Aufruf, in: Der Israelit, Nr. 16/17, 17. April 1924, S. 10.
30 Heusenstamm, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/heusenstamm_synagoge.htm, letzter Zugriff 28. November 2024.
31 Lilienthal, Jüdische Wanderungen.
32 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Heusenstamm, in: Der Israelit, Nr. 73/74, 22. September 1887, S. 1341.
33 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Heusenstamm, in: Der Israelit, Nr. 73/74, 22. September 1887, S. 1341.
34 Die jüdische Gemeinde Heusenstamm, in: Neue jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 12. Mai 1911, S. 12.
35 Die jüdische Gemeinde Heusenstamm, in: Neue jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 12. Mai 1911, S. 12.
36 StadtA Heusenstamm, XIII_1_1_48.
37 Vgl.: Hüttenmeister/Richter-Rauch/Richter, Hier ist verborgen, S. 7.
38 Hüttenmeister/Richter-Rauch/Richter, Hier ist verborgen, S. 8.
39 Hüttenmeister/Richter-Rauch/Richter, Hier ist verborgen, S. 6.
40 Hüttenmeister/Richter-Rauch/Richter, Hier ist verborgen, S. 6.
41 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Heusenstamm, in: Der Israelit, Nr. 73/74, 22. September 1887, S. 1341.
42 Kindel, Die jüdische Gemeinde, S. 4.
43 Evangelische Pfarrkirche, Dietzenbach, in: Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/objekte/, letzter Zugriff 29. November 2024.
44 Kindel, Die jüdische Gemeinde, S. 4.
45 Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 14–15.
46 Kindel, Die jüdische Gemeinde, S. 19–20.
47 Dietzenbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/dietzenbach_juedgeschichte.htm, letzter Zugriff 28. November 2024.
48 CAHJP, JRSO-Hes-251.
49 Kindel, Die jüdische Gemeinde, S. 31.
50 Kindel, Die jüdische Gemeinde, S. 30.
51 Kindel, Die jüdische Gemeinde, S. 33.
52 Dietzenbach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/dietzenbach_juedgeschichte.htm, letzter Zugriff 28. November 2024.
53 Richter-Rauch, Sie wohnten neben uns, S. 17.
54 Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche, S. 7.
55 Von Nah und Fern, in: Der Gemeindebote. Beilage zur Allgemeinen Zeitung des Judenthums, Berlin, 21. November 1919, S. 4.
56 Personalien und kleine Mitteilungen, Kreis Offenbach, in: Neue Jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 26. Juli 1921, S. 3.
57 Hühner, 125 Jahre TSV H, S. 45
58 Hühner, 125 Jahre TSV H, S. 45, und Richter-Rauch, Sie wohnten neben uns, S. 23–25, 91, 107.
59 Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche, S. 31; Richter-Rauch, Sie wohnten neben uns, S. 27–29; Hühner, 125 Jahre TSV H, S. 44.
60 Richter-Rauch, Sie wohnten neben uns, S. 93.
61 Richter-Rauch, Sie wohnten neben uns, S. 97.
62 Vgl. Frankfurter Moritz, Gedenkblatt, Yad Vashem, collections.yadvashem.org/de/names/3964569, letzter Zugriff 29. November 2024 und Frankfurter, Moritz, in Bundesarchiv, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de868185, letzter Zugriff 29. November 2024.

63 Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche, S. 15–17.
64 Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche, S. 90. Vgl. Die Gerichtsverfahren gegen Bernhard Frankfurter, Bruder von Moritz und Sohn von Isidor Frankfurter: HStAD, G 27 Darmstadt, 314.
65 Vgl. Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche.
66 HHStAW, 518, Nr. 1435.
67 HHStAW, 518, Nr. 1435.
68 StA Heusenstamm, XIII_1_67.
69 StA Heusenstamm, XIII_1_67.
70 StA Heusenstamm, XIII_1_67.
71 StA Heusenstamm, XIII_1_67.
72 StA Heusenstamm, XIII_1_67.
73 Bekannt wurde dieser Fall allerdings nur durch die Denunziation durch die Ortsgruppe an die Kreisleitung der NSDAP in Offenbach. Siehe JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 269.
74 Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen, S. 228; Kingreen, Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen, S. 43–44; Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche, S. 111–113.
75 Hier wird vermutet, dass die Zeitangaben von Stefan von Cronstetten plausibel sind und von einer jüdischen Gemeinde seit ca. 1450 ausgegangen.
76 Beez/Fischer/Fischer, Spurensuche, S. 11.

Klein-Krotzenburg (Gemeinde Hainburg)

Mit Hainstadt

Klein-Krotzenburg liegt direkt am Mainufer zwischen Seligenstadt und Steinheim. Der Ort wird zum ersten Mal 1175 noch unter der Namensform Cruzenburch erwähnt.[1] Es wird vermutet, dass es schon zur Römerzeit eine Mainbrücke gab, die zum nahen und erst 1967 entdeckten Römerkastell und zur Siedlung Hainburg gehörte. Nach mehreren Besitzerwechseln gehörte es ab 1425 zum Kurfürstentum Mainz und fiel im Zuge der Säkularisierung 1803 an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt, ab 1806 Großherzogtum Hessen. Nach dem Abschluss der Gebietsreform 1977 bildet Klein-Krotzenburg zusammen mit Hainstadt die Gemeinde Hainburg.

Die lange Zeit unter der Herrschaft der Mainzer Kurfürst-Erzbischöfe hatte zur Folge, dass die Einwohner:innen Klein-Krotzenburgs fast ausschließlich katholisch waren. Jüdinnen und Juden bildeten bis zum beginnenden 20. Jahrhundert die größte Minderheitengruppe im Ort. Im Jahr 1828 lebten 3 Einwohner:innen evangelischen Glaubens in Klein-Krotzenburg, bei einer Gesamteinwohner:innenzahl von 860 Menschen. Die jüdischen Bewohner:innen kamen in absoluten Zahlen auf 16, immerhin ein Anteil von 1,86 Prozent. Bei der ersten Volkszählung im Deutschen Reich im Jahr 1871 konnte man einen starken Zuwachs bei der katholischen und der jüdischen Bevölkerungsgruppe registrieren, die Anzahl der evangelischen Bevölkerung nahm nur um eine Person auf nunmehr vier zu. Die Gesamtbevölkerung stieg auf 1.475 Personen, davon 34 Jüdinnen und Juden. Somit lag der Anteil der jüdischen Bevölkerung bei 2,31 Prozent. Erst bei der Zählung im Jahr 1900 wurden mehr evangelische Personen (43) als jüdische (33) gezählt und der Anteil an der Bevölkerung stieg auf 2,12 Prozent, der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2.032 Menschen fiel auf 1,62 Prozent.

Die Entstehung der Gemeinde

Ab wann kontinuierlich Jüdinnen und Juden in Klein-Krotzenburg sich niederließen, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Erste Erwähnungen finden sich auf Dorfrechnungen der Jahre 1724–1728.[2] Vierzig Jahre später werden dann die Familien Stein und Rosenthal erwähnt, und spätestens ab diesem Zeitpunkt kann man davon ausgehen, dass es eine kontinuierliche jüdische Bevölkerung gab.[3] Knapp 150 Jahre lang nahmen die Jüdinnen und Juden aus Klein-Krotzenburg am Gottesdienst im nahen Seligenstadt teil. Den knapp einstündigen Fußweg mussten die Mitglieder der jüdischen Gemeinde auch für die Bestattung ihrer Toten auf sich nehmen, denn erst mit der Gründung einer eignen Gemeinde bekam Klein-Krotzenburg auch einen eigenen jüdischen Friedhof.

Interessant ist der Zeitpunkt dieser Gründung einer eignen Gemeinde, denn schon Ende der 1860er Jahre wurden in Seligenstadt Pläne für einen neuen Synagogenbau verfolgt, die den Klein-Krotzenburger Jüdinnen und Juden sicherlich nicht verborgen blieben. Die etwa sieben Mal so große Seligenstädter Gemeinde mit nahezu 250 Mitgliedern plante einen repräsentativen Bau, an dessen Kosten man sich aller Wahrscheinlichkeit nach als assoziierte Ortschaft hätte beteiligen müssen. Am 7. Januar 1871 reagierte das Großherzogliche Kreisamt Offenbach auf diese „Bitte der Israeliten in Klein Krotzenburg um Ausscheidung aus der israelitischen Religionsgemeinde in Seligenstadt und um Erlaubniß zur Bildung einer eigenen Religionsgemeinde“ und wies die Bürgermeisterei Klein-Krotzenburg an: „Sie wollen die dermalen vorhandenen männlichen israelitischen Einwohner zu Klein Krotzenburg, soweit sie erwachsen sind, unter Angabe ihres Alters verzeichnen und dieses Verzeichniß vorlegen.“[4]

Damit sollte sichergestellt werden, dass es genügend volljährige Juden in Klein-Krotzenburg für einen *Minjan* gab, um den Gottesdienst abhalten zu können. Aber das war nicht die einzige Voraussetzung, um eine eigene Gemeinde zu gründen. Als weitere Bedingungen wurden genannt, dass „eine ihren Zwecken entsprechende, von dem Rabbinate für annehmbar erklärte Synagoge mit wenigstens zwei Torarollen als bald einzurichten und zu unterhalten“ sei, ebenso wurde ein „Lokal zum Ertheilen des Religionsunterrichts“ inklusive einer Beherbergungsmöglichkeit für den Lehrer gefordert und dessen Bezahlung sowohl als Vorbeter wie auch als Lehrer „mit genügender Besoldung“ musste für fünf Jahre sichergestellt sein.[5] Auch sollte ein „geeignetes Frauenbad“ hergerichtet, sich an der Rabbinatsbesoldung beteiligt werden und ein Friedhof vorhanden sein. Als letzten Punkt machte der Kreisrat deutlich, dass es „beiden Gemeinden überlassen bleibe, die Ordnung ihrer Vermögensangelegenheiten auf gütlichem Wege zu bewirken.“[6]

Als dann am 20. September 1871 vom Rabbinat Offenbach der Nachweis geliefert wurde, dass alle Bedingungen erfüllt seien, bestätigte das Kreisamt der Bürgermeisterei am 10. Oktober 1871, dass „daher der Bildung des israelitischen Gemeindeverbands in Klein-Krotzenburg nichts mehr im Wege steht […]“.[7]

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-035

Friedhof

Bei der Etablierung der jüdischen Gemeinde in Klein-Krotzenburg war die politische Gemeinde unterstützend tätig, gerade auch beim Einrichten des Friedhofes. Hier gab es schon im Vorfeld Abstimmungen zwischen Vertretern der Jüdinnen und Juden vor Ort und Vertretern der Gemeinde und die Zusicherung durch den Gemeinderat, „60–80 Quadratklafter der gemeinheitlichen Oedung auf den Weidwasen an die Gesammtheit der israelitischen Einwohner zu Klein-Krotzenburg“ unentgeltlich abzutreten.[8] Dies stand allerdings unter der Voraussetzung, dass die Gründung einer eigenen jüdischen Gemeinde genehmigt und die Einfriedung des Friedhofsareals von den Jüdinnen und Juden übernommen werden wird. Das Gelände befindet sich außerhalb des Ortes, etwa zweieinhalb Kilometer südlich des Standortes der späteren Synagoge. Mit der Bewilligung im Herbst 1871 konnte das 4,19 Ar umfassende Areal des jüdischen Friedhofes an die lokale jüdische Gemeinde übergeben werden.[9] Die erste Beisetzung auf dem jüdischen Friedhof fand im Jahr 1871 statt.[10] Am 20. April 1935 wurde als letzte Person Hannchen Kahn beigesetzt.[11] Im Jahre 1931 kam es zu einer Schändung, dabei „sind sieben Grabsteine umgestürzt und zum Teil schwer beschädigt worden. Alle Zeichen weisen daraufhin, daß *mehrere* Hände am Zerstörungswerk beteiligt waren.“[12]

Der jüdische Friedhof besteht in Klein-Krotzenburg bis heute und kann nach vorheriger Anmeldung besichtigt werden.[13] Er befindet sich immer noch am Rande des Ortes, südlich der Stadtmitte, direkt an der Grasrennbahn des Motorsportclubs. Die Zufahrt erfolgt durch die Edisonstraße.

Betraum und Synagoge

Das Synagogengebäude in Klein-Krotzenburg wurde im Jahr 1913 im Hinterhof der heutigen Kettelerstraße 6 (damals Walter-Rathenau-Straße) errichtet.[14] Das Gebäude stand auf dem gleichen Grundstück (Nr. 1190), wo sich bereits der ca. 1870 im Kontext der Gemeindegründung entstandener Betsaal, Schule und Frauenbadanstalt befanden.[15] Die feierliche Einweihung der Synagoge fand am 7. und 8. Februar unter Teilnahme der Vertreter der Staatsbehörden in Klein-Krotzenburg und Offenbach statt. Der Gesang des Synagogenchors der jüdischen Gemeinde in Großkrotzenburg begleitete die Einweihungsfeierlichkeiten.[16] Die Baukosten wurden durch die jüdische Gemeinde getragen.[17]

Das Synagogengebäude wurde über den Grundriss eines verkürzten Rechtecks von 6,10 m Breite, 7,61 m Länge und 6 m Höhe errichtet. Es ist als ein verputzter Ziegelbau auf Sandsteinsockel gebaut worden. In der Nord-West-Ecke des Gebäudes, parallel zu seiner nördlichen Längsseite platziert, befand sich ein rechteckiger Anbau (1,98 m x 3,12 m), der Fraueneingang und Treppenhaus zur Empore enthielt.[18] Sowohl der Baukörper der Synagoge als auch der Anbau wurden mit gleich hohen Walmdächern bedeckt. Die Dachbedeckung bestand aus Biberschwanzziegel. Die Synagoge war nach Osten ausgerichtet, an der Ostseite befand sich eine polygonale, mit Spitzdach von drei rautenförmigen Flächen gedeckte Auslucht, die die Nische für den Toraschrein bildete.

Der Haupteingang lag mittig an der Westwand und wurde durch ein einfaches, rechteckiges Portal mit Gebälk umrahmt. Über dem Portal befand sich ein ovales Fenster, das unmittelbar unter der Dachtraufe und in den Gesims-

Abb. 1: Der jüdische Friedhof in Klein-Krotzenburg, 2024. Foto: Fani Gargova

Abb. 2: Die Nordwand des Synagogengebäudes in Klein-Krotzenburg mit dem angebauten Fraueneingang, 2024. Foto: Fani Gargova.

streifen eingebaut wurde. Drei gleiche ovale Fenster wiederholten sich an der Süd- und zwei an der Nordwand. Auf Höhe des Erdgeschosses befanden sich auf den beiden Längsseiten kleine, rechteckige, zweiflügelige Fenster, die unter den Ovalen platziert wurden. Unter der Dachtraufe des Anbaues mit Fraueneingang wurden in einer Reihe drei schmale Fenster eingebaut, die als Lichtquelle dienten.[19]

Abb. 3: Die südliche Wand der Synagoge in Klein-Krotzenburg, 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Anhand der Skizze der Synagoge, die für die Jewish Restitution Successor Organisation (JRSO) gezeichnet wurde, lässt sich erkennen, dass das Gebäude 30 Männer- und 21 Frauenplätze bot.[20] Die Männerplätze waren in zwei Reihen geteilt (jeweils 15 Sitze) und entlang den Längsseiten der Synagoge platziert, gleich nach dem Haupteingang. Die *Bima* stand nicht unmittelbar vor dem Toraschrein, doch mittig im Schreinbereich, der ein Drittel des Innenraums einnahm.[21] Auf dem skizzierten Grundriss sieht man auch eine U-förmige Frauenempore. Über dem Hauptraum befand sich ein verputztes Spiegelgewölbe.[22]

Zu der Inneneinrichtung gehörten unter anderen ein Kronleuchter, acht Seitenleuchter, eine Gedenktafel aus Marmor und Garderobenvorrichtungen für 60 Personen.[23] Das Gebäude wurde mit einem Kachelofen geheizt,[24] der östlich an der Nordwand stand. Dementsprechend wurde hier auch der Schornstein gemauert. Das sich auf dem Grundstück befindende Frauenbad war von „einschlägiger Einrichtung“ mit Frisier- und Wartebereich, außerdem elektrifiziert.[25]

Thea Altaras ordnete die Baugestaltung der Synagoge in Klein-Krotzenburg dem Jugendstil zu, und in der Tat erkennt man hier mehrere Charakteristika dieses Stiles.[26] Vor allem die gegenüber den Mauerflächen reduzierten Fensterflächen, die ovale Fensterform und die Verflechtung jener Ovale mit dem Gesims – was für den Betrachter als geschwungene, bewegliche Linie erscheint – können hier hervorgehoben werden.

Das Besondere an der Architektur der Synagoge ist ihre harmonische Wirkung, welche sich aus dem Gestaltungsprinzip einer konsequenten Zweckmäßigkeit der einzelnen Bauteile ergibt. Das heißt, dass sich sowohl in der Baukonstruktion als auch im architektonischen Detail kein einziges Element befindet, welches als reines Dekor ohne praktische Funktion für den Bau dient. Als Beispiel sei hier die Dachgestaltung herausgegriffen. Die breite Traufe der Walmdächer bot Schutz gegen Witterung, und die Aufschieblinge ermöglichten eine schnelle Ableitung von Schnee- und Regenwasser. Diese zwei Elemente hatten neben dem praktischen Nutzen auch zugleich eine dekorative Funktion, spielten sogar eine stilistische Rolle. Ein Walmdach wirkt bei kleinen Bauten durch seine Höhe und die Vierflächigkeit meistens erdrückend, und in Klein-Krotzenburg wurde zusätzlich zum Hauptgebäude der Synagoge auch das angebaute Treppenhaus mit einem Walmdach bedeckt. Aber durch die Aufschieblinge wirken die Dächer der Synagoge flacher und leichter und die breite Traufe, unterstrichen noch vom Gesims, nimmt dem Gebäude die Monumentalität. Im Vergleich mit der kleinen Synagoge in Groß-Krotzenburg kann gut die Bedeutung der Traufenbildung für die Gebäudeproportion nachvollzogen werden.

Die jüdische Gemeinde

Die kleine jüdische Gemeinde in Klein-Krotzenburg hatte zu keinem Zeitpunkt so viele Mitglieder wie Synagogenplätze. Zu den Mitgliedern aus Klein-Krotzenburg selbst kamen noch einige Jüdinnen und Juden aus dem benachbarten Hainstadt.[27] Hainstadt hatte jedoch nie eine eigene Gemeinde und war grundsätzlich nach Steinheim orientiert. In Steinheim nutzte man sowohl die Synagoge wie auch den Friedhof mit.[28] Lediglich vereinzelt ging man nach dem Synagogenbau in Klein-Krotzenburg auch dort in den Gottesdienst. Zwar mag es bei dem dynamischen Mitgliederwachstum in der Mitte des 19. Jahrhunderts sinnvoll gewesen sein, hier in die Zukunft zu planen, aber die Prognosen haben sich nicht erfüllt. Immerhin kann festgestellt werden, dass die absoluten Zahlen weitestgehend stabil geblieben sind und die jüdische Gemeinde in Klein-Krotzenburg bis 1933 konstant über 30 Mitglieder hatte. Somit war die Gemeinde trotz ihres schlechten Anschlusses an die Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Offenbach nicht so sehr von Landflucht betroffen wie andere struk-

turschwache Ortschaften des Landkreises. Klein-Krotzenburg profitierte dabei sicherlich auch von der Lage direkt am Main mit Fährverbindung nach Groß-Krotzenburg und somit einem Anschluss nach Hanau, was die Möglichkeiten, Arbeit zu finden, deutlich erhöhte.[29]

Die meisten jüdischen Einwohner:innen gingen einem Kleingewerbe nach und unterschieden sich somit nicht von der sozioökonomischen Struktur anderer kleiner Gemeinden in ländlichen Regionen. Da es kein Gemeindeschlachthaus gab, konnten die Metzger:innen die Konzession für ein Schlachthaus einholen. Max Rosenthal beantragte 1909, ein Schlachthaus auf seinem Grundstück bauen zu dürfen, und versicherte dabei, die damit verbundenen Hygienevorschriften zu erfüllen.[30] Als die Brüder Josef und Aron Rosenthal im Jahr 1891 die Zigarrenfabrik J. M. Kopp übernahmen, deren Namen sie beibehielten, bauten sie die Fabrik zu einem der größten Arbeitgeber in Klein-Krotzenburg aus. An der Ecke Querstraße (heute Kettlerstraße) und Grundstraße entstand ein dreigeschossiges Fertigungsgebäude, das 1925 sogar noch erweitert werden musste. Zeitweise waren bis zu 500 Arbeiter:innen hier beschäftigt. Zwar wohnten die Brüder nicht in Klein-Krotzenburg, waren aber dort geboren. Josef wohnte in Seligenstadt, wo er schon 1919 verstarb.[31] Das machte Aron, der mit seiner Familie in Frankfurt wohnte, zum alleinigen Inhaber der Fabrik.[32]

Abb. 4: Das Gebäude der ehemaligen Zigarrenfabrik J. M. Kopp, 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Die Weltwirtschaftskrise führte zu einem starken Auftragseinbruch und zur Zahlungsunfähigkeit, dabei wurde 1932 ein geregeltes Vergleichsverfahren beim Amtsgericht Seligenstadt eingeleitet, um die Fabrik finanziell zu sanieren. Das Verfahren wurde genehmigt, ein Finanzplan für die kommenden zwei Jahre aufgestellt und ein Gläubigerausschuss zur Kontrolle gebildet. Die Gläubiger gaben sich mit 60 Prozent der ausstehenden Zahlungen zufrieden und Arons Schwägerin, Lina Rosenthal, verzichtete gar auf die Hälfte ihrer Forderungen, zumindest bis alle anderen Gläubiger bedient worden waren.[33] Die Firma konnte sich sanieren, war allerdings durch die Wirtschaftskrise und das Insolvenzverfahren deutlich kleiner geworden, so das es zum Zeitpunkt der „Arisierung“ 1936 nur noch 250 Mitarbeitende gab.[34] Die Fabrik ging in nichtjüdischen Besitz über und die Zigarrenproduktion wurde bis 1968 fortgesetzt. Aron Rosenthal und seine Frau wurden am 1. September 1942 mit dem zweiten Transport von älteren Jüdinnen und Juden aus Frankfurt nach Theresienstadt deportiert (Da 509, nach der Ankunft in Theresienstadt bekam der Transport die Bezeichnung XIII/2), wo sie wenig später starben.[35] Ihr Sohn Walter, der Ende 1930 in die Firma seines Vaters eingetreten war, konnte 1936 nach Palästina fliehen und bekam zusammen mit seiner Schwester nach dem Zweiten Weltkrieg eine kleine Entschädigung für das quasi zwangsenteignete Unternehmen.[36]

Die Zeit des Nationalsozialismus

Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen im Januar 1933 wohnten noch 33 Jüdinnen und Juden in Klein-Krotzenburg. Auch wenn die NSDAP im sehr katholisch geprägten Umfeld bei den Reichstagswahlen im März 1933 nur etwas über elf Prozent der Stimmen erhielt, das Zentrum mit 39,09 Prozent klar stärkste Kraft blieb, die SPD mit 35,15 Prozent zweitstärkste und auch die KPD mit 13,52 Prozent vor der NSDAP lagen, änderte sich die Situation für die jüdischen Bewohner:innen dramatisch schnell.[37] Durch die Boykotte, die Stigmatisierung und konsequente Ausgrenzung wurde ihnen die Lebensgrundlage entzogen und viele Gewerbetreibende konnten von ihren Geschäften kaum noch die Familie ernähren. Bald schon wanderten die ersten Klein-Krotzenburger Jüdinnen und Juden in größere Städte ab, in der Hoffnung, den Repressionen und den Anfeindungen durch die Nachbar:innen zu entgehen.

Die Gesetzgebung gegen Jüdinnen und Juden auf Reichsebene war bereits drastisch, aber vor Ort wurde auch immer wieder versucht, noch weiterführende Repressionen durchzusetzen. Nicht zuletzt zum Schutz ihrer eigenen

Autorität gingen die Kreisverwaltungen gegen das eigenmächtige Vorgehen lokaler Einheiten wie SA-Gruppen, NSDAP-Ortsgruppen oder auch Einzelpersonen vor. Dabei ist klarzustellen, dass es hier lediglich um das Einhalten von Verordnungen und Befehlsgewalten ging, damit die Kontrolle über die antijüdischen Maßnahmen gewahrt blieb, und nicht um den tatsächlichen Schutz von Jüdinnen und Juden. Max Rosenthal beispielsweise wurde 1936 die Benutzung der Gemeindefähre über den Main versagt, was das Kreisamt als „unzulässige Einzelaktion“ ansah und klarstellte: „Falls Verdacht auf Unregelmäßigkeiten in dem Gewerbebetrieb des Metzgers Rosenthal besteht, kann mit Hilfe der Gendarmerie eine Kontrolle durchgeführt werden.“ Um auch sofort dem nächsten und naheliegenden Willkürakt vorzubeugen, wird gleich hinzugefügt: „Auch die Untersagung der Benutzung der Gemeindewaage durch Juden ist unzulässig, da die Gemeindeeinrichtungen sämtlichen Einwohnern, nicht nur den Gemeindebürgern zur Verfügung stehen.“[38]

Im November 1938 lebte noch elf Jüdinnen und Juden vor Ort, die während des reichsweiten Pogroms schikaniert und angegriffen und deren Geschäfte geplündert wurden. Das Synagogengebäude in Klein-Krotzenburg ist zwar erhalten geblieben, der Innenraum der Synagoge wurde allerdings durch den am 10. November 1938 von SA-Mitgliedern gelegten Brand komplett zerstört.[39] Die Bänke und Betstühle wurden dabei zertrümmert und durch die Fenster und die Tür hinausgeworfen, wo ein Scheiterhaufen errichtet wurde, auf den auch die Torarollen kamen. Der Scheiterhaufen wurde in Anwesenheit der Mitglieder der jüdischen Gemeinde angezündet. Die jüdischen Zuschauer wurden gezwungen, zu singen und zu tanzen. [40] Danach wurden sie durch den Ort getrieben und mussten die Ortsschelle voran tragen, um durch das Geläut Zuschauer:innen anzulocken.[41] Währenddessen kam es auch zu Plünderungen in jüdischen Geschäften, was eigentlich durch die Parteiführung missbilligt wurde und verboten war.[42] Um sich gegen eine mögliche Strafverfolgung abzusichern – es kam durchaus zu Festnahmen im Rahmen der Plünderungen –, ließen sich die Klein-Krotzenburger Verantwortlichen nachträglich von den jüdischen Geschäftsinhabern schriftlich bestätigen, dass „hiermit aus freien Stücken ohne jeglichen Zwang eine partie Schuhe zur Verteilung an Arme der Gemeinde“ zur Verfügung gestellt wurde.[43]

Nach den Novemberpogromen wurde die Synagoge an den Landesverband der jüdischen Gemeinden verkauft und die jüdische Gemeinde in Klein-Krotzenburg aufgelöst.[44] Später ging das Gebäude in den Besitz der örtlichen Gemeinde über und wurde als Werkstatt und Materiallager benutzt.[45] Noch im August 1985 diente es als Lager für Straßenschilder und Geräte des städtischen Straßenbauamtes.[46]

Abb. 5: Der Zustand des Synagogengebäudes um 1990. Foto: Susan Ritter.

Nachdem 1990 entschieden wurde, dass das Gebäude als Gedenkstätte wiederhergestellt werden soll, erfolgte in den Jahren 1997–1998 die Renovierung der Synagoge. Die Renovierungskosten wurden vom Landkreis Offenbach und der Gemeinde Hainburg getragen.[47] Im Rahmen der Renovierungsarbeiten wurde das abgerissene Spiegelgewölbe rekonstruiert. Dabei wurde die originale Farbgestaltung umgesetzt – auf blauen Hintergrund wurden goldene Sterne aufgemalt. Darüber hinaus konnte der Restaurati-

Abb. 6: Das in den Jahren 1997–1998 rekonstruierte Spiegelgewölbe in originalen Farbtönen, 2024. Foto: Fani Gargova.

onsbefund die Farben der Wandflächen nachweisen, und diese konnten entsprechend rekonstruiert werden.[48] Das Frauenbad ist nicht erhalten geblieben, an dessen Stelle wurde eine unterkellerte Trafostation errichtet. Die Baureste der Mikwe können derzeit nicht gesucht werden.[49] Der Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Klein-Krotzenburg kümmert sich heute um das Gebäude und dessen Nutzung.[50]

Tilmann Gempp-Friedrich / Kamila Lenartowicz

Wir möchten uns herzlich für die umfängliche Unterstützung durch den Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Klein-Krotzenburg bedanken.

Klein-Krotzenburg in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/165.

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1828	16 Personen
1871	34 Personen
1900	33 Personen
1933	30 Personen
1939	8 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Ritter, Das Geheimnis, S. 11 (1933, 1939).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Ritter, Thorwald, Das Geheimnis der Versöhnung liegt in der Erinnerung. Die Juden von Klein-Krotzenburg und Hainstadt nach 1933, Frankfurt a. M. 1994.

Ritter, Thorwald, Die Synagoge der jüdischen Gemeinde von Klein-Krotzenburg, Frankfurt a. M. 1997.

Weih, Erich, Jüdischer Friedhof Klein-Krotzenburg, Hainburg 1994.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– JRSO-Hes: Nr. 118
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– Abt. 518: Nr. 1443
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– G 28 Seligenstadt: Nr. R 15
– H 13 Darmstadt: Nr. 84
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 270
Ortsarchiv Klein-Krotzenburg (OA Klein-Krotzenburg)
– Nr. 1210; 1214; 1824; 1831

Anmerkungen

1 Klein Krotzenburg, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14123, letzter Zugriff 16. Dezember 2024.
2 Ritter, Die Synagoge, S. 6.
3 Klein-Krotzenburg, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/165, letzter Zugriff 16. Dezember 2024.
4 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1210.
5 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1210.
6 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1210.
7 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1210.
8 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1214.
9 Siehe Klein-Krotzenburg, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/klein-krotzenburg_synagoge.htm, letzter Zugriff 9. Februar 2025.
10 Klein-Krotzenburg, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/klein-krotzenburg_synagoge.htm, letzter Zugriff 9. Februar 2025; Weih, Jüdischer Friedhof.
11 Weih, Jüdischer Friedhof, S. 20–21.
12 Die Woche, in: Der Israelit, Nr. 6, 5. Februar 1931, S. 5.
13 Arbeitskreis Ehemalige Synagoge, Klein-Krotzenburg, www.lag-gedenken-in-hessen.de/?page_id=326, letzter Zugriff 10. Februar 2025.
14 Im Mai 1933 wurde die Rathenau-Straße in Kettelerstraße umbenannt und heißt bis heute so. Siehe: OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1831.
15 Ritter, Die Synagoge, S. 9–10.
16 Ritter, Die Synagoge, S. 10–11.
17 Ritter, Die Synagoge, S. 10.
18 Siehe: HHStAW 518, Nr. 1443.
19 Vgl. Altaras, Synagogen, S. 361.
20 CAHJP, JRSO-Hes-118; HHStAW 518, Nr. 1443. In der Akte des Hauptstaatsarchivs werden 40 Männer- und 35 Frauenplätzen angeführt.
21 Es bleibt allerdings unbekannt, ob die Position der Bima korrekt auf der Skizze dargestellt wurde.
22 Altaras, Synagogen, S. 361.
23 HHStAW 518, Nr. 1443.
24 HHStAW 518, Nr. 1443.
25 HHStAW 518, Nr. 1443.
26 Altaras, Synagogen, S. 361.
27 Bei unter 15 Jüdinnen und Juden in Hainstadt werden es nur eine Handvoll gewesen sein. Vgl. Ritter, Die Juden von Klein-Krotzenburg und Hainstadt, S. 5. Und den Zeitzeuginnenbericht in JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 270.
28 Ritter, Das Geheimnis, S. 37–43.
29 Klein Krotzenburg, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14123, letzter Zugriff 16. Dezember 2024.
30 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1824.
31 Ritter, Das Geheimnis, S. 33–36.
32 Siehe die Akte zum 1932 eingeleiteten gerichtlichen Vergleichsverfahren: HStAD, G 28 Seligenstadt, R 15.
33 HStAD, G 28 Seligenstadt, R 15.
34 Ritter, Das Geheimnis, S. 33, 34.

35 Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen, S. 317–320.
36 Ritter, Das Geheimnis, S. 35.
37 Kurt/Schlander, Der Kreis Offenbach, S. 106.
38 OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1210.
39 Ritter, Die Synagoge, S. 17; HHStAW 518, Nr. 1443.
40 Ritter, Die Synagoge, S. 17–19. Die jüdische Gemeinde in Klein-Krotzenburg besaß zu dieser Zeit fünf Torarollen. Siehe: HHStAW 518, Nr. 1443.
41 Siehe die Aussagen in: HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 84.
42 Ob die Plünderungen vom damaligen Bürgermeister oder dem Ortsgruppenleiter angeordnet worden waren, lässt sich nicht mehr abschließend klären. HStAD, H13 Darmstadt, Nr. 84.
43 So beispielsweise die Erklärung von Max Rosenthal vom 24. November 1938, in: OA Klein-Krotzenburg, Nr. 1210.
44 Klein-Krotzenburg, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/klein-krotzenburg_synagoge.htm, letzter Zugriff 9. Februar 2025.
45 Ritter, Die Synagoge, S. 21.
46 Altaras, Synagogen, S. 362.
47 Altaras, Synagogen, S. 362.
48 Ritter, Die Synagoge, S. 26.
49 Frdl. Mitteilung vom Arbeitskreis Ehemalige Synagoge Klein-Krotzenburg.
50 Siehe Arbeitskreis Ehemalige Synagoge, Klein-Krotzenburg, www.lag-gedenken-in-hessen.de/?page_id=326, letzter Zugriff 9. Februar 2025.

Langen

Das Benediktinerkloster Lorsch, südlich von Darmstadt gelegen, bekam im Jahr 834 die „*villa* Langen“, damals noch Langungon genannt, von König Ludwig geschenkt.[1] Die kleine Siedlung, die etwa auf halber Strecke zwischen Frankfurt und Darmstadt liegt, hatte schon zu dieser Zeit eine eigene „*eclesia*“; die Kirche war Bestandteil der Schenkung, aber nicht nur diese, sondern auch sämtliches erschlossene und unerschlossene Land.[2] Bevor die ersten Jüdinnen und Juden in Langen nachweisbar sind, war Langen mehreren Herrschaftswechseln unterworfen und kam schließlich über die Hagen-Münzenberger zum Haus Isenburg-Büdingen.[3] Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, Langen blieb dem durch Graf Heinrich von Isenburg-Ronneburg eingeführten lutherischen Bekenntnis verbunden, siedelten auch die ersten Jüdinnen und Juden in dem wieder aufgebauten Ort. In einer Bürgermeistereirechnung von 1678 findet sich eine mit hebräischen Buchstaben unterzeichnete Quittung. Einige Jahre später häufen sich die Belege und es kann davon ausgegangen werden, dass es Anfang des 18. Jahrhunderts drei jüdische Familien in Langen gab, die von Moses, die von Wolf und die von Süßmann.[4] Die Einwohner:innenzahlen für das 18. Jahrhundert sind kaum rekonstruierbar, da sich keine Konfessionsstatistik finden lässt.[5] Für das 19. Jahrhundert lässt sich nachweisen, dass die jüdische Gemeinde kontinuierlich wuchs. Im Jahr 1828 lebten bereits 31 Jüdinnen und Juden in Langen und bildeten damit einen Bevölkerungsanteil von 1,23 Prozent. 1861 hatte sich die Gemeinde mit 60 Einwohner:innen nahezu verdoppelt und einen Anteil von zwei Prozent an der Gesamtbevölkerung.[6] Damit waren Jüdinnen und Juden auch die größte Minoritätengruppe, erst bei der Volkszählung von 1900 lässt sich ein höherer Anteil von Katholikinnen und Katholiken feststellen.[7]

Betsaal, Friedhof und Synagoge

Die wachsende Gemeinde hatte anfänglich einen Betraum in einem Privathaus für den Gottesdienst angemietet.[8] Allerdings sollen die Zustände in dem Betraum recht unwürdig gewesen sein, wie einem Entwurf für einen Zeitungsartikel aus dem Jahre 1848 zu entnehmen ist. „Die Beschaffenheit und das Unanständige des Lokals [gemeint ist der Betraum, TGF] aber ist dasjenige das der Gemeinde und resp. wohlweisen Vorständen zur Last gelegt werden kann […].“ Bei der Schilderung des Innenraums heißt es: „In das Heiligtum selbst das auf der einen Seite höher als auf der anderen, also schräg ist, führen drei Stufen in die Tiefe, so daß man eher in ein Gefängnis als in eine Betstube einzutreten glaubt und muß es einem etwas zaghaften Menschen bei seinem Eintreten gewiß bange werden.“[9] Zur Beleuchtung scheint es nur „vier Öffnungen (nicht Fenster)“ gegeben zu haben, die zwar mit Glasscheiben verschlossen waren, aber sich nicht alle öffnen ließen. In diesem 28 Fuß langen und 14 Fuß breiten Raum (7 m x 3,5 m, also insgesamt 24,5 qm groß) gab es „eine Scheidewand zwischen den Männer- und Frauenplätzen“ und einige Pulte und feststehende Betbänke („Subsellien“). Der unbekannte Autor fasst zusammen, dass es bei dieser Größe des Raums, einer viel zu niedrigen Deckenhöhe und mit mehr als 40 Personen an Schabbat und den Feiertagen, „nicht zu vielgesagt [ist], wenn man den Aufenthalt in diesem Lokal als unausstehlich erklärt.“[10] Wie glaubhaft der Autor ist oder ob es sich hier auch um eine Polemik handelt, lässt sich abschließend nicht mehr klären, eine gewisse Glaubwürdigkeit erhält der Bericht jedoch durch eine beigefügte Verbürgung eines „Augenzeugen“.[11]

Es wird vermutet, dass es schon früh eine Mikwe gab, allerdings lassen sich hierfür keine konkreten Belege finden. Wahrscheinlicher ist es, dass eine offizielle Mikwe erst mit dem Ankauf eines Hauses in der Borngasse 10 im Jahr 1852 eingerichtet wurde.[12] Das Fachwerkhaus wurde mehrfach umgebaut und erweitert, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.[13]

Als einen weiteren wichtigen Bestandteil einer eigenen religiösen Infrastruktur konnte die Langener jüdische Gemeinde 1874 ein Grundstück für einen eigenen Friedhof erwerben. Am südlichen Stadtrand innerhalb des Geländes des allgemeinen Friedhofes wurde er auf 739 qm angelegt und im Februar 1876 eingeweiht. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Verstorbenen im 18 Kilometer entfernten Groß-Gerau beigesetzt. Nun war es nicht mehr nötig, den über vier Stunden langen Weg auf sich zu nehmen, sondern man konnte die Verstorbenen vor Ort ehren. Der jüdische Friedhof in Langen wurde bis 1935 genutzt und besteht bis heute.[14] Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde versucht, den Friedhof abräumen zu lassen und als Grünfläche in den städtischen Friedhof zu integrieren. Allerdings zogen sich die Verhandlungen lange hin und es kam zwar zum Verkauf des Friedhofgrundstückes an die politische Gemeinde durch die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, jedoch nie zur Abräumung der Gräber. Bei den Restitutionsverhandlungen einigte man

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-036

sich letztlich darauf, dass das Grundstück im städtischen Besitz blieb, und regelte vertraglich, dass die Stadt für die Pflege und Instandhaltung verantwortlich sei.[15] Bei einer Renovierung der Mauer und einer Neugestaltung der Eingangssituation wurden 1966 auch zwei Gedenktafeln enthüllt. Auf der einen Tafel wurde an die gefallenen Langener Juden im Ersten Weltkrieg erinnert, die andere ist von der Stadt Langen dem Gedenken an alle Jüdinnen und Juden gewidmet, die auf diesem Friedhof bestattet wurden.[16]

Die jüdische Gemeinde wuchs um die Wende zum 20. Jahrhundert weiter an, und der Betsaal in der Borngasse stieß wahrscheinlich erneut an seine Kapazitätsgrenzen. Daher entschied man sich letztlich zum Neubau einer eigenen Synagoge und kaufte im Jahr 1901 einen Bauplatz in der Dieburger Straße 25. Die Kosten für den Bau inklusive des Bauplatzes beliefen sich auf ca. 20.000 Mark.[17] Der Architekt der Synagoge war Friedrich Munz aus Langen.[18] Um das repräsentative Gebäude zu finanzieren, war die jüdische Gemeinde auch auf finanzielle Zuwendungen angewiesen. Mit Geleitworten des Bürgermeisters von Langen und des Großherzoglichen Landesrabbiners Dr. Marx startete sie einen Spendenaufruf mit dem sie „an den Wohltätigkeitssinn aller Edeldenkenden“ appellierte und darum bat, durch „eine Sammlung zum Besten unseres Synagogenbaues“ in den jeweilig eigenen Gemeinden „unser Vorhaben nach Kräften zu unterstützen“.[19] Die politische Gemeinde beteiligte sich mit 300 Mark, demselben Beitrag, den auch die andere religiöse Minderheit, die katholische Kirche, für ihre 1893 eingeweihte Kapelle erhalten hatte.[20] Auch das Haus in der Borngasse wurde verkauft, um den Erlös für den Synagogenbau nutzen zu können.[21]

Abb. 1: Die Gedenktafeln auf dem jüdischen Friedhof in Langen, 2023. Foto: Fani Gargova.

Die Synagoge in Langen wurde mit einem rechteckigen Grundriss von 13,40 x 9,24 m in Backstein errichtet und mit einem Satteldach bedeckt. Das Synagogengebäude war in seiner Längsachse in Nord-Süd-Richtung ausgerichtet. Ein rechteckiger Anbau, der den gesamten Toraschreinbereich behauste, wurde an der Südwand angebaut.[22] Die Giebelfassade mit dem Haupteingang wurde nach Norden zur Die-

Abb. 2: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Langen, Blick von Nordwesten. Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

burger Straße ausgerichtet. Diese Fassade, der Sockel und die die Längswände verstärkenden Strebepfeiler wurden im Sichtmauerwerk belassen, ebenso die Fensterumrahmungen an den Längsseiten im Erdgeschoss. Dort wo das Mauerwerk sichtbar bleiben sollte, war es mit Blendstein – Klinker – verkleidet. Ansonsten wurde das Gebäude ockerfarben verputzt.[23] Die Dachbedeckung bestand aus Schiefer.[24]

Die Giebelfassade war vertikal drei- und horizontal zweiteilig. Die horizontale Teilung verlief auf ca. einem Drittel der Gebäudehöhe – bis zu dieser Höhe war die Fassade in gesamter Breite durch einen Scheinrisalit gekennzeichnet. Der Risalit betonte den Haupteingang mit rundbogigem Stufenportal und verglastem Bogenfeld, der auf jeder Seite von zwei gekuppelten, schmalen Fenstern flankiert wurde. Zum Haupteingang führte eine fünfstufige, massive Treppe. Über dem Risalit, an den Mauerecken, erhoben sich zwei Pfeilertürmchen mit Zwiebelhelmen.

Der Haupteingang bildete die vertikale Mittelachse der Fassade. Über seinem flachen, trapezförmigen Tympanon, das als Erweiterung des Scheinrisalits ausgeführt wurde, befand sich ein hohes Rundbogenfenster, über dem wiederum ein Rundfenster platziert wurde. Die Mittelachse der Fassade wurde durch eine Zehn-Gebote-Tafel betont, die den Giebel der Synagoge bekrönte. Das hohe Rundbogenfenster über dem Eingang wurde durch identische Fenster flankiert, die mit den erwähnten gekuppelten Fenstern im unteren Bereich der Fassade die vertikale Fassadenteilung markierten.

Die Fassade wurde dekorativ gestaltet. Dunkle, glasierte Ziegelsteine umfassten die Tür- und Fensterrahmen. Die untere Kante des Risalits und die obere Kante des Sockels sowie die Fensterbänke betonte man durch hellen Verputz. Ein flaches, ausgedehntes Arkadengesims schmückte den Giebel. Die Längswände waren dafür schlicht gehalten: Vier Fensterachsen, bestehend jeweils aus einem gekuppelten Fenster im Erdgeschoss und einem Rundbogenfenster im Obergeschoss, gliederten die Ost- und Westwand. Diese Teilung wurde durch die Strebepfeiler noch ausdrucksstärker. Abgesehen davon, dass sich an der Westwand, vorne am Bau, der Fraueneingang befand, waren die Längswände identisch gegliedert. Durch den Fraueneingang erreichte man die U-förmige Frauengalerie. Der Innenraum wurde in Weiß gehalten und die Decke mit goldenen Sternen verziert.[25] Die Synagoge besaß 80 Männer- und 36 Frauensitzplätze.[26]

Am Abend des 5. September 1902, zu Schabbat-Beginn, konnte das Gebäude eingeweiht werden. Das Fest zur Einweihung war nicht nur für die jüdische Gemeinde in Langen ein großes Ereignis, sondern für die gesamte Stadt. Der feierliche Umzug der Torarollen in die neue Synagoge am Freitagabend ging mit einem Umzug einher, an dem sich nahezu alle Vereine und gesellschaftlichen sowie politischen Akteure beteiligten.[27] Der Bericht zur Einweihung in *Der Israelit* listete akribisch alle Beteiligten der Reihe

Abb. 3: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Langen, Blick von Südwesten. Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

nach auf. Die Feuerwehrkapelle und der Synagogenchor machten den Anfang, gefolgt von Honoratioren wie dem Landesrabbiner Marx, dem Bürgermeister Metzger und dem Kreisrat von Offenbach von Hombergk, danach der Architekt und der Baumeister und im Anschluss der Vorstand der jüdischen Gemeinde.[28] Das Ende des Zuges bildeten die Vereine des Ortes und hier hatte es den Anschein, als hätte sich keiner der Teilnahme enthalten. Der Bürgerverein, die Schützen, der Kirchengesangsverein und noch drei weitere Gesangsvereine, der Verschönerungsverein und die Turngemeinden des Ortes sowie der Militärverein und die Veteranenvereinigung, der Radfahrerverein und die Lehrerkollegien, Vertreter der Kirchenvorstände beider christlichen Konfessionen vor Ort, Gemeindemitglieder und weitere Gäste nahmen an diesem Ereignis teil und zeichneten so das Bild von einer hoch angesehenen und fest in die örtliche Gesellschaft integrierten jüdischen Gemeinde.

Die Renovierung der Synagoge

Im Jahr 1927 vollzog sich eine wichtige Zäsur in der Geschichte der Langener Jüdinnen und Juden. Die Gemeinde bereitete ihren Übertritt vom orthodoxen Verband des Rabbinats Darmstadt II zum liberalen Verband Darmstadt I vor.[29] Im selben Jahr feierte man das 25-jährige Bestehen des Synagogengebäudes an der Dieburger Straße.[30] Diese Ereignisse boten Anlass für die Umgestaltung des Innenraumes der Synagoge. Das betraf, außer der Verlegung der *Bima* vor den Toraschrein, vor allem die Neugestaltung der Wände durch den Trierer Künstler Max Lazarus. Die expressionistischen Wandmalereien des Künstlers schmückten die Innenseite des südlichen Anbaus, und da sie über dem Toraschrein angebracht wurden, waren sie auch von den Frauenemporen aus gut sichtbar. An den Seitenwänden des Anbaus wurde jeweils ein siebenarmiger Leuchter auf einem sanduhrförmigen Sockel angebracht. Auf die

Abb. 4: Der digital rekonstruierte Innenraum der Synagoge in Langen. Blick vom Eingang in den Innenraum. Im Bereich des Toraschreins sind die Wandmalereien von Max Lazarus sichtbar. Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

Südwand, über dem Toraschrein, wurde ein Sternenhimmel gemalt, über den sich ein Rundbogen mit der hebräischen Inschrift *Schma Israel* spannte. Darüber waren Wolken zu sehen, in die ein Rundfenster mit Davidstern einbezogen wurde. Das Ganze wurde von einem weiteren Rundbogen mit der hebräischen Inschrift *Ma Towu* (Num. 24,5) gekrönt. Die Flachdecke über dem Schreinbereich zierte ein gold-gelber Davidstern auf dunklem Hintergrund.

Im Rahmen der Umbauarbeiten wurde auch die Mikwe komplett neu eingerichtet. Damals war sie über ein unterkellertes Treppenhaus im Osten, im vorderen Bereich der Synagoge zugänglich.[31] Heute befindet sich der Raum mit der Mikwe genau unterhalb des Mahnmals und ist durch eine eigene, neu angelegte Treppe auch für die Öffentlichkeit zugänglich.[32] Der heutige Zugang entspricht daher nicht dem Originalzustand. Auf der dem heutigen Eingang gegenüberliegenden Wand finden sich auch noch Hinweise auf eine Türöffnung.[33]

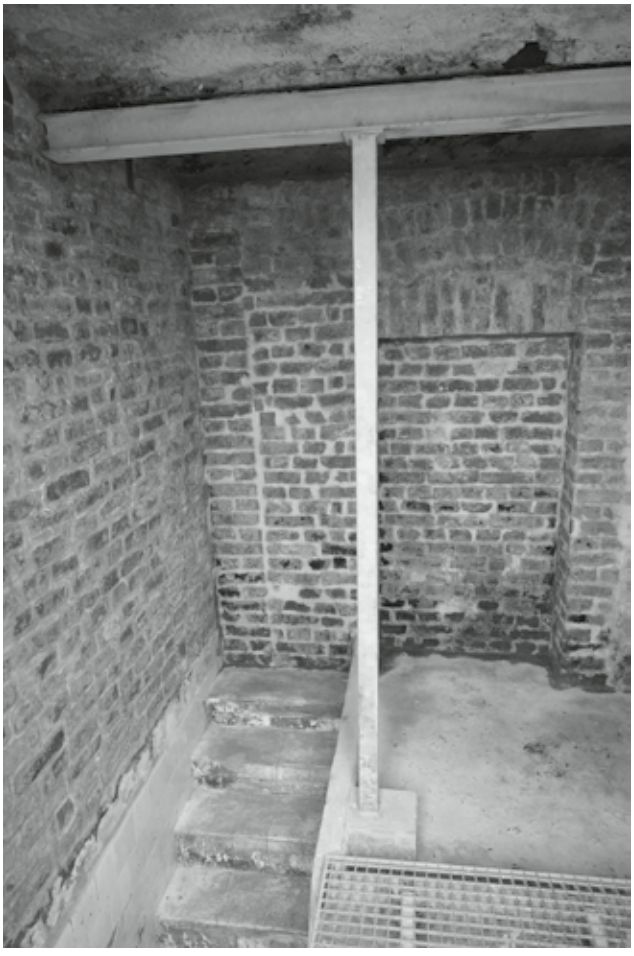


Abb. 5: Frühere Türöffnung, wahrscheinlich der ehemalige Eingang zur Mikwe vom Untergeschoß der Synagoge und der Treppenabgang zum Becken, 2023. Foto: Fani Gargova.

Abb. 6: Das Tauchbecken der Mikwe, 2023. Foto: Fani Gargova.

Abb. 7: Die Zuleitungen für das Warmwasser für die Mikwe, 2023. Foto: Fani Gargova.

Das Tauchbecken, das sich an der ehemaligen Außenwand befand, ist etwa 1,20 m tief. Über sechs Stufen, die quer zum Becken liegen, geht es in ein 70 cm breites und etwa doppelt so langes Becken, das mit dem Einstieg L-förmig angelegt ist. Insgesamt ist der Raum etwa 12 qm groß. An der Stirnseite des Beckens befinden sich noch Rohre, und auch Reste eines Schornsteins lassen sich an der Längsseite ausmachen. Somit kann vermutet werden, dass es eine Zuleitung für erwärmtes Wasser gab.[34]

In Beschreibungen der Synagoge wurde häufig betont, dass es sich um einen besonders schönen und gepflegten Bau handelt. Vielleicht wurde aus diesem Grund 1911 eine fast baugleiche Synagoge in Laufersweiler im heutigen Rheinland-Pfalz errichtet. Diese noch erhaltene Synagoge ist an der Längsseite etwa zwei Meter kürzer und dadurch etwas kleiner als der Bau in Langen. Der Toraschrein steht in einer kleinen hexagonalen Apsis an der Ostseite. Im Unterschied zu Langen wurde der Bau in Laufersweiler im Ganzen verputzt.

Die Synagoge in Langen war im Rundbogenstil gehalten, doch neben diesen überwiegend romanischen Stilmerkma-

len findet man hier auch Elemente maurischen Stils. Die polygonalen Ecktürmchen an der Fassade sind diesem zu zuordnen. Ähnliche Bauten von im romanischen Rundbogen gehaltenen Giebelfassaden mit polygonalen, orientalisierenden Ecktürmchen, die eine bescheidenere Version einer Synagoge mit Doppelturmfassade darstellen, fanden sich zu jener Zeit oft in Dörfern und Kleinstädten in den verschiedensten Gebieten des Reiches.[35] Dieser Synagogentyp scheint einer weit verbreiteten Vorstellung vom Aussehen einer ländlichen Synagoge entsprochen zu haben.[36]

Das 25-jährige Jubiläum der Synagoge nahm die jüdische Gemeinde auch zum Anlass, ihren Gefallenen im Ersten Weltkrieg zu gedenken.[37] Für Gustav Bendheim und Felix Strauß wurde eine Gedenktafel in der Synagoge enthüllt.[38]

Alltagsleben

Die Jüdinnen und Juden in Langen unterschieden sich anfangs sozioökonomisch nicht von den anderen Landgemeinden in der Umgebung. Im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert fand der Großteil ein Auskommen als kleine Handels- und Gewerbetreibende, die meist noch hausierend die Höfe und Einsiedeleien der weiteren Umgebung mit Waren unterschiedlichster Art versorgten. Aber Langen entwickelte sich im 19. Jahrhundert immer mehr zu einem Handelszentrum, das durch seine gute Lage zwischen den Zentren Frankfurt und Darmstadt und aufgrund seiner Nähe zu Mainz, Worms und Hanau ständig wuchs. 1812 bekam es Marktrecht und mit der Einweihung der Stadtkirche 1883 auch die Stadtrechte verliehen[39]. Einen Einbruch gab es, als 1846 die Main-Neckar-Bahn gebaut wurde und Langen zwar eine Station bekam, diese jedoch fast zwei Kilometer außerhalb der alten Kernstadt lag. Dadurch brach der Durchgangsverkehr weg, und auch Warentransporte mussten dank der neuen Bahnstrecke nicht mehr umgeladen werden. Durch die veränderte Situation wandelte sich Langen von einer landwirtschaftlich geprägten Kleinstadt zu einer Pendler:innen- und Arbeiter:innenstadt, die neuen Bebauungen orientierten sich Richtung Westen auf die Bahnverbindung zu, die nun die auswärts Arbeitenden nach Frankfurt oder Darmstadt brachte.[40] Aber die gute Verkehrslage und Infrastruktur sorgte auch dafür, dass sich in der Gründerzeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 Industrie und Produktionsbetriebe in Langen ansiedelten und viele neue Bürger:innen in die prosperierende Stadt zogen. Die Einwohner:innenzahlen stiegen kontinuierlich, sodass sie sich von 2.368 im Jahre 1834 auf 5.007 im Jahre 1895 mehr als verdoppelten. Diese Entwicklung ging im 20. Jahrhundert weiter, und 1939 wurden über 9.000 Einwohner:innen gezählt.

Die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde nahm im 19. Jahrhundert im gleichen Maße zu und blieb bis 1933 relativ stabil. Auch die Langener Jüdinnen und Juden partizipierten am wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt, und durch das sich immer urbaner entwickelnde Milieu änderte sich auch ihre Berufsstruktur. Um die Jahrhundertwende gab es in Langen nicht nur jüdische Kleinhändler, Geschäftsinhaber und meist im Lebensmittelgewerbe handwerklich Tätige, sondern auch jüdische Rechtsanwälte, Mediziner und Immobilienmakler.[41] Geschäfte und Kaufhäuser vor Ort waren deutlich größer und nicht mehr nur inhaber:innengeführt, sodass es für die jüngere Generation von Jüdinnen und Juden Möglichkeiten gab, eine Lehre vor Ort zu machen und danach auch eine angemessene Arbeit zu finden.[42] Die Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten vor Ort und das kleinstädtische Milieu mögen Gründe dafür gewesen sein, dass die für die Region sonst typische Landflucht in Langen deutlich geringer ausfiel als in den Ortschaften und Dörfern der Umgebung.

Die relativ stabile Größe der Gemeinde spiegelte sich auch in den Schüler:innenzahlen wider. Trotz des Synagogenneubaus war es ein Problem, einen geeigneten Raum zu finden, da es auch in der Synagoge keinen geeigneten Platz für so viele Kinder gab.[43] Dies führte über die Jahre zu mehreren Anfragen beim Stadtrat, einen Raum in den öffentlichen Schulen mitbenutzen zu dürfen. Meist wurde sich auf den Sonntag geeinigt, der für christliche Schüler:innen frei war, sodass der Schulbetrieb nicht gestört wurde. Die jüdische Gemeinde suchte aber nicht nur in der Raumfrage um Unterstützung nach. Die Kinderzahl stieg im Schuljahr 1914 von 13 auf 20 Kinder, sodass beim Stadtrat um einen Zuschuss für den Religionslehrer gebeten wurde. Bei ähnlichen Schüler:innenzahlen, so die Argumentation des Vorstandes, soll die politische Gemeinde des nahen Egelsbach die dortige jüdische Gemeinde mit 200 Mark unterstützt haben. Der Stadtrat in Langen beschied diese Anfrage positiv, gab 100 Mark im laufenden Haushalt 1914 frei und sah 200 Mark für 1915 vor.[44]

Weimarer Republik

Folgt man Zeitzeug:innenberichten, so soll das Zusammenleben vor Ort nicht nur auf der administrativen Ebene vergleichsweise gut gewesen sein, sondern auch auf der persönlichen.[45] Es gab zwar Beleidigungen und offene Dis-

kriminierung, gewalttätige Übergriffe mit antisemitischem Hintergrund gab es aber wohl nicht bzw. sind diese nicht aktenkundig geworden. So erinnert sich die jüdische Langenerin Luise Voehl:

> Auf jeden Fall, bis 1933 lebten wir mit unseren christlichen Nachbarn in bestem Einvernehmen. Wir [Frau Voehl und ihr Bruder Robert Blum, TGF] besuchten die Langener Realschule und hatten unsere Freunde, christliche und jüdische […]. Einen gewissen Antisemitismus gab es natürlich immer, aber er war nicht so, daß wir darunter gelitten hätten, man sah darüber hinweg. Es war niemals so, daß ich in der Schule irgendwelche Schwierigkeiten damit gehabt hätte.[46]

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Langen Teil des Mainzer Brückenkopfes und von der französischen Armee besetzt. Bis 1930 stand das Gebiet unter französischer Kontrolle, und der Grenzübertritt ins unbesetzte deutsche Territorium war nur mit einem einmalig gültigen Passierschein möglich.[47] Auch Berufspendler:innen benötigten eine Erlaubnis, diese war jedoch länger gültig. Gerade in der Anfangszeit war die Besetzung für Pendler:innen besonders belastend, da die Bahnverbindungen in die Metropolen Frankfurt und Darmstadt bis Mai 1919 unterbrochen waren. Auch danach kam es immer wieder zu Einschränkungen, sei es, dass die Bahnhöfe der französischen Zone ohne Halt durchfahren wurden oder es beispielsweise während der Ruhrbesetzung 1923 zu erneuten Unterbrechungen kam. Besonders für die knapp 25 Prozent der Langener Arbeitnehmer:innen, die nach Frankfurt pendelten, bedeutete dies eine Herausforderung.[48] Auch die engen Verbindungen zu den Nachbarorten, die nicht nur privater Natur waren, sondern auch aus engen wirtschaftlichen Verflechtungen bestanden, waren stark eingeschränkt. Gerade in den Zeiten einer kompletten Grenzschließung wirkte sich das auch direkt auf die Versorgung der Bürger:innen aus, da ein Großteil der Lebensmittel aus dem unbesetzten Teil Hessens bezogen wurde.

Die Grenzlage war allerdings auch dafür prädestiniert, umgekehrt Waren aus dem französisch kontrollierten Gebieten in das unbesetzte Deutschland zu schmuggeln. Gerade Luxusartikel, Zigaretten und Alkohol, aber auch Haushaltswaren und Lebensmittel, die es auf der anderen Seite der Grenze nicht gab, wurden gehandelt. Auf diese Weise konnten sich einige Langener Bürger:innen ein wenig hinzuverdienen.[49] Die Einquartierung von Truppen in Langen selbst wurde schon Ende 1919 massiv zurückgenommen, und in die inneren Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung mischte sich die Militärverwaltung ebenfalls nicht übermäßig ein. Auch von größeren Problemen während der Besatzungszeit wurde nicht berichtet.[50] Die französische Besatzung endete am 30. Juni 1930. Langen wurde an das Deutsche Reich zurückgegeben und wieder in die deutschen Verkehrs- und Wirtschaftsstrukturen eingegliedert.

Im Gemeinderat blieb die SPD stärkste Kraft, gefolgt von der KPD, die seit 1925 vor der DDP lag. Bei den beiden Reichstagswahlen im Jahr 1932 kam die NSDAP in Langen mit einem Stimmenanteil von über 30 Prozent jeweils knapp hinter der SPD auf den zweiten Platz. Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933, nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen im Januar, konnte die NSDAP mit 38,1 Prozent die SPD (31,6 Prozent) erstmals deutlich hinter sich lassen und wurde stärkste Partei.[51] Allerdings kam die SPD zusammen mit der KPD (20,2 Prozent) auf 51,8 Prozent der Stimmen, und die NSDAP lag 5,8 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis im Deutschen Reich von 43,9 Prozent.

Nationalsozialismus

Am 6. März 1933 begannen die gewalttätige Tyrannisierung, Ausgrenzung und Vertreibung der Jüdinnen und Juden in Langen. Als SPD-Angehörige und Juden wurden die Brüder Karl und Georg Simon als Erste überfallen. Das zusammen mit ihrer Mutter geführte Schuhgeschäft wurde angegriffen, sie selbst schwer zusammengeschlagen und bis abends inhaftiert. Nur wenige Tage später versammelte sich ein Mob von 40 bis 50 Menschen vor ihrem Haus und griff die Familie erneut an. Wieder wurden die Brüder verhaftet und schwer misshandelt. Diesmal mussten sie versprechen, Langen schnellstmöglich zu verlassen. Die Mutter Karoline und der Bruder Georg gingen zunächst nach Frankfurt. Im Dezember 1937 gelang es Georg zusammen mit seiner Frau in die USA, nach New York, auszuwandern.[52] Karl zog gleich nach seiner Entlassung nach Frankfurt, von wo aus er im November 1933 nach Paris flüchten konnte. Im März 1939 schiffte er sich in Le Havre ein und emigrierte ebenfalls nach New York.[53] Die S.S. Manhattan hatte vorher in Hamburg angelegt, wo sich Karoline Simon unter ihrem Rufnamen Lina einschiffen konnte.[54]

Auch die anderen Mitglieder der jüdischen Gemeinde Langen wurden drangsaliert und ihre Geschäfte boykottiert. Viele flohen nach Frankfurt und gaben schon vor den Novemberpogromen ihre alte Heimat auf. Diejenigen, die in Langen blieben, wurden weiter terrorisiert. So wurde im Jahr 1935 die Synagoge mit Totenköpfen bemalt und das Schloss der Eingangstür verkeilt, so dass die Gottesdienstteilnehmer:innen für einige Zeit eingeschlossen wurden.

Die Langener Geschäftsleute weigerten sich, das Schloss zu reparieren.[55]

Als im November 1938 die Pogrome begannen, wurde auch die Synagoge in Langen nicht verschont. Ein Trupp von mehr als zehn Mann schlug die Inneneinrichtung in Stücke und stapelte die Trümmer im Sakralraum auf. Nachdem auch die Haltevorrichtung der Zehn-Gebote-Tafel gelöst war, wurde sie vom Dach geworfen und zersplitterte. Dann wurde die Synagoge angezündet. Der Kirchendiener, der auch die Synagoge bis 1934 mitbetreute, sagte im Gerichtsverfahren gegen die Brandstifter im Jahr 1946 aus, die Feuerwehr habe sich nur insoweit betätigt, dass sie das Ausbreiten des Brandes auf das Nachbarhaus verhinderte.[56]

Das Gebäude und die Einrichtung wurden komplett zerstört. Die Gemeinde verkaufte das Synagogengrundstück an die Stadtgemeinde Langen am 5. Juni 1939.[57] Am 12. Juni 1939 bestätigte der Bürgermeister in Langen, dass Juden in der Stadt nicht mehr wohnhaft waren.[58]

Abb. 8: Der aus Steinen der zerstörten Synagoge errichtete Turm in der Gedenkstätte ehemalige Synagoge in Langen, 2023. Foto: Fani Gargova.

Am Standort der Langener Synagoge wurde 1946 von der Stadtgemeinde Langen eine Mahn- und Gedenkstätte errichtet. Der noch bestehende Sockel des Gebäudes samt erhalten gebliebener Mikwe und die Spitze eines Seitenturmes bilden die Teile der Gedenkstätte. Links vom Treppenaufgang wurde ein quadratischer Turm als Erinnerungsmal aus Steinen der zerstörten Synagoge errichtet.[59] Bei den Restitutionsverhandlungen wurde mit der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) ein Vergleich geschlossen, der vorsah, dass die Gemeinde Langen die Gedenkstätte pflegt und weiterbetreibt. Dafür wurde auf den Ausgleich des ermittelten Schadens verzichtet.[60]

Ein wichtiger Beitrag zur Erinnerung an das Synagogengebäude in Langen wurde im Jahr 2009 geleistet, als eine 3D-Rekonstruktion der Synagoge von der Firma Architectura Virtualis unter Leitung von Marc Grellert angefertigt wurde.[61] Die Rekonstruktion kann in der Ausstellung „Synagogen in Deutschland – Eine virtuelle Rekonstruktion“ im Hochbunker am Ort der zerstörten Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft Frankfurt am Main betrachtet werden.[62]

Tilmann Gempp-Friedrich / Kamila Lenartowicz

Langen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/127

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1700	3 Haushalte
1719	4 Haushalte
1828	31 Personen
1840	50 Personen
1861	60 Personen
1871	69 Personen
1900	91 Personen
1910	102 Personen
1925	92 Personen
1933	67 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Klein/Walter/Werner, Vergessene Nachbarn, S. 9 (1719, 1840, 1861); Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 264 (1700); Grein, Geschichte jüdischen Gemeinde, S. 31 (1910, 1925, 1933)[63]

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Betzendörfer, Eduard, Geschichte der Stadt Langen, Köln 1961.

Fogel, Heidi, Eine Stadt zwischen Demokratie und Diktatur – Dokumentation zur Geschichte Langens von 1918–1945, Langen 1983.

Gött, Heribert/Gabriele Klein/Reinhold Werner, Jüdischer Friedhof Langen, Norderstedt 2020.

Grein, Gerd J., Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Langen und ihrer Synagoge. Eine Ausstellung des Magistrates der Stadt Langen – Kulturabteilung – aus Anlass des 40. Jahrestages der Zerstörung der Synagoge in der „Reichskristallnacht“ 1938, Langen 1978.

Klein, Gabriele/Herbert Walter/Gerda Werner, Vergessene Nachbarn. Juden in Langen von ca. 1704 bis 1938, Norderstedt 2019.

Neusel, Manfred, Langen im Großherzogtum Hessen-Darmstadt. Die Zeit von 1806 bis 1918 in zahlreichen Fotos und Augenzeugenberichten, Groß-Gerau 2018.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Da3: Nr. 26
– JRSO-Hes: Nr. 119

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– G12 B: Nr. 23-24
– H 13 Darmstadt: Nr. 967 1–10

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– Abt. 518, Nr. 1444

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Paul Arnsberg: Nr. 238

Stadtarchiv Langen (StadtA Langen)
– XIII_1_1_2; XIII_1_1_6; XIII_3_1_10a; XIII_3_1_12; XIII_4_1_16

Anmerkungen

1 Langen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14126, letzter Zugriff 2. Dezember 2024; Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 32.

2 Langen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14126, letzter Zugriff 2. Dezember 2024; bei Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 32–38, wird die Schenkung näher erläutert.

3 Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen; Langen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14126, letzter Zugriff 2. Dezember 2024.

4 Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 264.

5 Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen; siehe auch: Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 23.

6 Klein/Walter/Werner, Vergessene Nachbarn, S. 9.

7 Vgl. die Zahlen bei Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15.

8 Es wird vermutet, dass es sich um einen Raum im Haus der Familie Strauß in der Obergasse 22 gehandelt haben soll. Siehe Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 34, Anm. 31. Vgl. auch: Neusel, Langen im Großherzogtum, S. 72. Auch auf der Akte StadtA Langen, XIII_3_1_10a ist Abraham Strauß I im Kontext des Betraumes angegeben.

9 StadtA Langen, XIII_3_1_10a.

10 StadtA Langen, XIII_3_1_10a.

11 StadtA Langen, XIII_3_1_10a.

12 Nach heutiger Zählung der Häuser in der Borngasse wäre es die Hausnummer 12, siehe: Neusel, Langen im Großherzogtum, S. 71.

13 Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 34; Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

14 Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

15 Gött/Klein/Werner, Jüdischer Friedhof Langen, S. 14–16.

16 Die Anregung dazu kam von Heinrich Markus, einem ehemaligen Langener Juden, der nach England emigrieren konnte. Siehe: Gött/Klein/Werner, Jüdischer Friedhof Langen, S. 16.

17 Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

18 Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

19 Spendenaufruf der israelitischen Gemeinde Langen, abgedruckt in: Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 35.

20 Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 36; Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 261, beschreibt die Einweihungsfeier. „[…] wurde am Sonntag, dem 10. September 1893, in Anwesenheit der Katholiken aus nah und fern, des Langener Stadtvorstands, des evangelischen Kirchenvorstands und des Vorstehers der israelitischen Gemeinde eingeweiht. […] Hauptgegenstand der Predigt war, ‚daß alle Konfessionen der hiesigen Stadt stets ins Liebe, Freude und Eintracht nebeneinander leben möchten.‘“

21 Langen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/127, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

22 Die Ausrichtung der Synagoge gegen Süden ergab sich aus der Form des Grundstückes. Eine Synagogenausrichtung gegen Süden bildet keinen Verstoß gegen das jüdische Gesetz. Siehe Keßler, Ritus und Raum, S. 74–75.

23 Langen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/127, letzter Zugriff 28. April 2025.

24 HHStAW, 518, Nr. 1444.

25 Siehe Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

26 HHStAW, 518, Nr. 1444.

27 Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 265, schreibt, dass der Festzug am Rathaus startete.

28 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Langen, in: Der Israelit, Nr. 74, 15. September 1902, S. 1562.

29 CAHJP, D-Da3-26. Dabei wurde als Begründung nicht nur angeführt, dass sich die religiöse Anschauung eher mit dem liberalen Rabbinat deckt, sondern auch, dass der jährliche Beitrag zum Rabbinat I geringer als der des Verbands II sei. Diese Begründung empört das Rabbinat II: „Selten wohl sind unverblümter die wahren Gründe eines solchen Antrages ausgesprochen worden als im vorliegenden Fall. […] Die Begründung, die die religiösen Anschauungen der Gemeindemitglieder

zum Gegenstand hat, ist nur eine vorgeschobene, um den zweiten Grund nicht allein anführen zu müssen.“

30 Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025; Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 42. Dr. Bruno Italiener, der Rabbiner des liberalen Rabbinats Darmstadt I hielt die Festpredigt. Der eigentliche Übertritt fand aber erst 1928 statt, siehe CAHJP, D-Da3-26.

31 HHStAW, 518, Nr. 1444.

32 Nach vorheriger Anmeldung oder im Rahmen von angebotenen Führungen.

33 Altaras, Synagogen, S. 363.

34 Altaras, Synagogen, S. 363.

35 Vgl. Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 335.

36 Siehe Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 336.

37 Siehe Einladungsschreiben an die „Wohllöbliche Behörde der Gemeinde Langen“, vom 17. Oktober 1927, StadtA Langen XIII_3_1_12.

38 Langen, in: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Kurhessen und Waldeck, Kassel, 28. November 1927.

39 Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 184, 211–212.

40 Langen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14126, letzter Zugriff 2. Dezember 2024.

41 Fogel, Eine Stadt, S. 181. Auch in einer Wähler:innenliste zur Vorstandswahl der jüdischen Gemeinde finden sich die Berufsbezeichnungen der jüdischen Einwohner:innen, siehe StadtA Langen, XIII_1_1_2. Ebenso findet sich eine Liste der jüdischen Haushalte um 1933 mit Berufsbezeichnung bei Klein/Walter/Werner, Vergessene Nachbarn, S. 13.

42 Auch das findet sich in den Wähler:innenlisten zur Vorstandswahl, StadtA Langen, XIII_1_1_2.

43 StadtA Langen, XIII_4_1_16.

44 StadtA Langen, XIII_4_1_16.

45 Fogel, Langen 1914–1945, S. 182–188.

46 Erinnerungsbefragung der Louise Voehl, auszugsweise abgedruckt in: Fogel, Eine Stadt, S. 182.

47 Betzendörfer, Geschichte der Stadt Langen, S. 222–223.

48 Fogel, Eine Stadt, S. 14.

49 Fogel, Eine Stadt, S. 18.

50 Fogel, Eine Stadt, S. 18–26. Ein Uniformverbot und auch ein Betätigungsverbot für jegliche Vereine mit einem militärischen Hintergrund, wie Schützenvereine, Soldatenkameradschaften oder auch Trommlerkorps, wurde allerdings von der französischen Militärverwaltung streng umgesetzt.

51 Fogel, Eine Stadt, S. 54–55, 84.

52 In Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 56–61 findet sich ein „Verzeichnis der jüdischen Einwohner von Langen nach dem Stand von 1933 und ihr Schicksal“, hier wird 1938 als Datum der Auswanderung angegeben. Auf der Passagierliste der S.S. President Harding ist allerdings vermerkt, dass das Schiff von Hamburg kommend am 22. Dezember 1937 ankam. Auch weicht der letzte Wohnort ab und wird hier mit Limburg angegeben. Siehe The Statue of Liberty – Ellis Island Foundation: heritage.statueofliberty.org/show-manifest-big-image/czoxOToiMDA0ODc1OTk0XzAwMTQxLmpwZyI7/2, letzter Zugriff 12. März 2025.

53 Klein/Walter/Werner, Juden in Langen, S. 17; Passagierliste der S.S. Manhattan, heritage.statueofliberty.org/show-manifest-big-image/czoxOToiMDA0ODc2NDc2XzAwMDg2LmpwZyI7/2, letzter Zugriff 12. März 2025.

54 Passagierliste der S.S. Manhattan.

55 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 238.

56 HHStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 967 1–10.

57 HHStAW, 518, Nr. 1444.

58 Am 12. Juni 1939 wird dem Landrat in Offenbach gemeldet, „Da Juden in Langen nicht mehr wohnhaft sind, […]“, StadtA Langen, XIII_1_1_6; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 238. Allerdings meldet der Bürgermeister am 25. Januar 1940 an die Gestapo, dass am 31. Dezember 1939 „zwei Juden ansässig waren.“ Siehe: HStAD, G12 B, Nr. 23-24.

59 Langen, in: Alemannia Judaica www.alemannia-judaica.de/langen_synagoge.htm, letzter Zugriff 2. Februar 2025.

60 CAHJP, JRSO-Hes-119; HHStAW, 518, Nr. 1444.

61 Siehe Architectura Virtualis, www.architectura-virtualis.de/rekonstruktion/synagogelangen.php?lang=de&img=0, letzter Zugriff 16. August 2025. Vgl. auch die Abb. 3 und 4 in diesem Beitrag.

62 Initiative 9. November e.V. initiative-neunter-november.de/, letzter Zugriff 10. Februar 2025.

63 Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, hat auch frühere Zahlen, allerdings weichen diese von den offiziellen Zahlen zumindest im Jahr 1871 bzw. 1870 deutlich ab. Knöpfel, Stand und Bewegung, zählt 1871 69 Personen, Grein, Geschichte der jüdischen Gemeinde, 1870 103 Personen.

Mühlheim

Mit Dietesheim

Die Mühlenstadt zwischen Offenbach und Steinheim hat erst seit dem 19. Jahrhundert eine nennenswerte jüdische Bevölkerung. Folgt man der kurzen Chronik des letzten Gemeindevorstehers, Leopold Isaak, gab es um 1800 mit der Familie Rollmann die ersten Jüdinnen und Juden.[1] Tatsächlich sind „einige“ jüdische Familien für das Jahr 1790 in Berichten der katholischen Pfarrei an das Bistum Mainz belegt.[2] Die Volkszählung 1815 nennt zwei jüdische Familien, wahrscheinlich waren dies die Familien Rollmann und Hertz. 1830 werden 18 Jüdinnen und Juden angegeben, bei einer Gesamtbevölkerung von 1.233 Einwohner:innen in Mühlheim sind das 1,4 Prozent der Bevölkerung.[3] Damit war auch die höchste Prozentzahl an der Bevölkerung erreicht. Zwar nahm die Zahl der Jüdinnen und Juden in Mühlheim absolut zu, bis auf 78 im Jahre 1933.[4] Allerdings verzeichnete der Ort insgesamt ein starkes Bevölkerungswachstum. Das führte dazu, dass die Einwohner:innenzahl 1925 bereits über 6.500 lag, sodass die jüdische Bevölkerung nun mehr um die Ein-Prozent-Marke schwankte.[5] Im Zuge der Industrialisierung und durch die geografische Nähe zu wichtigen wirtschaftlichen Zentren wie Offenbach und Frankfurt wuchs nicht nur die Bevölkerung. Mühlheim entwickelte sich von einer stark agrarisch geprägten und in prekären Verhältnissen lebenden Ortsgemeinschaft zu einer gewissen Prosperität.

Entstehung der jüdischen Gemeinde

Dass die Familien Rollmann und Hertz vermutlich aus Steinheim zuwanderten, mag erklären, warum die Mühlheimer Jüdinnen und Juden ihre Toten bis zur Gründung eines eigenen Friedhofes weiterhin in Steinheim bestatteten und nicht den Friedhof im näher gelegenen Bürgel nutzten.[6] Diese ersten jüdischen Bewohner:innen Mühlheims wechselten bei ihrem Umzug die Synagoge und gingen nun in den Gottesdienst nach Bürgel, hier wurden sie auch in der Synagogenordnung aus dem Jahre 1821 erwähnt.[7] Durch die Zugehörigkeit zu Bürgel wurde die Entfernung zur Synagoge quasi halbiert, machte aber immer noch einen etwa 45-minütigen Fußweg notwendig. Je größer die Gemeinde wurde, umso mehr eigene Einrichtungen des jüdischen Gemeindelebens konnten in Mühlheim selbst verwirklicht werden, sodass die Zeitschrift *Der Israelit* in ihrer Ausgabe vom 28. Dezember 1887 vermelden konnte:

> Mühlheim, 19. Dez. Die hiesigen Einwohner, die von jeher eine Filialgemeinde zu Bürgel bildeten, haben, da dieselben eben zahlreich genug sind, sich von Bürgel getrennt und eine eigene Gemeinde gebildet. Von der Regierung haben sie die Genehmigung hierzu erhalten, und wurden in Folge dessen die Herren: M. Rollmann, Fried und R. Stiefel als Vorsteher gewählt und als solche vom Großh. Kreisamt Offenbach verpflichtet.[8]

Im Haus des Gerson Strauß in der heutigen Pfarrgasse 17 war ein Betraum vorhanden, der wahrscheinlich schon vorher bestand und nun offiziell von der Gemeinde genutzt wurde.[9] In diesem in der historischen Altstadt von Mühlheim prominent an der Ecke zur Schmiedegasse gelegenen Gebäude wurden zwei Räume im ersten Stock für den Gottesdienst hergerichtet. Die Strauß’sche Hofreite samt Grabgarten besaß eine Fläche von 515 qm, von denen das dreistöckige Haus an der Straße, welches im Kern noch im Original erhalten ist, in etwa ein Fünftel und somit eine Fläche von ca. 100 qm einnahm.[10] Folglich dürften die Räumlichkeiten dieser ersten in einem Privathaus untergebrachten „Synagoge“ genügend Platz für die gesamte Gemeinde geboten haben. Weitere Einzelheiten über deren Aussehen sowie die Ausstattung sind nicht bekannt.

Abb. 1: Ansicht der ehemaligen Strauß’schen Hofreite in der Pfarrgasse 17 von Westen, 2024. Foto: Fani Gargova.

Friedhof und Synagoge

Für die Mühlheimer Jüdinnen und Juden war 1893 ein besonders wichtiges Jahr, denn am 24. Juni konnte die Gemeinde ein 487 qm großes Grundstück von Johann

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-037

Kaspar Jung und dessen Ehefrau Josepha kaufen.[11] Außerhalb der damaligen Ortsbebauung mit der Verortung Flur II Nr. 45 konnte nun ein eigener, teilweise eingezäunter Friedhof eingerichtet werden, und die Mühlheimer Jüdinnen und Juden mussten nicht länger in Steinheim beerdigt werden.[12] In den 1930er Jahren gab es die ersten Pläne für eine Erweiterung, die am 6. Januar 1933 genehmigt wurde, jedoch kam es aufgrund der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen nicht mehr zur Umsetzung.[13] Am 11. Juli 1939 wurde Therese Isaak als letzte Person auf dem Friedhof beigesetzt.[14] Glaubt man den Schilderungen ihres Enkels, Arnold Isaak, der durch Flucht in die USA überlebte, kam es während der Zeit des Nationalsozialismus zu einer Schändung des Friedhofs. Als Soldat der United States Strategic Air Forces Technical Intelligence Division besuchte er unmittelbar nach Kriegsende auf der Suche nach Informationen zu seinem Vater Leopold Isaak, dem letzten Gemeindevorsitzenden, auch seine Geburtsstadt Mühlheim und

> hatte vorgehabt, anzuhalten und einen kleinen Stein zum Zeichen des Gedenkens auf die Grabsteine meiner Großmutter und meines Großvaters zu legen. Als wir vor dem Tor bremsten, konnte ich sehen, daß die Nazis auch hier ganze Arbeit geleistet hatten. Das Eingangstor lag auf der Erde. Alle Grabsteine waren umgeworfen. Viele waren zerbrochen. Unkraut war über die Gräber gewachsen. Es war schlimm. Die Tränen kamen mir, und ich wurde wütend.[15]

Mit Waffengewalt erzwang er vom Bürgermeister das Versprechen, sich schnellstmöglich um die Instandsetzung des jüdischen Friedhofs zu kümmern.[16] Einige Tage später kam Arnold Isaak wieder durch Mühlheim und konnte feststellen, „daß der alte Mann wirklich sein Wort gehalten hatte. Die Grabsteine waren wieder aufgerichtet, und die Gräber waren eingefaßt mit weißen Kieselsteinen.“[17] Der Jüdische Friedhof findet sich heute von einer Mauer jüngeren Datums umgeben gut erhalten an der Leuschnerstraße 11.[18] Etwa zwei Dutzend Grabsteine wurden dort renoviert und neu aufgestellt.[19]

Abb. 2: Ansicht des Jüdischen Friedhofs von Süden, 2024. Foto: Fani Gargova.

Das wahrscheinlich bedeutsamste Ereignis für die kleine Gemeinde war der Bau einer eigenen Synagoge. Lange wurde Geld gesammelt, und vermutlich Ende 1913 oder Anfang 1914 konnte ein Grundstück samt Haus und Scheune von den Erben des Kaspar Kreis in der Friedrichstraße 4 (ehemals Spinatgasse) gekauft werden.[20] Weitere Gelder für die Errichtung der Synagoge konnten durch die Teilung des Grundstücks und Wiederverkauf des Hauses generiert werden. Am Ort der Scheune erfolgte 1914 die Grundsteinlegung für den Neubau der Synagoge unter der Planung des Architekten Wendelin Spahn.[21]

Das Gebäude mit einem leicht rautenförmigen Grundriss stand frei an der südwestlichen Ecke des ebenfalls rautenförmigen in etwa um ein Drittel größeren Grundstücks.[22] Die ungleich langen Seitenwände waren nördlich und südlich ca. 9,10 Meter und westlich und östlich ca. 8,20 Meter lang. Die Westwand der Synagoge verlief bündig mit der Friedrichstraße. Die Ostwand soll ursprünglich eine mittig in etwa ein Drittel der Wandfläche einnehmende rechteckige Ausbuchtung von ca. einem halben Meter besessen haben. Das Gebäude war allem Anschein nach eingeschossig, obwohl dessen Höhe von fünf Metern, welche ihm einen kompakten würfelförmigen Charakter gab, genug Raum für eine Empore gelassen hätte.[23] Aus Fotografien aus den 1960er Jahren, auf denen lediglich die West- und Südseite der Synagoge zu erkennen sind, kann geschlossen werden, dass es sich um einen massiven aus Ziegelmauerwerk errichteten Bau handelte. Die Südwand besaß zum Zeitpunkt der Fotografien keine Öffnungen oder strukturierenden Elemente. Es ist allerdings denkbar, dass sie ursprünglich eine ähnliche Gestaltung wie die Westwand aufwies. Diese bestand aus einem verputzten, ca. einen halben Meter hohen Sockel, über den die Wand vertikal mit Hilfe von Lisenen in drei Felder unterteilt wurde. Jedes Feld besaß auf ca. zwei Meter Höhe ein langgezogenes Rundbogenfenster. Das Gebäude wurde von einem auf allen Seiten weit überstehenden, steilen Zeltdach mit einem ebenfalls durch ein leicht geschweiftes Zeltdach abgeschlossenen Dachreiter bekrönt. Es ist denkbar, dass dieser Dachreiter ursprünglich auf allen vier Seiten durchfenstert war und somit zur Beleuchtung des Inneren der Synagoge beitrug.

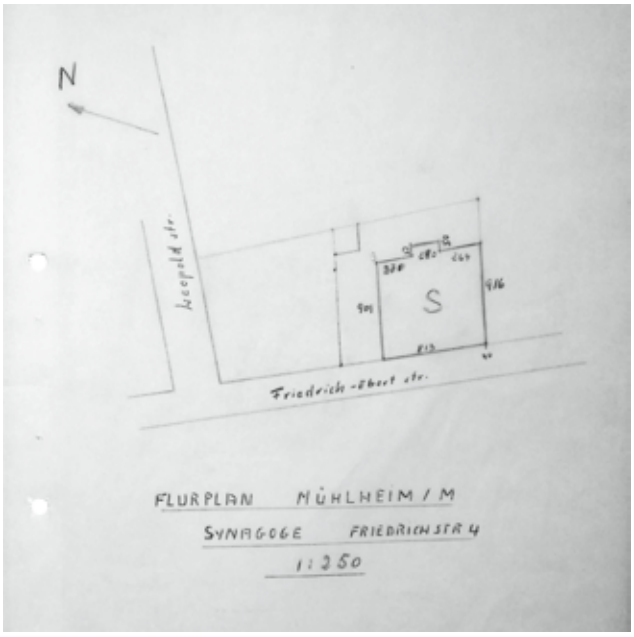


Abb. 3: Flurskizze aus den Entschädigungsakten der JRSO, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

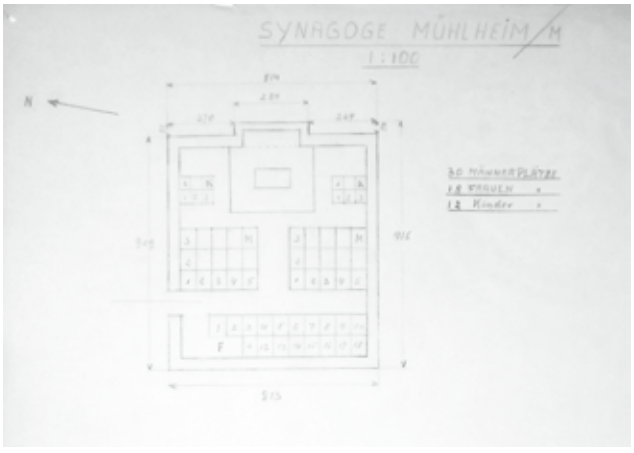


Abb. 4: Grundriss- und Bestuhlungsskizze nach Zeitzeugenerinnerungen aus den Entschädigungsakten der JRSO, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

Thea Altaras nimmt an, dass an dem auf dem Dachreiter aufsitzenden Ständer ursprünglich ein Davidstern angebracht war, der das Bauwerk eindeutig als eine Synagoge identifizierte.[24] Sie attestierte dem Gebäude auch einen fernöstlichen Charakter. Diese Assoziation kann höchstens durch die sonst im Ort nicht vorkommende Form des Daches aufkommen; die Formensprache des Baukörpers fügt sich ansonsten nahtlos in die unmittelbare Umgebung ein, wenn auch die Rundbogenfenster klar auf einen großen, offenen Versammlungsraum im Inneren verweisen. Basierend auf Zeitzeugenberichten kann rekonstruiert werden, dass es einen einzigen Zugang zum Gebäude gab, der im westlichen Drittel der Nordwand lag.[25] Da die Synagoge weder einen Keller noch Treppen und Obergeschoss oder Zwischenwände besaß, betrat man dadurch direkt den Betsaal. Rechts des Eingangs und somit entlang der gesamten Westwand soll sich eine zweireihige Frauenabteilung befunden haben. Ob diese eine visuelle Abgrenzung zum Männerbereich der Synagoge besaß, ist nicht bekannt. Im mittleren Drittel des Raumes befanden sich die Männerplätze, geteilt durch einen Mittelgang. Der Toraschrank war in der rechteckigen Wandnische der Ostwand untergebracht. Mittig direkt davor, etwas breiter als die Wandnische, befand sich eine große *Bima*. Seitlich der *Bima* soll es noch Sitzplätze für Kinder gegeben haben.[26] Die Innenausstattung soll einfach gewesen sein, aber zumindest aus drei Torarollen samt Mänteln, zwei roten, mit Gold bestickten Samtvorhängen und einem Kronleuchter aus Messing bestanden haben.[27] Die Decke war als blauer Himmel mit Sternen ausgemalt.[28] Aufgrund der Dachform kann auch angenommen werden, dass die Saaldecke als Flachkuppel oder Klostergewölbe geformt war.

Abb. 5: Außenansicht des Gebäudes der ehemaligen Synagoge von Süden, 1960er Jahre. Stadtarchiv Mühlheim.

Die Einweihung der Synagoge am 8. August 1914 fand, vor dem Hintergrund des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, leise statt. Ursprünglich war sie als große Feier geplant, bei der der für Mühlheim neu gegründete gemischte Chor von 25 Jungen und Mädchen die Untermalung geboten hätte.[29] Einen eigenen Rabbiner hatte die Gemeinde nicht, aber sie wurde durch die Offenbacher Rabbiner bedient und war somit ebenfalls liberal ausgerichtet, wie schon an dem gemischten Kinderchor und der Platzierung der *Bima* an der Ostwand abgelesen werden kann.[30] Besonders

Offenbachs Rabbiner Dienemann war auch innerhalb der Mühlheimer jüdischen Gemeinde eine präsente Figur, die zu den wichtigen Feiertagen und Jubiläen den Gottesdienst abhielt. Erneuerungen oder Renovierungsarbeiten an der Synagoge sind keine bekannt. Sie dürfte jedenfalls regelmäßig und gut besucht worden sein, da ein Joseph Windecker aus Offenbach nach einem besonders kalten Winter die Notwendigkeit sah, im März 1922 einen Ofen für die Synagoge zu stiften.[31]

Auch wenn die Synagoge und der Friedhof in Groß-Steinheim nun nicht mehr mitgenutzt wurden, blieb die Verbindung weiterhin bestehen. Spätestens im Juni 1924 lässt sich ein jüdischer Religionslehrer aus Groß-Steinheim nachweisen, der die Gemeinden Mühlheim, Klein Auheim, Hainstadt, Langendiebach, Weiskirchen, Dietesheim, Salmünster und Wächtersbach sowie einige kleine Judenniederlassungen in der Umgebung versorgte.[32] Auch im heutigen Mühlheimer Teilort Dietesheim lebten einige jüdische Familien, allerdings gingen diese weiterhin in die Synagoge von Steinheim und bildeten zu keiner Zeit eine eigene Gemeinde. Selbst nach der Gründung der Gemeinde in Mühlheim kam es hier nicht zu einem Anschluss, sondern die Beziehungen nach Steinheim wurden aufrechterhalten.[33] 1933 lebten noch 21 Jüdinnen und Juden in Dietesheim. Im Jahre 1939 erfolgte die Eingemeindung nach Mühlheim, ein Jahr später sollen noch etwa sieben Jüdinnen und Juden in Dietesheim wohnhaft gewesen sein.[34]

Entwicklung um die Jahrhundertwende

Mühlheim entwickelte sich erst spät von einem landwirtschaftlich zu einem industriell geprägten Ort mit einer nun auch wachsenden Arbeiter:innenbevölkerung. Die relativ zentrale Lage im sich schnell industrialisierenden Rhein-Main-Gebiet machte Mühlheim um das Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Arbeiter:innen- und Pendler:innenstadt, aber auch die direkt in Mühlheim niedergelassenen neuen Unternehmen und Fabriken spiegeln deutlich die Nähe zur Industriestadt Offenbach mit dem Schwerpunkt auf Lederverarbeitung und Maschinenbau wider. In den 1880er Jahren scheint es eine Hutfabrik gegeben zu haben, die von den Offenbacher Brüdern Adam und Engelbert Seelmann in der Seipelsmühle betrieben wurde, aber genauere Belege dafür lassen sich nicht finden.[35]

Die Seipelsmühle war Ausgangspunkt für eine äußerst erfolgreiche Gewerbeansiedlung.[36] Die in Offenbach ansässige Lederfabrik J. Mayer & Sohn erwarb die Mühle wohl schon 1904, um hier zu expandieren, und 1905 erhielt sie die Betriebserlaubnis für eine Lederzurichterei und Lackiererei.[37] Die in jüdischem Besitz befindliche Firma war höchst erfolgreich und weltweit tätig, und auch der Standort in Mühlheim wurde bis 1933 sukzessive ausgebaut. Die Spezialisierung auf Chevreauleder brachte es mit sich, dass in Mühlheim nur Ziegenoberleder produziert wurde, hier wohl hauptsächlich goldenes und silbernes Glanzoberleder.[38] In welcher Form und mit welchen Zwischenschritten diese Firma nach 1933 arisiert wurde, lässt sich nicht genau nachweisen, letztlich ging sie an die Salamander AG Kornwestheim über. Die Salamander AG, ebenfalls eine ehemals jüdisch geführte Firma, deren nichtjüdischer Vorstand zu diesem Zeitpunkt schon alle jüdischen Aktionäre und Direktoren der unterschiedlichen Standorte aus dem Unternehmen gedrängt hatte, expandierte durch solche Arisierungen erheblich.[39]

Der Erste Weltkrieg überschattete nicht nur die Einweihungsfeier der Synagoge, sondern forderte auch seinen Tribut innerhalb der jüdischen Gemeinde. Insgesamt nahmen 16 Mühlheimer Juden am Krieg teil. Sally Stiefel fiel auf dem Kampffeld und Hermann Rollmann starb an den Folgen des Krieges.[40] Im Februar 1933 spendete der Vater von Hermann Rollmann, Adolf Rollmann, eine Gedenktafel für die Gefallenen, „die dem Ernste angemessen in einfach schmuckem Grün prangte.“[41]

Nach 1933

Durch die massive Zuwanderung aus ländlichen Gegenden in die Metropolregion Rhein-Main änderte sich oftmals das Verhältnis der Konfessionen, so auch in Mühlheim. Das einstmals fast ausschließlich katholische Örtchen erlebte nun einen deutlichen Anstieg der evangelischen Bevölkerung, was sich auch in der Gründung einer eigenen Gemeinde noch vor dem Ersten Weltkrieg niederschlug.[42] Die Struktur als SPD-nahes Arbeitermilieu blieb aber erhalten, und so konnte die NSDAP selbst in der Märzwahl 1933 nur ein Drittel der Wählerstimmen für sich gewinnen.[43] Bis 1933 war sie auch nicht im Gemeinderat vertreten. Allerdings war die NSDAP trotzdem schon früh in Mühlheim aktiv, 1930 gründete sich hier eine Ortsgruppe. Eine örtliche SA-Gruppe bildete sich ein Jahr später, und auch eine erste öffentliche Großkundgebung wurde 1931 abzuhalten versucht. Diese Versammlung im Saalbau Weber vor angeblich 300 Anhänger:innen konnte aber wohl von Antifaschist:innen durch das Singen der „Internationalen“ gesprengt werden.[44]

Die ersten Monate nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen und besonders nach der Aprilwahl 1933 zeitigten bereits deutliche Exklusionsmaßnahmen gegen

die jüdische Bevölkerung. Die meisten Vereine wurden gleichgeschaltet und die jüdischen Mitglieder ausgeschlossen. Das betraf die einfachen Mitglieder wie Albert Strauß, der aus dem Gesangsverein Eintracht geworfen wurde, oder den Vorsteher der jüdischen Gemeinde Leopold Isaak, der Mitglied im Gesangs- und Sonntagsverein war. Aber auch die jüdischen Mitbegründer einzelner Vereine konnten nicht länger am Vereinsleben teilhaben. Julius Siwek, der den Schützenverein in Mühlheim mit ins Leben gerufen hatte, wurde ausgeschlossen. Genauso erhielt Aron Stiefel, Mitgründer des Fußballvereins Kickers-Victoria, auf dem Fußballplatz Platzverbot.[45]

Die Synagoge wurde während der Novemberpogrome am Morgen des 10. November 1938 in Brand gesetzt, angeblich angestiftet von einem Angestellten der Gemeinde Mühlheim. Drei bis vier Männer, unterstützt von Jugendlichen aus dem Kreiserziehungsheim Mühlheim, schlugen dabei Türen und Fenster ein, zerschlugen die Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen und rissen den Innenputz und die hölzerne Inneneinrichtung heraus. Es wurden Löcher in das Dach gerissen, damit sich das Feuer besser ausbreiten konnte. Dieses zerstörte den Innenraum schließlich komplett. Der 14-jährige Liebmann Isaak, Sohn des Rabbiners Leopold Isaak, versuchte noch während des Brandes von einem dahinter liegenden Grundstück zur Synagoge zu gelangen, um die Torarollen zu retten, wurde aber von einem SA-Mann daran gehindert und geschlagen. All dies wurde von vielen bei der Synagoge versammelten Menschen beobachtet. Erst als am Abend der Brand gelöscht war, durfte Leopold Isaak die Torarollen aus dem Gebäude holen, musste diese aber im Rathaus abgeben. Nur eine Torarolle bekam die Gemeinde zurück, um weiterhin Gottesdienste abhalten zu können. Der Zustand und der Verbleib der anderen Rollen sind unbekannt.[46]

Im ehemaligen Wachthäuschen an der katholischen Kirche, das früher die Unterkunft des Nachtwächters war, später als Nachtasyl für Obdachlose, aber auch schon als Gefängnis diente, wurden während des Novemberpogroms einige jüdische Männer aus Dietesheim und Mühlheim zusammengetrieben und über Nacht festgehalten.[47] Am nächsten Tag wurden Julius Siwek, Hermann Stern, Paul Fritz, Bernhard und Moritz Appel sowie der Gemeindevorsteher Leopold Isaak von der SS abgeholt und in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Die meisten wurden erst im Frühjahr 1939 aus der Lagerhaft entlassen.[48] Die Synagoge blieb stark beschädigt stehen. Dennoch sollen bis zum Januar 1939 dort noch Gottesdienste abgehalten worden sein. Schließlich wurde das Gebäude am 19. Januar 1939 an die Nachbarn aus der Friedrichstraße 7, Johann und Elisabeth Haus, für 1.500 RM zwangsverkauft.[49] Diese erneuerten das angebrannte Gebälk im Inneren und verwendeten das Gebäude als Lagerraum.[50]

Über dreißig Mühlheimer:innen gelang es, zu fliehen und in unterschiedlichen Ländern Schutz zu suchen.[51] Bis 1939 zogen etwa zwanzig jüdische Bürger:innen Mühlheims in größere Städte, meist Offenbach oder Frankfurt, um dem zunehmenden antisemitischen Druck ihrer Nachbar:innen zu entgehen. In den Städten gab es meist eine vielfältigere und bessere jüdische Infrastruktur sowie eine größere Gemeinde, auf der anderen Seite versprach ein Umzug auch eine höhere Anonymität, die vor Übergriffen bewahren sollte. Allerdings war das kein Schutz vor den Deportationen in die Konzentrationslager, die in Hessen ab dem Herbst 1941 systematisch vorgenommen wurden.[52]

Die Deportation der letzten Jüdinnen und Juden, die noch in Mühlheim und dem nun eingemeindeten Dietesheim wohnten, fand am 17. September 1942 statt. 17 Personen wurden unter Gestapo-Aufsicht nach Offenbach und später nach Darmstadt transportiert. Auch wenn in der Forschungsliteratur oftmals die ehemalige Privatklinik von Max Rosenthal in Darmstadt als Sammelpunkt für die Mühlheimer Jüd:innen angegeben wird, scheint es doch plausibler, dass auch sie in der Übergangszeit bis zum Abtransport in der Liebig-Oberrealschule in Darmstadt, dem zentralen Sammellager für ganz Südhessen, interniert waren.[53] Die allermeisten Mühlheimer Jüdinnen und Juden wurden aller Wahrscheinlichkeit nach von hier aus am 30. September 1942 mit dem Transport Da 84 nach Treblinka deportiert.[54] Nur der 78-jährige Moritz Appel wurde mit dem sogenannten Alterstransport Da 520 nach Theresienstadt deportiert, wo er bis zu seinem Tod am 19. Dezember 1942 leben musste.[55] Von den nach Treblinka deportierten Jüdinnen und Juden aus Mühlheim überlebte niemand.

Ein besonderer Fall war Gretel Schröder, die als geborene Stiefel in einer sogenannten Mischehe lebte und in Mannheim und Weinheim überlebte. Im Jahr 1940 übertrug ihre Schwester Mathilde Stiefel ihr Haus in der Offenbacher Straße 12 in Mühlheim auf ihren nichtjüdischen Schwager, Heinrich Schröder, bevor sie selbst deportiert und in Treblinka ermordet wurde. [56] Spätestens seit 1948 und bis zu ihrem Tod wohnte Gretel zusammen mit ihrem Mann wieder in dem Haus in Mühlheim, nachdem das Haus erfolgreich restituiert wurde.[57] Als wahrscheinlich einzige Jüdin lebte sie in der Nachkriegszeit in Mühlheim und hat auch Paul Arnsberg Auskunft über die ehemalige jüdische Gemeinde geben können. [58]

Am Wachthäuschen, dem Ort der ersten Internierungen der jüdischen Bevölkerung Mühlheims, wurde im Januar 1980 die erste Gedenktafel für die zerstörte Synagoge angebracht, allerdings ohne die jüdische Gemeinde explizit zu erwähnen: „Im Gedenken an unsere ver-

folgten Mitbürger während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Mühlheim/Main und in Erinnerung an die Synagoge in der Friedrichstraße.“[59] Die ehemalige Synagoge selbst diente noch im Dezember 1960 als Lagerraum für das Futtermittel- und Samengeschäft Zöller, nachdem Elisabeth Haus, dann mit neuem Ehenamen Zöller, nochmals 1.600 DM Entschädigung gezahlt hatte.[60] Die einzigen Fotoaufnahmen des Gebäudes stammen aus dieser Zeit. 1974 wurde die ehemalige Synagoge schließlich abgerissen.[61] An ihrer Stelle wurden vier in der Straßenflucht nach hinten versetzte Garagen gebaut, die heute noch bestehen. 1988 wurde eine Gedenktafel an eine Seitenwand dieser Garagen angebracht.[62] Im Juni 2008 gründete sich eine Stolpersteininitiative unter dem Dach der Naturfreunde Mühlheim. An zwei Terminen, 2009 und 2011, konnten im Ort insgesamt 9 Stolpersteine verlegt werden.[63]

Fani Gargova / Tilmann Gempp-Friedrich

Abb. 6: Ansicht des Standortes der ehemaligen Synagoge in der Friedrichstraße 4 von Nordwesten, 2024. Foto: Fani Gargova.

Mühlheim in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/157

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Mühlheim

1828	18 Personen
1830	18 Personen
1857	21 Personen
1871	23 Personen
1900	64 Personen
1905	64 Personen
1910	62 Personen
1925	60 Personen
1933	78 Personen
16. Juni 1933	71 Personen
1934	64 Personen
1938	56 Personen
17. Mai 1939	40 Personen
31. Dezember 1939	28 Personen
30. Juni 1940	25 Personen
31. Dezember 1940	19 Personen
5. Februar 1942	16 Personen

Zahlen nach: Werner, Mühlheim am Main, S. 125 (1933), 216–217 (1830, 1905, 1910, 1934, 1939, 1940, 1942); Krug, Manuskripte, Fragmente, Dokumente, S. 75 (1857); Mühlheim am Main, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14128, letzter Zugriff 23. April 2025 (1828, 1871, 1900, 1925, 1938, 1939).

Dietesheim

1828/30	17 Personen
1871	15 Personen
1900/05	21 Personen
1913	19 Personen
1925	25 Personen
16. Juni 1933	21 Personen
31. Dezember 1940	7 Personen
5. Februar 1942	7 Personen

Zahlen nach: Werner, Mühlheim am Main, S. 216–217.

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Cobabus, Norbert, Deutsche Juden in der modernen Industriegeschichte am Beispiel der Firmen C. F. Donner, Bloch & Hirsch, Cellulose- u. Papierfabrik Okriftel sowie Telefonbau & Normalzeit. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Anfang der 1950er Jahre, Rödermark-Urberach 2007.

Friedländer, Vera, Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander, Berlin 2016.

Geschichtsabteilung des Verkehrs- und Verschönerungsvereins e. V. in Mühlheim am Main (Hrsg.), Wacht und Wächter. Vom Sicherheitswesen vor mehr als 100 Jahren in Mühlheim am Main, Mühlheim am Main 1981.

Krug, Richard, Manuskripte, Fragmente, Dokumente zur Geschichte der Stadt Mühlheim am Main., Mühlheim am Main 1987.

Krug, Richard, Mühlheim um die Jahrhundertwende. Gründerzeit, Mühlheim am Main 1993.

Lammert, Caspar, Die israelitische Gemeinde Bürgel am Main, Offenbach am Main 1924.
Mirkes, Adolf/Karl Schild/Hans C. Schneider, Mühlheim unter den Nazis 1933–1945, Frankfurt am Main 1983.
Neumeister-Jung, Jörg, Der jüdische Friedhof in Mühlheim am Main. Die Schicksale der Mühlheimer Juden, Mühlheim am Main 2002.
Schneider, Hans C., Die Gemeinde braucht mich. Leopold Isaak und die Seinen, der letzte Vorsteher der jüdischen Gemeinde Mühlheims, Hanau 2000.
Werner, Klaus, Mühlheim am Main 1933–1945, Mühlheim am Main 1994.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– JRSO-Hes: Nr. 120; 200
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 518: Nr. 1461
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– G 36 Offenbach: Nr. 207; 208; 209; 245; 253; 256; 257; 258
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 271
Stadtarchiv Mühlheim (StadtA Mühlheim)
– 061-05-1-1
– 061-05-1-2
– 061-05-2-1
– 061-05-2-5
– 360-20_1-Mühleim NS
Stadt-, Dom- und Diözensanarchiv Mainz (DDAMZ)
– Alte Kästen; K62/la-5 f

Anmerkungen

1 Leopold Isaak, Chronik, StadtA Mühlheim, 061-05-2-5.
2 DDAMZ, Alte Kästen: K62/Ia-5 f. Im selben Dokument werden auch „einige Familien“ für Dietesheim angeführt.
3 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2/2, S. 96; Mühlheim/Main, in: Alicke, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/m-o/1350-muehlheim-main-hessen, letzter Zugriff 30. November 2023; Werner, Mühlheim am Main, S. 216.
4 Werner, Mühlheim am Main, S. 216.
5 Mühlheim am Main, in: Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14128, letzter Zugriff 30. November 2023.
6 Es wäre auch ein weiterlaufender Vertrag als Grund möglich oder der Wunsch, in der Nähe zu den Vätern bestattet zu werden.
7 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 17, 38. Auch DDAMZ, Alte Kästen: K62/Ia-5 f, erwähnt für 1790, dass die Mühlheimer jüdischen Familien in die Bürgeler Synagoge gingen.
8 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Mühlheim, in: Der Israelit, Nr. 100/101, 28. Dezember 1887, S. 1789.
9 StadtA Mühlheim, 061-05-2-5. Zur genauen Adresse siehe StadtA Mühlheim, 061-05-1-1. Leider gilt das Gemeindearchiv bis heute als verschollen bzw. zerstört, sodass unklar ist, wann genau die Nutzung begann und ob und in welcher Höhe Mietzahlungen geleistet wurden. Bei Alicke, Mühlheim/Main (Hessen), sowie bei Mühlheim am Main, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/muehlheim_main_synagoge.htm, letzter Zugriff 8. April 2024, findet sich die falsche Information, dass Gerson Strauß in der Sackgasse gewohnt habe. Die Angaben in StadtA Mühlheim, 061-05-1-1, identifizieren allerdings eindeutig die Pfarrgasse 17 als die Strauß'sche Hofreite. Siehe auch Strauß, Gerson, in: Jüdische Grabstätten, lagis.hessen.de/resolve/de/juf/19320, letzter Zugriff 30. April 2024.
10 Vgl. StadtA Mühlheim, 061-05-1-2. Auch der Wert des Grundstücks, wie es im Dokument verzeichnet ist, von fast 13.000 Reichsmark im Jahre 1933 korreliert mit der Verortung im Ort einerseits und Größe und Wert der Bebauung des Grundstücks. Das Haus wurde im Januar 2024 fast vollständig entkernt und grundlegend renoviert. Der zuständige Bauleiter bestätigte in einem Gespräch, dass es sich um ein Fachwerkhaus, womöglich sogar aus dem 18. Jahrhundert handeln könnte.
11 Neumeister-Jung, Der jüdische Friedhof in Mühlheim, S. 10. Siehe auch StadtA Mühlheim, 061-05-2-5.
12 StadtA Mühlheim, 061-05-1-2.
13 StadtA Mühlheim, 061-05-2-1.
14 Neumeister-Jung, Der jüdische Friedhof in Mühlheim, S. 10, 66. Siehe auch JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 271.
15 Schneider, Die Gemeinde braucht mich, S. 79.
16 Schneider, Die Gemeinde braucht mich, S. 79.
17 Neumeister-Jung, Der jüdische Friedhof in Mühlheim, S. 80. Allerdings stellt Neumeister-Jung auch fest, dass eine Schändung während des Nationalsozialismus nur schwer nachweisbar sei und die Steine, bis auf wenige Reparaturen, in einem sehr guten Zustand seien. Siehe Neumeister-Jung, Der jüdische Friedhof in Mühlheim, S. 68. Jedoch wäre auch eine weitere Schändung im Jahr 1964 möglich, wobei dies allerdings nie ganz geklärt werden konnte. Siehe ebenfalls Neumeister-Jung, Der jüdische Friedhof in Mühlheim, S. 80–81. Allgemein wird die Friedhofssituation sehr unterschiedlich geschildert, auch bei Arnsberg wird von vielen zerstörten Grabsteinen gesprochen. Siehe: Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2/2, S. 96.
18 Tatsächlich dürfte die Ostmauer noch im Originalzustand erhalten sein. Im Januar 2024 wurde direkt angrenzend eine Baugrube für einen Neubau ausgehoben. Dadurch wurde die Beschaffenheit der Friedhofsmauer sichtbar. Ebenfalls erkennbar war offenbar die Gefahr, dass die Mauer zusammenbricht, denn deren Nordostecke wurde im Fundament zusätzlich mit Beton verstärkt.
19 An der südlichen Friedhofsmauer finden sich zwei Gedenktafeln, eine undatierte mit Angaben zum Friedhof und zu den Vorstehern der Gemeinde und eine Tafel vom Oktober 2007 im Andenken an Leopold Isaak und seine Frau Melita Strauss, gestiftet von deren Kindern.
20 Die Adresse entsprach dem Flur I Nr. 1543 3/10. StadtA Mühlheim, 061-05-1-2; CAHJP, JRSO-Hes-120.
21 StadtA Mühlheim, 061-05-2-5.
22 Die Beschreibung des Bauwerks basiert auf CAHJP, JRSO-Hes-120, und HHStAW, 518, Nr. 1461, vor allem auf den darin enthaltenen Lage- und Grundrissskizzen sowie den zwei bekannten Fotografien des Gebäudes aus den 1960er Jahren in Altaras, Synagogen, S. 364, sowie Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 3, S. 152.
23 CAHJP, JRSO-Hes-120.
24 Altaras, Synagogen, S. 363.
25 CAHJP, JRSO-Hes-120.
26 Insgesamt soll die Synagoge Sitzplätze für 30 Männer, 18 Frauen und 12 Kinder geboten haben, siehe CAHJP, JRSO-Hes-120.

27 HHStAW, 518, Nr. 1461
28 Werner, Mühlheim am Main, S. 207.
29 StadtA Mühlheim, 061-05-2-5. Die Leitung des Chores hatte Lehrer Oppenheimer aus Groß-Steinheim inne, was wiederum die weiterhin starke Verbundenheit Mühlheims zur Gemeinde Groß-Steinheim verdeutlicht.
30 Der Umstand, dass es keine Hinweise auf die Existenz einer Mikwe in Mühlheim gibt, kann auch als Zeichen der liberalen Ausrichtung der Gemeinde gesehen werden.
31 Vermischtes, Mühlheim a. M., in, Der Israelit, Nr. 12, 30. März 1922, S. 8. Da die Synagoge keinen Keller oder Nebenräume besaß, ist unklar, wo genau der Ofen untergebracht war und wie die Rauchgase abgeleitet wurden.
32 J. B. Levy, Das Kulturwerk des Hessischen Logenverbandes, in, Der Orden Bne Briss. Mitteilungen der Großloge für Deutschland VIII U. O. B. B., Berlin 1925, S. 3.
33 Mühlheim am Main, in: Alemannia Judaica; www.alemannia-judaica.de/muehlheim_main_synagoge.htm, letzter Zugriff 28. April 2025; Mühlheim/Main, in: Alicke, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/m-o/1350-muehlheim-main-hessen, letzter Zugriff 30. November 2023.
34 Werner, Mühlheim am Main, S, 217. Ende 1940 wurden noch sieben gezählt.
35 Cobabus, Deutsche Juden in der modernen Industriegeschichte, S. 37.
36 Krug, Mühlheim um die Jahrhundertwende, S. 240–246.
37 Zu den zahlreichen Grundstücken in Mühlheim im Besitz der Firma Mayer & Sohn, vgl. StadtA Mühlheim, 061-05-1-2.
38 Krug, Mühlheim um die Jahrhundertwende, S. 242.
39 Friedländer, Ich war Zwangsarbeiterin, S. 28, 29.
40 StadtA Mühlheim, 061-05-2-5.
41 Mitteilungsblatt des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessen, Bd. 8, 3. März 1933, S. 3.
42 Röschen, Nachtrag zur Beschreibung, S. 27.
43 Werner, Mühlheim am Main, S. 12–13.
44 Werner, Mühlheim am Main, S. 6.
45 Mirkes/Schild/Schneider, Mühlheim unter den Nazis, S. 19; Werner, Mühlheim am Main, S. 191.
46 CAHJP, JRSO-Hes-120; Werner, Mühlheim am Main, S. 194–195; Mirkes/Schild/Schneider, Mühlheim unter den Nazis, S. 114; Schneider, Die Gemeinde braucht mich, S. 38–41. Tatsächlich wurden fünf Personen für die Geschehnisse am 10. November 1938 angeklagt. In ihren Aussagen im Verfahren am 8. Juli 1947 bagatellisierten sie entweder das Ausmaß der Zerstörung oder redeten sich heraus, dass sie nur helfen und das Feuer löschen wollten. Auch die Isaak-Söhne Arnold, Josef und Lothar geben einen Teil der Geschehnisse, die Torarollen-Rettung, anders wieder. Laut deren Erinnerung dürfte Liebmann Isaak seinen Vater Leopold Isaak über die Gefahr informiert haben, dass die Synagoge zerstört werden würde, woraufhin dieser mit Hilfe eines Kinderwagens zwei Torarollen aus der Synagoge rettete und im Keller seines Hauses vergrub. Schneider, Die Gemeinde braucht mich, S. 39–42.
47 Zur Geschichte des Wachthäuschens siehe Geschichtsabteilung, Wacht und Wächter. Das Wachthäuschen ist inzwischen abgerissen worden.
48 Schneider, Die Gemeinde braucht mich, S. 43; Werner, Mühlheim am Main, S. 195; Krug, Manuskripte, Fragmente, Dokumente, S. 77.
49 Danach wurden die Gottesdienste im Haus der Mathilde Stiefel in der Offenbacher Straße 12 abgehalten, wo auch Hermann Lind wohnhaft war, siehe CAHJP, JRSO-Hes-120.
50 StadtA Mühlheim, 061-05-1-2; HHStAW, 518, Nr. 1461; CAHJP, JRSO-Hes-120.
51 Mirkes/Schild/Schneider, Mühlheim unter den Nazis, S. 44–46; Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 97. Siehe auch StadA Mühlheim, 061-05-1-1.
52 Kingreen, Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen; Kingreen, Die Deportation der Juden aus Hessen.
53 Die ehemalige Klinik wurde nach dem Tod von Max Rosenthal von der jüdischen Gemeinde Darmstadt als Alten- und Siechenheim genutzt und von der Gestapo als Sammelpunkt missbraucht. Für die bisherige Forschung vgl. z. B. Neumeister-Jung, Der jüdische Friedhof in Mühlheim, S. 69.
54 Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich, S. 228; Kingreen, Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen, S. 43–44.
55 Zum Transport: Gottwaldt/Schulle, Judendeportationen aus dem Deutschen Reich, S. 333–335. Zu Moritz Appel siehe Appel, Moritz, in: Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de832263, letzter Zugriff 8. April 2024.
56 HHStAD, G 36 Offenbach, Nr. 257, S, 28.
57 HHStAD, G 36 Offenbach, Nr. 257, S. 57.
58 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 271.
59 Mirkes/Schild/Schneider, Mühlheim unter den Nazis, S. 151.
60 HHStAW, 518, Nr. 1461; StadtA Mühlheim, 061-05-1-2.
61 Altaras, Synagogen, S. 363; Werner, Mühlheim am Main, S. 196.
62 Mühlheim am Main, in: Alemannia Judaica; www.alemannia-judaica.de/muehlheim_main_synagoge.htm, letzter Zugriff 28. April 2025. Auf der Tafel stehen Psalm 74, 7 und 8 auf Hebräisch und Deutsch und darunter „Auf diesem Grundstück stand die Synagoge der jüdischen Gemeinde Mühlheims. Sie fiel in der ‚Reichskristallnacht' am 9.11.1938 dem Terror zum Opfer, als im Rahmen der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zahlreiche Gotteshäuser der jüdischen Gemeinden in Flammen aufgingen. Die Zahl der jüdischen Gemeindemitglieder in Mühlheim betrug 56. Die Zahl der Opfer, die die Verfolgung nicht überlebten, ist nicht bekannt."
63 „Stolpersteine" in Mühlheim am Main, in: www.naturfreunde-muehlheim.de/stolpersteine.htm, letzter Zugriff 28. November 2023.

Seligenstadt

Seligenstadt, 23 km südöstlich von Frankfurt am Main im Kreis Offenbach gelegen, wird bereits 1175 als Stadt genannt und war im 13. Jahrhundert vorübergehend Reichsstadt, bevor es 1309 unter die Herrschaft des Erzbistums Mainz, 1803 dann die der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt gelangte und mit dieser 1806 im Großherzogtum Hessen aufging. Eine wichtige Rolle innerhalb der Stadt spielte bis zu ihrer Aufhebung im Jahr 1803 die seit dem 9. Jahrhundert bestehende Benediktinerabtei.

Abb. 1: Das Steinerne Haus in Seligenstadt, in welchem sich die älteste nachweisbare Synagoge befand. Foto: Fani Gargova.

Mittelalter

Juden waren in Seligenstadt bereits im späten 13. Jahrhundert ansässig. 1293 wurden in einer Urkunde im Auftrag Erzbischof Gerhards von Mainz die Rechte und Pflichten des Abts von Seligenstadt festgelegt. Unter anderem wurde er verpflichtet, der Stadt einen Schultheiß zu geben, der in den meisten Fällen die Rechtsprechung ausüben sollte, mit Ausnahme schwerer Vergehen sowie Taten, die die Juden in der Synagoge begingen. Über diese zu urteilen, war ausschließlich dem erzbischöflichen Vogt vorbehalten.[1] Diese erste Synagoge befand sich in einem 1187 an der Ecke Juden- und Mistgasse errichteten Gebäude, das in späteren Quellen als „Steinernes Haus“ bezeichnet wird.[2]

Aus den Jahren nach ihrer ersten Erwähnung finden sich vereinzelte Hinweise auf Juden. 1296 z. B. wird in einem Rechtsstreit zwischen dem Abt und einem Adligen ein in Seligenstadt ansässiger Jude Süßkind genannt.[3] 1329 ist in einer Urkunde ein Haus erwähnt, das früher dem Juden Kesemann gehörte.[4] 1333 ist in einem anderen Dokument pauschal von den Juden in Aschaffenburg, Dieburg und Seligenstadt die Rede, die eine Zahlung an den Erzbischof von Trier zu leisten hatten.[5] In den Frankfurter Gerichtsbüchern finden sich darüber hinaus in der Zeit von 1337 bis 1347 einige Juden mit dem Beinamen „von Seligenstadt“, die aber zu diesem Zeitpunkt nicht mehr unbedingt dort lebten.[6]

1349 waren die Seligenstädter Juden, dem Martyrologium des Nürnberger Memorbuchs zufolge, von den Pestverfolgungen betroffen, doch ist über das Ausmaß nichts bekannt.[7] 1360 wurde der Jude Simon von Seligenstadt in Frankfurt als Bürger aufgenommen, bei dem es sich möglicherweise um einen Überlebenden der Pogrome handelte.[8] Zwei weitere Juden mit dem Herkunftsnamen Seligenstadt erhielten 1362 bzw. 1366 Bürgerrecht in Gelnhausen.[9]

Wann sich nach den Pestpogromen wieder Juden in Seligenstadt niederließen, ist kaum zu sagen. Im späten 14. und frühen 15. Jahrhundert stellten die Mainzer Erzbischöfe Adolf und Johann mehrere Urkunden zugunsten der Juden in den neun Städten des Mainzer Oberstifts aus, zu denen auch Seligenstadt zählte, doch bedeutet das nicht unbedingt, dass zu dieser Zeit wirklich Juden in jeder dieser Städte lebten.[10] In den Dokumenten ging es um die meist auf drei Jahre befristete Befreiung von außerordentlichen Abgaben und Zöllen, unter denen unter anderem der „Würfelzoll“ genannt ist (1384, 1386), die Erhebung der regulären Steuern (1386) sowie die Reglementierung von Pfandgeschäften (1404).[11] Einige Erwähnungen von Juden mit dem Herkunftsnamen Seligenstadt aus dieser Zeit finden sich in den Frankfurter Büchern.[12] Weit mehr noch finden sich in den Babenhäuser Gerichtsbüchern, in denen von 1395 bis 1405 zahlreiche Geschäfte eines Mosse und – seltener – eines Abraham von Seligenstadt dokumentiert sind, wobei nur in einigen Fällen erwähnt wird, dass sie zu diesem Zeitpunkt in Babenhausen lebten.[13] Erst

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-038

Anfang des 15. Jahrhunderts tauchen in Frankfurter Dokumenten einige Juden auf, die ausdrücklich als in Seligenstadt lebend bezeichnet wurden: um 1406 Susslin, der als „Judenmeister“ tituliert wird, 1416 dann Jacob von Bingen und 1429 Gottschalk.[14] Zumindest Gottschalk wird auch in einigen offiziellen Dokumenten als Einwohner von Seligenstadt genannt.[15] Aus dem späteren 15. und dem gesamten 16. Jahrhundert liegen keine Hinweise auf eine jüdische Präsenz in Seligenstadt vor. Die ehemalige Synagoge, das „Steinerne Haus“, befand sich im 16. Jahrhundert in städtischem Besitz und wurde an christliche Bürger verpachtet.[16] Das Gebäude ist bis heute erhalten und befindet sich an der Ecke Große Rathausgasse und Palatiumstraße.

Frühe Neuzeit

Offenbar ließen sich erst nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges wieder Juden in Seligenstadt nieder. 1657 erließ der Rat eine Verordnung über das Schächten und den Fleischverkauf der Juden, die im folgenden Jahr in einem Dokument bestätigt wurde, das die Gleichstellung der Seligenstädter und Aschaffenburger Juden in dieser Hinsicht verfügte.[17] 1660 findet sich dann der Hinweis auf Zahlung der Schlachtakzise durch zwei jüdische Metzger.[18] Eine kurmainzische Verordnung aus dem Jahr 1716 verbot den Juden das Schlachten außerhalb der allgemeinen Schlachtzeit, die vom 1. Dezember bis zum 6. Januar dauerte.[19]

Bereits zehn Jahre zuvor war es zu einem Prozess der christlichen Krämer gegen die jüdischen gekommen, der nicht nur zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt eine Konkurrenz zwischen beiden bestand, sondern auch Einblicke in die wirtschaftlichen Verhältnisse der vorhergehenden Zeit gibt.[20] Im Zentrum stand die Zahl der jüdischen Krämer und speziell ihr Handel mit Fett- und Trockenwaren. Die Juden erwiderten auf entsprechende Vorwürfe, dass von den neun derzeit tätigen jüdischen Krämern nur drei mit solchen Waren handelten, und in einem Fall wurde geltend gemacht, dass die beiden Betreiber einer Tabakfabrik, die nur Rafaels Söhne genannt werden, die Waren nur deshalb vorhielten, weil sie ihren über 40 Mitarbeitern einen Teil ihres Lohns in Naturalien auszahlten. Neben der Erwähnung der Fabrik sind v. a. die Aussagen mehrerer Zeugen von Interesse. So gab ein 70-jähriger Bürger an, dass bereits seit mehr als 50 Jahren zwei jüdische Kramläden bestanden hätten, und ein zweiter nannte als deren erste Betreiber die Namen Ruben und Isaac, die auch 1660 als Zahler der Schlachtakzise angegeben sind. Es bestand also offenbar eine Verbindung von Schlachten und Handel, was auch die Herkunft der Fettwaren erklären würde. Ein weiterer, noch älterer Zeuge erklärte, dass in der Anfangszeit der beiden Geschäfte nur wenige christliche Kramläden bestanden hätten, die jüdischen daher keinesfalls schädlich gewesen seien, und bestritt auch, dass die Christen zur jetzigen Zeit durch die jüdische Konkurrenz in ihrer Existenz gefährdet seien. Da diese jedoch weiter über die große Zahl der jüdischen Läden klagten, entschied der Rat schließlich, dass nur die beiden alten weiterhin bestehen bleiben, die sieben neueren dagegen geschlossen werden sollten.

1714 erwarb die zu diesem Zeitpunkt sieben Familien zählende jüdische Gemeinde von der Stadt für 100 Gulden einen Begräbnisplatz, der später mehrfach erweitert wurde. Dieser vor den Toren der Stadt an der heutigen Einhardstraße gelegene Friedhof diente den Mitgliedern der Seligenstädter jüdischen Gemeinde bis in die Zeit des „Dritten Reichs“ als Grabstätte, wurde dann aber profaniert und als Pferdeweide genutzt. Die meisten Grabsteine wurden beseitigt oder zerstört, weshalb heute nur noch wenige erhalten sind.[21] Nach 1945 fanden hier noch zwei Brüder, die das KZ Theresienstadt überlebt hatten und anschließend nach Seligenstadt zurückgekehrt waren, ihre letzte Ruhestätte.

Die alte(n) Synagoge(n)

Wann im frühneuzeitlichen Seligenstadt wieder eine Synagoge eingerichtet wurde, ist unklar, doch muss eine solche wohl seit dem frühen 18. Jahrhundert existiert haben, da die Judenschaft 1749 die Regierung um Erlaubnis zum Bau einer neuen Synagoge ersuchte, weil die bestehende inzwischen ruinös sei. Der Stadtrat wehrte sich gegen einen Neubau, wobei er argumentierte, dass die Zahl der Juden per Verordnung begrenzt sei und die derzeitige Synagoge daher Raum genug biete.[22] Ob im 18. Jahrhundert ein Neubau stattfand, ist nicht geklärt. 1784 ist zwar von einem „von den Vorfahren getätigten Schulbau“ die Rede, doch ist ungewiss, ob es sich dabei wirklich um ein neues Gebäude oder um eine Renovierung des bestehenden handelte.[23] 1793 kam es in dieser Synagoge zu einem handgreiflichen Streit zwischen zwei Gemeindemitgliedern. Calman Abraham verklagte Jacob Hirsch wegen Körperverletzung, die auch von Sachverständigen bestätigt wurde, doch stellte sich im Verlauf der Untersuchung heraus, dass Abraham ein notorischer Querulant und einmal sogar mit geladener Pistole in der Synagoge erschienen war, um seinen Kontrahenten Hirsch damit zu bedrohen, doch sei ihm die Waffe rechtzeitig von anderen abgenommen worden.[24] Als Land-

graf Ludwig nach ihrem Übergang an Hessen-Darmstadt die Stadt 1803 besuchte, besichtigte er dabei auch die festlich geschmückte und illuminierte Synagoge.[25] Für das Jahr 1808 ist die „Judensynagoge“ im Register über Brandbeschädigungsbeiträge aufgeführt.[26]

Einem Vorfall aus dem Jahr 1855 verdanken wir eine Beschreibung dieses Gebäudes, das sich in einer Hofreite in der Großen Chorgasse (heute Salzgasse) befand. Ein Mitglied der Gemeinde beschwerte sich beim Kreisamt Offenbach über den Vorstand, der nicht in der Lage sei, zu verhindern, dass ein in der Nähe seines Platzes angebrachtes Fenster während des Gottesdienstes geöffnet bleibe, obwohl er aus Gesundheitsgründen wiederholt gefordert habe, das es geschlossen werde. In diesem Zusammenhang entstand auch ein Bericht über die bauliche Beschaffenheit der Synagoge.[27] Der Bau war demnach über einem rechteckigen Grundriss mit der Abmessung 8 m x 11,37 m errichtet und mit einem Satteldach gedeckt. Das Gebäude war nach Osten orientiert und besaß neun Fenster. Eins davon war ein 50 cm großes Rundfenster an der Giebelseite – vermutlich ein Misrachfenster.[28] Die übrigen acht Fenster mussten dann an der westlichen Giebelseite und den Längsseiten verteilt werden. Entlang einer der Längsseiten befand sich eine zweistöckige Frauenempore mit separatem Eingang, die vom Männerbereich durch Glasfenster abgetrennt war. An dieser Wand gab es auch drei Fenster. Die Synagoge bot 70 Männern und ca. 40 Frauen Platz.[29] 1872 wurde das Gebäude – nachdem inzwischen eine neue Synagoge errichtet worden war – an die jüdische Familie Mayer verkauft. Es ist nicht erhalten.

Die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts veränderte sich die Situation der Juden in Hessen grundlegend. Die 1820 erlassene erste Verfassung des Großherzogtums Hessen brachte ihnen zwar noch keine völlige Gleichstellung mit den christlichen Untertanen, doch für in Hessen Geborene immerhin die Anerkennung als Staatsbürger. Die Gemeindeordnung des folgenden Jahres eröffnete ihnen darüber hinaus den Zugang zum Ortbürgerrecht an ihrem Wohnsitz, was neben dem Wahlrecht zu den Gemeindeämtern materielle Vorteile, aber auch die Beteiligung an kommunalen Lasten – etwa im Bereich von Armen- und Krankenversorgung – mit sich brachte.[30] In Seligenstadt zeigte sich dieser Wandel mit besonderer Deutlichkeit, da hier bereits 1823 ein Jude, der Handelsmann Abraham Strohmberg, in den Stadtrat gewählt wurde, wo er lange Jahre – vermutlich bis zu seinem Tod im Jahre 1841 – tätig war.[31] In seinem Testament bedachte er nicht nur die jüdische Armenpflege, sondern auch den christlichen Hospitalfond mit einem gewissen Betrag.[32]

Die Aufnahme in den landesherrlichen Schutz und damit ins Staatsbürgerrecht musste von auswärtigen Juden beim Kreisrat in Offenbach beantragt werden, über die Annahme als Ortsbürger entschied der Stadtrat. Seit etwa 1850 bestand jedoch die Möglichkeit, im Fall einer Ablehnung bei der großherzoglichen Behörde Einspruch einzulegen. Da manche Antragsteller sich gleichzeitig um die Aufnahme in beide Rechte bemühten, ist nicht immer deutlich, welches von ihnen die Voraussetzung für den Erwerb des anderen darstellte.[33] Spahn gibt mehrere Beispiele von Ratsentscheidungen, vorhergehenden Diskussionen und späteren Argumentationen gegenüber dem Kreisrat, die verdeutlichen, dass die Aufnahme nicht zuletzt von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig war. So wurde etwa 1822 der Antrag von Bär Bender abgelehnt, weil dieser weder einen „bürgerlichen Handel“ noch Landwirtschaft betreibe, sondern sich ausschließlich vom „gewöhnlichen Schacherhandel“ mit Vieh ernähre. Einige Jahr später wurde die Ablehnung des Antrags von Seligmann Selig aus Bischofsheim mit dem Hinweis begründet, dass bereits 28 Schutzjuden ansässig seien, die – mit Ausnahme eines Schreiners – sämtlich im Handel tätig seien, weshalb eine „Überbesetzung“ zu befürchten sei.[34] Eine Ablehnung seines Antrags erlebte 1850 auch der einheimische Seligmann Bender, da er ebenfalls „kein bürgerliches Gewerbe“ betreibe, sondern als Pferdehändler tätig sei. Bender war einer der ersten, die gegen die Entscheidung Protest bei den landesherrlichen Behörden einlegten und der damit Erfolg hatte.

Die Bewertung von Vieh- und Pferdehandel als nicht bürgerliche Gewerbe ist schon allein deshalb interessant, weil noch in einer Wählerliste zum Vorstand der jüdischen Gemeinde von 1877 unter den 57 genannten Personen immerhin fünf Pferde- und fünf Viehhändler sowie drei weitere, die auch mit Vieh handelten, außerdem drei Metzger und vier Lederhändler, also ebenfalls Gewerbe, die mit dem Viehhandel in Verbindung standen, aufgeführt sind.[35] Seit Beginn des 19. Jahrhunderts bemühten sich zwar Juden verstärkt um eine Handelskonzession oder eine Gewerbeerlaubnis, die ihnen den Zugang zu weiteren Erwerbsmöglichkeiten eröffnete, doch wurden die Gesuche nicht selten mit ähnlichen wirtschaftlichen Argumenten abgelehnt wie die Aufnahme als Ortsbürger, etwa der befürchteten „Überbesetzung“ bestimmter Gewerbe. In anderen Fällen wurde die Erlaubnis jedoch erteilt, und auch die

Aufnahme als Lehrling in eine Zunft war unter Umständen möglich.[36]

Ein Ritualbad muss spätestens im 18. Jahrhundert bestanden haben, doch liegen darüber keine Quellen vor. 1825 beabsichtigte die jüdische Gemeinde, ein bestimmtes Haus zu kaufen, um darin eine Mikwe einzurichten, doch wurde dies vom Gemeinderat abgelehnt, da es sich um ein „ganz abgelegenen Haus" handle, was die Aufmerksamkeit der Gesellschaft erregen und somit jüdische Frauen in Verlegenheit bringen könnte. Bedenken bereitete zudem die geplante Rückleitung des gebrauchten Wassers in den Bach, da dieser der Trinkwasserversorgung der Anwohner diente. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme von Stadtrat Strohmberg, der – ausdrücklich als Jude – erklärte, die Notwendigkeit von fließendem Wasser sei keinesfalls vorhanden, sondern lediglich die Idee „eines einzelnen übergeschnappten Talmuthisten".[37] Das Frauenbad wurde letztendlich im Hause des seit 1858 von Isaak Bacharach geleiteten „Gesellschaftsvereins für das israelitische Frauenbad" untergebracht, wo sich bereits zuvor ein privates Frauenbad befunden hatte. Das Haus der Gesellschaft ging nach einem Brand im Jahr 1858 ins Eigentum der gesamten jüdischen Gemeinde über, und das Ritualbad wurde damit der Allgemeinheit zugänglich. Das Gebäude stand an der Kleinen Rathausgasse und wurde bei der Altstadtsanierung abgebrochen. Dieses Ritualbad bestand bis zum Ende der jüdischen Gemeinde in Seligenstadt.[38] Aus den JRSO-Akten geht hervor, dass zur Inneneinrichtung der Synagoge auch ein Frauenbad gehörte.[39] Die Lektüre gleicher Akten zu anderen Synagogenbauten zeigt aber, dass sich solche Vermerke oftmals auf ein Ritualbad entweder auf dem Synagogengelände oder im Besitz der Gemeinde beziehen.

Eine jüdische Schule muss in Seligenstadt ebenfalls bereits im 18. Jahrhundert bestanden haben, doch liegen auch in diesem Fall gesicherte Informationen erst aus dem frühen 19. Jahrhundert vor, einer Zeit der zunehmenden Reglementierung vieler Lebensbereiche der – jüdischen wie christlichen – Untertanen durch den hessischen Staat.[40] 1823 erkundigte sich der Landrat bei der Stadt nach den Modalitäten der Anstellung des Lehrers, Vorsängers und Schächters der jüdischen Gemeinde, wobei es ihm v. a. darum ging, die „unschickliche Verbindung" von Lehrer- und Schächteramt aufzuheben und den Lehrer für die dadurch entfallenden Einnahmen zu entschädigen. Da nun für alle Kinder ein Schulgeld erhoben wurde, war die Absicht, die Zahlungen der jüdischen Familien zu diesem Zweck zu nutzen.

1829 bewilligte der Stadtrat die Einrichtung einer eigenen jüdischen Elementarschule und die Befreiung der jüdischen Schüler vom Besuch der allgemeinen Volksschule. Wo diese jüdische Schule ihren Sitz hatte – in einem Privathaus oder einer besonderen Räumlichkeit – ist nicht bekannt, doch war dieser Zustand ohnehin nicht von langer Dauer, da wenig später nur noch von einer jüdischen Religionsschule die Rede ist, deren Schüler den allgemeinen Unterricht wieder in der kommunalen Schule erhielten.[41] 1875 klagte der Vorstand der Gemeinde gegen die Stadt auf Zahlung eines angemessenen Zuschusses zur Besoldung des Lehrers, der jedoch längst nicht in der geforderten Höhe bewilligt wurde, da es lediglich um vier Wochenstunden ging, für die zudem ein Schulraum zur Verfügung gestellt wurde.[42] 1933 wurde der Zuschuss ohne Weiteres gestrichen, wogegen die jüdische Gemeinde – was zu dieser Zeit bereits Mut erforderte – Einspruch einlegte, der allerdings vergeblich war.[43]

Die neue Synagoge

Wie in vielen Fällen war es auch in Seligenstadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts notwendig geworden, ein neues, größeres Synagogengebäude zu errichten, als die Zahl der jüdischen Familien in der Stadt zunahm. Im Jahr 1868 wurde bei der Stadt um einen vor dem Rödertor liegenden Bauplatz nachgefragt. Genehmigt wurde die unentgeltliche Abtretung des Bauplatzes an die jüdische Gemeinde erst am 4. April 1871.[44] Im Mai konnte mit dem Bau der Synagoge an der Frankfurter Straße begonnen werden. Der Entwurf stammte von Kreisbaumeister Dingeldein aus Offenbach.[45] Ein Jahr später, im März, wurde die Synagoge durch den Offenbacher Rabbiner und Reformer Dr. Salomon Formstecher eingeweiht.[46] Die Zahl der Juden in Seligenstadt betrug zu dieser Zeit 244 Personen.

Die Baukosten mussten von der jüdischen Gemeinde allein getragen werden, vielleicht mit Unterstützung des Rabbinats Offenbach.[47] Um die nötige Summe aufzubringen, wurden eine Versteigerung von durch jüdische Bürger gespendeten Gegenständen (Möbel, Bilder, kleine Einrichtungsgegenstände, u. Ä.) und eine Lotterie organisiert. Inwieweit die Lotterie bei der Beschaffung der Mittel für den Bau hilfreich war, ist nicht bekannt. Die Versteigerung ergab nur einen kleinen Ertrag von 364 Gulden.[48]

In ihrer Anfrage an die Stadt hinsichtlich des Bauplatzes hatte die jüdische Gemeinde die Abmessung der geplanten Synagoge mit 11,25 x 17,5 Meter angegeben. Dabei wurde vermerkt, dass eine der Längsseiten als „Front dienen“ solle, womit vermutlich nicht die Eingangsfassade gemeint war, sondern die Ausrichtung der Längsseite parallel zur Frankfurter Straße. Tatsächlich wurde die Synagoge etwas größer. Das über einem rechteckigen Grundriss von 13,4 Meter Breite und 18,08 Meter Länge errichtete Gebäude war nach Osten orientiert.[49] Die Fassade im Westen war nach der heutigen Grabenstraße ausgerichtet und die südliche Längsseite stand parallel zur Frankfurter Straße. An der Ostwand befand sich eine Mauerauskragung, die an die Nische für den Toraschrein im Inneren angeschlossen war. Die Mauerauskragung wurde auf etwa drei Viertel der Höhe des Gebäudes mit einem Rundbogen geschlossen. Die Synagoge wurde in Sandstein erbaut und mit flachem Satteldach aus Schiefer gedeckt, das nur seitlich sichtbar war.[50] Die Mauern der beiden Giebel – den Schildgiebeln – ragten sonst über das Dach hinaus. Die zwiebelförmigen Bekrönungen der vier an den Gebäudeecken angebrachten Türmchen waren entweder aus Bleiblech oder Kupfer.[51]

Die Fassade war dreiteilig – ihr Mittelfeld wurde durch zwei Pilaster umrahmt, die über die Giebelspitze liefen und dort mit profiliertem, waagerechtem Gesims geschlossen waren. Die Zehn-Gebote-Tafeln bildeten die Bekrönung des Gesimses. Darunter erstreckte sich über die gesamte Fassadenbreite ein Arkadenfries. Im Mittelfeld der Fassade befand sich ein rundbogiger Haupteingang mit Oberlicht, zu dem vier Treppenstufen führten. Die Höhe der Treppe markierte auch die Oberkante des Sandsteinsockels. Über dem Haupteingang, auf Höhe der zweiten Etage, wurde ein gekuppeltes Rundbogenfenster ausgeführt. Darüber war ein Rundbogen angebracht, der flach aus der Wand herausragte. In der Mitte des Bogenfeldes befand sich ein kleiner Oculus. Dieses in der romanischen Architektur häufige Motiv wurde an der Ostwand in Ausführung der Mauerauskragung gespiegelt, jedoch mit dem Unterschied, dass die Auskragung ein großes Rundfenster – ein Misrachfenster – besaß. Ein weiterer, großer Oculus mit Rosettenmotiv im Glas wurde über dem Rundbogen im Mittelfeld der Fassade ausgeführt und bildete die Verlängerung der Mittelachse, die von der Eingangstür bis zur Oberkante der Zehn-Gebote-Tafeln verlief. Zwei mittelgroße Oculi flankierten den Eingang und das Koppelfenster in der ersten Etage

Abb. 2: Die Fassade der Synagoge in der Frankfurter Straße. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 518, Nr. 1375.

und wurden durch identische, einzelne Rundbogenfenster flankiert. Die Fenster der Synagoge waren bunt und bleiverglast.[52]

Auf beiden Längsseiten befanden sich jeweils sechs hohe, schmale Rundbogenfenster. Die Baupläne der Synagoge sind nicht erhalten, und das vorhandene Bildmaterial ist nicht hinreichend, um feststellen zu können, ob sich Fenster auf Erdgeschosshöhe befanden. Nur ein Okulus an der südlichen Wand, im Bereich des Vorraumes der Synagoge, ist auf einem der Bilder zu sehen. Es ist zu vermuten, dass sich an einer der Längsseiten ein Fraueneingang befand. Die Frauenempore war U-förmig; der Abschnitt an der Westwand war für den Chor vorgesehen. Auf dem handskizzierten Grundriss der Synagoge in den Akten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) sind zwei Treppenaufgänge in der Vorhalle markiert, aber kein Fraueneingang.

Abb. 3: Die südliche Längsseite der Synagoge in der Frankfurter Straße. Stadtarchiv Seligenstadt.

Auf der Skizze des Innenraumes sind Türen an der Ostwand im Erd- und Obergeschoss zu erkennen. Sie führten zu kleinen Räumlichkeiten, vermutlich zu Aufbewahrungszwecken, die auf Höhe der Frauenempore durch zwei hohe Rundbogenfenster an der Ostwand Licht erhielten. Nach Angabe der JRSO-Akten befanden sich in dem Gebäude zwei Schulzimmer, doch wären die Räumlichkeiten an der Ostwand dafür zu klein gewesen, so dass sich diese Schulzimmer, sollte die Angabe in den Akten korrekt sein, in der ersten Etage der Vorhalle befunden haben müssten. Das Synagogengebäude wurde durch eine Warmluft-Heizungsanlage beheizt, die im Keller unter der Vorhalle untergebracht war.[53] Nach Angaben der Akten des JRSO waren im Synagogengebäude 128 Männer-, 32 Kinder-, 30 Chor- und 72 Frauensitzplätze vorhanden.[54]

Der 1902 im Nachklang zum 25. Jubiläum der Errichtung „gründlich restaurierte" Innenraum der Synagoge war besonders dekorativ und unter Verwendung von wertvollen Materialien wie weißen und dunkel gemaserten Marmorplatten ausgeführt.[55] Die holzgetäfelten Wände[56] und die Decke waren ornamentiert – die Ausmalung wurde vom Kirchenmaler Karl Rettinger angefertigt.[57]

Der Toraschrein befand sich auf einem Podium, drei Treppenstufen führten zum *Almemor*, der hier unmittelbar vor dem Heiligen Schrein stand. Der Rundbogen der gewölbten Nische, in welche der Schrein gebracht wurde, reichte über die Frauenempore hinaus und wurde durch ein ornamentiertes Band hervorgehoben.[58] Ein Misrachfenster im Bogenfeld nahm ein Drittel der Nischenhöhe ein. Der Toraschrein wurde als gestuftes, nach Vorgaben der Tora fünfeckiges Portal – als Tempeleingang – ausgeführt.[59] Auf dem Tympanon umrahmte eine ornamentierte Archivolte ein Bogenfeld mit Fächermotiv, jeder der Fächerstrahlen wurde durch einen sechszackigen Stern abgeschlossen. Entlang der Archivolte, mittig im Bogenfeld, befand sich als Inschrift der erste Vers des Psalms 16:8 in hebräischer Sprache שויתי יהוה לנגדי תמיד (Ich habe den Herrn allezeit vor Augen).[60] Sowohl der Heilige Schrein als auch der Almemor wurden in Marmor ausgeführt.[61]

Abb. 4: Der Innenraum der Synagoge mit Blick auf den Heiligen Schrein. Jüdisches Museum Frankfurt.

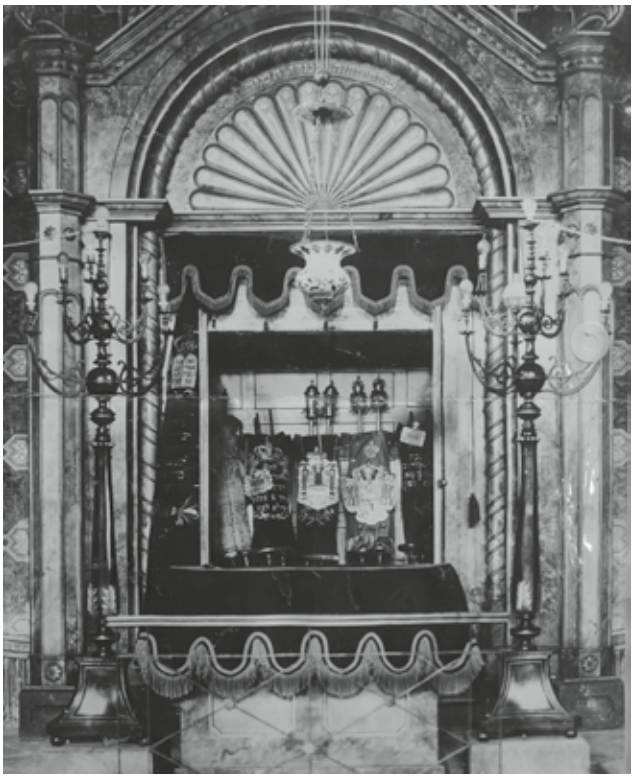


Abb. 5: Der geöffnete Toraschrein in der Synagoge in Seligenstadt. Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, 518, Nr. 1375.

Der architektonische Stil der Synagoge ist der Neuromanik zuzuordnen, doch ergänzt durch Elemente maurischen Stils, die sich sowohl in den Ecktürmchen im Baukörper als auch in der Einrichtung des Innenraumes abzeichnen. Auch das schiefergedeckte Dach ist eher ein Merkmal des maurischen Stils als von romanischen Bauten. Harald Hammer-Schenk führt als Vergleichsbeispiele neuromanischer Synagogen mit minarettartigen Aufsätzen auf den Ecktürmchen unter anderem diejenige von Wolfhagen an.[62] Die dortige Synagoge, die 1859 bei damals ähnlicher Mitgliederzahl (250 Personen) errichtet wurde, mag für Seligenstadt allein aus diesem Grund als gestalterischer Ausgangspunkt gedient haben.[63] Beide Synagogen sind längliche Saalbauten mit Satteldach und akzentuierten Ecken des Baukörpers. Die Fassaden beider Bauten sind ähnlich gegliedert, mit identischer Fensteranordnung in der ersten Etage. Allerdings ist der Seligenstädter Bau deutlich komplexer, da die Fassade hier dreiteilig ist und diese Dreiteilung durch ein Pilasterpaar markiert wird. Eine solche Fassadengestaltung mag unter Einfluss der Kasseler Synagoge entstanden sein. Ein weiterer Hinweis auf die Synagoge in Kassel als möglichen gestalterischen Ausgangspunkt ist die Ähnlichkeit der Heiligen Schreine. Beide waren als fünfeckiges Tempelportal mit ornamentierten Archivolten im Tympanon konzipiert. Die das Tympanon tragenden Pfeiler sind gestaffelt positioniert und durch Sockel- und Architravband verbunden. Vergleichbare Beispiele indirekt von der Kasseler Synagoge inspirierter Bauelemente sind etwa in der Hauptsynagoge von Mannheim oder der Synagoge in Lengnau (Kanton Aargau, Schweiz) zu finden. Ähnlich wie auch bei diesen Bauten war der Heilige Schrein in Seligenstadt in einer gewölbten Nische positioniert, die sich im Inneren des Gebäudes befindet, statt als eine Apside der Außenmauer angeschlossen zu werden.

Es ist jedoch nicht nur der Wunsch nach einem bestimmten Stil, der die Architektur eines Gebäudes bestimmt, sondern auch seine Lage im Verhältnis zum Baugrundstück sowie die notwendigen bautechnischen Lösungen. Eine Giebelfassade wie die in Seligenstadt stellt beispielsweise eine gestalterische Herausforderung dar, da sie wie eine Hausfassade aussehen mag. Die notwendige Feierlichkeit und Pracht verliehen dem Bau in Seligenstadt vor allem die Schildgiebel, die das Gebäude optisch in die Höhe zogen und das wenig repräsentative Satteldach versteckten.

Die Seligenstädter Gemeinde an der Wende zum 20. Jahrhundert

Die Gemeindeorganisation folgte zu diesem Zeitpunkt längst festen Regeln, wie etwa die 1875 gedruckte Wahlordnung für den Vorstand zeigt.[64] Die Besetzung des Vorstands war allerdings oft nicht einfach, da manche der Gewählten versuchten, sich dieser zeitraubenden Aufgabe durch Bittgesuche um Befreiung von der Annahme der Wahl zu entziehen.[65] Von solchen Schwierigkeiten weniger betroffen war offenbar der Krankenverein, der 1849 durch Zusammenlegung der bis dahin getrennten Vereine für Männer und Frauen entstand. Dabei handelte es sich um eine Art Krankenkasse, deren Beiträge zur Unterstützung im Fall von Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Tod bestimmt waren.[66]

Das Miteinander von Christen und Juden war in Seligenstadt lange Zeit recht unbeschwert, wie insbesondere die Wahl eines Juden – David Singer – zum Bürgermeister der Stadt im Jahre 1903 zeigt, der dieses Amt immerhin 28 Jahre, bis 1931, ausübte. Ein hohes Ansehen – auch über die Grenzen der Stadt hinaus – genoss ferner der Kaufmann Hermann Frank, der im selben Jahr – 1903 – zum Mitglied der Offenbacher Handelskammer gewählt und danach zweimal wiedergewählt wurde.[67]

Abb. 6: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Seligenstadt. Blick auf die Eingangsfassade. Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

Abb. 7: Virtuelle Rekonstruktion der Synagoge Seligenstadt. Blick im Männerraum auf den Toraschrein – hypothetische Farbgestaltung. Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

Juden waren bis 1933 auch in zahlreichen städtischen Vereinen aktiv, z. B. in dem 1887 gegründeten Verschönerungsverein, dem u. a. der Arzt Dr. Kleeblatt angehörte, der in Seligenstadt neben einer angesehenen Praxis seit 1890 auch ein Kneippkurbad betrieb.[68] Mitglieder der 1919 gegründeten Seligenstädter Ortsgruppe des „Hessischen Landesvereins Kriegerheimstätten“ waren etwa Bürgermeister Singer sowie der Lehrer Moses Hamburger.[69] Auch in dem geselligen „Club Maingold“ (1922) waren jüdische Mitglieder aktiv, außerdem in mehreren Sportvereinen.[70] Im musikalischen Bereich taten sich besonders die Mitglieder der Familie des Lehrers Hamburger hervor, die u. a. zahlreiche Veranstaltungen der katholischen Gemeinde und des Ordens der „Barmherzigen Schwestern“ durch ihre Beiträge bereicherten.[71] Isaak Hamburger war als Dirigent mehrerer Chöre tätig, und auch sein Bruder Sally, der als Soldat im Ersten Weltkrieg ein Bein verloren hatte, beteiligte sich an vielen Veranstaltungen. Die Brüder Isaak und Sally Hamburger waren die einzigen Seligenstädter Juden, die in das KZ Theresienstadt verschleppt wurden und möglicherweise auf Grund ihrer musikalischen Fähigkeiten – es gab in dem Lager ein Orchester – überlebten. Nach der Befreiung kehrten sie sofort nach Seligenstadt zurück, wo sie bis zu ihrem Tode blieben. Isaac dirigierte auch jetzt wieder örtliche Chöre.

Die NS-Zeit und das Ende des jüdischen Lebens in Seligenstadt

Die Machtübernahme durch die NSDAP bedeutete auch in Seligenstadt das definitive Ende der harmonischen Beziehungen zwischen Christen und Juden. Wenn auch die Propaganda des neuen Regimes hier offenbar nur auf mäßige Resonanz stieß, so entstand doch bald ein starker Druck auf die nichtjüdische Bevölkerung, sich von den jüdischen Nachbarn zu distanzieren und deren Schikanierung hinzunehmen. Im Vereinsleben waren Juden nun nicht mehr erwünscht und wurden entweder ausgeschlossen oder traten aus Rücksicht auf die Kameraden selbst aus. Robert Baer z. B. erklärte dem Vorstand der Turngesellschaft im April 1933, dass er infolge der Beschlüsse des Deutschen Turnerbundes nicht länger Mitglied sein könne, und legte sein Amt als Oberturnwart nieder. Der Vorstand bewies in diesem Fall Mut, indem er den Rücktritt zwar annahm, Baer aber auf Grund seiner Verdienste zum Ehrenmitglied ernannte. Solche Gesten der Solidarität, zu denen auch die demonstrative Nichtbeachtung des Aufrufs zum Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 gehörte, blieben jedoch die Ausnahme. Übergriffe von SA-Leuten auf jüdische Geschäfte und willkürliche Verhaftungen zeigten bald ihre einschüchternde Wirkung. 1934 wurde z. B. die Metz-

Abb. 8: Die brennende Synagoge am 10. November 1938. Stadtarchiv Seligenstadt.

Abb. 9: Das Mahn- und Gedenkmal „Synagogenplatz“ mit sichtbaren Umriss des Synagogengebäudes. Foto: Fani Gargova.

gerin Bacharach wegen angeblicher Hygienemängel in ihrem Laden festgenommen und durch die Stadt gezerrt, wobei man sie zwang, an jeder Straßenecke stehenzubleiben und laut auszurufen, sie habe schlechtes Fleisch verkauft. Anschließend wurde sie zu vier Monaten Haft sowie einer Geldstrafe verurteilt. Der Seligenstädter Stadtarchivar Marcellin Spahn zitiert Berichte verschiedener Personen – darunter auch seiner Mutter –, die weiterhin in den angestammten jüdischen Läden einkauften, doch musste dies in aller Heimlichkeit geschehen, da immer die Gefahr einer Denunziation bestand. Einzelne jüdische Händler belieferten Stammkunden auch im Schutz der Dunkelheit und unter Inkaufnahme großer Umwege mit Waren, doch war dies für sie noch weit gefährlicher.[72]

Viele Juden und Jüdinnen entzogen sich dem wachsenden Druck durch Auswanderung oder den Umzug in eine größere Stadt wie Frankfurt, der ihnen jedoch auch nur vorübergehend Sicherheit verschaffte.[73] Doch gab es in Seligenstadt auch viele Juden, die nicht bereit waren, ihre Heimatstadt zu verlassen. Spahn zitiert in diesem Zusammenhang die Äußerung der Witwe des Rechtsanwalts Löb, die auf den dringenden Rat, ihren Kindern ins Ausland zu folgen, erwiderte: „Ich habe niemand etwas getan, wer soll mir etwas tun?“[74] So wie sie dachten offenbar manche, denn selbst vier Jahre nach dem Novemberpogrom von 1938 lebten immer noch 47 Juden und Jüdinnen in der Stadt, wie eine Liste aus dem Sommer des Jahres 1942 ausweist, die anlässlich der geplanten Deportation dieser Menschen im Herbst angelegt wurde.[75]

Am Morgen des 10. Novembers 1938 wurde die Seligenstädter Synagoge von SA-Kadern angezündet und brannte in kurzer Zeit mitsamt der Inneneinrichtung vollständig aus. Nach der lokalen Überlieferung, die wie immer mit Vorsicht zu genießen ist, waren unter den Tätern auch auswärtige SA-Leute, während die Stadtbevölkerung sich kaum an den Ausschreitungen beteiligte.[76] Die ausgebrannte Ruine blieb noch einige Zeit stehen, bis sie schließlich abgerissen wurde, um Raum für einen Parkplatz zu schaffen.[77]

1965 wurde auf dem Synagogengelände ein Mahn- und Ehrenmal zur Erinnerung an die jüdischen Mitbürger und die Ereignisse von 1938 errichtet, dessen Zentrum die freigelegten Fundamente der Synagoge bilden, die ihre Struktur und ihre Raumaufteilung verdeutlichen.

Zur Erinnerung an das tragische Ende der jüdischen Gemeinde Seligenstadt und die an ihren Mitgliedern verübten Verbrechen sind inzwischen zahlreiche Stolpersteine verlegt worden, die in einem Rundgang zu den ehemaligen Orten jüdischen Lebens erläutert werden.[78] Auf dem Gelände des Friedhofs, das heute für Besichtigungen zugänglich ist, wurde außerdem ein Denkmal aus Fragmenten von in der NS-Zeit zerstörten Grabmonumenten errichtet.

Wolfgang Treue / Kamila Lenartowicz

Seligenstadt in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/154

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1714	7 Familien
1754	10 Familien
1829	121 Personen
1850	193 Personen
1875	245 Personen
1900	227 Personen
1933	146 Personen
1942	47 Personen

Zahlen nach: Spahn, Zur Geschichte der Seligenstädter Juden, S. 23 (1714), 28 (1754), 186 (1850, 1875, 1900, 1933); Wagner, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung, Bd. 1, S. 218 (1829); StadtA Seligenstadt, Nr. 1630 (1942).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Firner, Ingrid, Jüdisches Leben in Seligenstadt am Main im späten 18. Jahrhundert, in: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde NF 16 (2002), S. 129–157.

Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen (Hrsg.), Haus des Lebens, Haus der Ewigkeit. Das Denkmal aus Grabsteinfragmenten auf dem Jüdischen Friedhof in Seligenstadt, Frankfurt a. M. o. J. [2020].

Ritter, Thorwald/Hildegard Haas/Dietrich Fichtner, Stolpersteine in Seligenstadt. Rundgang zu Wohnhäusern, Synagogenplatz und jüdischem Friedhof, Frankfurt a. M. 2019.

Spahn, Marcellin, Zur Geschichte der Seligenstädter Juden aus Dokumenten und Berichten, Seligenstadt 1986.

Magistrat der Stadt Seligenstadt (Hrsg.), Jüdischer Friedhof Seligenstadt. Hebräische Grabsteininschriften. Entziffert, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Benno Szklanowski, Seligenstadt 1991.

Archivalien

Bayerisches Staatsarchiv Würzburg (BStAW)
- Kloster Seligenstadt Urkunden: Nr. 9
- Mainzer Urkunden: Nr. 5206

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
- 518: Nr. 1375

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
- A 1: Nr. 208/24
- A 14: Nr. 236; 23; 287; 312; 313; 357; 373; 384
- C 4: Nr. 23/2; 23/3; 230/1

Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
- S: Nr. 323

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG)
- H.06.02: Nr. 3100

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
- Slg. Arnsberg: Nr. F87-G85

Stadtarchiv (StadtA) Seligenstadt
- Nr. 963; 1628; 1629; 1630; 1815; 1816; 1817; 1818; 1823; 3256
- Bildslg.: Nr. 793; 1115

Anmerkungen

1 HStAD, A 1, Nr. 208/24.
2 Spahn, Zur Geschichte, S. 76. Die Bezeichnung ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass es sich um einen seltenen massiven Bau aus Sandstein handelte, der sich von den üblichen Fachwerkbauten unterschied.
3 BStAW, Kloster Seligenstadt Urkunden, Nr. 9
4 Reimer, Urkundenbuch, S. 310, Nr. 330.
5 BStAW, Mainzer Urkunden, Nr. 5206.
6 Kracauer, Urkundenbuch, S. 18, 343, 408, 426.
7 Salfeld, Das Martyrologium, S. 281.
8 Kracauer, Urkundenbuch, S. 220, 314. Simon und seine Nachfahren werden in Frankfurter und anderen Dokumenten der folgenden Zeit im Zusammenhang mit Kreditgeschäften sowie einer Fehde noch häufig erwähnt.
9 Einträge im Gelnhäuser Stadtbuch 1361–1503, HStAM, S, Nr. 323. 1383 wurde – derselben Quelle zufolge – ein dritter Seligenstädter Jude, der eine Einheimische geheiratet hatte, in Gelnhausen aufgenommen.
10 HStAD, A 14, Nr. 236, 237 (1378), 287 (1384), 312, 313 (1386), 357 (1404).
11 Zum Würfelzoll siehe etwa Mentgen, Der Würfelzoll.
12 Kracauer, Urkundenbuch, S. 265, 757.
13 HStAD, C 4, Nr. 23/2, 23/3.
14 Andernacht, Regesten, Nr. 53, 168, 342; ISG, H.06.02, Nr. 3100.
15 HStAD, A 14, Nr. 373, 384 (1429, 1434).
16 Spahn, Zur Geschichte, S. 76.
17 HStAD, C 4, Nr. 230/1, Bl. 47.
18 Spahn, Zur Geschichte, S. 18, 20.
19 HStAD, C 4, Nr. 230/1, Bl. 92.
20 Der Prozess wird eingehend behandelt bei Spahn, Zur Geschichte, S. 17–19.
21 Siehe Magistrat der Stadt Seligenstadt, Jüdischer Friedhof Seligenstadt.
22 Spahn, Zur Geschichte, S. 75–76.
23 Firner, Jüdisches Leben in Seligenstadt, S. 135.
24 StadtA Seligenstadt, Nr. 963, S. 73–88. Siehe auch die Zusammenfassung bei Spahn, Zur Geschichte, S. 25. In diesem Zusammenhang wird auch eine frühere Schlägerei in der Synagoge 1747 erwähnt.
25 Spahn, Zur Geschichte, S. 27.
26 Spahn, Zur Geschichte, S. 22.
27 Spahn, Zur Geschichte, S. 76–77.
28 Spahn, Zur Geschichte, S. 78.
29 Siehe Spahn, Zur Geschichte, S. 78.

30 Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt Nr. 29, 9. Juli 1821, S. 355–376, Art. 48.
31 Zumindest wird er noch in seinem Eintrag im Sterberegister als Gemeinderat bezeichnet. S. die Auszüge aus den Zivilstandsregistern bei Spahn, Zur Geschichte, S. 44–52, hier S. 51.
32 Spahn, Zur Geschichte, S. 29.
33 Siehe hierzu und zum Folgenden das entsprechende Kapitel bei Spahn, Zur Geschichte, S. 30–42.
34 Da der Antragsteller ein Auswärtiger sei, vermutlich kein Vermögen besitze und keine „Profession" erlernt habe, war der logische Schluss für den Rat, dass er notwendig nur als Händler tätig werden könne. Eine Unterschrift von Stadtrat Strohmberg fehlt – möglicherweise teilte er die Einschätzung seiner Kollegen nicht.
35 StadtA Seligenstadt, Nr. 1628. Siehe auch die Transkription von Spahn, Zur Geschichte, S. 73–74.
36 Spahn führt auch zu diesen Vorgängen zahlreiche Beispiele aus den Quellen an: Spahn, Zur Geschichte, S. 109–112.
37 Spahn, Zur Geschichte, S. 85–88.
38 Spahn, Zur Geschichte, S. 86–88.
39 HHStAW, 518, Nr. 1375.
40 Siehe auch hierzu die grundlegende Arbeit des Seligenstädter Stadtarchivars Marcellin Spahn, Zur Geschichte, S. 94–106.
41 1860 wurde noch einmal die Gründung einer jüdischen Elementarschule beschlossen, über die jedoch wenig bekannt ist, abgesehen von der Tatsache, dass der erste Lehrer Seligmann Steinberger sich bei der Stadt bitter über „Mobbing" seitens seiner Schüler beschwerte, die die Ausübung des Vorsängeramts in der Synagoge unmöglich machten: Spahn, Zur Geschichte, S. 103–104.
42 StadtA Seligenstadt, Nr. 1628.
43 StadtA Seligenstadt, Nr. 1629.
44 Zudem gesamten Vorgang siehe StadtA Seligenstadt, Nr. 1628; Spahn, Zur Geschichte, S. 79–80.
45 Spahn, Zur Geschichte, S. 81.
46 Siehe: Seligenstadt, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/seligenstadt_synagoge.htm, letzter Zugriff 11. März 2025.
47 Siehe: Spahn, Zur Geschichte, S. 81.
48 Siehe: Spahn, Zur Geschichte, S. 81.
49 HHStAW, 518, Nr. 1375.
50 HHStAW, 518, Nr. 1375.
51 Für Ausführung in Kupfer siehe: HHStAW, 518, Nr. 1375. Marcellin Spahn schreibt, dass es sich bei der Türmchenbekrönung um Bleiblech handelte. Siehe: Spahn, Zur Geschichte, S. 82.
52 HHStAW, 518, Nr. 1375.
53 HHStAW, 518, Nr. 1375.
54 HHStAW, 518, Nr. 1375.
55 HHStAW, 518, Nr. 1375; Spahn, Zur Geschichte, S. 83, dort das Zitat.
56 Siehe: HHStAW, 518, Nr. 1375.
57 Siehe: Spahn, Zur Geschichte, S. 83
58 Es handelte sich um ein Scheingewölbe.
59 Siehe: 1 Kön 6,31.
60 Die Verwendung von dem Zitat in Form der Inschrift auf dem Toraschrein bezieht sich auf das Amida-Gebet, das stehend gesprochen ist. Der Betende wendet sich zugleich in Richtung Osten und somit dem Toraschrein zu. Siehe: Keßler, Ritus und Raum, S. 180–181.
61 HHStAW, 518, Nr. 1375.
62 Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 181–182.
63 Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 181.
64 Ein Exemplar ist erhalten in: StadtA Seligenstadt, Nr. 1628.
65 Spahn, Zur Geschichte, S. 70–75.
66 Siehe hierzu StadtA Seligenstadt, Nr. 1628 (Statuten des Vereins, Mitgliederliste von 1861), sowie allgemein Spahn, Zur Geschichte der Seligenstädter Juden, S. 120–124. Über die Existenz einer *Chevra kadischa*, einer Beerdigungsgesellschaft, liegen dagegen offenbar keine Informationen vor.
67 Siehe etwa die Meldungen im Frankfurter Israelitischen Familienblatt, Nr. 32, 12. Juni 1903; Nr. 47, 7. Dezember 1906; Nr. 18, 5. Mai 1911. Frank amtierte neben seiner Berufstätigkeit auch lange als Vorsteher der jüdischen Gemeinde.
68 Zum Verschönerungsverein siehe StadtA Seligenstadt, Nr. 1816–1818, zu seiner „Wasserheilanstalt" u. a. die Werbeanzeigen in der Zeitschrift Der Israelit, Nr. 80. 13. Oktober 1890, und Nr. 82, 20. Oktober 1890.
69 StadtA Seligenstadt, Nr. 1823.
70 StadtA Seligenstadt, Nr. 1815; Spahn, Zur Geschichte, S. 133–134.
71 Zur Familie Hamburger siehe Spahn, Zur Geschichte, S. 126–128.
72 Siehe Spahn, Zur Geschichte, S. 138–139.
73 Siehe etwa die aus der „Judenkartei" zusammengestellte Liste, die Angaben über die Auswanderung oder den Wegzug von Seligenstädter Juden in den 30er Jahren enthält, bei Spahn, Zur Geschichte, S. 154–163. In einer gesonderten Liste (S. 164–165) sind auch die Schicksale der nach Frankfurt gezogenen Juden aufgeführt, von denen die meisten der Deportation allenfalls durch Freitod entgingen.
74 Spahn, Zur Geschichte, S. 144.
75 StadtA Seligenstadt, Nr. 1630.
76 Spahn, Zur Geschichte, S. 140–142.
77 Zu Planung und Ausführung des Abrisses siehe die Dokumente in: StadtA Seligenstadt, Nr. 1630, 3256.
78 Siehe hierzu Ritter/Haas/Fichtner, Stolpersteine in Seligenstadt.

Sprendlingen (Stadt Dreieich)

Mit Neu-Isenburg

Als die ersten Jüdinnen und Juden nach Sprendlingen kamen, gehörte der heutige Stadtteil von Dreieich schon seit 1486 den Grafen von Isenburg.[1] Auf einer Rechnung in den Akten der Grafen von Isenburg findet sich 1563/64 der Hinweis auf einen Juden im Ort, Seligmann zu Sprendlingen, der Abgaben leisten musste.[2] Das ist leider der einzige Anhaltspunkt für jüdische Einwohner:innen aus dieser Zeit, und es ist zu vermuten, dass es mit dem Regierungsantritt von Graf Ludwig III. von Isenburg 1568, der eine deutlich judenfeindlichere Politik vertrat, zu einer längeren Periode ohne Jüdinnen und Juden in der Landgrafschaft Isenburg kam.[3] Ein kontinuierlicher Nachweis über jüdische Bevölkerung in Sprendlingen lässt sich somit erst für die Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg erbringen. Allerdings kann von einem zuverlässigen und dichten Quellenbestand erst ab dem 19. Jahrhundert gesprochen werden.

Gerade wegen dieser nur vereinzelten Hinweise auf Jüdinnen und Juden in Sprendlingen ist es auch nur schwer nachweisbar, wie sich das religiöse Leben im Detail organisiert hat. Erst im 18. Jahrhundert kommt es zu einer vermehrten Ansiedlung, und um 1830 lebten dann 55 Jüdinnen und Juden im Ort. Im Jahr 1861 waren es bereits 106, und damit war dies das Jahr mit dem wahrscheinlich prozentual höchsten Anteil an der Gesamtbevölkerung in Sprendlingen. Die Gesamtbevölkerung wird im Jahr 1864 mit 2.443 angegeben, somit läge der Anteil jüdischer Einwohner:innen bei ca. 4,3 Prozent. Durch die stark steigenden Bevölkerungszahlen in Sprendlingen lag der Anteil zu Beginn des 20. Jahrhunderts dann wieder bei unter 2 Prozent der mehrheitlich evangelischen Bürger:innen, trotz einer kontinuierlichen Zunahme der jüdischen Bevölkerung in absoluten Zahlen. Die Berufsverteilung der Sprendlinger Jüdinnen und Juden lässt sich nur noch schwer nachvollziehen, es ist aber zu vermuten, dass es hier zu keinen wesentlichen Abweichungen in der sozioökonomischen Struktur gegenüber ähnlichen, in der Nähe von Frankfurt liegenden Gemeinden gekommen ist. Die meisten waren kleinere Handelstreibende, Viehhändler und Metzger oder auch bei größeren Betrieben in Offenbach und Frankfurt angestellt.

Erste bauliche Spuren

Für die Phase der zunehmenden jüdischen Bevölkerung in Sprendlingen im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert lassen sich keine validen schriftlichen Belege für die Gründung einer Gemeinde oder die Einrichtung eigener religiöser Infrastruktur finden. Dennoch muss in dieser Zeit eine Gemeinde existiert haben, denn 1979 konnte vom Heimatverein Freunde Sprendlingens ein wichtiges materielles Zeugnis dieser frühen Gemeinde in der heutigen Hellgasse 15 ausgegraben werden: eine unterirdische Gewölbeanlage, die eindeutig als Mikwe identifiziert werden konnte.[4] Vor allem die Form und Größe der Anlage sowie der ständige Grundwasserspiegel von 1,20 m geben hierfür klare Indizien. Das Gebäude befindet sich unmittelbar im alten Ortskern Sprendlingens im Hof des heutigen Flurstücks 433/2. Es ist von der Straßenflucht mehrere Meter nach hinten versetzt und war somit nur vom Flurstück aus einsehbar und zugänglich. Diese Lage lässt vermuten, dass die Mikwe zu einem größeren, der jüdischen Gemeinde oder zumindest einer jüdischen Familie gehörenden Grundstück gehörte. Es ist allerdings unklar, ob unmittelbar angrenzend auch weitere jüdische Einrichtungen bestanden.[5]

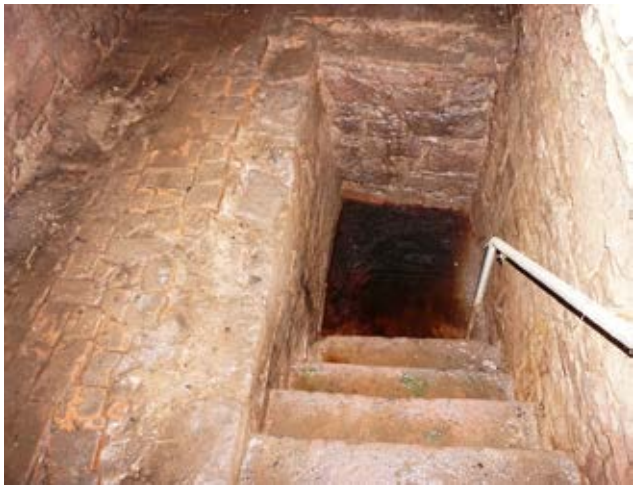


Abb. 1: Die alte Sprendlinger Mikwe in der Hellgasse 15. Foto: Wilhelm Schäfer. Privatarchiv Wilhelm Schäfer.

Heute steht ein einfaches, als Scheune genutztes Ziegelgebäude direkt über der Mikwe, über das sie auch betreten werden kann. Die Mikwe selbst ist ein durch ein breites Tonnengewölbe komplett überdachter Raum, der als Ganzes unter dem Bodenniveau liegt.[6] Der Raum misst 3,40 m x 2,35 m, wobei das Becken selbst 1,30 m x 1,10 m groß ist.[7] Die Gesamthöhe beträgt vom Beckenboden zum Gewölbescheitel 3,11 m, vom Fußboden aus lediglich 1,68 m. Der Zugang erfolgt von Norden über einen tonnengewölbten, etwas über einen Meter hohen und 74 cm

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-039

breiten steilen Stufenabgang entlang der Westmauer, der auch über weitere sechs Stufen direkt ins Becken führt.[8] Dieses besitzt einen 59 cm breiten Rand am südlichen Ende, welcher auf dem Fußbodenniveau liegt. Der Fußboden selbst nimmt die gesamte östliche Hälfte des Raumes ein. Ein kleiner Schacht in der östlichen Nordwand könnte als Rauchabzug genutzt worden sein und deutet somit darauf hin, dass der kleine Raum womöglich auch beheizt worden ist.

Die Mikwe ist massiv aus Bruchstein gemauert, wobei das Gewölbe aus Ziegelsteinen und die Stufen aus Haustein bestehen. Das Tauchbecken sowie der das Becken umgebende Fußboden wurden mit Ziegelsteinen gepflastert und ausgekleidet. Die Form und das Erscheinungsbild der Mikwe sind nicht untypisch für vergleichbare Anlagen von der Frühen Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert. Die Eingrenzung der Datierung erfolgt somit basierend auf der Verwendung der dort zu findenden Ziegel, die in Langen in der unmittelbaren Umgebung erst ab dem späten 17. Jahrhundert weiträumig verfügbar waren.[9] Plausibel scheint eine Entstehung im 18. Jahrhundert, da sich in der Zeit der Ortskern, unter anderem durch den Bau der evangelischen Pfarrkirche, in die unmittelbare Umgebung verlagerte.

Die Mikwe wurde den während der Grabung 1979 erfassten Funden zufolge jedenfalls bis um 1900 genutzt.[10] Dies ist insofern von besonderem Interesse, da wahrscheinlich schon in den 1830er Jahren eine neue Mikwe weiter nördlich an der Adresse Hauptstraße 29 zusammen mit der neuen Synagoge errichtet wurde. Dies wirft erneut die Frage auf, ob die Mikwe nicht tatsächlich eher einem Privathaus zuzuordnen war und lediglich von anderen Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft bis zur eigentlichen Etablierung der Gemeinde mitgenutzt werden konnte.

Ein genaues Gründungsdatum für die jüdische Gemeinde in Sprendlingen und somit auch für die Entstehung der neuen Mikwe kann leider nicht mehr festgestellt werden. Sicher scheint, dass durch die vermehrte Ansiedlung im Laufe des 18. Jahrhunderts genügend dauerhaft und familiär in Sprendlingen verankerte Jüdinnen und Juden lebten, um an die Schaffung einer eigenen religiösen Infrastruktur zu denken. Die Gründung könnte in den Jahren 1829 oder 1830 vorgenommen worden sein. Zum einen wird das durch eine ehemalige jüdische Einwohnerin, Irma Wachenheimer, vermutet.[11] Zum anderen spricht auch die bald darauf erfolgte Errichtung einer eigenen Synagoge und eines eigenen Friedhofes dafür. Die Einwohner:innenzahl war auf jeden Fall ausreichend, dass genügend volljährige Männer für einen *Minjan* verlässlich anwesend waren.

Friedhof, Synagoge, neue Mikwe und Schule

Für ein stärker eigenständig sich entwickelndes religiöses Leben ab dem frühen 19. Jahrhundert spricht nicht nur der Bau der Synagoge, sondern auch der eigene Friedhof.[12] Seitdem es in Offenbach einen jüdischen Friedhof gab,[13] also ab etwa 1709, wurden die Sprendlinger Jüdinnen und Juden auf diesem heute nicht mehr existenten Friedhof an der heutigen Bismarckstraße beigesetzt.[14] Auf dem heute noch erhaltenen und genutzten Friedhof in Sprendlingen, nur einige hundert Meter östlich vom Standort der Synagoge gelegen, ist der älteste Grabstein vom März 1831 erhalten und bestätigt die Vermutung der Einrichtung um 1831.[15] Während der Zeit des Nationalsozialismus scheint es keine Zerstörungen auf dem Friedhof gegeben zu haben.[16] Der Friedhof wird heute noch belegt, und so fanden 1986, 2010 und zuletzt 2024 Bestattungen statt.[17]

Es gibt keine Quellen aus der Erbauungszeit der Synagoge. Vielmehr kann aus späteren Zeitungsberichten, die jeweils zum 60- und 100-jährigen Bestehen erschienen sind, gefolgert werden, dass die Synagoge wohl im Jahre 1830 oder 1831 eingeweiht wurde.[18] Sie stand im Hinterhof der Hauptstraße 29 und somit ca. 250 m nordöstlich der heute noch erhaltenen alten Mikwe.[19] 1900 wurde diese Lage durch die Erbauung des neuen Rathauses und der Gemeinde-Apotheke in direkter Nachbarschaft zum neuen Ortszentrum.[20]

Der Zugang zur Synagoge erfolgte über einen nördlich des Gebäudes Hauptstraße 29 führenden Weg zum in etwa 15 m x 12 m großen trapezartigen Grundstück der jüdischen Gemeinde. Auf diesem war nicht nur die Synagoge zu finden. An der südöstlichen Ecke des Grundstücks stand die neue Mikwe. Diese besaß eine Größe von 4,11 m x 4,18 m und war ein massiver verputzter Ziegelsteinbau mit einer Mauerstärke von 45 cm, der mit Schiefer gedeckt war.[21] Weiteres ist über diese Mikwe nicht bekannt. Die angewandte Technik und Baumaterial waren identisch zu jenen der Synagoge, weswegen davon ausgegangen werden kann, dass die Mikwe zeitgleich erbaut wurde.[22]

Die Synagoge selbst war ein 11,40 m langes und 7,20 m breites, leicht rhomboides Gebäude, welches nach Osten ausgerichtet war.[23] Es stand frei in der nordöstlichen Ecke des Grundstücks der jüdischen Gemeinde, so dass nur ein geringer Abstand zu Gebäuden nördlich und südlich gewährleistet wurde, dagegen aber eine ausreichend große Hoffreifläche vor der westlichen Fassade gegeben war. Das Gebäude war 5,50 m hoch, womit es trotz seiner Lage im Hinterhof von der Ecke Hauptstraße-Rathausstraße, vor allem aber von der Rathausstraße gut sichtbar war, da direkt südlich des später ergänzten Schulhauses und der Mikwe das Grundstück der späteren Gemeindeapotheke

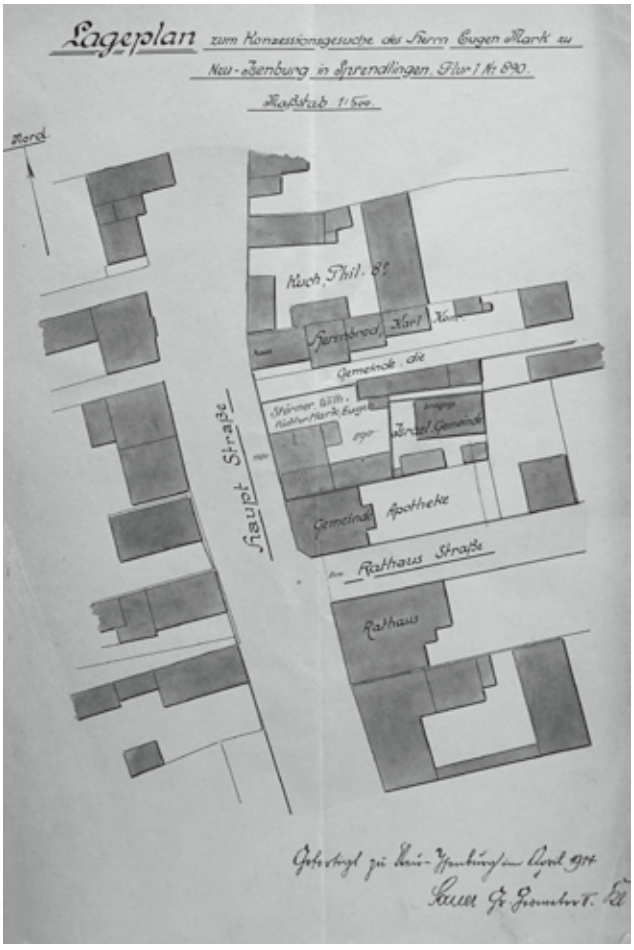


Abb. 2: Messbrief aus dem Jahr 1914 mit Lage der Sprendlinger Synagoge. Stadtarchiv Dreieich.

nicht bebaut war. So wurde sichergestellt, dass die Synagoge trotz ihrer „versteckten“ Lage visuell sehr markant und für den kleinen Ort ein durchaus monumentales Bauwerk war.

Abb. 3: Eingangsbereich der Sprendlinger Synagoge, ca. 1929/30. Privatarchiv Wilhelm Schäfer.

Die Synagoge war auch im Erscheinungsbild klar auf diese Sichtbarkeit hin konzipiert. Es sind zwar nur Fotografien der Westfassade bekannt, diese zeigen aber eine die gesamte Breite einnehmende Portalanlage: Über fünf Stufen sind zwei seitliche Tore und ein mittiger, durch ein Gitter abschließbarer Vorraum erreichbar.[24] Alle drei Öffnungen bilden, jeweils auf Kämpfern ruhend, Fenster umrahmende Hufeisenbögen aus. Eine Rekonstruktionsskizze des Gebäudes zeigt die darüber liegende Wandfläche nur durch einen großen Davidstern im durch das Satteldach ausgebildeten Tympanum verziert.[25]

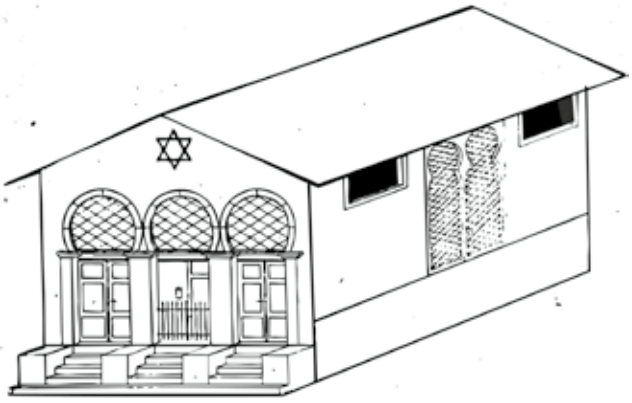


Abb. 4: Rekonstruktionsskizze der Sprendlinger Synagoge, erstellt vom Verein für Heimatkunde Freunde Sprendlingens.

Darüber hinaus existiert nur eine Luftaufnahme in schlechter Qualität, die rechts hinter dem später gebauten Rathaus einen Teil der Südfassade der Synagoge klar erkennen lässt.[26] Darauf ist mittig ein gekuppeltes langgezogenes Fenster – ob zwei oder dreiteilig ist nicht eindeutig – zu sehen. Östlich davon findet sich das obere Viertel der Wandfläche einnehmend eine weitere querrechteckige Öffnung. Die schon erwähnte Rekonstruktionsskizze suggeriert, dass auch im Westen solch eine Öffnung bestand und zudem das gekuppelte Fenster – hier zweiteilig – über einem Sockel ansetzte und wie an der Westfassade Hufeisenbögen ausbildete.

Diese Außenerscheinung ist insofern bemerkenswert, als sie auf die Sichtbarkeit von der Ferne und über niedrigen Gebäuden hinweg angelegt ist, während die einzige Verzierung durch die Ausformung der oben gelegenen Teile der Fenster erfolgt. Vor allem ist das Vorhandensein von Hufeisenbögen bei einer Synagoge von 1830/31 überaus außergewöhnlich, zumal es sich hier nicht um ein Gebäude mit Front zur Straße handelt. Hufeisenbögen waren visuelle Markierungen, die einerseits einen Verweis auf die vermeintliche Herkunft der Jüdinnen und Juden aus dem „Orient“ sowie andererseits eine selbstbewusste Aneignung eines sephar-

dischen Ideals als Verweis auf eine „Goldene Ära“ jüdischen Lebens im mittelalterlichen Spanien darstellten.[27] Solche orientalisierenden Elemente finden sich, noch bevor sie Mitte des 19. Jahrhunderts zur gängigen Mode wurden, erstmals genau zeitgleich zum Beispiel in der von 1830 bis 1832 von Friedrich von Gärtner erbauten Synagoge in Ingenheim in der Pfalz. Zudem wird diese Mode in der Folgezeit vor allem durch reformierte Gemeinden vorangetrieben. Wenn nun in Sprendlingen so ein früher Vertreter orientalisierender Synagogen stand, dann wundert es, dass dieser Umstand in keinen zeitgenössischen Quellen Erwähnung fand. Es ist aber auch denkbar, dass die hufeisenförmigen Fenster auf eine spätere Ergänzung im Zuge einer Renovierung der Synagoge, zum Beispiel zum 60-jährigen Bestehen, zurückzuführen sind.[28]

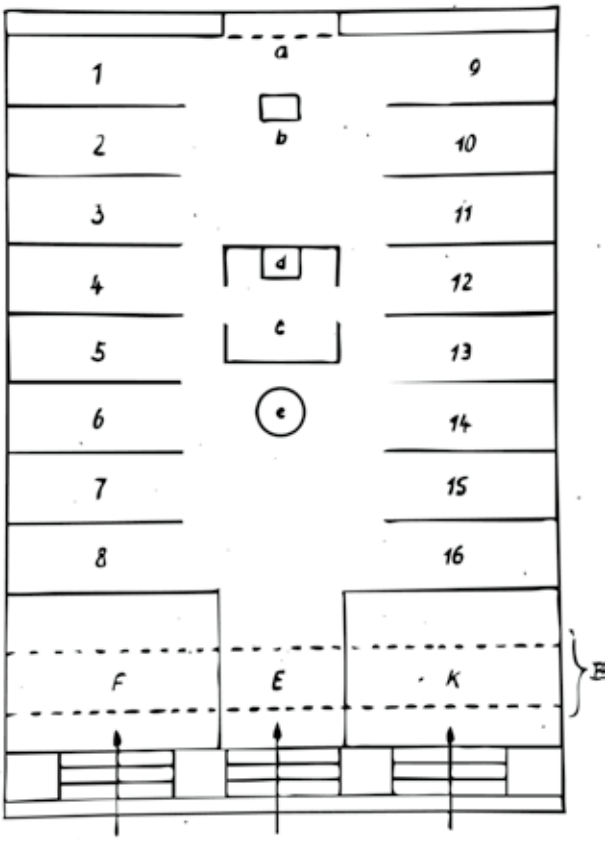


Abb. 5: Innenraumskizze der Sprendlinger Synagoge, erstellt vom Verein für Heimatkunde Freunde Sprendlingens, mit Haupteingang (E), Eingang zur Frauen-Empore (F), *Aron ha-Kodesch* (a), *Bima* (c) und Ofen (e). Freunde Sprendlingens, Verein für Heimatkunde e. V.

Wie schon das Äußere der Synagoge zu erkennen gibt, sind alle Zugänge zum Innenraum von Westen betretbar. Das rechte Tor führte in eine Kammer, das linke über eine Treppe auf die Frauengalerie, beide konnten auch über den mittigen Vorraum betreten werden. Dieser besaß zudem an der südlichen Wand ein Waschbecken. Geradeaus nach Osten lag schließlich der Eingang für die Männer zum Hauptraum der Synagoge.[29] Die Frauenempore befand sich direkt über den Vorräumen und wurde durch eine massive Wand gestützt. Sie bot 21 Frauen Platz. Das Erdgeschoss hatte insgesamt 44 Plätze, laut den Aufzeichnungen in der Akte der JRSO (Jewish Restitution Successor Organization) 36 für Männer und 8 ganz im Osten für Kinder. Die Sitzbänke aus angeblich mittelmäßigem Material befanden sich zu beiden Seiten eines etwa 1,30 m breiten Mittelganges, der in der Mitte einen Ofen besaß. Der Toraschrank mit der ewigen Lampe befand sich ganz im Osten. Davor war der *Almemor*. In den Zeug:innenaussagen in der JRSO-Akte bleibt unklar, ob er sich wie in einer reformierten Gemeinde direkt im Osten befand oder in traditioneller Weise leicht Richtung Raummitte versetzt war.[30] Jedenfalls dürfte der Betraum durch die großen, südlich ausgerichteten Fenster lichtdurchflutet gewesen sein.

Abb. 6: Toravorhang aus der Sprendlinger Synagoge. Freunde Sprendlingens, Verein für Heimatkunde e. V.

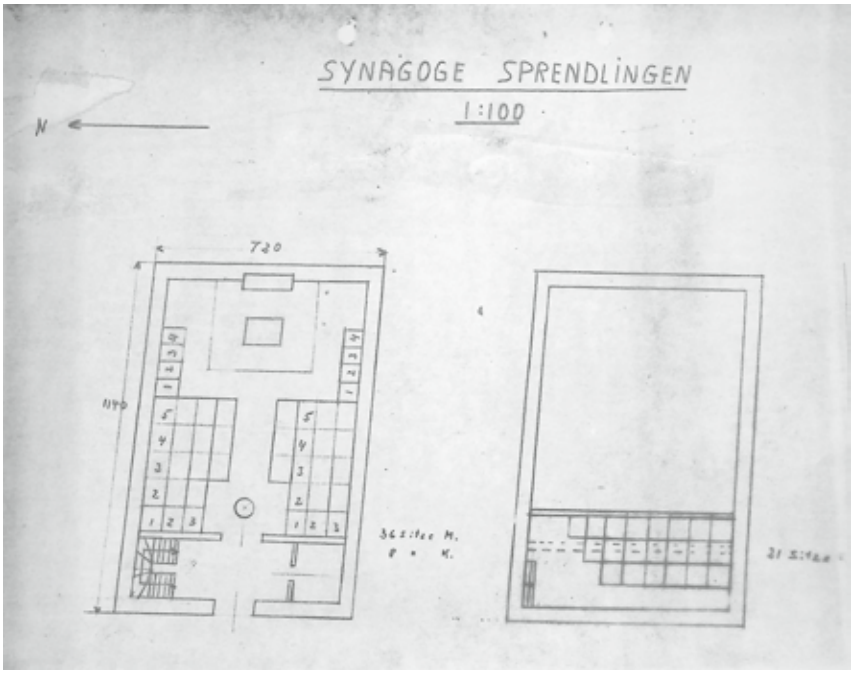


Abb. 7: Schematische Darstellung des Innenraums aus den JRSO-Akten, die leicht von der später angefertigten Skizze abweicht. Central Archives for the History of the Jewish People.

Vom Innenraum der Sprendlinger Synagoge ist ein wertvolles Ausstattungsstück erst 2019 wieder aufgetaucht.[31] Es handelt sich um den 1931 zum 100-jährigen Jubiläum der Synagoge von der Frauengemeinde gespendeten und von einer Firma Grünbaum in Kassel hergestellten Toravorhang. Dieser hat eine Größe von 1,95 m x 1,14 m, welche gut die zwar nicht gedrängten, aber dennoch bescheidenen Ausmaße der Synagoge widerspiegelt. Der Vorhang hat einen Unterstoff aus Baumwolle und einen Oberstoff aus grünblauem Seidensamt mit Applikationen aus Schriftzügen, Symbolen und Ornamenten in Rot, Silber und Cremefarbe. Viele Teile waren auch ursprünglich vergoldet. Die Ikonografie ist nicht untypisch für einen Toravorhang: Es sind mittig oben zwei eine Krone haltende Löwen über einem kleinen Davidstern und der Stiftungsinschrift zu sehen. Unter dem Schriftzug kann eine *Menora* erkannt werden. Zu beiden Seiten sind in langen Randabschnitten die Zehn Gebote dargestellt.

Im Laufe des späten 19. Jahrhunderts wurde schließlich an der südwestlichen Ecke des Grundstücks der jüdischen Gemeinde ein neues Schulgebäude erbaut.[32] Es war ein einfacher mit Ziegeln gedeckter Lehmfachwerkbau. Dieser besaß eine Länge von 8 m und eine Breite von 3,80 m. Im Westen gab es einen kleinen Vorraum mit Kleiderablage und Waschbecken. Der Hauptraum war nach Osten ausgerichtet und hatte Plätze für ca. 20–25 Kinder. Ob das Klassenzimmer jemals zu klein wurde, lässt sich nicht sagen.

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, also vor der Errichtung eines eigenen Schulgebäudes, lässt sich schon nachweisen, dass jüdischer Religionsunterricht wenigstens zeitweise erfolgte. Im Jahr 1861 wurde der israelitischen Gemeinde die Genehmigung erteilt, „dass der Saal der Gemeindeschule zu Sprendlingen zur Erteilung des israelitischen Religionsunterrichts genutzt“ werden kann.[33] Allerdings scheint die Schüler:innenzahl doch recht schwankend gewesen zu sein. „Nachdem sich durch Ermittlung an Ort und Stelle begeben, daß die Israeliten zu Sprendlingen von der ihnen […] 8. Februar 1861 ertheilten Erlaubniß zur Mitbenutzung eines der Civilgemeinde gehörigen Schulsaals schon seit dem Jahre 1862 keinen Gebrauch mehr gemacht haben“, wurde die Genehmigung wieder entzogen, da es wohl nur 12 jüdische Schulkinder in Sprendlingen gab, die teilweise noch zu klein für den Religionsunterricht waren.[34]

Durch das Vorhandensein von Synagoge, Mikwe und Schulgebäude innerhalb eines Hofes kann somit im Falle von Sprendlingen ab dem späten 19. Jahrhundert von einem Synagogenkomplex gesprochen werden.

Neu-Isenburg

Eine jüdische Bevölkerung in Neu-Isenburg lässt sich erst einigermaßen sicher ab den 1830er Jahren feststellen, da kaum Aktenbestände aus dieser Zeit erhalten sind. Lediglich eine Aufstellung der Volkszählungen, die die Verteilung der Konfessionen mit aufnahmen, weist für das Jahr 1829 sechs Juden aus.[35] Insgesamt war aber der jüdische Bevölkerungsanteil an der stark hugenottisch geprägten

Stadt relativ gering und blieb bis 1900 immer unter 0,5 Prozent. Die jüdische Bevölkerung Neu-Isenburgs orientierte sich zunächst nach Offenbach. Nach der Errichtung der Sprendlinger Synagoge ca. 1831 und der Einrichtung des jüdischen Friedhofs zur selben Zeit schloss man sich der Sprendlinger Gemeinde an. So konnte der Fußweg zum Gottesdienst für Neu-Isenburger Jüdinnen und Juden mehr als halbiert werden. Neu-Isenburg wurde aber auch selbst zu einem wichtigen Ort für die jüdische Geschichte der Region. Im Jahr 1907 initiierte Bertha Pappenheim das Heim „Isenburg“ für den Jüdischen Frauenbund.[36] Dieses Heim war für sozial entwurzelte jüdische Mädchen, für unverheiratete Schwangere und ledige Mütter mit ihren Kindern gedacht und konnte bis zur Zwangsschließung 1942 über 1.500 Frauen und Kindern Hilfe und eine Unterkunft anbieten.[37]

Erst mit der Errichtung des Heims des Jüdischen Frauenbundes 1907 an der Stadtgrenze zu Frankfurt nahm auch die jüdische Bevölkerung in Neu-Isenburg deutlich zu. Die Gründung so nah an und doch außerhalb von Frankfurt hatte höchstwahrscheinlich den Grund, die im Vergleich zum preußischen Frankfurt liberalere Gesetzeslage im Großherzogtum Hessen-Darmstadt bezüglich der Aufnahme staatenloser Personen und solcher mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit für sich nutzen zu können, da ein Großteil der Einwohner:innen des Heimes geflüchtete osteuropäische Jüdinnen und Kinder waren. Um die religiöse Infrastruktur von Sprendlingen nutzen zu können, wurde sich mit der dortigen Gemeinde assoziiert.[38] Jüdische Neu-Isenburger:innen, die über 20 Jahre alt und seit mindestens einem Vierteljahr in Neu-Isenburg wohnhaft waren, konnten zur Wahl des Gemeindevorstands registriert werden und so an der Gemeindepolitik teilnehmen.[39] Somit ist auch im offiziellen Schriftverkehr der Gemeinde spätestens ab 1919, als eine neue Wahlordnung für den Vorstand in Kraft trat, von „der Israelitischen Religionsgemeinde Sprendlingen mit Neu-Isenburg“ die Rede.[40]

Das war allerdings nicht die einzige Neuerung, vielmehr durften nun endlich alle Bürger:innen, „welche das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben“ wählen, nicht mehr nur die höchstbesteuerte Hälfte der männlichen Mitglieder der Gemeinde. An der Vorstandswahl 1919 konnten sich laut der Liste der Wahlberechtigten 55 Sprendlinger sowie 44 in Neu-Isenburg gemeldete Jüdinnen und Juden beteiligen.[41] Wie sehr das Heim wuchs, kann auch an der stetig steigenden Zahl der Wahlberechtigten abgelesen werden. Für die Vorstandswahl 1922 wurden 70 jüdische Neu-Isenburger:innen mit Wahlberechtigung identifiziert, gegenüber 58 Sprendlinger Jüdinnen und Juden.[42]

Auch wenn Sprendlingen sicherlich der religiöse Mittelpunkt der Region blieb, lässt sich doch aus Berichten von überlebenden Neu-Isenburger:innen ableiten, dass an den hohen Feiertagen in einem geeigneten Raum des Mädchenheimes auch eigenständige Gottesdienste abgehalten wurden.[43] Zu diesen Festen hat Bertha Pappenheim dann die Neu-Isenburger Jüdinnen und Juden eingeladen.[44]

Abb. 8: Kinder aus dem Haus II des Heims des Jüdischen Frauenbunds Neu Isenburg, 1937. Leo Baeck Institute New York.

Abb. 9: Das Haus IV (Kinderhaus) des Heims des Jüdischen Frauenbunds Neu Isenburg, undatierte Aufnahme. Leo Baeck Institute New York.

Jahrhundertwende

Um die Jahrhundertwende führte der Wandel des Rhein-Main-Gebietes hin zu einem Industriezentrum zu stetig steigenden Einwohner:innenzahlen auch in den Dreieichgemeinden (Buchschlag, Dreieichenhain, Götzenhain, Offenthal und Sprendlingen). Frankfurt als eines der wichtigsten urbanen Zentren im Deutschen Reich bot auf vielen Gebieten Arbeitsplätze, und so entwickelte sich das Einzugsgebiet zu Arbeiterwohnorten, deren Bewohner:innen größtenteils in die Großstadt pendelten. Dies trifft auch auf Sprendlingen und Neu-Isenburg zu. Beide Orte liegen an der bereits 1848 in Betrieb genommenen Main-Neckar-Bahn; Neu-Isenburg hatte seit 1852 einen Bahnhof, Sprendlingen seit 1876.[45] Ein Teil der Einwohner:innen war aber auch in den kleinen und mittleren Betrieben vor Ort tätig oder sorgte für das nötige lokale Angebot an Geschäften und Dienstleistungen. Gegen Ende der Weimarer Republik können 15 Geschäfte jüdischer Eigentümer:innen ausgemacht werden,[46] und die übrigen jüdischen Erwerbstätigen werden sich höchstwahrscheinlich ebenfalls als kleine Kaufleute und Handwerker ihren Lebensunterhalt verdient haben.

Die Jüdinnen und Juden Sprendlingens wurden offenbar als Teil der Dorfgesellschaft angesehen. Als ein Teil der Familie Goldschmidt Mitte des 19. Jahrhunderts nach Amerika übersiedelte, bedankte sich Arthur Goldschmidt, der das elterliche Geschäft in Sprendlingen fortführte, in einer Annonce bei der „ungeheuren Menschenmasse[,] die sich am Abend vor dem Weggehen meiner geliebten Angehörigen vor und in meinem Elternhause versammelt hatten […]“.[47] In derselben Annonce dankte er auch den beiden Sprendlinger Gesangsvereinen Teutonia und Eintracht, die ebenfalls beim Abschied anwesend waren. Erika Strauss, die Tochter von Gustav Strauss und seiner Frau Martha, war bis zu ihrem Ausschluss Mitglied in der Turngemeinde.[48] Ihr Vater, ein Schuhmacher in Sprendlingen, diente vier Jahre im Ersten Weltkrieg und wurde nach dem Novemberpogrom für mehrere Wochen in Buchenwald inhaftiert. 1942 wurde er über Darmstadt deportiert und ist höchstwahrscheinlich in Treblinka ermordet worden.[49]

Auch Julius Pappenheimer diente im Ersten Weltkrieg und wurde mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet, er war leidenschaftlicher Fußballspieler und Mitglied im Fußballverein 06 in Sprendlingen.[50] Nach seinem Wegzug nach Frankfurt 1937 wurde er am 11. Juni 1942 nach Sobibor deportiert und wahrscheinlich auch dort ermordet.[51] Solche Beispiele von einstmalig friedlichem und einträchtigem Zusammenleben und dem jähen Ende dieser Nachbarschaften gab es vielfach in der Sprendlinger Ortsgemeinschaft.

Nach 1933

Die NSDAP und ihre Nebenorganisationen hatten es durchaus schwer, in Sprendlingen Fuß zu fassen und Mitglieder zu akquirieren.[52] Das zeigt das unterdurchschnittliche Abschneiden der NSDAP in Sprendlingen bei den Reichstagswahlen 1932 und 1933. Bei der Wahl im November 1932 erreichte die NSDAP 28,2 Prozent und lag damit deutlich unter ihrem Ergebnis in Hessen von 40,2 Prozent.[53] Die SPD war auch in Sprendlingen die traditionell stärkste Partei, die nun aber von der KPD bei diesen Wahlen überholt wurde.[54] Im März 1933, zwei Monate nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, konnte die NSDAP bei den Wahlen zwar auch in Sprendlingen zulegen, blieb aber mit 33,6 Prozent wieder unverkennbar unter dem deutschlandweiten Schnitt von 43,9 Prozent und ihrem Ergebnis in Hessen von 47,4 Prozent. Die SPD (31,1 Prozent) konnte gegenüber der Kommunistischen Partei (28,1 Prozent) wieder leicht zu legen, aber nicht mehr stärkste Kraft werden. Nichtsdestotrotz war die NSDAP weit von einer eigenen Mehrheit entfernt.

Die Exkludierung der jüdischen Bevölkerung war aber in Sprendlingen genauso zu spüren wie im übrigen Deutschen Reich. Die unterschiedlichen Aktionen der SA wie der Boykott von Geschäften jüdischer Inhaber:innen im April 1933 wurden zwar nicht mit großer Begeisterung begleitet. Aber durch die Passivität der einstmals freundschaftlich verbundenen Nachbar:innen wurde deutlich und für Jüdinnen und

Juden spürbar, dass sie wenig Schutz zu erwarten hatten und ein Zusammenleben kaum mehr möglich war. Lebten 1933 noch 174 jüdische Bürger:innen in Sprendlingen, waren es 1935 nur noch 83. Viele Familien emigrierten in die USA oder konnten sich in anderen Ländern in Sicherheit bringen.[55]

Jüdinnen und Juden, die in Sprendlingen blieben, weil sie nicht emigrieren konnten oder wollten, wurde sukzessive die Lebensgrundlage entzogen. Durch Berufsverbote, erzwungene Verkäufe ihres Eigentums, Kündigung der Mietwohnungen bei sogenannten Arier:innen, Zwangsumzüge und ständige Einschüchterungen wurde eine Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verunmöglicht. Dennoch versuchten die in Sprendlingen gebliebenen Jüdinnen und Juden durch selbst organisierte Veranstaltungen wenigstens ein Stück Normalität zu schaffen. Zwar durften lediglich unpolitische Vorstellungen abgehalten werden, aber auch diese bildeten einen wichtigen Bestandteil des Zusammenhalts und der Selbstvergewisserung innerhalb der jüdischen Gemeinde. Im Jahr 1935 wurde beispielsweise der Ortspolizeibehörde noch eine Veranstaltung zum Maimonides-Jubiläumsjahr angezeigt. Es sprach hier Dr. Philipp aus Frankfurt „über das religiöse Thema: Die Gestalt des Maimonides“.[56]

Der Befehl an die SA-Brigade 50 (Starkenburg) zur Sprengung bzw. Zerstörung aller Synagogen in ihrem Gebiet während der Reichspogromnacht galt auch für Sprendlingen.[57] Am Morgen des 10. Novembers 1938 bekam SA-Hauptsturmführer Karl Johan Stroh in Sprendlingen telefonisch den Befehl übermittelt. Auch NSDAP-Ortsgruppenleiter Johann Schäfer war informiert und – nach der Aussage Strohs im Nachkriegsprozess – vor Ort.[58] Im Detail lässt sich der Ablauf nicht mehr aufklären, da die Prozessakten viele Widersprüche enthalten und der Angeklagte Stroh wahrscheinlich auch versuchte, zumindest einen Teil der Schuld auf den inzwischen verstorbenen Johann Schäfer zu lenken. Unzweifelhaft ist, dass ein weiterer SA-Mann Benzin besorgte und höchstwahrscheinlich Stroh die Bänke in der Synagoge mit einer Axt klein schlug, anschließend mit Benzin übergoss und anzündete.[59] Die Synagoge wurde vollständig zerstört. Mehr ist über die Brandstiftung in Sprendlingen aus den Quellen nicht zu erfahren. Eine Aktennotiz in den Restitutionsakten legt aber anhand einer Zeugenaussage nahe, dass auch das Schulhaus und die Mikwe „in starkem Masse verwüstet und ausgeplündert worden“ waren.[60]

Das Grundstück mit den Gebäuderesten ging an die politische Gemeinde Sprendlingen über, wobei der Kaufpreis von 200 RM nicht gezahlt wurde, sondern mit den Kosten für die Schuttbeseitigung verrechnet wurde.[61] Es scheint so, dass trotz vieler interessierter Grundstücksnachbarn und einer nahezu sofort veranlassten Grundstücksteilung die Genehmigung des eigentlichen Verkaufs an die Interessenten durch den Kreiswirtschaftsberater der NSDAP einige Zeit in Anspruch nahm.[62]

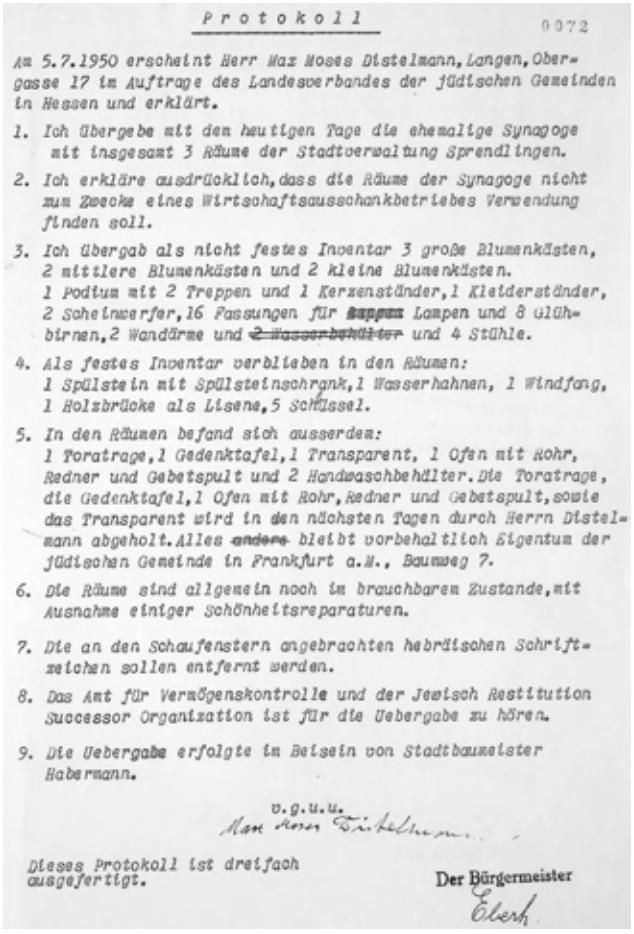
Mit der Auflösung der Sprendlinger Gemeinde und der Zerstörung der Synagoge 1938 verloren auch die Neu-Isenburger Jüdinnen und Juden ihren Platz für den gemeinsamen Gottesdienst. In der Reichspogromnacht wurde aber auch das Heim selbst angegriffen. Das Wirtschaftsgebäude, Haus 1, wurde in Brand gesetzt und vollständig zerstört, in weiteren Gebäuden wurden die Fenster eingeschlagen.[63] Trotz dieser Angriffe und Zerstörungen konnte das Heim seine Arbeit noch eine Zeit lang fortführen und Frauen und Kindern ein Zuhause bieten. Anfang 1942 wurde in Vorbereitung auf die geplanten Deportationen damit begonnen, die verbleibenden Kinder zwangsweise an andere Wohlfahrtseinrichtungen, meist am Wohnort der Mutter, zu überstellen und die Einrichtung in Neu-Isenburg zu schließen.[64]

Abb. 10: Brandruine des im Novemberpogrom 1938 zerstörten Haus I des Heims des Jüdischen Frauenbunds Neu Isenburg. Stadtarchiv Neu-Isenburg.

Für einige im Nationalsozialismus ermordeten und vertriebenen Neu-Isenburger:innen wurden zwischen 2009 und 2011 Stolpersteine verlegt. Auch für die etwa 250 Frauen und Kinder aus dem Heim „Isenburg“, die meist über ihre Herkunftsorte deportiert wurden, ist eine Stolperschwelle verlegt worden.[65]

Nach 1945

Im Haus eines der Brüder von Julius Pappenheimer, Emanuel, in der Hauptstraße wurde nach dem Zweiten



Protokoll 0072

Am 5.7.1950 erscheint Herr Max Moses Distelmann, Langen, Obergasse 17 im Auftrage des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Hessen und erklärt.

1. Ich übergebe mit dem heutigen Tage die ehemalige Synagoge mit insgesamt 3 Räume der Stadtverwaltung Sprendlingen.
2. Ich erkläre ausdrücklich, dass die Räume der Synagoge nicht zum Zwecke eines Wirtschaftsausschankbetriebes Verwendung finden soll.
3. Ich übergab als nicht festes Inventar 3 große Blumenkästen, 2 mittlere Blumenkästen und 2 kleine Blumenkästen. 1 Podium mit 2 Treppen und 1 Kerzenständer, 1 Kleiderständer, 2 Scheinwerfer, 16 Fassungen für [illegible] Lampen und 8 Glühbirnen, 2 Wandärme und ~~2 Wasserbehälter~~ und 4 Stühle.
4. Als festes Inventar verblieben in den Räumen: 1 Spülstein mit Spülsteinschrank, 1 Wasserhahnen, 1 Windfang, 1 Holzbrücke als Lisene, 5 Schüssel.
5. In den Räumen befand sich ausserdem: 1 Toratrage, 1 Gedenktafel, 1 Transparent, 1 Ofen mit Rohr, Redner und Gebetspult und 2 Handwaschbehälter. Die Toratrage, die Gedenktafel, 1 Ofen mit Rohr, Redner und Gebetspult, sowie das Transparent wird in den nächsten Tagen durch Herrn Distelmann abgeholt. Alles ~~andere~~ bleibt vorbehaltlich Eigentum der jüdischen Gemeinde in Frankfurt a.M., Baumweg 7.
6. Die Räume sind allgemein noch in brauchbarem Zustande, mit Ausnahme einiger Schönheitsreparaturen.
7. Die an den Schaufenstern angebrachten hebräischen Schriftzeichen sollen entfernt werden.
8. Das Amt für Vermögenskontrolle und der Jewish Restitution Successor Organization ist für die Uebergabe zu hören.
9. Die Uebergabe erfolgte im Beisein von Stadtbaumeister Habermann.

v.g.u.u.

Dieses Protokoll ist dreifach ausgefertigt.

Der Bürgermeister
Ebert

Abb. 11: Protokoll der Übergabe der Synagoge an die politische Gemeinde Sprendlingen vom Juli 1950. Stadtarchiv Dreieich.

Weltkrieg zeitweise eine Synagoge eingerichtet. Jüdinnen und Juden, die nach dem Krieg nach Sprendlingen oder nach Langen kamen, gründeten 1946 eine jüdische Gemeinde Sprendlingen-Langen. Auf einer Liste, die der „Erfassung der in Großhessen lebenden Juden“ diente, werden 26 Jüdinnen und Juden in Sprendlingen gelistet.[66] Während die meisten Jüdinnen und Juden osteuropäische *Displaced Persons* mit einem Wohnsitz bzw. Geburtsort im ehemaligen Deutschen Reich waren, die wahrscheinlich bei der „Polenaktion“ 1938 ausgewiesen worden waren, wurde Wilhelm Kahn aus Theresienstadt befreit und kehrte in seinen Heimatort Langen zurück. Auf ihn geht wohl auch die Initiative zurück, eine Gemeinde zu gründen. [67]

Das Haus, in dem der Gebetsraum und zwei Büroräume für die Gemeinde eingerichtet wurden, unterstand der Finanzverwaltung Langen. Von städtischer Seite wurde die Synagogengemeinde zwar unterstützt, aber lediglich als einmalige Hilfeleistung. Die beiden politischen Gemeinden Langen und Sprendlingen teilten sich dabei die Kosten für die Instandsetzung des Gebäudes.

> Die Vorderfront wurde neu geputzt, Türen, Fenster und Läden repariert, resp. erneuert, die elektrische Anlage wieder betriebsfertig hergerichtet, die Decken aufgerieben und gestrichen, sowie die Fussböden mit Oelfarbe behandelt. Noch auszuführen sind die Umdeckung des Daches, Herstellung der Entwässerungsleitung mit Sickerschacht, sowie die Anlage einer Abortanlage für Frauen und Männer, in der nicht mehr benötigten Scheune, sowie einige kleine unvorhergesehene Arbeiten.[68]

Auch unterstützte die evangelisch-lutherische Kirche in Sprendlingen die neue jüdische Gemeinde durch die leihweise Überlassung von Stühlen. Nach und nach verließen die Gemeindemitglieder jedoch Sprendlingen wieder. Letztlich wurde die Gemeinde im Auftrag des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Hessen am 5. Juli 1950 aufgelöst.[69] Auch Wilhelm Kahn war zu diesem Zeitpunkt bereits in die USA ausgewandert. Das Gebäude wurde an die politische Gemeinde in Sprendlingen übergeben, und die Ritualgegenstände wurden an die Frankfurter Gemeinde abgegeben.

1979 wurde eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Synagoge und die jüdische Gemeinde am Rathaus angebracht. Die ersten zwei Stolpersteine für den ehemaligen Religionslehrer Leopold Kaufmann und seine Frau Hilda wurden 2015 verlegt. Die Initiative Sprendlinger Stolpersteine gründete sich 2024 und plant für 2025 die Verlegung von 18 weiteren Stolpersteinen in Sprendlingen.[70]

Fani Gargova / Tilmann Gempp-Friedrich

Sprendlingen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/121

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Sprendlingen

1830	55 Personen
1861	106 Personen
1890	89 Personen
1905	77 Personen
1932/33	174 Personen
31. Dezember 1942	ca. 130 Personen
1935	83 Personen

Zahlen nach: Sprendlingen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14134, letzter Zugriff 28. April 2025 (1830, 1861, 1890, 1905); JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 274 (1932/33, 1932); StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_1_1_14 (1935).

Neu-Isenburg

1828	6 Personen
1871	17 Personen
1900	40 Personen
1910	73 Personen
1925	152 Personen

Zahlen nach: Neu-Isenburg, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14129, letzter Zugriff 28. April 2025.

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Baumbusch, Arno, Die Sprendlinger Juden, o. O. 1983.

Decker, Klaus Peter, Juden in Offenbach unter isenburgischer Herrschaft in der frühen Neuzeit, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 5–98.

Fogel, Heidi, 500 Jahre jüdisches Leben in der Dreieichregion von 1421 bis zum Novemberpogrom 1938, Neu-Isenburg 1997.

Fogel, Heidi, Nationalsozialismus in der Dreieich. Aufstieg und Herrschaft der NSDAP im heterogen strukturierten Lebens- und Erfahrungsraum des südlichen Frankfurter Umlandes, Darmstadt 1991.

Fogel, Heidi/Hannes Ziller/Christa Ziller, Stolpersteine gegen das Vergessen in Neu-Isenburg, Neu-Isenburg 2021.

Heubach, Helga, Das Heim des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg 1907 bis 1942, Neu-Isenburg 1986.

Konz, Britta, Bertha Pappenheim (1859–1936). Ein Leben für jüdische Tradition und weibliche Emanzipation, Frankfurt a. M. 2005.

Rebentisch, Dieter, Dreieich, zwischen Parteipolitik und „Volksgemeinschaft“. Fünf Gemeinden in Dokumenten aus der Weimarer Republik und der NS-Zeit, Frankfurt a. M. 1984.

Runkel, Heinrich, Fragen und Antworten zur Heimat, Dreieich 1984.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)

– JRSO-Hes: Nr. 121; 125
– D-PH: Nr. 879; Nr. 880

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)

– H13 Darmstadt: Nr. 914; Nr. 967

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)

– Slg. Arnsberg: Nr. 274

Leo Baeck Institute New York (LBI)

– AR 331

Privatarchiv Wilhelm Schäfer (PA Schäfer)

– Unverzeichnete Akten

Stadtarchiv Dreieich (StadtA Dreieich)

– Bst. Sprendlingen: XIII_1_1_8; XIII_1_1_9; XIII_1_1_14; XIII_2_2_1; XIII_3_2_6; XIII_3_2_7; XIII_3_2_8; XIII_4_2_9; XXIII_5_2_7

Stadtarchiv Neu-Isenburg (StadtA Neu-Isenburg)

– C_2_2_Statistik_Miszellen
– NI_F_2_2_Nr_24_Kinderheim_Haus_I_Bld_4

Anmerkungen

1 Sprendlingen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/121, letzter Zugriff 20. November 2024.

2 Fogel, 500 Jahre Jüdisches Leben, S. 8.

3 Decker, Juden in Offenbach, S. 15.

4 Altaras, Synagogen, S. 364. Die Anlage wurde 1990 vom IBD Freies Institut für Bauforschung und Dokumentation unter der Leitung von Elmar Altwasser untersucht. Die Beschreibung und Einordnung des Gebäudes in sämtlicher Literatur bezieht sich auf deren Gutachten, welches in Altaras, Synagogen, S. 364–365, ausschnitthaft wortgetreu wiedergegeben wurde. Im Video Juden in Sprendlingen. Mikwe, Synagoge und Jüdischer Friedhof, youtu.be/ojYq3AV_XOo?si=SDQEUk-9Ke9F2Ked7, letzter Zugriff 3. Januar 2025, erzählt ein Mitglied des Heimatvereins Freunde Sprendlingens, wie der Verein auf die Mikwe aufmerksam geworden ist und diese anschließend ausgraben konnte.

5 Laut der Webseite der Freunde Sprendlingens soll in derselben Hellgasse unter der Nummer 6 ein nur 10 Meter entfernt gelegenes Gebäude ein ehemaliges „Judenhaus“ sein, da dort angeblich eine hebräische Inschrift unter dem neuen Windfang zu finden sei, siehe: www.freunde-sprendlingens.de/geb%C3%A4ude-und-objekte/denkmalschutz/ letzter Zugriff 24. Juni 2024. Dies kann vom Landesamt für Denkmalpflege nicht bestätigt werden. Laut dessen Datenbank der Kulturdenkmäler in Hessen lautet die Inschrift „Baut mich Ioh(ann) Henrich Elsinger / 1772“ und hat somit keinen Bezug zur jüdischen Bevölkerung, siehe Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/41907, letzter Zugriff 24. Juni 2024.

6 Siehe Isometrie in: Altaras, Synagogen, S. 364, ebenso Grundriss und Querschnitt in Runkel, Fragen und Antworten, S. 35. Auch wiedergegeben in der Datenbank der Kulturdenkmäler in Hessen, siehe denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/41907 letzter Zugriff 24. Juni 2024.

7 Runkel, Fragen und Antworten, S. 35.

8 Der Zustand, der in den Fotos CAHJP, D-PH-879 und D-PH-880 wiedergegeben wird, zeigt klar, dass die Stufen bis zum Ansatz des Zugangstonnengewölbes eine Zementoberfläche haben und somit in dieser Form nachträglich sind. Über den Zustand des Zuganges bei Freilegung siehe Runkel, Fragen und Antworten, S. 36–37.

9 Altaras, Synagogen, S. 364.

10 Altaras, Synagogen, S. 364–365. Es ist allerdings nicht eindeutig klar, ob die Nutzung weiterhin als rituelles Tauchbad oder lediglich als Brunnen erfolgte.

11 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 274.

12 Sprendlingen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/sprendlingen_of_synagoge.htm, letzter Zugriff 20. November 2024; Baumbusch, Die Sprendlinger Juden.

13 Vorher wurde in Bürgel bestattet. Siehe den Artikel zu Bürgel.

14 Fogel, 500 Jahre Jüdisches Leben, S. 14; Decker, Juden in Offenbach, S. 50.

15 Erstes Grab, siehe: Baumbusch, Die Sprendlinger Juden, S. 143.

16 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_2_2_1.

17 www.freunde-sprendlingens.de/sprendlinger-juden/j%C3%BCdischer-friedhof/, letzter Zugriff 24. Juni 2024.

18 Siehe Anzeige im Langener Wochenblatt, 6. September 1890, und Vermischtes, in: Der Israelit, Nr. 37, 10. September 1931, S. 14. In den

Berichten in CAHJP, JRSO-Hes-125, wird das Baujahr von Synagoge und Mikwe von einem Angestellten des Sprendlinger Bauamtes mit ca. 1888 angegeben, ohne allerdings weitere Nachweise dafür zu bringen.
19 Die offizielle Adresse der Synagoge war Hauptstraße 31 bzw. Flur 1 Nummer 891, siehe CAHJP, JRSO-Hes-125.
20 Kulturdenkmäler in Hessen, denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/41899, letzter Zugriff 24. Juni 2024.
21 CAHJP, JRSO-Hes-125.
22 Es gibt auch Berichte, die angeben, dass Synagoge und Mikwe im Verband standen, siehe CAHJP, JRSO-Hes-125. Dies kann allerdings durch keinen der erhaltenen Lage- und Messpläne bestätigt werden, siehe PA Schäfer und StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_7
23 Alle Maß- und Lageangaben sind CAHJP, JRSO-Hes-125; PA Schäfer und StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_7 entnommen.
24 PA Schäfer.
25 Die Rekonstruktionsskizze wurde für die Ausstellung „Juden in Sprendlingen“ angefertigt, welche 2019 im Rathaus in Dreieich zu sehen war. PA Schäfer.
26 PA Schäfer.
27 Vgl. Gargova 2024, S. 125–129.
28 Anzeige im Langener Wochenblatt, 6. September 1890. Auch die Einweihung einer neuen Torarolle im Jahr 1847 könnte so ein Anlass gewesen sein. Der kurze Bericht in der *Großherzoglichen Hessischen Zeitung* vom 30. Oktober 1847 erwähnt allerdings keine Renovierungsarbeiten.
29 Alle Angaben zum Innenraum der Synagoge sind auch durch die ehemalige Reinigungskraft der Synagoge bestätigt worden, siehe CAHJP, JRSO-Hes-125.
30 Tatsächlich geben die zwei Rekonstruktionsskizzen der JRSO und die für die Ausstellung „Juden in Sprendlingen“ den Innenraum unterschiedlich an. Siehe CAHJP, JRSO-Hes-125; PA Schäfer.
31 Zum Vorhang, vor allem wie er nach Dreieich-Sprendlingen zurückkam, siehe Wilhelm Ott, Der Sprendlinger Toraschrein-Vorhang, in: Steine in der Dreieich 2019–2021, www.steine-in-der-dreieich.de/Thoraschrein-Vorhang.html, letzter Zugriff 13. Juli 2024. 2021 wurde eine spezielle Vitrine für das Stück im Untergeschoss der Dreieicher Stadtbücherei installiert, wo es auch im Frühjahr 2024 noch zu sehen war.
32 In den Jahren 1861–1865 wendete sich die jüdische Gemeinde noch an die politische Gemeinde mit der Bitte um Überlassung eines geeigneten Schullokals. Somit kann dies als Terminus post quem für die Erbauung des Schulgebäudes fungieren. Siehe StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_8.
33 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_4_2_9.
34 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_4_2_9.
35 StadtA Neu-Isenburg, C_2_2_Statistik_Miszellen.
36 Zu Bertha Pappenheim: Konz, Bertha Pappenheim.
37 Heubach, Das Heim.
38 Siehe auch Zentralwohlfahrtsstelle, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung, S. 388.
39 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_1_1_8.
40 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_1_1_8.
41 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_1_1_8.
42 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_1_1_9.
43 Fogel, Jüdisches Leben Dreieichregion, S. 20.
44 Heubach, Das Heim, S. 51. Es ist eher unwahrscheinlich, dass es hier zu Separatgottesdiensten gekommen ist, wie Arnsberg vermutet. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 266.
45 Neu-Isenburg, in: LAGIS Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14129, letzter Zugriff 20. November 2024; Sprendlingen, in: LAGIS Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14134, letzter Zugriff 19. November 2024.
46 Rebentisch, Dreieich, S. 237.
47 Wochenblatt für Langen und Umgebung, 21. Juli 1865.
48 Baumbusch, Die Sprendlinger Juden, S. 49.
49 Strauß, Gustav, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de978986, letzter Zugriff 20. Mai 2025.
50 Baumbusch, Die Sprendlinger Juden, S. 41.
51 Pappenheimer, Julius, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de942712, letzter Zugriff 20. Mai 2025.
52 Vgl. zu den regionalen Bedingungen in der Dreieichregion Fogel, Nationalsozialismus in Dreieich, S. 29–78.
53 Rebentisch, Dreieich, S. 87.
54 SPD 29,9 Prozent, KPD 33,8 Prozent.
55 Rebentisch, Dreieich, S. 237.
56 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_6.
57 Vgl. HStAD, H13 Darmstadt, Nr. 967.
58 HStAD, H13 Darmstadt, Nr. 914.
59 Vgl. HStAD, H13 Darmstadt, Nr. 914, zum Beispiel die eigene Aussage von Stroh, aber auch die Aussage von Karl Kother, der als untergebener SA-Mann das Benzin geholt hat.
60 CAHJP, JRSO-Hes-125.
61 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_7.
62 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_7.
63 CAHJP, JRSO-Hes-121.
64 gedenkbuch.neu-isenburg.de, letzter Zugriff 20. November 2024.
65 Fogel, Stolpersteine.
66 PA Schäfer.
67 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_3_2_8.
68 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_2_2_1.
69 StadtA Dreieich, Bst. Sprendlingen, XIII_2_2_1.
70 stolpersteine-sprendlingen.de/, letzter Zugriff 27. November 2024.

Urberach (Stadt Rödermark)

Mit Ober-Roden

Die bereits im 11. Jahrhundert erstmals urkundlich erwähnte Ortschaft Urberach, im Jahr 1275 noch in der Schreibweise „Orbruch“ verzeichnet,[1] befindet sich östlich von Langen und ungefähr 15 Kilometer südlich von Offenbach. Nach etwa einer halben Stunde Fußweg gelangt man in die nahegelegene Ortschaft Ober-Roden. Beide Gemeinden gehörten seit 1848 zum Regierungsbezirk bzw. Kreis Dieburg und kamen erst durch den Zusammenschluss zur heutigen Stadt Rödermark am 1. Januar 1977 in den Landkreis Offenbach.[2] 1425 wurde das Dorf von den Herren von Eppstein an das Kurfürstentum Mainz verkauft. Kurfürst Lothar Franz von Mainz tauschte es 1706 mit dem Grafen Philip von Isenburg-Büdingen gegen die Ortschaften Hechtsheim und Weisenau. Unter der Isenburger Herrschaft siedelten sich nachweislich dann auch die ersten Jüdinnen und Juden an, denn ab 1720 lassen sich auf Rechnungen über das Schutzgeld fünf Schutzjuden in Urberach ausmachen.[3] Wahrscheinlich handelte es sich um die Familien von Samuel Arandon, Salomon Joseph, Simon Moses, Salomon Ebertshausen und Hegem Abraham.[4]

Im 19. Jahrhundert nahm die jüdische Gemeinde in Urberach deutlich an Mitgliedern zu und stellte 1834 mit 55 Personen knapp vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Zwar nahm nach diesem Höchststand sowohl die absolute Zahl der Jüdinnen und Juden wie auch der prozentuale Anteil wieder ab, aber bis zur Jahrhundertwende kann von einer relativ stabilen Mitgliederzahl von etwas mehr als 40 Personen ausgegangen werden. Erst mit dem beginnenden 20. Jahrhundert wurde die Zahl der jüdischen Einwohner:innen Urberachs und auch Ober-Rodens immer geringer, sodass 1933 nur noch 18 Personen bzw. 6 Personen jüdischen Glaubens gemeldet waren.[5]

Die frühe Gemeinde

Um die fünf bereits erwähnten Familien entstand im 18. Jahrhundert eine immer größer werdende jüdische Gemeinschaft, die allerdings anfangs noch nicht genügend Mitglieder und wahrscheinlich auch nicht die finanziellen Mittel hatte, um auch eine eigene religiöse Infrastruktur aufzubauen. Gerade im ländlichen Raum mit kleinen jüdischen Gemeinschaften, die oftmals auch zahlenmäßig gar nicht in der Lage waren, einen eigenen *Minjan* zu bilden, wurde versucht, sich ortsübergreifend zusammenzuschließen, um den religiösen Pflichten gerecht zu werden. Im Jahre 1737 vereinbarten daher die Jüdinnen und Juden aus Urberach, Ober-Roden, Nieder-Roden, Dietzenbach, Eppertshausen und Dudenhofen eine räumliche Möglichkeit für Gottesdienste in Ober-Roden einzurichten.[6] Der daraufhin entstandene Betraum befand sich im Haus des „Juden Abraham“ in der Frankfurter Straße (früher Kirch-Gasse).[7] Hinweise auf eine Mikwe gibt es in Ober-Roden bisher keine. Zur Bestattung ihrer Toten mussten die Urberacher und Ober-Rodener Jüdinnen und Juden einen zweieinhalbstündigen Weg auf sich nehmen, um zum jüdischen Friedhof nach Dieburg zu gelangen.

Der Zusammenschluss der kleinen Ortschaften löste sich schon bald und nicht ganz konfliktfrei auf. Die jüdischen Einwohner:innen Eppertshausens richteten als erste Gemeinschaft des Verbundes einen eigenen Betraum ein und bauten in den Jahren 1790 bis 1792 eine separate Synagoge.[8] Auch in Urberach kam es um diese Zeit zu Bestrebungen, die Vereinbarung mit dem Gemeindeverbund zu beenden und zumindest einen eigenen Betraum im Ort einzurichten. Eigentlich war beschlossen und unter Strafandrohung gesetzt gewesen, dass die 1737 geschlossene Vereinbarung nur mit Zustimmung aller anderen Gemeinschaften verlassen werden darf, und so führte Ober-Roden gegen das Ausscheiden Urberachs Klage, da man die Bequemlichkeit, einen Betraum in unmittelbarer Nähe zu haben, und sicherlich auch die Mieteinnahmen für die Mitnutzung nicht so schnell aufgeben wollte. Die Klage blieb jedoch ohne Erfolg, nicht zuletzt weil in Ober-Roden inzwischen deutlich weniger Jüdinnen und Juden wohnten als in Urberach und ein eigener *Minjan* ohne Juden von außerhalb gar nicht mehr zustande kommen konnte.[9] Zwar nahm die jüdische Bevölkerung in Ober-Roden auch wieder zu, es blieb aber dabei, dass sich der religiöse Mittelpunkt des heutigen Rödermarks nach Urberach verschob und die Ober-Rodener Jüdinnen und Juden nun den Weg ins Nachbardorf auf sich nehmen mussten. Dem „Sammelfriedhof“ Dieburg blieben beide Ortschaften treu.[10]

Betraum und Synagoge

Ab 1795 hatte Urberach für seine Bewohner:innen einen eigenständigen Betraum in der Bachgasse Nummer 4, dem bekannten „Storchennesthaus“.[11] Das Haus gehörte der Familie Strauss, die dort auch ihre Metzgerei betrieb. Im Gebäude gab es einen Brunnen, ob durch diesen auch

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-040

Abb. 1: Das historische Storchennesthaus um 1880. Bearbeitetes Foto, Heimat und Geschichtsverein Urberach.

Abb. 2: Abriss des Storchennesthauses in den 1960er Jahren, Blick auf den Brunnen und in den ehemaligen Betsaal. Heimat- und Geschichtsverein Urberach.

eine (provisorische) Mikwe gespeist wurde, ist nicht mehr rekonstruierbar.[12] Das historische Haus wurde 1966 abgerissen.[13]

Erst fast 90 Jahre später und vor allem mit etwa viermal so vielen jüdischen Einwohner:innen konnten die Pläne für einen eigenen Synagogenbau umgesetzt werden. Nachdem die Planung im Jahr 1881 genehmigt wurde, konnte mit dem Bau in der Viehweidgasse 39 (der heutigen Bahnhofstraße) begonnen werden. Das damals eingeschossig und in massiver Bauweise errichtete Haus steht auf einer Grundfläche von etwas mehr als 68 qm. Das rechteckige Gebäude mit einer Länge von etwa 10,55 m und Stirnseiten von etwa 6,5 m ist etwa 2 m von der Baufluchtlinie der anderen Häuser zurückgesetzt. Somit gab es einen kleinen Vorplatz, der aber wohl nicht weiter von der Straße abgetrennt war.[14] Der Innenraum war als Hallengeschoss umgesetzt, um auch die Frauenempore integrieren zu können.[15] Die Stirnseite zur Straße hin hatte eine zentrale, mittig liegende Tür und ein Rundbogenfenster über der Tür.

Über ein paar Stufen, die den kleinen Sockel ausglichen, auf dem das Haus steht, gelangte man in das Gebäude. Der Eingang an der Westseite ging direkt in einen Vorraum, und es ist zu vermuten, dass rechts bzw. südlich die Treppe zur Frauenempore und einem möglichen, sehr kleinen Klassenraum für den Religionsunterricht abging, der sich ebenfalls auf der Empore befand. Links, also nach Norden aus dem Vorraum abgehend, könnte der Zugang zur Mikwe gewesen sein, die etwas unterhalb des Straßenniveaus über ein paar Stufen erreicht werden konnte. Gespeist wurde die Mikwe durch einen Brunnen außerhalb des Gebäudes, über eine Heizung ist nichts bekannt. Vorraum und Gebetsraum waren durch einen Vorhang oder eventuell sogar durch eine Tür voneinander getrennt. Die Nordseite der Synagoge hatte wahrscheinlich zwei hohe Rundbogenfenster, um den Raum mit Licht zu versorgen. Die Vermutung, dass es hier zwei Fensterdurchbrüche gab, äußert auch Thea Altaras.[16] Die Südseite wird ebenfalls ein Fenster gehabt haben, hier war aber zum Nachbargebäude so wenig Abstand, dass es wohl wenig Sinn ergab, zur besseren Ausleuchtung des Raumes weitere Fenster einzubauen. An der Ostseite befanden sich höchstwahrscheinlich zwei Fenster, zwischen denen der *Aron ha-Kodesch* stand. Die *Bima* wird, der orthodoxen Tradition folgend, etwas weiter in der Mitte des Raums gestanden haben. Die Gemeinde war lange Zeit orthodox orientiert, wechselte aber noch 1928, als die Gemeinde schon auf weniger als zwanzig Mitglieder geschrumpft war, das Bezirksrabbinat und trat zum liberalen Bezirksrabbinat Darmstadt I über.[17]

Das Gebäude wird als teilunterkellert beschrieben.[18] Das Dach ist ein steiles, geschweiftes Satteldach, das bis heute unverändert blieb und eine Schiefereindeckung hat. Für den Umbau in ein Wohnhaus wurde eine Geschossdecke eingezogen und der erste Stock ausgebaut. Auf der Ostseite wurde ein Balkon im ersten Stock angebaut. Die Rundbogenfenster wurden alle begradigt und die Öffnungen, auf die Geschosse angepasst, verkleinert.[19] Das Gebäude wird

Abb. 3: Das ehemalige Synagogengebäude, umgebaut zum Wohnhaus, 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

als privates Wohnhaus genutzt. Eine Gedenktafel in einem Schaufenster eines später angebauten Annex erinnert heute an die ehemalige Funktion als Synagoge.[20]
In einer Beilage des *Israelit* vom 7. September 1882 erschien ein Bericht über den Auszug aus der alten Synagoge in der Bachgasse und den feierlichen Einzug in die neugebaute Synagoge in der Viehweidgasse. „Die ungeheure Menschenmenge, die von allen Seiten aus der Umgebung herbeigeströmt war, das herrliche Wetter, das diese religiöse Weihe begünstigte und die Kräfte, welche bei der Feier mitwirkten, das Alles trug dazu bei, dem Ganzen einen glänzenden Verlauf zu geben.“[21] Beim Ausheben der Tora aus dem *Aron ha-Kodesch* stimmte der aus Darmstadt kommende Chor der israelitischen Religionsgesellschaft den passenden Gesang an und der Festzug begab sich auf den Weg „durch die beflaggten Straßen unseres Dorfes“ in die neue Synagoge. „Der Zug bot einen prächtigen und zugleich ergreifenden Anblick, der dadurch, daß auch die christliche Gemeinde an demselben sich betheiligte, ein allgemeiner Festzug wurde.“[22] Sowohl am Freitagabend wie auch am Samstagmorgen hielt der orthodoxe Darmstädter Rabbiner Dr. Lehmann Marx eine feierliche Rede und rief die Gemeinde dazu auf, „mit demselben frommen Geiste wie seither auch fernerhin das neue Gotteshaus zu betreten und in ebenso inniger Weise das Gebet zu Gott zu senden […].“[23]

Ende des 19. Jahrhunderts

Die Jüdinnen und Juden in Urberach und Ober-Roden waren, wie es für kleine „Landjudengemeinden“ die Regel war, meist nicht besonders wohlhabend. Sie verdienten ihren Lebensunterhalt in eigenen Geschäften vor Ort. So gab es auch hier jüdische Metzger:innen, Schuhhändler:innen, Bäcker:innen, Stoffhändler:innen und weitere Händler:innen, die anfänglich auch oft im „Hausierhandel“ ihre Verkaufsrouten in den umliegenden Ortschaften hatten.[24] Und ebenso typisch war es, dass meist die jüngeren Familienmitglieder die kleinen Dörfer verließen, um den geringen Verdienstmöglichkeiten zu entkommen, und entweder in nahen Großstädten oder auch im Ausland nach Arbeit suchten.

Allerdings gab es auch Ausnahmen. Die Offenbacher Firma Bloch & Hirsch konnte im Zuge der Industrialisierung und bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Anbindung an die Eisenbahnstrecken 1892 eine Filiale ihrer Hasenhaarschneiderei in Urberach und fünf Jahre später eine weitere in Ober-Roden eröffnen.[25] Der Aufschwung ging aber noch weiter, sodass im Jahre 1907 in Urberach, nordöstlich des Bahnhofs, eine neue Fabrik entstand, die 1909 die Fertigung von Hutstoffen aus Filz aufnahm. Auch der Firmensitz wurde von Offenbach hierher verlagert.[26] Die geschäftliche Blütezeit der größten Hutstofffabrik in der Region dauerte bis zum Ersten Weltkrieg, in dem etwa 2.000 Einwohner:innen zählenden Ort waren bis zu 300 Personen in der Fabrik tätig. Allerdings liefen die Geschäfte nach 1918 nicht mehr so gut, und eine Filiale nach der anderen musste geschlossen oder verkleinert werden, bis am Jahresende 1930 auch das Werk in Urberach den Betrieb einstellte.[27]

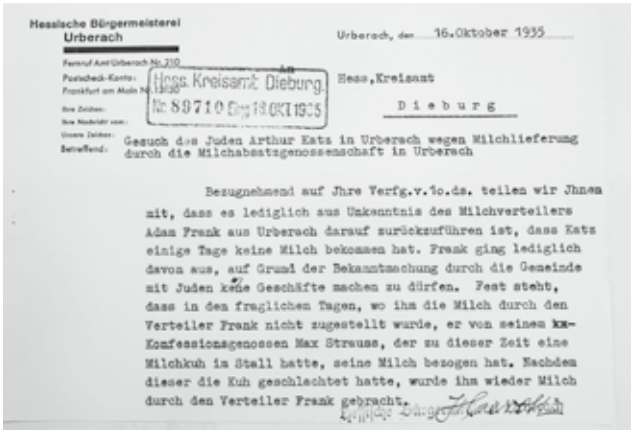
Sowohl Ober-Roden wie auch Urberach waren mehrheitlich katholisch geprägte Orte. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts zogen erstmals vereinzelt evangelische Familien zu. Eine signifikante Zunahme von Einwohner:innen evangelischen Glaubens kam dann mit dem Bau der Dreieichbahn Anfang des 20. Jahrhunderts.[28] Zum einen waren es die Eisenbahnbeamten selbst, zum anderen wurden die beiden Ortschaften durch die bessere Verkehrsinfrastruktur aufgewertet und verzeichneten einen allgemeinen Zuzug. Durch die Bahnverbindung und dem damit erfolgten Anschluss an die Main-Neckar-Bahn war es nun möglich, sowohl in die städtischen Zentren wie Frankfurt oder Offenbach zu pendeln[29] wie auch in das Industriezentrum Rüsselsheim mit den Opel-Werken oder auch in das damals noch selbständige, seit 1928 zu Frankfurt gehörende Höchst mit seinen Farbwerken.[30]

Auch wenn das Zusammenleben der Religionen vor Ort oft als problemlos beschrieben wurde, scheint es doch auch antisemitisch grundierte Straftaten und verbale Angriffe gegeben zu haben.[31] Die *Allgemeine Zeitung des Judentums* berichtete Anfang September 1890 in ihrer Beilage *Der Gemeindebote* von einem Vorfall in Ober-Roden, bei dem der „Handelsmann J. Hirschmann“ von einem Arbeiter namens Grimm „seiner Religion wegen“ beschimpft wurde. Hirschmann verbat sich in ruhigem Ton diese „Rohheiten“, wobei Grimm dann ein Messer zog und auf ihn einstach. „Ein Stich drang in die Brust und verursachte eine schwere Verletzung; der Blutverlust war bedeutend; glücklicherweise war rasch ärztliche Hilfe zur Hand. Der Attentäter hätte vielleicht sein Opfer getötet, wenn nicht ein kräftiger Mann schleunigst zur Hilfe geeilt wäre. Nach heftiger Gegenwehr wurde der Wüterich durch die Gendarmen in das Ortsgefängnis gebracht.“[32] Hirschmann schien schwer verletzt gewesen zu sein, und man hoffte trotz der Gefährlichkeit der Verwundung, „denselben doch am Leben zu erhalten.“[33]

Die Zeit des Nationalsozialismus

Das gemeinsame Feiern bei der Synagogeneinweihung, die geschäftlichen und sicherlich auch die persönlichen Beziehungen in den Vereinen, beim Besuch der Gastwirtschaften oder Ähnliches konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich nur sehr wenige Einwohner:innen Urberachs oder Ober-Roden nach 1933 bei Anfeindungen mit der jüdischen Bevölkerung solidarisierten.

Wie sehr auch die alltäglichen Dinge nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten politisch wurden, zeigt sich beispielsweise in einer Episode aus dem Jahr 1935. Arthur Katz beschwerte sich im Oktober darüber, dass seine Familie und somit auch sein fünfjähriger Sohn keine Milch von der Milchabsatzgenossenschaft Urberach geliefert bekämen, obwohl gerade sein Sohn auf die Milchlieferung angewiesen sei. Scheinbar liege ein Verbot der Parteileitung vor, ihn weiter zu beliefern. Die Bürgermeisterei wurde vom hessischen Kreisamt in Dieburg um Bericht gebeten und auch bei der Kreisleitung der NSDAP eine Stellungnahme angefordert. Fraglich war hierbei, ob das Verbot, mit Jüdinnen und Juden Geschäfte zu machen, auch auf Dinge des täglichen Bedarfs anzuwenden sei. Der Kreisleiter der Partei konnte solch ein eigenmächtiges Auslegen von Verordnungen nicht dulden und stellte klar: „Antwortlich Ihres Schreibens vom 10. ds. Mts. teile ich Ihnen mit, daß die Auffassung der dortigen Parteidienststelle irrig ist. Es ist selbstverständlich daß im Bezug der Lebensmittelversorgung im freien Erwerb den Juden keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen, noch weniger eine Sperrung ausgesprochen werden kann.“[34] Der Bürgermeister nahm dann zur Sache Stellung und erklärte, dass die Unwissenheit des Milchverteilers für den Lieferstopp verantwortlich gewesen sei. In der Zeit, als die Lieferung ausgesetzt war, wurde die Familie Katz vom „Konfessionsgenossen Max Strauss“ mit Milch versorgt. Nachdem dessen Milchkuh jedoch geschlachtet wurde, setzte auch wieder die Milchlieferung durch die Milchabsatzgenossenschaft ein.[35] Arthur Katz zog nach den Novemberpogromen mit seiner Frau Klara und seinem Sohn Alfred nach Darmstadt. Er selbst starb dort, von Klara und Alfred ist nur das Datum ihrer Deportation mit dem „Gesellschaftssonderzug zur Beförderung von Arbeitern“ bekannt. Beide wurden mit dem Zug Nr. Da 14 ins Ghetto Piaski im Landkreis Lublin deportiert.[36] Hier verliert sich ihre Spur, aber sowohl Klara wie auch der zwölfjährige Alfred gelten als ermordet.[37]



Hessische Bürgermeisterei
Urberach

Urberach, den 16. Oktober 1935

Hess. Kreisamt Dieburg
Nr. 8971 0 Eing. 18 OKT 1935

Hess. Kreisamt
Dieburg

Betreffend: Gesuch des Juden Arthur Katz in Urberach wegen Milchlieferung durch die Milchabsatzgenossenschaft in Urberach

Bezugnehmend auf Ihre Verfg.v.1o.ds. teilen wir Ihnen mit, dass es lediglich aus Unkenntnis des Milchverteilers Adam Frank aus Urberach darauf zurückzuführen ist, dass Katz einige Tage keine Milch bekommen hat. Frank ging lediglich davon aus, auf Grund der Bekanntmachung durch die Gemeinde mit Juden keine Geschäfte machen zu dürfen. Fest steht, dass in den fraglichen Tagen, wo ihm die Milch durch den Verteiler Frank nicht zugestellt wurde, er von seinem Konfessionsgenossen Max Strauss, der zu dieser Zeit eine Milchkuh im Stall hatte, seine Milch bezogen hat. Nachdem dieser die Kuh geschlachtet hatte, wurde ihm wieder Milch durch den Verteiler Frank gebracht.

Abb. 4: Stellungnahme der Bürgermeisterei Urberach zur Beschwerde von Arthur Katz, 1935. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, G 15 Dieburg, Nr. Q 635.

Die jüdische Bevölkerung der beiden Dörfer nahm in den 1930er Jahren immer weiter ab, sodass zu Beginn des Jahres 1938 in Ober-Roden nur noch drei jüdische Personen in der Frankfurter Straße 17 wohnten.[38] In Urberach lebten noch 16 Jüdinnen und Juden. Dem Sohn der Familie Strauß, die eine Metzgerei in der Darmstädter Straße betrieb, gelang 1937 die Flucht in die USA. Er konnte noch vor den Novemberpogromen, im August 1938, seine Eltern und seinen Bruder nachholen.[39] Etwa zur selben Zeit wurde das Synagogengebäude in Urberach von Max Strauß, dem letzten Vorsteher der Gemeinde, an eine Privatperson verkauft und die Ritualien ausgelagert.[40] Gottesdienste haben hier wahrscheinlich schon seit 1935 nicht mehr stattgefunden.[41]

Die Novemberpogrome in Urberach und Ober-Roden verliefen für die noch in den Ortschaften wohnhaf-

ten Jüdinnen und Juden auf brutalste Art und Weise. In Ober-Roden gab es nur noch das Haus Kahn in der Frankfurter Straße 17, in dem zu diesem Zeitpunkt noch die 69-jährige Frieda Kahn mit ihrer Tochter Berta wohnte, die immer noch das Schuhgeschäft im selben Haus betrieben. Die Tür zum Ladengeschäft im Erdgeschoß wurde mit einer Axt eingeschlagen, die Einrichtung zerstört, Möbel und Ware auf die Straße geworfen. Im Laufe des Abends soll die Ware abtransportiert und teilweise im Heizungskeller des Rathauses verbrannt worden sein.[42] Nach einem Zwischenstopp im Gasthaus Zur Sonne zogen wohl einige der an den Ausschreitungen in Ober-Roden Beteiligten weiter nach Urberach. Dort beteiligte sich die Gruppe ebenfalls an den Zerstörungen, kehrte aber bald schon nach Ober-Roden zurück.[43] Erneut ging es ins Gasthaus, nur um danach die Familie Kahn ein weiteres Mal anzugreifen, diesmal die Privaträume. Die beiden Frauen konnten im Nachthemd fliehen und versteckten sich im Holzschuppen, später wurde ihnen von einer nichtjüdischen Familie Unterschlupf gewährt.[44] Frieda Kahn verstarb am 7. November 1940 in Ober-Roden und wurde wahrscheinlich ohne eigenen Grabstein noch im Grab ihres Mannes Jakob auf dem Dieburger Friedhof beigesetzt.[45] Die Tochter Berta Hecht wurde aus Frankfurt am 12. November 1941 nach Minsk deportiert und nach dem Krieg für Tod erklärt.[46]

In Urberach wurden ebenfalls die Geschäfte und Privathäuser der wenigen noch hier lebenden Jüdinnen und Juden geplündert und verwüstet sowie ihre Bewohner:innen angegriffen und teilweise verhaftet. Die Geschäfte der Familien Strauß und Adler in der Hindenburgstraße (früher Viehweidgasse und heutige Bahnhofstraße) wurden von einem organisierten Mob zerstört, und hier kam es auch zu Plünderungen und dem Einzug der Ware. Der Ortsgruppenleiter Dr. Paul Esser, der die drei bis vier Gruppen eingeteilt hatte, die durch Urberach zogen, sorgte persönlich für die Verwahrung des Diebesgutes in der Bürgermeisterei. In einem Nachkriegsverfahren ab 1950 behauptete er, die Ware sei später verkauft worden und der Erlös an das Finanzamt Langen übergeben worden, was nicht mehr nachweisbar war. Im vorherigen Spruchkammerverfahren wurde er als Belasteter eingestuft und zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt. Im späteren Gerichtsverfahren wegen der Ausschreitungen während der Novemberpogrome in Urberach wurde Esser verurteilt „wegen Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten […], die durch die erlittene Arbeitslager- und Internierungshaftzeit für verbüsst erklärt werden“.[47] Fünf weitere Mitangeklagte erhielten Gefängnisstrafen von acht bzw. sieben Monaten, weitere fünf Mitangeklagte wurden freigesprochen oder das Verfahren wurde auf Grund des Bundesamnestiegesetzes vom 31. Dezember 1949 eingestellt.[48]

Auf die Aufforderung, die Ruinen der während der Novemberpogrome zerstörten Synagogen zu beseitigen und über den Zustand der Synagogen und den Verkauf der Grundstücke bzw. Häuser Auskunft zu geben, konnte Ober-Roden nur mit einer Fehlanzeige antworten, da im Ort keine Synagoge bestanden hatte.[49] Aber auch Urberach meldete an den Landrat des Landkreises Dieburg eine Fehlanzeige.[50] Hier war der Hintergrund der, dass die Synagoge 1938 bereits verkauft war. Aus diesem Grund blieb das Gebäude verschont. Es steht bis heute als Privathaus in der Bahnhofstraße 39.

Ebenfalls in der Bahnhofstraße, auf dem Grundstück des ehemaligen Hauses Nr. 18, dem Wohnhaus der Familie Katz und Strauß, wurde im Jahr 2013 eine Gedenkstätte eingerichtet.[51] Der Platz ist umzäunt und zeigt einen in den Boden eingefügten Davidstern. Links und rechts hinter dem Eingang sind Gedenktafeln aufgestellt. Auf der rechten Gedenktafel wird die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Urberach kurz skizziert, auf der linken sind die Namen und Lebensdaten der in der Schoa ermordeten Jüdinnen und Juden aufgelistet.

Abb. 5: Die Gedenkstätte in der Bahnhofstraße 18. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Im Oktober 2017 wurde für die ehemalige Synagoge in Urberach eine Gedenktafel eingeweiht, bereits 2015 wurden Stolpersteine verlegt. Schon im November 2013 wurden in Ober-Roden für die Familie Kahn sechs Stolpersteine verlegt, die Initiative Stolpersteine in Rödermark hat dieses Gedenken initiiert.[52] Der Heimat- und Geschichtsverein Rödermark hat die jüdische Geschichte der beiden Orte in die historischen Rundgänge integriert.[53]

Tilmann Gempp-Friedrich

Ich bedanke mich beim Heimat- und Geschichtsverein Rödermark e.V., namentlich Frau Patricia Lips und Herrn Horst-Peter Knapp, für die freundliche Unterstützung.

Urberach in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/130

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Urberach

1830	40 Personen
1834	55 Personen
1861	43 Personen
1880	44 Personen
1895	40 Personen
1905	28 Personen
1910	24 Personen
1933	18 Personen

Zahlen nach: Urberach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14217, letzter Zugriff 28. April 2025 (1830, 1905); Cobabus, Juden in Ober-Roden und Urberach (1834, 1861, 1880, 1895, 1910, 1933).

Ober-Roden

1812	16 Personen
1818	20 Personen
1825	24 Personen
1846	22 Personen
1865	21 Personen
1885	12 Personen
1902	12 Personen
1924	18 Personen
1930	10 Personen
1933	6 Personen

Zahlen nach: Cobabus, Juden in Ober-Roden und Urberach.

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Cobabus, Norbert, Deutsche Juden in der modernen Industriegeschichte am Beispiel der Firmen C. F. Donner, Bloch & Hirsch, Cellulose- u. Papierfabrik Okriftel sowie Telefonbau & Normalzeit. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Anfang der 1950er Jahre, Rödermark 2007.

Cobabus, Norbert, Juden in Ober-Roden und Urberach von den Anfängen bis heute, Rödermark 2008.

Cobabus, Norbert/Horst-Peter Knapp/Elfriede Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte von Rödermark. Die „verlorenen" Nachbarn, jüdisches Leben und jüdische Schicksale in Ober-Roden und Urberach bis 1940, Rödermark 2009.

Körner, Wilhelm, Der reichsritterschaftliche, freiherrliche Ort Eppertshausen. Der geschichtliche Werdegang einer Gemeinde im Widerstreit der herrschenden Mächte und Kräfte, Eppertshausen 1995.

Schallmayer, Egon/Jörg Leuschner, Ober-Roden und Urberach im Dritten Reich. Vorgeschichte, Ereignisse, Dokumente, Rödermark 1998.

Schreier, Anna Elisabeth/Manuela Wex, Chronik der Hoechst-Aktiengesellschaft 1863–1988. Sonderausgabe der „Dokumente aus Hoechst-Archiven", Frankfurt a. M. 1990.

Archivalien

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– JRSO-Hes: 351

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 503: Nr. 7381

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– G 15 Dieburg: L 10, Q 635
– H 13 Darmstadt: Nr. 957, 966

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 264

Anmerkungen

1 Urberach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14217, letzter Zugriff 9. Dezember 2024.

2 Urberach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14217, letzter Zugriff 9. Dezember 2024. Die Stadtrechte erhielt Rödermark erst ab dem 23. August 1980, vorher war es die Gemeinde Rödermark.

3 Vgl. Decker, Juden in Offenbach, S. 36.

4 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 74.

5 Die Zahlen für Urberach variieren stark. Frühe Studien (JMF, Slg Arnsberg, Nr. 264) zählen 11 Personen, neuere Zählungen (Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 17) kommen auf 18 Personen. Zahlen für Ober-Roden nach Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 17.

6 Körner, Der reichsritterschaftliche freiherrliche Ort, S. 271. Es ist allerdings fraglich, ob Dietzenbach auch bei der Gründung des Verbundes dabei war, da sich hier die ersten Belege für eine jüdische Bevölkerung erst ab 1739 finden lassen. Auch haben sich die Dietzenbacher Jüdinnen und Juden relativ bald nach Heusenstamm orientiert und hier die religiöse Infrastruktur wie Synagoge und Friedhof mitgenutzt. Siehe Beitrag Heusenstamm hier im Buch.

7 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 129.

8 Das genaue Datum ist leider unbekannt.

9 Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 26.
10 Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 1–13, 76, 94.
11 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 129. Dem Haus selbst widmete der bekannte Heimatdichter Nikolaus Schwarzkopf eine eigene Erzählung.
12 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 129.
13 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 137.
14 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 130.
15 Altaras, Synagogen, S. 365.
16 Altaras, Synagogen, S. 365. Im Gegensatz zu Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, die von zwei Fenstern an der Südseite und nur einem Fenster an der Nordseite ausgehen. Siehe Rekonstruktionszeichnungen von 2008 in Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 135. Im Beschreibungstext auf S. 130 wird allerdings nur ein Fenster auf der Südseite, als Gegenstück zum einen Fenster auf der Nordseite, genannt.
17 Siehe Urberach, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/130, letzter Zugriff 10. Dezember 2024; Urberach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/urberach_synagoge.htm, letzter Zugriff 9. Dezember 2024.
18 Altaras, Synagogen, S. 365.
19 Altaras, Synagogen, S. 365.
20 Erinnerung an ehemalige Synagoge wird nun greifbar, in: www.op-online.de/region/roedermark/erinnerung-wird-greifbar-8738764.html, letzter Zugriff 16. Dezember 2024. Bei einem Ortsbesuch im Februar 2025 war die Gedenktafel nicht aufgestellt.
21 Sitzungsnachrichten und Correspondenzen. Urberach, in: Der Israelit, Nr. 36, 1. Beil., 7. September 1882, S. 909.
22 Sitzungsnachrichten und Correspondenzen. Urberach, in: Der Israelit, Nr. 36, 1. Beil., 7. September 1882, S. 909. Gesungen wurde 4. Mose 10, 35. „Es war, wenn die Bundeslade aufbrach, […]“.
23 Sitzungsnachrichten und Correspondenzen. Urberach, in: Der Israelit, Nr. 36, 1. Beil., 7. September 1882, S. 909. Zu Prof. Dr. Lehmann Marx siehe Carlebach/Brocke, Biographisches Handbuch Rabbiner, S. 419.
24 Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 20–22; Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte.
25 Cobabus, Deutsche Juden, S. 38.
26 DokuZentrum T&N, www.dokuzentrum-tn.de/index.html, letzter Zugriff 18. Dezember 2024; Cobabus, Deutsche Juden, S. 54–55.
27 Das Betriebsgelände blieb im Besitz der Familie Bloch und wurde 1933 enteignet, um nach einer Zwischennutzung als Lager für Getreide für die Kriegsproduktion genutzt zu werden. Siehe DokuZentrum T&N, www.dokuzentrum-tn.de/kapitel_1930.html, letzter Zugriff 18. Dezember 2024.
28 Urberach, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14217, letzter Zugriff 9. Dezember 2024..
29 Nach Offenbach konnte man von Ober-Roden aus schon seit 1896 über die Rodgaubahn fahren, allerdings war die neuere Dreieichbahn für die nach Frankfurt Pendelnden die schnellere Verbindung.
30 Umgangssprachlich wurde die „Theerfarbenfabrik Meister, Lucius & Co“ schon immer Farbwerke Hoechst genannt. Zu den Farbwerken Hoechst siehe: Schreier, Chronik der Hoechst-Aktiengesellschaft.
31 Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 55–58; Schallmayer/Leuschner, Ober-Roden und Urberach, S. 55–56.
32 Von Nah und Fern, in: Der Gemeindebote. Beilage der Allgemeinen Zeitung des Judentums, 5. September 1890, S. 4.
33 Von Nah und Fern, in: Der Gemeindebote. Beilage der Allgemeinen Zeitung des Judentums, 5. September 1890, S. 4.
34 HStAD, G 15 Dieburg, Q 635.
35 HStAD, G 15 Dieburg, Q 635.
36 Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen, S. 186–187.
37 Katz, Klara, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de895414, letzter Zugriff 10. Februar 2025; Katz, Alfred, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de894545, letzter Zugriff 10. Februar 2025.
38 Vgl. Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 82–83. Hermann Katz aus Dieburg scheint sich zeitweise auch in das Haus der Familie Kahn eingemietet zu haben und wäre somit eine vierte jüdische Person, die in Ober-Roden 1938 gewohnt hat.
39 Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 52–56; Schallmayer/Leuschner, Ober-Roden und Urberach, S. 327–328.
40 In einer Auskunft des Bürgermeisters von 1961 zu den Entschädigungsansprüchen gab dieser an, dass das Gebäude bereits im Jahr 1936 verkauft wurde und schon vor 1933 niemand mehr die Synagoge genutzt habe. Vielmehr sei sie verfallen und auch von Ritualgegenständen wisse er nichts. Unterlagen zu den Vorgängen gebe es keine mehr. Siehe HHStAW, 503, Nr. 7381. Allerdings scheint diese Aussage wenig glaubhaft. Siehe Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 69. Zu Max Strauß vgl. JMF, Slg. Arnsberg, 264.
41 Urberach, in: Alicke, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, www.jüdische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/u-z/2416-urberach-hessen, letzter Zugriff 18. Dezember 2024.
42 Schallmayer/Leuschner, Ober-Roden und Urberach, S. 331. Siehe auch HStAD, H 13 Darmstadt, 957.
43 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 966. Nach einer Zeuginnenaussage beteiligten sich die Ober-Rodener an den Zerstörungen am und im Geschäft von Max Strauß.
44 Cobabus, Juden in Ober-Roden, S. 76–77.
45 Vgl. Schallmayer/Leuschner, Ober-Roden und Urberach, S. 336; Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 127; Franz/Wiesner, Der jüdische Friedhof, S. 138. Ende 1940 wird es auch nahezu unmöglich gewesen sein, die Grabinschrift anpassen zu lassen.
46 Hecht, Berta, in: Bundesarchiv, Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland1933–1945,www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/857512,letzter Zugriff 7. Februar 2025.
47 HStAD, H 13 Darmstadt, Nr. 966.
48 HStAD, H13 Darmstadt, Nr. 966.
49 HStAD, G15 Dieburg, Nr. L 10.
50 HStAD, G15 Dieburg, Nr. L 10.
51 Das Haus wurde 1970 abgerissen. Siehe Cobabus/Knapp/Lotz-Frank, Aus der Ortsgeschichte, S. 146–147.
52 Urberach, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/urberach_synagoge.htm, letzter Zugriff 28. April 2025; siehe auch: www.stolpersteine-in-roedermark.de, letzter Zugriff 28. April 2025.
53 Historische Rundgänge, in: Heimat- und Geschichtsverein Rödermark e.V., hgv1979-roedermark.de/historische-rundgaenge, letzter Zugriff 9. Februar 2025.

Weiskirchen (Stadt Rodgau)

Mit Dudenhofen, Hainhausen und Jügesheim

Zwischen Seligenstadt und Heusenstamm gelegen, wird die Siedlung Weiskirchen zum ersten Mal 1287 erwähnt, und zwar als zum Kloster Seligenstadt gehörend.[1] Ab dem 14. Jahrhundert war sie Teil der Besitztümer der Herren von Eppstein und es wäre möglich, dass auch schon Jüdinnen und Juden erlaubt wurde, sich hier niederzulassen, wie es die Eppsteiner durch das kaiserliche Privileg in Steinheim machten. Allerdings fehlen für Weiskirchen schriftliche Belege für diese frühe Zeit.[2] Weiskirchen wird im Jahr 1425 an das Erzbistum Mainz verkauft, schon vorher (1371) mussten die Herren von Eppstein aus Geldnöten Teile ihres Herrschaftsgebietes an Ulrich IV. von Hanau verpfänden. Das Erzbistum Mainz war bis 1803 der Landesherr in Weiskirchen, was sicherlich auch erklärt, warum die Ortschaft mehrheitlich katholisch blieb. Im Jahre 1803 fiel Weiskirchen dann an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt und blieb 1806 Teil des unter Napoleon entstandenen Großherzogtums Hessen.

Für das Jahr 1576 werden in Weiskirchen 37 Familien angegeben, danach gibt es bei der Einwohner:innenstatistik eine große Lücke und verlässliche Zahlen lassen sich erst wieder für Anfang des 19. Jahrhunderts finden. Zu dieser Zeit lebten unter 559 Einwohner:innen 16 Jüdinnen und Juden, was einem Anteil an der Gesamteinwohner:innenzahl von etwas weniger als 2,9 Prozent entspricht. Dieser Anteil schwankte im 19. Jahrhundert, er lag 1871 bei 4,04 Prozent und 1900 bei 3,15 Prozent. Nimmt man die Orte Dudenhofen, Hainhausen und Jügesheim hinzu, deren Jüdinnen und Juden später zum Gottesdienst in die Weiskirchener Synagoge kamen, so war dieser Anteil allerdings deutlich geringer. Insgesamt betrug er 1828 1,58 Prozent, 1871 1,85 Prozent und 1900 1,07 Prozent.[3] In absoluten Zahlen nahm die jüdische Bevölkerung nur in Weiskirchen und Hainhausen kontinuierlich zu, in Jügesheim und vor allem in Dudenhofen nahm sie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stetig ab.

Die frühe Gemeinde

Durch eine Kirchenrechnung über eine Wachslieferung des „Juden von Weiskirchen“ lässt sich nachweisen, dass sich ab etwa 1766 Jüdinnen und Juden in Weiskirchen niedergelassen hatten.[4] Zu dieser Zeit bestand schon ein Zusammenschluss kleinerer jüdischer Siedlungen aus der näheren Umgebung, die sich an den Feiertagen in einem Betraum in Nieder-Roden zum Gebet trafen. Hierunter waren zu diesem Zeitpunkt Jüdinnen und Juden aus Nieder-Roden, Dudenhofen und Jügesheim, später auch aus Hainhausen, und auch die jüdische Bevölkerung aus Weiskirchen nahm den etwa 7 km langen Fußmarsch auf sich. Etwa ebenso weit war es zum jüdischen Friedhof nach Heusenstamm, den die Gemeinde mitbelegte.[5]

Im Jahr 1793 richtete der Weiskirchener Schutzjude Gedalin ein Gesuch an das zuständige Erzbischöfliche Kommissariat des Erzbistums Mainz in Aschaffenburg und bat darin, in seinem Haus einen Betsaal auf eigene Kosten einrichten zu dürfen.[6] Dem Gesuch wurde, nachdem der Pfarrer von Weiskirchen, Pfarrer Müller, positiv zu der Sache Stellung genommen hatte, stattgegeben. Allerdings beschwerten sich die Nieder-Rodener Jüdinnen und Juden in einem Protestschreiben, da sie Sorge hatten, nun selbst nicht mehr die zehn volljährigen Juden für einen *Minjan* zusammenzubekommen. Darüber hinaus scheint es auch so gewesen zu sein, dass die Weiskirchener Jüdinnen und Juden die jüdischen Einwohner:innen aus anderen Gemeinden wie Hainhausen, Dudenhofen und Jügesheim dazu einluden, nun bei ihnen den Gottesdienst zu begehen. Nachdem Pfarrer Müller erneut dazu Stellung genommen, die Argumente der Nieder-Rodener Jüdinnen und Juden zurückgewiesen und sich weiterhin für einen eigenen Betsaal für die jüdischen Einwohner:innen Weiskirchens ausgesprochen hatte, blieb die Erlaubnis in Kraft. Somit kann das Jahr 1793 als Gründungsjahr der jüdischen Gemeinde Weiskirchen angesehen werden.

Auch wenn in dem Gedalin’schen Gesuch lediglich von dem beschwerlichen Weg, gerade für Alte, Frauen und Kinder, die Rede war, und dass man inzwischen genügend jüdische Männer für einen eigenen *Minjan* zusammenbekäme,[7] könnte die Abtrennung von der Nieder-Rodener Gemeinde auch noch einen anderen Grund gehabt haben. Bernhard Post vermutet als Hintergrund der zunehmenden Tendenz der kleineren Ansiedlungen, um die Wende zum 19. Jahrhundert eigene Gemeinden gründen zu wollen, nicht nur die allgemeine Zunahme der jüdischen Bevölkerung in den rechtsrheinischen Gebieten, sondern auch erste religiöse Richtungskämpfe im Zuge der *Haskalah*.[8] Die meist orthodox ausgerichteten kleineren Landgemeinden, wie auch diejenige in Weiskirchen, standen

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-041

dem sich liberalisierenden Ritus mehrheitlich kritisch gegenüber.[9]

Betsaal und Synagoge

Höchstwahrscheinlich wurde im vorgelagerten Stall des Gedalin'schen Hauses (die Familie nahm nach dem Napoleonischen Emanzipationsdekret von 1808 den Namen Schönberg an) in zentraler Lage in der Ortsmitte der Betraum eingerichtet, und Gedalin galt nun in Weiskirchen als Gründer der jüdischen Gemeinde.[10] Über die Ausstattung des frühen Betraums, der von ortsansässigen, aber auch von Jüdinnen und Juden aus Hainhausen, Jügesheim und Dudenhofen für den Gottesdienst genutzt werden konnte, ist nichts bekannt. Auch wie genau die Abtrennung der Frauenabteilung vorgenommen wurde und ob diese Einrichtung dauerhaft war oder nur zu den Gottesdiensten aufgebaut wurde, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Im Jahr 1881/82 wurde das Gebäude umgebaut und somit deutlicher als Synagoge wahrgenommen. Unklar ist, ob die Familie Gedalin (Schönberg) das Haus an die jüdische Gemeinde verkauft oder es ihr zur Nutzung überlassen hatte, als sie in das deutlich größere Haus in der Hauptstraße 85 umzog.

Das Gebäude steht in der Hauptstraße 57 auf dem Flurstück 736/3, heute ein kleines Eckgrundstück an der Einmündung des später erst angelegten Rödernwegs in die Hauptstraße. Das Haus ist freistehend und lediglich eingeschossig. Es ist in seiner Längsachse Richtung Osten orientiert. Insgesamt ist das Grundstück ca. 100 qm groß, von denen das verputzte Fachwerkhaus als Grundfläche etwa 45 qm einnimmt. Die westliche Giebelseite schließt direkt mit der Grundstücksgrenze ab, das Nachbargebäude ist etwas weiter nach hinten versetzt, sodass die ehemalige Synagoge sich zumindest im heutigen Bebauungszustand nicht in die Flucht einpasst. Der Westseite vorgelagert war eine etwa 30 cm starke, gemauerte Wand. „Dieser Schildgiebel hatte oben in der Mitte eine halbkreisförmige Rundung, die den First des Satteldaches weit überragte", schreibt Thea Altaras. „Seitlich der Rundung schloß der Giebel waagrecht ab, wobei an den Ecken Steinkugeln angebracht waren. Ecklisene und hoher Sockel umrahmten diese Straßenfassade."[11] Dieser eindrückliche Vorbau soll noch bis 1960 erhalten gewesen sein und zeigte deutlich, dass die jüdische Gemeinde in Weiskirchen selbstbewusst auftrat und sichtbar im Dorf lebte.[12]

An der östlichen Giebelseite lässt sich das Gebäude noch gut als Synagoge erkennen, hier gibt es einen Vorbau, der höchstwahrscheinlich erst beim Umbau des Betsaals in ein allein als Synagoge genutztes Gebäude angebaut wurde. Diese Auslucht wird von zwei von den späteren Besitzern zugemauerten Rundfenstern flankiert. Während der Nutzung als Wohnhaus in der Nachkriegszeit war die östliche Fassade unterhalb der Rundfenster durch zwei darunterliegende, rechteckige Fenster durchbrochen, die bei dem späteren Rückbau wieder zugemacht wurden. Die Nordseite hatte im historischen Zustand drei Rundbogenfenster, die für den Hauptlichteinfall sorgten.

Abb. 1: Die historische Backsteinfassade der ehemaligen Synagoge Weiskirchen, 1950er Jahre. Heimat und Geschichtsverein Weiskirchen e.V.

Abb. 2: Fassadenvorbau für den *Aron ha-Kodesch*, 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Abb. 3: Die Toranische vor dem Rückbau des Wohnhauses zum Originalzustand als Synagogengebäude. Die Nische wurde im Wohnhaus als Dusche genutzt, April 2000. Foto: Helmut Trageser.

Die Giebelseiten des rechteckigen Gebäudes sind etwa 4,50 m lang und die Längsseiten etwa 10 m. Zum heutigen Rödernweg hin auf der Südseite des Hauses befindet sich noch ein die ganze Längsseite einnehmendes, etwa 4,50 m tiefes Grundstück, also in etwa die Hälfte der Grundstücksfläche. Heute ist das Areal als Steingarten mit minimalistischer, pflegeleichter Bepflanzung angelegt. Auf der historischen Aufnahme (Abbildung 1) ist zu sehen, dass es südlich des ehemaligen Synagogengebäudes, wo nun der Rödernweg verläuft, ein größeres Gebäude gegeben haben muss. Hier lässt sich aber nicht mehr genau erkennen, wie groß der Abstand zwischen beiden Häusern gewesen ist. Da der Eingang auf der Südseite lag und es ansonsten nur eine Fensteröffnung in diese Richtung gegeben zu haben scheint, kann vermutet werden, dass, vor allem auch wegen der Größe des Nachbargebäudes, der Lichteinfall von dieser Seite nicht besonders reichlich war.

Abb. 4: Die Südseite des Synagogengebäudes heute mit dem Eingang und vorgelagertem Garten, 2025. Foto: Stefan Vogt.

Ebenfalls von der Südseite aus wird das Haus betreten, und man steht direkt in dem rechteckigen Raum. Wahrscheinlich hat es eine nur leicht erhöhte und abtrennbare Frauenabteilung links vom Eingang gegeben, da das Gebäude für eine Frauenempore zu niedrig ist.[13] Es gab höchstwahrscheinlich separate Eingänge in den Synagogenraum, da ein innenliegender Vorraum oder Ähnliches fehlte. Nur so war ein getrenntes Betreten des Synagogenraums möglich.

Mit dem Abschluss der Umbauten konnte das Synagogengebäude am 29. Juli 1882 eingeweiht werden. „Nach einem schön arrangierten Festzuge begrüßte vor der Synagoge ein kleines Mädchen die Ankommenden mit einem hübsch abgefassten Gedichte“, berichtete *Der Israelit*. Die Ansprache zur Einweihung übernahm der auch in Weiskirchen tätig gewesene Lehrer Fuchs aus Steinheim, der „die große Opferwilligkeit der dortigen Juden hervorhob, und dann darauf hinwies, daß zu diesem schönen Baue auch ein schöner jüdischer Sinn gehöre, der sich vor allem in vollendeter Eintracht mit Aufgabe aller selbstsüchtigen Interessen bethätigen müsse.“ Folgt man dem Bericht weiter, so hat der Bau und die Einrichtung auf „die sehr zahlreich erschienen Fremden einen höchst befriedigenden Eindruck gemacht.“[14]

Einen guten Einblick in das Leben der Landjuden in der Rodgauer Umgebung gibt ein kleiner Beitrag im *Frankfurter israelitischen Familienblatt* aus dem Jahre 1904. Die Schilderungen berichten von den meist nur ein oder zwei Familien umfassenden Filialgemeinden Oberroden, Jügesheim und Hainhausen, deren Mitglieder zumeist als Viehhändler und Hausierer tätig seien. Nicht zuletzt aufgrund ihres „strenggläubigen frommen“ Sinnes pilgerten sie an „Sabbat- und Festtagen […] bei Hitze und Kälte“ zur „kleine[n] niedliche[n] Synagoge“ von Weiskirchen, in der „allsabbatlich durch einen Privatmann Gottesdienst abgehalten wird.“[15]

Die Gemeinde in Weiskirchen behielt ihre orthodoxe Ausrichtung bei und war angesichts der abnehmenden Einwohner:innenzahlen in den meisten Filialgemeinden weiterhin deren religiöser Mittelpunkt. Im Jahre 1911 berichtete wiederum das *Familienblatt* von umfangreichen Renovierungsarbeiten an der Synagoge, die nun nach größeren Investitionen wieder hergerichtet sei, sodass der Gottesdienst wieder regelmäßig stattfinden konnte.[16] Elektrisches Licht gab es in Weiskirchen erst ab 1919 und es ist fraglich, ob die inzwischen sehr geschrumpfte jüdische Gemeinde es sich hat leisten können, ihre Synagoge an das Stromnetz anschließen zu lassen und die Folgekosten zu tragen.[17] Vermutlich waren die Synagogenbesucher:innen auch weiterhin auf natürliches Licht oder nichtelektrische Lichtquellen angewiesen, wenn sie den Gottesdienst besuchten. Aus den Befragungen ehemaliger Bewohner:innen zu den Begebenheiten in Weiskirchen zwecks der Entschädigungsfeststellung lässt sich herauslesen, dass es wohl keine Mikwe gegeben hat.[18]

Abb. 5: Die nach Westen ausgerichtete Straßenseite des Synagogengebäudes, 2025. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Jahrhundertwende, Weimarer Republik und Zeit des Nationalsozialismus

Für Weiskirchen selbst gibt die Feuerlöschordnung von 1863 einen, wenn auch etwas ungenauen, Einblick in die Bevölkerungsstruktur. Sie nahm damals eine Einteilung der erwachsenen männlichen Einwohner vor und teilte die Aufgaben zu, die im Falle eines Brandes zu erfüllen waren. Naheliegenderweise waren die meisten Personen bei der Löschmannschaft mit den Feuereimern eingeteilt, die eine Menschenkette bilden sollten, die die mit Wasser gefüllten Eimer weiterreichten. In dieser Kohorte fanden sich auch viele jüdische Einwohner aus den Familien Schönberg und Wetterhahn.[19]

Um die Jahrhundertwende lebten in acht Häusern jüdische Familien in Weiskirchen, die meisten davon in der Hauptstraße. Insgesamt wurden bei der Volkszählung 1900 30 jüdische Personen gezählt. Bis 1933 gab es nochmal einen Anstieg sowohl bei der Anzahl der Familien wie auch bei der absoluten Zahl der jüdischen Einwohner:innen insgesamt. Kurz nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen wurden in Weiskirchen elf Familien mit 37 Personen gezählt.

Die meisten jüdischen Einwohner:innen von Weiskirchen waren Manufakturhändler:innen, aber es gab auch zwei Rindermetzgereien sowie einen Sattler.[20] „Die übrigen Familien waren im Kaufmannsgewerbe tätig.“[21] Karl Meyer und sein Sohn Michael Meyer waren beide langjährige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde. Die Familie Meyer war auch ganz der jüdischen Tradition der *Zedaka* verpflichtet

und verwaltete eine Stiftung, die Geschwister Meyer-Stiftung, die sich in Weiskirchen um die Unterstützung armer Leute kümmerte.[22]

Nicht in direkter Linie mit den Gemeindevorstehern Meyer verwandt war eine andere Familie Meyer, die in der Schillerstraße 7 den Darmstädter Hof führte.[23] Gerade der Darmstädter Hof war als Gaststätte ein wichtiger Raum der Begegnung von jüdischen und nicht-jüdischen Bewohner:innen Weiskirchens. Die Gaststätte war Sitz mehrerer Vereine, die sich hier trafen und in denen auch jüdische Mitglieder willkommen waren.[24] Karl Mayer (II) wurde auch in den Gemeinderat der politischen Gemeinde Weiskirchen gewählt, und das sogar, so wundert sich das *Frankfurter israelitische Familienblatt*, mit den Stimmen von „Zentrumsleuten". Warum es hier zur Verwunderung kam, wird nicht näher erläutert, denn ansonsten kommt der Artikel zu der Auffassung: „Friedlich leben die verschiedenen Konfessionen nebeneinander. Vom Antisemitismus ist man nur wenig berührt."[25]

Abb. 6: Der Darmstädter Hof der Familie Meyer. Heimat und Geschichtsverein Weiskirchen e.V.

Dies änderte sich drastisch nach der Machtübergabe an die Nationalsozialist:innen, auch wenn sich der Erfolg der NSDAP in Weiskirchen nicht sofort einstellte. Die NSDAP schnitt bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 geradezu katastrophal ab und erhielt lediglich 60 von 1025 abgegebenen Stimmen, also 5,8 Prozent, die SPD 463 Stimmen (44,9 Prozent) und das Zentrum als stärkste Kraft im immer noch hauptsächlich katholisch geprägten Weiskirchen 502 Stimmen (48,7 Prozent).[26] Bei der nun anstehenden Gemeinderatswahl kam es auch durch das am 31. März 1933 erlassene „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich"[27] zu einer Listenzusammenlegung von Zentrum und NSDAP, bei der das Zentrum nach langen internen Diskussionen glaubte, den einen NSDAP-Gemeinderat durch ihre vier eigenen disziplinieren zu können. Schließlich konnte man so darauf hoffen, die fast schon traditionell gewordene Pattsituation mit der SPD aufzulösen, die die Politik in Weiskirchen die gesamte Weimarer Republik hindurch bestimmte, und endlich die eigenen Vorstellungen mit einer durch den NSDAP-Sitz erlangten Mehrheit durchzusetzen.[28] Das Ergebnis der Reichstagswahl sollte nach dem neuen Gesetz auch auf den „gemeindlichen Selbstverwaltungskörper" übertragen werden, und mit ihrer zusammengelegten Liste kamen Zentrum und NSDAP auf fünf Gemeinderatsmitglieder, die SPD hingegen auf vier. Die SPD legte aus Protest gegen das Gesetz ihre Mandate nieder. Daraufhin beanspruchte das Zentrum eine Sitzverteilung, die einem Ergebnis entsprochen hätte, bei dem die SPD-Stimmen nicht berücksichtigt wurden. Man forderte acht Sitze

Abb. 7: Michael Meyer, der letzte Vorsteher der jüdischen Gemeinde Weiskirchen, und seine Frau Mathilda. Heimat und Geschichtsverein Weiskirchen e.V.

für die 502 Stimmen und einen Sitz für die 60 NSDAP-Stimmen. Die NSDAP hingegen verlangte stattdessen die Sitze der SPD für sich. Dies alles wurde hinfällig, nachdem die SPD am 22. Juni 1933 verboten wurde und sich das Zentrum am 5. Juli selbst auflöste. Auch der Bürgermeister von Weiskirchen wurde durch einen sogenannten Parteigenossen ersetzt. Somit übertrug sich die reichsweite Entwicklung auch auf das immer noch weniger als 2.000 Einwohner:innen zählende Weiskirchen, und der Gemeinderat wurde ausschließlich mit NSDAP-Mitgliedern besetzt.[29]

Die Repressionen im täglichen Leben nahmen für die jüdischen Einwohner:innen stetig zu und die Solidarität der nichtjüdischen Nachbarinnen und Nachbarn stetig ab, was sicherlich auch auf den zunehmenden Denunziationsdruck durch die örtlichen Organe der NSDAP wie der SA oder der Deutschen Arbeitsfront zurückzuführen war. Dem Darmstädter Hof wurde so die Existenzgrundlage entzogen und auch die Geschäfte mit jüdischen Inhaber:innen wurden gezielt boykottiert. Damit wurde es für die meisten jüdischen Einwohner:innen unmöglich, weiterhin für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Viele Mitglieder der ehemaligen jüdischen Gemeinde Weiskirchen konnten in die USA bzw. nach Argentinien auswandern, einige versuchten in den naheliegenden Großstädten Frankfurt und Offenbach Schutz und Unterstützung zu finden.[30]

Als letzter Vorsitzender verkaufte Michael Meyer schon vor den Novemberpogromen 1938 das Haus in der Hauptstraße 57 und ließ die Ritualgegenstände nach Offenbach bringen.[31] Mit seiner Ehefrau Mathilda zog er nach den Pogromen nach Offenbach und konnte von dort aus über Großbritannien in die USA auswandern. Das Synagogengebäude blieb durch den Verkauf vor den Zerstörungen während der Pogrome verschont. Allerdings wurde das Haushaltswarengeschäft der Familie von Seligmann Meyer angegriffen und zerstört.[32] Seligmann Meyer selbst wurde wahrscheinlich kurzzeitig inhaftiert, die genauen Umstände sind leider unbekannt. Die Familie zog bald darauf nach Frankfurt, und im Juni 1939 konnte ein Teil der Familie in die USA auswandern.

Für Berta Engelmohr und Paula Ball, beide geborene Mayer, die Töchter von Karl Meyer (II), dem Gastwirt des Darmstädter Hofs, reichte auch der Schutz durch eine Ehe mit einem Christen nicht. Sie wurden noch im Februar 1945 mit einem der letzten Transporte (Transport XII/10) nach

Abb. 8: Innenansicht der ehemaligen Synagoge mit der Dauerausstellung zur Geschichte der Jüdinnen und Juden in Weiskirchen. Foto: Tilmann Gempp-Friedrich.

Theresienstadt deportiert.[33] Beide überlebten und kehrten nach Weiskirchen zurück.[34]

Das Synagogengebäude wurde erst nach 1945 von der Käuferfamilie in ein Wohnhaus umgebaut und als solches genutzt. Der Sohn der letzten Bewohnerin verkaufte es im Jahr 2000 für 60.000 € an die Stadt Rodgau, die es anschließend sanierte. Nach einigen bautechnischen Schwierigkeiten bei der Restaurierung konnte die ehemalige Synagoge am 25. Mai 2004 der Öffentlichkeit übergeben werden. Im März des darauffolgenden Jahres richtete der Heimat und Geschichtsverein eine Dauerausstellung zur Geschichte der Jüdinnen und Juden in Weiskirchen ein.[35]

Für die Angehörigen der Familie Lilienthal aus der Waldstraße 4 und für die in der Schillerstraße 7 wohnende Familie Meyer, die Gastwirte des Darmstädter Hofes, wurden 2018 insgesamt zwölf Stolpersteine verlegt. In der ehemaligen Filialgemeinde Dudenhofen wurden schon 2011 Stolpersteine verlegt.

Tilmann Gempp-Friedrich

Für Hinweise und Unterstützung danke ich herzlich dem Heimat- und Geschichtsverein Weiskirchen e.V., namentlich Herrn Volker Böres und Herrn Helmut Trageser.

Weiskirchen in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/126

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

Weiskirchen

1828	16 Personen
1871	27 Personen
1900	30 Personen
1905	30 Personen
vor 1933	37 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Weiskirchen, in LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14135, letzter Zugriff 8. Januar 2025 (vor 1933).

Dudenhofen

1828	18 Personen
1871	7 Personen
1900	2 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15.

Hainhausen

1828	3 Personen
1871	9 Personen
1900	10 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15.

Jügesheim

1828	9 Personen
1871	4 Personen
1900	10 Personen

Zahlen nach: Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15.

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Hüttenmeister, Frowald G./Sabine Richter-Rauch/Gernot Richter, Hier ist verborgen. Der jüdische Friedhof in Heusenstamm, Heusenstamm 2014.

Trageser, Helmut, Geschichte und Geschichten. 700 Jahre Weiskirchen, Weiskirchen 1986.

Archivalien

Arolsen Archives, Online Collections, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 4974544; ID 5013312; ID 70462037

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– JRSO-Hes: 358

Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ)
– Alte Kästen: K 90/20a

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 518: Nr. 1362

Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 275

Anmerkungen

1 Weiskirchen, in: LAGIS Hessen, Historisches Ortslexikon, lagis.hessen.de/resolve/de/ol/14135, letzter Zugriff 08. Januar 2025.
2 Weiskirchen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/126, letzter Zugriff 7. Januar 2025.
3 Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15.
4 Weiskirchen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/weiskirchen_synagoge.htm, letzter Zugriff 7. Januar 2025; Weiskirchen, in: LAGIS Hessen, Synagogen in Hessen, lagis.hessen.de/resolve/de/syn/126, letzter Zugriff 7. Januar 2025.
5 Vgl.: Hüttenmeister/Richter-Rauch/Richter, Hier ist verborgen.

6 DDAMZ, Alte Kästen K 90/20a.
7 DDAMZ, Alte Kästen K90/20a.
8 Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 327–330.
9 Vgl. die Episode zum Konflikt zwischen Abraham Liebmann von Dudenhofen mit der Gemeinde in Ober-Roden. Siehe Post, Judentoleranz und Judenemanzipation, S. 327–330.
10 Der Heimat- und Geschichtsverein Weiskirchen e. V. bereitet eine Publikation zur Geschichte der Jüdinnen und Juden in Weiskirchen vor und wird dabei auch neue Ergebnisse zur Geschichte des Synagogengebäudes vorstellen können.
11 Altaras, Synagogen, S. 365. Siehe denkxweb.denkmalpflegehessen.de/objekte/, letzter Zugriff 08. Januar 2025.
12 Altaras, Synagogen, S. 365.
13 Altaras, Synagogen, S. 365.
14 Zeitungsnachrichten und Correspondenzen, Frankfurt a. M., in: Der Israelit, Nr. 31, 2. August 1882, S. 780.
15 Aus dem Rodgau, in: Neue jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 8. Januar 1904, S. 2.
16 Aus dem Rodgau, in: Neue Jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 28. Juli 1911, S. 10.
17 Trageser, Geschichte und Geschichten, S. 144.
18 CAHJP, JRSO-Hes-358.
19 Trageser, Geschichte und Geschichten, S. 107–109.
20 HHStAW, 518, Nr. 1362.
21 HHStAW, 518, Nr. 1362.
22 Weiskirchen, in: LAGIS Hessen, Jüdische Wohlfahrtspflege 1932/33, lagis.hessen.de/resolve/de/jgv/258, letzter Zugriff 13. Januar 2025.
23 Trageser, Geschichte und Geschichten, S. 173. Die Schreibweise der Familie Mayer war seit dem 18. Jahrhundert Mayer und änderte sich Ende des 19. Jahrhunderts in Meyer. In diesem Beitrag wird die Familie als Meyer geschrieben.
24 Aus dem Rodgau, in: Neue Jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 28. Juli 1911, S. 10.
25 Aus dem Rodgau, in: Neue Jüdische Presse. Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 28. Juli 1911, S. 10.
26 Trageser, Geschichte und Geschichten, S. 148.
27 Veröffentlicht im: Deutsches Reichsgesetzblatt, Teil 1, Nr. 29, 1933, S. 153–154.
28 Trageser, Geschichte und Geschichten, S. 148.
29 Trageser, Geschichte und Geschichten, S. 150.
30 JMF, Slg. Arnsberg, 275.
31 CAHJP, JRSO-Hes-358; HHStAW, 518, 1362.
32 Die Familie um Seligmann Meyer lässt sich von weiblicher Seite auf die Familie Schönberg zurückführen, Seligmann selbst kam aus Reichelsheim und war nicht direkt mit anderen Meyers vor Ort verwandt.
33 Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen, S. 365–368, und für Berta Engelmohr: AA, ID 4974544; für Paula Ball: AA, ID 5013312, beide letzter Zugriff 20. Mai 2025.
34 AA, ID 70462037, letzter Zugriff 20. Mai 2025; Siehe auch JMF, Slg. Arnsberg, 275.
35 Weiskirchen, in: Alemannia Judaica, www.alemannia-judaica.de/weiskirchen_synagoge.htm, letzter Zugriff 7. Januar 2025; Heimat- und Geschichtsverein Weiskirchen, www.heimat-und-geschichtsverein-weiskirchen.de, letzter Zugriff 29. Januar 2025.

Stadt Offenbach am Main

Innenstadt Offenbach
Hafenallee Nordring
Synagoge 1916-1938
DP-Betraum 1945/46
Synagoge von 1956
Main
Goethestraße
Goetheplatz
Karl-Carstens-Platz
Kaiserstraße
Willy-Brandt-Platz
Berliner Straße
Hugenotten-platz
Berliner Straße
Betstube 1707-1721
Synagoge 1729-1916
Mathilden-platz
Wilhelms-platz
Platz der 8. Mai 1945
Frankfurter Straße
Schloßstraße
Waldstraße
0 50 100 200 m
Grundkarte: ALKIS, HLBG (2025)
Bearbeitung: Melanie Müller-Bering, HIL

Bürgel (Stadt Offenbach am Main)

Bürgel, heute ein Stadtteil Offenbachs, war in der Frühen Neuzeit ein kurmainzischer Sprengel, umgeben von isenburgischem und hanauischem Territorium, nahe der Reichsstadt Frankfurt und unweit der großen Handelswege entlang des Mains. 1470 wurden die Jüdinnen und Juden aus den kurmainzischen Städten ausgewiesen. Infolge dieser Ausweisung ließen sich viele Jüdinnen und Juden im Umland dieser Städte nieder. In diesem Kontext mag auch die erste Erwähnung eines Juden im kleinen kurmainzischen Ort Bürgel zu verorten sein (1492). Dieser jüdische Bewohner Bürgels stand offenbar in enger geschäftlicher und kultischer Beziehung zur Frankfurter Gemeinde, deren Größe um 1500 im Vergleich bereits beachtlich war.[1] Zur Ansiedlung weiterer jüdischer Familien kam es wohl noch über Jahrzehnte hinweg nicht, jedenfalls sind in dieser Zeit keine Jüdinnen und Juden in Bürgel belegt.

Die Entstehung einer Gemeinde in Bürgel

In der Mitte des 16. Jahrhunderts lässt sich in einigen Orten im Mainbogen, etwa in der wachsenden Residenzstadt Offenbach, eine zunehmende Ansiedlung von Jüdinnen und Juden beobachten.[2] Auch in Bürgel hatte sich spätestens 1566 erneut ein Jude niedergelassen, der seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Rinderhäuten verdiente. Die Zahl der Jüdinnen und Juden im Ort nahm von nun an langsam zu, und 1594 ist von mindestens drei jüdischen Haushalten auszugehen.[3] Die Möglichkeiten für die Söhne dieser Familien, sich ebenfalls im Ort niederzulassen, waren jedoch begrenzt, und sie mussten andernorts eine neue Heimat finden, wie z. B. der spätere Rabbiner Moses Bürgel, der vor allem in Friedberg in Erscheinung trat.[4]

Der Broterwerb war für die Bürgeler Jüdinnen und Juden durch die starke jüdische Konkurrenz in den größeren umliegenden Gemeinden erschwert. Den Bürgeler Jüdinnen und Juden blieben jene Handelsfelder offen, die nicht von Frankfurter oder Hanauer Juden besetzt waren. Zwei Beispiele seien hier herausgegriffen: Einer der Bürgeler Juden handelte monopolartig mit Fellen und Häuten. Diese erhielt er aus der gräflich isenburg-birsteinischen Kellerei und verkaufte sie weiter.[5] Der Bürgeler Jude Löw dagegen war im Pferdehandel und Geldverleih tätig. Sein Einzugsgebiet waren die Ortschaften der Mark Bieber sowie Oberroden und Groß-Krotzenburg, die zwei weiteren kurmainzischen Sprengel am Main.[6] Bald waren die Bürgeler Jüdinnen und Juden im Handel so aktiv, dass ein Rumpenheimer Jude sich einer so starken Konkurrenz ausgesetzt sah, dass er gegenüber seiner Herrschaft klagte, „kein narung [zu] haben und sein mezelhandtwerck recht geprauchen [zu] konne“.[7]

In den ersten zwei Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts lebten mindestens vier jüdische Familien in Bürgel, für die 1603 eine Türkensteuer von 20 Goldgulden veranschlagt wurde.[8] Die Haushalte mussten also eine größere Personenzahl umfassen, was bedeuten würde, dass die Bürgeler Jüdinnen und Juden nun vermutlich bereits rein zahlenmäßig eine kleine Gemeinde bildeten. Der Ort des gemeinsamen Gottesdienstes war zu diesem frühen Zeitpunkt möglicherweise bereits der Torturm der Dorfbefestigung, an den die Gemeinde noch im 19. Jahrhundert erinnern sollte.[9] Über weitere Gemeinschaftseinrichtungen, etwa einen eigenen Friedhof, ist nichts bekannt. Denkbar ist, dass die Bürgeler Jüdinnen und Juden ihre Toten im nahegelegenen Frankfurt bestatteten, trotz des Wunsches des dortigen Rates, auswärtigen Jüdinnen und Juden die Nutzung des Friedhofs zu verbieten.[10]

Im Dreißigjährigen Krieg

Um 1620 erreichte der seit kurzem herrschende Krieg auch die Maingegend. Der Amtmann und der Bürgeler Bürgermeister äußerten in dieser bedrohlichen Situation, dass die Juden in den kurmainzischen Dörfern am Main nicht mehr von Nutzen seien.[11] Zu einer Ausweisung kam es aber nicht. Vielmehr hatten die meisten Bürgeler Jüdinnen und Juden bereits selbst den Ort verlassen und Schutz in der benachbarten Reichsstadt Frankfurt gesucht.[12] In diese Kriegsjahre fiel zweifellos die Feststellung eines Zeitgenossen, dass die Jüdinnen und Juden „entlofen, gestorben und verdorben“[13] seien.

Doch der Schutz in Frankfurt war kein dauerhafter. Trotz der Kriegssituation und zahlreicher Bitten verfügte der Frankfurter Rat, dass die fremden Jüdinnen und Juden die Stadt verlassen sollten. Die Anweisung wurde aber nur partiell befolgt. So hielt sich beispielsweise der Bürgeler Jude Judlen noch 1628 im Haus zum Drachen in der Frankfurter Judengasse auf.[14] Spätestens 1631, als die Schweden am Main entlangzogen, dürfte Frankfurt erneut zum Zufluchtsort für geflohene Jüdinnen und Juden geworden sein.

Der Ort Bürgel wurde im Krieg weitgehend zerstört. Auf den Krieg folgte die Pest, die im Mainbogen wütete. Die Aus-

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-042

wirkungen dieser Geschehnisse auf die Zahl der Jüdinnen und Juden in Bürgel sind nur eingeschränkt feststellbar. Spätestens 1693, als die Bürgeler Jüdinnen und Juden zur kollektiven Zahlung eines „Schulgeldes“ verpflichtet wurden, kann davon ausgegangen werden, dass die ausreichende Anzahl von Personen zur Bildung einer „Kehilla“ (Gemeinde) wieder erreicht worden war und eine Räumlichkeit für den gemeinsamen Gottesdienst zur Verfügung stand.[15]

Die zulässige Anzahl jüdischer Familien in Bürgel war sicherlich begrenzt.[16] Von der Mitte des 18. Jahrhunderts an waren nicht mehr als 20, maximal 25 jüdische Familien offiziell im Ort ansässig. Ihren Herkunftsnamen nach stammten diese Familien ursprünglich aus Wimpfen, Bingen, Nieder-Weisel, Heppenheim, Wiesbaden, Oberroden und Bürgel selbst, ebenso aus Offenbach oder Frankfurt.[17] Die Gemeinde verfügte über einen Betraum und nun auch über einen Friedhof.[18]

Synagoge, Mikwe und Friedhof vom 18. Jahrhundert bis 1823

Es gibt wenig Quellen zu den Einrichtungen der Frühzeit der jüdischen Gemeinde von Bürgel. Die in der Sekundärliteratur geäußerte Vermutung, dass eine Stube im Torturm des sogenannten Falltores als Betraum verwendet wird, lässt sich durch Akten jüdischer Provenienz belegen. Über die Räumlichkeiten im Torturm und deren Aussehen, d. h. ihre Größe, Form, Zugänglichkeiten o. Ä., lässt sich auf dieser Grundlage immerhin sagen, dass sie von den Gemeindemitgliedern als unzulänglich betrachtet wurden.[19] Es existieren allerdings keine detaillierten Ansichten oder Karten der Ortschaft, bevor die Stadtmauer samt Torturm Anfang des 19. Jahrhunderts geschliffen wurden, sodass die genaue Lage unklar bleibt. Eine Notiz im Rechnungsbuch der Gemeinde aus dem 18. Jahrhundert spezifiziert ohne nähere Zeitangabe, dass „unsere Voreltern auf dem Tor gegen den Kettenbrunnen heriber eine Schul gebaut haben“.[20] Dies kann als Beleg dafür verstanden werden, dass sich die Betstube im Turm befand. Andererseits könnte die Passage aus dem Rechnungsbuch auch so gedeutet werden, dass die Synagoge in einem an die Stadtmauer und das Tor angelehnten und im Verbund stehenden, eigenen (kleinen) Gebäude untergebracht war. Eine solche Lage an der Befestigungsanlage war im 18. Jahrhundert keine Ausnahme.[21] Es gibt aber auch einige hessische Beispiele von Synagogen, die Räume in Befestigungstürmen selbst nutzten (Hanau, Hofheim am Taunus, Höchst am Main).

Das schon erwähnte Rechnungsbuch gibt weitere wichtige Hinweise zur Bürgeler Synagoge und deren Einrichtung im 18. und frühen 19. Jahrhundert.[22] So wird eine neue Bestuhlung oder die Reparatur bereits bestehender Stühle in Auftrag gegeben. Vor allem Ende der 1750er Jahre werden viele neue Stühle angefordert und in den 1760ern werden erstmals auch spezifisch Stühle für die Frauen aufgeführt. Dies deutet auf eine immer größer werdende Gemeinde hin.

Abb. 1: Truman-*Menora*, gestiftet vom Ehepaar Leiser und Breinle Wimpfe im Jahr 1766/67. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Harry S. Truman Presidential Library and Museum.

Die Stiftung eines stattlichen bronzenen Chanukka-Leuchters im Jahr 1766/67 durch das Ehepaar Leiser und Breinle Wimpfe – durch eine gravierte Inschrift am Fuß des Objekts belegt – sollte in einem ähnlichen Licht gesehen werden. Der Leuchter ist heute noch erhalten, da er 1913 in zerbrochenem Zustand von Siegfried Guggenheim, dem langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Offenbach, dieser abgekauft, wiederhergestellt und durch eine neue silberne *Menora* ersetzt wurde. 1939, nach Guggenheims Flucht in die USA, verkaufte er das Stück aus finanzieller Not an das Jüdische Museum in New York. 1951 wurde es vom israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion erworben und als Gastgeschenk dem amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman überreicht. Sie ist deshalb heute unter dem Namen „Truman-*Menora*“ bekannt.[23] Tatsächlich ist die Truman-*Menora* aufgrund ihrer Größe und ihres repräsentativen Charakters von Interesse. Beides steht im Widerspruch zu einer Unterbringung der Synagoge in einer kleinen Turmstube und deutet stattdessen auf einen größeren Turmanbau oder -aufbau als Synagogenraum hin.

Überdies ist in den Gemeinderechnungen die Häufung an baurelevanten Ausgaben – an Zimmermann, Maurer,

Glaser, Maler – im Jahr 1775/76 aufschlussreich, die sich zum Teil auch in die darauffolgenden Jahre ziehen. Dies deutet auf größere Reparaturen oder sogar einen Synagogenneubau hin. Die Erwähnung von Ausgaben für „2 Dielen in der Schul beim Haus der Witwe Brenele“[24] im selben Jahr 1775/76 könnte zudem als ein Hinweis auf eine zweite, neue Synagoge oder aber auf die temporäre Nutzung anderer Räumlichkeiten für religiöse Zwecke während der Reparatur der eigentlichen Synagoge gedeutet werden. Des Weiteren fällt auf, dass in den späten 1790er bis 1810er Jahren vermehrt in Reparaturen investiert wurde – angefangen bei der Tür der Synagoge über diverse Treppen, allen voran aber fast jährliche Ausgaben für Fenster und Fenstergläser. Auffällig sind die im Jahr 1805/06 notierten Ausgaben für Fenstergitter. Diese Mehrausgaben für zusätzliche Schutzmaßnahmen lassen sich vor dem zeithistorisch bedeutsamen Hintergrund von Herrschaftswechsel, Befreiungskriegen sowie den in diesem Zuge im Ort stationierten Truppen erklären. Darüber hinaus wurde Mobiliar für den Gottesdienstraum sowie Gebetsbücher angeschafft.[25] Erwähnung sollten auch die vielen Leuchter finden, die ab 1776/77 und vor allem um 1795 angeschafft wurden. Diese wertvollen Einrichtungsgegenstände bestätigen die bessere Situierung der Gemeinde und lassen die Frage aufkommen, ob der vermehrte Bedarf an Lichtquellen mit einer Vergrößerung des Synagogenraumes, womöglich durch eine Frauenempore, in Zusammenhang steht.

Im Jahr 1780/81 wird der Keller im Haus eines Peter Fecher erworben, um dort erstmals eine Gemeindemikwe einzurichten.[26] Über deren Aussehen ist nichts bekannt. Überliefert ist aber die Lage im Flurgrundstück 180, welches sich am südwestlichen Rand des Ortes, direkt an der Befestigungsmauer befand und nur über eine schmale, geknickte Gasse erreichbar war.[27] Spätestens seit dem 18. Jahrhundert bestand in Bürgel auch ein jüdischer Friedhof. Seine Lage in der Mainschleife im äußersten Nordwesten des Ortes, an der Grenze zu Rumpenheim, verweist darauf, dass die Obrigkeit das jüdische Religionsgesetz achtete, das eine abseitige Lage des Friedhofs vorschrieb. Für den Friedhof musste die Gemeinde nun eine jährliche Gebühr von zwei Goldgulden zahlen. Ein eigener Friedhof bedeutete auch ein Loslösen von der bisherigen zentralen Rolle Frankfurts und unterstrich eine enge Anbindung an den Ort.[28]

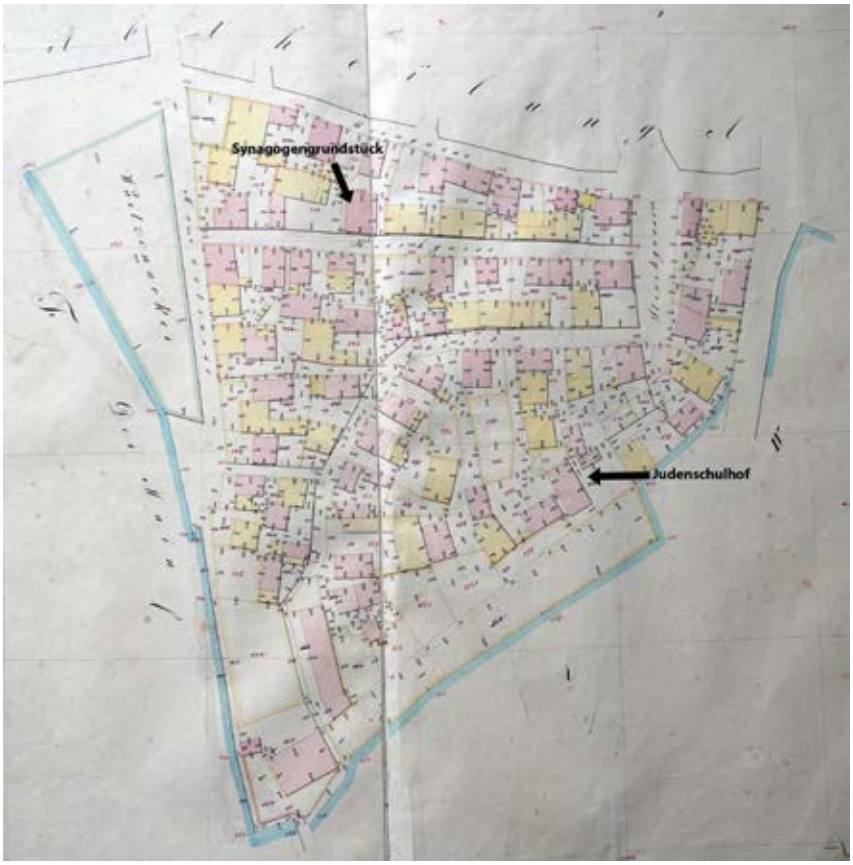


Abb. 2: Parzellenkarte der Gemarkung Bürgel mit Kennzeichnung des Judenschulhofs und des Synagogengrundstücks, 1843–1846. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Abb. 3: Der jüdische Friedhof von Bürgel. Foto: Rahel Blum.

Gemeindeorganisation

Die innere Organisation der Bürgeler Gemeinde war, nicht nur aufgrund ihrer geringen Größe, keinesfalls so ausdifferenziert oder gar bürokratisiert wie zur selben Zeit in größeren Gemeinden üblich.[29] Fest etabliert war dennoch spätestens ab 1742 die regelmäßige Wahl von zwei Haushaltsvorständen zu „*Gabbaim*“, zu Laienvorstehern der Gemeinde. Ein *Chasan* und eine Schabbat-Magd übernahmen die zahlreichen Aufgaben, die im sozialen Bereich und im Kultus anfielen. Ein jährlich bestimmter Kassenverwalter war für den Gemeindehaushalt verantwortlich. Die hohen Ausgaben und Abgaben der Bürgeler Jüdinnen und Juden überstiegen aber meistens die Einnahmen. Die Gemeinde hatte das Schulgeld, das Martinsgeld, die Miete für den Friedhof an die Obrigkeit zu zahlen, außerdem das Neujahrsgeld für den Bürgeler Pfarrer.[30] Des Weiteren musste die Gemeinde jährlich neun Goldgulden aufbringen, um zum Gehalt des Offenbacher Rabbiners beizutragen. Weitere Ausgaben deckten die Kosten für die kultischen Bedürfnisse der Gemeinde zu den hohen Feiertagen und die Beleuchtung der Synagoge.[31] Nicht zuletzt kam man auch kollektiv für die Versorgung der Armen und Bedürftigen auf.[32] Die Wohltätigkeit der Bürgeler Jüdinnen und Juden schloss nicht nur Jüdinnen und Juden ein, sondern gelegentlich auch bedürftige Christinnen und Christen.[33]

Im Unterschied zu den größeren Gemeinden in der Umgebung hatte die Wohltätigkeit in der kleinen Bürgeler Gemeinde aber noch keine institutionalisierte Form angenommen. Die Gemeinde delegierte vielmehr die Versorgung Bedürftiger an Gemeindemitglieder – entweder an den *Chasan* oder an die Familien der Gemeinde, bei denen die Bedürftigen ihren Bezugsschein eintauschen konnten. Dass die jüdischen Familien nicht immer bereit waren, dieser Aufgabe nachzukommen, zeigt sich daran, dass die Gemeinde 1779 gegenüber den Bürgeler jüdischen Familien ein Machtwort sprechen musste und sie zur Unterstützung Bedürftiger verpflichtete.[34]

In den späten 1770er und frühen 1780er Jahren erlebte die Bürgeler Gemeinde einen Entwicklungsschub. Dies betraf zum einen die wachsende Anzahl der Besucherinnen und Besucher der Gottesdienste und die Ausstattung der Synagoge.[35] In der Verwaltung der Gemeinde lässt sich zum anderen eine zunehmende Professionalisierung der Ämter beobachten. Man ernannte die Gabbaim nun auf Lebenszeit und definierte zugleich detailliert ihre Zuständigkeitsbereiche.[36] Die Professionalisierung betraf auch die bezahlten Dienstleistungen in der Gemeinde. Neben dem *Chasan* und der Schabbat-Magd beschäftigte man nun auch einen Gemeindediener, eine Witwe aus der Gemeinde wurde mit der Versorgung von bedürftigen Durchreisenden betraut.[37] Spätestens zum Beginn des 19. Jahrhunderts verfügte nun auch Bürgel über eine „Judenherberge“.[38] Das Bestattungswesen der Gemeinde lag spätestens ab 1784 in den Händen einer gut organisierten *Chevra kadischa*. Es ist anzunehmen, dass diese sich, wie andernorts, aus den wohlhabenderen Mitgliedern der Gemeinde zusammensetzte, denn die zeitaufwendige Tätigkeit bedeutete wirtschaftliche Einbußen, die sich nicht jeder leisten konnte.

Die Geschäftstätigkeit der Bürgeler Jüdinnen und Juden war auch im 18. Jahrhundert eingeschränkt durch die Handelskonkurrenz zu den jüdischen Gemeinden im Umland.[39] Im Wesentlichen blieb den Bürgeler Jüdinnen und Juden der Hausier- und Kleinwarenhandel in der Region, in der Mark Bieber, Frankfurt, Eschborn und Offenbach.[40] Eine weitere Einschränkung waren die vielen Territorialgrenzen auf dichtem Raum und die damit formal einhergehende Pflicht, bereits beim Gang in das Nachbardorf den Leibzoll zu begleichen. De facto wurde dieser nur selten vollumfänglich abverlangt. Die Regierungen von Hanau-Münzenberg, Isenburg-Birstein und der Reichsstadt Frankfurt fanden schlicht keine dauerhafte Lösung dafür, inwieweit man den „armen kurmainzischen Juden“,[41] so auch den Bürgelern, den Zoll abverlangen sollte. Zugleich wussten die Bürgeler Jüdinnen und Juden nur zu gut, welche Wege sie einschlagen mussten, um den Geleitstraßen und Zollstöcken auf ihren Handelsrouten zu entgehen. Als beispielsweise 1713 einige Bürgeler Juden bei Fechenheim angehalten wurden und man sie aufforderte, beim nächsten Mal den Zoll zu begleichen, kündigten sie an, künftig über einen Feldweg direkt am Main zu gehen, um damit weiterhin die Zahlungen zu umgehen.[42]

Bürgeler Jüdinnen und Juden und ihre Nachbarn

Durch die Zugehörigkeit zu Kurmainz unterschieden sich die Bürgeler Jüdinnen und Juden rechtlich und wirtschaftlich von denjenigen aus den Orten der Umgebung. Kaum je kontaktierte die Gemeinde allerdings direkt die kurfürstliche Regierung in Aschaffenburg.[43] Der Erzbischof war im Dorf formal präsent durch seine Vertreter, etwa den Bürgermeister, den Schultheiß oder den Pfarrer, den auch die Bürgeler Jüdinnen und Juden zumeist respektvoll als den „Herr Pfarr" bezeichneten.[44] Auch in den seltenen Fällen der Einführung eines neuen Kurfürsten war die Obrigkeit durch Vertreter in Bürgel präsent.[45] Dennoch war Kurmainz für die Jüdinnen und Juden im Dorf weit weniger relevant als die direkte Umgebung, die Orte des Mainbogens, die Nachbarn nebenan, mit denen man zusammenlebte und Geschäfte machte. Im kleinen Ort Bürgel waren die Begegnungsfelder von Jüdinnen und Juden einerseits und Christinnen und Christen andererseits im Alltag vielfältig und vielschichtig. Man wohnte Tür an Tür und kannte die Gebräuche des anderen, betrieb Handel miteinander und engagierte die Handwerker des Dorfes.[46]

Als im Jahr 1731 auf einem Acker eine Kinderleiche gefunden wurde, beschuldigte das Amt Steinheim einen Bürgeler Juden. Bewaffnete Boten fielen daraufhin im Dorf ein und schleppten den „Schutz Juden Mantel Stieffel sambt seinem Hauß-Knecht hinweg ad Danerem".[47] Die Bewohnerinnen und Bewohner Bürgels versuchten energisch, die Verhaftung zu verhindern. Die Wut entlud sich am Schultheiß, der schließlich Hals über Kopf floh. Die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes sollten zwar für ihre Reaktion mit einer hohen Geldstrafe belegt werden. Das spontane Eingreifen zugunsten des Bürgeler Juden verweist aber auf einen nachbarschaftlichen Zusammenhalt, der sicherlich nicht konfliktfrei war, doch fanden Alltagskonflikte unter Nachbarinnen und Nachbarn keinen merklichen Eingang in die schriftliche Überlieferung.[48]

In religiöser und sozialer Hinsicht war für die Bürgeler Jüdinnen und Juden die Nachbarschaft zu den großen jüdischen Gemeinden in Frankfurt, Offenbach und Hanau bedeutend, trotz der wirtschaftlichen Konkurrenz. Man profitierte von den wohltätigen Institutionen der Gemeinden, ihren Spenden und ihren religiösen Infrastrukturen und Rabbinern, insbesondere vom Offenbacher Rabbiner, dessen Gehalt auch von den Bürgeler Jüdinnen und Juden mitbezahlt wurde.[49] Die Töchter der Bürgeler Jüdinnen und Juden wurden in diese Städte in „Dienst" geschickt, Söhne, die kein Niederlassungsrecht erhielten, wanderten dorthin aus.[50] Die Offenbacher Gemeinde zählte zwischen 1784 und 1802 drei, in späteren Jahren immer mehr aus Bürgel stammende Mitglieder.[51] Mehr als Offenbach stellte offenbar die Reichsstadt Frankfurt am Ende der Frühen Neuzeit einen Migrationsort für Bürgeler Jüdinnen und Juden dar. Nur in wenigen Fällen zog es Bürgeler Jüdinnen und Juden weit über regionale Grenzen hinaus.[52]

Gegenüber den großen Stadtgemeinden der Umgebung kam Bürgel zwar eine periphere Rolle zu, aus der Perspektive der Jüdinnen und Juden in den umliegenden Dörfern hatte Bürgel jedoch eine zentrale Funktion. Der Bürgeler Betraum war die kultische Heimstätte für die wenigen Jüdinnen und Juden aus Rumpenheim und aus Mülheim, hier trugen sie zum Haushalt der Gemeinde bei und auf dem Friedhof wurden ihre Toten bestattet.[53]

Das Jahr 1802 brachte Veränderungen für die Gemeinde. Durch den Reichsdeputationshauptschluss gelangte Bürgel an Isenburg-Birstein. Der neuen Obrigkeit gegenüber beschrieb man Bürgel als einen „mit Juden übersetzten Ort",[54] denn die etwa 20 jüdischen Familien machten fast ein Drittel der Dorfbewohner aus.[55] Da die Bürgeler Gemeinde arm war, beließ die neue Herrschaft das bestehende pauschale Schutzgeld und die weiteren Abgaben bei der bisherigen Höhe.[56] Die Jüdinnen und Juden ihrerseits sammelten in der Gemeinde Geld für die Huldigung gegenüber der neuen Herrschaft.[57] 1803 wurde bei einem Frankfurter Schmied Specht ein „Geschenk" im Wert von 53 Goldgulden – damals mehr als die Jahreseinnahmen der Gemeinde – in Auftrag gegeben, das sicherlich für die neuen Ortsherren gedacht war.[58]

Unter Isenburg-Birstein (1802–1816) und anschließend im Großherzogtum Hessen erlebte die kleine Gemeinde Jahre des Wachstums in ihrer Größe und in der Gestaltung ihrer inneren Administration. Erstmals wurde 1810 ein *Chasan* mit einem festen Gehalt angestellt.[59] Ebenfalls 1810 verfasste die israelitische Krankenkasse Bürgels umfangreiche Statuten, ebensolche Statuten für die Gemeinde als Ganzes folgten 1821 in Form einer ersten Synagogenordnung, die über den Gottesdienst hinaus das Innenleben der Gemeinde, die Vorsteherwahl und die Zuständigkeiten der Gemeindediener festlegte.[60] Die Gültigkeit der Statuten wurde auch auf die Jüdinnen und Juden aus anderen Orten, die den Gottesdienst in Bürgel besuchten, übertragen. Damit unterstrich die Bürgeler Gemeinde selbst ihre zentrale Rolle unter den Dörfern der Umgebung, zugleich aber betonte man die enge kultische Anbindung an Offenbach.[61] Nahezu alle Hausväter unterzeichneten diese Statuten.

Der Judenschulhof

Die bestehende Synagoge genügte bereits in den 1810er Jahren nicht mehr den Anforderungen der Gemeinde. Einerseits sollte der Torturm samt Anbauten abgerissen werden, andererseits wuchs die Gemeinde.[62] Deshalb wurden 1814 zwei Gebäude in der Niedergasse angekauft, die zu einer Synagoge samt Schule und Mikwe umgebaut werden sollten. Diese Grundstücke lagen in fast direkter Nachbarschaft zur bestehenden Mikwe und weisen somit auf den Wunsch hin, alle wichtigen Räume des jüdischen Lebens im Bereich des südlichen Ortskerns zu bündeln.[63] Die nötigen finanziellen Mittel für besagten Umbau konnten jedoch nicht ohne Weiteres aufgebracht werden, und so verschoben sich die Pläne auf das Jahr 1822.

Tatsächlich wurde schon 1818/19 die Absicht der räumlichen Bündelung aller zentralen Einrichtungen der Gemeinde – Synagoge, Mikwe und Schule – aufgegeben, da in diesem Jahr zunächst das Gebäude der bestehenden Mikwe durch die Gemeinde aufgekauft wurde.[64] 1821/22 wurde auch das am selben Grundstück sich befindende zweistöckige Wohnhaus angekauft.[65] Dort richtete die Gemeinde im Erdgeschoss ein Unterrichtszimmer und im Obergeschoss eine Lehrerwohnung ein. Damit wurde dieses Grundstück zum sogenannten Judenschulhof. Dieser wuchs auch während der nächsten Jahre weiter an. 1829/30 wurde am selben Ort die Mikwe neu erbaut, nachdem von den Landratsämtern verordnet worden war, die vorhandene Mikwe aus hygienischen Gründen zu schließen. Die neue Mikwe erhielt nun einen Ofen. Dennoch dürfte der Zustand nicht zufriedenstellend gewesen sein, da immer wieder größere Renovierungen vorgenommen wurden.[66]

Nachdem auch die Unterrichtsräumlichkeiten von den Behörden wiederholt als unzulänglich bemängelt worden waren, sah sich die Gemeinde 1854 gezwungen, ein weiteres im Süden angrenzendes Grundstück, welches Teil der Ortserweiterung war, zu erwerben, um eine neue Schule samt Lehrerwohnung zu bauen.[67] Dessen ungeachtet verlor der Judenschulhof als zentraler Raum der jüdischen Gemeinde an Bedeutung, nachdem die Schulkinder ab 1876 nur mehr die Kommunalschulen besuchten und die Mikwe wohl nie einen sanitären Zustand erreichte, der den Ansprüchen genügte. So ging das Grundstück 1906 in den Besitz der politischen Gemeinde Bürgel über.[68]

Die Synagoge von 1823/24

1822 wurde ein Baugrund für den Synagogenneubau in der heutigen Bürgerstraße teuer angekauft.[69] Er war zentral im Ortskern gelegen und damit vom Judenschulhof komplett räumlich entkoppelt. Diese Lage war unter anderem durch die für Bürgel spezielle Situation begünstigt, dass dieser Platz nicht durch eine katholische Kirche besetzt war, da sich diese am nördlichen Ortsrand befand. Dennoch kann der bemerkenswerte Standort der Synagoge inmitten des Ortszentrums und ihre unmittelbare räumliche Nähe zu den christlichen Nachbarhäusern auch als eine selbstbewusste Geste jüdischen Dazugehörens zur Ortsgemeinschaft verstanden werden.

Nach der Genehmigung des Neubaus im Jahr 1823 wurden durch einen Spendenaufruf ausreichend Mittel für den Baubeginn zusammengetragen. Die Synagoge wurde innerhalb eines Jahres fertiggestellt und am 25. Juli 1824 eröffnet.[70] Eine erhaltene hebräische Inschrift auf einem Dachbalken des Gebäudes erinnert auch an die Erbauung im Jahr 1824 und an einen gewissen Akiva, der möglicherweise eine wichtige Rolle beim Bau hatte.[71]

Schon 1839 wurde allerdings eine Erweiterung der Synagoge vorgenommen.[72] In diesem Zuge wurde der bis dahin ungenutzte Raum unter der Empore mit weiteren 27 Stühlen für Frauen ergänzt.[73] Dies ist eine ungewöhnliche Ergänzung, da die Synagoge bereits über eine Frauenempore verfügte. Möglicherweise ging es hierbei um die Förderung der Teilnahme von Frauen an Gottesdiensten.[74] Anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums 1874 wurde die Synagoge grundlegend renoviert.[75] Vor allem wurde nun in die Umrüstung auf Gaslicht investiert.[76] 1878/79 wurden eiserne Fensterrahmen angebracht, das Innere ausgemalt und die Stühle neu angestrichen. Die letzte große Renovierung des Gebäudes wurde schließlich zum 100-jährigen Jubiläum im Jahre 1924 vorgenommen.

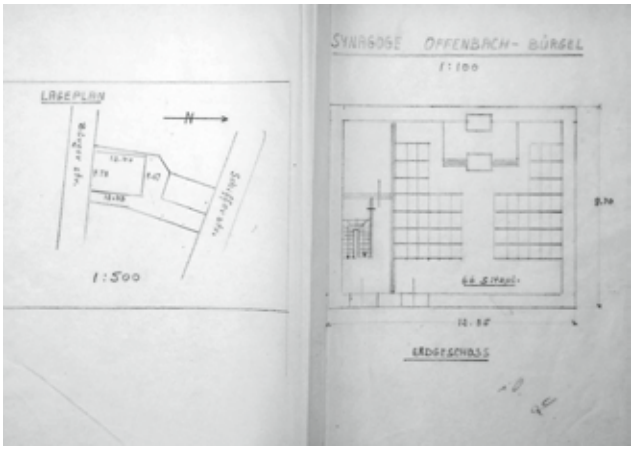


Abb. 4: Synagoge Bürgel, Grundriss- und Bestuhlungsskizze des Erdgeschosses nach Zeitzeugenerinnerungen aus den Entschädigungsakten der JRSO, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

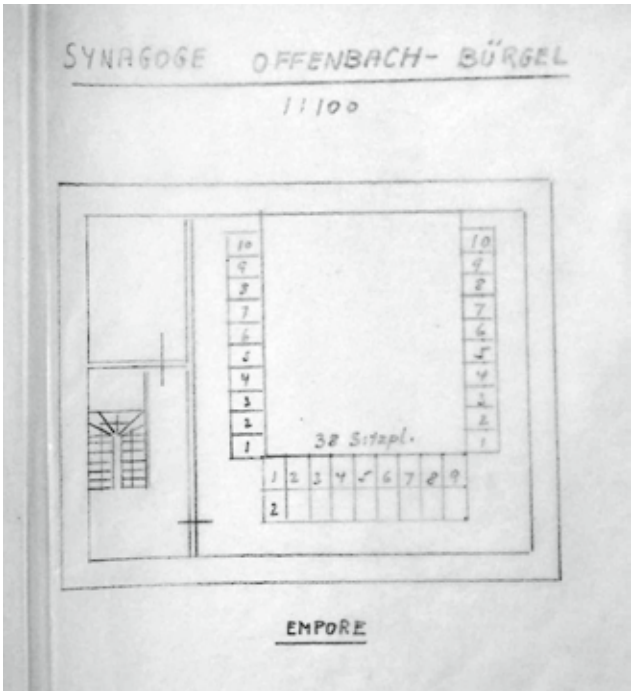


Abb. 5: Synagoge Bürgel, Grundriss- und Bestuhlungsskizze des Obergeschosses nach Zeitzeugenerinnerungen aus den Entschädigungsakten der JRSO, 1950er Jahre. Central Archives for the History of the Jewish People.

Es existieren keine Innenraumaufnahmen des Gebäudes vor dessen Verwüstung und den Plünderungen im November 1938 sowie der Beschädigung durch einen Bombenangriff im Jahr 1944. Heute ist das Innere nicht (mehr) zugänglich. Allerdings existieren Umbaupläne vom April 1940, als das Gebäude in eine Lederwarenfabrik umgebaut werden sollte.[77] Ebenso geben die nach Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen angefertigten Planskizzen des Erd- und Obergeschosses mit eingezeichneten Sitzplänen aus den Restitutionsakten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) Auskunft über das Gebäude.[78]

Das Synagogengrundstück mit der Flurnummer 115, heute Bürgerstraße 15, war ursprünglich sowohl von der heutigen Bürgerstraße,[79] als auch von der dahinter liegenden Schifferstraße[80] zugänglich. Es hatte eine irreguläre Rautenform, wobei der Zugang von der Schifferstraße lediglich durch einen schmalen Weg erfolgte.[81] Der unregelmäßig rechteckige Bau der Synagoge sitzt freistehend nicht ganz bündig im südwestlichen Eck des Grundstückes, wobei die kurze Seite nicht ganz parallel zur Bürgerstraße steht. Ein etwa quadratischer, offener und die gesamte Höhe des Gebäudes einnehmender Saal im Osten des Gebäudes bildet den Hauptraum der Synagoge. Der Raum verfügte über den zentral in die Ostwand eingelassenen Toraschrein, vor dem – zumindest in den 1930er Jahren – direkt die über drei Stufen zu erreichende *Bima* platziert war. Dies deutet auf eine reformierte Orientierung der Gemeinde hin. Des Weiteren gab es laut den JRSO-Akten 66 nach Osten ausgerichtete Plätze für Männer.[82] Archivquellen stützen jedoch die Zahlenangaben von Caspar Lammert, der 77 Männerplätze und 27 Frauenplätze, d. h. insgesamt 104 Sitzplätze im Erdgeschoss, angibt.[83]

Ein im Nordwesten an den Betraum anschließender kleiner, querrechteckiger Raum besaß eine Außentür, wahrscheinlich im Norden, die den Zugang zum Betraum sowohl im Erdgeschoss als auch über eine hölzerne Treppe zum Obergeschoss ermöglichte.[84] Eine Tür führte zu einem weiteren kleinen rechteckigen Raum in der nordöstlichen

Abb. 6: Synagoge Bürgel von Nordosten (links) und Südwesten (rechts), Zustand vor 1938. Rekonstruktionszeichnung: Dominik Mangelmann.

Ecke des Baues.[85] Im Obergeschoss befand sich eine U-förmige hölzerne Frauenempore entlang der Nord-, Süd- und Westwände des Hauptraumes, die Platz für 43 Stühle bot.[86] Trotz der Frauenempore kann keine klare Geschlechtertrennung im Zugang zum Gebäude rekonstruiert werden, da Frauenstühle auch im Erdgeschoss existierten. Wahrscheinlich ist dennoch, dass die Männer den Bau über die Bürgerstraße und die Frauen diesen von hinten über die Schifferstraße betraten.

Die Synagoge ist ein massiver Bau aus Bruchstein mit einem ziegelgedeckten Walmdach.[87] Als solcher hat er sich zur Zeit der Erbauung von seiner unmittelbaren Umgebung, die durchgehend aus Fachwerkhäusern bestand, zwar nicht in der Größe, allerdings in der Erscheinungsform klar abgehoben. Es ist offensichtlich, dass die Gemeindevorsteher eine nach außen vor allem in Richtung Bürgerstraße hin repräsentative Synagoge errichten wollten, während vor allem im Inneren durch die Verwendung von Holz Kosten gespart werden sollten.[88] Der Hauptraum muss besonders lichtdurchflutet gewesen sein, da er jeweils vier große, beide Geschosse einnehmende, von Steingewänden umrahmte Rundbogenfenster im Süden und Westen besaß. Zudem gab es zu beiden Seiten des *Aron ha-Kodesch* im Osten jeweils ein kleines Rundfenster in Höhe des Emporengeschosses und ein zusätzliches großes Rundbogenfenster.[89] Auch durch diese Vielzahl an langen Rundbogenfenstern unterschied sich die Synagoge deutlich von den Nachbarhäusern. Kleine Rundbogenfenster waren zudem auf der Höhe der Empore im Bereich der kleineren nördlichen Zugangsräume vorhanden. Heute sind nur an der Westwand der Rundbogen und die Bogenlaibung des nördlichsten großen Fensters sowie ein kleineres Rundbogenfenster erkennbar. Alle anderen, heute rechteckigen Fenster- und Türöffnungen sind nachträgliche Ergänzungen und Veränderungen.[90]

In den JRSO-Akten werden das Gebäude und seine Einrichtung von Zeitzeugen oft als „einfach“ oder „primitiv“ beschrieben.[91] Es waren allerdings alle für den Ritus notwendigen Objekte vorhanden, inklusive Toramäntel, Toraschreinvorhänge, einer Ewigen Lampe, eines Kronleuchters aus Bronze, Seitenleuchter sowie einer *Menora* aus Messing.[92] Dass die unterschiedlichen Textilien und Metallarbeiten der Bürgeler Synagoge überaus reichhaltig gewesen sein dürften, kann durch die erhaltenen Gesamtverzeichnisse beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Gemeinde aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bestätigt werden.[93] Darin werden nicht nur die hohe Zahl an goldbestickten Stoffen erwähnt, sondern auch fünf Torarollen sowie silberne Gefäße und Kerzenhalter, deren Gegenwert jenen der Mikwe übertrafen. Der Großteil davon war schon zur Einweihung 1824, und zwar von einer Gruppe junger Frauen, die auch namentlich bekannt sind, gemeinsam gestiftet worden.[94] Der Wert der Silbergeräte war so bedeutsam, dass schon 1842 vom Großherzoglichen Hessischen Kreisrat des Kreises Offenbach angeordnet wurde, dass sie in einer doppelt verschließbaren Kiste aufbewahrt werden mussten.[95]

Abb. 7: Ehemalige Synagoge Bürgel, Außenansicht der Westwand von Südwesten, 2023. Foto: Fani Gargova.

Bürgel im 19. Jahrhundert

Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts waren in Bürgel geprägt von den kriegerischen Auseinandersetzungen der napoleonischen Zeit, hohen Kriegskosten und wenig staatlicher Kontrolle. Zwar war Bürgel diesmal nicht selbst Kriegsschauplatz, aber es wurde hier von der französischen Armee ein Lazarett betrieben, und der häufige Truppendurchzug verursachte sehr hohe Verpflegungskosten, sodass die hierfür aufgenommenen Schulden erst 1896/97 gänzlich zurückgezahlt werden konnten.[96] Diese finanziell prekäre Lage spiegelte sich auch in der Situation der jüdischen Bevölkerung Bürgels wider, und die Gemeinde war

stets auf die finanziellen Zuwendungen aus dem nahen Frankfurt angewiesen. Die jüdische Bevölkerung dieser Zeit lag mit um die 200 Personen in dem mehrheitlich katholischen Ort bei ca. 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ihren Höhepunkt in absoluten Zahlen erreichte sie im Jahre 1861 mit 304 jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern, auch wenn dies nur noch einen Anteil von etwa 20 Prozent an der stetig steigenden Gesamtbevölkerungszahl bedeutete.[97]

Die religiöse und kulturelle Infrastruktur war gut etabliert und wurde von der jüdischen Bevölkerung aus den Orten Mühlheim und Dietesheim bis 1887 weiterhin mitgenutzt. Hand in Hand mit dem langsamen wirtschaftlichen Aufschwung des nahe gelegenen Offenbach konnten die Einwohnerinnen und Einwohner Bürgels auch wirtschaftlich profitieren. Innerhalb der jüdischen Bevölkerung kam als wichtiges Element hinzu, dass die Berufsbeschränkungen und weitere Einschränkungen sukzessive in den Jahren 1821, 1849 und mit der Reichsgründung 1871 formal vollständig aufgehoben wurden.

Für den Wandel der Berufsstruktur von Handelstreibenden, Hausierern, Trödlern, Viehhändlern und Metzgern hin zum Handwerk und für den damit einhergehenden wirtschaftlichen Erfolg der jüdischen Bevölkerung war die entstehende Lederindustrie in Offenbach von immenser Bedeutung, und viele Eltern brachten ihre Kinder nun in einer Lehre unter. Unterstützt wurden sie dabei von der Offenbacher „Israelitischen Professionisten Kasse“[98] und dem Frankfurter „Verein zur Förderung des Handwerks unter Juden“.[99] Handwerksgesellen waren ab 1832 auch von den Synagogenabgaben befreit.[100] Der Aufstieg und die Prosperität der jüdischen Gemeinde zu Bürgel kann auch an den vielfältigen Erweiterungen, Käufen und Neubauten im 19. Jahrhundert abgelesen werden. So konnten die Grundstücke für den Synagogenbau sowie das Schulgebäude gekauft werden. Auch der Friedhof konnte erweitert und nun sogar auch eingefriedet werden. Die Gemeinde unterlag nun den allgemeingültigen Vorschriften des Großherzogtums Hessen, was zur Folge hatte, dass die Kassenführung nach einem bestimmten Schema abzulaufen hatte und auch die innere Gemeindeverfassung stärker reglementiert war. Nach anfänglichen Schwierigkeiten und heftigen Streitigkeiten darüber, wer als Gemeindevorsteher am geeignetsten sei, wurde ab 1841 die indirekte Wahl eingeführt und in der Gemeinde kehrte wieder Ruhe ein.[101]

Mit dem Edikt vom 17. Juli 1823 wurde die Schulbildung stark gefördert und die Ausbildung neuer, professioneller Lehrerinnen und Lehrer auch für den jüdischen Religionsunterricht und jüdische Schulen unterstützt. In Bürgel gab es 1831 ungefähr 40 schulpflichtige jüdische Kinder.[102] Bis der Schulunterricht in den neuen Räumen stattfinden konnte, dauerte es allerdings noch bis November 1854. Offenbar wurde das Bildungsniveau von der Schulinspektion als sehr gut angesehen.[103] 1876 wurden die konfessionellen Schulen in Bürgel zu Simultanschulen zusammengefasst, und das jüdische Schulhaus samt Einrichtungen ging an die politische Gemeinde Bürgel über, der bisherige jüdische Lehrer wurde übernommen und bei der Gemeinde Bürgel angestellt.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist von der Ambivalenz geprägt, dass Jüdinnen und Juden mehr Freiheiten und Möglichkeiten hatten, sich am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu beteiligen und dieses aktiv mitzugestalten – gleichzeitig zog es die meisten jungen Gemeindemitglieder bedingt durch die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit in größere Städte, um dort ihr wirtschaftliches und persönliches Glück zu finden. Der Aufschwung konnte unter diesen Bedingungen in einer zahlenmäßig recht kleinen Gemeinde wie Bürgel nur eine Generation lang währen. Besonders eindrücklich zeigt sich dies am jüdischen Gesangsverein „Concordia“. Dieser wurde 1866 gegründet und erhielt 1868, glaubt man dem Chronisten der Bürgeler Geschichte, Bürgermeister Lammert, bei dem schönen „Judenfeste auf dem Weizenacker“ die Fahnenweihe. Hier war das ganze Dorf auf den Beinen, ortsansässige und auswärtige Gesangsvereine trafen sich und es war ein zwei Tage dauerndes Volksfest. Der Verein baute auf dem schon 1856 gegründeten „Synagogenchor“ auf und hatte es sich zur Aufgabe gemacht, „den Gottesdienst in der Synagoge zu heben“,[104] verlegte sich aber auch bald auf den weltlichen Gesang und galt als guter Gastgeber für andere Bürgeler Gesangsvereine, aber auch für auswärtige. Man traf sich erst im in jüdischem Besitz befindlichen Kaffee Schlesinger, später dann im Gasthaus Schwanen, und als es auch hier zu beengt wurde, probte man im Gasthaus Zum Hof.[105] Trotz des Erfolges und des Zuspruchs sowohl von christlicher wie von jüdischer Seite ging es mit dem Verein bald wieder bergab. „Die Ursache lag an den lokalen Verhältnissen der Gemeinde. Der Verein erhielt keinen Zuwachs. Viele bei der Gründung des Vereins schon ältere Leute starben im Laufe der Jahre, andere zogen von hier weg […].“[106]

Erster Weltkrieg und Weimarer Republik

Seit 1908 war Bürgel zu Offenbach eingemeindet und hatte damit seine politische Eigenständigkeit verloren. Damit wird es schwierig, spezifische Entwicklungen in Bürgel und der dortigen jüdischen Gemeinde nachzuvollziehen. Allerdings blieb die jüdische Gemeinde Bürgel bestehen und schloss sich nicht der inzwischen wesentlich größeren

Offenbacher Gemeinde an, auch wenn die Verbindungen sehr eng waren.

Am Ersten Weltkrieg nahmen 29 Angehörige der jüdischen Gemeinde Bürgels teil, für die fünf Gefallenen wurde in der Synagoge selbst eine Gedenktafel angebracht. Bei der Einweihung am 13. November 1920 hielt Bezirksrabbiner Dr. Max Dienemann die Gedenkrede.[107]

Die Hundertjahrfeier der Bürgeler Synagoge im Jahre 1924 brachte Bürgel und seine jüdische Gemeinde auch in die überregionale jüdische Presse. Das *Israelitische Familienblatt* schrieb:

> Eine vorbildliche Zentenarfeier. [...] Zu der Feier hatten sich außer den Bürgeler Mitgliedern und vielen alten, auswärts wohnenden Bürgelern und einer Anzahl Offenbacher eingefunden der Vorstand der Offenbacher Gemeinde, die Vertreter der Stadt und der Schulbehörden und die Ortsgeistlichkeit. [...] Besonders warmherzig waren die Ansprachen des katholischen und des evangelischen Geistlichen, die die Glückwünsche ihrer Gemeinden überbrachten und von dem ‚vorbildlichen Verhältnis' zwischen Juden und Christen in Bürgel sprachen. [...] Am Abend vereinigten sich die Gemeindemitglieder zu einem Ball, gemeinsam mit vielen auswärtigen jüdischen und christlichen Freunden.[108]

Ein Hinweis auf das recht harmonische und freundschaftliche Verhältnis zwischen der jüdischen und christlichen Bevölkerung in Bürgel findet sich auch in der Anzeige zur Diamantenhochzeit des Ehepaars Joseph und Jettchen Heß. Am 26. Januar 1928 konnten die beiden gemeinsam ihr 60-jähriges Ehebündnis feiern und bekamen sowohl vom Offenbacher Bürgermeister wie auch vom Amtsvorsteher Bürgels Besuch. Es gab eine Vorfeier in der Bürgeler Synagoge und eine Hauptfeier in der Offenbacher Synagoge, bei der Rabbiner Dienemann die Festrede auf das ehemalige Mitglied des israelitischen Vorstandes hielt. Auch die unterschiedlichen jüdischen und nichtjüdischen Vereine, in denen Joseph Heß Mitglied war, schickten Abordnungen zur Gratulation, darunter der Gesangsverein „Germania Bürgel" und der Kriegerverein „Hassia", dem Heß als Veteran des Krieges von 1870/71 angehörte. Hier zeigt sich deutlich das gemeinsam gestaltete gesellschaftliche Leben in der Ortsgemeinschaft in unterschiedlichen Vereinen, ein wichtiger Indikator für die Partizipation der jüdischen Bevölkerung an der Sozialstruktur der Zivilgesellschaft.

Auch wenn der Anteil der jüdischen Bevölkerung in Bürgel immer weiter abnahm und 1905, bei der letzten Volkszählung vor der Eingemeindung nach Offenbach, nur noch bei 2,34 Prozent lag, mag für das relativ konfliktfreie Zusammenleben der lange Zeit sehr hohe Prozentsatz an jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern des Dorfes eine Rolle gespielt haben. Möglicherweise war auch die mehrheitlich katholische Bevölkerung ein Grund dafür, dass Jüdinnen und Juden im Dorfleben weitgehend integriert waren. Siegfried Guggenheim jedenfalls berichtete 1959 aus dem New Yorker Exil, dass in Bürgel Katholiken und Juden stets gut miteinander auskamen.[109]

Nationalsozialismus und Ende der jüdischen Gemeinde in Bürgel

Trotz dieses nach außen hin harmonischen Verhältnisses zwischen der christlichen und der jüdischen Bevölkerung in Bürgel war ein gleichberechtigtes Zusammenleben nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten nicht mehr möglich. 1933 lebten noch etwa 60 Jüdinnen und Juden in Bürgel, von denen die meisten in der Lederindustrie arbeiteten, aber es gab auch noch Viehhändler und Metzger. Die meisten Angestellten verloren ihre Stellungen, jüdische Geschäfte wurden boykottiert und angegriffen. Später wurde den Geschäftsinhabern und anderen Selbstständigen die Gewerbeerlaubnis entzogen. Die Offenbacher Stadtverwaltung verbot auch bald die Nutzung von allgemein zugänglichen Einrichtungen wie beispielsweise des Bürgeler Mainbads, sodass die jüdische Bevölkerung immer weiter aus dem öffentlichen Leben herausgedrängt wurde.[110]

Während der Novemberpogrome wurde am Abend des 9. November 1938 angeblich „von auswaertigen Rowdys, die mit Kraftwagen anfuhren" in die Bürgeler Synagoge eingebrochen, das Gebäude beschädigt und die Einrichtung zerstört oder geplündert.[111] Mindestens danach beteiligten sich auch Bürgeler Bürgerinnen und Bürger an den Plünderungen und verwendeten das Holz der Inneneinrichtung zum Heizen.[112] Der direkte Nachbar in der Schiffergasse 14, Jean Willy Fritz Honig, „erwarb" das Grundstück samt Gebäude am 20. Januar 1939.[113] Er nahm bald darauf erste Veränderungen am Gebäude vor, um es in eine Lederwarenfabrik umzubauen.[114] Einige Bürgeler halfen jedoch und unterstützen ihre Nachbarinnen und Nachbarn, so zum Beispiel die Familie Fecher, die diesbezüglich von einer im Antrag auf einen Stolperstein zitierten Zeitzeugin namentlich genannt wird.[115] Der Innenraum der Synagoge sowie das Dach wurden durch einen Bombenangriff im Jahr 1944 stark beschädigt.[116] Dies führte dazu, dass das Gebäude bis in die frühen 1950er Jahre nicht weiter genutzt wurde. 1951 einigte sich die JRSO mit den Honig-Erben auf eine Ausgleichszahlung in Höhe von 3.000 D-Mark.[117]

Insgesamt scheint das relativ konfliktfreie Zusammenleben von Jüdinnen und Juden und Nicht-Jüdinnen und -Juden in Bürgel auch nach 1933 noch ein Stück weit nachgewirkt zu haben. Auch hier mag die überwiegend katholische Prägung des Dorfes eine Rolle gespielt haben. Besonders in den ersten Jahren war es für den Nationalsozialismus

generell schwieriger, ein dominant katholisches Milieu zu durchdringen, sodass er auch gewisse Schwierigkeiten hatte, in Bürgel Fuß zu fassen. Noch im Mai 1939 sprach die Kreisleitung Offenbach der NSDAP im Kontext der Arisierungsmaßnahmen von einer „an sich in Bürgel schwierig zu leitenden[n] Ortsgruppe (konfessionelle Widerstände)“, die gestärkt werden müsse.[118] Doch auch in Bürgel gab es für Jüdinnen und Juden schließlich keine Chance, zu überleben.

Abb. 8: Ehemalige Synagoge Bürgel, Außenansicht von Südwesten, 2023. Foto: Fani Gargova.

Abb. 9: Stolperschwelle in Erinnerung an die Synagoge Bürgel, 2023. Foto: Fani Gargova.

Laut der Volkszählung von 1939 sollen noch 27 Jüdinnen und Juden in Bürgel gelebt haben, neun Personen wurden 1942 direkt aus Bürgel deportiert.[119] Nach der Schoa hat sich in Bürgel keine Gemeinde wiedergegründet. Inzwischen erinnern einzelne Stolpersteine an einige der Opfer. Der immer noch zu besichtigende Jüdische Friedhof ist seit den 1970er Jahren mindestens zehnmal geschändet worden, Gräber wurden geöffnet, Grabsteine umgeworfen oder vom Sockel gerissen.[120] Der Synagogenbau ist noch heute in seiner Grundstruktur in der jetzigen Bürgerstraße 15 nahe dem Ortszentrum erhalten und dient als Wohnhaus. Starke Veränderungen am Außenbau lassen die ursprüngliche Funktion des Gebäudes nur bedingt erkennen. Lediglich eine im gegenüberliegenden Gehsteig eingelassene Stolperschwelle gibt Auskunft darüber, dass es sich hier einmal um eine Synagoge gehandelt hat.[121]

Rahel Blum / Fani Gargova / Tilmann Gempp-Friedrich

Für Hinweise und Unterstützung danken wir Herrn Dominik Mangelmann, Offenbach-Bürgel.

Bürgel in der Datenbank Synagogen in Hessen des Landesgeschichtlichen Informationssystems Hessen (LAGIS): lagis.hessen.de/resolve/de/syn/138

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1492	1 Familie
1566	1 Familie
1594	3 Familien
1660	10 Familien
1760	25 Familien
1803	etwa 20 Familien
1828	233 Personen
1861	304 Personen
1867	267 Personen
1871	229 Personen
1875	223 Personen
1880	211 Personen
1885	192 Personen
1890	204 Personen
1895	189 Personen
1900	149 Personen
1905	131 Personen
1924	84 Personen
1933	60 Personen
1939	27 Personen

Zahlen nach: HStAM, 86, Nr. 26314 (1566); HStAM, 86, Nr. 28495 (1594); ISG, H.06.17, Nr. 225 und 226 (1492); Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 98–99 (1660, 1760, 1933, 1939); Beseler, Die Alte jüdische Gemeinde, S. 11; Decker, Juden in Offenbach, S. 91 (1803); Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 24 (1828–1924); DDAMZ, Alte Kästen, K9/1, 3b, Blatt 8.

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Beseler, Michael, Die alte jüdische Gemeinde in Bürgel. Eine Spurensuche, Offenbach a. M. 2024.

Decker, Klaus-Peter, Juden in Offenbach unter isenburgischer Herrschaft in der frühen Neuzeit, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 5–98.
Kurt, Alfred/Otto Schlander, Der Kreis Offenbach und das Dritte Reich. Leben und Politik, Verfolgung und Widerstand im Kreisgebiet in den Jahren von 1930 bis 1945, Dreieich 1991.
Lammert, Caspar, Geschichte von Bürgel am Main, Bürgel 1899.
Lammert, Caspar, Die israelitische Gemeinde Bürgel am Main. Offenbach a. M. 1924.
Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990.
Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 3: Werden und Vergehen. Aufstieg, Buchdruck, Friedhöfe, Erinnerung, Offenbach a. M. 1994.
Offenbacher Geschichtsverein (Hrsg.), 1908–2008. Hundert Jahre eingemeindetes Bürgel, Offenbach a. M. 2008.
Ruppel, Hans-Georg, Das Einwohnerverzeichnis von 1784, in: Magistrat der Stadt Offenbach am Main (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 258–262.
Tilly, Heinz-Peter/Klaus Werner, Der jüdische Friedhof in Offenbach am Main-Bürgel, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 3: Werden und Vergehen. Aufstieg, Buchdruck, Friedhöfe, Erinnerung, Offenbach a. M. 1994, S. 79–96.
Werner, Klaus, Die Juden in den angegliederten Orten Bürgel, Bieber und Rumpenheim, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 228–240.
Werner, Klaus, Offenbacher Juden in Politik und öffentlichem Leben der Weimarer Republik, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 223–227.
Werner, Klaus, Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1945. Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main, Bd. 1, hrsg. v. Magistrat der Stadt Offenbach, Offenbach a. M. 1988.

Archivalien

Archiv im Haus der Stadtgeschichte Offenbach (StadtA Offenbach)
– Gem-Bü: 001a; 001c-2; 003b
– Mappe 16 e
– JudM: Nr. 4
– Mikrofilm: Nr. 3927
– 13-1-2 251-1; 13-1-2 251-6
Bayrisches Staatsarchiv Würzburg (BStAWü)
– Isenburg: K 462/209; K 462/219; K 462/224; K 462-2; K 462-212; 462-219; 463/254
– Mainzer Regierungsarchiv: 14813; 17232; 17234; 17244; 19819; Fragmente K 598-262; Fragmente K 598-886; Cent K 211-262
– Reichsstädte: K 524/806
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– D-Bu2: Nr. 5; 10
– GA-Offenbach-Kge14-72
– JRSO-Hes: Nr. 123
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 A Bu 2: Nr. 6; 14; 18
Dom- und Diözesanarchiv Mainz (DDAMZ)
– Alte Kästen: K9/1, 3b; K 62-Ia 5 f Mülheim
Gemeindearchiv Gustav-Adolf-Gemeinde Bürgel
– 110-4
Harry S. Truman Presidential Library and Museum
– Inv. Nr. 888mc01
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)
– 365: Nr. 104
– 518: Nr. 1361
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– D 12: Nr. 35/45
– E 9: Nr. 1638 F 3: Nr. 1/14
– F 24 C: Nr. 39/1; 398/1
– H 23: Nr. 9501; 9564
– N 1: Nr. 10046
– R 21 J: Nr. 3617
Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM)
– 81: B 1/93/2; B 1/93/4; B 1/93/6; B 1/93/9; B 1/93/10; B 1/93/11; B 1/93/14b; B 1/100/12; B 1/94/1; B 4740
– 86: Nr. 18448; Hanauer Nachträge Nr. 20468; 21491; 21496; 26314; 28495
– Protokolle: Nr. II Hanau B 1 Bd. 9
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt (ISG)
– H.02.14: Nr. 1726-II
– H.06.17: Nr. 225; 226
– H.15.33: Nr. 2644
– H.17.08: Nr. 192
Jüdisches Museum Frankfurt (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 272
Leo Baeck Institute New York (LBI)
– AR 180: Box 1, Folder 2
– AR 5241
Salomon Ludwig Steinheim-Institut Essen (SIE)
– Digitale Edition (epidat): bns-4109; bns-4111; hha-612

Anmerkungen

1 ISG, H.06.17, Nr. 225 und 226.
2 Hausmann, Siedlungsgeschichte, S. 26; Decker, Juden in Offenbach, S. 13.
3 HStAM, 86, Nr. 28495.
4 Dieser R. Moses war später Rabbiner in Bonn und 1624 in Friedberg, vgl. HStAD, F 24 C, Nr. 39/1; HStAD, F 3, Nr. 1/14; HStAD F 24 C, Nr. 398/1, Bl. 26–27, Keller zu Petterweil an Rödelheim wegen zwei Juden zu Worms und Wetzlar.
5 Decker, Juden in Offenbach, S. 19–20.
6 Folgendes nach BStAWü, Mainzer Regierungsarchiv, Fragmente K 598-262, BStAWü, Mainzer Regierungsarchiv, Cent K 211-262.
7 HStAM, Protokolle, Nr. II Hanau B 1 Bd. 9, Beschwerde des Juden Salmon zu Rumpenheim gegen die mainzischen Juden zu Bürgel.
8 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 34, Zitat aus einem Dekret von 1603, das Lammert jedoch nicht mit Archivsignatur versieht.

9 CAHJP, D-Bu2-10; CJA, 1 A Bu 2, Nr. 14.
10 Vgl. Schnur, Die Juden in Frankfurt, S. 131 und 142–143.
11 HStAM, 86 Hanauer Nachträge Nr. 20468, Verhaftung des Löw aus Bürgel wegen der Verbreitung von Falschgeld.
12 Decker, Juden in Offenbach, S. 26.
13 Lammert, Geschichte von Bürgel, S. 9, zitiert hier eine ungenannte zur Landrettungssteuer von 1622, die nicht geprüft werden konnten.
14 Treue, Judengasse und christliche Stadt, S. 136–137. Siehe außerdem die Bestattungen von Bürgeler Juden in Frankfurt auf Ele Toldot [Burial records of the Jewish community of Frankfurt am Main], 1241–1824], I. Generalregister, b. B, S. 329, digipres.cjh.org/delivery/DeliveryManagerServlet?dps_pid=IE3517892, letzter Zugriff 5. Mai 2023.
15 Den Begriff „Schulgeld" bringt Lammert mit einer Mietzahlung für einen Betraum in Verbindung, vgl. Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 17. Nach Decker beschreibt der Begriff um 1800 aber nicht die Miete für eine Räumlichkeit, sondern vielmehr das kollektiv zu zahlende Schutzgeld der Bürgeler Gemeinde, vgl. Decker, Juden in Offenbach, S. 91. In StAO, Mikrofilm Nr. 3927 werden die 12 Goldgulden „Schulgeld" als Schutzgeld beschrieben, nicht als Mietzahlung.
16 DDAMZ, Alte Kästen, K9/1, 3b, Blatt 8.
17 CAHJP, D-Bu2-10.
18 Lammert, Geschichte von Bürgel, S. 10, nennt 25 Familien. Ende des 18. Jahrhunderts erwähnt der Bürgeler Pfarrer aber ein Quorum von 20 Familien, vgl. DDAMZ, Alte Kästen, K9/1, 3b, Blatt 8.
19 CJA 1 A Bu2, Nr. 14. Vgl. z. B. Decker, Juden in Offenbach, S. 41; Werner, Offenbacher Juden, S. 229; Offenbacher Geschichtsverein, 1908–2008, S. 40.
20 CAHJP, D-Bu2-10, S. 381 r, Kassenbuch der jüdischen Gemeinde Bürgel, 1742–1829.
21 Siehe z. B. die zahlreichen Beispiele in Kaspar, Hinter der Mauer.
22 CAHJP, D-Bu2-10.
23 Die Geschichte und der Weg der Truman-*Menora* ist von Reissner, Truman Menorah, S. 135–136, erstmals publiziert worden. Korrespondenz im Nachlass von Siegfried Guggenheim, LBI AR 180, Box 1, Folder 2, zeigt darüber hinaus, dass Guggenheim nicht mit der Veräußerung des Objekts an Ben-Gurion und in Folge an Truman einverstanden war und 1954/55 über H. G. Reissner versucht hat, den Verbleib der *Menora* in Erfahrung zu bringen. Heute ist sie in der Harry S. Truman Library and Museum in Missouri unter der Inventarnummer 888 aufbewahrt.
24 CAHJP, D-Bu2-10.
25 CAHJP, D-Bu2-10, und Decker, Juden in Offenbach, S. 39.
26 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 25; CAHJP, D-Bu2-10. Ausgaben für eine Mikwe werden in CAHJP, D-Bu2-10, erstmals 1778/79 erwähnt.
27 Vgl. StadtA Offenbach, Gem-Bü 001a, Blatt 4.
28 Hausmann, Siedlungsgeschichte, S. 32.
29 Die innere Organisation der Gemeinde lässt sich rekonstruieren aus den Angaben des Kassenbuches der Gemeinde, das ab 1742 geführt wurde und neben Abrechnungen auch Informationen zur Vorsteherwahl, Hausherren Listen und weiteres enthält, vgl. CAHJP, D-Bu2-10.
30 Z. B. CAHJP, D-Bu2-10; StadtA Offenbach, Mikrofilm Nr. 3927.
31 Z. B. CAHJP, D-Bu2-10.
32 Vgl. Decker, Juden in Offenbach, S. 53.
33 CAHJP, D-Bu2-10.
34 CAHJP, D-Bu2-10.
35 CAHJP, D-Bu2-10.
36 CAHJP, D-Bu2-10.
37 Z. B. CAHJP, D-Bu2-10. Vgl. HHStAW, 365, Nr. 104.
38 Decker, Juden in Offenbach, S. 91.
39 Vgl. ISG, H.15.33, Nr. 2644; ISG, H.02.14, Nr. 1726-II, S. 299–302; ISG, H.15.33, Nr. 2644; HStAD, E 9, Nr. 1638; HStAD, R 21 J, Nr. 3617.
40 ISG, H.17.08, Nr. 192; BStAWü, Isenburg, K 462-219, Geleitszettel für einen Bürgeler Juden 1723.
41 HStAM, 81, B 1/93/14b; CAHJP, D-Bu2-10.
42 BStAWü, Mainzer Regierungsarchiv, 17244; HStAM 81, B 1/93/11.
43 CAHJP, D-Bu2-10.
44 DDAMZ, Alte Kästen, K9/1, 3b, Blatt 8.
45 HStAM, 86 Nr. 21496; HStAM, 86, Nr. 21491.
46 CAHJP, D-Bu2-10.
47 HStAM, 81, B 4740.
48 HStAM, 86, Nr. 18448, S. 24 (Rückseite).
49 Decker, Juden in Offenbach, S. 41; außerdem CAHJP, D-Bu2-10.
50 BStAWü, Mainzer Regierungsarchiv, 19819; BStAWü, Reichsstädte, K 524/806.
51 Ruppel, Das Einwohnerverzeichnis, S. 258–262; außerdem StadtA Offenbach, 13-1-2 251-1; StadtA Offenbach, 13-1-2 251-6; StadtA Offenbach, JudM, Nr. 4.
52 Zwi Hirsch Kaz etwa wurde 1760 in Bonn-Schwarzrheindorf bestattet, ebenso seine Witwe Fradelche bat Shmuel Deutz, vgl. SIE, Digitale Edition (epidat), Jüdischer Friedhof Bonn-Schwarzrheindorf, bns-4109, steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?id=bns-4109, letzter Zugriff 12. Juli 2023, und bns-4111, steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?id=bns-4111, letzter Zugriff 12. Juli 2023. Chajim Birgel kam bis nach Hamburg Altona, wo er als „Leiter und Vorsteher" der *Chevra kadischa* überliefert ist, seine Tochter Minkel Riwka wird dort 1777 bestattet, vgl. SIE, Digitale Edition (epidat), Jüdischer Friedhof Hamburg-Altona, Königstraße, hha-612, steinheim-institut.de/cgi-bin/epidat?id=hha-612, letzter Zugriff 12. Juli 2023. Für diese Information sei Netanja Hüttenmeister, Steinheim Institut, gedankt.
53 CAHJP, D-Bu2-10; DDAMZ, Alte Kästen, K 62-Ia 5 f Mülheim, Blatt 8, Nr. 28.
54 Decker, Juden in Offenbach, S. 91.
55 DDAMZ, Alte Kästen, K 62-Ia 5 f Mülheim, Blatt 8, Nr. 28.
56 StadtA Offenbach, Mikrofilm, Nr. 3927.
57 CAHJP, D-Bu2-10.
58 Vgl. Scheffler, Goldschmiede Hessens, S. 326–327, 338.
59 CAHJP, D-Bu2-10.
60 Vgl. hier und zum Folgenden HHStAW, 365, Nr. 104, ab Folio 150, Nummerierung absteigend (hebräische Leserichtung). Zu Statuten und dem Übergang von Statuten zu Synagogenordnungen im 19. Jahrhundert siehe HHStAW, 365, Nr. 104, Folio 148/149.
61 Vgl. die Übersetzung der Statuten von 1821 bei JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
62 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 17–18.
63 StadtA Offenbach, Gem-Bü 001a, Blatt 4; StadtA Offenbach, Gem-Bü 003b, Blatt 4.
64 CAHJP, D-Bu2-10.
65 CAHJP, D-Bu2-10. Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 22 gibt das Jahr 1823 an.
66 So z. B. 1840/41 und 1850–1854, vgl. CJA, 1 A Bu 2, Nr. 6 und CJA, 1 A Bu 2, Nr. 18. Siehe auch Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 25–26.
67 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 23–24, sowie StadtA Offenbach, Gem-Bü 003b, Blatt 4.
68 HStAD, H 23, Nr. 9564.
69 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 18.
70 CJA, 1 A Bu 2, Nr. 14, siehe auch Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 18–19.
71 Die Inschrift wurde 2014/15 während eines Umbaus entdeckt, siehe Beseler, Die alte jüdische Gemeinde, S. 42, und StadtA Offenbach, Mappe 16 e. Der Name Akiva könnte auf die im Rechnungsbuch vor-

kommenden Akiva Katz oder Akiva ben Shmuel verweisen, vgl. CAHJP, D-Bu2-10.

72 CJA, 1 A Bu 2, Nr. 18.

73 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 20.

74 Sämtliche Inventare des Mobiliars in CJA, 1 A Bu 2, Nr. 6, und CJA 1 A Bu 2, Nr. 18, bis in die 1860er bestätigen, dass die Sitze auch weiterhin auf beiden Ebenen für Frauen bestimmt waren.

75 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 20, erwähnt auch eine „gründliche Reparatur" 1856, die aber nicht über das Einnahmen-Ausgaben-Buch für das Jahr nachgewiesen werden kann, siehe CJA, 1 A Bu 2, Nr. 18. Allerdings wurde ein geringes Budget für Reparaturen am Gebäude durchgehend jedes Jahr eingeplant und vorgehalten.

76 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 20.

77 CAHJP, JRSO-Hes-123. Das Original der Umbaupläne ist im Bauaufsichtsamt in Offenbach am Main aufbewahrt. Eine Kopie befindet sich in StadtA Offenbach, Mappe 16 e.

78 CAHJP, JRSO-Hes-123, Anlagen 5A und 5B.

79 Ehemals Löwenstraße, siehe StadtA Offenbach, Gem-Bü 003b, Blatt 4.

80 Ehemals Borngasse, siehe StadtA Offenbach, Gem-Bü 003b, Blatt 4.

81 StadtA Offenbach, Gem-Bü 001a, Blatt 4; StadtA Offenbach, Gem-Bü 003b, Blatt 4; Meßbrief über Abt. B, Flur 1, Flurstücke Nr. 108, 108/1, 115, HStAD, H 23, 9501.

82 CAHJP, JRSO-Hes-123, Anlage 5A.

83 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 19–20; CJA, 1 A Bu 2, Nr. 6; CJA, 1 A Bu 2, Nr. 18.

84 CAHJP, JRSO-Hes-123, erwähnt, dass während des Einbruchs am 9. November 1938 unter anderem die Treppe zur Frauenempore herausgerissen wurde. Dies legt nahe, dass diese nicht massiv gemauert, sondern hölzern war.

85 Diese Beschreibung folgt den Planskizzen in CAHJP, JRSO-Hes-123, Anlagen 5A und 5B.

86 CAHJP, JRSO-Hes-123; Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 19. Laut CAHJP, JRSO-Hes-123, Anlage 5B waren es nur 38 Plätze. Es ist wahrscheinlich, dass die Empore zunächst nur im Westen bestand und zu einem späteren Zeitpunkt erweitert wurde.

87 CAHJP, JRSO-Hes-123.

88 Die Zwischenwände bestanden aus Fachwerk, vgl. die Fotografie in StadtA Offenbach, Mappe 16 e. Das Fehlen der notwendigen Mittel für die Errichtung wird auch durch Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 19–20 bestätigt.

89 StadtA Offenbach, Mappe 16 e.

90 Jene an der Südseite gehen noch auf die Umbauten im Jahr 1940 zurück, siehe StadtA Offenbach, Mappe 16 e.

91 Z. B. CAHJP, JRSO-Hes-123.

92 Dies laut den Restitutionsakten CAHJP, JRSO-Hes-123, die den Bestand in den 1930er Jahren wiedergeben.

93 CJA, 1 A Bu 2, Nr. 6; CJA, 1 A Bu 2, Nr. 18.

94 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 19 und 45, spricht von 24 Mädchen. Es ist wahrscheinlicher, dass die Gegenstände von ihren Familien in deren Namen gestiftet wurden. Immerhin war aber dennoch deren individuelle Namensnennung wichtig.

95 CJA, 1 A Bu 2, Nr. 6.

96 Lammert, Geschichte von Bürgel, S. 58.

97 Für die Zeit bis 1933 vgl. Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 10–11.

98 HStAD, D 12, Nr. 35/45.

99 Arnsberg, Geschichte der Frankfurter Juden, Bd. 1, S. 390.

100 § 11 der Gemeindesatzung, CAHJP-GA-Offenbach-Kge14-72.

101 CAHJP D-Bu2-5.

102 Werner, Juden in den angegliederten Orten, S. 231. Die Zahlen im 19. Jahrhundert variieren zwischen mindestens 30 und einem Höchststand von 56 Schüler:innen im Jahre 1868.

103 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 24.

104 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 29.

105 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 30.

106 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 30.

107 Lammert, Die israelitische Gemeinde, S. 29.

108 Israelitisches Familienblatt 26 (1924), Nr. 35, 28. August 1924.

109 CAHJP, JRSO-Hes-123.

110 Offenbacher Nachrichten, 7. Juli 1935.

111 CAHJP, JRSO-Hes-123, Stellungnahme Magistrat der Stadt Offenbach, 9. Januar 1949, an das Headquarter der JRSO/Frankfurt.

112 HHStAW, 518, Nr. 1361, Ermittlungsbericht 1960, Befragung derzeitige Besitzer.

113 CAHJP, JRSO-Hes-123. Er wurde am 14. August 1939 ins Grundbuch eingetragen. Da sein Grundstück die Flurnummer 108 besaß, wurde nun dem Synagogengrundstück die Flurnummer 108/1 zugewiesen, siehe Meßbrief über Abt. B, Flur 1, Flurstücke Nr. 108, 108/1, 115, HStAD, H 23, Nr. 9501.

114 StadtA Offenbach, Mappe 16 e.

115 Gemeindearchiv Gustav-Adolf-Gemeinde Bürgel, 110-4, Antrag auf einen Stolperstein.

116 CAHJP, JRSO-Hes-123.

117 CAHJP, JRSO-Hes-123.

118 HStAD, N 1, Nr. 10046.

119 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 1, S. 98–99.

120 Bis 1988, siehe Werner, Unter der Herrschaft, S. 151. Für 1992, siehe Tilly/Werner, Der jüdische Friedhof, S. 86.

121 Die Inschrift lautet: „Uns zur dauernden Mahnung / 1824 als Synagoge errichtet – am 9. November 1938 geschändet und verwüstet / Den ehemaligen jüdischen Mitbürgern zur ewigen Erinnerung / Aus Bürgel vertrieben – deportiert – im KZ ermordet – fern der Heimat begraben / [*Menora*symbol]". Sie wurde nach mehrjährigen Anläufen, der jüdischen Gemeinde und dem Gebäude gebührend zu gedenken, 2015 eingelassen. Siehe Pressespiegel in StadtA Offenbach, Mappe 16 e. Dabei fällt auf, dass die Stolperschwelle keinerlei Auskunft darüber gibt, dass es sich um das gegenüberliegende Gebäude handelt.

Offenbach am Main

Nachdem am 24. Juli 1349 die jüdische Gemeinde Frankfurts in einem Pogrom ausgelöscht worden war, dauerte es nicht lange, bis die Welle der Vernichtung weiter mainaufwärts zog. Auch der Falkenstein'sche „Flecken" Offenbach, nur wenige Kilometer weiter mainaufwärts gelegen, wird im Nürnberger Memorbuch als Ort eines Pogroms 1349 genannt.[1] Demnach muss es hier zuvor zumindest eine jüdische „Kleinstsiedlung" gegeben haben, die jedoch in nicht-jüdischen Quellen nach bisherigem Kenntnisstand nicht belegt ist.[2] Erst zwei Jahrhunderte später siedelten sich in Offenbach wieder einzelne Juden an, während in der benachbarten Reichsstadt Frankfurt schon bald nach den Pogromen erneut eine Gemeinde entstand.

Möglichkeiten und Unmöglichkeiten für jüdisches Leben in Offenbach

Nach dem Aussterben der Grafen von Falkenstein war Offenbach 1418 an die Grafen von Isenburg gefallen. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts nahm die Bedeutung des kleinen Ortes langsam zu. 1517 und 1522 bildeten sich durch Erbbrüderverträge die Isenburger Linien Birstein und Ronneburg heraus. 1556 erreichte man eine klare Trennung der jeweiligen Herrschaftsgebiete, wobei Offenbach an die Birstein'sche Linie fiel.[3] Graf Philipp II. führte im selben Jahr die Reformation in Offenbach ein. Erste jüdische Familien ließen sich etwa zur selben Zeit wieder in Offenbach nieder. Eine Kämmereirechnung führte 1556 eine Zahlung von 173 Gulden „von den Juden" auf, 1559 betrug die Zahlung 119 Gulden. Ausgehend von einem Schutzgeld von 20 Gulden für einen Haushalt könnten sich etwa sechs jüdische Haushalte in Offenbach befunden haben.[4] Namentlich wurde zunächst Joseph aktenkundig, weil er dem Grafen Geld ausgelegt hatte, sowie Schmul, für dessen Freilassung aus Frankfurter Haft sich der Isenburger Graf als Schutzherr einsetzte.[5]

Auch im Umland Offenbachs wurden nun wieder Schutzgelder von Juden verzeichnet.[6] Ihr Schutzstatus bedeutete, wie Decker richtig zusammenfasst, ein „von Auflagen, insbesondere der pünktlichen Zahlung eines Schutzgeldes abhängiges, grundsätzlich nur auf Zeit erteiltes Aufenthaltsrecht, mit einem sehr eingeschränkten wirtschaftlichen Betätigungsfeld."[7] Als 1568 Graf Reinhard verstarb, stellte dies einen scharfen Einschnitt für die jüdischen Familien in Offenbach und Umgebung dar, denn sein Nachfolger Ludwig ließ die jüdische Bevölkerung aus seinen Herrschaftsteilen wieder ausweisen.[8] Auswärtigen Juden wurde ab 1585 verboten, in Offenbach zu handeln. Offenbar zogen auch kaum Juden durch Offenbach, denn die Kellerei listete zwar 1584 noch 19 Zahlungen des Judenleibzolls, 1585 aber nur noch eine.[9] 1596 trat Graf Wolfgang Ernst die Regierung an, der nach und nach wieder Juden zuließ.[10] 1611 zahlte der Jude Joseph ein Schutzgeld, das mit 10 Gulden sehr niedrig veranschlagt war. Vermutlich sollte dies die Ansiedlung in Offenbach attraktiver machen. Ebenfalls 1611 wurde der Jude Gumprecht als „Beisasse zu Offenbach" gelistet.[11] Dennoch waren es zunächst weiterhin vor allem Juden aus Frankfurt und Bürgel, die in Offenbach Geschäfte machten.[12]

Im Folgejahr (1612) kam es in der benachbarten Reichsstadt Frankfurt zum Aufstand der Zünfte gegen den Rat. Die Vertreibung der Frankfurter Juden durch die Aufständischen im Sommer 1614 stellte eine deutliche Eskalation dar. Über 2.000 Personen wurden aus der Reichsstadt vertrieben. Wenngleich der Kaiser selbst Graf Wolfgang Ernst um die Aufnahme einiger Familien bat, ist unbekannt, ob und wie viele jüdische Familien 1614 nach Offenbach kamen und wie lange sie blieben.

Mit „Joseph dem Kleinen", Israel, Isaak und Salomon zählte man in Offenbach 1618 vier Schutzjuden.[13] Ihre Vermögenswerte dürften zwischen 200 und 1.020 Gulden gelegen haben – vergleichsweise geringe Vermögen für Juden, wenn man bedenkt, dass im benachbarten Frankfurt ein Vermögen von 1.000 Gulden verlangt wurde, um sich überhaupt um die Aufnahme in den Judenschutz zu bewerben. Offenbar lebten noch weitere jüdische Familien in Offenbach, deren Familienoberhäupter namentlich aber nicht bekannt sind.[14] Der genannte Salomon bat 1622 in Frankfurt um „Beisitz".[15] Dies war vermutlich den heranrückenden Kriegsereignissen geschuldet, denn im selben Jahr ließen sich die kaiserlichen Truppen in Offenbach nieder, Graf Wolfgang Heinrich wurde gefangen genommen und nach Wien gebracht.[16] Der jüdische Pferdehändler Lazarus dagegen kam gerade jetzt nach Offenbach.[17] Seine Tätigkeit dürfte im Dreißigjährigen Krieg sehr gefragt gewesen sein. Anscheinend war Lazarus der einzige isenburgische Schutzjude, der in den folgenden Kriegsjahren in Offenbach geblieben war, während andere Juden aus Offenbach in Frankfurt Schutz gesucht hatten.[18]

Nach 1648 lassen sich verschiedentlich wieder Aufnahmen von Juden in der Grafschaft beobachten. In Offenbach selbst sind für das Jahr 1651 die Juden Seligmann und Salomon belegt.[19] Für Geldgeschäfte kontaktierten die Isenburger Grafen aber weiterhin die Frankfurter Juden.[20]

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-043

Offenbar verfügten die isenburgischen Schutzjuden nicht über die notwendigen Mittel und Kontakte, um für die Grafen angemessene Geschäftspartner darzustellen. Eine Ausnahme dürfte ein Offenbacher jüdischer Pferdehändler gewesen sein, bei dem der Landgraf von Hessen-Darmstadt mit über 300 Gulden verschuldet war.[21] Die wenigen Offenbacher Juden waren als Viehhändler, Stempelschneider oder Lieferanten von Silber für Münzstätten oder im Münzhandel tätig.[22] 1683 zählte man neben 63 „christlichen“ Haushalten nur vier jüdische, darunter die Witwe des vorgenannten Seligmanns.[23] Diese Familien besuchten zum Schabbat und den Feiertagen wahrscheinlich die Gottesdienste in Bürgel.

Eine jüdische Gemeinde entsteht

Im Jahr 1687 verlegte Graf Johann Philipp seine Residenz nach Offenbach. Die Belieferung des Hofes – im Sinne einer Hoffaktorentätigkeit – lag auch jetzt in der Hand von Frankfurter Juden.[24] Der Graf zielte nun darauf, die Bevölkerung in seinem kleinen Territorium zu vergrößern und Offenbach zu einer wirtschaftlich florierenden Stadt auszubauen. Zunächst ermöglichte er vertriebenen Protestanten aus Frankreich die Ansiedlung in seinem Gebiet. Zum Ende des Jahrhunderts umfasste die „französische Gemeinde“ in Offenbach bereits 117 Personen.[25] Parallel dazu ermöglichte der Graf auch die Zuwanderung weiterer jüdischer Familien. Das gräfliche Interesse lag wohl vor allem darin, dass sich finanzstarke Juden in der Stadt ansiedelten.[26]

1699 bezahlten elf jüdische Haushalte jeweils 25 Gulden jährlich an Schutzgeld.[27] Die zugezogenen jüdischen Familien ließen sich außerhalb des alten Stadtkerns nieder, in der neu angelegten „Schäfergasse“ (der späteren sogenannten „kleine Judengasse“) und der heutigen großen Marktstraße, der „großen Judengasse“, die zunächst nur locker bebaut waren.[28] Eine Wohnpflicht in diesen Straßen bestand für die jüdischen Familien allerdings nicht.

Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts bildete sich eine eigenständige, schnell wachsende jüdische Gemeinde heraus. 1706 zählte man bereits 30 Hausväter und etwa 120 jüdische Einwohner Offenbachs.[29] Auch ein jüdischer Arzt war unter den Hausherren der Gemeinde sowie vier Männer, die als Lehrer bezeichnet wurden.[30] Die Gemeinde verfügte über einen *Schamasch* („Schulklopfer“), vermutlich auch einen Vorsänger, einen „Schule-Sezer“ und einen Schächter.[31] Der „Vorsteher Samuel“ hatte die führende Funktion in der Gemeinde inne.[32] Die Gemeindestatuten des Jahres 1706 nennen außerdem weitere zwei „Vorsteher“ sowie zwei „Synagogen-Vorsteher“.[33] Die Wohltätigkeit war in der Gemeinde ebenfalls bereits institutionalisiert, sodass die Gemeinde in einem kleinen *Hekdesch* (Spital) drei Betten für Arme und Fremde zur Verfügung stellte.[34]

Die Gemeinde verfügte außerdem bereits 1706 über einen großen Betraum, vermutlich in der Marktstraße 12. Dieser wurde 1708 nachträglich vom Grafen privilegiert. Ob es sich dabei um einen großen Raum in einem Privathaus handelte oder um ein eigenständiges Gebäude, ist nicht bekannt, allerdings bot der Innenraum Platz für 30 Männer und 32 für Frauen, sodass von Letzterem ausgegangen werden kann.[35] Sowohl in der Männerschul als auch in der Frauenschul befand sich die Mehrheit der

Abb. 1: Back-Plan, um 1750, mit „Juden-Gaß“ und Synagoge (e). Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Plätze rechts des Toraschreins, acht links davon.[36] Den Platz direkt am *Aron ha-Kodesch* besetzte der „Vorsteher Samuel“, ein anderer Ehrenplatz war dem Rabbiner vorbehalten. Als die Synagoge eine neue Torarolle erhielt, wurde dies scheinbar so ausgiebig gefeiert, dass die Regierung bald vorschrieb, solche Feierlichkeiten künftig mit weniger Pomp und „ohne eine Verhüllung der Straßen, etwa durch das werfen von blumen“ zu gestalten.[37] Offenbar begriff man diesen Festzug als Eingriff in einen imaginären christlichen Sakralkorpus der Stadt, was auch andernorts zu Reibereien führte.

Statuten, Privilegien und ein Rabbiner

Nach dem starken Anwachsen der Stadtbevölkerung am Ende des 17. Jahrhunderts wurde eine Regulierung des Zusammenlebens und Wirtschaftens in der Stadt unter besonderer Berücksichtigung der hinzugekommenen religiösen Gruppierungen notwendig. Zunächst erhielten die Offenbacher Hugenotten 1705 umfangreiche Privilegien. Bevor auch die Juden, als zweite religiöse Minderheit in der Stadt, ebenfalls Privilegien erhielten, wurde 1706, vermutlich auf Initiative der Regierung, ein Landtag der Juden aus Offenbach und der Dreieich einberufen. Die Präambel der Statuten, die auf diesem Landtag abgefasst wurden, beschreibt Juden aus Offenbach und der Dreieich als „Schaffe, die keinen hirten haben [und] […] ein jeder sich selbst einen Altar baue und tue, was ihm beliebt“, ein Missstand, der eine Aktion erforderte: die Einsetzung eines Rabbiners für die Juden in der Stadt und dem Umland, verbindliche, schriftlich abgefasste Statuten und die Verpflichtung zu regelmäßig stattfindenden gemeinsamen Landtagen.[38] Die ersten zehn Paragraphen der Statuten sind jedoch einer Honorarordnung für den ersten Offenbacher Rabbiner gewidmet. Darüber hinaus beschrieben die Statuten die innere Organisation der Gemeinde, Zuständigkeiten der Amtsinhaber und Wahlverfahren zur Besetzung einzelner Ämter, eine Zeremonialordnung und den Umgang mit umherziehenden „Betteljuden“.[39] Die gräfliche Regierung dürfte jedoch auch ein ureigenes Interesse an der gemeinsamen Organisation der Juden gehabt haben: die Organisation der Steuereintreibung unter den Juden.

Bereits wenige Monate später, Anfang 1708, erhielt die jüdische Gemeinde in Offenbach vom Grafen Privilegien verliehen, die eher einer Judenordnung entsprachen.[40] Allem voran sicherten die Privilegien den Offenbacher Juden aber die Nutzung der (bereits bestehenden) Synagoge und eines Friedhofs zu.[41] Für diese Synagogenkonzession musste die Gemeinde künftig 18 fl. jährlich an die Obrigkeit entrichten.[42] Der Friedhof an der heutigen Bismarckstraße/Ecke Groß-Hasenbach-Straße (1860 geschlossen) war von Beginn an dafür vorgesehen, dass auch Juden aus Götzenhain, Hain, Sprendlingen und Offenthal hier ihre Toten bestatten konnten. Vorrangig wurden in den Privilegien darüber hinaus diejenigen Bereiche der jüdischen Verwaltung geregelt, die von obrigkeitlichem Interesse waren und für die eine obrigkeitliche Zustimmung notwendig war: die Grenzen der rechtlichen jüdischen Autonomie, die Handelstätigkeit der Juden, weitere Zuwanderung nach Offenbach unter Bevorzugung derer, „die ein ansehnliches und nach dem arbitrio Unserer Fürstlichen Regierung zu bestimmendes Vermögen haben“, Steuerfragen und das Verhalten der jüdischen Stadtbewohner an christlichen Sonn- und Feiertagen.[43] Missständen innerhalb der Gemeinde wollte man vonseiten der Regierung entgegenwirken. So hätten die Vorsteher beispielsweise bisher „allerhand paßiones, intriquen und animositaeten ausgübet“ und „der arme [wäre] vor dem Reichen praegaviret“ worden, dies war künftig zu vermeiden.[44] Doch greifen die Privilegien zugleich ein Problem auf, das die Gemeinde durch das ganze Jahrhundert hindurch begleiten sollte: die finanzielle Not vieler Familien und damit der Judenschaft in ihrer Gesamtheit.

Alle drei Jahre sollte, so die Privilegien, die Wahl von drei „Baumeistern“ (Vorstehern) und zwei „Kastenmeistern“ (Kassenwarten) zum administrativen Vorstand der Gemeinde durchgeführt werden.[45] Sowohl die ausdrücklich gestattete Wiederwahl von Amtsinhabern als auch die für die wichtigen Gemeindeämter verwendeten Begrifflichkeiten zeigen eine deutliche Anlehnung an die in Frankfurt übliche Praxis.[46] Dies war wohl kaum Zufall, sondern dürfte (wenngleich auch nicht ausschließlich) auf den Einfluss des Rabbiners Michel Beer Oppenheim zurückzuführen sein, der spätestens im Sommer 1706 in Offenbach wirksam war.[47]

Oppenheim war nicht nur der erste Rabbiner in Offenbach, sondern bald auch Oberrabbiner und Gerichtsvorstand (*Av Beit Din*) in Friedberg. Verheiratet war er mit Blümle, Tochter des berühmten Prager Oberrabbiners David Oppenheim.[48] Dass er als Rabbiner für Offenbach ausgewählt wurde, könnte durchaus auf den Einfluss seines Vaters Ahron Beer zurückzuführen sein. Der kurpfälzischer Hoffaktor hatte sich in der Frankfurter Judengasse niedergelassen und war einer ihrer reichsten Bewohner.[49] Ähnlich wie Ahron Beer agierte wenig später der Frankfurter Hoffaktor Löw Isaak Kann, der seinen Sohn Moses als Rabbiner der hessisch-landgräflichen Landjudenschaft einsetzte.[50] Der Isenburger Graf dürfte seinerseits ebenfalls gezielt gehandelt haben, als er Oppenheim als Rabbiner

zuließ. Denn damit verfügte er über bessere Kontakte zu den Frankfurter Großkreditgebern.

Michel Beer Oppenheim blieb bis zu seinem Tod in Frankfurt wohnhaft. Da er sich später auf seine Tätigkeit als *Av Beit Din* in Friedberg konzentrierte, installierte er in Offenbach spätestens 1725 Jakob Briquo (oder Brisko) als Stellvertreter bzw. „nechgesetzte[n] Rabbiner".[51] Doch damit endete der Einfluss der Familie Beer Oppenheim in Offenbach nicht. 1717 gestattete Graf Johann Philipp dem vermögenden Frankfurter Juden Emanuel Beer, dem Bruder des Rabbiners, ein Haus im Biergrund zu erstehen und hier eine kleine privat gestiftete *Jeshiva*, die später sogenannte „Beer'sche Klause", zu eröffnen, die bis 1812 bestand.[52] Die Rabbiner, die in der Klause mit ihren Familien wohnen konnten, waren vom Schutzgeld befreit, was immer wieder zu Ärgernissen führte und wiederkehrender Verhandlungen mit der Obrigkeit bedurfte.[53] Auch das Verhältnis zwischen Klause und Gemeinde war nicht ohne Spannung, wohl vor allem, weil die Klaussynagoge bei vielen Gemeindemitgliedern zu einem beliebten Ort für die Tagesgebete wurde. Vonseiten der Gemeinde wurde dies offenbar nicht gern gesehen. Schließlich legten Emanuel Beer und die jüdischen Vorsteher Salomon Hanau und Baruch Elsaß 1741 in einem Vergleich fest, dass Gemeindemitglieder zwar an Werktagen zum Gebet zur Klause gehen dürften, nicht aber an Feiertagen.[54]

Das Jahr der Klause-Gründung war sicherlich nicht zufällig auch das eines Herrschaftswechsels in Isenburg-Birstein. Graf Johann Philipps Neffe und Nachfolger lies die Privilegien der Juden umgehend bestätigen (1719).[55] Offenbar konnte die Gemeinde im selben Jahr auch ein neues Spital einrichten.[56] Das Gebäude, das in der zweiten Jahrhunderthälfte erweitert wurde, umfasste eine Stube für den Krankenwärter, eine Stube für kranke Männer und eine für kranke Frauen, außerdem Abstellräume für weitere Betten.[57]

Die erste Synagoge

Das erste Synagogengebäude in Offenbach, das eindeutig zu diesem Zweck errichtet wurde, entstand in den Jahren 1728/29, und zwar innerhalb des Geländes, in dem die Offenbacher Jüdinnen und Juden hauptsächlich wohnten. Den Anstoß zum Bau gab wohl der Brand dieses Stadtgebietes im Jahr 1721, dem der erste Betsaal zum Opfer fiel.[58] Wo die Gottesdienste zwischenzeitlich stattgefunden hatten, ist unklar, denkbar wäre, dass die Gemeindemitglieder den Betraum in der Klause aufsuchten.[59] Die Synagoge, die an Stelle des Betsaales gebaut wurde, stand parallel zur heutigen Hintergasse, die in der Entstehungszeit der jüdischen Gemeinde Offenbach auch Judengasse genannt wurde. Die nördliche Giebelseite mit dem Haupteingang zur Synagoge, der ein ummauerter Hof vorgelagert war, war zur Großen Marktstraße hin ausgerichtet.[60]

Die Abbildung des Synagogengebäudes aus Siegfried Guggenheims Buch *Aus der Vergangenheit der Israelitischen Gemeinde zu Offenbach am Main*, das 1915 zur Einweihung der späteren Synagoge an der Goethestraße erschien, zeigt eine schlichte barocke Fassade mit drei wandhohen rundbogigen Fenstern und ein angebautes, kreisförmiges Treppenhaus mit Kegeldach.[61] Tatsächlich zeigt die Abbildung den Zustand der Synagoge nach den architektonischen Änderungen, denen sie im Laufe der Jahre unterworfen wurde. Von dem ursprünglichen Synagogenbau aus dem Jahr 1729 sind lediglich die Mauerwände erhalten geblieben. Um das Gebäude herum ist eine hohe Baudichte zu erkennen: Auf der rechten Seite steht das alte, jüdische Gemeindehaus (gebaut um 1770), in welchem sich u. a. Ritualbad und Backhaus befanden.[62] Das neue Gemeindehaus wurde in den Jahren 1900/01 anstelle des 1751 gekauften und 1822 eröffneten Israelitischen Hospitals errichtet. Es stand entlang der Hintergasse und somit hinter der Synagoge.[63]

Abb. 2: Die Synagoge an der Großen Marktstraße nach dem Jahr 1910. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Die ersten Änderungen am Offenbacher Synagogenbau wurden im Jahr 1821 durchgeführt, welche Gebäudeteile sie genau betrafen und welche Baumaßnahmen vorgenommen wurden, bleibt leider unbekannt.[64] Weitere „Verbesserungen" wurden im Jahr 1824 ausgeführt. Zu dieser Zeit wurde die den Vorhof der Synagoge umgebende Mauer saniert und „mit einer Ocker Gelben Farbe" gestrichen.[65] Es ist also anzunehmen, dass die Mauer im Vorhof der Synagoge aus der Bauzeit des Gebäudes stammt. Das Gittertor, das auf der erwähnten Abbildung zu sehen ist,

stammt dagegen aus dem Jahr 1832, als die ersten umfassenden Umbauarbeiten stattfanden.[66] Diese wurden aus zwei Gründen unternommen. Erstens zeigten sich im Herbst 1831 mehrere Risse in den Mauern der Synagoge, so dass sie einzustürzen drohte.[67] Zweitens ergab sich ein Vergrößerungsbedürfnis auf Grund der wachsenden Zahl der Gemeindemitglieder.

Vor 1832 war das Synagogengebäude kleiner, als aus den erhaltenen Abbildungen bekannt ist, und ohne die angebauten Treppenhäuser. Es verfügte über einen kompakten Baukörper auf einem verkürzten rechteckigen Grundriss. Die Fassaden waren durch Rundbogen-Fenster von zwei Drittel Mauerhöhe symmetrisch gegliedert: vier Fenster an der Ostwand, ein *Misrach*-Fenster von unbekannter Form einschließend, gespiegelt von drei Fenstern und einer Eingangstür zur Frauensynagoge an der Westwand, sowie vier Fenster an der Südwand, gespiegelt von vier Fenstern und einer in der Fensterachse platzierten, rechteckigen Eingangstür zur Männersynagoge an der nördlichen Fassade.[68] Das Gebäude war mit einem Walmdach bedeckt, das ursprünglich von einem Kehlbalkendach mit doppelt stehendem Stuhl getragen wurde.[69] Ein profiliertes Kranzgesims, das die Mauer vor Regenwasser schützte, blieb das ausdrucksstärkste Architekturdetail.

Es handelte sich um einen barocken Bau, der sowohl im Äußeren als auch im Inneren – und zwar durch den in den Bau integrierten Frauenbereich – dem im Verlauf des 17. Jahrhunderts in Deutschland entwickelten Synagogentyp entsprach.[70] Der Frauenbereich wird im Jahr 1827 als zweistöckig beschrieben.[71] Jeder der zwei Stockwerke beinhaltete 64 Sitzplätze.[72] Auf der Querschnittszeichnung der Synagoge ist eine dreistöckige hölzerne Frauenempore zu sehen.[73] Aus den Archivalien geht hervor, dass ein dritter Stock mit 18 zusätzlichen Plätzen im Jahr 1832 errichtet wurde.[74] Im Erdgeschoss waren die Frauen durch Gitter abgetrennt, in den übrigen Stockwerken durch Balustraden. Die Emporenkonstruktion war einfach – zwei Pilaster trugen jeweils einen profilierten Architrav und in der Mitte wurde die Empore von zwei Säulen gestützt.[75] Laut der Kostenvoranschläge für Weißbinderarbeiten in der Frauensynagoge sollten die Wände der zwei Etagen blau gestrichen und die Decken jeweils mit drei Rosetten versehen werden.[76]

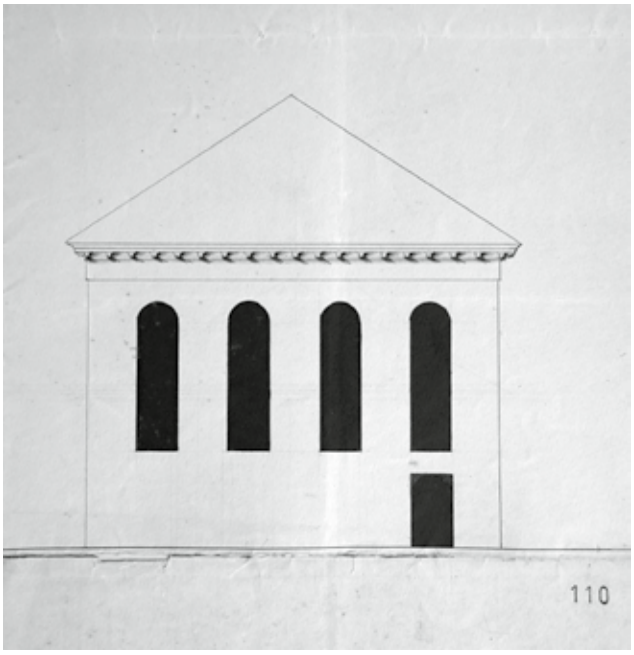


Abb. 3: Bauzeichnung des ersten Synagogengebäudes in Offenbach, die den ursprünglichen Bau vor dem Ausbau in Jahren 1831/32 darstellt. Centrum Judaicum, Historisches Archiv.

Die Gemeinde in der Mitte des 18. Jahrhunderts

Für die jüdische Gemeinde in Offenbach blieb es essenziell, dass sie in einer engen Verbindung zu ihrem Schutzherrn stand. Die Pflege des Kontakts erfolgte über jüdische Diplomaten, die in Offenbach oder Birstein beim Grafen oder seiner Regierung die Interessen der Gemeinde vorbrachten. Im Jahr 1740 schickte die Gemeinde einen Juden namens David K-M nach Birstein, um dort dem Fürsten die finanzielle Lage der Gemeinde darzulegen, die schlicht nicht in der Lage war, die geforderten Abgaben aufzubringen.[77] David K-M wurde für seine Tätigkeit eine Entschädigung zugesichert.[78] Immer wieder wurden dem Grafen oder seinen Regierungsbeamten Geschenke gemacht.[79] 1743 bestellte die Gemeinde ein silbernes Tintenfass, das über 18 Gulden kostete.[80] Es sollte vermutlich Graf Wolfgang Ernst I. zur Ernennung zum Reichsfürsten im Jahr 1744 übergeben werden. Im Protokollbuch der Gemeinde ist außerdem vermerkt, dass es den Vorstandsmitgliedern gestattet sei, ein Geschenk für den Grafen auszuwählen.[81] Schließlich bedurfte die Gemeinde der Bestätigung ihrer Privilegien durch jeden neuen Fürsten.[82]

Die Kosten für Diplomaten und Geschenke dürften jedoch für die Gemeinde nur schwer finanzierbar gewesen sein. Ihre stets zu gering ausfallenden Einkünfte erhielt die Gemeinde durch die Beitragszahlung der Gemeindemitglieder. Weitere Einnahmequellen waren Strafzahlungen, mit denen der Rabbiner und der Vorstand Gemeindemitglieder belegen konnten, oder die Zahlung des Leibzolls durch fremde Juden, denn die Gemeinde hatte die Einnahmen aus

dem Leibzoll für 30 fl. jährlich gepachtet.[83] Die meisten der Familien der Gemeinde waren alles andere als vermögend und lebten vom Kleinhandel, der wohl vor allem in Frankfurt praktiziert wurde.[84] 1715 schrieb der Frankfurter Johann Jakob Schudt in diskreditierendem Ton, dass „insbesondere zu […] Offenbach der Juden gantze Näster und gleichsam Bienen-Schwärmer zu finden [seien,] die sich dann täglich nach Franckfurt begeben und durch allerhand geringe Handthierung und Schacherey ihre kümmerliche Nahrung suchen".[85] Anstelle des ab 1716 bzw. 1726 neu eingerichteten Schiffverkehrs, der für die Offenbacher Juden wohl unerschwinglich war, nutzten diese den südlichen Mainweg, um nach Frankfurt und wieder nach Hause zu kommen.[86]

Über die Größe der Gemeinde in der Mitte des 18. Jahrhunderts liegen zwar keine genauen Zahlen vor, doch zeigt sich, dass die Gemeinde einerseits nur selten das erforderliche Schutzgeld überhaupt in voller Höhe zahlen konnte, es aber zugleich schaffte, ihre Institutionen und Strukturen durchgehend weiterzuentwickeln, und ihre innere Organisation verfestigte und konsolidierte. [87] Administrative Angelegenheiten des Vorstandes wurden im sogenannten *Cheder kahal* (Sitzungsraum) verhandelt, das sich nahe oder in der Synagoge befunden haben muss.[88] 1770 errichtete die Gemeinde neben der Synagoge ein (neues?) Gemeindehaus, in dem sich von nun an das *Cheder kahal* befand.[89] Hier trafen sich die Vorsteher der Gemeinde mit anderen Personen und Gremien, um gemeinsame Entscheidungen zu treffen.[90] Je nach Anlass und Wichtigkeit konnten die Vorsteher *Tovim* (Beisitzer), Kastenmeister, eine nicht festgelegte Zahl an Hausherren oder ein Gremium aus „15 Männern" einberufen.[91] Eine besondere Rolle innerhalb des Vorstandes kam dem *Gabbai Chodesh* zu, der für eine gewisse Zeit den Vorsitz innerhalb des Vorstands innehatte.[92] In der Regel wurde auch stets für ein Jahr ein *Gabbai Zedaka* ernannt, der für die Sammlung der Spendengelder aus der Synagoge zuständig war.

Mit dem Anwachsen der Gemeinde wurde die Zahl von Ämtern und die Anzahl der Gemeindebediensteten weiter ausgebaut.[93] Insbesondere im Bereich der Wohltätigkeit gab es immer wieder Regelungsbedarf hinsichtlich der Zuständigkeiten und Kompetenzen von Gemeindebeamten oder der Verteilung von Billetts an die große Zahl bedürftiger Armer und Durchreisender.[94] Die Offenbacher Gemeinde engagierte außerdem eine jüdische Hebamme, obgleich die Gemeinde das Geld dafür wohl kaum aufbringen konnte.[95] Die Gemeinde sicherte ihr ein festes Gehalt zu und mietete für sie eine Wohnung für 14 Goldgulden im Jahr.[96] Der Vorstand schützte das Einkommen der Hebamme, indem er hohe Strafen androhte, sollte der Vater eines Neugeborenen der Hebamme das Honorar verweigern.[97]

Eine der wichtigsten Gemeindeinstitutionen blieb der Friedhof, der weiterhin im Verbund mit den Juden des Umlandes genutzt wurde. Eine eigene *Chevra kadischa*, eine Beerdigungsbruderschaft, hatte sich vermutlich schon mit der Einrichtung des Friedhofs herausgebildet.[98] Wann genau die *Chevra* der Frauen entstand, ist nicht genau datierbar, vermutlich in den 1750er Jahren.[99] Nachdem bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bereits so viele Bestattungen stattgefunden hatten, dass die bisherige Friedhofsfläche belegt war, war nun entweder eine Aufschüttung oder der Zukauf von Land erforderlich.[100] Erst 1785 war ein privater Landbesitzer bereit, den Juden Land zu verkaufen.[101] Die Kosten der Erweiterung, die immerhin 200 fl. betrugen, wurden vom Friedhofsverband gemeinschaftlich getragen.[102]

Die gemeinsame Friedhofsnutzung stellte die wichtigste Verbindung unter den Isenburg-Birstein'schen Juden dar. Eine funktionierende Landjudenschaft – wie etwa die hessisch-darmstädtische – hatte sich hier nicht herausgebildet, eher ein lockerer Verband der Ortsjudenschaften, die auf dem Friedhof bestatteten.[103] Zur Finanzierung des Rabbiners trugen aber nicht nur die Gemeinden des Friedhofverbands, sondern auch die Juden aus dem benachbarten kurmainzischen Bürgel bei, die über einen eigenen Friedhof verfügten, auf dem sie bestatten konnten.

Nach dem Tod von Rabbiner Oppenheim 1750 übernahm Rabbiner Jecheskiel kurzzeitig das Amt des Offenbacher Rabbiners, wurde aber bereits 1752 von Ahron Schloss, einem anderen aus Frankfurt stammenden Rabbiner, ersetzt.[104] Auf Schloss folgte der Frankfurter Rabbiner Anschel Metz, der bis 1821 im Dienst der Gemeinde blieb.[105]

Nur zu deutlich blieb, nicht zuletzt in Person der Rabbiner, der Einfluss der Frankfurter Gelehrsamkeit auf die Offenbacher Gemeinde. Auch die Beer'sche Klause veranschaulicht dies: Ein Neffe des bereits erwähnten Rabbiners Michel Beer Oppenheimer verkaufte die Klause um die Mitte des Jahrhunderts an ein Konsortium von Frankfurter Juden.[106] Die Käufer gehörten zur oberen Schicht der Frankfurter Juden, so etwa der Kaufmann Löw Götz Haas.[107] Viele von ihnen übten das Amt eines Vorstehers in der Frankfurter Gemeinde aus.[108] Die Unterstützung der Klause sahen sie vermutlich als eine religiöse Pflicht an.

Jüdischer Buchdruck in Offenbach

Während die Offenbacher Juden in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich abhängig waren vom Handel in der nahegelegenen Reichsstadt Frankfurt, bildete sich Offenbach in einer Hinsicht als Ort heraus, der auch von den Frankfurter

Juden gern genutzt wurde: Offenbach entwickelte sich im 18. Jahrhundert zu einem wichtigen Zentrum des jüdischen Buchdrucks.

Den Anfang nahm der jüdische Buchdruck in Offenbach 1714, als Seligmann Reis und sein Sohn Hirz das Privileg erhielten, eine jüdische Druckerei zu eröffnen.[109] Die bereits 1685 gegründete Druckerei des Hugenotten Bonaventura de Launoy stellte 1718 mit Israel ben Moshe ebenfalls einen jüdischen Drucker an.[110] Besonders tat sich Zvi Hirsch Segal Spitz hervor, der 1763 ein Druckerprivileg erhielt, für das er jährlich 20 Goldgulden zahlen musste.[111] Wolf Heidenheim, der später nach Rödelheim zog, tat sich mit dem Druck von grammatischen Schriften und Bibelkommentaren hervor.[112] So wurde in Offenbach im 18. Jahrhundert eine große Bandbreite an jüdischer Literatur gedruckt. Hier erschienen mehrere *Tanach*- und *Pentateuch*-Ausgaben, darunter eine von Moses Mendelssohn kommentierte Auflage. Auch *Haggadot* für den Pessachabend wurden in Offenbach herausgegeben und darüber hinaus weitere religiöse Literatur wie Bücher mit Schabbatgesängen und Segenssprüchen sowie rabbinische Kommentare, *Machsorim* zu verschiedenen Feiertagen oder liturgische Bücher für das *Omer*-Zählen, das Zählen der Tage zwischen Pessach und Schawuot.

Abb. 4: Kalender zur Omer-Zählung, Offenbach 1801, gedruckt von Jakob ben Mendele Itingen. Israel Museum Jerusalem.

Die jüdische Gemeinde im 19. Jahrhundert: Wirtschaftliche und politische Entwicklung

Am Ende des 18. Jahrhunderts war Offenbach auf etwa 5.000 Einwohner angewachsen.[113] Die Anzahl jüdischer Bewohner lässt sich für das Jahr 1784 mithilfe des Einwohnerverzeichnisses greifen. Demnach bewohnten die jüdischen Familien 36 Häuser in der Stadt, zählten 152 Haushalte mit insgesamt 698 Personen.[114] Haus Nr. 4 dieser Auflistung nennt eine so große Anzahl an Witwen und verwaisten Kindern als Bewohner, dass es sich hier vermutlich um den *Hekdesch* handelte.[115] In Offenbach war eine im Vergleich zur ländlichen Umgebung durchaus große jüdische Ortsgemeinde herangewachsen. Den Herkunftsnamen folgend kamen die Hausväter der Gemeinde aus Mainz, Bingen, Bürgel, Fechenheim, Aschaffenburg, Türkheim, Langenschwalbach, Pressburg, Fürth, Wetzlar, Halberstadt, Sprendlingen und weiteren Orten. Mindestens 34 Offenbacher Haushaltsvorstände zogen weiterhin fast täglich nach Frankfurt und gingen dort ihren Geschäften nach oder unterrichteten an Wochenenden in der Judengasse.[116]

Abb. 5: Jakob Koblenz, *Sefer Maphteach ha-Chaim*, aus der Druckerei von Zvi Hirsch Segal Spitz in Offenbach, 1788. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Den aus der Nähe von Kassel stammenden jüdischen Geschäftsmann Wolf Breidenbach zog es dagegen von Frankfurt nach Offenbach. 1791 ernannte Fürst Wolfgang Ernst II. ihn zu seinem Hoffaktor und 1799 zu seinem „Hof- und Kammeragenten“.[117] Zwar war Breidenbach nicht der einzige jüdische Hoffaktor des Fürsten, doch sollte er eine wichtige Rolle für die jüdische Geschichte in den deutschen Ländern spielen. Schon bevor Erbprinz Carl 1803

seinem Vater als Fürst nachfolgte, stand der junge Adlige in Kontakt zu Breidenbach.[118] Dieser konnte den künftigen Fürsten bald dafür gewinnen, sich für eine Verbesserung der Situation der Juden im Reich zu interessieren. Schon im Jahr seines Regierungsantritts hob Fürst Carl den Leibzoll in seinem Gebiet auf. Wolf Breidenbach setzte sich nun für eine Abschaffung dieses Zolls auch in anderen deutschen Territorien ein.[119] Seine Initiative wurde verschiedentlich von jüdischer Seite aufgegriffen, in Rödelheim etwa durch Wolf Heidenheim, in Braunschweig von Israel Jacobson und in Frankfurt waren es die Vorsteher der Gemeinde, die versuchten, andere Gemeinden des Alten Reiches zur Unterstützung dieser Sache zu gewinnen.[120] 1812 wurde Breidenbach zum „Fürstlich Isenburgischen Rat" ernannt, in späteren Jahren war Breidenbach für das Großherzogtum Hessen tätig. Von Darmstadt aus setzte Breidenbach sich in den 1820er Jahren entschieden für eine Renovierung der Offenbacher Synagoge ein und finanzierte diese maßgeblich.[121] Breidenbach verstarb 1829 und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Offenbach bestattet.

Schon vor Napoleons Niederlage bei Waterloo im Juni 1815 und seiner zweiten Verbannung endete die Regentschaft der Fürsten Isenburg. Bereits 1813 wurde das Fürstentum dem Generalgouvernement Frankfurt zugeschlagen, 1815 wurde es im Rahmen der Verhandlungen auf dem Wiener Kongress österreichisch, um dann letztlich von Österreich an des 1806 gegründete Großherzogtum Hessen abgegeben zu werden. Damit war auch Offenbach Teil des hauptsächlich aus der ehemaligen Landgrafschaft Hessen-Darmstadt bestehenden Großherzogtums. Die bereits recht liberalen Bestrebungen sowohl im Fürstentum Isenburg wie auch in der Landgrafschaft Hessen führten jedoch nicht dazu, dass die rechtliche Gleichstellung der Jüdinnen und Juden im Großherzogtum schnell umgesetzt wurde. Zwar blieb der sogenannte Judenleibzoll abgeschafft und 1824 wurde auch das Schutzgeld aufgehoben.[122] Die volle bürgerliche Gleichberechtigung wurde jedoch zuerst nur kurzfristig im Zuge der Revolution von 1848 und nach ihrer Rücknahme ab 1850 endgültig erst mit der Reichsgründung 1871 eingeführt. Die rechtliche Gleichstellung bedeutete aber keinesfalls, dass dies auch zu einer faktischen Gleichberechtigung führte. Die Schranken im gesellschaftlichen Umfeld waren weiterhin spürbar, und auch ein teils aggressiver Antisemitismus war nicht zu übersehen.

Offenbach hatte unter den napoleonischen Kriegen mit den wechselnden Einquartierungen, Plünderungen und der Versorgung der Truppen viel an seiner Wirtschaftskraft eingebüßt. Erst in der Phase einer relativen Ruhe als Teil des Großherzogtums konnte es nicht nur zu einer Konsolidierung, sondern auch zu einer Transformation der ortsansässigen Wirtschaft kommen. Für das Großherzogtum war Offenbach ein wichtiges wirtschaftliches Zentrum, dessen Ausbau und Aufstieg zu einer Industriestadt tatkräftig gefördert wurde. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts nahm die Lederwarenherstellung an Bedeutung zu und entwickelte sich zu einem prägenden Industriezweig, der auch das metallverarbeitende Gewerbe als Zulieferer mit steigenden Aufträgen versorgte. Durch die sich hauptsächlich auf kleine und mittelgroße Produktion verteilende Struktur und die Liberalisierung der Erwerbsmöglichkeiten für Jüdinnen und Juden bot sich hier ein weites Betätigungsfeld. Eine der innovativsten und erfolgreichsten Firmen in diesem Bereich war die 1838 von Eduard Posen gegründete „Fabrik feiner Lederwaren". Sie gilt nicht nur als eine der ältesten Lederwarenfabriken in Offenbach, sondern auch als eine der am stärksten international tätigen, denn sie unterhielt um die Jahrhundertwende Niederlassungen in Paris, London, mehreren Städten in Südamerika, in Athen, Florenz, Stockholm, Bukarest und Lissabon.[123] Auch viele andere namhafte und bedeutende Firmen in der Lederfabrikation wurden von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde gegründet.[124]

Nicht nur das als modern empfundene Reformjudentum hielt Einzug in die Offenbacher Gemeinde, auch die Gemeindestrukturen an sich wurden reformiert und den Herausforderungen einer stetig wachsenden Zahl an Mitgliedern angepasst. „Ein aus fünf Männern bestehender Gemeindevorstand hat in der Zeit von 1821 bis 1843 die Gemeindeverwaltung nach modernen Gesichtspunkten umgestaltet. Er ordnete das Finanzwesen, vollzog einen Umbau des Schulwesens, schuf eine Friedhofsordnung und trug für die Neugestaltung des Gottesdienst Sorge", schrieb Siegfried Guggenheim 1937 rückblickend in der *CV-Zeitung*.[125] Entscheidend dazu beigetragen hat einer der bekanntesten jüdischen Söhne der Stadt Offenbach. Salomon Formstecher wurde im Jahr 1808 dort geboren und sollte nicht nur die jüdische Gemeinde Offenbach, sondern das Judentum in ganz Deutschland nachhaltig beeinflussen. Er gilt als wegweisend für die Reformbewegung des Judentums und kämpfte für eine Modernisierung des Ritus nach protestantischem Vorbild. An der Reformbewegung Israel Jacobsons in Seesen orientiert, setzte er sich für eine Liturgie in deutscher Sprache ein. Seit dem 1. Oktober 1832 war er in der Offenbacher Gemeinde Prediger und Religionslehrer, ab April 1842 dann großherzoglicher Rabbiner in Offenbach und den assoziierten Gemeinden.[126] Damit prägte er als liberaler Rabbiner nicht nur die jüdische Stadtgesellschaft, sondern auch das zum Rabbinat Offenbach gehörende ländliche Umland.

Renovierung der Synagoge und Reformierung der Gemeinde

Noch vor seinem Amtsantritt wurde begonnen, die Synagoge zu erweitern. 1831/32 hat sich die äußere Baugestaltung im stilistischen Sinne zwar nicht wesentlich verändert, die Synagoge wurde aber um ca. ein Drittel der Gesamtlänge vergrößert. Dafür wurde der ursprüngliche Frauenbereich in die Männersynagoge integriert und ein neuer Bereich für Frauen angebaut, wodurch der Bereich für die Männer 24 zusätzliche Sitzplätze erhielt.[127] Der Toraschrein, vom Synagogenhistoriker Hammer-Schenk auf das Jahr 1821 datiert, wurde auf Grund der Vergrößerung von seinem früheren Standort in die Mitte der Ostwand verlegt.[128] Aus dem Jahr 1832 stammt ein Kostenvoranschlag für einen Altar, angeboten vom Schreinermeister Bietz.[129] Es ist zu vermuten, dass es um Arbeiten ging, die mit der Verlegung des Toraschreins in Verbindung standen. Auf einer undatierten Handskizze, vermutlich aus dem Jahr 1831, ist ein Querschnitt des Toraschreins zu sehen, der sich in der Synagoge bis zum Ende ihrer Nutzung befand.[130] Im August 1832 wurde die umgebaute Synagoge wiedereingeweiht. Zur Bestreitung der Umbaukosten musste die jüdische Gemeinde ein Kredit in Höhe von 3.500 Gulden aufnehmen.[131]

Abb. 6: Der Toraschrein, vermutlich aus dem Jahr 1821, abgebildet hier im Zustand nach 1842. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Die nächsten wichtigen Änderungen im Synagogengebäude betrafen den Innenraum der Männersynagoge und wurden maßgeblich unter dem Einfluss Salomon Formstechers ausgeführt. Bereits nach einem Jahr seiner Amtszeit wurde in der Synagoge eine Kanzel aufgestellt und eine Emporenbühne.[132] Der Bedarf an einer Kanzel ergab sich, da das Umfunktionieren eines bis dahin fürs Predigen genutzten Betpults des Vorsängers in eine Kanzel sich als höchst unpraktisch erwies.[133] Ebenfalls auf Formstechers Tätigkeit zurückführen lässt sich die Tatsache, dass sich in der Offenbacher Synagoge schon früh ein Äolodikon – ein orgelähnliches Instrument – nachweisen lässt. Es ist nicht klar, wann genau es angeschafft wurde. Erwähnt wird es 1845 im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Reparatur.[134]

Die späteren wesentlichen Änderungen im Synagogengebäude betrafen u. a. die Einführung der Gasbeleuchtung. Im Jahr 1857 wurden mehrere Lampen (ein Lüster mit 24 Flammen, zwei Kerzenleuchter von 60 cm Höhe mit sieben Flammen, fünf stehende Lampen, 14 Wandarme) bei der Bronze-Fabrik F. A. Jungé in Frankfurt am Main gekauft.[135] Der Innenraum der Synagoge erfuhr im Jahr 1868 eine weitere wichtige Umgestaltung. Eine „Sakristei“, so die zeitgenössische Bezeichnung, wurde im östlichen Teil der Frauensynagoge eingerichtet. Man gelangte auch von außerhalb des Gebäudes in die „Sakristei“, dafür gab es einen zweiten Eingang, der an der Südwand an Stelle eines Fensters der Frauensynagoge eingerichtet wurde.[136] Im Erdgeschoss der Synagoge ermöglichte eine Holzwand ein getrenntes Eintreten in den Synagogenraum. Die „Sakristei“ war vom Gebetssaal durch Glasabschlüsse getrennt. Mit Einrichtung der „Sakristei“ entstand auch ein Raum für Gottesdienste an den Wochentagen. Es wurde außerdem die bereits existierende Frauenempore im ersten Stock mit „4 jedesmal um einen Tritt erhöhten Sitzreihen“ versehen.[137]

Doch die wichtigste Änderung betraf die Errichtung eines Podiums vor dem Toraschrein, so dass auch der Schrein angehoben und das Fenster darüber zugemauert werden musste. Die *Bima* stand jetzt also vor dem Toraschrein und nicht mehr in der Mitte des Gebetsraumes.

Um das 50-jährige Amtsjubiläum von Salomon Formstecher im Jahr 1882 gebührend zu feiern, bildete sich ein Festkomitee aus den Pfarrern der unterschiedlichen Konfessionen, dem Kreisrat, einer Delegation von Lehrern der unterschiedlichen Offenbacher Schulen sowie weiteren Honoratioren und wichtigen Bürgern der Stadt.[138] Im Zuge der Feierlichkeiten wurde Formstecher durch die Stadtverordneten die Ehrenbürgerschaft verliehen, als erstem Juden in Offenbach überhaupt und knapp zehn Jahre nach der endgültigen rechtlichen Gleichstellung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich. Darüber hinaus erhielt er auch das Ritterkreuz erster Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen. Die zeigt das hohe Ansehen, das Formstecher nicht nur in Offenbach genoss, sondern auch weit darüber hinaus.[139]

Auch wenn Offenbach meist als liberale Gemeinde wahrgenommen wurde, gab es doch weiterhin einen nicht unerheblichen Anteil an orthodoxen Mitgliedern in der Gemeinde. Nachdem 1821 die deutsche Predigt eingeführt wurde, nutzte die orthodoxe Gruppe, die schon seit 1717

als Privatsynagoge bestehende Beer'sche Klause für die Gottesdienste. Arnsberg erwähnt eine Israelitische Religionsgesellschaft, die von 1862 bis 1869 aktiv war. Für die etwa 25 Familien wurde beispielsweise die Anstellung eines zweiten Schächters gefordert, da bisher das koschere Fleisch aus Frankfurt bezogen werden musste, weil die in Offenbach vorgenommenen Schächtungen nicht den orthodoxen Ansprüchen genügten.[140] Das Zusammenleben von Orthodoxie und Reformjudentum verlief in den meisten Fällen relativ konfliktlos ab. Orthodoxe Gottesdienste wurden separat gehalten, und man versuchte sich aus dem Weg zu gehen.[141]

Dass das Interesse an formalisierter Religionsausübung immer weiter abnahm, bekam aber hauptsächlich die Reformgemeinde zu spüren, da immer weniger Mitglieder an Schabbat am morgendlichen Gottesdienst teilnahmen. Salomon Formstecher schlug vor, die Zeit für die Predigt auf den Nachmittag zu verlegen. Von orthodoxer Seite reagierte man durchaus höhnisch auf diesen Versuch, mehr Gemeindemitglieder für den Schabbatgottesdienst zu begeistern.

> In der ganzen Umgegend gibt es vielleicht keine Gemeinde, in welcher die Gleichgiltigkeit gegen alles specifisch Jüdische, so fürchterliche Dimensionen angenommen hat, als eben in Offenbach. Es muss schon sehr schlimm dort sein, wenn sogar Herr Dr. Formstecher darüber klagt. Dieser Mann hat für das positive Judenthum während seiner amtlichen Wirksamkeit gar nichts gethan, als es bekämpft und verhöhnt; für sein Pseudojudenthum hat er nichts getan als gepredigt und wieder gepredigt, und nun wollen die Gemeindemitglieder sich nicht länger anpredigen lassen, und meiden die Synagoge, was thut man dagegen? Man schlägt eine neue Zeit zur Abhaltung von Predigten vor.[142]

Als Salomon Formstecher am 24. April 1889 in Offenbach verstarb, wurde Israel Goldschmidt sein Nachfolger. Goldschmidt war vor allem mit dem Ausbau der alten Synagoge beschäftigt, denn die letzten Jahre der Synagoge, bevor sie 1919 aufgegeben wurde, waren geprägt von ständigen Bemühungen um die Erhöhung der Sitzplatzkapazität. Im Zeitraum von 1900 bis 1910 verdoppelte sich die Anzahl der Gemeindemitglieder, da aufgrund der Judenpogrome in Russland und Galizien eine hohe Zuwanderung zu verzeichnen war.[143] Im Jahr 1901 erfolgte der Anbau der Frauenempore entlang der Westwand der Männersynagoge.[144] Dank dieser Maßnahme konnten 28 zusätzliche Sitzplätze für Frauen und Raum für Chorsänger geschaffen werden.[145] Ein Jahr danach hatte man zwei neue Treppenhäuser angebaut, eines zur Männer- und eines zur Frauensynagoge.[146] Das charakteristische Treppenhaus an der Fassade, das wie ein runder Turm aussah, stammte aus dieser Zeit.[147] Im Jahr 1910 wurde eine weitere Treppenanlage hinzugefügt, und zwar in Form eines hölzernen Anbaus an der Frontseite. Die Wege zur Frauen- und zur Chorsängerempore wurden jetzt durch diesen Anbau geleitet.[148]

Die Neue Synagoge in der Goethestraße 5

Weder die zusätzliche Frauenempore noch die abgeänderte Treppenanlage reichten aus, um das Platzbedürfnis der jüdischen Gemeinde zu decken. Die Synagoge war einfach zu klein geworden. Allerdings, so ist später in der Einweihungsrede zu hören, gab es auch andere Gründe, die für ein neues Synagogengebäude sprachen: „Mehr vielleicht als diese räumliche Beschränkung waren es Gründe geistiger Art, welche die alte Synagoge zu verlassen uns geboten. Unsere geistigen und kulturellen Ansprüche strebten über ihre Mauern hinaus und verlangten neue Räume, wie sie dem Geiste der Neuzeit entsprechen".[149]

Bereits im Jahr 1908 beschlossen die Mitglieder der jüdischen Gemeinde, ein neues Synagogengebäude zu errichten. Im Herbst 1911 wurde das geeignete Grundstück gekauft.[150] Am 29. November 1911 erschien in der *Deutschen Bauzeitung* folgendes Inserat: „Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine neue Synagoge in Offenbach dürfte demnächst unter Offenbacher Architekten erlassen werden. Der Neubau soll auf einem 2.600 m² großen Gelände an der Ecke der Kaiser- und Goethe-Straße errichtet werden".[151]

Der Wettbewerb wurde für im Großherzogtum Hessen ansässige oder in dem Gebiet geborene Bewerber zugelassen.[152] Es gingen 94 Entwürfe ein, und der ausgewählte Entwurf entsprach nicht nur in seinen Dimensionen, sondern auch in seiner architektonischen Baugestaltung vollkommen dem „Geist der Neuzeit", wie es sich die jüdische Gemeinde gewünscht hatte.[153] Das Preisgericht bezeichnete den Entwurf in seinem Urteil u. a. als „Streng und vornehm".[154] Das preisgekrönte Konzept stammte vom Offenbacher Architekten Fritz Schwarz. Er orientierte sich an antiken Bauten und verband letztendlich klassische und barocke Formen. Beispiele für Gebäude, die in der gleichen gestalterischen Richtung gehalten waren, sind u. a. die Synagogen in Görlitz, im Frankfurter Westend oder in Bad Wildungen.[155] Es ist allerdings auch zu beachten, dass die Architektur der Offenbacher Synagoge nicht allein ein Ergebnis stilistischer Tendenzen im Synagogenbau der damaligen Zeit, sondern in diesem Fall auch technischer Notwendigkeiten war. Auf Grund der dreieckigen Form des Grundstücks drängte sich ein Zentralbau von quadratischem bzw. rechteckigem Grundriss als ideale Lösung auf, um die geplante Anzahl von Sitzplätzen unterzubringen.

Der preisgekrönte Entwurf von Fritz Schwarz musste erneut bearbeitet werden, da auch dieser nicht allen Anforderungen der jüdischen Gemeinde entsprach. Letztendlich hat sich Karl Wagner Schwarz angeschlossen, sodass der endgültige Entwurf für die neue Synagoge von beiden Architekten stammte.[156] Der Hauptunterschied zwischen dem ursprünglichen Konzept und der erneuten Bearbeitung bestand darin, dass der am Anfang geplante Vorhof – der Entwurf trug sogar den Titel „Vorhof" – entfernt und das Gebäude dadurch zur Straße hin verschoben wurde. Außerdem wurden zwei turmartige, die Fassade flankierende Vorsprünge hinzugefügt, die Übergänge zu den Seitenflügeln beinhalteten. Der zentrale Baukörper wurde in Folge der Bearbeitung bündig zur Baufluchtlinie mit den übrigen Gebäuden profaner Bestimmung. Durch die neue Bearbeitung gewann man Platz im Hinterhof, wo eine Halle mit dem Leichenwagen untergebracht wurde.[157]

Nun konnten die Bauarbeiten beginnen. Dabei war nicht nur die Synagoge neu zu errichten. Im Wettbewerb war ein Entwurf für den Bau eines ganzen Komplexes ausgeschrieben, und dieser bestand neben der Synagoge auch aus Gemeindehaus mit Küche, einem Raum für die Beerdigungsbruderschaft, drei Schulzimmern für je 20 Kinder, Verwaltungsräumen, zwei Wohnungen für die Gemeindediener und einem großen Festsaal mit Nebenräumen.[158] Die Grundsteinlegung fand am 6. Oktober 1913 statt, während die Arbeiten schon Anfang des Jahres 1913 begannen. Der Grundstein, samt einer Metallkapsel mit einer Urkunde mit den wichtigsten Daten der Gemeindegeschichte, wurde im Mauerwerk unter dem Toraschrein platziert.[159] Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 verlangsamte die Fertigstellung der Synagoge, da es an Bau- und Kunsthandwerkern sowie Baumaterialien fehlte. Fritz Schwarz wurde im Sommer 1915 einberufen, sodass die Fortsetzung der Arbeiten unsicher wurde. Der sich noch in Konstruktion befindliche Synagogenbau wurde den Behörden von der jüdischen Gemeinde als Lazarett angeboten. Das Angebot wurde abgelehnt, da es bereits genug geeignetere Immobilien für die Versorgung der verwundeten Soldaten gab.[160] Letztendlich konnte Karl Wagner die Ausführung übernehmen, doch Schwarz stand ihm in seinen von der Front zugesandten Briefen mit Rat zur Seite.

Das Gebäude wurde im Frühjahr 1916 fertig gestellt. Die Einweihung fiel mit dem Pessach-Fest am 16. April 1916 (13. Nissan 5676) zusammen. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde und die eingeladenen Gäste eröffneten eine Synagoge von imposanten Ausmaßen. Es war ein Rundbau über rechteckigem Grundriss mit 30 Meter hoher Kuppel, flankiert nacheinander von zwei gedrungenen Türmen, deren Helme die Kuppel nachahmten, und rechteckigen Gebäudeblöcken, in denen sich die oben erwähnten profanen Räumlichkeiten befanden. Diese Gebäude bildeten den West- und Ostflügel des Synagogenbaues und wurden jeweils mit einem Walmdach bedeckt. Die Fassade war nach Süden zur Goethestraße hin ausgerichtet, die Ostwand zeigte zur Kaiserstraße. Man betrat die Synagoge durch eine im Westflügel befindliche Säulenhalle. Zuerst gelangte man in einen von kannelierten Säulenpaaren umgebenen Hof, und erst von dort erreichte man die Synagogenvorhalle mit Kassettendecke. Zur Frauenempore gelangte man ebenfalls durch den Haupteingang und dann über zwei steinerne Treppen.

Abb. 7: Das Synagogengebäude in der Goethestraße, gesehen von der Kaiserstraße. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Der Innenraum der Synagoge stand in einem gewissen Kontrast zu ihrer ausdrucksstarken, antiken Monumentalität. Der Hauptraum war puristisch und klar gestaltet, ohne Architekturdetails. Die Dekoration des Innenraums wurde fast ausschließlich durch die Beleuchtung – die elektrischen Lampen aus Bronze wurden von Schwarz entworfen – und die Farbe bestimmt. Das Tageslicht fiel durch farbige Fenster und ein Rundfenster in der Kuppel in den Gebetsraum. Die Innenseite der Kuppel war in Gold und Gelbgrau gehalten, deren Tönung sich an der Brüstung der Frauenempore und in der Nischenwölbung fortsetzte. Der mit Silber und Gold bestickte Vorhang vor dem Toraschrein war rot und setzte somit den stärksten farbigen Akzent im Hauptraum.[161]

Abb. 8: Virtuelle Rekonstruktion der Offenbacher Synagoge in der Goethestraße – Innenraum mit hypothetischer Farbgestaltung. Architectura Virtualis, Kooperationspartner der TU Darmstadt.

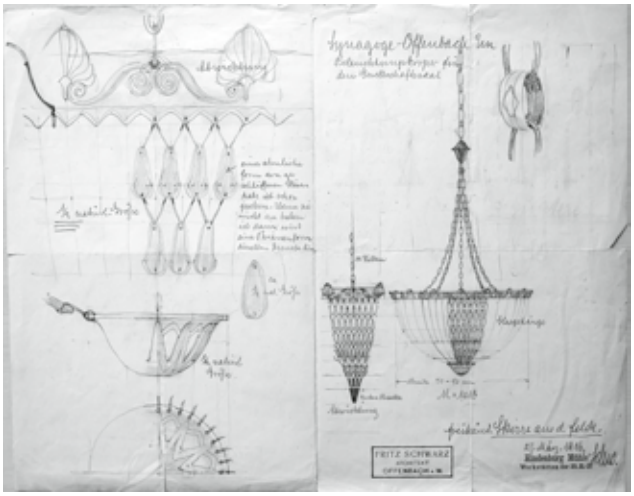


Abb. 9: Entwurf einer Lampe für die Synagoge in der Goethestraße. Handskizze von Fritz Schwarz. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Die Synagoge hatte 512 Sitzplätze im Männerbereich, 332 Sitzplätze für Frauen und 40 Sängerplätze auf der Frauenempore (plus 18 Klappsitze für Frauen in Gängen). Es gab auch einen Raum für den Wochentags-Gottesdienst für 40 Personen.[162] Eine Art Estrade, ausgeführt in Muschelkalk, verbarg in einer Nische unter breitem Rundbogen den Toraschrein, der mit dem *Almemor* verbunden wurde. Über dem Rundbogen wurde, flankiert von Löwen, die Gebotstafel angebracht. Die Estrade bildete zugleich ein Podium für die Orgel. Das Konzept dieser Anlage kam von Richard Throll, dem Dozenten der Technischen Lehranstalten in Offenbach. Er gestaltete auch die Malereien für die innere Kuppelwand.[163] Die Orgel stammte von der Firma Walcker.[164]

Schon früh hatte sich Goldschmidt für die Nutzung von Orgeln in Gottesdiensten ausgesprochen. Der Einbau einer Orgel in den Neubau war also nur folgerichtig und es verwunderte daher nicht, dass die Feierlichkeiten zur Eröffnung der neuen Synagoge 1916 mit einem Präludium begannen. Das Programm sah des Weiteren auch einen „Orgelvortrag“ vor, und Rabbiner Goldschmidt ging in seiner Festpredigt noch einmal explizit auf die aus seiner Sicht wichtige Funktion dieses Musikinstruments ein:

> Uns ist die Tiefe der Andacht, welche den Alten zu eigen war, abhanden gekommen. […] Darnach gilt es uns als erlaubt und geboten, […] die Künste und ihre Schöpfungen in den Dienst der Gottesverehrung zu ziehen. So haben wir es denn an nichts fehlen zu lassen, um den neuen Tempel einfach aber würdig in künstlerischer Weise auszuschmücken und haben der Königin der Instrumente, der Orgel, einen Platz eingeräumt. Und diese künstlerische Ausgestaltung unseres Kultus wird uns die Andacht vermitteln und vertiefen, in die sich unsere Vorfahren ohne weiteres versenken konnten.[165]

Abb. 10: Estrade mit Toraschrein, *Almemor* und Orgel in der Synagoge in der Goethestraße. Foto: Atelier Theiler, Offenbach. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Aber auch der Monumentalbau an sich und seine Repräsentativität wurden bei der Einweihung thematisiert. Das emanzipierte, gleichberechtigte, aufrecht und stolze Judentum einer neuen Zeit wurde hier dem „gedrückten Menschen“ gegenübergestellt. Der Stolz auf das Erreichte, die Freiheit „erhobenem Hauptes über die Straße gehen“ zu können, all dies sollte sich auch in der Architektur der Synagoge widerspiegeln, denn: „Frei dürfen wir sagen: *Wir haben uns einen Platz an der Sonne erobert und diesen Platz wollen wir behaupten.*“[166]

In Veröffentlichungen über die Synagoge an der Goethestraße – ob aus der Entstehungszeit oder der Gegenwart stammend – wird vor allem darauf hingewiesen, dass das Synagogengebäude durch seine monumentale, repräsentative Architektur die hohe gesellschaftliche Stellung der Juden in Offenbach widerspiegelte und als ein solches von großer symbolischer Bedeutung war. Dies war sicherlich der Fall, da der Bau ein Meisterwerk der Kunst und Architektur darstellte und, wie sich in der zeitgenössischen lokalen Presse lesen lässt, seinen etablierten Platz als Ver-

anstaltungsort für Vorträge und Musikkonzerte auf der kulturellen Landkarte der Stadt hatte.

Der Rückbau der alten Offenbacher Synagoge erfolgte am 16. Oktober 1919 und wurde durch Philipp Blam, Besitzer einer Altstoffhandels-Firma, durchgeführt. Er betraf vor allem den Innenraum.[167] „Das armselige kleine Kirchlein am engen Gäßchen“ – wie ein Pressebericht sie bezeichnete[168] – wurde von den Familien Ruttmann und Höhn gekauft und in einen Lichtspielpalast umgebaut. Darüber hinaus wurde der Vorhof der Synagoge bebaut, sodass die Fassade des Palastes direkt an die Marktstraße angrenzte. Die Baupläne zeigen ein dekoratives Portal mit einem von einem Doppelsäulenpaar flankierten Haupteingang. Hinter dem Portal ist das noch unveränderte Walmdach der Synagoge mit dem Kranzgesims zu erkennen.[169] Heute ist das Grundstück der ehemaligen Synagoge mit einem Kaufhaus bebaut. Die erhalten gebliebene Ostwand der Männer- und ein Mauerteil der Frauensynagoge, samt in den Mauern immer noch erkennbaren, zugemauerten Fenster, ist in die Baukonstruktion des Kaufhauses integriert.

Abb. 11: Die erhalten gebliebene Ostwand der Männer- und ein Mauerteil der Frauensynagoge, samt in den Mauern immer noch erkennbaren, zugemauerten Fenstern. Foto: Fani Gargova.

Jahrhundertwende, Erster Weltkrieg und Weimarer Republik

Am Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich Offenbach zu einer modernen Großstadt entwickelt. Die städtische Infrastruktur wurde ausgebaut und umfasste auch ein leistungsfähiges Nahverkehrssystem. Schon 1884 verband eine Straßenbahn Frankfurt-Sachsenhausen mit Offenbach, während innerstädtisch nun durch neue Linien der südlich liegende überregionale Bahnhof mit den Industriequartieren im Nordwesten verbunden wurde, sodass die Stadt auch für Pendler:innen aus dem Umland attraktiv wurde. Offenbach wurde zu einem bedeutenden Industriestandort. Dies bedeutete, dass die Arbeiterschaft eine einflussreiche Rolle in der traditionell durch ein liberales Bürgertum geprägten Stadt einnahm. Nachdem die Stadt lange Zeit von einem liberalen Kandidaten, der meist der städtischen Elite angehörte, im großherzoglichen Landtag vertreten worden war, entsandte der Wahlkreis Offenbach seit 1881 mit nur einer Unterbrechung einen SPD-Abgeordneten in den Reichstag nach Berlin. Die sozialdemokratische Mehrheit sorgte dafür, dass die Stadt Offenbach zu einer sozialpolitischen Vorreiterin wurde.

Der wirtschaftliche Aufstieg Offenbachs spiegelte sich auch in der jüdischen Gemeinde wider. Insbesondere die Berufe im Handel, in denen Jüdinnen und Juden überproportional vertreten waren, profitierten stark von der Industrialisierung. Im Jahr 1905 gaben ca. 55 Prozent der erwerbstätigen Jüdinnen und Juden an, im Handel, in kaufmännischen Berufen oder als Fabrikant:in tätig zu sein.[170] Zugleich gab es auch eine jüdische Unterschicht, bestehend aus kaufmännischen Angestellten mit kleinen Einkommen und Lohnarbeiter:innen.[171] Dies wurde durch den vermehrten Zuzug von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa verstärkt, die vor den antisemitischen Pogromen im Zarenreich und der sich drastisch verschlechternden wirtschaftlichen Situation flohen und auch nach Offenbach kamen. Bei der Einweihung der neuen Synagoge in der Goethestraße nahm Rabbiner Goldschmidt explizit auf die „Glaubensgenossen aus dem Osten“ Bezug, durch die sich seit der Jahrhundertwende die „Seelenzahl [der Gemeinde] mehr als verdoppelte.“[172]

Mit dieser Äußerung hatte Goldschmidt nicht unrecht. Insgesamt wurde bei der Volkszählung 1905 für Offenbach ermittelt, dass es 679 ausländische Jüdinnen und Juden gab, die sich auf „330 Russen“, „288 Österreicher“ und „61 sonstige Ausländer“ verteilten.[173] Die Anzahl der osteuropäischen Jüdinnen und Juden stieg weiter, und 1908 wurden schon ca. 800 von der Bürgermeisterei an das Kreisamt gemeldet, mit der Bitte, nach Mitteln zu suchen, diesen sogenannten Zustrom an „lästigen Ausländern“ zu unterbinden, worin sich der besonders gegen Jüdinnen und Juden aus Osteuropa gerichtete Antisemitismus deutlich zeigte.[174] Die hygienischen Verhältnisse in den Wohnungen wurden angeprangert, die hauptsächlich in einer hoffnungslosen Überbelegung des Wohnraums begründet waren. Die Wohnungen beherbergten nicht nur die Familien, sondern auch Handelswaren der im Hausierhandel tätigen Neuankömmlinge oder den Heimarbeitsplatz von in der Portefeuilleherstellung beschäftigten Immigranten.[175]

Durch die Nähe zu Frankfurt war Offenbach in einer besonderen Position. Die ehemals freie Stadt Frankfurt war seit 1866 mit der Auflösung des Deutschen Bundes in die preußische Provinz Hessen-Nassau eingegliedert. In den preußischen Gebieten des Deutschen Reichs galten in den meisten Fällen deutlich restriktivere Vorgaben beim Umgang mit „mittellosen Ausländern", diese wurden schnell ausgewiesen und außer Landes gebracht. Das hatte zur Folge, dass Frankfurt als Großstadt mit einer großen jüdischen Bevölkerung auf der einen Seite ein Anziehungspunkt für viele osteuropäische Jüdinnen und Juden war, auf der anderen Seite erhielten die wenigsten ein Aufenthalts- bzw. Bleiberecht. Offenbach wurde dadurch für viele eine Alternative, da es hier zu weniger Ausweisungen kam.[176]

Nach dem Ersten Weltkrieg ging Israel Goldschmidt in den Ruhestand. Ihm folgte 1919 Max Dienemann, einer der einflussreichsten Rabbiner des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Dienemann vereinigte traditionelles und liberales religiöses Denken und führte die jüdische Gemeinde in Offenbach bis zu seiner erzwungenen Emigration aus Nazideutschland 1938. Er publizierte vielfältig und in unterschiedlichen jüdischen Medien, und er wirkte auch mehrere Jahre entscheidend in der Redaktion der Zweimonatsschrift *Der Morgen*, die ein bedeutendes Organ der „Wissenschaft des Judentums" war und jüdisches Geschichts- und Traditionsbewusstsein mit moderner Wissenschaft verbinden wollte.[177] Darüber hinaus war er maßgeblich an der Gründung der World Union for Progressiv Judaism beteiligt, der internationalen Dachorganisation für das liberale Judentum. Bekannt war Dienemann auch für seine rhetorische Klarheit. Seine Predigten kamen ganz ohne Metaphorik, Abschweifungen und bildhafte Gestaltung aus. Es sollte keine Stimmung erzeugt werden, sondern Gedanken und Überlegungen sollten verdeutlicht werden, sollten der Hörerin und dem Hörer „klar" gemacht werden.[178] Mit dieser Rationalität, aber auch mit großer Empathie führte Dienemann die Offenbacher Gemeinde und half durch manche Krise.

Die Krise nach dem Ersten Weltkrieg traf auch die jüdische Gemeinde in Offenbach. Durch die Demobilisierung und die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft gab es wieder ein Überangebot an Arbeitskräften. Zwar gab es auch in Offenbach in den Anfangsjahren der Weimarer Republik einen konjunkturellen Aufschwung, aber mit dem Einsetzen der Inflation 1923 stieg die Arbeitslosigkeit schnell an und traf vor allem die Fabrikarbeiter:innen, aber auch die Heim- bzw. Zuarbeiter:innen in allen industriellen Sektoren. Offenbach sollte sich bis zur Zeit des Nationalsozialismus wirtschaftlich nicht mehr erholen und kämpfte in der Zeit von 1922 bis 1933 mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit.[179]

Die Weimarer Republik war aber auch in Offenbach nicht nur durch Krisen geprägt. Die jüdische Gemeinde nahm aktiv und prägend am städtischen Kulturleben teil. Gerade der Festsaal der neuen Synagoge wurde oft genutzt, um Konzerte, Ausstellungen, Lesungen und Vorträge zu veranstalten, die für die ganze Stadtgesellschaft offen waren und auch angenommen wurden.[180] Neben den Kulturveranstaltungen in der Synagoge bestand ein reges Vereinsleben. Einige Vereine kümmerten sich spezifisch um die Belange der Jüdinnen und Juden, wie die Hilfsvereinigungen für osteuropäische Jüdinnen und Juden oder der Verein für jüdische Geschichte und Literatur.[181] Es gab aber auch viele Vereine, in denen sowohl nichtjüdische wie auch jüdische Offenbacher Mitglied waren, wie die verschiedenen Sportvereine oder auch der Verein für Kunstpflege.[182] Rabbiner Max Dienemann hielt an der Volkshochschule gemeinsam mit Vertretern der anderen Religionen Vorträge zu „geistigen und religiösen Strömungen", und auch in den Schulausschüssen arbeitete man zusammen.[183]

Siegfried Guggenheim, der während der Zeit des Nationalsozialismus Vorsteher der jüdischen Gemeinde war, schuf 1927 ein ganz besonderes Werk. Für die Offenbacher *Haggada* sammelte er Geschichten, Anekdoten und Lieder, um seine Kinder am Sederabend an die Riten und Traditionen des Judentums heranzuführen. Dabei waren ihm nicht nur inhaltliche Aspekte wichtig, sondern auch die gestalterische Form.[184] Hierfür arbeitete er mit dem befreundeten Typographen und Illustrator Rudolf Koch zusammen. Koch war Professor an den damaligen Technischen Lehranstalten Offenbach, der heutigen Hochschule für Gestaltung, und beteiligte auch seinen Studenten Fritz Kredel, der für die charakteristischen handkolorierten Holzschnitte verantwortlich war.[185] Das durch diese Zusammenarbeit von Juden und Christen entstandene Werk über die Befreiung aus der ägyptischen Sklaverei war ein Zeichen für das vielfach funktionierende Zusammenleben der Religionen in Offenbach. Die nur in einer kleinen Auflage von 300 Stück gedruckte *Haggada* traf nicht nur beim adressierten Publikum auf Begeisterung, sondern auch in der Fachwelt und gilt als beispielhaft für die sogenannte Jüdische Renaissance in Deutschland.[186]

Zeit des Nationalsozialismus

Schon während der Weimarer Republik trat die NSDAP mit einem klaren antisemitischen Programm an und ließ keine Zweifel daran, dieses auch umzusetzen. Bei den Wahlen zu Beginn der 1930er Jahre konnte sie immer größere Erfolge verzeichnen. Zwar konnten SPD und KPD im „roten Offen-

bach“ die meisten Stimmen auf sich vereinigen, die NSDAP wurde aber bei den Märzwahlen im Jahr 1933 die stärkste Einzelpartei und erreichte 30,5 Prozent der Stimmen. Immerhin kam es nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 zu vereinzelten Protesten, und auch nach der Wahl am 5. März wurden Auseinandersetzungen zwischen der SA und der republikanischen Eisernen Front gemeldet. Einen umfangreichen organisierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus gab es auch in Offenbach nicht.[187] Sobald auch auf lokaler Ebene die Verwaltungen übernommen worden waren, konnten die Repressionen gegen die jüdische Bevölkerung, wie etwa die Aprilboykotte 1933, umgesetzt werden, ohne auf nennenswerten Widerstand seitens der nichtjüdischen Bevölkerung zu treffen.

Bis zu den Novemberpogromen im Jahr 1938 nahm die jüdische Bevölkerung in Offenbach deutlich ab. Wurden 1933 noch über 1.400 Jüdinnen und Juden gezählt, waren es zum Jahreswechsel 1937/38 nur noch 966. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Offenbach gerade für die kleineren jüdischen Gemeinden im Landkreis ein erstes Fluchtziel darstellte. Folglich waren die Mitgliederverluste der jüdischen Gemeinde noch höher. Rabbiner Dienemann und der Gemeindevorstand, besonders auch Siegfried Guggenheim, bemühten sich intensiv, die Funktionen der Gemeinde aufrechtzuerhalten. Armenhilfe, Schulunterricht, Gottesdienste, Hilfe bei der Wohnungssuche und Unterstützung bei der Auswanderung standen hierbei im Fokus.

Ebenfalls in diese Zeit fiel ein weiteres wichtiges Ereignis, das bezeichnenderweise in Vergessenheit geraten ist. Max Dienemann nahm die Ordination der weltweit ersten Rabbinerin, Regina Jonas, vor. Sie studierte an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin und verfolgte schon früh ihren Wunsch, Rabbinerin zu werden. Um wirksam den Einwänden der männlichen Kollegen entgegentreten zu können, schrieb sie als Abschlussarbeit ihres Studiums eine halachische Arbeit zu dem Thema „Kann die Frau das rabbinische Amt bekleiden?“[188] Die 1930 eingereichte Arbeit wurde mit „gut“ bewertet, und ihr Betreuer Eduard Baneth sollte die Ordinierung vornehmen. Da er vorher verstarb und sein Nachfolger die Frauenordination kategorisch ablehnte, sollte es noch fünf weitere Jahre bis zur ersten Rabbinerin dauern.[189] Am 26. Dezember 1935 nahm ihr Max Dienemann die Rabbinatsprüfung ab und stellte ihr einen Tag später das Rabbinatsdiplom aus, das von Leo Baeck beglaubigt wurde.[190]

Die herausragende Rolle der Synagoge in der Stadt und die frühere gesellschaftliche Anerkennung der jüdischen Gemeinde halfen bei den Novemberpogromen wenig. Im Rahmen der judenfeindlichen Ausschreitungen im November 1938 wurde die Synagoge zunächst durch SA-Leute aufgebrochen und es wurde versucht, durch Entzünden eines Pulvers einen Brand zu legen. Bei dieser Aktion wurden bereits Einrichtungsgegenstände im gesamten Gebäudekomplex zerschlagen und zerstört. Nachdem dieser Versuch, die Synagoge in Brand zu setzen, fehlschlug, wurde wenig später, offenbar durch Angehörige der SS, im Vorraum ein Brand gelegt, der auf den Hauptraum übergriff, welcher dann völlig ausbrannte.[191] Durch die Hitzeentwicklung fiel der Kronleuchter von der Decke, die Orgelpfeifen schmolzen und die Fensterscheiben zersprangen, auch die Eingangstüren verbrannten. Das Feuer wurde nach relativ kurzer Zeit gelöscht, sodass das Gebäude selbst weiter nicht beschädigt wurde.[192] Die Inneneinrichtung allerdings wurde größtenteils zerstört. Auch das Archiv der Gemeinde wurde vernichtet.

Marianne Herrmann, die als Kind mit ihren Eltern bis zu der Novembernacht 1938 in der Hausmeisterwohnung der Synagoge gewohnt hatte, erinnerte sich später an die Ereignisse: „Ich habe mich für die Schule bereitgemacht, als es im Gebetssaal plötzlich laut geknallt hat, ich hatte furchtbare Angst“.[193] Wenig später stürzte ihr Vater in die Wohnung und berichtete, dass die SA-Leute in den kleinen Gebetssaal gestürmt und auf alle Anwesenden eingeprügelt hätten. Die Familie verließ die Wohnung, da die Synagoge bereits brannte. Herrmann erinnert sich noch, dass sie später dann gesehen habe, dass „Torarollen und Kronleuchter auf der Straße lagen […]. In der Synagoge war alles schwarz – verbrannt und verwüstet.“[194] Die Familie rettete aus dem Gebäude einen Beistelltisch, zwei Tischdecken, ein Silberbesteck im Kasten sowie eine Schallplatte des Jüdischen Winterhilfswerkes aus dem Jahr 1935. Die Gegenstände wurden 2012 an die neue jüdische Gemeinde zurückgegeben und werden heute als Dauerleihgaben im Offenbacher Haus der Stadtgeschichte verwahrt. Es sind die einzigen Relikte des Inventars der Offenbacher Synagoge vor 1938.[195]

Rabbiner Max Dienemann wurde von Gestapo-Beamten in Zivil zu Hause abgeholt und gezwungen, sich die Zerstörung der Synagoge anzusehen. Nachdem er zunächst wieder nach Hause gehen durfte, so schildert es Dienemanns Frau Mally, wurde er zusammen mit anderen Repräsentanten der Gemeinde verhaftet und am nächsten Morgen nach Buchenwald gebracht.[196] Erst Ende November wurde Dienemann wieder entlassen, mit der Auflage, Deutschland auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Den Dienemanns gelang es, sich mit Zwischenstationen in Den Haag und London von Triest aus nach Palästina einzuschiffen, wohin schon viele der Familienmitglieder emigriert waren. Am 22. März 1939 kamen sie in Tel Aviv an, wo Max Dienemann bereits wenige Tage später, am 10. April 1939, verstarb.

Nach der Pogromnacht wurde das Synagogengebäude unter Zwang an die Stadt verkauft und dann von dem Kinobetreiber Ruttmann gekauft, der bereits die Synagoge an der Markstraße in einen Lichtspielpalast umgewandelt hatte. Ruttmann richtete auch in der neuen Synagoge ein Kino- und Theaterhaus ein. Zu diesem Zweck wurde unter anderen in den Kuppelraum eine Decke eingezogen und alle architektonischen Kultuselemente beseitigt.[197] Wo genau die Gottesdienste nach dem Zwangsverkauf der Synagoge stattfanden, lässt sich nicht mit absoluter Sicherheit sagen, aber wahrscheinlich im Gemeindehaus in der Kaiserstraße 106. In diesem Haus befand sich auch die Verwaltung der Gemeinde, und es diente als Wohnhaus für die Familie Strauß. Nach der Deportation der meisten Jüdinnen und Juden aus Offenbach blieb das Haus unter freier Verwaltung und der mit einer Christin verheiratete Sohn von Jakob Strauß, Herbert Strauß, wohnte weiterhin mit seiner Frau und seinem Kind dort.[198]

Insgesamt wurden in der Pogromnacht 82 Offenbacher Juden verhaftet und nach Buchenwald transportiert.[199] Wie Dienemann wurden sie nach Wochen der Inhaftierung unter der Auflage entlassen, Deutschland baldmöglichst zu verlassen, und konnten zu ihren Familien nach Offenbach zurückkehren.[200] Die Ereignisse während der Novemberpogrome und die furchtbaren Umstände der Lagerhaft führten zusammen mit der Ausreiseauflage dazu, dass im Jahr 1939 viele Jüdinnen und Juden Offenbach verließen und noch unter halbwegs geordneten Umständen ins Ausland fliehen konnten. Die meisten gingen in die USA und nach England.[201] Die Gemeinde zählte trotz der Zuzüge aus kleineren Ortschaften im Mai 1939 nur noch 580 Personen.

Eine weitere Folge der Auswanderungen war, dass es zu einigen Wechseln bei den Verantwortlichen innerhalb der Gemeinde kam. Der Lehrer Jakob Strauß hatte schon 1934 eine wichtige Rolle als Hauptförderer der Errichtung der Jüdischen Bezirksschule in Offenbach eingenommen. Jüdischen Kindern aus dem Umkreis und aus der Stadt selbst war es so möglich, in einem geschützten Rahmen weiter zur Schule zu gehen.[202] Strauß übernahm nun auch eine führende Rolle in der jüdischen Gemeinde und sorgte bis zu seiner Deportation dafür, „das traurige Los des nach Kriegsausbruch übrig gebliebenen Häufleins von Juden ‚einigermaßen erträglich' zu erhalten […]".[203] Er übernahm die Leitung und Verwaltung der Gemeinde, war als Vorbeter und Seelsorger tätig und kümmerte sich um Beerdigungen, *Bar Mitzwas* und Hochzeiten. Nach den Novemberpogromen und dem Zwangsverkauf der Synagoge war Jakob Strauß neben seinen bisherigen Arbeitsgebieten auch für die Predigten verantwortlich.[204]

Die antisemitische Gesetzgebung verschärfte sich nach 1939 weiter und machte ein alltägliches Leben für Jüdinnen und Juden kaum noch möglich. Der Mieterschutz wurde aufgehoben, die Nahrungsversorgung wurde eingeschränkt, Rundfunkgeräte wurden verboten, Wertsachen mussten abgeliefert werden, die Haltung von Haustieren wurde untersagt. Eine abendliche Ausgangssperre wurde verhängt und die Benutzung von Verkehrsmitteln wurde verboten. Der sogenannte „Judenstern" wurde zur öffentlichen Kennzeichnung eingeführt, Jüdinnen und Juden wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet und den Kindern wurde der Schulunterricht verwehrt. Im Herbst 1942 wurde damit begonnen, die Offenbacher Jüdinnen und Juden zu deportieren. Mit dem Transport XVII/1, der am 27. September 1942 von Darmstadt abging, wurden 101 meist ältere Jüdinnen und Juden nach Theresienstadt deportiert.[205] Am 30. September 1942 wurden weitere 177 Offenbacher Jüdinnen und Juden direkt in das Vernichtungslager Treblinka deportiert.[206] Die Deportationen aus Offenbach gingen bis ins Frühjahr 1943 weiter, und die Gemeinde war damit ausgelöscht. Wie viele Jüdinnen und Juden in Offenbach versteckt überlebten, ist nicht eindeutig zu rekonstruieren. Die allermeisten Deportierten wurden in den Vernichtungslagern ermordet, und von den wenigen Überlebenden kehrten nur einzelne wenige nach Offenbach zurück.

Nachkriegszeit: Die 1945 neu gegründete jüdische Gemeinde

Ende Mai 1945 kehrte als einer der ersten jüdischen Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung Chaim Tyson nach Offenbach zurück. In Działoszyce in der polnischen Heiligkreuzregion geboren, hatte er seit den 1920er Jahren in Offenbach gelebt und mit seiner nicht-jüdischen Frau im Gebäudekomplex der Synagoge, in der Kaiserstraße 106, gewohnt. 1939 war er zunächst in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt und von dort 1942 nach Auschwitz deportiert worden.[207] Nach der Befreiung überzeugte er einen seiner ehemaligen Mithäftlinge, ihn nach Offenbach zu begleiten: Max Willner, der in den nächsten Jahrzehnten prägend für die Offenbacher jüdische Gemeinde werden sollte.[208] Willner wurde noch in den 1940er Jahren Vorsitzender der jüdischen Gemeinde und übte dieses Amt nach der Neugründung der Gemeinde bis zu seinem Tod im Jahr 1994 aus. Von 1946 bis 1952 war er Stadtamtmann in Offenbach und für die Verwaltung des Stadtkrankenhauses sowie der Betreuungsstelle der vom NS-Regime Verfolgten zuständig, ab 1954 zunächst Geschäftsführer des Landes-

verbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, später Zeit seines Lebens dessen Vorsitzender und seit 1979 auch Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Er setzte sich für die Wiederbegründung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ein und war zwanzig Jahre lang deren Geschäftsführer.[209] Heute ist deren Bildungs- und Freizeitstätte in Bad Sobernheim nach ihm benannt.

Wie an anderen Orten in Deutschland fanden sich auch in Offenbach in den ersten Monaten nach Ende des Zweiten Weltkriegs Menschen mit sehr unterschiedlichen Herkünften und Erfahrungen zusammen und ließen neue jüdische Gemeinschaften entstehen: Überlebende Jüdinnen und Juden, die trotz der Verfolgungserfahrung an ihre vormaligen Wohnorte in Deutschland zurückkehrten, und aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern befreite, ihrer Heimat und Familien beraubte jüdische *Displaced Persons* (DPs) trafen auf jüdische Soldaten und Angehörige der Alliierten, die teilweise selbst einige Jahre zuvor aus Europa geflohen waren. In Orten und Städten auf deutschem Gebiet hatten wenige in Verstecken überlebt, andere hatten die Verfolgung überstanden, weil sie nach NS-Definition als „halbjüdisch" gegolten hatten oder mit Nicht-Juden verheiratet waren. Und schließlich fühlten sich auch nicht-jüdische Ehepartner der jüdischen Gemeinschaft zugehörig.

In Offenbach entwickelten sich die Anfänge der neuen Gemeinde aus einem zufälligen Treffen von Chaim Tyson, der bestrebt war, das frühere Schulzimmer des Synagogenkomplexes in der Goethe- und Kaiserstraße zum Gebetsraum umzugestalten, und Sally Landau, Sergeant der US-Armee und Sohn eines Rabbiners, der Interesse hatte, eine Torarolle aus der ehemaligen Synagoge, die – ebenso wie eine *Menora* – in einem Mansardenzimmer im Haus der Tysons versteckt den Nationalsozialismus überdauert hatte, für einen Gottesdienst auszuleihen. Die amerikanische Militärregierung erteilte Tyson am 30. Juni 1945 die Genehmigung, „ein Gotteshaus wieder herzurichten", und ernannte ihn zum Kommissarischen Leiter der jüdischen Gemeinde Offenbach. Gleichzeitig organisierte die – wie an anderen Orten – auch in Offenbach zunächst beim Städtischen Wohlfahrts- und Jugendamt eingerichtete und etwas unbeholfen benannte „K.Z.-Betreuungsstelle" im Sommer 1945 den Rücktransport weiterer Überlebender aus dem befreiten Konzentrationslager Theresienstadt.[210] Eine Namensliste jüdischer Einwohner von 1945 führt 15 befreite KZ-Häftlinge in der Stadt sowie acht weitere im Landkreis Offenbach auf, dazu sechs bzw. drei Frauen sowie zwei Männer, die nicht inhaftiert gewesen waren. Nur wenige der Befreiten hatten bereits vor der Verfolgung in Offenbach gelebt.[211] Am 20. Juli 1945 wurde der fertiggestellte Betsaal im Haus Kaiserstraße 106 an die damit neugegründete Gemeinde übergeben, Chaim Tyson brachte die Torarolle ein. Neben den Gemeindemitgliedern nahmen auch der Oberbürgermeister der Stadt Offenbach, der Polizeidirektor sowie Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche an der Festlichkeit teil.[212]

Abb. 12: Chaim Tyson (li.), Sally Landau und Isidor Ladenburger (re.) in der kleinen Synagoge der Offenbacher Gemeinde in der Kaiserstraße 106, 1945/46. Foto: Atelier Theiler, Offenbach. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Im selben Haus wurde im Erdgeschoss eine Wohnung für „durchreisende Juden", also jüdische DPs, eingerichtet, die zumindest zum Teil von der Betreuungsstelle unterstützt wurden.[213] Zu den Hohen Feiertagen im Herbst 1945 wurde ein zusätzlicher Gemeindesaal hergerichtet, sodass auch eine größere Zahl amerikanischer jüdischer Soldaten teilnehmen und Jüdinnen und Juden aus dem Landkreis nach Offenbach kommen konnten, denen über die Feiertage Nachtquartier angeboten wurde. Zu *Rosch ha-Schana*, Neujahr, wurden von den jüdischen amerikanischen Soldaten Schokolade, Rauchwaren, Schuhe, Wein und Seife an die Gemeindemitglieder verteilt, von der Stadt Offenbach erhielten diese – ausgerechnet – zu *Jom Kippur* doppelte Lebensmittelkarten. Zum Laubhüttenfest wurde eine *Sukka* aufgebaut, *Simchat Tora* wurde in Anwesenheit des für Frankfurt zuständigen Rabbiners Leopold Neuhaus und von 200 jüdischen amerikanischen Soldaten mit künstlerischen Darbietungen, Kaffee und Kuchen und dem gemeinsamen Singen der *Hatikwa* gefeiert.[214]

Wenige Tage später, am 2. Oktober 1945, fand die erste Sitzung der jüdischen Gemeinde statt. Chaim Tyson wurde zum Verwalter und Ersten Vorsitzenden ernannt, Hermann

Hirschen und Isidor Landauer zu seinen Beigeordneten. Dabei wurde beschlossen, Statuten auszuarbeiten, eine Wohlfahrtsstelle einzurichten und einen Antrag an die Stadt zu stellen, die Synagoge in der Goethestraße der Gemeinde wieder zur Verfügung zu stellen. Als Gemeindemitglied wurde eingetragen, wer „Volljude“ oder „wer zum Judentum übergetreten“ war. „Frauen von Juden, die 1942 aus der Gemeinde ausgetreten sind,“ hatten „alle wieder ihren Eintritt erklärt und wurden auch aufgenommen“.[215] Hermann Hirschen und Isidor Landauer hatten beide vor ihrer Deportation nach Theresienstadt im Herbst 1942 in Offenbach gelebt, waren im Sommer 1945 dorthin zurückgekehrt und wurden von der Betreuungsstelle unterstützt. Eine Zukunft in Offenbach sahen beide allerdings nicht mehr und wanderten nach einigen Monaten in die USA aus.[216] Bereits Ende Dezember 1945 beschloss der Beratende Ausschuss in Offenbach, der jüdischen Gemeinde „ein neues Gotteshaus aus Mitteln der Stadt mit möglichster Beschleunigung errichten zu lassen“, als Standort wurde das Gelände Bettina-/Ecke Kaiserstraße in Aussicht gestellt.[217]

Abb. 13: Max Willner und weitere Gemeindemitglieder in Offenbach, *Chanukka* vermutl. 1945. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Am 1. Oktober 1947 lebten 26 „Juden deutscher Herkunft“ in Offenbach, weniger als zur selben Zeit in Frankfurt, Kassel, Wiesbaden, Darmstadt, Fulda oder Marburg. 1948 hatte die Gemeinde zusammen mit Sprendlingen 173 Mitglieder, 1949 nur noch 58. Durch die Aus- oder Weiterwanderung der Befreiten und Überlebenden, die zum großen Teil DPs waren und vor der Verfolgung nicht in Deutschland gelebt hatten, war dies eine allgemeine Entwicklung im Land der Täter in den Jahren, in denen die Einwanderung in die USA erleichtert und der Staat Israel gegründet wurde.[218]

Das Offenbach Archival Depot

In Sichtweite des Alten jüdischen Friedhofs an der Unteren Grenzstraße liegt zum Main hin ein Areal, auf dem sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit eines der Zentren der Restitutionsgeschichte in Europa befand und Offenbach auf schwierige Weise für wenige Jahre zu einer Stadt machte, in deren Mauern sich zu jener Zeit eine größere Zahl hebräischer Bücher befand als in allen anderen Städten Deutschlands oder gar Europas – das Offenbach Archival Depot.[219]

Abb. 14: Ehemaliges Eingangsgebäude zum Gelände des Offenbach Archival Depot an der Mainstraße. Foto: Stefanie Nathow.

Auf dem ehemaligen Gelände der I.G. Farben an der Mainstraße 169 nahm das Depot Anfang März 1946 seine Arbeit in einem fünfstöckigen Fabrikgebäude auf. Bis zu seiner endgültigen Auflösung im Juni 1949 wurden hier über vier Millionen Bücher und Archivmaterialien, mehrere Tausend Torarollen, *Megillot*, silberne Ritualgegenstände und Toravorhänge zusammengetragen und sortiert, nach Möglichkeit identifiziert und an ihre früheren Besitzer rückerstattet.[220] Die Abteilung für zivile Angelegenheiten des amerikanischen War Departments hatte bereits im Herbst 1943 eine Einheit „Monuments, Fine Arts, and Archives“ gegründet, die nach Kriegsende die Aufgabe hatte, die millionenfach von Nationalsozialisten wie den Einheiten des „Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg“ in Europa geraubten und verschleppten Kulturgüter in Verstecken ausfindig zu machen. An *Collecting Points* wurden die wieder aufgefundenen Kunstwerke, Ritualgegenstände sowie Bibliotheks- und Archivbestände zusammengetragen, einer davon war das Offenbacher Depot. Die schier unüberschaubaren Stapel und Kisten von Büchern stammten in der überwiegenden Mehrzahl aus jüdischem Besitz, aus den bedeutendsten jüdischen Bibliotheken, Lehrhäu-

sern und Synagogen Europas und waren damit einerseits materielles Zeugnis der vielgestaltigen jüdischen Geistes- und Kulturgeschichte, ihrer Institutionen und Träger, andererseits aber auch Zeugen der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte.[221]

Die vom Arbeitsamt abgeordneten deutschen Zivilisten wurden von den amerikanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Depots mit Argwohn betrachtet und standen in dem Ruf, eine Arbeit rückgängig machen zu müssen, an die sie weiterhin glaubten.[222] Bücher und Torarollen, deren Provenienz nicht mehr zu klären war, wurden teilweise den jüdischen Überlebenden in den DP-Lagern zur Verfügung gestellt.[223] Auch wenn sich die Offenbacher jüdische Gemeinde für das Depot interessierte, kann nicht nachgewiesen werden, dass Bücher oder Ritualgegenstände der Vorkriegsgemeinde dorthin gelangt waren oder dass die Nachkriegsgemeinde in größerem Umfang mit Beständen aus dem Offenbach Archival Depot versorgt worden wäre.[224] Dieser flüchtige Ort hinterließ aber bleibende Spuren im Gedächtnis der von verschiedenen Institutionen dorthin entsandten jüdischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Hannah Arendt, Gershom Scholem oder Lucy Dawidowicz und schrieb damit Offenbach auf ambivalente Weise in die deutsch-jüdische Geschichte und Historiographie ein: „The smell of death emanated from these hundreds of thousands of books and religious objects – orphaned and homeless mute survivors of their murdered owners. Like the human survivors, these inanimate remnants of a once-thriving civilization had found temporary and comfortless shelter in the land of Amalek“, schrieb Dawidowicz.[225]

Abb. 15: Kisten mit Büchern und Archivmaterial im V1-Gebäude, Offenbach Archival Depot. Aus der Sammlung von Isaac Bencowitz. Yad Vashem Archives.

Abb. 16: Aufgeschichtete Torarollen, die im Offenbach Archival Depot zusammengetragen wurden. Yad Vashem Archives.

Die Nachkriegssynagoge

Das Gebäude der Neuen Synagoge in der Goethestraße hat als Theaterhaus den Krieg überstanden. Die Familie Ruttmann musste den Bau an die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) zurückgeben, da es sich um einen Zwangsverkauf gehandelt hatte. Unmittelbar nach Kriegsende wurde in dem Synagogengebäude vorübergehend ein Betraum eingerichtet, der unter anderem von *Displaced Persons* genutzt wurde.[226] Im Jahr 1954 verkaufte die JRSO das Gebäude an die Stadt – es gab keine Hoffnung, dass so ein großes Synagogengebäude jemals wieder gefüllt werden könnte.[227] Im Kaufvertrag der JRSO über den Gebäudekomplex verpflichtete sich die Stadt Offenbach, „die erworbenen Baulichkeiten nicht für Zwecke antisemitischer Veranstaltungen oder Kundgebungen zu verwenden oder zur Verfügung zu stellen“.[228]

Die ehemalige Synagoge wurde daraufhin wieder als Theater genutzt, das dann 1995 von einem privaten Investor zu einem Musicaltheater umgebaut wurde. Im Rahmen des Umbaus wurden wesentliche Teile der ursprüngli-

chen Innengestaltung der Synagoge rekonstruiert, unter anderem die Säulenanordnungen freigelegt und der Parkettboden wiederhergestellt. Seit dem Jahr 1998 wird das Gebäude wieder von der Stadt betrieben und dient heute als „Capitol“ für Theateraufführungen, Konzerte, Tagungen und andere Kulturveranstaltungen. Von 2005 bis 2019 war die Neue Philharmonie Frankfurt hier untergebracht.[229]

Die jüdische Gemeinde, die zum Teil in die Verhandlungen zwischen der JRSO und der Stadt über den Verkauf des ehemaligen Synagogengebäudes an der Goethestraße einbezogen war, verhandelte in diesem Rahmen über einen „Tausch“ ihres Nießbrauchs am Gebäude Kaiserstraße 106 gegen eine Unterstützung beim Neubau einer Synagoge. Bereits im August 1951 legte der Stadtbaurat dem Magistrat einen überaus schlichten Entwurf hierfür vor.[230] Das Gebäude der Neuen Synagoge wurde an der Kaiserstraße in Offenbach gegenüber der ehemaligen Synagoge an der Goethestraße nach dem Entwurf Hermann Zvi Guttmanns erbaut und am 2. September 1956 unter dem Vorsitz von Max Willner eingeweiht.[231] Es ist der erste Synagogenbau, den Guttmann umsetzen konnte und zugleich das erste neue Synagogengebäude in Hessen nach dem Krieg.[232] Guttmann war in dem Fall sowohl für den Entwurf als auch für die Bauausführung zuständig.[233]

Die Neue Synagoge steht von der Kaiserstraße etwas zurückgesetzt und wird von einer kleinen Parkanlage umgeben. Das Gebäude bestand ursprünglich aus axial verbundenen Komplexen – dem zur Straße und in Ost-West-Richtung ausgerichteten Synagogenbau und einem dahinterliegenden Anbau mit Gemeindezentrum. Die Mittelachse der Synagoge ist „genau auf den Kuppelmittelpunkt der ehemaligen Synagoge in der Goethestraße ausgerichtet.“[234] Der mit Kupfer flachbedachte Synagogenbau wurde über dem Grundriss eines Rechtecks mit abgerundeten Ecken errichtet. Der Eingang in Form eines im schwarzen Granit ausgeführten, rechteckigen Portals war durch zwei flache Stufen leicht erhöht und zur Kaiserstraße ausgerichtet. Über das Portal wurden eine Inschrift in hebräischer Sprache und ein in ein Rundfenster gesetzter Davidstern angebracht – beide betonten den Eingang, aber auch die Identität des Gebäudes. Sowohl das Rundfenster als auch die hohen Fenster an den Seitenwänden des Synagogenbaukörpers waren bleiverglast. Der Toraschrein wurde in einer Apsis angebracht und die *Bima* mittig im Raum platziert.

Der Anbau mit Gemeindezentrum wurde über dem Grundriss zwei parallel liegender Rechtecke ausgeführt und an die Ecke des abgerundeten Synagogenbaukörpers angeschlossen. In dem unmittelbar mit der Synagoge verbundenen, kleineren Anbau befand sich der Eingang in das Gemeindezentrum und zu den anderen Räumen. Zusätzlich war über beide Geschosse der Zugang zur Synagoge möglich. In dem größeren Anbau wurden eine Wohnung für den Gemeindevorsteher, das Büro der Verwaltung sowie im 1. Obergeschoss ein Gemeindesaal untergebracht.[235]

Abb. 17: Das Gebäude der Neuen Synagoge im Bauzustand von 1956, nach dem Entwurf von Hermann Zvi Guttmann. Foto: W. A. Nagel. Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main.

Der Synagogenbau sah ursprünglich 60 Männer- und 30 Frauensitzplätze vor.[236] Nach einem Tiefstand von 56 Mitgliedern im Jahr 1950 stieg die Mitgliederzahl – anders als in anderen hessischen Gemeinden – in den folgenden Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich an, auf 89 Mitglieder im Jahr 1958, 268 Mitglieder im Jahr 1964 und auf schließlich 690 Mitglieder im Jahr 1971. In den 1970er Jahren gab es im hessischen Landesverband eine starke Fluktuation der jüdischen Bevölkerung. Nach Offenbach zogen Anfang der 1970er Jahre über Tausend Jüdinnen und Juden zu, die aus (Mittel-)Osteuropa, v. a. aus Rumänien, aber auch aus der UdSSR und Polen stammten und meist über Israel einwanderten. Mitte 1976 war aber die Hälfte von ihnen bereits in andere Gemeinden in Deutschland oder ins Ausland umgezogen. So sank die Mitgliederzahl von 1.232 im Sommer 1976 wieder auf 678 im Jahr 1980 ab, womit Offenbach aber nach Frankfurt am Main die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Hessen blieb.[237] Guttmanns Synagoge war also zu klein geworden und sollte nach den damaligen Plänen der jüdischen Gemeinde abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Da sich das Gebäude aber unter Denkmalschutz befand, ist es erhalten geblieben. Der gesamte Komplex wurde stattdessen einem grundlegenden Umbau und einer Erweiterung unterzogen.

Abb. 18: Das Gebäude der Neuen Synagoge heute. Foto: Stefanie Nathow.

Alfred Jacoby, der das Amt von Max Willner übernahm, war mit Unterbrechungen bis vor kurzem Vorsitzender der Gemeinde. Nach der von ihm entworfenen Erweiterung blieb von der Guttmann-Synagoge lediglich die Grundform erhalten, die an drei Seiten aufgebrochen wurde. Die ehemalige Gestaltung der Synagoge ist noch im Innenraum im Bereich des Toraschreins und der geschwungenen Frauenempore sichtbar. Die Inneneinrichtung der Synagoge wurde, inklusive der Fensterverglasung, ausgetauscht. Das Synagogengebäude wurde von einem verglasten Bau umfasst, der an eine gläserne Arche erinnern soll. Er erweitert den Synagogenraum im unteren Bereich und verbindet ihn mit einem dreiflügeligen Baukörper, der das Gemeindezentrum beherbergt. Hier finden sich die Räume der Gemeindeverwaltung, ein Saal mit angeschlossener koscherer Küche, der neu gegründete Kindergarten, eine Bibliothek und ein Jugendzentrum. In dem 1998 eingeweihten Bau werden Deutschkurse, Religionsunterricht für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie das Kulturprogramm der Gemeinde angeboten. Mit Mendel Gurewitz aus New York, der der *Chabad*-Bewegung angehört, wurde der erste eigene Rabbiner der Offenbacher Gemeinde bestellt. Dank des Umbaus bietet die Synagoge nun Platz für 160 Personen. [238]

Erinnerung an jüdisches Leben vor der Schoa in Offenbach

Ein Besuchsprogramm für ehemalige Offenbacher Jüdinnen und Juden, die im Nationalsozialismus gezwungen waren, aus Offenbach zu emigrieren oder zu flüchten oder aus der Heimatstadt in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert worden waren, hat es in Offenbach nicht gegeben. Die Stadt legte aber Anfang der 1980er Jahre ein Verzeichnis ehemaliger Offenbacher Jüdinnen und Juden an, das auch eine Kontaktaufnahme untereinander ermöglichen sollte. Mit etlichen der geflüchteten Offenbacher Jüdinnen und Juden und ihren Nachfahren führten Mitte der 1980er Jahre Sven Beckert, der im Sommer 1985 eine Reihe von Artikeln in der *Offenbach-Post* darüber veröffentlichte, und Klaus Werner, der in den 1990er Jahren eine grundlegende wissenschaftliche Arbeit zur Geschichte der Juden in Offenbach erstellte, Interviews, die heute im Stadtarchiv Offenbach verwahrt werden und die in Auswahl 2019 von Gabriele Hauschke-Wicklaus mit ergänzendem Material veröffentlicht wurden.[239]

Heute widmen sich verschiedene Vereine und Initiativen der Erinnerung an jüdische Geschichte und Kultur in Offenbach. Die Geschichtswerkstatt Offenbach publiziert seit vielen Jahren zur jüdischen Lokalgeschichte, kümmert sich u. a. um die Verlegung und Pflege der Stolpersteine und gibt eine regelmäßig aktualisierte Broschüre mit zugehörigen biographischen Informationen und Bildmaterial heraus.[240] Auch die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit bietet Führungen und Veranstaltungen zu Aspekten jüdischer Geschichte in Offenbach an und publizierte u. a. zur Gemeinde und zum jüdischen Friedhof in Bürgel. Im Juni 1995 wurde die Max Dienemann / Salomon Formstecher-Gesellschaft gegründet, die aus jüdischen und nichtjüdischen Mitgliedern besteht, sich als „Forum für zeitgenössisches Judentum“ sieht und einen Beitrag zur „Rekonstruktion der geistigen Gestalt des in der Schoa vernichteten deutschen Judentums“ leisten möchte. Sie veranstaltet regelmäßig Vorträge, Podiumsdiskussionen, Konzerte, Stadt- sowie Friedhofsführungen und Tagesexkursionen, seit 2010 auch die „Offenbacher Lesungen“ mit renommierten Künstlerinnen und Künstlern.[241] Neben eigenen Forschungen publizierte die Gesellschaft einen Stadtplan, der zu elf Stätten jüdischer Geschichte in der Innenstadt führt, die innerhalb etwa einer Stunde zu Fuß aufgesucht werden können.[242]

2012 wurde an der Hintergasse die Ostwand der 1729/30 gebauten Synagoge auf Initiative des Hauseigentümers in Absprache mit der Stadt Offenbach freigelegt, restauriert und unter Denkmalschutz gestellt. In unmittelbarer Nachbarschaft dazu wurde im selben Jahr das von der Dienemann / Formstecher-Gesellschaft gestiftete Kunstwerk „Stele der Erinnerung“ errichtet. Eugen El, Absolvent der Offenbacher Hochschule für Gestaltung, entwarf einen auf den Kopf gestellten Obelisken, der einen laternenartigen Glas-Aluminium-Körper trägt und wie eine Stecknadel im Stadtplan den Ausgangsort jüdischen Lebens in Offenbach markieren soll. Die Stele soll an das Aufrichten von Steinen als Gedenkzeichen in der jüdischen Tradition erinnern. Die Inschrift auf Hebräisch und Deutsch („*Da lifne mi ata omed*“ / „Wisse, vor wem du stehst“) findet sich in der Pluralform im

Abb. 19: Im Büsing-Park kreuzt der Regina-Jonas- den Max-Dienemann-Weg. Zum Ensemble gehört ebenfalls der Salomon-Formstecher-Weg. Foto: Stefanie Nathow.

Babylonischen Talmud (bT, Traktat Berachot 28b), bezieht sich auf die gewünschte innere Einstellung beim Gebet und zierte den Toraschrein der Offenbacher Synagoge. Für beide Texte wurden Schrifttypen des Offenbacher Schriftgestalters Berthold Wolpe verwendet – die hebräische ist mit derjenigen identisch, die dieser für die 1927 von Siegfried Guggenheim veröffentlichte *Offenbacher Haggada* entworfen hatte. Ergänzt wird die Gedenkstele von zwei erklärenden Texttafeln zur jüdischen Geschichte Offenbachs.[243]

Neben einer großen, bereits Ende der 1970er Jahre auf Initiative des nach Palästina geflüchteten Ernst Oppenheimer eingeweihten Gedenktafel über einem Nebeneingang der ehemaligen Synagoge an der Goethestraße erinnern heute zwei weitere kleine Tafeln am Eingang zum Capitol an die Geschichte des Gebäudes. Im Foyer liegt dazu eine kostenlose 16-seitige Broschüre bereit.[244] Alexandra Klei hat darauf hingewiesen, dass an ehemalige kleine Versammlungsorte der Gemeinde oder solche orthodoxer Gemeindemitglieder wie der zugewanderten osteuropäischen Jüdinnen und Juden zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, aber auch der Gemeindemitglieder, die den liberalen Weg im 19. Jahrhundert nicht beschritten haben, in Offenbach nicht sichtbar erinnert wird – ein Phänomen, das auch in anderen Städten zu beobachten ist.[245] Auf dem jüdischen Friedhof in Offenbach befindet sich eine Gedenkplatte zur Erinnerung an die jüdischen Opfer

Abb. 20: „Stele der Erinnerung“ mit zwei Informationstafeln vor der freigelegten Ostwand der ehemaligen Synagoge an der Hintergasse. Foto: Stefanie Nathow.

Abb. 21: Gedenktafel über einem Seiteneingang des Gebäudes der ehemaligen Synagoge an der Goethestraße. Foto: Stefanie Nathow.

des Nationalsozialismus. Angebracht ist sie am Sockel des ursprünglich für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs errichteten Mahnmals.

Rahel Blum / Tilmann Gempp-Friedrich / Kamila Lenartowicz / Stefanie Nathow

Wir danken Jürgen Eichenauer, Pascal Heß, David Schnur, Lukas Svatek-Storch und Anton Jakob Weinberger für ihre Unterstützung.

Jüdische Einwohnerinnen und Einwohner

1559	vermutlich 6 Haushalte
1618	4 Schutzjuden
1651	2 Männer
1683	4 Haushalte
1699	11 Haushalte
1706	mind. 30 Hausväter, etwa 120 jüdische Einwohner
1784	153 jüdische Familien, 698 Personen
1828	848 Personen
1871	1.003 Personen
1900	1.213 Personen
1910	2.361 Personen
1925	1.682 Personen
1928	1.419 Personen
1933	1.403 Personen
1. Juli 1937	1.016 Personen
30. Oktober 1937	980 Personen
31. Dezember 1937	966 Personen
1941	363 Personen

Zahlen nach: Decker, Juden, S. 14 (1559), S. 23 (1618), S. 28 (1651), S. 30 (1683), S. 31 (1699); Guggenheim, Vergangenheit, S. 45–47 (1706); Ruppel, Einwohnerverzeichnis, S. 262 (1784); Knöpfel, Stand und Bewegung, S. 15 (1828, 1871, 1900); Knöpfel, Die jüdische Bevölkerung, S. 99 (1910); Guggenheim, Die jüdische Gemeinde (1925, 1933, 1937); LBI, AR 180 (1928); Arnsberg, Jüdische Gemeinden, Bd. 2, S. 176 (1941).

Literatur

Für weitere Titel siehe das allgemeine Literaturverzeichnis.

Alexander-Ihme, Esther/Klaus Werner, Jüdischer Buchdruck in Offenbach am Main, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 3, S. 1–22.

Capitol Theater GmbH Offenbach (Hrsg.), Ein Kulturdenkmal mit Historie, o. O. o. D.

Decker, Klaus-Peter, Juden in Offenbach unter Isenburgischer Herrschaft in der frühen Neuzeit, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 5–98.

Dienemann, Mally (Hrsg.), Max Dienemann. Ein Gedenkbuch 1875–1939, Haifa 1946.

Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft (Hrsg.), Ein Forum für zeitgenössisches Judentum. 25 Jahre Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, Offenbach a. M. 2020.

Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft (Hrsg.), (K)ein Platz an der Sonne. 100 Jahre Weihe der Synagoge an der Goethestraße in Offenbach, Offenbach a. M. 2016.

Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft (Hrsg.), „Sachor“ – Orte der Erinnerung. Ein Stadtplan zu historischen Stätten jüdischen Lebens in Offenbach, Offenbach a. M. o. D.

Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft (Hrsg.), Stele der Erinnerung, Offenbach a. M. o. D.

Eichenauer, Jürgen/Jörg Füllgrabe/Franziska Jochum, Zur Geschichte des Buchdrucks in Offenbach am Main, in: Monika Jäger/Jürgen Eichenauer (Hrsg.), AusDrücklich Offenbach. Die Druckgeschichte Offenbachs und ihre Wirkung in der Gegenwart, Weimar 2022, S. 114–127.

Geschichtswerkstatt Offenbach (Hrsg.), Offenbacher Stolpersteine – Gegen das Vergessen, Offenbach a. M. 2013.

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Offenbach am Main e.V. (Hrsg.), Der alte jüdische Friedhof in Offenbach am Main, Offenbach a. M. 2021.

Guggenheim, Siegfried, Aus der Vergangenheit der israelitischen Gemeinde zu Offenbach am Main. Zur Einweihung der neuen Synagoge, Offenbach a. M. 1915.

Guggenheim, Siegfried, Die Jüdische Gemeinde in Offenbach a. M., in: Die Jüdische Gemeinde, Neue Folge der Jüdischen Allgemeinen Zeitung, 5. Beiblatt zur C.-V.-Zeitung, 10. März 1938, S. 17–18.

Guggenheim, Siegfried, Wolf Breidenbach, Offenbach a. M. 1930.

Hauschke-Wicklaus, Gabriele, Das Offenbach Archival Depot – die amerikanische Antithese zum NS-Raub von Kulturgütern, in: Geschichtswerkstatt Offenbach (Hrsg.), Fast vergessen: Das amerikanische Bücherdepot in Offenbach am Main von 1945 bis 1949, Offenbach a. M. 2011, S. 18–113.

Hauschke-Wicklaus, Gabriele, Jüdische Bürgerinnen und Bürger erinnern sich. „Es war schön in Offenbach vor 1933.“ – „Das ist nicht mehr meine Stadt!“, Offenbach a. M. 2019.

Jellinek, Adolph, Märtyrer- und Memorbuch. Verzeichnis der Märtyrergemeinden aus den Jahren 1096 und 1349, das alte Memorbuch der Deutzer Gemeinde von 1581 bis 1784 nebst Auszügen aus dem neuen von 1786 bis 1816: Nach Handschriften zu Deutz, Coblenz, Düsseldorf und Versailles, Wien 1881.

Jonas, Regina, Fräulein Rabbiner Jonas: kann die Frau das rabbinische Amt bekleiden? Eine Streitschrift, Teetz 2000.

Klapheck, Elisa, Regina Jonas. Die weltweit erste Rabbinerin, Leipzig 2019.

Knöpfel, L., Die jüdische Bevölkerung im Großherzogtum Hessen nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden 8 (1912), S. 97–108.

Kratz-Ritter, Bettina, Salomon Formstecher. Ein deutscher Reformrabbiner, Hildesheim 1991.

Kurt, Alfred, Stadt und Kreis Offenbach in der Geschichte. Am Main, im Rodgau und in der Dreieich, Offenbach am Main 1998.
Kurt, Alfred, Offenbacher Regesten. Fakten, Daten, Texte, Bilder zur Geschichte von Offenbach a. M. 977–1900, Offenbach a. M. 1987.
Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.), Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. 3 Bde., Offenbach a. M. 1988–1994.
Neumann, Moritz (Hrsg.), Max Willner. Würdigung eines verdienten Mannes, [Frankfurt am Main 1991].
Reichert, Theodor, Die Entwicklung der israelitischen Gemeinde zu Offenbach a. M., Offenbach 1935.
Ruppel, Hans Georg, Das Einwohnerverzeichnis von 1784, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 258–262.
Ruppel, Hans Georg, Jüdische Lebensbilder, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 124–139.
Ruppel, Hans-Georg/Klaus Werner, Politische, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Verhältnisse der Offenbacher Juden im Großherzogtum Hessen, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 3, S. 23–50.
Scheib, Günter, Die Werbewelt des Hermann Hirschen, Offenbach a. M. 2010.
Schlander, Otto, Eine Stadt im Wandel. Offenbach zwischen 1860 und 1900, Offenbach a. M. 1998.
Stegmann, Natali, „Ostjuden“ in der „deutschen Lederstadt“. Zur Einbürgerung polnischer Juden in Offenbach am Main, 1900–1933, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde 58 (2000), S. 291–302.
Tilly, Heinz-Peter/Klaus Werner, Die Gräberliste des Jüdischen Friedhofs an der Bismarckstraße, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 3, S. 57–78.
Werner, Klaus, Die Friedhöfe, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 201–204.
Werner, Klaus, Juden in Offenbach 1918–1945, Frankfurt a. M. 1992.
Werner, Klaus, Offenbacher Juden als Opfer der Pest-Pogrome von 1348/49?, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 3–5.
Werner, Klaus, Offenbacher Juden in Politik und öffentlichem Leben in der Weimarer Republik, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 223–227.
Werner, Klaus, Die Situation der „Ostjuden“ in Offenbach am Main, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 140–195.
Werner, Klaus, Die Synagogen, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 196–200.
Werner, Klaus, Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1945. Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main, Bd. 1. Hrsg. v. Magistrat der Stadt Offenbach am Main, Offenbach a. M. 1988.
Werner, Klaus, Verbände – Vereine – Vereinigungen, in: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 2, S. 212–217.
Wobick-Segev, Sarah, The Text and Context of Regina Jonas's Halakhic Work „Kann die Frau das rabbinische Amt bekleiden?“, in: Journal of Modern Jewish Studies, 23 (2023), S. 305–326.

Archivalien

Archiv im Haus der Stadtgeschichte Offenbach (StadtA Offenbach)
– 38/14
– 13-5-255-3
– A: Nr. 252/3; 369/1; 504/3; 1000/12
– AZ: Nr. 57/2015; 57/2025
– Betreuungsstelle: Nr. 648; 649
– M 16: Nr. 13
– Mappe 16d
– Nachlass Max Willner: Nr. 1
– NF 0775a
– O 1427/8
– WBC 24
– Y2676
Arolsen Archive, Online Collection, Bad Arolsen (AA)
– Documents: ID 7318854
Bauaufsichtsamt Offenbach a. M.
– 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
– GemA-Offenbach-KGe 14: Nr. 55, 58, 64
– JRSO-Hes-122
Fürstlich Isenburgisches Archiv (FIA)
– Nr. 3916.
– Nr. 3973
Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD)
– A 3: Nr. 61/453-457
– C 1 A: Nr. 74 K4
– R 21 J: Nr. 680; 1482
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt (ISF)
– H.02.14: Nr. 1622-I
– H.06.28: Nr. 984; 985
– H.15.33: Nr. 4484
– H.17.08: Nr. 467
Jüdisches Museum Frankfurt a. M. (JMF)
– Slg. Arnsberg: Nr. 272
Leo Baeck Institute New York (LBI)
– AR 180
– AR 5241
Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Historisches Archiv (CJA)
– 1 75 A Of1: Nr. 1; 31; 60; 61; 62; 63
Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA)
– Photo Collection: Nr. 368; 4613/1081

Anmerkungen

1 Salfeld, Das Martyrologium, S. 281. Die Datierungen des Pogroms in den jüdischen Memorbüchern sind verschieden: entweder 1347/48 oder 1348/49, vgl. hierzu Werner, Offenbacher Juden als Opfer, S. 3, außerdem Avneri, Germania Judaica, Bd. 2 II, S. 625. Offenbach, auch als „Ofen-Burg“ transkribiert (Jellinek, Märtyrer- und Memorbuch, S. 5) ist einer von 29 Martyriumsorten, die als jüdische Siedlungsorte ausschließlich in den Martyrologien belegt sind.

2 Ziwes, Studien zur Geschichte, S. 30, sieht die große Zahl nichtstädtischer Siedlungen wie Offenbach in der wachsenden Größe der jüdischen Bevölkerung begründet, vermutet aber, dass viele der Kleinstsiedlung nur einzelne Personen oder Familien beherbergt haben oder Gemeinden, die so bedeutungslos waren, dass sie sich schlicht nicht in den Quellen niedergeschlagen hatten.

3 Decker, Juden in Offenbach, S. 13.
4 Decker, Juden in Offenbach, S. 14.
5 Decker, Juden in Offenbach, S .14; ISG, H.06.28, Nr. 984 und 985.
6 Decker, Juden in Offenbach, S. 14.
7 Decker, Juden in Offenbach, S. 33.
8 Decker, Juden in Offenbach, S. 15.
9 Decker, Juden in Offenbach, S. 16. Entweder hat man Offenbach gemieden oder gewusst, wie die Geleitszahlungen umgangen werden konnten, wie beispielsweise die Bürgeler Juden, die nördlich des Mains von Frankfurt nach Bürgel zogen.
10 Decker, Juden in Offenbach, S. 19.
11 HStAD, A 3, Nr. 61/453–457.
12 Decker, Juden in Offenbach, S. 19–20.
13 ISG, H.17.08, Nr. 467; Decker, Juden in Offenbach, S. 23.
14 Decker, Juden in Offenbach, S. 23.
15 ISG, H.02.14, Nr. 1622-I, Bl. 124–125.
16 Kurt, Offenbacher Regesten, S. 25.
17 Decker, Juden in Offenbach, S. 25.
18 Kurz, Offenbacher Regesten, S. 11; Treue, Judengasse und christliche Stadt, S. 136–137.
19 Decker, Juden in Offenbach, S. 28.
20 HStAD, R 21 J, Nr. 680.
21 HStAD, R 21 J, Nr. 1482. Unklar ist, ob es sich dabei noch immer um den früher genannten Lazarus gehandelt haben könnte.
22 Decker, Juden in Offenbach, S. 30, 37.
23 Decker, Juden in Offenbach, S. 30.
24 Decker, Juden in Offenbach, S. 37.
25 Decker, Juden in Offenbach, S. 30.
26 Decker, Juden in Offenbach, S. 38.
27 Decker, Juden in Offenbach, S. 31. Offenbar fällt vor allem die Zahl jüdischer Metzger unter den Hausherren auf, die kaum ausschließlich den Fleischbedarf der jüdischen Bewohner gedeckt haben dürften.
28 Decker, Juden in Offenbach, S. 32.
29 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 45–47, darunter auch eine Witwe.
30 Decker, Juden in Offenbach, S. 47–49.
31 Vgl. Tilly/Werner, Die Gräberliste, S. 63; Decker, Juden in Offenbach, S. 42. Der Begriff „Schul-Sezer“ bezeichnet die Person, die das Schabbatessen zur Warmhaltung in einen Ofen setzte.
32 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 47.
33 Häufig werden „Govim“ im Deutschen als Vorsteher übersetzt, gemeint ist dabei „Vorsteher der Kasse“. Vgl. Blum, Die Frankfurter jüdische Gemeinde, S. 183. Explizit als „Vorsteher“ betitelt wird in der Synagogensitzordnung allein Samuel, doch setzen die Privilegien von 1708 bereits mehrere Vorsteher voraus, vgl. Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 64.
34 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
35 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 47–49.
36 Damit hatte die Hälfte der Einwohner einen festen Platz in der Synagoge.
37 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 62.
38 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 40, 42.
39 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S 42; Cohen, Landjudenschaften in Deutschland, Bd. 2, S. 857–858.
40 Ein Original der Privilegien von 1708 ist heute (so der aktuelle Kenntnisstand) nicht mehr erhalten. Die Gemeinde übersetzte Privilegien von 1708 und 1715 um das Jahr 1719 in hebräische Buchstaben. So war der Text nun auch für (männlichen) Gemeindemitglieder verständlich gemacht, die die deutsche Schrift nicht beherrschten. Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 1, 19; siehe CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-64.
41 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 52.
42 Decker, Juden in Offenbach, S. 60.
43 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 51, 58, 62.
44 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 64.
45 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 53.
46 Blum, Die Frankfurter jüdische Gemeinde, S. 165.
47 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 47–49.
48 Casper-Holtkotte, Jüdisches Leben in Friedberg, S. 197
49 Familie Beer Oppenheimer, in: Ele Toldot. Burial Records of the Jewish Community of Frankfurt am Main, 1241–1824, LBI, AR 5241; Schnee, Hoffinanz, Band 3, S. 16; Schnee, Die Hoffinanz, Bd. 6, S. 244; Casper-Holtkotte, Jüdisches Leben in Friedberg, S. 197.
50 Cohen, Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt, S. 179.
51 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 77–78.
52 Identisch mit Mendele (= Emanuel) Avrom Oppenheim Beer, Haus Einhorn, gest. vermutlich um 1740.
53 Decker, Juden in Offenbach, S. 45.
54 CJA, 1 A Of1, Nr. 1.
55 Decker, Juden in Offenbach, S. 33.
56 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272; Decker, Juden in Offenbach, S. 48; Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 28.
57 StadtA Offenbach, 13-5-255-3 Hospitalordnung von 1833.
58 StadtA Offenbach, Y2676, S. 1.
59 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 15, 28.
60 Die Adresse der Synagoge war Große Marktstraße 12.
61 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, o. S.
62 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, Bildanlage; StadtA Offenbach 38/14; JMF, Slg. Paul Arnsberg, Nr. 272.
63 Worte des Friedens und der Wahrheit. Ansprache des israelitischen Gemeindevorstandes zu Offenbach a. Main an seine Gemeindemitglieder. Offenbach 1843. Neudruck Offenbach 1915, S. 7; Guggenheim, Aus der Vergangenheit, Bildanlage.
64 Siehe: Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 15.
65 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 232.
66 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 155.
67 Worte des Friedens, S. 13.
68 Die Form und Größe dieser Fenster sind unbekannt.
69 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 110. Diese Konstruktion wurde im Laufe der Jahre mehrfach umgeändert.
70 Siehe Keßler, Die Barocksynagogen, S. 29.
71 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 223.
72 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
73 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M. Der Querschnitt ist nicht datiert, wurde aber vor 1832 angefertigt.
74 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 137.
75 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
76 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 223–224.
77 Die Abkürzung des Vatersnamens oder Herkunftsnamens ist nicht zu entschlüsseln.
78 Litt, Jüdische Fürsprache, S. 380.
79 CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55, Fol 2r, und bei Litt, Jüdische Fürsprache, S. 378.
80 CJA, 1, 75 A Of1, Nr. 61, S. 54v.
81 Hierzu Litt, Jüdische Fürsprache, S. 381–382, nach CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55, fol 27v.
82 Eine solche Bittschrift (Jahr 1745) siehe FIA, Nr. 3973.

83 Decker, Juden in Offenbach, S. 60. Dies war eine von mehreren verpflichtenden Zahlungen neben der Pachtung des Judenleibzolls (30 fl), des Schutzgeldes (pauschal 100 fl), des Musikantengeldes (20 fl) und des Federlappengeldes (30 fl) sowie weiterer Gebühren, die die Gemeinde als Kollektiv zu entrichten hatte (Decker, Juden in Offenbach, S. 60), dazu kam Geld für die Nachtwächter (15 fl) und Neujahrsgeld (28 fl.), CJA, 1 A Of1, Nr. 60, S. 54v., 58v.

84 Decker, Juden in Offenbach, S. 54.

85 Johann Jakob Schudt, Jüdische Merckwürdigkeiten. Vorstellende, was sich Curieuses und denckwürdiges in den neuern Zeiten bey einigen Jahr-hunderten mit denen in alle IV. Theile der Welt, sonderlich durch Teutschland, zerstreuten Juden zugetragen, sammt einer vollständigen Franckfurter Juden-Chronick, Darinnen der zu Franckfurt am Mayn wohnenden Juden, von einigen Jahr-hunderten, biß auff unsere Zeiten, merckwürdigste Begebenheiten enthalten, Teil I, Frankfurt/Leipzig 1714, S. 394.

86 Kurt, Offenbacher Regesten, S. 32.

87 FIA, Nr. 3916; CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55, Nr. 5–6. Nicht alle Institutionen sind lokalisierbar. Standorte der Backöfen und der Mikwe etwa sind unbekannt, jedoch wohl in der Nähe der Synagoge und des Synagogenhofes anzunehmen.

88 CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55, bekannt sind solche Räumlichkeiten auch aus Darmstadt oder Frankfurt.

89 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 20; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 229.

90 CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55.

91 Vgl. CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14, Nr. 55.

92 Vermutlich identisch mit dem „Shalit Offen[bach]“, vgl CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55.

93 CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55, Nr. 3, 2.

94 CAHJP, GemA-Offenbach-KGe 14-55.

95 Zinger, Like Puah and Shaphrah, S. 304.

96 Zinger, Like Puah and Shaphrah, S. 308; Decker, Juden in Offenbach, S. 49.

97 Zinger, Like Puah and Shaphrah, S. 308.

98 Decker, Juden in Offenbach, S. 49.

99 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 229.

100 Tilly/Werner, Die Gräberliste.

101 Decker, Juden in Offenbach, S. 51.

102 Decker, Juden in Offenbach, S. 51; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.

103 Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 29.

104 Schloss, Aron, in: LAGIS Hessen, Hessische Biografie, lagis.hessen.de/resolve/de/bio/23807, letzter Zugriff 22. Januar 2025, bestattet auf dem Offenbacher Friedhof 1786, vgl. Tilly/Werner, Die Gräberliste, S. 63; JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272. Unklar, ob es sich bei der 1734 in Offenbach bestatteten Redle bereits um die Frau dieses Rabbiners handelte, vgl. Tilly/Werner, Die Gräberliste, S. 64. Eine weitere angebliche Frau des Rabbiners wurde im Vorjahr 1733 bestattet, vgl. Tilly/ Werner, Die Gräberliste, S. 65.

105 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.

106 FIA, Nr. 3973.

107 Decker, Juden in Offenbach, S. 47.

108 Blum, Die Frankfurter jüdische Gemeinde, S. 31–35.

109 Decker, Juden in Offenbach, S. 39; Eichenauer/Füllgrabe/Jochum, Zur Geschichte des Buchdrucks, S. 20.

110 Alexander-Ihme/Werner, Jüdischer Buchdruck, S. 4; Decker, Juden in Offenbach, S. 39; Eichenauer/Füllgrabe/Jochum, Zur Geschichte des Buchdrucks, S. 16. Bonaventura druckte auch die Privilegien der Hugenottischen Gemeinde.

111 Eichenauer/Füllgrabe/Jochum, Zur Geschichte des Buchdrucks, S. 24; Alexander-Ihme/Werner, Jüdischer Buchdruck, S. 7.

112 Eichenauer/Füllgrabe/Jochum, Zur Geschichte des Buchdrucks, S. 25.

113 Kurt, Offenbacher Regesten, S. 43, vermutet für das Jahr 1797 etwa 5.000 Einwohner.

114 Ruppel, Das Einwohnerverzeichnis, S. 262.

115 Ruppel, Das Einwohnerverzeichnis, S. 258–259. Die Liste wirft Fragen auf, denn in Haus 23 wohnten angeblich 13 Familien.

116 ISG, H.17.08, Nr. 103, 192.

117 Die folgende Zusammenfassung zu Wolf Breidenbach nach Schnee, Die Hoffinanz, Bd. 3, S. 181 sowie JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272; Guggenheim, Wolf Breidenbach.

118 Bernhard von Poten, Ysenburg, Karl. Biographie, in: Allgemeine Deutsche Biographie 44 (1898), S. 610–612, www.deutsche-biographie.de/pnd103092889.html#adbcontent, letzter Zugriff 21. Januar 2025.

119 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.

120 Rahel Blum, Die jüdischen Gemeinden und die Abschaffung des Judenleibzolls, unveröff. Manuskript.

121 Ruppel, Jüdische Lebensbilder, S. 124–139.

122 Werner, Juden in Offenbach, S. 17.

123 Stadtgeschichte Offenbach, 1938: Immer lag Posen weit vorne, www.offenbach.de/gaeste/stadtgeschichte/geschichte-offenbach/19-jahrhundert/lederwaren-posen.php, letzter Zugriff, 5. März 2025.

124 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 168.

125 Guggenheim, Die jüdische Gemeinde, S. 17.

126 Zu Samuel Formstecher, siehe Carlebach/Brocke, Biographisches Handbuch, Teil 1, S. 313–315. Ausführlicher: Kratz-Ritter, Salomon Formstecher.

127 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 108.

128 Die Datierung ergibt sich vermutlich aus Hammer-Schenks Annahme, dass die meisten Umbauarbeiten der Offenbacher Synagoge im Jahr 1821 stattfanden. Der Autor stützt diese Aussage auf Guggenheims Buch *Aus der Vergangenheit der Israelitischen Gemeinde zu Offenbach am Main*, Siehe Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 174.

129 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 154.

130 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 173; Guggenheim, Aus der Vergangenheit, Bildanlage.

131 Worte des Friedens, S. 13.

132 Es handelt sich um eine Frauenempore, die für junge Frauen, die keinen festen Platz in der Synagoge besaßen, errichtet wurde. An welcher Stelle diese Empore errichtet wurde, ist nicht bekannt. Siehe CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 78, 82.

133 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 85.

134 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 69.

135 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 52.

136 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a.M., o. Bl.

137 CJA, 1 A Of1, Nr. 31, Bl. 2.

138 Schlander, Eine Stadt im Wandel.

139 Nach dem Jubiläum ist eine Broschüre mit den Reden und dem Ablauf des Festaktes erschienen. Hier wird auch über die Ordensverleihung durch Großherzog Ludwig IV. berichtet, die dann vom Kreisrat ausgeführt wurde. Siehe: C. Forger (Hrsg.), Festbericht über das fünfzigjährige Dienstjubiläum des Großherzoglichen Rabbiners Herrn Dr. S. Formstecher am 1. Oktober 1882 zu Offenbach am Main, Offenbach a. M. 1883.

140 Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 163; Werner, Juden in Offenbach, S. 19–20.

141 Werner, Juden in Offenbach, S. 126–127.
142 Ein Hirtenbrief eines Reformrabbiners, in: Der Israelit, Nr. 24, 1. Beil., 10. Juni 1879, S. 613–614, hier S. 614.
143 StadtA Offenbach, Y2671, S. 5.
144 StadtA Offenbach, Y2671, S. 7; Guggenheim, Aus der Vergangenheit, S. 15.
145 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
146 Ein früheres Treppenhaus zum Frauenbereich wurde mit dem Bau ersetzt.
147 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
148 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
149 Siehe Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 491.
150 CAHJP, JRSO-Hes-122, Anlage 8, S. 5.
151 Deutsche Bauzeitung 45 (1911), S. 811.
152 Deutsche Bauzeitung 45 (1911), S. 900.
153 Deutsche Bauzeitung 46 (1912), S. 332.
154 Siehe CAHJP, JRSO-Hes-122, Anlage 8, S. 8.
155 Hammer-Schenk, Synagogen in Deutschland, S. 487–490.
156 CAHJP, JRSO-Hes-122, Anlage 8, S. 8.
157 CAHJP, JRSO-Hes-122, o. S.
158 Deutsche Konkurrenzen 28 (1913), Heft 9 (333).
159 CAHJP, JRSO-Hes-122, Anlage 8, S. 9.
160 CAHJP, JRSO-Hes-122, Anlage 8, S. 10.
161 Siehe CAHJP JRSO-Hes-122, S. 13.
162 CAHJP, JRSO-Hes-122, S. 13.
163 Siehe Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, (K)ein Platz an der Sonne, S. 19.
164 CAHJP, JRSO-Hes-122, o. S. In der Anlage 8 in denselben Akten werden andere Zahlen eingeführt: 450 Sitzplätze für Männer und 325 für Frauen. Die Zahl der Männerplätze wurde in dem Fall vielleicht ohne die Knaben-Plätze errechnet. Siehe CAHJP, JRSO-Hes-122 Anlage 8, S. 13.
165 Die Synagoge in Offenbach am Main. Erbaut in den Jahren 1913–1916 und ihre Einweihung, Offenbach 1916, S. 24.
166 Die Synagoge in Offenbach am Main, S. 23–25. Im Original gesperrt hervorgehoben. Die Verwendung des vom damaligen Außenminister und späteren Reichskanzler von Bülow im Kontext der deutschen Kolonialpolitik geprägten geflügelten Wortes „Ein Platz an der Sonne“ im Jahr 1916 zeigt auch die deutliche nationalistische Rhetorik innerhalb des akkulturierten Judentums dieser Zeit.
167 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
168 StadtA Offenbach, Y2671, S. 7.
169 Bauaufsichtsamt Offenbach, 37/3 Hintergasse Offenbach a. M.
170 Ruppel/Werner, Politische, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Verhältnisse, S. 41.
171 Werner, Unter der Herrschaft, S. 39–46, gibt Einblick in die Berufsstruktur der Offenbacher Jüdinnen und Juden.
172 Die Synagoge in Offenbach am Main, S. 22. Allgemein zur Migrationsgeschichte des osteuropäischen Judentums im Deutschen Kaiserreich: Wertheimer, Unwelcome Strangers. Speziell zu Offenbach: Stegmann, Ostjuden.
173 Ausländische Juden im Großherzogtum Hessen, in: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden 3 (1907), S. 63.
174 Werner, Die Situation der Ostjuden, S. 143.
175 Zur Wohnsituation, siehe auch Werner, Die Situation der Ostjuden, S. 144–147.
176 Werner, Die Situation der Ostjuden, S. 146.
177 Zur Wissenschaft des Judentums vgl. u. a. Wiese, Wissenschaft des Judentums.
178 Dienemann, Max Dienemann, S. 14.
179 Offenbach und die Weimarer Republik, www.offenbach.de/microsite/haus_der_stadtgeschichte/stadtgeschichte/20-und-21-jahrhundert/offenbach-und-die-weimarer-republik.php, letzter Zugriff 19. Februar 2025.
180 Kulturamt Offenbach, Die Offenbacher Synagoge, S. 16–23; StadtA Offenbach, Y2671.
181 Werner, Verbände Vereine Vereinigungen, S. 212–217.
182 Kulturamt Offenbach, Die Offenbacher Synagoge, S. 16–23.
183 Kulturamt Offenbach, Die Offenbacher Synagoge, S 15; Werner, Offenbacher Juden in Politik, S. 225–226.
184 Melanie Litta/Willem Weber/Michael Simonson, The Offenbacher Haggadah, www.lbi.org/de/collections/jewish-holidays-lbi-collections/passover-lbi-collections/offenbacher-haggadah/, letzter Zugriff 3. April 2025.
185 William Gross, Description. Offenbacher Haggadah, Offenbach, cja.huji.ac.il/gross/browser.php?mode=set&id=35473, letzter Zugriff 3. April 2025.
186 Vgl. dazu Brenner, Jüdische Kultur.
187 Kurt, Stadt und Kreis Offenbach, S. 95–110.
188 Halachisch meint religionsgesetzlich. Die Arbeit thematisiert demzufolge, ob sich unter religionsgesetzlichen Aspekten Einwände gegen weibliche Rabbinerinnen finden lassen. Das Manuskript der Arbeit befindet sich heute im Centrum Judaicum Archiv, Berlin. Es liegt auch eine gedruckte Edition vor: Jonas, Fräulein Rabbiner Jonas. Vgl. dazu Wobick-Segev, The Text and Context.
189 Klapheck, Regina Jonas, S. 24.
190 Eine richtige Anstellung als Rabbinerin hat sie leider nie erhalten, sie hielt aber Gottesdienste in Altersheimen und engagierte sich weiter in der Sozialarbeit. Siehe Wobick-Segev, The Text and Context, S. 319–320. Sie blieb in Deutschland bei ihrer Mutter, beide wurden 1942 nach Theresienstadt und von dort 1944 nach Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurden. Nach der Schoa war ihre Geschichte vergessen und „als 1972 Sally Priesand am Hebrew Union College in Cincinnati ordiniert wurde, meinte die jüdische Öffentlichkeit, sie sei die erste Rabbinerin.“ Klapheck, Regina Jonas, S. 53. Erst mit dem Fall der Mauer und der Erschließung der ostdeutschen Archive wurde sie von Katharina von Kellenbach wiederentdeckt.
191 Schreiben von Siegfried Lubinski an die JRSO, 26. Mai 1959, JRSO-Hes-122, Bl. 87–88. Lubinski bezieht sich hierin auf das Urteil der Strafkammer Darmstadt gegen Börner und andere.
192 JRSO-Hes-122, Bl. 73.
193 Graf, Dass es so schlimm kommt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. November 2012.
194 Graf, Dass es so schlimm kommt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. November 2012.
195 Der Hinweis wurde freundlicherweise von Dr. Jürgen Eichenauer, Amtsleiter des Hauses der Stadtgeschichte in Offenbach a. M., übermittelt.
196 Dienemann, Max Dienemann, S. 55.
197 Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, (K)ein Platz an der Sonne, S. 46–47.
198 StadtA Offenbach, A 252/3. Herbert Strauß wurde 1943 im Polizeipräsidium Frankfurt ermordet. Siehe: Wicklaus, Jüdische Bürgerinnen erinnern sich, S. 255.
199 Werner, Unter der Herrschaft, S. 108. Einige Offenbacher Juden kamen auch ins Lager Dachau, siehe: Gottwaldt/Schule, Die Judendeportationen, S. 29.
200 Leopold Strauß, der 64-jährig inhaftiert wurde, kam im Lager Buchenwald ums Leben.
201 Werner, Unter der Herrschaft, S. 126–127.

202 Werner, Unter der Herrschaft, S. 114–116. Die Schule bot auch die Berufsausbildung bzw. die Vorbereitung auf handwerkliche Berufe von jungen Erwachsenen an, um sie auf die Emigration vorzubereiten. Mally Dienemann beschreibt sie als „Arbeitsschule mit ausgedehntem Sprachunterricht“ (Dienemann, Max Dienemann, S. 51), allerdings wurde auch grundständiger Unterricht erteilt, um den Kindern und Jugendlichen weiterhin den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Sie wurde höchstwahrscheinlich nach den Novemberpogromen 1938 geschlossen.
203 Hauschke-Wicklaus, Jüdische Bürgerinnen und Bürger, S. 255.
204 Die Predigten sind im Nachlass seines Sohnes Walter Strauß im Stadtarchiv Offenbach erhalten.
205 Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen, S. 333–335.
206 Werner, Unter der Herrschaft, S. 139; Gottwaldt/Schulle, Die Judendeportationen, S. 166
207 Akte von Chaim Tyson, Inhaftierungsdokumente Konzentrationslager Buchenwald, AA, ID 7318854; Geschichtswerkstatt Offenbach, Offenbacher Stolpersteine, S. 71. Heute ist vor dem Haus Kaiserstraße 106 ein Stolperstein für Chaim Heinrich Tyson verlegt.
208 Bericht über die Tätigkeit und Gründung der jüdischen Gemeinde Offenbach a. M., S. 1, JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272; Neumann, Max Willner, S. 13.
209 Neumann, Max Willner, S. 13–15, 152.
210 Bericht über die Tätigkeit und Gründung der jüdischen Gemeinde Offenbach a. M., S. 1, JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272; StadtA Offenbach, A 1000/12. Zur Torarolle vgl. auch CAHJP, JRSO-Hes-122, Bl. 125.
211 JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
212 Bericht über die Tätigkeit und Gründung der jüdischen Gemeinde Offenbach a. M., S. 2, JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
213 StadtA Offenbach, A 1000/12; StadtA OF, A 252/3.
214 Bericht über die Tätigkeit und Gründung der jüdischen Gemeinde Offenbach a. M., S. 3, JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
215 Protokoll über die erste jüdische Gemeindesitzung am 2. Oktober 1945, JMF, Slg. Arnsberg, Nr. 272.
216 StadtA Offenbach, Betreuungsstelle, Nr. 648; Nr. 649; Geschichtswerkstatt Offenbach, Offenbacher Stolpersteine, S. 35–36; Scheib, Die Werbewelt, S. 97–98.
217 StadtA Offenbach, A 504/3, Bl. 131.
218 Kropat, Jüdische Gemeinden, S. 449, 452, 461.
219 Gallas, Das Leichenhaus der Bücher, S. 13; Rabbiner Severin Rochmann im April 1948 nach Gallas, Das Leichenhaus der Bücher, S. 27.
220 Gallas, Das Leichenhaus der Bücher, S. 13.
221 Gallas, Das Leichenhaus der Bücher, S. 13–14, 27.
222 Gallas, Das Leichenhaus der Bücher, S. 42.
223 Gallas, Das Leichenhaus der Bücher, S. 49–54.
224 Hauschke-Wicklaus, Das Offenbach Archival Depot, S. 91, 96–97.
225 Dawidowicz, From That Place, S. 316.
226 Offenbach, in: Jüdische DP Lager und Gemeinden in Westdeutschland, www.after-the-shoah.org/offenbach-juedische-dp-gemeinde-jewish-dp-community, letzter Zugriff 11. Februar 2025.
227 Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, (K)ein Platz an der Sonne, S. 50–51.
228 StadtA Offenbach, A 369/1.
229 Klei, Jüdisches Bauen, S. 80.
230 StadtA Offenbach, A 369/1.
231 Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Offenbach am Main e.V., Der alte jüdische Friedhof, S. 10.
232 Klei, Jüdisches Bauen, S. 78; Porträt. Offenbach – Ein Platz an der Sonne, in: Jüdische Allgemeine, 31. Oktober 2018, www.juedische-allgemeine.de/gemeinden/offenbach-ein-platz-an-der-sonne/?q=ein%20platz%20an%20der%20sonne%20offenbach, letzter Zugriff 26. Januar 2025.
233 Klei, Jüdisches Bauen, S. 78.
234 Klei, Jüdisches Bauen, S. 84.
235 Vgl. Klei, Jüdisches Bauen, S. 84.
236 Klei, Jüdisches Bauen, S. 84.
237 Kropat, Jüdische Gemeinden, S. 461–463. Leicht abweichende Mitgliederzahlen finden sich bei Klaus Werner, der für 1948 86 Mitglieder, für 1957 90 und für 1986 924 Mitglieder angibt: Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 1, S. 149. Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden, Bd. 2, S. 177 gibt für 1966 277 und für 1969 499 Mitglieder an.
238 Siehe: Klei, Jüdisches Bauen, S. 87.
239 Magistrat der Stadt Offenbach, Zur Geschichte der Juden, Bd. 1; Hauschke-Wicklaus, Jüdische Bürgerinnen und Bürger, S. 8.
240 Geschichtswerkstatt Offenbach, Offenbacher Stolpersteine; vgl. z. B. Hauschke-Wicklaus, Jüdische Bürgerinnen und Bürger; Hauschke-Wicklaus, Das Offenbach Archival Depot.
241 Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, Ein Forum, S. 3, 7, 10–14.
242 Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, Sachor.
243 Max Dienemann / Salomon Formstecher Gesellschaft, Stele der Erinnerung, S. 6, 8–9, 14, 30.
244 Capitol Theater GmbH Offenbach, Ein Kulturdenkmal.
245 Klei, Jüdisches Bauen, S. 90.

Anhang

Allgemeines Literaturverzeichnis

Das allgemeine Literaturverzeichnis umfasst Titel zu übergreifenden Themen und solche, die für mehrere Orte relevant sind. Für spezifische Literatur zu den einzelnen Orten verweisen wir auf die Literaturverzeichnisse am Ende jedes Beitrags.

Alicke, Klaus-Dieter, Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum, Gütersloh 2008.

Altaras, Thea, Synagogen und jüdische rituelle Tauchbäder in Hessen: was geschah seit 1945? Eine Dokumentation und Analyse aus allen 264 hessischen Orten, deren Synagogenbauten die Pogromnacht 1938 und den Zweiten Weltkrieg überstanden. 276 architektonische Beschreibungen und Bauhistorien, Königstein im Taunus 2007.

Andernacht, Dietrich, Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401–1519, 4 Bde., Hannover 1996.

Andernacht, Dietrich, Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1520–1616, 2 Bde., Hannover 2007.

Arnsberg, Paul, Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution. 3 Bde., Darmstadt 1983.

Arnsberg, Paul, Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn. 3 Bde., Frankfurt a. M./Darmstadt 1971–1973.

Avneri, Zvi, Germania Judaica, Bd. 2 II. Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, 2 Teilbände, Tübingen 1968.

Barzen, Rainer Joseph, Regionalorganisation jüdischer Gemeinden im Reich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Eine vergleichende Untersuchung auf der Grundlage der Ortslisten des Deutzer und des Nürnberger Memorbuches zur Pestverfolgung, in: Alfred Haverkamp (Hrsg.), Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk, Bd. 1, Hannover 2002, S. 293–366.

Barzen, Rainer Joseph, Zur Siedlungsgeschichte der Juden im mittleren Rheingebiet bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts, in: Alfred Haverkamp (Hrsg.), Geschichte der Juden im Mittelalter von der Nordsee bis zu den Südalpen. Kommentiertes Kartenwerk, Bd. 1, Hannover 2002, S. 55–74.

Battenberg, J. Friedrich, Die geschichtliche Entwicklung des jüdischen Lebens in Darmstadt bis zur Gegenwart. Ein Überblick über Struktur und Tendenzen, in: ders./Peter Engels/Thomas Lange (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger, vollst. überarb. u. erw. Neuausgabe, Wiesbaden 2019, S. 2–13.

Battenberg, J. Friedrich, Gesetzgebung und Judenemanzipation im Ancien Régime. Dargestellt am Beispiel Hessen-Darmstadt, in: Zeitschrift für Historische Forschung 13 (1986), S. 43–63.

Battenberg, J. Friedrich, Hofjuden in Residenzstädten der Frühen Neuzeit, in: Fritz Mayrhofer/Ferdinand Oppl (Hrsg.), Juden in der Stadt, Linz/Donau 1999, S. 297–324.

Battenberg, J. Friedrich, Juden um Landgraf Philipp den Großmütigen von Hessen, in: Aschkenas 14 (2004), S. 387–414.

Battenberg, J. Friedrich, Juden zwischen den Fronten im Dreißigjährigen Krieg. Gustav Adolf von Schweden und der landgräflich-hessische Judenschutz, in: Aschkenas 30 (2020), S. 245–270.

Battenberg, J. Friedrich, Judenverordnungen in Hessen-Darmstadt. Das Judenrecht eines Reichsfürstentums bis zum Ende des Alten Reiches, Wiesbaden 1987.

Battenberg, J. Friedrich, Die jüdischen Gemeinden und Landjudenschaften im Heiligen Römischen Reich. Zwischen landesherrlicher Kontrolle und Autonomie, in: Helmut Neuhaus (Hrsg.), Selbstverwaltung in der Geschichte Europas in Mittelalter und Neuzeit, Berlin 2010, S. 101–136.

Battenberg, J. Friedrich, Lew, Manasse und David. Die ersten Darmstädter „Hofjuden“ im 17. Jahrhundert, in: ders./Peter Engels/Thomas Lange (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger, vollst. überarb. u. erw. Neuausgabe, Wiesbaden 2019, S. 198–204.

Battenberg, J. Friedrich, Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1080–1650, Wiesbaden 1985.

Battenberg, J. Friedrich, Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1651–1806, Wiesbaden 2008.

Battenberg, J. Friedrich, Schutz, Toleranz oder Vertreibung. Die Darmstädter Juden in der Frühen Neuzeit, in: ders./Peter Engels/Thomas Lange (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger. Vollst. überarb. u. erw. Neuausgabe, Wiesbaden 2019, S. 14–32.

Battenberg, J. Friedrich/Peter Engels/Thomas Lange (Hrsg.), Juden als Darmstädter Bürger, Vollst. überarb. u. erw. Neuausgabe, Wiesbaden 2019.

Baur, Ludwig, Die Juden und das Judentum in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt 1567–1806, in: Zeitschrift für deutsche Kulturgeschichte NF 3 (1874), S. 645–661.

Blum, Rahel, Die Frankfurter jüdische Gemeinde in der Frühen Neuzeit. Autonomie und Selbstverwaltung zwischen christlicher Stadtobrigkeit und Kaiser. Unveröffentlichtes Manuskript 2022.

Blum, Rahel, Die Frankfurter Taqqanot von 1753/54. Historischer Hintergrund, Textvarianten und Edition, in: Frankfurter Judaistische Beiträge 42 (1018), S. 29–70.

Blum, Rahel, Gemeindeämter als Spiegel sozialer Differenzierung in einer frühneuzeitlichen jüdischen Gemeinde, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, 17. Februar 2023.

Brenner, Michael, Jüdische Kultur in der Weimarer Republik, München 2000.

Carlebach, Julius/Michael Brocke, Biographisches Handbuch der Rabbiner. 2 Teile, München 2004–2009.

Casper-Holtkotte, Cilly, Jüdisches Leben in Friedberg 16.–18. Jahrhundert, Friedberg 2003.

Cluse, Christoph, Zu den räumlichen Organisationsformen von Juden im christlichen Umfeld, in: Irsigler, Franz u. a. (Hg.), Zwischen Rhein und Maas. Konflikte, Beziehungen und Begegnungen in einem europäischen Kernraum von der Spätantike bis zum 19. Jahrhundert – Versuch einer Bilanz, Trier 2006, S. 285–296.

Cohen, Daniel J., Die Landjudenschaften in Deutschland als Organe jüdischer Selbstverwaltung von der frühen Neuzeit bis ins neunzehnte Jahrhundert. Eine Quellensammlung, 3 Bde., Jerusalem 1996–2001.

Cohen, Daniel J., Die Landjudenschaften in Hessen-Darmstadt bis zur Emanzipation als Organe der jüdischen Selbstverwaltung, in: Christiane Heinemann (Hrsg.), Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1983, S. 151–214.

Cohen-Mushlin, Aliza/Thies, Harmen (Hrsg.), Synagogenarchitektur in Deutschland. Dokumentation zur Ausstellung, Petersberg 2008.

Comité zur Abwehr antisemitischer Angriffe in Berlin (Hrsg.), Die Juden als Soldaten, 2. Aufl., Berlin 1897.

Dawidowicz, Lucy, From That Place And Time. A Memoir 1938–1947, New York 1989.

Decker, Klaus Peter, Juden in Offenbach unter isenburgischer Herrschaft in der frühen Neuzeit, in: Magistrat der Stadt Offenbach (Hrsg.),

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

https://doi.org/10.1515/9783111465111-044

Zur Geschichte der Juden in Offenbach am Main. Bd. 2: Von den Anfängen bis zum Ende der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1990, S. 5–98.

Deutsch-Israelitischer Gemeindebund/Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.), Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1924/25, Berlin 1924.

Diehl, Wilhelm, Kirchenbehörden und Kirchendiener in der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt von der Reformation bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, Darmstadt 1925.

Dietz, Alexander, Frankfurter Handelsgeschichte, Bd. 4.1, Frankfurt a. M. 1925.

Dietz, Alexander, Stammbuch der Frankfurter Juden. Geschichtliche Mitteilungen über die Frankfurter jüdischen Familien von 1349–1849, Frankfurt a. M./St. Goar 1907.

Eilitz, Peter, Leben und Werk des königl. Hannoverschen Baurats Edwin Oppler, in: Hannoversche Geschichtsblätter NF 25 (1971), S. 127–310.

Enders, Siegfried R. C. T., Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Hessen, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Braunschweig/Wiesbaden 1988.

Engelbert, Hermann, Statistik des Judenthums im Deutschen Reiche ausschließlich Preußens und in der Schweiz, Frankfurt a. M. 1875.

Fischer, Roman, Neunstädtebund, in: Historisches Lexikon Bayerns, www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Neunstädtebund, letzter Zugriff 30. März 2024.

Franz, Eckhart G., „Schutzjuden“ und „Judenbürger“. Die jüdische Geschichte des Kreisgebiets vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim“. Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 5–26.

Franz, Eckhart G./Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Dieburg, Wiesbaden 2009.

Friedrichs, Christopher R., Anti-Jewish Politics in Early Modern Germany. The Uprising in Worms, 1613–17, in: Central European History 23 (1990), S. 91–152.

Gallas, Elisabeth, „Das Leichenhaus der Bücher“. Kulturrestitution und jüdisches Geschichtsdenken nach 1945, Göttingen 2013.

Gargova, Fani, The Central Synagogue of Sofia. Westernization, Urban Change, and Religious Reform, Köln 2024.

Gatz, Erwin (Hrsg.), Die Bischöfe des Heiligen Römischen Reiches. Ein biographisches Lexikon. 1198 bis 1448, Berlin 2001.

Gottwaldt, Alfred B./Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.

Grözinger, Karl E., Synagogenordungen als Zeichen und Instrumente für eine Neudefinition jüdischer Identität im Mähren des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Aschkenas 30 (2020), S. 61–77.

Günther, C[arl] F[riedrich], Die Juden in Hessen, in: ders., Bilder aus der hessischen Vorzeit, Darmstadt 1853, S. 69–132.

Hahn, Joachim/Jürgen Krüger, Synagogen in Baden-Württemberg. „Hier ist nichts anderes als Gottes Haus“, Bd. 2, Orte und Einrichtungen, Lindenberg im Allgäu 2007.

Hammer-Schenk, Harold, Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933), 2 Bde., Hamburg 1981.

Hausmann, Ulrich, Siedlungsgeschichte der Juden in Kurmainz – eine topographische Übersicht, in: Werner Marzi, Judenpolitik der Mainzer Erzbischöfe und Kurfürsten von Adolf II von Nassau bis Anselm Franz von Ingelheim 1461–1695. Unter Mitwirkung von Ulrich Hausmann, Mainz 2018, S. 22–40.

Havercamp, Alfred/Jörg R. Müller (Hrsg.), Corpus der Quellen zur Geschichte der Juden im spätmittelalterlichen Reich, Trier/Mainz 2011–2015.

Heinemann, Christiane (Hrsg.), Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 151–214.

Heinemann, Hartmut, Die jüdischen Friedhöfe im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim“. Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 107–137.

Heinemann, Hartmut/Christa Wiesner, Der jüdische Friedhof in Alsbach an der Bergstraße, Wiesbaden 2001.

Hoppe, Jens, Jüdische Geschichte und Kultur in Museen. Zur nichtjüdischen Museologie des Jüdischen in Deutschland, Münster/München 2002.

Horovitz, Markus, Die Inschriften des alten Friedhofs der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1901.

Hundsnurscher, Franz/Gerhard Taddey, Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale, Stuttgart 1968.

Kaspar, Fred (Hrsg.), Hinter der Mauer – Kleine Bürgerhäuser an und auf der Stadtmauer, Petersberg 2016.

Katz, Leopold, Die rechtliche Stellung der Israeliten nach dem Staatskirchenrecht des Großherzogtums Hessen, Gießen 1906.

Kaufmann, Uri R., Vom Hausierer zum Ladenbesitzer. Zur beruflichen Tätigkeit der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim“. Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 27–40.

Keßler, Katrin, Die Barocksynagogen des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Aliza Cohen-Mushlin/Harmen Thies (Hrsg.), Synagogenarchitektur in Deutschland vom Barock zum „Neuen Bauen“, Braunschweig 2002.

Keßler, Katrin, Ritus und Raum der Synagoge. Liturgische und religionsgesetzliche Voraussetzungen für den Synagogenbau im Mitteleuropa, Petersberg 2007.

Keyser, Erich (Hrsg.), Hessisches Städtebuch, Stuttgart 1957.

Kilthau, Fritz, Als die Synagogen brannten. Die Reichspogromnacht 1938 im Kreis Bergstraße, Lorsch 2008.

Kingreen, Monica, Die Deportation der Juden aus Hessen 1940–1945. Selbstzeugnisse, Fotos, Dokumente. Aus dem Nachlass hrsg. u. bearb. v. Volker Eichler, Wiesbaden 2023.

Kingreen, Monica, Gewaltsam verschleppt aus Oberhessen. Die Deportationen der Juden im September 1942 und in den Jahren 1943–1945, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen 85 (2000), S. 5–95.

Klei, Alexandra, Jüdisches Bauen in Nachkriegsdeutschland. Der Architekt Hermann Zvi Guttmann, Berlin 2017.

Klein, Thomas, Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867–1933. Bd. 3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen, 1967–1933, Marburg 1995.

Knöpfel, Ludwig, Stand und Bewegung der Bevölkerung in den einzelnen Gemeinden des Großherzogtums Hessen im 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur Statistik des Großherzogtums Hessen 59 (1909), Heft 4.

Kohlmannslehner, Dietrich/Thomas Lange, Nach 1945 – ein neuer Anfang? In: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim“. Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 271–337.

Kohlmannslehner, Dietrich/Thomas Lange, „... wohnen auf der verfluchten deutschen Erde“. Jüdisches Leben in Südhessen nach 1945. Beiheft zur Ausstellung des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt, Darmstadt 1998.

Köhn, Holger, Die Lage der Lager. Displaced Persons-Lager in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 2012.

Kracauer, Isidor, Geschichte der Juden in Frankfurt a. M. (1150–1824), Bd. 2, Frankfurt a. M. 1927.

Kracauer, Isidor, Die Kulp-Kannschen Wirren. Ein Beitrag zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Frankfurt a. M. im XVIII.

Jahrhundert, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 29 (1910), S. 135–212.

Kracauer, Isidor, Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150 bis 1400, Bd. 2, Bürgerbücher, Gerichtsbücher, Grabinschriften, Register, Frankfurt a. M. 1914.

Kraus, Wolfgang/Hans-Christoph Dittscheid/Gury Schneider-Ludorff (Hrsg.), Mehr als Steine… Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. III/2.1, Lindenfels im Allgäu 2021.

Kropat, Wolf-Arno, Jüdische Gemeinden, Wiedergutmachung, Rechtsradikalismus und Antisemitismus nach 1945, in: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen (Hrsg.), Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 447–508.

Kropat, Wolf-Arno, Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom von 1938. Eine Dokumentation, Wiesbaden 1988.

Kunz, Rudolf, Statistik der Juden 1774–1939 im Gebiet des heutigen Kreises Bergstraße, in: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße 15 (1982), S. 285–286.

Lange, Thomas, Judenfeindschaft und Antisemitismus zwischen 1890 und 1933 – auch eine Spurensuche, in: ders. (Hrsg.), „L'chajim". Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 139–168.

Lange, Thomas (Hrsg.), „L'chajim". Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997

Lebermann, Jakob, Das Darmstädter Landrabbinat, in: Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Gesellschaft 20 (1929), S. 181–251.

Lilienthal, Saul, Jüdische Wanderungen in Frankfurt am Main, Hessen, Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1938.

Litt, Stefan, Jüdische Fürsprache. Quellen aus Gemeindeprotokollbüchern (pinkasim) des aschkenasischen Kulturraums 1568–1808, Göttingen 2021.

Löwenstein, Leopold, Geschichte der Juden in der Kurpfalz, Frankfurt a. M. 1895.

Löwenstein, Uta, Quellen zur Geschichte der Juden im Hessischen Staatsarchiv Marburg 1267–1600, 3 Bde., Wiesbaden 1989.

Maimon, Arye/Mordechai Breuer/Yacov Guggenheim (Hrsg.), Germania Judaica III, 1350–1519, 3 Bde., Tübingen 1987–2003.

Mentgen, Gerd, Der Würfelzoll und andere antijüdische Schikanen in Mittelalter und früher Neuzeit, Zeitschrift für Historische Forschung 22 (1995), S. 1–48.

Müller, Adolf, Zur Geschichte der Judenfrage in den rechtsrheinischen Besitzungen der Landgrafschaft Hessen-Darmstadt im 16., 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig/Frankfurt a. M. 1937.

Müller, Jörg R., Selbstgestaltung und Fremdbestimmung. Die Reorganisation jüdischer Gemeinden im Westen des Reiches nach den Pestverfolgungen, in: Armin Schlechter/Joachim Kemper/Anja Rasche (Hrsg.), Von der mittelalterlichen „Kuhstadt Speyer" bis zur Dom-Restaurierung 1957/61. Beiträge zur Geschichte der Stadt Speyer und ihrer Umgebung, Bd. 1, Ubstadt-Weiher u. a. 2018, S. 55–86.

Oppler, Edwin, Synagogen und jüdische Begräbnisplätze, in: Albrecht Haupt (Hrsg.), Baukunde des Architekten, 2. Teil, Berlin 1884, S. 270–285.

Paulus, Simon, Die Architektur der Synagoge im Mittelalter. Überlieferung und Bestand, Petersberg 2007.

Pfeiffer, Klaus/Joachim Rott, Die erste Ausbürgerungsliste vom 25. August 1933, Berlin 2016.

Pletzing, Christian/Marcus Velke-Schmidt (Hrsg.), Lager – Repatriierung – Integration. Beiträge zur Displaced Persons-Forschung, Leipzig 2016.

Post, Bernhard, Judentoleranz und Judenemanzipation in Kurmainz 1774–1813, Wiesbaden 1985.

Preissler, Dietmar, Frühantisemitismus in der Freien Stadt Frankfurt und im Grossherzogtum Hessen (1810 bis 1860), Heidelberg 1989.

Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten (Hrsg.), Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914–1918. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932.

Reimer, Heinrich (Hrsg.), Urkundenbuch zur Geschichte der Herren von Hanau und der ehemaligen Provinz Hanau, Leipzig 1892.

Reinhold-Postina, Eva, Verbrannt, verwüstet, vergessen und verdrängt. Auf der Suche nach alten Synagogen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim". Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 61–105.

Reissner, H. G., The Truman Menorah, in: Twenty Years American Federation of Jews from Central Europe, Inc. 1940–1960, New York 1961, S. 135–136.

Reuter, Ursula, Zwischen Reichsstadt, Bischof, Kurpfalz und Kaiser. Zur Geschichte der Wormser Juden und ihrer Schutzherren im 16. und 17. Jahrhundert, in: Stefan Ehrenpreis/Andreas Gotzmann/Stephan Wendehorst (Hrsg.), Kaiser und Reich in der jüdischen Lokalgeschichte, München 2013, S. 119–146.

Riemer, Nathanael, Das jüdische Haus in seiner Materialität, in: ders. (Hrsg.), Einführungen in die materiellen Kulturen des Judentums, Wiesbaden 2016, S. 31–72.

Rösch, Barbara, Der Judenweg. Jüdische Geschichte und Kulturgeschichte aus Sicht der Flurnamenforschung, Göttingen 2009.

Röschen, Otto, Nachtrag zur Beschreibung der evangelischen Pfarreien des Volksstaates Hessen nach pfarramtlichen, statistischen, sozialen, topographischen und historischen Gesichtspunkten auf Grund amtlicher Mitteilungen, Freienseen 1928.

Rodeland, Jürgen/Achim Seip, Beiträge zur Erfassung von Synagogenorgeln, in: Orgel international 3 (1999–2001), Nr. 1, S. 16–21.

Ruppin, Arthur, Die Juden im Grossherzogtum Hessen, Berlin 1909.

Salfeld, Siegmund (Hrsg.), Das Martyrologium des Nürnberger Memorbuches, Berlin 1898.

Scheffler, Wolfgang, Goldschmiede Hessens. Daten, Werke, Zeichen, Berlin 1976.

Schleindl, Angelika (unter Mitarbeit von Hanna Salomon), Der Jüdische Friedhof Groß-Gerau. Ein Beitrag zur Geschichte der Landjuden in Südhessen, Darmstadt 1993.

Schnee, Heinrich, Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus. 6 Bde., Berlin 1953–1965.

Schnee, Heinrich, Quellen zur Geschichte der Hoffaktoren in Deutschland, Berlin 1965.

Schnur, David. Die Juden in Frankfurt am Main und in der Wetterau im Mittelalter. Christlich-jüdische Beziehungen, Gemeinden, Recht und Wirtschaft von den Anfängen bis um 1400, Wiesbaden 2017.

Schostack, Desirée, Der Weg der Mikwe in die Moderne. Ritualbäder der Emanzipationszeit im Spannungsfeld von öffentlicher Wahrnehmung und jüdischem Selbstverständnis, Göttingen 2022.

Schuster, Frank M., Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919), Köln 2004.

Seibert, Peter, Demontage der Erinnerung. Der Umgang mit dem jüdischen Kulturerbe nach 1945, Berlin 2023.

Shavit, Zohar/Hans-Heino Ewers (Hrsg.), Deutsch-jüdische Kinder- und Jugendliteratur von der Haskala bis 1945. Die deutsch- und hebräischsprachigen Schriften des deutschsprachigen Raums. Ein bibliographisches Handbuch in zwei Bänden, Stuttgart 1996.

Siluk, Avraham, Die Juden im politischen System des Alten Reichs. Jüdische Politik und ihre Organisation im Zeitalter der Reichreform, Berlin/Boston 2021.

Steffens, Gerd, Ausgrenzung, Verfolgung, Enteignung, Deportation, Vernichtung. Die Leidensgeschichte der jüdischen Bevölkerung im Gebiet des heutigen Landkreises Darmstadt-Dieburg 1933 bis 1945, mit einem Rückblick auf die zwanziger Jahre, in: Thomas Lange (Hrsg.), „L'chajim". Die Geschichte der Juden im Landkreis Darmstadt-Dieburg, Darmstadt 1997, S. 169–270.

Szklanowski, Benno/Eckhardt Franz (Bearb.), Haus des ewigen Lebens. Beit Hachajim. Der Jüdische Friedhof in Darmstadt. Grabstätten von 1714–1848, Darmstadt 1988.

Thiel, Jens/Christian Westerhoff, Zwangsarbeit, in: Marcel Boldorf (Hrsg.), Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, Berlin 2020, S. 425–448.

Treue, Wolfgang, Judengasse und christliche Stadt. Politik, Religion und Gesellschaft im frühneuzeitlichen Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 2023.

Treue, Wolfgang, Landgrafschaft Hessen-Marburg. Germania Judaica IV (1520–1650), hrsg. v. Stefan Rohrbacher, Michael Toch und Israel Yuval, Bd. 2, Tübingen 2009.

Treue, Wolfgang, Verehrt und angespien. Zur Geschichte jüdischer Ärzte in Aschkenas von den Anfängen bis zur Akademisierung, in: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen 21 (2002), S. 139–203.

Treue, Wolfgang, Zwei hessische Diplomaten – *hauptleut* und *vorgänger* im 16. Jahrhundert, in: Kalonymos 12 (2009), Heft 4, S. 1–4.

Treue, Wolfgang, Zwischen jüdischer Tradition und christlicher Universität: Die Akademisierung der jüdischen Ärzteschaft in Frankfurt am Main in der Frühen Neuzeit, in: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen 17 (1998), S. 375–397.

Wagner, Georg Wilhelm, Statistisch-topographisch-historische Beschreibung des Großherzogtums Hessen, Bd. 1: Provinz Starkenburg, Darmstadt 1829.

Wagner, Georg Wilhelm, Zur Geschichte von Roßdorf bei Darmstadt. Faksimiledruck der Originalausgabe Darmstadt, Will, 1845, Roßdorf 1983.

Waßmuth, Britta, Im Spannungsfeld zwischen Hof, Stadt und Judengemeinde. Soziale Beziehungen und Mentalitätswandel der Hofjuden in der kurpfälzischen Residenzstadt Mannheim am Ausgang des Ancien Régime, Ludwigshafen 2005.

Wertheimer, Jack, Unwelcome Strangers. East European Jews in Imperial Germany, New York 1987.

Wiese, Christian, Wissenschaft des Judentums und protestantische Theologie im wilhelminischen Deutschland. Ein Schrei ins Leere? Tübingen 1999.

Wilke, Carsten, Biographisches Handbuch der Rabbiner, Bd. 1, München 2004.

Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (Hrsg.), Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1932–33, Berlin 1932.

Zinger, Nimrod, „Like Puah and Shaphrah". Jewish Midwives in Eighteenth-Century Germany, in: Jewish Quarterly Review 112 (2022), S. 289–315.

Ziwes, Franz-Josef, Studien zur Geschichte der Juden im Mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters, Hannover 1994.

Abkürzungsverzeichnis

alb.	Albus
BSGH	Beiträge zur Statistik des Großherzogthums Hessen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
fl.	Gulden
GHRB	Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt
HJ	Hitler-Jugend
HSHGH	Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Hessen
JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
kr.	Kreuzer
KZ	Konzentrationslager
NL	Nachlass
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SJDIGB	Statistisches Jahrbuch des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
STDJ	Statistisches Jahrbuch deutscher Juden

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-045

Glossar

Das Glossar basiert auf einer gekürzten Version des Glossars des Bandes III-2 des *Synagogen-Gedenkbandes Bayern*. Wir danken den Autorinnen und Autoren für die Erlaubnis der Nutzung dieser Vorlage.

Abtriebsrecht – Recht der Angehörigen einer Siedlungsgemeinschaft, den Zuzug eines Fremden zu verhindern. Damit konnte z. B. der Kauf eines Hauses durch Juden von einem Christen rückgängig gemacht werden.

Abwalmung – s. Walmdach.

Achtpass – Füllfigur eines Rundfensters, spätromanische und gotische Maßwerkfigur, hier acht gleichmäßige, zentrierte, durch Nasen verbundene halbrunde Zierformen. Entsprechend gibt es auch Fünfpässe, Sechspässe etc. Verwendung hauptsächlich bei Sakralbauten.

Albus – Im Spätmittelalter vor allem im Rheinland und in Hessen verbreitete Währung.

Almemor – Andere, ursprünglich aus dem Arabischen (*al-mimbar*) stammende Bezeichnung für *Bima*.

Apsis *(griech. Krümmung, Wölbung)* – Halbkreisförmiger, von einer Halbkuppel überwölbter Raum, der einem größeren Hauptraum angefügt oder eingefügt ist und sich zu diesem in seiner ganzen Höhe und Breite öffnet. Vom römischen Profan- und Sakralbau übernommen für die christliche Basilika. Birgt hier den Bischofsstuhl, das Presbyterium und auch den Altar. Im Synagogenbau des 19. Jahrhunderts Standort des Toraschreins.

Architrav – Horizontaler Balken oder Steinriegel, der quer über mehrere Säulen oder Pfeiler gelegt ist.

Archivolte – Stirnseite eines Bogens bei Arkaden, Triumphbögen, Stadttoren und Portalen, häufig profiliert oder dekoriert.

Arisierung – Überführung jüdischen Besitzes, insbesondere von Immobilien, in die Hände von nichtjüdischen Privatleuten, Firmen, Kommunen oder des Staates, häufig durch erpressten Verkauf oder Enteignung.

Aron ha-Kodesch *(hebr. heiliger Schrank)* – Das Behältnis, in dem man in der Synagoge die Torarollen aufbewahrt (Toraschrein). Im Mittelalter meist einfach eine Nische in der Ostwand, später auch ein hölzerner Schrank, umgeben von einer Rahmenarchitektur, ähnlich christlichen Barockaltären.

Attika – Aufmauerung über dem Hauptgesims eines Gebäudes, meist mit einem oben abschließenden Gesims, um die Dachkonstruktion zu verdecken.

Aufschiebling – Holzstück zur Abdeckung des Winkels am Sparrenfuß zwischen Sparren und Vorholz, um eine einheitliche Schräge des Daches zu erreichen.

Auslucht – Auch Standerker. Vom Boden aufsteigender, durchfensterter Fassadenvorbau mit eigenem Dach. Kann ein- oder mehrgeschossig sein.

Bede – Seit dem 13. Jahrhundert aufkommende, ursprünglich freiwillige direkte Steuer auf Grundbesitz und Gebäude.

Beisasse – Bürger einer Stadt mit eingeschränktem Bürgerrecht. Beisassen unterstanden dem Schutz des Stadtrechtes, mussten dafür aber ein Beisitzgeld zahlen. Sie unterstanden der städtischen Jurisdiktion, blieben aber von wesentlichen politischen Rechten ausgeschlossen.

Besamimbüchse – Häufig kunstvoll gestaltete Behälter für duftende Gewürze, an denen am Ende des Schabbats mit einem Segensspruch gerochen wird.

Bet Midrasch (*hebr. Lehrhaus*) – Höhere Schule im traditionellen jüdischen Unterrichtswesen. Die Schüler wechselten im Alter von 12 bis 15 Jahren von der Elementarschule (*Cheder*) in das *Bet Midrasch*.

Betteljuden – Meist nicht sesshafte Juden ohne Schutzstatus, die sich von Betteln und Hilfstätigkeiten ernähren mussten und auf die Wohltätigkeit jüdischer Gemeinden angewiesen waren. Von der christlichen Obrigkeit wurde ihnen häufig Aufenthalt oder Durchreise verwehrt.

Beständer – Lokale Bezeichnung in Hessen und im Mittelrheingebiet für den Pächter eines Jagdreviers.

Biforienfenster – s. Koppelfenster.

Bima *(hebr. Bühne)* – Erhöhter, abgegrenzter Platz in der Synagoge, von dem aus die Tora vorgelesen wird. Bei orthodoxen Gemeinden in der Mitte der Synagoge, bei reformorientierten oft vor dem *Aron ha-Kodesch*. Ursprünglich nur leichte Erhöhung des Fußbodens, später immer dominierender und in kunstvoller Arbeit ausgeführt.

Bne Brit (*hebr. Söhne des Bundes*) – 1843 in New York gegründete jüdische Loge, ähnlich den Freimaurerlogen, mit dem Ziel der Förderung von Humanität und Toleranz sowie der Unterstützung bedürftiger Jüdinnen und Juden. Der deutsche Zweig wurde 1882 in Berlin gegründet und firmierte hier meist als „*Bne Briss*“. Entwickelte sich bis 1933 zu einer umfassenden Wohlfahrtsorganisation und beteiligte sich auch an der Abwehrarbeit gegen den Antisemitismus. 1937 wurden die reichsweite Organisation und die einzelnen örtlichen Logen vom NS-Regime gewaltsam aufgelöst. Nach 1945 gründete sich *Bne Brit* in der Bundesrepublik Deutschland neu.

Brouillon (*frz. Entwurf*) – Landkarten, die im Zuge der Flurbereinigungen im 18. und 19. Jahrhundert angelegt wurden, bei denen vormals gemeinwirtschaftlich genutzte Flächen in Privatbesitz umgewandelt wurden.

Cent – Auch Zent. Gerichtsbarkeit und Gerichtsbezirk für schwere Delikte wie Mord, schwere Körperverletzung, schweren Diebstahl, Brandstiftung und Notzucht, die mit Todesstrafen oder körperlichen Strafen belegt waren.

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens – Gegründet 1893 in Berlin als Reaktion auf den sich verbreitenden und politisch sich organisierenden Antisemitismus. Der Vereinszweck bestand in der Durchsetzung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und in der Abwehr des Antisemitismus.

Chasan, pl. Chasanim *(hebr. Vorbeter, Kantor)* – Leitet den Gottesdienst in der Synagoge. Aufgrund der vielen gesungenen Psalmen haben viele Vorsänger eine stimmliche Ausbildung. In kleineren jüdischen Gemeinden diente der Vorsänger oft gleichzeitig als Religionslehrer und Schächter. Bereits im Mittelalter, aber auch in heutigen jüdischen Gemeinden ist der Rabbiner häufig gleichzeitig Vorsänger.

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-046

Cheder (*hebr. Zimmer*) – Religiös geprägte Elementarschule im traditionellen jüdischen Unterrichtswesen.

Chevra kadischa *(hebr. heilige Genossenschaft)* – Im Deutschen oft mit „Heilige Brüderschaft“ bzw. „Heilige Schwesternschaft“ übersetzt. Die Angehörigen der *Chevra kadischa* sorgen für die Bestattung der Toten und die respektvolle Beachtung der Trauerbräuche. Oft übernehmen sie auch die Pflege von Kranken und andere soziale Tätigkeiten.

Displaced Persons (DPs) – Bezeichnung für die Personen, die infolge des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Heimat vertrieben und verschleppt wurden, unter anderem Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge der Konzentrationslager. Nach Kriegsende wurden die meisten von ihnen in sogenannten „DP-Lagern“ untergebracht. Aufgrund des besonderen Verfolgungsschicksals richtete die amerikanische Militärregierung für jüdische DPs eigene Lager ein. Im Sommer 1947 befanden sich ungefähr 184.000 von ihnen in Deutschland, davon etwa 157.000 in der amerikanischen Besatzungszone, zu der Hessen gehörte. Die meisten der jüdischen DPs emigrierten Ende der 1940er-Jahre nach Israel oder in die USA.

Ecklisene – s. Lisene.

Eselsrücken – Geschweifter, oben angespitzter Bogen, der dem Rücken eines Esels gleicht.

Estherrolle – Oft besonders reich geschmückte Schriftrolle, die die biblische Geschichte der Königin Esther beinhaltet und zum *Purim*-Fest vorgelesen wird.

Estrade *(frz. Podium)* – Um eine oder mehrere Stufen erhöhter Teil des Fußbodens, im Synagogenbau in Kombination mit der *Bima* vor der Torawand angeordnet, vorwiegend bei liberalen jüdischen Gemeinden.

Etrog – Zitronatzitrone, die während des Laubhüttenfests (*Sukkot*) zum Gebet verwendet wird. Häufiges Motiv im Kunsthandwerk und in der Synagogenarchitektur.

Fiale (*von ital. Foglia: Blatt*) – Schlankes, spitz zulaufendes Türmchen, häufig als Bekrönung von Strebepfeilern. Architektonische Zierform der Gotik.

Frauen-Schul, Frauensynagoge – Oft erhöhter Bereich in der Synagoge mit den Sitzplätzen für die Frauen; im Barock meist ebenerdig mit dem Männerbetsaal, auch in zwei Geschossen übereinander, als Frauenempore über Stützen oder Konsolen in den Hauptsaal ragend (ein-, zwei- oder dreiseitig) oder als Galerie über dem Eingangsbereich. In orthodoxen Gemeinden gibt es über der Brüstung Sichtschutzgitter.

Fußpunkt – Unteres Ende eines architektonischen oder baulichen Elements.

Gabbai *(hebr. Steuereinnehmer)* – Ursprünglich Almosen- oder Steuereinnehmer der jüdischen Gemeinde (*Gabbai Zedaka*). Nach Bedeutungswandel derjenige der Gemeindeältesten, der bei der Toralesung assistiert.

Genisa (*hebr. Speicher*) – Raum zur Aufbewahrung verbrauchter und nicht mehr lesbarer liturgischer Schriften, häufig ein vermauerter Hohlraum.

Gewände – Schräge seitliche Begrenzung eines Fensters oder eines Portals in einer Wand oder Mauer, im Unterschied zur gerade geschnittenen Laibung.

Gove (Medina) *(hebr. gove: Kassierer)* – Steuereinnehmer (der Landjudenschaft).

Gurtgesims – Horizontale Unterteilung der Fassade zwischen Stockwerken, die aus der Außenwand hervorragt.

Haggada, **pl. Haggadot** – Buch mit Erzählungen aus dem Buch Exodus, Auslegungen dazu und Handlungsanweisungen für die Zeremonie am *Erev Pessach*, dem abendlichen Beginn des *Pessach*-Festes. Im Laufe der Jahrhunderte entstanden einige berühmte und künstlerisch reich ausgestattete *Haggadot*.

Halacha (*von hebr. halach: gehen*) – Rechtlicher Teil der jüdischen Überlieferung. Er umfasst die 613 Gebote und Verbote (*Mizwot*) und deren Auslegung, die jüdischen Bräuche und Traditionen sowie allgemeine Religionsgrundsätze.

Halbwalm – s. Walmdach.

Halsring – Ring unter dem Kapitell einer Säule.

Hammerbalken – Tragendes Element einer Hammerbalken-Decke, einer in der mittelalterlichen Architektur in England verbreiteten, nach unten offenen Dachkonstruktion, insbesondere bei Kirchenbauten.

Hausgesäß – Vormoderne Bezeichnung für Haushalt. Bis in das 18. Jahrhundert war es gebräuchlich, bei Volkszählungen, Steuerbüchern und Ähnlichem in einer Ortschaft die Anzahl der Hausgesäße statt der einzelnen Einwohner zu erfassen.

Hofjude – Auch Hoffaktor. Ein im Umkreis einer Residenz wirkender Finanzier, Geschäftsagent und selbständiger Kaufmann, der Hof und Militär mit Finanzmitteln, Luxusgütern, Waffen, Pferden etc. versorgte.

Hofreite – Von Gebäuden umschlossener Hofraum. In Hessen wird darunter speziell ein landwirtschaftliches Anwesen innerhalb eines Ortes verstanden.

Interkolumnien – Lichter Abstand, also Abstand zwischen den jeweiligen Außenseiten der Säulen einer Säulenreihe.

Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) – 1947 in New York gegründete Organisation, die sich in der amerikanischen Besatzungszone um die Rückerstattung unrechtmäßig erworbenen jüdischen Eigentums kümmerte.

Judenpager – Städtischer Geldeinnehmer (Pager), der für die Abgaben der Juden zuständig war.

Judenregal – Mittelalterliches Hoheitsrecht, das die Juden gegen Bezahlung von Schutzgeldern dem Kaiser unterstellte. 1236 erklärte Friedrich II. alle Juden zu seinen „Kammerknechten“. 1356 ging das Judenregal in der „Goldenen Bulle“ an die Kurfürsten über. Später wurde das Judenregal auf die Landesfürsten und Reichsritter erweitert.

Kadisch *(hebr. kadosch: heilig)* – Ein größtenteils aramäisches „Heiligkeitsgebet“, das beim öffentlichen Gebet dem Achtzehngebet (*Schmone Esre*) folgt und von den Betern gemeinsam im Stehen und zum Teil im Wechsel mit dem Vorbeter gesprochen wird. In Deutschland ist das *Kadisch* seit dem 13. Jahrhundert Trauergebet. *Kadisch* wird nicht „gebetet“, sondern „gesagt“.

Kämpfer – 1. Zone, an der die Krümmung eines Bogens oder eines Gewölbes beginnt. Hier findet die Übertragung der Lasten auf das Mauerwerk statt. Oft durch ein vorspringendes, profiliertes Kämpfergesims akzentuiert. 2. Querunterteilung aus Holz oder Stein bei Fenster und Tür.

Kannelierung (*frz. cannelure: Rinne*) Senkrechte konkave Auskehlung einer Säule oder eines Pfeilers.

Kehilla, pl. Kehillot *(hebr. Versammlung)* – Jüdische Ortsgemeinde.

Kehlbalken – horizontaler Balken, der zwei gegenüberliegende Sparren verbindet und deren Durchbiegung verhindert. Kehlbalken ermöglichen größere Dachhöhen und Gebäudetiefen.

Kellerei – Vor allem im südwestdeutschen Raum gebräuchliche Bezeichnung für die Finanzverwaltung einer Territorialherrschaft, später als Kameralamt bezeichnet.

Kielbogen – Spitz zulaufender Bogen mit geschweiften Schenkeln, der im unteren Teil nach innen (konkav) und im oberen Teil nach außen (konvex) geschwungen ist.

Kinder-Schul – s. Cheder.

Klause – Zumeist von privater Seite gestiftetes Lehrhaus für Talmud- und Torastudien für einen geschlossenen Schülerkreis, häufig an Synagogen angeschlossen oder in Verbindung mit einer solchen (Klaussynagoge).

Koppelfenster – Mehrere nebeneinander liegende und einander eng zugeordnete Fenster, die durch dünne Pfosten oder Säulen voneinander getrennt sind. Ein Koppelfenster aus zwei Teilfenstern ist ein Biforienfenster oder Biforium.

Krüppelwalmdach – s. Walmdach.

Landjudentum – Nach Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus den Städten Ende des 15. und im Lauf des 16. Jahrhunderts ließen sich etliche jüdische Familien auf dem Land nieder, häufig unter der Schutzherrschaft mäßig begüterter Adeliger, für die die Schutzgelder der jüdischen Ortsbewohner eine willkommene Einnahmequelle darstellten. In vielen Dörfern entwickelten sich ab Ende des 17. Jahrhunderts blühende jüdische Gemeinden, so dass die Zahl der jüdischen Ortsbewohner gelegentlich sogar die der christlichen überstieg. Mit der Emigration im 19. Jahrhundert und der Landflucht, die nach Gestattung der freien Wohnortswahl ab 1861 einsetzte, verarmten viele jüdische Landgemeinden und wurden häufig ganz aufgegeben.

Landjudenschaft – Organ jüdischer Selbstverwaltung in größeren Territorien oder in territorienübergreifenden reichsritterschaftlichen Gebieten von der frühen Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert.

Leibzoll – Abgabe, die Juden bis ins 19. Jahrhundert beim Überschreiten von Zollgrenzen für ihre körperliche Unversehrtheit zahlen mussten.

Lisene – Vertikaler, vorspringender Wandstreifen (Wandvorlage) ohne Basis und Kapitell. Als Gliederungselement der Wandfläche und der Kanten (Ecklisene) erstmals in der romanischen Baukunst.

Lünetten (*frz. lunette: kleiner Mond*) – Halbkreisförmige oder kreissegmentförmig gerahmte Wandfelder, die sich über Fenstern oder über Türen befinden. Sie sind häufig mit malerischem oder plastischem Schmuck versehen.

Machsor, pl. Machsorim – Buch mit den Gebeten für die Feiertage.

Mansarddach – Auch gebrochenes Dach. Dach mit unterschiedlichen Dachschrägen. Die Dachfläche ist parallel zur Traufe gebrochen, um im unteren Dachteil eine steilere Dachneigung zu ermöglichen.

Matrikel – Im 18. und 19. Jahrhundert mussten die örtlichen Pfarrer in Hessen-Darmstadt und im Herzogtum Nassau sogenannte Judenmatrikel anlegen, in denen die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle unter der jüdischen Bevölkerung dokumentiert wurden. In Kurhessen und im Fürstentum Waldeck waren die jüdischen Gemeinden verpflichtet, dies in sogenannten Synagogen-Büchern zu dokumentieren.

Mazze, pl. Mazzot – Ungesäuertes Brot, das eine Woche lang während *Pessach* gegessen wird. Die *Mazze* erinnert daran, dass die Israeliten bei ihrem Auszug aus Ägypten keine Zeit hatten, den Teig säuern zu lassen, weil sie aus dem Land getrieben wurden.

Mazzewa, pl. Mazzewot – Jüdischer Grabstein.

Mechiza (*hebr. Trennung*) – Vorrichtung zur räumlichen Trennung der Geschlechter in der Synagoge. Konnte eine Wand, eine Absperrung oder ein Vorhang sein.

Menora *(hebr. Lampe, Leuchter)* – Bezeichnet ursprünglich den siebenarmigen Leuchter im Jerusalemer Tempel. In der Spätantike wurde die *Menora* ein beliebtes Motiv in der jüdischen Kunst, seit 1948 ist sie offizielles Emblem des Staates Israel.

Mikwe *(hebr. Sammelplatz des Wassers)* – Rituelles Tauchbad, das im Grundbestand mit „lebendigem Wasser“ (Bach- oder Flusswasser, Grundwasser, Regenwasser) gespeist wird. Das vollständige Untertauchen in der Mikwe dient der Wiederherstellung der rituellen Reinheit z. B. nach der Menstruation, der Berührung eines Toten oder bestimmten Krankheiten. Auch Gegenstände wie Geschirr werden zuweilen in Mikwen gereinigt.

Minjan *(hebr. Zählung)* – Mindestanzahl von zehn religiös volljährigen Männern (nach der *Bar Mizwa*), die zur Abhaltung eines Gottesdienstes nötig sind. In Reformgemeinden zählen auch Frauen zum *Minjan*.

Misrach *(hebr. Osten)* – Gebetsrichtung nach Jerusalem. In die Misrachwand (Ostwand) wurde daher der *Aron ha-Kodesch* eingebettet. Darüber lag meist, sofern von der Architektur her möglich, ein oft rundes Misrachfenster.

Mohel – Ausgebildeter Fachmann, der die Beschneidungen vollzieht.

Ner tamid *(hebr. ewiges Licht)* – Ständig brennendes Licht in der Synagoge, früher in einer Nische an der Westwand, später vor dem *Aron ha-Kodesch*, oft in einem von der Decke hängenden Behälter. Das *Ner tamid* erinnert an die *Menora* im Jerusalemer Tempel.

Nürnberger Gesetze – Am 15. September 1935 vom nach Nürnberg einberufenen Reichstag beschlossene Gesetze, die Juden zu Bürger zweiter Klasse degradierten: 1. „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“: Es verbot Geschlechtsverkehr und Eheschließung zwischen Juden und „Ariern“. 2. Reichsbürgergesetz: Nur „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ wurden als „Reichsbürger“ anerkannt und hatten damit volle staatsbürgerliche Rechte. 3. Reichsflaggengesetz: Die Hakenkreuzflagge wird zur Reichsflagge bestimmt.

Novemberpogrome – Vom nationalsozialistischen Regime organisierte und gelenkte Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung, vor allem in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, die mancherorts aber auch schon ab dem 7. Oktober begannen und bis zum 13. November andauern konnten. Dabei wurden im gesamten Reichsgebiet über 1.500 Jüdinnen und Juden ermordet, etwa 1.400 Synagogen und Beträume zerstört, außerdem tausende Geschäfte und Wohnungen sowie jüdische Friedhöfe. Mindestens 30.000 Jüdinnen und Juden wurden in Konzentrationslager verschleppt, viele hundert von ihnen starben an den Folgen. Die Gewaltaktionen wurden vor allem von SA-Trupps ausgeführt, oft aber

von den örtlichen Stellen und Teilen der Bevölkerung unterstützt oder zumindest wohlwollend begleitet.

Okulus *(lat. oculus: Auge)* – Rundfenster.

Omer – Zeitraum zwischen *Pessach* und *Schawuot*, sowie der Brauch, diese Tage zu zählen.

Palladio-Motiv – Mit einem Rundbogen überwölbte Portal- oder Fensteröffnung, die seitlich von schmaleren und niedrigeren Rechtecköffnungen flankiert ist.

Pallisch – Vorbau bzw. Vorraum einer Synagoge, der in größeren Gotteshäusern den Betsaal von der profanen Außenwelt abschirmt. Über diesen Vorraum, in dem sich oft ein Waschbecken für die Männer sowie Stiftungs- und Gedenktafeln befinden, führt gelegentlich auch der Weg zur Frauenempore.

Parnas, pl. Parnasim *(hebr. Vorsteher)* – Ursprünglich Verwalter einer Gemeinde, seit dem 16. Jahrhundert als Einzelner oder im Kollegium mehrerer *Parnasim* vorwiegend für die Organisation der Gemeinden, der Landjudenschaften sowie für die Vermittlung zwischen den jüdischen Gemeinden und den Landesherren zuständig. Zum Teil wurden die *Parnasim* vom jeweiligen Fürsten eingesetzt. Auf Deutsch wurde der *Parnas* (Orts-)Vorgänger oder Vorgeher genannt.

Parochet *(hebr. Vorhang)* – Hebräische Bezeichnung für den Vorhang vor dem Allerheiligsten des Tempels, später auch vor dem *Aron ha-Kodesch* der Synagoge. Oft von Vereinen oder Privatleuten gestiftet und mit einer gestickten Inschrift versehen.

Pendentif – Sphärisches Dreieck zur Überleitung vom quadratischen Grundriss des Unterbaus zum kreisförmigen Fuß der Kuppel.

Pfettendach – Dachkonstruktion, bei der die Dachsparren durch waagrechte Längsbalken (Pfetten) gehalten werden.

Pilaster – Wandpfeiler oder Wandvorlage mit Basis und Kapitell, Projektion einer Säule auf die Wand.

Pogrom *(russ. Verwüstung, Zerstörung)* – Kollektive Gewaltaktion aus den Reihen der Mehrheitsbevölkerung gegen eine Minderheit, insbesondere Juden. In der ursprünglichen Bedeutung nicht oder wenig organisiert und durch nicht-staatliche Akteure ausgeführt, konnten Pogrome, wie im Fall der Novemberpogrome 1938, auch von staatlicher Seite initiiert oder gar organisiert werden. Der Begriff entstand im Kontext der judenfeindlichen Ausschreitungen in Russland in den 1880er Jahren, verbreitete sich dann schnell auch in anderen Räumen. Er bezeichnete zunächst speziell Gewalt gegen Juden und wird dann auch für Massenausschreitungen gegen Minderheiten ganz allgemein verwendet.

Pylon – Häufig schräg verlaufender Pfeiler als tragendes Bauelement; auch Torbau des ägyptischen Tempels oder Pfeiler einer Hängebrücke.

Rabbiner – Gesetzeskundiger, der aktuelle Fragen der Anwendung der Tora entscheidet. Rabbiner durchliefen meist in *Jeschiwot* eine langjährige Ausbildung in *Tora* und *Talmud*.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten – 1919 gegründete Vereinigung von jüdischen deutschen Soldaten, die im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten. Explizite Zielsetzung war die Abwehr des Antisemitismus, insbesondere die Zurückweisung der antisemitischen Lüge, dass sich Juden im Weltkrieg vor dem Fronteinsatz gedrückt hätten. Der Reichsbund beteiligte sich auch an jüdischen Selbstschutzmaßnahmen, beispielsweise nach den antisemitischen Krawallen im Berliner Scheunenviertel im November 1923. Dem Reichsbund wurde 1936 jede politische Tätigkeit verboten, 1938 wurde er zwangsweise aufgelöst.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland – Am 17. September 1933 wurde die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ in Berlin gegründet, um in der bedrückenden Situation der nationalsozialistischen Herrschaft eine legitimierte Vertretung zu besitzen, die als Sprecherin des deutschen Judentums auftreten konnte. Im Zug der Nürnberger Gesetze 1935 umbenannt in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“, wurde sie im Juli 1939 umgewandelt in die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, die nicht mehr ein freiwilliger Zusammenschluss der deutschen Juden, sondern eine unmittelbar der Gestapo unterstellte Zwangsvereinigung darstellte, der alle vom NS-Regime als „Rassejuden“ bezeichneten Personen automatisch zugeordnet waren. Sie fungierte unter anderem als Rechtsnachfolgerin der israelitischen Kultusgemeinden nach deren meist erzwungener Auflösung und war damit für den Verkauf von Synagogen zuständig. Am 10. Juni 1943 schloss die Gestapo die Geschäftsstelle der Reichsvereinigung in Berlin-Charlottenburg, deportierte ihre Mitarbeiter und beschlagnahmte das Vermögen.

Risalit *(ital. Risalto: Vorsprung, Vorbau)* – Ein in voller Höhe eines Baus vor dessen Flucht tretender Bauteil mit Giebel oder mit eigenem Dach. Wurde zur Gliederung hauptsächlich im barocken Profanbau verwendet. Wird je nach Lage an der Fassade als Mittel- oder Seitenrisalit bezeichnet.

Ritualbad – s. Mikwe.

Rosch ha-Schana *(hebr. Anfang des Jahres)* – Jüdisches Neujahrsfest. Mit *Rosch ha-Schana* beginnen die zehn Bußtage, die mit Jom Kippur enden. Wichtige Elemente des Gottesdienstes sind das Blasen des Widderhorns (*Schofar*) sowie Bußgebete.

Ruhrbesetzung – Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde das gesamte linksrheinische Gebiet des Deutschen Reichs, einschließlich einiger rechtsrheinischer Brückenköpfe wie Mainz, entmilitarisiert und von Truppen der Siegermächte besetzt. Nachdem das Deutsche Reich mit den Reparationszahlungen in Verzug geraten war, besetzten französische Truppen im Januar 1923 auch das Ruhrgebiet. Die Besetzungen des Rheinlands und des Ruhrgebiets führten zu einer heftigen nationalistischen Agitation in Deutschland. Die Ruhrbesetzung endete im September 1925, die Besetzung des Rheinlands bis zum Juni 1930.

Rustika, rustiziert *(lat. rusticus: ländlich, grob, bäuerlich)* – Mauerwerksstruktur aus grob behauenen, oft buckligen Quadern. Erzielt eine repräsentative, wehrhafte Wirkung vor allem am Erdgeschoss von Palast- und Schlossfassaden.

SA – Sturmabteilung. Paramilitärische Kampftruppe der NSDAP. Vor 1933 war sie wegen der von ihr provozierten Saal- und Straßenschlachten berüchtigt. Nach dem sogenannten Röhm-Putsch 1934 verlor sie an politischer Bedeutung. In der Pogromnacht 1938 wurde die SA in den meisten Orten zur Zerstörung der Synagogen und Verhaftung der jüdischen Bürger eingesetzt.

Satteldach – Dachform, die aus zwei gegeneinander ansteigenden Dachflächen besteht und an den Schmalseiten von Giebeln abgeschlossen wird.

Schabbat – Siebter, heiliger Tag der Woche, der der Ruhe sowie der Erinnerung an die göttliche Weltschöpfung und die Befreiung Israels aus ägyptischer Sklaverei dient. Beginn der Feier am Freitagabend mit Lichtanzünden und Begrüßung des Schabbat, Ende am Samstagabend nach Eintritt der Dunkelheit.

Schabbes-Goi, pl. Schabbes-Goim, Schabbes-Magd – Schabbes-Goim oder Schabbes-Mägde sind Nichtjuden bzw. Nichtjüdinnen, die im Auftrag von Jüdinnen und Juden kleine Hilfsdienste übernehmen, die religiöse Jüdinnen und Juden am Schabbat nicht selbst ausführen dürfen, zum Beispiel das Anzünden von Kerzen oder elektrischem Licht.

Schächten – Rituelles Schlachten von Tieren. Um das möglichst vollständige Ausbluten zu gewährleisten, wird gleichzeitig ein Querschnitt durch Halsschlagadern und Luftröhre ausgeführt, was zur schnellen Bewusstlosigkeit des Tieres führt.

Schechita – s. Schächten.

Scheinrisalit – s. Risalit.

Schochet, pl. Schochtim – Fachmann für das Schächten. Nur er darf die Schächtung mit dem Schächtmesser vornehmen.

Schofar – Widderhorn, das im Synagogengottesdienst an Neujahr (*Rosch ha-Schana*) und am Schluss des Versöhnungstages (*Jom Kippur*) geblasen wird.

Schopfwalm – s. Walmdach.

Schtadlan, pl. Schtadlanim – Fürsprecher und Vermittler einer jüdischen Gemeinde gegenüber der nichtjüdischen Obrigkeit. Das Amt war hoch angesehen in der Gemeinde und erforderte Kenntnisse der Landessprache und des Rechtssystems.

Schul – Alltägliche Bezeichnung sowohl für die Synagoge als auch für die darin stattfindenden Gebete und Gottesdienste.

Schulklopfer (*hebr. Schamasch: Diener*) – Auch Schames. Synagogendiener, der die einfacheren Aufgaben in einer Synagoge erfüllt.

Schutzgeld – Abgaben, die jüdische Familien, Gemeinden und zuweilen auch Gemeindeverbände ursprünglich an den Kaiser entrichten mussten, um dafür ein befristetes Aufenthaltsrecht in den jeweiligen Orten zu erhalten. Später wurde das Judenregal auf die Kurfürsten, Landesfürsten und Reichsritter erweitert. In den Schutzbriefen oder Privilegien wurde oft die besondere Rechtsstellung der Juden in den Dörfern oder Städten festgehalten. Die Schutzgelder betrugen in der Regel ein Vielfaches von dem, was christliche Untertanen an Abgaben zu leisten hatten, und stellten damit für die Landesherren eine willkommene Einnahmequelle dar.

Schutzjuden – Jüdische Familienhäupter, denen gegen Zahlung von Schutzgeldern mit ihrer Familie der Aufenthalt in einem Ort gestattet wurde.

Segmentbogen – Auch Flachbogen. Das Kreissegment ist kleiner als ein Halbkreisbogen.

Sofer (*hebr.: Schreiber*) – Beruf des Schreibers kunstvoll gestalteter religiös-zeremonieller Texte, etwa von Torarollen, der großes künstlerisches Können und eine entsprechende Ausbildung voraussetzt.

Sohlbank – Anderer Begriff für Fensterbank.

Spolie *(lat. spolium: Beute)* – Bauteil oder anderer Überrest (z. B. Teil eines Reliefs, Fries, Rest einer Säule), der aus einer älteren Kultur stammt und in einem neuen Bauwerk wiederverwendet wurde.

SS – Schutzstaffel. Paramilitärischer Kampfverband der NSDAP. 1925 zum persönlichen Schutz Adolf Hitlers gegründet, unterstand sie ab 1926 der SA. Nach dem sogenannten Röhm-Putsch 1934 löste sich die SS unter Heinrich Himmler von der SA. Durch ihre personelle und organisatorische Verflechtung mit der Gestapo, die Verwaltung der Konzentrationslager, die systematische Ermordung der Jüdinnen und Juden und Massenexekutionen in Zweiten Weltkrieg war die SS eine Hauptträgerin von Terror und Vernichtungspolitik im nationalsozialistischen Herrschaftssystem.

Stand – Bewegliches Stehpult in barocken Synagogen. Wurde im 19. Jahrhundert aufgegeben.

Standerker – s. Auslucht.

Subsellien *(lat. niedere Bank, Sitz)* – In der Antike Sitze der Beamten und Würdenträger in öffentlichen Gebäuden, in frühchristlicher Zeit niedrige Bänke für die Priester in der Apsis. Begriff wird im 19. Jahrhundert verwendet für Schulbänke und die feststehenden Sitzbänke in Synagogen und Kirchen.

Sukka – Laubhütte, die von religiösen Juden für das siebentägige Laubhüttenfest *Sukkot* errichtet wird. In dieser Zeit wird bei geeignetem Wetter in der *Sukka* gegessen und manchmal auch geschlafen.

Supplik *(lat. supplicium: flehentliche Bitte)* – Bittschrift an eine höhergestellte Person oder Institution, z. B. einen Landesherren, insbesondere als Beschwerde über erlittenes Unrecht.

Taharahaus, Taharahalle *(hebr. tahara: rituelle Totenreinigung)* – Haus auf dem jüdischen Friedhof, in dem die Toten rituell gereinigt werden. Zur Grundausstattung des Taharahauses gehört daher meist eine steinerne Bank zur Aufbahrung der Leiche sowie Vorrichtungen zur Waschung wie Wasserzu- und -ablauf. Im 19. und 20. Jahrhundert wurden oft größere Taharahäuser mit verschiedenen Hallen sowie einer Wohnung für den Friedhofswärter errichtet.

Takkana, pl. Tekkanot *(hebr. Besserung)* – Verbessernde Anpassung der *Halacha*, damit Ausdruck eines lebendigen Auslegungsprozesses der Ge- und Verbote für den Lebenswandel.

Taschengeleit – Schutzbrief für Reisende, mit dem der Landesherr die Unversehrtheit des Reisenden garantiert, und Personen, die diesen schadeten, hohe Strafen androht. Taschengeleit war vor allem für niedrigstehende Reisende, die kein bemanntes und bewaffnetes Geleit erhalten konnten, wie etwa Juden, eine der wenigen Möglichkeiten, sich gegen die Gefahren des Reisens abzusichern.

Toramantel – Die Torarolle wird, nachdem sie mit einem Wimpel umwickelt ist, mit einem Mantel verhüllt und geschützt. Er besteht häufig aus einem Kopfstück mit zwei Öffnungen für die Stäbe der Torarolle sowie aus einem Vorder- und Rückenteil. Die Schauseite wird in gleicher Weise wie der Toravorhang mit Symbolmotiven geschmückt, vor allem mit einer Krone als Symbol für die Tora.

Torarolle – Der Text der Tora wird für die Verwendung im Gottesdienst von ausgebildeten Schreibern sorgfältig auf Pergament geschrieben und auf zwei Stäben aufgerollt.

Toraschild – Silberner Schild, der im Ritus der *Aschkenasim* (mittel- und osteuropäischen Juden) über den Toramantel gehängt wird und den Namen des jeweiligen Festes trägt, an dem die Torarolle verwendet wird.

Toravorhang – s. Parochet.

Tove (Medina), pl. Tovim – Beisitzer des Vorstands (der Landjudenschaft).

Traufgesims – Oberstes, das Bauwerk abschließendes Gesims direkt unterhalb der Traufe.

Tympanon – Schmuckfläche im Giebeldreieck oder im Bogenfeld eines Portals eines Gebäudes.

Vorbeter, Vorsänger – s. Chasan.

Walmdach – Das Walmdach weist nicht nur an den Traufseiten (Satteldach), sondern auch an den Giebelseiten geneigte Dachflächen (Walme) auf. Krüppelwalm/Schopfwalm: die mit einer kurzen, schrägen Dachfläche abgewalmte Giebelspitze; Halbwalm: zur Hälfte abgewalmter Giebel eines Satteldachs; Fußwalm: Walm am unteren Teil des Giebels.

Wange – Seitliche Begrenzung einer Treppe.

Welscher Giebel – Giebel, dessen Umriss von Kreisformen (Viertel- oder Halbkreissegmente) bestimmt ist, die nach innen oder außen schwingen.

Würfelzoll – Symbolische Abgabe, die Juden beim Überqueren von Zollgrenzen zusätzlich zum Leibzoll auferlegt wurde und die im Unterschied zu diesem nicht in Form von Geld, sondern von Würfeln entrichtet werden musste. Sie war damit ausschließlich als antijüdische Schikane gedacht.

Zedaka *(hebr. Vertragstreue, Gerechtigkeit)* – Abgeleitet von einem Zentralbegriff der hebräischen Bibel, Begriffsverengung auf Almosen. Zedakabüchsen, in denen die Almosen gesammelt wurden, gehören zur Grundausstattung jeder Synagoge.

Zeltdach – Dachform, die aus mehreren (mindestens drei) gegeneinander geneigten Dachflächen besteht, die in einer Spitze zusammenlaufen.

Zerrbalken – Dachbalken, der die beiden unteren Enden der gegenüberliegenden Sparren einer Dachkonstruktion verbindet und Zugkräfte aufnimmt.

Zionismus – Moderne jüdische Nationalbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Entstand ursprünglich in Osteuropa, wo er bis zum Zweiten Weltkrieg über die größte Massenbasis verfügte. Nach dem Erscheinen von Theodor Herzls Werk *Der Judenstaat* (1896) formierte sich die zionistische Bewegung als politische Organisation in vielen Ländern, darunter auch als „Zionistische Vereinigung für Deutschland“. Als Ziel der Bewegung wurde beim Ersten Zionistischen Kongress in Basel 1897 „für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ formuliert. Trägerin zunächst kleiner, später umfangreicher jüdischer Siedlungstätigkeit in Palästina bis hin zur Etablierung des Staates Israel 1948. In Deutschland war der Zionismus bis 1933 wenig erfolgreich und konnte nur einen kleinen Teil der Jüdinnen und Juden hinter sein Programm versammeln, während er von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Zwickel – Spitz zulaufende Fläche, vor allem bei Bögen oder Gewölben.

Cornelia Berger-Dittscheid / Barbara Eberhardt / Angela Hager / Kerstin Ringeisen / Hans Schlumberger / Axel Töllner / Stefan Vogt

Ortsregister

Aachen 94
Abterode 96
Allenstein 88
Allersheim 97
Alsbach 82, 105–111, 352–353, 365, 367, 372, 415, 429–431, 435, 508
Altengronau 82
Altheim 329, 332–335
Amorbach 141
Arheilgen 116, 225, 457–461
Arnheim 286
Arolsen 82
Aschaffenburg 25, 61, 116–117, 141, 344, 579, 611, 625
Assenheim 15, 20, 96
Aßlar-Werdorf 97
Athen 642
Aub 81
Auerbach 62, 69, 109, 199, 459, 475, 477–478
Augsburg 19, 88, 95
Auschwitz 162, 193, 220, 242, 276, 286, 334, 346–347, 377, 435–436, 461, 495, 651

Babenhausen 15–16, 20, 115–133, 155, 164, 178, 192, 206, 281–288, 293–299, 332, 415, 441–451, 457, 579
Bad Nauheim 31, 89, 91
Bad Wildungen 88, 644
Bad Windsheim 97
Bad-Ems 65
Baden-Baden 86
Bechhofen 79, 282
Beerbach im Odenwald 365–366
Beerfelden 23, 27, 237
Belzec 30
Bensheim 509
Berlin 5, 82–83, 95–96, 213, 220, 234, 375, 398, 419, 648, 650
Bernburg 378, 517
Bessungen 201, 410, 465–467, 469
Beverungen 79
Biblis 371, 374
Bickenbach 105, 320
Bieber 541–549, 621
Bielefeld 95
Bielsko-Biała 91
Bingen 142, 470, 580
Bischofsheim 157, 581
Bodenfelde 95
Bommersheim 17
Bonn 91
Brandenburg an der Havel 334
Bremen 91, 546
Breslau 38, 66, 86
Breuberg 23, 270, 304
Breuna 87
Buchen 141
Buchschlag 525, 597
Budenheim 512
Büdingen 16, 20, 147
Bukarest 642
Bürgel 571, 621–631, 635–636, 640, 656
Burgsteinfurt 80

Chemnitz 94
Chevy Chase 241
Chicago 238, 240, 360, 410
Chiesch in Böhmen 466
Cottbus 95
Crumstadt 395
Czenstochau 92

Darmstadt 5–6, 8–9, 13, 19, 22, 26–28, 30–31, 41–42, 44–46, 64, 69, 84, 86–87, 92–94, 107, 109–110, 115, 119–120, 125–127, 129–130, 141, 144, 148, 158, 160–163, 165, 178–180, 187–194, 199, 201–203, 205–207, 211–212, 213, 216, 218, 220, 225–227, 230–232, 234, 236–239, 242, 244, 255, 257, 261–262, 267, 270–273, 275–276, 284–285, 287, 294, 297–298, 309, 311–312, 317–318, 321–323, 329–330, 332–333, 342–344, 346–347, 351, 354, 347, 360, 365–366, 368, 371–373, 374–378, 389, 391–392, 396, 398–400, 405, 407, 409–411, 419–420, 422–423, 430, 432, 434–435, 442, 447, 449, 457–461, 465–499, 507–517, 536, 547–548, 561–564, 566–567, 575, 586, 597, 604–606, 642, 646, 651
Darmstadt-Arheilgen 193, 517
Darmstadt-Bessungen 353, 365, 405
Darmstadt-Eberstadt 193, 517
Den Haag 650
Dessau 39, 88, 94
Dieburg 103–451
Dietesheim 571–576, 629
Dietzenbach 541–549
Dingersfeld 282
Dorndiel 422
Dortmund 91, 110
Dramburg 80
Dreieichenhain 525–530, 545
Dresden 85–86, 92–93
Drohobytsch/Ukraine 84
Dudenhofen 119, 123, 441, 611–617
Duisburg 94
Düsseldorf 91, 470
Działoszyce 651

Eberstadt 202, 481, 493, 507–517
Egelsbach 320, 533–538, 566
Eppertshausen 177–183, 329, 441, 603
Eppstein 14, 17, 19, 541, 603, 611
Erbach 13, 19, 21, 23, 219, 310, 334, 341, 344–345, 367, 429
Erfelden 96
Erfurt 80, 91–92
Erzhausen 187–194
Eschborn 624
Eschenstruth 131
Eschollbrücken 365–380
Eschwege 95, 131
Essen 88, 91, 96, 164, 331

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-047

Fechenheim 624
Felsberg 95
Flieden 95
Florenz 642
Floß 282
Frankenberg 360
Frankfurt 5–8, 10, 13–22, 24–31, 38–44, 46–47, 57–61, 63–64, 66–68, 70, 78–83, 88–89, 91–92, 95, 105, 110, 115–117, 125–126, 129–132, 141, 154, 163, 165, 167, 177, 193, 199–200, 206, 220, 228, 240–242, 255, 257, 261, 276, 281, 286–288, 293, 297, 303, 306, 311, 317, 323, 331, 333–334, 351, 366, 371, 374–378, 387, 398, 409, 422, 429, 431, 433, 435–436, 441–443, 449, 451, 465, 467, 470, 475–476, 488, 507–509, 516, 529, 536–537, 541, 545–548, 556, 561, 566–568, 571, 575, 579, 584, 587, 591, 596–598, 605, 607, 616, 621–622, 624–625, 629, 635, 637–638, 640–644, 649, 652–653, 655
Frankfurt-Heddernheim 220
Frankfurt-Sachsenhausen 157, 648
Fränkisch-Crumbach 217
Friedberg (Hessen) 536
Friedberg 14, 16–19, 21, 23–25, 30, 38, 41, 46, 80–81, 83, 203, 537, 621, 637–638
Friedrichstadt 201
Fulda 61, 69, 80, 83, 225
Fürth 470

Gedern-Wenings 95
Gelnhausen 14, 82, 470, 579
Georgenhausen 216, 303, 344, 387–400, 405
Georgenhausen-Zeilhard 391, 400
Georgensgmünd 128
Gernsheim 105, 395
Gießen 6, 20–22, 28, 41, 80, 95, 218, 334, 366, 475
Gießen-Büdingen 28
Görlitz 88, 644
Göttingen 95
Götzenhain 525–530, 637
Gräfenhausen 187–194, 372, 517
Griesheim 191, 199–207, 256, 478, 508
Groß-Bieberau 211–221, 389, 396–398
Groß-Gerau 86, 188, 189, 191, 201, 365, 459, 481, 534, 561
Großkrotzenburg 554
Groß-Krotzenburg 555–556, 621
Großostheim 422
Groß-Rosen 495
Groß-Steinheim 574
Groß-Umstadt 22, 28, 96, 119, 125, 153, 160, 225–245, 271, 281, 293–299, 355, 408, 457
Groß-Zimmern 146, 161, 212, 214, 229, 237, 253–263, 269, 270, 388
Grünberg 21
Gudensberg 95
Gundernhausen 405–412
Gustavsburg 512
Guxhagen 96

Habitzheim 227, 229, 225, 267–276, 281, 303, 309, 313, 342–353, 345
Hadamar 96, 335, 436, 516
Hahn 365–380
Hähnlein 105–111
Hainburg 553–558
Hainhausen 611–617
Hainsfarth 282
Hainstadt 553–558
Halberstadt 22, 82, 470
Halle 79, 80, 97, 125, 242, 307, 334, 486, 645
Hamburg 66, 84, 89, 90–91, 567
Hanau 13, 15–21, 27, 30, 115–119, 225, 227, 281, 293, 332, 441, 481, 556, 566, 611, 625
Hannover 85–86
Harheim 18
Harpertshausen 115
Hausen 541
Hebenshausen 79
Hechingen 80
Hechtsheim 603
Heidelberg 5, 18, 94, 220, 509
Heidingsfeld 82
Hella Salomon 516
Heppenheim 335, 516
Hergershausen 119–120, 132, 144, 177–178, 256, 261, 281–288, 293, 441–445, 447
Hering 303, 341
Hersfeld 6
Hetschbach 228
Heusenstamm 187, 541–549, 611
Heybach 341
Höchberg 148
Höchst (Odenwald) 227
Höchst 87, 233, 238, 241, 309, 345–346, 370, 574, 605, 614, 643
Hofgeismar 80
Homberg (Ohm) 297
Homberg 14
Hüttenheim 307

Ichenhausen 419
Ingenheim in der Pfalz 594
Isenburg 13, 20–21, 25, 525, 591, 596, 598, 603, 635, 640, 642

Jerusalem 5, 8, 43–45, 67, 78–79, 110, 206, 242, 469, 641
Jugenheim 189, 431, 436
Jügesheim 611–617

Kalbach-Heubach 96
Karlsruhe 70
Kassel 6, 30, 39, 65–66, 69, 78, 80, 83–84, 94, 416, 419, 420–421, 585, 595, 641
Kirch-Brombach 294
Kirchbrombach 296
Kirchhain 77, 86
Kitzingen 86
Kleestadt 119, 123, 293–299
Klein Auheim 574
Klein-Krotzenburg 533–558
Klein-Umstadt 118, 225–245
Köln 66, 91, 95, 116, 130, 443, 498
Königsberg 88
Königstädten 189
Königstätten 508
Königstein 13, 23, 541
Koslau 122
Kowno 276, 311

Krakau 82
Külsheim 141
Kurmainz 40, 46, 143, 329, 625

Langen 13, 178, 193, 206, 533, 561–568, 592, 599, 603, 607
Langendiebach 574
Langenschwalbach 65
Lang-Göns 28
Langstadt 123, 128, 132, 293–299
Laudenbach 282
Laufersweiler 565
Laupheim 406
Le Havre 567
Leihgestern 189
Leipzig 89, 95, 304, 365, 373
Lengfeld 268, 270, 273, 276, 303–313, 341, 345–346
Lengnau (Kanton Aargau, Schweiz) 585
Leutershausen 285
Lich 96
Lieblos 82
Limburg 6
Linz 201, 242, 472–473
Lissabon 642
Lodz 30, 242
Lohra 82, 96
London 44, 193, 431, 650
Lorsch 130, 242, 561
Lübeck 374, 460
Lublin 30, 180, 449, 546, 606
Ludwigsburg 481
Lützelsachsen 406
Lyon 435

Magdeburg 18
Mainz 18, 21, 23–25, 30, 42, 44, 46–47, 57, 60–61, 65, 69, 78, 88, 94, 117, 130, 141–142, 145, 177, 182, 218, 225, 242, 253, 346, 398, 410, 473, 475, 495, 541, 553, 566, 571, 579, 603, 611
Maitland 537
Majdanek 30, 166
Mannheim 228, 241–242, 254, 261, 341–342, 376, 415, 507–508, 575, 585
Marburg 4, 40, 45, 68, 80, 86, 94, 310, 391, 653
Marburg-Frankenberg 28
Melsungen 395
Messel 177, 317–324, 405
Metz 132, 288, 435
Metzervisse 286
Michelbach 95
Michelstadt 23, 46, 95, 237, 244
Miltenberg 16, 121, 153, 225
Minsk 285, 607
Moislingen 374
Mosbach 422
Mühlheim 571–576, 629
München 395
Münster 91, 143–144, 164, 167, 178, 180, 293, 329–335
Münzenberg 13–14, 16, 80, 525

Nentershausen 96
Neu-Anspach 234, 243
Neuendettelsau 10, 55
Neu-Isenburg 591–599
Neustadt 478
New York 5, 26, 31, 42, 130, 145, 153–156, 220, 360, 407, 412, 419, 449, 546–567, 596–597, 622, 656
Nidda 15
Niedenstein 44
Nieder-Ramstadt 351–361, 508
Nieder-Roden 611
Niederursel 281
Nieder-Weisel 622
Nordstadt 189
Nürnberg 86, 128, 220

Ober-Klingen 273, 303, 309, 313, 341–348
Ober-Ramstadt 351–361, 408, 465
Ober-Roden 178, 181, 226, 366, 603–608
Oberroden 614, 621
Obertshausen 541–549
Oberwesel 17
Odessa 84
Oettingen 237
Offenbach am Main 31, 91, 96, 332, 530, 541–549, 621–631, 635–658
Offenburg 90
Offenthal 525–530, 637
Oklahoma, USA 546
Oppenheim 203, 221
Orb 115, 239
Orlando 537
Osnabrück 91
Osthofen 29, 206, 212, 297, 492
Otzberg 267–276, 303–313, 341–348

Paris 158, 332, 431, 567
Pfaffen-Beerfurth 217
Pfirschbacher 295
Pflaumheim 422
Pfungstadt 96, 199, 202, 256, 352, 365–380, 395, 431, 466–467, 471, 507, 514
Piaski 30, 130, 149, 162, 276, 323, 334, 346, 377, 411, 423, 436, 449, 516, 606
Potsdam 85, 119
Prag 80
Pressburg 641

Radheim 422
Raibach 148, 225–245
Regensburg 8
Reichelsheim 406
Reichenbach 111
Reichensachsen 86
Reinheim 144, 147, 200, 211, 215, 216–217, 268, 271, 293, 303, 365, 387–400
Rendel in der Wetterau 541
Richen 281
Riedstadt-Erfelden 86
Rimbach 95
Rödelheim 15, 641, 642
Rödermark 178, 603–608
Rodgau 611–617
Rodgau-Weiskirchen 96

Roermond 310
Romrod 87
Ronneberg-Altwiedermus 87
Rossdorf 365
Roßdorf 405–412, 465
Rotenburg 83
Rotenburg an der Fulda 83
Roth 259, 263, 395
Röttingen 17
Rumpenheim 623, 625
Rüsselsheim 201, 226, 605

Saarbrücken 91
Salmünster 574
Santo Domingo 182
Schaafheim 117, 125, 128, 130, 283, 293–299, 415–424
Schlierbach 119, 130, 293–299, 415, 423
Schupbach 96
Schwetzingen 85
Seckach 399
Seeheim 106, 111, 125, 376, 429–436, 460
Seesen 83, 642
Seligenstadt 120, 122, 125, 129, 141, 145, 177, 281, 297, 442–443, 481, 553, 556, 579–588, 611
Selma Reinheimer 516
Semd 268–269, 303
Shanghai 378
Sickenhofen 119–120, 126, 132, 178, 281–284, 441–451
Sobibor 30, 347, 597
Somborn 86
Spachbrücken 216, 255, 267, 269–270, 344, 387–400
Speyer 14, 225
Sprendlingen 147, 321, 525, 528, 591–599, 653
St. Louis 510
Steinach 229
Steinhart 282
Steinheim 14, 553, 555, 571–572, 574, 611, 614, 625
Stockholm 642
Stockstadt 199
Straßburg 86, 434
Stuttgart 91, 333

Tel Aviv 42, 560
Thann in der Rhön 203
Thionville 286
Tilsit 88
Treblinka 92, 220, 378, 548, 575, 597, 651
Trier 167, 470, 477, 579
Triest 650
Trutzhain 91
Türkheim 641

Ueberau 221, 293, 388, 396–397
Umstadt 116, 225–228, 233, 236–238, 253, 255, 303, 415
Unter-Klingen 303
Urberach 178, 296, 603–608

Viernheim 27
Vöhl 96
Volkmarsen 81

Wachenbuchen 95
Wächtersbach 574
Washington D.C., 5, 241, 510
Waterloo 642
Weilburg 6
Weinheim 304, 575
Weisenau 470, 603
Weiskirchen 611–617
Weisskirchen 544
Weiterstadt 187–194
Wenigumstadt 422
Wernigs 147
Wertheim 253, 255, 270
Wetter 543, 605
Wetzlar 13–14, 17, 641
Wien 459, 635
Wiesbaden 19, 29–30, 42–43, 45, 64, 66, 85, 91–92, 107–108, 153, 179, 347, 410, 486, 535, 548, 583, 585
Wildbach 128
Wilhelmshaven 88
Wilmington, Delaware 546
Wimpfen 116
Windecken 15–16, 18, 27, 80, 253
Wixhausen 187–194
Wohra 95
Wolfenbüttel 86
Wolfhagen 480, 585
Wolfskehlen 365
Worms 14, 16, 18, 21–22, 38, 40, 44, 61, 63, 69, 26, 105, 116, 199, 203, 226, 389, 465, 492, 566
Würzburg 27, 82, 148, 180

Zeilhard 303, 387–400
Zeilsheim 31
Zell 128, 161
Ziegenhain 91
Zwingenberg 105–106, 199, 365, 507

Namensregister

Abraham von Miltenberg 225
Abraham von Seligenstadt 579
Abraham von Sickenhofen 441
Abraham, Ahron 367
Abraham, Benjamin 177
Abraham, Bezahlal (Kahn) 318
Abraham, Calman 580
Abraham, Calman 580
Abraham, Hegem 603
Abraham, Liebmann 228
Abraham, Löw 303
Abraham, Nathan 149, 508–509
Abraham, Rößchen 415
Abraham, Schmuel 281
Abraham, Simon 228, 415
Abraham, Stella 415
Adelsberger, August 31
Adenauer, Konrad 91
Adler, Beer 68
Adler, David 180
Adler, Moses 181–182
Adler, Samuel Hirsch 389
Adler, Simon 457
Adolf I. von Mainz (Erzbischof) 225
Adolf von Mainz, 142
Affrom (Abraham) der Alte 228
Albini, Minister 320
Albrecht I. 15
Albrecht von Mainz, 18
Alexander, Channa bat 14
Altaras, Thea 4, 80, 108, 295, 342–343, 347, 370, 378, 432, 536, 555, 573, 604, 612
Altdorf, Egon 92
Alten, Christian 481
Altheimer, Abraham 333
Altheimer, Betty 332–333
Altheimer, Eva 333
Altheimer, Falk 333
Altheimer, Herz 332–333
Altheimer, Josl (Joseph) 333
Altheimer, Julius 332
Altheimer, Mordochei 333
Altheimer, Moses 332–333, 335, 509–510
Altheimer, Simon 332
Altheimer, Simson 332
Amerschläger (Landwirt) 548
Andernacht, Dietrich 45
Andres, Wilhelm 457
Anschel, Simon 146
Appel, Bernhard 575
Appel, Moritz 575
Arando, Samuel 603
Arendt, Hannah 654
Armbruster, Karl 358–360
Arnold, Nikolaus 416
Arnsber, Isaak 121
Arnsberg, Else 129
Arnsberg, Jettchen 129
Arnsberg, Lösermann 121
Arnsberg, Max 127, 129
Arnsberg, Paul 43–44, 80, 441, 575
Arnstein, Isaak 122
Aron, Isaac 119
Ascher, Felix 90
Ascher, Theodor 513–514
Auerbach, Benjamin Hirsch 62, 69, 459, 475, 477–478

Babenhausen, Drostlin zu 115
Babenhausen, Joel aus 294
Bacharach, Hayum 466, 471
Bacharach, Hayum Issachar 467
Bacharach, Isaak 582
Bacharach, Samuel 105, 109
Bacharach, Samuel Hayum 471
Bacharach, Simson 226
Bachrach, Irene 154
Bachrach, Isidor 154
Backhaus, Fritz 1, 13–32
Baeck, Leo 650
Baer, Robert 587
Ball, Paula 616
Bamberger, Bär Seligmann 148
Bamberger, Emanuel 510
Bamberger, Hermann 510
Bamberger, Simon 510
Baneth, Eduard 650
Bär, Herz 367
Barnaß, Daniel 375
Baron, Salo Wittmayer 38
Baruch, Hesekiel 23
Baruch, Ruben 457
Baruch, Wolf 470
Battenberg, J. Friedrich 1, 4, 37–48
Bauer, Friedrich 260–262
Bechtel, Heinrich 41
Beckert, Sven 656
Beer zu Hergershausen 281
Beer, Ahron 637
Beer, Aron 465
Beer, Emanuel 638
Beer, Joseph 430
Beier, Helmut 306
Bela von Dieburg 141
Belkin, P. 180
Bender, Bär 581
Bender, Josef 149
Bender, Rika 160
Bender, Seligmann 581
Bendheim, Gustav 566
Bendorf, Dina 358
Bendorf, Gertrud 359
Bendorf, Josef (I) 358
Bendorf, Josef (II) 358
Bendorf, Josef 359

Open Access. © 2025 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter. BY-NC-ND Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
https://doi.org/10.1515/9783111465111-048

Bendorf, Jösel Moses 353–354
Bendorf, Juda 354
Bendorf, Julius 351, 355, 358–361
Bendorf, Leopold 354
Bendorf, Lina 357–358
Bendorf, Moses 353–354
Bendorf, Wolf 354, 358
Ben-Gurion, David 622
Bentheim, Ephraim Löw 320
Bentheim, Simon 212
Berg, Marta 324
Berghoeffer, Christian Wilhelm 40
Berkewitz, Joseph 274
Berlin, Alexander 419
Bernius, Georg Friedrich 398
Bertsch, Robert 436
Bickert, Bertha 242
Bienheim, Erich 460
Bing, Henny 180–181
Bing, Jakob Kann 466
Bing, Moses Löw Kann 470
Bing, Siegfried 180, 182
Binn, Bernhard 286
Binn, Herta 286
Binn, Isaac 286
Binn, Recha 285–286
Bismarck, Otto von 421
Blam, Philipp 648
Blaut, Meyer 434
Blum, Bella 398
Blum, Friedrich Wilhelm 182, 398
Blum, Joseph 374
Blum, Julius (Jonas) 374, 377
Blum, Lazarus (Blumer) 420
Blum, Löb 377
Blum, Raphael 398
Blum, Robert 567
Blum, Rosa 377
Blum, Rudolph 398
Blum, Sally 260
Blumenstein, F. 460
Bluth, Uri 165
Böckel, Otto 28, 356, 490–491, 514
Bockelmann, Werner 42
Bodenheimer, Alfred 494
Bodenheimer, Herz 478
Bodenheimer, Rosy 41, 47
Bodenheimer, Salomon 374
Böhle, Karl 161, 165
Böhm, Dominikus 157
Böhm, Georg 220
Bonem, Salomon 178
Bonnheim, Benjamin Aaron 443
Börne, Ludwig 25
Braden, Georg Stephen 481
Brandeis, Moses 470
Brann, Markus 40
Braubach, Moses 466
Braun, Maxi Jennifer 194
Braunwarth, Karl 160, 165
Breidenbach, Esther 237
Breidenbach, Samuel 233
Breidenbach, Wolf 25, 641–642
Breitenbach, Isaak 237
Breitenbach, Samuel 237
Breitwieser, Friedrich 422, 424
Breitwieser, Michael 358
Brenner, August 241
Brenner, Marie 241
Brilling, Bernhard 42–43
Briquo, Jakob (oder Brisko) 638
Brunnen, Manasse zum Goldenen 22, 465
Brust, Georg Friedrich 474
Buber, Martin 66
Bucer, Martin 19–20
Buchhammer, Leonhard 295
Büchler, Heinrich 270
Büchner, Georg 492
Büdingers, Moses 65
Bürgel, Moses 621
Burk, Georg Philipp 529
Burkart, Franz 159, 447
Burkhard von Bergen 116
Buxbaum, Ernst 297–298
Buxbaum, Heinrich (Henry) 203, 434
Buxbaum, Moses 296
Buxbaum, Rudolf 297–298
Buxbaum, Sophie 298

Calman(n), Heinrich 150–151
Carl (Fürst) 642
Celan, Paul 313
Cissarz, Johann Vincenz 488
Clarke, Brian 496, 498
Cohen, Daniel J. 43, 47
Cohen, Irene 284
Cohen, Salomon Jacob 38
Cohn, Abraham 40, 51–52
Collin, Carl 191
Collin, Regina 194
Crantz, Johann Ernst 415
Creizenach, Michael 65
Cronstetten, Stefan von 541–542

Daab, Daniel 212
Dahlberg, Bertha 295
Dahlberg, Emmanuel 296
Dahlberg, Moses 296
Dahlberg, Siegmund 294–295
Dahlerbruch, Siegfried 513
Dalberg, Carl von 25
Dalberg, Karl Theodor von 61
Dalin, William Z. 164
Danner, Alice
Danner, Hans 378
Darmstadt, Löb (auch Löw) 466
Darmstadt, Manasse 22, 465
Däschner, Friedrich 418
Däschner, Magdalena 418
Daub II., Georg Philip 216

David von Dieburg 141
David, Arthur 110
David, Benedikt 466–468, 470
David, Bernhard 444
David, David 257
David, Feidel 40
David, Julius 110
David, Lazarus 110
David, Ludwig 111
Dawidowicz, Lucy 654
de Launoy, Bonaventura 641
de Rinheim, David 387
Debus, Fritz 40, 47
Dehmer, Katharina 516–517
Demandt, Karl E. 43
Demnig, Gunter 221, 400, 412, 451, 498, 517
Dieburg, Hirsch 145
Dieffenbach, Philipp 38
Diehl, J. M. 481
Diehl, Ludwig 297
Diehl, Peter 163–164
Dienemann, Mally 663
Dienemann, Max 129, 630, 649–650, 656
Dienemann, Rabbiner 574, 630, 650
Dieter von Katzenelnbogen, 211
Dietrich, Georg 359
Dietz, Alexander 40, 47
Dietz, Christoph Ernst von 105
Dietz, Ludwig 416
Dietz, Philipp von 105
Dingeldein, Heinrich 219
Dingeldey, Eduard 492
Disbecker, Moses 430
Dittmann, Balthasar 354
Dohm, Christian Wilhelm 25
Draut, Hans 165
Dreher, Ferdinand 40–41, 47
du Bos du Thil, Carl Wilhelm Heinrich (Freiherr) 26
Duchhardt, Heinz 46
Dürer, Albrecht 485

Ebersmann, Jakob 154
Ebertshausen, Salomon 603
Eckmann, Beatrice 548
Eckmann, Johanna 548
Eckmann, Moritz 546, 548
Eckmann, Rebecca 544
Eckmann, Simon 548
Edschmid, Kasimir 492
Egelstetter, Georg Jacob 177
Ehrenfeld, Löw 256
Ehrmann, Bernhard Ehrmann 283
Ehrmann, Isaac 285
Eichler, Ernst 529
Eichler, Volker 46
Eickemeyer, Karl 444
Eidemann, Heinrich 241
Eigenbrodt, Reinhard 474
Eisenmann, Emanuel 430
El, Eugen 656
Eli, Feist 390
Elisabeth Dorothea von Hessen-Darmstadt (Landgräfin) 466
Elkan, Benno 110
Elsas, Pinkes Elias 212
Elsaß, Baruch 638
Endner, Friedrich 488
Engelmohr, Berta 616
Enk, Karl-Erich 534
Enoch, Samuel David 62
Ephraim, Löw 255
Epstein, Fritz 79
Ernst Ludwig (Großherzog) 486
Ernst Ludwig (Landgraf) 467–468, 470–471
Ernst von Mansfeld (Graf) 365
Erthal, Friedrich Karl Joseph von (Erzbischof) 25
Esser, Paul 607
Ettlinger, Jakob Jokew 70

Falk, Liebmann 332
Fanstein, Moritz 496
Faust, Georg 40–41, 47
Fecher, Peter 623
Feidel, Michel 430
Feist, Abraham 227, 247
Feist, Löb 146
Feist, Mordechai 119
Feist, Samuel 227
Feist, Simon 119
Feist, Wolf 200
Feitler, Feitel 429
Feitler, Ferdinand 431
Feitler, Herz 431
Feitler, Joseph 430
Feitler, Lilly 434
Feitler, Michel 430
Feitler, Moses 429, 431, 434
Feitler, Siegmund 434
Feitler, Simon 431
Feitler, Therese 434
Feldschuh, Joachim Friedrich 293
Fettmilch, Vincent 50
Fifelin von Dieburg, 141, 225
Fink, Georg 444, 446
Fiorino, Alexander 40
Fischer, Ludwig 297
Fischer, Philipp 232
Fischer, Wilhelm 441
Flegenheim, Simon Feist 470
Fleischhacker, Werner 411
Fleischmann, David Bär 371
Formstecher, Salomon 125, 442, 542, 544, 582, 642–644
Fornoff, Leonhard 459
Försterling, Heinrich 323
Frank, Albert 129–130
Frank, David 109, 111, 435
Frank, Elias 127, 282–283
Frank, Erich 449
Frank, Flora 449
Frank, Friedrich (Fritz) 447
Frank, Friedrich 449

Frank, Friedrich Julius 447
Frank, Hermann 585
Frank, Jakob 38
Frank, Jeidel 442
Frank, Jettchen 129
Frank, Kurt 449
Frank, Lazarus (Moritz) 129
Frank, Lina 127, 130
Frank, Martha 129
Frank, Norbert 434
Frank, Robert Meyer 447
Frank, Simon 447
Frank, Theresia 447
Frank, Walter 124
Frank, Zacharias 447
Frankel, Jakob 192
Fränkel, Josef 498
Fränkel, Ritula 498
Frankenberg, Peter 360
Frankfurter, Bertha 547
Frankfurter, Isidor 546
Frankfurter, Leopold 546
Frankfurter, Moritz 546
Frankfurter, Ruth 547
Frenzel, Martin 481
Fresenius, Johann Philipp 471
Freudenstein, Bonum 237
Freund, Karl 494–495
Friedman, Michael 119
Friedmann, Jacob 202
Friedmann, Moses 409
Friedmann, Robert 89–90
Friedrich Casimir (Graf) 118
Friedrich I. (Kaiser) 14
Friedrich II.(Kaiser) 14–15
Friedrich III. (Kaiser) 447
Friedrich IV. (Pfalzgraf) 457
Fritz, Paul 575
Frohmann, David 390
Frohmann, Elias 396
Frohmann, Heinrich 397
Frohmann, Josef 398
Frohmann, Sussmann 387, 391
Frohmut, Elisabeth 345
Frühwein, Franz Anton Theodor 334
Frühwein, Heinrich Otto Theodor 334
Fuchs, Hugo 149
Fuld, Abraham 442–444
Fuld, Aron Mosche 68
Fuld, Benedict 446
Fuld, Emilie 423
Fuld, Erich 421
Fuld, Hermann 126
Fuld, Isaak 123, 421, 442
Fuld, Jakob 129
Fuld, Joel 147
Fuld, Joseph 444
Fuld, Julius 421–422
Fuld, Karolina 442
Fuld, Leopold 412, 422
Fuld, Manasse Löw 442–443
Fuld, Manasses 419, 421
Fuld, Moritz 421
Fuld, Nanette 127
Fuld, Siegfried 422
Fürth, Jakob Brandeis 470

Gagern, Hans Christoph von (Freiherr) 473
Gamaliel (Gamehl) zu Hergershausen 281
Gärtner, Friedrich von 594
Gefe, Otto 424
Geiger, Abraham 66, 69
Geiger, Ludwig 38
Geiger, Salomon Salman 69
Geiler, Karl 91
Geist, Johann Dionys 332
Geoerg, Friedrich 163
Georg I.von Hessen Darmstadt 457
Georg II. (Landgraf) 388, 405, 465
Geraue, Abraham 471
Gerhard von Mainz (Erzbischof) 579
Gerle, Karl 91
Germann, Georg 322–323
Gernsheimer, Adolf 512, 515
Gernsheimer, Julius 513, 517
Gerson zu Hergershausen 281
Gerst (Gerson)zu Babenhausen 117
Glatzer, Norbert Nahum 67
Göbel, August 358–359
Göbel, Wilhelm 358–360
Goge, Arthur 460–461
Goldberg, Gustav (Gottschalk) 434
Goldmann, Jakob 399–400
Goldmann, Robert 399
Goldschmidt, Arthur 597
Goldschmidt, Bär 257
Goldschmidt, Clemens 493
Goldschmidt, David 257
Goldschmidt, Ephraim 526
Goldschmidt, Helmut 91
Goldschmidt, Henche 147
Goldschmidt, Heyum 147
Goldschmidt, Israel 644, 649
Goldstein, Julius 491
Görisch, Friedrich 360
Gosen, Moses 68
Gottfried V. von Eppstein 14
Göttmann, Frieda 516
Gottschalk von St. Goar 116–117
Gottschall, Jacob 202
Götz, Abraham 282
Götz, Amalie 241–242
Götz, Elias 282
Götz, Hermann 129
Götz, Jacob 227
Götz, Ludwig 491
Götz, Marum 110
Graetz, Heinrich 38, 41
Grandhomme (Pastor) 200
Grau, Wilhelm 41

Grein, Karl 460
Grellert, Marc 568
Gross, August 360
Gross, Jan T. 10
Grözinger, Karl Erich 46
Gruber, Johann 182
Gruber, Michael 180
Gruber, Peter 183
Grünbaum, Leopold 511
Grünebaum, Gustav 238
Grünebaum, Hirsch 375
Grünebaum, Siegfried 529
Grünewald, Ester 257
Grünspan, Herschel 493
Guckenheimer, Frieda 516
Guggenheim, Berthold 476
Guggenheim, Siegfried 622, 630, 638, 642, 649–650, 657
Gundersheim, Hayum 471
Gunkel, Heinrich 378
Günther, Carl Friedrich 38
Gurewitz, Mendel 288, 656
Gutenstein, Isidor 546
Gutmann, Johann Matthäus 320
Guttel zum Grünen Baum, 287
Guttmann, Hermann Zvi 655

Haas, Alexander 496
Haas, Arthur 217
Haas, Isaak 212
Haas, Löb 233
Haas, Louis 214, 220
Haas, Löw Götz 640
Haas, Siegfried 220
Haas, Wilhelm 217
Rudolf von Habsburg 15
Hachenburger, Hähnle Herz 475–476, 493
Hachenburger, Leopold 493
HaCohen, Feist Kassel 467
Hägny, Philipp 287
Hahn, Christoph Heinrich 476
Hain, Herbert 163
Halberstadt, Marx 467
Halberstadt, Mordechai 22, 367, 470
Halberstadt, Mordge (s. Mordechai Elieser Halberstadt)
ha-Levi, Abraham Schlomo 389
ha-Levi, Meyer 303
Halle, Frida von 334
Halle, Rudolf 79
Haller, Wilhelm 89–90
Hallo, Rudolf 79
Halpern, Israel 43
Hamburger, Isaak 587
Hamburger, Moses 587
Hamburger, Sally 587
Hammer-Schenk 643
Hammer-Schenk, Harald 585
Hammer-Schenk, Harold 80, 90
Hammerschlag, Lina 239, 241
Hanau, Salomon 638
Hanau-Lichtenberg, Anna Magdalena von (Pfalzgräfin) 117
Hartung, Gustav 492
Hauck, Johann Georg 421
Hauck, Philipp 421
Haus, Elisabeth 575–576
Haus, Franziska 332
Haus, Johann 575
Hauschke-Wicklaus, Gabriele 656
Häussler, Christian 481–482
Haxthausen zu Georgenhausen (Freiherr) 303
Haxthausen, Agnes Maria von (Freifrau) 388
Hayum, Herz 430
Hayum, Löw 468, 470
Hechler, Werner 376
Hecht, Berta 607
Hecht, Herz 295, 297
Hecht, Isaak 121
Hecht, Joseph 121
Hecht, Mayer 123
Hecht, Meier 122
Hecht, Meyer 330, 442
Hecker, Zvi 94
Heeren, Heinrich 397
Heidelberger, Friedrich 409
Heidelberger, Klara 410
Heidenheim, Wolf 641–642
Heidingsfelder, Amschel Moises 237
Heil, Johannes 17
Heil, Josef 149
Heil, Simon 237
Heilbronn, Josef 203
Heilbrunn, Feibelmann 471
Heiler, Thomas 46
Heinemann, Hartmut 109
Heinrich VI. (Kaiser) 14
Heinrich VII. (Kaiser) 211
Heinrich von Isenburg-Ronneburg (Graf) 533, 561
Heise, Hans 91
Heldmann, Johannes 216
Helfrich, Wilhelm 182
Hemmerde, Karl 154
Hensel, Georg 494
Herde, Peter 44
Hering, Ludwig 495
Herrmann, Marianne 650
Hertz von Reinheim, 390
Herz, Abraham Adolf 321
Herz, Beer (Oppenheimer) 419
Herz, David 373, 390
Herz, Ludwig 374, 377
Herz, Manuel 94
Herz, Meyer (Oppenheimer) 416
Herz, Mordge 390
Herz, Toni 372
Hesekiel, Elias 429–430
Heß, Isidor 372–373
Heß, Jettchen 630
Heß, Joseph 630
Heß, Michael 68
Heß, Rosa 372
Hetter (Gemeindebauaufseher) 214

Heyl, Georg 366
Heyl, Israel 148
Heymann, Feitel 431
Heymann, Herz 431
Heyum, Hermann 514
Heyum, Hertz 430
Heyum, Hugo 514
Heyum, Jakob 255
Heyum, Max (Moses) 516
Heyum, Meyer 515
Heyum, Moses 515–516
Heyum, Salomon 514
Heyum, Siegfried 516
Heyum, Willy 515
Hickler, Philipp 447
Hiemenz, Gabriel 150
Hiemenz, Jakob 150
Hildesheimer, Esriel 371
Hill, Johann Jakob 469
Hindenburg, Paul von 126, 447
Hirsch, Elkan 330
Hirsch, Emil 41
Hirsch, Jacob 580
Hirsch, Jakob 145–146
Hirsch, Joseph 191
Hirsch, Julius 193
Hirsch, Moritz 212, 214, 216
Hirsch, Samson Raphael 70, 125
Hirsch, Samuel 255, 389
Hirsch, Seligmann Mahrum 419
Hirsch, Wendel 257
Hirschel, Otto 435
Hirschen, Hermann 653
Hirtz, Rabbiner 23
Hitler, Adolf 239, 310, 345, 515, 650
Hochstädter, Benjamin 65
Hoffman, Paula 410
Hoffman, Willi 410
Hoffmann, Ernst Emil 473
Hoffmann, Walter 481
Hofmann, Leopold 324, 526
Hofmann, Merkel 320
Holzinger, Ernst 30
Homberg, Reinhard Ludwig 226
Honig, Jean Willy Fritz 630
Hopp, Georg 199
Horn, Ludwig 377
Horn, Toni 377
Horovitz, Marcus 70–71
Horowitz, Hirsch 68
Horst, Christian 431
Horwitz, Ludwig 39, 47
Hübsch, Heinrich 84

Idstein, Bär 121
Idstein, Isaak 123
Idstein, Kalmann 127, 129
Idstein, Salomon 122
Idstein, Samuel 121–122
Isaac, Aron 119
Isaac, Hefelchen 211
Isaac, Judel 120
Isaac, Levi 211
Isaac, Schmul 120
Isaak von Weida 141
Isaak, Abraham 126, 320
Isaak, Arnold 572
Isaak, Baruch 430
Isaak, Joel 121, 123, 126
Isaak, Leopold 571–572, 575
Isaak, Liebmann 575
Isaak, Therese 572
Isaak, Viktor 365
Isenberg, Trude 351
Isenburger, Meyer 120
Isenburger, Samson 294
Italiener, Bruno 69, 90, 357, 491

Jacob von Bingen 580
Jacobi, Hedwig 536
Jacobson, Israel 83, 642
Jacoby, Alfred 31, 92–94, 497, 656
Jäger, Johann 307
Jäger, Norbert 132, 288, 451
Jakowski, Heike 199, 206
Jakubowitz, Ignaz (Jacoby) 92
Jaup, Karl 474
Jehuda, Isaak bar 226
Jeidel, Dora 373
Jeidel, Hirsch 373
Jeidel, Jacob 374
Jeidel, Jenny 377
Jeidel, Joseph 371, 373, 431
Jeidel, Julius 374
Jeidel, Lazarus 373–374
Jeidel, Löb 373
Jeidel, Löb Joseph 373
Jeidel, Mathilde 372
Jesel, Aron Bar 269
Job, Liliane 288
Job, Maurice 288
Joël, David Ephraim 374
Johann Philipp von Isenburg Büdingen (Graf) 21, 636, 638
Johann, Erzbischof 142
Jonas, Rabbi 200
Jonas, Regina 650
Joos, Helmut 92
Josef von Umstadt 225
Josef zum Pfau, genannt Goldschmidt 117
Josef, Löb 202
Josel, Löw 303
Joseph, Betty 513
Joseph, Elias (I) 202, 205
Joseph, Elias (II) 202
Joseph, Joseph 203, 430
Joseph, Kaiser 25
Joseph, Löw 365, 508, 511
Joseph, Rudolf 89, 90, 153, 155–156, 158–159
Joseph, Salomon 603
Joseph, Salomon Löw 511

Joseph, Samuel 513
Joßel, Joel 293
Jost, Isaac Marcus 68
Jost, Ludwig 322
Jung, Johann Kaspar 572
Jung, Josepha 572

Kaatz, Johanna 377
Kaatz, Max 377
Kadden, Emil 127, 129–130
Kadden, Selma 130
Kadden, Siegfried 130
Kahn, Abraham 149
Kahn, Babette 162
Kahn, Bertha 287
Kahn, David 159, 161, 294
Kahn, Don/Daniel 282
Kahn, Elias 282
Kahn, Frieda 607
Kahn, Friedrich 239
Kahn, Fritz 449–450, 536
Kahn, Gertrud 242
Kahn, Gustav 447, 449
Kahn, Gutta 287
Kahn, Hannchen 554
Kahn, Herbert 287
Kahn, Hermann 239, 287, 309
Kahn, Herz 419
Kahn, Hilde 449
Kahn, Isidor 126
Kahn, Israel 442, 444
Kahn, Jakob 37, 239
Kahn, Jenny 129
Kahn, Jettchen 295
Kahn, Josef 238
Kahn, Judas 409
Kahn, Karl 126–127, 129
Kahn, Klara 242
Kahn, Koppel 282
Kahn, Lina 297
Kahn, Lisel 130
Kahn, Lotte 162
Kahn, Ludwig 191
Kahn, Manfred 245
Kahn, Max 515–516
Kahn, Mayer 297
Kahn, Meier 296
Kahn, Mirjam 130
Kahn, Nanette 287
Kahn, Paula 130
Kahn, Rosa 297–298
Kahn, Selma 129
Kahn, Siegfried 192
Kahn, Siegmund 447
Kahn, Suse 130
Kahn, Walter 449
Kahn, Wilhelm 599
Kallmann, Feist 146
Kämmerer, Joseph 547
Kann, Isaak 465
Kann, Jakob Isaak 467
Kann, Jakob Löw 336
Kann, Löw Isaak 467, 470, 637
Kann, Moses 22, 470
Kappel, Isaac 281
Kappes, Philipp 534
Karl IV. (Kaiser) 15
Karl V. (Kaiser) 23
Karlsberg, Leopold 460
Karlsberg, Max 400
Karlsberg, Moritz 398
Karlsberg, Rosa 400
Kasper-Holtkotte, Cilli 18, 46
Kassel, Clara 416
Kassel, Hejum 420
Kassel, Judel 421
Kassel, Moses 419
Kassel, Regina 419
Katz, Alfred 606
Katz, Aron 189
Katz, Arthur 606
Katz, Berta 160
Katz, David 537
Katz, Hedwig 128
Katz, Hermann 162
Katz, Jacob 294
Katz, Klara 606
Katz, Ludwig 160, 162
Katz, Sally 127–128, 155, 447
Katz, Sarah 162
Katzmann, Leopold 371
Kauffmann, Isaac 39
Kaufmann, David 180
Kaufmann, David Samuel 148–149, 154, 159
Kaufmann, Hilda 599
Kaufmann, Itzig 330
Kaufmann, Leopold 528, 599
Kaufmann, Richard 89
Keim, Anton Maria 42
Keim, Günter 166
Keller, Berta 162
Keller, Heinrich 475
Keller, Theo 536
Keller, Valentin 481
Kesselberg, Helene 205
Keßler, Katrin 3, 77–97, 81, 96
Kiefer, Adolf 516
Kiefer, Hirsch 109
Kiesow, Gottfried 243
Kingreen, Monica 27, 46, 127
Kirn, Richard 90
Kissinger, Heinrich 192–193, 515
Kleeblatt, Dr. 587
Klei, Alexandra 657
Klein, Fritz 130
Klein, Heinrich 286
Klein, Moses 330
Kleinen, Joseph dem 635
Klingenberger, Herz 121
Klipstein, Jakob Christian 37

Klipstein, Jüdel Aron 233, 236–237
Klipstein, Rielge/Rebekka 237
Knoblauch, Dieter 91
Knoblauch, Eduard 85
Knörr, Georg Friedrich 447
Knufinke, Ulrich 3, 77–97
Kober, Adolf 40, 42, 47
Köble, Friedrich 378
Koch, Johann Christophel 293
Koch, Rudolf 649
Kohen, Hanle 294
Kohen, Moses 294
Köhler, Eduard Wilhelm 481
Köhler, Karl Philipp Wilhelm 475
Konietschke, Martin 166
Konrad II. (Erzbischof) 142
Kopp, Ulrich Friedrich 37
Korn, Salomon 10, 80, 92
Körner, Edmund 88
Kracauer, Isidor 41, 47
Krämer, Abraham 333
Krämer, Albert 159
Krämer, Fanny 162
Krämer, Frieda 162, 334
Krämer, Hajum 282
Krämer, Jacob Reis Hajum (auch Heyum) 282
Krämer, Karoline 370
Krämer, Leopold 334
Krämer, Max 162, 332, 334
Krämer, Moritz 332
Krämer, Rudolf 162
Krämer, Sophie 334
Krauss, Franz 261
Krauss, Katharina 261
Krautwurst, Christoph 416
Krautwurst, Georg 444
Krautwurst, Peter 420
Kredel, Fritz 649
Kreh, Elisabeth 424
Kreh, Georg 422
Kreh, Theodor 416
Kreh, Werner 424
Kreher, August 297
Kreis, Kaspar 572
Kübler, Heinrich 345
Küchler, Friedrich 233
Kuhn, Peter 181
Kunreuther, Mardochai 148
Kunz, Rudolf 105–107, 109
Künzl, Hannelore 80
Kurzmann, Gustav 159

Lambert, Kurt 298
Lammert, [Kaspar] 629
Lamprecht zu Hergershausen 281
Landau, Sally 652
Landauer, Fritz 88
Landauer, Isidor 653
Landsberg, Hermann 376, 378
Landsberger, Julius 69, 233, 309, 371, 431, 442, 477
Lange, Otmar 313
Langenbach, Wilhelm 477
Larem, Andreas 181
Lassally, Oswald 40
Lasse, Isaak ben 367
Laumann, Hans Peter 317
Laumann, Ortsbauernführer 322
Lazarus von Babenhausen 20, 457
Lazarus, Feist 367
Lazarus, Isaak 373
Lazarus, Löb 368
Lazarus, Löw 117, 201
Lazarus, Max 564
Lebrecht, Heinrich 260
Lederer, Emanuel 536
Lehman, Moses Isaak 147
Lehmann, Adolf 155, 162
Lehmann, Amalie 311
Lehmann, Berend 22
Lehmann, Bertha 311
Lehmann, Berthold 192
Lehmann, Callmann 147
Lehmann, Elias 202
Lehmann, Emma 346
Lehmann, Fritz 398
Lehmann, Hermann 310
Lehmann, Herz 397
Lehmann, Isaak 147, 256, 305, 307
Lehmann, Joseph 309
Lehmann, Julie 162
Lehmann, Kallmann 148
Lehmann, Karlmann 305, 309
Lehmann, Käthe 423
Lehmann, Liebmann 202
Lehmann, Louis 149
Lehmann, Luise 423
Lehmann, Maier 307
Lehmann, Manfred 421–422
Lehmann, Marcus 431
Lehmann, Markus 478
Lehmann, Max 398
Lehmann, Mordochai 390
Lehmann, Nathan 419, 421–423
Lehmann, Pessach 307, 309
Lehmann, Sally 259
Lehmann, Sara 420
Lehmann, Seligmann (I) 419
Lehmann, Seligmann (II) 420
Lehmann, Seligmann 420
Lehmann, Sußmann 311
Lengfeld, Eissik 303–304
Lengfeld, Gietel (Judith) 303
Lengfelder, Isaak Löw 255
Lerchenfeld-Köfering, Anna Maria von 178
Lerer, Golda 377
Lerer, Paul Martin 378
Lerer, Schil 377–378
Leuschner, Wilhelm 492
Levi zu Hergershausen 281
Levi, Agathe 374, 377

Levi, Amalie 219
Levi, Bela 332
Levi, Else 374, 377
Levi, Herz 390
Levi, Levi 201
Levi, Löw 211
Levi, Ludwig 220
Levi, Meier 219
Levi, Meyer 218
Levi, Moses 211
Levi, Salomon 211
Levi, Süßmann 390
Levy, Abraham 216
Levy, Ludwig 86
Levy, Salomon 544
Lewe aus Laubenheim 116
Lewy, Herta 132, 285, 288
Lewy, Marc 132, 288
Lichtenstein, Abraham 238
Lichtenstein, Baruch 238
Lichtenstein, Emilie 242
Lichtenstein, Herz 229–230
Lichtenstein, Isaak 294
Lichtenstein, Isidor 297
Lichtenstein, Jenny 241
Lichtenstein, Julius 296–298
Lichtenstein, Levi 294
Lichtenstein, Ludwig 239–240
Lichtenstein, Meier 229
Lichtenstein, Moritz 239, 296
Lichtenstein, Simon 237, 239, 241–242
Lichtenstein, Sophie 297
Lieb, Feiss 367
Liebmann, Minna 241–242
Lilienthal, Saul
Lindheim, Gerson 473
Lindheimer, Berthold 239–240
Lindheimer, Gerda 240
Lindheimer, Jacob 238
Lindheimer, Marianne 240
Lindheimer, Martha 240
Lindheimer, Salomon 238
Lindheimer, Sigmund 238
Linß, Carolyn s. Neu, Liesel 313
Linz, Abraham Jacob 475
Linz, Abraham Jakob 473
Linz, Ferdinand 201
Litt, Stefan 42
Löb, Gustav 206
Löb, Hirsch 368
Löb, Joseph 228–229
Löb, Lazarus (Elieser) 374
Löb, Lazarus 368, 371
Löb, Ludwig 206
Löb, Meta 129
Löb, Mordchen 127
Löb, Moses 368
Löb, Otto 204, 206
Löb, Simon 146, 368
Loeb, Abraham 149, 152, 154
Loeb, Abraham Moses 149
Loeb, Kaufmann 148
Loewenstein, Loew 229
Lorch, Abraham 147–148
Lorch, Adolph 373
Lorch, Egon 378
Lorch, Eugen 373
Lorch, Frieda 160–161
Lorch, Gustav 160
Lorch, Harry (Hans) 166
Lorch, Hirsch (Heinrich) 373
Lorch, Ida 161, 166
Lorch, Ilse 159, 162
Lorch, Leopold 149
Lorch, Lilli 162
Lorch, Löb 146, 161
Lorch, Louis 373
Lorch, Max 161, 166
Lorch, Rosa 162
Lorch, Samuel 149
Lorch, Sette 161
Lorch, Siegbert 161, 163
Lorch, Sigrid 166
Lorch, Simon 160–161
Lortz, Helmut 498
Löser, Jakob 229
Lothar Franz von Mainz (Kurfürst) 603
Lötzsch, Karin 132
Lötzsch, Klaus 132, 282
Louis, Friedrich Anton 475
Löw der Alte, 199
Löw der Junge 199
Löw von Lengfeld, 303
Löw, Baruch 366, 467–468
Löw, Jeidel 372–373
Löw, Keila 467
Löw, Mayer 200
Löwenberg, Rosa 181
Löwenstein, Christine 276
Löwenstein, Leopold 38, 281
Löwenstein, Uta 45
Löwenstein-Wertheim, Dominik Konstantin zu (Prinz) 303–304
Löwenstein-Wertheim-Rochefort, Karl Thomas (Fürst) 227
Lowenthal, Ernst Gottfried 43
Lublinski, J. 357
Lucke, Karl 376
Ludwig (König) 115, 561
Ludwig der Bayer (Kaiser) 14
Ludwig III. (Großherzog) 429, 431
Ludwig III. von Isenburg (Graf) 525, 591
Ludwig IV. (Großherzog) 28, 542
Ludwig IV. (Landgraf) 465
Ludwig IX. (Landgraf) 472
Ludwig V. (Kurfürst) 225
Ludwig V. (Landgraf) 465
Ludwig VIII. (Landgraf) 472
Ludwig von Meißen 142
LudwigVI. (Landgraf) 465–466
Lustiger, Arno 43
Luther, Martin 19

Magsaam, Georg 240, 242–243
Magsamen, Albert 275
Magsamen, Jesel 271
Mahla, Wilhelm 192–193, 206, 376, 493, 515
Mai, Heium 407
Mai, Mardochai Götschel 407
Mai, Moritz 192
Maier, Rudolf 460
Maier, Therese 377
Maimon, Arye 43
Mainzer, Jonas 371
Mainzer, Meyer Aron 373
Mainzer, Moritz 373–374, 376–377
Manasse, Löw 465
Manche, Hirtz (auch Hertz ben Menachem) 467–468
Mannheim, Amschel Lazarus 472
Mannheimer, Fanny 193
Mannheimer, Gerson 126
Mannheimer, Julius (Julio) 378
Mannheimer, Manasse 121
Mannheimer, Moritz 191
Mannheimer, Moses 478
Mantel, Joseph 416
Margold, Emanuel Josef 153
Marguth, Fritz 435
Markus, Hermann 321
Markus, Herz 320
Markus, Isidor 321
Marquardt, Fritz 516
Marx, Albert 409
Marx, Isidor 476
Marx, Lehmann 69, 125, 238, 309, 374, 479, 481, 534, 605
Marx, Moses 69
Marzi, Werner 19
Maß, Lina 435
Maß, Ludwig 435
Mathes, Nathan 260, 263
Maximilian, Kaiser 18
May II, Heinrich 378
May, Bässchen (Betty) 332
May, Bella 334
May, Bertha 409
May, Elisabetha 332
May, Ernst 88
May, Ferdinand 358
May, Franziska 334
May, Friederika 410
May, Heinrich 377
May, Hermann 409
May, Hirsch 332
May, Hugo 410
May, Isaak 330, 334
May, Jeanette 334
May, Jösel (Joseph) 332
May, Katharina 378
May, Klaus 91
May, Liebmann 353
May, Lippmann 479
May, Löb 407
May, Ludwig 217, 219–220
May, Moritz (auch Mauricio) 191, 193, 409
May, Paul 211, 217
May, Samuel 282
May, Sidonie 219–221
May, Sigismund 191
May, Simon 188, 191, 193
May, Sussmann 353
May, Theodor 193
May, Wolf 330
Mayer, Arnold 206
Mayer, Arthur 434–436
Mayer, Baruch 430
Mayer, Beer 430
Mayer, Bella 434–435
Mayer, Elias 434
Mayer, Heinrich 434
Mayer, Hermann 434–435
Mayer, Herz 201
Mayer, Herz Mayer 201
Mayer, Heyum 434
Mayer, Josel 430
Mayer, Joseph (II) 434
Mayer, Leopold 204
Mayer, Lösermann 434
Mayer, Löw 200–201, 415
Mayer, Ludwig 110, 434
Mayer, Mardochai 430
Mayer, Marguerite 438
Mayer, Marx 201, 354
Mayer, Max 435–436
Mayer, Mayer 201, 434
Mayer, Milton 434–435
Mayer, Mordechai (Mordge) 200
Mayer, Moses 434
Mayer, Nathan 434
Mayer, Raphael (I) 434
Mayer, Robert 434, 436
Mayer, Rosa 373
Mayer, Rudolf 434–436
Mayer, Sally (Sol) 434
Mayer, Salomon 434
Mayer, Samuel 202
Mayer, Simon 434
Mayer, Sophie 434
Mayer, Zerle 430
Meier, Herz 415
Meier, Joseph 467
Meier, Joseph Raphael 430
Melchior von Hatzfeld zu Darmstadt 225
Mella, Giovanni Antonio 472
Menczel, Josef 40
Mendel, Salomon 201
Mendelsohn, Erich 88, 90
Mendelssohn, Moses 641
Mengenburg, Callmann 457
Mengiburg, Calmann Israel 470
Merian, Matthäus 16
Merin, Tony Abraham 132
Merkel, Ferdinand 324
Merkel, Gottschalk 321

Merkel, Isidor 324
Merzbach, Julius 422
Merzbach, Rabbiner Dr. 129
Messel, Alfred 317–324, 493
Messel, Aron 321, 476
Messel, David 353
Messel, Herz 317
Messel, Meir 317
Messel, Meyer 317
Messel, Tuvia 317
Metz, Anschel 640
Metz, Gottlieb 542
Meyer Lehmann, Isaak (auch Isac) 304
Meyer von Babenhausen 116
Meyer von Bergen 116
Meyer, Abraham 330, 373, 376–377
Meyer, Affrom (Abraham) 330
Meyer, Elli 513, 515
Meyer, Feidel 371
Meyer, Hirsch 371
Meyer, Isaak 306, 373
Meyer, Jakob Isaak 371
Meyer, Jonas 107, 478
Meyer, Karl 614
Meyer, Leonhard 216
Meyer, Lina 377
Meyer, Mathilda 616
Meyer, Max Jonas 107
Meyer, Meyer 373
Meyer, Michael 614–616
Meyer, Seligmann 616
Michael, Levi 147
Michel, Jehiel 467, 470
Minche, Meret 226
Mohr, Josef 119
Mombach, Gottschalk 371
Mombach, Lazarus 508
Mommsen, Wolfgang 40
Montag, Samuel 201, 345
Morgenstern, Julius 397
Morgenstern, Paul 398
Morgenthau, Isaak 391
Morneweg, Adolf 486
Morris, Nicholas 498
Mosbacher, Gerson 110
Mosche aus Spachbrücken 388
Mosche Schmuel bar Schlomo von Umstadt 226
Mosche von Georgenhausen 388
Mosche zu Hergershausen 281
Moses von Semd 303
Moses, Abraham 330
Moses, Bernhard 180–183
Moses, Feitel (Uri) 429–430
Moses, Gumprecht 319
Moses, Isaak 268–269
Moses, Johanna 182
Moses, Jösel 293
Moses, Joseph 181
Moses, Karolina (Lina) 181
Moses, Moses 181
Moses, Samson 372
Moses, Samuel (Moyses) 180
Moses, Simon 603
Moshe, Israel ben 641
Moter, Heinrich 360
Mühlenberg, Georg 481
Mühlinghaus, Gerhard W. 80
Muhr, Gustav 358
Muhr, Joel (Mohr) 420
Muhr, Wolf 237
Müller, Adolf 40–41, 47
Müller, Heinrich 307
Müller, Ignatz 180
Müller, Johann Wilhelm 177
Müller, Lorenz 317
Munk, Leo 40
Munz, Friedrich 562

Naftali, Lieb 255
Nahmens, Hertz 199
Napoleon 25, 41, 533, 611
Nathan, Abraham 146, 509
Nathan, Fritz 89–90
Nathan, Levi 471
Nathan, Maximilian 127
Nathan, Rescha 127
Nehm, Isaac 293
Nehm, Joel 293
Neidhardt, Gertrud Amalie 220
Neidhardt, Horst 220
Neidhardt, Horst Adolf 220
Neu, Abraham 318, 321, 346–347
Neu, Adolf 321–323
Neu, Arthur 320, 322–324
Neu, Berta 323–324
Neu, David 345
Neu, David Löser 307
Neu, Eduard 322–324
Neu, Ferdinand 322–323
Neu, Götz 345
Neu, Herbert 323
Neu, Hermann 346
Neu, Isaak 346
Neu, Jakob 345
Neu, Jettchen 345
Neu, Jösel 344–345
Neu, Julie 528
Neu, Klothilde 346
Neu, Lazarus 344
Neu, Liesel 309–310, 313
Neu, Löb 345
Neu, Ludwig 309–310, 434
Neu, Moses 318
Neu, Rosa 323
Neu, Samuel 320–321, 345
Neu, Settchen 322
Neu, Siegmund 324
Neu, Wolf 345
Neuhaus, Leopold 652
Neumann, Daniel 288, 499

Neumann, Moritz 288, 498
Neumann, Rose 396
Neumann, Simon 397
Neustadt, Hermann 478
Newman, James R. 164
Newman, James R., Direktor der Militärregierung für Hessen 90
Nirenberg, David 2
Nobel, Nehemia Anton 66
Nußbaum, B. 371

Oberthür, Ludwig 360
Oberzenner, Joel 430
Ochs, Baruch 256
Oestreich, Judel 122
Oestreich, Julius 294
Oestreich, Max 240, 242, 294–298
Oestreich, Nehm (Nehemias) 122–123, 126, 296
Oettinger, Baruch 419
Ohly, Albrecht 490
Olesheimer, Mayer 180
Oppenheim, Ahron Beer 637
Oppenheim, Blümle 637
Oppenheim, David 637
Oppenheim, Josef 459
Oppenheim, Michel Beer 637–638, 640
Oppenheimer, Abraham 333
Oppenheimer, Elkele 341, 343
Oppenheimer, Ernst 657
Oppenheimer, Feist 341
Oppenheimer, Götz 330
Oppenheimer, Isaac (Jitzhak) 459
Oppenheimer, Paula 434
Oppenheimer, Simon 434
Oppler, Edwin 84–86, 482, 485
Oscher von Wimpfen 116
Ostheimer, Bähr 419–420
Ostheimer, Bär 420
Ostheimer, Josbel (Joseph) 421

Pappenheim, Bertha 596
Pappenheimer, Emanuel 598
Pappenheimer, Julius 597–598
Parkes, James 9
Paulus 80
Petry, Ludwig 42
Peverada, Remigio 472
Pfeffer, Georg 322
Pfungstadt, Wolf 365–367, 466, 507
Philip II. von Isenburg-Büdingen (Graf) 20, 635
Philipp der Großmütige (Landgraf) 19, 39, 116–117, 457, 465, 643
Philipp I. von Hanau 115
Philipp Ludwig II. von Hanau-Münzenberg (Graf) 21
Pinhas, Jakob 38
Posen, Eduard 642
Posen, Jakob 68
Post, Bernhard 24, 46, 611
Präger, Christfried 498
Pühler, Johann Friedrich 431
Pützer, Friedrich 512

Querner, Joseph 416

Raab, Christoph 377
Ranis, Heinrich August 121
Ranis, Ludwig 260–261
Rapp, Abraham 229–230
Rapp, Albert 239, 241–242
Rapp, Arthur 234, 238–241
Rapp, Bär 122
Rapp, Feist 238
Rapp, Gustav 241–242
Rapp, Isaak 238
Rapp, Lazarus 372
Rapp, Leopold 240
Rapp, Ludwig 239
Rapp, Mathilde 241
Rapp, Zodick 229–230, 232
Rauch, Georg 345
Redlhammer, Hans-Heinrich 91
Reh, Theodor 27
Reichenberg, Bertha 241, 242
Reichenberg, Siegfried 245
Reinhard (Graf) 635
Reinhard, Graf Johann I. 415
Reinhardt, Aaron 460
Reinhardt, Alfred 547
Reinhardt, Hertrude 547
Reinhardt, Jakob 547
Reinhardt, Johanna 461
Reinhardt, Max 547
Reinhardt, Selma 547
Reinheim, Joseph 147
Reinheim, Mendele 390
Reinheimer, Abraham 270, 275
Reinheimer, Feist 510
Reinheimer, Ferdinand 515
Reinheimer, Flora 516
Reinheimer, Georg 388
Reinheimer, Hermann 274
Reinheimer, Hirsch 271, 273
Reinheimer, Ida 275
Reinheimer, Isaac 275
Reinheimer, Jacob 276
Reinheimer, Ludwig 275–276
Reinheimer, Max 513
Reinheimer, Ruth 515
Reinheimer, Simon 511
Reis, Abraham 180
Reis, Aron Löser 282
Reis, Hirz 641
Reis, Josef 182
Reis, Klara 182
Reis, Levi 181
Reis, Moritz 180–182, 329, 331
Reis, Moses 536–537
Reis, Seligmann 641
Reiß, Alfred 261
Reiß, Isaak 536
Reiß, Nathan 260

Reuchlin, Johannes 38
Riehl, Georg 376–377
Riesser, Gabriel 26
Rodenhäuser, Philipp 360
Roeckle, Franz 87–88
Rohrbacher, Stefan 27
Rollman, M. 571
Rollmann, Adolf 574
Rollmann, Hermann 574
Rollmann, Jonas 546
Romann, Philipp 69, 598
Rosenberg, Hirsch Löser 307
Rosenberg, Leopold 202
Rosenfeld, Emilie 435–436
Rosenfeld, Eric (Erich) 436
Rosenfeld, Hermann 435–436
Rosengarten, Albert 83–84
Rosenkranz, Meyer Cassel zum 467
Rosenthal, Aron 556
Rosenthal, Josef 556
Rosenthal, Lina 556
Rosenthal, Max 312, 556–557, 575
Rosenthal, Paul 312
Rosenthal, Walter 556
Rosenzweig, Franz 66–67
Rosina von Groß-Umstadt 225
Roß, Georg 436
Rossdorf, Löw 365
Roßkopf, Werner 183
Rößling, Karlheinz 494
Roth, Heinrich 541
Roth, Nicolaus 416
Rothschild, Adolf 240, 245
Rothschild, Alfred 377
Rothschild, Aron 368, 373
Rothschild, Baron W. v. 409, 544
Rothschild, Benno 377
Rothschild, Bertha 377
Rothschild, David 376–377
Rothschild, Elias 476
Rothschild, Emanuel 180
Rothschild, Ernst 376
Rothschild, Frieda 372, 377
Rothschild, Götz 443
Rothschild, Hans 376
Rothschild, Itha 422
Rothschild, Jakob 180, 421
Rothschild, Jakobine 377
Rothschild, Jenny 377
Rothschild, Jösel 180
Rothschild, Joseph 420–421
Rothschild, Julius 182, 238–239
Rothschild, Kallmann 422–423
Rothschild, Leopold 377
Rothschild, Lina 162
Rothschild, Lotte (Johanna) 377
Rothschild, Ludwig 373–374
Rothschild, Markus 180
Rothschild, Mathel 377
Rothschild, Max (Marx) 181
Rothschild, Meyer 444
Rothschild, Meyer Amschel 40, 61
Rothschild, Mina 377
Rothschild, Mosche 341
Rothschild, Rosa 242
Rothschild, Salomon 180
Rothschild, Samson 40
Rothschild, Samuel 181
Rothschild, Sigmund 476
Rothschild, Simon 373
Rothschild, Wolf 181, 373
Ruben, Löw 457
Ruben, Simon 457
Rüding, Peter Josef von 430
Rudolf Maximilian von Sachsen-Lauenburg (Herzog) 177
Ruhmann, Peter 334
Rülf, Isaak 38
Ruppin, Arthur 45
Ruttmann, Familie 648, 654
Rynheim, Ysak de 387

Sacher-Masoch, Leopold von 28
Salfeld, Siegmund 39, 47
Salman von Trebur, 281
Salomon, Baruch 227–228
Salomon, Joseph 227, 603
Salomon, Samuel 178, 227, 233, 237
Samson von Weisenau 470
Samson, Güdche 373
Samuel, Bräunle 227
Samuel, Hendel 430
Samuel, Isaak 434
Samuel, Jakob 389
Samuel, Löw 389
Samuel, Salomon 227
Sander, Ferdinand 476–477
Sander, Hayum 457
Sanrayana, Jorge (George) 166
Sante, Georg Wilhelm 43
Sattig, Augustin 147
Sauer, Feist 270
Sauerwein, Adam 296
Schack, Kehla 122
Schack, Menachem 121–122
Schack, Nathan 121–122, 397
Schack, Rosa 400
Schack, Simon 400
Schäfer, Fritz 495
Schäfer, Johann 598
Scharf, Peter Markus 181
Schatzmann, Ferdinand Christoph David 25
Scher, Betty 410
Scher, Cilly 410
Scher, Elsa 410
Scher, Rafael 410
Scherer, Georg 511–512
Schiff, Adelheid 47, 51
Schiff, Elka 334
Schlippe, Paul 490
Schlomo, Herta Ben 285

Schloss, Ahron 640
Schloß, Meta 536
Schmelz, Uziel Oscar 46
Schmidt, Barbara 121
Schmuel, Jakov 268
Schmulowitz, Ascher (Anschel) 285–286
Schnapper, Süßmann 470
Schneider, Elisabeth (Else) 435–436
Schneider (Feuerwehrkommandant) 111
Schneider, Willy 435
Schnur, David 15, 18, 46
Schoeps, Julius 46
Scholem, Gershom 654
Schömer, Johann Georg 430
Schönborn, Philipp Erwein von 541
Schöndorf, Friedrich Jakob 472
Schönwetter, Adam 18
Schotten, Samuel 22, 466, 470
Schraga, Uri (genannt Feist) 226
Schröder, Gretel 575
Schröder, Heinrich 575
Schuchmann, Friedrich 354, 356–357
Schudt, Johann Jacob 39, 41
Schudt, Johann Jakob 640
Schütte, Ernst 42
Schwab, Jakob 193
Schwarz, Fritz 644–645, 647
Schwarz, Hans-Peter 80
Schwarz, Meir 3
Schwarz, Nikolaus 189
Schwarzschild, Gustav 544
Schwarzschild, Hermann 546
Schwarzschild, Isaak 546
Schwarzschild, Maier 546
Schwarzschild, Mayer 544
Schwinn, Georg 360
Schwinn, Wilhelm 131, 219, 310, 334
Scriba, Johann Christoph 507
Seeheim, Isaak 367
Seelmann, Adam 574
Seelmann, Engelbert 574
Seewald, Edith 128
Seewald, Hertha 127
Seewald, Julia 128
Seewald, Julius 127–128, 130, 297
Seewald, Mayer 123, 125–126, 128
Seewald, Sella 128
Seewald, Willi 126, 294
Seibert, Friedrich 360
Seifenheld, Moses Wolf 122
Seinsheimer, Salomon 307
Selig, Hedwig 214
Selig, Seligmann 581
Seliger, Leopold 192
Seligmann, Bonum (Lehmann) 415
Seligmann, Ephraim (Lehmann) 415
Seligmann, Helene 275
Seligmann, Jacob 269
Seligmann, Johanna 275
Seligmann, Johannette 276
Seligmann, Leopold 275
Seligmann, Settchen 275
Seligmann, Sigismund 275
Seligmann, Sigmund 275
Selver, David 126, 486
Semper, Gottfried 85–86, 92–93
Sichel, Samuel Salomon 237
Sickenhofen, Hayum 441
Siegel, Abraham 282
Siegel, Adolf 287
Siegel, Benjamin 182
Siegel, Bernd 287
Siegel, Daniel 282, 285–287
Siegel, Elias 282
Siegel, Jette 287
Siegel, Moritz 261
Siegel, Moses 282
Siegel, Rosa 287
Siegel, Ruth 287
Siegel, Salomon 285
Siegel, Siegbert 286–287
Silber, David 434
Silber, Manfred 434
Silberkron 69
Silberstein, Michael 39
Siluk, Avraham 46
Simon von Trient 20
Simon, Alfred 536
Simon, David 331
Simon, Erna 460
Simon, Esther Mordche 237
Simon, Falck 293, 332
Simon, Feidel Bär Mordechai 331
Simon, Frieda 410
Simon, Georg 567
Simon, Hayum 470
Simon, Heinrich 43, 481
Simon, Hermann 409
Simon, Heyum Salamon 406
Simon, Jakob (auch Jockef) 389
Simon, Johanna 334
Simon, Karl 567
Simon, Karoline 567
Simon, Leopold 329, 331, 333–335
Simon, Levi 332
Simon, Löb 146, 237–238, 368, 457
Simon, Max/Mordechai 238
Simon, Moritz 371, 374, 376
Simon, Moses 391, 419
Simon, Paula 409
Simon, Raphael 508
Simon, Salomon 333
Simon, Simon 332, 533
Simon, Wolf 533
Singer, David 585
Siwek, Julius 575
Slutzky, Naum 90
Sohlinger, Bär (Bernhard) 419
Sohlinger, David 419
Sohlinger, Feist 416, 418–420

Sohlinger, Isaac 419
Sommer, Irma 124
Sondheimer, Hillel Wolf 415
Sondheimer, Moses Tobias 120
Spahn, Marcellin 587
Speyer, Otto 39
Spiehl, Philipp 447
Spier, Meier 257, 261, 263
Spieß, Gabriel 111
Spieß, Moses 109, 111
Spindler, Christoph 367
Spitz, Zvi Hirsch Segal 641
Stadelmann, Rudolf 41
Stahl, Therese 220
Stein, Jetty 241
Stein, Leopold 68–69, 475
Stein, Levi 238–239, 241, 297
Stein, Walter 493
Steinbeck, Anna 496
Steinbeck, Arthur 496
Steinheimer, Simon Hirsch 229
Steinmetz, Ludwig 163
Stern, Abraham 270–271
Stern, Binchen 377
Stern, Dora 461
Stern, Elsbeth 372
Stern, Gumpert 283
Stern, Gumpert Israel 415
Stern, Hermann 575
Stern, Max 193
Stern, Samuel 285
Stern, Siegfried 372
Stern, Willy 374
Sternberg, Hirsch 228
Sternberg, Joseph 228-229
Sternheim, Carl 492
Stiefel, Aron 410, 575
Stiefel, Hirsch Löw 237
Stiefel, Mathilde 575
Stiefel, Sally 574
Stock, Salomon 513
Stockhausen, Georg Konrad 25
Stoecker, Adolf 435, 490
Störger, Millie 258, 262
Straus, Raphael 8
Strauß, Abraham 181–182, 330
Strauß, Adolf 285
Strauß, Albert 575
Strauß, Aron 127
Strauß, Bernhard 311
Strauß, David 270, 275
Strauss, Erika 597
Strauß, Felix 566
Strauss, Gustav 597
Strauß, Herbert 651
Strauß, Hermann 180
Strauß, Herz 148
Strauß, Isaak 121–122
Strauß, Israel 188
Strauß, Jacob 202, 406
Strauß, Jakob 514, 651
Strauß, Jenny 286
Strauß, Jessel 282–283
Strauß, Jettchen 377
Strauß, Joseph 282, 285
Strauß, Leni 192
Strauß, Löb 148
Strauß, Löw 457
Strauss, Martha 597
Strauss, Max 606
Strauß, Max 606
Strauß, Model 470
Strauß, Moritz 398
Strauß, Moses 126, 275
Strauß, Regina 181
Strauß, Ruben 457
Strauß, Sally 398
Strauß, Samuel 180
Strauß, Seligmann 148
Strauß, Selma 192
Strauß, Simon 148, 152
Stroh, Karl Johan 598
Strohmberg, Abraham 581
Stumpf, Wilhelm 372
Sulzbach(er), Löw 69
Sulzbach[er], Löb 478
Sulzbacher, Hirsch 396–397
Sulzbacher, Regina 220
Suppes, Karl 358
Sussmann, Elisabeth 111

Tannenbaum, Samson 373
Tannenbaum, Samuel 373
Theis, Adolf 321
Theiß, Adolf 490
Throll, Richard 674
Todenwarth, Anton Wolff von 465
Trautmann, Maria Anna 358
Trautmann, Peter 422
Treitschke, Heinrich von 28
Trepp, Moses 471
Treue, Wolfgang 46, 111, 133, 207, 288, 451, 461, 588
Trier, Baruch 470
Trier, Bernhard Jakob 476
Trier, Josef 476
Trier, Salomon Salman 68
Trier, Theodor 477
Troll, Johann Christian 378
Troll, Nelly 378
Truman, Harry S. 622
Tyson, Chaim 651–652
Tyson, Chaim Heinrich 548

Ullmann, Joseph (auch Jesel) 443
Ullmann, Löb 443
Ulrich III. von Hanau 115
Ulrich IV. von Hanau 611
Ulrich, Carl 491
Umscht, Mosche 225
Umstat, Jokew (Jakob) 225

Unna, Josef 43
Urschel, Anneliese 309

Voehl, Luise 567
Vogel, Abraham 330–331
Vogel, Eduard 331, 334–335
Vogel, Zodik 229
Vogler (Pfarrer) 110
Volk, Frieda 242
Volkov, Shulamit 28
Volz, Emilie 193–194
Volz, Heinrich 193–194
Volz, Wilhelm II 193
vom Rath, Ernst 493
Vonderheid-Ebner, Christine 110, 112
Vorenberg, Jakob 400
Vorenberg, Joseph 217, 396–398
Vorenberg, Thekla 400
Vorhaus, F. 443–444

Wachenheimer, Irma 592
Wagner, Georg Wilhelm 390, 407
Wagner, Karl 645
Wagner, Marianne 399
Wartensleben, Abraham 358–360
Wartensleben, David 353
Wartensleben, Isaak 354
Wassermann, Salomon 122
Weber, Herbert 183
Weber, Martin 157
Weber, Philip 310, 312
Weber, Walter 458–459
Wechsler, Heinrich 460
Weidner, Gottfried 261
Weigersheimer, Moses 371
Weil, Jakob 38
Weil, Wolf 147
Weinberg, Albert 261
Weinbrenner, Friedrich 157, 395
Weinleben, Max 430
Weiser, Alfred 491
Weisgerber, Pfarrer 321
Weiß, Jacob 481
Weizmann, Chaim 375
Welcker, Viktor Hugo 491
Wenchel, Karl 322, 324
Wendehorst, Stephan 46
Wenniger, Markus 46
Wenzel (König) 18
Werner, Ferdinand 491
Werner, Klaus 656
Wertheimer, Emil 321–323
Wertheimer, Fritz 322
Wertheimer, Isaak 321
Wertheimer, Israel 320
Wertheimer, Josef 320
Wertheimer, Julius 322
Wertheimer, Samson 22
Wertheimer, Simon 322
Wertheimer, Sophie 322
Wetzel, Valentin 241, 244
Wetzler, Ester 297
Wetzler, Isaak 297
Wetzler, Simon 295, 297
Wetzler, Süßkind 297
Wick, Heinrich Josef 154, 160
Wickop, Georg 87, 92, 476, 486–488
Wiesner, Frank 132
Wilhelm II. (Kaiser) 421
Wilhelm IX. (Landgraf) 118–119
Wilhelm von Katzenelnbogen (Graf) 387
Wilhelm, Horst 408
Willand, Heinrich 130–131
Willand, Justina 129
Willner, Max 43, 651, 653, 655–656
Willner, Sally 238
Wimpfe, Breinle 622
Wimpfe, Leiser
Windecker, Joseph 574
Windmühl, Aron Hayum 472
Winter, Joseph 181
Wischnitzer-Bernstein, Rahel 80
Wittenberger, Georg 125, 132–133, 288, 299, 443, 451
Wittrock, Christine 535, 537
Wohlgemuth, Gottschalk 181
Wohlgemuth, Leopold 181
Wolf, Abraham 373
Wolf, Adolf 341, 346
Wolf, Agathe 373
Wolf, Albert 347
Wolf, Aron 342, 345
Wolf, Arthur 373
Wolf, Baruch 365–368, 371
Wolf, Beate 311
Wolf, Benjamin 368
Wolf, Benjamin Liebmann 368
Wolf, Clara 410
Wolf, Else 346
Wolf, Emil 346
Wolf, Erich 346
Wolf, Ernst 346
Wolf, Fani 347
Wolf, Feiss ben 367
Wolf, Feist 367
Wolf, Fritz 373
Wolf, Gertrude 410
Wolf, Gustav 373
Wolf, Helene 373
Wolf, Hennie 311
Wolf, Herbert 346
Wolf, Hermann 311
Wolf, Isaak 343–344
Wolf, Israel 23
Wolf, Jesel Löw 270
Wolf, Josef 260, 309
Wolf, Jösel 342–343
Wolf, Jösel Löb 342
Wolf, Joseph 373
Wolf, Joseph ben 145
Wolf, Jürgen Rainer 378

Wolf, Lazarus Baruch 368
Wolf, Leopold 346
Wolf, Liebmann 110–111, 367–368
Wolf, Löb 147
Wolf, Löser (Lazarus) 344–345
Wolf, Löw 200, 341, 343
Wolf, Manfred 346
Wolf, Margarete 311–312
Wolf, Marianne 346
Wolf, Max 378, 496
Wolf, Moses 345
Wolf, Nathan 409–412
Wolf, Ruth 346, 373
Wolf, Samson 373
Wolf, Samuel 345–346, 373
Wolf, Selma 373
Wolf, Simon 374
Wolf, Werner 311
Wolf, Willi 346
Wolf, Wolf 374
Wolff, Bella 374
Wolff, David 269
Wolff, Elias 205
Wolff, Jonas 377
Wolff, Jud Rabbi 330
Wolff, Julius 374
Wolff, Samuel 228
Wolff, Simon 374
Wolfgang Ernst I von Isenburg-Büdingen (Fürst) 525
Wolfgang Ernst I. von Isenburg-Büdingen (Graf) 635, 639
Wolfgang Ernst II. von Isenburg-Büdingen (Fürst) 641
Wolfskehl, Moses Löb 469
Wolfskehl, Otto 476–477, 493
Wolpe, Berthold 657
Wongel, Karl Heinz 91
Wosk, Minna 496
Wunderlich, Katharina 182
Wunderlich, Peter 180, 182

Zeh, Wilhelm 374
Zilch, Anna 159
Zilch, Georg 155, 159, 161, 166
Zimmermann, Johannes 332
Zimmermann, Karl 475
Zimmern, Abraham 228
Zitron, Jacob 180
Zodik, Jakob 227–228
Zodik, Joseph 227
Zöller, Elisabeth 576
Zorline 18, 141
Zucker, Joseph 159
Zuckermann, Leo (Leib) 371, 376
Zuckermann, Rosa 386
Zunz, Leopold 37
Zwirn, Max 496